NEUE WÜRZBURGER ZEITUNG: WÜRZBURGER ABEND-ZEITUNG...

Digitized by Google

ph. pol. 78

Zeitung

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Neue

Würzburger Zeitung

für das Jahr

1862.

Neunundfünfzigster Jahrgang.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

Digitized by Google

Neue

Hirschberger Zeitung

für das Jahr

1852.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 1. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. 30 kr. Bei Zusendung wird der ermässigte Preis berechnet. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 1. Januar 1862.

Anzeige: Jede Zeile, gewöhnlicher Schrift, 3 kr. | Beilagen werden beim Raum im Anzeigeblatt mit 6 fl. im Augsburger und Nürnberger Format mit 4 fl. berechnet. Briefe und Gelder werden franco erbeten.

Rückblick auf das Jahr 1861.

Als wir in das eben abgelaufene Jahr eintraten, da haben ihm wohl Manche mit Bangen entgegengeschaut, von der Furcht erfüllt, es möge neue Drangsale des Krieg in seinem Schooße bergen; und es läßt sich nicht läugnen, daß solche Besorgniß nur zu sehr nicht ohne Grund war. Was jenseits des Rheins in den Tuilerien ausgebrütet wurde, war noch in dunkler Heimlichkeit gehüllt; offenkundig aber war, daß in Italien eine starke Partei zum Krieg gegen Oesterreich drängte, eine Partei, mächtig genug, die piemontesischen Regierung arge Verlegenheiten zu bereiten, wenn sie sich nicht zu Willen wäre. Und wußte man denn, ob die Turiner Staatsmänner sich nicht recht gern zum Krieg würden drängen lassen, ob es ihnen nicht gerade erwünscht wäre, sich vor Europa zum Schein auf die nicht zu zügelnde Ungeduld des italienischen Volks berufen zu können? Jetzt freilich sehen wir in diesem Punkt klarer, damals aber waren solche Fragen wohl gerechtfertigt. Und wäre es im Frühjahr auf's Neue zum Krieg zwischen Sardinien und Oesterreich gekommen, wäre dann — was in diesem Fall angezweifelt gelassen sollte — in Ungarn gleichzeitig der längst vorbereitete Aufstand ausgebrochen, wäre endlich — wie es ebenfalls im Schild gehoben war — die Fackel des Krieges zugleich in die slawischen Provinzen der Türkei geschleudert worden, dann hätte sich ein Brand entzündet, dessen Entdeckungen und Dauer kein Sterblich ermessen konnte. Es ist anderst gekommen. Die Fürsten Ruhe halten in Europa, und Frieden, wie die Dinge sich inzwischen gestaltet haben, mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß diese Ruhe auch im Jahre 1862 bei uns nicht wird gestört werden. Aber ist es denn nicht vermessen, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge auf ein Jahr voraus berechnen zu wollen, ob wir Krieg, ob wir Frieden haben werden? Leyterer ist doch Europa gerade jetzt so viele Elemente des Streits, der Zwietracht, die nur eines Anstoßes bedürfen, nur auf den günstigen Augenblick harren, um in offenen Kampf wider einander zu prallen. Ist nicht die Eifersucht Englands gegen Frankreich stets wach, lauert nicht das mugebändigte Königreich Italien auf die erste beste Gelegenheit, Rom und Venedien sich noch einzuverleiben, lauert nicht Rußland noch wie vor auf den Zerfall der Türkei, lauert nicht Frankreich, wie es der verbotenen Frucht, der Rheinlande, habhaft werden könnte? Und wenn wir absehen von der Stellung der Staaten zu einander, wenn wir nur ihre inneren Verhältnisse in's Auge fassen, finden wir nicht auch da des gefährlichen Zündstoffs übergenug? Ueberall ein Ringen nach dem Neuen, hergebrachten Recht in Kampf mit den Anhängern der Gegenwart. Es gibt kaum eine Periode der Geschichte, in welcher die politische und soziale Aufregung der Völker Europas' der Drang nach verständigen Reformen oder nach gewaltsamem Umsturz eine solche räumliche Ausdehnung erlangt hätte, wie gegenwärtig. Deutschland ringt nach einer kräftigen Form einheitlichen Gesammtlebens; die verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs streben nach einer Selbständigkeit, welche den Fortbestand der Monarchie in Frage stellt; Polen will innerhalb seiner alten Grenzen wieder in die Reihe selbstständiger Nationen eintreten und von Warschau aus hat sich die Gährung auf den österreichischen und preußischen Theil jenes früheren Königreichs fortgepflanzt; Rußland selbst ist durch die Bauern-Emancipation in eine Gährung versetzt, die alle Schichten der Gesellschaft durchzieht und erschüttert; die Türkei kämpft gegen den Zerfall, welcher von allen Seiten über sie hereinzubrechen droht und sucht vergebens die Auflösung ihrer, in der Mehrzahl von Christen bewohnten Provinzen zu verhüten; Griechenland, zu klein zum Leben und zu groß zum Sterben, zehrt sich von revolutionären Leidenschaften unterwühlt, und fanatische Köpfe erwarten dort in ihrer Verblendung alles Heil von einer Beseitigung der jetzigen Dynastie. Wohl mag sich Dem, welcher mit sorglichem Blick diese Lage der Dinge betrachtet, die Frage auf die Lippen drängen: wo soll das hinaus? wird es in Europa enden? Schwerlich ohne Kampf, aber — und damit kommen wir auf die oben ausgesprochene Ansicht zurück — die Gegenstellung, welche sich reiben und stoßen und jeder für sich die Ueberlegenheit gewinnen trachten, sind neuerlich in einen solchen Gang der Entwicklung gerathen, daß eine gewaltsame Lösung ihres Widerstreits, wenn sie auch bei manchen von ihnen noch nicht ausgeschlossen wäre, voraussichtlich so rasch nicht eintreten dürfte. Die Gegner sammeln ihre Kräfte, prüfen die Stärke ihrer Waffen, wägen ihre Hilfsmittel ab, suchen nach Bundesgenossen; aber es fehlt dabei wie bei den zum Ueberfrieren bedrohten das feste Selbstvertrauen, die Siegeszuversicht, die Waghalsige der Berechnung schwankt unentschieden hin und her; hat der eine diesen, so hat der andere jenen Vortheil für sich; man zaudert, man wartet und über dem Warten wird wohl noch manche Frage, die jetzt recht schlimm und verwickelt aussieht, in einer friedlichen Lösung gefährt, zumal da der Meister des Skandals, der am besten in Trüben zu fischen versteht, gegenwärtig auch keine Lust zu verspüren scheint, neue Unruhen zu stiften. Er hat wohl, als er i. J. 1859 den italienischen Freistaat die Elemente der Unordnung entfesselte, um sie zu Bundesgenossen zu haben, ein Haar darin gefunden, daß die Erfahrung von Gott's Zauberlehrling gemacht, daß die losgelassenen Geister Dem, der sie rief, gar zu leicht über den Kopf wachsen, und da er ein vorsichtiger Mann ist, so gedenkt er wohl das Wagstück nicht ohne Noth zu wiederholen und einstweilen von den gewonnenen Früchten zu zehren. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß er die Klugheit Rathe halten werde, denn seine Politik ist bekanntlich überreich an der Ueberraschungen Kreuz- und Quer-Sprüngen.

Wenden wir nun den Blick zunächst auf unser Vaterland, auf Deutschland, so sehen wir daselbe noch immer sich abmühen in dem Ringen nach der heiß ersehnten Einigung. Sind wir im abgelaufenen Jahr dem Ziele näher gekommen? Rasch werden die Meisten rufen: Nein! und doch kann die Antwort im geheimen Sinn auch Ja lauten. Für die Reform der Bundesverfassung ist zwar thatsächlich noch nichts erzielt worden, so viel auch darüber gesprochen und geschrieben wurde; aber immer klarer gestaltet sich die Erkenntniß, wie nothwendig diese Reform sei, im ganzen deutschen Volk, immer lebhafter wird das Verlangen darnach in allen Kreisen empfunden, immer reger wird in allen Gauen das Streben, sie herbeizuführen, immer größer die Bereitwilligkeit, Opfer zu bringen für den hohen Zweck, wenn nur diese Opfer dem großen Ganzen auch wirklich zu Gute kommen, nicht von einzelnen Theilen unter lügenden Phrasen zu ihrem Sondervortheil benützt werden. Ueberdenken nun in diesem Streben auch manche Hoffnung gemacht, welche im Jahr 1861 eine falsche Probe vorgespiegelt, von der man am Ende sieht, daß sie nicht zum ersehnten Ziele führt, so ist das zwar kein unmittelbarer, aber doch ein mittelbarer Gewinn, insofern die Erkenntniß des begangenen Irrthums dazu dient, künftig der ähnlichen Irrthümern uns zu bewahren. Wie der einzelne Mensch, so müssen auch ganze Völker Lehrgeld geben, und das Lehrgeld wird nicht fruchtlos gegeben sein, wenn sie nur die gemachten Erfahrungen recht zu verwerthen den Willen und das Verständniß haben. Und das wollen, das können wir auch vom deutschen Volk hoffen; sein Streben nach Einigung ist zu berechtigt, zu tief gewurzelt, als daß es zu Schanden werden sollte. Darum den Muth nicht verloren, es ist ein großes, ein schweres Werk, an dem wir arbeiten, und Niemand, wenn er es recht damit ist, sollte verzweifeln, wenn es nicht im raschen Anlauf, nicht auf einen Schlag zu Stande gebracht werden kann, sondern zähe Ausdauer und mühsames Schaffen daran gewendet werden muß. Und scheiden wir heute aus dem Jahr 1861 nicht mit einer sofortigen Errungenschaft, mit einem frischen Eichlein für den Bau der deutschen Einheit — mit dem deutschen Handelsgesetzbuch, das — eine Frucht langer, trefflicher Berathungen — binnen wenigen Monaten in Kraft treten wird in allen deutschen Staaten (zur Zeit noch mit Ausnahme von Han-

Digitized by Google

nover, Mecklenburg, Lübek, Hamburg und Bremen, die aber hoffentlich ihre Beraten auch bald werden fallen lassen)? Keiner, der nicht böswillig die Augen verschließt, kann verkennen, daß mit diesem Gesetzentwurf für die Einigung Deutschlands außerordentlich viel gewonnen ist, und daß es, einmal in Wirksamkeit gesetzt, als ein mächtiger Hebel zur weiteren Förderung sich bewähren wird. Den Bundestag sind zur Zeit noch Vorschläge zu einer gemeinsamen Gesetzgebung für ganz Deutschland über das Patentwesen, über Maß und Gewicht, über Civilprozeß, über Auswanderung rc. unterbreitet. Ob sie ausgeführt werden, hängt zum großen Theil von Preußen ab, das bekanntlich, um der Nation die Untauglichkeit der Bundesverfassung recht einleuchtend zu machen, zu bemerken pflegt, es sich neuerlich zur Aufgabe gesetzt hat, jedem Versuch, vom Bundestag über derartige gemeinnützige Angelegenheiten Beschlüsse fassen zu lassen, hindernd entgegen zu treten. Ob dies das rechte Mittel ist, die gewünschte Bundesreform herbeizuführen, möchten wir bezweifeln; Deutschlands Wunden werden jedenfalls dadurch nicht geheilt, daß man sie geflissentlich offen hält. Der Bundestag hat, seitdem er in's Leben trat, so wenig gereifet und kann auch, so lange er noch bestehen wird, nach seiner ganzen Verfassung so wenig leisten, daß man wahrlich nicht zu besorgen braucht, das deutsche Volk werde sich, wenn er einmal im Stande ist, und etwas Nützliches zu schaffen, dadurch in seinem Urtheile beirren lassen und die Nothwendigkeit der Bundesreform aus den Augen verlieren. Es mag die dargebotene Gabe immerhin annehmen, froh, daß einmal doch etwas ihm gegeben wird; aber es ist auch zugleich dafür gesorgt, daß es jeden Tag und jede Stunde bald da, bald dort eindringlich daran gemahnt wird, wie viel ihm noch zu wünschen übrig bleibt. Da ist z. B. **Holstein**; es hat seine Beschwerden an den Bundestag gebracht und wartet nun seit Jahr und Tag auf Abhülfe — vergebens! wer weiß, wie lange noch! Ist diese holsteinische Angelegenheit, die sich so jämmerlich hinschleppt, nicht für sich allein schon übergemug, um jedem Deutschen immerfort, wenn er's je vergäße, in's Gedächtniß zu rufen, daß es mit unserer Bundesverfassung schlecht bestellt ist, daß sie umgebildet werden muß, wenn wir Deutsche je der Achtung und der Sicherheit uns erfreuen sollen, auf die wir als ein großes Volk Anspruch machen. Vom Bund gedrängt rief die Kopenhagener Regierung im vergangenen Frühjahr wieder einmal die holsteinischen Stände zusammen, um ihnen neue Vorschläge darüber zu machen, wie das Verhältniß Holsteins zum dänischen Gesammtstaat geregelt werden solle. Diese Vorschläge aber ruhten wesentlich auf der alten Grundlage, wonach die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg bei der gemeinsamen Vertretung gegen die übrigen Landestheile in der Minderheit seyn sollten und demnach von vornherein dazu außerstehen gewesen wären, von diesen für die Zwecke des Gesammtstaats übermäßig ausgebeutet zu werden. Die Stände wiesen daher diese Vorlagen wieder zurück, die Kopenhagener Regierung aber glaubte sich nun, obwohl keine Vereinbarung erzielt war, ohne weiteres die Freiheit' nehmen zu dürfen, die Beiträge zur Gesammtstaatskasse für das Jahr $18^{61}/_{62}$ mit einem von ihr eigenmächtig bestrittenen Zuschlag in Holstein auszuschreiben. Das war denn doch dem Bundestag zu arg, und er drohte mit dem Vollzuge der längst beschlossenen Exekution. Um diese abzuwenden, ließ die dänische Regierung, als sie sah, daß es doch Ernst wurde, sich herbei, für das Finanzjahr $18^{61}/_{62}$ den Beitrag Holsteins zu den Gesammtstaatsausgaben auf die Höhe des Normal-Budget von 1856 zu beschränken und auf den weiter geforderten Zuschuß vorläufig zu verzichten. Der Bundestag seinerseits stand nun von der Exekution ab und die holsteinische Angelegenheit schwebt nun wieder, wie vorher, in dem Provisorium, aus dem sie gar nicht herauskommen zu sollen scheint. Unterhandlungen, um sie endgültig zu bereinigen, sind zwar neuerlich von Dänemark wieder angeknüpft worden, doch ohne daß bis jetzt etwas Erhebliches durch dieselben gefördert wurde. — Eine andere offene Wunde Deutschlands ist **Kurhessen**. Der hessische Volksstamm ist bekannt ob seiner Zähigkeit, und diese Eigenschaft bethätigt die Regierung sowohl als das Land durch die Hartnäckigkeit, womit in dem schwebenden Streit erstere an der octroirten Verfassung von 1860, letzteres an jener von 1831 festhält. Zweimal schon hat die Regierung die nach der Wahlordnung von 1860 gewählten Abgeordneten nach Kassel berufen, zweimal haben sie sich für incompetent erklärt und sind heimgegangen, ohne irgend eine Vorlage zu erledigen. Die Regierung aber wird nicht müde, das Spiel zu wiederholen; sie hat zum dritten Mal die Wahlen angeordnet, und diese sind wieder auf entschiedene Anhänger der Verfassung von 1831 gefallen. Diese werden, sobald sie in Kassel erscheinen, die Erklärung ihrer Vorgänger einfach wiederholen. Was dann? Diese Frage hätte sich die Regierung schon eher vorlegen dürfen, denn das Resultat der Wahlen war vorauszusehen. Diese Frage sollten sich aber auch die anderen Regierungen Deutschlands vorlegen, und in Kassel ernstlich darauf dringen, daß endlich dem leidigen Streit, der nicht blos um theoretische Prinzipien geführt wird, sondern auch materiell, dem Wohlstand des Landes schwere Wunden schlägt, ein Ende gemacht werde; denn die schlimmen Wirkungen dieses Streits gehen weit über die Gränzen des kleinen Landes hinaus. — Als dritten Glied in dieser schönen Kette erscheint **Hannover**, wo das Ministerium Borries nun seit mehr denn sechs Jahren sein Reaktions-System mit rücksichtsloser Konsequenz handhabt. Zum Schein kann es sich freilich auf die Kammern stützen, denn die Hannoveraner, obwohl auch mit einem aktroirten Wahlgesetz begnadet, halten doch (eingedenk wohl der berufenen Minoritätswahlen in den vierziger Jahren, wo Abgeordnete zur zweiten Kammer gekommen waren mit drei Stimmen hinter sich, von denen eine ihre eigene war) gefügigere Abgeordnete einsandt, die mit dem Ministerium sich leidlich, wie es die Umstände gestalten, vertragen. Wer aber darum glauben wollte, daß dieses die Mehrheit der Bevölkerung für sich habe, der würde sich gewaltig irren; das beweist am besten der starke Anhang, den der Nationalverein im Lande gefunden hat. Denn hier wie in Kurhessen ist es wahrlich nicht so jede das Verdienst dieses Vereines, noch die Ueberzeugung von der Güte seines Programmes, die so Viele in sein Lager treibt, als vielmehr der Widerstand gegen die Reaktion von oben, der hie einen Rückhalt sucht und in gewissem Grad auch findet. — Gleiche Ursachen haben gleiche Wirkungen: auch im **Großherzogthume Hessen** sehen wir den Nationalverein immer mehr Boden gewinnen, und auch dort ist dies wesentlich eine Folge des zwischen der Regierung und der Bevölkerung bestehenden Widerspruchs, wenngleich dort der Gegensatz lange nicht so grell hervortritt, als in Kurhessen und Hannover. — Ein anderes, schöneres Bild bietet **Bayern**, in dessen Geschichte das abgelaufene Jahr eine bedeutsame Epoche bildet. In glücklicher Uebereinstimmung haben Regierung und Landtag einen hochwichtigen Theil der Gesetzgebung nach den Aussprüchen der Neuzeit umgestaltet, und wenn auch lange heiße Kämpfe vorangingen, so hat doch schließlich alleseitiger guter Wille und die rechte Einsicht in den wahren Vortheil von Fürst und Volk zum erwünschten Ziel geführt. Dadurch Verständniß ihrer Aufgabe, welches bei diesem Werk die Regierung bewog, den Vertretern des Volks thunlichst entgegen zu kommen, hat auch ihrem Verhalten in den Wirren der protestantischen Kirche der Rheinpfalz zur Richtschnur gedient, und es ist zu hoffen, daß ihrer Maßregeln jener Provinz den Frieden zurückgeben werden, welchen unduldsame, einseitige Eiferer gestört haben. — **Württemberg** war im vergangenen Jahr der Schauplatz einer äußerst lebhaften Bewegung, welche die Besetzung des i. J. 1857 von der Regierung mit der römischen Curie abgeschlossenen Concordats zum Zweck hatte. Diese Bewegung nahm einen so bedenklichen Charakter an, daß der König es für gerathen fand, seine protestantischen Unterthanen zuerst in einer eigenen Ansprache darüber zu beruhigen, als solle ihr Glaube oder ihre Kirche gefährdet werden, und daß er später sich dazu verstand, das Concordat gar nicht in Vollzug zu setzen. Minister v. Rümelin, unter dessen Auspicien es abgeschlossen worden war, trat zurück, und sein Nachfolger, v. Golther, arbeitete nun einen Gesetzentwurf zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der katholischen Kirche aus, der im Wesentlichen nach dem Muster des badischen abgefaßt, die Zustimmung beider Kammern erhielt. Auch hinsichtlich der vielfach angefochtenen Verordnung von 1856 über den Vollzug des Bundesbeschlusses gegen das Duell hat die Regierung endlich den Wünschen des Volkes nach. Ein weiterer Fortschritt zum Bessern wurde gemacht durch die vom Landtag angenommene neue Gewerbeordnung, welche die Gewerbefreiheit mit nur wenigen Einschränkungen gewährt. — In **Baden** hat die vom Großherzog im vergangenen Sommer berufene Generalsynode für die evangelische Landeskirche eine neue Verfassung berathen und angenommen, deren leitender Gedanke freie Selbstthätigkeit der Gemeinden in allen ihren Gliederungen ist. Dem Landtag, welcher Ende November zusammentrat, ist die Aufgabe geworden, im Verein mit der Regierung eine Reihe von Reformen staatlicher Einrichtungen zu Stande zu bringen, in welchen sich das politische Glaubensbekenntniß der letzteren ausprägt und die Wünsche des ersteren ihre Erfüllung finden, so eine neue Gerichtsorganisation, ein neues Gewerbegesetz, das auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ruht, ein Gesetz über Freizügigkeit und freie Niederlassung, ein Polizeistrafgesetzbuch rc. rc. — Auch **Sachsen** hat in diesem Jahr ein auf voller Freiheit der Arbeit beruhendes Gewerbegesetz erhalten, außerdem Gesetze zur Uebersetzung des Civilprozesses, die Medizinalreform, dann Verbesserungen im Eisenbahn-

Digitized by Google

und Schiffahrtswesen. Außer diesen positiven Ergebnissen der dreiundvierzigjährigen Sitzung des Landtags kann als ein wichtiges negatives noch die Ablehnung der gänzlich verfehlten illiberalen griechisch-katholischen Kirchenvorlage und die der Regierung abgeneigte Aufstellung der politischen Ueberwachung der Mitglieder der Gemeindebehörden bezeichnet werden. — Die Militärkonvention, welche der Herzog von **Coburg-Gotha** mit Preußen abgeschlossen, hat den Herzog von Meiningen und den König von Sachsen, beide mit ihm verwandt, zu Protesten gegen die Rechtsgültigkeit derselben veranlaßt, die übrigens unter den gegenwärtigen Umständen vorderhand keine weitere Folge haben werden. — Inzwischen haben auch **Weimar** und **Altenburg** Unterhandlungen zu ähnlichen Konventionen mit Preußen eingeleitet, die jedoch bis jetzt noch nicht über das Stadium der einleitenden Vordersprechung hinaus gediehen sein sollen. In **Meiningen** ist noch der Ministerwechsel zu erwähnen, indem Hr. v. Harbou — wie es heißt, weil er zu obigem Protest sich nicht verstehen wollte — durch Hrn. v. Krosigk, vorher preußischen Landrath, von der Junkerpartei, ersetzt wurde. Auch die **Reußischen** Fürstenthümer haben einen Ministerwechsel erlebt, indem Hr. v. Gelbern, der sich seine Aufgabe à la Bassenheim gesetzt hatte, wieder in seinen Ruhestand zurück und an seine Stelle der aus meiningischen Diensten entlassene Hr. v. Harbou getreten ist, dessen Richtung natürlich bezeichnet wird, daß unter seiner Amtsführung Reuß sich den gegen das Verfahren der kurhessischen Regierung in der Verfassungssache gerichteten Erklärungen von Preußen, Baden und Weimar anschloß. — In **Anhalt-Bernburg** wurde eine seit Jahren schwebende, für dieses Ländchen sehr wichtige Angelegenheit endlich geordnet; es wurde das Allodialvermögen des herzoglichen Hauses sakularisirt. Der Herzog von **Anhalt-Köthen** hat neuerlich wieder Veranlassung genommen, den Anhängern der einseitig von ihm aufgehobenen 1848er Verfassung seine allerhöchste Ungnade zu erkennen zu geben. — In **Nassau** ist endlich dem langjährigen Streit der Regierung mit dem Bischof von Limburg durch eine vorläufige Uebereinkunft — über die Besetzung der Pfarreien, Verleihung der Pfründen, Erziehung des Klerus, Aufrechthaltung der Disziplin und Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit, Unterricht in den Schulen, Verwaltung des Kirchenvermögens, Dotation des Bisthums und das landesherrliche Placet — wenigstens einstweilen ein Ende gemacht. — Doch nur einstweilen, denn in II. Kammer des Landtags hatte daran gewaltigen Anstoß genommen, sie zur landständischen Berathung reklamirt und erklärt, sie wolle die getroffenen Einrichtungen eben nur auf Zweckmäßigkeits-Gründen, damit der Kirchenfriede einmal ruhe, als Provisorium gelten lassen. Ueberhaupt besteht zwischen Regierung und Landtag mancher Zwist, namentlich bezüglich des Staatshaushalts, indem es, wie von ständischer Seite behauptet wird, an der wünschenswerthen Ordnung fehlt, was den Herzog bewogen haben mag, neuerlich für seine Person ein Anlehen aufzunehmen, aus welchem gewisse aus der Landeskasse entnommene Gelder zurückersetzt werden sollen. — **Mecklenburg** hat endlich doch einen ersten Schritt gethan, um aus dem mittelalterlichen Chaos seiner Zoll- und Steuerverhältnisse herauszukommen. Nach langen Verhandlungen am Landtag in Sternberg, wobei die Ritterschaft sich besonders widerhaarig zeigte, wurde der von der Regierung vorgeschlagene Gränzzoll angenommen, mit dem zwar an und für sich noch nicht viel gewonnen ist, wobei aber doch die Aussicht sich eröffnet, daß die Unzulänglichkeit dieser Reform Mecklenburg doch bald zum Eintritt in den Zollverein nöthigen werde. — In **Braunschweig** ist neuerlich die Frage aufgeworfen worden, was nach dem Tode des gegenwärtigen kinderlosen Herzogs aus dem Ländchen werden soll, Hannover hat unzweifelhafte Erbansprüche; es scheint aber, daß auch Preußen solche geltend machen möchte. — In **Oldenburg** und **Luxemburg** haben die Landtage eine Reihe von Gesetzen erledigt, die für die innern Verhältnisse jener Ländchen wichtig genug, für weitere Kreise jedoch von keinem besonderen Interesse sind. — **Hamburg** und **Bremen** haben bekanntlich mit Preußen Unterhandlungen angeknüpft über die Bedingungen, unter welchen letzteres für sie eine Anzahl Kanonenboote stellen solle, die als ein Theil der künftigen deutschen Flotte betrachtet werden.

Und nun, nachdem die Kleinen absolvirt sind, zu den Großmächten Deutschlands — zuerst zu **Preußen**. Das Bild, das wir vorigen Jahr von ihm entwarfen, es paßt auch heute noch vollkommen. Unsicherheit, Unschlüssigkeit, Schwanken, Zögern und Warten, das ist noch immer der Charakter der preußischen Politik im Innern wie nach Außen. Preußen läßt seinen Gesandten am Hofe des Königs Viktor Emanuel, erkennt ihn aber nicht als König von Italien an; sein König macht einen Friedens- und Freundschaftsbesuch in Compiegne, und verlangt zugleich eine Vermehrung des Heers, als ob es in den nächsten Wochen losgehen solle gegen wen? Das ist ein Räthsel; Preußen muß an die Spitze Deutschlands kommen, der Gedanke leuchtet, wenn auch verhüllt, doch unverkennbar, aus allen Hand'lungen und Aeußerungen der Regierung hervor, aber derselbe soll zu diesem Zweck nichts gethan, was die Rechte der deutschen Bundesgenossen beeinträchtigen könnte; da aber die große Mehrzahl derselben schwerlich gesonnen ist, sich gutwillig Preußen unterzuordnen, zumal dem Preußen, wie es jetzt ist, so haben wir da wieder eines der ungelösten Räthsel der preußischen Politik. Preußen hat auch eine moderne Verfassung, aber König Wilhelm hängt noch gar sehr an den Traditionen der absoluten Monarchie; wir erinnern nur an seine Reden bei der Krönungsfeier in Königsberg und an seine Aeußerungen bezüglich der Landtagswahlen in Breslau und anderen Orten, die weit eher zu Ludwig's XIV. Etat c'est moi, als zur Stellung eines konstitutionellen Fürsten des 19. Jahrhunderts passen. Auch verantwortliche Minister hat Preußens König, doch fehlt die jetzt ein Gesetz, wonach sie zur Verantwortung gezogen werden könnten, und die Regierung hat sich bisher beharrlich geweigert, ein solches dem Landtag vorzulegen. Und wenn es auch da wäre, der weiß, ob der Landtag etwas damit anzufangen wüßte? Ja, der Landtag, um den sich's ein eigenes Ding in Preußen. Man muß strenge unterscheiden zwischen dem Landtag, der da ist, und dem Landtag, der da war. Der Landtag, dessen Wahlperiode im vergangenen Sommer ablief und dessen Sitzung am 5. Juni geschlossen wurde, dieser Landtag war zwar manchmal etwas vorlaut, etwas ungebärdig und stellte sich zuweilen sogar an, als ob er ernstlich Opposition machen wollte, indeß nach vielem und heftigem Reden, unter Achselzucken und Kopfschütteln that er schließlich doch das, was die Regierung wollte, was er aber eigentlich nicht wollte. Wir meinen hier zunächst das Abgeordnetenhaus, denn das Herrenhaus, das seinen ultrareaktionären Standpunkt mit ziemlicher Konsequenz festhielt, machte der Regierung schon mehr zu schaffen, freilich auch nicht zum Vortheil des Landes. Das neue Abgeordnetenhaus aber, das seit Herbst ziemlich gewählt wurde, wir sahs sich anlassen wird, das muß die Zukunft lehren. Es zählt überwiegend viele sog. liberale Männer, aber werden sie auch, wie man bei uns in Süddeutschland sagt, Schneide haben, werden sie den Muth, für ihre Ueberzeugung mit Kraft und Ausdauer einzustehen, haben, wenn's gilt? Die Unwahlen gingen unter dem Eindruck der Königsberger Reden allerdings in großer Aufregung vor sich und ließen sich recht freistnnig an; aber bis zu den Abgeordnetenwahlen hatte sich das Feuer schon merklich abgekühlt, es wurde schon viel gesprochen von der unumgänglichen Vorsicht und Rücksicht, und wie fürchten sehr, es wird von dieser Vorsicht und Rücksicht ein vollgerüttes Maß auch mit hinein in den Landtags-Saal gebracht und als starker Dämpfer auf gar manche Forderungen gesetzt werden, die oben nicht genehm sind. König Wilhelm versteht es, durch seine liberalen Minister durchzusetzen, was sein Gewber mit einen reaktionären Ministerium nicht zuwege brachte. Er läßt den Landtag, wenn er ihm ernstlich Widerstand zu leisten Miene macht, in der Perspektive die Möglichkeit sehen, daß die liberalen Minister fortgeschickt und reaktionäre an deren Stelle gesetzt werden; dann fügt er sich schon und beißt in den sauren Apfel, um nur die liberalen Minister zu erhalten. Das Mittel hat bisher sich probat gezeigt; wird's auch in Zukunft wirken? Zur Ehre gereicht's den Männern, die sich dadurch einschüchtern lassen, eben nicht, denn es beweist, daß ihnen der Muth fehlt, einen ernsten, ausdauernden Kampf zu kämpfen; die aber, die es gewissermaßen als ein Recht beanspruchen, daß Preußen an die Spitze Deutschlands trete, die sollten doch auch bedenken, daß man auf diesem Posten Männer braucht, ganze Männer, die wissen, was sie wollen, und das klar Gewollte auch furchtlos anstreben. Wir haben noch das Beker'sche Attentat zu erwähnen, eine That, welche von der öffentlichen Meinung, die sonst gerne geneigt ist, politische Verbrechen milder zu beurtheilen, entschieden verdammt wurde — kein Wunder, da weder die Motive derselben, noch die Art ihrer Ausführung, noch das Benehmen des Thäters nach derselben irgend welche Theilnahme für ihn zu erregen geeignet waren.

Wir kommen zu **Oesterreich**. Auch hier begegnen wir vielfach schwankenden, unklaren, unsertigen Verhältnissen — die Frucht theils zahrelanger Mißregierung, theils der Aufregung von aufwärts und der hiedurch krankhaft gereizten nationalen Empfindlichkeit der verschiedenen Volksstämme; aber wir begegnen auch dem festen Willen der Regierung, Ordnung in dies Chaos zu bringen, und die Staatseinheit gegen alle Trennungs- und Sonderungsgelüste zu wahren. Vor nicht gar langer Zeit konnte man noch an diesem festen Willen zweifeln, konnte zweifeln, ob das Zögern

Digitized by Google

der Regierung aus Vorsicht entspringe, ob aus Ungewißheit, darüber, was zu thun sey; man konnte endlich zweifeln, ob es für damit Ernst sey, auf der fürstlich bezeichneten Bahn des Konstitutionalismus konsequent weiterzuschreiten, oder ob die liberalen Prinzipien, die sie im Drang der Noth proklamirt hatte, nur als vorübergehendes Auskunftsmittel dienen sollten. Die Vergänge des abgelaufenen Jahres aber können jeden billig Denkenden in dieser Hinsicht vollkommen beruhigt haben; namentlich das Verfahren der Regierung gegen Ungarn zeigt doch gewiß unzweideutig, daß sie gesonnen sey, die verfassungsmäßigen Rechte ihrer Völker aufrichtig zu achten, so lang es ihr nicht absolut unmöglich gemacht wird, und daß sie zu Autonahmsmaßregeln erst im äußersten Nothfall sich entschließt, wie unverleitet auch, daß sie mit sicherer Hand überfällt und, wo es gilt, mit Kraft zu handeln weiß. Von Außen hat Oesterreich im vergangenen Jahr Ruhe gehabt; es war das ein großes Glück, da seine Staatsmänner darauf in den Stand gesetzt waren, den schwierigen inneren Fragen ihre volle Aufmerksamkeit zu wenden. Unter diesen aber nahmen die Finanzund die ungarische Frage den ersten Platz ein; von ihrer Lösung hängt mehr oder minder alles Uebrige ab, wie sie selbst wieder unter sich eng verflochten sind; denn so lang Oesterreichs Staatshaushalt nicht gründlich geregelt, das Verhältniß des Staatsschatzes zur Bank wieder auf gesunde Grundlagen zurückgeführt und die Valuta in Klarheit und nachhaltig gefestiget ist, so lang wird der Nationalwohlstand siegen, so lang wird es der Regierung auch an dem nervus rerum fehlen, der unerläßlich ist sowohl zu durchgreifenden Reformen im Innern, wie um nach Außen mit jenem Nachdruck auftreten zu können, den das Ansehen des Staates erheischt. Die Finanzfrage aber läßt sich definitiv nicht lösen, so lang es nicht entschieden ist, in welchem Verhältniß Ungarn zum Gesammtstaat tritt, in welchem Maß es an den Lasten desselben betheiligt. Daher die dringende Nothwendigkeit für die Regierung, diese Frage einmal mit Ungarn in's Reine zu kommen. Die Beherrschung, daß die Mehrheit eines Landes durch die Minderheit terrorisirt werde, ist durch wiederholten Nachdruck in Verruf gekommen. Was aber Ungarn betrifft, so zeigen die aller Welt vor Augen liegenden Thatsachen unwidersprechlich, daß dies einmal wirklich der Fall gewesen sey. Als die Magyaren durch das Diplom vom 20. Oktober 1860 zur Selbstverwaltung berufen wurden, traten, wie das wohl überall in ähnlichen Fällen geschieht, die unternehmendsten Männer an die Spitze, und die Emigration übte einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse aus. Sie stellte italienische und französische Unterstützung in Aussicht, und selbst Diejenigen, welche von auslänbischer Einmischung nichts wissen wollten, glaubten doch, diese Aussichten als ein Mittel benutzen zu können, um von der Krone jedes beliebige Zugeständniß zu erzwingen. Der Bauernadel, der in den Komitatsversammlungen durch seine Zahl herrscht, wurde schon allein durch den Beschluß der Steuerverweigerung gewonnen; und ganz besonders hatte es jene verlierenden Vorrechte, namentlich die Steuerfreiheit wieder zu erlangen. Daher gab er auch bei den Landtagswahlen entschieden seine Stimme, die ihm mit solchen Zusicherungen schmeichelten. Graf Zichy, welcher die Lage recht am volksthümlichen überhaupt erkannte, auch auerkannt das Chimärische der Erwartungen, die er selbst angeregt hatte, und gab sich den Tod. Dennoch rollte die einmal in Bewegung gerathene Lawine noch längere Zeit fort. Erst als nach dem Schlusse des Landtags die Ueberzeugung sich Bahn brach, daß man auf dem besten Wege sey, alle politischen Rechte zu verschergen und alle nationalen Interessen zu verletzen, mehrte sich die Zahl Derjenigen, welche darum dachten, ihren Frieden mit der Regierung zu schließen. Noch aber befanden sich die heftigsten Männer in der einflußreichen Aemtern, und sie waren viel zu weit gegangen, um der Regierung noch den Glauben an eine Sinnesänderung und ein wirkliches Bestreben einflößen zu können. Die große Mehrheit aber, welche die verfassungsmäßigen Rechte Ungarns sicher stellen wollte und zu einem Uebereinkommen auf der Basis der Februarverfassung (d. h. der Reichseinheit) bereit war, trostlose nun ihre Unterhandlungen in Wien, wo sie bei größten Bereitwilligkeit begegneten. Erst als das Einverständniß gewonnen war, übernahm Graf Moriz Palffy das Ruder des Statthalteiras von Ungarn. Die äußeren Erscheinungen welche seitdem in schneller Folge zu Tage traten, überraschen nur Diejenigen welche nicht hinter die Gardine geblickt haben. Wenn man aber die Dinge unbefangen betrachtet, wird man gewahr werden, daß alle Aeußerungen im Einklange mit dem Thatsächlichen stehen. Die Formen der Komitatsverfassung und des gesammten inneren Organismus werden genau beobachtet. Nur unter dieser Voraussetzung haben die angesehensten Männer des Landes ihre Mitwirkung zur Neugestaltung Ungarns angeboten. Es sind blos die Augen der Blöden, welche sich weit aufsperren, wenn sie plötzlich sehen, daß der Regierung unter den magyarischen Staatsmännern und Beamten die weiteste Auswahl zu Gebote steht, um alle Stellen zu besetzen, und sie nicht nöthig hat, deutsche Beamte nach Ungarn zu schicken. Es geschieht nicht aus Servilismus, daß Magyaren in so großer Zahl ihre Dienste anbieten; es sind nicht Stellenjäger, welche dies thun, sondern vorübergehend angesehene, unabhängige Männer, welche in das Amt treten. Sie dienen der Regierung nicht als willenlose Werkzeuge; es geschieht, um die Landesverfassung auf den vereinbarten Grundlagen ins Leben zu führen. Auch die Competenz der Militärgerichte für Staatsverbrechen in dieser Zeitung ist auf ihren Betrieb eingeräumt worden, um sich jenachdt in ihren Stellen ruhig befestigen zu können. Die Septemvirallisten — der höchste Gerichtshof — hat in ihrer Mehrzahl die Versicherung der Unterthanentreue und der Uebereinstimmung mit der Radetzkyan Behandlung der ungarischen Angelegenheiten ausgesprochen. Nach dem Allen darf auch die große und sich beständig mehrende Zahl der Zustimmungsadressen nicht Wunder nehmen, welche der neue Statthalter empfängt. Aus denjenigen dieser Adressen, welche zur Oeffentlichkeit gelangen, kann man ersehen, daß obige Auffassung von der Lage der Dinge in Ungarn von den einsichtigeren und besonnenen Magyaren selbst getheilt wird. Uns so ist denn zu hoffen, daß Ruhe und Ordnung bald wieder im Land herrschen, daß die mehr und mehr wiederkehrende Besonnenheit und Einsicht es möglich machen, die Stellung Ungarns zum Gesammtstaat in einer Weise zu regeln, die den Anforderungen und Interessen beider entspricht. Dann wird auch hoffentlich die Lösung der Finanzfrage nicht ausbleiben, und auch durch die neuen Militäreinlagen, die die Regierung an den Reichsrath zur Genehmigung gebracht hat, wird der Fortgang der Dinge im nothwendigen zusammengehörigen Interim nicht herausgetrieben ist, in welchem sie leider schon so lange schwebt.

Es gibt einen anderen Staat, dem die gründliche Ordnung seiner Finanzen nicht minder Noth thäte, als dem österreichischen, wenn gleich die Folgen der tollen Wirthschaft, die dort nun seit Jahren in unheimlichem Leichtsinn geführt wird, noch nicht so grell hervorgetreten sind — wir meinen **Frankreich**. Ausbleiben werden sie aber sicher nicht, und daß sie furchtbar zerstörend sich erweisen werden, das läßt sich aus dem abnehmen, was jetzt schon offiziell eingestanden wird. Es gibt eine alte Denkschrift, die, ihres Werthes bewußt, ihren geraben Weg geht, unbekümmert um das Urtheil der Welt; es gibt aber auch eine schwindelsüchtige Unverschämtheit, die da sagt: „Denkt von mir, was ihr wollt, wenn ihr euch nur einer Sache ablachen sagt." Und diese Unverschämtheit des Schwindels führt jetzt in Frankreich das Regiment. Den sprechendsten Thatsachen, den schlagendsten Ziffern zum Trotz mußten wir Jahr für Jahr von der napoleonischen Regierung die Versicherung hören, das Gleichgewicht im Budget sey hergestellt; noch im vorigen Frühjahr, als der Kaiser die Sitzung des gesetzgebenden Körpers eröffnete, rühmte er sich: „Unterm mir die Zölle auf Robstoffe herabgesetzt, den Handelsvertrag mit England abgeschlossen u. s. w., haben wir auf 90 Millionen Fres. jährliche Einkünfte verzichten müssen, und dennoch wird das Budget Ihnen im Gleichgewicht vorgelegt werden, ohne daß es nöthig gewesen wäre, zur Schaffung neuer Auflagen oder zum Creditmittel Zuflucht zu nehmen, ganz so, wie ich Ihnen dieß im vorigen Jahre angezeigt habe." Und im November, bevor noch 10 Monate seitdem vergangen waren, gesteht Rouher ein Defizit von mehr als 1000 Millionen Fres. ein! Daß es da ist, darüber wundern wir uns nicht, staunen muß man nur über die freche Stirn, mit der es eingestanden wird, nachdem es kurz zuvor geläugnet worden war. Und wird man nun an's Sparen denken, wird man eine andere Wirthschaft anfangen, wird man jene Aenderungen im Staatshaushalt wirklich, ehrlich, nachhaltig durchführen, welche allein als unerläßlich bezeichnet, und welche der Kaiser verheißen hat? Wir glauben es nicht; schon zu oft hat Napoleon III. geschickte Prinzipien proklamirt, nicht um sie in der That zur bauernden Richtschnur seiner Handlungen zu nehmen, sondern als bloße Auskunftsmittel, um augenblicklich über diese oder jene Verlegenheit hinwegzukommen. So war's um den mancherlei sogenannten Verfassungsänderungen, durch welche dem französischen Volk angeblich mehr Freiheit eingeräumt werden sollte, so mit den vielgerühmten Erleichterungen der Presse durch die Dekrete vom 24. November 1860, so mit einer Menge anderer Maßregeln, die mit großem Pomp angekündigt wurden, während hinterrücks dennoch Alles beim Alten blieb; so wird's auch mit dem Sündenbekenntniß und Besserungsversprechen vom 12. Novbr. gehen. Ja nur erst das neue Anlehen herbeigeschafft, das die Lücken des Staats-

Digitized by Google

sächsels einigermaßen ausfüllen soll, so wird ganz im alten Styl fortgewirthschaftet werden, darauf kann man sich verlassen." Wie lange freilich das gut thun soll, ist eine andere Frage; brechen nun einmal das Gebäude von Lug und Schein, und kann wird es Viele, sehr Viele in jenem Sturz mit hinreißen. Doch nicht aus dem Finanzwesen allein erwachsen dem napoleonischen Kaiserthum die Gefahren seines Bestandes, sie erheben ihm auch von anderer Seite ihre Keime. Keine Regierung, und wenn sie sich auch anschmeicheln blos auf die Gewalt der Bajonnette stützt, kann sich auf die Dauer halten, wenn sie nicht die öffentliche Meinung des Landes in einem gewissen Maß für sich hat. Auch die Regierung Napoleons III. fand eine zum wenigsten passive Stütze in der öffentlichen Meinung Frankreichs zur Zeit des 2. Dezember 1851 und noch eine gute Weile danach, als aus Furcht vor der rothen Republik alle Klassen der Besitzenden um die Gesellschaft sich thun in die Arme warfen. Aber seitdem sind jetzt Jahre vergangen, die Gefahr, vor der man damals floh, droht nicht mehr zu unmittelbarer Nähe, die Leute haben Zeit gehabt, sich von ihrem Schrecken zu erholen, den Ketter kennen zu lernen und sich die Frage vorzulegen, ob seine Hülfe nicht gar zu theuer erkauft sei. Die Gesellschaft steht jetzt auf dem Kriegsfuß gegen ihn, und nur durch sein schlaues, gelehrtes Manövriren, indem er sie bald besänftigt, bald ihr den Daumen aufs Auge drückt, hat er bisher noch den offenen Ausbruch des Kampfes zu verhüten gewußt. Die gebildeten Klassen überhaupt, die solide Bürgerstand werden sich mehr und mehr von ihm ab; sie haben nur zu gut erkannt, daß der Bonapartismus jeder freien geistigen Regung grundsätzlich feind ist, daß er keine selbständigen Männer, sondern nur Maschinen, nur blinden Gehorsam will und duldet. Noch schweigen diese Klassen, noch ist ihr Widerstand nicht organisirt; aber es wird der Tag kommen, wo sie sich wieder aufraffen, und dann wird ihnen auch die Fahne nicht fehlen, um die sie sich schaaren. Der Prinz von Aumale hat durch seine berühmte Flugschrift dafür gesorgt, daß Frankreich die Orleans im Gedächtnisse behalte, daß es wisse, wem hin es seine Blicke zu richten hat, wenn es eines Führers bedarf. Die Worte, womit er seine Anklage gegen die Napoleoniden schließt: „Ihr, die ihr mit der Ausnutzung des Glücks und mit der unverschämtesten Ergebung unbarmherzig Hingerichtigkeit jene alten Gleichheiten bekannt, welche lange Zeit über eine hochherzige Nation geherrscht haben, und welche sich von der Fluth der Revolution bald zurückgeworfen, bald zurückgeführt, endlich mit ihrer Freiheit; wir sind mit ihrer Größe verbunden! hatten; ihr, die ihr die aufgehäufte Frucht so vieler Arbeiten, so vieler Weisheit und so vielen Ruhmes genießt, und die ihr dieselbe täglich in Gefahr bringt: wisset wohl, daß, wenn ihr die schlechten Pfade nicht verlaßt, in welche ihr euch so sicl eingelassen habt, man dann nicht den Bourbonen, noch den Orleans, denen man wenigstens niemals einen solchen Vorwurf machen konnte, — daß man an euch und die Eurigen die Worte eines Orakels an das Directorium ergehen lassen könnte: „Was habt ihr aus Frankreich gemacht?" — diese inhaltsschweren Worte werden eines Tags furchtbar widerhallen, von einem Ende Frankreichs zum andern, und die, welche die Frage angeht, mögen sich dann glücklich preisen, wenn sie in der Lage sind, darauf nicht unmittelbar Rede stehen zu müssen.

Wie wenden uns zu **Großbritannien**, dem Kamen nach immer noch der Verbündete Frankreichs, in Wahrheit sein mißtrauischer Nachbar, das Ziel, erfüllt mit Eifersucht und thatlicher Feindschaft, die nur mühsam verhüllt wird durch schöne Worte und freundliche Formen. Beide Theile wissen recht gut, was sie von dieser Freundschaft zu halten haben; aber Napoleon ist klug, er ist gewitzigt durch das Schicksal seines Oheims und sucht, so lang sich nur irgend thun läßt, den Kampf mit England zu vermeiden, dessen Ausgang höchst zweifelhaft wäre. Er hat es darum für besser gefunden, sich an England anzuschließen, als Verbündeter es überall zu begleiten, wo eine halbwegs bedeutende Unternehmung in Aussicht steht, und in dieser Rolle es zu verstehen, sogar von für sich allein einen ausschließlichen Einfluß oder einen überwiegenden Vortheil zu erlangen, der Französisch Interessen trennen könnte. In dieser Eigenschaft und Absicht betrand er sich mit England zum Krimkrieg, und dann zu der Expedition gegen Neapel, selbst zum Kriege gegen China und neuerlich wieder zu der Expedition gegen Mexiko. Wo es aber nicht möglich ist, als Verbündeter sich thun zu einer Unternehmung aufzuthürmen, da sucht er gern den Vermittler zu spielen, um Zwischenfällen vorzubeugen, die ihn möglicherweise wider seinen Willen zwingen könnten, den friedlichen Verbündeten die Zähne zu weisen. Ein solcher Fall ist der Zwist Englands mit Nordamerika wegen des „Trent". Napoleon suchte auch da anfangs den Vermittler zu spielen, als aber das englische Kabinet sich seine Einmischung höflich verbat, nahm er das gar nicht übel, sondern stellte sich gleich auf Englands Seite, um ja nicht die Gelegenheit zu verlieren, später einmal sich thun wieder anfreunden zu können. Zu diesen politischen Beziehungen Englands zu Frankreich ist nun der vielbesprochene Handelsvertrag hinzugekommen, welcher am 1. Oktober 1861 ins Leben trat, und der zugleich von der Aufhebung der Papiersteuer in England begleitet war, wodurch die englische Presse von ihrer letzten Fessel befreit wurde. Von allen legislativen Maßregeln des letzten Jahrzehents hat keine einzige so tief und umgestaltend in die inneren Verhältnisse Englands und in die Parteiverhältnisse der Nation eingegriffen, als gerade jener Handelsvertrag und die Aufhebung der Papiersteuer, und zwar so weit von Mißgriff ist es nicht gewesen, wohl gegen ihren eigenen Vortheil, als wegen der großen Prinzipien und Interessen, die durch eine zufällige Verknüpfung von Umständen der innern und äußern Politik mit den beiden Fragen in Verbindung gebracht wurden. Was den Handelsvertrag betrifft, so sind wenigstens die politischen Hoffnungen, die man von manchen Seiten auf ihn setzte, vollständig fehlgeschlagen. Er hat nicht dazu gedient, die Bande der Freundschaft zwischen England und Frankreich enger zu ziehen, wie er nach der Thronrede des vergangenen Jahres thun sollte; Engländer und Franzosen sind heute schlechtere Nachbarn, als sie vor einem Jahre waren. England hat materiell durch denselben auch keine besonderen Zugeständnisse an Frankreich gemacht, da es ohnehin durch seine Gesetzgebung das Freihandels-System jetzt vollständig angenommen hat, während hingegen der französischen, seither durch enorme Schutzzölle verzärtelten Industrie nun auf einmal die Aufgabe gestellt ist, die Konkurrenz mit der englischen auszuhalten, was ihr schwer genug werden dürfte. Abgesehen von diesem Ereigniß auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ist für Großbritannien innere Verhältnisse das Jahr 1861 ohne sonstige namhafte Neuerungen — die soziale Reformfrage ausgenommen — welche zu Anfang des August zu Ende ging, trägt als Hauptmerkmal die Inhaltslosigkeit. Das amtliche Programm der Thronrede, womit sie am 5. Febr. eröffnet wurde, versprach sehr wenig neue Maßregeln, aber die Ausführung ist selbst hinter diesen bescheidenen Verheißungen zurückgeblieben. Seit einer Reihe von Jahren war es die erste Session, in der von leiter Parlamentsreform die Rede, also recht viel Zeit zu anderer Thätigkeit übrig war; trotzdem hat das parlamentarische Jahr sich durch eine seltene Unfruchtbarkeit ausgezeichnet. Von großer Wichtigkeit waren bloß die von Sir C. Wood eingebrachten finanziellen Reformen, aber das Parlament hat mit ihnen wenig zu schaffen. Ein Unterhaus gingen sie fast ohne Debatte durch, und Lord Ellenborough's scharfsinnige Kommentare verwochten das Haus der Lords nicht zu einem Verwerfungsantrag zu ermuthigen. Es ist eben unmöglich, die Aufmerksamkeit des Parlaments auf einen Gegenstand zu lenken, zu dessen Erörterung fast alle Mitglieder sich unbefähigt fühlen. Von den wenigen Mitgliedern, die sich einer genauern Kenntniß des Details rühmen, gehören nur einer oder zwei über das Gebiet des Hauses. In der Regel verlassen sich daher die Gemeinen auf die Urtheil des betreffenden Staatssekretärs, namentlich wenn seine Ansicht von der des Generalzuversicht unterstützt wird. Sehr viele Zeit hingegen verwandte das Parlament auf die Besprechung auswärtiger Angelegenheiten; doch kann man nicht sagen, daß dieselben dadurch wesentlich gefördert worden wären; nach vielen und langen Reden war die Antwort der Minister regelmäßig, daß die Dinge noch in der Schwebe seyen, daß man vorsichtig handeln müsse, nichts übereilen dürfe u. dgl., und dabei mußten sich denn die Herren vom Unter- und vom Oberhause auch beruhigen, da sie wohl einsahen, daß sie den Gang der Dinge doch nicht ändern noch beschleunigen konnten.

Ein merkwürdiges Schauspiel bietet **Rußland** dar, dieses Rußland, an dem die Fortschrittsbestrebungen des Westen, die politischen Zuckungen, von denen daß der eine daß der andere der europäischen Staaten ergriffen wurde, bislang spurlos vorübergegangen zu sein schienen. Uns jetzt gährt es auch dort in allen Theilen des weiten Reichs, und diese Bewegung ist um so seltsamer, als die Haupturache der Verdrossenheit darüber, daß der großen Mehrheit noch auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe steht und in tiefem Dunkel bisher unter dem Drucke der Leibeigenschaft gehalt gehalten worden ist. Denn vor allen zu fürchten ist der Sklave, wenn er die Kette bricht. Die Bewegung in Rußland ist, von dem polnischen Antheil abgesehen, eine doppelte: politisch in den gebildeten Kreisen, und sozial in dem bisher unfreien Bauernstande. Dort will man eine Verfassung, hier Freiheit von allen Leistungen gegen die bisherigen Herren. Die letztere Richtung verstärkt die

Digitized by Google

erstere dadurch, daß sie den Grundadel, welcher durch die Ablösung der Leibeigenschaft schwere Einbußen erleidet, der Partei der Unzufriedenen zuführt. Zu den bedenklichen Symptomen gehört auch die Erscheinung, daß auch in der Armee sich unzufriedene Elemente finden, wie dies bei den jüngsten Studentenunruhen deutlich hervorgetreten ist. Es muß in Rußland wird gekommen seyn, wenn es wahr ist, was behauptet wird, daß die Loslassungsbestrebungen der Polen sich unter den Russen selbst vielfacher Sympathien erfreuen. Auf den weiteren Gang der neuen ungeordneten Bewegung, in welche die inneren Verhältnisse Rußlands jetzt auf einmal gerathen sind, wird entschieden der weiche Charakter des Kaisers Alexander II., der so gern alle erkannten Mißstände abstellen, alle billigen Wünsche befriedigen und womöglich alle Schwierigkeiten in Güte lösen möchte, von wesentlichem Einfluß seyn. Es hat sich diese Seite seines Charakters in der Art bewährt, wie er die Freilassung der Leibeigenen anbahnte, bei der er dem betheiligten Adel ein ausgedehntes Vorschlagsrecht und einen weiten Spielraum des Mitwirkens einräumte, ein Zugeständniß, das vielfach mißbraucht und zur Hemmung des Werkes benutzt wurde, wenn gleich andererseits der daraus entspringende Gewinn klarerer Einsicht in die Natur der betreffenden Verhältnisse auch nicht gering anzuschlagen ist. Jener Charakterzug des Kaisers war auch maßgebend für die russischen Behörden in Polen, welche die dort seit dem Frühjahr hervorgetretenen Auflehnungsgelüste anfangs mit einer Nachsicht und Milde behandelten, die an Schwäche gränzte und jedenfalls von den Polen als solche gedeutet wurde. Doch in dem einen wie in dem andern Fall hat der Kaiser bei aller Weichheit seines Gemüths und trotz seiner Abneigung gegen Gewaltmaßregeln doch sein Ziel unverrückt im Auge behalten, und, wenn er auch entgegengesetzten Ansichten und Wünschen nicht von vornherein absolutes Stillschweigen auferlegte, doch schließlich die Zügel sich nicht aus den Händen reißen lassen. Es ist daher zu hoffen, daß auch in Zukunft es ihm gelingen wird, die soziale und politische Bewegung, in die Rußland jetzt eingetreten ist, vor Abwegen zu bewahren und auf wohl benutzte Bahnen zu leiten. In Finnland ist der Anfang hiezu bereits gemacht durch die Einberufung des Landtages, der am 20. Januar (alten Style) 1862; ebenso in Polen durch die neue Zusammensetzung des Staatsraths und Einführung von Stadt-, Kreis- und Gouvernial-Räthen. Die Polen thäten unsres Bedünkens gut daran, diese Reformen als Grundlage weiterer Verbesserungen aufrichtig zu benutzen, statt ihre Kräfte in Aufruhrversuchen unnütz zu vergeuden. Sie hatten unstreitig viel zu klagen, aber die Art, wie sie bisher Abhülfe ihrer Beschwerde suchten, hat ihnen die Sympathie Europa's entfremdet, hat auf's neue und auf's schlagendste den Beweis geliefert, daß sie eben zu dem, was ihre vonangehenden Führer anstrebten — wieder einen selbständigen polnischen Staat zu schaffen — recht unreif sind.

Rußlands Nachbar im Süden, die **Türkei**, hat im vergangenen Jahr einen neuen Herrscher erhalten. Sultan Abdul Medschid, der 31. Fürst vom Stamme Osmans, der 28., seitdem das Kreuz auf der Sophienkirche dem Halbmond wich, wurde nach einer 22jährigen, an trüben Erfahrungen reichen Regierung zu seinen Vätern versammelt, und es bestieg an seiner Statt den Thron des siechen Reiches sein Bruder Abdul Aziz. Wie es so oft zu geschehen pflegt, wurden große Hoffnungen auf Reformen aller Art an diesen Regierungswechsel geknüpft; Einiges ist auch geschehen, aber in der Hauptsache ist doch Alles beim Alten geblieben. Abdul Aziz wird so wenig, wie sein Vorgänger, den Verfall des türkischen Reiches aufhalten; die Verhältnisse sind mächtiger, als ein einzelner Mann, und wenn er den besten Willen, die ausdauernste Thatkraft hätte; er kann die Menschen nicht ändern, er muß sie nehmen, wie sie sind. So hat denn auch in diesem Jahr der Zersetzungsprozeß des osmanischen Reichs merkliche Fortschritte gemacht. Fürst Cuza hat es endlich durchgesetzt, daß die Pforte in die Vereinigung der Moldau und Wallachei willigte — freilich nur auf seine Lebenszeit; doch dieser Vorbehalt bedeutet wenig, da er ja Zeit genug hatte, dafür zu sorgen, daß er illusorisch ist an dem Tag, wo von demselben Gebrauch gemacht werden soll. Die Donaufürstenthümer, in einer Hand vereint, sind so gut wie losgelöst von dem Reich des Sultans, gehören nur noch dem Namen nach dazu; ihr Fürst wird es mit der Türkei halten, so lang es ihm nützlich dünkt, und mit Rußland, wenn es von dort mehr zu erwarten hat. Der Fürst von Serbien erstrebt gleichfalls eine unabhängigere Stellung; einen Theil seiner Forderungen hat er auch schon in Konstantinopel durchgesetzt, und bei einiger Ausdauer glückt es ihm wohl noch mit dem Rest. Bedenkliche Aufstände sind in zwei verschiedenen Theilen von Bosnien ausgebrochen: in dem nordöstlichen, der sog. Krajna, hatte sich die muselmannische Bevölkerung, erbittert durch die Bedrückungen der türkischen Beamten, erhoben, um mit bewaffneter Hand ihren Beschwerden Nachdruck zu geben; Osman Pascha, der mit einem Armeekorps dahin entsandt war, brachte einen gütlichen Ausgleich zu Stande, indem er den Insurgenten Abhülfe ihrer gerechten Klagen zusagte. Weit gefährlicher und ausgedehnter ist der Aufstand der christlichen Bevölkerung im südwestlichen Theil Bosniens, der Herzegowina, unter Luka Vukalovich. Dort hat Omer Pascha eine keineswegs leichte Aufgabe, die ihm noch erschwert wird durch die beständige Einmischung der Großmächtigen der europäischen Großmächte. Diese haben vergeblich eine Vermittlung zwischen der Pforte und den Aufständischen zu erzielen versucht, sind aber doch immer wieder bei der Hand darein zu reden, wenn Omer Pascha irgend einen entscheidenden Streich zu führen im Begriff steht. Das ist die Frucht des Pariser Friedens v. 1856; nicht mehr blos diese oder jene einzelne Großmacht legt sich in's Mittel, sobald der Sultan einen Zwist mit den Christen in irgend einem Theil seines Reiches auszutragen hat, sondern alle sechs (Italien mitgerechnet) kommen sie jetzt mit guten Rathschlägen, mit Abmahnungen und Wünschen, und wollen alle gehört seyn. Daß ein Reich, welches solcher Zumuthungen sich nicht zu erwehren vermag, auf die Länge auch nicht mehr bestehen kann, ist klar.

Von diesem Staat, der seiner Auflösung immer näher rückt, wenden wir uns zu einem andern, der erst in neuester Zeit geschaffen wurde — zu dem Königreich **Italien**. Ob es zusammenhalten wird, wer möchte die Frage bejahen, wer sie verneinen Angesichts der widerstreitenden Elemente, die gegenwärtig in Italien um die Oberhand ringen — ganz abgesehen von der Einmischung des Auslands, die trotz des vielgepriesenen Prinzips der Nicht-Intervention über kurz oder lang wahrscheinlich doch wieder eintreten wird? Die Kämpen der Einheit Italiens sind zahlreich, voll Thatkraft, opferbereit, zählen höchst begabte Männer zu den Ihrigen und erfreuen sich der Sympathien nicht blos der Liberalen Italiens, sondern auch eines großen Theils von Europa; das muß Jedermann, welcher politischen Richtung er auch angehören mag, zugestehen. Zwar Cavour, ihr Meister, der weitaus alle andern an diplomatischer Geschicklichkeit wie an Willens- und Arbeitskraft überragte, Cavour mußte scheiden, als von dem Werk, das die Aufgabe seines Lebens bildete, kaum mehr als die Grundlage recht fertig, alles Uebrige nur erst nothdürftig zusammengezimmert war; seinem Nachfolger in der Präsidentschaft des Ministeriums, dem Toskaner Ricasoli, geht die geniale Schöpferkraft Cavours wie dessen Freiheit und Weltkenntniß ab; er ist ein tüchtiger, schroffer Mann, zwar von gleichem Feuereifer für die Sache Italiens beseelt, aber durch sein hochfahrendes, unnachgiebiges Wesen oft gewaltig anstoßend bei Untergebenen sowohl wie bei Gleich- und Höhergestellten. Daß ein solcher Mann, bei allem sonstigen Talent, manchmal bedeutende Mißgriffe macht und der von ihm vertretenen Sache beim besten Willen mitunter noch empfindlich schaden kann, zumal wenn ihm gegenüber nach dem Sprichwort „auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil" gehandelt wird, ist begreiflich. Aber man muß den Italienern von heute zu ihrem Lob nachsagen, daß sie die Tugend der Selbstverläugnung in hohem Grad besitzen, daß sie es vermögen, um der Sache willen ihre persönlichen Zu- oder Abneigungen mehr zurückzudrängen, als wir es bei manchem andern Volk finden. Wie Deutsche besonders können uns ein Beispiel daran nehmen. So lange Cavour lebte, hatten die politischen Interpellationen im Parlament kein Ende, und die Mehrheit gab ihre Voten nur unter dem Eindruck fangwieriger und ermüdender Debatten. Nach dem Tode Cavours wurde die Kammer durch die Gefahr, die ihr in dem Zeitverluste und in der Auflösung der Lebenskräften lag, zu besserer Einsicht gebracht, und die Rothwendigkeit, schnell, ruhig und so viel als möglich einstimmig mit den Geschäften fertigkommen, leuchtete Jedem so ein, daß selbst die Oppositionen es nicht wagte, zu weit und heftig gegen eine solche Ueberzeugung aufzutreten. Unter andern Umständen wäre eine starke Opposition gegen ein Ministerium Ricasoli unvermeidlich gewesen. Gegenüber den Gefahren, welche die geringste prinzipielle Uneinigkeit in dem neuen italienischen Parlamente mit sich gebracht hätte, verstummte die eigentliche konstitutionelle Opposition und nahm sogar an der Regierung Theil; es ist augenscheinlich, daß einige von den jetzigen Ministern zu einer solchen Opposition die Hand gereicht haben würden, wenn nicht die Einsicht einer höheren Rothwendigkeit sie zurückgehalten hätte. Aber nicht alle Gefahren, die dem Bestand des jungen Staats drohen, sind durch Selbstverläugnung und Einigkeit — wenn diese selbst auf die Dauer ungeschwächt nach-

Digitized by Google

halten sollten — ohne weiteres zu bejahen. Der Aufstand in Neapel, die Unzufriedenheit in andern Provinzen, die Feindschaft Oesterreichs, das die neue Ordnung der Dinge noch nicht anerkannt hat, die vertriebenen Fürsten, die bereit sind, jede Gelegenheit zur Rückkehr zu ergreifen, der Papst, der von Turin aus auch in seinem letzten Bedeutsamkeit verloren hat, Frankreich endlich, das einen einzigen Italien im Wahrheit nie gewogen sein kann; endlich die sog. Aktionspartei, welche von der Regierung bisher zwar noch im Zaum gehalten wurde, die aber fort und fort zu einem Kriegszug nach Venetien, zu einem Hauptstreich gegen Rom drängt — wahrlich mehr als genug, um der Regierung eines aus so verschiedenartigen Theilen neu gebildeten Staats vollauf zu schaffen zu machen und ihr unter Umständen ernste Gefahren zu bereiten. Bis jetzt sind die italienischen Staatsmänner der Schwierigkeiten ihrer Lage Meister geworden; sie werden aber viel Geschick und noch mehr Glück haben müssen, um es auch in Zukunft zu bleiben.

Spanien erhoft sich unter dem Ministerium O'Donnell mehr und mehr von den Wunden, welche ihm der Bürgerkrieg und die darauf folgenden unseligen Parteikämpfe schlugen. Nicht mehr durch innere Zwistigkeiten geschwächt, hat es bereits wieder die Kraft gewonnen, nach Außen unternehmend und mit Kraft aufzutreten. Sie konnte es z. B. in den glücklichen Krieg gegen Marokko führen, in d. J. 1861 die Gelegenheit ergreifen, die eine Hälfte der Insel Hayti, die sog. dominikanische Republik, unter Zustimmung der Bevölkerung sich wieder einzuverleiben, endlich im Verein mit England und Frankreich eine Expedition gegen Mexiko abzusenden, um Genugthuung für die vielfachen Unbilden zu erlangen, welche die dort wohnenden Angehörigen auswärtiger Staaten zu erleiden hatten. In Loja und einigen anderen Orten der Provinz Andalusien wurde die Ruhe durch einen sozialistischen Aufstand auf kurze Zeit gestört, der jedoch bald durch die königlichen Truppen unterdrückt wurde, ohne daß die Regierung zu weiteren außerordentlichen Maßregeln hätte greifen müssen. Die Anführer wurden den ordentlichen Gerichten zur Bestrafung übergeben.

Portugal verlor seinen jungen König Don Pedro II., nachdem er kaum das 24. Lebensjahr überschritten, und sechs Jahre persönlich die Regierung geführt hatte. Das Land erstreute sich unter seiner Herrschaft aller Segnungen konstitutioneller Freiheit und erhoffe sich unter seiner schirmenden Obsorge mehr und mehr von der finanziellen Zerrüttung, in die es durch die früheren Parteikämpfe gerathen war. Wie war denn die Trauer um seinen Fürsten eine allgemeine und tief und aufrichtig gefühlte. Sein Bruder Don Luis, der ihm auf dem Thron nachgefolgt ist, hat versprochen, an den konstitutionellen Grundsätzen seines Vorgängers ehrlich festhalten zu wollen.

In **Belgien** haben sich Regierung und Kammern vielfach mit Verbesserung der inneren Zustände des Landes beschäftigt, was jedoch für das Ausland im Allgemeinen von wenig Interesse ist; namentlich hat das im Oktober neu gebildete Ministerium eine Reihe nicht unwichtiger Reformen im Justiz-, im Steuer- und Zollwesen auf sein Programm geschrieben. Mehr Bedeutung für das Ausland hat die neuerlich angeregte Ablösung des Scheldezolls. Der Anstoß dazu ist von der belgischen Regierung selbst ausgegangen, welche in Folge besonderer vertragsmäßiger Verhältnisse, die hier näher zu erörtern der Raum nicht erlaubt, in den letzten Jahren von diesem Zoll immer weniger reelle Einnahme erzielte. Sie hielt es daher für passend, bei Zeiten auf eine vortheilhafte Ablösung des Zolls zu denken, und hat im vergangenen November eine Denkschrift hierüber an die bedeutendsten Handelsstaaten gerichtet. Das Ablösungskapital ist darin auf 47 Mill. Frcs. angesetzt. Es läßt sich schwer voraussagen, ob es der belgischen Regierung gelingen wird, ihren Zweck zu erreichen. Leicht wird es nicht sein, wenn man die Größe des aufzubringenden Ablösungs-Kapitals in Betracht zieht.

Die Regierung der **Niederlande** kann sich mit Recht rühmen, durch einen musterhaften Staatshaushalt das Land von den Folgen der schlimmen Finanzwirthschaft früherer Jahre mehr und mehr zu entlasten; sie konnte den Kammern auch in diesem Jahr wieder die Mittel zur Einlösung von 3 Millionen Gulden Staatsschulden bieten. Uebrigens hat das neue Kabinet, das im April mit folgendem Programm „im Innern liberale Entwicklung des constitutionellen Systems; in der Kolonialpolitik keine Sprünge, sondern schrittweise Umgestaltung des von dem Ministerium Rochussen befolgten Systems im liberalen Sinne" vor die Generalstaaten trat, im Verlauf des Jahres vielfache Angriffe erdulden müssen; der Minister des Aeußern Zuylen van Nievelt mußte sogar abtreten, weil er im Widerspruch mit obigem Programm die Durchführung liberaler Prinzipien in der Kolonialpolitik zu hintertreiben suchte und sich dadurch arg compromittirte. Auch der Minister des Innern und der Finanzminister waren die Zielscheibe heftiger Angriffe in den Kammern, und erst in den letzten Tagen hat die zweite Kammer dem gesammten Ministerium ein förmliches Mißtrauensvotum gegeben. Es muß jedoch bemerkt werden, daß, wie die Dinge jetzt stehen, doch immer nur wieder ein liberales Ministerium an die Stelle des jetzigen treten könnte; der politische Kampf, der das Land schon seit Jahren in Athem erhält, dreht sich eben nicht um Prinzipien, sondern größtentheils um Personen-Fragen.

In der Jahresgeschichte des Königreichs **Dänemark** trat ein Ereigniß hervor, dessen Bedeutung anfangs in Deutschland viel zu wenig gewürdigt wurde — der Eintritt Orla Lehmann's in's Ministerium. Und doch war die Berufung Lehmann's vielleicht der bedeutsamste politische Akt, der in den ganzen letzten 10 Jahren in der Geschichte Dänemarks stattgehabt hat; sie kündigte eine entschiedene, vielleicht verhängnißvolle Wendung an; sie zeigte, daß während man bisher mit der „Kampf-Verfassung" und dem „Kampf-Parlamente", diesen lächerlichen Mißgeburten von 1858, mehr Possen trieb, es nunmehr mit dem Bestreben, ein neues Staatswesen zu begründen, Ernst machen wollte. Es sollte sich zeigen, daß die Regierung sich aller Verpflichtungen, die sie mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, hinter die man sich noch immer dem „Schleswig-Holsteinismus" gegenüber wie hinter ein unantastbares Eigenthum flüchtet, übernommen, entladen und entledigt erklären und die Losung „Bruch mit der Vergangenheit" zu der ihrigen machen wolle. Allerdings hat das jetzige Kabinet wohl niemals die ernste Absicht gehabt, diese Verpflichtungen aufrichtig und unumwunden anzuerkennen, und noch weniger, ihnen auch thatsächlich nachzukommen; aber früher gab es sich doch wenigstens den äußeren Anschein, als ob es sich in der durch die Unterhandlungen von 1851 und 1852 vorgezeichneten Bahn fortbewegen wolle, wenn es auch in Wahrheit nur seitab zu kommen suchte; jetzt liegt es ganz sans gêne in eine neue Gasse. Orla Lehmann, der eingefleischteste Eiderdäne im Ministerium — hat heißt nichts mehr und nichts weniger, als daß die dänische Regierung endlich das Programm der Eiderdänen durchzuführen, und dadurch den Streit mit dem deutschen Bund los zu werden hofft; d. h. es sollen Holstein und Lauenburg aus dem Gesammtstaat ausgeschieden werden, weil diese einmal zum deutschen Bund gehören, dagegen soll der Bund zwischen Holstein und Schleswig ganz getrennt und letzteres der dänischen Monarchie vollständig einverleibt werden. Noch den neuesten Berichten aus Kopenhagen scheint man dort mit stolzer Siegeszuversicht über der Ausführung dieses Plans zu brüten; die Offiziere rasseln schon mit den Säbeln und halten wuthschnaubende Reden gegen Deutschland, wenn es wagen sollte, sich dem zu widersetzen. Indessen dürfte das letzte Wort in diesem Streite doch noch lange nicht gesprochen seyn.

Zwischen **Schweden** und **Norwegen** ist der Streit über die Revision der Unionsakte von 1814 noch immer nicht ausgeglichen. Bekanntlich entbrannte dieser Streit schon von Neuem im Jahre 1859 durch die von einander abweichenden Anschauungen des norwegischen Storthing und des schwedischen Reichstages über das staatsrechtliche Verhältniß Norwegens zu Schweden. Die nächste Veranlassung dazu gab damals der Beschluß des Storthing, den norwegischen Statthalterposten aufzuheben. Weder die Majorität des schwedischen Reichstages noch die schwedischen Räthe des Königs wollten die Gültigkeit dieses Beschlusses ohne Zustimmung Schwedens anerkennen; nur eine Minorität im schwedischen Reichstage erklärte sich mit dem norwegischen Storthing einverstanden, hinter dem das ganze norwegische Volk wie ein Mann steht. Seitdem hat der Streit in der periodischen Presse und in Beschlüssen ununterbrochen fortgedauert. Vor Kurzem nun hat der schwedische Staatsrath neue Vorschläge zur Revision der Unionsakte nach Christiania geschickt, gegen die aber der norwegische Staatsminister in Stockholm, Hr. v. Sibbern, opponirte und die auch in Christiania auf ziemlich barsche Weise zurückgewiesen wurden. Als man aber in Stockholm darauf bestand, kam Hr. v. Sibbern um seine Entlassung ein, und daßelbe thaten mehrere der norwegischen Minister in Christiania. Der König reiste nun selbst nach Christiania, um durch seinen persönlichen Einfluß die Sache wieder in's Geleise zu bringen, was ihm auch so weit gelang, als v. Sibbern sich verstand zu bleiben und statt der andern ausscheidenden Minister einige neue Männer eintraten, denen man in Stockholm mehr Nachgiebigkeit zutraut. Indessen ist auch damit nichts weiter gewonnen, als daß die, vom schwedischen Staatsminister der Justiz, Freiherrn de Geer, im Auftrag des Königs ausgearbeiteten und von dem bisherigen norwegischen Ministerium ohne Weiteres zurückgewiesenen Vorschläge

Digitized by Google

zu einer Revision der Unionsakte zwischen Schweden und Norwegen im Jahre 1814 von dem jetzigen Ministerium einer Prüfung werden unterworfen werden. Von einer solchen Prüfung aber bis zur Annahme jener Vorschläge ist noch ein langer und weiter Weg zurückzulegen und selbst kann, wenn die Annahme durch das neue norwegische Kabinet erfolgen sollte, bleibt noch immer die Genehmigung des im Herbste des Jahres 1862 wieder zusammentretenden norwegischen Storthing übrig.

In der Schweiz hat die vor einigen Jahren gegen Napoleon III. so freundliche Volksstimmung einen gewaltigen Umschlag erlitten. Seitdem Savoyen an Frankreich gekommen ist, haben an der dortigen Grenze die Hetzereien und gegenseitigen Klagen über Grenzverletzungen durch französische Soldaten und schweizerische Grenzdiener kein Ende genommen, und in der Hauptstadt fällt dabei die Schuld auf das anmaßende, übermüthige Benehmen, der Franzosen. Dazu kommt nun noch der alte, wieder aufgewärmte Streit über das Dappenthal und die in der Schweiz seit der Annexion von Savoyen allgemein verbreitete Besorgniß, Napoleon III. habe es schließlich darauf abgesehen, Genf und noch einige Gebiete der Westschweiz an Frankreich zu bringen. — eine Besorgniß, die allerdings in seinem bisherigen Verhalten in der Sprache mancher französischen Blätter und in den Treiben gewisser Leute in der Schweiz, die man doch als geheime bonapartistische Sendlinge betrachtet, einen Anhaltspunkt findet. Ganz internationale und einheimische Verkehr zwischen beiden Staaten erhielt dadurch in letzter Zeit einen gereizten, verbitterten Charakter, der dann bei jedem auftauchenden kleinen Zwist, offen hervorbricht und dessen Lösung erschwert.

Das Königreich Griechenland hat im vergangenen Jahre nahe am Rand einer Revolution. Eine Partei, welche darauf ausging, die bestehende Regierungsform gewaltsam umzustürzen und den König Otto vom Thron zu entfernen, hatte eine Verschwörung angezettelt, in welche hochgestellte Männer verwickelt waren, und die um so gefährlicher war, als die Verschworenen auch das Militär bearbeitet und namentlich unter der Garnison von Athen Mannschaften hatten, auf deren Hülfe sie rechnen konnten. Die Verschwörung wurde jedoch zeitig genug entdeckt, um sie im Keim unterdrücken zu können. Das Attentat des Gymnasiasten Dosios Stand mit dieser Verschwörung übrigens in keinem Zusammenhang, wiewohl dieselbe gewiß nicht ohne einen moralischen Einfluß auf den überspannten Menschen geblieben sein mag. Ueber eine weitere Verschwörung, die im Herbst bei der Rückkehr des Königs Otto aus Deutschland entdeckt worden sein soll, hat bis jetzt nichts Verlässiges verlautet.

Indem wir uns nach **Amerika** wenden, ist es vor Allem der Bürgerkrieg in den **Vereinigten Staaten** von Nordamerika, welcher unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Im Anfang des eben abgelaufenen Jahres konnte man noch zweifeln, ob die Drohung der Trennung, welche in den Südstaaten vielfach laut wurde, verwirklicht werden, oder ob es, wie so oft schon früher, wieder blos bei den Worten bleiben werde. Diesmal jedoch wurde es Ernst, der Süden sagte sich förmlich los von der Union und begann feindseligkeiten durch die Wegnahme des von Bundestruppen besetzten Fort Sumter. Es ist dem Präsidenten Lincoln und seinen Ministern vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß sie gegen die rebellischen Südländer von vornherein viel zu viel Langmuth und Nachsicht gehabt, daß sie so gehandelt hätten, als müßten sie einen bestimmten Bruder auf den Weg der Pflicht zurückführen; daß sie auch später, als der Krieg bereits in vollem Gang war, manches Mal gerade sich enthalten hätten, wodurch den Rebellen empfindlicher, tief einschneidender Schaden hätte zugefügt werden können, daß sie namentlich es unterlassen hätten, die Sklaverei in den Südstaaten sofort für frei zu erklären und dadurch den Rebellen einen gefährlichen Feind im eigenen Lager zu erwecken. Wir stehen dem Schauplatz der Ereignisse viel zu fern, als daß wir uns herausnehmen dürften, ein gültiges Urtheil über die Handlungsweise des Präsidenten und dessen Motive zu fällen. Interessen meinen wir, daß für sein rücksichtsvolles Verfahren gegen den Süden jedenfalls sich auch triftige Gründe anführen lassen. Es wurde schon oft behauptet, daß es in den Südstaaten eine nicht unansehnliche Partei gebe, welche für das Verbleiben in der Union ist, und die, gegenwärtig durch die Separatisten einigeschüchtert, ihre Stimme nicht zu erheben wagt. Wir glauben in der That, daß es eine solche Partei gibt, denn wenn sie nicht vorhanden wäre, wenn der Präsident nicht in Aussicht hätte, bei einem halbwegs glücklichen Fortgang des Kriegs sich auf dieselbe stützen zu können: so wäre eigentlich der ganze Kampf ein unsinniger, weiteres Blutvergießen Unsinn, denn ein so ausgedehntes Gebiet, wie das der vereinigten Südstaaten, läßt sich, wenn die Bevölkerung wirklich einmüthig in ihrer Feindschaft gegen die Union ist, kaum erobern, noch viel weniger aber auf die Dauer militärisch besetzt halten. Wenn aber der Präsident doch darauf ausgeht, dies weite Gebiet der Union zu erhalten, so muß er offenbar auf eine bieser günstige Partei zählen, muß diese Partei zu gewinnen, zu verstärken trachten, und darf sie am allerwenigsten durch Maßregeln, wie die Aufhebung der Sklaverei, vor den Kopf stoßen, die so tief und schwer in die Vermögensverhältnisse aller Südländer, in alle ihre politischen und socialen Einrichtungen eingreifen. Man betrete nur, daß der ursprüngliche Streitpunkt nicht der war, ob die Sklaverei bestehen solle oder nicht, sondern daß selbst die im Norden tonangebende republikanische Partei stets die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten innerhalb ihres Gebietes gewahrt wissen und nur der Ausdehnung der Sklaverei auf bisher freies Gebiet einen Riegel vorschieben wollte, während seelisch der Süden sich frech erhob und der Sklaverei zu Liebe sogar die Union zerriß. Würde der Präsident zu extremen Maßregeln in der Sklavenfrage gezwungen haben, wer weiß, ob er nicht in die republikanische Partei selbst, die seine Wahl durchsetzte, und auf die er sich stützen muß, eine Spaltung gebracht hätte. — In Mexiko dauert der Bürgerkrieg, der seit Jahren das unglückliche Land zerfleischt, noch immer fort, unter der Anarchie, welche er mit sich bringt, haben nicht blos die Einheimischen, sondern auch die dort wohnenden Fremden, meist Kaufleute, sehr zu leiden; namentlich aber sind Spanier, Engländer und Franzosen in den letzten Jahren dort vielfach mißhandelt und gebrandschatzt worden. Vergeblich waren alle Vorstellungen der drei Mächte, um Schadenersatz und Genugthuung für das Vorgefallene, sowie Sicherheit ihrer Angehörigen für die Zukunft zu erlangen; die mexikanischen Behörden hatten theils nicht den Willen, theils nicht die Macht, diesen Verlangen zu entsprechen. Da brachte Spanien den Plan eines bewaffneten Einschreitens aufs Tapet, und nun erlebt die Welt das interessante Schauspiel, drei Mächte, welche das gegenseitige Mißtrauen als Allurte zusammenzwängt, als Ordnungsstifter auftreten zu sehen. Ueber der drei Ordnungsstifter: Frankreich, Spanien, England, steht aber, still in seinem Herzen in Mexiko eine andere Ordnung an. Spanien, seit dem afrikanischen Kriege und seinem glücklichen Coup auf Haiti in die Reihe der kühnen, Großmächte eingetreten, aber eben deshalb auch des weniger mißtrauischen Mißtrauens gewürdigt, hat in Mexiko insgeheim sich längst vorgearbeitet. Die erste Kunde hiervon reichte in Paris hin, die französische Bereitwilligkeit zur Assistirung bei solchen „Arbeiten" zu erregen, und der französische Gesandte in Mexiko wurde schnell ein Gönner des vertriebenen Miramon und der „Bertalen" Partei in Mexiko und brachte es dahin, daß jener nicht in Madrid, sondern in Biarritz anschambrirte. So wollte man einerseits die spanische Annexionsthätigkeit in Mexiko beaufsichtigen und behindern, während man andererseits England in seinem Schutzling, dem liberalen Präsidenten Juarez, zu beide geht. Um in Juarez nicht aus Mexiko hinauszuintervenirt zu werden, wollte auch England mithun und mußte sich mit den Feinden seines Schutzlings alliiren. So steht sich's hinter den Coulissen an; vor denselben steht der Vertrag der drei Mächte, wodurch sie als Zweck ihrer gemeinsamen Unternehmung blos den Schutz und die Entschädigung ihrer Angehörigen nennen, in welch letzterem Behuf namentlich die Einkassirte verschiedener Zollämter in Beschlag nehmen wollen. Eine Gebietserwerbung oder eine Aenderung der Verfassungsform Mexikos sind durch den Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen — aber nicht etwa aus purer Uneigennützigkeit und Unrattsüchtigkeit, sondern weil jeder der drei Contrahenten von dem andern überwortheilt zu werden befürchtet, wenn es so weit käme. — Als Spanien die Welt durch die plötzliche Einverleibung der dominikanischen Republik überraschte, machte der Präsident der aufgelösten Republik Hayti anfangs Miene, sich diese saftige Nachbarschaft durch Waffengewalt vom Leib zu halten; er mußte aber Angesichts der bedeutenden Streitkräfte, die Spanien rasch nach St. Domingo entsandt hatte, von diesem Vorhaben wohl oder übel abstehen. Ein gewichtigerer Einspruch wäre zu einer andern Zeit von der Regierung zu Washington zu befürchten gewesen; aber durch die heimischen Zerwürfnisse vollauf in Anspruch genommen, blieb ihr für den Augenblick nichts übrig, als die vollendete Thatsache schweigend hinzunehmen. — Die Republiken Südamerika's waren mit geringen Ausnahmen, wie schon seit Jahren dem Bürgerkrieg verfallen. Wir wollen die einzelnen Länder und Völker überblicken. Zunächst finden wir am La-Plata-Strome die Argentinischen Republiken, in welchen der alte Kampf zwischen Föderalismus und Unitarianismus noch immer nicht erloschen ist. Buenos Ayres hat Krieg mit den

Digitized by Google

Provinzen des Binnenlandes. Wir sahen in Bolivia drei Präsidenten rasch hintereinander. In Peru ist seit Anbeginn der Unabhängigkeit niemals Ruhe und Frieden gewesen; in rascher Folge stürzte ein Präsident den andern, und wenn es einem dieser übergeordneten Generale gelang, sich einige Zeit zu behaupten, so gelang es immer nur durch Despotismus, wie gegenwärtig. In Capsula herrscht Peru beinahe augenblicklich mit Krieg, und auch Ecuador; dieses letztere, um einen Landstrich am Amazonenstrom in Besitz zu nehmen, der so groß ist wie halb Deutschland, während Peru innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen viele tausend Quadratmeilen Boden hat, den es selber anbauen könnte, wenn die Bevölkerung fleißig wäre, oder sich ehrlich und verhältig gegen die Europäer benähme, die man in's Land gezogen. Die Republik Ecuador hat ausnahmsweise jetzt im Innern Ruhe, wird aber, wie bemerkt, von Außen her bedroht. In Neugranada (das jetzt wieder den Namen Terein. Staaten von Columbia angenommen hat) wüthet der Bürgerkrieg; jetzt eben hat General Mosquera die Hauptstadt dieses Staatenbundes eingenommen, nachdem der Kampf dort 1½ Jahr gedauert. Ostwärts von den Cordilleren, von Neugranada, ist auch Venezuela augenblicklich in anarchischem Zustande, dort hat länger als zehn Jahre eine Despotenfamilie, jene der Monagas, geschaltet und gewaltet. In diesem Lande hat der Kampf, wie schon früher in Peru, den Charakter eines Racenkrieges angenommen; es ist ein Krieg der Zambos und Neger, überhaupt der Farbigen und Mischlinge gegen die Reste der Weißen, die sich nur mit Mühe oben halten. Auf der Landenge von Darien liegt Panama. Dieser Staat des Isthmus gehört zur neugranatischen Konföderation, will sich aber davon lösen und hängt mit dem übrigen Lande kurz-locker zusammen. Geordnete Zustände, dauerhaft gesicherte Ruhe finden wir nur in den Republiken Chili und Paraguay, sowie in dem Kaiserthum Brasilien. Bereutsam ist für letzteren Staat das am 1. Oktober verkündete Gesetz über die Gültigkeit nichtkatholischer Ehen, da es einen Stein des Anstoßes hinwegräumt, welcher der Einwanderung europäischer Kolonisten, deren das Land sehr bedarf, bisher theilweise hemmend im Wege stand.

Aus Afrika ist nicht viel von allgemeinem Interesse zu berichten, außerem daß in Aegypten der Bau des Suez-Canals unter der Leitung des Hrn. v. Lesseps rüstig vorwärts schreitet, wiewohl die Engländer, die ihren Groll gegen diesen Mann noch einmal nicht aufgeben können, ihm noch immer von Zeit zu Zeit allerhand Hinternisse zu bereiten suchen, und seiner das Abyssinien vom Bürgerkrieg heimgesucht wurde, indem gegen König Theodor, nachdem er seinen Nebenbuhler Negussi besiegt, bald wieder ein neuer gefährlicher Prätendent in der Person eines gewissen Marit auftrat.

Asien hat im vergangenen Jahr mehrfach unsere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Da war es vor Allem die Anwesenheit französischer Truppen in Syrien, um dort nach den Gräuelscenen im Libanon und zu Damaskus im Verein mit den Truppen des Sultan wieder Ordnung und Ruhe herzustellen und den christlichen Einwohnern Schutz gegen die fanatisirten Mostems zu gewähren, eine Aufgabe, die zu Napoleon's Beedrup rascher gelöst wurde, als ihm lieb war. — Ostindien, das noch an den Nachwehen des Militär-Aufstandes leidet, wurde von einer schweren Hungersnoth heimgesucht. — In Cochinchina haben Franzosen und Spanier noch immer ihre alte Stellung auf einem kleinen Küstenstrich inne, sinnen es aber zu schwierig, in's Innere vorzudringen; der Zweck ihres Feldzugs, den Christenverfolgungen Einhalt zu thun, ist sonach noch in keiner Weise erreicht. — In China starb der Kaiser Hienfung, der seit 1850 regiert hatte; da sein Nachfolger minderjährig ist, so wurde eine Regentschaft eingesetzt. Uebrigens hat dieser Todesfall in den inneren wie auswärtigen Verhältnissen China's nichts geändert. Der große Aufstand, der schon seit Jahren der Regierung so viel zu schaffen macht, ist noch immer nicht unterdrückt. — Mit Japan hat Graf Eulenburg für Preußen und den deutschen Zollverein nach langen Verhandlungen einen Handelsvertrag zu Stande gebracht, ähnlich denen, welche Frankreich, England, Rußland und die Verein. Staaten von Nordamerika schon frühee abgeschlossen hatten.

Aus Australien ist zu erwähnen, daß der Krieg auf Neuseeland zwischen den Eingebornen und den Engländern, der schon so viele Opfer gefordet hat, und den man zu Anfang des abgelaufenen Jahrs schon beendigt glaubte, plötzlich heftige als zuvor wieder ausgebrochen ist.

Großbritannien.

Der Bischof von Oxford, ein heftiger Zelot, hatte in dem Tode des Prinzen Albert ein Zeichen des Zornes Gottes gesehen, weil der Prinz einem von dem Bischof zu einem erledigten Bischofsitz empfohlenen Prälaten dazu nicht verholfen habe und dieser dann zur ebmischen Kirche übergetreten sey. „Examiner" bemerkt hierüber sehr treffend, Niemand würde es für möglich halten, daß Irgend Einer, es sey ein solches Bischofs, wie den von Oxford, als ein Zeichen des Zornes Gottes, solche Männer ihren eine Schande für das Land. Der Bischof, der sich viel mit Gebhungen befasse, solle zunächst dafür sorgen, daß solche Bischöfe, wie er, wieder zum Christenthum bekehrt würden. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

Wir kommen nochmals auf den Prozeß des Marquis de Flers zurück, da er in dieser Hinsicht doppelt interessant ist. Ein großer Theil der Anklagepunkte und Beweisstücke gegen ihn bezieht sich auf deutsche Zeitungen, an welche er schrieb. Hierüber äußert sich der Generalstaatsanwalt Chaix d'Estanges in seinem jetzt veröffentlichten Vortrag, wie folgt: „Prüfen wir die Korrespondenzen dieses Mannes, weisen wir einen Blick in seine Journale. Wir werden sehen, daß es täglich eine vollständige Arbeit gab, worin der Geist, der sie belebt, sich enthüllt, worin das Ziel, das sie erreichen will, klar sich absteckt, worin die Absicht, dem Gouvernement des Kaisers zu schaden, in jeder Zeile sich manifestirt. Hier ist zum Beispiel die „Augsburger Allg. Zeitung." Hören Sie folgenden Brief: „Er hat mir viel Vergnügen gemacht, Ihren letzten Brief nach so langem Schweigen zu empfangen. Die „Augsburger Allg. Ztg." hält viel auf diese Korrespondenz, weil Ihre politischen Ideen vielleicht fine, welche uns beserlen, und weil Sie, trotz aller augenblicklichen Unfolge, überzeugt bleiben, daß ein Gouvernement, das auf einen Akt der größten Immoralität baftet und in seiner Mehrheit durch verächtige Menschen repräsentirt ist, niemals für ein Volk eine geschertte Zukunft begründen kann, am wenigsten durch eine systematische Korruption. Unsere Opposition, in Allem was Frankreich betrifft, ist nie gegen das französische Volk, immer nur gegen das Gouvernement gerichtet. Sie können darauf zählen," Herr Marquis, daß wir Ihre Gedanken rasch und genau wiedergeben werden, denn wir halten uns überzeugt, daß Ihr Urtheil kein anderes Ziel hat als das Interesse des französischen Volkes. „Wenn Sie uns einige Aufklärungen geben können über die wahre Situation der Armee in der Krimm und in den Provinzen, so würden wir Ihnen sehr verbunden sein." „Sind Sie nun im Klaren über seine Meinungen, über seine Intentionen, über seinen Charakter?" fährt der General-Prokurator fort, „Ja, es handelt sich hier nicht mehr um diese geheime, unterirdische, schwer zu ergreifende Arbeit, welche darin besteht, daß man das Gouvernement in den Augen der rechtschaffenen Leute verschwärzt und durch Verleumdung untergräbt. Man wagt diesem Menschen, der die Hand ausstreckt, um den Preis für seine Pamphlete in Empfang zu nehmen, zu sagen: „Wenn Sie uns einige Aufklärungen über die Situation Ihrer Armee in der Krimm geben könnten!" Und man wagt, es ihm zu sagen mitten im Kriege, in dem Momente, wo unsere Soldaten in fernen Gegenden der Einwirkung eines Klima ausgesetzt sind, das ebenso furchtbar ist, als das Feuer des Feindes! Ich will annehmen, er hat jene Aufklärungen nicht gegeben. Aber genügt das? Hat er sich empört gegen die Handlung, deren man ihn fähig hielt? Hat er an den Redakteur der „Augsb. Ztg." geschrieben: Vade retro, Satanas? Nein, nein, er blieb der treue Korrespondent, der politische Korrespondent derjenigen, deren Gesinnungen er in allen Punkten theilt. Nachdem ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Beziehungen des Marquis de Flers zur „Augsb. Ztg." hingelenkt, will ich jetzt einige Worte über seine Korrespondenz mit dem Dresdener Journal sagen. Diese hat einen ganz besondern Charakter. Das „Dresd. Journal", ein halboffizielles Blatt, wird geleitet von einem Beamten des auswärtigen Ministeriums Sachsens, Hrn. Wiesener, und wird redigirt unter den Inspirationen des Ministers selbst. Hr. de Flers unterhält eine Korrespondenz mit diesem Journale. Welches Geistes sie ist, ergibt sich aus folgendem Briefe des Hrn. Wiesener vom 4. Dezember 1855: „Ihre Korrespondenzen enthalten bisweilen Einzelheiten, welche ein wenig zu tief in das Gebiet der Persönlichkeiten eingehen, um in den Spalten des offiziellen Organs des Gouvernement veröffentlicht zu werden, welches es für seine Pflicht hält, Alles zu vermeiden, was ein anderes Gouvernement verletzen könnte, aber das hindert nicht, daß diese Art von Mittheilungen für uns instruktiv sind oder mindestens ein so großes

Digitized by Google

Interesse haben, daß wir sie keineswegs abgebrochen zu sehen wünschen.“ Ein anderer Brief von demselben ist vom 21. Jänner 1857 datirt: „Ich habe Gelegenheit gehabt, Ihnen demerklich zu machen, daß der Charakter des „Dresdener Journals“ der eines „Moniteur Universel“ für das Königreich Sachsen ist. Aus diesem Charakter ergeben sich alle die Rücksichten, die wir zu nehmen haben, nicht allein in Bezug auf die innern Angelegenheiten, sondern mehr noch gegenüber dem Auslande. Was Frankreich betrifft, so muß ich Ihnen sagen, daß Ihr Gesandter, Herr Baron v. Forth-Rouen, mit welchem ich persönlich sehr gut stehe, sich Wort für Wort übersetzen läßt, was in „Dresd. Journal“ über Frankreich steht, und daß er bei Herrn v. Beust gegen Alles, was ihm nicht zusagt, reklamirt. Eine Ihrer Korrespondenzen nun, geschrieben unmittelbar nach der Ermordung des Erzbischofs Sibour und eine heftige Kritik dieses Prälaten, seine Schmeicheleien u. s. w. enthaltend, war der Gegenstand einer seiner lebhaftesten Reklamationen und die unmittelbare Folge für mich war ein Verweis ... Ich versichere Sie, daß man an hoher Stelle dorthehen würde, dergleichen Reklamationen nicht aufgelegt zu sehen, die, wenn sie sich wiederholen, leicht zu dem Entschlusse führen könnte, jene französische geschriebene Korrespondenz aufzugeben ... Wollen Sie also, mein Herr, ich bitte Sie, darum, Ihre Briefe in Zukunft so einrichten, daß sie demjenigen entsprechen, was ein „Moniteur“ ohne Besorgniß vor Reklamationen aufnehmen kann; schreiben Sie nichts gegen das französische Gouvernement, nichts, was Oesterreich oder Herrn Bach kränken und dadurch angenehm sein könnte; keine pikanten persönlichen Anekdoten. Es ist hart, ich weiß es, aber es muß sein. Nichten Sie Ihre Briefe so ein, daß sie überlegt und gedruckt werden können, ohne von mir revidirt zu sein, denn oft habe ich nicht Zeit dazu. Um die wahre Stellung des Herrn de Flers bezüglich des „Dresd. Journals“ zu kennzeichnen, bitte der Generalprokurator ein Fragment eines Briefes von Hrn. Wiesner, datirt vom 5. April 1858, vorlesen zu dürfen. Herr de Flers war verreist, er hat sich durch einen seiner Freunde ersetzen lassen oder vielmehr durch einen seiner Kommis, der im Rathsaale seine Korrespondenz führte: „Ich möchte ihn bitten, eine kleine Aenderung in der Abfassung seiner Briefe zu treffen, wenn es sich mit seinen Arrangements vereinbaren läßt, und ansstatt Donnerstag, wie er es bisher gethan, Freitags an mich zu schreiben, weil dies den Distributionen entspricht, die wir zu treffen haben. Er kennt den doppelten Gebrauch, den wir von seiner Korrespondenz machen, und gerade darum möchte ich ihn bitten, insbesondere bei den Briefen, die des Sonntags an mich adressirt, mit der größten Sorgfalt darauf zu sehen, daß sie inoffensiv sind, wie es für ein offizielles Blatt erforderlich ist. Ich habe nicht nöthig, hinzuzufügen, daß ich dabei vor Allem an Personen von hoher Stellung im gegenwärtigen französischen Regime denke.“ Was heißt das? Was soll damit gesagt sein? Sie hatten zwei Korrespondenzen, die eine vom Sonntag und die andere vom Donnerstag, — man machte einen doppelten Gebrauch davon! „Diese muß inoffensiver sein, als jene!“ Ich wollte wissen, welches der Schlüssel zu diesem doppelten Gebrauche sei und ich habe die Erklärung in einem Briefe des Herrn Wiesner selbst gefunden, welcher einige Monate früher datirt ist als der eben verlesene. „Außer dem „Dresd. Journal“ erscheint in Sachsen noch ein zweites offizielles Blatt, die „Leipziger Zeitung“ (nicht zu verwechseln mit der „Deutschen Allg. Zeitung“ von Leipzig), welches trotz seines offiziellen Charakters sich einer größeren Freiheit erfreut und nicht für ein unmittelbares Organ der Intentionen des Gouvernement gilt, wie unser Blatt. Ich bitte nun, Sie mögen mir erlauben, in der „Leipz. Zeitung“ von Ihrer Korrespondenz dasjenige abdrucken zu lassen, was für das „Dresd. Journal“ nicht paßt. Für das „Dresd. Journal“ also wollen Sie nur moderirte Briefe schreiben, die man ohne Revision abdrucken kann, für das „Leipz. Journal“ haben Sie freie Hand und Sie können demselben knieknoten, Geschichten und Persönlichkeiten liefern, welche das Publikum belustigen, ferner Betrachtungen, welche die Liebhaberei Ihrer polit. Maschine bloßlegen.“ Das sind die Instruktionen, denen Herr de Flers Folge geleistet. Man kann sich nun den kleinen Brief erklären, der am 21. Juli 1861 auf der Post angehalten wurde. In dem saisirten Packet befand sich eine Quittung von Herrn de Flers, ein politischer Brief, redigirt von seinem Sekretär und von ihm selbst mit Anmerkungen versehen, und endlich folgendes Briefchen: „Hier, mein werther Herr, die Quittung für das abgelaufene Trimester; — wir sind in einer großen Bewirrung. Aber der Kaiser besteht auf seiner Politik und träumt von der Versöhnung des Papstes mit Viktor Emanuel — Petri, sein rechter Arm, hat sein Haupt-Quartier in Korfsta genommen, um seine französischen Intriguen in Sardinien fortzusetzen.“ Man hat gesagt, dies sei eine unschuldige Nachricht, die für Niemanden etwas Neues enthalte, weil sie in einem Briefe vom 22. Juli wiedergegeben war und am 20. Juli über denselben Gegenstand eine Diskussion im englischen Parlament stattgehabt. Ja, aber Sie sprachen zehn Monate seither davon. Sie haben die Nachricht in Cirkulation gesetzt und für war einster Natur; sie hatte durch Ihre Thätigkeit so gut ihren Weg gemacht, immer wiederholt und mit Nachdruck erneut, daß sie endlich Gegenstand der Interpellationen im Parlamente wurde, daß das französische Gouvernement sie dementiren mußte und daß trotzdem die Freunde ihrer Länder in England und Frankreich sich zwei Finger breit von dem Bruch der Allianz sahen. Diese Nachricht, harmäckig nach dem 22. Juli wiederholt, hat Anlaß gegeben zu neuen Interpellationen und das französische Gouvernement hat sich in der traurigen Lage befunden, die durch einen französischen Beamten, einen Referendar mit dem hohen Rechnungshofe, erfundene und propagirte Nachricht abermals dementiren zu müssen. Das ist noch nicht Alles. „Ich glaube zu wissen“, fügt der kleine Brief hinzu, daß der Königin Christine Eröffnungen gemacht sind über die Abtretung der Inseln Minorka und Majorka von Spanien an Frankreich. Sie mögen selbst urtheilen, ob eine solche Nachricht geeignet ist, den öffentlichen Frieden in Europa zu stören, die englisch-französische Allianz zu kompromittiren. Um seinen Preis wird Frankreich Spanien bei der Okkupation von Tanger und Tetuan unterstützen und man wird ihm dafür die Schuld von 100 Millionen erlassen, die auf dem Jahre 1823 datirt. Man sagt, die Königin Christine sei in großer Bestürzung. Man kann mich dies nicht in ein Journal geben, aber unterrichten Sie Herrn v. B... (Hrn. v. Beust) davon; die Sache wird binnen vierzehn Tagen publik werden!“ Hier hat man das Beispiel einer ersten Nachricht, die geschickt verbreitet, hundert Mal wiederholt, Anlaß gibt zu Interpellationen, offiziellen Dementis ꝛc. Ist diese Nachricht blos erfunden, um das Publikum zu amüsiren? Ist es nichts, als politischer Cancan? — Nein; es ist eine ernste wichtige Nachricht, „die nicht in ein Journal gegeben werden kann, die aber in vierzehn Tagen notorisch sein wird.“ — Gehen Sie zu Ihrem dirigirenden Minister, Hrn. v. Beust, der alle Fäden der europäischen Politik hält, suchen Sie ihn auf, unterrichten Sie ihn ohne Aufenthalt von diesem Geheimniß, welches ich Ihnen, nicht für das Publikum, sondern für den Staatsmann, mittheile, damit er sofort seine Maßregeln ergreifen könne! Es ist unleugbar, daß Herr v. Flers sich in Korrespondenzen eingelassen, welche den Zweck haben, den öffentlichen Frieden zu stören. Ein Gerücht, wie dieses, ist geeignet, Europa in Flammen zu setzen, und die Verantwortung von einem Ende der Welt zum andern zu verbreiten. Herr v. Flers kann seine Korrespondenz nicht ableugnen. Wenn man sieht, wie er der Augsb. „Allg. Ztg.“ die Inspirationen seines Hasses mittheilt, wie er sie im „Dresdn. Journal“ produzirt, wie er sie Hrn. v. Beust ins Ohr flüstert, dessen Schlummer er stört, indem er sagt: „Geben Sie Acht auf den Mann, der Frankreich regiert; er ist der unersättliche Ehrgeiz, denn Sardinien genügt ihm nicht; — er begnügt sich nicht mehr mit Ligurien und Elsaß; er will die Balearen und zwingt zu diesem Ende Spanien einen Vertrag auf“ — kann man dann noch daran zweifeln, daß diese Korrespondenz von doppeltem Charakter, doppeltem Zweck, kein anderes Ziel habe, als das, die öffentliche Meinung zu entflammen, den Haß gegen diesen maßlosen Ehrgeiz zu erregen und das Ausland gegen den Chef des französischen Staats in Harnisch zu bringen?“ — So plaidirte Herr Chaix d'Estange für die kaiserl. napoleonische Regierung und gegen den Marquis de Flers. Ersterer wird zwar um kein Haar besser dadurch, daß ein solcher Mensch zu ihren Gegnern zählt; andererseits aber können wir Letzteren diese Gegnerschaft in keiner Hinsicht zum Verdienst anrechnen, da sie nicht aus Ueberzeugung entspring, sondern lediglich durch seine Gewinnsucht ihm selbst wurde. Wie übrigens, was der Generalstaatsanwalt über die Beziehungen des Marquis zu anderen Blättern mittheilte. Ueberall teilt die Gelegter dieses Korrespondenzfabrikanten, seine schamlose Lügenhaftigkeit, seine Gewissenlosigkeit auf das Grelste hervor. Wir haben nur noch hinzuzufügen, daß Marquis de Flers sich bewogen gesehen hat, die Appellation, welche er gegen seine Verurtheilung eingelegt hatte, zurückzuziehen, die über ihn verhängte Gefängnißstrafe sofort anzutreten und seine Cautionsumme als Rath bei der Rechnungskammer einzureichen.“ (Oeſt. P.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Interaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Lettern	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt 3 kr., im Anzeiger und 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 2. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Die Probenummer der mit Neujahr ins Leben tretenden „Berliner Allgem. Ztg." enthält aus der Feder ihres Redakteurs ein Programm über die Stellung, welche die alte gothaische Partei, die Begründerin des neuen Unternehmens, der deutschen Frage gegenüber einnehmen gedenkt. Da allgemeine Redensarten nicht die Sache eines so klaren und so kritischen Kopfes sind, wie Dr. Julian Schmidt es ist, verdient der Artikel wohl eine nähere Beleuchtung, schon deßhalb, weil er positive Daten aufstellt und sich nicht, gleich so vielen anderen Elukubrationen dieser Art, durch aalglatte, vielbreitige Wendungen jeder eingehenden Beurtheilung entzieht. „Wiedergeburt Deutschlands" bedeutet dem Verfasser „nichts Anderes als Lösung der unnatürlichen Klammer, welche Deutschland mit einem ihm durchaus fremden Ländercomplex zusammenhält; Lösung des eigentlichen Deutschlands von der Umschlingung Oesterreichs, die es lebensunfähig macht, weil sie jede freie Bewegung fesselt." Ueber das Ziel der kleindeutschen Bewegung sich bestimmter auszusprechen, ist nicht wohl möglich; es ist das gothaische Programm von 1848, nur in noch schroffserer Form; der ganze Hauptaccent liegt so ausschließlich auf der Herausdrängung Oesterreichs auf dem engern Bunde, daß zur Erwähnung jenes weitern Bundes, in den doch Oesterreich mit Kleindeutschland treten soll, vorläufig keine Muße übrig bleibt. Selbstverständlich bedarf der Redakteur unserer „Allg. Ztg." keiner Belehrung darüber, daß jenes Stück, welches er „einen Deutschland durchaus fremden Ländercomplex" zu nennen beliebt, halb so viel Deutsche unter seiner Botzherrschaft zählt, wie sie preußische Monarchie. Er ist vollkommen mit sich im Reinen, daß eine Verwirklichung der kleindeutschen Ideen auch eine definitive Zerreißung Deutschlands in seiner gegenwärtigen politischen Abgrenzung erfordern würde: und er ist bereit, selbst diesen Preis zu zahlen. „Es würde — ruft er bei Besprechung des Beust'schen Reformplanes aus — ein herrliches Sammelsurium zu Stande kommen, und die Czechen mitten darunter!" Also auch Böhmen ist Dr. Schmidt zu viel im deutschen Bunde. Die Konstituirung Kleindeutschlands bedeutet ihm die preußische Hegemonie über das nicht-österreichische Deutschland, auf die Gefahr hin, daß das ausgeschiedene Oesterreich sich in einen slavo-magyarischen Staat verwandeln und seine nahezu 8 Mill. deutsche Einwohner der vollkommen Rothwendigkeit zum Opfer bringen muß, um die Bedingungen seiner Fortexistenz zu sichern. Auch John Bull scagte sich in den Zeiten des ersten Stuart, wie es denn komme, daß Großbritannien schwächer sey, als England unter der Königin Bess. Als praktischer Mann aber schetzt er daraus nicht, daß er sich Schottlands und Irlands als „eines durchaus fremden Ländercomplexes" entäußern müsse, obschon die „freie Allianz" des Reiches zu verschiedenen Malen die tief ins 18. Jahrhundert hinein ganz bedeutend von jener Seite aus „gestellt" ward. Er ruhte nicht, bis er die „unnatürlichen Klammern" in natürliche verwandelt; er verstand es, durch Energie und Umsicht Ordnung und Einheit in das „Sammelsurium" zu bringen; nie jedoch ist es ihm eingefallen, Alles über Bord zu werfen, was nicht in die vorgezeichnete Alltags-Schablone paßte. (Oste. Post.)

Bayern. München, 31. Dezbr. Die nach Landshut zur Einübung des nach seinem Erfinder genannten Edelheim'schen Reitsystems bestimmten Kavallerieunteroffiziere haben morgen dort einzutreffen. Für den Unterricht, geleitet von dem Kuirassiermajor v. Horadam, sind 15 Tage festgesetzt und haben demselben in der zweiten Hälfte dieser Zeitdauer die Kommandanten sämmtlicher Kavallerieregimenter beizuwohnen. Die Unteroffiziere erhalten außer ihren gewöhnlichen Bezug n noch 6 kr. Zulage täglich. Nach vollendeter Einübung ist das neue Reitsystem bei allen Kavallerieregimentern einzuführen.

Preußen. Berlin, 29. Dez. Im 2. hiesigen Wahlbezirke hat gestern, wie bereits mitgetheilt worden ist, für Waldeck und Bischow, welche auswärts angenommen haben, eine Nachwahl stattgefunden. Gewählt wurden die Herren Stadtrath a. D. Runge von hier und Regierungsrath Krieger von Potsdam, welche beide entschieden zur Fortschrittspartei gehören. Vom höchsten Interesse war eine Vorversammlung der Wahlmänner dieses Bezirks, welche gestern Abend im Schützenhause stattfand. Es war nämlich beabsichtigt, in erster Linie Dr. Johann Jacoby von Königsberg zu wählen; es war jedoch inzwischen ein Schreiben, welches der Vorsitzende der Versammlung, Herr Eisler, verlas, eingetroffen, in welchem Jacoby, unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge der letzten Zeit, jede Wahl auf das Bestimmteste ablehnte, und in welchem es u. A. heißt: „Bei den neuerdings stattgefundenen Wahlen hat das Volk in möglichster Freiheit, mit warmem patriotischen Eifer, mit gleich großer Mäßigung wie Entschiedenheit das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht ausgeübt. Die Gewählten kann man als die vollgültigen Vertreter der gegenwärtigen Interessen unseres Vaterlandes ansehen; als solche und weil auch dem Vertrauen ihrer Mitbürger hervorgegangen, haben diese Männer ein Anrecht auf Achtung. Dennoch sehen wir, noch vor Eröffnung der Kammer, Mißtrauen und Mißwollen den Erwählten des Volkes entgegengebracht von Seiten einer Staatsgewalt, die mit ihnen zusammenzuwirken berufen ist. Nur zu deutlich haben die Ereignisse der jüngsten Tage es kundgethan, daß Vorurtheile, die man längst als beseitigt hätte erachten sollen, gerade bei den Leitern des Staats ungeschwächt fortwaren, Vorurtheile, die von den Gegnern verfassungsmäßiger Freiheit schadenfroh zum Hervorrufen des Zwiespaltes zwischen Regierung und Volksvertretung ausgebeutet werden. Unter solchen Umständen halte ich es für eine Pflicht jenes Vaterlandsfreundes, so viel an ihm ist, jeden Schritt zu vermeiden, welcher das drohende Zerwürfniß befördern oder auch nur als Vorwand dazu benützt werden könnte." Wenn ich früher, schließt Jacoby, zur Annahme eines Mandats mich bereit erklärt habe, so geschah es in der Voraussetzung, daß nach nunmehr glücklich beseitigtem Patentbabel, die Volksvertretung ausschließlich berufen sein würde, zum Wohle unseres Vaterlandes mitzuwirken. Soll dieser hohe Beruf aber, inmitten des Mißtrauens, durch ängstliche Rücksichtnahme auf mancherlei Vorurtheile, vielleicht gar, um das verrohte Gleichgewichtssystem zu erhalten, mit Hintansetzung der wichtigen Interessen des Landes erkämpft werden, so glaube ich, liegt meine ganze politische Vergangenheit als Beweis vor, daß ich für eine solche Lage der geeignete Kämpfer nicht bin." Wir können es nicht versuchen, den Eindruck zu schildern, den der Inhalt des Schreibens auf die zahlreiche Versammlung machte. Was selbst in den freisinnigen Blättern bis jetzt nur schüchtern angedeutet wurde: Jacoby hat es zum erstenmale frei und unumwunden ausgesprochen. Darum wird auch der Eindruck des Schreibens im ganzen Lande derselbe seyn. Schon einmal hat Jacoby ein Wort ausgesprochen, welches die Geschichte nicht mehr auslöscht; von seinem gegenwärtigen Schreiben kann dasselbe gesagt werden. Dieß freie und unumwundene Wort Jacobys sagt mehr über unsere innere Lage als in tausend Leitungsartikeln und Kammerreden gesagt werden könnte. Das Schreiben wird hier förmlich verschlungen; es enthält eine Parole, die deutlich und verständlich ist für Alle. Die ministerielle „Stern-Zeitung" versucht es nun, diesen Eindruck dadurch zu vernichten, daß sie der ganzen Entwicklung Mangel an Folgerichtigkeit vorwirft, indem ein Grund den andern aufhebe. Ein solcher Vorwurf von der „Stern-Ztg" gegen den bekanntlich so schaf und consequent denkenden Jacoby gerichtet, klingt wie eine Ironie. Hat denn der Königsberger Arzt für die Berliner Ministerialzeitung noch nicht deutlich genug gesprochen? Andere haben ihn jedenfalls verstanden!

Im Verlauf der letzten 12 Jahre stieg die preuß. Staats-

Digitized by Google

schuld von 140 auf 280 Millionen, hat sich also verdoppelt, unter Verhältnissen, die allerdings nicht gewöhnlich waren, aber doch keine außerordentlichen Kraftanstrengung bedurften. Wird die Militärreform durchgeführt, so entsteht ein Defizit von 4 Millionen jährlich, das aber auf 9 steigen würde, wenn man erfahrenen Militärs Glauben schenken darf.

Kurhessen. Kassel, 30. Dez. Das gesammte Polizeipersonal war heute Nachmittags in Thätigkeit, um der Adresse an den Kurfürsten, die mit ihren gewiß schon mehr als zehntausend Unterschriften aus Stadt und Land wie ein Donnerschlag zwischen die drehwurmerstiefelneunsechzig Treubündler gefahren ist, welche Pfarrer und Landräthe bis heute zusammenzubringen vermochten, auf die Spur zu kommen. Aber siehe da, überall kam man ein Viertelstündchen zu spät; die Exemplare waren in Sicherheit gebracht, um zur passenden Stunde an der rechten Stelle wieder zum Vorschein zu kommen. Es wird Herrn Volmar wohl nichts anderes übrig bleiben, als die gesammten Häuser Kassel's Nummer für Nummer polizeiliche Durchsuchung zu unterwerfen und ein gleiches Verfahren auch auf dem Lande anzuordnen. Im Palais soll die Nachricht, daß eine Adresse für Festhalten der Verfassung von 1831 im Werke sey, einen ungeheuren Sturm hervorgerufen haben. Es ist das begreiflich. Man hat dem Kurfürsten den Glauben beigebracht, das Land mißbillige das Treiben der „Umsturzpartei" und es werde diese Stimmung durch Loyalitätsadressen bald hervortreten. Statt der erwarteten Loyalitätsadressen, für welche „weltliches und geistliches Schwert" gleich eifrig zu wirken suchen, sind nun aber Adressen aus allen Theilen des Landes in Aussicht gestellt, deren Stimmenwucht die Herren Minister wohl nicht unterschätzen mochten. (Zeit.)

Anhalt. In Dessau duerfen Mitglieder der freien Gemeinde bei einer Wahl zum Schuljen das Wahlrecht nicht ausüben, weil dies nur Bekennern der christlichen Religion zustehe, nach einem Ministerialreskript aber die Dissidenten nicht für Christen gelten können.

Oesterreich. Die meisten deutschen Gemeinden der Bezirke von Prachatitz und Winterberg in Böhmen haben sich der Budweiser Petition um Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache am Budweiser Gymnasium angeschlossen, und zwar mit dem Zusatze, sie würden sich, falls jene Anstalt czechisirt würde, genöthigt sehen, ihre Kinder nach Bayern in die Schule zu schicken.

Venedig, 27. Dez. Die „Triester Ztg." schreibt: Man spricht hier fast davon, daß im Laufe des künftigen Monats eine Zusammenkunft der entthronten Fürsten Italiens hier stattfinden werde, wobei sich dieselben über die politische Lage und fernerhin zu beobachtende Haltung verständigen würden. Es heißt nämlich, daß König Franz II. seine Gemahlin, welche zum Besuche J. M. der Kaiserin hier erwartet wird, begleiten und 2—3 Tage in Venedig verweilen werde, welchen Anlaß der Großherzog von Toskana, die Herzogin von Parma und der Herzog von Modena benutzen würden, um mit dem Könige hier zusammenzutreffen. (Als das Gerücht früher schon einmal auftauchte, wurde es bald als falsch bezeichnet. Für den König Franz II., den die Piemontesen gern aus Rom fort haben möchten, würde eine zeitweilige Entfernung die Rückkehr dahin mindestens erschweren. Auch hat er, wie neuerlich gemeldet wurde, den Gedanken, nach Venedig zu kommen, deßhalb wieder aufgegeben.)

Großbritannien.

Die englische Regierung hat an Privatunternehmer den Bau einer großen Anzahl von Fahrzeugen vergeben, die auf den Flüssen und Seen Canada's operiren sollen. Die Arbeiten werden mit der größten Thätigkeit betrieben werden, damit die Schiffe im nächsten Frühjahre an Ort und Stelle abgeliefert seyn können. (Frk. J.)

Frankreich.

Paris, 28. Dez. Das Ereigniß des Tages ist das Urtheil des Kassationshofes im Prozeß Mirès. Das Urtheil des Appellhofes ist unter keinerlei Schmeichelhaften Erwägungsgründen für das Verfahren und die Jurisprudenz des Appellhofes kassirt. Das öffentliche Urtheil hat sich schon vor dem Kassationsspruche zu Gunsten des Hrn. Mirès bedeutend umgeändert. Die gemeine Denunciation des Hrn. v. Pontalba, das ausnahmsweise Strenge und den Interessen der Aktionäre so verderbliche Gewaltverfahren der Liquidation, das eigenthümliche Verhalten des Gerichtshofes, der jedes Gesuch einer Revision und Gegenexpertise zurückweist; das Alles hat Mirès allmälig zu einem Gegenstand des Mitleids gemacht, so sehr auch seine ganze Handlungsweise getadelt werden muß. Dazu kommt noch die schwerlich ganz auszurottende Ansicht im Publikum, daß viele hohe und angesehene Persönlichkeiten mit Mirès unter einer Decke gesteckt oder doch wenigstens aus seinen mehr oder weniger gesetzlich gerechtfertigten Operationen unerlaubten und darum geheim gehaltenen Vortheil gezogen hätten. Indem nun der Kassationshof das Urtheil kassirt, ist es mehr als wahrscheinlich, daß ein Umschwung in den Ansichten des Publikum über den Rechtsfall und die Person des Hrn. Mirès eintritt. Man wird ihn theilweise moralisch rehabilitiren, wenn er auch nicht gänzlich freigesprochen wird, nicht weil er wirklich unschuldig ist, sondern weil er nicht schuldiger ist als Viele, die als unschuldig gelten. (Hamb. Bhe.)

Portugal.

Lissabon, 26. Dez. Ein Beschluß der Cortes, welcher die ganze Tragweite der Besorgnisse kennzeichnet, denen man sich bezüglich der Zukunft der königlichen Dynastie in Portugal hingibt, annullirt die Verzichtleistung der Prinzessin Antonia (geb. 17. Februar 1845) auf die Krone. Bekanntlich mußte die Prinzessin bei ihrer Vermählung mit dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen auf ihre Rechte der Thronfolge in Portugal ausdrücklich verzichten.

Italien.

Nachrichten aus Rom zufolge hätte der Marquis Lavalette, französ. Gesandter, betreffs der Abreise Franz II. aus Rom eine Note an den Kardinal Antonelli gerichtet, welcher ihm darauf erwiderte, er sey außer Stande, in dieser Angelegenheit etwas zu thun.

Zum Gefängnißwesen.

Je wichtiger nicht blos für den Mann vom Fach, sondern für jeden Menschenfreund, der sich um die sittlichen Zustände und die sittliche Hebung unseres Volkes interessirt, eine genauere Kenntniß des Gefängnißwesens ist, desto willkommener müssen authentische und eingehende Veröffentlichungen darüber erscheinen, wie und eine solche im Laufe dieses Jahres aus Preußen unter dem Titel: Mittheilungen aus den amtlichen Berichten über die 2c. l. preußischen Straf- und Gefängnißanstalten, betr. die Jahre 1858, 1859 resp. 1860, Berlin bei Hertz, zur Kunde gekommen ist. Wir konnten bei Lesung derselben den Wunsch nicht unterdrücken, es möchten von Zeit zu Zeit in jedem Lande, namentlich auch in Bayern, von berufener Seite solche Kundgebungen stattfinden. Wir wollen es versuchen, aus dem dort gegebenen überaus reichen und instruktiven Material hier wenigstens einige statistische Bruchstücke zusammenzustellen, die theils Anlaß zu mancher Vergleichung geben, theils lehrreiche Blicke in die Nachtseiten unseres Volksleben öffnen dürften, welche bei aller Verschiedenheit desselben doch zuletzt im Norden, wie im Süden, am Belt, wie am Rheine die gleichen sind. — In Preußen ist im Jahre 1859 das Verhältniß der Zuchthaussträflinge zur der Einwohnerzahl folgendes gewesen: Provinz Preußen 1 Gefangener auf 756 Einwohner, Posen 1 auf 760, Pommern 1 auf 991, Sachsen 1 auf 1028, Westphalen 1 auf 1342, Rheinprovinz 1 auf 2152 (!), Brandenburg 1 auf 752, Schlesien 1 auf 608. Fragt man nach den Gründen dieser großen Verschiedenheit, so ergibt sich auch aus den übereinstimmenden Berichten der Gefängnißbehörden, daß die Zunahme der Verbrechen mit der religiösen und intellektuellen Verwahrlosung des Einzelnen und ganzer Gebiete in der Regel Hand in Hand geht. Namentlich liefert Berlin (Brandenburg) verhältnißmäßig unzweifelhaft eine so große Verbrecherzahl, weil diese Stadt der Sammelpunkt von vielem losen Volke aus Nah und Fern ist. — Im Ganzen war die Zahl der Gefangenen 23,587, darunter 19,549 eigentliche Zuchthaussträflinge, so daß bei einer Seelenzahl von 17 Millionen durchschnittlich auf je 875 Einwohner ein Zuchthausgefangener kam. 1856 war die Zahl bis auf 27,759 gestiegen. Auf 6 Männer kam durchschnittlich 1 Frauensperson. Ein Drittheil der Gefangenen sind Rückfällige, darunter solche, die zum 6. und 7. Male in das Zuchthaus eingeliefert sind. Der dritte Theil der Neueingelieferten konnte im Durchschnitt weder lesen noch schreiben.

Aus den Berichten der einzelnen Strafanstalten heben wir nur Einiges hervor; Manches eignet sich nicht zur Veröffentlichung an diesem Ort. In Ostpreußen gehört die Mehrzahl der Verbrecher der dienenden Klasse an, welche äußerst selten die Gottesdienste besucht, da dort nur wenige Dienstherrschaften ihrem Gesinde das regelmäßige Kirchengehen gestatten. Unter den katholischen Bewohnern Ostpreußens ist die bedeutsame Wahrnehmung gemacht

Digitized by Google

Turin, 27. Dez. Die Finanznoth ist hier sprichwörtlich geworden. Die Regierung sieht sich von Zeit zu Zeit genöthigt, zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse von Banfhäusern kleine Summen zu Wucherzinsen aufzunehmen. — Die Standale gehen hier nicht aus. Soeben ist der Generalsekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, P. Boschi, zur Disposition gestellt worden. Man hatte ihn in der Presse und im Publikum offen beschuldigt, daß er sich bei Vergebung der Eisenbahnarbeiten in Mailand und Neapel die größten Bestechungen habe zu Schulden kommen lassen. Boschi hat zwar eine Untersuchung verlangt, die Regierung ist aber nicht geneigt, darauf einzugehen, weil sie aus Erfahrung weiß, daß bei einer solchen immer größere Skandale zum Vorschein kommen. Mittlerweile hat der berüchtigte Cucletti in Brüssel eine Schrift erscheinen lassen, in welcher sich die schwersten Anschuldigungen gegen mehrere hochgestellte Personen befinden, was natürlich neuen Stoff zu Skandalen aller Art gibt.

Die letzten Berichte aus Neapel bringen die Nachricht, daß jetzt auch in Calabrien wieder Insurgentenbanden erschienen sind. Diese Ausdehnung des Brigantenwesens über so viele Provinzen erfordert immer neue Truppen.

Am 27. Dez. trat in Neapel die Ordonnanz gegen das Bettelwesen in Kraft; es hat sich nur eine sehr geringe Zahl wirklicher Armen gefunden; die meisten waren Gewohnheitsbettler, die oft unbemittelten Leuten gegen Wucherzinsen Geld liehen. Die Fremden werden dadurch von einer großen Plage befreit.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24. Dez. Die große Mehrheit der hier in der Citadelle und in Kronstadt aus Anlaß der letzten Unruhen bis jetzt verhaftet gewesenen Studenten ist am 18., zur Feier des Nikolaus-Namenstages, in aller Stille entlassen worden, während diejenigen, welche Verweisung nach kleinen Städten tief im Innern trifft, entweder noch sitzen oder bereits nach ihrem künftigen Aufenthaltsorte abgegangen sind; denn nur die Leiter und Führer sind bestraft, alle anderen mit Anrechnung der Untersuchungshaft davon gekommen. Es muß sich nun zeigen, ob die Polizeiklassen sich entschließen werden, die neuen Matrikeln mit Unterweisung unter das neue Universitäts-Reglement anzunehmen, denn davon hängt zunächst Alles ab. Dem Anschein nach hat die abermalige Milde des Kaisers nicht viel auf die erhitzten Gemüther gewirkt; denn fast gleichzeitig mit der Entlassung hat es wieder unruhige Versammlungen unter den Wenigen gegeben, welche sich während der Studenten-Demonstrationen ruhig verhalten hatten und man will wissen, daß diesmal ein in dieser ganzen Angelegenheit schon oft genannter Professor die jungen Leute dazu angeleitet hat.

(K. Pr. Z.)

Amerika.

Der „Patrie" sind folgende Privatnachrichten aus Amerika zugegangen: „Man versichert, die englische Note sey von Lord Lyons am 17. Dez., um 12 Uhr Mittags, dem Herrn Seward, Staatssekretär des auswärtigen Angelegenheiten, übergeben worden. Lord Lyons habe erklärt, daß er bis zum 20., um 6 Uhr Abends, die offizielle Antwort auf die Note seiner Regierung erwarten werde und daß, wenn bis zu diesem Augenblick die an Bord des „Trent" festgenommenen Gefangenen nicht freigegeben seyen, seine Instruktionen ihm vorschrieben, Washington zu verlassen und sich am 21., zu Newyork nach London einzuschiffen." (Die Berichte der „Patrie" sind übrigens nicht sehr verlässig.)

Reuters Office meldet aus Newyork vom 20. Dezember: „Keine Entscheidung ist bis jetzt in der „Trent"-Angelegenheit getroffen. Die „Newyork Times" vom 20. Dez. sagte: Der englische Gesandte habe die Depesche seiner Regierung dem Präsidenten noch nicht mitgetheilt." (L. d. Zeit.)

Volkswirthschaftliches.

Lindau, 30. Dez. Die Gesammtzahl der auf dem Bodensee die Kommunikation vermittelnden Dampfboote beträgt zwanzig, von welchen je fünf den königl. bayerischen und württembergischen Dampfschifffahrts-Anstalten zugehören und sechs Dampfboote im Betriebe der schweizerischen Nordostbahn zu Romanshorn stehen, sowie vier Boote der Konstanzer Privatgesellschaft zugehören, welch letztern Institute ausschließlich das Befahren des Ueberlinger- und Untersee's zukommt. (A. Abdztg.)

Stuttgart, 30. Dez. Die Weinbörse hat sich nunmehr definitiv konstituirt. (Fr. J.)

Bremen, 27. Dez. In den jüngst verflossenen Tagen ist der bisher unerhörte Fall einer Ausfuhr roher Baumwolle von Bremen nach New-York vorgekommen. Der Nordveutsche Lloyddampfer „Bremen" hat an 500 Ballen Baumwolle am 24. Dez. mit nach New-York genommen, wo der Preis die enorme Höhe von 35 Cents für das Pfund erreicht hat.

Wien, 31. Dez. Die „Wiener Ztg." bezeichnet die Unterhandlungen zwischen Preußen und Frankreich über einen Handelsvertrag als hinderlich für eine Einigung Oesterreichs mit dem Zollverein.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 31. Dez. Gestern fand im Künstlerlokal bei Schafroth die Versloosung der Bilder statt, welche zum Besten des Künstler-Unterstützungsvereins hier ausgestellt waren. Das Reinerträgniß ziffert sich auf circa 7000 fl. (M. B.)

In München dreschen spielten am Weihnachtsfeiertag einige Knaben auf dem Bahngeleise, indem sie, als schon der Zug heranbrauste, noch hinüber und herüberspranzen, bis von der Lokomotive einer erfaßt, niedergeworfen und ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde.

Nürnberg, 1. Januar. Im Laufe des Jahres 1861 wurden in den hiesigen 3 Pferdeschlächtereien 173 Pferde geschlachtet. (Fr. K.)

Berlin. Dem „Publizist" zufolge hat Ihler in neuester Zeit wieder ihr Wesen getrieben. Die Betrügerin ist aber sammt ihrem Helfershelfer bald entlarvt worden. Dieser mystisch-muckerische Schwindel soll übrigens gegen einen Postbeamten in einer Weise benützt worden seyn, welche wahrscheinlich zu einer Untersuchung Anlaß geben wird.

---

worden, daß von den in geregelten sexlsorglichen Verhältnissen lebenden Katholiken des Cemlandes von 2159 Individuen 1 in Strafhaft fiel, während bei den in Königsberg ꝛc. zerstreut lebenden, die der religiösen Pflege mehr oder weniger entbehren, unter je 230 ein Sträfling war. Dort ist auch besonders die Branntwein als eine Hauptursache des Verbrechens angegeben. In der Provinz Posen haben die meisten Gefangenen aus polnischen Gegenden keine Ihee von religiöser Ausbildung, können kaum das Vaterunser, der größte Theil hat keine Schule besucht. In Pommern waren die Gefangenen dem bei weitem größten Theil nach der Kirche entfremdet. Aus der Stadtvoigtei zu Berlin wird berichtet: die Wuezel, aus welcher die meisten Verbrechen in Berlin wachsen, ist die Unkenntschreit. Auch bei den wegen Diebstahls u. dgl. Bestraften war das Gewissen vorher durch Unzuchtssünden abgestumpft worden. Die herrschende Beegnügungssucht geht damit Hand in Hand, sie erzeugt Beeaemung und sittliche Verwilderung. In der Strafanstalt Lichtenburg (Sachsen) ist, wie auch anderwärts, eine Zunahme der Verbrechen des Meineids und der Unzucht wahrgenommen worden. Die Verbreitung freigemeindlicher, von den Ungebildeten obendrein nach ihrem eigenen Geschmack zugestutzter Ideen wird hier, namentlich bei den Verbrechern aus Magdeburg, als Haupthinderniß der Besserung angegeben; es dürften aber wohl noch ganz andere, gewichtige Faktoren hier mit im Spiele seyn. Auch in der Rheinprovinz zeigt sich eine erschreckende Zunahme der Verbrechen der Unzucht und des Meineides. — Schließlich bemerken wir noch, daß 1859 die Zahl der Gefängnißgeistlichen 66 betrug, darunter 25 katholische und 41 protestantische, an 42 größeren und kleineren Gefängnissen und Zuchthäusern. (Pfälz. Z.)

---

* „Verfassung und Wirkungskreis der Gerichte und Verwaltungsbehörden Bayerns diesseits des Rheins nach den neuen Strafgesetzbüchern, dem Einführungsgesetz; hiezu und nach den Gesetzen über die Gerichtsverfassung und das Notariat" ist der Titel eines Werkchens, das, von L. Hauff verfaßt, im Verlag der Buchner'schen Buchhandlung in Bamberg kürzlich erschienen ist. Sein Titel deutet den Inhalt zur Genüge an. Die uns vorliegende erste Lieferung behandelt die Verfassung und den Wirkungskreis der Gerichte in 4 Abschnitten, deren erster die Civilrechtspflege, der zweite den Wirkungskreis der Strafgerichte, der dritte die durch die neuen Gesetze eingeführten Aenderungen im Strafverfahren, der vierte die freiwillige Gerichtsbarkeit zum Gegenstand hat. Das Werkchen ist zunächst für den Nichtjuristen zu dessen Aufklärung über die neuen Einrichtungen, die ihn so vielfach berühren, geschrieben, kann übrigens auch Leuten vom Fach als ein den Ueberblick über die Gesammtheit derselben erleichternder Leitfaden dienen.

Digitized by Google

In Leipzig wird jetzt zum Bau eines neuen Theaters gezeichnet. 260,000 Thlr. werden erfordert, 60,000 Thlr. hat ein Kunstliebhaber, Schumann, aus eigenen Mitteln dazu gegeben.

Innsbruck, 27. Dezbr. Gestern Morgens wurden dahier zwei nicht unbedeutende Erdstöße verspürt, der eine um 4 Uhr, der zweite um halb sechs Uhr. Jäger, welche gestern Nachts in den Ausseer Feldern auf der Fuchsjagd waren, bemerkten schon um zwei Uhr früh ein Sausen und Brausen, wie es bei Erdbeben vorzukommen pflegt. Merkwürdig ist, daß das fürchterliche Erdbeben im Jahre 1689, welches die Stadt Innsbruck zu zerstören drohte, beinahe um dieselbe Zeit, 21. Dez. zwei Uhr Nachts, stattfand.

Von Wölfen gefressen. Aus der Csik (Siebenbürgen) meldet die „Kronstädter Ztg.", daß man dieser Tage bei Kozon-Ujfalu zwei Stiefel gefunden, in welchen sich menschliche Gebeine noch in ganz frischem Zustande befanden. Man vermuthet, daß die Wölfe einen Menschen aufgefressen haben. Die Bewohner jener Gegend haben von diesen Raubthieren bei dem heurigen strengen Winter sehr viel zu leiden. Die Wölfe treiben sich in ganzen Rudeln um die Ortschaften herum und fangen besonders viele Hunde ab.

Ueber die Ausbrüche des Vesuv liegen uns Einzelheiten vom 24. Dez. vor. Portici, Resina und Torre del Greco waren seit dem Abende des 22. von dickem Qualm umhüllt und die ganze Küste von Castellamare bis Sorrent, so wie die Insel Capri, war von in Rauchwolken verschwommenen Strömen von Lava entstellten dem Vulkane mit Macht, und in Neapel waren Dächer und Balkone mit Asche grau gepudert. Am 23. trat ein schwarzer Regen hinzu und trübte alle Fenster, während in Portici, Pompeji und Castellamare die Asche so dicht fiel, daß Niemand ohne Schirm oder Maske ins Freie treten konnte. Die Asche des Vesuv wurde bis Sizilien getragen, ja die französischen Messageriedoote bemerkten Aschenfälle bei Malta, und ein englisches Schiff, das von der sardinischen Küste am 24. in Neapel einlief, war ganz grau. Außer Asche wirft der Krater von Zeit zu Zeit auch dicke Steinmassen aus, während das Donnergeroller weithin dröhnt.

Neueste Nachrichten.

München, 1. Januar. Se. Maj. der König hat die als Landkommissär für Kusel den Assessor der Regierung der Pfalz, Heinr. Clötschmayer, und für Landau den Aktuar bei diesem Landkommissariate, Fr. Gummi, berufen, dann zum Assessor der Regierung der Pfalz, K. v. Z., dem Landkommissariats-Aktuar Jos. Ferd. von Parseval, befördert; den Archivar des Staatsrathes, G. Winkelmair, in Rücksicht seiner langjährigen, eifrig und treu geleisteten Dienste den Titel und Rang eines wirklichen Rathes 1ter Klasse und stempelfrei verliehen. (R. Münch. Z.)

München. Die Frage: „Ob die zum Notariate übertretenen Anwälte in der Mitgliedschaft der Advokaten-Wittwen- und Waisen-Pensionsanstalt belassen werden können", ist vom Centralausschusse zur Verwaltung dieses Fondes mit Majorität verneinend beantwortet worden. Für den Fall, daß zu Gunsten der seinerzeitigen Notar-Wittwen und Waisen eine eigene Pensionsanstalt zu Stande komme, wurde von demselben Ausschusse die Leistung eines namhaften Gründungsbeitrages an die neue Anstalt für möglichenweise zulässig erklärt, in diesem Sinne Bericht an das k. Staatsministerium der Justiz erstattet und werden die Betheiligten nach erfolgter allerh. Entschließung Mittheilung von derselben erhalten.

Hanau, 31. Dez. Auf die Beschwerde wegen Wegnahme der bekannten Adresse ist folgender Bescheid der hiesigen Polizeidirektion erfolgt: „Dem Gemeinderathsmitgliede C. Glaub in Bruchköbel wird auf seine Eingabe vom heutigen eröffnet, daß die in seinem Besitze gewesene Adresse an Se. königl. Hoheit den Kurfürsten zu greifen in Beschlag genommen worden sey und nicht zurückgegeben werden könne. Mit deren Beschlagnahme, Unterwerfung und Vernichtung durch Beschluß kurfürstlicher Regierung dahier vom 27. Dez. zu Nr. 6471 verfügt worden sey, da die der Adresse zu Grunde liegende Druckschrift gegen die Vorschriften des dritten Absatzes im §. 17 der Verordnung vom 25. Juli 1854, die Presse betreffend, verstoße, insbesondere unerlaubte Angriffe auf die bestehenden Staatseinrichtungen, sowie in der Form ihrer Absassung eine Verletzung der dem Landesherrn schuldigen Ehrerbietung enthalte." Die angeführte Verordnung ist die landesherrliche Verkündigung des bekannten Bundesbeschlusses über die Presse. Der §. 17 derselben beginnt also: „Die Strafgesetzgebung jedes Bundesstaates hat gegen nachfolgende Angriffe durch die Presse ausreichenden Schutz zu gewähren und solche mit angemessenen Strafen zu bedrohen", und der dritte Absatz lautet: „Angriffe auf die Grundlagen des Staats und der Staatseinrichtungen, auf die letzteren selbst", u. s. w. Im Schlusse des §. 17 heißt es weiter: „Als strafbarer Angriff ist jeder anzusehen, welcher durch Kundgabe erdichteter oder entstellter Thatsachen oder durch die Form der Darstellung den Gegenstand des Angriffs dem Hasse oder der Mißachtung auszusetzen geeignet ist." Daß eine Petition an den Kurfürsten um die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 unter keine dieser Voraussetzungen fällt, bedarf wohl keines Beweises. (Zeit.)

Kopenhagen, 28. Dez. Bollmann ist hier angekommen und soll sich dem Könige und Andern präsentirt und offerirt haben. Er dürfte hier doch schwerlich irgendwo Terrain gewinnen. (Frkf. Postzeitung.)

Gerüchte, der bekannte Reisende, gegenwärtig zu Rosenau bei Koburg lebend, tritt in der „D. A. Z." gegen Bollmann und seine neueste Schrift auf, die er als bodenlos eitel, lügnerisch und verleumderisch bezeichnet. Er sagt in seiner Erklärung unter Anderm: „Die Broschüre selbst zu wiederlegen — von dem Schmutz darin gar nicht zu reden — ist nicht der Mühe werth. Sie wimmelt von Lügen und Verdrehungen, alle berechnet, nach verschiedenen Seiten hin zu wirken und theilt zu treffen, theils Freunde zu machen, der politischen und literarischen Situation wegen. Seinen Beschuldigungen, die sich meist auf Gespräche unter vier Augen berufen, stehe ich natürlich fern; wie ich aber den Herzog kenne, in diesen Charakter es wahrhaftig nicht liegt, im freundlichen Gespräch seinen innersten Gesinnungen einen ganz verschiedenen Ausdruck zu geben, so habe ich für mich selbst die feste Ueberzeugung, daß Bollmann einfach gelogen und Worte und Gebärden so gedreht hat, wie er sie gerade brauchte. Nur eins kann ich ihm direkt widerlegen, wo er, um nach Preußen hin das nöthige Mißtrauen zu säen, den Herzog sagen läßt, daß er nach einem — also gewissen — Sieg über Napoleon sich selbst an der Spitze des Heers zum deutschen Kaiser oder Präsidenten ausrufen wolle. Ich selbst habe mit dem Herzog mehrfach über einen Krieg mit Frankreich gesprochen, und ich erinnere mich sehr gut, wie er damals sagte: „Unsere Truppen sind nicht kriegsgeübt genug. Ich fürchte, daß wir im Anfang ein paarmal tüchtige Schläge bekommen, aber die Preußen sind zäh; nachher schlagen sie sich stets besser, und zuletzt müssen wir siegen."" Er sprach dabei zugleich mit großer Liebe von dem jetzigen König von Preußen, an dem er stets, so lange ich die Ehre habe den Herzog zu kennen, mit offener Zuneigung gehangen." Der h. Kabinetsrath v. Meyern hat seinerseits auch das an ihn gerichtete Erpressungsschreiben Bollmann's veröffentlicht, worin dieser folgende vier Forderungen stellt (wörtlich): „1) Se. Hoheit haben die Gnade, durch Hrn. Banker Lenheim (Juden sind immer hilfreich, wo Christen) meine Schuld bezahlen zu lassen, und ich zahle das auf diese Weise mir gemachte Darlehen in zwei Jahren zurück und verzinse es während dieser Zeit mit 5 Prozent; 2) Se. Hoheit haben die Gnade, mir meine Entlassungspapiere, die natürlich auch zu enthalten hätten, daß ich auf mein Ansuchen den Dienst verlassen, in bester Ordnung und mit einigen anerkennenden Redensarten ausstellen zu lassen; 3) Se. Hoheit haben die Gnade, mich zum Legationsrath zu ernennen und mir darüber sofort ein Patent ausstellen zu lassen; 4) Se. Hoheit haben die Gnade, mit auf fünf Jahre einen Ministerialpaß für Frankreich, Italien und England ausstellen zu lassen." Falls der Herzog hierauf nicht eingehe, droht Bollmann, sofort seine zum Druck bereit liegende Schrift zu veröffentlichen, „welche Veröffentlichung, fährt er fort, ganz denselben Effekt für mich hat, wie eine derartige Präkatisirung, sehr wahrscheinlich noch einen größeren, denn sie verschafft mir augenblicklich eine literarische und politische Situation. Glauben Sie nicht etwa, daß ich zu viel behaupte, und glauben Sie anderseits ja nicht, daß die Popularität Se. Hoheit so groß ist, um mein Buch ohne Weiteres erdrücken zu können. Im Gegentheil haben Se. Hoheit sehr große und mächtige Feinde, selbst da, wo Höchstdieselben keine Ahnung haben, sie zu suchen, und diese werden schon für die Verbreitung meiner Schrift sorgen. Beruhigen Sie sich darauf. Setzen Sie überzeugt, daß meine Schrift einen wahren Sturm erregen wird: ich verstehe mich auf den literarischen Effekt." Auf diesen Brief ließ sich, sagt Hr. v. Meyern, natürlich nichts mehr antworten. Die neueste Nummer der „Koburger Zeitung" (vom 30. Dezember) bringt eine weitere Erklärung des Hrn. v. Meyern, welche die Anstellung Bollmann's im herzoglichen Kabinet betrifft, d. h. eine nähere Auseinandersetzung der Dinge, wodurch dessen Anstellung überhaupt nur stattfinden konnte.")

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pödtmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 3. Januar 1862.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 1. Jan. (Priv.-Corr.) Se. Maj. der König geruhten am heutigen Neujahrstage außer den gestern bereits genannten noch folgende Ordensverleihungen vorzunehmen: I. das Großkreuz des Verdienstordens vom h. Michael erhielten: Vicomte de Vaublanc, Oberhofmeister der Königin; v. La Roche, Generallieutenant und Generaladjutant des Königs; Frhr. v. Wendland, k. Gesandter in Paris. — II. Das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael: Graf v. Montgelas, k. Gesandter in Berlin; v. Bosch, Generallieutenant und Präsident des Generalauditoriats der Armee. — III. Das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone: Frhr. v. d. Tann, Generallieutenant und Generaladjutant des Königs; Frhr. v. Pergler, k. Gesandter in Petersburg. — IV. Das Komthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael: Graf v. Butler, Generalmajor und Hofmarschall des Königs; Frhr. v. Lerchenfeld, Regierungspräsident in Augsburg; v. Plank, General-Zoll-Administrator. — V. Das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone: Höther, k. Oekonomierath dahier; Schauer, Appell.-Direktor in Eichstädt; Pizis, Oberappell.-Rath; Oberger, Regierungsrath im Staatsministerium des Innern; Schraudolph, Historienmaler und Professor; Morgenroth, Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen; General-Major Freiherr von Zetze, Flügeladjutant des Königs Ludwig; Generalmajor v. Heß, Vizepräsident des Generalauditoriats; Generalmajor v. Passavant, Vorstand der Militär-Fohlenhöfe. — VI. Das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael 1. Kl.: Leinfelder, geh. Sekr. im Staatsministerium des Innern; Bomhard, Oberstaatsanwalt in Amberg; Kleinschrot, Appell.-Rath in Neuburg; Meißner, Ministerial-Assessor im Staatsministerium der Justiz; Dr. Dojaner, Kreis-Medizinalrath in Bayreuth; Zink, Landrichter in Altdorf; Meed, Vorstand der Strafanstalt in Plaßenburg; Dr. Dirnberger, Domdechant in Eichstädt; Schmitzlein, Dekan in Ansbach; Dr. Bieter, Univ.-Professor in München; Dr. Bedenstedt, Univ.-Professor in München; Dr. Carriere, Univ.-Prof. in München; Kreling, Direktor der Kunstschule in Nürnberg; Kuland, Kreisbaurath in München; Riebel, Advokat in Füssen; Pummerer, Regierungsrath im Finanzministerium; Stetter, Oberrechnungsrath in München; Schöller, Rentbeamter in Kronach; Schebel, Oberst im Generalquartiermeisterstab; Fuchs, Oberst im 2. Inf.-Reg.; Jenisch, Oberst im 3. Chev.-Reg.; Frhr. v. Brück, Oberst im 1. Art.-Reg.; v. Gmainer, Major und Flügeladjutant König Ludwigs. — VII. Das Ritterkreuz des Verdienstordens vom h. Michael 2. Klasse: Burger, Landwehr-Major in Bayreuth; Engelhard, Postverwalter in Füssen; Dieß, Kaufmann und Vorstand der Handelskammer in München.

** München, 1. Jan. (Privat-Korresp.) Dem Vernehmen nach ist Hr. Oberbergwerk- und Salinenrath Frhr. v. Raeßfeld zum Vorstand der Generalbergwerk- und Salinen-Administration bestimmt.

Aus dem bayerischen Walde schreibt ein Geistlicher dem „Volksboten“: „Schon im September v. Js. las ich in dem Kreisamtsblatte von Niederbayern, daß sich nach den von den k. General- und Kompskommandos an das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten erstatteten Anzeigen ergeben habe, daß sich unter den 20,000 im heurigen Jahre Konskribirten 2352 befinden, welche entweder gar keinen oder nur einen mangelhaften Schulunterricht zeigen, so daß nach dieser Wahrnehmung im Allgemeinen über 11, und nach Regierungsbezirken ausgeschieden auf Niederbayern allein 30 pCt. mit mangelhafter Schulbildung treffen, woraus hervorgeht, daß der Unterrichtsstand in Niederbayern ein auffallend ungünstiges Resultat liefert. Die kgl. Regierung von Niederbayern hat daher Veranlassung genommen, die schon am 17. August v. J. den sämmtlichen Distrikts-Schulinspektionen und Polizeibehörden zc. ertheilten Weisungen zur igenauesten Darnachachtung nachdrücklichst in Erinnerung zu bringen. Abgesehen von einzelnen Fällen, wo Schulinspektoren oder Lehrer zu mild oder zu lässig seyn mögen,*) glaube ich, daß der Grund des so mangelhaften Schulunterrichtes in Niederbayern weder bei den Schulinspektoren, noch bei den Schullehrern allein, sondern auch wo anders noch zu suchen sey. Man hat schon so viel über deutsche Schulen und Unterrichtswesen, über Erhöhung der Schullehrerbesoldungen zc. geschrieben, allein davon habe ich noch nie gehört, daß man auch die Unterrichtszeit als einen Hauptfaktor obiger Prozente in Betracht gezogen und gefunden hätte, daß sie viel zu kurz sey, als daß sich günstigere Resultate erwarten ließen, indem ein gutes Ding, wie das Sprichwort sagt, Weile braucht. Ich sage also, die Unterrichtszeit ist zu kurz, die Vakanzage zu viel, da während des Jahres (ich rede hier lediglich von Landschulen im bayerischen Walde) außer 38 Sonntagen, an denen allzeit höchstens 1½ Stunde Feiertagsschule ist, nicht einmal 100 Tage Werktagschule gehalten wird. Mag's wird man sagen, im ganzen Jahre nicht 100 Tage Schule? Das ist ja doch übertrieben. Wer eine solche Behauptung aufstellt, soll sie auch beweisen. Gut! da der mathematische Beweis der gewissefte, so will auch ich mit Ziffern beweisen. Auf dem Lande beginnt die Winterschule erst mit Oktober; es muß also nachgewiesen werden, wie viele Tage von Oktober zu Oktober Schule gehalten wird. Um das zu finden, müssen wir zwei Kalender, den vom Jahre 1860 und den von 1861 zur Hand nehmen. Fangen wir also vom Oktober 1860 an und zählen alle jene Tage, an denen keine Schule ist, und zwar bis zum letzten Juli 1861, wo auf dem Lande, oft schon früher, die Vakanz beginnt, so haben wir bis dahin 43 Sonntage. Da aber auf drei Samstage allzeit ein Festtag einfällt, so haben wir anstatt 43 nur 40 Samstage als obligate, wöchentliche Vakanztage, die so strenge eingehalten werden, daß an einem solchen Tage, selbst wenn in der Woche 3, 4 Feiertage sind, nie Schule gehalten wird. Nun zählen wir die Festtage mit Einschluß der Königsfeste, Allerseelen, Weihnachts- und Fastnachtstage, Sylvesterabend, Charwoche, Oster- und Pfingsttage, Bittwoche, Patrozinium, so entziffern sich 34 Tage. Der Religionsunterricht nimmt wöchentlich wenigstens einen Tag in Anspruch; wir haben daher innerhalb 44 Wochen wenigstens 40 Tage, an denen der gewöhnliche Schulunterricht ausbleibt. Während der Sommerschule, welche längstens bis die Mitte Mai anfängt, ist nur einen halben Tag, nämlich von 12—2 Uhr Schule; das macht bis Ende Juli 53 halbe oder 26 ganze Tage, da aber auch von diesen 26 wieder 10 für den Religionsunterricht wegfallen, so bleiben von den 53 Tagen wieder 36, an denen keine Schule ist. Mit August fängt die Vakanz an und dauert 2 Monate oder 61 Tage. In kleinen Pfarreien fallen etwa 10 Tage im Jahre durch kirchliche Verrichtungen weg. Zählen wir nun diese Posten zusammen, so stellt sich eine Summe von 264 Tagen ohne Schule heraus. Ziehen wir diese 264 Tage von der Zahl der Jahrestage ab, so bleiben noch 101 Tag für die Werktagsschule. Rechnen wir noch jene ¼ und ⅓ Stunden, die dem Unterricht an jenen Orten, wo sich in neuerer Zeit die Briefschlagen in den Schulhäusern befinden, entzogen werden; so umfaßt die ganze jährliche Unterrichtszeit kaum 90 Tage. Im Herbst und Frühjahr, wo es oft Tage lang regnet, bleiben die entfernten Kinder, besonders die kleinen, von der Schule aus; im Winter gibt es oft kalte und stürmische Tage und so großen Schneefall, daß die Kinder, ohne das Leben zu riskiren, oft mehrere Tage lang nicht kommen können, besonders die armen, denen es auch

*) In Niederbayern gerade findet sich aber noch ein anderer, allgemeiner Grund der mangelhaften Schulbildung des Volkes, wie Jeder weiß, der mit den dortigen Verhältnissen in Kirche und Schule einigermaßen bekannt ist.

Digitized by Google

an nöthiger Kleidung gebricht. Wenn wir noch jene Verlaumisse in Betracht ziehen, welche durch Krankheiten der Eltern und Kinder, durch Verwendung derselben zum Hüten und Pfanonischen Arbeiten, zum Betteln u. s. w. anfallen, so kommen manche Kinder im Laufe des Schuljahres im Ganzen kaum 2 Monate zur Schule. Aus der Schule entlassen kommen die Knaben jetzt nach 5 Jahren zur Konfirmation. Die Meisten aus ihnen brachten und bringen innerhalb dieser 4—5Jahre kein Buch und keine Feder mehr in die Hand, so daß selbst die besser Unterrichteten bis zur Konfirmation wieder vergessen, was sie in der Werktagsschule gelernt und vielleicht in der Feiertagsschule noch ein paar Mal wiederholt haben. Aus dieser Berechnung möge man ersehen werden, ob es ein Wunder ist, daß 30 pCt., oder ob es nicht vielmehr ein Wunder ist, daß nicht 40 pCt. der Konfirmirten entweder gar nicht oder nur mangelhaft unterrichtet sind."

Die Frage, ob Nürnberg oder Augsburg zum Sitz der technischen Hochschule erkoren werde, scheint sich zu einem Rivalitätsstreit zwischen beiden Städten auszuspinnen, welcher uns noch manche interessante Einblicke in die industriellen und gewerblichen Verhältnisse der zwei wichtigsten Handelsplätze Bayerns und somit des Landes selbst verspricht. In der That kann auch der Sitz der technischen Hochschule nur zwischen Augsburg und Nürnberg fraglich seyn. Keine der andern Städte, auch München nicht ausgenommen, kann sich mit Nürnberg oder Augsburg in industrieller und gewerblicher Beziehung messen, weil' letzteres bei der Bestimmung des Sitzes der technischen Hochschule doch primär maßgebend seyn dürfte. (A. Postz.)

Preußen. Berlin, 31. Dez. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß der Polizei-Präsident v. Zedlitz jetzt zur Disposition gestellt ist, (d. h. einstweilen in Ruhestand versetzt; die Papke'sche Geschichte und seine dabei bewiesene Unfähigkeit haben ihm also doch noch den Hals gebrochen.) Das gegen denselben eingeleitete Disziplinar-Verfahren ist noch nicht geschlossen. Doch dürfte diese Maßregel der Vorbote einer baldigen definitiven Besetzung des hiesigen Polizei-Präsidium seyn. (K. Z.)

In Posen fühet man den kleinen Krieg gegen Manifestationen der Polnischgesinnten fort. So ist ein Gutsbesitzer von Niemojewski zu 10 Thlrn. Buße, eventuell 10 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, wegen Aufstechens einer polnischen Fahne und Weigerung, dieselbe der Anordnung des Landrathß gemäß herabzunehmen.

Württemberg. Der „Württemb. Staatsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz, nach welchem „die staatsbürgerlichen Rechte unabhängig sind von dem religiösen Bekenntnisse."

Kurhessen. In Kurhessen hat die Polizei am Schlusse des alten Jahres noch eine gewaltige Thätigkeit entwickelt. Zu Kirchhain wurde am Sylvesterabend der Bürgerverein auf Befehl des Landraths aufgelöst. Außerdem entfaltete sich die Treibjagd auf die mißliebige Adresse in kolossaler Ausdehnung. In Grabenstein — berichtet die „Hess. Morgen-Zeitung" — drangen zwei Gendarmen in das Haus eines Bürgers, bei dem man die Adresse vermuthete, und nahmen dieselbe, welche bereits 225 Unterschriften zählte, mit. Ein Gleiches geschah in Rotenburg. In Hohenkirchen, wo die Adresse „Mann für Mann" unterschrieb und wo sie schon 80 Unterschriften zählte, wurde sie während des Kraluses ebenfalls von einem Gendarmen in Beschlag genommen.

Thüringen. Die „Koburger Ztg." enthält folgende weitere Erklärung des Hrn. v. Meyern: Koburg, 29. Dez. In mehrern namhaften Blättern ist bezüglich des Bollmann'schen Complotes an den Unterzeichneten indirekt die Frage gerichtet worden, wie es möglich gewesen, daß die Anstellung Bollmanns im herzogl. Cabinet in Folge oder überhaupt nach derßen Veröffentlichung seiner „Beetheitigung des Machiavellismus" habe stattfinden können. Der Unterzeichnete stellt nicht an, hierüber die einfachste und offenste Auskunft zu geben. Bollmann sandte als „Literat", wie er sich selbst bezeichnete, im Juni 1858 seine genannte Schrift aus Quedlinburg an das Cabinet ein. Se. Hoheit war von einigen treffenden Bemerkungen in derselben besonders um deßwillen ergriffen, weil er sich dieselben von einem „jungen Literaten in einer kleinen deutschen Stadt" nicht erklären konnte, und fand es immerhin „der Mühe werth, den Einsender einmal kennen zu lernen". Der Herzog lobte Einiges, tadelte Anderes von der Schrift; der Unterzeichnete aber theilte dies dem Einsender mit, indem er mit ausdrücklicher Billigung Sr. Hoheit alternäßig wörtlich Folgendes hinzufügte: „So einleuchtend der Unterschied zwischen politischer und bürgerlicher Moral scheint, so wenig dürfte er sich in der Anwendung bewähren. Wenn der politische Trendruch zum Wohl des Staats einmal sanktionirt und von einem Staatsoberhaupt begangen ist, so werden natürlich auch die andern, schon aus Nothwehr, gleichfalls davon Gebrauch machen, der gegenseitige Staatsvortheil wird sich dann nach und nach ausgleichen müssen, somit der beschränkende Zweck verfehlt seyn und das nackte Verbrechen übrig bleiben — Bösterreich wird zum Raubstaatsrecht werden. Aber ich behaupte auch, daß nur in Despotien, und selbst da nur bei Völkern von wenig prononcirtem Rechtsgefühl, ein Machiavell sich mit seinem System halten kann z. B." Nach dieser Erwiderung, auf welche Bollmann nicht eingehend antwortete, ruhte die Sache. Plötzlich stellte sich derselbe nach einem halben Jahr, im Januar 1859, dem Unterzeichneten in Gotha vor, erhielt eine Audienz bei Sr. Hoheit, bewarb sich um irgendeine Beschäftigung, und wurde auf ein schriftliches, besonders offenherzig gehaltenes, ja Vertrauen erweckendes Gesuch, und nachdem er sich auf Nachforschen als Sohn eines rechtlichen alten Wachtmeisters im k. preuß. 7. Küraſſierregiment (Regiment Sr. Hoheit) und als eine Persönlichkeit ausgewiesen hatte, gegen die irgend etwas Gravirliches nicht vorliege, von Sr. Hoheit als Hilfsarbeiter im Kabinet zeitweilig angenommen. Auch ließ ihm Sr. Hoheit einige Schulden bezahlen, welche er zu Hause zurückgelassen. — (Diese Erklärung dürfte übrigens schwerlich als eine ganz befriedigende erachtet werden; die Frage bleibt immer, wie man einen solchen Menschen als Kabinetssekretär anstellen mochte.)

Nach dem „Journal de Francfort" hätte die koburgische Regierung in Kopenhagen die Auslieferung des ehemaligen herzogl. Kabinetssekretärs Bollmann nachgesucht, wäre aber um so mehr abgewiesen worden, als Koburg noch immer nicht den mit Dänemark geschlossenen Frieden (von Malmöe, im Jahre 1849) anerkannt habe.

Die Deutschen im amerikanischen Kriege.

Das New-Yorker Turnereegiment, kommandirt von Oberst Weber, liegt in der Festung Monroe, an der Chesapeak-Bay. Bei Washington stehen sieben Regimenter Deutsche unter Blenker (die neuesten New-Yorker Nachrichten melden dessen Absetzung). In Wheelingwirginien stehen zwei Regimenter Infanterie aus Ohio und einige Schwadronen Dragoner aus Illinois. In Kentucky stehen zwei Regimenter unter Hecker und Willich. Unter Blenkers Korps steht auch G. Struve als Lieutenant. In Missouri steht die größte Anzahl Deutsche. Das westliche Turnereegiment unter Oberst Hassenpflug, mehrere Batterien Artillerie unter Bachhof, mehrere Batterien Artillerie unter Bachhof, mehrere Regimenter Infanterie, im Ganzen etwa 8000 Mann, Alles unter Siegel. Die deutschen Regimenter werden in deutscher Sprache kommandirt. Außerdem aber gibt es, besonders in den westlichen Regimentern, noch viele Kompagnien, die fast nur aus Deutschen bestehen. Die Amerikaner haben von den deutschen Regimentern Vieles gelernt. So ist z. B. der Schnaps in der Armee verboten und das Bier erlaubt worden. Das ist schon an sich eine Revolution. Blenkers Armeekorps hat eine eigene Feldbäckerei. Während die amerikanischen Regimenter alle Tage ihr Weizenbrod erhalten, läßt Blenker für seine Truppen Roggenmehl liefern, und diese haben dann mehr und saftiges Brod. Die Deutschen haben in jedem Regiment einen Gesangverein und tragen dadurch viel zur Unterhaltung im Lager bei. Sodann haben sie auch meist eine ordentliche Musikkante. Sie verstehen ferner ihre Lebensmittel schmackhaft zuzubereiten und bleiben deshalb weit mehr von Krankheiten verschont. Die meisten der deutschen Obersten, Hauptleute 2c. haben schon einmal eine Rolle gespielt, und zwar eine denkwürdige und interessante, obwohl das Stück, in dem sie damals spielten, durchgefallen ist und traurig endigte. Der Schauplatz war damals Baden und die Pfalz, die Zeit die Jahre 1848 bis 49. Es trifft sich gut, daß diese Kämpfer zweier Erdtheile grade jetzt ihren Geschichtschreiber an einem Manne gefunden haben, der mit ihnen in Baden gekämpft hat und, unterlegen, nur mit großer Noth der Kugel des Standrechts entgangen ist. Dieser Mann ist Corvin, der in seinem Buche, „aus dem Leben eines Volkskämpfers", mit seinem Leben ein lebendiges Stück Geschichte jener denkwürdigen Jahre veröffentlicht hat, derselbe Corvin, der soeben wieder über das Meer gefahren ist, um der Augsburger „Allgemeinen Ztg." als Berichterstatter über den Krieg Amerikas zu dienen. Seine Berichte zeichnen sich durch große Frische, Treue und Lebendigkeit aus.

Digitized by Google

Großbritannien.

Die Vorbereitungen in England sind einen möglichen Krieg mit Amerika werden eifrigst fortgesetzt. Man gedenkt Luftballone zum Behuf des Recognoscirens anzufertigen. Die Regimenter im Lager zu Aldershott sind ärztlich inspicirt worden, damit sie sich alsbald für den Dienst in Kanada bereit halten können. Eine Anzahl von Krankenwärterinnen, die nach dem System der Miß Nightingale eingeschult sind, sollen nach Halifax eingeschifft werden. Eine Batterie von der achten Artilleriebrigade und eine Anzahl Artillerieyerde sind so eben an Bord zweier Transportschiffe gegangen. Neunzehn Dampfkanonenboote, jedes von 60 Pferdekraft, erhielten Befehl, beim Empfang des ersten Telegramm ihre Häfen zu verlassen. Zu Southampton werden fortwährend Truppen mit ungeheuren Kriegsvorräthen eingeschifft. An der Vollendung der neuen englischen Panzerfregatte Royal Oak (königliche Eiche) wird zu Chatam unausgesetzt gearbeitet. Die Eisenplatten, mit denen das Schiff gerüstet wird, sollen nicht in glühendem, sondern in kaltem Zustande gebogen und den Ausrundungen desselben angepaßt werden; es geschieht dies mittelst hydraulischer Maschinen, von deren Kraft man sich einen Begriff machen kann, wenn man hört, daß sie darauf berechnet sind, auf jeden Quadratzoll der Eisenplatten einen Druck von 2000 Tonnen Gewicht zu üben. — Im Hafen von Liverpool soll eine Flottille zum Zweck der Sicherung desselben zusammelt werden. (F.-H.-Z.)

Amerika.

New-York, 20. Dez. Die Repräsentantenkammer des Kongresses votirte einen Kredit von 1 Mill.-Doll. zur Erbauung von Kanonenbooten.

Volkswirthschaftliches.

In großdeutschen Kreisen und im Handelsstande Oesterreichs ist man gegenwärtig sehr beunruhigt durch das kleindeutsche und preußische Geschrei nach einer Handelseinigung mit Frankreich und Auflösung des Zollvereins. Es ist allerdings eine wenig tröstliche Erscheinung, wie man auch auf diesem Gebiete auf eine Ausschließung Oesterreichs dringt, und sich Frankreich in die Arme werfen will, das bei uns Vortheile sich zu holen gesonnen ist für die Nachtheile seiner Handelsverträge mit England und Belgien. So lange der Zollverein bestehen bleibt, ist wohl eine Bevortheilung Frankreichs auf Kosten Oesterreichs nicht zu fürchten. Denn die Zollvereinsverträge mit Preußen bedingen ausdrücklich: daß Oesterreich alsbald in alle Vortheile jedes Staats eintritt, mit welchem der Zollverein neue Verträge schließen werde. Diesen Punkt haben denn auch die süddeutschen Staaten gleich von Anfang bei den Verhandlungen Preußens mit Frankreich besonders betont. Und das ist leider auch der Anstoß, den man in Berlin in gewissen kleindeutschen Kreisen (die übrigens doch an maßgebender Stelle den Ton noch nicht allein angeben) jetzt am Zollverein nimmt, — darum das Geschrei nach Auflösung des Zollvereins, welche man jedoch sicherlich in Berlin selbst nicht wünscht, und womit man für's Erste nur wieder schrecken will. Wieder ist es die kleindeutsche Partei, welche mit geschäftigem Eifer jede Annäherung zu verhindern sucht, — die kleindeutsche Partei, die heute die Maske des Freihandels vornimmt und mit französischen Zolltarifen kokettirt, wie sie für deutsche Centralgewalt unter Preußens Führung schwärmt und die Blicke schüchtern zu dem französischen Bereier aufschlägt. Selbst auf die materiellen Interessen Deutschlands kommt es ihr nicht an, wenn es gilt, französische Freundschaft zu erwerben und Sympathien für Frankreich zu affektiren, welche man Oesterreich verweigern zu müssen glaubt. Sie nehmen das Danaergeschenk gerade deßhalb an, weil es von Frankreich kommt — aus Haß gegen Oesterreich. — So gut Frankreichs Handelsvertrag mit England in politischen Beweggründen lag, so hat Frankreich auch in seinem Handelsvertrag mit dem Zollverein seine alten politischen Zwecke. Die Spaltung Deutschlands, das Auseinandergehen seiner Interessen ist die Wunde, welche Frankreich stets aufs Neue aufreißt, wenn sie zu verheschen beginnt. Jeder Anlaß zur Einigung, zur materiellen oder politischen Erstarkung wird da mit schadenfrohe Hand zerstört. (D.-Z.)

Wien, 31. Dez. In der „Wiener Zeitung" liest man Folgendes: „Durch mehrere Zeitungen macht die Nachricht die Runde, daß eine Konferenz der Zollvereinsstaaten stattgefunden habe, in welcher Preußen, Bayern und Sachsen ermächtigt worden wären, im Namen des Vereins diejenigen Verhandlungen über weitere gegenseitige Verkehrserleichterungen und eventuell über die gänzliche Zolleinigung mit Oesterreich aufzunehmen, welche im Zoll- und Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 für das Jahr 1860 angeberaumt worden waren. Bisher ist von einer solchen Konferenz und der erwähnten Ermächtigung der an Oesterreich grenzenden Zollvereinsstaaten im amtlichen Wege nichts bekannt geworden, und jene Nachricht hat auch nicht die innere Wahrscheinlichkeit für sich. Bekanntlich hat der Zollverein die von Oesterreich 1860 ergangene Einladung zu den im Vertrage vom 19. Februar 1853 vorhergesehenen Verhandlungen damit beantwortet, daß er deren Beginn an Vorbedingungen knüpfte, auf welche als dem verfassungsmäßigen Zwecke der Verhandlungen entgegen Oesterreich nicht eingehen vermochte, und seit dieser Zeit ist der Zollverein mit Frankreich in noch gegenwärtig andauernde Unterhandlungen über einen Handels- und Zollvertrag eingetreten, dessen Bestimmungen, soweit sie bisher in die Oeffentlichkeit gedrungen, der weiteren Annäherung, sowie der Zolleinigung Oesterreichs und des Zollvereins neue unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen würden."

Wien, 31. Dez. Das Gesetz über Besteuerung der Promessen, welches der Finanzminister dem Abgeordnetenhause vorlegen will, ist bereits vollendet. Es wird erlaubt, Promessen auf ein Loos, das man besitzt, zu verkaufen. Der Verkäufer muß aber jederzeit beweisen können, daß er dieses Loos auch besitzt. Das Certifikat muß gestempelt seyn, und soll der Stempel je nach dem Werth bis 50 kr. variiren.

Frankfurt, 30. Dez. Das Syndikat der Wechselmakler hat beschlossen, die Rhein-Nahebahn-Aktien vom 1. Jan. 1862 an ohne Zinsen zu notiren, da voraussichtlich eine Dividende nicht zuzuerwarten steht. Es kommt hiedurch der bisherige Modus einer 4prozentigen Zinsenvergütung in Wegfall. (Fr. Hdls.)

Ö Frankfurt, 2. Jan. (Brtv.-Korresp.) Daß auch in hiesiger Gegend, wo die Börse und namentlich Industrie und Exporthandel in so enger Verbindung mit Amerika stehen, die Auf-

Sitzung des Ausschusses der deutschen Turnerschaft in Gotha.

Gotha, 29. Dez. Am 28. und 29. Dez. versammelte sich der zur Geschäftsführung und Leitung des Turnwesens durch die deutsche Turnerschaft berufene Central-Ausschuß. Zur Erledigung kamen nachfolgende Fragen: 1) Organisation des Ausschusses; 2) Abhaltung des nächsten deutschen Turnfestes; um beiden Städten Leipzig und Nürnberg gerecht zu werden, wurde beschlossen, das Fest 1863 in Leipzig (zur 50jährigen Feier der Schlacht bei Leipzig) und 1865 in Nürnberg (zur 50jährigen Feier der Schlacht bei Waterloo) abzuhalten; 3) Jahndenkmals-Frage. Es soll dem Begründer der deutschen Turnkunst kein Kunstmonument, sondern ein Mahlzeig aus Felsblöcken, welche von den Turnern aus allen Theilen Deutschlands gesandt werden und mit den Inschriften der betreffenden Vereine versehen sind, errichtet werden. Sammlungen oder Beiträge für die deutsche Flotte oder das Hermannsdenkmal soll jedem Einzelnen überlassen seyn. 4) Geschäftsordnung für das nächste Fest. 5) Statistik und Turnkreise. Deutschland wurde in 14 Turnkreise eingetheilt, für welche Bevollmächtigte aus dem Centralausschuß und Mitglieder verschiedener Turnverbände zur Aufstellung von genauen Statistiken in ihren Turngebieten ernannt wurden: Oesterreich, Bayern (Weber aus München), Schwaben, Oberrhein, Mittelrhein, Niederrhein, Nordwesten Deutschlands, Kurhessen, Thüringen, Sachsen und preuß. Provinz Sachsen, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg, Schlesien und südl. Posen, Preußen und nördl. Posen. 6) Statt Turnpäßen und Zeugnissen sollen nur noch einfache Bescheinigungen gegeben werden. 7) Turnen und Politik. Das Turnen kann nur dann seine reichen Früchte entfalten, wenn es als Mittel betrachtet wird, dem Vaterlande gute und tüchtige Männer zu erziehen, jedwede politische Parteistellung jedoch muß den Turnvereinen als solchen fern bleiben. Die Bildung eines klaren politischen Urtheils ist Sache und Pflicht des einzelnen Mannes. 8) Leitfaden für die deutschen Turnschulen. 9) Turnlehrer und Vorturnerkurse. Hierzu wurden empfohlen: für Bayern: München, das mittelfränkische Gebiet: Neustadt a. d. H., für die andern Turnkreise: Berlin, Leipzig, Dresden u. s. w. 10) Die „Turnzeitung" unter der Redaktion von Dr. Goetz in Leipzig wurde als Organ des deutschen Turnwesens erwählt. 11) Aufforderung an die Regierung für Turnlehrerbildungsanstalten und Einführung des Turnens nach deutschem System. 12) Wehrfrage. Das Turnen soll Hauptsache bleiben, jedoch wird Wehrturnen mit Waffenübung solchen Vereinen empfohlen, die genügende Lehrkräfte besitzen. (Pf. K.)

Digitized by Google

regung und Beschränkung wegen der englisch-amerikanischen Frage sehr groß ist, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Obgleich nun Schreiber dieser Zeilen selbst keineswegs an Krieg glaubt, so mag es dennoch für die vielen Fürchtenden und durch Handel, Industrie und Börse Betheiligten von Interesse seyn, die die Postverbindung zwischen den beiden Ländern betreffenden Bestimmungen im Falle des Ausbruchs eines Kriegs kennen zu lernen. Die „Post-Konvention der Vereinigten Staaten mit Großbritannien“ wurde durch Hrn. Bancroft und Lord Palmerston am 15. Dez. 1848 abgeschlossen und am 26. Januar 1849 ratifizirt. Art. XX. derselben lautet wörtlich, wie folgt: „Im Falle eines Krieges zwischen den beiden Nationen sollen die Postschiffe der beiderseitigen Postverwaltungen ihre Fahrten ungehindert und unbehelligt noch sechs Wochen fortsetzen, nachdem von Seiten der einen der beiden Regierungen der anderen eine Ratifikation gemacht und zugestellt ist, daß der Postdienst ausgesetzt werden soll. In solchem Falle soll es den Schiffen gestattet seyn, frei und unter besonderem Schutze in ihre resp. Häfen zurückzukehren.“

Die Zollvereinsregierungen werden Abgeordnete zur Londoner Ausstellung schicken, und von Seiten Bayerns wird dorthin aller Wahrscheinlichkeit nach der k. Gewerbskommissär Rektor Dr. Berg in Fürth als Ausstellungskommissär abgehen, welcher sich gegenwärtig in München befindet.

Man meldet aus Amerika, daß der Handel mit Oel aus den Oelquellen, die sich hauptsächlich in Pennsylvanien und Canada finden, eine ungeheure Ausdehnung gewinnt, und daß, wenn die Ergiebigkeit der Quellen nicht abnimmt, dieser Artikel (nach der Baumwolle) der wichtigste für den amerikanischen Verkehr werden wird.

Nichtpolitische Zeitung.

Baden, 30. Dez. Im Laufe dieses Monats hat der Krankheitszustand des hier verweilenden Hrn. Professors v. Gräfe aus Berlin einen so günstigen Charakter angenommen, daß man an dessen baldiger Wiederherstellung nicht zweifeln darf.

Frankfurt, 2. Jan. Leopold Joseph Bär, Chef jener großartigen buchhändlerischen und antiquarischen Anstalt, deren Räume zu den Sehenswürdigkeiten von Frankfurt gehören, ist am letzten Tag des vergangenen Jahres, während er in seinem Lokal auf gewohnte Weise thätig war, ganz unvermuthet vom Tod ereilt worden. Der Verstorbene, bei höchst bescheidenem Auftreten ein Mann von vieler Einsicht, gediegenem Urtheil und einem sehr liberalen Geschäftsverfahren, kann zum Muster dienen, wie Beruf, Rechtlichkeit und Besonnene, rastlose Thätigkeit auch in unseren schwierigen Zeiten sich emporzuarbeiten vermögen. Wir sahen ihn noch in dem mehr als bescheidenen Winkelstädchen in der Steingasse, das bedes Brüder von ihrem Vater übernommen hatten; und als das Haupt eines Geschäftes, das unserer Stadt zur Zierde gereicht, behielt er dieselben schlichten Lebensformen bei, wie am Anfang seiner Laufbahn. In ihm verliert der hiesige Gelehrtenstand einen freundlichen und kundigen Rathgeber in buchhändlerischen Dingen. (Zeit.)

Der einst so berühmte Violinspieler Alexander Boucher ist am 30. Dezember 1861 in seiner Vaterstadt Paris gestorben. Er war am 11. April 1778 geboren, ist also 83¾ Jahre alt geworden.

Nach dem „Journal de Var“ hat man am 20. Dezember, Morgens gegen halb 8 Uhr in Draguignan, sowie in Toulon, Aix, Nizza, Jobpel, Marseille, in Saint Zacharie und in Algier einen leichten Erdstoß verspürt.

Aus Neapel wird vom 28. Dez. gemeldet, daß der Vesuv einen Aschenregen über Stadt und Rhede ergoß.

Neueste Nachrichten.

** München, 2. Jan. (Privat-Korresp.) Der amerikanische Oberst Einstein, vom Präsidenten Lincoln zum amerikanischen Konsul in Nürnberg ernannt, ist hier eingetroffen und hatte diesen Mittag eine Audienz bei dem k. Staatsminister des Aeußern, Hr. Oberst Einstein ist ein geborner Württemberger, der seit 16 Jahren in Amerika lebte.

München, 2. Januar. Se. Maj. der König hat die Gräfin Ida von Steinsheim-Grünbach, geborne Gräfin von Deym, zur Palastdame J. Maj. der Königin ernannt.

(M. B.)

Berlin, 31. Dez. Zur Charakteristrung unserer inneren Lage sind die folgenden Fälle von hohem Interesse: Der königl. Landrath v. Brauchitsch, dessen maßloses Treiben gegen die liberalen Anordnungen der Regierung und für die Wühlereien der reaktionären Partei bekannt ist, erhält von seiner vorgesetzten Behörde endlich einen scharfen Verweis, und was thut Herr v. Brauchitsch? Er wendet sich, um den Verweis in das gehörige Licht zu stellen, in einem eigenen Artikel an seine Kreiseingesessenen!

(Schw. M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Ullmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	80½ P.
"	5 pCt. Venez. Coupon b. R.	67¾ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56¼/₁₆ 55⅞ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	45¾ G.
"	4½ pCt. " "	40¼ G.
"	4 pCt. " "	—
"	3 pCt. " "	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. 1850er. dto.	103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ P. ⅛ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	100⅜ P. ⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ P. ⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103¼ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P. 93 G.
Frankfurt	4½ pCt. Obl.	97⅝ P.
"	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3 fl. 30	46¾ G.
"	2 pCt. "	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1151½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	620 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149—148½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank à 3. Serie à fl. 200	1886½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	77⅝ P.
Internationale Bank in Luxemb.	88 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	250 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	65 P. 64¾ G.
Oest. F. St. Eisb. bPCt. 500 Fr. à 28 kr.	280 P.
" Kilsab.-Eisenbahn à pCt.	102 G.
" Kilsab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	73½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 pCt. Z.	139½ P.
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	131½ P.
Pfälz. Bank. b. Rothschild à 4½ pCt.	102⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ P.
Südd. Bank-Aktien à pCt. Kins.	243⅝ G.
Span. Handels- u. Industrie	505 P.
" Credit-Akt. d. Gen. Pereire	430 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.	105¾ P.
Providentia (Feuerves.) 10 pCt. Kins.	190 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	99⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 80 k. S.	105 B. 104⅞/₁₆ G.
Brem. Th. 100 k. S.	96¾ B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	104 B.
Hamb.-Mk. 300 k. S.	87⅞ B. ⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¾ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92⅞ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in dst. W. l. S.	82⅝—¼ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	86 P.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	52 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	126½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	81⅞—¾ G.	" fl. 25 do.	37 P.
" fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bch.	110⅞ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	52¼ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P?
Badische fl. 50	90½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	52⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 2. Januar. In Folge günstiger politischer Berichte und auswärtiger Notirungen zeigte sich für öfterr. Fonds und Industrieaktien vielfach Kauflust zu höheren Kursen, und die bessere Stimmung erhielt sich mit geringen Schwankungen bis zum Schlusse. Der Umsatz war ungewöhnlich bedeutend. Auch die übrigen Fonds waren fest und begehrt. (Spnd.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1. | Vierteljährl. 54 kr. hier und ganz Baiern. Bei Insexaten wird die dreispaltige Zeile mit gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum zu 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Samstag, 4. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Ein Berliner Korrespondent der „Zeit" schickte verteilen die Inhaltsangabe der Depesche, mit welcher Graf Bernstorff die Mittheilung der Bundesreform-Vorschläge des Herrn v. Beust beantwortet hat. Der preußische Minister des Auswärtigen erklärt es für hohe Zeit, daß man sich über die vorzunehmende Bundesreform offen ausspreche. Er lobt Herrn v. Beust, daß er die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Bundesreform zu bejeugt habe, verwirft aber dessen Reformprojekt. Graf Bernstorff feinerseits tritt für die Herstellung eines Bundesstaats im Staatenbunde auf, d. h. mit andern Worten: für das Gagern'sche Programm. Bei Beurtheilung der Durchführbarkeit von Bundesverbesserungsvorschlägen habe man zu unterscheiden, ob dieselben auf den ganzen Komplex der Staaten, welche von dem Bundesverhältniß umfaßt werden, berechnet sind, oder ob sie darauf ausgehen, innerhalb des heutigen Staatenbundes und unter Konservirung des letzteren einen Bundesstaat zu begründen. Es sey, meint er, keine Frage, daß ein Bundesverband, dem zwei Großmächte und eine noch größere Zahl von Staaten, welche den Schwerpunkt ihres Organismus außerhalb des Bundesverhältnisses haben, beitheilig sind, nicht in bundesstaatlicher Richtung, d. h. in einer Richtung entwickelt werden kann, die eine gesteigerte Beschränkung der Autonomie der einzelnen Staaten voraussetzt. Eine kräftige Centralgewalt, sey es in einheitlicher oder zusammengesetzter Form, sey für die Bundesgesammtheit unausführbar, wohl aber — und damit spricht die Depesche ihren positiven Gedanken aus — sey es ausführbar, einen Bundesstaat im Staatenbunde zu begründen und für diesen engeren Verband das militärische Oberkommando, sowie die diplomatische Vertretung in einer Hand, d. h. in der Preußens, zu vereinigen. (Daß durch einen solchen engern Bund der weitere aufgelöst, daß der engere Bund am Ende nur ein vergrößertes Preußen würde, daß für die Einheit Deutschlands damit nichts gewonnen wäre, ist klar. Oesterreich, Holstein, Luxemburg würden so vom übrigen Deutschland abgetrennt. Wenn die staatlichen Verhältnisse dieser Länder jetzt Schwierigkeiten machen, so suche man diese zu lösen; aber sie ohne weiteres abzuschütteln, ist eine schlechte Politik. Wohin käme man da am Ende! D. Red.)

Bayern. München, 2. Jan. Die „Südd. Zeitung" schreibt: „Gegen Ruhestörungen in der Sylvesternacht haben die Sicherheitsbehörden Vorkehrungen durch Verstärkung der Wachtmannschaften treffen lassen und zahlreicheres Patrouilliren angeordnet. Die Nacht verlief auch nicht ohne bedauernswerthe Vorfälle, indem in einer im That befindlichen Bierwirthschaft es zur Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie kam, an der sich auch Zivilisten betheiligten und die nur mit blutenden Köpfen und Verletzungen endigte. Die häufig auftauchende Meinung, die Militärrauferein seyen eine Erscheinung der Neuzeit, ist eine entschieden irrige. Alle ältern Militärs bestätigen es, daß sie früher weit häufiger waren; aber damals wußten die Herren Zensoren recht gut dafür zu sorgen, daß keine Mittheilungen darüber in das größere Publikum gelangten. Sie gänzlich auszurotten, dürfte schwer seyn. So lange es nicht selten mit stillschweigender Befriedigkeit aufgenommen wird, wenn sich der Soldat gewisser Waffengattungen geringschätzend über andere Branchen der eigenen Armee äußert, wird er sich an Orten, wo ihn die militärische Disziplin weniger fesselt, derartige Auslassungen erlauben; diese Ueberschätzungen einer Waffengattung gegen die andere sollten aber nicht genährt, sondern im Keime erstickt werden, weil sie es sind, die noch je die größten Militärschlägereien veranlaßten."

München. Der „B. Ldv." schreibt: „Wie uns erzählt wird, ist ein Offizier der Landwehr gegenwärtig mit der Veröffentlichung einer Abhandlung über die bayer. Landwehr beschäftigt, in welcher dieses vaterländische Institut durch eine vorurtheilsfreie Kritik beleuchtet, in seinem wahren Werthe und den Anforderungen unserer Zeit entsprechend erscheint. Wir glauben, im Voraus die Betheilung des Bürgers über die politische Wichtigkeit der Landwehr, die Forderung der äußersten Beschränkung der Reuem, Ueberzeugung der Brigadekommandos an verdiente, anerkannt tüchtige Stabsoffiziere der Linie, Errichtung von Offizierschulen unter Beanspruchung des Kommandeurs der Brigade, Errichtung von Unteroffizierschulen, die von Offizieren abgehalten, von Stabsoffizieren streng überwacht werden, Ueberführung aller pekuniären Lasten auf die Rekruten, Aufhebung der Grenadier- und Jägerabtheilungen und Bildung eines Scharfschützenzuges bei jeder Kompagnie, Beseitigung der Uniform und Beschränkung der aktiven Dienstzeit auf das 40. Lebensjahr als die Hauptpunkte der Arbeit bezeichnen zu dürfen."

Die Kreisregierung von Mittelfranken „sieht sich veranlaßt", die durch Ausschreibung vom 15. Juli 1840 veröffentlichte Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 11. desselben Monats, wodurch das Verbot der öffentlichen Ausstellung, Verbreitung und des Verkaufes schlüpfriger sittenverderbender Malereien und sinnlicher Darstellungen in Erinnerung gebracht worden ist, und die weitere auf Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 11. August 1857 gestützte Regierungs-Ausschreibung vom 20. desselben Monats, welche jenes Verbot auch auf die Anfertigung solcher Bilder und Darstellungen zum Behufe der Verbreitung und des Verkaufes, sey es für das Ausland oder das Inland, erstreckt, den Behörden mit der Weisung wiederholt in Erinnerung zu bringen, daß gegen Uebertretung jener Verbote die sorgfältigste Wachsamkeit zu üben und mit nachdrücklicher Strenge einzuschreiten, in jenen Fällen aber, in denen die Herstellung der Bilder und Darstellungen durch die Presse erfolgt seyn sollte, die preßstrafgerichtliche Untersuchung unverzüglich zu veranlassen ist.*)

Preußen. Dr. Löwe von Calbe, der letzte Präsident der deutschen Nationalversammlung von 1849, welcher in Folge der Amnestie aus Amerika zurückgekehrt ist, hat seinen Wohnsitz in Berlin genommen, wo er als praktischer Arzt zu leben gedenkt. Er war in New-York einer der angesehensten deutschen Aerzte, hatte sich eine große Praxis erworben, und verlor auch in seinem Berufe ehrenvoll den deutschen Namen im Auslande. (Z. f. Nrd.)

Posen, 29. Dez. Der „Ostsee-Ztg." entnehmen wir folgendes: „Der Erzbischof v. Przyluski ist unterm 10. Oktober d. J. vom Minister der geistlichen ec. Angelegenheiten v. Bethmann aufgefordert worden, dem Mißbrauch der Kirchen zu politischen Manifestationen durch einen ernsten Hinweis der Geistlichkeit auf ihren dem König und dem Staate geleisteten Eid der Treue Schranken zu setzen und die durch die fortgesetzte Agitation aufgeregten Gemüther durch eine loyale Ansprache zu beruhigen. Dieser Aufforderung ist derselbe unterm 1. d. M. durch ein in lateinischer Sprache erlassenes Rundschreiben an die Geistlichkeit in einer Weise nachgekommen, die kaum dazu dienen dürfte, die Flammen der Agitation auszulöschen. Den Kern dieses Dokumentes bildet die Behauptung, daß die katholische Kirche es eben so sehr den Regierungen zur Pflicht mache, die verschiedenen ihnen unterworfenen Nationa-

*) Bekanntlich hatte der „Volksbote" erst neuerlich wieder darauf hingewiesen, daß in Nürnberg förmliche Groschenschächte in unsittlichen Bildern ꝛc. bestehen, wo ganze Massen von Knaben und Mädchen neben lustigen Arbeitern für die Anfertigung der schamlosesten Produkte verwendet werden, welche fast ausschließlich auf Großhandel ins Ausland berechnet sind, und jährlich fabelhafte Summen eintragen. Das kann nun natürlich nicht der Stadt oder ihren Behörden zur Last gelegt werden, sondern es trifft der verdiente Vorwurf jene Männer, die sich mit solchen Geschäften abgeben. Für die Behörden erwächst aber hieraus die Pflicht, gegen solche Mißbräuche mit allen gesetzlichen Mitteln einzuschreiten, und daß dies nicht versäumt wurde, nachdem jener schändliche Industriezweig entdeckt worden war, beweist obiger Regierungsbericht.

litäten mit aller Liebe zu hegen und zu pflegen, wie den Angehörigen der einzelnen Nationalitäten, an ihrer nationalen Eigenthümlichkeit, der Sprache, Sitten, Traditionen u. s. w., mit unverbrüchlicher Treue festzuhalten. Als Grundsatz wird in dieser Hinsicht aufgestellt: „da die katholischen Christen das Gebot haben, Jedem zu geben, was ihm gebührt, so muß auch der Nation gegeben werden, was der Nation gebührt." Dieser Grundsatz wird sodann speziell auf die polnische Nationalität angewendet. Es folgt hieraus eine Anweisung für die Geistlichkeit wie für die Laien, die nationalen Institute zu schützen und zu erweitern, die einheimischen Sitten und Tugenden zu pflegen, die Muttersprache auszubilden, die Reisen ins Ausland zu unterlassen und überhaupt den Luxus zu beschränken, die um die Nation verdienten Männer auch nach ihrem Tod zu ehren, und die Ehre Gottes und das Heil des Nächsten aus allen Kräften zu fördern, „sonst wird die so lange verlorene Gnade Gottes nicht wieder erlangt werden." Doch will der Erzbischof, daß die nationalen Bestrebungen sich innerhalb der Schranken des Gesetzes bewegen, was freilich bei der Aufregung der Leidenschaften eine sehr schwere Aufgabe seyn dürfte. Er verbietet daher ausdrücklich: 1) Alles, wodurch die k. Autorität beeinträchtigt und die Staatsgesetze verletzt werden; 2) die Aufreizung zum Hasse gegen die Angehörigen einer anderen Nationalität; 3) den kirchlichen Gebrauch solcher Lieder, durch welche der Geist des Aufruhrs genährt wird. Ungeachtet des letzteren Verbots werden aber diese Lieder noch fortwährend in den Kirchen, selbst hier in Posen, gesungen."

Baden. Karlsruhe, 1. Jan. Professor Seiz in Konstanz, Professor Lamey in Ploezheim und Gemeinderath Hoffmeister in Heidelberg, deren Wahl zur Abgeordnetenkammer wegen Mangels des gesetzlichen Steuerausweises für ungiltig erklärt worden, haben sich Reklamirate gelöst und treten jetzt als Steuerzahlende Mitglieder in die Kammer. (N. Br. Z.)

Freie Städte. Berichte aus Hamburg bestätigen, daß eine bedeutende Aushebe von Kriegsmaterialien von Deutschland nach den Vereinigten Staaten stattfindet.

Aus Venedig vom 29. Dezember wird der „Allgemeinen Zeitung" geschrieben: „Das Ereigniß des Tages ist der Besuch des Kaisers Franz Joseph in der Schule San Giovanni Evangelista, wo die Brüderschaft der venetianischen Künstler ihre Zusammenkunft hat. Der Monarch bewegte sich auch diesmal in Begleitung seines Generaladjutanten mitten unter der Bevölkerung und die Mittelklassen, welche sich von den Radikalen und Republikanern seit dem Tode des Grafen Cavour beinahe ganz losgesagt haben, begrüßten ihren Landesherrn mit einer Ehrfurcht, die eben der Beweis ist, daß sie das Vertrauen verdienen, welches ihnen der Kaiser schenkt."

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Dez. Man schreibt von Kopenhagen aus: „Es ist eine bekannte Thatsache, daß Karl XV. von Schweden seinen leinen Vorgänger auf dem schwedischen Thron so vorzieht als Karl XII., daß Nichts ihm mehr zusagt, als das Leben im Militärlager, daß seine vertrautesten Freunde jüngere schwedische Generale und andere Offiziere sind, und daß er Alles anbietet, um Aemter und Flotte zeitgemäß zu reorganisiren. Seines Vaters Abneigung gegen Rußland und Preußen soll er geerbt haben, und es muß als sehr wahrscheinlich angesehen werden, daß der dänischen Monarchie, wenn ein Krieg mit Preußen unvermeidlich ist, eine günstige Chance dadurch erwächst, daß der jetzige schwedisch-norwegische König viel energischer für Dänemark auftreten wird, als sein Vorgänger."

Frankreich.

Paris, 2. Jan. Der „Moniteur" enthält einen ausführlichen Bericht über den gestrigen Neujahrsempfang beim Kaiser in den Tuilerien. Die Ansprache des Kaisers auf die im Namen des diplomatischen Corps von Baron Kisseleff gehaltene Ansprache wurde schon mitgetheilt. Zum Kardinal-Erzbischof von Paris sprach der Kaiser: „Ich bin immer sehr gerührt von den Gebeten, welche Sie für die Kaiserin, für meinen Sohn und für mich an den Himmel richten. Die französische Geistlichkeit, so ausgezeichnet durch ihre Frömmigkeit und ihre Tugenden, welche weiß, daß man Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist, geben muß, kann, verschern Sie ihr dessen, auf meinen Schutz und auf meine lebhafte Sympathie zählen."

Portugal.

Lissabon, 29. Dezbr. Das Befinden des Prinzen Don August verschlimmert sich. Die Regierung hat energische Maßregeln gegen die Anstifter von Unordnungen ergriffen. Hundert Personen sind verhaftet worden. Es wurden 29 Personen als Augenzeugen zu der Leichenöffnung an dem Prinzen Dom Joao, Herzog von Beja, hinzugezogen. Der Leichenschau wird eine chemische Analyse folgen. Eine vorläufige medizinische Prüfung gibt nicht den mindesten Verdacht einer Vergiftung zu. Die öffentliche Meinung fängt an, sich in Folge dieser Maßnahmen zu beruhigen. (Tel. d. Köln. Z.)

Italien.

Rom, 28. Dez. Die im geheimen Konsistorium vom 23. d. Mts. beschlossene Heiligsprechung des Redemptoristen Michael de Sanctis wie der am Ende des 16. Jahrhunderts in Japan durch die Blutzeuge zu Martyrern gewordenen 23 Franciskaner soll im Mai zur Ausführung kommen. Nach der Allokution beklagte der heilige Vater vor den Kardinälen in einem besondern Akte die Verwaltung der Bischofssitze in den von Piemont annectirten Provinzen. Es sind ihrer gegen 20. Da die Präsentation der bischöfl. Kandidaten, wie sie von Turin aus erfolgen könnte, voraussichtlich hier nicht gefallen würde, so erging an die Kapitel, besonders in Neapel, die Aufforderung zur Neuwahl. Allein auch im Schoße der Kapitel herrscht fast überall Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheit über den Würdigsten. — Pius IX. läßt sich jedes von der Inquisition betreffe Buchverbot kurz vor der Bekanntmachung noch immer zur Durchsicht vorlegen. Auf dem am letzten Samstag veröffentlichten war auch: „Roma Capitale della Nazione Italiana e gl'interessi cattolici, idee comparatur e giudizio di Luigo Porta Napoli 1861" verzeichnet und die Exemplare bereits dem Censor zum Ausschlagen übergeben. Allein Se. Heiligkeit strich das Buch eigenhändig mit dem Bemerken: „Man lese nur, es wird mehr nützen als schaden."

General Goyon hat am Neujahrstage dem Papste die französischen Offiziere vorgestellt und ihn im Namen derselben und der von ihm kommandirten Soldaten beglückwünscht. Der General sprach dabei von der Hingebung, von welcher seine Offiziere und Soldaten für den heiligen Vater erfüllt seyen, und erbat sich für dieselben den apostolischen Segen. Pio Nono dankte für den Ausdruck solcher Gesinnungen und sprach die Hoffnung aus, die Anwesenheit der französischen Soldaten in Rom werde den Vollzug einer Handlung verhüten, die wider die Religion und unpolitisch seyn würde. Zuletzt ertheilte der Papst dem Kaiser, der Kaiserl. Familie und der ganzen französischen Armee den apostolischen Segen. Anderweitigen Nachrichten aus Rom vom 1. Januar zufolge hat das geheime, revolutionäre Nationalkomité daselbst in einer öffentlichen Bekanntmachung erklärt, die „italienische Regierung" werde nimmermehr das seit dem 27. März 1861 von der päpstlichen Kurie ausgegebene Papier anerkennen. Von dem Tage an, an welchem das Parlament Rom zur Hauptstadt Italiens erklärt habe, sey es mit dem rechtmäßigen Bestand der weltlichen Macht der Päpste zu Ende gegangen. (Fr. Postz.)

Donaufürstenthümer.

Fürst Couza hat die vollständige Vereinigung der Moldau und Wallachei zu einem Staate unter dem Titel „Romanien" mittelst einer Proklamation inaugurirt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. Dez. Das Urtheil über den als Hochverräther angeklagten Michailoff ist gestern früh um 7 Uhr an demselben vollzogen worden. Der Kaiser hat die Sentenz der Kriminal-Abtheilung des dirigirenden Senats von 12 Jahren schwerer Straf-Arbeit (katorschnaja rabota) in Sibirien auf 6½ Jahre Verbannung nach Sibirien herabgesetzt, sonst aber der für die Exekution üblichen Form ihren Lauf gelassen. Die Vollstreckung des Urtheils ging Tages zuvor eine „öffentliche Ankündigung" von Seiten der hauptstädtischen Polizeibehörde voraus. Diese Ankündigung lautet: „Am 14./26. Dezembre, 8 Uhr Morgens, wird auf dem Platze vor dem Kronwerke, auf der Petersburger Stadtseite, das Urtheil des Reichsrathes über den verabschiedeten Gouvernements-Sekretär Michael Michailoff öffentlich verkündet werden, nach welchem derselbe wegen böswilliger Verbreitung von Schriften, an deren Abfassung er sich betheiligt und welche den Zweck und die Absicht hatten, eine Verschwörung gegen die Regierung hervorzurufen, durch welche die Grundpfeiler des Reiches erschüttert worden wären (eine Absicht, deren verderbliche Folgen zu verhindern, nicht mehr von Michailoff abhing) zu schwerer Strafarbeit in den Bergwerken auf 6 Jahre verurtheilt wird." — Bei der Vollstreckung des Urtheils waren nur wenige Menschen gegenwärtig und auch diese konnten bei dem Halbdunkel der frühen Morgenstunde nicht viel sehen. Michailoff wurde auf ein Schaffott gestellt, ihm ein Degen über dem Kopfe zerbrochen und nachdem er 10 Minuten am Prangerpfahl gestanden, sofort nach

Digitized by Google

Sibirien geschickt. (Er wird übrigens die schwere Reise in einem Wagen machen, den hiesige Literaten, von schnell zusammengeschossenem Gelde, gekauft und ihm zum Geschenk gemacht haben). — Im Verhältniß zu den jonglirten Strafen für Hochverrath ist die Bestrafung Michailoffs eine sehr milde. Wahrscheinlich wird auch die Bestrafung Schoßtak's, Obrutschoffs, Dr. Gods, Labanoffs und Dannenbergs, welche ebenfalls der Betheiligung aufrührerischer Schriften angeklagt sind, keine so strenge seyn, als das Gesetz sie eigentlich vorschreibt. (A. Z. B.)

Amerika.

New-York, 20. Dez. Die von der „Europa" mitgebrachte Post wurde in New-York am 18. d. vertheilt. Die Aufregung des Volks stieg in Folge der Nachricht von den kriegerischen Rüstungen Englands. Seit die Nachrichten der „Europa" ganz bekannt sind, scheint die Vollstimmung nicht mehr so stark gegen den Gedanken einer Freilassung Mason's und Slidell's Opposition zu machen, und die Meinung gewinnt Glauben, daß die Bundesregierung es wegen dieser Frage nicht auf einen Krieg ankommen lassen und nachgeben würde, sobald England die Forderung, Mason und Slidell freizulassen, in gemäßigtem Tone stellte. Die Sprache der Journale ist gemäßigter. (Tel. d. Köln. Z.)

New-York, 21. Dezbr. Man glaubt allgemein an eine friedliche Lösung der Streitfrage mit England. (Zeit.)

Volkswirthschaftliches.

München, 31. Dez. Verkehr auf den k. bayer. Staatseisenbahnen im November 1861: 264,658 Personen; 2,232,554 Zentner Frachtgüter ꝛc. Summa der Einnahmen 1,033,331 fl. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs mehr 163,523 fl. (Münzd. Kor.)

München, 2. Jan. Zu der Herstellung des unterseeischen Telegraphen zwischen Lindau und Rorschach sind alle Vorbehrungen derart getroffen, daß, sobald es die Witterung gestattet, mit der Legung des Taues begonnen werden kann. Das zur Versenkung bestimmte Drahtseil ist bereits fertig. (Südd. Z.)

Ulm, 29. Dez. Man hört versichern, daß die österreichische Dampfschifffahrtsgesellschaft die Absicht habe, vom nächsten Frühjahre an ihre Boote bis Donauwörth heraufgehen zu lassen, da die ihnen. Schiffe von dem handeltreibenden Publikum lieber benutzt werden, als die bayerischen. (S. M.)

(Handelstag.) Der „Karlsr. Z." zufolge hat der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages über seine Thätigkeit vom 1. Juli bis 15. Nov. v. J. an die betheiligten Handelsvorstände Bericht erstattet. Hiernach sind es 14 Hauptbetreffe, mit welchen sich der Ausschuß seither beschäftigte, nämlich: 1. die Konstituirung des allgemeinen deutschen Handeltages; 2. die Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichts; 3. Herstellung einer Münzeinheit; 4. Organisation des Zollvereins; 5. Einführung des Handelsgesetzbuches und Organisation von Handelsgerichten; 6. die differenziellen Tarife der Eisenbahntransporte; 7. Handels- und Schifffahrtsverhältnisse (im Allgemeinen); 8. Aufhebung der Elbzölle und der außerhalb des Zollvereins noch bestehenden Transitzölle; 9. Allgemeinzugänglichkeit der Gewerbeschule für Handlungsreisende; 10. Marken- und Musterschutz, und 11. Veranstaltung einer einheitlichen deutschen Industrieausstellung bei der 1862 in London bevorstehenden Weltausstellung. (D. A.)

Frankfurt, 2. Jan. Das neue Anlehen des Herzogs Adolph von Nassau ward heute emittirt durch das Bankhaus M. A. von Rothschild und Söhne, im Betrag von 1,600,000 fl. südwestlicher Währung. Der Zinsfuß ist auf 4½ vom Hundert festgesetzt. Die Obligationen lauten auf den Inhaber und bestehen in Abschnitten von 100, 200, 500 und 1000 fl.; sie sind mit halbjährigen, am 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres fälligen Zinsabschnitten versehen. Zur Sicherheit für die Gläubiger hatten im Allgemeinen das gesammte Mobiliar- und Immobiliar-Vermögen des Herzogs; insbesondere aber haben Höchstdieselben, zur Verzinsung und vollständigen Tilgung des Anlehens, innerhalb 19 Jahren, unwiderruflich von den Revenüen, welche aus dem Ertrage des Domänialvermögens des Herzogl. nassauischen Hauses auf Grund der Hausgesetze und des Gesetzes vom 23. Januar 1861 dem Herzoge zukommen, eine jährliche Rente von 126,169 fl. südd. Währ., zahlbar in halbjährigen Raten 63,084 fl. 30 kr. der Kreditherschaft dieses Anlehens überwiesen, aus welchem die Schulden der herzogl. Kabinetskasse gedeckt werden sollen. (Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 1. Jan. Der hiesige Gesellenverein ist in dem eben abgelaufenen Jahre in sein zweites Decennium eingetreten. Der Centralverein München zählt mit dem Jahre 1861 entstandenen 10 neuen Vereinen nicht weniger als 94 Filialvereine mit 9—10,000 Mitgliedern. Dem hiesigen Vereine sind allein in diesem Jahre 532 Mitglieder zugekommen, 271 haben sich verabschiedet. Im verflossenen Jahre wurde am 1191 Zugereiste Kost verabreicht, 1820 Mal Herberge gewährt und 10 Reisendadressenten fanden bis zur gänzlichen Wiederherstellung freie Verpflegung. Für Verpflegung und Beherbergung reisendadressenter und zugereister Vereinsgesellen wird in Zukunft noch viel mehr geschehen können, da hiefür die verlebte Frau Maximiliana d. Gebrath einen eigenen Fond begründet hat. Viele Innungen haben zu Vereinszwecken namhafte Beiträge geleistet. Der Unterricht wird von Fachmännern gratis ertheilt und umfaßt folgende Fächer: Zeichnen, Rechnen, Deutsch, Französisch, Buchhaltung, Musik, Gesang, bibl. Unterricht, Geschichte der Deutschen, bayerische Geschichte, Religions-Geschichte, Länder- und Völkerkunde und Turnen. Der projektirte Bau eines neuen Gesellenhauses und der Verkauf des bisherigen mußte unterbleiben; da aber das jetzige Lokal absolut unzureichend ist, so wird ein zweites Haus und ein zweiter Verein hier gegründet werden. (Augsb. Postz.)

In den letzten Tagen ist in Berlin viel von einem Magnetiseur gesprochen worden, der seine Wunderkuren mit Hülfe einer Sommambulen ausführe und sich sehr hoher Honorien reisen. Die Vergangenheit des neuen Kagliostro ist nicht weniger anrüchig, als die seiner Sybille. Nachdem mänchesei Spott über die Gläubigen dieses Schwindels ergangen ist, macht jetzt ein kgl. Major a. D., Ritter zc. Willmann in den Berliner Blättern bekannt, daß ein Baron von Boß und seine „älteste" Tochter Mathilde durch den Magnetiseur von lebenslänglicher Taubheit geheilt sey, ferner, daß derselbe einem Fräulein Krauß ein „Feel", welches sie vor ihrem rechten Auge gehabt, magnetisirt habe. Diese Geschichte erinnert an den tauben Grafen und das taubstumme Schusterkind, welches der Hr. Reggazoni vor einem Jahr in Düsseldorf geheilt haben soll. Zufällig erfuhr man vor Kurzem, daß das Kind taubstumm ist wie je zuvor, daß aber der Vater desselben sehr bereit ist, die „magnetischen" Experimente an demselben wiederholen zu lassen, da sie ihm „ein gut Stück Geld" eingebracht haben!

Tübingen, 1. Jan. Der 1851 aus Erlangen hierher berufene Professor Gerber, welcher zugleich das Kanzleramt der Universität bekleidet (Mitglied der deutschen Handelsgesetzgebungskommission), wird Tübingen zu Ostern dieses Jahres verlassen, um einem Rufe nach Jena zu folgen, wo er die Stellen eines Professors des deutschen Rechts und Rathes am Oberappellationsgericht übernehmen wird. (Staatsanz.)

Bern, 30. Dezbr. Professor Munzinger in Bern hat dem Bundesrath die Mittheilung gemacht, daß sein Bruder, Dr. Munzinger, sich von der Expedition des Hrn. v. Heuglin in Afrika getrennt habe, da dieser Letztere die ihm gestellte Aufgabe, die Spuren von Dr. Vogel aufzusuchen, bei Seite setze und sich nur auf schon bekannten Wegen in Afrika herumtreibe. Dr. Munzinger hat sich nun entschlossen, jene Aufgabe durchzuführen, und es wird ihm wahrscheinlich von Seite des in Deutschland bestellten Komite die Leitung der Expedition übertragen werden. (Fr. J.)

Paris, 1. Januar. Ganz Paris spricht heute von der Gasexplosion, über die ich Ihnen gestern schrieb. Die Explosion kam mit einem donnerähnlichen Getöse statt, das den Faubourg Montmartre in Angst und Schrecken versetzte. Ein Arbeiter war mit der monatlichen Besichtigung der Gasometer und Regulateure beschäftigt gewesen und hatte den zufällig anwesenden Verwalter des Kasino kaum von dem Umstande in Kenntniß gesetzt, daß in dem Behälter ein Riß entstand, durch den das Gas laut pfeifend den Weg ins Freie suche, als, gerade in dem Augenblicke, wo man die Kraftmessapparate, der Behälter explodirte und, den Einsturz der Beobachtung herbeiführte. Die eigentliche Ursache des Unglücksfalles wird wahrscheinlich nie entdeckt werden, denn der Ausgangspunkt desselben war der beschränkte Raum, in dem der unglückliche Gasbeamte seiner Pflicht oblag, und dieser war als Leiche, durch- aus unkenntlich und vollständig verkohlt wiedergefunden. Folgendes scheint der Wahrheit am nächsten zu kommen: Das komprimirte Gas war in größerer Menge vorhanden, als gewöhnlich. Da am Abend ein Konzert und heute, 1. Januar, ein Kinderball stattfinden sollte. Das auf unbekannte Weise entzündete, im Kasinosaale konzentrirte Gas brach sich mit aller Gewalt Bahn durch den nach

Digitized by Google

Rue Cadet hinaufgehenden Gang und erhob sich von dort in Gestalt einer mächtigen Flammensäule bis zum fünften Stockwerk der Häuser. Die Lufterschütterung war eine so gewaltige, daß Leute, die sich in dem Augenblicke oben in der Rue Rochechouart, d. h. fünfhundert Schritte von der Stätte des Unglücks befanden, an den plötzlichen Ausbruch eines Orkans glaubten. Das unmittelbar über dem Kasino gelegene Café ist in die Luft gesprungen, und die beiden Läden, welche im Erdgeschoß den Tanzsaal berühren, sind total zerstört. Der des Cigarrenladen ist eine vollständige Ruine; die Wand, welche Du hinten und auf der Seite vom Kasino trennte, liegt in Millionen Atome, zu Staub zerpulvert. Der riesige, sehr schwere Kachlich ward aus seinem Bette gehoben und durch die Luft geschleudert. Von dem Laden nebenan, den ein Pastetenbäcker inne hatte, ist nichts mehr zu sehen; letzterer ist nebst seiner Frau gefährlich verwundet worden. Auch auf der Straße, am Eingange des Kasino, haben Unglücksfälle stattgefunden. Eine Frau, welche in der Nähe der Thüre vor dem Trottoir stand, stürzte, wie vom Blitz getroffen, todt nieder. Ein in der Nähe haltender Wagen, das Eigenthum einer Wäscherin, wurde durch den Luftdruck zwanzig Schritte weit weggeschleudert. Die Bäckerstrau gegenüber wurde gefährlich verwundet, und einem Vorübergehenden die Nase, wie mit einem Rasirmesser hinweggeschnitten. Einem Kellner wurde das Gesicht schrecklich verbrannt. Fünf Läden waren fast gänzlich zerstört, sowie der dem Kasino gegenüberliegende Fensterladen. Das Feuer, das im Kasino ausbrach, wurde glücklicher Weise bald wieder gelöscht und weiteres Unglück verhütet. Außer dem Gastwirthe sind noch mehrere andere Personen — bis jetzt kennt man dieselben noch nicht alle — getödtet, darunter ein Maschinenmeister, der sich in dem Laden eines Weinwirthes befand. Zwei Pompiers, der eine schwer, wurden ebenfalls verwundet. Man kennt deren Zahl noch nicht genau, sie beträgt aber über 22. Die Zahl der Todten ist ebenfalls noch nicht ermittelt. Heute ist die Rue Cadet, wo sich dieses schreckliche Unglück ereignete, noch immer abgesperrt.

(Kön. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 3. Jan. Se. Maj. der König hat den Oberpostmeister Wenz. Böttinger in Landshut unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen vieljährigen treu geleisteten Diensten in den Ruhestand treten lassen; den Offizianten Urban Pengler in München wegen physischer Funktions-Unfähigkeit vorläufig auf ein Jahr in den Ruhestand treten lassen; dem ordentlichen Professor Dr. Friedr. Wilh. Benj. Gieseb recht in Königsberg das Indigenat und dem vormaligen großh. badischen Oberstriegskommissäre, K. Heinaigle das Indigenat verliehen; der von dem Magistrate des Marktes Kemnitz nach Einvernehmen des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten für den Pfarramtskandidaten und bisherigen Stadtvikar in München, K. G. M. Frauf old aufgestellten Pfarrkonkurrenten auf die II. protestantische Pfarrstelle in Kemnitz die landesfürstliche Bestätigung ertheilt.

(K. M. Z.)

München, 31. Dez. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat den Oberlieutenant Ludwig v. Grafenstein vom 5. Inf.-Reg. in den Ruhestand versetzt; das Dienstesrauschgesuch der Oberlieutenants Eustache Schübel vom 11. und Ferd. Grunthal vom 13. Inf.-Reg. genehmigt; den temporär pensionirten Fohlenhofs-Verwalter Joh. Enzendberger auf weitere 2 Jahre im Ruhestande belassen, desgl. die temporär pens. Hauptmann Oscar Frisch und den Oberlieutenant Rath. Böhm bleibend; den pens. Oberlieutenant Anton Pfau die Entlassung und dem Herrerchande mit Pensionsfortdezug bewilligt; den Hauptmann G. v. Lache v. 15. Inf.-Reg. auf 1 Jahr in den Ruhestand versetzt; die temporär pens. Hauptmann Karl Warnberg auf weitere zwei Jahre und Unterarzt Wilh. Ebersberger bleibend im Ruhestande belassen; den Regimentsauditor und Sekretär Th. Straubinger vom Generalauditoriat auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; desgl. den Hauptmann Kas. Ritter v. Schmid-Kechheim vom Festungskommando Ulm; den temporär pens. Hauptmann Karl Frhrn. v. Bassimon bleibend im Ruhestande belassen, desgleichen den temporär pensionirten Bataillons-Quartiermeister Franz Pabst; den Hauptmann M. Mikusch vom 1. Mil.-Reg. zur Divoiers-Kompagnie versetzt; den temporär pens. Hauptmann F. Frhrn. v. Zinnenstein auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem pens. Divisionskommandeursfeldzeugmeister K. Dietrich die Entlassung aus dem Herrerbande mit Pensionsfortdezug bewilligt; den Unterlieutenant G. Graßer vom 6. Inf.-Reg. auf ein Jahr mit zwei Dritttheilen der Normalpension in den Ruhestand versetzt.

(Mil.-Verordnungsblatt.)

München, 3. Jan. Nachdem die Lokalitäten der Gewehrfabrik in Amberg erweitert worden sind, wurde von der Militärverwaltung auch noch ein hiesiges, in der Müllerstraße gelegenes Etablissement in Pacht genommen, um unter der Oberleitung des Hauptmanns Gräfen v. Tattenbach Podewils'sche Gewehre in demselben verfertigen zu lassen und somit die Neubewaffnung der Infanterie zu beschleunigen. Eigenthümlich ist es, daß erst jetzt die Einwendung gegen das Podewils'sche Gewehr öfters gehört wird, es sey dasselbe zu kurz, um gegen Kavallerie als Handwaffe wirksam gebraucht werden zu können.

(Südd. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Buchmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. & B. K.)	—
	5 pCt. Lomb. ditto.	80½ P.
	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	67⅜ P.
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	86⅛ G.
	5 pCt. Metall. Obligation.	46—½ G.
	4½ pCt.	40 G.
	4 pCt.	—
	3 pCt.	—
Preussen	4½ pCt. Staatsschuldsch.	103¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. K. (C. b. K.)	102⅝ P.
"	4½ pCt. Obl. Ldsh. dto.	103⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	103⅝—⅞ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-Sch. dto.	100⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ P. ⅝ G.
"	4½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Baden	4 pCt. Obl. dto.	103½ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	93⅛ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P. 93½ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ P.
"	3 pCt. Obl. dto.	89 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 1. 2. 30	46⅛ G.
"	3 pCt. dto.	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thl.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500		1154/5 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		616 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5., 200		148—148½ G.
Bayerische Bank à 5. 500		—
Darmst. Bank 1. q. 2. Serie à 5. 200		194 P. 192½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100		74½ P.
Mitteldeutsche Kredit-Bank à 100		78 P. 77½ G.
Internationale Bank in Luxemb.		88 P.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250		334 P. 332 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		65 P. 64½ G.
Oest. P. St. Eisb. 5pCt. 90 Fr. à 25 Kr.		220 P.
" Elisab.-Kiesenbahn 5 pCt.	"	106⅛P.105½G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7		73⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 ₰ pCt. Z		20—½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		102 P.
Pfälz. Ludw. b. Rothschild à 4½ pCt.		102⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.		81½ P.
Südd. Bank-Akt., 50 pCt. Eins.		243½ G.
Span. Handels- u. Industrie	"	500 P.
" Credit-Akt. à 500 Pesetas	"	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbes.		103⅝ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Eins.		100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. à 100 k. S.	99⅛ B.
Augsb. à. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 30 Th. à. 100 k.	96⅛ B.
Köln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ B. ⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104½ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93⅛ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ B.
Triest fl. 100 k. S.	82⅛ B.
Wien fl. 100 k. W.	—
" d. 2 k W	—
" in fct. W. k. S.	82⅜ B.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 5. 250 v. 1839	86 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. S.	58⅜ P.
" 5. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—	Gr. Hessen 5. 50 b. S.	120⅝ P. ⅛ G.
" 5. 500 v. 1860 5/2.	57⅛ G.	" 5. 25 do.	37 G.
" 5. 100 Fl. L. v. 1858.	—	Nassau 5. 25 b. Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIR.	1187/8 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	38 P.
Mailand-Como 5. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P.
Badische 5. 50	90½ P.	Vereins-Loose 5. 10.	19⅛ P.
Badische 5. 35	83 P.	Anab.-Dussenb. 5. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 3. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien waren ohne erhebliche Veränderung, jedoch fest. Von den übrigen Fonds waren besonders Rhein-Nahe-, Bexbacher und hessische Ludwigsbahnaktien begehrt. (Sonn.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5.—6. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Montag, 6. Januar 1862.

Der französisch-deutsche Handelsvertrag.

Der in Berathung begriffene Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Frankreich ist wiederholt in diesen Blättern besprochen worden. Ein solcher Vertrag, der lediglich vom Standpunkte der merkantilen und industriellen Interessen beider Theile aus angebahnt und den Anforderungen beider gleichmäßig gerecht würde, müßte von allen Seiten eine beifällige Aufnahme erfahren. Es sind jedoch politische Klippunkte, die dem Handel und Gewerbe völlig fremd bleiben, welche von gewissen Seiten her dabei vorzugsweise ins Auge gefaßt werden. Der Nationalverein war von vornherein bereit, die materielle Wohlfahrt zu opfern, um dafür die Gunst Frankreichs für seine Pläne einzutauschen und ein neues Mittel zur Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland zu erlangen. Als Oesterreich im Jahre 1853 den bekannten Handelsvertrag mit dem deutschen Zollverein abschloß, durfte es mit Befriedigung und lebhaften Erwartungen auf das Werk blicken. Man konnte es sich eingestehen, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland einen neuen Haltpunkt auf der Basis reger, gemeinsamer Interessen gewonnen hatten, ja mit leisch beschwingten Hoffnungen durfte man weiteren Schritten entgegensehen, die uns einander näher bringen, unsere Interessen noch inniger und fester aneinander ketten sollten. Fand man doch auch hier eines jener Gebiete vor, auf welchem die geistigen Einigungsbestrebungen, wie sie sich des deutschen Gemüthes bemächtigt halten, frei und ungehemmt sich entfalten und zu Resultaten führen konnten, wie sie auf verwandten Gebieten, im Münzsysteme, im Wechsel-, Handels- und Seerechte, in der Regelung der Maße und Gewichte, ja in der Gesammtheit der Rechtsentwicklung fast gleichzeitig angebahnt und theilweise erreicht worden waren. Leider blieben diese Erwartungen unerfüllt und der unentwickelt auf halbem Wege stehen gebliebene Februarvertrag konnte weder in Deutschland, noch in Oesterreich dasjenige leisten, was man sich von ihm versprochen hatte. Der ersten, frischen That wurde hinterdrein die Blöße diplomatischer Erwägungen angekränkelt und politische Eifersucht überwog die Rücksichtnahme auf materielle Wohlfahrt. Fortwährend war die kleindeutsche Partei bemüht, mit geschäftigem Eifer jede Annäherung zu verhindern. Heute nimmt sie, Frankreich gegenüber, die Maske des Freihandels vor, während sie, Oesterreich gegenüber, sich schutzzöllnerisch gebehrdet. Sie kokettirt mit Frankreich, weil sie mit Hülfe desselben ihre Pläne durchzuführen hofft. Frankreich verfolgte politische Absichten, als es einen Handelsvertrag mit England abschloß, und flopfte diesem zunächst den Mund, um Savoyen und Nizza ergreifen zu können. Handelt es nicht aus ähnlichen Gründen, wenn es sich jetzt Deutschland nähert? Die deutschen Mächte aus einander zu halten, jeden Ansatz zur Einigung, zur materiellen oder politischen Erstarkung zu stören, liegt in dem beständigen Streben des westlichen Nachbars. Da deutsche Waaren jetzt über England und Belgien nach Frankreich gelangen können, so haben die deutschen Staaten weniger Eile als Frankreich, einen Handelsvertrag zu Stande zu bringen, welches letztere durch Gestaltung des direkten Verkehrs Gegenzugeständnisse für feine Industrie zu erlangen trachtet. Für Oesterreich ist das bedenklich. Frankreich wird die Forderung erheben, mit den am meisten begünstigten Nationen gleichgestellt zu werden. Vor Allem aber bleibt zu bedenken, daß Oesterreich ein vorherrschend ackerbautreibender Staat ist, der Rohstoffe aus- und Fabrikate einführt, was in Deutschland ebenso dem Konsumenten, wie dem Industriellen zusagt. Frankreich dagegen ist ein Staat mit hochentwickelter Industrie, das einen Markt für Luxusgegenstände sucht und von Deutschland nichts kauft, was dieses gern hingibt. Frankreich will sich für die Verluste, die es durch englische und belgische Einfuhr erleidet, an Deutschland erholen. Wir sagten bereits, daß der Zollverein keine Eile bei einem Vertrage mit Frankreich habe, denn was ihm dieses bietet, kann er jeden Tag erhalten. Bei der jetzigen unsicheren und bedrohlichen Lage ist die Zeit für einen solchen Vertragsabschluß übel gewählt und jedenfalls wäre es gerathen, den Ablauf des deutschen Zollvertrags selbst, der 1865 bevorsteht, abzuwarten, ehe eine so wichtige Neuerung eingeführt wird. Die Phrase des Freihandels ist in dem vorliegenden Falle nur der Honig, der an die Deichsel geschmiert wird, damit sich das deutsche Volk wie Münchhausens Bär an derselben

Das deutsche Vereins-Eisenbahnnetz am Schlusse des Jahres 1861.

Die zum Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen gehörigen, im Betrieb befindlichen Eisenbahnen hatten am 1. Januar 1861 eine Gesammtausdehnung von 2192 geographischen Meilen. Dieselben sind von 62 verschiedenen Verwaltungen administrirt, unter welchen sich die kürzlich dem Verein beigetretene Direktion der Niederländischen Rheinisenbahn befindet. 20 dieser Verwaltungen sind Staatsbehörden, die übrigen 42 Privatdirektionen. Im Lauf des Jahres 1861 hat sich die Zahl der Vereinsverwaltungen nicht vermehrt, dagegen hat das Vereinsbahnnetz durch die Eröffnung einer Anzahl neuer Bahnstrecken eine erhebliche Erweiterung erhalten. Es sind nämlich seit 1. Januar 1861 dem Betrieb übergeben worden: 1) von der Köln-Mindener (Köln-Giessener) Eisenbahn die Strecken Wissen-Betzdorf-Siegen und Betzdorf-Burbach, zusammen $6_{,0}$ Meilen; 2) von der bayerischen Staatsbahn die beiden Abzweigungen Hochstadt-Gundelsdorf (3 M.) und Holzkirchen-Miesbach ($2_{,25}$ M.), zusammen $5_{,25}$ Meilen; 3) von der bayerischen Ostbahn die Strecken Schwandorf-Sham ($6_{,5}$ M.), Cham-Böhmische Grenze ($3_{,5}$ M.) und Passau-Oesterreichische Grenze ($0_{,2}$ M.), zusammen $10_{,2}$ Meilen; 4) von der Oesterreichischen Südbahn die Linie Ofen-Stuhlweissenburg-Groß-Stanisza, $29_{,2}$ Meilen lang; 5) von der badischen Staatsbahn die Strecke Wilferdingen-Pforzheim, $1_{,9}$ Meilen; 6) von der württembergischen Staatsbahn die Strecken Kannstatt-Wasserasingen der Remsbahn (10 M.) und Reutlingen-Rottenburg der Oberen Neckarbahn ($3_{,4}$ M.), zus. $13_{,4}$ Meilen; 7) von der Ruhr-Sieg-Eisenbahn (zur westfälischen Staatsbahn gehörig) die Strecke Altena-Siegen von $10_{,1}$ Meilen Länge; 8) von der böhmischen Westbahn die Strecke von der bayerischen Landesgrenze bei Furth, dem Endpunkte der bayerischen Ostbahn, bis Skurnian bei Pilsen von $10_{,8}$ Meilen Länge; 9) von der hannoverschen Staatsbahn die Linie Bremen-Geestemünde, zirka 8 Meilen lang. Zusammen gibt dieß eine neu eröffnete Bahnlänge von 95 geographischen Meilen. Rechnet man diese Länge zu den 2192 Meilen, welche am 1. Januar 1861 in Betrieb gestanden, und zieht davon ab zirka 20 Meilen, um welche das Netz der österreichischen Südbahngesellschaft in Folge der Ausscheidung der italienischen Bahnstrecken sich vermindert hat, so beträgt die Ausdehnung des Vereinsnetzes am Jahresschluß 1861: 2267 Meilen. Von dieser Meilenzahl steht die Hälfte (1128 M.) unter der Verwaltung von Staatsbehörden, die andere Hälfte (1139 M.) unter der Verwaltung von Privatdirektionen. Die kleinste von einer Verwaltung betriebene Bahn ist die Nürnberg-Fürther von nur 0,8 Meilen Länge, der größte unter einer Verwaltung betriebene Bahnkomplex ist die österreichische Südbahn von 214 Meilen Länge. Von den in 1861 neu eröffneten Bahnstrecken entfallen der Meilenzahl nach: auf Oesterreich $39_{,0}$ M., auf Preußen $16_{,3}$ M., auf Bayern $15_{,5}$ M., auf Württemberg $13_{,4}$ M., auf Hannover 8 M. und auf Baden $1_{,9}$ M.; ferner vertheilt sich die eröffnete Länge auf $38_{,7}$ M. für Staats- und $56_{,2}$ M. für Privatbahnen. Durch die in 1861 eröffnete Bahnlänge von zusammen 95 M. hat die Ausdehnung des Vereinsbahnnetzes gegen den Stand vom 1. Januar 1861 um $4^1/_2$ Proz. zugenommen.

Digitized by Google

hinanlecke und hinterwein als unpraktisch verspottet werde. Gewährt Frankreich nicht eine vollständige Ausgleichung der Interessen, was nicht zu hoffen steht, so ist unstreitig das Beste, was zur Zeit geschehen kann, in dem bekannten Worte enthalten — abwarten. (D. A.)

Wien, 2. Jan. Der Kaiser hatte auf die Anträge der Zoll-Enquêtekommission entschieden, daß bis Ende 1865 keine Veränderungen am Zolltarif eintreten sollten, jedoch mit Annahme solcher, die durch Staatsverträge nöthig werden könnten. Dieser Vorbehalt deutete die Absicht der österr. Regierung an, der nächsten österreichisch-deutschen Zollkonferenz mit Anträgen auf erhebliche Ermäßigungen der Zwischenzölle entgegen kommen zu können. Dieses Entgegenkommen wird im Voraus vom Zollverein auf Preußens Andringen zurückgewiesen, dagegen sollen Frankreich Zugeständnisse gemacht werden, welche geeignet sind, Oesterreich aus der Verbindung mit dem Zollverein gänzlich zu verträngen. Kann der Zollverein, können namentlich Sachsen und Württemberg in einer Annäherung an Frankreich Ersatz für den Verlust der Vortheile finden, die ihnen Oesterreich bereits gewährt hatte und weiter auszudehnen erbötig war? Womit hofft der Zollverein der französischen und der in Frankreich begünstigten englischen Industrie Konkurrenz zu machen? (D. Arl.)

Deutscher Bund.

Die „Südd. Z." schreibt: „Die in letzter Woche beim Nationalverein eingegangenen Flottenbeiträge belaufen sich auf 8394 fl. Bis jetzt sind 140,000 fl. nach Berlin eingesendet, womit, wie die Wochenschrift des Nationalvereins bemerkt, das Erforderniß für ein Kanonenboot gedeckt ist. Es versteht sich von selbst, daß die neuerlichen Vorgänge in Preußen der Flottensammlung einen ungeheuren Stoß versetzt haben. Auch von dem Nürnberger Flottenkomite hört man nichts, was vermuthlich auf dieselbe Ursache zurückzuführen ist."

Dem Bunde der freireligiösen Gemeinden sind nach der „Volkszeitung" im Jahre 1861 zwölf Gemeinden beigetreten (Schönberg bei Lautan, Thorn, Freystadt in Schlesien, Forste, Alzei, Meisenheim, Danzig II., Mühlhausen, Neusalz, Drehnow bei Sonnershausen, Sprottau und Magdeburg II.), so daß der Bund jetzt im Ganzen 96 Gemeinden zählt. Von diesen kommen auf Preußen 73, auf das Großherzogthum Hessen 9, auf Württemberg, Baden und die anhaltinischen Länder je 3, auf Nassau 2, auf Hannover, Frankfurt a. M. und Bremen je 1.

Neuerlichst werden in zwei deutschen Universitätsstädten Jesuitenpredigten gehalten, in Halle und Göttingen, in ersterer Stadt durch Pater Roh, in letzterer durch die Pätres Pottgeiger und Herrman aus Paderborn. Die Betheiligung aus allen Schichten der Bevölkerung ist eine so zahlreiche, daß sogar die Thüren der Kirche ausgehoben werden mußten.

---

* **Bayern.** Aus Zeitungs-Mittheilungen wußten wir, daß die neuen bayerischen Gesetze in der bekannten Dotlmann'schen Sammlung sämmtlich ihre Kommentatoren schon vor einiger Zeit gefunden hatten bis auf das Arrondirungs-Gesetz. Aus der Anzeige der Verlagshandlung (F. Enke in Erlangen) ersehen wir nun, daß auch letzterer nun seinen Bearbeiter gefunden hat in Hrn. Privatdozenten der Staatswirthschaft Dr. Gerstner zu Würzburg, und demnächst in der genannten Buchhandlung erscheinen wird, was um so wünschenswerther ist, als in mehreren Kreisen Bayerns Arrondirungsversuche bereits begonnen haben. Für Unterfranken ist ein solcher Kommentar um so mehr von besonderem Werth, als bekanntlich die l. Kreisregierung der Förderung der landwirthschaftlichen Kultur vorzügliche Aufmerksamkeit und Thätigkeit zuwendet.

München, 3. Jan. Auch die Gemahlin des Staatsministers Frhrn. v. Schrenk, die Wittwe des verlebten Reichsraths rc. Grafen v. Lerchenfeld, wurde zur Palastdame J. Maj. der Königin ernannt. (M. B.)

München, 4. Jan. Se. Maj. der König hat zum Oberkommissär der Polizeidirektion München den Ministerial-Sekretär im Staatsministerium des Innern, Felix F. Freier. Lipowski, ernannt. (A.M.Z.)

München, 4. Jan. Nachdem die technischen und landwirthschaftlichen Schulen dem Kultusministerium zugewiesen worden sind, ist in der Person des treffenden Ministerialreferenten eine Veränderung erfolgt. Statt des Hrn. Referr Dr. Alexander, welcher diese Funktion seit 14 Jahren versah, ist der Universitätsprofessor Dr. Jolly als Referent in das genannte Ministerium einberufen worden, was Jedermann, den die Interessen der polytechnischen Schulen berühren, nur billigen wird, da Dr. Jolly bekanntlich eine Autorität in seinem Fache ist. (Fcr. Z.)

München, 4. Januar. Während sonst am Neujahrstage schon die Bestimmungen über die im Karneval stattfindenden Hof- und Kammerbälle getroffen wurden, sind bis jetzt die nöthigen Direktiven den Hofstäben noch nicht zugekommen. Da weder eine Neujahrscour, noch Gratulationen und auch kein Konzert am Hofe stattgefunden haben, so verlautet bereits, es fielen auch die Karnevalsvergnügungen aus. — Da der König schon seit zwei Jahren seine Jagden in den Gehegen bei Berchtesgaden abhielt, so hat dort der Wildstand eine Höhe erreicht, wie sich die ältesten Bergbewohner nicht erinnern. Man sieht nicht selten Hirsche in Rudeln von ca. 200 Stück. Auch die Gemse haben sich sehr vermehrt. (Südd. Z.)

Dem Direktor der Gewehrfabrik zu Amberg, Hrn. Oberst Frhrn. v. Podewils, hat der König von Preußen den neugestifteten preußischen Kronorden 3. Klasse verliehen.

Baden. Die „Karlsr. Z." theilt den dem bad. Landtag vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung mit. Die ersten beiden Paragraphen desselben lauten: §. 1. Keinem Inländer darf der Aufenthalt oder die Niederlassung an irgend einem Orte des Großherzogthums versagt oder durch lästige Bedingungen erschwert werden, ausgenommen in den gesetzlich bestimmten Fällen. §. 2. Die an einem Orte genommene Niederlassung kann im Beginn oder in ihrer Fortdauer Demjenigen, welcher daselbst nicht heimathberechtigt ist, versagt werden: 1) wenn er über sein Heimathsrecht und die Identität seiner Person sich nicht auszuweisen vermag, sofern sich die Niederlassungsgemeinde nicht mit einer Kaution begnügt; 2) wenn er wegen mangelnder Unterhaltsmittel dem Publikum in der Niederlassungsgemeinde zur Last fällt; 3) wenn er im Lauf des letzten Jahres wegen Landstreicherei oder wenigstens zweimal wegen Bettelns bestraft worden ist; 4) wenn er im Lauf der letzten fünf Jahre eine Freiheitsstrafe erlitten hat und zugleich seiner Niederlassung gerade an dem bestimmten Ort besondere Bedenken mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit oder Sittlichkeit entgegenstehen; 5) wenn er mit Erfüllung seiner gesetzlichen Verbindlichkeiten gegen die Niederlassungsgemeinde länger als zwei Jahre im Rückstande geblieben und fruchtlos gemahnt worden ist."

Oesterreich. Aus Tyrol. In einem Dorfe des Unterinnthales ist ein neues Gasthaus eröffnet worden, welches die Aufschrift trägt: „Zur Toleranz!"

Frankreich.

Kaiser Napoleon hat das Neujahrsfest doch nicht ganz ohne politische Deklamation vorübergehen lassen können. Er hat den Gesandten der Schweiz beauftragt, dem Bundesrath seine Hoffnung auszudrücken, daß die Beziehungen der beiden Länder sich wieder besser gestalten würden.

Spanien.

Die „Times" hat von ihrem Pariser Korrespondenten Mittheilung des Berichts erhalten, welchen der Generalkapitän (Gouverneur) von Valencia, Don Jose Droger, dem Generalkapitän (Feldmarschall) Oconnel, Herzog von Tetuan, übersendet hat, um sich über das Benehmen des Marschalls Pelissier, Herzogs von Malakoff, zu beschweren. Dieser Bericht gibt eine so lebhafte Schilderung der Anmaßung dieses Empotkommlings, daß man sich in die Zeiten des ersten Napoleon und seiner Satrapenwirthschaft zurückversetzt glaubt; auch wagt kein französisches Blatt den Bericht mitzutheilen. Folgendes sind die Hauptstellen aus demselben: „Die Dampfregatte „Christoph Columbus", an deren Bord Marschall Pelissier war, hat heute am 30. November im Grao (dem Hafen vor Valencia) Anker geworfen, und die spanische Flagge mit 21 Schüssen begrüßt. Da der Grao kein Kriegshafen ist, so hielt ich es für meine Pflicht, über die Beantwortung des Grußes erst bei Euer Exzellenz anzufragen. Ich sandte einen Adjutanten an Bord, den Marschall zu dekomplimentiren und dem Kapitän Mittheilung in Betreff des Grußes zu machen. Mittlerweilen war der Marschall gelandet; er blieb jedoch im Badehofsgebäude. Obschon der Marschall mir als dem Generalkapitän der Provinz nicht einmal einen Adjutanten gesendet, wollte ich ihn dennoch begrüßen gehen; ich trug einen Frack mit der Generalbinde und das Großkreuz des Ordens Karls III. Das Erste, was der Marschall that, war, daß er, der doch nicht

Digitized by Google

mein Vorgesetzter ist, im zornigen Ton mir Vorwürfe machte, daß ich nicht in Uniform gekommen. Als ich ihm erklärte, daß unter Umständen, wie diese, spanische Generale berechtigt seyen, solche Tracht zu tragen, fuhr er im nämlichen Tone mit Vorwürfen fort: weßhalb die Begrüßung nicht erwidert worden sey. Obschon ich ihm entgegnete, daß ich, weil Balencia kein Kriegshafen sey, hiezu höhere Ermächtigung eingefordert habe, und bei deren Empfang der Salutschüsse abfeuern werde, bekrarte der Herzog von Matalosf bei einem Benehmen, das ich mir nicht gegen einen gemeinen Soldaten erlauben würde; er krank, rauchte, lief um den Tisch herum, fluchte in unanständiger Weise und vergaß gänzlich, daß wir in Gegenwart unserer Untergeordneten waren. Dann befahl er mir, den Hafenkapitän abzusetzen und zu bestrafen, welcher versprochen habe, die Begrüßung solle beantwortet werden; als ich ihm erklärte, dazu hätte ich keine Befugniß, ich wolle aber eine Untersuchung eröffnen, unterbrach er mich ganz wüthend und drohte, er wolle die Sache dem Kaiser mittheilen. Offenbar geschah Alles dies mit der bewußten Absicht, die Achtung, die man dem kommandirenden General und dem Stellvertreter der Königin schuldet, zu verletzen. Um 2 Uhr Mittags empfing ich von Euer Excellenz die Ermächtigung zur Beantwortung der Salutschüsse, und sendete sogleich eine reitende Batterie nach dem Grao; ich schickte jedoch den zweitkommandirenden General nicht mit, weil ich schon persönlich den Marschall begrüßt hatte, und weil ich nicht noch einen General dem Pollern und Toben des Marschalls aussetzen wollte. Aus dem Berichte des Hafenkapitäns erhellt, daß er die Salutschüsse dennoch nicht abgefeuert hat. Der Herzog v. Matalosf hat auch die Hafenoffiziere mit Mißachtung behandelt und den Schiffslieutenant Van Halen mit seinem Stock bedroht. Ich hielt mich überzeugt, daß des Marschalls häßliche Ausdrucksweise nicht an mich gerichtet war, und daß namentlich das Wort Esel, das häufig von seinen Lippen kam, an den (anwesenden) französischen Konsul gerichtet war. Dieser hat auch sogleich seinen Chef, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, von Allem in Kenntniß gesetzt." — Wir haben diese saubere Geschichte, die von der Bildung und dem Anstandsgefühl eines Marschalls und Herzogs eigenthümliche Begriffe gibt, ausführlicher mitgetheilt, weil sie ohne Zweifel Anlaß zu einem diplomatischen Streit zwischen beiden Staaten geben wird. Bereits ist eine in sehr ernsten Ausdrücken abgefaßte Note des spanischen Ministers Calderon Collantes bei Hrn. v. Thouvenel eingelaufen.

Italien.

Die römische Frage ist von allen italienischen Staatsmännern als der Kernpunkt, und ihre Lösung als das Hauptziel der italienischen Frage anerkannt worden. Eine große Meinungsverschiedenheit besteht unter den italienischen Politikern bekanntlich über die Frage, wann der Zeitpunkt des Aufhörens der weltlichen Herrschaft des Papstes zu erwarten seyn möge. Viele glauben ihn sehr fern liegend, indem sie von der Ansicht ausgehen, daß der Kaiser Napoleon in innerster Seele überhaupt dem Gedanken nicht geneigt sey, den Papst gänzlich auf seine geistliche Macht zu beschränken; und die Politik Frankreichs wird zu allerdings — dafür kann kein Zweifel seyn — noch geraume Zeit für die Entwicklung der italienischen Dinge maßgebend seyn müssen. Andere hingegen wähnen diesen Zeitpunkt sehr nahe gerückt. Ein baldiges Aufgehen des päpstlichen Gebiets in das italienische Reich ist ihnen eine politische Nothwendigkeit. Die Eröffnungen, welche Ricasoli alsbald nach Beginn der jetzigen Sitzung des italien. Parlaments über den Stand der römischen Frage machte, waren ganz aus dieser Ansicht der Lage heraus gefaßt. Man braucht nur einen Blick auf den gegenwärtigen Stand der religiösen Bewegung auf der italienischen Halbinsel zu werfen, um die Gefahr eines Schisma zu erkennen. Die Turiner Regierung hat bis jetzt an dieser Bewegung durchaus keinen unmittelbaren Antheil genommen; sie hat sich lediglich begnügt, ihre Macht und ihren Einfluß dem Papste gegenüber dadurch zu verstärken, daß sie Bekenntnißfreiheit gewährt hat und Freiheit der Agitation für eine Propaganda zu Gunsten einer kirchlichen Reform. Diese Prinzipien hat die Regierung in Piemont bereits seit dem Jahre 1848 systematisch zur Geltung gebracht, besonders indem sie den Waldensern volle kirchliche Freiheit und gleiche bürgerliche und politische Rechte ertheilte. Rasch haben sich denn auch die Waldenser im Laufe des ersten Jahrzehnts ihrer Freiheit nicht allein in Piemont nach allen Richtungen ausgebreitet; sondern seit der Annexion der mittel- und südtalienischen Provinzen haben sie sich auch, besonders in den ersteren, durch die Begründung zahlreicher Gemeinden festgesetzt. So bestehen solche bereits in Bologna, Reggio, Modena, Mailand, Pisa, Livorno, Florenz u. s. w. Nach der letzteren Stadt ist sogar ihre kleine theologische Bildungsanstalt, die bis dahin in La Torre in Sardinien war, übertragen worden. — Wichtiger aber, als diese Ausbreitung der Waldenser, ist für noch weitere Kreise des Volkes die Agitation der Geistlichen Livorani, Passaglia, Perfetti, Lorenzo Zaccaro, welcher letztere in Neapel die „Vereinigung des liberalen italienischen Klerus zu gegenseitigem Beistande" (Associazione di mutuo soccorso del clero liberale italiano) gegründet hat. Alle diese Leiter der Bewegung begehren sich mehr oder weniger in den Grundgedanken, daß die Neugestaltung der Kirche unmittelbar aus dem Volke heraus in der Weise bewirkt werden müsse, daß man gegenwärtigen aristokratisch-hierarchischen Organismus ihrer Verfassung durch einen völlig demokratischen ersetze. Jede Gemeinde wähle ihren Pfarrer selber wählen und besolden, die Pfarrer würden wieder die Bischöfe wählen, aus den letzteren ginge das jedesmalige Haupt der verschiedenen Kirchenprovinzen hervor und diese endlich hätten Legaten mit Kardinalsrang auf sich abzuordnen, denen die Papstwahl zufallen würde. Selbstverständlich setzen diese Reformprojekte die Zustimmung und Mitwirkung auch der übrigen katholischen Staaten voraus; freilich eine Annahme, die höchst gewagt erscheint und die schon an sich genügt, den Geist der Abstraktion zu charakterisiren, welche die Führer der kirchlichen Reformbewegung, wenigstens einen gewichtigen Theil derselben, besetzt. Allein darauf, ob diese oder andere Umgestaltungsprojekte praktisch ausführbar sind oder nicht, kommt es auch nicht an, wenn es gilt, die Bedeutsamkeit derselben in der gegenwärtigen Situation zu ermessen. Das Wesentliche daran ist eben ihre durchaus revolutionäre Natur. Natürlich würden Zustände, wie sie hier sich in die Perspektive stellen, selbst der Turiner Regierung sich niemals als ersprießenswerth darstellen können; nur die äußerste Noth, wo sie für die Erhaltung ihres Bestandes alle Mittel der Revolution würde aufrufen müssen, könnte sie dahin treiben, den kirchlichen Radikalen die Hand zu bieten. Aber den Gedanken an die, wenn auch entfernte Möglichkeit solchen Schrittes wird man keinesweegs ganz abweisen dürfen. (Ztg. f. Nordd.)

Amerika.

Briefe von Havanna vom 7. Dez. berichten, daß die mexikanischen Truppen Veracruz geräumt und die Geschütze aus den Festungswerken mit sich genommen. Auch die Einwohner sind geflohen, als sie von der bevorstehenden Ankunft der spanischen Flotte hörten.

Volkswirthschaftliches.

(Bevölkerungszunahme bayerischer Städte.)

	Civil-Bevölkerung		Zunahme
	1858	1861	
Nürnberg	54,902	58,044	3,142
Würzburg	26,720	27,050	330
Bamberg	19,173	19,713	540
Fürth	18,214	19,126	912
Ansbach	10,413	10,498	85
Kempten	8,797	8,914	117

(Landwirthschaftliches.) Ein bayerischer Landwirth klagt uns über das da und dort eingeführte Verbot, welches den Landleuten untersagt, während des Winters ihre Hühner in den Wohnstuben zu halten, wie dieß doch seit uralten Zeiten gebräuchlich gewesen. Derselbe ist der Meinung, daß eine allgemeine Durchführung dieses Verbotes eine Vertheuerung der Hühner wie der Eier zur Folge haben müsse, indem es nicht möglich sey, die Hennen während des Winters anders fortzubringen, als in warm geheizten Stuben, und namentlich junge Hühner im Spätherbst und Frühjahre auch bei geringer Kälte zu Grunde gehen. Der Viehstall, wohin jetzt im Winter die Hühner bei 5 fl. Strafe verwiesen sind, sey nicht hinreichend warm genug für sie. Obendrein bilden die paar Hennen den gesammten Viehstand vieler armer Häuslerfamilien, welche lediglich von dem Erlöse aus den Eiern leben. Gleichzeitig klagt dieser Landwirth über den stetig zunehmenden Mangel an Feldarbeitern, sowohl männlichen wie weiblichen. Erstere wenden sich mit Vorliebe den Handwerken zu, nicht aber aus Liebe zum Handwerke, sondern, um unabhängig herumziehen, fechten und gelegentlich auch stehlen zu können. Letztere wollen alle Näherinnen ꝛc. werden. Trotz aller schönen Werke, meint unser Landwirth, die über die Landwirthschaft erscheinen, stehe zu befürchten, daß aus Mangel an Arbeitern die Felder bald nicht mehr so bestellt werden können, wie dieß doch nothwendig sey. Mit diesem Mangel an Arbeitern gehen dann auch die Arbeitslöhne in die Höhe, sowie das Benehmen der Knechte und Dirnen gegen ihre Herrschaften im genauen Verhältnisse damit stehe. Hochfahrender Trotz, freche Unbotmäßigkeit,

Digitized by Google

plötzliches Verlassen des Dienstes aus den unbedeutendsten Anlässen und gerade zur Zeit der dringendsten Feldarbeiten nehme immer mehr überhand, so daß es mitunter schon so weit gekommen sey, daß der Bauer in einem vollkommen abhängigen Verhältniß zu seinen Ehehalten steht, welche faktisch die Herren spielen.

(N. Münch. Ztg.)

Wien, 2. Jan. Die Direktion der **Nationalbank** hat den von dem Revisions-Komité vereinbarten **neuen Statuten-Entwurf** unter die Mitglieder des Bankausschusses vertheilen lassen. In den Entwurf wurden, wie es in der Einleitung heißt, auch solche Bestimmungen aufgenommen, welche erst dann in Wirksamkeit treten können, wenn das Verhältniß des Staates zur Bank geregelt, die Schulden des Staates an die Bank geordnet seyn und manche andere wichtige Fragen ihre Erledigung gefunden haben werden. Der größte Theil der Propositionen ist jedoch derart beschaffen, daß deren Inslebentreten lediglich der verfassungsmäßigen Genehmigung bedarf. — Der Bankfond soll aus 110,250,000 fl. bestehen, die auf 150,000 Aktien zu vertheilen sind. Hiernach wären noch 1000 Aktien, jede mit dem Antheile von 735 fl., zu emittiren. Von Beteiligung sind die vorgeschlagenen Veränderungen rücksichtlich der Dividendenvertheilung und des Reservefonds. Während die alten Statuten als gewöhnliche Dividende 30 fl. festsetzen und es dem Bankausschusse anheimgeben, eine weitere Quote der Dividende aus dem restirenden Ueberschusse zu vertheilen oder den letztern dem Reservefonde einzuverleiben, bestimmt der neue Entwurf in den §§. 6 und 7, daß den Aktionären vorerst 5 pßt. vom Kapitale der Bank, überdies von dem darüber erzielten Reingewinne 75 pßt. zukommen sollen; in den Reservefond seyen blos die erübrigenden 25 pßt. zu hinterlegen. Hat jedoch der Reservefond den vierten Theil des Bankfonds erreicht, so seyen nur 12 pßt. zu hinterlegen; hat er die Höhe von 40 pßt. des Bankkapitals erreicht, so fey von einer Hinterlegung in den Reservefond gänzlich Umgang zu nehmen. Die Aktionäre erhalten im Juli 20 fl., den Rest im Januar. Erreicht das Jahreserträgniß nicht die Höhe von 5 pßt., so kann, so lange der Reservefond 20 pßt. beträgt, das Fehlende dem Reservefond entnommen werden. Eine weitere Neuerung soll darin bestehen, daß es der Bank freistehen solle, verzinsliche Kapitalien aufzunehmen. Ebenso soll es der Bank unbenommen seyn, in Wien Domizile, dann Wechsel, die auf Plätzen zahlbar sind, wo eine Bankfiliale sich befindet, ekkomptiren zu können, ebenso sollen die Filiale Wechsel ekkomptiren dürfen, die in Wien zahlbar sind. — Auf Gold und Silber, dann auf voll einbezahlte Aktien und Effekten inländischer Eisenbahngesellschaften soll die Bank verzinsliche Darlehen machen können. — An einen Zinsfuß soll die Bank nicht gebunden seyn. — Für Rechnung des Staates soll die Bank nur kommissionsweise Geschäfte besorgen dürfen, doch soll dieselbe vom Staate Wechsel ekkomptiren können. — Weitere Anträge gehen dahin, daß ein Verkauf der im Besitze der Bank gegenwärtig befindlichen Werthpapiere nicht ohne Ermächtigung des Bankausschusses stattfinden solle, daß die Schuld des Staates an die Bank die Hälfte des Gesammibetrages des gezahlten Kapitals nicht überschreiten dürfe u. s. w. (Österr. Post.)

Wien. Rücksichtlich der in München abgehaltenen Konferenz **ausländischer Bankaktionäre** erfährt die „Pr.“, daß der zur Wahrung der Rechte dieser Versammlung bestellte Ausschuß zwei Schriftstücke absendet. Das eine an das Abgeordnetenhaus mit dem Verlangen einerseits, die von der kaiserlichen Regierung der Bank gegenüber eingegangenen Verpflichtungen treu zu halten, und mit der Zusage anderseits, daß auch die ausländischen Bankaktionäre bei einer ehrenvollen Erneuerung des Bankprivilegiums der durch die Finanzlage Oesterreichs gebotenen Rücksichten eingedenk seyn werden. Das zweite Schriftstück richtet sich an die Bankinteressen und verlangt die Abwicklung der Staatsverpflichtungen, Regelung der Verhältnisse zwischen Noten-Emission und deren Bedeckung, dafür Verwendung der geeigneten Mittel überhaupt, und insbesondere auch Veräußerung der Hypotheken, bessere als die bisherige Repräsentation des Bankinstitutes, dessen Unabhängigkeit vom Staate und Vertretung der Ausländer, welche schließlich verstehen, dem österreichischen Staate keine Verlegenheit bereiten zu wollen, zugleich aber verlangen, daß noch vor der Erneuerung der Bankprivilegien eine Sicherstellung befriedigender Statuten erfolge.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben in **Hohenneck** der k. Forstgehülfe Friedr. **Fraas** im Alter von 40 Jahren.

Hannover. Einer unserer angesehensten Maurermeister hat sich erboten, die Maurerarbeiten für ein hier projektirtes **Marschner-Denkmal** gegen seine baare Auslagen herzustellen.

(Ltg. f. Nordd.)

Buchbach, 4. Jan. Nach einer gestern hier angekommenen Nachricht stürzte Prinz R. von **Solms-Lich** auf der Jagd in Büdingen vom Pferde und starb sofort an den Folgen des Falls. Der Verunglückte schied in der kräftigsten Jugend dahin.

(Fest. Hdlz.)

= In **Triest** hat am 30. Dez. der Prozeß des Doppelmörders **Massari** begonnen, der vor einigen Monaten einem Herrn auf der Straße seine Uhr entriß und dann auf der Flucht zwei Sicherheitsdiener niederstach, einen Artilleristen aber verwundete. In der zahlreichen Menschenmenge, welche die Straßen füllte, als er zum Gerichtshofe geführt ward, gab sich eine gewisse Verstimmung (!) darüber kund, daß auch diesmal kein Todesurtheil zu erwarten sey, wie denn in Triest trotz mehrerer jährlicher Morde seit undenklichen Zeiten keine Hinrichtung stattgefunden hat. Die Frage, ob den Faschini (Lastträgern) das Messertragen verboten werden soll, wird jetzt in einer Kommission des Triester Gemeinderathes behandelt.

= **Triest**, 3. Jan. Massari ist nur zu 10 Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden. Das Volk, das sich schon bei seiner Arretirung unter dem Rufe: „An den Galgen mit ihm!“ vor der Hauptwache zusammengerottet, war über dies gelinde Urtheil so empört, daß es ihn bei seiner Rückkehr nach dem Gefängnisse mit dem Schrei: „Morte, morte!“ begrüßte, während der Verbrecher seine Hand frech zum Wagen herausstreckte und höhnende Zeichen damit machte. Der Verurtheilte, der nur 25 Jahre zählt und doch bereits wegen eines früheren Verbrechens eine mehrjährige Strafzeit überstanden hat, versuchte überdies im Gefängniß seine Genossen, die die Erlaubniß erhalten hatte, ihn zu besuchen, zu ermorden. Er hatte sich zu diesem Behufe an seinem hölzenen Eßstöffel ein starkes Stück Glas befestigt und brachte dem Mädchen damit sieben Wunden bei, an denen dasselbe noch heute im Spital darniederliegt. Auch wollte er sich zweimal das Leben nehmen: einmal durch Aufschneiden der Adern, dann durch Einrennen des Kopfes an der Wand.

London, 1. Januar. Die Kabelfabrikanten Glatz, Effick u. Komp. haben der Regierung das Anerbieten gemacht, ein Anfang 1862 ein transatlantisches Kabel von Milford Haven (Westküste von Wales) nach Halifax (in Kanada) zu legen. Sie verlangen dafür 700,000 Pfd. St., und erbieten sich, dessen Wirksamkeit ein Jahr lang zu garantiren. Dieselbe Firma versendet heute das 200 Meilen lange Kabel, welches für den irischen untersee'schen Telegraphen bestimmt ist. (Zeit.)

Neueste Nachrichten.

Kassel, 3. Jan. Ueber die Eröffnung der 2. Kammer wurde schon kurz berichtet. Der Landtagskommissär erklärte, daß von einer Thätigkeit nicht die Rede seyn könne, wenn ein Protest gegen die 1860er Verfassung, auf deren Grund die Abgeordneten hier versammelt seyen, eingelegt werde und bemerkte weiter (nachdem derselbe darauf aufmerksam gemacht war, wie diese Erklärung mit dem Verhalten der Regierung den beiden vorigen Landtagen gegenüber nicht übereinstimme), damals sey ein mildered Verfahren beobachtet, das werde jetzt nicht mehr stattfinden. Trotzdem wählten 35 von 37 Abgeordneten unter Rechtsvorbehalt der Verfassung von 1831 Hrn. **Nebelthau** zum Präsidenten. Herr Nebelthau sprach hierauf etwa folgende Worte zur Versammlung: „Er danke für seine Wahl, die um so mehr Bedeutung gewinne, als sie einstimmig erfolgt sey und die Minister jede Aeußerung der Stimmung des Landes zu unterdrücken bestrebt seyen; er sey bereit, Gut und Blut für das Verfassungstreue von 1831 herzugeben. Auf die in der jüngsten Zeit verbreitete und in wenig Tagen mit 15,000 Unterschriften bedeckte Adresse an den Landesherrn habe man mit Waffengewalt fahnden lassen, die Minister wollen die Stimme des Landes nicht hören. „„Wenn Sie den Ministern zeigen wollen, wie das Land gesinnt ist, so bin ich mit Freuden bereit, mich an Ihre Spitze zu stellen.““

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 7.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	39. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 7. Januar 1862.

Deutscher Bund.

In Berlin ist die dänische Antwort auf die jüngsten Depeschen Oesterreichs und Preußens in Betreff der deutschen Herzogthümer eingegangen. Wir haben bereits gemeldet, daß das Kopenhagener Kabinet ablehnend antwortet und daß sie die bestimmte Erklärung enthalte, Dänemark habe seinen Vorschlägen (Trennung Schleswigs von Holstein und Einverleibung des ersteren in den dänischen Gesammtstaat) keine weiteren hinzuzufügen, und namentlich mit Bezug auf die Auffassung der Verabredungen von 1852, besonders was das „dänische" Land Schleswig beträfe, nichts weiter zu sagen.

Die preußische Regierung hat sich durch ihre nicht zu rechtfertigende Bestreuerung der deutschen Presse nun selbst von dem Hören. Kabinet eine Nachweisung, daß sie dadurch sogar die bestehenden Verträge (Handelsvertrag vom 19. Febr. 1853 Art. 9) verletzt habe, zugegeben. Und nun zu gewiß hat das Wiener Kabinet vollkommen recht. Für Preußen aber ist es allerdings eine bittere Sache, einer Maßregel der Unfreisinnigkeit und des kleinlichen Uebervortheilens von Verbündeten wegen, sich von Wien aus Lektionen ertheilen lassen zu müssen. Man kann dagegen remonstriren, allein alle Künste der Dialektik werden nicht ausreichen, die Wahrheit der Thatsache hinweg zu wischen! Sehr treffend sagt Graf Rechberg in einer Note: „Als die kaiserliche Regierung, ihrerseits ebenfalls aus finanziellen Gründen, in der Lage war, die in Oesterreich schon früher eingeführte Stempelsteuer auf die Tagespresse zu erstrecken, glaubte sie doch zwischen der außerösterreichischen deutschen Tagespresse und der inländischen keinen Unterschied machen zu dürfen; sie belegte beide gleichmäßig, ermäßigte später die Stempelsteuer für beide wieder gleichmäßig auf die Hälfte, und nur für nichtpreußische und nichtvereinsländische in fremden Sprachen erscheinende Blätter ließ sie den doppelten Steuersatz bestehen." (Bekanntlich sind die nichtpreußischen deutschen Zeitungen höher besteuert, als die preußischen, die ausländischen (französischen, englische ꝛc.) aber steuerfrei sind.)

Vom Mittelrhein bringt die „B. Volksztg." folgende auffallende Schilderung über ein Veteranenfest: „Es war am zweiten Weihnachtsfeiertage. Der große Saal im ersten Gasthofe einer rheinischen Stadt war festlich dekorirt. Die Wände waren ringsum mit Waffen geziert, dazwischen hingen Fahnen in den französ. Farben. Das Bild des Kaiserd Napoleon I. war in Lebensgröße in der Mitte der Hauptwand angebracht, über sich hatte er eine strahlende Sonne, neben sich rechts und links die Namen fast sämmtlicher franz. Marschälle und Generale; gegenüber hing das Bild des Kaisers Napoleon III. Die alten Veteranen der großen Armee feiern ein Fest. Gegen 1 Uhr beginnt der Raum sich zu füllen. 80—90 alte und junge Männer, Erstere mit der Helena-Medaille angethan, Kaufleute, Gelehrte und Advokaten finden sich ein. Die Versammlung ist vollzählig; sie wartet nur noch auf die Hauptperson. Plötzlich entsteht Bewegung unter den Versammelten, sie ordnen sich und die Blicke Aller sind nach der Thüre gerichtet. Diese springt auf und der franz. Konsul, geb. Franzose und nicht Veteran, geführt vom Bürgermeister der Stadt, ebenfalls kein Mitglied der weiland Großen Armee, tritt ein. Begeisterter Jubel erschallt aus Aller Mund und die Trommeln wirbeln dazu und die Trompeten und Hörner fallen schmetternd ein. Der Konsul nimmt den Ehrenplatz in der Gesellschaft ein; ihm zur Linken sitzt der Bürgermeister der Stadt. Bei dem Mahle selbst hört man den Konsul in gebrochenem Deutsch einen Toast ausbringen, der in franz. Sprache von einem Veteranen beantwortet wird. Trinksprüche in französ. Sprache, auf den großen Kaiser, auf das glorreiche Kaiserthum, die fleggewohnte Armee, die ruhmreichen Marschälle reihen sich dicht an einander und finden sämmtlich die begeisterteste Aufnahme. So dauerte der tolle Jubel bis tief in die Nacht. Die Patrioten aber flohen den Ort, wo die entarteten Söhne des Landes die eigene Mutter verhöhnten. Diese zwar unglaubliche, aber dennoch wahre Geschichte trug sich zu am 2. Weihnachtstage des Jahres 1861, am deutschen Rhein, in der deutschen Bundesfestung Mainz im „Holländischen Hofe". (Zur Ehre von Mainz wollen wir hoffen, daß diese Erzählung doch nicht wahr ist; jedenfalls erwarten wir aber von den Mainzer Blättern eine Erklärung darüber. D. Red.)

Bayern. München, 4. Januar. Der Abbruch des alten Zeughauses gegenüber dem Hoftheater am Eingange der Maximilianstraße ist nun beschlossen und da mit dem Abbruch im Frühjahre begonnen werden soll, so muß die Räumung desselben so rasch als thunlich vollzogen werden. Wohin das neuzuerbauende Zeughaus kommt, ist noch nicht definitiv bestimmt, wohl aber, daß es nicht an die Stelle des bisherigen zu stehen kommt, es wird an dieser Stelle ein großes Privathaus erbaut werden. (M. B.)

Die „Südd. Ztg." schreibt: „Es fällt auf, daß die vom Kriegsministerium selbst in Vorschlag gebrachten, von den Kammern bewilligten und durch den vor sieben Wochen schon publizirten Landtagsabschied sanktionirten Erhöhungen der Stallgelder und Pferdegratifikationen für berittene Offiziere bis zur Stunde noch nicht ausbezahlt sind, daß ferner die höheren Militärbeamten von den ihnen längst zugesicherten, in das Budget für die VIII. Finanzperiode eingestellten Quartiergeldern noch keinen Kreuzer empfangen haben und daß der Genearmerie die Ausbezahlung der zur Aufbesserung ihrer Bezüge genehmigten Beträge immer noch vorenthalten wird. Wie lassen sich solche auffallende Verzögerungen erklären? Wohl ist der Kriegsminister krank und der Generalverwaltungsdirektor erst kürzlich pensionirt worden. Aber die Sache ist ja auch schon vollständig in Ordnung und es kann sich lediglich um die einfache Verwaltungsmaßregel handeln, die Weisungen zum Empfange zur Ausbezahlung und Verrechnung ergehen zu lassen. Offenbar liegt hier die Schuld an der unbeschreiblichen Schwerfälligkeit der Verwaltungsmaschine. Hier gilt es einen engverschlungenen und lieferingemwurzelten Wust aufzuräumen; möge dem neuen Generalverwaltungsdirektor der ernste Wille, die nöthige Geduld und Energie dazu innewohnen!" (Vgl. den Anzeiger.)

Die „N. Münch. Ztg." schreibt unter offiziösem Zeichen: Ein Artikel in der „südwestlichen Zeitung" vom 31. v. Mts. bespricht die vor Kurzem erfolgte Aufbesserung der Gehalte eines Theiles der Bezirksgerichts-Assessoren in Vergleichung mit der den Landgerichts-Assessoren gewährten Gehaltsaufbesserung auf eine Weise, welche eine thatsächliche Berichtigung nothwendig macht. Es ist bekannt, daß die Gehaltserhöhungen der Beamten nach §. 15 des Finanzgesetzes erst vom 1. Juli 1862 an ihrem vollen Umfange nach ins Leben treten können; die im Laufe des vorigen Monats gewährten Gehaltsaufbesserungen beschränken sich — entsprechend der am Schlusse des angeführten §. 15 enthaltenen Bestimmung — auf jene Beamten, deren Gehalt den Betrag von 800 fl. nicht erreichte, und auch bei diesen kann eine Gehaltsaufbesserung nur bis zu dem Betrage von 800 fl. statt. Dieser Grundsatz wurde bei Aufbesserung der Gehalte der Bezirks- und der Landgerichts-Assessoren in ganz gleichmäßiger Weise zur Anwendung gebracht. Allerdings sind gleichzeitig mit der Aufbesserung der Gehalte der dritten und vierten Klasse auf 800 fl. 15 Landgerichts-Assessoren von der zweiten in die erste Besoldungsklasse mit 1000 fl. und 30 von der dritten in die zweite Besoldungsklasse mit 900 fl. vorgerückt, allein diese Vorrückung steht in gar keinem Zusammenhange mit der verfügten Aufbesserung der Gehalte unter 800 fl. Die Bezirksgerichts-Assessoren theilen sich nach §. 11 der allerhöchsten Verordnung vom 12. Aug. 1857 in drei gleiche Gehaltsklassen zu 900, 750 und 600 fl., in die erste Gehaltsklasse mit 900 fl. waren bereits am 1. Okt. 1851 ein volles Drittheil der Gesammtzahl der Bezirksgerichts-Assessoren eingereiht, und hierin liegt der Grund, aus welchem

Digitized by Google

eine Beerübung in die erste Gehaltsklasse gegenwärtig nicht stattfinden konnte.

Preußen. **Aus Preußen.** 3. Januar. Wie man bei uns die Verfassung zu interpretiren pflegt, das hat Freiheit aus ihr hinauszuinterpretiren wissen, wollen Sie aus folgendem Vorfalle entnehmen: Ein freigemeindlicher Prediger hielt auf einem Dorfacker eine Leichenrede und ward der Verletzung einer Regierungsverordnung, welche solches bei Strafe verbietet, angeklagt. Der erste Richter sprach ihn aber frei, da eine solche Verordnung, gegenüber dem Art. 12 der Verfassung, welche allen Preußen die Freiheit der öffentlichen Religionsübung garantire, keine Gültigkeit mehr habe. Das Appellationsgericht in Glogau verurtheilte aber den Angeklagten, denn jene Verordnung hebe die garantirte Freiheit nicht auf, sondern regele nur deren Ausübung. Also kann die Polizeibehörde bei und jene und andere garantirte Freiheiten so regeln, daß nichts mehr von ihnen übrig bleibt. (D. Adl.)

Hannover. Hannover, 2. Jan. In den Schwester- und Neujahrspredigten ist auf allerh. Befehl abermals der Rettung des Kronprinzen aus der Lebensgefahr im Seebade Norderney gedacht, und die Gelegenheit auf Befehl der Konsistorien wiederum benutzt worden, um die „Treue gegen das erhabene Herrscherhaus“ einzuprägen. Uebrigens ist es wie der Rettung eine etwas eigene Sache. Die Gefahr selbst ist mehr als problematisch gewesen; der Kronprinz selber hat am wenigsten jemals an sie geglaubt, und selbst in Hofkreisen zucht man über die in Scene gesetzte Todesnoth in vertraulichen Kreisen sehr spöttisch. Ja, ich glaube nicht viel unterrichtet zu seyn, wenn ich weiße, daß der Graf Bernstorff, einige Zeit Adjutant Sr. kgl. Hoheit, dem Posten wit aus diesem Grunde hat verlassen müssen, weil ihm an die Gefahr und Rettung der rechte Glaube gefehlt hat und die Junge „das volle Herz nicht wahrte“. (Zeit.)

= **Oesterreich.** Die Rekrutirung in Venetien für 1862 schreitet ruhig fort, so daß die Ausnahmsverfügung wegen Zahlung der Supplentenlage durch die Kommune für emigrirte Militärpflichtige nur in vereinzelten Fällen zur Anwendung kommt: exekutive Nachhülfe soll bisher weder auf dem Lande noch selbst in den Städten nothwendig gewesen seyn. Einen besonders guten Eindruck auf die Bevölkerung macht es, daß der größte Theil des Kontingentes aus der Stadt Venedig und aus dem Küstenstriche zur Maeine ästentirt wird, und daß auch aus dem Infanterie-Regimente Baron Wernhard, das seinen Werbebezirk theilweise in Venedig hat, sehr viele Leute auf ihr Ansuchen zu dem neugebildeten Matrosenkorps versetzt werden.

Trotz Garibaldi denkt der alte Kaiser Ferdinand in Italien seinen Sommeraufenthalt zu nehmen. Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna haben nämlich um 1,300.000 fl. die schöne Besitzung in Gallera (in der Nähe von Bassano in der Provinz Padua) gekauft. Bisher wurden über 600.000 fl. zur Renovirung und Erweiterung verwendet. Ein Veroneser Architekt leitete die Arbeiten von nahezu 200 Tagwerkern. Der schöne Garten soll noch durch einen englischen Park vergrößert werden.

Großbritannien.

Das „Jeuenal des Debats“ widmet dem Prinzen Albert einen Nachruf, aus welchem wir folgende Stelle hervorheben: „Er war ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Jüngling; als er zum ersten Male am Hofe des Königs von England, damals Wilhelm IV. (1833), erschien, machte er sich durch die Gediegenheit seiner Unterhaltung, sowie durch seine angenehme Persönlichkeit und durch sein feines Benehmen bemerkbar. Er wohnte mit seinem Vater im Schlosse der Herzogin von Kent, seine Tante, deren Tochter er häufig und in vertraulicher Weise sah; diese beiden jungen Herzen von 17 Jahren fühlten sich zu einander durch gegenseitige Neigung hingezogen, und das war der Beginn der tiefen Liebe, welche sie durch ihr ganzes Leben einen sollte.“ An einer andern Stelle heißt es: „Wenn auch der königliche Haustand gerade wegen seiner schönen Einteacht berühmt war, so bildetea sich darin doch auch ab und zu jene leichten Wolken, welche vom Zusammenleben ungetrennlich sind; aber selbst dies trente nur dazu, die Zärtlichkeit der Gatten zu befestigen und sie fühlen zu lassen, wie unentbehrlich sie einander waren. Eines Tages, als der Königin in der Lebhaftigkeit einige Worte entfahren waren, hatte Prinz Albert sich in seine Zimmer zurückgezogen. Wenige Zeit danach kam die Königin und klopfte an die Thür. „Wer klopft da?“ fragte der Prinz. — „„Die Königin.““ — „Ich bitte die Königin, mich zu entschuldigen; aber ich habe das Bedürfniß, allein zu seyn.“ Die Königin erwiderte mit dem sanftesten Tone ihrer Stimme: „„Albert, ich bin's, es ist deine Frau.““ Da öffnete sich die Thüre sofort, der Prinz lief in die Arme der Königin und die Versöhnung war geschehen.“

Frankreich.

Pariser Drucker und Verleger sollen eine Bittschrift um Wiedereinführung der Censur eingegeben haben — die beißendste Kritik, welche das neufranzösische System der Verwarnung und Unterdrückung der Zeitungen noch erfahren hat!

Italien.

Rom. Am 26. Dezember, dem Namenstage des Papstes (vor seiner Thronbesteigung: Johann Maskai-Ferretti) stellte der römische Kriegsminister Merode dem heiligen Vater die Offiziere seines Heeres vor. „Le Monde“ (ein klerikales Pariser Blatt) berichtet, der Papst habe sie folgendermaßen angeredet: „Indem ich Euch um mich sehe, denke ich an den König David, der ebenfalls von seinem Sohne betraut, schmählich verrathen, und von seinen Kindern durch Heuchelei, Lüge und Angst mißhandelt ward. Aber wie ich, fand er auch an seiner Seite wackere Männer, die der Verführung widerstanden hatten und ihn sagten: Wohin gehietest Du uns zu gehen? Ich sage Euch, wie David, der Augenblick ist noch nicht gekommen; aber wie Absolon mit seinem hochmüthigen Haupte an den Zweigen eines Baumes hängend umkam, so werden auch heutzutage die Verstrebungen der Gottlosigkeit und Heuchelei zuletzt untergehen, und wir werden zusammen wieder in die durch unsere Feinde weggetaubten und unterdrückten Provinzen einziehen. Diese Provinzen gehören dem heil. Stuhle in ihrer Gesammtheit, und ich werde nichts davon abtreten, weil es mir nicht gestattet ist, das Eigenthum der Kirche im Stiche zu lassen, welches das Pfand der Freiheit und Unabhängigkeit des Stattshalters Jesu Christi ist. Ich sage mit Zuversicht, wir werden in diese Provinzen wieder einziehen. Wenn ich selbst alsdann nicht bei euch bin, so wird der bei euch seyn, der nach mir sich auf diesen Thron setzen wird; denn Simon stirbt, aber Petrus ist unvergänglich.“

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 30. Dezember bis 4. Januar).

Samstag. Das neue Jahr hat sich für die Börse gut angelassen; die friedlicher lautenden Nachrichten aus Amerika haben alle Plätze umgestimmt. Die positive Entscheidung ist jedoch erst zu Ende nächster Woche zu erwarten; möglich, daß dieselbe sich durch Hin- und Her-Verhandlungen noch länger hinanzieht.

Der Ultimo am 30. v. M. gehörte zu den lebhaftesten des Jahres. Es waren grosse Engagements abzuwickeln, aber der Bedarf der Contremine erleichterte gar sehr alle Prolongationen, so dass das Kostgeld nur mässig war.

Von österr. Effekten sind National beiläufig 1¼ pCt. gestiegen, 5 pCt. Metalliques 2¾ pCt. (was bei Letzteren wohl den unregelmässigen Notirungen zuzuschreiben ist), Venetianer ¾ pCt. höher. Die Umsätze waren sehr belangreich; Holland gab wie gewöhnlich nach dem 1. Januar den Impuls für National, die es gegen fällige Coupons eintauscht. — In süddeutschen Fonds keine Veränderung.

Oesterr. Kreditaktien beiläufig 6 fl. höher als am Beginn der Woche; da aber der Coupon von 10 fl. bis inklusive Dezember 6/7 mit 11 fl. 40 kr. berechnet, seitdem abgetrennt und zu 82½ nur 8 fl. 15 kr. werth ist, so beträgt das Steigen ähnlich dieser 3 fl 25 kr. nur ca. 3 fl. Die Geschäftsresultate der Anstalt lauten nach übereinstimmenden Nachrichten sehr günstig und soll eine ansehnliche Super-Dividende in Aussicht stehen, freilich ist bis März noch eine lange Zeit. Ueber die Abschlüsse andrer Kreditinstitute verlautet nichts, vielleicht ist auch das Beste, was man thun kann, darüber stillzuschweigen.

Frankfurter Bankaktien ex Div. 113¾ Brief. Gegen den gestrigen Kurs von 115½ scheint die Börse die Superdividende also auf 1¾ bis 2¼ zu schätzen.

Eisenbahnaktien haben sich gut gehalten und sind sämmtlich höher gegangen. Nach Berichten des Syndikats der hiesigen Wechselmakler werden Rhein-Nahebahn vom Neujahr an ohne Zinsen notirt, da voraussichtlich doch auf keine Dividende zu rechnen sey. In Berlin dagegen hat man die 4 pCt. Börsenzinsen beibehalten und das Effekt war in den letzten Tagen dort sogar zu bleigendem Kurs gefragt, so dass es auch hier vom Donnerstag bis heute nahezu 2 pCt. gewonnen hat.

Wechselkurse sämmtlich niedriger, die Friedensaussichten haben London gedrückt, während kriegerische Aspekten es gehoben hätten. Im Allgemeinen erscheinen die Kurse aller fremden Wechsel dermalen so niedrig, dass aber ein Steigen, als weiteres Fallen zu erwarten steht. Der Geldstand bleibt günstig Wir glauben, dass ein grosser Theil der mit Neujahr eingezogenen Coupons noch nicht angelegt ist. (Akt.)

* Bekanntlich beträgt die einfache Brieftaxe im deutsch-österreichischen Postverein, die nach drei Bezirken abgestuft ist, im dritten Bezirk noch immer 3 Sgr. — 9 kr. südd. und 15 kr. österr. Währung. Diese Taxation ist, mit der anderer Postgebiete verglichen, viel zu hoch, dreimal höher z. B. als das englische und das französische Briefporto. Von verschiedenen Seiten wird bereits auf Ermäßigung dieses hohen Ansatzes hingearbeitet. Wie wie

Digitized by Google

hören, ist neuerlich im Schooß des deutschen Buchhandels der Gedanke angeregt worden, auf eine gleichmäßige, den ganzen deutsch-österreichischen Postverein umfassende Herabsetzung des Porto für den einfachen Brief auf 1 Sgr. oder 3 kr. südd. oder 5 kr. österr. Währung hinzuwirken sowie darauf, daß künftig Kreuzbandsendungen bis zum Gewicht von mindestens 2 Pfund zu der in England bestehenden Taxe von nur 4 Sgr. — 12 kr. südd. — 20 kr. österr. Währung per Pfund mit Briefpost befördert werden. Wir können nur wünschen, daß diese Bestrebungen zu einem günstigen Erfolg führen mögen — im Interesse des Publikum sowohl als der Staatskasse; denn auch letztere steht sich, nach den in England gemachten Erfahrungen, bei einer möglichst niedern Brieftaxe nicht schlechter, ja besser, als bei hoher Taxe. Wie dächten dieser Gedanke verwirklicht, namentlich von unsern Handelsräthen erwogen und bei der Staatsregierung zur Berücksichtigung befürwortet zu werden.

* Wir haben über die Schritte berichtet, welche die ausländischen Besitzer von österr. Bankaktien in Wien zu thun beabsichtigen, um ihre Interessen gegen die Pläne des österr. Finanzministers zu wahren. Es ist nicht mehr, wie billig, daß wir in dieser wichtigen Sache nun auch auf jene Stimmen aufmerksam machen, die sich zu Gunsten des österr. Finanzministers hören lassen; denn jede Sache hat ihre zwei Seiten. Eine solche Stimme finden wir in einem Aufsatz der „Ister-Ztg.", worin es u. A. heißt: „Das Resultat der von den hiesigen Bankaktienbesitzer getroffenen Vereinbarung ist ein negatives, indem es sich darauf beschränkt, gegen jedes Reformprojekt des Hrn. v. Plener, welches nicht den Aktienbesitzern Vortheile bietet, zu protestiren. Von Vorschlägen, wie diese Reform in einer für beide Theile befriedigenderen Weise gelöst werden könne, ist bis jetzt noch keine Rede, und trotz aller heiligen Versicherungen, dem österr. Ministerium keine Schwierigkeiten machen zu wollen, scheint es nach diesem doch nur dazu zu kommen. Der einzige positive Vorschlag, welcher vereinbart wurde, ist der schon vor Jahren in deutschen Blättern erwähnte, daß nämlich auch ausserösterreichischen Aktienbesitzern Zutritt und Stimme in den Generalversammlungen, das heißt gleiche Rechte mit österr. Aktionären gestattet werden möchten. Feierlich verwahren sie sich aber gegen alle Opfer, welche man vom Patriotismus, zu welchem sie keine Verpflichtung fühlen, fordern könnte. Hiebei stützen sie sich hauptsächlich auf den Paragraph des Bank-Statuts, welcher diese als ein Privatinstitut erklärt, welchen Charakter die betreffende Bank aber notorisch längst eingebüßt hat, ohne daß die Aktionäre eine Einsprache erhoben hätten. Als in den Jahren 1849 und 1854 der Staat große Summen von der Bank entlehnte, diese dafür Banknoten ad infinitum hinausgab, als den Noten der Zwangskurs verliehen wurde, da verlor die Bank die Eigenschaft eines reinen Privatinstituts. Gerade jene Jahre aber waren die der höchsten Jahresdividenden, und die Zeiten der höchsten Insolvenz die vortheilhaftesten für die Aktionäre, weßhalb auch damals keinem Aktienbesitzer einfiel zu protestiren. Jetzt aber ist das Vorgehen des Hrn. v. Plener eine Konsequenz jener Unterlassungssünden, und der Staat wohl berechtigt, für die seinergeitigen hohen Gewinnste nun auch Opfer zu verlangen. Daß das Ministerium diese Ansicht und Absicht hat, geht aus dem Leitartikel der „Donauzeitung" Nr. 309, „die Bank und die Nation", der augenscheinlich aus ministerieller Feder geflossen, klar und deutlich hervor. „Es wäre, heißt es da, eine nicht zu rechtfertigende Täuschung, wenn die Bank sich ausschließlich als Gläubiger des Staates betrachtete; der Staat ist die politisch organisirte Nation, und dieser ist die Bank weit mehr verpflichtet, als ihr die Finanzverwaltung, die nur ein Organ des Staates repräsentirt." Nicht ohne Interesse möchte hier die Aeußerung eines hervorragenden Mitgliedes des Wiener Reichsrathes gegen einen bayerischen Besitzer solcher Aktien seyn. Auf die Frage, warum Plener so feindselig gegen die Bank sey, sagte Jener: „„Sie sind im Irrthum, Plener ist kein Feind der Bankaktionäre, im Gegentheile. Die Bank ist ein so unpopuläres Institut in Oesterreich, daß, wenn es der öffentlichen Meinung nach ginge, der Bank noch ganz andere Opfer zugemuthet würden. Pleners Vorschlag an die Bank ist das Minimum, was diese für Wiedererwerbung ihres guten Rufes zahlen dürfte.""

Nichtpolitische Zeitung.

Augsburg. Die am 3. Dezember v. Js. vorgenommene Unions-Volkszählung hat für hiesige Stadt ein eigenthümliches Ergebniß herausgestellt, nämlich 14,327 Familien und 37,673 Seelen (ohne Militär), sohin mehr gegen die Zählung von 1858 um 1812 Familien, aber nur um 532 Seelen. Als Grund wird angeführt, daß ein sehr großer Theil der unverheiratheten Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen, welche früher in hiesiger Stadt wohnten, jetzt Wohnungen und Schlafstellen in Oberhausen, Lechhausen und Pfersee bezogen haben.

Berlin, 5. Jan. Dr. Gräfe ist von Baden-Baden hier eingetroffen; er wird sich nach kurzer Rast in ein südlicheres Klima begeben.

Am 23. v. Mts. fand auf Verfügung der Regierung zu Potsdam eine Feuerprobe der von Kael Samuel Häusler in Hirschberg in Schlesien erfundenen Holz-Cement-Bedachung statt. Diese Bedachung besteht aus: 1) einer Verschalung von gefrorenden Rollbrettern, 2) einer flachen Rollschicht auf der Verschalung, 3) einer wasserdichten Holz-Cementlage, 4) einer dicken Cementlage schützenden 2 Zoll hohen Kies- und Sandschicht mit einer Beimischung von Lehm, auf welcher beliebig noch Gartenanlagen angebracht werden können. Zunächst wurde unter die mit doppeltem Zink bekleidete Traufkante des aufgestellten Probedaches Feuer gemacht. Das Zink schmolz bald hinweg; aber die Cement-, Kies- und Sandschicht verhinderte das Verbrennen der Verschalung, so daß dieselbe auf der unteren Seite nur leicht geschwärzt erschien. Darauf entblößte man einen Raum von ungefähr 2 Quadratfuß des Daches von der Sand- und Kiesschicht und machte auf der Cementlage ein lebhaftes Feuer. Nachdem dasselbe einige Zeit gebrannt hatte, wurde es gelöscht, und es fand sich, daß die obere Cementschicht nur leicht verkohlt, die darunter liegende Bretterverschalung aber ganz weiß geblieben war. Nun machte man unter dem Dache ein großes Feuer, welches so lange stark unterhalten wurde, bis endlich Sparren und Pfeiler verbrannten, dagegen die Verschalung nur kohlte. Das Dach stürzte schließlich auf das Feuer herunter und dämpfte die Flamme, weil durch die luftvicht abschließende Cement- und Kieslage die Schlichtamme sich keinen Weg bahnen konnte.

Wickerath, 31. Dez. Gestern Nachmittags passirte hier ein gräflicher Unglücksfall. Als der um 1 Uhr von Düsseldorf abgegangene Zug unsere Station erreichte wollte ein junger Mann den Waggon verlassen und wartete das Stillstehen des Zuges nicht ab. Bei seinem Sprunge gerieth er unter die Räder, die ihm quer über den Leib gingen, so daß er nach einigen Minuten starb.

Ein Erlanger Einwohner, D. Fischer, will eine Maschine erfunden haben, welche bis 24,000 Pferdekraft entwickeln und sich ununterbrochen über 5000 Jahre bewegen soll, und soll es, um diese Maschine in Gang zu bringen, der Kraft von vier Mann bedürfen, welche überdies nur am Anfang sechs Stunden thätig zu seyn brauchen. Die Hauptsache aber ist, daß diese Maschine zu allem Erdenklichen anwendbar seyn soll. Der Erfinder hat bereits ein Modell dieser Maschine angefertigt, mit welchem er demnächst nach Wien zu kommen gedenkt, um persönlich seine Erfindung, welche er vor der Hand natürlich noch geheim hält, der betreffenden Behörde vorzuzeigen. Wenn sich an dieser Erfindung nur der hundertste Theil bestätigt (man denke an die drei Nullen). so kann man dem Erbauer auch schon gratuliren.

Mainz, 3. Jan. An der Lurlei und eine Strecke weiter aufwärts ist der Rhein zugefroren. Heute Morgen hatten wir hier sechs Grad Kälte. (N. Z.)

Karlsruhe, 31. Dez. Die lang projektirte, hin- und wieder verzögerte, aus- und wieder abgesteckte Bahnstrecke Karlsruhe an den Rhein ist endlich am Expropriationsstadium angelangt.
(Pfälz. Z.)

= Der seit einiger Zeit wieder auftauchende berüchtigte Räuberhauptmann Patko in Ungarn überfiel am Weihnachtsabend mit 8 Mann einen Grundbesitzer in Hörment, bei dem eben eine zahlreiche Gesellschaft war, der sich aber nichtsdestoweniger beeilen mußte, der bewaffneten Bande sein sämmtliches Geld auszuliefern. Der Frau vom Hause, welche allein Courage genug behielt, um die Räuber mit einer Fluth von Schimpfworten zu überschütten, drohte der Hauptmann, sie niederzuschießen, wenn sie sich nicht mäßige; zum Abschied aber schenkte er ihr einen Dukaten für ihr muthiges Benehmen.

Die Wirthschafts-Etablissements auf Rigi-Kulm (Schweiz) sind von den Söhnen des bisherigen Eigenthümers um den Preis von 600,000 Franken übernommen worden. So theuer ward ein Wirthschafts-Etablissement in solcher Höhe (beholbalbtausend Fuß) und mit einem auf wenige Monate beschränkten Besuch wohl noch niemals bezahlt.

Die sogenannten „Saals", eine große vor Texel gelegene Sandbank, auf welcher nach den Vermuthungen holländischer Blätter die Korvette „Amazone" zu Grunde gegangen, ist dieselbe, auf

Digitized by Google

welcher ein Theil des nassauischen zweiten Regiments, das unter Napoleon I. im Jahr 1812 in Spanien focht, daselbst nach der russischen Katastrophe zu den Engländern überging, und aus Spanien nach England verpflanzt wurde, bei der Ueberfahrt von England nach dem Kontinent, scheiterte, und bis auf wenige zu Grunde ging.

Am 2. Januar begann vor der ersten Kammer des Civiltribunals zu Paris der Prozeß des Finanzministers Fould gegen seinen Sohn, der sich wider Willen seines Vaters in London mit einer ehemaligen Schauspielerin des Theatre francais verheirathet hat. Der Vater will die Ehe für nichtig erklären lassen. Jules Favre plaidirt für den Sohn, Marie für den Vater.

Neueste Nachrichten.

München, 6. Jan. Se. Maj. der König hat den Professor der Mathematik und Physik an der Studienanstalt Regensburg, A. Steinberger, in den Ruhestand versetzt, an dessen Stelle den Lehrer der Mathematik an der Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbsschule in Regensburg, Joh. Huther, ernannt; die protestantische II. Pfarrstelle zu Annweiler, Del. Bergzabern, dem Pfarrer zu Hochstätten, Del. Obermoschel, Christian Stöß, verliehen; den temp. quiesz. Spezialkassier Leopold v. Schmid von Regensburg wegen dauernder Funktionsunfähigkeit in den definitiven Ruhestand treten lassen. (N. M. Z.)

München, 5. Jan. Die Nachricht, daß von dem zur Vertretung außerösterreichischer Bank-Aktionäre gewählten Komité die Hr. v. Hetsch, Frhr. v. Pfeffel und Graf Montgelas mit dem Advokaten Dr. Simmerl nach Wien abgereist wären, ist irrig, und es ist sehr die Frage, ob überhaupt eine persönliche Betretung von Seite des hiesigen Komité in Wien stattfinden wird. Dagegen sind die nach Wien zu sendenden schriftlichen Eingaben festgestellt, und die Betheiligung an den hiesigen Schritten hat zugenommen. Aus mehreren Städten Bayerns, namentlich aus Augsburg sind neuerdings ungefähr 2000 Aktien beitrittsweise angemeldet worden, auch aus Stuttgart sind Betheiligungen eingelaufen. (N. M. Z.)

München, 5. Jan. Ueber die Einführung des Geehelmischen Reitsystems mit den nach Landshut gekommenen Unteroffizieren der Chevauxlegers-, Kuirassier- und Artillerie-Regimenter berichten Augenzeugen, daß dasselbe vollkommen geeignet sey, eine außerordentliche Gewandtheit und Fertigkeit in der Reiter zu bringen, wie sie gewöhnlich nur Equitibristen eigen ist. Es möchte dieß zwar befremden, darum sey bemerkt, daß die allerbesten Reiter aller Regimenter nach Landshut geschickt worden sind. Diese machen alle Reitübungen durch, ohne einen Zügel zur Hand zu nehmen, sie lassen diesen frei am Halse des Pferdes liegen, bewgen sich links und rechts abwärts nach dem Bohrn, liegen, stehen, knien auf dem Pferde und schwingen, auf diesem mit den Händen gestützt, die Füße senkrecht in die Höhe. Das Pferd bleibt dabei in derselben Gangart, in welcher es angespreugt worden ist. Es wird bei erlangter Fertigkeit auch von den Formalitäten abgesehen und den Reiter alle selbstständige Bewegtichkeit gestattet. Für den Kavalleristen ist Vertrauthheit mit dem Pferde und Sicherheit auf demselben eine der wesentlichsten Bedingungen, daher solche Uebungen, wenn auch nicht alle Reiter gleiche Fähigkeit haben, doch unstreitig zur Kriegstüchtigkeit derselben viel beitragen. Auch bei der Infanterie haben sich im letzten Sommer mehrere Soldaten im Turnen so hervorgethan, daß ihre Leistungen gleich jenen der gewandtesten gymnastischen Künstler gerachtet werden konnten. (Augsb. Abdz.)

Hanau, 6. Jan. Die gestrige Feier des Jahrestags der Verfassung von 1831 fand im reich mit schwarzrothgoldnen Fahnen dekorirten Saale des Gasthauses zur Krone statt. Es hatten sich zum Festmahl über 300 Männer aus Hanau und den umliegenden Dörfern zusammengefunden. Von auswärtigen Gästen war der unvermeidliche Dr. Metz aus Darmstadt, Sonnemann und Jungermann aus Frankfurt erschienen. Herr Bijouterie-Fabrikant Karl Böhm führte den Vorsitz. In zahlreichen und energischen Toasten — darunter zwei auf die Hanauer Steuerverweigerer und Alle die, welche ihnen nachfolgen — sprach sich die Stimmung der Versammlung aus. Auch der Kasseler Gesinnungsgenossen wurde mit einem telegraphischen Gruß gedacht. An einer der Seitenwände befand sich das Bild Philipps des Großmüthigen mit der Umschrift: „Lieber Land und Leut verloren, Als einen falschen Eid geschworen", angeheftet nach einer Denkmünze vom Jahre 1552. Die Polizei schien den vernünftigen Entschluß gefaßt zu haben, sich fest in seiner Weise zu beheiligen, denn wenn Gendarmen nach Polizei waren schwer, als um 11 Uhr das Festmahl aufgehoben war vielmehr in die „Essenzuite", d. h. über die Polizeistunde erhebene Wirthschaft von Schreyer verlegt wurde. (Zeit.)

Wien, 3. Jan. Aus Venedig verlautet, daß das, was man hier eine Ministerkrisis nannte, nämlich der Antauf, welchen die Klerikal-Feudalen nahmen, um das Prinzip der Februarverfassung zu entwegeln, an dem festen Entschluß des Kaisers Franz Joseph in einer Weise gescheitert ist, welche die bisher etwas hochmüthige Zuversicht dieser Partei und den ihr affilirten Magyarismus gewaltig erschüttert. Schmerling steht fest auf seinem Posten. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stadelschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. dito.	—	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	67 1/8 P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 1/4—1/8 G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	45 7/8 P.	
„	4 1/2 pCt. „ „ „	40 5/8 P.	
„	4 pCt. „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „	—	
Preussen	3 1/2 p.Ct. Staatsschuldsch.	89 1/2 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 1/4 P.	
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/4hr. dto.	103 1/2 G.	
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/4jahr. dto.	103 7/8 G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100 3/4 P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 1/2 G.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—	
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/4 P. 5/8 G.	
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/4 P.	
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 1/4 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/4 G.	
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 G.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/8 G.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/2 P.	
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 7/8 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/2 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.	
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl. dto.	98 P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	89 P.	
Spanien	3 pCt. int. Sch. F. à £. 2. 30	46 1/2 G.	
„	2 pCt. „	41 P.	
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 100 Thlr.	99 1/4 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. pou	1131/2 P. 1130	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	619 P.	
Oesterr. kreditbank-Aktien à fl. pou	146 1/4 P. 147 1/2 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 200	188 G.	
Meiningische Bank à 4 Thlr. 100	74 1/2 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	78 1/4 P. 77 3/4 G.	
Internationale Bank in Luxemb.	87 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P. 335 G.	
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	65 P. 64 1/2 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 238 kr.	233 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. „	107 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/4—7/8 G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.	21 G.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	134 1/4 P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	103 1/2 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	209 3/8 G.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	243 3/8 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	430 P.	
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. vollenbet.	105 7/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	98 3/8 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 1/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 90 Th. Lal. k.S.	96 3/4 B.
Cöln Thl. 60 k. S.	104 3/4 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 B.
London Lst. 10 k. S.	117 1/4 G.
Lyon Fr. 200 k. S.	—
Mail. i.S.L. 250 k. S.	92 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/4 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sil. W. l. S.	83 1/4 G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	86 G.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	53 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	98 1/4 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	12 7/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 67.-	58—57 7/8 G.	„ „ fl. 35 do.	37 G.
„ fl. 100 Lisb. L. v. 1858.	101 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38 P.
4 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	118 7/8 P.	Sardinien Fr. 80 b. R.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	90 3/4 P.	Vereins-Loose fl. 10.	19 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.	Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 6. Jan. Oesterr. National und Kreditaktien, in denen der meiste Umsatz stattfand, eröffneten und schlossen in günstiger Stimmung, nach einer um die Mitte der Börse eingetretenen kleinen Ermattung. Die Kurse derselben, sowie Wechsel auf Wien blieben jedoch immerhin unter der jüngsten Notiz. In den übrigen Fonds und Aktien keine erhebliche Veränderung. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Reuter Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	39. Jahrgang.	Mittwoch, 8. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Die Versuche der badischen Regierung, Preußen zu einem Vorgehen in der deutschen Frage zu bestimmen, sind bekanntlich gescheitert, und man hat dann vorläufig in Karlsruhe auch auf selbstständige Schritte verzichtet, um das bloße schätzbare Material nicht zu vermehren. Graf Bernstorff, der neue preuß. Minister des Aeußern, hat jedoch Gelegenheit genommen, sich in der Antwort auf den von Herrn v. Beust mitgetheilten Entwurf einer Bundesreform näher zu äußern. Die „Zeit" fragt: „Aber was bedeutet die Meinungsäußerung des Grafen Bernstorff? Ist sie die endliche Ankündigung der Initiative, welche Millionen Deutsche seit Jahr und Tag von Preußen sehnsüchtig erwarten? Oder ist sie blog eine modische Verbrämung für den Entschluß, in der deutschen Frage nach wie vor gar nichts zu thun, sich nicht einmal auf die flauen Verbesserungsversuche des Herrn v. Beust einzulassen?" Nach Allem, was bis jetzt verlautete, scheint in der That das Letztere der Fall zu seyn. Die Ansicht, welche Graf Bernstorff in seiner Depesche entwickelt, stimmt im Wesentlichen mit dem Unionsprogramm vom Jahre 1850 überein, das den Bundesstaat innerhalb des Staatenbundes wollte. Sollte das, meint die „Ztg. f. Nordd.", wirklich das Ziel seyn, auf welches Preußen lossteuerte, so, sollte man meinen, müßte es der Regierung nachgerade klar geworden seyn, daß auf diesem Gebiete ohne eine entschieden liberale Politik im Innern nicht vorwärts zu kommen ist. Dazu ist aber gegenwärtig keine Aussicht vorhanden. Man möchte wohl in Berlin den Preis, aber die Mittel, ihn zu erringen, vor denen scheut man zurück.

Bayern. München, 5. Jan. Dem Vernehmen nach ist das Staatsministerium der Justiz zur Zeit mit Feststellung der Notariatsgebühren und Bestimmung der Notariatssitze in den Städten beschäftigt. Wie verlautet, soll zu den am nächsten Dinstag beginnenden Kommissionsberathungen Hr. Hofrath v. Seydel hier beigezogen werden. (Augsb. Abdz.)

Die Zustände in Berlin

charakterisirt die „Weserzeitung" mit folgenden Worten: Augenblicklich ist die Sicherheit der Residenz durch die allen Glauben übersteigende Frechheit unserer Spitzbuben bedroht. Erst vor wenigen Wochen haben hiesige Diebe einen feuerfesten, mehrere Zentner schweren Geldschrank nicht erbrechen — sondern einfach gestohlen und auf einem zu diesem Zwecke mitgebrachten Wagen aufgeladen und fortgeführt. Dieser Diebstahl verräth eine allen Glauben übersteigende Frechheit, da sogar die Hausbewohner durch das verursachte Geräusch erwachten, aber der Meinung waren, daß die Spitzbuben nur gewöhnliche Tagelöhner seyen und den Geldschrank im Auftrage des bestohlenen Kaufmannes fortschafften. Nicht geringeres Aufsehen erregte die Plünderung eines großen Seidenladens in der Brüderstraße, wobei mehrere tausend Ellen der feinsten Seidenzeuge entwendet wurden. Auch bei dieser Gelegenheit ließen sich selbst die Sicherheitsbeamten durch die unglaubliche Kühnheit der Spitzbuben täuschen, welche in dem Gewölbe sämmtliche Gasflammen ruhig anzündeten, um bei glänzender Beleuchtung den Diebstahl in der größten Muse zu verüben, so daß der Nachtwächter des Reviers den daselbst stationirten Konstabler auf den Fleiß und die Thätigkeit des vermeintlichen Dienstpersonals aufmerksam machte, das nach seiner Aeußerung noch bis spät in die Nacht so fleißig arbeitete. Beide Diebstähle sind durch einen glücklichen Zufall entdeckt worden, indem ein Kürschner einem Kaufmann Proben von dem gestohlenen Seidenzeuge brachte und zum Verkauf anbot, worauf dieser dem betroffenen Seidenhändler von diesem verdächtigen Umstande Anzeige machte. Mit Hülfe des herbeigerufenen Kriminalkommissärs wurde in einem Blumenkeller in der Alexanderstraße das entwendete Gut und auch der gestohlene Geldschrank noch außerdem aufgefunden. Letzterer war mit Anwendung der größten Gewalt erbrochen und das darin befindliche Geld bereits herausgenommen. Der scheinbar ganz unverdächtige Blumenkeller erwies sich als eine höchst gefährliche Diebesherberge, wo zwischen grünen Myrthenbäumen, Oleanderstäuchen und Palmen eine Gesellschaft der frechsten Spitzbuben und schon vielfach bestraften Verbrecher verlebte und im eigentlichen Sinne unter Blumen das Verderben lauerte. — Derartige Vorgänge geben dem Publikum vielfachen Stoff zum Nachdenken und zu Besprechungen, die keinesweges übertrieben spin dürften, wenn man weiß, daß die Zahl der jährlich ermittelten Diebstähle sich ungefähr auf 11,000 beläuft und daß Berlin gegen 30,000 Personen zählt, welche mehr oder minder die Aufmerksamkeit der Polizei in Anspruch nehmen, darunter allein 6000—7000 wegen Diebstahls und anderer entehrenden Verbrechen Bestrafte! Dazu kommt noch, daß es der gegenwärtigen Sicherheitsbehörde augenblicklich an solchen Kapazitäten fehlt, wie in früherer Zeit die von der Diebeswelt gefürchteten Beamten Eckart, Falkenberg und Dunker waren, deren Talent und Scharfblick allerdings die wunderbarsten Entdeckungen und Resultate herbeiführten, wenn wir auch zugeben müssen, daß das Gesetz in neuester Zeit der Thätigkeit der Kriminalbeamten sehr erschwerende Schranken gezogen hat. Von den Nachfolgern jener bekannten Polizeimänner erzählt man zwar ebenfalls allerlei wunderbare Geschichten und Anekdoten, die jedoch weniger von ihrer Geschicklichkeit als von ihrer Verlegenheit ein Zeugniß abgeben.

Preußen. Simson, Appellationsgerichtspräsident in Königsberg und Präsident des vorigen Abgeordnetenhauses, hat bekanntlich bei der Krönungsfeierlichkeit in Königsberg eine wenig ehrenvolle Rolle gespielt. Er, der berufen gewesen wäre, auf die Rede des Königs, worin dem Landtag nur die Aufgabe des Rathens zugewiesen wurde, gebührend zu antworten — schwieg. Das hat ihm in Königsberg den Hals gebrochen; er wurde dort nicht wieder gewählt, weder bei der ersten Wahl, noch bei der neulichen Nachwahl; dafür hat Königsberg lauter entschiedene Liberale, ja Demokraten gewählt. Simson hatte gemeint, es könne ihm gar nicht fehlen und war darum ursprünglich nur in Königsberg als Wahlbewerber aufgetreten. Als er aber dort zum ersten Mal durchfiel, gab er es wohlfeiler und erklärte, er würde auch, wenn anderswo die Wahl auf ihn fiele, sie annehmen. Es heißt, er habe das auf ausdrücklichen Wunsch des Königs gethan. Aber bei der Nachwahl in Berlin fiel er auch durch, und es wurden zwei Männer der Fortschrittspartei gewählt. Seine letzte Hoffnung steht nun noch auf Wetzlar, wo er auch als Kandidat aufgestellt ist.

Ganz beiläufig ist davon Notiz zu nehmen, daß ein Herr M. Meyer in Berlin dem Publikum sein neu eingerichtetes Café Magenta empfiehlt!

Köln, 3. Januar. Der „Kirchliche Anzeiger" theilt ein Schreiben des Papstes vom 12. Dezember an den Kardinal-Erzbischof mit, in welchem derselbe dankt für abermalige Uebersendung einer Summe von vierzigtausend Thalern „Namens der Bruderschaft vom heil. Erzengel Michael."

Großh. Hessen. Mainz, 3. Jan. Eine Schrift, die nicht verfehlen wird, in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit zu erregen, ist unter der Presse und wird im Laufe dieses Monats hier erscheinen. Sie besteht aus dreiundvierzig Kapiteln und hat den Titel: „Freiheit, Autorität und Kirche. Erörterungen über die großen Probleme der Gegenwart." Von Wilhelm Emanuel Freiherrn v. Ketteler (Bischof von Mainz).

Mainz, 6. Jan. Die „Mainz. Ztg." sagt heute: „Die „Berl. Volks-Ztg." bringt einen Artikel (es ist der, welchen wir

Digitized by Google

gestern mittheilten. D. R.), welcher in der gehässigsten Form über das jüngste Mainzer Thedeumfest berichtet. Der Artikel enthält die schwersten Anschuldigungen und gröbsten Beleidigungen gegen den Bericht unserer Bürgerschaft, Bürgermeister Schmitz. „Wir werden über diesen Vorgang der Wahrheit gemäß Bericht erstatten, heute aber weisen wir diese infamierende Beschuldigung mit Entrüstung zurück, weil sie die Entstellung frech an der Stirne trägt."

Freie Städte. Frankfurt, 6. Januar. Der hier erscheinenden „Zeit" (nationalvereinlich) ist der Postdebit für das Kurfürstenthum Hessen entzogen worden.

Frankreich.

Paris, 2. Jan. Prinzessin Clotilde ist als in interessanten Umständen erklärt. Prinz Napoleon hat dieses Allen, die zu Neujahr im Palais Royal ihre Gratulation darbrachten, mit der zutheilnehmenden Aeußerung zur Kenntniß gebracht: Italien und Frankreich werden bald durch ein neues Band an einander geknüpft seyn. Selbst die Freunde des Prinzen haben sich über dieses dynastische Pathos spezieli aus diesem Munde moquirt. Indessen mit dem Amte findet sich ja auch die Würde ein. Prinz Napoleon Jerome Bonaparte wird Vater werden; vielleicht Chef einer neuen Dynastie. Hat man doch überhaupt daran gezweifelt, daß der beleidte Prinz, der bereits so viel geliebt und gelebt hat, der Vaterfreuden theilhaftig werden würde. Drei Jahre lang blieb die Ehe ohne Segen. Die Prinzessin Clotilde ist heuer in ihr 18. Jahr getreten; Prinz Napoleon in sein 40. Jahr; die arme jugendliche Prinzessin hat keine glücklichen Flitterwochen verlebt und alle möglichen Baudeville-Schauspielerinnen und rats de l'opera et du ballet haben ihrem häuslichen Frieden Abbruch gethan. Erst im letzten Jahre haben sich die Verhältnisse für die Tochter Viktor Emanuels etwas freundlicher gestaltet, wobei das Hauptverdienst der Prinzessin Mathilde gebührt, die ihren Bruder noch am besten zu behandeln weiß. (Oste. Posl.)

Die französische Armee-Reduktion beschränkte sich bekanntlich auf ein Fremden-Regiment und auf das 103. Linien-Infanterie-Regiment. Warum dieses letztere aufgelöst wurde, erfährt man aus dem so eben erschienenen „Siman." Dieses Blatt sagt: „Seit der Annexion gab es in Frankreich ein aus Savoyarden gebildetes Regiment; Regimenter aus dem Dauphinat, aus Burgund, der Champagne ꝛc. gibt es aber nicht. Eine solche Ausnahme konnte nicht von langer Dauer seyn, übrigens hatte dieselbe auch ihre üble Seite. Aus diesem Grunde ist das 103. Linien-Regiment aufgelöst." Nach der Mittheilung eines Genfer Blattes zeigte das 103. Regiment sehr viele nichtfranzösische Sympathien, welche man durch Zersprengung des landsmannschaftlichen Bandes zu verringern hofft.

Nach einer Pariser Korrespondenz der „Zeit" beginnt man in Frankreich anzunehmen, England habe die Kriegsgefahr von der Seite Amerika's her nur benützt, um seine Rüstungen auf den Gipfel zu treiben, und werde sich zu gelegener Stunde ganz wo anders hin kehren. Wie wäre es, wenn Frankreich demnächst wiederum aus Englands Rüstungen den Vorwand hernähme, die seinigen abermals in die Höhe zu treiben?)

Paris, 4. Jan. Nachdem man sich längere Zeit vergebens bemüht hat, die hiesigen Finanzverhältnisse zu ordnen, und nachdem sie bisher nur auf dem Papier zu Stande gekommenen Reformen die erhoffte günstige Wirkung auf Wiederbelebung des Kredites nicht hervorgebracht haben, sucht man einen großen Theil der Schuld hiervon auf das Mißlingen der italienischen Anleihe zu schieben, das, wie ich Ihnen neulich schon meldete, sich größtentheils in französischen Händen befindet. Die Franzosen haben sich an den italienischen Anleihen nie aus Enthusiasmus betheiligt, und als der Kaiser gelegentlich des italienischen Krieges ein National-Anlehen ausschrieb, war es ebenfalls nur die Gewinnsucht, welche die Geldbörse des Publikum öffnete. Bei den rein französischen Finanz-Operationen aber hat die Regierung stets eine sorgsame Hand gehabt. Sie hat es verstanden, den Kurs der neuen Rente zu halten, und der Erfolg der französischen Waffen und der französischen Diplomatie hat das Uebrige gethan. Bei dem italienischen Anlehen hingegen waren die Nachwehen unausbleiblich. Die französische Spielwuth war selbst vor den Unsicherheiten einer Revolution nicht zurückgeschreckt. Habsüchtige Banquiers schienen den Waffen in ihrem Vertrauen in die italienischen Zustände voranzugehen; diese Herren haben sich des neuen Papiers aber noch zur rechten Zeit zu entledigen gewußt, und es ist, wie in der Regel bei solchen Operationen, in den Händen der Mittel-Klassen geblieben, die, wie man hier zu sagen pflegt, dann die „erschlagenen Töpfe" bezahlen müssen. Jene beunruhige Miene, die der Kaiser dem Papste macht, sagt diesen Leuten Geld. Man ist jetzt hier so sicher, daß die Einheit, wenn Piemont nicht in den Besitz Roms gelangt, weiter und weiter sinken wird, daß man aufs Neue versucht hat, die Regierung zu einer Räumung Roms zu bewegen. Als dies nicht durchzusetzen war, haben hochtheilende Finanzmänner dem Kaiser vorgestellt, daß er mindestens die Entfernung Franz II. aus Rom beantragen müsse, und dies ist denn auch die direkte Veranlassung zu den dem König von Neapel in Rom gemachten Vorstellungen geworden. Es ist kindisch, aus dieser Finanzoperation den Prügelknaben für eine weit tiefer liegende Krankheit machen zu wollen. Diese Krankheit hat ihre Gründe in der Unsicherheit der auswärtigen Zustände, in den durch den engl. Handelsvertrag und durch die inneren konstitutionellen Veränderungen hervorgebrachten Uebergängen, in einer übermäßigen Anstrengung des Kapitals, in der unverhältnißmäßigen Theuerung aller Lebensmittel, in dem wohnsinnigen, täglich mehr überhand nehmenden Luxus und in vielen anderen Neben-Umständen, deren Aufzählung hier zu lang wäre. Für Frankreich liegt, vom Gesch-Beispiele abgesehen, die ernste Seite des verunglückten italienischen Anlehens einzig darin, daß sie den Subtilsten ein Exempel ist, und daß, wenn Frankreich jetzt selbst ein Anlehen machen will, die Leute etwas nüchterner gesonnen seyn werden. (A. Pr. Z.)

Paris, 5. Jan. Auf Ersuchen des hiesigen portugiesischen Gesandten werden sich zwei berühmte Pariser Aerzte nach Lissabon begeben, um den Gesundheitszustand der k. Familie zu prüfen und diesen mit ihrem Rathe zur Seite zu stehen.

Zu Perigueux, dem Hauptorte der alten trüffelberühmten Provinz Périgord, hat ein gerichtlicher Vorfall großes Aufsehen erregt. Ein Dienstmädchen war von seinem Herrn des Diebstahls beschuldigt, von den Geschworenen jedoch freigesprochen worden. Der Dienstherr hatte bei dem Mädchen 710 Frcs. gefunden, und die Rückerstattung dieser Summe verweigert, als das Mädchen sie nach ihrer Freisprechung verlangte; er behauptete immer noch, er sey bestohlen worden. Der Avokat de Montégut, der das Mädchen vor den Assisen vertheidigt hatte, stellte nun für sie eine Klage beim Civilgericht an; in seiner Rede kam folgende Stelle vor: „Vor den Geschworenen erlangten wir einen gerechten Spruch, vor hatten wir zum Gegner denselben Staatsanwalt, welchen wir mit Freuden auch in dieser Sitzung die Interessen des Staats vertreten sehen: wir benutzen diese Gelegenheit, um uns von einer sehr gewagten Bezeichnung zu reinigen, mit welcher er unsere vor den Assisen gebrauchten Rechtsmittel belegte und er behauptete sie als „kindische Possen". Bei dieser Stelle unterbrach der Präsident Saintespès-Lescot den Advokaten und entzog ihm das Wort; da aber Hr. de Montégut antworten wollte, schrie der Präsident: „Hinaus! Sie sind nicht würdig, die Advokaten-Robe zu tragen; Gerichtsdiener, werfen Sie den Menschen hinaus!" Der Advokat entfernte sich mit den Worten: „Ich gehe und warte die Gewalt der Bajonnete nicht ab"; die meisten seiner Kollegen folgten ihm; selbst sein Gegner in der Prozeßsache verzichtete auf das Wort. Noch am nämlichen Tage, den 27. Dez., versammelte sich der Vorstand des Advokatenstandes von Périgueux, und beschloß zunächst eine genaue Prüfung der Umstände vorzunehmen; am 31. Dezember entschied er sich dahin, Genugthuung für die erlittene Beleidigung auf jedem gesetzlichen Wege zu fordern, und sendete sogleich eine Beschwerde an den Justizminister und an den Generalprokurator zu Bordeaux ab. Bis die Genugthuung gewährt ist, plaidirt kein Advokat mehr vor dem Gerichte, dessen Vorsitz der Beleidiger führt. Der Vorstand hat seine Beschlüsse in der Sache allen Vorständen des Advokatenstandes in ganz Frankreich mitgetheilt. — Das läßt sich nicht läugnen, daß bei den Franzosen die Würde des Mannes höher geachtet wird als der Amtsnimbus des Beamten, und daß sie nicht leicht dulden, daß die Bornehmthuerei des Staatsdienstes, ob sie nun Civil- oder Militärunform trage, mit ihren hohen Amtsmienen den Bürger ungestraft beleidigen darf. (Fr. Holz.)

Spanien.

Aus Cadix wird gemeldet, daß die Zulassung des fürstlichen Kapers „Sumter" in den dortigen Hafen zwar gestattet wurde, daß aber keine Salutschüsse stattfanden. (Ind. b.)

Portugal.

Die Berichte aus Lissabon schildern die dortige Lage in sehr düsteren Farben. Trotz der Ausfuhr der 22 Kerzte glauben die niederen Klassen der portugiesischen Hauptstadt nicht daran, daß es der Typhus ist, welcher nachweisender drei Söhne der Königin Donna Maria dahinraffte, während diese Krankheit sonst Alle-

Digitized by Google

verschont. Die Folge dieses Zweifels und der daraus entspringenden Gerüchte ist eine Aufregung der Volksmassen, die sich in den bedauerlichsten Excessen Luft zu machen drohte. Viele angesehene und bestgenannte Familien verlassen Lissabon.

Italien.

Die Sklavhalterschaft von Sizilien ist aufgehoben worden, und damit ein neuer Schritt zur Verwallungs-Einheit des Königreichs geschehen.

Rußland und Polen.

Admiral Putiatin, der bei den Studentenunruhen durch sein ungeschicktes Benehmen compromittirte russische Unterrichtsminister, ist durch den Staatssekretair Golowin ersetzt worden.

Amerika.

Nach den neuesten Berichten aus Mexiko war der Präsident Juarez entschlossen, sich aufs äußerste zu vertheidigen. Er hoffte, ein Heer von 18,000 Mann zusammenzubringen.

Volkswirthschaftliches.

Aus der Pfalz, 4. Jan. In unserem Weinhandel ist es ziemlich still. Darüber ist nur eine Stimme, daß die amerikanischen Wirren einen geringen Antheil an der Stockung in diesem Handelszweige haben. Der Weinexport aus der Pfalz nach Amerika war bisher sehr lebhaft und jedenfalls bedeutender, als man im Auslande glaubte. Es werden bedeutende Quantitäten von zum Export nach Amerika bestimmten Weinen auf den Lagern der Spediteure zurückgehalten, um den weiteren Verlauf der Verwicklungen abzuwarten. (Fr. J.)

Aus Sachsen, 3. Jan. Chemnitz, die erste Fabrikstadt des Landes, welches vor einem Vierteljahrhundert noch nicht 20,000 Einwohner zählte und 1852 auf 33,600 angewachsen war, ist gegenwärtig bis über 45,000 gestiegen; Zwickau, auf dessen verödeten Straßen vor 30 Jahren — im buchstäblichen Sinn des Worts — Gras wuchs und das damals kaum 5000 Einwohner innerhalb seiner Mauern barg, bis 1852 auf 14,000 und gegenwärtig auf fast 21,000 Einwohner; Leipzig, welches im Jahr 1820 noch nicht ganz 40,000 Einwohner hatte, zählte deren im Jahr 1843 bereits 54,000, im Jahr 1852 über 66,000 und gegenwärtig mehr als 78,000 Einwohner. Auch die Hauptstadt Dresden, welche in neuerer Zeit mehr in den Strom industrieller Thätigkeit hineingezogen worden ist, hat ihre Einwohnerzahl erheblich wachsen sehen; vor etwa 15 Jahren berechnete man die Zahl derselben auf 70,000, im Jahr 1852 schon auf 94,000 und gegenwärtig dürfte sie wohl auf 120,000 angewachsen seyn. Wenn man sich der Wechselfälle und Unglücksprophezeihungen erinnert, mit welchen die Gegner der Gewerbefreiheit seiner Zeit die projektirte Einführung derselben begrüßten, und damit die großartige Stille vergleicht, unter welcher so eben, mit dem Anfang dieses Jahres, der wirkliche Eintritt in die neue Aera der freien Arbeit erfolgt ist, so darf man darin wohl mit Recht ein Zeichen der fortgeschrittenen volkswirthschaftlichen Aufklärung erkennen. Selbst die Tagespresse hat es zum größten Theil nicht der Mühe werth gehalten, des Uebergangs in eine neue Zeit noch besonders zu erwähnen, obwohl Kurzsichtigkeit und Aengstlichkeit das Schlimmste davon vorausgesagt hatten. (Fr. Posta.)

Die Bierbrauerei-Aktiengesellschaft in Koburg hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Verlust von 60,565 fl. erlitten. Dieses Defizit soll durch Prioritätsobligationen gedeckt werden. Die Fabrikeinrichtung des dortigen Etablissement kostete 426,000 fl.

Gotha, 5. Jan. (Handwerkertag.) Heute fand hier der von dem hiesigen Handwerker-Komité ausgeschriebene Thüringer Handwerkertag zu dem Zwecke statt, um eine gegen den Gewerbegesetz-Entwurf gerichtete Erklärung zu erlassen. Dem Aufruf des Komité war von 45 thüringischen Orten durch Absendung von Deputirten entsprochen worden, während etwa 10 andere thüringische Städte durch schriftliche Eingaben ihre Unterordnung unter die Beschlüsse des Handwerkertags ausgesprochen hatten. Die Versammlung war einschließlich der über 200 Personen zählenden Deputirten von etwa 500 Personen besucht. Das hiesige Komité hatte ein Programm aufgestellt, von welchem der Satz einstimmig angenommen wurde, daß die Regierungen um Zurücknahme des (auf unbedingter Gewerbefreiheit ruhenden) Gewerbegesetz-Entwurfs ersucht werden sollen. Mit gleichem Stimmenverhältniß erklärte sich die Versammlung für den eventuellen Antrag, daß die Regierungen mit diesem Entwurfe wenigstens bis dahin Anstand nehmen sollten, wo Preußen mit einer Gewerbeordnung vorgegangen seyn würde. Außerdem wurde mit Stimmeneinhelligkeit der Beschluß gefaßt, die Regierungen zu ersuchen, bei Ausarbeitung eines neuen Gewerbegesetz-Entwurfs Vertrauensmänner aus dem Handwerkerstande mit heranziehen. Diese Beschlüsse sollen in einer an die thüringischen Regierungen zu richtenden Petition niedergelegt werden. (N. Fr. Ztg.)

Ein wahrscheinlich aus dem österreich. Finanzministerium stammender Artikel in der „Allg. Z." sucht die Besorgnisse der äußern Österreich. Besitzer von Bankaktien zu zerstreuen; es wird darin versichert, daß alle diese Besorgnisse eines haltbaren Grundes entbehren, indem die kaiserliche Regierung nicht gewillt ist, und durchaus nicht gewillt seyn kann, der Bankgesellschaft und ihren Interessen irgendwie Gewalt anzuthun oder, unter Berufung auf den Patriotismus und mit künstlichem imperativen Druck, Bankreformen durchzusetzen, welche die Privatrechte des Instituts beugen, und „Opfer verlangen, die nicht durch Billigkeit gerechtfertigt werden können." Und weiter wird darin versichert, „daß bei allen Kombinationen, welche die Finanzverwaltung zur Lösung der Bankfrage ernstlich in Betracht zog, immer die billige Rücksicht auf die Bankaktionäre und eine den Zinsverhältnissen in Österreich zur Genüge entsprechende Rentabilität des Instituts einer der leitenden Gesichtspunkte gewesen und geblieben ist." Diese Versicherung wird unterstützt durch die Erwägung, daß, wenn das Aeußerste eintrete, wenn die jetzige Bankgesellschaft sich auflösen würde, die Errichtung einer neuen Bank eine unabweisliche Nothwendigkeit wäre, und die Regierung würde nothwendig beim Ablauf des jetzigen Bankprivilegium einer neuen Bankgesellschaft alle die Bedingungen zugestehen müssen, welche erforderlich wären, um eine genügende Anziehung auf das Kapital zur Uebernahme der neuen Bankaktien auszuüben. „Selbstverständlich wird die Regierung unter dieses Maß der Zugeständnisse auch an die bestehende Bankgesellschaft nicht herabsteigen, und zwar um so weniger, als sie mit Recht deren Erhaltung mit reformirten Statuten wünscht, und der Bildung einer neuen Gesellschaft vorzieht." Die Regierung nun meint, daß die von ihr angebotenen Bedingungen des Uebereinkommens billig und annehmbar seyen. „Aber, wird hinzugefügt, wäre selbst Oesterreichs Finanzlage die glänzendste, auch dann könnte der Staat wahrhaftig das kostbare ausschließende Privilegium der Notenausgabe nicht mehr auf eine lange Reihe von Jahren einem Privatinstitut um'sonst ertheilen, was nichts anderes hieße als: eine Gesellschaft von Kapitalisten auf Kosten der Gesammtheit und des Staatsfiskels bereichtigen." Weiter heißt es, ein genauerer Eingehen auf die Vorschläge Hrn. v. Plenners werde zeigen, daß auch nach deren Annahme den Aktionären der österreichischen Nationalbank erhebliche größere Vortheile in Aussicht stehen, als dieß bei den Privat-Theilhabern der preußischen Bank der Fall ist, abgesehen davon, daß in Preußen auch noch andere Banken befugt sind, Noten auszugeben, und dort Kassenscheine des Staats umlaufen. Schließlich werden die auswärtigen Aktionäre ermahnt, durch ihr Auftreten nicht die Opposition gewisser Wiener Börsen- und Geldmänner, die blos ihren Privatvortheil im Auge hätten, gegen ein verständiges Uebereinkommen der Bankvertreter mit der Regierung zu unterstützen.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben zu Rechtis, Lbgs. Kempten, Pfarrer Franz Jos. Hiemer im seinem 68. Lebensjahre.

* In Debreczin (Ungarn) ist man einer Bande auf die Spur gekommen, die sich mit dem Fälschen österreichischer Banknoten abgab. Mehrere Verdächtige sind in Haft.

Aus Breda wird über eine chirurgische Operation abgestattet, die in medizinischen Kreisen Aufsehen erregt. Chirurgus Nuneley daselbst hat nämlich einem in dessen Mannesalter stehenden Patienten seine mit Krebs behaftete Lunge vollständig extirpirt. Diese gefährliche Operation hat mehrere Tage in Anspruch genommen und ist vollkommen gelungen. Der Patient ist ohne Beschwerde und mit gutem Appetit; was aber auffallender ist, er spricht ziemlich deutlich, wenn auch langsam, nur die Aussprache der Buchstaben K, G und T macht ihm saum zu überwindende Schwierigkeiten. (Köln. Z.)

Der Erfinder der anonymen und falschen Handelsfirmen in England, durch welche viele Gewerbtreibende empfindlich betrogen worden sind, soll endlich in der Person des in London lebenden Gauners Sampi Jonas ermittelt worden seyn.

In der Rue de la Fidelité in Paris ist es am 29. Dez. zu einer schauderhaften Katastrophe gekommen. Ein Chorist von der großen Oper, der gleichzeitig Portier war, wurde gegen Abend

Digitized by Google

von seinen zwei ältesten bereits verheiratheten Töchtern und einem seiner Schwiegersöhne besucht. Ohne irgend welche Veranlassung zog der Familienvater plötzlich ein langes spitziges Messer aus der Tasche, erstach beide Töchter und brachte auch dem Schwiegersohn, der den Unglücklichen zu Hilfe eilte, mehrere tödtliche Wunden bei. Ein alter in die Wohnung des Portier tretender Briefträger wurde von dem Rasenden an der Hand verwundet, der sich sodann selbst mit einem Revolver erschoß.

Im Norden **Frankreichs** sind in letzter Zeit abermals falsche französische Banknoten zum Vorschein gekommen. Dieselben sind vermittelst der Photographie so täuschend nachgemacht, daß selbst geübtere Personen sie nicht von den ächten zu unterscheiden vermochten.

Ueber eine große Feuersbrunst in **Charleston** (Virginien) bringen Richmonder Blätter Folgendes: Das Feuer brach am 11. Dezember 9 Uhr Abends in der Fensterrahmenfabrik am Fuße von Hagel Street aus und ergriff zunächst die Maschinenwerkstätte von Cameron und Komp. Schon gegen Mitternacht hatten die Flammen sich furchtbar ausgebreitet, und Meeting Street, von Market bis Queen, war ein Flammenmeer. Als ein Wohnhaus nach dem andern in Flammen gehüllt wurde, erreichte der Schrecken eine entsetzliche Höhe, und Tausende von Familien räumten ihre Häuser und füllten die Straßen. Die Gebäude im unteren Theile der Stadt, wo das Feuer ausbrach, waren hauptsächlich von Holz und brannten wie Stroh. Alle Gebäude am King Street, von Clifford bis nahe an Broad Street, lagen vor 3 Uhr in Asche. General Ripley kam um diese Zeit auf dem Schauplatze an und befahl, mehrere Gebäude in die Luft zu sprengen, um der vernichtenden Lauflust des Feuers Einhalt zu thun. Nach einigem Zögern wurde der Befehl vollstreckt, aber nicht ehe das Theater, Lloyd's Kutschenfabrik gegenüber der Express Office, das alte Exekutivgebäude und alle Häuser von da bis Queen Street abgebrannt und zerstört waren. Ungefähr um 4 Uhr veränderte der Wind seine Richtung, und das Feuer zog nun Broad Street zu. Bald darauf fanden St. Andrew's Hall Feuer und dann die Katherrale, deren Thurm kurz nach 5 Uhr einstürzte. Eine ungeheure Ruinenmasse von East Bay bis King Street bezeichnet den Weg, welchen das Feuer genommen, und auf dieser ganzen Strecke blieb auch nichts verschont. — Der „Charleston Courrier" vom 13. bringt eine Liste von 2—300 Abgebrannten und schätzt den Verlust auf 5—7 Mill. Dollars. Hr. Kuffel, in dessen Etablissement das Feuer ausbrach, glaubt, daß die von ihm beschäftigten Neger das Feuer angelegt oder durch Nachlässigkeit verursacht haben.

zum Oberpost- und Bahnamte München versetzt; zu Offizialen 4. Klasse beim Post- und Bahnamte Hof den Assistenten Joh. Bapt. Bauer in München, im Kursbureau der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten den Assistenten Jakob Zimmermann in München, beim Oberpost- und Bahnamte Augsburg den funkt. Materialienverwalter Joh. Phil. Ebner in Nürnberg, den Assistenten Ludwig Brugger in Nürnberg bei dem Oberpost- und Bahnamte daselbst ernannt. (R. Münch. Z.)

München, 7. Jan. Der bisherige ordentliche Professor zu Königsberg, Dr. Friedrich Wilhelm Benjamin Giesebrecht, wurde, laut öffizieller Kundgabe, an Sybel's Stelle zum ordentlichen Professor der Geschichte an der hiesigen k. Universität, sowie zum Direktor des historischen Seminars ernannt. (M. B.)

** **München**, 7. Jan. (Privat-Korresp.) Der neue päpstliche Nuntius, Monsg. Gonella, hatte diesen Nachmittag mit dem bei Empfang von Botschaftern üblichen Ceremoniel seine Antritts-Audienz bei Sr. Maj. dem König, in welcher er außer dem vorschriftsmäßigen Accreditiv auch ein Schreiben des Papstes an Sr. Maj. den König überreichte. Morgen wird der Hr. Nuntius J. Maj. der Königin seine Aufwartung machen. — In Folge Schneefalls war heute die telegr. Verbindung nach verschiedenen Seiten unterbrochen, nach einigen Stunden aber wieder hergestellt.

München, 5. Jan. Generalmajor Heß, Vizepräsident des General-Auditoriats, wird zum Verweser des Kriegsministeriums ernannt werden. (A. Postz.)

Die „Posener Zeitung" meldet aus Krotoschin: „Am 6. v. M. wählte man polnischerseits in Koznin den Hrn. W. v. Niegolewski auf Morownitza zum Abgeordneten. Der Wahlkommissär benachrichtigte noch an demselben Tage den Gewählten. Der letztere weigerte sich, das Schreiben anzunehmen, weil es deutsch sey, und der Postbote nagelte das Schreiben an die Thür des Herrn v. Niegolewski. Dieser hat nun bis jetzt die Annahme-Erklärung nicht eingesandt, und somit wird voraussichtlich wohl eine Neuwahl stattfinden müssen. Wird dieser Fall nicht zu Gunsten des Wahlkommissärs entschieden, so dürften wir vielleicht über kurz oder lang erleben, daß man im Abgeordnetenhause den deutschen Abgeordneten eine polnische Rede hält, wenn auch nur verhaßt, um von sich reden zu machen, und zu zeigen, was auf dem „Berliner Landtage" für Polen sind."

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Neueste Nachrichten.

München, 7. Jan. Se. Maj. der König hat den Offizialen G. Färber im Hof unter Fortrauer der provis. Eigenschaft

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stadel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lamb. „ Altie.	67⅞ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	67⅞ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56½—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46⅝ P.
„	4½ pCt.	40⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. M. (C. b. R.)	103½ P.
„	4½ pCt. Oblig. dto.	98⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-M. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ P. ⅝ G
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90⅜ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	93 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	42⅜ G.
„	2 pCt.	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	1135⅛ P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	616 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	148½—148 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank i. u. 2. Serie à fl. 250	190 P. 189 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74½ P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	78 P.
	Internationale Bank in Luxemb. . .	87 G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P. 333 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	65 P. 64½ G.
	Oest. F. St. Eisb. bpCt. 500 Fr. à 284 fr.	283 P.
„	Elisab.-Eisenbahn à pCt. . . .	106½ P.
„	Kisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7 .	72½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	22⅝ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	181 P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103⅝ P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼—⅝ G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Kins.	243½ G.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.
„	Credit-Akt. d. Ges. Peseire . .	430 P.
	Bayr. Hypoth.- u. Wechselbank . .	105½ P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Kins.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 50 k. S.	105 B.
Bremn. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 50 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅜ G.
Leipzig Th. 50 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛B. 92⅝G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. S.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	89⅜ G.
Disconto	4 pCt. G.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	87¾ P. 87 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	88¼ G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	58—57½ G.
„	fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	100⅜ P.
	3½ pCt. Prämn. Pr.-Anl. boln.	119½ P.
	Mallard-Como fl. 14	—
	Badische fl. 50	90⅜ P.
	Badische fl. 35	83 P.
	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52⅝ P.
	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127¼ P.
	fl. 25 do.	37 G.
	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38 P.
	Sardinien Frs. 36 b. R.	51 P.
	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
	Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11 P.

Anlehens-Loose.

Frankfurt, 7. Jan. Oesterr. National und Kreditaktien wurden ungefähr zu gestrigen Kursen umgesetzt. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 9. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | **Donnerstag, 9. Januar 1862.**

Deutscher Bund.

Frankfurt. In der Bundestagssitzung vom 4. Januar wurde für Bayern die Mittheilung gemacht, daß der k. Assessor im Handelsministerium, von Getto, die k. Regierung bei den wegen Berathung einer allgemeinen Patentgesetzgebung dahier abzuhaltenden Konferenzen zu vertreten ausersehen sey. Dann wurde für Lauenburg die Anzeige gemacht, daß das den Vorschlägen der von der Bundesversammlung im Laufe des vorigen Jahres einberufenen Kommission entsprechende metrische Gewichtssystem mit dem 1. März laufenden Jahres im Herzogthum Lauenburg in Kraft treten werde. (Fr. Postz.)

Bayern. München, 7. Jan. Auf der sechshundertsten und letzten Ziehung des Lotto überhaupt zu Nürnberg ist dem Staate noch ein Reinertrag von 220,000 fl. zugeflossen; während die Einsätze bald gegen 300,000 fl. betragen, entfiel an die Spieler nur ein Gewinn von nicht ganz 60,000 fl. Mit Vorbemerktem und dem Ueberschuß aus der letzten Ziehung wird also beiläufig gerade der Ausfall der Ziehungen der letzten drei Monate gedeckt seyn. (B. Lbd.)

München, 7. Jan. Se. Maj. der König hat den Assistenten Adolph Zahner in München bei dem Oberpost- und Bahnamte Augsburg, den Assistenten Franz Beck in München bei dem Oberpost- u. Bahnamte daselbst, den Assistenten Ant. Gebhart in Augsburg bei dem Oberpost- und Bahnamte daselbst, den Assistenten Joh. Pleninger in München bei dem Oberpost- und Bahnamte daselbst, den funkt. Buchhalter Jos. Meyert und den Registraturfunktionäre Martin Ponater bei der Generalbergwerksdirektion der k. Berkehrsanstalten, den Post- u. Bahnexpeditor Fr. Hermann in Neu-Ulm ernannt; die provis. Pfarrstelle zu Bissersheim, Dek. Frankenthal, dem Pfarrer zu Ellerstadt, Dek. Dürkheim, Joh. Simon Frank, verliehen; genehmigt, daß die Pfarrei Zeilarn, Lzg. Simbach a/S., von dem Bischof von Passau dem Pfarrer in Breitenberg, Lzg. Wegscheid, dem Priester Andreas Karshammer, verliehen werde; das Emeritenbenefizium in Oberelchenbach, Lzg. Helldronn, dem Pfarrer zu Pettenhofen, Dzg. Ingolstadt, Priester Joh. Bapt. Riedmüller, übertragen und genehmigt, daß die Pfarrei Pigling, Lzg. Landau a/J., von dem Bischofe zu Passau dem Cooperator exposítus in Mitterkirchen, Lzg. Eggenfelden, Priester Simon Frankenberger, verliehen werde. (N. M. Z.)

Die „Südd. Zeitung" schreibt: „Wenn behauptet wird, die Regulirung der Gehalte und Gratifikationen der Offiziere sey durch die Erkrankung des Kriegsministers verzögert worden, so ist dies entschieden ungegründet. Die „Gehalte" werden ja schon in dem erhöhten Betrage bezogen, da die im Jahre 1857 bewilligten „besonderen Zulagen" in die ständige Gage aufgenommen wurden. Die „Gratifikationen sind längst regulirt, indem für je ein Pferd 100 fl., für Fourage 146 fl., resp. 125 fl. 26 kr. 1 bl. (schwere und leichte Reiterei), für Stallgeld 40 fl. jährlich bestimmt festgesetzt worden ist (Vortrag des Abg. Langguth über das Militärbudget für die VIII. Finanzperiode). Was somit noch zu geschehen hat, liegt vollkommen in der Kompetenz des interimistischen Kriegsministers, und es muß die Verzögerung der Ausbezahlung der erhöhten Bezüge um so mehr auffallen, als Hr. v. Spies in der Sitzung der Kammer der Reichsräthe vom 22. Okt. ausdrücklich äußerte, daß durch jene Erhöhungen „einem längst gefühlten Bedürfnisse Abhülfe zu Theil werden kann." Daß die Anrechnung der betreffenden Bezüge vom 1. Oktbr. an geschieht, unterlag von jeher um so weniger einem Zweifel, als die Mittel hiezu von diesem Zeitpunkte an auch bewilligt worden sind."

*** Eine Korrespondenz des „Frkf. Journ." „aus Süddeutschland", die wir in diesem Blatt selbst übersehen hatten, und auf welche wir erst nachträglich durch eine Bemerkung im Feuilleton des „Münch. Korr." aufmerksam gemacht wurden, bringt die „Neue Würzb. Ztg." in eine eben so unwahre als wenig schmeichelhafte Verbindung mit dem Namen des Hrn. Bollmann, vormals Sekretäre des Herzogs von Koburg. Daß dort Hr. Bollmann für fähig erklärt wird, zu gleicher Zeit mit dem Nationalverein zu fraternisiren und Blättern entgegengesetzter Richtung Zuträgereien zu leisten, dagegen haben wir nichts zu erinnern; sehr verwahren müssen wir uns aber gegen die nahe liegende Unterstellung, als habe er solche Dienste der „Neuen Würzb. Ztg." je geleistet oder nur angeboten. Die „N. Würzb. Ztg." ist nie in irgend welcher Verbindung mit Hrn. Bollmann gestanden, ja der Redaktion dieses Blattes war er so wenig bekannt, daß sie erst durch seinen Skandal mit dem Herzog Ernst von dem Dasein dieser Persönlichkeit Kunde erhielt. Auch wird Jeder, welcher die Redaktion dieses Blattes kennt, es ihr gerne glauben, daß es überhaupt ihre Sache nicht ist, derartige Zuträgereien anzunehmen oder zu benutzen.

Preußen. Wetzlar, 7. Jan. Bei der heutigen Landrathswahl wurde im zweiten Skrutinium Präsident Simson mit 71 gegen 44 Stimmen, die auf den Gerichtsrath Hahn (Gerichtsdirektorpartei) fielen, zum Abgeordneten gewählt. (Zeit.)

Berlin, 8. Jan. Die Neujahrsansprache des Königs an die Minister hat besonders auf die Nothwendigkeit, einig zu bleiben, hingewiesen und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß dies gewiß gelingen werde. (Bekanntlich sind in dem preußischen Ministerium Männer der Junkerpartei mit Liberalen zusammengestellt; daß es da oft zu Mißhelligkeiten unter den Ministern kommt, ist natürlich. König Wilhelm will aber aus bekannten Gründen diese unnatürliche Verbindung nicht lösen.) (Fr. Z.)

Kurhessen. Kassel, 5. Jan. Der Jahrestag unserer Verfassung von 1831 ward gestern Abend von einer außerordentlich zahlreichen Versammlung hiesiger Bürger, den Mitgliedern der 2. Kammer, von vielen Einwohnern benachbarter Ortschaften, welche zu diesem Zwecke hierher gekommen waren, im großen Stadtsaale durch ein einfaches gemeinsames Abendessen festlich begangen. (Ztg. f. Nordd.)

Oesterreich. Der Entwurf eines Gesetzes über die Kontrole der Staatsschuld durch den Reichsrath, wie er dem Abgeordnetenhause vom Finanzminister vorgelegt worde, bestimmt, daß der Reichsrath eine Kommission von 8 Mitgliedern, aus jedem Hause 4, erwähle, die ihr Amt unentgeltlich ausüben und ihre Vorsitzenden selbst wählen. Die Kommission übernimmt die Geschäfte und Amtsschriften der mit Patent vom 23. Dezbr. 1859 eingesetzten Staatsschuldenkommission, welche letztere sich nach erfolgter Uebergabe der Geschäfte auflöst. Die Kommission hat darüber zu wachen, daß bei der Staatsschuld genau im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen die Verzinsung, so wie die baare Zurückzahlung oder die börsenmäßige Einlösung stattfinde, und daß die für Zwecke der Verzinsung und Kapitals-Rückzahlung gewidmeten besonderen Staatseinnahmen über Bestimmung gemäß verwendet werden; dann, daß überhaupt die Staatsschuldengebarung in vollständiger Uebereinstimmung mit den gesetzmäßigen Anforderungen der Staatsgläubiger geführt werde.

Bei der Revue, welche der Kaiser von Oesterreich gleich nach seiner Ankunft in Verona am 2. Jan. über die dort garnisonirenden Truppen hielt, richtete er an letztere eine Anrede, in der er ihnen sagte: Die Zeiten seyen ernst, sie könnten trotz aller Mäßigung noch ernster werden. In diesem Falle zähle er auf den Muth seiner Truppen und die Hingebung seiner Völker. Diese Anrede wurde von den Truppen mit warmem Zuruf begrüßt.

Triest, 4. Jan. Man ist hier sehr gespannt auf die Entscheidung in der Sache der Pferde des Königs von Sardinien. 16 arabische, für denselben gekaufte Pferde sollten in Alexandrien eingeschifft werden. Der Offizier, dem der Transport anvertraut war, wollte sie mit einem Dampfer der „Messageries" nach Genua

Digitized by Google

bringen. Der Kapitän des Dampfers erklärte jedoch, er könne nur acht Pferde aufnehmen. Da nun der Offizier den Transport nicht theilen konnte, schiffte er alle 16 Pferde auf dem Lloyd-Dampfer ein und brachte sie glücklich nach Triest. Hier wurde ihm jedoch erklärt, der Pferdetransport wäre nicht gestattet. Der schwedische Generalkonsul, der hier auch die sardinischen Angelegenheiten vertritt, hat bereits hierüber an seine Gesandtschaft nach Wien berichtet. Der piemontesische Offizier behauptet, er habe, bevor er die Pferde einschiffte, beim kaiserlichen Generalkonsul in Alexandrien angefragt, ob die Weiterbeförderung der Pferde nach Piemont keinen Anstand haben werde, und eine befriedigende Antwort erhalten. (Die Pferdeausfuhre aus Oesterreich nach Italien ist zur Zeit noch verboten.) (Oest. Pst.)

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Hr. Mirès hat sich, wie ich höre, durch die Vermittlung des Hrn. Fould mit einer langen schriftlichen Auseinandersetzung an den Kaiser gewendet, um seine Unschuld darzuthun und die Gnade des Landesherrn anzurufen.

Paris, 8. Jan. Der heutige „Moniteur" sagt in seinem Bulletin: „Angesichts der widersprechenden Nachrichten halten wir es für nützlich, daraus hinzuweisen, daß es unmöglich war, unterm 26. vorigen Monats, dem Datum der letzten Nachrichten von Amerika, irgend eine Antwort zu empfangen, welche auf die Note des Lord Lyons von der amerikanischen Regierung gegeben worden wäre." (Alles Andere, was gemeldet wird, beruht auf Privatansichten, Hoffnungen, Besorgnissen, mit welchen an der Börse gestiftsinnlich oder unbewußt gespielt wird, mit denen aber die unbefangene Anschauung, welcher es vor Allem um Wahrheit zu thun ist, als falschen, ja gefährlichen Faktoren nicht rechnen kann.) (L. d. Fr. Pstl.)

Wie die Franzosen mit den Ortsnamen der ehemals zum deutschen Reich gehörigen französischen Provinzen umgehen, ist sattsam bekannt; mitunter muß man über ihre Kühnheit in dieser Hinsicht staunen. Vor Kurzem starb in Mainz eine Person, angeblich aus Chere-meque im Departement des Bosges; dieses Chere-meque ist jedoch nichts anderes als das uralte lothringische Städtchen „Schiemeck".

Religiöse Frauenkongregationen in Frankreich. Es wurden nach der „Opinion nationale" deren genehmigt von 1807—1814 (1. Kaiserreich) 20; 1814—1824 (Ludwig XVIII.) 20; 1824—1830 (Karl X.) 41; 1830—1848 (Louis Philipp) 14; 1850—1856 (Napoleon III.) 92. „Folglich (sagt die „Opinion nationale") wurden von 1807 bis 1848, d. i. binnen 42 Jahren, nur 95 Frauenklöster genehmigt, während von 1850 bis 1856, d. i. binnen 6 Jahren, deren 92 genehmigt wurden."

Spanien.

Die spanische Regierung will nach einem neueren Telegramm den „Sumter" im Hafen von Cadix zulassen, wenn er die Gefangenen unter ihren und des amerikanischen Konsuls Schutz stellt und sich ehestens wieder segelfertig macht. (Zrtl.)

Italien.

Turin, 7. Jan. Eine Summe von 2 Mill. Lire ist zum Ankauf von Waffen für die Nationalgarde verlangt worden.
(Tel. d. Fr. J.)

Der „Perseveranza" wird aus Neapel vom 5. d. berichtet: Eine Abtheilung Lanciers, durch falsche Berichte der Bauern irregeführt, fiel bei der Brücke von Sesia 200 Briganten in die Hände. 16 Lanciers wurden getödtet. Die Bauern sind verhaftet. (L. d. Öst. Pst.)

Aus zwei telegraphischen Depeschen, welche aus Palermo eingegangen sind, ersieht man, daß auch in mehreren Gegenden Siziliens bourbonische Banden ihr Wesen getrieben haben, eine Thatsache, die bisher von Turin aus stets in Abrede gestellt worden ist.

Volkswirthschaftliches.

Berlin, 7. Jan. In Bezug auf die Bedingungen für den beabsichtigten Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein und auf die bis jetzt bereits vereinbarten Aenderungen in den Tarifpositionen gehen der hiesigen „Börsenzeitung", wie dieselbe bemerkt, „von unmittelbar betheiligter Seite" folgende nähere Angaben zu: 1) Aufhebung der französischen Ausfuhrvergütung für diejenigen mit Benutzung von Salz dargestellten Waaren, für welche von Seiten des Zollvereins eine Zollermäßigung in Aussicht gestellt wird. 2) Ermäßigung des Eingangszolls für lackirtes Leder von 100 Fr. auf 45 Fr. für 100 Kilogramm oder 6 Thlr. vom Centner. 3) Ermäßigung des Eingangszolls u. für Coutils (Zwilliche), Damaste, Strumpfwaaren, Posamentierwaaren und Bandwaaren aus Flachs oder Hanf, so wie b. für Posamentierwaaren und Bandwaaren aus Wolle auf 10 pCt. vom Werth. 4) Ermäßigung des Eingangszolls für gemischte Gewebe, und zwar a. für Gewebe mit Jute vermischt, in welchen das Gewicht der Jute überwiegt, auf 15 pCt. vom Werth; b. für alle gemischten Gewebe, welche Seide nicht enthalten, gleichviel, welches Material in der Mischung überwiegt, spätestens von 1864 ab auf 10 pCt. vom Werth; c. für die mit Seide gemischten Gewebe, gleichviel, ob die Seide in der Mischung überwiegt, oder nicht, auf 3 Fr. pro Kilogramm oder 40 Thlr. vom Centner.

Die Getraidezufuhr in Marseille während des vorigen Jahres belief sich nach authentischen Angaben auf 5,990,000 Hektoliter Waizen, 44,240 Hekt. Roggen, 138,720 Hekt. Gerste, 246,560 Hekt. Mais, 85,440 Hekt. Bohnen und 381,480 Hekt. Hafer. Die Gesammtzufuhr von Cerealien beläuft sich sohin auf 6,886,448 Hektoliter. Hiervon treffen auf den Oktober allein 1,418,720 Hektoliter. Den größten Theil lieferte wie gewöhnlich Rußland, dann kommen die Donauhäfen, die neapolitanischen Häfen

Deutscher Nekrolog des Jahres 1861.

König Friedrich Wilhem IV. von Preußen († 2. Jan.) — Von Staatsmännern des Kriegs- und Friedensstandes die Staatsminister in und außer Dienst: Heinrich v. Arnim († 5. Januar), v. Stockhausen († 31. März), v. Herdegen in Stuttgart († 16. März), Frhr. v. Blittersdorf († 16. April), v. Bernstorff in Sleetig († 3. Mai), v. Knapp in Stuttgart († 21. Mai), Milde in Breslau († 24. Aug.), v. Savigny († 25. Oktober), v. Goßo in Braunschweig († 28. Nov.), v. Schäffer-Bernstein in Darmstadt († 1. Dez.), v. Bothmer in Hannover († 21. Dez.), v. Cafloffstein in Oldenburg († 23. Dez.); die Generale: Leop. v. Gerlach († 10. Jan.) und v. Thile († 27. Aug.); die preuß. Kron-Syndiken: Professor Stahl († 15. Aug.) und Prof. Pernice († 16. Juli); der preußische Gesandte in Paris, Graf von Pourtalès († 18. Dez.); Sylvester Jordan in Kassel († 14. April) und A. Schott in Stuttgart († 6. Juni). Von Gelehrten und Künstlern: die Historiker und Philologen Prof. Fallmerayer in München († 25. April), Prof. v. Lassaulx in München († 9. Mai), Hofrath L. Preller in Weimar († 21. Juni), Prof. Gfrörer in Freiburg († 9. Juli), Prof. Drumann in Königsberg († 30. Juli), Prof. Chr. Schlosser in Heidelberg († 22. Sept.); die Philosophen Professor Hinrichs in Halle († 12. Sept.) und Konsistorialpräsident Göschel in Magdeburg († 22. Sept.); der Orientalist Prof. Freytag in Bonn († 16. Nov.); der Jurist Prof. Deiters in Bonn († 30. März); die Mediziner Prof. E. Bischof in Bonn († 5. März), Prof. v. Siebold in Göttingen († 27. Okt.) und Prof. Leubuscher in Berlin († 27. Okt.); die Dichter Theod. Mügge in Berlin († 18. Febr.), Theod. Mundt ebendaselbst († 30. Nov.); der Dom-Baumeister Geh. Regierungsrath Zwirner in Köln († 22. Sept.), der Maler Prof. Hensel in Berlin († 26. Nov.) und der kunstfreundliche Kölner Kommerzienrath J. H. Richartz († 22. April). (Köln. Z.)

Englisches Postwesen.

Wir haben schon einmal über die riesige Entfaltung des englischen Postwesens berichtet, und ein dem amtlichen Bericht des Lords Stanley of Alderley entnommener Auszug gibt uns heute Anlaß, wieder darauf zurückzukommen. Die Einführung des einförmigen Porto von einem Penny, die man Hrn. Rowland Hill (1840) verdankte, hat größere Folgen als irgend eine Reform noch jemals hervorgeführt. Im Jahre 1839 beförderte die Post in Großbritannien und Irland 82,471,000 Briefe, worunter 6½ Millionen das Vorrecht der Portofreiheit hatten, da sie von Ministern, Parlamentsmitgliedern u. s. w. herrührten. Dies Privileg hörte seitdem auf. Im Jahre 1840 stieg die Anzahl der Briefe auf 168,768,000, und seitdem betrug der Zuwachs stets drei bis vier Prozent von der vorjährigen Anzahl. Im Jahre 1859 wurden 545 Millionen, 1861 aber 564 Millionen Briefe befördert, also etwa 19 Briefe auf den Kopf. In Frankreich ist die Zunahme der Briefe bei Weitem nicht so groß; ohne Zweifel weil die edle Kunst des Schreibens noch nicht genug ver-

Digitized by Google

am adriatischen Meer und Triest. Nach der Statistik des französ. Ackerbauministeriums beläuft sich der jährliche Bedarf Frankreichs auf 50 Mill. Hekt. Waizen und 10 Mill. Hekt. Roggen, Gerste, Mais, Bohnen und Kastanien. Eine nothwendige Folge der starken Getreideeinfuhr war natürlich eine außerordentliche Geldausfuhr. In der That überstieg 1861 die Ausfuhr edler Metalle die Einfuhr um nahezu 100 Mill. Frs. ($2^1/_2$ Hektoliter sind gleich 1 bayerischen Schäffel.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Breslau und Umgegend hat in den ersten Stunden des neuen Jahres ein sog. Meteor- oder Passatstaubfall sich ereignet. Nachdem der Sylvesterabend unter strenger Kälte und heiterem Himmel vorübergegangen war, führte gegen Mitternacht der nach Südwest umlegende Wind, der bald in Stößen, einem heiligen Sturm gleich, daherbrauste, bald in Pausen ganz nachließ, unter steigender Temperatur einen bedeckten Himmel herbei. Schon gegen 9 Uhr war der ganze Horizont von einem so dichten Nebel erfüllt, daß die Gaslaternen nur trübe mit einem rothen Lichte hindurchdringen konnten. Dieser Nebel rührte von einem außerordentlich feinen Staube her, der durch den Wind in die Augen und zwischen die Zähne der auf der Straße befindlichen Personen getrieben wurde; auch der gefrorne Boden war von ihm bedeckt; als gegen 1 Uhr des Morgens der Wind nachließ, senkte sich der röthliche Staubnebel und der Horizont wurde klar. Noch am Neujahrsmorgen trieb der Wind den massenhaft in Gräben, Rinnsteinen ꝛc. angehäuften Staub wirbelnd empor. Der Schnee und das Gras in Gärten war von einer grauen Schicht bedeckt.

(Bamb. Ztg.)

Aus Böhmen. Schon seit einiger Zeit, schreibt die „Bohemia", hatte sich in Karolinenthal das seltsame Gerücht verbreitet, daß auf dem Zizkaberge und in dessen nächster Umgebung mit einbrechender Dunkelheit ein abenteuerlicher Spuk sein Wesen treibe und durch unheimliches Gepolter und Lärmen die nächtliche Ruhe der Umwohnenden störe. Diejenigen, welche nähere Kenntniß von dem geheimnißvollen Wesen zu haben vorgaben, behaupteten, es wären die im Herbste vorigen Jahres auf dem Zizkaberge in so schauderhafter Weise ermordeten Kinder, deren Geister keine Ruhe im Grabe fänden und nun als Gespenster umherirren müßten. Insbesondere war es der Hrabá'sche Garten am Fuße des Berges, den die ruhelosen Geister zum Lieblingsplatze ihrer nächtlichen Wanderungen auserwehen hatten. Wiederholt wurden Wächter aufgestellt, um auf die Ursache der nächtlichen Spuker zu kommen, jedoch erfolglos, da die flinken Geister jedesmal den sie Verfolgenden durch rasches Verschwinden sich zu entziehen wußten. Da jedoch gleichzeitig mit diesen gespenstischen Erscheinungen regelmäßig auch eine unliebsame Abnahme der daselbst aufbewahrten Kohlen-Vorräthe beobachtet wurde und man gern gewußt hätte, wozu die unbekannten Mitglieder der Geisterwelt so bedeutende Menge von Brennstoff verwenteten, so wurde die Wachsamkeit verdoppelt und es gelang in der That am letzten Samstag mit Hilfe einer gegen geisterhaftes Treiben wohlgerüsteten Patrouille der nächtlichen Ruhestörer habhaft zu werden und die Art und den Zweck ihres geheimnißvollen Kohlentransportes ans Tageslicht zu bringen. Seit der Zeit hat auch das gespensterhafte Poltern vollkommen aufgehört.

Am 3. d. hat die erste Kammer des Pariser Tribunals in dem Prozesse des Fürsten Woronzow gegen den Fürsten Dolgorucki und den „Courrier du Dimanche" das Urtheil gefällt. Ein am 6. v. J. von Dolgorucki im Courrier gegen den verstorbenen Marschall Woronzow veröffentlichter Schmähartikel bildete den Grund der vom Sohne des Geschmähten erhobenen Klage. Es hatte nämlich ein anonymer Brief behauptet, Dolgorucki habe dem Marschall versprochen, daß er ihn gegen eine Zahlung von 50,000 Rubel in einem über die russischen Archivsamilien von ihm zum Druck verbreiteten Buche ganz nach Wunsch behandeln wolle. Dieser Brief, behauptete nun Dolgorucki in seinem Artikel, sey die infamste Verleumdung, und nur die Eigenschaft des Andreastritters schütze den Marschall, der jenen Brief, wenn nicht selbst verfaßt, so doch veranlaßt habe, vor der Strafe eines Verleumders. Kläger hat darauf nachgewiesen, daß jener anonyme Brief nicht von seiner Familie herrühre, sondern von Dolgorucki selber verfaßt sey, was das Gericht denn auch untersucht und als thatsächlich erkannt hat, worauf denn das Urtheil dahin gefällt worden ist, daß diese durch die Untersuchung festgestellten Thatsachen auf Kosten des Fürsten Dolgorucki, welcher auf Grund eines von ihm selbst gefälschten Briefes den Marschall Woronzow und dessen Familie geschmäht und verleumdet hat, in drei Pariser, einer Londoner und einer Petersburger Zeitung veröffentlicht werden und der „Courrier du Dimanche" wegen Theilnahme an diesen Schmähungen ein Sechstel, der Fürst aber fünf Sechstel aller Kosten tragen soll. Da in der Klage des Fürsten Woronzow auf eine bestimmte Entschädigungssumme nicht angetragen worden, hat das Gericht auf eine solche auch nicht weiter erkannt.

Neueste Nachrichten.

München, 8. Jan. Se. Maj. der König hat die Lehrstelle der IV. Klasse der lateinischen Schule an der Studienanstalt Zweibrücken dem temp. quiesz. Studienlehrer Otto Sand in Bergzabern übertragen.

(R.-A. Z.)

** München, 8. Jan. (Privat-Korresp.) Die finanziellen Ergebnisse der k. Verkehrsanstalten haben sich nach der amtlichen Nachweisung im Etatsjahre 1859/60, wie folgt, gestaltet: Eisenbahnen: Bruttoeinnahme 11,063,580 fl., Ausgaben 7,057,564 fl., Reineinnahme 4,006,016 fl., gegen das Budget mehr um 1,011,116fl. Posten: Bruttoeinnahme 2,591,109 fl., Ausgaben 3,075,753 fl., Reineinnahme 515,356 fl., gegen das Budget mehr um 232,086 fl. Telegraphen: Bruttoeinnahme 180,805 fl., Ausgaben 174,743 fl., 7,229,146 Anweisungen für ungefähr 170 Millionen Gulden. So wird die Post nach und nach der erste Banker des Reichs, und baare Geldsendungen hören fast gänzlich auf. Dies ist die Folge der Herabsetzung des Tarifs und mancher anderen Erleichterungen im Postdienste, und trotz der Herabsetzung hat die Post bei diesem Zweig ihres Geschäftes noch 350,000 fl. baaren Gewinn gehabt. — Merkwürdig ist die Nachlässigkeit vieler Absender. In London kommen täglich 20,000 Briefe an, die als Adresse nur einen Namen und das Wort London tragen, ohne Wohnungsangabe. Zwei Millionen Briefe wurden 1860 den Absendern zurückgeschickt, darunter drei Viertel wegen Unleserlichkeit der Adresse; zehntausend Briefe trugen gar keine Adresse. Unter Briefen mit ungenügender Adresse oder ohne solche waren viele mit Geldeswerth; die Post mußte gegen 500 Pfund Sterl. behalten, weil sie die Absender nicht ausfindig machen konnte. In den Briefkasten und Briefsäcken fand man etwa 50,000 Postmarken, die so nachlässig aufgeklebt waren, daß sie abfielen. — Die Bruttoeinnahme der engl. Posten betrug 1860 etwa 41 1/2 Mill. Gulden. Die englische Postverwaltung hat nämlich ungeheure Ausgaben für die Postverbindung mit den Kolonien. Ein Brief nach dem Kap kostet $22^1/_2$ Kr. mehr als er einträgt, ein Brief nach Westindien 35 Kreuzer mehr. Allein die englische Regierung betrachtet die Erleichterung des Briefwechsels mit den Kolonien als ein so wichtiges Element der Macht und des Reichthums, daß sie die größere Ausgabe als größeren Gewinn betrachtet. (Fr. Bdsz.)

Digitized by Google

Reineinnahme 6062 fl., gegen das Budget weniger um 23,827 fl. Ludwigskanal: Bruttoeinnahme 190,986 fl., Ausgaben 127,620 fl., Reineinnahme 62,457 fl., gegen das Budget mehr um 12,404 fl. Donaudampfschifffahrt: Bruttoeinnahme 183,051 fl., Ausgaben 362,866 fl., Reineinnahme 20,185 fl., gegen das Budget weniger um 79,285 fl.

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrsanstalten.) Ernannt wurden: Zu Assistenten die Accessisten M. Hampfner in Nürnberg, F. Stadler in Augsburg, F. Dumm in Ansbach und A. Rütger in Hof. Versetzt wurden: Die Assistenten L. Weiß von Holzkirchen zum Bahnpostdienste nach Augsburg, J. Weber von Kaiserslautern zur pfälzischen Bahnpost in Ludwigshafen, M. Wolf von der pfälzischen Bahnpost zum Lokaldienste in Ludwigshafen, G. A. Said von Ansbach nach Bamberg. Ant. Bachl von Hof nach München, und Frieder. Bayerlein vom Oberamte München zum Rechnungs- und Revisionsbureau.

Memmingen, 6. Jan. Eine namhafte Anzahl hiesiger Bürger, über 130, veranstaltete gestern zu Ehren Dr. Völk's, des im Bezirk Memmingen gewählten Abgeordneten, ein Festessen, um ihm ihre Anerkennung seines Wirkens auf dem vorigen Landtage auszusprechen. Das Hoch auf den Landesherrn, das in gesitteter Weise die Reihe der Toaste eröffnete, wurde mit lautem Jubel aufgenommen. Der Wirth wies, anknüpfend an die schwarzrothgoldene Fahne, die über den Farben des Landes um der Staat den festlich geschmückten Saal zierte, auf die Pflicht jedes Deutschen hin, mit Unterdrückung aller Selbstsucht und aller thörichten Antipathien mitzuwirken an der inneren Einigung der deutschen Stämme, einem Ziele, das nur bei tiefem sittlichen Ernst und durch aufopfernde Hingebung erreicht werden könne. Die Worte, die vom Herzen kamen und zu Herzen gingen, riefen allgemeine Begeisterung hervor. (Südd. Z.)

* Die „Zeit" enthält einen Bericht über das Fest der Mainzer Veteranen, welcher die Uebertreibungen des Artikels der „Volkszeitung" auf das rechte Maß zurückführt; es heißt darin: „Wer die Sache, sowie sie im Volksfaal dargestellt ist, aus der Ferne ansieht, der hat ganz recht, wenn er darin eine schnöde Verleugnung des vaterländischen Gefühls, eine Anstands- und Taktlosigkeit sondergleichen erblickt. Anders bei genauerer Kenntniß der Sachlage. Es hat hier (in Mainz) niemals an Männern gefehlt, die der Ausländerei, wenn es nöthig war, kräftig entgegentraten. So Karl Andree 1840, der lieber zu weit gehen, als in den Fehler der Lauheit verfallen wollte, und der dennoch für die Veteranenfeste immer nur ein gemüthlich mitleidiges Lächeln, aber niemals eine Zeile in seiner Zeitung übrig hatte. Er wußte, was an der Sache war. Der Veteranenverein ist nichts als eine Unterstützungsanstalt für hilfsbedürftige ehemalige französische Soldaten, die, wie alle alten Leute, gern von den Heldenthaten ihrer Jugend reden und deshalb zusammenhalten, weil sie unter sich die gemüthlichen Zuhörer finden. Daß sie dabei die Schmach des Vaterlandes vergessen, ist traurig; aber wer möchte ihnen daraus ein Verbrechen machen? Sind denn ihre Schultern stark genug, um allein den Fluch des historischen Verhängnisses zu tragen, daß seit Jahrhunderten das deutsche nationale Bewußtsein aus den Fugen gerissen, und die Stärke patriotischen Hoffens im Herzen selbst der Besten so oft auf verzweifelte Proben gestellt wird? In München hat König Ludwig den bayrischen Kriegern von 1808 bis 1813, welche mehr als die hiesigen Veteranen, die meist in Spanien und Rußland dienten, deutschen Armeen gegenüberstanden, ein Denkmal setzen lassen, worauf zu lesen ist: „Auch sie starben für das Vaterland!" Und zu wundert man sich über Mangel an Begriffsklarheit und spricht gar von Entartung, wenn ein paar Dutzend Mainzer Knasterbärte nicht daran denken, daß sie bei den Kämpfen, die sie feiern, gegen ihr Vaterland in Waffen gestanden? Anders verhält es sich allerdings mit den Nichtveteranen, die sich bei diesen Festen betheiligen. Aber auch hier ist die Sache so schimm nicht, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Diese Nichtveteranen sind sammt und sonders Söhne oder Schwiegersöhne von verstorbenen wohlhabenden Beringenossen und Veteranen, welche die von den Vätern gestifteten Unterstützungen den armen Kameraden der Väter weiter leisten wollen und es in der Form von Vereinsbeiträgen aus sinnlicher Pietät weiter thun. Wollten sie bei den Festen fehlen, so würde das als Hochmuth gelten. Was das Bild Napoleons des Dritten betrifft, so ist es seit 1856 aufgehängt worden, wo er dem Verein ein bedeutendes Gelegeschenk machte. Wer will, hebe den ersten Stein deshalb auf gegen die armen Leute, die in ihrer Art dafür dankbar seyn wollen, was am Ende die nämliche Art ist, wie man sich in anderen Kreisen für Ordenskreuze, Porzellanvasen von Sèvres u. dergl., auch die 1859 für die „Rettung der Gesellschaft" bedankt und bedankt hat. Der französische Konsul endlich war Gast, wie er es seit dreißig Jahren ist. Ihn nicht einsaalen, wäre gerade diesmal eine verlegende Demonstration gewesen bei einer Zusammenkunft, die so wenig einen demonstrativen Charakter hatte, daß die Masse der hiesigen Bevölkerung erst auf dem Umweg über Berlin, Köln und Frankfurt davon Kenntniß erhielt." — Nach der Bericht aus Mainz, wonach die Sache allerdings in milderem Licht erscheint; aber traurig ist's eben doch, daß es so ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Heinemann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Hof- und Kunstbuchhandlung in Würzburg.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		1130 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien		819 P.
Oesterr. kreditbank-Aktien à fl. 200		140 G.
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmst. Bank f. u. Z. Serie à fl. 250		190 P. 189 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100		74 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditbank		76 P. 75 3/4 G.
Internationale Bank in Luxemb.		87 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250		336 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		65 P.
Oest. F. St. Südb. 3 pCt. 200 Fr. à 120 Thlr.		225 P.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt.		107 P. 106 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6.7		79 3/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 pCt. Z.		229 1/4 P. 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		100 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.		103 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		51 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		244 G.
Span. Handels- à fl. 500		505 P.
" Credit-Akt. d. ties. Peseta		430 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. Vollzihnz.		102 3/4 P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.		100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. f. 100 k. S.	"	3 1/2	fl.
Augsb. fl. 100 k. S.	"	99 1/2	G.
Berlin Th. 60 k. S.	"	105	B.
Brem. 50 Th. Lsd. k.S.	"	103	B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	"	105	B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	"	87	G.
Leipzig Th. 40 k. S.	"	105	B.
London Lst. 10 k. S.	"	117	1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	"	—	
Mail. l. S. L. 200 k. S.	"	92	1/2 G.
Paris Frs. 200 k. S.	"	93	3/8 97 1/2 G.
Triest fl. 100 k. S.	"	—	
Wien fl. 100 S. W.	"	—	
do. 2 M.	"	—	
do. in usl. W. l. S.	"	83	3/4 1/4 G.
Dieroito	"	4	pCt. —

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	87 3/4 P. 87 G.	Karlsruh. Thlr. 40 b. K.	52 1/2 — 1/4 P.
" 2.25er 1854 mit 4pCt.	88 1/4 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	127 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6.7	86—87 1/2 G.	" fl. 25 do.	20 P. 37 1/2 G.
" fl. 100 Hab. l. v. 1858	100 3/4 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. Sch.	118 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 21 1/2 pCt. Z	36 1/4 P.
Badische fl. 50	90 1/4 P.	Verein-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	89 1/4 P.	Anshl.-Gmsamh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 8. Jan. Bei trägem Geschäft verkehrten Fonds und Aktien meist zu den gestrigen Kursen, doch war die Stimmung der Börse im Allgemeinen etwas matter. Die Frankfurter Bank hat vom 9. d. M. an den Diskonto auf 3 pCt. herabgesetzt. (Spnc.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 36 kr. Bei Inseraten wird die zweispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Intelligenzblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Freitag, 10. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Vom Main, 5. Jan. Wie der Geschäftsführer des Nationalvereins, Notar F. Streit, in der letzten Nummer der „Wochenschrift“ des Vereins mittheilt, hatte er von Neuem 10.000 fl. an das preußische Kriegsministerium eingesandt, so daß die Gesammtsumme der Einsendungen des Nationalvereins sich auf 140,000 fl. oder 80,000 Thlr. beläuft, womit das Erforderniß für ein Kanonenboot durch die bisherigen Sammlungen noch vor Jahresschluß gedeckt ist. In der Kasse verblieben noch 10,129 fl. 17 kr. Erinnert man sich, wie viel „Patriotismus“ und „Nationalehre“ aufgeboten worden ist, um die Flottensammlungen in Aufnahme zu bringen, so muß man bekennen, daß das Resultat, so hübsch auch 140,000 fl. klingen, gewiß weit hinter den Erwartungen geblieben ist. Wir wollen nur darauf hinweisen, was seiner Zeit die Sammlungen für die Brandbeschädigten in Hamburg getragen haben, ungeachtet von Rechtswegen das Interesse für ein partielles Unglück gegenüber von einer als die „dringendste nationale Angelegenheit“ hingestellten Forderung zurückstehen müßte. Noch ungleich geringer muß uns aber diese Betheiligung erscheinen, wenn wir eine wenn auch nur oberflächliche Berechnung dessen anstellen, was zu einer Flotte gehört; wenn wir bedenken, daß ein Kanonenboot 120,000 fl., eine Korvette 600,000 fl., eine Fregatte je nach Kanonenzahl und Pferdekraft 800,000 fl. bis 1,500,000 fl. kostet, von Linienschiffen, Panzerschiffen und schwimmenden Batterien ganz zu schweigen; wenn wir bedenken, daß ein Kriegshafen wie Cherbourg, der doch nur 30 große Schiffe schützt, ohne die Befestigungen 150 Mill. Fr. kostet; daß die Marinewerfte von Italien 15, von Spanien 20, von Frankreich gar 58 Mill. Gulden jährlich verschlingen! Wie dürfen wir, gegenüber von solchen Zissern, nicht wundern, wenn die Presse des Auslands die freiwilligen Flottengaben in Deutschland belächelt. Das rechte Verständniß für die Nothwendigkeit einer Flotte ist gewiß da. Aber die Bevölkerung der Küstenländer, insbesondere der großen Handelsstädte des Nordens, die sich so lau zeigen, scheint das Richtigere gefühlt zu haben: man hat voet, eben weil man die enormen Kosten einer Kriegsmarine aus den Erfahrungen der Handelsmarine besser kennt als die Schwärmer im Binnenlande, den Instinkt, daß man durch Sammlungen eben doch keine Flotten gründen könne, daß man früher oder später zu andern Mitteln greifen müsse. Wir gestehen aufrichtig: selbst wenn die Sammlung rationeller betrieben worden wäre, wenn nicht blos der Nationalverein sie in die Hand genommen hätte, der sie dadurch verdarb, daß er eine Parteifrage im spezifisch preußischen Sinne daraus machte und auf den Oberbefehl mehr Gewicht legt, als auf die Flotte selbst, sondern wenn sämmtliche Parteien zur Mitwirkung herangezogen worden wären, würden wir nur eine großartigere Demonstration, aber nichts wirklich Besriedigendes erwartet haben. Flotte und was dazu gehört: Kriegshäfen, Werften, Arsenale, Werftstätten, Armirung, Besatzung und Verwaltung, kurz eine Marine schafft man nicht mit Sammlungen. Wo 100 Millionen nöthig sind, da können 100,000 fl. freiwillige Beiträge, und wenn sie 30 Jahre lang mit gleicher Unverdrossenheit sortgingen, nichts helfen; 100 Millionen sind aber das Allerwenigste, was eine mittelmäßige deutsche Flotte mit ihrem Zugehör kostet. Hier hilft nur Eines: die Verjehung der Kräfte des ganzen Volkes auf dem Wege der Besteuerung, und diese Kräfte des ganzen Volkes können nur durch eine Besteuerung desselben mit Erfolg herangezogen und bereitwillig gemacht werden, und nur dann, wenn die neue Schöpfung dem ganzen Vaterland, und nicht speziellen Herrschaftsgelüsten dienen soll. (D. A.)

Vom Main, 6. Jan. Während übereinstimmend mit Bayern) Württemberg und Baden die gezogenen Geschütze mit großem Aufwand für ihre Artillerie herstellen, läßt gleichzeitig das Großherzogthum Hessen gegenwärtig in den bayerischen Militärwerkstätten seine älteren Kanonen nach dem in Frankreich früher eingeführt gewesenen, aber, weil wenig entsprechend, bereits wieder aufgegebenen System in gezogene Geschütze mit Vorderladung umarbeiten. Also auch heute noch nicht einmal im gleichen Armeekorps einerlei Organisation! (S. M.)

Karlsruhe, 3. Jan. Sicherem Vernehmen nach, schreibt die „Volkszeitung“ für Süddeutschland, bearbeitet unsere Regierung Entwürfe zu einem neuen preßfreiheit- und Vereinsgesetze, und deßfallsthätigt beim Bundestage eine Erklärung abzugeben, welche auf Abänderung der bezüglichen Bundesbeschlüsse abzielt und jedenfalls freie Hand in dieser inneren Landesangelegenheit zu verschaffen geeignet ist.

— Die Wiener Lithogr. Korrespondenz schreibt: „Von süddeutschen und österreichischer Seite geht man ernsthaft mit dem Plane um, alle preußischen Blätter mit einem Eingangszoll von 33.3 pCt. zu belegen, was in Verbindung mit dem Agio für Oesterreich so ziemlich einem Verbote der betreffenden Zeitungen gleichkommen würde. Es wäre das eine Repressalie gegen jenes preußische Stempel-Steuergesetz, welches allen außerpreußischen deutschen Blättern eine gleich hohe Import-Abgabe auferlegt.

Preußen.

Berlin, 7. Jan. „Wir haben kein Geld“, ist nach wie vor die Antwort auf alle Anforderungen; welche von Seiten der Kunst und der Wissenschaft und ihrer Vertreter an das Ministerium des Kultus gestellt werden. Die Angelegenheit der Akademie und ihrer Organisation liegt nach wie vor im Argen. Die Universitäten bekommen nichts. Alle Reformvorschläge werden ad acta reponirt. Aber fürs Militär hat man das Geld millionenweise. (K. Z.)

Berlin. Die „Berliner Allgemeine Zeitung“ theilt mit: „Mit Bezugnahme auf den Skandal in der Königsstraße am 23. Oktober v. J. und den Spitzbes-Krawall unter den Linden haben mehrere Bürger Berlins den Entschluß gefaßt, geeignete Maßregeln zur Verhütung von dergleichen Ausschreitungen zu treffen. Dieser Entschluß wird um so mehr Anklang finden, als Alles darauf hindeutet, daß es eine Partei im Staate gibt, die kein Mittel zu schlecht findet, ihren Zweck zu erreichen; eine Partei, die, wenn lügenhafte Verdrehungen, die sie sich nicht scheut selbst Sr. Majestät dem Könige in den Mund zu legen, nicht mehr ausreichen, auch zu andern Mitteln ihre Zuflucht nehmen wird, wie wir sie ja genugsam erlebt haben, als es galt, der Reaktion Eingang zu verschaffen. Zur Ausführung des Entschlusses ist vorläufig beschlossen, in allen Bezirken Berlins Vereine zu gründen, deren Mitglieder die Verpflichtung auf ihr Ehrenwort übernehmen, jedem Skandal durch ein durchaus thätlnahmloses Verhalten allen Verlockungen und Reizungen gegenüber zu begegnen. (Soll das genügen?) Eben so auch ihren Arbeitern, Gesellen, Lehrlingen und Dienstboten und überhaupt allen Personen, auf die sie einen moralischen Einfluß haben, ein gleiches Verhalten zur Pflicht zu machen.“

(Die preußischen Amnestirten.) Die Pariser „Patrie“ kann ihr Erstaunen nicht verhehlen, daß man in Preußen den Amnestirten und freiwillig Emigrirten, welche sich über 10 Jahre im Auslande aufhielten, das Indigenat verweigern will. „Sonderbare Verordnungen, ruft sie aus, welche auf diese Weise ehrenwerthe Männer treffen, deren einziges Verbrechen darin besteht, durch Entfernung und Schweigen gegen die Politik ihrer Regierung protestirt zu haben! Man sträubt sich fast zu glauben, daß sie heutzutage unter einer Administration noch angewandt werden könnten, welche das Wort Verföhnung fortwährend im Munde führt und deren Programm gleichsam eine Wiedergutmachung der Irrthümer der Vergangenheit gewesen ist. — Wir ziehen vor, zuzugeben, daß die Verordnungen,

Digitized by Google

welche man in Berlin so ungeziemend anruft, das letzte Hilfsmittel der reaktionären Partei sind." (Solche Wahrheiten muß sich Preußen von einem intriganten russisch-französischen Blatte sagen lassen.)

Darmstadt, 6. Jan. Auf morgen war der Verkauf einer Anzahl gepfändeter Gegenstände im Zuge von Steuerverweigerungen angekündigt; eine heute Abend erschienene Bekanntmachung kurfürstl. Rentamt zeigt jedoch an, daß der Verkauf in Folge eingetretener Verhinderungen ausgesetzt worden sey. Auch in den Ausspändungen selbst scheint ein Stillstand eingetreten zu seyn. (Fr. Bl.)

Oesterreich. Wie uns aus Lemberg geschrieben wird, hat der dortige Gemeinderath in Folge der letzten Excesse an den Statthalter eine Deputation entsendet, mit der Bitte, er möge die Bildung eines Bürgerausschusses gestatten, dessen Aufgabe es seyn solle, im Falle neuer Ausschreitungen die Ordnung ohne Einmischung der bewaffneten Macht aufrecht zu erhalten. (Das Beispiel von Warschau sollte also nachgeahmt werden.) Graf Mensdorff schlug dies Begehren ab, weil der Staat die Pflicht wie die Mittel habe, für die öffentliche Ruhe zu sorgen; Störungen vorzubeugen, sey die Aufgabe jedes Bürgers, wehhalb die Bildung eines besonderen Ausschusses überflüssig wäre. Bei der Mittheilung dieser Antwort an den Gemeinderath erklärte der Reichsrathsabgeordnete Dr. Zimmialowski: „Die Kommune habe mit Trauer gesehen, daß trotz aller ministeriellen Versicherungen, trotz der Verfassung und trotz des Gesetzentwurfes zum Schutze der persönlichen Freiheit das Militär ruhige Bürger in den Straßen und in ihren Häusern anfalle und verwunde; daß die polit. Nationalität öffentlich von den Soldaten verhöhnt werde. (Von den vorausgegangenen Verhöhnungen der Deutschen durch die Polen wird aber nichts gesagt.) Es geschehe unzweifelhaft ohne Wissen und Willen des Statthalters, wenn die Einwohner öffentlich vom Militär als „polnische Hunde" behandelt würden; aber eben deßhalb sey eine Bestrafung der Schuldigen nothwendig, Er beantrage daher, in einer Eingabe an den Statthalter die Abhdung jener Gewaltthätigkeiten zu verlangen und im Falle einer abschlägigen Antwort eine Deputation nach Wien zu senden, welche Satisfaktion und Garantien für die Zukunft erbitten solle." Unter lebhaftem Beifalle wurde dieser Antrag mit dem Zusatze des Geistlichen Tomaniuk angenommen: „Man möge sofort zur Beaufsichtigung der Gesänge in den Kirchen keine Polizeigenossen jüdischen Glaubens verwenden. (Merkwürdig ist es, was die Polen für eine Gabe besitzen, sich als die Unterdrückten darzustellen, während sie sich doch auf das anmaßendste benehmen und überall, wo sie nur können, den Deutschen wie den Rothhunden den Daumen aufs Auge setzen.)

Belgien.

Brüssel, 5. Jan. Jahrhunderte hindurch ist das uralte Kulturland an der Maas auch der Schauplatz großer Räuberbanden gewesen und die gewaltige Räuberverbindung (Picard, Zetzer, Schinderhannes u. s. w.), welche noch in diesem Jahrhundert in dem Rhein- und Mosellande wüthete und erst durch die Energie Beckers gesprengt und vernichtet wurde, war nicht nur historisch eine Fortsetzung jener gefürchteten Verbindung der „Bockreiter", welche in den Maasgegenden zur Zeit des dreißigjährigen Krieges auftauchte, sondern rekrutirte sich wirklich stark aus jenen Landstrichen, in denen Einzelne endlich auch noch Rettung vor dem unermüdlichen Eifer Beckers (Bürger öffentlicher Anklager unter der französischen Republik) fanden. Seitdem, daß Belgien, das Land der höchsten Kultur, wirklich noch heute das Land ist, in welchem ganze Räuberbanden zu existiren vermögen; der Prozeß, der so eben vor dem Tribunal zu Mons im Hennegau verhandelt wurde, liefert den Beweis, daß die Lande zwischen Sambre und Maas noch immer der klassische Boden für das Räuberwesen sind. Die dort abgeurtheilte „schwarze Bande" bestand aus 13 Personen und nicht weniger als 59 Fälle von Raub und Mord kamen zur Verhandlung.

Großbritannien.

Nach den neuesten Berichten aus Korfu herrscht auf den jonischen Inseln noch immer eine lebhafte Aufregung gegen die Engländer. Der Lordcommissär ist genöthigt, die äußerste Strenge zu entfalten, um die durch die Ereignisse in Italien gereizte Bevölkerung im Zaum zu halten. (Fr. Pbl.)

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Der Kaiser hat gestern den Marschall Magnan zum Großmeister des „Großen Orients" ernannt. Es ist dieß eine Art von Staatsbeicht gegen den Freimaurerorden, der jetzt keine Ursache mehr hat, über das Schicksal der Gesellschaft St. S. de Paul zu triumphiren, denn die Freimaurer theilen es für ihr kostbarstes Privilegium, daß sie selber — durch Ernennung der Präsidenten der verschiedenen Logen — zu wählen hatten. Und wenn sie sich noch mit dem Gedanken trösten dürften, daß sich auch der Prinz Murat, bisheriger Großmeister, über den Autoritätsakt des Kaisers ärgern würde, aber auch der Trost bleibt ihnen nicht, weil der Prinz Murat selber die Maßregel verantaßt hatte, und zwar durch die Einreichung eines Berichtes, worin er dem Kaiser anheimgab, daß die Ernennung zum Großmeister eines Würdenträgers des Kaisers das einzige Mittel seyn würde, „dem skandalösen Bürgerkriege" im „Großen Orient" ein Ende zu machen. (Bekanntlich wollte eine Partei den Prinzen Napoleon, die andere wieder den Prinzen Murat wählen.) Daß der Kaiser gerade den Marschall Magnan wählte, geschah, weil derselbe als Oberbefehlshaber der Armee von Paris vorwährend in der Hauptstadt residirt. Das Hinderniß, daß der Marschall nicht Freimaurer war, wurde dadurch sehr schnell beseitigt, daß er vorgestern als „Bruder" leicht aufgenommen wurde. Außer dem „Großen Orient" gibt es noch zwei andere Orden; der Kaiser hat die Absicht, diese im „Großen Orient" aufgehen zu lassen. Wie es heißt, und man darf es glauben, ist der Prinz Napoleon sehr verstimmt über diese Maßregel des Kaisers, die eine Niederlage seiner Partei im „Großen Orient" und die definitive Vernichtung seiner im Stillen noch immer gehegten Hoffnung ist, aus der nächsten Großmeisterwahl triumphirend hervorzugehen. (S. M.)

Paris, 6. Januar. Die erste und zweite Aufführung des Edoutschen Drama „Gartana" hat zu ganz ungewöhnlichen Auftritten Veranlassung gegeben. Das Stück wurde von vornherein und nach einem vorher wohlorganisirten Plane ausgepfiffen, ohne daß man sich nur überhaupt die Mühe gab, sich über seinen dramatischen Werth oder Unwerth ein Urtheil zu bilden. Es galt der Persönlichkeit des Verfassers, der aus gar vielerlei begründeten und unbegründeten Ursachen sich bei den verschiedenen Fraktionen des französischen Publikum, namentlich unter der studirenden Jugend, einer wohlausgebildeten Unpopularität erfreut. Es hatte sich, um der ersten Aufführung ein glänzendes Fiasco zu bereiten, eine förmliche Verschwörung gebildet, und es war dieselbe bis zum letzten Tage so gehegt gehalten worden, daß der Direktor des Odeon selbst sich nicht erklärt hatte, ob er Exemplare eines außerordentliche Verstärkung von etwa 50 Polizeisergenten zusammenziehen zu sehen, die für das Eintreten der vorhergesehenen Ereignisse die Ordnung mit Macht aufrecht erhalten sollten. Es wurden auch wirklich gegen fünfzehn der Hauptstörenfriede eingesteckt, aber auf Verwenden Ed. About's, wie er selber im „Constitutionnel" verkündigt, wieder losgelassen. Prinz Napoleon u. Prinzessin Clotilde wohnten im strengsten Incognito der ersten Aufführung in einer verschlossenen Parterreloge bei. Die gestrige zweite Vorstellung war noch stürmischer. Die Kundgebungen hatten einen noch persönlicheren Charakter gegen Ed. About angenommen. Zwischen dem Pfeifen hörte man häufig seinen Namen rufen und es ertönte selbst, mit keineswegs schmeichelhaften Epitheten versehen, aus der dichtgedrängten Menge wieder, welcher den Platz vor dem Theater anfüllte. Obgleich man alle Polizisten verdoppelt und viele Freunde des Dichters, sowie sonstige friedsertige oder zuverlässige Leute eingelassen hatte, wurde das Stück vielfach durch Pfeifen und Zischen unterbrochen. Im vierten Akt fiel Mlle. Thuillier, welche die Titelrolle spielte, allen Ernstes in Ohnmacht und mußte von der Bühne weggetragen werden. Die Polizei stand auf dem Punkte, den Saal räumen zu lassen. Noch bis spät in die Nacht waren der Odeonplatz und die anstoßenden Straßen mit den aufgeregten Gruppen der jungen Leute besetzt, und konnten nicht ganz leicht geräumt werden. (Zeit.)

Paris, 7. Jan. Gestern Abends wurde Edmond About's Stück, das man bis dahin noch gegeben hatte, endlich todt gepfiffen. Vier- bis fünfhundert Studenten hatten das ganze Parterre besetzt und erhoben von Anfang des Stückes an einen Höllenlärmstandal. Im dritten Akte wurde endlich der Vorhang herabgelassen, das Parterre hatte den definitiven Sieg errungen. Diese lärmenden Scenen im Odeon hatten vier Tage gedauert; jeden Abend hatte die Polizei intervenirt und im Ganzen waren 50 Studenten verhaftet worden. Gestern blieben jedoch die Polizeibeamten gleichgültige Zuschauer, und die Studenten, die nun freies Spiel hatten, behielten die Oberhand. Mit diesem Siege begnügten sie sich aber nicht. Nach dem Theater versammelten sich dieselben, ungefähr 500 an der Zahl, auf dem Platze vor dem Odeon. Der von den Führern gemachte Vorschlag, Edmond About ein Charivari zu bringen, fand allgemeinen Anklang. Von da ab konnte man sich in das Jahr 1848 zurückversetzt glauben, als die

Digitized by Google

Studenten, wenn auch in geringerer Anzahl, am 22. Februar vom Quartier Latin aus nach der Madelaine und der Deputirtenkammer zogen. Sie ordneten sich gleich, wie auch damals, und zogen in Reih und Glied vom Odeonplatze über den Pont neuf und die Boulevards vor die Wohnung des Hrn. About, die im Passage Saulnier gelegen ist. Dort angekommen, erhoben sie ein fürchterliches Geheul; das nämliche ereignete sich vor dem Theatre des Variétés, wo About gewöhnlich hingeht, und ein drittes Charivari wurde den Bureaux des „Constitutionnel" ausgebracht, dessen Redakteur Hr. About jetzt ist. Die Studenten führten eine Fahne, worauf geschrieben stand: „Figaro", Opinion Nationale", „Constitutionnel", die drei Journale, denen About die jetzt seine Feder gewidmet hat. Die Polizei ließ die jungen Leute gewähren. Erst am Pont neuf, als sie in ihre Quartiere zurück kehrten, trat ihnen eine Anzahl Polizeidiener entgegen, die wie die fünf vorigen verhafteten. Die Demonstration gegen About hat keinen bestimmten Charakter. About ist wenig beliebt, sein Stück sein Meisterwerk und Studenten aller Farben halten sich vereinigt, um ihn ihr Mißfallen zu bezeugen. Der Skandal wurde besonders deßhalb so groß, weil er darauf berechnet hatte, sein Stück trug das Quartier Latin (die Studenten) spielen zu lassen. Den Schauspielern, besonders der Frau Thuillier, welche die Hauptrolle in der Gaslang spielte, hatten die Studenten, ehe sie E. About charivarisirten, eine Ovation dargebracht; sie wollten dadurch, daß ihre ganze Demonstration nur gegen About gerichtet war. Uebrigens hat die Demonstration gegen About um deßwillen doch noch eine besondere Bedeutung, weil er bekanntlich ein Schützling des Prinzen Napoleon ist. About ist die wahre Lärmtrompete des Prinzen Napoleon; er repräsentirt jene angeblich demokratische Partei, welche verachtend auf das acht Freisinnige herniedersieht und glaubt, mit dem Haß gegen das Papstthum und mit dem vom Bonapartismus ausgebeuteten Nationalitätsschwindel sey Alles gethan. Sein Drama ist voll neu-italienischer Anspielungen, und dadurch hoffte er diesesmal einen besseren Erfolg zu erzwingen, als mit seinem früheren Stücke „Guillery", das durchgefallen war; zudem war Prinz Napoleon im Theater erschienen, um durch seine Gegenwart sein Interesse am Stück und am Autor darzuthun. Trotzdem gab es einen argen Skandal; das Publikum zischte und pfiff; die Freunde About's schrien tüchtig: Hinaus mit den Pfeifen! als wenn man klerikal seyn müßte, um ein schlechtes Drama auszupfeifen.

Paris, 7. Jan. Die seit mehreren Monaten hier anwesenden piemontesischen Kommissarien haben wegen der Durchführung des **Mont Cenis** schließlich die Erklärung abgegeben, daß ihre Regierung dieses Werk nur dann fortsetzen könne, wenn die Hälfte der Kosten im Betrage von etwa 10 Millionen französischerseits garantirt würde. Soviel scheint man hiezu wenig Lust gezeigt zu haben. — In orleanistischen Kreisen zirkulirten die sonderbaren Anekdoten angelangten photographischen Bildnisse der Prinzen von Orleans in der Uniform der amerikanischen Miliz.

(Fr. Postz.)

Paris, 9. Jan. Der „Moniteur" enthält ein Dekret, nach welchem der Senat und die Deputirtenkammer auf den 27. d. Mts. zusammenberufen werden. Am darauffolgenden Tage wird den Deputirten wie im Jahre 1861 eine Darstellung der Lage des Kaiserreichs mitgetheilt werden. (L.b.Zeit.)

Spanien.

Die Abdankung des Marschalls Serrano, Generallapitäns der Insel Cuba, hat keinen andern Grund, als daß der mehr durch die Gunst der freundlichen Isabella als durch Kriegsthaten emporgekommene Marschall sich ärgert, daß man den Oberbefehl des Zuges nach Mexiko nicht ihm, sondern dem tüchtigen General Prim anvertraut hat.

Italien.

Aus Rom, 31. Dezbr., schreibt man der „N. Pr. Ztg.": Es ist sicher, daß im römischen Klerus die von Liverani und Passaglia vertretene antiklerikale Richtung noch manchen stillen Freund hat, der nur aus Rücksichten mit seiner Ueberzeugung zurückhält. Vor zehn Jahren noch wäre es für einen Geistlichen ein Verbrechen gewesen, über die Berechtigung der weltlichen Herrschaft des Papstes den leisesten Zweifel auch nur in vertrauten Kreisen verlauten zu lassen; jetzt hört man junge Kleriker auf öffentlichen Spaziergängen nicht selten überlaut dafür und dagegen streiten. Mag das immerhin von keinen Folgen seyn; es ist jedenfalls bezeichnend. Im Allgemeinen aber sehen die Rubigeren der nationalen Partei die Lösung der römischen Frage nicht mehr in dem Abscheiden des gegenwärtigen Papstes, sondern sie erwarten sie in dem Antrag der Frage, ob überhaupt noch ein Summus Pontifex in Rom die unumgänglich nothwendige Bedingung der Einheit der katholischen Kirche sey, oder ob eine selbständige Organisirung der Nationalkirchen unter ihren Primaten im leichten Verbande mit Rom genügende Bürgschaft wider Hierarchiesklaven und Einbußen des höchsten geistlichen Ansehens bieten kann.

Aus Rom vom 6. wird berichtet, daß das bourbonische Komité dort eine aus Neapel vom 8. datirte und demnach zur Verbreitung in Neapel bestimmte Proklamation hat drucken lassen. An der Spitze derselben stehen die Worte „Patriotisches Komité der Nationalgarde", und es fordert die Proklamation die Nationalgarde auf, die Piemontesen fortzujagen. Sie schließt mit den Worten: „Gefährten! Wir haben nichts zu schaffen mit den Piemontesen; er mag gehen; er hat auch Rechenschaft abzulegen über Das, was er geraubt. Wir Neapolitaner, wir wollen hier und bleiben, um unsere Angelegenheiten zu ordnen. Die vereinigte Nation, und nicht der Fremdling, hat das Recht, für ihr künftiges Geschick zu sorgen." (Die Turiner Regierung hat sofort einige Exemplare dieser Proklamation nach Paris geschickt, um dem Kaiser Napoleon den Beweis zu liefern, wie das bourbonische Komité in Rom fortwährend gegen sie arbeitet — als ob er das nicht schon längst wüßte!)

In den Turiner Hofkreisen ist es zu neuen Hiobsposten gekommen. Der König will den General Türr zu seinem Adjutanten ernennen; General della Rovere, der Kriegsminister, hat aber diese Kunde so übel aufgenommen, daß er mit seiner Entlassung gedroht hat, wenn jene Ernennung vollzogen werden sollte.

Die klerikale „Armonia" bringt die Antwort der neapolitanischen Bischöfe auf ein Rundschreiben des Turiner Kultusministers. Wie zu erwarten stand und dem Minister vorher gesagt wurde, haben die 56 unterzeichneten Bischöfe sich ganz und gar für die römische Politik ausgesprochen und erklärt, „die weltliche Gewalt des Papstes sey ausgerechtlich zur Unabhängigkeit des päpstlichen Souverain nothwendig."

In Neapel hat General La Marmora mit der Schleifung der alten Citadelle begonnen. Das Zerstörungswerk wurde feierlich eingeleitet, wobei das Volk die Masaniello- und die Garibaldi-Hymne sang.

Durch die Auflösung der Statthalterschaft auf Sizilien tritt die Insel, welche bisher auf ihre Selbständigkeit so eifersüchtig hielt, nunmehr, ohne Sang und Klang, in den engeren Verband mit dem „einigen Königreich Italien". Jene Nuancen der Konstruktion und des höheren Steuersatzes haben in diesen Augenblicke die Bevölkerung zwar erschreckt, doch eine ins Gewicht fallende Reaktion nicht zur Folge gehabt.

Amerika.

Im Hafen von **Charleston** (Virginien) sind sechszehn große mit Steinen beladene Schiffe der Südländer vernichtet worden. Eine Flotten-Expedition unter dem Befehlshaber Burnside wird in der nächsten Woche mit 12,000 Mann an Bord von Annapolis (Maryland) gegen die Südstaaten auslaufen.

(Tel. d. Köln. Ztg.)

Während die Regierung des **mexikanischen** Präsidenten Juarez den Angriff dreier europäischen Mächte zu bestehen hat, wird sie gleichzeitig im Innern des Landes von General Doblado bekehdet, obschon dieser, ebenso wie Juarez, der liberalen Partei angehört. Um aber die Verwirrung vollständig zu machen, rücken auch die klerikalen Generale Marquez und Zuloaga auf die Hauptstadt los, und Jeder von ihnen allein möchte gern die Gewalt an sich reißen. Es ist wenig Aussicht, daß die Selbständigkeit Mexikos oder die sog. „Republik" noch lange Zeit erhalten bleibe. Nach den Befehlen seiner Regierung wird der französische Gesandte auf die Zurückweisung seines Ultimatum hin mit seinem gesammten Personal Mexiko verlassen. Er trifft bereits seine Vorbereitungen zur Abreise; jedoch befürchtet er einen Ueberfall auf dem Wege. Er hat die von der mexikanischen Regierung zur Verfügung gestellte Eskorte abgelehnt, da sie aus unzuverlässigen Soldaten gebildet war; und ist damit beschäftigt, selber die nöthige Bedeckung zusammenzubringen.

Volkswirthschaftliches.

ô **Frankfurt**, 9. Jan. (Priv.-Korresp.) Nachdem das Bedürfniß von Frankreich durch bedeutende Waizenzufuhren mehr als gedeckt worden ist, hat das Geschäft in **Cerealien** einen ruhigeren Gang angenommen und die Nordseehäfen spekuliren bloß in besseren Sorten auf England. — Nach **Zucker** war in letzter Zeit sehr starke Nachfrage, besonders in Magdeburg, und die Preise wurden in Folge dessen von den Eignern höher gehalten; doch ist wieder ein Rückgang bemerklich, da nach dem Rheine große Mengen Kolonialzucker unterwegs seyn sollen. — In **Spiritus**

Digitized by Google

ist wenig Geschäft; Hessen, Nassau und Umgegend beziehen diesmal ihren Bedarf aus Sachsen, wo die Preise wegen der ergiebigen Kartoffelernte billiger sind. Für Hopfen hatten die Spekulanten hohe Preise bezahlen vermocht; sie sind aber nicht erzielt worden, da England, welches allein viel dafür anlegt, nur vorzügliche Waare abnimmt. Im Tabaksgeschäft herrscht gleichfalls viele Stille und stockt der Export von Cigarren. Auch in Wein werden keine bedeutenden Abschlüsse gemacht, da die Preise zu hoch gehalten werden. Ballistirter vorjähriger Wein wird dagegen viel bereitet und verkauft.

(Bevölkerungszunahme von Großbritannien.) Nach einer Zusammenstellung von Dr. John Strang im letzten Quartalhefte des Journals der Statistical Society in London hat die Bevölkerung von England und Wales seit 60 Jahren um 171 % in von Schottland um 90 pCt. zugenommen. Es betrug nämlich die Einwohnerzahl

im Jahr	in England und Wales	in Schottland
1801	9,156,171	1,608,420
1811	10,454,529	1,805,864
1821	12,172,664	2,091,521
1831	14,051,986	2,364,386
1841	16,035,198	2,620,184
1851	17,927,609	2,888,742
1861	20,061,735	3,061,329.

Demnach ist im letzten Decennium allein die Bevölkerung von England und Wales um 12, und die von Schottland um nahezu 6 pCt. gestiegen. (L. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 7. Jan. Gestern fand im katholischen Gesellenhause eine Wiederholung der seit einigen Jahren jedesmal am St. Stephanstage aufgeführten lebenden Bilder statt, welche ihren Stoff den kirchlichen Ereignissen der Adventzeit entnehmen. (N. M. Z.)

München. Seit einiger Zeit kommen regelmäßige größere Transporte neumelkiger Milchkühe aus Württemberg per Eisenbahn hier an. (M. B.)

Gestorben in Petrskirchen der Pfarrer Matthias Stigl.

In Wien trat in einer der reichsten und angesehensten Bürgerfamilien, wie die „briefl. Mittheilungen“ berichten, am Neujahrstage Vormittag der Mann in das Boudoir seines jungen Weibchens und überreichte ihr mit einem sächsischen Kuß ein Dutzend Haushemden, mit den Bemerken, es sei dies der Neujahrsgeschenk, welches sie — wie er wisse — wohl brauche. Nach seiner schleunigen Entfernung, hatte sie, über des rohen Mannes Geiz empörte Frau nichts Eiligeres zu thun, als voll Entrüstung das mißrathe Geschenk in den tobenden Kamin zu werfen. Beim Mittagstische kam es zur Erklärung, und wer beschreibt das Entsetzen Beider — um jeden Handschuh war eine Hundertguldenrolle gewickelt gewesen.

In London ist seit Kurzem eine Herberge für ausgehungerte und obdachlose Hunde errichtet. Sie besteht aus drei großen Ställen, hat einen besonderen Arzt und Bärter, der jeden Abend Hunde durchwandern, um Kandidaten für das Siechhaus zu entdecken. Der Spectator bemerkt dazu, mit der Zeit werde man vermuthlich auch zu einem Siechspital schreiten, denn selbes bedürfe die Gesellschaft offenbar. Es sei eine Sünde, eine Satyre auf die Menschheit, daß man für die „intelligenten“ Thiere schwärme und durchschnittlich in London jeden Tag einen Menschen hungers sterben lasse.

Neueste Nachrichten.

München, 9. Jan. Se. Maj. der König hat das Kurrathenexamen Reuters, Edg. Justmarshausen, dem Priester F. X. Kinz, Kaplan in Horgau, des gen. Edg., übertragen. (R. M. B.)

Die Arrondirungen finden auch in Niederbayern Anklang; die Gemeinde Pilskofen, 1400 Tagw. mit 53 Betheiligten, ist bereits, die Gemeinden Aufsetting und Geltolfing werden demnächst arrondirt. (C. Bl.)

— Aus Ungarn. Wie dem „P. Bl.“ aus Miskolcz geschrieben wird, ist man in den Komitaten Borsod und Szabolcs einer großartigen Räuberbande auf der Spur, von welcher der energische Panduren-Kommissär Barcza bereits an 20 Mitglieder, darunter mehrere Gutsbesitzer, eingeliefert hat. Als Urheber eines nahe bei Debrezin an einem Fuhrmann begangenen Raubmordes sind ein Advokat und ein Student verhaftet worden; der Bruder des Ersteren, ein Gutsbesitzer, erschoß sich vor seiner Arretirung. Das Gerücht spricht noch von mehreren bedeutenden Persönlichkeiten, deren Verhaftung demnächst erfolgen soll.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stadtlichen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	67⅛ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58½—⅝ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	46⅝ P.
"	4½ pCt. dto. dto.	40⅝—½ G.
"	4 pCt. dto. dto.	—
"	3 pCt. dto. dto.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103½ P.
"	4½ pCt. Obl. I.Anl. dto.	103⅛ G.
"	4½ pCt. Obl. I./Anl. dto.	103⅞ G.
"	4 pCt. Obl. dto. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1847	98¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
"	3 pCt. Obl. dto.	92 G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 5. 2. 30	46⅜ G.
"	2 pCt.	41½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 200	1131½ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	683 P. 682 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	146⅝—4⅜ G.	
Bayerische Bank à 5. 200	—	
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à 5. 250	191 P. 190 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	74½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	78 P. 77⅝ G.	
Internationale Bank in Luxemb.	87 G.	
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	336 P. 333 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	65 P.	
Oest. F. St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 2½.	285 P.	
" Elisab.-Eisenbahn à pCt.	106 P. 107 G.	
" Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	73¼ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.	29¼ P.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	129⅜ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103⅞ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	244 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.	
" Central-Akt. Ges. Peresire . .	430 P.	
Bayr. Ostbahn à 4⅛ pCt. vollein.	105⅝ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. f. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. f. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin 72. 100 k. S.	105 B.
Brem. 30 Tb. Lad. k.S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅜ G.
Leipzig 72. 90 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅛ B. 92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 5. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. i. S.	82½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	88 P. 87 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52⅛ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	19⅞ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	58⅛—⅜ G.	" fl. 25 do.	32⅜ G.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	101 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	118⅛ P.	Sardinien Fr. 36 do. B.	43 P. 41⅝ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 21½ pCt. Z	36⅛ P.
Badische fl. 50	91 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	53½ P.	Anesh.-Gunseeh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 9. Jan. Die Nachricht von der friedlichen Ausgleichung des englisch-amerikanischen Konfliktes rief lebhafte Kauflust, besonders für österr. Fonds, Bank-, Kreditaktien und Anlehensloose hervor, welche bei erheblichem Umsatze einen ziemlich bedeutenden Aufschwung nahmen. Auch einige Gattungen süddeutscher Fonds waren begehrt und höher. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 11. | 59. Jahrgang. | Samstag, 11. Januar 1862.

Vorausbezahlung: Vierteljährlich 1 fl. 12 kr. Bei Intervallen wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Flugblatt mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.

Deutscher Bund.

Bayern. Im „Bayer. Landboten" finden wir folgenden Artikel: „Es wird sich mehrfach seit einiger Zeit dahin öffentlich ausgesprochen, daß bei der diesjährigen Konskription einige Abtheilungskommandanten nicht ohne Grund beschränken, die bevorstehenden Beförderungen werden in Folge der unerfüllt gebliebenen Erwartungen über Löhnungserhöhung höchst fühlbare Lücken unter ihren Unteroffizieren hervorrufen. Der jetzigen Generation des bayerischen Heeres, welcher ohne Rücksicht darauf, ob die Geldmittel des Landes hinreichen können, jeder beliebigen Anforderung zu entsprechen, auf solche Weise Unzufriedenheit beigebracht wird, scheint aber nicht in Erinnerung zu seyn, daß noch bis zum Jahre 1826 Unteroffizieren das Einstehen für Konskribirte nur unter der Bedingung des Nachrittes in den Stand der Gemeinen, dann des Verzichtes auf eine allenfalls durch Anzeichnung im Felde erwobene Medaillenzulage, entlich selbst, was die Verheirathungen betrifft, des Verzichtes auf jede Militär- und Waisenunterstützung im Falle des Ablebens als Einsteher gestellt war. Diese Bedingungen waren doch für die allermeisten Unteroffiziere einem gänzlichen Verbote des Einstehens gleichbedeutend: Innerhalb der 35 Jahre nun, seit welchem diese Beschränkungen aufgehoben wurden, haben sich bekanntlich die Summen, welche für eine sechsjährige Kapitulation als Einsteher bezahlt wurden, im Durchschnitte beiläufig wie folgt, gestaltet: Vom Jahre 1826 bis 1830 bei der Infanterie 200—300 fl., bei anderen Waffen 300—400 fl.; vom Jahre 1840—1847 bei der Infanterie 400—500 fl., bei anderen Waffen 500—600 fl.; vom Jahre 1848—1858 bei der Infanterie 500—600 fl., bei anderen Waffen 600—700 fl.; vom Jahre 1859 beginnend bei der Infanterie 600—700 fl., bei anderen Waffen 700—800 fl. Diese den Unteroffizieren nach vollendeter erstmaliger Dienstzeit ohne jede Beschränkung ihrer sonstigen Ansprüche, selbst nicht der Beförderung zum Vorrücken in Offiziersgrade zugewendeten Einstandskapitalien entsprechen demnach mit Rücksicht auf die Zinsen zu 4 pCt. eine sechsjährige Subsistenzaufbesserung per Tag und zwar ohne Rücksicht der Urlaubs- und Krankenlage von 6½ kr. ausfindig, sie zu 27 kr. Allerdings könnte also deutlich werden, in welchem Maße einschlüßig der neuesten Löhnungsregulirung die prekuläre Stellung der Unteroffiziere seit dem Jahre 1826 immer mehr aufgebessert worden und was insbesondere von den Klagen bezüglich der nunmehrigen „Dienstalterszulage" der Unteroffiziere gehalten werden muß, welche — verschieden von der früher nur für einige wenige Chargen bei der Artillerie und den technischen Truppen in den ersten zwei Kapitulationen bestandenen sogenannten Kapitulationszulage — für die Folge jedem Unteroffizier und jedem in diese Kategorie zählenden Unterstab-Individuum sämmtlicher Waffengattungen selbst dann noch eine allmälig beigelegte Aufbesserung gewährt, wenn aus irgend einem Anlasse eine längere Stockung im Vorrücken in höhere Chargen eintritt, die Aussicht hiezu für immer benommen ist, oder die Beförderung zum Einstehen aufgehört hat. (Vergl. den folgenden Artikel.)

g (Daß neue Löhnungsregulativ der kgl. bayer. Armee betr.) (Eingesandt.) Die immer noch laut werdenden Klagen, daß durch das kürzlich erschienene Löhnungsregulativ für die k. bayer. Armee einzelne Chargen, sowohl im Allgemeinen, als auch in Anbetracht ihres Dienstes gegenüber anderen Waffengattungen verkürzt worden, erscheinen bei näherer Beleuchtung nicht begründet, und möchten wohl auf nicht genügender Auffassung des leitenden Geistes der Schöpfer dieses Regulativs sich basiren. Allerdings wurden die Oberfeuerwerker der Artillerie-Regimenter, die 1. Wachtmeister der Fuhrwesens-Eskadronen, Obermeister des Genie-Regiments, dann Feldwebel der Ordinari- und Sanitäts-Kompagnien bei ihrem früheren Bezuge von täglichen 40 Kreuzern und aus besonderen Rücksichten mit Zugabe eines Menage-surplus von 1 kr. 2 hl. belassen, und warum? Weil diese Chargen einerseits einer Aufbesserung nicht bedurften und eine solche anderseits nicht leicht mehr erwirkbar war? Rechnet man nämlich zu einem monatlichen fixen Bezug von 20 fl. noch die wohl in Anschlag zu bringenden Nebenbezüge, als: freien Kasernengenuß mit Licht und Holzbezug, das Brodgeld, die Menagezulage, wo einschlägig, die Dienstes-Alterszulage, die Montirungen ꝛc., so stehen sich bei einem monatlichen Gesammtbezuge von wenigstens 28 fl. nicht zu beklagen seyn, und würden bei einer weiteren Aufbesserung die Bezüge dieser Unteroffiziere in keinem Verhältnisse mehr zu den Gagen der Junker stehen, sondern dieselben sogar übersteigen. Treue Pflichterfüllung liegt allen Soldaten ohne Unterschied ob. Es wird auch Niemand, der damit vertraut ist, den anstrengenderen Dienst und die mehrfachen Uebungen dieser Waffengattungen verkennen. Wie wäre es jedoch möglich, bei der Größe eines solchen Körpers die Dienste und Verdienste des Einzelnen hinlänglich zu lohnen, da überhaupt jeder Militär bei dem Eintritt und der Strenge seines Berufes nie nach Verdienst belohnt werden, sondern nur das Mögige zu einem ehrenhaften Leben erhalten kann, während er in den Bevorzugten der Würde und Achtung seines Standes für gar Manches Entschädigung suchen und finden muß. Werfen wir noch, abgesehen von All' dem, einen Blick in den Civildienst, so werden uns Tausende und abermals Tausende entgegentreten, die bei einer äußerst anstrengenden Arbeit vom Grauen des Tages bis zum Sinken der Sonne und oft bis tief in die Nacht hinein, nur einen täglichen Verdienst von 40—48 Kreuzern erzielen können, bei der harten Verpflichtung, hievon auch noch eine Familie zu ernähren, wobei von freien Logis, Licht, Holz ꝛc. wohl noch keine Rede ist. Bei solchen Erwägungen möchte die gegenwärtige prekuläre Stellung unseres Militärs nicht zu beklagen seyn und erscheint die jüngst in einem Beiblatte der „Neuen Würzburger Zeitung" (Würzburger Anzeiger) geliefte Behauptung, als sey das Regulativ von einem Einzelnen, nur auf theoretischen Grundlagen basirt, bearbeitet worden, um so mehr ungerechtfertigt, als bekanntlich dergleichen Elaborate erst nach vorgängiger reiflicher Berathnahme sowohl der theoretischen, als auch praktischen Seite durch das Kollegium an die Krone gelangen.

Preußen. Aus Preußen, 4. Januar. (Bittere Wahrheiten.) Wenn auswärts hier und da noch die irrige Meinung bestanden haben mag, schreibt man der „N. Fr. Ztg.", Preußen werde im Sinne des konstitutionellen Systems regiert — so thut die „Sternztg.", dieses mindestens offiziöse Organ unseres Ministeriums, redlich das Ihrige, um jene erwähnte zu gute Meinung gründlich zu beseitigen. Wir haben in der That eigentlich keine Minister, sondern nur Diener des Königs, denn, wie die „Sternztg." sagt: „Man muß wissen, daß in Preußen der König allein regiert." — Dies ist sehr wahr und die offenherzige Sprache verdient Dank; dann aber lasse man auch die gepriesene Redensart von den moralischen Eroberungen fahren. Man fasse lieber den Gatschluß, sich zu bessern, so lange es noch Zeit ist. Die „Sternztg." hat keine Ahnung davon, welcher tiefe Mißmuth alle Schichten des preußischen Volkes in allen Provinzen durchdringt. Dies ist eine Unzufriedenheit, welche nur durch die volle und ehrliche Einführung des konstitutionellen Systems gehoben werden kann. Das Volk ist den mit ämtlichen konstitutionellen Formen behangenen Absolutismus, der noch bei jeder Gelegenheit unter der Maske hervorblickt, so überdrüssig, daß die Zeit nicht mehr allzufern seyn kann, wo dieser Ueberdruß gewaltsich werden muß, wenn nicht seine Ursachen beseitigt werden. Wenn die durch das preußische Preßgesetz geknebelte Presse des Inlandes nur schüchtern die Wahrheit sagen darf, so mag doch die Regierung davon überzeugt seyn, daß die Presse nicht den zehnten Theil von demjenigen wiedergibt, was man im Lande denkt und empfindet. Wo soll aber auch die Zufriedenheit herkommen, wenn nicht nur die Steuern und die Wirkungen der bestehenden Willkürgesetze mit jedem Jahr drückender

Digitized by Google

werden, sondern auch die ministerielle Zeitung offen den Absolutismus als die Richtschnur der Regierung predigt.

Die preußischen Junker haben zu einem Ehrenschilde für den Exkönig Jérôme 12,000 Thlr. zusammengebracht. Für die Flotte hat das Junkerthum kein Geld, klagt die „Berl. Volks-Ztg.“

Wie die „Zeit“ hört, leidet Professor v. Sybel in Bonn an einer Augenkrankheit, die ihm im günstigsten Falle kaum vor Mitte Februar erlauben werde, sich nach Berlin zu begeben, um seinen Sitz als Abgeordneter einzunehmen.

Dr. Faucher ist in Delitzsch zum Abgeordneten gewählt worden. Er hat versprochen, in den volkswirthschaftlichen Reformfragen „nicht mit sich scherzen lassen“ zu wollen, er will Preußen von der „Realluft“ befreien, die es nach dem Ausdruck des Präsidenten der volkswirthschaftlichen Kongresse an dem schutzzöllnerisch gesinnten Handelsminister v. d. Heydt besitzt.

Kurhessen. Kassel, 8. Jan. Heute die zweite Kammer zugefügt wurde, äußerte der Landtags-Kommissär, man sollte doch, da die Rechtsfrage so schwierig sey, der Ansicht der Regierung Glauben beimessen, wonach die Verfassung von 1860 die allein giltige wäre. — Es war eine Adresse der Kammer an den Kurfürsten vorbereitet worden, die aber der Landtagskommissär nicht annahm. Dieselbe lautet: „Allerdurchlauchtigster Kurfürst und Herr. Von tiefstem Schmerze über die unglückliche Lage des Landes durchdrungen, nahen wir uns dem Throne Ew. Königl. Hoheit, die zum letztberufenen Landtag abgeordneten Landesthern vorzutragen; jedoch sie mußten unverrichteter Sache nach Hause zurückkehren, da die Minister Ew. königl. Hoheit die Ausführung jener Beschlüsse zu verhindern für gut befunden. Auch dieses Mal scheint es uns nicht glücken zu sollen. Das Land aber, durch die wiederholten Erfahrungen solcher Art belehrt, sucht nach andern Wegen. Eine Adresse, wie Ew. königl. Hoheit wissen, hat der Stimmung, welche im ganzen Volke herrscht, den unumwundensten Ausdruck gegeben, und trotz der schärfsten Verfolgungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen binnen wenigen Tagen mehr als 15,000 Unterschriften erhalten. Es ist dieser Adresse der Vorwurf der Unehrerbietigkeit gemacht worden. Allerdurchlauchtigster Kurfürst, Allergnädigster Herr! Wir maßen uns darüber kein Urtheil an; wenn wirklich der Ton jener Adressen verletzt, wenn die Form nicht die rechte wäre, so ist der Standpunkt Ew. Königl. Hoheit doch ein viel zu erhabener, als daß Allerhöchstdieselben in einem so hochwichtigen Moment an derzleichen Aeußerlichkeiten Anstoß nehmen würden. Ueberdies sind wir fest überzeugt, daß kein Wort der Adresse unehrerbietig gemeint ist. Der Kern dieser Vorstellung, ganz von der treuherzigen, freimüthigen, ehrlichen Art des zu seiner Zeit anders als treu befundenen Hessenvolks, er kann, er muß Ew. Königl. Hoheit nur gefallen. Die Entschiedenheit, welche sich in der Sache selbst kundgibt, sie ist zugleich die beste Bürgschaft, daß ebenso auch jedes Wort, welches der Bestätigkeit und dem Frieden gilt, ernsthaft gemeint und zuverlässig ist. Wir bitten Ew. Königl. Hoheit allerunterthänigst, stellen Allerhöchstdieselben das bis zum September 1850 bestandene Verfassungsrecht thatsächlich wieder her, umgeben Sich Allerhöchstdieselben mit Räthen, welche das Vertrauen des Landes besitzen, und die nach dem Wahlgesetz von 1849 berufenen Stände werden das in sie gesetzte Vertrauen durch eine Revision der Verfassung und des Wahlgesetzes nach den Grundnormen des Bundesrechts auf das Glänzendste rechtfertigen. Allergnädigster Kurfürst und Herr! Geben Sie Ihrem guten Volke den Frieden zurück, und Niemand wird darüber glücklicher seyn, als die wir in allertiefster Ehrfurcht verharren u. s. w. (Folgen die Unterschriften.)“

Kassel, 9. Jan. Die von der Landtags-Kommission zurückgewiesene Adresse der Stände an den Kurfürsten ist heute Mittag vom Alterspräsidenten Baupel eigenhändig im kurfürstlichen Palais abgegeben und ist bis jetzt, 3 Uhr, noch nicht zurückgegeben worden. (Zeit.)

Oesterreich. Wien, 7. Jan. Zur Frage der Bundesreform enthält die „Donauzeitung“ heute folgenden halbamtlichen Artikel: „In verschiedenen Versionen geht die Nachricht durch die Blätter, daß über Bundesreformentwürfe eine Weisung des Grafen v. Rechberg neuerlich an die österr. Gesandten bei den deutschen Höfen erlassen worden, zugleich auch in welcher Tendenz dieselbe abgefaßt sey. Wir können versichern, daß ein solcher Circularerlaß des österreichischen Ministeriums des Auswärtigen gar nicht existirt.“ (Die österreich. Regierung will an eingreifende Veränderungen der deutschen Bundes-Verfassung erst dann gehen, wenn die inneren Verhältnisse des österreich. Staates geordnet sind und sie dadurch in den Stand gesetzt ist, bestimmt zu sagen, was sie ihren Bundesgenossen bieten kann.)

Verona, 4. Jan. Vorgestern traf der Kaiser hier ein. Se. Majestät stieg sogleich zu Pferd und begab sich auf den Campo Marte, auf welchem die Truppen der Garnison in vollster Parade aufgestellt waren. Nachdem der Kaiser die Parade über die ausgerückten Truppen, 24 Bataillone Infanterie, 2 Husarenregimenter, eine große Anzahl von Artillerie und technischen Truppen, im Ganzen sieben Brigaden, abgenommen, ließ er das gesammte Offizierkorps vortreten und hielt eine kurze Rede an dasselbe. Als Se. Majestät geendet hatte, trat der FZM. Ritter v. Benedek vor und erbat sich die Bewilligung, diesmal das reglementsmäßige Stillschweigen brechen und den Kaiser der unbegrenzten Ergebenheit und Treue der Armee versichern zu dürfen. Bei diesen Worten brach das versammelte Offizierkorps in so stürmische Jubel- und Hochrufe aus, daß sich die Begeisterung auch der Mannschaft mittheilte, welche, da einmal das Eis der starren Disziplin gebrochen war, ihren Ergebenheitsgefühlen gleichfalls in so feuriger Weise Luft machte, daß der Kaiser sichtlich davon ergriffen war. Sämmtliche Musikbanden stimmten die Volkshymne an, welche durch das brausende Vivat der mehr als 20,000 Stimmen übertönt wurde. (Pr.)

Frankreich.

Paris. Die französische Regierung hat den Verkauf des Porteail des Generals Boeges untersagt. (Wieder eine kleine Freundlichkeit gegen die Turiner Regierung, die im Grund nichts nützt; die Abberufung der französischen Besatzung aus Rom wäre ihr lieber.)

Paris, 8. Jan. Nicht allein im Staatsbudget, sondern auch in dem des Kaiserl. Hofes werden Ersparnisse vorgenommen. Mehrere überflüssige Aemter werden unterdrückt. Auch läßt man die kaiserliche Stuterei in Versailles eingehen. Dort wurden die Wagenpferde der kaiserlichen Ställe erzogen. (Damit deckt man aber das Defizit von 1000 Millionen noch lange nicht!)

Spanien.

Nach dem „Journal des Debats“ sind die HH. Matamoros und Alhama, welche des Protestantismus und der Verbreitung der Bibel angeklagt waren, von der spanischen Regierung zu sieben Jahren Galeerenstrafe verurtheilt worden.

Italien.

Der Papst hat, um seinen Bemühungen zur Vereinigung der römisch- und der griechisch-katholischen Kirche einen neuen Schwung zu verleihen, einen stehenden Ausschuß von Kardinälen mit dieser Angelegenheit beauftragt. (Zeit.)

Turin, 9. Januar. In einer Versammlung der Majorität der Deputirten hat dieselbe mit Einstimmigkeit beschlossen, das Vertrauen zu dem Ministerium Ricasoli aufrecht zu erhalten. Damit ist aber der allgemein herrschende Mangel an Vertrauen in die Haltbarkeit des Ministeriums Ricasoli, in die Fähigkeit Ricasoli's, der inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, nicht beseitigt, was sich am deutlichsten darin zeigt, daß er noch immer keinen Mann für das Ministerium des Innern hat auftreiben können. (Fr. J.)

Die Turiner Regierung hat durch ihre Agenten in Erfahrung gebracht, daß König Franz in der letzten Zeit eine Summe von 60,000 Pfd. St. aus London erhalten hat. Man glaubt, daß dieses Geld zur Bestreitung von neuen bourbonischen Unternehmungen, welche im Frühjahr ausgeführt werden sollen, bestimmt sey. In der That erfährt man, daß die Anhänger des vertriebenen Königs in Frankreich und Spanien schon seit einiger Zeit bedeutende Werbungen vornehmen.

Nach Briefen aus Neapel vom 30. v. M. sind dort zahlreiche Verhaftungen unter der Nationalgarde vorgenommen worden. Man soll ein bourbonisches Komplott in ihren Reihen entdeckt haben. Ein eigenes Komité hatte sich aus einflußreichen Offizieren der Nationalgarde konstituirt, um diese Miliz für den König Franz zu gewinnen. Die Verhafteten sind dem Militärgerichte übergeben worden. Von der eingeleiteten Untersuchung wird es abhängen, ob die Nationalgarde ganz oder theilweise aufgelöst werden wird. In den Provinzen hat man bereits häufig zu dieser Maßregel

Digitized by Google

schreiten müssen, weil man den Bürgermilizen nicht mehr trauen konnte.

Amerika.

New-York, 28. Dez. Die amtliche Korrespondenz in der Angelegenheit der Kommissare Mason und Slidell ist veröffentlicht worden. In einem an den amerikanischen Gesandten in London, Herrn Adams, gerichteten Schreiben sagt der amerikanische Minister des Auswärtigen, Herr Seward, Kapitän Wilkes habe in der Trent-Angelegenheit ohne Instruktionen gehandelt, und er, Seward, hoffe, daß England die Sache in freundschaftlichem Sinne aufnehmen werde. Von amerikanischer Seite könne es eine gleiche Stimmung erwarten. Ein Brief Earl Russell's rügt die der britischen Flagge angethane Beschimpfung und spricht die Hoffnung aus, daß der gewaltthätige Schritt ohne Ermächtigung der Unionsregierung gethan worden sey, welche wissen müsse, daß England eine solche Beleidigung nicht ungesühnt vorübergehen lassen könne. Ferner hofft er, die Unionsregierung werde durch Auslieferung der vier Gefangenen an Lord Lyons eine angemessene Genugthuung geben. Seward, dem eine Abschrift dieser Depesche hinterlassen wurde, antwortet, die englische Regierung sey von einer ganz richtigen Voraussetzung ausgegangen, indem sie angenommen habe, daß Kapitän Wilkes zu seinem Verfahren nicht durch die Unionsregierung ermächtigt worden sey. Die englische Regierung werde sehen, daß die amerikanische ein rechtswidriges Verfahren, für welches England die gleiche Genugthuung zu fordern berechtigt sey, wie Amerika sie von einer befreundeten Nation in einem ähnlichen Falle erwarte, weder besitzt noch gebilligt habe. Die Regierung könne die Gerechtigkeit der englischen Forderungen nicht läugnen, die Gefangenen fänden zur Verfügung des Lord Lyons und er bitte denselben, ihm nur anzuzeigen, wenn er sie in Empfang zu nehmen wünsche. Darauf antwortet der britische Gesandte, er werde seiner Regierung dieses Schreiben übermitteln. In Bezug auf die Entgegennahme der vier Gefangenen soll eine persönliche Besprechung Statt finden. (Die „Köln. Ztg." bemerkt hiezu: „Die englische Regierung hat nur, was bei der Beschimpfung ihrer Flagge ihre unerläßliche Pflicht war, indem sie durch ihren Gesandten, Lord Lyons, die Auslieferung der Herren Mason und Slidell forderte. Sie that dies auf die schonendste Weise: Lord Lyons erhielt von seiner Regierung die Anweisung, bei der Auslieferung seines Auftrages möglichst Alles zu vermeiden, was einem so stolzen, ja, übermüthigen Volke, wie die Bürger der Vereinigten Staaten, Anlaß geben konnte. Er ließ, als ihm am 18. Dez. seine Depeschen zugegangen waren, der amerikanischen Regierung zwei Tage, die Berichte ihrer Gesandten und die Nachrichten aus Europa entgegen zu nehmen und sich über die Stimmung Englands zu unterrichten. Unmöglich konnte die Regierung in Washington gleich dem größten Haufen da noch Zweifel hegen, daß es England blutiger Ernst sey, nachdem es aus Friedensliebe binnen 25 Jahren sieben- bis achtmal bei ausbrechenden Streitigkeiten mit Amerika nachgegeben, diesmal nicht nachzugeben, sondern auf die Weigerung, die Gefangenen auszuliefern, zum Kriege zu schreiten. Der englische Gesandte hatte darauf mehrere Unterredungen mit dem amerikanischen Minister des Auswärtigen, Hrn. Seward, den er in nichtamtlicher Weise von seinem Auftrage in Kenntniß setzte, immer noch in der Hoffnung, daß die amerikanische Regierung den Streit in ehrenvollster Weise beendigen werde, indem sie Mason und Slidell aus freien Stücken auslieferte, ehe noch England seine Forderung gestellt. Als diese Hoffnung nicht in Erfüllung ging, überreichte Lord Lyons am 28. Dez. seine verhängnißvolle Note, und wie wir gesehen haben, ließ das Kabinet des Präsidenten Lincoln noch mehrere Tage verstreichen, ehe es sich zur Auslieferung bequemte. Einem unbefangenen, ruhigen Beobachter mußte es freilich wie Wahnsinn erscheinen, Englands gerechte Forderung abzuschlagen. Aber die Amerikaner haben sich daran gewöhnt, daß England immer nachgebe, und ihre Leidenschaften sind durch den Krieg auf unnatürliche Weise erhitzt, namentlich gegen England. Sie sind wüthend darüber, daß England sich neutral erklärte, d. h. die südlichen Staaten nicht als Empörer, sondern als Leute ansieht, die Krieg führen. Und doch thut England damit nur, was alle übrigen Staaten ebenfalls thun, und was England in ähnlichen Fällen, z. B. beim Aufstande der Griechen, stets beobachtet hat. Im Falle der Auslieferung der Herren Mason und Slidell waren die Leidenschaften um so mehr entflammt, als diese bei der Losreißung des Südens eine Hauptrolle spielen, ja, als die eigentlichen Anstifter gelten. Um so weniger können sich die Amerikaner von dem Unrechte ihrer gewaltsamen Wegführung überzeugen*), und das Rechtsgefühl ist leider in den Vereinigten Staaten in jüngster Zeit überhaupt in traurigster Weise abgeschwächt. Nein, es ist leider nicht das Rechtsgefühl, was bei der Auslieferung der Gefangenen den Ausschlag gab. Es ist die trostlose Lage, in welche die Union bei einem Kriege mit England geriethen würde. Sie vermag schon den Krieg gegen die Konföderation (die südlichen Staaten), trotz eines Kriegsaufwandes, den man auf täglich anderthalb Millionen Dollars berechnet, nicht mit Erfolg zu führen. Trotz allen Volksgeschreies, daß etwas geschehen müsse, mag der Oberbefehlshaber, Mac Clellan, nicht, über den Potomac vorzudringen und die Feinde in ihren wohlbefestigten Stellungen anzugreifen. Was sollte aus dem Kriege gegen den gemmig gehaßten inneren Feind werden, wenn die Union noch einen zweiten Krieg mit England beklämet? Die Südstaaten würden sogleich anerkannt, ihre Blokade gesprengt und die schwache amerikanische Flotte von Englands tausend Kriegsschiffen von allen Meeren gefegt werden.*)

Die Nachricht von der „Vernichtung" der mit Steinen beladenen Schiffe im Hafen von Charleston ist so zu verstehen, daß dieselben versenkt wurden, um feindlichen Schiffen den Zugang zu wehren; nur eine schmale Oeffnung hat man für die Schiffe der Union gelassen, wenn dieselben nach Fort Pulaski hinaufsegeln wollten. — Der Bürgerkrieg in Missouri nimmt einen barbarischen Charakter an. Da die Separatisten überall Eisenbahnbrücken zerstören, so hat General Halleck den Befehl erlassen, Jeder, der bei einem solchen Frevel mitwirke, solle erschossen werden.

Asien.

In Tripolis in Syrien haben Türken französische Unterthanen gemißhandelt. Der französische Konsul hat deßhalb Genugthuung verlangt. Die Fregatte „Mogador" ist vor Tripoli angekommen. (Tel. d. Zeit.)

Nichtpolitische Zeitung.

Dieser Tage gelangte an den **König von Preußen** die Glückwahl eines armen Mannes um eine kleine Gnadenunterstützung mit der sonderbaren Ueberschrift: „Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster, Allerdurchreinglichster (durchstäkich) König und Herr!" Der König lachte und bewilligte die erbetene kleine Summe.

Bern, 7. Jan. Laut einer vom „Bureau Integrisan" in Paris ausgearbeiteten Statistik über Schiffbrüche im Jahre 1861 geht hervor, daß die Anzahl der im verflossenen Jahre gestrandeten, verschollenen, beschädigten und auf sonstige Weise verloren gegangenen Geschiffe sich auf 2171 gegen 2148 in 1860 beläuft. Die Durchschnittszahl der Schiffsverluste während der letzten 10 Jahre ist 2066. Mit Ausnahme der Jahre 1836, 1838 und 1854 ist das Jahr 1861 bezüglich der während desselben verschollenen Schiffe das unglücklichste, indem 150 Schiffe mit Mann und Maus verloren gingen, ohne daß man irgend etwas Näheres darüber erfahren hätte. Das Anlegeln der Schiffe hat sich, wie in den frühern, so auch in diesem Jahre vermehrt und berechnet man, daß 1861 109 Schiffe dadurch zu Grunde gingen. Die Statistik der verbrannten Dampfer und Segelschiffe zeigt ebenfalls kein günstigeres Resultat.

(Der reichste Mann in Rußland.) Es gibt in Rußland Adelige, welche 70,000, ja mehr als 100,000 Leibeigene besitzen. Der Graf Scheremetieff gilt für das reichste Mitglied des russischen Adels. Er besitzt 120,000 Leibeigene, unter denen sich mehrere befinden, deren Reichthum Millionen beträgt. Sein Jahreseinkommen wird auf 1½ Mill. Silberrubel = 3,100,000 fl. geschätzt. Jeder Leibeigene bezahlt seinem Herrn 10 — 15 Rubel jährlich; wenn man diese Ziffer mit der Gesammtzahl der gegenwärtig in Rußland lebenden Leibeigenen (mehr als 23 Mill.) multiplizirt, und den Werth eines jeden Leibeigenen nur auf 300 Rubel (1250 Frcs.) anschlägt, so ist der Betrag, mit welchem die Emanzipation die Herren der Leibeigenen bedroht, gewiß nicht unter 25 Milliarden, fast so viel als die englische Nationalschuld.

(N. M. Z.)

Ein schauderhaftes Ereigniß hat sich in **New-York** zugetragen. Die Bewohner des Hauses Nr. 292 in der 2. „Avenue" hörten einen argen Lärm im fünften Stock, wo eine achtbare, alte Dame, Mrs. M'Gill, mit ihrem 31 Jahre alten Sohne ein bescheidenes Logis einnahm. Der Lärm wurde so arg, daß die Leute auf der Straße stehen blieben, und endlich sah man, daß eine gräßlich verletzt wurde, indem er auf eigene Faust die Kommissäre verhaftete, statt den „Trent", der die Rentralität verletzt hatte, erst vor den Prisengericht zu bringen. D. Red.

*) Wir glauben jedoch, daß in der Sache selbst die Amerikaner im Recht waren, während allerdings die Form durch den Kapitän Wilkes

Digitized by Google

Frau gewaltsam aus dem Fenster gestürzt wäre, welche auf das Pflaster fiel und augenblicklich verschied. Es war Madame Mowill. Ein Schrei des Entsetzens drang durch die versammelte Volksmasse, welche sogleich nach dem finstern Stadtwerk drang, um den Thäter zu fassen. Man fand in den Stube der Getödteten und brachte ihn auf die Polizei. Mutter und Sohn hatten bis dahin in großer Eintracht gelebt und man glaubte, der letztere habe die That in einem Anfall von Wahnsinn gethan; der Untersuchungsrichter sagte aber aus, der Sohn, der sonst außerordentlich mäßig lebte, sey vor 3 Tagen heftig betrunken und die Ursache des Zwistes gewesen, der endlich einen so traurigen Ausgang genommen. Seit seiner Verhaftung ist der Thäter ganz wüthend, er rast in seinem Gefängniß und macht den Eindruck eines Wahnsinnigen. (N. Y. S.)

— Zu Nangasaki in Japan ist eine Art medizinische Schule gegründet worden. Ein holländischer Marinearzt Dr. B. wurde dazu berufen und hat vierzig japanesischen Aerzten, welche auf den Schulen von Miaco und Jedo eine Vorbildung genossen haben, schon seit fünf Jahren Vorlesungen gehalten. Die Schüler wurden ihm theils von der Regierung, theils von den einzelnen Fürsten zugesandt, um nach Ablauf ihrer Studien zurückberufen zu werden und als Hof- und Leibärzte zu fungiren. Sie gehören meist den besseren Ständen an.

Neueste Nachrichten.

München, 10. Jan. Se. Maj. der König hat auf die Landrichterstelle in Ammerfeld den Landrichter Aug. Schmahl in Otterberg, entsprechend seinem Ansuchen, versetzt; den kemp. zweyt. Landrichter Karl Jos. Schuler von Bergzabern, seiner Bitte entsprechend, als Landrichter in Otterberg reaktivirt. (N. M. Z.)

München, 10. Jan. Zu der im Staatsministerium der Justiz stattgehabten Berathung über Notariatsgebühren-Ordnung waren auch fünf Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, die HH. Advokaten Dr. Baur, Arnheim, Revi. Barth und Heimer, eingeladen und sollen sich dieselben sehr günstig über die Vorlage ausgesprochen haben, da deren Bestimmungen allen berechtigten Ansprüchen sowohl der Notare als des Publikum vollkommen entsprechen dürften. (N. Münch. Z.)

München, 10. Jan. (Privat-Korresp.) Der neuernannte Generalverwaltungsdirektor der Armee, Hr. Fennigle, ist heute von Sr. Maj. dem König empfangen worden. Derselbe wird sich vor Uebernahme seiner hiesigen Stelle nochmals nach Frankfurt begeben, um sein bisheriges Amt seinem Nachfolger zu übergeben. Die Militärverwaltung der Schweiz hat sich von unserm Kriegsministerium ein Muster der vollständigen Ausrüstung der bayerischen Infanterie-Artillerie und wird dasselbe sofort nach Bern gesendet werden. Im Gesetzblatte Nr. 24 wird das Ministerialgesetz „zum Schutze gegen Pockenseuche" veröffentlicht; zwei Beilagen hiezu werden die beiden Strafgesetze enthalten.

Gestorben der quies. Salinen-Revisorsadjunkt N. Hermann in Ludwigshafen.

Wie die „Evangel. Blätter" melden, wird ein großer Theil der Pfarrgemeinde Waldsachsen in der Pfalz als Folge der Gefangbuchsverwirrung sortan nicht mehr den öffentlichen Gottesdienst besuchen, sondern religiöse Privatzusammenkünfte halten, und zwar gerade der bis jetzt kirchlich gewesene Theil.

Man schreibt aus Glogau, daß das Urtheil des Kriegsgerichts über die Lieutenants v. Sodte und Pudki (welche mehrere Bürger verwundet hatten) ein unverhältnißmäßig mildes sey, und daß man nicht einmal auf Kassation der Schuldigen angetragen habe. Bei der absoluten Verschwiegenheit, die von den Kriegsgerichten meist beobachtet wird, läßt sich natürlich mit Gewißheit nichts behaupten, unerhört wäre es, wenn auch in diesem exklatanten Falle, der in ganz Deutschland einen Sturm des Unwillens und der Entrüstung hervorgerufen hat, der Gerechtigkeit vorgegriffen würde.

Aus Pisek in Böhmen melden czechische Blätter in den krassesten Ausdrücken einen Vorfall, dessen mindestens theilweise Berichtigung schwerlich lange auf sich warten lassen wird. Das Thatsächliche des verdächtigen Berichtes ist Folgendes: Ein Lieutenant hat einen zudringlichen Bettelknaben mit dem Säbel so gefährlich verwundet, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Ein paar Tage darauf hat derselbe Offizier auf eine Schaar Knaben, deren Einer beim Schlittschuhlaufen an ihn anstieß, und auf einen Bürger, der sich der Knaben annehmen wollte, eingehauen. Auf die Gegenvorstellung, daß der Garnisons-Kommandant den Bürgerschutz erklärt haben, es werde auch fernerhin so verfahren werden, während der herbeigerufene Lieutenant die Bürgerdeputation angeblich mit Schimpfworten überhäufte. Erst zuletzt habe der Kommandant sich entschlossen, über den Lieutenant Hausarrest zu verhängen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co.: 1. S. b. R.)	—	
	5 pCt. Lomb. „ dittp.	80	
5/7	5 pCt. Venet. Coupons b. R.	683/4 P.	
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	567/8 P. 1/4 G.	
	5 pCt. Metall. Obligation.	461/8 P.	
	4½ pCt. „ „	40 1/4 G.	
	4 pCt. „ „	—	
	3 pCt. „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89 1/2 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. a. E. (C. b. R.)	1033/4 P.	
	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dto.	1035/8 G.	
	4 pCt. Obl. 1. Anl. dto.	1037/8 G.	
	4 „ pCt. Obl. dto.	1005/8 P. 1/4 G.	
	4 „ pCt. Obl. Ab.-R. dto.	1001/2 G.	
	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	96 3/4 P.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	1043/4 G.	
	3½ pCt. Obl. „ „	97 3/4 P.	
Baden	4½ pCt. Obl. „ „	102 3/4 G.	
	4 pCt. Obl. „ „	97 1/2 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. „ „	101 7/8 P.	
	4 „ pCt. Obl. b. Rothsch.	1005/8 P.	
	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	96 1/2 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. „ „ dto.	102 P.	
	4 „ pCt. Obl. „ „ dto.	100 1/4 P.	
	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	94 5/8 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. „ „	98 P.	
	3 „ pCt. Obl. „ „	92 G.	
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 5. 2. 80	47 G.	
	2 pCt. „ „	17 1/4 G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	90 1/2 P.	

Frankfurt, 10. Jan. Die günstige Stimmung dauerte fort und besonders für österr. National-, 5 pCt. Bonetianer-, Bank- und Kreditaktien wurden höhere Kurse bewilligt. Der Umsatz war auch heute von Bedeutung. Frankfurter Bank-, Bergbau- und hessische Ludwigsbahnaktien waren ebenfalls begehrter.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 2. 500	1138/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	636—39 G.
Oesterr. Kreditanst.-Aktien à 2. 200	140 1/2—140 G.
Bayerische Bank à 2. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 2. 250	103 P. 101 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74 1/2 P.
Mitteldeutsche Kreditbanken	78 1/2 P.
Internationale Bank in Luxemb.	87 G.
Taunus-Eisenbahn à 2. 250	336 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	85 P.
Oest. F. St. Eisb. à 200 Fr. à 28 kr.	237 P.
„ Eisenb.-Aktien à 200 „	106 P. 107. G.
„ Eisenb.-Prior. à 200 „	78 3/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 pCt. Z.	23 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	139 3/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	1003/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligg. à 3 pCt.	64 1/2 P.
Südd. Bank-Aktien à 200 pCt. kons.	244 G.
Spanische Handels- u. Industrie	505 P.
Credit-Akt. d. Gebr. Pereire	430 P.
Bayr. Obligat. à 4 pCt. vollbezahlt	1054/8 P.
Provisoria Hessen-Nass. 10 pCt. Ring	100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. k. 100 k. S.	99 1/4 B.
Augsb. k. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin 2 T. 60 k. S.	105 B. 104 3/4 G.
Brem. 30 Th. Ld. k. S.	98 3/4 B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87 1/4 G.
Leipzig Th. 80 k. S.	104 B.
London 1 L. 10 k. S.	117 1/8 P. 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	82 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/8 B. 92 7/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 d. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in ost. W. I. S.	82 5/8 G.
Turonto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	87 1/2 G.	Kurhess. Thlr. 40 k. K.	57 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 P.	Gr. Hessen à. 50 k. K.	127 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	58 3/4 G.	„ à. 25 do.	38 1/2 P.
„ fl. 100 Rud. I.-v. 1858.	101 1/4 P.	Nassau fl. 25 k. Rothsch.	37 1/4 P.
Span. pCt. Preuss. Pr.-Anl. beib.	113 1/4 G.	Sardinien Frs. 36 k. K.	52 1/2 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 21 1/2 pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	91 1/2 P.	Vereins-Loose fl. 10	10 P.
Badische fl. 35	53 1/2 P.	Amst.-Rotterd. fl. 7 fl.	11 P.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 12.-13. | Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die zweimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 13. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Baiern. München, 10. Jan. (Militärdienst-Nachrichten.) Se. Majestät der König hat nachstehende Personalveränderungen im Gendarmerie-Korps genehmigt: Versetzt werden: der Hauptmann F. Ehlinger von der Gendarmeriekompagnie von Mittelfranken zu jener der Hauptstadt München; der Oberlieutenant C. Fürst von der Gendarmeriekompagnie der Hauptstadt München zu jener von Oberfranken und der Unterlieutenant W. v. Reck vom 6. Jäger-Bat. zur Gendarmeriekompagnie von Oberbayern. Befördert werden: zum Hauptmann: der Oberlieutenant F. Bickel von der Gendarmeriekompagnie von Oberfranken bei jener von Mittelfranken; zum Oberlieutenant: der Unterlieutenant R. Heiß von der Gendarmeriekompagnie von Oberbayern bei jener der Hauptstadt München.

Der temporär pensionirte Unterlieutenant Friedrich Frhr. von Hutten wurde auf zwei weitere Jahre im Ruhestand belassen; die temporär pensionirten Hauptmann Karl Oberst auf ein weiteres Jahr und Rittmeister Emil Vetterlein auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; das Dienstentlassungsgesuch der Oberlieutenants Ludwig v. Schallern vom 11. und Bernhard v. Hartz vom 8. Inf.-Reg. genehmigt; der temporär pensionirte Rittmeister Bruno Frhr. v. Seefried bleibend im Ruhestand belassen. (Mil.-B.)

München, 11. Januar. Seit einigen Tagen sind Beamte aus Oesterreich, Hannover, Koburg, Meiningen und Kurhessen zur Berathung von Eisenbahnangelegenheiten hier anwesend. (R. K.)

Kurhessen. Fulda, 10. Jan. In Sachen der kurhessischen Avressenerazzia ist heute ein Urtheil des hiesigen Obergerichts ergangen, das, die Stellung dieses Gerichtshofs in dieser Angelegenheit kennzeichnend, der Oeffentlichkeit übergeben zu werden verdient. In Niedergrunden, einem im Landratsbamtsbezirk Gelnhausen belegenen Dorfe, verlangte ohnlängst ein Gendarm von einem dortigen Einwohner die Herausgabe des daselbst befindlichen Avressengezeigmard. Dieser läugnete den Besitz; aber die geängstigte Ehefrau händigte daselbe hinter dem Rücken des Ehemannes dem Gendarmen aus. Darauf hin erhebt Herr Landrath Giller Anklage „wegen Täuschung der Obrigkeit." Der Unterrichter zu Gelnhausen weist die Anklage aus eigenthümlichen Gründen zurück. Auf erhobene Beschwerde des öffentlichen Anklägers erkennt nunmehr das Obergericht, „daß kein Grund zu einer Anklage vorliege." Damit ist das Verfahren des Gendarmen gerichtet. (Fr. Volksz.)

Freie Städte. Frankfurt, 10. Jan. Der hiesige katholische Stadtpfarrer und Domkapitular Thissen hat von dem Kardinal Antonelli die Anzeige erhalten, daß er in Anerkennung seiner Verdienste um die katholische Sache zur Würde eines geheimen päpstlichen Kammerherrn erhoben worden sey. Außer dem eigenen Diplom erhielt derselbe zugleich die Insignien päpstlicher Orden, um dieselben unsern Mitbürgern, den HH. v. Bethmann, Franz Bongnis und Joseph Bolongaro zu überreichen, die bei dem päpstlichen Ansehen mitgewirkt hatten.

Oesterreich. Aus Bozen, 8. Jan., schreibt man der „Allg. Ztg.": Auch auf unsere Klerikalen scheinen die Worte des Kaisers, die er rücksichtlich seines unabänderlichen Entschlusses, am Absolutismus festzuhalten, sprach, nicht ohne Wirkung geblieben, eine gute Wirkung zu üben. Unser Provst ließ einen Kapuziner, der sich durch aufreizende Predigten hervorthat, warnen, er möge die Politik von der Kanzel wegtassen, sonst würde noch vor Verabreichung seines Vortrags die Schelle zum Hochamt gezogen. Verständiger als jener ermahnte ein beim Volk sehr beliebter Franziskaner, der auch schon früher zu den Gemäßigten zählte, zu Gehorsam und Ruhe, falls das Protestantengesetz nicht aufgehoben würde. Die Vorsehung, meinte er, füge Alles zum Wohl des Menschen, ihr müsse man vertrauen und den Willen des Kaisers achten. „Gebet Gott was Gottes, und dem Kaiser was des Kaisers ist!" Hätte man schon im April 1861 so gedacht, man würde Tyrol manchen Sorgenauf erspart haben.

In Betreff der Pferde des Königs Viktor Emanuel hat der schwedische Generalkonsul in Triest, der die piemontesischen laufenden Geschäfte besorgt, deßhalb an den hiesigen schwedischen Gesandten berichtet, und dieser letztere hat sich an das Ministerium des Aeußern gewendet, welches auch sofort seinem Begehren um Freigebung mit der größten Bereitwilligkeit entsprach, worauf die Pferde — 16 Araber Vollblut — unbeanstandet nach Piemont weitertransportirt worden sind.

Die politisch-religiösen Demonstrationen haben nun, wie natürlich in Lemberg, auch am 5. Jan. in der Marienkirche zu Krakau durch das Absingen der verbotenen Lieder „Boze cos" ꝛc. Ausdruck gefunden. Es sollen deßhalb bereits einige Verhaftungen stattgefunden haben.

Großbritannien.

London, 9. Jan. Hier ist der Plan angeregt, bei Gelegenheit der bevorstehenden Industrie-Ausstellung eine Vereinigung sämmtlicher deutscher Freimaurer, welche die Ausstellung hierher führen wird, zu veranstalten.

Die Nachricht, daß Mason und Slidell ausgeliefert werden sollen, hat in London ungeheure denselben Eintruck hervorgerufen, wie in Newyork. Man dankt im Grunde Gott, daß dieser Kelch vorübergegangen, aber man hat sich darum nicht lieber. Die Newyorker Blätter trösten sich in den süßen Gedanken bereinstiger Rache, und die Londoner Blätter triumphiren über die Lektion, die der große Lord Palmerston den „jungen Riesen" auf jener Seite des Wassers gegeben, ohne ihren tolzen Gefühlen Zwang anzuthun, indem sie sich auf die unverändernte Fortdauer des bisherigen Zustandes gefaßt machen.

Wie die „Times" berichtet, ist in einem Ministerrath in London beschlossen worden, an die Regierung in Washington eine Antwort ergehen zu lassen, um darin Befriedigung über die Zurückweisung der That des Kapitäns Wilkes auszusprechen, die erhaltene Genugthuung anzunehmen und die Ansicht auszusprechen, daß der Vorgang der Trent-Affaire auch zur Regelung des neuerlichen Falles mit der „Eugenia Smith" dienen werde.

London, 9. Jan. In Southampton ist gestern Nachmittag die „Tuscarora", eine der neuen schwerarmirten nordamerikanischen Schraubenkorvetten, eingetroffen, welche den Auftrag haben soll, nordamerikanische Kauffahrer gegen südstaatliche Kaperschiffe in den englischen Gewässern zu beschützen und speziell auf den „Nashville" (ein südstaat. Kaperschiff) Jagd zu machen. Letzterer liegt noch immer ruhig, aber mit einer vollen Kohlenladung an Bord und zum Auslaufen bereit, in den Docks von Southampton.

Southampton, 10. Jan. Drei Bewaffnete und ein Offizier der Unionskorvette „Tuscarora" wurden in der verwichenen Nacht auf den Docks vom Hafeninspektor entdeckt, während sie den „Nashville" beobachteten. Sie hatten Laternen und Brennmaterial bei sich, um dem „Tuscarora" Feuersignale zu geben, wenn etwa der „Nashville" die Docks zu verlassen suchen sollte. Der Hafeninspektor schickte die Leute aus den Docks fort. Der „Nashville" verläßt so eben die Docks und wird bei dem „Tuscarora" Anker werfen. Der konföderirte Dampfer „Sumter" wird hier erwartet. (Vgl. den Anzeiger.)

Frankreich.

Paris, 7. Jan. Von Neuem stellt man für nächstes Frühjahr eine Anleihe der französischen Regierung von 300 Millionen Frcs. ganz bestimmt in Aussicht. (D. A.)

Digitized by Google

Paris, 9. Jan. Als der Kaiser Napoleon die Nachricht von dem Entschlusse des Präsidenten Lincoln erhielt, die Hh. Mason und Slidell herausgeben zu lassen, soll er ausgerufen haben: „Ich hätte so viel Klugheit von der ungestümen Nation jenseits des atlantischen Meeres nicht erwartet.“

Aus unruhigen Auftritten in Bolivia, bei welchen eine Anzahl Mordthaten verübt worden, ist der vorige französische Konsul lebendig geworden. Die französische Regierung wird diesen Vorfall nicht ungerahndet lassen. (T. d. St. A.)

Paris, Herr About soll nicht weniger als 21 Herausforderungen von Studenten erhalten haben. (Zeit.)

Spanien.

Cadiz, 10. Jan. Der amerikanische Konsul hat gegen die Zulassung des südstaatlichen Kapers Sumter in das Arsenal von Kadix Protest eingelegt. (Tel. d. St. M.)

Italien.

Zu Rom hat (natürlich nur insgeheim) eine Sammlung von Beiträgen für das dem Grafen Cavour zu errichtende Monument stattgefunden; sie ergab einen Ertrag von 17,365 Frcs.

Die Bande des Chiavone hat sich im päpstlichen Gebiete wieder gesammelt, und ist aufs Neue ins Neapolitanische eingefallen.

Es ist schon mehrmals des Projektes eines ökumenischen Konzils erwähnt, das der Papst über die gegenwärtige Lage der Kirche in Rom abhalten wolle. Es soll jedoch auf Ansuchen Frankreichs davon abgekommen seyn und beschlossen haben, die Bischöfe der katholischen Christenheit nicht persönlich nach Rom zu berufen, sondern denselben eine Reihe von Fragen vorzulegen, die sie von ihren Diözesen aus, schriftlich zu beantworten und einzuschicken hätten.

Forli, 31. Dez. Endlich ist nach zwanzigtägiger Verhandlung über die sogenannten politischen Mordthaten von dem Schwurgerichtshofe dahier der Spruch gefällt worden. Es ist bekannt, daß als Anstifter und Urheber dieser Unthaten von der öffentlichen Meinung das geheime Nationalcomité bezeichnet wurde, in welchem Major Baldasia den Vorsitz führte. Dieses Komite hatte allenthalben Furcht und Entsetzen verbreitet. Es war eine aufgedrehte Verbindung, die den Zweck hatte, das „Vaterland von seinen einheimischen und fremden Tyrannen zu befreien“, und kein Mittel hiezu für geeigneter hielt, als den Dolch des Mörders. Nicht Individuen bekannten sich auf der Anklagebank, alle Meuchelmörder mit voller Ueberlegung. Der Angeklagte Sidoni äußerte: er habe geglaubt, die Pflichten eines guten Bürgers zu erfüllen, wenn er den Bestehlen der Gesellschaft, deren Mitglied er gewesen, unbedingt gehorche. Für den Hauptangeklagten Baldasia führte der Advokat und Abg. Boferio die Vertheidigung. Anfangs schilderte er die politischen Zustände der Romagna im Beginn des Jahres 1859, und behauptete, daß Baldasia nie Befehle zu Mordthaten erlassen habe. Wenn dies aber auch der Fall gewesen wäre, so sey es aus politischen Zaubkünsten geschehen, der auch dem Verfasser des Buches „L'uliere tempo“ sein Recht widme. Auf die Erwiderung des Staatsanwalts repliecirte mit sophistischer Unterscheidung und behauptete, daß der politische Mord eine heilige Sache sey, wenn er begangen werde, das Vaterland von Tyrannen zu befreien. Er führte Brutus, Charlotte Corday ꝛc. an. Die Argumentationen der anderen Advokaten waren von ähnlicher Art. Außer Sidoni, der mehrere Mordthaten begangen, Brunelli, der einen Mordes überwiesen, und Pazzini, der sein politisches Opfer bezwungen ebenfalls, wurden alle übrigen Angeklagten frei gesprochen. Sidoni und Brunelli wurden wegen mildernder Gründe zur Zwangsarbeit auf Lebensdauer verurtheilt, Pazzini zu sechsmonatlicher Haft. So endete das blutige Drama, welches aus allen Gegenden der Romagna eine Menge Zeugen und Zuhörer nach Forli herbeizog, und so viel Aergernis verursachte. (Aug. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Jan. Das „Journal de St. Petersbourg“ theilt mit, daß der polnische Staatsrath in einer nächstens einzuberufenden außerordentlichen Sitzung die Verhältnisse zwischen Grundherren und Bauern regeln werde.

Volkswirthschaftliches.

(Volkswirthschaftliche Fortschritte in Deutschland i. J. 1861.) Auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete stellen sich dem „Verein der deutschen Volkswirthe“, welcher seine vierte Versammlung diesmal (9.—12. Sept.) in Stuttgart abhielt, und welcher neben seinen fortblühenden zunehmenden Zweigvereinen im vorigen Jahre an Dr. Faucher für West- und Süddeutschland einen gewandten und eifrigen Reiseprediger gewann, als eine hoffnungsvolle neue Institution der in Heidelberg (2.—13. Mai) begründete „deutsche Handelstag“ zur Seite, der in einem in Berlin seinen Sitz habenden Ausschusse zugleich eine ständige Vertretung hat. Erst das neue Jahr wird uns über die Macht und den Charakter seiner Lebensfamkeit zuverlässigere Auskunft bringen. Auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete ziehen aber vor Allem bedeutendere praktische Errungenschaften dadurch deren weitere nach sich. So fand die am Ausgange von 1860 errungene Aufhebung der Durchgangszölle des Zollvereins und die Ermäßigung der Rheinzölle (ins Leben getreten am 1. März 1861) im Jahre 1861 alsbald erfreuliche Nachfolge an den Ermäßigungen der Neckarzölle (22. Februar) und der Mainzölle (Schiffskonferenz in München 16. Mai, Verkündigung der Resultate in Baiern am 14. Aug.). Die Erleichterung des schlimmen Lage der Elbschiffahrt schreitet leider dieses Jahr nochmals an dem Widerstande Mecklenburgs

Die diesjährige Riläberschwemmung und ihre Folgen.

Kairo, Ende Dezember 1861. Mit schnellschwimmenden Zeitungsenten kam die Nachricht nach Europa, daß der Nil seine Ufer bedeutend übertreten, Dörfer und „Paläste“ fortgeschwemmt und die armen Fellahs gezwungen habe, „auf die Bäume zu flüchten“. Vollkommen einverstanden mit dem ersten Passus dieser nicht unwichtigen Neuigkeit, sehen wir uns dennoch veranlaßt, etwas näher auf das ganze Ereignis einzugehen.

Der Nil, dieser schöne und segensreiche Fluß mit gutklingendem Namen, thut, wenn er jährlich seine Ufer übertritt, nicht mehr als seine Schuldigkeit. Er überschwemmt alle jene Landstriche Aegyptens, welche sandig waren oder noch sind und die mehr des segnenden Nilschlammes als des nährenden Wassers bedürfen. Schon bei den alten Aegyptern, später bei den Copten und heute noch bei den Arabern, bestand und besteht ein Kultus — eine Art Anbetung des Flußgottes —, der mit seinen Ceremonien das genügende Steigen des Wassers erfleht.

In grauer Zeit, geht die Sage, wurden dem Fluß, von dem das „Seyn und Nichtseyn“ Aegyptens abhängt, junge Mädchen geopfert, später begnügte man sich schon damit, weibliche Figuren und andere Symbole — z. B. die sog. Nilschlüssel — in das Wasser zu werfen; heute schmeichelt man dem grauen Flußgott mit baarem, gemünzten Gold, das der Pascha jährlich, beim Durchstich des Nildammes in Alt-Kairo, in die Wellen wirft. — Die alte Zeit opferte ihr Bestes — ihre Mädchen — dem heidnischen Wassergotte, dann gab es eine Zeit, wo die Kunst mehr werth war, als die Weiber, heute, wo Weiber und Kunst nichts mehr taugen, bestellt man den Nilgott mit unserem Gott, dem Mammon; so hat sich die Welt geändert! —

Seit den Urzeiten — Herodot wußte das schon — war man auf das jährliche Steigen des Nils gefaßt und Jedermann richtete sich darnach ein. Man erbaute die Wohnorte erhöht, und wenn ja einmal der Fluß — wie in diesem Jahre — zu hoch wurde und einige Nilschlammhütten mit davon nahm, um sie, aufgelöst, etliche Meilen weiter unten abzusetzen, so war damit immer noch nichts verloren. Die „armen Fellahs“, welche keine Verluste von kostbaren Mobeln, Kunstschätzen oder Büchern zu beklagen hatten, weil sie einfach niemals welche besaßen, fabrizirten sich lachend, in wenigen Stunden, neue, denn sie wußten genau, daß der hohe Nil noch nie zu ihrem Schaden war. Wo aber der Korrespondent von „Oh und Weh“ u. A. in Erfahrung gebracht hat, daß „Paläste“ fortgeschwemmt und die Bauern auf die Bäume getrieben hatte, wissen wir wahrlich nicht. Wir kennen, von Assuan bis Damiette, keinen einzigen „Palast“, der so nahe am Nil aber so leichtsinnig erbaut wäre, daß ihn der Fluß fortschwemmen könnte. Erhöhten sind nämlich keine Paläste. Außerdem möchten wir bescheiden anfragen, auf welche Bäume die Fellahs, eventuell hätten flüchten können? Die Dattelpalmen sind zu hoch und jede, selbst nur für eine Person, ein zu unbequemer Ruheplatz, die Mimosen und Akazien zu stachlich, als daß sich Jemand hinaufsetzen möchte, und die Sycomoren zu dünn gesäet, als daß sie zu Zufluchtsorten geeignet wären. In Aegypten hat man keine Wälder, Gehölze oder auch nur größere Baumgruppen wie bei uns.

So viel ist wahr, der Nil stieg 1861 mehr, als man sich seit 20 Jahren erinnern kann, aber das größte Unheil, was er anrichtete, bestand wohl einzig und allein darin, daß er die schlecht erhaltenen Eisenbahn-Dämme fortspülte und somit die Kommunikation der beiden Hauptstädte — Alexandrien und Kairo — auf einige Wochen unterbrach. Dieses aber auch nur deßhalb, weil

Digitized by Google

und Hannoveln und harri vornehmlich auf die vom Grafen von Bernstorff angeblich verheißene größere Energie Preußens. Nach dem früheren Vorgange des Sundzolles wurde im vorigen Jahre auch die schon 1860 durch England angeregte Ablösung des Stader Zolles (Vertrag zu Hannover unterzeichnet am 19. Juni) zu Stande gebracht, ferner zur Ablösung des Scheldezolles suchen seit November von Seiten Belgiens Unterhandlungen anzuknüpfen versucht. — Hannover bewilligte für den Kohlenverkehr von West nach Ost (vom 1. April an) erhebliche Frachtermäßigungen auf seinen Staatseisenbahnen; der preußische Landtag genehmigte in ähnlichem Interesse den Vertrag mit Frankreich über einen Rhein-Marnekanal. — Für die schon früher angelegte Anlage eines Rhein-Weserkanals ließ die preußische Regierung auch 1861 die Vorarbeiten fortsetzen, wenngleich die obwaltenden Finanzverhältnisse eine sehr baldige Ausführung wohl keineswegs erwarten lassen. Natürlich sind indeß, trotz der ungünstigen Finanzverhältnisse auch 1861 wiederum noch einige neue Eisenbahnen zum Ausbaue des deutschen Netzes (z. B. in Preußen die pommersche Bahn, die Bahnstrecke Buke-Kreiensen u. a., in Württemberg verschiedene neue Strecken von Staatsbahnen zu 12 Mill. Gulden, ähnlich in Bayern) bewilligt, während frühere begonnene Linien (z. B. Trutz-Gießen) ihrer Vollendung zugeführt wurden. Indeß beharrten doch auch auf diesem Gebiete Hindernisse, welche die deutsche Einheit und politische Eifersucht dort auftürmte, z. B. rücksichtlich der (auch im Interesse des nordeutschen Küstenschutzes wichtigen und von Preußen vertragsmäßig zu bauenden) Bahn durch Oldenburg nach dem Jahdebusen, gegen welche Hannover seinen Widerspruch festhält. — Die mit der Handelsfreiheit auf denselben volkswirthschaftlichen Grundsätzen beruhende Gewerbefreiheit hat auch 1861 in Deutschland wieder weitere Eroberungen gemacht (in Sachsen, Bremen, Württemberg, und geht jetzt in Baden und Hamburg in Berathung). Ohne Zweifel wird die bei allen konstitutionellen Großstaaten obwaltende Finanzklemme recht bald der Reform der volkswirthschaftlichen Gesetzgebungen merkliche zu Nutzen kommen; bleibende Besserung finden die Staatsbrinnahmen nur durch weitere Befreiung der Arbeit und des Verkehrs der Bürger. Der materielle wirthschaftliche Fortschritt ist zugleich eine der Bedingungen einer reichen Blüthe der Künste und fördert, unter übrigens gesunden Volkszuständen, immer die letzteren. (Köln. Z.)

München, 11. Januar. Im Laufe dieser Woche wurde viel böhmisches Geflügel (Jarianc, Kapaunen) auf den hiesigen Markt gebracht und vortheilhaft verkauft. (Südd. Z.)

Bayreuth, 11. Jan. Wie wir vernehmen, sollen auch für diesen Winter die Ackerbauschulen im Kreise Oberfranken wieder und zwar zum zweiten Male in das Leben treten. Doch ist man über die Lehrstätte theilweise nicht im Reinen, da sich diese in vielen Fällen durchaus nicht bewährt haben. (Fränk. K.)

Das Obertribunal in Berlin hat mit Bezug auf den telegraphischen Verkehr eine wichtige Entscheidung gefällt. Es handelte sich um die Erfüllung eines auf telegraphischem Wege abgeschlossenen Vertrages wegen Ankaufes von Aktien. Der Auftraggeber verweigerte die Annahme der bestellten Aktien und wurde deshalb verklagt. Er beantragte die Abweisung des Klägers, weil kein schriftlicher Vertrag vorliege. Das Obertribunal hat indessen die telegraphische Bestellung, resp. die Antwort darauf als einen schriftlichen Vertrag erklärt und den Kläger zur Abnahme der Aktien verurtheilt. (Köln. Z.)

In allen Städten Badens soll der Verkauf von Franco-Briefs-Kouverten und Marken auch an Private überlassen und damit dem Publikum eine weitere Bequemlichkeit geboten werden. (Fr. Z.)

Frankfurt, 10. Jan. In einer heute Abend abgehaltenen geheimen Sitzung hat die gesetzgebende Versammlung nunmehr ihren früheren Beschluß dahin abgeändert, daß für die zu erbauende linksmainische Frankfurt-Mainzer Eisenbahn bloß der Bahnhof für Personen-, Gepäck-, Eilgut- und Equipagenbeförderung auf dem rechten, dagegen der Güterbahnhof auf dem linken Mainufer (Sachsenhausen) anzulegen ist. (A. Z.)

Salzburg, 7. Jan. Die Fleisch- und Brodtaxe wurde durch Erlaß der Landesregierung im ganzen Kronlande Salzburg aufgehoben.

Im Jahre 1860/61 betrug die Ausgabe für Strafhäuser in England 276,399 Pf. St. oder 36 Pf. St. per Sträfling. Der Gesammtwerth der von Sträflingen gelieferten Arbeit belief sich auf 105,364 Pf. St., die Ausgabe des Staates wird also hierdurch auf 22 Pf. 6 Sch. per Sträfling reduzirt.

Paris, 10. Jan. An der Börse dauerte die Hausse unter dem Einfluß der Anwendung der Kriegsgesetze fort. An der lebhaften Börse waren spanische Fonds allein vernachlässigt und offerirt, und zwar in Folge der Nachricht, daß die Madrider Regierung auf dem Punkte stehe, eine neue (inländische) Anleihe von 25 Mill. Piaster abzuschließen.

Frankreich konsumirt jährlich zirka 20 Millionen Kilogr. Tabak. Der Verkauf desselben ist 39,000 Tabaksbureaux anvertraut, welche eine Kaution von 50 bis 1500 Fr. zu stellen haben. Der Staat gibt ihnen ein Benefiz von 20 Millionen Fr., so daß jedes Bureau durchschnittlich 510 Fr. verdient. Es werden in Frankreich nur Cigarren für 5 und 10 Centimis fabrizirt; die übrigen feineren Sorten kommen aus der Havannah. In letzterer Zeit beschäftigt sich die Regie auch mit der Anfertigung von Cigaretten. Aus einem Kilogr. savanitanischen oder Maryland-Tabak zu 12 Fr. werden 750 Cigaretten gemacht, die, zu 2½ Cent. das Stück verkauft, 17 Fr. 75 C. einbringen. Der Tabakvorrath in den verschiedenen Etablissements der Regie hat einen Werth von 80 Millionen Fr. Die 60 höheren Beamten

---

das Sprüchwort wahr ist: „Am Jasen knausern und am Spundloche freaußlassen, spart nicht!“ Said Pascha hatte nämlich, um dem Großherrn einige kostbare Geschenke zu machen, resp. die Privatkassen zu füllen, sein Sparsystem mit Entlassung der europäischen Ingenieure begonnen, er hatte Araber dafür angestellt. Diese sagten: „Allah Karim!“, legten sich in den Schatten des Eisenbahn-Dammes, machten Kef und ließen ihren Herrgott 'nen guten Mann sein, bis der Nil, der wahrscheinlich auch dieses Mal Inaspper mit Geschenken bedacht worden war, sich rächte und die schadhaften Erdhügel fortnahm. Hoheit traute sich höchst eigenhändig hinter den Ohren, ließ für 30,000 Tarif Piaster eine Partie Säcke wieder zunähkaufen, die, drei Tage früher, meistbietend von einem Griechen für 7500 Piaster erstanden waren. Diese theuren Säcke — führers und nachmaliges Regierungs-Eigenthum — wurden nun zum Erdetheilschaffen benutzt, um die Dämme aufzuheben. Fast 15,000 Fellahs leisteten Frohndienste hierbei, und das war ihnen gewiß unangenehmer, als ihre sich in Wohlgefallen auflösenden Hütten; Regierungs-Dampfer, die beim Brechen der Dämme aus staatsökonomischen Rücksichten ohne Mannschaft und mit zerbrochenen Maschinen in den Arsenalen lagen, wurden jetzt um jeden Preis hergestellt, Menschen, Vieh und Waaren darauf gepackt und mit einigen gelinden Flüchen dem ägyptischen Nil übergeben, der erst gar nicht kleiner werden wollte. Hiedurch litt nun eine Zeit lang der Verkehr gans bedeutend. Um nur Eines anzuführen: die Post, die sonst von Alexandria nach Kairo, et vice-versa, nur sechs Stunden braucht, blieb oft 3 bis 4 Tage aus. — Alles nur drthhalb, weil Hoheit am Jasen gespart hatte.

Daß die Ueberschwemmung der diesjährigen Baumwollen-Aernte ꝛc. ꝛc. keinen Vortheil gebracht hat, daß die armen Bauern darunter leiden müssen — denn zahlen muß Jeder die Steuern, sollte er sie auch aus dem Boden stampfen — das liegt wohl auf der Hand. Den Segen des nächsten Jahres veranschlagt jedoch Niemand, und doch verspricht die folgende Aernte viel, sehr viel, da das Land prachtvoll gedüngt ist und der hohe oder niedere Wasserstand bisher immer den Ertrag der kommenden Aernte bedingte.

Eine Million Beutel (5 Millionen Guineen) veranschlagt man hier, offiziell, den Schaden, den die Ueberschwemmung gemacht haben soll. Dabei wird aber wohl Hoheit die Panzerfregatte für den Sultan, Reparation der Eisenbahn, Schreckgelder, Verlust an zu billig verkauften Säckin ꝛc. ꝛc. mit Haben anrechnen lassen.

Die Wirkung der Ueberschwemmung auf den europäischen Markt wird keine zu große seyn. Der Korn-, Zucker- und Reis-Kultur hat das Wasser wenig gethan, und nur für Baumwolle möchte ein Steigen der Preise in Europa um so mehr zu erwarten seyn, als der Krieg in Amerika die Konsumtion steigert und die Erzeugung verringert. Hier beobachtet man keine bedeutenden Schwankungen in den Marktpreisen der Feldfrüchte, so wenig im Großen, als im Kleinen.

Wie sind die beschränkten Ansicht, daß man sich eine Ueberschwemmung, wie die diesjährige des Nils, wohl gefallen lassen kann, selbst wenn dieselbe mit der kleinen Unannehmlichkeit des gastrischen Fiebers verknüpft ist, welches wir Europäer in Kairo heuer fast alle gehabt haben. (Köln. Z.)

Digitized by Google

der Tabakmanufakturen rekrutiren sich aus den Zöglingen der polytechnischen Schule. (Köln. Z.)

L. v. Babo zu Seckenheim hat eine verbesserte Maschine zum Ausdrillen der Tier erfunden.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 8. Jan. Wie soeben der Fremdenverkehr Münchens ist, davon gibt eine Veröffentlichung der Polizeidirektion im heutigen Polizeianzeiger ein annähernd Bild. Hienach wurden im abgelaufenen Jahre dahier 144,259 Fremde als angekommen angemeldet. Da hievon nur 139,072 wieder abreisten, ergibt sich ein Zugang von 7631. Die größte Fremdenanzahl trifft auf den Monat August mit 18,563, und auf den Monat Juli mit 17,069, am geringsten war der Fremdenverkehr im Januar, während dessen nur 7646 ankamen. Wenn ich oben das vom Polizeianzeiger gebotene Bild ein nur annäherndes nannte, so hat das seinen guten Grund darin, daß ein sehr großer Theil der hier ankommenden Fremden die Stadt entweder noch am selben Tage wieder verläßt, oder auch, bei einem mehrtägigen Aufenthalt im Hause von Verwandten und Bekannten, gar nicht zur Anzeige kommt. Ich glaube keineswegs zu hoch zu greifen, wenn ich die Zahl derselben auf 60,000 anschlage, so daß sich ein beiläufiger Fremdenverkehr von mehr als 200,000 Personen herausstellt. Darin dürfte auch einer der Gründe zu finden sein, warum die früher so auffallend billigen Preise der Lebensmittel u. dgl. seit einigen Jahren stark genug gestiegen sind. (A. Z.)

München. Das Marsfeld soll in der Weise gelheilt werden, daß die eine Hälfte an die Obhahn kommt, die andere aber zu Bauplätzen verwendet wird. Der Exerzirplatz dagegen soll auf den untern Kugelfang gegen Schwabing verlegt werden. (Isarzeitung.)

Kürzlich ereignete sich in einem Kohlenschachte zu Lugau ein grausiger Fall. Der Bergarbeiter Hartig gerieth, 300 Ellen unter der Erde, 700 Ellen über der Sohle des Schachtes, beim Einbau des zur Wasserförderung dienenden, aus mannsstarken gußeisernen über einander stehenden Röhren bestehenden Druckstatzes, indem das Gestränge riß und in Folge dessen der obere Theil der Säule unerwartet niederglitt, mit dem ganzen linken Arme zwischen die Flanschen der Röhrenleitung. — Die ungeheure Last quetschte das ergriffe Glied sofort breit, so daß die Knochen durch die geborstenen Fleischtheile allenthalben durchbrießen. — Das Jammergeheul des Unglücklichen erfüllte die Tiefe; alle Versuche der Beamten und Knappen, die Last zu heben, den Armen zu erlösen, waren erfolglos. Schon hatte derselbe 8 Stunden in dieser fürchterlichen Todesangst verharrt, da trat ein Arzt, ein seit 20 Jahren in allen Branchen seines Berufes erprobter Mann, den gefahrvollen Weg in die Tiefe an; auf schwanker Planke stehend, trennte derselbe beim Scheine des Grubenlichtes mit kunstgeübter Hand, unterem Freude- und Schmerzgefühl des Verunglückten, die nicht zu rettenden Theile vom Körper desselben und rettete ihn so vom sichern Tode. — Nach anderthalbstündiger mühevoller Arbeit fuhr der Retter, durchnäßt von Schweiß und Grubenwasser, glücklich zu Tage aus, verkündend, daß Hartig erlöst und gerettet sei. Der Brave ist der Dr. Siebert in Stolberg.

Wien, 11. Jan. Einer der ältesten Kunstveteranen, der bekannte Schauspieler Janaz Stahl, ist gestern im Spital bei den Barmherzigen im 72. Lebensjahre gestorben. Geboren in Wien am 20. Oktober 1790, aus der adeligen Familie Frech v. Eheimfeld, betrat er unter dem Pseudonamen Stahl im Jahre 1814 zum ersten Male die Bühne und zwar in der Leopoldstadt. Nach Gastspielen in der Provinz kehrte er 1828 nach Wien zurück und wurde vom Direktor Carl engagirt. Zuletzt stand er (seit 1848) im Engagement bei dem Direktor Polorny. Stahl spielte mit Restroy und Scholz, und der Erstere schrieb für sein Fach der Väterrollen eigens für ihn den Hobelmann im „Lumpaci Vagabundus", den Jangler im „Zug" ꝛc. (Csts. Bl.)

Eine interessante Gerichtsverhandlung findet eben in Wien statt. Eine große, zahlreicher Diebstähle u. s. w. angeklagte Zigeunerbande steht vor Gericht, 17 Angeklagte sind zu vernehmen und die Verhandlung dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen, da jede Frage und Antwort erst verdolmetscht werden muß, was sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Es erschien zuerst der Zigeunerhauptling Vasda Janos, eine robuste Figur, vollbärtig, mit schwarzem, lockigem Haar. Er stellte jede Mitwissenschaft an den Diebstählen in Abrede; das bei ihm vorgefundene Tringlas, das einem Wirthe angehören soll, will er in Ordenburg auf dem Jahrmarkte gekauft haben, während sein später vernommenes Weib dasselbe von einem Hausirer gekauft zu haben vorgibt. Aufmerksam gemacht auf diesen Widerspruch, bemerkt sie, daß dieses Glas nicht dasselbe sey, welches ihr Mann damals gekauft, sondern sie habe, weil sie jenes zerbrochen, aus Furcht vor Schlägen ein anderes Glas, nämlich das bei ihnen vorgefundene, gekauft. Janos erklärt, daß dies möglich sey, er habe die Anschaffung eines neuen Glases deßhalb nicht bemerkt, weil er das erstere im trunkenen Zustande gekauft hat, daher ihm früher der Unterschied nicht auffiel. Betrag über den Erwerb der 400 fl., die man in einer Bettstatt eingenäht bei ihm vorfand, äußert er, er habe dieselben durch Pferdeverkauf erworben und sie deßhalb so verstackt, damit seine Familie ihn nicht bestehle, wenn er, wie das oft zu geschehen pflege, betrunken war. Die bereits vernommenen Zigeuner, Männer und Weiber, die dem weiteren Verhör beizuwohnen vorgeschickt sind, scheinen demselben sehr wenig Aufmerksamkeit, sondern unterhalten sich so laut, daß nach häufigem fruchtlosem Ermahnen der Präsident sich veranlaßt sieht, zwischen jeden der Angeklagten einen Wachmann zu postiren.

Neueste Nachrichten.

In **Dortmund** ist Dr. Becker (früher verurtheilt im Kommunistenprozeß) zum Abgeordneten gewählt worden. Den Intentionen des Grafen Schwerin ist damit gewiß entsprochen, denn er ist jetzt versichert, daß Becker nicht sobald nach Köln gehen wird, wofelbst ihm, obgleich er zum Sekretär der Handelskammer gewählt war, der Minister den Aufenthalt nicht verstatten mochte. Becker ist, bemerkt die „Wiederth. Z.", deren Mitarbeiter er ist, niemals zu einer entehrenden Strafe verurtheilt, trotzdem hat ihn die Staatsregierung lange Jahre nach Verbüßung seiner Strafe nicht zum Vollgenuß der bürgerlichen Rechte zulassen wollen. Das Volk hat seine Rehabilitation in einer Weise ausgesprochen, auf die Becker und seine Gesinnungsgenossen stolz sein dürfen. — Am Neujahrstage wurde Dr. Becker eine große Ovation von Bürgern Dortmunds zum Geschenk gemacht.

= **Wien**, 11. Jan. (Priv.-Korr.) Die „Presse" veröffentlicht heute den Inhalt der Antwort, welche Graf Rechberg unter dem 5. Nov. auf die sächsischen Bundesreformvorschläge ertheilte. „Im Prinzipe, heißt es darin, sey das hiesige Kabinet damit einverstanden, daß eine Reform der deutschen Bundesverfassung in volksthümlichem Sinne zu Stande gebracht werde; in ein Alternat des Bundespräsidium zwischen den beiden deutschen Großmächten könne es nur unter der Voraussetzung willigen, daß der deutsche Bund dann in seiner Eigenschaft als Gesammtmacht sein Vertheidigungssystem auf die außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens ausdehnen müsse. Da nun einstweilen die Verwirklichung dieser Voraussetzung keine Aussicht habe, halte man in Wien den Augenblick noch nicht für geeignet, zu Gunsten des Dualismus der Stellung Oesterreichs als erster Macht in Deutschland zu entsagen. Nicht als Vorbedingung und Inhalt der Bundesreform, sondern nur als äußerstes, seinerseits dem Zwecke einer heilsamen und den obersten politischen Anforderungen entsprechenden Bundesreform zu bringendes Opfer könne Oesterreich die Eventualität des Alternats zulassen; und es wäre dann auch thunlich, daß das Alternat zwischen Oesterreich, Preußen und einer dritten, die übrigen deutschen Staaten vertretenden Regierung stattfände." Diese Note hat eine Replik hervorgerufen, in der Here v. Beust seine Reformvorschläge vertheidigt, und der eine Duplik des Grafen Rechberg gefolgt ist, ohne daß jedoch dieser Depeschenwechsel bisher zu einem Resultat gediehen hätte.

Warschau, 10. Jan. Das Regierungsorgan enthält die Mittheilung wegen Ernennung des hiesigen Erzbischofs Felinski, dessen Präkanonisation laut telegraphischer Depesche des kaiserlichen Gesandten in Rom am 6. d. Mts. daselbst vollzogen worden ist. Demnach ist der einfache Priester Felinski zum Erzbischof von Warschau erhoben worden, ein Fall, der hier, besonders unter diesen Umständen, viel Aufsehen erregt. Damit ist hoffentlich die hiesige Kirchenfrage ins letzte Stadium getreten, und können wir nach dem nächstens bevorstehenden Eintreffen des neuen Erzbischofs auch der Eröffnung der katholischen Kirchen entgegensehen. (N. Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 14. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 24 kr. Bei Insertaten wird die einmalige Zeile zu gewöhnlicher Schrift oder deren Raum in Handbillet mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dienstag, 14. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt. Die „Deutsche R.-Z." theilt die bemerkenswerthe Stimmung der Ausschußmajorität über die Ausführung einer allgemeinen deutschen Civil- und Criminalgesetzgebung in Folgendem mit: „Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) die allmälige Herbeiführung einer gemeinsamen Civil- und Criminalgesetzgebung für Deutschland sey allerdings wünschenswerth, jedoch stehen die hierauf zu richtenden Bestrebungen zunächst auf einige Theile des Civilrechts nur auf das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu beschränken; 2) zunächst eine Kommission zur Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfs einer allgemeinen Civilprozeßordnung, für die deutschen Bundesstaaten in Hannover niederzusetzen; 3) ferner eine Kommission zur Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfs eines allgemeinen Gesetzes über die Rechtsgeschäfte und Schuldverhältnisse (Obligationenrecht) für die deutschen Bundesstaaten mit dem Sitz in Dresden in Aussicht zu nehmen; 4) an die Regierungen, welche geneigt wären, zu diesen Kommissionen auf ihre Kosten Rechtsgelehrte abzuordnen, durch Vermittlung der HH. Bundestagsgesandten das Ansuchen zu stellen, hiervon in Zeit von sechs Wochen Mittheilung machen und sich zugleich über den ihnen genehmen Zeitpunkt des Zusammentritts bei einen oder andern dieser Kommissionen aussprechen zu wollen."

Aus dem Großherzogthum Hessen, 12. Jan. Durch den „Schw. M." wird die Angabe verbreitet: während Württemberg und Baden ihre gezogenen Geschütze nach preußischem System herstellen ließen, hätte gleichzeitig das Großherzogthum Hessen gegenwärtig in den bayerischen Militärwerkstätten seine Artillerie-Kanonen nach dem in Frankreich früher eingeführt gewesenen, vort aber, weil wenig entsprechend, bereits wieder aufgegebenen System in gezogene Geschütze mit Vorderladung umwandeln. Es entdeckt diese Mittheilung, wie in militärischen Kreisen verschert wird, der Begründung. Das Großherzogthum Hessen ist vielmehr darauf bedacht, alle seine militärischen Einrichtungen in vollständigen Einklang mit denen Württembergs und Badens zu bringen, und diese beiden Bundesstaaten lassen es an gleicher Bereitwilligkeit nicht fehlen, so daß bereits die wesentlichste Uebereinstimmung unter den das achte Bundeskarmeekorps bildenden Kontingenten dieser drei Länder besteht. Die für die hessischen Truppen bestimmten gezogenen Geschütze werden, wie man vernimmt, in österreichischen Werkstätten angefertigt.

Bayern. Auf den auch von uns in Nr. 11. d. Bl. mitgetheilten Artikel des „Bayer. Landboten" über die Unteroffiziere und das Einstehersystem bringt die „Südd. Z." folgende Entgegnung: „Wenn nach den früheren Reglements in Folge des Einstehens für Konskribirte Unteroffiziere in den Stand der Gemeinen zurücktreten hatten, so sind sie doch meistens in wenigen Monaten wieder rasch vorgerückt und ebenso weiter befördert worden, als wären sie stets in ihrer Anciennität verblieben. Diejenigen, welche sich Metallleistungen erworben hatten, konnten um so mehr auf das Einstehen verzichten, weil die allerh. Verordnung vom 6. Mai 1809, die Anstellung verdienter Unteroffiziere und Soldaten im subalternen Zivildienste betr., weit pünktlicher als jetzt eingehalten wurde, und sie in die Lage gekommen wären, bei Gewährung eines Anstellungsgesuches wieder einen Ersatzmann zu stellen. Der Bericht berücksichtigt auf jene Wittwen- und Waisenunterstützung im Falle des Ablebens als Einstehrer war widerrechtlich, daher auch unhaltbar, denn die Betreffenden konnten zwar auf ihre Rechte, nicht aber auf jene verzichten, die sie dritten und vierten Personen durch ihre Anzahlung zum Wittwen- und Waisenfond bereits erworben hatten. Jener Artikel stellt Vergleichungen zwischen der Höhe der früheren und jetzigen Einstandssummen an. Er entnimmt, daß diese von 1828—1859 bei der Infanterie 200—300 fl., bei andern Waffen 300—400 fl., von 1859 an aber 600—700 fl. resp. 700—800 fl. betragen haben und kommt schließlich zu dem Resultate, daß hierin eine sechsjährige Subsistenzaufbesserung von 6½ fr. auszuheben sey für 27 kr. pr. Tag liege. Dieses Steigen der Einstandssummen ist richtig. Früher war man aber die Rekruten nur 28 Tage in den Waffen geübt, sodann folgte ein 3—4 wöchentliches Herbstexerzirren und damit war die ganze Strapaze eines Unteroffiziers für ein Jahr überstanden. Vom Schwimm-, Fecht- und Turnunterricht kannte man früher nur wenig; ebenso wenig wurde das Bajonnetfechten geübt; theoretischer Unterricht kam selten statt; der Schulbesuch war nicht obligat; seine Vielschreiberei existirte. Diese Unteroffiziere konnten sich privatim zu Schreib- und Buchführungsgeschäften rc. verwenden lassen und somit Verdienst verschaffen. Dieß ist nunmehr, da von Morgens bis Abends in allen Kasernen theoretischer Unterricht und praktische Uebungen wechseln, zur Unmöglichkeit geworden. Der Verfasser des fraglichen Artikels scheint aber auch die jetzigen Verhältnisse nicht genau zu kennen. Er kommt zu dem Resultat, es werde beabsichtigt, der jetzigen Generation des bayer. Heeres „Unzufriedenheit" beizubringen. Ist ihm denn gänzlich unbekannt, daß ein großer Mangel an Unteroffizieren schon seit Jahren besteht? Und warum werden sich gerade seit der neuesten Löhnungsregulirung wieder mehrere Unteroffiziere in den Stand der Gemeinen zurück? Haben sich doch Unteroffiziere, denen der Abschied nicht genehmigt worden, sogar schon Essaysteile gestellt. Solche Erscheinungen sprechen laut dafür, daß es nicht erst noch nöthig ist, „Unzufriedenheit" zu erregen, denn diese ist schon vorhanden; aber Pflicht jedes rechtlich denkenden Mannes wird es seyn, auf die Ursachen des Uebels aufmerksam zu machen, damit sie beseitigt werden können, ehe das Uebel größer wird. Die früher in der „Südd. Z." bezüglich der Dienstalterszulagen angeführten Thatsachen sind von dem Verfasser des fraglichen Artikels nicht widerlegt, sondern umgangen worden; sie stehen somit noch fest. Zum Schlusse sollen dennoch die Worte ins Gedächtniß gerufen werden, welche Fürst Taxis in seinem Bericht über die Militärrechnungen der Jahre 1855/59 niedergelegt hat. Sie lauten: „Es ist in der That eine der merkwürdigsten Erscheinungen, daß bereits vor Jahren, wo die Lebensmittel, namentlich Brod, Bier und Fleisch nur den dritten Theil so viel kosteten, wie jetzt, die Löhnungen der Soldaten in Bayern gerade so hoch standen, wie jetzt, und es ist zu hoffen, daß eine Gehaltszulage für die Unteroffiziere und Gemeinen des Heeres in einem angemessenen, d. h. in einem solchen Maße gewährt werden könnte, um den Soldaten auch im Falleren zur vollen Kraftentwicklung gelangen zu lassen."

Sollen nun die 3¼ kr., um welche die Löhnungen der Unteroffiziere, und die ¾ kr., um welche die Bezüge der Soldaten erhöht worden sind, zureichend seyn, bei den jetzigen Lebensmittelpreisen jene Kraftentwicklung hervorzuführen?

Aus Oberbayern wird in einem Schreiben über die Schulfrage im „Volksboten" besonders auf jene Schulverhältnisse hingewiesen, die in Orten vorkommen, wo der Lehrer Mesner und Kantor ist. Bald ist eine Hochzeit, dann ein Requiem, dann eine Prozession, dann ein Bruderschafts-Jahrestag-Gottesdienst, welche die Schulkinder nichts angehen, da aber der Geistliche und Lehrer in der Kirche sungiren, müssen die Kinder selbst im Winter, 1 bis 1½ Stunde, also fast die volle Schulzeit in der Kirche zubringen. Rechnet man diese Schulversäumnisse, so entziffern sich kaum 80—100 Tage im Jahre, an welchen Schule gehalten wird. Aus Prüfungsprotokollen, in Bureaux wird man von solchen Mißständen nie klare Einsicht gewinnen.

Preußen. Berlin, 11. Jan. Dem „Schles. Morgenblatt" zufolge wäre hier ein Schreiben Kinkels eingetroffen, welches den lebhaftesten Wunsch ausdrückt, in die Heimath zurückzukehren.

Digitized by Google

Berlin, 11. Januar. Seit mehreren Wochen soll sich der König in einem äußerst aufgeregten, mit Schlaflosigkeit verbundenen Zustande befunden haben, der sich vorgestern bis zu einem Schwindelanfalle steigerte. (Fr. J.)

Der Frauenminister hat eine Zirkularverfügung, betreffend die Besteuerung von fremden Zeitungen und Zeitschriften, erlassen, die dahin lautet: „Nach §. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1861 beträgt die Steuer für auswärtige, in Preußen steuerpflichtige Blätter ein Drittel des am Orte ihres Erscheinens geltenden Abonnementspreises, jedoch höchstens 2 Thlr. 15 Sgr. vom Jahrgang eines Exemplars. Hinsichtlich der durch diese Bestimmung höher, als früher, besteuerten Zeitschriften, welche fast lediglich in Wochenschriften bestehen, war man bei der Vorlage des Entwurfes zu dem Gesetze von der Voraussetzung ausgegangen, daß dieselben in Folge dieses Gesetzes als Unterhaltungsblätter, welche sich nur ausnahmsweise mit der Politik beschäftigen, von der Steuer ganz frei bleiben würden. Da diese Voraussetzung nach der Versicherung mehrerer, in den großen deutschen Buchhandel-Plätzen angesiedelter Verleger periodischer Blätter nicht zutrifft, die Absicht des mehrgedachten Gesetzes aber überhaupt nicht auf eine Steuererhöhung und noch weniger auf eine Begünstigung der inländischen vor den ausländischen Blättern gerichtet gewesen ist, so soll für alle in deutscher Sprache im Auslande erscheinenden, in Preußen steuerpflichtigen Blätter die Besteuerung vom 1. Jan. d. J. ab, nach dem für inländische Blätter durch den §. 3 des gedachten Gesetzes vorgeschriebenen Steuersatze geschehen, sofern dies von ihren Verlegern bei dem „Haupt-Steuer-Amte für inländische Gegenstände zu Berlin“ beantragt wird, und sofern die vorgeschriebenen Bedingungen (folgen die Formalitäten) befolgt werden.“ (?)

Die „Libre. Ztg.“ enthält die Nachricht, daß der Papst die polnischen Wühlereien in Preußen und Oesterreich sehr unfreundlich aufnehme. Der Hirtenbrief des Bischofs von Kulm, welcher Versöhnung und einträchtiges Zusammengehen der verschiedenen Nationalitäten predigt, in ganz anderm Sinne, als der Erzbischof von Posen es gethan, sey nach Rom gelangt, und der Papst habe in einem Breve an den Nuntius in Wien diese, christlich-verständige Ansicht durchaus gebilligt, auch habe er einer polnischen Deputation, die bei ihm Audienz erhalten, in ähnlicher Weise sein Mißfallen über die politische Agitation des Klerus ausgesprochen.

Württemberg. Stuttgart, 10. Jan. In unserer Gegend bildet sich eine neue Sekte, unter dem Namen „der deutsche Tempel.“ Nach Bericht des „Evangelischen Kirchen- und Schulblatts für Württemberg“ haben eine Anzahl von Männern aus Württemberg, Bayern und Baden, Protestanten und Katholiken, ihren Austritt aus den bestehenden Kirchen erklärt, sich zu einer religiösen Gemeinschaft verbunden, einen Bischof, Priester und Aelteste eingesetzt und regelmäßige Synoden beschlossen. Die neue Sekte wendet sich in einem jüngst erschienenen Aufruf zum Beitritt zunächst gegen die Erziehung in den Familien, verspricht sich dann aber auch auf weit mehr der Religion wenig verwandte Gebiet der Politik, indem sie eine deutsche Centralgewalt hrsürwortet. Sie will ferner die Besetzung Palästinas und die Aufrichtung des Tempels in Jerusalem. Der ganze Aufruf macht einen ziemlich wirren Eindruck durch sein Umherirren auf den verschiedenen Gebieten der Religion und der Politik, der Pädagogik und der Volkswirthschaft, und es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man der neuen Lehre, die diese Leute predigen, einen baldigen Untergang prophezeit.

Freie Städte. Hamburg, 7. Jan. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft wurde über den Bericht des Rekrutirungs-Ausschusses berathen, eine Einigung jedoch nicht erzielt. Die Ansichten, ob Werbung oder Konskription, waren sehr schwankend, und es wurde auch an eine Militärkonvention nach koburgischem Muster gedacht. Gegen diese erhob sich jedoch sogar Dr. Kirsner, der Nationalvereinler, mit der Ausführung, letztere sey das gerade Gegentheil der Errichtung der Militärkraft. Der Ausschuß erklärte in seinem Schlußvortrage: Die Konvention mit Koburg betreffend, so habe der Ausschuß es für unmöglich gehalten, daß irgend Jemand hieher treten und sie empfehlen könne. Es sey ein Irrthum, wenn man annehme, sie sey eine Erleichterung für Koburg, das keinen Mann weniger stelle, aber die Dienstpflicht um ⅓ Jahr erhöht habe. Das Hamburger Kontingent gehört zudem zum zehnten Bundesarmeekorps und, selbst Preußen habe erklärt, daß solche Formationen nicht ohne den Bund geändert werden könnten. (Koburg gehört ja auch nicht zu den 3 preuß. Bundes-Armeekorps.)

Oesterreich. Wien, 6. Jan. Das jetzt so uns sehr aufmerksame Interesse an der inneren Politik ist ebenso bezeichnend für die gegenwärtige Lage, als die fortwährende Spannung auf äußere Ereignisse charakteristisch für die Vergangenheit Oesterreichs war. Niemand unterschätzt die Schwierigkeiten der inneren Zustände, aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Stimmung keineswegs trostlos ist. Ganzen und Großen seine gewachte, sondern eine gehobene ist. Das gilt insbesondere von der deutsch-österreichischen Bevölkerung und namentlich insbesondere der Finanzfrage. Mag der Minister und überhaupt der Deutsch-Oesterreicher immerhin überwiegend geneigt seyn, Opposition zu treiben und die einheimischen Hebel zu bewegen: pessimistisch ist er gleichwohl nicht gesinnt. Sein Hang zur Selbstkritik und zur scharfen Bekrittelung der Regierungsmaßregeln ist nur Sache des Temperaments und der Angewöhnung, aber nichts weniger als Folge eines Mangels an Selbstgefühl und Selbstvertrauen; das Nationalententhum sitzt bei uns auf der Zunge, nicht im Herzen. Die Oppositionsmacherei mit dem Munde gehört, wir möchten sagen, zu den altösterreichischen Traditionen; die Zeitungen trennen diesen derschenden Charakterzug, der allerdings wenig liebenswürdig ist und zu Mißverständnissen Anlaß bietet, und sie wissen ihn geschäftlich auszunützen. Die hiesigen Blätter hüten sich wohl, regierungsfreundlich zu scheinen, selbst wenn sie es sind, und wenn sie Regierungsmaßregeln vertheidigen, so thun sie es im Tone der Opposition. So will es der Wiener; ein Blatt, das mit Pfeffer und Salz gegen die Regierung sparsam umgeht, scheint es mißmuthig von sich. Ein Deutscher, der länger bei uns verweilt, wird darum zu seiner Verwunderung finden, daß die Stimmung viel besser ist, als er nach den Zeitungen schließen durfte, und daß es bei uns keinen geringern Fond von Loyalität und Patriotismus gibt, als in anderen Ländern. Was unsere schwache Seite, die Staatsfinanzen, betrifft, so verhehlt sich hier Niemand, daß uns schwere und lange Opfer bevorstehen, ehr wir uns aus Defizit und Valutaschanden herauswickeln werden; aber dessen möge man im Auslande versichert seyn, daß es in Oesterreich keinen nennenswerthen Politiker gibt, welcher in der Finanzfrage der Regierung zu Maßregeln rathen möchte, die mit der Ehrlichkeit nicht vollkommen vereinbar sind. Es thut noth, daß man dies ausdrücklich konstatire, weil dem Artikel eines hier neu entstandenen Blattes, gewiß gegen die Absicht des Verfassers, vor einigen Tagen hier der Rath untergelegt worden ist, man möge zu einer Finanz-Retzklion der Staatsschulden schreiten. Das brutale und gewissenlose Wort: „Macht Bankrott, dann wollen wir sehen, was wir für Eure Finanzen thun können“, ist in Ungarn ausgesprochen worden; niemals der Lesha möchte sich Niemand damit beschmutzen. Der Abscheu des Oesterreichers gegen unehrliche Finanzpolitik ist nicht bloß richtiges Ehrgefühl, sondern auch Bewußtsein seiner Kraft, mag sie auch jung und unentwickelt seyn. Man weiß, daß Oesterreich die Mittel hat, seinen Pflichten zu genügen. (N. Pr. Z.)

Pesth, 10. Jan. Daß nicht blos im Pesth, Pilis und Soltet Komitate, wo das Standrecht in Bezug auf Räuber u. s. w. proklamirt wordrn ist, sondern auch in anderen Gegenden der Landes die Sicherheitszustände in bedenklichem Grade gefährdet sind, dafür gibt u. A. ein vom 8. d. datirter Erlaß des k. Statthalters an sämmtlicher Komitatsregierungen und die Bürgermeister der Städte Pesth-Ofen Zeugniß. Es heißt darin: „Die mit unglaublicher Frechheit gepaarten Fälle von Straßenraub, welche sich nach den mir zukommenden amtlichen Berichten täglich mehren, rufen die Nothwendigkeit hervor, zu deren Verhinderung und zur Wiederherstellung der so sehr gefährdeten Sicherheit des Lebens und Eigenthums energische Maßregeln zu ergreifen.“ Im Verlaufe des Erlasses wird den Komitatsbehörden aufgetragen, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Maßregeln zu ergreifen zc. (Ostd. P.)

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Jan. Es heißt, Preußen werde die diplomatischen Beziehungen mit Dänemark abbrechen, wenn der sogenannte „Reichsrath“ für Dänemark und Schleswig neuerdings in Wirksamkeit trete. [Preußen (und mit ihm der deutsche Bund) bestreitet nämlich, daß in dem Reichsrath in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung keine den Verträgen entsprechende Vertretung dem Herzogthum Schleswig zugetheilt sey. Die dänische Regierung aber sagt, Deutschland habe sich blos um Holstein, nicht auch um Schleswig zu kümmern.]

---

*) Sie viel wäre also durch den lauten Scherei des Umwillens aus ganz Deutschland prinzipiell doch erreicht, daß die außerpreußischen deutschen Zeitungen nicht mehr höher besteuert werden als die preußischen — freilich nur zufolge einer Willkürverfügung, die jeden Augenblick zurückgenommen werden kann. Die Grenzboten-Emmenatier aber, die nicht deutsche Zeitungen ganz steuerfrei sind, die bleibt nach wie vor.

Digitized by Google

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Die studirende Jugend hat sich einige Tage lang sehr dreist gemacht (Katzenmusik für About u. s. w.). Ich möchte die Vorgänge nicht in Schutz nehmen, muß aber doch eingestehen, daß, wenn die Studenten nun einmal über die Strange hauen sollten und wollten, sie das Objekt ihrer Verhöhnungen nicht besser wählen konnten; denn dem About, dessen Stück sie todt gepfiffen, und dem sie am letzten Abende eine gewisse Katzenmusik gebracht haben, diesen Menschen, welcher ein talentbeleidigender Speichellecker nach oben mit einer Frechheit ohne Gleichen, und obendrein ohne eine Spur von wirklichem Talente, alles Heilige und Anständige mit seinem Kothe beschmutzen möchte, diesem About ist ganz recht geschehen. Da in der ersten Vorstellung von den Freunden des Aufgepfiffenen à bas les curés geschrien wurde, so scheinen die Studenten zu fürchten, daß man ihre Demonstration für eine klerikalische halte, und sie haben gegen dieses Verdacht in einem Briefe protestirt, der aber nicht veröffentlicht worden ist. Jedermann weiß, daß das Pfeifen und Zischen nicht dem Verleumder Rom, sondern der Leidenschaft des Palais-Royal gegolten hat, und man beschwert sich im Allgemeinen nicht darüber. Erinnern Sie sich noch des famosen Artikels von About „Das Bild des Prinzen Napoleon“ und die Huldigungen, die er seinem Brodherrn darbrachte, des Hosstyls, daß er dem „beklagtten Cäsar“ stellte, Gelfam, aber ist es doch, daß der wilde Krawall Abends lang stattfinden konnte, da es doch den Behörden gewiß ein Leichtes gewesen wäre, demselben gleich am zweiten Tage ein kurzes und bündiges Ende zu machen; überdies soll der Kaiser, der aus dem Ereignis keine „affaire“ machen lassen möchte, die Freilassung der verhafteten Studenten sofort befohlen haben. Vielleicht ist man in den Tuilerien gar nicht so unzufrieden mit der populären Lektion, die dem Palais-Royal (Prinz Napoleon) ertheilt worden. (N. Fr. Z.)

Paris, 12. Jan. Der „Moniteur“ enthält ein Dekret, wonach die Abgabe auf Eigenthums-Uebertragung von Obligationen und Aktien fremder Gesellschaften und Unternehmungen der Art erhoben werden soll, daß bei solchen Werthen, die an französischen und auswärtigen Börsenplätzen notirt und gehandelt werden, nur die Hälfte des Betrags dieser Werthe zur Besteuerung zu ziehen ist; bei solchen aber, die notorisch ganz oder vorzugsweise in Frankreich zirkuliren, ist die Steuer vom Gesammtbetrag der Aktien und Obligationen zu erheben. — Die Vertreter der betr. Gesellschaften haben zu diesem Zweck dem Finanzminister eine genaue und beschrinigte Liste über das in Emissionen und Aktien ausgegebene Kapital einzureichen. — Dasselbe Blatt publizirt auch ein vom 27. Dez. datirtes Dekret, wonach die im Kriege verwundeten und invalid gewordenen Offiziere der Land- und Seemacht, welche nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Heer das Legionskreuz erhalten haben, vom 1. Januar 1861 an, auf ein ganzes Jahr zurück, die mit der Dekoration verbundene Gratifikation erhalten sollen.

Im westlichen Frankreich ist das Landvolk durch das, was es von den Geistlichen über die Lage des Papstes vernahm, sehr aufgeregt; das soll so weit gehen, daß die Geschäfte darunter leiden. Die Regierung hat sich genöthigt gesehen, der Sache ihre ernste Aufmerksamkeit zu widmen.

Italien.

Turiner Blätter melden Folgendes: Ein von dem bourbonischen Komité in Rom ausgegangener Befehl hat den Chiavone des Oberbefehls über die bourbonischen Streifrotte (Freischaaren) in Neapel enthoben; Chiavone aber hat dem Befehl keine Folge geleistet und den Boten, der ihn überbracht, erschießen lassen. — Der Papst soll sich darüber beschwert haben, vom Kaiser der Franzosen in seiner seiner Antworten auf die Neujahrsgratulationen erwähnt worden zu seyn. — Dasselbe Bericht meldet auch aus Rom, daß die Kardinäle Reisach, Mattei und Patrizi dem Papst vorstellten, die polnische Bewegung sey eine demagogische und die Religion in derselben nur ein Vorwand. So die Turiner Berichte, die freilich nicht verlässig sind.

Genua, 6. Jan. Nach verschiedenen Stationen des Südens geht fortwährend Gendarmeriemannschaft ab. Am 2. d. kamen über 200 Carabinieri aus Bologna hier an, und wurden sogleich eingeschifft; gestern ungefähr dieselbe Anzahl. Diese Kontingente sind aber nicht, blos für das Neapolitanische, sondern auch für Sizilien bestimmt, wo man gleichfalls einen Schutz gegen Diebe und „Reaktionäre“ sehr benarf. Nach Mittheilungen aus Neapel wimmelt es dort von muratistischen Agenten, die ihre Zwecke auf das eifrigste verfolgen. (Allg. Z.)

Garibaldi scheint im Dezember wieder eine ganze Reihe von Sendschreiben erlassen zu haben. Die Blätter bringen deren drei, vom 20., 24. und 30. Dez. Den Sturm zu gegenseitiger Hilfe, der ihn zum Ehrenpräsidenten ernannt hatte, erwidert er, „die tapferen Söhne der Arbeit unter der Führung einer so nationalen Verbrüderung zu vereinigen“, und hofft, daß die Arbeiter dem Ruf des Vaterlandes unverzüglich folgen werden, wenn es gilt, die Brüder von der zweifachen Tyrannei der Priester und der Ausländer zu befreien.“ Dem Dirigenten der Genueser mobilen Schützen ruft Garibaldi zu: „Ueber euch schwebt im Wetterwerke, denn der Augenblick ist nahe, wo die Mutz gelegen müßte der Sieg ist unser, denn mit unserer Sache ist Gottes Segen und die ganze göttliche Welt.“ In einem Schreiben an den Präsidenten des Komité von Frechina, in welchem gleichfalls an den Waffen gerufen, der Wahlspruch: „Italien und Viktor Emanuel!“ erneuert und zur Eintracht aufgefordert wird, ist die Hauptstelle ein heftiger Ausfall gegen „die römischen Priester und gegen diejenigen, welche dieselbe dulden und beschützen“; sie seyen „die Wurzel aller Uebel“ ꝛc.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 6. bis 11. Januar).

Samstag. Das Geschäft war in der abgelaufenen Woche sehr umfangreich und lebhaft, denn schon die Hausse war massvolle Proportionen einhielt. Die Baissepartei machte ausserordentliche Anstrengungen, um die Kurse zurückzuhalten und die Kapitalisten sind mit spekulativen Geldanlagen nicht mehr so schnell zur Hand als früher. Das Steigen der Oster. Fonds beträgt so nicht viel mehr als ½ pCt., nur für Venetianer hat sich mach Abliung des Coupons und wegen der herannahenden Ziehung (Juli) starke Frage eingestellt, so dass solche über 1 pCt. gewonnen haben und Abgeber selbst an den gestiegenen Kursen fehlten.

Für süddeutsche Staatspapiere bleibt der Markt animirt mit täglichen, mehr oder minder beträchtlichen Umsätzen. Für 4 pCt. Bayern hat das Mutterland immer Begehr, 4½ pCt. Nassauer finden zu 101½ Käufer; zu demselben Zinsfuss ist ein Privatanlehen des regierenden Herzogs aufgelegt worden und soll dieselbe zu pari ausgegeben sofort auch vergriffen worden seyn. Von Anlehensloosen sind die österreichischen pro 1839 gefragt und steigend, während die neuen von 1860 von bestimmter Seite täglich an den Markt kommen und zwar zu einem den Wiener Kursen ganz entsprechenden Preis, so dass sich vermuthen lässt, dass die Verkäufe für Rechnung der Regierung geschehen. In den andern Loosgattungen ist es still, dem Dezember, zumal für das kleine Publikum, dürfte durch die letzten Emissionen, wovon noch viel Material flottirt ist, wohl für längere Zeit hinaus Genüge gethan seyn.

Oesterreichische Kreditaktien haben verhältnismässig bedeutenden Aufschwung genommen, von 148½ vor 8 Tagen auf 150½, obschon die Umsätze nicht bedeutend waren, Stücke sind selbstverständlich dem Verkaufe hindern das Steigen. Auch in Darmstädter wieder etwas mehr Bewegung, es variatet von 4 fl. Superdividends: relata refero. — Von Zentralbank-Aktien sind österreichische, obwohl in Wien als auch hier, namhaft gestiegen, hier beiläufig um 2½ fl. Der günstige Geschäftsbericht der Bank für das abgelaufene Jahr mag dazu den Anlass gegeben haben.

Von Eisenbahnaktien sind Berbacher niedriger, dagegen hessische Ludwigsbahn ansehnlich (3 pCt.) höher gegangen. Bayerische Ostbahnen durch einige starke Verkäufe gedrückt. Oesterr. Westbahn um 2 fl. besser gegangen, allein die Besorgniss einer neuen Aktienemission für Bedeckung der schwebenden Schuld drückt nieder, obgleich uns eine solche zum jetzigen Kurs sehr unwahrscheinlich erscheint.

Geld willig und abundant. Unsere Bank hat den Diskonto für Wechsel auf 3 pCt. ermässigt; auch die englische Bank ist auf 2½ zurückgegangen und die Erwartung liegt nahe, dass man in Paris nicht mehr lange auf der exzeptionellen Höhe beharren wird. Wechsel fest mit grossem Mangel in langen Sichten. Amsterdam für den Anfang von Nationalconvpons in Holland sehr gesucht, Paris zu 80, London zu 117¼ in Frage, Antwerpen in Posten zu 93 gehandelt. Napoleonsd'or für die Schweiz gesucht und von 9. 18—18⅛ bezahlt. (Akt.)

Aus Baden, 11. Jan. Zur Förderung der Schnelligkeit im telegraphischen Verkehre hat die betreffende Verwaltung die Aufstellung des neuen Budget eine Tantième für die expedirenden Beamten auf den Telegraphenbureaux vorgesehen, die für jede Depesche, die abgeht und ankommt, je 1 Kreuzer, für die Transitdepesche ½ Kreuzer und für jede, die übertragen werden muß, ebenfalls 1 Kreuzer beträgt. (Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben der quiesc. Stadtgerichtsrath L. L. Gemünden in Aschach bei Lindau.

(Ein geräuchterter Dieb.) Das Berliner Schnurgericht verhandelte am 8. d. einen interessanten Diebstahlsprozeß. Vor den Schranken stand der Haudtener Pietsch, ein bereits fünfmal bestrafter Mensch, der auch einmal als Soldat eine achtjährige Festungsstrafe wegen Kirchendiebstahls verbüßt hat, angeklagt, in der Nacht vom 6. zum 7. August v. J. in den Laden des Kaufmanns Lingner, Landsbergerstraße Nr. 77, eingebrochen zu seyn und die Ladenkasse im Betrage von 55 Rthlr. entwendet zu haben.

Digitized by Google

Da es ungewöhnlich warm geworden war, versuchte sich Pietsch im Hinterhause und als der Diebstahl entdeckt wurde und er sich gesucht sah, retirirte er in einen Schornstein. Er kletterte in denselben hinauf und unvorsichtig sah er oben aus demselben heraus und wurde natürlich entdeckt. Er wurde aufgefordert, herabzukommen, da er aber dieser Aufforderung keine Folge leistete, so machte man unten ein großes Feuer an und der aufsteigende Rauch veranlaßte ihn, sein Asyl zu verlassen und herabzukommen, worauf er verhaftet wurde. Der Angeklagte war unter diesen Umständen geständig und wurde zu zehn Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt.

Göttingen, 10. Jan. Oberkonsistorialrath und Professor Dorner hat, wie wir in den letzten Tagen hier und heute zugleich von Berlin vernehmen, einen Ruf dahin als Professor der Theologie und Mitglied des Oberkirchenraths angenommen, und folglich seine Entlassung eingereichen, ohne irgend Bedingungen zu machen. Wir bedauern aufrichtig diesen Verlust, als den des bedeutendsten Namens in unserer theologischen Fakultät, mit dem größten Zudoerlicken.

(K. Z.)

Englische medizinische Journale besprechen den Tod einer neunzehnjährigen Mädchens, welches seit 16 Monaten in einer Blumenfabrik Kamelien und mit der Anfertigung von grünen Blättern beschäftigt, an Vergiftung starb, wie die Obduktion ergab, da man zum Grünfärben der Blätter grobphnlich arsenikhaltiges Kupfer verwendet.

Auf den fünf von Paris ausgehenden Haupteisenbahnlinien, nämlich der Nord-, Ost- und Westeisenbahn, und den Eisenbahnen nach Orleans und nach dem Mittelmeer, sind von 1850 bis 1860 nicht weniger als 340 Millionen Reisende befördert worden; von denselben haben 44 durch Unfälle das Leben eingebüßt, also einer auf 7 Millionen. Durch Fuhrwerke hingegen sind in der Stadt Paris allein 920 Unfälle verunglückt worden, wobei 30 Personen getödtet und 579 verwundet wurden. Also verursacht das Fuhrwerk in der Hauptstadt allein fast ebenso viele Todesfälle in Einem Jahr, als die Beförderung auf den fünf Hauptei[illegible]linien in zehn Jahren.

Neueste Nachrichten.

München, 13. Jan. Se. Maj. der König hat den Kaufleuten Anton und Joseph Pummerer in Passau die Bewilligung zur Annahme und Tragen des von St. Heiligkeit dem Papste ihnen verliehenen Ritterkreuzes des Sylvesterordens ertheilt; den von den Priestern Karl v. Horscher, Pfarrer in Niedermurach, Ldg. Oberviechtach, und Joh. Bapt. Friedrich, Benefiziat in Willenhofen, Ldg. Bartberg, beabsichtigte Pfründentausch genehmigt.

(R. M. Z.)

München, 12. Jan. Die Landboten der Pfalz in hiesiger Universität haben bei dem Kultusministerium eine Eingabe eingereicht, in welcher sie die Bitte stellen, den Professor und Vorstand der Gebäranstalt, Dm. Dr. Keller, dem bekanntlich ein Ruf nach Göttingen zukam, der hiesigen Universität erhalten zu wollen.

(Augsb. Abdz.)

Nürnberg, 13. Jan. Durch das heute verkündete Gerichtserkenntniß in dem Prozesse Rang ca. Dr. Phil. Ernst, verantwortlichen Redakteur dieses Blattes, ist die Klage als unbegründet abgewiesen, und der Kläger in die Kosten des Verfahrens verurtheilt worden, welche jedoch bei dessen Mittellosigkeit dem Aerar zur Last fallen.

(N. Kour.)

5 Wien, 12. Januar. (Prov. Kor.) Ueber die Thätigkeit des reichsräthlichen Finanzausschusses, deren Resultate Alles mit Spannung erwartet, läßt sich bis jetzt nichts Positives melden. Er widmet sich mit Eifer den Arbeiten. Einzelnheiten kursiren darüber die abstammerlichen Gerüchte, die jedenfalls als Zeichen der Zeit nicht ohne Interesse sind, wenn sie auch keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen können. So behauptet man namentlich in den mittleren Ständen steif und fest, daß der Finanzausschuß die Verpflichtung der Güter der todten Hand (namentlich der Kirchen rc.) in Vorschlag bringen werde, und seitdem ein hiesiges großes Blatt verlauth hat, die Zweckmäßigkeit dieses Ausnahmsmittels zu beweisen, gibt man sich nicht mehr mit der Verpfändung zufrieden, sondern denkt schon an die gänzliche Einziehung dieser Güter und die Besorgung der Priesterdurch den Staat. Daß ein derartiger Ausnahmsmittel jedenfalls nur einen sehr zweifelhaften Werth hätte, und noch nur ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein wäre, überdieß man im Publikum. Auch der Vorschlag einer Revision der Staatsschuld taucht wieder auf, namentlich in auswärtigen Blättern. Die Börse glaubt jedoch daran nicht, und zwar mit guter Gründe. Sie weiß zu gut, daß der augenblickliche Nutzen, den eine derartige Maßregel haben würde, reichlich dadurch aufgewogen werden müßte, daß dem Kredite Oesterreichs im In- wie im Auslande eine unheilbare Wunde zugefügt würde, daß sie uns daher unter allen Umständen weit mehr kosten als einbringen würde. In der Bankfrage hat sich nichts geändert; es will die Bankdirektion mit ihrem Anhange von einer Transaktion auf Grundlage der von dem Finanzminister aufgestellten Grundsätze noch immer nichts wissen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Ca. l. S. b. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	80½ G.
"	5 pCt. Neuer. Coupon b. K.	88½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	44⅝ G.
"	4½ pCt.	40½ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
"	2½ pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4 K. (C. b. R.)	103 G.
"	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	103⅜ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104¼ P.
"	4 pCt. Obl. ljährige dto.	100⅛ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-A. dto.	100⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
"	4½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1852	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102⅜ P. ½ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	92 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 80	47 G.
"	2 pCt.	41½ G.
Sardinien	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Frankfurt, 13. Januar. Für österr. Fonds, Industrie-Aktien und Ludwigs-Loose herrschte durchgängig Kauflust. Besonders 5 pCt. 500 fl. Loose von 1860 nahmen einen ziemlich bedeutenden Aufschwung. Auch Frankfurter und Darmstädter Bankaktien waren begehrt und höher. Dagegen waren Berghacher Aktien billiger zu haben. (Spnd.)

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1137½ G.
K. K. österr. Nationalbank-Aktien	639—36 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	140½—141 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. b. Serie à fl. 250	196½ G.
Nassauische Bank à Thlr. 100	74½ G.
Mitteldeutsche Kreditbanken	80 P. 79½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	386 P. 384 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	65¼ P.
Oest. V. St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 25 br	227 F.
" Mainz-Ludwigsh. 4 pCt.	106¼ P.
" Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	73¼ F.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 ½ pCt. Z	297½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129⅜ P.
Pfälz. Mark. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅝ F.
Prss. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	82 F.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	244 G.
Span. Handels- u. Industrie	505 P.
" Eisenbahn-Akt. Pendre	440 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollständ.	104½ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104½ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	90 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	53¾ P.
" 5 Anl. v. 1854 mit 4 pCt.	59½—¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	12⅞ P.
" fl. 500 v. 1860 5 pCt.	89—⅝ G.	" fl. 25 dto.	21⅞ P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1854	101 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	27⅞ P.
3½ pCt. Prussa. Pr.-Anl. b. K.	118½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand.-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P.
Badische fl. 50	21¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 F.
Badische fl. 35	33¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	11 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅛ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B. 104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lok. k. S.	104⅜ B.
Coln Thlr. 60 k. S.	103 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ P. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. L. 250 k. S.	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ B. 93⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 20 fl. W. L. S.	83⅜—½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Organ gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 15. | Vierteljährlicher Abonnementspreis für hier und ganz Bayern 2 fl. 30 kr. | Bei Insertaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Mittwoch, 15. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 12. Jan. [Eine neue Partei.] Es ist die Bildung einer „konservativ-konstitutionellen" Partei beabsichtigt, zu deren Moniteur die „Spenersche" auserschen zu seyn scheint. Programm: „Weich' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß." Die „Kreuzzeitung" hat das Projekt bereits als absurd bezeichnet; sie meint, es gebe nur Eine konservative Partei, und diese sei die „Kreuzzeitung" — frey deren Prinzipien.

Berichtigung. In der gestrigen Nr. über das Befinden des Königs von uns wurden nur durch ein Druckversehen Schwankungen zu lesen, während es Schwankungen heißen muß.

Sachsen. Zu Beleuchtung jüngster Verwirrungen erklärt das „Dresdn. Journal" nach „in maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigung", daß von den laut Gesetz vom 2. Januar in Betrage von 6½ Mill. Thlr. zu emittirenden Staatsschuldenkassenscheinen (zum Bau neuer Eisenbahnen ꝛc.) in der nächsten Zeit nichts an den Markt gebracht werden, und die Ausgabe künftig nur allmälig je nach dem Maße, in welchem die projektirten Eisenbahnbauten es nöthig machen, erfolgen werde.

Hannover. Hannover, 11. Jan. Von Sr. Maj. dem König von Bayern hat Dr. Onno Klopp dahier kürzlich folgendes Schreiben erhalten: „Hr. Dr. phil. Onno Klopp! Ihr Werk über Tilly*) habe Ich mit Vergnügen entgegengenommen. Ist es schon im Allgemeinen von hohem geschichtlichen Interesse, im Laufe der Zeit die Urtheilsmeinungen darüber zu sehen, unter denen die Beurtheilung hervorragender Männer gelitten, so war es Mir in erhöhtem Maß interessant, Kenntniß zu nehmen von Ihren Bestrebungen, den Charakter eines Mannes in richtigem Licht darzustellen, der mit Bayerns Geschichte innig verwebt ist. Empfangen Sie für Ihr Vertrauen Meinen Dank, und bleibe Ich mit wohlwollenden Gesinnungen Ihr — München, 19. Dez. 1861 — Ihr wohlgeneigter Max."

Württemberg. Stuttgart, 13. Jan. Der „Staatsanz." bringt das mit den Ständen vereinbarte Gesetz, betreffend den Bau weiterer Eisenbahnen in der Finanzperiode 1861 bis 64 und die Verwendung der Betriebsmittel der bestehenden Eisenbahnen (Bahn von Wasseralfingen bis Nördlingen; von Aalen bis Heidenheim; Vorarbeiten für die Fortsetzung der oberen Neckarbahn von Rottenburg thalaufwärts bis gegen Horb; von Heilbronn an die badische Gränze gegen Neckarelz; von Hall nach Crailsheim). Die Kosten sind auf 17 Millionen Gulden veranschlagt.

Kurhessen. Kassel, 12. Jan. Die Erklärung, welche für den nun eingetretenen Fall der Nichtannahme der Adresse von den 44 Unterzeichnern derselben vereinbart ist, ist folgende: „Wir, die unterzeichneten Abgeordneten zur zweiten kurhessischen Ständekammer, legen hiermit, da wir durch die eingetretene Auflösung an der baldmöglichsten förmlichen Berathung und Beschlußfassung in der Verfassungsangelegenheit verhindert worden sind, folgende feierliche Erklärung nieder: 1) Wir vermögen die gegenwärtig berufenen Stände nicht als die verfassungsmäßigen Landesvertreter anzuerkennen, halten dieselben namentlich zur Vornahme von Landtagsgeschäften nicht berechtigt. 2) Wir halten es im unzertrennlichen Wohl des Landesfürsten und des Vaterlandes für dringend geboten, daß das bis ins Jahr 1850 in anerkannter Wirksamkeit bestandene, auf verfassungsmäßigem Wege nicht geänderte Verfassungsrecht des Landes, mit Einschluß des Wahlgesetzes vom 5. April 1849, sofort in seinem vollen Umfange auch thatsächlich wieder in Geltung gesetzt werde. 3) Wir sprechen unsere Ueberzeugung aus, daß die nach dem Wahlgesetze vom 5. April 1849 zu berufende Landesvertretung bereit seyn wird, zu nothwendigen oder zweckmäßigen Abänderungen des Verfassungsrechts in ordnungsmäßiger Weise mitzuwirken. 4) Wir halten es aber zur baldigen Erledigung der Verfassungsfrage und zur dauernden Beruhigung des Landes für unerläßlich, daß von Sr. k. Hoheit dem Kurfürsten ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Volks hat. Diese Urkunde soll seiner Zeit veröffentlicht werden." (Nat.-Z.)

Ein eigenes Geschick, sagt die „Ztg. f. Nord.", muß in den Jahreslage und in derselben Stunde, ja fast Minute, die Versammlung aufgelöst wurde, wo vor 31 Jahren, am 8. Jan. 1831, Kanonenschüsse, 101 an der Zahl, dem Volke die Anbrgabe der Verfassung und die vollendete Beeidigung der Stände, Minister ꝛc. verkündeten.

Baden. Baden, 10. Jan. Mehrere Blätter enthielten die Nachricht, daß die großh. Regierung die Aufhebung der hiesigen Spielbank oder wenigstens die Nichterneuerung des Spielpacht-Vertrages beschlossen habe. Diese Gerüchte beziehen sich auf einen an das hiesige Bezirksamt gelangten Ministerial-Erlaß der Beschläge über Einrichtungen verlangt, die nach dem Aufhören des Spieles zu treffen wären. Der Spielpacht-Vertrag lauft noch bis 1870, kann aber von 1864 an ohne Entschädigungs-Zahlung gekündigt werden. Welcher Zeitpunkt von dem großh. Staatsministerium in Aussicht genommen, ist bis jetzt nicht bekannt.

Oesterreich. Wien, 11. Jan. Die Führer der ungarischen Opposition sollen ihren Frieden mit der Regierung zu machen wünschen und sich bereit erklärt haben, von den unbescheidenen Forderungen ihrer Landtagsadresse abzugehen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, wenn die hervorragenden Persönlichkeiten des Landes es wollen, ein Landtag zu Stande zu bringen ist, der annehmbarere Bedingungen stellt, als sein Vorgänger. Schwerlich aber wird das, was die Magyaren jetzt bieten, der Regierung schon genügen; später geben sie's vielleicht noch wohlfeiler. Worauf die Regierung beharren muß: das ist die Gemeinsamkeit Ungarns in Heer, Finanzen und Diplomatie mit dem Kaiserstaat. Darin zu willigen, sind aber die Ungarn jetzt sicherlich noch nicht geneigt. Ihre Anerbietungen haben zunächst wohl keinen anderen Zweck, als von dem ihnen unbequem werdenden Ausnahmezustand baldmöglichst wieder befreit zu werden. Das ist ihnen nicht zu verargen; aber die Regierung mag sich doch versehen, daß sie nicht von Neuem durch die schlauen Magyaren sich in Verlegenheit bringen läßt. (B. f. Nord.)

Bregenz (Vorarlberg), 12. Jan. Heute fand hier von einem aus Stuttgart berufenen protestantischen Geistlichen für die Protestanten in einem zu diesem Zweck eingerichteten Lokal der erste Gottesdienst statt. Zu gleicher Zeit werden auch von einer Anzahl Väter aus der Gesellschaft Jesu, die zum Zweck der Mission hieher berufen wurden, Andachtsübungen für die katholische Bevölkerung abgehalten. (A. Z.)

*) Klopp hat Tilly gegen viele Vorwürfe vertheidigt, die ihm von andern, namentlich protestantischen Geschichtschreibern gemacht worden.

Dänemark.

In Kopenhagen werden sicherem Vernehmen nach Vorkehrungen getroffen, die Armee im März auf Kriegsfuß zu bringen und namentlich die Dannewirke-Stellung mit Truppen zu besetzen. Die Dänen halten den deutschen Bund für kriegslustiger, als er es wirklich ist.

Großbritannien.

Bakunin, der in London angekommen ist, befindet sich bei seinem Landsmann Herzen und wird künftighin sich an der Redaktion des „Kolokol" mitbetheiligen. Jedenfalls hat er während seiner achtjährigen Gefangenschaft viel Gelegenheit gehabt, neuen und interessanten Stoff für dieses Blatt zu sammeln. Eine Deputation englischer Arbeiter hat ihm zu seiner Freiheit und seiner Ankunft Glück gewünscht.

Digitized by Google

Frankreich.

Paris, 13. Jan. In Folge einer zwischen Frankreich, England und Rußland abgeschlossenen Konvention wird die französische Okkupation in China noch zwei Jahre dauern, und bildet man zu diesem Behufe in Algier ein Korps Zuaven, welches zur Besatzung in den in China okkupirten Punkten in zwei oder drei Monaten abgehen wird. (Fr. Volksz.)

Das ächte Testament Napoleons I., das von dem bisher dafür ausgegebenen sehr verschieden ist, soll demnächst in London durch einen Corsen, Peruggi, herausgegeben werden. Napoleon hatte es seinem Beichtvater Vignali anvertraut, und dieser, ehe es nicht in fremde Hände fallen zu lassen, nähre es in das Futter seines Brieftornisters ein. Nach der Februarrevolution übergab er es dem Herrn Peruggi; Vignali ward bald darauf ermordet, und Peruggi legte das Testament in die Hände des Prinzen Jerome meinet. Wir werden bald sehen, was an dieser ganzen Geschichte ist.

Der Kultusminister Rouland hatte kürzlich ein Rundschreiben erlassen, worin er die Behörden aufforderte, darüber zu wachen, daß nicht minderjährige Kinder wider Willen ihrer Eltern in Klöster gebracht würden. Der „Moniteur" veröffentlicht nun ferner ein Schreiben des Unterrichtsministers Rouland an den Bischof von Arras, der kürzlich in einem an den Minister gerichteten Briefe bittere Beschwerden darüber geführt, daß „man." ohne die Bischöfe zu befragen und ohne auf ihre kirchliche Autorität Rücksicht zu nehmen, Verfügungen in Bezug auf Minderjährige gegen Klöster und sonstige religiöse Anstalten getroffen habe. Der Bischof von Arras hatte namentlich geltend gemacht, daß er, besser als die Polizei, wisse und wissen müsse, was in den religiösen Anstalten seiner Diöcese vorgehe, und bestreitet, daß in Bezug auf die Minderjährigen in denselben sich nichts zutrage, was gegen die Landesgesetze verstoße. Der Minister hebt nun einen einzelnen Fall, der sich in der Diöcese des Bischofs von Arras zugetragen hat, hervor, und weist aus den gerichtlichen Untersuchungsakten nach, daß im Okt. 1859 eine gewisse Frau Carro ein minderjähriges Mädchen, Antoinette Leyrete, ohne Wissen seiner Mutter auf ihre Kosten in das Clarissinnenkloster von Arras gebracht und von dem Generalvikar der Diöcese die Ermächtigung erhalten hatte, dieses Mädchen dort aufnehmen zu lassen. Zwanzig Tage nach dem Eintritt, d. h. noch vor Ablauf der gesetzlichen Zeit, wurde Antoinette Leyrete als Novizin eingekleidet und blieb seitdem verschwunden, bis endlich ihre Mutter nach langen, fruchtlosen Nachforschungen auf die richtige Fährte kam, dann die gedachte Frau Carro unter Androhung gerichtlicher Verfolgungen zur genauen Angabe des Verstecks nöthigte und so in den Stand gesetzt wurde, ihr Kind wieder zu sich zu nehmen. (A. Z.)

Die Assisen zu Aix lieferten am 10. Dezember einen weiteren Beitrag zur Geschichte der Jury in Frankreich. Eine 26jähr. Wittwe, deren Lebenswandel als skandalös bezeichnet wird, stand unter Anklage des Kindermords. Die Leiche war im Felde verscharrt gefunden worden; die Obduktion hatte die Lebensfähigkeit des Kindes vollkommen festgestellt. Ueberdies hatte die Mutter in der Untersuchung gestanden, das Kind absichtlich erstickt zu haben, weil sie von dessen Vater verlassen worden sey. Obgleich sie dieses Geständniß in der Sitzung zurücknahm, so stellte sich die Sache doch so, daß der Präsident für gänzlich überflüssig hielt, eine Zusatzfrage wegen fahrlässiger Tödtung zu stellen. Gleichwohl brachte die Jury nach kurzer Berathung ein freisprechendes Verdikt. Das Publikum, sonst gewöhnlich mit den Freisprechungen einverstanden, war es diesmal so wenig, daß sich lautes Murren hören ließ. Es sammelte sich alsdann an dem Ausgang in so drohender Haltung, daß die Wittwe sich durch ein Fenster des Justizpalastes entfernte und die Polizei am Abend ihre Wohnung vor Insulten schützen mußte.

Spanien.

Madrid, 12. Jan. Marschall Serrano ist zum Herzog ernannt. (L. d. fr. J.)

Italien.

Der Turiner Justizminister erklärte in der Senatssitzung auf eine Interpellation Roncalli's, daß sich mehrere bischöfliche Proteste gegen das ministerielle Cirkular, daß die Regierung fest entschlossen sey, dem Klerus Widerstand zu leisten.

Am 11. Januar wurde unter dem Vorsitze des Prinzen Humbert in Turin das National-Schützenfest eröffnet. Garibaldi wurde zur Eröffnungsfeier erwartet, war jedoch ausgeblieben.

Aus Turin, 4. Januar, schreibt man dem Wiener „Vaterland": Lamarmora hat seine Entlassung eingereicht. Wie es bei dem redlichen und offenen Charakter desselben zu erwarten stand, hat er der Regierung die Wahrheit gesagt und sein Entlassungsgesuch mit Gründen unterstützt, die eben so sehr seinem Charakter als seiner Ehrlichkeit zur Ehre machen. In diesem Berichte verwahrt sich Lamarmora energisch dagegen, daß man dem sogenannten Brigantaggio die in Neapolitanischen herrschenden traurigen Zustände in die Schuhe schiebe. Lamarmora schreibt wörtlich: „Wäre das Brigantaggio wirklich allein die Ursache der traurigen Lage des Landes und bestände dasselbe nur in der Ausdehnung und Bedeutung, wie man dasselbe in offiziellen Regierungsberichten darstellt, so wäre die Armee schon lange mit der Unterdrückung desselben fertig geworden. Daß dieses nicht der Fall ist, beweist aber, daß das Uebel tiefer wurzelt und daß die Unzufriedenheit eine allgemeine sey. Die Entfernung von ihrer größten Wohrzahl nach der Regierung so feindlich gesinnt, daß selbst die Idee einer Unfügung Italiens von derselben nicht mehr anerkannt werde, und es sey bereits so weit gekommen, daß ein großer Theil der Bevölkerung es vorzöge, selbst Franz II. wieder zurückzurufen, ehe er sich der Regierung Viktor Emanuels freiwillig unterwerfe. Er habe, schließt General Lamarmora seinen Bericht, schon in seinen früheren Meldungen darauf hingewiesen, daß auch die Nationalgarde ihm nicht das geringste Vertrauen einflöße, ja daß er desürchte, dieselbe werde im Falle eines Aufstandes sich offen auf die Seite der Empörung schlagen. Das einzige Mittel, die gährende Masse zusammenzuhalten, sey die Verhängung des Belagerungszustandes. Die Regierung sey auf diesen seinen Vorschlag nicht eingegangen, und so bleibe ihm denn nichts Anderes übrig, als um seine allsogleiche Entlassung zu bitten, da er unter den bestehenden Verhältnissen es mit seinem Gewissen und seiner Erfahrung nicht vereinen könne, auf seinem Posten länger auszuharren, wo er nichts mehr machen könne.

Rußland und Polen.

Warschau, 12. Jan. Das Tagesgespräch bildet hier jetzt die allerh. Bestätigung des kriegsgerichtlichen Urtheils gegen den Prälaten und Archidiakonus des Warschauer Metropolitankapitels Bialobrzeski, der vom Kriegsgericht auf Grund der Artikel 96, 600 und 606 zum Tode, nicht zu 10 Jahren Devotation verurtheilt worden. Der Oberbefehlshaber der ersten Armee hatte dieses Urtheil bestätigt, dann aber das Gnadengesuch Bialobrzeskis bei Sr. Majestät unterstützt, worauf nun Milderung des Urtheils, wie schon erwähnt, auf einjährige Festungsstrafe erfolgt ist. Die Bestätigung des Urtheils lautet wörtlich: „Se. Majestät hat nach Einsichtnahme in den Prozeß befunden, daß der Prälat Bialobrzeski für die gesetzwidrige Versammlung des Domkapitels und die eigenmächtige Schließung aller katholischen Kirchen in Warschau, durch das Urtheil des Feldkriegsgerichts gesetzmäßig zur Todesstrafe verurtheilt worden ist; daß aber Se. Majestät, in Anbetracht seiner langjährigen Verwaltung zahlreicher geistlicher Aemter und seiner unbescholtenen Führung während des Aufstandes von 1851 und aller anderen Unruhen im Königreiche, sowie in Berücksichtigung des Umstandes, daß Bialobrzeski, falls die von ihm vorgebrachten Entschuldigungsgründe nicht genügen sollten, an die Barmherzigkeit des Menschen appellirt hatte. Mit Rücksicht auf obige Umstände hat Se. Majestät daher zu befehlen geruht, daß strafmäßig auf Einschließung des Bialobrzeski in eine Festung auf ein Jahr zu beschränken, ohne demselben seine Würden und Orden zu entziehen." — Gestern ist Bialobrzeski, seinem Stande gemäß, nach der russischen Festung Bobruisk in bequemer Equipage abgeführt worden. (Allg. Pr. Z.)

Petersburg, 3. Jan. Man wird sich erinnern, daß während der Reise des Kaisers im Kaukasus Abgesandte der westlichen Stämme zu ihm kamen, um, wie es damals hieß, die Unterwerfung derselben zu erklären. Der „Invalide" enthält jetzt einen längeren Bericht über die Deputation und deren Zweck, wie überhaupt über die jetzige Lage im Kaukasus. Hiernach hat die Deputation zunächst den Zweck gehabt, auch dem Munde des Kaisers zu erfahren, ob es wirklich sein Wille sey, daß die Stämme aus ihren Wohnsitzen versetzt werden sollten, vielleicht auch die Abwendung einer solchen Maßregel zu versuchen. Der Kaiser versicherte die Deputirten seines Wohlwollens, verlangte aber Gehorsam, doch scheint nicht auf der Uebersiedelung bestanden worden zu seyn. Aus den weiteren Nachrichten geht hervor, daß allerdings eine starke Partei, der noch unabhängigen Tscherkessen, und zwar derjenigen, welche den russischen Positionen am nächsten wohnen, die Unterwerfung wünscht, daß aber auch eine Gegenpartei existirt. Indessen scheint die Kraft des Widerstandes vollständig gebrochen; General Zewolokimoff unterhandelt fortwährend mit den Stämmen, läßt aber die Lichtung der Wälder zur Gewinnung von Straßen und die Anlegung von Posten fortsetzen, und da auf diese Weise die militärische Herrschaft der Russen langsam aber sicher vorrückt, so kann es keinem

Digitized by Google

Zweifel unterliegen, daß die sicherstellte Unabhängigkeit in nicht allzulanger Zeit und vielleicht selbst ohne ein nochmaliges Aufflackern zu Grunde geht.

(Schl. Z.)

Amerika.

Interessant ist es, wie der „Newyork Herald“ die Beilegung des Zerwürfnisses mit England ansieht; er macht gute Miene zum bösen Spiele und sagt ziemlich großsprecherisch: „Indem unser Kabinet den Hauptzweck, die Unterdrückung der südlichen Rebellion, ins Auge faßt, wird es den Forderungen Englands als der Bedingung seiner Neutralität nachgeben, selbst wenn diese Forderungen Absitte und Herausgabe von Mason und Slidell in sich schließen. Unsere Regierung läßt zwar Gefahr, das Vollgefühl unserer loyalen Staaten zu entmuthigen. Allein bei einigem Nachdenken wird jeder Einsichtsvolle sich überzeugen, daß es klüger ist, die Abbrechung mit England zu verschieben, bis wir mit der südlichen Rebellion fertig geworden sind. Wer wird es dem überfallenen Wanderer verargen, wenn er, des Räubers Pistole vor der Brust, der Forderung: „Geld oder Leben her!“ friedlich antwortet? Aber wie Rom, seit Hannibals Einfall, Karthago's gedachte, und wie Frankreich an St. Helena denkt, so wird das Volk der Vereinigten Staaten diesen kleinen „Trent“-Handel künftig in seiner Erinnerung bewahren. Wenn die südliche Rebellion erstickt ist, werden wir, mit einer Armee von 1 Million Mann im Felde, mit einer starken Kriegsflotte, darunter einer guten Zahl Panzerschiffe, mit befestigter Küsten- und Binnengrenze, die Macht haben, nicht nur unsere ausstehenden Schulden von England einzufordern, sondern auch der europäischen Herrschsucht auf unserem Festlande Grenzen vorzuschreiben und Schranken zu ziehen.“

New-York, 29. Dezbr. Der durch die Auslieferung der HH. Mason und Slidell bewirkte Eindruck war ein günstiger. Herr Seward hatte dem diplomatischen Korps, welches die Regierung wegen der friedlichen Lösung beglückwünschte, ein Festmahl gegeben.

(Tel. d. Köln. Z.)

In der letzten Zeit sind so oft Nachrichten aus Halifax, Cap Race, Queenstown und Londonderry erwähnt worden, daß einige Bemerkungen über diese Ausgangspunkte von telegraphischen Depeschen wohl am Platze sein mögen. Halifax ist die Hauptstadt der englischen Kolonie Neuschottland, die eine Halbinsel nordöstlich von den Vereinigten Staaten bildet, und liegt an deren östlicher Küste. Die Dampfer der Cunard-Linie, die jeden Mittwoch abwechselnd von New-York oder Boston nach Europa, und jeden Samstag von Liverpool nach Amerika abgehen, berühren zweimal im Monat den Hafen von Halifax, 30 Stunden nach ihrer Abfahrt von Boston, und können also von dort neuere Nachrichten, die mittelst Telegraphen dahin gelangt sind, nach Europa mitnehmen. Noch später kommen die Dampfer nach Cap Race, der süd-östlichen, Europa wiederum viel näher gelegenen Spitze der englischen Insel Neufoundland; Cap Race ist durch ein Kabeltau, das 900 englische Meilen unter See und 1000 engl. Meilen auf dem Lande läuft, telegraphisch mit Newyork verbunden. Die vereinigte Presse von Newyork unterhält zu Cap Race eine Agentschaft, die durch Barken oder kleine Dampfschaluppen Briefe und telegraphische Depeschen den vorüberfahrenden Cunard-Dampfern zukommen läßt. Diese Korrespondenz wird in Blechbüchsen an Bord der Dampfer geworfen; kommen die Dampfer auf Europa, so werfen sie ihre Blechbüchsen über Bord, so nah als möglich ans Ufer, wo die bereitliegenden Barken dieselben auffangen. Manchmal freilich gelangen die Büchsen nicht an Bord des Dampfers, sondern fallen ins Meer, wie es auch ungelehrt geschieht, daß die Barken bei hochgehender See die Büchsen nicht auffischen können. Alle Dampfboote der Cunard-Linie legen bei Queenstown im Süden Irlands an, 24 Stunden bevor sie Liverpool erreichen; der Telegraph bringt von dort zuerst die Nachrichten nach London. Die Dampfer der kanadischen Linie hingegen legen bei Londonderry im Norden von Irland an.

(N. Fr. Z.)

Mexiko. Die drei Alliirten, welche Mißtrauen und Scheelsucht zur Tripelallianz zusammengezwungen hat, bieten sichtlich Alles auf, sich in Mexiko um die Beute zu zerreißen. Sind die Spanier mit einer Armada vorausgeeilt, um möglichst viel Terrain vorwegzunehmen, so ist die englisch-französische Diplomatie in Mexiko im schönsten Zuge, die Spanier um den besten Theil — um das Fett zu betrügen. England und Frankreich unterhandeln, bereit ihren Alliirten im Stiche zu lassen, über einen Separatvertrag; und es ist nicht ihre Schuld, daß der Frieden noch nicht fertig ist, sondern der Umstand, daß den Mexikanern in der letzten Stunde noch die Augen aufgegangen sind. Die Stipulationen kommen einer englischen und französischen Oberherrschaft gleich; sie überwiesen mehr als 83 Perzent der Einkommensquelle Englands, unterwarfen alle Zollhäuser der Kontrole englischer Kommissäre und gaben England und Frankreich das Recht, die mexikanischen Zölle nach Gutdünken zu regeln. Der Vertrag ward am 21. Novbr. unterzeichnet, aber am 22. vom Kongreß verworfen, als mit der Ehre und Unabhängigkeit der Republik unvereinbar. Am 24. fanden die Gesandten Englands und Frankreichs ein Ultimatum ziemlich gleichen Inhalts ein. Der französische verlangte: 1) unmittelbaren Widerruf des Gesetzes vom 17. Juni 1861; 2) Ernennung von Kommissären zu Vera-Cruz und Tampico, die ermächtigt seyn sollen, die den fremden Gläubigern zu machenden Zahlungen zu sichern. 3) Sofortige Auslieferung der verfallenen Summen u. s. w. Die Regierung verwarf dieses Ultimatum und die Gesandten rüsten sich zur Abreise, während die Spanier bereits ohne diplomatische Umschweife zur That geschritten sind. Die klerikale Partei Miramon's erhebt sich mit Spanien im Bunde zu einem Schlag gegen die Hauptstadt. Die Generale Marquez und Zuloaga sind im Anmarsch gegen die Hauptstadt, während Juarez mit seinem Unterbefehlshaber Doblado entzweit ist.

Volkswirthschaftliches.

* In der „Allg. Ztg.“ wird von München aus auf den beruhigenden Wiener Artikel bezüglich der österr. Nationalbank, den wir neulich im Auszug mitgetheilt haben, erwidert. Es heißt in dieser Erwiderung u. A.: „Was das Münchener Komité zu seinen Schritten bewog, waren sachliche Gründe von fleisch und Blut. Die Wiener Korrespondenz kann uns wohl theilweise beruhigen; allein wir vermissen noch immer sehr wesentliche Punkte. Erstens entspricht auch der neue Statutenentwurf nichts von einer Betrennung des auswärtigen Banktantienbesitzes in der Generalversammlung, eine Bestimmung — die herzuziehe doch in den Kodex der Kreditverhältnisse in allen Staaten reziprok ist. Sodann soll zweitens die Unabhängigkeit der Bank vom Staat zwar „größer“ werden, gleichwohl dieselbe noch immer ziemlich abhängig seyn, und neueste Nachrichten sprechen davon, daß Hr. v. Plener für die Verlängerung des Bankprivilegium ein Leih-bezinsliches Ansehen im Betrag von 100 Millionen beanspruche, wogegen die Anlehenslose vom Jahr 1860 im Betrag von 123 Mill. gänzlich frei würden. Wir wollen uns gewiß nicht von einer billigen Transaktion fern halten. Wir erachten jedoch den Antrag einiger Mitglieder der Wiener Bankdirektion, lautend: „Die Schuld des Staates bei der Bank darf die Hälfte des Gesammtbetrags des eingezahlten Kapitals und des Reservefonds der Bank — beiläufig also 60 Millionen — nicht übersteigen,“ für rationeller, und dieser Antrag sagt in sich noch immer Elemente genug, um die von der österr. Regierung, wie es scheint, nicht gewünschte völlige Emanzipation der Bank vom Staat zu verhüten. Jener Korrespondent deruft sich freilich darauf, daß weder die Bank von England noch die von Preußen das letztere Privilegium der Noten-Emission unsonst erhalten haben. Der Korrespondent hätte sich bei dieser Behauptung besser verschen sollen; denn nicht der Wille der Bank war es, dem die unverhältnißmäßige Noten-Emission verbankt wird, sondern die eiserne Staatsnothwendigkeit, welche die Bank gegen Willen und Protest der Bankdirektion dazu veranlaßte. Die Aktionäre würden gewiß zufriedener gewesen seyn, wenn die Bank in engeren Schranken sich hätte halten können; denn gerade das Durchbrechen der normalen Gränzen hat das ganze Gebäude erschüttert, und die Aktien bis auf 550—600 (Frankfurter Kurs) herabgedrückt. Drittens ist das Postulat, die im Eigenthum der Bank befindlichen Effekten sofort lozuschlagen, nach unserm Dafürhalten unbillig. Ein großer Theil davon würde nur mit einem Verlust von 30 bis 40 pCt. zu realisiren seyn. Nach unserer Berechnung bliebe der Bank, falls sie den ursprünglichen Vorschlägen des kaiserlichen Finanzministers unbedingt folgte, ein Betriebsfond von höchstens 150 Millionen verfügbar, der eine sehr magere Verzinsung des Bank-Einlagekapitals von 110 Millionen (noch dazu größtentheils in Silber einbezahlt) abwerfen dürfte, was mit der Rentabilität anderer Effekten doch etwas stark kontrastirte.“ Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß Bank- und Finanzverwaltung am nächsten 12. Januar sich freundlich die Hände reichen; aber wir stehen billige Zweifel, ob das jetzt gesicherte Einverständniß für die Bank an, und wir hoffen, daß man sich arrangiren wird. Das wollen wir schließlich nicht verschweigen, daß die natürliche Agitation noch durch den Umstand sich erhöht, daß die Rehabilitirung der Bank mit der Budgetvorlage so eng verbunden wurde. Gar manche Stimme ist laut geworden, daß es der Finanzverwaltung nur um die Deckung des diesjährigen Defizits zu thun sey. Gar Mancher fragte: „Wie soll da denn künftig seyn? Wäre es nicht besser, sogleich jetzt schon zu den Mitteln zu schreiten, zu deren Anwendung man sich später doch wird

Digitized by Google

entschieden müssen, und mit dem Bankinstitut durch Lösung des ganzen Schuldverhältnisses abzurechnen? Wieere damit die Valuta-Herstellung nicht evidenter sepn?" Wir lassen die Berechtigung dieser Ansicht dahingestellt, und neigen uns einer Transaktion zu, weil die kaiserliche Regierung einer solchen den Vorzug gibt, sie, welche die Chancen des Gelingens eines Finanzplans am besten zu übersehen wohl in der Lage ist."

Neueste Nachrichten.

München, 14. Jan. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Neukirchen, Lgg. Miesbach, dem Priester Anton Kühner, Schuldenpflegi in Baden, des gen. Lgg., übertragen; den Betriebsingenieur Christian Hochstetter in Kaufbeuren auf die Betriebsingenieurstelle in Nördlingen versetzt, die Betriebsingenieursstelle in Kaufbeuren nicht weiter besetzt, dagegen dem Oberpost- und Bahnamte Nürnberg einen weiteren Bezirksingenieur zugetheilt, und hiezu den Baubeamten Ed. Bürklein von Tischereuth, seiner Bitte entsprechend, ernannt. (R. M. Z.)

München, 14. Jan. Die heim Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins dahier errichtete agrikulturchemische Versuchsstation wird in diesem Jahre ihren Wirkungskreis bedeutend erweitern und eine eigene häusliche Bereitung künstlicher Dünger mittels leicht zu beziehender Mineralsubstanzen in's Leben rufen. Es ist hiebei besonders auf die fränkischen und pfälzischen Tabak-, Wein- und Hopfenbau-Distrikte abgesehen, da dort mit dem gesteigerten Bedarf an Pflanzennahrung — die Düngerfrage tiefer als anderswo in das wirthschaftliche Leben eingreift. Das kgl. Staatsseminarium des Handels ꝛc. hat für die agrikulturchemische Versuchsstation auch heuer wieder 1000 fl. aus Centralfonds bewilligt. (R. M. Z.)

München, 14. Jan. Das vorgestern eingetretene Hochwasser hat an den Uferbauten zwischen Thalkirchen und Bogenhausen mannigfachen Schaden angerichtet, namentlich den bei Grunnthal neu aufgeführten Schutzdamm von 60 Fuß Länge förmlich ausgehöhlt. (Südd. Z.)

Landshut, 13. Jan. Die Obersten, sowie andere Offiziere der bayer. Kavallerieregimenter sind hier eingetroffen, um, da die Einführungen der hieher gesandten Unteroffiziere der bayer. Kavallerieregimenter nach dem Coelheim'schen Ausbildungssystem im Reiten zu Ende gehen, selbst sich von der Sache zu unterrichten. (L. Z.)

Kassel, 12. Jan. Der wieder zum Präsidenten der jetzt aufgelösten zweiten Kammer gewählte Abgeordnete Nebelthau soll unter Anklage wegen Majestätsbeleidigung gestellt werden, weil er in der Kammer gesagt hat, die Regierung habe durch das Verbot der Adresse das Petitionsrecht mit Füßen getreten.

Richtpolitische Zeitung.

Gestorben: der pensionirte Oberamtsrichter v. Wisinger in München; in Augsburg Martin Stastmann, Lehrer der 3. Knabenklasse bei St. Ulrich.

* Rottenburg am Neckar. Die württembergischen Diöcesen hat dahier einer ihrer einflußreichsten Dignitäre, der hochbejahrte Hr. Domdekan von Laumann, Großkreuz des Friedrichsordens, Kommenthur des Ordens der württembergischen Krone. Neben seiner hervorragenden Thätigkeit auf kirchlichem Gebiete pflegte er mit Vorliebe das Studium der römischen Alterthümer und der Kunst; auch in diesen beiden Richtungen veröffentlicht er werthvolle Schriften, namentlich über Colonia Sumlocenne.

Paris. Der Advokat Leon Duval hatte bei Gelegenheit eines Prozesses gesagt: der Pariser „Figaro" gehöre zu jener Klasse von Blättern, die man mit Geld zum Schweigen bringe, und die den persönlichen Jouenalismus darstellen. Hierauf antwortete der „Figaro" mit dem Wiederabdruck eines Artikels, den Alphons Karr vor zwanzig Jahren gegen Leon Duval hatte drucken lassen; Karr sagte darin, wenn Jemand Leon Duval zum Zweikampf nehme, so genüge dies schon, den Gegner zum Nachgeben zu zwingen, weil Duval seine Gegner so zurichte, daß man lieber der häßlichsten Chikane nachgebe, als daß man seinen Ruf gezeichnen lasse; an einem Advokaten, der beim Plaidiren beleidige, könne man sich nicht rächen, da er sich hinter die Gesetze, die das Duell verbieten, flüchte, und die angeblichen Pflichten seines Berufs ihn gegen Beleidungsklagen schützen. Diesen Worten fügte der „Figaro" eine ziemlich deutliche Drohung mit Fuchtruthen bei. — Leon Duval hat nunmehr gegen den „Figaro" Klage erhoben; der Vorstand des Advokatenstandes soll, wie behauptet wird, sich der Sache seines Kollegen annehmen. Allem Anschiene nach wird der „Figaro" die Entschuldigung der Anfreizung durch vorhergegangene Ehrenkränkung mit Erfolg sür sich anführen können. Indessen findet er sich in seiner neuesten Nummer veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß sein Artikel nicht gegen die Advokaten, sondern nur gegen Duval allein gerichtet sey.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	⅝ pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. „ Anlehen	84⅝ G.	
„	5 pCt. Venet. „ Prämien a. R.	64 G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87—⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46⅞ G.	
„	4½ pCt.	41⅞ F. ⅛ G.	
Preußen	4 pCt. Staatsschuldsch.	89⅛ P.	
Bayern	4 pCt. Obl. à 4 Z. (C. B. A.)	104⅛ P.	
„	4½ pCt. Obl. Ludwigs-B.	103⅜ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1/4liar. dto.	104⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	92⅞ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	87 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103⅛ P. ⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅛ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	90 P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	82 G.	
Russland	5 pCt. Int. Sch. F. à 5, 2, 1	97 G.	
„	5 pCt.	41½ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 50 Thlr.	95½ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500	1137⅛ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	642—41 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	151½—52½ G.
Bayerische Bank à 5. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	127—28 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74⅝ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	79¾—80 G.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250 . . .	237 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	84⅝ F.
Oest. F. St. Rieb. Bpfch. 500 Fr. à 200 kr.	226 P.
„ Kilsab.-Eisenbahn 5 pCt. .	106 G.
„ Kilsab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅝ P.
Rheinl-Nahe-Bahn Thl. 100 à 5 pCt. Z	93½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	128 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	57 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	245 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Perrière .	440 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendna.	104⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅜ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. 5. 100 L. S.	99⅛ B.
Augsb. 5. 100 L. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 50 K. S.	105 B. 104⅝ G.
Bresn. 40 Th. Lad. L. S.	99⅝ B.
Cöln Thlr. 50 K. S.	100 B.
Hamb. MB. 100 K. S.	87⅜ G.
Leipzig Th. 50 K. S.	105 B.
London Lst. 10 K. S.	117⅛ P. ⅛ G.
Lyon Frs. 300 K. S.	—
Mail. i. S. L. 250 K. S.	92⅛ G.
Paris Frs. 200 K. S.	93½ B. 93⅞ G.
Prag. 5. 100 L. S.	—
Wien 5. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sot. W. I. S.	85⅝ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 5. 250 v. 1839	91 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	32½ G.
„ 5. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60½ P.	Gr. Hessen 5. 50 b. K.	198 P.
„ 5. 500 v. 1860 6/7	80—⅝ G.	„ 5. 25 do.	37⅞ P.
„ 5. 100 Hab. L. v. 1858	103—½ G.	Nassau 5. 25 b. Rothsch.	37⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiH.	119¾ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53 P.
Mailand-Como 5. 14 . . .	47 G.	St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	36½ P.
Badische 5. 50	90¼ P.	Vereins-Loose 5. 10.	10 P.
Badische 5. 35	83¾ F.	Anab.-Gunsenh. 5. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 14. Januar. Oesterr. National, Bank-, Kreditaktien und Anlehensloose, insbesondere 1860r, erfuhren eine merkliche Preiserhöhung. Der Umsatz war von Bedeutung, wozu wohl die morgen stattfindende halbmonatliche Abrechnung beigetragen hat. Die Steigerung der öfterr. Fonds hat keinen Eindruck auf Wechsel auf Wien bewirkt. Die meisten übrigen Staatspapiere zeigen wenig Veränderung. Von Bankaktien waren Darmstädter begehrt und höher.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 16.	Vierteljährliche Pränumerationspreis für hier und ganz Bayern 2 fl. Für Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Aleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 Kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 16. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Von dem Frhrn. Ph. v. Künßberg, welcher im Mai d. J. in Dresden in Verbindung mit dem (schleswig-holsteinischen) Secretär Wiese und dem Advokaten Duncker die erste öffentliche Aufforderung zu Sammlungen behufs der Schaffung einer unter preußischer Führung zu stellenden deutschen Kanonenbootsflotille erlassen, ist dem „Nürnb. Korr." neuerdings aus Bamberg ein Schreiben zugegangen, das bedeutsam genug den Umschwung kundgibt, welcher bei ihm und wohl bei Vielen noch, die anfangs in schwärmerischem Vertrauen zu diesen Sammlungen aufforderten, sich eingestellt hat. Hr. v. Künßberg sagt: „Vor Allem muß aufrichtig gesagt und bekannt werden, daß wir auf dem Wege, auf welchem wir uns in der Flottenfrage befinden, nicht für Gründung einer deutschen Flotte, sondern für Vermehrung und Stärkung der königlich preußischen Kriegsmarine arbeiten. Zum Beweise dieser meiner Behauptung genügt schon die Kabinetsordre des Königs von Preußen an den preußischen Kriegs- und Marineminister vom 23. Juli 1861 aus Baden, welche lautet: „Auf den Mir von Ihnen erstatteten Vortrage habe Ich entnommen, daß mehrfach freiwillige Beiträge zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für Meine Marine gesammelt und Ihnen zur Verfügung gestellt sind. Indem Ich über diese eigenartige Art der Bildung Meiner Marine Anerkennung ausspreche, ermächtige Ich Sie, die eingehenden Beiträge anzunehmen und dem gedachten Zwecke gemäß zu verwenden." Es bedarf wohl keines Kommentars zu diesen Zeilen, und Mancher, welcher wähnte, wo Einzelner Dieses, für die Gründung einer deutschen Flotte zu arbeiten und zu diesem Zwecke sein Scherflein als Patriotismus opfern zu müssen, wurde durch obige Zeilen sehr unangenehm berührt und enttäuscht. Der deutsche Charakter, welchen die Bewegung und Bestrebung für die Sache anfänglich trug, wurde sehr bald verdrängt durch den spezifisch preußischen, welchen sie erhielt. Die rein deutsch gesinnten Männer schieden aus den gegründeten Komitée aus und mußten wegen Mangels an Unterstützung und Thatkraft von Seiten ihrer Gesinnungsgenossen und der betreffenden Regierungen den Männern der preußischen Spitze das Feld überlassen. Diese Flottenbestrebungen finden nur Sympathien in Preußen selbst und in jener Partei des deutschen Volkes, welche die preußische Spitze wünscht. Daher die bekannte günstige Theilnahmslosigkeit für die Sache bei uns in Süddeutschland, wo diese Partei nur sehr gering vertreten ist und unsere Boten für ihre Pläne sinnet." (Wir, die wir von Anfang an von jenen Sammlungen nichts wissen wollten, finden in diesem Gesinnungs-Umschlag eben nur die Bestätigung unserer wiederholt ausgesprochenen Ansicht. D. Red.)

Preußen. Berlin, 13. Januar. Deutsche Fortschrittspartei nennt sich die Linke des Abgeordnetenhauses, um anzudeuten, daß die Agitation für die deutsche Sache (im Sinn des Nationalvereins) den Kardinalpunkt der Opposition bildet und bilden soll. Diese Partei wollte sich in Meinhardt's Hotel versammeln, hat aber das Hotel l'Europe wählen müssen, weil Herr Meinhardt die Bestellung seines Lokales zurückgewiesen hat, mit der Erklärung, daß seine Gäste von der Hautevolée ihm zu verstehen gegeben, sie könnten bei ihm nicht mehr verkehren, wenn die Fortschrittsmänner bei ihm tagten. So greift also das politische Parteiwesen schon in den Gasthofbetrieb, und wenn es so fort geht, wird es bald Fort- und Rückschritts-Bierhäuser geben, in denen möglicher Weise gleich gutes, aber auch gleich schlechtes Bier verabreicht werden dürfte.

Berlin, 14. Jan. Die „Berliner Allgemeine Zeitung" theilt Folgendes mit: „Auf Einladung Grabow's hatten sich gestern Abends Abgeordnete der konstitutionellen (gemäßigt liberalen, ministeriellen) Partei zahlreich in dem Gesellschaftshause eingefunden. Von Aufstellung eines Programms wurde Abstand genommen. Darauf erschienen die Minister Graf Schwerin und Frhr. v. Patow, um allgemeine Züge der Vorlage mitzutheilen. Beide Minister forderten sich bezüglich der deutschen, namentlich der kurhessischen Frage sehr bestimmend aus, gaben die Zusicherung, daß die Summe der für die Armee draufgeschlagenen Bewilligungen die des Vorjahrs nicht überstreige. Herr Grabow erklärte, er werde für Wegfall einer Adresse stimmen, falls Se. Maj. der König dies nicht als Verletzung der Schicklichkeit auffasse, andernfalls würde er für eine Adresse im Sinne bloßer Umschreibung der Thronrede sepn. (Bekanntlich hatte der König sich beim letzten Landtag mißfällig darüber geäußert, daß so viel Zeit auf Berathung der Antwortadresse verwendet und dabei die Regierung von manchen Rednern scharf kritisirt wurde.) Die Minister hatten gelegentlich bemerkt, die Wiederwahl des früheren Präsidium des Hauses sey wünschenswerth. Herr Simson erklärte indessen, daß seine Gesundheit ihm die Bekleidung des angreifenden Postens unbedingt nicht gestatte." (Man sieht, diese „konstitutionelle" Partei, die stärkste im Abgeordnetenhaus, wird es wieder für ihre Hauptaufgabe halten, der Regierung nur ja keine Verlegenheiten zu bereiten.)

(Tel. d. Köln. Z.)

Unlängst irgend Gerüchte durch die Blätter, daß das häusliche Leben des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen ein getrübtes sey, woran der Kronprinz Schuld sey, was man in England übel vermerke. Jetzt heißt man in Berliner Blättern: Die Kronprinzessin beabsichtigt, sich in der zweiten Hälfte dieses Monats zu einem längeren Besuch bei ihrer Mutter nach England zu begeben. Bedeutsame Bedeutung für diese Winterreise ist natürlich das vollkommene Wohlbefinden der hohen Frau, deren Gesundheit durch den Schmerz um den jähen Hintritt des geliebten Vaters einigermaßen angegriffen zu seyn scheint. Die Folgerungen, welche sonst aus dem Zurückbleiben der Kronprinzessin von der neulichen Reise ihres hohen Gemahls im Publikum gezogen und mit angeblichen Hoffnungen auf die Vermehrung des Familienglücks des kronprinzlichen Paares in Verbindung gebracht wurden, finden bis jetzt keine Bestätigung.

(Hav.-Ztg.)

Den Gerüchten über bedenkliche Gesundheitsumstände des Königs wird in mehreren Blättern mit der Behauptung entgegengetreten, daß das Unwohlseyn Sr. Majestät nur ein vorübergehendes gewesen und bereits gehoben sey.

Die Thronrede, womit der König am 14. d. M. den Landtag eröffnete, begann mit folgenden Sätzen: „Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtages! Ihre Thätigkeit beginnt in ernster Zeit. Nachdem Gottes Rathschluß die Krone mit der Bürde ihrer Pflichten und Rechte auf Mein Haupt gelegt, habe Ich diesem Meinem Königlichen Rechte an heiliger Stätte die Weihe gegeben. Die Theilnahme Meines Volkes an dieser Feier hat bewiesen, daß seine Liebe und Treue, welche der Stolz und die Kraft Meiner Vorfahren waren, mit der Krone auch auf Mich übergegangen sind. Solche Kundgebungen konnten Meinen festen Vorsatz nur stärken, Meine Königlichen Pflichten im Geiste Meiner Ahnen für das Wohl und die Größe Preußens zu üben. Mit Mir hat Preußen den Allmächtigen gedankt, als seine starke Hand den Frevel gnädig abwandte, der Mein Leben bedrohte." Aus dem weiteren Verlauf der Rede tragen wir zur Ergänzung des gestern Mitgetheilten noch folgende Stellen nach: „Das deutsche Handelsgesetzbuch wird bald, Ich erwarte es mit Zuversicht, Gemeingut des größten Theiles von Deutschland seyn. Zur Anschluß an dasselbe werden Ihnen einige Gesetzentwürfe zu weiterer Förderung der Interessen des Handels, wie zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Seeleute zugehen. Von größerem Gewichte sind andere Entwürfe, welche Meine Regierung vorlegen wird. Sie werden Ihnen beweisen, daß Ich, Meinen Grundsätzen getreu, den Ausbau unserer Verfassung vor Augen habe. Die Vorlagen, welche die Umbildung gegenwärtig bestehender Einrich-

Digitized by Google

ungen bezwecken, geben Zeugniß, daß Meine Regierung die Reformen nicht zurückhält, welche durch thatsächliche Verhältnisse und das gleichmäßig zu berücksichtigende Wohl aller Stände begründet sind." . . . „Die Finanzen des Staates sind in befriedigender Lage. Der festgesetzte Ertrag verschiedener Einnahmezweige begründet die Hoffnung, daß ein erheblicher Theil des für das verflossene Jahr erforderlichen Zuschusses zu den Kosten der Heeresorganisation seine Deckung in Mehreinnahmen finden wird. Der mit gewissenhafter Sorgfalt aufgestellte Staatshaushaltsetat ergibt für das laufende Jahr eine weitere Steigerung der Einnahmen. Dadurch sind die Mittel gewährt, neue als nützlich oder nothwendig erkannte Ausgaben zu bestreiten und den durch die Reform des Heeres bedingten Zuschuß zu vermindern. Bei der Feststellung des für die reorganisirte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs sind die Rücksichten strengster Sparsamkeit beachtet worden. Eine weitere Ausdehnung derselben würde die Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres, folglich dessen Lebensbedingungen und damit die Sicherheit des Vaterlandes gefährden." . . . „Meine Begegnung mit dem Kaiser der Franzosen im Laufe des verflossenen Herbstes hat nur dazu beitragen können, die bereits bestehenden freundnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiderseitigen Staaten noch günstiger zu gestalten. Die Verhandlungen über eine vertragsmäßige Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Zollverein und Frankreich dauern fort. Meine ernsten und unausgesetzten Bemühungen, eine zeitgemäße Revision der Uebereinkunft vom 23. April 1853, unter Abänderung der den Bundesgesetzen widersprechenden Bestimmungen derselben, gerichtet sind, der endliche Erfolg nicht fehlen wird. Meine und die kaiserlich österreichische Regierung sind mit der königlich dänischen Regierung auf deren Einwirkung in vertraulicher Unterhandlungen eingetreten, um eine vorläufige Grundlage für eine Verständigung zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark über die Frage der Herzogthümer zu gewinnen. Wir halten dabei sowohl an dem Bundesrecht als an bestimmten internationalen Vereinbarungen fest, und es gereicht Mir zur lebhaften Genugthuung, daß hierin das vollste Einverständniß nicht nur zwischen Mir und dem Kaiser von Oesterreich, sondern auch zwischen Uns und allen Unseren übrigen deutschen Bundesgenossen besteht. Meine Herren! Sie sind berufen, im Verein mit Meiner Regierung die Gesetzgebung, welche in einer großen Zeit begonnen wurde, weiter zu führen. Wie jene Reformen bestimmt waren, dem Patriotismus des preußischen Volkes ein gehöreres Feld der Bethätigung zu eröffnen und dadurch dessen Aufschwung vorzubereiten, so erwarte Ich von der gegenwärtigen Fortführung jener Gesetzgebung die gleiche Wirkung. „Die Entwicklung Unserer Institutionen muß im Dienste der Kraft und der Größe Unseres Vaterlandes stehen. Niemals kann Ich zulassen, daß die fortschreitende Entfaltung Unseres inneren Staatslebens das Recht der Krone, die Macht und Sicherheit Preußens in Frage stelle oder gefährde. Die Lage Europas fordert einträchtiges Zusammenwirken zwischen Mir und Meinem Volke. Ich zähle auf die patriotische Unterstützung seiner Vertreter."

Die Thronrede wurde von der Versammlung schweigend angehört. Mit feierlichem Ernste sprach der König im Beginn von der in Königsberg vollzogenen Krönung, mit schmerzlich bewegter Stimme von dem Attentat und dem Tode des Prinzen Albert. Die Stelle von der Gefährdung der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres und der Sicherheit des Vaterlandes durch weitere ausgedehnte Sparsamkeit bei der Feststellung des für die reorganisirte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs wurde mit großem Nachdruck und starker Betonung jedes einzelnen Wortes gesprochen.

Kurhessen. Die „Asch. Z." schreibt: „In Kurhessen ist von der Regierung eine Aenderung der Wahlbezirke für nächste Wahl angeordnet, es sollen diese nämlich verkleinert, resp. vermehrt werden; der Wahlbezirk Gelnhausen umfaßte die Aemter Bockenheim, Windecken, Rauheim, Gelnhausen und Wächtersbach, aus diesem werden aus den drei ersteren und zwei letzteren je ein Wahlbezirk gebildet. — Vorige Woche machte der Kommandant der Garnison Hanau der Mannschaft auf dem Sammelplatz bekannt, daß ihr die Löhnung einen Tag früher ausbezahlt werden würde, damit sie sich bei der Versteigerung der den Steuerverweigerern ausgepfändeten Gegenstände betheiligen könnten, die Humanität wurde aber von den Vaterlandsvertheidigern nicht anerkannt, es kam sich keiner derselben bei der Auktion ein." (Letztere Notiz scheint uns falsch zu seyn, denn unseres Wissens wurde die Versteigerung gar nicht abgehalten; sie ist aber auch abgesehen hievon kaum glaublich. D. Red.)

Frankreich.

Der französische Konsul in Tripolis in Syrien hat für die an französischen Staatsangehörigen verübten Mißhandlungen vollständige Satisfaktion erhalten.

Spanien.

Madrid, 14. Jan. In unserer Stadt waren am letzten Samstag umfassende Ueberwachungsmaßnahmen angeordnet, um jeden Bezug von Waffen und Munitionen aus den Magazinen der Waffenhändler zu verhindern. (L. d. Fr. Z.)

Italien.

* Wie der „K. W. Korr." aus Rom mitgetheilt wird, ist es wenigstens bis jetzt noch durchaus unwahr, daß der französische Gesandte, Hr. v. Lavalette, sich an den Kardinal Antonelli oder gar an den heil. Vater selber mit dem Ansinnen gewendet habe, die päpstliche Regierung möge dem Könige Franz II. das Asyl kündigen. Der Marquis hat vielmehr nur den Monarchen persönlich eingeladen, Rom zu verlassen und ihm dafür von Seiten Frankreichs dessen Gastfreundschaft, sowie die Garantirung des l. Vermögens angeboten. Dieses dreimal wiederholte Ansinnen ist jedoch von Franz II. beharrlich mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, daß er zur Sicherstellung des Eigenthums der Königlichen Familie überhaupt noch keine Schritte thun wolle.

In Bologna ist faktisch der Belagerungszustand eingeführt. Man erstreckt dies aus einen Protest, welchen die dortigen Municipien dagegen erlassen haben. In dem sonst so feierlichen Florenz ist es mit dem Zustande der öffentlichen Sicherheit fast eben so schlimm bestellt, wie in Bologna. Daneben greift die Unzufriedenheit unter den besseren Klassen immer mehr um sich. So findet man denn auch häufig Maueranschläge, welche gegen die piemontesische Regierung gerichtet sind. Die Regierungsblätter gestehen selbst ein, daß die „Codini" (Anhänger der früheren Regierung) nicht nur an Zahl zunehmen, sondern auch mit jedem Tage kühner werden.

Aus der Cirkulardepesche Ricasoli's vom 3. Januar an seine politischen Agenten im Auslande theilen wir unsern Lesern die nachfolgenden beiden Stellen mit: „Nicht minder fest und gemäßigt hat sich die Kammer in der venetianischen Frage erwiesen. Indem sie der Sorgfalt des Ministeriums die Rüstungen empfahl, wollte sie damit keinen vorreiligen Konflikt provoziren, sondern nur Europa kundgeben, daß Italien seine Kräfte in Einklang bringen wolle mit den Erfordernissen der Lage, und im Uebrigen den abwägenden Berathungen der Regierung die Beurtheilung der Conjunkturen und der Mittel überläßt, die ihr günstig erscheinen könnten, um in wirksamer Weise die Revindikation dieses Theiles des italienischen Landes zu betreiben. (!) Der Appetit nach Benedig muß in der That groß seyn zu Turin, daß er zu solchen

Digitized by Google

Betenntnissen hinreicht. Die zweite Stelle lautet: „Ordnung und Ruhe herrscht überall von einem Ende der Halbinsel zum anderen und die bevölkertsten Städte der alten und neuen Provinzen zeigen ein Bild der Zufriedenheit, industrieller und kommerzieller Thätigkeit, welche man in früheren Zeiten nur selten traf. Den letzten Fortschritten, welche die durch fremdes Gold und fremde Intriguen genährte Brigandage gemacht hatte, ist nun wieder Einhalt geschehen; bei der Unterdrückung betheiligte sich nicht nur mit dem besten Willen die Nationalgarde, sondern das Volk selbst kämpfte mit einem Eifer, welcher den Aschen zeigt, den die Ansprüche einer vom Land nicht gewünschten Restauration erregen, die nur durch bezahlte Raufbolde bewirkt werden soll. Eine starke Aushebung wird in den Südprovinzen bewerkstelligt und die Rekruten eilen zu der italienischen Fahne mit einer Bereitwilligkeit, die an manchen Orten zum Enthusiasmus steigt." (Was sagt man zu diesem schmachaften Prädchen neutralienischer Wahrhaftigkeit? Bollmann und Machiavell können in die Turiner Schule gehen und etwas lernen!)

Amerika.

Nach Berichten aus Mexiko haben die Truppen des Präsidenten Juarez Tampico, Tampasco und alle anderen Küstenpunkte geräumt. Die Bewohner haben, wie auch in Vera-Cruz, provisorische Regierungen ernannt, die bis zur Beendigung der Krisis die Geschäfte leiten sollen.

Volkswirthschaftliches.

Aus der Pfalz, 14. Jan. Im Tabakshandel ist es seit 8 Tagen außerordentlich lebhaft. Einige Orte sind bereits ganz aufgekauft. Der Preis für den Centner ist je nach Qualität in der Umgegend von Speyer 11—14 fl. (Pf. Z.)

* Magdeburg, 11. Jan. (Priv.-Corr.) Rohzucker. Die günstige Stimmung, welche sich bereits in der vorigen Woche zeigte, blieb in dieser Woche in noch erhöhtem Maße vorherrschend und führte zu einem lebhaften Geschäft, da bei guter Nachfrage auch ein ziemlich starkes Angebot von fertigen Zuckern stattfand. — Die Preise steigerten sich im Laufe der Woche um ca. 1/4 Thlr. pr. Ctr. gegen die vorwöchentlichen Notirungen und bei einzelnen Abschlüssen beträgt die Erhöhung sogar 1/2 Thlr. pr. Ctr. Für raffinirte Zucker eröffnete die Woche ebenfalls mit lebhafter Nachfrage, so daß alle angebotenen Partien selbst zu 1/12—1/6 Thlr. erhöhten Forderungen bald Nehmer fanden; — gegen Mitte der Woche ließ die Kauflust etwas nach, doch machte sich zum Schluß derselben wieder die regere Frage geltend.

* Hamburg, 11. Jan. (Priv.-Corr.) Kaffee unverändert, der hohen Forderungen wegen wenig Umsatz.

Wien, 13. Jan. Die Berathungen des Bank-Ausschusses, die dies Mal mehr denn je das öffentliche Interesse auf sich lenken, nahmen heute ihren Anfang. Es waren 87 Mitglieder des großen Ausschusses anwesend. Der erste Gegenstand der heutigen Berathung war die Bemessung der Dividende für das zweite Semester 1861. Nach den vorgenommenen Abschreibungen, und nach Bestreitung aller Auslagen erübrigt ein reiner Jahres-Gewinn von fl. 10,982,471. 36 kr. Nach Berücksichtigung einer Dividende im ersten Semester 1861 von fl. 28 für jede Aktie, oder im Ganzen von fl. 4,200,000, verbleiben davon noch fl. 6,782,471 36 kr. Die Direktion der National-Bank trägt nun auf die Bemessung einer Dividende für das zweite Semester mit 28 fl. pro Aktie an. Zur Begründung dieses Antrages und über die Verwendung des noch verbleibenden Rein-Gewinnes bemerkt der Herr Gouverneur v. Pipitz: „Die österreichische National-Bank steht an einem entscheidenden Wendepunkte ihrer Geschichte. Wird dem Institute demnächst eine längere Dauer seiner Thätigkeit (Verlängerung seines Privilegium) zugestichert und erhält es nach dem kaiserlichen Worte seine Unabhängigkeit, dann übernimmt es mit vollem Genusse seiner freien Bewegung, welche nur durch das klar ausgesprochene Gesetz beschränkt wird, gewiß auch eine größere Verantwortlichkeit, — und es muß sich schon heute fähig zeigen, dieselbe zu tragen. Würde aber die Verlängerung des Privilegium der Nationalbank an Bedingungen geknüpft sein, welche — wenn auch nur nach der Ansicht der Vertreter der Bankgesellschaft — sich mit der eigentlichen Bestimmung des Institutes oder mit seinem gedeihlichen Bestande nicht vereinigen ließen, oder würde die Fortdauer der Nationalbank über die Frist vom 31. Dez. 1866 hinaus, nachdem diese Frage jetzt angeregt worden ist, vor der Hand, und etwa noch für längere Zeit unentschieden bleiben, dann müßten wir schon heute beginnen, uns auf das vorzubereiten, was vielleicht eine nicht zu ferne Zukunft bringen kann. (Liquidation der Gesellschaft.) Von diesen Betrachtungen geleitet, empfiehlt Ihnen die Bankdirektion, dem hohen Finanzministerium für das zweite Semester 1861 die Vertheilung einer Dividende von 28 fl. für jede Aktie, das ist von 4,200,000 fl. im Ganzen, vorzuschlagen, Von dem reinen Jahresgewinn würden sodann noch 2,582,481 fl. 36 kr. erübrigen. — Die Bankdirektion empfiehlt ferner, daß von dem nach Vertheilung dieser Dividende verbleibenden Reingewinne 400,000 fl. in den Reservefond gelegt und der Rest von 2,182,471 fl. 36 kr. zur Abschreibung von jenen Grund-Entlastungs-Obligationen bestimmt werde, welche die Nationalbank durch das Uebereinkommen vom 26. Dez. 1855 nach dem Nennwerthe in Konventionsmünze von Staat übernommen hat. Dr. Neumann bringt folgenden Gegenantrag ein: „Der ganze Betrag des nach Abzug der Dividende verbleibenden Reingewinnes pro 1861 sey in den Reservefond mit Grundentlastungen in ihrem Uebernahmswerth abzugeben." Bei der Abstimmung erklären sich 32 Mitglieder für den Neumann'schen, 45 für den Direktionsantrag; der letztere ist somit angenommen. Der kaiserl. Kommissär v. Moser erklärt hierauf Namens des Finanzministeriums, daß das letztere bei mit 28 fl. bemessenen Dividende seine Zustimmung ertheile. — Den Beschluß über die Verwendung des restirenden Reingewinnes hatte er nach seiner Auffassung für ganz korrekt.

(Oest. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 13. Jan. Beim Bezirksgericht I. J. fand jüngst die Verhandlung gegen den l. Eisenmeister Joh. Griesbeck in der Frohnveste am Anger dahier wegen lebenslänglig verantaßter Entweichung einen Gefangenen statt. Bekanntlich war es der zum Tode verurtheilte Klaushammer, dem es im Oktober v. Js. während des ärztlich vorgeschriebenen Aufenthaltes im Hof gelang, mit Hülfe einer Leiter zu entkommen. Klaushammer wurde jedoch auf der Flucht erwischt und wieder gefänglich eingebracht. Der Vertheidiger, Hr. Aec. Thürmayer, wies auf die argen Mißstände hin, welche in der häulichen Beschaffenheit des Frohnvesthofes bestünden und diese eher zu einer Befreiungshalle qualifizirten, und widerlegte durch die Aussage von vier Gehülfen die Behauptung. Griesbeck instruire seine Untergebenen mangelhaft. Das Urtheil lautete auf Freisprechung des Griesbeck und Ueberbürdung der Kosten auf den Staat. (Pfarz.)

Gestorben in Heidelberg der bad. Hofrath und pensionirte Lyceums-Direktor Johann Friedrich Haug in einem Alter von 64 Jahren; der pensionirte k. bayerische Major Karl v. Gagern in seinem 60. Lebensjahre (ein Bruder Heinrichs v. Gagern, des Präsidenten der deutschen Nationalversammlung).

In Heidelberg ist die Errichtung einer Festhalle für Versammlungen, Konzerte, Turnfeste ꝛc. im Werke. Die Kosten sind auf 30,000 fl. veranschlagt.

Dillenburg, 12. Jan. Heute fand die förmliche Eröffnung der Eisenbahnstrecke Burbach-Gießen auf der Köln-Gießener Eisenbahnlinie statt. (Fr. Z.)

= Der Vorfall in Pisek (Böhmen), von dem wir neulich berichtet, wird von der amtlichen „Prager Zeitung" so erzählt, daß der betreffende Offizier gleich bei dem ersten Wortwechsel und ehe er den Säbel zog, durch den mehrfachen Ruf: „Haut ihm die Schlittschuheisen an den Kopf!" gereizt worden sey. Die „Aufregung", von welcher der Lieutenant sich dann „hinreißen" ließ, wird nicht geleugnet; doch habe der Major die zwei auf Befehl jenes Subaltern-Offiziers verhafteten Bürger wieder freigegeben. Der Betheiligte, nach welchem derselbe Lieutenant ein Paar Tage früher mit dem Säbel geschlagen, sey nur ganz leicht verwundet, und bereits geheilt aus dem Spital entlassen worden. Uebrigens rühre man übereinzut seyn, daß dieser Vorfall sowohl von Seite der Civil- als der Militärbehörden genau untersucht, und der Schuldige, möge er sich nun auf der einen oder der anderen Seite befinden, zur Verantwortung gezogen werden werde.

Sechfacher Mord. Der „Prager Zeitung" kommt aus Teplitz folgende Mittheilung zu: „Am 6. d. M., Früh 2 Uhr, wurde von dem Schuhmachermeister Eduard K. (gebürtig aus Teplitz), derzeit in seinem Hause Nr. 31 in Weschchlad (Bezirk Dux) wohnhaft, ein furchtbares Verbrechen verübt. Er ermordete seine Frau nebst fünf Kindern, von denen das älteste ein Mädchen von 16 Jahren, die übrigen Kinder ein Knabe von 8 Jahren, ein Mädchen von 4 Jahren, ein Knabe von 2 1/2 Jahren und das jüngste ein Knabe von 6 Monaten. Wie man vernimmt, schlug der Mörder seine Opfer zuerst mit einem Hammer vor den

Digitized by Google

Kopf und schnitt ihnen dann mit einem Messer den Hals ab. Sämmtliche Leichen befanden sich in den Betten, außer dem ältesten Mädchen, welchem ein Strick um den Leib gebunden und das auch mit dem Haarzopf angebunden war. Man fand, daß es außer den Kopf- und Halswunden zwei Hiebe mit der Axt in die Seite erhalten hatte. Des Mörders hat man noch nicht habhaft werden können; man vermuthet, da er noch 18 fl. Geld mitgenommen, daß er sich noch irgendwo aufhalten wird. Als Motto schrieb er auf den Tisch: „Schuld und Noth ist Tod.“ Nach genauen Erkundigungen war er bloß 60 fl. schuldig, und an Lebensmitteln fand man einen anständigen Vorrath. Der Mörder war um 4 Uhr Morgens in Teplitz bei einer Anverwandten bis zu den Knien ganz naß angekommen. Auf die Frage, wo er so naß geworden, meinte er: Ich wollte mich erfäufen, es ging mir nicht an. Kaum halb getrocknet, entfernte er sich wieder.

Ein seelenstarker Spitzbube. In der Bukowina sollte unlängst ein Dieb standrechtlich hingerichtet werden. Das Volk umstand bereits dicht die Schranken, als er mit der traurigen Begleitung hinaustrat. Schon befand er sich auf der letzten Stufe; die Bande sollten gebunden werden, da winkte er einem Bauern; weide, daß auf erster Reihe ihm mit ruhig neugierigem Blicke betrachtete. Er band schnell die Opinschen (Bundschuhe) von seinen Füßen und warf sie dem Weibe mit den Worten zu: „Nimm, sie sind neu; es wäre Schade, wenn der Henker sie bekommen sollte!“ Die Umgebenden war ein Ehrwitz.

Athen, 4. Jan. Fortwährend laufen traurige Nachrichten über die Wirkungen des Erdbebens ein. In Vostitza und Patras sind mehrere Häuser eingestürzt; in ersterm Orte wurden 3 Menschen verschüttet, viele verwundet. — Im Hafen von Amphissa ist das Meer weit gegen die Stadt vorgetrungen. In allen korinthischen Häfen haben die Schiffe gelitten. In den griechischen Gewässern sind in den letzten Wochen zahlreiche Schiffbrüche vorgekommen.

(T.-b. Oest. Pst.)

Neueste Nachrichten.

München. Am 26. Dez. nach 8 Uhr Morgens beobachtete Prof. Lamont an den magnetischen Instrumenten der hiesigen Sternwarte heftige Stöße und Schwingungen von ganz ungewöhnlicher Art. Es hat sich nun herausgestellt, daß das Erdbeben, durch welches in Griechenland so große Verwüstungen angerichtet wurden, in demselben Augenblicke statt gefunden hat. Bemerkenswerth ist, daß am 18. April 1842 das große Erdbeben in Griechenland durch die Münchner magnetischen Instrumente und zwar in derselben Minute angezeigt wurde, während viele näher gelegene Erderschütterungen vorübergegangen sind, ohne daß die Instrumente irgend eine Andeutung davon gegeben hätten. (N. M. Z.)

Berlin, 14. Jan. (Ein königlicher Auftrag.) Der Hofrath Schneider hat von Sr. Majestät dem Könige den Auftrag erhalten, die Bearbeitung einer neuen Beschreibung aller Truppentheile mit Abbildungen der Uniform und Ausrüstungsgegenstände zu veranlassen. Einige der ersten Künstler sollen mit den Zeichnungen beauftragt seyn.

Bern, 15. Jan. Der Ständerath (1. Kammer) ging umgachtet der bischöflichen Protestationen auf die Berathung über das Gesetz über Trennung gemischter Ehen ein.

(Tel. d. Schw. M.)

§ Wien, 14. Januar. (Priv.-Korr.) Der Reichsrath wird Anfangs des nächsten Monats wieder zusammentreten, ohne daß es dem Ministerium bis dahin gelungen seyn dürfte, sich zu vervollständigen, da wenig Aussicht vorhanden ist, einen Justizminister zu finden. Nichts ist mehr geeignet, die Unsicherheit der gegenwärtigen Situation darzuthun, als die Schwierigkeit, mit welcher die Besetzung dieses unter den vermittelnden Umständen so wichtigen Postens verbunden ist. Zwei Kandidaten sind dafür vorhanden: der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Hein und der Präsident des Handelsgerichts Ritter v. Raule. Der Staatsminister hat weder gegen den Einen noch gegen den Andern etwas einzuwenden und bringt vielmehr auf eine Entscheidung. Wenn diese dessenungeachtet nicht erfolgt, so liegt die Ursache darin, daß zwischen dem Ministerium und der Krone fortwährend Einflüsse thätig sind, welche die Wirksamkeit des ersteren zu paralysiren im Stande sind. Zur Charakteristrung dieser ganz unverantwortlichen Zwischenträger genüge es, darauf hinzuweisen, daß sie darum die Kandidatur der genannten Herren bekämpfen, weil sie das Programm derselben als viel zu liberal betrachten. Die Forderung der Unabhängigkeit von dem ganz überflüssigen Staatsrath und der freien Macht zur Reorganisation des Justizministeriums ist der bureaukratischen Partei, deren mächtigste Vertreter in dem Staatsrathe sitzen, ein Dorn im Auge. Andererseits sträubt sich die feudale Partei aus allen Kräften gegen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Civilverfahrens auf breitester Grundlage, sowie gegen die Schwurgerichte aus leicht begreiflichen Gründen. Daß die Einflüsse dieser Parteien sich auch dort geltend machen, wo sie den bestimmenden der Minister durchkreuzen, ist schimm; denn, wenn auch der Kaiser seit entschlossen ist, auf der einmal betretenen Bahn fortzuschreiten, so werden durch jene Parteien doch stets neue Hindernisse geschaffen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bodemann.
Druck und Verlag der Stadel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Ce. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80¼ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	69 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87½—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	84½ B.
„	4½ pCt. dto.	41½ B.
„	4 pCt. „	—
„	3 pCt. „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ B.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104½ B.
„	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	104 B.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 B.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 B.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 B.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 B.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ B.
„	4½ pCt. Obl. dto.	97½ B.
Baden	4½ pCt. Obl.	103½ B. ½ G.
„	4½ pCt. Obl. v. 1842	97½ B.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103½ B. ½ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ B. ¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	86½ B.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ B.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ B.
„	3½ pCt. Obl. dto.	86½ B.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	86 B.
„	3 pCt. Obl.	72 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 30	47 G.
„	3 pCt. „	47½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thl.	97½ B.

Frankfurt, 15. Januar. In Folge etwas niedrigerer Wiener Notirungen konnten sich öfters. Fonds und Industriepapiere nicht ganz auf der gestrigen Höhe behaupten. Das Geschäft war übrigens ziemlich bedeutend und die halbmonatl. Abrechnung blieb auf dasselbe ohne allen Einfluß. Oesterr. National und Bankaktien werden von morgen an ausschließlich der Dio denne vom zweiten Semester vorigen Jahres gehandelt und notirt. (Stzdg.)

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1137½ B.
k. k. Oesterr. National-Bankaktien	846 B.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	101½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank f. u. i. 2. Serie à fl. 250	199 B.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74½ G.
Mitteldeutsche Kreditbank	79¼ B.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 B.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	64 B.
Oest. F. St. Eisb. à fl. 500 Fr. 4 z. à.	286 B.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	1063¾ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	73¾ B.
Aachen-Rahe-Bahn 200 Thl. à 100 à pCt. Z.	22¾ B. ¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129 B.
Pfälz. Bahn b. Rothschild à 4½ pCt.	103 B.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	82½ B.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	245 G.
Span. Bandels- u. Industrie	500 P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Peretre	440 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. Vollendbau.	105¾ B.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104½ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. 8. 100 k. S.	— ½ G.
Augsb. 8. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B. 104¾ G.
Bresl. 50 Th. Lad. k. S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B. 104¾ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.-S. 250 k. S.	93¾ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93¾ B. 93⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 a 8 W.	—
do. in Conv. W. f. S.	83¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. o.

Anlehens-Loose.

Oesterr. k. 250 v. 1839	90½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 P.
„ 250 v. 1854 mit 4pCt.	66⅜ P.	Ctr. Hessen fl. 50 b. R.	197 G.
„ 500 v. 1860 fl. 100	61 P.	„ fl. 25 do.	32⅞ P.
„ 100 Bank k. v. 1858	103½—103¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	132½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	120½ G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	53½ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36¾ P.
Badische fl. 50	91⅛ P.	Vereins-Loose fl. 10	19 P.
Badische fl. 35	83⅝ P.	Ausb.-Münchn. fl. 7-L.	11 P.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Freiheit und Recht!

№ 17.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 17. Januar 1862.

Die preußische Thronrede

gibt durch den Nachdruck, welchen sie auf die sog. Armee-Reform legt, selbst der „Kölner Ztg.", die doch sehr gemäßigt liberal, und keineswegs demokratisch gefärbt ist, Anlaß zu bittern Klagen. Sie sagt: „Eine Flotte kann aus verschiedenen Ursachen nur allmälig gebaut werden, und mitten im Frieden müßte Preußen die verhältnißmäßig nicht große Summe, die für die Flotte erforderlich ist, in einem geregelten Staatshaushalte stets bieten haben und würde es haben, wenn nicht neuerdings die Forderungen für das Heer alles Maß überstiegen hätten. Die Auslagen für die Flotte sind nach der allgemeinen Meinung des Landes **nothwendig**; die Ausgaben für ein stehendes **Friedensheer** von 205,000 Mann sind nach der Meinung des Landes **nicht nothwendig**. Wir borgen, weil wir kein Geld haben, und wir haben kein Geld mehr, weil es für die v. Roon'sche Armee-Organisation millionenweise verausgabt worden. Die Anleihe, die wir machen werden, ist also eigentlich eine Militär-Anleihe, und der Name Flotten-Anleihe ist keineswegs gerechtfertigt. Das Haus der Abgeordneten wird vor allen Dingen zu prüfen haben, ob wirklich an dem Militär-Budget gar keine weiteren Ersparungen zu machen sind. Bei den Wahlen ist die Ansicht entschieden gewesen, daß die Summe, welche der frühere Landtag für Militärzwecke, wenn auch nur provisorisch zur augenblicklich erhöhten Kriegsbereitschaft bewilligt, zu groß gewesen. Die Minister Graf Schwerin und Frhr. v. Patow haben seither privatim mitgetheilt, daß die Regierung die nämliche Summe wie voriges Jahr und noch 50,000 Thaler darüber zu fordern gedenke. Damit ist die Lage gegeben, deren Ernst Niemand verkennen wird. Es muß sich jetzt zeigen, ob das preußische Volk wirklichen Willen hat, und wenn es auch oft nicht im Stande ist, sich Gesetze zu geben, wie es wünschte, doch das Steuerbewilligungsrecht, welches der große Gbatam als ein angeborenes Menschenrecht ansah, auszuüben Einsicht und Entschlossenheit besitzt."

Die demokratische Berliner „National-Zeitung" meint: „Es ist nicht genügend, wenn die Regierung den Ausbau der Verfassung blos „vor Augen hat"", sie muß auch Hand anzulegen Willens seyn, und zwar schleunig. Eben so wenig ist es genügend, wenn die Regierung Reformen „nicht zurückhält"", sie muß auch zur Durchführung entschlossen seyn. Die Lücken, die uns in der diesjährigen Thronrede auffallen, sind um so bedauernswerther, als die Anführung und kräftige Befürwortung der zunächst zu vereinbarenden Gesetze wenigstens ein schwacher, dem Herrenhause ertheilter Sporn gewesen seyn würde. Daß die Thronrede diesem Hause keine Ermahnung ertheilt und in keiner Weise die Vorlagen der Minister und ihrer Autorität unterstützt, ist zu auffällig, als daß es nicht von allen Reformfreunden mit Bedauern bemerkt werden müßte."

Die „Frankf. Postzeitung" (konservativ) sagt u. A.: „Die neueste Rede des Königs von Preußen gibt unmittelbar weder zu großen Befürchtungen, noch zu großen Hoffnungen Anlaß. Nicht ohne Spannung hat wohl jeder Deutsche von Einsicht den Aeußerungen entgegengesehen, welche die Thronrede über die Auffassungen und Pläne der Krone in der **deutschen** Frage veröffentlichen würde. Die Antwort, welche das Ministerium Hohenzollern in jenem Akte zu ertheilen für gut findet, enthält nur neue Räthsel. Sie tröstet die Nation mit den Militärkonventionen, durch welche einige staatliche Mikrokosmen ihre Kontingente in besseren Stand zu setzen suchen, spricht von Vermehrung des Aufwandes für Heer und Flotte, von Dänemark und Frankreich — wie sich aber Preußen unter der neuen Aera zu den Regierern und Regierten der **eigenen Nation** zu stellen gedenkt, darüber vernehmen wir nur den phrasenhaften Satz, daß man unablässig zu Gunsten solcher Reformen wirken werde, „welche den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend die Kräfte des deutschen Volkes energischer zusammenfassen können.""

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Jan. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat den Unterlieutenant G. Sebald vom 15. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Rittmeister à la suite S. Frhr. v. Junder-Bigatto den Charakter als Major à la suite und dem pensionirten Oberlieutenant Ph. v. Habermann den Charakter als Rittmeister verliehen; das Dienstentlassungsgesuch der Unterlieutenants M. Graf v. Hirschberg vom 2. Chev.-Reg. und M. Schlägel vom 5. Chev.-Reg. genehmigt; den Hauptmann H. v. Heydenaber vom Inf.-Leib-Reg. mit zwei Drittheilen der Normalpension und unter dem Verdote des Forttragens der Uniform in den Ruhestand versetzt.

(Mil.-Verordnungsbl.)

Durch die der **Ostbahn-Gesellschaft** verliehene Konzessions-Urkunde für den Bau der Bahnstrecken **Schwandorf-Bayreuth- und Schwandorf-Eger** wird der Gesellschaft, welche die neuen Strecken aus ihren Ersparnissen an den bereits vollendeten erbaut, ein 4½ % Zinsertrag bis Bauanstalts im Gesammtbetrag von 60 Mill., vom Tage des Betriebs auf jeder Strecke an, und dauernd bis 35 Jahre nach Erlaß der ersten Konzessionsurkunde vom Jahre 1856, gewährleistet. Zugleich wird diese erste Konzessionsurkunde in mehreren Artikeln modifizirt, namentlich werden die Herstellung von Bahntelegraphen und deren Benützung für Staats-, event. für Privat-Depeschen, die ungehinderte Anlage von Staatstelegraphen, die unbeschränkte Benützung der Ostbahnen durch die Postanstalt, insbesondere die Herstellung von Bahnposten, die Genehmigung aller Tarife durch das Handelsministerium, ferner Bedingungen des Anschlusses an auswärtige und an die bayerischen Staatsbahnen stipulirt. Der Bau der neuen Strecken muß binnen 3 Monaten vom Datum der Konzessions-Ertheilung an begonnen, und während 3 Jahren vollendet werden; nur bezüglich der Strecke Weiden-Eger läuft dieselbe Frist von demselben Tage an, an welchem das Staatsministerium den Weiterbau im Auslande als gesichert erklärt. (Südd. Z.)

Preußen. Die Erörterungen zwischen dem Kultusminister, Herrn v. Bethmann-Hollweg, und dem Erzbischof v. Przyluski von Posen dauern fort. Der Erzbischof will sich noch immer nicht zu einer unzweideutigen Mißbilligung politischer Demonstrationen in den Kirchen verstehen. Es heißt in einem Schreiben des Erzbischofs vom 5. Dez.: „Dafür glaube ich aber nichts Unbilliges im Sinne zu haben, wenn ich mit Vertrauen erwarte, daß die hohen Behörden nicht jede nationale Kundgebung als unrecht und strafwürdig erachten, vielmehr den einen und rein nationalen Bestrebungen, sowohl der deutschen als auch der polnischen Partei, Vorschub leisten und den für gerecht erachteten Wünschen für das gemeine Wohl nach Möglichkeit Genüge thun werden." Bekanntlich war der Hirtenbrief des Bischofs von Kulm, v. d. Marwitz, in einer Ansprache des Erzbischofs von Przyluski, nicht undeutlich wegen der Verurtheilung des modernen Nationalitäts-Prinzips als eines heidnischen getadelt worden. Bischof v. d. Marwitz soll sich deßhalb nach Rom gewandt und in einem päpstlichen Breve die vollständige Billigung seines Auftretens erhalten haben.

Berlin, 15. Jan. Mehrere Blätter melden nach der „Korr. Stern", daß der Herr Justizminister mittelst Cirkularverfügung die Gerichte ermächtigt hat, Rechts-Kandidaten jüdischen Glaubens als Staatsanwaltschaftsräthen zu verwenden. Derselben Korrespondenz zufolge hätte ferner Herr v. Bernuth im Staatsministerium den Antrag gestellt, der Verfassungs-Urkunde entsprechend den Gerichtsassessoren jüdischen Glaubens den Zutritt zu richterlichen Aemtern zu gestatten.

Digitized by Google

Anhalt. Dessau, 14. Jan. Um einem auswärtigen in Dessau anwesenden Fürsten den vollen Glanz des kleinen Staates zu zeigen, fand seit einiger Zeit ein Hofball beim Erbprinzen statt. Unter den Eingeladenen befand sich auch Hr. Staatsanwalt West, wegen seiner liberalen Gesinnung bei Hofe nicht beliebt, in letzterer Zeit namentlich als Schwager des neulich in Köthen gewählten Abgeordneten Hrn. Leyius verhaßt. Erwähnter Herr hatte nun das Mißgeschick, der Frau Erbprinzessin auf die Schleppe zu treten. Von Freunden hierauf aufmerksam gemacht, entschuldigt sich Hr. West sowohl bei der hohen Dame selbst, als auch bei dem einladen Schwager, noch hinzufügend, daß er an Kurzsichtigkeit leide. „Was, Sie kurzsichtig?“ entgegnet der Erbprinz — „das kommt aber davon, wenn man sich solche Leute zu Gaste bittet.“ — „Hoheit, ich weiß allerdings, daß ich nur als Staatsdiener hier eingeladen bin.“ — — „Staatsdiener? in Dessau gibt es keine Staatsdiener, nur herzogliche Diener“, war die Antwort des Thronerben von Anhalt. So meldet die „Berliner Volkszeitung.“

Dänemark.

Von der Niederelbe, 14. Januar. Der Baron Konstantin v. Dirckinck-Holmfeldt (Vorsitzender des früheren dänischen Gesandten in Paris) war im Mai v. Js. in seinem eigenen Hause (auf Magleskilde bei Roeskilde) Gegenstand eines der abscheulichsten Attentate geworden. Der Baron, ehemals selbst einer der eifrigsten Vorkämpfer dänischer Interessen, hatte den moralischen Muth gehabt, sich in einigen kleineren Schriften („Recht und Willkür in Schleswig“; „Raaliefft's Entgegnung, April 1861“) mit aller Entschiedenheit gegen das ganze Thun und Treiben der dänischen Regierung wie der dänischen Volksführer auszusprechen. Statt ihn zu widerlegen, fanden die dänischen Blätter es bequemer, gegen ihn aufzureizen und die gröblichsten Insinuationen gegen ihn zu schleudern, was den „fügen Pöbel“ der Stadt Roeskilde, der vielleicht auch anderweitig dazu animirt worden war, veranlaßte, gegen den Baron ein Beispiel von Lynch-Justiz ins Werk zu setzen. Eine ganze Nacht wurde das Haus des Barons von dem wüthendsten Pöbelhaufen angegriffen und auf ärgste zugerichtet; das Leben des Barons und seiner Familie war der ärgsten Gefahr ausgesetzt. Die Behörden, die mehrere Stunden vorher durch den Baron von der ihm drohenden Gefahr in Kenntniß gesetzt worden waren, fanden es nicht für nöthig, Bürgerwehr aufzubieten oder sonst ausreichende Maßregeln zu seinem Schutze zu treffen; ja man erniedrigte sich so weit, ihm am folgenden Tage zu erklären, daß man ihn selbst am hellsten Tage nicht so weit schützen könne, um ihm eine ungefährdete Abreise zu ermöglichen; um sein Leben zu retten, müsse er nicht blos über Mauern und Zäune hinwegsteigen, sondern auch heimlich und verkleidet bis auf die nächste Eisenbahn-Station zu entkommen suchen, weil man ihm in Roeskilde selbst auf dem Bahnhofe auflauere. Während der Baron auf diese Weise nur mit Mühe und Noth sein Leben retten konnte, wurde sein Haus auch noch in der folgenden Nacht der Schauplatz der wildesten Pöbel-Exzesse. Als diese Thatsachen jener Zeit in der deutschen Presse mitgetheilt wurden, versicherten die dänischen Organe allerdings, daß wenigstens die Justiz ihre Schuldigkeit thun würde, indem eine strenge und unparteiische Untersuchung eingeleitet sey. Das Resultat dieser Untersuchung ist, wie vorauszusehen war, ausgefallen; von den Angreifern, die zu den Exzessen Theil genommen, hat man 3 Personen als Rädelsführer unter Anklage gestellt und wegen eines der schwersten Attentate gegen Leben und Eigenthum eines Bürgers zum Theil zu zehn 15 Thalern Strafe, zum Theil, namentlich wegen thätlicher Widersetzlichkeit gegen die Polizei, zu 3 oder 4mal fünf Tagen Gefängniß bei Wasser und Brod verurtheilt. (Im Schleswigschen ein Gastwirth eine Danebrogsfahne, die sein Regtjunge eigenmächtig in seinem Hause aufgepflanzt hatte, ohne eine andere Aeußerung als die, daß er als Wirth sich lieber aller Demonstrationen enthalte, wieder heruntergenahm, wurde derselbe auch zu dreimal fünf Tagen Gefängniß bei Wasser und Brod vermeintheilt.) Inzwischen hatten der Baron Dirckinck-Holmfeldt, nachdem er sich dieserhalb an Se. Majestät den König gewandt, bei der Regierung darum nachgesucht, daß man ihm wenigstens für den Schaden, der durch jene Verwüstungen des Pöbels an seinem Hause und seinem Mobiliar angerichtet worden — auch nicht eine Schelbe an dem ganzen Hause war ganz geblieben — Ersatz geleistet werde. Aus einer Erklärung, die der Baron in dem heutigen „Altonaer Merkur“ veröffentlicht, geht indessen hervor, daß ihm der Justizminister des Königreichs unter dem 30. v. Mts. den Bescheid dat zugehen lassen, „er sehe sich nicht im Stande, die beantragte Entschädigung zu erwirken.“ (Allg. Pr. Z.)

Großbritannien.

London, 13. Jan. Marokko nimmt hier, mit Zustimmung und wahrscheinlich auf Veranlassung der englischen Regierung, eine Anleihe von 501,900 Lstr. auf, um die Kriegsentschädigung an Spanien zu zahlen und die rasche Räumung von Tetuan zu erzielen. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Die angeblich aus München kommende Korrespondenz des „Moniteur“ läßt sich jetzt also vernehmen: „Die Regierungen der deutschen Mittelstaaten können sich wahrhaftig keine Illusionen über die vorwaltenden und an den Ufern der Spree bereits triumphirenden (?) Ansichten machen. Es ist daß lebhafte Erwachen aller der früheren Bestrebungen von Erfurt und Gotha, das Werk des Hrn. v. Radowitz im Abklasch; die an alle zukünftigen Klienten Preußens gestellte Forderung, auf jene politische, diplomatische und militärische Selbstbestimmung zu verzichten. Solche mit einer merkwürdigen Gleichgültigkeit an den Tag gelegten und mit der Reorganisation der preußischen Armee zusammenfallenden Pläne sind wohl geeignet, die Würzburger bedenklich zu machen. Andererseits sind auch die Freunde eines souveränen Parlaments in Frankfurt mit einer Centralgewalt, das ohne Unterschied die Großen und die Kleinen in Schutz nimmt und, so zu sagen, die Starken und die Schwachen unter dem Scepter einer theologischen Demokratie gleich macht, über die absorbirende Politik Preußens und über die ihnen zugetheilte Rolle besonders bestürzt. Sie merken das etwas spät, und werden aus falscher Scham nicht einmal den Muth haben, sich zu beklagen. (Schimm genug, daß die preußische Politik dem „Moniteur“ einigen Anlaß zu solchen Einstüllerungen gibt. Doch vergessen wir nie, wenn wir einer gewissen Partei in Preußen mißtrauen, daß wir den Franzosen noch viel mehr zu mißtrauen haben. In Paris strebt man ja eifrigst dahin, das Mißtrauen

Schneeberge in Afrika.

Als die erste Kunde von den Entdeckungen der deutschen Missionäre Rebmann und Krapf an der Ostküste von Afrika nach Europa kam mit der wunderbaren Meldung hoher Schneeberge in jenem Aequatorialgürtel des heißesten Kontinents, fand sie bei Vielen keinen Glauben und ward vor Allem in England auf jegliche Weise angegriffen und lächerlich gemacht; die kurzsichtigen, bebrillten Deutschen hätten Quarz für Schnee gehalten, hieß es.

Allerdings waren die Berichterstungen, besonders des Hrn. Rebmann zu unbestimmt, um sich einen klaren Begriff zu machen, wie in der Aequatorialgegend in so geringer Entfernung von der Küste ein Bergkegel zu so großer Höhe sich erheben könne, daß er die Schneelinie überstelge, und die vollständige Unterbrechung der früheren Verkehrslinien zwischen der Küste und dem Binnenlande durch aus dem Innern eingebrochene räuberische und dem geregelten sesshaften Leben feindliche Stämme verzögerte die ganze Reihe der fünfzig Jahre hindurch die genauere Untersuchung dieser merkwürdigen Landschaft, bis es nun endlich nach so eben eingetroffenen sichen Mittheilungen dem Hrn. Karl von der Decken gelungen ist, den Schleier der Ungewißheit zu lüften.

Dem Herrn von der Decken, der im Mai 1859 sich nach der ost-afrikanischen Küste eingeschifft, gelang es nach einem ersten fehlgeschlagenen Versuche, in das Innere einzudringen, im August vorigen Jahres, den südlichsten jener Alpenhörner, den Kilimandjaro zu erreichen und obgleich er ihn nur bis zu einer Höhe von 8000 Fuß selbst ersteigen konnte, vergewissernte er sich doch vermöge trigonometrischer Messungen, die er in Gemeinschaft mit seinem in Zanzibar engagirten Reisegefährten, einem englischen Geologen von 6 verschiedenen, mit der Küste trigonometrisch verbundenen Stationen anstelle, daß der Berg eine Höhe von mehr als 20,000 engl. Fuß habe, und daß volle 3000 Fuß mit Schnee bedeckt seyen; zu sie hatten während ihres 19tägigen Aufenthalts am Fuße des Berges, den sie auf drei Seiten umkreisten, das Schauspiel dreier in die Tiefe hinabstürzender Schneelawinen.

Der Herr von der Deckrn gedenkt die Erforschung jener so mannigfach organisirten Landschaften fortzusetzen und nach Kräften für die Wissenschaft auszubeuten, so daß wir eine große Bereicherung der Kenntniß des nun immer mehr und mehr, wenn auch langsam sich enthüllenden afrikanischen Festlandes von dort her zu erwarten haben zum Ruhme deutscher Tüchtigkeit, Opferfähigkeit und Ausdauer, die sich auf solche Weise auch in größter Ferne im Auslande Geltung verschafft. (H. B.)

Digitized by Google

und die Uneinigkeit zwischen den deutschen Staaten auf jede Art zu vermehren; daher kommt es, daß der „Moniteur“ in seinen angeblich von auswärts kommenden Korrespondenzen bald den deutschen Mittelstaaten, bald Preußen, bald Oesterreich schmeichelt, wie es gerade die französische Politik brauchen kann.)

Italien.

Im Neapolitanischen scheint der Insurrektionskrater jetzt etwas weniger zu wüthen, dagegen wächst in Toskana und in der Romagna durch die neuen Steuern die Antipathie gegen die Herrschaft des Piemontesen. In Toskana ist die Unzufriedenheit auf einen Punkt gediehen, daß man bereits damit umgeht, ein Komité zu ernennen, um die Wünsche der toskanischen Bevölkerung, ein selbständiges Glied eines italienischen Bundesstaats zu werden, zur Geltung zu bringen. Aufreizende Aufrufe werden von Zeit zu Zeit ausgetheilt. Wegen der Besetzung von Attari (an der neapolitanischen Gränze) durch franz. Truppen (um angeblich die Zuzüge von Freischärlern nach den Abruzzen zu verhindern) hat Hr. Thouvenel neuerdings dem Kardinal Antonelli eine energische Note zustellen lassen; bis jetzt aber hat sich die päpstliche Regierung durchaus nicht geneigt gezeigt, in die Forderung des französischen Kabinets zu willigen. Die Regierung des Papstes weiß sehr wohl, daß es nicht um ihretwillen geschieht, wenn Napoleon III. seine Truppen in Rom läßt. Sie bleiben und bleiben dort, weil es der Politik der Regierung entspricht. Eine Weigerung mehr, eine Nachgiebigkeit weniger, wird an der Sache nichts ändern. Die französische Fahne deckt nach wie vor, wenn sie sich auch den Anschein des Gegentheils gibt, das bourbonische Brigantenwesen in Rom. Lavalette macht Besuche und Thouvenel schreibt Noten, doch die Maßregeln, welche Goyon an der römischen Gränze treffen sollte, scheinen so mikroskopischer Art zu seyn, daß man nichts davon verspürt. Freilich will Frankreich den Italienern so viel abpressen, wie möglich.

In Mailand hat sich am Dreifönigstage ein großer Skandal zugetragen. Neapolitanische Soldaten riefen in den Straßen: „Es lebe der Bourbon! Es lebe Franz II.!“

Es wurde neulich von einem Aufstand berichtet, der in Castellamare bei Palermo ausgebrochen ist. Es verlautet nun, daß die Aufständischen sich zweier Kanonen bemächtigten und damit die Fregatte „Monzambano“ und das Kanonenboot „Arbita“ beschossen. Die Jäger wurden sofort ausgeschickt und fanden kräftigen Widerstand. Drei Offiziere fielen im Kampf, worauf die Jäger die Massen durchbrachen, 34 Insurgenten gefangen nahmen und sieben auf der Stelle erschossen.

Ein Korrespondent der „N. Pr. Ztg.“ (der übrigens zu überreden scheint,) schreibt unter dem 13. d. M. Folgendes: Ich habe Ihnen schon früher mitgetheilt, daß eine große Rührigkeit unter den revolutionären Komitées in Genua herrsche, wo „Patrioten“ aller Zungen zusammenströmen — ganz so, als ob es auf irgend einen Streich abgesehen sey. Mit Bestimmtheit kann ich heute hinzufügen, daß seit einiger Zeit nicht wenige Franzosen nach Genua eilen, um sich anwerben zu lassen. (Die Besorgniß vor einem Handstreich ist jetzt wohl grundlos). In Genua treffen auch die Rekruten, welche in dem Königreich Neapel zusammengetrieben wurden, ein; Wuth und Verzweiflung spricht aus den Blicken dieser Unglücklichen, welche zunächst nach Alexandrien transportirt werden, wo man sie in der Citadelle einsperrt, aus Furcht, daß sie desertiren würden. In Neapel hat man übrigens eine neue Kategorie von Verhaftigen erfunden; bis jetzt stellirte man nur die Personen, welche verdächtig waren, mit den „Briganti“ in Verbindung zu stehen, nun erschießt man auch Diejenigen, welche verdächtig sind, den flüchtigen Rekruten durchzuhelfen.

Amerika.

Der spanische Befehlshaber veröffentlichte nach Statt gehabter Landung in Vera-Cruz eine Adresse an die Truppen, in welcher er sagt: „Unsere jetzt begonnene Mission wird erst dann zu Ende seyn, wenn ganz Spanien sagen wird, daß unsere Truppen in Mexiko Vergeltung für die gegen die spanische Flagge begangenen Beleidigungen geübt und sich die Liebe derer wieder erobert haben, welche in früheren Tagen unsere Brüder waren.“ Eine an die Bewohner der Stadt gerichtete Proklamation sagt, die spanischen Truppen seyen nicht gekommen, um Eroberungen zu machen, sondern nur, um Genugthuung wegen Nichtausführung der Verträge und wegen gewaltthätiger, gegen Spanier verübter Handlungen, so wie Bürgschaften gegen die Wiederholung solcher Frevelthaten zu verlangen. Die friedlichen Einwohner könnten des Schutzes gewärtig seyn; diejenigen hingegen, welche Unruhen anschürten, werde man vor ein Kriegsgericht stellen. Es enzieht ferner der Aufruf an die Einwohner, ihren gewohnten Beschäftigungen nachzugehen. Das spanische Expeditionscorps werde nach Erfüllung seiner Mission eine um so größere Befriedigung haben, wenn es mit dem Bewußtseyn nach Spanien zurückkehre, sich die Zuneigung der Mexikaner erworben zu haben.

Asien.

Oberst von Siebold ist nach der „Triester Zeitung“ beauftragt, die projektirte japanesische Gesandtschaft an alle europäischen Höfe, mit denen Japan in Handelsverbindungen getreten, zu organisiren; sechzig Japanesen, darunter sehr Hochgestellte und Fürsten, sind schon auf seinen Rath dazu bestimmt worden, und er hofft auch, daß seinem Vorschlag gemäß das prachtvolle Dampfschiff „Ehremeon“, von 400 Pferdekraft und 300 Fuß Länge, das schönste, welches in neuerer Zeit in England gebaut worden und jetzt in Shanghai ist, vom Kaiser für den Preis von 7—800,000 fl. zu der projektirten Reise gekauft werden würde, welches die Reise nach Europa in 3½ Monaten macht, anstatt, wie erst der Plan war, die japanesische Gesandtschaft auf einem englischen oder französischen Kriegsdampfer nach Europa mitzunehmen. Es war durch den Fürsten von Ljusima in einer der Konferenzen an Hrn. v. Siebold die Frage gestellt worden: „ob er geneigt sey, die Gesandtschaft nach Europa zu begleiten“, wozu er sich bereit erklärte, obgleich er seiner wissenschaftlichen Forschungen wegen lieber seinen Aufenthalt in Japan noch um ein Jahr verlängert hätte.

Volkswirthschaftliches.

München. Die 2. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der bayer. Ostbahnen ist auf den 17. Februar d. Js. im Ostbahnhofe dahier anberaumt. Außer dem Direktionsgeschäftsbericht und den Jahresrechnungen wird auch Fortsetzung der Ostbahnen in der Oberpfalz und nach Bayreuth Gegenstand der Berathung bilden. (B. Bl.)

---

* **„Deutsche Geschichte von der ältesten Zeit bis auf die Gegenwart“** von **Max Wirth.** Haben wir nicht schon genug Werke über deutsche Geschichte? Wozu noch ein neues? So werden Manche fragen, und die Antwort lautet: Allerdings haben wir viele und gute Werke über diesen Gegenstand, doch keines, das die Geschichte Deutschlands aus dem Gesichtspunkt auffaßt und behandelt, wie das eben genannte. Der Verfasser hat es sich nämlich zur Aufgabe gesetzt, einestheils den inneren volkswirthschaftlichen Zuständen unseres Vaterlandes in den verschiedenen Perioden seiner Geschichte mehr Aufmerksamkeit, als in den frühern Geschichtswerken geschehen ist, zuzuwenden und andernstheils seinen Gegenstand pragmatisch zu behandeln, d. h. für die Ereignisse die eigentlich wirkenden Ursachen aufzusuchen, welche tiefer liegen, als der bloß äußere Anstoß. Daß Max Wirth der rechte Mann dazu ist, den ersten Theil dieser Aufgabe zu lösen, das wird Jeder sofort erkennen, der seine „Grundzüge der National-Oekonomie“, seine „Geschichte der Handelskrisen“ ꝛc. gelesen oder sich mit dem von ihm und seinem Bruder herausgegebenen „Arbeitgeber“ (Archiv für die gesammte Volkswirthschaft) bekannt gemacht hat, und eine nur etwas eingehende Prüfung des gegenwärtig vollendeten ersten Bandes seiner deutschen Geschichte wird zeigen, daß er es trefflich versteht, den Gang der wirthschaftlichen Entwicklung unsres Volkes in seinen einzelnen Phasen ebenso scharf zu erfassen, wie klar und deutlich dem Leser vor Augen zu stellen. Daß übrigens durch diese Berücksichtigung des volkswirthschaftlichen Elements der politische Theil der Geschichte nicht in den Hintergrund geschoben wurde, lehrt schon auf den ersten Blick eine Vergleichung des Umfangs der betreffenden beiden Abschnitte des vorliegenden Bandes, noch besser freilich die genauere Durchsicht des ersten derselben, in welchem kein politisches Ereigniß von nur einiger Bedeutsamkeit übergangen ist, die Ergebnisse der neueren Spezialforschungen sorgfältig benützt und zu einem Bild zusammengefaßt sind. Einen eigenthümlichen Werth gewinnt dann dieser Theil des Werkes noch durch die pragmatische Behandlung, die, indem sie den Ursachen und Triebfedern der großen Welthereignisse nachforscht, dabei gemäß dem oben erwähnten Standpunkt des Verfassers insbesondere hervorhebt, in wie fern dieselben mit den wirthschaftlichen Zuständen des Volkes zusammenhängen und zum Theil aus denselben hervorgehen. Von Herzen wünschen wir dem trefflichen Werk, das gleichermaßen von fleißigem Forschen wie von geistreicher Auffassung zeugt, eine recht weite Verbreitung.

Digitized by Google

Frankfurt, 16. Jan. Der volkswiethschaftliche Verein für Südwestdeutschland wird seine nächste Versammlung in Mannheim abhalten. Für die Tagesordnung sind vorgeschlagen: 1) Der Handelsvertrag mit Frankreich, 2) Freizügigkeit, 3) Versicherungswesen. 4) Salzsteuer, 5) Benützung der Arbitrirbildungsvereine im Interesse des Arbeitmarktes, 6) Reform der Wehrverfassung. Diese Stoffe sind interessant genug und Mannheim günstig genug gelegen, um eine zahlreiche Betheiligung an der Versammlung und weitere Ausdehnung des Vereins, der bereits gegen 600 Mitglieder zählt, erwarten zu lassen. Es sind auch Schritte gethan worden, um Dr. Fauchre, dessen Thätigkeit für Ausbreitung der Lehren für Volkswirthschaft so ersprießlich war, so weit es möglich, zu retzten. Nach Verwidgung des preußischen Landtags hofft man aber denselben wieder hier zu sehen. (Fr. J.)

Wien, 14. Januar. Auch in der heutigen Sitzung des Bankausschusses blieben jene Fragen von prinzipieller Bedeutung, die das öffentliche Interesse in Spannung erhalten, fast unberührt. Der heute erledigte Theil der Statuten-Paragraphe ist zudem bei minder wichtige, die folgenden Paragraphe dürften wohl in höherem Grade Gelegenheit zu eingreifenden Diskussionen bieten. (Oste. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 14. Jan. Es wird nicht uninteressant seyn, zu ersahren, daß der jetzige apostolische Nuntius am kaiserlich-französischen Hofe, Fürst Chigi, sämmtliche für seine Einrichtung nöthigen Bronzegegenstände in der hiesigen Bronzefabrik von Hörnrr (Dachauerstraße) hat anfertigen lassen, und daß dieser Tage 12 Kisten mit Bronzesachen von hier nach Paris abgegangen sind. Die Güte, Schönheit und Wohlfeilheit dieser Arbriten ist bekannt und ebenso, daß sie an Eleganz und Geschmad mit den Pariser Fabrikaten jeden Vergleich eingehrn können. (N. M. Z.)

München, 14. Jan. Die Zahl der Brandstiftungen in Ereging hat sich wieder um eine (jetzt die achte) am 13. d. M. vermehrt. Es brach nach 6 Uhr Morgens in dem Hause eines Güterers, zudem vom Felde her, wo jeder Zugang offen steht, auf der Rückseite Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Haus ergriff. Groß hätte auch dieses Mal das Unglück werden können, wenn einiger Wind gegangen wäre, da sich in der Nähe mehrere Häuser mit Strohdächern befinden, so aber beschränkte sich das Feuer auf das eine Haus. (A. Postz.)

Zur Einführung der Gasbeleuchtung in Steaubing hat die Gemeindebehörde einen Vertrag mit dem bekannten Gasbeleuchtungsunternehmer L. A. Riedinger in Augsburg abgeschlossen.

Neueste Nachrichten.

München, 1. Jan. Se. Maj. der König hat den Pfarrer zu Frankenried, Lrg. Kaufbeuren, Priester G. Memminger, dessen Bitte willfahrend, von dem Amtsitze der ihm zugedachten kath. Pfarrei Jngenried, des gedachten Landgerichts, enthoben und diese Pfarrei dem Pfarrer in Kemnath, Lrg. Kaufbeuren, Priester Jos. Bracht übertragen, dem Domdechant Dr. Ab. v. Gengler den von demselben erbetenen Rücktritt von der Funktion eines Lyzealrektors in Bamberg unter Zufriedenheitsbezeugung für die ersprießliche Führung dieses Amtes bewilligt und gestattet, daß die Verwesung des genannten Rektorats dem Lyzealprofesor, Priester Dr. Ad. Martinet, daselbst übertragen werde. (N. M. Z.)

München, 15. Jan. Wie wir ersahren, ist die Funktion eines Ministerialdirektors im Handelsministerium, womit Herr v. Wolfsanger interimistisch betraut gewesen, von Se. Maj. dem König demselben unter Beibehaltung des damit verbundenen Titels nunmehr bis auf weitere allerhöchste Verfügung übertragen worden. Damit möchten thatsächlich alle Gerüchte von der zur Zeit beabsichtigten Kreirung eines eigenen Handelsministers widerlegt sepn. (Bayer. Landb.)

Wien, 14. Jan. Graf Rechberg hat, wie wir hören, an Hrn. v. Beust die Anfrage gerichtet, ob er nach der Veröffentlichung der preußischen Antwort auf seine Bundes-Reformvorschläge etwas dagegen einzuwenden habe, wenn die österreichische Depesche, von der wir neulich eine Analyse brachten, gleichfalls ihrem vollen Wortlaute nach publizirt werde.

Wien, 14. Jan. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses setzt seine Arbeiten mit Eifer fort. Was bisher von seinen Beschlüssen gesagt wurde, bezieht sich bloß auf Vordesprechungen. Was man sonst über die Berathungen des Finanzausschusses erfährt, resumirt sich vor der Hand in dem einen Punkte, daß sich fast einstimmig die Meinung kundgibt, das Mittelbudget müsse um 40 Millionen reduzirt werden.

Turin, 15. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats stellte Pareto seine Interpellation über die allgemeine politische Lage des Staats. Der Senat beschloß fast mit Einstimmigkeit eine Tagesordnung, welche die Befriedigung über die Erklärungen der Minister ausdrückt, d. h. die Herren Senatorrn wollen die Lage der Minister nicht noch schwieriger machen, als sie es schon ist. (Tel. d. Schw. M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	84½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	69 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	57½—⅔ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46½ G.
„	4½ pCt. „ „ „	41½ P.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	4 pCt. „ „ „	36 P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	85½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104 P.
„	4½ pCt. Obl. 1Jhr. dto.	103⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅜ P. ⅛ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P. ¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	89 P.
„	3 pCt. Obl.	80 G.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à 5. 2. 36	47 G.
„	2 pCt.	41½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¼ P.

Frankfurt, 16. Januar. Für österr. National, Bank- und Kreditaktien war Kaufslust vorherrschend, obgleich die Kurse keine wesentliche Steränderung auftrgen. Von Anlehensloosen erfuhren östere. 500 fl. Loose eine merkliche Preiserhöhung. Der Umsatz in Spekulationspapieren und 1860er Loosen war ziemlich beträchtlich. (Spnd.)

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	114 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	632—36 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152 P. 151 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	199 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74⅜ G.
Mitteldeutsche Kreditbanken	79½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	63⅜ P.
Oest. F. St. Eisb. b. 500 Fr. à 78 kr.	236 F.
„ Rhein.-Eisenbahn b. pCt.	107 P.
Bayr. Nordbahn à 4 pCt. 6/7	73½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z.	221½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103 F.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	89½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	245 G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Peroire	440 P.
Bayr. Hypoth.-Bank à 4 pCt. vollenbet.	103½ P.
Bayer. Osthahn mit 30 pCt. Einz.	104½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B. 104⅝ G.
Brem. 80 Th. Lod. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B. 104⅜ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ B. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛B. 92⅞G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in üst. W. i. S.	83½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	90 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52½ G.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	59¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127⅝ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	60⅞—⅜ G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Rud. l. v. 1860	16½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bill.	13⅛ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	83½ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P.
Badische fl. 50	91⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	33¾ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ G.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zusendung wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 Kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 18. Januar 1862.

Die nordamerikanische Presse und ihr Werth in Bezug auf die Politik der Regierung.

In einem Lande, wie die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, wo täglich Tausende von Zeitungen erscheinen, wo dem geschriebenen Worte keine Schranke gesetzt ist, und wo nur in diesem Augenblicke der äußersten Nothwendigkeit und nur in Bezug auf die bestehende Rebellion des Südens und zum erstenmale seit der Existenz der Union, Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Presse genommen sind, kann es nicht ausbleiben, daß, mit allem Gegen im Gefolge einer vollständigen Preßfreiheit, auch Schattenseiten erstehen, welche in den Augen des blos oberflächlichen Beobachters hier in Europa als überwiegend erscheinen. Und doch ist dies eine trügerische Erscheinung! Eine falsche Ansicht! Das freie geschriebene Wort ist wie die freie Rede, das eine wie das andere ruft seine Opposition hervor, und an den Extremen läutert sich die öffentliche Meinung und mäßigt sich der Wille. Wie in der freien Natur eine fortwährende Reibung und Gährung, und eine fortwährende und sich ewig wiederholende Ausgleichung stattfindet, so ist es in der freien politischen Atmosphäre eines großen freien Volkes. Eine nationale Begeisterheit, wie die des „Trent", ruft, wie wir gesehen haben, eine ungeheure Aufregung hervor, und ein Sturm von Leidenschaften durchbraust das ganze große, weite Land! Die Presse ruft, und das Volk steht auf in seiner furchtbaren Majestät, jeder Bürger greift zur Waffe und der Krieg scheint unvermeidlich. Tausende von Organen rufen Krieg und schüren die Leidenschaften der aufgeregten Massen. Der Strom des Volkes wächst zum Meere! Aber in dem allgemeinen Aufruhr der Elemente liest man auch hier und da die Stimmen der Mäßigung, und man hört das Wort der Klugheit, und wie oft durch unscheinbare Wasserbanten der Lauf eines mächtigen Stromes verändert, und wie durch elende Dämme die Gewalt des Oceans gebrochen und gezügelt wird, so wirken diese Worte auf das Volk! Es pausirt, es theilen sich die Meinungen, die aufgeregten Massen beruhigen sich, und wir bemerken eine Stille und Ruhe, wie sie und die Natur nach ihren heftigsten Ausgleichungsprozessen so oft zeigt. Die Presse hört jetzt auf, maßgebend und bestimmend zu seyn, und das beruhigte Volk schaut denkend und vertrauensvoll auf seine selbst gewählten Versammlungen und Gebieter, und erwartet in ehrerbietigem Stillschweigen deren Entscheidung und fügt sich darin ohne Murren. Dasselbe Schauspiel sehen wir nicht blos bei auswärtigen Angelegenheiten, sondern auch bei inneren, und es wiederholt sich bei jeder Wahl.

Wie wenig verstand Hr. Russell (der Korrespondent der Londoner „Times") die amerikanische Presse und das amerikanische Volk, als er uns schrieb, daß die Regierung nur mit Gefahr ihrer eigenen Existenz die Gefangenen vom „Trent" herausgeben könne! Wie geringe Begriffe scheint Hr. Russell überhaupt von dem Thun und Treiben eines wirklich freien Volkes zu haben. So sehr wie seine Darstellungsgabe bewundern mögen, so vorsichtig sollen wir in der Annahme seiner Schlüsse seyn. Hr. Russell ist kein Kosmopolit, er ist nur Engländer, und er sieht die Welt und ihr Treiben nur durch englische Gläser. Er kennt so wenig das Volk als die Presse Amerikas. Er liest den „New-York Herald" und hört das Toben des New-Yorker Pöbels; der „Herald" ist in seinen Augen die „Presse" und die Bewohner der Bowry-Straße sind das Volk der großen Republik!

Doch sollte Hr. Russell es wissen, wie Hr. Bennett, der Herausgeber des „Herald", einen sehr zweideutigen Charakter besitzt, ohne politischen Einfluß dasteht, und nur gelesen wird, weil er mannigfaltig, witzig und unterhaltend ist. Die Wahrheit ist, daß seine Lärm-Artikel, von denen wir so viel hören, den Produktionen des Hrn. Russell über Amerika sehr ähnlich sind, und daß Beide für denselben Zweck, „für Effekt", schreiben. Der einzige Unterschied zwischen Hrn. Bennett und Hrn. Russell ist, daß Hr. Bennett seinen „Ballen" kennt, Hr. Russell aber kaum von einem „Splitter" zu träumen scheint. Beide sind sich völlig gleich in ihrem Einflusse auf ihre resp. Landesregierungen und deren Entscheidungen. So wenig sich das Ministerium Palmerston durch die Eingebungen der „Times" dreinflussen läßt, so wenig die kriegerischen Töne der „Times" einen Resonanz-Boden im englischen „Volke" finden, so wenig Eindruck macht der „New-York Herald" und ähnliches Gesichter auf Lincoln und sein Kabinet in Washington, und so geringen Nachklang findet er im amerikanischen „Volke".

Jetzt wieder tritt der „Herald" mit Drohungen für die Zukunft hervor, und wartet mit der Ausführung nur „auf eine mehr passende Gelegenheit"; und die „Times" erklärt, „daß England in seinen Rüstungen gegen die Vereinigten Staaten fortfahrt"! Sollte man es glauben, daß die Kontinental-Presse Europa's auf diese Lärm-Artikel hört, und treulich Kopie nimmt? Man sucht neuen Zündstoff in den barbarischen (?) Akte der Vereinigten Staaten, womit der Hafen Charlestons verschlossen wurde, und alle Welt ruft „Amen"! Nun, eine vernünftigere und „humanere" Weise, einen Hafen zu blokiren, konnte doch wohl kaum erdacht werden, denn sie beseitigt alles Blutvergießen, und macht die Blokade effektiv, was sie nach der einmal angenommenen Theorie des Völkerrechts doch seyn soll. Aber während die „Times" früher eine darüber schrie, daß die Blokade mangelhaft sey, und deßhalb nicht beachtet werden sollte, dachte sie wohl nicht daran, daß ein völliges Verschließen ebenfalls seine Inconvenienzen haben möchte! Die „Times" und die französische Presse mögen sich über die Zukunft von Charlestons Hafen beruhigen, „was die Amerikaner versenkt haben, werden sie auch wieder heben können." Der Hafen von Charleston wird schon wieder geöffnet werden, sobald die Rebellion vollständig unterdrückt ist.

Daß von beiden Seiten Zündstoff zum Kriege da ist, wird wohl Niemand in Abrede stellen, welcher den tiefen Nationalhaß des amerikanischen Volkes und die Eifersucht Englands auf das unerhörte Wachsen der jungen Republik beobachtet hat! Aber nichtsdestoweniger wird die Weisheit der waltenden Behörden und das Handels-Interesse die folgenschwere Katastrophe zu verhindern suchen, und an einen dalsigen Ausbruch brauchen wir nicht zu denken. Wenn es den Vereinigten Staaten gelingt, was ich sicher glaube, den rebellischen Süden zum Gehorsam zurückzuführen, so wird die Ordnung der inneren Angelegenheiten die Vereinigten Staaten für lange Zeit so in Anspruch nehmen, daß rein ehrgeizige Pläne dadurch in den tiefen Hintergrund gedrängt werden; und das amerikanische Volk wird mit Herstellung von Ackerbau und Handel so beschäftigt seyn, daß es wohl wenig Muße haben dürfte, seinem Nationalgefühl eine Genugthuung zu verschaffen; und England wird sich mit dem ganzen übrigen Europa in einem solchen Maße dem wiederbelebten Handel widmen, daß selbst für „Eifersucht" für lange Zeit kein Spielraum seyn wird. Trotz der Presse wird der Amerikaner sich stets als treuer Staatsbürger bewähren, und auch in der größten Aufregung nicht vergessen, daß kein Volk ohne Gesetze und ohne strenge Befolgung derselben bestehen kann.

Daß eine Faktion von südlichen Verräthern es in diesem Augenblick dahin gebracht hat, die Bewohner der Hälfte des Gebiets der Vereinigten Staaten zur Trennung und zur Auflündigung des Gehorsams zu bringen, liegt in Gründen, deren Erörterung nicht hierher gehört. Auch in andern gesetzliebenden Ländern haben wir blutige Revolutionen erlebt. Sie wurden entweder unterdrückt oder nahmen ein Ende durch Vergleich. Gewöhnlich führten sie zum Letzte, und auch diese amerikanische Revolution wird hoffentlich zum baldigen und „segenreichen" Ende geführt werden, und das ganze Volk des Südens und des Nordens wird wieder bestehen vereinigt unter einer Regierung; und diese Regierung wird sich nie durch die Presse in der richtigen Behandlung der sich dabietenden Schwierigkeiten oder sonstigen Verhältnisse be-

Digitized by Google

irren lassen, noch wird das Volk dieselbe hindern oder beeinflussen, ausgenommen durch seinen gesetzlichen Einfluß auf die Wahlurne.

K.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus Nürnberg wird berichtet: Der Anwaltsrath beschloß in der am 5. Jan. zu Nürnberg abgehaltenen Sitzung, zum Zweck der Abschaffung der noch für die Advokaten in Bayern geltenden, den Anforderungen der Zeit aber in seiner Weise mehr entsprechenden Verordnungen und der Einführung einer zeitgemäßen Anwaltsordnung auf liberaler Grundlage die Initiative zu ergreifen und dem im Monat Mai dieses Jahres in Regensburg sich versammelnden Anwaltstag eine an das Justizministerium einzureichende Vorstellung zur Berathung und Beschlußfassung zu unterbreiten, sich aber auch dem neuen an die Kammern mitgetheilten Entwurf einer Civilprozeßordnung gegenüber nicht passiv zu verhalten, insbesondere die den Advokatenstand berührenden Bestimmungen derselben einer Prüfung zu unterziehen und über die hierdurch veranlaßten Schritte weiter zu berathen.

Preußen. Die „Zeitung für Norddeutschland" bemerkt über den finanziellen Theil der preuß. Thronrede: „In einer Zeit, wo alle großen Kontinental-Staaten mit einem drückenden Defizit wirthschaften und ihren Gläubigern die wundervolle Perspektive eröffnen, über Kurz oder Lang, statt Kapital und Zinsen, einen hoffnungbrechenden Papierhaufen zu beglücken — in solcher Zeit muß es dem Lande eine große Beruhigung gewähren, von einer Steigerung der Einnahmen zu hören, aus denen neue, als nützlich und nothwendig erkannte Ausgaben bestritten werden können. Aber die Sache hat wohl auch ihre bedenkliche Seite. Wir wissen, daß die Finanzverwaltung in dem abgelaufenen Jahre nicht nur die laufenden und rückständigen Steuern mit eiserner Strenge hat beitreiben, sondern auch die Einschätzungen zu der Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer hat anschrauben lassen. Sollte das Budget ausweisen, daß aus diesen Quellen die Steigerung der Einnahmen erfolgte, so hätte das Land sich zu derselben wahrlich nicht Glück zu wünschen. Das Geld wäre dann nur im Uebermaße aus den die Produktion nährenden Kanalen abgezogen, um in dem Sande des Militäretat zu versiegen. Denn daß die „neuen, als nützlich und nothwendig erkannten Ausgaben" für die Armeeorganisation bestimmt sind, wird auch in der Thronrede angedeutet. Andere neue Ausgaben als die für das Heer scheinen in Preußen jetzt überhaupt nicht als nützlich und nothwendig anerkannt zu werden. Selbst manche alte Ausgaben, die früher als nützlich und nothwendig galten, werden jetzt nicht mehr gemacht, weil die Mittel dazu fehlen. Bei den Ausgaben für das Heer ist freilich auch, wie die Thronrede sagt, die strengste Sparsamkeit beobachtet worden; aber was gefordert wird, ist „zur Kriegstüchtigkeit und Schlagfertigkeit desselben und damit zur Sicherheit des Vaterlandes" unabweisbar. So heißt es auch in Oesterreich, in Italien, in Rußland, in Frankreich. Die Völker aber finden ihre Sicherheit doch etwas zu theuer bezahlt und meinen, es sey nachgerade Zeit, daß die militärischen Techniker auf wohlfeilere Vertheidigungs-Institute sinnen. Setzt man doch überall die Bedürfnisse mit den Mitteln in Einklang, streckt man sich doch überall nach der Decke: nur die Militär-Techniker können das nicht lernen! Es muß da an der Ausbildung für ihr Fach irgend Etwas mangelhaft seyn."

Die Physiognomie des neugewählten preußischen Landtags ist in ihren allgemeinen Umrissen leicht vorweg zu bestimmen. Rechts vom Ministerium, durch unausfüllbare Abgründe von Interessen und Ueberzeugungen demselben ferngehalten, sehen wir die drei Gruppen der Polen, der katholischen Fraktion und der Feudalen, insgesammt etwa hundert an der Zahl. Links sammelt sich ungefähr ebenso stark eine neue (Fortschritts-) Partei um Führer von altem Ruf und Bertanen, aber nicht zu grundsätzlicher und planmäßiger Opposition entschlossen. In der Mitte nehmen hundertundfünfzig Männer Platz, die zu den Gesinnungsgenossen der Minister zählen, und vor Allem die Regierung zu stützen für nothwendig halten. Die gut preußische „Zeit" knüpft an diese Klassifikation folgende Bemerkung, in der wir gerade kein Kompliment für den Landtag finden können: „Wie es zu gehen pflegt, wenn diejenigen den Ton nicht angeben, auf die das ganze Orchester wartet, so schwirren zwar auch jetzt die Stimmen noch ohrzerreißend durcheinander. Der Eine will sich Alles gefallen lassen, wenn die Regierung in Deutschland ohne längeren Verzug ans Annektiren und Mediatisiren geht. Der Zweite, bescheidener denkend, ist zufrieden, wenn nur die „Herren" im Oberhause nachdrücklich majorisirt werden. Der Dritte besteht mit rauher Stimme auf zweijähriger Dienstzeit, und sein Bruder Bramarbas will auf alle Fälle verschiedene militärische Millionen im Sack behalten, mag daraus kommen was da wolle. Aber wenn die Regierung den Taktstock wirklich in die Hand nimmt und ihn nur halbwegs will der Sicherheit eines Meisters schwingt, so wird es eine Freude seyn zu hören, wie rasch Alles sich in die Harmonie zurückfinden wird, die der sich selbst überlassene Hause der Musikanten freilich nicht gewinnen kann. Ein geborner Kapellmeister würde nach dem ersten Blick erklären, er wünsche sich niemals besseren Stoff zu einem einträchtig und kraftvoll zusammenwirkenden Orchester."

Berlin, 16. Jan. Von den 246 Mitgliedern des Herrenhauses haben sich 236 eingefunden. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhielt Graf Behlß, streng konservativ und entschiedener Katholik, von 96 Stimmen deren 55. Die Abstimmung ist bezeichnend. Es lag in der Absicht des Hauses, einen Katholiken in das Präsidium zu wählen. Der Kandidat der Linken, der liberale, regierungsfreundliche Oberregierungsrath Brüggemann erhielt 39 Stimmen. (Fr. Postzg.)

Württemberg. Stuttgart, 16. Jan. Das ganze Land ist wie ein aufgeregter summender Bienenstock. Seit dem Jahre 48 und 49 hatten wir keine so aufregende, süd begonnene, so lange antauernde und immer noch in Lebhaftigkeit sich steigernde Wahldewegung wie diesmal. Alle Gasthauslale und Rathhäuser hallen, namentlich an Sonntagen, aber da und dort auch die Woche hindurch, von Reden der Kandidaten und Gegenkandidaten. Was die Parteien betrifft, so stehen sich in der Regel die aus Demokraten und Altliberalen vereinigte Fortschrittspartei und die sogenannte „gemäßigte Fortschrittspartei", auch die „Liberalkonservativen und Konservativ-Liberalen" genannt, gegenüber. (Fr. Holzig.)

Freie Städte. Frankfurt, 17. Januar. Durch das heute verkündigte Kassationserkenntniß der Juristenfakultät Leipzig in Sachen Radowitz der militärischen Denkschrift des Prinzen Friedrich Karl von Preußen wurde die Freisprechung Baiß's und Auffarth's bestätigt, dagegen die Konstatation des Nachdruckszemplare bei Beiden angeordnet. (Fr. Z.)

Großbritannien.

London, 12. Jan. Ein sieberhaftes Interesse erwecken hier die beiden gegnerischen Schiffe, die im Hafen von Southampton liegen, der südunionistische „Nashville" und die nordunionistische „Tuscarora", eine Kriegskorvette mit 9 schweren Geschützen. Alles was im Cooperschen „Lootsen", in der „Wassernixe" und vor Allem im „rothen Freibeuter" die Phantasie eines Gewürzkrämers jemals begeistert und zur Enterung mehrerer Linienschiffe wenigstens aufgefordert hat, liegt wieder wie ein elektrisches Fluidum in der Luft und wirkt auf die Nerven. Eigtwaize gehen nach Southampton, und jeder hofft noch zur rechten Zeit zu kommen, um, je nach den politischen Sympathien, den „Nashville" durchbohrt oder die „Tuscarora" durch einen süd-unionistischen Brander à la Kanaris in die Luft gesprengt zu sehen. In jedem Lande würde das Nebeneinanderliegen zweier Todfeinde dieser Art ein lebhaftes Interesse wecken, hier natürlich doppelt, wo die Lust an races, an prize- und cock-fighting, an jeder Art von Zweikampf, sey's Thier sey's Mensch, dem Volk wie ein Plus an Eisengehalt im Blute steckt. (K. Zt.)

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Wie man vernimmt, sind mit Bewilligung der hiesigen Regierung zwei Lieutenants vom Genie in chinesische Dienste übergetreten. Der eine ist Fortifikations-Direktor von Peking, der andere Artillerie-Kommandant in Schanghai geworden. (K. Z.)

Der Maire von Avignon, Dr. Pamard, Mitglied des gesetzgebenden Körpers, galt seit langen Jahren als „korrespondirendes Mitglied der Akademie der Medizin" zu Paris, nannte sich so, und war auch von der Akademie stets als solches anerkannt worden. Jnzwischen stellte sich heraus, daß in Wirklichkeit nur sein Vater zum Mitglied ernannt worden, als der jetzige Maire Pamard noch kaum die Studentenzeit überschritten hatte; nach dem bald erfolgten Tode des Vaters Pamard maßte sich der Sohn den Titel an, und korrespondirte weiter mit der Akademie, als ob die Ernennung ihm gegolten hätte. Dies Alles ist durch eine Anzahl in der „Univ. belge" abgedruckter amtlicher Urkunden vollständig erwiesen. Als aber hierauf einige Pariser Blätter diese Thatsachen veröffentlichten, erhob Herr Pamard gerichtliche Klage wegen verleumderischer Ehrenkränkung, und das Gericht verurtheilte

Digitized by Google

am 15. d. M. die Blätter, legte ihnen Geldbußen von 500 bis 1000 Frcs. auf, und gestattete ihnen nicht, die Wahrheit der Thatsachen zu beweisen, weil dieselben nur Handlungen des Privatlebens (!) seyen, bei welchen das Gesetz vom 26. März 1819 die Zulassung zur Beweisführung untersage! — Wir bemerken beiläufig, daß Dr. Pamard einer der eifrigsten Anhänger des Bonapartismus ist. (F. H.-Z.)

Italien.

Ricasoli hat, wie schon erwähnt, im italienischen Senat ein beinahe einstimmiges Vertrauensvotum erlangt, das man in Wahrheit besser ein Mißtrauensvotum nennen könnte. Pareto interpellirte ihn; darauf erzählte der Minister die Geschichte seiner vergeblichen Bemühungen, einen Kollegen für das Innere zu erhalten. In Rom vollzogen sich nicht Italiens allein, sondern der Menschheit Geschicke. Der Tag des Triumphs lasse sich nicht vorhersagen, Vielleicht reife er im gegenwärtigen Augenblick; jedenfalls bleibe die Regierung fest in dem Bündniß mit Frankreich, wie in ihrer Politik gegen Rom. Von Villamarina über diese Andeutungen näher befragt, antwortete Ricasoli, er habe nur sagen wollen, da die römische Frage eine moralische Frage sey, so schritte sie unaufhörlich vorwärts. (Eine Schraube ohne Ende!) Nach Ricasoli gab auch Ponza di San Martino seinen Beitrag der Darstellung der noch ungelösten Ministerkrisis, indem er bestätigte, daß nur aus finanziellen und anderen Gründen auf einer konservativeren, mehr abwartenden Politik bestanden habe. — Im Abgeordnetenhause interpellirte d'Ondes wegen der Unruhen von Castellamare auf Sizilien, wo die Ortsbehörden unregelmäßig verfahren waren und Hinrichtungen ohne Urtheil vorgenommen hätten. Der Justizminister gab eine ausweichende Antwort, und das Haus behielt sich sein Urtheil vor, bis die nöthigen Papiere auf den Tisch des Hauses niedergelegt seyn würden. (Zeit.)

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Jan. Ein für das Land wichtiges Ereigniß ist die am 20. d. beschlossene Wiedereröffnung der wegen der politischen Unruhen im vorigen Sommer geschlossenen, bisher bestandenen Gymnasien, Real- und philologischen Schulen, 35 an der Zahl (in Warschau 8). Die Kreisschulen bleiben noch geschlossen. Das Schulgeld bleibt das bisherige, sowie auch die ganze Schuleinrichtung, bis zur Einführung der neuen Schulorganisation; nur ist der Eintritt erleichtert und den unteren Klassen die alten Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, sowie den höheren Klassen die Logik hinzugefügt worden.

Volkswirthschaftliches.

München, 15. Jan. Die Berathungen der Eisenbahnbeamten verschiedener deutscher Staaten sind gestern zum Abschlusse gelangt. Dieselben haben sich auf die Regelung des Güterverkehrs nach Außen bezogen, in welcher Beziehung mehrfache Vereinbarungen getroffen wurden, die besonders auch eine wesentliche Beschleunigung des Verkehrs bezwecken. (N. K.)

Wien, 15. Jan. Am Beginne der heutigen Sitzung des Bankausschusses überraschte der k. k. Kommissär Sektionsrath von Moser die Versammlung mit folgender Mittheilung: „Ich habe die Ehre, den Herren folgende Eröffnung zu machen. Mit Beziehung auf den gestern gefaßten Beschluß, die Berathung der neuen Statuten unter der ausschließlichen Verwahrung vorzunehmen, daß dieselbe nur für die gegenwärtige Privilegiumsdauer bis Ende des Jahres 1866 Giltigkeit haben soll, wurde ich beauftragt, im Namen des Herrn Finanzministers die bestimmte Erklärung dahin abzugeben, daß er nicht in der Lage sey, unter diesem Vorbehalte neue Bankstatute überhaupt in Betracht zu ziehen, sondern daß es seine entschiedene Absicht sey, die Bestimmung der neuen Statuten nur in Verbindung mit der Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und der Bank bei einer entsprechenden Verlängerung des Privilegium der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen. Ich habe die Ehre, meine bereits gestern gemachte Bemerkung zu wiederholen, daß ich besorge, daß bei der Aufrechterhaltung der beschlossenen Referate Ihre Arbeit vielleicht eine fruchtlose Mühe seyn könnte." Die anwesenden Ausschußmitglieder waren augenscheinlich im Zweifel darüber, welche Haltung dieser Eröffnung gegenüber von ihrer Seite am zweckmäßigsten wäre. Nach einigem Hin- und Herreden machte Dr. Neumann diesem Zweifel ein Ende durch folgende Aeußerung: „Es herrschen zwei Irrthümer vor, deren einer ist, als beabsichtigten wir, der Vereinbarung zwischen Staat und Bank irgend ein Hinderniß entgegenzusetzen und dieselbe durch den gesetzigen Beschluß unmöglich zu machen. Ein anderer Irrthum ist der, als könne und wolle man mit der Liquidirung der Bank drohen. Man könnte die Frage an mich richten, ob ich im Stande bin, irgend einen Rayon für die vermalige Arbeit bemerkbar zu machen, ob wir nicht vielleicht etwas mindestens Werthloses zu Tage fördern, und darauf gebe ich die Antwort: Ich erachte es gerade für ein geeignetes Mittel, zu einer Vereinbarung zu gelangen, wenn man in der Berathung fortfährt und ruhig seine Geschäfte faßt; denn dadurch wird den Autoritäten, die über die zukünftige Vereinbarung entscheiden werden, eine Kenntniß von unseren Wünschen und die Erkenntniß Dessen werden, was man im Schooße dieser Versammlung für zweckmäßig und recht erkannt hat." Redner empfiehlt daher die Fortsetzung der Berathung. Die Versammlung ging auch wirklich auf die Weiterberathung ein. Das bedeutendste Interesse konzentrirte sich heute in der Frage, ob den Bankationären im Auslande die Berechtigung, bei den Jahres-Versammlungen der Aktionäre in irgend einer Weise vertreten zu seyn, zuerkannt werden solle oder nicht; eine eminente Mehrheit sprach sich gegen die Zulassung aus. Als Anwalt der ausländischen Aktionäre trat Dr. Neumann ein. (Oest. Pl.)

London, 14. Jan. Ueber die Lage der Dinge in den Baumwoll-Manufaktur-Bezirken und was damit zusammenhängt schreibt der „Economist": Der unausverkäufliche Druck, dem unsere Fabriken seit geraumer Zeit ausgesetzt waren, ist bereits gewaltig geworden. Vergangene Woche waren von 46,700 in Manchester angestellten Fabrikarbeitern 12,500 nur auf Halbzeit beschäftigt, während 6500 gänzlich ohne Arbeit waren. Aehnlich stellen sich die Verhältnisse in den übrigen Fabrikbezirken. Sie müssen in der nächsten Zeit nothwendigerweise noch schlimmer werden, denn mindestens amerikanische Baumwolle hat in Liverpool gegenwärtig eine Höhe von 12 d. pro Pfund erreicht, und zu diesem Preise läßt sich nicht mehr mit Nutzen fabriziren.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. Jan. Prinzessin Alexandra, deren literarische Thätigkeit bekannt ist, hat so eben ein neues Buch bearbeitet und ihrem Vater König Ludwig gewidmet. Es ist eine Uebersetzung kleiner historischer Erzählungen aus dem Französischen von Eugenia Foa. Der Ertrag des Buches ist wieder dem Besten des Maximilians-Waisenstiftes bestimmt.

Das Hochwasser der Donau hat am 12. die Brücke bei Vilshofen weggerissen; durch den Telegraphen hievon benachrichtigt, ließ man in Passau durch Fischer den größten Theil der Trümmer auffangen und in Sicherheit bringen.

Vor dem k. Bezirksgerichte Memmingen kam, wie bereits erwähnt, am 8. ds. die Anklage gegen den vormaligen Taxbeamten Lorenz zu Kempten zur öffentlichen Verhandlung. Es liegt demselben ein bei der Amtsvisitation im Juni vorigen Jahres entdeckter Kassa-Defekt im Betrag von 1026 fl. 45 kr. zu Grunde; im Einzelnen bezeichnet die Anklage 12 Fälle, durch welche das Verbrechen der Amtsuntreue II. Grads und 3 Fälle, durch welche das Verbrechen der Beträckung der Amtsunterthanen als gegeben erscheine. Der Angeklagte gesteht in allen diesen Fällen zu, daß er Einnahmen nicht verbucht und verbuchte Ausgaben nicht geleistet habe, ebenso bekennt er sich zu den vorgefundenen Unrichtigkeiten in der Taxen-Liquidirung. In seiner Entschuldigung behauptet er jedoch, daß die Geschäftslast für ihn, den man trotz wiederholten Nachsuchens ohne Gehilfen gelassen habe, zu groß gewesen sey. Was den Kassa-Defekt betrifft, so erklärt er denselben einerseits durch die großen Verluste, welche er jedes Jahr an Stempeln und Postporto erlitten habe, andererseits deutet er auf die Möglichkeit hin, bestohlen worden zu seyn und beruft sich auf mehr.re bei dem königl. Bezirksgericht Kempten in neuerer Zeit wirklich vorgekommene Diebstähle. — Durch die Zeugenaussagen wird nicht in Abrede gestellt, daß Lorenz viel eingebüßt haben könne, die Verschuldung falle aber lediglich der wahrhaft beispiellos leichtsinnigen und unordentlichen Amtsführung des Angeklagten (wegen deren er auch öfter von der Regierung ernstliche Rügen erhielt) zur Last. So z. B. habe er Guldenstempel für Groschenstempel verkauft, die Kouverte, worauf die gemachten Auslagen verzeichnet waren, nicht gesammelt ꝛc.; auch habe er sein Bureau oft verlassen, ohne Thür und Kasse abzuschließen, ja die Geldrollen seyen während seiner Abwesenheit einmal sogar offen auf dem Tische herumgelegen. — Der Staatsanwalt beantragte 4jährige Arbeitshausstrafe, event. Festungsstrafe III. Grades und Amtsentsetzung; die von Advokat Widmer vorzüglich durchgeführte Ver-

Digitized by Google

theidigung plaidirte auf Freisprechung, welche denn auch, wie schon mitgetheilt, erfolgte, da der Gerichtshof das Verbrechen der Amtsuntreue l. Grades deßhalb nicht gegeben fand, weil nicht nachgewiesen werden könne, daß der Angeklagte die fehlenden Gelder zu seinem Privatgebrauche verwendet habe. Indem derselbe die Defekte durch Rechnungsmanipulationen zu verdecken versucht habe, hätte er wohl disziplinäre, aber nicht kriminelle Ahndung verwirkt. Was das Verbrechen der Bedrückung der Amtsunterthanen betreffe, so seyen die zu viel erhobenen Tagen von 50 kr. und 2 fl. 11 kr. zu unbedeutend, um dabei eine eigennützige Absicht annehmen zu können. — Belanntlich meldete der k. Staatsanwalt sofort gegen dieses freisprechende Urtheil die Berufung an, welchhalb der Angeklagte in Haft geblieben ist. (Kempt. Ztg.)

Heidelberg, 13. Jan. Die hiesige Universität feiert am 8. Februar das 50jährige Doktorjubiläum des Hrn. Geheimraths Dr. Chelius. (Allg. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

München, 16. Jan. Wie die Starnberger Eisenbahn in die Hände des Staats übergegangen ist, so werden jetzt auch Unterhandlungen in Betreff der Starnberger Dampfschifffahrt gepflogen und dürfte die Acquisition derselben seitens des Staats in nächster Aussicht stehen. (A. Abz.)

München, 17. Januar. Die Rückreise des k. Ministerial-Kommissärs Weber nach Mannheim zum Abschluß der Verhandlungen über die Heidelberg-Würzburger Eisenbahn dürfte wohl in nächster Zeit erfolgen. (N. M. Z.)

** München, 17. Jan. (Privat-Korresp.) Se. Maj. der König hat den Reichsrath und Geh. Rath Professor v. Bayer, dem am jüngsten Geburtsfeste des Königs den Maximiliansorden für Kunst und Wissenschaft verliehen wurde, zum Mitgliede des Kapitels dieses Ordens ernannt, und zwar an Professor Sybel's Stelle. Gemäß allerhöchster Bestimmung wird nächsten Montag in den prachtvollen Räumen des Festsaalbaues der k. Residenz ein Hofball stattfinden, dem die k. Majestäten mit dem gesammten Hofstaate, des diplomatischen Korps u. s. w. beiwohnen werden.

Passau, 14. Jan. Diesen Vormittag waren eine Anzahl Werkleute beschäftigt, das Gerüste von den nun vollendeten Thürmen der Eisenbahnbrücke zu entfernen. Der Eingang hatte die untern Stücken gebrochen und so kam es, daß ein Theil des Gerüstes sich nach dieser Seite senkte und vier darauf befindliche Arbeiter mit hinunter schleuderte. Ein Zimmermann wurde todt aufgefischt, ein Anderer starb diesen Nachmittag, zwei wurden schwer verwundet und befinden sich im städtischen Krankenhause.

Die Berliner Neujahrsnacht muß wirklich „heiter" gewesen seyn! Die „Wes.-Z." berichtet: „Die Lust wurde zu Unmuth und führte hier und da zu rohen Gewaltthätigkeiten, die schließlich nur durch das Aufgebot der berittenen Schutzmänner unterdrückt werden konnten. Die Polizei hatte bis zum frühen Morgen alle Hände voll zu thun."

Weißenfels, preuß. Reg.-Bezirk Merseburg, an der Saale, 14. Jan. Am Sonnabend hatten Unteroffiziere des 31. Regiments in den Räumen des Schützenhauses einen Ball veranstaltet. In dem Hauptsaal hingen mehrere Bilder, unter anderen ein Portrait des Herzogs von Koburg, über welchem zwei deutsche Fahnen angebracht waren. Die Offiziere besuchten diesen Ball. Es fand sich auch ein Fähndrich ein. Dieser ging auf das Bild zu, riß die deutschen Fahnen herunter und schleuderte sie mit der Bemerkung weg: „Hier gehören preußische Fahnen her." (Recht preußisch! Und diesem Preußen will der Nationalverein um jeden Preis die Führerschaft von Deutschland zuschanzen! Der Fähnerich wird ob seiner Heldenthat woher vom König nach vom Kriegsminister gelobelt werden. Man weiß es ja längst, daß den ächten Preußen Deutschland nur Nebensache, Preußen die Hauptsache ist.)

= Wien, 16. Jan. Zu der mysteriösen Notiz, welche das „Vaild." bringt, die Verleihung des St. Stephan-Ordens an den Hrn. Erzherzog Rainer sey nur die Vorläuferin einer bedeutenden Entschließung des Kaisers in Bezug auf Ungarn — müssen wir die Bemerkung hinzufügen, daß allerdings dieser Prinz in gut unterrichteten Kreisen als designirter Palatin von Ungarn bezeichnet wird. Gewiß auch ist es wahrscheinlich, daß die Wiederherstellung der Palatins-Würde in dem Sinne aufgefaßt werden muß, die Regierung wolle damit den Ungarn aufs Neue die Hand zu einem Ausgleiche bieten und sey demgemäß zu gewissen Zugeständnissen an die gemäßigte Partei Ungarns bereit, freilich stets unter Wahrung des Grundsatzes der Einheit der Monarchie.

= In Kroatien hat sich, selbst ungarischen Blättern zufolge, ein einziger Fall von Steuerverweigerung ergeben. — Der berühmte Räuberhauptmann Patko, der bekanntlich jetzt die Baranya unsicher macht, rückten neulich mit 11 seiner Gesellen bei einem dortigen Gutsbesitzer, wo er sich und seine Banditen gut bewirthen ließ, aber Alles mit blankem Silber bezahlte. Während er dort zechte, suchten ihn die Agenten der öffentlichen Sicherheit an einem acht Meilen entfernten Orte, dem er seinen Besuch für den in Rede stehenden Tag schriftlich angezeigt hatte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bählmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80⅛ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	89 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87⅜—½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46⅞ P.
„	4½ pCt.	41⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P. ⅛ G
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P. ⅛ G
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87½ P. 96⅞ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	90 P.
„	3 pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 G.
„	2 pCt. „ „ „	43½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1137⅛ P.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	644 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152½ P. 151½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 200	196½ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74⅜ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	79¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	63 P.
Oest. F. St. Kisb. Lit. A. à 250 fr.	286 P.
„ Kisab.-Eisenbahn 5 pCt.	101½ P.
„ Kisab.-Nahe Prior. 5 pCt. 6/7	73⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105.4 pCt. Z	22½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	59½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	245 G.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Theorie	440 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	105⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. 2 100 k. S.	99⅞ G.
Augsb. 6. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 fl. 104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lad. k. S	96⅜ fl.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 fl. 104⅜ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 fl. 87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 fl.
London Lst. 10 k. S.	117¼ fl. B. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ fl. B. 92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S	—
Wien fl. 100 k. W.	—
„ do. 2 k. W.	—
do. in oest. W. l. S.	83 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	92 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	80¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69¼—⅝ G.	„ fl. 25 do.	38 P.
„ fl. 100 Rieb. l. v. 1858.	103 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	32¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	120½ G.	Sardinien Frs. 36 b. R.	53¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	bt. Luttich m. 2½ pCt. Z	36¾ P.
Badische fl. 50	92 P.	Vereins-Loose fl. 10.	21½ P.
Badische fl. 35	34 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	103⅛ P.

Frankfurt, 17. Januar. Für ächten Fonds, Anlehensloose, Bank- und Industrieaktien währt die Kauflust fort. Besonders 500 fl. Loose vom Jahr 1860 nahmen ferneren Aufschwung. Das Geschäft in denselben war sehr bedeutend. Süddeutsche Fonds fest; Frankfurter Bank- und Bayracher Eisenbahnaktien begehrt und höher bezahlt. (Sdnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19.-20. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Aleiner Schrift oder deren Raum bei Handelsblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 20. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Die Kreisregierung von Niederbayern ordnet außerordentliche Schulvisitationen in entsprechender Wahl und Anzahl und sofortige Berichterstattung über die dabei wahrgenommenen Gebrechen an. Die Kreisregierung von Oberbayern aber verfügt, um von den während der Schulzeit erworbenen Kenntnissen der Schüler im Lesen, Schreiben und Rechnen genaue Wissenschaft zu erhalten und daraus zu ermessen, ob und inwieweit hiebei ein Verschulden des Lehrerpersonals oder der Aufsichtsorgane stattgehabt, daß künftighin bei der Entlassung aus der Feiertagsschule das Ergebniß der Schulprüfung der betreffenden Schüler förmlich zu Protokoll konstatirt, von einem jeden austretenden Feiertagsschüler mindestens eine Probeschrift des letzten Jahres zu den Akten genommen werde, und daß diese Protokolle sodann, sowie die fraglichen Probeschriften der Schulstatistik einverleibt werden. (Nachweben der statistischen Angaben über die Lese- und Schreibkunst der Konfirmationspflichtigen!)

München, 18. Jan. Se. Maj. der König hat den Baubeamten J. Hauser in Gunzenhausen, seinem Ansuchen entsprechend, in die Baubeamtenstelle in Nürnberg versetzt, und die Baubeamtenstelle in Gunzenhausen dem Assistenten bei der Kreisbaubehörde in Regensburg, G. Renner aus Abensberg, verliehen; die kath. Pfarrei Preiersreut, Lrg. Wolfstein, dem dortigen Kuratbenefiziaten Priester J. Platiner übertragen. (R.W.Z.)

Sicherm Vernehmen nach ist der Staatsrath v. Hermann „auf sein Ansuchen" seines bisherigen Postens als Vorstand der Generalbergwerks- und Salinen-Administration enthoben und an seine Stelle der Ministerialrath des Finanzministeriums Frhr. von Rüssel der von Sr. Maj. dem Könige ernannt worden.

Nassau. Wiesbaden, 14. Jan. (Schöne Finanzwirthschaft!) Pikanntlich hat im vorigen Jahr unsere Regierung die Bahnstrecke von Wiesbaden nach Rüdesheim von einer englischen Gesellschaft angekauft, und schon heute spricht man in unterrichteten Kreisen von einem Verkauf der ganzen Rhein-Nahnbahn (von Wiesbaden nach Bingerlochpfosten) an ein Konsortium Frankfurter Bankhäuser. Die Verhandlungen sollen im vollen Gange seyn, und die Regierung würde als Kaufpreis sämmtliche Bau- und Anlagekosten bis auf 3 Millionen zurückerhalten. Diese 3 Millionen sollen, im Fall der Bahnbetrieb einen Reinertrag von 5 Prozent abwürfe, nach und nach auch gedeckt werden, so daß also das Land bei dem Verkauf der Eisenbahn keinen Verlust haben würde. Dagegen soll die Regierung noch außerdem eine Zinsgarantie von $4^1/_2$ Prozent (eine Zeit ist genannt) übernehmen. Das Motiv zu dieser auffallenden Maßregel soll in der Befürchtung zu suchen seyn, daß der Betrieb der Bahn auf Kosten der Regierung nicht rentieren werde. Man glaubt sogar nicht einmal die Zinsen für das Baukapital der Bahn herausschlagen zu können, und will durch den projektirten Verkauf einer abermaligen Erhöhung der direkten Steuern vorbeugen. In unser Budget eingeweihte Personen versichern uns, daß unter den jetzigen Aussichten eine Steuererhöhung um drei Simpeln unausbleiblich seyn werde. (Und den Zeitungen, die das vor zwei Monaten offen sagten, wurde der Postbetrieb in Nassau entzogen!) (R.Z.)

Anhalt. Dessau, 16. Jan. Aus Dessau geht der „Berl. Volkszeitung" die Mittheilung zu, „daß das von ihr mitgetheilte, in Dessau auf einem erbprinzlichen Hofballe stattgehabte Gespräch zwischen dem Erbprinzen von Anhalt-Dessau-Köthen und einem herzoglichen Beamten durchaus nicht zum Nachtheil beider darin aufgeführten Personen entstellt wiedergegeben ist." (Besser wäre es zu sagen, wie es wirklich war.)

Freie Städte. Einer Mittheilung aus Hamburg zufolge soll bei dem Hamburger Buchdrucker auch dessen Offizin die Broschüre des Dr. Bollmann gegen den Herzog von Koburg hervorgegangen, das Manuskript zu einer zweiten Broschüre aus der nämlichen Feder und in derselben Angelegenheit konfiszirt worden seyn.

Oesterreich. Der Kaiser hat in Verona 1 Million Gulden zu dem Bau eines Militärhospitales bewilligt. Diese Summe soll aus dem Ertrag der nächsten Wohlthätigkeits-Lotterie bestritten werden.

Wien, 17. Jan. (Priv.-Korr.) Die Gerüchte über Ausgleichsversuche mit Ungarn, und insbesondere über die bevorstehende Ernennung des Erzherzogs Rainer zum Palatin werden heute von Wiener Blättern aller Farben widerlegt.

§ Wien, 17. Januar. (Priv.-Korr.) Rücksichtlich der Arbeiten des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses bin ich in der Lage, Ihnen einige Mittheilungen zu machen, welche den Beweis liefern, daß der Ausschuß die ihm übertragene Aufgabe sehr ernst nimmt und sich durch leinerlei Rücksichten beirren läßt. Die bis jetzt gewonnenen Resultate lassen sich dahin zusammenfassen, daß bei den Staatsrathe, bei dem Polizei- und Finanzministerium Ersparungen nach seiner Ansicht nicht nur durchführbar, sondern auch dringend nothwendig sind. Das Kriegsministerium kommt erst noch an die Reihe, und es steht bereits außer allem Zweifel, daß er auch hier ziemlich weit gehende Ersparungen vorschlagen wird. Das Marinebudget wird einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, und man betrachtet es noch keineswegs als sicher, daß der Ausschuß die Ansichten der Finanzverwaltung in dieser Beziehung theilt. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses erschien Graf Rechberg und gab über alle in sein Fach gehörenden Angelegenheiten bereitwillig Auskunft. Es soll ihm jedoch nicht gelungen seyn, den Ausschuß von der Nothwendigkeit mehrerer im Budget aufgeführten Gesandtschaften zu überzeugen. Dies bezieht sich sowohl auf die für die italienischen Höfe bestimmten, wie auch auf die deutschen Gesandtschaften, rücksichtlich welcher der Ausschuß der Ansicht ist, daß eine Verminderung derselben die Würde und das Ansehen des Kaiserstaats nicht beeinträchtigen könne. Die Ansätze für einzelne Gesandtschaften fand der Ausschuß zu hoch bemessen, so namentlich den für den Botschafter in Rom, der ganz bedeutende Bezüge hat, wie der Botschafter am englischen Hofe, was doch kaum im Verhältniß zur politischen Wirksamkeit dieser beiden Gesandtschaften steht. Auch die geheimen Auslagen dieses Ministerium wurden einer eingehenden Kritik unterzogen, und es scheint der Ausschuß vor der Zweckmäßigkeit derselben nicht überzeugt worden zu seyn, obwohl Graf Rechberg sich alle Mühe gab, die Nothwendigkeit selbst der geringsten Posten zu beweisen. -- Die Controle-Kommission über die Staatsschuld soll dem Antrag des Ausschusses zufolge aus 3 Mitgliedern des Herrenhauses und 6 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestehen, welche für ihre Handlungen verantwortlich sind und ohne deren Unterzeichnung keine Aenderung daran vorgenommen werden darf. Sie haben daher auch die Obligationen der Staatsanlehen mit ihren Unterschriften zu versehen.

In Udine ist die Flucht von acht Gymnasialschülern Gegenstand des allgemeinen Stadtgespräches. Die Ursache der Entweichung ist — wie dem „Oster. Lieft." gemeldet wird — die Furcht vor der Ablegung der Maturitätsprüfungen.

Großbritannien.

London, 16. Jan. Das City-Meeting, in welchem über ein dem Prinzen Albert zu errichtendes Denkmal berathen werden sollte, hat unter des Lord Mayors Vorsitz vorgestern stattgefunden. Der Saal war gedrängt voll, und Hauptredner waren außer dem Vorsitzenden der Bischof von London, Lord Stratford de Redcliffe, Baron Lionel Rothschild. Die erste vom Bischof von London beantragte Resolution lautete einfach dahin, es solle dem Prinzen, der 20 Jahre lang sich mit Eifer und Geschick der Hebung der ärme

Digitized by Google

ren Klassen, der Förderung von Kunst und Wissenschaft und der Erziehung der königl. Familie gewidmet hatte, ein dauerndes Denkmal errichtet werden, ein Andenken an seine viele Tugenden und ein Ausdruck der Dankbarkeit des Volkes. Eine weitere durch Baron Lionel Rothschilds beantragte Resolution lautete: „Daß Ausschüsse für ganzen vereinigten Königreich gebildet werden sollen, um Geldsammlungen zu veranstalten.“ Alle diese Anträge wurden mit Akklamation und auf der Stelle ungefähr 4000 Pfd. Sterl. gezeichnet.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Sie erinnern sich wohl noch eines Aufrufs des Erzbischofs von Lyon zu Gunsten der nothleidenden Arbeiter seiner Diözese. Vielleicht haben Sie auch nicht übersehen, daß das „Siècle“ es sich als eins der Organe der kaiserl. Demokratie schuldig zu seyn glaubte, die menschenfreundliche Maßregel nach seiner Weise lächerlich zu machen und „Angesichts der väterlichen Fürsorge der Regierung“ als unnütz hinzustellen. Jahrelange Zuschriften, welche dem Direktor des „Siècle“ seitens der Arbeiterunterstützungsvereine zugingen, veranlassen Hrn. Havin, heute selbst eine Subskription zu Gunsten der Arbeiter von Lyon und St. Etienne zu eröffnen. „Ein großer Theil Lyoner Familien — sagt Hr. Havin — ist durch die Arbeitslosigkeit ins Elend gestürzt. Dieses Elend könnte um so ernstere Folgen haben, als die Arbeiterbevölkerung von Lyon ihr Ohr Aufwanderungsvorschlägen leihen könnte, neuen Ermöhrung allein schon ein Unglück ist.“ Wie paßt diese Schilderung zu den Artikeln des „Constitutionnel“ und des „Pays“, welche noch vor wenigen Tagen auf den Ueberschüssen der Zollverwaltung eine zunehmende Wohlfahrt herausdustabirt haben? Die „Opinion nationale“ schließt sich dem Aufrufe des „Siècle“ zur Unterstützung der Arbeiter von Lyon und St. Etienne an, bedauert jedoch, daß Privatunterstützungen nicht ausreichen, um vielleicht hunderttausend arbeitslosen Menschen den nothwendigen Unterhalt zu verschaffen. (Fr. Postz.)

Paris, 16. Jan. Die Präfekten der wichtigsten Departements sind vom Kaiser nach Paris beschieden worden, da dieser von ihnen mündliche Auskunft über die Stimmung im Lande zu erhalten wünscht. (Fr. Pstz.)

Französische Blätter melden, der neue Finanzminister Foult habe kürzlich mehrere dienstlich in Paris anwesende Generalsteuereinnehmer angewiesen, rasch nach ihren Provinzstädten zurückzukehren und dort durch Feste und Soireen zur Belebung der Geschäfte beizutragen. In der That ein eigenthümliches Mittelchen, dem mehrfältig gelähmten Geschäftsleben wieder auf gesunde Beine zu helfen! Doch der Minister folgt hier nur dem Beispiele seines Herrn, der ja auch jederzeit die Beamten angewiesen hat, möglichsten Luxus zu entfalten, um den Geschäftsleuten Verdienst zu verschaffen und das Volk bei guter Laune zu erhalten. Wir wissen nicht, ob das in irgend einem Handbuche der Staatsweisheit mit guten Gründen empfohlen wird; wenn es aber doch der Fall seyn sollte, so erlauben wir uns dringend zu bezweifeln, daß der Finanzminister, zumal was den Erfolg betrifft, zu preisen. Ohne dem Luxus an sich das Wort reden zu wollen, müssen wir recht gut, daß derselbe nicht in Bausch und Bogen verdammt werden darf. Er ist in unsern sozialen Verhältnissen zur Nothwendigkeit geworden. Es handelt sich aber vor Allem immer um die Frage: wer soll ihn treiben? Offenbar doch nur Derjenige, der dies kann, ohne die Erfüllung seiner Pflichten dadurch zu beeinträchtigen. Ist das der Beamte? Ausnahmsweise wohl, aber durchschnittlich gewiß nicht. Er hat gewöhnlich genug zu thun, wenn er seinem Stande gemäß mit Ehren durchkommen will. Wer von Haus aus reich ist, mag ein Uebriges thun, ja man mag ihm in dieser Richtung sogar etwas zumuthen, es ist aber gewiß verkehrt und in seinen Folgen nachtheilig, die Beamten überhaupt aufzufordern, ja zu verpflichten, sich in dieser Beziehung möglichst hervorzuthun. Zur Besserung des Beamtenstandes trägt es schwerlich bei, wohl aber zur Korruption desselben. Aber dem Volke gegenüber mag es nothwendig seyn? Auch nicht, ganz gewiß nicht. Auf einige Zeit kann das Volk geblendet werden, auf lange nicht. Stellt man die Beamten so, daß sie Luxus entfalten können, so erregen sie bald den Neid der Menge, der zu Zeiten sehr gefährlich werden kann. Jedenfalls macht sich der Uebergang gelten, daß hier dem Volke in kleinen Brocken zugeworfen werden soll, was man ihm vorher in großen Stücken aus der Tasche genommen. Ob das dem Staatsleben stromm oder nicht, darüber mag sich jeder seine eigenen Gedanken machen. Wenn der Minister Foult gegen die tiefen Schäden keine besseren Mittel weiß, wird er auch nur eine Zeit lang pflastern und den Kranken endlich als unheilbar aufgeben müssen. Doch stille! Die Mann wird demnächst noch eine ganze Reihe anderer Rettungsmittelchen in Vorschlag bringen und darunter auch eins, das einen großen Theil der Beamten nahe angeht. Es soll unter anderm die Absicht haben, die momentanen Hilfsquellen der Staatskassen durch eine Verdoppelung der Kautionen der kautionspflichtigen Beamten zu vermehren, wodurch er mehrere hundert Millionen „flüssig“ machen kann. Welche Freude für die, die es trifft! Für die andern hat er vielleicht auch etwas Aehnliches in petto. (Pf. B.)

Spanien.

Die Kosten des vorjährigen marokkanischen Krieges belaufen sich auf 236 Mill. Realen.

Zum Verständniß der gegenwärtigen Lage der deutschen Expedition zur Aufsuchung Eduard Vogel's

bringt Otto Ule im Aufteag des Komité in der „Natur“ folgende Erklärung: Mehrere Zeitungen haben wiederholt Mittheilungen über die Heuglin'sche Expedition gebracht, welche durch ihren entstellenden und zum Theil verleumderischen Inhalt wohl geeignet sind, dem Unternehmen selbst zu schaden und das Thun der Reisenden wie selbst des Komité in ein falsches Licht zu stellen. Der edle Zweck des Unternehmens und die ungewöhnliche Theilnahme, welche es bei der deutschen Nation gefunden, von welcher die Reisenden in Wahrheit ihr Mandat empfingen, machen es dem Komité zur doppelten Pflicht, solchen Darstellungen berichtigend entgegenzutreten.

Es hat sich neulich wieder das Gerücht verbreitet, die Expedition sey von ihrem ursprünglichen Ziele gänzlich abgewichen und habe statt auf geradem Wege nach Chartum sich südwärts nach Abessinien und Kaffa gewandt, um rein wissenschaftliche Interessen zu verfolgen. Das Komité selbst, wird gesagt, scheine nicht recht im Klaren zu seyn und habe vor einiger Zeit in einer Konferenz beschlossen, eine qualifizirte Persönlichkeit Herrn v. Heuglin nachzusenden, um ihn wieder auf die rechte Bahn zu bringen.

Die ganze Anklage gründet sich auf einen am Schlusse eines „Massaua, d. 12. Juli“ datirten Schreibens Herrn v. Heuglin's ausgesprochenen Wunsch, jener angedeuteten Richtung folgen zu können. In einer augenblicklichen Anwandlung von Mißmuth hatte Dr. Barth in einer Sitzung der geographischen Gesellschaft in Berlin bei Erwähnung dieses Wunsches geäußert, die Expedition scheine die ursprünglich drabstichtige Reise nach Wadai, um das Schicksal Vogel's aufzuklären, aus den Augen verloren zu haben; und diese Worte hat dann ein Theil der Presse ausgebeutet, um ein vorschnelles Verdammungszurtheil über die Reisenden und das Komité zu fällen. Das Komité selbst ist seinen Augenblick seiner Pflicht untreu geworden. Es hat sich nicht ermächtigt gezlaubt, einen bloßen Wunsch zum Gegenstand einer öffentlichen Mittheilung zu machen und dadurch das Vertrauen der Nation zu beirren, bevor noch eine Thatsache wirklichen Grund dazu gibt. Es hat sich aber auch nicht die Möglichkeit verhehlt, daß die Reisenden von wissenschaftlichem Eifer sich verleiten lassen könnten, diesem Wunsche eine Folge zu geben. Es hat daher bereits unterm 9. August und in zweiter Abschrift unterm 9. September ein Schreiben an die Expedition abgehen lassen, in welchem jener Wunsch getadelt und mit Nachdruck auf §. 9 der Instruktion hingewiesen wird, welcher es den Reisenden zur Pflicht macht, wenn möglich im Oktober 1861 Chartum zu erreichen und alle Macht und Energie auf Erreichung Wadai's zu konzentriren.

Jene Hinweisung auf die Instruktionen war der einzige Schritt, zu welchem das Komité sich gegen die Nation verpflichtet, gegen die Reisenden berechtigt glaubte. Eine Persönlichkeit nachsenden zu wollen, nur um jener Mahnung Nachdruck zu geben, konnte uns nicht einfallen. Wohl aber hat am 1. Dez. zu Gotha unter Vorsitz Herzog Ernst's eine Konferenz des Komité Rathgefunden, in welcher eine zweite Expedition nach Wadai beschlossen wurde, die freilich in keinerlei Verbindung mit einem Zweifel an der Heuglin'schen steht. Es ist vielmehr die Ausführung eines von den sachkundigen Mitgliedern des Komité bereits ursprünglich gehegten Planes. Schon bei den Vorarbeiten zu dem Unternehmen, gingen wir von der Ansicht aus, daß unsere Aufgabe wesentlich zwei Expeditionen erfordern, daß das Ziel gleichzeitig von Osten und Norden her von Chartum und Bengasi erstrebt werden müsse. Den ersten Theil der Aufgabe auszuführen, sann sich Heuglin bereit, und die bewährtesten Sachkenner waren darin einstimmig, daß Heuglin nichts Besseres thun könne, als die Gegend, mit der er seit 10 Jahren vertraut sey, die ihm manche wichtige Anknüpfungspunkte für das unbekannte Innere biete, zu seiner Operationsbasis zu wählen. Für den zweiten Theil der Aufgabe, für den

Digitized by Google

Italien.

Rom, 12. Januar. Die Redaktion der klerikalen Turiner „Armonia“ ließ St. Heiligtrit am Neujahrstage ein Kästchen mit Preziosen und 60,000 Frcs. gesammelter Liebesopfer der dortigen Gläubigen für den Bedarf der Kommission des Peterspfennigs überreichen. (Köln. Z.)

Turin, 14. Jan. Der Einfluß der Mazzinisten ist im Steigen. Die Ergänzungswahlen für das Parlament, welche in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind sämmtlich zu Gunsten der mazzinistischen Partei ausgefallen. Die günstigen Erklärungen, welche Nicasoli in Betreff des Aufstandes zu Castellamare in der sizilianischen Provinz Trapani in der 2. Kammer abgegeben hat, werden durch die von dort eingehenden direkten Nachrichten widerlegt. Es geht daraus hervor, daß die republikanische Partei mit den gelandeten Bourbonisten gemeinschaftliche Sache gemacht, daß die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften an der Erhebung Theil genommen, daß sich die Aufständischen 3- bis 400 an der Zahl in das Gebirge St. Giuliano zurückgezogen haben, von wo aus sie die umliegende Gegend beunruhigen. Eine andere Bewegung ist fast gleichzeitig in der Nähe von Girgenti ausgebrochen, wo man überall das sardinische Wappen abriß und die Republik leben ließ. Ein Schreiben aus Palermo sagt über die Stimmung auf der Insel: „Die Masse des Volks in Sizilien ist im höchsten Grade mißvergnügt, theils weil es durch die Revolution nichts gewonnen hat, theils wegen der Ausbedung, theils auch aus Furcht vor neuen Auflagen, und die Unzufriedenheit geht so weit, daß man das allgemeine Bedürfniß fühlt, irgend etwas zu thun, um nur aus diesem elenden Zustande herauszukommen; ja man ist sogar bereit, jeder Fahne zu folgen, wenn sich nur ein Schimmer von Hoffnung darbietet, daß es besser werden könnte.“ — Die Nachrichten aus Neapel lauten nicht minder ungünstig. Die Ausbedung hat im Ganzen nur ein winziges Resultat geliefert, dagegen dazu gedient, den jahrelchen, über das ganze Land zerstreuten Banden jetzt beträchtliche Verstärkungen zuzuführen. Der Hauptsitz der Insurrektion ist jetzt die Capitanata. Diese ganze große, reiche Provinz befindet sich gegenwärtig mit Ausnahme der Hauptstadt Foggia, wo eine Garnison von 3000 Mann steht, in den Händen der Bourbonisten; eine Deputation von dortigen Einwohnern, welche den General Lamarmora um Beistand anging, erhielt den leidigen Trost, daß sie auf Hilfe rechnen könnten, sobald hinlängliche Truppen zur Verfügung seyen, woran es zur Zeit mangle. Also noch mehr Truppen! Und doch stehen in Neapel selbst über 30,000 Mann. Aber die Stimmung ist dort der Art, daß man keinen Mann missen kann, sondern sogar auf weitere Vermehrung der dortigen Besatzung bedacht ist, weil man wohl weiß, daß der Verlust der Hauptstadt den des ganzen Landes zur Folge haben würde. (Fr. Postz.)

Amerika.

Nach den Berichten aus Mexiko hat die Abreise des französischen Gesandten, des Grafen Dubois de Saligny, daselbst einen lebhaften Eindruck gemacht.

Volkswirthschaftliches.

Bei der nächsten Londoner Industrie-Ausstellung wird Bayern, wenn auch nicht in großem Maßstabe, dennoch würdig vertreten seyn. Die meisten Industriegegenstände sendet zur Ausstellung Nürnberg, nach ihm München. Oberbayern wird sich bei der Londoner Ausstellung hauptsächlich betheiligen mit Torfprodukten, Cement, Lettwirsteinen, Gartengeräthen, verschiedenartigen Chemikalien, pharmaceutischen Apparaten, Kunstdünger, Farben; dann Chokolade, Pressen, worunter eine neue Maschine „Selbstbrucker“ oder „Nachtypty“ von Hrn. Reichstrath ꝛc. Dr. v. Heinz, womit sich gewöhnlichen Buchdruck ohne bewegliche Typen herstellen läßt, Waagen, mehrerer Thurmuhren aus der Mannhard'schen Fabrik und die bekannte Dr. Gemminger'sche biologische Schmetterlingsammlung. Niederbayern schickt Muster von Wiener und Pariser Stramin und anderen Gewebesorten für Stickereien, außerdem Reformanzöhlser (aus Lindberg); die junge pfälzische Industrie wird ihre glücklichen Forschritte in Seiden-, Leinen- und Tuchwebere, dann in Hutpflichen darlegen. Aus der Oberpfalz werden nur ein paar Pistolen aus der bekannten Kuchenreuther'schen Fabrik in Regensburg, aus Oberfranken Muster von Eisenbahnwagendecken, auch Steinarten und Korbwaaren eingesandt werden. Mittelfranken scheint sich am reichhaltigsten zu betheiligen; aus ihm kommen Gartengeräthe, Waagen verschiedener Konstruktion, gepreßte Schmelztiegel, ein kleines Lager von chemikalischen Produkten, theils neue Erfindungen; ferner Farben, Blattgold und Blattsilber, Buntpapiere, Brillengestelle, in denen bekanntlich Fürth einen bedeutenden Exporthandel führt, leonische Drahtwaaren, Reißzeuge, Pinsel, Spiegel u. s. w. Auch „Wein und Wasser“ wird aus Mittelfranken zur Ausstellung kommen. Doch mögen sich die Zurückbleibenden trösten, denn von einer andern Seite wird ihnen auch noch anderer Wein eingeschenkt werden; der k. Hofkeller in Würzburg wird nämlich auch Pröbchen und zwar von seinem Besten einsenden. Wir sind neugierig, wer von diesen beiden Weinarten seiner Zeit bei der Jury den Sieg sich erringt. Schließlich haben wir aus Mittelfranken nur noch zu erwähnen, daß die Kramer-Klett'sche Fabrik die Modelle der Eisenbahnbrücken zu Großhersslohe und Mainz,

---

Weg über Bengasi durch die Sahara sand sich Niemand. Aufgegeben wurde er darum doch nicht. Es ist daher leicht begreiflich, daß, als im Sommer vorigen Jahres Herr von Beurmann, Sohn des früheren Oberpräsidenten von Posen, von einer erfolgreichen Reise durch Nubien zurückkehrte, Dr. Petermann gegen ihn gelegentlich die Anbeutung fallen ließ, daß wir uns vergeblich nach einer geeigneten Persönlichkeit für diese Reise umgesehen hätten. Noch überraschter aber waren wir, als wenige Tage später Herr v. Beurmann uns dieselbst seine volle Bereitwilligkeit zur Ausführung dieses gefahrvollen Unternehmens anzeigte. Wir begrüßten um so freudiger dieses Anerbieten, als gerade in jenen Tagen die bereits seit dem Anfange vorigen Jahres neu aufgelebten Hoffnungen, daß Vogel noch am Leben sey, durch Nachrichten über England eine neue Kräftigung erfahren hatten.

Am 27. Dez. v. J. hat uns Herr v. Beurmann verlassen, um sich über Malta nach Bengasi zu begeben, von wo er es versuchen will, entweder auf geradem Wege über Augila und Kebabo oder über Marsuk und Borgu Wadai zu erreichen.

Nicht allein um des verschiedenen Weges willen betrachten wir die Beurmann'sche Expedition als eine wesentlicht Ergänzung zur Heuglin'schen, sondern auch um die Art der Ausführung willen.

Als Hr. v. Heuglin seine Mission antrat, da ward unter dem Eindruck der damals allgemein niederschlagenden Gerüchte, welche an die Möglichkeit einer Rettung Vogels kaum noch glauben ließen, von allen Seiten darauf hingedrängt, seiner Expedition einen mehr wissenschaftlichen Charakter zu geben. So ist es denn gekommen, daß sie eine für deutsche Unternehmungen bisher unerhört glänzende Ausstattung an Mitteln und Personen erhalten hat. Wissenschaftliche Erfolge sind dieser Expedition also unzweifelhaft gesichert, und schon jetzt hat sie eine so reiche Ausbeute gewährt, wie nach dem Urtheil bedeutender Autoritäten seither noch keine Expedition in ihrem ganzen Verlauf. Aber auch die Nachtheile sind nicht ausgeblieben. Der Fortgang der Expedition ist — und es konnte nicht anders erwartet werden — ein langsamer gewesen, und wenn diese Langsamkeit nun nicht mehr mit den gesteigerten Hoffnungen und dem sehnsüchtigen Verlangen der Nation im Einklang steht, so ist das weder eine Schuld der Reisenden, noch des leitenden Komité. Um so mehr aber wird man es Hrn. v. Beurmann Dank wissen, daß er dem Komité Gelegenheit bot, auch die andere Art von Expedition in Ausführung zu bringen, einen Parteigänger ins Feld zu stellen, um vielleicht auf anderem Wege schneller und unmittelbarer das geheimnißvolle Land, welches die letzten Schicksale Vogels umschließt, zu erobern. Eine Mittheilung, welche ich darüber in der allgemeinen Naturforscherversammlung zu Speyer machte, wurde von allen Seiten mit freudiger Zustimmung begrüßt. Als schlichter Muhamedanischer Kaufmann, nur mit den dürftigsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgerüstet, auf die Erreichung Wadai's als das einzige Ziel seiner Reise hingewiesen, allein vertrauend auf seinen Muth und seine Umsicht, hat Hr. v. Beurmann seine große Mission angetreten. Möge es ihm gelingen, die endlosen Schwierigkeiten, die sich ihm auf seinem Wege entgegenstellen werden, glücklich zu überwinden.

In Kurzem wird ein Bericht über die bisherigen Erfolge der Heuglin'schen Expedition veröffentlicht werden, er wird den Beweis liefern, daß schon jetzt die deutsche Nation berechtigt ist, stolz zu seyn auf dieses Unternehmen.

Mit einem Federstrich läßt sich der Keim des Zweifels in tausend Herzen pflanzen; aber Monate bedarf es, um nur die Thatsachen zu sammeln, durch welche sich der Grund des Zweifels wieder heben läßt. Zur Durchführung des großen deutschen Unternehmens bedarf es nicht blos der Geldbeiträge, sondern der Allem des dauernden, hingebenden Vertrauens der gesammten Nation.

Digitized by Google

die bekanntlich von ihr ausgeführt wurden, in 1/10 ihrer Naturgrößen, zur Ausstellung bringt. Unterstanken wird sich hauptsächlich mit seinen Weinen, wobei natürlich auch seine vorzüglichen Schaumweine vertreten seyn werden, mit Buntpapier, Farben, Maßbacher Kohlen, feuerfestem Thon und den Kissinger Mineralwassern betheiligen. Unter den Anmeldungen aus Schwaben sind seine vorkrefflichen Metzgerwaaren aus Pfronten und Maria-Rhein) hervorzuheben. Im Ganzen wird Bayern durch etwa 120 Firmen vertreten seyn. (M. Bl.)

Wien, 17. Jan. In der gestrigen Sitzung des Bankausschusses wurde auf Espleins Antrag dem Comité eine entscheidende Stimme bei der Feststellung des jeweiligen Bankzinsfußes übertragen. (N. F.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 16. Jan. Nach der amtlichen Generalübersicht über die in den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern im Etatsjahr 1860/61 vollzogene gesetzliche Schutzpockenimpfung ist die Summe der öffentlich Geimpften mit Erfolg 109,359, der privat mit Erfolg Geimpften 3210. Ohne Erfolg blieb die Impfung bei 382 öffentlich und 22 privat Geimpften. Wegen bestandener natürlicher Blattern blieben von der Impfung befreit 46. Revaccinirt wurden mit Erfolg 4886, ohne Erfolg 3447, mit unvollkommenem Erfolg 1734, mit unbekanntem Erfolg 3128 Individuen. (N. M. Z.)

Gestorben in Mindelheim der Chirurg Max Stollreither; der Oberpostsekretär F. Paulus in München.

Berlin, 16. Januar. (Ein Heirathsantrag.) Ein pensionirter in Charlottenburg wohnhafter Steuerbeamter hat der Königin-Wittwe vor einigen Tagen einen schriftlichen Heirathsantrag eingereicht. Der Mann, dessen Geisteskräfte zeitweise gestört seyn sollen, wurde zur Vermeidung weiterer Belästigungen in Gewahrsam gebracht.

Berlin, 17. Jan. Der in den weitesten Kreisen bekannte Schriftsteller Hans Wachenhusen ist am 15. d. M. seinem Leiden erlegen.

In diesen Tagen ist in Berlin eine Frau, welche seit langen Jahren auf eine eigenthümliche Weise sich Geld und eine für ihre Verhältnisse brillante Existenz zu verschaffen gewußt, man kann in Wahrheit sagen, aus Aerger darüber verstorben, daß ihr die Wiederholung eines ihr so oft gegückten Manövers mißlungen ist. Die Frau, die Wittwe eines Beamten, hatte viele Jahre hindurch vor jedem Quartalswechsel ihre fällige Pensionsrate cedirt — aber nicht an eine, sondern zugleich an mehrere Personen, und jedesmal wenn die Cessionarien an der Hebestelle sich meldeten, war die Pension von der Frau bereits erhoben. Es wurde nun zu gerichtlichen Klagen geschritten, aber, wenn auch nach mehreren Monaten ein obsiegendes Erkenntniß exhibiten war, so stellte sich doch bei Vollstreckung der Rechtshülfe heraus, daß Exekutionsobjekte nicht vorhanden waren. Auf diese Weise hatte die Frau eine enorme Schuldenlast auf sich geladen. Die kürzlich fällig gewesene Pensionsrate war wieder und zwar ebenfalls an mehrere Personen abgetreten worden. Ein solches Cessionsdokument war aus dritter Hand in das Eigenthum eines höchst gewiegten Geldmannes übergegangen. Dieser hatte von dem Verfahren der Frau zufällig Kenntniß erhalten, und obgleich die Cession notariell abgeschlossen war, so zog er es doch vor, am Fälligkeitstermine früh an der Hebestelle sich einzufinden. Zu seiner Verwunderung fand er bereits seine Schuldnerin vor und sah bald darauf, daß der Frau die Pension ausgezahlt wurde. Er konnte nicht verhindern, daß sie das Geld zu sich steckte; er folgte aber der Frau auf die Straße nach, ergriff sie und forderte sie auf, ihm nach dem nächsten Polizeibureau zu folgen. Die Frau weigerte sich dessen zwar, bequemte sich aber endlich, da er ihr nicht vom Halse ging, zur Vermeidung von Aufsehen, dazu, ihm zu folgen. Hierüber bemächtigte sich ihrer eine förmliche Wuth und bald, nachdem sie in dem Polizeibureau angelangt war, wurde sie von Krämpfen befallen und verstarb.

Der durch seine Verfügung über das Verhalten seiner Bediensteten] bekannte Graf Kuno Hahn wurde am 6. Jan. Abends in Stettin bei seinem Austritt aus dem „Hotel zu den drei Kronen", in welchem er logirte, von der versammelten Menge mit einem „unterthänigsten guten Abend" begrüßt. So berichtet die Pommer'sche Zeitung.

Schwerin, 16. Jan. Wie es heißt, soll der pensionirte Kriminaldirektor Bolte (der Inquirent in dem berüchtigten Wigger'schen Hochverrathsprozesse) in Bützow geisteskrank geworden seyn.

Zur Londoner Ausstellung schicken die Australier unter anderem einen vergoldeten Obelisk, der genau so viel wiegen soll als das in den letzten Jahren in der Viktoriakolonie aufgegrabene Gold, nämlich 16,000 Centner. Der Obelisk wird eine Basis von 10 Quadratfuß haben und 42 Fuß hoch seyn. Der Werth des in den letzten zehn Jahren dort gegrabenen Goldes wird auf 104 Mill. Pfd. St. veranschlagt, und doch soll erst ein Fünftel der Goldlager erschlossen seyn.

Selbstmorde in Frankreich. Das „Annuaire encyclopédique" bringt statistische Notizen, wonach in Frankreich täglich 10 bis 11 Selbstmorde vorkommen, mithin jährlich 3899, unter denen im vorigen Jahre 842 Frauen gegen 3057 Männer. Die meisten Selbstmorde kamen in der Lebensperiode von 40 bis 60 Jahren, und zwar am häufigsten in den Monaten April, Mai, Juni und Juli vor. Ertränken und Erhängen sind in Frankreich die gewöhnlichen Mittel, sich das Leben zu nehmen, von genannter Zahl nicht weniger als 2833.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 18. Jan. Jetzt erst kann man sagen, daß unsere Jugendwehr in ihrem Bestand gesichert ist. Durch Erlaß des k. Kriegsministeriums vom 14. Dezember ist dem Herrn von Galsberg, Ingenieur-Hauptmann a. D., die Auszeichnung zu Theil geworden, daß Se. Maj. der König seine Verwendung als Instruktionsoffizier der Jugendwehr der Residenzstadt Stuttgart genehmigt hat, worurch die auf ihn gefallene Wahl eines militärischen Vorstandes die allerhöchste Bestätigung erhalten habe. Zu gleicher Zeit ist Hauptmann v. Mann zum zweiten Instruktionsoffizier und Stellvertreter des Vorstandes ernannt worden. Weiterhin wird bemerkt, dem militärischen Vorstand, so wie dem zweiten Instruktionsoffizier sey in Anstellung der Uibungsplätze wie Benutzung der zugewiesenen Zeit eine selbständige Stellung eingeräumt worden, über welche in militärischer Beziehung nur das Kriegsministerium sich eine oberste Aufsicht vorbehalten habe.

(Zeit.)

Paris, 16. Jan. Die von der Kaiserin 1855 gestifteten Speisesäle in Paris sind bis auf 75 gestiegen, welche in den verschiedenen Arbeiterquartieren von Paris vertheilt liegen. Der Zweck dieser Anstalten ist, den Arbeitern während der strengen Jahreszeit (vom 15. Dezbr. bis 15. Mai) gesunde und kräftige Speisen zu einem äußerst billigen Preis zu liefern. Die Kaiserin unterstützt das Unternehmen mit 100,000 Frs. jährlich und die bis jetzt erzielten Resultate haben alle Erwartungen übertroffen. Der Speisezettel dieser Küchen besteht aus folgenden Gerichten: 85 Grammes gekochtes Fleisch, ohne Knochen, 5 Cent.; 1/2 Liter Fleischbrühe 5 C.; 1/2 L. Bohnen, grüne Erbsen oder Reis 5 C.— Außer der Subvention der Kaiserin haben die Speisesälchen noch darin einen Vortheil, daß sie Alles im Großen ankaufen und verarbeiten. Eine Mahlzeit, aus einem Kilo (2 Zollpfd.) Fleisch und einem Liter Bohnen bestehend, welches in einer Haushaltung wenigstens 2 Frs. 25 Ct. kosten würde, wird von ihnen für 1 Fr. geliefert und gesättigt zur Sättigung von 6 Personen. Der tägliche Verkauf beläuft sich durchschnittlich auf 60,000 Portionen. Während des vorigen Winters wurden im Ganzen ungefähr 11 Mill. Portionen verkauft. (D. Abl.)

Madrid, 17. Jan. Die Königin Isabelle befindet sich wieder in interessanten Umständen. — Das Kaperschiff „Gumler" hat Befehl erhalten, den Hafen von Cadix binnen sechs Stunden zu verlassen. (Fr. Hdlsz.)

Turin, 17. Jan. In der Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte Brofferio (radikal) das Ministerium wegen des Peterspfennigs, sowie wegen der „geheim wühlerischen" Thätigkeit des Vereins vom heiligen Vincenz. Der Peterspfennig diene dazu, die Lamorizioire und Chiavone zu besolden, d. h. Leute, die den König bekriegen. Man müsse das Strafgesetz gegen diejenigen anwenden, welche mit den Feinden des Staats Verbindungen unterhalten und ihnen Geldmittel zuwenden. Ricasoli antwortete: der Peterspfennig richte die Religion zu Grunde, sein Zweck sey augenscheinlich der Krieg gegen die Nation; wenn man aber erwäge, wie verhältnißmäßig gering die Beiträge Italiens zu dem Peterspfennig sind, so sehe man, daß die Sache keine Wichtigkeit habe.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 21. | Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Anlehen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 21. Januar 1862.

Preußen und seine Freunde.

Daß die unentschiedene Haltung der preußischen Regierung in der deutschen Frage selbst bei ihren eifrigsten Anhängern das Vertrauen stark erschüttert hat, zeigt folgende Aeußerung der (nationalvereinlich gesinnten) „Süddeutschen Ztg." über die bekannte Bernstorff'sche Depesche, welche ziemlich offen die preußische Hegemonie über das nicht-österreichische Deutschland als Ziel der preußischen Bestrebungen verkündet hatte. Die „Südd. Ztg." sagt: „Wenn erst die Kammern aller größeren Staaten sich energisch für Preußen erklärt haben, wird auch die Stellung der Regierungen zur Frage eine andere seyn; aber dieses Wenn geht nicht in Erfüllung, so lang die Berliner Politik weder imponirend noch populär ist. Sie hat nicht imponirt durch ihre Haltung in den äußeren Konflikten und sie hat sich nicht populär gemacht durch ihre Haltung zu Hause. Darüber kann sie selbst sich unmöglich täuschen und kann unmöglich gesonnen seyn, mit einer Initiative hervorzutreten, die bei diesem Stand der Dinge nicht die mindeste Aussicht des Erfolgs hätte. Wie sest auch die preußische Regierung überzeugt seyn mag, daß ihre bisherige Politik in auswärtigen und innern Angelegenheiten eine durchaus richtige gewesen sey, so wird sie dessenungeachtet die Thatsache anerkennen müssen, daß diese Politik ihr weder die Fürsten, noch die Völker gewonnen hat, und sie wird die Konsequenz der Thatsache ziehen müssen. In der Depesche des Grafen Bernstorff verkündigt sie ihr Glaubensbekenntniß; aber sie wird nicht in der Lage seyn, nach diesem Bekenntniß zu handeln. Wollte sie das dennoch unternehmen, so wäre eine freiwillige Umkehr auf halbem Wege noch der günstigste Ausgang. Sie würde zurückbrechen, sobald sie das demokratische Element in Fluß gerathen sähe, das bei jeder großen Reformbewegung lebendig wird. Sie würde die Zuversicht nicht in sich tragen, diesem Element durch ihren energisch liberalen Charakter Vertrauen und durch ihre kraftvolle Haltung Respekt einzuflößen; sie würde von dem unvollendeten Werk ihre Hand abziehen, wenn irgendwo der korrekte Gang der Bewegung durch einen Exceß unterbrochen, eine ihr Programm überschreitende Forderung mit Ungestüm geltend gemacht würde. Ihre Nerven sind nicht stark, ihre Ideen nicht liberal genug für den Anblick und die Beherrschung einer politischen Aktion, an der das Volk sich betheiligt. Die deutsche Bundesreform aber ist am grünen Tisch, ohne Betheiligung des Volkes nicht zu vollbringen. Dies ist die Situation, die man sich ohne Selbsttäuschung klar machen muß; Preußen hat den Beruf, aber es ist heute nicht in der Verfassung ihn zu erfüllen." — Ueber den „Beruf", welchen die „Südd. Ztg." Preußen beilegt, wollen wir mit ihr nicht streiten; wir meinen, man kann von Beruf erst da reden, wo man auch etwas davon merkt; Einem aber, der praktisch gar keinen Beruf für dies oder jenes zeigt, denselben theoretisch doch mit aller Gewalt zuschreiben und dann die Harrenden gemüthlich auf die Zeit vertrösten, wo dieser verborgene, unsichtbare, unmerkbare Beruf auf einmal sich offenbaren werde — das kommt uns sehr kurios vor. — Uebrigens steht die „Süddeutsche Ztg." unter den Verehrern der preußischen Spitze nicht allein da mit ihren Klagen. Die Wochenschrift des Nationalvereins sagt über die Bunsdorff-Depesche des Grafen Bernstorff: „Wiewohl diese erste förmliche Anerkennung des Programms der Nationalpartei von Seiten der preußischen Regierung ihren augenscheinlichen Werth hat, so müssen wir uns doch gestehen, daß damit einstweilen wenig, oder gar nichts, zur wirklichen Förderung unserer Sache gewonnen ist. Der Schritt von der Theorie und Praxis bleibt heute so groß und so schwierig, wie er gestern gewesen. Angenommen selbst, daß es in Preußen an dem rechten Willen ebensowenig fehlte, wie an der Erkenntniß, würde das Hauptmittel zum Zweck vorherhand doch immerhin nur die ernstliche Betreibung der innern preußischen Reform seyn und bleiben. Denn nur unter dieser Voraussetzung wird die Frucht im Geiste des deutschen Volkes reif werden, und ehe sie reif ist, wollen und sollen und können wir sie nicht brechen."

Deutscher Bund.

Baiern. Die jüngst erschienene Verordnung, die Verbesserung der pekuniären Verhältnisse der Gendarmerie betr., enthielt keine Bestimmung über Dienstalterszulagen, obwohl nach den Vorlagen, welche das Kriegsministerium dem Landtage gemacht, die Unteroffiziere und diesen gleichgerachtete Chargen ohne Unterschied der Waffengattung in deren Bezug sollten gelangen können. (Südd. Z.)

Regierungs-Finanz-Direktor v. Lotzner zu Bayreuth wurde in den Ruhestand versetzt.

Preußen. Etwa 70 Lehrer Breslau's hatten den Unterrichtsminister gebeten, den Volksschullehrern das in Aussicht stehende Unterrichtsgesetz zur Besprechung in freien Konferenzen zuferligen zu lassen. Darauf ist den Bittstellern folgender Bescheid zugegangen: Diesem Antrage vermag ich nicht zu entsprechen. Der Entwurf des Unterrichtsgesetzes, wie jeder anderen Gesetzes, wird in dem Staatsministerium beschlossen und sodann von des Königs Majestät genehmigt. Bevor dies geschehen, besteht überhaupt kein Entwurf des Unterrichtsgesetzes; ist derselbe aber auf diese Weise zu Stande gekommen, so kann von seiner nochmaligen, durch die Staatsregierung anzuordnenten freien Berathung desselben durch Privatpersonen oder Vereine nicht weiter die Rede seyn. Diese Berathung, der Staatsregierung gegenüber, steht vielmehr nach Maßgabe der Verfassungsurkunde lediglich der Landesvertretung zu zc. zc. (Uns befremdet dieser Bescheid sehr. Man sollte meinen, es müsse der Regierung erwünscht seyn, die Ansicht von Sachmännern zu hören, bevor sie ihren Entwurf an den Landtag bringt. Oder traut sie dem beschränkten Unterthanenverstand nicht die genügende Urtheilskraft zu? Anderswo ist man weniger hochnasig und steht sich ganz gut dabei.) (K. Z.)

In Berliner Blättern lesen wir folgenden Artikel: „Das Ministerium ist mit der bisherigen Stellung der Kammer zufrieden, und auch in solchen Zirkeln, welche dem Hofe nahestehen, trägt man der versöhnlichen und mäßigen Haltung der Parteien gebührende Rechnung. In diesen Kreisen ist nicht ohne Befriedigung bemerkt worden, daß die Fortschrittspartei so wenig bemüht gewesen ist, ihre Mitglieder zu Vorsitzenden der Abtheilungen gewählt zu sehen." Also das Ministerium ist mit der Kammer zufrieden! Wie werden sich die Wähler freuen, diese Neuigkeit zu vernehmen! Werden doch nach dem Konstitutionalismus, wie man denselben in Berlin zu verstehen scheint, die Volksabgeordneten zu keinem andern Zwecke gewählt, als um es den Herren Ministern recht zu machen, und sie an ihren Posten zu erhalten! Anderswärts, wo ein wahres Repräsentativsystem waltet, würde man freilich nicht fragen, wie die Herren Minister mit den Abgeordneten, sondern umgekehrt: wie die Abgeordneten mit den Herren Ministern zufrieden sind. Am Schlusse schon der ersten Landtagsperiode

Digitized by Google

in Bayern, vor 40 Jahren (1822), sprach der Abgeordnete Freiherr von Aretin: „Wir sind nicht hierhee gekommen, um die Herren Minister auf Rosen zu betten; mögen solche Minister auf Dornen liegen!" — und die oben erwähnte rührend-naive Selbstbezeichnung der „Fortschrittspartei", die „so wenig bemüht geworden, ihre Mitglieder zu Vorsitzenden der Abtheilungen gewählt zu sehen", und welche dadurch die hohen „Kreise" — „nicht ohne Befriedigung" gelassen hat! Daß solche Absurditäten in die Publizistik der preußischen Hauptstadt heraustreten dürfen, ist allerdings ein sehr klägliches Zeichen der Stimmung in „gewissen Kreisen". Wir wollen hoffen, daß solches Lob die Angehörigen der Fortschrittspartei mahne, desto eingedenk zu seyn, was sie dem Lande schulden. Aber wir verweilen zugleich auf daß, was wir früher über das neue Abgeordnetenhaus gesagt haben; es scheint so ziemlich vom selben Kaliber zu seyn, wie das alte. Was war das ein Geschrei bei den Wahlen, wie energisch die neuen Abgeordneten gegen die Regierung auftreten würden. Aber das Strohfeuer war bald zu Ende, und an den Namen der Gewählten konnte man schon abnehmen, daß es mit dieser Energie nicht weit her seyn möchte. Und jetzt zeigt sich's, daß noch viel weniger daran ist, als man etwa noch denken konnte. Sogar die Linke, die Fortschrittspartei, will vor Allem den Ministern nicht beschwerlich fallen. Wenn aber das am grünen Holz geschieht, was wird erst am dürren geschehen, an der ministeriellen Mehrheit unter Grabow, Harlort und Stavenhagen?

Die „Spener'sche Zeitung" meldet: „Die Nachricht über die Aufstellung jüdischer Rechtskandidaten und Gerichtsassessoren im Staatsdienste ist, wie uns mitgetheilt wird, nicht begründet. Wieder ist das Reskript vom 9. Oktober 1851, welches die Juden vom Richteramt ausschließt, aufgehoben worden, noch hat die praktische Beschäftigung der im Justizdienst bereits fungirenden Assessoren jüdischen Glaubens irgend eine Aenderung erfahren. Dieselben werden nach wie vor von ganzen Zweigen der richterlichen Thätigkeit, namentlich von den Funktionen des Prozeßrichters fern gehalten."

Die „Berl. Börs.-Ztg." schreibt: „Großes Aufsehen macht die so eben in Leipzig erschienene Schrift des Dr. August Ladendorf: „Sechs Jahre Gefangenschaft unter den Folgen des Staatsstreichs." Dieselbe gibt in ruhiger, leidenschaftsloser Sprache eine getreue Darstellung der Gefangennehmung Ladendorfs, seine Behandlung während der Untersuchungshaft in der Stadtvogtei und seines Aufenthalts in der Charité, wohin er gebracht wurde, als ihn körperliche und geistige Leiden in der Stadtvogtei dem Wahnsinn nahe brachten. Die Einzelnheiten der Mißhandlungen, denen sich Ladendorf in der Stadtvogtei, noch mehr aber in der Charité ausgesetzt sah, sind unglaublich, haarsträubend. Der Aufenthalt im Zuchthause zu Lichtenberg erscheint dagegen wie eine Art Erlösung. Wer die Geschichte der preußischen Reaktionszähre kennen lernen will, dicke in dieses Buch; es wird ihm einen Spiegel vorhalten mit Gesichtern und Thaten, wie er sie nie schauen zu können vermeinte." Diese Ladendorf'sche Geschichte findet übrigens ein würdiges Seitenstück in dem Verfahren gegen den Dr. Becker (der kürzlich in Dortmund zum Abgeordneten gewählt wurde). Dr. Hermann Becker wurde in dem sogenannten Kölner Communistenprozeß zu einer Festungsstrafe von fünf Jahren verurtheilt. Nachdem er die Strafe verbüßt hatte, stellte sich heraus, daß ein Protokoll, welches bei der Verhandlung das Hauptbelastungsmoment gebildet haben, von Polizeispitzeln gefälscht war, so daß es jetzt wohl keinem Zweifel mehr unterliegt, daß in dem damaligen Prozeß, wenn auch überspannte, so doch wenig schuldige Männer zu harten Strafen verurtheilt worden sind. In der Rheinprovinz ist wenigstens diese Ueberzeugung die allgemeine. Nichtsdestoweniger hat sich die Regierungsbehörde in Köln durch ihren alten bureaukratischen und polizeilichen Adam dazu hinreißen lassen, dem Dr. Becker, der zufällig auch nach sein gesetzliches Domizil in Köln hat, den Aufenthalt in dieser Stadt zu verbieten. Da Dr. Becker nach verbüßter Strafe dieselben Rechte besitzt, wie jeder andere Preuße, so stellt die Handlung der Kölner Regierung lediglich eine Tendenz dar, die ziemlich an Willkür streift. Dennoch ist dieses Verfahren von dem Minister des Innern, Grafen Schwerin, in der allerneuesten Zeit bestätigt worden. Becker hatte sich inzwischen in Dortmund durch seinen reinen Charakter, seine gediegenen Kenntnisse und sein besonnenes Auftreten die allgemeine Hochachtung erworben, und man beschloß, ihn zum Deputirten nach Berlin zu wählen, um eine deutliche Antwort auf die Maßregelung zu ertheilen. Die angesehensten Männer Westphalens, unter andern ein ebenfalls gewählter Deputirter, Müllensiefen, wußten für Beckers Wahl. Hr. Müllensiefen erließ eine kräftige Ansprache an die Wahlmänner, in welcher er die gesetzliche Thatsachenunglos beleuchtete und anführte, daß man in Preußen endlich solch barbarischer Willkür (es sind dies ipsissima verba) durch feste Gesetze entgegentreten müsse. Natürlich hat (und das ist charakteristisch für den durch unser Rechtsgesetz geschaffenen Zustand) keine Zeitung es gewagt, dieses Wahldokument zu veröffentlichen, und ein Lokalblatt, welches es brachte, ist sofort konfiszirt worden.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Der Bischof von Arras hat nicht lange mit seiner Erwiderung auf sich warten lassen. Er veröffentlicht heute in dem „Propagateur de l'Ille" ein zweites an Herrn Rouland gerichtetes Schreiben, das der „Moniteur" schwerlich mit demselben Eifer mittheilen wird, wie die ministerielle Zurechtweisung. Mag nun die Sache im Grunde sich verhalten wie sie wolle, die die jetzt geführte Polemik stellt sich entschieden zu Gunsten des Bischofs, und die starke Regierung, welche in so christlicher Milde durch das Sendschreiben des Herrn Kultusministers auf das Gemüth und die Ueberzeugung der katholischen wie nichtkatholischen Welt einwirken wollte, wird von Mgr. Parisis wie ein ganz gewöhnlicher Laie, der sich gegen die Gebote der Kirche vergeht, von oben herab behandelt. Der Herr Minister hatte den Fehler begangen, die Streitsache auf ein ganz speyelles Feld zu übertragen, indem er einen einzelnen seiner Ansicht nach unwerthegaben Fall anführte, in dem die Clarissinnen von Douai sich gegen die Landesgesetze vergangen hätten. Die Minister weiß seine Behaup-

Die Selbstmorde in Bayern.

Einer statistischen Untersuchung über den Selbstmord in den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern während einer zwölfjährigen Periode (1844—1856), welche Dr. Mayer in Ansbach angestellt und in der „D. J. l. St. A." veröffentlicht hat, entnehmen wir folgende interessante Resultate: Die Häufigkeit des Selbstmordes ist nahezu proportional dem jeweiligen Stande der Getraidepreise; je theurer das Getraide, je größer ist die Verhältnißzahl der Selbstmorde. Die in allen Ländern sich zeigende Zunahme des Selbstmordes, welche unverhältnißmäßig größer ist, als die Zunahme der Bevölkerung, wurde demnach als natürliche und nothwendige Folge der in den letzten Jahren stattgefundenen erheblichen Preissteigerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse erscheinen, und es ergibt daher für den Nationalökonomen, den Hygieniker und jeden Menschenfreund aus diesem Umstande eine doppelt dringende Aufforderung, durch Erleichterung des Verkehrs, durch intensivern Ackerbau und alle zu Gebote stehenden Mittel auf das Herabgehen der Getraidepreise einzuwirken. — Politische Aufregung, Agitationen, Revolution mindern die Zahl der Selbstmorde, welche sich aber wiederum vermehren in der Zeit politischer Abspannung, Erschlaffung und Enttäuschung. Immer nimmt die Zahl Derer, welche freiwillig den Tod suchen, zu mit der gesteigerten Dichtigkeit der Bevölkerung; einestheils deßhalb ist er in den Städten häufiger, als auf dem Lande, andernheils auch, weil die mittlere Altersklasse der Lebenden, welche das geeignete Kontingent liefert, sie wie der gewerbliche und industrielle Stand, der den Störungen der Erwerbsverhältnisse mehr ausgesetzt ist, in den Städten eine größere Zahl wie Bewohner bildet, als auf dem platten Lande. Es scheint, daß in Landestheilen geringer geistiger Kultur die Zahl der Selbstmorde um so höher ist, je geringer die Zahl der Tödtungen und Unglücksfälle, und umgekehrt, so daß in der Statistik die gewaltsamen und vorsätzlichen Todesarten zusammen gleichsam eine kompakte Massenzahl bildeten, deren einzelne Abtheilungen sich gegenseitig kompensirten. Wenn fortgesetzte Beobachtung dies bestätigt, so wäre dadurch eine merkwürdige Thatsache gewonnen, deren Erklärung allerdings vorläufig noch nicht geliefert werden kann.

Beim männlichen Geschlechte finden Selbstmorde etwa um das Vierfache häufiger statt, als beim weiblichen. Die Erklärung möchte weniger in der größeren Energie des männlichen Geschlechts gesucht werden dürfen, als in den Einflüssen wechselnder und ungünstiger Erwerbsverhältnisse, da auf dem Lande viel weniger Selbstmorde beim weiblichen Geschlechte vorkommen, als in der Stadt, und die weibliche Bewohnerschaft des Landes noch in Gegenheit mehr eine größere, als eine geringere Kraft und Energie besitzt, gegenüber der weiblichen Bewohnerschaft der Städte. Im Allgemeinen ist man geneigt, die Mehrzahl der Selbstmorde als Folge der Geisteskrankheit anzusehen; nach den Ergebnissen der Statistik ist dies jedoch sehr fraglich, da ein erheblicher Unter-

Digitized by Google

ungen aus den Untersuchungsakten nach, der Bischof macht aber diese ganze Anschuldigung zu Schanden, indem er darauf verweist, daß die betreffenden Nonnen auf die von Herrn Rouland so nachdrücklich betonten Ergebnisse der Untersuchung hin von dem Civilgerichte freigesprochen wurden. Da nun der Herr Minister nur diesen einen Fall angeführt hatte, so hält der Bischof, nachdem er ihn so schlagend widerlegt, mit um so größerer Sicherheit an seiner früheren Aufstellung fest, daß einzelne Fälle kein prinzipielles Einschreiten gegen Alle rechtfertigen und daß der Herr Minister, ehe er sein Rundschreiben erließ, sich erst mit den Bischöfen hätte benehmen sollen. In dem unerquicklichen Briefwechsel scheint übrigens noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. Hr. Rouland hat angeordnet, daß auch den Archiven alle Prozesse und Klagen gegen Geistliche und Klöster wegen der Sequestrirung Minderjähriger und wegen anderer Mißbräuche für eine weitere Erwägung zusammengestellt werden sollen.

Den Gerüchten gegenüber, welche über die Mittel in Umlauf gesetzt werden, wie den französischen Finanzen aufzuhelfen sey, nimmt „Payo" zu der Bemerkung Anlaß, es sey über die Projekte des Finanzministers noch nichts bekannt. An der Pariser Börse sey man sehr geneigt, fromme Wünsche für Thatsachen zu halten.

Türkei.

Eine Depesche aus Konstantinopel theilt mit, daß auf Veranstaltung des Großwesirs und auf Befehl des Sultans das Budget des osmanischen Reiches für 1862 (zum ersten Mal) veröffentlicht werden soll. (Dir Oeffentlichkeit wird aufgesucht, weil und wann man Geld braucht — in der Türkei wie anderswo.) Es werden mehrere neue Steuern ausgeschrieben werden, auch will die türkische Regierung nach französischem Muster das Tabakmonopol einführen.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 18. Januar).

Samstag. In der abgelaufenen Woche sahen wir einmal etwas regeres Leben bei andauernd günstiger Tendenz, welche nur momentan durch die jedoch schon längst erwartete Suspendirung der Baarzahlungen in den Ver. Staaten Instimmis wurde. Die preuss. Thronrede hat die Hörse nicht im Geringsten berührt. Die Börse blieb beunruhigter auf die finanziellen Krisen, deren Entwicklung in Oesterreich und in Frankreich bevorsteht, namentlich nach Paris.

Von fester, Fonds traten namentlich die Loose von 1839 in den Vordergrund. Die Loose sind um 4 pCt. in die Höhe gegangen. Die Fünftel-Stücke noch weit mehr, so dass in Wien zwischen den ganzen und den Fünftel-Loosen ein Unterschied von 10 pCt. besteht, der sich durch die Käufe des kleinen Publikum erklären lässt.

Die anhaltenden Verkäufe von engl. Metalliques von 1859 haben ebenfalls acht einigen Tagen aufgehört und das Effekt ist beiläufig 1 pCt. höher. Die übrigen österr. Valutaeffekten nicht im Verhältniss, nur Loose von 1839 4 pCt., höher, auch die von 1854 1½ besser, etwere fehlen ganz und scheinen bevorzugt zu werden und letztere auch gut klassirt.

Für süddeutsche Fonds dauert lebhafter Begehr fort. Von fremden Staatspapieren 4½proz. belgisches für Kapitalanlagen gesucht und über pari bezahlt.

Von Eisenbahnaktien haben Berlacher gegen vor 8 Tagen wieder 1 pCt. eingebüsst, während Weissenburger auf bestandige Mehreinnahmen hin sich behaupten. Neuestens Ludwigshafen, die 11½ gehoben, musste um nahezu 1½ pCt. nachgeben. Die linkrmainische Bahn war in sicherer Erwartung bereits eskomptirt, als die offizielle Konzession zu allgemeiner Kenntniss gelangte. Hanauer sind wieder sehr verflaut, nachdem es sich herausgestellt, dass das Ablenmmen mit Bayern nur einen provinziellen Charakter trage und definitiv damit nichts gewonnen sey. Bayerische Obligationen fest. Die erzielten Ueberschüsse sollen noch mehr betragen, als man gewöhnlich annimmt und man Ausbau des Netzes vollständig genügen. Wenn nicht die Betriebsresultate, Voraussetzungen trügen, so kann eine Rente von 4½ pCt. aus den Betriebsergebnissen des laufenden Jahres als zulässig gelten. Oesterr. Staatsbahnaktien haben bei uns alles Interesse verloren, doch ist die grosse Mindereinnahme, womit sie das neue Jahr eröffnen, keine günstige Vorbedeutung. Dagegen waren Prioritäten gefragt und 4 pCt. besser.

Die Spekulation in den 1860er Loosen hat Oesterr. Kreditaktien etwas in den Hintergrund gestellt, immerhin sind sie um 3 fl. gestiegen und für Dividendenscheine wird von kundiger Seite 4 fl. Gewr. Währung geboten. Auch Darmstädter und Meininger haben 1—2 pCt. gewonnen. Von Zettelbankaktien haben österreichische an dem Steigen der übrigen theil, Effekten wenig partizipirt. Die Dividende ist mit 28 fl. festgestellt und nunmehr abgetrennt. Da hier volle Zinsen mit 3 pCt. à 18 fl. zu zahlen sind, die 28 fl. Dividende aber zu 83 nur 23⅔ rh. W. werth sind, so ist der Unterschied, nach Abtrennung der Dividende, nur 4⅓ fl. Die bekannt gewordenen Debatten bei den Bankstitungen und die Aeusserungen des Regierungskommissärs geben eben keine erfreulichs Aussichten für die Zukunft des Instituts.

In Wechseln wenig Veränderung, lange Sichten beinahe ganz fehlend. London erhält sich in Frage, dagegen Wien schwach und eher weichend, es sind viele Effekten nach Wien gegangen. Geld bleibt sehr abundant. — Für amerikanische Coupons ist dermalen nach Einstellung der Baarzahlungen noch weniger als zuvor ein irgend zutreffender Kurs anzugeben und bleibt nur abzuwarten, wie sich drüben die Dinge gestalten werden. (Akt.)

Vom 1. bis 15. Januar sind in Paris 68 Bankrotte gerichtlich erklärt worden, eine dieser ganz ungewöhnliche Zahl, welche auf eine Handelskrisis hinzudeuten scheint.

Nichtpolitische Zeitung.

Die von der „Berl. Börs.-Ztg." gebrachte Nachricht von dem Tode des Schriftstellers Dr. H. Wachenhusen wird von der „B. Volksztg." für unbegründet erklärt. Die „Berl. Allg. Ztg." fügt hinzu, nachdem sich Wachenhusen einer zweimaligen schmerzhaften Operation unterworfen, sey Hoffnung vorhanden, ihn wiederherzustellen.

(Ein betrogener Betrüger.) Man erzählt der „C. De. Z." von einem raffinirten Gaunerstreiche, der sich dieser Tage in Preßburg zutrug. Ein junger Bauernbursche suchte mit einem Kässchen auf dem Arme den ihm unbekannten Herrn, zu welchem er gesendet worden war, was ihm zu ersuren um so schwerer wurde, da er die Adresse am Kästchen nicht lesen konnte, wie er sich zu einem vorübergehenden Herrn äußerte. Dieser fremde Herr erblickte aber kaum die Adresse am Kästchen, als er ausrief: „Du Glückskind, daß eben den rechten Mann gefunden; ich bin es, den du suchst!" Hoch erfreut folgte nun der Junge dem Herrn in das Haus, in dem dieser zu wohnen angibt. Der Herr erhebt den Jungen der kleinen saum 5 Pfd. schweren Bürde noch bevor er seine Wohnung erreicht hatte. Dieser jedoch meinte, er bekäme 2 fl. 50 kr.,

---

schieden zwischen den Geschlechtern nicht bei den Geisteskrankheiten, wohl aber bei den Verbrechen (und zwar in ähnlichen Verhältnissen wie die Selbstmorde) stattfindet, so daß man in der Theorie den Selbstmord nur selten als den Ausfluß einer geistigen Störung betrachten kann, während man in der Praxis dieser Auffassung sich immer wird zuwenden müssen, so lange unsere Gesetze barbarisch genug sind, dem Selbstmörder ein anderes Begräbniß zu gewähren, und damit auch noch seine Hinterbliebenen zu bestrafen.

Was das Alter anbetrifft, so fällt die höchste Zahl auf das Alter von 40 bis 50 Jahren; das Alter unter 40 und über 60 überwiegt nur beim weiblichen Geschlechte.

Nach der Konfession fand Mayer, auf gleiche Bevölkerungszahlen berechnet, bei den Protestanten den Selbstmord fast 3 Mal häufiger als bei den Katholiken, und bei diesen wiederum etwa 3 Mal häufiger als bei den Nichtchristen. Vergleicht man jedoch hier die für den Selbstmord gewonnenen Zahlen mit denen der Verbrechen, so ergibt sich, daß die frühere Annahme, den Selbstmord mit den Verbrechen gleichartig zu betrachten, eine unrichtige ist, denn umgekehrt werden Verbrechen am häufigsten von Katholiken ausgeführt, etwa um ⅓ seltener sind sie bei den Protestanten, und noch seltener, nämlich um ⅔, bei den Nichtchristen.

In Bezug auf den Stand stellen sich große Unterschiede heraus. Fast um das Vierfache geringer ist der freiwillige Tod bei der landwirthschaftlichen Bevölkerung, als bei der gewerblichen und industriellen, welche besonders in Noth- und Theuerungszeiten große Zahlen liefert.

Bei Verheirathelen ist der Selbstmord etwas häufiger, als bei denen ledigen Standes, während bei Verbrechen und bei den an Krankheit Gestorbenen die Unverheiratheten in der großen Mehrzahl sind.

Rücksichtlich der Gesundheit zeigt sich, daß etwa die Hälfte sämmtlicher Selbstmörder körperlich und geistig gesund ist; ⅔ leiden an Geisteskrankheit und etwa ¼ hat körperliches Leiden.

Die Familien- und Vermögensverhältnisse sind bei der bei Weitem größten Zahl ungünstig oder zweifelhaft. Beim männlichen Geschlechte geben zerrüttetes Vermögen und unordentliches Leben die häufigste Veranlassung, beim weiblichen Geschlechte körperliche und geistige Leiden.

In Bezug auf die Art der Selbstentleibung überwiegt das Erhängen, welches die Hälfte aller Selbstmörder wählt, während dem Ertrinken etwa ¼ zufällt; in warmen Jahren wird der Tod häufiger im Wasser gesucht, als in kalten. Das weibliche Geschlecht wählt vorzugsweise das Ertrinken, das männliche Geschlecht das Erhängen und Erschießen.

Rücksichtlich der Jahreszeit findet sich überraschender Weise, daß in den Monaten Juni, Juli und August, also zur wärmern Jahreszeit, die größte Zahl der Selbstentleibungen vorliegt, während die geringste im November, Dezember und Januar vorkommt.

Digitized by Google

weil sich dießmal um ½ Pfund mehr von dem bewußten türkischen Tabak im Kistchen befände. Der fremde Herr griff eilich in die Tasche, gab dem Jungen die 2 fl. 50 kr. und noch obendrein ein kleines Trinkgeld, war doch nach seiner Meinung die nach dem Gewichte angenommene Tabakmenge mindestens 25 fl. im Werthe. — Der Bauernjunge ist fort, der fremde Herr riß in einen Winkel, reißt den Deckel schnell herab, um die Soote zu besehen, — wer aber beschreibt sein Erstaunen, als er im Kistchen statt des vermeinten türkischen Tabaks nur feuchtes Heu findet!

Neueste Nachrichten.

** München, 20. Jan. (Privat-Korresp.) Der für unsern Hof neuernannte Gesandte Preußens, Graf Perponcher, ist gestern Nachts hier eingetroffen und wurde zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben bereits heute Nachmittag von Sr. M. dem König in besonderer Audienz empfangen. Der Empfang des Hrn. Gesandten hat deßhalb schon heute Nachmittag stattgefunden, damit derselbe diesen Abend auf dem Hofballe erscheinen kann, dem das gesammte diplomatische Korps beiwohnen wird. — Bei einigen hiesigen Photographen wurden dieser Tage Hausbesuchungen nach Photographien obskörer Natur gehalten.

Berlin. (Der Kronprinz und die Junker.) Unlängst äußerte — nach einer Mittheilung des Wiener „Vaterland" — der Kronprinz zu dem Bernburger Minister v. Schäpell: Alles stehe in Preußen vortrefflich, nur die Kreuzzeitungspartei stifte ohne Rücksicht Unfrieden zwischen König und Volk. Worauf Herr von Schäpell entgegnete: die Kreuzzeitungspartei habe 1848 die Krone gerettet, wenn aber die Dinge so weiter gehen, so sey zu befürchten, daß die Krone einem neuen Sturme, wie der vom Jahre 1848, nicht mehr Widerstand zu leisten vermöge. Ein solcher Sturm werde die Krone vielmehr zu Boden werfen. Der Prinz soll geantwortet haben: er wünsche Hrn. v. Schäpell am andern Tage bei den Jagden nicht zu sehen,' — worauf dieser erklärte: Seine Majestät der König habe die Einladung an ihn gerichtet, und er werde dieser Einladung Folge geben, bis sie von kompetenter Stelle zurückgenommen. Der Prinz wendete den Rücken und entfernte sich. Ein dem Prinzen nahe stehender Herr fragte diesen vor einigen Tagen, wie er mit den Wahlen zufrieden. Der Prinz antwortete: „Sehr wohl; man will dem König Furcht einjagen, es wird ihnen (den Junkern) aber nicht gelingen." (Wenn der Kronprinz diese Aeußerungen wirklich gemacht hat, wäre es sehr erfreulich; doch wir gestehen, daß wir stark daran zweifeln. Die Red.)

§ Wien, 19. Jan. (Priv.-Korr.) Die Verhandlungen des Bankausschusses, welchen man allgemein mit so großem Interesse entgegensah, sind nicht geeignet, dasselbe zu rechtfertigen. Sie machen im Gegentheil einen sehr ungünstigen Eindruck. Wenn es sich um irgend eine obskure Aktiengesellschaft handeln würde, könnten die Kenntnisse über Geld- und Bankwesen, die bei dieser Gelegenheit zu Markte gebracht werden, vielleicht genügen; da es sich aber um die Reorganisirung des größten und ersten Kreditinstitutes des Kaiserstaates handelt, treffen Papier bad einzige Cirkulationsmittel bildet, kann man wahrlich nur mit Besorgniß auf diese Verhandlungen u. auf diesen Ausschuß blicken, der mit jeder Sitzung den Beweis liefert, daß er der Aufgabe nicht gewachsen ist, welche er bewältigen soll. Daß man auf dem vom Ausschusse eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele kommen kann, und daß damit nur wieder einmal die kostbare Zeit vertrödelt wird, ist eine Ansicht, welche von allen vernünftigen Leuten, welche die Bankfrage weder vom Standpunkte des persönlichen Interesse noch vom Kirchthurmstandpunkte beurtheilen, getheilt wird, und sehr erklärlich ist es, daß die Forderung, der Staat solle für die Zukunft das Privilegium der Notenausgabe nicht mehr dieser einzigen Anstalt lassen, sondern an verschiedene Anstalten vertheilen, immer nachdrücklicher auftritt, da man darin das einzige Mittel sieht, zu verhindern, daß die Kraft der Centralbank zur Dienerin des Staates gemacht werde, wodurch bei und die Kalamität der Valutaschwankungen entstanden ist. Der Finanzminister hat als Axiom den Satz aufgestellt, daß das gesicherte Fortbestehen eines centralen Banknoten emittirenden Institutes eine national-ökonomische, finanzielle und politische Nothwendigkeit sey. Politisch nothwendig mag wenigstens mit Rücksicht auf die dermaligen Zustände in Oesterreich ein solches Institut seyn, es ist aber weiter eine national-ökonomische noch eine finanzielle Nothwendigkeit, im Gegentheil es ist wirklich national-ökonomisch und finanziell nothwendig, daß alle wichtigen Verkehrsplätze des Gemisses des wichtigsten aller Kreditinstitute theilhaftig werden, da ein Centralinstitut, welches das Monopol der Notenemissionen besitzt, nimmermehr den Kreditbedürfnissen der ganzen Monarchie genügen kann. Das System der Notenbanken muß dezentralisirt werden und an die Stelle der Nationalbank müssen Landesbanken treten, wenn wirklich die Geldzirkulation gehoben und vervollkommnet, die Valutafrage gelöst und die ausreichendste Garantie gegeben werden soll, daß die Regierung zu keiner Zeit mehr ihre finanzielle Kraft auf einem nachgiebigen Zentralinstitute, sondern einzig und allein auf den Beschlüssen des Reichsraths schöpfen kann. (Wir geben diese Ansicht als eine, die jetzt in Oesterreich vielfach geäußert wird, ohne jedoch vorerst für dieselbe Partei ergreifen zu wollen; es bleibt da erst noch Manches zu prüfen und zu erörtern. D. Red.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.,	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. dito.	80½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	69 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47 P. 46¾ G.
„	4½ pCt. dito.	41½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preußen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. M. (C. b. K.)	105¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dito.	103⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dito.	104½ G.
„	4 pCt. Obl. dito.	104⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dito.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dito.	97⅛ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dito.	97½ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dito.	103⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dito.	96½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dito.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dito.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dito.	94⅞ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97½ P.
„	3 pCt. Obl. dito.	82½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 80	47 G.
„	2 pCt. „ „ „	43½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 6. 500	1143⅛ G.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	642 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	153 G.	
Bayerische Bank à 4. 500	—	
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à 5. 250	197½ P. 197 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	74⅜ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	89 P. 79¾ G.	
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	236 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	63 P.	
Oest. F. St. Eisb. bPCt. 500 Fr. à 25 kr.	236 P.	
„ Eisenb.-Eisenbahn à pCt.	107⅜ P.	
Bayerische Bank à pCt. 6/7	73¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z.	23 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	127⅞ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103¼ P. 102 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	82¼ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 P. 246½ G.	
Span. Handels- u. Industrie „	515 P.	
„ Credit-Akt. à Ges. Peraire	440 P.	
Bayr. Osthahn à 41 Prior. à voll. einbar.	104¼ P.	
Bayer. Osthahn mit 30 pCt. Einz.	104½ P.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	98⅜ G.		
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B. ⅛ G.		
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.		
Brem. 50 Thl. k. S.	96⅜ B.		
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅝ G.		
Hamb. Bk. 100 k. S.	88 B.		
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅜ B.		
London Lst. 10 k. S.	117⅞ B. ⅛ G.		
Lyon Frs. 200 k. S.	—		
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92⅞ G.		
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ G.		
Triest fl. 100 k. S.	—		
Wien fl. 100 k. W.	—		
do. 2 à 6 W.	—		
do. in Sot. W. 1. S.	83⅛ G.		
Discorto	3 pCt. G.		

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	92½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	61½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83—3/4 G.	„ fl. 25 do.	38 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	104 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	121 G.	Sandlinen Fr. 25 b. B.	53½ G.
Mailand-Como fl. 14 „	—	St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Radische fl. 50 „	92¼ G.	Vereins-Loose fl. 10.	21½ G.
Badische fl. 35 „	34 G.	Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11 P. 10¾ G.

Frankfurt, 20. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien behaupteten sich ungefähr auf den vorgestrigen Kursen. In 500 fl. Loosen wurden starke Beträge zu etwas niedrigeren Kursen aufgeführt. Süddeutsche Fonds sehr fest, theilweise höher, besonders bayerische und 3½prog. Württemberger. Der Umsatz war ziemlich bedeutend. (Shnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 22. | Bestellungen werden für hier und ganz Bayern à fl. 50 kr. bei Intercalen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 22. Januar 1862.

Auf die „**Neue Würzburger Zeitung**“ kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition wie bei allen kgl. Postämtern abonnirt werden.

Oeffentlichkeit.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Südd. Ztg.“ in München einen Aufsatz, dem wir Folgendes entnehmen:

Als im verflossenen Jahre die „Südd. Ztg.“ einen Artikel gebracht hatte, der die Mängel unserer Landwehr lebhaft besprach, wurde sogleich ein hiesiger, der Autorschaft verdächtiger Landwehrmann scharf ins Verhör genommen. Als kürzlich eine zweite aus Augsburg datirte Besprechung desselben Gegenstandes nachgefolgt war, ging der Redaktion unverzüglich von vorher das Taschen zu, den armen Sünder zu nennen. Ungefähr gleichzeitig wurde das bevorstehende Erscheinen einer Schrift angekündigt, die sich mit der Reform der Landwehr beschäftigt. Die Folge davon war ein Inserat in einem hiesigen Blatt, jener Offizier der Landwehr möge sich erst in seinen Instruktionen besser umsehen, deren erster § es jedem Landwehrmann zur Pflicht macht, über Dienstsachen niemals zu raisonniren.

Diese Methode, der öffentlichen Kritik einer öffentlichen Anstalt zu begegnen, ist zwar nicht neu, aber unseres Bedünkens um so schlechter. Sie wurde ehedem, wie man uns versichert, auch auf Offiziere der Linie angewendet, die man beaugwohnte, sich gegen bestehende Heereseinrichtungen literarisch aufgelehnt zu haben. Ja, ein früherer Kriegsminister, dem man im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer unter Begnahme auf vertrauliche Aeußerungen von Generalstabsoffizieren irgend einen Fehler der Kriegsverwaltung vorgehalten hatte, ließ schnurstracks alle Offiziere dieser Kategorie aufwordern, bei ihrem Diensteid zu erklären, ob einer von ihnen die besagte Aeußerung gethan habe.

Solche Maßregeln sind gemeinschädlich, weil sie die Enthüllung und dann die Abstellung bestehender Uebelstände um höchsten Grad erschweren. Man verwendet seit einigen Jahren in Bayern Hunderttausende auf die Einführung einer Schußwaffe, von der allgemein die Rede geht, sie sey trotz mancher unbestrittener Vorzüge dennoch für den Gebrauch im Felde durchaus nicht zu empfehlen. Wäre die Kritik der Sachverständigen nicht eingeschüchtert, so würde sie längst diesen Gegenstand öffentlich zur Sprache gebracht und die Bedenken gegen jene Waffe entweder vollständig entkräftet oder dargestellt illustrirt haben, daß die Kriegsverwaltung nicht umhin gekonnt hätte, den begangenen Fehler gut zu machen, so lang es noch Zeit war.

Jedermann weiß, daß kein Zweig der Verwaltung in unseren Tagen wichtiger und zugleich seiner der durchgreifendsten Reform bedürftiger ist, als die Heeresorganisation. Nach mancher dankenswerthen Verbesserung bleibt doch noch unendlich viel zu wünschen übrig. Wie erfahren aber die militärischen Fachmänner, die allein im Stande sind, diese Uebelstände und die Mittel der Abhilfe gründlich zu erörtern, ihre Pflicht in der Presse? Sie schweigen, weil sie sich nicht „kompromittiren“ möchten, und die Presse sieht sich auf die Abhandlung vereinzelter oft untergeordneter Mängel beschränkt, über welche sie durch einen Zufall unterrichtet wird.

Die Minister des Auswärtigen und des Innern, der Justiz und der Finanzen hören durch die Presse, was man im Land von der Gesetzgebung und Verwaltung ihres Geschäftskreises denkt und wünscht. Nur für den Kriegsminister gibt es, mit Ausnahme jener kleinen gelegentlichen Winke und Andeutungen, keine Presse; er empfängt von der Oeffentlichkeit keinen Bestand in seinen eigenen Reformbestrebungen und keinen Impuls, wenn er der Reform abgeneigt ist.

Die Erscheinung, daß in militärischen Angelegenheiten der Fortschritt langsamer schleicht, als auf jedem andern Feld des Staatslebens, hat zum Theil in dieser Unterdrückung der öffentlichen Kritik ihren Grund. Man stoße unseren Offizieren die Zuversicht ein, daß ihnen eine freimüthige Aeußerung nicht zum Verbrechen und eine tüchtige literarische Leistung zur Ehre gerechnet wird, auch wenn sie mit verwegenen Ideen und Forderungen in die alte Ueberlieferung eindringt. Ohne Zweifel wird diese militärische Kritik — gleich jeder anderen — mitunter auch lästig sein, aber ebenso oft nützlich, was doch nach unserem Dafürhalten der eigentlich entscheidende Gesichtspunkt wäre.

Deutscher Bund.

Frankfurt. Die Thätigkeit des Bundestages soll demnächst auf die Herbeiführung eines gemeinsamen Gesetzes zum Schutz der literarischen und artistischen Erzeugnisse gegen Nachdruck gerichtet werden. Die früheren Bundesbeschlüsse über den Schutz gegen Nachdruck haben sich als unzureichend erwiesen, weil die Partikulargesetze der einzelnen Bundesstaaten ganz von einander abweichende Grundsätze enthalten, insbesondere hinsichtlich der Begriffsbestimmung des Nachdrucks, in der Berechnung der Schutzschriften, in dem Umfang des Schutzes für die einzelnen Gattungen der literarischen und artistischen Erzeugnisse. Im Hinblick auf die zahlreichen Mißstände, welche aus der Verschiedenartigkeit der Gesetze auf diesem Gebiet bestehen, während doch gerade hierüber eine Einheit am leichtesten und ohne Beeinträchtigung von Partikularinteressen zu erreichen ist, sollen nun die Regierungen von Sachsen und Bayern beabsichtigen, beim Bundestag einen Antrag auf Herbeiführung eines allgemeinen deutschen Nachdruckgesetzes und zu diesem Zweck auf Niedersetzung einer Kommission von Sachverständigen zu stellen, und zugleich als Grundlage hierfür einen Entwurf vorzuschlagen, welcher schon vor ein paar Jahren von einer Deputation des Börsenvereins deutscher Buchhändler ausgearbeitet und später in Leipzig, bei einer neuen Berathung von Sachverständigen festgestellt worden ist. Wir wünschen, daß sich diese Nachricht bald bestätigen möge. (A. Z.)

Bayern. München, 20. Jan. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der von der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika an die Stelle des bisherigen Konsuls Philipp Geisse in Nürnberg ernannte Max Einstein zum Konsularagenten in dieser dienstlichen Eigenschaft anerkannt werde. (A. M. Z.)

* **Preußen.** Das gestern mitgetheilte Ergebniß der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus ist die Folge eines Kompromisses zwischen den drei Hauptfraktionen der liberalen Partei. Die ministerielle unter Grabows Führung zählt etwa 100 Abgeordnete, die Partikularistenpartei (entschieden liberal ans demokratisch) einige 70, die zwischen beiden stehende Partei unter Harkort Bockum-Dolffs und Slavenhagen, gemäßigt liberal wie die erste, doch nicht um jeden Preis ministeriell, zählt bis jetzt etwa 80. So war keine stark genug, für sich allein ihre Männer durchzusetzen, und die Folge davon war ein Vergleich, wodurch jede von ihnen einen der Ihrigen in den Vorstand brachte.

Posen, 19. Jan. Neuerdings sind wiederum einzelne katholische Geistliche der Regierung gegenüber mit der Behauptung aufgetreten, daß sie rücksichtlich der Führung der Kirchenbücher lediglich dem Erzbischof unterworfen seyen; sie sind jedoch dem Gesetze gemäß von der Regierung entschieden zurückgewiesen worden. Der Pfarrer Rybzkiewicz ist in jüngster Zeit wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen Se. Maj. den König zu einer viermonatlichen

Digitized by Google

Gefängnißstrafe verurtheilt worden, und ebenso einige Bürger wegen öffentlichen Absingens des verbotenen Liedes „Boze cós Polskę“ zu Arbeitsstrafen Gefängniß. Wegen derselben Verfehlung stehen noch neun Personen vor Gericht.

Der Schleswig-Holsteiner Rudolph folgenden Artikel: Vor etwa 16 Jahren wurde ein junger Mann, der auf einer preußischen Festung eine wegen eines politischen Vergehens ihm zuerkannte mehrjährige militärische Festungsstrafe verbüßte, deswegen vor ein Kriegsgericht gestellt, weil er einen zweimaligen Fluchtversuch unternommen hatte — den zweiten in Gesellschaft eines anderen Gefangenen — eine Handlung, die, als dem nur zu natürlichsten Verlangen nach Wiedererlangung der Freiheit entsprungen, nach den Grundsätzen fast aller übrigen Gesetzgebungen für vollständig straflos gilt und die im vorliegenden Falle gewiß doppelt entschuldbar war, weil der Betreffende, dessen ganzes früheres Leben der Beschäftigung mit den Wissenschaften gewidmet gewesen war, sich nicht blos der Haft, sondern zugleich entehrender körperlicher Arbeit, die er in Gesellschaft gemeiner Verbrecher verrichten mußte, zu entziehen gesucht hatte. Belegtes Kriegsgericht verurtheilte ihn wegen besagten Fluchtversuches zu einer scharfen Festungshaft von sieben Monaten. Dieses Urtheil fand indessen noch die höhere Bestätigung. Es wurde über den Angeklagten ein neues Kriegsgericht in einer andern Garnison niedergesetzt und dies verurtheilte ihn, statt zu sieben Monaten, zu einer Festungsstrafe von fünf Jahren et! Monaten, welches Urtheil dann die allerhöchste Bestätigung erhielt. Um den Verlauf dieser Angelegenheit bis zu Ende zu berichten, so reichten später, als der Gefangene die ihm seines politischen Vergehens halber ursprünglich zuerkannte Strafe von sieben Jahren vollständig verbüßt hatte, seine Eltern allerhöchsten Orts das Gesuch ein: ihm nun wenigstens die Fluchtstrafe zu erlassen. Das Gesuch blieb erfolglos; indessen gerührt der hochselige König (auf Grund eines ärztlichen Attestes über die durch die lange Haft aufs äußerste geschwächte Körperkraft des Gefangenen) jene Festungsstrafe von fünf Jahren all Monaten „aus Gnade“ in einen Festungsarrest von acht Jahren zehn Monaten umzuwandeln. Die Erinnerung an dieses kriegsrechtliche Urtheil drängt sich uns auf, wenn wir lesen, daß der Lieutenant v. Sodde wegen eines Todtschlags, der nach Allem, was darüber bisher bekannt geworden und berichtet worden, im Zweikampfe begangen worden und der, um der Entdeckung zu entgehen, sogar von einem Mordversuch auf eine zweite Person begleitet war — kriegsrechtlich zu einem fünfjährigen Festungsarrest — und zwar ohne Kassation und ohne Aberkennung der Ehrenrechte — und der Lieutenant Wuthy wegen Aufreizung zu jenem Todtschlag zu einem zweijährigen Festungsarrest verurtheilt worden sei.

Kurhessen. Die Maßregelung des Kreisselretärs Pfeiffer in Marburg (in Disziplinar-Untersuchung gezogen wegen einer spöttischen Aeußerung über die Treubunds-Adresse) steht nicht mehr einzig da. Im Kreise Hersfeld hat man jetzt auch einen Amtmann in Untersuchung gezogen, weil er die Adresse zu Gunsten der Verfassung vom 1831 unterschrieben hatte. Ebenso unsere Gutsvorsteher Lind von Maskobel in Untersuchung gezogen, weil er sich gewegert hat, die verbotene Knobel'sche Schrift dem Landrathsamte einzusenden. Zum Glück werden alle derartigen Anklagen keinen Erfolg haben, da der Disziplinargerichtshof bereits ausgesprochen hat, daß das Staatsdienstgesetz vom 14. Juli 1851 nur eine solche feindselige Parteinahme gegen die Regierung als Dienstvergehen betrachte, welche sich in einer thatsächlichen Handlung des Staatsdieners ausspräge. Daher darf man diese Maßnahmen wohl mit Recht als Einschüchterungsmittel bezeichnen, welche so wenig als andere frühere werden. Man und Leute zu den Aufrichten der Regierung zu bekehren. (Fr. J.)

Thüringen. Der eben entlassene Hofgeigenmeister Musikdirektor Röckel verwahrt sich in der „Volkszeitung“ gegen die Behauptung, daß er ein Gesuch um Begnadigung eingereicht gehabt. Dies sey ihm niemals in den Sinn gekommen. (Seine Tochter hatte um seine Begnadigung gebeten.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Jan. Dr. Bollmann hat die Freiheit dem ihm in Aussicht gestellten freien Logis in der „Schließerei“ (auf Andringen seiner Koburger Wechselgläubiger) vorgezogen und ist plötzlich von hier abgereist, und zwar, soweit wir haben in Erfahrung bringen können, ohne Schulden zu hinterlassen. Da er keinerlei Sympathien fand, scheint er einen längeren Aufenthalt hier nicht für zweckmäßig gefunden zu haben. (H. N.)

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Heute wurde Mgr. Chigi, der neue päpstliche Nuncius in Paris, vom Kaiser empfangen. Ueber dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutsame Ereigniß sagt ein Pariser Korrespondent der „Oestr. Post“: „Habemus papam! Dies ist eine der Folgen des Ereignisses vom 6. Juni vorigen Jahres, an welchem Tage, wie Sie wissen, Graf Cavour gestorben ist. Wäre dieser noch am Leben, so würde der Papst heute nicht in der Lage seyn, sich in Paris wieder durch einen Botschafter vertreten zu lassen. Nun haben sich allerdings die Verhältnisse bedeutend gewendet und der Gedanke, daß die Einheit Italiens nicht über die Einheit eines Staatenbundes hinausgreifen dürfe, tritt wieder in den Vordergrund der französischen Politik*). Wir haben unsern Frieden mit dem

*) Er war an auseinander; aber Napoleon war schlau genug, davon einzuweilen zu schweigen, als er merkte, daß er vorerst damit nicht durchdringen könne, gegenüber der heftig erregten Einheits-Lust in Italien, die auch noch von England unterstützt wurde. Jetzt aber rückt er allmälig damit wieder hervor, und eben darum glauben wir nicht, daß es ihm Ernst ist, wenn er dem Königs Franz zuredet, Rom zu verlassen.

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

Eine biographische Skizze von einem seiner Schüler.*)

Friede sey um diesen Grabstein her,
Sanfter Friede Gottes; — ach, sie haben
Einen edlen Mann begraben,
Und mir war er mehr.

Claudius.

Franz Joseph Fröhlich war zu Würzburg von unbemittelten Eltern geboren am 28. Mai 1780. Sein Vater war Schulreiter in der Pfarrei Pleichach. Er hatte noch zwei Brüder, von denen der eine, Adam, als königlicher Rath und Regierungssekretär, der andere als Pfarrer von Gerbrunn ihm im Tod vorangingen. Im elterlichen Hause genoß er eine vortreffliche Erziehung und wurden schon von seinem musikvertrauten Vater seine musikalischen Anlagen geweckt und entwickelt.

Zu jener Zeit bestand noch das nach der Säkularisation am 20. August 1803 aufgehobene Studenteninstitut im Juliushospital zu Würzburg. Julius Echter von Mespelbrunn, dieser fränkische Fürstbischof, dem König Ludwig mit Recht einen Platz in der Walhalla einräumte, hatte bei der Stiftung seines Hospitals auch für die armen Waisenkinder seines Landes gesorgt und bestimmt, daß diese Kinder auch für den Staats- und Kirchendienst, wenn sie tauglich wären, gebildet werden sollten. In seinem Sinne wirkend errichtete ein erbländer Jesuit, Sebastian Schramm, in der Waisenanstalt eine lateinische Schule. Als nun Würzburg später ein besonderes Waisenhaus erhielt, verwandelte Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn im Jahre 1730 das Waisenhaus

*) Aus den Erheiterungen.

im Juliusspitale in eine Anstalt für 12 arme Studenten des Gymnasium, deren Zahl Fürstbischof Franz Ludwig auf 30 erhöhte. In dieser Anstalt wurden die Zöglinge 7 Jahre lang mit einem jährlichen Aufwande von 6000 fl. unterhalten und für die Wissenschaft und den Dienst der Menschheit in der Kirche oder im Staate herangebildet. Ausgezeichnete Talente und Dürftigkeit und einige musikalische Kenntnisse waren die Spitalsstudenten mußten an Sonn- und Feiertagen beim Hochamte in der Kirche mitwirken) waren die Bedingungen der Aufnahme, gute Aufführung und Auszeichnung in der Schule waren die Bedingungen des Verbleibens in der vortrefflichen Anstalt, welche manchen ausgezeichneten Mann geliefert hat.

Die einzigen noch lebenden ehemaligen Spitalstudenten sind unseres Wissens nur: Dr. Ignaz Denzinger, quiescirter Professor der Geschichte und Statistik, und Georg Kaiser, Jubelpriester und Pfarrer zu Holstadt.

In Würzburg war damals „Spitalstudent guter Student“ sprüchwörtlich geworden. Da die erste Bedingung gegeben sey, dafür hatte eine strenge Konkursprüfung vor der Aufnahme; daß es an der letzten nicht fehlte, dafür sorgte der Spitalpfarrer, unter dessen Aufsicht zwei Inspektoren die Zöglinge leiteten.

Nach dem frühen Verluste seines Vaters kam Fröhlich in dieses Institut, wo seine hervorragenden Geistesanlagen eine sorgsame Ausbildung erhielten. Am Gymnasium und der Universität widmete er sich mit großer Ausdauer seiner humanistischen und dabei auch der musikalischen Ausbildung. Philosophie studirte er unter dem Professor Andreas Metz, diesem grümlichen, klaren und deutlichen Lehrer, der nach Malern Reuß der erste auf der Würzburger Hochschule die Philosophie nach den Grundsätzen des be-

Digitized by Google

päpstlichen Stuhl gemacht. Vergessen wir nicht, daß es erst mit Ende dieses Monats ein Jahr wird, daß Napoleon auf Cavour's, von England unterstützte Drängen das Geschwader zurückzog, welches die letzten Anstrengungen Franz' II. in Gaëta beschützte. Heute ist Cavour nicht mehr unter den Lebenden. Der feine, unbedingteste Doktrinär Baron Ricasoli versteht es nicht, die englische Allianz gegen die französische zu vermerthen und in Centralitalien zu halten. Alles in Allem gelagt: Der Kaiser sieht sich von den Drängern zu beiden Seiten erleichtert und hat für seinen Lieblingsplan, als Protector der italienischen Konföderation und des päpstlichen Stuhls sich hinzustellen, wieder freie Hand gewonnen."

Nach dem „Echo du Nord" waren am 12. Dezbr. zu Linselles zur Anhörung eines Testaments 22 Personen, die zu einer Familie gehörten, versammelt. Bei Unterzeichnung des Protokolls stellte sich heraus, daß von allen 22 nur einer seinen Namen zu unterzeichnen vermochte. Es wirft dieser von der Presse offen eingestandene Mangel an den allergewöhnlichsten Schulkenntnissen jedenfalls auf die Bedeutung des viergepriesenen Suffrage universel ein eigenthümliches Licht.

Italien.

Rom, 11. Jan. Die Wiederherstellung der päpstl. Nuntiatur in Petersburg ist ein Ereigniß von großer Bedeutung; denn die Anerkennung des Königreichs Italien durch Rußland wird dadurch jedenfalls mehr nicht ganz aufgegeben, doch auf lange Zeit hinausgeschoben, und dann wird dadurch der polnische Klerus zu einem andern Verständniß seiner Stellung gebracht werden. Für die Rechte seiner eigenen Krone kämpfend, erkennt Pius IX. auch die Rechte des Kaisers von Rußland an; etwas Anderes bedeutet die Wiederherstellung der Nuntiatur in Petersburg nicht, und die Wirkungen werden sich hoffentlich bald in Polen offenbaren. Selbstverständlich ist diese Verständigung zwischen Rom und Petersburg auch ganz dazu geeignet, den Kaiser Napoleon in seinem Entschlusse, Rom nicht der Revolution preiszugeben, zu bestätigen. Polnische Emigration ist in den Salons des römischen Adels stets bemüht, die Lage der katholischen Kirche in Polen in unmittelbaren Zusammenhang mit den von Rußland niedergehaltenen national-polnischen Bestrebungen zu bringen; aber Pius IX. unterscheidet sich auch besonders darin von seinem Vorgänger Gregor XVI., daß er die Nachrichten der polnischen Emigration sehr behutsam aufnimmt. Die durchaus nicht beanstandete Bestätigung des vom Kaiser zum Erzbischof und Metropolitan von Warschau vorgeschlagenen Prälaten Felinski, wozu der Papst vor fünf Tagen ein eigenes Konsistorium hielt, wird, wie man hofft, in Polen freudige Aufnahme finden, mit der Bestimmung und den Einigermaßen angesehen werden. (N. Pr. Z.)

Turin, 15. Jan. Von Curletti ist eine zweite Schrift über neuitalienische Persönlichkeiten und Zustände erschienen, deren Enthüllungen die erste an Skandal überbieten sollen. An letzterem ist hier ohnehin kein Mangel. Nahm. dem Prozeß Boschi machen die Beschuldigungen der neapolitanischen Presse, welche die hervorragendsten Persönlichkeiten wie Comforti, Farini, Scalosja, Massari ꝛc. der Verunreinigung und Verschleuderung der neapolitanischen Staatsgelder anklagen, daß größte Aufsehen. Es soll daraus ein Preßprozeß entstehen. Wir glauben aber, daß man wie bisher auch ferner die Sache vertuschen wird. (Fr. Postz.)

Garibaldi hat an mehrere Pariser Schuster, die ihm ein Paar Stiefel gewirkt haben, folgendes Schreiben gerichtet: „An die Schustergesellen von Paris. Meine sehr lieben Freunde! Ich habe die schönen Reitstiefel erhalten, die ihr mir sendet. Sie sind Höflichkeit hatten, und ich habe die Ahnung, daß ich sie an einem Siegestage des Volkes tragen werde. Ich bin Ihnen sehr dankbar für dieses schöne Geschenk, und besonders für dieses glückliche Vorzeichen, das ein Ausfluß edler und freier Seelen ist. Mit Zuneigung und Dankbarkeit Ihr ergebener G. Garibaldi."

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Jan. Ein gutes Zeichen, daß wir uns geordneten Zuständen immer mehr nähern, ist die Wiedereröffnung der hiesigen erst drei Jahre bestehenden medizinisch-chirurgischen Akademie, welche der Eröffnung der Gymnasien, von der ich Ihnen bereits schrieb, am 25. d. folgen soll. Vor der Schließung, d. h. vor dem Anfang der Unruhen, zählte dieselbe gegen 400 Studirende, von denen eine ziemliche Anzahl Polen von andern russischen Universitäten hierher gekommen war. (Allg. Pr. Z.)

Volkswirthschaftliches.

Bisher sind im Ganzen 112 deutsche Handelsstände dem deutschen Handelstag beigetreten, worunter aber bei weitem der größte Theil Norddeutschland angehört.

Wien, 18. Jan. Der Bankausschuß entschied gestern über die Besoldung des Bankgouverneurs; man beschloß, sie in den Statuten nur anzudeuten, dagegen im Reglement sie genau zu bestimmen, nämlich 20,000 fl. Jahrgehalt aus den Mitteln der Bank, freie Wohnung, Heizung, Beleuchtung u. s. w. Die Direktoren und die Mitglieder des Komite haben ihre Aemter unentgeltlich zu versehen. (Köln. Z.)

Zur Zeit der Ausstellung in London soll von einem internationalen volkswirthschaftlichen Kongreß die Frage über ein Weltmaß und vornehmlich über eine Weltmünze aufs neue einer eingehenden Erörterung unterzogen und wo möglich ihrer Lösung nahe gebracht werden. Als solche wird in der „Zeit" für den Fall, daß die Silberwährung angenommen würde, der Fünffrankenthaler vorgeschlagen, dagegen für den Fall, daß man die Goldwährung annähme, der englische Sovereign (12 fl.).

---

rühmten Königsberger Philosophen Kant unter zu Grundelegung seiner Kompendien über Anthropologie, Logik und seiner Darstellung der Kritiken der reinen und praktischen Vernunft vortrug und dieser seiner Lehre durch gediegenen Unterricht sowohl, als durch sein seltenes dialektisches Talent eine lange Reihe von Jahren Geltung verschaffte. In musikalischer Beziehung waren seine Lehrer Hofmusikus und Chordirektor im Zuluftspostamte Franz Xaver Kürzinger und der großherzoglich würzburgische Hof- und Kammermusikus Moritz Braun, welche auch ausgezeichnete Compositeure.

Schon als Student der sechsten Schule ward Fröhlich, da er ein ausgezeichneter Violinist war, als Substitut bei der fürstlichen Kapelle aufgenommen und am 19. Juni 1801 als wirklicher Hofmusiker angestellt. Da er sich nebstdem auf die Jurisprudenz legte, welche Wissenschaft er auch absolvirte, so wurde er zum Mitglied der damals bestehenden akademischen Musikgesellschaft aufgenommen und ihm von den Studirenden die Direktion übertragen, die er auch mit so gutem Erfolge führte, daß die Gesellschaft in dem Lustschloß zu Veitshöchheim vor dem Fürstbischof Georg Karl Fehrn. v. Frehenbach im Besitzen des ganzen Hofes und einer Menge Volkes Beweise ihrer Fortschritte in Aufführung von großen Stücken ablegen konnte. Späterhin half er den von dem damaligen Rektor der Universität, Grafen v. Stadion, entworfenen Plan der Bildung eines Orchesters unter den Studirenden und befründiger Musikübungen zur Bildung des Geschmacks und Verbreitung größerer Liebe zur Musik ausführen, welche Uebungen er auch bis zur Organisation der Universität, der ihm unaufhörlich in den Weg gelegten Hindernisse ungeachtet, ganz uneigennützig fortführte, und die einzelnen Mitglieder sowohl unterrichtete, als auch die nothwendigen Uebungsstücke theils arrangirte, theils neu komponirte.

Als bei der Organisation der Universität dem Institut ein eigener ziemlich geräumiger Uebungssaal angewiesen wurde, so gab Fröhlich hier zwei Jahre lang, so lange er in dem Besitze dieses Platzes war, in öffentlichen Konzerten, welche im Winter alle 14 Tage und im Sommer alle 3 Wochen stattfanden, Beweise der Fortschritte des Instituts, worüber in öffentlichen Blättern rühmliche Urtheile erschienen. Die Professoren und höchsten Regierungsbeamten erschienen hiebei, und ihr Beifall trug sehr viel zur Vervollkommnung dieser Anstalt bei, welche damals schon so weit gediehen war, daß sie die 100 Mitglieder zählte, ein ganzes Konzert aus ihrer Mitte besetzen, ja selbst ganze Stücke von Opern mit Arien und Chören aufzuführen im Stande war, wie es die Aufführungen in den Konzerten bewiesen.

Bei der Organisation der Attribute der Universität wurde auch dieses Institut am 18. April 1804 nach dem von Fröhlich selbst entworfenen Plane als ein öffentliches Institut erklärt. Fröhlich als Musikdirektor mit einem fixen Gehalt angestellt, mit der Auflage, diese Musikübungen unentgeltlich zu leiten, und Vorlesungen über die Theorie der Musik in ästhetischer Rücksicht in der Eigenschaft eines Privatdozenten zu halten, wenn er die im Organisations-Reskripte vom 9. März 1804 für die Privatdozenten vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben würde, nämlich vor Allem das mit Auszeichnung erlangte Doktorat in derjenigen Wissenschaft, zu deren Pflege er sich bestimmte, und die Abhaltung dreier sogenannter Probevorlesungen. Nach Erfüllung derselben wurde er als Privatdozent ernannt.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Nichtpolitische Zeitung.

Castellaun, 15. Jan. Ein furchtbares Unglück hat sich in der Nacht vom 11. auf den 12. d. Mts. in hiesiger Gegend zugetragen. Der Inhaber eines Schieferbruches, Jakob Balerius, hatte sich in dessen Nähe ein Zechenhaus erbaut, das von ihm und seiner Familie auch als Wohnhaus benutzt wurde. Das Haus, maßiv von Steinen, war gegen eine Felswand erbaut. In der Nacht vom 11. auf den 12. d. Mts. Morgens nach 3 Uhr wälzten einige der losgelösten Felsen auf das Haus herab und zerstörten dasselbe. Es gelang nur den zwei ältesten Söhnen von 17 und 14 Jahren, mit mehreren Beschädigungen sich zu retten, während der Vater, die Mutter und vier kleinere Brüder derselben von 11, 6, 3 und 1/4 Jahren unter dem Schutthaufen begraben wurden. Erst nach vielstündigen Ausgrabungen gelang es, alle verunglückten Personen aus der Ueberschüttung als Leichen heraus zu bringen. Dem Vater Jakob Valerius war, wie seinen zwei ältesten Söhnen, die Rettung möglich; allein sein Vaterherz scheute nicht die drohendste Gefahr, und als er eben vor dem Bette stand, um die Rettung seiner zwei kleinsten Söhne zu versuchen, wurde er von den zum zweiten Male herabgefallenen Felsenstücken zerschmettert und bei der Ausgrabung sinend vor dem Bette überschüttet gefunden.

(Ein beherzter Postbote.) Zu Manetin in Böhmen macht ein Attentat, welches dieser Tage an dem Rabensteiner Postboten, Emanuel Lippert verübt wurde, uns so mehr von sich reden, als es bisher nicht gelungen ist, die beiden Verbrecher, welche sich den Raubzeug hatten zu Schulden kommen lassen, zu eruiren. Am 4. Januar Nachmittags hatte sich Lippert, wie gewöhnlich nach Manetin begeben, um die mit der Post angekommenen Briefe abzuholen. Auf dem Postamte nahm er unter anderem auch drei Geldbriefe mit einer Baarschaft von 1042 fl. in Empfang und steckte dieselben in seine an der Brust wohlverwahrte Brieftasche, ohne daß dabei ein Fremder oder irgend jemand Verdächtiger im Expeditionslokale zugegen gewesen wäre. Als er nun auf dem Rückwege in dem sogenannten Mendlinger Walde angekommen, wurde er plötzlich von einem ihm ganz unbekannten Manne mit den Worten: „Her mit dem Zeug“ überfallen und beim Halse gepackt. Bei dem Ringkampfe, der sich hierauf entspann, gelang es dem Postboten, seinen Gegner niederzuwerfen und sich dadurch von ihm zu befreien, daß er ihm mit dem Fuße einen Stoß ins Gesicht versetzte. Aber kaum hatte er sich des einen Gegners entledigt, als auch schon der zweite zur Hand war, der ihm mit einem Stocke tückisch über den Rücken hieb. Unerschrocken wandte sich Lippert gegen den neuen Angreifer, einen ihm gleichfalls ganz unbekannten Mann, warf keinesweges die Geistesgegenwart, sondern packte den Mann alsbald am Halse, schleuderte ihn gegen einen Baum und versetzte ihm einen Fußtritt in den Unterleib, so daß der Räuber alsbald zur Erde sank. Nachdem er sich so seine beiden Gegner vom Halse geschafft, begann Lippert zu laufen und traf zum Glück beim Austritt aus dem Walde einen Wagen, der ihn nach Rabenstein brachte und rettete so das ihm anvertraute Gut. Von Seite der Behörden wurden zwar sogleich die sorgfältigsten Nachforschungen veranstaltet, leider ist es aber bisher nicht gelungen, den Thätern auf die Spur zu kommen.

Neueste Nachrichten.

München, 24. Jan. Se. Maj. der König hat den Revierförster M. v. Häusler zu Diessen, in Folge körperlicher Gebrechen, in den Ruhestand treten lassen, den Revierförster K. von Conlon zu Tendenhorf, seinem Ansuchen entsprechend, auf das Revier Diessen versetzt, und auf das Revier Deukendorf, k. A. Ingolstadt, den Forstamtsaktuar G. Eicherich zu Ingolstadt ernannt; den Vorstand der k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration, Dr. F. v. Hermann, unter Belassung desselben in der Stelle eines königlichen Stadtrathes, dann eines ordentlichen Professors an der k. Ludwigs-Maximilians-Universität zu München (seiner wiederholt gestellten Bitte) entsprechend, der Vorstandschaft der k. General-Bergwerks- und Salinen-Administration unter Anerkennung des, auch in dieser ihm seit sechs Jahren anvertrauten wichtigen Funktion, unter schwierigen Verhältnissen und neben vielfachen anderweitigen Berufsarbeiten im Dienste des Staates und der Wissenschaft, bewährten treuen und hingebenden Dienstleistens enthoben; und diese Stelle dem Ministerialrath im k. Staatsministerium der Finanzen, Ludw. Frhrn. v. Raoselbt, mit Belassung seines Titels und Ranges verliehen; die hiedurch erledigte Stelle eines Ministerialrathes im k. Staatsministerium der Finanzen nicht wieder besetzt, dagegen dem Ministerialsekretariate einen weitern Regierungs- und Forstrath beigeben und auf letztere Stelle den k. Forstmeister von Kronach, Ferd. Moser, befördert; den Funktionär Joh. Bapt. Lang zu Landshut zum Staatsrechnungsrevisionsassistenten zu Passau und den Funktionär K. Fr. Klotz zu Hof zum Staatsrechnungsrevisionsassistenten in Hof ernannt. (R. M. B.)

Augsburger Blättern zufolge ist der seit mehreren Jahren in Augsburg wohnende Kapellmeister C. Krähmer zum Professor an Konservatorium in München ernannt worden.

*) Man weiß aus den Landtags-Verhandlungen, was Herrn v. Hermann zu dieser, wohl nicht ganz freiwilligen Bitte bewogen hat.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Lo. L. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80⅝ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	69 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87½—⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46⅞ G.
„	4½ pCt. dto.	41 G.
„	4 pCt. dto.	—
„	3 pCt. dto.	—
Preußen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dto.	103¼ G.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	100⅝—¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	87⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	4½ pCt. Obl. dto.	97½ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. v. 1842	103¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅛ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅛ P.
„	3 pCt. Obl.	87⅛ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à B. 2. 30	47 G.
„	2 pCt.	42⅝ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 200 Thlr.	99¼ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	115 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	644—50 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	152¾—53 G.
	Bayerische Bank à fl. 100	—
	Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	205 P. 198 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	74¾ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	80 P.-79¾ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	236 P. 233 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	62¾ P.
	Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 240	236 P.
	„ Rhisab.-Eisenbahn 5 pCt.	106 G.
	„ Elisab.-Bahn 5 pCt. à fl. 67	73½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 20 Thl. à 100 pCt. Z.	23½ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129¾ P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	102⅜ G.
	Oest. St.-Eisenb. Pfandbr.-Obligat. à 3 pCt.	81½ G.
	Nordd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246½ G.
	Span. Handels- u. Industrie	515 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	440 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.	103¾ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104½ P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 a. S.	99½ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Bresl. 40 Thl. k. S.	99⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅜ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	103 B.
London 1 Lst. 10 k. S.	117½ B. ¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. 1. S. L. 250 k. S.	82¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Oest. W. 1. S.	83 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	93 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52½ G.
„ 2. 200 v. 1854 mit 4pCt.	61⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62¾—63⅛ G.	„ fl. 25 do.	38 G.
„ fl. 100 Stab. k. v. 1858.	104¼ P. 103¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiß.	119½ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53½ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich in. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	92⅝ G.	Vereins-Loose fl. 10.	21½ G.
Badische fl. 35	54½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 21. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien etwas niedriger eröffnet, erreichten wieder den gestrigen Stand. In 500 fl. Loosen von 1860 war das Geschäft auch heute wieder von Bedeutung. Für bayer. und württemb. Obligationen, sowie für Frankfurter Bankaktien dauert der Begehr fort. Oesterr. Bankaktien nahmen einen bedeutenden Aufschwung. (Sphd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 23. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Anlehnen wird die dreispaltige Zeile oder deren Raum mit 3 kr. berechnet. | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Landblatt mit 6 kr., im Anzeiger, mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 23. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Folgende Gewerbsprivilegien wurden verliehen: dem Pharmazeuten G. Rothhofer von München auf Bereitung von sog. Wundtaffet für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 9. Dezember 1861 anfangend; dem C. Thode von Dresden auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einem eigenthümlich konstruirten Apparat zum Ausdrehen der Flüssigkeit aus dickflüssigen Substanzen für den Zeitraum von drei Jahren, vom 15. Dezember 1861 anfangend; und dem Ingenieurlandkaten A. Bolzano von München auf ein neues Malzbereitungs- und Darrverfahren mittelst einer von ihm erfundenen Maschine für den Zeitraum von drei Jahren, vom 15. Dezember 1861 anfangend; der städtischen Pflegersgattin C. Hüther von München auf Ausführung ihrer Erfindung, bestehend in Bereitung von Waschmehl zum Reinigen der Wäsche für den Zeitraum von einem Jahre, vom 18. Dezember 1861 anfangend; der Firma F. Mittler in Augsburg auf Bereitung einer giftfreien grünen Farbe für den Zeitraum von fünf Jahren, vom 22. Dezember 1861 anfangend; dem Spezialitätsbelankten D. Sandel von München auf Ausführung seiner Erfindung, bestehend in Herstellung von Preßtorf mittelst einer eigenthümlich konstruirten Maschine für den Zeitraum von zehn Jahren, vom 29. Dezember 1861 anfangend; dem Maschinenbauer E. Zorn, dem Mechaniker J. N. Maye und dem Maschinisten C. Lauer, sämmtlich von Regensburg, auf Ausführung ihrer Erfindung, bestehend in einer verbesserten Konstruktion von Dampfkesseln für den Zeitraum von drei Jahren, vom 29. Dezember 1861 anfangend. — Das dem J. G. Hummel von München unterm 26. Jan. 1856 verliehene, durch Kauf an den Hausbesitzer J. Staudinger von Haidhausen übergegangene Privilegium auf Fabrikation von Spielkarten für den Zeitraum von einem Jahre, vom 26. Jan. 1862 anfangend, wurde wieder verlängert. — Von dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Einziehung des dem Uhrenfabrikanten Christ. Reitzmann von München unterm 24. Sept. 1860 verliehenen zweijährigen Gewerbsprivilegium auf Kroydynamische Gasmotoren in drei verschiedenen Formen und einer kroydynamischen Gaslokomotive; dann die Einziehung des dem Lithographen J. G. Schreiner von München unterm 1. April 1861 verliehenen einjährigen Gewerbsprivilegium auf eigenthümlich konstruirte Buttermagen zur Beleichtigung der Gefahr beim Zusammenstoß von Bahnzügen; ferner die Einziehung des dem Prof. R. Gottgetreu und dem H. Fried von Heidelberg unterm 3. April 1859 verliehenen fünfjährigen Gewerbsprivilegium auf eigenthümlich konstruirte Ziegelöfen mit Steinkohlenfeuerung; und die Einziehung des dem de Burdet Sohn, Bonnefoy und Boez von Brüssel unterm 4. Sept. 1860 verliehenen dreijährigen Gewerbsprivilegium auf ein eigenthümliches Verfahren, um Spiegelgläser und andere ähnliche Artikel mit beliebigen Verzierungen zu versehen; endlich die Einziehung des dem Papierfabrikanten C. Fr. Mayon von Altorf-Weingarten unterm 7. Okt. 1860 verliehenen vierjährigen Gewerbsprivilegium auf Verbindung des Papierzeuges mit Geweben behufs Herstellung haltbarer Couverte wegen nichtgelieferten Nachweises der Einführung dieser Erfindungen in Bayern beschlossen. — Der Spiritusfabrikant J. Jaser von Augsburg hat auf das ihm unterm 24. Sept. 1847 verliehene, bis dahin 1862 verlängerte Privilegium auf ein eigenthümliches Verfahren bei der Entfuselung des Branntweines verzichtet.

München, 21. Jan. Am Reichsarchivariat ist nicht allein die Stelle eines Vorstandes, sondern auch jene eines ersten Sekretärs (seit 2½ Jahren durch die Versetzung Jörgs erledigt) und die durch das Budget für die VIII. Finanzperiode vorgesehene weitere Kanzlistenstelle zu besetzen. Man hört, daß die Vorschläge entschreibenden Orts zur Vorlage gebracht worden sind, und glaubt ihrer Erledigung noch vor der Abreise des Königs entgegensehen zu dürfen. (Südd. Z.)

(Ortsordnungen im Allgäu.) Das „Immenstadt-Sonthofer Wochenblatt" bringt die Nachricht, daß in der Gemeinde Langenwang bei Fischen vom Bezirksgeometer Hessel in Immenstadt eine Ortsordnung von zirka 500 Tagw. projektirt ist. Auch mit zwei anderen Gemeinden des Allgäu sind bereits Unterhandlungen eingeleitet.

Aus der Pfalz, 21. Jan. Die Ausführung der Neustadt-Dürkheimer Bahn ist dem Vernehmen nach gesichert. Wie man hört, wird die pfälzische Ludwigsbahn den Bau und Betrieb der genannten Strecke mit gesonderter Rechnungsführung übernehmen, wie dies bei der Maxbahn der Fall ist. Das Aktienkapital soll von der k. Bank in Nürnberg, den Bankhäusern M. L. v. Rothschild und Phil. Nik. Schmitt in Frankfurt sowie dem Bankhause L. H. Ladenburg und Söhne in Mannheim übernommen werden seyn und zu einem, in Rücksicht auf die 4prozentige Zinsgarantie des Staates sehr vortheilhaften Kurse zur Privatbetheiligung ausgeschrieben werden. Die Aktionäre werden dann eine besondere Gesellschaft bilden, ähnlich wie die der Maximiliansbahn. Es erübrigt nunmehr nur noch die königliche Konzession, welche kaum einem weiteren Anstande unterliegen dürfte. Da die übrigen pfälzischen Bahnprojekte leider noch nicht in das gleiche Stadium gelangt sind, so wird wohl die Neustadt-Dürkheimer Bahn diejenige seyn, deren Bau zuerst begonnen wird. (Pf. Z.)

Preußen. Die Soldatenkämpfe in Straßund zwischen Infanterie und Marine nehmen jetzt den Umfang von Schlachtscharmützeln an und werden mit blanker Waffe ausgefochten. Man fragt mit Recht bei solchen Vorgängen: Weßhalb man dem Soldaten außer Dienst sein Seitengewehr zu tragen erlaubt? Irgend ein Nutzen wird dadurch nicht erzielt; Unheil aller Art, Kummer in Familien, ist durch dieses Verfahren schon mehr als zu viel hervorgerufen worden. (D. Red.)

Die „Volksztg." schreibt: „Nach dem gemachten Ueberschlage werden die Gewerbe- und Einkommensteuer in diesem Jahre für Berlin einen bedeutend höheren Ertrag als im vorigen Jahre gewähren. Die Zolleinnahmen sind bekanntlich nicht gestiegen, und man sieht aus diesem Beispiele, auf welche Weise das Plus unseres Finanzministers herauskommt. Die direkten Steuern werden in die Höhe geschraubt."

Sachsen. Dresden, 21. Januar. Das „Dresdn. J." schreibt: „Mit Rücksicht auf die letzte der wegen der sogenannten Mai-Unruhen Verurtheilten freigegeben worden, und wir sind außerdem in der Lage, hinzufügen zu können, daß inmittelst wieder einigen politischen Flüchtlingen ihre Gesuche, namentlich dem Buchhändler Ludwig Schreck aus Leipzig, die von ihm gewünschte Erlaubniß zum unbehinderten Aufenthalte in Hamburg, dem ehemaligen Turnlehrer Gotthold Eduard Lehmann aus Dresden aber, sowie dem Kaufmann Moriz Emil Stöhr aus Zittau die straferie Rückkehr nach Sachsen gewährt worden."

Hannover. Die „Wochenschrift des Nationalvereins" schreibt: „In Hannover, wo die einheimische Presse stempelfrei ist, werden die auswärtigen Blätter, „welche regelmäßig politische Nachrichten bringen", neben dem Post-Aufschlage mit einer Stempelsteuer von 1 Thlr. 10 Sgr. belegt. Daß eine solche Finanz-Operation den Bestimmungen des Zollvereinsvertrages entschieden zuwiderläuft, läßt sich mit gutem Glauben kaum bestreiten. Hannover handelt im offenen Widerspruch mit der ausdrücklichen Vorschrift der Verträge, daß die Staaten des Zollvereins, welche von einem inländischen Erzeugnisse keine Steuer erheben, auch das gleiche vereinsländische Erzeugnis nicht besteuern dürfen." (Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Wir haben Preußen getadelt, weil es die nicht-preußischen deutschen Zeitungen mit einer höheren Stempelsteuer belegte, als die preußischen, und werden Hannover nicht loben, wenn es Aehnliches thut. Preußen hat der

Digitized by Google

allgemeinen Entrüstung nachgegeben, möge Hannover diesem Beispiel folgen.)

Thüringen. Rödel sagt in seiner Zuschrift an die „Volkszeitung", worin er in Abrede stellt, ein Gegnadigungsgesuch eingereicht zu haben: „Solches ist mir niemals in den Sinn gekommen. Vielmehr habe ich in meiner Eingabe um Freilassung mich ausdrücklich gegen eine Deutung dieses Schrittes verwahrt, die eine Anerkennung der Gerechtigkeit des mir gewordenen Urtheils, oder doch mindestens der Gesetzmäßigkeit des von der k. sächsischen Regierung gegen mich befolgten Verfahrens in sich schlösse."

Anhalt. Dessau, 18. Januar. (Doch wahr.) In Ihrem Blatte, schreibt man der „Berl. Volksztg.", lese ich eine Berichtigung meiner Notiz über den Ball beim Erbprinzen. Auf diese Berichtigung habe ich nur zu erwidern, daß der Wortlaut des Gespräches mir von verschiedener und sehr unterrichteter Seite mitgetheilt worden ist. Daß über diesen Wortlaut verschiedene Versionen im Umlaufe sind, ist erklärlich; der Vorfall selbst, wie die so interessante Unterscheidung zwischen heerzoglichen und Staatsdienern, auf die es doch ausschließlich ankommt, wird von keiner Seite bestritten werden können.

Oesterreich. Die Wiener „Pari. C." theilt folgende Geschichte einer interessanten politischen Mission mit: „Einer der begabtesten öfterr. Polizeibeamten begab sich mit einem auf den Namen eines polnischen Edelmanns lautenden Paße von hier nach der Schweiz, von wo er nach kurzem Aufenthalte nach Paris reiste. Dort lernte er mehrere polnische Emigranten kennen, durch deren Empfehlungsbriefe es ihm möglich wurde, bei seiner Ankunft in Turin in die höchsten Kreise und namentlich auch in das nationale Komité Eintritt zu erhalten. Sein Talent ging so weit, sich eine persönliche Unterredung mit dem Könige von Italien in seiner Eigenschaft als polnischer Emigrant zu verschaffen (?), welche eine halbe Stunde dauerte und höchst interessante Daten geliefert haben soll. Nachdem der Emissär seine Rolle in Turin zu Ende gespielt hatte, begab er sich nach Wien zurück, wo er geeigneten Orts den eingehendsten Bericht über den Erfolg seiner Mission vorlegte."

* Am vierten Februar tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen, welches sich im Dezember vertagt hatte, um dem Finanz-Ausschuß Zeit zu lassen zur gründlichen Prüfung des Staatshaushalts-Voranschlags.

In Pregburg ist durch magistratische Kundmachung das österreichische Gewerbegesetz wieder eingeführt worden, nachdem man eingesehen hat, daß das im vorigen Jahr wieder aufgewärmte alte ungarische Gewerbegesetz nichts taugt.

Großbritannien.

Lord John Russell hat es in Erwiderung auf eine ihm von Liverpool aus zugesandte Denkschrift bestätigt, daß Lord Lyons gegen Ende Dezember Vorstellungen gegen die Zerstörung des Hafens von Charleston gemacht und darauf hingedeutet habe, daß dadurch bewiesen werden würde, man verzweifle an der Wiederherstellung der Union und wolle das den Handelsverkehr aller Nationen entgelten lassen. Russell erklärt zugleich, Lord Lyons werde neue Vorstellungen machen, um zu verhindern, daß nicht auch noch andere Häfen zerstört würden. (Die Frage liegt sehr nahe: Was geht es England an, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Hafen ihres eigenen Gebiets zerstört. Und Charleston gehört dem Nord auch noch zum Gebiet der Union, da die Südstaaten bis jetzt noch als Rebellen gelten. Uebrigens weiß alle Welt jetzt, daß der Hafen von Charleston durch die versenkten Schiffe und Granitblöcke nicht völlig destruirt ist, daß das Fahrwasser den Hauptringangs offen ist, und daß noch zwei andere Eingänge zum Hafen vorhanden sind. Die Unionsregierung hat lediglich den Hauptringang in der Art verwacht, daß die Aufsicht der Kreuzer erleichtert und die Umgehung der Blokade unmöglich gemacht wird. Alles das mag für den europäischen Handel unbequem sein. Die europäischen Westmächte haben sich aber hierin Unannehmlichkeit durch ihre Politik zugezogen, indem sie dem südlichen Sonderbund nach Kräften Vorschub leisteten; hätten sie im Gegentheil sich neutral verhalten oder besser noch sich offen für die Union ausgesprochen, so existirte vielleicht der Sonderbund gar nicht mehr.)

* Die englischen Blätter sind fortwährend voll Gift gegen die nordamerikanische Union. Die Baumwolle bleibt aus, das ist der wahre Grund des Aergers. Der „Morning-Herald" sagt, England solle Kriegsschiffe vor jedem Hafen der Südstaaten aufstellen und den Hafen von Charleston, sowie alle anderen Häfen der Südstaaten dem neutralen Handel öffnen. Der „Morning-Herald" fügt hinzu, Frankreich würde sich zu diesem Zwecke sicher Englands anschließen. Die frommen Wünsche des „Morning-Herald" werden aber schwerlich sodald in Erfüllung gehen.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Der Herzog von Aumale beabsichtigt binnen Kurzem ein Werk über die Julimonarchie erscheinen zu lassen, das weichen, wie in seinem letzten an den Prinzen Napoleon gerichteten Schreiben, die Regierung von 1830 gegen die heftigen Angriffe der Publizisten des Kaiserreichs vertheidigt werden wird. — Nach der Indépendance" hat Thouvenel den französischen Bevollmächtigten in Washington beauftragt, die Mißbilligung der französischen Regierung über die Zerstörung des Charlestoner Hafens auszudrücken. (Vergl. England.)

Eine neue französische Brigade ist nach Mexiko abgeschickt worden (wahrscheinlich um den Spaniern, die dort so scharf vorgehen, besser auf die Finger zu sehen).

Italien.

Nach der Turiner „Opinion" ist es im Werke, die französischen Truppen auf Rom zu beschränken und an die Stelle der päpstlichen in den von diesen noch besetzten Plätzen „italienische" Garnisonen zu bringen, eventuell wenigstens gemischte französisch-italienische Garnisonen. Der Papst soll die wenigstens Freiheit haben, alle seine Truppen zu entlassen. (Wahrscheinlich sind das nur Privatwünsche der „Opinion" oder Andeutungen des ministeriellen Blattes über das, was die Turiner Regierung wünscht, was aber Napoleon nicht thun will.) Die „Opinion" fügt noch hinzu, der Kaiser Napoleon bemühe sich bei der russischen Regierung, um dieselbe zur Anerkennung des Königreichs Italien zu bewegen (scheint auch nicht glaublich gerade jetzt, wo Napoleon wieder besser mit dem Papst steht). In Rom ist inzwischen am Petrestage eine nationale Demonstration vor sich gegangen. Man erwartete eine päpstliche Demonstration; diese zu vereitteln, wurden zahllose dreifarbige Fahnen mit den Inschriften zur Schau getragen: „Es lebe die freie Kirche im freien Staate!" (Cavours bekannter Spruch.) „Der Papst ist nicht König, sondern Viktor Emanuel König von Italien!" Am Abend wurde illuminirt und

---

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

(Fortsetzung.)

Bei der im folgenden Jahre 1805 erfolgten Organisation des Gymnasium und der Realklassen erhielt Fröhlich den Auftrag, den Plan für die Errichtung einer Musikanstalt für das Gymnasium zu entwerfen. Der Plan wurde angenommen, Fröhlich auch als Musiklehrer am Gymnasium mit einer Gehaltserhöhung bestimmt, und das Institut auch auf die musikalische Kultur der Schüler des Gymnasium ausgedehnt.

Die großherzogliche Regierung erhob das Musikinstitut im Jahre 1811 zu einer allgemeinen Landes-Anstalt. Um diesen Zweck zu erreichen, wurden außer den Studirenden der Universität und den Schülern des Gymnasium auch die Kandidaten des Schullehrer-Seminar (der Pflanzschule der künftigen Lehrer auf dem Lande und in den Städten) mit in den Unterricht aufgenommen, so wie die unentgeltliche Ausbildung jedes andern musikalischen Talentes.

Die bayerische Regierung vermehrte im Jahre 1820 die Mittel des Instituts, indem sie zugleich seinen Wirkungskreis erweiterte. Durch die gewährte materielle Unterstützung ward es möglich, die Anstalt auf den gehörigen Punkt zu bringen, und die vielen Bedürfnisse zu befriedigen, welche sich bei der Realisirung eines so großen Zweckes vorfanden, wie sich dessen eine musikalische Anstalt des In- und Auslandes rühmen kann; denn nicht blogis Konservatorium der Musik sollte sie seyn (worin viele andere musikalische Institute ihr gleich stehen, manche bei den in jener Beziehung erscheinen Mitteln sie weit überbirten mögen), sondern Volksanstalt im höhrern Sinne. Das Leben der Kunst, Ihre und Gefühl des Schönen, gesellte sich durch die allgemeine Kirche, Schule und alle übrigen Lebensverhältnisse umfassende Pflege der Musik der Bildung im Geistigen und Religiös-Moralischen bei; ergreifend die Erwachsenen, bei der heranwachsenden Generation die noch biegsamen Empfindungsstämme regelnd, ein edles Bedürfniß herstellend; das Ewige, Heilige in einen Gegenstand ihrer Neigung, ihres Begehrens verwandelnd; austauschend dagegen (ihr selbst unbemerkt) die unedlere Richtung der Empfindungen, das gemeinsame Bedürfniß. Und da auf Bildung im Gesange vor-

Digitized by Google

Feuerwerke in den drei Farben abgebrannt. Die Straßen waren außerordentlich belebt.

Neapel, 8. Jan. Nach großen Anstrengungen und nach einer unendlichen Zahl von Flüchtlingen ist es endlich den Piemontesen gelungen, die Bastilleaia, welche im Oktober und November als der Mittelpunkt des Aufstandes anzusehen war, zu unterwerfen, und zu ihrem nicht geringen Schrecken werden sie jetzt gewahr, daß sie hiermit für die Befestigung ihrer Herrschaft eigentlich gar nichts gewonnen haben. Die zersprengten, von den Truppen della Chiesas gejagten Guerilla-Banden flüchteten aus dem gebirgigen Distrikt der Potenza, den sie im Winter doch nicht halten können, nach den weiten Ebenen der Capitanata und fanden dort bei den Einwohnern eine gute Aufnahme und genügende Ruhe zur Erholung von den in der Basilicata erlittenen Niederlagen. Ihr Fahnenflüchtigen der noch jetzt immer mit gleich schlechtem Erfolge fortdauernden Aushebung füllen schnell die Lücken in ihren stark gelichteten Reihen aus, und bald waren sie im Stande, mit derselben Energie, wie vorher, den Kampf gegen die Piemontesen wieder aufzunehmen. Die anfänglich kaum 20 oder 30 Mann starken Banden, die sich ängstlich vor jedem Zusammenstoß mit den piemontesischen Patrouillen hüten mußten, sind jetzt bis auf 100 und 200 Mann angewachsen und beherrschen ungestört fast die ganze von Truppen ziemlich entblößte Provinz. Nur die größeren Städte blieben von ihren Angriffen und Einfällen verschont. Die reichen Eigenthümer, namentlich wenn sie im Geruche des Liberalismus stehen, werden in einer so übermäßigen Weise gebrandschatzt, daß die Capitanata nur noch eine weite Domäne der Aufständischen zu seyn scheint. Da auch mehreren Deputirten, welche es mit ihrer Würde als Volksvertreter nicht für vereinbar hielten, die von den Bourbonisten auferlegten hohen Steuern zu bezahlen, die Besitzungen verwüstet wurden, so werden die Klagen und Hilferufe der Grundbesitzer wahrscheinlich bald auch im Turiner Parlamente zur Sprache kommen. Die meisten Gutsbesitzer flüchteten in die Städte und zahlten ohne Umstände jede von ihnen verlangte Summe, um ihre Häuser und Felder zu retten. Auch die piemontesischen Soldaten verstanden es, von der guten Gelegenheit zu profitiren, und ließen sich die Biehherden, welche sie den Guerillas abjagten, von den früheren Besitzern für gutes Geld wieder zurückkaufen. Die Felder müssen auf Befehl der Aufständischen unbebaut bleiben, die Heerden von ihren Hirten verlassen werden. Die Masse der Bevölkerung liefert den Guerillas bereitwillig Nachrichten, Lebensmittel und Obdach. Der General Doda, welcher die Truppen dort befehligt, beschränkt sich darauf, die Städte zu halten und hin und wieder eine Patrouille, die nicht selten in einen Hinterhalt gelockt und niedergemacht wird, hinauszuschicken. (N. Pr. Z.)

Türkei.

Wie das „Vaterland" berichtet, ist der französische Konsul in Albanien Hr. Hecquard abberufen worden, aber nicht auf den Antrag des Wiener Kabinets, sondern aus freier Entschließung des Hrn. v. Thouvenel, welcher mit dieser allerdings sehr wünschenswerthen Entfernung des Hrn. Hecquard aus den insurgirten und gährenden türkischen Provinzen Oesterreich einen freundlichen Dienst erweisen wollte. Hecquard unterstützte und hetzte die Aufständischen und Montenegriner, wie und wo er immer konnte. Das war dem Kaiser Napoleon früher ganz recht; jetzt aber, wo er mit Oesterreich sich auf einen guten Fuß setzen will, kann er diesen Mann dort nicht mehr brauchen.

Amerika.

New-York, 4. Jan. Um die Ungeduld des Publikum zu besänftigen, hat der Kongreß ein Komité eingesetzt, welches die bisherige Führung des Krieges untersuchen und namentlich die Ursachen der Niederlage der Bundestruppen bei Bulls Run feststellen soll. Dieses Komité berührt die verschiedenen Bundesgenerale, stößt aber bei fast allen auf Widersprenstigkeit. Einer der neugebackenen Generale soll sogar an Cromwell und seine Verfahrungsweise gegen ein „fähiges Parlament" erinnert haben.

Allem menschlichen Ermessen nach — sagt die „Weserzeitung" — ist die Zahlungseinstellung der New-Yorker Banken nur der Vorläufer der Zahlungseinstellung des gesammten Landes. Auf die Noten der Kreditanstalten wird sehr bald das offizielle Papiergeld folgen, und an den amerikanischen Börsen wird, wie seit Jahren in Wien, Gold und Silber einen Agiotrus haben.

Der französische Gesandte in Mexiko, Hr. Dubois de Saligny, ist glücklich in Veracruz angekommen. Bei seiner Abreise von Mexiko nahm er seine Archive, sowie diejenigen der spanischen Gesandtschaft mit. Außer dem ganzen Gesandtschaftspersonal folgten ihm mehrere hundert Fremde. Unterwegs mußten sie ein Korps von etwa 300 Individuen in die Flucht schlagen, welches ihnen einen Hinterhalt gelegt hatte, und kurz vor Veracruz wurden sie noch nimmal angegriffen, wobei ihr Gepäck und die Gesandtschaftsarchive verloren gingen. Nach den offiziellen Berichten über die Besitznahme von Veracruz durch das spanische Expeditionskorps war vor der Landung desselben eine Verständigung zwischen dem spanischen Admiral, dem französischen Konsul und dem Kommandanten des französischen Kriegsschiffes „la Foudre" getroffen worden, welche alle Rechte und die ganze Aktion Frankreichs vorbehielt, wie wenn es selbst zu den betreffenden Operationen mitwirke. Punkt 6 und 7 lauten: „Der spanische Oberbefehlshaber wird ohne Mitwirkung der kaiserlichen franzöl. Regierung nicht in das Innere von Mexiko vorrücken, noch einen Vertrag mit der mexikanischen Regierung abschließen. Alle Rechte Frankreichs bleiben vorbehalten, gleich als wenn Frankreich bei der Einnahme des Platzes mitwirkte." Dieselbe Uebereinkunft wurde auch zwischen dem spanischen Admiral und dem Kommandanten des britischen Kriegsschiffes „Ariadne" abgeschlossen. (Befanntlich sind die französischen und englischen Streitkräfte erst noch unterwegs, werden aber demnächst in Veracruz eintreffen.)

Volkswirthschaftliches.

* Bremen, im Januar. Die am 23. d. M. stattfindende Eröffnung der Eisenbahn zwischen Bremen und Bremerhaven veranlaßte das hiesige Speditionsgeschäft von J. C. und J. H. Dubbes (Firma J. H. Bachmann), auf letzterem Platze eine Filiale zu errichten. Durch Vollendung dieser Schienenstrecke ist auch für den Winter der ununterbrochene Verkehr des Inlandes mit überseeischen Häfen hergestellt, indem Bremerhaven durch seine günstige Lage nahe der Nordsee zugängig bleibt, selbst wenn die Eid- und andere benachbarte Häfen durch Eis geschlossen sind. Die Verbindung mit England wird durch sechs Dampfer des Nordeutschen Lloyd unterhalten. Nach New-York fahren drei ebenfalls dem Norddeutschen Lloyd gehörende Bremer Post-Dampfer.

---

züglich Rücksicht genommen, und dieser in allen Kirchen und Schulen des Kreises zur Erhebung angewendet wird, so eint sich hier mit der Wirkung des Schönen die Kraft des Wahren und Guten. Daher die Hauptrichtung dieses musikalischen Instituts: Religiöse Bildung im weiteren Sinne.

Dabei wurde aber die musikalische Bildung im engeren Sinne nicht vernachlässigt. Sie erstreckte sich durch alle Zweige und Stufen von den ersten Anfangsgründen bis zur philosophischen Betrachtung und Tonsetzkunst, jedem Theilnehmenden mitgetheilt nach Bedürfniß. Und da die Geschichte überhaupt der Weg der Führung Gottes ist, so konnte man auch diesen in der musikalischen Bildung einschlagen, und vieljähriger guter Erfolg rechtfertigte das Verfahren. Von den einfachsten Werken der fremenden Kultur in den verschiedenen Zweigen der Tonkunst, besonders in der Instrumentalmusik, beginnend, erhob und erweiterte sich der Tempel der Kunst, bis ihn, Michael Angelo's kühnem Genius gleich, die Riesenkuppel der größten Geister schloß. So durchstrebten die Zöglinge die ganze Zeit der Kunstentwicklung, so erschwangen sie sich mit ihr in unvermeidlter Stufenerhöhung; so gewannen sie eine gründliche Einsicht in das Wesen der Musik und Kunst überhaupt, nicht auf kalter Begriffsentwicklung beruhend, sondern selbst gebildet aus dem durchlebten Leben der Kunst, geleitet nur und berichtigt durch des Lehrers Hinweisung und zweckgemäße Erörterung.

Fröhlich hat das Institut ins Leben gerufen, durch alle Perioden von den ersten kleinen Anfängen bis zu seiner jetzigen Vollommenheit hindurch geleitet, und ihm allein verdankt dasselbst die glänzenden Erfolge, durch welche es seit einer Reihe von Jahren den ungetheilten Beifall aller Kunstfreunde sich errungen hat.

Wie wichtig die allgemeine Pflege der Musik für die Bildung des Volkes im vereinten Gebiete des Schönen und Guten ist, wie keine andrer Kunst alle Lebensverhältnisse so durchdringt, den Menschen vom Sinnlichen bis zu den edelsten und erhabensten Gefühlen zu erschwingen und in seinem Gemüthe die heilige Sehnsucht nach Jenem hervorzurufen vermag, was dauerhaft und hier begläckt, was rinstens uns dort befriedigen und beseligen wird; dieß entwickelt sich ebenfowohl aus dem Wesen der Musik, als es die Kulturgeschichte der Menschheit überhaupt bestätigt.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Jan. (Aus den Verhandlungen des obersten Gerichtshofes.) Im März 1858 wurde unvermuthet eine Revision der Kassen und Bücher bezüglich 5 bei der k. Regierung von Niederbayern in Verwaltung befindlicher Studienfonds vorgenommen, und es zeigten sich ein Abgang von fast 10,000 fl. sowie auch falsche Einträge in den Büchern, um den Abgang zu verdecken. Es wurde gegen den mit Verwaltung dieser Fonds betrauten k. Rechnungskommissär Titus Wolf Untersuchung eingeleitet und derselbe durch Erkenntniß des k. Appellationsgerichtes von Niederbayern vom 11. November 1861 wegen 5 realkonkurrirender Verbrechen der Amtsuntreue in die öffentliche Sitzung des Bezirksgerichtes Landshut verwiesen, wegen der Angeschuldigte wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes die Nichtigkeitsbeschwerde einlegte. Der k. Staatsanwalt am obersten Gerichtshofe beantragte die Vernichtung des appellationsgerichtlichen Urtheiles und Verweisung der Sache in die geheime Sitzung des obersten Gerichtshofes, um auf die Voruntersuchung Bedacht zu fassen. Diesem Antrage wurde entsprochen, da in den von der II. Instanz vorläufig festgestellten Thatsachen, wonach Wolf vermöge seines Amtes die Verwaltung dieser Gelder hatte, die Verbindungen der Amtsuntreue II. Grades zu finden seyen. Da das Verbrechen der Amtsuntreue nicht an verschiedenen Persönlichkeiten, sondern mehrmal am Staate begangen worden sey, so erscheine Artikel 109 Thl. I. d. St.-G.-B. als unrichtig angewendet. (A. Abdz.)

Gestorben: in München der Historienmaler A. Posch.

Hechingen, 20. Jan. Am letzten Samstag Abend ging Jakob Ruff von Grosselfingen von dem Dorf Weisingen weg, um nach Haus zu kommen. Auf dem mit Schnee bedeckten Felde verirrte er und sank endlich eine Viertelstunde von der Heimath entfernt ermattet nieder. Erst am Morgen des folgenden Tages fand man ihn erfroren. Der Unglückliche hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. (S. M.)

Aus Genf wird glänzender Erfolg der öffentlichen Vorträge des Hrn. Prof. Karl Vogt über seine nordische Forschungsreise berichtet. Herren und Frauen füllten zum Ersticken die Räume des Grossen-Rathssaales, Saal und Gallerien.

Neueste Nachrichten.

München, 22. Jan. Se. Maj. der König hat die Stelle eines Kreisklassiers der Pfalz dem k. Rentbeamten von Kaiserslautern, J. B. Dämmer, verliehen. (A.M.Z.)

München, 21. Jan. (Militärdienstesnachrichten.)
Se. Maj. der König hat das Dienstestauschgesuch der Hauptleute Otto v. Orff vom 1. Inf.-Reg. — und Otto v. Hörmann vom Inf.-Leib-Reg. genehmigt; den Unterlieutenant Iwan von Suckow vom 14. Inf.-Reg. zur Garnisons-Kompagnie Rumphenburg versetzt; den Obersten à la suite Max Fürsten v. Thurn und Taxis — und Franz Schenk Frhrn. v. Stauffenberg den Charakter als Generalmajor, — dann dem Major à la suite Ludwig Grafen zu Pappenheim den Charakter als Oberstlieutenant à la suite verliehen. (Mil.-Verordngsbl.)

In Folge eines unter den Verwaltungen des deutsch-österr. Telegraphenvereins getroffenen Uebereinkommens kann nunmehr die Berichtigung der etwaigen Gebühren für die Weiterbeförderung der Depeschen durch die Post oder mittelst expressen Boten in und von den Adressaten überlassen werden und sind in diesem Falle die Depeschen wie andere unfrankirte Expreß-Briefe den Bestimmungen des Art. 26 des Postvereins-Vertrags vom 18. Aug. 1860 gemäß zu behandeln. Die Gebühren für die Weiterbeförderung telegraphischer Depeschen mittelst Estafette müssen jedoch auch künftig vom Absender entrichtet werden. (Verord.-Bl.)

München, 22. Jan. Der Gutsbesitzer Frhr. v. Gumppenberg-Bayerbach wurde zum k. Kämmerer, dann der Unterlieutenant à la suite Oskar Frhr. v. Gemmingen-Hagenschieß und der Rechtspraktikant Du Jarrys Frhr. v. La Roche wurden zu k. Kammerjunkern ernannt. (A.M.Z.)

In Hannover sind am 21. d. M. die Kammern eröffnet worden. Schon in der ersten Sitzung sind nach einem Telegramm der „Weserzeitung“ nicht weniger als 37 Regierungsvorlagen eingegangen, darunter Gelobverträgen für neue Telegraphenlinien, Vorlage wegen Eisenbahnfreiheit. Graf Bernstorff stellte auch das deutsche Handelsgesetzbuch in Aussicht. (Bekanntlich hatte Hannover bisher nebst Bremen, Hamburg und Mecklenburg Bedenken erhoben, dasselbe bei sich einzuführen. Dieser Anstand scheint nun gehoben zu sein.)

— Wien. Wie uns aus Budweis geschrieben wird, ist jetzt der größte Theil der deutschen Gemeinden im südlichen Böhmen der Petition jener Stadt um Erhaltung der deutschen Unterrichtssprache an ihrem Gymnasium beigetreten. Es fehlen nur noch die Unterschriften der Gemeindevertretungen aus 2 Bezirken, und sobald dieselben eingelaufen sein werden, soll das Schriftstück an das Staatsministerium abgehen. Die Czechen, welche früher vergeblich mit Gegenpetitionen gedroht, beschränken sich jetzt darauf, durch Einwirkungen hinter den Coulissen die Deutschen zur Aufgebung ihres Planes zu verlocken.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stadel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Ca. I. S. B. K.)	—	
"	5 pCt. Lomb. ditto.	80⅜ G.	
"	5 pCt. Venet. Coupon d. B.	69 G.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	88—⅛ G.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	70½ G.	
"	4½ pCt.	61⅜ G.	
"	4 pCt.	—	
"	3 pCt.	—	
Preussen	4½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	103⅝ P.	
"	4½ pCt. Obl. Hypoth. dto.	103⅞ G.	
"	4½ pCt. Obl. 1/4 Anl. dto.	103¼ G.	
"	4 pCt. Obl. dto.	101⅞ P.	
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅞ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97½ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1849	98⅞ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅛ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	96½ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.	
"	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅞ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅞ P.	
"	3 pCt. Obl.	92½ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5 v. H.	41 G.	
"	3 pCt.	42⅝ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99 G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500	1154⅛P. 115 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	664—67 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	153½—54½ G.	
Bayerische Bank à 5. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	199 P. 198 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	74⅜ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	79⅞ G.	
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	336 P. 333 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	82½ P.	
Oest. F. St. Eisb. à 200 Fr. à 20 Thlr.	85⅞ P. 85 G.	
" Rhein.-Eisenbahn à 5. 250	100⅛—⅜ G.	
" Eisenb.-Bahn Prior. à 5 pCt. 6/7	73⅞ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 à pCt. Z.	24—½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129½ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	82¼ P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	246½ G.	
Span. Inländer à. Pistarre	515 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	440 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbar.	105⅜ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅜ G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	97⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99½ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Bremn. 80 Th. Lad. k. S.	86⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	103⅝ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117⅛ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	82⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛B. 92⅞G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 M.	—
do. in Sst. W. I. S.	83⅜ B. ⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	68½ G.	Kurhess. Thlr. 40 k. K.	82⅜ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	83¼ P.	Gr. Hessen d. 50 k. K.	128 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	68¼—½ G.	" fl. 25 do.	25½ G.
" fl. 100 Kiesb. L. v. 1858	105 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. Schl.	119⅞ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Ludwig m. 2½ pCt. Z	37 P.
Modenese fl. 50	22¼ P.	Venetian.-Loose fl. 10.	9½ G.
Radetzky fl. 35	24⅜ P.	Anat.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 22. Januar. Die steigende Bewegung der österr. Fonds machte heute weitere Fortschritte. Besonders Bankaktien erfuhren eine abermalige bedeutende Preiserhöhung. Südeuropäische Fonds durchgängig sehr fest. Pfälzische Bahnen begehrt und höher, besonders Maxbahn-Aktien. Auch für Rhein-Nahebahn-Aktien wurden bessere Kurse bezahlt. (Sptd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | Freitag, 24. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Ein Korrespondent der „Köln. Zeitung" vernimmt, daß die Minister deutscher (der sogenannten Würzburger) Mittelstaaten demnächst eine neue Konferenz beabsichtigtren und zwar in Dresden. Außer der Bundeskriegsverfassung solle auch die kurhessische Angelegenheit und die Bundesreformsache zur Sprache kommen. Der Wunsch zu einem mündlichen Austausche, statt der Verhandlungen von Kabinet zu Kabinet, an einigen Stellen lebhafter geweckt haben. Das Projekt scheine jedoch erst in der Bildung begriffen zu seyn.

Die seit mehreren Jahren in Frankfurt a. d. Oder erschienene „Monatsschrift für deutsches Städtewesen" hat sich mit Anfang d. J. in eine wöchentlich erscheinende „Deutsche Gemeindezeitung, redigirt von Dr. Stolp" verwandelt und verspricht nach der jetzt vorliegenden ersten Probenummer ein frisches Organ zu werden. Zunächst ist das österreichische Gemeindewesen einer eingehenden Besprechung unterzogen, dann wird die Bevölkerungsstatistik Hannovers mitgetheilt, die Gewerbefrage angeregt und der übrige Raum mit lehrreichen Berichten, Notizen u. s. w. aus dem Gemeindeleben ausgefüllt. Wir würden es für sehr ersprießlich ansehen, wenn alle Magistrate dies Organ sich nicht blos anschafften, sondern auch läsen und mit Beiträgen unterstützten, damit gerade auf diesem wichtigen Gebiete des öffentlichen Lebens auch das Bewußtseyn der Zusammengehörigkeit im ganzen deutschen Vaterlande immer lebendiger erwachte und erstarkte.

Bayern. München, 21. Jan. Dem am kgl. Hofe gestern Abends stattgehabten großen Balle haben JJ. MM. der König und die Königin mit den Prinzen Luitpold und Adalbert und den Herzogen Ludwig und Karl Theodor beigewohnt. Der König eröffnete den Ball mit der Gemahlin des kais. russischen Gesandten, Frau v. Severin; er verweilte nur bis 9 Uhr. (A. Abdz.)

Dem dahier bestehenden Verein zur Vorsorge für entlassene Sträflinge sind von Sr. Maj. dem König Korporationsrechte verliehen worden. Die Regierung von Oberbayern hat das Gesuch des Vereins, ihm, der sich schon seit längerer Zeit als Kreisverein konstituirt hat, das Vermögen des früher bestandenen Kreis- und Bezirksvereins zu entsprechender Benützung und Verwaltung auszuhändigen, genehmigt. Demzufolge erhielt der Verein einen Vermögenszuschuß von über 3000 fl.

München, 22. Jan. Der von hier abgegangene Professor v. Sybel, welcher, seitdem er eine Professur in Bonn bekleidet, in Schrift und Rede gegen Süddeutschland und Bayern eifert und für die preußische Hegemonie schwärmt (d. h. offen; weniger laut nun mehr versteckt that er es schon in München), hat vom König von Preußen die Schleife zum rothen Adlerorden dritter Klasse erhalten. (M. B.)

München, 22. Jan. St. Maj. der König hat die durch das Ableben des Kanonikus Priester M. Kellner und durch das Vorrücken der übrigen jüngeren Kanoniker erledigte fünfte Kanonikatsstelle an dem Kollegiatstifte zur alten Kapelle in Regensburg dem Kanonikus an dem Kollegiatstifte zu St. Johann daselbst, Priester J. H. emauer, übertragen, die Errichtung eines neuen, siebenten, Kanonikats bei dem Kollegiatstifte U. L. Frau zur alten Kapelle in Regensburg unter der Benennung „Stenerʼsches Kanonikat" genehmigt und daselbe dem Priester M. Greindl, Chorvikar und Studienlehrer der aula scholastica bei dem genannten Kollegiatstifte verliehen; genehmigt, daß die durch das Ableben des Domvikars Priester F. Beringer und durch das Vorrücken der übrigen jüngeren Vikare erledigte sechste Domvikarsstelle in Eichstädt von dem Bischofe daselbst dem Priester J. Weizenhofer, Kooperator an der Dompfarrei zu Eichstädt, verliehen werde. (R.M.B.)

Ansbach, 22. Jan. Nr. 6 unseres Kr.-Amtsbl. bringt den unterm 18. d. ergangenen Abschied für den Landrath von Mittelfranken. Nach demselben hat der Kreishaushalt mit einer Bedarfssumme von 118,711 fl. 26½ kr. und einer Deckungssumme in gleicher Größe, unter welch letzterer eine Kreisumlage zu $10^3/_{12}$ pCt. der Steuerprinzipalsumme mit der Ertragssumme von 91,416 fl. 16 kr. begriffen ist, die allerhöchste Genehmigung erhalten. — Von den besondern Anträgen des Landraths ist u. A. genehmigt: die Zuweisung einer Unterstützung von 100 fl. an die Martinsstiftung zu Rüdenhausen. Die Aufbring-

---

Statistisches über Nordamerika.

Da der unselige nordamerikanische Bürgerkrieg für uns Bewohner der alten Welt in so gar vielen Beziehungen von Interesse ist und besonders auch in unserer engren Heimath so viele Gemüther bewegt, so dürfte es wohl vielen Lesern dieser Blätter nicht unerwünscht seyn, wenn wir hier einige statistische Notizen über die beiden kriegführenden Theile, auf Grund der im Jahre 1860 vorgenommenen Volkszählung, mittheilen.

Die Staaten, welche keine Sklaven halten, theilt man gewöhnlich in vier Gruppen, nämlich: 1) die 6 Neu-England-Staaten Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode-Island und Connecticut mit 3,135,301 Einwohnern; 2) die 3 mittlern Staaten New-York, New-Jersey und Pennsylvanien mit 7,465,943 Einwohnern; 3) die 8 nordwestlichen Staaten Ohio, Michigan, Indiana, Illinois, Wisconsin, Iowa, Minnesota und Kansas mit 7,870,896 Einwohnern; 4) die 2 Staaten Kalifornien und Oregon am stillen Meere mit 432,479 Einwohnern. Die Gesammtzahl ihrer Einwohner beträgt also 18,904,619.

Die sklavenhaltenden Staaten sind: Delaware mit 112,218, Maryland mit 687,034, Virginien mit 1,596,083, Nordkarolina mit 992,667, Kentucky mit 1,155,713, Tenessee mit 1,109,847, Missouri mit 1,173,317, Arkansas mit 435,427, Südkarolina mit 703,812, Georgien mit 1,057,327, Florida mit 140,439, Alabama mit 964,296, Mississippi mit 791,395, Louisiana mit 709,433 und Texas mit 601,039, zusammen also mit 12,230,047 Einwohnern, worunter sich 3,949,557 Sklaven befinden.

Dazu noch der Bundesdistrikt Columbia mit 75,076 Einwohnern (3181 Sklaven) und die sogenannten Territorien New-Mexiko, Utah, Nebraska und Washington, zu welchem der Kongreß durch veränderte Organisation noch drei neue gefügt hat, nämlich Nevada (aus Theilen von Utah und Kalifornien), Colorado (von Kansas, Nebraska und Utah) und Dacota (aus Minnesota und Nebraska). Diese Territorien haben eine Seelenzahl von 220,149, worunter nur 63 Sklaven.

Die Gesammtseelenzahl der bisherigen Union betrug also im Jahre 1860 31,429,891, darunter 3,952,801 Sklaven. Die sklavenfreien Staaten haben über zwei Fünftheile der Gesammtbevölkerung. Gegen die alte Union und mit ihr im Kriege waren bisher nur 10 Südstaaten mit 8 Mill. Einwohnern, weil Maryland, Delaware, Missouri, Tenessee und Kentucky theils noch schwankend, theils am Anschluß an den Sonderbund verhindert waren.

Die größte Sklavenzahl hat Virginien, nämlich nahezu eine halbe Million. Ueber 400,000 beträgt ihre Zahl in den Staaten Südkarolina, Georgien, Alabama und Mississippi; über 300,000 in Nordkarolina und Louisiana; über 200,000 in Kentucky und Tenessee; über 100,000 in Missouri, Arkansas und Texas. Maryland und Florida haben weniger als diese Zahl, Delaware nur 1798. Abgenommen haben sie in den letzten zehn Jahren nur in Delaware, Maryland und im Distrikt Columbia; zugenommen um nahezu 25 pCt. in den acht nördlicheren, um beinahe 32 pCt. in den sieben südlicheren Südstaaten. (Pf. Z.)

Digitized by Google

ung des auf 40,000 fl. veranschlagten Bedarfes für einen Erweiterungsbau an der Kreis-Irrenanstalt zu Erlangen durch Aufnahme eines Anlehens wurde nicht als angemessen erkannt und wird die Kreisregierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, beauftragt, für die Deckung des Bedarfes zu dem bezeichneten Zweck in anderer Weise Vorsorge einzuleiten. (A. Z.)

Preußen. Die Gerüchte über Verhandlungen Preußens mit Braunschweig wegen einer Militärkonvention sind unbegründet.

Berlin, 20. Jan. Bei Gelegenheit des Ordensfestes bekam der Rechtsanwalt Süpfle zu Gernsbach, welcher sich bei dem Attentat in Baden-Baden bemerklich gemacht hat, den Kronen-Orden vierter Klasse. (Fr. J.)

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der das vom Staatsanwalt unabhängige Anklagerecht des Verletzten feststellt. Der Gesetzentwurf soll, wie der Minister bemerkte, einem in der letzten Session vielfach kundgegebenen Wunsche entgegenkommen. Alle Wünsche werden zwar nicht erfüllt, aber das bisherige ausschließliche Anklagerecht der Staatsanwaltschaft erhält doch, so weit sich wirkliche Uebelstände herausgestellt haben, eine wesentliche Modifikation.

Das preuß. Abgeordnetenhaus läßt sich ganz in der Weise an, wie wir befürchtet haben. Die „Fortschrittspartei" selbst hat beschlossen, einen Antrag auf „Antwortsadresse" nicht zu stellen, weil der König sich früher schon dahin ausgesprochen hat, es wäre ihm lieber, wenn man von einer Antwortsadresse Umgang nehme, deren Berathung meist zu unangenehmen Erörterungen führe. Wenn nun schon die Linke so bemüthig sich unterwirft, was ist erst vom Centrum und der Rechten zu erwarten? Unseren Ansichten nach gebührt es blos einer durch fürstliche Gnade in einem absoluten Staat berufenen Versammlung, die Willensmeinung des unbeschränkten Beherrschers schweigend über sich hingehen zu lassen. Daß man mit all den schönen Dingen, die man bei Fassung jenes Klubbeschlusses tröstend und verheißend aussprach, zu nichts kommt, wird die Zukunft nur allzubald lehren. Wie es in dem Abgeordnetenhause aussieht, davon haben die Kommissionswahlen schon ein sprechendes Beispiel geliefert: der vor Allen tüchtige Diesterweg, der ausgezeichnetste Mann seines Faches, ist von der Unterrichtskommission ausgeschlossen! Der neue Budgetentwurf (für 1862) schließt wieder mit einem Defizit von 5,390,178 Thlr., zu dessen Deckung die 25 pCt. Steuerbeschläge forterhoben werden sollen. Dies kann nicht wundern bei der neuen „Heeresorganisation"; wir sind sogar überzeugt, daß der wirkliche Ausfall noch größer sein wird. Auf dem betretenen Wege wird Preußen eben in den Abgrund finanziellen Ruins geführt. Werden die Abgeordneten ihre Pflicht thun? (R. Fr. Z.)

Hannover. Nach der „Kreuzzeitung" wird der Kronprinz, sobald er konfirmirt worden ist, die Universität Göttingen beziehen. Wie aber, wenn die Universität bis dahin noch einen oppositionellen Deputirten wählte? Das wird sie freilich auch wohl nicht thun.

Hannover, 22. Jan. Einer Regierungs-Mittheilung an die Kammern zufolge hat die vorjährige Konzentrirung des zehnten Bundes-Armeekorps zu Feld-Uebungen dem Lande 89,500 Rthlr. gekostet. (Fr. J.)

Baden. Von Karlsruhe ist in den jüngsten Tagen an die deutschen Kabinete eine Denkschrift versendet worden, die sich die Aufgabe stellt, den Antrag der badischen Regierung vom 4. Juli in der kurhessischen Sache (auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gerichtet) staatsrechtlich und politisch nochmals eingehend zu begründen.

Thüringen. Der Dichter Dr. Eduard Lempelley, in jüngster Zeit auch durch seine politische Thätigkeit im Zentral-Komité der (Berliner) deutschen Fortschrittspartei bekannt, ist vom Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha zu dessen Kabinetsrath ernannt worden.

Oesterreich. Nach dem „Sieb. B." haben sämmtliche magyarische Gubernialräthe in Siebenbürgen mit Ausnahme des Grafen Nemes in der Sitzung vom 10. abgedankt. Auch der gesammte Beamtenkörper der Kokelburger Gespanschaft soll zurückgetreten seyn.

Wien, 21. Jan. Der Kaiser ist heute von Venedig in Wirn eingetroffen.

Aus Verona wird der „N. Pr. Ztg." geschrieben, daß die Zahl der jungen Männer, welche die „annexirten" Staaten verlassen und sich an den österr. Gränzen einfinden, um dem piemontesischen Soldatenrock zu entgehen, mit jedem Tag zunehme. Sehr zahlreich sind auch die desertirenden Soldaten Piemonts. Der Kaiser äußerte während seines Aufenthaltes in Verona zu Jemandem: „Lieber sterben, als die Schande eines Verkaufs Venetiens auf mich laden!"

Frankreich.

Paris, 19. Jan. Die Pariser Buchdrucker haben sich bei Firmin Didot versammelt, und den Entschluß gefaßt, eine Denkschrift an die Regierung zu richten, in welcher sie zwar nicht die Censur zurückfordern, aber doch entwickeln, wie sehr auf ihnen die gegenwärtige, so wenig vernünftige Gesetzgebung lastet. Verurtheilungen, Verwarnungen, Anklagen sind das tägliche Loos der Presse. (D. Adler.)

Paris, 20. Jan. Die österreichische Regierung hat hier in jüngster Zeit scheinbar an Einfluß gewonnen. Das Wiener Kabinet hat zunächst von den Zerwürfnissen Frankreichs mit dem Königreich Italien Nutzen gezogen, und dazu bevurste es alleedings keiner besonderen Anstrengungen; Frankreich selbst afflektirte, um in Turin zu schrecken, eine größere Annäherung an Oesterreich als die wirklich stattgefunden. Doch kamen zu diesen negativen Vortheilen andere, welche sich zunächst aus persönlichen Beziehungen bildeten. Keine Regierung scheint es besser zu verstehen, die bei ihr beglaubigten Gesandten zu bearbeiten, als die österreichische. Von dem ehemaligen Baron und jetzigen Grafen Bourquency, der vor dem italienischen Kriege Botschafter in Wien war, hat selbst das Blut von Magenta und Solferino das „Schwarzgelb" nicht abgewaschen; jetzt ist auch der Herzog v. Grammont, der bekanntlich Herrn von Mouffier ersetzte, so österreichisch geworden, daß er allein den Protest Frankreichs gegen die Intervention in der Suttoeina verhindert hat. Daß Fürst Metternich (der österreichische Gesandte zu Paris) persönlich ein Liebling des Kaisers Napoleon ist, nehme ich als bekannt an: er hat sich diesen Botschafter bekanntlich noch, als er im Lager von Valeggio war, ausgebeten. Die wichtigere Seite des Verhältnisses ist die, daß Frankreich vor der Hand aufgehört hat, das Werk der österreichischen Wiedergeburt zu verhindern. (Nat.-Ztg.)

Paris, 20. Jan. Louis Napoleon jagt in diesem Jahre viel häufiger als in den früheren; namentlich scheint er in den alten Jagdrevier Karls X., und des letzten Dauphin bei Rambouillet mit ganz besonderer Vorliebe zu pürschen. Außer den Herren vom Dienst und den Offizieren der Jagd-Equipage befindet sich fast immer Prinz Joachim Murat, Graf Chasseloup und Marschall Randon in Begleitung des Kaisers, seltener Marschall Magnan, der Prince Napoleon Jerome niemals. Der Letztere ist kein Jäger. Vom Marschall Magnan wird erzählt, er habe neulich so ungeschickt gezielt, daß er zwei Schrofförner in die Halsbinde seines Kaisers geschossen; ich weiß nicht, ob es wahr ist, der boshafte Pariser Witz aber versichert, der Marschall habe sich dadurch an dem Kaiser dafür rächen wollen, daß ihn dieser zum Großmeister der französischen Freimaurerei gemacht habe. (R. Pr. Z.)

Marschall Magnan hat den Logenhäuptern angekündigt, er werde den großen Ordensrath der französischen Freimaurerei zur Hälfte aus Anhängern des Prinzen Murat und zur Hälfte aus Anhängern des Prinzen Napoleon bilden. Eine Anzahl der entschiedensten Gegner des Prinzen Murat hat sich für die Anerkennung des neuen Großmeisters erklärt.

Die Pariser Börse hat das finanzielle Manifest Fouldes nicht mit einem Steigen der Kurse, sondern mit einem ganz ungewöhnlichen Fallen beantwortet. Das Defizit von 1008 Millionen gefällt der Finanzwelt nicht sehr; doch dies war schon zum Voraus bekannt, und erklärt sonach keineswegs das Mißtrauensvotum der Börse. Es scheint also, daß Foulds Auskunfts- und Hilfsmittel nicht gefallen haben, daß sie entweder für ungenügende Hülfen oder für übermäßige Lasten, oder für Beides angesehen werden, und daß man ein Aufsehen des Defizits noch nicht sobald hofft. Die Franzosen erfahren nun, daß Ruhm theuer ist, daß gewonnene Schlachten den Sieger so viel wie den Besiegten kosten, und daß es keinen Nationalreichthum gibt, der nicht durch bonapartistische Wirthschaft in wenigen Jahren erschöpft werden kann. Aber diese Erfahrung wird ihnen sowenig über die Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegheilen, als sie bei erster Gelegenheit vor neuem Schwindel bewahren. Es gibt nur Eine Regel in Finanzsachen: seine Ausgaben nach seiner Einnahme richten. Bisher pflegte man das Umgekehrte zu thun, und die Folgen liegen vor Aller Augen, und nicht nur in Frankreich allein. (R. Fr. Z.)

Paris, 21. Jan. Der Präsident des aufgelösten Centralkomité der Gesellschaft des h. Vincenz von Paula, Hr. Bauvon, hat an die 1500 Konferenzen Frankreichs ein Cirkular gerichtet,

Digitized by Google

worin er die mit der Regierung seit dem 15. Nov. gepflogenen, jetzt abgebrochenen Verhandlungen auffährlich darlegt. Gleichzeitig fordert er die Konferenzen auf, ihr „Werk der Mildthätigkeit" fortzusetzen, auf bessere Zeiten zu hoffen, sich jeder Einmischung in die Politik „wie bisher" zu enthalten und vorsichtig bei der Aufnahme neuer Mitglieder zu seyn. (Fr. Postz.)

Portugal.

Nach den neuesten Nachrichten aus Lissadon befand sich König Luiz wohl, und man bot Alles auf, um ihn zu zerstreuen. Der Infant Dom August geht nur sehr langsam der Besserung entgegen. Dom Ferdinand, der Vater des Königs, ist für den Fall einer Erledigung des Thrones von den Kortes einstimmig zum Regenten ernannt worden.

Italien.

Die klerikale „Union" (vom 21. d.) theilt das Programm über das „Credo" eines unter dem niederen italienischen Klerus gebildeten Vereins mit, welcher sich angeblich schon mit dem niederen katholischen Klerus von Frankreich, Deutschland und England in Verbindung gesetzt habe; mit welchem Erfolg, wird nicht gesagt, ebenso wenig wie viele Mitglieder dieser Verein in Italien zählen soll. Das Credo lautet nach der Angabe der „Union" in seinen Hauptpunkten folgendermaßen: „1) Die römische Kirche soll sich, aus freien Stücken und ohne Rückhalt, der Würde der weltlichen Macht entkleiden. 2) Der Bischof soll sich mit dem einfachen Ehrenprimate und Vorrang, den ihm das christliche Alterthum zugestand, begnügen. Dagegen sollen in den Vorschriften des Kultus und der geistlichen Zucht die nationalen Kirchen ihre ursprünglich apostolische Autonomie wahren, oder dagegen in gegenseitigem Zusammenwirken für die Einheit in Glauben, Hoffnung und Liebe, in dem römischen Bischof den anerkennenden Mittelpunkt der katholischen Einheit anerkennen. 3) Man soll der Kirche ihre frühere repräsentative Bundesverfassung wieder geben, durch welche das Volk den ihm zustehenden Antheil in der Wahl seiner Seelenhirten und in der Regelung seiner geistigen Interessen erhält. 4) Man soll die priesterlichen Diözesan-, Provinzial- und Nationalversammlungen wieder einführen. Dieselben sollen aus Mitgliedern gebildet werden, welche das Volk aus einer von dem Klerus aufgestellten Liste von je drei Namen, mit Uebertragung eines dreijährigen Mandats, frei erwählt. 5) Es sollen in dem Schooße der Nationalversammlungen Deputirte der nationalen Kirchen als deren Vertreter bei dem Mittelpunkt der Christenheit gewählt werden. 6) Der Bischof und der Primas können im Interesse ihrer provinzialen und nationalen Kirchen nichts ohne Zustimmung der betreffenden Versammlungen beschließen. Ebenso muß der Bischof von Rom in allen Fragen von katholischem Interesse sich den Beschlüssen der höchsten Versammlung fügen, welche unter dem Titel eines höchsten apostolischen Senats in Rom zusammentritt." Aus den übrigen Forderungen des Programms heben wir beispielsweise noch folgende aus: „Die liturgische Sprache soll Gemeingut seyn. — Das Cölibat soll aufgehoben werden. Alle religiösen Orden bekettelt Geschlechts sollen ohne Unterschied aufgehoben werden, die aufgenommen, welche einen „wahrhaft menschlichen" Zweck verfolgen. Und selbst diese sollen nur ein jährlich zu erneuerndes geistliches Gelübde ablegen dürfen. — Alle geistlichen Güter sollen zum Vortheil einer nationalen Religionskasse eingezogen werden." Man sieht, die Verfasser dieses Programms gehen radikal zu Werke. Indessen scheint dasselbe bis jetzt eben nur die Ideen Einzelner zu enthalten. Daß auf Grund desselben sich ein Verein schon gebildet habe, davon hat man bis jetzt nichts gehört. Die Angabe der „Union", die in diesem Punkt freilich gut unterrichtet seyn könnte, ist die erste bestimmte Notiz dieser Art. Daß es unter dem niedern italienischen Klerus gewaltig gährt, ist freilich schon lange bekannt; möglich auch, daß diese Gährung solche Projekte da und dort erzeugt. Vorderhand ist abzuwarten, ob dieses Programm wirklich offene Anhänger findet, oder ob es ohne weitere Folgen verhallt.

Turin, 20. Jan. Nachrichten aus Faenza melden, daß der dortige Oberst der Nationalgarde, Girolamo Stocchi, auf öffentlicher Straße meuchlings einen Dolchstich erhielt. (A. Z.)

Neapel, 17. Jan. Der Bandenführer Langlois, verwundet, hielt sich hier versteckt. Benachrichtigt, daß die Polizei ihn suche, schiffte er sich ein.

Neapel, 17. Jan. Chiavone wird von einem italienischen Blatte „La Costituzione" in den grellsten Farben eines vollommenen Romanräuber-Hauptmanns folgendermaßen geschildert (NB. vom piemontesischen Gerichtspunkte aus): „Luigi Alonzo — dies ist sein eigentlicher Name — ist im August 1827 in Sora geboren. Chiavone ist ein kräftig gebauter Mann und sein Auge schleudert finstere Blitze. Er kennt keine Gesetze und liebt das Blut; Alles an ihm verräth eine wilde Natur und das Herz eines Tigers. Er hat gar keinen Begriff von Strategie und entbehrt jeder Schuldbildung. Seine Raubzüge kann er nur, Dank der Unterstützungen, die er beständig aus Terracina empfängt, fortsetzen. Sein Hauptquartier ist in Seisalli, ein durch seine Lage als uneinnehmbar bezeichneter Ort. Chiavone ist von Franz II. zum General ernannt worden und erhielt von demselben die Portraits Ihrer neapolitanischen Majestäten, worunter die Worte standen: „Meinem vielgeliebten Freunde und General Luigi Chiavone" (!).

Amerika.

New-York, 10. Jan. Die Unionsregierung hat die in Port Royal weggenommene Baumwolle in öffentlicher Versteigerung verkauft. (Fr. Holdz.)

New-York, 11. Jan. Die Expedition des Generals Burnside hat Annapolis verlassen. Es geht das Gerücht, mehrere Divisionen würden diese Expedition, deren Bestimmung noch unbekannt ist, verstärken. — Das Komité des Kongresses schlägt vor, 150 Mill. durch indirekte Steuern (also nicht durch Papiergeld) während des laufenden Jahres zu decken. (Tel.-D.-Fr.-Holdz.)

Die mexikanische Regierung hatte sich um diplomatischen und peluniären Beistand nach Washington gewandt, dort ist jedoch der Wirrwarr augenblicklich so allgemein, daß auf eine wirksame Vermittlung von dieser Seite nicht zu rechnen ist, und deßhalb hat die mexikanische Regierung einen Korb erhalten; es liegen aber Anzeichen genug davon vor, daß sich die nord-amerikanischen Politiker jetzt vor Allem die Hände frei zu halten suchen, um zu gelegener Zeit die nöthige Korrektur der Ereignisse und Verträge vornehmen zu können.

Die Nachricht mehrerer Blätter, daß in der Republik Venezuela ernste Ruhestörungen vorgefallen und Attentate auf angesehene Ausländer verübt worden seyen, wird vom „Pays" für ungegründet erklärt.

Volkswirthschaftliches.

Paris. Der neue Band des vor Kurzem erschienenen Annuaire Encyklopädique enthält wohl eine der besten und glücklichsten Zusammenstellungen des reichen Materials, welches das vergangene Jahr der Geschichte der Gegenwart beigefügt hat. So findet man, um auch dem Vielen das Erste Beste zufällig aufzugreifen, eine höchst interessante, von J. E. Horn verfaßte Uebersicht über das Schuldenwesen der europäischen Staaten. Die Europäer tragen jetzt eine öffentliche Schuld von 54,629,000,000 Fr., wofür sie jährlich etwa 2000 Millionen Zinsen zahlen. In den zwei letzten Jahren hatte diese Schuldenmasse sich um ein Zwölftel, etwa um vier Milliarden vermehrt und man fürchtet nun so mehr das Gewicht dieser allgemeinen Bürde, wenn man bedenkt, daß sie beinahe ausschließlich durch das System der stehenden Heere und des bewaffneten Friedens so heranwächst.

Nichtpolitische Zeitung.

(Eine seltsame Testamentsklausel.) Ein Berliner Rentier, dem man wohl nur aus Neid den Vorwurf übertreibener Eitelkeit zu machen pflegte, hat in eigenthümlicher Weise sich ein Denkmal für ewige Zeiten setzen wollen. Derselbe hat nämlich in seinem Testamente die Bestimmung getroffen, daß ein bedeutender Theil seines großen Vermögens für ewige Zeiten zinsbar untergebracht werden soll, um aus den Revenuen desselben ein Stipendium für zwei Jünger der Wissenschaft zu begründen. Dieselben müssen nach den testamentarischen Bestimmungen des Verstorbenen unbedingt der juristischen respektive der theologischen Fakultät angehören, sich sittlich geführt haben und — eine angenehme Erscheinung gewähren. Mit dieser letzteren Bedingung wird dann die Vorschrift verbunden, daß die Stipendiaten bei Gelegenheit einer jeden akademischen Festlichkeit einen besonderen Festanzug anlegen sollen, der ihnen alljährlich aus den Zinsen des Stiftungskapitals angeschafft werden soll. Dieser Anzug besteht aus kurzen Beinkleidern, Strümpfen, Schuhen und Kniehosen, aus kurzem Waffenrock und Barret mit einer Straußfeder. Die Farbe des Waffenrocks und der Beinkleider soll für den Juristen roth, für den Theologen schwarz seyn, übrigens aber beide Kleidungsarten von den feinsten Stoffen gefertigt werden. Den Testamentsvollstreckern, welche über die Verleihung des Stipendiums zu entscheiden haben, ist es letztwillig zur besonderen Pflicht gemacht worden,

Digitized by Google

gerade auf die Besoldung der vorerwähnten Kleiderordnung mit Strenge zu halten.

Koblenz, 18. Jan. Eine auffallende Erscheinung sind die in unserer Gegend um am Niederrhein vorkommenden zahlreichen tollen Hunde, deren viele in unserer Nähe und unter Andern dieser Tage bei Köln 50 (!) an einem Tage erschlagen wurden.

Leipzig, 18. Jan. Ein diese Woche vorgefallener Bankerott eines großen Hauses ist, Dank sey dem Zusammenhalt unserer Handelswelt, die auf den alten soliden Ruf unserer Stadt mit ehrenhafter Treue hält, durch Arrangement der Gläubiger überwunden worden. Die Passiva beliefen sich, wie bei dem Dresdner Haus, auf 150,000 Thlr. Die Gläubiger ließen sich mit 50 pCt. abfinden. Das Haus hatte in der letzten Zeit sich zu kühn und ist in den Borsenhandel eingelassen.

Paris, 20. Jan. In den Bureaux des Ministeriums des Innern ist man jetzt mit der Prüfung eines Telegraphen beschäftigt, der den Morse'schen Telegraphen verwängen soll; er schreibt nämlich die Depeschen gleich in Buchstaben nieder. Auch der Telegraph des Abbate Caselli, welcher die Handschrift des Telegraphirenden genau wiedergibt, bildet den Gegenstand der Prüfung.

(D. Arler.)

Neueste Nachrichten.

München, 22. Januar. Die neue Gewerbeordnung konnte dem König vor der Abreise nicht mehr zur Genehmigung unterbreitet werden, dieselbe wird sich aber unter den ersten Gegenständen befinden, die Sr. Majestät nach Nizza übersandt werden.

(Augsb. Abdz.)

** München, 23. Jan. (Privat-Korresp.) Se. Maj. der König hat dem Generalmajor Frhrn. v. Schäfitzel, Brigadier der ersten Kavalleriebrigade habier, die auf Gesundheitsrücksichten erbetene Versetzung in den Ruhestand bewilligt. Der Generalmajor Frhr. v. Rotberg, Brigadier der dritten Kavalleriebrigade in Ansbach, wurde als solcher zur ersten Brigade versetzt und der Kommandant der Bundesfestung Ulm, Generalmajor Limmer, zum Kommandanten der dritten Kavalleriebrigade, dann der Oberst Schebel vom Generalquartiermeisterstab unter Beförderung zum Generalmajor zum Kommandanten der Bundesfestung Ulm ernannt.

München, 23. Jan. Se. Maj. der König hat die im k. Staatsministerium des Innern erledigte Stelle eines Archivars dem geheimen Registrator L. Meyer verliehen, dann zu geheimen Registratoren in demselben k. Staatsministerium befördert: den Ministerial-Kanzlei-Sekretär K. Grahamer und den Registrator der Regierung von Oberbayern, K. v. J., K. Geyß; genehmigt, daß die in Nabburg erledigte Advokaten-Stelle eingezogen werde; die eröffnete Kanzlist-Stelle bei der Regierung von Oberfranken dem Funktionär C. A. Schärtel zu Bayreuth verliehen. (K.Z.W.)

München, 23. Jan. Gestern ist der „Entwurf einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern" ausgegeben worden. Dieselbe enthält sechs Bücher, 46 Hauptstücke in 1177 Artikeln auf 542 Seiten. Die beigefügten Motive in 36 Paragraphen haben 130 Seiten. (K. Z.)

München. Die Verhältnisse über die Gehaltsaufbesserungen an den Studienanstalten sind nun, wie man aus guter Quelle vernimmt, definitiv geordnet. Demach wird ein Studienlehrer mit einem Anfangsgehalt von 700 fl. angestellt und erhält nach jedem Sexennium 125 fl. Aufbesserung, so daß ihm nach vier Sexennien ein Gehalt von 1200 fl. in Aussicht steht. Ein Gymnasial- und Lyzealprofessor wird mit 900 fl. angestellt und erhält nach jedem Sexennium 150 fl. Zulage, so daß er bis auf 1500 fl. steigen kann. Diese Anordnung soll vom 1. Okt. v. J. ihre Geltung haben. (K. Postz.)

Gestorben: der quiesc. Studienlehrer F. Leanzfeldre in Neuburg a/D.; der pens. Rentkramte K. A. Stodäus in München; der Bezirksgeometer P. J. Etienne in Kaiserslautern.

Kempten, 21. Jan. Der hiesige 61jährige Rathsdiener beim Stadtmagistrate, Jakob Schmidt, wurde wegen Unterschlagung anvertrauter Gelder und wegen Urkundenfälschung zur Dienstentsetzung und in eine achtjährige Arbeitshausstrafe verurtheilt.

Oldenburg, 19. Jan. Die von Hannover veranlaßte Konferenz von Regierungsbevollmächtigten der Staaten Hannover, Oldenburg, Bremen und Hamburg zum Zweck einer gemeinschaftlichen Berathung über die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs (die bekanntlich von diesen Staaten, mit Ausnahme Oldenburgs, bisher noch draußen war) ist vor einigen Tagen geschlossen worden. Dem Vernehmen nach soll über eine Reihe Punkte ein Einverständniß erzielt seyn, wenngleich darüber nach dem den Verhandlungen von Anfang an gegebenen Charakter keine bindenden Erklärungen ausgetauscht sind. (Weser-Ztg.)

= In Ferlach in Kärnthen wurde am 12. Mittags um 1 Uhr eine Erderschütterung verspürt; eine zweite in der Nacht vom 17. auf den 18. gegen 1 Uhr. In Klagenfuet wurde in der Nacht vom Freitag zum Samstag um 1 Uhr eine stoßförmige Erschütterung wahrgenommen.

Florenz, 22. Jan. Monsignor Carli, ein Agent des Kardinals Antonelli, ist in Livorno verhaftet worden. (L.d.Schw.M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80⅜ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	69⅛ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47⅛ P.
„	4½ pCt. dto.	41⅝ G.
„	4 pCt. dto.	—
„	3 pCt. dto.	—
Preussen	3½ p Ct. Staatsschuldsch.	89¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	103⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	104 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅛ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜—½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	92¼ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 5. 2. 80	47 G.
„	3 pCt. „ „ 500 „	42⅝ P.
gedruckt	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅝ G.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1151¼P. 115 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	864—62 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 320	197 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74⅝ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	78⅞ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P. 333 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	92 G.
	Oest. F.St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 200 kr.	236 P.
	„ Elisab.-Eisenbahn à fl. 500 . .	106 G.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅜ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.	94⅝ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	129¾ P. 1/4 G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103½ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	62 G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246½ G.
	Span. Bandels- u. Industrie . . .	500 P.
	„ Credit-Akt. d. Gen. Pereire	440 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅞ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅝ G.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in suddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Bremen 90 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104¼ G.
Hamb. Mk. 100 k. S	87⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London 1st. 10 k. S	117½ B.
Lyon Fr. 300 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Fr. 200 k. S.	93⅛B. 92⅞G.
Triest fl. 100 k. S.	83⅜ B.
Wien fl. 100 k. S.	104¼ G.
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	83⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	96½—98 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	61⅞ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	65¾ P.	„ fl. 25 do.	38⅜ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	104⅝ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37⅜ P. 3/4 G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	119⅛ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53½ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich v. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	93½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	23⅜ G.
Badische fl. 35	84⅝ P.	Anslh.-Gumsenh. fl. 7-L.	11¼ P.

Frankfurt, 23. Januar. Da die Pariser Kurse der gehegten Erwartung nicht entsprachen, so wurden öffers. National und Bankaktien etwas niedriger abgegeben. Dagegen erhielten sich Kreditaktien und 500 fl. Loose beträuflig auf dem gestrigen Stand. Das Geschäft war ziemlich belebt bei vorwaltender Kauflust. Für Wechsel auf Wien zeigte sich Begehr zu höheren Kursen. (Spnb.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 25. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 25. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 23. Jan. Wie wir vernehmen, hat Sachsen in der heutigen Bundestagssitzung unter Zustimmung von Bayern und Württemberg einen Antrag auf Ausarbeitung eines neuen Nachdrucksgesetzes gestellt. — Baden überreichte eine Denkschrift über die kurhessische Frage. Ferner wurden in der heutigen Bundestagssitzung die Ausschussanträge auf Erhöhung des Ersatzkontingents für das Bundesheer von 4/4 auf 1/2 pCt. der in der Bundesmatrikel angenommenen Bevölkerungszahl angenommen. Ein Vortrag des handelspolitischen Ausschusses betraf die Resultate des Bundesbeschlusses vom 13. April, wonach sich die Regierungen über die bezüglich mehrerer Fragen der deutschen Wechselordnung eine allgemeine Uebereinstimmung bezweckenden Vorschläge der Nürnberger Kommission äußern sollten. Die zustimmenden Erklärungen der meisten Regierungen sind eingegangen, und es wurde deshalb beantragt: die betreffenden Vorschläge einzuführen und sich dahin zu erklären, etwaige fernere Abänderungen nicht einleitig, sondern nach vorausgeschickten Versuche einer Vereinbarung vorzunehmen.

Coburg, 22. Januar. Der Geschäftsführer des deutschen Nationalvereins dahier, F. Streit, zeigt heute abermals an neuen Beiträgen für die deutsche Flotte 38,079 fl. 53 kr. an, wovon 30,000 fl. h. neuerdings dem preußischen Marineministerium eingezahlt wurden. (Fr. J.)

Unter dem 19. d. M. hat Frhr. v. Künsberg zu Bamberg ein weiteres Schreiben in der Flottenangelegenheit an die Redaktion des „Korrespondenten v. u. f. Deutschland“ gerichtet, in welchem er dazu auffordert, dasjenige, was man im Norden für Preußen, oder richtiger für dessen Marine zum Schutze der deutschen Nord- und Ostseegestade thue, auch im Süden für Oesterreich bez. dessen Marine zum Schutze der südlichen Gestade, zum Schutze Triests und Venedigs zu thun, welche in gleichem, ja noch in höherem Grade bedroht seyen. Nur so, d. h. „durch gleichmäßige Opfer im Süden wie im Norden Deutschlands lasse es sich verschmerzen, daß abermals eine große, rein deutsche Idee von dem preußischen Partikularismus ausgebeutet werde“. (Der Patriotismus des Hrn. v. Künsberg scheint von etwas beweglicher, phantastischer Natur zu seyn. Erst wollte er für Preußen sammeln, jetzt für Oesterreich. Abgesehen aber selbst von politischen Gründen, hatten wir das Eine für so unzweckmäßig wie das Andere: aus Sammlungen dient man keine Flotte.)

***

** **Bayern.** **München**, 24. Jan. (Priv.-Korr.) Der Ministerial-Funktionär H. Bergmaier, seit vielen Landtagen Expedidor der Kammer der Abgeordneten, ist zum Kanzlei-Sekretär im Staatsministerium des Innern ernannt worden.

In **Regensburg** wurde der Baumfissent Pahl aus Passau zum Baurath erwählt.

Preußen. **Berlin**, 22. Jan. Dem Abgeordnetenhause sind heute die ersten Vorlagen von der Regierung gemacht worden, darunter mit 135,864,476 Thlr. Einnahmen und 140,273,935 Thlr. Ausgaben. (Der Abgang soll durch Steuerzuschläge gedeckt werden.) (Bay. K. Nordd.)

Es ist, wie schon erwähnt, dem preußischen Herrenhause das Ministervertrauensvotum nicht vorgelegt worden. Die Regierung hat sich dabei an die bestehende Vorschrift der Verfassung nicht gebunden, sondern beantragt gleichzeitig eine Abänderung der Verfassung im konservativen Sinne. Es soll nämlich nach ihrer Ansicht insbesondere in Uebereinstimmung mit den meisten deutschen Verfassungen nicht einem einzelnen Hause, sondern nur beiden Häusern das Recht der Anklage zustehen, und das Begnadigungsrecht des Königs ohne darauf abzielenden ständischen Antrag nur in Bezug auf die Amtsentsetzung, nicht in Bezug auf etwaige Freiheitsstrafe ausgeschlossen seyn. Endlich soll nicht das Obertribunal richten, sondern ein Hof, der aus Mitgliedern des Oberlandesgerichts und den Präsidenten sämmtlicher Obergerichte jedesmal durch das Loos bestellt wird. (Zeit.)

Baden. Aus dem Lande Baden, 22. Jan. Vorgestern hielt nach längerer Zeit die zweite Kammer wieder eine Sitzung, in welcher sich die Verhandlungen hauptsächlich auf Rechnungsnachweisungen bezogen. Zugleich wurde eine Gesetzvorlage hinsichtlich der Emanzipation der Israeliten gemacht. (Fr. Pfl.)

Oesterreich. **Wien**, 22. Januar. (Privat-Korresp.) Der Bankausschuß hat nunmehr seine Sitzungen beendet, nachdem dieselben durch sechs Tage gedauert hatten, während welcher Zeit über eine Menge Dinge gesprochen wurde, die eben so gut unbesprochen geblieben wären. Das Resultat der Verhandlungen ist kaum der Rede werth, zur Lösung der Bankfrage wird es sicherlich nicht beitragen. Die sogenannten „praktischen“ Leute, welche dem Bankausschuß bilden, und mit vornehmem Hohn auf die Theoretiker in den Zeitungen zu blicken pflegen, haben wieder einmal den Beweis geliefert, daß man Millionär, daß man Bankier seyn kann und doch sehr naive Anschauungen von Bankwesen, sehr geringe finanziell politische Kenntnisse haben kann. Eine eingehende Besprechung der von dem Bankausschusse gefaßten Beschlüsse halte ich schon darum für ganz überflüssig, weil sie ohne alle Tragweite sind, da die ganze Arbeit von Neuem begonnen werden muß, indem das von dem Ausschusse eingesetzte Komite erst jetzt die Ansichten der Regierung vernehmen wird, deren Kenntniß der Ausschuß sehr naiver Weise entbehren zu dürfen glaubte. Wenn übrigens das Komite die Bankfrage von demselben Standpunkte auffaßt, wie der Ausschuß, d. i. von dem Standpunkte des persönlichen Interesse und nur von diesem allein, so werden auch die neuen Verhandlungen kein befriedigendes Resultat liefern und es kann leicht geschehen, daß die Regierung wider ihren Willen gezwungen wird, darauf zu dringen, daß die Bank liquidire. Es wäre dies nicht nur kein Unglück, sondern vielmehr ein großer Fortschritt, wenn zugleich mit dem bisherigen Banknotensystem gebrochen und dafür das System der freien Entwicklung der Kreditinstitute eingeführt würde, wenn an die Stelle einer monopolisirten Centralbank, die hier in Oesterreich wohl niemals in eine vom Staate vollständig unabhängige Stellung gebracht werden kann, Landesbanken treten. Leider ist hierzu sehr wenig Aussicht vorhanden, da die Regierung aus prinzipiellen Gründen, die vorwiegend politischer Natur sind, die freie Entwicklung der Kreditinstitute nicht will. So lange daher nicht in unserem politischen Leben wesentliche Umgestaltungen erfolgen, die einen anderen Standpunkt in dem Bankwesen Seitens der Regierung vermitteln, ist auch kaum zu hoffen, daß letztere von der ihrer eines Central-Bankinstitutes abgeht.

Wien, 21. Jan. Herr Mayer aus Siebenbürgen, welcher im verstärkten Reichsrath 1860 allein den Muth hatte, die Nothwendigkeit der Eintheilung einer Konstitution auszusprechen, hat an den Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses eine Zuschrift gerichtet, in welcher er die Grundzüge eines Projekts andeutet, durch dessen Ausführung binnen 56 Jahren die ganze österreichische Staatsschuld getilgt und andere große Vortheile erzielt werden würden. Diese Vortheile setzt Hr. Mayer auseinander, keineswegs aber seinen Plan, welchen er erst dann in allen seinen Theilen mittheilen will, wenn ihm von dem Reingewinn, der dem Staate aus der Operation erwächst, eine Prämie von 5 pCt. zugesichert wird. Wenn man nur mit Gewißheit auf 56 Friedensjahre rechnen könnte, würde die Tilgung der Staatsschuld mit Leichtigkeit bewirkt werden können. (Fr. Pfl.)

Großbritannien.

London, 22. Jan. Die hiesigen Zeitungen beschäftigen sich heute vorwiegend mit der Expedition gegen Mexiko. Die „Times“ bemerkt: „Die Einnahme von Vera-Cruz ist nur erste Akt der Intervention. Spanien hat den Beschluß gefaßt, den ersten Schritt zu führen. Obgleich durch die Bestimmungen der Konvention daran verhindert, Gebietsvergrößerungen zu suchen, so ist es doch gewonnen, die Gelegenheit zu benutzen, um für die Zukunft Einfluß in der neuen Welt zu gewinnen. Wie können ihm darin nur guten Erfolg wünschen. So weit die von ihm erstrebten Ziele gerecht und wohlthätig für die Menschheit sind, so weit ist sucht, sich dadurch Ansehen zu erwerben, daß es die in seinen alten Kolonien herrschenden Anarchie Einhalt thut und dieselben durch sein eigenes Beispiel überzeugt, wie Friede und gute Erziehung einer Nation rasch einen geachteten Platz in der menschlichen Gesellschaft verschaffen, so wird es die Sympathie jedes europäischen Staates, und zwar keinem mehr als Englands, auf seiner Seite haben. Spanien jedoch soll in dieser Angelegenheit als Beispiel der Energie und des raschen Handelns, nicht allein da stehen. Die französische Regierung ist zu nachdrücklichem Handeln entschlossen. Es liegt auf der Hand, daß Frankreich wieder England, noch Spanien gestatten will, eine wichtigere Rolle zu spielen, als es selbst spielt. Ja, nichts ist gewisser, als daß, wenn die Operationen erst einmal ordentlich begonnen haben, Frankreich sich an die Spitze stellen wird, da es die einzige Macht ist, welche eine große Truppenzahl hinsendet. Gegen das Alles können wir nichts einzuwenden haben. Das französische Herr hätte in keiner gegnerischen Weise verwandt werden können, als zur Wiederherstellung einer guten Regierung in jenem zerrütteten Lande. Die Stadt Mexiko wird wahrscheinlich einige Zeit lang besetzt gehalten werden, und wenn das Ergebniß ein eben so glückliches ist, wie in Spanien, so wird die Welt allen Grund haben, sich darüber zu freuen. Jedenfalls kann Frankreich darauf rechnen, daß wir gegen seine Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe nicht das Geringste einwenden werden. Privatsälle werden wir seinerseits wegen irgend einer Uebergewichts der französischen Streitkräfte empfinden. Wir verlangen nichts weiter von Mexiko, als daß es unseren Landsleuten, denen Unrecht geschehen ist, ihr Recht angedeihen lasse und Bürgschaften für die Zukunft gebe. Bis zu dem Zeitpunkte, wo eine starke Regierung gebildet ist, wird es vermuthlich nothwendig sein, die Hauptstadt durch Truppen besetzt zu halten, und selbst wenn die Franzosen ihre Okkupation auf ein oder zwei Jahre ausdehnen sollten, so würde das dieselbe des Kanals keine Besorgnisse erregen.“ Es ist wirklich interessant, dieses Selbstgespräch der „Times“ anzuhören. Sie lobt Spanien, aber es ist ihr auch recht, daß Frankreich die Spanier überwacht, damit sie sich nicht am Ende doch verleiten lassen, Mexiko ganz oder theilweise zu verschlucken. Und England, versichert sie, ist gar nicht eifersüchtig auf das Uebergewicht der französ. Streitkräfte. Eher möchten wir das Gegentheil glauben, und annehmen, daß auch Talleyrand auch hier die Sprache dazu da ist, die Gedanken zu verhüllen.

Der Nachricht vom Verkauf des Korsarendampfers „Nashville“ wird widersprochen. Desto besser, so wird er hoffentlich dem verdienten Schicksal unter den Kanonen eines amerikanischen Kriegsschiffes nicht entgehen.

„Eine „internationale Gesellschaft“ zur Führung einer Telegraphenlinie über Aden nach Amerika hat sich jetzt in London gebildet. Die englische Regierung interessirt sich höchlich für das Projekt.

Frankreich.

Paris, 22. Jan. Der „Moniteur“ enthält den längst erwarteten Bericht des Hrn. Fould an den Kaiser, und mit ihm treten wir hart an die Schwelle der neuen finanziellen Aera. Der vorläufige Gesammteindruck, allerdings mehr instinktiver als reflektirender Natur, spricht gegen den neuen Budgetkompleg, der in den Händen des Hrn. Fould als Rettungsapparat des tiefer und tiefer sinkenden Staatskredits benutzt werden soll. Die Börse ist bedeutend gefallen, und zwar durch den direkten Eindruck, den der „Moniteur“ auf Spekulation, wie Kapital hervorgebracht hat. Die theoretische Umgestaltung des bisherigen Budget in ein ordentliches und außerordentliches nimmt sich sehr gut und auch sehr richtig aus, nur meint man in praktischer Beziehung, daß nicht die Vertheilung der Ausgaben in verschiedene noch so wohl abgegrenzte Gebiete, sondern einzig die Verschränkung derselben in einer den wirklichen, auf natürlichen Wege sich minderndem oder steigenden Bedürfnissen des Landes aufrichtig entsprechenden Weise zu einem echten Gleichgewicht führen kann. Die Garantie dafür, daß die außerordentlichen Ausgaben nicht die temporären Hülfsquellen des Landes, übersteigen, liegt noch immer nicht in dem neuen Systeme selbst, sondern nur in der Persönlichkeit, welche dasselbe handhabt und morgen vielleicht nicht mehr handhabt. Zur Erleichterung der ärmeren arbeitenden Klasse, die nach dem Voranschlage des Herrn Fould etwa 1,300,000 Individuen umfaßt, werden Personal-, Mobiliar- und Patentsteuern bis zum Betrage von 5 Millionen abgeschafft, die nebst 70 anderen Millionen für die Umwandlung außerordentlicher Posten in ordentliche eine Mehrbelastung auf die übrige Steuerkraft des Landes schaffen. Es wird dadurch in dem Lande des allgemeinen Stimmrechts, also der allgemeinen politischen Berechtigung, ein politisch berechtigtes kaiserliches Proletariat geschaffen, die Schaar der capitis censi. Es ist dies wohl nur zum großen Theile eine Art heiterer Staffage, um den dustern Hintergrund der neu hinzutretenden Steuern aufzuhellen; prinzipiell ist die Maßregel ungerechtfertigt, da ein politisches Recht (das jenem Franzosen zustehende Recht des Stimmens) jedenfalls ein Minimum, aber nicht die vollständige Negation der Besteuerung nach sich zieht. Praktisch nützt sie nicht viel, da selbst der Pariser, das die Patentsteuer für den einzelnen Arbeiter aufhebt, dortheuert, dagegen schon der Nächstwirkung künstlicher Luxussteuern auf die unterste Schichte der Gesellschaft, das Salz und den Zucker für ihn und seine Familie. — Was die Konversion der 4½ pCt. betrifft, so ist sie unstreitig die wichtigste aller Maßregeln, welche der Bericht in nahe Aussicht stellt. Die Renten-Inhaber selber sehen dem, was kommen soll, mißtrauisch entgegen, und dieses Mißtrauen geht auch auf die weiteren Kreise über, die gerade nicht an der 4½ und 3pCtigen, aber doch an einem Staatsanlehen, in welcher verhüllten Form immer, ein sehr begreifliches Interesse haben. — Der Effektivbestand der Armee soll am 1. Jan. 1863 auf ausdrücklichen Befehl des Kaiserd 400,000 Mann und 85700 Pferde sein. Das ist eine bedeutende Reduktion. Im Jahre 1859 war die Armee 556,439 Mann stark, im Italienischen Feldzuge hieß sie auf 660,000 Mann; dann aber 1860 zählte sie nur 485,000, dann 1861 nur 567,000, und jetzt die Truppen in Rom, China und Cochinchina mitgerechnet nur 440,000 Mann. Das Marine- und Kolonial-Ministerium fordert eine Summe von 168 Mill., mithin weit weniger als in den Jahren 1859—1861. — Der Einerlei, den der Finanzbericht bei der ersten Durchsicht verursachte, wäre noch kritischer gewesen, wenn Hr. Fould nicht das Anlehen vertagt hätte. Seine Finanzpolitik dürfte darauf gerichtet sein, das Terrain so weit zu säubern, zu befestigen und aufzuputzen, daß das Anlehen bei einer großen Geizgenheit als Vorschuß auf künftiges Erträgniß neuer Gloire halbwegs mit Anstand und Patriotismus unternommen werden kann.

Die neueste „Independance“ gibt eine Analyse der von Thouvenel an Lavalette gerichteten Note. Nach derselben erachtet der Minister es für unmöglich, auf unbestimmte Zeit die französische Besatzung in Rom aufrecht zu erhalten und verlangt, daß der Papst eine Lösung vorschlage, die er, falls sie annehmbar sey, in Turin unterstützen wolle. (Wir zweifeln, ob diese angebliche Note ächt ist; ist sie's aber, so wurde sie jedenfalls nur deßhalb geschrieben, damit die französische Regierung auf das stete Drängen des Turiner Kabinets erwidern kann, sie habe etwas für Victor Emanuel gethan.) Die „Independance“ bemerkt, daß Kardinal Antonelli als Antwort hierauf in einer Verbalnote die Rückgabe der annexirten Provinzen gefordert habe.

Die Darlegung der französischen Finanzlage durch den Minister Fould enthält eine gründliche Beurtheilung der bisherigen Wirthschaft. Wenn man überhaupt die gegenwärtigen Zustände Frankreichs etwas schärfer ins Auge faßt, müssen starke Zweifel an der Regierungsweisheit (besser gesagt: Schlauheit) des gegenwärtigen französischen Herrschers aufsteuchen, den die Schmeichelei jetzt in demselben Uebermaße vergöttert, wie ihn seine Gegner früher über Gebühr verleinert haben. Von ganz Europa mit Mißtrauen angesehen, selbst von den Italienern im Stillen gehaßt, die Wohlfahrt Frankreichs der Rücksicht auf die Sicherung seiner Dynastie unterordnend: hat Ludwig Napoleon ein großes Land nach zehnjährigem unbeschränktem Regiment sittlich und finanziell in einer Weise zerrüttet, daß die Schäden noch auf Generationen hinaus fühlbar sein werden. Und trotzdem oder vielmehr gerade deßhalb gibt es in und außer Frankreich nur Wenige, welche an die Zukunft der Napoleonischen Dynastie und an die Möglichkeit glauben, daß „das Kind Frankreichs“ seinem Vater auf dem Throne folgen werde. Wenn nach dem Spruch des Hrn. von Roggenbach „die Politik die Kunst des Erfolges ist“, so hat sich die politische Uebertegenheit Ludwig Napoleons erst noch zu bewähren. Denn nicht der augenblickliche, sondern der dauernde Erfolg ist es, welcher entscheidet.

Digitized by Google

Portugal.

Die portugiesische Regierung will auf eine vernünftige Art Nutzen aus dem amerikanischen Bürgerkriege ziehen; sie hat für die Anpflanzungen von Baumwolle in ihren afrikanischen Kolonien (Madeira, Ponto Santo, die Azoren, die Inseln des grünen Vorgebirgs, Guinea; und auf der Ostküste von Afrika, Mozambique) bedeutende Unterstützungen angewiesen, und die Ausfuhr von Baumwolle von allen Zöllen freigegeben.

Italien.

Turin, Auf Pianelli's Anfrage über die Lage des Staats sah Ricasoli neulich im Senat sehr befriedigende Erklärungen über Neapel und sehr hoffnungsreiche Phrasen über den baldigen Erwerb von Rom zum Besten, mit welchen jedoch die Thatsachen in grellem Widerspruch stehen. Minder rosenfarben sah Graf Ponza di San Martino (der bekanntlich das überall verpönte angebetene Ministerium des Innern letzthin auch abgelehnt hat) die Sachen an. Er sagte u. A.: „Als wir von Seiten der Regierung Vorschläge gemacht wurden, trat eine bedeutende Divergenz bezüglich der Mittel hervor, durch welche das Ziel, das wir Alle anstreben, zu erreichen sey. Ich legte nur die Ideen dar, welche die sehr ernste Lage des Vaterlandes in mir entstehen ließ. In der gegenwärtigen Situation sind unsere Finanzen nicht auf dem Niveau der politischen Bedürfnisse. Italien wird niemals stark genug seyn, so lange es nicht neben einer guten Armee auch gute Finanzverhältnisse hat. Ich halte fest an der Ansicht, daß es unerläßlich nothwendig sey, die Finanzverwaltung im System umzugestalten und die politische Tendenz zum Kriege aufzugeben. Wozu sollen die Rüstungen dienen, wenn wir kein Geld haben? Sie können nur dazu dienen, unser Werk halb und halb zu Grunde zu richten." (Aber leider scheint die Turiner Regierung anderer Ansicht zu seyn; sie rüstet fort und fort, erklärt aber dabei feierlich stets, sie wolle nicht losschlagen.)

Turin, 21. Jan. Die „Opinione" erklärt das zwischen Garibaldi und dem Centralcomite di Provvedimento in Genua bestehende Zerwürfniß für sehr bedeutend und weiß nach, daß die im ganzen Lande bestehenden Comite di Provvedimento (unsinnige Comite der Ordnung, die zu sortgesetzten Rüsten und sofortigem Losschlagen drängen) das Land zwecklos in Aufregung erhalten, und warnt daher die Nation vor denselben. (Tel. d. Oste. Post.)

Florenz, 12. Jan. In voriger Woche erschien in einem hiesigen Verlage die neue Schrift Passaglia's, „die Frage der Unabhängigkeit und Einheit Italiens dem Klerus gegenüber". Einen schwachen Gegensatz zu Passaglia's wissenschaftlicher Polemik bilden die Redemonstraden des radikalen Paters Gavazzi, der in seinen Reden (denn Predigten kann man sie nicht nennen) nicht nur gegen Rom, sondern auch gegen Passaglia und die Turiner Regierung eifert. Proselyten hat dieser Mann nirgends gemacht, und man besucht seine Konventikel mehr aus Neugier, als aus Ueberzeugung.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Jan. Ein heute publizirtes Dekret kündigt die Veröffentlichung des Budget an und ertheilt unbeschränkte Vollmacht zur Ordnung der Finanzen an Fuad Pascha, welcher das Großvezirat mit der Direktion der Finanzen in sich vereinigt. Im Ministerrath wurde ein kaiserl. „Hat" verlesen, welcher dem Großvezier bestehlt, ohne Verschub diejenigen Maßregeln zu ergreifen, um das Gleichgewicht im Budget durch Aufhebung neuer Einnahmequellen herbeizuführen. Ferner solle er auch darauf bedacht seyn, daß das Budget jedes Jahr regelmäßig publizirt, daß für die Tilgung der Staatsschuld ein Tilgungsfond angelegt, daß alle Hülfsquellen des Landes gehörig entwickelt und die Land- und Seemacht in gutem Stande erhalten werden. Mit einem Wort: die Staatsfinanzen sollen einer gänzlichen Reform unterworfen werden. Man versichert, Fuad sey zum Verkauf eines ansehnlichen Theils von Kirchen- (Moschees-) Gütern entschlossen; die Ulemas (Geistliche) würden sich in Betracht des Ernstes der Lage (d. h. des Geldmangels in der Staatskasse) nicht widersetzen. Als Pascha hat, weil er mit diesen Reformen nicht einverstanden ist, seine Entlassung angeboten und der englische Gesandte ist nun bemüht, ihn zu den Ansichten Fuad Paschas zu bekehren.

Amerika.

New-York, 7. Jan. Die Bundesregierung stößt die Ausländer, insbesondere die Deutschen im Heere, auf die roch so viel ankommt, bei jeder Gelegenheit vor den Kopf. Sigel hat man dermaßen zurückgesetzt, daß ein aus St. Louis hier eingetroffenes Telegramm besagt, der Beleidigte habe trotz der Bitten seiner Landsleute seine Entlassung zu fordern sich veranlaßt gesehen.

New-York, 11. Jan. Der Staatssekretär Seward hat erlaubt, die englischen Truppen für Canada auszuschiffen und dieselben den Staat Maine passiren zu lassen. Sehr gefällig.

(Tel. d. Fr. Post.)

Volkswirthschaftliches.

Ueber den Stand der Verhandlungen Preußens mit Frankreich hinsichtlich des Handelsvertrages geht der „Berl. A. Ztg." von unterrichteter Seite die Mittheilung zu, daß derselbe trotz aller Nachrichten von eingetretenen Schwierigkeiten dem Abschluß nahe sei. Frankreich will das System der Prohibition (soll wohl heißen: der Schutzzölle) völlig beseitigt wissen, nur soll ein Uebergangsstadium eintreten, um die Uebelstände eines plötzlichen großartigen Systemwechsels zu vermeiden. (Das wäre ein ungeheurer Sprung für Frankreich, wo eben gerade blühen das System der Prohibition in voller Kraft besteht; wir zweifeln daher an der Genauigkeit dieser Nachricht.). Ein Differenzpunkt, der namentlich hier aus noch zu Erörterungen Anlaß gegeben, sind die Eisenzölle; doch ist begründete Hoffnung vorhanden, daß auch in dieser Angelegenheit eine Uebereinstimmung rasch erzielt werden wird.

Die Tabakernte des Jahres 1861 hat in Maryland 45,000 Faß, in Ohio 15,000 Faß ergeben. Da noch viel Vorrath vom vergangenen Jahre da war, so hat man für den Markt im Jahre 1862 etwa 70,000 Faß vorräthig. Demnach war die Besorgniß, man werde des Krieges wegen den Anbau des Tabaks für den der Maisspflanze aufgeben, nicht gegründet.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben: Joseph Rosenberger, Pfarrer zu Teichten, und Peter Knott, gestl. Rath und Pfarrer von Pfaffenmünster; Gutsbesitzer D. Ritter sen. in Sembach.

Deggendorf, 21. Jan. Obwohl erst unlängst durch übermäßigen Genuß des Branntweins gelegentlich einer Wette ein in den zwanziger Jahren stehender kräftiger Bursche in dem benachbarten Dorfe Berg sein Leben einbüßte und auch in Gergenberg ein Knabe als Opfer fiel, haben sich ungeachtet dieser warnenden Beispiele vor ein paar Tagen zwei Bierhändler einen Spaß daraus gemacht, daß sie einen in dem 16. Lebensjahre stehenden Jungen mit Branntwein bewirthen ließen und ihn animirten, er soll nur trinken, so viel er könne, was derselbe in der Meinung, er erwärme dadurch seinen erfrornen Körper, auch that. Als er hierauf ganz betäubt aus dem Zechlokale ging, stürzte er zu Boden und fing zu schreien an, und nur dadurch rettete er sein Leben, daß er sich vom Boden schnell aufraffte und dem Brunnen zueilte und Wasser trank, worauf er den übeladenen Magen durch Erbrechen leerte. (R. Z.)

Frankfurt, 23. Jan. Am Montag Vormittag kamen mit dem Schnellzuge der Mainwerferbahn mehrere wilde Thiere, unter welchen sich auch zwei junge Bären befanden, von Hamburg hier an. In den Packwagen hatte man vor den Käfig dieser Bären unvorsichtiger Weise ein Reh gelegt; jene, letzteres riechend, brachen unterwegs ihren Käfig durch und schleften sich das Reh in ihren Behälter. Als der Zug hier anlangte, sah man mit Erstaunen, wie die zwei Bären mit Wuth über das Reh herfielen und es zerfleischten. Der Eigenthümer dieser Thiere mußte für das Reh, das für eine hiesige Dame bestimmt war, 9 fl. 30 kr. Entschädigung bezahlen. (Fr. J.)

Aus der Wetterau, 21. Jan. Die Spielbankgesellschaft in Nauheim hat, statt eine Dividende vom vorigen Jahre zu ziehen, bedeutende Nachzahlungen zu leisten, dem Vernehmen nach 60,000 fl.

London, 21. Jan. Die unterirdische Eisenbahn zwischen dem äußersten Westende und der City ist so weit vorgeschritten, daß ein Theil derselben in wenigen Wochen dem Verkehr eröffnet werden wird.

London, 21. Jan. Im Schuldengefängnisse der Queens Bench liegt seit geraumer Zeit ein Hr. Whittington wegen einer unbedeutenden Strafsumme, die er entegen soll, aber durchaus nicht entegen will. Lieber bleibt er im Gefängniß. Er selbst ist erbötig, nachzuweisen, daß er ein Vermögen von einer Mill. Pfund und keinen Heller Schulden besitze, trotzdem will er sich durchaus bankerott erklären, nur um die beteffende Summe nicht zu zahlen. Der Bankerutgerichtshof hat sein Gesuch für unzulässig erklärt.

(Frankf. J.)

Der berühmte piemontesische Ingenieur Bonelli will Briefe, Päcke u. dgl. mit großer Schnelligkeit und in jeder Entfernung

Digitized by Google

durch Hülfe der Elektricität befördern. Wie man hört, soll es sich um einen eisernen Wagen handeln, der auf Eisenschienen laufend, einen Behälter, der oberhalb angebracht ist, mittelst Röhrchen von Metalldraht in Verbindung setzt, welch letztere längs der Eisenbahn hinlaufen. Von diesen dieser Röhrchen soll der Wagen auf dessen schnellem Laufe einen Stoß bekommen, und es scheint somit Hr. Bonelli die Elektricität als nachhaltig bewegende Kraft benutzen zu wollen.

In der Gemeinde Bondy hat sich ein ebenso seltenes als schauderhaftes Ereigniß zugetragen. Ein dort lebendes Ehepaar hat zwei Kinder, einen neun Monate alten Knaben und ein fast dreijähriges Mädchen, das schon von Geburt an immer einen ganz außerordentlichen Appetit bekundete. Rohes Fleisch war der vorzugsweise Gegenstand seiner Begierde, und seine Augen leuchteten, wenn es dessen ansichtig wurde. Wer drei Monaten war es mit seinem Bruderchen allein gelassen worden, und hatte die Eltern wesentlich der Ersteren dazu benützt, um das kleine Kind in die Finger zu beißen und Stücke Fleisch aus demselben zu reißen. Trotz aller Vorsicht hat sich die Schauderscene in den letzten Tagen wiederholt. Man hatte die Kinder in ihrem Bettchen schlafend verlassen; plötzlich wurde ein jämmerliches Geschrei gehört, und als man in das Zimmer eilte, lauerte die kleine Margaretha über ihrem Bruder und fraß buchstäblich an dessen Schenkeln. Diesmal waren die Biße so tief, daß man an der Rettung des verletzten Kindes verzweifelt.

* **Literarisches.** Unter dem Namen „Globus“ erscheint seit einigen Monaten im Verlag des bibliographischen Instituts zu Hildburghausen in halbwöchentlichen Lieferungen eine Zeitschrift, herausgegeben von Herrn J. Meyer, die sich in ihrem weiteren Titel als eine Chronik der Reisen und geographische Zeitung ankündigt. Der „Globus“ hat, wie es im Prospectus heißt, zum Zweck, Kunde zu verbreiten von interessanten und glaubwürdigen Reisen unserer Zeit, von Entdeckungen und Erfindungen fremder Welttheile unserer Zeit, von merkwürdigen Erscheinungen und Beobachtungen unter fremden Völkern, von neuen und wichtigen Bezügen in der Wissenschaft der Erdbeschreibung, von Allem und Jedem, was dazu dienen kann, den Menschen mit seiner Heimath, der Oberfläche unserer Planeten, seinen Producten und ihr bekannt zu machen. Diese Zweck soll erreicht werden durch gewissenhafte Berichte wie durch zahlreiche in den Text eingedruckte Holzschnitte, welche den Schilderungen der ersteren durch Versinnlichung zu Hülfe kommen. Wenn wir die uns vorliegenden ersten sechs Hefte betrachten, so müssen wir sagen, daß der Herausgeber die Absicht hat, den Verheißungen des Prospectus zu entsprechen, und in Absetzung des allgemein bildenden Einflusses, den die weitere Verbreitung geographischer und ethnographischer Kenntnisse unter dem Volke hat, wünschen wir dem neuen Unternehmen einen gedeihlichen Erfolg. Wer einen andern Wunsch dabei hat, wer noch hinzufügen, den nämlich, daß der Herausgeber vor Allem darauf bedacht sein möge, seinen Werk durch Original-Aufsätze einen eigenthümlichen Werth zu verleihen. Wir sind zwar nicht der Ansicht, daß man Berichte, die früher in ausländischen Zeitschriften erschienen sind, gar nicht benutzen soll, doch ist es weniger ein derartiges Unternehmen auf solche Quellen recurriren muß, um so besser ist es, zumal da eine Zeitschrift, ihrer Bestimmung entsprechend, immer das Neueste rasch bringen und also wo möglich ohne Umwege aus erster Quelle schöpfen soll. Der Preis ist im Verhältniß zu dem, was geboten wird, recht billig gestellt: für ein Vierteljahr, also für sechs Lieferungen, jede zu 32 Quartseiten und jede mit etwa 15 oder 16 großen Holzschnitten, 2 fl. 12 kr.

Neueste Nachrichten.

In Posen sind die jahrelangen Juden in großer Bewegung. Die Kollegien des Magistrats und der Stadtverordneten, in denen viele Juden sitzen, haben nämlich einen sehr beschämenden Schulkomitéfandidaten zum Lehrer an der städtischen Realschule berufen, der Unterrichtsminister aber hat seine Bestätigung versagt, weil er ein Jude ist, trotzdem, daß der Artikel 12 der Verfassung sagt: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig vom religiösen Bekenntniß.“ Die städtischen Behörden haben deshalb eine Beschwerde an das Ohrenverleumdungsbeschloß.

Bei der in Kojmin am 20. d. Mts. abgehaltenen Nachwahl wurde Hr. v. Niegolewski, welcher bekanntlich die frühere Benachrichtigung über seine Wahl in deutscher Sprache nicht hatte annehmen wollen, mit 272 gegen 72 wiedergewählt. Letztere fielen auf den Gutsbesitzer Kennemann auf Kienka. Es ist anzuerkennen, daß die Deutschen hier nicht wie bei andern Nachwahlen in Posen sich der Abstimmung gänzlich enthalten haben, obwohl sie ihre Niederlage in diesem Wahlkreise voraussehen mußten. Hr. v. Niegolewski wird nun wohl seinen Wahlmännern nicht die Last einer dritten Wahl auflegen.

Ein kecks Attentat wurde auf der Staffordshire-Eisenbahn begangen. Ein Beamter fand auf dem Damme ein unbekanntes Individuum wie leblos liegend, informirte die Polizei und rief einen Arzt. Als der Unbekannte zur Besinnung kam, erzählte er, daß er Brinley hieß, zu Tipton wohne und in einer Grafschaft zu Darlaston arbeite. Er wollte nach Walsall reisen, und stieg in die zweite Wagenklasse ein, wo schon drei elegant gekleidete Herren saßen. Sobald sich der Zug in Bewegung setzte, war einer davon über ihn hergefallen und hatte ihn ausgeplündert. Sie nahmen ihm 9 Schillinge weg und warfen ihn dann durch die Thüre hinaus. Glücklicherweise erlitt er keinerlei Verletzung, trotzdem er die Besinnung verloren hatte, bis ihn der Beamte noch rechtzeitig auffand.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. & B. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. dito.	80⅝ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon d. K.	69⅛ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87⅞—88 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	69⅛ G.
"	4½ pCt. dito.	61⅜ G.
"	4 pCt. dito.	—
"	3 pCt. dito.	—
Preußen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	105¼ P.
"	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dto.	104 P.
"	4 pCt. Obl. 3. Anl. dto.	104⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	104⅛ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	104⅛ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	97½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	104¼ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93 P.
"	3 pCt. Obl.	92⅛ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. 4 fl. 2. 30	47⅛ G.
"	3 pCt. "	42¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	90⅝ P. 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1151/4 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	860 G.
Oesterr. Kreditbanken-Aktien à fl. 200	155—154½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	194½ P. 197 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74⅝ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	80 P. 79⅝ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	62½ P. 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. pCt. 200 Fr. à 78 kr.	225 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	106 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 10 à 4 pCt. Z	24½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	129½ P. 1/4 G.
Pfälz. Mash. Rothschild à 4½ pCt.	103½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	93½ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246½ G.
Spar. Handels- u. Industrie	80⅝ P.
Credit-Akt. des Vereins	440 P.
Bayr. Vereinsbank à 4½ pCt. Anleihen	106 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅞ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99½ B.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅜ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	103 B.
London Lst. 10 k. S.	117¼—1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 300 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in sat. W. 1. S.	83⅝—¾ G.
Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	97½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	62 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	63¾ P.
" fl. 100 Kleb. l. v. J. 1858	104½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	119¾ G.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	99½ P.
Badische fl. 35	84½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. K.	58½—54½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. K.	129½—29 G.
" fl. 25 do.	38⅜ G.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37⅝ P. ⅛ G.
Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Verein-Loose fl. 50	99⅛ G.
Amst.-Gummib. fl. 7-L.	113¼ P.

Frankfurt, 24. Januar. Oesterr. National und Kreditaktien wurden ungefähr zu den gestrigen Kursen umgesetzt. Dagegen wurden Oesterr. Bankaktien billiger abgegeben. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. Von Anlehensloosen waren kurhessische begehrt und höher. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 26—27.	Vierteljährliche Pränumerationspreis hier und ganz Bayern 1 fl. 24 kr. Bei Anfragen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	59. Jahrgang.	Montag, 27. Januar 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen kgl. Postämtern abonnirt werden.

Die preußischen Finanzen.

Ueber diesen jetzt wunden Fleck des sonst durch seine gute, haushälterische Finanzwirthschaft berühmten preuß. Staats äußert sich die „Köln. Z.", wie folgt:

Wenn ein Gutsbesitzer einen größeren Aufwand treibt, als seine Einkünfte gestatten, so wird er zuerst Schulden machen, und dann, bei steigender Noth, Anfangs eine gewisse Scheu beobachten, sich dadurch Geld zu verschaffen, daß er Bäume fällt und seine Waldungen ausschlichtet und abtreibt. Diese allgemeine Erfahrung gilt, sowohl wie für Einzelne, auch für ganze Staaten. Wo die Finanzen zerrüttet werden, müssen alsbald die Staatswaldungen dran büßen. Das sehen wir überall, das sehen wir jetzt in Frankreich, wo selbst der Wald von Fontainebleau, der Schauplatz der ländlichen Jagden, verwüstet wird, das sehen wir in Kurhessen, wo Hassenpflug die Axt nicht bloß an die Verfassung, sondern auch an die Bäume legte, das sehen wir in anderen deutschen Staaten, wo leichtsinnig gewirthschaftet wird, das sehen wir leider jetzt auch in Preußen. Der Finanz-Minister will und soll für das Jahr 1862 einen „Ueberschuß" herauswirthen. Wohlverstanden, von einem wirklichen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben kann im preußischen Staate keine Rede mehr seyn; wir haben vielmehr jährlich einen bedeutenden „Unterschuß." Aber jenes Wort klingt doch den Ohren so wohl, und so nannte Herr von Patow, als er im Hause der Abgeordneten seinen vierjährigen Finanzplan vorlegte, die Mehr-Einnahmen gegen 1861 Ueberschüsse. Wie rechnet er nun einen Ueberschuß von 1,378,000 Thalern heraus? Die indirekten Steuern, an denen man den Verbrauch, mit anderen Worten den Wohlstand des Landes abmessen kann, lassen leider keine Vermehrung hoffen, sondern sogar eine Verminderung voraussehen. Die Mehr-Einnahme wird wesentlich herbeigeführt werden durch das Salz-Monopol, aber auch zu diesem Mehrbetrage dürfte die wohlfeilere Anschaffung vielleicht mehr beitragen, als ein größerer Verbrauch. Ferner sollen die direkten Steuern um eine halbe Million höher geschraubt werden, was den preußischen Staatsbürgern, welche viele Schraube an den letzten Jahren zu spüren hatten, eben so wenig Freude machen wird, wie dem beständig anwachsenden Gemeindeclassen. Dann sollen in diesem Jahre für 200,000 Thlr. Domainen mehr als im vorigen verkauft werden — gewiß ein eigenthümlicher Ueberschuß! Man übersieht nur zu leicht, und doch darf nicht vergessen werden, daß wir in dieser Hinsicht schon seit langer Zeit von der Schnur zehren und das Staatsvermögen alljährlich durch den Verkauf von Domainen verringert wird. Wir laden nicht den Domainenverkauf. Die Volkswirthschaft lehrt, daß die Güter in den Händen der Privaten besseren Ertrag, auch für den Staat, geben. Aber wenn der Staat sonst nichts spart, so sollte er doch wenigstens den Erlös für die Veräußerung von Staatsgütern nicht aufessen, sondern entweder zum Abtrag von Schulden oder noch besser zum Ankauf von Forsten verwenden, die nach der Meinung aller Fachmänner am besten in den Händen des Staates gedeihen." Leider müssen aber auch die Forsten dazu dienen, ein Plus von 400,000 Thlrn. zu machen gegen das vorige Jahr. Wahrlich, wir können Herrn v. Patow zu einem „Ueberschusse" nicht Glück wünschen, oder auf eine solche Weise herausgeschlagen, recht eigentlich herausgeschlagen wird. Wir wollen nur in schlichter Weise die wahre Lage der preußischen Finanzen nach der eigenen Darstellung des Ministers skizziren. Danach haben wir keine Ueberschüsse, sondern ein Defizit von 5 Mill. Wir müssen es etwas höher anschlagen. Wenn im vorigen Jahre fünf beinahe eine Million, in diesem Jahre also mehr als für eine Million Domainen verkauft werden, so dienen die Verkaufsgelder nur dazu, ein sonst vorhandenes Defizit zu decken, und eine außergewöhnliche Anstrengung der Forsten dient zu dem nämlichen Zwecke. Es wird also bei diesen beiden Posten nicht viel weniger als anderthalb Millionen aus dem Staatsvermögen genommen, um laufende Ausgaben zu decken. Ueberdies hat der Finanzminister wohlweislich von den Bedürfnissen für die Flotte geschwiegen, obgleich wir bereits wissen, daß höhere Summen dafür in Anspruch genommen und zu deren Beschaffung eine Anleihe vom Landtage gefordert werden soll. Wir kennen die Summe nicht, die für den Flottenbau 1862 von der Regierung bestimmt ist. Rechnen wir dafür 2 Millionen an, so ergibt sich für 1862 ein Defizit von 8½ Mill. Thaler, welches theils durch eine Kriegssteuer von 25 pCt. Zuschlag, theils durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Das ist die einfache Wahrheit über die preußischen Finanzen.

Das, was der Herr Finanzminister über den Staatsschatz bemerkt und über die „Ueberschüsse", die in denselben abgeführt sind und künftig abgeführt werden sollen, bedarf keiner weiteren Erörterung. Wir haben einen Staatsschatz von 10 Millionen, heißt unter gegenwärtigen Umständen nichts Anderes, als daß wir 1859, vor noch nicht 3 Jahren, 30 Mill. Thaler geborgt und davon noch einen Rest von 10 Millionen in Kasse haben. Die Verheißungen für die Wehrkraft sind aber in dem Maße gesteigert, daß, wenn wir den kleinen Staatsschatz nicht angreifen wollen, wir trotz aller außergewöhnlichen Steuern schon 1862 zu einer neuen Anleihe schreiten müssen.

Man glaube nicht, daß wir übertreiben. Im Gegentheil, es gibt noch wirkliche und nachweislich nothwendige Bedürfnisse des Staates, die bei der gegenwärtigen Finanzverwaltung, bei dem jetzigen Anschaffungen für ein stehendes Friedensheer von 206,000 Mann und den laufenden Einnahmen nicht bestritten werden können. Der Umbau unserer Festungen ist ein solches Bedürfniß und kann schwerlich bis zum Jahre 1865 aufgeschoben werden. Die Regierung weiß das recht gut, hütet sich aber vorläufig, von der bevorstehenden Festungsanleihe zu sprechen, um unsere Abgeordneten nicht stutzig zu machen. Es ist doch wohl eine gerechtfertigte Anforderung für einen Staat, der früher wenigstens seinen Stolz in eine musterhafte Finanzverwaltung setzte, daß er mitten im Frieden nicht nur seine Ausgaben mit Einschluß des Aufwandes für seine Vertheidigungsmittel bestreite, sondern auch jährlich etwas zurücklege, um die Schulden zu tilgen, zu denen er in Kriegszeiten seine Zuflucht zu nehmen genöthigt war. So ist es unter König Friedrich Wilhelm III. auch gehalten worden. Wir stehen davon ab, einen Vergleich mit der Gegenwart anzustellen.

Deutscher Bund.

Die „Nat-Zeitung" schreibt: „Was von Berlin der jetzt vernommen wird, ist geeignet, die größten patriotischen Besorgnisse zu erregen. Nicht etwa, daß die preußischen Gelüste nach der Oberherrschaft in Deutschland direkt zu einem Resultat führen könnten, eine Sorge in dieser Richtung wäre lächerlich und der Nationalverein selbst löst sich täglich mehr in eine Nebelhaftigkeit auf — seine Rolle ist aus. Aber so lächerlich der Erlaß der Bernstorffschen Note an und für sich ist, so ist er doch eine ernste Gefahr in Hinsicht auf die allgemeine Lage. Denn daß nicht Oesterreich vom nächsten europäischen Konflikte das Schlimmere zu befürchten hat, sondern daß Preußen einen Angriff abzuwehren haben würde, ist nur zu wahrscheinlich. Man müßte Napoleons Taktik nicht

Digitized by Google

kennen, man müßte vergessen, daß Preußen i. J. 1859 gegen ihn sich gerade so benahm, wie Oesterreich während des Krimkriegs, wenn man glauben wollte, er werde noch bei gelegener Zeit Rache dafür an Preußen nehmen. Und Deutschland fällt dabei eine schwere Aufgabe zu, eine Aufgabe, welche Oesterreich selbst und Englisch mehr erschwert. Uns Preußen würde keine zwei Schlachten wie jene von Magenta und Solferino anhalten, es läge schon nach dem ersten Schlage so gut zu Boden, als 1806. Wahrlich die Periode von 1795 — 1806 hat eine neue Auflage, leider keine verbesserte, erlebt. Die Blätter der Geschichte jener Jahre liegen offen, — leider aber nicht zur Lehre. Im Gegentheil sehen wir Preußen saft unter denselben Umständen demselben Verhängnis entgegeneilen, wie im Anfang des Jahrhunderts. Seine Verbündeten hat es zurückgestoßen, verletzt und mit tiefem Mißtrauen erfüllt, — es hat eine Politik verfolgt genau so, als wäre sie ihm von Napoleon oktroyirt worden, damit es desto leichter seine Beute werde. Und doch, was wird dann aus im Süden anders übrig bleiben, als die Folgen der politischen Fehler Preußens mitzutragen, und nach besten Kräften an den Fall des Staates aufhalten zu helfen, dessen Sturz allerdings auch, aller Wahrscheinlichkeit nach, den des übrigen Deutschland nach sich zöge. Aber die freudige Bundesgenossenschaft hat Preußen für jetzt gründlich verscherzt. Und darin liegt eben die große Gefahr. In diesem Betracht haben die „D. Bl." nicht so Unrecht, wenn sie meinen: Preußen ist kränker als Oesterreich. In Preußen krankt nicht blos die Regierung — das Volk krankt an fassionirter Verblendung. Verderung ist eben nur wieder von großen Erschütterungen zu erwarten."

Wie der „Krit. Posta." aus Berlin geschrieben wird, soll die preußische Regierung mit Oesterreich in Unterhandlungen gestanden seyn, um in Gemeinschaft oder doch im Einverständniß mit demselben den Verfassungsstreit in Kurhessen zum endlichen Austrag zu bringen.

In der „Kölnerzeichen Zeitung" wird „die Flottensammlung" besprochen und sehr eindringlich beklagt, wie wenig nachhaltig das s. g. „Flottenfieber" gewesen sey. An die Ausdrücke des tiefsten Bedauerns, daß nicht mehr geschehe, reiht übrigens der Verf. folgende schmerzliche Bemerkung: Freilich eines wollen wir noch zur Rechtfertigung der Nichtpreußen sagen, wenn sie wirklich seinen großen Flotteneifer zeigten, nämlich wenn Preußen, wie Graf Bernstorff in seiner Rede an Hrn. v. Beust ausgesprochen hat, wirklich Preußen bleiben und nicht Deutschland werden will, dann mag Einem freilich der Muth sinken.

Bayern. München, 23. Jan. (Militärdienstes-Nachrichten.) Seine Majestät der König hat dem Oberstlieutenant à la suite Walter Frhrn. v. Gravinger den Charakter als Oberst und dem Unterlieutenant à la suite J. Grafen von Rechteren-Limpurg-Rechteren den Charakter als Oberlieutenant à la suite verliehen; das Dienstentlassungsgesuch der Unterlieutenants L. Frhrn. v. Schleich vom 2. und H. Durlacher vom 8. Inf.-Reg. genehmigt; die Unterverwalter Tobias Miller vom Fohlenhof Schwaigangen zum Fohlenhof Fürstenfeld und A. Hänlein vom Fohlenhof Fürstenfeld zum Fohlenhof Schwaigangen versetzt; den temporär pens. Oberlieutenant K. Berger auf weitere 2 Jahre im Ruhestande belassen.

(Mil.-Verordnungsbl.)

München, 25. Jan. Se. Maj. der König hat auf die Lehrstelle der IV. Gymnasialklasse in Bamberg den Lehrer dieser Klasse zu Neuburg, Professor F. Kemmer, berufen und demselben das Gymnasialrektorat in Bamberg übertragen; die Lehrer der II. und I. Klasse am Gymnasium zu Bamberg, Priester F. Mohr und K. Weippert, ersterem in die Lehrstelle der III., letzterem in die Lehrstelle der II. Gymnasialklasse daselbst vorrücken lassen; zum Professor der I. Klasse des Gymnasium in Bamberg den Studienlehrer der IV. Klasse an der lateinischen Schule in Neuburg, A. Leichert, befördert; den Professor der IV. Gymnasialklasse an der Studienanstalt in Bamberg, Priester F. S. Romeis, in gleicher Eigenschaft nach Neuburg versetzt; die Studienlehrer der III. II. und I. Klasse der lateinischen Schule daselbst, Priester M. Daffenberger, L. Mehltreter und J. B. Prasi in die einschlägigen nächsthöheren Klassen vorrücken lassen; zum Studienlehrer der I. Klasse an der lateinischen Schule in Neuburg den Studienlehrer an der isolirten lateinischen Schule zu Burghausen, M. Loher, ernannt; auf das erledigte Rentamt Annweiler den Rentkassirer von Blieskastel, H. Schmidborn, dessen Ansuchen entsprechend, versetzt; den Rechnungskommissär der Regierungsfinanzkammer der Pfalz, F. Rulandt, zum Rentbeamten von Blieskastel befördert; den Advokaten F. Greiner in Burglengenfeld unter Einzug der Anwaltschaft daselbst, auf dessen Ansuchen, nach Regensburg versetzt; den Privatdozenten Dr. F. Schmid in Erlangen zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der k. Universität Erlangen ernannt; die protestantischen Pfarrei Lorenzreuth, Dekanats Schwabach, dem Pfarrer in Gunzenhausen, Dekanats Ansbach, Wagner, verliehen; aus den für die protestantische Pfarrei Kolbenstierp, Dekanats Gunzenhausen, präsentirten Geistlichen dem Pfarrer zu Barthelmesaurach, Dekanats Windsbach, E. Medicus, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt. (N. M. Z.)

Der „B. Kur." antwortet auf die von uns mitgetheilten Bemerkungen der „Pfälz. Z." in Betreff des Potzwolf-Gewehres: „Was in der „Pfälz. Z." bezüglich der zahlreichen Schießversuche mit dem Potzwolf'schen Gewehre gesagt wird, das hat seine Richtigkeit; nur glauben wir, noch beifügen zu müssen, daß bei jenen zahlreichen Schießproben stets nur solche Patronen verbraucht wurden, welche unmittelbar vorher zu nach Bedarf gedachter Kommission im Hauptlaboratorium angefertigt worden waren. Würden jene Schießversuche, anstatt mit stets neugefertigter, mit älterer Munition, und anstatt mit kommissionelle Bequemlichkeit, in seldmäßiger Schnelligkeit gemacht worden seyn, so hätten selbst dem eifrigen Hrn. Berthreiger des Potzwolf'schen Gewehres jene Eischeinungen nicht entgehen können, welche seitdem stets bei 15 Infanterie-Regimentern beobachtet werden. Das Potzwolf'sche Gewehr ist unbestreitbar ein gutes Schieben- und Scharfschützengewehr; ob es sich aber bei seiner unläugbar langsamen und höchst subtilen Ladweise, wenn bei der Nichtbeilassung alter Munition mit eingetrocknetem Fette, als Massengewehr bewähren wird, das möchte — wenn auch vielleicht zu spät — der ernstliche Gebrauch wirklich entscheiden."

Preußen. (Empfindlichkeit der „Beamten".) Ein Berliner Dienstmann hatte bei einem nächtlichen Streite mit einem Nachtwächter die Aeußerung gethan: „So ein Nachtwächter ist ein Kerl wie ein Sperling." Deshalb wegen Beleidigung eines Beamten im Nächtalle verklagt, wurde er von der vierten Deputation gestern zu 5 Wochen Gefängniß verurtheilt (!) Das Gericht erklärte nicht nur den Ausdruck „Kerl", sondern auch die Bezeichnung „Sperling" in Beziehung auf einen Beamten für eine Beleidigung. — Brr!

Berlin, 22. Jan. Unter den beim Ordensfeste verliehenen Beleihungen ist die des rothen Adlerordens 4. Klasse an Bertholb Auerbach aufgefallen. Der nach Berlin seit dem Herbst 1860 übersiedelte Verfasser der Dorfgeschichten ist aber eine personas grata bei Hofe und wird ab und an zu den Soireen der Königin eingeladen; eine Zeit lang ging sogar das Gerücht, daß er mit einer Hofdame verlobt sei. Wenn dem so wäre, würde der Orden mag ihm einstweilen Ersatz seyn sollen. Auffallender könnte die Debütirung eines andern Dichters scheinen, die ebenfalls kürzlich erfolgt ist, des Dr. Gottschall, der in Breslau domicilirt und an einigen revolutionären Reminiscenzen leidet, die natürlich die „Kreuzzeitung" aufzufrischen nicht verfehlt hat. Aber Gottschall hatte die Gebrechte gelitten, mit denen die Jungfrauen das Herrschersaar beim Einzug in Breslau begrüßten und die dem Könige so gefielen, daß sie ihn zu einem ähnlichen Urtheil veranlaßten. Die Erinnerung daran hat dem Dichter wohl die Auszeichnung verschafft, deren Verleihung immerhin eine anerkennenswerthe Aenderung gegen die frühere Praxis aufzeigt.

(Ztg. f. Nordd.)

Wegen Uniformen, Orden u. dgl. Dinge regnet es in Preußen fortwährend neue Verordnungen. Es scheint, daß man die in Aussicht genommenen „moralischen Eroberungen" damit zu erlangen hofft. Eben lesen wir wieder: „Auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs ist vom k. Hofmarschallamte die Anordnung getroffen worden, daß bei Hoffesten der Präsident des Abgeordnetenhauses, wenn er keine Uniform hat, und die Oberbürgermeister der Provinzial-Hauptstädte im Hoffrade mit Degen und dreieckigem Hute erscheinen. (Fr. Z.)

Kozmin, 22. Jan. Herr v. Niegolewski hat die gestern auf ihn gefallene Wahl zum Deputirten, trotzdem die Benachrichtigung bisdmal wieder „deutsch" und nicht „polnisch" war, angenommen.

Das Breslauer „D. Bl." klagt über den Mangel an technischen Hochschulen, Musterssammlungen, Bibliotheken und Ausstellungen in Preußen, worin die kleinen Staaten weit voraus seyen, und verweist mit Recht auf die Selbsthülfe des Volkes, da der Staat nichts thue.

Hannover. Hannover, 26. Jan. Den ersten Stoß gegen die Regierung führt die Adelskammer. Neun ihrer angesehensten Mitglieder, darunter der Vize-Präsident des höchsten Landesgerichts, haben heute einen Antrag überreicht, worin sie aus-

Digitized by Google

führen, daß die unlängst nur im Wege königlicher Verordnung erlassene Militärstrafprozeßordnung Civilpersonen, nämlich Familien und Gesinde der Militärs, den Militärstrafgerichten unterwerfe und damit ihrem ordentlichen Richter entziehe; daß daher, wenn diese Verordnung, wie darin bestimmt ist, am 1. Februar in Wirksamkeit träte, eine Verfassungsverletzung erfolgen würde, für welche die kontrasignirenden Minister zur Verantwortung zu ziehen wären. Um Konflikten vorzubeugen, lautet der Antrag beider Kammern ein, noch vor dem 1. Febr. die Regierung zu ersuchen, daß sie die neue Militärstrafprozeßordnung, wenigstens in so weit sie Anwendung auf Civilpersonen finden soll, einstweilen suspendire und über die Unterstellung der letzteren unter die Militärgerichte mit der allgemeinen Ständeversammlung in verfassungsmäßige Unterhandlung trete. (Am 24. wurde der Antrag mit 20 gegen 18 Stimmen von der Kammer angenommen, nachdem der Justizminister den Versuch gemacht hatte, die Verordnung zu rechtfertigen.)

Hannover, 24. Jan. Sie erinnern sich, welchen Reichthum von Enthüllungen Varnhagens nachgelassenes Füllhorn, genannt Tagebücher, über unsern Hof ausschüttet. Da dieser darin nichts weniger als schmeichelhaft behandelt wird, so ist verschiedenen Leihbibliotheken von Polizei wegen angedeutet worden, man werde höheren Orts das Ausleihen jenes mehrfanten Buchs nicht gern sehen. (Zeit.)

Thüringen. Aus Thüringen, 21 Jan. Auch in Meiningen ist man mit dem Verkauf der Militär-Gewehre vorgegangen. Ein Agent der vereinigten Staaten Nordamerika's ist der Käufer, und hat derselbe gute Preise bezahlt. Die verkauften Gewehre sind zwar noch nicht alt; da man jedoch mit der Armirung durch Zündnadelgewehre umgeht, so wird der Verkauf wohl nicht mit Recht getadelt werden können. (A. Bz.)

Oesterreich. Wien, 22. Jan. Der Wiener Gemeinderath bewilligte, nachdem die Sache schon länger in Berathung gewesen, den hiesigen protestantischen Gemeinden eine Unterstützung von 7000 fl. für Schulzwecke für so lange, bis die definitive Regelung des Verhältnisses der Schulen zur Gemeinde eine neue Ordnung dieser Angelegenheit erfordern wird. (D. Mhl.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Januar. Heute hat die Eröffnung des Reichsraths stattgefunden. Der Konseilspräsident verlas die königl. Botschaft, welche u. A. sagt: „Die Hoffnung, das zwischen Holstein und den übrigen Theilen des Landes gebrochene Band wieder zu knüpfen, ist unerfüllt geblieben. Eine neue Ordnung der Verfassungsverhältnisse Holsteins ist der Gegenstand von Unterhandlungen. Das Interesse befreundeter Mächte für die Erhaltung eines unabhängigen Reichs der Dänen stärkt unsere Hoffnung, daß eine zufriedenstellende Lösung erreichbar ist." Für Schleswig sagt die Botschaft eine freiere Entwicklung zu, wenn die Abwendung des Streites mit dem deutschen Bunde Schleswig gegen die fremde Einmischung sichert. Schließlich kündigt dieselbe verschiedene Verbesserungen in der Gesammtverfassung und den Entwurf einer Reform des Folkerichs an. (Tel. d. Fr. Pßh.)

Großbritannien.

London, 23. Jan. Das vorgestern eingetretene Thauwetter hält an und erfreut die Herzen, weil man mit Schrecken an die Noth der Fabrikarbeiter in Lancashire zu denken anfing. Amtlichen Berichten im „Manchester Examiner" zufolge arbeiten von 257,392 Arbeitern, die gewöhnlich in 1574 Fabriken des dortigen Bezirks beschäftigt sind, gegenwärtig 69,000 auf volle Zeit und 161,000 blos auf Halbzeit, während ihrer 27,000 gänzlich ohne Beschäftigung sind. Die durchschnittliche Arbeitszeit der beiden ersten Klassen beträgt 38½ Stunden per Woche. Daß der Arbeiter dabei kaum seine nothwendigsten Bedürfnisse bestreiten kann, ist selbstverständlich. Trotzdem ist von den prophezeiten Krawallen bis jetzt noch keine Spur — die Mildthätigkeit von Privaten bemüht sich, der bittersten Noth abzuhelfen. Lange allerdings kann dies nicht andauern. Den Fabrikanten, deren Maschinen feiern, kann man nicht zumuthen, die feiernden Arbeiter lange und gründlich zu unterstützen.

Frankreich.

Paris, 22. Jan. Ganz besonderen Aufsehen machte in Börsen- und Finanzkreisen das Bekenntniß in Fould's Finanzbericht, daß ein Theil dieses Defizits von dem Verluste herrühre, welchen die Regierung beim Verkauf der nach dem Züricher Vertrag von Piemont als Zahlung und Kriegsentschädigung empfangenen italienischen Fonds erlitt; diese Verluste betragen 34 Millionen!! Während man also den Grund der traurigen Baisse der italienischen Rente bald bei Rothschild, bald bei Königswörther suchte, war es die kaiserliche Regierung, welche ihre italienischen Papiere, mit 34 Mill. Verlust, losschlug, dem Markte, welchen sie dieser Anleihe eröffnet hatte, um Millionen schadete, mehrere Häuser schwanken machte und zwei Wechselagenten durch die beigebrachten Verluste zwang, ihre Stellen zu verkaufen! — Eine Revolution der Armee stellt der Bericht pro 1863 (!) in Aussicht. Dabei darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die vom Kriegsminister pro 1863 verlangten ordentlichen Kredite eine Zunahme von ca. 4 Millionen ergeben, wofür dann freilich die außerordentlichen Kredite wegfallen sollen. (Ztg. f. Nordd.)

Paris, 24. Jan. Ein kaiserliches Dekret vom vorgestrigen Tage, welches der „Moniteur" heute veröffentlicht, lautet: „Nun dem Diolsonsgeneral Cousin Montauban für die ausgezeichneten Dienste, welche derselbe als Oberbefehlshaber der China-Armee Frankreich geleistet hat, einen Beweis Unseres Wohlwollens zu geben und ferner um das Andenken an den denkwürdigen und glorreichen China-Feldzug durch einen besondern Titel zu weihen, haben Wir beschlossen, ihm (dem General) den Titel eines Grafen von Palikao zu verleihen, was hiermit durch dieses Dekret geschieht." Gleichzeitig zeigt der „Moniteur" an, daß der Staatsrath auf Befehl des Kaisers ein Gesetzesentwurf zur Prüfung vorgelegt worden sey, wonach demselben General eine jährliche Dotation von 50,000 Frcs. als Nationalbelohnung zuerkannt werden soll. Das Ueberschüssige hierbei bleibt, daß die Glorie immer den Staatssäckel etwas leert, und daß es unumgänglich ist, daß ein Graf seinen Rang durch Luxus aufrecht erhalten könne. Bei den Römern empfing der Sieger einen Kranz von ganz natürlichem Lorbeer, und die Montauban jener Zeit, welche die Namen Paulus Aemilius, Metellus, Fabius, Scipio trugen (Montauban selbst hat seiner Zeit seinen „Sieg" mit den Siegen kleiner Römerherre über Barbarenhorden verglichen!), verlangten nicht mehr vom Volk und Senat. Ein Kaiser muß andere Belohnungen erheilen als ein Senat, und unter Jahrhundert pflegt Reuten höher zu achten als Lorbeerkränze. Zwar gibt es auch jetzt noch Länder, wo man denkt, das Verdienst belohne sich durch Anerkennung und nicht durch Geld; wenn man nachfragt, wie die Schweiz den Sieger im Sonderbundskrieg, den Retter des Vaterlandes belohnt habe, wird man einen Titel finden, den Titel als General, aber keine rente sur l'état, und hätte man sie ihm angeboten, Dufour würde sie ausgeschlagen haben.

Paris, 22. Jan. Der Ruf des Kardinal-Erzbischofs von Lyon hat doch überall Anklang gefunden, der Minister des Innern hat der Stadt Lyon 350,000 Fr., der Stadt St. Etienne 220,000 Fr. für die arbeitslosen Arbeiter bewilligt; überdies hat der Staatsrath Befehl erhalten, einen Gesetzvorschlag behufs der Eröffnung eines außerordentlichen Kredits für diese Städte auszuarbeiten.

Italien.

Palermo. Der „Corriere Siciliano" meldet, daß am 12. Januar der Marchese von S. G. und dessen Bruder P. verhaftet wurden. In der vorhergegangenen Nacht war auf dem Bittoriaplatze in Palermo eine bourbonische Fahne aufgepflanzt worden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25. Jan. Die heutige „Senatszeitung" verkündet: „Die Israeliten, welche als Aerzte oder Wundärzte ein Universitätsdiplom besitzen, können in den Staatsdienst in jede Branche eintreten, die israelitischen Kaufleute allenthalben wohnen und jüdische Diener halten. Die unter dem Unterrichtsministerium stehenden Israeliten (Professoren, Schulaufseher und Schullehrer) sind steuerfrei und dekorationsfähig." (Tel. d. Fr. Pßh.)

Amerika.

Dem „Richmond Dispatch" zufolge sind sämmtliche Baumwollpflanzungen zwischen Savannah und Charleston verbrannt; was den Nordstaatlichen nach der Einnahme von Beaufort in die Hände fiel, sey der Zerstörung oder Wegschaffung nicht werth gewesen. Worin der Süden zumeist leidet, seyen Thee, Kaffee, Zucker und Leder. Für diese Artikel würden enorme Preise bezahlt.

Volkswirthschaftliches.

Hannover, 22. Jan. Die s. Z. berühmte Egestorfsche Speisenanstalt wird ohne Zweifel in nächster Zeit wieder eingehen, da die Benützung durch das Publikum von Monat zu Monat geringer geworden ist und die Erhaltungskosten längst nicht mehr gedeckt werden.

Wien, 23. Jan. Heute sind die Vertreter der Nationalbank mit dem Finanzministerium über die Regelung der Staats-

Digitized by Google

schuldverhältnisse bei der Bank und die Verlängerung des Bankprivilegiums auf der Grundlage neuer Statuten in Berhandlung getreten. Die Ergebnisse gelangen sodann einzelnist an den Hundertser-Ausschuß der Abgeordnetenhauses, um schließlich eventuell nach erfolgter Genehmigung beider Häuser des Reichsrathes die kaiserliche Sanktion zu erhalten. (Pr.)

Im Jahre 1861 wurden 153,903 Stück Rindvieh und 555,516 Schafe in Frankreich eingeführt; das Jahr zuvor 126,414 Stück Rindvieh und 477,934 Schafe; im Jahr 1869 nur 111,942 Stück Rindvieh und 455,364 Schafe. Die Einfuhr ist also beständig im Wachsen, und die Zunahme in zwei Jahren beträgt 37½ beziehungsweise 22 pCt. Trotzdem ist das Fleisch in Frankreich nicht billiger geworden; ein schlagender Beweis für die Nutzlichkeit einer möglichst freien Einfuhr. Die Ausfuhr des Schlachtviehs ist sich gleich geblieben, woraus folgt, daß seit 1859 das Volk mehr Fleisch verzehrt als früher, und somit Wohlstand und Lebhaftigkeit zugenommen hat. Die Steinkohlen-Einfuhr ist seit 1859 von 46½ Millionen Centner auf beinahe 50½ Millionen, die des Gußeisens von 430,000 Centnern auf 1,750,000 Centner, die der Bauwolle von 816,000 Centnern auf 1,287,000 Centner gestiegen. Die Einfuhr von rohem Hanf und Flachs hat sich dreifachen Zeit beinahe verdoppelt. Wolle hat um ein Drittel zugenommen; Seide ist sich gleich geblieben. All dieses zeigt einen bedeutenden Aufschwung in den meisten Fabrikationszweigen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 19. Jan. Nach amtlichen Publikationen sind im Etatsjahr 1869/70 in den hiesigen Krankenhäuse 2141 und 1869/71 gar 2286 Patienten am Magenkatarrhe behandelt worden. Es ist dies eine Krankheit der neuern Zeit, denn die alten Leute erinnern sich nicht, sie einmal davon gehört zu haben. Jüngere Aerzte sagen, sie finden in neuerer Zeit eine andere Ausscheidung der Krankheitskategorien in den Tages-Rapporten statt. Dagegen behaupten Andere wieder, daß diese Krankheit sehr häufig dadurch entstehe, weil das Sommerbier jetzt auf Eis gelagert werde. Die Eisbiere taugen nichts, wird hinzugefügt, weil sie zu Magenerkältungen führen und Blähungen erzeugen. Früher, als die Brauer keines Eises bedurften, hätte man besseres Bier als jetzt bekommen, damals sey das Münchener Bier weit und breit berühmt gewesen, während es jetzt gar häufig von den, in den Provinzen ohne Eis erzeugten Bieren übertroffen werde. In der That weisen auch die Sommermonate eine Zunahme der Krankheit auf. Im Augustenhospital wurden nämlich 1866/67 behandelt: Oktober 130, November 137, Dezember 164, Jänner 196, Februar 134, März 180, April 221, Mai 223, Juni 208, Juli 187, August 246, September 260. Somit, wie oben schon erwähnt, im Ganzen 2286. Da diese Anzahl von Patienten im Krankenhause behandelt wurde, so läßt sich fast mit Bestimmtheit folgern, daß die Gesammtzahl der Magen-Katarrhanten, nämlich mit Einrechnung derjenigen, welche sich zu Hause der ärztlichen Behandlung unterzogen, oder diese gänzlich unterließen, auf 20,000 im Jahr hindurch angeschlagen werden darf. Nun ist freilich vorerst bestimmte zu ermitteln, in wie ferne der Eisverbrauch zur Vierlegerung schädlich auf die Gesundheit wirkt. (Dtsch. Ztg.)

Gestorben: Leng, Eduard Ritter v. L. qu., Oberst zu Passau.

(Auf was nicht alles spekulirt wird.) In Berlin hat sich eine Versicherungs-Aktiengesellschaft gebildet, die gleich dem berühmten Rattenfänger von Hamelin die Plage aus den Häusern schaffen oder wenigstens den Schaden vergüten will.

Aus Lübingen bringen die Blätter die Nachricht, daß Professor Michaelis, der daselbst seit vielen Jahren Staatsrecht lehrt, irrsinnig geworden und nach Winnenthal gebracht sey.

Heidelberg, 23. Jan. Die Universität hat einen ihrer Veteranen, den geheimen Rath Karl Cäsar v. Leonhard, verloren. Er wurde über 82 Jahre alt. Sein Lehrfach ist übrigens schon durch seinen ehemaligen Schüler, Professor Blum, besetzt, der auch die Direktion der neuerlich erworbenen Mineraliensammlung der Universität führt.

Wie der „Pester Lloyd“ meldet, schlummerte neulich ein Herr auf der Route zwischen Pest und Czegled im Waggon unweit Vecsés ein, wachte aber noch vor dem Anlangen bei dieser Station auf und bemerkte mit Entsetzen, daß ihm während des Schlafes die Tasche, in welcher sich 3000 fl. befanden, vom Leibe herabgeschnallt und entwendet worden. Trotzdem, daß ihm gegenüber und neben ihm elegant gekleidete Damen saßen, ließ er in seiner Verzagnis doch die Galanterie bei Seite und schlug Lärm, worauf in der Station Vecsés die Personen des betreffenden Coupé untersucht wurden und zwar nicht ohne Erfolg, denn unter der umfangreichen Crinoline der gegenübersitzenden Dame befand sich die Reisetasche. Die neben dem Bestohlenen sitzende Dame war angeblich die Dienerin der Ersteren.

Bern, 23. Jan. Von Savoyen aus scheint die ganze Schweiz von einer Falschmünzerbande überschwemmt worden zu sein, welche französische Goldstücke im Werthe von fünf Franken ausgibt. Kaum sind vor drei Tagen einige dieser Unterstücken hier in Bern verhaftet worden, vorgenommen wir, daß dies auch in Lausanne und Genf der Fall war. Die Genfer Polizei hat in der Rue de la Fontaine in einem einzigen Hotel nicht weniger als zehn festgenommen. In Aigles-Bains soll die Bande ganz besonders Eingänge erzielt haben. (Fr. Pl.)

Neueste Nachrichten.

München, 26. Jan. (Privat-Korresp.) Se. Maj. der König hat den Oberst Knott vom 6. Chev.-Reg. zum Generalmajor befördert, und wird derselbe der Kavalleriebrigade zugetheilt.

Berlin, 25. Jan. (Wirb.-Korrespond.) Ueber die Verhandlungen, welche in neuester Zeit zwischen Oesterreich und Frankreich in Bezug auf die italienische Frage stattfanden, kann ich Ihnen aus bester Quelle Folgendes mittheilen. Nachdem in Bezug während der Anwesenheit des Grafen Beckberg den Beistand gesetzt worden, gegen die „aggressive Politik“ des Turiner Kabinets zu protestiren, erhielt Fürst Metternich den Auftrag, das Tuilerien-Kabinet die Forderung zu richten, daß dieses als Mitunterzeichner des Friedens von Zürich die italienische Aggressiv-Politik (fortgesetzte Rüstungen, das Schicken nach Venedig ꝛc.) mißbillige. Zugleich wird Oesterreich in einer an die europäischen Cabinette gerichteten Zirkularnote seinen Standpunkt in der italienischen Frage besprechen und darin erklären, daß es nach wie vor die Stipulationen von Villafranca und Zürich als maßgebend für seine Politik in Italien betrachte und nicht gewillt sey, die auf diesen Stipulationen ruhenden Rechte aufzugeben, wenn es auch vorläufig darauf verzichtet, sie geltend zu machen, da es zuschließen sey, seine Defensivstellung nicht zu verlassen. Es glaube aber ein Recht zu haben, zu verlangen, daß die ständigen Bedrohungen von Seiten Piemonts aufhören, welche geeignet seyen, den europäischen Frieden, dessen Aufrechthaltung für alle Staaten gleich wichtig und nothwendig sey, zu gefährden. Frankreich, welches den Friedensschluß von Villafranca vorschlug, sey es, in Turin darauf zu dringen, daß das Turiner Kabinet seine bis jetzt befolgte und hauptsächlich gegen Oesterreich gerichtete Politik aufgebe, und zwar insbesondere darum, weil dasselbe hauptsächlich dethalb jetzt bemonstrative Politik gegen Oesterreich fortsetze, weil es sich durch den Rückhalt Frankreichs gedeckt hält. Von dem Augenblicke an, als letzteres erklärte, mit den Turiner Demonstrationen nichts zu thun haben zu wollen, würden sie von selbst aufhören.

Wien, 25. Jan. (Privat-Korresp.) Wie uns aus Verona vom 23. mitgetheilt wird, sind bei mehrfache politische Verhaftungen vorgenommen worden, die nicht ohne Resultate geblieben seyn sollen. Namentlich hat die Haussuchung bei einem Mitredakteur der „Gazzetta di Firenze“, der gleichfalls verhaftet worden ist, zur Entdeckung von Papieren geführt, welche den Beweis herstellen sollen, daß die Leiter jenes Blattes in direkter Verbindung mit Dr. Tecchio, dem Haupt des in Turin tagenden venetianischen Revolutions-Komité, stehen. Dies Comitato centrale veneto war es bekanntlich, welches die Demonstrationen in Venetien in Szene setzte und in eigenen Ausgabeschriften der venetianischen Bevölkerung ihr Verhalten vorschrieb. Mehrere dieser Proklamationen nun sollen aus den Federn von Mitarbeitern der „Gazzetta di Firenze“ geflossen seyn. Zugleich ist, wie man hört, am 21. in Peschiera ein ungarischer Emissär aufgegangen worden; bei ihm sollen Papiere entdeckt seyn, welche eine gewisse Partei in Ungarn arg kompromittiren und ein eigenthümliches Licht auf den Zusammenhang der magyarischen mit den italienischen Umtrieben werfen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 28.	Vierteljährlich hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Intervallen wird die verhältnißmäßige Zeit in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 28. Januar 1862.

Zur Frage der deutschen Bundesreform.

Wir haben vor längerer Zeit schon unsern Lesern Kunde gegeben von dem Projekt, welches der sächsische Minister v. Beust zur Verbesserung der deutschen Bundesverfassung ausgearbeitet hat; er schlägt vor, die Bundesversammlung zweimal im Jahr, abwechselnd in einer süddeutschen und einer norddeutschen Stadt, zusammentreten zu lassen; abwechselnd sollte dann auch Oesterreich und Preußen den Vorsitz führen, daneben eine aus Abgeordneten der Einzel-Landtage gebildete Volksvertretung bestehen und die Exekutive des Bundes besser konzentrirt werden. Preußens Antwort findet sich in der bekannten Bernstorff'schen Note. Preußen macht die höchsten Ansprüche und bietet dafür gar Nichts, — es will Oesterreich nicht im engern Bund dulden und beansprucht in letzterem die Hegemonie. Bescheidenheit war nie eine preußische Tugend. Neuerlich ist nun auch Oesterreichs Antwort bekannt geworden. Den wesentlichen Inhalt derselben konnten wir schon vor einiger Zeit unsern Lesern mittheilen; der Wichtigkeit des Gegenstandes halber aber wollen wir einige Punkte derselben noch ausführlicher berühren. „Oesterreich, sagt Graf Rechberg in seiner Weisung an den k. Gesandten in Dresden, will eine Bundesreform. Wir sind überzeugt von der Wichtigkeit des Zweckes, eine Reform der deutschen Bundesverfassung im volksthümlichen Sinne zu Stande zu bringen; wir halten für angezeigt, daß die deutschen Mittelstaaten die Initiative in dieser Richtung ergreifen." Aber seine Einwendungen gegen das Beust'sche Projekt sind keine unwesentlichen und sind vor allem auf dem Satze basirt: Oesterreich würde nur dann auf das ausschließliche Präsidium am Bunde verzichten können, wenn der deutsche Bund zur Bertheidigung auch der nichtdeutschen Länder Oesterreichs und Preußens verpflichtet und neu geschlossen würde. Wenn Deutschland noch nicht reif sey, diesen Gedanken zu fassen, wie es den Anschein habe, so sey es auch noch nicht Zeit für Oesterreich, zu Gunsten des Dualismus das Vorrecht des Vorsitzes am Bunde zum Opfer zu bringen, das überhaupt nicht als der Keen, der Inhalt der Bundesreform, sondern nur als äußerstes Opfer einer wirklich dem hohen politischen Zwecke, der Stärkung Deutschlands entsprechenden Reform von Oesterreich dargeboten werden will. Oesterreich will eine Bundesreform, will das Opfer bringen, aber auch die Garantien dafür, daß dasselbe nicht umsonst, nicht zu seinem und Deutschlands Schaden gebracht würde. Für diese Garantien sey jetzt wenig Aussicht, Preußen würde darauf nicht eingehen. Graf Rechberg hält es ferner für zweckmäßiger, den Sitz der Bundesversammlung fürnig in Frankfurt zu lassen. In diesem Fall, meint er, wäre es auch leicht, den Wechsel im Präsidium des Bundestages entweder ganz zu vermeiden, oder eventuell statt des dualistischen in seine Bedeutung mehr oder weniger bedeutlichen Alternats zwischen Oesterreich und Preußen einen Wechsel zwischen diesen beiden Mächten und einer die übrigen Staaten vertretenden dritten Regierung in Antrag zu bringen. Ein anderer Einwand des Grafen Rechberg gegen den sächsischen Vorschlag besteht darin, daß derselbe das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen aufhebe, indem er faktisch die gesammte preußische Monarchie dem Bunde inkorporire. Nach den Vorschlägen des Beust'schen Entwurfes wären die dreißig Mitglieder, welche Preußen zur Abgeordnetenversammlung am Bundestage zu schicken hätte, aus den beiden Häusern des preußischen Landtags, also aus den Vertretern der gesammten Monarchie zu wählen, während die dreißig öfter. Abgeordneten aus den Landesvertretungen der deutschen Provinzen Oesterreichs an den Bund zu entsenden wären. „Die Stellung Oesterreichs im Bunde, sagt Graf Rechberg, würde nothwendig herabgedrückt werden durch das Uebergewicht, welches Preußen aus der faktischen Theilnahme der Gesammtmonarchie an den Angelegenheiten des Bundes ableiten würde. In Preußen andererseits würde man sich nicht damit begnügen zu können glauben, für das ganze Königreich nur durch die gleiche Anzahl von Abgeordneten, wie die deutschen Provinzen Oesterreichs, am Bunde vertreten zu seyn." Die Vorschlag, so sagt er ferner, der Delegirtenversammlung am Bunde nicht ausschließlich einen legislativen Beruf, sondern auch eine, wenngleich sehr bedingte Kompetenz in politischen Fragen anzuweisen, dürfte mit dem Wesen und der Natur eines Staatenvereines, an welchem zwei Großmächte Theil nehmen, schwer in Einklang zu bringen seyn. Es würde eine schwierige Aufgabe seyn, wie sich eine etwaige Berücksichtigung der Ansichten der Delegirtenversammlung mit der verfassungsmäßigen Kompetenz der Stände in den Einzelstaaten, besonders in denjenigen, welche eine selbstständige politische Existenz haben, vereinigen ließe. Dazu kommt noch, daß in Fragen dieser Art, an welchen Oesterreich und Preußen in der Regel in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte betheiligt sind, die Klugheit auf die außerdeutschen Besitzungen dieser Mächte eine Verhandlung am Bunde sehr erschweren würde, indem eine solche Berathung — selbst wenn in der Sache an sich keine Schwierigkeit läge — auf die am Bunde nicht vertretenen Bevölkerungen den Eindruck hervorbringen müßte, als ob „die no bis sine nobis" verhandelt würde." Uebrigens will, wie schon oben gesagt wurde, Graf Rechberg die Nützlichkeit einer Volksvertretung am Bunde für nicht-politische, rein gesetzgeberische Zwecke hiermit nicht bestreiten. „Das Grundübel aber im deutschen Bund, meint er, besteht darin, daß der deutsche Bund in Folge der Doppelstellung Oesterreichs und Preußens sich nicht zu einem vollständigen und aufrichtigen Bunde gegenüber dem Ausland ausgebildet hat. Die Bundesverträge lassen die Möglichkeit bestehen, daß ein Theil der deutschen Nation gegen das Ausland kämpfe, während der andere Theil den egoistisch rechnenden Zuschauer abgibt, und leider zeigten sich in den seitherigen Verwicklungen die politischen Gesinnungen des Volkes und der Regierungen nicht einmüthig genug, um virtuell das zu ersetzen, was in dieser wesentlichen Beziehung den Bundesgesetzen fehlt. So lange dieser Zustand dauert, werden Reformen der äußeren Organisation des Bundes nur wenig fruchten können. Erst wenn der deutsche Bund durch Ausdehnung seines Vertheidigungszweckes auf die nichtdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens in Wahrheit zu einer im Centrum Europas schwerbundenen Gesammtmacht wird, kann — aber auch dann allein — wied der Wiener Hof mit Beruhigung und mit ungeschmälerter Würde auf das Vorrecht des bleibenden Vorsitzes, welches alsdann für Deutschland wie für Oesterreich gut verwerthet seyn wird, Verzicht leisten können." Wie man sieht, gehen die Ansichten über die Art, wie eine Reform des Bundes zu bewerkstelligen sey, noch so weit auseinander, daß eine Verständigung in nächster Zeit schwer zu erzielen seyn dürfte. Das aber wird man jedenfalls der österreichischen Regierung zugestehen müssen, daß sie von ihrem Standpunkt aus Recht hat, eine Besugniß, die sie einmal hat, nicht ohne entsprechenden Ersatz hinzugeben, und daß apperreifelte eine Bundesreform mit Aussicht auf Dauer erst dann vorgenommen werden kann, wenn die inneren staatsrechtlichen Verhältnisse Oesterreichs sich wieder befestigt haben werden, weil sich erst dann wird beurtheilen lassen, was Oesterreich seinen Bundesgenossen leisten und was es dafür beanspruchen kann. Immer aber wird eine gedeihliche Lösung dieser Frage nicht darin bestehen, daß man ein Stück des deutschen Bundes von demselben losreißt, um aus dem Rest draußen einen imaginären Bundesstaat machen zu können, sondern daß man die projektirte Reform den wirklichen, bestehenden Verhältnissen anpaßt. Für diese müssen wir eine Form finden, nicht aber nach einer beliebigen Form die thatsächlichen Verhältnisse zurechtschneiden wollen.

Digitized by Google

* Foulds Finanzbericht an den Kaiser Napoleon

entfernt vor der Hand alle Fragen der inneren und äußeren Politik aus der Aufmerksamkeit des Pariser Publikum. Der Eindruck, den diese Enthüllung auf das Publikum hervorbrachte, ist ungünstig. Man ist von der Größe des Uebels, von dem so oft bestrittenen Defizit von einer Milliarde 8 Mill. Frs. bei Weitem nicht überzeugt, als von den vorgeschlagenen Heilmitteln. Im Wesentlichen und abgesehen von einigen Steuer-Vermehrungen bleibt Alles beim Alten. Die ganze Oekonomie des Hrn. Fould beruht auf einer neuen Eintheilung des Budget: die außerordentlichen Ausgaben sollen künftig ihr besonderes Budget haben. Daß die neu eingeführten Steuern auf Luxuspferde und Luxuswagen, die Erhöhung der Eintragungs-Gebühren, die zweite Steuer auf die Borvereaux der Börsen-Agenten und Handelsmäkler, die Einführung des Quittungs-Stempels, die Erhöhung des Salzpreises und Zuckerzolles nicht mit großer Befriedigung aufgenommen und in den von diesen Neuerungen betroffenen Kreisen geradezu Anstoß erregt hat, das war vorauszusehen und liegt in der Natur der Sache selbst. Aber auffallend ist es, daß auch die Steuererleichterungen, von denen 1,300,000 Menschen begünstigt worden, daß diese ihre Wirkung verfehlt und nicht nur nicht enthusiastisch, sondern selbst in den demokratischen Blättern mit großer Zurückhaltung aufgenommen sind. Einerseits rügt man an dieser gänzlichen Befreiung von jedweder Steuerpflichtigkeit, die 1,200,000 Arbeitern zugesprochen ist, wie in der Aufhebung der Patentgebühr, welche 100,000 allein arbeitenden Gewerbetreibenden zu Gute kommt, daß man die Grenzen überschritten habe. Der „Temps" glaubt, man müsse vor Allem im Volke den Gedanken erwecken, daß die Steuerpflichtigkeit nicht nur eine Last, sondern auch eine Pflicht und Ehre für Jedermann sey, und daß man deßhalb das Volk nicht ganz und gar von der Steuerlast befreien dürfe.*) Andererseits müssen aber dieselben Arbeiter, zu deren Gunsten 5 Millionen aus dem Einnahme-Conto des Budget gestrichen sind, in der Erhöhung des Salzpreises und Zuckerzolles dennoch ihr Scherflein beitragen. Uebrigens gibt dieses mühsame und systemlose Zusammenscharren von großen und kleinen neuen Steuern, die bald eine, bald zwei, bald zehn Millionen jährlich einbringen sollen, an und für sich einen traurigen Beweis der schlimmen Lage der allgemeinen Situation des Schatzes und der Rathlosigkeit derer, die ihn, nach der allgemeinen Erwartung, gleichsam mit der Wünschelruthe füllen sollten. Dazu kommt noch, daß einzelne dieser Abgaben, wie die Stempelgebühren auf Rechnungen, die Transaktionen an der Börse und im Waarengeschäft im Betrage von mehr als 3000 Frcs., der Rückschritt in der Besteuerung des Zuckers, die Salzauflage, die Erhöhung der ohnehin so verzatorischen Eintregistrirungsgebühren, dem neuen System in Popularität unendlich mehr schaden, als sie ihm finanziell wirklich eintragen. Doch ja — einen kühnen Streich hat Fould noch vor; er will dem Staatsschatz 300 Millionen auf einmal verschaffen — angeblich ohne Anleihe, um damit einen Theil der schwebenden Schuld (d. h. das seit Jahren immer größer gewordene Defizit) zu decken. Er sagt in seinem Bericht: „Am 14. März 1862 nimmt der Staat das von ihm auf zehn Jahre suspendirte Recht wieder an sich, seinen Gläubigern die Wahl zwischen Konvertirung oder Auszahlung zu stellen. Es sey möglich, zu einer Vereinfachung der Schuld zu gelangen, indem man den Besitzern der 4½prozentigen dieselbe Rentensumme in 3prozentiger Rente gebe, mittelst Zahlung an den Staat, welche würde ihnen noch bei diesem Austausch außergewöhnliche Vortheile bewilligen und ihnen gestatten, die rückständigen Zinsen anstatt halbjährlich, vierteljährlich einzuziehen. Die Konvertirung würde vollkommen fakultativ, ihr Erfolg aber müßte unzweifelhaft seyn; übrigens könne auch im Nothfall das Recht des Staates dazu vorbehalten." Herr Fould berechnet, daß, wenn die Besitzer der 173 Mill. von 4½proz. Rente dieselbe beim Staate gegen 3proz. Rente umtauschen und ihm die Preisdifferenz bezahlen wollten, der Staat dabei 300 Mill. gewinnen könnte, d. h. mit andern Worten: den Besitzern von 4½prozentiger Rente wird die Wahl gelassen, entweder ihre Kapitalien zurücknehmen oder sie in 3prozentige Rente umzutauschen. Dabei rechnet Hr. Fould, daß sie lieber zum Umtausch greifen. Wir aber, wenn es ihnen doch einfiele, lieber Baargeld zu sehen? Ferner rechnet er darauf, daß sie, um nach dem Umtausch eben so viel Rente zu besitzen, als vorher, dem Staat so viel Kapital darauf zahlen werden, daß der Zins des Gesammtkapitals zu 3 Prozent dem früheren Zinsertrag zu 4½ pCt. gleichkommt. Wie aber, wenn sie es nun nicht thun? Und zwingen kann man sie doch nicht. Dieses Finanz-Manöver nimmt sich sehr windig aus. Wie die Herren Rentner nun freiwillig gezwungen werden sollen, darüber siehe den folgenden Artikel.

*) Die wahre Bedeutung dieser Maßregel läßt sich in Folgendem zusammenfassen: 1) durch die neuen Erhöhungen der indirekten Abgaben namentlich von Salz und Zucker) werden die niederen Klassen so belastet, daß man sie von einigen andern Steuern befreien muß, weil ihnen diese sonst unerschwinglich würden; 2) es wird ein Steuerfreies Proletariat geschaffen, das aber doch politisch berechtigt ist (allgemeines Stimmrecht), ein Proletariat, das durch diese Prämie zu einer Prätorianerschaar der bonapartistischen Regierung erhoben wird. Diese von Steuern befreiten Klassen haben natürlich ein Interesse daran, daß die jetzige Regierung am Ruder bleibe, die ihnen diese Befreiung auf Kosten der übrigen Klassen zukommen läßt.

Paris, 25. Jan. Wenn mehr und mehr Stimmen laut werden — im Publikum wenigstens, wenn auch viel weniger in der sehr eingeschüchterten Presse —, welche Fould's Talent als Staatsfinanzier in Zweifel ziehen, so wird ihm Niemand seine Tüchtigkeit als Börsenfinanzier bestreiten. Sich selbst überlassen, hatte die Börse am ersten Tage den Fould'schen Rapport mit einer starken Baisse begrüßt, hierin die öffentliche Meinung wiederspiegelnd, welche sich durch die Inhaltslosigkeit des Fould'schen Berichtes sehr unangenehm enttäuscht fand. Seitdem hat Fould die Sache in die Hand genommen, und die Rente steigt und steigt, ohne daß Jemand wüßte warum! Es handelt sich darum, die 3prozentige Rente möglichst hoch hinauf zu treiben, um dadurch den Besitzern der 4½proz. Rente größere Lust zum freiwilligen Umtausch der letzteren gegen erstere zu geben. Herr Fould will die 3proz. Rente auf 73—75 Frcs. hinaufbringen, um sie dann den Besitzern für 70—72 Frcs. anzubieten; in diesem Falle würde allerdings ein Theil der Besitzer zugreifen, und die Operation könnte so weit gelingen, daß sie der Regierung etwa 100—120 Millionen einbrächte. Da der Kurs von 73—75 durch die allgemeine Lage keineswegs gerechtfertigt ist, so könnte er allerdings die Operation selbst nicht überdauern; man begreift indeß, daß Herr Fould hierum sich nicht zu kümmern hat. Der Schaden würde hinterher nicht vom Schatz, sondern von den Rentnern getragen, die allzu leichtgläubig zugegriffen hätten. (Köln. Z.)

Deutscher Bund.

Preußen. Die „Berl. Allg. Ztg." schreibt: „Der Kriegsminister hat bei Einbringung der Reservevorlagen im Herrenhaus dem Abgeordnetenhaus offen den Krieg erklärt. Gegen alle parlamentarische Gewohnheit hat er das Haus der Abgeordneten verdächtigt, unter schlechten Vorwänden die Militärvorlagen verschleppen zu wollen. Gewiß hat er sich freilich überlegt, was diese Worte auf das Haus der Abgeordneten für einen Eindruck machen werden. Unwillkürlich stelen uns die Worte Sir Hamilton Seymours über den Kaiser Nikolaus ein: „Wer mit solcher Bestimmtheit das Kommende voraussagt, der hat den Willen, es herbeizuführen." Uebrigens sind die reinsächsischen Gründe gegen die Extravaganzen der Forderungen des Kriegsministers doch noch gewichtiger, als der Einfluß einiger herausfordernden und gewiß unpassenden Aeußerungen.

Oesterreich. Wien, 24. Jan. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich nicht in der Lage erklärt, auf das Projekt des Hrn. Maager eingehen zu können, weil dem Ausschusse das Recht, Tantièmen oder sonstige Remunerationen zuzustehen, durchaus nicht zusteht. Durch solche Unterhandlungen würde in das Ressort der Regierung hinübergegriffen, die zu bestimmen hat, ob sie etwas kaufen wolle oder nicht.

Großbritannien.

Der „Star" kommentirt das Telegramm aus Portland, daß Hr. Seward die englischen Vertheidiger Kanada's durch Maine marschiren läßt, mit den Worten: „Dies ist mehr als eine internationale Artigkeit oder ein sentimentaler Ausdruck des Wohlwollens. Es ist eine wirkliche Wohlthat für Tausende unserer Soldaten, die an den rauhen Küsten Neuschottlands und Neubraunschweigs harten Entbehrungen ausgesetzt sind. Solch ein solider Beweis amerikanischer Freundschaftlichkeit gegen das Mutterland sollte auf dieser Seite des Weltmeers entsprechende Gefühle hervorrufen.

Italien.

In Florenz haben seit Weihnachten die Desertionen bei allen drei daselbst stationirten Waffengattungen eine höchst beunruhigende Ausdehnung genommen. Die Soldaten laufen trupp-

Digitized by Google

weise auf und davon. In der Nacht vom 4. auf den 5. Januar desertirten nicht weniger als 72 Mann. Fast täglich fehlten 10 bis 20 Mann. Die Flüchtlinge einpfangen. wird nicht blos das Militär, sondern auch die Nationalgarde aufgeboten.

Garibaldi erhielt zum neuen Jahre aus allen Theilen Italiens und auch von weiter her Glückwünsche; er antwortet, was seine besondere Liebhaberei ist, nach und nach auf alle Schreiben. Ein Leipziger Konditor, welcher ihm Backwerk geschickt hatte, setzte die Antwort unter Glas und Rahmen; ein Engländer wollte das Briefchen kaufen und bot 100 Frs. dafür, konnte es aber von dem Eigenthümer nicht erlangen.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 18. Januar).

Samstag. Unsere Börse bleibt fest und die Umsätze in der abgelaufenen Woche waren von grosser Bedeutung. Hieraus trägt die Haltung der Wiener Börse bei, welche Symptome wiederkehrenden Vertrauens zeigt, da sich die inneren Verhältnisse Oesterreichs in der That zu konsolidiren scheinen. An der Börse wollte man u. A. wissen, dass von Seiten Frankreichs die definitive Zustimmung erfolgt sei, so wie auch dass dem Angriff der Piemontesen auf Venetien nicht intervenirt, so lange Oesterreich Mailand nicht wieder nehmen will — was die Errungenschaft von Savoyen und Nizza in Frage stellen würde. — Von Österr. Fonds war lebhaftes Geschäft in National, die 1/2 pCt. höher schliessend. Venetianer hatten eine grosse Verkaufsorder in Frankfurt gegen Ostern. Kreditaktien zurückgehalten und im Inland höher als hier. Von Staatsloosen sind die sehr vergriffenen 1839er 5 pCt. höher; die von 1860 durch Gewinnrealisationen stationär, es hat davon jetzt viel Material am Platz.

Die grosse Geldabundanz drückt sich besonders in den zahlreichen Kaufordres aus, die fortdauernd für süddeutsche Staats-papiere einlaufen. 4 1/2 nassauische Staatsanleihe wurde zu 102 2/3, 4 1/2 nassauische Kabinetsanleihe zu 100 1/2, von bayerischer 4proz. Militäranleihe zu 101 komptant und zu 100 1/2 per Ultimo März im Posten gehandelt. Für Württemberger ist trotz der bevorstehenden Auslosung von ca. 800,000 fl. stets Begehr ohne Abgeber. Auch für 4 1/2 und 4proz. Borner Obligationen von mehrfacher Seite Frage, das flottante Material ist durch solide Käufe beseitigt. 4 1/2 Eisenbahnaktien wurden in 100 1/2 gross Markt genommen.

Von Zettelbankaktien nahmen österreichische am Mittwoch einen Aufschwung bis 667, wohl auf Gerüchte eines günstigen Arrangements mit der Regierung hin, als konnten sich indess nicht behaupten und schliessen 666. Die Dividende, nach dem Coupon zu 27 pCt., ist eben kein Reiz, sie andere Stärke. Effekten bessere feste Zinsen geben. Die Opfer, welche der Bank sicher bei einer Regulirung auferlegt werden, lassen für die folgenden Jahre keine absonderlichen Resultate erwarten.

Von Kreditaktien waren Oesterreichische in namhaftem Verkehr und scheint darin bedeutende Spekulation engagirt zu seyn, welche durch günstige Wiener Berichte in ihrer Hausestendenz unterstützt wird. Die Steigung seit 8 Tagen beträgt beiläufig 3 fl. und die Contremine, welche diesen Effekt vorzugsweise kultivirt, wird gut thun, auf ihrer Hut zu seyn. Darmstädter stationär.

Von Eisenbahnaktien Berlacher flau, dagegen Weissenburger gesucht und bis 104 bezahlt. Hessische Ludwigsbahn im Transit nach Berlin zu höheren Kursen verhandelt, auch Rhein-Nahe scheinen von dort den Impuls zu weiterem Steigen. Hanauer, dergleichen Aetterwich-Westbahn gewannen gleichfalls von der allgemein günstigen Stimmung einen kleinen Antheil. Für Prioritäten vielfache Nachfrage und höhere Preise.

Der Ultimo am 30. wird sich leicht abwickeln, da tiefd abundanter ist wie je und Diskonto weit unter Bankkurs steht. Ein bekanntes Haus nimmt zu 2 pCt., was sich darbietet. Von Wechseln wurde kurz Paris in ansehnlichen Beträgen zu 93 umgesetzt. Amsterdam zu 99 5/8 begehrt, langes London 117 1/8 à 3/4, doch sind im Allgemeinen Wechsel in langen Sichten leblend. Von Napoleoned'or ist fortdauernder Bedarf für die Schweiz. (Akt.)

Die „Allg. Ztg." veröffentlicht die Eingabe des Münchener Ausschusses an die Direktion der bayer. Nationalbank. Bezüglich des Projektes der bayer. Finanzministerin beantragt die Eingabe drei Punkte. Sie bemerkt: „1) in Betreff der in das Eigenthum der Bank übernommenen Grunderwerbsverbindlichkeiten und Eisenbahnprioritäten, deren Verkauf postulirt wird, daß ein namhafter Theil dieser Effekten nach dem Wortlaut des Uebereinkommens vom 26. Dez. 1858 als Entschädigung für die dem Staat unverzinslich gemachten Vorschüsse der Bank zum frei verfügbaren Eigenthum überlassen worden ist; daß also selbstverständlich der Bank das Recht eingeräumt wurde, diese Effekten in ihrem Besitz zu behalten und daraus Nutzen zu ziehen; daß andererseits ein massenhafter Verkauf der erwähnten Effekten, die zum Theil der Bank al pari oder zu einem höheren als dem Tagescurs aufgenöthigt wurden, ohne ungeheure Verluste nicht bewerkstelligt werden könnte, so daß, wenn das laisezliche Finanzministerium auf einem Verkauf dieser Effekten bestehen will, nach Recht und Billigkeit der Betrag nur dem Staat zur Last fallen kann. Was sodann die noch nicht ausgegebenen oder wieder eingezogenen Pfandbriefe im Betrag von ungefähr 22 Mill. anbelangt, ist zu bemerken, daß die Zurückhaltung derselben als der einzige Weg erscheint, eine nur einigermaßen entsprechende Verzinsung der 35 Mill. zu erzielen, welche gegen Ausgabe von 50,000 neuen Bankaktien zur Gründung des Hypothekeninstituts in klingender Münze einbezahlt worden sind." „2) In Beziehung auf die Staatsschuld von 99 Mill., welcher das Lotterieanlehen vom Jahr 1860 zum Pfand diente, so war nach den Grundsätzen des Rechts die Bank vom November 1861 an befugt, über diese Loose frei zu verfügen, da ihr solches durch den betreffenden Verpfändungsvertrag offenbar eingeräumt gewesen ist. Es kann also nach Ansicht der Unterzeichneten der Bank die Einziehung der Noten auf keinen weiteren Betrag zugemuthet werden als den, welchen der Staat zurückerhielt. Einer billigen Transaktion wird man jedoch von Seite der Bank gewiß die Hand bieten." „3) In Beziehung endlich auf das zu fixirende Limitum der Drittelbedeckung mit Silber muß es der Weisheit der Bankdirektion überlassen bleiben, ein solches zu ermitteln, und bei der Staatsregierung zu befürworten, daß sie der Bank noch einen hinlänglichen Spielraum lasse, um dem Verkehrsbedarf zu genügen und den Aktionären ein mit ihrem Kapitalsbetrag im Verhältniß stehendes Erträgniß zu sichern. Jede Aktie repräsentirt nach dem Stand der Bank vom 30. Jan. 1860, mit Einschluß des Reservefonds und des Werths an Bankgebäuden, eine ursprüngliche Einlage von 830 fl. österr. W., größtentheils in Silber erlegt. Die Dividende betrug im vorigen Jahr 56 fl. Valuta oder nach dem jetzigen Silberkurs 40 fl. effektiv. Dieselbe künftig noch schmälern wollen, würde einer Spoliation gleichkommen. Die gehorsamst Unterzeichneten sind der festen Ueberzeugung, daß die ganze Bankkalamität, und damit ein großer Theil der finanziellen Schwierigkeiten Oesterreichs, niemals hätte eintreten können, wenn nicht die Repräsentation der Bankgesellschaft so äußerst mangelhaft organisirt gewesen wäre. Eine Veränderung der Statuten in dieser Richtung ist unumgänglich nothwendig; die Bank muß künftig von dem Staat unabhängig seyn; es muß ferner, wie bei allen Aktiengesellschaften Rechtens ist, der Gesammtheit der Aktionäre bei der Beschlußfassung über die prinzipiellen Maßregeln, bei der jährlichen Prüfung des Geschäftsbetriebs, bei der Wahl der Vertreter der Gesellschaft eine Mitwirkung eingeräumt werden. Hierbei versteht es sich von selbst, daß die nichtösterreichischen Aktionäre, welche unzweifelhaft die Majorität der Bankgesellschaft bilden *), gleiche Rechte mit den österreichischen Unterthanen erlangen müssen, und nicht länger rechtlos dem Gutdünken einer privilegirten Minderheit preisgegeben seyn dürfen." (Dieses Verlangen ist bekanntlich vom Bankausschuß neulich zurückgewiesen worden.)

*) Nach der Ausserung des Bankgouverneurs nur 1/3.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben in München in Folge eines Schlaganfalles der k. Konservator des Kupferstichkabinets, Robert Broulliot, und der Zollrechnungskommissär F. J. Schön.

München, 27. Jan. Das privil. Packträgeranstaltut ist durch Kauf an einen hiesigen Bürger, den Kaufmann Hartl, übergegangen. Gegenwärtig sind von Seiten desselben Unterhandlungen mit dem hiesigen Magistrat im Gange, durch welche die Uebernahme eines Theiles der Feuerlöscharbeiten, nämlich die Bergung von Mobilien ꝛc. durch die Packträgermannschaft bezweckt werden will. Es dürfte sonach in dem Ressort der städtischen Behörde nur noch der eigentliche Spritzen- und Löschdienst. (N. W. Z.)

Der „Publicist" theilt folgende dieser Tage in Berlin verübte Unthat mit: „Eine Lohndienerwitwe, welche nicht am Rosenthaler Thor ihren Sitz hat, hatte bis vor Kurzem zwei Söhne, welche in der ganzen dortigen Gegend verrufen waren. Der jüngere starb vor nicht langer Zeit infolge einer von ihm gewonnenen Wette: auf einmal eine Metze roher Zwiebeln und ein Quart Branntwein zu verzehren. Der ältere Bruder ist als Raufbold und Schläger berüchtigt. Vor Kurzem hatte er bei einer Prügelei in einem öffentlichen Lokale einige Personen schwer verletzt, so daß er von einigen Gesinnungsgenossen gewarnt wurde, Abends allein zu gehen. Als er dies trotzdem that, wurde er unterwegs hinterrücks, wie er behauptet, von drei Männern überfallen, zu Boden geworfen und ihm Schwefelsäure in beide Augen gegossen. Das rechte ist sofort ausgelaufen und das linke dürfte schwerlich zu retten seyn. Von den Thätern hat man bis jetzt noch keine Spur."

Köln, 24. Jan. Durch Verfügung des Kultusministers ist dem Baumeister Voigtel die fernere Leitung des Kölner Dombaues übertragen.

Aus Hamburg kommen laute Klagen über das schreckenerregende Ueberhandnehmen der Selbstmorde, des Kindermordes und

Digitized by Google

der Kinderaussetzung. Der neueste, erst jüngst vorgekommene Kindsmord machte deßhalb ungewöhnliches Aufsehen, weil die Rabenmutter, eine Bänkelsängerin, ihr neugebornes Kind völlig nackt aus dem Fenster ihrer Wohnung auf die Straße warf, wo es von Polizeiwächtern noch lebend gefunden wurde. Einige Stunden später starb es. Unter den verschiedenen Ursachen dieses abscheulichen Verbrechens, Mangel eines Findelhauses, Schande, um sich greifende Unsittlichkeit u. s. w., nennt man auch das geringe Strafmaß für derartige Verbrechen; gesetzmäßige Kindsmörderinnen werden mit ein-, zwei- höchstens dreijährigem Zuchthaus bestraft.

Wien. Der Redakteur des hier erscheinenten politisch-satirischen Journals „Der Zeitgeist" Heinrich Ritter v. Levitschnigg ist in der Nacht vom 24. auf den 25. d. Mts. an der Luftröhrenschwindsucht gestorben. Außer vielen Beiträgen, die er für Journale und Taschenbücher lieferte, schrieb er auch ein romantisches Gedicht: „Ruston", welches 1841 in Stuttgart in Druck erschien. Als Lyriker fand er die meiste Anerkennung mit den Liedersammlungen: „Brennende Liebe" und „West-östlich". (Oest. B.)

(Halsbinden und Manschetten aus Stahl.) Der Stahlfabrikant Gh. F. Atkinson in Sheffield hat am 13. Febr. 1861 in England ein Patent auf die Anwendung von Stahl und Eisen zu Halsbinden und Manschetten erworben. Er walzt den Stahl oder das Eisen in dünne Bänder aus, gibt diesen die erforderliche Gestalt, überzieht sie mit Email und fügt dann die zur Befestigung nothwendigen Schleifen, Knöpfe oder dergleichen hinzu.

Aus Frankreich. Am 14. Januar stand ein Taglöhner Namens Tarisot vor den Assisen des Somme-Departement, welcher in dem Zeitraum vom März bis Oktober vor. Jahres nicht weniger als 11 Brandstiftungen verübt hatte. Er handelte dabei weder aus Rache noch aus sonstigen nachweisbaren Motiven, sondern, wie es scheint, aus reiner Freude am Bösen. Das Feuer war jedesmal unter dem Winde und mit satanischer Berechnung der Lokalitäten angelegt. Einmal zündete er ein Hühnerhaus an, das nach seiner Berechnung vier andere Häuser ergreifen mußte, und solche auch sämmtlich vergehrte. Der Besitzer des einen wurde unter den Trümmern begraben. Zwei andere Brände hatten schwere Verletzungen von Personen zur Folge. Seine letzte Schandthat, welche zu seiner Ergreifung führte, war das Niederbrennen von 4 Mühlen, die je einige Kilometre von einander lagen, in einer einzigen Nacht. Zu seiner Vertheidigung führt er an, er sey jedesmal betrunken gewesen. Der Assisenhof erkannte auf 20jährige Zwangsarbeit.

Neapel, 13. Jan. Der Vesuv konnte nach seiner letzten Eruption noch nicht wieder zur Ruhe kommen. Die von ihm ausgeworfenen Aschen- und Dampfwolken sind nicht so lästig als die am Fuße des Berges, in Torre del Greco, ausströmenden kohlensauren Gase. Sie verpesten die Luft bis nach Resina hin, und zwangen die dortigen Bewohner, die Arbeiten auf den nach Torre zu gelegenen Feldern vollständig einzustellen. Es ist sehr gefährlich, sich dem betäubenden Dunstkreise, der die Meierei umgibt, zu nahen, schon viele Thiere umkamen, zu nähern. Wenn die Ausdünstungen nicht aufhören, so kann Torre del Greco schon des Gestankes wegen nicht wieder aufgebaut werden. Die Erderschütterungen wiederholen sich zwar noch von Zeit zu Zeit, sind aber so unbedeutend, daß sie schon in Neapel gar nicht mehr verspürt werden.

Neueste Nachrichten.

* Die in Leipzig erschinende Zeitung „der Adler" erzählt Folgendes: Der Besitzer des ersten Hotel in Plauen miethete vor Kurzem ein bayerisches Dirnstmädchen. Am Tage, wo dasselbe anziehen sollte, kommt anstatt ihree ein Brief, in dem das Mädchen anzeigt, der Hr. Landrichter ertheile ihr nicht die Erlaubniß, den Dienst anzutreten. Darauf schreibt der Gasthofsbesitzer selbst an den Landrichter und erhält nach wenigrn Tagen folgende Antwort: „Auf das heute dahier eingelaufene Gesuch vom 5. d. M., die Dienstmagd Pauncker dahier betr., wird Folgendes eröffnet: In Erwägung, daß alle bayerischen Mädchen, welche in Sachsen Dienste nehmen, geschwängert zurückkommen, die aus unehelicher Schwängerung geltend zu machenden Entschädigungsansprüche äußerst schwer, oft gar nicht zu erlangen sind, und dahier selbst Mangel an ordentlichen Dienstboten herrscht, hat sich die unterzeichnete Distriktsbehörde veranlaßt gesehen, nicht blos der Pauncker, sondern allen weiblichen Dienstboten bei dürftigen Bezirk die Bewilligung zum Eintritt in Dienst nach Sachsen zu versagen. Ihnen heim, 8. Januar 1862. Königliches Landgericht. (gez.) Hopfe." Die Sache kommt uns kaum glaublich vor; verhielte sich's jedoch wirklich so, wie hier angegeben, so hätte der Landrichter unzweifelhaft die Gränzen seiner Befugniße als Polizeibeamter weit überschritten. Wir hoffen und wünschen aber, daß eine amtliche Erklärung des Sachverhalts bald erfolgen und daß diese geeignet seyn möge, die Angaben des sächsischen Blattes und die Schlußfolgerung, die daran geknüpft werden könnten, zu entkräften.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. dittc.	80⅞ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	70 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	57⅝—½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47 G.
„	4½ pCt.	42 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1850r. dto.	103⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. 1/4lär. dto.	104¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.
Wirttemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl. dto.	92¼ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 8. 2. 30	47⅜ P.
„	2 pCt. „ „ „	41⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¼ G.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à 6. 500 . . .	115 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	668 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à 6. 200	160½ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank i. n. Z. Serie à fl. 200	199½—200½ G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	78½ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	81 P. 80½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P. 333 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	83½ G.
	Oest. F. St. Kisb. 4pCt. Lit. A.	320 Fr. à 28 kr
„	Elisab.-Eisenbahn b pCt. . .	110⅛ P. ⅛ G.
„	Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
	Darmst.-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 pCt. Z.	25—27½ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	129⅜ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104 G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	82½—⅜ G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246 G.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	310 P.
„	Credit-Akt. d. Ges. Pereire . .	440 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet.	103⅝ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ G.
	Provinzialbk. (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. 3. 100 l. S.	99⅜ G.
Augsb. 8. 100 l. S.	99⅞ B.
Berlin 7b. 60 l. S.	104⅜ G.
Brem. 30 Th. Ld. l. S.	96⅜ B.
Cöln 7Thr. 60 l. S.	104⅜ G.
Hamb. MB. 100 l. S.	87⅜ G.
Leipzig 7b. 60 l. S.	105 B.
London 1st. 10 l. S.	117⅜ B. ⅜ G.
Lyon Frs. 200 l. S.	—
Mail. l. S. l. 250 l. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 l. S.	93 B.
Triest fl. 100 l. S.	—
Wien fl. 100 l. W.	—
do. 2 fl. 6 W.	—
do. in Ost. W. l. S.	83½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Aktien-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	54½ P. 54 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	68½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	129⅜ G.
„ fl. 100 v. 1860 6/7	63⅞ G.	„ fl. 25 do.	38½ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	104⅜ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37⅝ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beK.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	34 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P. 36 G.
Badische fl. 50	92⅝ P.	Vereins-Loose fl. 10.	20⅛ P.
Badische fl. 35	54⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11¼ P. 10⅞ G.

Frankfurt, 27. Januar. Unter dem Eindruck höherer Wiener Notirungen eröffneten öftere. National und Kreditaktien zu merklich höheren Kursen und nahmen im Laufe des Geschäfts einen weiteren Aufschwung. Auch öfterr. Bank-, Elisabeth- und Nahebahnaktien fanden Käufer zu steigenden Kursen. Der Umsatz war von Bedeutung. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 29. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Mittwoch, 29. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 26. Jan. Se. Maj. der König hat dem Oberlieutenant Max Ney vom 5. Jäger-Bataillon wegen der mit Geistesgegenwart und Entschlossenheit bethätigten Rettung eines fünfjährigen Knaben aus naher gelegener Gefahr des Ertrinkens die allerhöchste Anerkennung auszudrücken geruht. (M.-B.-Bl.)

Preußen. Berlin, 25. Jan. Fürst Gortschakoff hat den hiesigen russischen Gesandten, Hrn. v. Budberg, nunmehr angewiesen, mit dem Grafen Bernstorff in russischer Sprache zu korrespondiren, weil Ersterer nur in deutscher Sprache an die Gesandten schreibt. Dieselbe Instruktion ist Seitens des Barons Ricasoli dem hiesigen italienischen Gesandten, Grafen Launay, zugegangen. (Wenn das wahr ist, so muß man erwägen, daß jedenfalls von dem Gesandten eher verlangt werden kann, daß er sich nach der Sprache des Hofes richte, bei dem er beglaubigt ist, als von dem betreffenden Hof, daß er die Sprache aller bei ihm beglaubigten Gesandten kenne. Wir können dem Grafen Bernstorff wegen seiner Neuerung durchaus nicht Unrecht geben, und müssen bestreiten, daß das Verfahren der russischen und der italienischen Regierung eine richtige und nothwendige Konsequenz derselben sey.) (Schw.M.)

Oesterreich. Wien, 25. Jan. Wie ich vernehme, hat der Kaiser dem verdienstvollen Staatsmann Frhrn. v. Pillersdorf, dem nach 1851, weil er damals wegen seiner Freisinnigkeit oben übel angeschrieben war, untersagt worden war, sich seiner Würden und namentlich seines Titels als k. k. geheimer Rath zu „präsvaliren", dieselben wieder verliehen. Schon bei früheren Anlässen, namentlich als Mitglied von landtäglichen und reichsräthlichen Deputationen, hatte sich Hr. v. Pillersdorf des huldreichsten Empfangs von Seite seines Monarchen zu erfreuen. Der Freudenruf, der damit auf das Leben des greisen Staatsmanns fällt, wird auch das Herz des Volks erwärmen; denn Pillersdorf ist ein allgemein beliebter Charakter. (Allg. Z.)

§ Wien, 26. Januar. (Prib.-Korrespond.) Von Seite Frankreichs sollen befriedigende Erklärungen in Bezug auf seine Stellung zur italienischen Frage eingetroffen seyn. Was Oesterreich anlangt, so ist es nicht wahr, daß dieses in Paris erklärt habe, auf die Restaurationspolitik zu verzichten und die Stipulationen von Zürich und Villafranka nur als Basis einer neuen Regelung der italienischen Angelegenheiten festhalten zu wollen. Man betont hier im Gegentheile mit großem Nachdrucke, daß man seinen Punkt bei aus jenen Stipulationen für Oesterreich entsprungenen Rechtes aufgeben wolle, wenn man auch zugibt, die „Logik der Thatsachen" nicht gänzlich unberücksichtigt lassen zu wollen, wenn es zur endgültigen Lösung der italienischen Frage kommt. Eine ähnliche Erklärung hat Graf Rechberg auch im Finanzausschusse abgegeben.

Wien, 27. Jan. Der Kaiser hat die Errichtung eines eigenen Marineministeriums beschlossen und dasselbe einstweilen dem Handelsminister Grafen v. Wickenburg übertragen. (Indep. b.)

Die katholische Bevölkerung von Lemberg hat aus Anlaß der Ezzesse, die vor dem Palaste des Exbischofs Wierzchlejski am 12. d. stattgefunden, eine Adresse an den Kirchenfürsten gerichtet, worin die Theilnahme und Verehrung für den geistlichen Oberhirten, und die größte Entrüstung über den verübten Exzeß (Katzenmusik, Einschlagen von Fensterscheiben) ausgedrückt sind. (D. Abl.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichsraths brachte der Konseilspräsident einen Vorschlag zu Verfassungsänderungen in Vorlage. Der Zensus soll auf die Hälfte herabgesetzt werden, der Reichsrath seinen Präsidenten und Vizepräsidenten selbst wählen, und das Recht der Initiative und Interpellationen erhalten. Die Bestimmungen bezüglich der holsteinischen und lauenburgischen Mitglieder sollen gestrichen werden. Die Veränderungen werden dahnch motivirt, daß die Verwicklungen wegen Holstein und Lauenburg nicht länger die konstitutionelle Entwicklung des Reichsraths hindalten dürften (v. h. Holstein und Lauenburg sollen als deutsche Bundesländer aus der dänischen Gesammtmonarchie ausscheiden, Schleswig dagegen darin verbleiben. Die königliche Botschaft, womit vor 4 Tagen der dänische Reichsrath eröffnet wurde, hielt den Schleswigern abermals den Köder volksthümlicher Institutionen hin, um sie zum Abfall vom Vaterlande zu verlocken. Die Schleswiger werden der Versuchung wohl auch diesmal widerstehen; aber gut wäre es doch, wenn zur Belebung ihrer Hoffnungen auf die Zukunft die Ein-

Einiges über Holzsurrogate.

Seit Jahrhunderten erschallt die Klage über Holzmangel und Holztheuerung, die, wenn auch an sich in vieler Beziehung unbegründet, doch der hohen Bedeutung wegen, die das Holz in der menschlichen Oekonomie einnimmt, eben sowohl zur Untersuchung der Frage führen mußte, ob wirklich ein Holzmangel für die Zukunft zu befürchten sey, als andererseits die Aufsuchung aller möglichen Holzsurrogate die natürliche Folge derselben war. Letzterm Punkt möchte ich hier in allgemeinen Umrissen kurz in's Auge fassen, da eine vollständig in's Detail gehende Untersuchung für den vorliegenden Zweck zu weit führen würde. Betrachten wir zunächst die Brennholzsurrogate, so haben wir als die wichtigsten den Torf, die Braun- und Steinkohlen. Der erstere ist, abgesehen von seiner großen Verbreitung, schon deßhalb von großer Wichtigkeit, als es als ausgemacht gelten kann, daß derselbe drei gehöriger Behandlung der Stiche sich wieder ersetzt. So hält es z. B. der in dieser Beziehung sachkundige Dann für möglich, daß in 100 Jahren ein guter Torfstich viermal so viel Brennstoff erzeugt, als ein gut bestandener Buchenwald. So wird auch in der Beschreibung des Torfmoores Röthelweiher im oberbayer. Forstamt Wilsee (Forstl. Mittheil. III, 2. S. 63 u. ff.) unter der Rubrik: Erfahrungen über die Regeneration des Torfes und Ermittlung des nachhaltigen Materialertrages der jährliche Durchschnittszuwachs der dortigen Torflager mit ziemlicher Sicherheit auf $0_{,00}$ berechnet. Im Allgemeinen muß, mit Ausnahme vielleicht der allerneuesten Zeit, zugegeben werden, daß die Benützung des Torfes noch eine sehr mangelhafte ist. Die Gründe dafür sind theils in Unkenntniß und Vorurtheilen zu suchen, die zu ihrer Beseitigung oft viele Decennien bedürfen, theils auch im Mangel der nöthigen Einrichtungen. Daß aber die Vorurtheile so lange dauern konnten, und da und dort noch dauern, ist ein schlagender Beweis, daß auch nur von einem annähernden Mangel an Brennholz nicht die Rede seyn kann; denn die Noth ist in solchen Fällen eine jedenfalls bessere Lehrmeisterin, als die bestgemeinten nationalökonomischen Untersuchungen und Vorschläge. Wie sehr übrigens die Konsumtion des Torfes zugenommen hat, zeigt z. B. die Torfstecherei in Schleißheim. Im Jahre 1824/25 wurden nach dem Zeugnis des Förstern Heiß 466 Körbe à 3 fr. verkauft — 1859 wurden auf dem Schleißheimer Moore 11 Mill. Stück Torfziegel gestochen, welche getrocknet ungefähr 110,000 Ctr. wiegen, und kostet der Centner auf der Torfstecherei, also ohne Fuhrlohn 10 kr., Fracht nach München 7 kr. Im Ganzen sind in Bayern 183,739 Tagw. Torfmoore, wovon 33,582 Tagw. dem Staate, 8944 Tagw. den Kommunen, 141,213 Tagw. den Privaten gehören. Analog sind die Verhältnisse bei den vielen noch unzehobenen Kohlenschätzen im Innern der Erde. An industriellem Geiste zu deren Hebung fehlt es, namentlich seit den letzten Dezennien, gewiß nicht, wie die allerwärts gestiegene Kohlenproduktion zeigt, aber der an wilden Orten vorhandene Brennholzüberfluß macht solche Unternehmungen, die überdies ein sehr bedeutendes Betriebskapital fordern, oft nicht rentabel.

Digitized by Google

wicklung der liberalen Institutionen in Deutschland, vor allem in Preußen, mit derjenigen in Dänemark gleichen Schritt hielte.)

Großbritannien.

In den höchsten Kreisen Londons scheint seit dem Tode des Prinzen Albert ein Zwiespalt zu herrschen, der mit einem sorgfältig gehüteten Geheimniß umgeben ist. Lord Palmerston hat die Königin, seitdem sie Wittwe ist, augenblicklich seiner Gicht wegen, noch nicht gesehen. Von dem König der Belgier mehren Depeschen, daß er mit dem Ministerium und den Parteihäuptern verhandelt und zu vermitteln sucht. Es herrscht also ein Zwiespalt, der einer Vermittlung bedarf. Worin er besteht, darüber fehlen die Anneutungen. Die auftauchenden Vermuthungen, daß die Königin, über deren Zustand vor ungefähr einem Jahre allerlei Gerüchte zirkulirten, in Folge des erlittenen Verlustes, von Hypochondrie heimgesucht sey, beschränken sich auf Salongespräche. Die englische Presse ist stumm darüber. Auch spricht der Umstand dagegen, daß der Prinz von Wales seine orientalische Reise antritt, was sicherlich nicht geschähe, wenn der geistige oder körperliche Zustand seiner Mutter bedenklich wäre. Die Parlamentseröffnung wird über dies Alles Licht verbreiten. (Östd. Post.)

Frankreich.

Der Thronrede des Kaisers Napoleon entnehmen wir noch folgende Stellen: „Der König von Preußen hat bei seinem Besuche in Frankreich Gelegenheit gehabt, sich in Person ein Urtheil von unseren Wünsche zu bilden, und noch enger mit einer Regierung und einem Volke zu verbinden, welche ruhigen und sichern Fußes auf der Bahn des Fortschrittes wandeln. — Der Bürgerkrieg, welcher in Amerika wüthet, hat unsere Handelsinteressen ernstlich beeinträchtigt. So lange man jedoch die Rechte der Neutralen achtet, müssen wir uns auf den Wunsch beschränken, daß diese Zwistigkeiten bald ihr Ende erreichen mögen. — Wir würden mit Niemandem im Kampfe begriffen seyn, wenn nicht in Mexiko das Verfahren einer gewissenlosen Regierung uns genöthigt hätte, uns mit Spanien und England zu vereinigen, um unsere Landesangehörigen zu schützen und Angriffen auf die Menschlichkeit und das Völkerrecht Einhalt zu thun. Es kann aus diesem Kampfe nichts hervorgehen, was geeignet wäre, das Vertrauen in die Zukunft abzuschwächen. — Vorurtheilsfrei habe ich noch ganz besonders meine Aufmerksamkeit auf die Zustände unserer Finanzen gerichtet. Eine gewissenhafte Auseinandersetzung hat Sie von der wahrhaften Lage derselben in Kenntniß gesetzt; ich werde über diesen Gegenstand nur einige Worte sagen. Das Publikum ist erschrocken über die Zahl von 963 Millionen, welche die schwebende Schuld erreicht hat; aber diese Schuld hat, da sie sortan dabei stehen bleibt, nichts Beunruhigendes, denn sie hatte diese Zahl schon vor dem Jahre 1848 erreicht, als die Einnahmen Frankreichs weit unter der gegenwärtigen Höhe standen. Übrigens kann man von dieser Summe von vorn herein die 652 Millionen abziehen, welche den Staat zu einer, dem Kaiserreiche vorhergehenen Zeit belasteten, so wie die 78 Millionen, welche den Renten-Inhabern zur Zeit der Konvertirung zurückgezahlt worden, und endlich den sich auf 233 Millionen belaufenden Betrag der Anlehen, welche in den beiden letzten Finanzjahren durch Expeditionen nach fernen Gegenden veranlaßt wurden und die man möglicher Weise durch eine Anleihe hätte decken können. Es wird sich ergeben, daß seit der Gründung des Kaiserreichs, Dank freilich den nach und nach vorgenommenen Konsolidirungen, das Steigen des Defizits in keinem Verhältnisse zu den Bedürfnissen steht, für welche wir Mittel beschaffen mußten, so wie zu den Vortheilen, die wir seit zehn Jahren errungen haben. In der That, meine Herren, es würde Unrecht seyn, zu vergessen: den Umwachs der Ausgaben, welcher durch den jährlichen Betrag der zum Behufe zweier Kriege, die nicht ruhmlos gewesen sind, kontrahirten Anleihen veranlaßt wurde; die vom Schatze für große gemeinnützige Arbeiten verwandten 622 Millionen, ganz abgesehen von den drei Millionen, welche von den Gesellschaften zur Vollendung einer Eisenbahnstrecke von 6553 Kilometres verwandt wurden; die Ausführung des Eisenbahnnetzes, so wie die Verbesserung der Verhältnisse aller Staatsdiener; die Hebung der Lage des Soldaten, indem die Cadres des Heeres in das richtige Verhältniß zu dem gebracht wurden, was die Würde Frankreichs in Friedenszeiten erheischt; die Umgestaltung der Flotte und unseres gesammten Artilleriematerials; den Umbau unserer Gotteshäuser und öffentlichen Denkmäler. Diese Ausgaben haben allen im ganzen Umfange des Kaiserreiches aufgeführten öffentlichen Bauten einen segenbringenden Anstoß gegeben. Haben wir nicht gesehen, wie die Städte sich umgestalteten, die Läudereien durch den Fortschritt des Ackerbaues an Reichthum zunahmen und der auswärtige Handel von 2 Milliarden 600 Mill. auf 5 Milliarden 700 Mill. stieg? Endlich sind durch die blühe Zunahme des allgemeinen Wohlstandes die Staatseinkünfte um mehrere 100 Mill. gewachsen. Diese Aufzählung zeigt und die ganze Ausdehnung der finanziellen Hülfsmittel Frankreichs. Und dennoch, was auch immer der Ursprung der Ausfälle gewesen seyn mag, und so berechtigt auch die Ausgaben gewesen seyn mögen, es war nicht desto weniger klug, sie nicht weiter zu vermehren.*) (Folgt nun eine Erörterung des Fould'schen Finanzplans.) „Es ist mir nicht unbekannt, daß es das Loos aller Derer ist, welche die Macht in Händen haben, ihre reinsten Absichten durch den Parteigeist verkannt und ihre löblichsten Handlungen entstellt zu sehen. Aber dies Geschrei ist ohnmächtig, wenn man das Vertrauen der Nation besitzt und nichts verfäumt, um dasselbe zu verdienen. Dies Gefühl, welches sich unter allen Umständen kund gibt, ist mein theuerster Lohn, und in ihm liegt meine größte Stärke. Wenn unvorhergesehene Ereignisse, wie Theuerung der Lebensmittel und Stockung der Arbeit, eintreten, so leidet das Volk; aber es macht mich bei seiner Gerechtigkeit nicht für seine Leiden verantwortlich, weil es weiß, daß alle meine Gedanken, alle meine Bemühungen, alle meine Handlungen ohne Unterlaß darauf gerichtet sind, sein Loos zu verbessern und die Wohlfahrt Frankreichs zu vermehren."

*) Mit andern Worten: Kaiser Napoleon will den Abgeordneten die Bitterkeit der ungeheuren Schulden-Menge verlüssen durch Hinweisung auf all die schönen Dinge, die sich Frankreich für diese Schulden gekauft habe. Aber es muß doch einen Haken damit haben, weil er soiort zugibt, es möchte nun doch geraden seyn, von dieser Art Wirthschaft abzustehen und nicht länger die Wohlfahrt Frankreichs durch Schuldenmachen zu erhöhen.

An der mangelhaften Benutzung der Holzfeuerzeige tragen auch oft die Brennholzberechtigungen, namentlich bei den Landbewohnern, Schuld, und deren Ablösung kann daher von diesem Standpunkt aus vortheilhaft erschinen. Wie weit und wie sehr übrigens Holz durch Surrogate ersetzt werden kann, zeigt sich am deutlichsten in solchen Gegenden, die wirklichen, durch lokale Verhältnisse bedingten Holzmangel leiden, so z. B. in den russischen Steppen oder in hochgelegenen Alpendörfern, wo oft Baccinien und getrockneter Mist das Hauptbrennmaterial bilden. Ueberhaupt kann durch Verbesserung der Feuerungs- und Heizapparate außerordentlich viel Brennstoff erspart werden. Die Technik ist unablässig bemüht, auf diesem Wege die großmöglichste Heizkraft der Brennstoffe in extenstver, wie in intensiver Beziehung zu erzielen. So hat man gefunden, daß Feuer, welche mit Gebläseluft unterhalten werden, mit größerem Effekt unter Brennmaterialersparniß brennen und daß der Effekt mit der Luftqualität, welche dem Feuer zuströmt, im Verhältniß steht; ferner, daß erhitzte Luft, zum Feuer geblasen, den Effekt vergrößert und daß die Verbrennung der Gase und des Rauches ebenfalls eine Ersparniß an Brennmaterial bewirkt. So hat man in der neuesten Zeit durch die Erfindung des Gebläsemultiplikators gefeiert, das Prinzip der Vermehrung der Gebläseluft unabhängig vom gegebenen Luftstrom zu vermitteln, den mit Kohlenstoff geschwängerten Rauch und die vom Feuer aufsteigenden Gase zur Verbrennung zu bringen und die sonst unnütze Flamme und überflüssige Wärme zur Erhitzung der Gebläseluft zu verwenden. Ueberdieß ist dieser Gebläsemultiplikator durch eine Schiebervorrichtung noch so eingerichtet, daß der Luftstrom sofort vom Feuer abgestellt werden kann, wenn zum Behufe der Metallarbeiter mit dem erhitzten Metalle zum Zwecke des Schmiedens oder der Bearbeitung desselben das Feuer verlässt. Durch diese Einrichtungen wird es möglich, die Zeit, welche nöthig ist, den Metallen den gewünschten Hitzegrad zu geben, zu kürzen, also billigere Arbeit zu liefern und zu gleicher Zeit an Brennmaterial wesentlich zu ersparen. Durch den sogenannten Dampfüberhitzungs-, besser: Nachverdampfapparat ist man im Stande, die aus dem Kessel im Dampfstrome mit übergerissenen Wassertheile zur vollständigen Nachverdampfung zu bringen, indem man den Dampf, bevor er aus den Dampfentwicklern zu seiner Verwendung nach der Maschine u. s. w. gelangt, durch ein Rohrsystem führt, welches von den Verbrennungsprovukten umspielt wird, bevor diese noch dem Schornstein abziehen. Praktische, mit allen Vorkehrungen und Vorsichtsmaßregeln angestellte Versuche haben ergeben, daß für die gleichen Quantitäten des aufgewendeten Brennstoffes eine Mehrleistung von 18 Proz. oder für gleiche Leistungen eine Brennstoffersparniß von 15 Proz. zu Gunsten der Dampfüberhitzung sich herausstellt. Auf analoger Idee beruhen die in neuester Zeit zur Ziegel- und Kalkbrennerei eingerichteten Ringöfen, die eine Ersparniß von $^2/_3$ bis $^3/_4$ des in den alten Oefen nöthigen Brennstoffes möglich machen. Die Einrichtung ist dabei so, daß die Wärme, welche beim Abkühlen der gahrgebrannten Waare frei wird, und

Digitized by Google

Rußland und Polen.

Warschau, 22. Jan. Es sind neulich bei der betreffenden Behörde hier Akten eingegangen über einen Konflikt, welcher kürzlich in Sandomir bei einem Gepäckzug vorgekommen ist, zu welchem der dort kommandirende Major nach dem Kriegsgesetz nur die Verwandten, aber nicht die große Menge der versammelten Menschen zulassen wollte. Nur der Vermittlung des Bischofs von Sandomir gelang es, einen gedrungen Zusammenstoß mit dem Militair zu verhüten. Jedesfalls soll der Geistliche, welcher sich gegen den Kommandirenden ungewöhnlicher Ausdrücke bediente und die Menge dadurch zur Widersetzlichkeit verleitete, so wie der Büchsenmeister, nebst mehreren anderen Personen, verhaftet worden seyn. Die eingeleitete Untersuchung wird wohl das Nähere ergeben.

(N. Pr. Z.)

Warschau, 25. Jan. Wie man versichert, sollen nun auch die Fabrikanten des berüchtigten revolutionären Blattes „Straznica“ endlich entdeckt und festgenommen worden seyn. Es soll diese Entdeckung der Regierung nicht geringe Mühe und eine sehr ansehnliche Summe Geldes gekostet haben, nichts desto weniger aber nur durch gegenseitige Angabe der Betheiligten selbst ermöglicht worden seyn.

(N. Pr. Z.)

Die Uniform der russischen Armee soll, wie man der „L. Z.“ schreibt, gänzlich verändert werden. Es ist bereits gemeldet, daß der Helm gänzlich abgeschafft und durch das Käppi ersetzt werden soll. Es handelt sich aber nicht nur um die Kopfbedeckung, sondern um das ganze Kostüm, das in Zukunft völlig national, nach Art der alten Milly-Uniform oder wie gegenwärtig das Schützen-Bataillon der kaiserlichen Familie, montirt werden soll. Also Pumphosen in hohe Stiefel gesteckt, Ruska ohne Knöpfe und Schnüre, reiche Schärpe um den Leib und eine pelzverbrämte runde Mütze ohne Schirm. Das Kostüm ist äußerst kleidsam, bequem und jedenfalls billiger, als die bunten Uniformen im westeuropäischen Styl. Die Neubeschaffung wird aber, wenn sie nicht ganz allmälig vor sich gehen soll, viel kosten. Außerdem wird die ganze Armee kurze Pelze bekommen. Deren sind bereits 80,000 bestellt.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. Jan. Einer der ersten Großbräuer unserer Stadt soll die Absicht haben, sein großartiges und im schwunghaftesten Betriebe stehendes Etablissement einer zu bildenden Aktiengesellschaft zu überlassen, dabei aber an der Spitze des Unternehmens zu bleiben. Die ersten Schritte in dieser Sache sind bereits gethan.

(Fr. Hdlsz.)

München, 27. Jan. Der verstorbene Fürst August von Taxis war in seiner äußern Erscheinung eine besondere Persönlichkeit, wie man sie in den höhern Ständen selten findet; man sah ihn mit eingedrücktem Hute, abgetragenem Rocke und selbst an heißen Sommertagen mit aufgeknöpftem Kragen stets an bestimmten Stunden langsam durch die Straßen gehen; in den beiden Hoftheatern, wo er einen Parterresitz hatte und mit seiner Umgebung in geist- und gemüthreicher Weise sich unterhielt, fehlte er an keinem einzigen Abend, wenn auch ein Stück noch so oft wiederholt wurde. Er war ein in vielen Zweigen des Wissens hochbewanderter Mann, dabei von seltener Einfachheit und Biederkeit des Charakters und sozialer Liebenswürdigkeit.

München, 27. Jan. Vorigen Jahr ist beim Portier des Hotelgarnibsitzens Sch. dahier einem Reisenden ein Koffer mit zwei auf 1000 Frs. gewerthelten Shawls abhanden gekommen; der Dieb wurde seiner Zeit in Augsburg festgenommen, man fand jedoch nur einen Shawl vor. Da sich Reisender und Gastwirth über den Schadenersatz nicht einigen konnten, kam es zu einem Rechtsstreite, der zum Nachtheil des Wirthes in der Art endete, daß dieser nunmehr einschließlich der Gerichts- und Advokatenkosten den Diebstahl mit mehr als 1000 fl. zu bezahlen hatte.

Darmstadt, 26. Jan. (Prozeß gegen den Hofbuchdrucker Jakoby in Darmstadt wegen Giftmordes.) Wir geben hier zuerst den Anklage-Akt im Auszug. Der Angeklagte, Georg Heinrich Jakoby, 52 Jahre alt, von Darmstadt, hat die Buchdruckerei ererbt und dieselbe bis zu seiner Verhaftung betrieben. Zugleich war er Herausgeber eines Lokalblattes, des „hessischen Anzeigers.“ Sein Vermögen ist unbedeutend. Im Jahre 1831 hatte er sich zum ersten Male mit Dorothea Grimm von Darmstadt verheirathet; er war zu jener Zeit noch ohne Vermögen, während seine fünf Jahre ältere Frau einiges Vermögen mit in die Ehe brachte, so daß sie ein Haus kaufen konnten. Im Jahre 1839 wurde dieses wieder verkauft und zwar mit einem Vortheil von 3000 fl., so daß der Angeklagte nunmehr eine eigene Druckerei errichten konnte. Ende Juli 1851 starb seine Frau, nachdem sie ihn noch zuvor testamentarisch als Erben eingesetzt hatte. Eine August desselben Jahres war er schon wieder Bräutigam und zwar mit der Wittwe des Metzgermeisters Peter Runggeser, geb. Sohl; die Hochzeit fand am 5. Okt. 1851 statt; auch diese Frau war wer Jahre älter als er. Sie brachte ihm eine hübsche Mobiliarausstattung und etwa 1400 fl. elterliches Vermögen zu, worvon ihm nach dem Ehevertrag lebenslänglicher Nießbrauch zustehen sollte. Am 3. August 1861 starb auch diese Frau. Beide Ehen waren kinderlos geblieben; seine zweite Frau hatte jedoch aus erster Ehe einen Sohn, den jetzigen Metzgermeister Georg Runggeser, verehelicht mit einer geborenen Gerhard von Darmstadt. Alsbald nach dem Tode seiner zweiten Frau verpracht sich Jakoby zum dritten Male mit einem 24jährigen Dienstmädchen, Marie Huber, Tochter eines Schuhmachers aus Stuttgart, welche er während ihres Dienstes bei dem neben ihm wohnenden großherzoglichen Kreis-Assessor Küchler kennen gelernt hatte. Schon am 10. Sept. brachte er sie als seine Verlobte in sein Haus. Alle Vorbereitungen zur Verheirathung waren getroffen, als Jakoby am Abend des 31. Oktober unter der Anschuldigung, seine zweite Ehefrau durch Gift aus dem Wege geräumt zu haben, verhaftet und ins Arresthaus abgeführt wurde. Alle Wohnungsräume wurden ebenfalls unter gerichtliches Siegel gelegt. Auch die 2c. Huber wurde verhaftet, als der Thatbestand an jenem Verbrechen verdächtig; jedoch bald wieder entlassen, da sich jener Verdacht nicht bestätigte. Alsbald nach dem Tode der Ehefrau des Jakoby verbreitete sich das Gerücht, daß sie von ihrem Ehemanne vergiftet

---

bei dem gewöhnlichen Verfahren ungenutzt aus dem Ofen entweicht, diejenige Luft erhitzt, welche das Feuer ernährt; und daß die Wärme, welche sonst überflüssig vom Feuer aufsteigt und ungenutzt ins Freie geht, zum Vorwärmen der noch ungebrannten Waare verwendet wird. (Dinglers Polyt. Journal Bd. CIX. S. 199.) Auch Wasser macht sich in der neuesten Zeit als Hülfsbrennmaterial geltend, und zwar zunächst bei Fabrikfeuerungen, ein Surrogat, welches die Schmiede durch das Besprizen der Kohlen schon lange im kleinen Maßstabe zur Anwendung bringen. Die Heizkraft des Wasserstoffs verhält sich nach Dulong zu der des Kohlenstoffes wie 4,24 zu 1, und es soll eine Ersparung von 40—50 Prozent Brennmaterial stattfinden (Dinglers Polyt. Journal Bd. CLVIII. Heft 3 1860 nach Armengauds, Génie industriel). — Gleich dem Brennholz kann auch Nutzholz in vielen Fällen surrogirt oder wenigstens seine Verwendung sehr beschränkt werden. Die Surrogate des Nutzholzes sind die Mineralien einerseits und Brennholz mit seinen Surrogaten andererseits. Brennholz ist in so ferne Surrogat des Nutzholzes, als unbezweifelt viele Nutzhölzer durch Metallkonstruktion entbehrlich gemacht werden können, zur Herstellung der Metalle aber Brennstoff nöthig ist, den das Brennholz und dessen Surrogate liefern. Das letzte Jahrzehent gibt namentlich im Brückenbau zahlreiche Beispiele, und wer die Neubauten in Paris gesehen hat, der wird sich wohl erinnern, daß Parterre und erster Stock fast ausschließlich durch eiserne Säulen mit eisernen Querbalken gebildet sind, ein Verfahren, durch welches für die großen Säden und Waarenlager möglich viel Raum und Licht gewonnen wird. Die Mineralien kommen beim Häuserbau nicht nur als Surrogate des Holzes in Betracht, sondern es kann auch durch deren Anwendung der Verarmung ganzer Ortschaften vorgebeugt werden, die oft notorisch in Folge häufiger Brandunglücke eingetreten war, eine Gefahr, die durch Aufführung massiver Gebäude sehr verringert wird. Um andere Nutzholzsurrogirungen zu übergehen, möchte ich nur noch die Fortschritte erwähnen, die die neueste Zeit in der Surrogirung des Schiffbauholzes gemacht hat. Man hat nämlich bekanntlich in neuerer Zeit angefangen, eisenbeschlagene Schiffe zu bauen, und im Dezember 1860 ist in London die „schußfeste Eisenfregatte“ Englands „the Warrior“ vom Stapel gelaufen, die nicht mehr blos eisenbeschlagen, sondern ganz und gar aus 4½ Zoll dicken Eisenplatten gebaut ist. Die im Herbst 1861 mit dieser Fregatte angestellten Probefahrten haben dieselbe als vollkommen tüchtig und brauchbar erwiesen. Auch Frankreich hat bekanntlich eine Panzerschiffe: „Gloire“, „Normandie“, „Couronne“ u. s. w. Ueberdies lernt man beim Schiffbau immer mehr die starken Hölzer durch Zusammensetzung schwächerer zu ersetzen. Die bayer. Forstverwaltung schreibt außer anderen Ursachen auch diesem Umstand das Fallen der Preise des Föhren-Holländerholzes im Hauptmoor bei Bamberg zu. Die Tendenz der Technik ist unermüdlich auf die Auffindung neuer Holzsurrogate gerichtet, und sie verfolgt ihre Bahn mit Glück und Geschick.

(Augsb. Abdz.)

Digitized by Google

worden sey. Da von Seiten des Gerichts Nichts geschah, indem der behandelnde Obermedicinalrath Dr. Leybecker der Ansicht war, die Frau sey an einem Brechdurchfall gestorben, so verlor sich das Gerede allmälig wieder und man war geneigt, den Ursprung in Gehässigkeiten gegen Jakoby und gegen die Tendenz des von ihm herausgegebenen Blattes zu suchen. Als man jedoch Jakoby mit seiner Beraubten Arm in Arm durch die Straßen gehen sah, brach der Sturm von Neuem los. — Unter dem Drang der öffentlichen Meinung und von vielen Seiten selbst mit Vorwürfen überhäuft, fand sich endlich am 18. Oktober der Sohn der Verstorbenen zur Beruhigung seines Gewissens veranlaßt, Anzeige zu machen, in Folge deren das Staatsgericht auch sehr bald so viele Verdachtsgründe erhob, daß es eine Ausgrabung der Leiche für unerläßlich erkannte. Die Leiche wurde secirt und chemisch untersucht, und man fand im ganzen Körper eine gelbe Masse verbreitet, nämlich sogenanntes Schwefelarsen, mit arseniger Säure. In größter Menge fand sich diese Giftmasse und insbesondere auch die arsenige Säure im Magen vor, eben so aber auch in der Leber und in den Eingeweiden. Nur der Schlund ergab keine nachweisbare Menge von arsenigen Säuren, das Abwaschwasser der Eingeweide und der Leber stellten nur Schwefelarsen und die Untersuchung der zunächst dem Sarge gelegenen Erde nichts von beiden dar. Es wurden nun bezüglich der letzten Krankheit der Verstorbenen umfassende Erhebungen gepflogen, wobei es sich herausstellte, daß Dr. Leibdreck, welcher sie behandelte und der ihre Krankheit als einen Brechdurchfall betrachtete, ihr am 2. August Abends ein Pulver verschrieben hatte, daß Jakoby selbst ihr angeblich dieses Pulver eingab, daß aber dasselbe ein anderes, als das verschriebene gewesen seyn muß, nämlich höllenige, welches das tödtliche Gift enthielt. Die Frau wurde darauf rasch immer kränker und starb des andern Morgens. Ober-Medizinalrath Dr. Leybecker fand, als er den Todesschein ausstellte, den Leib der Leiche nicht sehr aufgetrieben, dagegen Arme und Hände, so wie Beine und Füße von blaurother Farbe. Bei seiner späteren Vernehmung sprach sich Dr. Leybecker wiederholt darüber aus, wie er Samstag Morgens durch den veränderten Zustand der Kranken überrascht worden sey. So wie die Sachen damals gestanden, habe er Grund gehabt, den Tod einem unverständigen Diätfehler zuzuschreiben und sich auch dahin ausgesprochen. Verdacht habe er keinen gehabt. Weitere Erhebungen über den Verlauf der Krankheit stellten den Verdacht fest, daß Jakoby seiner Frau auch schon vor dem letzten Abend Gift, wenn auch in geringerer Menge müsse beigebracht haben. Das gewöhnliche Motiv, welches meistthin den Gattenmord kennzeichnet und in Ueberdruß, genährt durch andere lüsterne Neigungen, besteht, findet sich auch bei Jakoby in reichem Maße. Sein Leben, sein hinter seiner Frau her angetriebenes sträfliches Verhältniß zu der Marie Hyder und das damit gleichen Schritt haltende Verhalten zu seiner Frau geben nicht minder den Schlüssel dazu, als sein Benehmen nach dem Tode der letzteren und die Heimführung der Hyder dem Ganzen die Krone aufsetzen. Der Angeklagte ist von der Ortsbehörde schlecht bezeugt: schon früher bei Lebzeiten seiner ersten Ehefrau hat er Verbindungen mit verschiedenen Weibspersonen unterhalten und wegen derselben Verwortheilung seiner Gläubiger in Untersuchung gestanden. Aehnliche Neigungen, wie zu Lebzeiten seiner ersten Frau, regten sich im Angeklagten auch wieder während der zweiten Ehe. Seine Frau klagte öfter bei Freundinnen, daß er allen Mädchen nachlaufe. Der Angeklagte läugnet die That, und behauptet die Möglichkeit, daß seine Frau aus Versehen Melzer'sches Mäusegift möge verschluckt haben. Dieses jedoch enthielt keinen Arsenik, wogegen nachgewiesen ist, daß er im Besitz von Arsenik war. (Köln. Z.)

Wien, 26. Jan. Dem Vernehmen nach sind Unterhandlungen im Werke, welche den Verkauf der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn an die Süddahngesellschaft zum Zweck haben. In jedem Falle befinden sich diese Verhandlungen aber noch im ersten Stadium. (Fr. Postz.)

Vor einiger Zeit fand in **London** die halbjährige Auktion indischer Shawls Statt. Der Stock betrug aus 7000 Stück, ein Tausend mehr als im Frühjahr. Es ergab der Verkauf 2,290,250 Franken. Die Ankäufer waren meist Franzosen, wenige Engländer; kein Deutscher und kein Amerikaner war unter denselben. Die feinen Shawls, etwa ein Achtel der Waare, erreichten sehr hohe Preise. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Jan. Es ist nun entschieden, daß **keine** Abreisebesuche stattfinden wird. Die letzte hat allerdings vier Wochen in Anspruch genommen. Wenn diese Zeit wirklich erspart wird, ist es gut; allein ich möchte zweifeln, ob sie durch andere Geschäfte ausgefüllt werden kann. Die Aeußerung des Kriegsministers im Herrenhause, daß er von „**diesem**" (also nicht von dem andern Hause) die Zustimmung erwarte, und deßhalb, weil es ohnehin schon die „rechte Temperatur" habe, sich aller weiteren Empfehlung (der Kriegs-Reserve-Vorlagen nämlich) enthalte, macht sehr schlechten Eindruck, und ist wohl kein kluges Wort gewesen. Die preuß. Kammern sind aber solche Geradheit und Offenheit von unseren Kriegsministern schon gewohnt. (N. M. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bichmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81¼ P.
„	5 pCt. Venet. Compt. b. K.	79 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	88¾–⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47 G.
„	4½ pCt.	42⅝ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. Ijähr. dto.	104 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½P.100⅞G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	92⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	47⅜ P.
„	2 pCt. „ „	42 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅛ P. ½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1151⅛ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	670– 65 O.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	161—62½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	91¼ P. 90 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	81 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	836 P.
Frankfurter-Hanau-Eisenbahn . .	63⅜ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 98 kr.	337 P.
„ Elisab.-Kisenbahn 5 pCt. . .	114½—114⅛ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Darmst.-Nass.-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	96¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246 G.
Span. Handels- & Industrie . . .	—
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	440 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	105⅞ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105¼P.104⅞G.
Provideutia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	91⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 80 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Lsk. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	104¼ G.
Hamb. Mk. 100 l. S.	87⅜ G.
Leipzig Th. 80 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ B. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sot. W. l. S.	84½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. H.	54¼—⅜ G.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	64 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	129½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅜ P.	„ fl. 25 do.	28½ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	106½P.105⅞G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiK.	121½ G.	Sardinien Fr. 36 b. H.	64 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36⅞ P.
Badische fl. 50	92⅝ P.	Verein.-Loose fl. 10 . . .	20⅛ G.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 28. Januar. Für österr. Fonds war auch heute die Stimmung sehr günstig. Doch beschränkte sich die Kurssteigerung auf Kreditaktien, in welchen auch der meiste Umsatz stattfand. Auch für Elisabeth-Aktien wurden mehrere Prozente mehr als gestern bezahlt. Von sonstigen Eisenbahnen waren besonders Bexbacher- und hessische Ludwigsbahn begehrt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 30. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 3 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Intelligenz-Blatt mit 5 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Donnerstag, 30. Januar 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. In Amberg soll die weibliche Strafanstalt in ihrem gegenwärtigen Bestande aufgelöst und das dortige Zuchthaus für männliche Sträflinge eingerichtet werden, wogegen die weiblichen Sträflinge nach Sulzbach zu transferiren seyen, welchfalls das dortige Schloß zu einer Strafanstalt benützt werden soll.

Sachsen. Zwickau, 26. Jan. (Zur Preiße.) Eine in der „Sächs. Konstitutionellen Ztg." veröffentlichte Korrespondenz aus Zwickau, welche in satyrischer Weise den Weggang des Gendarmerie-Inspektors v. Cerrini von hier bespricht, hat eine neue Regierungsmaßregel zur Folge gehabt. Es haben nämlich die Ministerien des Innern und der Finanzen Verordnungen erlassen, nach welchen ein jeder zu ihrem Ressort gehörige, nur halbwegs höhere Beamte — die Maßregel erstreckt sich z. B. auch auf die Postsekretäre — auf seinen Dienstreis mit Ja oder Nein zu verschern hat, ob er der Verfasser jener Korrespondenz sey oder nicht. (Der Korrespondent hatte sich selbst als den höheren Staatsbeamtenkreisen angehörig bezeichnet.) (D. A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 28. Jan. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer legte der Justizminister Dr. Stabel den Entwurf der neuen Gerichtsorganisation vor. Die Grundlage bleibt die Trennung der Justiz von der Verwaltung und die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens. (Heil.)

Thüringen. Weimar, 23. Jan. Gestern fand die Eröffnung des Landtags statt. Die großh. Propositionsschrift verbreitet sich zuvörderst über innere Landes-Angelegenheiten, als z. B. über die Verhältnisse der Landesbrandversicherungsanstalt, über die günstigen Folgen der Zusammenlegung der Grundstücke für die Landwirthschaft, über die Reorganisation der in den Besitz des Staates übergegangenen landwirthschaftlichen Anstalt zu Jena, über die Konvention thüringischer Regierungen wegen gegenseitiger Zulassung des Patentrechts, über die Einrichtung eines Winterinstituts in Jena, über Beschäftige zur Verbesserung der Schülerstrafgehalte. Ferner heißt es in derselben wörtlich: „In gemeinsamer Berathung thüringischer Regierungen ist der Entwurf einer neuen, auf das Prinzip der Gewerbefreiheit basirten, Gewerbeordnung ausgearbeitet worden und wird dem Landtage vorgelegt, zugleich mit dem Entwurf eines Einführungsgesetzes und zwei weiteren dazu gehörigen Gesetzentwürfen, betreffend die Entschädigung der Realrechte und einen Nachtrag zur Gemeindeordnung." Außerdem werden dem Landtag noch aus dem Bereich des Departement des Innern Gesetzentwürfe wegen authentischer Interpretation des §. 220 des Abschlußgesetzes vom 18. Mai 1848 zugehen. Die Rechtspflege wird in den Arbeiten zu einem Civilgesetzbuch und einer Civilprozeßordnung für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten einen wichtigen Fortschritts in der Rechtsgesetzgebung sich zu erfreuen haben. Aus dem Justizdepartement gelangt an den Landtag u. A. der Entwurf eines Gesetzes in Betreff der Zuwiderhandlungen gegen die Strafbestimmungen zum Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums. Durch die aus den Einnahmeüberschüssen der letzten Finanzperiode bewirkte völlige Rückzahlung der Staatsschulden aus dem Jahre 1830 ist es möglich geworden, den Finanzetat für 1863/65 mit einer abermaligen Verminderung der direkten Steuern abzuschließen und dennoch für einige zu beantragende außerordentliche Verwendungen die nöthigen Mittel verfügbar zu erhalten. An Vorlagen aus dem Finanzdepartement werden dem Landtage zugehen: mehrere auf Vereinbarungen der 13. und 14. Generalzollvereinskonferenz beruhende Gesetze, so wie einige Handelsverträge mit anderen Staaten. Das deutsche Handelsgesetzbuch wird dem Landtage zur Erklärung über seine unveränderte Annahme zugehen, zugleich mit dem, im Verein mit den andern beim Oberappellationsgericht zu Jena betheiligten Regierungen entworfenen Einführungsgesetze. Den Schluß der Propositionsschrift, der sich auf die allgemeinen deutschen Angelegenheiten bezieht, lassen wir wörtlich folgen: „Wenige bestreidigt, als auf diesem gesungenen Werke deutscher Einigung, ruht der Blick jedes Vaterlandsfreundes auf den bis jetzt erfolglosen Bestrebungen, der dermaligen Verfassung des deutschen Bundes eine den Anforderungen des nationalen Bedürfnisses der Gegenwart wirklich entsprechende Verbesserung zu Theil werden zu lassen. Wie sehr mit einer großen Zahl seiner Regierungen das deutsche Volk selbst darnach begehrt, ist sattsam bekundet und erst neuerlichst wieder in freiwilligen Sammlungen für eine deutsche Flotte an den Tag getreten. Mit ernster Theilnahme sind Wir auch diesen Kundgebungen gefolgt. So wenig dieselben genügen werden, um zu einer umfassenden Aushilfung der schmerzlich empfundenen Lücke zu führen, so betrachten Wir sie doch gern als erfreuliche Beweise patriotischer Vereinwilligkeit zur Leistung allgemeiner steuermäßiger Beiträge für den gemeinsamen Zweck, durch welche allein das Ziel zu erreichen seyn wird. Möge allen hierauf gerichteten Bestrebungen ein erfolgreiches Gelingen beschieden seyn! Möge da, wo das größte Recht nach Wiederherstellung verlangt, diese endlich erfolgen und neues Vertrauen befestigen und verbreiten! Möge ein Zustand thunlichster Befriedigung mehr und mehr an die Stelle schmerzlicher Erwartung treten!"

Holstein. Itzehoe, 27. Jan. (Hochverrathsklage.) Advokat Lehmann in Kiel ist wegen des von ihm aufgestellten Programms: „Auf die Wiederherstellung der alten Verbindung Schleswigs und Holsteins und auf den engsten Anschluß an das unter Preußens Führung zentralisirte Deutschland mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken" —, wegen versuchten Hochverraths in Anklagezustand versetzt worden. Man erfährt jetzt, daß das Ministerium nicht, wie man allgemein erwartet hatte, den ersteren Theil dieser Erklärung, sondern nur den letzteren: das Streben nach dem engsten Anschluß an Deutschland für hochverrätherisch erklärt, weil eine derartige Veränderung der staatsrechtlichen Stellung des Herzogthums Schleswig die verbrieften Rechte des Königs beschränken würde, und der Vorbehalt: „mit allen gesetzlichen Mitteln", durch die Rechtswidrigkeit des Zweckes wegfalle. Man erwartet übrigens allgemein die Freisprechung des Angeklagten. (N. Pr. Z.)

Oesterreich. Wien, 27. Jan. Graf Wickenburg, dem bereits das Seewesen, insoweit es die Handelsmarine betrifft, unterstellt, wird nun in Folge der Ernennung zum Marineminister auch die Kriegsmarine zu leiten haben.

In militärischen Kreisen unterhält man sich viel von Mittheilungen aus Venetien, welche über die Proben berichten, die daselbst mit der nach neuen Verbesserungen hergestellten Schießbaumwolle während der neulichen Inspektionen des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich stattgefunden. Es wird versichert, daß diese Proben die überraschendsten Resultate ergeben haben. Die Schießbaumwolle hat sich als ein äußerst wirksames Mittel bewährt und wird Epoche zu machen nicht verfehlen. Den Vernehmen nach werden die Proben noch einige Zeit fortgesetzt werden. Es werden jetzt die absurdesten Gerüchte in die Welt posaunt, und merkwürdig — sie finden immer ihre Gläubiger. So meldet ein Brüsseler Korrespondent der „Köln. Z." allen Ernstes, Kaiser Franz Joseph habe gleich nach seiner Ankunft in Wien einen außerordentlichen Ministerrath einberufen und demselben angekündigt, daß er verlange, es müsse ein Anlehen von 253 Millionen Franken gemacht werden, da er die Nothwendigkeit eines neuen Feldzuges voraussehe!!

Venedig, 21. Jan. Endlich ist vor einigen Tagen die Entscheidung des Appellationsgerichts in dem Marine-Unterschleifprozesse erfolgt und der Spruch des Tribunals 1. Instanz beinahe vollkommen bestätigt worden. Die Familien der fünf zu längeren Kerkerstrafen Verurtheilten haben die Anwesenheit

Digitized by Google

des Kaisers benützt, um die Gnade desselben für ihre verurtheilten Angehörigen anzuflehen; und da die durch das Militär abgeurtheilten Marine-Beamten größtentheils im Gnadenwege ihrer Last entlassen wurden, so hofft man auch auf eine Milderung der Strafe der verurtheilten Civilisten. (Br.)

In den polnischen Distrikten Galiziens schint in neuester Zeit das politische Element sich lebhafter zu regen. Die Demonstrationen desselben sind, wie man uns schreibt, namentlich gegen den Klerus gerichtet, dessen loyale Haltung begreiflicherweise der polnischen Nationalpartei ein Dorn im Auge ist. Mehreren Geistlichen in Tarnow und Umgegend wurden von unbekannter Hand Zettel zugesteckt, die der Aufschrift nach Schriftstücke oder sonstige Gegenstände enthalten sollten, statt dessen aber beim Oeffnen einen Strick zum Inhalt hatten mit der schriftlichen Aufforderung: der Adressat möge sich dessen bedienen oder erwarten, daß er an ihm zur Anwendung kommen werde.

Großbritannien.

London, 25. Januar. Die Evangelical Alliance hat den Beschluß gefaßt, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Fremden, welche bei der nächsten Ausstellung London besuchen, „das Evangelium in den europäischen Hauptsprachen zu verkündigen."

Frankreich.

Paris, 28. Jan. Unter den soeben veröffentlichten diplomatischen Aktenstücken befindet sich folgende Note des Ministers Thouvenel an den französischen Gesandten Lavalette in Rom vom 11. d. M.: „Indem die franz. Regierung das Königreich Italien anerkannte, handelte sie in der Ueberzeugung, daß eine Restauration des Vergangenen nicht mehr ausführbar sey. Unter den katholischen Monarchen haben nur drei, nämlich die von Oesterreich, Spanien und Bayern, sich enthalten, die offiziellen Verbindungen mit Turin wieder anzuknüpfen. Kein Kabinet denkt daran, durch Gewalt gegen die in Italien eingeführte Ordnung der Dinge einzuschreiten. Das Prinzip der Nichtintervention ist offen proklamirt oder stillschweigend anerkannt und so zur Schutzwehr des europ. Friedens geworden. Der römische Hof erwartet sicherlich keine fremde Hülfe, um seine verlorenen Provinzen wieder zu erobern. Ich kann durchaus nicht glauben, daß Rom jemals darein willigen werde, in einem Interesse, dessen Erfolg so zweifelhaft, den furchtbarsten Weltkrieg zu entzünden. Die Lehren der Erfahrung gebieten dem h. Stuhle, ohne auf seine Rechte zu verzichten, sich zu thatsächlichen Unterhandlungen bewegen zu lassen, welche die Ruhe in den Schooß der katholischen Welt zurückbringen und die Transitionen des Papstthums wieder erneuern würden, welches Italien so lange mit seinem Schicksale gedroht hat und an dasjenige die Geschichte einer Nation wieder knüpfen würde, welche so grausam geprüft und endlich nach so vielen Jahrhunderten sich selbst wiedergegeben wurde. Wie fühlen das Bedürfniß zu wissen, ob wir noch ferner die Hoffnung nähren oder ob wir dieselbe aufgeben müssen, den h. Stuhl endlich dahin kommen zu sehen, den vollendeten Thatsachen Rechnung zu tragen und einen Vorschlag zu prüfen, welcher dem päpstlichen Souverän dauernde Bedingungen der zu Ausübung seiner Macht nöthigen Würde, Sicherheit und Unabhängigkeit bieten würde. Im Fall diese Anschauungsweise Anklang finden, werden wir unsere aufrichtigsten und energischsten Anstrengungen dahin richten, den Hof von Turin zur Annahme des Planes zu bewegen, dessen Basis wir der Regierung Seiner Heiligkeit vorgeschlagen haben. Italien und das Papstthum würden dann aufhören, sich in Feindschaft zu befinden und, Dank den Verpflichtungen der Ehre, daß ihre natürlichen Beziehungen wieder aufnehmen, welche durch das Wort Frankreichs garantirt würden. Rom würde dann das Bedürfniß der nöthigen Stütze selbst auf jener Seite finden, von welcher ihm jetzt Gefahr zu drohen scheint. Ein solches Resultat würde in der ganzen katholischen Welt lebhafte Gefühl einer dankbaren Zufriedenheit erzeugen." — Lavalette wird dann ersucht, dem Kardinal Antonelli und dem h. Vater selbst die Angelegenheit auseinanderzusetzen. (Tel. d. N. Z.)

Hierauf lautet die Antwort des französischen Gesandten an den Minister Thouvenel vom 18. d. M.: „Ich habe mich mit dem Kardinal Antonelli über den Inhalt der Note vom 11. d. M. besprochen. Schon in den vorhergegangenen Zusammenkünften hatte ich den Papst von dem Wunsche unterhalten, Rom und Italien zu versöhnen. Während der heilige Vater mit freundlicher Willfährigkeit (affectueuse condescendance) anhörte, antwortete er stets: Warten wir die Ereignisse ab. Ich war mehr berührt als überrascht, als Antonelli auf alle Vorstellungen, welche ich ihm gemacht hatte, beständig ablehnend antwortete, indem er sagte: Jede Transaktion ist unmöglich zwischen dem heil. Stuhle und denjenigen, welche ihn bestraft haben. Es hängt so wenig vom päpstlichen Souverän wie vom heil. Kollegium ab, die geringste Parzelle des Kirchengebietes abzutreten. — Ich machte Antonelli darauf aufmerksam, daß ich die Rechtsfrage durchaus bei Seite lasse; mein einziger Zweck sey, der päpstlichen Regierung Gelegenheit zu geben, aus einer Situation herauszukommen, welche verderblich für ihre Interessen und verderblich für den Frieden der christlichen Welt ist. Antonelli dankte für die freundliche Theilnahme, hinzufügend: Es bestehe kein Zwiespalt zwischen dem päpstlichen Souverän und Italien. Finde auch ein Bruch zwischen dem heil. Vater und dem Turiner Kabinet statt, so stehe er doch in den vortrefflichsten Beziehungen mit Italien. Er selbst Italiener und der erste der Italiener leide mit ihren Leiden und mit schmerzlicher Betrübniß habe er die schweren Prüfungen gesehen, welche die italienische Kirche getroffen. Aber nimmer werden wir mit Räubern einen Vertrag schließen; jede Transaktion auf diesem Terrain ist unmöglich. Der päpstliche Souverän, wie die Kardinäle versprechen sich bei ihrer Einmauung durch einen Eid, vom Territorium der Kirche auch nicht das Geringste abzutreten. Der heilige Vater wird also keine Cession dieser Art machen. Weder ein Konclave hätte dieses Recht, noch ein neuer Papst und ebenso wenig sein Nachfolger von Jahrhundert zu Jahrhundert. Die Anfrage Ew. Exzellenz, ob Hoffnung für eine Ausgleichung da sey, glaube ich verneinend beantworten zu müssen. — Der Brief, welchen Antonelli unter dem 18. d. M., nachdem er die Befehle des h. Vaters eingeholt hatte, an Lavalette geschrieben, bestätigt nur die Antwort, welche er Lavalette gegeben hatte."

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

(Fortsetzung.)

Mit Recht war daher die Absicht des Staatsministeriums darauf gerichtet, die Gesangsbildung durch alle Volks- und andere Schulen des Königreichs zu verbreiten. Doch was es wollte, ja noch mehr, ist schon seit vielen Jahren in dem musikalischen Institute geleistet. Nicht nur wurden hier im Gesang, in der Orgel, in allen Orchester-Instrumenten und in den übrigen wesentlichen musikalischen Zweigen alle Volksschullehrer gebildet, welche denn die erhaltene Kultur in alle Schulen des Kreises verbreiteten, und auf die Gottesdienste, so wie auf den sonstigen würdigen Betrieb dieser Volkskunst wohlthätig wirkten; nicht nur wurde da den Studirenden der Universität, des Gymnasiums und der Lateinschule gleichmäßig in allen Zweigen der Unterricht, musikalischen Talenten Anleitung und Erhebung, und selbst Personen weiblichen Geschlechts, wenn sie wahre Liebe zur Musik zeigten, die nöthige Anweisung ertheilt; sondern man führte auch die größten Werke der größten Meister auf Zeiten in Gesang- und Instrumental-Musik mit einer Besetzung auf, wie sie nur in großen Residenzstädten stattfinden kann (in der Regel mit einem Orchester von 120—130 Personen und einem ebenso starken Gesangchor), mit einem Ernste und einer Genauigkeit, worauf unverlennbar die große Verehrung der Kunst und ihrer würdigen Priester sich kund gab.

Fröhlich wurde im Jahre 1811 zum außerordentlichen, dann zum öffentlichen ordentlichen Professor der Aesthetik und Pädagogik an der Julius-Maximilians-Universität ernannt. Später wurde er auch Mitglied des Kreisschulcollegiums.

Durch die Errichtung des ästhetischen Attributs, welches sich nach dem Ministerialentschlusse vom 25. Juni 1832 auf eine Antiken-, Gemälde- und Kupferstichsammlung erstrecken sollte, wurde einem der wesentlichsten Bedürfnisse der Würzburger Hochschule abgeholfen.

Für die Kultur im Bereiche des Wahren und Guten war auf der Würzburger Hochschule bisher Vieles geschehen. Weniger war dieß der Fall in jenem des Schönen. Zwar mangelten nicht die Mittel zur Bildung in den redenden Künsten; aber zu jenen in den plastischen bot sich nur Unvollständiges, somit Ungenügendes dar. Eine wichtig aber ist die zureichende Kultur auch hierin für jeden Menschen, wie kann diese nur dann eine allseitige Bildung herstellen, wenn sie sich mit jener vereint.

Um daher die Kultur im Bereiche des Schönen nach allen Richtungen hin zu verbreiten, den Vortrag der Aesthetik und Kunstgeschichte in allen ihren Zweigen fruchtbar zu machen, und vor Einseitigkeit zu bewahren, endlich bei dem Studium anderer litera-

Digitized by Google

Die Pariser Moden gehen durch die Welt, um so gewisser durch die französischen Provinzen. Am 25. d. M. wird Edmond About's von den Pariser Studenten ausgepfiffenes Drama „Gartana" in Lyon mit Pfeifen und wüthigem Geklirr zu Falle gebracht. Der Spektakel fing gleich dem Aufstehen des Vorhangs an; es ist also wiederum eine Beurtheilung, nicht des Stückes, sondern des Mannes.

Italien.

Aus Rom, 27. Jan., berichten französische, freilich nicht sehr verlässige Blätter, der Papst habe erklärt, er werde nicht eher einen Nuntius nach Petersburg senden, als bis Polendrossli und die anderen Priester wieder in Freiheit gesetzt worden seyen. Zugleich verlangt der Papst Garantien von Rußland für die kath. Kirche.

(Tel.d.N.Fr.Z.)

Nachrichten aus Neapel vom 25. Januar melden, daß die Aufregung auf Sizilien im Wachsen ist; man befürchtete, die bevorstehende Aufhebung der Stallbatterschaft werde das Signal zu Unordnungen geben. — In den neapolitanischen Provinzen mehren sich die demokratischen Vereine.

Florenz, 18. Jan. Dem „Münchner Volksboten" wird geschrieben: „Von Sr. k. k. Hoh. dem (vertriebenen) Großherzog Leopold ist ein weiterer Beitrag von 40,000 Fres. zur Vollendung der Façade der Kirche Santa Croce hier eingetroffen, mit der Mahnung, die Arbeiten derselben eifrigst zu betreiben."

Volkswirthschaftliches.

Frankfurt a/M., 25. Jan. Endlich soll auch in unserer Stadt die Gründung einer Handelsschule in Angriff genommen werden, nachdem viele kleinere Städte eine solche längst besitzen und der Mangel einer solchen hier immer fühlbarer hervortritt. Hiesigen der angesehensten hiesigen Kaufleute haben eine Denkschrift an den Ausschuß der polytechnischen Gesellschaft gerichtet, in welcher sie dieselbe auffordern, die Gründung einer Handelsschule, als eines ihrer Institute, in die Hand zu nehmen. Für den Fall, daß die Gesellschaft geneigt ist, auf diesen Vorschlag einzugehen, erklären sich jene Männer bereit, die für die drei ersten Jahre nothwendigen Geldmittel durch Sammlung von Beiträgen aufzubringen. (D. Abl.)

Man erinnert sich, welch ein Nothgeschrei die französischen Papierfabrikanten erhoben, als der Handelsvertrag die Ausfuhr der so theuer gewordenen Lumpen nach England erlaubte. Dennoch zeigt sich, daß sie jetzt billiger sind als vorher. Dies kommt daher, daß man Lumpen aus Europa kommen läßt, wo sie so werthlos sind, daß sie die Fracht wohl vertragen. Zudem wird die Kunst, aus jeder beliebigen Faserstoff Papier zu fertigen, immer mehr ergründet und stets schwunghafter betrieben. Es wird also noch lange, nicht an Papier fehlen. (F. H. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 27. Jan. Von sämmtlichen Mitgliedern unserer Hofbühne wird dem Intendanzrathe Hrn. Schmitt aus Anlaß seiner Ernennung zu Besörderung zu diesem Range eine Glückwunschadresse in schöner Abfassung und entsprechender künstlerischer Ausstattung überreicht. Hr. Schmitt hat als Schreiber und Theaterinspektor seit mehr als 25 Jahren sich die Achtung und Werthschätzung der Bühnenmitglieder erworben, so daß die ihm vom König geworbene Auszeichnung bei Allen aufrichtige Theilnahme fand. (Augsb. Abz.)

München, 27. Jan. Am Samstage liefen im Staatsbahnhofe zwei Züge zusammen, wobei einige Personenwagen zertrümmert wurden. Der um 2½ Uhr von Starnberg angekommene Zug stand noch an der Haltstelle, als auf demselben Geleise ein anderer, kurz zuvor zusammengestellter Zug, welcher um 3½ Uhr abgehen sollte, rücklings einlief, es prallten somit die hinteren Waggons beider Züge zusammen. — Der Mann, welcher sich letzthin im Paradiesgarten erschoß, war Bezienter bei einem Stabsoffizier, welcher denselben die Kündigung des Dienstes nicht gerade definirte, aber für den Fall in Aussicht gestellt hatte, daß er sich nicht einer größeren Reinlichkeit befleißige. Dies ist die einzige Erklärung, die man für den unseligen Schritt zu finden vermag.

Gestorben in Memmingen Joh. Jak. v. Wacher, vormals Bürgermeister der Stadt Memmingen; in Nürnberg Fr. A. Thöni, pens. k. b. Regiments-Veterinärarzt und J. F. Merkel, Kaufmann und Papierfabrikant; in Frieding J. G. Bischl, Pfarrer; in Halle Geh. Medizinalrath Dr. Hohl im 73. Lebensjahre; als Direktor der geburtshilflichen Klinik sowohl, wie als Schriftsteller und Arzt erfreute sich derselbe eines weitverbreiteten, ehrenvollen Rufes.

Köln. Bei den am 27. d. Mts. hier beginnenden Assisen sind bemerkenswerthe Kapitalverbrechen, wie solche 1860 und 1861 bei den Schwurgerichten der Rheinprovinz so verschiedentlich vorkommen, nicht zu verhandeln. Sehr charakteristisch ist die Zunahme der Verbrechen gegen die Sittlichkeit, hier sowohl wie in anderen Landgerichtsbezirken. Es sind theils Fälle von Blutschande, meist verübt von Vätern an minderjährigen, oft noch im zartesten Lebensalter stehenden Töchtern, theils Fälle von Unzucht an Mädchen unter 14 Jahren. Es vergeht fast keine Schwurgerichtssession, wo dergleichen nicht abzuurtheilen wäre.

Darmstadt, 27. Jan. Heute wurden die Assisen-Verhandlungen gegen Hofbuchdrucker G. H. Jakoby von hier wegen Giftmordes seiner Ehefrau eröffnet. Bei der Verlesung des Anklageakt's, welche über 1½ Stunde in Anspruch nahm, verhielt sich der Angeklagte theilnahmlos und schläfrig; nur bei einigen, ihn stark angreifenden, Stellen des Kopf, Stein Neuroses entsprach diesen Handlungen, die man ihm vorwirft; ein bleiches Gesicht mit stark sinnlichem Ausdruck, eingefallenen zahnlosen Mund, fleinen, graulichen Augen, versteht auch nicht auf den Unbefangenen den unangenehmsten Eindruck zu machen. Dabei ist er von großer kräftiger Statur, sein braunes Haar noch nicht mit Grau untermischt und er trägt um das Gesicht einen sogenannten Hämbacher Bart. Der Angeklagte stellt fortwährend alle Schuld in Abrede, will namentlich nicht jenes verderbliche Pulver seiner Gattin gereicht haben, während die Magd dies bezeugt. Das Verhältniß zu der Maria Huber suchte er als ein unschuldiges darzustellen, das erst nach dem Tode der Ehefrau ein vertrauteres geworden

---

rischen Zweige, der Philologie, insbesondere der altklassischen, der Geschichte, Archäologie, Mythologie u. s. w., die nöthigen Belege darzubieten, stellt sich ein ästhetisches Attribut als ein nothwendiges Requisit, und durch die eben angegebenen Zwecke auch zugleich folgender Plan einer inneren Einrichtung als hinreichend gerechtfertigt dar. Das ästhetische Attribut hat nämlich: 1) Die verschiedenen Zweige der plastischen Kunst zu umfassen, als Architektur, Skulptur, Handzeichnungen, Malerei, Kupferstecherkunst, Stahlstich, Holzschneidekunst, Lithographie. — Die Anschaffungen theilet vornämlich das Prinzip der historischen Entwicklung jeder Kunst, nach den wesentlichsten Richtungen durch die vorführenden Geister. Bei diesen Anschaffungen nahm man, da die Kräfte des ästhetischen Attributes noch zu schwach waren, auf das in der Universitäts-Bibliothek Vorhandene Rücksicht. Ueber die ägyptische Baukunst, über griechische, römische, byzantinische, alt- und neugothische ist dort vieles Schätzbare vorfindlich; eben so ist sie mit vielen anderen trefflichen Werken über alte und neuere Skulptur zc. ausgestattet. Das Fehlende suchte man bei dem ästhetischen Attribute zu ergänzen. Dieß war besonders der Fall bei der Kupferstecherkunst, worin in kurzer Zeit viele ausgezeichnete Werke der größten Künstler in den verschiedenen Hauptschulen gewonnen wurden. Ebenso besitzt auch die Sammlung manches Werthvolle in Handzeichnungen, Holzschnitt und Eisenstich, in Lithographie, Stahlstich u. s. w. Auch sind gute Abgüsse der vorzüglichsten Antiken angeschafft worden. 2) Unerläßlich ist es, darauf zu sehen, daß man in jeder Kunst von den größten Künstlern eines oder einige ihrer besten Werke besitze (wo es an Originalien fehlt und wohl fehlen muß, da muß mit guten Surrogaten in Kupfer, Stahl oder Stein nachgeholfen werden). Nur in solchen gibt sich das Große ihrer Leistungen, so wie jener in irgend einer Kunstsphäre überhaupt kund. 3) Dadurch erhält der Lehrer der Aesthetik die Mittel, jene Erzieh- eigentlich Erschwungs-Methode anzuwenden, welche Platon, dieser tiefe Kenner der menschlichen Psyche, in seinem „Gastmahle" so trefflich entwickelt; die Mittel, von der äußeren schönen Form zum hehren Quell zu leiten, worauf die trefflichen Anschauungen und Bildungen fließen.

Ist dieß solcher Vorträge höchstes Ziel, so hat der Lehrer noch die Aufgabe, alle wichtigeren Grundsätze, sowohl im allgemeinen wissenschaftlichen Theile, als in dem speziellen des einzelnen Künste durch die besten Belege zu beleuchten. Für Beides ist in der Sammlung Vorsorge getroffen. Auf diese Weise befriedigt das ästhetische Attribut nicht nur die Bedürfnisse des wissenschaftlichen Unterrichts für die Studirenden in diesem Bereiche des Schönen, sondern es verleiht auch jene Kenntnisse, welche das Leben im Allgemeinen, vorzüglich das Geschäftsleben erheischt.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

sey und zue Verlobung geführt habe. Arsenik will er nie gesehen und gekannt haben.

Die in den Sandsteinbrüchen der sächsischen Schweiz übliche Verfahrungsweise bälle benahe ebenso wie schon in früheren Jahren sehr traurige Folgen gehabt. Durch das plötzliche freiwillige Losbrennen einer sehr ansehnlichen, schon seit längerer Zeit übehängenden Sandsteinpartie in einem am rechten Elbufer, unweit Schandau gelegenen Bruche wurden am vorigen Samstag 24 Arbeiter, welche gerade in einer dicht an der steil sich erhebenden Felswand befindlichen kleineren Hütte bei dem Frühstücke saßen, unter Häuserhohem Schutte begraben. Durch die unverzügliche und rasches fortgesetzte Anwendung von Rettungsbevehlen gelang es indessen, nach Verlauf von nur zwölf Stunden sämmtliche Verschüttete zu retten.

Eine tragische Liebesgeschichte macht in Venedig viel von sich sprechen. Ein Fregattenkapitän der k. k. Kriegsmarine unterhielt seit längerer Zeit ein Liebesverhältniß mit der Tochter eines Kaffeesieders in Venedig. Die Mutter des jungen Offiziers scheint ihre dieses Verhältniß ungern gesehen und der ehelichen Verbindung ihres Sohnes mit dem übrigens gänzlich unbescholtenen Mädchen erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt zu haben. Mit einem Worte, das junge Liebespaar faßte den Entschluß, sich zu vergiften, und führte denselben auch vorgestern, wie man der „Triester Zeitung" unterm 17. Januar aus Venedig schreibt, aus. einen Brief zurücklassend, worin ihr trauriger Entschluß motivirt war. Als Gift wurde eine sehr starke Dosis Morphin verwendet, welches sich der Marineoffizier vor längerer Zeit zu verschaffen gewußt hatte. Alle angewendeten Rettungsversuche blieben vergeblich; der Offizier verschied denselben Abend, das junge Mädchen Morgens unter großen Qualen.

Wieder ein Opfer hat die Krinoline gefordert. Mme. G. aus Lyon, welche in Paris bei einer Freundin zu Besuch war, gerieth am 23. Jan. Abends im Gesellschaftszimmer des Rentier L. in der Bellevuestraße, als sie am Kamin vorübergieng und durch den Luftzug, welchen ihre weite Robe verursachte, das Feuer lebhafter anfachte, durch einen abspringenden Funken in Brand und stand im Nu in vollen Flammen. Alle Bemühungen, das Feuer zu ersticken, scheiterten an den verhängnißvollen Reifen. In der Nacht war Mme. G. todt.

Neueste Nachrichten.

München, 29. Jan. Nicht der Hauptmann Frhr. von Horn, sondern der Major gleichen Namens (des 1. Artillerieregiments) ist zum Begleiter der Prinzen Ludwig und Leopold auf deren Reise nach Griechenland bestimmt. (Südd. K.)

Wie der „Pfälzer Kurier" meldet, wird im nächsten Monat in der Pfalz mit Rücksicht auf die verschärfte Erbeitigung des Kirchenstreits wieder eine Versammlung protestantischer Männer beabsichtigt, um die Vorlagen zu berathen, die einer allgemeinen großen Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen."

§ Wien, 28. Jan. (Pr.-Korrespond.) Die in Bezug auf die mexikanische Thronfrage von verschiedenen Seiten gemachten Mittheilungen entbehren zum großen Theile einer ernsten Begründung. Zwar läßt es sich nicht in Abrede stellen, daß wirklich Verhandlungen stattgefunden haben, die den Zweck hatten, die Zustimmung des Erzherzogs Ferdinand Max für den Fall zu erlangen, daß ihm die Krone angeboten würde; unrichtig ist es aber, wenn behauptet wird, daß diese Verhandlungen von der französischen Regierung ausgegangen sehen, oder daß in dieser Angelegenheit bereits ein Briefwechsel zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Erzherzoge Ferdinand Max stattgefunden habe. Die Verhandlungen waren bis jetzt lediglich privativer Natur und gingen von einigen mexikanischen Granden aus, deren Bemühungen bisher nämlich in den leitenden Kreisen Unterstützung fanden. Einen nennenswerthen Erfolg werden übrigens dieselben nicht haben. — Die Thronrede des Kaisers der Franzosen hat an der hiesigen Börse einen günstigen Eindruck gemacht, da man sie in diesen Kreisen als eine Garantie des Friedens betrachtet; wenigee günstig wird sie in diplomatischen Kreisen beurtheilt, hauptsächlich wohl deßwegen weil sie verschweigt. Man findet sich nämlich dadurch unangenehm berührt, daß die äußeren Angelegenheiten nur im Allgemeinen, so zu sagen, berührt werden, und man weder über die Besetzung Roms noch über die Blokade in Mexikte, augenblicklich die beiden wichtigsten Fragen, bestimmtere Aufschlüsse erhält. — In der ungar. Frage finden vorwaltenden Ministerconservativen statt. Es handelt sich hierbei um die Feststellung des Maximum der allenfalls den Ungarn zu gewährenden Zugeständnisse.

— Der Gesangsverein „Liedertafel" in Wien beabsichtigt als Sängerzeichen ein schwarz-roth-goldnes Band mit einem B. zu tragen und hatte selbe mit Kosten von 50 fl. bereits angeschafft, um sie bei der morgen stattfindenden Stiftungsliedertafel zu tragen, als plötzlich das Verbot von Seite der Behörde kam, daß diese Farben laut einer Verordnung nicht getragen werden dürfen!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1152/3 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	656 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	1643/4—633/4 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	203—1/2 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	781/2 G.	
Mitteldeutsche Kreditbank	813/4 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 200	237 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	641/4 P. 64 G.	
Oest. Fr.-Eis. à fl. 500, 5pCt. 600 Fr. à 28 kr.	237 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	1161/2 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	793/8 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	26 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	1301/8—1/2 G.	
Pfälz. Max. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	541/4—53 G.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246 G.	
Span. Bandels- u. Industrie	—	
„ Credit-Akt. à 500. Interim	—	
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. vollenbet.	106 G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	1051/4 P.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. f. 100 k. S.	994/4 G.
Augsb. f. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	1048/4 G.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	963/8 B.
Coln Thlr. 60 k. S.	1043/4 G.
Hamb. 300 k. S.	873/4 G.
Leipzig Th. 50 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	1173/4 G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	927/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	933/8 B.
Triest fl. 100 k. S.	84 B.
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	843/8—1/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Ca. 1. 8. b. M.)	—
„	5 pCt. Lomb. dito.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	703/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	685/8—1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	473/8 G.
„	4 1/2 pCt.	63 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	883/8 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	1033/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1854r. dto.	1037/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	1033/8 P. 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. à 100 fl. dto.	1013/8 P. 100 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	973/8 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	1053/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	973/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl.	1033/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	1023/4 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	1003/8 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	98 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	1023/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	1003/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	98 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	923/8 G.
Spanien	5 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	473/8 P.
„	3 pCt.	42 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	993/8 P. 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	983/4 P.	
„ fl. 250. 1854 mit 4pCt.	643/4 P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	633/4—1/2 G.	
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	106 P.	
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	1211/2 G.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 50	923/8 P.	
Badische fl. 35	55 G.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	543/8—3/4 G.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1293/8 G.	
„ fl. 25 do.	383/4 G.	
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	381/4 P.	
Sardinien Fr. 36 b. B.	533/4 P.	
St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z	367/8 P.	
Venetian.-Loose fl. 10	97 G.	
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	113/4 P.	

Frankfurt, 29. Januar. Die Börse folgte auch heute dem von der Wiener Börse gegebenen Impulse durch ein abermaliges Steigen der österr. Kreditaktien, während National-Obligationen sich nur mühsam auf dem Schlußkurse von gestern behaupteten. Bankaktien sogar eine Preisverminderung erfuhren. Für Darmst. Bankaktien zeigten sich mehrfeitig Käufer zu höherem Kurse. Auch Berbacher Aktien wurden besser bezahlt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 31. Januar 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen kgl. Postämtern abonnirt werden.

Die Thronrede des Kaisers Napoleon.

Als im vergangenen Februar der Kaiser die Adresse des Senats entgegennahm, sagte er, er habe den Staatskörpern das Recht der Adreß-Votirung ertheilt zu dem Zwecke, daß „das Land über die großen Fragen ausgeklärt werden möge, welche heute die Geister bewegen.“ Alle Welt machte sich Hoffnung auf große Aufschlüsse. Beide Körper, besonders der gesetzgebende, faßten die Absicht der kaiserlichen Reform mit sympathischem Verständniß auf; sie suchten dem beweglichen französischen Volke die nöthige Unterhaltung durch lange Debatten über theoretische Fragen der inneren und äußeren Politik zu gewähren; an das aber, was anderswo als das hauptsächlich Praktische aufgefaßt wird, wie z. B. das Budget, kam die legislative Versammlung erst so spät, daß, um nur mit einigem Anstand und einem Schein von Gründlichkeit die Discussion zu führen, die Session verlängert werden mußte. Weder die Regierung noch die Volksvertreter schienen so recht eine Idee davon zu haben, daß die finanziellen Verhältnisse des Staats zu den „großen Fragen“ gehören, über die es der „Aufklärung der Nation“ bedarf. Als später die „Revue des deux Mondes“ in lobenswerthem Freimuth diese Aufklärung dringen wollte, erhielt sie wegen unbefugten Beginnens eine Verwarnung. Nichtsdestoweniger bestätigte die Regierung nachher, als unter dem Drängen der Nothwendigkeit der geeignete Moment erschien, die Angaben jenes Blattes als durchaus richtig. Das Volk hat sich bekanntlich über das Ergebniß sehr wenig erbaut gefühlt: die seiner Zeit dem gesetzgebenden Körper gemachten „Aufklärungen“ zeigten sich in sehr wesentlicher Beziehung als täuschend. Das Beste indessen bei dem Verlauf der langen und lebhaften Diskussionen in den beiden Staatskörpern war, daß das Land schließlich auch über die äußere Politik der Regierung so klug blieb, wie es gewesen war; in keiner der auswärtigen Fragen wurde die Stellung der Regierung zu derselben klarer: überall fortdauernd dieselbe Zweideutigkeit. Man sieht, es hat eine eigenthümliche Bewandtniß damit, wenn Napoleon III. „Aufklärung“ geben will. Auch in der gegenwärtigen Thronrede rühmt sich der Kaiser einer „loyalen Auseinandersetzung der Sachlage“, und sicher hat er dabei nicht blos den Zustand der Finanzen, sondern ebenso die äußere Politik im Auge. Forderten die oben angeeuteten, sowie frühere Erfahrungen nicht zum Mißtrauen heraus, so könnte man ohne Zweifel mit der gegebenen Darlegung sehr zufrieden seyn; das Bild weist schöne Gruppen und schöne Farben auf: Alles athmet Glück und Frieden. Wenn Worte hinreichten, das in ganz Europa, besonders in der Geschäftswelt, erschütterte Vertrauen auf eine dauernde, ruhige Fortentwicklung wieder herzustellen, so müßte diese Thronrede diese Wirkung haben. Der Kaiser weist überall jede Verfolgung ehrgeiziger oder egoistischer Interessen zurück; und die Besorgniß allein, daß Tendenzen dieser Art der französischen Politik zu Grunde liegen, ist es ja, worin der Unglaube an die Erhaltung des Friedens wurzelt. Was die auswärtige Politik betrifft, so wird über die wichtigsten Fragen derselben mit einem bedeutsamen Stillschweigen hinweggegangen.

Erscheint uns schon der Theil der Thronrede, welcher die auswärtige Politik behandelt, wenig im Geiste der Aufrichtigkeit gehalten, so sehen wir in dem den inneren Angelegenheiten, oder vielmehr diesmal ausschließlich den Finanzen gewidmeten Theile nichts Weiteres als eine zweite, um einige bengalische Lichter vermehrte, Auflage des Blendfeuerwerks, das Fould in seinem Finanzberichte der Nation zum Besten gab. Selbst die Angaben des Kaisers lassen deutlich den Zustand der Bedrängniß hervortreten, in welchem sich die französischen Finanzen befinden; aber über die Quelle der Schäden spricht er in einer Weise, daß man die Hoffnung auch nur auf ein gründliches Streben nach Besserwerden aufgeben muß. Alles geht darauf hinaus, die Franzosen durch die Berufung an ihre Eitelkeit über die bisherige Verschwendung so vieler Millionen zu trösten; als „Radikalmittel gegen die Wiederholung solcher Verschwendung wird die Erhöhung der Kontrole angeführt, welche dem gesetzgebenden Körper durch den Bericht des Kaisers auf das Recht der Eröffnung außerordentlicher Kredite verstattet worden sey. „Nur die Kritik hat den Werth dieses Radikalmittels“ bereits hinlänglich gewürdigt. Einstweilen ist das Ende des schönen Liedes die Einführung von Steuern und die Erhebung einer neuen Anleihe, denn weiter ist im Grunde die Umwandlung der 4½proz. Rente nichts. Ob die Betroffenen die befriedigte Stimmung des Kaisers theilen werden?

(Mtg.f.Nordd.)

Deutscher Bund.

Dresden, 29. Jan. Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht die Replik der sächsischen Regierung auf die Antwort Oesterreichs bezüglich des Projekts der Bundesreform. Indem Herr v. Beust sein Bundesreformprojekt rechtfertigt, sucht er darzuthun, daß die sächsischen Vorschläge die Zusammengehörigkeit Oesterreichs mit Deutschland besser sichern, als die Vorschläge Oesterreichs selbst. Wir bemerken für heute nur noch, daß er selbst gesteht, „nicht in der Lage zu seyn, sich auf ein Einverständniß mit anderen Regierungen berufen zu können“, und daß er von Graf Rechberg Einwänden zwei, nämlich die nachtheilige Alterirung der völkerrechtlichen Beziehungen des Bundes zum Auslande und die Veränderung der Basis des Bundesverhältnisses durch Inkorporirung der ganzen preußischen Monarchie, als begründet anerkennt. Nach einer Korrespondenz der „Südd. Zeitung“ soll Herr v. Dalwigk, großh. hessischer Ministerpräsident, einen neuen Entwurf bezüglich der Bundesreform ausgearbeitet haben, gewissermaßen eine verbesserte Auflage des Beust'schen Projekts. (Fr. Bl.)

Wie die „Gefl. Postz.“ hört, wird mit nächstem wieder eine Konferenz der sog. Würzburger stattfinden. Es möchte zu vermuthen seyn, daß dieselbe sich mit den preußischen Militärkonventionen beschäftigen werde, daß Preußen mit diesen Konventionen sich in den Besitz wichtiger strategischer Positionen zu setzen sucht, ein Streben, auf dessen innern Zusammenhang mit dem nach der Hegemonie wohl nicht erst hingewiesen zu werden braucht. Es handelt sich wohl um eine Militärkonvention der Mittelstaaten, durch welche zugleich den Bundesreformprojekten, wie sie in letzter Zeit wieder auftauchten, eine bestimmtere Ausdeutung gegen Oesterreich entschieden. Denn wahrlich, so viel Gutes dasselbe enthält, so ist doch nicht zu begreifen, wie die Triasidee nicht auf den preußisch-österreichischen Dualismus zurückkehren sollte, so lange dem dritten Gliede derselben eine wohlorganisirte Militärmacht fehlt. Ist eine solche durch die eben erwähnte Konvention geschaffen, so hat dieses dritte Glied eine feste Grundlage, auf der es fußen kann; es ist dann die Zunge in der Waage, seine Haltung in allen deutschen und eventuell wohl auch in europäischen Fragen eine wesentlich unterscheidende.

Preußen. **Berlin**, 27. Jan. Die Absichten des Ministerium, das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit auch dem Abgeordnetenhause vorzulegen, begegnet in Abgeordnetenkreisen mehrfachen Bedenken. Die Bestimmung, daß die Anklage

Digitized by Google

nur auf den übereinstimmenden Beschluß beider Häuser erfolgen kann, wird voraussichtlich am meisten bekämpft werden. (Schw.M.)

Berlin, 29. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde einerseits von der Fortschrittspartei, andererseits von der Fraktion Grabow ein Antrag in Beziehung auf die kurhessische Sache eingebracht. Der von Hrn. Virchow und andern Mitgliedern der Fortschrittspartei eingebrachte Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, daß die k. Staatsregierung aufzufordern sey, nunmehr — in weiterer Verfolgung des von ihr in der kurhessischen Frage eingenommenen und in den Sitzungen des Bundestages vom 12. Novbr. 1860, 17. und 24. März 1861 dargelegten Standpunktes, sowie in Uebereinstimmung mit dem in der Bundestagssitzung vom 4. Juli 1861 eingebrachten Antrag der großh. badischen Regierung — alle ihre Mittel einzusetzen für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere für eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, das in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849." — Der zweite von den Abgg. Duncker und v. Saenger eingebrachte und von 60 andern Mitgliedern der Fraktion Grabow (ministerielle Partei) unterzeichnete Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: daß die k. Staatsregierung schleunig und mit Nachdruck auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen hinwirke." Beide Anträge wurden an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. (Da werden wieder viele Worte gemacht und schließlich nichts gethan werden.) (Nat.-Z.)

Die ministerielle preußische „Sternzeitung" beschäftigt sich mit der deutschen Flottenbewegung. Sie rechnet, daß uneingerechnet die Kanonenböte Berlin's und der schlesischen Städte dem Marineministerium schon mehr als eine Viertelmillion Thaler zugegangen sey, an welcher Summe sich der Nationalverein mit der bedeutendsten Summe, die Neujahr 80,000 Thaler, betheiligt habe. Auf die darin sich aussprechende Gesinnung blickt sie mit Genugthuung, und verschert, daß die fremden Gaben Preußen zu erhöhten eignen Anstrengungen stornen würden. Zum Schluß spricht das offiziöse Blatt die Hoffnung aus, daß sich auch auf dem platten Lande Flottenvereine bilden und daß die anderen größeren Städte der Monarchie dem Beispiel Berlin's, Breslau's und Magdeburg's folgen würden.

Oesterreich. Wien, 26. Jan. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses ist unausgesetzt mit dem Budget beschäftigt. Er dürfte aber bei Wiedereröffnung des Hauses mit seinen Arbeiten noch nicht zu Ende seyn. Zahlreiche Vorschläge, von Unberufenen und Berufenen, abenteuerliche und berücksichtigungswerthe, bieten den versammelten Mitgliedern viel Stoff zum Nachdenken. Unter Anderem hat eine Gesellschaft den Antrag gestellt, sämmtliche Staatsgüter, darunter auch die bei der Bank verpfändeten, für 6 Mill. fl. jährlich zu pachten und den Pachtschilling auf 20 Jahre (folglich mit 120 Millionen Gulden) im Voraus zu entrichten. (N. Pr. Z.)

Großbritannien.

Der Irländer Smith O'Brien hatte vor einiger Zeit dem Staatssekretär Seward den Rath ertheilt, sein vermuthliges Zugeständniß zu scheuen, um eine rasche Versöhnung des Nordens mit dem Süden herbeizuführen. Hr. Seward hat nun dem genannten Herrn eine sehr freundliche Antwort zurückgesandt. Ohne auf Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten weiter einzugehen, sagt er in derselben nur, daß in der Aufrechthaltung der alten Union das Ziel seines Strebens liege, und daß alle Wohlmeinenden in Amerika und aller Welt thatkräftig mithelfen sollten, dieses Ziel zu erreichen, denn eine Zersplitterung der Union würde endlose Kämpfe der getrennten Gebietstheile unter einander zur Folge haben.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. Bei dem Foulds'schen Finanzplan drängt sich vor Allem die Frage auf, ob, wenn nun doch außerordentliche Ausgaben in gemeinnützigem Interesse gemacht werden müssen, keine zweckmäßigeren Steuern als die auf Zucker und Salz zu ihrer Deckung eingeführt werden konnten, dann, ob überhaupt an den ordentlichen Ausgaben nichts gestrichen werden konnte, endlich, ob nicht der alte haushaltene Grundsatz, die Ausgaben, ordentliche wie außerordentliche, nach dem Ertrage des Normal-Einkommens einzurichten, jener modernen Budget-Theorie vorzuziehen sey. Es gibt Leute genug in Frankreich, welche es für zweckmäßiger halten, Ersparungen in der Armee zu machen und die mit 350,000 Mann stehender Truppen Frankreich für gerade so mächtig ansehen, als mit 400,000, und doch wären dies allein jährlich 50 Mill. Frs. Ersparniß, gerade so viel, als die mühsam überall zusammengesuchten kleinen Steuern und Steuerhöhungen eintragen. Es gibt auch Leute, welche mit großer Befriedigung eine theilweise Ersparniß im Gebiete der Civilliste, Dotationen ꝛc. sehen würden. Eine Ersparniß von 10 Millionen in der Civilliste, von je 10,000 Frs. an den Dotationen der obnehin schon so Vielen cumulirenden Senatoren ꝛc. könnte schon ein ganz anderes Sümmchen eintragen, als die den Geschäften so nachtheilige Plackerei mit Erhöhung der Stempel- und Einregistrirungs-Gebühren. Frankreich würde auch sehr gern mit dem Ruhm sich begnügen, den General Montauban zum Grafen von Palikao ernannt zu sehen, ohne daß ihm noch nebenbei für seine chinesischen und wohl auch früheren afrikanischen Verdienste eine auf seine männliche Linie sich vererbende Dotation von 50,000 Frs. jährlich dazu ertheilt wird. Im jetzigen Augenblicke ist eine solche Liberalität ein böses Omen für die zugesagte Abminderung aller unnützen Ausgaben.

Paris, 29. Januar. Es wurde dem gesetzgebenden Körper der Gesetzesentwurf über die Umwandlung der 4½proz. Rente vorgelegt. Die Zinsen der neuen 3proz. Rente sind vom 1. April an in dreimonatlichen Terminen zahlbar. Die Anmeldungen zur Umwandlung sind innerhalb eines Monats von der Verkündigung des Gesetzes an zu machen. Ein kaiserliches Dekret wird die Ausgleichungsquote, die zu bezahlen ist, festsetzen. Die dreißigjährigen (d. h. nach dreißig Jahren heimzahlbaren, voriges Jahr ausgegebenen) Obligationen werden, ohne eine Ausgleichungsquote zu bezahlen, gegen Werthe von 20 Frs. in 3proz. Rente ausgewechselt. Die Inhaber der 4½proz. Rente außerhalb Frankreich haben in Europa und Algerien zwei Monate, außerhalb Europa ein Jahr Frist zur Annahme der Umwandlung. (Tel. d. Schw. M.)

Paris, 29. Januar. Unter den dem gesetzgebenden Körper mitgetheilten diplomatischen Aktenstücken figurirten auch zwei Thouvenel'sche Depeschen, worin gegen den Gedanken einer Annexion der Insel Sardinien an Frankreich Verwahrung eingelegt wird. (Das hat wenig Werth; zur rechten Zeit wird doch gemacht, was gemacht werden kann.) (Tel. d. Fr. Z.)

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

(Fortsetzung.)

Das Konservatorium des ästhetischen Attributes hatte bei der ersten Gründung desselben der Professor der Philologie und Aesthetik und Oberbibliothekar Dr. Richard (1835 zum Bischofe von Speyer, später zum Bischofe von Augsburg und Reichsrathe erhoben) übernommen. Durch Beschluß des akademischen Senates vom 26. März 1834 wurde jedoch derselbe auf seinen Antrag, und in Berücksichtigung seiner damaligen Geschäftsüberhäufung (als Referent im Schul- und Studienwesen bei der königlichen Regierung für den Untermainkreis) von der Konservatorsstelle enthoben, und diese an den Professor der Aesthetik und Pädagogik Dr. Fröhlich übertragen, wozu durch Ministerial-Reskript vom 11. April 1834 die höchste Genehmigung ertheilt wurde.

Später wurde die Sammlung von Werken der Skulptur: Büsten, Basen, Statuen und Basreliefs u. s. w. auch dem ästhetischen Attribute ausgeschieden, und solche unter der Benennung „Antiquarisches Museum" dem 1835 als Professor der Philologie und Archäologie an die Julius-Maximilians-Universität berufenen Dr. v. Lasaulx (im Herbst 1844, als er wiederholt zum Rector magnificus erwählt worden war, trotz der Remonstration des akademischen Senats, als Professor der Philologie und Aesthetik an die Ludwigs-Maximilians-Universität nach München berufen, wo er in dieser Eigenschaft und als ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften 1861 starb,) als Konservator unterstellt. —

So wirkte Fröhlich lange Jahre in unermüdeter Thätigkeit und erfolgreicher Wirksamkeit. An der Julius-Maximilians-Universität bekleidete er mehrmals die Stelle eines Senators und eines Dekans der philosophischen Fakultät. Bei ihm war Ruhe eine unbekannte Sache; ihm war das Lehren sein eigentliches Lebenselement.

In Anerkennung seiner großen Verdienste um Kunst und Wissenschaft und die musikalische Bildung des Volkes insbesondere ertheilte ihm der Stadtmagistrat seiner Vaterstadt Würzburg einstimmig das Diplom als Ehrenbürger, eine Ehre, welche nur in

Digitized by Google

Der „Moniteur" bringt jetzt den Wortlaut der kaiserlichen Thronrede. Aus der Vergleichung mit dem (nach der „K. Z." mitgetheilten) Text ersehen wir, daß wir zwei irrthümliche Abweichungen nachträglich zu berichtigen haben. Statt „drei Millionen", welche zur Vollendung von 6553 Kilometern Eisenbahn von den Gesellschaften verwandt worden, muß es „drei Milliarden" heißen, und sodann ist der auswärtige Handel von 2600 Millionen nicht auf 5700, sondern auf 5800 Millionen geschätzt.

Italien.

Turin, 24. Januar. Im Hafen von Neapel sind zwei Dampfer voll verwundeter Soldaten, welche nach Genua geschafft werden, aus Sizilien eingetroffen. Der Aufstand in Castellamare muß demnach weit bedeutender gewesen seyn, als die piemontesisch gefärbten Berichte zugestehen. Die dortigen Zustände sind noch immer sehr beunruhigend. Die Aufregung nimmt mit jedem Tage größere Verhältnisse an. Die Truppen und Nationalgarden in Palermo sind Tag und Nacht unter den Waffen. In Monreale, einer Stadt von 12,000 Einwohnern in der Provinz Palermo, haben heftige Demonstrationen stattgefunden. Das Volk rief: „Es lebe die Unabhängigkeit! Nieder mit den Piemontesen! Wir haben Gold gehabt und Biei dagegen eingetauscht!" Da gegenwärtig nur 5—6000 Mann in Sizilien stehen, so ist man hier in großer Besorgniß übe das Schicksal der Insel.

Neapel, 21. Jan. In einem Schreiben der „Debats" heißt es: „Die Studenten von Neapel haben eine Petition an den Präfekten Neapels gerichtet, worin sie um die Autorisation nachsuchen, ein mobiles Bataillon unter der Benennung „Bataillon der Hoffnung" bilden zu dürfen. Der Präfekt beeilte sich, das Gesuch der Regierung zu übermitteln, welche es wohl genehmigen wird, da die Studenten nicht in die Nationalgarde aufgenommen werden können." — Nach einer so eben veröffentlichten Statistik der neapolitanischen Klöster gab es am 17. Febr. 1861: 1020 Männer- und 272 Frauenklöster, die von 13,611 Mönchen und Laienbrüdern und 8001 Nonnen und Laienschwestern bevölkert waren. Von den Mönchen hatten 4712 eine Rente von zusammen 4,555,967 Frs. 51 Cts., was 966,87 jährlich für jeden Einzelnen macht. Die übrigen 8899 lebten von den Almosen der Andächtigen. Die Frauenklöster besaßen zusammen eine Rente von 4,772,794 Frs. 3 Cts. oder durchschnittlich 596 Frs. 47 Cts. jährlich per Nonne.

Rußland und Polen.

Helsingfors, 21. Jan. Gestern wurde hier der Landtags-Ausschuß von Finnland von dem vom Kaiser zum Präsidenten desselben ernannten Senator Gripenberg durch eine Rede eröffnet, in welcher derselbe das Versprechen des Kaisers wiederholt, baldmöglichst einen vollständigen finnländischen Landtag zu berufen.

(Fr. Holzg.)

Volkswirthschaftliches.

Ansbach, 25. Jan. Die Aktiengesellschaft zur Gründung einer „Cigarren- und Tabaksfabrik" dahier hat sich nun förmlich konstituirt. In der Generalversammlung vom 13. d. M. wurde das vorläufige Betriebskapital auf 60,000 fl. festgesetzt und auf diese Summe die Aktienzeichnung von 62,700 fl. dadurch ermächtigt, daß die Zeichner größerer Summen mit 2700 fl. zurücktraten. In den Verwaltungsrath wurden gewählt: die HH. Bankier Gutmann, Fabrikant Behringer, k. Bezirksgerichtsrath Greiner, fürstl. Hohenlohe'scher Hofrath und Domanial-Kanzleidirektor Elbam, k. Bataillonsarzt Dr. Eckart, Privatier Belzner, Verwalter Schnürlein, Kaufmann Hetzel und Zimmermeister Bachmann. (A. Vbl.)

Dresden, 23. Jan. Das „Dresdner Journal" meldet, daß mit der Anhaltischen Bahn eine Herabsetzung für die sächsischen Steinkohlenfrachten bis Berlin auf kaum zwei Drittel der westphälischen Kohlenfrachtsätze vereinbart sey. (K. Z.)

Die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen den Städten Göttingen und Gotha, welche das gewerbreiche Eichsfeld durchschneidet und den großen Güterzug von Bremen und Hamburg nach Bayern und der Schweiz auf dem kürzesten Wege vermittelt — ist jetzt von Neuem thätig in Angriff genommen worden. Von Bremen und Hamburg steht eine kräftige Unterstützung in Aussicht, und die preußische Staatsregierung wird sich schließlich einer finanziellen Unterstützung ebenfalls nicht entschlagen können. (G. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben: Konrad Bayer, k. Posterpeditor und ehemaliger Posthalter in Schwabmünchen; Gottlieb Bauer, pensionirter Artillerie-Hauptmann in Nürnberg; Joh. Bapt. Sällinger, freireligionirter Pfarrer zu Walterthofen, zuletzt in Traunstein.

Gegenwärtig hat vor dem Geschwornengericht des Alm-Departement zu Bourg der Prozeß des Raubmörders Dumollard begonnen, eines der schändlichsten Bösewichter, von denen man je gehört. Nachgewiesen sind ihm bereits sechs Mordthaten, nebst anderen Schreußlichkeiten, alle verübt an Dienstmädchen; ferner neun mißglückte Mordversuche; die Anzahl der noch nicht entdeckten Raubmorde muß jedenfalls noch größer seyn. Zu Anfang des Jahres 1855 fand man zum erstenmal die Leiche eines seiner Opfer auf, eines Dienstmädchens; im nämlichen Jahre erfolgten noch fünf Mordversuche an Mädchen desselben Standes, sämmtlich in derselben Gegend, in der Nachbarschaft desselben Dorfes, in derselben Weise und mit den nämlichen Mitteln verübt; all diese Mädchen beschrieben den Mörder ganz genau, mit sehr bemerklichen Kennzeichen, und dennoch blieb er Jahre lang unentdeckt. Endlich kam der Tag der Vergeltung. Am 26. Mai 1861 ward ein Dienstmädchen zu Lyon von einem Landmann angetreut; er fragte sie nach einer Verdingungsfall und sagte ihr, er sey Gärtner in einem Schlosse bei Montluel; seine Herrschaft schicke ihn, um ein Mädchen zu dingen; der Lohn sey sehr hoch, wenn sie den Dienst annehmen wolle, müsse sie auf der Stelle ihre Sachen packen und mit ihm gehen. Das Mädchen, Marie Pichou, nahm an; schon ein paar Stunden nachher war sie bereit; der Landmann half ihr ihren Koffer nach der Eisenbahn tragen. Als sie zu Montluel ankamen, war es Nachts; er lud den Koffer auf seine Schultern und führte das Mädchen auf Fußpfaden weiter. Plötzlich lud er den Koffer in einem Rapsfelde ab; er schütte Mündgleit vor, den Koffer wolle er morgen ins Schloß holen. Während sie weiter gingen, warf ihr der Landmann plötzlich eine Schlinge über den Kopf; glücklicherweise traf er nicht genau, die Schlinge streifte sie nur; sie riß sich von dem Angreifer gewaltsam los und entkam, wiewohl verwundet, bis in das Dörfchen Ballan. Die Bauern eilten herbei und suchten in dem Rapsfelde nach; der Koffer war schon verschwunden. Es war zweifellos, der Verbrecher mußte die Gegend genau kennen. Die Beschreibung seiner Person, die das Mädchen gab, lenkte den Verdacht auf Dumollard,

Digitized by Google

seltenen Fällen und als Ausdruck der Anerkennung für ungewöhnliche Verdienste ertheilt wird.

Am 18. Juni 1851 feierte Fröhlich sein 50jähriges Staatsdienstjubiläum, in Folge dessen ihm das Ehrenkreuz des k. bayer. Ludwigsordens verliehen wurde. Vorher schon war seine Brust mit dem Ritterkreuze erster Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael dekorirt worden. Und wenn je eine Brust würdig war, mit einem Verdienstorden ausgezeichnet zu werden, so war es die Fröhlich's.

Obwohl Fröhlich sich alle Festlichkeiten bei seinem Dienstjubiläum verbeten hatte, so konnte doch der Senat der Julius-Maximilians-Universität es nicht unterlassen, dem Senior der Hochschule seine Glückwünsche in einer Adresse auszusprechen. Auch die Lehrer und Schüler des musikalischen Instituts konnten ihrem Herzensdrange nicht widerstehen, ihrem langjährigen Vorstande und Lehrer im engeren Kreise ihre Huldigung darzubringen.

Doch endlich wollte die Natur auch ihr Recht haben. Während sein Geist ungeschwächt und jugendfrisch geblieben, nahmen seine niemals in Zärtlichkeit geschenten körperlichen Kräfte allmälig ab, und er fühlte, daß er den Anstrengungen seines Berufes nicht mehr gewachsen sey. Er wurde daher als Professor der Aesthetik und Pädagogik auf seinen Wunsch in seinem 75. Lebensjahre durch Dekret vom 4. November 1854 in ehrenvollen Ruhestand versetzt.

Von seinem ihm so lieb gewordenen Kinde, dem von ihm begründeten und durch alle Stürme glücklich hindurch geleiteten musikalischen Institute vermochte er sich nicht zu trennen. Er behielt die Vorstandschaft desselben und suchte im Vertrauen auf die Tüchtigkeit des auf seinen Antrag einige Jahre zum Dirigenten ernannten als Violinist und Gesanglehrer bewährten Johann Georg Bratsch die Leitung desselben fortzuführen.

Welche Anerkennung Fröhlichs Verdienste an der Julius-Maximilians-Universität bei seinen Kollegen gefunden, davon gibt Zeugniß die Adresse des Rektors und Senats, welche ihm in Folge der Uebergabe des äußerlichen Attributs, welchem er während seines Lehramtes vorstand, in lateinischer Sprache am 31. November 1855 feierlich durch eine Deputation überreicht wurde.

(Fortsetzung folgt.)

der in dem nahen Dörfchen Dagneux wohnte. Man hielt Haussuchung bei ihm; da fand man eine unglaubliche Menge von Kleidungsstücken und Kisten, sämmtlich der Art, wie Dienstmädchen sie gebrauchen. Unter manchen mit Blutspuren behafteten Gegenständen fand man auch Strumpfbänder, die wenigstens zehn verschiedenen Personen gehört haben mußten. Dabei waren auch Kleidungsstücke, die auf dem Koffer der Marie Pichon gestohlen waren, so wie solche, die man als das Eigenthum früherhin ermordeter Mädchen öffentlich ausgeschrieben hatte. Marie Pichon erkannte Dumollard mit größter Bestimmtheit für den Mann, der sie in Lyon angredet hatte. Fünf andere Dienstmädchen, die ee ganz eben so wie Marie Pichon angesprochen und mitgenommen hatte, die aber dem Mordversuch entgangen waren, erkannten ihn gleichfalls. Zwei Leichen sind bereits entdeckt; darunter die des jungen Dienstmädchens Eulalia Bufod, die ee noch lebend begeben und so eestickt hatte. Selisam: diese Leiche ward durch Schmeißfliegen entdeckt: man konnte anfangs das Grab nicht finden, bis der Gerichtsschreiber sah, daß Fliegen in auffallender Zahl einen Ort umschwärmten; dort grub man die Leiche aus. Die Schwester der Bufod war gegangen, sie zu Ostmacht, und hatte vor Entsetzen. Dumollard'd eigene Frau bejeugt, er habe ihr die Ermordung dieses Mädchens erzählt und den Wald angegeben, wo er sie eingescharrt. Dumollard hat diesen einen Mord zulegt eingestanden; trogdem erklärt er sich für schuldlos: er sey nur der gezwungene Mitheller einer ganzen Bande gewesen; diese habe ihn durch Drohungen in ihrer Abhängigkeit gehalten; er habe ihr Mädchen zuführen müssen, und nach der Ermordung habe sie ihm die Kleider geschenkt; das sey sein ganzes Vergehen; übrigens wären gegen wiezig Mädchen von der Bande ermordet und in die Rhone geworfen worden. Wenn man diese gräßliche Geschichte liest, meint man ein schreßlichs Ammenmährchen zu veenehmen; man möchte fast zweifeln, ob der ganz gutmüthig aussehende Bauer ein niederträchtiger Verbrecher oder ein Wahnsinniger ist. (Fr.-Holdz.)

Neueste Nachrichten.

** München, 30. Jan. (Privat-Korresp.) In der vorgestern stattgehabten Sitzung des Staatsrathes soll die neue Gewerbeordnung beratben worden seyn und wird dieselbe nun mit dem nächsten Kurier, der am 15. Febeuar von hier abgeht, Sr. Maj. dem König in Vorlage gebracht werden. — Mit dem Befinden des Hrn. Kriegsministers geht es noch immer nicht ganz gut, so daß derselbe die projektirte Erholungsreise noch immer nicht antreten durfte.

München, 30. Jan. Se. Maj. der König hat den temporär quiesziirten Bauboamten F. X. Mösmer von Kemnath reaktivirt und demselben die Bauboamtenstelle in Tirschenreuth verliehen. (R.M.Z.)

Kassel, 25. Jan. Als vorgestern Abend der Kurfürst von einer Jagd zurückkehrte, schlug er nicht den geraden Weg durch die Stadt ein, sondern umfuhr dieselbe, indem er den zum Theil sehr engen Weg an den alten Todtenhöfen voebei benutzte. Dies wäre nun doch nicht aufgefallen, wäre nicht der ganze Weg mit Gendarmen und Polizei besetzt gewesen. Man bringt diese wunderliche Geschichte mit einer Audienz in Verbindung, welche der Minister Volmar schon früh 8½ Uhr, also zu einer ganz ungewöhnlichen Stunde, im kurf. Palaste gehabt hat. Im Publikum weiß sich Niemand die Veranlassung zu solchen Vorkehrungen zu erklären, ist aber auch allgemein überzeugt, daß nur Gespenstersurcht zu Grunde liegt. Daß man nämlich Furcht hat, ist unzweifelhaft. Es ist das wiedee ein Zeugniß, wie wenig man das hessische Volk kennt. Unbemerkt könnte der Kurfürst zu jeder Stunde des Tages und der Nacht die entlegensten Orte besuchen, ohne Besorgniß, daß ihn Jemand betrohen würde. Es ist seitlich nicht Liebe, die ihn schützt, wohl aber ist es der Sinn für Recht und Gesetz. (L. N.)

— Wien, 29. Jan. In den letzten Tagen waren wieder Gerüchte über Besprechungen veebreitet, welche zwischen dem Gesandten Rechberg und dem preußischen Gesandten, Herrn v. Werther, über die kurhessische Angelegenheit stattgefunden. Von österreichischer Seite wäre ein Kollektivschritt der Kabinete von Wien und Berlin beantragt worden, der in einer Note an die Regierung in Kassel seinen Ausdruck finden würde. Diese Note, heißt es, würde die Kasseler Regierung einladen, dem Verfassungsstreite durch eine billige Beeücksichtigung des wiederholt in der einstimmigsten Weise kund gewordenen Willens des kurhessischen Volkes ein Ende zu machen. Die beantragte Note sollte ein vollständiges Peogeamm zur befriedigenden Beilegung der kurhessischen Angelegenheit enthalten und mit der Erklärung schließen, daß die zwei deutschen Großmächte, falls ihre dringenstem Wünsche in Kassel kein Gehör fänden, das Dritte am Bunde veranlassen würden. Der hiesige preußische Gesandte soll es jedoch abgelehnt haben, auf diesen Antrag bes österreich. Kabinets einzugehen, da er nicht mit genügenden Vollmachten ausgerüstet sey. In der deutschen Frage macht sich gleichfalls eine regere Theilnahme und Thätigkeit im Ministerium des Aeußern kund.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	70½ B.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47⅛ G.
„	4½ pCt. „ „ „	42⅝ B.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103⅝ G.
„	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103⅜ B. ½ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ B. ⅝ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 B. 100½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ B.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ B.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 B.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	102½ B.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ B. ¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 B.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 B.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ B.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93 B.
„	3 pCt. Obl.	92⅝ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 30	47⅝ B.
„	2 pCt. „ „ „	42 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99⅜ B.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1153/8 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	662 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	161½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	203½—4 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	78½ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	81¼ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	64 P. 63¾ G.	
Oest. F. St. Kisb. pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn b pCt. . . .	114 P.	
„ Kisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7 .	77⅝ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130⅝ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. 4.3 pCt.	5½ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	—	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire . .	—	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	106½ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz. .	105½ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅜ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 d. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¾ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	63¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	63 G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Risb. l. v. 1858.	106 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36¼ P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIL.	121½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36¾ P.
Badische fl. 50	92⅝ P.	Vereins-Loose fl. 10.	97⅜ G.
Badische fl. 35	55½ G.	Anals.-Gunzenh. fl. 7-L.	11¼ P.

Frankfurt, 30. Januar. Bei heutiger Abrechnung wurden öfter. Kreditaktien und 500 fl. Loose zu etwas niedrigeren Kursen abgegeben, während National- und Bankaktien sich fest behaupteten. Im Allgemeinen war die Stimmung günstig und der Umsatz in Spekulationspapieren erheblich. Von Eisenbahn Aktien waren Eilsabeth- und Rhein-Nahebahn mehr angeboten. Dagegen zeigte sich für Luxemburger Bankaktien Käufer zu merklich höheren Kursen. (Sdnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 32. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertion wird die dreispaltige Zeile mit gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 1. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 31. Jan. In der gestrigen Bundessitzung erhaltete Bayern die Anzeige, daß es die Bestimmungen wegen gegenseitiger Rechtshülfe annehme. — Braunschweig und Oldenburg erklären, daß sie den Beschlüssen wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes beitreten werden, wenn dasselbe auch von ihren Nachbarstaaten geschehe. (Fr. Z.)

Wir hören (schreiben Berliner Blätter), daß die Würzburger Staaten wirklich und ernstlich die Absicht gehabt haben, zu einer neuen Konferenz, unter Berücksichtigung sowohl der preußischen (Graf Bernstorff) als der österreichischen (Graf Rechberg) Auslassungen über das Bundesreformwerk zusammenzutreten, daß aber diese Absicht auf Anrathen Oesterreichs wieder aufgegeben und daß dabei die Erklärung entscheidend gewesen ist, Oesterreich werde demnächst in der Lage seyn, an seine deutschen Bundesgenossen ein „letztes“ (??) Wort in jener Frage zu richten. Als mit der formellen Bearbeitung der zu erwartenden Vorschläge betraut, wird Herr v. Biegeleben genannt.

Die „Zeit“ schreibt: „Die Hoffnung, daß das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch ein Gesammtgut der Nation werden würde, droht leider vereitelt zu werden. In Mecklenburg ist es den Ständen mit dem Entwurf eines Einführungsgesetzes vorgelegt, wonach zahlreiche Bestimmungen theils annullirt, theils verändert werden sollen. Regierung und Stände scheinen über diese Abänderung des Gesetzbuchs schon einverstanden zu seyn. Noch bedenklicher ist Folgendes: In Hannover sollen Verhandlungen zwischen der hannover'schen Regierung und Abgeordneten von Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Bremen und Hamburg stattfinden, um einen gemeinsamen Widerstand gegen verschiedene Punkte des Handelsgesetzbuches zu organisiren.“ (Sollte das nicht eine Verwechslung mit der jüngst abgehaltenen Konferenz dieser Staaten seyn?)

Karlsruhe, 29. Jan. Die badische Regierung, eine Erneuerung der demnächst ablaufenden Zollvereinsverträge für höchst wünschenswerth erachtend, hat diese Angelegenheit bei den Zollvereinsregierungen in Anregung gebracht. (Fr. Pfz.)

Bayern. Aus der Pfalz, 25. Jan. Die „Pfälzer Ztg.“ schreibt: „Es erregt noch immer Aufsehen und wird in vielen öffentlichen Blättern besprochen, daß auch die diesjährigen Rekruten der Pfalz in der Schulbildung unter ihren Kameraden eine der tiefsten Stellen einnehmen. Wo mag der Grund dieser Erscheinung liegen, die für unsern Pfälzerstolz so wenig schmeichelhaft ist? Wir können den Grund nur in der Verschiedenheit der Gesetzgebung finden, welche in den jenseitigen Kreisen den weltlichen und geistlichen Behörden zur Regelung des Schulbesuchs weit größere Autorität und Macht einräumt, als in der Pfalz. Aufnahme in die Lehre eines Handwerkers, Anfässigmachung und Verheirathung verlangen dort Zeugnisse über den Schulbesuch; Heirathskandidaten und Heirathskandidatinnen müssen in gewissen Fällen noch eine Prüfung bestehen und sich bequemen, noch einmal nach den Schulbüchern zu greifen. Der gewöhnliche Schulbesuch ist daher ein besserer. Auch zum regelmäßigen Besuch der Sonntagsschule kann die Jugend angehalten werden; es fehlt den Behörden nicht an Mitteln. In der Pfalz dagegen haben die sogenannten Schulstrafgelder nur eine sehr geringe Wirkung. Die Schulisten beweisen es; sie zeigen, daß es Kinder gibt, welche der Lehrer im Frühling, Sommer und Herbst fast nie, im Winter nur selten in der Schule sieht, bei deren Eltern die Geldstrafen völlig wirkungslos sind, weil „wo Nichts ist, der Kaiser das Recht verloren hat.“ Es wäre ein Wunder, wenn bei solchen jungen Leuten 8 Jahre nach der Schulzeit noch eine Spur von Kenntnissen zu finden wäre. Diese Klasse, welche die Schule fast nie oder äußerst selten besucht, findet sich, es ist kein Zweifel, wie überall, so auch in den jenseitigen Kreisen; hier jedoch aus dem angegebenen Grunde in geringerer Zahl. — Wenn übrigens die Rekruten der Pfalz geringere Schulbildung zeigen als die der anderen Kreise, so folgt hieraus nicht, daß die Schulbildung der Pfälzer überhaupt tiefer stehe, als die der Oberbayern, Franken und Schwaben. Denn ein Blick in die Notariatsakten und die Rezitirungslisten zeigt, daß das Einstandswesen in der Pfalz eine weit größere Ausdehnung hat als in den anderen Kreisen. In der Pfalz kauft sich Jeder, dessen Vermögen es einigermaßen erlaubt (oder oft auch nicht erlaubt), einen Einsteher, während jenseits wohlhabende und reiche Bürger- und Bauernsöhne es nicht verschmähen, sechs Jahre die Uniform zu tragen und sich das Einstandskapital zu sparen. Daher ist unter den Rekruten der Pfalz die arme und ungebildete Klasse weit mehr vertreten als unter den überrheinischen.“

Der Bau der Illerbahn schreitet rasch vorwärts. Es wird möglich seyn, die Strecke von Ulm bis Memmingen im Oktober d. J. eröffnet zu sehen. Langsamer geht der Bau von Memmingen bis Kempten, wo erheblichere Terrainschwierigkeiten zu überwinden sind. (B. Bl.)

Aus Schwaben erhielt die „Augsb. Abdz.“ folgende Zuschrift: „Es scheint, daß der durch die Regierung veröffentlichte Bildungsstand der Konskribirten an manchen Stellen sehr unangenehm berührt hat; dem „Volksboten“ wurden wenigstens deßhalb schon mehrere Briefe von Geistlichen aus den Kreisen zugesendet, die mit der stärksten Prozentzahl derjenigen Konskribirten aufgestellt sind, bei welchen die Schuldildung eine mangelhafte ist. Die Schuld hievon wird darin auf die Lehrer abgeladen und in einem dieser Briefe wird auch geradezu behauptet, daß die jetzigen Leistungen der Lehrer in etwas grellem Gegensatz mit ihren Ansprüchen auf Gehaltverbesserung stehen. Wir glauben indeß zu der Ueberzeugung berechtigt zu seyn, daß die Schuld — einzelne Fälle ausgenommen — doch anderswo liegt. — Zunächst findet man das mangelhafte Resultat der Volksbildung in zu vieler Bakanz, zu wenig Unterrichtszeit überhaupt und in schlechtem Schulbesuch. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Ansicht richtig ist, wenigstens zum Theil; allein daran tragen die Lehrer keine Schuld. Sie haben weder über die Dauer der Bakanz noch über die Unterrichtszeit irgendwelche Bestimmung, da sie nicht einmal Sitz und Stimme im Orts-Schulvorstande haben; über schlechten Schulbesuch können sie auch nur — oft vergeblich — Klage führen. Eine Aenderung in dieser Hinsicht ist darum allerdings im Interesse einer entsprechenden Volksbildung geboten. — Der Hauptfaktor grünlicher, unseren gegenwärtigen Zeitverhältnissen sowie der fortschreitenden allgemeinen Bildung überhaupt entsprechender Volksbildung bleibt immer eine tüchtige Bildung der Lehrer selbst. Daß aber diese gegenüber den Forderungen, welche das praktische Leben nunmehr an die Volksschule stellt, eine ungenügende ist, darüber besteht wohl kein Zweifel mehr, und wer einen solchen noch hat, der nehme das Normativ über die Schullehrerbildung vom 15. Mai 1857 zur Hand und urtheile! — Ein Artikel aus Oberbayern in Nr. 10 der „Augsb. Abdz.“ berührt ein weiteres Moment zu besserer Volksbildung: „Schulinspektoren, von Fachkenntniß und Entschiedenheit, welche zwischen den drei Faktoren: Pfarrer, Gemeinde und Schullehrer unabhängig dastehen.“ Die Richtigkeit dieser Behauptung ist gewiß nicht zu bestreiten und hoffentlich wird sie auch immer mehr erkannt. Auch das ist vollkommen richtig, daß wir neuer praktischer Schulbücher und Hilfsmittel bedürfen; haben wir ja doch in Bayern nicht einmal ein allgemein giltiges Lesebuch, dessen die Schule in keinem deutschen Staate (nur wenige ausgenommen) mehr entbehrt. In vielen Schulen sind Bibel, biblische Geschichte, Katechismus und Gesangbuch die alleinigen Lehrbücher und das Memoriren auch denselben nimmt den größten Theil der Schulzeit in Anspruch. — Endlich liegt ein weiterer Grund mangelhafter Volksbildung in der gegen-

Digitized by Google

wärtigen Einrichtung unserer Sonntagsschulen. Der Lehrer kann darin bei dem besten Willen wenig oder nichts leisten; mit größter Mühe gelingt ihm bei einem Theil der Schüler, das in der Schule Gewonnene nothdürftig zu erhalten. Und doch könnte und sollte gerade in der Zeit vom 13. bis zum 16. Lebensjahre und auch darüber hinaus, bei der größeren geistigen Entwicklung in der zweckentsprechenden Fortbildung der Jugend viel, sehr viel geschehen, wenn wir hiezu geeignete Fortbildungsschulen hätten, die sich wohl einrichten ließen. Wie die Sache gegenwärtig steht, sind die meisten Schüler froh, der Schule entlaufen zu können und bis sie zur Konfirmation kommen, ist dann die Schulbildung vielfach bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Eine dem Leben in allen Richtungen entsprechende Volksbildung bedingt eine gründliche Umgestaltung unseres Volksschulwesens überhaupt.

Preußen. Berlin, 28. Jun. Die Hauptbedeutung der beiden wichtigen Gesetzesvorlagen über die Verantwortlichkeit der Minister und über die Oberrechnungskammer liegt darin, daß sie die eigenthümliche Beschaffenheit unserer inneren Lage aufdecken zur Belehrung Aller, welche nach dieser Seite hin noch einer Belehrung bedürfen sollten. Nach der Verfassung soll das Recht der Ministeranklage jedem der beiden Häuser zustehen; die jetzige Vorlage macht aber die Erhebung einer Anklage abhängig von einem übereinstimmenden Beschluß beider Häuser. Nun denke man an die Möglichkeit der Rückkehreines reaktionären Ministerium, das in der Majorität des gegenwärtigen Herrenhauses natürlich die dreieinhalligste Stütze finden würde für Alles, was gegen den Geist der Verfassung und für die feudalen Sonderinteressen wäre. Das Gesetz über die Oberrechnungskammer macht dem Unbefangenen vollends den Kopf schwindeln. Da wird mit einem Mal die monströse Behauptung aufgestellt, daß dem Hause der Abgeordneten keine Kontrole darüber zustehe, ob die von ihm bewilligten Gelder auch für die Zwecke, für welche sie bewilligt, verwendet werden, und zwar deßhalb nicht, weil die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu den Verwaltungsstatus gar keine bindende Kraft hätten! Wenn diese monströsen Anschauungen jemals zur Geltung kämen, dann wäre in der That nicht mehr abzusehen, welchen Werth das Steuerbewilligungsrecht in Preußen noch haben sollte. Die „Volkszeitung" sagt, daß selbst unter dem Manteufel'schen Regiment dergleichen der Volksvertretung nicht zugemuthet worden sey. Wie, so muß man fragen, sind solche Vorlagen seitens eines Ministerium möglich, das zum größten Theil aus liberalen Mitgliedern besteht? Die Antwort darauf ist sehr einfach: man (d. h. der König und seine Umgebung) hat den liberalen Ministern die betreffenden Vorlagen, weil sie auf denselben bestanden, schließlich allerdings bewilligt, jedoch nur in der jetzt vorliegenden Form. Wir ersehen wieder hieraus, sagt die „Volkszeitung", daß die Liberalen im Ministerium selber einen Kampf durchzumachen und in ihren Gesetzesvorlagen nur die Zugeständnisse ihrer Niederlagen vor dem ganzen Lande abzulegen haben. Die weiteren Schlüsse, die sich aus allem dem ergeben, kann Jeder sich selbst ziehen. (Schw. M.)

Hannover. Hannover, 30. Jun. Nach vierstündigen Verhandlungen lehnte heute die zweite Kammer den Beschluß des Adelshauses wegen der Verfassungsverletzung durch den im Weg königl. Verordnung erfolgten Erlaß der Militärstrafprozeß-Ordnung gegen 27 Stimmen der linken Seite des Hauses ab. (Die Mehrheit der Kammer ist bekanntlich, nach dem oktroirten Wahlgesetz gewählt, gut ministeriell. Es ist übrigens eine merkwürdige Erscheinung, daß die 1. Kammer sich freisinnigee zeigt, als die zweite.)

v. Bennigsen beklagte die zahlreichen Verfassungsänderungen im Wege der Oktroirung, weil dadurch das Rechtsgefühl und das Vertrauen zur Gerechtigkeit der Regierung bedeutend erschüttert worden. (Fr. J.)

Württemberg. Stuttgart, 26. Jan. (Wichtige Entscheidung.) Die Regierung hat sich von den nachträglichen Entschädigungs-Forderungen (als Ersatz für die Ablösungen) des Adels losgesagt, die 40 Millionen werden dem Lande erspart bleiben. Zwar die Form, in welcher die Regierung diesen Rückzug angetreten hat, ist eine keineswegs befriedigende. Man erwartete ein königl. Manifest, wie seiner Zeit beim Konkordat, statt dessen gaben die Oberamtleute in den Amtsblättern am Vorabend der Landtagswahlen „öffentliche Erklärungen" des bezüglichen Inhalts ab.

Freie Städte. In Frankfurt erschien soeben: „Sendschreiben an die Katholiken Deutschlands von Johannes Ronge". Das Schriftchen schließt mit den Worten: „Wir berufen einer freien deutschen Nationalkirche und müssen sie schaffen." (D. Kol.)

Dänemark.

Die dänischen Angelegenheiten scheinen in der nächsten Zeit wieder einmal in den Vordergrund zu treten, um den deutschen Regierungen Verlegenheit und dem deutschen Volk Langeweile zu bereiten. Die jüngste Mittheilung an den Reichsrath belehrt uns, daß Holstein und Lauenburg vom eigentlichen Reichsverband mit Dänemark entlassen werden sollen. Der Zweck hierbei ist doppelter

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

(Fortsetzung.)

Als Fröhlich seine letzte Vorlesung als akademischer Lehrer gehalten, wurde ihm von seinen Zuhörern eine improvisirte Ovation bereitet, indem einer derselben dem vom Lehrstuhle für immer scheidenden Greise einen sinnig geschlungenen Blumenstrauß mit einigen herzlichen Worten überreichte.

Immer mehr fühlte Fröhlich seine körperlichen Kräfte abnehmen; die Natur, welcher Fröhlich mit fast fortwährender Gesundheit durch unablässiges anstrengendes Schaffen und Wirken getrotzt hatte, überwältigte endlich seinen Körper. Am 30. Mai 1858 wurde er daher auf seinen Wunsch auch als Direktor des musikalischen Instituts in ehrenvollen Ruhestand versetzt, und die Verwesung dieser Stelle dem seitherigen Dirigenten des musikalischen Instituts, Johann Georg Bratsch, welcher sich bereits als ausgezeichneter Violinist, Gesanglehrer und Orchesterdirigent bewährt, auch mehrere gediegene Kompositionen geliefert hatte, übertragen.

Als der zwischen Fröhlich und dem Universitäts-Senate abgeschlossene Vertrag, daß nach seinem Tode seine werthvolle Gemäldesammlung in den Besitz der Universität gegen eine jährliche Leibrente von 300 fl. für seine ihn Jahre lang sorgsam pflegende Haushälterin Magdalena Seuffert die allerhöchste Genehmigung erhalten hatte, wurde Fröhlich in Anerkennung dieser verdienstvollen Handlung durch allerhöchstes Dekret vom 8. März 1860 zum k. Hofrathe tax- und stempelfrei ernannt.

Abgeschlossen vom Verkehre mit der äußeren Welt, nur auf den Kreis erlesener Freunde beschränkt, blieb er in seinem Studirzimmer bis zum spätesten Abende seines Lebens fortwährend literarisch beschäftigt und nahm an dem Fortschritte der Wissenschaften und Künste lebhaften Antheil.

Am 5. Januar 1862 erlag Fröhlich in Folge allmäliger Entkräftung einem Lungenschlage in seinem 82. Lebensjahre.

Da der Verlebte, wie im Leben, so auch im Tode, jedem Prunke abhold war, und in philosophischem Bewußtseyn in sich selbst zurückgezogen blieb, so mußte auf seinen ausdrücklichen Wunsch — wie es einst auch sein Lehrer Professor der Philosophie Dr. Metz gethan — jede prunkvolle Leichenfeierlichkeit und die Grabrede unterbleiben. Obwohl alle Einladungen unterbleiben waren und eine unfreundliche Witterung herrschte, geleiteten doch über 800 Personen aus allen Ständen seine Leiche zur Gruft.

Wir kommen nun zu den musikalischen und literarischen Leistungen des Verlebten insbesondere.

Fröhlich war schon als Student ein ausgezeichneter Violinist, Pianist und Sänger, auch ein energischer und umsichtiger Orchesterdirigent.

Von ihm sind folgende gediegene theoretische Werke erschienen: Studien für die hauptsächlichsten und gangbarsten Orchesterinstrumente. Bonn bei Simrock, 1810; Systematischer Unterricht in den vorzüglichsten Orchesterinstrumenten, mit einer Anleitung zum Studium der Harmonie-Lehre, sowie zur Direktion eines Orchesters und Singchores. Zwei Theile. Würzburg im Stahlverlage 1822 und 1829; Biographie des großen Tonkünstlers Abt Georg Joseph Vogler; Rezensionen und sonstige musikalische Aufsätze in der Leipziger musikalischen Zeitung „Cäcilia", in den religiösen Zeitschriften „Philotheа", „Athanasia", „Religions- und Kirchenfreund", „Bugsburger Sion".

Im Jahre 1808 gab er im Verlage von Christian Bauer in Würzburg eine musikalische Wochenschrift „Polyhymnia" heraus. Auch lieferte er viele Artikel zur großen allgemeinen Encyklopädie von Esch und Gruber, welche in Leipzig erscheint.

Im zweiten Hefte des vierten Bandes des Archivs des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg erschien von Fröhlich ein öffentlich gehaltener Vortrag in der zur Feier des Namens- und Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs Ludwig I. abgehaltenen Hauptversammlung des historischen Vereins am 25. Aug. 1840: „Ueber den Geist der Statuten, welche der große Fürstbischof Julius zu Würzburg seiner neubegründeten Universität gab."

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Art: erstens will man Schleswig um so sicherer unterdrücken und dänisiren; zweitens Holstein, dem nun auch der letzte Schein konstitutioneller Garantien genommen ist, desto nachdrücklicher unter dänische Polizei und Censur beugen. Wie lange die Sachen zur Schmach Deutschlands so fortgehen sollen, haben wir eben gewiesig abzuwarten. Der deutsche Bund kann wenig thun, wenn nicht die Dänen durch ihr gesetzlos rohes Verfahren zuletzt ganz Europa gegen sich aufbringen. Die Sympathie der Schweden haben sie sich bereits durch ihr Liebäugeln mit Rußland ziemlich entfremdet; Norwegen, das sie von Alters her zu gut gekannt, hat seine Annexigung gegen sie nie vergessen. In Amerika, wo jetzt jeder Jude sich die Führer der dänischen Bewegung gar mit den Polen eingelassen, in der thörichten Hoffnung, der gemeinschaftliche Haß gegen die Deutschen könne ihnen mit der Zeit Früchte bringen; Zeitungen in Polen geben sich zu Verfechtern der dänischen Gewaltthaten in den Herzogthümern her. Allein dies Kokettiren mit den Trümmern eines Volkes, das sein ganzes Streben auf die Rechte der Nationalität stützt, während sie selbst nur darauf ausgehen, in den deutschen Herzogthümern eine Nationalität zu vernichten, wird ihnen nichts weiter nützen, als daß sie zuletzt auch noch Rußland über die Treue solcher Freunde die Augen öffnen. (Fr. H.-Z.)

Frankreich.

Der „Moniteur" enthält die Rede, mit welcher Graf Morny als Präsident die Sitzung des gesetzgebenden Körpers eröffnet hat. Folgendes ist der kurzen Rede kürzerer Sinn: „Es gibt jetzt kein Volk, das nicht in den Qualen einer heftigen Krisis läge; dort gewährt das Uebermaß der Regierungsmacht der Freiheit neue Rechte, hier sucht das Uebermaß der Freiheit eine Zuflucht in den Händen einer starken Regierungsgewalt. Mitten in diesen Wehen der Umgestaltung ist Frankreich ruhig, vertrauensvoll und blühend geblieben. (!) Wir schließen daraus mit Recht, daß Frankreich die Regierung besitzt, welche am besten dem Charakter der Nation entspricht." — Nach diesem schönen Kompliment für die große Nation kommen Lobreden auf die Konstitution, welche jetzt den Kammern eine Kontrole und einen Einfluß gewähre, der ihnen einen ernstlich gemeinten, wirklichen Antheil an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten gewähre. (!) — Folgt hierauf ein Lobpsalm auf die ungeheure Großherzigkeit des Kaisers, weil er dem Recht des schrankenlosen Schuldenmachens entsagte, aber zugleich eine Vertheidigung des bisherigen Systems der Beschwendung, welches zu loben Graf Morny allerdings genugsame Ursache hat. Zugleich kündigt Morny an, daß die Regierung die Abstimmung über die Rentenkonversion unverzüglich und noch vor der Verhandlung über die Adresse verlangt; es scheint, das Kerzchen brennt auf dem Nagel. (N. Fr. Z.)

Italien.

Rom, 29. Jan. Gestern fand die feierliche Einweihung der Eisenbahn von Rom nach Ceprano (an der neapolitanischen Grenze) stattgefunden. (Fr. J.)

Man wird sich den Hoffnungen einer baldigen Lösung der römischen Frage nicht allzu lebhaft hingeben dürfen, so lange auf französischem Boden, in Marseille, noch immer ein sehr thätiges bourbonisches Komite besteht, das ununterbrochen Expeditionen von Angeworbenen nach Kalabrien macht. Man wirbt freiwillige von allen Nationen, besonders von Spanien und der Schweiz, an und macht durchaus kein Geheimniß aus diesem Treiben; im Gegentheil prophezeit das Komite ohne Zurückhaltung, daß mit nächstem Frühjahr Franz II. wieder in Neapel sein werde. Die Angeworbenen reisen als Passagiere an Bord von französ. Schiffen. Das bourbonische Komite zu Malta macht jede Woche eine Spedition nach Capo d'Armi in Kalabrien, wo die Eingeschriebenen Waffen und Munition erhalten und dann aufs Festland geführt werden. (Schw. M.)

Bekanntlich hatte Ricasoli einen ausführlichen Vorschlag, welcher die Grundlinien einer Ausgleichung zwischen dem Papstthum und dem Königreich Italien enthielt, nach Paris gesandt, und die Unterstützung der französischen Regierung bei dem päpstlichen Hofe für denselben in Anspruch genommen. Ueber das Geschick dieses Entwurfs, auf dessen Durchführung übrigens die Turiner Regierung von vorn herein nicht gerechnet hatte, gibt eine Depesche des Herrn Thouvenel an den französischen Gesandten in Turin, Herrn Benedetti, Auskunft.

Der Minister lehnt die Ueberreichung und Befürwortung des Projekts in Rom ab, „weil es zu radikal sey, um als Grundlage für eine Vereinbarung zu dienen."*) Er warnt dann die Turiner Regierung vor der Gefahr, Italien zu schwächen, indem sie fortwährend laut verkünden lasse, daß das neue Reich unter so vielen großen und berühmten Städten, die es besitze, keine wirkliche Hauptstadt habe, und daß Venetien zur unerläßlichen Ergänzung seines Gebietes gehöre. Italien habe bei seinen gegenwärtigen Grenzen eine genügend große Aufgabe zu erfüllen, und sie reiche gewiß aus, seine leitenden Staatsmänner beschäftigt zu machen. — Zwei weitere Depeschen sind dazu bestimmt, gegen jeden Gedanken einer Annexion der Insel Sardinien an Frankreich Verwahrung einzulegen.

Auch die Reise des Herrn Ratazzi nach Paris hat bekanntlich den Kaiser zu keinem bestimmteren Eingreifen in Beziehung auf Rom oder Venetien bewegen können, obwohl er Gelegenheit nahm, seine freundlichen Absichten für die italienische Sache aufs Neue kundzugeben. Ein zu rasches Vordringen wurde als nicht zeitgemäß abgewehrt.

In neuester Zeit hat nun in der That die französische Regierung die römische Frage nochmals in Anregung gebracht, im Hinblick ohne Zweifel auf die bevorstehende Adreßdebatte. Den wesentlichen Inhalt der betreffenden Aktenstücke theilten wir bereits nach einer Analyse der „Indépendance" mit, die sich in allen Hauptpunkten als richtig erweist. Frankreich schlug danach nicht Abtretung Roms an das Königreich Italien vor, sondern nur, daß der Papst die vollbrachten Thatsachen, d. h. die Annexion der Marken ꝛc. anerkenne und daß künftig, wie in letzter Zeit, seine weltliche Herrschaft sich auf Rom und dessen nächste Umgebung beschränken solle. Diese Aktenstücke bestätigen, daß die französische Regierung Alles aufgeboten hat, um auf diplomatischem Wege die Sache zu Ende zu bringen: ihr letzter Versuch einer Vereinbarung zwischen dem „Papst-König von Rom" und dem König von Italien ist an dem absoluten „Non possumus!" des Papstes gescheitert, und Herr v. Lavalette spricht unumwunden seine Ueberzeugung dahin aus, daß keine Hoffnung auf eine Abermittlung mehr vorhanden sey. Die Ausgangspunkte sind auf beiden Seiten so grundverschieden wie möglich; denn während der französische Minister des Auswärtigen den vollbrachten Thatsachen Rechnung getragen wissen will, bleibt der Kardinal Antonelli auf dem Standpunkte, von dieser ganzen Reihe vollbrachter Thatsachen nichts wissen zu wollen, stehen. Herr v. Lavalette gibt deshalb am 18. Januar 1862 alle Hoffnung auf, daß der Papst zu einer Transaktion bewegt werden könne. Was nun jetzt das ist die große Frage. Offenbar hat nicht die Antwort des römischen Stuhles, die man voraus wissen konnte, sondern die Art und Weise, wie diese Antwort jetzt von der französischen Regierung aufgenommen wird, eine sehr hohe Bedeutung. Es scheint, das Kaiserreich wird der unbandbaren Protektorsrolle müde. Wie die Sachen stehen, bliebe den Franzosen nichts übrig, als den Status quo inmitten der beiden sich gegenüberstehenden Staaten ganz in der seitherigen Weise aufrecht zu erhalten. Das will und kann nun, wie Herr Thouvenel ziemlich deutlich andeutet, Frankreich „auf unbestimmte Zeit" nicht mehr übernehmen. (Ist das Ernst?) Aber was dann? In einer andern Depesche, die nicht ohne Grund den beiden genannten vorangeschickt wird, beklagt sich Herr Thouvenel sehr bitter über den Bischof von Poitiers, der den Kaiser einen Herodes III. genannt und ihm gerade die Okkupation Roms schlimm gedeutet habe.

*) Ricasoli hat vorgeschlagen, daß Rom unter die weltliche Herrschaft des Königs Viktor Emanuel gestellt werde und der Papst doch Lieb als geistlicher Oberhaupt der kathol. Kirche unter dem Schutz des Königs von Italien residiren solle.

Rußland und Polen.

Petersburg, 31. Jan. Die „Nordische Post" erklärt, es herrsche vielfeitige Unzufriedenheit, Besorgniß und Ungeduld. Die Ursache sey die Emanzipation der Bauern und die Veränderung des Kreditwesens. Der Adel sey namentlich wegen der unpünktlichen Zahlung der Leistungen der Bauern unzufrieden. Die Regierung habe jedoch für letztere eingestanden und werde auch ihr Wort halten. Der Uebergang aus dem alten in den neuen Zustand verlange nur Zeit. Der Adel müsse sich aber fest entschließen, die neue Lage anzunehmen und der Regierung zu helfen. Die Lösung der Schwierigkeiten liege in der Verbindung der Emanzipation. Die Ausdehnung der Theilnahme der Bevölkerung an der Administration hänge vom Adel ab und dieser könne das Steuer der Regierung erleichtern oder aufhalten. (Tel.-D. Zeit.)

Amerika.

New-York, 15. Jan. Tagesgespräch bildet die Abdankung des Kriegssekretärs Cameron und die Ernennung seines Nachfolgers Stanton. Die Veranlassung dazu soll theils in der bisherigen schlechten Kriegsführung, theils in den abolitionistischen Aeußerungen Camerons liegen. Sein Nachfolger ist ein Advokat, der mehrere Jahre lang in Pittsburgh, Pennsylvannien angesiedelt gewesen war. Er hat den Ruf großer Tüchtigkeit und administra-

Digitized by Google

tiver Fähigkeit, seine Redlichkeit wie sein Fleiß wird von allen, die ihn genauer kennen, hoch gepriesen. (Fr. J.)

Mexiko, 27. Dezbr. Am 15. Dezbr. ist der mexikanische Kongreß geschlossen worden, nachdem derselbe der Regierung unbedingte Vollmacht übertragen und die Berufung von 52,000 Mann Nationalgarden zur Vaterlandsvertheidigung votirt hatte. General Doblado bildet ein neues Ministerium. Sämmtlichen Bewohnern des Freistaates wurden schwere Kriegslasten auferlegt.

Nichtpolitische Zeitung.

Paris, 28. Jan. Erinnern Sie sich noch des furchtbaren Mordprozesses gegen ein halberwachsenes Mädchen, Angelina Lemoine, welcher vor etwa drei Jahren in der alten Stadt Tours geführt wurde und damals halb Europa mit Abscheu erfüllte? Angelina Lemoine hatte ihr unehelliches Kind mit Hülfe ihrer Mutter verbrannt. Diese Mutter nun, deren eitler Stolz und harte Schärfe in jenen Prozeßverhandlungen eine so große Rolle spielten, diese Mutter erscheint wiederum vor Gericht (Tribunal von Chinon), diesmal aber nicht als Anklägerin, sondern als Angeklagte. Es ruht ein furchtbarer Verhängniß auf der Familie, aus welcher diese Frau Lemoine stammt, sie hat sich eine schreckliche Berühmtheit erworben in den Annalen der Justiz. Der Stifter derselben saß unter den schändlichen Richtern, welche den Priester Urban Grandier zu Richelieus Zeit wegen Zauberei zum Tode verurtheilten. Grandier war der Letzte, der in Frankreich wegen Zauberei gerichtet wurde. Der Sohn dieses ungerechten (denn die Zauberei war nur Vorwand für persönliche Feindschaft) Blut- und Zauberrichters wurde als ein fast 70jähriger Greis im Ehebruch mit einer jungen Frau betroffen, und von deren Mann erschlagen; dessen Sohn wieder brach das Genick in der Trunkenheit; dessen Sohn saß im Convent und sprach das Bluturtheil über Ludwig XVI.; dessen Sohn endlich, der Vater der Madame Lemoine, starb wahnsinnig. Auch der Bruder der Madame Lemoine ist geistesabwesend, und gegen ihre Schwester hat so eben diese selbe Madame Lemoine die gerichtliche Kuratel wegen Geistesabwesenheit beantragt, aber vielmehr durch andere Familienglieder beantragen lassen; denn sie selbst sitzt noch immer im Gefängniß. Das Weib ist ein wahrer Satan, sie beherrscht vom Gefängniß aus ihre ganze Familie; in Tours, wo sie zuerst gefangen saß, hatte sie die gesammte Gefängnißverwaltung, das Gericht 2c. so mürbe gemacht durch ihre unbeugsame Hartnäckigkeit und Schlangenschlauheit, daß sie auf Versetzung antrugen; die Frau sitzt jetzt zu Rennes und hat von dort aus ihre Familie bewogen, den Antrag zu stellen. Die Sache wurde in Chinon verhandelt; aber sie ging nicht nach Wunsch dieser liebevollen Schwester; denn es ergab sich, daß die Dame vollkommen bei Verstand war, daß sie sich nur betrübt, beschämt, erschüttert in die Einsamkeit zurückgezogen habe nach dem schrecklichen Mordprozeß gegen ihre Schwester und deren Tochter. Die Familie Lemoine wurde von dem Gericht mit ihrem Antrage, den der kaiserl. Prokurator zugleich als schlechten Streich und öffentlichen Skandal rügte, abgewiesen. Was bezweckte aber die Frau in dem Gesängnisse zu Rennes durch diesen Antrag? Das ist nicht schwer zu errathen — die Schwester, die sie für wahnsinnig erklären lassen wollte, besitzt ein Vermögen von 800,000 Frs., aber dieses wünschte Madame Lemoine zu verfügen, und das wäre ihr leicht geworden, wenn man dem Antrage nachgegeben hätte. (N. Pr. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 31. Jan. Die Matzaufschlaggefälle vom ersten Quartal 1861/62 haben im Kreise Oberbayern nahezu eine halbe Million, somit einen bedeutenden Mehrertrag gegen die entsprechenden drei Monate des Vorjahres abgeworfen. Der Einfuß einiger hiesiger Großbräuer ist auf eine namhafte Aufhebung von Bier berechnet. Die folgende Bierausfuhr ist bei der steten Zunahme der Nachfrage um tüchtige bairische Bräumeister für auswärtige Brennereien eine um so merkwürdigere Erscheinung. (Süddt. Z.)

* Wien. Der „Oest. Post" zufolge soll der erzherzogliche Rath Herr v. Schreyeneichen, den der Erzherzog Ferdinand Max geweihtnißlich für seine Privatmissionen gebraucht, eine Reise nach Mexiko unternommen haben.

= Wien, 30. Jan. Die meisten der an deutschen Höfen akkreditirten Gesandten sollen zu Berathungen über die deutsche Frage nach Wien berufen worden seyn.

* Wie die offizielle „Prager Zeitung" meldet, ist die Rehabilitirung des Frhrn. v. Pillersdorf ohne ministeriellen Antrag bloß auf den Entschließung Sr. Maj. hervorgegangen.

= Briefe aus Prag klagen, daß die ultra-czechische Partei dort täglich diktatorischer auftritt. So stellt sich jetzt heraus, daß Dr. Rieger als Intendant des National-Theaters den bisherigen Schauspieler des letzteren, Herrn Koller, um deswillen entfernt hat, weil derselbe deutsche Bildung in sich aufgenommen und eigentlich germanisirt sey. So hat Herr Koller es büßen müssen, daß er mehrere deutsche Dramen für die czechische Bühne bearbeitet und eine Uebersetzung des „Faust" geliefert hat, die von Czechen selbst als meisterhaft gerühmt wird.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	70¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58⅞—⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47⅛ G.
„	4½ pCt.	42⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¾ P. ⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅝ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P. ¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	88 P.
„	3 pCt. Obl.	72⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	17⅜ P.
„	2 pCt. „ „ „	12 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 80 Thlr.	91¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1155½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	662 P.
Oesterr. Kredit-Aktien à fl. 200	160½—60 G.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	204 P. 203 G.
Wesmarische Bank à Thlr. 100 . .	79 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	81¼ P. 80⅞ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	64¼ P.
Oest. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 240 Fr	240 P.
„ Klisab.-Eisenbahn à pCt. . .	100 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	74 P.
Pfälz. Ludwigs-Bahn à pCt. 6/7	74 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 à pCt. Z	24⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	13⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104 G.
Nass. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	93¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	—
„ Kredit-Akt. à 4 Ctr. Perrière	—
Pfälz. Ludwigs-Bahn Prior. à pCt. 6/7	104½ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. à. 100 k. S.	99⅛ G.
Augsb. à. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅜ B.
Köln Thlr. 60 k. S.	104⅜ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	100 B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. 1. 250 k. S.	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 k. W.	—
do. in Sst. W. k. S.	84½—84 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	97½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½—⅛ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	62 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62⅞—⅝ G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	104½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38¼ P.
Preuss. Pr.-Anl. beh.	122½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	33½ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36⅞ P.
Badische fl. 60	—	Vereins-Loose fl. 10.	9¾ G.
Badische fl. 35	55½ G.	Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 31. Januar. Zu Folge niedrigerer Wiener Notirungen waren österr. Fonds und Kreditaktien rückgängig, während süddeutsche Staatspapiere sich fest behaupteten. Das Geschäft war nicht besonders belebt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33-34. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Klemer | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 3. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Aus der offiziellen Mittheilung über die Bundestagssitzung vom 16. Januar geben wir nachträglich die Erklärung Badens in Betreff des von der Nürnberger Handelsgesetzgebungskommission aufgestellten Gesetzentwurfes über die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährende Rechtshülfe wörtlich. Baden erklärt: „daß die großherzogl. Regierung diese Ausarbeitung im Allgemeinen und ihrem materiellen Inhalte nach nur billigen könne; dieselbe lasse zwar dem Wunsche Raum, daß die gegenseitige Leistung der Rechtshülfe noch in weiterem Umfange hätte verordnet werden können, allein auch in seinem gegenwärtigen beschränkteren Umfange schienen die Bestimmungen des Gesetzentwurfes geeignet, einem allgemein anerkannten dringenden Bedürfnisse zu entsprechen und deren Einführung in Bezug auf das Verhältniß der einzelnen deutschen Staaten unter einander die günstigsten Wirkungen zu äußern. Wie die großherzogliche Regierung daher nur wünschen könne, daß recht bald eine Form gewonnen werde, welche eine allseitige Annahme und Ausführung ermögliche, so biete sich dazu für sie — indem die für Erlaß eines allgemeinen deutschen Gesetzes erforderlichen Voraussetzungen in Ermanglung eines bundesverfassungsmäßig berechtigten Organs für Ausübung gesetzgeberischer Funktionen in Betreiung des Rechtes der Stände des Großherzogthums nicht vorhanden seyen — lediglich die Form eines Staatsvertrags. Diese Form zu wählen, liege in der Hand der großherzoglichen Regierung, welche dazu in der Bestimmungen ihrer Gesetzgebung ermächtigt sey. Die großherzogliche Regierung erkläre ihre volle Bereitwilligkeit, wenn einmal die Zahl der kontrahirenden Regierungen feststehe und Uebereinstimmung der Ansichten über Form und Inhalt des Vertragsgegenstandes erzielt sey, ihrerseits den Ausarbeitungen des Entwurfs in der Form eines Staatsvertrags beizutreten, und es scheine derselben gleichbedeutend, ob dieser Vertrag durch unmittelbare freie Vereinbarung der Regierungen oder durch Vermittlung der Bundesversammlung zu Stande komme." Wieder ein Beweis, bis zu welchem Grad der Verblendung politische Parteisucht und theoretische Prinzipienreiterei führen können. Die gegenwärtige Regierung Badens ist ganz im Schlepptau von Preußen; Letzteres will absolut nichts Gemeinnütziges durch den Bundestag zu Stande kommen lassen, und Baden fekundirt getreulich. Statt daß der Bund verbessert wird, soll er gleich ganz zerschlagen werden, damit aus den Trümmern der vom Nationalverein geträumte druische Bundesstaat mit preußischer Spitze erbaut werden könne. Alles Andere ist nur Phrase, Vorwand. Denn wenn der Bund einen Beschluß in obiger Angelegenheit schafft, so muß dieser Beschluß, um in den einzelnen Ländern Gesetzeskraft zu erlangen, erst den Landtagen derselben zur Zustimmung vorgelegt werden, gerade so, wie wenn durch einen Staatsvertrag eine Uebereinkunft erzielt wird. Die Form thut also in dieser Hinsicht gar nichts zur Sache; in dem einen wie im andern Fall ist das Zustimmungsrecht der Einzel-Landstage gewahrt und vorbehalten. Die Formfrage ist also nur eine leere Ausflucht, um über die Sache selbst hinwegzukommen. Lieber soll Deutschland zu nichts Gutem kommen, als daß es durch den Bundestag dazu kommt, so denkt man in Berlin und Karlsruhe; und dabei wird weiter kalkulirt, daß Deutschland auf diese Art endlich den Bundestag satt bekommen soll. Der Kalkul könnte aber doch fasisch seyn. Den Bundestag, wie er seither war, ist Deutschland ferilich schon lang satt; es gilt, ihn zu verbessern, und wer ehrlich des gemeinsamen Vaterlandes Heil will, sollte rückhallos dazu Hand anlegen. In Berlin aber herrscht nichts als der krasseste Partikularismus und Egoismus, der die gemeinsamen deutschen Interessen nur zum Deckmantel nimmt, um darunter seine selbstsüchtigen Zwecke zu verfolgen. Und in Karlsruhe ist man blind genug, sich zum Werkzeug solcher Bestrebungen herzugeben!

Bayern. München. Wie man der „Augsd. Postzig." schreibt, zirkulirt hier eine Adresse, welche von den Inhabern sogenannter organisirter katholischer Pfarreien für Aufbesserung des Gehalten ihrer Kapläne von 300 auf 400 fl. bei St. Maj. dem König eingereicht werden soll.

München, 31. Jan. Die theilweise Einführung der Zeitenhaft in sämmtlichen Strafanstalten des Königreichs nach Maßgabe des vom letzten Landtag angenommenen Gesetzes wird allenthalben in Angriff genommen. (N. Ztg.)

München, 31. Jan. Demnächst wird (bei Cotta dahier) auch ein Kommentar zum Notariatsgesetze erscheinen, der mit Berücksichtigung des Notariatsgesetzentwurfs von 1851, sowie der Motive des neuen Gesetzes und der über dasselbe in den Kammern stattgehabten Verhandlungen von Hrn. Accessisten Edlestin Erdle bearbeitet wurde. Dem Buch wird auch ein Abdruck der Notariatsgebührenordnung beigegeben werden, eine jedenfalls zweckmäßige Einrichtung. (N. M. Z.)

Preußen. Auf dem Gute Murkwitz bei Schmiegel, Eigenthum des bekannten preußischen Abgeordneten Hrn. v. Niegolewski, von ihm selbst bewohnt und bewirthschaftet, hatte sich vor einiger Zeit eine Dienstmagd etwas zu Schulden kommen lassen (sie soll ohne spezielle Erlaubniß ihrer Dienstherrschaft zum Tanze gegangen seyn), in Folge dessen sie zu einer körperlichen Züchtigung durch Ruthenstreiche auf den entblößten Körper verurtheilt wurde. (Bekanntlich gibt es dort noch gutsherrliche Polizei.) Die Strafe war in der That auch von dem dasigen Wirthschaftsschreiber an der Verurtheilten vollzogen. Die Züchtigung hat jedoch mehrere erhebliche Wunden an den bezeichneten Körpertheilen zur Folge; es kam zur Anzeige und Untersuchung, in deren Verlauf der betreffende Wirthschaftsbeamte, trotz seines Einwandes, auf Befehl des Gutsherrn gehandelt zu haben, von der Kriminaldeputation des k. Kreisgerichts zu Kosten durch Erkenntniß vom 7. Jan. zu einer Gefängnißstrafe von 5 Monaten verurtheilt worden ist. (Und das sind die Polen, die im Namen der Freiheit und Nationalität die deutsche Herrschaft abschütteln möchten. Was würde dann erst geschehen!)

Württemberg. Stuttgart, 24. Jan. (Ein polnisch-englischer Macdonald.) Die skandalösen Auftritte, welche einige Mitglieder hier wohnender englischer Familien kürzlich erregten, konnten bei der großen Jugend derselben im Ganzen als bedeutungslos angesehen werden, und erhielten einige Bedeutung nur durch den Schutz, welchen die englische Gesandtschaft ihren übermüthigen Landsleuten angedeihen ließ, so wie durch die Flucht, mittelst der sich diese dem Gerichten des Landes entzogen, dessen Gesetze sie gröblich verletzt hatten. Von größerer Bedeutung dürfte ein neuerdings vorgekommener Fall seyn, da die Hauptrolle ein im reifen Mannesalter stehender Mann spielt. Ein Hr. v. K., dem Namen nach Pole, nach dem Ergebniß der angestellten Nachforschungen aber naturalisirter Engländer und von Napoleon oder dessen Regierung früher mehrfach mit geheimen Sendungen nach England betraut, seit einiger Zeit in Darmstadt wohnend, kommt auf die Kanzlei der königl. Bau- und Gartendirektion und verlangt sechs Eintrittskarten auf den linken See in dem k. Schloßgarten, der nur für Inhaber solcher Karten zugänglich ist, während der rechte dem Publikum zu freier Benutzung offen steht. Da er gar nicht bekannt war, so bedauerl der durch seine Humanität bekannte Direktor v. Hackländer, ihm sechs Eintrittskarten auf einmal nicht verwilligen zu können, erbielet sich aber, ihm drei zu geben; doch Hr. v. K. will, wenn er nicht sechs erhält, lieber gar keine und entfernt sich sofort. Tags darauf will er jedoch auf den linken See und wird, weil er keine Karte hat, von dem Aufsicht führenden Gartenportier zurückgewiesen. Zufällig kommt Bau-

Digitized by Google

und Gartendirektor v. Hackländer in diesem Augenblick in die Nähe des Seés; Hr. v. K. erblickt ihn, stürzt in größter Aufregung auf ihn zu, erklärt sich von dessen Bediensteten für insultirt, fordert abermals auf barsche Weise sechs Eintrittskarten und wird von Hackländer ruhig bedeutet, er möge deshalb morgen auf sein Bureau kommen, wo ihm drei Karten zu Gebote ständen. Nun fordert Hr. v. K. den Bau- und Gartendirektor auf stumme Säbel und als dieser voll Erstaunen fragt, was das für ein Benehmen sey? entgegnet er ihm: „wenn er die Forderung nicht annehme, sey er ein feiger Mensch! Hr. v. Hackländer läßt ihn nun sofort aus dem k. Schloßgarten ausweisen. Als die Sache hierauf bei den Kanntgaden Gerichten zur Sprache kam, leugnet Herr v. K. Alles weg und bemerkt ganz naiv: er habe so leise mit Hrn. v. Hackländer gesprochen, daß Niemand seine Worte habe verstehen können, und daß also auch Niemand zu beweisen vermöge, daß er denselben gefordert hätte. Trotzdem wird er des Landes verwiesen, in Berücksichtigung aber, daß einer seiner Kinder erkrankt ist, wird ihm ein vierzehntägiger Aufschub gestattet. Nun wendet er sich an den englischen Gesandten, der abermals eine gewiß ihm selbst unliebsame Vermittlung übernehmen muß und in einer Note an das Ministerium des Aeußern Namens des Hrn. v. K. bittet, die Ausweisung zurücknehmen, wogegen dieser sich zu jeder Genugthuung bereit erkläre. So weit bis jetzt das Thatsächliche. (N. Pr. Z.)

Kurhessen. *Kassel*, 30. Jan. Wir haben früher als Beispiel des Uebermuthes junger Offiziere, der nicht nur in Preußen vorkommt, die Großthat des Lieutenants v. B. im 1. Infanterie-Regiment mitgetheilt, welcher zwei seiner Untergebenen den Befehl ertheilte, einen Bauern tüchtig durchzuprügeln. Diese gehorchten, machten auch ohne viel Umstände von der blanken Waffe Gebrauch, und als ein Zufall ist es zu betrachten, daß der Mißhandelte ohne bleibenden Nachtheil mit 14tägigem Krankenlager davon kam. Die Untergebenen wurden bekanntlich freigesprochen und Hr. v. B. büßt zu Spangenberg einen sechsmonatlichen Festungsarrest. Seitdem sind schon wieder zwei Urtheile gegen Lieutenant L. und Lieutenant P. ergangen, von denen der erstere zu 6, der letztere zu 4 Monaten Festungsstrafe verurtheilt wurden, und zwar beide wegen Ueberschreitung ihrer Dienstbefugnisse gegen Untergebene, beziehungsweise Mißhandlung derselben. (Fr. Hdl.)

Kassel, 31. Jan. Im Verfassungsjammer ist auch einen der Chronique scandaleuse angehörenden Vorfall in den Hintergrund gerängt. Man spricht seit zwei Tagen von nichts als von Fußtritten, die ein hoher Herr einem seiner Kammerdiener habe geben wollen. Der Kammerdiener, so wird erzählt, sey braustragt worden, den „Kladderadatsch" vorzulesen. Als er an eine sehr bezügliche Stelle gekommen, habe er gestockt. Von seinem Herrn zum Weiterlesen aufgefordert, habe er Folge geleistet. Die heikliche Stelle habe seinen Herrn in solchen Zorn versetzt, daß er, um diesem Zorn zu entgehen, sich hinter einen Stuhl geflüchtet hat, wobei sein Herr zu Falle gekommen. Gewiß ist, daß die Wache herbeigerufen und der Kammerdiener arretirt wurde. Natürlich mußte er wieder entlassen werden, da ein Vergehen gegen die Strafgesetze nicht vorlag. Was weiter aus der Geschichte wird, weiß man nicht. Man kann sich denken, daß ein solcher Vorfall die ohnehin schon erregten Gemüther nicht beschwichtigt. Eine fast vergessene Geschichte, welche sich vor anderthalb Jahren zutrug, wird in Jedermanns Gedächtniß wieder aufgefrischt: Ein anderer Kammerdiener sah sich nämlich in ähnlicher Weise bedroht, wie denn dergleichen Dinge hier nur als Gradmesser der Stimmung angesehen werden. Er war zu viel Mensch und zu wenig Kammerdiener, und nahm deßhalb seinen Abschied, um einer Restauration zu eröffnen, welche der Volkswitz denn alsbald entsprechend, jedoch in unaussprechlicher Weise titulirte. Jetzt kann unter demselben Titel leicht noch ein zweites Etablissement sich auftun. — So eben höre ich, daß der auf heute angesetzte Hofball wegen „Krankheit" des Kurfürsten abbestellt wurde. (Zeit.)

Oesterreich. *Wien*, 28. Jan. Vielleicht der gewaltigste und interessanteste Theil der Londoner Ausstellung wird aus Oesterreich kommen: die vom Unterrichtsministerium unternommene und bereits ihrer Vollendung entgegenreifende Ausstellung des gesammten österreichischen Unterrichtswesens, wenigstens in seinen charakteristischen Hauptmomenten, so weit es plastisch oder bildlich oder durch statistische Uebersichten möglich ist. Es ist jedenfalls ein kolossales Werk, wenn man, selbst abgesehen von der Verschiedenheit des Unterrichts, der Unterrichtsanstalten und des Unterrichtssystems, auch nur die Verschiedenheit der Confessionen und vor allen Dingen der Nationalitäten ins Auge faßt. In 18 verschiedenen Sprachen werden die Elementargegriffe des Unterrichts in den österreichischen Volksschulen vorgetragen, und welche lange Stufenleiter, einschließlich zumal der montanistischen, kaufmännischen, nautischen und militärischen Bildungsanstalten, besteht zwischen der Putzlaschule und der Kleinkinderbewahranstalt bis zur Universität! Das Alles wird in der Ausstellung vertreten seyn, wenn auch nicht aus allen Kronländern in gleicher Vollständigkeit, denn Ungarn steht hinter Venetien, und Venetien wieder hinter den deutschslavischen Landestheilen zurück, doch aber vollständig genug, um ein klares Gesammtbild zu schaffen. Die Darstellung umfaßt drei Hauptsektionen: Organisation, Behelfe und Erfolge des Unterrichts, und führt deren Anschauung in acht Gruppen durch: Elementarschulen, Gymnasien, Realschulen, Universitäten, technische Lehranstalten, Fachschulen, Militärlehranstalten und statistische Uebersichten des Unterrichts. In der ersten Sektion nimmt begreiflich die Organisation der Volksschulen die Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch. In der zweiten Sektion figuriren, von der Kinderschule bis zur Hochschule, sämmtliche Lehrmittel, die Schulbücher, Apparate, Modelle, Lehrkräfte ꝛc. Die dritte Sektion aber dürfte die reichhaltigste und zugleich interessanteste werden. Neben den Probeschriften der Trivialschulen und den Zeichnungen der Unterrealschulen liegen die Dissertationen und Preisschriften der Universitäten; die Putzlaschulen haben ihre primitiven Erzeugnisse eingesendet, die Klosterschulen ihre Puppen, Strick- und Stickschen, die Tyroler Kinderschulen ihre Schnitzereien, die Blindeninstitute ihre mit unsäglicher Mühe angefertigten Kleinigkeiten, die montanistischen, forst- und landwirthschaftlichen Anstalten, sammt den Handelsakademien ihre prachtvollen Tableaux, die Kadettenschulen und Militärakademien ihre Pläne ꝛc. Aus diesen kurzen Notizen schon erhellt, wie unendlich reichhaltig die Ausstellung werden wird, und welches Chaos die damit betraute Kommission (unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Helfert) zu sichten und zu ordnen hat. Das Material ist so übergroß, daß es an Raum fehlt, es in London vollständig zur Anschauung zu bringen, und man wird die vollständige Ausstellung deßhalb hier in Wien, im Saal der geologischen Reichsanstalt, veranstalten, so daß die Londoner Ausstellung gewissermaßen nur als ein Auszug erscheint, der freilich so angelegt werden wird, daß er kein irgend charakteristisches Moment vermissen läßt. Die Ausstellung in Wien dürfte spätestens Anfangs März eröffnet werden. (Fr. Postz.)

Wien, 29. Jan. Unter den neuernannten Bischöfen für die Residenz befindet sich auch ein Israelit, und zwar einer von jenen Opfern des magyarischen Liberalismus, der es nicht duldet, daß ein Jude an seinen Institutionen Theil habe. Man muß dem Ministerium Schmerling, dessen Präsidium in den Händen eines kaiserlichen Prinzen sich befindet, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es dem konfessionellen Hader den giftigsten Zahn ausgebrochen und durch Thatsachen das Prinzip der Gleichberechtigung anerkannt hat. Im Gemeinderathe, in der Handelskammer, im Landtage, im Abgeordneten- und im Herrenhause des Reichsrathes sitzen Israeliten; beim Kriminalgerichte sind Israeliten Beisitzer; Israeliten doziren an der Universität, und nichts hindert sie, bei erledigten Professuren zu konkurriren; an der Handelsakademie ist ein Professor des Mathemathik Israelit; bei Besetzung der Advokatenstellen macht das Glaubensbekenntniß keinen Unterschied mehr; bei mehreren kaiserl. Aemtern sind Israeliten angestellt, und jüngst erst ward ein absolvirter Jurist israelitischer Konfession, nach Ansicheinung des Kaisers selbst, in dessen Kabinet die Remonstration gelangte, als Praktikant bei der Finanzprokuratur nach jüdischem Ritus beeidet. Später erst wird es sich wohl entscheiden, ob Israeliten zu Richterstellen zugelassen werden; das jetzige Gesetz ist kein Hinderniß mehr und noch weniger die Anwendung von Seite des Ministeriums. Notare aber können Israeliten nicht werden, weil es ausdrücklich im Notariatspatent verboten ist, zu dessen Abänderung die Zustimmung des Reichsraths gehört. In der Armee dienen bekanntlich einige hundert Offiziere israelitischer Konfession vom Range eines Lieutenant bis zum Major, mit vielen Orden ausgezeichnet. — Doch müssen wir hinzufügen, daß die liberalen Maßnahmen der Regierung auf vielen Widerstand in der Bureaukratie und bei den Bewohnern einzelner Provinzen stoßen; die Glaubenseinheit Tirols und der Rechtsstandpunkt der Magyaren werden dagegen aufgeboten, auch die Czechen und Polen verstecken ihre diesfälligen mittelalterlichen Vorurtheile hinter nationalen Reklaminationen. Das Ministerium Schmerling geht aber trotzdem beharrlich seinen Weg zur konfessionellen Gleichberechtigung. (Nat.-Ztg.)

Wien, 30. Jan. Ueber die von dem Finanzminister den Vertretern der Nationalbank vorgelegten Propositionen theilt die „Presse" Folgendes mit: Herr v. Plener erklärt sich bereit, der Bank das 1866 ablaufende Privilegium (auf 20 oder 25 Jahre) zu verlängern, wenn sie unverweilt bar-

Digitized by Google

über verhandelt wird. Der Minister will der Bank ein neues Statut, zum Theil von dem Entwurf, den der Bankausschuß aufgestellt hat, wesentlich abweichend, und eine durch die Reichsvertretung gewährleistete Unabhängigkeit einräumen. Hinsichtlich der Staatsschuld verlangt er, daß der Staat ferner von der Bank einen unbedeckten, mit zwei Prozent verzinslichen unaufkündbaren Vorschuß im Betrag von 80 Mill. Gulden erhalte; daß die Bank dem Staat von den ihr verpfändeten 123 Mill. Gulden 1860er Loosen 80 Mill. Gulden zurückgebe. Dagegen will der Finanzminister hinsichtlich der übrigen Staatsschuld bei der Bank die Verpflichtung übernehmen, den auf das englische Anlehen gemachten Vorschuß von 20 Mill. Gulden in Silber in schnell aufeinander folgenden Raten innerhalb zwei Jahren zurückzuzahlen, die Staatsgüterschuld durch beschleunigte Verwerthung des Pfandobjekts abzutragen, und hinsichtlich der alten Wiener-Währungsschuld den dafür bestehenden Amortisationsplan bis zu Ende durchzuführen. Das Recht der Bank zur Noten-Ausgabe soll ein unbegrenztes seyn, doch die Drittelsberechnung auf ein Maximum beschränkt und darüber hinaus eine fünfzehn Berechnung gefordert werden. Die Hypothekarkreditz-Abtheilung soll auch ferner bei der Nationalbank bleiben. — Die „Presse" bemerkt hierzu: „Wenn sich auch bis jetzt bei den Bankbetheiligten wenig Neigung zur Annahme dieser Bedingungen zeigt, so dürfte die Bank doch dieselben nach kurzem Sträuben bestens acceptiren; aber hoffentlich wird der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses nicht zugeben, daß durch eine solche Lösung der Bankfrage die Regelung der Valuta und die Einführung eines den Verkehrsbedürfnissen entsprechenden Bankfystems auf ein Vierteljahrhundert vertagt werde." (Die „Presse" vertritt nämlich jene Ansicht, welche die Gründung mehrerer Bankinstitute für ersprießlicher hält, als das Bestehen eines einzigen für das ganze Reich.)

Innsbruck, 26. Janua. Den Studenten wurde gestattet, sich der farbigen Käppchen und anderer Abzeichen zu bedienen; Verbindungen in der Art, wie sie an andern deutschen Hochschulen bestehen, sind jedoch nicht erlaubt. (Südd. Z.)

Frankreich.

Außer den diplomatischen Aktenstücken des gelben Buches hat die Regierung beiden Häusern eine Uebersicht über die Lage des Kaiserreichs mitgetheilt, die überaus umfangreich, jedoch nur eine Umschreibung der Thronrede und ein Kommentar zu den vorgelegten Aktenstücken ist. In Betreff der italienischen Verhältnisse heißt es darin u. A.: Die kaiserliche Regierung war den Begebenheiten fremd, welche die Annexion Süditaliens an Piemont herbeiführten; sie hielt es für ihre Pflicht, zu erklären, daß sie namentlich die Besetzung Umbriens und der Marken mißbillige, und hatte ihren Gesandten von Turin zurückberufen. Jedoch dem Grundsatz der Nichtintervention getreu, wollte sie keinenfalls den Thatsachen entgegen wirken, für welche es ihr genügte, die Verantwortlichkeit abzulehnen; sie bleibt überzeugt, daß es der Zeit und den Ereignissen zu überlassen ist, Italien über die ihm am Besten zusagenden Institutionen aufzuklären. (Also das Konföderations-Projekt noch immer in petto). Sie mußte die Wiederherstellung ihrer Beziehungen zu dem Turiner Kabinet als nur von den Interessen Frankreichs abhängig betrachten, und hat dies den andern Großmächten nicht verschwiegen. Diese Interessen und die vielgestaltigen Beziehungen zwischen beiden Ländern, eben so der nachtheilige Einfluß, welchen eine längere Unterbrechung der Verbindungen zwischen ihnen auf die Gemüther des italienischen Volkes hervorbrachte, nöthigten uns, den König von Italien anzuerkennen. Es bleibt jetzt der kaiserlichen Regierung nur Ein Wunsch: daß in allen Theilen des Königreichs Italien die Ordnung sich befestigen möge. Man kann die fruchtlosen Kundgebungen, welche die ehemals neapolitanischen Provinzen fortwährend beunruhigt haben, nur beklagen; sie sind der Fahne, mit der sie sich decken, mehr schädlich als nützlich. Durch die Stellung, welche unsere Truppen zu Rom inne haben, sind sich die Regierung veranlaßt, in diesem Betreff dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen Anweisungen zu ertheilen, damit er verhindere, daß das unserer Obhut anvertraute Gebiet dem Banden, welche in der Nachbarschaft der päpstlichen Grenze operiren, zum Verprovianirungspunkte diene. (Das sind nichts als leere Worte, denn man weiß recht gut, daß es dem Kaiser Napoleon gar nicht Ernst ist, den neapolitan. Freischaaren ihre Hülfsquellen abzuschneiden. Es ist ihm vielmehr ganz recht, wenn die Turiner Regierung jetzt durch die Unruhen in Süditalien so in Anspruch genommen wird, daß sie an andere Unternehmungen nicht denken kann. Er will, daß Oesterreich jetzt in Ruhe gelassen werde; seine geheimen Operationen richten sich gegenwärtig auf einen andern Punkt.)

In Frankreich bestehen 41,000 Tabaksbanklungen, die von der Regie 22 Mill. Franken Kommission erhalten; der Verbrauch erreichte im letzten Jahr 31,600,000 Kilogramm. Die 11 Tabaksfabriken der Regie haben einen Rohstoff von beinahe 200,Millionen ergeben.

Die mexikanische Expedition Frankreichs nimmt immer größere Dimensionen an; in Toulon wird stark gerüstet. Das Linienschiff „Fontenay" hat 1100 Zuaven, und der „Finisterre" 450 Artilleristen und 380 Pferde an Bord genommen. Von allen Seiten treffen Schützen und Artilleristen ein, welche sofort eingeschifft werden.

Italien.

Nachdem der Gemeinderath von Torre del Greco ein Geschenk von 800 Ducati des Königs Franz für die durch den Ausbruch des Vesuv Beschädigten zurückgewiesen, wurde in der Deputirtenkammer von Turin durch Substription der Mitglieder diese Summe von 800 Ducati sofort aufgebracht und als Ersatz nach Torre del Greco gesandt.

Rußland und Polen.

Warschau, 27. Jan. Der Karneval existirt für uns nicht. Die Stimmung ist so drückend geblieben wie früher. Die Verhaftungen nämlich, sowie die Transportierungen nach Sibirien haben immer noch nicht ihr Ende erreicht. Die verurtheilten geistlichen Personen werden in Schlitten transportirt; Akademiker und sonstige zur Einreihung in's Militär verurtheilte junge Leute dagegen müssen den Weg zu Fuß machen; (?) so daß sie in der Regel 10 Monate bedürfen, bis sie ihr Ziel erreichen.

Amerika.

New-York, 17. Jan. General Mac Clellan soll dem Ausschuß des Kongresses, welcher ihn, um Auskunft zu geben, vor sich berufen hatte, verboten haben, der Aufstand würde bald unterdrückt seyn. Ein allgemeines Vorrücken der Bundesarmee wird erwartet. Die Bundesarmee trifft Vorbereitungen zu einem Angriff auf Norfolk in Virginien. Der Kongreß hat die Ernennung Staunton's zum Kriegsminister bestätigt. Diese Ernennung ist sehr populär. Der Kongreß nahm das Gesetz wegen der Einkommensteuer an, die mit den Zolleinnahmen einen Ertrag von 150 Millionen ergeben soll. Der Kongreß hat den Handel mit chinesischen Kulis (Arbeitern) auf amerikanischen Schiffen verboten. (Köln. Ztg.)

Die mexikanische Regierung (liberal) hat die Dienste Comonforts angenommen und der Partei der Klerikalen eine allgemeine Amnestie angeboten, wenn sie mit ihr gemeinschaftliche Sache zur Vertheidigung des Landes machen wolle.

Depeschen aus Mexiko vom 30. Dez. melden, daß der Präsident Juarez die Mobilmachung von 30,000 Mann Milizen angeordnet hat, welche mit den regulären Truppen zusammen das Vaterland vertheidigen sollen. Die in die Nationalgarde eingereihten Fremden haben dagegen protestirt und bei der Regierung am 29. Dezbr. eine Petition eingereicht, in welcher sie um Befreiung vom Dienste in der Nationalgarde nachsuchen, weil sie durch denselben in die Lage kommen könnten, gegen ihre Landsleute kämpfen zu müssen. Diese Reklamation wurde dem Kriegsminister General Doblado, Präsident des neuen Ministeriums, überreicht. Die Fremden erklärten sich dagegen bereit, den örtlichen Dienst in der Nationalgarde behufs Erhaltung der Ruhe und Ordnung in den Städten zu versehen. Man glaubt, daß ihrem gerechten Verlangen entsprochen werden wird.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben in Regensburg Joseph Stadler, fürstlich Thurn und Taxis'scher Kanzlist.

Frau Crelinger wird am 4. Mai dieses Jahres ihr fünfzigjähriges Künstlerjubiläum in Berlin begehen und wird auch an diesem Tage ins Privatleben zurücktreten. Geboren ebenda 1795, wurde Auguste Düring von der Fürstin Hardenberg zuerst an Iffland empfohlen, unter dessen Leitung damals das Berliner Theater stand. Iffland ließ sie einige Stellen aus Rollen, für welche sie sich vorbereitet hatte, theils lesen, theils recitiren, und verkündete gleich danach laut, er habe den seltensten Fund seines Lebens gemacht und ein höchst ausgezeichnetes Talent entdeckt. Die Folge lehrte, daß der Kennerblick des berühmten Mannes ihn nicht getäuscht hatte. 1817 verheirathete sie sich mit dem Schauspieler Stich und unter diesem Namen gewann sie hauptsächlich die Lorbeerkränze ihres Ruhmes. Früh ward ihre Ehe durch den

Digitized by Google

Tod des Mannes wieder getrennt und einige Jahre später verband sich die Wittwe mit dem ältesten Sohne des Bankier Crelinger in Berlin. Sie ist jetzt nach Albert Green, der bereits 1807 zum ersten Male auftrat, das älteste Mitglied der Berliner Hofbühne, und war einst das letzte, welches Iffland engagirte. Der auf ihn in der Intendanz folgende Graf Brühl gewann zuerst Ludwig Devrient, das Ehepaar Wolf u. s. w. Albert Green und Auguste Crelinger haben diese alle überlebt.

Darmstadt, 29. Jan. Heute wurde der Prozeß Jakoby weiter geführt. Von Bedeutung war nur die Deposition des Metzgermeisters Rungeser, des Sohnes der Verstorbenen aus erster Ehe und dessen Gattin. Ihre Zeugnisse bekundeten Thatsachen und Aeußerungen, welche den Angeklagten sehr graviren, z. B. zwiefache Aeußerungen in den letzten Tagen der kranken Gattin, man werde sehen, daß sie sich diesmal nicht herausreißen werde, die Furcht derselben vor ihrem Ehemann und ihre Besorgniß, von ihm vergiftet zu werden, als Frucht des ehelichen Unfriedens, die sogar zu körperlichen Mißhandlungen geführt habe. Als besonders bemerkenswerth erschien auch die mehrmalige leibliche und geistige Krankheit der Ehefrau Jakoby, über welche die beiden Zeugen Näheres deponirten. Ueber die letzte kurze Krankheit der Frau in den ersten Tagen des Monats August v. J. gab der Sohn auf Grund seiner mehrmaligen Besuche und Wahrnehmungen Bemerkenswerthes an. Er sah seine Mutter, welche am Abend des 2. August jenes verhängnißvolle Pulver eingenommen hatte, am nächsten Morgen, an welchem sie gegen Mittag starb, und konnte so ein Bild ihres Zustandes entwerfen, dem es, zunächst für das Auge des Arztes, an charakteristischen Merkmalen nicht fehlte. Die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist dem Angeklagten in hohem Grade abhold und zeigte sich heute durch laute Zeichen der Sympathie, welche dem Stiefsohn des Angeklagten aus der Mitte des den Saal füllenden Publikum entgegengetragen wurden. Nur die gute Absicht kann zur Entschuldigung dienen. Bedauerlich ist es aber, daß der jetzige Inhaber der Anklagebank gegen Roheiten geschützt werden muß, die vom Straßenpflaster aus gern das Richteramt usurpiren möchten. Von dem Zudrang zu den Sitzungen macht man sich auswärts keinen Begriff, eben so wenig von der Erbitterung des Publikum. Die Gendarmen müssen den Angeklagten Abends durch abgelegene Straßen ins Arresthaus fahren, weil seither die Ochsengasse Kopf an Kopf mit Menschen besetzt war, welche die Chaise mit Schimpfworten: „Schuft, Hund, Gistmischer!“ empfangen und verfolgen. Bereits ist Militär vor den Sitzungssaal gestellt. Bei der Urtheilsfällung dürfte eine ganze Kompagnie nöthig werden.

London, 28. Jan. Gestern ist über den innern Anstrich des Ausstellungsgebäudes ein definitiver Entschluß gefaßt worden. Roth und blau werden die Hauptfarben der Pfeiler seyn, deren Kapitäle überdies eine leichte Goldverzierung erhalten. Durch diese Vergoldung entsteht eine Mehrauslage von 2000 Pfd. St., doch hofft man eine angenehme Wirkung zu erzielen. Am meisten hört man von den Vorbereitungen der Franzosen, die keine Kosten scheuen, um ihre Abtheilung aufs allerglänzendste auszustatten. Die musikalischen Vorbereitungen für die Eröffnungsfeier sind dem Musikdirektor der k. Oper von Covent Garden, Sgr. Costa, übertragen. Das Orchester wird 1800 Mitwirkende fassen, darunter 400 Instrumentalisten, und unter diesen werden sich nicht weniger als 160 Blasinstrumente befinden, da der von Auber eingesandte Festmarsch fast ganz für Instrumente dieser Gattung komponirt ist.

(Schw. M.)

London, 22. Jan. Der langwierige und kostspielige Prozeß Windham hat gestern sein Ende erreicht. Die Jury hat nach halbstündiger Berathung ihren Wahrspruch dahin abgegeben, daß sie erklärte, Herr Windham, den ein paar seiner Verwandten wegen Wahnsinns interdiciren lassen wollten, sei bei gesunden Sinnen und im Stande, sein Vermögen selbständig zu verwalten. Vorher war der angeblich Irrsinnige noch einem sehr eingehenden Verhör unterworfen worden, welches zwischen 3 und 4 Stunden dauerte und in welchem manche ziemlich schwierige und delikate Fragen zu beantworten waren. Herr Windham soll dieselben in sehr klarer und verständiger Weise beantwortet haben. Das Verdikt ward von der im Gerichtslokale und vor demselben versammelten Volksmenge mit lautem Jubel aufgenommen. Es gilt dies weniger der Persönlichkeit dessen, der zum Verrückten gemacht werden sollte — denn derselbe hatte, wie sich während des Prozesses herausstellte, einen wüsten, rohen und ausschweifenden Lebenswandel geführt —, als der Gerechtigkeit des gefällten Urtheils. Denn wohin sollte es führen, wenn man jeden Wüstling, Verschwender oder jeden, der solle Streiche macht und wunderliche Einfälle hat, ins Irrenhaus sperren wollte? Der Prozeß hat 34 Tage gedauert und nicht weniger als 140 Zeugen wurden vernommen, nämlich 50 für die Blittsteller (die Verwandten Windham's) und 90 für Herrn Wintham.

Paris, 26. Jan. Vor wenigen Tagen (21.) war der Todestag Ludwig XVI. Den ganzen Vormittag wurden Seelenmessen gelesen in der Kapelle der sogenannten Sühnungs-Monumente (chapelle expiatoire). Bei den Restaurations-Arbeiten, die in der Kirche von St. Denis in Angriff genommen sind, werden u. A. alle Monumente aus der Gruft heraus in das Chor., in die Kapellen u. s. w. geschafft. — Aus dem hiesigen Lieblingsleben die Berichte folgendermaßen: Großes Diner beim Staatsminister, dem „natürlichen Beschützer der schönen Künste“, die hier allerdings gastfrei aufgenommen werden. Nach dem Diner des Staatsministers war Ball im Hotel de Ville; der Herr und Meister in den Tuilerien will es so. Er gibt den großen Herren so große Revenuen! Der Präfekt von Paris hat Einfünfte wie ein regierender Herr und ein Palais, das sich mit den ersten Residenzen Europas messen kann. In Spitzen und Juwelen war, wie gewöhnlich auf den hiesigen Bällen, ein erdrückender Ueberfluß; die Damen sind — die verheiratheten nämlich — wandelnde Juwelierbuden. Und dabei sind die Roben ausgeschnitten bis tief über die Schulter herab. Die Pariserin ist des Morgens, wenn sie intime Besuche empfängt, bis ans Knie in den Peignoir eingenommen, fährt sie zu Besuchen aus, so wird schon hie und da etwas von ihren Reizen sichtbar, auf Bällen werden alle Schleußen aufgezogen; das ist konsequent: je mehr Zuschauer, desto mehr wird zum Besten gegeben.

(Eßl. Post.)

Das römische Land wird nun von Heuschreckenschwärmen heimgesucht; die Bauern werden zu ihrer Vernichtung aufgefordert und ihnen die daraus entstehenden Kosten vergütet.

Neueste Nachrichten.

Mainz, 2. Februar. Die neue Schrift des Bischofs von Ketteler ist erschienen und führt den Titel „Freiheit, Autorität und Kirche.“ Wer die Grundsätze dieses eifrigen Streiters der Kirche und den Geist kennt, welcher seine früheren Schriften durchweht, der hat vollkommen Recht, wenn er auch in dem neuen Werke eine Wiederholung der von dem Autor verfochtenen Doktrinen auf kirchlich-politischem Gebiete erwartet. Die vollständigste Freiheit der Kirche, das ist der oberste Satz, wofür er streitet, und zum Einzelnen übergehend, bekämpft er namentlich die Civilehe und die Freimaurerei.

(Fr. Hols.)

§ Wien, 31. Jan. (Priv.-Korrespond.) Es bestätigt sich, daß fortwährend Verhandlungen zwischen Oesterreich und den deutschen Mittelstaaten stattfinden, wobei es sich um die Aufstellung eines Programms in der deutschen Frage handelt, dem alle Mittelstaaten beistimmen sollen. Näheres über dieses letztere ist bis jetzt nicht bekannt geworden, und nur so viel ist gewiß, daß sich das öftere. Kabinet zu einer Aenderung der in seiner letzten Erklärung enthaltenen Ansichten bereit erklärt hat. Uebrigens verspricht man sich nicht viel von diesen Verhandlungen, da sicherem Vernehmen nach die Differenzen, welche augenblicklich zwischen Bayern und Hannover bestehen, nicht die einzigen sind, wodurch das Einigungswerk erschwert wird. — In Bezug auf die mexikanische Frage wird in den hiesigen offiziösen Kreisen fortwährend versichert, daß an die Annahme dieser erst zu schaffenden Krone von Seite des Erzherzogs Ferdinand Max nicht gedacht werde. Es ist in der That schwer zu glauben, daß der Wiener Hof eine derartige Absicht habe. Französische Blätter bringen bereits die mexikanische Krone mit der Abtretung Venedigs in Verbindung; wenn man aber weiß, wie man hier in den höchsten Kreisen über letzteren Gegenstand denkt, so ist kaum zu glauben, daß in dieser Beziehung eine Verständigung erfolgen wird. Die Abtretung Venetiens, sey es nun gegen eine Entschädigung an Geld oder an Land, wird hier noch immer als mit der Würde und dem Ansehen des Kaiserstaates im Widerspruche stehend betrachtet, und man kann es als sicher annehmen, daß jeder derartige Vorschlag, käme er auch von was immer für einer Seite, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden würde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 35. | Pränumerationszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile an gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Dinstag, 4. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Vom Oberrhein, 31. Jan. Auch in der deutschen Reformfrage hat die großherzogl. badische Regierung nun, wie ich vernehme, eine Aeußerung gethan, deren Inhalt hoffentlich der Oeffentlichkeit nicht lange verschlossen bleiben wird. Eine Depesche des Frhrn. v. Roggenbach soll die Frage behandeln. (Südd. Z.)

Eine Versammlung von Nassauer und Frankfurter Liberalen (nationalvereinlich) hat am 2. d. M. in Rüdesheim die Erklärung abzugeben beschlossen, daß der Zollverein über 1866 (wo die gegenwärtigen Verträge zu Ende gehen) hinaus erhalten bleiben müsse, aber nicht in seiner jetzigen Form, sondern als ein parlamentarisch verfaßter Körper unter der Oberleitung Preußens.

Württemberg. In Württemberg war der eben vollendete Wahlkampf ein überaus heftiger. Wohl und wohl die meisten hervorragenden bisherigen Abgeordneten wurden wieder gewählt; der erstere war vorher in seinem Wahlbezirk fast von Ort zu Ort gezogen, um Reden zu halten. Die Redakteure des demokratischen „Beobachters", früherer Pfarrer Hopf, blieb gegen seinen Konkurrenten um 5 Stimmen in der Minderheit und fiel also durch, was unter den Demokraten große Sensation erregt hat. (Pfälzer Ztg.)

Kurhessen. Die Regierung hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeit" (nationalvereinlich), wie dieses Blatt in seiner Nummer vom 2. Februar mittheilt, eine Anklage wegen Schmähung erhoben.

Oesterreich. Die „Oest. Post" schreibt: Schon seit längerer Zeit geht das Gerücht, es sey dem Finanzministerium ein Plan unterbreitet worden, der auf Grundlage der bloßen Verpachtung — nicht des Verkaufes — der Staatsgüter eine bedeutende Anleihe von mehr als 100 Millionen bewerkstelligen wolle. Als den Urheber dieses Planes nannte man den General-Inspektor der Esterhazy'schen Domänen, Herrn Schulhof, der bekanntlich in Folge einer zweckmäßigern Verpachtungs-Organisation der ungeheuren Güterkomplexe des genannten ungarischen Magnaten die Revenuen derselben auf das Doppelte gebracht hat. Herr Schulhof geht nun einen Schritt weiter, allerdings einen Riesenschritt, dessen Dimensionen zu berechnen, wie uns scheint, seine Kombinationskraft übersteigt. Die Güter des Fürsten Esterhazy, die zum allergrößten Theile in Ungarn liegen, umfassen den für einen Privatbesitz allerdings kolossalen Raum von 600,000 Joch; die Staatsgüter dagegen, welche der Bank verpfändet wurden, haben ein Flächenmaß von weit über fünf Millionen Joch und liegen in den mannigfachen, durch vollswirthschaftliche Bedeutungen ganz verschiedenen Theilen der Monarchie. Nichtsdestoweniger sind die Grundsätze, die Herr Schulhof in einer als Manuskript vertheilten Denkschrift aufstellt, gesund und, wenn auch unter mannigfachen Modifikationen, im hohen Grade empfehlungswürdig.

— In Graz wurde am 30. Januar der Prozeß gegen die radikale Zeitung „Volksstimme" eröffnet. Der Eindruck, den die Angeklagten machen, war ein ungemein verstimmender, da sie, durchweg blutjunge Leute, als fast willenlose Werkzeuge und Opfer Derer erscheinen, die den Prozeß eigentlich heraufbeschworen, sich dem Arme der Justiz aber durch rechtzeitige Flucht entzogen haben. Letztere sind der vormalige Hauptredakteur B. Friebeit, der gegenwärtig in der Schweiz weilen soll, und der steckbrieflich verfolgte Hauptmitarbeiter Mahler, der bekanntlich kurz vorher erst amnestirt worden war. Bei dem Termine erschienen waren Langer, der Herausgeber des Blattes; die beiden Mitarbeiter Reischer und Reschauer; endlich der Geschäftsleiter der Druckerei Kaltenegger. Gegen Langer und Reischer lautet die Anklage auf Störung der öffentlichen Ruhe, gegen Reschauer auf Majestätsbeleidigung; gegen Kaltenegger auf Preßübertretung. Die inkriminirten Artikel fallen in den Zeitraum von Anfang August bis Ende September. Es wird denselben vorgeworfen, die konstitutionelle Regierungsform des unheilbaren einheitlichen Kaiserstaates und insbesondere das Ministerium Schmerling unausgesetzt geschmäht und verdächtigt zu haben. Es gehe daraus die Tendenz hervor, die staatliche Verbindung der Königreiche und Länder Oesterreichs zu lockern, Ungarn in seinem Bestreben der Ausscheidung aus dem einheitlichen Staatsverbande zu unterstützen, zur Berachtung und zum Hasse gegen die Regierung und zum Ungehorsam gegen ihre Verfügungen aufzureizen. Die konfiszirten Manuskripte der bezüglichen Leitartikel bewiesen, daß sie von Mahler herrührem, der sich schon 1848 als Redakteur eines radikalen Blattes der kraftgesetzlichen Verfolgung durch die Flucht ins Ausland entzog.

— In Lemberg wurden im September die Redakteure des „Przegląd" Rosiecki und Gawronski wegen Störung der öffentlichen Ruhe (durch Aufhetzung national-polnischer Bewegungen) zu zwei- und einmonatlichem Kerker und zum Verfall von 1100 Gulden der Kaution verurtheilt. Das Oberlandesgericht verschärfte diese Strafe auf 4000 Gulden Kautionsverlust, und bezüglich Rosiecki's auf 10monatlichen Kerker. Der oberste Gerichtshof hat jetzt dieselben das mildere Urtheil der ersten Instanz wiederherstellt.

— Venedig, 24. Januar. Die früher ganz und gäbe gewesenen kindischen politischen Demonstrationen dürften nun in Venetien eine Zeit lang aufhören, da man den Urhebern und Anstiftern auf die Spur gekommen ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Vor mehreren Monaten wurde vom Venetianer Revolutions-Ausschuß, welcher seinen Sitz in Turin hat und dessen Chef der bekannte Advokat und Präsident der zweiten Kammer in Turin, Dr. Tecchio, ein Venetianer Emigrant, ist, eine Kundmachung verbreitet. Darin wurde den Bewohnern des lombardisch-venetianischen Königreichs das Abonnement auf das Konservative, die piemontesischen Umtriebe stark geißelnde Blatt „Giornale di Verona" unter Androhung der gebräuchlichen patriotischen Strafen, als Dolch, Gift und Petarden, untersagt und Alle, welche die Lektüre der radikalen (auch auf österreichischem Gebiete) in italienischer Sprache erscheinenden Blätter „Gazzetta di Fiume", „Messaggiere Tiroleše" und „Tempo" von Triest anempfohlen. Der Ausschuß wußte seinen Anordnungen dadurch Nachdruck zu verschaffen, daß er in öffentliche Lokale, welche ihnen nicht nachkamen und das verpönte „Giornale di Verona" hielten, Petarden warf und so ihnen sowohl durch Zertrümmerung der Möbel materiellen Schadenzufügte, als auch die Besucher abschreckte. Folge dieses Terrorismus war, daß nunmehr das früher stark verbreitete „Giornale di Verona" schnell verschwand und die erwähnten drei der italienischen Sache dienenden Blätter dessen Stelle einnahmen. Plötzlich tritt nun das „Giornale di Verona" vor einigen Wochen mit einer gerichtlichen Klage gegen den Redakteur der „Gazzetta di Fiume" C. Rezza und mit der Anklage auf, daß es durch dessen Umtriebe 1800 Abonnenten verloren habe, und fordert deshalb einen Schadenersatz von 10,000 fl., die es im Voraus dem Armenfond adtrat. Selbstverständlich macht diese Anklage großes Aufsehen, da doch das „Giornale di Verona", ohne die Proben und Beweise für seine Anschuldigung in Händen zu haben, nicht eine Anklage erheben konnte, welche natürlich einen Hochverrathsprozeß gegen die „Gazzetta di Fiume" einschließt, da dieselbe der Verbindung mit einem gegen die Ruhe und Sicherheit des Staates konspirirenden Revolutions-Ausschuß geradezu beschuldigt wird. Und in der That constatirte die hierüber eingeleitete Untersuchung die Thatsache, daß das beschuldigte Blatt in direkter Verbindung mit der revolutionären Agitationspartei in Italien stehe, und der Redakteur und mehrere Mitarbeiter desselben wurden verhaftet. Auch in Venetien und namentlich in Verona wurden Korrespondenten dieses Blattes verhaftet, und aus den ihnen abgenommenen Schriften soll der Beweis hergestellt worden seyn, daß die Internesetzung der bekannten Demonstrationen

Digitized by Google

von ihnen handwerksmäßig betrieben wurde. Mit einem Worte, man ist dem ganzen revolutionären Complotte einer mit piemontesischen Mitteln operirenden diplomatischen Meinungsfabrik auf die Spur gekommen, welche die Absicht hatte, Europa durch Gehässigkeit gegen Oesterreich zu einem Kriege zu drängen, der das Gebäude der Verträge vom Jahre 1815 vollends zu Grunde richten sollte. Diese Blätter sind es, welche die Insinuationen hatten, daß diese Schritte in ungerechtfertigter Unruhen treiben konnten, macht wohl der Dulgsamkeit der Regierung, nicht aber dem Ehrgefühle dieser Blätter Ehre. Thatsächlich aber haben seit der Zeit, daß man die Ausläufer dieser elenden Agitation gespürt, alle Demonstrationen wie mit einem Schlage aufgehört und überall herrscht die größte Ruhe; so daß Benehmen, der von dem Adel des Terrorismus befreiten Bevölkerung ist ein ganz anderes geworden, der beste Beweis für die Gemeinheit, mit welcher die piemontesische Regierung vorgeht, um die öffentliche Meinung zu blenden und das Treiben ihrer Agenten, als den Ausdruck der Gesinnung der Gesammtbevölkerung Italiens, auszugeben. [illegible] (Neue Preuß. Ztg.)

Dänemark.

Aus Dänemark, 28. Jan. Bei der vorgestrigen Reichsrathssitzel brachte Konferenzrath Madvig als Präsident die Gesundheit des Königs mit dem Wunsch aus, daß es Sr. Maj. gefallen möge, die Unabhängigkeit des dänisch-schleswig'schen Staats dänischer gegenüber dem deutschen Bund zu bewahren. Der König erklärte in seiner Antwort, daß auch in diese Hoffnung theile. (A. B.)

Schweiz.

Die gemischte schweizerisch-französische Kommission, welche den Boden des Bürgenstocks (Gränzreichung) untersuchen sollte, ist ohne Ergebniß auseinandergegangen.

Frankreich.

Paris, 29. Januar. Das Mentor-Convertiengs-Projekt wird vor den Abgeordneten vom gesetzgebenden Körper in Empfang genommen werden. Man zweifelt sehr daran, daß die von Herrn Baudry d'Asson beantragte Kombination den gehofften Erfolg haben wird, und man würde eine ausschließe Anleihe für viel passender halten. Der Minister hat nur 300 Millionen baaren Geldes, um es sich vorzustellen, schätzt der Inhabern der 4½perzentigen Rentenscheine, daß sie ihre Rente verwandeln können, also sie bis jetzt nur 4½ pCt. Rente erhalten haben. Die ganze Operation ist also nichts anderes, als das noch nicht Dagewesene einer Anleihe ohne Zinsen. In der That, die betreffenden Rentiers haben dem Staate Geld vorschießen, ohne einen Sou von Zinsen mehr zu bekommen, als sie bisher bezogen haben. Dagegen werden sie ihren Kapitalien, in Folge der damit hergestellten Einheit der Rente, die sprozentige — einen außerordentlichen Schwung im Kurse empfangen werden. Das aber dürfte die Regierung schwerlich reizen, dem Staate ihre Einkünfte von zwei Jahren zu entziehen. Denn sowie betrügt ungefähr die sogenannte Staats-Rente, d. h. 450 Franken Einkünfte von 4½ pCt. Rente. Gewicht, muß sie dem Staate 800 Franken zahlen, wenn sie sonst wollen, auch nach der Konvertirung 450 Fr. zu beziehen. Sollen sich nun die Rentiers hierzu verleiten lassen? Wohl nur wenige, weil sie kaum zu fürchten haben, daß der Staat ihnen nur die Wahl lassen wird, auf die Operation einzugehen, oder ihr Kapital zurückzuerhalten. Dann gehört Geduld dazu, schon seit eben. Der Plan hat sehr viel, sowohl mittelst eines vergünstigten Börsenzuschreibens, als auch noch Schwindel benutzt dürfte die Sprache Runden vorübergehend auf den Kurs von 70 pCt. treiben, und in Folge dessen die Konversion der 4½ prozentigen in erstere bei Zahlung einer entsprechenden Ausgleichungssumme zu erzielen. Findet dies in der französischen unabhängigen Presse und immer zugünstigeren Beurtheilung. Schon dieses Mal-Association mit der panamistischen mit den Börsenspekulanten hebt Argwohn ein. Zu der Abtretung des französischen Einflusses, daß der hl. Stuhl sich mit der Turiner Regierung versöhnlichen möge, bemerkt die „Opinion Nationale“, man sollte meinen, Sünden der römische und der Tuileriehof nach einer so kategorischen Zurückweisung der französischen Anmaßungen an der Schwelle eines diplomatischen Bruches. Ganz im Gegentheil! Gerade jetzt werden die seit zwei Jahren leider gemachten Erfahrungen wieder einer gelindert und Monsignore Chigi wird am 25. Januar vom Kaiser empfangen; als habe Napoleon noch gar keine Ahnung davon, wie Antonelli den Marquis Lavalette begrüßt. Als ginge es die Erwerbung Antonelli's Se. Majestät nicht das Mindeste an, verschenk Sie dem Ruinus auf's Neue, daß „Wir stets bestrebt sein werden, Unsere Herrscherrechte mit Unserer Ehrbarkeit gegen den Papst in Einklang zu bringen“? Und [illegible] Bedeutung hat [illegible] Ausdruck [illegible] Deutlicher als [illegible] Lavalette [illegible] Ausdruck

neulich einem Kaufmann wegen Anlegen hunter Sachen Schuld in's Gefängnißlokal geworfen haben. Man schreibt nun, daß, über alle solche Dinge lieber, als daß man sie an die große Glocke brächte, weit man sich trug oder Scherzen und allem Spuke doch vor Erkennungen der egalitären Partei fürchte.

Warschau, 2. Febr. Die Regierung hat den Wortlaut der Erklärung Bialobrzeski's, preußischen Gesandten in Mexiko, veröffentlicht. Er habe die Kirchen nur deshalb geschlossen, um ihre Besitzung durch das Königen verhindern Leute zu verhindern. Diese Erklärung stimme im Widerspruch mit der Thatsache, daß er früher als Grund das Einreisen der Soldaten in die Kirchen und die dadurch vorgekommenen Verhaftungen angegeben habe.

Amerika.

Die drei alliirten Ordnungsmächte nehmen nicht nur besondere Partei, sich nach Mexiko, um mit ihnen denselben eine französische, eine englische und eine spanische Ordnung zu schaffen, sondern jeder hat auch einen speziellen Tyrannenbruder in petto: Frankreich den Erzherzog Ferdinand Max, England den Grafen von Flandern, Spanien seinen Infanten Don Sebastian (trotz der Versicherungen, daß die Besatzung von Mexiko nicht genannt werden soll). Diese Prinzen müssen gar viel abenteuerndes Genie besitzen, wenn sie nach einem auf Napoleonischen Sand gebauten Thron begehren. Doch sie werden kaum in Versuchung kommen; Mexiko wird ja voraussichtlich zwei Jahre okkupirt und hinterher wird Zeit genug haben, die Karten so zu mischen, daß das allgemeine Gemmarrach den Wünschen der Sieger zu seinem Vortheil ausfalle. Es ist hierbei präzisire vorgearbeitet. Eine Depesche aus Cadiz meldet bereits, daß von 21 mexikanischen Provinzen sich 15 für Herstellung einer Monarchie ausgesprochen haben und daß eine Deputation der angesehensten Bewohner des Bezirks Mexiko, Queretaro, Potosi, Zacatecas, Sonora, Durango, Tamaulipas, Jalisco, Chiapa, Tabasco, Oaxaca, Tlaxcala, Michoacan und Guanajuato nach Vera-Cruz unterwegs seyen, mit Petitionen um Herstellung eines liberalen Thrones in Mexiko. Die Petition dürfte Frankreich darum noch angelegen kommen, da es mit seinem Kandidaten kaum etwas anderes beginnen, als Oesterreich von England abzuziehen. Uebrigens hat Erzherzog Ferdinand Max schwerlich Lust, auf das französische Anerbieten einzugehen.

Die Spanier in Vera-Cruz leiden bereits Mangel an Lebensmitteln, da die Guerillas jede Verbindung mit dem Binnenlande abschneiden. Die mexikanische Armee wird als ein zusammengewürfelter Haufen geschildert, ganz unfähig, europäischen Truppen ernsten Widerstand zu leisten.

Türkei.

Konstantinopel, 26. Jan. Eine Kommission zur Untersuchung der schwebenden Schuld wurde eingesetzt. (Z. d. Fr. St.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 27. Januar bis 1. Februar).

Samstag. Unsere Börse verlebte die Woche über in sehr indifferenter Stimmung. Günstige Berichte aus Paris und namentlich aus Wien, wo ein erstes Haus als bedeutender Käufer für Geld, Kreditaktien auftrat, konnten nicht verhindern, daß sie wieder, bis zu einem Neukauf, in Vergessen kamen. Venetianer um 1 pCt., andere dieser Staatsfonds im Verhältniss. Diese Kurse kommen sich indessen nicht behaupten. Obschon der Ultimo (30. Januar) sehr glatt ablief und für National und Kredit aktiver Mangel bestand, so daß mit abnehmender Tendenz Deckungen importirt wurden, so daß matteten doch an demselben Tag die Kurse auf Grund flauerer Wiener Berichte. Die heutige Börse zeigte etwas mehr Festigkeit und wir schränken die Woche immer noch ansehnlich höher als vor acht Tagen.

Für schleunigste Fonds hatte sich wenig Begehr. Lombarden waren betrachtlich. Posten spitzen, neue Bayerische zu 101 per Comptant abgeschlossen. Die betreffenden Länder stehen übrigens einen guten Theil dieser Papiere wieder an sich, was zur Steigerung und Konsolidirung der Kurse weit mehr beitragt, als alle Beunruhigungen zu Gunsten solcher Effekten, welche nun einmal im Inland keine Aufnahme finden und an fremden Börsen vergeblich Unternehmungen suchen. Von fremden Staatspapieren 2prox spanische ⅛ besser, dergleichen 4½ begehrlich ½ pCt. über Pari bezahlt. Von Anlehensloosen haben österreichische ihre Steigerung gleich behauptet in Banco, dagegen sind schuldenfreie und namentlich kurhessische bester zugegangen, letztere um 2 Thlr. Da die Nachfrage diesen Kauf noch immer 4 Thlr. über diesen Kurs betragt, so ist nachdem aus erster Hand das Material vergeben ist, bei dieser Tendenter der Nachfrage weitere Steigen wahrscheinlich.

Von Bisenbahnaktien sind die Bergischen 1 pCt. besser, Hessische haben wiederum erreichte den hohen Kurs von 117; wir haben dem Unternehmen von Anfang herein, als seine Erfolge noch sehr angezweifelt wurden, das Wort gesprochen und glauben heute an seine Entwicklung, obgleich wir nicht die Spekulation der Uebertreibung warnen. Berlin, die Hauptborse für die Aktien, geht bei seiner Liebhaberei nicht immer mit der nöthigen Ruhe und Kaltblütigkeit zu Werke. Für heute Gutbahnen zeigten sich viel Kauflust, und wenig disponibles Material. Die Interimsscheine stehen, durch ihre Kurzsichtigkeit, die Aufmerksamkeit auf sich. Nebenbahn konnten sich nicht behaupten und verloren 2 pCt.; Taunus fest und besser. Von Prioritäten besonders Oetery. Staatsbahn gesucht und nicht unter 53½ erhältlich.

Von Kreditaktien erzeichnen österreichische am Montag den Kurs von 163½, stellten gestern einen Fall bis 159½ und schliessen heute 161. Die Käufe in Wien traten zum Theil spezifischen Gründe, auch diese Wirkung die Hausse sich mindern. Darmstädter stiegen bis 200, Minerven diesen Morgen die Dividende zu gerade liegen soll, ist an und Saal gehaltig ganz einfach deshalb, weil der Revisionskommission, welche das Ergebniss des Verfahrens zu prüfen und deren Abschluß die Ueberlage für die Berechnung einer Dividende überwiegt und sie noch abzugeben hat, noch nur kleiner Theil der Werk begonnen. Auch alle andern Kreditaktien waren in Montag ungefähr unverändert, mehr oder man gestern, wenn schon sie nicht ganz nachfolgen. Umsatzen darin nicht bedeutet werden kann, ausser Aufträge scheinen aus Berlin zu stammen.

Von Zettelbank-Aktien notirten Darmstädter, Oesterreich, Meininger und Nassau am 30. d. am Montag, als matt zu bleiben. Frankfurter Bank behaupten sich. Von Wechseln waren, als langen Sichten, sehr gesucht, namentlich zeigte sich Begehr für Langen Hamburg und Bremen, gestern mit 88 und 3 pCt., letzteres mit 96½, und 3 pCt. bezahlt. London in allen Sichten gut zu haben 117½—¾, Paris 95, 95½, bezahlt. Bei geringer Abgabe. Wien ist trotz ausgiebiger Käufe nicht gestiegen. Am Kreditaktien eine die hin rentirt haben. Diskonto zu 2 pCt. gekauft und dann selbst nöthiges Material. Die allgemeine Geschäftsstockung bringt wenig Papier an Markt. Es wird nicht über Belarf für Geld sich anbieten, als die nächsten Tage den Handel und der Industrie den Mark zurückreichen, grösser und für die Zeit dies wird der Verschluß in Deutschland einmal. Napoleon der I. Interessen die Kaufe von gewisser Seite aufgeräumt, dann, in mehreren Seite, Gerüchte, Verkäufen von Bayern, Norddeutschland, Dänemark, Preußen, Wunsch, nach einer doch endlich bei der Frage in politische Erwägung fassen, ob es mehr rathlich erscheint, Wechselzahlungen durch zu machen. Es wurde dies unsere Mahl und darauf hin auch die ganze Umgestaltung der Verhältnisse, jetzige Zeitabstände sind sprechend, Handel und Handel würden sich gleich, sei Zahl fühlen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 31. Jan. Am 14. März begeht der Geheimerath v. Ringseis sein 50jähriges Doktorjubiläum.

In München ist eine Aktiengesellschaft zur Begründung eines zoologischen Gartens in der Bildung begriffen.

München, 2. Febr. Der Oberlehrer und Schulrath im Kultusministerium, Hr. v. Wilmsing, Verhaut an den Hofbrüche zu St. Kajetan, ist so schwer erkrankt, daß ihm heute Morgens die Sterbesakramente gereicht werden mußten. — Drei verdienten Seelsorger haben der medizinischen Fakultät und der Studirenden unserer Universität es gelungen, daß Prof. Dr. Lieber in England gestorben wurde, den ehemaligen Ruf nach Göttingen wieder abzulehnen zu können und wie derselbe demnach seinem bisherigen Wirkungskreise erhalten bleiben. (Südd. B.)

Offenbar in München der praktische Arzt Dr. J. G. Lieber.

Vom Schwurgerichte zu Bayreuth wurde der 17jährige Weberlehrling Simon Martin Gaber des Brandstiftung wegen Verbrechens der Brandstiftung zu 2 Jahren in eine 10jährige Zuchthausstrafe verurtheilt.

(Ein neuer Industriezweig.) Bei einer renommirten Schnitte und Modenverarbeitungsanstalt in der Jägerstrasse zu Berlin besteht schon seit einiger Zeit eine Frau unter Assistenz ihrer Tochter ein seltsames industrielles Geschäft. Gewöhnlich bei Damen ist nämlich, ehe sie in ein Ladengeschäft zum Ankauf irgend eines Artikels eintreten, erst am Schaufenster stehen zu bleiben, um sich die noch ausgestellten Waaren und Muster anzusehen. Diesen Augenblick benutzen jene seltsamen Industrieleute, um sich an die Käuflustigen heranzumachen, ihnen mitzutheilen, daß in dieser Handlung Alles theuer sey, und daß sie in einer andern Handlung viel sie genauen) dieselben Stoffe und Muster um so und so viel billiger kaufen. Wer sich nun auch solche Aufklärungen geben lassen will, der wird durch eine Frau oder die Tochter nach der von ihnen genannten andern Handlung geführt, wo man ihnen für die auf diesem Wege ihr zugetheilten Einnahmen Rabatt oder Provision zahlt. Die betreffende Handlung, in der Jägerstraße hat versucht, gegen diese professionelle Verletzung ihres Interesse polizeiliche Hilfe zu erhalten, natürlich aber vergeblich, da der Handlungsverein der beiden Frauen derjenige strafbare Charakter fehlt, der die Polizei zu einem amtlichen Einschreiten ermächtigt.

Aus Schloß Voigtsberg (Sachsen) schreibt man unterm 31. Januar: „Heute Morgens 8/4 Uhr haben wir hier abermals zwei Erdstöße verspürt, die jedoch weniger heftig als die letzten und nur circa 2 Sekunden anhaltend waren.“

Krakau, 26. Jan. Attentat auf einen deutschen Professor. Auf Professor Hülsenbeck, Lehrer des Deutschen und Griechischen am hiesigen Gymnasium, von Nation ein Deutscher, mehre von seinen Schülern ein schändliches Attentat verübt. Beim Nachhausegehen von einer Klassifikationsberathung wurde Professor Hülsenbeck von einem seiner Schüler auf der Straße angetreten und ersucht, es möge ihm sagen, welche Klasse ihm gewordene Professor Hülsenbeck antwortete, er möge freilich sehen, dann habe

Digitized by Google

er nichts zu fürchten. Die Frage scheint nur gestellt worden zu seyn, um den Professor zum Stillschweigen zu bringen. Kaum hatte er geantwortet, erhielt er von hinten einen Hieb über den Kopf, der ihn zu Boden streckte, worauf mit Knütteln auf den wehrlos Daliegenden losgedroschen wurde, bis Jeder genug hatte. Professor Hälsendeck wurde schwer verletzt in seine Wohnung gebracht. Er hat zwei große und eine kleinere Wunde am Kopf, die eine quer über die rechte Schläfe schient mit einem runden glatten Stock, die zweite zwölbreite am linken Ohrlerop mit arg zerrissenen Rändern mit einem Knotenstock versetzt; die dritte am Wirbelbein im Nacken ist, obgleich bis auf den Schädelknochen schlagen, kleiner und nicht gefährlich. Unterdem wurde dem Mißhandelten auf der rechten Seite des Kopfes eine hühnereigroße Beule geschlagen und der Zeigefinger der rechten Hand zerschmettert. Wie sich an diesem feigen Bubenstück eigentlich betheiligt hat, ist noch nicht ermittelt.

In Lund wird nun nach einem Marine-Lieutenant außer Dienst gefuscht, der seit 10 Jahren die Invaliden im Greenwich Hospital und auch Leute anderer Stände, namentlich vom Adel, durch angeblische Heilschriften prellt; er reist nämlich mit einem Globus und Krystall durchs Land, in welchem zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, Alles erblicken, was im Augenblicke auf der Erde vorgeht; er selbst hält öffentliche Gespräche mit den Gestern der Apostel, mit Christus selbst, mit Engeln und Teufeln; dabei werden bildliche Darstellungen seiner Visionen vorgezeigt. Eine adelige Dame bezahlte ihm erst neulich 5 L., um augenblicklich Nachrichten von ihrem Sohne, der auf der Mittelmeerflotte dient, zu erfahren. Bisher ist es ihm gelungen, sich bei Seite zu halten.

* **Sternarischen.** Die vierte Auflage von Pierer's Universal-Lexikon ist nunmehr bis zum 12. Band vorgeschritten, somit sind jetzt zwei Drittheile bei auf 18 Bände berechneten Werkes fertig. Dieses Universal-Lexikon hat schon durch seine früheren Auflagen sich einen guten Namen in ganz Deutschland erworben, und dieser wird ihm wo möglich in noch höherem Maße zu Theil werden durch die Sorgfalt und Sachkunde, womit die neue Auflage bearbeitet ist, und wovon die jüngst erschienenen Bände neuerdings Zeugniß geben. Wer sich gerade als Fachmann eine besonders gründliche, umfassende Belehrung anstrebt — wozu natürlich andere Werke bestimmt sind — der wird in diesem Universal-Lexikon, so viel als er braucht und sucht, ohne Zweifel finden, wobei als besonderer Vorzug auch die klüge Bearbeitung der einzelnen Artikel — anbesprochen ihrer Deutlichkeit — zu loben ist.

Neueste Nachrichten.

* **München** wird der „Allg. Ztg." offiziös gemeldet, daß auch die neuliche Angabe der „Gir. Postzig." von einer neuen Konferenz der sog. Würzburger Regierungen ein erfunden sey, wie nicht minder die Angabe einiger Blätter, es bestünden zwischen Bayern und Hannover Differenzen in der deutschen Frage.

Berlin, den 1. Februar. In der heutigen Sitzung des **Herrenhauses** stand die **Militär-Novelle** (einige Abänderungen und Ergänzungen zu dem Gesetze über die allgemeine Dienstpflicht vom 3. Sept. 1814) auf der Tagesordnung. Die „ungemeine Temperatur", welche, auch der Anderung des Kriegsministers, in dem hohen Hause für die Armeeorganisation herrscht, macht sich dadurch heute in wahrhaft drastische Weise bemerklich, daß weder zur Generaldiskussion, noch zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes irgend Jemand das Wort ergreift; überall erfolgt die Annahme ohne jede Diskussion, und zwar die einstimmige Annahme. In wenigen Minuten war also die Berhandlung über den wichtigen Gesetzentwurf erledigt. Die Tribünen waren, da man eine mehr oder weniger interessante Berhandlung erwartete, ganz gefüllt. Offenbar hatte es das Herrenhaus dem Hause der Abgeordneten gegenüber mit dieser Art der Erledigung einer der wichtigsten Gesetzvorlagen auf eine vorher beschlossene Demonstration abgesehen, welche allerdings nicht ohne Bedeutung ist und ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Gut aber ist die Wirkung sicher nicht. In dieser Weise behandeln unsere Junker die Frage, welche seit einem Jahre das ganze preußische Volk bewegt, welche einen Augenblick die Ursache eines Konflikts zwischen Krone und Volksvertretung zu werden drohte, eine Gefahr, welche noch nicht ganz beseitigt ist. Wenn auch im Publikum kein Zweifel darüber herrschte, daß bei der „ungemeinen Temperatur" des Herrenhauses die Vorlage angenommen werden würde, so hatte man doch wenigstens erwartet, daß doch einige Mitglieder des Hauses über das Gesetz und seine Wichtigkeit sprechen würden, und die Gründe auseinander setzen, auf denen sie die Vorlage trotz des vielen Widerspruchs, den sie im Volke erfahren, annehmen wollten. Statt dessen hat man durch ein souveränes Schweigen konstatiren wollen, wie erhaben man über des „Pöbels Geschrei" sich fühle. Das Volk ist über diese Manier, seine wichtigsten Angelegenheiten zu behandeln, mit Recht entrüstet. (Der Kernpunkt dieser Novelle ist die dreijährige Dienstzeit beim stehenden Heer, die dadurch an Stelle der früheren zweijährigen definitiv eingeführt werden soll; sodann enthält sie verschiedene Aenderungen der Landwehrordnung in der Art, daß das stehende Heer an Uebergewicht gewinnen soll.)

Berlin, 3. Febr. Der General-Postdirektor Schmückert ist heute gestorben. Fr. Holtz.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lamb. ditto.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	69⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58–⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	46½ G.
„	4½ pCt.	42¼ L. 42 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. Kf. (C. b. R.)	100⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1. Jahr. dto.	100⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1/4jähr. dto.	100⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	92⅜ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 6. z. 80	47⅛ P.
„	2 pCt.	42 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅛ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	.	1116⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	.	657–59 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	.	161–60 G.
Bayerische Bank à fl. 500	. . .	—
Darmst. Bank l. a. B. Serie à fl. 200		205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	. .	80 G.
Mitteldeutsche Kreditbanken	. .	81½–⅛ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	. . .	858 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	.	64½ P.
Oest. F. St. Eisb. à pCt. 500 Fr. à 96 kr.		240 F.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	.	1161⅛ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7		74¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn Thl. 100 à 4 pCt. Z		93½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	.	130⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		104 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		83½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		246 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .		—
„ Credit-Akt. d. Geo. Peroire		—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinbar.		106⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105½ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.		100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 l. S.	99⅛ G.
Augsb. fl. 100 l. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	99⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. I. L. S. 250 k. S.	83 G.
Paris Frs. 200 l. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Oest. W. l. S.	84¼ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	96⅜ P.	Karlsruh. Thlr. 40 k. S.	853/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	69⅜ G.	Gr. Hessen fl. 50 k. S.	131 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	104¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beh.	122½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	—	Venedig-Loose fl. 10.	10½ P.
Badische fl. 35	55½ G.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ G.

Frankfurt, 3. Februar. Oesterr. National und Kreditaktien wurden ungefähr zu den vorgestrigen Kursen umgesetzt, während Bankaktien etwas besser bezahlt wurden. Süddeutsche Fonds fortwährend sehr fest, theilweise höher. Für Frankfurter Bankaktien zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. (Stnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Vorausbezahlung: Vierteljährlich bei der hier und ganz Bayern d. K. Post 1 fl. 30 kr. Inserate werden die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.

N. 36. 39. Jahrgang. Mittwoch, 5. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 4. Februar. Das Minoritätenvotum gegen die preußische Regierung, das die vorgestrige Versammlung festgesetzt und benachbarter Nationalvereinsmitglieder auf Mittag erlassen hat, liegt, wie sehr die preußische Regierung durch ihr bisheriges Eintreten in inneren Angelegenheiten nicht eine solche, die ihr das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben kann, und 3) es ist daher die Pflicht der deutschgesinnten Männer in Preußen und besonders der preußischen Abgeordneten, in der Kammer ohne Rücksicht und Schwanken die Sache der deutschen Freiheit und Einheit zu vertreten, wenn die Hoffnungen sich erfüllen sollen, welche die nationale Partei auf Preußen gesetzt hat." Diese Resolution wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Den Hamburger Nachrichten wird von einer charakteristischen Aeußerung des Grafen Rechberg Nachricht, die gefallen sein soll bei Gelegenheit eines Besuches Oesterreich zu einem günstigen schließlichen Auftreten mit Versuchen in den kurhessischen Angelegenheiten zu vermögen, und die dahin lautete: „Lieber noch zehn Italien verlieren, als unsere Position in Deutschland aufgeben!" (Die amtliche „Wiener Zeitung" weist in ihrer neuesten Nummer gleichfalls energisch den Artikel der „Münchner Ztg." zurück, welcher die Hoffnung einer endlichen Abtretung Venetiens ausspricht.) (Zeit.)

Die „Fr. P." erklärt die Nachricht von Unterhandlungen bezüglich der kurhessischen Verfassungsangelegenheit zwischen Oesterreich und Preußen als unbegründet.

Bayern. München, 3. Februar. Ein Schreiben des Papstes an den hiesigen Erzbischof wurde der gesammten Geistlichkeit mit dem Auftrage mitgetheilt, dasselbe von der Kanzel herab zu verlesen und den darin ausgesprochenen Dank für die reichlichen Gaben, „welche dem h. Stuhle von dem bittersten Mangel schützen", mit besonderem Nachdruck zu verkünden. Pius IX. weiset auch nicht, daß Klerus und Volk der Diözese fortfahren werden, um den allmächtigen Gott mit immer heißeren Gebeten anzurufen, er möge das so schreckliche, aus der Tiefe der Hölle gegen seine Kirche erregte Ungewitter zerstreuen und die grimmigen Feinde der Kirche, das apostolische Staulein und alle Gerechtigkeit demüthigen, ihre Wuth brechen und sie von dem Wege der Ungerechtigkeit auf die Bahn des Heils zurückführen."

(Die Vertheilung der Notariatssitze und die Notariatsgebührenordnung.) Die erwarteten Verordnungen über diesen Gegenstand sind jetzt erschienen. In Notariatssitzen sind nach einer Verordnung vom 29. Jan. und der beigegebenen Tabelle alle gegenwärtigen Gerichtssitze erhalten mit folgenden Modifikationen: In Oberbayern fallen weg Berchtesgaden, Pfleck und Tegernsee; im rechten Oberdonaukreis Falkenstein und Straubing; in Oberfranken Selbach, Thiersheim, Thurnau und Weismain; in Schwaben Bissingen, Roggenburg, Wallerstein, Wemding. Dagegen werden Notariatssitze in folgenden Orten errichtet: die bisherigen Gerichtssitze Hauzenstein in Oberbayern, Reichenhall, Neuötting und Waldkirchen in Niederbayern, Staffelstein in Oberfranken, Weißenhorn in Schwaben. Folgende Orte erhalten mehr als einen Notar: Ingolstadt 2, München 6, Landshut 2, Passau 2, Straubing 2, Amberg 2, Regensburg 3, Bamberg 3, Baireuth 2, Kronach 2, Augsburg 2, Kempten 2, Neuburg 2. (Die vom Bürgermeister und Advokatenrathe gestellten Anträge.) Die Gesammtzahl der zu ernennenden Notare ist 268. Nach Verwirklichung derselben, wenn das Gesetzentwurf sich ergebend sollte, bleiben vorbehalten. Den Notaren in Ludwigshafen und Nonnbathen wird ein reines Diensteinkommen von 800 fl. nach Art. 104 der Notariatsgesetz.

Die Kreisregierung von Niederbayern hat um den wiederholenden Beschwerden entgegenzuwirken, daß die konfektionirten dieses Regierungsbezirks oft nicht einmal den eigenen Namen zu schreiben vermögen, angeordnet, daß bei jeder Schule ein gesondertes Buch angelegt und ausbewahrt werde, worin jeder entlassen werdende Schüler die Angabe seines Geburtstages und des Tages des Schulaustritts mit seiner eigenhändigen Unterschrift zu bethätigen hat.

Preußen. Berlin, 2. Februar. Den Gebrauch der deutschen Sprache im diplomatischen Verkehr hat Graf Bern-

Dr. Franz Joseph Fröhlich und dessen Verdienste als Tonkünstler und Lehrer.

(Schluß.)

Von Fröhlich zahlreichen Kompositionen sind Sonaten für das Klavier, ein- und mehrstimmige Gesänge, wozu die Texte von den Würzburger Dichtern Dr. Heinrich Ulrich, Georg Reyl, Balthasar Rieger, Johann Baum von Sweiffert, Dr. Ignaz Denzinger und Dr. Georg Joseph Keller geliefert wurden, Trauermärsche, Symphonien und Cantaten für 4 Singstimmen, Chöre und Orchester, Christian Bäuer in Würzburg, Schott in Mainz, Simrock in Bonn, Breitkopf und Härtel in Leipzig erschienen.

Als Manuskripte befinden sich in seinem Nachlasse eine allgemeine Aesthetik, dann eine Geschichte der Musik, ferner eine große Anzahl mannigfacher Tonschöpfungen, namentlich größere Kompositionen, z. B. Symphonien, Cantaten, eine Oper: Sylvo in Afrika" (diese war im September 1848 zum Benefize für die Sängerin Frau Bamberger, geborne Eichelberger, zur Aufführung vorbereitet, Fröhlich zog aber aus Gründen, welche hier nicht näher erörtert werden können, seine Oper kurz vor der Aufführung zurück, worauf die Oper: „Conrad" von Rossini dafür gegeben wurde, und Fröhlich nie mehr Etwas für das Theater komponirte), zwei Te Deum, drei Veni sancte spiritus, ein Offertorium mit Doppelchor, zwei Salve regina, eine Litanei, ein deutsches Requiem, eine deutsche Vokalmesse und ein lateinisches Vokalrequiem, Chöre mit Texten von König Ludwig, Volksliedern mit Texten von Dr. Keller.

Wir müssen noch einmal auf das von Fröhlich gegründete und durch lange Jahre geleitete musikalische Institut zurückkommen. Hätte der Verlebte nichts Weiteres gethan, so würde er schon sich unsterbliche Verdienste erworben haben. Seine zahlreichen Schüler haben seinen Ruhm weithin in allen Ländern, selbst jenseits des Ozeans, in Amerika und Australien, ausgebreitet. Unter dem Lehrerpersonal in Unterfranken und dem Klerus der Würzburger Diözese sind wohl sehr wenige, welche nicht zu seinen Schülern zählen, theils im musikalischen Institute, theils in den Vorlesungen über Aesthetik und Pädagogik.

Als Glanzpunkte des Institutes müssen wir, außer der Aufführung jährlicher Oratorien, die drei in den Jahren 1828, 1834 und 1840 in Gegenwart der königlichen Majestäten gegebenen historischen Konzerte bezeichnen, durch welche eine historische Entwicklung der Art, wie sich die Melodie in ihren Hauptrichtungen aus dem christlichen Kirchengesange herausbildete, durch die einschlägigen musikalischen Dokumente von der frühesten Zeit bis auf die neueste nachgewiesen wurde, im zweiten Theile eine kurze historisch-dokumentarische Erörterung der Ausbildung der Harmonie vom 9. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit gegeben wurde, welche mit dem

Digitized by Google

stoff dahin beschränkt, daß sie Gegenseitigkeit üben, d. h. den Regierungen, welche in französischer Sprache ihre Mittheilungen machen, auch in dieser, derjenigen aber, die sich ihrer Landessprache bedienen, deutsch antworten wird. — Zur Londoner Weltausstellung wollen ein Verein von hiesigen Schulmännern eine Sammlung von Gegenständen schicken, welche ein Bild der pädagogischen Hülfsmittel und Leistungen Preußens geben sollte. Auf eine bezügliche Eingabe an den Unterrichtsminister lehnte dieser jede Unterstützung ab. Es müssen eben alle Geldmittel des Staats zusammengerafft werden, um die Uebelthaten-Thoren der Unterpräsident und Fähnrichs in Oberst- und Generals-Uniformen auszuführen. Die Frau preußischer Schulmänner ist indessen nicht verloren gegangen: die Österreichische Regierung läßt dieselbe vermittelst einer Polizeiverordnung bitten, daß die Kirchgleisbeschwerde gegen das ihr in 6 Wochen Gefängniß wegen der Paßgeschichte verurtheilente Erkenntniß zurückgenommen, allerhöchsten Orts um Begnadigung gebeten und diese ist bereits erfolgt. (Ztg. f. Nordd.)

In dem für die kurhessische Frage bestellten Ausschuß des preuß. Abgeordnetenhauses hat Graf Bernstorff die Erklärung abgegeben, es sey der kurhessischen Regierung angezeigt worden, daß Fälle eintreten könnten, wo Preußen die durch Verfassungstage nicht mehr, wie unter Hrn. v. Schleinitz, als blos innere Landesangelegenheit betrachten werde.

Man schreibt aus Arolsen, daß in den nächsten Tagen ein Bevollmächtigter nach Berlin abgehen wird, um die Schlußverhandlungen über die Militärkonvention Waldecks mit Preußen zu Ende zu führen. Der Entwurf soll der Koburger Konvention ähnlich seyn.

Kurhessen. Kassel, 2. Febr. Der neulich erwähnte Fall einer hohen Person bildet noch immer das Tagesgespräch. Zwar soll dem gesammten Dienstpersonal in sehr bezeichnender Weise Schweigen auferlegt worden seyn, indeß scheint man die Pflaster etwas zu spät auf den Mund geklebt zu haben. Nach den umlaufenden Erzählungen ist der Fall bedauernswerther, als die geschenkte Summe; doch möchte es der Presse nicht gestattet seyn, solche Dinge noch weiter auszuplaudern. Seiner Stelle ist der Kammerdiener übrigens noch nicht enthoben; man glaubt auch, daß es aus Gründen nicht geschehen werde. — Die Marburger Studentenangelegenheit hat verschiedene Duelle hervorgerufen. Ein Lieutenant hatte nämlich die Studenten „Jungen“ genannt, ein Referendar diese Bezeichnung etwas allgemein zurückgegeben. Vom Lieutenant gefordert, weigerte sich der Referendar, das Duell anzunehmen, dagegen traten vorgestern vier chargirte Studenten von Marburg hier ein, um wegen der Aeußerung Genugthuung zu fordern. Wie ich höre, ist es denn auch zum Duell zwischen Studenten und Offizieren gekommen, wobei einer der Letzteren nicht unbedeutend verwundet worden seyn soll.

Aus Kassel, 2. Februar, schreibt man der „Zeit“: Der Kurfürst muß noch immer das Bett hüten in Folge einer Verstauchung des Fußgelenks und sonstiger Verletzungen, insbesondere am Kopfe.

Thüringen. Weimar, 1. Febr. Durch eine Verfügung des Kultusministeriums ist das Schulturnen zu einem obligatorischen Lehrgegenstande für alle Elementarschulen des Landes erhoben worden, und soll dasselbe von Ostern d. J. an dergestalt in den Lehrplan aufgenommen werden, daß mindestens 2 Stunden wöchentlich — und zwar nicht an den freien Nachmittagen Mittwoch und Sonnabend, sondern unter Umfall anderer zwei Lehrstunden — dem planmäßigen Turnen unter Leitung eines auf dem Seminar turnmäßig geschulten Lehrers gewidmet werden. (A. Pr. Z.)

Oesterreich. Wien, 30. Jan. Die Opposition, welche die Beschlüsse des Bankausschusses überall gefunden haben, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Das von dem Ausschuß niedergesetzte Komite, welches die Aufgabe hat, mit dem Finanzministerium über die Lösung der Bankfrage zu unterhandeln, hat seine Ansprüche bedeutend herabgesetzt. Dasselbe beginnt einzusehen, daß die bloße Vereinigung zu nichts führt, und daß es der Würde des ersten Kreditinstituts der Monarchie nicht entspricht, wenn es die augenblicklich wichtigste Frage lediglich vom Standpunkte des persönlichen Interesses und nur von diesem allein auffaßt. Bis jetzt ist man in den einen Punkte einig, daß die Unabhängigkeit der Bank sowohl durch eine Entschädigung des Kaisers als auch durch das Votum der Reichsvertretung garantirt werden soll. Der Bank soll das Privilegium verlängert werden, wenn sie sich entschieden, die Bedingungen der Regierung anzunehmen. Ueber diese letzteren wird eben jetzt verhandelt und hat das Komite sich bereits dazu verstanden, zwei Zugeständnisse zu machen, von denen das eine auf den Beschluß sich bezieht, auf Gold und Silber Vorschüsse zu geben, und das andere die Aufrechnung des Zwangskurses für die ganze Privilegiumsdauer betrifft. Diese beiden Bestimmungen sollen gestrichen werden, die von dem Finanzministerium aufgestellte Forderung, die Gewährung eines unbedeckten und unausführbaren Vorschusses, sowie die Ueberlassung eines Theiles der 1860er Loose betreffend, ist bis jetzt von dem Komite nicht angenommen worden; man zweifelt jedoch nicht, daß auch in diesem Punkte eine Verständigung erfolgen wird. (S. M.)

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Die römische Frage wurde gestern in mehreren Bureaux des Senats erörtert. Im ersten Bureau antwortete Graf Walewski auf eine Interpellation des Hrn. v. Lagueronnière, daß der Thouvenel'schen Depesche an Hrn. v. Lavalette vom 11. Januar eine irrige Auslegung gegeben worden sey. Die Regierung sey fest entschlossen, die Besatzung in Rom beizubehalten und er (der Staatsminister) werde in öffentlicher Senatssitzung eine Erklärung in diesem Sinn abgeben. (Unsere neuliche Vermuthung war also ganz richtig.) In einem anderen Bureau erklärte der Minister Hr. v. Persigny, daß die Regierung den Augenblick als den glücklichsten schätzen würde, in welchem es ihr gelungen wäre, die weltliche Macht des Papstes zu sichern. Im zweiten Bureau sprach sich Herr Dupin sehr unumwunden gegen die weltliche Macht des Papstes aus, wurde aber sehr lebhaft von Hrn. v. Bouqueney bekämpft. So beutet Alles darauf hin, daß die Debatte über die römische Frage in diesem Jahre keine minder heftige als im vorigen seyn wird.

---

berühmten Teichordium von Vogler schlägt, worin der Londicher mit drei Tönen allein durch die reichen Mittel der Harmonie das reichste Gemälde darstellte, ein Tonwerk, das wo und noch Vogler kein Compositeur zu erreichen im Stande war.

Fröhlich war auch thätiges Mitglied von gelehrten Vereinen, wie z. B. des historischen, des polytechnischen, des Kunstvereins. Nicht blos von sämmtlichen Würzburger Gesangsvereinen, sondern auch von zahlreichen auswärtigen Musik- und Gesangsvereinen war er zum Ehrenmitglied ernannt worden.

Fröhlich lebte mit der Hofgärtnerstochter Barbara Heller (geboren am 8. Dezbr. 1779 zu Würzburg) in einer zwar kinderlosen, aber beglückenden Ehe. Seine Gattin war eine gemüthvolle theilnehmende Frau, welche ihm noch mehr als 40jähriger Ehe am 26. Juli 1852 durch den Tod von der Seite gerissen wurde.

Fröhlich kann als ein Urtypus eines ächten Würzburgers bezeichnet werden, dem auch die altfränkische Derbheit nicht fehlte. Er hatte in seinem Aeußern auf den ersten Blick wenig Empfehlendes. Er war von mittlerer Statur, fast untersetzt. Unter seinen hohen Stirne und den starken Augenbrauen funkelten zwei schöne Sterne — seine ausdrucksvollen, feurigen Augen. Das wenig Empfehlende seines Aeußeren bestand besonders in seinem steifen Gang und in der nachlässigen Haltung seines Körpers. Dann hielt er sehr wenig auf äußeren Glanz, ging immer sehr einfach und prunklos gekleidet. Er war ein erbitterter Feind aller Kleidermoden. In Gesellschaft und Kränzchen war Fröhlich wie zu bringen; so erhitzte ihn vor allen geselschwollen, lobenden Freuden des Lebens. Niemand weiß sich zu erinnern, ihn jemals in einem Wirthshause gesehen zu haben; auch niemals hat man ihn mit seinen Orden auf der Brust irgendwo erblickt. Sein gewöhnlicher Spaziergang war in gewissen Gängen des Würzburger Hofgartens, wo man ihn täglich mehrere Stunden herumwandeln sah.

Fröhlich war ein Feind aller politischen Diskussionen; er war ein warmer Anhänger unseres Königshauses und Vaterlandes. Lange Jahre hindurch wurde keine öffentliche Feier begangen, der nicht Fröhlich durch seine Kompositionen, zu denen meist Dr. Heinr. Ulich und Dr. Gg. Josyh Keller die Texte lieferten, die höhere Weihe ertheilte. Auch am Abende des 3. August 1845 wurden die zum ersten deutschen Gesangsfeste zu Würzburg eingetroffenen fremden Sänger in der Sängerhalle mit einem von Fröhlich komponirten Geschore bewillkommnet, der so rauschenden Beifall fand, daß er wiederholt werden mußte. Auch die Ehre bei der Enthüllungsfeier des Julius-Denkmals am 2. Juni 1847 hatte Fröhlich komponirt.

Als am 28. März 1848 die Würzburger Universität ihren Angehörigen einen großartigen Commerce veranstaltete, an dem auch die theologischen Professoren Antheil nahmen, war Fröhlich der einzige Professor, der dabei nicht erschienen war. Er theilte

Digitized by Google

Paris, 4. Febr. Der „Moniteur" sagt: Es sey vollständig falsch, daß der Minister Walewski im Bureau des Senats jene Rede über die italienische Frage gehalten habe, welche ihm von der „Independance belge" beigelegt wird. (Der Inhalt stimmt mit dem überein, was vorgestern der „National-Zeitung" berichtet wird. Trotz der Ableugnung des „Moniteur" glauben wir aber, daß die Sache sich im Wesentlichen so verhält. Man kennt den Werth dieser Ableugnungen. Um der Turiner Regierung willen wird geleugnet, was um der römischen willen gelagt und gethan wird. Die Red.)

Die „Independance" theilt mit, daß Thouvenel nach der Depesche Lavalette's dem Papste die Versicherung gegeben habe, jedenfalls durch Aufrechthaltung der Okkupation das Prinzip der weltlichen Macht zu schützen. Dieselben Versicherungen sind dem Monsignor Chigi, und in den Bureaux des Senats gegeben worden. (Ztf. d. Nat.-Ztg.)

Paris, 1. Febr. Wie es heißt, haben die Herren Delamarre und Dreolle von der „Patrie", Hr. Paulin Lymaire vom „Constitutionnel" und die Herren Sacy und Weiß vom „Journal des Debats" den preußischen Kronenorden erhalten. (N. Pr. Z.)

Italien.

Aus Neapel, 28. Januar, hat der „Volksbote" lange Berichte erhalten, die eine ganze Reihe von Gefechten melden, in denen die piemontesischen Truppen von den Banden der Königlichen schlimm mitgenommen worden sind. Die Regierung hat die Ermächtigung zum Verkauf aller Kirchen- und Klostergüter in den neapolitanischen Provinzen gegeben, und es heißt, daß man vorhat, dieselben im Ganzen an eine ausländische Kapitalisten-Gesellschaft zu verhandeln.

Der verunglückte Aufstand von Castellamare auf Sizilien wird von piemontesischer Seite den Bourbonisten, von letzterer Seite den Mazzinisten in Rechnung gesetzt. Gegen die sardinische Herrschaft war er jedenfalls gerichtet; was das eigentlich treibende Element dabei gewesen, läßt sich in der Ferne nur schwer beurtheilen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 26. Jan. Wie bei dem so entschieden liberalen Auftreten des Fürsten Suworoff, unseres neuen General-Gouverneurs, vorauszusehen war, gibt sich bereits jetzt schon eine sehr merkbare Opposition gegen ihn kund und zwar in Kreisen, die man sich bisher nicht gern zu Feinden machte. Er hat unter Anderen die ganz ungewohnte Ansicht, daß man seine Schulden bezahlen müsse, selbst wenn man einen sehr hohen Rang in der Gesellschaft einnimmt, und hilft den klagenden Gläubigern zu ihrem Recht. Ein solcher Schuldner, ein Graf, der in einer Nacht im englischen Klub Tausende zu verspielen pflegt, wurde neulich sogar von der Uprawa wegen eingeklagter Schulden vorgeladen, ist aber bis heute nicht erschienen; im Gegentheil hat der Vorsitzende der Uprawa vom Justizminister einen Verweis bekommen, daß er einen Mann vorgeladen, der täglich in dem höchsten Staatsdienst beschäftigt sey und daher nicht abkommen könne, um einer so erbärmlichen Sache wegen vernommen zu werden. Einstweilen ist die Schuld aber bezahlt worden und zwar, wie es heißt, auf sehr starke Aeußerungen Suworoffs, „daß er verpflichtet sey, die Rechte auch des geringsten Einwohners von Petersburg zu unterstützen und zu vertheidigen." Je ungewohnter man eines solchen Auftretens von Seiten des General-Militär-Gouvernement ist, je größer und lauter ist in der Petersburger Bevölkerung und im Gegensatz zu jener oben angedeuteten Opposition die Freude darüber, und wenn Fürst Suworoff nicht selbst etwas begeht, was ihn stürzen könnte, so steht er wohl fester, als je einer unserer Großwürdenträger vor ihm! (N. Pr. Z.)

Petersburg, 29. Jan. Die „Schles. Ztg." enthält folgende Mittheilungen: „Schon im vorigen Monat ist eine große Anzahl der Adelsversammlungen eindrucken worden; andere treten in diesem Monat zusammen und allgemein beschäftigt man sich auf das lebhafteste mit der Haltung, welche der Adel diesmal der Regierung gegenüber einnehmen wird. Es handelt sich bei diesen Berathungen in erster Linie um die Auflagung auch des nichtadeligen Grundbesitzes in die Provinzial-Versammlungen. Die Eröffnung der Adels-Versammlung von Petersburg findet von Finnland, wie es neulich irrthümlich hieß, erfolge mit einer Anrede des General-Gouverneur von Petersburg, Fürsten Suworoff-Rymnikski, worin derselbe u. A. sagt: „Nach meiner Ueberzeugung sind der Kaiser und der Adel unzertrennbar verbunden; ohne eine innige Verbindung beider können keine festen Garantien einer dauernden Wohlfahrt und des wahren Segens für den Staat bestehen. Der Kaiser, das weiß ich, wünscht, daß der Adel seine hohe soziale Stellung behalte; dies kann aber nur geschehen, wenn er, wie seither, die festeste Stütze des Thrones bleibt, wenn er die nöthige Kraft finden kann, um seinen Einfluß zu konsolidiren und mit Ehre und Würde, für sein eigenes Wohl, wie für das Aller, die schweren Fragen lösen kann, deren Lösung noch erwartet wird."

(Kußpolnischer Patriotismus.) In Polen erhielt jüngst ein Gutsbesitzer wegen Singen des „Boze cos Polski" Einquartierung von 80 Mann auf drei Monate zur vollständigen Verpflegung.

Amerika.

* Die Deutschen im nordamerikanischen Bundesheer liegen fortwährend darüber, daß sie gegen die eingeborenen Amerikaner ungerechterweise zurückgesetzt werden. Man nimmt sich, daß Hecker früher solche Klagen führte; jetzt soll auch Siegel Anlaß dazu bekommen haben. Daß er seine Stelle als Brigadier in Missouri schon niedergelegt habe, wie es neulich hieß, ist übrigens nicht wahr.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 2. Febr. Nach dem Jahresberichte des hiesigen Gabelsberger Stenographen-Centralvereins zählt dieser gegenwärtig 409 Mitglieder in München und auswärts, dann 52 Zweigvereine mit 1400 Mitgliedern, die Ehrenmitglieder nicht eingerechnet, die sich auf Bayern, Oesterreich, Preußen, Sachsen ꝛc. vertheilen. Im abgelaufenen Jahre wurde an 1560 Schüler von Gymnasien, technischen Schulen und sistirten Lateinschulen stenographischer Unterricht ertheilt. (Augsb. Abz.)

---

die allgemeine politische Aufgeregtheit nicht und blieb der alte konservative Monarchist.

Fröhlich hat dagegen so manche musikalische Fehden ruhmvoll und siegreich bestanden. Ich will nur an den Streit mit A. B. Marx in Hamburg erinnern. Dieser hatte 1841 zu Leipzig ein Werk erscheinen lassen unter dem Titel: „Die alte Musiklehre im Streite mit unserer Zeit", in welchem derselbe sehr harte Anklagen gegen die alte Musik erhebt. Diesem antwortete Fröhlich, welcher selber den Versuch machte, im antiken Geiste komponirte Tonstücke mit 150 Sängern zur Aufführung zu bringen, in einem höchst gediegenen Artikel der „Neuen Zenaer allgemeinen Literatur-Zeitung" von 1843 Nro. 84—91, und vertheidigte die alte (griechische) Musiklehre gegen die gegen sie angeführten Vorwürfe, indem sie in den Hauptrichtungen die Grundlage gegeben, auf welche sich das spätere musikalische System erbaute, nur entwickelt nach dem Fortschritte der Menschheit und dem Bedürfnisse der Zeit.

Fröhlich war ein großer Liebhaber von Hunden und Katzen, die er liebevoll pflegte; ich erinnere nur an seinen alten musikverständigen Spitz, der mit seinem Herrn alle Musikproben besuchte, und an die verdrießige Katze. Auch fütterte er an seinem Fenster die Tauben der Nachbarschaft.

Fröhlich war, das wüßten ihm auch seine Gegner zugestehen, ein großer musikalischer Geist. Er hatte aber auch seine Schattenseiten, und es wäre unsere Schilderung eine bloße Lobrede, wollten wir seine Schwächen verschweigen. Dahin gehört vor Allem sein Jähzorn, der ihn oft bei öffentlichen Uebungen zu Aeußerungen gegen die Orchestermitglieder hinriß, die er meist kurz darauf bereute. Ferner zeigte er ein gewisses Streben, ihm ebenbürtige Zeit- und Kunstgenossen aus seiner Sphäre entfernt zu halten und gegen die Aufführung ihrer Kompositionen zu wirken. Fröhlich hatte auch ein feines Selbstgefühl, das ihn manchmal sogar zu Ueberschätzung seiner Person verleitete.

Nachrichten über Fröhlich und das musikalische Institut sind enthalten in der „Neuen Fränkischen Chronik von Andreä und Degg." Würzburg, 1806—1814; ferner in den „Artistisch-literarischen Blättern von und für Franken von Dr. Joh. Barthel von Siebold." Würzburg, 1808. — „Beiträge zur neuesten Geschichte der Universität zu Würzburg von J. C. Goldmayer." Würzburg, 1817—1818. — „Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg in den letzten zehn Jahren von Dr. A. J. Ringelmann." Würzburg, 1835. — „Encyklopädie der gesammten musikalischen Wissenschaften oder Universal-Lexikon der Tonkunst von Dr. Gustav Schilling." Stuttgart, 1835—1838 in 6 Bänden. — „Gerber, historisch-biographisches Lexikon der Tonkünstler." 4 Theile, u. a. a. O.

Digitized by Google

Offenbach, 3. Febr. Gestern Nachmittag hat sich unserer Stadt gegenüber ein Unglück ereignet. Ein Fährmann von Sechenheim hatte eben erst vier Arbeiterinnen gegen die Schiffbrücke hin an den Ueberfahrtsplatz für Offenbach geführt und dann wieder sieben Frauenspersonen zu gleichem Zweck in seinen kleinen Kahn (einem Fischernachen) aufgenommen und war mit diesen glücklich eine Strecke weit gefahren, als plötzlich das Fahrzeug umschlug und die darin befindlichen Personen sammt dem Fährmann in die Fluthen des dort mächtigen Stromes stürzten. Ihr herbeieilender Hülferuf war jedoch kaum erschollen, so eilte auch schon der dienste Oberbrückenmäster Heiles mit den Brückenfahrleuten in einem Kahn mit rühmenswerther Schnelligkeit an die betreffende Stelle, wo die wackeren Männer als Retter erschienen. Leider aber war inzwischen eines der Mädchen in den Fluthen verschwunden und der Fischerkahn fortgetrieben. Die übrigen Personen wurden glücklich ans Land gebracht. (Fr. J.)

Wien, 31. Jan. Wer das Leiden des diesjährigen Karnevals beobachtet, der kann unmöglich glauben, daß in Wien irgend eine Noth herrsche. Der Fasching war seit vielen Jahren nicht so belebt wie jetzt. Ueberall Musik, Tanz, Feste, Masken. Die Maskenbälle, welche früher das ausschließliche Privilegium des Redoutensaales waren, sind jetzt mehreren Unternehmungen privilegegeben, und alle finden überreichen Besuch. Früher waren im ganzen Karneval nur etwa drei, jetzt in jeder Woche vier bis fünf Maskenbälle abgehalten. Aber ein Ereigniß war der stattgefundene hat maskirte im Schauspielhause an der Wien. Dieses große Theater des Westens wurde in einen Tanzsaal umgewandelt und trotz der hohen Eintrittspreise (eine Loge 30 fl., ein Sperrsitz 5, 4 und 3 fl.) war das Haus in allen Räumen überfüllt, so daß man sich kaum bewegen konnte. Große Unordnung herrschte in der Garderobe. Viele Personen mußten ohne Oberröcke nach Hause gehen. (B. Z.)

In Gacé bei Argentan (Departement der Orne) saß vor einigen Tagen ein wohlhabender Landmann und Viehhändler Namens Bassière mit seinem Nachbar kopirend, der eben mit ihm vom Viehmarkte von Argentan zurückgekommen und von ihm zum Nachtessen eingeladen war, in seinem Hause bei Tisch, als durch das Fenster ein Schuß abgefeuert wurde, welcher den Bassière todt niederstreckte. Entsetzen ergriff Jagiere von seinem Stuhl auf und lief nach der Thüre, um Hülfe herbeizurufen, hier aber trafen ihm Bassière's Frau, sein 16jähriger Sohn und eine Magd entgegen und vertreten ihm den Weg. Er drang jedoch durch und holte die Polizei herbei, welche nach kurzem Verhör die Frau, den Sohn und die Magd Bassière's verhaftete. Dieselben bestritten sich noch im Gefängniß, bis jetzt hat aber noch nichts darüber verlautet, ob sie die Urheber oder Mitwisser des Mordes sind oder nicht. (Fr. Hdlsz.)

England verbraucht eine ungeheure Menge Orangen, und die Einfuhr dieser köstlichen Südfrucht ist in fortwährender Zunahme, so daß sie jetzt 1,000,000 Bushels (engl. Scheffel) jährlich beträgt. Rechnet man 650 Orangen auf den Bushel, so macht das 650,000,000 Orangen. Was die Provenienz betrifft, so kamen im Jahre 1860 218,480 Bushels aus Portugal, 627,709 B. von den Azoren (die besten dort sog. St. Michaelis-Orangen), 158,674 B. aus Spanien, 140,983 aus Sizilien, 8564 aus anderen Gegenden.

Neueste Nachrichten.

München, 3. Februar. Der k. Feldzeugmeister und frühere Kriegsminister Frhr. v. Lüder, der in Folge erneuten Gichtleidens seit mehreren Monaten nicht mehr ausgehen konnte, ist seit einigen Tagen ernstlich erkrankt, da sich zu dem Gichtleiden ein Schleimfieber gesellt hat. Hr. v. Lüder ist übrigens erst 67 Jahre alt und seine kräftige Konstitution hat bisher noch alle Krankheiten überstanden. (Augsb. Abdz.)

Petersburg, 27. Jan. Es wird täglich mehr offenbar, wiewohl sich Augen und Ohren Vieler dagegen verschließen, daß das jetzige Rußland nichts gemein haben will mit dem Polizei- und Militärstaat Nikolai's. Ein anderer Geist, andere Hoffnungen und Wünsche beleben Volk und Regierung, und die verstockten Absolutisten und Konservativen der alten Schule machen ihrem Grimm Luft, indem sie sagen: Der erste Revolutionär in Rußland ist der Czar selbst! Das ist aber stets so gewesen. In Rußland wandelte von jeher die Regierung an der Spitze des Fortschritts. Sie gab den Impuls — aber jetzt scheint auch im Volke der Trieb zum Fortschritt, zur Entwicklung und Kultur mehr und mehr zu erwachen und die Bauern-Emancipation ist ein mächtiger Hebel dazu. Je mehr aber das nationale und politische Bewußtsein geweckt wird, desto lebhafter erwacht unter den Gebildeten der Wunsch nach Theilnahme an der Gesetzgebung. Es sind Gerüchte aus den Adelsversammlungen der Gouvernements hierher getrungen, denen zufolge Wünsche formulirt worden sind, deren Ausgangspunkt das Selfgouvernement unserer Gildschen Gemeinden ist, das seiner Zeit so energisch durch Ignatiew bekämpft wurde. Die Adelsgemeinschaften wünschen aber auch, daß ihre Vertreter bei Anwendung der Gesetzgebung auf den neuen Zustand nach durchgeführter Emancipation mitwirken. (B. H.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Trottmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		1165/4 P.	
K. K. Oesterr. National-Banknoten		62 — 63 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		161 3/4 — 63 G.	
Bayerische Bank à fl. 500		—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250		200 — 1/2 G.	
Weimarer Bank à Thlr. 100		81 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien		82 3/4 — 1/2 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250		838 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		64 1/4 P.	
Oest. V. St. Nied. b. pCt. Obl. v. à 72 kr.		240 P.	
" Eliab.-Eisenbahn à pCt.		1104/4 P.	
" Hilab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7		74 1/2 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Tl. à 105 4 pCt. Z.		26 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher 4 pCt.		130 1/2 P.	
Pfälz. Ludw.-B. Nothschild à 4 1/2 pCt.		104 1/2 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		53 1/2 P.	
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.		246 G.	
Span. Hafenbe- u. Industrie		—	
" Credithk. à Ges. Perreire		443 P.	
Bayr. Ostbahn à 4 pCt. vollenbet.		106 3/4 P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		106 3/4 P.	
Provinzialbk. (Federzers.) 10 pCt. Einz.		100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. f. 100 k. S.	100 G.
Augsb. f. 100 k. S.	100 B.
Berlin Thl. 99 k. S.	100 B.
Brem. 80 Th. Ld. k. S.	96 1/4 B.
Cöln Thl. 99 k. S.	100 B.
Hamb. 300. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Thl. 99 k. S.	100 B.
London Lst. 10 k. S.	121 1/2 G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. f. 300 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/2 G.
Triest f. 100 k. S.	—
Wien f. 100 fl. W.	—
do. 2 M.	—
do. in cst. W. 2 M.	84 1/4 — 84 G
Disconto	3 pCt. G.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr. 5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)		—
" 5 pCt. kombe. dito.		80 G.
" 5 pCt. Venet. Coupon b. K.		70 3/4 P.
" 5 pCt. Nationalanl. v. 1854		68 3/4 — 1/2 G.
" 5 pCt. Metall. Obligationen		47 3/4 G.
" 4 1/2 pCt. dto.		42 1/4 P.
" 4 pCt. dto.		—
" 3 pCt. dto.		—
" 2 1/2 pCt. dto.		—
Preußen Staatsschuldsch.		90 1/4 P.
Bayern 5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. K.)		103 1/4 P.
" 4 1/2 pCt. Obl. 1. Jahr. dto.		103 3/4 P. 3/4 G.
" 4 1/2 pCt. Obl. 1/2 Jahr. dto.		104 3/4 G.
" 4 pCt. Obl. " dto.		103 1/2 G.
" 4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.		100 7/8 G.
" 3 1/2 pCt. Obl. " dto.		87 3/4 G.
Württemb. 4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.		104 3/4 P.
" 4 1/2 pCt. Obl.		103 3/4 G.
Baden 4 pCt. Obl.		103 1/2 G.
" 3 1/2 pCt. Obl. v. 1842		97 P.
Gr. Hess. 4 pCt. Obl.		103 1/2 P.
" 3 1/2 pCt. Obl. dto.		87 1/4 P.
" 3 pCt. Obl. dto.		73 1/4 P.
Nassau 4 pCt. Obl. dto.		103 1/2 G.
" 3 pCt. Obl. dto.		100 7/8 G.
" 2 1/2 pCt. Obl. dto.		87 1/2 G.
Spanien 3 pCt. Obl.		89 P.
" 3 pCt. Obl.		92 3/8 G.
Sachsen 3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 3a		42 3/4 G.
" 2 pCt.		33 1/2 P.
Schweden 4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.		100 1/4 P. 98 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	91 P. 96 1/2 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	56 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63 P. 62 1/2 G.	Gr. Hessen' fl. 35 b. K.	129 G.
" fl. 100 v. 1860 ohne 4pCt.	—	" fl. 20 do.	22 1/4 G.
" fl. 100 Bleib. l. v. 1860	105 1/2 — 106 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beim	122 1/2 P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	53 1/4 P.
Mailand-Como fl. 84	—	St. Ludwig m. 21 pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 35	93 1/4 P.	Venetian-Loose fl. 10	10 3/4 P.
Badische fl. 35	84 3/4 P. 85 1/2 G.	Amst.-Donaudk. fl. 74	81 3/4 P.

Frankfurt, 4. Februar. Die Börse war heute, namentlich für Bahre, Kreditaktien, in steigender Tendenz; auch die übrigen Effekten waren, wenn auch in geringem Verhältniß, beliebt. Von Bisen wurden Kreditaktien 193. 50 gemeldet. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zusendung wird die breitspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 6. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Der Doktorswittwe Rosalie Schwerdtfeger von München wurde ein Gewerbsprivilegium auf eigenthümliche Anfertigung von Cigarren aus fein geschnittenem orientalischen Tabak für den Zeitraum von einem Jahre, vom 18. Jan. 1862 anfangend, und dem Fabrikbesitzenden Adolph Brückmann von Gernsheim ein Gewerbsprivilegium auf ein eigenthümliches Verfahren zur vermehrten Gewinnung von Fettsäure aus Fettkörpern für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 18. Januar 1862 anfangend, verliehen. Das dem J. Hall zur Zeit in Graz unterm 13. Oktbr. 1856 verliehene und bis dahin 1862 verlängerte Privilegium auf verbesserte konstruirte Lokomotiven, insbesondere für Kurven und Steigungen wurde für den Zeitraum von weiteren fünf Jahren, vom 13. Oktbr. 1862 anfangend; dann das dem Stadtbaumeister F. Hoffmann von Berlin und dem Stadtbaurath A. Licht von Danzig unterm 25. Jan. 1862 verliehene und bis dahin 1863 laufende Privilegium auf ringförmige Brennöfen für den Zeitraum von weiteren drei Jahren, vom 25. Jan. 1863 anfangend, verlängert.

Preußen. Berlin, 3. Febr. Die Vorlagen des Ministrium über ein Verantwortlichkeitsgesetz und die Oberrechnungskammer haben die Absicht nicht erreicht, welche man offenbar zu erreichen gedachte, die Abgeordneten durch liberale Konzessionen zu gewinnen, damit sich dieselben in der Angelegenheit des Militärbudget fügen möchten. Man will in den beiden Entwürfen wenig Freisinniges finden und es läßt sich wohl behaupten, daß die Minister der neuen Aera besser daran gethan hätten, diese schlegschlagene captatio benevolentiae ganz zu unterlassen. Allerdings zeigt die demokratische Partei große Mäßigung, aber was die Militärlast anbelangt, so ist in der Stimmung des Landes eine Scheuale gezogen, welche der Nachgiebigkeit der Volksvertretung gewichtige Rücksichten auflegt. Die sich jetzt deutsche Fortschrittspartei nennende Vereinigung von Demokraten und Gothaern gedenkt die jetzige Situation der Regierung in anderer Weise auszunutzen. Man will das Ministerium der neuen Aera zu einer politischen That treiben, welche im Stande wäre, die murrenden Anhänger der gothaischen Lehre in und außerhalb des Nationalvereins wenigstens durch eine Abschlagszahlung zu ermuthigen, und hat dazu die kurhessische Angelegenheit auserlesen. Die Absicht des progressistischen Theils der Fortschrittsmännner geht dahin, unter etwas drängende Staatsregierung zu einer Art moralischer Intervention zu nöthigen, indem man ihr wenigstens eine Erklärung abzudrängen sucht, daß sie jeder anderweiten Intervention zu Gunsten der hessischen Regierung nöthigenfalls mit Gewalt entgegentreten werde, mögen auch die Dinge in Kurhessen eine Wendung nehmen, wie sie wollen. Durch diese Versicherung glaubte man sich so weit gesichert halten zu dürfen, daß die kurhessische Bevölkerung zur Steuerverweigerung schreitet und so die Regierung zur Wiedereinführung der 1831r Verfassung nöthigt, um wieder in den Genuß des verschlossenen Brodkorbs zu gelangen. Wie ich höre, sollen zur Beledung der preußischen Fortschrittspartei, wie der Minister, vom Nationalverein in Süd- und Mitteldeutschland allerlei öffentliche Kundgebungen in Versammlungen ꝛc. erfolgen, denen sich dann auch die Landstände in Württemberg und Baden kräftig anschließen sollen. Es bleibt nun abzuwarten, was geschehen wird. Jedenfalls ist das Ministerium nicht gerade auf Rosen gebettet. (Frkf. Pstz.)

Berlin, 2. Febr. Die ministerielle Fraktion der zweiten Kammer, diejenige nämlich, welche zu den „liberalen" Ministern hält, täuscht sich darüber nicht länger, daß der Augenblick nahe seyn dürfte, da ihre Freunde aus dem Ministerium zu scheiden sich veranlaßt finden. Zunächst wären es Graf v. Schwerin und Hr. v. Patow, die sich selbst keineswegs für unersetzbar halten. (Natürlich würden sie dann, wie die Dinge jetzt liegen, durch weniger Freisinnige ersetzt werden.) (Allg. Ztg.)

Die Antragsteller des preußischen Abgeordnetenhauses in der kurhessischen Sache haben sich geeinigt. In der Form wird der Bürgers'sche Antrag (von der ministeriellen Partei ausgegangen) zu Grunde gelegt, so daß das Haus nicht eine „Aufforderung" an die Staatsregierung richtet, sondern nur für „dringend geboten" erklärt, daß u. s. w. in der Resolution selbst bleibt der Kern des Virchow'schen Antrags (von der Fortschrittspartei) bestehen: das Einsehen aller Mittel, die Wahrung nicht nur der Verfassung von 1831, sondern auch der Erläuterungen und Aenderungen von 1848 und des Wahlgesetzes vom 1849. Der Antrag wird also eher verstärkt als abgeschwächt aus dem Ausschuß hervorgehen, und nach der Freie'schen Korrespondenz haben die Erörterungen des Grafen Bernstorff selbst den Konstitutionellen (d. h. der eigentlich ministeriellen Partei) nicht genug gethan. (Zeit.)

Auch die deutsche Frage wird im preuß. Landtag diesmal wieder zur Sprache kommen. Ein Antrag des Dr. J. Freese lautet wörtlich: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: 1) Es ist im Interesse der Freiheit und der Macht des preußischen wie des deutschen Vaterlandes auf das dringendste geboten, daß die königliche Staatsregierung die Reform der gesammten deutschen Bundesverfassung ohne Aufschub mit ganzem Ernst in die Hand nimmt. 2) Die einzig möglichen und einzig richtige Lösung dieser Reformfrage liegt in einer Politik Preußens, die für das Doppelziel einer einheitlichen, monarchischen, preußisch-deutschen Centralgewalt und eines Nationalparlaments offen eintritt und es mit aller Kraft verfolgt, welche die Größe der Sache heischt und die Gerechtigkeit der Sache ergibt. 3) Unter Zusage seiner nachhaltigen Unterstützung fordert das Haus der Abgeordneten die königl. Staatsregierung zu einer solchen Politik auf, und indem es die Wahl der zweckdienlichen Mittel im Allgemeinen ihrer Einsicht und ihrem Patriotismus anheimstellt, empfiehlt es ihr als den zunächst gegangensten Weg den der Kooperation mit der deutschgesinnten großherzoglich badischen und anderen befreundeten Regierungen."

Dem Vernehmen nach wird Graf Bernstorff eine Note an die spanische Regierung zu Gunsten der, wegen Verbreitung der Bibel ꝛc. zur Galeerenstrafe verurtheilten Protestanten richten.

Der „K. H. Z." zufolge hat die Universität in Königsberg, welche bekanntlich einen dahin zielenden Antrag im verflossenen Jahre mit nur einer Stimmen-Mehrheit angenommen hatte, jetzt mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität die Aufhebung der konfessionellen Beschränkungen für die medizinischen, naturwissenschaftlichen und philologischen Lehrstühler beantragt.

Posen, 1. Febr. Der Erzbischof hat endlich sich doch veranlaßt gesehen, sich direkt über die Betheiligung von Geistlichen an politisch-demonstrativen Aufzügen und Versammlungen auszusprechen. Die Regierung hat unter dem 25. v. Mts. ein Cirkular an die Landräthe erlassen und demselben folgendes an den Oberpräsidenten v. Bonin gerichtetes Schreiben des Erzbischofs in Abschrift beigefügt: „Ew. Excellenz habe ich die Ehre auf die hochgeneigtesten Schreiben vom 30. Oktober, 9. Novbr. und 16. Dezember vorigen Jahres nunmehr ganz ergebenst zu erwidern, daß ich nach gewissenhafter Erwägung der dafür und dawider sprechenden Gründe mich entschieden außer Stande finde, noch eine besondere Verfügung wegen Fernhaltung der Geistlichen an scheinbar religiösen, in Wahrheit aber politisch-demonstrativen, von der Polizei vorher nicht genehmigten Aufzügen und Versammlungen unter seriem Himmel meinerseits zu erlassen. Da Hochdieselben die diesfällige allgemeine, innerhalb der bestehenden Gesetze sich haltende Verordnung ergehen zu lassen befunden haben, so versteht es sich von selbst, daß auch die Geistlichen zum Gehorsam verpflichtet sind. Ein Erlaß meinerseits würde einem allgemeinen Vorwurfe gegen die Geistlichkeit gleichkommen und daher ungerecht seyn, auch bei

Digitized by Google

der gegenwärtigen Stimmung der kirchl.-Gegner als Bestätigung unzweifelhafter Beschuldigungen anschlhar ausgebeutet werden. Endlich sind meine Predigten durch das Zirkular-Hirtenschreiben vom 1. v. M. angegriffen. Alles nicht allein um des Gewissens willen zu vermeiden, sondern auch den Parochianen in wiederholter Lehre und Ermahnung zu verbieten, was dem Gehorsam gegen die Obrigkeit zuwider oder auch zur Verletzung desselben anzureizen geeignet ist. Posen, 15. Jan. 1862. Der Erzbischof von Gnesen und Posen: (gez.) L. Przyluski." (Diese Erklärung wird den Wünschen der Regierung nicht entsprechen, denn eine förmliche Mißbilligung der Theilnahme an solchen Aufzügen ist darin sorgfältig vermieden.)

Kurhessen. Kassel, 3. Febr. Das Gerücht von einer allgemeinen Aufhebrung der Staatsbienergehalte auf dem Verordnungswege, ohne Zustimmung der Stände, ist so ziemlich wieder verstummt. Aus guter Quelle aber wissen wir, daß das Projekt bereits in Angriff genommen war und zunächst die Gehalte der Hauptleute in allen Klassen um 200 Thlr. jährlich aufgehoben werden sollten. Sodann sollten die Stabsoffiziere und die Generalität eine entsprechende Zulage erhalten. Die Subalternoffiziere sollten leer ausgehen. Daß das Projekt nicht ausgeführt wird, soll seinen Grund in der Ermäßigung haben, daß man die Gehalte der Staatsdiener nicht aufbessern könne, ohne zugleich auch die Hofdiener mit Zulagen zu bedenken. Letztere werden aus der Civilliste besoldet, und so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Gehaltsaufbesserung der Militärbeamten und Staatsdiener noch für lange Zeit zu den vielen frommen Wünschen unsers unglücklichen Landes zu zählen seyn wird. (A. Z.)

Kassel, 4. Febr. In Folge Beschlusses kurfürstlichen Ministeriums des Innern, das in Uebereinstimmung mit dem Justizministerium ergangen ist, haben die betreffenden Bestimmungen der Verordnung vom 19. Dez. 1854, das Preßwesen betr., die Auslegung erfahren, daß über Beschlagnahmen und Unterdrückungen von Zeitungen nicht die Gerichte, sondern die Provinzialregierungen endgültig zu entscheiden haben. (!)

Oesterreich. Wien, 3. Febr. Ueber die Propositionen des Finanzministers an die Bank liegen heute einige mehr detaillirte Angaben vor. Wir entnehmen aus denselben nur Folgendes: Das auf die Staatsgüter hypothezirte Anlehen beträgt 88,891,957 und das auf die verpfändeten 1860er Loose lastende Anlehen 99 Mill., zusammen in runder Summe 189 Millionen. Nach den Vorschlägen erhält der Staat als Entgelt für die Verlängerung des Privilegiums von der Bank ein Darlehen im Betrage von 80 Millionen. Dieses Darlehen wird erst in den letzten fünf Jahren der verlängerten Privilegiumsdauer, und zwar vom 31. Dez. 1886 bis 31. Dez. 1890, in fünf Raten zurückgezahlt. Die Bank erhält als Bedeckung fünf Schuldscheine, über deren Form eine Vereinbarung getroffen werden soll. Das Anlehen wird mit 2 pCt. verzinst, doch wird in die Verzinsung die Summe eingerechnet, welche als Verzinsung für die fundirte Schuld gezahlt wird. Sollte nach Berichtigung der 20 Monatsraten in Silber die Bank in einem Sonnenjahre weniger als 10 Millionen zur Abzahlung der auf die Staatsgüter hypothezirten Schuld erhalten haben, so verpflichtet sich der Staat, diese Summe bis zum nächsten 17. Febr. zu ergänzen. Weiter enthalten die Propositionen folgende Punkte: a) Die Kündnahmebestimmungen von 1859, bezüglich der Ein- und Fünfguldennoten, bleiben aufrecht. Die Einziehung dieser Noten wird später vereinbart. b) Die Auszahlung der Baarzahlungen wird im verfassungsmäßigen Wege geregelt werden. c) Die Nationalbank steht unter der Kontrolle jenes Kommission, welche vom Reichsrathe an der Stelle der Staatsschuldenkommission ernannt wird. Was aber die Revision der Bankstatuten betrifft, so hat der Finanzminister sich im Wesentlichen dem vom Bankausschuß vorgelegten Entwurf angeschlossen. Hinsichtlich der Notendeckung stellt der Minister folgendes System auf. Der Notenumlauf bis zum dreifachen Betrage des Bankfonds, das ist bis 330 Millionen, muß mit einem Drittel in Silber bedeckt seyn. Was über diesen Betrag bis 440 Millionen zirkulirt, muß zur Hälfte in Silber bedeckt werden. Weiter darf die Bank keine Noten ausgeben, für welche nicht vollständig der gleiche Betrag in Silber vorhanden ist. Und von nicht geringerer Bedeutung ist, daß Hr. v. Plener, den „Neuesten Nachrichten" zufolge, die Aufrechthaltung des Zwangskurses unbegrenzt zugestebt, die Annahme verzinslicher Gelder dagegen will der Minister der Bank nicht einräumen. Die „Presse" (eine prinzipielle Gegnerin des Plener'schen Plans) gibt eine Kritik dieser Vorschläge in folgenden wenigen Worten: „Hienach muß die letzte Hoffnung beerdigt werden, welche die Herstellung der Valuta jetzt in Angriff genommen wissen wollen, auf den Finanzausschuß gerichtet bleiben, und dieser sollte, um Zeit zu sparen, nun gar nicht mehr die Vorlegung der neuen Bankstatuten abwarten, sondern sogleich zur selbstständigen Behandlung der Banktrage schreiten." (Nat.-Z.)

Wien, 3. Febr. Wie die „Const. Corr." wissen will, ist in den letzten Ministerberathungen der Beschluß gefaßt worden, dem kurhessischen Kabinete den eindringlichen Rath zu ertheilen, es möge sich mit dem wiederholt ausgesprochenen Willen des Landes in Einklang setzen, da es durchaus nicht für alle Fälle auf den Bestand der Wiener Regierung zu rechnen habe. (Siehe Neueste Nachrichten.)

Aus Triest, 31. Januar, schreibt man der „Allgemeinen Zeitung": „Die italienische Bewegung hat die griechischen und südslavischen Hoffnungen innigst mit ihren eigenen verflochten. Die Maiverschwörung in Griechenland, das Attentat des Dosios rc. sind nur die Früchte dieser politischen Trilogie. Ich machte Sie schon vor zwei Jahren auf die mysteriösen Reisen des nun verstorbenen griechischen Obersten Karatassos nach Montenegro, Serbien, Piemont rc. aufmerksam. Er starb vor kurzer Zeit in den Donaufürstenthümern, wo er für die Pläne seiner Partei thätig war. Die Sehnsucht der Griechen nach der Vergrößerung ihres Reichs ist durch die Propaganda und das Beispiel Piemonts zu einem beinahe unwiderstehlichen Drange geworden; daher der Enthusiasmus für den greisen Kanaris! Ungefehrt sagen jetzt griechische Blätter: „im Frühjahr werde die orientalische Frage zu Gunsten Griechenlands und der Südslaven zur Lösung kommen; der Zusand Bulgariens und Bosniens, die Exbitterung in Montenegro und Serbien, die Empörung in der Herzegowina sind die Vorläufer derselben." Mit Hülfe der Griechen und Südslaven hofft aber Piemont Oesterreich von der Adria zu verdrängen, und seine Herrschaft an derselben sicherzustellen. Piemont rüstet zwei

† Professor Dr. J. B. Friedreich.

Wieder ist einer jener Männer, wie man sie so selten trifft, heimgegangen in das Land höherer Verheißung.

Professor Dr. Johann Baptist Friedreich mit dem Patriece: „Thue Recht und scheue Niemand" — ein Mann, der seiner umfassenden tiefen wissenschaftlichen Kenntnisse halber, deren er sich selbst am wenigsten rühmte — weithin bekannt und allseitig geachtet, wegen seines leutseligs offenen Charakters, gemischt mit einem stets heiteren Humor von seltener Originalität allseitig gesucht — seiner großen Biederkeit und Herzensgüte halber gegen Alle auch von allen Klassen der Bevölkerung seiner Vaterstadt geliebt und nunmehr betrauert wird, verschied in einem Alter von nahezu 66 Jahren am 29. v. Mts. Mittags 1 Uhr an einer Unterleibskrankheit. Wenn wohl Einem, so konnte man nach menschlichem Denken diesem rüstigen Greise ein Alter bis zu den äußersten Marken der menschlichen Lebensdauer prophezeihen — doch nach göttlichem Lenken ward seinem Leben ein früheres Ziel gesetzt.

Nach einem nur dreitägigen Krankenlager entschlief er sanft und selig, ruhig dem Tode ins Auge blickend, der seinem strebsamen Geiste von jeher nur als der einzige Löser der dem Menschen unerforschbaren Räthsel galt.

Unermüdlich strebsam war wohl der Geist eines Mannes zu nennen, der 35 verschiedene schätzbare Werke über Medizin, Jurisprudenz, Philosophie und Philologie schuf — Werke, die nicht nur seine außerordentliche Produktivkraft bekunden, sondern auch durch ihre Vorzüglichkeit seinem Namen eine längere Dauer sichern, als sein Leben währte — und selbst, daß, nachdem er so fast alle Gebiete des menschlichen Wissens durchwandert, er zuletzt bei den Himmelsräumen verweilte und sein letztes Werk „die Symbolik der Himmelskörper" in dem Augenblick sich unter der Presse befindet, als der Verfasser selbst in jene höheren Regionen abgerufen ward.

Unter seinen früheren vorzüglichsten Werken nennen wir nur: „Gerichtliche Medizin, allgemeine Pathologie, Magazin für Seelenkunde, gerichtliche Anthropologie, die Realien in der Odyssee und Ilias, das Werk „zur Bibel", die Symbolik und Mythologie der Natur."

Viele seiner ausgezeichneten Werke erlebten mehrfache Auflagen und Uebersetzungen ins Französische, Englische, Dänische, Italienische und Russische.

Daher kam es auch, daß der Verblichene nicht nur in gerechter Würdigung seiner allseitigen literarischen Verdienste mit dem Verdienstorden vom heil. Michael, desgleichen mit der griechischen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft geschmückt wurde,

Digitized by Google

Geschwader aus, deren Oberbefehl Albini übernehmen soll (wenn auch nicht zu sofortigem Angriff, doch bereit, den ersehnten Zeitpunkt rasch zu nützen); die salafistische Pforte, welche bisher so wenig Besorgnisse für ihre albanesische Küste an den Tag legte, sendet eine Schiffsdivision ins adriatische Meer; in Griechenland wird der alte Admiral Kanaris Kabinetspräsident, er, der einstige gemeine Matrose, der verwegene Brandertührer, der das türkische Admiralschiff in die Luft sprengte, der glühende Türkenhasser, der Schwärmer für ein Großhellas, so weit die griechische Zunge reicht! Man muß wissen, welch ein inniges Bindungsmittel die Religion zwischen den Griechen und Südslaven ist." (Nach dem „Journ. des Déb." bereitet das Mazzinistische Komité von Genua einen neuen Schlag vor. Man spricht von Anwerbungen, Waffenankäufen ꝛc. ꝛc. Das Ziel der deabsichtigten Expedition sey nicht bekannt, aber die Absicht selbst stehe fest. Es befinden sich in Genua 12 bis 1500 Polen und Ungarn, stets zu Abenteuern bereit. Die Turiner Regierung setzt diesen Projekten keinen ernsten Widerstand entgegen, da sie, wenn sich's macht, ganz geneigt ist, sie für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Uebrigens bezweifeln wir doch, ob selbst die heißblütigsten Italiener den jetzigen Augenblick im Ernst als günstig für derartige Pläne ansehen. Gewiß mag viel werden, aber von da bis zum Thun ist ein weiter Weg.)

— Zur Kupfergeldfrage, die bekanntlich bereits zu kleinen Krawallen in Verona, Venedig und Mantua geführt hat, wird uns geschrieben: der Grund dieser Unzusammlichkeiten sey darin zu suchen, daß sich bei der Bevölkerung die falsche Furcht eingeschlichen habe, es solle das zirkulirende Kupfergeld für ungültig erklärt werden, weil die Regierung mit der Absicht umgehe, eine neue Kupferscheidemünze im lombardo-venetianischen Königreiche einzuführen. Die Kalamität ist um so größer, als Venetien reichlich mit dem vierfachen Betrage desjenigen Kupfergeldes, dessen es wirklich bedarf, überschwemmt ist. Man rechnet, daß die Provinz etwa eine halbe Million Kupfergeld brauchen kann; es lassen daselbst aber mehr als 2 Millionen um. Die unpraktische Verfügung, durch welche in diesem Königreiche und in den, der Papiergeldwährung unterworfenen Ländern ein und dieselbe Kupfermünze eingeführt ward, mußte sich begreiflicherweise dadurch rächen, daß diese Scheidemünze Gegenstand der Spekulation und massenweise dorthin importirt wurde, wo die Silberwährung bestand. Außerdem ist neuerdings das österreich. Kupfergeld in der piemontesischen Lombardei außer Kours gesetzt und fließt daher auch von dort nach Venetien zurück. So ist es daher in Folge der gegenwärtigen Panique dahin gekommen, daß für einen Silberguldren 125 bis 130 Neukreuzer gezahlt werden; ja die und da wird die Annahme des Kupfergeldes geradezu verweigert. Die Preise der nothwendigsten Lebensmittel sind fühlbar gestiegen; und wie zur Zeit des Zwangskourses der Banknoten fragt der Verkäufer, ehe er seinen Preis stellt, ob er in Silber oder in Kupfer bezahlt werden soll.

Frankreich.

Der „Moniteur" bringt das Resultat der Volkszählung von 1861. Die Gesammtbevölkerung betrug 37,382,225. Männer 18,642,504, darunter verheirathete 7,503,024, Wittwer 928,724; Frauen 18,739,721, verheirathete 7,457,115, Wittwen 1 Mill. 795,065.

Italien.

In Italien macht die Verhaftung von drei Gerichtsboten Aufsehen, die in Neapel auf der That ertappt wurden, während sie im Palazzo Gravina die Hypothekenarchive in Beand zu stecken suchten. Diese drei Gerichtsboten gehörten noch der bourbonischen Regierung an; bei ihrer Festnahme vertheidigten sie sich mit Revolvern. Man ist auf die Untersuchung sehr gespannt.

Von Sizilien sagt ein Schreiben des „Volksboten" aus Palermo, 26. Januar: Wir leben hier in fortwährendem Alarm; Banden davongegangener Konstribirter durchziehen das Land und die Dörfer; die Truppen machen, wo sie können, Jagd auf sie und bald werden 2, 6, auch wohl 12 dieser jungen Leute hier eingebracht und dann erschossen. (F.) Andererseits ist das Mazzinistische Komité sehr rührig und hat eben ein Manifest voll revolutionärer Erklärungen erlassen. Man befoegt eine große republikanische Bewegung. Die Turiner Regierung vermehrt ihre Truppen bei uns, so viel sie kann. Der Polizeidirektor ist an Hellem Tage ermordet worden.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 3. Febr. In Folge von Umtrieben der aufrührerischen Bauern sind mehrere Dörfer in Bewegung. Die Bauern wollten am 24. Januar nach Bucharest und haben am 25. Januar den Unterpräfekten Notaras, welcher sie aufhalten wollte, erschlagen, sowie einen andern Beamten mißhandelt. Fürst Kusa hat den Bauern Truppen entgegengeschickt, um dieselben gewaltsam aufzuhalten.

(Tel. d. Fr. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 1. Febr. Das Regierungsblatt bringt, in Folge der von ausländischen Zeitungen bestrittenen Thatsache: daß Bialobrzeski sich niemals an die Gnade des Kaisers gewandt, auch niemals das Singen der verbotenen Lieder in den Kirchen als eine Profanation der letzteren bezeichnet habe", ein langes (bereits erwähntes) Bekenntniß Bialobrzeskis vom 20. Nov. (2. Dezember) v. J., welches derselbe beim Kriegsgericht niedergelegt hat. Es enthält blos Schriftstücke nicht nur das Bekenntniß, daß in den ihm vom Kriegsgericht vorgelesenen Verhandlungen seine sämmtlichen Vertheidigungsgründe kreuzlich wiedergegeben sind, und daß er seine Geständnisse durchaus ungezwungen und freiwillig abgelegt habe, sondern sagt ausdrücklich, daß Diejenigen, welche die bekannten Lieder singen, damit Gott nicht loben, vielmehr dadurch die Kirchen profanirt haben, und bittet auch, in Rücksicht auf sein Alter und seine geschwächten Kräfte, um Barmherzigkeit und Gnade. Bialobrzeski befindet sich in der Festung Bobruisk. Die beiden Pröpste Siecki und Wyszynski sollen ebenfalls zu Festungsstrafe verurtheilt worden seyn, und dieser Tage von der Citadelle nach ihrem Bestimmungsort abgeführt werden. Die Verhaftungen nehmen kein Ende und jede Woche werden der Citadelle neue Bewohner zugeführt.

---

sondern auch höchst schmeichelhafte Handbillets der dem wissenschaftlichen Streben holden Könige Max I. und Ludwig von Bayern, Königs Otto von Griechenland, Königs Friedrich Wilhelm von Preußen unter seinen Papieren aufweisen konnte, sondern auch in der ehrenvollen Weise die Diplome als ordentliches und Ehrenmitglied erhielt von den medizinischen, chirurgischen, physikalischen und naturforschenden Gesellschaften zu Moskau, Neapel, Paris, Straßburg, Kopenhagen, Jassy, Berlin, Zürich, Münster, Bonn, Erlangen, Würzburg, Marburg, Jena, Altenburg, Dresden, Frankfurt ꝛc.

Nicht minder hat denselben der liberale Prinz Karl von Bayern durch Uebersendung seines Bildnisses geehrt.

Professor Johann Baptist Friedreich war geboren zu Würzburg am 19. April 1796, Sohn des bayerischen Hofrathes und Professors der Universität Würzburg Dr. Nikolaus Anton Friedreich. Nach dem Besuche mehrerer Universitäten und nachdem sich derselbe bereits als Student durch Lösung wissenschaftlicher Preisfragen ausgezeichnet, desgleichen bei der im Jahre 1825 in Halle ausgebrochenen Epidemie besonders hervorgethan hatte, erhielt derselbe bereits in dem jugendlichen Alter von 24 Jahren die erste Anstellung als außerordentlicher und im Jahre 1830 als ordentlicher Professor der Medizin an der Universität seiner Vaterstadt.

In dieser Stellung wirkte er fast dem rühmlichsten Erfolge, bis derselbe im Jahre 1832 zugleich mit seinen Kollegen, den Professoren Cucumus, Berks, Seuffert ꝛc. in Folge der damaligen politischen Verhältnisse seines bisherigen Wirkungskreises enthoben und ihm mit Beförderung seiner Rangverhältnisse das Physikat Weißenburg übertragen ward.

Verschiedenen in dieser Zeitperiode an ihn gelangten ehrenvollen Rufen an Lehrstühle auswärtiger Universitäten leistete er aus wahrer Liebe für sein Vaterland keine Folge.

Im Jahre 1838 ward demselben auf sein Ansuchen das Physikat Straubing, desgleichen im Jahre 1843 daselbe in Ansbach verliehen, bis er im Jahre 1850 zugleich mit dem Physikate Erlangen in seine frühere Thätigkeit als Professor dieser Universität zurückversetzt wurde. Hier war er nun mit nicht minder ruhmvollem Eifer bis im Jahr 1855 thätig, in welchem ihm der wohlverdiente Ruhestand zu Theil wurde und er alsdann nach Würzburg zog, um den Abend seines Lebens dort zu verbringen, wo ihn der Morgen zuerst begrüßte.

Als rühmende Anerkennung seines vielseitigen Wirkens als Arzt und Lehrer bekundet die allgemein sich zeigende Theilnahme, die sich nicht nur allein in seiner Vaterstadt, welche stolz auf diesen Mann seyn durfte, sondern auch in den weitesten Kreisen äußert.

Friede seiner Asche!

Digitized by Google

Volkswirthschaftliches.

München, 3. Febr. Wie sich aus dem „Geschäftsberichte des Direktors der bayerischen Ostbahnen pro 1860/61“ ergibt, betrugen bis zum Schlusse dieses Jahres: I. Die Einnahmen 55,608,429 fl. 51 kr.; hiezu die noch weiter zu erzielenden Einnahmen 1) der noch nicht einbezahlte Theil des Aktienkapitals mit 8,756,460 fl., 2) aus ständigen Zinsen 36,500 fl., Gesammteinnahme 64,401,389 fl. II. Ausgaben bis Schluß 1860/61: 44,288,427 fl. 493/4 kr.; weitere Ausgaben von da ab: 1) zur Verzinsung des Aktienkapitals 664,400 fl., 2) für die Administration circa 37,100 fl., 3) zur Bestreitung der Restzahlungen an Bauunternehmer rc. 3,822.842 fl. 29 kr., Gesammtausgabe 48,812,170 fl. 183/4 kr. und ergibt sich demnach ein verfügbarer Ueberschuß von 15,589,219 fl. 325/4 kr. Was die finanziellen Ergebnisse betrifft, so sind diese für das Jahr 1859/60 jetzt definitiv abgeschlossen; die Gesammtkosten für die in diesem Jahre betriebenen 71,3 geometrischen Stunden waren auf 25,953,200 fl. und mit Bezug auf den erzielten Ueberschuß eine reine Rente von 4 8/10 pCt. berechnet, während sich im Vorjahr nur eine Rente von 3 1/2 pCt. ergab. Minder günstig sind dagegen wieder die Betriebsergebnisse des Jahrs 1860/61, für welches indessen die definitive Abrechnung noch nicht vorliegt. Es berechnet sich vorerst für dieses Jahr wieder nur eine Rente von 3 1/2 pCt., wozu bemerkt wird, da die Ziffer des Ueberschusses noch nicht definitiv festsehe, „so wollen wir uns in diesem Berichte vorerst noch jeden weiteren Theils enthalten, können jedoch nicht verhehlen, daß zum Theil die ungünstigen Verkehrsverhältnisse dieses Jahres an dem weniger befriedigenden Ergebniß Schuld tragen. Wir sind jedoch zu der Annahme berechtigt, daß daß durch die mittlerweile zu Passau und Furth errichteten Bahnanschlüsse in den Betriebsresultaten ein nachhaltiger Umschwung zum Bessern eintreten werde.“ (A. Abdz.)

Berlin. Die jetzigen Zustände in Amerika sollen bereits auch auf den hiesigen Geldverkehr sehr empfindlich zurückwirken. Namentlich soll ein hiesiges namhaftes Geld-Institut dadurch einen harten Schnitt ins Fleisch — man spricht von 300,000 Thlrn. — erhalten haben. In amerikanischen Geldgeschäften hört die Gemüthlichkeit auf!

Einem Madrider Telegramm vom 1. Febr. zufolge wurde die Regierung im Kongreß über die Ursache der ungünstigen Gerüchte interpellirt, welche über drei Kreditanstalten zirkulirten. Der Finanzminister erklärte, daß diese Gerüchte verleumderischer Natur seyen; es desanden sich die erwähnten Anstalten in einem geordnetlichen Zustand.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. Febr. Die Generaldirection der k. Verkehrs-Anstalten läßt heute amtlich bekannt geben, daß der Personen- und Frachtverkehr zwischen Wien-Linz-Salzburg durch Hochwasser auf einige Tage unterbrochen ist. Von Salzburg trafen die Züge leither regelmäßig hier ein. (Ausländ. Abdz.)

Gestorben: in Nürnberg J. Allertshammer, k. Posthalter.

Hannover, 3. Febr. Der König hat dem Komite für das Maschner-Denkmal 1000 Thlr. anweisen lassen.

Darmstadt, 3. Febr. Auf Betreiben des Staatsanwalts wird die Ausgrabung und Untersuchung des Leichnams der im Jahr 1851 verstorbenen ersten Ehefrau des Angeklagten Jakoby nunmehr gleichfalls stattfinden. (F. A.)

Neueste Nachrichten.

München, 5. Febr. Der im Präsidialbureau der Kammer der Abgeordneten während des letzten Landtages beschäftigt gewesene Appellationsgerichts-Accessist Wechsel ist als Hilfsarbeiter in das Staatsministerium der Justiz einberufen worden. (Süd. Z.)

München, 5. Febr. St. Maj. der König hat den Rechtspraktikanten M. A. Frhrn. v. Welten-Großlaupheim auf sein Ansuchen zum Kammerjunker ernannt. (R.M.Z.)

Berlin. Die preußische Kronprinzessin steht im Mai v. J. ihrer Niederkunft entgegen, weshalb dieselbe ihren Aufenthalt in London nur auf sechs Wochen ausdehnen und auch der Vermählung ihrer Schwester, der Prinzessin Alice, nicht beiwohnen kann. Der Fürst von Hohenzollern, preußischer Ministerpräsident, der aus Gesundheitsrücksichten den Winter in Hyères zubringt, ist plötzlich erkrankt und der Leibarzt der Königin, Geheimrath Dr. Bekren, von Kobienz telegraphisch zu ihm beschieden worden.

Aus Wien geht der „Allg. Ztg.“ folgende Notiz zu: „Aus guter Quelle verlautet, daß Oesterreich in der kurhessischen Angelegenheit einen entschiedenen Schritt zu thun beabsichtige. Es soll sich um Maßregeln handeln, wodurch die Verfassung von 1831 zur Geltung gebracht werden kann.“

Der französische Admiral Bonard hat in Cochinchina bedeutende Erfolge errungen. (Ltl.d.Schw.M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. 8. b. K.)	—
„	5 pCt. Loose. dito.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. Rt.	70 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58 1/2—3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligationen.	47 3/4 G.
„	4 1/2 pCt.	42 3/4 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preußen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 3/4 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. ljahr. dto.	104 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	104 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Baden	4 pCt. Obl. Obl.	103 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	103 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl. dto.	92 3/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	47 3/4 P.
„	2 pCt.	23 3/4 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 200 Thlr.	100 3/4 P. 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1163/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	668—69 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	163 1/2—65 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 200	206—1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	86 1/2—86 G.
Taunus-Eisenbah. à fl. 250 . . .	241 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	64 1/4 P.
Oest. F.St. Eisb. b.Pct. à 200 Kr.	240 P.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	110 3/4 P.
„ Eisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	74 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z	26 P. 25 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130 1/2 G.
Pfälz. Mmb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	93 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	247 P. 246 1/2 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	440 G.
Bayr. Vereinsb à 4 1/2 pCt. vollenbez.	107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103 3/4 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. k. 100 L. F.	91 1/2 G.
Augsb. f. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Bremn. 80 Th. Lad. k.S.	96 1/2 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 3/4 G.
Leipzig Th. 60 L. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	117 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. k.S.L. 250 k. S	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/2 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84 1/4—3/4 G.
Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	97 P.
„ fl. 250r. 1864 mit 4pCt.	64 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	63 3/4—64 1/4 G.
„ fl. 100 Rieb. l. v. 1858.	105 G.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	102 3/4 P.
Mailand-Como fl. 44	—
Badische fl. 50	92 1/2 P.
Badische fl. 35	35 3/4—36 G.
Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	57 P. 56 3/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132 1/4 G.
„ fl. 25 do.	39 1/4 G.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
Sardinien Fr. 36 b. R.	53 1/4 P.
St. Lüttich m. 21 1/2 pCt. Z	37 P.
Vereins-Loose fl. 10.	19 1/4 P.
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 1/2 P.

Frankfurt, 5. Februar. Bei fortdauernder Kauflust nahmen öfterr. Fonds und Industrie-Aktien abermals einen Aufschwung. Von Anlehenslosen waren besonders öfterr. 500 fl. Loose von 1860 begehrt; in diesen und in Kreditaktien fand der meiste Umsatz statt. Von sonstigen Industrie-Effekten wurden Darmstädter und mitteldeutsche Kreditaktien zu besseren Kursen verhandelt. Wechsel auf London, Paris und Wien begehrt und höher.

(Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Dem guten König, dem Vaterland für Wahrheit und Recht.

Vorausbezahlung Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Auftragen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher Klemet	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 5 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag,
№ 38.	59. Jahrgang.	7. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Wien, 2. Februar. Daß die Weigerung der deutschen Regierungen durch die Bundestagserklärung in der Bundesreformsache sich nicht eben angenehm dadurch fühlen würde, war leicht zu ermessen. Und da es bekanntlich aus dem Worte schallt, wie man in denselben hineinruft, so ist nun eine natürliche Folge jener Erklärungen, daß sie Gegenerklärungen hervorrufen. Man hört nun auch von einem bereits in Berlin unternommenen Schritt in dieser Richtung, und es dürfte schon in einigen Tagen Näheres darüber verlautet. (Siehe Anzeiger.) (A. Z.)

Bayern. München, 5. Febr. Unter den zahlreichen Freunden des gestern gefeierten Ministerialrathes v. Wolf befindet sich Zweifel, daß derselbe sein frühes Ende durch die Uebernahme der Generalverwaltungsdirektorstelle herbeigeführt hat, da dieser Posten in Folge der in das Etatswesen gebrachten Komplikation des Militärrechnungswesens einer der schwierigsten ist. Die jüngeren Militärbeamten wünschen daher auch nichts sehnlicher, als daß sich das Gerücht bestätigen möge, wonach Hr. Heinzelmann möglichst mit einem Ordinariatsposten provisorisch beschäftigt werden, welches für das ganze Heer Gelegenheit geben soll, Auch ältere und höhere Militärbeamte erkennen dieses höchst dringende Bedürfniß an, während andere freilich sich ängstlich den Tag entgegensehen, an welchem sie aus ihrem zu Gewohnheit gewordenen lukrativen Geschäftsgang herausgetreten sollen. (A. Z.)

Das dem Maschinenschlosser J. Schmelz von München unterm 16. Januar 1857 verliehene und bis dahin 1862 laufende Privilegium auf Repetitions-Multiplum-Wagen wurde für den Zeitraum von einem Jahre, vom 16. Januar 1862 anfangend, verlängert.

△ (Zur Frage über die Reorganisation der technischen Schulen in Bayern.) Aus dem jüngst veröffentlichten Allerhöchsten Landtagsabschied für Unterfranken und Aschaffenburg konnte man ersehen, daß die Vorlagen unseres Kreises es für ihre Pflicht hielten, die nothwendigen Folgen der projektirten Reorganisation der technischen Schulen, insoweit sie Unterfranken berühren, in ernste Erwägung zu ziehen, und die Mittel sich erheben den Bestrebungen zur Kenntniß der Allerhöchsten Stelle zu bringen. Wir dürfen den Mitgliedern des Landrathes nur dankbar sein, daß sie nach einer Richtung hin auf die nachtheiligen Folgen der projektirten Reorganisation für die bestehenden Gewerbsschulen hingewiesen haben, indem sie die Befürchtung aussprechen, daß der dritte Kurs der Gewerbsschule in Würzburg eingehen werde. Man hat hiebei nur eine Schule genannt, indem Andeutungen in es aber klar, daß dasselbe Loos allen Gewerbsschulen des ganzen Landes bevorsteht, wenn dieselben in die Stellung treten, die ihnen bei der projektirten Reorganisation zugedacht ist. Zwar wird in dem Landrathsabschiede die genannte Befürchtung dadurch gehoben, daß erklärt wird, die Gewerbsschulen bestünden auch nach dem neuen Schulplane aus drei Kursen. Allein selbst trotz dieser Erklärung ist und bleibt die ausgesprochene Befürchtung des Landrathes nicht blos für die Würzburger Schule, sondern für alle Gewerbsschulen vollständig begründet; und sie kann nur gehoben werden durch eine Aenderung des projektirten Reorganisationsplanes. Nach diesem Plane nämlich haben die künftigen Gewerbsschulen, entsprechend ihrem Namen, lediglich den Zweck, zum Eintritt in das Gewerbe vorzubereiten, es gibt von ihnen keinen Uebertritt an eine höhere technische Lehranstalt. Zum Eintritt in die Gewerbsschule wird das zurückgelegte 12. Lebensjahr gefordert. Soll nun ein Knabe die Gewerbsschule durchmachen, dann kann er erst mit dem 16. Lebensjahre in die Lehre treten. Dies nun mit den Verhältnissen unseres Gewerbsstandes einigermaßen vertraut ist, der wird und bestimmen, wenn wir behaupten, daß mit diesem Alter weder ein Junge Lust hat, in die Lehre zu treten, noch die wenigsten Eltern gewillt sind, die Kinder so lange ohne Beschäftigung zu lassen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, muß ein Junge höchstens mit 14 Jahren in die Lehre treten. Geschieht dieses, dann kann es die Gewerbsschule nicht in drei Kursen, sondern nur in einem Kurse beschaffen, wie es thatsächlich schon jetzt bei sehr vielen Knaben der Fall ist. In die Erfahrung zeigt sogar, daß schon jetzt von den Schülern des zweiten Kurses die Wenigsten in das eigentliche Gewerbsleben übertreten, geschweige erst von denen des dritten Kurses. Wenn also auch in Zukunft die Gewerbsschule drei Kurse hat, so wird sie dieselben nur dem Namen nach haben, da für den dritten Kurs ganz gewiß vielleicht mit sehr geringer Ausnahme die nöthigen Schüler fehlen werden. Und aus diesem Grunde ist die von dem unterfränkischen Landrathe ausgesprochene Befürchtung auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten, und sie kann nur durch eine entsprechende Aenderung des projektirten Reorganisationsplanes gehoben werden.

Die Schützengesellschaft in Neustadt a/S. hat den Anschluß an den deutschen Schützenbund abgelehnt. Die Partei, welche in einer frühern stürmischen Sitzung für den Anschluß gewesen war, hatte sich zur Abstimmung in nur sehr geringer Zahl eingefunden. (K. B.)

Preußen. Eine jetzt viel besprochene Fistular-Verfügung des ehemaligen königlichen Provinzial-Schulcollegiums lautet nach der „Volks-Zeitung“: Die Agitation der Parteien im öffentlichen Leben hat mitunter nicht selten den Charakter aufgeregter und bitterer Leidenschaftlichkeit angenommen. Die sehr verschiedenartigen Zwecke und Persönlichkeiten, denen diese Agitation gelten mag, zu würdigen, ist nicht dieses Orts. Wir finden uns aber verpflichtet, über die Gefahren, welche die Theilnahme an derartigen Agitationen für Männer mit sich führt, deren Beruf die stille und friedliche Arbeit an der Bildung einer aus Familien aller Parteien hervorgehenden Jugend ist, zu den Lehrern unseres Aufsichtskreises zu reden. Nach der einen Seite gefährdet die Theilnahme an Partei-Agitationen die volle Hingebung des Lehrers an seinen eigentlichen Beruf, die Sammlung, ohne welche er demselben nicht genügen kann, und bringt ihn, auch wenn es ihm gelingt, sich selbst von Leidenschaftlichkeit und Bitterkeit fern zu halten, faft unvermeidlich in eine davon bewegte Gemeinschaft. Andererseits hat erfahrungsmäßig die Betheiligung an solcher Agitation für einen Lehrer die Folge, daß sie ihn nur zu leicht zu demjenigen Eifern seiner Schüler, welche einer andern Richtung des öffentlichen Lebens zugethan sind, in eine gespannte, ja feindselige Stellung bringt und daß er mit dem Vertrauen auch das in einem Theile seiner Schüler das Vertrauen leiden sehen muß, von welchem seine intellectuelle wie sittliche Einwirkung auf dieselben bedingt ist. Wie wir bei der Würdigung eines Lehrers auch die erörterten Gesichtspunkte wesentlich im Auge zu fassen haben, so dürfen wir auch erwarten, daß sie kein Lehrer unseres Bezirks außer Acht lassen wird.“

Berlin, 5. Febr. Die Petition des Abgeordnetenhauses beschäftigt heute die Angelegenheit der spanischen Protestanten. Der Regierungskommissär theilte mit, daß der preußische Gesandte in Madrid sofort gegen das Urtheil beim spanischen Ministerium reklamirt und den englischen Gesandten zur Mitwirkung aufgefordert habe. Gleichzeitig habe das hiesige auswärtige Ministerium die englische Regierung zu gemeinschaftlichen Schritten aufgefordert und den Gesandten angewiesen, seine Bemühungen in Madrid fortzusetzen. (K. N.)

* Die Fraktion Grabow, die stärkste und eigentlich ministerielle, hat sich nun, wie vorauszusehen war, doch entschlossen, in den sauern Apfel zu beißen, und die Kosten der vom König verlangten definitiven Umgestaltung, beziehungsweise Vermehrung des Heeres im Betrage von 2 Mill. Thlrn. zu bewilligen, damit nur die liberalen Minister, ihre guten Freunde, die dem König versprechen mußten, dies durchzusetzen, im Amt bleiben können. Die andern

Digitized by Google

Fraktionen des Abgeordnetenhauses werden vielleicht noch eine Zeit lang schreien und lärmen, dann aber es ebenso machen; wir kennen unsere Pappenheimer.

Die Anklage von Spanien bei dem Kronprinzen von Preußen den Sturz des goldenen Vließes betreffend.

Wie die „Köln. Ztg." meldet, ist neuerdings der Befehl ergangen, mit dem Eintritt der besseren Jahreszeit Saarlouis stärker zu befestigen, womit eine Verstärkung der jetzigen Besatzung verbunden sein soll.

Sachsen. In Leipzig beschloß am 30. Januar eine zahlreich besuchte allgemeine Studentenversammlung die Bildung eines südslavischen Flottenvereins. Die Anregung war von den Berliner Studentern ausgegangen, die drei Corps betheiligten sich an der Versammlung nicht, wollen aber 100 Thlr. aus ihren Kassen beisteuern. Das Universitätsgericht hatte nicht gewußt, daß der Aufruf der Berliner Studentenschaft am schwarzen Brett veröffentlicht wurde. (S. Oesterreich.)

Oesterreich. Wien, 1. Februar. Der österr. Kaiserstaat zählt unter seinen Einwohnern nicht wenige, die dem Spiel ihre Opfer bringen; der Staat hat das Lotto in den verschiedensten Formen eingeführt, und seine Erträgnisse figurirten unter den regelmäßigen Einnahmen mit einer solchen Summe, daß Niemand an die Abschaffung denken kann, da gar kein Ersatz zu finden wäre. Alle Kreise, Hoch und Niedrig, sind von der Spielsucht ergriffen und faßt in die Spekulation das ermordete Geld einzelgenen; kauft man Loose, oder setzt in die kleine Lotterie. Das hierdurch die tollsten Geschichte den Spielenden zubereitet werden, versteht sich von selbst. Ein Beamter der Nationalbank hat aus den Notagoaten eine eine zur Durchlöcherung präparirte Appoints und versuchte damit sein Glück in der Zahlen-Lotterie, bis er 300,000 fl. auf diese Art schuldig wurde und nun im Zuchthause seit Bergehen büßt. Allein auch das ungeheure Schicksal großer Treffer ist nicht selten und reizt immer neue Spieler. Ein solcher Gewinn wurde dieser Tage gemacht und dürfte zu den größten Seltenheiten gehören. Einem armen Hausirer träumten Nummern, die ihm sein verstorbener Vater klar und deutlich vorhielt; er verkaufte seine Kleider, und machte auf fünf Nummern eine Einlage von 25 fl. Alle fünf Nummern wurden gezogen und der Gewinn beträgt beinahe 300,000 fl. Der Gewinner heißt Brauer. Man weiß sich keinen ähnlichen Glücksfall in der kleinen Zahlen-Lotterie zu erinnern, und das Ereigniß drängt alle Politik und alle Finanzplane in den Hintergrund. (Köln. Z.)

Wien, 2. Februar. Kürzlich meldete die „Unita Italiana", daß die Regierung in Turin abermals 300,000 Frs. zur Subventionirung auswärtiger Zeitungen abgeschickt habe; und daß diese Nachricht auf gutem Grunde beruhte, wurden wir sehr bald gewahr. Die in Verbindung mit Turin stehenden Blätter eröffneten ihr Kreuzfeuer gegen Oesterreich mit frischem Eifer. Veranlassung hiezu mußten die Kundgebungen der Armee während der Anwesenheit des Kaisers in Venetien bieten. Krieg gegen Oesterreich ist das Losungswort der Italiener. Sie kündigten und die Eröffnung des Feldzugs zum Frühjahre an und der Ministerpräsident Baron Ricasoli erklärte im Parlament und in Zirkulardepeschen die Nothwendigkeit eines Krieges zur Eroberung Venetiens, ja, seine Unterhandlung mit dem Grafen San Martino wegen Uebernahme des Portefeuille des Innern gerichtig sich nur deßhalb, weil dieser Staatsmann forderte, den Kriegsfärm ein Ende zu machen und alle Kräfte auf die Konsolidirung des neu geschaffenen italienischen Königreichs zu verwenden. Es war daher nichts natürlicher, als der Kaiser von Oesterreich seinen Soldaten sagte: es stehe ihm ein Kampf bevor, und er erwarte von ihnen, daß sie neue Beweise ihrer altbewährten Treue und Tapferkeit geben würden. Das Heer hat die ihm eröffnete Aussicht mit Begeisterung begrüßt; und das ausbrechende kriegerische Feuer zu dämpfen, würde bei den vorangezeigten Umständen nur widersinnig gewesen seyn. In Turin aber verbreitete dieser furor teutonicus Schrecken. An Worten fehlt es den italienischen Ministern nicht, wohl aber an Soldaten, die sie uns gegenüber stellen könnten, zumal ihre besten Truppen in Neapel und Sizilien beschäftigt sind und dort nicht entbehrt werden können. Man greift also nicht zum Schwert, um Oesterreich abzuwehren, sondern zur Feder. Der Kaiser wird beschuldigt, einen Feldzug für die Reaktion im Sinne zu haben; er wolle den Absolutismus ebenso im eigenen Reiche, wie in Italien herstellen und habe bei seiner Rückkehr nach Wien von den Ministern 250 Mill. für den Krieg gefordert. Die Angriffe richten sich dahrer gegen den Staatskredit Oesterreichs, das dem Bankerott nur entgehen könne, wenn es Venetien verkaufe. Der ganze Lärm ist nichts als ein unndthiges Angstgeschrei. Wohl ist der Kaiser erbittert über die fortwährenden Provocationen, die ihn nöthigen, beständig Gewehr im Arm am Rincio stehen und darauf die besten Geldkräfte seines Reichs zu verwenden. Halt man den Kaiser denn aber wirklich für so dummköpfig, daß er glauben könnte, mit Oesterreich gegen Italien wenne ohne die Einwilligung Frankreichs vorübergehen? Jedermann wüßte sich darüber nur langer Kaiser aussprechen, den unsere Franzosen nicht zu ertragen vermögen. (Selbst die von der „Times" gemeldete angeblich Aeußerung des Kaisers, die nur von einem Vertheidigungskrieg handelte [s. den gestrigen Anzeiger], dürfte auf die nämliche Quelle zurückzuführen seyn. (Schwäb. M.)

Wien, 3. Febr. Die Berliner Studentenschaft hat auch an die hiesige Universität einen Aufruf zu gemeinschaftlichen Sammlungen für die „deutsche Flotte unter preußischer Führung" mit dem Ansuchen ergehen lassen, denselben an das schwarze Brett zu heften. Da derselbe hiezu das Visa des Rektors bedurfte, so wendeten sich mehrere Studenten mit einem schriftlichen Gesuch an diesen, den Ritter von Ettingshausen, welcher dahrder an das Ministerium des Aeußern berichtete. Dieser Tage wurde nun von Seite des Dekanats den Petenten eröffnet, daß ein hohes Staatsministerium sich „nicht bestimmt gefunden habe, dem Gesuche wegen Einleitung einer Sammlung von Beiträgen unter den Studenten der hiesigen Hochschule, über den an sie gelangten Aufruf des Studentenausschusses der Berliner Studentenschaft eine Folge zu geben." (Man kann das nes ihnen. Regierung gerade nicht verargen; wir meinen aber, sie hätte am Ende besser gethan, die Sache ruhig ihren Gang gehen zu lassen; der Erfolg wäre sicher doch nur ein geringer gewesen. S. Prag.)

Prag, 27. Jan. Die Frage deutschen Studenten erhielten von den Studierenden der Berliner Hochschule vorige Tage eine Aufforderung, sich an den Sammlungen für die „deutsche Flotte unter Preußens Führung" zu betheiligen. Die deutschen Studenten Prags antworteten mit einer Adresse, in der sie den Berliner Kollegen Gruß und Handschlag entbieten, zugleich aber auch das Bedauern aussprechen, den gefordertem Antheil nicht nehmen zu können, so sehr sie auch die Sammlungen für die deutsche Flotte und den Eifer, mit dem sie betrieben werden, billigen; denn die deutschen Studenten Prags werden gegenwärtig von ganz andern Interessen in Anspruch genommen, und überdieß würden sie eines solchen Sammlung nur dann ihre Betheiligung angedeihen lassen, wenn es sich um die Gründung einer Flotte handelte, die vereint unter Oesterreichs und Preußens Führung nicht blos zum Schutze der Nord- und Ostseeküsten, sondern auch der der Adria diente." Die Adresse, die heute abgesendet wird, ist von den Senioren der Burschenschaften und den Präsidenten der deutschen Leselhalle unterzeichnet. (C. Oest. Z.)

Wien, 5. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses (der ersten nach sechswöchentlicher Verlagung) gab der Finanzminister Erklärungen über die Deckung des Defizit. Er hofft ein baldiges Zustandekommen des Uebereinkommens mit der Nationalbank. Die Regierung sey aber unabhängig hiervon auf die Herbeischaffung von Geldmitteln bedacht. Der Ertrag von nahezu 150 Mill. Werthpapieren (welche der Bank als Pfand für ihre Forderung an den Staat übergeben worden waren ann jetzt deshalb werden sollen) und Anleihe seyen zu gleicher Zeit unmöglich. Neue Auflagen von Steuern für 1862 seyen unpraktisch. Es wurde daher beschlossen, den Preis des Salzes, die Stempelgebühren, die Verbrauchsabgabe des Rübenzuckers und die direkten Steuern zu erhöhen, wodurch eine Mehreinnahme von 32 Millionen erzielt werde. Die betreffenden Gesetzentwürfe hofft der Finanzminister bis Mitte Februar vorlegen zu können. Schließlich theilt er noch mit, daß die wirklichen Ausgaben des ersten Quartals pro 1862 um 15 Millionen hinter den veranschlagten zurückgeblieben seyen. (L. d. Fr. Postz.)

= Im letzten Ministerrath ist die Summe, mit welcher die kaiserl. Regierung die Beschickung der Londoner Industrie-Ausstellung fördern will, auf 200,000 fl. fixirt worden.

Krakau, 3. Febr. In Folge des jüngsthin an dem Prof. Hülsenbeck verübten Attentats ist die Schließung der sechsten Gymnasialklasse angeordnet worden. Es sollen bestimmte Anzeichen vorhanden seyn, daß dem Attentate, nicht, wie anfänglich vermuthet, eine individuelle Böswilligkeit, sondern vielmehr eine förmlich organisirte Konspiration der betreffenden Schülerklasse zu Grunde liegt. (Oest. Z.)

= Venedig, 2. Febr. In Mestre bei Venedig wurde am 30. Januar eine geheime Schnellpresse entdeckt, welche zur Anfertigung revolutionärer Proklamationen benützt worden ist. Es befand sich eben ein solches Schriftstück im Satz; auch wurden viele Lettern konfiszirt, deren Kaliber genau dasselbe ist, wie das derjenigen, mit welchen die Aufrufe des Comitato veneto gedruckt sind. Tags darauf begab sich ein Tribunalsrath mit dem Staats-

Digitized by Google

anwalt und einer gerichtlichen Kommission an Ort und Stelle und ließ dort die Verhaftung der verdächtigen Personen vornehmen. — Auf die Bestellung wegen des Kupfergeldes soll die Antwort des Finanzministeriums dahin lauten, daß die Einführung einer neuen Kupfermünze für das lombard.-venetianische Königreich im Betrage von einer halben Million bevorstehe. Auf diese Weise würde ein Viertel des dort zirkulirenden Kupfergeldes eingelöst werden; was mit den übrigen drei Vierteln geschehen soll, darüber werden nachträgliche Verfügungen erfolgen. — Seit einigen Tagen treffen in Venedig zahlreiche Familien aus Mailand ein, wo die gegenwärtig herrschen sollen, weil Arbeitsmangel, Noth und Unzufriedenheit unter den unteren Volksklassen einen sehr hohen Grad erreicht haben.

Dänemark.

Wie Briefe aus Holstein bestätigen, verwandelt Dänemark das südliche Schleswig durch die umfassendste Anlage von Befestigungen und massenhafte Zufuhr von Munition und Kriegsvorräthen aller Art in ein förmliches Feldlager.

Schweiz.

Der Sturz des bisherigen, mit Frankreich sympathisirenden Regierungsrathes in der Waadt ist für die Schweiz von Bedeutung. Der neue Staatsrath besteht aus Männern, welche lange in der Opposition waren. Als Aufgabe der neuen Regierung wird von ihr selbst bezeichnet: die Heilung innerer Wunden, welche das gestürzte System dem Lande geschlagen, und dann der offene und ehrliche Wiederanschluß an die Eidgenossenschaft. „Ja (rief ein Mitglied des neuen Staatsraths bei einem Volksfeste) jetzt wollen wir wieder von Bern, nicht von Paris Befehle empfangen!“ In Lausanne ist die Wahl der neuen Regierung mit Kanonendonner, Glockengeläute und Illumination gefeiert worden.

Frankreich.

Paris, 6. Februar. Der „Moniteur“ bespricht in seinem Tagesbericht (nicht amtlich) die Auslegungen, welche die mexikanische Angelegenheit von verschiedenen Seiten erfahren habe, und sagt: „Es existirt für die interventionten Mächte die Nothwendigkeit, das begonnene Werk den Wünschen der Mexikaner gemäß zu vollenden, indem sie eine starke und dauernde Regierung gründen, mit welcher Europa dauerhafte Verbindungen anknüpfen kann.“ (Das deutet darauf hin, daß außer dem veröffentlichten Vertrag, worin jede Aenderung in der Verfassung Mexiko's ausgeschlossen war, zwischen den drei interventionten Mächten noch ein geheimer Vertrag besteht, der diesen Punkt betrifft.)

Die „Opinion nationale“ steht sich genöthigt, gegenüber der äußerst beredten Protestation einer Frau (Marie Louis, Notenstecherin) gegen die von dem gedachten Blatt erhobenen Einwände in Beziehung auf die Arbeit der Frauen in den Druckereien eine bedeutungsvolle Erklärung abzugeben. Die Lage der Frauen, sagt die „Opinion nationale,“ sey gegenwärtig bedauernswürdig, und zwar auf allen Stufen der socialen Leiter. „Die Gewohnheiten des Luxus haben in den höhern Klassen für die Frauen dieselbe traurige Wirkung wie das Elend in den untern. Ungeheure Reichthümer, unerschöpfliche Hülfsquellen, eine volle und schädliche Vertheilung beider, eine seltsame Mischung von Luxus und Mangel, von Luxus der sich vordrängt und von Elend das sich verbirgt; Sardanapalismus oben, Parasitenthum in der Mitte, Unwissenheit und Elend unten, das ist die Bilanz unserer Gesellschaft.“ Nie ist der schreckliche Zerfall der Gesellschaft, den der 2. Dezember herbeigeführt hat, in schärferer Weise gezeichnet, und daraus eine furchtbarere Anklage gegen das Kaiserreich geschmiedet worden, als durch dieses Bekenntniß eines ultra-bonapartistischen Blattes.

Italien.

Turin, 1. Febr. Der Eindruck, den die Altenstücke des französischen gelben Buches auf das italienische Volk gemacht, hat sich jetzt hinlänglich ausgeprägt; es ist unläugbar, daß die große Masse der Nation sehr wenig von denselben erbaut ist. Mit südlicher Heißblütigkeit hatte man auf eine Art Ultimatum der Tuilerien an den römischen Hof gerechnet und findet nur eine Mahnung an die römische Kurie, mit den vollendeten Thatsachen zu transigiren und sich ihnen anzubequemen. So findet man sich denn getäuscht und diese Enttäuschung trägt nicht zur Erhöhung der Popularität des Kabinets bei. (K. Z.)

* Die Angabe Turiner Blätter, daß Msgr. Carli, den sie als einen Agenten des Kardinals Antonelli bezeichnen, in Florenz verhaftet worden sey, ist dahin zu berichtigen, daß Msgr. Carli in Livorno gegenwärtig eine 50tägige Gefängnißhaft erstehe, zu der er im vorigen November vom Gericht 1. Instanz verurtheilt worden war, weil in der Art, wie er religiöse Dogmen lehrte, ein Angriff gegen die piemontesische Regierung gefunden wurde.

Aus Mailand, 2. Febr., wird der „Allg. Z.“ geschrieben: Das Comitato di Provveditanto generale hat in Mailand, Turin und Brescia Werbebureaux für freiwillige eröffnet. Die Angeworbenen erhalten 10 Franken auf die Hand und empfangen 1 Fr. täglich bis zum Tage ihrer Abdankung zu ihrer Verfügung. Man will behaupten, daß Garibaldi diese Maßregel nicht gutheiße. Doch sind wir sicher, daß alles dieß nach seinen Befehlen und mit der Zustimmung der piemontesischen Regierung geschieht. Es sind die gewöhnlichen Komödien, die der Expedition von Marsala vorangingen; man läßt die Abenteurer figuriren; aber in Turin hat die Hand ihren Sitz, die dieselben bezahlt, und in Paris jene, die sie bewegt. Diesmal möchten wir doch glauben, daß die Werbungen nur von Turin, nicht aber von Paris aus begünstigt werden.) Sollte Garibaldi wirklich eine Expedition an die albanesische und dalmatinische Küste wagen, so sind wir gewiß, daß er kein zweites Marsala finden wird. — Klapka und Türr, die sich in Paris befanden, sind der erste in Genua, der letztere in Turin angekommen. (Dichtung oder Wahrheit?)

(Klage wegen Erpressung (Bestechung?).) Gegen den Generalsekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Herrn Boschi, ist bekanntlich eine Untersuchung anhängig gemacht worden, in Folge deren er seine Entlassung einreichte oder einreichen mußte. Herr Boschi soll sich von den Unternehmern der Eisenbahn von Mortara nach Bereelli für die Ausweirkung der Konzession eine Summe von 150,000 Frk. haben anzahlen lassen. Drei Monate später starb der eine Unternehmer, Gianoli, und der andere, Ferranti, der sich nur im Vertrauen auf die Geschäftskenntniß seines Kollegen auf das Projekt eingelassen hatte, wollte jetzt von der Konzession zurücktreten. Die Söhne Gianoli's gestanden ihm aber, daß sie dann ruinirt seyn würden, weil ihr Vater für die Konzession 150,000 Frs. gezahlt habe. Sie zeigten ihm zugleich den Empfangschein. Boschi stellte zuerst die ganze Sache in Abrede. Als er indessen erfuhr, daß der Empfangschein noch vorhanden sey, gab er an, daß er diese Summe von den Konzessionären bei sich habe deponiren lassen, um die Interessen einiger Kommunen seines Wahlbezirks, die sich dadurch an ihn gewandt hätten, zu wahren. Boschi vertrat in der Kammer den Bezirk Mortara. Trotz dieser Angaben wurde seine Sache vor die Assisen verwiesen, und die Verhandlung gegen ihn wegen Erpressung (Bestechung?) steht in Aussicht.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, 4. Febr. Die gegen die Stadt ziehenden aufrührerischen Banden haben sich bei dem Anrücken der Truppen zerstreut. Ein Bauernhaufen von 160 Mann wurde umzingelt und in Haft gebracht. (Tel. d. Fr. Postz.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Februar. Die einzelnen Posten des Budget pro 1862. Ausgaben: Staatsschuld 54 Mill., Hauß des Kaisers 5 Mill., Kriegsministerium 110 Mill., Ministerium der Marine 20½ Mill., des Innern 7½ Mill., der Finanzen 27 Mill., Pensionen 13 Mill., Bautenministerium 2 Mill., und Subventionen industrieller Unternehmen 8 Mill. Einnahmen: Kopfsteuer 28 Mill., Grundsteuer 25 Mill., vom Eigenthum des Staats 12 Mill., Getränkesteuer 124 Mill., Zölle 32 Mill., Post 7 Mill. und Stempel 6 Millionen. (Tel. d. Fr. Postz.)

Amerika.

Nachrichten aus New-York vom 23. Jan. zufolge ist die Expedition der Bundestruppen unter General Burnsides im Pamlico Sund angelangt und wird einen Angriff auf Newbern (in Nordkarolina) unternehmen.

Aus Mexiko, 29. Dez., wird der „Times“ geschrieben: „Jedes, der nur das Geringste von Mexiko weiß, wird einräumen, daß die bisherige Regierungsform, welchen Namen man ihr auch geben mag, sich als eine durchaus verfehlte erwiesen hat. Während der letzten 40 Jahre ist das Land Zeuge von unzähligen Revolutionen gewesen, hat 58 Präsidenten gehabt, ist 27 Verfassungen unterworfen gewesen und hat unter einer Tyrannei geseufzt, welche eine Schmach für den ärgsten Despotismus, der je in der Welt geherrscht hat, gewesen seyn würde. Keines Menschen Eigenthum, keines Menschen Leben war sicher. Dem durch eine blose Fraktion ans Ruder gelangten jedesmaligen Präsidenten war es nur darum zu thun, seine Taschen zu füllen; an das Wohl des Landes dachte er gar nicht. Plünderung war an der Tagesordnung. Wenn der Präsident 6 Monate lang am Ruder gewesen ist, so treten er und seine Minister als reiche Leute von ihrem

Digitized by Google

Posten ab. Der Präsidenten-Stuhl ist daher stets der Zankapfel gewesen. Machen doch in dem gegenwärtigen Augenblick Commonwort; Zuloaga; Miramon und Juarez sämmtlich darauf Anspruch, rechtmäßige Präsidenten zu sein, und dazu kommt noch ein ganzes Heer von Kubern, die bereit sind, mit ihren Ansprüchen hervorzutreten, sobald sich eine günstige Gelegenheit dazu bietet. Wenn Frieden im Lande sein soll, muß dieser Zankapfel unbedingt auf einige Zeit entfernt werden." Der Korrespondent der „Times" meint, durch Errichtung einer Monarchie ließe sich dieser Zweck am besten erreichen.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Leider haben sich in der Stadt kurierenden Gerüchten zufolge hier ein paar vorkommene Individuen gefunden, die eine Kollekte für die österreichische Lotterie errichteten; bereits soll ein hiesiger Schäftermeister gegen 4000 fl. gewonnen haben. (Südv. Z.)

London, 3. Febr. Der Umstand, daß so viele Anmeldungen für die nächstjährige Ausstellung zurückgewiesen werden, und daß so vielen von den günstig beschriebenen Ausstellern die verlangten Räumlichkeiten so beharrend beschränkt werden mußten, hat den Gedanken angeregt, eine Supplementar-Ausstellung im Sydenhamer Krystallpalaste zu veranstalten. Statt ist dieser Plan dahin gemodelt worden, daß neben dem Krystallpalast ein besonders Gebäude zu einer derartigen Ergänzungs-Ausstellung aufgeführt werden soll. Dem ausgegebenen Prospectus zufolge könnte dieser Neubau am 15. Mai eröffnet werden, und würden Aussteller daselbst für die Zeit vom 15. Mai bis 30. Oktober für den Quadratfuß Bodenfläche 12 sh. als Quartalsatz Wandfläche 6 Schilling Miethe zu bezahlen haben, wobei zu bemerken ist, daß es ihnen freistehen wird, mit ihren Ausstellungsgegenständen Geschäfte zu machen, sie wie in einem gewöhnlichen Laden zu verkaufen und die dadurch entstandenen Lücken durch neue Vorräthe zu ergänzen (was in der allgemeinen Ausstellung bekanntlich nicht gestattet werden kann). Sir Joseph Paxton hat sich erboten, den Entwurf des Gebäudes zu liefern. (Die Miethe erscheint uns doch sehr hoch; man würde nach obigem Satze für 12 Fuß im Quarrat nahe an 600 Thlr. zu zahlen haben. (N. Pr. Z.)

Neueste Nachrichten.

(Aus deutschen Frage.) Aus Wien, 4. Februar, enthält die „Südd. Ztg.", wie sie sagt, von sonst sehr zuverlässiger Hand folgende Mittheilung: „Der österreichische Gesandte hat vorgestern in Berlin gleichzeitig mit den Gesandten der Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, der Großherzoge von Hessen-Darmstadt und Oldenburg, der Herzoge von Nassau, Braunschweig und mehrerer thüringischer Herzogshäuser, sowie der Fürsten von Schwarzburg und von Liechtenstein") eine Note überreicht, welche eine Art Verwahrung gegen die Bernstorff'sche Note und die in derselben enthaltenen Vorschläge enthält. Es handelte sich hierbei nicht um eine Kollektivnote, sondern um die gleichzeitige Ueberreichung gleichlautender Noten. In diesen Noten, welche in der Form äußerst gemäßigt abgefaßt und darauf berechnet sind, Preußen eine bestimmende Wendung nach Möglichkeit zu erleichtern, wird angezeigt, daß die betheiligten Staaten sich bereits geeinigt haben, die Defensivallianz auf alle Gebietstheile der Bundesglieder zu erstrecken, sowie auch umgekehrt die Vertheidigung im Kriegsfalle mit allen Kräften der betheiligten Staaten zu bewerkstelligen wäre. Alle zu einer entsprechenden Entwicklung der Defensivkraft des großdeutschen Gesammtgebietes nöthwendigen Vorkehrungen sollen gemeinsam getroffen und soll eine Vereinbarung über den Oberbefehl im Kriege angebahnt werden. Neben diesem weiteren, nur gegen Angriffe von Außen gerichteten und auf die gemeinschaftliche Vertheidigung berechneten Bunde soll der gegenwärtige als eine Art engeren Bundes bestehen bleiben. Der Bundesversammlung soll eine aus den „Delegirten der deutschen Ständeversammlungen" gebildete Volkskammer als eine Art von Bundesparlament beigegeben werden, welchen einen maßgebenden Einfluß auf die legislatorischen und administrativen Arbeiten des Bundestages zu nehmen hätte. Wie man sich das Verhältniß des österreichischen Gesammtreichsrathes und der Gesammtstaatsverfassung zu dieser nur von den deutschen Erblanden zu beschickenden Versammlung gedacht hat, ist mir unklar geblieben."

Die „Zeit" sagt: Die mittelstaatliche Zusammenkunft in Dresden ist wirklich beschlossene Sache gewesen. Man hat sie fallen lassen, als das Vorhaben durch eine „unbegreifliche Indiskretion" zu früh ruchbar wurde. (Wenn vorstehende Mittheilung der „Südd. Ztg." richtig ist, war eine solche Zusammenkunft gar nicht mehr nöthig.)

*) Es wird bemerkt, daß dieses Verzeichniß vielleicht nicht ganz vollständig sey; Kurhessen habe man geflissentlich auch dem Spiele gelassen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bühlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Lo. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	80 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	69⅞ G
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	58⅝—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47⅜ G.
„	4½ pCt. „ „	42⅛ G.
„	4 pCt. „ „	—
„	3 pCt. „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (L. b. Kl.)	105⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dto.	104⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. 2. Anl. dto.	104⅛ G.
„	4 pCt. Obl. „ „ dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. „ „ dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. „ „ dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. „ „ dto.	97 P.
Kr. Hess.	4½ pCt. Obl. „ „ dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. „ „ dto.	103¾ P.
„	4 pCt. Obl. „ „ dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. „ „ dto.	95½ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	82⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	17⅞ G.
„	3 pCt. „ „	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅞ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	115½—118½ G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	669—7⅛ G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	165 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank à 1. Serie à fl. 250	207—1⅛ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	86—¾ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	241 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	64⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. à pCt. 500 Fr. à 24 kr.	240¾ P.
„ Eisab.-Eisenbahn Prior. à pCt.	101⅜ P.
„ Eisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	74⅜ P.
Theiss-Bahn Prior. à pCt. 1104 à 40 pCt. Z.	26 P. 25⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	13⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	82 G.
Pfälz. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	247 G.
Span. Handels- u. Industrie	5⅛ P.
„ Credit-Akt. d. tles. Pereire	440 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinsbz.	102⅛ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einzahl.	100⅜ P. 104⅜ G.
Provident-a (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	109 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. k. S.	99⅜ G.
Augsb. k. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	100 P.
Bremen 40 Th. Lad. k. S.	99⅛ P.
Cöln Thlr. 80 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	115⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. I. R. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	92½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Oest. W. k. S.	84⅜ G
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98 P.	Kurhessen, Thlr. 40 b. K.	37 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	132 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅞ P.	„ fl. 25 do.	89½ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	105 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beim	122¾ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 84	—	St. Genois th. zu 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50 „	92½ G.	Verona-Loose fl. 10	10⅛ P.
Badische fl. 35 „	56½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 6. Februar. Oesterr. Fonds und Industrie-Aktien verkehrten auch heute in günstiger Tendenz. Doch trat nur in ihren Bankaktien ein anlebhaftes Steigen ein. Für Frankfurter Bankaktien fanden sich selbst zu merklich erhöhten Kursen nur wenige Abgeber. Das Geschäft war ziemlich belebt. (Südv.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht.

No. 39. | Vierteljährige Pränumerationspreis: 54 kr. für hier und ganz Bayern. 3 fl. für das Ausland. Alle einlaufende Briefe werden franco. | 12. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Beiblatt mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 8. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 6. Febr. Bundestagssitzung. Die Ausschußanträge über Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Civil- und Kriminalgesetzgebung wurden durch die Mehrheit angenommen. Preußen stimmte unter Verwahrung dagegen. Jene Anträge beziehen sich auf Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Civil- und Kriminalgesetzgebung. Diese Anträge gehen auf eine solche Herbeiführung durch Bundesbetheiligung und wollen zunächst die Niedersetzung einer Spezialkommission für Civilprozeß. Die Minderheit (Preußen, Baden, Weimar, Koburg) erklärte sich dagegen und begründete diese Ablehnung in bekannter Weise namentlich damit, daß die Aufgabe der Gesetzgebung zuförderst der Kompetenz des Bundes liege und in Kollision mit den Rechten der Volksvertretungen stehe, und daß eventuell dieselbe nur dann in den Kreis der Bundesbehandlung gezogen werden könne, wenn der Bund eine entsprechende Reform erfahren hätte. Preußen legte noch eine besondere Verwahrung gegen die Beschlüsse ein, weil dieselben nach der Bundesakte nur einstimmig zu Stande kommen dürften.

Gotha, 5. Febr. Von hier geht folgende Aufforderung aus: „Anschließend an den Aufruf zur Betheiligung an dem deutschen Schützenfeste in Frankfurt a. M. dringe ich im Auftrag des Ausschusses für den deutschen Schützenbund hiermit die Herstellung einer Bundesfahne in Anregung, damit diese bei Eröffnung des Bundesschießens in Frankfurt geweiht und dann von Stadt zu Stadt getragen werden kann. Deutsche Frauen werden bereitwilligst Spenden für das gemeinsame deutsche Schützenbanner sammeln und der Bundesfahne überweisen. Künstler und Künstlerinnen werden aufgefordert, Vorschläge und Zeichnungen über die Ausführung dem Unterzeichneten zu übereichen. Gotha, den 2. Febr. 1862. Der Vorsitzende des Ausschusses für den deutschen Schützenbund: Sterzing." (Fr. J.)

Bayern. **München**, 6. Febr. Der Plan zu einem neuen Militärzeughause, von dem im Kriegsministerium kommandirten Ingenieurhauptmann Friedlein entworfen, wurde nebst dem Antrage allerhöchst genehmigt, daßselbe auf dem Kugelfange, zwischen der Turnschule und den Artilleriekasernen, mit der Front gegen die Dachauerstraße gerichtet, zu erbauen. Die Erdarbeiten zur Fundation werden schon mit der nächsten Bausaison beginnen. (Südd. J.)

Preußen. **Berlin**, 4. Febr. Berliner Blätter schreiben: „Die Erklärungen des Ministers Grafen Bernstorff in der gestrigen Sitzung der Kommission zur Berathung der Anträge in der kurhessischen Angelegenheit scheinen die Abgeordneten seiner Partei, auch nicht die von der Rechten, befriedigt zu haben. Die Erklärungen wurden übrigens verlesen, und zwar in so unverständlicher Weise, als habe man das Vorgefühl einer unbefriedigenden Aufnahme nicht unterdrücken können. Statt den einfachen Rechtsstandpunkt, namentlich auch in Beziehung auf das Wahlgesetz von 1849 zu wahren, wurden allerlei Wege, sich mit der Majorität des Bundestages zu verständigen, offen gelassen." (Letzteres ist nun freilich nicht nach dem Geschmack der Gothaer und Nationalvereinler, die ja gerade wollen, daß Preußen sich gar nichts um den Bundestag kümmere.) Auf die Frage einiger Kommissionsmitglieder, was Preußen nunmehr zu thun gedenke, erwiderte Graf Bernstorff, er stünde mit gleichgesinnten und anderen Bundesregierungen in lebhaften Verhandlungen, welche noch nicht zum Abschluß gekommen wären.

Berlin. Der Hof entfaltet unter der Regierung des wegen seiner soldatischen Einfachheit oft gepriesenen Königs Wilhelm I. einen viel größeren Glanz, als unter dem kunst- und prachtliebenden Fürsten Friedrich Wilhelm IV. Was bei diesem unmittelbar aus seinem Sinn und Wesen floß, ist insofern wohl bei Wilhelm I. politische Berechnung: das Königthum von Gottes Gnaden soll dem Volke imponiren. Mit solchem Imponiren durch äußerliche Kostbarkeitsreize hat es überhaupt ein Ende. Aber wenn jetzt der Hof durch die mit Gas fast bis zur Tageshelle erleuchteten Straßen mit Fackel-Vorreitern fährt, so dürfte eine solche Erscheinung mehr einen verwundertlichen, als imponirenden Eindruck machen. (Fr. J. Nordd.)

Kurhessen. Laut öffentlichen unwidersprochenen Nachrichten haben viele Geistliche Kurhessens durch den Prof. Dr. Bilmar zu Marburg sich verleiten lassen — wie in den Jahren 1850—51 dem Treubund — so jetzt dem s. g. „Hessenverein" sich anzuschließen und durch Kolportiren von Adressen als politische Agitatoren zu Gunsten der Verfassung von 1860 aufzutreten. Dieser Schritt, obwohl sicherlich in dem guten Glauben gethan, der Sache des Konservatismus zu dienen, dürfte doch schon vom Standpunkt einer wahrhaft konservativen Politik aus gerechten Bedenken unterliegen. Noch weit bedenklicher aber muß das Verhalten der betreffenden Geistlichen vom kirchlichen Standpunkt aus erscheinen. Denn sie können ihrem Gotteshaus, welches ein Reich „nicht von dieser Welt" seyn will, gar keinen schlimmern Dienst erweisen, als wenn sie die Kirche zur Magd des Staates erniedrigen oder wohl gar das Werk der Mission als Deckel zu politischen Wahlumtrieben mißbrauchen. (Fr. J.)

Kassel, 5. Febr. Die „Kass. Ztg." enthält heute Folgendes: „Der „D. Allg. Ztg." und andern Blättern zufolge soll Preußen nach der letzten Auflösung der 2. Kammer in Kurhessen der kurfürstlichen Regierung erklärt haben, daß Preußen sie für den Fall des Ausbruchs von Unruhen weder materiell noch moralisch unterstützen und daß es eine solche Unterstützung auch von anderer Seite nicht dulden werde. Wir können indeß mit Bestimmtheit diese Nachricht als eine Unwahrheit bezeichnen."

Nassau. **Wiesbaden**, 1. Febr. Das Neueste bei uns sind die Veränderungen im Kriegsheere. Die Uniformirung unseres Militärs erleidet eine vollständige Umwandlung. Während sie in den Jahren 1849 und 1850, wo man für die Exfurter Union schwärmte, mit schweren Kosten im preußischen Styl eingerichtet worden ist, wird dieselbe gegenwärtig in das Oesterreichische umgeformt. Der Helm muß dem Käppi weichen u. s. w. Der General v. Habeln und der General Hergenhahn, letzterer Chef des Kriegs-Departement, ersterer im General-Kommando, haben unter Berufung auf die fünfzigjährige Dienstzeit, welche sie zurückgelegt, „aus Gesundheitsrücksichten" ihre Entlassung nachgesucht. Man bringt die Gleichzeitigkeit dieses Schrittes mit jenen kostspieligen Neuerungen in Zusammenhang. (Fr. J.)

Oesterreich. **Wien**, 4. Febr. Die Flut der finanziellen Brochuren ist noch immer im Steigen. Wie Pilze schießen die Beiträge zur Lösung der Bank- und Valutafrage aus dem Boden hervor. (Oest. Post.)

Graz, 3. Febr. Heute fand die Verkündigung in dem Tanzer'schen Prozesse statt. Tanzer wurde von dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe freigesprochen, wegen Preßübertretung zu zweimonatlicher Arreststrafe und zum Verfalle der Kaution bis zum Betrage von 1000 fl. verurtheilt. — Reschauer wurde vom Verbrechen der Majestätsbeleidigung freigesprochen; Reischer in Betreff der Störung der öffentlichen Ruhe schuldlos erklärt; Kaltenegger zu einer Geldstrafe von 10 fl. verurtheilt.

Großbritannien.

Die auf Mexiko, China und Marokko bezüglichen Stellen der englischen Thronrede lauten wörtlich: „Die von verschiedenen Parteien und auf einander folgenden Regierungen in Mexiko gegen Ausländer, welche auf mexikanischem Gebiete lebten, verübten Unbilden, für welche keine hinreichende Genugthuung

Digitized by Google

erlangt werden konnte, haben den Abschluß einer Konvention zwischen Ihrer Majestät dem Kaiser der Franzosen und der Königin von Spanien zu dem Zwecke veranlaßt, gemeinsam an der mexikanischen Küste zu operiren, um die bisher nicht gewährte Genugthuung zu erlangen. Diese Konvention und die hierauf bezüglichen Schriftstücke werden Ihnen vorgelegt werden. Die erfolgte bessere Gestaltung der Beziehungen zwischen der Regierung Ihrer Majestät und jener des Kaisers von China, sowie die Aufrechthaltung, mit welcher die chinesische Regierung bisher vorwährenden die im Vertrage von Tientsin eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllt hat, haben es Ihrer Majestät gestattet, ihre Truppen aus der Hauptstadt von China zu entfernen und nach den Küsten und in die chinesischen Gewässer zurückzuziehen. Ihre Majestät, die stets bestrebt ist, ihren Einfluß zur Aufrechthaltung des Friedens aufzubieten, hat eine Konvention mit dem Sultan von Marokko abgeschlossen, durch welche der Sultan in Stand gesetzt worden ist, die zur Erfüllung gewisser vertragsmäßiger Verpflichtungen, die er Spanien gegenüber eingegangen war, nöthige Summe aufzunehmen und so die Gefahr einer Wiederholung von Streitigkeiten mit jener Macht zu vermeiden. Diese Konvention und die darauf bezüglichen Schriftstücke werden Ihnen vorgelegt werden."

London, 5. Febr. Das nordamerik. Schiff „Tuscarora", welches sich seit dem 8. Januar in den britischen Gewässern befand, um des konföderirten Dampfers „Nashville" habhaft zu werden, lag gestern gegen Abend noch auf der Rhede von Cowes, hatte aber geheizt. Die 24-stündige Frist, welche die „Tuscarora" bestrieben fassen mußte, ehe sie der beabsichtigten Beute nachgehen durfte (um nicht die Gesetze der Neutralität gegen England zu verletzen), war gestern Nachmittags um 5 Uhr abgelaufen, und um diese Zeit lag wahrscheinlich schon eine Wasserstrecke von 200 Seemeilen zwischen den beiden Fahrzeugen. Als der Lootse, welcher dem „Nashville" das Geleit in die offene See gab, sich von dem Befehlshaber des Schiffes, Kapitän Pegrim, verabschiedete, sagte dieser ihm, er möge die Offiziere der „Tuscarora" grüßen und ihnen sagen, daß, wenn sie mit ihrem Schiffe 16½ Knoten per Stunde zurücklegen könnten, so möchten sie immerhin Jagd auf ihn machen; könnten sie dies aber nicht, so würden sie besser daran thun, sich die Mühe zu ersparen.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. Die „Presse" meldet, die Behörden von Gibraltar hätten, in Folge erhaltenen Auftrags aus London, den sonderbündlerischen Kaper „Sumter" genöthigt, die Rhede von Gibraltar zu verlassen; derselbe habe hierauf seinen Lauf nach Tanger genommen. (Fr. Holz.)

Die höheren Beamten in Paris und den Provinzen sind angewiesen worden, öfters Bälle zu geben, weil die Luxusfabriken durch den amerikanischen Krieg großen Schaden leiden.

Die Wagenfabrik in Bernon hat Ordre erhalten zur Anfertigung dreier Arten Wagen zum Transport der Infanterie, Kavallerie und der Stabsoffiziere im Innern von Mexiko; jeder Wagen soll von zwei Maulthieren gezogen werden.

Die „Presse" veröffentlicht eine Depesche aus Cochinchina, welcher zufolge der Admiral Bonard die Positionen von Bien Hoa genommen hat. Nachdem der Platz sich kräftig vertheidigt hatte, begehrte er zu kapituliren. Der Admiral wäre beinahe getödtet worden. Der Letztere beabsichtigt, gegen Hue, die Hauptstadt des Königreichs Anam, zu marschiren.

Italien.

Das italienische Abgeordnetenhaus hat die Betrachtnahme des Antrages von Cairoli beschlossen, wonach den italienischen Flüchtlingen — also den aus Rom und Venetien Ausgewanderten oder Verbannten — italienische Bürgerrechte zuerkannt werden sollen. Das Kabinet widersetzte sich diesem Antrage nicht, es behielt sich jedoch vor, nach der Diskussion seine Gegenbemerkungen vorzubringen. (Köln. Ztg.)

Turin, 4. Febr. In Pavia sind zwischen Studenten und Bürgern bedauernswerthe Unruhen vorgefallen. Man zwang schon einige Tage hindurch ruhig ihren Weg gehende Bürger, auf der Straße zu tanzen und noch schlimmere Dinge zu thun. Wie es scheint, nährten die Unruhestifter den wilden Haß der Studenten gegen die Bürger und umgekehrt. Eines Abends kam es von Drohungen zur That. Man wurde handgemein. Messerstiche wurden gewechselt. Die Volksmenge ward immer dichter. Es fielen Schüsse, und rief nachdem die Militärmacht eingeschritten war, konnte die Ruhe hergestellt werden. Mehrere Personen wurden im Getümmel verwundet, andere verhaftet. (A. Z.)

Donaufürstenthümer.

Aus Bucharest wird der „Kronst. Z." von rumänischer Seite gemeldet, daß daselbst die Franzosen in allen Zweigen den größten Einfluß an sich reißen. Ueberall findet man sie. In der Miliz, in den Schulen, in den Departements der Finanzen, öffentlichen Bauten, der Kontrole, den Spitälern, kurz überall, wo zu kommandiren, wo zu gewinnen ist. Die Walachei sey nicht mehr Walachei, sondern ein französisches Departement.

Amerika.

New-York, 23. Jan. Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, John Tyler, ist gestorben. Er war in Virginien geboren und begleitete die Präsidentenwürde von 1841—45. (Fr. Holz.)

(„Es wüthete die Schlacht.") Die Berichte von dem in Kentucky erfochtenen Siege bestätigen sich. Es wüthete die Schlacht von 6 Uhr Morgens bis zum Eindrucke der Dunkelheit und endete damit, daß die Südkonföderirten in großer Bestürzung die Flucht nach ihrem Lager ergriffen. Alle ihre Kanonen, Zelte, Vorräthe und Pferde fielen den Nördlingern in die Hände. Die Südstaatlichen büßten, wie verlautet, 275 Todte ein, aber auch die Nördlinger hatten namhafte Verluste zu betrauern: so verlor das 10. Indiana-Regiment allein 75 Todte und Verwundete. Einer aus Washington eingelaufenen Depesche zufolge hatte die Regierung außer der Bestätigung des obigen Sieges noch die Meldung erhalten, daß sich die Südkonföderirten in Kentucky in Auflösung befinden, Alles im Stiche lassen und in größter Unordnung auf der Flucht begriffen sind. Diese Berichte hatten in New-York große Freude erregt. (Begreiflich; aber ob sie nicht übertrieben sind, ist eine andere Frage.)

Ein in spanischen Blättern vorliegender Auszug aus den neuesten Berichten des in Mexiko die spanischen Truppen kommandirenden Generals Gasset an seine Regierung gibt ein wahrhaft trostloses Bild von der Lage der Dinge in Veracruz. In der Civil- und Militärverwaltung sowie in allen öffentlichen Dienstzweigen fanden die Spanier größte Unordnung, Mirefal und schmachvollste Corruption vor. Zugleich sey die Subsistenzfrage ernster, als man in Europa glauben möge. Es kommt nichts auf den Markt. Meilenweit ist der Boden in der Runde ganz unfruchtbar und die Mexikaner bedrohen die Leute, welche ihre Waaren zum Verkauf nach Veracruz bringen wollen, mit den grausamsten Mißhandlungen. Die auf der der Besatzung vorausgegangenen Zeit noch übrigen Vorräthe seyen nahezu vollständig erschöpft, der Handel null, die Armen ohne Arbeit und die Truppen würden den kleinen Rest der Lebensmittel bald aufgezehrt haben. So sah es nach General Gasset's Bericht am 26. Dezember in Veracruz aus.

Veracruz, 10. Jan. General Prim hat eine Revue über die unter seinem Oberbefehl stehenden Truppen abgehalten. In der Rede, welche er bei dieser Gelegenheit an die Soldaten hielt, sagte er, die Expedition sey nicht zu dem Zwecke abgeschickt, um Eroberungen zu machen; er hoffe daher, daß die Mexikaner sich nicht widersetzen würden. (Zeit.)

Veracruz, 21. Jan. Heute ist die Nachricht hier eingetroffen, daß einige Meilen von Veracruz der Wagen des französischen Gesandten von einer Guerillabande aufgeplündert worden ist. Die Papiere der französischen und spanischen Legation sollen verbrannt und 100,000 Piaster geraubt worden seyn.

Aus Vera-Cruz wird vom 10. Jan. berichtet, daß einige mit Waffen und Pulver für Rechnung der mexikanischen Regierung beladene Schiffe angekommen und von der verbündeten Flotte weggenommen worden seyen. (Fr. Holz.)

Volkswirthschaftliches.

München. Zu der vom Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins organisirten Ausstellung und Verlosung verbesserter landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen ist soeben als gewichtiger Gast direkt aus England angekommen eine große, neukonstruirte Dreschmaschine. Uebrethaupt verspricht die Ausstellung, die bekanntlich am ersten Fastenmarkte beginnt, reichhaltig zu werden. Von den Loosen sind bis jetzt 52,000 Stück à 12 kr. ausgegeben worden, deren Erlös nur zum Ankauf und zur Verlosung ausgestellter guter Geräthe und Maschinen verwendet wird. Im reichen und wirthschaftlich wohlbestellten Niederbayern, wo die Loose erst vor einigen Tagen an die Landwirthe gelangen konnten, wird man sich voraussichtlich noch wesentlich an deren Absatze betheiligen und die Gesammtabsatzsumme bis auf 60,000 Loose erhöhen; damit würden dann um 12,000 fl. Geräthe angekauft werden können. Die Sache ist volkswirthschaftlich noch unberechnet. Statt bei jedem geringfügigen Anlasse die Unterstützung der Staatsregierung anzurufen

Digitized by Google

werden hier — von der Landwirthschaft selbst — die zur Beschaffung guter Mustergeräthe nöthigen Summen aufgebracht. Das Loos entscheidet nur, wem die von allen Theilnehmern mittelst geringer Zuschüsse angeschafften Geräthe gehören und wer mit denselben Versuche unternehmen soll. Das Generalkomite steht die Wichtigkeit des Unternehmens ein und ladet Vertreter der Kreiskomites zu dieser ersten Verloosung ein, um mit ihnen die für die Zukunft etwa möglichen Verbesserungen zu berathen. Die zweite Ausstellung soll gelegentlich des Oktoberfestes stattfinden. — Es könnte nicht schaden, wenn zur Hebung des häufig noch im Argen liegenden gewerblichen Maschinenwesens ähnlich vorgegangen würde. (N. M. Z.)

Der im April v. J. in Nürnberg konstituirte Kreditverein hat im darauffolgenden August seine Thätigkeit eröffnet. Bis zum Schluß des Jahres zählte er 223 Mitglieder, welche an Monatsbeiträgen 2005 fl. einzahlten; sonstige Einnahmen hatte der Verein 4691 fl., wovon 4355 fl. als Vorschüsse an die Mitglieder geleistet wurden. Das Rechnungsergebniß ist eine Dividende von $11^1/_2$ Proz.

Meiningen, 5. Febr. (Die mitteldeutsche Kreditbank.) Vielen Ihrer Leser wird es gewiß angenehm seyn, zu vernehmen, daß die mitteldeutsche Kreditbank hier im Stande ist, auf das verflossene Jahr ihren Aktionären eine Dividende von 6 Proz. zu gewähren.

In **Paris** stehen in diesem Augenblicke mehrere tausend Wohnungen leer, und man bemerkt, bisher freilich nur in den höheren Preisen, ein Fallen der Wohnungsmiethen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. Febr. Sie erinnern sich, welche Sensation bei der jüngsten Affise von Oberbayern der Fall erregte, in welchem ein Gendarm durch Drohungen den jugendlichen Angeschuldigten zu einem Geständniß veranlaßte. Die öffentliche Stimme war über jenes Vergehen mit Recht entrüstet. Ein weit grellerer Fall kam vor wenigen Tagen bei dem Appellhofe in Freising zur Verhandlung und es scheint mir Pflicht der Presse, solche Fälle um so mehr zu veröffentlichen, als ähnliche Mißbräuche zu den furchtbarsten Ungerechtigkeiten führen können und die öffentliche Stimme allen Grund hat, solche Vorkommnisse mit aller Kraft zu bekämpfen. Hören Sie: In Isen, Lgz. Ebersberg, wurde im März v. J. ein Verbrechen des Diebstahls unter Umständen verübt, welche auf einen Hausdieb deuteten. Der Dieb blieb unentdeckt, bis einige Wochen nachher ein 13jähriges Dienstmädchen (Klara Hölz) dem Bestohlenen bei Gelegenheit einer Begegnung auf der Landstraße zwischen Heidberg und Isen die Mittheilung machte, daß sie Anfangs Januar den von diesem seit jenem Zeitpunkte vermißten Schlüssel zu dem Zimmer, aus welchem die Effekten entwendet worden waren, auf der Stiege des Hauses gefunden und in der Küche desselben verborgen, d. h. an einen belebigen Ort vorläufig hingelegt habe. Die Kleine war bis Mitte Jan. 1861 bei einer im nämlichen Hause wohnenden Wittwe im Dienste gestanden und hatte den Schlüssel deßwegen nicht früher zurückgegeben, weil bei dem Auffinden Niemand zu Hause gewesen und sie selbst nach wenigen Tagen das Haus verließ, nach dem $1^1/_2$ Stunden entfernten Ort Heidberg in Dienst ging und deßhalb auf den Schlüssel vergessen hatte, welcher ihr erst wieder einfiel, als sie von dem Diebstahl hörte. Das Mädchen war seit Mitte Januar nicht mehr im Hause des Bestohlenen gesehen worden, überhaupt nachgewiesenermaßen nur zweimal in Isen gewesen und hier stets in der Kirche. Der Diebstahl wurde zu verschiedenen Zeiten, aber stets bei Tage verübt. Bei dem Mädchen wurde auch nicht das Mindeste vorgefunden, alle Häuser, in welche es je seinen Fuß gesetzt hatte, wurden von oben bis unten durchsucht, vergebens, Jedermann in Isen, insbesondere auch die Dienstherrschaft in Heidberg, hielt es für unmöglich, daß das Mädchen die Diebin sey. Umsonst. Das Mädchen mußte den bezeichneten Diebstahl verübt haben, weil es den Schlüssel zum Zimmer gefunden hatte; dem Stationskommandanten St. von Isen war es vorbehalten, dies festzustellen. Er nahm das Mädchen sofort in Haft, obwohl es seine Unschuld versicherte, drohte mit 24jähriger Einsperrung ins Narrenhaus, wenn es leugne, und sagte, wenn es gestehe, geschehe ihm nichts. Nach langen Bemühungen gestand das Mädchen, den Diebstahl verübt zu haben, ohne daß es über Ort, Zeit, Gegenstand ꝛc. Aufschluß geben konnte. Auch diese Lücke wußte der Gendarm auszufüllen und zwar durch die gröbsten Mißhandlungen. Er stellte das Kind auf einen Stuhl und drohte ihm den Kopf zu spalten, wenn nicht angegeben werde, wo die gestohlenen Sachen verborgen seyen. Das Kind nannte im Schrecken einen Ort; der Gendarm führte das Kind dahin, nichts wird gefunden; das Kind wird mit einem eisernen Ladstock geschlagen, im Beisein Dritter, nennt einen eine Stunde entfernten Ort; die Nachsuchung ist auch hier vergebens, endlich nach neuen Mißhandlungen und nachdem der Gendarm 3 Tage mit dem Mädchen herumgezogen war und selbständig Untersuchungshandlungen vorgenommen hatte — sagte das Kind, es habe Alles seiner — sehr gut bekannten, verheiratheten — Mutter gegeben. Diese stellt dies entschieden in Abrede, worauf das Mädchen sie dringend bittet, es doch zu gestehen, wenn es auch nicht wahr sey, damit es nicht neuer Qual ausgesetzt werde. Nun hielt der Gendarm die Untersuchung zur Abgabe an den Untersuchungsrichter bereit und brachte das Kind in die Frohnveste, — nach 3 Tagen!! Vor dem Untersuchungsrichter erklärte das Kind das Geständniß für erzwungen und daß es zu Allem Ja gesagt habe, was der Gendarm gefragt. Nichtsdestoweniger findet auf Grund des Geständnisses Verweisung Statt. In der öffentlichen Sitzung 1. Instanz wird das Geständniß neuerlich als erzwungen dargestellt, gleichwohl erfolgt Verurtheilung auf Grund des Geständnisses, wobei im Gegensatz zur eidlichen Aussage des Dammitklagten das Urtheil sich dahin feststellt, daß der Diebstahl bereits im Januar verübt wurde, weil ja hier das Mädchen noch im Hause war. Im 2. Instanz ließ der Vertheidiger (Accessit Merz) Zeugen zur Konstatirung der Unmöglichkeit der Verübung des Diebstahls durch das Mädchen kommen. Dies wurde dort außer Zweifel gestellt. Am Richtertische, wie unter dem zahlreichen Publikum war Niemand, der bei den Erörterungen, welche die Zeugin über die Art der Mißhandlung machte, nicht aufs Tiefste entrüstet gewesen wäre. Vertheidigung und Staatsbehörde (v. Reichert) schilderten aufs Lebhafteste das maßlose Vorgehen des fraglichen Stationskommandanten und konnten ihr Staunen darüber nicht unterdrücken, wie gleichwohl in 1. Instanz wo der Gendarm die Mißhandlung nicht einmal geleugnet hatte, Verurtheilung erfolgt seyn konnte. Der Appellhof erkannte auf Freisprechung. Möge solch brutales Treiben verdientermaßen bestraft werden; anstatt die Rechtspflege zu unterstützen, trieben sie Sicherheitsorgane durch solche Handlungsweise der Ausübe der Rechtspflege entgegen und stören alles Vertrauen. (Augsb. Abendztg.)

Oppeln, 4. Febr. Die Personenpost von Neustadt O. S. nach Oppeln, berichtet die Berliner „Volksz.", ist heute früh im Walde zwischen Chrzeitz und Proskau von vier Männern angefallen worden. Die Räuber haben den Postillon vom Bocksitze des Wagens herabgezogen, ihn an einen Baum gebunden, das Vordermagazin des Wagens gewaltsam erbrochen und den Inhalt, circa 5000 Thlr. nebst den Briefschaften, entwendet. Ein Theil der letzteren ist inzwischen im Walde aufgefunden worden. Die Post war zufällig mit Passagieren nicht besetzt.

Trier, 3. Febr. Gestern war unsere Stadt Zeuge einer That von seltenem Ernstnne und hohem Muthe. Während gestern Nachmittags das Publikum die freie Zeit und das gelinde Wetter benutzte, um die hoch angeschwollene Mosel zu sehen, stürzte ein ca. sechsjähriger Knabe, Sohn des Anstreichers Wilh. Nägler, von dem Quai vor dem Hauptzollamte in die Mosel. Auf das Angst- und Hülfegeschrei der Umstehenden eilt Hr. Ober-Zoll-Inspektor Römee aus seiner Wohnung herbei, sieht den schon untergesunkenen Knaben noch einmal auftauchen, wirft sich in die reißende, an dieser Stelle über 20 Fuß hohe Fluth, erreicht bald den inzwischen schon wieder gesunkenen Knaben, ergreift und hält ihn mit einer Hand fest, während er, mit der anderen gegen die Wucht des wüthenden Stromes ankämpfend, das Ufer zu erreichen sucht. In tödlicher Angst sieht die Gattin dem Kampfe ihres Gatten um zwei Menschenleben zu, denn bei der Stärke der Strömung wollte es ihm nicht gelingen, das Ufer zu gewinnen. Schon sanken die Kräfte des Retters in der Kälte und Wuth der Wogen, als ihm von herbeigeeilten Schiffern ein Seil zugeworfen wurde. Vergebens suchte er es zu ergassen, erst als zum zweiten Male etwas oberhalb des unteren Krahnens ein dünnes Seil geworfen wurde, konnte er dessen habhaft werden, und der Gatte war seiner Gattin, seinen Kindern, aber auch der unglücklichen Knabe seinen Eltern gerettet.

Worms, 2. Febr. Der Ausschuß des Luthererdenkmalvereins hat dieser Tage seinen fünften Jahresbericht veröffentlicht. Die Fortsetzung des Werkes ist trotz Rietschels Tode gesichert, indem dessen Schüler Kieß und Donndorf, unter Beirath der Professoren Director Dr. Schnorr von Carolsfeld und Dr. Ernst Hänel, die Arbeit des Meisters weiterführen werden. Der Guß der Statue Luthers ist bereits erfolgt u. vollständig gelungen. Auch die Granitarbeiten sind in Bayreuth kräftig in Angriff genommen. Die bisherigen Einnahmen belaufen sich zusammen auf 166,000 fl.; die zur Vollendung des Werkes

Digitized by Google

noch erforderlichen 34,000 fl. hofft der Ausschuß durch Beitrag von 20,000 Abbildungen des Denkmals, sowie durch Hindernisse leicht zu decken. (W. Z.)

Innsbruck, 3. Febr. Die der „Volks- und Schützen-Zeitung" zu entnehmen, ist kürzlich die Büchse Andreas Hofers von der Veste Koburg in ihre alte Heimath zurückgelangt. Dieselbe war aus der Hand des Kaisers Franz als Geschenk in den Besitz des Herzogs von Hildburghausen übergegangen, von dem sie durch Erbschaft in die berühmte Waffensammlung der genannten Veste, Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha war mit Recht der Ansicht, daß das Nationalmuseum zu Innsbruck der geeignetste Platz zur Aufbewahrung der Waffe sey.

In Debreczinner Distrikte (Ungarn) ist durch Verhaftung einer Räuberbande ein unabsehbares Unglück verhindert worden. Diese Bande hatte nämlich, wie aus den bisherigen Nachforschungen erhellt, die Absicht, bei Rakamaz die Schienen der Theiß-Eisenbahn aufzureißen, um den Johann in Trümmer gehenden Train auszuplündern, und zwar sollte das an dem Tage geschehen, wo die Besucher des Debrecziner Marktes mit ihrem Erlös und ihren Waaren sich auf den Petzther Markt begaben.

Die aus Kalifornien angekommenen Journale melden, daß bei den letzten Ueberschwemmungen daselbst die Chinesen am allermeisten gelitten hatten. Beim sogenannten Long Bar und dessen Umgebung sollen ihrer nicht weniger denn 1000 ertrunken seyn.

Der König Radama II. von Madagaskar — ein „Reformfreund," wie versichert wird — hat durch den Governor von Mauritius in London anzeigen lassen, daß er sich an der großen Industrieausstellung zu betheiligen wünscht. Obgleich dieses Gesuch etwas spät einlief, wird nun auch für die Produkte von Madagaskar ein Platz vorbereitet.

Neueste Nachrichten.

Posen, 3. Febr. Der „Ostsee-Ztg." wird geschrieben: „Es ist eine, auch von den Organen der polnischen Agitationspartei nicht mehr geleugnete Thatsache, daß der Papst seine frühere, von der polnischen Camarilla ihm beigebrachte Meinung, es handle sich bei der nationalen Bewegung in Polen vor Allem um die Gewinnung größerer Freiheiten für die katholische Kirche, geändert hat und zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß von der polnischen Geistlichkeit die Religion nur als Deckmantel für politische Umsturzpläne gemißbraucht wird. Auf diese Umstimmung des Papstes und seiner Kurie haben weniger die als parteiisch betrachteten Berichte der russischen Diplomatie, als die mündlichen und schriftlichen Vorstellungen angesehener Polen geistlichen und weltlichen Standes eingewirkt. Dem hohen Adel in Polen, der mit Schrecken dem Ausbruch einer politisch-sozialen Revolution entgegensah (es ist hier vom Königreich Polen die Rede), lag Alles daran, in dem Papst einen Bundesgenossen zu Bekämpfung der gefährlichen Curatie zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurde schon im Oktober v. Js. der Domherr Ludowski nach Rom gesendet. Derselbe vermochte dieser nicht, den Einfluß der nationalpolnischen Camarilla auf den Hofe zu schlagen und mit seinen Vorstellungen durchzudringen. Da wendeten sich mehrere polnische Magnaten an einen durch seine Frömmigkeit bekannten Weltbischof, um dessen Rath und seine Mitwirkung zur Paralysirung des Einflusses der national-polnischen Camarilla in Rom in Anspruch zu nehmen. Sie stützen ihm die Gefahren vor, die auch der Kirche durch die sich vorbereitende Revolution drohten, und forderten ihn auf, einen unparteiischen Bericht über die Vorgänge in Polen an den Papst zu senden und ihn dringend zu bitten, den revolutionären, die Religion im höchsten Grade gefährdenden Umtrieben der Geistlichkeit Schranken zu setzen. Dieser Bericht wurde sofort abgefaßt und, mit der Unterschrift mehrerer hochgestellten Geistlichen versehen, zugleich mit einer von mehreren Magnaten unterzeichneten Vorstellung, etwa um Weihnachten nach Rom geschickt. Ungefähr um dieselbe Zeit war auch eine Denkschrift des Bischofs von Kulm zur Rechtfertigung seines vom Erzbischof von Posen intrikat angegriffenen Hirtenbriefes nach Rom gelangt. Das Alles vereinigte sich, um dem Papst eine ganz andere Meinung von dem Charakter und der Tendenz der polnischen Bewegung beizubringen.

Turin, 3. Febr. General Türr ist vom König aus Mailand wieder hieher berufen worden, jedenfalls zu einem nicht unwichtigen Zwecke; der General genießt das Vertrauen des Monarchen in einem außerordentlichen Grade.

Die Krisen über die gänzliche Verumpfung der Centralverwaltung werden in Italien immer allgemeiner. Ricasoli will Alles selber thun, und doch ist er ein höchst ungeschickter und unglücklicher Minister des Innern. So vergeht eine Woche nach der anderen in bloßer Erstaerung, während die Majorität im Parlamente keinen Eifer zeigt, den Mann aufrichtig zu stützen, noch den Muth hat, ihn zu stürzen. (K. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. 8. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80⅛ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	70¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89–⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 G.
„	4½ pCt.	43½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	103⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	104¼ P.
„	4½ pCt. Nationalanl. v. 1854	104¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	97 P.
Gr. Hess.	3½ pCt. Obl.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	3½ pCt. Obl. dto.	103 P. 102⅜/G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	92⅜ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 6. v. 30	47⅜ G.
„	2 pCt.	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 800 Thlr.	100⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		1171/2 P.
N. K. Oesterr. National-Bankaktien		895—90 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		167—67½ G.
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250		207—71½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100		—
Mitteldeutsche Kreditaktien		87—¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250		341 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		64½ P.
Oest. P. Nat.-Anl. 100 Fr. à 3 M. kr.		240 P.
„ Kliesb.-Eisenbahn à pCt.		110 G.
„ Kliesb.-Bahn Prior. à pCt. 6/7		74⅜ P.
Klein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.		26 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		13⅝ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		105 G.
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		5½ P.
Oddd. Bank-Akt. à 80 pCt. Einz.		247 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .		5½ P.
„ Credit-Akt. à ins. Perreire		440 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlbar.		107 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.		106⅞/—¾ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Lad. k.S	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛/G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 k W.	—
do. in ost. W. k. S.	84⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	57⅜—⅞ G.
„ fl.20ör. 1854 mit 4pCt.	64⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	131⅝ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅞ G.	„ fl. 25 do.	39⅛ G.
„ fl. 100 Rib. l. v. 1858.	103⅛ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIK.	122⅜ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Radische fl. 50	93 G.	Vereins-Loose fl. 10	10⅝ P. 9⅞/G.
Radische fl. 35	56½ P.	Arab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅜ P.

Frankfurt, 7. Februar. Die günstige Stimmung der Börse währt fort. Schon bei Eröffnung des Geschäfts zeigte sich Kauflust, besonders für österr. Bank- und Kreditaktien, zu höheren Kursen, und dieselbe dauerte mit geringen Stockungen bis zum Schlusse. Nur österr. Bankaktien schlossen etwas matter. Von nicht-österreichischen Effekten waren besonders mitteldeutsche Kreditaktien und hessische Loose zu besseren Kursen gesucht. Wechsel auf London und Wien höher. Frankfurter Bankaktien waren etwas mehr am Markte. Neue 5prozt. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wurden zu 98½ in Posten umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40-41. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile mit gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | **Montag, 10. Februar 1862.**

Zur Bundesreform.

Es war vorauszusehen, daß die vom Grafen Bernstorff Namens der preußischen Regierung dargelegten Ideen über die Reform des deutschen Bundes, die eben auf nichts Anderes, als auf Preußens Hegemonie und Oesterreichs Ausschluß hinauslaufen, die übrigen deutschen Staaten zu Gegenerklärungen veranlassen würden. Sie mußten sich aussprechen, ob sie für, ob sie gegen die preuß. An- und Absichten seyen, sie waren herausgefordert dazu, sie waren durch die Bernstorff'sche Note unmittelbar vor die Wahl gestellt zwischen Anerkennung der preußischen Hegemonie und Gründung eines kleindeutschen Bundesstaats over dem Streben, die Bundesverfassung so auszubauen, daß sie alle Glieder des Bundes umfassen und allen Schutz gewähren könne. Nun die Wahl ist getroffen, und mit Oesterreich haben die Königreiche Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover, dann Hessen-Darmstadt und Nassau entschieden gegen die Bernstorff'schen Ideen, wenn etwa Preußen sie auszuführen gemeint wäre, in Berlin Verwahrung eingelegt. Welche kleinere deutsche Staaten sich ihnen sonst noch angeschlossen haben, darüber liegen zur Stunde erst unsichere Angaben vor; man nennt auch noch Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg u. a. m. In Berlin hat das Vorgehen dieser Staaten einen großen Aerger bei Hofe wie in den Kreisen der Gothaer und Nationalvereinler erzeugt. Besonders unangenehm wurde man dort von dem Entschluß berührt, den jene Staaten kund gaben, vorkommenden Falls auch zum Schutz nichtdeutscher Gebietstheile eines Bundesglieds (also insbesondere Oesterreichs) einstehen zu wollen; Blätter, die bisher den Bund schon so gut wie todt betrachteten, die immer neue Gründe wußten, weshalb Preußen bald hinein und bald heraus Bundesschritte sich entziehen müsse, die sind jetzt auf einmal eifrig darauf bedacht — so z. B. die „Nationalzeitung" — aus dem Bundesrecht den Beweis zu liefern, daß die übrigen Staaten kein Recht hätten, diese neue Pflicht zu übernehmen, daß sie damit eigentlich den deutschen Bund auflösen. Es nimmt sich wirklich komisch aus, die Nationalvereinler, die seither immer auf die Zertrümmerung des Bundes hinarbeiteten, nun auf einmal als seine Vertheidiger auftreten zu sehen, und gegen wen? Gegen die Großdeutschen, denen nichts mehr am Herzen liegt, als eben den Bund zu vervollkommnen, zu verstärken! Uebrigens verhehlt man sich zu Berlin die Gefahr durchaus nicht, die für die preußischen Pläne in dem Vorgehen jener Staaten liegt. Die „Berl. Allg. Ztg.", das Blatt der Gothaer, sagt: „Sollte es sich bestätigen, daß auch Braunschweig und Oldenburg sich der Verwahrung angeschlossen haben, so ständen wir noch isolirter, als wir geglaubt. Die Früchte seiner bisherigen Politik kann das preußische Kabinet vollständig ermessen: ein Wagen wird nicht vorwärts bewegt, er wird, um ein altes Sprichwort anzuwenden, nicht aus dem Koth gezogen, wenn man ein Pferd hinten und eins vorne anspannt. Die Zeit zu einem radikalen, durchgreifenden Entschluß ist gekommen, und die kleinen säumerischen diplomatischen Hähleien müssen vor dem ernsten Entweder-Oder! das Preußen zugerufen ist, endlich aufhören." Das ist sehr richtig, nur wäre zu wünschen, daß der Entschluß anders ausfiele, als das Gothaer Blatt meint, nämlich so, daß Preußen sich endlich ehrlich zu einer Bundesreform mit seinen Bundesgenossen entschlösse, statt dieselben hinterlistig aufspeisen zu wollen. Möchte man zu Berlin doch endlich erkennen, daß der bisherige Weg nicht zum Heile führt, daß er Preußen nur mit seinen Bundesgenossen verfeindet. Die gemeinsame Erklärung der oben genannten Staaten in Berlin ist aber auch darum noch von besonderer Bedeutung, weil durch sie endlich einmal dem Programm des Nationalvereins ein großdeutsches Programm entgegengestellt ist, weil der großdeutschen Partei dadurch endlich eine Fahne gegeben ist, um die sie sich schaaren kann. Und dies großdeutsche Programm ist weit liberaler, als das preußische des Herrn v. Bernstorff. Denn während Letzterer von einer Volksvertretung am Bund nichts wissen will (womit freilich der Nationalverein auch nicht zufrieden seyn wird), haben Oesterreich und seine Genossen eine solche ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen. Uebrigens läßt sich ein eingehendes Urtheil hierüber zur Zeit noch nicht aussprechen, da wir nicht wissen, ob die Angaben, welche sich in den verschiedenen Blättern hierüber finden, auch genau sind. Von der neulich mitgetheilten Notiz der „Südd. Ztg." wenigstens sagt die „N. Münch. Z.", sie enthalte offenbar unrichtige Zusätze.

Bestehendes war schon geschrieben, als uns die „Allg. Preuß. Ztg." vom 8. d. M. zukam, mit einer halbamtlichen Erklärung, die im „Anzeiger" zu lesen ist.

Nach einer Notiz der „Augsb. Allg. Ztg." hätten sich die sog. Würzburger Regierungen, außer der Adhesion in Berlin, auch noch zu einem positiven Vorangehen entschlossen — zu einer Bundesreform in großdeutschem Sinn und, damit für deren Durchführung die Basis einer festen Organisation gewonnen werde, zu einem engeren militärischen Aneinanderschließen dieser Staaten auf Grundlage der bestehenden Kriegsverfassung des deutschen Bundes. Der ganze Plan solle im Einklang mit den betreffenden Volksvertretungen ausgeführt werden.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 5. Febr. Nach den übrigen Gehaltsverbesserungen niedrig besoldeter Beamten ist nun zuletzt auch die der protestantischen Pfarrer nach den Beschlüssen des Landtags ausgeführt worden; es erhalten alle geringer als mit 600 fl. besoldeten Pfarrer die bis zu diesem Betrag gebührende Ergänzung, bis auf den 1. Okt. v. J. rückwirkend, ausbezahlt.

(S. M.)

München, 7. Febr. Se. Maj. der König haben durch allerh. Reskript genehmigt, daß die Kaiserstraße dahier den Namen Gabelsberger-Straße erhalte. (M. B.)

München, 6. Febr. Als Tag der Einberufung der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern zur Berathung des neuen Civilprozesses ist, wie ich höre, der erste Juni in Aussicht genommen. (Pfälzer Z.)

Aus der Rheinpfalz, 5. Febr. Es verlautet, daß sich die mit dem Staatsprocurator Dupre in Frankenthal angeknüpften Unterhandlungen wegen Uebernahme des Konsistorial-Direktoriums zerschlagen haben.

Preußen. Auch Lagerconnière, der bekannte Napoleonische Broschürenschreiber, hat außer den schon gemeldeten französischen Journalisten den k. preuß. Kronorden erhalten. (!!)

Oesterreich. Wien, 5. Febr. Der von dem fürstlich Esterhazy'schen General-Inspektor Hrn. Schuthof dem Finanzminister gemachte Vorschlag, den Ertrag der Staatslotterie durch Einführung des Verpachtungssystemes zu heben, bildet momentan den Hauptgegenstand der Kontroverse in allen finanziellen Kreisen. Herr Schuthof macht sich anheischig, mit Inbegriff des jetzigen durch die Staatsregie erzielten Durchschnittserträgnisses von jährlichen $3_{/8}$ Millionen durch den Pacht einen Mehrertrag von $1_{/8}$ Millionen an die Finanzverwaltung abzuführen und außerdem die Eventualität in Aussicht zu stellen, mit dem Auslande auf die fixirten Einzahlungen, welche aus dem Gruppenverkaufe der Güter von den Generalpächtern jährlich eingezahlt werden, ein Anlehen negoziiren zu wollen, durch welches bis zu 150 Millionen Gulden in Silber auf die Güter und ihre Erträgnisse flüssig gemacht und aus diesen Pachtschillingen durch Amortisation binnen einer bestimmten Zeit zurückgezahlt werden könnten. (K. Z.)

— Wien, 5. Febr. (Privat-Korrespond.) Abgeordnetenhaus. Finanzminister Dr. Plener macht dem Hause die bereits

Digitized by Google

kurz erwähnte Mittheilung über das Deficit, aus der wir noch Folgendes nachtragen: „Das Deficit der 100 Millionen für das Verwaltungsjahr 1862 ist theilweise durch erhöhte Anforderungen an die Einzelstellen gedeckt worden. Die Vorarbeiten für die Umlage einer neuen Steuer wurden für das bereits zum dritten Theile abgelaufene Verwaltungsjahr viel zu viel Zeit erfordern. Die Regierung hat daher beschlossen, für das laufende Verwaltungsjahr angemessene Erhöhungen bestehender Steuern und Abgaben zu beantragen. Aus Rücksicht auf die ärmeren Klassen wurde die Besteuerungsgrenze von jeder Erhöhung ausgeschlossen; dagegen wurde das Spielgefäll in den Kreis der Erhöhungen gezogen, so zwar, daß der Zentner mit einem Gulden höher berechnet werden soll. Dadurch wird dem Staatsschatze eine jährliche Mehreinnahme von 5 Millionen verschafft, während die Person im Jahre kaum 12 Neukreuzer mehr für Salz auszugeben haben wird. Durch eine Erhöhung der bestehenden Stempel- und Gebührensätze und durch Einbeziehung mehrerer bisher nicht mit Abgaben belegten Urkunden in die Stempelpflicht hofft die Regierung eine jährliche Mehreinnahme von 10 Millionen zu erzielen, durch Erhöhung der Verbrauchsabgabe von der Rübenzuckererzeugung eine Mehreinnahme von einer Million. Die Erhöhung der direkten Besteuerung ist mit möglicher Rücksicht auf die der Schonung bedürftigen Steuerträger vorgenommen werden; und es wird dadurch eine Mehreinnahme von 16 Millionen erreicht werden, also aus sämmtlichen Steuer- und Abgabenerhöhungen 32 Millionen. Die Erhöhung des Einkommens aus dem Staatsvermögen und auf der bereits in Verhandlung genommenen Steigerung des Domänenerträges mittelst eines zweckmäßigen Verpachtungs-Systemes bringe ich hier noch nicht in Anschlag, obwohl im Falle des Gelingens gerade hieraus der Finanzverwaltung bedeutende Mittel für ihre zukünftigen eigenen Bedürfnisse, so wie für eine raschere Abwicklung der Banfschuld zufließen dürften. Das erste Quartal des laufenden Verwaltungsjahres hat übrigens an der auf dasselbe entfallenden Quote des Jahresdefizit eine Ersparniß von 15 Millionen geliefert. Das Jahresdefizit ist demnach jedenfalls bereits (?) von 110 auf 95 Mill. vermindert, deren Bedeckung theils durch die erwähnten Maßregeln, theils durch Kreditmittel zu bewerkstelligen sein wird." Was die in Bezug auf die vorzunehmenden Kreditoperationen mit der Nationalbank schwebenden Verhandlungen betrifft, so sprach der Finanzminister die Hoffnung aus, er werde schon binnen einigen Tagen im Stande seyn, das Ergebniß dem Hause vorzulegen; ausdrücklich aber erklärte er, daß die Aufsichten zur Deckung des betreffenden Theiles des Defizit keineswegs blos auf das Gelingen des Uebereinkommens mit der Bank beschränkt seyen. Vielmehr habe die Regierung auch für den entgegengesetzten Fall ihre Entschließungen bereits gefaßt. Irgendfalls sey die gleichzeitige Verwendung der (der Bank verpfändeten) 1860er Staatslose in einem entsprechenden Verhältniß für Staats- und Bankschuld unter die Bestimmungen eines mit der Bank zu schließenden Uebereinkommens aufgenommen worden.

— Das Gerücht von der Abreise des erzherzoglichen Rathes Herrn Scherzenlechner bestätigt sich nicht.

§ Wien, 5. Febr. (Prtr.-Korrespond.) In Bezug auf die italienische Frage lauten die Erklärungen des Pariser Kabinets fortwährend friedlich. Vollkommen beruhigt ist man dessen ungeachtet nicht und zwar schon darum, weil von Turin aus gemeldet wird, daß auch das dortige Kabinet mit der französischen Politik zufrieden ist. Wahr ist es allerdings, daß man keinen Angriff von Seite Piemonts fürchtet, dagegen hält man aber itgend einen Streich von Seite der italienischen Aktionspartei nicht für unwahrscheinlich, insbesondere da die vielbesprochenen Differenzen zwischen Garibaldi und den revolutionären Komités keineswegs beigelegt sind, als dies von verschiedenen Seiten behauptet wird. Man will sogar wissen, daß diese angeblichen Differenzen in der Wirklichkeit gar nicht existiren.

= Das Benedig wird und geschrieben, daß namentlich in den unteren Klassen dort in Folge der Kupfergelbfrage eine sehr gereizte Stimmung herrscht. Es ist zwar eine Verfügung des Finanzministers eingetroffen, die auch durch öffentlichen Anschlag kundgemacht ward; allein dieselbe hat durchaus nichts zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen. Der Anschlag erklärt nämlich, „daß vorläufig das jetzt zirkulirende Kupfergeld wie bisher im Verkehr verbleiben, bei einem Ersatz desselben aber durch eine andere Kupfer-Scheidemünze auf die Interessen der Bevölkerung die schuldige Rücksicht genommen werden solle." Man fand dieses Ausdruck so elastisch, daß die Agiotage seitdem eher zu- als abgenommen hat. Viel Unheil hat auch eine Kundmachung des Municipium gestiftet, welche den Schwindel mit den Lebensmittelpreisen gewissermaßen behördlich autorisirte, indem es die Verkäufer verpflichtete, die Preise ihrer Waaren sowohl in Silber als in Kupfer anzugeben. Die Verkäufer schlagen seitdem auf das volle Disagio des Banknotenwerthes 30—35 pCt., ja oft noch mehr. So kostet das Hauptnahrungsmittel der unteren Volksklassen, das Polentamehl, in Silber 5 und in Kupfer $7^1/_2$ Kreuzer, der Reis $6^1/_2$ Kreuzer Silber und $8^1/_2$ Kreuzer Kupfer.

Großbritannien.

London, 5. Febr. Die dem Ministerium bestreundete „M. P." schreibt: Wir vernehmen, daß die Höfe von Paris und Madrid (mit Zustimmung Großbritanniens) den Beschluß gefaßt haben, ihre Heere direkt von Veracruz nach der Hauptstadt Mexiko marschiren zu lassen und die dortige Exekutive, deren Treulosigkeit gegen die europäischen Mächte noch von ihrer Tyrannei über ihre

Ueber das Suez-Projekt

bringt die „Augsburger Allgemeine Zeitung" einen Artikel, der bemerkenswerth ist und manches Neue enthält. Wir theilen die erste Hälfte daraus mit, obgleich wir mit Einzelheiten, besonders in Betreff der diplomatischen Verhältnisse, nicht ganz des Verfassers Ansicht theilen, wie wir auch von „dem großen administrativen Talent der Franzosen" in außereuropäischen Dingen weniger halten können. Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" schreibt:

Das große Projekt, den Isthmus von Suez zu durchstechen und europäischer Civilisation einen neuen Weg nach dem Osten zu eröffnen, wurde im Jahre 1852, als Herr v. Lesseps mit dieser Idee die Welt überraschte, enthusiastisch von Europa aufgenommen. Selbst die Pforte, von welcher die Konzession zur Gründung der internationalen Aktiengesellschaft erbeten wurde, war Anfangs der Sache günstig gestimmt. Allein bald wurden auf Englands Betreiben von der türkischen Regierung schwere Bedenken erhoben, und das ganze Unternehmen scheiterte fast an ihrem hartnäckigen Widerstande. Herr v. Lesseps wußte jedoch den neuen Vizekönig von Aegypten für sein Projekt günstig zu stimmen und schloß mit demselben im Jahre 1854 eine Konvention, kraft welcher ihm gestattet wurde, eine internationale Aktien-Gesellschaft zu gründen, um 1) zwischen dem Mittelmeer von Pelusium und dem rothen Meere einen maritimen Kanal zu graben, und 2) durch Süßwasserkanäle den Nil mit dem Timsah-See (Krokodilen-See), Pelusium und Suez zu verbinden. Diese Konzession, welche vorbehaltlich der Genehmigung der hohen Pforte dem französischen Unternehmer ertheilt wurde, erhielt erst durch einen Zusatz-Artikel ihre volle politische Bedeutung, da in demselben der zu bildenden internationalen Gesellschaft alle durch die Süßwasserkanäle urbar zu machenden Ländereien auf 90 Jahre gegen Entrichtung der landesüblichen Steuern mit dem Vorrecht zugesprochen wurden, in den neu zu gründenden Ortschaften und Städten den Sicherheitsdienst selbst zu üben. Die Kompagnie tritt durch diesen Vertrag in den unbeschränkten Besitz von fast einem Fünftel des kulturfähigen Aegypten mit dem gewichtigen Privilegium, in diesen Ländereien nach eigenen Gesetzen und unabhängig von Konstantinopel und Kairo schalten und walten zu dürfen. Die Gesellschaft, welche, durch einen Franzosen gegründet, ihren Verwaltungsrath in Paris hat, bei deren Vermögen bis vor Kurzem fast ausschließlich französische Kapitalien engagirt waren, deren Beamte durchgehends Franzosen sind und zu deren Protektor sich der Kaiser Napoleon erklärt hat, muß als eine spezifisch französische bezeichnet werden, und wird durch den vorerwähnten Zusatz-Artikel zu einem Werkzeug politischer Agitation in der Hand des französischen Imperators.

Das Kanalprojekt selbst verliert unter solchen Verhältnissen seine national-ökonomische Bedeutung und räumt einer hochwichtigen politischen Frage den Platz. Die Tendenz desselben stellt sich daher als eine von der ursprünglichen Idee wesentlich abweichende dar, und es erscheint die ganze Unternehmung mehr als eine geschickte Einleitung zur Festigerzufung Aegyptens von Seiten Frankreichs, denn als ein zivilisatorisches Werk europäischer Humanisten. Daß die englischen Staatsmänner sehr bald des Pudels Kern erkannten, beweist der fortwährende Widerstand, den sie der Sache entgegensetzten. Allein sie nannten nie das Kind bei seinem wahren Namen, sondern suchten theils durch Hinweisung auf die technischen Schwierigkeiten die Ausführbarkeit des Baues in Zweifel zu ziehen, theils durch die gefahrvolle Schifffahrt am rothen Meere die Rentabilität des maritimen Kanals in Frage zu stellen. In beiden Richtungen waren die Engländer unglücklich. Die aufgesandten Ingenieure schrieben zwar lange Berichte und umfangreiche Broschüren über die collines mouvantes, das mangelnde Baumaterial und die Unmöglichkeit, einen Mittelmeerhafen zu gründen; allein auf Wahrheit haben diese Expektorationen keinen Anspruch.

Digitized by Google

Mitbürger übertroffen wird, zu führen. Wir selbst, glauben wir, werden unsere militärische Mitwirkung darauf beschränken, daß ein starkes britisches Geschwader im Meerbusen von Mexiko liegen, und daß eine Abtheilung von 700 britischen Marinesoldaten, so lange die gesunde Jahreszeit an der Küste dauert, das Fort San Juan de Ulloa besetzt halten wird. Mit dem Eintreten der ungesunden Jahreszeit wird sie durch akklimatisirte Truppen aus Kuba ersetzt werden.

London, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses beantragte Lord Dufferin die Animosity-Adresse. Sie ist, wie gewöhnlich, ein Echo der Thronrede. Russell erklärte, die Regierung verharre bei der Neutralität bezüglich des amerikanischen Bürgerkriegs und wolle in Betreff der Anerkennung warten, bis er sich entschieden habe, ob der Norden dem Süden gegenüber stark genug sey. (Tel. d. Köln. Z.)

Frankreich.

Frankreich wird auf die Bitte des Kaisers Kung der chinesischen Regierung gezogene Kanonen, Munition, sonstige Waffen und selbst eine gewisse Anzahl von Offizieren zur militärischen Ausbildung der Chinesen überlassen.

Italien.

In der Provinz Capitanata haben sich die Aufständischen wieder vermehrt. Ein neuer Haufen derselben, an welchem neben persönlichem Muthe auch Menschlichkeit gerühmt wird, heißt Angelo Maria Socambro. Die Aufständischen der Basilicata ziehen sich immer mehr nach dem Golf von Tarent, vielleicht in der Absicht, sich durch Zuzug von Malta aus zu verstärken; auf letzterer Insel befinden sich nämlich gegenwärtig an 800 Bourbonisten, die an irgend einer Stelle der neapolitanischen Küste landen wollen.

Berichte aus Sicilien bestätigen, daß dort eine große Aufregung herrsche, weil bei Syrakus neue bourbonische Banden gelandet seyen; auch soll man eine „royalistische Verschwörung" auf der Insel selbst entdeckt haben. Von Genua aus sind Truppenverstärkungen nach Sizilien geschickt worden.

Spanien.

Madrid, 7. Febr. Martinez de la Rosa ist todt. (Francisco Martinez de la Rosa, gewesener Präsident des im September 1860 neu organisirten Staatsrathes, war geboren zu Granada am 10. März 1789, wirkte im Unabhängigkeitskriege als Journalist, ging 1811 nach England und gab dort sein Epos „Zaragoza" heraus, kehrte mit den siegreichen Cortes nach Madrid zurück und zeichnete sich dort als Deputirter so aus, daß 1814 die Restauration ihm die Wahl stellte, vorwärts zu werden oder zu brechen; er brachte sechs Jahre in den Presidios an der afrikanischen Küste zu, bis die Revolution von 1820 ihn wieder befreite. 1821 trat er im Ministerium, und nun begann seine Rolle als politischer und diplomatischer Vermittler, die sein Leben zu einem steten Wechsel zwischen Minister-Portefeuilles, Gesandtschaftsposten in Paris und Abfindungsloben machte. Martinez de la Rosa hat sich auch in fast allen Gattungen der Dichtkunst versucht; der Hauptreiz derselben aber liegt mehr in der Form, als im Inhalte; er ist Prosa ist er mannterlich.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Februar. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" weiß nach, die Finanzlage Rußlands sey im Vergleich mit anderen Staaten verhältnißmäßig günstig. Eine natürliche Einnahmen-Zunahme ohne Steuererhöhung sey daher zu erwarten. (Tel. d. Köln. Z.)

Amerika.

(General Mac Clellan's Plan.) Nachfolgender Brief, der nach uns mitgetheilten Privatnachrichten von General Grant herrühren soll, hat in diesen Augenblick nicht geringes Interesse „Washington, 12. Jan. Lieber Freund! Sie thun ganz recht, in Ihrem Vertrauen zu Mac Clellan zu beharren. Ich kenne Ihre Ungeduld und die des Publikum begreifen, aber die größten Tadler und hasenfüßigsten Patrioten werden alle vor Bewunderung zugeben, daß der Betrug unumgänglich und die schändere Thatlosigkeit der Generals nur ein nothwendiger Theil seines großen Feldzugsplanes und ein Bestandtheil großartiger und dehhalb um so unfassenderer Erfolge war. Lieber sucht hier eine thätige Clique Mac Clellan zu schaden, weil er nur die gegenwärtigen Absichten der Regierung ausführt und den Krieg nicht jetzt für die Emancipation führt. Lassen die Leute, welche fortwährend „auf nach Richmond" rufen, sich noch ein wenig gedulden! Der Krieg wird demnächst und ihre theuersten Wünsche vielleicht durch die Logik der Thatsachen früher erfüllt seyn, als ihre wildesten Träume es sie vorauszusehen lassen. In ihren Versuchen, Lincoln gegen den General zu beeinflussen, werden sie scheitern. Der einzig mögliche Erfolg dieser Hetzerei, sowohl durch Korrespondenzen als Deligramme, wird nur der seyn, daß sie die Nützlichkeit eines Mannes, der sich ernstlich damit gemacht zmehr als das Publikum weiß, noch seine schlafende Thätigkeit und sie nachhaltigende Energie, bei der Armee schwächt. Er besitzt jetzt das ganze Vertrauen und die Liebe der Armee, vom General bis zum Gemeinen, in einem Maße, wie sie kein Anderer zu erhalten hoffen kann. Ihrer Versuch, sie zu verringern, wäre ein Unglück, welches die ganze Nation zu bedauern hätte. Der Vollgenuß aller unserer Hoffnungen steht uns nahe bevor, deshalb widerhole ich: Halten Sie fest in Ihrem Vertrauen zu Mac Clellan, Sie haben guten Grund dazu, und Alles wird bald wieder gut gehen. Betrachten Sie seine Laufbahn! Wer kann eine ehrenvollere Vergangenheit im Privatleben sowohl

---

Wir haben uns im vergangenen Jahre selbst überzeugt, daß die Steinbrüche von Genesse Baumaterial im Ueberfluß zu liefern im Stande sind, daß sich auf der ganzen Strecke des Kanals Holz und Wasser vorfindet und an vielen Stellen hydraulischer und fetter Kalk gewonnen wird. Der Charakter der Isthmuswüste ist ein ganz eigenthümlicher und von der Sand- oder Steinwüste vollkommen verschiedener. Niederes Holz in ganzen Büschen findet sich fast überall. Der in der Mitte des Kanals gelegene, größtentheils ausgetrocknete Timlah-See, welcher zum Centralhafen genommen wird, ist mit Bäumen und Sträuchern dicht bewachsen. Die Bohrlöcher, welche an verschiedenen Stellen gemacht wurden, liefern unter einer ganz dünnen Schicht von Sand eine Schicht von Mischwasser, deren Mächtigkeit 4 bis 6 Meter beträgt. Auch an Arbeitern ist faktisch kein Mangel; da die Gesellschaft jedem Arbeiter täglich 7 Piaster (ungefähr 70 Neukreuzer) bezahlt, während der übliche Arbeitslohn 1 bis 2 Piaster beträgt, so ist der Zuzug von Arbeitern in Suez ein bedeutender. Was die collines mouvantes betrifft, so wurden sie nur von Hrn. Stephenson und seinen Kollegen bemerkt. Wir passirten diese Gegend während eines sehr starken Südwestwindes, ohne einen erheblichen Effekt wahrgenommen zu haben, und sahen vor zwei Jahren eingeschlagene Markirpflöcke, welche zu verschütten jene noch nicht im Stande waren.

Die angeblische Unmöglichkeit, in der Bucht von Peluffium einen Hafen zu gründen, welche von den englischen Ingenieuren so sehr hervorgehoben wurde, hat allerdings ihre Berechtigung; allein auch dafür haben die Franzosen ein Auskunftsmittel gefunden und denselben auf die Landzunge verlegt, welche das mittelländische Meer vom Menzahsee trennt. Mit der zweiten Behauptung, d. i. mit dem Hinweis auf die gefahrvolle Schifffahrt im rothen Meere, waren die englischen Staatsmänner, wenn auch nicht glücklicher, so doch der Wahrheit näher. Dieses Meer gehört in der That zu den klippenreichsten der Welt, und die Schifffahrt mit Segelschiffen wird auf demselben durch seine geringe Breite und die heftigen Stürme, welche es fast immer bewegen, ganz unmöglich gemacht. Der maritime Kanal wird daher auf den Welthandel von verhältnißmäßig geringem Einfluß seyn. Voluminöse und wohlfeile Waaren werden nach wie vor den Weg um das Kap der guten Hoffnung nehmen, da die Frachtenpreise mit Segelschiffen viel billiger als mit Dampfschiffen sind, und die Assekuranzprämie für das rothe Meer schonmal so hoch ist als für die alte Wasserstraße. Nur für Luxusartikel dürfte der Kanal benutzt werden, bei denen die Verzugszinsen, welche die längere Reise verursacht, in Betracht kommen. Allein für diese ist der kürzere Weg bereits eröffnet.

Suez und Alexandria sind durch eine Eisenbahn verbunden, und die Transportpreise zu Lande sammt den Umladungsloßen stellen sich kaum höher, als die Durchzugsgebühr durch den neuen Kanal. Der große Irrthum der englischen Regierung, hieraus einen Schluß auf die Rentabilität der Unternehmung zu ziehen, liegt darin, daß nicht der maritime Kanal als die Haupteinnahmsquelle der Gesellschaft angesehen werden kann, sondern die mit Hülfe der Süßwasserkanäle zu kultivirenden Ländereien eine wahre Goldgrube für die Kompagnie zu werden versprechen. Die großen Terrainstrecken, welche den Franzosen durch die Konvention abgetreten wurden, sind an ihrer Oberfläche mit Nilschlamm bedeckt, und zeigen deutlich, daß der Aegypten befruchtende Fluß einstens seinen Lauf durch diese Gegend nahm. Nur weniger Kanäle bedarf es, und die Isthmuswüste verwandelt sich in die üppigste Landschaft, das Land zwischen Kairo und dem Timsah in die ertragreichsten Felder.

(Schluß folgt.)

Digitized by Google

als im öffentlichen Dienst nachweisen? Seine vorzüglichen militärischen Kenntnisse und seine Tüchtigkeit sind von seiner eigenen Feder geschrieben, mit seinem eigenen Schwerte gezeichnet worden. Es braucht ihm Niemand zu loben noch in Schutz zu nehmen. Was hat er seit dem Ausbruch der Rebellion gethan? Er war es, der die portreffliche militärische Organisation des Staates Ohio entwarf und erfolgreich durchführte; er vertrieb die Rebellen nach einem kleinen, aber lästigen und brillanten Feldzuge aus dem westlichen Virginien; er brachte augenblickliche Ordnung in ein vollständiges Chaos und machte das meuterische Washington so ruhig wie ein Lammchen; aus einem vollständig demoralisirten und ungeordneten Haufen schuf er eine durchaus disciplinirte Armee, wie das Feigwerden Drainesville und selbst das unglückliche Bull Bluff bezeugen; noch mehr als Alles dieses, er trug bescheiden und still die Leute, womit Unwürdige das bekehrene Verdienst belohnen; er ließ sich durch allen Neid, Eifersucht und Anklagen, durch die gigantischen Schwierigkeiten und Hindernisse nicht von seiner Herkulesarbeit abbringen, die ein weniger kühnes und enschlossenes Herz abgeschreckt haben würden. Ich schreibe warm über Mac Clellan, weil ich den Mann kenne und liebe. Ihre Ansicht, man solle Manassas, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin, angreifen, gestützt darauf, daß wir besser geschlagen würden, als in Stücke zerfallen, zeigt mir Ihre gewöhnliche gute Einsicht nicht. Irgend eine militärische Autorität würde Ihnen sagen, daß ein reine Tollheit wäre, unsere Kräfte an diesen starken Befestigungen zu zerschellen. Aber der General hat sie in ihrer eigenen Falle gefangen; sie sind wie ein Fuchs in einer Höhle mit nur einem Ausweg, aus dem sie bald getrieben werden, und dann wird Mac Clellan wie ein Donnerkeil über sie herfallen. Dann wird das Publikum nicht über seinen Mangel an Energie klagen. Ich sage Ihnen, es wird so schrecklich seyn, daß Heulen und Zähneen von Süden bis zu Süden empordringen wird. Genau mit dem großen Feldzugsplane bekannt, wiederhole ich, daß die Rebellen dem Untergang verfallen sind und Secession nie wieder ihren Hydeakopf im Lande erheben wird. Die Fänge des riesigen Kontinentes ziehen sich jetzt um die Rebellen zusammen, und der nächste Monat wird sie vollständig und für immer erdrückt sehen. Nochmals sage ich: Erwarten Sie einen kurzen, aber einen verzweifelten Krieg." (Schw. M.)

Das französische Geschwader ist am 7. Januar auf der Rhede von Veracruz angelangt, mit ihm auch das englische Geschwader, und der noch übrige Theil der spanischen Expeditionsflotte. Die Gesammtstärke der zu Veracruz eingetroffenen französischen Truppen belief sich auf 2600 Mann.

Volkswirthschaftliches.

Aus Bayern. In Betreff der Preisverbergungen für Entwässerungs- und Bewässerungs-Unternehmungen, Drainage und Arronirung hat das Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins einen sehr eingehenden Bericht an das Staatsministerium des Handels erstattet. Die Februar-Nummer der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins theilt einen Auszug aus diesen Berichten mit, aus welchem sich ergibt, daß die Preisgewährungen für Ent- und Bewässerungen u. s. w. von dem günstigsten Erfolg begleitet waren, und daß in allen diesen Beziehungen schon bisher sehr bedeutende Ergebnisse im allgemeinen Interesse erzielt worden sind.

* Literarisches. Die schon früher in diesen Blättern besprochene Schrift; die Kapitalanlage in Werthpapieren der Staaten und großen Aktiengesellschaften des In- und Auslandes, von A. Meyer (Stuttgart, Verlag von Wilh. Nitzschke) ist jetzt mit der fünften Lieferung vollständig. Der sehr enthält eine Sammlung des historischen, statistischen und rechtlichen Materials zur Beurtheilung der Sicherheit, so wie der sonstigen faktischen und rechtlichen Verhältnisse der, namentlich auf deutschen Börsen umlaufenden Staatspapiere, Aktien, Prioritäts-Obligationen u. s. w. Der allgemeine Theil gibt eine populär gehaltene Belehrung über den Verkehr mit Werthpapieren, deren Haupturten, über Anlehens- und Tilgungssysteme, Parisre auf den Inhaber, Zinsberechnung, Verjährung, Amortisation und Kündigung, Münzsysteme und Währungen, Verschiedenes u. s. w. Der spezielle Theil enthält in vier Abtheilungen eine historische, statistische und rechtliche Betrachtung der Staatspapiere von allen europäischen Staaten, sowie von denen der nordamerikanischen Union, der Grundentlastungs-Obligationen, der Pfandbriefe, insbesondere der preuß. sächs. bayer., meklenb., hannöv., württemb. und Kreditvereinsobligationen, endlich der Aktien und Obligationen verschiedener größerer Gesellschaften, als: der Eisenbahngesellschaften, Banken, Kreditinstitute, Berg- und Hüttenwerke u. s. w. Das Werk zeichnet sich vortheilhaft durch eine sehr fleißige, umsichtige, durchweg auf Quellenstudium basirte Behandlung aus und hat durch die Ordnung des großen oder geringeren Sicherheit der verschiedenen Staats- und anderen Werthpapiere nicht nur für den Besitzer von solchen hohen praktischen Werth, sondern gewährt auch durch eine ebenso eingehende als anziehende Darstellung und Beleuchtung der finanziellen Zustände in den einzelnen Staaten mit fortwährender Rücksichtnahme auf deren geschichtliche Entwicklung, ihre Einflüsse und mehr oder weniger geordneten Verhältnisse und die höchst bedeutsam Garantien für die Staatskredit einen Einblick in Verhältnisse, die bei Beurtheilung der innern und äußern Politik der verschiedenen Staaten wichtigerung gewordenist werden können. Es ist daher dieses Buch nicht nur den Kapitalisten, Bankiers, Verwaltern fremden Vermögens, sondern auch für öffentliche Stiftungen, Korporationen und nicht minder für Landtagsabgeordnete zc, welche sich ein Urtheil über Solidität, Sicherheit, Werth und Kapitalanlage der vorhandenen Staatspapiere in den verschiedenen Ländern bilden wollen, als durchaus zuverlässig zu empfehlen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 6. Febr. Nach aus dem Gebirge eingetroffenen Nachrichten ist in dem unweit Ramsau unter dem hohen Göhl gelegenen Oerchen Hinterseegrube gewaltige Lawine niedergegangen, durch welche das dortige Wirthshaus zwar nicht völlig verschüttet, doch der Art beschädigt wurde, daß dessen Einsturz zu besorgen steht. Da das Nahen der Lawine vorher wahrgenommen wurde, so waren die Bewohner des Hauses wie das Vieh schon in Sicherheit, als die gewaltige Masse über das Haus herabbrach.

(Augsb. Abz.)

München, 8. Febr. An dem Bahnkörper der Holzkirchen-Miesbacher Linie hat das Wasser arge Beschädigungen durch Abspülung von Terrein angerichtet. (Südd. B.)

In Backnang, im Württembergischen, wurden bei der letzten Ueberschwemmung den Gerbern mehr als 2000 Stück in Arbeit begriffene Häute mitgenommen; viele Schweine, Gänse und eine Ziege ertranken.

Der Wiener Männergesangverein, der bei dem vorjährigen Sängerfest in Nürnberg den ersten Preis errang, trifft Anstalten, zur Zeit der allgemeinen Industrieausstellung eine Sängerfahrt nach London zu unternehmen. Gleichzeitig dürfte die österreichische Militärmusik durch eine der tüchtigsten Regimentskapellen dort vertreten seyn.

Neueste Nachrichten.

§ Wien, 7. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Zwei Wege standen der Regierung offen, um das Defizit zu decken und das Gleichgewicht im Staatshaushalte anzubahnen. Sie konnte die Ausgaben vermindern oder Einnahmen erhöhen, d. h. die Steuerkraft des Landes stärker anspannen. Die Regierung hat sich, wie die neuesten Erklärungen des Finanzministers beweisen, für den letzteren Weg entschieden, und es hat dieses aus mehr als einer Ursache großes Aufsehen erregt, insbesondere da Graf Rechberg vor Kurzem erst im Finanzausschusse und eben so die „Donauzeitung" vor einigen Tagen erklärt hat, daß die Beziehungen zum Auslande befriedigend seyen. Man glaubte daraus, daß die Regierung einer Herabminderung des Budget, namentlich des auf das Kriegsministerium bezüglichen Theiles beistehen, keine Schwierigkeiten bereiten werde. Auch die Opferfähigkeit hat ihre Grenzen. Diesem Sternehmen nach lassen übrigens die Verhandlungen mit der Bank ein günstiges Resultat erwarten, wodurch die Regierung wenigstens in den Besitz von 70 Mill. fl. gelangt. Die Transaktion mit der Bank wird übrigens auf die Besserung der Valuta ganz ohne Einfluß bleiben. Es handelte sich hierbei lediglich darum, sich die Erneuerung des Privilegium so thunee als möglich zahlen zu lassen. Das ist denn auch gelungen, da die Bank vor der Drohung des Finanzministers, sie zur Liquidation zu zwingen, die Segel gestrichen hat.

* Bezüglich der neulich mitgetheilten Berichtigung des „Monteur" ist zu bemerken, daß es (und so jetzt auch der „Constitutionel") sagt, daß die Nachricht englischer Zeitungen über eine von der französischen Regierung mit englischen Bankiers abgeschlossene Anleihe ungenau sey. Diese unklare Bezeichnung würde nicht gewählt seyn, wenn man nicht das Recht zu einer mehrfachen Auslegung dieser Berichtigung sich vorbehalten wollte. Die Berichtigung scheint auf eine Sophisterei über den Begriff Anleihe hinaus zu laufen. (Möglich auch, daß man jetzt so sagt, weil in London nichts zu bekommen war.) Gewiß ist, daß die französ. Regierung auf eigene Rechnung an der Börse in großem Maßstabe kauft, und gleichzeitig große Oede in den Kassen ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 42. | Pränumerationszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 8 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dienstag, 11. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 6. Febr. Die heutige Sitzung des Bundestags war eine fast stürmische, und zeigte die Versammlung, die sich sonst in so gemessenen Formen zu bewegen gewohnt ist, sogar einige Anlage zum Parlamentarismus. Es handelte sich, wie schon erwähnt, wiederum um Preußens Widerspruch gegen eine Lebensthätigkeit des Bundes. Zur Abstimmung stand der Ausschußantrag: beschließen zu wollen, „die Niedersetzung einer Fachmännerkommission zu Hannover behufs Ausarbeitung des Entwurfs einer allgemeinen deutschen Civilprozeßordnung, und einer zweiten zu Dresden für ein allgemeines Obligationenrecht, sowie demgemäß das entsprechende Ersuchen an die Regierungen stellen zu wollen. Preußens Gesandter erklärte nun beantragt zu seyn, auszudrücken vor der Abstimmung Widerspruch einzulegen gegen Vornahme derselben. „Der Bund ist nicht kompetent," so motivirte er solchen, „zum Erlaß einer allgemeinen Gesetzgebung. Die gemeinnützigen Angelegenheiten, welche seine Grundgesetze seiner Kompetenz zuweisen, beduten nur Verwaltungsgegenstände. Zwar wäre die Erreichung einer deutschen Gesetzgebung an sich ein sehr wünschenswerthes Ziel: nach dem Vorstehenden jedoch sind die Einsetzmaten hier auf den Weg freier Vereinbarung angewiesen. Der Bundesweg ist aber nicht nur ein ungerechtfertigter, sondern auch ein schädlicher, weil, wenn ein derartiges Werk durch den Bund zu Stande kommt, auf die Einzelregierungen ein Druck ausgeübt wird, ja selbst auf die Volksvertretung, das Werk zu acceptiren. Hienach stimmt Preußen nicht zu. Da nun aber Einstimmigkeit erforderlich ist, so muß Preußen auch jedem weiteren Vorschreiten der Versammlung in dieser Sache, wie hiemit geschieht, ausdrücklich widersprechen." Als hierauf Preußens gewöhnliche Unterstützer eine Vertagung vorschlugen, nahm Hr. v. d. Pfordten zu einer meisterhaften Rede das Wort. In der er an Offenheiten gegen Preußen nicht fehlte. „Ob der Bund kompetent ist zum Erlaß einer Gesetzgebung (so entwickelte Redner), hängt nicht von Preußens Widerspruch ab, sondern vom Inhalt seiner eigenen Grundgesetze. Ist es zweifelhaft, ob unter den gemeinnützigen Angelegenheiten, welche diese ihm zuweisen, nur Verwaltung zu verstehen sey, oder auch Gesetzgebung, so wird auch dieser Zweifel wiederum nicht durch Preußens Entscheidung entschieden, sondern die Grundgesetze selber zeichnen den Weg vor, wie der Zweifel zu entscheiden, indem sie solche Entscheidung der Zuständigkeit der Majorität des engeren Raths zuweisen. Wie wir zu unserer Genugthuung so eben erfahren, so verhehlt sich selbst Preußen nicht, wie wünschenswerth das Ziel sey, welches wir anstreben. Wenn Preußen aber den Bundesweg für nachtheilig, jenen freier Vereinbarung dagegen für zweckmäßig erklärt, so muß ich gestehen, wie mir diese Ansicht nicht ganz klar ist. Denn, frage ich, wäre nicht auch bei der freien Vereinbarung die Zustimmung sämmtlicher Regierungen erforderlich? erforderlich nicht auch die der Volksvertretungen? Würde also auch dann nicht auf beide der gleiche Druck geübt werden? Was übrigens diesen Druck betrifft, den Preußen dem Bunde zuschreibt, so hören wir hier zum erstenmal, daß man doch selbst von jener Seite, welche gewohnt ist, der Thätigkeit des Bundes Hindernisse in den Weg zu legen und hinterher auf dessen Unthätigkeit sich zu berufen; daß man selbst dort ihn doch noch für hinreichend lebensthätig hält, um auf Regierungen und Stände einen Druck auszuüben! Was schließlich die, in Folge des preußischen Widerspruchs zur Zeit mangelnde, Einstimmigkeit betrifft, so schade sie, bekanntem Recht nach, nicht des Bundes vorbereitender Thätigkeit. Ist diese derweil, so liegt es am Bunde, die Regierungen zu einer Einstimmigkeit in der Schlußabstimmung zu disponiren. Hienach stimme ich dafür, unbeirrt durch den benommenen Widerspruch, sofort zur Abstimmung zu schreiten." Nach dieser Rede, welche mit Wärme gesprochen ward, erhob die Versammlung mit großer Majorität obige Ausschußanträge zum Beschluß. Hierauf ergriff Preußen nochmals das Wort, um gegen die Gültigkeit dess so eben gefaßten Beschlusses aufs förmlichste zu protestiren. Dem folgte die Rede eines andern Mitglieds der Majorität, welche Preußens angebliches Recht zu dergleichen Protesten gegen bindende Bundesbeschlüsse entschieden zurückwies. Hierauf erklärten sogleich mehrere Regierungen ihre Bereitwilligkeit, dergleichen Fachmänner nach Hannover und Dresden abzusenden. Einige Stimmen wünschten theils jene zwei Kommissionen nicht gleichzeitig, sondern nach einander versammelt, theils machten sie ihren Beitritt vom Beitritt anderer Regierungen abhängig. (A. Z.)

Preußen. Bei dem Palmsonntag erhielt auch die Stadt Minden das Recht der Vertretung im Herrenhause. Man wählte den Oberbürgermeister Poelmann zum Vertreter, und gab ihm für die vorige Session als Entschädigung für den Aufenthalt in Berlin circa 1000 Thlr. In diesem Jahr wollen die Stadtverordneten aber nichts geben, weil sie es für unnütz halten, bei der jetzigen reaktionären Zusammensetzung des Herrenhauses in demselben vertreten zu seyn. Hr. P. wird daher zu Hause bleiben. (N. Z.)

— Der „Konstitutionnel" verspottet die „Kreuzzeitung", welche das Verhältniß zwischen König und Volk als eine Ehe bezeichne; wie der Mann nicht von der Frau, so dürfe der König auch nicht vom Volke abhängen; wie die Frau, so dürfe das Volk auch nur Rath geben.

Württemberg. Stuttgart, 7. Febr. Der Oberamtmann von Böblingen, Schott v. Schottenstein, erklärt heute in einer im „Schwäbischen Merkur" abgedruckten offenen Zuschrift Folgendes: „Hrn. Rechtsfonsulent Sigmund Schott in Stuttgart (Abgeordneter des Bezirks Böblingen) drohe ich mich, zu bemerken, daß ich weder ihm noch sonst einem Abgeordneten die Berechtigung absprche, in der Kammer jeden beliebigen Antrag zu stellen und die ihm hiezu erforderlich scheinenden Belege sich zu verschaffen. Aber darauf beharre ich, daß die Form, in welcher Hr. A.-E. Schott die Notizen zu seinem Antrage sammelt, die einem Siedbrief nicht unähnlich sieht, eine für den ganzen Beamtenstand höchst verletzende ist und daher eine Erwiderung zur Folge haben mußte. Daß überhaupt die Art und Weise, wie neuerdings die Beamten — vom höchsten bis zum niedrigsten — durch einen Theil der Presse herabgewürdigt und verdächtigt werden, und wie das Volk systematisch daran gewöhnt wird, in den Organen der Regierung seine natürlichen Feinde zu erblicken, einem Mitglied des angegriffenen Standes nahe legen muß, für die ihm gebührende Stellung in die Schranken zu treten, wird Jedermann begreiflich finden. Böblingen, den 6. Febr. 1862. Schott von Schottenstein, Oberamtmann."

Kurhessen. Kassel, 5. Febr. Ueber dem bekannten Vorfall im kurfürstlichen Schlosse liegt noch immer ein Dunkel, welches vielleicht nie ganz aufgehellt werden wird. In unterrichteten Kreisen erzählt man sich den Vorgang folgendermaßen: Der Kurfürst habe seine Gemahlin beim Essen der Nummer des „Flanderedalls" überrascht, in welcher die neu Töchtern des Kammerpräsidenten Rebenstock von Seiten der Prinzen von Hanau auf einem Ball erwiesene Aufmerksamkeit mit spöttischen Seitenblicken auf den erlauchten Vater der Prinzen besungen war. Der Zorn des Kurfürsten über diesen Affront habe zu lebhaften Vorwürfen und im weiteren Verlaufe zu einer jener häuslichen Scenen geführt, welche gewöhnlich damit endigen, daß der schwächere Theil „Hilfe" oder „Feuer" schreit. Kurz, ein in den Vorzimmern wartender Kammerdiener glaubte, man beraube seines Bestandes auf irgend einem Grunde und stürzte in das Zimmer. Sein unerwartetes Erscheinen verwirrte doch wenig, und der hohe Herr suchte ihn bald in einer Weise begreiflich zu machen, die den Kammerdiener zu einem Griff nach dessen Fuße veranlaßt habe. Durch

Digitized by Google

diese rein abwehrende Bewegung sey nun aus dem an sich eben nicht ungewöhnlichen Vorfall diesmal ein etwas kritischer Fall geworden, bei welchem ein Kopf, eine Hand am Tisch und ein Spiegel in etwas ungemeine Kollision gekommen waren. (W. Z.-B.)

Oesterreich. Wien, 6. Febr. Nachdem der Kaiser sich vorgestern Vormittags in die von der Ueberschwemmung schwer heimgesuchten Vorstädte und in die Brigittenau begeben, und selbst in einem Kahne nach den bedrohten Häusern fahrend, sich von der Ausführung der zur Rettung ihrer Bewohner, zur Unterbringung derselben ihr Verhaltungsregeln und zur Verproviantirung dieser Bedrängten getroffenen Anstalten überzeugt hatte, fand man Se. Maj. Nachmittags abermals am Orte der Gefahr, unmittelbar die durch das beklagenswerthe Ereigniß gebotenen Vorkehrungen treffend. Gegen 5 sah man Se. Maj. gestern früh 1/4 8 Uhr auf dem Schauplatze. In Folge der allerhöchsten Anordnungen wurde die ganze Leopoldstädter Cavallerie-Caserne zur Unterkunft der Hülfslosen und die k. k. Militär-Verpflegungsmagazine zur Abgabe der erforderlichen Quantitäten Brodes an dieselben angewiesen. Zugleich wird für die durch das Hochwasser beschädigten Hülfsbedürftigen die Sammlung milder Beiträge im ganzen Lande eingeleitet. (W. Z.)

— Wien, 8. Febr. In Berücksichtigung der durch die gegenwärtige Ueberschwemmung in mehreren Theilen Nieder-Oesterreichs hervorgerufenen schweren Noth hat der nieder-österreichische Landesausschuß beschlossen, einen Betrag von 12,000 fl. anzuweisen, wovon 10,000 fl. zur augenblicklichen Vertheilung unter die hülfsbedürftigsten Bewohner des flachen Landes und 2000 fl. für jene der Residenzstadt Wien bestimmt sind. (L. Z.)

— Dem „P. Bl." wird mit Bestimmtheit aus Wien mitgetheilt, daß alle Gerüchte von Versuchen, eine Lösung der ungarischen Frage herbeizuführen, vorläufig einer jeden Begründung entbehren. In allen Lagern herrsche das Gefühl, daß man den Dingen ihren Lauf lassen und die Entgegenheit abwarten müsse. Mit diesem Gedanken des Zuwartens stehe auch das Verbleiben des Grafen Apponyi im Amte im Zusammenhange.

— Preßprozesse. Der Redakteur der beiden Redakteure des Lemberger „Przeglan", Czupnicki und Kosielecki, ist nun auch in letzter Instanz abschlägig beschieden und wird Ersterer seine zwei-, Letzterer seine zehnmonatliche Kerberhaft nach Einhändigung des oberstrichterlichen Erkenntnisses antreten. Gegen den Lemberger „Dziennik Polski", ist abgesehen von dem „Strafverfahren wegen Abdruckung der Herzen'schen Proklamation an die russische Armee, ein Prozeß wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe aus Anlaß eines Artikels über die Burgestrage anhängig. Der Redakteur „Kos" ist vom Markgrafen Wielopolski wegen Ehrenbeleidigung angeklagt, und der Redakteur des in Wien er-

scheinenden „Postemp", Opiecki, sowie der Redakteur der in Lemberg erschienenen Wochenschrift „Beschalle für die Jugend" sind wegen des Verbrechens des Aufstandes in Untersuchung. Der Redakteur des Lemberger „Kos" ist wegen Hochverrathe zu 5 Jahren schweren Kerkers verurtheilt, hat jedoch diese schon getheilt) die Berufung an den obersten Gerichtshof ergriffen. Gleichfalls, Haczkowski, hat der zu 14 Tagen Arrest verurtheilte Redakteur des „Humoristische Liste" in Prag, Billimek, die Berufung angemeldet.

— Nach dem „P. Bl." macht sich in mehreren Bezirken Krostiens der Mangel an Lebensmitteln empfindlich fühlbar. Man besonders namentlich in der Nähe von Karlstadt förmliche Hungersnoth.

Großbritannien.

London, 8. Febr. Der Bischof von Exeter hat einem jungen Geistlichen, der zu einem wohlthätigen Zweck öffentlich Hamlet vorlas, das Predigen in seinem Sprengel untersagt. (L. Z.)

Frankreich.

Paris, 6. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht heute den Commissionsbericht des Hrn. Gouin über das Fould'sche Projekt der Renten-Conversion. Ich hebe aus demselben nur hervor, daß die Frist wegen der facultativen Umwandlung von 30 auf 20 Tage reducirt wurde, was zeigt, daß die Commission die Absicht der Regierung kennt, und daß Hr. Gouin die ursprünglich auf 8 Fr. veranschlagte Auszahlung nur zu 6 Fr. berechnet. Hieraus würden, der Rechnung des Commissionspräsidenten zufolge, der Regierung ca. 150 Millionen (also schon 50 pCt. weniger als Hr. Fould prophezeite) und eine jährliche Ersparniß von 7 Millionen erwachsen. Im Publikum jedoch glaubt man, daß öffentlich oder doch unter der Hand für größere Posten die Auszahlung 5 Fr. nicht übersteigen werde. — Ich berichtete wiederholt über die Auskunftsmittel, deren die Regierung sich bedient, um sich die nöthigen Fonds zu den Börsen-Operationen zu verschaffen, welche die Basis der Fould'schen Operation bilden. Auch sagte ich Ihnen, daß die französische Bank angewiesen wurde, dem Capitel der Vorschüsse (wegen der starken Titel-Lieferungen in Liquidation) die größtmöglichste Ausdehnung zu geben. — Ad hoc hat die hiesige Bank bei ihren Londoner Schwester ein Darlehen von 100 Mill. Franken gegen Hinterlegung von Titel negocirt. — Dieß hinderte jedoch nicht, daß die französische Bank heute ihren Disconto auf 4 pCt. herabsetzte — Alles zum Besten des Handels und der nothwendigen Hausse an der Börse! — Jedermann hatte aber hinter die Coulissen gesucht. — Die Disconto-Herabsetzung der

Ueber das Suez-Projekt.

(Schluß.)

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das größte Administrationstalent der Franzosen, ihre humane Regierung und der glückliche Himmel, welcher dem Landmann zwei Ernten des Jahrs beschert, die ganze europäische Auswanderung anziehen werden. Aber auch bei den Arabern hat die Gesellschaft in der kurzen Spanne Zeit, in welcher sie am Isthmus hauste, entschieden Glück gemacht. Durch Erbauung von Moscheen in den größern Niederlassungen und durch Restaurirung alter Denkmäler, welche bei diesem Volk eine große Rolle spielten, hat sie es verstanden, die Sympathien der Beduinen zu gewinnen. In der Entwicklungsgeschichte des Suezkanals hat sich die Politik der beiden Westmächte getreulich abgespiegelt. Ohne sich nur im geringsten um sie noch immer nicht erfolgte nachträgliche Genehmigung der Pforte zu bekümmern, haben die Franzosen unter dem Titel „Travaux préparatoires" die Bauten in Angriff genommen. Als die englische Regierung davon Kenntniß erhielt, setzte sie alle diplomatischen Hebel in Bewegung, um die Ausführung des Projekts zu verhindern. Ihre Bemühungen waren von Erfolg, und der französische Generalconsul Sabatier erhielt den Befehl, die Bauten einzustellen. Allein mit der gewohnten Doppelzüngigkeit ließ das Tuilerien-Kabinet gleichzeitig Hrn. v. Lesseps versländigen, daß dieser Befehl bloß als eine England gemachte Konzession zu betrachten sey, und fügte die Weisung bei, sich in den Arbeiten dadurch nicht stören zu lassen. Als Englands Staatsmänner nach mehreren Monaten erfuhren, daß sie von Louis Napoleon dupirt worden, schlugen sie Lärm, und im Jahre 1859 versammelten sich die Gesandten der europäischen Großmächte zu Konstantinopel, um unter des Großvezirs Vorsitz die Kanalfrage endgültig zu entscheiden. Auch aus dieser Konferenz ging England als Sieger hervor, und die Pforte ertheilte mit Frankreichs Zustimmung der ägyptischen Regierung den Befehl, die Fortsetzung der Arbeiten selbst durch Waffengewalt zu verhindern. Wie das erste Mal, so wurde auch jetzt Herr v. Lesseps verständigt, auf seinem Posten auszuharren. Die französischen Ingenieure, Hr. v. La Roche an der Spitze, erklärten, sich lieber todtschlagen zu lassen, als die begonnenen Bauten einzustellen.

Diese Erklärung genügte dem Vicekönig, um den erhaltenen Befehl trotz Englands Drängen nicht zu vollziehen. Ob die Vorstellungen des französischen Generalconsuls oder die Furcht vor den Konsequenzen einer Niedermetzelung französischer Unterthanen Said-Pascha bewogen haben, der Sache ihren Lauf zu lassen, vermögen wir nicht zu entscheiden, doch können wir versichern, daß die sogenannten „Travaux préparatoires" keinen Augenblick unterbrochen wurden. England sah ein, daß es auf diplomatischem Wege nichts erreiche, und vergichtete endlich darauf, dem Kanalbau in der bisherigen Weise entgegenzutreten. Lord Palmerston erkannte bald, daß nur eine englische Flotte die Fortschritte einer Unternehmung aufhalten könne, welche für Frankreich das werden versprach, was die ostindische Kompagnie für das englische Mutterland wurde. Allein zu energischen Mittel waren nicht nach dem Geschmack dieses Diplomaten; sie konnten zum Aeußersten führen und den Weltfrieden in bedenklicher Weise kompromittiren. England sann daher in das Unvermeidliche. Herrn v. Lesseps ist es in diesem Jahre gelungen, den Vicekönig von Aegypten für das Unternehmen vollständig zu gewinnen, und denselben zu bewegen, Aktien für 90 Mill. Franken zu zeichnen. Der Bau wird nun im großen Maßstab betrieben. 2000 Europäer aus aller Herren Ländern und 10,000 Araber sind bei den Arbeiten in Verwendung, welche unter der Leitung erfahrener Ingenieure kaum gehoffte Resultate erzielen.

Digitized by Google

mochte nicht die geringste Illusion zu gewähren und die Rente, statt zu steigen, wich von 17,35 auf 17,25 zurück, so bald diese Maßregel offiziell bekannt geworden war. (K. f. Nordd.)

Paris, 8. Febr. Die Verhandlung des gesetzgebenden Körpers über das Renten-Umwandlungsgesetz, gestern begonnen, ist heute bereits geschlossen worden. Natürlich ward die Gesetzvorlage mit ungeheurer Majorität votirt. Die Majorität war im Voraus entschieden. Alles und Jedes zu votiren, trotz der besten Vorwürfe, welche die neulich der Kaiser selbst über die bloße Scheinhaftigkeit ihrer Contenle im Finanzwesen gemacht. Bezeichnender noch ist, daß die Majorität, welche so eben die Regierungsvorlage trotz aller Einwürfe wollen wird, es nicht einmal der Mühe werth oder vielleicht über ihre Kraft gefunden, die Conversion auch nur durch einen einzigen ihrer Redner irgendwie eingehend vertheidigen zu lassen. Kaum, daß Bartholoni gestern und Aug. Chevalier heute einige schüchterne und vereinzelte Gegenbemerkungen den vernichtenden Reden entgegengesetzt, welche Picard, Königswarter und Ollivier gegen das Gesetz geschleudert. Die ganze Wucht der Vertheidigung blieb auf den Schultern der Regierungs-Commissare, die sich derselben ziemlich mittelmäßig entledigten. Was aus der zweitägigen Diskussion am klarsten hervorgeht, ist, daß die seit 14 Tagen andauernde Hausse, welche zum Gelingen der Conversion unerläßlich ist, eine reine fiktive ist, daß die Regierung zu dem Zwecke Millionen auf die Börse wirft und Alles kauft, daß die Mittel ihrer hiesigen Banquiers bereits erschöpft sind und sie unter der Hand so eben in London hundert Millionen ausborgt, um sorts fahren zu können u. s. w. u. s. w., mit Einem Worte, daß die ganze Operation ein kolossaler Humbug ist. Darüber ist die Kammer durch die Oppositionsreden vollkommen aufgeklärt worden; die Conversion votirt sie natürlich allerdem. (K. Z.)

Die Diskussion im gesetzgebenden Körper über die Rentenkonversion eröffnete Thirion mit einer Rede gegen dieselbe; er erklärte die Vorlage für unmoralisch, auf unsichtiger Grundlage beruhend, ohne allen Vortheil für die Rentiers und nachtheilig für den Staat. Unmoralisch sey sie, weil sie nur durch kolossale Börsenoperationen ausführbar sey; die Regierung spreche mit dem Publikum wie ein Makler, der seinen Klienten zu einer gefährlichen Operation überreden wolle; Börsenoperationen seyen Privatgeschäfte, um welche sich eine Regierung nur dann zu kümmern habe, wenn sie neue Schulden mache oder alte bezahle; der Augenblick, wo eine schwebende Schuld von einer Milliarde aufgewachsen, sey schlecht gewählt, den Rentiers mit Rücksahlung ihrer Kapitalien zu drohen. Um nun das Projekt auszuführen (d. h. um die angedrohte Rückzahlung, zu der es doch on Geld fehlt, vermeiden zu können), müsse die Regierung selbst Agiotage treiben und die Kurse zu heben suchen inmitten einer Handelskrise und einer auch sonst schwierigen Lage; es sey ein öffentliches Geheimniß, daß eine Gesellschaft Kapitalisten für Rechnung der Regierung operire; nach seinen Berichten würden diese, da die kleinen Kapitalisten ihre Renten gegen Eisenbahnprioritäten umtauschen, eine Masse von 500 Mill. Renten auf den Hals bekommen. Eine solche Konversion hänge von günstigen Umständen ab, die ein Finanzminister nicht schaffen könne, wenn das Geld theurer sey, und er jeden Augenblick in den Fall kommen könne, ein Anlehen machen zu müssen; der ganze Plan beruhe auf Hypothesen, auf Börsencapricen und auf der Illusion, die man den Rentiers mache, daß man sie rembourstren werde, während man hier behaupte, daß man nue die Rente zu brachten habe und das Nominalcapital der Schuld eine gleichgültige Sache sey; es sey eine Conversion eigenthümlicher Art, durch welche der Staat nichts erspare, und auf die Möglichkeit einer Zinsreduction für alle Zukunft verzichte und die Amortisation der Schuld erschwere. Königswarter spricht auch gegen den Entwurf, obschon er gewiß ist, daß seine Rede keinen Erfolg haben werde; wolle man die flottante Schuld um 300 Millionen vermindern, so wäre es besser durch ein Anlehen geschehen, mit dieser Summe hätte man dann die Kosten der drei kleinen Kriege in China, Cochindina und Mexico gedeckt. Bei der Conversion von 1852 habe der damalige Finanzminister Bineau gesteud gemacht, daß man die Rente nur reduciren könne. Den kleinen Rentiers sey es nicht um eine fixere Kapitalvermehrung zu thun, sie würden einfach sagen, „wir haben zur Verzinsung kein Geld", viele derselben verkauften schon seit 14 Tagen ihre Renten und es zeige sich dafür nur ein mysteriöser Käufer, dem sich freilich solche Spekulanten anschlössen, die darauf rechneten, ihm noch am zwanzigsten Tage ihre angekauften Renten aufbürden zu können. Die Regierung wisse sehr gut, daß man in Bordeaux, Lyon, Marseille, überall, wo Rentenbücher bestehen, sich wie in Paris dazu dränge, seine Renten zu übertragen, und zwar gingen alle in die Hände des mysteriösen Käufers über; es sey aber doch gewiß kein Staatsinteresse, die Anzahl der Rentiers zu vermindern und sie zu veranlassen, fremde Fonds zu kaufen. Die dem Staat bei der Konversion zufließenden Beträge würden daher weit unter dem Boranschlag zurückbleiben. Regierungskommissär Buffet hierauf diese Bedenken damit ab, daß die Differenz im Kurs beider Renten auch vor dem Auftreten des mysteriösen Käufers, wie Königswarter pittoresker Weise sich ausdrückte, immer 27 bis 28 pCt. betragen habe. Die Lage des Landes sey heute eine bessere als 1852, trotz dem Stand der Bank, der auf lebhaftern Verkehr hindeute, und da man kein Geld auf einen bestimmten Verfallag gesetzt habe, so sey die Vermehrung des Nominalkapitals eine gleichgültige Sache und der Staat habe immer billigeres Geld für 3 Prozent Rente als für 4½ Prozent erhalten. Es sey nicht Sache der Regierung, die Agiotage zu unterstützen, sondern die Mittel bereit zu halten, um sie zu verhindern, nämlich die Hülfe der Bank und der Bankiers in Anspruch zu nehmen, damit sie die Mittel herbeischaffen, einer momentanen Depression der Rente zu begegnen; das sey nur klug und recht; der Finanzminister erfülle damit eine Pflicht. (Letztere Erklärung beleicht sich wohl auf die in England von einer Bankiersgesellschaft gegen Depot von Renten aufgenommenen 100 Mill. Frs.) (Fr. Hdlsz.)

Aus Lyon wird fortwährend von großer Aufregung unter den arbeitenden Klassen berichtet. Am 6. Februar sind — so versichert man — die Wachen und Patrouillen mit scharfen Patronen versehen worden. Zwischen den Truppen und den Arbeitern soll übrigens das Verhältniß weit intimer seyn, als der Regierung angenehm ist.

Spanien.

Das Geschwader, welches Spanien demnächst nach der Westküste Südamerika's absenden wird, besteht aus zwei Schraubenfregatten von 44 Kanonen und aus drei Dampfcorvetten*). In Folge eines königlichen Befehls werden mit dem nächsten Schiff 5150 Zelte nach Mexico geschickt werden.

Italien.

Die italienischen Journale bringen eine Anzahl bisher unbekannten Briefe Cavour's; wir werden Einiges aus denselben mittheilen; zur Zeit der Pariser Konferenzen schreibt Cavour: „Auch der preußische Bevollmächtigte (Manteuffel) hat mir viel Schlimmes von Oesterreich gesagt."

Wie man der „Ostd. Post" schreibt, hat der Kaiser von Rußland in einem Schreiben an Franz II. diesen dringend abgemahnt, sich durch irgend einen Länderbesitz jenseits des atlantischen Meeres abfinden zu lassen und ihn aufgemuntert, eine für ihn günstige Wendung der Dinge in Europa abzuwarten.

Türkei.

In den letzten vier Wochen ist von Genua und Neapel eine große Anzahl revolutionärer Sendlinge nach der Donau und der Balkanhalbinsel abgegangen. Dieselben bestehen meist aus Ungarn, Rumänen, Polen und anderen Slaven, aber auch aus Griechen, Italienern und Franzosen. Sie haben den Auftrag, vorzugsweise Serbien, die Moldau und Wallachei, Bosnien, Bulgarien und überhaupt die christlichen Völkerschaften in der Türkei für eine allgemeine Erhebung gegen die Pforte vorzubereiten. Sie sind gut mit Geldmitteln versehen und zum Theil für ihre Aufgabe eigens abgerichtet worden. Weitere Sendungen solcher Agenten sollen folgen. Zur Ueberwachung der Küste hat die Pforte eine Flotte nach dem adriatischen Meer abgeschickt.

Amerika.

Die „Patrie" hat neue Privatnachrichten aus Veracruz vom 11. Jan. Sämmtliche Truppen waren gelandet und vollkommen gut untergebracht. Bicecamiral Jurien de la Gravière hatte nach allen Antillen Transportschiffe ausgeschickt, um Schlachtvieh herbeizuschaffen. Diese Fahrzeuge werden vor Anfang Februar nicht in Veracruz zurück seyn. Erst um diese Zeit wird man die Operationen beginnen.

*) Spanien hat mit einigen der dortigen Freistaaten ein ernstes Wort zu sprechen, da inmitten der durch Bürgerkriege dort hervorgerufenen Anarchie spanische Unterthanen dort ebenso mißhandelt wurden, wie in Mexiko, ohne daß bis jetzt Genugthuung zu erlangen war.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 3. bis 8. Februar).

Samstag. Die abgelaufene Woche gehört der Hausse an und schliesst mit ihrem kräftigsten Ausdruck. Die Politik schlummert, da die massgebende Macht vollauf finanziell beschäftigt ist und sich und der Welt daher Ruhe gönnen muss. Die so ängstlich zurückgehaltenen Gelder der Kapitalisten fliessen wieder der Börse zu und wenn sie auch ihre Anlage wohl fast ausschliesslich nur in soliden, festen Zins tragenden Effekten suchen, so ist doch

Digitized by Google

schon ihr Erscheinen geeignet, die Haussebestrebungen der grossen Finanziers und Spekulanten zu fördern.

Den meisten Antheil an der Hausse nahmen an unserer Börse fetzen. Effekten, National um 2½ pCt. auf 60. 5prox. Metalliques um 1½ pCt. auf 49. Venetianer um ebensoviel auf 71½ gestiegen und dies bei sehr ansehnlichem Geschäft.

Südösterreichische Fonds in unveränderter Haltung, obschon die Kurse sind so hoch, dass sich für die Spekulation kein Spielraum bietet, es ist das vorrichtige Kapital, welches kauft. Fremde Staatspapiere, die dagegen zurückstehen, finden mehr und mehr Beachtung; so wurden 4½prox. Schweden zu 100½ vom Markte genommen; auch die Schweizer Kantonale dürften, wenn sich die politische Lage klärt, Avance nehmen. Loosefetten in sogar Nachfrage, österreichische, zumal neue von 1860, stiegen mit den Fonds, aber auch andere Kategorien, wie badische und kurhessische, wieder namhaft höher, letztere haben seit 2 Wochen über 6 Thlr. gewonnen. Wir haben dieselben seit geraumer Zeit der Spekulation empfohlen. Glauben aber doch, dass der relative Werth der Loose, zumal in Anbetracht des eben nicht günstigen Ziehungsplanes, dermalen vielleicht bezahlt ist.

Kredit-Aktien haben seit langer Zeit keine so lebhafte Woche gehabt, als die vorgangene, besonders war in österreichischem umfangreiches Geschäft und sind sie gegen vor 8 Tagen um 10 fl. gestiegen, die schliessen 170, ein Kurs, den sie seit 1½ Jahren nicht gesehen haben. Nach langer Fastenzeit hat sich die Spekulation wieder des Effekts bemächtigt, man nehme nur Obacht, sich in Befriedigung des Heisshungers nicht den Magen zu verderben. Noch mehr gilt dies von den kleindeutschen Kreditaktien, die sich gleichfalls in Bewegung gesetzt haben.

Von Zettelbankaktien hat in die österreichischen ansehnliche Hausse gefehlt, über 80 fl. seit acht Tagen. Der Grund liegt in den Hoffnungen, welche man nach den Aeusserungen des Regierungsrath Plener auf ein befriedigendes Arrangement mit dem Staat gerichtet hält. Der Kurs enthält also, was man einen Hoffnungskauf nennt. So lange man indess mit National 5 pCt. Zinsen macht, scheint eine Bankaktie zu 800 fl. in Wien mit 36 fl. Dividende nicht allzu spekulativ, da bei einer im günstigsten Fall noch annehmbaren Anbahnung zur Regulirung der Valuta der Bank sicher angemessene Opfer werden zugemuthet werden. — Frankfurter Bank, bereits bis 1134 gestiegen, hat wieder um 1 pCt. nachgegeben, es verlautet von einer Dividende von 20½, welche das Depotgeschäft wesentlich steigernden haben dürfte, denn mit Diskonto lässt sich dermalen wenig verdienen.

Auch auf dem Eisenbahnaktienmarkte war lebhaftes Geschäft, und wurden durchgehends höhere Preise bewilligt. Weissenburger bedungen 6 pCt. Agio und die Gewissheit des unverzögerten Ausführung der Windener Zweigbahn werde ein weiteres Steigen rechtfertigen. Von bayer. Obligationen sind besonders Internationale gesucht, hessische Ludwigsbahn werden in Berlin fest gehalten und österr. Westbahn gewannen im allgemeinen Steigen der letzten Tage 1 pCt. Ein lang unberücksichtigtes Papier, kurhessische Nordbahn kam diese Woche wieder einmal zur Notiz. Die beträchtliche Mehreinnahme des vergangenen Jahres, wie der man auf eine gesteigerte Dividende hofft (22½ pCt.), hat die Spekulation angelockt: Prioritäten stimmlich gefragt und fest. Viel Verkehr in Lombardischen zumal in Tausch.

Bei dem fortdauernd günstigen Geldstand sind fremde Wechsel weiter in die Höhe gegangen, namentlich Londen und Paris, nach welch letzterem sich bald Silbereinkäufe angemeldet haben werden. Nur Thalerwechsel bleiben offerirt. Wiener beifällig 1 pCt. gestiegen; soll der Aufschwung der österr. Fonds ein nachhaltiger sein, muss ihm die Valuta folgen, d. h. der Wiener Besitz fremder Wechsel muss zum Verkauf kommen, was bis jetzt noch nicht der Fall ist.

(Akt.)

Nichtpolitische Zeitung.

München. Im Hofe des Bankhauses zum „Löwengarten" wurde heute Morgens ein Mann erfroren gefunden. Derselbe lag auf dem Platz, wo er gestern Posto gefaßt, um dem auserwählten Gegenstande seines Herzens auf dem Wege in ihr Schlafzimmerlein eine „gute Nacht" zuzurufen. Er schrint über ein langes Warten eingeschlafen zu sein und so den Tod gefunden zu haben. (Südd. Z.)

Gestorben in München der pensionirte rechtskundige Magistratsrath Dr. Radlkofer.

Es geht nichts über ein gutes Deutsch! Das „Dresdener Journal", vom 8. Febr. meldet: Der Kronprinz hat 80 Thlr., die Kronprinzessin 50 Thlr. für die Wasserkalamitosen (das sind die durch die Ueberschwemmung Beschädigten) gespendet.

Wie die deutsche Pariser Zeitung meldet, hat die Academie de médecine von Paris wieder zwei deutsche Aerzte — die Herren Dr. Ulersberger in München und Prof. Friedberg in Berlin, mit Preisen gekrönt.

Der von der Tabaksregie in Paris einzig zum Verkaufe von Luxus-Cigarren eröffnete Laden macht glänzende Geschäfte. Es wurden darin innerhalb der ersten dreitzehn Tage 109,450 Cigarren im Werthe von 40,249 Fr. abgesetzt. Die Cigarren kommen aus den besten Fabriken der Havannah und werden in Kistchen das Stück von 30 Centimes bis zu 1 Fr. 50 Cent. verkauft.

Neueste Nachrichten.

Es bestätigt sich, daß von Berlin aus eine Antrage an das Petersburger Kabinet; welcher Entschluß in Betreff einer Anerkennung des Königreichs Italien gefaßt worden sey? gerichtet worden ist; es bestätigt sich aber auch, daß die kaiserlich russische Regierung hierauf eine Antwort ertheilt hat, die von einer Anerkennung Italiens Nichts wissen will.

Turin, 4. Febr. Ist der „Mail. Bomb." recht berichtet, so ist man dem Drängen der Demokratie nach Zurückberufung Mazzinis bereits zuvorgekommen, indem der König auf eigenen Antrieb den Apostel an der Themse amnestirt habe. (!) Hier in Turin begnügt man sich einstweilen mit der Besart, daß seine Amnestie nächster Tage von den Ministern dem Parlament vorgelegt werden soll. (!) (Schw. M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. M.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	71⅛—72 G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61⅛—⅜ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	51⅛—⅜ G.	
„	4½ pCt. „ „ „ „	45½—46 G.	
„	4 pCt. „ „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. à fl. (C. 24 fl.)	102¾ P.	
„	4½ pCt. Obl. Ldkr. dto.	101⅝ P.	
„	4 pCt. Obl. 1/4jähr. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛—P. 100⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	92⅛ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. Landsch.	100 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.	
„	4 pCt. Obl. dto. v. 1849	86⅜ P. ½ G.	
Gr. Hess.	4 pCt. Obl. à fl. Rothsch.	100⅝ P.	
„	4 pCt. Obl. à Thlr. dto.	100⅝ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4 pCt. Obl. dto.	102⅛ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.	
„	3 pCt. Obl. dto.	87⅜ G.	
Spanien	3 pCt. Int. Sch. v. 1 l. 2. 30	43½ P. ½ G.	
„	3 pCt. Obl. v. 1851	43⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100½ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1139/4 P. ½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	756—83 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178½—77½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank à fl. 500 à Thlr. 250 P.	210 P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	87 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	240 P. 238 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	64½ G.	
Oest. F. St. Kisb. b. St. 200 Fr. à 20 fr.	240½ P.	
„ Kisenb.-Eisenbahn 5 pCt.	115⅛—113 G.	
„ Kisenb.-Bahn Frei. à pCt. 6/7	77 P.	
Rhein-Nahe-Bahn Lit. Thl. à 100 à pCt. L.	20¼ P. —	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	—	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ G.	
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83½ P.	
Südd. Bank-Aktien 20 pCt.-Kinz.	247 G.	
Span. Handels- u. Industrie	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Peraire	445 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	101½ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅜ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Kinz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	99⅜/⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 50 k. S.	105 B.
Bremen 50 Th. Lad. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 50 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	98 G.
Leipzig Th. 50 k. S.	104⅜/⅝ G.
London Lst. 10 k. S. à 2 M.	118⅛ B.
Lyon Fr. 300 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅜ B.
Paris Fr. 300 k. S.	93⅜/⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	86½—⅝ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehen-Loose.

Oesterr. k. 250 v. 1839	101 G.	Kurhess. Thlr. 40 B. R.	59½ P.
„ k. 250 v. 1854 mit 4pCt.	96 P. 95½ G.	Gr. Hessen k. 50 B. R.	122⅜ P.
„ k. 500 v. 1860 6/7	69—68½ G.	„ k. 25 do.	39½ G.
„ k. 100 Kisb. L. v. 1858.	108—108 G.	Nassau k. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pf.-Anl. beh.	132½ P.	Sachsen k. 35 B. R.	53½ P.
Mailand-Como k. 14	—	St. L'Etuis m. 3½ pCt. Z.	37½ P.
Badische k. 50	93⅛ G.	Vereins-Loose k. 14	10⅛ P.
„ k. 35	84⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. k. 7 fl.	11⅛ P.

Frankfurt, 10. Jan. Die steigende Bewegung der öffentl. Fonds, Bank- und Kreditaktien und Anlehensloose machte heute weitere Fortschritte, und das Geschäft in denselben war überaus belebt. Auch für Frankfurter Bankaktien zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. Wechsel auf Wien in allen Sichten besser bezahlt. — 5proz. Obligationen der Stadt Marseille bei Rothschild Erlanger wurden zu 90 umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 43. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Anfragen wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 12. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Nach einer Wiener Korrespondenz der „Südd. Zeitung“ ist das Vorgehen Oesterreichs in Sachen der Bundesreform das Werk des Herrn v. Schmerling, welcher die Stellung Oesterreichs in Deutschland und dadurch jene der Deutschen in Oesterreich kräftigen will, um die Februarverfassung lebensfähiger zu machen. Er soll darauf dringen, daß man österreichischerseits auf eine möglichst freisinnige Gestaltung der Bundesverhältnisse hinarbeite und durch zweckmäßigere und mehr liberale Vorschläge Preußen ein Paroli biete.

Bayern. Der vereinigte Gewerbe- und Fabrikrath von München hat dieser Tage bei dem k. Staatsministerium eine schriftliche Vorstellung eingereicht, worin behauptet wird, daß München die gerechtesten Ansprüche habe, zum Sitz der neu zu errichtenden technischen Hochschule bestimmt zu werden. (Fürr-Ztg.)

Ein Artikel der „A. M. Z.“ erklärt unter öffentlichen Zeichen, warum für Augsburg im Gegensatz zu Würzburg, Regensburg, Bamberg nur zwei Notare bestimmt worden seien. (In Augsburg hat man böse Geschichten dazu gemacht.) Es habe dies seinen Grund darin, weil bei Augsburg nur die Bevölkerung der Stadt selbst habe in Betracht kommen können, indem es unmöglich gewesen sey, im Voraus zu bemessen, ob und in welchem Umfange die Angehörigen der umliegenden Gerichtsbezirke die amtliche Thätigkeit der in Augsburg wohnenden Notare in Anspruch nehmen würden; bei andern größeren Städten, in denen sich ein oder mehrere Landgerichte befanden, sey auch dieser letzteren Bevölkerung mit in Anschlag zu bringen gewesen und hier stehe Augsburg hinter Würzburg, Bamberg, und selbst Passau zurück. Endlich sey die Zahl jener Verhandlungen der nichtstreitigen Rechtspflege, welche künftig in den ausschließlichen Wirkungskreis der Notare fallen werden, bisher in Augsburg eine auffallend geringe gewesen, so z. B. um das Vierfache geringer als in Würzburg.

Preußen. Berlin, 5. Febr. Die nach mehrjähriger Ruhe nunmehr wieder in Anspruch genommene Thätigkeit des Staatsgerichtshofes für politische Verbrechen hat sich ohne Frage über die wichtigste der ihm bis jetzt vorgelegenen Sache zu verbreiten. Der politische Verbrecher Jagielsky steht als Repräsentant einer Nationalität da, welche gegen Deutschland einen Gegensatz auf Leben und Tod bildet. In diesem Sinne ist das Verbrechen Jagielsky's von dem Oberstaatsanwalt Grafen zur Lippe aufgefaßt. Die Anklageschrift beschreibt ist gegen den Versuch gerichtet, die Provinz Posen vom preußischen Staate loszureißen. Schon vor einigen Tagen ist dieselbe dem Staatsgerichtshofe eingereicht worden. Der Termin zur Verhandlung ist noch nicht angesetzt.

* Die Berliner Blätter speien Feuer und Flammen gegen die gemeinsame Erklärung Oesterreichs und der Mittelstaaten, und welcher Farbe sie auch sonst angehören mögen; sie verlangen, daß alle Parteien sich vereinigen und der Regierung beistehen sollen, diesen „Angriff“ (welche Verwechslung der Begriffe) zurückzuweisen. Nur die demokratische Berliner „Volkszeitung“ steht die Sache etwas anders an. Sie sagt: „Die kühnen Pläne, zu denen jetzt unsere Staatsmänner von allen Seiten herausgefordert werden, all' diese kühnen Pläne werden, so glauben wir, zu nichts führen, als zu einer neuen Kriegs-Anleihe. Was zu thun ist, wenn eine preußische Regierung wirklich die Einheit Deutschlands anbahnen will, das ist laufend und aber tausend Mal gesagt. Ein wirklich liberales, aber auch fest geeinigtes Ministerium, eine gründe Besetzung in Preußen, eine Reform des Herrenhauses und ein recht spornsames Militärbudget, das sind die Wege der Eroberung in Deutschland. Das Alles ist besser und wirksamer, weil man es dann gar nicht nöthig hat, sich auf Diplomatie und Kriegsgeschrei einzulassen. Ein gutes einheitliches und kräftig konstituirtes liberales Ministerium, das wirklich die Staatszügel in der Hand hat, das nicht in sich selber den Keil hineintreiben läßt, das von sich ausscheidet, was längst beseitigungswerth ist, und das durch eine feste Organisation des Rathes der Krone sich wahrt vor jedem Eingriffe unverantwortlicher Rathgeber, solch' ein Ministerium hätte leichtes Spiel gegen alle die Drohungen. Da das aber Wahrheiten sind, die jedes Kind weiß, so fordern wir von vorn herein, daß man sich kaltblütig diese Lage der Dinge vergegenwärtige und rundweg erkläre: Wir werden für all' Euer Gerede und all' Euer Erklären und all' Eure Noten und all' Euer erneuertes Unions-Geschwätz nicht einen einzigen Groschen in den offenen Militär-Säckel des Herrn von Roon werfen! Und damit Punktum!“

Kurhessen. Aus Kassel, 6. Febr., schreibt man der „Allg. Ztg.“: „Aus guter Quelle wissen wir, daß bei den Polizeibehörden des ganzen Landes noch immer ein schwarzes Buch im Gebrauch ist, welches hauptsächlich dazu nachgeschlagen wird, wenn sich Jemand an einem fremden Ort niederlassen will. Steht sein Name in dem schwarzen Register, so wird ihm die Erlaubniß zum Aufenthalt versagt, und der Gebrandmarkte muß Rekurs an die

△ Aus dem Münchner Faschingsleben.

Wenn die bayerische Residenzstadt auch nicht das öffentliche Faschingsleben bietet, wie die rheinischen Städte, so gibt es doch alle möglichen Fastnachtsunterhaltungen, um sich nach Herzensfreude zu belustigen. Alles tanzt und ist vergnügt! Der Hof veranstaltet seine Hof-, Kammer- und Jugendbälle, die Privatgesellschaften geben gewöhnliche Maskenbälle und auf den öffentlichen Redouten entwickelt sich stets ein gewaltiger Verkehr. Von den bis jetzt abgehaltenen größern Unterhaltungen zeichnete sich der Ball des akademischen Gesangvereins im Odeon, besonders aber das Maskenballfest der Bürgersängerzunft (eines der größern Münchner Gesangsvereine) aus. Wenn man bisher nur gewohnt war, auf den großartigen Künstlerfesten, wie wir zur allgemeinen Freude heuer wieder eines haben werden, geschmackvolle Masken zu sehen, so überraschte das Ballfest der Bürgersängerzunft sowohl durch die pompöse Ausschmückung des Saales der Westendhalle, als auch durch die gute Wahl der geschmackvollen, meist türkischen Kostüme. Obgleich die Bürgersängerzunft ihren Ballgästen den Maskenzwang auferlegt hatte, so war doch der Besuch ein außerordentlicher; der Verein hatte indessen auch Alles aufgeboten, ein herrliches Maskenfest zu Stande zu bringen. Der Saal prangte gleich einem Wundergarten; viel Blumen glänzten im Farbenspiel und Früchte jeder Gattung hingen von den Säulen nieder. Von den Galerien blickten Sphynxe und Schwäne ernst in diesen zauberhaften Hain; den Plafond zieren prächtige Blumengewinde, in der Mitte desselben aber blühte eine großmächtige Victoria Regia, auf welcher wie ein goldener Blüthenstengel der Lüster herabhing. Am Saalende erhob sich ein orientalischer Rosentempel, aus dessen vergoldeten Pforten die Tanzenden kommen und in den Saal niedersteigen mußten. Die ganze Dekoration machte bei vorsichtiger Gasbeleuchtung einen überraschenden Eindruck auf jeden Eintretenden. Maler Guggenberger, der die Pläne entwarf, sowie auch die thätigen Mitglieder des Vereins, die sie mit ihm ausführten, fanden den Lohn für ihre Mühe und Ausdauer in der ungetheilten Anerkennung aller Ballgäste. Zur Dekoration des Saales zohlte jene des großen Ballsommers, das man in ein türkisches Café umgeformt hatte, worin gemüthliche Türken auf den Divanen und ihren Pfeifen dampften. — Zur Eröffnung des Balles hatte man für ein kurzes Festspiel gesorgt, worin die Freude zur Herrscherin für den Abend ausgerufen wurde. Das Fest, das auch von den Herren Ministern besucht war, zeichnete sich durch die bis zum Schluß waltende Heiterkeit und Gemüthlichkeit aus. Tr.

Digitized by Google

Provinzialregierung ergreifen, die natürlich in den meisten Fällen den schwarzen Cober nicht verleugnen wird. Wir können jedoch versichern, daß unser schwarzes Buch nur ein handschriftliches Dasein hat, und mit der Ausgabe des Nürnberger Verlegers nicht identisch ist. Vorzugsweise sind darin alle Mitglieder des Vorstandes Deutschlands, das im Jahr 1849 in Frankfurt blühte, und alle Parlamentsmitglieder der Linken verzeichnet. Was diese Prostitution noch in unsern Tagen soll, wissen wir nicht."

Kassel, 7. Febr. Von sehr vielen ländlichen Gemeinden kommen dem Kurfürsten jetzt Adressen zu, die sich gegen die Tendenzen der Kammer aussprechen und an der Verfassungsurkunde von 1860 festhalten wollen. Die „Kass. Ztg." zählt heute wieder einige fünfzig Gemeinden auf, die solche Loyalitätsadressen eingesandt haben. (Es fragt sich nur, wie und durch wen sie zu Stande gekommen sind.)

Oesterreich. In Lemberg enthalten die Polen sich jeder öffentlichen Festlichkeitsthätigkeit. Der Statthalter in der „Schießhütte" hatte einen öffentlichen Ball angekündigt, allein eingeschlagene Fensterscheiben waren die Folge. Dagegen werden von ruthenischer Seite öffentliche Bälle gegeben. Der Tarnower Erzbischof Puklaski hielt neulich an die Seminaristen eine Rede, worin er mißbilligend über das demonstrative Aufstellen von Kreuzen, über das Singen religiös-politischer Lieder und das Abhalten von Gottesdiensten an national-politischen Gedenktagen sich äußerte. Die sogenannte nationale Bewegung bediene sich der Frömmigkeit bloß als Deckmantel und der Geistlichkeit als Mittel zu ihren Zwecken, um diese alsdann von sich zu weisen.

Belgien.

Brüssel, 8. Febr. Der Papst Pius IX. hat ein Schreiben an alle belgischen Bischöfe erlassen, worin er sie ermahnt, die zwischen dem Jesuitenorden und der Löwener Universität ausgebrochene Meinungsverschiedenheit in gewissen wichtigen Fragen christlicher Philosophie nicht weiter zu nähren und jede fernere Polemik zu stunden. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 8. Febr. Der amerikanische Kriegsdampfer „Tuscarora" hat die Ehre von Lowes am Morgen des 6. Febr., also 64 Stunden nach Abgang der „Nashville" verlassen, worauf ersichtlich, daß es die Hoffnung aufgegeben hat, auf den Kaper mit Erfolg Jagd zu machen. (Fr. Pöstz.)

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Neunzehn Stimmen haben sich gegen das Faultsche Konversionsgesetz ausgesprochen. Die Zahl ist allerdings sehr beschieden der Masse von 226 annehmenden Stimmen gegenüber; sie ist aber relativ bedeutend nach den Präcedentien der Kammer, wo in der Regel höchstens zwei bis drei Stimmen der Majorität sich hie und da den linken fünf anschlossen. Die Verhandlung im Corps legislatif hat, trotz des annehmenden Votums, dem Gelingen der Konversion bedeutenden Eintrag gethan. Was von den Oppositionsdeputirten über die Immoralität der angewandten Mittel, über das Ungeziemende und Verkehrte der ganzen Operation, über den Verlust, welchen sie in Wirklichkeit dem Staate zufügt u. s. w., gesagt wurde, mag allerdings den Finanzmann wenig beirren; was aber starken Eindruck auf ihn macht, weil es unmittelbar seinen Beutel bedroht, das sind die Enthüllungen über das rein Künstliche und Erzwungene der gegenwärtigen Hausse. Königswarter, Olivier und Andere haben bewiesen, und die Regierungskommissäre haben es nicht bestreiten können, daß seit 14 Tagen die Besitzer der 4½ pCt. Rente, um der „Soulte" (Daraufzahlung, Verstärkung) zu entgehen, und die Besitzer der 3 pCt. Rente, um von der Baisse zu profitiren, ihre Rente massenhaft verlaufen; wenn sie trotzdem steigt, anstatt unter diesem Massen-Angebot zu fallen, so kann das natürlich nur durch ungeheure Ankäufe bewirkt werden, die man von anderer Seite mit ungeheuren Opfern macht. Es ist in der That auch behauptet und von der Regierung nicht bestritten worden, daß letztere, d. h. die von ihr vorgeschobene Association einiger Banthäuser, bereits für mehr als 5,000,000 Fr. Rente — was ein Kapital von mehr als 1½ Milliarde repräsentirt — aufgekauft hat, und daß zu diesem Zwecke unter Anderen auch das geheime Anlehen in London aufgenommen wird, und zwar zu 6 pCt., im Momente, wo die hiesige Bank ihren Zinsfuß von 5 auf 4 Fr. herabsetzen muß, gleichfalls im Interesse der Konversion. Im Grunde wird also die Regierung selbst, welche Besitzerin der 4½pCtigen Rente ist, sich die Soulte zu zahlen haben, welche den ganzen Gewinn der Operation bilden soll, und da sie nach vollbrachter Operation die jetzt massenhaft angekaufte 3 pCtige Rente wieder massenhaft auf den Markt werfen muß, so ist die Baisse dann unvermeidlich. Man begreift auf diese Aussicht die Besitzer der 4½ pCt. als auch der 3prz. Rente noch mehr aneifern muß, die Inhaber ihrer Rente nicht verkaufen können, wie Wechselhabilitäts- und andere öffentliche Anstalten; die große Mehrzahl der mobilen 4½prz. Rente geht heute in die Hände des Finanzministers über, wird also nur eine nominale Soulte einbringen. Sehr reell hingegen wird der Bruch sein, welchen die Regierung als Börsen-Spekulantin hinsichtlich der Wiederverkauf der Papiere aller Art erleiden wird, die sie heute, um die Kurse zu halten, zu künstlich hohen Preisen ankauft. Daß Rente und andere Papiere unter dieser offiziellen Tricktaft auch in der abgelaufenen Woche in die Höhe gingen, versteht sich von selbst; eben so, daß diese künstliche Hausse die nach vollzogener Konversion um jeden Preis „gehalten" werden muß und gehalten werden wird. (Köln. Z.)

„Patrie" macht bei Beantwortung der Frage, wie die wiederholten Verbrechen Dumollards während 8 Jahren hätten unentdeckt bleiben können, höchst bemerkenswerthe Zugeständnisse. In den französischen Landgemeinden könnte ein einzelner Mensch sich noch so gefürchtet machen, daß Niemand von ihm zu reden wage; in dieser Beziehung mangle der Landbevölkerung noch der Schutz, dessen man sich in den Städten erfreue; wenn jeder Kanton eine Brigade Felschützen hätte, würde es einem Verbrecher unmöglich werden, in einer kleinen Gemeinde Leben und Eigenthum jahrelang zu bedrohen. — Das Regierungsblatt gesteht also ein, daß unter der bonapartistischen Musterregierung bei einem jährlichen Aufwand von 2 Milliarden und bei aller möglichen Sorgfalt für die Menschenleben, Mexikaner und Cochinchinesen Leben und Eigenthum in den französischen Landgemeinden unsicher ist.

Italien.

Turin, 6. Febr. Die amtliche „Gazette" schreibt: „Man verbreitet das Gerücht, die Regierung begünstige und ermuthige die Volks-Kundgebungen gegen die weltliche Macht des Papstes. Sie habe die Rückberufung Mazzini beschlossen und bereite geheime Expeditionen dadurch vor, daß sie denselben im Stillen Vorschub leiste. Die Regierung wird weder die ihr von den Gesetzen vorgezeichnete Bahn, noch jene würdige und ehrliche Politik verlassen, die mit ausbauernder Wachsamkeit bestrebt ist, jede sich darbietende Gelegenheit zu benutzen, welche als geeignet erscheint, die Geschicke der Nation auf umfassende und fruchtbringende Weise sicher zu stellen." (Wie ehrbar auf einmal die Turiner Regierung geworden ist; es soll wohl bloß heißen: Wenn das Geschäft nicht gleich ins Große betrieben werden kann, lassen wir es vorläufig lieber und verwahren uns mit Entrüstung dagegen.)

Turin, 9. Febr. Berichte aus Genua von heute melden, daß eine große Manifestation unter den Rufen: „Es lebe Rom die Hauptstadt mit Viktor Emanuel als König!" stattfand. Aehnliche Kundgebungen werden neuerlich aus Parma, Piacenza, Florenz ꝛc. gemeldet. Eine gleiche Demonstration wurde in Mailand vorbereitet. Der Stadtrath von Mailand veröffentlichte eine Proklamation, worin er sagt, das Volk Italiens habe nicht mehr nöthig, zu Straßen-Kundgebungen Zuflucht zu nehmen, um seinen Willen auszudrücken. Der Stadtrath gibt den Mailändern den Rath, von ihrem konstitutionellen Rechte Gebrauch zu machen und folgende Protestation zu unterzeichnen: „In dem Papste das Oberhaupt der Kirche achtend, erkennen wir in Rom, der Hauptstadt Italiens, nur einen einzigen König, Viktor Emanuel, an." Die Protestation wurde mit zahllosen Unterschriften bedeckt und nach Turin abgeschickt. (L. D. d. F. J.)

Das Runkschreiben des Baron Ricasoli an die Präfekten Siziliens, welches diesen die Nothwendigkeit an's Herz gelegt, alle Agitatoren streng zu bewachen und jedes die öffentliche Sicherheit störende Element verschwinden zu machen — man weiß, was Piemont unter „verschwinden lassen" versteht — liegt jetzt vollständig vor, Pikant ist darin die lebhafte, malerische Schilderung der Thätigkeit geheimer Agitatoren. Baron Ricasoli rollt darüber ein Nachtlicht aus der Geschichte Piemonts auf.

Die bis 28. Jan. reichenden neapolitanischen Blätter fahren fort, über kleine Kämpfe zwischen den bourbonischen Banden und den Truppen, so wie von steigenden Besürchtungen über

Digitized by Google

die Zustände auf Sizilien zu berichten. Wie aus Palermo vom 22. Jan. gemeldet wird, ist es in Caltanisetta wiederholt zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Truppen sind dorthin abgegangen. Auch die Nachricht von den Unruhen in Alcamo, das jetzt ganz militärisch besetzt ist, bestätigt sich; dasselbe gilt von Syrakus und Girgenti.

Amerika.

Die amerikanische Presse scheint mit zu den ersten Artikeln zu gehören, die einer direkten Besteuerung unterworfen werden sollen. Am 21. Januar hat nämlich der Finanzausschuß des Kongresses eine Maßregel vorgelegt, kraft welcher jedes Zeitungs-Exemplar fortan einen Stempel tragen muß, und gleichzeitig soll ein Gesetz erlassen werden, daß keine Zeitung anders als durch die Regierungspost befördert werden darf.

Volkswirthschaftliches.

München. Im Februarhefte der „Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins für Bayern" ist ein an das k. Staatsministerium des Handels ꝛc. erstatteter Bericht über den Fortgang der Kulturen und insbesondere der Ent- und Bewässerung enthalten, dem wir Nachstehendes entnehmen: „Seit dem Jahre 1854, wo zuerst an den Vollzug der zwei Jahre vorher erlassenen Wassergesetze mit Ernst gegangen wurde, haben sich zunächst beinahe sämmtliche Regierungsbezirke zur Anstellung erprobter Kultur-Techniker entschlossen, die den Grundeigenthümern regelmäßig unentgeltlich zur Verfügung stehen, da deren Gehalt aus Mitteln des landwirthschaftlichen Vereins oder aus Kreisfonds bestritten wird. — Das Generallokomite des landwirthschaftlichen Vereins hat seinerseits während dieses Zeitraums auf Förderung der Kulturen 12,814 fl. aufgewendet. Für größere Bewässerungsanlagen, bei welchen auch meist Kulturgenossenschaften gebildet wurden, sind 31 Gelbpreise zu 2195 fl. gewährt worden; hievon treffen die meisten (15 zu 689 fl.) auf Unterfranken, dann 7 zu 534 fl. auf Schwaben. Wegen Entwässerung des Bodens gewährte das Generalkomite 36 Preise zu 3029 fl.; die meisten (20 mit 1704 fl.) treffen hier auf Oberbayern. Die Fluß- und Bachkorrektionen hat dagegen Schwaben am meisten gefördert; von 33 Preisen zu 3354 fl. kommen nämlich 29 mit 3039 fl. auf Schwaben allein. Im Durchschnitt trifft hier auf jede Unternehmung ein Geldzuschuß von 102 fl., welche jedesmal einer Leitung von 10,000 Fuß Dammbauten an größern Flüssen oder 14,000 Fuß Korrektion von Bächen und Flüßchen gleichkommen. Zur Förderung von Unternehmungen ähnlicher Art hat der Landrath von Schwaben seit der genannten Zeit 11,000 fl. als Unterstützung bewilligt und den gleichen Betrag hat das landwirthschaftliche Kreiskomite aus seinen jährlichen Mitgliederbeiträgen hiefür gewährt; so bleiben denn die andern Kreise hier hinter Schwaben weit zurück. In der Drainage sind 16 Preise zu 903 fl. gegeben worden; hier stehen Unterfranken, Schwaben und die Oberpfalz oben an. Die Zusammenlegung der Grundstücke hat Oberbayern am meisten gefördert. Unter 21 Preisen fallen hier 14 (1061 fl.) auf den oberbayerischen Regierungsbezirk. Von der Gesammtsumme aller Geldpreise treffen 51 Preise zu je 93 fl. auf Schwaben, 32 zu je 81 fl. auf Oberbayern, 21 zu je 56 fl. auf Unterfranken, 10 zu je 76 fl. auf Mittelfranken, 6 zu je 36 fl. auf Oberfranken, 4 zu je 132 fl. auf die Pfalz, 4 zu je 71 fl. auf die Oberpfalz, dann 4 zu je 45 fl. auf Niederbayern. Außerdem sind bei der jüngst stattgehabten, hier nicht in Betracht gezogenen Preisvertheilung auf Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern noch mehrere namhafte Preise gefallen. Für die Zukunft hat das Generallomite des landwirthschaftlichen Vereins — mit Hilfe des vom kgl. Staatsministerium des Handels ꝛc. hiefür gewährten Beiträge seine Zuschüsse zur Förderung der Kulturen von 1800 fl. jährlich auf 3000 fl. erhöht, um bei den Distrikten die Aufstellung von Wiesenbaugehilfen anzuregen, welche über das ganze Land verbreitet werden sollen. An Kulturgelegenheit fehlt es so wenig wie an Unternehmungsmuth. (N. M. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In der „Posener Zeitung" liest man: „Aus gewiß sehr triftigen Gründen, die jedoch nur den wenigen Eingeweihten, nicht aber dem gemeinen, einfachen Menschenverstande erfichtlich sind, darf Niemand, selbst nicht der zum Kranken eiligst berufene Arzt, oder wer sonst im Falle dringender eiliger Beförderung ist, auf einem der Güterzüge unserer Eisenbahnen befördert werden, und zwar selbst dann nicht, wenn in solchen sich zur Beförderung des Bahnpersonals oder aus was sonst für Veranlassung Personenwagen und in diesen leere Plätze befinden, es sei denn, daß der Bewerber darum hierauf als Begleiter eines Stück lebend Viehes Anspruch macht. Zu solchem Ende wird in Lissa (dem sogenannten „polnischen" Lissa) von einem Industriellen ein Ziegenbock gehalten, den man als Vermittler eines Fahrbillets auf dem Güterzuge zu 5 Sgr. pro Station miethet. So sah jüngst einer unserer bekanntesten Magnaten, Graf P., als Begleiter dieses Ziegenbocks, und noch erst am 31. Jan. der Kaufmann M. in derselben Eigenschaft von Lissa nach Station Alt-Boyen."

Heidelberg, 9. Febr. Unser gefeierter Jubilar Geheimerath Chelius hat an seinem jetzigen Ehrentag (50jährigen Doktorjubiläum) von In- und Ausland die mannichfaltigsten Zeichen der Anerkennung und Verehrung erhalten. Der Großherzog übersandte ihm durch den Ministerialrath Fröhlich das Großkreuz des Zähringer Löwenordens, und der Kaiser der Franzosen begleichwünschte ihn auf telegraphischem Wege unter Ertheilung des Kommandeurkreuzes der Ehrenlegion. Chelius war bekanntlich vor einigen Jahren auf den Rath der verstorbenen Tante des Kaisers, der Großherzogin Stephanie, zu einer Konsultation über den Gesundheitszustand der Kaiserin nach Paris berufen worden. Von den meisten größern Städten unseres Landes, mehrfach auch von auswärts, waren Deputationen erschienen, um dem Jubelgreise ihre Verehrung darzubringen. Seine Vaterstadt Mannheim ließ ihm durch eine Abordnung des Gemeinderaths das Ehrenbürgerrecht überreichen. (Schw. M.)

Aus Heidelberg wird der „Südd. Z." geschrieben: „Die Besürchtung, welche man wegen des Baues der nach Würzburg führenden Eisenbahn für das Heidelberger Schloß hegte, trifft leider nur zu sehr begründet. Die Sprünge an der Nordseite (besonders an der wegen ihrer prachtvollen Aussicht weltberühmten Schloßaltane), welche vor einem halben Jahre zuerst sich zeigten und damals verkittet wurden, sind länger und weiter geworden. Man hat sie vor einigen Wochen abermals zugestrichen und bereits sind sie wieder sichtbar. Die Thatsache, daß die Grundvesten des Schlosses durch den unter demselben durchgesprengten Eisenbahntellen erschüttert und ihrer nothwendigen Stütze beraubt worden sind, ist damit nicht länger wegzuleugnen. Wie soll es nun werden, wenn der Stollen wirklich zu Eisenbahnzwecken fort und fort benützt wird? Wird nicht dann das Uebel noch durch die fortwährenden Erschütterung des Schloßhügels verdoppelt werden?"

Wien, 8. Febr. Mittelshöfer's Med. Wochenschrift meldet: „Die Zahl der Kranken hat eine so enorme Höhe erreicht, daß die Unterbringung derselben in diesem Augenblicke gar Unmöglichkeit geworden ist. Durch die Ueberschwemmung ist aber auch der Krankheit nach auswärts erschwert. — Der Krankenstand in den Lazarethen ist noch in fortwährender Zunahme begriffen; Blattern, Masern und Scharlach herrschen unter den Kindern in großer Zahl und Intensität, auch die Typhen beginnen sich zu mehren; Lungenentzündungen treten zahlreich auf, Katarrhzustände sind sehr häufig, Diarrhöen zeigen sich ebenfalls zahlreich. Ueberhaupt machen sich die Einwirkungen der höchst ungünstigen Witterung und der seit Wochen schlechten Beschaffenheit des Trinkwassers bereits sehr fühlbar."

London, 9. Febr. Das Ausstellungsgebäude naht sich rasch der Vollendung. Am 12. Februar soll es, dem Kontrakte zufolge, von den Bauunternehmern der königl. Kommission übergeben werden, und so wird es auch geschehen. Sind auch die Kuppeln nicht ganz fertig und die Gerüste noch lange nicht abgebrochen, wird am genannten Tage doch Alles so weit gediehen seyn, daß am 13. die Uebernahme von Ausstellungsgegenständen beginnen kann. Eine neue Ausgabe von 5000 Pfd. St. erwächst aus der anfangs gelegneten Nothwendigkeit, den beiden Restaurants, welche die Speiselokale gepachtet haben, Kellerräume für ihre Getränke zur Verfügung zu stellen. Die Kommission hat sich endlich nach langem Sträuben doch dazu entschließen müssen, und in vier Wochen werden drei große Keller fertig seyn. Mittlerweile versprechen die beiden konkurrirenden Pächter (bekanntlich ein französisches und ein englisches Haus) ihr Möglichstes zu thun, um einander zum Besten der Gäste den Rang abzulaufen.

Neueste Nachrichten.

München, 11. Februar. (Privat-Korresp.) Unter dem Vorsitz des Prinzen Luitpold hat heute eine Sitzung des Staatsraths stattgefunden, welche fünf Stunden in Anspruch nahm, so daß wohl sehr wichtige und umfassende Gegenstände in derselben zur Berathung gelangten. — Der Vorsitzende der Kreis-Han-

Digitized by Google

delß- und Gewerbekammer von Oberbayern, Hr. Fabrikant Hänle von hier, übernahm in der gestrigen ersten Sitzung der Kammer den Vorsitz mit einer Ansprache, in welcher er sich über die Handelsverhältnisse im Allgemeinen, sowie über die Gründung des deutschen Handelstages, von welchem Redner die besten Hoffnungen hegte, aussprach, und dann in Bezug auf den projektirten Handelsvertrag mit Frankreich sich dahin äußerte, „daß, wenn es auch vollkommen gerechtfertigt erscheine, jeder von dem genannten Staate aufgedrohte Anerbieten mit Mißtrauen aufzunehmen, man doch in den Befürchtungen, wie sie von mancher Seite laut wurden, zu weit gegangen sey, da es doch als völlig unstatthaft erscheinen müsse, anzunehmen zu wollen, daß ein der beiden Nationen zum Vortheil gereichender Vertrag überhaupt nur gar nicht in Aussicht genommen werden könne. Man dürfe mit Zuversicht erwarten, daß die Zollvereinsregierungen in dieser hochwichtigen Angelegenheit mit größter Vorsicht zu Werke gehen würden und daher mit Benützung der endgiltigen Entscheidung entgegensehen." — Mittels Schreiben der Kreisregierung ist der Kammer der von der deutschen Bundeskommission berathene Entwurf über Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichts in Deutschland zur Begutachtung mitgetheilt worden, und hat die Kammer zur Vorberathung desselben einen eigenen Ausschuß gewählt. Zwei weitere Regierungsvorlagen betreffen die Revision des Handelsvertrages der Zollvereinsstaaten und der Türkei, dann den Handelsvertrag zwischen Preußen und Japan.

Für die durch Ueberschwemmung in Wien und den Landgemeinden Niederösterreichs Verunglückten sind bis zum 7. Febr. beim niederösterreichischen Statthaltereipräsidium mit Hinzurechnung der kais. Gaben und eines Geschenks der Kaiserin Elisabeth von 2000 fl. 49,099 fl. eingegangen. Für die beschädigten Bewohner Wiens hat die Sammlung des Gemeinderepräsidium bis zum 7. Febr. 55,599 fl. ergeben, darunter 5000 fl. von der Direktion der Kerdinand-Nordbahn und 3000 fl. vom Frhrn. Anselm v. Rothschild. Für die Ueberschwemmten in Prag hat die Kaiserin 1000 fl., für die in den Landgemeinden der Kronländer 2000 fl. bestimmt. Der Kaiser hat aber mehr eine Summe von 10,000 fl., nehmlich speziell für die Nothleidenden in Ungarn gespendet.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pödlmann.
Druck und Verlag der Stadelschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Die jetzt herrschenden politischen und socialen Wirren in den früher sogenannten Vereinigten Staaten schrecken mit Recht jeden ruhigen Deutschen ab, der zur Auswanderung sich entschlossen, wie es bisher üblich gewesen, in einem der Staaten der ehemaligen Union sich niederzulassen. — Dagegen bietet Canada, welches seit ungefähr zehn Jahren aus der Stellung einer abhängigen Kolonie Englands, zu einem sich selbst regierenden Staate unter dem Schutze Englands stehend, frei entwickelt hat, dem Einwanderer in allen Hinsichten dasjenige, was jetzt in den Vereinigten Staaten umsonst gesucht wird.

Männer, welche ihr Vermögen anlegen wollen, entweder bei Errichtung von Fabriken, Ankauf von Ländereien u. s. w., haben nicht nöthig, wenn es nicht ihr Wille, auf dem Staaten-Verbande zu treten, in welchem sie bisher gelebt, denn das Gesetz sagt ausdrücklich (22. Victoria, Paulet VIII. §. 9): „Jeder Fremde soll dasselbe Recht haben, liegende Gründe zu erwerben, zu besitzen, zu beanspruchen, wieder zu erwerben, zu übereignen, zu übermachen, zu verlehnen in allen Theilen dieser Provinz (Canada), als wie ein geborener oder naturalisirter Unterthan Ihrer Majestät," und bestimmt dasselbe Gesetz in §. 1, daß die Zeit, ehe ein Fremder in den Unterthanen-Verband aufgenommen werden kann, auf nur **3 drei** Jahre festgesetzt sey. —

Canada ist reich an Mineralien, insbesondere Kupfer, Eisen, Blei, ferner an Erdöl u. s. w. und ist jeder Besitzer von Land auch der Besitzer der Mineralien, welche sich darin vorfinden. — Die Regierung offerirt außer einzelnen Parzellen von 200 Acker zu 70 Cents Baarzahlung und 1 Dollar pro Acker, wenn in 5jährigen Raten bezahlt, auch größere Strecken an unternehmende Männer, welche mit ihren Landsleuten beisammen leben wollen, von 20,000 Acker aufwärts für 50 Cents pro Acker, mit der Bedingung, diese Fläche innerhalb 10 Jahren anzusiedeln.

Bereits hat eine schottische Kompagnie von diesem Gesetze Gebrauch gemacht und die bedeutende Fläche von 500,000 Acker aufgekauft.

Meine mehr als zehnjährige Erfahrung als Regierungs-Vermesser von Canada bin ich gern bereit denjenigen zu Theil werden zu lassen, welche gesonnen sind, sich in Canada niederzulassen.

Broschüren, die Verhältnisse Canadas näher besprechend, so wie eine Anleitung für Auswanderer nach Canada, bin ich erbötig auf portofreie Anfragen zu übersenden.

Berlin, im November 1861.

W. Wagner,
Reg.-Kommissarius für Canada.
Wilhelm-Straße Nr. 82.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Ca. 1. 8. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Caupon b. R.	71½ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60¼—⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	50 P. 49⅝ G.	
„	4½ pCt. „	50 G.	
„	4 pCt. „	—	
„	3 pCt. „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. a. E. (C. b. R.)	102¾ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅞ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.	
„	3½ pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.	
„	4½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	87 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¾ P.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	87½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ G.	
„	4 pCt. Obl. „ dto.	100 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	86 G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	88½ P.	
„	3 pCt. Obl.	82½ G.	
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à 4. 2. 80	40¼ P. ½ G.	
„	2 pCt. „	43⅝ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100½ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500		117¾ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		718—22 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200		179—78 G.
Bayerische Bank à 5. 500 „		—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250		206 P. 204 G.
Wesmarische Bank à Thlr. 100 „		80 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien „ „ „		87 P.
Taunus-Eisenbahn à 250 „ „ „		340 P. 339 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn „ „		63⅜ G.
Oest. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 Kr		240½ P.
„ Kliesb.-Eisenbahn b pCt. „ „		114⅝ P.
„ Kliesb.-Bahnbr. b pCt. 5/7 „		75¼—75 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.		28¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. „		—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		105 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obslig. à 3 pCt.		83 G.
Südd. Bank-Akt. à 50 pCt. Einz.		249½ P.
Span. Handels- u. Industrie „ „		515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Peraire		455 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendbar.		107 G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		1035/4 P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.		100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. S.	95½ G.
Augsb. k. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 40 k. S.	105 B.
Brem. 80 Th. kl. k. S.	96⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅜ G.
London Lst. 10 k. S.	115⅛ B.
Lyon Fr. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅜ B.
Paris Fr. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 300 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in ost. W. l. S.	85¼—⅜ G.
Disconto „ „ „	3 pCt. o.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100½ P. 100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	58½ P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	66 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	139½ P. ¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67—⅝ G.	„ fl. 25 do.	40 P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	109½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beikt.	122½ P.	Sächsinen Fr. 36 b. H.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14 „ „ „	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	35½ P. 34½ G.
Badische fl. 50 „ „ „	95 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35 „ „ „	85⅜ G.	Anab.-Gemeinsch. fl. 7-L.	21 G.

Frankfurt, 11. Febr. In Folge von niedrigeren Pariser und Wiener Notirungen und wohl auch von Gewinnrealisationen verflossen 5pCt. Oesterr. National, Bank- und Kreditaktien zu merklich niedrigeren Kursen. Nach einigen Schwankungen trat eine bis zum Schluß anhaltende günstigere Stimmung ein und schlossen die meisten Oesterr. Fonds, Aktien und Anlehensloose, namentlich 1860er höher. Auch Frankfurter und Darmstädter Bankaktien waren rückgängig. Der Umsatz war bedeutend, doch war die Börse im Allgemeinen nicht so stürmisch wie gestern. Von Wechseln war London in kurzer Sicht begehrt, Wien in allen Sichten dagegen niedriger. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Rothschild Gebrüder wurden zu 99 umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 44. | Voraus-Bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag, 13. Februar 1862.

Deutscher Bund.

In den preußischen Blättern zischt und brodelt noch immer der Zorn über die identischen Noten, welche Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten an das Berliner Kabinet gesendet haben und worin dieselben gegen die Prinzipien, die Graf Bernstorff aufgestellt hat, Verwahrung einlegen. Was den Zorn der preußischen Blätter erhöht, ist ein falscher Zusatz, den die „Südd. Zeitung" zu der Schilderung, die sie von den identischen Noten gegeben, gemacht hat. Das genannte Blatt meldete nämlich auch, es bestehe zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Hessen-Darmstadt und mehreren andern deutschen Staaten eine Uebereinkunft, die dahin abgeschlossen sey, daß die betreffenden Regierungen sich zu einem „weiteren" Bunde einigen, neben welchem der jetzige Bund „als eine Art von engerem Bunde" fortbestehen solle u. s. w. Es handelt sich aber noch nicht um eine formell abgeschlossene Uebereinkunft, auch nicht um ein fertiges Defensivsystem, welches deutsche und außerdeutsche Gebiete umfassen soll, es handelt sich für jetzt nur um einen gemeinsamen Protest gegen die Bernstorff'schen Ideen und um die Anregung von Berathungen behufs Herstellung einer wirksameren Exekutive, neben der eine Volksvertretung durch Delegirte der verschiedenen deutschen Kammern Platz fände. Zur Betheiligung an diesen Berathungen ist auch Preußen aufgefordert worden.

Ueber die mehrerwähnte badische Bundesreform-Depesche schreibt man der „Köln. Zeitung": „Die Depesche, vom 28. Jan. datirt, ist an den badischen Gesandten Frhrn. v. Marschall in Berlin gerichtet. Aus Anlaß des Beust'schen Projekts und zum Theil in polemischer Form gegen dasselbe gibt die Depesche eine umfassende Darlegung der Gesichtspunkte, von denen die badische Regierung die Frage der deutschen Bundesreform auffaßt. Im Gegensatz zu Beust wird als Ausgangspunkt hingestellt: nicht die möglichste Berücksichtigung der Einzel-Interessen, sondern die möglichst höchste Leistung für das Gemeinsame; nicht auf eine neue Formel komme es an, sondern auf allseitige Opferbereitwilligkeit, auf selbstlose Hingebung an das Wohl des Ganzen, auf die „Unterordnung" — so soll es wörtlich heißen — „unter den allbeherrschenden, alleinberechtigten Gedanken eines einigen und mächtigen Vaterlandes." Unter Konstatirung sodann der immer weiter und tiefer greifenden nationalen Bewegung, in der sich der „Ueberdruß" an dem jetzigen Zustande bekundet, wird die Aufforderung an die Regierungen gerichtet, die Initiative in so großen Dingen nicht länger den Bevölkerungen zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen, d. h. eine einheitliche Centralgewalt zu schaffen, welche die Funktionen der Exekutive — nicht eines Einheitsstaates, sondern — eines Bundesstaates übernimmt. Als den besten Weg dazu empfiehlt die Depesche den der freien Verständigung zwischen den Regierungen, auf dessen baldiges Beschreiten sie mit Nachdruck dringt." (Uns will es nach dieser Probe bedünken, als ob die badische Depesche reich sey an Phrasen, aber arm an praktischen Vorschlägen.)

** **Bayern.** München, 11. Febr. (Privat-Korresp.) Die Staatsregierung hat bezüglich der Sitze und Sprengel der zu errichtenden Handelsgerichte in Oberbayern ein Gutachten der Handelskammer verlangt und diese sich heute dahin ausgesprochen, daß in unserem Kreise nur ein Handelsgericht zu München errichtet werde. Die Kammer war, wie ich höre, der Ansicht, daß sich in den andern Städten und Märkten Oberbayerns nicht die zu technischen Besitzern geeigneten Persönlichkeiten finden würden, und daß daher, wenn nöthigenfalls ein zweited Handelsgericht am Bezirksgericht München rechts der Isar, in unserer Vorstadt Au, errichtet werden soll, bei der Ernennung der technischen Besitzer der Handelsstand der Residenzstadt beigezogen werden soll.

Preußen. Der edle Polizeiherr Hagke, der seiner Zeit aus lauter Unschuld die Stellung vor Gericht durch einen Spaziergang nach Schweden vermeiden wollte, ist sogleich nach seiner Verurtheilung vollständig begnadigt worden. Der in Folge eines gefälschten Kommunistenprotokolls verurtheilte (jetzige Abgeordnete) Dr. Hermann Becker hat hingegen, obschon er seine Strafe bis zum letzten Tage abgesessen, noch immer nicht die Erlaubniß bekommen, nach seinem Heimathsorte Köln zurückzukehren. Und unter dem Restript, das die Erlaubniß verfagt, steht der liberale Name Schwerin! (Fr. Hdlsz.)

Berlin. Wie die „Berliner Montagsz." meldet, hielt sich der bekannte demokratische Schriftsteller Ludwig Cohn (Walesrode) dieser Tage hier auf und beabsichtigt, im nächsten Monat von Hamburg hierher überzusiedeln, um vom 1. April ab hier eine demokratische Wochenschrift erscheinen zu lassen. („Der hat hier noch gefehlt!" ruft die „Kreuzz." aus.)

Berlin, 9. Febr. So viele Vorlagen der Staatsregierung der Landesvertretung bereits zugegangen sind, und so sehr die von dem Hrn. Finanzminister geschilderte ernstfarbene Lage unseres Staatshaushalts von allen Seiten angezweifelt wird, so bestimmt wird doch versichert, daß der Handelsminister v. d. Heydt noch mit einem ganz überraschenden Antrag vor den allgemeinen Landtag hoffe treten zu können. Dieser Antrag soll auf nichts mehr und nichts weniger hinauslaufen, als auf die Genehmigung eines Staatsanlehens zum Bau von Eisenbahnen im Betrag von ungefähr 75 Mill. Thaler. (A. Z.)

Hannover. Hannover, 8. Februar. Die Ständeversammlung ist jetzt, wie schon gemeldet, vertagt. Aus den Verhandlungen der 2. Kammer tragen wir noch Einiges nach. Bei der Einbringung des Budget beklagte Schatzrath v. Bothmer (Deputirter der Universität Göttingen), daß das alte ständische Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung des Budget nicht mehr bestehe, es würde dann wohl vorkommen können, daß, wie bei dem vorliegenden Budget, erhebliche Defizits vorhanden wären, welche er um so weniger gerechtfertigt finden könne, als das Land sich der Segnungen eines volljährigen Friedens erfreue. Das Defizit müsse durch eine Anleihe gedeckt werden, und solche Anleihe halte er für sehr bedenklich.

§ **Oesterreich.** Wien, 10. Febr. (Priv.-Korrespond.) Außer der deutschen Frage ist es in diesen Augenblicke hauptsächlich die orientalische Angelegenheit, welche die Diplomatie in hohem Grade beschäftigt. Man weiß, daß sich Frankreich, England und Oesterreich dahin geeinigt haben, die Pforte zu veranlassen, daß sie zur Durchführung der im Pariser Friedenstraktate übernommenen Verpflichtungen, namentlich insofern dieselben auf die künftige Lage ihrer christlichen Unterthanen sich beziehen, schreite, wogegen diese Mächte die finanzielle Verlegenheit der türkischen Regierung dadurch zu beheben suchen werden, daß sie die Garantie für ein von der Türkei aufzunehmendes Anlehen übernehmen würden. Die darauf bezüglichen Mittheilungen sind bereits nach Konstantinopel abgegangen, scheinen jedoch dort eine entsprechende Aufnahme nicht gefunden zu haben. Sicher ist es, daß die Pforte Schwierigkeiten macht, dem zwischen den drei genannten Mächten vereinbarten Arrangement beizutreten. Rußland hat in dieser Angelegenheit bis jetzt eine sehr reservirte Haltung beobachtet und an den erwähnten Verhandlungen keinen Antheil genommen. Nun hört man aber, daß die Pforte die Absicht habe, sich direkt an Rußland zu wenden und sich mit demselben zu verständigen. — Dem Reichsrathe soll, sobald er mit der Prüfung des Budget für das Jahr 1862 fertig ist, auch dasjenige für 1863 vorgelegt werden. Die Regierung hat die Absicht, die diesjährige Reichsrathssession bis zum Monate August auszudehnen. Die Landtage sollen dann erst Anfangs 1863 eröffnet werden. Das Projekt der direkten Reichsrathswahlen in Ungarn wird hier demnächst wieder lebhaft besprochen.

= In Berücksichtigung der jahrlichen Lehrerversammlungen, welche in jüngster Zeit namentlich zu dem Zwecke, Un-

Digitized by Google

terschriften zu Petitionen an den Reichsrath gegen die Trennung der Kirche von der Schule zu sammeln, abgehalten worden sind, ist es nicht ohne Interesse, daß das Staatsministerium der niederösterreichischen Statthalterei eröffnet hat, es könne damit nicht einverstanden seyn, daß Lehrer der Volksschulen andere Versammlungen halten, als jene, welche durch die Verordnung des Unterrichtsministeriums vorgeschrieben sind. Die Schulbezirks-Aufseher wurden in Folge davon eingeladen, eine regelmäßige Abhaltung dieser erlaubten Versammlungen einzuführen, dagegen Versammlungen jeder andern Art hintanzuhalten.

= Schon im vorigen Jahre hatte die Regierung einen Gerichtsorganisations-Entwurf beim Abgeordnetenhause eingebracht, der jedoch abgeleimt wurde, weil das Haus nicht ein Stückwerk in die Hand nehmen wollte. Die Regierung mochte aber wohl erkannt haben, daß die Ablehnung eigentlich dem Inhalte des Gesetzes selbst gegolten, und veranlaßte in Folge dessen die Umarbeitung, welche, nunmehr vollendet, bereits alle Stadien, also auch den Staatsrath durchgemacht und die kaiserliche Sanktion zur Vorlage an den Reichsrath erhalten hat; wann letztere erfolgen werde, ist noch unbekannt.

(Magyarische Bildung.) Um Europa nicht im Zweifel zu lassen über den Götzendienst, den die magyarische Nation mit sich treibt, veröffentlichen Mitglieder und Gönner der Gelehrten-Akademie Ungarns einen Protest gegen die Absicht der Akademie, ihren Palast, der eine halbe Million Gulden kostet, nach dem Plane eines Berliner Architekten aufbauen zu lassen. Dieser Protest kreuzt von Fremdenhaß; der Palast soll „aus vaterländischem Material, Bestand und Wissen" erbaut werden, damit die Nachwelt daraus erkenne, „auf welchem Höhepunkte die Bildung der Nation" 1862 stand. Es heißt in diesem patriotischen Proteste wörtlich: „Wir würden es als einen ewigen Schandfleck unserer nationalen Bildung betrachten, wenn wir zur Unterstützung Fremde unsere Zuflucht nehmen; uns graut vor dem Gedanken, daß das Gebäude von Fachmännern des Auslandes, und wären sie auch noch so auszeichnet, sollte ausgeführt werden. Wir müssen jeden auslänsischen Einfluß ausschließen." Gut! Welchen Baustyl hat Ungarn geschaffen? Woher hat die Gelehrten-Akademie ihre Weisheit? Wen hat sie von europäischem Ruf? Mögen sich die die Kleindeutschen merken, die so sehr für ungarische Freiheit schwärmen, daß man einen Berliner Architekten verwirft, weil er kein Magyar ist!

(D. Abl.)

Frankreich.

Paris, 8. Febr. Es fällt auf, daß in dem Berichte über die Rentenkonversionsvorlage eines Umstandes nicht gedacht wird, der von großer Wichtigkeit ist, des Umstandes nämlich, daß ein ansehnlicher Theil der 4½ pCt. Rente sich im Besitze der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten befindet. Man hat berechnet, daß diese genöthigt seyn würden, dem Staate eine Ausgleichung von 60 Millionen zu zahlen, wenn sie den Vorschlag des Finanzministers annähmen. Woher diese 60 Millionen nehmen? Die Nothleidenden können den Erfolg nicht abwarten, daß die 3 pCt. Rente einen „frischen Schwung erhalten" hat.

Paris, 10. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht heute eine lange unverständliche Note, worin der von Herrn Fould in seinem berühmten Memorandum erwähnte Verkauf von 34 Millionen beim Verkauf italienischer Fonds mit jener Klarheit und Offenheit explizirt wird, die dem Monitenr eigen sind. Aber der Moniteur muß schließlich doch einen Verlust von 34,880,061 Francs zugestehen und bezweckt offenbar nur, die gehässige Börsenoperation, welche mit diesen italienischen Fonds gemacht wurde, in Abrede zu stellen. Wie aber mag man in der Rue Rongemont und am Bendomeplatz über dieses Dementi lächeln! (F. P.)

Der französische Senat hat, wie zu erwarten war, einstimmig beschlossen, der Renten-Konversion sich nicht zu widersetzen.

Zwischen Frankreich und Spanien ist ein Vertrag wegen Regelung der Schuld von 1823 — wo bekanntlich ein französisches Hülfsheer unter dem Herzog von Angoulême die spanische Verfassungspartei zu Boden warf — unterzeichnet worden. Frankreich erhält danach zwanzig Millionen (Piaster oder Francs?).

Italien.

In Neapel, Reggio und verschiedenen anderen Städten haben, wie schon in Genua und Mailand, ebenfalls Volksmanifestationen zu Gunsten der Gewinnung Roms stattgefunden, an welchen in Neapel sogar Geistliche sich betheiligt haben, wo die Toleranzstrafe bei dieser Gelegenheit prachtvoll beflaggt war.

Aus Rom wird vom 8. d. berichtet, daß die Gensarmen Manifestationen für die Einheit Italiens in den Schauspielhäusern unterbricht haben, und daß zahlreiche Patrouillen die Zugänge zu den Theatern besetzt halten. Die römische Polizei soll bewaffnete Neapolitaner angeworben haben, welche in die Nähe Franz' II. sich gedrängt hatten.

Gegenwärtig predigt zu Bologna der bekannte Feldkaplan Garibaldi's, Fra Pantaleone, von der Kanzel in der heftigsten Weise gegen den Papst und die Dogmen der katholischen Kirche. (N. Pr. Z.)

In Genua ist es zu lärmenden Scenen gekommen; die Räcberufung Mazzini's wird dort laut verlangt, und die Regierung scheint sie bewilligen zu wollen (?), obschon er wegen Betheiligung an einem Mordversuch gegen Karl Albert, den er in seinen Schriften eingesteht, und gegen Napoleon verurtheilt ist.

* Die gestern erwähnten Demonstrationen zu Fiorenz, Parma und an andern Orten waren von der Einheitspartei veranstaltet, und sollten die Behauptung des Kardinals Antonelli widerlegen, welcher gegen den französischen Gesandten Lavalette bekanntlich geäußert hatte, das italienische Volk stehe in seiner großen Mehrheit auf der Seite des Papstes, nicht auf der Viktor Emanuels. Die Kundgebungen bestanden in Umzügen mit dreifarbigen Fahnen durch die Hauptstraßen unter beständigen Evvivas für Italien, Viktor Emanuel und Garibaldi. Diese Kundgebungen sind nicht ohne Bedeutung, sie beweisen sehr deutlich die allgemeine Verbreitung der Mißstimmung über den Stillstand der einheitlichen Entwicklung, den das Ministerium gar nicht herbeigeführt, für den es aber von der öffentlichen Meinung täglich mehr verantwortlich gemacht wird. Die Rufe, welche Rom als Hauptstadt verlangen, sind dem Cabinet Ricasoli nicht minder gefährlich, als die parlamentarische Opposition. Und Ricasoli muß ihnen, selbst wenn er nicht will, Rechnung tragen. Die ausgesprochene Friedens- und Finanzpolitik, welche Graf Ponza di San Martino als Bedingung seines Eintritts in das Ministerium gestellt hatte, mußte von Ricasoli verworfen werden, weil sie, so richtig sie vielleicht an sich war, doch entschieden unpopulär gewesen wäre und voraussichtlich nur dazu geleitet hätte, die Aktionspartei zu verstärken und zu entschlossenen Schritten anzutreiben. So sah sich auch bei dieser

Kunstverein.

Würzburg, 11. Febr. In den letzten Wochen hat der hiesige Kunstverein seinen Mitgliedern einen Genuß bereitet, welcher zu den seltensten und kostbarsten gehört, die überhaupt der Anblick von Kunstgegenständen gewähren kann. Wie meinen die Landschaftsstudien von Hausch, von denen eine zweite und letzte Abtheilung am Ende vorigee Woche ausgestellt wurde und noch einige Tage der Beschauung zugänglich bleiben wird.

Wir sind oft und lange schweigend vor diesen echten Meisterstücken gestanden. Nun drängt es und aber, unserer Empfindung darüber einigen Ausdruck zu geben, was um so gerechtfertigter seyn dürfte, als vielleicht nicht Jeder die ganze Bedeutung dieser wunderbaren Schöpfungen so ganz und in jeder Hinsicht zu schätzen versteht.

Vor allem ist es als eine außerordentliche Freundlichkeit eines Künstlers anzuerkennen, wenn er, während er selbst ausgeführte Bilder schafft, seine Studien einem größeren nicht nur aus eigentlichen Kunstkennern bestehenden Publikum zur Betrachtung hingibt.

Die Studien aber sind die Schatzkammer, das Heiligthum des Künstlers; wie und was der Künstler gesammelt hat und nun heilig aufbewahrt, das entscheidet natürlich auch über den Geschmack und den Geist des Künstlers. Die Künstler wissen dies und Viele, die sich so nennen, sind daher nicht gerne geneigt, in die Geheimnisse ihrer sog. Studien blicken zu lassen. Sie fürchten, sich als geistlose oder von einem falschen Geiste beseelte, als nachlässige und gewissenlose, oberflächliche und eitle Arbeiter bloszustellen.

So wenig eine eitle Coquette einen schartschtigen Liebhaber in ihr Boudoir einlassen wird, ehe sie mühsam den Schein eines jungfräulichen Daseyns hergestellt und die Spuren ihrer eitlen Täuschungsversuche hinweggeräumt hat, so wenig kann ein Künstler, der kein echter Künstler ist, weil ihm der Geist und die Energie dazu fehlt, oder weil ihm nicht die, Wahrheit sondern die Eitelkeit als letztes Ziel vorschwebt, Studien oder Skizzen sehen lassen. Ein eitles Volk aber hat auch eine eitle Künstler und wie man sagen kann, daß einem Volke mit dem wahren Kunstsinn auch das rechte Kunststudium abhanden kommen wird, so ist es gewiß und nur logisch, daß eitle Künstler keine wahren Studien zu machen im Stande sind.

Digitized by Google

Gelegenheit Ricasoli genöthigt, das Parlament und die Nation mit neuen Hoffnungen hinzuhalten und zu verstehen, daß die römische Frage „reife". Allein je häufiger solche Versicherungen sich wiederholen, ohne daß ein Schritt zu ihrer Verwirklichung geschieht, um so schwieriger muß der Stand der Regierung werden, die ihre Autorität untergraben sieht, und schließlich Zweifel an ihrer Fähigkeit, vielleicht selbst an ihrem guten Willen herausfordert. Am Parlament selbst hat die Regierung nur eine zweifelhafte Stütze. Die große Majorität ist allerdings für dasselbe, aber mehr nur deßwegen, weil ein anderes Ministerium nicht möglich ist. Ein Zeichen des mangelnden Interesses an den ernsten Aufgaben des Parlaments ist, daß ein beträchtlicher Theil der Mitglieder gar nicht anwesend ist. Erklärt sich dieß auch zum Theil daraus, daß die Mitglieder keine Diäten erhalten, so ist es doch auffallend, daß die Fehlenden vornämlich Abgeordnete aus den Südprovinzen sind; es läßt sich denken, daß diese auch in ihrer Heimath nicht besonders für die Regierung und für die allmälige Angewöhnung an die Vereinigung mit dem Gesammtstaat sich bereiten werden. So herrscht denn nach allen Seiten eine gewisse Unbehaglichkeit, eine unbefriedigte Stimmung, die der ganzen Schöpfung des italienischen Königreichs ein Gepräge des Unsertigen gibt.

Türkei.

Das amtliche „Journal de Constantinople" will sehr günstige Nachrichten über die Zustände in der Herzegowina haben. Die letzte Proklamation Omer Pascha's, in welcher er den Insurgenten, nachdem er mehrere bedeutende Vortheile über sie errungen hatte, für den Fall der Unterwerfung volle Amnestie verspricht, habe Wunder gewirkt. Hunderte von Insurgenten, die bereits über die Grenzen gegangen waren, kehren zurück, um Dervisch Pascha ihre Unterwerfung anzuzeigen; sie mußten dieselbe beschwören, worauf ihnen Wohnorte angewiesen wurden, wo sie bis zur völligen Pacifizirung der Grenzdistrikte zu verweilen haben.

Der türkische Sultan hat ein altes Verbot erneuert, nach welchem Niemand zu Pferd oder mit einem offenen Regenschirm an dem Palast vorübergehen darf.

Rußland und Polen.

Aus Helsingfors schreibt man, daß der finnische Landtagsausschuß seine Berathungen, über welche täglich summarische Berichte in öffentlichen Blättern erscheinen, mit großem Eifer fortsetzt. Es sind bekanntlich 54 Fragen, welche die Regierung dem Ausschuß zur Begutachtung vorgelegt hat. Gleich am zweiten Tage nach der Eröffnung seiner Sitzungen beschloß der Ausschuß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen; da aber der Sitzungssaal im Ritterhause zu klein ist, als daß eine größere Anzahl von Zuhörern zugelassen werden könnte, so ist der Zutritt vorläufig blos den Vertretern der Presse gestattet worden.

Warschau, 5. Febr. Zwei Priester, Wyszyński und Stecki, die hier gleich wie die Herren Otto, protestantischer Pastor, Xaver Schienke, Kaufmannsältester, Hischpanski, Schuhmachermeister, recht eifrig als bürgerliche Vorkämpfer in Demonstrationen und Adressen gemacht haben, sind verurtheilt, einige Jahre theils in Sibirien, theils in Festungen fern vom Schauplatz ihres Treibens und ihres Polltifirens über ihre Thorheit nachzudenken. Einige davon sind bereits weggebracht, Andere folgen und drei Mitglieder des Metropolitankapitels sind ebenfalls verurtheilt. — Kein Pole mag an die Aechtheit des von dem „Dziennik Powszechny" veröffentlichten angeblichen Bekenntnisses von Bialobrzeski glauben. Wie enthalten uns natürlich jedes Urtheils, da wir bereits unsere Muthmaßung ausgedrückt haben, daß dasselbe dem Inhalt nach keinen Werth als Beweismittel habe, weil ja sonst die Richter, statt B. zu verurtheilen, ihn vielmehr zum Erzbischof hätten ernennen sollen.

(Hamb. Bhe.)

Amerika.

Ein Methodistenprediger von großer Körperstärke, der in einem Dorf Neuengland die Trinker aus einer Schenke hinauswarf und den Wirth, der sich widersetzte, mit Faustschlägen traktirte, wurde zu dreitägiger Gefängnißstrafe verurtheilt, „weil man auch für die Mäßigkeit nicht mit Faustschlägen kämpfen dürfe."

Volkswirthschaftliches.

London. Weltausstellung von 1862. Folgendes sind die Regeln für die Vertheilung der Preise: Für jede Abtheilung und Unterabtheilung der Ausstellung wird eine internationale Jury gebildet, welcher die Vertheilung der Preise überantwortet wird. Jeder auswärtigen Kommission wird es freistehen, für jede Abtheilung und Unterabtheilung der Ausstellung, in welcher hervorragende Industriegegenstände ihres betreffenden Landes vertreten sind, ein Mitglied der Jury zu ernennen. Die britischen Geschworenen werden auf folgende Weise gewählt: Jeder Aussteller beschuet drei Personen, die er für jede Klasse oder Nebenklasse, in der er ausstellt, als Geschworne tungiren sehen möchte, und von diesen bezeichneten Personen werden die königlichen Kommissäre drei als Geschworne für jede Abtheilung oder Unterabtheilung auswählen. Die Namen derjenigen, denen Preismedaillen zuerkannt worden sind, werden in der ersten Hälfte des Monats Juni öffentlich im Ausstellungsgebäude verkündet werden. Unmittelbar darauf werden die mit Medaillen gekrönten Aussteller dies bei ihren Ausstellungsgegenständen durch einen Aufschlag bekannt gemacht sehen, der zugleich die Motivirung der Geschworenen enthalten wird. Nimmt ein Aussteller das Amt eines Geschwornen an, so kann weder ihm noch der Firma, der er angehört, in der betreffenden Abtheilung oder Unterabtheilung eine Medaille zuerkannt werden.

Nichtpolitische Zeitung.

Leipzig, 9. Febr. Ein Pastor Becker aus Königsberg hatte schon vor längerer Zeit um die Erlaubniß gebeten, während der hiesigen Messen öffentliche Vorträge zur Belehrung der zu dieser Zeit so zahlreich hier versammelten Juden halten zu dürfen, die zuständige Regierungsbehörde glaubte indeß, gestützt auf ein Gutachten der städtischen Behörde, diese Erlaubniß versagen zu müssen. Darauch nicht abgeschreckt, setzte Hr. Becker sein Werk unabläßig fort und eine sächsische Zeitschrift bringt mehrere Referate über seine darauf bezügliche Thätigkeit. Es dürfte dabei, um von Anderem abzusehen, die Thatsache hervorzuheben seyn, daß alle Anstrengungen Becker's erfolglos geblieben sind und wenigstens bis jetzt noch nicht zum Uebertritt eines Israeliten zum christlichen Glauben geführt haben.

(A. Pr. Z.)

Neueste Nachrichten.

Von der Elbe, 10. Febr., schreibt man der „Fr. Postz.": „Der Schritt, welchen Oesterreich und Genossen in Berlin gethan

---

Die der deutschen Nation eigenthümliche Beschiedenheit, Ehrlichkeit und unermüdliche, selbstaufopfernde, in sich selbst ihre höchste Befriedigung suchende Arbeitslust ist nun aber eines jener Momente, welches auch der deutschen Kunst einen eigenthümlichen Stempel aufdrückt und sie zur ersten Kunst unserer Zeit machen muß, wenn sie zugleich von dem rechten Geiste erfüllt wird.

Den schlagendsten Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung bieten eben die Hausch'schen Studien dar.

Denken wir uns den Künstler, als er diese unvergleichlichen Werke schuf. Nachdem er auf jede Bequemlichkeit, jedes Erleichterungsmittel der Arbeit verzichtet, finden wir ihn, aller Unguust der Elemente, aller Anstrengungen und Entbehrungen vergessend, inmitten einer kolossalen Natur allein, ganz allein mit seinem unendlichen Wollen. Er will die Natur erfassen, ganz wie sie ist und sein Geist sie ihm sehen läßt, in voller treuster Wahrheit. Von ihrer Herrlichkeit ergriffen, denkt er selbst nur herrlich und ferne von der Menschen Eitelkeit will er nur wiedergeben, was, indem es seine eigene Seele mit den höchsten Empfindungen erfüllt, von dieser wiederum gleichsam geistig erfüllt wird. Hat der Künstler zu Allem dem noch die vollendetste technische Ausbildung, so daß ihm alle Mittel der ausführenden Kunst schnell und sicher zu Gebote stehen, so werden seine Studien das Höchste werden, was die menschliche Kunst leisten kann; fehlt es aber auch nur an einer der angegebenen Voraussetzungen, so wird aus ihnen wenig, oder vielmehr nichts.

Das ist der tiefe Sinn schmuckloß dargebotener Studien, und wir können wohl sagen, daß in einem jungen mit der Kunst verbundenen Leben uns dieser Sinn nie in erhabnerer Weise nahe getreten ist, als vor den Hausch'schen Studien.

Solche die deutsche Kunst durchrieselnde Studien werden in Oesterreich gemacht! Wir wollen nur andeuten, daß die deutsche Kunst wenigstens kein Kleinbeutschland kennen kann, und daß wir kein mächtigeres, edleres, dauernderes Band der Nationalität uns zu denken vermögen, als die Kunst im engen Bunde mit der Wissenschaft. Abgesehen hiervon aber, so glauben wir diese Zeilen vor Allem dem edeln Künstler schuldig zu seyn, welcher uns diesen unvergleichlichen Genuß gewährte. Möchten sie zugleich den Mitgliedern des Kunstvereins zur Veranlassung dienen, die fraglichen Studien, so lange noch deren Ausstellung währt, in jeder Beziehung recht eingehend zu betrachten.

—l—

Digitized by Google

haben, ist der Ausfluß einer Offensiv- und Defensivallianz, in welcher sich die Kontrahenten gegenseitig den ungeschmälerten vollen Besitz, wie solcher in der Gegenwart ist (also den Gesammtstaat Oesterreich), garantiren*), der Ausfluß einer Allianz, die eine Volksmenge von 48 Millionen umfaßt und durch den inzwischen bereits erfolgten Beitritt Oldenburgs, so wie den noch zu erwartenden anderer Staaten zu einem Gebiet von 50 Mill. und darüber erhebt, mithin eine Macht repräsentirt, welche, imposant genug, ein entscheidendes Wort in allen Angelegenheiten mitzureden, zugleich und ganz besonders eine berechtigte Forderung der Zeit, durch Gründung einer starken Centralarmee der Wehrlosigkeit des Vaterlandes ein Ende zu machen, vollkommen befriedigt. Aber dieses Bündniß will und wird auch einer andern innern, nicht weniger berechtigten Forderung Genüge leisten: dem Bedürfniß der Einheit auf dem materiellen Gebiete mit Zuziehung einer Volksvertretung, und zwar einer aus den Ständeversammlungen zu bildenden Volkskammer als Bundesparlament mit maßgebendem Einfluß auf die legislatorischen und administrativen Bundesattributen. Preußen wird darin ersucht, sich an den Berathungen zu betheiligen, welche für den ganzen Bund die Herstellung einer wirksamen Exekutivgewalt und einer gemeinsamen mit Zuziehung von Delegirten der Ständeversammlungen zu gründenden deutschen Gesetzgebung bezwecken sollen. Es ist nichts gegen Preußen beabsichtigt, es ist vielmehr ein Bündniß für das ganze Deutschland."

" Die „Neue Münch. Ztg." und gleichzeitig die (ministerielle) preuß. „Sternztg." veröffentlichen den Wortlaut der von Oesterreich und Genossen letzthin in Berlin übergebenen Depesche. Diese Note faßt zuerst den leitenden Gedanken der preußischen Depesche vom 20. Dezember zusammen, der einen engeren Bund im deutschen Staatenbund als zulässig erachte, in welchem die wichtigsten Attribute der Souveränetät, die militärische und diplomatische Leitung einem Bundesfeldherr (Preußen) übertragen würde. Je lebhafter die bele. Regierung wünschte, im engsten Einverständniß mit Preußen der Reform des Bundes nahe zu treten, desto lebhafter müsse sie die Abweichung der politischen und rechtlichen Voraussetzungen bedauern. Unter den Gesichtspunkten der allgemeinen deutschen Interessen, sowie des positiven Rechtes müsse sie gegen die preußische Auffassung Verwahrung einlegen. „Unmöglich, heißt es weiter wörtlich dazu, kann die ..... Regierung in dem Verlangen, daß das alle Deutsche vereinigende Nationalband strenge auf die Bedeutung eines völkerrechtlichen Vertrages zurückgeführt werde, eine berechtigte Voraussetzung deutscher Bundesreform oder einen richtigen Ausdruck des im deutschen Volke unleugbar vorhandenen Einigungsbedürfnisses anerkennen. Sie ersucht das königlich preußische Kabinet, sich vergegenwärtigen zu wollen, in wie ganz anderer Richtung einst Preußen als Mitgründer des deutschen Bundes in den Verhandlungen des Wiener Kongresses zur Feststellung des Bundesvertrags mitwirkte. Und sie stützt die Pflicht, freimüthig auszusprechen, daß die Deutschlands Sicherheit und Einigkeit, sein mosaischer Friede und seine Hoffnung auf gedeihliche Fortbildung der Bundesverfassung in hohem Grade bedroht und gefährdet erschienen würde, wenn Preußen auf das Bestehen zurückkommen wollte, einen Theil der deutschen Staaten durch eine zentralistische Verfassung unter Einem Oberhaupte zu einigen, während das Verhältniß zwischen diesem Theile und den übrigen Gliedern des Bundes auf dem Fuße bloßer Verträge, wie sie auch zwischen Völkern fremden Stammes geschlossen werden können, zu regeln wäre. Es wird statt weiterer Ausführungen genügen, an die unheilvollen Folgen zu erinnern, welche schon in einer früheren Epoche Bestrebungen desselben Charakters über Deutschland heraufzubeschwören drohten. Mit vollster Ueberzeugung muß ferner die königlich bayerische Regierung jeden Versuch, den Organismus des Bundes durch einen engeren Bund zu durchbrechen, zugleich als unvereinbar mit dem positiven Vertragsrechte bezeichnen. Dies wird nun des Weiteren ausgeführt; sodann heißt es am Schluß: Tief durchdrungen von der Wahrheit, daß das Prinzip jeder Reform des Bundes das der organischen Entwicklung der befehdenden das ganze Deutschland vereinigenden Bundesverfassung sein müsse, glaubt die . . . Regierung, daß auf dieser Grundlage bei allseitiger Bereitwilligkeit wichtige, den Fortschritten der inneren Entwicklung Deutschlands entsprechende Verbesserungen ins Leben gerufen werden könnten, zu welchen sie namentlich die Begründung einer wirksameren Exekutivgewalt des deutschen Bundes und die Regelung der Thätigkeit des Bundes in den Angelegenheiten gemeinsamer deutscher Gesetzgebung durch Zuziehung von Delegirten der deutschen Ständeversammlungen rechnet. Mit Freuden würde die ..... Regierung einen Entschluß der verbündeten Regierung Preußens begrüßen, durch welchen die Eröffnungen von Berathungen über Bundesreform auf dieser für alle gleich gerechten und den gegebenen Verhältnissen Deutschlands angemessenen Grundlage ermöglicht würde."

*) Daß diese Garantie ichen verabredet sey, wird von anderer Seite bestritten. In dem Text der in Berlin hinterlegenen Noten (l. unten) findet sich auch kein Wort noch irgend eine Andeutung davon.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bedhmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Lt. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	71¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80½–80 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48¾ G.
„	4½ pCt. „ „ „	44¼–¾ G.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. à Fl. (Cto. b. R.)	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. Jäkr. dto.	103⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	88 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. à. b. Rothsch.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	86 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93¼ P.
„	3 pCt. Obl.	92⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 8.	44⅝ P. ½ G.
„	2 pCt. „ „ „	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1174/4 P. ¾ G.
K. k. Oester. National-Bankaktien	716—8 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—170½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	815 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	204½ P.
Wirtembergische Bank à Thlr. 100	80 G.
Mitteldeutsche Kreditbanken	86¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	338 P.
Frankfurt-Hanauer-Bahn	83⅝ G.
Oest. F. St. Eisb. bPCt. 500 Fr. à 200 Fr.	240 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	114½ P.
„ Kinsk.-Bahn Prior. 5 pCt. 4/7	75¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn Lit. I. à 100 pCt. Z.	96 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	131½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	80⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	240½ P.
Span. Handels- u. Industrie	515 P.
„ Kredit-Akt. d. Ges. Pereire	455 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollnihner.	107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞ P.
Providentia (Feuerver.) in pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	98⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 80 Th. Lst. k. S.	98⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	118¼/8.117¼/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cst. W. l. S.	84⅞ G.
Discomte	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 P.	Karlsruh. Thlr. 40 b. R.	38¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63¼ P. 63 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	102¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67—66 G.	„ fl. 25 do.	40 P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	106¼/8.105⅞/8 G.	Nassau fl. 25 b. Rotherh.	—
3½ pCt. Preuss. Frz-Anl. beib.	102¼ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	95 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
„ fl. 35	—	Anshb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 12. Febr. Die Börse eröffnete in günstiger Stimmung für öfter. National und Kreditaktien und Loose. In Folge niedrigerer Wiener Notirungen und starker Verkäufe gingen dieselben jedoch im Verlaufe des Geschäfts etwas zurück. Auch Darmstädter Bankaktien wurden billiger abgegeben. Außerdem keine wesentliche Veränderung. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wurden zu 99¼ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 14. Februar 1862.

Deutscher Bund.

* Aus den von Oesterreich und Genossen in Berlin übergebenen gleichlautenden Noten tragen wir noch folgende Stellen, die wir gestern nicht mehr mittheilen konnten, nach. Der Eingang lautet wörtlich: „Die Reformvorschläge Sachsens haben der königl. preußischen Regierung Veranlassung zu Erklärungen gegeben, welche zu wichtig sind und das Wesen des deutschen Bundesvertrages, sowie die Interessen sämmtlicher deutschen Staaten zu nahe berühren, als daß sie nicht die ernstlichste Aufmerksamkeit der allerhöchsten Regierung des Unterzeichneten hätten in Anspruch nehmen müssen. Inhaltlich des Erlasses nämlich, welchen das Kabinet von Berlin, die erwähnten Vorschläge beantwortend, unter dem 20. Dez. 1861 an den k. Gesandten in Dresden, Herrn v. Savigny, gerichtet hat, bekennt Preußen in der deutschen Reformfrage sich zu dem leitenden Gedanken, daß in dem das gesammte Deutschland umfassenden Bundesvertrage der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit festgehalten werden sollte, während eine engere Vereinigung eines Theiles der Bundesglieder auf dem Gebiete des inneren Staatsrechtes der freien Vereinbarung der betreffenden Regierungen vorbehalten bliebe. Ohne sich im Einzelnen über die Grundzüge oder über die Ausdehnung einer solchen engeren Vereinigung auszusprechen, scheint das k. preußische Kabinet den Fall nicht ausschließen zu wollen, daß dieser Bund im Bunde sich bis zur Form eines sogenannten Bundesstaates entwickelte, in welchem die wichtigsten Attribute der Staatshoheit auf eine Centralgewalt übertragen, namentlich ein ständiges militärisches Oberkommando und das Recht der Vertretung nach Außen in Eine Hand gelegt würden. In einer solchen bundesstaatlichen Einigung glaubt die Regierung Preußens nur eine vollberechtigte Benützung des im Artikel XI.*) der Bundesakte gewährten Bündnißrechtes zu erkennen, und sie ist der Ansicht, daß durch die Ausführung ihres Gedankens weder den am engeren Bunde nicht betheiligten Regierungen ein Recht zum Ausscheiden aus dem weiteren Bunde erwachsen, noch die vorhandenen Bürgschaften für den Bestand des Letzteren eine Veränderung erleiden würden." Hieran reiht sich die gestern mitgetheilte Abmahnung und Verwahrung; im weiteren Verlauf der Note heißt es sodann: „Der Artikel XI. der deutschen Bundesakte gewährt allerdings den Regierungen Deutschlands das Recht der Bündnisse aller Art, aber was könnte deutlicher aus dieser Bestimmung folgen, als daß die Bundesakte Mitglieder des Bundes voraussetzt, welche sich ihre Selbständigkeit und daher Fähigkeit, Bündnisse zu schließen, bewahren? Augenscheinlich hat die Bundesakte nur von Bündnissen zwischen unabhängigen Regierungen sprechen wollen. Jener Artikel will, daß die deutschen Regierungen das Recht der Bündnisse aller Art, sofern solche nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesglieder gerichtet sind, behalten. Ein Staat aber, der sich einer bundesstaatlichen Centralgewalt oder auch nur der diplomatischen und militärischen Führung eines anderen Staates unterordnet, ein solcher Staat kann vielleicht noch Verträge über administrative Angelegenheiten, aber er kann nicht mehr ein Bündniß selbständig schließen. Ja, der Vertrag selbst, der diese Unterordnung begründete, ließe sich füglich nicht als ein eigentliches Bündniß bezeichnen. Ein solcher Vertrag wäre ein Subjektions-Vertrag. Und wäre endlich der Art. XI. der Bundesakte, an sich betrachtet, der Anwendung fähig, welche das k. preußische Kabinet ihm geben will, so würde doch die flüchtigste Erinnerung an andere wesentliche Bestimmungen der Bundesverträge genügen, um die rechtliche Möglichkeit dieser Anwendung schlechthin auszuschließen. Der deutsche Bund ist als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitig gleichen Vertragsrechten und Vertragsobliegenheiten gegründet worden. Seine ganze Organisation beruht auf diesem Grundprinzip und auf dem durch die Bundesakte festgestellten Stimmenverhältnisse. Beides aber, das Grundprinzip sowohl, als die daraus abgeleitete Organisation, würden bis zur gänzlichen Vernichtung beeinträchtigt werden durch einen engeren Bund, durch dessen einheitliche Verfassung die Rechtsgleichheit seiner Mitglieder aufgehoben und ihnen die Fähigkeit entzogen würde, ein selbständiges Stimmrecht in den wichtigsten politischen und militärischen Angelegenheiten auszuüben. Die .... Regierung steht sich daher in dem Falle, zu erklären, daß sie die Gründung eines engeren sogenannten Bundesstaates in Deutschland keineswegs als gerechtfertigt durch den Art. XI. der Bundesakte, vielmehr als unvereinbar mit dem Wesen und der Verfassung des deutschen Bundes, ja als dessen faktische, wenn auch nicht rechtliche Auflösung in sich schließend betrachten müßte. Der Unterzeichnete hat übrigens der vorstehenden Darlegung der Ansichten seiner allerhöchsten Regierung den Ausdruck ihrer vertrauensvollen Erwartung hinzuzufügen, daß der k. preußische Hof, in seiner Weisheit und seiner Anhänglichkeit an die Grundsätze des Rechts, einer Auffassung der deutschen Reformfrage nicht Folge geben werde, welche bei seinen Bundesgenossen so gewichtige Bedenken erregt, und die er nicht bethätigen könnte, ohne Deutschland in Verwirrung zu stürzen, zu nicht festhalten, ohne die gesetzliche Wirksamkeit und Ausbildung der zu Recht bestehenden Bundesverfassung zu hemmen. Das k. preußische Kabinet hat in dem erwähnten Erlasse nach Dresden es lebhaft anerkannt, daß die Regierung Sachsens ihre Ueberzeugung von der Räthlichkeit einer Bundesreform offen bekundet hat. Der Unterzeichnete darf versichern, daß auch seine allerhöchste Regierung diese Ueberzeugung theilt." (Folgt der gestern mitgetheilte Schluß.)

Ueber das Vorgehen von Oesterreich und Genossen in Sachen der Bundesreform schreibt der „Südd. Ztg." ein Wiener Berichterstatter: „In Berlin soll lediglich die Frage der Bundesreform, die Einführung des Bundesparlamentes und die Bildung einer Exekutivgewalt, an welche die Bundesstaaten einen Theil ihrer Souveränetät abzutreten hätten, angeregt seyn.*) Die Gebietsgarantie wird nur als ein selbstverständliches Korollarium der Behandlung und Erledigung der Militärfrage des Bundes angesehen. In diesem Sinne sollen auch, wie verlautet, die betreffenden Negotiationen eingeleitet seyn. Anders verhält es sich bei den Vorbesprechungen, die Oesterreich mit den ihm ergebenen Staaten gepflogen hat; hier spielte diese militärische Frage keine geringe Rolle und man verhehlt in Wien nicht, daß dieser Punkt in maßgebenden Kreisen als einer der für unsern Staat wichtigsten angesehen werde.

* **Preußen.** Die „Berliner Allg. Ztg.", das Blatt der ministeriellen Fraktion Gradow, fordert die preußische Regierung auf, sich jetzt, nach dem Vorgehen von Oesterreich und Genossen, in der deutschen Frage ja nicht mehr auf der Defensive (!) wie bisher zu halten; sie sagt: „Es ist die höchste Zeit, daß Preußen daran denkt, die Initiative zu ergreifen. Man hält den Moment nicht für geeignet: jeder Moment ist geeignet, in dem man Muth hat. Um den Muth, seine Existenz zu wagen, um seine Existenz in höherm Sinne zu erhalten, kommt Preußen einmal nicht, und je früher, je besser." Auch die demokratische „Nationalzeitung" fordert die preußische Regierung zum Handeln auf, doch will sie keineswegs verlangen, „daß Preußen seine Kräfte überbieten und etwa die deutsche Einheit allen Würzburgern zum Trotz in drei Monaten zu Stande bringen solle." Einstweilen solle es nur die kurhessische Frage anfassen und die Wiedereinführ-

*) Art. 11 der Bundesakte sagt in Absatz 3: Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.

*) Die in Berlin übergebenen gleichlautenden Noten haben wenigstens sonst nichts Anderes angeregt.

Digitized by Google

ung der Verfassung von 1834 durchsetzen. (Wir zweifeln, ob es der preußischen Regierung so sehr Ernst damit ist; uns will bedünken, daß sie in dieser Sache einen wohlfeilen Liberalismus mit Worten erheuchelt, wo Thaten aber sehr zurückscheut. D. Red.). Wenn Preußen auf diesem Boden nicht triumphire, so sey es in der Meinung des deutschen Volks jetzt abermals von seinen frühern Siegern geschlagen. — Die „Kreuzzeitung" ist verständig genug, anzuerkennen, daß Preußen seine Lage nur dadurch verbessern könne, „daß es die Basis, die es mit seinen Gegnern gemeinsam habe, auch ernstlich und aufrichtig als eine solche anerkennt und gelten läßt. Diese gemeinschaftliche Basis aber ist keine andere, als die deutsche Bundesverfassung." (Sehr wahr! Aber wird man es ehrlich beherzigen?)

Berlin, 12. Febr. Der von der Fortschrittspartei beabsichtigte Antrag in der deutschen Frage ist definitiv festgestellt und lautet: „Das Haus der Abgeordneten erklärt für dringend geboten: 1) daß die k. Staatsregierung die volle Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts der Nation auf staatliche Einigung offen als das Ziel ihrer Politik hinstellt; 2) daß sie vermöge der Machtstellung Preußens, als des größten deutschen Staates, fest und bestimmt im Vollbewußtseyn ihres deutschen Berufs, die militärische, diplomatische und handelspolitische Führung in dem zu bildenden deutschen Bundesstaate, unbeschadet der inneren Selbständigkeit der Einzelstaaten, für die Krone Preußen in Anspruch nimmt, zugleich aber für Freiheit und Recht der Nation durch eine deutsche Volksvertretung die unerläßlichen Garantien schafft".

(Zeit.)

Kurhessen. Kassel, 10. Febr. Die Broschürenliteratur in kurhessischen Angelegenheiten hat so eben eine Bereicherung erhalten durch eine kleine aus Otto Wigands Verlag in Leipzig hervorgegangene Schrift, betitelt: „Recht und Gewalt in Kurhessen. Ein Kapitel aus dem Leben eines Schriftdolen von Dr. jur. utr. J. Kunreuther, durch Dekret der Staatsprüfungskommission qualifizirtem, durch landesherrliche Gnade reticirtem kurhessischen Obergerichtsreferendar." Der Verfasser erzählt mit ziemlich pikantem Humor seine Erlebnisse auf dem Wege zu dem ihm schließlich allerhöchsten Orts verliehenen Titelil in die juristische Carrière des Kurhessen. Dr. Kunreuther leidet an der Erbsünde des Judeseyns. Zwar hat er ein juridisches examen rigorosum und dann die fernere Staatsprüfung trefflich bestanden, zwar sind ihm in den Audienzzimmern der Minister Rohde und Abée feierliche Zusagen eifrigster Beowendung bei Sr. königl. Hoheit geworden, zwar ist die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntniß dem Kurhessen verbrieft. Die Aufklärung, welche Dr. Kunreuther durch den Minister Rohde über die landesherrliche Abneigung gegen Staatsdiener mosaischen Bekenntnisses erhielt, lautete: „Die Regierung habe allerdings vordem Israeliten in den Vorbereitungsdienst unbedingt zugelassen und auch zu Anwälten promovirt. Seitdem jedoch in den Jahren der Bewegung Israeliten, insbesondere israelitische Anwälte, sich als der Regierung feindlich gesinnt bemerklich gemacht hätten, habe der Kurfürst unwiderruflich beschlossen, Israeliten fortan vom Staatsdienst absolut auszuschließen." Nach dieser Logik wären auch die Christen, deren nicht wenige (darunter auch Anwälte) sich der Regierung damals feindselig gesinnt gezeigt, vom Staatsdienst unbedingt auszuschließen. Dr. Kunreuther hat in Gotha eine Zuflucht gefunden.

(Z. f. Nordd.)

Thüringen. Weimar, 11. Febr. Unser Landtag wird nicht auf den Ruhm verzichten, den jüngsthin von einer Versammlung thüringischer Landtagsabgeordneten gestellten Antrag auf Konstituirung eines Gesammt-Ausschusses thüringischer Landtage zu dem seinigen zu machen, nachdem gestern mehrere Abgeordnete eine hierauf bezügliche Motion gestellt haben. Dieser Gesammtausschuß, hervorgehend aus den Wahlen der Einzellandtage, würde die wichtige Aufgabe haben, die Gemeinsamkeit der Gesetzgebung in den thüringischen Landen dadurch zu fördern, daß er die von den thüringischen Regierungen ausgearbeiteten Gesetzentwürfe, ohne daß solche zur Beschlußfassung in den einzelnen Landtagen kommen, in Vorberathung nehme. Daß die übrigen thüringischen Landtage nicht zögern werden, dem diesbezüglich gegebenen Beispiele durch gleiche Anträge bei ihren Regierungen zu folgen, darf wohl als zweifellos angesehen werden. (D. Abl.)

Lippe. Aus dem Fürstenthum Lippe, 8. Febr. Auf dem jüngsten Landtag ist, der „N. Fr. Z." zufolge, beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, mit Preußen, über den Abschluß einer Militärkonvention, ähnlich der mit Koburg abgeschlossenen, in Berathung zu treten.

Oesterreich. Wien, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses hat die Berhandlung der Steuprojeßnovelle stattgefunden. Der Antrag der Regierung, ehrenrührige Angriffe gegen den Reichsrath, die Landtage, die Behörden und die Armee, sowie gegen einzelne Mitglieder des Reichsraths, der Landtage, öffentliche Beamten, Militärs und Seelsorger bezüglich deren Handlungen in ihrem Berufe, sowie gegen Zeugen und Sachverthänige bezüglich ihrer Aussagen vor Amtswegen zu verfolgen, wurde abgelehnt*), ungeachtet der Minister Schmerling erklärte, er könne im Fall der Ablehnung für die Preßgesetze und das Preßverfahren die Sanktion des Kaisers nicht beantragen.

(Tel. d. Fr. Poßt.)

Frankreich.

Paris, 13 Febr. Der „Moniteur" bereit sich heute schon, das Gesetz über die Rentenkonversion zu verkünden. Die Ausgleichungssumme (soulte), welche geforderi wird, beträgt 5 Frk. 40 C. von den Inhabern der 4½proz. Rente und 1 Fr. 20 C. von den Inhabern der 4proz. Staatsschuld. (Fr. Pßt.)

„Temps" ist neugierig zu erfahren, ob der gesetzgebende Körper die durch kaiserlichen Defret angewiesenen 10,000 Franken zur Gelegirechnung Lubeck bewilligen werde; ihm wird bald von seiner Neugierde geholfen werden.

Der kaiserliche Gerichtshof von Paris hat das Urtheil des Handelsgerichts gegen Pontalba, welches denselben zum Ersatz von 1,700,000 Franken an die Liquidatoren der Mieß'schen Kaße verurtheilte, aufgehoben, weil das Handelsgericht inkompetent in der Sache gewesen sey, und die Sache vor einen andern Gerichtshof verwiesen.

Italien.

Turin, 3. Febr. Das Ausreißen der „italienischen" Soldaten wird mit jedem Tage ärger; der Kriegsminister Piemonts hat ein Kriegsgericht eigens dafür zusammengesetzt, das seinen Sitz im Hauptquartier der an den päpstlichen Grenzen kantonnirenden Division hat. Vor wenigen Tagen sind aus Savigliano nicht weniger als 80 Soldaten auf einmal davongelaufen; es sind ehemalige Neapolitaner; die meißen wurden aufgefangen und nach Turin gebracht, wo sie wegen „Komplotts" vor's Kriegsgericht gestellt werden sollen. Dieser maßenhafte Charakter der Desertion ist besonders bemerkenswerth. Hr. Drajonelli wies in der Turiner Senatssitzung vom 1. Febr. darauf hin, als er den Kriegsminister fragte: was aus der ehemaligen neapolitanischen Armee geworden sey. Der General bella Rovere war unbefonnen genug, einzugestehen, daß diese „unpatriotischen" Armee den Dienst in den Reihen der „Brigants" dem Dienst in den Regimentern des Königs von Italien vorziehe. Abgesehen von den Mannschaften haben 12,000 Unteroffiziere und 4000 Offiziere verschmäht, die Uniform des Re galantuomo anzulegen. (D. Bl.)

Ein Manuskreiben Ricasoli's an die Präfekten soll die Demonstrationen für Einverleibung Roms dämpfen. Die Regierung, sagt der Ministerpräsident, müsse die Entscheidung über das, was geschehen solle, in der Hand behalten. Sie habe Ursache, sich über ihre bisherigen Erfolge zu freuen. Unüberlegte Ausdrücke und lärmende Kundgebungen dürften ihr Werk nicht stören. (Zeit.)

In Florenz und Livorno sind Demonstrationen gegen Ricasoli und zu Gunsten Rattazzi's vorgekommen. Die Mauern sind daselbst täglich mit Aufschriften in diesem Sinne beklebt. Ricasoli hat also auch in seinem Vaterlande (Toscana) seine Popularität eingebüßt.

Griechenland.

Athen, 1. Febr. Der König hat genuht, das frühere Ministerium beizuhalten und die dem Herrn Kanaris ertheilte Vollmacht zurückzunehmen. Vor acht Tagen handelte es sich darum, der sog. öffentlichen Meinung (d. h. den heißblütigen Schwärmern für ein byzantinisches Kaiserreich) durch einen Wechsel des Regierungs-Systems gerecht zu werden, und die Berufung des Admirals Kanaris, des Hauptes der äußersten Opposition, schien ein solches Resultat zu verbürgen. Die Regierungs-Prinzipien, welche Kanaris dem Könige mündlich anempfahl, sind ungefähr folgende: „1) ein verantwortlicher Ministerpräsident mit der freien Wahl seiner Kollegen und dem Rechte, das Ministerium aus eigener Machtvollkommenheit und je nach Bedürfniß zu modifiziren; 2) Auflösung der gegenwärtigen Kammer; 3) Errichtung einer Landwehr; 4) absolute Freiheit der Wahlen und des Wortes; 5) Errichtung agrikoler Banken; 6) Vereinigung der äußeren Schuld und Revision des Finanzwesens; 7) Entfernung aller derjenigen Individuen vom

*) Es soll also den Angegriffenen überlassen bleiben, selbst Klage zu erheben.

Digitized by Google

Hofe, welche ſich in den Gang der Politik und der Regierungsgeſchäfte mengen, ohne hiefür verantwortlich zu ſeyn, während Verantwortung nur den Staatsminiſtern zuſteht; 8) Vertheilung der brach liegenden Nationalgüter; 9) Verſorgung der wohlverdienten Kämpfer für die Unabhängigkeit Griechenlands." Die Annahme dieſer Prinzipien von Seite des Königs, die plötzliche Uebergang von einem Extrem zum andern, mußte begreiflicher Weiſe befremden und es trugen daher die Archonten des Landes: Bulgaris, Palamadis, Typſila, Chriſtides und Andere Bedenken, an einem auf dieſe Weiſe umzubildenden Kabinete Theil zu nehmen. Kanaris, gedrängt von dem Könige, entwarf eine proviſoriſche Liſte. Kaum war dieſe dem Könige übergeben und dem Publikum bekannt, als ſich ſofort eine allgemeine und lärmende Unzufriedenheit kundgab. Der König nahm die dem Senator Kanaris ertheilte Vollmacht nunmehr zurück. So endigte das in Scene geſetzte verunglückte Schauſpiel, bei welchem, was ein öffentliches Geheimniß iſt, der franzöſiſche Geſandte, Herr Bourré, die Hauptrolle ſpielte. Zum Nachſpiel wurden die General-Sekretäre des Juſtiz-Miniſters, die beiden Sekretäre der Rheorenoeten-Kammer, ein Polizei-Kommiſſär und mehrere andere Subaltern-Beamte, als bei den letzten Krawallen und Demonſtrationen betheiligt, des Dienſtes entlaſſen.

(Köln. Ztg.)

Türkei.

Konſtantinopel, 11. Febr. Obſchon der Sultan ſeit ſeiner Thronbeſteigung ſeine Civilliſte bedeutend verminderte, ſo hat er doch noch Erſparniſſe erzielt und große Summen davon dem Staatsſchatz zugewieſen. So hat er geſtern wieder 20 Millionen Piaſter (2 Mill. Gulden) dem Großvezier zugeſchickt, um die rückſtändigen Beſoldungen der Staatsbeamten und des Heeres auszahlen zu können. (Fr. Hdlz.)

Die Pforte hat beſchloſſen, einen Geſandten bei dem deutſchen Bund zu accreditiren und einen Konſul in Frankfurt zu beſtellen.

Amerika.

Ueber das Gefecht bei Mill Springs in Kentucky, welches am 19. Januar ſtattfand, liegen jetzt detaillirte Berichte vor. Die Niederlage der feindlichen Heerestheilung iſt vollſtändig. Der Angriff der Sonderbündler, mit Uebermacht unternommen der Feind hatte acht Regimenter, darunter von den beſten Tenneſſee- und Miſſiſſippi-Leuten; die nördliche Seite nur ſechs), war kühn und heftig. Nachdem bereits den ganzen Tag gefochten, war die Entſcheidung zweifelhaft, bis General Zollikofer durch Oberſt Fry vom vierten Kentucky-Regiment erſchoſſen ward, mit ihm ſein Adjutant, der junge Peyton. Sein Heer, conſternirt, ward dann durch einen ungeſtümen Bajonnetangriff des neunten Ohio-Regiments (deutſche Turner von Cincinnati) über den Haufen geworfen. Die Flucht ſoll der von Bull's Run geglichen haben; der Feind ließ Waffen und Munition im Stich und hielt ſich auch in ſeinem wohlbefeſtigten Lager hinter dem Cumberland-Fluſſe nicht auf. Der Regen, die abſcheulichen Wege und die Knappheit der Vorräthe hielten die Sieger von weiterer Verfolgung ab, ſo daß der Feind ſich wohl in Monticello wieder wird ſammeln können.

Nichtpolitiſche Zeitung.

München. Der penſ. k. b. Hofopernſänger Brandes, ſeit 5 Jahren am hieſigen Konſervatorium als Geſangslehrer wirkend, iſt am Karlsruher Hoftheater mit 5000 fl. engagirt worden.

(Iſar-Ztg.)

Aus Lindau, 10. Febr., ſchreibt man der „Augsb. Poſt.": „Man ſpricht hier viel von einer Skandalgeſchichte, welche ſich im nahen Bregenz zugetragen hat. Ein dort wohnender Baron, mit einer reichen Ruſſin verheirathet, iſt ſeiner Gattin überdrüſſig geworden, weil ſie nicht ſo unklug war, ein großes, ihr erſt kürzlich angefallenes Erbtheil — man ſpricht von 100,000 fl. — ihm zu freier Diſpoſition zu ſtellen; denn der Herr Baron war mit dem Heirathsgute ſeiner Frau allzu ſauſewindig umgeſprungen und fand einen ihm von der Erbſchaft zugeſicherten Rentengenuß von jährlich 2500 fl. — für gar zu unbequemen. Im vergangenen Monat wurde die Frau von Kindern und Dienſtboten plötzlich vermißt, ihre Nachfragen beſchwichtigte man jedoch damit, daß die Frau Baronin in Familienangelegenheiten plötzlich habe verreiſen müſſen, während ſie zu dieſer Zeit doch mit dem ſiebenten Kinde hochſchwanger ging. Darauf thät der Herr Baron ſelbſt eine kleine Reiſe antreten und befahl den Schlöſſel eines Zimmers abzuziehen, das ſchon ſeit längerer Zeit für Niemanden zugänglich war, und als ein neugieriger Dienſtbote dieß gewahr wurde, wollte er ſehen, was der Herr Geheimnißvolles in dieſem Zimmer berge. Er betrat es und hörte zu ſeinem Schrecken ein Stöhnen und Aechzen in der Wand; nach mehreren fruchtloſen Verſuchen gelang es, eine verborgene Thüre in der Wand zu finden und zu öffnen, hinter welcher die unglückliche Frau in einem engen ſchmalen Gemache ſich befand, das nicht Raum genug zum Stehen oder Liegen, viel weniger zu einer Bewegung des Körpers hatte, welche ohnehin unmöglich gemacht wurde, weil man die Frau in einen Lehnſtuhl angekleiden für gut fand. Und in dieſem Zuſtande genas die Bedauernswerthe ihres ſiebenten Kindes — von welchem ſich jetzt keine Spur findet! — Die unglückliche, entkräftete Frau fand beinahe in Ohnmacht vor Freude, als ſie ihre treue Magd ſah und verlangte begreiflich ſchnellſtens aus dem Hauſe fortgebracht zu werden, weßhalb man ſie nach dem nahen H. zu einer ihr befreundeten Familie bringen wollte. Unglücklicherweiſe oder hatte der Herr Gemahl, auf der Rückreiſe begriffen, ſchon vom Geſchehenen gehört und es gelang ihm, der geliebten Entflohenen den Weg abzuſchneiden, indem er, von der Seite kommend, mit ſeinem Geſchirte die ohnehin ſchmale Straße im Ried verſperrte und den Ankömmlingen die Weiterreiſe unmöglich machte. Der Hofde machte ſeiner Gattin keine ſanften Vorwürfe, wohl aber riß er ſie aus dem Wagen, beförderte ſie in unzarter Weiſe in den ſeinigen und fuhr mit der Wiedergewonnenen ſeinem Schlößchen zu. Die Begleiterin der Frau fuhr aber nach Bregenz zurück und machte beim Bezirksgerichte eine Anzeige vom Geſchehenen, worauf gegen den gnädigen Herrn eine Unterſuchung eingeleitet wurde. Die unglückliche Gattin konnte aber nunmehr unter dem Schutze der Gerichte bei der ſchon früher erwähnten Familie ein Unterkommen finden. Auf den Ausgang der Unterſuchung iſt man begreiflich ſehr geſpannt.

Einem ſächſiſchen Kupferſchmiedmeiſter, C. J. Hecht in Hohenſtein bei Chemnitz, iſt es gelungen, eine neue Konſtruktion einer Brenn- und Deſtille-Apparates für Brennereien zu Stande zu bringen, mittelſt deſſen man ſogleich einen rektifizirten Spiritus von 90° Tralles durchſchnittlich aus der rohen abgekühlten Maiſche erhält. Beſitzer von Brennereien werden die große Bedeutung und Tragweite dieſer Erfindung zu würdigen verſtehen.

(Allg. Mgbl.)

Braunſchweig, 7. Febr. Großes Aufſehen erregt hier die Entlaſſung eines höheren Offiziers und Hofdramen, der ſich ſonſt der herzoglichen Gunſt in nicht geringem Grade erfreute. Wie man ſich zuflüſtert, ſoll das Spiel zu dieſer Entlaſſung und zu dem allerhöchſten Unwillen der in den amtlichen Blättern konſtatirt zu ſeyn iſt) Veranlaſſung gegeben haben. (Fr. J.)

Bremerhaven, 6. Febr. Am Dinstag Abend wurden wir hier in eine ſchreckhafte Aufregung verſetzt, die ſich jedoch ſchließlich in eine humoriſtiſche Entrüſtung verwandelte. An gedachtem Abend zwiſchen 8 und 9 Uhr traf nämlich aus Nigebüttel folgende telegraphiſche Depeſche ein: „In Nigebüttel iſt Feuer ausgebrochen. Iſt von Bremerhaven ſchnelle Hilfe möglich? Man beſürchtet — —" hier war das Telegramm unterbrochen; man telegraphirte ſofort zurück, ohne inzwiſchen eine Antwort zu erhalten. Dieſes Schweigen ließ indeß das Schlimmſte befürchten. Konnte nicht das Telegraphendrauen ſelbſt ſchon von den Flammen ergriffen ſeyn? Man entſchloß ſich daher ſofort, den Nigebüttlern mit einer Spritze nebſt der nöthigen Mannſchaft zu Hilfe zu eilen. Als die Rettungsmannſchaft nach einer langen, beſchwerlichen Fahrt durch die kalte Nacht dem angeblichen Schauplatz des Schreckens ziemlich nahe war, vermißte ſie allerdings den bei den Feuersbrünſten weithin leuchtenden Schein, indeß die Gluth konnte ſich ja gelegt haben, alſo nur vorwärts! In Nigebüttel angekommen, fand man weder den Schein noch das Feuer, denn beides war längſt verſchwunden — es hatte nur eine Scheune gebrannt! Den über dieſe Foppere empörten Bremerhavenern wurde der Hergang dahin erläutert, daß der eifrige Telegraphiſt gleich nach Ausbruch des Feuers auf eigene Fauſt nach Bremerhaven telegraphirt hatte, dann aber, ohne erſt die Antwort abzuwarten, nach der Brandſtätte geeilt war. So wurden die menſchenfreundlichen Bremerhavener zu der Rettungsfahrt verführt, von der ſie am Mittwoch Abend wohlgemuth wieder heimkehrten. (Weſerz.)

Wien, 11. Febr. Die alte Dichtergemeinde Wiens lichtet ſich. Frhr. v. Zedlitz, einer der bedeutenſten deutſchen Dichter und achtbarſten Charakter, iſt geſtern mit den hl. Sterbſakramenten verſehen worden. In dem Augenblicke, als Sie dieſe Zeilen erhalten haben werden, iſt vielleicht ſein Auge bereits geſchloſſen. Seine Werke werden ihn überleben, und an dem Kreis der Geſinnung und der Reinheit der Form manches Gemüth erfreuen, manchen Geiſt erheben. (Allg. Ztg.)

* Berichtigung. Im Feuilleton des geſtrigen Blattes war der Name des Malers Hanſch, deſſen Studien gegenwärtig im Kunſtverein ausgeſtellt ſind, durch ein Druckverſehen in „Hanſch" umgewandelt.

Digitized by Google

Neueste Nachrichten.

** München, 13. Febr. (Privat-Korresp.) Die Kreis-Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern hat in ihrer heutigen Sitzung das von der Staatsregierung in Betreff der Einführung des, von einer Bundeskommission vereinbarten einheitlichen Maßes und Gewichtes verlangte Gutachten berathen. Die Kammer hat sich im Allgemeinen für das Prinzip des Meter-Systems ausgesprochen, wonach solches als alleinige Grundlage für Längen-, Flächen-, Räume- und Körpermaße zu dienen hat. In Betreff der Landsflächen des Grundbesitzes hat sie sich aber für vorläufige Beibehaltung des landesüblichen Tagwerks zu 40,000 Quadratschuh ausgesprochen, ohne daß jedoch die allmälige Einführung des vorgeschlagenen neuen Flächenmaßes außer Acht gelassen werden soll, zu welchem Behufe bei Vesitzveränderungen dem älteren Flächenmaße die Größe des Objekts nach dem neuen Systeme beigefügt werden solle. Für die Einführung des Zollfunfts in Dezimalen spricht sich die Kammer wiederholt aus; ist aber auch der Ansicht, daß bei dem Kleinverkehr das bisherige System, nämlich die Theilung in 32 Loth mit halben und Viertel-Lothen beizubehalten wäre, da man zu sehr gewohnt ist, nach diesem Gewichtsverhältniß zu rechnen. Weiter machte sich die Kammer dahier schlüssig, daß kein einseitiges Vorgehen Bayerns bei Einführung des neuen Maß- und Gewichtssystems stattfinden soll, sondern nur dann, wenn der größte Theil der deutschen Bundesstaaten sich hierüber einigt. — Die Kammer beschloß in der heutigen Sitzung auch, daß die schon in der vorjährigen Sitzungsperiode gestellte Bitte um Festsetzung eines gleichen Tarifsatzes für Telegramme in Bayern, dann um Erbauung einer Eisenbahn nach Ingolstadt wiederholt in dem Jahresberichte aufgenommen werde.

Augsburg, 11. Febr. Gestern Abend war eine Sitzung der Subskribenten zu den Projektirungskosten der beabsichtigten Augsburg-Regensburger Eisenbahn. Die Projektirungskosten, auf fl. 30,000 veranschlagt, wurden unter Betheiligung des hiesigen Stadtmagistrats mit 5000 fl. in kurzer Zeit durch Subskription hiesiger Bürger aufgebracht. Es wurde in dieser Versammlung ein Ausschuß gewählt, dem nunmehr obliegt, die Genehmigung zu den Projektirungsarbeiten bei der k. Staatsregierung einzuholen und dann in dieser Angelegenheit weiter vorzuschreiten.

Dessau, 10. Febr. Heute wurde die diesjährige Versammlung unserer landschaftlichen Stände eröffnet. Das erste Geschäft, welches die Versammlung erledigte, war die Prüfung der Wahl des Rechtsanwalts Lejus aus Köthen, welche als gültig anerkannt wurde. Diese Wahl erfolgte am 31. Okt. v. J., somit noch der in Kothen eingetretenen Bewegung, und im Sinne der liberalen Partei, welche die Rechtsbeständigkeit der im Jahre 1848 zwischen Fürst und Volk vereinbarten, später aber einseitig beseitigten Verfassung und die Rechtsungültigkeit der jetzt eingeführten Landschaftsordnung behauptet. Daher nahm der Abgeordnete Lejus sofort nach jener Gültigkeitserklärung seiner Wahl das Wort und sagte: „Er erfülle die gegen seine Wähler übernommene Verbindlichkeit, indem er hiermit gegen die Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung „förmlich und feierlichst" Rechtsverwahrung einlege, und da seine Aufgabe als Abgeordneter damit erfüllt sey, so lege er hiermit sein Mandat nieder. Er wisse zwar, daß es auch im Schooße dieser Versammlung Abgeordnete gebe, welche seine obige rechtliche Ueberzeugung theilten, die aber bei dem faktischen Bestande der Landschaftsordnung als Abgeordnete nützlich wirken zu können glauben; er theile diese Ansicht nicht." Lejus entfernte sich hiernach aus dem Versammlungslokal. Zu bemerken ist, daß bald nach dem Beginne der obigen Rede der herzogliche Landtagskommissär den Antrag stellte, dem Redner das Wort zu entziehen, daß aber nach einer energischen Erwiderung des Abg. Holzmann der Landtag einstimmig jenen Antrag des Landtagskommissärs verwarf. Nachdem Lejus das Versammlungslokal verlassen, soll jedoch der Landtagskommissär solche Aeußerungen getan haben, daß einige Landtagsabgeordnete mit Bestimmtheit erklärt haben, sie würden, wenn jene Aussprüche nicht zurückgenommen würden, aus dem Landtage treten, wonach der Landtagskommissär eine Erklärung abgegeben haben soll. Da die Versammlungen der Landschaften geheim sind, so bemerkt die „Magd. Z.", der wir obigen Bericht entnehmen, daß über diesen Vorfall Näheres nicht referirt werden könne.

= Aus Benedig wird uns geschrieben, daß dort jetzt an die Stelle einer Ueberschwemmung mit Kupfergeld ein Mangel desselben zu treten droht. Da nämlich die Scheidemünze eine Zeit lang weit unter dem Banknotenwerth stand, wurde dieselbe von Spekulanten angekauft, welche bei einer Einlösung im schlimmsten Fall immer doch den Banknotenwerth, d. h. 30 bis 35 pCt. mehr als sie gezahlt haben, zu erhalten hoffen. Die Folge ist, daß man für den Silbergulden statt 100 höchstens 106 Kupferkreuzer gibt. Wie verlautet, soll von der neuen Kupferscheidemünze in Venetien ein größerer Betrag in Umlauf gesetzt werden, als früher dort zirkulirte; ebenso sollen Scheidemünzen nicht blos zu 1, sondern auch zu 2, 3 und 4 Kreuzern ausgegeben werden. Da gleichzeitig die öffentlichen Kassen angewiesen werden, Kupfergeld bis zum Betrage von 25 Neukreuzern anzunehmen, hofft man, die größere Hälfte des Kupfergeldes zum Nennwerthe einzulösen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. H.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅝ P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	71⅝ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60½ — ⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.	
„	4½ pCt.	44⅜ P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103½ P.	
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	104 P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅝ — ¾ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-L. dto.	101 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P. ½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.	
„	3 pCt. Obl.'	92⅝ G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	48½ P.	
„	2 pCt.	29½ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1121⅔ P. ⅓ G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	710—11 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171⅛—172½ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	815 P.
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	204½—b G.
	Weimarischer Bank à Thlr. 100	80 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	85½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	338 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66¼ P.
	Oest. F.-S. Lud. v. 1841 500 Fr. à 238 kr	240 P.
„	Elisab.-Eisenbahn à pCt.	114½ P.
„	Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	75⅜ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.	207 P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130½ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103¼ P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ P.
Span.	Handels- u. Industrie	510 P.
„	Credit- & Ueberseeische	445 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	107½ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	108½ P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. 6. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. 8. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin 7h. 6. k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅝ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 3 W.	—
do. in ost. W. l. S.	85¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	66½—¾ G.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	106⅜ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beikl.	122½ P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	35 P.
Badische fl. 35	56½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P. ¼ G.
„ fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
Sardinien Fr. 36 b. R.	53¾ P.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P. 36¾ G.
Vereins-Loose fl. 10.	19 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 13. Febr. Höhere Wiener Notirungen erregten Kauflust für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien. Süddeutsche Fonds fest und begehrt. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Rayhael Erlanger waren zu 99½ gesucht. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 46. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Die Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Samstag, 15. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 13. Febr. In der heutigen Bundestagssitzung beantragte der Militärausschuß die Niedersetzung einer Spezialkommission für den Schutz der deutschen Küsten in Hamburg.

(Tel. d. N. Kort.)

Die Berliner „Nationalzeitung" gibt in ihrem Unmuth über die unentschiedene Haltung der preußischen Regierung in der deutschen Frage (indem dieselbe einestheils die Bundesverfassung beseitigen und andernitheils doch wieder sich auf deren Boden stellen will) eine so scharfe Kritik desselben, wie kein großdeutsches Blatt sie schärfer geben könnte. Sie sagt u. A.: „Die österreichische Partei greift Preußen an, indem sie von der deutschen Nation in einem vortheilhaften Gegensatz zu ihm erscheinen will; deinahe möchten wir auch sagen, sie habe vor ihm den Vorsprung, zu wissen, daß in der Bundesreformfrage der Beifall der Nation ins Gewicht fällt. Wenn unsere Regierung über diese Frage redet, so ist immer sehr viel von Preußens Verdiensten und guten Absichten für Deutschland zu hören, die Bundesgenossen sollen ihm vertrauen und Folge leisten. Nicht weniger ist zu hören von seiner Macht, die aber in Deutschland lange nicht gebührend anerkannt werde, was sich namentlich darin zeige, daß man ihm am Bundestage den seiner Macht entsprechenden Einfluß verweigere. Aus diesen ohne Zweifel ganz richtigen Vorwerfungen wird dann gefolgert, daß Preußen ein größerer Einfluß eingeräumt werden müsse, und die Bewilligung dieser Forderung heißt in Preußens Munde Bundesreform und Sorge für Deutschland, die Ablehnung heißt Erhaltung Deutschlands in seinem jetzigen schiefen, verwahrlosten politischen Zustande. So oft also Preußen von Bundesreform spricht, tarelt es die bestehende Bundesverfassung und nimmt für sich eine Machtvermehrung in Anspruch. Oesterreich und die Würzburger wissen nun sehr gut, wie viel Preußen sich bereits durch solche Reden und durch das sie begleitende thatsächliche Verhalten in der Meinung des deutschen Volkes geschadet hat. Gar viele deutsche Patrioten nehmen Anstoß. Gar viele ärgert es, daß eine Regierung, die stets von ihrer Macht spricht, wo sie ihren Anspruch auf Rang, Geltung, Gewicht und Herrschaft begründen will, sich eben so regelmäßig an Thaten arm und zu Thaten säumig erweist, wo sie einen Beweis ihrer Macht geben sollte. Eine Regierung, die von der Macht, die sie nach ihrer Versicherung in so hervorragendem Grade besitzt, seit einem Menschenalter keinen Gebrauch zum Nutzen Deutschlands gemacht hat, eben sie verlangt für sich noch mehr Macht aus der Vorrathskammer der Bundesflüsten und betheuert, daß sie den Schutz zum Besten Deutschlands zu verwenden wünsche. Wenn es, um dem deutschen Volke aufzuhelfen, blos darauf ankäme, die bestehende Bundesverfassung gründlich herunter zu machen, ja dann freilich würde Preußen groß dastehen durch seine Leistungen; allein davon wird sich das deutsche Volk wohl nie überzeugen, daß diese Leistungen genügen. Bis jetzt hat unsere Diplomatie durch ihre hohen Worte und dabei durch ihr Thun, d. h. Nichtsthun, dem Staat nur den Leumund eingebracht, daß er Anmaßung und Selbstsucht mit Unfähigkeit und Schwäche teefflich zu vereinigen wisse. So die „Nationalzeitung", der es freilich am liebsten wäre, wenn Preußen sofort mit Waffengewalt den Widerstrebenden seine Hegemonie freundschaftlichst aufdringen wollte und könnte.

* Die Berliner „Sternzeitung" bespricht die Note, welche Oesterreich und Genossen in Berlin übergeben haben, oder vielmehr, sie benützt dieselbe, um gegen Oesterreich den Vorwurf der Selbstsucht zu erheben, indem sie; nämlich aus der Antwort des Grafen Rechberg auf den Preußischen Bundesreform-Plan zu entnehmen sucht, daß es Oesterreich bei der ganzen Sache eigentlich nur darum zu thun sey, die Wiederkraft des übrigen Deutschland zum Schutz seiner nichtdeutschen Besitzungen zu gewinnen.*) Wir können füglich unerörtert lassen, gegen wen nach den bisherigen Vorgängen mit mehr Recht der Vorwurf der Selbstsucht erhoben werden kann, ob gegen Oesterreich oder gegen Preußen. Erfreulich ist nur, daß das halbamtliche Berliner Blatt „eine rasche und unzweideutige Erwiderung Preußens" in Aussicht stellt. (Nach der „Kreuzz." wäre sie schon erfolgt.) — Es ist übrigens recht bezeichnend, daß die „Sternzeitung" gerade nach Ueberreichung der identischen Noten Oesterreichs und der Mittelstaaten einen Cyklus von Leitartikeln über die Schrift Heinrich v. Sybels „Die deutsche Nation und das Kaiserreich" veröffentlicht. Welcher wissenschaftlich gebildete Mann wüßte nicht, daß Prof. Sybel nicht sowohl Geschichte schreibt, als Geschichte macht und die Thatsachen so entstellt, wie sie den kleindeutschen Plänen am besten dienen? Die großen Tage der Kaiserzeit setzt er in einer Weise herab, daß es selbst der „Wochenschrift des Nationalvereins" zu viel ward und dieser übertriebene Eifer von ihr zurückgewiesen wurde. Ein solches, auf Kosten der historischen Wahrheit zu Tage gefördertes Werk konnte in der That auch der Sache nicht erspießlich seyn.

*) Nach der „Köln. Z." wäre unterm 2. Februar schon eine preuß. Note nach Wien abgegangen, welche die vom Grafen Rechberg in jener

Bayern. München, 13. Februar. Unter dem Titel: „Bayerns innere Reform unter König Maximilian II." ist soeben im Verlage der J. J. Lentner'schen Buchhandlung (E. Stahl) dahier eine kleine Schrift erschienen, welche sich die Aufgabe gestellt hat, in kurzen Zügen zu zeigen, was seit 13 Jahren in Bayern durch ein glückliches Zusammenwirken von Regierung und Landesvertretung zum Wohle des Landes geschehen ist. (R. W. Z.)

München, 12. Febr. König Ludwig hat das Protektorat des Vereins zur Unterstützung armer, aus hiesigen Krankenhäusern entlassener Rekonvaleszenten jeder Konfession, dem er erst jüngst einen jährlichen Beitrag von 600 fl. ausgesprochen hat, zu übernehmen geruht. (Augsb. Post.)

Speyer, 13. Februar. Eine seltene Wallfahrt fand heute nach dem hiesigen protestantischen Gottesacker statt. Im Laufe des Nachmittags erschienen nämlich daselbst, einzeln oder in kleinen Gruppen, Männer und Frauen aller Stände, welche an einem mit Blumen und Kränzen geschmückten Erabmale kleinere Moskränze niederlegten und sich dann still, wie sie gekommen, wieder entfernten. Diese Ovation war von Anhängern des allen protestantischen Gesangbuches veranstaltet und galt dem Andenken des heute vor 20 Jahren verstorbenen k. protest. Konsistorialraths Dr. Schultz, welcher an der Abfassung jenes Buches vorzugsweise betheiligt war. Die Zahl der auf seinem Grabe niedergelegten Kränze mag sich etwa auf 80 belaufen. (Pfälz. Z.)

Preußen. Berlin, 12. Febr. Die versuchte Einigung zwischen den liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses in der deutschen Frage hat zu keinem Erfolge geführt; die ministerielle Partei bleibt ängstlich ihrem Prinzip getreu, jeden Schein zu vermeiden, als ob sie die Regierung drängen wollte, während die Fortschrittspartei mit ihrem Antrag dies gerade bezweckt.

(Frankf. Journ.)

Berlin, 12. Febr. Der „Publicist" erzählt, daß in der nächsten Woche eine Besammlung der Berliner Gastwirthe stattfinden soll, um darüber zu beraihen, wie „seeneren Essessen" der Soldaten in den öffentlichen Lokalen vorzubeugen sey. Es soll der Antrag gestellt worden seyn, Militärpersonen in Uniform den Eintritt in die öffentlichen Lokale überhaupt nicht mehr zu gestatten.

Antwort aufgestellte Behauptung über den großen ersten Werth, den der Vorsitz am Bundestag für Oesterreich habe — welcher Vorsitz den deutschen Bund gewissermaßen schon eine einheitliche Spitze gebe — bekämpft wird. Die preuß. Note erinnert daran, daß bei dem ersten Zusammentritt des Bundestags Preußen, Hannover und Bayern eine Erklärung abgaben, in der sie ausdrücklich sagten, daß der Vorsitz Oesterreich am Bundestage nur den Charakter einer formalen Leitung der Geschäfte trage und durchaus keine politische Bedeutung habe. Diese Note hat sich mit der Verwahrung Oesterreichs und seinen Würzburger Alliirten getreugt.

Digitized by Google

In gut unterrichteten Kreisen in Berlin will man wissen, daß ein Bruch in der Fortschrittspartei bei Gelegenheit der Militärfrage jetzt möglich sey. Die Regierung unterhandelt viel, um eine Sprengung derselben zu verhüten, und zwar mit Schulze aus Delitzsch, der an der Spitze der linken Fraktion steht, die geneigt ist, das Militärbudget zu bewilligen, wenn die Regierung ihre Konzessionen in der hessischen und deutschen Frage macht und sich zu einem aktiven Vorgehen verstehen will, während die andere unter Waldeck sich unbedingt gegen die Militärvorlage (Vermehrung des stehenden Heeres) erklärt und meint, man solle sich erst mit den innern weit dringenderen Angelegenheiten und Verbesserungen beschäftigen, ehe man daran gehen könne, moralische oder unmoralische Eroberungen nach Außen zu machen.

Die Einwohner von Swinemünde sind durch mehrere Vorfälle, welche am 1. d. und 31. v. M. von einem Hauptmann der dortigen Garnison veranlaßt worden sind, in die größte Aufregung versetzt. Der Thatbestand derselben ist nach der „N. St. Z." folgender: „Als der betreffende Hauptmann am Freitage mit seiner Kompagnie von einem Uebungsmarsche zurückkehrte, ließ er diese vor der Kirche auf dem Bürgersteige der belebtesten Straße der Stadt aufmarschiren, während er auf der Straße selbst zu Pferde hielt. Der Kompagnie gegenüber auf der andern Seite der Straße befanden sich außer mehreren Knaben auch erwachsene Personen, welche ihr Weg zufällig vorbeiführte, unter ihnen der Sohn des Gastwirths B. Letzteer war ganz in der Nähe der Häuser mit andern jungen Leuten in einem Gespräche begriffen. Da wendet sich der Hauptmann an das Publikum mit den Worten: Die Jungen sollen sich wegscheeren, die Grogen auch! Als Herr B. hierüber verwundert seinen Freund fragt, wer mit der Aufforderung wohl gemeint sey, reitet der Hauptmann auf ihn zu und verlangt die Nennung seines Namens. Auf die Angabe desselben erfolgt die Erwiderung: Halten Sie's Maul! und der Befehl an einige Soldaten, den jungen Mann zu arretiren. Der Befehl wird ausgeführt und der Arrestant auf das Polizeibureau gebracht, wo man ihn sofort wieder entläßt. Während am folgenden Morgen dieselbe Kompagnie an derselben Stelle zum Abmarsche bereit steht, geht ein hiesiger Einwohner bei derselben harmlos vorbei. Er wird in ähnlicher Weise wie am vorigen Tage Herr B. vom Hauptmann angefahren. Auf seine Entgegnung, es sey ihm nicht bekannt, daß der von ihm eingeschlagene Weg gesperrt worden sey, erfolgt wieder der Befehl zu seiner Arretirung. Da der Mann derselben sich aber dadurch zu entziehen sucht, daß er in ein benachbartes Haus tritt, dringen die abgeschickten Soldaten in dasselbe ein und zerren ihn mit Gewalt aus demselben heraus auf die Straße, wobei ihm nicht allein die Kleider zerrissen wurden, sondern ihm auch verschiedene Stöße verabreicht seyn sollen. Als darauf die Kompagnie abmarschirt, führt der Hauptmann dieselbe von der Straße hinunter auf den Bürgersteig, woselbst er auch reitet, so daß die Bürger vor den Häusern zurückgedrängt werden. Zur richtigen Beurtheilung des Vorgefallenen fügt die „N. St. Z." hinzu, daß der hiesigen Besatzung von der städtischen Behörde schon vor zwei Jahren die ausdrückliche Erklärung abgegeben worden ist, daß weder die Straßen, noch gewisse Plätze, unter denen auch der Platz vor der Kirche benannt wurde, zu militärischen Zwecken benutzt werden dürften, sondern dem ungehinderten Verkehre des Publikum überlassen werden müßten. Die städtische Behörde hat die betheiligten Personen vernommen behufs einer höheren Orts anzubringenden Beschwerde."

Thüringen. Die thüringische Regierung hat sich in einen schlimmen Streit mit ihrem Landtag eingelassen, um den Budgetpreßbeschluß, den sie doch selber niemals publizirt hat, seinem Wesen nach in das neue Gewerbegesetz zu übertragen. Der Landtag hat am 12. d. nach fast sechsstündiger, theilweise höchst pikanter Debatte, zuletzt trotz einer verzweifelten Appellation des Ministerium an das Lokalinteresse der ländlichen Abgeordneten, einstimmig beschlossen, im Gewerbegesetz die Preßgewerbe nicht für konzessionspflichtig zu erklären. Der Stützpunkt des Ministerium süe seine Aktion war ein total unhaltbarer, fauler. Nicht das Bedürfniß des Landes, nicht die prinzipielle Nothwendigkeit, die Preßgewerbe in eine Ausnahmestellung zu versetzen, ist die vorgewandte Ursache für den Eifer des Ministerium gewesen, sondern einzig die angebliche Ehrenpflicht, sein gegebenes Wort zu halten. Das Ministerium, welches den die Presse betreffenden Bundesbeschluß vom Jahr 1854 gar nicht publizirt hat (die nach dem Bundesbeschluß nöthigen Zeitungskautionen sind bis diese Stunde hier nicht eingeführt), dies Ministerium hat plötzlich die fromme Anwandlung, es werde als wortbrüchig erscheinen, wenn es den Inhalt eines bereits 6 Jahre alten Bundesbeschlusses nicht in die Landesgesetzgebung überführe; und Wortbruch kann doch kein Ehrenmann von dem andern fordern! Darum Nachgeben, um doch nur das erwünschte Gewerbegesetz zu erhalten! Dem Bundesbeschluß soll ja alle wirkliche Gesetzlichkeit in der Fassung genommen werden; es gilt ja nur dem Ministerium über den Fetzeln Ehrenpunkt hinwegzuhelfen und dem Lande das Gewerbegesetz zu erobern! Der einstimmige Beschluß des Landtags hat bewiesen, daß selbst einfache ländliche Abgeordnete die wahre Sachlage genau erkannt haben. Sie ist kurz folgende. Die thüringischen Staatsregierungen haben bei vereinbart, ein gleichlautendes Gewerbegesetz bei ihren Landtagen einzubringen. Dies ist der Anlaß gewesen; daß auch die liberale Fraktion der thüringischen Landtage in einer Zusammenkunft zu Weimar sich über Einhaltung gleichmäßiger Grundsätze bei Behandlung der Gewerbefrage ins Einvernehmen setzte und namentlich den Wegfall des Konzessionszwangs beschloß. Diesen Beschlüssen gegenüber sollen sich nun die Regierungen weiter verpflichtet haben, hinsichtlich der Preßgewerbe wenigstens nicht nachzugehen. Und nun tritt einer Ministerium das Loos, von Allen zuerst eine Maßregel vertreten zu müssen, gegen welche es nach Ausweis der gedruckten Konferenzprotokolle bei der Berathung über den Gesetzentwurf selbst gestimmt hat! Es wird kaum zu bezweifeln seyn, daß die übrigen thüringischen Landtage dem Beispiel des Koburger Landtags folgen werden. Dann wird es sich zeigen, ob allein wegen der reaktionären Gelüste einiger mägazedenen Thüringer Regierungen den thüringischen Landen die Gewerbefreiheit auf die Dauer vorenthalten werden kann. Wenn sie lieber noch ein Weilchen auf Gewerbefreiheit Verzicht thun, als zugeben, daß man die Gewährung materieller; Freiheit durch eine neue Fesselung der Geistesfreiheit bedinge, so werden sie über ein Kleines volle Preßfreiheit und volle Gewerbefreiheit zugleich davontragen. (Zeit.)

Koburg, 13. Febr. Auf den Antrag des Ministerium hat heute Abend eine wiederholte Abstimmung mit gleichem Erfolg stattgefunden. Die Berufung der Regierung auf den seiner Zeit dem Landtage nicht vorgelegenen Bundesbeschluß von 1854 wurde als unzulässig und letzterer als ungesetzlicher Eingriff in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten*) erklärt und eine ausdrückliche Verwahrung gegen die Behauptung der Regierung eingelegt, daß letztere in Fragen des inneren Verfassungsrechts durch einseitige Vereinbarungen mit den übrigen Bundesregierungen ohne Genehmigung der Kammer irgendwie gebunden sey. Ferner wurde es als Ehrenpflicht der Volksvertretung anerkannt, gegen jeden solchen Vorgang allen verfassungsmäßigen Widerstand zu thun. Die Regierung stellte die Verweigerung der Sanktion des Gewerbegesetzes in Aussicht. Der Landtag hat jedoch letzteres in fortgesetzter Berathung nach den Anträgen seiner Kommission schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen. (Tel.v.Fr.-Hdlz.)

Oesterreich. Aus Wien schreibt man der „Fr. Postz.": „Die Zeitungen haben schon viel Wesens von einer polizeilichen Verordnung gemacht, welche einem hier neu gegründeten Gesangvereine das Anlegen eines schwarz-roth-goldenen Abzeichens untersagte. Ein allgemeines Verbot dieser Farben besteht nicht; indessen ist es jeder Polizeibehörde überlassen, dieselben innerhalb ihres Bezirks zu verbieten, sobald sie Grund zu haben glaubt, in solcher Weise vorzugehen. Die Praxis ist deßhalb auch jedenfalls und für jeden einzelnen Fall verschieden gewesen und erst im vorigen Sommer hat der Wiener Männergesangverein seine Sängerfahrt in die Nähe ungehindert mit deutschen Fahnen unternehmen können. Welche Gründe obgewaltet, diesmal das Tragen jener Abzeichen zu untersagen, wissen wir nicht. Ein Rekurs an die vorgesetzten Stellen ist aber nicht ergriffen und so ist die Maßregel zunächst in jedem Fall nur die Maßregel einer eigenen Unterbehörde." (Mag seyn; aber noch besser wäre es, wenn die Unterbehörden ein für allemal angewiesen wären, den Gebrauch der deutschen Farben nicht zu hindern. Was nützt Freisinnigkeit oben, wenn unten reaktionäre Chikanen gestattet sind?)

§ **Wien**, 12. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Wenn es sich bestätigt, daß es hauptsächlich Herr von Schmerling ist, dem man die neue Wendung der deutschen Politik Oesterreichs zuzuschreiben hat, so hat sich der Staatsminister dadurch allerdings einen neuen Anspruch auf unsere Dankbarkeit erworben, denn man wird, welches Resultat auch immer die zwischen Oesterreich und den an der Würzburger Konferenz betheiligten Staaten eingeleiteten Verhandlungen haben mögen, schon darin einen Gewinn erblicken müssen, daß die deutsche Frage endlich einmal aus dem Kreise

*) Diesen Einwand muß sich die koburgische Regierung konsequenterweise gefallen lassen, da sie zu am Bundestag jetzt bestimmen den Standpunkt Preußens einnimmt, welches behauptet, der Bund könne keine Art von gemeinsamen Gesetzen für ganz Deutschland beschließen, weil dadurch das Recht der Einzel-Landtage bereinträchtigt würde.

Digitized by Google

philosophischer Reflexionen auf ein praktisches Feld hingeleitet worden ist. Zudem ist eine glückliche Lösung der Bundesreformfrage zugleich eine Lebensfrage für Oesterreich. Um diese glückliche Lösung aber zu erleichtern und zu fördern, wünscht man sehnlichst, daß die Regierung den Beweis zu liefern im Stande ist, daß sie eine wirklich volksthümliche Reform des Bundes anstrebe. Jede andere würde den Todeskeim in sich tragen. Gerade jetzt bietet sich aber der kaiserlichen Regierung in der kurhessischen Frage die beste Gelegenheit dar, diesen Beweis zu liefern und die öffentliche Meinung zu gewinnen. Möge man diese Gelegenheit nicht unbenützt lassen und dadurch die Ueberzeugung zu verbreiten suchen, daß der Systemwechsel in Oesterreich ein gründlicher ist, der sich eben so sehr auf die äußere wie auf die innere Politik erstreckt. — Für den Fall, als die Bank sich weigern würde, die von dem Finanzministerium verlangten 1860 Loose herauszugeben, würde daßselbe zur Emission eines neuen Lotterieanlehens schreiten, das alle nur möglichen Spielreize in sich vereinigen würde.

Sehr erbaulich ist ein kleiner Krieg, welcher in Linz zwischen der Statthalterschaft von Oberösterreich und zwischen dem Landesausschuß über den Besitz eines Wohnungs-Traktes geführt wird. Seit dem Jahre 1802 besaß sich der jeweilige Statthalter im unbestrittenen und ungetrübten Besitz derjenigen Wohnung, welche auch jetzt noch der dermalige Statthalter Hr. v. Bach inne hat. Dieser bekam neulich mancherlei Meldungen mit dem Landesausschuß. Plötzlich, während einer kurzen Reise desselben, läßt man im Namen des Landesausschusses die verschlossenen Thüren eines Theiles dieser Wohnung erbrechen, entfernt die darin befindlichen Möbeln und nimmt die Schlüssel zu sich: der zurückgekehrte Statthalter steht seinerseits vor einer verschlossenen Thür. Er setzt sich durch Polizeigewalt wieder in den Besitz. Nun will der Landesausschuß in Wien klagen. So steht einstweilen die Sache. Um aber zu beurtheilen, wie man dem Statthalter entgegentritt, mag es gut seyn, daran zu erinnern, daß derselbe eines schönen Abends mit dem Schlage 10 Uhr in seiner Wohnung sowohl als in den Amtszimmern in völliger Dunkelheit saß, weil der Landesausschuß, der unbestrittene Eigenthümer des ganzen Gebäudes, ohne irgennwie seiner Partei davon Anzeige zu machen, die Weisung gegeben hatte, das Gas dürfe nach 10 Uhr nicht mehr brennen.

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Gestern Abends wurde der vom Kaiser ernannte Großmeister des großen Orients, Marschall Magnan, feierlich mit seiner neuen Würde bekleidet. Obgleich viele Freimaurer gegen die gesetzlose Ernennung Magnan's protestirt hatten, so hatte sich doch eine große Anzahl Ordensmitglieder eingefunden. Selbst viele Leute waren anwesend, von denen man geglaubt hatte, sie würden sich nicht beugen. Die Rede, welche der Marschall bei dieser Gelegenheit hielt, war in mancher Beziehung bedrohungsvoll. Er sprach zuerst von der Protestation einiger Ehrwürdigen gegen seine Wahl. Er habe sich aber überzeugt, daß nur eine unbedeutende Minorität gegen die vom Kaiser gemachte Wahl protestirt habe. Er sey übrigens sicher, daß ihn Alle dafür loben und ehren würden. Dann auf die Rechtfertigung der kaiserlichen Wahl, oder vielmehr des Eingriffes des Kaisers in die Rechte der Freimaurer übergehend, suchte er zu beweisen, daß derselbe sich dieses schon hätte erlauben können: „Der Kaiser" — meinte er — „dem zu dienen er die Ehre habe, sey ein allmächtiger Kaiser, der ein bekanntes Wort Friedrichs des Großen zur Wahrheit gemacht, denn heute könne ohne seinen Willen kein Kanonenschuß in der Welt abgefeuert werden." Noch versprach der Marschall, dem Orden seine ganzen Kräfte zu widmen, dafür will er aber auch die Unterstützung aller Freimaurer, und außer dem Großen Orient keine anderen Logen dulden. Er will, wie er sagt, die Einheit in die Freimaurerei bringen und, wie er mit großer Energie hinzufügte, alle Logen vernichten, die nicht zu dem Großen Orient halten. (Adler.)

Paris, 11. Febr. Spanien scheint über die mexikanische Expedition bedenklich zu werden. Offenbar will Spanien nichts für die von Frankreich projektirten monarchischen Schöpfungen thun; es hat keine Lust, sich zur Dienerin der französischen Pläne zu machen, man glaubt in Spanien noch immer an eine Aufrichtung des alten spanischen Kolonialreiches. Doch genug von Politik, übermorgen tanzen wir auf dem Stadthause, am 21. im Justizministerium, am 23. im Marineministerium, am 26. im Staatsministerium, Frau Gräfin Walewska gibt einen kostümirten Ball, bei dem es Ueberraschungen regnen soll. Aber das ist noch nicht Alles, auch im Finanzministerium wird gesprungen, im Unterrichtsministerium gepolkt und im Handelsministerium gewalzt. Rechnen Sie noch dazu die Tuilerienbälle und einige kleine diplomatische Tanzvergnügungen und Sie werden mir zugeben, daß Paris eigentlich viel zu viel zu thun hat, um sich noch mit Politik beschäftigen zu können! (N. Pr. Z.)

Aus Paris wird gemeldet, daß der Kommissär der Südstaaten, Slidell, Thouvenel eine Note überreicht habe, in welcher er durch Namhaftmachung und Angabe des Tonnengehalts der 400 Schiffe, die die Blokade der südlichen Häfen durch die Unionsschiffe durchbrochen haben, die Unwirksamkeit der Letzteren beweist und Frankreich auffordert, die Blokade nicht anzuerkennen. Die Antwort Thouvenel's sey noch nicht bekannt. (Tel.d.Nat.-Z.)

Spanien.

In den Cortes beschwerte sich Marquis von Premio Real, daß man ein französisches Journal nicht weggenommen habe, welches behauptete, die Königin sehe unter dem Joch der Nonne Patrocinio. Der Minister verwies dem Deputirten die Einmischung des Namens der Königin in die Debatten, erklärte, daß er erst am Tage zuvor von dem Artikel Kenntniß erhalten, die Verleumdungen fremder Blätter ihm aber sehr gleichgültig seyen, da er wisse, daß zwischen der Krone und dem Kabinet kein fremder Einfluß sich geltend mache.

Italien.

Die Turiner Regierung hat befohlen, eine Fregatte auszurüsten, um sofort nach Mexiko abzugehen. Der Kommandant hat die Weisung, sich dem alliirten Geschwader anzuschließen und Gegebenen Falls den Befehlen des französischen Admirals zu gehorchen. — Der Prinz von Capua, der Egalité der neapolitanischen Bourbonen, ist von Viktor Emanuel zum Senator ernannt, und wohnte bereits einigen Turiner Kammersessionen an, um sich mit dem Parlamentarismus vertraut zu machen.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Febr. Nach und nach werden die Bewohner der Citadelle abgeurtheilt und hauptsächlich nach Sibirien oder zum Militär verurtheilt. Gestern Nachts ist Dr. Kranstuk, Prediger an der Synagoge und zugleich Lehrer an der Rabbinerschule, zur Festungsstrafe nach Sibirien transportirt worden. Morgen sollen der Rabbiner Majzo und Dr. Jastrow nach ihrer Heimath (Preußen) abgeschickt werden; sie können sich gratuliren, mit einem blauen Auge davon gekommen zu seyn. Gestern Nachts wurde der Dichter Wagław Szymanowsky verhaftet; er war eben erst aus seinem Exil zurückgekehrt. (Nat.-Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Gotha, den 12. Februar. Da es nunmehr endgültig beschlossen ist, daß die Reise Sr. Hoh. des Herzogs von Koburg aus, wohin sich Höchstderselbe am 20. d. Mts. begeben wird, am Sonnabend den 22. d. Mts. angetreten werden soll, nehmen die letzten Vorbereitungen die Thätigkeit des Herzogs selbst auf's lebhafteste in Anspruch. Bekanntlich haben Ihre Hoh. der Herzog und die Frau Herzogin vor einigen Jahren einen längeren Ausflug nach der Nordwestküste Afrika's gemacht und deabsichtigte Se. Hoh. diese Tour mit erweiterter Ausdehnung zu wiederholen, als die Vorträge des Prof. Petermann den Fürsten bestimmten, von diesem Plane abzustehen und die jetzige Reiseour festzuhalten. Die Begleitung des herzoglichen Paares wird nun genau aus folgenden Personen, von denen mehrere schon die frühere afrikanische Reise mitgemacht und sich, namentlich auch mit die Damen betrifft, in der Ertragung der Beschwerlichkeiten bewährt haben, bestehen: Prinz Eduard von Leiningen (Neffe des Herzogs und der Königin Viktoria), Prinz Hermann von Hohenlohe, der Adjutant des Herzogs, Major von Reuter und dessen Gemahlin, Tourist Gretzäcker, der Arzt Sr. Hoh. Dr. Hasenstein, Maler Kretschmann, der Dolmetscher Rega Effendi, nebst zahlreicher Dienerschaft.

Wie man aus London schreibt, wurde dem Prof. Hyrtl der Antrag gemacht, die Direktorstelle eines der ausgezeichnetsten Museen Londons anzunehmen. Derselbe soll jedoch die Annahme dieses reich dotirten Postens mit der Bemerkung abgelehnt haben, daß er „sein Oesterreich nicht verlassen" wolle.

Aus Lyon schreibt man unterm 11. Febr., daß die Rhone stark mit Eis gehe und die Schollen eine ungewöhnliche Größe hätten. Seit 1839 habe man Aehnliches nicht gesehen.

New-York, 16. Jan. Oberst Samuel Colt, der wohlbekannte Erfinder der verbesserten Feuerwaffen, geboren am 19. Juli 1814 zu Hertfort, Staat Connecticut, ist in seinem Geburtsorte, saß 48 Jahre alt, am letzten Freitag, Morgens 9 Uhr,

Digitized by Google

an Gehirnentzündung gestorben. In seiner Jugend studirte er Chemie und bereiste unter dem angenommenen Namen eines Dr. Coult alle Staaten und besuchte fast jede Stadt von 2000 oder mehr Einwohnern in den Vereinigten Staaten und British-America, Vorlesungen über sein Lieblingsstudium haltend. Die so gewonnenen Mittel verwendete er zur Verbesserung der Erfindung, die seinen Namen durch die ganze civilisirte Welt bekannt gemacht hat — seine Revolver. Das erste Modell seines Pistols, das noch vorhanden ist, verfertigte er 1829, wo er auf einem nach Ostindien segelnden Schiffe in Dienst war. Er feurte seine Büchse, seine Feuerwaffe zu vervollkommnen und besuchte zu dem Zwecke die hauptsächlichsten Fabriken in Europa. Nachdem er sich Patente in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten verschafft, interessirte er einige Newyorker Kapitalisten für seine Erfindung, und 1835 wurde zu Paterson in New-Jersey eine Gesellschaft gegründet mit dem Grundkapital von 400,000 Thlrn. 1842 mußte die Gesellschaft ihre Geschäfte einstellen und mehrere Jahre lang wurden keine Repetirfeuerwaffen mehr gefertigt. Der mexikanische Krieg, welcher 1847 begann, belebte das Geschäft wieder, und 1850 wurde das ungeheurere Zeughaus zu Hartford entworfen, dessen Kosten auf mehr als 1,300,000 Thlr. veranschlagt wurden. Herr Colt war auch der Erfinder einer unterseeischen Batterie von großer Kraft und Wirkung, und er erfand ebenso ein (unterseeisches) Telegraphenkabel, das mit großem Erfolg 1843 gelegt wurde. Hartford erlebte durch den Tod dieses unternehmenden und hervorragenden seiner Bürger einen harten Verlust. Die Colt-Patent-Feuerwaffen-Fabrikgesellschaft wird den Betrieb der Anstalt fortsetzen.

Neueste Nachrichten.

Die „Neue Münchener Ztg." schreibt: „Preußen, das jetzt ausdrücklich sich weigert, an den von Oesterreich und Genossen vorgeschlagenen Berathungen über Bundesreform sich zu betheiligen, wird vielleicht dereinst bereuen, was es heute versäumt und zurückweist. Wir sagen: bereuen, weil die Folgen nicht ausbleiben können. Erst in den jüngsten Tagen haben wir das Urtheil eines Franzosen, der gerade von Paris kam, vernommen, und erfahren, daß in der Bevölkerung dort keine andere Parole umgeht, als: Il faut amuser la Prusse et puis la battre! Diese Stimmung in Paris über Preußen kann in Berlin nicht unbekannt seyn; daß es aber durch die Gefahren der Lage nicht zum rechten Weg umkehren will, ist unbegreiflich."

München, 14. Febr. Vorgestern Abends kam es bei einem Wirth im Thal zwischen Artillerie- und Kürassier-Soldaten zu Raufereien, die sich bis auf die Straße fortpflanzten und zuletzt die Einschreitung einer Abtheilung der Hauptwache nothwendig machten. Die Bataille im Thal hat noch am nämlichen Abend eine Fortsetzung in der Zweibrückenstraße gefunden. Die Zahl der Streitenden, welche Hausrequisiten und Steine als Angriffs-, resp. Vertheidigungswaffen gebrauchten, hat auf jeder Seite wenigstens 30 betragen. Gegen ermittelte Betheiligte wurde von Seite des Kommando des ersten Kürassierregiments mit den höchsten Strafen eingeschritten. Aufsehen wurden die strengsten Anordnungen gegen die Wiederholung von derlei Szenen getroffen und gestern von beiden Waffengattungen Unteroffiziere als Sauvegarden beordert, welche im Thal zu patrouilliren hatten. (M. BL)

Die Handels- und Gewerbekammer für Niederbayern hat die Städte Passau, Landshut, Straubing und Deggendorf zu Sitzen von Handelsgerichten bezuglachtet.

= In Agram (Kroatien) waren bekanntlich im Sommer die Offiziere aus der dortigen Gesellschaft „Woroma" ausgetreten: nach Neujahr aber hatte die neugewählte Direktion eine Aussöhnung zu Stande gebracht. Am 7. erschien daher der Oberst von Wimpffen-Infanterie mit der Mehrzahl der Offiziere bei der Abendunterhaltung. Auf der Tanzordnung stand nach einem Kolo (Nationaltanz) ein Walzer. Als die Regimentsmusik den Walzer zu spielen begann, entfernten sich einige der ultranationalen Partei angehörende Damen, und als mehrere Offiziere mit den im Saale zurückgebliebenen Damen zu walzen begannen, fingen einige Herren im Saale und Studenten auf der Gallerie zu zischen und pfeifen an. Es wird von Augen- und Ohrenzeugen behauptet, daß zu dem Pfeifen der Obergespan J. v. K. das Signal gab und eifrig mitwirkte. Die Offiziere verließen in corpore das Lokal; ein Gleiches that die Regimentsmusik und mit dem Balle war's vorbei. Der Obergespan wurde Tags darauf von dem Oberstlieutnant W. gefordert und erhielt einen, übrigens nicht gefährlichen Kopfhieb. Doch schrint es, daß die Sache weitere Konsequenzen haben und die Woroma geschlossen werden soll.

Turin, 13. Febr. In der heutigen Sitzung des Parlaments wurden Interpellationen wegen Ancona gestellt. Bixio und Persano konstatiren die Wichtigkeit, die Arbeiten dieses Platzes zu beschleunigen; denn in einem Kriegsfalle mit Oesterreich würde dieser Platz als eine Basis der Operationen dienen. In Folge von befriedigenden Erklärungen des Ministeriums ist die Kammer zur Tagesordnung übergegangen.

(Tel. d. F. J.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. hist. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅜ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	71⅛ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	85⅞—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	80½ P.
„	4½ p pCt.	43 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ p pCt. Staatsanschlsch.	91 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104⅛ P.
„	4½ p pCt. Obl. ljähr. dto.	104 P.
„	4½ p pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.
„	3½ p pCt. Obl. dto.	97½ G.
Württemb.	4½ p pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅛ G.
„	3½ p pCt. Obl. dto.	98 P.
Baden	4½ p pCt. Obl.	103¼ P.
„	3½ p pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ p pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.
„	3½ p pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4½ p pCt. Obl. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	3½ p pCt. Obl. dto.	93 G.
Frankfort	3½ p pCt. Obl.	98¼ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	93⅞ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3. 2. 30	43½ P.
„	2 pCt. „ „	28⅜ P.
Schweden	4½ p pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅛ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	117 G.
	K. k. Oesterr. National-Bankaktien	710 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171⅛—70½ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	815 P.
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	205½ P.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	80 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	85½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	338 P.
	Frankfurt-Hanauer-Bahn	84½ P.
	Cent. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 2½ fr.	240 P.
„	Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	113½ P.
„	Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6,7	75½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 2ter Thl. à 105 à pCt. Z.	22⅜ P.
	Ludwigsbahn-Berbacher à 4 pCt.	130⅞ P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105 P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅛ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249⅛ P.
	Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„	Credit-Akt. d. Ges. Perere	455 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenihez.	106⅜ P. ¼ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105¼ P.
	Provideentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

	Amstl. k. 100 k. S.	99¾ G.
	Augsb. k. 100 k. S.	99⅞ B.
	Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
	Brem. 80 Th. Lad. k.S.	96⅛ B.
	Cöln Thl. 60 k. S.	96⅜ P.
	Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
	Leipzig Th. 60 k. S.	104⅛ G.
	London 1st. 10 k. S.	116⅛ B.
	Lyon Frs. 200 k. S.	—
	Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
	Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
	Triest fl. 100 k. S.	—
	Wien fl. 100 k. W.	—
	do. 2 k. W.	—
	do. in cnt. W. l. S.	85 G.
	Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅞ P.
„ „ 250 v. 1854 mit 4pCt.	63¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	66—66⅛ G.	„ fl. 25 do.	41 G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	107 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beh.	122½ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P. 36⅝ G.
Badische fl. 50	95 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	55⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 14. Febr. Die Börse folgte dem von Wien gegebenen Impulse und sowohl National-, als Bank- und Kredit-Aktien und 500 fl. Loose von 1850, wurden zu niedrigsten Kursen abgegeben. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wurden zu 99¼ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 47-48. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 17. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Die „Berl. Allg. Ztg.“, das Organ der preußischen ministeriellen Partei und demgemäß eine Freundin des Nationalvereins, gesteht ganz unbefangen ein, daß letzterer „auf diplomatischen Rücksichten auf Süddeutschland die Politik verfolge, sich den Anschein zu geben, als wolle er eigentlich ganz Deutschland einigen, während doch alle Welt, und Gegner am besten, wüßten, daß er eigentlich von Deutschland absehen wolle.“ — In der That, sehr schmeichelhaft für die Männer des Nationalvereins! Um uns Süddeutsche an der Leimruthe zu fangen — freilich war die Ruthe höchst gering — heuchelte sie, als ob sie ganz Deutschland einigen, d. h. Oesterreich nicht ausschließen wollten und belogen also auch hier die bekannte Moral: „Der Zweck heiligt das Mittel.“ Wohlgemerkt, es ist ein bekanntes Blatt, welches den Führern des Nationalvereins dieses schmeichelhafte Zeugniß ertheilt.

(Pfälz. Z.)

* Aus der preußischen Antwortnote auf die Verwahrung von Oesterreich und Genossen tragen wir noch folgende Stellen von Bedeutung nach: „Die Bedeutung der in der Note des kaiserlich österreichischen Gesandten aufgestellten Gegenansichten hat von Seiten Preußens bereits in einer früheren Zeit ihre entsprechende Würdigung gefunden. Es wird jedoch in Bezug auf die unheilvollen Folgen, welche ähnliche Bestrebungen in jener Zeit über Deutschland heraufzubeschwören gedroht haben sollen, daran erinnert werden müssen, daß es nicht Preußens Bestrebungen für die Reform der Bundesverfassung waren, welche jene Folgen herbeizuführen drohten, sondern, daß es das Verhalten derjenigen Regierungen war, an deren Widerstand diese Bestrebungen damals scheiterten. Ihnen verdankt Deutschland die unveränderte Wiederherstellung der alten Bundesverfassung und damit einen dauernden Keim zu ähnlichen Wirren. Wenn jetzt von derselben Seite durch die erwähnte Bemerkung der Note vom 2. Februar Anlaß dazu gegeben wird, daß diese Thatsache wieder in ihrem vollen Lichte erscheint, und wenn man sich dabei auf die Sorge um die Sicherheit und den moralischen Frieden Deutschlands beruft, welche man durch Preußen bereedt finden will, so ist der Augenblick dafür um so weniger glücklich gewählt, als man gleichzeitig gezwungen ist, das Reformbedürfniß einzugestehen, dessen rechtzeitige Befriedigung man schon einmal verhindert hat.“ — In gleicher Zeit enthält die halbamtliche Berliner Sternzeitung einen sehr bitteren Artikel über die Bewahrung von Oesterreich und Genossen, die sie als eine grundlose Anmaßung, als eine Mißachtung der guten Absichten Preußens, eine Bundesreform herbeizuführen, hinstellt. „Daß Preußen, so schließt der Artikel, zu seinen Vorschlägen über Abänderung des bestehenden Bundesrechts nicht vorher von dem Wiener Kabinet einen Erlaubnißschein ausgewirkt hat, wird dem Herrn Grafen Rechberg nicht überraschend seyn. Es wird ihm aus einer nicht weit hinter uns liegenden Epoche noch erinnerlich seyn, daß Preußen sich hinreichend in einem derartigen „Subjektionsverhältniß“ bewegt, und daß alle weiteren Ausführungen dürfte es zur Orientirung des Herrn Grafen Rechberg genügen, auf die

* Nordamerikanische Militär-Verhältnisse.

Von einem Deutschen in Sigel's Division.

Im Lager bei Rolla in Missouri, 14. Jan. 1862.

Die Vereinigten Staaten Amerikas sollten nach den geltenden Gesetzen noch die zum Ausbruche dieses Krieges eine stehende Armee von nur 15,000 Mann haben, hatten aber in Wirklichkeit nicht mehr als 10,000 Mann. Dieses stehende Heer ward zu dem Dienste in den verschiedenen Forts, dann gegen die Indianer ꝛc. verwendet. Der Unterhalt desselben kostete die Regierung mehr, als in Europa unter normalen Verhältnissen 100,000 Mann zu unterhalten kosten würden. Die Bewaffnung und Ausrüstung dieser Truppen, sowie deren Ausbildung und Disziplin muß ganz vorzüglich genannt werden. Besonders in ersterer Beziehung wird nie Geld gespart, um alle neuen und guten Erfindungen nutzbar zu machen.

Da nun für das große Land eine so kleine Truppenmacht in besonderen Fällen nicht ausreichend ist, so ist jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der körperlich gesund ist, nach den Gesetzen militärpflichtig und muß, wenn aufgefordert, sich jedenfalls zu aktivem Dienste verwenden lassen. — In nur ganz wenigen Fällen, wenn nämlich Gefahr auf Verzug steht, gibt die Konstitution dem Präsidenten das Recht, die Miliz aufzubieten, doch muß später der Kongreß diesen Akt billigen; letzterer dagegen kann ein solches Aufgebot zu jeder Zeit durch den Präsidenten ergehen lassen. — Diese Aufforderung geht nun in erster Linie an die Gouverneure der verschiedenen Staaten, welchen bestimmt angedeutet wird, wie viel Truppen und von welchen Waffengattungen sie zu stellen haben. Dieselben erlassen sodann die Aufgebote, übernehmen oder unterstützen wenigstens die Organisation, proklamiren die Truppen an gewissen Sammelplätzen, versorgen sie mit Waffen, Kleidern und Ausrüstungsgegenständen und betreiben ihre Einübung.

Obwohl nun jeder Bürger militärpflichtig ist und zum Dienste gezwungen werden kann, so wurde doch bis jetzt dieses Recht noch nie und in keiner Weise in Anwendung gebracht, sondern man begnügte sich immer, das Freiwilligensystem beizubehalten; und trotzdem die loyalen Staaten jetzt eine Armee von über 640,000 M. aufgestellt haben, so dürfte doch darunter kein Einziger gefunden werden, der zum Eintritte gezwungen wurde.

Bis jetzt wurde bei Bildung des Heeres fast immer folgendes Verfahren beobachtet. Irgend Jemand, der sich befähigt hält, eine Kompagnie zu führen, oder den auch nur der Stolz und die Gewinnsucht dazu anspornt, sich eine militärische Stellung zu verschaffen, erläßt durch die Zeitungen einen Aufruf zur Organisirung einer Kompagnie, und eröffnet ein Rekrutirungs-Bureau. Hat er nun eine große Bekanntschaft, oder auch, ist er ein beliebter und befähigter Mann, so bekommt er, wenn er es nicht an Lagerbier und Whisky fehlen läßt, in kurzer Zeit die nöthige Anzahl Mannschaft zusammen; läßt dann eine Offizierswahl vornehmen, und geht meist als Kapitän aus derselben hervor, wenn er nämlich den Wind zum Umsegeln der ihm feindlichen Klippen gehörig zu benutzen weiß. Fällt er durch, so hat er eben ein paar Hundert Dollars zum Fenster hinausgeworfen, versucht aber demungeachtet das Spiel so lange aufs Neue, bis er entweder sein Ziel erreicht, oder sein Geld mehr hat. Ist die Kompagnie also auf diese Weise organisirt, so bietet sie der neue Kapitän dem Gouverneur an, der sie dann acceptirt oder abweist, in welch' letzterem Falle das Anerbieten dem Gouverneur des nächsten Staates gemacht wird. Ist eine Kompagnie angenommen, so wird sie dann auf Regierungskosten nach dem Staatssammelplatze gebracht, und darf dort mit dem Nöthigen versehen werden. — In ähnlicher Weise beginnt hier nun die Organisation der Regimenter. Natürlich will keiner der Kapitäne in seiner Charge bleiben, sondern jeder teachtet Oberst zu werden. Das Wenigste aber, wozu er sich fähig hält, ist Major. Um aber Oberst werden zu können, muß man 10 Kompagnien haben, und von den Offizieren dieser Kompagnien dazu gewählt seyn. Zehn Kompagnien zu einem Regimente zu vereinigen, und sich die Erwählung zum Obersten zu sichern, dazu gehört in den meisten Fällen die ganze Summa amerikanischer Schlauheit, die nur ein eingefleischter Politiker, oder ein mit allen guten und bösen Waffen getaufter Loafer besitzen kann. Natürlich muß der Oberst in spe jedem Kapitän, der seinem künftigen Regimente, welches meist einen pompösen Namen erhält, beitreten soll, ganz im Geheimen versprechen, daß, wenn er erwählt sey, er die Wahl der übrigen Stabsoffiziere zu reguliren werde, „daß niemand

Digitized by Google

Folgen hinzuweisen, die aus derartigen Illusionen und Ansprüchen des Wiener Cabinets in jener Epoche für den Kaiserstaat erwachsen sind.“ Diese Sprache verräth deutlich genug, wie gereizt jetzt die Stimmung in Berlin ist über einen Schritt, der doch blos durch das halb zweideutige, halb anmaßende Benehmen Preußens hervorgerufen war, und nicht über die Schranken einer berechtigten Abwehr hinausging. Als weitere Probe dieser gereizten Stimmung führen wir folgende Aeußerung der demokratischen „Nationalzeitung“ an: „Der Erkenntniß, daß der „natürliche Verbündete“ im Grunde Preußens eigentlicher Erbfeind ist, kann unsere Regierung freilich dieser neuen Erfahrung gegenüber sich schwerlich noch verschließen. Jeden Anlaß zu den muthwilligsten Beleidigungen vom Zaune brechen und förmliche Komplotte zu diesem Zwecke mit andern deutschen Regierungen organisiren, gegen bundestreuwirke Gesetzen protestiren, während gleichzeitig die Absicht, Preußen zu mediatisiren (!) und in dem mitteleuropäischen Reiche aufgehen zu lassen, ganz unverhohlen verkündet wird — es sind dies Akte einer tödtlichen Feindseligkeit, die nur durch die augenblickliche Ohnmacht des Gegners Einiges von ihrer Bedeutung verlieren. Ein Allianzverhältniß mit einer Macht von diesem Charakter und diesen aufgesprochenen Bestrebungen käme der Selbstvernichtung gleich.“

Aus Mitteldeutschland, 13. Febr. Die Zustände in Kurhessen gehören ab antiquo, mindestens seit der Zeit des Menschenhandels während des nordamerikanischen Befreiungskrieges, zu den faulsten Flecken am deutschen Staatskörper und eine gründliche Heilung thut dringend noth. Tadeln müssen wir es, wenn dies nicht der Sache selbst willen geschehen, wenn Parteisucht nicht den Rechtsboden in Kurhessen befestigen, sondern den Boden zum Kampfplatz zwischen Klein- und Großdeutschland dort suchen sollte. Dennoch sprechen es viele preußische und gesinnungsverwandte Blätter mit großer Offenheit aus, daß zum entschiedenen Vorwärtsgehen für die leitendenzlichen Ideen Kurhessen den Ausgangspunkt bilden müsse. Hat man es überlegt, was durch eine bewaffnete Dazwischenkunft zu erreichen sey? Wodurch, daß Preußen an einer Besetzung des Landes nicht gehindert wird und der Kurfürst daselbe verläßt? Allein was dann? Kann Preußen die Regierung des Landes übernehmen, die Verfassung herstellen, das Budget mit der einen Kammer vereinbaren und Gesetzesvorlagen machen? Darf das Recht der Intervention so weit gehen? Und wenn nicht, was hilft es, wenn preußische Truppen jahrelang in Kurhessen stehen, entschieden.

Anderes als er Oberstlieutenant werde“; da aber dieses Versprechen jeder Einzelne erhält, so gibt es dann nachträglich die komischesten Auftritte, doch ist dann an kein Zurückgehen mit der Kompagnie mehr zu denken, da in den meisten Fällen ein schriftlicher Kontrakt die Betheiligten bindet. — Eine andere Art der Geschaffung von Truppen besteht darin, daß ein beliebiger Mensch, der entweder beim Präsidenten oder bei dem Gouverneur seines Staates einen bedeutenden Einfluß besitzt, sich direkt die Ermächtigung geben läßt, eine Kompagnie oder ein Regiment zu bilden. Bekommt er nun die nöthige Mannschaft, was häufig Tausende von Dollars kostet, so hat er den Vortheil, daß wenigstens die Offiziere mehr von ihm abhängig sind, was seine spätere Wahl zum erstreben Posten schon weniger zweifelhaft macht.

Daß es auch hier einzelne lobenswerthe Ausnahmen gibt, wo Leute sich einem Manne rein aus Vertrauen in seine Fähigkeiten anschließen, kann nicht in Abrede gestellt werden, doch stehen dieselben so vereinzelt da, daß man sie unter der Masse nach obiger Schilderung kaum bemerkt. Die meisten Führer der amerikanischen Armee müssen sich selbst eingestehen, daß sie durch alles Andere, nur nicht durch ihre militärischen Fähigkeiten auf den Posten kamen, den sie einnehmen. Dieses aber wohl wissend, versuchen sie doch einem Jeden, der mit ihnen in Berührung kommt, begreiflich zu machen, daß sie die ausgezeichnetsten Soldaten seyen.

Der amerikanische Soldat lernt mit ungeheurer Leichtigkeit exerciren und es ist ihm auch persönliche Tapferkeit nicht abzusprechen, doch das Nothwendigste, was er lernen sollte — Disziplin — die ist für ihn nicht geschaffen. Er kann sich nur mit Mühe an den Gedanken gewöhnen, daß der Offizier mehr Recht habe, als er, und ihm folglich etwas befehlen könne; während der Letztere sich auch nur in den seltensten Fällen auf der Ausführung seiner Befehle zu bestehen getraut, wenn einmal eine Opposition vorhanden ist. Daher kommt es, daß in den meisten amerikanischen Regimentern fast jeder thut, was ihm eben beliebt, und folglich auch in den Bewegungen größerer Truppenkörper keine Einheit zu erkennen ist. Es ist im reinsten Sinne des Wortes das Land der Freiheit und Gleichheit, wo jeder Soldat General ist, und jeder General Gemeiner seyn muß, wenn es seinen Leuten so beliebt. Die vielen schmählichen Niederlagen, die unsere Armee in diesem Kriege erlitten, sind traurige Folgen des eben Gesagten.

Ein anderer Mißstand in der Armee ist der grenzenlose Leichtsinn, mit dem die wichtigsten Dienste besorgt werden. Ich habe auf unserem letzten Zuge unter den Generalen Fremont und Sigel nach dem südwestlichen Missouri mit eigenen Augen gesehen, daß während wir von der feindlichen Hauptmacht kaum einen Tagmarsch und von den jenseitigen Vorposten kaum 4 Meilen weit entfernt standen, sich unsere amerikanische Feldwachen gemüthlich um ein Feuer herum legten und nur einen Posten aufstellten, der gleichzeitig das Nachsichren des Feuers besorgen mußte, während sie sich in der Front vollkommen ungedeckt ließen.

Daß Truppen bei Märschen in der Nähe des Feindes Vor- und Nachtut, sowie Seitenwachen bedürfen, davon wollen sie nichts wissen, sondern da heißt es: „Ja, wofür ist denn die Straße da, wenn man nicht darauf marschiren soll?“ Passirt hernach bei diesem Leichtsinn ein Unglück, kann wird allem Möglichen, nur der wahren Ursache nicht, die Schuld gegeben.

Daß die Deutschen und überhaupt die aus Europäern gebildeten Regimenter eine glänzende Ausnahme machen, werden Sie bereits seit langer Zeit wissen, und man fühlt sich in dieser Beziehung wirklich glücklich, zu den Nichtamerikanern zu gehören.

Von den höheren deutschen Offizieren, die sich durch Talent, Fähigkeit und Tapferkeit zu verdienter Geltung brachten, will ich Ihnen hier nur die vorzüglichsten anführen: Obenan steht Brigade-General Sigel, Kommandeur einer Division, zu der zu gehören ich jetzt die Ehre habe; Brigade-General Bienler, Kommandeur einer Division am Potomac; Oberst Osterhaus, Kommandant einer Brigade unter Sigel, und Oberst Willich, Regimentskommandant in Kentucky. Ich könnte Ihnen zwar noch viele tüchtige Offiziere nennen, die der alten Heimath entstammen, doch keinen, der den obengenannten gleichkäme. — Am unglücklichsten erging es dem Weltenverbefferer Oberst Hecker, indem er vom Schauplatze der Thaten ohne Ehre abtreten mußte; ob wegen Mangels an militärischen Fähigkeiten, oder weil er den richtigen Weg nicht finden konnte, auf welchem seine tausend Mann zu leiten gewesen wären, das lasse ich dahin gestellt seyn.

würden sie doch zurückgezogen werden müssen, ohne eine Aenderung der Sachlage bewirkt zu haben, trotz allen Lossen, welche dem Kurfürstenthume, wie Preußen selbst, zugezogen würden. Die preuß. Regierung wird gewiß mit sich genauer zu Rathe gehen, bevor sie sich zu einem solchen Schritt entschließt, und zuletzt doch finden, daß gründliche Abhilfe nur im Einverständniß mit ihren deutschen Bundesgenossen zu schaffen ist. (D. Arkeı.)

Bayern. (Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: zum Expeditor für den Material- und Werkstätte-Rechnungsdienst in Nürnberg der im technischen Bureau der Generaldirection verwendete Revisionsgehülfe Jos. Schlumbach; zu Assistenten die Accessisten Wilh. Deppel und Georg Weiß in Nürnberg. Chr. Ulpder und G. Brandmayer in Passau, Franz Lippmann in Kaiserslautern und L. Greis in Neuulm. Versetzt wurden: der Telegraphen-Assistent G. Oberer von Ansbach nach Kempten; der Assistent Fr. L. Neumüller von Starnberg nach Ingolstadt und der Assistent Bapt. Leitner von Ingolstadt nach Starnberg.

(Gerorbn.-Bl.)

* **Preußen.** Berlin, 15. Februar. Gestern begann im Abgeordnetenhaus die Berathung über die kurhessische Frage. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte: „Die preuß. Regierung beharrt auf ihrem früheren Standpunkte, und hält daran fest, daß eine jede Abänderung der Verfassung von 1831, auch die Ausscheidung bundeswidriger Bestimmungen, zunächst auf verfassungsmäßigem Wege und unter Mitwirkung der verfassungsmäßigen Stände*) zu erfolgen habe. Die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Kurhessen ist ihr Ziel; über die Mittel und Wege aber, dahin zu gelangen, und die dabei möglichen Eventualitäten kann sie in keine Diskussion eingehen, besonders in diesem Augenblick, wo die Frage wieder an den Bundestag gebracht und dadurch Gegenstand der Erörterung zwischen den deutschen Regierungen geworden ist. Ich glaube übrigens das Vertrauen des hohen Hauses in Anspruch nehmen zu dürfen, daß die Regierung nichts unterlassen werde, was dazu

*) Ob nach der Verfassung von 1831 oder nach dem Wahlgesetz von 1849 gewählte, sagt Graf Bernstorff nicht. Die nationalvereinliche „Zeit“ ist deshalb sehr wenig befriedigt von seiner Erklärung, und nennt sie unentschieden. Sie war Recht haben.

Digitized by Google

führen kann, dieses Ziel zu erreichen." Da nun der Kommissions-Antrag im Wesentlichen dasselbe ausdrückt, was hier der Minister erklärte, und insbesondere das von diesem in Anspruch genommene Vertrauen ausspricht, so ist es wohl überflüssig, auf die mancherlei Reden über diesen Antrag weiter einzugehen, die doch des Neuen, was zur Sache gehört, nichts enthalten. Nur um den Ton der Berathung einigermaßen zu kennzeichnen, heben wir eine Stelle aus der Rede des Abg. Prof. Wirchow aus; er äußerte u. A.: „Durch ein Dekret des Kaisers Napoleon sey die kurfürstliche Familie, wegen ihrer „schmutzigen Geigen", als nicht mehr regierungsfähig erklärt worden.**) Später, in den Befreiungskriegen, sey die kurfürstliche Familie von den Verbündeten wieder eingesetzt worden, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung der Beibehaltung, resp. Wiederherstellung der Verfassung von 1806. So sey Preußen schon seit langer Zeit her in ein vertragsmäßiges Verhältniß zur kurhessischen Verfassung getreten. Aus dieser Verfassung sey später jene von 1831 entstanden, die man, nachdem sie zwanzig Jahre unangefochten bestanden, mit einem Male umgestoßen habe. An die Stelle des Rechtes sey in Hessen die Sorge für gewisse Bettereschaften u. s. w. getreten — und da müsse man sich erinnern, daß in gewissen hohen Kreisen zu Kassel das, was wir unter Familienleben verstünden, einigermaßen abhanden gekommen sey."

Thüringen. Weimar, 15. Febr. Der Landtag nahm heute eine Adresse an die Regierung, welche eine Ansprache über die deutsche Frage im Sinn des Nationalvereins enthält, einstimmig an. Minister v. Watzdorf erklärte sich mit derselben einverstanden. Eine Reform des Bundes sey dringend nöthig. Abg. Abendroth sprach sich dagegen im großdeutschen Sinne aus.

(Kor. d. Atelier.)

Oesterreich. Wien, 14. Febr. Die Regierung wird den bereits vom Kaiser sanktionirten neuen Entwurf eines „Gesetzes, womit die Grundzüge der in den im engeren Reichsrath vertretenen Ländern und Königreichen durchzuführenden Gerichtsverfassung festgesetzt werden", schon in der nächsten Woche zur Vorlage im Abgeordnetenhaus bringen. Ich hebe, um den Geist des Ganzen zu charakterisiren, für heute die wesentlichsten „allgemeinen Bestimmungen" desselben heraus: Die Rechtspflege soll von der Verwaltung getrennt und von selbständig gestellten Gerichten ausgeübt werden. Die Unabhängigkeit des Richterstandes wird gewährleistet und durch ein besonderes Gesetz geregelt. Das Verfahren in Civil- und Strafsachen ist mündlich und öffentlich; die Ausnahmsfälle, in welchen die Oeffentlichkeit aus Rücksicht für Ordnung und Sittlichkeit ausgeschlossen ist, bestimmt das Gesetz. In Strafsachen hat der Anklageprozeß zu gelten. Inwiefern die Urtheilsfällung über schwere Verbrechen mit Zuziehung von Geschworenen zu erfolgen hat, bestimmen die Strafprozeßgesetze. Die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden auf einfachere Formen zurückgeführt und, so weit thunlich, nichtrichterlichen Organen übertragen.

= Wien, 14. Febr. (Privat-Korresp.) Vom Herrenhaus ward heute der Bericht aus den Abgeordnetenhäusern, für die durch die Ueberschwemmung Verunglückten 200,000 fl. aus Staatsmitteln anzuweisen, dem Staatsminister Schmerling zur Annahme empfohlen.

= Rücksichtlich des Konkordates sind Einleitungen getroffen, um mit dem römischen Stuhle in Verhandlungen über dessen Revision zu treten. Es handelt sich dabei vornämlich um die gemischten Ehen, die Kindererziehung und den Ueberdruß von einer christlichen Konfession zur andern. Der Kardinal-Erzbischof von Wien soll selbst die Hand geboten haben, bei diesem heikligen Geschäfte mitzuwirken. Auch noch in einem andern Punkt wird eine Revision des Konkordats angestrebt. Vom 1. März an soll nämlich die Verwaltung des Kirchenvermögens allenthalben im ganzen Reich ausschließlich an die bischöflichen Ordinariate übergehen und es haben deßhalb letztere bereits die entsprechenden Weisungen an die Geistlichkeit erlassen. Aus Anlaß dieser Weisung, wonach die Verwaltung des Kirchenvermögens dem Einfluß der Pfarrone entzogen, die Patronatsklasse aber soviel bestehen soll, haben 18 Fürsten und Grafen im Herrenhaus das Staatsministerium interpellirt: ob und welche Verfügungen von Seiten der Staatsgewalt zur Regelung der Konkurrenzpflicht der Kirchenpatrone für Kirchenausgaben getroffen würden. Diese vom Grafen Hartig vertretene Interpellation wird aus nahe liegenden Gründen als ein sehr bedeutungsvoller Vorgang aufgefaßt. Da der Versuch, den Patronen den bisherigen Einfluß auf die Verwaltung des Kirchenvermögens zu entziehen, sich auf Bestimmungen des Konkordats stützt, so ist es wohl möglich, daß die Regierung, um diesen Einwand zu beseitigen, mit dem römischen Stuhle in Unterhandlungen über eine Revision des Konkordats eintritt. Vom 1. März an soll nämlich die Verwaltung des Kirchenvermögens allenthalben im ganzen Reich ausschließlich an die bischöflichen Ordinariate übergehen und es haben deßhalb letztere bereits die entsprechenden Weisungen an die Geistlichkeit erlassen. Aus Anlaß dieser Weisung, wonach die Verwaltung des Kirchenvermögens dem Einfluß der Pfarrone entzogen, die Patronatsklasse aber soviel bestehen soll, haben 18 Fürsten und Grafen im Herrenhaus das Staatsministerium interpellirt: ob und welche Verfügungen von Seiten der Staatsgewalt zur Regelung der Konkurrenzpflicht der Kirchenpatrone für Kirchenausgaben getroffen würden. Diese vom Grafen Hartig vertretene Interpellation wird aus nahe liegenden Gründen als ein sehr bedeutungsvoller Vorgang aufgefaßt. Da der Versuch, den Patronen den bisherigen Einfluß auf die Verwaltung des Kirchenvermögens zu entziehen, sich auf Bestimmungen des Konkordats stützt, so ist es wohl möglich, daß die Regierung, um diesen Einwand zu beseitigen, mit dem römischen Stuhle in Unterhandlungen über eine Revision des Konkordats eintritt.

= Wien, 14. Febr. (Privat-Korresp.) Vom Herrenhaus ward heute der Bericht aus den Abgeordnetenhäusern, für die durch die Ueberschwemmung Verunglückten 200,000 fl. aus Staatsmitteln anzuweisen, dem Staatsminister Schmerling zur Annahme empfohlen.

= Rücksichtlich des Konkordates sind Einleitungen getroffen, um mit dem römischen Stuhle in Verhandlungen über dessen Revision zu treten. Es handelt sich dabei vornämlich um die gemischten Ehen, die Kindererziehung und den Ueberdruß von einer christlichen Konfession zur andern. Der Kardinal-Erzbischof von Wien soll selbst die Hand geboten haben, bei diesem heikligen Geschäfte mitzuwirken. Auch noch in einem andern Punkt wird eine Revision des Konkordats angestrebt. Vom 1. März an soll nämlich die Verwaltung des Kirchenvermögens allenthalben im ganzen Reich ausschließlich an die bischöflichen Ordinariate übergehen und es haben deßhalb letztere bereits die entsprechenden Weisungen an die Geistlichkeit erlassen. Aus Anlaß dieser Weisung, wonach die Verwaltung des Kirchenvermögens dem Einfluß der Pfarrone entzogen, die Patronatsklasse aber soviel bestehen soll, haben 18 Fürsten und Grafen im Herrenhaus das Staatsministerium interpellirt: ob und welche Verfügungen von Seiten der Staatsgewalt zur Regelung der Konkurrenzpflicht der Kirchenpatrone für Kirchenausgaben getroffen würden. Diese vom Grafen Hartig vertretene Interpellation wird aus nahe liegenden Gründen als ein sehr bedeutungsvoller Vorgang aufgefaßt. Da der Versuch, den Patronen den bisherigen Einfluß auf die Verwaltung des Kirchenvermögens zu entziehen, sich auf Bestimmungen des Konkordats stützt, so ist es wohl möglich, daß die Regierung, um diesen Einwand zu beseitigen, mit dem römischen Stuhle in Unterhandlungen über eine Revision des Konkordats eintritt.

**) Seit wann sind kaiserl. französische Dekrete maßgebend für uns Deutsche? Was die Regierungsfähigkeit betrifft, so hat jedenfalls König Hieronymus davon auch keine glänzenden Proben abgelegt, und statt des Geiges zeichnete er sich eben durch maßlose Verschwendung aus.

Die Zahlung ist in der amerikanischen Armee eine glänzende. Der Soldat der Infanterie, sowie der Korporal desselben monatlich 13 Doll. oder 32½ fl. Der Sergeant bekommt 17 Doll. und der Feldwebel 20 Doll. Außerdem beziehen dieselben ihre Rationen und 3 Doll. 50 C. monatlich für Kleider. Reichlich bekommt jeder Unteroffizier und Soldat bei Ablauf seiner dreijährigen Dienstzeit, oder, wenn er im Dienste untauglich wird, noch extra 100 Doll.

Die Zahlung des Unterlieutenants beträgt monatlich 105, jene des Oberlieutenants 110 und die des Hauptmanns 132 Doll. Die Auszahlung geschieht regelmäßig alle 2 Monate.

Die Verpflegung ist sehr reichlich und besteht aus Folgendem: Für den Mann per Tag 1¼ Pfd. frisch.s Rind- oder ¾ Pfd. geräuchertes Schweinefleisch; 1½ Pfd. feisches Brod oder Weizenmehl oder 1 Pfd. Zwieback. Für 100 Mann per Tag 15 Pfd. Zucker und 10 Pfd. Kaffee, 10 Pfd. Reis oder 8 Quart (ein Quart = 1 Maß bayer.) Bohnen, 4 Quart Essig, 2 Quart Salz, 4 Pfd. Seife und 1½ Pfd. gute Lichter; außerdem wöchentlich dreimal Kartoffeln oder sonstiges Gemüse. Daß die deutschen Regimenter bei diesen Rationen glänzend leben, ist sicher, während die Amerikaner dabei Hunger leiden. Von einer guten Suppe wollen die Letzteren nichts wissen, sondern verzehren ihr gutes Rindfleisch meistens bald gebraten. Ihre Lieblabarei ist Syrup, Kopfsalat, Canny (Zuckerwerk), Rosinen, Feigen und solches dummes Zeug. Die Folge davon ist, daß bei Regimentern einer Division, bei gleich.n Strapazen und gleicher Verpflegung, die Sterblichkeit bei den deutschen Regimentern ½—¾ und bei den amerikanischen Regimentern 5 pCt. beträgt.

Ein alle größeren militärischen Bewegungen hemmender Uebelstand ist das Verpflegungswesen. Die Einquartierung ist theils durch die Konstitution verboten, anderntheils durch die dünngelebte Ansiedlung und Bevölkerung unmöglich gemacht. Die Truppen müssen deshalb stets die nöthigen Zelte und Lebensmittel mit sich führen. Da nun der Kriegsschauplatz eine enorme, für Europa r kaum denkbare Ausdehnung hat, so läßt sich leicht denken, welche ungeheuren Schwierigkeiten die Verpflegung bietet. — Während z. B. Fremont mit seinem 40.000 Mann starken Corps im fürwestlichen Missouri nahe der Kansas- und Arkansasgegend stand, mußten alle Lebensmittel von St. Louis (345 Meilen Entfernung) bezogen werden. Da aber die Eisenbahn nur etwa für die Hälfte des Weges benutzt werden konnte, so läßt sich leicht denken, welche Arbeit das Herbeischaffen der Rationen auf Wagen bereitete. Dabei kommen noch die schlechten Straßen in Anschlag, deren beste unseren schlechtesten Feld- und Waldwegen gleichkommen. Von der Größe unseres Train läßt sich kaum ein Bild entwerfen und ich bemerke daher nur, daß der unserer eigenen (Sigels) Division, die doch nur etwa 8000 Mann stark war, eine Längenausdehnung von 5½ englischen Meilen oder über zwei deutsche Stunden hatte. Das Fuhrwerk ist gut, die Wagen sind stark und jeder mit 6 Maulthieren bespannt.

Ich bin nun seit 14. September v. Js. im Feld und habe mit Ausnahme von 10 Tagen, die ich in Ulaub verbrachte, unter keinem Dache, sondern immer unter freiem Himmel oder in Zelten geschlafen, und bin dabei vollkommen gesund geblieben. Die Zelte sind an Größe sehr verschieden. Einzelne Regimenter haben deren für 18, andere für 12 und wieder andere für 4 Mann. Bergnügen macht es einem, zu sehen, wie schnell die Zeltstädte entstehen und verschwinden. Da wird nicht erst ein Lager abgemessen und abgesteckt, sondern den Regimentern nur flüchtig der Platz bedeutet, wo sie hin sollen; wenn dann die Wägen angekommen sind, so werden die Zeltstangen der ersten Reihe genommen, aufgestellt und ein wenig gerichtet, und dann mit Aufschlagen begonnen, wobei sich Alles wie von selbst in Ordnung macht. Ebenso ist binnen 10 Minuten ein ganzes Lager abgebrochen, alles Material auf den Wägen verpackt, und die Mannschaft in Reihe und Glied aufgestellt.

Ein großer Mißstand besteht auch noch in der Verschiedenheit der Schußwaffen. Nicht selten trifft man Regimenter mit 3—4 verschiedenen Gewehren. Unser eigenes Regiment hat z. B. zur Hälfte Colts fünfschüssige Revolver-Büchsen und zur anderen Hälfte österreichische (?) Zündnatelmusketen. Man findet halt alle guten und schlechten Waffen, die seit 100 Jahren bis zum heutigen Tage gefertigt wurden.

Digitized by Google

stützt, so richtet sich die Interpellation indirekt gegen das Konkordat selbst. — Aus Böhmen wird ferner gemeldet, daß in Aussig 18 Patronatsstellvertreter, welche das Vermögen von mehr als 150 Kirchen verwalten, sich versammelt und den Beschluß gefaßt haben, die Patrone aufzufordern, sie möchten die Uebergabe des Kirchenvermögens verweigern, bis im legislatorischen Wege genügende Bürgschaften für den Patron festgesetzt seyn würden. Es wird dieser Protest dadurch motivirt, daß die beabsichtigte Uebernahme des Kirchenvermögens durch den Klerus nicht einmal durch ein Reichsgesetz angeordnet worden sey (indem das Konkordat zur Zeit nur als Staatsvertrag zwischen der Regierung und dem heil. Stuhl besteht, in die Landesgesetzgebungen aber noch nicht regelmäßig eingeführt ist) und überhaupt im direkten Widerspruche mit jenen allgemeinen Rechtsgrundsätzen stehe, welche für das kanonische Recht ebensogut maßgebend seyn müßten wie für jedes andere.

Großbritannien.

London, 12. Febr. Mit der projektirten französischen Anleihe oder, wenn das Wort nicht korrekt genug ist, mit der projektirten „Finanzoperation" auf dem hiesigen Platze ist es thatsächlich zu Ende, und der Skandal ist sonder Beispiel. Schuld tragen die hiesigen Banquiers, die sich wie regelrechte enfants terribles benommen haben. Wer hieß sie, Jedem an die Nase binden, wie viel und auf wie lange und gegen welche Bürgschaften, und nun gar noch, zu welchen Interessen das Geld geborgt werden soll? In dem betreffenden Arrangement mit Coutts und Barings war von französischer Seite wahrscheinlich vergessen worden, die Bemerkung einzuschalten, daß dieser ganze diplomatische Akt nur als eine konstterntielle Angelegenheit möglichst geheim gehalten werden solle. Die Bemerkung war in der That nicht nöthig, sie versteht sich von selbst. Aber siehe da! Die hiesigen Entrepreneurs betrieben die Sache ganz offen, gaben den Zeitungen alle nur möglichen Mittheilungen, und brachten es mit ihrer Naivetät so weit, daß die französische Kammer sich der Angelegenheit kritisch bemächtigen und die Sache rückgängig gemacht werden mußte. Den Schaden haben sie zu tragen; der Skandal bleibt unvermindert der französischen Regierung. Hr. Fould soll außer sich und der Kaiser wüthend seyn. (K. Z.)

Italien.

Neapel ist entschlossen, die Gerichte gegen die Hauptpersonen der Kundgebungen gegen Rom, die der Regierung im Augenblicke ungelegen kommen, so weit die Gesetze es gestatten, einschreiten zu lassen. Der Anfang wurde mit dem garibaldeischen Feldcaplan, dem Pater Pantaleone, gemacht. Die „Trieste Ztg." berichtet über diesen Fall Folgendes: „In Mailand wollte bei diesem Anlasse ein Pöbelhaufe durchaus eine Predigt des bekannten Paters Pantaleone hören, und zwar in der Domkirche. Da die Thore versehen geschlossen waren, so stieg der Pater mittels einer Leiter ein und hielt von der Kanzel herab eine kurze Ansprache an die Menge." Daß diesen Kundgebungen ein gemeinsamer Plan zu Grunde liegt, erhellt aus ihrer Gleichzeitigkeit.

Nichtpolitische Zeitung.

** München, 16. Febr. (Privat-Korresp.) Das Künstlermaskenfest, welches gestern Abends im k. Odeon stattfand, ist überaus glänzend und großartig ausgefallen, und hat sich in würdiger Weise den früheren prachtvollen Künstlerfesten angeschlossen. Ihre Maj. die Königin mit dem Kronprinzen und den Prinzen Otto, Luitpold und Adalbert, der kleinen Prinzessin Therese, Tochter des Prinzen Luitpold, die Herzogin Mathilde und die Herzoge Karl Theodor und Maximilian in Bayern, durchsten das Fest mit ihrer Gegenwart. Entsprechend der dem Feste zu Grunde liegenden Idee, eine Darstellung der heitern Märchen mit ihrem räthselhaften holdseligen Zauber, war der große Odeonssaal in phantastisch romantischer Weise nach Angabe des Professors Andr. Müller geschmückt und dekorirt, und zwar in einer Weise, die allgemeine Bewunderung erregte. Schon der Eintritt erregte allgemeines Erstaunen. Da der Saal schon um 5 Uhr geöffnet wurde, das Fest aber erst nach Ankunft J. Maj. der Königin und der höchsten Herrschaften begann, so hatte man genügend Zeit, die herrliche Dekoration bis in's Einzelne zu bewundern. Der Orchesterraum des Saales war noch verhüllt. Dichtgedrängt harrte die Menge, denn der große Saal war alsbald nicht nur gefüllt, sondern vorwärtrits überfüllt der Dinge, die da kommen sollten. Das Fest begann mit der Aufführung des von W. Busch dramatisirten Volksmärchens „Hansel und Grethel", zu welchem G. Grimpsleger eine recht liebliche Musik geschrieben hatte. Die Darstellung auf der kleinen Bühne in Mitte des Orchesterraums ging sehr gelungen von Statten und erfreuten sich die Darsteller von „Hansel und Grethel" des Hervorrufs. Nun ordnete sich hinter dem großen Vorhang der Festzug — und nachdem in der Zwischenzeit zuerst Se. Maj. dem König, dann Ihrer Maj. der Königin, und schließlich dem König Ludwig, der durch Unwohlsein verhindert war, dem Feste beizuwohnen, begeisterte Hochs ausgebracht waren, verschwand die Gardine, und vor uns stand eine auf hohen Felsen erbaute Burg, das Schloß des entzauberten Prinzen am Rhein — eine Dekoration, wie sie schöner und großartiger nicht gedacht werden konnte. Die von Hrn. Jank gemalte prachtvolle Dekoration hatte sich sofort des größten Beifalls zu erfreuen. Hoch von der Burg herab zog nun der Hochzeitszug des entzauberten Prinzen zur Kapelle — und alsbald entwickelte sich der Festzug 1) das Märchen, Hansel und Grethel, resp. der Hochzeitszug. 2) das Märchen in Gemeinschaft mit der Sage (Graf v. Gleichen; drei Rolandsknappen; Chronika der drei Schwestern). 3) das Märchen in Bezug auf Haus und Familie, (Aschenbrödel), 4) das Waldmärchen (Schneewittchen mit 7 Zwergen, Jagdzug des Prinzen; Rothkäppchen. Rübezahl mit den Gnomen); 5) Märchengestalten der Wasserwelt (zu der Nixenkönigin); 6) das humoristische Märchen mit Einschluß des Thiermärchens (gestiefelter Kater, goldne Gans). Es würde zu weit führen, wollte ich Ihnen auch nur in allgemeinen Umrissen Näheres über die Ausführung dieser verschieden zusammenhängenden Züge mittheilen. Da war Alles, das Einzelne wie das Ganze, mit eben so viel Geschmack als Phantasie erfunden und ausgeführt, und wenn unsere Künstler Monate lang zur Ausführung der Zeichnungen verwendeten, so wurde von den einzelnen Theilnehmern nicht minder große Sorgfalt auf die Ausführung der Kostüme verwendet. Alles war charakteristisch und malerisch. Man kann solche Züge aber nur sehen und bewundern, beschreiben lassen sie sich nicht. Nur mit großer Mühe gelang es dem Zuge, an welchem gegen 300 Personen Theil nahmen, sich durch den dichtgedrängten Saal zu bewegen. Sobald unter allgemeiner Bewunderung und dem größten Beifalls der Festzug vorüber war, begann man sich in den Restaurationslokal, doch konnte kaum der 20ste Theil der Menschenmasse Platz in denselben finden, unsere Odeonslokalitäten reichten eben für eine solche Menschenmasse nicht aus. Bald darauf sah man J. M. die Königin mit den höchsten Herrschaften sich durch den Saal bewegen und sich hiebei mit sehr vielen Personen auf die freundlichste und herablassendste Weise unterhalten. Erst um 10 Uhr begann der Ball, und bis in die Morgenstunde dauerte das schöne gewiß allen Theilnehmern unvergeßliche Fest der Künstlergesellschaft „Jung-München", die sich um durch die Veranstaltung desselben zum größten Dank verpflichtet hat.

Lindau, 13. Febr. In der hiesigen Handelswelt erregt die Zahlungseinstellung des Spezitionshauses Friedrich Vogt Aufsehen. Nach den cursirenden Gerüchten sollen die Passiven ziemlich hoch und das Aktiv-Vermögen nur unbedeutend seyn. Der Chef des Spezitionshauses hat sich schon seit Wochen vom hiesigen Platze entfernt.

(Werbungen für Brasilien.) Wie man der Wiener „Presse" für bestimmt versichert, sollen in neuester Zeit wieder mehrere Werber Tyrol durchziehen, um im Auftrage der Herren Steinmann und Komp. in Antwerpen, der belanntern Agenten der brasilianischen Kolonisationsgesellschaften, Auswanderer für Brasilien anzuwerben. „Trotz der vielen warnenden Stimmen, welche fortwährend gegen eine Auswanderung nach Brasilien ertönen," bemerkt das genannte Blatt, „trotz des Schauergemäldes, welches Lallemant von der Mucury Kolony und J. Sturz von den brasilianischen Zuständen und Aussichten im Jahre 1861 entrollten, gibt es noch immer jahrlecke Leichtgläubige, welche sich zu einer Auswanderung nach dem brasilianischen Sklavenstaate verlocken lassen. So sollen wieder 70 Familien aus den ärmeren Thälern Tyrols (Oberinnthal, Reuth, Vintschgau u. s. w.) völlig engagirt worden seyn, um binnen wenigen Wochen über Antwerpen nach Brasilien verschifft zu werden. Sie sollen gegen kontraktliche Verbindlichkeiten ganz freie oder nur theilweise freie Ueberfahrt und allerlei Vorschüsse erhalten haben, welche durch Arbeit in einem tropischen Klima auf unwirthbarem Boden abzuverdienen nur gar zu sauer werden dürfte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 49.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Insertaten wird die gespaltene Zeile, u. gewöhnlicher kleiner	39. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 18. Februar 1862.

Die Intervention in Mexiko.

Dem englischen Parlamente ist am 11. Februar eine Sammlung von Depeschen über die mexikanische Angelegenheit vorgelegt worden. Folgendes ist eine übersichtliche Darstellung des bisherigen Verlaufes dieser Angelegenheiten, wie sie sich aus den vorgelegten Aktenstücken ergibt:

„Zu Anfang des vorigjährigen Herbstes war zum ersten Male von einer Nothwendigkeit entschiedenen Einschreitens in Mexiko die Rede gewesen. Spanien that in dieser Richtung den ersten diplomatischen Schritt, indem Marschall O'Donnell Anfangs September dem britischen Gesandten in Madrid zu wissen that, daß sich die Regierung Ihrer katholischen Majestät gezwungen sehen werde, zum Schutze ihrer Unterthanen in Mexiko entschiedene Maßregeln zu ergreifen. Gleichzeitig bemerkte Herzog O'Donnell, daß von einer permanenten Intervention nicht die Rede sey und die Kooperation Englands und Frankreichs überaus wünschenswerth wäre. Es wurden über diese Eröffnung mehrere Depeschen gewechselt. Am 23. September aber sagte bemerkte der französische Gesandte in London gegen Earl Russell, es dürfte außer den Genugthuungsforderungen auch nothwendig werden, „einen Plan zur politischen Reorganisation Mexiko's zu entwerfen." Darauf hin sagte Earl Russell Herrn Thouvenel durch Lord Cowley sagen, die englische Regierung wünsche, von Mexiko nur die Sicherstellung ihrer Unterthanen und die Einhaltung der eingegangenen Verbindlichkeiten zu erzwingen, sey übrigens bereit, diesen Zweck gemeinschaftlich mit den beiden anderen Mächten anzustreben.

Dieses Prinzip wird von Earl Russell in allen seinen späteren Depeschen festgehalten und wiederholt betont. Er hält noch im Oktober nicht viel von dem Plane, vermittels einer bewaffneten Intervention die Parteikämpfe in Mexiko zum Stillstand zu bringen, aber er glaubt doch schon, es sey gerathener, Spanien nicht allein einschreiten zu lassen, da sich dieses wahrscheinlich ungebührlich in die inneren Angelegenheiten des Landes mischen würde. Als „wesentliche Bedingung" für den Abschluß einer betreffenden Tripel-Konvention bezeichnet er, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beitritt eingeladen werden sollen. Dabei erklärte er sich fortwährend gegen eine längere Okkupation, zumal durch spanische Truppen, welche bei den Mexikanern Verdachtsgründe mancherlei Art wach rufen würden.

Die französische Regierung war Anfangs Oktober, das ist vor der Unterzeichnung, mit diesen Ansichten Russell's vollkommen einverstanden, nur wollte sie es nicht als eine bewaffnete Einmischung gelten lassen, wenn eine große Partei in Mexiko, aufgemuntert durch die Nähe europäischer Streitkräfte, die bisherige Tyrannenwirthschaft stürzen sollte.

Die spanische Regierung überstieg bezüglich Englands über ihre Absichten, und am 20. Oktober erklärte O'Donnell: Spanien habe, indem es England und Frankreich zur Kooperation einlud, einen hinlänglichen Beweis gegeben, daß es sich in Mexiko keine ausschließlichen Vortheile erkämpfen wolle, und noch weniger eine Eroberung oder Wiedereinverleibung irgend eines Theiles des mexikanischen Gebietes beabsichtige.

Von da an wurde Spanien immer dringender. „Wie können," so schreibt O'Donnell, „die Expedition nicht über den November hinaus verschieben, die Minister könnten es vor den Cortes nimmer verantworten." Dabei versichert er: „Spanien will weder erobern, noch auch eine monarchische Regierung zu Gunsten eines europäischen Prinzen, oder irgend einer Person in Mexiko gründen." Eben so wenig bezweckt Spanien, eine oder die andere der streitenden Parteien daselbst an die Spitze der Republik zu stellen. Deßhalb stimmt auch die spanische Regierung ohne Anstand mit den Ansichten der britischen Regierung überein, daß keine bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexiko's versucht werden sollte."

Nachdem Herr Thouvenel in der ersten Hälfte des Monats Oktober ähnliche Erklärungen abgegeben hatte, wurde am 31. Oktober die bekannte Konvention gezeichnet, und gemäß ihrer limitirten Operations-Objekte dezügliche sich die britische Regierung mit der Absendung von 2 Linienschiffen, 4 Fregatten und 700 Seesoldaten. Der britische Admiral wurde angewiesen, sich mit den französischen und spanischen Ober-Kommandanten in Korrespondenz zu setzen und gemeinschaftlich mit diesen zu verlangen: erstens, volle Genugthuung und Schadenersatz für die den drei Staaten zugefügte Unbill; zweitens, Uebergabe der Forts von Vera-Cruz an die Truppen der drei Regierungen, als Bürgschaft für die Erfüllung der ebenfalls aufzustellenden Bedingungen. Der britische Gesandte in Mexiko, Sir Charles Wyke, erhielt die Weisung, sich den Situationen der Konvention zufolge als Civilkommissär dem Admiral zur Verfügung zu stellen, und erhielt überdies gemessene Verhaltungsbefehle betreffs der politischen Haltung, die er hinfort einzunehmen habe. Darunter folgender: „Sollte irgend ein Mexikaner oder irgend eine mexikanische Partei Sie über derartige Angelegenheiten um Rath fragen, so wollen Sie sich dahin äußern, daß jede regelmäßige Regierungsform, welche Leben und Besitzthum der Eingebornen und Ausländer zu schützen die Macht hat, und nicht gestattet wird, daß britische Unterthanen wegen ihrer Beschäftigung, ihrer Eigenthumsrechte oder ihrer Religion belästigt oder angegriffen werden, der moralischen Unterstützung von Seiten der britischen Regierung sicher seyn könne."

Die Konvention war nicht lange gezeichnet, da begann die französische Regierung, auf die einen möglichen Folgen ihrer Verwirklichung aufmerksam zu machen. Was z. B. würden die verbündeten Mächte beginnen, sollten die Mexikaner Vera-Cruz räumen und sich auf feindesliei Unterhandlungen einlassen? Die Alliirten könnten in einem derartigen Falle doch nicht Gewehr im Arm stehen bleiben! Es dürfte dann doch ein Marsch gegen Mexiko unerläßlich werden! Darauf scheint Earl Russell keine andere Antwort gegeben zu haben, als daß die Truppen Englands sich einem solchen Marsche nicht anschließen würden.

Vierzehn Tage nach Unterzeichnung der Konvention war in Europa die Nachricht eingetroffen, der spanische Generalkapitän von Cuba habe die spanische Expedition abgehen lassen, ohne auf die Verbündeten zu warten. Zugleich aber kamen von Spanien Erklärungen über diese Eilfertigkeit, welche sie gewisser Maßen entschuldigten. Der spanische Commandeur werde im Namen aller drei Mächte auftreten, so hieß es unter Anderem in der betreffenden Erklärung. Die spanische Landesmacht bestand aus 6000 Mann aller Waffengattungen, während die französische anfänglich bloß auf 2500 Mann veranschlagt gewesen war. Aber so wie die Truppenzahl der von Spanien entsandten Armee und die eilige Abfendung der spanischen Expedition aus Cuba bekannt wurde, erhielt Graf Flahault, der französische Gesandte in London, den Auftrag, zu erklären, daß die Schwierigkeiten der Expedition sich vermehrt hätten, „daß eine Vorrückung der Alliirten ins Innere von Mexiko jetzt unvermeidlich geworden zu seyn scheine, und würde die früher stipulirte Truppenzahl nicht allein ungenügend zu einer derartigen Operation seyn, sondern dieselbe würde einen Charakter annehmen, der es dem Kaiser nicht gestatten könne, daß die französische Armee Abtheilung eine untergeordnete Stellung der spanischen gegenüber einnehme oder der Gefahr einer Kompromittirung ausgesetzt werde. Se. kaiserl. Maj. habe sich, von diesen Rücksichten bewogen, entschlossen, 3—4000 Mann als Verstärkung nach Mexiko nachzuschicken".

Earl Russell bemerkte dem französischen Gesandten, daß er diesen Entschluß des Kaisers mit Bedauern vernehme, daß aber England deßhalb seine Expeditions-Armee nicht verstärken werde. Zu gleicher Zeit ließ er durch seinen Gesandten in Madrid die Aufmerksamkeit der spanischen Regierung auf den „Ton der von ihrem General in Mexiko erlassenen Proklamation" richten und sie

Digitized by Google

an diejenigen Stellen der Konvention erinnern, „in denen genau gesagt ist, was unsere Intervention bezweckt und was sie nicht bezweckt“.

Im Laufe des Monats Januar wird in diesen Depeschen plötzlich der Name des Erzherzogs Max erwähnt. Cowley will nämlich von verschiedenen Seiten gehört haben, daß französische, nach Mexiko kommandirte Offiziere geäußert hätten, es handle sich darum, den österreichischen Erzherzog auf den mexikanischen Thron zu setzen. Diese interessante Neuigkeit schreint somit dem englischen Gesandten zuerst auf den Kasernen zugeflossen zu seyn (wenn übrigens gewisse Depeschen nicht unterdrückt worden sind), und er erachtet sie für wichtig genug, ihrewegen Herrn Thouvenel zu befragen. Dieser sagt ihm, „es seyen zwischen dem französischen und österreichischen Kabinete in Betreff des Erzherzogs Max keine Unterhandlungen in der Schwebe (no negotiations had been pending); es seyen diese Unterhandlungen bloß von Mexikanern geführt worden, die zu diesem Zwecke herüber gekommen und nach Wien gereist seyen“. (In Wiener Blättern war von der Anwesenheit solcher interessanter Gäste aber nie die Rede gewesen, und diese ganze Erklärung, daß der Gedanke an den Erzherzog Max auf der Hochebene von Mexiko aufgetaucht seyn soll, klingt, gelinde gesagt, sehr sonderbar.)

Für Carl Russell scheint in obiger Mittheilung Thouvenel's nichts besonderes Ueberraschendes gelegen zu haben. Er bemerkt nur: „Wenn das mexikanische Volk aus freiem Antrieb den österreichischen Erzherzog auf den Thron von Mexiko setzt, so ist vom Standpunkt der Konvention dagegen nichts einzuwenden. Auf der anderen Seite könnten wir uns bei einer gewaltsamen Intervention zu diesem Zwecke nicht betheiligen. Die Mexikaner müssen ihre eigenen Interessen zu Rathe ziehen.“

Daß hier noch Manches vorgefallen ist, was in der vorliegende Sammlung nicht aufgenommen worden ist, unterliegt kaum einem Zweifel, ebenso wenig wird man verkennen, daß die große Spinne dieses weitgreifenden Netzes ihren Sitz in Paris hat. Manche andere, sonst instruktive Depesche lassen wir vorerst unerwähnt und geben hier noch aus der von Lord Russell an den britischen Gesandten in Madrid gerichteten folgende Stelle:

„Sollten die Mexikaner eine neue Regierung konstituiren, die im Stande ist, die Ordnung wieder herzustellen und freundschaftliche Beziehungen mit fremden Nationen zu pflegen, dann wird Ihrer Majestät Regierung erfreut seyn, die Bildung einer solchen Regierung begrüßen und ihrer Konsolidirung Unterstützung gewähren zu können. Sollen dagen die Truppen fremder Mächte gebraucht werden, um eine den Gefühlen der Mexikaner widerstrebende Regierung einzusetzen und sie mit bewaffneter Macht zu halten, dann könnte Ihrer Majestät Regierung von einem derartigen Versuche keinen andern Erfolg als Uneinigkeit und Enttäuschungen erwarten. In einem solchen Falle bliebe den verbündeten Regierungen nur die Wahl, sich von einem derartigen Unternehmen mit einiger Schande zurückzuziehen oder ihre Intervention über die Grenzen, den Zweck und die Absicht der Tripelconvention auszudehnen.“

Wer diese Depeschen mit Aufmerksamkeit liest, bedarf wohl keines weitern Kommentars, um einzusehen, daß England bei der mexikanischen Expedition allen seinen ursprünglichen Tendenzen entgegen, von der napoleonischen Politik allmälig auf Wege geführt ist, von denen es schleunig zurückkehren muß, wenn es nicht den größten Gefahren sich aussetzen will. Ob die Regierung hierzu die nöthige Energie und Geschicklichkeit besitzt, muß sich zeigen. Einstweilen schreint indessen ihre verschnächernde Haltung dem Washingtoner Cabinet gegenüber allerdings als ein Zeichen betrachtet werden zu können, daß sie wenigstens die rechte Bahn nicht verlennt, auf der sie sich nöthigenfalls aus den ihr gelegten Schlingen wieder zu befreien vermag.

Deutscher Bund.

* Das Verhalten der Regierung und das Treiben der politischen Parteien in Preußen ist wahrlich nicht geeignet, im übrigen Deutschland Zuneigung zu Preußen zu wecken, sondern vielmehr geradezu angethan, auch die besten Freunde Preußens wankend zu machen. Bemerkenswerth ist in dieser Hinsicht die Sprache zweier national-vereinlichen Blätter der „Zeitung für Norddeutschland“ (in Hannover) und der „Süddeutschen Zeitung“ (in München). Erstere sagt in einem Artikel über die Note Oesterreichs und Genossen u. A.: „Der Streit, welcher angeregt wird, ist ein rein theoretischer. Warum ereifert man sich also auch jetzt noch in Preußen so lebhaft über diese Noten, nachdem ihr ganzer Inhalt bekannt geworden? Sieht es etwa andern deutschen Regierungen nicht zu, ihre eigene Meinung über eine Bestimmung der Bundesgesetze zu haben? — und zwar, wie wir nicht zweifeln, die nach allen Regeln der Auslegungskunst richtige Meinung?“ Der Schluß des Artikels lautet: „Außerhalb Preußens wird es nicht verstanden, warum sich die Herren Grabow und Lette von den Herren Bodum-Dolffs und Harkort, die Herren Techow und Immermann von den Herren Waldeck und Schulze-Delitzsch trennen müssen. Man schiebt da nur auf kleinliche persönliche Motive, deren sich jeder wahre Volksvertreter entschlagen sollte. Die Geringschätzung, in welche sich die liberale Partei des ersten deutschen Staates durch den Fraktionen-Unfug bringt, steigert sich durch die Berächtlichkeit, wenn diese Partei es nicht einmal in der deutschen Frage zu einer Verständigung bringt!“) Sind es Staatsmänner oder spießbürgerliche Schulmeister und eigensinnige Bureaukraten, die ein so unwürdiges Beispiel geben? Gegen den Skandal, welchen ein schändes Parteitreiben in dem preußischen Abgeordnetenhause aufführt, möge die öffentliche Meinung Preußens ihren Zorn wenden: er wird dort angebrachter und wirksamer seyn als gegen die österreichische und die mittelstaatlichen Regierungen.“ Die „Südd. Ztg.“ schließt einen Artikel: „Preußen in der ersten Stunde“ mit folgenden Worten: „Man täuſche sich in Berlin nicht: die große Krisis für Preußens auswärtige und innere Politik, für Preußens Stellung in Deutschland und Europa ist da. Diese Krisis wird nicht mit einer scharf abweisenden Note, nicht mit Erklärungen über Kurhessen und am Bundestag auch nicht mit einer liberalen Wendung überwunden. Vermag Preußen nicht das eigene Volk zu der Höhe einer großen Auffassung zu erheben und die deutsche Nation mit ihren besten Kräften an sich zu fesseln, vermag es nicht den eigenen Partikularismus gründlich abzuthun und unzweideutig Bresche seines nationalen Sinnes und Berufs zu geben, so wird Graf Rechberg triumphiren. Daß eine solche Wandlung in Preußen nach den Vorfällen der letzten vier Monate nicht zu erwarten sey, dieser Kalkul ist die Grundlage des Alls vom 2. Februar.“

§ Wien, 15. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Der neueste Schritt Oesterreichs und seiner deutschen Verbündeten hat die preußische Presse in eine Aufregung versetzt, welche den Beweis liefert, daß eine Verständigung mit Preußen in weiter Ferne liegt. Man sieht mit Spannung den weiteren Schritten Oesterreichs und seiner Verbündeten entgegen, zwischen denen die Verhandlungen fortdauern und einen guten Erfolg versprechen sollen. In Paris hat man die Nachricht von der Uebergabe der identischen Noten in Berlin mit großer Befriedigung aufgenommen. Es ist dies begreiflich, denn je tiefer der Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen wird, je schroffer sich der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland gestaltet, desto besser gestalten sich, auch die Aussichten für die französische Politik, die sicherlich diesen Zwiespalt auf das Beste auszunützen verstehen wird. Oesterreichischer Seits wird man jedenfalls noch um einen Schritt weiter gehen müssen, um die französischen Pläne zu durchkreuzen, dieser Schritt heißt aber: „Volksthümliche Reform des Bundes.“ Wird diese mit Ernst und Entschiedenheit angestrebt, dann wird sich auch Preußen nicht ausschließen können, dann darf man sicher seyn, daß nicht nur die Kabinete, sondern daß auch die Völker zu Oesterreich stehen werden. Darum blickt auch Alles mit Spannung auf die Haltung, welche Oesterreich in der kurhessischen Frage beobachtet, und darum wünscht man, daß unser Kabinet seinem Einfluß geltend mache, damit dieselbe in einer den liberalen Anforderungen vollkommen befriedigenden Weise gelöst werde.

** **Bayern.** München, 16. Febr (Priv.-Korr.) Das Ableben des Appell.-Rath Dr. Lauf erregt hier in allen Kreisen die schmerzlichste Theilnahme. Dr. Lauf war einer der wir Abgeordneten unserer Residenzstadt und hat am letzten Landtage den thätigsten und erfolgreichsten Antheil an der Berathung und dem Zustandekommen der neuen Gesetzgebung genommen. Das Referat über das Einführungsgesetz zum deutschen Handelsgesetzbuche war seine letzte größere parlamentarische Arbeit. Für den Berlehten wird der Kaufmann Gg. Fauſtich von hier in die Kammer treten; Erlaßmann in dem Gesetzgebungsausschuß ist der Abg. Appellat.-Rath Müller in Aschaffenburg.

Oesterreich. Wien, 15. Febr. Die „Wiener Ztg.“ sagt: „In Ungarn sind Gerüchte aufgetaucht, welche bald die Beendigung der provisorischen Verwaltung, bald die Wiederherstellung der vor November v. J. bestandenen Komitatskommissionen in Aus-

*) Die verschiedenen Fraktionen der liberalen Partei haben hierüber verschiedene Anträge eingebracht, die freilich alle auf preußische Hegemonie hinauslaufen.

Digitized by Google

sicht stritten. Diesen Gerüchten tritt nun „Sürgönv“ entgegen, indem er darauf hinweist, daß die Regierung das Provisorium, welches den verfassungsmäßigen Zweck hatte, Ordnung in die Verwaltung zu bringen und die öffentliche Sicherheit zu sichern und gesichert zu erhalten, nicht früher aufhören lassen werde, bevor sie das Ziel sichergestellt sieht. — „welches, um von dauernder Gesetzlichkeit zu seyn, der Vergangenheit Ungarns eben so wie der Zukunft der Monarchie entsprechen muß.“ „Unter solchen Verhältnissen,“ heißt es weiter, „ist es unumgänglich nothwendig, daß der förmlichen Lösung der Fragen die Einigung vorausgehe.“

Triest, 13. Febr. Ich habe schon neulich auf den Umschwung der Stimmung in den hiesigen Bevölkerung aufmerksam gemacht — oder vielmehr darauf, daß der Terrorismus, den eine gewisse (italienische) Partei hier auf dieselbe ausübte, viel von seiner Druckkraft verloren hat. Zum Beweise dieser sehr erfreulichen Veränderung diene Ihnen, daß die angesehensten und achtbarsten Bürger unserer Stadt beschlossen haben, eine Adresse an den Staatsminister Frhrn. v. Schmerling zur Jahresfeier des 26. Februar zu richten, die heute schon mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist und in welcher der innige Verband Triests mit der Gesammtmonarchie nachdrücklich betont wird. Nebstdem wird auch zur besonderen Feier des 26. Februar hier ein öffentliches Fest, Bankett und Ball mittelst Subskription veranstaltet. Auch dies Projekt findet allgemeinen Anklang. (Oesd. Post.)

Belgien.

Die belgische Kammer hat, um dem holländischen Volk einen Beweis ihrer Freundschaft zu geben, die fernere Feier der Septembertage (Erinnerung an die Losreißung Belgiens von Holland) abzuschaffen beschlossen.

Großbritannien.

London, 15. Febr. Das Ausstellungsgebäude ist von den Bauunternehmern der Kommission übergeben worden; sofort zogen dort Polizei- und Löschmannschaften und Straßenkommissionäre ein, welche letztere beim Aufpacken und Aufstellen der Waare Hülfe leisten sollen; viele Sendungen sind bereits eingetroffen; die französische Abtheilung wird mit enormen Kosten prachtvoll dekorirt und einen abgeschlossenen Theil der Ausstellung bilden.

In Manchester nehmen die Nothstände zu; 6500 Arbeiter sind ganz brodlos.

Frankreich.

Paris, 14. Febr. Herr Havin schließt heute mit einem Leitartikel die Sammlungen des Siècle für die Nothleidenden in Lyon und St. Etienne. Dieselben haben 200.000 Francs eingetragen. Herr Havin sieht, trotz dieses verhältnißmäßig bedeutenden Ertrags, die Privathülfe als unzureichend an. Es sey nun an der Regierung, das so weit geförderte Werk noch weiter zu führen. Es müßten Maßregeln getroffen werden, um für die Zukunft einer längeren Arbeitsstockung vorzubeugen und die theilweise beabsichtigte Auswanderung der besten Stebenarbeiter zu verhindern. Wenn man demnächst ein Budget von nahe an 2000 Millionen votire, werde man wohl einige Millionen finden können, um der arbeitenden Klasse an den großen Industrieplätzen, an denen die Krisis am heftigsten auftrete, zu Hülfe zu kommen.

Paris, 14. Februar. Nicht allein, daß die Regierung 10,000 Frs. für die Kanonisationsfeier des selig gesprochenen Mönches Labre bewilligt hat, sie hat auch einem namhaften Künstler Auftrag zur Anfertigung einer Statue dieses Heiligen ertheilt. (Köln. Z.)

Paris, 15. Febr. Die Hausse kommt Hrn. Fould so theuer zu stehen, daß auch die Kammern sowie Hr. Thouvenel sie durch leises Auftreten schonen müssen. Ein Windstoß z. B. aus dem beredten Munde des Prinzen Napoleon könnte das Kartenhaus umwerfen, und Hr. Fould mit den Bankiers hätte die Zeche zu bezahlen. Das dem Papst feindliche Amendement des Prinzen Napoleon zur Adresse und die stürmischen Debatten, welche es im Senat hervorrufen müßten, würden hineichen, auch die Coulissen der Börse zu erschüttern, das Vertrauen in die Hausse vollends zu vernichten. Man würde ja nicht ermangeln, jenes Amendement mit den Nicasiot'schen Volksdemonstrationen und mit den sardinischen Truppenzusammenziehungen an den Gränzen des Kirchenstaats in Verbindung zu bringen. Der Prinz Napoleon hat sich erweichen lassen, sein Amendement zurückzuziehen. Jedoch hat er der Adreßkommission die Bedingung gestellt, daß sie selbst in ihren Entwurf eine Phrase des Bedauerns gegen den Papst aufnehme. Dies ist in mildester Form geschehen. (A. Z.)

Italien.

Turin, 16. Febr. Das „Diritto“ ist beauftragt zu erklären, daß Garibaldi die heimlichen Anwerbungen, die in seinem Namen von mazzinischen Vereinen versucht worden seyen, weder gestattet, noch empfohlen habe. (Tel. d. R. K.)

Amerika.

Die Expedition der verbündeten Mächte nach Mexiko steht sich in ihren Erwartungen bedeutend getäuscht. Die Herren finden endlich aus, daß sie von Miramon und Anderen hinter das Licht geführt sind. Miramon hatte ihnen die Unterstützung einer starken Partei versprochen, jetzt aber finden sie die ganze Bevölkerung wie einen Mann gegen sich. Sie haben sich bereits überzeugt, daß ihre gegenwärtigen Streitkräfte der Aufgabe einer Maßregelung der Mexikaner durchaus nicht gewachsen sind. Die Spanier sind in Veracruz förmlich blokirt. Fleisch, Milch oder frische Lebensmittel sind dort gar nicht zu haben, und die Schlihwachen werden in unmittelbarer Nähe der Festungswerke von den Mexikanern erschossen. Bis jetzt sind nur 6000 spanische Truppen in Veracruz. 3000 warten in Havanna auf eine Einschiffung; aber das ist Alles, was Spanien dort verwenden kann. Die Franzosen, die mit ihnen in Streit gerathen sind, wollen in Tampico und Matamoras landen. Viel Zeit haben sie beide nicht zu verlieren, denn ehe Verstärkungen von Europa eintreffen können, rückt die heiße Jahreszeit heran. Schon jetzt liegen 800 Spanier krank in den Lazarethen von Veracruz. Dazu kommen Zwistigkeiten und Mißgrelen der kleinlichsten Art, die deutlich beweisen, daß die Verbündeten selbst kein gutes Ende voraussehen und unter einander uneinig sind. Die Frage, welche Flagge man auf dem Fort San Juan d'Ulloa aufziehen solle, drohte schon die Freunde zu veruneinigen, und wurde kurzer Hand nur dadurch entschieden, daß die Franzosen die ihrige in die Mitte steckten und die englische rechts, die spanische aber links flattern ließen. Der nordamerikanische Gesandte Corwin soll aus dieser Lage der Dinge den größmöglichen Vortheil für sich zu ziehen. So schloß er mit dem neuen mexikanischen Ministerium, dessen Seele Doblado ist, einen günstigen Postvertrag ab, während er in einem anderen Vertrage festsetzte, daß keine der beiden kontrahirenden Mächte gehalten seyn solle, einen flüchtigen Sklaven auszuliefern. Diese letztere Bestimmung wird viel dazu beitragen, die Mexikaner, die abgesagte Feinde der Sklaverei sind, den Nordamerikanern wieder zu nähern, und namentlich in Zukunft alle kleinen Reibereien und Grenzstreitigkeiten zu verhindern. Andererseits fangen die spanisch-amerikanischen Republiken an, einzusehen, daß ihnen das Schicksal von Mexiko droht, wenn der spanische Einfall daselbst gelingen sollte. Peru schlägt deßhalb einen Bund sämmtlicher spanischer Republiken des amerikanischen Kontinents gegen einen etwaigen spanischen Angriff vor. Wenn die Vereinigten Staaten ihren Vortheil verstehen, so werden sie sobald als möglich Henry Clay's alten, von den Sklavenhaltern vereitelten Plan eines Bundes sämmtlicher amerikanischer Republiken wieder aufnehmen, den Bolivar zuerst empfohlen hatte. (K. Z.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 10. bis 15. Februar).

Samstag. Die Hausse feierte im Privatbörsenverkehr des vergangenen Sonntags, wo National bis 61½, österr. Banknoten bis 74⅜, Kreditaktien bis 179 und 186der Loose bis 69 gehoben wurden, sowie am Montag ihre letzten Triumphe. Schon am Schlusse dieser Börse trat eine mattere Tendenz ein und zahlreiche Realisationen beförderten den vorauszusehende Reaktion, die bis heute weitere Fortschritte gemacht hat. Wir konnten von dieser Hausse quand même überhaupt keinen langen Bestand erwarten und bedauern nur die unbefangenen Kapitalisten, welche sich die Finger verbrannten.

Von österr. Effekten war der Hauptumsatz in National; sie sind bis 59¼ zurückgegangen. In letzterer Zeit erschienen auch große Posten engl. Metalliques, für welche zwei Häuser im Auftrag der österr. Regierung Verkäufer waren. Der Kurs dieses Effekts von 63 erscheint im Vergleich zu National billig, da an dem Coupon, der mit 2b.50 Fr. in Paris ausbezahlt wird, beiläufig 2 pCt. gewonnen wird, während man an den National-Coupons ca. 4 pCt. verliert.

Für süddeutsche Staatspapiere war diese Woche weniger Begehr und Kurse daher eher etwas schwächer. Das Gleiche gilt von fremden Fonds. Auch Anlehenslose konnten sich nicht auf ihrer Höhe behaupten und mussten, zumal kurhessische, ansehnlich nachgeben.

Von Kreditaktien regen sprechlt in österreichischen. Am Sonntag bis 179 bezahlt, sind sie nach und nach auf 166½ zurückgegangen. Die deutschen Kreditaktien waren auf dem Kursblatt ohne reelle Umsätze mit gestiegen, jetzt sind sie wieder offiziell flau und weichend, mit Ausnahme der Luxemburger, für welche eine gute Dividende in Aussicht stehen soll. Namentlich haben Darmstädter sich wieder in engere Grenzen bescheiden müssen, da die getriebenen Kurse nicht die gewünschten Liebhaber gefunden. — Von Zettelbank-Aktien sind österreichische erheblich niedriger. Wir finden für den grossen Aufschwung des Effekts in letzterer Zeit keinen gegnügenden Grund in der Lage des Instituts. Auch Frankfurter Bank matter.

Digitized by Google

Auf dem Eisenbahnmarkt influirte die matte Haltung der Berliner Börse und erlitten alle Effekten derselben grösseren oder geringeren Rückgang, zumal hessische Ludwigsbahn, wo man das Guten offenbar zu viel gethan hatte. Von pfälzischen Bahnen Weissenburger auf 4½ pCt gewichen. Auch bayerische Ostbahnen, zumal volle, flau und angeboten.

Der Medio vom 13. d. lief leichte ab, obgleich in Verhältniss der Diskontosteigerung gute Zinsen bewilligt werden mussten. Die Abneigung des Geldes bleibt seit bald zwei Jahren ein stereotype Satz dieser Berichte und es wird nicht eher anders lauten, als bis in Handel und Industrie neues Leben und spekulative Thätigkeit Platz greifen. Wohnt zumal in langen Blehren sehr gestagt, auch London wegen des niedrigen Diskonto in kurzer Sicht niederer. Wiener Devise die 80Gr hinauf, haben wieder auf 80 retirirt. Wien hat ansehnliche Posten Effekten aufgenommen, wofür frassirt werden muss.

(Akt.)

* Magdeburg, 11. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Der Verkehr in Rohzucker war in den letzten Tagen sehr still und nur einige Umsätze von geringem Umfange fanden statt. Es fehlte sowohl an Angebot als Kauflust. Bei geringem Angebot in raffinirtem Zucker war auch der Umsatz sehr beschränkt; da feurige Waare gegen Rohzucker, zum Nachtheile der ersteren, in einem Mißverhältniß steht, so sind überhaupt die Fabrikanten mit ihren Offerten zurückhaltend.

* Amsterdam, 12. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Café. Die letzten acht Tage sind in großer Stille verstrichen und die fortwährende einfremdenden starken Zufuhren von Java, sowohl für die R. H. M. als für Privaten, haben eine sehr lustlose Stimmung erzeugt, und ist gegenwärtig zu ziemlich niedrigen Preisen anzukommen, in welchen Verhältniß auch die Notirungen regulirt sind. — Man bezahlt für Nr. 21 u. 22 unreine Nummern aus der Herbstaufuhr 42 Cs., guten u. rein/schmeckenden Java 42½—43 Cs. Die N. H. M. besitzt jetzt über 400.000 Ballen Vorrath und die Ankündigung der Frühjahrsaufuhren ist demnächst zu erwarten. — Die N. H. M. wird am 20. Februar in Rotterdam 97 Fässer und 18 Ballen Ceylon versteigern. Im vorigen Jahre war die Auktion am 5. April 847 Fässer und 1482 Ballen.

Das Ende ist wie immer: Ruhig mitgehen. Allen Versicherungen, zuwider bleibt der Diener bei seiner Meinung von der Aechtheit des Fanges, den er gemacht; der umsonst abwehrende Kavalier ist in dieser Angelegenheit unschuldig, so viel er auch sonst schuldig sein mag. Eine halbe Stunde darauf ist man an Ort und Stelle. „Ja das ist nicht der Herr Graf, den Sie bringen sollen," ruft der Inspektor dem sich ergebenden Gerichtsdiener zu. „Gewiß er ist es", ruft dieser wiederum, worauf der Inspektor mit großer Klarheit erklärte: „Er ist es nicht, gehen Sie den Herrn los, ich kann ihn nicht annehmen, das ist ja der Graf G., den wir vor vierzehn Tagen erst ausgelassen haben.

Neueste Nachrichten.

** München, 17. Febr. (Privat-Korresp.) Die heutige Generalversammlung der Aktionäre der Ostbahngesellschaft hat unter dem Vorsitze des Hrn. Ministerialraths v. Schubert, des Vizepräsidenten des Verwaltungsrathes, stattgefunden und waren zu derselben 209 Stimmen, welche 57,000 Aktien repräsentirten, angemeldet. Dem Geschäftsbericht der Direktion pro 1860/61, der den Aktionären schon vor einigen Wochen gedruckt übergeben und aus welchem das Wesentlichste bereits mitgetheilt worden ist, wurde von der Generalversammlung ohne irgend eine Erinnerung die Anerkennung ertheilt. Von dem betreffenden Referenten wurde hierauf Vortrag erstattet: I. über die Baurechnung pro 1860/61 (dieselbe schloß mit einer Einnahme von 24,792,334 fl. 573/4 kr. und einer Ausgabe von 9,665,416 fl. 1/2 kr.; demnach Aktivrest 15,127,915 fl. 57½ kr.); II. über die Betriebsrechnung pro 1860/61 (Einnahmen 1,828,320 fl., Ausgaben 685,538 fl., Aktivrest 1,142,782 fl.). Diese beiden Rechnungen sind bereits von der k. Rechnungskammer revidirt und auch der Verwaltungsrath hat sie der Revision unterworfen und derselben vorbehaltlich einer Irrthum im Kalcul, sowie der Superrevision durch den kgl. obersten Rechnungshof, die Genehmigung ertheilt. Die General-Versammlung ertheilte ihrerseits und ohne Erinnerung der beiden Rechnungen ebenfalls die Genehmigung. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung (Bau der Eisenbahn nach Bayreuth und nach Eger) konnte heute nicht erledigt werden, da nicht die Hälfte der Aktien vertreten war; es wurde deßhalb entsprechend dem § 18 der Statuten zu diesem Zwecke eine weitere Generalversammlung auf den 17. März d. J. anberaumt, welche Generalversammlung beschlußfähig ist, auch wenn nicht die Hälfte der Aktien derselben vertreten ist.

Nichtpolitische Zeitung.

Von Wien wird ein hübsches Stückchen berichtet: Ein junger Kavalier kommt dieser Tage in die Gasse anderer Kavaliere, die — Schulden haben. Was Wunder, wenn er sich ihr ennieht und den heimathlichen Herd mit der jungen Frau im Stich läßt? Einige Tage, nachdem dies in aller Stille vor sich ging, kommt der Amtsdiener in das Haus, das der Kavalier bewohnte. Die Frau ist zu Hause und bei ihr ein anderer Kavalier auf Besuch, den der Gerichtsdiener für den seiner Führung in den Schuldthurm Abbefehlenen zu halten sich berechtigt sieht. Was nützen Vernunftgründe einem Gerichtsdiener gegenüber. „Das ist mein Mann schon." sagt er. „Aber nicht mein Mann", sagt die Frau.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. X. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81¾ P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	72¾ fl.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	6er- 99½ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	5er/4 P.	
„	4½ pCt. dto.	423/4 G.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuld.	90⅞/G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4 E. (C. b. R.)	103⅜/P.	
„	4½ pCt. Obl. Ijahr. dto.	103⅜/ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜/G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103¾ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P. 96 G	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	101½ G.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜/ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜/ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93⅜/ P.	
„	3 pCt. Obl.	83 G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 30	48½/ P.	
„	2 pCt.	42⅜ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	97⅞ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1172 P.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	714 13 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170½—71 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	890 P.	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	201½P.-200½G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	84 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P.	
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	84⅜ P.	
Oest. F. St. Eisb. b.pCt. 300 Fr. à 2er kr.	237 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	142½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75⅛ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z	228⅛ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	131 P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105¼ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	246½ P.	
Span. Handels- u. Eisbahnis	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	455 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollonbez.	106½/P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½/P.	
Provinderia (Feuerversi.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst.-l. 100 k. S.	99⅜/ G.
Augsb.-l. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 80 Th. Lad.k.S.	96⅜/ B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞/ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝/ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S.-L. 200 k. S.	83⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜/ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 k. W.	—
do. in ost. W. l. S.	85⅜—⅛ G.
Discunto	3 pCt. o.

Actien-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	56⅝ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132 G.
„ fl. 500 v. 1860/ 6/7	66—65⅜ / G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	105½/P.-107½/G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	122¼ P.	Sardinien Frs. 36 b. R.	53¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 20½ pCt. Z	37 P. 36⅜/ G.
Badische fl. 50	96 P. 95½/ G.	Vereins-Loose fl. 10.	20⅛/ G.
Badische fl. 35	56⅞ P.	Ausw.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 17. Februar. In Folge besserer Wiener Notirungen stellten sich öfters, Fonds und Industrieaktien etwas höher. In den übrigen Fonds und Aktien keine besondere Bewegung. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wurden zu 99⅜ umgesetzt. (Sdnd.)

Digitized by Google

K. Hof-B

Neue Würzburger Ze....

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 50. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 19. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Ein gewaltiger Sturm hat sich erhoben, daß Oesterreich mit den Mittelstaaten eine „Koalition gegen Preußen angezettelt hat". Das war zu erwarten. Der Bundesstaat, mit der Krone Preußen an der Spitze, ist das Losungswort einer Partei, welche im Laufe der letzten Jahre den Leuten so viel und so eindringlich davon vorgeredet hat, daß Jeder, der nur auf schönklingende Worte höre, wirklich diesen deutsch-preußischen Bundesstaat für das Evangelium der Politik und jeden Andersgläubigen für einen Sünder wider den heiligen Geist der Einheit und Freiheit Deutschlands zu halten anfing. Den Siegeshoffnungen dieser Partei wird nun aber durch jenen Protest ein starker Riegel vorgeschoben, und darum schreit sie über — Verrath. Die Einen zwar stellen sich, als ob sie der Sache keine Wichtigkeit beilegten, sie reden von einem „großdeutschen Pulsch", von einem „Faschingsstreich", von einer neuen Todtgeburt des alten Vierkönigsbündnisses. Die Andern aber, die ein feineres Gefühl haben, machen kein Hehl daraus, daß sie den Schlag empfunden, sie schreien, daß es auf eine neue „Demüthigung Preußens, ein neues Olmütz, ein zweites Bronzell abgesehen sey", und der Schreck ist ihnen darob so in die Glieder gefahren, daß sie ohne Weiteres Italien anerkennen, mit Frankreich sich verbinden, den Lorbeerin kündigen, den französischen Handelsvertrag abschließen, die Militärforderungen bewilligen und dann — marschiren lassen wollen. Auch das Gros der Partei ist bereits in Allarm: in Herdorn im Nassauischen hat Metz ins Horn gestoßen und von einer Versammlung von Nationalvereinlern den Beschluß fassen lassen, daß „die schleßlich nur partikularistische und dynastische Interessen fördernde Politik der sogenannten Würzburger Regierungen mit den Anprüchen des deutschen Volkes auf staatliche Einigung unter militärischer, diplomatischer und handelspolitischer Führung des Oberhauptes von Preußen in schreiendem Widerspruche steht"; der Erfurter Nationalverein ist ebenfalls entrüstet über das, was Preußen geboten wurde, und verlangt deßhalb von der Regierung eine ernste Strafe und nachdrücklichen Handeln; in Karlsruhe waren am 16. Februar Freunde und Mitglieder des Nationalvereins aus ganz Baden, etwa 300 Köpfe stark versammelt, und faßten „Beschlüsse" in der deutschen Frage, die natürlich, wie immer, die preußische Hegemonie als Ziel und einziges Heilmittel aufstellten und gegen Oesterreich und Genossen weidlich loszogen; bald wird das ganze Armeekorps der Partei in allen deutschen Ländern auf den Beinen seyn. Was etwa noch fehlt an stolzen Worten von dem deutschen Berufe Preußens, von seinen Ansprüchen auf die militärische, diplomatische und handelspolitische Führung in dem zu bildenden deutschen Bundesstaate, wird das Abgeordnetenhaus bei der kurhessischen, deutschen und italienischen Frage besorgen. Wozu der Lärm? Ist es denn wirklich so überraschend, so unerhört, daß die Würzburger Koalition in die großpreußischen Pläne mit einem Hiebe dazwischenfährt? Jetzt, wo Graf Bernstorff einstlich Miene macht, die alten kleindeutschen Unionspläne wieder aufzunehmen, tritt man dem bestimmt entgegen. Ist das nicht der natürliche, der nothwendige Verlauf der Sachen? Eine Demüthigung für Preußen soll es nicht seyn, — sein Recht wird ihm von Niemand verkürzt werden, — eine Hinweisung auf den Standpunkt, der die Alleinherrschaft des Einen zurückweist und die Rechte Aller anerkennt, muß auf allerdings (Z. Kl.)

Nach Berlin wenden sich gegenwärtig vor Allem die Blicke Deutschlands. Nicht als ob man von dorther für die Entwicklung der nationalen Verfassungsfrage irgend etwas Förderndes erwarten könnte, sondern um des Unheils willen, das von dort etwa ausgehen könnte. Wenn sich die preußische Regierung von den vorgeschrittenen Parteien des Abgeordnetenhauses drängen und treiben ließe, so wäre das Schlimmste zu erwarten. Man spricht in Berlin bereits das Wort „Bürgerkrieg" mit einem Leichtsinne und einer Frivolität aus, als ob es ein Kinderspiel wäre. Ein Blatt, der „Publizist", räth offen zu einem Bündniß mit Frankreich gegen Oesterreich und Deutschland. Niemand kann über ein solches, unser Volk bis zur Todesfeindschaft entzweites Treiben sich vergnügter die Hände reiben, als der Mann an der Seine. Wenn es den Berliner Staatsweisen und Zeitungsgelehrten nachginge, könnte er ganz ruhig seine Zeit abwarten, um alsdann Gewehr im Arm an den Rhein zu marschiren und sich die schöne Beute, ohne einen Schuß zu thun, anzueignen. Die einzige bessere Hoffnung beruht nur auf der Person des Königs von Preußen, welcher zu der ehrlosen und verrätherischen Politik gegen Deutschland, wie sie ein, leider nur zu große Partei in Preußen befolgt wissen will, wohl niemals die Hand bieten wird. Schließlich noch eine kleine Blumenlese von Kraftausdrücken aus dem neuesten Zornartikel der Berliner „National-Zeitung" über die Verwahrung von Oesterreich und Genossen: „Dreistigkeit Oesterreichs und der Würzburger — Niederschlagen eines elenden großdeutschen Pulsches — der Pulsch war in so ausgezeichnetem Grade zugleich schädig und unverschämt — Schmerling, Reichberg und ihre Spießgesellen — diese Gesellschaft erdreistete sich — eine so schwachköpfige und rupige Intrigue — dieser erbärmliche, albern-boshafte Angriff — Herr v. Beust und sein falscher Getreide — Werkzeug des Wiener Hofs — schändliche Intrigue — großbeutsche Lügen — Preußen von diesen Leuchtern und dummen Ränkeschmieden beleidigt." Wem solche Leitartikler nicht zur Unordnung unter die Leitung der preußischen Staatskunst Lust machen, an dem ist Hopfen und Malz verloren.

Dem deutschen Handelsgesetzbuch ist ein neues Terrain erobert worden: es wird mit dem 1. Juli im Herzogthum Koburg ins Leben treten. Doch hat der dortige Landtag die Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments zur rechtzeitigen und entscheidenden Mitwirkung in solchen Dingen abermals zu betonen. (Zeit.)

Baiern. München, 17. Febr. Im Auftrage des erzbischöflichen Ordinariats wurde den Gläubigen bedeutet gegeben, daß der Papst neulich in der Kapelle des Pius-Seminars in Rom eine tägliche Messe in perpetuum für alle diejenigen gestiftet habe, „welche in diesen verdrängnißreichen Zeiten den heiligen Stuhl durch Gebet, Schriften, Waffen und Almosen vertheidigen."

Die in München erscheinende „Schrannenzeitung" schreibt: Dem Vernehmen nach sind für Oberbayern Herr Obergeometer Erhard, für Mittelfranken Herr Kreisgeometer Stark, für Oberfranken die HH. Obergeometer Gullmann und Kulturkommissär Hintz, für das ganze Königreich Herr Zusammenlegungskommissär Wenglein für Revondirungen nach dem neuen Gesetze aufgestellt. (Z. Z.)

Vom Maine. Die Kreis-Gewerbe- und Handelskammer von Unterfranken und Aschaffenburg hat sich, wie schon erwähnt, einstimmig zu Gunsten einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer an den Gewerbeschulen ausgesprochen. Nachdem die Lehrer der Gewerbeschulen mit ihrer Bitte um Aufbesserung ihrer Lage durch den Kammerbeschluß an die einzelnen Kreisvertretungen verwiesen worden sind, finden wir es ganz in der Ordnung, daß sich die Kreisorgane der Sache annehmen, weil auf solchem Wege allein sowohl dem Wunsche der Regierung, als der Bitte der Lehrer genügt werden kann. Wir finden aber auch ebenso in der Ordnung, daß gerade die Handels- und Gewerbekammern zuerst über diesen Gegenstand sich aussprechen, wenn gleich ihnen ein effektiver Beschluß nicht zukommt. Sie sind die Vertreter des Handels- und Gewerbestandes im Kreise, und für sie ist es eine Frage von Wichtigkeit, wie es mit den technischen Schulen, die ja zunächst nur für ihre Lebensberufe vorbereiten, bestellt ist. Hoffentlich wird auch in anderen Kreisen dasselbe Resultat sich ergeben, so daß dann die später zusammentretenden Landrathsversammlungen eine Veranlassung haben, diese ihnen überwiesene Angelegenheit einer ernsten Erwägung zu unterziehen. (R. M. Z.)

Digitized by Google

*** Preußen.** Während die preußische Regierung mit der kurhessischen auf ziemlich gespanntem Fuß steht, weil erstere für die Verfassung von 1831 auftritt, unterhält der preußische Gesandte am Kasseler Hof, Hr. v. Sydow — ein ächter Kreuzzeitungsmann — die freundschaftlichsten Beziehungen zu den jetzigen Machthabern. Persönlichkeiten daselbst. Es ist das eine jener vielen Sonderbarkeiten, an denen das heutige offizielle Preußen leider so reich ist — kalt und warm in einem Athem. Neulich kam dies kuriose Verhältniß im preuß. Abgeordnetenhaus zur Sprache und der Minister Graf Bernstorff wußte darauf nichts Anderes zu sagen, als Hr. v. Sydow sey einer der treuesten Diener des Königs und sey auch nicht bei einer Partei akkreditirt, sondern bei der kurfürstlichen Regierung! Sonst nichts?

Oesterreich. Prag, 14. Febr. Glühende Lust und eisige Noth berühren sich bei uns wie sonst nie. Neben den traurigen Wirkungen der Ueberschwemmung tritt die Faschingsfreude häufiger und glänzender als jemals hervor, ohne daß man den Genuß daran zu tadeln vermag, da während desselben die Noth der andern nicht vergessen wird, und die Bemühungen des Hülfskomite durch reichliche Spenden für die Ueberschwemmten unterstützt werden, so daß bereits viel Gutes geschehen ist und noch mehr geschehen wird. Wie in Alles, so mischt sich die leidige Nationalitätsdemonstration auch in die Faschingsluft; in den separatistischen tschechischen Ballen glänzt die slavische Tracht; auf dem gestrigen Universitätsball dagegen, Alles vereinigend was durch Geburt, Besitz und gesellschaftliche Stellung im Land ausgezeichnet, schmückten die deutschen Farben nicht nur die akademischen Burschen, sondern auch den Kopfputz vornehmer Damen. O Altösterreich! wenn das einst dein Sedanigky geahnt hätte! E pur si muove!

Innsbruck, 14. Febr. Zur Feier des ersten Jahrestages unserer Verfassung wird am 26. Febr. vom Magistrat der Stadt Innsbruck ein glänzender Festball auf Subskription veranstaltet und ein Glückstopf zu Gunsten der Armen damit in Verbindung gebracht. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, 14. Febr. Die bayerische Regierung fragte an, ob die Schweiz nicht geneigt seyn würde, mit Bayern eine Uebereinkunft zu treffen, laut der beide Staaten sich gegenseitig zur Verpflegung und Unterstützung der auf ihrem Gebiet erkrankten oder sonst hülfsbedürftig gewordenen Bayern oder Schweizer verpflichten, ohne daß eine Verrechnung der verursachten Kosten stattfindet? Das gleiche Abkommen besteht bereits zwischen Preußen und der Schweiz; es liegt kein Grund vor, daß ein solches nicht auch mit Bayern zum Abschluß kommen sollte. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 15. Febr. Im Unterhause wurde eine Interpellation gestellt, die Lord Palmerston folgendermaßen beantwortete: „Zwei Millionen nach Dahomey, sagt er, sind erfolglos geblieben. Die Menschenopfer sind eben dort gerade so populär, wie die Gladiatorenspiele bei den alten Römern, oder die Stiergefechte bei den Spaniern. Doch wird die Regierung vor neuen Versuchen, auf den König von Dahomey zu wirken, sich nicht abschrecken lassen." (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Ein Pariser Korrespondent der Wiener „Presse" theilt aus einer im Drucke befindlichen Schrift Napoleons über Cäsar eine Stelle mit, welche, die Richtigkeit der Angabe vorausgesetzt, allerdings eine neue Mahnung an uns Deutsche bittet. Es heißt nämlich im 5. Kapitel, S. 118, wörtlich: „Die Grenzen Frankreichs sind im Westen: das Pyrenäen-Gebirge vom Ocean bis zum Mittelmeere; im Osten dehnen sie sich geographisch vom Ursprung des Rheins bis zu seiner Mündung aus."

Nach der „Independance" hat in Paris die Anregkommission die Reihenfolge der Fragen über die äußere Politik festgestellt, darunter eine, die Kenntnißnahme der Vergleichsvorschläge fordert, wie sie die Regierung nach der Depesche Thouvenel's zur Berathung Roms mit Italien vorzulegen beabsichtigt hatte. Dem Vernehmen nach ist nämlich den Kammern eine wichtige Note der französischen Regierung vorenthalten worden, in welcher die Vorschläge des Tuilerienkabinets zur Ausgleichung der römischen Angelegenheit bestimmter formulirt sind, als in der bekannten Depesche des Hrn. Thouvenel vom 11. Januar v. J.

Paris, den Rentenkonversion soll am Samstag und Sonntag sehr bedeutend gewesen und an den beiden Tagen 7 Millionen für Aufzahlungen eingegangen seyn; auch aus den Provinzen sind günstige Berichte eingegangen; so verschern die Regierungsjournale. „Debats" meldet, 1800 Rentiers hätten sich am ersten Tag gemeldet und $6^1/_2$ Mill. Frcs. einbezahlt. Nach Privatbriefen waren es nur Mandataire des Bankiersyndikats und von der Regierung gesandte Leute, welche sich als Lockvögel an den ersten Tagen zur Konversion herbeidrängten.

Paris, 17. Febr. Der Entwurf der Adresse des Senats sagt in Bezug auf Italien: „Wir bedauern den schmerzlichen Kon-

Dr. Johann Jakob von Lauk

gehörte dem obersten Gerichtshofe seit dem Jahre 1843 an. Unterm 25. Juni 1832 wurde er vom Privatdozenten der Rechtswissenschaften zum außerordentlichen Professor an der Universität Würzburg ernannt, aber schon unterm 24. August desselben Jahres aus dem Staatsdienste entlassen und seiner Funktionen als Lehrer an der Hochschule Würzburg enthoben. Im Jahre 1836 wurde er, nachdem er längere Zeit als Konzipient eines Rechtsanwaltes in Ansbach gearbeitet hatte, wieder in den Staatsdienst berufen und zwar als Regierungsassessor und Fiskal-Anwalt bei der Regierung des Oberdonaukreises, von wo er im Jahre 1837 in gleicher Eigenschaft zur Regierung des Isarkreises versetzt wurde. Unterm 10. Febr. 1839 wurde er zum Fiskal bei der General-Bergwerks- und Salinen-Administration und unterm 2. August 1840 zugleich zum Professor honor. für das Bergrecht an der Universität München ernannt, unterm 24. Okt. 1841 zum Oberbergs- und Salinenrath und endlich unterm 20. Okt. 1843 zum Oberappellationsgerichtsrathe befördert. Ueber seinen Tod bringt die „Allg. Z." folgenden Brief aus München: Unser Freund Lauk ist gestern Nachmittags plötzlich ohne vorausgegangene Krankheit gestorben. Tags vorher hatte er mich noch besucht, klagte hierbei über gestörten Schlaf und Beängstigungen auf der Brust. Er war ängstlich; da er jedoch erwähnte, daß er einen Arzt hierüber gesprochen, der aus seinen Beschwerden nicht viel gemacht, sein Ausgehen auch das beste war, so ließ ich mir nicht träumen, daß sein Ende so nahe bevorstehe, wiewohl ich sonst eine Besorgniß, daß er zum Schlagflusse disponirt seyn möchte, nicht unterdrücken konnte. Die darauf folgende Nacht hatte er gut geschlafen, ging in die Sitzung, wo er Vortrag erstattete, und kam mit gutem Appetit heim. Nach Tische wollte er wie gewohnt lesen, mußte aber das Buch wegen Blutandrangs zum Kopf weglegen. Seine Frau wollte ihn nun bestimmen, seinen Arzt zu besuchen, er wollte aber nicht und ging mit ihr zum Spaziergang aus. Sie waren im englischen Garten noch nicht weit gekommen, so klagte er über immer heftiger werdende Beklemmung der Brust. Seine Frau bestimmte ihn nun umzukehren; als er bis zum Hofgarten gekommen war, wurde das Uebelseyn immer ärger, Blut drang ihm aus dem Mund, er fing an zu röcheln, so daß er sagte: er glaube, daß er sterbe. In der Angst ersuchte die Frau Vorüberkommende, den nächsten Arzt und einen Fiaker zu holen. Der letztere kam zuerst; er stieg mit seiner Frau in denselben. Kurze Zeit darauf wurde der Blut- und Schleimerguß aus Nase und Mund heftiger, er ließ sein Haupt auf die Frau fallen, wurde ganz still und als der Wagen vor dem Hause ankam, war er bereits leblos. Alle Versuche, ihn ins Leben wieder zu rufen, waren vergeblich. Hr. v. Lauk, geboren 1805, also 57 Jahre alt, war bekanntlich durch Talent, Rednergabe, tiefes und ausgebreitetes Wissen und eine reiche auf den verschiedensten Feldern im Staatsdienst gewonnene Erfahrung eines der hervorragendsten Mitglieder unserer Kammer der Abgeordneten und der Stolz des obersten Gerichtshofes. Er war ein Patriot, der die Liebe zu seinem großen Vaterlande tief im Herzen trug. Er war ernsthaft ein Charakter von jener eisernen Art, die sich von keinem Wind der Lehre bewegen, von keinem Mißgeschick beugen läßt und zu jedem Opfer eher bereit ist, als zu dem der Ueberzeugung. (B. Bl.)

Eine Scene aus dem Eisbruch auf der Niederelbe.

Hitzacker (in Hannover), 15. Februar. Morgens 3 Uhr. Das waren zwei furchtbare, grausige Nächte, wie ich sie hier noch nie in 35 Jahren erlebte! — Ich war von einer schweren Entbindungsoperation, schweißtriefend, erklärt um 12 Uhr Abends gestern im Begriff mich umzukleiden, den Ofen nachzuheizen zc., da fuhr ein Kahn vom Markte her rasch zu uns mit dem Warnungsrufe: Das Eis kommt! — In allen Häusern schlief Alles. Da rauschte und krachte schon in den mir wohlbekannten Tönen des derstendsen und drängenden Eises vom obern Stadtende her an der Kirche, Amtshof, immer näher in weißgrauem Schimmer die unge-

Digitized by Google

stikt, welcher die Gewissen beunruhigt. Ueber der Theilnahme, die Ihre Regierung den nationalen Bedürfnissen gezeigt, hat sie die katholischen Interessen nicht vergessen. Sie bedauert wie wir, daß unmäßigen Forderungen, bald dem Widerstand oder der Unbeweglichkeit zu begegnen. Aber ihre Rathschläge sind weise, und man darf nicht aufhören zu sagen, daß die größten Werke der Mäßigung nicht entbehren können, um Wurzel zu fassen, und daß die gerechtesten Dinge durch extreme Weigerung vom rechten Wege abgebracht werden." (Da die Adresse des Senats nur ein Widerhall der Thronrede ist und nur das sagen soll, was der Regierung angenehm ist, so hat diese Stelle insofeme Bedeutung, als man daraus sieht, wie die kaiserliche Regierung ihr Verhalten in der italienischen Frage von der Welt beurtheilt sehen möchte.)

(Tel. d. Fr. Postz.)

Spanien.

Madrid, 17. Febr. Wie die „Correspondencia" meldet, hat der Caper „Sumter" die Rhede von Gibraltar noch nicht verlassen, obgleich die Behörden ihm Befehl dazu gegeben haben. Mehrere Leute von seiner Mannschaft sind ans Land gekommen und wollen nicht mehr an Bord gehen.

Wie man aus Madrid erfährt, haben in der spanischen Hauptstadt Scenen stattgefunden, die eine gewisse Aehnlichkeit mit den Vorgängen haben, welche die Aufführung der „Gaetana" in Paris begleiteten. Im Theater Zarzuela wurde ein neues Stück: „Der Sohn des Don Jose" gegeben, in welchem ein Lieutenant der Armee eine, wie es scheint, lächerliche Figur spielt. Die Offiziere der Madrider Garnison, welche darin eine Beleidigung erblickten, fanden sich bei der zweiten Vorstellung, von Unteroffizieren und Soldaten begleitet, in großer Zahl ein, stampften mit den Füßen, schrien, pfiffen, warfen nach den Schauspielern und erlaubten sich auch sonst mancherlei Excesse, so daß die anwesenden Damen die Flucht ergriffen. Don Enrique O'Donnell und der Herzog v. Sexto sahen diesem Treiben von ihren Logen aus zu. Abends kam es über diese Vorfälle im Casino zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem General Alaminos und dem Direktor des „Contemporaneo", welcher mit einer Herausforderung endete. Der General wurde mit einem Säbelhieb am Kopfe nicht unbedeutend verwundet. Sogar in der Kammer interpellirte Hr. Ruiz Zorrilla den anwesenden Minister über diese Vorgänge. Dieser erwiderte, er habe keine Kenntniß davon. (Fr. Postz.)

Der englische General Alexander, welcher als Abgeordneter der Londoner evangelischen Gesellschaft zu dem Zwecke nach Madrid gekommen ist, um Gnade für die von dem Tribunal von Granada verurtheilten protestantischen Proselytenmacher nachzusuchen, ist auf Verwenden des englischen Gesandten vom Präsidenten des Ministerraths empfangen worden. Der Herzog von Tetuan gab jedoch dem General Alexander zu verstehen, daß sein Verlangen keine Aussicht auf Erfolg habe, und daß, wenn er ihn empfange, dies nur seines Charakters und seiner persönlichen Eigenschaften, nicht aber seiner Mission halber geschehe.

Italien.

Die „Italienische Korrespondenz" bringt eine Proklamation des (geheimen) sog. Nationalkomite von Rom an das römische Volk, worin das Komite daselbe ermahnt, seinen Haß bei Seite zu lassen und die „Beleidigungen der klerikalen Regierung" zu vergessen. Die Nation müsse sich auf die Ereignisse vorbereiten und durch den festen Willen, die weltliche von der päpstlichen Macht zu trennen, und durch seine Ehrfurcht vor dem Papste Europa zu beruhigen. Man müsse die aufrichtigen Katholiken überzeugen, daß die Sicherheit des Papstes in seiner Weise durch den Abzug der französischen Truppen aus Rom gefährdet werden würde. Die Römer sollen aber bei jeder Gelegenheit durch friedliche Kundgebungen beweisen, daß sie fest entschlossen seyen, dem Königreich Italien unter dem Scepter Viktor Emanuel's anzugehören. (Aehnliche Aeußerungen wurden auch neulich bei den Kundgebungen in Florenz, Bergamo ꝛc. gehört; wie es scheint, wurde das Losungswort von Turin aus gegeben, um in gewissen Kreisen die Bedenken gegen die Einverleibung Roms in das neue Königreich Italien zu beseitigen. Das gewichtigste Bedenken freilich — daß nämlich Napoleon III. nichts davon wissen will — das läßt sich dadurch nicht wegbringen.)

Im März soll, wie schon erwähnt, ein Kongreß der italienischen Aktionspartei in Genua stattfinden. Ueber das „Programm" dieses Kongresses erfahren wir, daß an der Spitze desselben die Berathung des Hanstreiches auf außeritalienische Gebiete Oesterreichs steht. Dann soll die Frage des allgemeinen Stimmrechts in Angriff genommen werden. In der Abstimmung über die „Annexationen" hat man allerdings das allgemeine Stimmrecht angewandt, aber doch nur annähernd: das sardinische Staatsgrundgesetz kennt nur ein beschränktes Stimmrecht.

(N. Pr. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 16. Febr. Der offizielle „Dziennik" verkündet 143 Verurtheilungen wegen Betheiligung an den Unruhen, die

---

henre Eisdecke in der Breite von Wussegel bis Seerau (also halbstunden Breite eine einzige Scholle). Jetzt war sie bei uns, und unsere Mauer, Schlosser D's Echaus, die Wiehstelle, unsers Hofes darsten, brachen, stürzten gegen meinen Pferdestall, Garten, Hofraum, Alles in die Tiefe reißend; Fenster, Riegel, Thüren, Bäume verschwanden unter den sich hochaufthürmenden Schollen. Das Krachen dauerte fort, die Angst stieg. Mit Mühe retteten G., K. ꝛc. Kuh, Ziegen, Schweine aus den im Wasser fußhoch stehenden derstenden Ställen zu uns. Kahn auf Kahn schwammen heran zur Rettung. Gottlob, Menschen und Vieh wurden gerettet! So nahte der Morgen grau in grau mit Nebel, Schnee, Regen.

Wie sah es rund um uns aus! Große Bäume bei Schmied Sch., dessen Haus merkwürdig genug durch den Schutz der Bäume stehen blieb, waren weg, von dem starken Fundamente der Kirche eine Ecke spurlos weg, vom Schulhause das ganze Hintergebäude, sowie Planken, Ställe, Mauern bis zur Marschbrücke weg, niedergedrückt in Schutt. Der Sattler D. mußte zur Rettung des Viehes die Wände durchbrechen. In der Kirchenstraße schrie Alles nach Hilfe durch Rähne. Ueber die neue starke Amtsgartenmauer ragte haushoch das Eis, stürzte es massenweis in den Hof. Von den Gärten nach Marwedel am Damm war Alles an Bäumen, Stacketen ꝛc. kahl rasiet, und auf dem Chausseedamm lag das Eis. Das Wasser reicht in den Dbzinger Hof, daher die Passage höchst erschwert ist, und noch wächst die Flutth. So war es gestern bis zum Abend. Da viel Eis in die Elbe treibt, so weiß Keiner, wie es an den Elbdeichen, die tapfer sich hielten, aussehen mag. Bei Herrenhof ragt vor deren Pappeln eine große Eisdecke hervor.

Doch noch längst war die Gefahr nicht vorüber, da die große breite Eisdecke bis Dannenberg über Wiesen und Weiden zwischen Niendorf, Grabau bis Stretz und Seerau noch fest lag und jedenfalls stündlich erwartet werden konnte.

Der Tag verging ruhig. Es wurde Abend. Ich hatte die Wache am Damm vor der Stadt um Nachricht des veränderten Eises gebeten. Da läutete um 2 Uhr Nachts meine Hausglocke, und die Meldung kam: Das Eis rückt wieder an! Schnell wecke ich alle Hausgenossen und Nachbaren. Um halb 3 Uhr hörten wir nun das fürchterliche Sausen, Rauschen, Krachen der Eiswellen, die jede Minute näher kamen. Ein einziger weißer Streif überzog im fahlen Mondschein die hundertbreite Eisfläche. Da kam es und zog an den Eisbarrikaden der vorigen Nacht glücklich vorbei, ohne bedeutenden Schaden. So tagte der Sonnabend Morgen! Die ganze Stadt ist unter Wasser. Ueber Zäune, Hecken, Dämme, Deiche, durch alle Straßen fluthet der Strom des über 8 Fuß hohen Wassers.

Es schlägt 4 Uhr vom Kirchthurme. Die diesmalige hohe und große Gefahr des Eisgangs ist glücklich vorüber; die Folgen bleiben nicht aus, da schon von mehreren Seiten über Senkungen der Gebäude durch das hohe und lange dauernde Wasser geklagt wird. Es ist fast kein Haus im Souterrain wasserfrei.

Morgens 8 Uhr. Der Wasserstand steht still, und langsam wird die Elbe in ihr eingezwängtes Korrektionsbett heimkehren.

(Ztg. f. Nordd.)

---

* „Presse." Von Dr. A. Schöpf, k. k. Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechtes ꝛc. ꝛc., ist der Titel einer so eben bei Ofenner in Salzburg erschienenen Broschüre, in welcher der Verfasser, der sich seit einer Reihe von Jahren in mannigfaltiger Richtung als tüchtiger Schriftsteller und als durchaus freimüthiger Mann erprobt hat, in bündiger und origineller Weise eine Frage behandelt, die namentlich in Oesterreich zu den brennenden zählt. Die Blätter sowohl der offiziellen, als kirchlich gesinnten und anderer Blätter werden rückhaltslos aufgedeckt und in prägnanten Zügen gezeichnet. Das Schriftchen wird Jeder, der sich für den Gegenstand interessirt, mag er auch sonst vielleicht nicht in Allem den Standpunkt des Verfassers theilen, mit Vergnügen lesen; es spricht da ein wackrer, überzeugungstreuer Mann von biederem Charakter, und das thut Einem wohl.

Digitized by Google

vom Anfange des Kriegszustandes (der bekanntlich erst am vorigen Herbst eintrat) bis zum 27. Januar stattgefunden haben.
(Tel. d. K. Z.)

Volkswirthschaftliches.

Stuttgart, 16. Febr. Gestern hielt der Ausschuß des württembergischen Weinbrennervereins eine Plenarversammlung, in der beschlossen wurde, während der besten Tage des Pferdemarktes einen größeren Weinmarkt hier zu halten. Vorläufig sind dem Vereine 450 Eimer Wein zum Preise von 38 bis 224 fl. in 42 verschiedenen Anmeldungen zum Verkauf angeboten. (S.M.)

Leipzig, 16. Febr. Die Betheiligung der sächsischen Fabrikanten an der bevorstehenden Weltausstellung in London ist eine verhältnißmäßig geringe. Zwei Hauptursachen machen diese Erscheinung erklärlich. Einestheils ist der Kostenaufwand für die Ausstellet ein sehr beträchtlicher, und jedenfalls ein solcher, daß er mit dem zu hoffenden möglichen Gewinn in keinem richtigen Verhältniß steht; anderentheils haben namentlich die Manufakturwaaren-Fabrikanten noch andere traurige Erfahrungen gemacht, indem die englischen Fabrikanten den dieselbigen Vieles abgelernt, Muster kopirt und überhaupt außerordentliche Anstrengungen gemacht haben, ihren Mangel an Geschmack und Muster durch Herbeiziehen fremder Kräfte zu ergänzen. Unsere Fabrikanten haben demnach keine Lust, Waaren und Geld nach England hin- und wenig Aufträge, höchstens einige Medaillen zurückzubringen. (A.W.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München. Das am 12. März d. J. eintreffende 50jährige Doktorjubiläum des Geheimraths von Ringseis hat dem hiesigen ärztlichen Vereine Veranlassung gegeben, sich an die Spitze der sämmtlichen Zivil- und Militärärzte Bayerns zu stellen und mit diesen Allen dem Jubilar ein Ehrengeschenk zu überreichen, bestehend in einer goldenen, hiezu eigens zu prägenden Medaille.*) Auch der Senat der hiesigen Universität soll bestimmt haben, dem Jubilar eine goldene Medaille zu widmen, während eine andere von Bronze zur Erinnerung an dieses Fest vertheilt werden soll.

Aus der nördl. Schweiz, 17. Febr. Zur Zeit bewegen sich Auswanderungslüge von Bewohnern Graubündens und Bellins durch hiesige Gegend nach den deutschen Seehäfen, um trotz der amerikanischen Zustände nach allen Orten Nordamerika's auszuwandern; den äußeren Verhältnissen der Wanderungslustigen nach zu schließen, herrscht in ihren Heimathsorten kein günstiger Erwerbszustand. (N. M. Z.)

*) Thatsache ist übrigens bis jetzt nur die von dem Münchner ärztlichen Verein ausgegangene Aufforderung dieses Betreffs an die bayer. Aerzte. Ob nun die sämmtlichen Civil- und Militärärzte sich an genanntem Ehrengeschenke betheiligen werden, muß demnach erst die Zukunft lehren.

Neueste Nachrichten.

= **Wien**, 17. Febr. (Privat-Korresp.) In der Frage wegen Revision des Konkordats erfährt man, daß die römische Curie eine Basis in Vorschlag gebracht haben soll, welche, ohne die Freiheit der katholischen Kirche anzutasten, gleichwohl gestattet, den vollständig anerkannten Ansprüchen der übrigen Konfessionen auf innere Autonomie hinreichend Rechnung zu tragen. Die betreffenden Verhandlungen seyen in Rom eingeleitet worden, aber bereits nach Wien übertragen und es ist anzunehmen, daß die Staatsregierung die Hoffnung hegt, in Bälde dem Reichsrath hierüber eine Vorlage zu machen, durch welche die Arbeiten des konfessionellen Ausschusses des Abgeordnetenhauses, der bekanntlich sehr radikal zu Werke gegangen ist, wesentlich modifizirt werden dürften.

= **Wien**, 17. Febr. (Privat-Korresp.) Wie uns aus Venedig gemeldet wird, zirkulirt dort in gut unterrichteten Kreisen das Gerücht, Erzherzog Ferdinand Max werde Ende März eine Reise nach Paris und London unternehmen — ein Ausflug, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl die Bedeutung eines politischen Ereignisses hätte.

= Die gegen den Buchdrucker Sachetto in Mestre wegen einer revolutionären Winkelpresse eingeleitete Untersuchung hat weitere Verhaftungen zur Folge gehabt. Mehrere verdächtige Personen haben sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen. Auch der Redakteur einer Zeitschrift, die früher in Venedig erschien, befindet sich unter den Verhafteten.

= Die famose Abendunterhaltung in der Agramer „Worana", deren wir vor einigen Tagen Erwähnung thaten, hat sehr unangenehme Folgen. Am Dinstag schlug sich der junge Jellacic, Tags darauf der Advokat Ferie mit Offizieren, und wie man sagt, wollen die Offiziere den Obergespan noch zweimal fordern.

Florenz. Die königliche Kommission der „italienischen Industrieausstellung" ist jetzt von einigen ihrer Herren Gläubiger in Anklagestand versetzt worden, und es ist darüber großes Geschrei. Der noch jetzt zu bezahlende Schuldenrest beträgt anderthalb Millionen Franken.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto	81¾ P.
„	5 pCt. Verer. Coupon b. K.	72¾ P. 71¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	50 P.
„	4½ pCt.	43⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ P. ¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
„	3 pCt. Obl.	93 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à ß. 2. 30	48 P.
„	2 pCt.	22⅝ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1171 ½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	712 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	170—70½ G.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	890 P.
Darmst. Bank l. n. 2. Serie à fl. 250	204 P. 202 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	84⅞ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	64⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. bpCt. 500 Fr. à 24 kr.	237 P.
„ Klausb.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	101½ G.
„ Klausb.-Rahn Prior. 5 pCt. 6/7	75½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z.	22⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	1303⅛ P. ⅛ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	1047⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	240 G.
Span. Bandeira	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	470 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	1061⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ P. 105 G.
Provisionia (Pauwrees.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	98⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 Fr. k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B
London Lst. 10 k. S.	116½ B.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W. —	
do. 2 à 6 W. —	
do. in öst. W. l. S.	85½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	57 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	65⅛—⅜ G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	105 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	122¾ / P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53⅝ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P. 36⅝ G.
Badische fl. 50	95⅛ / P.	Vereins-Loose fl. 10.	98⅛ G.
Badische fl. 35	56¼ / P.	Anshb.-Gunzenh. fl. 7-L.	111⅝ P.

Frankfurt, 18. Februar. Oesterr. Fonds und Industriepapiere behaupteten sich ungefähr auf den gestrigen Kursen. Das Geschäft war nicht von Belang. Darmstädter Bankaktien wurden etwas besser bezahlt. — Neue 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wären zu 99½ gefragt.
(Spnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek in München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 51. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Donnerstag, 20. Februar 1862.

Deutscher Bund.

* Es ist bereits wiederholt eine badische Denkschrift vom 28. Januar über die deutsche Frage erwähnt worden. Der Wunsch, daß dieselbe ebenfalls der Oeffentlichkeit übergeben werden möge, ist jetzt erfüllt; das Februarheft des „Staatsarchivs von Aegidi" bringt den Wortlaut des Aktenstücks. Die sehr umfassende Denkschrift knüpft an die Beust'schen Reformprojekte an und trägt daher die Form einer Depesche, welche der badische Minister Frhr. v. Roggenbach an den großh. Gesandten am k. sächs. Hofe, Frhrn. v. Marschall, gerichtet hat. Es ist zur Genüge bekannt, welchen Standpunkt die gegenwärtige badische Regierung in der deutschen Frage einnimmt; sie will anstatt des jetzigen Staatenbundes einen Bundesstaat unter Preußens Führung, aus dem natürlich Oesterreich ausgeschlossen wäre, mit welchem jener Bundesstaat dann in ein Bündniß treten sollte — kurz sie will, was der Nationalverein will. Deßhalb können wir es auch füglich unterlassen, die Depesche, die in dieser Hinsicht nichts Neues sagt, ausführlich mitzutheilen, und wir begnügen uns, einige bezeichnende Stellen derselben auszuheben. „So lange, heißt es darin, die zur Lösung in Deutschland stehende Frage noch vom Standpunkte der möglichsten Berücksichtigung der vielfach widersprechenden Einzelinteressen, statt von dem anderen, der zu erstrebenden höchsten Leistung für die Gemeinschaft, betrachtet wird, dürfte ein ähnlicher Mißerfolg zunächst alle Vorschläge treffen, von welcher Seite sie auch ausgehen. Wäre es möglich, die politischen Gegensätze, unter welchen der bestehende politische Zustand Deutschlands leidet, bloß durch Auffindung einer neuen Formel zu heben, die Aufgabe würde längst nicht mehr den Gegenstand allseitiger Bemühung bilden und wäre nicht zum Ausgangspunkte tiefer Zerrissenheit noch mehr wie alle andern Nationen durch seine Erfahrung auf Einigkeit angewiesenen deutschen Volks geworden. Wir selbst waren im Begriffe, als der Beust'sche Entwurf uns überraschte, an unsere hohen Verbündeten nicht etwa einen ausgearbeiteten Vorschlag, wohl aber die ernstefte Aufforderung zu richten, dem großen Gegenstande einer wirksamen Organisation des Bundes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht länger zu zögern, eine Frage, welche so viele Herzen und die besten Köpfe dieses Volkes bewegt, auch in geschäftliche Behandlung zu nehmen. Wie würden sie aufgefordert haben, sich der Einsicht nicht zu verschließen, daß nur allseitige Opferbereitwilligkeit in der Lage des Volkes etwas bessern könne, dessen Theile sie sind, und hätten ausgesührt, daß es an der Zeit sey, sich mit dem Entschlusse zu rüsten, unter Hinwegwerfen aller kurzsichtigen Engherzigkeit Befugnisse nicht fest zu halten, deren selbstlose Hingabe von dem Wohle des Ganzen künftig von uns verlangt werden kann, wie bisher die Rechtfertigung unserer gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung wesentlich auf der Voraussetzung ruhte, daß dieselbe ausschließlich im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes verwerthet werde."

Und weiter heißt es an einer andern Stelle der Depesche: „Der geistige Kampf zwischen den Gegensätzen, welche sich in Deutschland entgegenstehen, muß innerhalb der Nation einen Abschluß gefunden oder unter der Lehre früher Erfahrung zum Schweigen gekommen seyn, ehe sich hoffen läßt, eine entsprechende Form für so verschiedenartige Standpunkte gewinnen zu können. So lange ein Theil deutscher Staatsmänner mit der ganzen Wärme patriotischer Ueberzeugung ein System zu verwirklichen strebt, von dem der andere, mit einer Ueberzeugung, die wir nicht für weniger aufrichtig halten möchten, seinen Anstand nimmt, Bürgerkrieg und Einmischung des Auslandes vorherzusagen, liegt zunächst eine wichtigere Aufgabe vor uns, als die Aufsuchung von Formen — nämlich vor Allem die Unterordnung der vielgespaltenen Einzelbestrebungen unter den einen, allbeherrschenden und allein berechtigten Gedanken eines einigen und mächtigen Vaterlandes. Es ist nur eine Erscheinung dieses betrübenden Gegensatzes, wenn Frhr. v. Beust davon ausgeht, daß der Staatenbund nicht in Frage gestellt werden dürfe, nicht nur weil ein anderes unpraktisch sey, sondern weil die Pflicht gebiete, zu seiner Neugestaltung die Hand zu reichen, welche wie der Bundesstaat eine Auflösung des Bundes in sich trage. Die Idee des deutschen Bundesstaates ist darnach die Idee der Revolution und als solche unbedingt zu verwerfen. Innerhalb der Bundesverfassung selbst und ihrer Grundlage, des Staatenbundes, soll sich die Reform vollziehen. Innerhalb derselben scheinen dem königl. sächsischen Staatsminister manchfache Verbesserungen möglich. Wie unserseits gehen davon aus, daß die staatenbundliche Form der Bundesverfassung überhaupt als solche nicht zu größerer Leistungsfähigkeit entwickelt werden kann, als der Bund seit seiner Gründung bewährt hat. Und zwar halten wir eine Verbesserung innerhalb des Staatenbundes für so unthunlich, daß wir unbedingt die Erhaltung des status quo zu vertheidigen uns genöthigt finden, so lange nicht eine Reform in Angriff genommen wird, die entschlossen ist, auch die Grundlage des Staatenbundes zu verlassen. Wir scheuen uns nicht, unserseits eine Veränderung als nothwendig zu bezeichnen, welche über diese Schranken des Staatenbundes hinausgeht, und erkennen, eine Lehre spendende Enquidung seyn, und auch Homers Apotheose wird als großartiger Torso eines Epos Zeugniß leisten von der reichen und farbenvollen Bildkraft des hingeschiedenen Dichters. Und vor Hätte in der schlichten, launig derben, echt volksthümlichen Erscheinung ohne jede Vornehmheit das zarte Sinnen und tiefe Weltschauen vermuthet, welche seinen Schriften einen so eigenen Zauber verliehen! Schreiber dieser Zeilen hatte noch das Glück, den verehrten Greis während des letzt verflossenen Jahres zu Mustau, seinem heimathlichen Asyle, im Kreise der Seinen kennen zu lernen. Mit liebevollem Dank für die sorgliche Pflege der Töchter ertrug er die seit einem Schlaganfalle eingetretenen körperlichen Leiden, mit göttlichem Humor selbst die Schwäche des Gedächtnisses; noch erzählte er gern von seinen Reisen im Orient, ergötzte sich noch an der muthig festgehaltenen Hoffnung, sein episches Gedicht, das Werk eines Menschenalters, zu vollenden, und scherzte bei Gelegenheit wie in den sonnigen Tagen jener Jahre, wo er mit seinem Freunde, dem Fürsten Pückler, um die Wette dem Leben die schönsten Früchte abgewann.

Am Montag Abend endete ihm ein wiederholter Schlaganfall die Besinnung; die rasch bereite Hilfe war vergeblich; er schloß die Augen, um sie dem Anblick der Sonne, die er so liebte, nie wieder zu erschließen. (Nat.-Z.)

Digitized by Google

fürchten nicht, daß der Vorwurf des Revolution einen Gedanken treffen kann, den schon heute deutsche Regierungen offen zu dem ihrigen gemacht, dem in nicht langer Vergangenheit diese Mehrzahl als einem rettenden begeistern war, und welchen in vielleicht nicht ferner Zukunft gerade die genehmigen können, die ihn heute noch zurückweisen. Die einzige entscheidende Frage für deutsche Regierungen, welche sich bewußt sind, daß sie Alles vermögen und Alles dürfen, wo es sich um die große Sache des ihrer politischen Leitung anvertrauten Vaterlandes handelt, kann nur seyn: was nützt denselben und was ist unsere Pflicht? — Nimmer aber dürfen wir vor dieser erkannten Pflicht ein selbstgeschaffenes Hemmniß aufstellen, welches uns an deren Erfüllung zu hindern im Stande wäre, wie es der Ausschluß fruchtbarer und möglichen politischer Systeme unter dem Vorwande revolutionären Makels seyn würde."

Im weitern Verlauf der Depesche heißt es sodann: „Durch ganz Deutschland geht eine große gesellschaftlich politische Bewegung, die in ihrem letzten Ziele nichts Geringeres beabsichtigt, als die Aufbedung unserer als ungenügend befundenen Bundesverfassung und die Ersetzung derselben durch eine feste und enger geschlossene und zugleich vollkommener gegliederte Einheitsform. Daß gegenüber den, die einzelnen deutschen Staaten vertretenden Regierungen und Tendenzen nun auch die Nation als Ganzes eine wirkliche, selbständige Vertretung finde, und daß hierdurch jeder einzelne Deutsche eine genügende Sicherung seines nationalen Daseyns und Bewußtseyns nach innen wie nach außen erhalte, das ist der allgemeine Sinn der Forderungen, die während der letzten Jahre sich in allen Kreisen unseres öffentlichen Lebens, namentlich in Presse, Kammern und Vereinen, immer entschiedener geltend gemacht haben und die in dieser ihrer mäßigen Fassung auch seitens der Regierungen nur selten einem Widerspruch, zu gelegentlich seitens einiger derselben einer entschiedenen Zustimmung begegnet sind. Die großherzogliche Regierung glaubt deshalb nicht nur das thatsächliche Vorhandenseyn einer solchen großen nationalen Bewegung als feststehend betrachten, sondern auch die vielfache sittliche wie geschichtliche Begründetheit und Berechtigung als eine bereits zugegebene Wahrheit voraussetzen zu können. Schon dauert sie seit der Auflösung des deutschen Reiches und der Gründung der gegenwärtigen Bundesverfassung. Im Jahre 1848 hat sich die zerstörende Kraft derselben an den bestehenden Staatszuständen erprobt. — Die Gefahr der Wiederkehr ähnlicher Ausbrüche ist nicht ausgeschlossen, so lange der tiefe Unmuth über den Mangel jeder nationalen Leistung die gegenwärtige Ordnung mit dem Vorwurfe treffen kann, denselben zu verschulden. — Sollten solche Erschütterungen nicht ausbleiben, so ist zu fürchten, daß deren Folgen für die Theorie wie für die Existenz der Einzelstaaten verhängnißvoll werden. Aber auch die bloße Fortdauer des herrschenden Mißbehagens und des Zweifels an der ausreichenden Kraft unserer Institutionen droht die besten Elemente des deutschen Volkscharakters zu verderben. Deutschland läuft dadurch Gefahr, mit den Entbehrungen der Gegenwart zugleich die Bedingungen einer besseren Zukunft zu verlieren. Aber nichts auch, sind wir überzeugt, braucht deshalb den deutschen Regierungen ein rascheres und entschlosseneres Entgegenkommen. Kein Theil der Nation hängt in allen seinen Lebensbedingungen mit der deutschen Frage inniger zusammen — keiner ist zu ihrer Lösung mehr unmittelbar berufen und befähigt, als wir deutsche Regierungen, und schon, daß wir bis jetzt die Initiative dieser Lösung zu vorzugsweise den Bevölkerungen überlassen haben, enthält für uns den stillen Vorwurf einer nicht genügenden Thätigkeit, Einsicht und Entschlossenheit. — Unverantwortlich aber würden wir handeln, unverantwortlich vor der Nation, wie vor der Geschichte, wenn wir durch noch längeres Zuwarten jenen Mangel an Thätigkeit nun gewissermaßen zur Maxime erheben und uns zu bewußten Urhebern aller der verderblichen Folgen machen wollten, die eine längere Nichterledigung der Frage von innen ohne außen über das Vaterland herbeiziehen könnte." Was Hr. v. Roggenbach, der Verfasser dieser Depesche, hier sagt, ist Alles recht schön und wahr; aber es bleibt eben immer die Frage, ob die Erwägungen und thatsächlichen Verhältnisse, die er zusammenstellt, nothwendig zu dem Schluß führen, den er zieht, daß nämlich Preußen an die Spitze eines deutschen Bundesstaats gestellt, und Oesterreich aus diesem ausgeschieden werden müsse. Wie Hr. v. Roggenbach sich diesen Bundesstaat eingerichtet denkt, darüber morgen das Weitere.

Bayern. München. Bei allen Kavallerie- und Artillerie-Regimentern hat die Einübung des Exerzierreglements-Reitsystems bereits mit dem größten Erfolg stattgefunden. Gutachtliche Berichte über die definitive Einführung in das Heer sind nach vollendeten Herbstwaffenübungen einzureichen.

Preußen. In den Gegenständen, welche das preuß. Abgeordnetenhaus in einer Antwortsadresse auf die Thronrede sehr geeignet hatte anregen kommen und sollen, einen ernsten Aufgaben nun aber in anderer Weise erwartet werden muß, gehört das Verlangen einer wahren Amnestie. In Preußen hat man wiederholt „Gnadenakte" verkündet. Sie gehören aber zum Wenigstbefriedigenden, was in dieser Beziehung vorliegt. In Folge dessen schmachtet noch heute eine Menge Männer aus diesem Lande in der Verbannung. Ludwig Simon (welcher bekanntlich zu Paris lebt) war nach dem Wortlaute des viel besprochenen „Gnadenaktes" in die Amnestie einbegriffen. Da fand man heraus, daß er, weil er sich nach dem Ausland begeben, als Landwehrdienstpflichtiger „desertirt", und dafür strafbar sey! Wie verlautet, ist Wort über eine solche Argumentation: es kam der Kränkung- und damit der „Gnadenakt für Militäre", der einen eigenen Paragraphen enthält zu Gunsten solcher Landwehrmänner, welche sich ohne Erlaubniß in das Ausland begeben hatten. Nun schien denn endlich auch jenes seltsame Hinderniß beseitigt. Es fand demnach eine Anfrage an den Justizminister statt; dieser benahm sich mit dem Kriegsminister und wer weiß mit wem noch. Genug, es ist Thatsache, daß Simon auch nach dieser zweiten s. g. Amnestie verbannt bleibt, weil der erwähnte Artikel des Gnadenaktes auf ihn nicht anwendbar sey! (N.Fr.Z.)

Holstein. Glückstadt, 17. Febr. Advokat Lehmann ist vom Obergericht freigesprochen, der Fiscus in die Prozeßkosten verurtheilt worden. (Lehmann war wegen Abhaltung einer Nationalvereins-Versammlung, wo man sich für Herstellung einer Centralgewalt (preußische Spitze) und eines deutschen Parlaments aussprach, in Anklagestand versetzt worden.) (H. N.)

Oesterreich. Aus Wien, 16. Febr. schreibt man der „Kölner Ztg.": „Die provisorisch getroffene Uebereinkunft zwischen dem Finanzminister und dem engeren Bankkomite ist in ihren Details noch ein Geheimniß. Das der Finanzminister das Privilegium der Bank auf 25 Jahre verlängern will, wurde die Bank dem Staate 80 Millionen Gulden zu einem durchschnittlichen Zinsfuß von 1½ Prozent auf ihrem Fonds vorstreckt, bestätigt sich; als Bedeckung dieser Schuld sollen neue Obligationen deponiert werden, deren Einlösungstermine auf die letzten 5 Jahre des Privilegium fixirt sind. Der Reichsrath hätte die Gültigkeit dieser Staatsobligationen durch Eintragung in das zu eröffnende große Schuldbuch anzuerkennen. Außerdem verpflichtet sich die Staatsverwaltung, die an die Bank verpfändeten Staatsgüter binnen 10 Jahren zu erkaufen, so daß jährlich ein Betrag von 7—10 Millionen in die Bankkasse einfließt; falls die Verkäufe behindert würden, verpflichtet sich der Staat, das Minimum von 7 Millionen jedenfalls zurückzuzahlen. Die Wiener Währungsschuld im Betrage von 40 Millionen wird reglementmäßig bis 1870 getilgt; der Rest der gesammten Staatsschuld bleibt durch den Rest der 1860er Loose gedeckt, zu deren Veräußerung die Bank im Vereine mit der Finanzleitung ermächtigt wird. Durch diese Uebereinkunft erhält der Finanzminister circa 80 Millionen Gulden 1860er Loose zur freien Verfügung, und um diese Summe leichter und zu höherem Preise plazieren zu können, soll der Lotterieplan dadurch gestaltet werden. Diese Uebereinkunft ist nichts als ein Produkt der Rathlosigkeit des Finanzministers, der das Zettelbank-Privilegium dahingibt, weil er sonst kein Anlehen aufzutreiben weiß; daß hierdurch der Landeswährung ein neuer Abbruch geschieht, da was das Darlehen von 80 Millionen den Fonds der Bank belastet, schaint, nicht gerürdigt worden zu seyn. Der Drang, dem momentanen Defizit Abhülfe zu verschaffen, läßt alle anderen Rücksichten vergessen. Allein auch die Bank macht kein gutes Geschäft, da die bleibende Staatsschuld von 80 Millionen sie in allen ihren Operationen hindern wird; diese Anleihe ist das Danaidenfaß, das vergeblich mit Gold und Silber angefüllt werden wird. Die auf den 22. Februar einberufene Versammlung des Bank-Ausschusses wird der Uebereinkunft keine neuen Schwierigkeiten in den Weg legen, weil es sonst mit dem Finanzminister zu einem vollständigen Bruch käme; allein dann wird sich die Oeffentlichkeit des Projekts bemächtigen, und diese ist der Pleiner'schen Abmachung prinzipiell entgegen. Der eigentliche Kampf wegen Erneuerung des Bank-Privilegium so wie wegen der Bedeckung des Defizit wird erst beginnen." So der Berichterstatter der „Köln. Ztg." Ob seine thatsächlichen Angaben richtig sind, wird sich bald herausstellen. Klar ist über die Sachlage sogar, lassen wir vorerst nur als seine persönliche Ansicht gelten.

Innsbruck, 17. Febr. In der Hütte von Brixlegg bereitet gegenwärtig große Thätigkeit; die Arbeiter lösen sich von 8 zu 8 Stunden bei Tag und Nacht ab, und selbst an Sonntagen darf nicht ausgesetzt werden. Es ist nämlich von Wien der Auftrag gekommen, nicht weniger als 30 Millionen Kupferplätchen für

Digitized by Google

Neukreuzerstücke und 20 Millionen für halbe Kreuzerstücke anzufertigen. Hiezu werden theils Kreuzer älterer Form eingeschmolzen, theils wird Kupfer aus den verschiedenen Bergwerken in Tirol verwendet. Soeben ist man mit der Aufstellung einer neuen Maschine beschäftigt, welche aus den glatt gewalzten und in Riemen geschnittenen Kupferplatten mit jedem Stoße 3 solcher Kupferbüchschen herausstichelt, und da sie in jeder Minute 100 Stöße zu machen im Stande ist, täglich 43,200 Stücke zu erzeugen vermag.

Neu-Gradiska, 17. Febr. Der katholische zensurirte Pfarrer Martin Benalovic wurde wegen Störung der öffentlichen Ruhe durch Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung des einheitlichen Staatsverbandes durch das Kriegsministerium zu einjährigem Kerker verurtheilt, welches Urtheil an ihm in Neu-Gradiska, wo auch das Kriegsrecht abgehalten wurde, in Vollzug gesetzt werden wird. (A. B.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichsrathes sagte bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Aenderung der Verfassung (weil Holstein und Lauenburg aus dem dänischen Gesammtstaat ausscheiden sollen, um dem Verfassungsstreit ein Ende zu machen) der Ministerpräsident Hall: „Die konstitutionelle Wiedervereinigung Holsteins und Lauenburgs mit den übrigen Landestheilen sey abhängig von der vollständigen Uebereinstimmung des Reichsraths und der holsteinischen Ständerversammlung, die einander vollkommen selbstständig und unabhängig gegenüberstehen". (Das ließe sich hören.) Der Minister des Innern sagte: „Die Vereinigung ist nur nach der vollständigen Revision der Verfassung möglich. Die Uneinigkeit und die unheilvolle Situation ist theilweise dahin begründet, daß man das holsteinische Volk mit der holsteinischen Ritterschaft verwechsle. Es sey überzeugt, daß, wenn auch das holsteinische Volk sich darein finde, daß die Ritterschaft das Wort führe, es doch nicht in deren Theorien huldige; es sey eine der dreistesten Kunststücke der holsteinischen Ritterschaft, daß sie durch das Aufstecken der deutschen Fahne vorspiegle habe, die Freiheitswünsche niederzuhalten, welche ganz gewiß im Innern des holsteinischen Volkes wohnen." (Die dänische Verfassung ist allerdings weit freisinniger, als die alte holsteinische, welche noch gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizei und all den feudalen Zopf enthält. Leider ist nicht zu leugnen, daß in den holsteinischen Verfassungsfreistal allerdings auch die selbstsüchtigen Bestrebungen der Ritterschaft, die um jeden Preis ihre alten, unzeitgemäßen, fast überall sonst längst beseitigten Privilegien erhalten will, in unheilvoller Weise sich eingemischt und dadurch dem berechtigten Kampf Holstein's um seine provinzielle Selbstständigkeit ein schädliches Element beigestellt haben, so daß man jetzt sagen muß: Recht und Unrecht sind auf beiden Seiten gemischt. Eben darum wäre es so sehr zu wünschen, daß dieser lange, unheilvolle Streit endlich durch gütliche Vermittlung und gegenseitiges Nachgeben beigelegt würde.)

Frankreich.

Die Regierungsjournale fahren fort, den Rentiers die Vortheile der Konversion zu preisen, und auch die sog. unabhängigen Journale thun dies in einer Weise, der man deutlich ansieht, daß es auf Kommando geschieht. Das Ensemble dieser Artikel lautet wie ein Schmerzensschrei über das immer wahrscheinlicher werdende Scheitern der gepriesenen Maßregel. Wäre dies der Fall, so wäre damit wieder ein guter Theil bonapartistisches Prestige dahin, denn wenn die Rentiers das Vertrauen hätten, daß nicht durch neue Kriegslust oder sonstige Extravaganzen jede Aussicht auf Kapitalvermehrung illusorisch gemacht würde, so würden die wenigsten Bedenken tragen, das ihnen zugemuthete kleine Opfer zu bringen. Napoleon erntet nun, was er gesäet hat; er hat die Macht der Presse gebrochen und ihre allodiösen Töne verhallen nun ohne allen Eindruck. (N. Fr. Z.)

Italien.

Der Prozeß gegen P. Pantaleone wurde wegen Mangels an Beweisen wieder niedergeschlagen.

In Neapel ist ein neues ministerielles Journal aufgetaucht, welches den Titel führt: „la giovine Italia". In seinem Glaubensbekenntniß erklärt der Redakteur: die Lage Italiens sey dermaßen gefährlich und kritisch und die Regierung so ansehen- und machtlos, daß man seiner Ansicht zufolge wieder zu dem Handwerk der Verschwörungen zurückkehren müsse. Dieser treffliche Mann heißt de Clemente.

Rußland und Polen.

Bei den Unruhen in Warschau wurde ein Engländer, Namens Mitchell, von Kosaken niedergeworfen und mit Lanzen geschlagen; dafür verlangt derselbe eine Entschädigung von der russischen Regierung und die Veröffentlichung derselben in der Warschauer Zeitung. Auf Reklamation der englischen Regierung hat der russische Gesandte das Bedauern seiner Regierung über den Vorfall ausgesprochen und mitgetheilt, daß der Kosak ermittelt und bestraft werden solle; damit erklärte sich Russell zufriedengestellt, nicht so Mitchell, der darüber gewaltig in Zorn gerathen kömmt und verlangt, daß das Warschauer Journal die ihm gewordene höchst ungenügende Satisfaktion veröffentliche.

Amerika.

New-York, 6. Febr. Nach den letzten Nachrichten aus Mexiko hat die Uneinigkeit, welche die Parteien trennte, ihr Ende gefunden und alle haben sich geeinigt, um der fremden Invasion zu widerstehen. (Wahrscheinlich Yankee-Lügen?)

(Tel. d. N. Fr. Ztg.)

New-York, 6. Februar. Der Präsident Lincoln und der Kriegsminister werden den Oberbefehl über die Armee übernehmen; General McClellan wird die am Potomak stehende Abtheilung kommandiren. (Das wäre kurios!) (Tel. d. N. Fr. Ztg.)

Volkswirthschaftliches.

Die Handels- und Gewerbekammer von Mittelfranken hat die Städte Nürnberg, Fürth, Ansbach und Eichstätt als Sitz von Handelsgerichten vorgeschlagen. Diese Kammer hat u. A. folgende Anträge beschlossen: Herabsetzung des Telegraphentarifs im internen Verkehr, Einführung von Frankatur-Briefcouverts, Neubauung des Briefporto und Errichtung von Güter-Eilzügen.

Dresden, 14. Febr. Die in diesen Tagen hier gehaltene Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen hat sich für den direkten Güterverkehr von Bahn zu Bahn ohne Vermittlungsadresse mit 118 gegen 23 Stimmen entschieden.

(Schw. M.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. Febr. Interessant ist die bei dem obersten Gerichtshofe zur Entscheidung gelangte Frage bezüglich der Qualität der Ostbahnaktien als öffentliche oder Privaturkunden. Bei der Ausgabe der Ostbahnaktien waren Aktienformulare in der Druckerei von Pustet in Regensburg gedruckt worden, welche nicht der vorgeschriebenen Form entsprochen hatten, deshalb nicht benützt werden konnten, und der Direktion der Ostbahngesellschaft zur Vernichtung übergeben wurden. Diese Uebergabe scheint jedoch nicht vollständig geschehen zu seyn, weil mehrere dieser Aktien als Makulatur in Umlauf kamen. Eine Wirthstochter bekam sich im Besitze eines solchen Papiers und verkehrte damit in Regensburg, wo zum Einwickeln eines Bratens zu verwenden, als Franz Maier, Kanzlei-funktionär in Regensburg, sie ersuchte, dieses Formular ihm zu überlassen. Sie that dieses unbesangen und wurde deshalb von Franz Maier in der Art bedroht, daß er den Namen des k. Regierungskommissärs Frhrn. v. Zoblowitz darauf eintrug, die Coupons mit falschen Namen versah und eine solche Aktie dem Wirthschaftspächter Jakob Stämpfle in Regensburg als Depositum für ein älteres Darlehen von 50 fl. und ein neues zu 50 fl. übergab. Das k. Bezirksgericht Regensburg verwies am 3. d. M. die Sache wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde an das k. Appellationsgericht, welches jedoch im gegebenen Falle eine Privaturkundenfälschung erblickte und den Franz Maier vor das k. Bezirksgericht Regensburg verwies. Hiebei war die Erwägung maßgebend, daß eine Ostbahnaktie als eine von einer industriellen Gesellschaft ausgestellte Privaturkunde erscheine und diese Eigenschaft durch die dem k. Kommissär zustehende Kontrafignatur nicht verliere. Dieser k. Kommissär sey nur zur Ueberwachung der mit dem Staate abgeschlossenen Verträge und Satzungen der Gesellschaft aufgestellt und besinde sich bei der Kontrafignatur nicht im Vollzuge eines Staatsamtes, sondern im Vollzuge des staatlichen Oberaufsichtsrechtes. Der kgl. Staatsanwalt sowohl, als der Angeschuldigte erhoben die Nichtigkeitsbeschwerde wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes auf die Eigenschaft der That. Der kgl. General-Staatsanwalt hielt die Staatsanwaltschaftliche Beschwerde für vollkommen begründet. Artikel 337 Absatz 2 bezeichne als Fälschung öffentlicher Urkunden die Fälschung solcher Urkunden, die von anderen Staatsämtern oder öffentlichen Behörden als den

Digitized by Google

in Absatz 1 benannten verfertigt, bestätigt, ausgestellt, oder mit deren Ausübung ausgestellt werden. Zwar sey die Aktiengesellschaft der Othahnen eine Privatgesellschaft, aber demungeachtet hätten ihre Aktien die Eigenschaft öffentlicher Urkunden, indem §. 19 der Konzessionsurkunde bestimme, daß der k. Regierungskommissär die Aktien kontrasignire; es erscheine also die Kontrasignirung als wesentlicher Bestandtheil der Othahnaktien. Ohne diese Kontrasignirung gebe es keine Othahnaktien. Der k. Regierungskommissär beliebe aber ein Staatsamt, repräsentire eine öffentliche Behörde. Der oberste Gerichtshof gab dem Antrage auf Vernichtung des appellationsgerichtlichen Erkenntnisses und Verweisung der Sache zur weiteren Beschlußfassung in die geheime Sitzung des obersten Gerichtshofes statt. Das Gesetz sey bezüglich der Eigenschaft der That unrichtig angewendet worden, da die Aktien der Othahnen unzweifelhaft als öffentliche Urkunden im Sinne des Art. 337 des Strafgesetzbuches zu erachten seyen, wie auch aus den Anmerkungen hervorgehe. Uebereinstimmen sprachen für diese Ansicht auch die Natur der Rechte, welche dieser Gesellschaft gewährt wurden, die Prüfungsartikel, das Einlösungsrecht, die wiederholte Oberaufsicht des Staates. (N. W. Z.)

München, 17. Febr. Seit Langem Zeit sind am frühen Morgen in der Nähe von München zahlreiche Diebstähle an Landleuten, die Butterwaren per Stadt fahren, auf den Straßen verübt worden. Bald wurden Eier und Schmalz, bald Lämmer, bald Kälber von den Wägen herab gestohlen. Endlich ist es gelungen, eine ganze Bande von Gaunern, wie man hört sieben, welche dieses Geschäft trieben, zu entdecken und zu verhaften. (A. Post.)

München. An verschiedenen Orten der Stadt München werden demnächst Postbureaux errichtet, auf welchen nicht nur Briefe, sondern auch Packestücke abgegeben werden können. (Münch. B.)

Aus Berlin schreibt man: „Der Apfelweinhändler Petsch hat Berlin verlassen und ist nach Frankfurt a. M. übergesiedelt, um sein Heilverfahren, welches ihm hier wiederholte Beunruhigungen zu Geldtrafen zugezogen hat, dort wieder aufzunehmen."

Leipzig, den 17. Februar. Das Tagesereignis hier ist die heute erfolgte Ausgabe von zwei Bänden Fortsetzung der Tagebücher von Varnhagen von Ense. Es sind abermals ein paar stattliche Bändchen von mehr als fünfzig Bogen, beide die Zeit von Neujahr 1845 bis mit 1848 enthaltend. Der Zeitpunkt des Erscheinens ist diesmal eben so bedeutsam, als bei der Ausgabe der ersten Bände, die in den Erinnerungsjubel als Dämpfer fielen. Das Werk ist übrigens mit dieser Fortsetzung noch nicht abgeschlossen. Die erste Auflage der ersten Bände ist Augenblicks vergriffen. (Allg. Z.)

Der bekannte Afrika-Reisende Dr. Barth hält in der „Allg. Pr. Ztg." vom 7. d. den Vorwurf gegen Hrn. v. Heuglin, daß er den Hauptzweck seiner Reise willkürlich und auch nicht einmal im wahren Interesse der Wissenschaft bei Seite setze (was das Komite neulich zu bestreiten oder zu verhüllen gesucht hatte) aufrecht.

Neueste Nachrichten.

München, 19. Febr. Die „A. M. Z." bespricht heute die preußische Antwort-Note vom 14. Februar und sagt u. A.: „Preußen, behaupten wir, geht all seinen bundeswidrigen Pfaden nur Widersprüchen und Verwicklungen entgegen. Wie ganz anders würde Preußen dastehen, wenn es durch den Bund Deutschland zu gewinnen suchte. Wenn es in allen von dem deutschen Volk ersehnten Fragen der Zusammengehörigkeit und der Gesetzgebung die Initiative ergriffen hätte! Sage man nicht, der Bundestag habe nichts zu Wege gebracht, und sey zu nichts tauglich. Er sey nur eine Gesandten-Konferenz, keine gesetzgebende Versammlung? Darin liegt nicht das Hinderniß. Was hat der Bundestag nicht in den wenigen letzten Jahren Gutes geschaffen, den preußischen expreß freundeur zum Trotz, und was hätte er seit fünfzig Jahren schaffen können, wenn Preußen und Oesterreich, Bayern und manche andere Staaten Deutschlands die Prinzipien geltend machen ließen, denen die Mehrzahl der deutschen Bundesglieder gegenwärtig huldigt! Das Uebel liegt nicht in der Bundesinstitution, für welche ja ohnehin die weitere Ausbildung grundgesetzlich vorgeschrieben ist; die Schrift sagt: die Form tödtet, aber der Geist gibt Leben! Es ist, wie uns bedünkt, jetzt wohl der Augenblick, wo die große Spannung, in welche die Dinge gerathen, sich lösen muß. Möge der preußische Landtag dessen nach Pflicht und Gewissen eingedenk seyn! Auch die preußische Note vom 14. Febr. bricht die Brücke einer Verständigung nicht ab, und verdammt die Schiffe nicht. Sie erwartet weitere Vorschläge von Seite Oesterreichs und der Mittelstaaten und hält bis dahin ihr schließliches Urtheil zurück. Daß wir an unserer durch die Gesetze des Bundes vorgezeichneten Stellung nichts aufgeben können, springt in die Augen; gleichwohl halten wir eine Wiederannäherung nicht für unmöglich, und vielleicht sogar eben bei jener brennenden Frage, die uns noch kürzlich am meisten getrennt hat, bei der Zuckersteuer-Frage. Auch die bündische Angelegenheit, in welcher keine eigentliche Differenz zwischen den beiden Großstaaten besteht, ist ein Weg zur besseren Lage."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. & B. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. " ditto.	81¾ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	73½ P. 73¼ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89¼ P. ¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	86 P.
"	4½ pCt. " "	78¾ G.
"	4 pCt. " "	—
"	3 pCt. " "	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. K. (C. b. K.)	103 G.
"	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dto.	103¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½Abl. dto.	103⅞ G.
"	4 pCt. Obl. " dto.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. Ab. R. dto.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. " dto.	91⅝ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ G.
"	4½ pCt. Obl. " dto.	97¾ G.
"	3½ pCt. Obl. " dto.	83¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl. " dto.	103⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1849	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. " dto.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P.
"	4 pCt. Obl. " dto.	100¼ P. ⅛ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. " dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. " dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. " dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. " dto.	93½ P.
"	3 pCt. Obl. " dto.	83 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3. 2. 30	48 P.
"	2 pCt. " "	23⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1175 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	711—15 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	168½—20 G.
Bayerische Bank à fl. 500	820 G.
Darmst. Bank à l. p. 2. Serie à fl. 250	201 G.
Würtembergische Bank à Thlr. 100	80 G.
Mitteldeutsche Kreditbank	64⅝ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	837 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	64¾ G.
Oest. F. St. Eisb. p. Cr. à 200 Fr. à 80 kr	237 P.
" Elisab.-Kirchenbahn à "	112 P. 111 G.
" Elisab.-Bahn Prior. à 5 pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z.	258 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	131 P.
Pfälz. Mald. b. Rothschild à 4½ pCt.	105 P. 104½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83 P.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	249 P. 248 G.
Span. Bahnbau- u. Industrie- "	510 P.
" Kredit-Akt. à 500 Realen	470 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	105¾ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	86¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. l. R. L. 200 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 M. W.	—
do. in St. W. l. S.	84¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P. 57 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63¼ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	18¼ G.
" fl. 100 v. 1860 ö/7	103½ G.	" fl. 35 do.	—
" fl. 100 Kisb. l. v. 1864	107½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Franz. Pr.-Anl. bei	159½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53⅜ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P. 36½ G.
Radetzky fl. 50	95½ P.	Venetian-Loose fl. 10	9¾ G.
Radetzky fl. 200	94½ P.	Anshi-Ganseck. fl. 7-L.	11¼ P.

Frankfurt, 19. Februar. Die Börse erholte sich von dem im Abendgeschäft eingetretenen Rückgang und verharrte in fester Tendenz. Von Wien waren Kreditaktien 199. 60, Baluta 138 bekannt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Z.....

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insecaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum mit Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 21. Februar 1862.

Deutscher Bund.

* Die gestern erwähnte badische Depesche stellt in ihrem zweiten Theil den Preußischen Reformvorschlägen das Projekt des deutschen Bundesstaats (mit Ausschluß Oesterreichs) unter preußischer Führung gegenüber. Sie sagt darüber im Wesentlichen Folgendes: „Für Deutschland hat in der That nur die Organisationsveränderung Werth, welche diesem größten Bedürfnisse des deutschen Volkes und des Staatenlomplexes, in dem es lebt, eine unmittelbare Befriedigung und eine wirksame Vertretung verleiht. — Wir ahre suchen vergeblich bisher nach einem Vorschlage, welcher für die Gemeinsamkeit größere politische Erfolge verspricht, als die Idee eines engeren Bundes im sorterhaltenen größeren Verbande, wie sie im Wesentlichen Hr. Graf v. Bernstorff in seiner Beurtheilung des Entwurfes des Hrn. v. Beust gleichfalls angenommen hat." . . . „Zunächst ist es unsere, durch die bestimmteste Forderung unserer Bevölkerung gestützte und in unsern heiligsten Pflichten wohlgegründete Ansicht, daß die herzustellende Bundesheit keine ausschließliche und unbedingte, sondern eine solche sey, innerhalb deren auf dem ganzen Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung die Selbständigkeit und Souveränetät sämmtlicher dermaligen Bundesstaaten ungetheilt fortdauert. Das unverkümmerte Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete innerer Verwaltung bildet aber nicht nur die Grundlage der konstitutionellen Verfassungen der deutschen Staaten, sondern die Bedingung des Fortbestandes der staatlichen Sonderexistenz selbst. Dagegen werden nach unserer Auffassung um so ausschließlicher alle Staatsfunktionen, durch welche politische Macht im Verkehr mit fremden Staaten entwickelt und bethätigt wird, also das ganze Vertheidigungswesen Deutschlands und der diplomatische Verkehr einer einheitlichen, im Namen aller deutschen Staaten zu führenden, — nicht sowohl die Machtstellung des Einzelnen, als das gemeine Wohl Aller berücksichtigenden Leitung zu unterstellen seyn. Und dabei wird der Grundsatz angewandt werden müssen, daß alle Staatsfunktionen, deren Zentralisirung von dem allgemeinen Interesse einmal gefordert wird, auch ganz und mit Ausschließung aller Konkurrenz der Einzelstaaten in der Hand der Centralregierung vereinigt werden müssen, welcher die Leitung anheimgegeben wird, während es sich ebenso von selbst versteht und unbenenklich auch von dem Herrn Grafen von Bernstorff zugegeben werden wird, daß dieser Centralregierung und einer etwa neben ihr zu bildenden Vertretung gegenüber auch ohne Ausnahme alle Kammern in Betreff der einmal als gemeinsame Angelegenheiten anerkannten und dieser Centralregierung unterworfenen Zweige keine konkurrirende Kompetenz haben können." . . . „Wie hoch auch der Werth ist, den wir auf die Vertretung der Einzelregierungen in dem Verfassungsorganismus der Centralregierung legen, — jede konföderative Mitwirkung in der obersten Spitze, die Theilnahme eines nach Instruktionen beschließenden Kollegium, ohne die Kraft eines bestimmten Willens und ohne die Fähigkeit zur Verfolgung bestimmter Pläne muß ausgeschlossen bleiben. Dagegen ließe sich mit der Energie der Centralregierung sehr wohl vereinigen, daß auf verfassungsmäßig zu ordnende Weise die Mitwirkung der hohen Bundesregierungen selbst überall da in Anspruch genommen werde, wo die Verhältnisse (nämlich das Bedürfniß der Macht und Unabhängigkeit) solche zulassen. — Das einzige und geeignetste Mittel dazu, die Interessen der Einzelstaaten mit denen der Gesammtheit auszugleichen, liegt in der Berufung einer ausreichenden, die Bevölkerungen wie die Regierungen der Einzelstaaten umfassenden Vertretung zu konstitutioneller, durch das Recht der Bewilligung der Mittel für die Centralregierung wirksamer Kontrole dieser höchsten Behörde innerhalb ihrer Kompetenz. — Die Frage, ob diese Vertretung durch Ausschüsse der Einzelkammern, oder aus direkten Wahlen zu bilden sey, kann füglich vorerst als eine offene außer Erörterung gelassen werden." . . . „Von einer Auflösung des Bundesvertrages ist bei einer solchen naturgemäßen und blos das Wohl des Ganzen ins Auge fassenden Reorganisation des Bundes in keiner Weise die Rede und es würde der Charakter des Bundes, als eines „unauflöslichen Vereins der deutschen Staaten" dadurch keineswegs leiden, daß es einzelnen deutschen Bundesstaaten

* Professor J. B. Haggenmüller,

nach einer gestrigen Mittheilung in seiner Vaterstadt Kempten jüngst dahin geschieden, läßt nicht allein in seiner Heimath, sondern auch an seinen verschiedenen Bestimmungsorten, so auch in Würzburg, zu selbst in weiteren Kreisen Deutschlands Erinnerungen der Hochachtung zurück. Denn man mußte ihn bei einer persönlichen Bekanntschaft als kenntnißreichen Gelehrten und gewissenhaften Lehrer, als einen Patrioten in seinen mannigfaltigen Berufsarten, als Mann von Charakter und ruhigem Streben aufrichtig schätzen.

Geboren am 29. April 1792 zu Kempten, erwarb er sich dort auch seine Schulbildung; namentlich studirte er am Gymnasium daselbst in den Jahren 1803 bis 1809. Darauf widmete er sich der Philologie und dem höheren Lehramte, und besuchte zu diesem Behufe die Universität zu Landshut vom Herbste 1809 bis Ostern 1813. Nach dem Aufrufe, welchen König Max von Bayern im Frühlinge 1813 erließ, trat er als Lieutenant in die bayerische Armee, nahm in ihren Reihen Theil an den Schlachten von 1813 und 1814 bis zur Einnahme von Paris, und rückte im Feldzuge 1815 zum Oberlieutenant vor. Jedoch bewarb er der Richtung seiner früheren Studien gemäß nach Herstellung des Friedens sich nunmehr um eine Anstellung im Studienlehramte, und zwar unter ehrenvoller Anerkennung seiner Militärdienste. Zuerst wieder er im Jahre 1817/18 als Lehrer an der Vorbereitungsschule in Dillingen, dann im Wintersemester 1818/19 am Progymnasium zu Würzburg. Selbst dieser so kurzen Obsorge gedenken noch immer seine ehemaligen zahlreichen Schüler hierorts mit anhänglicher Liebe: denn bei einer zwar energischen, aber wohlmeinenden Disziplin förderte er sie zugleich durch Gründlichkeit des Wissens und durch den Eifer seines Unterrichtes. Aber schon mit Beginn des Sommers 1819 wurde er als Inspektor an das neu errichtete Schullehrerseminarium zu Kaiserslautern befördert und erst im Herbste 1824 zu dem humanistischen Lehramte zurück versetzt. Damals wurde er nämlich Professor am Gymnasium zu Landshut, im November 1827 an dem zu Hof, und am 2. August 1831 Verweser der Lehrstelle für Philologie und Geschichte am Lyzeum in Landshut. Schon im Jahre 1834 unter dem Ministerium Wallenstein in temporären Ruhestand versetzt, benützte er vorerst die zu München gesammelten archivalen Quellen und zog sich darauf in seine Vaterstadt zurück, welcher er eine schätzbare Frucht seiner fortgesetzten Studien widmete, nämlich die Geschichte der Stadt und der gefürsteten Grafschaft Kempten in zwei Bänden. Seine literarische Zurückgezogenheit wurde seitdem nur durch die Wahl unterbrochen, vermöge welcher ihn der Bezirk Kempten als Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung entsandte. Nachdem er dieser in Frankfurt mit ernster Theilnahme und Ueberzeugungstreue angewohnt hatte, lebte er fortan wieder in seiner geliebten Heimath, in einem anmuthig gelegenen Landhause, einsam und seinen Studien neu ergeben, dem Fortschritte der Zeitereignisse gleichmäßig folgend. Obwohl er nun eine anlehnliche Lebenszeit durchmessen hat und dabei seinem wechselvollen öffentlichen Wirken allzu früh entrückt worden ist, erregt dennoch sein Hingang eine vielseitige Wehmuth, zumal er sich in rascher Folge anderen Ehrenmännern anreiht, welche ebenfalls in unserer Mitte für treues Interessen erfolgreich gestrebt und mit anerkannter Verdienstlichkeit jüngst ausgerungen haben.

Würzburg, 20. Februar 1862. —a—

Digitized by Google

(Oesterreich, Luxemburg, Holstein) zur Zeit vielleicht schwer fallen könnte, sich einer solchen einheitlichen Centralregierung unterzuordnen, und für Deutschland würden ein privilegirtes genannt werden müsse, als unmöglich freigestellt bleiben müßte, statt in ein engeres Bundesverhältniß mit den anderen deutschen Staaten einzutreten, in dem bestehenden zu verharren." So das badische Project, gegen dessen Ausführbarkeit — ganz abgesehen von andern ernsten Bedenken — jedenfalls der gewichtige Einwand sich erheben läßt: Ist denn die preußische Regierung nach den bis jetzt von ihr abgelegten Proben auch befähigt, an die Spitze eines solchen Bundesstaates zu treten? Wir glauben, die Thatsachen rufen laut: Nein!

Nach der „Neuen Preuß. Ztg." ist die Replik Preußens und Oesterreichs auf die letzten Aeußerungen des dänischen Kabinets wegen der Herzogthümer nach Kopenhagen abgegangen, und zwar in identischen Depeschen an die beiderseitigen Gesandten.

Die halbamtliche „Darmstädter Ztg." erklärt hinsichtlich der deutschen Noten, es sey eine unbegründete Unterstellung, wenn man dem Streit Oesterreichs und Genossen die Bedeutung eines Angriffs beimesse, vielmehr liege den Noten nur die Idee der Abwehr zu Grunde, der Abwehr gegen die Politik Preußens, welche sich jeder organischen Weiterentwicklung des Bundes hemmend in den Weg stelle. Eine zweite Verwahrung des Blattes geht gegen die Annahme eines zwischen Oesterreich und den Mittelstaaten abgeschlossenen Bündnisses, dessen eigentlicher Zweck dahin gehe, einen engeren Bundesstaat unter österreichischer Führung herzustellen und den gesammten Länderbesitz Oesterreichs zu garantiren. Wer die Erhaltung des ganzen Bundes wolle, und deßhalb gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs protestire, wie könne der den Ausschluß Preußens wollen? Oesterreich habe auch eine solche einseitige Garantie seines außerdeutschen Länderbesitzes bis jetzt nicht verlangt, denn es habe doch nur von einer Garantie der außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens gesprochen. Daß aber eine solche vom Bund zu leistende Garantie nicht ohne Preußen, also nicht durch ein Bündniß zwischen Oesterreich und den Mittelstaaten ins Leben gerufen werden könne, das liege auf flacher Hand.

Hamburg, 14. Febr. Die in Hannover zwischen Bevollmächtigten von Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, Bremen und Hamburg wegen möglichst übereinstimmender Schritte bei Einführung des Handelsgesetzbuches stattgehabten Besprechungen, ohne förmliche Verabredungen, sollen zu Aenderungen desselben ausgefallen seyn und namentlich eine Abänderung von Bestimmungen des Handelsgesetzbuches selbst nicht in Aussicht genommen haben. Uebrigens scheint man in Bremen eben so wenig wie hier mit der Einführung des Handelsgesetzbuches Eile zu haben. (K. Z.)

§ Wien, 18. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Die Berliner „Allg. Z." hat vollkommen Recht, wenn sie sagt, man müsse darauf gefaßt seyn, daß die deutsche Angelegenheit in ein zweites Stadium trete. Die mit Oesterreich verbündeten Regierungen werden in der That unmittelbar Hand ans Werk legen und auf eigene Hand ihre Entwürfe in Ausführung zu bringen suchen.*) Dies bezieht sich namentlich auf die unter ihnen abzuschließende Militär-Konvention, deren Konsequenz die Garantie der auswärtigen Besitzungen Oesterreichs ist. Man leugnet fortwährend, daß es sich um den Abschluß einer Offensiv- und Defensiv-Allianz handle, in welcher sich die Kontrahenten gegenseitig den ungeschmälerten vollen Besitz, wie solcher in der Gegenwart ist, garantiren. In wie weit dieses Ableugnen gerechtfertigt ist, zeigt die zu verbürgende Thatsache, daß die eben jetzt zwischen den Unterzeichnern der identischen Noten schwebenden Verhandlungen eine Verständigung über das „groß-deutsche Vertheidigungs-System auf der gegebenen Grundlage der Bundesfriegsverfassung" zum Zwecke haben. Man beruft sich hierbei auf den Artikel 47 der Wiener Schlußakte, aus welchem man das Recht ableitet, sich über eine defensive Vereinigung im Hinblick auf praktisch sich ergebende Fälle zu verständigen. Die an den identischen Noten betheiligten Staaten werden ihre Militärmacht einheitlich organisiren, um sie an Oesterreich anzuschließen. So lautet die offiziöse Ausdrucksweise; daß darunter nichts anderes verstanden ist, als die gegenseitige Garantie des vollen Besitzes, wie solcher in der Gegenwart ist, bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung, sowie denn auch die Folgen eines solchen Schrittes offen an dem Tag liegen.

Bayern. Die pfälzische Gewerbe- und Handelskammer hat in ihrem Jahresberichte die Erhaltung des Zollvereins und die Erweiterung des Zollvereinsgebietes, aber ganz besonders eine vervesserte heilgemäßere innere Organisation des Zollvereins, in welcher neben einer Vertretung der verbalten Regierungen auch eine Vertretung der Bevölkerung der Vereinsstaaten Platz finde, empfohlen und erwähnt, wie eine des deutschen Interesse und den deutschen Markt entsprechende Pflicht zur absoluten Nothwendigkeit geworden sey, weßhalb allen dahin gerichteten Bestrebungen jedwede Unterstützung geboten werden möchte.

Hannover. Hannover, 19. Febr. Bedeutungsvoll ist die Verleihung des Guelphenordens an den (früher bei Hofe nicht beliebten) Professor Zacharia, welcher in den braunschweigischen Erbfolgesache eine Widerlegung der Bohlmann'schen Schrift (welche letztere zu Gunsten der preußischen Erbansprüche gegen die hannover'schen aufgetreten ist) kürzlich veröffentlicht hat; nicht weniger auch die Verleihung der hannover'schen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft an den Dr. Onno Klopp, den Lebensbeschreiber Tilly's, welchen er gegen den Boewart, die Zerstörung Magdeburgs verschuldet zu haben, in Schutz nimmt. (Ztg. f. Nordd.)

Baden. Merkwürdig ist eine in manchen Gegenden des Landes lebhaft betriebene Agitation gegen die Emanzipation der Juden. Besonders gilt dies von einigen Theilen des Oberlandes, wo die Juden bis jetzt meistens in einzelne Gemeinden conkurirt waren, und namentlich von den Städten zum bleibenden Wohnsitz nicht zugelassen wurden. Beinahe tagtäglich gelangen Adressen und Flugschriften — letztere oftmals anonym und mit Drohungen verbunden — über diesen Gegenstand an die Landstände und auch an einzelne Behörden des Landes. (Fr. Bl.)

Karlsruhe, 18. Febr. Unter den in der heutigen Sitzung unserer zweiten Kammer eingelaufenen Petitionen befanden sich wieder 63, gleichlautende meist lithographirte Vorstellungen aus den verschiedenen Theilen des Landes gegen die vollständige Emanzipation der Israeliten. Der Abg. Faller nimmt hieraus Veranlassung, das den Geist der Liebloßigkeit und Unduldsamkeit athmende Machwerk zu charakterisiren, das überall hin, unter Beischluß anonymer lithographirter Aufforderungen zur Unterschrift, von angeblichen „Freunden der Regierung, des Volkes und des Vaterlandes", wie es in der Schrift heiße, versendet werde. Ministerialpräsident Lamey bemerkt, die Regierung kenne ebenso wenig wie die Abgeordneten die Verbreiter der anonymen lithographirten Petition, sie verzichte auf deren Freundschaft und wolle überhaupt nichts von anonymen Freunden wissen. Auf eine Bemerkung des Abg. Federer, daß ein Theil des Volkes auch trotz der lithographirten Petition seine Wünsche gegen die völlige Gleichstellung des Israeliten äußern würde, erklärt Lamey: Er stehe für die Emanzipation von A bis Z ein. (Schw. M.)

Holstein. Theodor Lehmann's Freilprechung in Glückstadt steht noch einer neueren Nachricht, obwohl sie wahrscheinlich ist, noch nicht fest, da das Erkenntniß noch geheim gehalten wird.

Oesterreich. Gegen den großen Räuberhauptmann Rasso, den Schrecken Ungarns, soll demnächst Militärmacht aufgeboten werden.

= Der Skandal in der „Woronа" zu Agram nimmt in seinen Konsequenzen immer größere Dimensionen an. Jetzt hat der Gemeinderath nicht übel Lust, ein hochnothpeinliches Verfahren gegen den Bürgermeister Frigan einzuleiten, weil derselbe den ausgezischten Walzer auf die Tafel der Tanzordnung gesetzt haben soll. Der Gemeinderath war bereits zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um nicht etwa die Ruhestörer, sondern den Bürgermeister in ein scharfes Verhör zu nehmen; und der nationale „Vojor" ist höchlich erbittert, weil einige vernünftigere Gemeinderäthe diesen Skandal bis jetzt durch ihren Protest hintertrieben haben. Als am 13. beim FMZ. Schlitter Ball war, wanderten in den anstehenden Gassen die ganze Nacht hindurch zahlreiche Militärpatrouillen mit aufgepflanzten Bajonnete auf und ab, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, es sollten beim ersten Tönnen von Walzerklängen aus dem Ballsaale die Fenster eingeworfen werden. Zwei Tage darauf sollte die städtische Musik auf einem Ingenieurball in der bürgerlichen Schießstätte spielen. Sobald aber der Oberschützenmeister erfuhr, daß ein Walzer in das Tanzprogramm aufgenommen worden sey, erklärte er dem Ballcomité in einem, in kroatischer Sprache abgefaßten Briefe, daß er jede Verantwortlichkeit für die Konsequenzen eines so tollkühnen Beginnens ablehne. Desgleichen wurde dem Oechsterdirektor mit der Entziehung seiner Stelle bei dem Musikverein und im Theater gedroht, falls er wage, den Walzer spielen zu lassen.

*) Doch nach der gestrigen Erklärung der „N. M. Z." verzichten sie noch nicht darauf, die Frage der Bundesreform gemeinsam mit Preußen zu lösen. Die Red.

Digitized by Google

Großbritannien.

Im Auftrag der englischen Regierung hat der Kommandant der englischen Schiffsdivision an der Westküste von Afrika Whydah, eine Stadt im Königreich Dahomey, in Besitz genommen, wo sich diese englische und französische Faktoreien befinden, welche den Handel mit dem Innern vermitteln.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Der Adreßentwurf des Senats ist in allen wesentlichen Punkten ein getreues Echo der Thronrede, und der Passus über die italienischen Angelegenheiten verräth nur die Verlegenheit der Kommission. Die Majorität der Kommission besteht aus Gegnern der piemontesischen Politik und hätte es gerne vermieden, dem römischen Hofe irgend etwas Unangenehmes zu sagen. Damit konnte aber dem Kaiser selbst nicht gedient seyn, der zwar weit entfernt davon ist, seine Soldaten aus Rom zurückziehen zu wollen, aber andererseits doch seine Unzufriedenheit mit dem Papste nicht verbergen will. Dazu kam das Drängen des Prinzen Napoleon, der sein Amendement nur unter der Bedingung zurückziehen wollte, daß die Kommission selber „ihr Bedauern über die Hartnäckigkeit Roms" aussprechе. (K. Z.)

Nach einem Pariser Gerücht hätte Louis Napoleon an den König von Preußen geschrieben, um ihn zur nunmehrigen Anerkennung Italiens zu bestimmen.

Der Staatsprokurator im Ifereedepartement hat an die Notare ein Schreiben gerichtet, worin es heißt: die Regierung hat erfahren, daß an einigen Orten Notare ihre Clienten zu bestimmen suchen, ihre 4½prozentigen Renten zu verkaufen, um bei neuen Anlagen als Vermittler zu dienen. Dadurch wird gegen die von den Kammern gebilligte Maßregel Mißtrauen ausgesprochen, die kleinen Rentiers werden von der Konversion abgehalten und um die Vortheile gebracht, die sie bietet. Ich thue daher den Notaren kund, daß solche Schritte sich mit ihren Pflichten nicht vertragen und daß ich darüber wachen werde, um solche Pläne zu durchkreuzen und durch disciplinarische Maßregeln gegen diese Mandver einschreiten werde. (!!) (N.Fr.Z.)

Italien.

* Der Professor Berti zu Turin hat kürzlich eine Anzahl bisher unbekannter Briefe Cavour's, meist an Ratazzi gerichtet, veröffentlicht. Besonderes Aufsehen erregten drei davon, welche zur Zeit des Pariser Kongresses von 1856 geschrieben sind, und in welchen Cavour sich so äußert, als habe Lord Clarendon, der England auf jenem Kongreß vertrat, ihn (Cavour) zu einem Krieg Piemonts gegen Oesterreich ermuntert und ihm für diesen Fall den Beistand Englands in Aussicht gestellt. Lord Clarendon nahm hiervon Anlaß, in einer dem letzten Debatten entnommenen Aeußerung zu erklären, daß er nie gegen Cavour sich in einer Weise geäußert habe, welche Letzteren hätte berechtigen können, so noch Turin an seine Freunde zu schreiben. Von der ersten Sitzung des Kongresses an habe Cavour fortwährend den Bevollmächtigten Englands und Frankreichs die Nothwendigkeit darzuthun gesucht, die Angelegenheiten Italiens vor den Kongreß zu bringen. Darauf sey ihm erwidert worden, man sey zusammengekommen, um wegen eines Friedensvertrages mit Rußland zu unterhandeln; für diesen Zweck würde es unerheblich, ja, es würde sogar unmöglich seyn, sich mit einem anderen Gegenstande zu befassen. Ja, selbst nach Abschluß des Friedensvertrages würde man auf ernstliche Hindernisse stoßen, da die übrigen Bevollmächtigten dagegen protestiren könnten, daß man andere Angelegenheiten in die Berathungen hereinziehe. Trotzdem hätten die Bevollmächtigten Frankreichs und Englands nach Unterzeichnung des Vertrages eine Diskussion über italienische Angelegenheiten veranlaßt. Das Ergebniß einer langen und gereizten Diskussion aber habe nur darin bestanden, daß die österreichischen und die französischen Bevollmächtigten dahin übereingekommen seyen, daß die französischen und die österreichischen Truppen den Kirchenstaat räumen sollten, sobald sie ohne Gefahr für die Ruhe des Landes und für die Konsolidirung der Autorität des heiligen Stuhles geschehen könne. Außerdem seyen die meisten Bevollmächtigten der Ansicht gewesen, daß Maßregeln der Milde eine gute Wirkung haben würden. Mit diesem Resultat sey Graf Cavour sehr unzufrieden gewesen. Sein ganzes Streben sey nun einmal dahin gegangen, Novitäten von der Herrschaft Oesterreichs zu befreien. Er habe ihm gegenüber aus seinem Aerger gar kein Hehl gemacht und ihm einmal über das andere Mal gesagt, er könne sich vor dem Turiner Parlament nicht blicken lassen, wenn er nicht den Beweis dafür, daß er durch seine Anwesenheit auf dem Kongreß etwas zu Stande gebracht habe. In Cavour's Kopf sey übrigens der Gedanke, daß Piemont von Oesterreich einmal würde angegriffen werden, zu einer fixen Idee geworden; er habe immer und bei jeder Gelegenheit davon gesprochen, und mit Bezug hierauf habe er, Clarendon, ihm einmal gesagt: „Wenn ihr in der Klemme seyd, so werden wir euch helfen." Diese Worte möge Cavour fälschlich so aufgefaßt oder mit Fleiß so gedeutet haben, als hätte Clarendon ihn zu einem Angriff auf Oesterreich ermuthigt. Bei der bündigen Sachlage wäre es von ihm, Clarendon, unsinnig seiner Wohrsinn gewesen, eine solche Ermuthigung zu geben. Auch habe Cavour selbst wohl nicht im Ernste solche überspannte Ansichten gehegt. Diese übertriebene Uibergabe von Bevollmächtigungen finde vielleicht einigermaßen ihre Erklärung und Entschuldigung in der glühenden Begeisterung Cavour's für die Freiheit seines Vaterlandes und in dem Streben, den Muth seiner Freunde aufrecht zu erhalten. — Diese Briefe — vorausgesetzt, daß sie ächt sind — mögen damals zu dem oben angedeuteten Zweck geschrieben worden seyn. Daß sie aber gerade jetzt veröffentlicht werden, hat seinen Grund darin, daß man zu Turin das gute Einverständniß feiern möchte, das jetzt zwischen Oesterreich glücklich wiederhergestellt, und das freilich schlecht zu den Vergrößerungsplanen des Turiner Kabinets paßt.

Turin, 18. Febr. In der Deputirtenkammer erklärte das Ministerium auf eine Interpellation Avezzana's, die Regierung habe keineswegs die Absicht, Schiffe abzusenden, um die Expedition gegen Mexiko zu unterstützen, sie habe es nur für nothwendig erachtet, einige Fregatten nach den mexikanischen Gewässern abzuordnen, um die italienischen Unterthanen daselbst zu beschützen. — Die Bevölkerung von Bergamo hat eine Petition gegen den dortigen Bischof eingereicht. (N.Fr.Z.)

Griechenland.

Zur Stadt Nauplia (Napoli di Romania) gehört ein die Südseite derselben bildendes Fort, Ifchkali, auf welchem die Infanteriekasernen liegen; die Artilleriekaserne, so wie das Zeughaus befinden sich in der Stadt selbst, während im Hafen, nach Argos hin, das kleine Fort Bourzi liegt. Diese Forts und die Stadt werden jedoch von der südöstlich auf einem Berge sich erhebenden eigentlichen Festung Palamides, die aus sieben zusammenhängenden starken Forts besteht, so vollständig beherrscht, daß sie ohne den Besitz der letztern unmöglich zu halten sind. Die Frage ist nun: Haben die Insurgenten nicht blos die sogenannte untere Festung, sondern auch die Forts auf Palamides in den Händen?

Nichtpolitische Zeitung.

Lüdenscheid, preuß. Reg.-Bezirk Arnsberg, 16. Februar. Einer unserer Bürger, welcher einen Rechtsstreit hatte, und durch Zeugenbeweis seine Sache zu führen gedachte, lud einen Bekannten als Zeugen, in der Meinung, daß dieser für ihn zeugen würde. Es schrint aber, daß dieser Bekannte ein gewissenhafter Mann war und nachdem er den Zeugeneid geleistet, gegen den Freund aussagte. Hierüber erzürnte sich der andere dermaßen, daß er auf dem Heimwege sich in Hinterhalt legte und den Zeugen erschoß. Da diese andere Leute die Bluthat mitansahen, ward der Mörder alsbald ergriffen. (Fr. J.)

In Offenburg ist die vor einigen Jahren errichtete Fabrik gepreßter Gemüse eingegangen. Es scheint, daß diese Industrie trotz der anscheinend großen Vortheile nicht Boden genug hat, um zu gedeihen. Besonders hat sich die Geschäftsfahrt wenig derselben bedient.

Von der Weser, 16. Febr. Während in der letzten Zeit ziemlich alle Flüsse und Bäche in Deutschland ihre Ufergelände weit überschwemmt und vielen Schaden angerichtet haben, ist im Wesergebiet nirgends eine eigentliche Wassersnoth gewesen. (K.Z.)

Triest, 15. Febr. Wenn man hier die Zeitungen zur Hand nimmt und auf einer Spalte den Aufruf der Stadttheaterei liest, den armen, darbenden, halbverhungerten Italienern mit Geldunterstützungen an die Hand zu gehen (beiläufig gesagt, ein alle fünf Jahre regelmäßig wiederkehrendes Ereignis), auf der andern die Berichte über die überfüllten glänzenden Maskenbälle in der Armonia im Teatro Mauroner, in Konzerten, im Schützenverein ꝛc., so kann man wohl sagen: „Les extrêmes se touchent." — Die glücklichen Getreide-Operationen und der Geschäftsgang im Allgemeinen des vorigen Jahres, welche dem Kaufmanne und dem Facchino (Lastträger) ein schönes Geld in die Tasche brachten, haben sowohl in den höheren, als auch in den niedrigeren Regionen den Karneval (Fasching) wieder einmal in seinem alten Glanze erscheinen lassen, worüber die Lokalstrage, Viktor Emanuel u. s. w. bis zum Aschermittwoch in Vergessenheit gerathen. (Oest. Post.)

Digitized by Google

Pesth, 17. Febr. In diesem Augenblicke nimmt hier die Noth der überschwemmten Landestheile die Thätigkeit aller Klassen der Bevölkerung in vollen Anspruch. Von allen Seiten beeilt man sich wetteifernd, den so hart bedrängten Nothleidenden Hülfe zu bieten. Heute ist ein Dampfer aus Földvar, welcher gestern trotz großer Hindernisse mit Lebensmitteln dahinfuhr, zurückgekehrt und wir haben durch ihn die ersten Nachrichten über das Elend und die Noth erhalten, welche in jenen Gegenden herrscht; dieselben sind herzerreißend. Am fürchterlichsten dürfte die erzbischöfliche Stadt Kalocsa gelitten haben, wo kaum 40 Häuser vom Wasser frei sind. Die meisten Gebäude stürzen vor ein- und auch ein großes, erst aufgebautes Kloster ist gänzlich eingestürzt. (Oest. Post.)

In der Militär-Zeitung erzählt „der alte Soldat", daß der evangelische Garnisons-Seelsorger zu Verona, Consistorialrath Dr. Karl Zaubner, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften, nach Piemont entwichen sey. Der Flüchtige soll sich eines Vergehens gegen die Sittlichkeit (§. 129 d. St.-G.-B.) schuldig gemacht haben.

In Paris hat sich ein Verein gebildet und bereits die Ermächtigung zum Bau eines Ausstellungsgebäudes erhalten; derselbe bietet bereits in den Blättern die Miethe des Raumes an, und zwar für 30 Franken den Quadratmeter, und für 15 Franken den Meter an der Wand.

Neueste Nachrichten.

München. Das k. Oberappellationsgericht von Oberbayern, dessen Sitz bekanntlich noch dieses Halbjahr von Freising hieher verlegt wird, hatte schon vor dem Jahre 1829 viele ältere, theils zu Ende des vorigen, theils zu Anfang des jetzigen Jahrhunderts eingekommene Depositen liegen, bezüglich derer ungeachtet des seither verflossenen langen Zeitraumes von mehr als 40 Jahren und der vielfährigen deßhalls gepflogenen Nachrichten die Eigenthümer nicht erforscht werden konnten. Um endlich mit diesen so alten Depositengeldern, die zusammen über 10,000 fl. ausmachen, aufzuräumen, wurde zur Begründung allenfallsiger Ansprüche eine halbjährige Frist angesetzt, nach deren Umfluß alle jene Depositen, bezüglich deren keine Anmeldungen erfolgen, dem k. Fiskus als herrenloses Gut zugefprochen werden. (M. B.)

Aus **Frankfurt** a. M. schreibt man dem „Schw. Merk.": Für das am 13. Juli beginnende deutsche Schützenfest sind schon von vielen Seiten Anmeldungen eingetroffen; allzu Anschein nach wird das Fest ein sehr großartiges werden. Dabei dürfen wir nicht verschweigen, daß man hie und da auch strenge Urtheile über die großartig angelegten Pläne der Schützenhalle und des Gabentempels hört, für welche über 50,000 fl. in Ausficht genommen sind, so daß das Finanzkomité im Stande ist, für etwa 87,000 fl. aufzukommen hat. Allerdings dürfte diese Großartigkeit eine Menge Menschen nach Frankfurt locken; aber man faßt mit Recht ins Auge, daß kleinere Städte solchen übermäßigen Ausgaben nicht gewachsen sind, wenn die späteren Schützenfeste an solchen Orten gehalten werden.

Warschau, 15. Febr. Trotz der Wiedereröffnung der Kirchen sieht es bei uns nach wie vor ernst genug aus. Der Entschluß, den passiven Widerstand — wenn man das hinlänglich gezeichnete Verfahren der Einwohnerschaft so nennen kann — ununterbrochen fortzusetzen, ist noch unerschüttert und allgemein. So weit sich die allgemeine Trauer einen Ausdruck erlauben darf, herrscht sie noch immer in fast allen Kreisen. Die Damen gehen fortwährend in Trauerkleidung, die Männer tragen zum Zeichen ihres Einverständnisses niedrige Filzhüte und schwarze Mützen, und der Cylinder veranlaßt noch immer Spott- und Schimpfreden von alten und jungen Oeffnungssüchtigen. Der bürgerliche Muth, in dergleichen Aeußerlichkeiten dem Vorwitz unreifer Gelegenheit zu trotzen, ist leider bei uns sehr selten. (Schl. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Eingesandt.

In dem Atelier des Herrn Bildhauer Franz Schuler, Neubaugasse Nr. 83, ist ein von demselben sehr gut in Stein gearbeiteter Christus in Lebensgröße zur allgemeinen Ansicht ausgestellt, worauf um so mehr aufmerksam gemacht wird, da hier selten derartige Bildwerke zu ausgestellt zu sehen sind, und es überhaupt zu wünschen wäre, daß das Streben des jungen Künstlers durch die Aufmerksamkeit des Publikums anerkannt werde, um auch wieder wahre Kunststätte hieher zu bekommen.

Einige Freunde christlicher Kunst.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist soeben erschienen:

Die

Krankheiten des Magens,

nebst einer anatomisch-physiologischen Einleitung von

William Brinton.

Aus dem Englischen übersetzt von

Dr. H. O. Bauer.

Preis: eleg. broſch. 2 fl. 48 kr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	84¼ P. 81 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	72¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	105½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49¾ G.
„	4½ pCt.	43 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	103 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅝ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ G.
„	4 pCt. Obl. Obligation.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ P. ½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P. ¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 P.
Frankfurt	4½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
„	3 pCt. Obl.	93 G.
Spanien	5 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 80	48 P.
„	2 pCt. „ „ „	19⅝ G.
Schweden	4½ pCt. à 100 Thlr.	100¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1171/2 G.
K. K. Oester. National-Bankaktien	717 P. 712 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	184½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	201 G.
Weimarischen Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	86 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 G.
Oest. F. St. Kisb. dpCt. 500 Fr. à 2 pr.	233 P.
„ Kisab.-Kisenbahn 5 pCt.	111 P.
„ Kisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	253/8 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	121 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	1042/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249 P. 248 G.
Span. Handels- u. Industrie	310 P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Verein.	470 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbas.	105½ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104⅜ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. f. 100 k. S.	99⅛/8 G.
Augsb. f. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Thl. 80 k. S.	105 R. 104⅞/G.
Brem. 50 Thl. Lad. k. S.	96⅜/8 B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	105 B.
Hamb. Bkl. 100 k. S.	87⅞/G.
Leipzig Thl. 60 k. S.	105 B
London Lst. 10 k. S.	118⅝/8 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 200 k. S.	93⅛/G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛/G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 3 W.	110 P.
do. in öst. W. l. S.	85⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	65⅞—66⅛ G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Kub. l. v. 1858.	108½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	86¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	122½ P.	Sardinien Frs. 36 b. R.	54¼ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	95¼ P.	Venetian-Loose fl. 10	18⅛ G.
Badische fl. 35	56¼ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	19¼ G.

Frankfurt, 20. Februar. Ungeachtet der niedrigeren Pariser Notirungen behaupteten sich öfterr. Fonds und Kreditaktien sehr fest auf den gestiegen Kursen. Für Bankaktien und Anlehensloose von 1860 wurden sogar höhere Kurse bezahlt. Auch für mitteldeutsche Kredit- und Hanauer Eisenbahnaktien trat eine Preisverbesserung ein. (Spnz.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbl.

Neue Würzburger Ze.....g.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 53. | Vorausbezahlung: vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die zweispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 22. Februar 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

* Man würde sich aufrichtig freuen und befriedigt fühlen über die Verhandlung des Berliner Abgeordnetenhauses in der kurhessischen Sache, wenn man annehmen könnte, daß die lebhafte Theilnahme für Kurhessen, die scharfe Verurtheilung des Rechtsbruches, die dringende Mahnung zu wirksthätiger Hülfe nur der Sicherung vor dem Recht und ihr allein entsprungen sey. Leider kann man das nicht sagen, leider muß man bekennen, daß das Recht nur vorgenommen wird, um dahinter einen politischen Gedanken zu verstecken, und das muß natürlich den ganzen Eindruck solcher Fürsprache abschwächen. Ueber das Recht in der kurhessischen Frage ist im ganzen deutschen Volke kein Streit, diejenigen, die behaupten möchten, in Hessen habe kein Umsturz stattgefunden, dürften heut zu Tage zu zählen seyn; aber es nimmt sich seltsam aus, wenn gerade diejenigen ihre sittliche Entrüstung über den Rechtsbruch und die Forderung einer Sühne des Rechts für den Nachbar am lautesten kundgeben, die alle Ursache hätten, sich zu senken, wie es mit dem Rechte im eigenen Hause, im eigenen Lande beschaffen sey. Das erinnert an den, der den Splitter im Auge des Bruders, und den Balken im eigenen nicht sieht, und an den Pharisäer, der in seinem Stolze ausruft: „Herr Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin, wie diese Leute.“ Wäre es dem preußischen Abgeordnetenhause nur darum zu thun, „Recht zu schaffen“ in Deutschland, so würde ihm die Selbsterkenntniß zu allernächst die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der eigenen Zustände geboten haben und leicht würde es dann finden, daß es mit dem Rechtsboden in Preußen nicht viel besser steht, als in Kurhessen, daß auch eine preußische Volksvertretung mit Waffengewalt auseinandergetrieben, ein Wahlgesetz, eine Verfassung octroyirt wurde, — und daß es verdienstlicher und großherziger wäre, die eigene starke Regierung an diesen Rechtsboden zu nehmen, als den kleinen schwachen Nachbar. Aber Keiner von allen den Abgeordneten, die sich so schön über Hessen ereifern, greift in den eigenen Busen. Und darum klingt all der sittliche Zorn wie eine leere Schelle, die uns kalt läßt, weil ihr die Autrichtigkeit fehlt und der Hintergedanke hervorschaut. Eine unbedingte und hingebende Zustimmung des deutschen Volkes würde Preußen, sein Abgeordnetenhaus und seine Regierung nur dann finden, wenn das schöne Gesetz, welches die „Sühne des Rechts“ in Hessen verlangt, nicht gar zu auffallend von der leidenschaftlichen Gluth nach der Macht und Herrschaft angeblasen wäre. Aber nicht um das Recht in Kurhessen, nicht um Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes ist es jener Partei des preuß. Abgeordnetenhauses zu thun, die den Mund davon so voll nimmt; ihr ist das Recht nur Vorwand für ihre Gelüste nach Vergrößerung Preußens. Darum können die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die kurhessische Frage im nichtpreußischen Deutschland nur den übelsten Eindruck machen und müssen die Kluft zwischen dem Norden und Süden unseres Vaterlandes immer mehr erweitern. Die überwüthige, leidenschaftliche und herausfordernde Sprache der Redner der Fortschrittspartei möchte allenfalls in Volksversammlungen am Platze gewesen seyn, war es aber gewiß nicht in dem Parlamente eines Staates, welcher die Führerschaft Deutschlands für sich in Anspruch nimmt und sich gleichsam als den Kopf desselben betrachtet. So arm die Verhandlungen an wahrhaft staatsmännischen Gedanken und Anschauungen waren, so reich floß dagegen der Strom der Phrasen und Schlagwörter, in denen sich die Redner förmlich zu überbieten suchten. Und was das traurigste ist, je heftiger und gehässiger die Deklamationen gegen Oesterreich und andere Staaten waren, um so größer war der Beifall. Wenn man in Preußen damit moralische Eroberungen zu machen glaubt, befindet man sich in einem großen Irrthum. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes will keinen gewaltsamen Umsturz und steht in der Abwehr der preußischen Oberherrschaft treu und entschieden zu ihren Fürsten, ja um so entschiedener, wenn sie sieht, welche Art von parlamentärer Jugabe und eine preußische Centralgewalt bringen würde. Kammerhelden, wie die der preußischen Fortschrittspartei, sind nicht im mindesten nach dem Geschmacke des süddeutschen Volkes. Sie machen nur den Eindruck von Leuten, welche nie an die Freiheit gewöhnt, sich im Genusse derselben übernehmen und jenes richtige Maß vermissen lassen, ohne welches keine wahre Freiheit möglich ist. Zu den Verhandlungen selbst übergehend, bemerken wir, daß die öffentreglisten Redner der Fortschrittspartei, die enfants terribles derselben, zugestanden, daß in Kurhessen die deutsche Frage aufgefaßt, d. h. von dort aus die Verwirklichung Kleindeutschlands in Angriff genommen werden müsse. Einer der heftigsten Redner war Dr. Frese, welcher u. A. sagte: „Was Oesterreich wolle, das habe sich jüngst wieder in den Noten Oesterreichs und der Würzburger Regierungen gezeigt. Man hege gegen Preußen, das man nur als einen Parvenü betrachte, den eingefleischtesten Haß, und die Verbrterung dieses Hasses trete uns in dem gegenwärtigen Minister des auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs entgegen. Auf die Noten Oesterreichs und der Würzburger Regierungen hätte die sofortige Antwort liegen müssen, erstens in Turin, zweitens in Frankfurt, drittens in Kassel. In Turin hätte sofort die Anerkennung des Königreichs Italien erfolgen, in Frankfurt hätte Preußen sich vom Bundestage zurückziehen, in Kassel hätte es sofort für das kurhessische Recht einschreiten müssen. In einem Konflikte wäre es allerdings wohl gekommen; aber wer da glaube, daß die deutsche Frage sich überhaupt ohne einen Konflikt lösen lasse, das sey ein harmloses Gemüth.“ Abg. Kerst meinte, die kurhessische Angelegenheit sey vor Allem eine deutsche Frage, die nur durch das preußische Schwert gelöst werden könne. Abg. v. Malzahn, von der Rechten, sprach nur der wenigen Redner, die die Ausfälle der demokratischen Redner gegen die deutschen Regierungen tadelten. „Es ist wahr, sagte er, daß das hessische Volk leidet; aber es wird nicht von seinen Leiden befreit werden, so lange es als Prügeljunge für die deutsche Frage gebraucht wird. Unter der Lösung der deutschen Frage verstehe die liberale Partei Preußens nur eine Revanche für Bronzell und Olmütz oder concentrire sich in dem Bestreben, den Bundestag in jeder nützlichen Thätigkeit zu hemmen. Der Fortschrittspartei sey die hessische Frage ein brauchbarer Zündstoff, die Unionspolitik der liberalen Partei sey die Politik der Selbstüberhebung, das Sonderbyndgelez; die Politik des Nationalvereins oder der Fortschrittspartei erstrebe die Beseitigung rechtlich bestehender, historisch begründeter Verhältnisse. Die Partei, welche das Nationalitätsgefühl immer zur Schau trage, müsse als die Partei der Nationalitätsschwindelei mit demokratischem Hintergrund bezeichnet werden. Die hessische Frage müsse zum Austrag gebracht werden und zu dem Ende müßten die deutschen Regierungen sich die Hände reichen. Der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff erkläre allzaun, daß er die (vom Abg. Frese) vernommenen Ausfälle gegen die deutschen Regierungen bedauere und seine Solidarität entschieden von der Hand weise. Abg. v. Carlowitz schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Der Schatzung, welchen in der neuesten Zeit die Würzburger Regierungen mit Oesterreich an der Spitze gegen uns gethan haben, halte noch heute wie ein Donnerschlag durch das erstaunte Preußen. Wohlan, lassen Sie uns antworten auf diesen Donnerschlag, indem wir uns auffassen, nicht allein in der kurhessischen Frage, sondern auch in der deutschen Frage zu einer raschen, entschlossenen

Digitized by Google

That." Als der Abg. v. Gottberg der demokratischen Fraktion einige Wahrheiten sagte, rief sich ein wahrer Sturm; man schrie: „Zur Ordnung! Herunter von der Tribüne!" Der ernannte Abgeordnete sagte unter Anderm: „Ich will dem Herrn Abg. für Görlitz, Gr. Carewitz, erwidern, daß Oesterreich doch noch nicht auf so schwachen Füßen steht, daß es ihm nicht möglich wäre, uns noch Widerstand zu leisten, und ich muß außerdem sagen, daß ich noch mit Freuden derjenigen Zeit gedenke, wo Oesterreich an unserer Seite gestanden hat, daß ich des Testamentes eines großen von uns so geliebten Fürsten gedenke, der die Allianz mit Oesterreich und ganz besonders empfohlen hat, und je mehr ich die Tendenzen des preußischen Volks hochachte, desto höher muß ich auch eine österreichische Allianz schätzen. Meine Herren! Es spricht sich leicht von einem Kriege, es spricht sich sehr leicht von Gut und Blut hergeben; wer aber, wie ich, den praktischen Verhältnissen sehr nahe gestanden, wer es gesehen hat, wie der kleine Krieg mit Dänemark auf den Ost-Provinzen gelastet hat, der besinnt sich sehr, ehe er das zu diesem Punkte geht; er besinnt sich dreimal, ehe er das Schwert zieht."

Für Kurhessen ist es übrigens gut, daß die Regierungen von Oesterreich und den Mittelstaaten endlich sich entschlossen haben, für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu wirken; denn darüber wird sich Niemand täuschen, daß durch all das Geschrei im preußischen Abgeordnetenhause die Sache doch um kein Haar breit gefördert worden ist, und daß die preuß. Regierung mit ihrer lauwarmen Verwendung für jene Verfassung — womit es ihr im Grund am Ende auch nicht einmal Ernst ist — ebenso wenig etwas Reelles ausgerichtet hätte.

Besonnener und praktischer als die große Mehrzahl der Schreier im preuß. Abgeordnetenhaus erscheint die von Herrn Waldeck und seinen Freunden vertretene Haltung eines Theils der demokratischen Partei. Ihren wir nicht, so geht dieselbe von einer verschiedenen Auffassung aus. Sie will die innere Entwicklung des preußischen Staates nicht durch auswärtige Verwicklungen von unabsehbarer Tragweite aufgehalten wissen, indem sie mit richtigem Instinkt erkennt, daß es für die Interessen der Volksfreiheit nichts Gefährlicheres gibt, als kriegerische Konflikte und Gefahren nach außen, welche nothwendig die Herren vom Säbel aus Staatsruder bringen müssen und die äußerste Konzentration der monarchischen Spitze fordern. Der Veteran der preuß. Demokratie verlangt, daß man Preußen zu einem deutschen Musterstaat ausbauen soll, der durch bessere Institutionen und ein volksthümlicheres Regiment seinen Beruf zur Führerschaft der Deutschen thätlich beweist — bevor man die Hand nach den deutschen Kronen ausstreckt. Deßhalb ist die Partei Waldeck auch entschieden gegen die Vermehrung des Heeres, während die übrigen Fraktionen der demokratischen und der liberalen Partei sie am Ende gern bewilligen würden, wenn sie Aussicht hätten, daß die preuß. Regierung dann geradewegs auf die Gründung eines kleindeutschen Bundesstaats lossteuern wollte.

Bayern. München, 20. Febr. So eben ist der außerordentliche Gesandte des Königs Franz, Duca di Castellucio, daher angekommen. Er überbrachte Briefe an den königl. Hof und die herzogliche Familie sowie die Beglaubigungsschreiben für den bisherigen neapolitanischen Geschäftsträger des Königs am hiesigen Hof, Marchese Gito, als bevollmächtigter Minister. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir, daß das Gerücht von einer bevorstehenden Abreise der k. neapolitanischen Familie von Rom von französischen (?) Agenten verbreitet wurde, und daß der König Franz II. nur in dem Fall Rom verlassen wird, wenn der Papst gezwungen werden sollte, seine Hauptstadt zu verlassen. (K. Z.)

Die Gewerbe- und Handelskammer von Oberfranken hat als Sitz des Handelsappellgerichts die Stadt Nürnberg vorgeschlagen und u. A. Anträge gestellt auf den Bau einer Eisenbahn in die thüringischen Länder, entweder über Kronach nach Projelten, oder von Hof nach Gera, dann den einen Zweig von Schnaittenbach nach Wunsiedel, sowie eine Telegraphenlinie in dieser direkten obengenannten Richtung. (K. Bl.)

Preußen. Berlin, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Kultusminister Bethmann-Hollweg auf eine deßfallsige Interpellation antwortend, er sey mit dem Erlaß des Koblenzer Schulkollegium an die Lehrer in Betreff des Fernhaltens derselben von Wahlagitationen einverstanden. Ein hierauf gestellter Antrag, daß diese Erklärung seinesweges befriedige, daß das Haus vielmehr in dem Erlaß eine Verletzung des den Staatsbürgern verfassungsmäßig zustehenden Rechts der Betheiligung am politischen Leben erblicke, wurde von der gesammten deutschen Fortschrittspartei und andern Abgeordneten unterstützt. (Wird er auch von dem Hause angenommen werden? (Kol. d. R. K.)

Holstein. Glückstadt, 19. Febr. Die Freisprechung Lehmanns ist Thatsache. Der Oberstaatsanwalt hat die Berufung an das holsteinische Oberappellationsgericht zu Kiel angemeldet. Erst dieser höchste Gerichtshof kann Lehmann endgültig freisprechen. (Nat.-Ztg.)

= **Oesterreich.** In Josephstadt (Böhmen) versammelten sich vor einigen Tagen sämmtliche Seelsorger des Jaromerzer Vikariats zu einer Berathung in Betreff der in den bischöflichen Ordinariat angeordneten Uebernahme des Kirchenvermögens von Seite der kirchlichen Behörden, und einigten sich in dem Beschlusse, das hochw. bischöfliche Konsistorium bitten zu wollen, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen, bis die im Reichsrathe diesfalls eingebrachte Interpellation zur Erledigung gelangen wird. Weiter wurde beschlossen, in der bezüglichen Eingabe an das bischöfliche Konsistorium auf die Nachtheile aufmerksam zu machen, welche die kirchlichen Interessen durch die beabsichtigte Aenderung des bisherigen Verhältnisses des Kirchenpatrons zu dem Kirchenvermögen erleiden würden, und wie wünschenswerth es daher sey, daß der status quo auch fernerhin aufrecht bleibe.

= Der Statthalter von Ungarn hat dort, statt der im Februar 1861 restaurirten Klausal'schen Zunftordnung von 1848,

† Professor Dr. Ignaz Denzinger.

Bernhard Ignaz Denzinger wurde geboren zu Dettelbach am 21. Juli 1782. Sein Vater war ein unbemittelter, aber frommsamer Schreiner. In das Museum aufgenommen, das damals für arme Studierende im Julius-Hospitale bestund, vollendete Denzinger darin 1800 die Gymnasial-, 1802 die philosophischen Studien, nachdem er im zweijährigen philosophischen Kursus die Auszeichnung des Primats erlangt hatte und damit das Recht auf das philosophische Doktorat, das er 1814 förmlich erwarb. Zuerst gab er sich dem theologischen Studium hin, neben welchem er das philosophische mit allem Eifer fortlegte. Des Bruders Vorlesungen von Schelling gab aber für ihn und mehrere seiner Genossen Anlaß zu einer Unterbrechung ihres theologischen Studium, welche Denzinger bei seiner Mittellosigkeit zwang, ein anderes Fach zu ergreifen. Er studirte also 1806—1809 Rechts- und Kameralwissenschaft. Nach Vollendung derselben war er eine Zeit lang Hofmeister bei dem bayerischen Gesandten am großherzogl. Würzburgischen Hof, von Lautphuhus, und praktizirte im Kameralfach. Im Jahre 1812 wurde er von der großherzogl. Regierung zum Kommissär am statistischen Bureau ernannt und wirkte in dieser Eigenschaft besonders in den Landgerichten Aenstein, Wernect, Neustadt an der Saale und Gemünden, und trug durch seine Kenntniß des ländlichen Lebenwesens und seine Thätigkeit viel zur schleunigen Berichtigung der beinahe schon ganz unbrauchbar gewordenen Lebenbücher und Steuerkataster bei. Als im Jahre 1814 diese Behörde von der kgl. bayer. Regierung aufgelöst wurde, behielt er eine Zeit lang die Stelle eines Assistenten am hiesigen Gymnasium. Durch diese vielfach wechselnden Beschäftigungen hatte Denzinger sich nicht abhalten lassen, seine literarische Thätigkeit in ausgebreiteter Weise zu eröffnen. Er gab 1812—1816 die „Aurora", eine Zeitschrift für fränkische Kunst und Poesie, die erste dieser Art, heraus, an welcher Fröhlich, Richarz, Ulrich, Keller, J. A. v. Seuffert mitarbeiteten. Der später so berühmt gewordene Dichter Rückert gab darin sein erstes Gedicht heraus. Unter den Mitarbeitern erscheint auch Fräulein — A — N. v. d. Thella Molitor, Tochter des Damenstifts-Rentammanns Molitor dahier, welche bald seine Gemahlin werden sollte. In der „Germania" von Bauer und der „Würzburger Chronik" von Degg gab er viele historisch-statistische Aufsätze heraus. Endlich wurde ihm die Möglichkeit zu Theil, sich vollständig seinen eigentlichen, wissenschaftlichen Bestrebungen hinzugeben, indem er 1817 auf Empfehlung seines Lehrers Merz einen Ruf als Professor der Philosophie an die neugegründete k. niederländische Universität zu Lüttich erhielt. Er nahm die Stelle mit Vorbehalt des bayer. Indigenats an, schloß seine eheliche Verbindung mit Jener ab, welche er als Redacteur der „Aurora" kennen und schätzen gelernt hatte, und trat sofort seine Thätigkeit in Lüttich in der ihm gewohnten Weise an, indem er, da ein Professor der Geschichte noch nicht ernannt worden war, auch diese Vorlesungen auf sich nahm. Später (1825) versah er sie bei Erledigung des Lehrstuhls noch einmal während längerer Zeit; 1828 übernahm er auch das Lehrfach der Pädagogik. Für seine Vorlesungen gab er vortrefflich heraus Institutiones logicae 1824 in drei Bänden, und Prima elementa logices in zwei Ausgaben; ferner die facultate repraesentandi et cognoscendi 1819, de Hermotimo Clazomenio 1825,

Digitized by Google

die von den damals bestehenden magyarischen Behörden abgeschaffte Gewerbefreiheit wieder eingeführt; binnen Kurzem soll auch die Herstellung des allgemeinen deutschen Wechselgesetzes hervorstehen, da sowohl die Beamten der Königl. Wechselgerichte, als auch die Advokaten mit demselben bisher vertraut sind als mit dem ungarischen. Die Pesther Geschäftswelt war von vornherein höchlich erbittert, als vor einem Jahre das 43er ungarische Wechselgesetz hergestellt ward, das rein im Interesse der Aristokratie abgefaßt ist, seine Körperschaft für Wechselschulden kennt und überdies die Einleitung der letzteren fast ausschließlich auf die beweglichen Güter des Schuldners beschränkt.

Graz, 16. Febr. Die Rechtsbeflissenen der hiesigen Universität wollten zum Besten ihres Unterstützungsvereins während der Fastenzeit eine Theatervorstellung geben und wählten als aufzuführendes Stück das bekannte Lustspiel: „Das bemooste Haupt" von Benedix. Der Ausschuß, welcher die Sache in der Hand hatte, machte bei der Behörde pflichtschuldigst Anzeige von seinem Vorhaben. Gleich bei Ueberreichung des betreffenden Gesuches wurde den Petenten bedeutet, daß das in diesem Lustspiele vorkommende Charivari weggelassen werden müßte, da hierdurch leicht die Anregung zur Veranstaltung einer wirklichen Katzenmusik gegeben werden könnte und eine solche „Provolation" nicht geduldet werden dürfe. Die Gesuchsteller erklärten sich alle sogleich zur Weglassung dieser Stelle bereit und hielten nun, obwohl das Textbuch noch zur weiteren Censur zurückgelassen werden mußte, die Sache für abgethan. Allein man irrte sich darin, indem ganz unerwartet dieser Tage dem betreffenden Ausschusse von Seiten der Polizeibehörde erklärt wurde, daß in Folge Statthalterei-Erlasses die Aufführung des Benedix'schen Lustspiels: „Das bemooste Haupt" demalen nicht gestattet werden könnte. Wer das harmlose Stück mit seinen studentischen Späßen und Tiraden kennt, kann nicht genug staunen über die Aengstlichkeit unserer Theatercensur. (D. Bzl.)

Frankreich.

Paris, 19. Febr. Der Kultusminister hat nun auch an den Erzbischof von Paris ein Schreiben gerichtet, worin dieser aufgefordert wird, dem Klerus seiner Diöcese die Konversion der Renten zu empfehlen. Kardinal Morlot brachte dieses Dokument heute zur Kenntniß der Geistlichkeit. Es werden alle Segel aufgespannt. (F. P.)

Die „Ostd. Post" schreibt unterm 19. Febr.: „Seit drei Tagen kommt der Kurs der französischen Rente immer niedriger an und heute hat die 3perzentige bereits den Rubikon von 70 in absteigender Linie passirt. Ein Sturz von beinahe einem Franc in nur einem Tage ist in Paris zu jeder Zeit ein bedeutendes Ereigniß, ein Zeichen, daß etwas Verhängnißvolles in der Luft schwebt. Und vollends in diesem Augenblicke, wo die Regierung Alles daran setzen muß, die Kurse hoch zu halten, um die Konversion der 4½perzentigen Rente zu Stande zu bringen. Dieß ist aber nur so lange möglich, als die 4½perzentige Rente über 100 steht; sobald sie unter diese Summe sinkt, wird Niemand der Narr seyn, sie umzuwandeln. Heute ist diese Erscheinung nun wirklich eingetreten. Die 4½perzentige Rente wird zu dem Kurs von 99 telegraphirt — und somit ist der ganze Konvertirungsplan des Herrn Achilles Fould zerstört und die Summen, welche die Regierung darauf verwendet hat, sind zwecklos hinausgeworfen. Das Seltsamste bei dieser Erscheinung ist, daß Niemand die Ursachen derselben kennt; der gehörige Zusammenhang, der ihr zu Grunde liegt, ist wie ein Räthsel der Sphinx."

Spanien.

— Manuel Matamoros (zu Deutsch: der Mauretödter), welcher jüngst wegen Bildverbrechen zu sieben Jahren Galeerenstrafe verurtheilt wurde, ist nicht das einzige Opfer des spanischen Gesetzes. Nach dem „Clamor publico" befinden sich gegenwärtig wegen ähnlicher „Verbrechen" verhaftet acht Personen zu Malaga, sieben zu Sevilla, drei zu Granada. Ferner haben Verhaftungen zu Barcellona, Cordova und Jaen stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Frauen und eine Jungfrau von siebenzehn Jahren. In Granada und Sevilla haben mehr als 50 Familienväter flüchtig werden müssen, die ihre Frauen und Kinder meist völlig mittellos zurückgelassen haben. Die spanischen Behörden scheinen übrigens selbst, wenn auch nicht die Ungerechtigkeit, so doch das Odium, welches dieses Gesetz erregen muß, zu fühlen; denn sie behaupten immer, die wegen Bildverbreitung oder mehr oder minder starker Hinneigung zum Protestantismus Verurtheilten hätten sich der Theilnahme an republikanischen Komplotten schuldig gemacht, was in den meisten Fällen geradezu unwahr, in keinem einzigen aber zu erweisen ist. (A. Pr. Z.)

Italien.

Neapel, 13. Febr. Die am Sonntag stattgefundene Demonstration gegen den Papst hat dem Erzbischof von Amalfi, Mons. Ventura, den Tod gebracht. Als er nämlich die Menge sah, welche sich gegen die weltliche Gewalt auflehnte, wurde er davon so ergriffen, daß ihn bei der Rückkehr nach dem Hause, wo er sich verborgen hielt, ein Schlagfluß traf, in dessen Folge er gestern verschied.

In Bergamo hat die Rückkehr des Bischofs Spavanza zu ernstlichen Auftritten zwischen der Landbevölkerung, welche ihre Freude durch geräuschvolle Demonstrationen an den Tag legte, und der sich diesen Demonstrationen widersetzenden Junta (Gemeinderath) Anlaß gegeben. Man mußte gegen die aufgereizten Massen Militär requiriren. Ein Karabinier wurde dabei getödtet. Die Junta hat sich nun mit einer gegen den Bischof gerichteten Petition an die Turiner Deputirtenkammer gewendet und diese hat den Gegenstand der Erwägung des Ministers empfohlen. (Fr. Pbl.)

Amerika.

New-York, 7. Febr. Das Fort Henry an dem Flusse Tennessee, welches als ein wichtiger Punkt betrachtet wird, ist von

---

de sublimi (Mikrosrede, geschätzt) 1821, und arbeitete historische Tabellen aus. Dabei hielt er eine deutsche Akademie und stiftete mit Kollegen eine propädeutische Schule für Lehrer im mittleren Unterricht. In dieser Weise wirkte er 13 Jahre fort, bis zur bekannten Revolution 1830. Da er seines Eides wegen sich mit anderen Professoren weigerte, auf belgische Seite zu treten, wurde im Dezember 1830 die philosophische Fakultät in Lüttich aufgelöst. Denzinger zog nun im März 1831 mit seiner Familie in sein deutsches Vaterland zurück, und als die Verhältnisse in Belgien sich nicht mehr in der gewünschten Weise ordneten und ein Ruf als Professor der Geschichte und Statistik von Seite der philosophischen Fakultät dahier an ihn erging, trat er 1832 in den bayer. Staatsdienst über. Neben seinem Nominalfach versah er 1834 bei vorgekommener Erledigung das Lehrfach der Logik und 1855 wurde ihm nach fröhliche Quieszirung die Pädagogik und Didaktik übertragen, so daß seine Lehrthätigkeit sich stets zwischen diesen drei Fächern bewegte. Seine Kenntnisse im Kameralfach befähigten ihn besonders, zur Verwaltung der universitätischen Finanzen verwendet zu werden. Er wurde 1833 zum Mitglied einer Kommission zur Einsetzung der Verwaltung und in demselben Jahre zum Mitglied des Verwaltungsausschusses ernannt, in welcher Eigenschaft er bis zu seiner Quieszirung fortwirkte. Dabei war er Mitglied der Bibliothekskommission von 1835 bis zur Auflösung derselben. In den Jahren 1834–1838 war er Prüfungskommissär an den Gymnasien und Lyceen zu Aschaffenburg, Bamberg, Münnerstadt und an den Landwirthschafts- und Gewerbeschulen zu Würzburg und Bamberg. Er wurde 1835 zum wissenschaftlichen Referenten im polytechnischen Verein dahier und 1836 zum zweiten Vorstand desselben ernöhlt. 1835 wurde er Mitglied der Verwaltung der Oberthürischen Wohlthätigkeitsstiftung dahier und später war er längere Zeit Vorstand derselben. Selbst im landwirthschaftlichen Verein war er 1837 und 1838 als Ausschußmitglied und Sekretär thätig. Seine vorzügliche Thätigkeit war aber dem historischen Verein für Unterfranken und Aschaffenburg gewidmet, dessen mehrjähriger Vorstand er gewesen ist. Seine literarische Thätigkeit hörte trotz so vieler Beschäftigungen nicht auf. Er gab 1832 heraus: Würdigung einiger neueren Versuche, die Geschichte in Perioden abzutheilen. 1. Lieferung, die St.-Simonisten; dann Logik als Wissenschaft der Denkkunst, Bamberg 1832, und viele Aufsätze in der Zeitschrift des historischen Vereins. Er sammelte überdies mehrere Tausende fränkischer Biographien und arbeitete Geschichten der Schulwesens und der Wohlthätigkeitsstiftungen im Fürstenthum Würzburg aus. Endlich legte ihm sein zunehmendes Alter die Nothwendigkeit auf, seiner unermüdlichen Thätigkeit ein Ende zu setzen. Er wurde auf sein Ansuchen am 15. Dez. 1858 in den bleibenden Ruhestand versetzt und bei diesse Gelegenheit von Sr. k. Majestät mit dem Verdienstorden vom h. Michael 1. Klasse geschmückt. Er beschäftigte sich nun im Stillen mit Ausarbeitung seiner fränkischen Biographien. Ein Katarrh und die bei seiner Altersschwäche daraus hervorgehende Lungenlähmung führten sein Ende, auf welches er sich lange schon vorbereitet hatte, am 7. Febr. 1862, sonach im hohen Alter von 79½ Jahren, herbei. Seine Gattin, mit welcher er 40 Jahre im glücklichen Ehestande verlebte und deren Verlust er nie verschmerzt hatte, war ihm am 24. August 1857 vorangegangen.

Würzburg, 20. Febr. 1862. —r—

Digitized by Google

den Unionisten (Nordstaaten) nach einem erbitterten Kampfe genommen worden. (Tel. d. F. P.)

Asien.

Eine schreckliche Feuersbrunst hat den vierten Theil der japanesischen Stadt Yokohama, des europäische Komptoir bei Yeddo, zerstört: ungefähr 600 Häuser wurden eine Beute der Flammen. Die japanesische Gesandtschaft sollte im Januar 1862 nach Europa abreisen. Sie wird sich zuerst nach Frankreich begeben, sodann ihre Reise nach England, Holland, Preußen und Rußland fortsetzen und, wie es heißt, über Sibirien nach Hause zurückkehren.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 19. Febr. Auf Anregung des Dr. Pius Gambs hat sich dahier ein Frauenverein zur Herstellung einer Bibliothek mit besonderer Rücksicht auf die Bildsame und Bedürfnisse der gebildeten Frauenwelt gegründet. Die feierliche Eröffnung dieser Bibliothek, welche bereits 500 meist geschenkte Nummern zählt, fand vergangenen Sonntag den 16. d. statt, wobei Fr. Professor Dr. Deutinger eine gediegene Ansprache hielt und ein von Isabella Braun gefertigtes Gedicht zum Vortrage kam. (A.Postz.)

Ein beklagenswerther Vorfall hat einem Arbeiter der Reichach'schen Bleistiftfabrik zu **Regensburg** das Leben gekostet. Zwei derselben waren eben im Begriff den Kessel zu reinigen und sangen an den andern Maschinen Wasser zum Ausbrühen, als der Stecker das unrichtige Ventil öffnet, und Dampf statt Wasser in den Kessel ließ. Einer der Arbeiter, welcher gerade beim Mannsloch stand, konnte sich glücklich retten, und machte auch den Versuch, den andern hervorzuziehen, leider war aber der Unglückliche schon so arg verbrannt, daß er zwar noch lebend fortgebracht, aber in der Nacht gestorben ist.

Wie aus **Kopenhagen** gemeldet wird, wollen demnächst 1100 Mormonen aus den drei nordischen Reichen, größtentheils aber aus Dänemark, sich über Hamburg nach Utah begeben. Es sind unter ihnen sehr viele bemittelte Leute aus dem Bauernstand.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 21. Februar. (Privat-Korresp.) Das großartige Monument, welches unsere Stadt dem König Ludwig errichten läßt, wird morgen Vormittag in der k. Erzgießerei gegossen werden. — Der Verwaltungsrath der bayer. Ostbahnen hat Hrn. Abg. Schlör, k. Advokat in Weiden, zum Betriebs-Inspektor der Ostbahnen ernannt — eine in der That sehr glückliche Wahl.

Berlin, 18. Febr. Ueber dem Haupte des Hrn. v. Bethmann-Hollweg ziehen sich einige dunkle Wolken zusammen, denen die bekannten Beschwörungsformeln Stillstand gebieten werden. Der Kultusminister bediente sich leider nicht ohne Erfolg, jetzt gerade auch nicht zur Erhöhung seines moralischen Einflusses, der zweifschneidigen Taktik, im einzelnen Fall eine liberale Entscheidung zu ertheilen, wenn es dagegen auf Grundsätze ankommt, sich auf den entgegengesetzten Standpunkt zu stellen. Damit kann es nach beiden Seiten Front machen und, nach Bedürfniß, die Temperatur des Herrenhauses angenehm machen, oder die durch ihren Christenglauben nicht besonders hervorragende Majorität des Abgeordnetenhauses beschwichtigen. Leider gewinnt es den Anschein, daß die Volkskammer die taktische Geschicklichkeit nicht länger anerkennen will. (Allg. Z.)

Warschau, 16. Febr. Es ist klar, schreibt man der „Schles. Ztg.“, daß der Kaiser die besten Absichten für Polen hat, aber sich nichts abzwingen lassen will. Er wird — der Erfolg hat dies in seiner Ansicht an's Volk bei Wiedereröffnung der Doms aufs Neue bestätigt — noch weitere bedeutende Bewilligungen machen; er will die polnische Nationalität in nichts verkürzen oder beschränken, nur Ordnung und Ruhe muß aufrecht erhalten, nur seine Souveränetät selbst darf nicht in Frage gestellt werden. Die der Monarch in Finnland die altschwedische Verfassung wieder herstellt, wie er in dem noch so unentwickelten Rußland von Stufe zu Stufe den Bau der Freiheit aufzuführen fortfährt, so wird er auch in diesem Lande, welches seit alten Zeiten eine der freiesten Verfassungen besaß und die Erinnerung daran auch unter Nicolaischem Drucke nie vergaß, wohl bemessen, dem Bedürfniß und der Fähigkeit der Nation entsprechende Institutionen herzustellen wissen, welche dem Volke beweisen, daß Polen auch unter russischer Oberherrschaft nicht verloren ist. Beruhigt sich das Land immer mehr und zeigen die Polen in ihrer gegenwärtigen Lage dieselbige ernste Reife, die sie leider im vorigen Jahre theilweise so bald verließ, so wird es nicht lange dauern, bis die bereits gewährten Konzessionen vollständig durchgeführt und neue im Sinne einer vernünftigen nationalen Autonomie verliehen werden. —, Auch die gestern veröffentlichte Liste der Beruftheilten hat auf die Stimmung nicht ungünstig eingewirkt. Das Geheimniß, in welches das Loos der bedauernswerthen Gefangenen bis jetzt gehüllt war, trug zur Vergrößerung und Uebertreibung des Unglückfalles, was man von ihnen erfuhr, sehr viel bei, während jetzt ein sicherer Anhaltspunkt über ihr Schicksal gegeben ist und viele Befürchtungen vermindert worden sind.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81¼ P. 81 G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	72¾ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80⅝—80 G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅝ G.	
„	4½ pCt. dto.	—	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91½ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 G.	
„	4½ pCt. Obl. 1858r. dto.	102¾ G.	
„	4½ pCt. Obl. Ugl. dto.	104 G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101¾ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	102¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	101¾ P.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ P. ¾ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¾ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100¾ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¾ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	93 G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 36	48 G.	
„	2 pCt. „	42⅝ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100½ P.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1171½ G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	727—24 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173½—74 G.
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
	Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	204 P. 203 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 P.
	Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	87 P. 86½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 200 . . .	337 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	85⅝ G.
	Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 kr.	235 P.
	„ Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	142 P.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4pCt. Z.	95½ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	131 G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83¼ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	246½ P. 246 G.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	310 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Peréire .	470 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106¼ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106¼ G.
	Provideutia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

	Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
	Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
	Berlin Th. 60 k. S.	105 B. 104½ G.
	Brem. 90 Th. Lsl. k. S.	96⅜ B.
	Köln Thlr. 60 k. S.	105 B.
	Hamb. MB. 100 k. S.	87⅝ G.
	Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
	London Lst. 10 k. S.	118½ B.
	Lyon Frs. 200 k. S.	—
	Mail. L.S.L. 250 k. S.	93¼ G.
	Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
	Triest fl. 100 k. W.	—
	Wien fl. 100 k. W.	—
	do. 2 à 6 W.	—
	do. in Ost. W. I. S.	95⅝—⅞ G.
	Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	102½ P. 101¾ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64¼ P. —	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	113¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 8/7	67¼—67 G.	„ do. fl. 25 b. do.	—
„ fl. 100 Kieb. L. v. 1858	104⅝ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	86½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	122¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Ulrich v. 1/7 pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	95½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	56½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ P.

Frankfurt, 21. Februar. Bei reger Kauflust nahmen österr. Fonds, Bank- und Industriepapiere einen ziemlich bedeutenden Aufschwung. Die übrigen Fonds und Aktien bei geringen Kursveränderungen sehr fest. (Synd.)

Digitized by Google

Prof. & Staat

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54-55. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Postversand wird die dreifache Taxe in gewöhnlicher Münze. | **50. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **Montag, 24. Februar 1862.**

Deutscher Bund.

ô **Frankfurt, 21. Februar.** (Privat-Korresp.) In Bezug auf die öfters besprochenen Abstimmungen des Bundestags nehmen wir Veranlassung, zum Zweck einer für manchen Zeitungsleser wünschenswerthen Orientirung an die eigenthümliche Vertheilung der Stimmen zu erinnern, welche im sogenannten „engeren Rathe" (in welchem regelmäßig berathen und abgestimmt wird) gesetzlich ist. Bekanntlich zählt der engere Rath im Ganzen 17 Stimmen und führen von diesen 1) Oesterreich, 3) Preußen, 3) Bayern, 4) Sachsen. 5) Hannover. 6) Württemberg, 7) Baden, 8) Kurhessen. 9) Großherzogthum Hessen, 10) Dänemark wegen Holstein, 11) die Niederlande wegen Luxemburg je eine Stimme. Die übrigen sechs Stimmen vertheilen sich unter die kleineren deutschen Staaten und gelten rücksichtlich des Stimmenantheils und dessen Ausübung folgende unter den Theilhabern vereinbarte Grundsätze: Die 12. Stimme (Kurie) bilden die großherzogl. und herzogl. sächsischen Häuser Weimar-Eisenach, Koburg-Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Altenburg. Die Gesammtstimme wird durch den weimarischen Gesandten abgegeben. Ueber den Inhalt der Abstimmung entscheidet die Mehrheit, wobei Weimar 2, die übrigen Häuser je eine Stimme haben. Irrohl wird in Differenzfällen zwischen Weimar einerseits und den übrigen Häusern andererseits Stimmengleichheit angenommen und wechselt dann das Entscheidungsrecht von Fall zu Fall. In der 13. Kurie (Braunschweig und Nassau) wechselt die Stimmführung von 3 zu 3 Monaten. Bei Differenzen über den Inhalt des Votums gibt abwechselnd bald Braunschweig, bald Nassau den Ausschlag, so jedoch, daß der Staat, welcher in einer bestimmten Sache einmal die Entscheidung gehabt hat, dieselbe auch bei allen späteren Abstimmungen in derselben Sache beibehält. (In der luthesischen Sache hat dem Vernehmen nach Nassau die Entscheidung.) In der 14. Kurie (beide Mecklenburg) führt Mecklenburg-Schwerin die Stimme. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt Schwerin zweimal, hierauf Strelitz einmal den Ausschlag. In der 15. Kurie (Oldenburg, die beiden Anhalt und die beiden Schwarzburg) ist Oldenburg Stimmführer. Das Votum wird durch Majorität festgestellt, wobei Oldenburg 4 und die Uebrigen je eine Stimme haben. Da hiernach Stimmengleichheit eintreten kann, so ist weiter vereinbart, daß in diesem Falle das Ausschlagsrecht zwischen Oldenburg einerseits und den Uebrigen andererseits von Fall zu Fall abwechselt. In der 16. Kurie (Lichtenstein, die beiden Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg) wechselt die Stimmführung von Monat zu Monat. Ueber das abzugebende Votum entscheidet einfache Mehrheit. Die vier freien Städte endlich (17. Kurie) wechseln mit der Stimmführung von Jahr zu Jahr und stellen das Votum durch Majorität fest, wobei die Stimmführende Stadt im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag gibt. Außerdem ist daran zu erinnern, daß auch die nicht stimmführenden Gesandten gegenwärtig sepen und die Ansichten ihrer Regierungen darlegen dürfen, was aber nur eine berathende Bedeutung hat.

Die „Pfälzer Zeitung" schreibt: „Um die feindentliche Idee mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, welche zu deren Verbreitung gebraucht werden; um nicht in thatlosem Fatalismus die Neugestaltung Deutschlands einer Partei zu überlassen, welche dessen Verkleinerung und Zweitheilung erstrebt: bleibt nichts übrig, als die Bildung eines großdeutschen Vereins. Die Elemente dazu sind reichlich vorhanden, hervorragende Männer in großer Zahl bekennen sich zum großdeutschen Prinzip, dem auch die Masse der Bevölkerung in Süddeutschland und ein großer Theil im nichtpreußischen Norddeutschland zugethan ist. Auch die Erkenntniß von der Nothwendigkeit eines solchen Vereins lebt in einer Menge einsichtsvoller Patrioten, so daß es nur eines Anstoßes bedarf, um denselben ins Leben zu rufen und über ganz Deutschland auszubreiten." Der Gedanke ist gut und verdiente wohl in Ausführung gebracht zu werden. Mögen ihn die beherzigen, die er angeht.

Bayern.

München, 20. Febr. Das k. Staatsministerium der Finanzen hat durch Restript vom 9. d. den Auftrag an die k. Kreisregierungen erlassen, daß in Folge der Veränderungen, welche sich aus der Durchführung der Gewerbeconcession ergeben, alle dienlichen Anordnungen zu treffen sind, wodurch es den Finanzbehörden gelingen wird, mit allen Vorschüssen in Untersuchungssachen, so viel als es möglich ist, bis zum 1. Quit 1. J. aufzuräumen. Die Bezahlung der gegen Restitution auf das künftige Vermögen vorgemerkten Untersuchungskosten durch den Betreffenden oder deren Anverwandten, erscheint wünschenswerth.

Von der Kreis-Gewerbe- und Handels-Kammer von Oberfranken wurde die Ermäßigung der Frachtsätze für Steinkohlen, wo möglich auf 1 Pfennig per Zentner und Bahnmeile, ferner die Vollendung der Eisenbahn von Gunbelsdorf bis Stockheim, sowie Vermehrung der Kohlentransportwagen auf den bayer. Eisenbahnen dringend befürwortet. Aus den Mittheilungen der einzelnen Gewerbe geht hervor, daß nicht nur die Baumwollenspinnereien und Webereien, sondern auch sämmtliche Ausfuhrartikel, wie Glaswaren, Korbflechtenwaaren ꝛc. unter dem amerikanischen Bürgerkrieg zu leiden haben. (B. Bl.)

Preußen. Seit längerer Zeit ist von den preußischen Militärbehörden ein neues Schießpulver in Versuch genommen. Erfinder dieses neuen Schießmaterials ist der frühere Direktions-Assistent bei der königlichen Pulverfabrik in Spandau, Hauptmann Schulze von der Magdeburgischen Artillerie-Brigade Nr. 4, welcher jedoch bei seinen Arbeiten und Versuchen auf diesem Gebiet durch einen Verwandten, den Ober-Amtmann Weigel unterstützt wurde. Die Farbe des Pulvers ist nicht weiß, so wie es früher hieß, sondern, daßselbe bildet eine schmutzig-grau-gelbliche, körnige Masse. Als besondere Unterscheidungs-Merkmale von allen ähnlichen Bestrebungen werden folgende angegeben: 1) soll das neue Pulver billiger als das bisherige Schießpulver seyn; 2) eine gefahrlose Fabrikation gestatten; 3) beim Abbrennen keinen Rückstand hinterlassen, der die Schießgewehre angreife und namentlich bei den vorn zu ladenden gezogenen Handfeuerwaffen so lästig ist, und 4) endlich völlig gefahrlos in zwei getrennten Bestandtheilen — welche erst kurze Zeit vor dem Gebrauch durch sehr einfache Manipulationen gemischt werden — aufzubewahren seyn.

Kurhessen. Kassel, 18. Febr. Es ist eine Verfügung des Ministers des Innern ergangen, wonach die Nachforschungen in Betreff der bekannten Adresse an den Kurfürsten (worin um Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gebeten ward) wieder aufgenommen werden sollen, jedoch blos gegen die Ortsvorstände. Der Erlaß lautet: „Den Regierungen wird eröffnet, daß zwar von einem Einschreiten gegen diejenigen Gemeindebeamten, welche sich bei der Colportage und Unterzeichnung der Adresse betheiligt haben, abgesehen werden soll, daß aber gegen diejenigen Ortsvorstände, welche hierbei durch Anwendung dienstlicher Contrafignatur bei der Ab- und Umherreisung derselben, Verwendung des Ortsdieners zur Colportage, Anberaumung von Gemeindeversammlungen ꝛc. ihr Amt mißbraucht haben, aufs strengste durch Ordnungsstrafen einzuschreiten ist."

* **Oesterreich.** Aus vielen Städten Oesterreichs hört man von Vorbereitungen zur Feier des 26. Febr., des Jahrestags der Berleihung der Verfassung. Diese Feier ist eine politische Kundgebung in doppelter Art; sie geht aus von den Liberalen und den Anhängern des österreichischen Einheitsstaats und ist gerichtet gegen die Reaktionäre und gegen die sog. Föderalisten d. h. jene Partei, welche die einzelnen Kronländer möglichst selbständig stellen und unter einander nur durch ein ganz lockeres Band verbunden sehen möchten. Zu letzteren zählen namentlich die Polen, Czechen und Magyaren.

Digitized by Google

= Wien, 22. Febr. (Privat-Korresp.) Heute Abend findet die Versammlung des Bankausschusses statt. Die Grundzüge der Punktationen für ein Uebereinkommen zwischen Bank- und Staatsverwaltung, welche dieser Versammlung vorgelegt werden, und denen in derselben die Majorität gesichert zu seyn scheint, sind folgende. Von den 4 Posten, aus denen die 249½ Mill. betragende Schuld des Staates an die Bank sich zusammensetzt, werden die 40½ Mill. fundirte Staatsschuld, welche aus der Einlösung des Wiener Währung Papiergeldes herrühren, in der bisherigen Weise bis Ende 1870 amortisirt. Die 20 Mill. Silber, welche die Bank dem Staate auf die Londoner Anleihe vorgestreckt hat, werden in 20 Monatsraten abgetragen, deren erste ein Vierteljahr nach Sanktionirung des neuen Uebereinkommens fällig ist. Von den 99 Mill., welche die Bank dem Staate auf das 1859er Anlehen vorgestreckt hat, und von der durch die Staatsgüter bedeckten Schuld von 89²/₄ Mill. verbleibt dem Staat als Entgelt für Verlängerung des Privilegium der Betrag von 80 Mill., die er mit 2 pCt. verzinst und in 5 Jahresraten vom letzten Dezember 1886 bis zum letzten Dezember 1890 amortisirt. Für die alsdann noch erübrigenden 108³/₄ Mill. findet keine Verzinsung statt; und die Rückzahlung erfolgt durch die Erträgnisse und den Verkauf der der Bank überwiesenen Staatsgüter und durch den Erlös aus dem Verkaufe der 123 Mill. Obligationen, welche der Bank aus dem 1860er Lotterieanlehen übergeben worden sind. Die der Bank eingeräumte Berechtigung zur baldmöglichsten Veräußerung der Staatsgüter wird nicht angetastet; der Verkauf der 1860er Loose aber wird in der Weise geregelt, daß der Erlös von 82 Mill. für Staatserfordernisse, und nur der für 41 Millionen für Rückzahlungen an die Bank verwendet wird. Falls der Bank in einem Jahre aus den Gütern und Loosen nicht 10 Millionen Gulden zufließen, ergänzt die Finanzverwaltung den fehlenden Betrag, doch tritt diese Bestimmung erst dann in Kraft, nachdem die Rückzahlung der 20 Mill. Silber erfolgt ist. Die Bank verpflichtet sich, die gegenwärtig in ihrem Besitz befindlichen Effekten in dem Maße, wie die Rückzahlungen eingehen, und in solchem Umfange zu veräußern, daß die statutenmäßige Deckung der Banknoten erreicht wird. Sobald Letzteres geschehen ist, wird im verfassungsmäßigen Wege der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Baarzahlung sowie für die Einziehung der Einser und Fünfer bestimmt, welche die Bank vorläufig ermächtigt bleibt im Umlaufe zu erhalten. Das neue Privilegium läuft bis Ende 1890, und soll über seine Fortdauer 4 Jahre vorher beschlossen werden. Rechtskraft erlangt dies Uebereinkommen erst dann, wenn auch das neue Statut und das neue Reglement angenommen sind. Alle aus der Konvention resultirenden Verpflichtungen werden unter die Aufsicht der vom Reichsrath einzusetzenden Staatsschuldenkontrollcommission gestellt. In der Sitzung des Bankausschusses werden sich über mehrere Punkte des obigen Uebereinkommens heftige Debatten erheben, die indeß kaum zu einem praktischen Resultat führen dürften. Die Majorität des Komite's hat zwar nichts gegen das dem Staat zu bewilligende Anlehen; setzt es aber dabei als selbstverständlich voraus, daß diese Schuld vom Reichsrath ausdrücklich garantirt wird. In den Punktationen ist diese Garantie zwar nicht erwähnt worden, doch unterliegt ihre Bewilligung nicht dem leisesten Zweifel. Die Minorität des Komite unter Dr. Berger's Führung will dagegen von einer Anleihe überhaupt nichts wissen und die 1860er Loose erst dann herausgeben, wenn der Staat dafür eine andere, ebenso leicht veräußerliche Sicherheit bietet.

Triest, 18. Febr. Der Redacteur des „Lemys", wurde heute wegen hochverrätherischer Umtriebe verhaftet und das Blatt vorläufig suspendirt.

Großbritannien.

London, 22. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston als Antwort auf eine Frage Griffiths, es gebe sich in Italien allerdings, und zwar ganz besonders in Rom, der ernstliche Wunsch kund, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden und des Papstes weltliche Macht aufhören möge. Der Gesinnte Englands habe aber nicht gemeinsam mit dem österreichischen und dem preußischen Gesandten bei Nicasoli dagegen remonstrirt.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Die Adreß-Debatte in der gestrigen Sitzung des Senats hat noch wenig oder gar nichts Neues gebracht. Der Cardinal Mathieu schloß die Reihe der Redner, indem er um Aufschlüsse über die diplomatischen Dokumente bat, welche die Regierung im blauen Buche vorgelegt habe, besonders in Betreff dessen, was die Bischöfe von Orleans, Bischof von Poitiers und die in Rom zwischen Antonelli und Lavalette ausgetauschten Erklärungen angehe. Auch das Publikum harrt ungeduldig der Dinge, die da kommen sollen, und man ist gespannt, ob die Regierung die Lücken in den Altenstücken eingesehen und ergänzen und ob sie sich ernstlich zu dem neuen Projekte bekennen wird, das gegenwärtig Gegenstand des Gelächters aller Parteien ist. Ein neues Blatt, „L'Esprit public", erklärt sich in dem Stand gesetzt, die Hauptpunkte dieses Phantasiebildes (das die französische Regierung dem Papst vorgeschlagen haben soll, welches aber Kardinal Antonelli zurückgewiesen hat) mittheilen zu können. Es sind mit kurzen Worten folgende: 1) der Papst behält die nominelle Souveränetät über den ganzen früheren Ländercomplex des Kirchenstaates, so wie die vollständige über Rom und das Patrimonium Petri; 2) dieses letztere Gebiet bildet einen besonderen Staat unter einer ausschließlich weltlichen Verwaltung unter einem Senat, dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt, und einer Wahlkammer; 3) der Papst ernennt die Sena-

Ueber das Promessen-Spiel.

Es ist eine schon längst nicht mehr neue Sitte, daß die Regierungen, auf die Gewinnlust der Menschen rechnend, ihre Anleihen theilweise in der Form von Anlehensloosen aufnehmen. Während sie gegen Obligationen Gelder nur zu 4 bis 6 pCt. aufnehmen können, gelingt es ihnen häufig, durch geschickt ausgerechnete Lotterieanleihe ihren Bedarf zu weit niedrigerem Zinsfuße zu decken. Auch industrielle Gesellschaften haben in neuerer Zeit zu diesem Auskunftsmittel gegriffen. Eine große Anzahl solcher Anlehensloose sind vorhanden und sie werden an der Börse gleich den übrigen Werthpapieren umgesetzt. Die Anlehensloose theilen sich in zwei Klassen: in solche, die einen festen Zins tragen und nebenbei mit kleineren oder größeren Prämien zurückbezahlt werden (wie die Preuß., Brünsler, Lütticher, Oesterr. 1854er und 1860er), und in solche, bei welchen die ganze Verzinsung und Tilgung durch auf eine Reihe von Jahren vertheilte Gewinnziehungen bewirkt werden (wie die Badischen, Darmstädtischen, Kurhessischen, Schwedischen Loose 2c. 2c.). Nur die letzteren kommen hier in Betracht, da auf verzinsliche Loose sogenannte Promessen seltener ausgestellt werden. Der Privatmann, welcher eingeine solcher Loose kauft, verzichtet gerne auf die Zinsen der darin angelegten Summe, indem ihm die endliche Rückzahlung seines Kapitals im Verlauf der Ziehungen gesichert ist und er die Chance läuft, einmal einen größeren Preis zu erhalten. Diejenigen jedoch, welche solche Anlehensloose in größeren Posten auskaufen und hinlegen, thun dieß gewiß nicht, um mit ihrem Gelde 3 bis 3½ pCt. Zinsen zu machen, auf welchen Zinsfuß die meisten dieser Anlehensloose dastirt sind. Sie rechnen vielmehr darauf, daß ihnen die Spielluft solcher Personen, welche nicht in der Lage sind, Anlehensloose selbst zu kaufen, für die einzelnen Ziehungen eine größere Vergütung gewähre, als dem innern Werth des Looses entspricht. Dieses ist denn auch in der That der Fall, denn in der Regel beträgt die Vergütung, welche an der Börse für das Ueberlassen der Chancen einer einzelnen Ziehung bezahlt wird, 5 bis 6 pCt. per Annum, während, wie schon gesagt, der wirkliche Werth der Ziehung ein viel geringerer ist. Diese Manipulation nennt man in der Geschäftssprache „Verheuern" und es liegt kein Grund vor, warum man, so lange Lotterieanleihen überhaupt existiren, diesem regelrechten Heuergeschäft etwas in den Weg legen sollte. Das Wesen desselben besteht demnach darin, daß der Besitzer eines Anlehenslooses gegen eine bestimmte Vergütung daselbe einem anderen für eine einzige Ziehung überläßt und seinerseits auf dem etwa in dieser Ziehung darauf fallenden Gewinn verzichtet. Für den Fall das Loos gezogen wird, erhält derjenige, welcher das „Heuergeld" bezahlt, es sofort nach der Ziehung gegen ein noch nicht gezogenes Loos derselben Gattung auszuliefert. Das „Heuergeld" z. B. gegenwärtig für ein öfterr. 100 fl.-Loos 2—2½ fl., für ein kurz. 40 Thlr.-Loos 2—2¼ fl., für ein bad. 35 fl.-Loos je nach der großen oder kleinen Ziehung 1¼—⅓ fl. Solche Heuerloose nach auswärts hin zu vertreiben, bieten schon seit langer Zeit einem Erwerbsgewig Frankfurter Lotterie-Collecteure und der Unterschied des Preises, den sie beim Verkauf der geheuerten Loose gegen den Einkauf erzielen, bildet ihren Gewinn. Mit diesem kaufmännischen Gewinn scheinen sich jedoch manche dieser Leute nicht begnügen zu wollen, sie sannen vielmehr auf Wege, um das in solchen Dingen leichtgläubige und durch Ziffern leicht zu blendende Privatpublikum auf die verschiedenste Art zu täuschen

Digitized by Google

toren und der Präsident des Senates erhält mit dem Titel: „Senatore von Rom" durch Uebertragung alle politischen Machtvollkommenheiten, er wird auf zwei Jahre ernannt und ernennt selbst wiederum seine Minister; er leitet alle Staatsangelegenheiten, so daß der Papst ganz außerhalb aller Politik bleibt und sich ausschließlich geistlichen Dingen widmen kann; 4) die Suzeränität (Oberherrlichkeit) über die übrigen Gebietstheile des Kirchenstaats übt der Papst dadurch aus, daß er vom Könige von Italien Tribut erhält, während diese Provinzen politisch und administrativ einen integrirenden Theil des Königreichs Italien bilden; 5) die katholischen Mächte sollen diesen Vertrag garantiren und sich zugleich verpflichten, dem Papst eine Unterhaltung zu zahlen. (In Japan besteht bekanntlich ein ganz ähnliches Verhältniß zwischen dem Dairi und Siogun, dem geistlichen und weltlichen Herrscher, und haben die Jahrhunderte seines Bestehens gelehrt, daß die japanische Landeskirche durch diese Scheingewalt und Unabhängigkeit des Priester-Kaisers in Miaco weder an Ansehen am Hofe zu Yedo, noch an Einfluß auf das Volk gewonnen habe.)

* Die viel besprochene französische Anleihe, welche eben so oft abgeleugnet wie bestätigt wurde, soll nun doch, wenn auch in anderem Arrangement und zu nur der Hälfte des früheren Betrages mit dem Hause Rothschild abgeschlossen seyn. Fould, der vom Kaiser die Ermächtigung verlangt hatte, die nöthigen Fonds herbeizuschaffen, um die Hausse zu begünstigen, wandte sich an Rothschild, der der Bank sofort 150 Millionen entnahm. Der Kaiser wollte anfangs nichts von einer Anleihe wissen und nur die Erklärung Fould's, daß der ganze öffentliche Kredit auf dem Spiele stehe, bewirkte eine Sinnesänderung.

Italien.

Mailand, 18. Februar. In Beziehung auf die innere Ordnung Italiens hat das Turiner Kabinet starke Vorstellungen von Frankreich erhalten. Dieselben berühren zwar keineswegs die letzten Demonstrationen gegen die weltliche Herrschaft des Papstes, sind aber gegen die von Garibaldi unabhängigen Anstellungsverreine gerichtet. Die französische Regierung verlangt, daß die Behörden ein wachsamest Auge über die offenen und versteckten Handlungen der Vereine haben. Die Regierung hätte schon längst wohl gethan, den Stimmen des eigenen Landes zu folgen und nicht auf die des Nachbarstaates zu warten; denn mit Mißtrauen blickt man seit einiger Zeit auf einige verwegene Köpfe der Aktionspartei, welche durch ein unbesonnenes Vorgreifen und Uebereilen der italienischen Sache nur schaden würden. Der König gab beruhigende Versicherungen und traf die nöthigen Maßregeln, um jede Handlung des republikanischen Comité's, sobald sie das Gesetz verletzt, Unordnungen im Innern und Verletzenheit nach Außen bereitet, zu unterdrücken. (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Am 13. Januar wurde nach vierzehntägigen Debatten, die zumeist Gegenständen von materiellem Interesse gewidmet waren, die Adelsversammlung des Gubernium Petersburg geschlossen. Im Laufe dieser Session beantragte ein Mitglied der Versammlung, Platonoff, letztere möge in der Form eines Wunsches an die Regierung das Verlangen stellen, daß eine allgemeine Ständeversammlung einberufen werde. Der Antragsteller entwickelte seine Motive mit großer Mäßigung und begegnete lebhaften Sympathien. Da indessen der Antrag ebenso neu wie kühn ist und sich auch sehr ernste Einwände erhoben, gegründet auf den allzu großen Mangel allgemeiner Volksbildung, so zog es, von andern Schwierigkeiten abgesehen, nach längerer Diskussion Platonoff vor, seinen Antrag bis zum nächsten Jahr zu vertagen. In der Zwischenzeit mögen Stadt und Meinungen darüber reifer werden.

Warschau, 22. Febr. Am Donnerstag besuchte der Erzbischof das jüdische Hospital und das Armenhaus.

Griechenland.

Aus Athen, 15. Febr., schreibt man der „Allg. Ztg.": Kaum vierzehn Tage waren verflossen, daß wir das Schauspiel einer radikalen Ministerveränderung mit all dem großartigen Straßenapparat, Volksauflauf, Spiralt und Bereeatis, den wahren Borgeschmack einer revolutionären Regierung, die uns hätte werden sollen, erlebt haben, und schon kommen die weitern Folgen jenes verunglückten Ministerium. Alle Ereignisse seit dem Mai vorigen Jahres, Komplotte, Beschwörungen, Attentate haben alle einen undestreitbaren Zusammenhang unter sich; wenn die verschiedenen Gerichte den Zusammenhang nicht erkannten oder erkennen wollten, wenn sie von sechsundzwanzig der Verschwörung Angeklagten in jedes Anstand so viele als unschuldig wegschnitten, daß nur noch fünf Angeklagte in Untersuchung blieben, und wenn nun diese freigesprochenen, aber aus Gründen der Disziplin aus dem aktiven Bestand der Armee ausgeschiedenen Offiziere dennoch in täglicher Verbindung mit den noch übrigen in Haft sitzenden gelassen wurden, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir hören, daß in Nauplia eine militärische Emeute ausgebrochen ist. Weitere Nachrichten sagen, daß die freigesprochenen Mai-Verschworenen, die bisher unbegreifliche Weise in Nauplia als beisammen lebten und ungehindert ihre Pläne verfolgen konnten, ein Infanteriebataillon für sich gewannen, mit diesem das zweite dort garnisonirende Bataillon angriffen und es in seiner Kaserne konfinierten, daß man von der Festung Palamides herab Kanonendonner, und aus der Stadt Nauplia selbst Gewehrfeuer höre. Daraus schließt man, daß die Festung Palamides noch in den Händen von königlich Gesinnten ist, ferner daß in der Stadt selbst zwischen der Garnison ein Kampf besteht, und daß demzufolge die königl. Partei eben so stark seyn muß, wie die der Insurgenten; denn wenn eine bisher gesiegt hätte, so würden wir in Athen unfehlbar Nachricht davon haben. Auch von drei Kanonenschüssen, welche das Zeichen zur Emeute waren, bemächtigte man sich des Stadtkommandanten, des Romarchen und sonstiger Behörden und setzte sie außer Stand, ihren Pflichten nachzukom-

---

und zu prellen. In den meisten Fällen schicken sie in verlockender Form ausgestellte, den Anlehensfosen ähnliche Papierzettel hinaus, die sie als „Original-Certifikate", „Shares" oder „Obligations originales" bezeichnen. Auf jedem solchen Certifikate befindet sich zwar eine Nummer des betreffenden Anlehens. Das Certifikat, der beigegebene Verloosungsplan und Begleitschreiben, Alles ist darauf berechnet, dem Unkundigen Glauben zu machen, er habe wirklich durch den Besitz einer Promesse ein Originallooss gehoben. Betrachtet er aber die Sache genauer, so hat er im unglücklichen Falle, wenn seine Nummer gezogen wird, nicht etwa ein Anrecht auf den darauf fallenden Gewinn, sondern nur auf ein noch nicht gezogenes Loos, welches er sich auf der Börse jeden Tag zum Tagekurs kaufen könnte. In welcher Weise das Publikum durch solchen Schwindel ausgebeutet wird, will ich durch ein Beispiel erläutern: Wer mir liegt ein sogenanntes „Original-Certifikat" einer hiesigen Firma über ein österr. 100 fl.-Loos. In demselben heißt es, daß man 21 mal fl. 250,000, 71 mal fl. 200,000 u. s. w. gewinnen könnte, während der einzige Gewinn im glücklichsten Falle ein 107 fl. werthes Loos ist; der wirkliche Werth einer solchen Promesse ist, da in jeder Ziehung etwa der 200. Theil des Anlehens gezogen wird, ungefähr 30 kr., während dafür dem in die Falle gehenden Gimpel 5 fl. abgenommen und einige Tage nach Einsendung des Wäschs auch per Postnachnahme erhoben werden. Wer sich verleiten läßt, eine solche Promesse zu kaufen, bezahlt also das 10fache ihres Werthes. Kann man sich einen größeren Schwindel denken, als wenn man in dem Begleitschreiben liest, daß das betreffende Certifikat „gerade in dem Augenblick disponibel geworden sey, als ein Zufall dem Absender den Namen des Adressaten zuführte ꝛc." Solche Certifikate stellen jene Herren bereitwillig auf alle Nummern des ganzen Lotterieanlehens aus, ohne auch nur ein einziges Originalloss zu besitzen, da sie im äußersten Falle nur ein solches Loos zu kaufen und zu liefern brauchen. Auch die von Ihnen mitgetheilte „Spielart" ist mir bekannt. Daß die Ausstellen solcher Promessen wohl wissen, daß sie eine verachtungswürdige, straffällige Handlung begehen, erhellt schon aus dem Umstande, daß sie nicht einmal ihre eigenen Namen dazu hergeben, sondern sich einen Strohmann einen Commis oder Ausläufer zu ihrem Prügelknaben machen.

Alle die verschiedenen Arten von Schwindeleien, welche auf diese und ähnliche Art fortwährend verübt werden, näher zu beschreiben, dafür würde der Raum eines Zeitungsartikels nicht hinreichen. Nicht selten mischt sich auch die Staatsanwaltschaft in diese auf die Ausbeutung des Publikum berechneten Manipulationen, allein die sogenannten Bankgeschäfte, welche diesen saubern Handel treiben, sind erfindersich wie die Yankees und entdecken immer neue Auswege, um die Strafgerichte zu umgehen und ihre Opfer auszusaugen. So nothwendig es daher ist, daß die Gerichte, da wo eine augenscheinliche Uebervortheilung vorliegt, recht strenge einschreiten, so scheint mir doch das Hauptgegenmittel in der Aufklärung des Publikum über den wahren Werth der ihm unter noch so verlockender Gestalt angebotenen sogenannten „Promessen" gegeben. Nur dadurch lernt das Publikum nach und nach unterscheiden zwischen wirklichem Geschäft und unwürdigem Schwindel; nur dadurch können wirkliche Geschäftsleute von Industrierittern, die den Taschendieben viel näher stehen als den Kaufleuten, unterschieden werden. (N. Fr. Z.)

Digitized by Google

men. Was sonst in Nauplia vorgeht, ist unbekannt. Die Umgegend von Nauplia ist vollkommen ruhig. Die Regierung regriff noch im Laufe des vorgestrigen Tages energische Maßregeln zur Verhinderung der Ausbreitung dieser Emeute, und zur Niederschlagung derselben. Noch in derselben Nacht ging ein Bataillon Infanterie von Athen zu Land über den Isthmus von Korinth nach Argos ab, begleitet von sechs Berggeschützen und einer Abtheilung Lanzenreiter; die Zahl der Truppen, welche General Hahn kommandiren wird, soll sich auf zweitausend Mann belaufen. Das Kranzige an der Sache ist, daß die taktische Truppe es wieder ist, die eine Emeute macht; während die Bevölkerung ruhig und zufrieden ist, ist es die verrottene Soldateska, die seit neun Monaten fast ununterbrochen sich verschwört, komplottirt und zu jedem politischen Gewaltstreich aufgelegt ist. Die Disziplin der Armee hat sich trotz aller Verordnungen, Reglements und besonderen Vorschriften, die alle berechnet waren, die Armee auf eine höhere Stufe zu heben, so verschlechtert, daß kein Absehen nahe ist, wie die Sache enden soll. (Neueste Berichte s. im „Anzeiger“.)

Amerika.

Veracruz, 18. Jan. Die Vertreter der verbündeten Mächte haben unterm 10. d. Mts. eine Proklamation an das mexikanische Volk gerichtet, in welcher es heißt: „Die Verletzung der Verträge durch die verschiedenen auf einander folgenden Regierungen und die ohne Unterlaß drohende persönliche Sicherheit unserer Landsleute haben diese Expedition nöthig gemacht. Diejenigen, welche den Glauben erweckt wollen, es seyen hinter so gerechten Ansprüchen Eroberungs- oder Restaurationspläne, oder die Absicht einer Einmischung in euer Politik und Verwaltung verborgen, täuschen euch. Es ist das die Wahrheit und wir, die wir beauftragt sind, sie euch auseinander zu setzen, thun das nur in der Absicht, euch für eure Zukunft, die uns interessirt, arbeiten zu lassen, keinesweges aber, um Krieg mit euch zu führen. Es kommt darauf an, daß einzig und allein ihr selbst euch, ohne irgend ein auswärtiges Einschreiten, auf feste und dauerhafte Weise konstituirt.“ (Das lautet sehr schön, schließt aber am Ende doch nicht aus, daß man den Mexikanern in aller Freundschaft einen Fürsten aufdringt. Mit dem „Sich-frei-konstituiren“ hat es so seine eigene Bewandtniß.)
(Köln. Z.)

Nach einer der Patrie aus Vera Cruz zugegangenen Depesche haben die verbündeten Obrdseschlhabrr beschlossen, nicht vor Ende Februar nach Mexiko zu marschiren, um der Bevölkerung Zeit zur Kundgebung ihres Willens zu lassen. Die Stimmung soll im Allgemeinen den Verbündeten günstig seyn. (Berichte aus New-York verstherten neuerlich das Gegentheil.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 21. Febr. Auf der Londoner Industrie- und Kunstausstellung wird auch die Münchener Glasmalereianstalt vertreten seyn. Von dem weltverbreiteten Ruhm dieser Anstalt zeugt wohl, daß dieser Tage mehrere Glasgemälde nach Sidney (Australien) bestellt wurden. (Südd. Z.)

** München, 22. Februar. (Privat-Korresp.) Das König-Ludwig-Monument, eine kolossale Reiterstatue, welche unsere Stadt dem König Ludwig errichten läßt, wurde heute Vormittags in der k. Erzgießerei gegossen, und es ist der Guß glücklich gelungen. Es bedurfte eines ununterbrochenen 24stündigen Feuers, das nicht weniger als 10 Klafter Holz verzehrte, um die verwendete Metallmasse, 250 Zentner, in Fluß zu bringen. Nachdem dieß der Fall war, wurden nun die letzten Vorkehrungen in der Gußgrube, in welcher die Form festgemauert in der Erde stand, getroffen, und erklärte Hr. Inspektor v. Miller den Anwesenden, unter welchen sich auch der k. Staatsminister v. Zwehl, der 2. Bürgermeister Hr. v. Widder, mehrere Magistratssätze und Mitglieder des Gemeindekollgiums befanden, daß man keinerlei Besürchtungen zu hegen brauche, denn es seyen alle Vorsehrungen getroffen, damit sich kein Unfall ereigne; sollte indessen dennoch etwas vorfallen, was nicht in der Ordnung wäre, so würde er es den Anwesenden sofort mittheilen, und sie könnten sich dann immer noch rechtzeitig aus dem Gußhause entfernen. „Nun, rief der Meister, wollen wir beginnen mit Gott!“ postirte seine, mit glühendem Eisenstangen versehenen Gehülfen an die verschiedenen Gußkanäle und traf die noch weiteren Anordnungen — während welcher und die volle Bedeutung der Worte des Dichters:

Von der Stirne heiß
Rinnen muß der Schweiß,
Soll das Werk den Meister loben,
Doch der Segen kömmt von oben.

erst völlig klar wurde. Mit banger Erwartung harrte man des erfolgenden Gusses. Herr v. Miller gab nun das Zeichen zum Einstoßen des Zapfens — und hervor quoll, gleich einem schäumenden Gebirgsstrome, die glühende Metallmasse und füllte alsbald die Form, ein großartiger prachtvoller Anblick! Wenige Sekunden, und das glühende Metall spritzte aus den hiezu bestimmten Oeffnungen der Gußform hervor, ein Zeichen, daß Alles gut gegangen. Sofort lief denn auch Meister Miller mit freudiger Stimme: „Der Guß ist gelungen!“ Ein allgemeines Bravo folgte diesem Ausrufe. Hr. Inspektor v. Miller, und mit ihm die Versammlung, brachte hierauf Sr. Maj. dem König Ludwig ein dreimaliges Hoch aus, ebenso der Magistrat München, der durch dieses Monument den kunstsinnigen König so sehr ehrt. Herr Bürgermeister v. Widder brachte hierauf dem kühnen Gießer und dann dem Bildner des Monuments, Professor Wiedemann, dreimalige Hochs aus,' in welche die Versammlung freudig einstimmte. So wäre denn ein neues großartiges Kunstwerk glücklich gelungen.

Richard Wagner, der vorläufig noch heimathlos ist, hat sich einstweilen in Biebrich niedergelassen. Seine aus vier Abtheilungen bestehende (für vier Abende bestimmte) Oper „die Nibelungen“ wird im Schott'schen Verlag in Mainz erscheinen. Die erste Abtheilung ist schon im Druck vollendet; an der zweiten wird gearbeitet.

= Wirn. Einer von den beidrn tätowirten Neuseeländern, welcht dir „Novara“ nach Wien brachte, lernte hirr in der Staatsdruckerei die Buchdruckerkunst. Bei der Rückkehr in die Heimath gestattete die kais. Regierung, daß er eine Buchdruckerpresse, Schriftrn rc. nach Neuseeland mitnehmen durfte. Nach einem hieher gelangten Privatbriefe des Generalgouverneurs von Neuseeland beschäftigt er, drn Wien beim Schillerfest unter dem Personale der Staatsdruckerei nach deutschen Weisen marschirrn sah, sich jetzt damit, auf der Wirrer Presse Proklamationen der aufständischen Neuseeländer zu drucken, die Haß, Rache und Tod dem Engländern predigen.

= Wien, 22. Febr. Heute Mittag ist der Geheimerath, frühere Minister und Präsident des Finanzausschusses, Frhr. von Pillrsdorf, nachdem in letzter Zeit seine Kräfte rasch abgenommen hatten, verschieden.

In Lüttich wurde am 17. Febr. ein Ehepaar beerdigt, das schon 61 Jahr verheiratet war und zusammen 170 Jahre zählte. Das Pärchen wurden an demselben Tage krank und starb auch in derselben Stunde. (Köln. Z.)

London, 17. Febr. Der Tarif für die Restaurateure im Ausstellungsgebäude ist nun auch festgesetzt, zum mindesten von Seite des Restaurationspachters. Er verpflichtet sich, die Portion kalten Braten mit Brod um 8 Pence zu liefern; kalten Braten mit warmem Gemüse, Salat, Brod, Käse und Bier für 1 S. 6 D. (15 Sgr.); Suppe, zwei Fleischspeisen, Hummersalat, Gemüse, Brod, Käse, Bier und Confekt für 2 S. 6 D. (25 Sgr.); und ein regelrechtes Diner von 3 Gängen, mit Entrees und Dessert für 5 S. (1 Thlr. 20 Sgr.). Natürlich ohne Wein. Sonst wird es Jedem frei stehen, à la carte zu speisen und Dinrrs bis zu jedem Betrage zu bestellen und zu bezahlrn. Die beiden Restaurants haben die Hände voll mit Vorbereitungen zu thun, und ihre Anstalten sind ungeheuer. Abgesehen von den Weinen, die sie einlegen, von den Tischen, Stühlen, Teppichen und Spiegeln, die sie anschaffen, hat der englische Fünf Este folgende Bestellungen gemacht: 40,000 Teller, 2000 große Schüsseln, 3000 Suppentöller, 500 Suppenschüsseln, 1000 plattirte Deckel für die Schüsseln, 2000 Flaschen, 20,000 Wassergläser, 10,000 Gläser für Xeres, 25,000 andere für Rheinweine, Champagner und dergi., 5000 Thee- und 10,000 Kaffeetassen, 6000 Löffel, 7500 Messer und Gabeln, 6000 Ellen Damast für Tischdecken, 22,000 Servietten, 300 Tische und 3000 Stühle nebst einer Unzahl anderer Rothwendigkeiten.

Das „Morning Chronicle“ berichtet aus Stalfield unterm 12. Febr., daß dort ein Metzger, Namens Robinson, gestorben, der nicht weniger als 432 englische Pfund schwer war. Sein Körper hatte 70 englische Zoll an Umfang und seine Strumpfbänder waren 22 Zoll lang. (K. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 36.	Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 24 Kr. Bei Zusendungen durch die Post 6 Kr.	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 4 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dienstag, 25. Februar 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Der preußisch-japanesische Vertrag.

Der von Preußen durch den Grafen Eulenburg mit Japan abgeschlossene Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 24. Januar 1861 ist im Druck erschienen. Der König von Preußen soll das Recht haben, wenn er es für gut befindet, einen diplomatischen Agenten zu ernennen, welcher in der Stadt Jedo seinen Wohnsitz nehmen wird. Er soll außerdem das Recht haben, für die dem preußischen Handel zu öffnenden Häfen Konsular-Beamte zu ernennen. Sowohl der von Sr. Maj. dem Könige von Preußen ernannte diplomatische Agent, als auch der General-Konsul sollen das Recht haben, frei und unbehindert in allen Theilen des Kaiserreichs umherzureisen. Die Städte und Häfen von Hakodate, Kanagawa und Nagasaki sollen für die Unterthanen und den Handel Preußens eröffnet seyn. In den vorgedachten Städten und Häfen sollen preußische Unterthanen dauernd wohnen können; sie sollen das Recht haben, daselbst Grundstücke zu kaufen und sie sollen Wohnungen und Magazine daselbst erbauen dürfen. Den preußischen Unterthanen soll es gestattet seyn, sich innerhalb folgender Grenze frei zu bewegen: Von Kanagawa bis zum Flusse Logo, welcher sich zwischen Kawasaki und Sinagawa in den Meerbusen von Jedo ergießt, und in jeder andern Richtung bis zu einer Entfernung von 10 Ri. Von Hakodate in jeder Richtung bis zu einer Entfernung von 10 Ri. Ein Ri kommt gleich 12,456 Fuß preußisch. Von Nagasaki aus sollen sich die preuß. Unterthanen überall in das benachbarte kaiserliche Gebiet begeben können. Die in Japan sich aufhaltenden Preußen sollen das Recht freier Religionsübung haben. Alle Streitigkeiten, welche sich in Bezug auf Person oder Eigenthum zwischen in Japan sich aufhaltenden Preußen erheben sollten, werden der Entscheidung der preußischen in Japan konstituirten Behörde unterworfen werden. Hat ein Preuße eine Klage oder Beschwerde gegen einen Japanesen, so entscheidet die japanesische Behörde. Hat dagegen ein Japanese eine Klage oder Beschwerde gegen einen Preußen, so entscheidet die preußische Behörde. — Verbrechen, von Preußen gegen japanesische Unterthanen oder gegen Angehörige einer andern Nation verübt, sollen nach preußischen Gesetzen bestraft werden. In allen dem Handel zu öffnenden Häfen Japans soll es preußischen Unterthanen freistehen, auf dem Gebiete Preußens oder aus fremden Häfen alle Arten von Waaren, die nicht Contrebande sind, einzuführen und zu verkaufen, sowie zu kaufen und nach preußischen Häfen oder nach anderen fremden Häfen auszuführen. Sie sollen nur die Zölle bezahlen, welche in dem, dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarif verzeichnet sind und frei von allen sonstigen Abgaben seyn. Preußische Unterthanen sollen alle Arten von Artikeln von den Japanesen kaufen und an dieselben verkaufen dürfen, und zwar ohne Dazwischenkunft eines japanesischen Beamten, weder beim Kaufe noch beim Verkaufe, noch bei der Bezahlung oder Empfangnahme des Kaufpreises. Allen Japanesen soll es erlaubt seyn, alle Arten von Artikeln von preußischen Unterthanen zu kaufen und was sie gekauft haben, entweder zu behalten und zu benutzen, oder wieder zu verkaufen. Alle amtlichen Mittheilungen des preußischen diplomatischen Agenten oder der Konsular-Beamten an die japanesischen Behörden werden in deutscher Sprache geschrieben werden. Um jedoch die Geschäftsführung möglichst zu erleichtern, sollen diese Mittheilungen während 5 Jahren von dem Zeitpunkte an, wo dieser Vertrag in Wirksamkeit treten wird, von einer Uebersetzung ins Holländische oder Japanesische begleitet seyn. Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1863 in Wirksamkeit.

Ferner liegt der von Preußen am 2. Sept. vorigen Jahres mit China — auch abgeschlossene Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag jetzt gedruckt vor. In der beigefügten Denkschrift ist die Geschichte der Beziehungen der drei großen Seemächte zu China während der letzten 20 Jahre kurz rekapitulirt. Durch den Vertrag von Nanking (1842) wurden für England fünf Häfen, Kanton, Amoy, Fuschufu, Ningpo und Shangai geöffnet, die übrigen dem Auslande verteragsmäßig geschlossen; die Insel Hongkong ward an England abgetreten, die Bestellung englischer Konsuln in den fünf Häfen wurde gestattet und ein Zolltarif vereinbart. Im Jahre 1844 schlossen Nordamerika und Frankreich mit China Verträge, deren Inhalt im Wesentlichen mit demjenigen des englisch-chinesischen Vertrages übereinstimmte. Die darin eingeräumten Begünstigungen wurden übrigens chinesischer Seits thatsächlich auf alle fremden Nationen ausgedehnt. Auch den übrigen Nationen wurde das Recht der Bestellung von Konsularagenten stillschweigend eingeräumt. Es fehlte jedoch, bei Ermangelung besonderer Verträge, namentlich den deutschen Regierungen jedes genügende Mittel, ihre in chinesischen Häfen fungirenden Konsuln in vorkommenden Fällen bei der höchsten Landesbehörde zu beschützen. Der Vertragsbruch seitens China im Jahre 1857 führte zum Kriege mit England und Frankreich, welcher 1858 mit dem Handels- und Schiffahrtsvertrage von Tientsin abschloß. Darin räumte China der Königin von England das Recht ein, einen Botschafter oder Gesandten am Hofe von Peking zu beglaubigen, welcher dort nach seinem Belieben seinen bleibenden Wohnsitz nehmen darf; Stellung und Befugnisse der Konsuln wurden neu geordnet; der christlichen Religion ward Duldung im ganzen Reiche bewilligt; neue Häfen wurden dem Handel, der große Strom Yangtze-Kiang der Binnenschiffahrt eröffnet, das Reisen im Innern des Reiches mit Pässen gestattet, Tarif und Zollwesen einer umfassenden Revision unterzogen. Aehnliche Konzessionen erhielt Frankreich, mit der Beschränkung jedoch, daß es französischen Gesandten nur in dringenden Fällen gestattet sey solle, sich nach Peking zu begeben. Dasselbe Recht mit der obengedachten Beschränkung war kurz zuvor in einem zwischen Rußland und China zu Tientsin am 13. Juni 1858 abgeschlossenen Vertrage dem Kaiser von Rußland und gleich darauf auch den Vereinigten Staaten von Amerika (Vertrag vom 18. Juni 1851) bewilligt worden. Auch diese beiden Mächte wurden auf den Fuß der meistbegünstigten Nation gestellt. Alle diese Vorgänge veranlaßten die preußische Regierung, ähnliche Garantien auch für den Schutz des deutschen Handels zu erstreben; die ostasiatische Expedition erfolgte. Bei ihrer Ankunft in Ostasien war inzwischen wieder Krieg ausgebrochen zwischen China und den europäischen Seemächten, und der Gesandte Graf Eulenburg ging daher erst nach Japan. Im Mai vorigen Jahres traf er wieder in der damals von englischen und französischen Truppen besetzten chinesischen Stadt Tientsin ein. Die Verhandlungen drohten indeß zuerst an der Weigerung der chinesischen Kommissarien, Preußen das Recht einer Gesandtschaft in Peking zuzugestehen, vollständig zu scheitern; endlich gelang es der Beharrlichkeit und Umsicht des diesseitigen Gesandten, diesen Widerstand zu beseitigen, und nunmehr nahmen die Verhandlungen raschen Fortgang.“ Im Einzelnen ist zu bemerken: der König von Preußen erhält das Recht, bei dem Hofe von Peking einen daselbst dauernd residirenden diplomatischen Agenten zu beglaubigen, welcher befugt seyn soll, auch die übrigen kontrahirenden deutschen Staaten dort diplomatisch zu vertreten; in einem Separat-Artikel wird dagegen von Seiten Preußens die Zulage ertheilt, vor Ablauf von fünf Jahren nach erfolgtem Austausche der Ratifikationen einen diplomatischen Agenten mit dauernder Residenz in Peking nicht zu beglaubigen. Bo-

Digitized by Google

der Hand wird es genügen, auf die schleunige Ausführung derjenigen Vertragsbestimmungen Bedacht zu nehmen, welche die Einrichtung eines selbständigen Konsulatswesens (Generalkonsul für ganz China und Konsuln resp. Konsularagenten in den einzelnen Häfen) betreffen. Die Hansestädte haben außerdem das Recht, eigene Konsuln zu bestellen. Im Uebrigen sind die Bestimmungen des Vertrags denen der anderen Mächte entsprechend, die beigefügten Tarif- und Handelsbestimmungen mit denen der Verträge Englands und Frankreichs übereinstimmend.

Deutscher Bund.

Preußen. Berliner Zeitungen enthalten folgenden Artikel: Von der Königin-Wittwe ist neuerdings an mehrere, dem hochseligen König besonders nahe gestandene Personen ein Andenken verehrt worden, das für die Frömmigkeit Friedrich Wilhelms IV. ein neues Zeugniß ablegt. Es ist dies eine als Manuskript gedruckte Sammlung von Gebeten, die der verewigte Monarch in verschiedenen Stufen seines Lebens verfaßt, und eigenhändig niedergeschrieben, und von deren Vorhandensein bei Lebzeiten desselben Niemand gewußt hat. Nach dem Tode des Königs wurde diese Sammlung in der Privatbibel des Königs gefunden.

Berlin, 22. Febr. Wie der „Danziger Ztg." geschrieben wird, hat der König auf die Immediateingabe der Abgeordneten des Wahlkreises Wolmirstedt (Hölzle und Jordan), welche sich auf die Reden des Königs auf der Reise durch Wolmirstedt bezog, durch den Minister Grafen Schwerin die Antwort ergehen lassen, daß er an der patriotischen Gesinnung der beiden Abgeordneten nicht zweifle, daß er sich indeß mit Einigem, was Kreisrichter Hölzle in mehreren Reden geäußert habe, nicht einverstanden erklären könne. Hölzle hatte sich in seinen Wahlreden hauptsächlich gegen die Militärgerichtsbarkeit ausgesprochen.

Sachsen. Leipzig, 20. Febr. Im Laufe des heutigen Nachmittags ist von Seiten der hiesigen Polizeibehörde eine Kiste mit gegen 1000 Exemplaren der Druckschrift „Offener Brief von Karl Vollmann, Hamburg bei Basset" auf auswärtige Requisition hin mit Beschlag belegt worden. (Dr. Z.)

Kurhessen. Kassel, 23. Febr. Die in Hanau jetzt zur thatsächlichen Erscheinung gekommene Steuerverweigerung ist auch in hiesigen Bürgerkreisen erwogen und besprochen worden, auf den Rath von Männern indessen, welche die liberale Partei gern als ihre Führer ansieht, hat man zu allgemeiner Steuerverweigerung sich für den Augenblick noch nicht entschieden. (Zeit.)

Freie Städte. Frankfurt, 24. Febr. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat sich nicht veranlaßt gefunden, die von der kurhessischen Regierung nachgesuchte amtliche Anklage gegen den Redacteur der „Zeit" wegen des Leitartikels über das Verbot der „Zeit" in Kurhessen zu erheben. Der kurfürstlichen Regierung bleibt also nur übrig, den Weg der Privatklage zu beschreiten. (Zeit.)

Oesterreich. Linz, 21. Februar. Der Landesausschuß hat nunmehr, seinem Beschluß getreu, die Klage gegen das k. k. Aerar wegen Besitzstörung (durch die gewaltsame Oeffnung der früher vom Statthalter benützten Lokalitäten) übertreten.

Venedig, 18. Febr. Wir können nun hier wenigstens für einige Zeit darauf rechnen, Ruhe vor den politischen Demonstrationskomödien zu haben, da die Behörde dieses Mal die Veranstalter in flagranti ertappt und zur Rechenschaft gezogen hat. Bekanntlich beschränkten sich die Mittel der Hetzer, die Bevölkerung zu Demonstrationen zu veranlassen, auf zwei Dinge — erstens auf das Verbreiten aufrührerischer Schriften und eigener Tagesbefehle, welche unter der Firma des Comitato politico Veneto den Venetiern ihre Haltung bei verschiedenen politischen Anlässen vorschrieben; zweitens, namentlich in Fällen, wo die früher genannten Aufrufe nicht wirkten und die Bevölkerung unbekümmert um dieselben ihren Vergnügungen nachging, auf das Werfen von Knallbomben oder Petarden, welche theilweise mit Schrot gefüllt, namentlich in den Cafés, in welche sie geschleudert wurden, arge Verwüstungen anrichteten. Lange Zeit hindurch forschte die Polizei vergebens den geheimen Fabriken nach, in welchen diese Proklamen und Bomben verfertigt wurden; endlich ist ihr dieses vor einigen Tagen gelungen. In Mestre wurde nämlich eine geheime Typographie in dem Augenblicke ertappt, wo dieselbe mit dem Abdrucke eines revolutionären Proklams beschäftigt war, und Preßmaschinen und Lettern vorgefunden, welche den Beweis herstellen, daß sämmtliche Aufrufe des „Comitato politico Veneto" in Mestre durch diese geheime Typographie fabricirt wurden. In Udine explodirten in einem verdächtigen Hause plötzlich zu unerwarteter Zeit, gerade während eine Polizei-Patrouille passirte, zwei Knallbomben. Die gleich vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Entdeckung eines ansehnlichen Vorraths solcher Knallbomben, so wie eines massenhaften Materials zur Verfertigung derselben — mit einem Worte, man

Lamartine.

Paris, im Februar.

Lamartine eröffnet eine Anleihe — wie Monsieur Foulds. Lamartine hat sich von jeher für einen Staatsmann gehalten, wie einst Gretry sich für einen Metaphysiker hielt. Und zu welchen kleinlichen Mitteln nimmt der große Financier seine Zuflucht! ich meine den Dichter. Da füllt mir eben eine Brochure in Klein-Oktav in die Hände, die gratis vertheilt wird. Schon der Umschlag ruft Einem zu: Souscription Lamartine! Es gilt einen raschen, energischen Entschluß! Hierauf herzerreißende Stoßseufzer: „Beschlagnahme der Mobilien des Herrn Lamartine — Beschlagnahme seiner Güter — Mißly ist verkauft! retten wir Saint-Point und Monceau!" Dann folgen die Journalstimmen, die sich des bedrängten Mannes angenommen — seine Danksagungen für übersendete Gelder; allerliebste Verse an einen Herrn Fontenay, der den einzigen Baum, den er besaß, umhauen ließ und die gelassen Geleer dem Dichter zuwendete, um ihm zu helfen — seine Wälder zu retten. Zum Schlusse benützen des Dichters Freunde die Brochure, ihre Werke anzukündigen; sein Buchhändler berichtet, was Alles in seiner Bude zu haben ist. Der greise, jetzt 72jährige Dichter steht da wie eine verdorrte Eiche, die sich unter dem Sturme mit Mühe aufrecht erhält und deren abgebrochener Stamm von frischen Schmarotzerpflanzen umwuchert ist. Drei Millionen hat Lamartine innerhalb 8 Jahren abbezahlt; es bleiben noch 600,000 Francs zu zahlen. Dieses Jahr konnten die alle Jahre im Dezember fälligen 260,000 Francs nicht aufgebracht werden. Das Defizit wird durch eine Anleihe gedeckt — hoffentlich; der barmherzige Leser verbindet sich, an Lamartine oder dessen weitere Oerter 40 Francs zu zahlen, die nach Verlauf von zwei Jahren entweder baar in Büchern — die der Schuldner selbst bezeichnet — zurückerstattet werden. Er zählt ungefähr 26,000 literarische Freunde in Frankreich. „Sind unter ihnen nur ein paar Tausend, welche die geringe Summe von 40 Francs entbehren können," sagt Lamartine, „tout serait sauvé à l'honneur de l'écrivain et du coeur de la France." Die Schlußphrase ist anfangs etwas dunkel; sieht man näher zu, so stellt sich der Sinn heraus, daß Frankreich kein Herz hat, wenn es Saint-Point und Monceau verkaufen läßt. Ueber diese Finanzoperation haben sich wenigstens eben so verschiedenartige Urtheile und Ansichten vernehmen lassen, wie über Herrn Foultes Rentenumwandlung. Die Einwürfe fützen sich besonders darauf, daß es sich am Ende darum handle, einem großen Herrn aus der Noth zu helfen, der, gerettet, reicher seyn würde wie Alle, die ihm beistehen; dann heißt es, er hätte ein gutes Geschäft gemacht, wenn er Monceau und Saint-Point in Gottes Namen hätte fahren lassen; mit den drei Millionen, die er sich unterstehen würde, und mit den Millionen, die noch nachkommen, könnte er mehr Güter kaufen, als ihm noththue: er verstehe vom Ackerbau noch weniger als vom Staatshaushalte. Wir persönlich wünschen dem Sänger der „Meditationen" guten Fortgang; man kann von ihm sagen, was er selbst von Napoleon I. sagte: „Le génie est une de ses vertus", doch nur unter der Bedingung, daß er öffentlich Abbitte thue für die Blasphemien gegen die Poesie und für die Ausfälle gegen Lasontaine. (Oestd. Post.)

Waitz contra Sybel!

Eine Autorität, welche am wenigsten im gothaischen Lager verleugnet werden kann, Professor Georg Waitz, führt in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen" vom 22. Januar einen heftige Polemik gegen Sybel wegen dessen Schrift: „Die deutsche Nation und das Kaiserreich." Die Beurtheilung Karls des Großen findet er dispectirlos, und bemerkt u. A.: „Der Standpunkt, von dem aus Sybel das Kaiserreich beurtheilt, ist kaum so sehr verschieden von dem, auf welchem man überhaupt im Mittelalter nichts als Barbarei und Verkehrtheit, als Aberrung von den rechten Wegen des Lebens der Menschheit erblickte. Das ganze Verfahren, das Kaiserthum für Alles das, was sich ungünstig im Leben, namentlich im politischen Leben der Deutschen zeigt, verantwortlich zu machen, scheint mir im hohen Grade einseitig, die Meinung, in seinen Strebungen nichts als Irrthum und Verderben zu finden, trostlos, aber auch unberechtigt."

Digitized by Google

kam der Bomben- und Petarden-Fabrik auf die Spur, welche die Venetianer den Befehlen des Comitato politico zugänglich machte. Bei den Hausdurchsuchungen wurden zum Ueberfluß noch Dokumente vorgefunden, welche auf die unzweifelhafteste Art und Weise beweisen, daß dieses Comitato in direkter Verbindung mit dem bekannten Turiner Revolutions-Comité stand und dessen Befehle genau in Vollzug setzte. (A. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 22. Febr. Professor Renan wurde bei seiner ersten Vorlesung im College de France von den katholisch gesinnten Studenten mit Pfeifen empfangen, welche aber bald durch den Ruf der großen Mehrzahl: „Nieder mit den Jesuiten!“ übertäubt wurde. Der Skandal wurde während Renan's Rede noch größer, da auch die liberalen Studenten mit ihm nicht sympathisirten und einzelne Theilrn seiner Rede wurden von den beiden Parteien abwechselnd applaudirt oder ausgezischt. Gegen die vor dem College versammelte Menge schritt die Polizei ein und trieb sie auseinander. (N. Fr. Z.)

Paris, 23. Febr. Prinz Napoleon hielt gestern im Senate bei Berathung der Antwort-Adresse eine Rede, in welcher er die moderne Gesellschaft gegen einen Angriff des legitimistisch und klerikal gesinnten Larochejacquelein vertheidigte. Dieser verlangte die Freiheit der Presse. Der Prinz rief ihm einen Artikel des „Journal von Verona“ ins Gedächtniß, welcher, von der österr. Regierung herrührend (was aber falsch ist), eben dasselbe sage, was die klerikalen Journale Frankreichs behaupten. Er sagt; daß man zu Rom den Kaiser beleidige. Er erinnert daran, daß der erste Napoleon von der Insel Elba zurückkehrte auf den Ruf: „Nieder mit dem Emigranten-Adel, den Verräthern (traitres)!“ Viele Senatoren verstehen „Prieste“ (prêtres), was heftige Interpellationen veranlaßt; denn bekanntlich sind die Anhänger Roms im Senat ziemlich stark vertreten. Der Prinz fährt fort: „Sie mich ist das Kaiserreich der ausmärtige Ruhm, die Vernichtung der Verträge von 1815, eine großartige Verfassung, die Einheit Italiens, dessen Allianz wir bedürfen, die Ordnung im Innern, aber auch die Freiheit, insbesondere die Freiheit der Presse, öffentlicher Unterricht, frei von Schranken und von den religiösen Kongregationen, Wohlbefinden der Menge und Zerstörung der Bigotterie des Mittelalters.“ Er wirft Larochejacquelein und den Klerikalen vor, sie suchten eine Allianz mit Oesterreich, Wiedereinsetzung der italienischen Fürsten und Unterdrückung im Innern. Er citirt Thiers, der 1845 sagte, daß es immer der Partei der Revolution angehören werde, selbst wenn die Regierung in die Hände der Radikalen gelangen sollte. Der Prinz fügt hinzu: „Dies ist in Kürze auch meine Meinung!“ — Es ist das, wie man sieht, wieder eine der schon zur Genüge bekannten und gewürzigten Brandreden des Prinzen. Glücklicherweise fehlt ihm die Macht, seine ausschweifenden Worte sofort in Thaten zu verwandeln, und hat es denn vorerst beim guten Willen sein Bewenden. Um übrigens seinen Ausfall recht zu verstehen, ist es nöthig, den Inhalt der Tags zuvor von Larochejacquelein gehaltenen Rede zu wissen. Letzterer sagte im Wesentlichen: Das, was man gegenwärtig in Frankreich die liberale Presse nenne, sey weder liberal, noch demokratisch, sondern anarchisch. Niemals habe die Presse so großes Unheil angerichtet, als jetzt, und dieß komme daher, weil sie vollständig von der Verwaltungsbehörde abhänge. Er verlangt deßhalb die frühere Preßfreiheit vollständig zurück, mit der Verantwortlichkeit eines Jeden vor dem Gerichte. Der Redner führt mehrere Beispiele zur Bekauptung seines Satzes von der Gefährlichkeit einer nicht ausschließlich der allgemeinen Gerichtsbarkeit unterworfenen Presse an. Er citirt ein Stück aus einem Artikel des „Siecle“, worin geradezu die Revolution, als die Zerstörerin der weltlichen Macht des Papstes, verherrlicht werde. Herr Larochejacquelein bemerkt: Der Kaiser sage und schreibe nicht ein Wort, das nicht den Stempel der Vernunft, der Größe und des Katholicismus trage, und dagegen „Infamien“ säumen nichtsdestoweniger unter seiner Regierung vor. In gleich schärfer Weise wie das „Siecle“ ward von ihm die „Opinion nationale“ (das Blatt des Prinzen Napoleon) mitgenommen. Wie sey es möglich, daß in einem monarchischen Staat der Königsmord, wie dieß geschehen sey, in den Journalen verherrlicht, ja gepriesen werden könne? Die Moralität der Bevölkerung werde durch eine solche Presse tief erschüttert. Nie sey der moralische Zuhand des Landes schlimmer gewesen. Man könne wirklich nicht wissen, was bei diesen herabschreunungswürdigen Journalen, für welche die Regierung die Verantwortlichkeit habe (weil ja jetzt die Verwaltungsbehörde die Macht habe, ihnen den Mund zu stopfen, statt sie reden zu lassen) aus dem unglücklichen Frankreich noch werden solle. Die Absicht des Redners bei dieser ganzen Aufzählung ging dahin, das Verlangen zu begründen, daß Angesichts dieser schrecklichen Mißbräuche, der Polizei die Beaufsichtigung der Presse und damit die Verantwortlichkeit für das von ihr verübte Unheil entzogen und daß diese lediglich unter das Urtheil der Gerichte gestellt werde.

Italien.

Man schreibt aus Rom unter dem 18. Febr. Cardinal Antonelli habe ein Rundschreiben an alle päpstlichen Nuntien erlassen, um ihnen den vollständigen Vorlauf seiner bekannten Unterredung mit dem Marquis v. Lavalette mitzutheilen. Mehr als die Hälfte dessen, was in dieser Unterredung gesagt worden, soll in der von der französischen Regierung veröffentlichten Depesche vom 18. Jan. fehlen. Der Cardinal ergänzte deßhalb in dem Rundschreiben das Fehlende, das sich größtentheils speziell auf Piemont bezieht. Der Cardinal hatte, wie er angibt, sofort, nachdem Marquis v. Lavalette sich von ihm entfernt, den Inhalt der Unterredung zu Papier gebracht und auch Herrn v. Lavalette Kenntniß davon gegeben. Mittlerweile soll Fürst Chigi von Paris aus sehr beruhigende Mittheilungen über die Fortdauer des Statusquo machen.

Turin. Gegen den Bischof von Bergamo, der alle Geistliche suspendirt, welche es offen mit der gegenwärtigen Regierung halten, ist eine Bittschrift der Einwohner bei der Kammer eingelaufen. Die Opposition bemüht sich fortwährend, das Ministerium Ricasoli zu stürzen, und die Majorität schwankt hin und her. Mehrere Neuwahlen sind für die Opposition ausgefallen. In Turin waren Plakate gegen die Minister angeschlagen worden, welche die Absetzung derselben und die Auflösung der Kammer verlangen.

Garibaldi hat an das „Tribuno“ folgendes Schreiben gerichtet: „An die Italiener! Der Tribuno hat eine theilnehmende Stimme zu Gunsten der armen Exoner erhoben; Dank dafür dem Tribuno! Er hat sich zum Apostel der menschlichen Gesellschaft gemacht und er vermahnt uns, eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen. 1849 hat diese großmüthige Bevölkerung einen Schrei der Mißbilligung über die heillose Okkupation Roms ausgestoßen; 1859 hat sie die tapfere französische Armee, welche zur Hilfe des in Gefahr befindlichen Italiens herbeieilte, mit Beifall begrüßt. Dieser Schrei war rein von jedem Eroberungs- und Vergrößerungsgedanken. (!) Ganz Italien muß heute, wie Ein Mann diesem Aufruf der Brüderlichkeit durch Thaten antworten und durch Gaben, die seiner würdig sind, diesen unglücklichen Proletariern Frankreichs beweisen, daß es ihr Benehmen nicht vergessen hat, und daß es die Schwester der Völker in guten wie schlechten Verhältnissen ist.“

Jonische Inseln.

Corfu, 18. Febr. Bei den vorgenommenen allgemeinen Wahlen siegte in Cefalonia und Zante die ultranationale Partei Ode für den Anschluß an Griechenland schwärmt); in S. Maura und Corfu gehört die Mehrzahl der Abgeordneten der gemäßigten Partei an. (Tel. d. Öst. P.)

Rußland und Polen.

Warschau, 18. Febr. Rabbiner Meisels, der als preußischer Unterthan zur Verbannung aus Polen verurtheilt wurde, ist am 13. d. M. bereits über die russische Gränze transportirt worden und weilt gegenwärtig in Kattowitz in Preußen. Von Seiten des polnischen Adels werden Kondolenz-Deputationen an ihn entsendet, die ihr Beileid in schmeichelhaften Ausdrücken ihm bezeigen sollen. Da er durch den Verlust seines Postens in Warschau amtund brodlos geworden, so wird eine Munifizenz von Juden und Christen aufgeboten, um ihm eine ehrenvolle Existenz zu sichern. Vorläufig hat man solgendes Auskunftsmittel getroffen, um ihm eine Rente zu sondiren. Man verschaffte, sich eine Photographie seines Portrait, ließ sie en miniature lithographiren und verkaufte die Medaillons à 3 Silberrubel, um den Reinertrag dann zu einem Meiselsonde zu schlagen. Auf diese Weise sind bereits 20,000 Exemplare abgesetzt worden, alle Polen und Polinnen höheren Standes tragen das Portrait des „Märtyrers“ auf dem Herzen. Dieser Kultus wird wohl lange nicht genug in Mode bleiben, um den nöthigen Ertrag zu sichern. (O. P.

Amerika.

New-York, 11. Februar. Die Expedition des Bundes-Generals Burnside hat Roanoke (Insel im Pamplico-Sund, an der Küste von Nord-Carolina) genommen. (T. d. Fr. Postz.)

Digitized by Google

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 17. bis 22. Februar).

Samstag. Die verflossene Woche zeigte, dass der Rentenkurs aus Paris nicht mehr den früheren dominirenden Einfluss ausübt. Die deutschen Börsen lassen sich durch denselben wenig beirren, weil die grossen Schwankungen an der Pariser Börse nicht damit übereinstimmen, sondern durch lokale Ursachen in Gefolge der nominellen Rentenkonversion hervorgerufen wurden. Dem Militärputsch in Griechenland legte man keine allzu grosse Bedeutung bei, wenn schon er darauf hinweist, dass auch im Orient wacker fort agitirt wird.

Mit der Festigkeit, welche die Wiener und Berliner Börsen zeigten, nahmen auch hier die Kurse wieder neuen Aufschwung. Von ersteren Sachen sind National am wenigsten gestiegen, da viel Material in Tausch gegen englische Metalliques an den Platz kommt. Von diesem Effekt scheint nicht mehr viel in erster Hand zu sein, und wenn diese erschöpft ist, wird der Kurs bei dem relativen Werth und der verhältnissmässigen Geringfügigkeit des Anlehens in rasche Steigen kommen. Venetianer fehlend und 1/4 pCt. höher.

Süddeutsche Effekten fest, mit gewöhnlichen Umsätzen. Nach Pariser Berichten ist ein Konversionsplan bei spanischen amortisablen und passiven Schuld im Anzug und sind diese Effekten darauf hin ansehnlich gestiegen. Die Bestände darin hier sind unbedeutend und in festen Händen. Von Lotterie-Effekten sind alle Gattungen ansehnlich besser gegangen.

Von Kreditaktien haben österreichische wieder Faveur genommen und sich den Anfangskursen der Vorwoche genähert. Meininger waren für Berliner Rechnung zu höheren Kursen gefragt. Unter den Zettelbankaktien sind österreichische auf Wiener Berichte hin mit der Regierung in die wartende Verschlusrung hin bis 722 gestiegen, besonders wurden von bayer. Häusern, die in diesem Effekt bedeutend interessirt sind und für gut unterrichtet gelten, Käufe bewerkstelligt.

Auf dem Eisenbahnmarkt war es diese Woche etwas fester mit Ausnahme leterr. Westbahn, deren finanzielle Drangsale in der letzthin abgehaltenen ausserordentlichen Generalversammlung blosgelegt wurden.

Geldstand unverändert, namentlich Paris in allen Sichten begehrt. Ueberhaupt werden alle lange Sichten über Kurs bezahlt. (Akt.)

Berlin, 22. Febr. Wie die „Berl. Kammercorrespondenz" meldet, befinden sich augenblicklich hier fast sämmtliche grosse Eisenproduzenten Preussens versammelt, um gemeinsam ihre durch die Ausführung des französischen Handelsvertrags gefährdeten Interessen zu wahren. In den Vertragsverhandlungen soll nämlich Seitens der französischen Regierung ein sehr geringer Eingangszoll für französisches Eisen — dessen Produktion bekanntlich vor sehr gering ist — vorgeschlagen und erreicht worden seyn. Dies hat sich die englische Regierung zu nutz gemacht, um auf Grund bestehenden Verträge die Gleichstellung des englischen Eisens mit der meist begünstigten Nation zu verlangen. Hierdurch würde der bisher bestandene Schutzzoll gegen das englische und schwedische Eisen, auf dem die ganze einheimische Eisenproduktion beruht, aufgehoben, und dagegen wollen die Eisenproduzenten wirken.

Stuttgart, 23. Febr. Nachdem der Bau einer Zweigeisenbahn von Kirchheim (Hauptwollmarkt Süddeutschlands) nach Unterboihingen (Station der Oberneckarbahn) auf Privatkosten konzessionirt worden war, wurde nun auch zum Bau einer Privatbahn von hier nach dem nahen zu Stuttgart gehörigen Bahnhof Berg die Konzession ertheilt, und es wird diese die erste Pferde-Eisenbahn unseres Landes seyn. Sie soll schon für die nächste Badsaison in Betrieb kommen, da sie seine Terrainschwierigkeiten hat, und daher in Bälde ausgeführt seyn kann. (Allg. Z.)

Neueste Nachrichten.

Kassel, 19. Febr. „Der „Mess. Z." schreibt man von hier: Der kürzlich im Residenzpalais stattgehabte Vorfall ist noch immer nicht ganz aufgeklärt, da die Betheiligten ihr Schweigen nicht brechen. Es cirkulirt jetzt über denselben indeß eine andere Version als die bisherige. Der Sachverhalt wäre hiernach folgender: Im kurfürstlichen Hofhalte ist es üblich, die gewöhnlichen Rechnungen erst nach zwei Jahren zu bezahlen. Da in diesem letzten Jahre die Verhältnisse für die Gewerbetreibenden nicht günstig sind, so machte der Hoffaktorenverwalter den Kurfürsten darauf aufmerksam, und der Letztere, welcher sich jetzt möglichst freundlich zu zeigen sucht, einmal gute den Kassirer, 200,000 Thlr. auszuhändigen zur Bezahlung der laufenden Rechnungen zu verweisen. Der vielbesprochene Kammerdiener, welcher der Gemahlin des Kurfürsten zu rapportiren pflegte, hinterbrachte ihr die Nachricht sofort, worauf die Dame sich zum Kassirer begab, ihm die Auszahlung verbot und sich gegen Quittung die 200,000 Thlr. geben ließ. Als nun der Kurfürst sich beim Kassirer über Erledigung seines Auftrages erkundigte, und die Geschichte erfuhr, setzte es eine der schon mehrmals vorgekommenen häuslichen und hantgreiflichen Scenen ab. In Folge dessen Frauengeschrei, was den Kammerdiener veranlaßt, hereinzuspüren und dann die Scene zwischen dem Kurfürsten und ihm zur Folge hat, in welcher der Kurfürst dem Diener mit dem Fuße eine Lehre ertheilen will, dabei aber hinstürzt und sich verletzt. Alle Erzählungen, als ob es sich um den „Klatterdatsch" gehandelt, sind daher falsch und erdichtet.

Aus Griechenland. Die Besatzung von Nauplia hatte im Augenblicke des Ausbruchs der Empörung nur 1000 M. betragen. Als Zweck derselben gaben die Rebellen einen Wechsel des Ministeriums, Berufung einer Nationalversammlung, und Sicherung der sämmtlichen noch unter türkischer Herrschaft stehenden Griechen an. Inzwischen scheint es auf den Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge abgesehen gewesen zu seyn. In Athen war Alles ruhig. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K Pohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	b pCt. Met. (Co. A-E. b. R.)		
„	b pCt. Lodh. „ Stück	81 7/8 B.	
„	b pCt. Venet. Coupon b. H.	72 7/8 G.	
„	b pCt. Nationalanl. v. 1854	59 3/8—1/2 G.	
„	b pCt. Metall. Obligation.	59 G.	
„	4 1/2 pCt. „	48 3/4 B.	
„	4 pCt. „	—	
„	3 pCt. „	—	
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.	
Bayern	b pCt. Obl. (C. V. R.)	104 P.	
„	4 1/2 pCt. Obl. 13hr. dto.	104 P.	
„	4 1/2 pCt. Obl. 4 1/2hr. dto.	104 G.	
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 1/2 P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 1/2 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 5/8 P.	
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/4 G.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 1/8 G.	
Baden	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 3/8 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1847	96 3/8 P.	
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/2 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	87 P.	
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	103 1/2 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/4 P.	
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	88 1/2 P.	
„	3 pCt. Obl.	93 G.	
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. 4 P. 2. 30	48 G.	
„	2 pCt. „ „ „	43 1/2 P.	
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. 4 500 Thlr.	100 3/8 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500	1173 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	716 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	172 P. 171 G.
Bayerische Bank à 5. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	203 1/2 P. 203 1/4 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditbank	86 P. 85 5/8 G.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	339 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	65 1/2 G.
Oest. V. St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	235 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. „	111 1/2 P.
„ Elisab.-Rahn Prior. b pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Rahn 20pThl. à 105 4 pCt. Z.	95 7/8 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. „	104 3/4 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 3/4 P. 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/4 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249 P. 248 1/2 G.
Span. Handels- u. Industrie „	510 P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Pereire „	470 P.
Bayr. Ostbahn 40 pCt. vollenbez.	106 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105 1/4 P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 1/4 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 5. 250 v. 1839	100 1/4 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.
„ 5.250v. 1854 mit 4pCt.	63 1/8 P. 3/8 G.	Gr. Hessen à. 50 b. R.
„ 5. 500 v. 1860 à 7	86 1/4 P.	„ à. 25 do.
„ 5. 100 Bank-L. v. 1858. 110 P.		Nassau à. 25 b. Rothsch.
3 1/2 pCt. Preuss. Pfd.-Anl. beR.	102 1/4 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.
Mailand-Como 5. 14 „	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z
Badische à. 50 „	93 1/4 P.	Vereins-Loose à. 10.
„ à. 35 „	50 3/8 P.	Ausb.-Gunsenh. à. 7-L.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. 5. 100 k. S.	99 3/4 G.
Augsb. 5. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 80 k. S.	105 B. 104 3/4 G.
Brem. 50 Th. Lod. k.S.	99 3/4 B.
Coln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 L. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118 B. 117 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 3/8 G.
Paris Frs. 100 k. S.	93 3/4 G.
Triest 5. 100 k. S.	—
Wien 5. 100 S. W.	—
do. 2 A 8 W.	—
do. in ost. W. 1. S.	85 1/4—85 G.
Disconto	3 pCt. u.

Frankfurt, 24. Febr. In Folge niedrigerer auswärtiger Notirungen wurden öfterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien auch hier etwas billiger abgegeben, während sich süddeutsche Fonds sehr auf dem vorigen Stande behaupteten. Das Geschäft war nicht unbedeutend. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Leben gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

Vierteljährige Pränumerationspreis für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Postversand wird die dreifache Zeile im gewöhnlicher kleiner	№ 57.	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr. im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 26. Februar 1862.

Deutscher Bund.

Stuttgart, 22. Febr. Zur Karlsruher Versammlung des Nationalvereins kann ich nachträglich noch mittheilen, daß von Adolph Seeger, einem unserer gewichtigsten Demokraten und dem beredtesten Wortführer des Nationalvereins innerhalb der schwäbischen Demokratie, ein Schreiben nach Karlsruhe abgegangen war, worin ausdrücklich das Nichterscheinen der Württemberger motivirt war. Das ablehnende Verhalten, welches unsere Demokratie dem gegenwärtigen Notenwechsel der deutschen Regierungen gegenüber einnimmt, wurde darin ausführlich begründet. Weder in der preußischen Note, noch in den österreichischen und sächsischen Vorschlägen könne das deutsche Volk den richtigen Weg zur Lösung erkennen, und es bleibe somit nichts übrig, als sich zuwartend zu verhalten. Diese rein negative Haltung in der deutschen Frage kommt gegenwärtig namentlich in dem demokratischen „Beobachter" zum Ausdruck, der von seinem souveränen Standpunkt aus über alle Regierungen gleichmäßig den Stab zu brechen sich berechtigt glaubt und in seiner unklaren Phraseologie nur vom „Volk" Hülfe erwartet. (Allg. D. Z.)

Ein jüngst erschienener Artikel des halbamtlichen „Dresdner Journal" über die Bundesreformfrage ist im verständigen Lande, der preußischen Regierung gegenüber, gehalten, während er ein Hemmniß der gedeihlichen Entwicklung der Bundesreformfrage in dem „wüsten Preßlärm, dem Zustande des Parteiwesens in Preußen" ꝛc. findet.

Kurhessen. Kassel, 22. Febr. Die Ankunft des Grafen v. Pfeubuog-Wächtersbach und seiner Gemahlin, geb. Prinzessin von Hanau, im Hofjager des Kurfürsten hat insofern Aufsehen erregt, als seither zwischen dem Landesherrn und dem Grafen, der ein Anhänger und Vertheidiger der Verfassung von 1831 ist, mehr als eine bloße Verstimmung herrschte. Der Besuch ist auf Einladung des Kurfürsten erfolgt. (Nachdem Oesterreich sowohl als Preußen sich für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 erklärt haben, wäre es wirklich recht schön vom Kurfürsten, wenn er sich nun auch bekäme, und endlich daran dächte, Frieden mit seinem Volk zu schließen. Die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen dauern übrigens noch fort; denn noch ist zwischen ihnen die Frage nicht erledigt, ob auch das Wahlgesetz von 1849 wieder in Kraft treten solle. Wir dächten, wenn man nur einmal die Nothwendigkeit einsieht, auf den alten Rechtsboden zurückzukehren, so sollte man es auch ganz thun, und auch das Wahlgesetz von 1849, welches auf mehrmalige Weise zu Stande gekommen, und rechtlich allein in Kraft ist, wieder herstellen. Das praktische Ergebniß wird ohnehin das nämliche sein, ob die Wahlen nach diesem, oder jenem Wahlgesetz vorgenommen werden: es werden doch immer die Anhänger der Verfassung von 1831 in die Kammer kommen.)

Thüringen. Weimar, 21. Febr. Unsere Regierung hat ihre wohlwollende Gesinnung gegen den Volksschullehrerstand jetzt aufs neue durch eine Gesetzvorlage bewährt, welche die Besoldungsverhältnisse derselben in einer Weise gestaltet, die im Vergleich mit andern deutschen Ländern als eine sehr günstige zu erachten ist. Hiernach erhält denn jeder Landschullehrer wenigstens eine Besoldung von 175 Thlr., die von 6 zu 6 Jahren und bis nach 24jähriger Dienstzeit um je 25 Thlr. Zulage aus Staatsmitteln steigt. In den Städten und den gegliederten Schulen ist der Minimalgehalt 250—300 Thlr., und steigt gleichfalls durch Alterszulagen. Der Minimalgehalt der Rektoren beträgt in den verschiedenen Städten 400—450 Thlr. Auch für die Wittwen der Volksschullehrer ist durch eine andere Gesetzesvorlage entsprechende Fürsorge getragen.

Braunschweig. Wolfenbüttel, 21. Februar. Am Donnerstag wollte Uhlich von Magdeburg hier eintreffen, um einen Vortrag zu halten; es wurde solches aber auf Befehl des herzogl. Staatsministerium Seitens der hiesigen Kreisdirektion verboten.

(D. M. B.)

§ **Oesterreich.** Wien, 21. Febr. (Privat-Korresp.) Es ist allerdings richtig, daß das Tabakmonopol im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses sehr lebhafte Diskussionen erregte und daß sich die Majorität für die Beibehaltung desselben aussprach, angeblich weil die Grundstücke zu sehr belastet werden müßten, wenn das Erträgniß des Monopols, welches sich auf 80 Millionen Gulden beläuft, im Wege der direktiven Besteuerung hereingebracht werden sollte. Im Abgeordnetenhause wird es darüber zu sehr heftigen Debatten kommen, da sicherem Vernehmen nach die Meinung viele Anhänger hat, daß die Aufhebung des Tabakmonopols im Interesse der Staatsverwaltung gelegen sey. Der Staat würde jedenfalls die bedeutenden Kosten ersparen, die er jetzt zur Ueberwachung aufwenden muß. Außerdem wäre aber auch die Aufhebung des Monopols von großer politischer Tragweite namentlich in Hinblick auf Ungarn, wo dasselbe eine der unbeliebtesten Einrichtungen ist, die in den letzten zwölf Jahren eingeführt worden sind, wohnoch die dortigen Handelskammern bei jeder Gelegenheit die Aufhebung des Monopols beantragten.

Wien, 21. Febr. Die gestrige Sitzung des Herrenhauses war eine der interessantesten, welche der Reichsrath seit seinem Bestehen gehoben. Es wurde das Preßgesetz verhandelt. Da zeigte sich nun, wie viel eine parlamentarische Körperschaft von wirklichen Herren, von Grafen und Fürsten, mehr werth ist als ein angeblich Herrenhaus, in welchem in der That aber nur Junker die Herren spielen. Eine Verhandlung über ein Preßgesetz in dem preußischen Herrenhause würde nur Gift und Galle gegen die Presse speien und als eine Karikatur auf die Preßfreiheit würde das Gesetz aus einem solchen Hause hervorgehen. Die österreichischen Reaktionäre von dem Schlage des Grafen Leo Thun und des Fürsten Salm sind zwar auch keine begeisterten Freunde der Preßfreiheit; aber sie sind Staatsmänner genug, wenn nicht den Werth, so doch die Unabweisbarkeit derselben richtig zu würdigen. Sie verwarfen deshalb auch die Schein-Preßfreiheit, die mit polizeilichen Handschellen und administrativem Maulschloß frei schreiben und reden darf. Alle die Redner, welche das Wort über das Preßgesetz ergriffen, sprachen von der Presse mit Verständniß der Zeit und ihrer Anforderungen in würdiger Weise. Eine Rede aber, wie Graf Anton Auersperg für die Freiheit der Presse hielt, würde das vereinigte preußische Junkerthum nicht zu Stande bringen, wenn es auch ein ganzes Jahr lang die edelsten Theile seines Gehirns darüber vibriren ließe. — Die Verhandlung gedieh bis zu § 8, indem die Bestimmungen des Regierungs-Entwurfes mit einer unwesentlichen Aenderung angenommen wurden. Dennoch ist es freilich fraglich, ob das Gesetz zur Ausführung gelangt. Denn das Abgeordnetenhaus hat dasselbe ganz unabhängig behandelt, während das Herrenhaus das Preßgesetz als zusammengehörig mit dem Entwurf über das Strafverfahren in Preßsachen und mit der Novelle zum Strafrecht auffaßt, so daß diese drei Entwürfe zusammen zur Ausführung gelangen sollen. (Z. f. N.)

In Lemberg ist am 18. Febr. der Ausbruch der Metzeleien von 1846 durch eine Trauerandacht in der Bernhardinerkirche begangen worden, wobei das zahlreich und in Trauerkleidern versammelte Publikum auch die verbotenen Lieder sang. Am 26. d. werden die Protestantengemeinde und die Ruthenen den Gedenktag des Patents feiern, und wird auch der zweite der demonstrativen Ruthenenbälle stattfinden. Den 27. d. begehen die Polen als Trauertag zur Erinnerung an das Blut, das vor einem Jahr an diesem Tag in den Straßen Warschau's vergossen ward. Die am 19. d. im Theater abgehaltene Redoute wurde darauf gestört, daß von der Gallerie Drahtzeug hinabgeworfen wurden, worin die zahlreichen Polen und Polinnen, welche die Versammlung besuchten, um ansetzund an den Begnügungen des Faschings theil-

Digitized by Google

zunehmen, Verräther an der heiligen Sache des Vaterlandes, Kandidaten des Galgens und des Strickes, unsüchtige Dirnen u. s. w. geschimpft, und ihnen die baldige furchtbarste Rache in Aussicht gestellt wurde.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Die Regierung scheint immer noch in tausend Aengsten um das Gelingen ihrer Konversion zu seyn. Man hat alle legislativen und administrativen Hebel in Bewegung gesetzt, um die Rentner der Departements aus den gewohnten Zügen ihrer finanziellen Praxis heraus zu reißen und gewisse Journale sind unermüdlich in der Beweisführung, daß weiß schwarz und schwarz weiß ist. — Der gesetzgebende Körper hat natürlich das Gesetz, wodurch den öffentlichen Anstalten die Intervention des Credit-foncier in ihre Soultezahlungen gestattet, d. h. oktroyirt wird, mit ungeheurer Majorität, mit 200 und etlichen Stimmen gegen 14 genehmigt. Noch hat selten noch, trotz dieser schließlichen Leiumphe, die Regierung und die Majorität eine klägicher Rolle gespielt. Man nimmt den Spitälern etwa 22½ den öffentlichen Anstalten überhaupt 45 Millionen weg, die sie dem Credit-foncier zu 5. 30½St. verzinsen muß. Da doch, wie bereits früher dargestellt wurde, der in den Einkünften dieser Anstalten sich ergebende Ausfall in letzter Instanz von dem Staat gedeckt werden muß, so dürfen sich also der Staat für diese fiktive Einnahme zum Vortheil des Credit-foncier, dessen Geld ursprünglich auf die Entwicklung des Ackerbaues verwandt werden sollte, eine neue Zinsenlast auf. Alles zur gehörigen Ehre der Konvention und zum effektiven Schaden der allgemeinen Sache. (Hamb. Bhe.)

Die „Köln. Z." bringt einen sehr anschaulichen Bericht über die Sitzung des französischen Senats am 23. Februar, wo Prinz Napoleon seine famose Rede gegen Larochejacquelein*) hielt. Wir entnehmen demselben noch Folgendes. Der Prinz kam in seiner Rede u. A. auch auf den bekannten heftigen Wortwechsel, der vor einiger Zeit zwischen dem General Govon und dem pünktlichen Kriegsminister Merodе stattfand. „In Rom, sagte er, muß man den Haß gegen den Namen Napoleon und gegen Frankreich suchen, nicht aber in der demokratischen Presse, die sich allerdings manchmal zu Ausschreitungen hinreißen läßt, welche ich beklage, weil sie der großen Sache, die zu vertheidigen sie den Beruf hat, schaden." Sodann wandte sich der Prinz gegen die Erblichkeit der Krone in dem Sinn, wie Larochejacquelein sie auffaßte als ein göttliches Recht; die Erblichkeit sey nur eingesetzt worden, um desto besser die Grundsätze der Revolution von 1789 durchzuführen. So habe sie auch schon Napoleon I. verstanden. „Und wissen Sie, fuhr der Prinz fort, junter welchen Rufen Napoleon Frankreich vom Golf de Lyon bis zu den Tuilerien durchzog? Unter den Rufen: „Weg mit den Emigranten! Weg mit dem Adel! Weg mit den Verräthern!" Diese Senatoren verstehen nicht Traditionen, sondern Prätexte, und es ensteht heftiges Murren.) — Nemmis de Larochejacquelein: Das ist ein Geständniß, das dankbar aufgenommen zu werden verdient. — Präsident Barthe: Ist dies das Symbol der Revolution, wie Sie dieselbe verstehen?! — Graf Segur d'Aguesseau: Es ist dies eine sehr glückliche Ausdrucksweise, sie hat so etwas Instinktmäßiges. — Herzog de la Force: Warum sollen wir nicht auch: „Weg mit der Gesellschaft!" rufen? — Herr von Heeckeren: Man weiß, daß der Prinz sich nach der Republik sehnt; es ist das eine bekannte Sache. — Der Präsident: Ew. kaiserl. Hoheit erwecken traurige Erinnerungen, die übrigens, wie ich glaube, nicht einmal zu der Wahrheit der Geschichte stimmen. — Prinz Napoleon: Ich nehme den Ordnungsruf nicht an: das, was Sie eine traurige Erinnerung nennen, ist etwas, worauf unser Land stolz seyn kann. (Lebhafter Widerspruch.) — Der Präsident: Die Rückkehr des Kaisers ist eine Ruhmesthat, die trüben Erinnerungen beziehen sich auf die Kunstgebungen, womit Ihrer Behauptung zuvlge dieselbe begleitet war. — General Lawoestine: Es darf hier in der That keine Unklarheit gelassen werden. — Herzog de la Force: Sie haben gesagt, der Kaiser sey von Elba mit dem Rufe zurückgekehrt: „Weg mit den Priestern! Weg mit dem Adel! Weg mit den Emigranten!" Das ist nicht richtig. (Lebhafte Bewegung.) — Prinz Napoleon: Der Herr Herzog de la Force hat das Wort nicht. — Herzog de la Force: Ich nehme es! Rufe man mich zur Ordnung, wenn Grund dazu ist, aber ich frage, ob das Land nicht zusammengesetzt sey aus dem Adel, aus dem Volke.... (Unterbrechung.) — Prinz Napoleon: Ich habe eine Thatsache konstatirt. (Neue Unterbrechung. Mehrere Stimmen: Es ist nicht richtig!) — Graf de Lamaree: Ich war dabei, man hat das nicht gesagt, sondern gerufen: Es lebe der Kaiser! — General Lawoestine: Ich habe gehört, was man dazumal sagte; ich protestire! — Baron de Lacoste: Ich habe den Kaiser auf einem Theile seines Siegesmarsches begleitet und kann sagen, er würde nie erlaubt haben, daß man in seinem Beisyon solche Ausrufungen erhoben hätte, so anarchische, so antisoziale... — Prinz Napoleon: Hat der Herr Senator das Wort? — Präsident: Er hat darum gebeten und ich habe es ihm gegeben. (Verschiedene Stimmen: Sie thaten wohl daran!) — Graf Segur d'Aguesseau: Diese Szene ist sehr nützlich! (Prinz Napoleon will wieder sprechen, kann aber vor Lärm nicht durchdringen. Stimmen. „Zur Ordnung! Zur Ordnung!") — Prinz Napoleon: Ich habe nicht meine Zustimmung ertheilt, ich habe nur eine Thatsache konstatirt. — Baron de Lacoste: Es darf nicht gestattet werden, daß die Rufe: „Weg mit dem Adel! Nieder mit den Verräthern!" auf diesem Hause unter dem Beewande eines geschichtlichen Citates in die Welt gehen. — Der erste Präsident Barthe erhebt sich und ruft dem Prinzen zu: In diesem Falle bliebe Ihnen nur übrig, Ihre Mißbilligung auszusprechen und vor Allem Ihren Unwillen gegen das, was Sie zu verherrlichen schienen, kund zu geben. (Mehrere Stimmen: „So ist's! So ist's!") — Prinz Napoleon: Ich kehre zur Diskussion zurück und bitte um Ruhe, wenns möglich ist. — Graf Segur d'Aguesseau: Das hängt von Ihnen ab. — Prinz Napoleon: Und von Ihnen? — Der Redner kehrt zur Diskussion zurück, indem er zunächst bemerkt, daß er, wenn er Revolution sage, darunter nur das verstehe, was dieselbe Gutes und Nützliches hervorgebracht habe u. s. w. Der Minister Billault nahm das Wort,

*) Der Marquis v. Larochejacquelein war bis zum Staatsstreich vom 2. Dez. 1851 ein eifriger Legitimist. Damals ging er zu Napoleon III. über; er ward von diesem, wie sein Oheim das ja auch zu thun pflegte, mit offenen Armen aufgenommen und zum Senator ernannt. Die Umstände Larochejacqueleins sind leider so schlecht, daß er nicht über den Betrag erhaben ist, die 30,000 Frs., welche ein Senator jährlich erhält, hätten etwas mit seiner Bekehrung zu thun. Schon nun nicht ganz und gar die Kasse zu verlieren, hat er neuerdings bei den Umwälzungen in Italien und der bedrängten Lage des Papstes wieder den treuen Sohn der Kirche sehr hervorgekehrt. Er bildet also den Gegensatz zum Prinzen Napoleon, der schon als Schwiegersohn Viktor Emanuels, Ehrbarkeit aber als Revolutionär ganz entschieden auf seiner neuen Ordnung der Dinge steht.

Freiherr von Pillersdorff.

Wien, 22. Febr. Ein edler Geist, ein weiches, mildes Herz, ein klarer Kopf, ein feuriger Patriot, ein Staatsmann guter Schule, der sich an den Grundsätzen Montesquieu's und dem klugen Beispiele Sir Robert Peel's heranzubilden, einer jener seltenen Männer in Oesterreich, welchen die ausgebreitetsten Erfahrungen in der Verwaltung nicht zu einem eigensinnigen Bureaukraten verfeinerten, der vielmehr bis in die letzten Tage seines hohen Alters den regen Sinn für die Pulsschläge der vorwärtsstrebenden Völkerbewegungen sich bewahrte — ein Mann, dessen Name eine geschichtliche Epoche kennzeichnet: Felix v. Pillersdorff ist heute, 76 Jahre alt, aus unserer Mitte geschieden!

Er war der Erste, der, von der Ueberzeugung geleagen, daß Oesterreich für eine freiheitliche Verfassung reif sey, auch eine solche entwarf und die Genehmigung des Kaiseo für sie erwirkte (im Jahr 1848). Diese Verfassung vom 25. April 1848 ist als ins Leben getreten, obgleich sie große und ausgedehnte Bürgschaften für eine lebensvolle Freiheit in sich trug. Eine improvisirte Volksbewegung in Wien hatte am 15. Mai durch eine von Dr. Schütte improvisirte Sturmpetition die Verwerfung dieser (der belgischen nachgebildeten) Konstitutionsurkunde und die Einberufung eines konstituirenden Reichstags erwirkt. Frhr. v. Pillersdorff hatte damals sein erstes Martyrium zu erleiden. Die Politiker, welche damals die Oberhand in Wien hatten, erklärten ihn für einen Reaktionär. Am 8. Juli legte er sein Portefeuille nieder und ohne Verbitterung, ohne Stolz und ohne Ermattung trat er später als Abgeordneter in den konstituirenten Reichstag. Unermüdlich nahm er, der ehemalige Hofkanzler und Ministerpräsident, die schwierigsten Ausschußarbeiten auf sich und stand treu zu der Fahne der Verfassungsfreunde, ohne Rücksicht auf Rechts und Links, ohne Intriguen, ohne Selbstsucht. Als der konstituirende Reichstag aufgehoben wurde und die militärische Reaktion begann, da brach die Epoche des zweiten Märtyrerthums für Pillersdorff herein. Gegen Niemand ceelleste sich der Zorn und der Haß der altkonservativen Gesellschaftsschichten so sehr, als gegen ihn, den ehemaligen Hofkanzler, den geheimen Rath. Man verschrie ihn als einen rothen

Digitized by Google

um jede Verantwortlichkeit der Regierung dabei abzuwehren, namentlich mittelbar den Voltaire'schen Priesterhaß des Prinzen zu tadeln und ihn deutlich genug als unzurechnungsfähigen Irrenkopf zu bezeichnen. Aber im Senat machte die ganze Scene doch den peinlichsten Eindruck. Der Präsident des Senates, Herr Troplong, nannte den ganzen Vorgang einen traurigen Zwischenfall, und als mehrere Senatoren das Wort verlangten, sich verbindlich zu rechtfertigen, rief man von mehreren Seiten, sie möchten auf das Wort verzichten, der ganze Senat sey in ihren beleidigt. So hat denn der Prinz auf den parlamentarischen Kampfplatz so wenig Lorbeern geerntet, wie einst auf dem Schlachtfelde, und im Allgemeinen ist es wohl ein Glück, daß er sich selbst um sein Ansehen bringt, denn es ist bei allem Geist und allen Gaben ein Grundkopf, welcher, wenn jemals, das Gott verhüte, in seine Hände die Zügel der Gewalt in Frankreich fallen sollten, toller herumtaumlichen möchte, wie weiland Phaeton mit den Sonnenwagen. Der Prinz glaubt vielleicht, durch sein extremes Gebahren den Schimpf vergessen zu machen, den er in seiner Affaire mit dem Herzog v. Aumale davon getragen. Es ist und bleibt jedoch eine in Frankreich verachtete Persönlichkeit. Er möchte den Egalité des Kaiserreichs spielen, findet aber dafür durchaus keinen Boden. Von allen Senatoren schienen nur die HH. v. Persigny und Piétri auf seiner Seite zu stehen — alle drei zusammen ein sehr respectables Kleeblatt.

Paris, 25. Febr. In der gestrigen Sitzung des Senats wurde die Adreßdebatte fortgesetzt, wobei Billaults England angriff. Minister Billault entwiderte demselben: Er bedauere, daß man versuche, den Haß zwischen Frankreich und England aufs neue zu entzünden, während die Politik des Kaisers zu verhindern suche.

(Tel. d. Fr. Post.)

Ein Pariser Korrespondent der „Köln. Zeitung" will erfahren haben, daß der Präsident der mexikanischen Republik friedliche Unterhandlungen habe anknüpfen lassen. Spanien und England wollten darauf eingehen, Frankreich aber nicht.

Italien.

Turin, 19. Febr. Die Beschwerden gegen den Bischof von Bergamo, Monsignor Speranza, nahmen gestern einen Theil der Sitzung der Deputirtenkammer in Anspruch. Es waren zwei Petitionen, die eine vom Municipium der Stadt Bergamo, die andere von vielen Bürgern dieser Stadt eingelaufen, die dringend um die Entfernung dieses Kirchenfürsten baten, da ohne dieselbe die öffentliche Ruhe gefährdet, die Würde der Stadt verletzt (der Bischof hatte den Deputirten von Bergamo, den Pfarrer Morelli, a divinis suspendirt), daß Aufseben der Kirche beeinträchtigt und die Eintracht zwischen Klerus und Volk unmöglich gemacht sey. Die Deputirten D'Ondes Reggio und Macchi, von den entgegengesetzten Seiten des Hauses, glaubten hier zum ersternale praktischen Gebrauch von dem Cavour'schen Programm: „Eine freie Kirche im freien Staat" machen zu sollen, und erklärten, daß es der Kammer nicht zustehe, sich in kirchliche Dinge zu mischen. Michelini glaubte, durch solche Zudifferenz würden die Rechte der gesetzgebenden Gewalt beeinträchtigt, Mancini will ein Gesetz aufgestellt wissen, wodurch die aus rein politischen Gründen a divinis suspendirten Geistlichen geschützt würden; jedenfalls aber solle die Untersuchung, die der Staat solchen Geistlichen zukommen lasse, nicht von den Staatsgerichten, sondern von dem Einkommen der betreffenden Bischöfe erhoben werden, worin derselbe von General Bixio unterstützt wird. Der Justizminister erklärte, daß er dem Bischof bereits befohlen habe, die Rundreise in seiner Diözese einzustellen. Heute sagt man, derselbe sey verhaftet worden, indem er trotz des ministeriellen Verbots seine Reise fortsetze.

Mailand, 22. Febr. Vorgestern machte der Pfarrer von Cislubino, Joseph Calvi, wo ein Volksfumult stattfand, in der dortige Municipalitätsbehörde den Bewohnern auch anheim, wollten, den Bischof von Bergamo, Mgr. Speranza, mit Ehrenbezeugungen zu empfangen, verhaften und nach Bergamo führen dortigen Kerker St. Agata abgeführt.

Rußland und Polen.

Paul Rabenstein aus Warschau sandte von heute ab auf Befehl des Statthalters für politische Vergehen vor dem Tribunale des Kriegszustandes weder eine Untersuchung, noch eine Vertheidigung mehr statt. Der Erzbischof Felinski erlangt die allgemeine Sympathie. Der Besuch der Kirche ist von allen Ständen ein sehr zahlreicher.

(Tel. d. Nat.-Z.)

Amerika.

Aus New-York, vom 12. Febr. wird gemeldet, daß die Flotte unter dem General Burnside vor der Insel Roanoke, eine Vertheidigungsflotte gänzlich zerstört habe. Der Kampf soll sehr blutig gewesen. Tausend Todte und Verwundete auf beiden Seiten. Die Landtruppen haben dann Elisabeth-City genommen, es verbrannt, und ihren Marsch auf Edenton fortgesetzt.

Volkswirthschaftliches.

Lindau, 23. Februar. Die Fruchtmärkte der Schweiz verkehrten im Laufe der vergangenen Woche in Absatze der Getreidevorräthe zu größtentheils unveränderten Notirungen; wir überhaupt nur der wöchentliche Lokalbedarf zum sehr gleichmäßigen Umsatze von Brodfrüchten den jeweiligen Stand der Getreidepreise regulirt. Der hiesige Fruchtmarkt zeigte sich entschieden einer rückgängigen Preisbewegung zu.

(Augsb. Abdz.)

Der württembergische Regierung hat von der über die Zollvereinsstaat zustehenden Befugniß zur Aufhebung oder Herabsetzung des Eingangszolles auf Steinkohlen Gebrauch gemacht, und demzufolge verfügt, daß die bei den württembergischen Zollstellen zur schriftlichen Abfertigung gelangenden außervereinsländischen Steinkohlen vom 1. März d. J. an eingangszollfrei behandelt werden sollen.

(Allg. Z.)

Wiesbaden, 22. Februar. Die nassauische Staatsbahn von Wiesbaden über Rüdesheim-Lahnstein und Ems nach Nassau ist heute für den freien Verkehr eröffnet worden. Bei Rüdesheim sind mittelst Dampffähre Anschlüsse an die rheinische, sowie an die Rhein-Nahe-Eisenbahn; bei Lahnstein desgleichen an die rheinische Bahnstrecke Capellen-Köln.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Osterhofen an der Donau wird gemeldet, daß am 21. d. um 4½ Uhr Abends vor eine so starke Erderschütterung stattfand, daß in Folge derselben ein Haus einstürzte.

In Neumbach (bei Augsburg) brannte letzten Sonntag früh 4 Uhr die große Spinnfabrik des Hrn. Landauer vollständig ab.

Weinsberg, 22. Febr. Was die Freunde des Dr. Justinus Kerner seit einigen Monaten fürchteten, ist nun eingetreten: der feinfühlende Sänger der Natur hat ihr seinen letzten Tribut dar-

Wie Lebe der fünfundsiebenzigjährige Greis wieder auf, als er wieder in das parlamentarische Leben trat, und wie jugendlich warm die Bewegungen seines noch immer aufrechten Körpers. Bei seiner Klubstiftung, bei seiner Berathung fehlte er. Im Abgeordnetenhause selbst bemühten sich alle Parteien, ihm ihre Sympathien, ihre Ehrfurcht möchten wir beinahe sagen, zu bezeigen. Seine Beschlebenheit, seine Dienstfertigkeit, seine Arbeitslust waren sich gleich geblieben; aber seine Kräfte schwanden sichtlich. Es war, als hätte ihn das Schicksal aufgespart, damit er noch einmal in einem österreichischen Parlamente sitze, damit er bei den ersten Anstrengungen zur festen Begründung einer Verfassung Hand anlegen helfe. Wie ein freundlicher Genius hat er das erste Jahr der Februar-Verfassung durch alle seine Phasen treu und sorgsam begleitet; am Schlusse dieses ersten Jahres hat er sein Leben abgeschlossen. Mittwoch, den 26. d. M. findet die Jahresfeier der Februar-Verfassung statt und Dienstag den 25. d. M. weilt Frhr. v. Villersdorff in Grabe getragen werden.

(Oest. B.)

*) Die Urkunde, die ihm 1845 zuerkannt wurde, befindet in einem Briefe des Oberstjägermeisteramts, das ihn ersuchte, bei Hofferen nicht zu erscheinen. Die Revolutionirung, die in den letzten Wochen stattfand, hat sie dann in einer freundlichen Einladung.

Digitized by Google

gebracht. Daß die körperliche Schwäche in dem sonst so festen Körper immer mehr zunahm, war in der letzten Zeit besonders an der bedeutenden Schlafsucht zu bemerken, die ihn bei Tag befiel, während andere schmerzhafte Zustände ihn die Nachtruhe raubten. Doch hatte er immer noch freie, lebendige Stunden, worin er mit Interesse an der Unterhaltung Theil nahm und sie mit dem ihm so eigenen Humor würzte. Aber am 16. Febr. befiel ihn ein heftiges Katarrhfieber und brachte ihn in den Zustand der Bewußtlosigkeit. Man glaubte schon, daß er sich hievon wieder erhole, als am 20. ein neuer Anfall kam, der in der Nacht vom Freitag auf Samstag zwischen 11 und 12 Uhr den Tod herbeiführte. Es war ein sanfter Tod, der dieses reiche, volle Leben auslöste. (Schw. M.)

Neueste Nachrichten.

* **München**, 25. Februar. (Privat-Korresp.) Die bezüglich der Zutheilung der abwesenden Konskribirten zur Infanterie unterm 5. März 1857 und 16. Februar 1858 erlassenen ministeriellen Verfügungen haben auch bei der bevorstehenden Aushebung ein Allgemeinen zur Anwendung zu kommen, dabei aber wurde weiter verfügt, daß alle abwesenden Konskribirten von ungerathtem Leumund in so ferne der Kavallerie und Artillerie zugewiesen werden, als nicht schon Nachweise über die Unzweckmäßigkeit ihrer für diese Waffengattungen vorgeschriebenen Körpergröße gegeben sind.

München, 25. Febr. Die Anfangs Januar nach verschiedenen Richtungen abgesendeten Kommissionen zum Ankauf von 4½ bis 5½jährigen Pferden des schweren und leichten Reitschlages haben kaum 30 Prozent der Bedarfs anstreifen können. Obgleich die Pferdepreise und die Pferdeverdingung in steten Steigen ist, so steht sie doch nicht im Verhältniß zum jetzigen Verbrauch, der sich im Militär sowohl durch den erhöhten Stand, als selbst beim Landvolke dadurch gesteigert hat, daß wohlhabende Bauern und die Söhne solcher nicht selten Reitpferde halten. Wie seit der Rüstung im Jahre 1859, so mußten auch diesmal junge Reitpferde wieder vom Auslande bezogen werden und erst am Sonntag hat eine Kommission zu Ansing über 100 polnische und ungarische Pferde von einem Händler angekauft. (Südd. Z.)

* **Fulda**, 23. Febr. Während die Disziplinaruntersuchung gegen den Physikus Dr. U. in Burghaun noch schwebt, hat man ein gleiches Verfahren gegen den Obergerichtsreferendar v. St. in Hersfeld eingeleitet, da er sich als Vertheidigungsredner nicht gescheut hat, an dem Konstitutionsfeste, welches am 5. Januar in Hanau stattfand, theilzunehmen und in einer Rede sich für die Verfassung von 1831 auszusprechen, sowie einen Toast auf die Fortschrittspartei im preuß. Abgeordnetenhause auszubringen. (Rh. K.)

* **Wien**, 24. Februar. (Privat-Korresp.) Der Finanzminister hat heute den zwischen ihm und der Bank vereinbarten Vertrag dem Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses zur Prüfung übergeben. Billigt der Reichsrath diesen Vertrag, dann ist die Lösung der Valutafrage nicht blos auf zehn Jahre, sondern auf eine ganz unbestimmte Zeit hinausgeschoben, denn daß ein zehnjähriger Zeitraum nicht hinreichen wird, alles Mißtrauen gegen die österreichische Nationalbank zu beseitigen, ist für Jeden klar, der weiß, daß dieses in den Beziehungen der Bank zum Staate seinen Grund hat, welche aber, da die Erneuerung des Bankprivilegium nur dazu dienen soll, dem Staate unter die Arme zu greifen, durch den neuen Vertrag keine Aenderung erleiden. Statt der allgemein gehofften Unabhängigkeit der Bank erhalten wir durch den neuen Vertrag nur wieder eine unglückliche Verquickung des Staatsinteresse mit den Bankinteressen. (Ich bemerken, daß diese Ansicht unseres Berichterstatters nicht in allen Kreisen getheilt wird. Die Red.)

= **Wien**. In Bezug auf die vom oberösterreichischen Landesausschuß gegen den Statthalter in Linz, Frhrn. v. Bach, eingereichte Beschwerdeschrift erfährt man, dieselbe sei in erster Instanz dahin entschieden, daß das Gericht sich als inkompetent erklärt habe. Dagegen ist der Ministerialrath vom Staatsministerium v. Wehli in Linz eingetroffen, wo er zwischen dem Landesausschuß und der Statthalterei ein Uebereinkommen zu Stande bringen soll.

Aus **Neapel**, 16. Febr., wird dem „Volksboten" geschrieben: Vorgestern nahm das Volk eine drohende Haltung an; in dichten Massen durchzog es die Straßen unter dem Geschrei: „Wir wollen keine Theurung der Lebensmittel, keine erdrückenden Wohnungsmiethen! Weg mit den Fremden! Es lebe Franz II." Denn Angesichts der ungewöhnlichen Theurung, die jetzt herrscht, erinnert sich das neapolitanische Volk, daß es selbst nach der völligen Mißernte von 1859 den Rotolo Mehl nicht höher als 5 Grani (also 6 kr., was 7 kr. für 30 Loth Brod ausmägt) bezahlt hat, weil der König Schiffe nach allen fernsten Ländern aussandte und ungeheure Massen von Korn, von Mehl und von Reis herbeischaffen ließ; und ebenso erinnert es sich auch, daß das Fleisch und alle Lebensbedürfnisse selbst damals kaum halb so theuer waren als jetzt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pößmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—	
"	5 pCt. Lomb. " ditto.	81⅛ P.	
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	79⅛ G.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89⅝—⅞ G.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	48⅜ G.	
"	4½ pCt. "	43⅛ P.	
"	4 pCt. "	—	
"	3½ pCt. "	—	
"	3 pCt. "	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	104 P.	
"	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	104 P.	
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 G.	
"	4 pCt. Obl. dto. dto.	101⅛ P.	
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	101¼ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅛ P.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102½ G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	88⅜ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅛ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.	
Russen	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.	
"	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.	
"	3 pCt. Obl. dto.	93 G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 1. 2. 30	48 G.	
"	3 pCt. "	23⅝ P.	
Sachsen	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100—99½ G.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1145/8 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	717—716 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171¼—72 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	200 G.
	Wiener. Bank à Thlr. 100	80 P.
	Mitteldeutsche Kreditbanken	86 P. 85⅝ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	238½ P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	85⅞ G.
	Oest. 1. Eis. à 200 pCt. beer Frc. à 48 kr.	220 G.
	" Klinsb.-Eisenbahn à pCt.	110 G.
	" Klinsb.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	75 P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	25½ G.
	Ludwigshafen Bexbacher à 4 pCt. "	137 P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ P. 1/8 G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83⅛ G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ P. 248½ G.
	Span. Handels- u. Industrie "	470 P.
	" Credit-Akt. à Gen. Pereire	470 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbar.	106½ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾—P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B. 104½ G.
Brem. 60 Th. Lst. k. S.	96⅛ B.
Köln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118 B. 117⅞ G.
Lyon Frc. 300 k. S.	—
Mail. L.S.L. 300 k. S.	93⅜ G.
Paris Frc. 300 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 M.	—
do. in öst. W. k. S.	89⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Antehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132¼ P.
" fl. 100 v. 1860 4/7	67 P. 66⅝ G.	" fl. 35 dto.	—
" fl. 100 Kisb. v. v. 1858	101½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	88 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beim	122¾ P.	Sardinien Frc. 36 b. B.	24½ P.
Russland-Loose à fl.	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	27½ P.
Badische fl. 50	95½ P.	Venetia-Loose fl. 10.	10 P. 9⅞ G.
Badische fl. 35	55⅞ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

* **Frankfurt**, 25. Februar. Für öffentl. Fonds und Industriepapiere zeigte sich eine günstigere Tendenz. In 5proz. Metalliques von 1859 in Pf. St. war das Geschäft zu steigenden Kursen zumlich belebt. Die übrigen Fonds ohne wesentliche Veränderung. Neue 5proz. Obligationen der Stadt Marseille bei Raphael Erlanger wurden zu 99¼ umgesetzt. (Schw.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 58. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag, 27. Februar 1862.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Das im Verlag der Leniner'schen Buchhandlung in München erschienene Schriftchen „Bayerns innere Reform unter König Maximilian II.", das in diesen Blättern schon einmal kurz erwähnt wurde, hat den Zweck, zu zeigen, was seit 13 Jahren in Bayern durch ein glückliches Zusammenwirken von Regierung und Ständen zum Wohle des Landes geschehen ist. „In einem Ueberblick, sagt der Verfasser, wollen wir den Umschwung darlegen, welcher ohne jede gewaltsame Regung oder Erschütterung des Staatsorganismus in einer beispiellos kurzen Zeit eingetreten. Ohne Umwälzung und Eingriff in die Rechte der Landesvertretung, ohne ungesetzliche Angriffe auf die Rechte der Regierung sind Reformen eingeführt, welche die individuellen Kräfte der Einzelnen stärken, die Produktionskraft des Landes erhöhen, das allgemeine Wohl wesentlich befördern und dem bayerischen Staat eine so normale Stellung wahrhaft konstitutionellen Lebens gewähren, daß er unbedroht und ungetrübt von irgend einer Störung selbst von den zwei größten Staaten Deutschlands mit Eifersucht angeblickt werden darf. Denn dies Vorrecht wird wohl Preußen wie Oesterreich Bayern einräumen müssen, daß hier mit verhältnißmäßig geringeren Mitteln Heilsames und Bedeutungsvolles in ruhiger und gesetzmäßiger Entwicklung geschaffen wurde." In 20 Kapiteln wird sodann in kurzem Ueberblick dargelegt, was in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung während der letzten 13 Jahre geändert, gebessert worden ist. Die zwei letzten Kapitel behandeln die besondere Stellung der Pfalz zu den übrigen Theilen des Königreichs und die Bedürfnisse, welche im Anschluß an die schon erlangten Reformen nun noch Befriedigung erheischen.

Preußen. Berlin, 23. Febr. Bekanntlich ist im Prozeß gegen die Lieutenants v. Sobbe und Putzky das Urtheil vor der die jetzt noch nicht erfolgten Bestätigung, durch den König bekannt und in den Zeitungen mitgetheilt worden. Gegen die Verbreiter der Nachricht ist jetzt eine Untersuchung eingeleitet und es haben bereits Vernehmungen von Redakteuren hiesiger Zeitungen stattgefunden.

Kurhessen. Kassel, 25. Februar. Die Thuen- und Taxis'sche Generalpostdirektion, welche seit längerer Zeit Vorbereitungen getroffen hatte, um endlich auch auf den verschiedenen in ihr Postgebiet fallenden Eisenbahnen ambulante Posten einzurichten, hatte sich auch an die hiesige Regierung gewandt, um die landesherrliche Genehmigung zur Errichtung solcher Posten für die kurfürstlichen Lande zu erlangen. Die kurhessische Regierung, welcher durchaus daran gelegen zu seyn scheint, nicht bloß auf politischem Gebiete eine absonderliche Rolle zu spielen, sondern auch auf volkswirthschaftlichem Gebiet in gleicher Weise zu glänzen, hat die Genehmigung versagt. (Fr. J.)

Baden. Karlsruhe, 23. Februar. In unserm Lande herrscht gegenwärtig eine nicht unerhebliche Aufregung der Gemüther in Folge der den Ständen gemachten großen Anzahl von Gesetzesvorlagen. Die neue Gewerbeordnung wird allerorts besprochen: da gefällt das nicht, was die Regierung bietet, dort gefallen die Abänderungen nicht, welche die Gewerbskommission der zweiten Kammer zu beantragen beabsichtigt; die vorgelegte neue Gerichtsorganisation, welche zahlreiche Aenderungen der bisherigen Prozeßordnung zur Folge haben muß, wird vielfach bekämpft, namentlich in der öffentlichen Presse und unter den Juristen. Das Gesetz über Freigebung der Kirchen ist immer noch nicht in vollem Vollzuge, man scheint die Nothwendigkeit für den neu zu errichtenden katholischen Oberstiftungsrath nicht erhalten zu können. Die Bestrebungen nach Trennung der Schule von der Kirche, nach allgemeiner Einführung von Kommunalschulen dauern fort und werden von den verschiedenen Seiten heftig vertheidigt und bekämpft. Die Neuwahlen der evangelischen Kirchengemeinderäthe haben in manchen Orten große und bedauerliche Kämpfe der Parteien hervorgerufen. Die Deutschkatholiken halten diese Zeit ganz geeignet, um ihr Bekenntniß weiter zu verbreiten. Da kommt nun noch zu allem Ueberfluß die Regierung mit einem Gesetzesentwurfe über Emanzipation der Juden. Sey es nun, daß die lithographirten Petitionsentwürfe, welche nach allen Orten versendet wurden, von den „Ultramontanen", von den „Pietisten", von den Gegnern des gegenwärtigen Ministeriums, herrühren oder nicht, sie wurden vielfach unterzeichnet und an die Kammern eingesendet. Schließlich noch die deutsche Frage! Die beiden Lager der Groß- und Kleindeutschen stehen einander durchaus feindlich entgegen. Auf Seiten der Kleindeutschen steht der Nationalverein und die große Mehrheit der Zeitungen, ja die Regierung selbst. Die großdeutsche Partei ist indeß sehr rührig und verstärkt sich immer mehr.

(N. Pr. Z.)

Thüringen. Koburg, 23. Febr. Für die Bevölkerung von Koburg ist natürlich das Reiseunternehmen des Herzogs ein Ereigniß, dessen Veranlassung und Zweck vielfach besprochen wird. Jedermann ist der Ueberzeugung, daß es sich viel weniger darum handelt, geographische und geologische Studien in den Bereichlanden zu machen, als eine Zeitlang fern von Deutschland zu seyn. Auch allerlei politische und staatsrechtliche Fragen werden als Anlaß der Reise lebhaft diskutirt, z. B. ob es mit den Pflichten eines Fürsten gegen sein Land in Einklang steht, wenn er sich in Gegenden begibt, von denen aus er die Regierung nicht mehr zu führen vermag? ob nicht die Staatsangehörigen dadurch zu dem Glauben verleitet werden können, daß der Fürst für die Regierung des Landes entbehrlich sey? ob ein Fürst seine Regierungsbefugnisse beliebig auf Andere übertragen kann? ob ein konstitutioneller Fürst die Uebertragung seiner Regierungsbefugnisse ohne Zustimmung der Landesvertretung vornehmen kann? ob ein verantwortlicher Minister konstitutionell und ob er weise handelt, wenn er neben seinem verantwortlichen Ministeramte auch noch die Regierungsbefugnisse des unverantwortlichen Fürsten zeitweise übernimmt? (Zeit.)

Freie Städte. In Hamburg hat eine unreife Demagogie wieder einen ihrer Knabenstreiche verübt. Am 23. Februar Nachmittags nämlich zog eine Volksmasse in Prozession nach dem Heiligengeistfelde, wo ein Mann Namens Radeker, früher verantwortlicher Herausgeber des „Norstern", den von Dr. Baumeister, Dr. Knauth und anderen liberalen Juristen ausgearbeiteten Entwurf eines Strafgesetzbuchs in Flammen aufodern ließ. (Radeker gehört der Fortschrittspartei an, und dieser ist der Entwurf noch nicht freisinnig genug.)

Oesterreich. Linz, 24. Febr. Die Divergenz zwischen der Staatsverwaltung und dem Landesausschuß bezüglich der Bewilligung des sog. Präsidialtraktes im Landhaus ist, unbeschadet der definitiven Austragung dieser Angelegenheit, einverständlich mit Genehmigung des Staatsministeriums beigelegt und beglichen worden.

(Allg. Ztg.)

§ Wien, 24. Februar. (Privat-Korresp.) Es ist charakteristisch für das neue Uebereinkommen zwischen der Bank und dem Finanzministerium, daß die Bank das höchste Interesse daran hat, daß die Valutafrage nicht gelöst werde, denn es hat für sie die Privilegiumserneuerung nur insolange einen Werth, als der Zwangskurs aufrecht erhalten wird. Dazu kommt noch, daß die Bank, so lange der Staat ihr Schuldner ist, von jenen 70 Millionen in verschiedenen Papieren, die ihr der Staat als Abzahlungen zukommen ließ, die Zinsen unter ihre Aktionäre vertheilen kann, was allein für die Bank im Laufe der Jahre einen Gewinn von circa 40 Millionen ausmacht. Erklärlich ist es unter diesen Umständen, daß die Bankaktionäre, trotzdem sie sich den Ansichein geben, als ob sie sich der weit weiß wie sehr gegen die Zumuthung des Finanzministers Plenkner, Punktationen, die einen solchen Gewinn ihnen in Aussicht stellen, mit so großer Majorität, wie es vorgestern geschah, annahmen. (Dies ist übrigens, wie schon gestern bemerkt,

Digitized by Google

nur die eine Seite der Auffassung des Uebereinkommens. Es gibt auch Gründe, dafür.)

Krakau, 20. Febr. Gegen die hyperpatriotische Strömung in Galizien ist seit Neujahr eine unverkennbare Reaktion eingetreten. Die Hoffnungen auf Frankreichs sofortigen Beistand sind verblichen, die Verheißungen der Emigration haben sich, wie vorher immer, als Irrlichter bewährt. Die Umstimmung der Geister äußert sich nun zunächst in den aristokratischen und wohlhabenden Kreisen, denen der von dem demokratischen Theil der Studentenschaft geübte Terrorismus sehr lästig zu werden beginnt. (A. Z.)

Großbritannien.

London, 25. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses warf O'Donoghue, welcher Sir Robert Peel wegen dessen angeblich ihn persönlich beleidigenden Freitagsrede herausgefordert hatte, von Lord Palmerston aufgefordert, dem Hause wegen dieses Privilegienbruchs sein Bedauern auszusprechen. O'Donoghue that dies. (Tel. d. Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 24. Febr. Seit 14 Jahren war am 24. Februar Frankreich innerlich nicht so bewegt, wie heute, obgleich auf die großen Ereignisse von dazumal direkt nur wenig hindeutete. Die plebejischen Scenen der drei letzten Sitzungen des hohen Senates, die Rede des Prinzen Napoleon, sodann der Montauban'sche Brief an den Kaiser und die Antwort des letzteren, die einer Verwarnung des gesetzgebenden Körpers gleich erachtet wird, die peinliche Lage dieses Körpers, der, wenn er nachgibt, sich lächerlich macht, wenn er beharrt, der Auflösung entgegensieht, endlich die heftige Sprache der clericalen Blätter, die Alles schlug in den Gemüthern ganz ungewöhnlich hohe Wogen. Der „Konstitutionnel" macht die clericale Partei im Senate ganz allein für das heillose Mißverständniß des A bas les prêtres! für das A bas les traitres! verantwortlich, indem er bemerkt, der Lärm sey auf manchen Senatorenbänken so maßlos gewesen, daß man meistens nicht einmal einen Ton, geschweige denn ein Wort vom Redner habe vernehmen können. Uebrigens, setzt der „Konstitutionnel" hinzu, hätte der Senat bei keinem Blute sich, selbst wenn der Prinz A bas les prêtres! gesagt, nicht so entsetzen können, da es sich hier blos um eine historische Erinnerung gehandelt habe und es eben historisch sey, was er gesagt habe.*) In Thiers' Geschichte des Konsulats und des Kaiserthums, Band XIX., S. 173, in der Original-Ausgabe, heißt es wörtlich: „Da er (Napoleon I.) in offenem Wagen fuhr und nur langsam voran kam in Folge des Zudranges der Bevölkerungen, war sein Marsch von Grenoble nach Lyon inmitten des Landvolkes, das meistens Käufer von Nationalgütern und neugierig auf den Anblick dieses außerordentlichen Mannes waren, gewisser Maßen ein Triumphzug. Von allen Seiten hörte man nur diese Rufe: „Es lebe der Kaiser! Weg mit dem Adel! Weg mit den Priestern!" (Vive l'Empereur! à bas les nobles! à bas les

*) Das müßte der Prinz doch wissen; demnach wäre es also von ihm nur ein feiger Rückzug gewesen, als er auf das sich erhebende Geschrei hin behauptete, er habe traitres und nicht prêtres gesagt.

prêtres!)" Uebrigens bemerkt der „Konstitutionnel", diese Worte haben nicht dem Strafe als solchem, sondern dem, was das Volk von diesen Strafen unter dem Regime der heimgesuchten Gräuel wünschte hatte, gegolten, und sie seyen zu übersehen! „Weg mit den Bevorrechtungen, weg mit den Zehnten, weg mit der alten Wirthschaft überhaupt!" (A. Z.)

* Die Adreßdebatte im französischen Senat rief merkwürdige Scenen hervor, die sich an Heftigkeit von Tag zu Tag steigerten. Das Stärkste in dieser Art war die Rede des Prinzen Napoleon am 22. d. M., aber auch die zwei vorangegangenen Tage blieben hinter diesem nur wenig zurück. Man muß sich erinnern, wie der Senat zu seiner jetzigen Zusammensetzung kam, um dies zu verstehen. In der nächsten Zeit nach dem Staatsstreich berief der Kaiser in denselben eine große Anzahl Legitimisten, die in's bonapartistische Lager übergegangen waren, und sonst noch viele Männer, von welchen er einen kräftigen Widerstand gegen den Socialismus erwartete. Aber diese Männer, die damals ihm recht waren und mit ihm gingen, sind durch seine neuerliche Politik in Bezug auf Italien und besonders auf Rom in eine oppositionelle Stellung gegen ihn gedrängt worden, und obwohl im Senat nicht stark genug, um ihm ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten, benützen sie doch gern eine sich darbietende Gelegenheit, um ihrer Galle sich zu entleeren. Diese bot die Adreßdebatte; die Rede des Grafen Ségur bildete in dieser Richtung den Kulminationspunkt der Debatte; von katholischem Standpunkte griff sie den Grafen Persigny an in Betreff der Maßregeln gegen den Vincent-Verein, eine religiöse Gesellschaft von Laien, und tadelte dann den Schutz der anti-religiösen Presse. Er focht mit Energie für die Rechte des Papstes, und er ging mit eben so großer Energie dem Minister des Innern zu Leibe, den er den Polignac des Kaiserreichs nannte, und dessen „belligerenswerthe Leitung der innern Verwaltung" er dem Senate darzulegen suchte. Der ehemalige Polizeipräfekt Pietri, der den so bekannte als geschickte Werkmeister der Anregationen, sprach natürlichen Beifall im entgegengesetzten Sinne; er sprach gegen das alte Regime, gegen Oesterreich, gegen die weltliche Macht des Papstes und nannte die Bestheidigen des Letzteren verhöhlte Kapuziner. Graf v. Persigny protestirte gegen die Beschuldigungen des Hrn. de Ségur, aber man sah ihm die Verlegenheit an. Er versicherte, er sey dem Kaiser und der Dynastie ergeben; eine ganz überflüssige Versicherung, da Jedermann ihm die Gerechtigkeit widerfahren läßt, daß er der aufrichtigste Freund des Kaisers; die Frage ist, ob er im wohlverstandenen Interesse der Dynastie zu Werke geht oder ob er, ohne es zu wollen, Arm in Arm mit der revolutionären Partei auf dem besten Wege ist, die Dynastie ins Unglück zu stürzen. Uebrigens sind die bis jetzt gehaltenen Reden nicht durch Intelligenz, nicht durch staatsmännische Umsicht, nicht durch edle Haltung und nicht durch korrekte Form bemerkenswerth, sondern durch die maßlose Heftigkeit der Anfälle gegen Personen, die mitunter geradezu in Schimpfinvektiven ausarten.

Paris, 24. Febr. Die Haltung des Senats und des gesetzgebenden Körpers ist dem Kaiser schon seit dem vorigen Jahre unbequem, und mit der diesmal deutlicher hervortretenden Opposition steigerte sich auch die üble Laune Se. Majestät. Das verdächtliche Stillschweigen, mit welchem die Kommission des Corps

Aus Varnhagens Tagebüchern. (3. u. 4. Bd.)

Die schroffe Stellung, die der Prinz von Preußen (der jetzige König) gegenüber den Verfassungsabsichten des vorigen Königs (vor dem Jahre 1848) eingenommen habe, ist das Erste, was in dem dritten Bande dem Leser in die Augen springt. Varnhagen besucht unterm 5. Jan. 1845 den Minister v. Bülow, und hat eine lange vertrauliche Unterredung mit ihm. „Der Minister vertraute mir sodann unaufgefordert: der König habe beschlossen, Reichsstände zu berufen, eine Konstitution zu geben, und den Entwurf dazu in den Hauptsachen eigenhändig ausgearbeitet; Vieles sey darin, was sich der Gunst des Publikum nicht erfreuen werde, Vieles aber auch, was alle Erwartungen übertreffe. „Bin ich nicht verpflichtet," hat der König ausgerufen, „das zu erfüllen, was mein Vater versprochen hat? Es handelt sich darum, ob ich ein rechtlicher Mann bin, oder ein Lump!" Ferner: „Wenn mein Bruder Wilhelm mir dabei entgegen ist, so wird es meinem Herzen weh thun, aber nicht den geringsten Einfluß auf meinen Kopf haben, und nichts kann und soll mich in dem Beschlossenen irre machen!" Auch die Censur will der König aufgeben, die Presse frei lassen und die Uebertretung durch Strafgerichte ahnden; der Vorschlag am Landtag gehe vielleicht nicht durch, aber gleichviel, Preußen wird durch den bloßen Vorschlag hoch stehen...."

„Vor wenigen Tagen im Staatsministerium trat der Prinz von Preußen mit einem Vortrag auf, worin er die Unmöglichkeit darlegte, mit acht ständischen Versammlungen zugleich fertig zu werden, die Provinzialstände alle maßten sich an, was ihnen nicht zukomme, sie seyen alle von schlechtem Geist erfüllt, sie könnten nur immer ärger werden, und er müsse darauf dringen, daß man mit ernster Gewalt jetzt gegen sie angehe. Tiefes Schweigen der Minister, die im Geheimniß des Königs sind, folgte dem Vortrag des Prinzen, der von dem Beschluß des Königs nichts ahnte. Darauf stellten Bülow und Graf v. Arnim dem König vor, in welcher falschen Rolle sie gegen den Prinzen stünden, der König möchte doch diesem die Sache mittheilen. Dies ist heute geschehen!... Der König hat dem Prinzen eine Abschrift der entworfenen Grundzüge mitgegeben, damit er sie ruhig erwägen und seine Bemerkungen daneben schreiben könne." Einige Tage später schreibt Varnhagen (S. 12.): „Ich höre, der Prinz von Preußen will sie sich und seine Nachkommen gegen die Konstitution protestiren!" Das bestätigte sich nun zwar in der Tage darauf stattfindenden Essenkleke bei Bülow nicht, „doch glaubte damals auch Minister v. Bülow an das Gerücht." Sodann erfährt Varnhagen von Rühle, Minister v. Bülow habe mit dem Prinzen von Preußen gesprochen, und dieser ihm gesagt: „Ich habe einen Knüppel dazwischen geworfen, der sehr hinderlich seyn wird!"

Der Prinz war mit dem König hart zusammen; stellte diesem vor, daß er sich täusche, wenn er glaube, solche Bewegungen

Digitized by Google

légialatif trotz der Bemühungen des Hrn. v. Morny und des Generals Allard das Dotationsprojekt für den Grafen v. Palikao hinnahm, brachte endlich den kaiserlichen Zorn zum Ausbruch.

(Fr. Postz.)

Die Kommissäre der nordamerikanischen Südstaaten sind mit der ihnen in Paris geworbenen Aufnahme nicht zufrieden. Thouvenel hat sie nur als Privatleute empfangen und ihnen keine Hoffnung gemacht.

Eine Anzahl Damen von Lyon haben der Königin Marie von Neapel in Rom ein Zeichen ihrer Verehrung mit einer schönen Zuschrift übersendet, welche im Wesentlichen ausspricht, daß eine tugendhafte Königin, welche in Mitte aller Gefahren ihr Vertrauen und ihre Zuversicht nur auf Gott gesetzt habe, ihre vollste Bewunderung erregte. Die Damen Lyons hätten kein angemesseneres Geschenk für die Königin wählen können, als einen kleinen Hausaltar.

Italien.

Die bourbonische Partei hofft auf einen Krieg und auf den allgemeinen Aufstand im Frühjahr, verhält sich aber vorläufig, in Erwartung der kommenden Dinge, ziemlich ruhig. Nur in der Capitanata stehen ihre Guerillas noch unter Waffen und behaupten sich kapfer in den gebirgigen und waldigen Distrikten dieser Provinz gegen die ihnen gegenüberstehende Truppenmacht. Die noch nicht beendete Reihe von Gefechten, welche dort geliefert wurde, hatte auf die traurige Lage der Capitanata bisher keinen Einfluß.

Neueren Nachrichten aus Catania, Messina und Milazzo zufolge haben dort in Folge einer entdeckten Verschwörung massenhafte Verhaftungen stattgefunden. Auch in Kalabrien erhebt der Aufstand neuerdings drohend sein Haupt.

Aus Neapel, 18. Februar, wird dem „Volksboten" berichtet: Während der letzten Tage haben wieder mehrere Scharmützel in den Provinzen stattgefunden; namentlich hat bei Melfi, zwischen Apulien und der Basilicata, die bourbonische Vorhut ein blutiges Gefecht mit den Piemontesen gehabt. Eine junge schöne Frau kommandirte zu Pferde die Bourbonisten. Die muthige Reiterin ist die Frau des vormaligen neapolitanischen Oberstlieutenants Caruso, der gegenwärtig in der Basilicata an der Spitze der königlichen Reiterchararen steht. — Die Banden, welche in Lagopolse ihr Winterquarter genommen hatten, sind jetzt von Neuem in Bewegung, so daß die Piemontesen in Potenza und allen andern Städten der Umgegend neuerdings fortwährend beunruhigt sind. Ebenso hat sich auch in der Umgebung von Avigliano wieder eine Bande gezeigt. Cipriani endlich, dessen Tod, Unterwerfung, Vernichtung der Telegraph so oft schon gemeldet hat, ist an der Spitze einer starken Schaar wieder bei Rola (etwa sechs Stunden von Neapel) erschienen, und gleichzeitig hat in der Provinz Molise eine sehr zahlreiche Bande an den Ufern des Trigno und des Tortore eine paar scharfe Scharmützel mit den Piemontesen gehabt, die beide Male geklopft worden sind.

Turin, 20. Febr. Gegen die antipapistischen Demonstrationen macht sich jetzt in einzelnen Gegenden unter der ländlichen Bevölkerung eine lebhafte Reaktion geltend. Besonders ist dies in der Lombardei der Fall, wo in mehreren Gemeinden förmliche Aufstände, die durch Militärgewalt unterdrückt werden mußten, stattgefunden haben. In der Gegend von Bergamo herrscht unter dem Landvolke, welches für den von den Radikalen vielfach verfolgten Bischof Parisi nimmt, eine solche Aufregung, daß der Justizminister, wie er selbst in der Kammer erklärte, den Letzteren ersuchte, seine Pastoralreise, welche überall zu Demonen Anlaß gibt, nicht weiter auszudehnen.

(Fr. Postz.)

Das italienische Parlament hat so wenig Interesse an seinen eigenen Verhandlungen, daß von 443 Deputirten mehr als 200 es nicht der Mühe werth achten, seinen Sitzungen beizuwohnen, so daß der Präsident Ratazzi am 17. mit Veröffentlichung der Namen der Säumigen in der offiziellen Zeitung drohen mußte, da die Kammer wieder nicht in stimmfähiger Anzahl beisammen war.

Turin, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte Boggio (von der Rechten) das Ministerium bezüglich der Komites der provvedimento (Rüstungs-Vereine). Ricasoli beklagte sich über den „unlopalen" Kampf des Fragers und seiner Genossen gegen das Ministerium und erklärte, er verachte die Anschuldigungen. Die Verfassung verbürge das Vereinsrecht und die Regierung werde stets an der Gesetzlichkeit festhalten. Zudem habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß der Zweck der Komites dem Lande keine Gefahr bringen werde. Im Falle aber die Freiheit Gefahr liefe, würde er keinen Augenblick anstehen, Ausnahmsgesetze vorzuschlagen; aber es sey unmöglich, als Anordnungen solche Agitationen zu bezeichnen, welche dazu dienen, den öffentlichen Geist wach zu erhalten, wie es jene Komites thäten. — Macchi, ein Mitglied des Komite zu Genua, erklärte in bestimmter Weise, die Komites machten keine Anwerbungen. In Anbetracht der Erklärungen des Ministerium ging dann die Kammer zur Tagesordnung über. (Alle Welt weiß, daß die Rüstungs-Vereine, in welchen die Mazzinisten das große Wort führen, und welche nicht einmal den Ermahnungen Garibaldi's sich fügen wollen, den Ministern schon manche sorgenvolle Stunde gemacht haben. Wenn nun Ricasoli sie so zart behandelt, ja gewissermaßen in Schutz nimmt, so zeigt das eben, daß die Regierung sich vor ihnen fürchtet, daß diese Vereine ihr schon über den Kopf gewachsen sind. Und eben darum ist seine Sicherheit vorhanden, daß die Regierung zu widerstehen vermag, wenn diese Vereine sie zu irgend einem tollen Streich drängen sollten, sey es direkt gegen Venetien, sey es gegen die slavischen Provinzen der Türkei. Ein Aufstand vort, dem sich die Hilfspfe in Griechenland anschlössen und der von Italien aus unterstützt würde, könnte auch für Oesterreich gefährlich werden.)

(Fr. Bl.)

Von der italienisch-französischen Grenze schreibt man dem „Volksboten": Wenn die Ausreiserei in dem jetzigen Maßstabe fortgeht, wird die piemontesische Armee bald decimirt seyn. Die Deserteure strömen förmlich nach Frankreich, trotz der Schwierigkeiten, welche die rauhe Jahreszeit mit sich bringt. Allein am 13. Februar trafen 50 derselben in Marseille ein, wo bereits eine große Masse solcher Fahnenflüchtigen sich befindet. In Nizza zählt man bei 200, und viele andere finden sich noch in Montpellier, in Perpignan, in Rimes, in Briançon, Grenoble u. s. w. Aus den römischen Marken, aus Umbrien, der Sabina u. s. w. werfen sich die Konskriptionsflüchtigen in Banden von 50, 70 und sogar 100 auf einmal ins Venetianische. Die toskanischen jungen

---

leiten zu können; er sey nicht zum konstitutionellen Regenten gemacht; er würde wüthend werden, wenn ihn die Stände das Geld zum Bauen, zum Reisen rc. abschlügen. Darüber gerieth der König in heftigen Zorn und sagte: so etwas solle nicht vorkommen. Der Prinz meinte: er selber sey viel eher für Konstitution geeignet; der König solle es ihm überlassen, sie auszuführen, oder dem Prinzen, seinem Sohne; der König möge sie ausarbeiten, niederlegen und seinem Nachfolger als Pflichtgebot vererben; käme Alles jetzt in Ausführung, so würde es heillose Verwirrung geben; der König werde sich getäuscht sehen, sich unglücklich fühlen und eine traurige Regierung haben. Alles dies konnte aber den König nicht sogleich umstimmen. So viel wurde allerdings erreicht, daß bei Eröffnung der Provinzialstände von 1845 kein Wort von Reichsständen verlautete. Die Partei hielt den bei den Aristokraten mehr als unbeliebten Kriegsminister von Boyen für den Hauptanstifter des Konstitutionswesens beim König. In Ihren Kreisen hörte man Aeußerungen fallen wie: Der König macht dummes Zeug. Er wird es bereuen; er wird am Ende tiefsinnig werden. Er sollte an Nichts denken, als an Unterhaltung, für was kümmert er sich darum, ein Gesetzgeber zu seyn. (S. 18.) „Der Kampf des Königs mit dem Prinzen wird als ein harter bezeichnet." Hatte sich doch Letzterer staatsrechtliche Gutachten anzuhalten lassen, die ihm geradezu ein Recht des Widerspruchs beimessen sollten; mußte ihm doch der König andere Gutachten entgegenhalten, die jenes Recht verneinten, namentlich unter Hinweis auf das ekatante Beispiel aus dem Jahre 6, wo Prinz Heinrich und Prinz Wilhelm dem König Friedrich Wilhelm III. den Krieg gegen Frankreich förmlich verbieten wollten, dafür aber von dem sonst so unentschlossenen König sogleich dahin bedeutet wurden: er werde, falls sie ihren Einspruch bis zum Widerstand zu treiben versuchten, ihnen die Köpfe vor die Füße legen lassen. Man verzweifelte trotz alledem nicht an einer Ausgleichung. Schon gab der Prinz das Od zu, nur das Wie ließ ihn in Unruhe. Man suchte den König und den Prinzen zu vereinigen, vor allen Dingen das Offenbarwerden der Spaltung und diese selbst zu verhüten. Die konstitutionelle Partei war dabei zugleich auf ihrer Hut, daß der Prinz und sein Anhang den König nicht zu viel Zeit verlieren lassen und so die ganze Sache hintertreiben konnten. Sie dachte im schlimmsten Fall an eine öffentliche Erklärung des Königs, daß sein Bruder ihm entgegen sey — eine Erklärung, welche Letzteren hätte vernichten müssen. (S. 26.)

Im vierten Bande wird erzählt: der Prinz habe seine Zustimmung zu der Verfassung vom 3. Febr. 1847 nur unter der dreifachen Bedingung ertheilt: daß ein Oberhaus stattfinde, den Ständen kein Budget zur Bewilligung vorgelegt werde, und daß die Stände sich nicht um auswärtige Angelegenheiten zu kümmern haben. „Der König hörte hierauf seine Räthe, und nahm diese Bedingungen an."

Digitized by Google

Konstabiliren zeigen, ebenso viel Widerwillen als die neapolitanischen, unter den Fahnen des König-Ehrenmannes zu dienen.

Spanien.

Der Kommandant des in letzter Zeit vielgenannten sonderbündlerischen Kaperschiffes „Sumter" ist in Tanger verhaftet worden, und zwar auf Verlangen des amerikanischen Konsuls zu Gibraltar und des Befehlshabers der „Tuscarora", die sich zu diesem Zweck eigens nach Tanger begaben.

Rußland und Polen.

Petersburg, im Februar. Endlich ist das Budget veröffentlicht, allein der Eindruck, den es hervorgebracht, ist kein erfreulicher. Mehr als 300 Mill. Rubel jährlich sind für die arme Bevölkerung zu viel. Adel und ehrliche Ehrenbürger sind ja von jeder persönlichen Abgabe frei. Das Kriegsbudget namentlich ist erdrückend. Es heißt freilich, man müsse sich um jeden Preis die neuen Schießwaffen verschaffen, und die bekäme man nur im Auslande. Nun denke man sich, wie hoch sie bei den sammervollen Wechselkursen zu stehen kommen! Und neben 106 Millionen für den Krieg, 20½ Mill. für die Marine, die beschiedene Summe für Volksunterricht und die von nur 5 Mill. für Kultuszweck! Die einzige erfreuliche Stelle im Budget rührt vom Kaiser selbst her, der den Betrag seines Hauses auf die Hälfte des früheren Betrages herabgesetzt hat. Die Veröffentlichung des Budget hat nur das eine Gute, daß sie der öffentlichen Meinung eine Handhabe darbietet, vermittels deren sie ihre Kritik in Bezug auf die Reichsökonomie geltend machen kann. Der „Nord" dringt auf eine Kontrole der Minister durch Abgeordnete der Gouvernements, damit Ueberschreitungen der angesetzten Summen nicht stattfinden. Ein gesunder Keim zum Konstitutionalismus. (Köln. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Am 17. Febr. Nachmittags 3 Uhr ereignete sich zu Grafenwöhr, Lvg. Eschenbach, in der Wohnung des dortigen Wagnermeisters Hofmann der Unfall, daß beim Probiren eines Quantum Pulver (4—5 Maß), das früher in den Kellerräumen aufbewahrt war, dasselbe sich entzündete und 4 Personen lebensgefährlich so wie drei gering verwundete.

Wien. Das Ballfest, welches Fürst Schwarzenberg zum Besten der Ueberschwemmten in seinem Sommerpalais am Rennwege zu geben beabsichtigt, soll am 1. März d. J. stattfinden. Die Karten zu diesem Ballfeste werden von einem Komite, aus 15 Damen der hohen Aristokratie bestehend, ausgegeben werden, und wird man sich hierbei auf die Ausgabe von 800 Karten beschränken, wodurch eine Einnahme von 80,000 fl. erzielt werden soll. Zu dem Balle hat jeder Gebildete Zutritt, der eine Karte zu dem Preise von 100 fl. lösen will. Die Grenzen, sowie das Souper soll auf Kosten des Fürsten hergestellt werden.

(Ein frecher Diebstahl.) Im Essen kam ein feingekleideter Mann in das Haus des Polizeidirektors von Kopenhagen, Konferenzrath Braestrup, und ließ sich bei demselben melden. Der Diener bat ihn, etwas zu verziehen, da gerade ehen Jemand vorgelassen worden sey. Der Fremde, der bereits seinen Ueberrock ausgezogen, und ihn an einen Kleiderständer aufgehängt hatte, äußerte jedoch, damit wolle er lieber morgen zurückkommen, nahm seinen Rock vom Ständer wieder herab, zugleich mit diesem aber auch den darunter hängenden Ueberzieher des Herrn Polizeidirektors, und entfernte sich sofort mit diesen Rücken. Der Bediente hatte das Kunststück so wenig bemerkt, daß der Diebstahl erst eine halbe Stunde später entdeckt wurde, als Herr Braestrup seinen Rock vergebens suchte. (Zeit.)

Neueste Nachrichten.

Berlin. (Arbeitersünsche.) Ein in einer Berliner Maschinenbau-Anstalt beschäftigter Handwerker hat der „Volks-Z." einen „Mahnruf an die preußischen Abgeordneten" zugeschickt, dem wir folgende Strophe entnehmen:

Ob Fraktion Gradow, ob Fortschrittspartei,
Ob Bockum-Dolffs und so weiter,
Steht Alle im Sinne des Wortes: Frei
Und bleibt dafür tapfere Streiter.
Verfürzung der Dienstzeit und noch etwas mehr,
Herabsetz der Mahl- und Schlachtsteuer,
Daß der Nahrungserwerb uns nicht falle so schwer,
Dann geht tüchtig ins Feuer."

(Leider schreint es, daß die Herren Abgeordneten dafür am wenigsten thun werden, da sie durch politisches Parteigetriebe zu sehr in Anspruch genommen sind.)

— Ein Brief aus Athen meldet, die Exbitterung gegen die noch in Griechenland angestellten Deutschen sey derartig gestiegen, daß man die unverzügliche Entfernung nicht blos des königlichen Privatsekretärs v. Wendland, sondern sogar aller in königlichen Diensten stehenden Diener und der Oberhofmeisterin der Königin, Frau v. Plüskow, verlange. Diese über alles Maß hinausgehende Forderung, welche das Königspaar in seinen persönlichen Verhältnissen beschränken will, ist um so auffallender, als sich bisher noch niemals eine Stimme gegen Frau v. Plüskow erhoben und Herr v. Wendland sich so fern von allem politischen Parteigetriebe gehalten hatte, wie seine delikate Stellung es erfordert. Man meint daher, es sey dies Verlangen nur als ein Vorwand zur Maßregelung anderer Zwecke anzusehen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. 8, b. K.)	—
—	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ G.
—	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	72⅝ P.
—	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅛ G.
—	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.
—	4½ pCt. dto.	43⅝ P.
—	4 pCt. dto.	—
—	3 pCt. dto.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	103¼ G.
—	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	103⅝ P. ½ G.
—	4½ pCt. Obl. ½Jahr. dto.	103⅜ G.
—	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ G.
—	4 pCt. Obl. Ab.-R dto.	101 P.
—	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅝ G.
—	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
—	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
—	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ G.
—	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅛ P.
—	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
—	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
—	3 pCt. Obl. dto.	87 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	48 G.
—	2 pCt. dto.	28⅝ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 6. 500	1113/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	714 – 15 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	172—714/8 G.
Bayerische Bank à 5. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	203 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	85⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66½ G.
Oest. F. St. Eisenb. pCt. 100 Fl. à 24 kr	233 P.
„ Rhein.-Eisenbahn à pCt.	1101/4 P.
„ Rhein.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	74⅞ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 pCt. Z.	25⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅞ P.
Pfälz. Ludw. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¼ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 P. 249 G.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. à ten. Pereire	473 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103¼ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.

Wechsel

in suddeutscher Währung.

Amstd. à. 100 K. S.	99⅜ G.
Augsb. à. 100 K. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 K. S.	105 B. 104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lad. K.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 K. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 K. S.	87⅝ G.
Leipzig Th. 80 K. S.	105 B.
London Lst. 10 K. S.	118 B. 117⅝ G.
Lyon Frs. 200 K. S.	—
Mail. L.S.L. 250 K. S.	93⅜ G.
Paris Frs. 200 K. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 K. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in ost. W. L. S.	85½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87 P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	110 P.
3½ pCt. Preuss. Fr.-Anl. beil.	1521/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	95⅝ P.
Badische fl. 35	59⅞ G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1324/9 P.
„ fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
Sardinien Fr. 36 b. B.	53⅛ G.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37⅛ P.
Venetia-Loose à fl. 75	10 P. 9⅝ G.
Anab.-Dunaenb. à 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 26. Februar. Bei stillem Geschäft behaupteten sich Fonds und Aktien ungefähr auf den gestrigen Kursen.

(Schl.)

Digitized by Google

K. Hof- u. St.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 59.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Anfragen wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 28. Februar 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Zu dem seit einiger Zeit zwischen der Türkei und Preußen für den Zollverein verhandelten Handelsvertrage fehlten die Zustimmungen einiger deutschen Regierungen. Diese sind in den letzten Tagen in Berlin eingetroffen. Die Unterzeichnung des Vertrags wird in nicht ferner Zeit erwartet. Die Ausfuhrabgabe wird danach von 12 % auf 8 % vermindert.

Bayern. Auch der Erzbischof Michael v. Deinlein von Bamberg wird nach Rom reisen, um dort am Konzilium Theil zu nehmen.

Preußen. (Einheit und Freiheit.) Die „Mecklenb. Volks-Ztg." bemerkt: Die Grabowiten (d. h. die ministerielle Partei im Abgeordnetenhaus) dürfen wohl füglich nicht mehr zu der liberalen Partei gerechnet werden. Ihr Organ, die „B. Allg. Z.", geht sogar so weit, u. A. den Satz aufzustellen: „Es ist wichtiger, daß Deutschland sich zu einem mächtigen und zusammenhängenden Staatsganzen erhebt, als daß alle berechtigten Wünsche in bürgerlicher Beziehung befriedigt werden." Das heißt denn doch offen gesprochen. Unter solchen Umständen werden die Minister natürlich sehr leicht ebenso die Militärvorlagen als irgend welche reaktionären Gesetze durchbringen. Sie brauchen den Grabowiten nur zu sagen, wir brauchen Soldaten und Geld, um das „Staatsganze mächtig zu machen, und auf die Befriedigung der Reformbedürfnisse kommt es nicht an. Wie aber hoffen denn die Grabowiten Preußen an die Spitze von Deutschland zu bringen, wenn es nicht durch Reformen moralische Eroberungen machen kann? Wollen etwa die Herren zum Schwert greifen? Danach sehen sie doch auch nicht aus.

Berlin, 25. Februar. Dem Abgeordneten v. Carlowitz ist vor einigen Tagen, wegen seines die Anerkennung des Königreichs Italien von Seite Preußens betreffenden Antrags, aus einer Stadt Italiens eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse zugegangen. Herr v. Carlowitz ist auch in Anerkennung seines Vorschlags von der physikalisch-medicinisch-statistischen Akademie zu Mailand zu ihrem Ehrenmitglied ernannt worden. Dem Manne kann es nicht mehr fehlen!

Kurhessen. Kassel, 25. Februar. Vergangenen Sonnabend hat der Kurfürst zum ersten Male seit dem „Vorfall" das Theater besuchen können, die Zuschauerstaffage machte ein früheres Ausgehen unmöglich. (Mat.-Z.)

Anhalt. Dessau. Dem Rechtsanwalt Lezius zu Köthen, welcher in der Versammlung der landwirthschaftlichen Stände zu Dessau gegen die Rechtsbeständigkeit der Landschaftsordnung Rechtsverwahrung eingelegt und die einseitig aufgehobene vereinbarte Verfassung von 1848 als die rechtliche Grundlage der politischen Verhältnisse des Herzogthums aufgestellt hatte, ist von einigen hundert Köthener Bürgern eine Dankadresse überreicht worden.

Oesterreich. Wien, 24. Febr. Das slawische Organ „Ost und West" bringt heute einen seltsamlichen Artikel über die Rede des Prinzen Napoleon. Eine Zeile derselben genügt schon, ihn zu charakterisiren: „Vor der Freiheit, vor der Luft und Sonne des Geistes beugt der Prinz in dieser Rede seine Kniee." Das genügt, und es war ganz unnöthig, daß das genannte Blatt hinzusetzte, daß die Straßen von Paris diese Rede, wäre dieselbe an sie gerichtet gewesen, mit Wohlgefallen aufgenommen haben würden. Man weiß, was mit diesen „Straßen" gemeint ist. Und diesen Straßenpöbel führt „Ost und West" als Relief für den Prinzen herbei, um diesem letzteren auf Grund dessen dann Hoffnung auf die Fortdauer der Napoleonischen Dynastie zu machen. In der That, die Potenzen, mit denen das genannte Blatt für die Zukunft Europas rechnet, sind recht achtbar und weisen auf die Natur seiner Nationalitäts-Bestrebungen ein eigenthümliches Licht. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 24. Febr. In der geheimen Sitzung des gesetzgebenden Körpers war der Gesetzentwurf, die Dotation des Generals Montauban betr., mit einer ungeheuren Majorität verworfen worden; nur 30 Deputirte haben für denselben votirt. Es wäre lustig und für die „Gesinnungstüchtigkeit" der Kammer maßgebend, wenn in der öffentlichen Sitzung — und nach dem Wischer, den der Kaiser den Ehrenwerthen gegeben hat — die Abstimmung gerade das entgegengesetzte Resultat hätte.

Nach der „Indépendance" hätte Graf Morny (Präsident des gesetzgebenden Körpers) an den Kaiser geschrieben, um in der Angelegenheit des Generals Montauban eine Transaktion mit dem gesetzgebenden Körper herbeizuführen. Inzwenel, der Berichterstatter der betreffenden Kommission, hätte in den Tuilerien Audienz erhalten, von welcher man das Resultat nicht kenne; es sey aber wahrscheinlich, daß der Kaiser nicht nachgeben werde. (L. d. Mat.-Z.)

Der französische Unterrichtsminister hat Ernst Renan's Vorlesungen als unchristlich und aufregend verboten. (Selanntlich haben die Studenten, als er sie eröffnete, argen Skandal gegen ihn gemacht.)

Italien.

In der Capitanata sind mehr als 400 Personen, meist Grundbesitzer, unter der Anklage, daß sie die Briganti begünstigt hätten, verhaftet worden.

Turin, 21. Febr. In der nahen Bergfestung Fenestrella, deren Garnison fast lediglich aus Straf-Kompagnien (d. h. aus zum Dienst gezwungenen Neapolitanern) besteht, sollte am vergangenen 17. eine Militärrebellion ausbrechen. Ein Theil der Besatzung drohte, sich wegen des unmenschlichen Dienstes bei grimmiger Kälte und höchst mangelhafter Nahrung und Kleidung zu empören. Auf telegraphisches Ansuchen wurde dem dortigen Kommandanten alsbald Verstärkung an Gendarmen, Sicherheitsgarden und Nationalgarden zugesandt. Bei der strengen Durchsuchung der Kaserne, des Gepäcks und eines jeden einzelnen Soldaten fand man bei fast allen Neapolitanern das Bild des Königs Franz II. und der Königin.

Der Fregatten-Kapitän d'Affitto, ein Neapolitaner und einer von denen, welche mit Anguissola das Beispiel des Verraths gaben, indem sie Garibaldi die Fregatte „Veloce" überlieferten, hat sich mit einem Rasirmesser den Hals abgeschnitten. Niedergebeugt von Gewissensbissen Angesichts der Folgen seines Verraths für sein Vaterland, war er in tiefe Melancholie verfallen und auf der von ihm jetzt kommandirten Fregatte „Vittorine" gab er sich selbst den Tod.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel melden, das Haus Devaux in London habe die neue türkische Anleihe im Betrage von 10 Mill. Pf. Sterling nur in Kommission genommen. Als Garantie dafür werden die neuen Steuern und einige ältere verpfändet. Die Regierung hat sich drei Abschluß gleichzeitig verpflichtet, die Münzen umzuprägen, die Ausgaben einzuschränken und für die Verwendung der Gelder die Kontrole einer europäischen Kommission sich gefallen zu lassen. (N. Fr. Z.)

Digitized by Google

Rußland und Polen.

Aus Petersburg wird berichtet, der Metropolitan-Erzbischof Julinsk habe dem Kaiser das Verzeichniß der Bischöfe von Litthauen, Volhynien und Podolien überreicht, in welchen dieselben volle Freiheit für Ausübung der katholischen Religion verlangen. Der Kaiser hat auf diese Adresse noch keine Antwort ertheilt.

Amerika.

New-York, 7. Febr. Die Noth unter den von den Rebellen verjagten hundertreuen Einwohnern des südwestlichen Missouri übersteigt alle Vorstellungen. Aus Rolla, wo sich viele dieser Unglücklichen aufhalten, wird gemeldet, daß fünf von ihnen im buchstäblichen Sinne des Wortes verhungert sind. Und das geschieht, während noch immer Hunderte von Lieferanten, Agenten und Beamten, die beim Lande Millionen über Millionen gestohlen haben, ungehängt umherziehen. (New. H. Z.)

New-York, 12. Febr. Endlich — so scheint es — soll der Ball ins Rollen kommen und den Secessionisten das Rückgrat gebrochen werden. Die Ereignisse der letzten Woche sind bedeutend und hoffentlich von weiter und tiefer greifenden Folgen, als die bisherigen Siege der Union. Im Westen ist bei Fort Henry ein entscheidender Erfolg errungen, im Osten lauten die Nachrichten von der Burnside'schen Expedition günstig und vielversprechend, in Washington entwickelt der neue Kriegsminister Stanton eine bisher für unmöglich gehaltene Energie, dem Schlendrian der bisherigen Kriegsführung wird durch M'Clellans Entfernung vom Oberbefehl der ganzen Armee die Spitze abgebrochen. Die Einnahme von Fort Henry erfolgte am 6. d. M. Es liegt hart an der Grenze von Kentucky im Staate Tennessee und am Flusse gleichen Namens, etwa 55 englische Meilen von dessen Einmündung in den Ohio. Das Fort hat eine zweifache Wichtigkeit. Einmal beherrscht es die von Memphis nach Bowlinggreen führende Eisenbahn (Memphis- und Ohio-Bahn); wer im Besitze desselben ist, schneidet also die in Bowlinggreen stehende Secessionisten-Armee von ihrer Verbindung mit ihren Stützpunkten und Bezugsquellen ab. Dann aber können die Vereinigten Staaten-Truppen von Fort Henry aus das am Mississippi gelegene und stark befestigte Columbus im Rücken bedrohen. Der neue Kriegsminister hat vor einigen Tagen mit der Direktion der zwischen Pittsburg und Cincinnati laufenden Eisenbahnen einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihm diese ausschließlich auf sechs Tage zur Beförderung von 25,000 bis 30,000 Soldaten überlassen werden müssen. Stanton hat Recht, daß er das am Potomac Versäumte am Ohio und Mississippi nachholen und den Feind in Virginien isoliren will. Ueberhaupt bewährt er sich bis jetzt als umsichtig, energisch und rücksichtslos; seine Ernennung ist ein Glück für das Land. Stantons Anstellung heißt nichts mehr und nichts weniger als das völlige Systemwechsel. M'Clellan, der bisher als Ober-Befehlshaber sämmtlicher Vereinigten-Staaten-Truppen auf Ohio- und Mississippi fungirte, ist vom neuen Kriegsminister in die beschränkte Stellung eines Befehlshabers des Potomac-Korps versetzt worden, Buell in Kentucky und Halleck in Missouri sind ihm fortan koordinirt und brauchen, wie es, an den Kriegsminister. M'Clellan wollte Anfangs ob dieses „Schimpfes" abdanken, überlegte sich die Sache indessen noch einmal und ist angewiesen, statt in höherer und niederer Politik zu machen, sein Hauptquartier nach Virginien unter seine Soldaten zu verlegen. Es ist mit dieser sogenannten „christlichen" nobody-hurt-Kriegsführung vorbei; der bewaffnete Friede, die Halbheit und der Verrath sind am längsten, wenigstens von oben herab, beschützt gewesen. Die in der Nacht vom 9. auf den 10. Febr. erfolgte Verhaftung des Generals Stone und seine Ablieferung nach Fort Lafayette beweist am besten Stantons Absichten. Dieser Stone ist der berüchtigte Urheber des Gemetzels bei Ball's Bluff, wo von 1700 Secessionisten etwa 1800 Unionssoldaten theils gefangen genommen wurden, theils freien oder im Potomac ertranken, zugleich aber der ganz besondere Günstling M'Clellans und derselbe freche Polterer, der dem Senate mit dem Schicksal drohte, welches Cromwell dem langen Parlament bereitet hatte. Die Anklagen gegen ihn lauten auf: 1) treubrüchiges Verhalten bei dem Gefechte bei Balls Bluff; 2) Verkehr mit dem Feind vor und nach diesem Gefechte; 3) verrätherisches Gestatten der Errichtung eines Erdwerks durch den Feind, das durch die diesseitige Artillerie leicht hätte zerstört werden können, und 4) verrätherische Absicht, unter Vorschützung eines ihm ertheilten Befehls des Ober-Generals, sein Truppenkorps in eine solche Lage zu bringen, daß es vom Feinde hätte gefangen genommen oder vernichtet werden müssen. M'Clellan fühlt übrigens recht gut, daß man in Stone den Sack schlägt, aber den Gaul (M'Clellan) meint. (K. Z.)

Nach Berichten aus Veracruz waren dort am 15. Jan. bereits 16,000 Mann Truppen der Verbündeten gelandet; zwischen dieser Stadt und Mexiko standen 50,000 Mexikaner. Die Spanier in Puebla sind von den Mexikanern mißhandelt worden.

Volkswirthschaftliches.

In Passau wird eine Weberschule errichtet werden.

Aus der Pfalz, 23. Febr. Das Tabakgeschäft ist fortwährend flau. Auf Rechnung der italienischen Regierung ist zwar neuerdings die Lieferung von 6000 Ztr. pfälzer Tabak ausgeschrieben worden, allein der Preis ist ein so niedriger, daß sich kaum Jemand dazu herbeilassen wird, und nicht einmal die Hälfte des Quantums wird geliefert werden können. Die Regierung hat nämlich den Preis auf 30 fl. per Ztr. festgesetzt, während die Pflanzer 50 fl. verlangen. Es ist dies ein Preis, der nicht einmal die Kosten deckt, und wenn man bedenkt, daß der Tabak, bevor er in die Hände des Pflanzers kommt, schon 3 Jahre im Lande ist, so kann man sich leicht denken, daß Niemand sich dazu hergeben wird, ihn um diesen Preis zu liefern. Die Regierung hat sich auch bereits dazu verstanden, 40 fl. per Ztr. zu bezahlen, allein auch dieser Preis ist noch zu niedrig. Es ist daher zu hoffen, daß die Regierung noch einen höheren Preis bewilligen wird, sonst ist es nicht möglich, daß die Lieferung zu Stande kommt.

Justinus Kerner.

Weinsberg, 24. Febr. Seit Sonntag Vormittag weht eine große Trauerflagge auf dem südöstlichen Thurm der Weibertreu, zum Zeugniß, welch großen Verlust die Stadt Weinsberg durch den Tod Justinus Kerners erlitten hat. Die bürgerlichen Behörden haben dieß auch durch eine Deputation, welche der Familie Kerners das Beileid der Einwohnerschaft bezeugte, und durch Anderes bethätigt. Und fürwahr hat die Stadt allen Grund, den großen Sänger zu ehren, der so viel für sie gethan hat. Denn Kerner war's, der das unbekannte unansehnliche Städtchen, das nicht viel mehr als ein Weingärtnerdorf war, aus der Dürftigkeit seines Daseyns herauszog und zu einer Stadt von europäischem Rufe machte, zu der nicht blos die Dichter aller Zonen, sondern kunstsinnige Prinzen, Diplomaten und Generale, Stoff suchende Literaten, begeisterte Liederkränze und Turner, Leute jeder Gattung und vor allen der gefühlvollen Frauen große Schaar wie zu ihrem Mekka wallfahrteten. Noch im letzten Dezennium sah man in seinem Hause Besuche aus Irland, Spanien, Italien, Türkei, Rußland, Pommern u. s. w. Die Blüthezeit dieses lebendigen Verkehrs waren offenbar die Dreißigerjahre, wo Lenau, Graf Alexander von Württemberg und Gustav Schwab noch lebten und noch in rüstigem Alter standen, wo zu dem Dichterruhm noch der Geisterzauber sich gesellte. Kerner war es, der jene historischen Merkwürdigkeiten, die sich an den Namen Weinsberg knüpfen, wenn auch nicht der Vergessenheit entriß, so doch durch seine Schriften über die Weibertreuzinge und über die Bauernkriegsepisode und durch seine Gesänge weiter verbreitete, verherrlichte und das Interesse dafür bei Hohen und Niedern in einem Grad zu erregen wußte, daß es möglich war, aus einem Chaos von Steinen, Schutt und elenden Weinbergen einen hübschen, mit Anlagen verzierten Platz herzustellen, und was noch von Ruinen stand, zu erhalten und zugänglich zu machen.

Manches Leben bewegt sich in weiteren Bahnen und verläuft glänzender als dasjenige, das vor wenig Tagen im alten Weinsberg abschloß, aber nicht leicht war eines in der Neuzeit inniger und gemüthlich reicher. Wohl selten hat sich eine so begabte, mehrseitig hoch ausgebildete Natur die ursprüngliche Herzlichkeit und Frische so bis zum letzten Hauch bewahrt, wie Justinus Kerner, der schwäbische Dichter und Naturforscher. In den Zeiten der Romantik herangewachsen und vielfach in ihrem Gedankenkreise lebend, blieb er doch von dem Krankhaften und Vornehmen, das manche Jünger derselben anflog, stets frei; und wie seine Lieder bei aller Tiefe der Sehnsucht volksthümlich und gesund sind, so war auch seine Persönlichkeit, obwohl voll Zartheit und Seelenadel, doch schlicht und leutselig, sogar in einzelnen Aeußerungen drollig und siebenswürdig derb.

Der Rector der deutschen Dichter — er war dies freilich nur eine Woche lang, seit Leopold Schefer's Hinscheiden — wurde im Jahre 1786 zu Ludwigsburg geboren, als Sohn eines Oberamtmanns. Köstlich sind die Schilderungen aus Schule und Haus, die er in dem „Bilderbuch aus der Knabenzeit" (Braunschweig 1839) niedergelegt hat. Kerner's Jugend reicht weit genug zurück, daß er noch den alten Schubart persönlich kannte. Nach des Vaters Tod brachte er einige Zeit als Lehrling in einer Tuchfabrik zu, bis ihn der Dichter und Philologe Conz, damals Prediger in Ludwigsburg, aus dieser unbehaglichen Stellung durch seine Fürsprache befreite. In demselben Jahr, wo derselbe Professor in Tübingen wurde, bezog Kerner als Student der Medizin diese Universität und lernte dort Uhland kennen, mit dem er jenen Freundschaftsbund schloß, dessen schmerzliche Lösung jeder Verehrer der Beiden mit dem Ueberlebenden empfinden wird. Als praktischer Arzt lebte er anfangs in Gaildorf, dann siedelte er (1818) als Oberamtsarzt nach Weinsberg über. Sein Haus, der „Weibertreue" zunächst liegend, ist bis auf die neueste Zeit, da sein edler

Digitized by Google

geschrieben worden. Aber die Unterhändler hielten ihre Preise so wirrig, daß keine Angebote realisirt worden konnten. Die Verkäufer halten fest auf die gegenwärtigen Mittelpreise, 12—15 fl. pr. Ztr. für ganz trockene vorjährige Waare, und hoffen mit Frühjahr eine Steigerung als ein Fallen. — Im Weingeschäft ist fast gänzlicher Stillstand eingetreten. Da der Rebstock bei uns überall vortrefflich überwintert hat, und wenigstens vorerst die erste Bedingung zu einem guten Weinjahr vorhanden ist, so gehen die ungewöhnlich gesteigerten Preise namentlich von Mittelweinen etwas zurück, was voraussichtlich bei einem günstigen Frühjahre noch mehr der Fall seyn wird. (Schw. M.)

Der Einfluß des nordamerikanischen Bürgerkriegs auf die Industrie und die Märkte des Kontinents macht sich von Tag zu Tag fühlbarer. Namentlich sehr drückend haben die amerikanischen Wirren auf das Geschäft in Wollenwaaren gewirkt, da die Nachfragen aus Nordamerika fast gänzlich ausblieben; die Schweiz und Holland hatten auf der letzten Leipziger Messe auch fast keinen Begehr. In England hat man die Nachtheile, welche die nordamerikanischen Wirren auf Handel und Industrie ausgeübt, nach dem Ausfall der Einkommensteuer in dem letzten Jahre bemessen; sie ergab einen Ausfall von 1,749,000 Pfund Sterling, die Gesammtsteuereinnahme betrug im Jahre 1861 3,363,644 Pf. St. weniger als 1860, und die Gesammtausfuhr zeigte eine Abnahme von 839,276 Pf. St. Auch in England litt besonders die Wollenmanufaktur und fiel die Ausfuhr nach Amerika um 1,753,000 Pf. St. Dagegen erlitt die Gesammtausfuhr von Wollenmanufakturen nur einen Ausfall von 1,343,827 Pf. St., so daß bereits ein Viertel des Ausfalls im nordamerikanischen Handel durch vermehrte Ausfuhr nach andern Märkten gedeckt wurde. Die Finanzoperation der Vereinigten Staaten, wodurch jetzt Staatspapiergeld mit Zwangskurs ausgegeben wird, wodurch also die Summe der Tauschmittel mit über den wirklichen Bedarf des Verkehrs hinaus vermehrt, ihr Tauschwerth also verringert würde, wird zu Gunsten der europäischen Fabrikanten ausfallen, „denn eine durch Entwerthung der Tauschmittel bewirkte Steigerung der Preise aller Waaren wird die Einfuhr europäischer Waaren in größerem Maße als während des letzten Jahres ermöglichen, und das Geld, welches Europa in der letzten Zeit für Brodstoffe nach Amerika senden mußte, wieder herüberziehen."

Der nächste internationale Wohlthätigkeitskongreß wird gelegentlich der Weltindustrieausstellung und gleichzeitig mit einer Versammlung der Nationalen Association für die Ausbreitung der sozialen Wissenschaften" in den Tagen vom 4. bis 10. Juni 1862 in London stattfinden. Ueber folgende Fragen wird eine Diskussion in Plenum stattfinden: 1) Soll man dem Staate die Befugniß einräumen, moralisch vernachlässigte Kinder von ihren Eltern zu nehmen und selbst für ihre Erziehung und wenn nöthig für ihren Unterhalt zu sorgen? 2) Soll der Besuch der Gemeindeschulen obligatorisch seyn und unter welcher Form und mit welcher Begrenzung soll diese Verbindlichkeit bestehen? Die beiden Fragen sollen hauptsächlich aus dem Gesichtspunkt der praktischen Erfahrung diskutirt werden, und die Mitglieder werden gebeten, ihre in den verschiedenen Ländern gesammelten Thatsachen und Beobachtungen mitzutheilen. (N.Br.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. Febr. Als die Aufhebung des Zahlenlotto in Aussicht stand, wurde vielfältig darauf hingewiesen, wie es wohl nicht möglich seyn würde, die Benützung der Lotterien des benachbarten Oesterreich durch bayerische Staatsangehörige zu verhindern. Jene Bthauptung dürfte nicht grundlos gewesen seyn: wenige Tage nach dem 1. Januar schon entdeckten hiesige Lokalblätter Inserate, mittelst deren österreichische Lokalcollecteure, so namentlich ein in Linz wohnender, seinen hiesigen Freunden kaum mißzuverstehende Notizen gab. Wenn ich recht unterrichtet bin, soll die Sache jetzt so organisirt seyn, daß es derartiger Inserate nicht weiter bedarf, und sollen dabei Personen thätig seyn, welche mit solchen Geschäften seit Jahren wohlvertraut sind. (Allg. Z.)

München. Das Projekt der Verlegung des Ostbahnhofes ist gänzlich aufgegeben, wogegen aber das Fiskalat der Generaldirektion der Verkehrsanstalten den Antrag auf Zwangsenteignung einer zum Pfisterbräukeller gehörigen, der Erweiterung des Staatsbahnhofes in westlicher Richtung entsprechenden Grundstücke gestellt hat. (Südd. Z.)

Auf der preußischen Ostbahn kommt gegenwärtig zum Heizen der Salonwagen ein nach Angabe des Obermaschinenmeisters Rodwell in Bromberg ausgeführter Ofen zur Anwendung, welcher so zu sagen selbst heizt, indem die Holzstöße durch das Rütteln des Wagens während der Fahrt aus einem besonderen Behälter auf den Rost des Ofens fällt und da zur Verbrennung gelangt. Die Oefen haben die Gestalt einer Säule, reichen bis zur Wagendecke und werden von oben aus mit Kohle versehen; sie sollen sich bis jetzt als praktisch bewiesen haben.

Leipzig, 26. Februar. Heute Nacht verschied der in der deutschen Turnerwelt wohlbekannte Alwin Martens. Ein nervöses Fieber hatte seinen kräftigen Organismus ergriffen. (D.A.Z.)

Bewohner leidend und erblindet war, als der Sitz der anmuthigsten Gastfreundschaft berühmt.

Ueber Kerner als Dichter hier zu sprechen, scheint fast überflüssig. Wen Lieder wie „der reichste Fürst", „der Wanderer in der Sägemühle", „Rudolfs Ritt zum Kaisergrabe" zum Hausfreund in Palästen und Hütten gemacht haben, der bedarf des nekrologischen Lobes nicht. Von seinen zahlreichen Liedern ist fast jedes ächt, unmittelbar; meist aus bestimmter Veranlassung hervorgegangen, haben sie doch typischen Werth. Unter allen Gesängen, die bei deutschen Gastmählern die Stimmung zu erhöhen pflegen, ist keiner, der Kerner's „Wohlauf noch getrunken" an Innigkeit und Wärme der Empfindung übertrefe. Der deutschen Volksweise vor Allem entlehnte er seinen Ton, und es ist bekannt, wie selbst ein Arnim und Klemens Brentano eines seiner Lieder für ein echtes Volkslied hielten. Unter den Dichtern seines Landes hurte er vor allen auf die Frage, wo sich die schwäbische Schule finde, mit seinen Worten entwidern:

Fremder, Wandrer, o wie gerne will ich solches sagen dir:
Geh' durch diese lichten Auen in das dunkle Waldrevier,

Wo das Reh mit klaren Augen durch das dunkle Dickicht sieht,
Und der Hirsch, der schlanke, setzet über Felsen von Granit;

Tritt sodann aus Waldesdunkel, wo im goldnen Sonnenstrahl
Grünen Berge sich voll Reben, Neckars Thau im tiefen Thal;

Wo der Winzer, wo der Schnitter singt ein Lied durch Berg und Flur,
Da ist Schwabens Dichterschule, und ihr Meister heißt Natur.

Nur die kecke, sorglose Munterkeit unseres deutschen Wald- und Feldgesanges tritt bei dem sinnvollen Dichter selten hervor. Einer der ersten Kenner, Wilhelm Müller, sagt vortrefflich über ihn: „Die wehmüthige Sehnsucht seiner Lieder schwankt zwischen Himmel und Erde; sie fühlt, daß ihr etwas fehlt, dessen Bild ihr in den Blüthen der Erde und in den Sternen des Himmels vorgespiegelt wird." Dieser ahnungsvolle Zug war bekanntlich auch bestimmend für Kerners naturwissenschaftliche Leistungen. Es war von ihm nicht zu erwarten, daß er immer so praktisch greifbare Gegenstände behandeln werde, wie die in Württemberg damals häufig vorkommende Wurstvergiftung (in der werthvollen Schrift: Die Fettsäure und ihre Wirkungen auf den thierischen Organismus, Stuttgart 1822). Seine Bemühungen um Erforschung des Geisterhasten und um Darstellung seines Einwirkens auf das animalische wie auf das Seelenleben nahmen bekanntlich einen großen Theil dieses edlen Lebens in Anspruch. Vom Bekanntwerden der Seherin von Prevorst bis zu der Aufregung wegen des Tischrückens hat er alle hierher gehörigen Erscheinungen mit lebendiger Theilnahme verfolgt und erörtert. Durch seine gläubige Anlage zog er sich manche Angriffe zu; nicht immer so ironisch freundschaftliche, wie in Uhlands „Geisterkeiter". Wie vortrefflich er dabei seinen Humor zu behalten und wie glücklich er kleine Anfechtungen zu parieren wußte, ist bekannt und wird besonders durch die Dauer seines merkwürdigen Freundschaftsverhältnisses zu David Friedrich Strauß bezeugt. Selbst diesem urkritischen Geiste gegenüber berief er sich auf ein Zusammentreffen im Jenseits:

Strauß wird dann vortreffen: Keiner hatte recht,
Dem machte Scharfsinn keine grauen Haare.
Das was der Kerf spricht, ist oft falsch und schlecht;
Nur was das Herz spricht, — Herz, das ist das Wahre.

Es ist erfreulich bemerken zu können, daß Kerners späteres Leben — so weit und bekannt ist — von keiner drückenden Sorge beschwert war. Einiges trug hierzu König Ludwig bei, der ihm seit Jahren einen Gehalt von 400 Gulden zukommen ließ. Mit Wehmuth wird die Nation einen so edlen und reichen Geist, einen der alten, bewährten Träger ihres unbeeinträchtigten Ruhmes scheiden sehen. Sein Sohn, Hofrath Theobald Kerner, ist als begabter Dichter bekannt. (E. M. u. Z.)

Digitized by Google

— In Temesvar ist in der Nacht vom letzten Samstage auf den Sonntag die Vorstadt Fabrik in Folge eines Dammbruches plötzlich überschwemmt worden. Ueber hundert Häuser stehen im Wasser, mehrere derselben sind eingestürzt; die Bewohner konnten meist nur das nackte Leben retten, da das Unheil ganz unerwartet über sie hereinbrach.

Einem parlamentarischen Ausweise über die Kohlenbergwerke zufolge sind in Großbritannien seit dem Jahre 1851, somit in 10 Jahren (denn der Ausweis reicht nur bis 1861), 605,154,940 Tonnen Kohlen (die Tonne = 20 Zentner) produzirt worden und dabei 8466 Menschen zu Grunde gegangen. Somit käme ein Menschenleben auf je 71,880 Tonnen, und die 5 Millionen Tonnen Kohlen, die jährlich nach London kommen, wären somit Todesursache für 70 Menschen.

(Naive Dankbarkeit.) Kürzlich brach in Macon, so erzählen französische Blätter, ein zehnjähriger Knabe beim Schlittschuhlaufen ein und stand auf dem Punkte, unter der Eisdecke zu verschwinden. Zwei junge Leute, die sich in der Nähr befanden, stürzten dem Kinde nach und es gelang ihnen mit äußerster Anstrengung und offenbarer Lebensgefahr, dasselbe zu retten und dem am Ufer herzuwinkenden Vater zurückzubringen. Der aber sprach, als er den Geretteten anschiig wurde, zu dem einen der jungen Leute, der von Kälte und Nässe beinahe erstarrt war und das Kind in seinen vom Eise blutig gerissen Händen hielt: „Die Mütze des Kleinen ist in dem Loche zurückgeblieben; da See nun doch einmal naß sind, so würden sie mir großes Vergnügen machen, wenn sie dieselbe noch herausholen wollten."

Neueste Nachrichten.

Wien, 24. Febr. Mit der Nachricht von einem angeblich auf den französischen Botschafter Marquis de Lavalette in Rom versuchten Attentate soll es eine ganz eigene Bewandtniß haben. Daß in Rom selbst allgemein das Gerücht verbreitet gewesen ist, steht fest. Man wird sich erinnern, daß auch noch andere mysteriöse Hofdecken über Einschleichungsversuche verrätherischer Personen in das Palais und die Umgebung des Königs Franz II. in Rom in den letzen Wochen circulirt haben. Selbst von dem auf den französischen Botschafter angeblich versuchten Attentate hieß es einige Tage hindurch, daß es nicht Lavalette, sondern der König Franz selbst eigentlich gewesen sey, auf den der Attentatsversuch gemacht worden ist. Thatsache ist nun nach authentischen Mittheilungen aus Rom, daß weder auf Lavalette noch auf König Franz ein meuchlerischer Angriff versucht worden; wohl aber werden diese Gerüchte seit mehreren Wochen von Turin aus absichtlich aufgespeengt. Bei der Sache handelt es sich offenbar weniger um eine etwa thatsächlich bestehende verbrecherische Absicht, als vielmehr um eine durch höchst gemeine Mittel verfolgte Einschüchterungspolitik, durch welche man die Entfernung des neapolitanischen Königspaares aus Rom, nachdem dieselbe bisher trotz aller diplomatischen Schritte nicht zu erwirken war, zu erzielen meint. Diese Taktik der piemontesischen Staatsklugheit ist übrigens schon im Quirinalpalast, wo der bourbonische Königshof seine Residenz noch bis zur Vollendung der Restauration des Palastes Farnese behält, durchdacht worden. (Hamb. B.-H.)

Wien, 26. Febr. He. v. Schmerling empfing heute aus den Händen des Kaiserd das Großkreuz des Leopoldordens. Dem Kardinal-Erzbischof v. Rauscher ward das Tedeum zur Feier des Jahrestags der Verfassungsverleihung im Stephansdom unter großer Betheiligung abgehalten. (Tel. d. L. Z.)

— **Wien**, 26. Februar. (Privat-Korresp.) Die „Wiener Ztg." bespricht heute das Uebereinkommen mit der Bank in einem Artikel, wovin als Zeitpunkt, an welchem letzterer die Wiederaufnahme der Baarzahlungen möglich seyn wird, der Februar des Jahres 1867 bezeichnet wird.

— Der Wiener Korrespondent des „Pester Lloyd" mißt der Nachricht, daß der Judex curiae, Graf Appony, nunmehr definitiv im Amte verbleibt, eine hohe Bedeutung bei. Wenn der Graf, der nächstens aus Wirn nach Pesth zurückkehren solle, sich nach zahlreichen Audienzen bei St. Majestät entschlossen habe, auf seinem Posten auszuhalten, so müsse eine Verständigung bezüglich Ungarns erzielt worden seyn. Graf Appony kenne den Herzschlag der Nation, und eine Lösung, die er betreibe, müsse daher auch wirklich diesen Namen verdienen.

Wie wir vernehmen, hat die Kommission des Zollvereins für die devorstehende Londoner Weltausstellung die Zahl der für den Zollverein zu ernennenden Geschwornen, welche in die allgemeine Jury einzutreten haben, nun auf 36 festgesetzt, welche Ziffer der gleichen Zahl der 36 Klassen entspricht, in welche bekanntlich die ganze Ausstellung eingetheilt ist, so daß auf jede Klasse mindestens 1 Geschworner des Zollvereins kommen wird. Die 36 zu ernennenden Geschwornen werden sich nun auf die einzelnen Staaten des Zollvereins in dem Maße vertheilen, als deren Industrie mehr oder minder bedeutend bei der Ausstellung vertreten seyn wird. (N. M. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	71⅞ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89⅞—⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.	
„	4½ pCt. dto.	43⅞ P.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103⅞ G.	
„	4½ pCt. Obl. Ldkr. dto.	103⅞ G.	
„	4½ pCt. Obl. Ldkr. dto.	104⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅞ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	—	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93⅛ P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	83 G.	
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 6. 2. 36	48 G.	
„	2 pCt. „ „ „	43⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅛ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	.	1171/4 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	.	716—12 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		171⅛—71 G.
Bayerische Bank à fl. 500	. . . .	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250		203⅛ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	. .	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	. .	85⅝ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	. .	388⅛ P. 387G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	. .	88⅛ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 kr.		235 P.
„ Eisenbahn à pCt.	. .	111 P. 110 G.
„ Eisenbahn-Bahn Prior. à pCt. 6/7		75 P.
Rheinisch-Nahe-Bahn Prior. Ser. I. 4 pCt. Z.		90⅛ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	.	130⅞ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4⅛ pCt.		104⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		83⅛ P.
Schild. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		24⅜ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .		510 P.
„ Credit-Akt. d. Gen.-Persire		475 P.
Bayr. Ostbahn à 4⅓ pCt. vollenbez.		106⅛ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105 G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.		100⅝ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. S.	99¾ G.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 99 k. S.	105 B. 104⅝ G.
Bres. 90 Th. Ldf. k.S.	99⅜ B.
Köln Thlr. 99 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 99 k. S.	105 B.
London Lst. 10 k. S.	118 B. 117⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. S.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. i. S.	89⅛—¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
„ fl. 2Mill. 1854 mit 4pCt.	64⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	66—⅛ G.	„ fl. 25 do.	87½ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858	110 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	30⅜ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	102¼ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 25½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	95⅛ P.	Verona-Loose fl. 10.	19 P. 18⅝ G.
Badische fl. 35.	56 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 27. Februar. In Folge niedrigerer Wiener Notirungen wurden öfters. Fonds und Aktien billiger abgegeben. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. Nue 4proz. Luxemburger Obligationen wurden besser bezahlt. Die monatliche Abrechnung blieb auf die Kurse ohne Einfluß. (Spnd.)

Digitized by Google

Hof- & Staatsbibliothek
in
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 60. | Vierteljährlich bis für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum zu 3 kr., berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 1. März 1862.

Die Injurien nach den neuen bayerischen Gesetzbüchern.

Nach Art. 8 Ziff. 1 des Gerichtsverf.-Gesetzes, Art. 61—65 des Gesetzes, die Einführung des Strafgesetzbuches betr., und Art. 261—266 des Strafgesetzbuches selbst — ist die Lehre von den Injurien und deren Verfolgung eine sehr vereinfachte geworden und lassen sich die künftighin geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Wesentlichen in folgende wenige Sätze zusammenfassen:

1) Die civilrechtlichen Klagen wegen Ehrenverletzungen (wegen Verbal- und Realinjurien), insoweit durch dieselben eine privatrechtliche Genugthuung durch Zahlung einer Aestimationssumme (actio aestimatoria), durch Widerruf, Abbitte, Ehrenerklärung, Ertheilung eines gerichtlichen Verweises (nach preußischem Landrechte) u. dgl. erlangt werden will, sind aufgehoben.

2) Zulässig vor den Civilgerichten sind nur noch diejenigen Klagen, welche lediglich auf den Ersatz eines in Folge der Ehrenkränkung erlittenen Vermögensnachtheiles oder auf die Bezahlung eines Schmerzengeldes gerichtet sind, und zwar

a, vor den Stadt- und Landgerichten, wenn die Klage in der Hauptsache eine Forderung betrifft, welche den Betrag von 150 fl. ohne Einrechnung der Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

b, vor den Bezirksgerichten, wenn die Klage in der Hauptsache mehr als 150 fl. zum Gegenstande hat.

3) Die Aburtheilung der Klagen wegen Ehrenkränkungen ist nicht der Polizeistrafgesetzgebung zugewiesen worden, denn in dem Polizeistrafgesetzbuche sind hierüber keine strafrechtlichen Vorschriften enthalten, sie hat vielmehr von den Strafgerichten nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu erfolgen.

4) Der Strafrichter verfährt in der Regel nicht von Amtswegen, sondern es hat eine gerichtliche Einschreitung nur dann statt, wenn der Beleidigte oder dessen Stellvertreter bei dem Strafgerichte Klage erhebt und die erforderlichen Beweismittel anzeigt. Die Partei, welche die Vernehmung der von ihr benannten Zeugen verlangt, muß aber — wenn sie nicht das Armenrecht genießt — sowohl die Kosten für die Vorladung als auch für die Entschädigung der Zeugen dazu erlegen.

5) Ohne vorgängigen Antrag des Betheiligten hat aber die Strafverfolgung einzutreten, wenn der Angriff auf eine in einem öffentlichen Dienstverhältnisse stehende Person (Artikel 264) Bezug hat.

6) Die Strafen wegen zugefügter Ehrenkränkung sind nach Unterschied der Fälle:

a, bei geringen Ehrenkränkungen Arrest (von 1—42 Tagen) oder Geld bis 150 fl. oder nach Umständen Arrest und Geldstrafe, Art. 262;

b, bei Ehrenkränkungen, welche mit überlegtem Entschlusse öffentlich in Anwesenheit Mehrerer durch Thätlichkeit verübt werden — Gefängniß bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 fl., Art. 261.

7) Die Entscheidung über Injurien, welche Militärpersonen zur Last gelegt werden, wird den Militärgerichten zustehen, da die Injurien nun den Charakter öffentlich strafbarer Handlungen haben.

Durch diese Bestimmungen wird die Anstellung muthwilliger Injurienklagen gewiß sehr abgeschnitten; während bisher die Gerichte mit zahlreichen, selbst bis zur III. Instanz hinauf fortgeführten, oft in's Kleinliche gehenden Injurienstreitigkeiten behelligt wurden, wird z. B. schon durch die Vorschrift, Ladungs- und Zeugengebühren gleich im Voraus bei Gericht erlegen zu müssen, Manchem das Prozessiren verleidet werden. (A. Postz.)

Deutscher Bund.

Thüringen. Koburg, 23. Febr. Am 13. d. waren bekanntlich in der Sitzung des Koburger Landtages gegen den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Gewerbegesetzes (unwesentlich modificirt gegen den von Abgeordneten sämmtlicher thüringischen Staaten vereinbarten Gesetzentwurf) wesentliche Abänderungen, auf Abschaffung jeder Konzessionspflicht der Preßgewerbe dringende, angenommen worden, gegen welche hiesiges Ministerium alsbald Verwahrung einlegte, indem es sich auf den nun einmal noch giltigen Bundesbeschluß von 1854, deruhen müßte, durch welchen die Staatsregierung unbedingt gebunden sey. Die „Kob. Z." meldet jetzt, daß der Herzog der vom Landtage sanktionirten Vorlage, in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium, die Genehmigung versagt hat. Die Proklamirung des im Uebrigen die Gewerbefreiheit gewährleistenden Gesetzes muß somit bis zu nochmaliger Berathung des Landtags aufgeschoben bleiben. Wie kommt es denn, daß die koburgische Regierung sich hier plötzlich auf den Bundesbeschluß von 1854 stützt, während sie doch sonst dem Bundestag jedes Gesetzgebungsrecht abstreitet und sich überhaupt so liberal geberdet? In Bayern z. B. hat man noch nicht daran gedacht, die Zeitungskautionen einzuführen, obwohl jener Bundesbeschluß sie auch vorschreibt.)

Oesterreich. Wien, 26. Febr. Aus Anlaß des Jahrestags der Verfassungsverleihung überreichte heute der Gemeinderath von Wien dem Kaiser eine Glückwunschadresse, worauf Letzterer Folgendes erwiderte: „Mit aufrichtiger Befriedigung empfange Ich die Adresse, die Sie Mir überreicht haben. Die loyalen Gesinnungen für Mich und Mein Haus, die Sie ausdrücken, und der Dank, den Sie für die Verleihung der Verfassung aussprechen, sind Mir Bürgen, daß Sie deren Werth erkennen. Sowie Meine Absichten stets dahin gerichtet sind, das Glück Meiner Völker zu fördern, so zähle Ich darauf, daß auch die Vertreter Meiner Hauptstadt zum Wohle ihrer Mitbürger bedacht seyn werden. Es ist Mir erfreulich, Ihnen Meine besondere Anerkennung dafür auszusprechen, daß Sie bei dem traurigen Ereignisse, das in jüngster Zeit Wien betroffen hat, eben so thatkräftig als aufopfernd gewirkt haben."

Wien, 27. Februar. Gestern Abend war Festtheater, in welchem der Kaiser enthusiastisch begrüßt wurde. (Z.-l.-B.-Z.)

* Die gestern erwähnten Aeußerungen des „Lesher. Lloyd" über eine bald wahrscheinlich durch den Grafen Pyponyi zu Wien erzielte Verständigung bezüglich Ungarns sind um so bemerkenswerther, als gleichzeitig die amtliche „Pesth-Ofner Z." unter der Ueberschrift „der Anfang vom Ende des Provisoriums" einen Artikel bringt, worin sie die den Distrikten der Jazygier, Kumanier und Haydnaken ertheilte Eigenthümlichkeit zur Abhaltung von Kreisversammlungen bespricht und die Ueberzeugung ausdrückt, es werde auch anderen Theilen der Bevölkerung gelingen, sich das neu erwachte Vertrauen des Monarchen zuzuwenden. Der höchst beachtenswerthe Artikel schließt mit den Worten: „Das Provisorium hat den Zweck erfüllt, den Lauf des umschwingenden Rades zu hemmen; jetzt gilt es, das Rad wieder nach und nach zu beseitigen. Früher als man hoffen durfte scheint die Krone den Versuch des Uebergangs wagen zu wollen; wird sie diesen Schritt wieder bereuen müssen? Die Haltung der Bevölkerung wird über diese Frage entscheiden; sie wird aber damit auch über das Loos des Landes entscheiden, das wieder einmal in die Hände der Nation gelegt werden soll."

Hermannstadt, 27. Febr. Der sächsische Nationsgraf hat gestern, am Tage der Verfassungsfeier, ein Festessen gegeben. Abends waren ungefähr 300 Hermannstädter, unter ihnen viele Bürger, freiwillig in einem Gasthause versammelt und brachten Toaste auf den Kaiser, auf die Reichsverfassung, auf den Eintritt Sieben

Digitized by Google

bürgens in den Reichsrath, auf den Staatsminister v. Schmerling und auf die Armee aus. (Die Sachen in Siebenbürgen sind bekanntlich Anhänger der Hofkanzler-Verfassung und des Einheitsstaats, während die Szekler, nach dem Vorbild der Magyaren in Ungarn, Siebenbürgen fast ganz unabhängig stellen möchten.“ (Fr. Pobl.)

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Da es während der gegenwärtigen Arbeitskrise wiederholt vorkam, daß Webestühle im Werthe von 800 — 1000 Frcs. in Augenblicken der Noth um 50 und höchstens 100 Frcs. verkauft wurden, hat der Lotre-Präfect eine Kommission aus 15 Fabrikanten und 5 Werkführern niedergesetzt, um sich über die Mittel zu berathen, durch welche in solchen Fällen Darlehen auf Webestühle gemacht werden könnten, um dem gezwungenen Verkauf derselben vorzubeugen. Im Canton Arbresle allein stehen noch immer 1500 — 2000 Stühle still.

Nach der „Independance“ hat der Kaiser in dem Antwortschreiben an den Grafen Morny die Absicht, die Unabhängigkeit und die Würde der Legislativen anzuerkennen, gelegnet. Die Kommission in Betreff der Angelegenheit des Grafen Palikao wird zur Ausgleichung, die Dotation nur auf die Lebensdauer zu votiren, vorschlagen. (Tel. d. Nat.-Z.)

Paris, 25. Febr. Man versichert, daß die Regierung die Aufhebung der Jesuiten und Dominikaner in Frankreich beschlossen habe. Diejenigen Patres, die nicht Franzosen sind, würden in ihre Heimath verwiesen werden.

Paris. Bei den Unruhen vor dem Theater von Montparnasse wurden mehrere Studenten durch Säbelhiebe der Polizei verwundet; einer derselben ist seitdem gestorben.

Der politische Geist, welcher in Frankreich seit zehn Jahren gewaltsam niedergehalten wurde, prüft seine Schwingen zu neuem Fluge. Ueberall treten Erscheinungen hervor, welche dem bisherigen Regime nicht besonders angenehm seyn können. Die Studenten in Paris machen wiederholte politische Demonstrationen und am letzten Jahrestag der Februarrevolution regte sich auch, zum erstenmale seit dem Staatsstreich, die Arbeiterbevölkerung wieder, so daß die Regierung in der Nähe der Julisäule zahlreiche Polizeistergeanten aufstellen mußte, um Ausschreitungen zu verhüten.

Paris, 26. Febr. Ruhiger ging es in der letzten Senatssitzung her, aber das Wort „Verachtung“ ward vom Prinzen Napoleon gegen Die geschleudert, welche, wie er sagt, dem Kaiser Verdacht gegen seinen Vetter einflößen und die Aufregung im Senate so darstellen, als habe derselbe sich nur gegen den Versuch der jüngeren Linie Bonaparte, sich der älteren gegenüber aufzuhun, so heftig aufgelehnt*). Der heftige Rath der hohen Versammlung, Marquis v. Boissy, hatte diese Insinuation in seiner Diatribe gegen die englische Nation vorgebracht. Hierauf gab der Prinz Napoleon die Erklärung, daß er nie anderer Ansicht gewesen sey, als daß die von ihm geschilderte Freiheit „in der Ordnung der Erhöhung“, wie die Konstitution sie festsetzt, aufgebaut werden solle. „Andere mögen dies vergessen, fügte der Prinz bei, ich habe mich dessen erinnert, als Louis Napoleon verurtheilt, gefangen oder verbannt war. Ich werde mich heute dessen um so mehr erinnern, als meine Pflichten mich an den Kaiser und seinen Sohn fesseln, und als diese Pflichten übereinstimmend sind mit einer langjährigen Hingebung und mit unwandelbarer Zuneigung.“

Dieser „Konversion“ des Prinzen aus dem Palais Royal ging in den Tuilerien eine jener Scenen vorher, welche, wie Prinz Napoleon bei einem früheren Anlasse äußerte, „in der stets uneinigen Familie der Orleans so häufig waren.“ Die sämmtägige Rede des Prinzen erfüllte das Mutterherz der Kaiserin sicherlich nicht ohne Grund mit den größten Besorgnissen wegen der Absichten des einstigen Vormundes des kleinen Prinzen. Vergebens versuchte es der Kaiser, diese Besorgnisse zu beschwichtigen, und als Prinz Napoleon und Prinzessin Klotilde, zum Diner in die Tuilerien geladen, nicht kamen, steigerte sich die Angst der hohen Frau bis zu Nervenkrämpfen. Die Erklärung des Prinzen im Senat ist das Resultat einer äußerst lebhaften Unterredung zwischen Ihren Majestäten und dem Vetter-Senator, welche diesem Vorfall folgte. Baron Davin brachte hierauf den Schluß seiner Rede für den Vincent-Verein, der nun wiederum die ganze Sitzung in Anspruch nahm, da auch die Karwinde Morlot und Matthieu und der Graf Segur d'Aguesseau Apologien für diesen Verein hielten. Letzterer behauptete u. A., Minister des Innern habe sein Rundschreiben gegen den Vincent-Verein vor der Untersuchung der Sache vorgelassen. Minister Billault erklärte dagegen, daß die Untersuchung in der Sache am 25. Mai 1861 begonnen habe, das Rundschreiben aber volle fünf Monate später, 20. Okt. 1861, erfolgt sey. Billault motivirte Persigny's Maßregel durch den allgemeinen Einfluß des Vereins auf Volk und durch die starke Organisation desselben; die Regierung habe, um einige Bürgschaft zu erhalten, verlangt, der Verein solle einen Großwürdenträger der Kirche, der aber zugleich Beamter sey, zum Präsidenten nehmen; der Verein habe sich aber geweigert und erklärt, er wolle in keinerlei Weise von der Regierung abhängig seyn, er sey kein französischer, sondern ein kosmopolitischer Verein, er habe einen Vertreter in Rom und er wolle sortan sepn, was er sey. Er habe sogar den Kardinal Morlot als den von dem Kaiser zu ernennenden Präsidenten zurückgewiesen (wobei jedoch Kardinal Morlot bemerkt, daß er seinerseits schon vorher die ihm zugedachte Ehre unter den gegebenen Bedingungen abgelehnt hatte). Das Ministerium habe sich nun an die einzelnen Konferenzen gewendet, um zu erfahren, ob dieselben lieber nach dem Plane der Regierung unter den Kardinal Morlot eintreten, als fernerhin isolirt (d. h. ohne die vereinigende Spitze des Oberraths, welcher von der Regierung aufgelöst worden ist) seyn wollten. Noch seyen die Entscheidungen der 1600 Konferenzen nicht sämmtlich eingetroffen, doch zögen deinahe alle vor, isolirt zu bleiben. Einem solchen Widerstande gegenüber habe die Regierung ihre Pflicht klar vorgezeichnet gesehen, und sie habe sich überzeugt, daß eine solche Gewalt, eine geheime Macht, nicht im Staate geduldet werden könne und dürfe, weil eine solche Macht eine wirkliche Gefahr für den Staat sey. Die Regierung wolle nicht bloß die Rechte, sondern sogar die Richtung des religiösen Geistes schützen; sie werde aber auch nachdrücklichst jeden Zoll breit der Rechte des Staates den Ansprüchen der Kirche gegenüber vertheidigen. In Betreff der Beziehungen zu Rom hebt Hr. Billault unter lebhafter Zustimmung des Senates hervor, daß die weltlichen Dinge weltlich und nur dem weltlichen Herrscher untergeordnet seyen; die Glaubenssachen allein hingen von einer andern Souveränetät, der der Kirche, ab. Mit tiefem Bedauern habe die Regierung wahrgenommen, daß drei oder vier Bischöfe öffentlich und mit großer Heftigkeit für die Vincentgenvereine das Wort ergriffen hätten. Anstatt sich hierdurch aufzuregen, würde das Erstaunen besser daran thun, sie zu beschwichtigen. Kardinal Mathieu gestand die Macht und Kraft des Vincent-Vereines zu, wolle aber nicht zugeben, daß der Staat darum diesen Verein zu fürchten habe; wenn der Verein sich den Anträgen der Regierung widersetzt habe, so liege vielleicht der Grund nur darin, daß der Minister des Innern die Sache durch sein Rundschreiben verdorben habe. „Wenn man,“ setzte der Kardinal drohend hinzu, „mit einem mächtigen und auch honneten Leuten gebildeten Vereine zu schaffen hat, so heißt es vorsichtig verfahren.“ Schließlich meinte der Kardinal, des Ministers Worte ließen erwarten, daß die Lösung nun noch besser ausfallen werde, als man bisher gehofft habe. Graf Segur d'Aguessau glaubt, daß man schon längst zu einer befriedigenden Lösung gelangt wäre, wenn man die Frage von vornherein so dargestellt habe, wie sie Hr. Billault in dieser Sitzung dargelegt. Dies habe jedoch der Minister des Innern (Persigny) nicht gethan. Der Minister des Innern, Graf Persigny, wolle sich einen schreienden Akt des Amtsmißbrauchs nicht zu Schulden kommen lassen. Wenn sich die Vorstandsmitglieder der Vincentzvereine beschwerend an den Senat wendeten, so müsse dieser die Beschwerde anhören, wenn es klage über eine wirklich öffentliche Ehrenkränkung sey. Darauf entstand eine große Aufregung; der Präsident schreitet tadelnd ein; etwas Neelles kam aber bei der ganzen Erörterung noch nicht heraus, da die Gegner der Regierung der Minderheit sind. Bezeichnend für den Charakter, wie für die Geistesstimmung des Prinzen Napoleon am Samstag ist übrigens, daß er, in's Palais Royal zurückgekehrt, seinen Getreuen eine Schilderung des Vorgefallenen machend, u. A. äußerte: Und als ich die Worte: „Priester und den Priestern!“ (also mit den „Priestern“, wie er selbst zugesteht und nach dem Texte des Thiers kaum zu bezweifeln ist) ausgesprochen hatte, da brach der Sturm los und ich sah „eine Legion von Mumien sich vor mei-

*) Prinz Napoleon hatte bekanntlich in seiner samstag Rede am vorigen Samstag u. A. gesäußert, die Erblichkeit des Throns sey in der Familie Bonaparte nur deßhalb verfassungsmäßig, um die Grundlage der Revolution von 1789 selbe nachdrücklichst vertheidigen zu können. Dabei hatte es auch eine Andeutung fallen lassen, als sey die bestehende Thronfolgeordnung nur so lange zu respektiren, als die durch sie Berufenen den demokratischen Prinzipien treu wären. In den offiziellen Pariser Kreisen gibt man sich den Anschein, als sey man von jener Rede sehr angenehm an den Kaiser gekommen überrascht, wie denn auch Napoleon III. selbst, als den Montag am Sonntag in den Tuilerien sprache, ihm viele Artigkeiten gesagt hat. Unter der Hand munkelt man freilich davon, daß der Prinz nach dem Schluß der Senatssitzung wieder einmal eine längere Reise antreten werde.

Digitized by Google

nen Augen erheben." (Je vis se dresser devant mes yeux une légion de momies.)

Italien.

Jetzt wird Papst Pius IX. aus dem piemontesischen Lager mit Adressen bestürmt. Nach dem Beispiel der Gesinnlichkeit von Messina, hat der Gemeinderath der Gemeinde von Livorna in seiner Sitzung vom 20. Februar mit 22 gegen 2 Stimmen einen Protest und mit 23 gegen 2 Stimmen eine Adresse an den Papst angenommen. In ersterem Aktenstücke, wird Einspruche gegen Antonelli's bekannte Behauptung, erhoben, der Regierung und dem Parlamente, die Rom als Italiens Hauptstadt wollen, beigestimmt und auf den „Nachtheil der weltlichen Gewalt" des Papstes hingewiesen. In der Adresse an den Papst, wird der heilige Vater beschworen, auf die weltliche Gewalt zu verzichten und Rom zu Italiens Hauptstadt werden zu lassen, „damit dieses Band des Friedens, das nach Gottes Willen, den Vater mit seinen Kindern eng verbinden soll, wahr und wirklich gekürpft werde."

Der Oberstlieutenant Fantoni hat zur schnellen und wiesamen Beendigung des Brigantaggio in Neapel folgende Anordnungen erlassen: „1) Niemand darf von nun an die Wälder von Dragonara, von Sant' Agata, Selva Nera, Gargano, von Santa Maria, Pietra, Motta, Volturara, Volturino u. s. w. betreten. 2) Jeder Eigenthümer, Agent oder Pächter muß sofort nach Veröffentlichung der gegenwärtigen Bekanntmachung aus den eben genannten Waldungen alle Arbeiter, Schäfer und Ziegenhirten ꝛc. abberufen und zurückziehen, das darin befindliche Vieh wegtreiben, und die Stroh- und Streuhütten abbrechen lassen. 3) Niemand darf von nun an für seine Leute Lebensmittel aus den Ortschaften wegbringen, noch dürfen diese mehr besitzen als sie unumgänglich für den Bedarf eines Tages nothwendig haben, und nur die Zahl von Personen, welche eben an dem Ort beschäftigt sind. 4) Die Uebertreter des gegenwärtigen Befehls (welcher 2 Tage nach Veröffentlichung in volle Kraft tritt) werden ohne Ausnahme als Briganti betrachtet, und als solche sofort erschossen. Indem der Unterzeichnete diesen Befehl zur öffentlichen Kenntniß bringt, schärft er zugleich den Eigenthümern ein, ihren Angehörigen bei Zeiten davon Kenntniß zu geben, damit bei Vermeidung der vorgeschriebenen strengen Maßregeln diese Anordnung dem Zweck entspreche, den sich die Regierung vorgesetzt, indem man zugleich darauf aufmerksam macht, daß man in Anwendung der angedeuteten Maßregeln nicht im geringsten davon abgehen wird. Lucera, 9. Februar 1862. Oberstlieutenant Fantoni." — Im Garganogebiete sind über 700 Bauernhäuser niedergebrannt; in der Basilicata gehört — wie die „Gazette du Midi" versichert, alle Welt zu den Briganti, und wenn das Brigantenthum auf dem flachen Lande nachtägt, erhebt die Contrerevolution in den Städten ihr Haupt, wie selbst neapolitanische Blätter versichern.

Nach der „Allg. Ztg." ist Viktor Emanuel am 23. Februar von einem leichten Schlaganfall betroffen worden.

Griechenland.

König Otto von Griechenland hat dem Fürsten Kusa des Großkreuz des griechischen Erlöserordens verliehen und den Justizien ein eigenhändiges Schreiben an den Erwählten der Donaufürstenthümer beigelegt. Sehr auffällig, die Paelei, mit der es Kusa hält, betrohe eben auch den Thron des Königs Otto.

Amerika.

Washington, 10. Febr. Der nun schon neun Monate dauernde Kampf zwischen dem Norden und dem Süden hat bis jetzt 500 Millionen Dollars gekostet — so lauten die Calcule, die dem Kongresse vorgelegt wurden. Von dieser Summe wurden mehr als vier Fünftel gedeckt, und das Bergen war verhältnißmäßig leicht, da die Mehrheit der Kapitalisten bis zum Wintre überzeugt war, daß der Süden sich nicht länger, als bis Neujahr, höchstens bis zum Frühjahr werde halten können. Von dem Augenblicke an, als diese Hoffnung schwand, erklärten sich die New-Yorker Banken nicht mehr im Stande, Geld vorzustrecken. Der Rest der Anleihe, deren Uebernahme den Banken freigestellt gelassen war, wurde nicht mehr genommen, denn sie verzweifelten, sie anbringen zu können. Dies war der erste finanzielle Stoß, den die nord-amerikanische Regierung zu erleiden hatte. Nun mußte die Regierung zu ungewöhnlichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen: sie beantragte die Ausgabe von 150 Mill. Regierungs-Noten, zudeeren Annahme Jedermann gezwungen sein soll. Die Presse schrieb dafür, der Kongreß erklärte sich dagegen, und erst am dritten Abend bequemte er sich zur bittern Nothwendigkeit. Weßhalb? Weil der Schatzsekretär dem Hause ankündigen ließ: „Die unverzügliche Bewilligung ist unerläßlich. Der Schatz ist beinahe leer. Schon habe ich auf die letzte Einzahlung der Anvernehmen leihe greifen müssen. Es wie diese Einzahlung geleistet ist, werden die Banken, wie ich fürchte, die Staatsnoten nicht weiter nehmen wollen." Das hies freilich dem Kongresse das Messer an die Kehle setzen, und er bewilligte, was er nicht verweigern konnte. Kaum war die Bill genehmigt worden, auch schon der bisherigen Verheimlichung ein Ende gemacht, und Tags darauf erklärte die regierungsfreundliche Tribune, von der in außerordentlicher Session früher bekanntlich bewilligten Anleihe seyen gegen 50 Mills nicht anzubringen gewesen. Danehen ein Aufruf an das Volk, sich doch um Gottes und der Landesehre wegen nach Kräften zu betheiligen. Und gleichzeitig schrieb man in anderen Regierungsblatt, die „New-York Times", es sey nicht möglich (d. h. der Bevölkerung nicht angenehm), auch nur 100 Mill. Dollars durch Besteuerung aufzubringen, der Druck wäre allzugroß, es müsse der Krieg nach wie vor durch Papier bestritten werden. (K. Z.)

Der bei Somerset in Kentuck gefallene Sonderbundsgeneral Zollikofer war 1812 in Tennessee geboren, zuerst Setzer, dann Herausgeber einer Zeitung, dann Staatsbuchdrucker, dann est „Politiker", endlich Senator in seinem Staat. Als die Revolution ausbrach, wurde er General, ohne jemals Soldat gewesen zu seyn. General Schöpff, der ihn vor Beginn der Feindseligkeiten sah, war früher Hausknecht in einem New-Yorker Gasthof.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Ausfuhr deutscher Tuchwaaren nimmt, dem „Arbeitgeber" zufolge, beträchtende Dimensionen an. Nach Südamerika werden besonders die leichten Wollstoffe sehr gesucht.

München. Das Komité, welches sich zur Herstellung eines zoologischen Gartens hier gebildet hat, soll bereits 100,000 fl. zum Ankauf seemder Thiere bestimmt haben.

Die Uebersicht der Verkehrs auf den k. bayerischen Eisenbahnen im Januar d. Js. ergibt eine Frequenz von 218,002 Personen, 1,656,102 Ctnr. Güter, 291,632 Ctnr. Regiesendungen ꝛc, und eine Einnahme von 747,274 fl. 33¼ kr., gegen die Einnahme im Januar 1861 minder um 6717 fl. 58½ kr. (K. M. Z.)

Regensburg, 26. Febr. In Folge einer höchsten Ministerialverfügung ist die Sammlung behufs Errichtung einer Denkmals für den berühmten Mathematiker und Astronomen Keppler in seinem Geburtsorte Weil genehmigt. Keppler starb am 15. Nov. 1620 und liegt im hiesigen protest. Kirchhofe unserer Stadt begraben.

In Landshut war bei einem im Bernlochner'schen Gasthause abgehaltenen Landwehrunteroffiziersball im Theaterlokal Feuer ausgebrochen. Auf Befehl des auf dem Balle anwesenden Stadtkommandanten wurden sofort 400 Kuiraßere herbeigeholt, die in Gemeinschaft mit dem auf dem Balle anwesenden Theil der Feuerwehr sogleich den Brand erstickten, ohne daß in der Stadt Feuerlärm entstand.

Nürnberg, 27. Febr. Zum Bau von Arbeiterwohnungen sind bereits 69,600 fl. gezeichnet. (Fr. K.)

Ansbach, 27. Februar. Der freireligiöse Advokat Herr Künzberg ist gestern Nachmittag nach kurzem Krankseyn verschieden. Ein Mann von entschiedenem Charakter und großer Gelehrsamkeit, hat sich Künzberg die Hochachtung Aller erworben, die ihn näher kannten. Als Anwalt zeichnete er sich durch einen nicht gewöhnlichen Freimuth aus; gegen wen er einmal zu Felde zog, der wurde auch nicht vor dem Sarkasmus verschont, der ihm in seinem Maße eigenthümlich war. Auch für das öffentliche politische Leben war Künzbergs thätig. Im Jahre 1849 wurde er von seinen Mitbürgern als Abgeordneter ins deutsche Parlament gewählt, dem er unseres Wissens sich dem rechten Centrum anschloß. Mit einem schaffen durchdringenden Verstande begabt, hat der Verlebte fast alle Gebiete des menschlichen Wissens durchforscht und sich so einen Schatz von Wissen gesammelt, um den ihn Gelehrte von Fach beneiden konnten. Seine Lieblingsstudien waren vergleichende Sprachwissenschaft und Geschichte. Eine Frucht letzter historischen Studien unter dem Titel „Wanderungen durch das germanische Museum" verließ im vorigen Sommer die Presse und ist bereits der Veröffentlichung übergehen. (L. M.)

Eichstätt, 27. Febr. In den Orten Buch, Schnez und Michelau herrscht schon seit mehreren Wochen eine Masern- und Scharlachkrankheit, welche den Lehrern, die sehr bösartig ist. Seit längerer Zeit sind in Schnez, welches an manchen Tagen 3—4 Todesfälle hatte, die Schulen geschlossen. (Fr. K.)

*) Auf eine Anfrage Lord Derby's im englischen Oberhaus erklärte vorgestern Lord Russel, er habe keine Bestätigung der Nachricht dieser Proklamation.

Digitized by Google

In Mailkammer (Pfalz) soll eine Familie wegen Verfertigung falscher Halbguldenstücke verhaftet worden seyn.

Köln, 25. Febr. Heute Vormittags entlebte sich ein Premierlieutenant des 33. Infanterie-Regiments in seiner in der Viktoriastraße belegenen Wohnung durch einen Pistolenschuß. Man erzählt, daß eine Stunde später ein Brief mit der Ernennung des Lebendmüden Offiziers zum Hauptmann in einem anderen Regimente angekommen sey.

Wien, 25. Febr. Dieser Tage wurde hier ein Diebstahl entdeckt, der schon längere Zeit hindurch an der Nationalbank verübt worden war. Thäter ist ein in der Banknotendruckerei beschäftigter Unterstaller, der nach und nach für 16000 fl. Banknoten unterschlug.

Wien, 26. Febr. Seit einer Woche sind in den großartigen Sälen des fürstlich Liechtenstein'schen Palais auf der Landstraße Gegenstände des Schul- und Unterrichtswesens aus dem gesammten Kaiserthume Oesterreich zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt und werden an allen Tagen von einem sehr zahlreichen Publikum besichtigt. Die Anwesenheit des Kaisers bei der feierlichen Eröffnung hat die Blicke Vieler auf diese in ihrer Art neue Ausstellung gelenkt; ein erfreuliches und dankenswerthes Interesse am Schulwesen verbindet sich mit der Neugierde, um zahlreiche Besucher herbeizulocken.

Neueste Nachrichten.

München, 24. Febr. Binnen 3 oder 4 Wochen wird im Kloster der Benediktiner dahier der amerikanische Bischof Mc. Batty von Newark im Staate New-Jersey eintreffen und einige Zeit hier verweilen. Er beabsichtigt, für die katholischen Missionen in seinem Bisthume bruuche Kräfte zu gewinnen. (Lomb. Z.)

* Die preußische Regierung scheint es schon wieder zu bereuen, daß Graf Brandenburg in seinen letzten Noten und neulich in einem Ausschuß des Abgeordnetenhauses sich so offen für den kleindeutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze ausgesprochen hatte. Hiedurch ermuthigt, hatte der Ausschuß in der motivirten Beschluß, den er dem Haus bezüglich der deutschen Frage vorschlagen wollte, einige Kraftstellen aus dem bezüglichen Antrag der Fortschrittspartei aufgenommen, als z. B., „daß bei den unterenbaren Zusammenhange einer nationalen und liberalen Politik die Königl. (preuß.) Staatsregierung nur durch ein rückhaltloses Eingehen auf das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes und durch den gleichzeitigen freisinnigen Ausbau der preußischen Verfassung die zur Erreichung dieses großartigen Zieles nothwendigen Sympathien Deutschlands erwerben kann, daß gegentheilen Bestrebungen gegenüber ein entschiedenes Handeln unabweislich ist" ꝛc. und war schließlich zu dem Antrag gekommen, „daß die königliche (preuß.) Staatsregierung im vollen Bewußtseyn ihres deutschen Berufs diese bundesstaatliche Organisation offen als das Ziel ihrer Politik hinstellen und zunächst durch Vereinbarungen mit den deutschen Staaten ihrer Verwirklichung entgegenzuführen streben möge." Der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff war in dieser Ausschußsitzung nicht erschienen, dagegen erklärte der Regierungskommissär Herke, die Staatsregierung sey weder mit den Motiven noch mit der Resolution einverstanden. Der Eindruck dieser Erklärung war ein solcher, daß von mehreren Ausschußmitgliedern geäußert wurde, auf eine Einigung mit der Regierung in Bezug auf den einzuhringenden Antrag werde wohl Niemand mehr hoffen. Also können sich die Herren in Berlin selbst nicht darüber einigen, was sie eigentlich in der deutschen Frage wollen.

Wien, 26. Febr. Wenn man aus Erfahrung weiß, daß Kaiser Napoleon seine Handlungen und Politik keineswegs von den Ideen seines radikalen Vetters allzusehr influenziren läßt, so ist es deßhalb dennoch nicht minder richtig, daß ein Theil von den Ideen des Prinzen Napoleon stets, wenn auch in einer den jedesmaligen Verhältnissen zusagenden Form, in der Politik seines kaiserlichen Vetters seine Berücksichtigung und Geltung fand. Findet auch nur ein Drittel des vom Prinzen Napoleon im Senate gelesenen Adreß- seines Programms Gnade vor den Augen seines Vetters, so ist es allerdings begreiflich, daß man an mancherlei Orten, und unter diesen auch hier, nachdenklich gestimmt worden ist. Was insbesondere hier einen tiefen Eindruck gemacht hat, ist der Berichtigungsbrief, welchen Prinz Napoleon den Verträgen von 1815 erklärt hat. Ist unser Allem, was er aus Tapet brachte, auch nur dieser eine Punkt in Uebereinstimmung mit den Gedanken seines Vetters, und sagt hat man gerade seine besonderen Motive zu diesem Zweifeln, so ist hiermit genug Beunruhigungsstoff in die Welt hinausgeschleudert, um auch denn nicht gerade eine Friedenszuversicht aufkommen zu lassen, wenn sich selbst für den Augenblick kein unruhiges Lüftchen rührt. (H. Bhr.)

= Nach amtlichen Mittheilungen über den Schulbesuch in Oesterreich ist derselbe beinahe vollständig in Salzburg, Niederösterreich, in Mähren und in nordwestlichen Böhmen. Vorarlberg weist sogar mehr schulbesuchende als schulpflichtige Kinder nach. Ueberhaupt richtet sich die Stärke des Schulbesuches nach der Verbreitung der deutschen Nation. Wo der Besuch der Knaben ein schwacher ist, wie im Venetianischen, in Galizien, einem Theile von Ungarn, Siebenbürgen und den südslavischen Ländern, da hört jener der Mädchen beinahe ganz auf.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—	
	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.	
	5 pCt. Verei. Coupon b. K.	72—½ G.	
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	95⅝—⅞ G.	
	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.	
	4 pCt.	43 G.	
	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4.E. (G. b. R.)	103⅛ G.	
	4½ pCt. Obl. Ldst. dito.	97⅜ P.	
	4½ pCt. Obl. Anlehn. dito.	104 P.	
	4 pCt. Obl. dito.	101 P.	
	4 pCt. Obl. Ab.-R. dito.	101 P.	
	3½ pCt. Obl. dito.	87⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅛ G.	
	4½ pCt. Obl. dito.	98½—⅜ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dito.	103⅜ G.	
	3½ pCt. Obl. v. 1847	90⅛ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dito.	103⅛ P.	
	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅛ P.	
	4 pCt. Obl. dito.	92 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dito.	103⅛ P.	
	4 pCt. Obl. dito.	100⅛ P.	
	3½ pCt. Obl. dito.	86⅛ P.	
Frankfurt	4½ pCt. Obl. dito.	98⅜ P.	
	4 pCt. Obl. dito.	93 G.	
Spanien	3 pCt. ins. Sch. P. 1 L. 2. 3.	18 G.	
	2 pCt.	43⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	104⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1173/4 P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	172—70½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	205—6 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	90 P.	
Mitteldeutsche Kreditbanken	85½ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	888 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67 P. 66½ G.	
Oest. F. St. Eisb. pCt. 300 Fr. à 26 Kr.	235 P.	
" Eisenb.-Eisenbahn à pCt.	111 P.	
" Eisenb.-Eisenbahn Prior. à pCt.	74⅞ P.	
Rheinische Eisenbahn à Thlr. à 100 à pCt. Z.	96 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à pCt.	1307/8 P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4⅓ pCt.	104⅜ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligs. à 3 pCt.	85⅛ P.	
Bohld. Bank-Akt., 130 pCt. Einz.	250 G.	
Span. Handels- u. Industrie- "	510 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Peroire	472 P.	
Bayr. Ostbahn à 4⅓ pCt. vollehbez.	106⅛ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106⅛ P.	
Provinzialin (Pensverein) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. k. 100 L. S.	98⅜ G.
Augsb. k. 100 L. S.	99⅛ G.
Berlin 8t. 60 L. S.	105 B. 104⅝ G.
Bremen 8d. 60 Ld. L. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 L. S.	105 B. —
Hamb. Bk. 100 L. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 L. S.	105 B.
London kst. 10 L. S.	118 B. 117⅝ G.
" 2 Mo. 2 Mo. L. S.	117⅝ G.
Mail. I. S. L. 250 L. S.	93⅛ G.
Paris Fr. 300 L. S.	93⅜ P. 93 G.
Triest k. 100 L. S.	—
Wien k. 100 L. S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 8st. W. L. S.	85⅜ B.
Disconto	8 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100¼ P.	Kurhessen. Thlr. 40 b. K.	37½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63¼ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	1321/2 P.
" fl. 500 v. 1860 à/7	64½—⅝ G.	" fl. 25 do.	31¼ P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	109 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅞ G.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. Sch.	1221/4 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Cesse d. 14	—	St. Ludwich m. 25½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	95¼ P.	Venedig-Loose fl. 10.	19 P. 18⅞ G.
Badische fl. 35	—	Anab.-Unmesch. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 28. Februar. Die Börse eröffnete in günstigerer Stimmung, ermattete etwas in ihrem Verlaufe, und österreich. National, englische Metallwaaren v. J. 1859 und Kreditaktien schlossen heilläufig wie gestern, Banknoten sogar noch niedriger. Von sonstigen Banknoten fanden Darmstädter und Luxemburger Käufer zu höheren Kursen. Das Geschäft war ziemlich belebt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Teru gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 61-62. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 3. März 1862.

Zum deutschen Handelsgesetzbuch.

Das Justizministerium hat, wie schon kurz erwähnt, ein Zirkular erlassen, worin es die Gewerbtreibenden auf das mit dem 1. Juli l. Js. ins Leben tretende Handelsgesetzbuch aufmerksam macht, da dasselbe in mehrfacher Beziehung in empfindlicher Weise in bestehende Verhältnisse eingreift. Eine verspätete Berücksichtigung des Gesetzes, sowie des hiezu erlassenen Einführungsgesetzes könnte manchem Geschäftsmanne zu großem Nachtheile gereichen, weßhalb das Ministerium zu einer baldigen und sorgfältigen Kenntnißnahme beider Gesetze ermahnt, damit ein Jeder, den sie angehen, die etwa erforderlich werdenden Maßregeln vor dem 1. Juli treffen könne. Das Ministerium bezeichnet zugleich in dem Zirkular einige der wichtigsten Punkte, die vor Allem ins Auge gefaßt werden müssen und die wir hier in Kürze wiedergeben.

Vor Allem ist zu beachten, daß das Handelsgesetzbuch privatrechtliche Bestimmungen enthält, ohne die Gesetze und Verordnungen über das Gewerbswesen irgendwie zu berühren. Von den Geschäftsleuten sind es vorzugsweise die Kaufleute, welche mit dem Gesetze sich näher bekannt zu machen haben. Die Frage, wer als Kaufmann gelten soll, ist aber nicht nach dem gewerbspolizeilichen und gewerbsteuerlichen Vorschriften, sondern nach dem Handelsgesetzbuche selbst zu beantworten. Wenn es sich darum handelt, ob bei der Besteuerung seines Gewerbs Jemand in die Klasse der Kaufleute, der Fabrikanten oder der Handwerker einzuweisen ist, ob er zur Theilnahme am Handelsrath, am Fabrikrath rc. befugt ist u. dgl. m., dann entscheiden die bisher bestehenden Gesetze. Fragt es sich dagegen, wer in Bezug auf Civilrechtsstreitigkeiten als Kaufmann angesehen werden soll, oder ob ein Geschäftsmann eine Firma annehmen und führen kann, welche in die bei den Handelsgerichten zu führenden Handelsregister eingetragen werden muß oder darf; ob es ihm zukommt, einen mit den im Handelsgesetzbuche festgesetzten Rechten und Pflichten ausgestatteten Prokuristen zu bestellen, oder ob er Handelsbücher zu führen schuldig ist; fragt es sich, ob seine Verbindung mit andern Geschäftsgenossen zum gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe als eine Handelsgesellschaft angesehen werden kann, welche Rechte also die Gläubiger der in der betreffenden Geschäftsverbindung stehenden Personen auf das gemeinschaftliche Vermögen der Betheiligten haben, oder endlich, ob einem Geschäftsmanne diejenigen Rechte zustehen, welche das Handelsgesetzbuch nur den Kaufleuten, z. B. in Betreff der Berjährlichkeit ihrer Forderungen, beilegt: dann sind bloß die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches maßgebend. Diese führen aber häufig zu ganz andern und zum Theil viel weiter gehenden Resultaten, als die Gewerbegesetze. Aber nicht allein für die durch das Handelsgesetzbuch bestimmten Rechtsverhältnisse ist der darin festgesetzte Begriff des Kaufmanns maßgebend, sondern nach Art. 6 des Einführungsgesetzes auch dann, wenn nach den Bestimmungen des sonstigen bürgerlichen Rechts oder der Prozeßgesetze Rechte oder Verpflichtungen davon abhängig gemacht werden, daß eine Person ein Kaufmann sey.

Das Handelsgesetzbuch unterscheidet nicht zwischen Kaufmann, Fabrikant oder Handelsmann, es bezeichnet auch nicht allein diese mit dem Ausdruck Kaufmann, sondern noch eine Reihe von andern Gewerbtreibenden. Wer diese sind, erhellt zunächst aus Art. 4, 271 und 272 jenes Gesetzbuches, in welchem verordnet ist, daß Jeder, der gewerbsmäßig Handelsgeschäfte betreibt, als Kaufmann anzusehen ist, und in denen jene Geschäfte vorgezählt sind, die als Handelsgeschäfte gelten sollen. Hienach ist ein Kaufmann, wer gewerbsmäßig, also nicht bloß gelegentlich, das eine oder das andere Mal, und wenn er gerade aus einem zufällig sich ihm darbietenden Geschäfte einen Vortheil erhofft, sondern in häufigeren Wiederholungen und in der Absicht, seinen Lebenserwerb ganz oder zum Theil auf solche Handlungen zu begründen: 1) Waaren oder andere bewegliche Sachen (z. B. Vieh, Lebensmittel, Thierfelle), wer Staatspapier, Aktien, oder andere für den Handelsverkehr bestimmte Werthpapiere kauft oder in anderer Weise anschafft (z. B. eintauscht), um dieselben wieder zu veräußern. Es ist dabei nicht nothwendig, was bisweilen als eine Wesentheit des Handels angesehen wird, daß die angekauften oder sonstwie angeschafften Gegenstände in derselben Gestalt wieder verkauft werden sollen, in welcher sie erworben worden sind. Der betreffende Geschäftsmann ist und bleibt vielmehr auch dann ein Kaufmann, wenn er diese Gegenstände zuvor bearbeitet oder verarbeitet, um dieselben nur in veränderter Gestalt wieder zu verkaufen. Zu den Kaufleuten im Sinne des Handelsgesetzbuches gehört demnach auch, wer die oben beispielsweise angeführten Thierfelle, die er gewerbemäßig anzukaufen pflegt, erst gerbt, um sie als Leder wieder zu verkaufen, oder wer Leder kauft, um daßelbe zu Schuhen verarbeitet wieder an den Mann zu bringen, selbst wenn seine Verkaufsgeschäfte im Hinblick auf Art. 273 Abs. 3 des Handelsgesetzbuches nicht als Handelsgeschäfte erschienen*) und somit die Eigenschaft als Kaufmann für den betreffenden Gewerbtreibenden nur durch seine Ankaufsgeschäfte begründet wird. Dagegen ist es nöthig, daß ein Anschaffen der beweglichen Sachen vorliege, und es gehört deßhalb nach der Anfassung des Handelsgesetzbuches nicht zu den Kaufleuten, wer die beweglichen Gegenstände, die er verkaufen will, lediglich selbst produzirt, also z. B. nicht der Landwirth, der Getreide über seinen Hausbedarf in der Absicht baut, es zu verkaufen. Aus dem Bisherigen ergibt sich, daß die Rechte und Pflichten eines Kaufmannes, welche das Handelsgesetzbuch festsetzt, sortan Geschäftsleuten zukommen werden, welche bisher als Handwerker bezeichnet worden sind; wobei nur dahingehe nicht übersehen werden darf, was in der Folge mehrfach über den Einfluß eines handwerksmäßigen Geschäftsbetriebes bemerkt ist. Ferner ist ein Kaufmann, wer gewerbsmäßig 2) die Lieferung von den unter Ziff. 1 genannten Gegenständen übernimmt, wer er diese Gegenstände zum Zweck der Lieferung anschafft, also z. B. wer gewerbsmäßig an Eisenbahnanstalten oder Gaswerke rc. die benöthigten und zu diesem Zwecke anderweitig angekauften Steinkohlen, für großartige Mühlwerke das zu diesem Zweck auf dem Lande zusammengekaufte Getraide liefert u. dgl.; sodann wer 3) Präminenvertheilungen oder 4) die Veröffentlichung von Gütern oder Reisenden zur Beförderung übernimmt. Ein Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches ist weiterhin auch, wer gewerbemäßig 5) die Bearbeitung und Verarbeitung beweglicher Sachen für Andere übernimmt, jedoch nur dann, wenn der Gewerbebetrieb des Unternehmers über den Umfang des Handwerks hinausgeht (große Färbereien, Kattundruckereien rc.). Die hier unter Ziff. 5 genannten Personen unterscheiden sich von den unter Ziff. 1 angeführten darnach, daß sie nicht, wie die letzteren, dir zu bearbeitenden oder zu verarbeitenden Stoffe selbst anzuschaffen, um sie nach der Bearbeitung oder Verarbeitung zu verkaufen, sey es, daß der betreffende Geschäftsmann in Vortadt, sey es, daß er nur auf einzelne Bestellungen hin arbeitet, sondern daß sie jene Stoffe von Andern bekommen, um dieselben in einer durch die Arbeit verändernden Gestalt dem Eigenthümer zurückzugeben. Wer sich demnach Kleiderstoffe bestellt oder regelmäßig aus Schnittwaarenhandlungen für eigene Rechnung entnimmt, um sie zu Kleidern zu verarbeiten und dann an seine Kunden abzulassen, der macht, so oft er dieß thut, ein Handelsgeschäft und wird, wenn er es gewerbemäßig betreibt, im Hinblick auf Ziff. 1 als ein Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs angesehen werden müssen, auch wenn sein Geschäftsbetrieb nur so groß ist, daß man ihn allgemein noch zu den Handwerkern rechnet. Wer dagegen nur die von seinen Kunden selbst angeschafften Kleiderstoffe für diese verarbeitet, macht nur kein Handelsgeschäfte und ist nur dann ein Kaufmann, wenn er dieses Geschäft so großartig betreibt,

*) D. h. wenn er nicht in Vortadt, sondern nur auf Bestellung die angekaufte Waare verarbeitet, z. B. der Schuster das von ihm zuvor angekaufte Leder.

Digitized by Google

daß dasselbe nicht mehr als ein Handwerksbetrieb gelten kann, sondern dem Dimensionen eines Fabrikbetriebes annimmt. 6) Wer Bankier und Wechselgeschäfte macht. 7) wer die Geschäfte eines Kommissionärs, Spediteurs und Frachtführers, sowie die Geschäfte der für den Verkehr mit Personen bestimmten Anstalten (z. B. der Omnibus-Linien, Dampfschiffahrtsunternehmungen), 8) wer die Vermittlung oder den Abschluß von Handelsgeschäften für andere Personen (z. B. Handelsagentschaften), 9) wer die Geschäfte des Buchermachers, des Buch- und Kunsthandels oder eine große, nicht in das Bereich der Handwerke fallende Druckerei gewerbemäßig betreibt, ist thatsächlich Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches. Alle diese Personen nennt das Handelsgesetzbuch Kaufleute. Aber nicht auf alle sollen aufgezählten Geschäftsleute finden die sämmtlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches Anwendung. Zwar werden auf alle unter die Ziffern 1—9 fallenden Gewerbetreibenden diejenigen Bestimmungen, welche im ersten Titel des ersten Buches und im dritten und vierten Buche des Handelsgesetzbuches verzeichnet sind, somit z. B. die Bestimmungen des Art. 280 und 290 über die Beweiskräftigkeit der Forderungen, des Art. 300 über die Anweisungen, des Art. 309 über die Bestellung von Faustpfändern u. s. w. anwendbar sein. Dahinter wird von den Bestimmungen über die Handlungsbevollmächtigten und die Handlungsgehilfen gelten. Dagegen sind mehrere kaufmännische Rechtsverhältnisse, die gerade zu den wichtigeren zählen, solchen Geschäftsleuten vorbehalten, welche man auch im gewöhnlichen Leben als Kaufleute anzudeuten pflegt. Zu den Kaufleuten im Sinne des Handelsgesetzbuches gehören allerdings auch die Höker, Tändler und Hausierer, und nicht minder die Wirthe, 9) sie betreiben Sachen gewerbemäßig kaufen, um sie an Andere zu verkaufen; ebenso der gewöhnliche Fuhrmann und der gewöhnliche Flußschiffer, weil sie die Geschäfte des Frachtführers gewerbemäßig betreiben — Dadurch ist auch bei dem Schuhmacher der Fall, der selbst bei einem ganz geringfügigen Geschäftsbetriebe das Leder zu den bei ihm bestellten Schuhen hierfür, und nicht bei dem Schneider, welcher mitunter selbst bei ganz zweifellos handwerksmäßigem Geschäftsbetriebe den Stoff zu den von ihm gefertigten Kleidern stellt. Gleichwohl finden auf sie (Art. 10 des Handelsgesetzbuches) die Bestimmungen über die Firmen, die Handelsbücher und die Prokuren keine Anwendung und sind ihre Assoziationen nicht als Handelsgesellschaften zu betrachten. Diese Personen, sowie alle Geschäftsleute, welche zwar gewerbemäßig Handelsgeschäfte betreiben, deren Geschäftsbetrieb aber über den Umfang des Handwerksbetriebes nicht hinausgeht, können dennzufolge weder verlangen, daß ihre Firmen in die bei den Handelsgerichten zu führenden Handelsregister eingeführt werden, noch sind sie verbunden, dieselben einzutragen zu lassen, sie sind nicht schuldig, die im Handelsgesetzbuche vorgeschriebenen Bücher zu führen, und wenn sie solche führen, so haben sie auf eine Beweiskraft derselben nach Art. der Handelsbücher keinen Anspruch. Sie können keine Prokuristen bestellen und sind zur Eintragung ihrer Bevollmächtigten, wenn sie etwa einen solchen Namen beilegen möchten, in die Handelsregister weder verpflichtet noch berechtigt; endlich haben ihre Geschäfts-Assoziationen nicht den Charakter von Handelsgesellschaften. Diese Personen sind demnach Kaufleute mit beschränkten Rechten und Pflichten.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Der „Allg. Ztg." schreibt man aus Frankfurt, 27. Febr.: Oesterreich soll damit umgehen, den Antrag zu stellen, die Bundesversammlung möge mit den Versammlungen von Delegirten der deutschen Ständekammern einen ersten Versuch machen durch Einberufung einer Delegirtenversammlung ad hoc zum Zweck der Annahme des allgemeinen Zivilprozesses und Obligationenrechts. (Das wäre sehr gut!)

Preußen. Berlin, 27. Febr. In der gestrigen Sitzung der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses kam der Anhalt-Dessau'sche Verfassungs-Angelegenheit zur Sprache. Eine Anzahl von Einwohnern der Stadt Halle hat nämlich ihre bezügliche Petition vom vorigen Jahre, welche wegen Schlusses der Session im Hause nicht mehr zur Verhandlung gekommen war, erneuert. Der Regierungskommissär Abeken gab die Erklärung ab, daß für die Staatsregierung keine Veranlassung vorliege, sich über die Rechtsgiltigkeit der jetzt in Dessau bestehenden Verfassung auszusprechen, weil dies eine rein innere Angelegenheit eines unabhängigen deutschen Staates sei. (Bei Kurhessen macht es die preuß. Regierung nicht so — oder traut — Bauer, das ist ganz was anderes.) Diese Erklärung erregte somit mehr Verwunderung und Mißvergnügen, als Beifall, und auch die anhaltische Sache überreis mehrfach an den Bundestag gekommen, aber in einem Ausschuß begraben ist. Die Kommission beschloß, den Hause die Resolution vorzuschlagen, wie es dringend geboten sey, daß die k. Regierung für Wiederherstellung der Anhalt-Dessauischen Verfassung vom 29. Okt. 1848 und alsbaldige Berufung einer Volksvertretung auf Grund des Wahlgesetzes vom 24. Februar 1849 eintrete.

Berlin, 25. Febr. Die Anstrengungen, welche die Minister machen, den König zur Anerkennung des italienischen Königreichs zu bestimmen, werden von den einflußreichen Gliedern des königlichen Hauses lebhaft unterstützt und daher konnte es nicht fehlen, daß die Gegnungen der Abneigung in der That erschüttert worden sind. Der Kampf in seinem Innern ist offenbar kein geringer. Man braucht sich nur in seine Anschauungen hinein zu versetzen. Der König hat es bei seiner Gelegenheit verhehlt, daß die Dinge in Italien über Sieg der Revolution über das Fürstenrecht und die Mittel, wodurch er errungen worden ist, ihm vollständig zuwider sind, und die scharfe Betonung des Königthums von Gottes Gnaden bei den verschiedensten Gelegenheiten war ganz allein der Ausdruck dieser Anschauungen und Gefühle. Von dieser Auffassung hat er sich auch jetzt noch keineswegs losgesagt und die Gegner der Anerkennung Italiens stellen den Monarchen daher vor, daß es um Widerspruche mit seinen laut verkündeten Grundsätzen stehen würde, wenn er sich denen finden liege, das durch den Sturz anderer Throne geschaffene neue Reich als zu Recht bestehend anzuerkennen. Es ist begreiflich, daß dies Eindruck auf ihn macht. Daneben werden aber auch noch andere, dem Gebiete der Staatsinteressen entnommene Gründe ihm vorgestellt. Man sagt nämlich: Der Kaiser der Franzosen hat Krieg geführt, um die Grenzen seines Reiches zu erweitern und einen herrschenden Einfluß auf Italien zu gewinnen. Trotz des scheinbaren Festhaltens an den Verträgen von Villafranca und Zürich war es daher auch für den Kaiser eine unvermeidliche Konsequenz seiner Politik, die Anerkennung auszusprechen, wiewohl dabei noch immer die Rücksicht beobachtet wurde, nur den König Viktor Emanuel, nicht aber das Königreich, also auch nicht die Herrschaft über alle seine Erwerbungen anzuerkennen. Zu diesem Schritt wurde der Kaiser überdies durch den Vortritt Englands bestimmt, welches die Hoffnung hegte, durch eine schleunige und unbedingte Anerkennung dem Könige das Mittel zu bieten, sich von Frankreich unabhängig zu machen, um später in das englische Interesse gezogen zu werden. Diese Absicht ist gänzlich verfehlt worden und mußte ernste so scharfsichtigen Politiker wie Kroelens gegenüber, fehl gehen. Allmählich konnte es zugeben, daß England die Früchte seiner Erfolge ernten und sein an Hülfsmitteln unerschöpflicher Geist bringt heute so viele und mit so vieler Feinheit in Anwendung, daß man im Turin selbst die Hoffnung aufgegeben hat, sich der französischen Leitung entziehen zu können. Der lose zusammenhängende Bau des italienischen Staates hängt lediglich von dem Willen Frankreichs ab und bei der deutlichen Erkenntniß dieses Verhältnisses hat man sich darein ergeben, immer und überall mit Frankreich zu gehen. Wenn England in dieser Lage der Dinge nichts zu ändern vermocht hat, so wird dies noch weniger durch eine preußische Anerkennung geschehen, damit vielmehr nur den französischen Interessen in die Hände gearbeitet werden." Von dieser Seite stützen die Gegner der Anerkennung dem Könige die Sachlage vor, ob sie aber damit die andere Partei aus dem Felde schlagen werden, ist immer noch zweifelhaft. (D. A.)

Berlin, 26. Febr. Daß es in der kurhessischen Frage dem Grafen Bernstorff gelungen wäre, zu einer Transaktion mit Oesterreich, welche von der Wiederherstellung des kurhessischen Wahlgesetzes von 1849 Abstand nimmt, die Zustimmung der hessischen Opposition zu erlangen, dazu sind keine Aussichten vorhanden. Die Opposition in Kurhessen verlangt in der unzweideutigsten Weise Wiederherstellung ihrer gekommenen verfassungsmäßigen Rechte, und ist der Ansicht, daß das Aufgeben eines Rechtes auch den Verzicht auf die übrigen Rechte in Frage stellen würde; sie beklagt die Halbheit des preuß. Kabinetts, welches zu einer schwächlichen und inkonsequenten Vermittlung die Hand bietet. Ebenjowenig befriedigt die deutsche Politik des Grafen Bernstorff. Graf Bernstorff bekennt sich dem engeren Bundesstaat in dem weiteren Staatenbund. Dies ist ein zwischenhergehendes Schwanken, dessen auch Oesterreich, und zwar mit größerem Erfolg als Preußen, sich bedienen und das zu zwei Bundesstaaten, einem kleinen norddeutschen und einem größeren süddeutschen, führen kann, wofern man es nicht vorzieht, zu dem

Digitized by Google

Bundestag zurückzuberufen, dessen Rechtsbestand Hr. v. Bernstorff fortdauernd anerkennt, während die Mehrheit des Abgeordnetenhauses nichts davon wissen will.*) Auch die innere Politik der Regierung pökelt in der Bundesvertretung auf Widerstand. In der Kommission, welche den Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer berath, hatte der Führer des rechten Centrum, Herr v. Bockum-Dolffs, die Einsetzung einer Landtagskommission beantragt, welche die Akten der Oberrechnungskammer prüfen soll. Der Finanzminister erklärt, daß mit einer solchen Kommission sich weder regieren noch verwalten lasse. Richtsdestoweniger hat die Kommission des Abgeordnetenhauses den Antrag des Hrn. v. Bockum-Dolffs mit zehn gegen zwei Stimmen angenommen, und unter den Zustimmenden befand sich auch der alte Lehrer und Freund des Herrn v. Patow, der vormalige Generalsteuerdirektor Kühne. Unter diesen Umständen wird dem Ministerium von den Fortschrittspartei der Vorwurf gemacht: daß es weder in der äußern noch in der innern Politik zu einem energischen und konsequenten Handeln sich entschließen könne, daß es alle bestimmten Entscheidungen vertage, zuletzt mit halben Maßregeln sich begnüge, und bewußt oder unbewußt reaktionäre Politik treibe. Jedenfalls muß die gegenwärtige Lage als eine gänzlich zerfahrene und als eine solche bezeichnet werden, die der Kraft und des Aufschwungs entbehrt, welche die Lage Preußens und Deutschlands erfordert. (A. Z.)

Bromberg, 25. Febr. In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde auch hier der Antrag des Magistrats, zur Beschickung des Herrenhauses einem Deputirten der Stadt die erforderlichen Diätmittel zu bewilligen, abgelehnt.

Kurhessen. Kassel, 28. Febr. Die Angabe, daß die kurhessische Regierung die Genehmigung zur Einrichtung ambulanter Posten verlegt habe, ist unrichtig.

Oesterreich. Wien, 25. Febr. Endlich liegt der Bericht jenes „Ausschusses für konstitutionelle Verhältnisse" vor, welchen das Abgeordnetenhaus auf Mühlfeld's Antrag gewählt und zunächst mit der Aufgabe betraut hatte, einen Gesetzentwurf in Betreff der Stellung und Rechte der verschiedenen Religionsgenossenschaften und ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber in öffentlicher Beziehung, sowie der Rechte derselben gegen einander und in bürgerlicher Beziehung auszuarbeiten. Das entworfene Gesetz ist bereits dem Wiener noch aus früheren Mittheilungen bekannt. Es stellt in dem ersten Abschnitte die allgemeinen Grundsätze über Religionsverhältnisse in der Ordnung fest, daß im ersten Kapitel die Religionsfreiheit überhaupt geschert ist, im zweiten Kapitel dieser gemäß die freie Wahl des Religionsbekenntnisses geschützt wird, und im dritten Kapitel die Normen über das Religionsbekenntniß der Kinder, von denen Seite eine freie Wahl noch nicht eintreten kann, enthalten sind, im vierten Kapitel aber die Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von der Religion ausgesprochen und in ihren Folgen durchgeführt erscheint. Der zweite Abschnitt des Gesetzes gibt die Grundsätze und Vorschriften, welche nicht auf Kirchen- und Religionsgenossenschaften insbesondere sich beziehen. Die Prinzipien, auf welchen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs beruhen, sind: Glaubens- und Gewissensfreiheit mit freier Religionsübung; Freiheit der Kirche und Selbständigkeit derselben in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten sowie ihres Vermögens, aber auch Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse und Unabhängigkeit des Staats und der durch ihn gewahrten bürgerlichen und politischen Rechte von der Religion; endlich Unterordnung der Kirche im Staate unter das öffentliche Wohl, die durch den Zweck desselben begründete Staatsgewalt und die hiezu als Mittel dienenden Staatsgesetze. Vor Allem ist hervorzuheben, wie der Ausschuß in seiner Majorität (4 unter den 15 Mitgliedern, nämlich Bischof Jirsik, Bischof Litwinowicz, Abt Eder und Graf Belcredi-Seelowitz haben, ohne einen Minoritätsantrag zu formuliren, ihre prinzipielle Meinungsverschiedenheit erklärt) das Verhältniß des Religionsgesetzentwurfs zum Konkordat auffaßt. Diese Auffassung ist im 71. Artikel, dem Schlußartikel des Gesetzentwurfs, ausgesprochen, welcher lautet: „Die den vorgesehenen Grundsätzen und Vorschriften widerstreitenden Bestimmungen der bisherigen Gesetze, auf welcher Grundlage sie auch beruhen und in welcher Form sie erlassen seyn mögen, können in den Königreichen und Ländern, für welche dieses Gesetz kund gemacht wird, zu keiner Anwendung mehr kommen." Es ist damit also ausgesprochen, daß seiner Ansicht nach das am 18. August 1855 abgeschlossene Konkordat kein rechtlicher Hinderniß des neuen Gesetzes ist. Man erwartet mit großer Spannung, daß das Abgeordnetenhaus diese große Frage jetzt bald auf die Tagesordnung seiner Verhandlungen setzt. (D. Volksz.)

Wien, 26. Februar. Das böswillig verbreitete Gerücht, Se. Maj. der Kaiser werde, um der Verfassungsfeier aus dem Wege zu gehen, eine Reise nach Venedig antreten, hat sich nicht bestätigt. Das Gerücht knüpfte sich an die noch immer weit verbreitete Annahme, daß der Kaiser dem ganzen Verfassungswesen abhold sey und sich in dasselbe nur widerwillig schicke. Der Kaiser ist freilich kein begeisterter Anhänger des Konstitutionalismus. Das läßt sich schon nach seiner ganzen Erziehung und den Einflüssen, unter denen er gelebt, nicht erwarten. Aber von der anderen Seite weiß man doch, daß kein unabweisbarer Zwang ihn genöthigt, der absoluten Gewalt zu entsagen, Oesterreich in die Reihe der verfassungsmäßig regierten Staaten einzuführen und seiner Machtvollkommenheit Schranken zu setzen. Franz Joseph hat diesen großen Schritt mit voller Freiheit der Selbstentschließung gethan, nachdem er Einsicht gewonnen, daß derselbe eben so zum Heile des Staates wie der Dynastie gereichen werde. Das perfönliche Opfer, welches in einem solchen Schritte liegt, wird freilich kein Monarch mit leichtem Herzen bringen. Aber wenn es einmal gebracht worden und wenn es, wie doch allem Anscheine nach bei uns, nur heilsame Früchte zu tragen verheißt: so liegt viel mehr Grund zu der Annahme vor, daß der Darbringer einer solchen Opfers mehr mit Befriedigung und Genugthuung als mit Unmuth auf eine Feier desselben blicke. Und in der That gibt das von dem Kaiser Franz Joseph, Es ist freilich bekannt, daß der Kaiser, vermöge seiner raschen, lebendigen Auffassungsgabe, mehr als schwerfälligere Geister für einen Wechsel der Ansichten durch eine geschickte Darstellung gewonnen werden kann. Aber in seiner Ueberzeugung von der Erspießlichkeit verfassungsmäßiger Zustände für Oesterreich hat der Kaiser, seit er dieselbe gewonnen, noch nicht geschwankt. (Z. f. Nordd.)

Wien, 1. März. Das Unterhaus nahm in seiner heutigen Sitzung unter Zustimmung der Minister im Prinzip die Freigebung der Advokatur an; die Kommission hat jedoch gewisse Bedingungen vorgeschlagen, woran diese Freigebung geknüpft seyn soll. (Tel. d. Fr. J.)

Pesth, 1. März. Der Expektative Advokat, Szilagyi, eines der lärmendsten Mitglieder der radikalen Partei und im März vorigen Jahres zur Zeit der Wahlen Abgott der kleinen Gewerbetreibenden in Pesth, in deren Interesse er die Abschaffung der Gewerbefreiheit durchgesetzt hatte, ist verhaftet worden.

Großbritannien.

„Times" wundert sich, daß man im Parlament gegen die unerhörten Gräuel, die in China von den Aufständischen verübt würden, nichts zu sagen habe; Blut fließe dort wie Wasser und ganze Städte würden abgebrannt. Im Süden des Landes seyen die Gewaltthätigen gegen die Industriellen aufgestanden und Niemand sey da, um Widerstand zu leisten. Die Seidenstrikte China's zählten zu den blühendsten Landstrichen auf Erden; Kanghow, die Hauptstadt, ist das Eindurg China's; von dort kommt die Seide nach Shangai und Ningpo; Letzteres war eine alte Stadt, bekannt durch ihr ausgedehnte Bankgeschäfte. In diesen Distrikt sind nun in den letzten Monaten die mit dem Namen Rebellen ungeeignet bezeichneten Nordbarbarenbanden eingefallen; ihr nächstes Ziel war Hangchow, das die reiche Seide erfrucht; allein dieses hatte eine starke Garnison und die reichen Einwohner hatten einen Piratenchef zu ihrer Vertheidigung gemiethet. Die Rebellen nahmen daher zunächst die Städte in der Umgegend, darunter Shaanding, die Kornkammer Hangchow's, und wandten sich dann gegen Ningpo. Der englische Konsul sandte ihnen ein Kanonenboot entgegen, konnte aber nichts weiter erlangen, als daß der Rebellenchef seine Frist von acht Tagen gewährte, um den Fremden Zeit zu lassen die Stadt zu räumen, dann werde er sie wie eine Nuß knacken. Wirklich kamen die Rebellen nach acht Tagen und erkletterten die Mauern ohne alle Gegenwehr; die

*) Graf Bernstorff sagte hierüber neulich in der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses wörtlich: „Von dem bestehenden Bundesvertrage ausgehend, hält sie (die preußische Regierung) den Bildung eines engeren Vereines deutscher Staaten innerhalb des Bundes in der Weise für wünschenswerth und für das Ganze ersprießlich, daß in dem Vorstande dieses Vereins das militärische Oberkommando und die Vertretung nach Außen vereinigt werde, zur Mitwirkung an der gemeinsamen Lösung von Aufgaben des inneren Staatslebens aber eine parlamentarische Vertretung aus den betheiligten Staaten dem Vorstande zur Seite trete. Wie die Bildung des Vereins selbst, müßte auch die nähere Bestimmung seiner Grundlagen und Modalitäten der freien Vereinbarung vorbehalten bleiben, und es haben deshalb folgerichtig für denselben treue die stimmte Grenzen in Bezug auf seinen äußeren Umfang gezogen werden können."

Digitized by Google

chinesischen Kaufleute und Krämer waren entflohen; die Mandarinen liefen wie Hunde davon. Der Gouverneur wurde von einem französischen, der Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht von einem englischen Kriegsschiff getettet. Nur der Richter nahm seinen Sitz ein und erwartete den langhaarigen Rebellenchef; er wurde natürlich niedergestoßen. So fiel eine der stärksten chinesischen Städte ohne Schwertstreich; in wenigen Stunden war das Blutbad vorüber. „Glücklicherweise, sagt sie, lagen englische Kanonenboote auf dem Fluß und der Konsul setzte es durch, daß der Theil der Stadt, in dem das Konsulatgebäude steht, verschont blieb; dahin flüchteten nun die zitternden Chinesen. Als Handelsplatz ist Ningpo verloren, solange diese Elenden es im Besitz haben; da sie Alles verwüstet, können sie nicht lange vorhalten; nun soll die Reihe an Schanghai kommen, wenn wir es noch ferner mit ansehen. Es ist schwer zu bestimmen, was in dieser Sache unsere Pflicht ist; wir können die Räuber in China nicht ausrotten, allein wir hätten doch eine einzige Kartätschensalve Ningpo retten können; da dieß es aber, „wir sind eine neutrale Macht." Wir machen nun im Myrtlo der Anarchie ein Ende, und unter Mord, Raub und Brand vor unseren Augen, und unsere Konsuln müssen sich auf Ermahnungen und leere Drohungen beschränken." So die „Times", deren plötzlich erwachtes Mitgefühl für die unglücklichen Chinesen zum größten Theil wohl aus der egoistischen Besorgniß über die Störung des Seidenhandels entsprungen dürfte.

London, 1. März. In der gestrigen Sitzung des Hauses der Lords erklärte Graf Russell: „Die neulich erwähnte, barbarische Proklamation gegen die Aufständischen im Neapolitanischen sey ohne Ermäßigung der Turiner Regierung von dem betreffenden Truppenkommandanten veröffentlicht worden." Ein schöner Zustand das, wenn die Regierung sich so wenig auf ihre Untergebenen verlassen kann, daß sie einmal um's andere deren Verfügungen umstoßen muß. Denn dieser Fall ist bekanntlich nicht der erste der Art. Beliebt wird die piemontesische Herrschaft auf diese Art sicher nicht.

(Tel. d. Frkf. Journ.)

Frankreich.

Paris, 27. Febr. Die heute durch den „Moniteur" angezeigte Suspension Renan's von seinem vor wenigen Tagen erst betretenen Lehrstuhl im Collége de France (er hatte nur eine Vorlesung gehalten) ist hier allgemein aufgefallen, selbst denjenigen, welche von seiner Ernennung überrascht gewesen waren. Man mußte, ehe man ihn ernannte, wissen, daß er die Gottheit Christi nie vertheidigt hatte. Man hätte sich also jedenfalls entweder die Ernennung oder die Absetzung ersparen und eine unnütze Aufregung sowohl unter den Gegnern, wie unter den Anhängern dieses Gelehrten vermeiden können. Man sucht natürlich nach weiteren Motiven für diesen Akt der Inkonsequenz. Daß heißt es, man wolle der klerikalen Partei für die Absetzung Lapeade's Satisfaktion bieten, bald, man werde die Demotraten für diese Renan zu Theil gewordene Behandlung durch eine neue Gewaltmaßregel gegen die Jesuiten und die Dominikaner entschädigen. Jedenfalls hat die Regierung durch dieses alternirende Ausschlagen rechts und links sich auf beiden Seiten Feinde, aber keine Freunde gemacht. — Im Quartier Latin (Studentenviertel) soll es heute mehrfache Demonstrationen gegeben haben, die man durch polizeiliches Einschreiten zu unterdrücken für nöthig hielt. — Nachschrift. Es ist sicher, daß die Studenten heute eine Demonstration zu Ehren Renan's machten. Die Polizei schritt ein. Es kam zu tumultuarischen Scenen; 200 Studenten sollen verhaftet worden seyn.

(K. Z.)

Die Vorlesung Renan's, die ihm die Suspendirung seiner Vorlesungen zugezogen hat, ist bereits in Paris bei Michel Levy (Rue Vivienne 2) zu 1 Fr. unter dem Titel: „Ueber den Antheil der semitischen Völker an der Geschichte der Civilisation", mit einem Vorworte erschienen.

Paris, 1. März. Die Verwerfung des Gesetzentwurfs in Betreff der Dotation des Generals Montauban wird von der Kommission des gesetzgebenden Körpers in einer sehr gemäßigten, aber nichtsdestoweniger kräftigen Ausführung hauptsächlich dadurch motivirt, daß die Errichtung von Majoraten gesetzlich unstatthaft ist. Mit großem Nachdruck hebt auch die Kommission die Uneigennützigkeit und den edlen Ehrgeiz hervor, welcher stets den französischen Soldaten bei Vollbringung der glorreichsten Thaten beseelt habe. Und weiter legt sie ein großes Gewicht auf den Umstand, daß die französische Staatskasse jetzt nicht so reichlich gefüllt sey, um so große Ausgaben ohne Noth auf sich nehmen zu können. — Schon sollen 150 Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sich für Verwerfung der Vorlage erklärt haben; ja die sechs Republikaner, welche darin sitzen, wollen sogar noch weiter gehen: Ollivier, Picard, Jules Favre, Darimon und Hénon sind entschlossen, im Fall der gesetzgebende Körper doch nachgeben sollte, ihr Mandat niederzulegen und an ihre Wähler zu appelliren. Die Mehrzahl dieser Leute sind in Paris, die anderen in Bordeaux und Lyon gewählt. Eine Neuwahl in diesen großen Städten würde eine lebhafte Bewegung hervorrufen. Augenblicklich machen sich doch bereits Agitationen bemerkbar, namentlich auf Betreff der neuerlich erhöhten Salz- und Zuckersteuer; vorläufig beschränken sich dieselben noch auf das Unterzeichnen von Petitionen an den Senat, aber genährt durch Wahlbewegungen könnten sie leicht einen anderen Charakter annehmen. — Im Quartier Latin ist die Ruhe gestern Nachmittag von neuem gestört worden. Renan sollte gerade seine zweite Vorlesung halten; die Studenten, wohl 2000 Mann stark, beschlossen vor das Haus Renan's zu ziehen, allein sie fanden die Straßen durch starke Polizeimassen gesperrt, eben so als sie sich vor Michelet's Wohnung, der übrigens nicht in Paris anwesend, begeben wollten. Es fanden vielfache Verhaftungen statt, was sich auch Abends wiederholte, als von neuem zahlreiche Massen sich zusammenrotteten. Ich bemerke übrigens, daß die gestrigen Demonstrationen im Gegentheil in der am Sonnabend einen entschieden regierungsfeindlichen Charakter an sich trugen. Die Aufhebung des Kurses von Renan hat unserer schon stark angefüllten politischen Atmosphäre neuen Zündstoff mitgetheilt. Man fragt sich, ob der Mann zu einem Experimente auserkoren war, das zum Zwecke hatte, der immer unzufriedener gewordenen klerikalen Welt eine Genugthuung zu geben. Daß Professor Renan zu den entschiedensten Freigeistern gehörte, wußte die Regierung schon vor seiner Anstellung. Renan hat in seiner ersten Vorlesung aber nicht allein den göttlichen Ursprung Christi, sondern auch überhaupt den alten Religionen geleugnet, und so die Regierung, wenn sie diese Lehren auch principiell hätte dulden wollen, in die Lage versetzt, von Seite der Klerikalen der anti-katholischen Propaganda angeklagt zu werden. Sie hatte nun aber, je mehr sie darauf ausgeht, die weltliche Macht des Papstes zu ruiniren, Interesse, sich den Schein vom Gegentheil zu geben, und so war ihr die Maßregel gegen Renan fataler Weise vorgeschrieben. Dem Kaiser ist der Schritt persönlich sehr unangenehm, denn er hatte an dem jungen Gelehrten seine eigene Freude.

(D. Bl.)

Italien.

Turin, 28. Febr. Aus Noto wird gemeldet, 68 Welt- und Klostergeistliche haben eine Adresse gegen die weltliche Herrschaft des Papstes unterzeichnet.

(Fr. Hdlsz.)

Berichte aus Neapel melden, daß in der Nähe des Theaters San Carlo eine Bombe geplatzt ist, ohne Jemand zu verletzen. Die darüber empörte Bevölkerung durchlief die Toledo-Straße unter dem Rufe: „Es lebe Italien, es lebe Garibaldi!" Der muthmaßliche Thäter ist verhaftet; piemontesische Blätter geben ihn für einen Bourbonisten aus.

(Fr. Hdlsz.)

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Febr. Gestern war zum Antreten an die vor einem Jahre gefallenen Polen in sämmtlichen Kirchen Warschau's ein großer Andrang. Die Gymnasiasten hatten bereits um 10 Uhr Vormittags die Erlaubniß erhalten, die Klassen verlassen zu dürfen. Jahrliche Patrouillen durchstreiften die Stadt. Die Ruhe ist nirgends gestört worden.

(T. d. Nat.-Ztg.)

Griechenland.

Athen, 22. Febr. General G. Kolokotronis hat sich nach Tripolitza begeben. Diese Stadt ist jetzt wieder ruhig, und die wenigen bewaffneten Galgenstrick haben die Flucht ergriffen. Die Behörden haben ihre regelmäßige Thätigkeit wieder begonnen. — Die t. Kassen wurden in Tripolitza und Nauplia aufgeraubt.

(Allg. Z.)

Amerika.

New-York, 15. Febr. Die Bundestruppen haben Edenton und Springfield in Georgien besetzt, alle Kanonenboote der Südstaaten daselbst genommen und die Wasserleitungen von Savannah abgeschnitten. Das ist durch jene Flotte und Truppen-Abtheilung geschehen, welche vor einiger Zeit Beaufort und Port-Royal besetzte, und die jetzt fortführt, im Rücken der Aufständischen weiter vorzugehen. Die Bundestruppen bereiten sich vor, auf Charleston zu marschiren.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. X. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

K. Hof

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 63. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 4. März 1862.

Zum deutschen Handelsgesetzbuch.

(Schluß.)

Für diejenigen Geschäftsleute, welche zu den vollberechtigten Kaufleuten gehören, sind vor Allem die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (Art. 15 – 27) und des Einführungsgesetzes (Artikel 25 – 28) über die Handelsfirmen von besonderem Interesse. Alle Handelsfirmen, sie mögen noch so lange bestehen und in die dermalen im Gebrauche befindlichen Handelsmatrikeln, Firmenbücher u. dgl. eingetragen seyn oder nicht, müssen in die neu zu errichtenden Handelsregister, welche die Handelsgerichte erster Instanz zu führen haben, eingetragen werden. Die Unterlassung der zu diesem Behufe im Handelsgesetzbuch vorgeschriebenen Anmeldung der Firmen kann Ordnungsstrafen nach sich ziehen. Das ist es aber nicht allein, worauf ein besonderes Augenmerk gerichtet werden muß. Das Handelsgesetzbuch enthält nämlich auch eine Reihe von Bestimmungen darüber, wie die Handelsfirmen für die Folge einzurichten sind, und es kann nicht fehlen, daß manche der jetzt im Gebrauche befindlichen Firmen mit den entsprechenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs im Widerspruche stehen werden. Wer sich jetzt einer solchen Firma bedient und sich nicht gezwungen sehen will, dieselbe abzuändern, muß sie (Art. 26 des Einführungsgesetzes) noch vor dem 1. Oktober d. J. bei dem betreffenden Handelsgerichte anmelden. Nur dadurch vermag er sich das Recht zur Fortführung der alten Firma zu sichern. Würde diese Frist versäumt, so bliebe nichts übrig, als die Firma mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Einklang zu bringen, so empfindlich das auch für den Inhaber einer althergebrachten Firma seyn möchte.

Von einer fast noch größeren Tragweite sind die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs und des Einführungsgesetzes über die Prokuren. Der Prokurist, wie ihn das Handelsgesetzbuch allein noch kennt, darf in seinen Befugnissen vom Prinzipal Dritten gegenüber nicht beschränkt werden; er ist unabänderlich zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen befugt, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt, d. i. welche vernünftiger Weise beim Betriebe irgend eines Handelsgeschäftes, von welcher Art es auch sey, vorkommen können. Verfügungen über Grundstücke sind allein ausgenommen. Beschränkungen dieser Vollmacht sind Dritten gegenüber ohne rechtliche Wirkung. Wer also z. B. ein Handlungsgeschäft in Seidenwaaren betreibt und für dieses Geschäft einen Prokuristen bestellt, muß es sich gefallen lassen, daß die Gerichte eine Spekulation in Getreide, welche der Prokurist im Namen seines Prinzipals gemacht hat, gegen ihn für verbindlich erklären. Und hat der betreffende Prinzipal seinem Prokuristen verboten, sich in andere Geschäfte einzulassen, als diejenigen, die zum Betriebe des Seidenwaarengeschäftes gehören, so mag ihn dies dazu berechtigen, daß er seinen Prokuristen auf Uebernahme der Getreidespekulation für seine Rechnung belangt; dem Käufer und Verkäufer des Getreides gegenüber bleibt er selbst aus dem Getreidegeschäft verhaftet. Entspricht es dem Prinzipal nicht, einen Vollmachtigten mit so ausgedehnten Befugnissen zu haben, so darf er keinen Prokuristen bestellen, sondern muß sich mit Ausstellung eines Handelsbevollmächtigten (Art. 47 ff. des Handelsgesetzbuches) begnügen. Soll eine Prokura zurückgezogen werden, so kann dieß mit sicherer Wirkung gegen Dritte nur dadurch geschehen, daß die Erlöschung der Prokura in das Handelsregister eingetragen und durch das Handelsgericht veröffentlicht wird, und selbst wenn dies geschehen ist, kann es ungünstige Verhältnisse geben, unter welchen der Prinzipal doch noch durch den entlassenen Prokuristen verpflichtet wird, obschon allerdings solche Fälle zu den Seltenheiten gehören werden (Art. 46 des Handelsgesetzbuchs). Diese Bestimmungen finden vom 1. Juli 1862 an in Bayern auch auf diejenigen Prokuren Anwendung, welche vor jenem Zeitpunkte ertheilt worden sind (Einführungsgesetz Art 29, 30). Wer also dermalen der Dienste eines Prokuristen sich bedient, dem er das volle Maß dieser Machtbefugnisse nicht ertheilt, dessen Machtvollkommenheiten er vielmehr in der einen oder andern Beziehung im Bevollmächtigungsvertrage und in den Zirkularen an seine Geschäftsfreunde u. dgl. beschränkt hat, dem bleibt, wenn er nicht wünscht, daß der Prokurist vom 1. Juli 1862 an eine unbeschränkte Befugniß, für ihn zu handeln, erlange, nichts Anderes übrig, als die Zurücknehmung der Prokura, beziehungsweise die Umwandung derselben in eine Handlungsvollmacht (Art. 47 ff.), bei welcher letzteren es ihm freisteht, jede beliebige Beschränkung der Befugnisse seines Geschäftsgehilfen festzustellen. Geschieht dies aber nicht noch vor dem 1. Juli dieses Jahres, so unterliegt die Zurücknehmung der Prokura, beziehungsweise die Umwandlung derselben in eine Handlungsvollmacht den oben berührten Bestimmungen über die Erlöschung der Prokuren (Art. 46 des Handelsgesetzbuchs). Wünscht demnach ein Prinzipal die Zurücknehmung oder Umwandlung der Prokura noch nach dem bisherigen Rechte beurtheilt zu sehen, so vermag er dies nur dadurch zu erreichen, daß er die betreffende Maßregel noch vor dem genannten Termine trifft, also wenn er noch vorher die Löschung der Prokura in den bestehenden Matrikeln bewirkt und noch vorher die geeigneten Rundschreiben an seine Geschäftsfreunde ergehen läßt u. dgl.

Aehnlich verhält es sich mit den Rechtsverhältnissen der Handelsgesellschaften. In dieser Beziehung soll hier nur auf die Rechtsverhältnisse der Theilnehmer an einer offenen Handelsgesellschaft hingewiesen werden, da eine Betrachtung der verschiedenen Assoziationsformen zu weit führen würde. Während es nach dem bisherigen Rechte zulässig war, mit Wirkung gegen Dritte festzusetzen, daß bei eine oder der andere Gesellschafter zwar Rechtsgeschäfte für die Gesellschaft gültig abschließen dürfe, sich aber gewisser Geschäfte enthalten müsse, daß er also z. B. nicht befugt seyn solle, Wechsel für die Gesellschaft zu zeichnen oder zu acceptiren, läßt das neue Handelsrecht solche Beschränkungen nicht mehr zu. Ein Mitglied einer offenen Handelsgesellschaft darf entweder alle möglichen Geschäfte und Rechtshandlungen für die Gesellschaft vornehmen und selbst über deren andeweitiges Vermögen verfügen oder muß ganz von der Geschäftsführung ausgeschlossen werden (Art. 114 u. ff. des Handelsgesetzbuchs), und auch diese Ausschließung kann nach dem 1. Juli 1862 nur unter denselben Modifikationen erfolgen, wie die Zurücknehmung einer Prokura. Wo demnach eine offene Handelsgesellschaft besteht, bei welcher jetzt der eine oder der andere Gesellschafter nur eine beschränkte Befugniß hat, Geschäfte für die Gesellschaft zu machen, und bei der es den Betheiligten nicht entspricht, daß der betreffende Gesellschafter vom 1. Juli 1862 an eine Erweiterung seiner Vertretungsbefugnisse erlange, werden sich die Gesellschafter bemühen müssen, noch vor dem genannten Tage eine Vereinbarung dahin zu Stande zu bringen, daß der betreffende Gesellschafter auf alle und jede Befugniß, für die Gesellschaft Rechtsgeschäfte abzuschließen, verzichte, damit dies sogleich bei der ersten Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister daselbst vorgemerkt und darauf hin veröffentlicht werde, oder sie werden noch vorher wegen Auflösung der Gesellschaft mit dem sämmtlichen Gesellschafter das Erforderliche vorkehren müssen. Gleicher Vorsicht wird es wegen derjenigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs über die sonstigen Verhältnisse der Handelsgesellschafter bedürfen, welche wie z. B. die Vorschriften der Art. 112, 113, 118, 138 u. f. w. durch Vertrag nicht abgeändert werden können und die nach Art. 38 des Einführungsgesetzes auch auf die bereits bestehenden Handelsgesellschaften Anwendung leiden, da mit jenen Bestimmungen möglicher Weise die bisherigen Gesellschaftsverträge nicht in Einklang stehen.

Digitized by Google

Deutscher Bund.

Bayern. München, 1. März. Die hiesigen Lehrerbahrn sich dem bayerischen Volksschullehrerverein, der jüngst in's Leben getreten ist, nicht angeschlossen, weil ihnen der zu Regensburg gelegte Grundstein nicht solid genug erscheint, und einen Lokalverein gegründet. (B. K.)

München, 2. März. Herr Kriegsminister v. Spies hat um Verlängerung seines ihm vorerst nur auf zwei Monate ertheilten Urlaubs nachgesucht und wird sich nunmehr zur völligen Erholung von seiner Krankheit noch auf einige Wochen nach Meran begeben. — Gestern erhielt der k. Hof'sche Trauerbotschaft von dem Ableben der Prinzessin Sidonie, Herzogin v. Sachsen (an Typhus, 18 Jahre alt), einer Cousine des Königs Max. (Süd. Z.)

Preußen. Berlin, 1. März. Der Staatsgerichtshof verhandelte heute die Anklage wegen Aufreizung zum Hochverrath gegen den Redakteur des Dziennik Poznanski R. Jagielski. Der Gerichtshof erkannte auf Nichtschuldig, indem er annahm, daß der Art. sich nur auf Rußland beziehe und keine Anreizung zu einem hochverrätherischen Unternehmen enthalte. Das Sachverhältniß ist in Kürze folgendes: Jagielski hatte in die von ihm redigirte Zeitung einen Artikel aus Alexander Herzens Zeitschrift „die Glocke" (Kolokol) aufgenommen, in welchem ausgeführt war, welcher Mittel das russische Volk sich zu bedienen habe (geheime Verbindungen u. s. w.), um zur Freiheit, resp. zu einer großen russischen Republik zu gelangen, und hatte dann seinerseits noch Bemerkungen über das Verhältniß der polnischen Nation zu der betreffenden Eventualität hinzugefügt. In diesen war an die Ansicht, daß die Polen sich in dieser Angelegenheit ganz dem russischen Volke anzuschließen haben würden, noch ein Hinweis auf die dann auch nothwendige Loosreißung der betreffenden polnischen Landestheile von Preußen ꝛc. angeknüpft.

Kurhessen. Kassel, 1. März. Von kurfürstlicher Regierung der Provinz Niederhessen ist die in Frankfurt a. M. erscheinende Zeitschrift „Frankfurter Latern" für den Umfang des Kurstaates verboten, derselben auch der Postbezug entzogen worden.

Oesterreich. Prag, 27. Februar. Die gestrige Gedächtnißfeier hat gezeigt, wie die katholische Geistlichkeit Böhmens unserer Verfassung nimmt, und daß dieserhalb ein großer Zwiespalt in ihr vorherrscht. Während der Kardinal-Erzbischof von Prag, Fürst Schwarzenberg, einen Dankgottesdienst in der Domkirche verfaßte und diese an dem denkwürdigen Tage gesperrt hielt, ist der Bischof von Leitmeritz der Aufforderung der Regierung und des böhmischen Landesausschusses auf das bereitwilligste nachgekommen und hat angeordnet, daß in der ganzen Diözese zur Verfassungsfeier ein Hochamt celebrirt werde. Der Bischof von Königgrätz schloß sich dagegen den Anschauungen des Erzbischofs an, und der Bischof von Budweis, der Reichsrathsabgeordnete Herr Valerian Jirsik, erklärte offen und unumwunden, „er könne nicht für einen Reichsrath beten lassen, in welchem das Religionsedikt berathen wird." (Der Kardinal Fürst Schwarzenberg befindet sich bekanntlich jetzt in Wien, um an den Sitzungen des Herrenhauses Theil zu nehmen. Am 26. Febr. glänzte er nicht blos durch seine Abwesenheit im Stephansdome, sondern auch sein Sitz beim Festdiner blieb leer.) Diese Demonstration wurde nicht ohne Absicht gemacht, sie ist auch nicht unverstanden geblieben, und bei Weitem gebildetere und feinere Geist des Kardinals Rauscher erkennt den Mißgriff und seine verkehrte Wirkung. Der Erzbischof von Wien ist bürgerlicher Abstammung; er ist nicht mit nationalen Bestrebungen verquickt; starr und fest, verfolgt Kardinal Rauscher zwar kirchliche Tendenzen, jedoch er versteht bisher nicht in den Fehler des Kardinals Schwarzenberg und der aristokratischen Kotterie, dem Kaiser und der Regierung den Absagebrief zu schreiben. Nichts konnte aber den Mitgliedern des Kabinets erwünschter seyn, als durch das Benehmen dieser Magnaten und Würdenträger selbst dem Hofe Belege zu geben, wessen man sich von einer Seite zu versehen habe, die man als die Pfeiler des Throns und des Reiches betrachtet wissen will.)

Wien, 27. Febr. Die Verfassungsfeier am gestrigen Tage war für den Grad der Lebenskraft, welchen die Verfassung erlangt hat, sehr bezeichnend. Die Deutschen, die Centralisten begingen sie mit Aufrichtigkeit und Wärme, ja selbst diejenigen Faktoren, die in der Absätzen an das konstitutionelle Prinzip bis vor einem Jahre noch eine tiefe Demüthigung sahen, schlossen sich dieser Stimmung an, da sie auf den Punkt gelangt sind, in der Reichsvertretung einen Anker der Rettung zu erblicken. Bei dem Bankett der Abgeordneten beider Häuser, dem die Czechen und Polen natürlich nicht beiwohnten, brachte der Kardinal-Erzbischof Rauscher den ersten Toast auf den Kaiser aus. „Den Mittelpunkt der Einigung für so mannigfache Länder und Stämme, sagte er u. A., bildet der Thron und das Recht des Hauses Habsburg-Lothringen. Auf diesem Throne ruht ein Adelar aus tausendjährigen Kaiserthume, welches bis zu der Riesengestalt Karls des Großen emporschreibt und solche Erinnerungen sind im Völkerleben von hoher Bedeutung." Thatsache ist es auch, daß der Kaiser von den am gestrigen Tage oft genug vorgekommenen Loyalitäts-Manifestationen sehr erfreut und befriedigt gewesen seyn soll. Ebenso strahlt Staatsminister v. Schmerling in vollster Verklärung seit gestern, wo nicht nur die kaiserliche Huld ihm durch Verleihung des Großkreuzes vom Leopoldorden geläutert hat, sondern auch die in gewissen Beziehungen lobende Genugthuung ihm zu Theil ward, aus der Hauptstadt Siebenbürgens, aus Trieft und aus mehreren Orten Tyrols von Freunden und Anhängern seines Werkes und seines Wirkens telegraphische Toaste und Glückwünsche zugelenkt zu erhalten. Was Tyrol anbelangt, so können die von dort kommenden Zeichen der Anerkennung mit Anhänglichkeit an das einstbrig gewordene Verfassungswerk um so erfreulicher gedeutet werden, als man in dem genannten Alpenlande noch sehr wohl weiß, daß der einmal im Zuge begriffene staatliche Fortschritt das Konkordat um Alles, was darum und daran klebt, nicht unberührt lassen wird. — Das gestrige Festbankett zur Feier des Tages zeichnete sich nicht nur durch interessante Toaste, sondern auch durch die Harmonie aus, welche sich zwischen den daran theilnehmenden hervorragenden Mitgliedern der beiden Häuser des Reichsraths offenbarte. Die gefeiertesten Namen aus der österreichischen Aristokratie wetteiferten mit den liberalsten Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, ihre Sympathien für das konstitutionelle System (das für sie freilich auch zugleich das Bindemittel des Einheitsstaates ist) und dessen Fortbildung laut und offen zu bekennen. Dieses Auftreten der Kreme der österreichischen Aristokratie, welche zur parlamentarischen Wirksamkeit berufen ist, machte nicht nur den vortheilhaftesten Eindruck, sondern forderte auch zu Vergleichen mit der Haltung und dem ganzen Tone in den Reihen der Aristokratie eines großen konstitutionellen Nachbarstaates auf, welche eben nicht zu Gunsten dieser letzteren ausfallen konnten. Man fängt hier an, Vertrauen in unsere Gestaltungen des Schicksals zu bekommen, und hält sie unter ihren deutschen Standesbrüdern für die noch weitaus beständigsten, um sich an Englands Aristokratie in politischer Beziehung mit Erfolg ein Muster zu nehmen. (Hamburger Börsen-Halle.)

Selten wohl starb ein Mensch so rührend schön wie Pillersdorf. Gebrochenen Körpers, aber klaren, gesunden Geistes versammelte er seinen Tod als die letzte bedeutungsvollste Feier seines abschließenden Lebens. Die Tröstungen der Kirche erwartete und empfing er außerhalb seines Bettes, festlich gekleidet; mit freundlichen Worten des Dankes nahm er Abschied von der umstehenden Familie; seinen letzten Gruß sandte er „den Kollegen im Abgeordnetenhause", und nach dieser letzten weihevollen Klarlegung seiner warmen Beziehungen zur Kirche, zur Familie und zum Staate beschegelte er sein Leben mit den heiter gesprochenen Worten: „Es ist Alles in Ordnung", legte sich hin und starb.

Schweiz.

Bern, 2. März. Auf das Verlangen von Frankreich, daß von der Gesammtentschädigung wegen des Grenzkonflikts zu Pille la Grand im Betrage von 4800 Franken die Schweiz zwei und Frankreich ein Drittheil bezahle, antwortete der Bundesrath: Um das kleinliche Markten zu beendigen, zahle die Schweiz die ganze Entschädigung der Savoyarden im Betrage von 4350 Franken; das Urtheil über Recht oder Unrecht stelle er der öffentlichen Meinung Europa's anheim. (Bravo!) (Zeit.)

Frankreich.

Die Debatte im gesetzgebenden Körper über das Ehrengeschenk für Montauban ist — ob blos mit Rücksicht auf den Carneval, — bis zum 6. März verschoben worden. Nicht weniger bedeutungsvoll als der Widerstand dieser Versammlung ist die Aufregung unter Studenten und Arbeitern und die Verbrüderung beider zu gemeinschaftlichen Demonstrationen. Man sieht, der Nimbus ist gewichen und die Furcht nicht weniger. Werden Lambessa und Cayenne auf's Neue bevölkert werden und wird man sie überhaupt noch weiter bevölkern dürfen?

Die „Indépendance Belge" berichtet aus Paris, der Kaiser Napoleon habe an Hrn. Renan geschrieben und denselben seiner Theilnahme versichert. Zugleich versprach er, sich mit dem Minister des Innern über die Wiedereröffnung seiner Vorlesungen zu verständigen. (Was ist das für eine Komödie?)

Der Plan, Gemüsegärten anzulegen, die vom Militär bebaut werden sollen, hat sich im Lager von Chalons so bewährt, daß

Digitized by Google

der französische Kriegsminister beschlossen hat, dieses System in allen Garnisonsstädten Frankreichs einzuführen. Binnen Kurzem wird jeder Garnison eine ausgedehnte Bodenfläche zugewiesen werden, welche von den Truppen mit Gemüse zu bebauen sein wird, und man erwartet, daß in Folge dieses Systems die Truppen bessere Rationen erhalten werden, und daß die Kultur des Bodens denselben eine angenehme Erholung verschaffen werde. Diese Idee ist übrigens nicht neu, sondern den Römern entlehnt.

Spanien.

Madrid, 1. März. Der in Tanger verhaftet gewesene Lieutenant des sonderbündlerischen Kapitäns „Sumter" ist wieder auf freien Fuß gesetzt. Der B.-St.-Kriegsdampfer „Tuscarosa" überwacht noch immer den „Sumter", welcher Gibraltar nicht verläßt. (Frkf. Journ.)

Italien.

In Rom wechseln die öffentlichen Demonstrationen für und gegen die weltliche Herrschaft des Papstes bald von dieser, bald von jener Partei veranstaltet, fortwährend mit einander ab.

In Gaeta ist eine geheime Verbindung, die es sich zur Aufgabe machte, die in der Armee des Königs Viktor Emanuel dienenden Neapolitaner zur Desertion zu verleiten, entdeckt worden. Von 48 Mann, die sich durch Geld und gute Worte hatten überreden lassen, zusammen nach dem Römischen zu desertiren, machte einer den Verräther. In Folge der von ihm gemachten Enthüllungen wurden unter den Soldaten und auch unter den Civilisten viele Verhaftungen vorgenommen.

Amerika.

Die neuesten Nachrichten aus New-York sind vom 15. Februar und beziehen vorzugsweise die Kriegsoperationen des Nordens gegen den Süden sowohl auf dem Küstengebiet von Virginien und Georgien wie in dem Binnenland von Tennessee und Kentucky. Alle diese Operationen sind günstig für den Norden ausgefallen, und überall, wo seine Heere einrücken, wird die unionistische Gesinnung wieder geweckt und gestärkt. Ohne Zweifel hat diese Wendung der Dinge die Regierung in Washington mit bestimmt, einer Menge von Persönlichkeiten, die in der letzten Zeit im Verdacht, mit dem Süden Beziehungen unterhalten zu haben, verhaftet worden waren, eine bedingte Amnestie zu bewilligen.

Hayti, 14. Febr. Eine Verschwörung, an der Präsidenten Geffrard zu flügen, ist entdeckt worden. Die Verschwörer sind verhaftet und verurtheilt worden. Das Haupt der Verschwörung sollte Präsident werden, im Falle die Verschwörung gelänge.

(Zeit.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 24. Februar bis 1. März).

Samstag. Der politische Horizont im Innern Frankreichs scheint sich ernstlich zu trüben. Der sich erhebenden Opposition gegenüber hat die Regierung ihre bisherige Sicherheit verloren und es ist klar, dass solche Verhältnisse, welche immerhin auf einmal über Nacht gestaltet werden können, auf die Börse ungünstig wirkten. — Auch die griechische Angelegenheit erregt Bedenken und kann zu neuen Komplikationen führen, wenn nicht England, im Interesse seiner Herrschaft über die Jonischen Inseln, der Bewegung Halt gebieten hilft, wobei es freilich mit seinen italienischen Sympathien leicht kollidiren würde.

Das Geschäft an unserer Börse war in der ersten Hälfte der abgelaufenen Woche von ziemlicher Bedeutung; für den Ultimo gab es viel zu regulieren und Angesichts des so niedrigen Diskontostandes wurden für Report verhältnissmässig gute Zinsen (ca. 4 pCt.) bezahlt. Einige bedeutende Realisationen in österr. Kredit-Aktien und der Wortwährende Tausch von National gegen englische Metalliques brachten viel Material an den Markt. Die ca. 300,000 Pf. St. engl. Metalliques, welche Frankfurt in letzter Zeit für sich und Süddeutschland aufgenommen hat, verlangen die Emission entsprechender Beträge von National, welche schliesslich wohl Hofland an sich nehmen wird.

Von österreichischen Fonds sind National ⅝ pCt. gefallen. Venetianer fast ebensoviel, während englische Metalliques um ⅜ pCt. gestiegen sind, so dass der Unterschied gegen National vor 14 Tagen noch 4 pCt., heute 6¼ pCt. beträgt.

Süddeutsche Fonds sind fest gehalten, namentlich Württemberger steigend, von welchen die 3½ pCt. gestern bis 99 bezahlt wurden. Die 3½ pCt. Frankfurter Obligationen sind dagegen zu 98½ bei der bevorstehenden Verlosung am 1. April von beiläufig ⅓ Millionen, ½ oder über 2 pCt. des Betrags der Schuld für solide Kapital-Anlagen nicht unvortheilhaft. Eine Zinsenreduktion der preussischen 4½ pCt. Schuld soll in naher Aussicht stehen, darum sind diese Obligationen angeboten. Belgische 4½ pCt., bei denen für längere Zeit eine Reduktion nicht stattfinden kann, werden, mit mit Recht, beständig für Kapital-Anlagen gekauft. 4 pCt. Berner Staatsobligat. gefragt und bis 96¼ bezahlt.

Von Kreditaktien sind österreichische ermattet und um 6 gewichen. Es besteht im Augenblick keine Disponenz in dem Effekt und der Platz hat viel Material. Indess wird die Kreditanstalt an der Begebung der 1860er Lose, welche bei der Bank liegen, wohl auch Theil nehmen und es steht ihr somit wieder ein gutes Geschäft in Aussicht, lieberhaupt ist gegen die Qualität ihres Effektenbestandes nichts einzuwenden, selbst die Theilsbahn ist ein Werth, der mit der Zeit vollkommen auf eigenen Füssen stehen wird.

Von Zettelbank-Aktien haben die Umsätze in österreichischen sehr abgenommen und der Kurs ist analog mit dem der Wiener Börse gegen 8. 20 gewichen.

Von Eisenbahnaktien war in Hanauern und Rhein-Nahe nur einiges Geschäft und haben letztere 1½ pCt. gewonnen. Auch Taunus gefragt und bis 384 bezahlt, da pfälzischen Bahnen ist es still. Oppenheimer Wormser und Wiener auf 107 zurückgewichen, die Plazirung des neuen Silberanlehens soll auf grosse Schwierigkeiten stossen.

Geldverhältnisse sind an der Effektenbörse nicht so günstig als am Wechselmarkt. Lange Sichten bleiben allenthalben gefragt und Wiener Kurse bezahlt. Wiener analog mit den Fonds matter.

(Abdz.)

München, 1. März. Die Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten ist befreidt, den direkten Güterverkehr wesentlich zu beschleunigen. Es sind Unterhandlungen im Gange, wonach die Frachtsätze an der französischen und sächsischen Grenze nicht mehr übergehen, sondern von bayerischen Convecteuren bis Paris, Leipzig u. s. w. befördert werden.

(Sdz. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Passau ereignete sich ein Unglück, das manchen Eltern, die kleine Kinder haben, zum warnenden Beispiel dienen möge. Die Fischlerstrasse P. ging auf den Wochenmarkt, während dem sie ihre drei kleinen Kinder der Aufsicht der Dienstmagd empfahl, und ihr noch einschärfte, ja nicht das Fenster aufzumachen. Die Magd versprach es, und die Frau ging fort. Nach einer kleinen halben Stunde machte die Magd wider Verbot das Fenster auf, weil Rauch im Zimmer war; gleich darauf stiegen die drei Kinder auf das Fenster und zwängten sich, jedes am weitesten hinauszukommen, ohne daß die im Zimmer sich befindliche Magd es ihnen wehrte. Auf einmal stürzte das kleinste von dreien, ein Mädchen von 2 Jahren, über den 13 Fuß hohen Fensterstock auf die Straße, wo es sich am Kopfe derart verletzte, daß es unter qualvollen Schmerzen den Geist aufgab.

Berlin, 26. Febr. Aus Hamburg hier eingelaufene Nachrichten berichten über große Betrügereien, die dort auf Grund falscher Connossements von der Havanna aus gegen die norddeutsche Bank, Salomon Heine, und einige andere Häuser verübt worden sind. Die Summen, um die es sich dabei handelt, belaufen sich bis 700,000 Mk. Das Fallissement des Hauses Weber Berndtt u. Comp. in Hamburg hängt hiermit zusammen, insofern von diesem Hause auf Grund dieser falschen Connossements größere Accepte gegeben sind, deren Einlösung momentan stockt. (B. B.-Z.)

Das Haupt der Verbrecherbande, welche seit etwa anderthalb Jahren in Berlin die verwegensten Einbruchsdiebstähle verübte, ist endlich in einem gewissen, dem Gefängniß entsprungenen Bohlendorf ergriffen worden. Dieselbe lebte unter einem falschen Namen als Rentier auf einem höchst eleganten Fuße.

(Ein wohlener Kasper Hauser.) Die „Strafrechts-Zeitung" schreibt: „In einer der belebtesten Straßen Berlins wurde ein junger Mensch ergriffen, als er eben in Begriff war, von einem ohne Aufsicht stehenden Wagen ein Pfund Butter zu stehlen oder vielmehr sich durch Hineinbeißen anzueignen. Sehr bald erkannte man, daß der Ergriffene blödsinnig sein müßte. Er wurde in die Irrenabtheilung des Arbeitshauses geschafft, um einer Gemüthsuntersuchung unterworfen zu werden. Der völlig unbekannte Butterraub gab an, daß er nicht wisse, wo er sich befinde, daß er in Hamburg, Leipzig und Rom gewesen, in einem Käfig gefangen gehalten, von Zeit zu Zeit in ein Affenfell gesteckt und reichlich mit Wurst bewacht worden sei. Vorgezeigte Gebißstücke kannte der Gefangene nicht. Sein ganzer Kummer und eine deutlich hervortretende elegische Stimmung äußerte sich in der Erinnerung an die Wurst seines früheren Lebens, welche er im Arbeitshause schmerzlich vermißte. Es ist wahrscheinlich, daß eine Freiheitsberaubung durch eine herumziehende Bande vorliegt, welche den Idioten zu thierischen Schaustellungen benutzt haben kann. Die Möglichkeit der „Verthierung" scheint hiernach kein leerer Wahn zu sein; denn bei den Beobachtern dieses sonderbaren Halbmenschen bildete sich die Ueberzeugung, daß derselbe von lebhaftem Heimweh nach seinem materiell besser gestellten Affenthum ergriffen war und nichts sehnlicher wünschte, als in seinen Käfig zurückzukehren."

Elberfeld, 23. Febr. Der frühere Waisenhausvater Klug, der die theils heuchlerischen, theils verrückten Erweckungen der Kinder hervorrief, ist vom Disziplinarhofe freigesprochen. Elberfeld muß ihn also wieder anstellen oder ihn seinen Pensionären Wackernagel, v. Carnap, Wilh. Uhlenhoven 2c., die ihm durch die Frommen aufgehäuft worden, mit 500 Thlrn. jährlicher Pension anreihen.

Digitized by Google

Aus dem Banat, 24. Febr. Bisher galt das Jahr 1780 als dasjenige, in welchem die „letzte Hexe (in der Schweiz) verbrannt wurde; dem Doese Starikor nächst Neusatz war es noch in unserer „hellerleuchteten" Zeit vorbehalten, als Schauplatz einer solchen Barbarei zu dienen. Daselbst verfiel vor Kurzem ein Mädchen in Irrsinn, und verlor in Folge dessen die Sprache. Nun wollte das Volk durchaus nicht glauben, daß dies auf natürliche Weise zugehe, und nahm eine Prozedur vor, wie sie nur unter amerikanischen Rothhäuten denkbar ist. Man zündete ein Feuer an und das Mädchen wurde über die lodernde Flamme gehalten! Wie wir vernehmen, ist die behördliche Untersuchung eingeleitet, aber die Unglückliche gab kurz nach überstandener Marter den Geist auf. (Allg. Z.)

Am 15. Februar ist in Brüssel das Urtheil in dem Prozeß gefällt worden, den der Minister Rogier gegen das „Journal de Bruxelles" anhängig gemacht, weil dieses ihn „einen Sohn des Henkers von Arras" gescholten hatte. Das Blatt ist verurtheilt worden, dem Hrn. Rogier 10,000 Frcs. zu zahlen. Als Letzterem durch seinen Advokaten dieser Ausgang des Prozesses gemeldet wurde, sprach er sich sofort dahin aus, daß er die genannte Summe der Unterstützungskasse für Buchdruckergehilfen überweisen werde, damit sicherge stellt „die Bubenstreiche der Großen den Kleinen zu gute kämen."

Neueste Nachrichten.

München, 28. Febr. Karl Frhr. v. Fechenbach zu Laudenbach, vormaliger bayerischer Lieutenant, nun Lieutenant à la suite und k. Kämmerer, wurde durch Erkenntniß des k. Bezirksgerichts Aschaffenburg vom 3. Jänner l. J. wegen Verbrechens der Körperletzung mit nachgefolgtem als wahrscheinlich nicht vorauszusehendem Tode, verübt im Duelle an dem k. b. charakterisirten Major Frhr. v. d. Tann, in die öffentliche Sitzung des genannten Gerichtes verwiesen und dieses Erkenntniß auf Berufung sowohl des Staatsanwaltes als des Freiherrn v. Fechenbach durch Erkenntniß des Appell-Gerichts von Unterfranken und Aschaffenburg lediglich bestätigt. Hiegegen ergriff der Angeklagte rechtzeitig die Berufung, ohne jedoch einen Nichtigkeitsgrund anzugeben, der k. Generalstaatsanwalt beantragte deßhalb Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde, welchem Antrage der oberste Gerichtshof stattgab. (A. Abdz.)

München, 3. März. Heute Nacht kam beim Gebhardtbräu die zwischen der Mannschaft des 1. Kürassier- und jener des 3. Artillerie-Regiments durch sogenannte Stichworte stets fortgenährte Erbitterung wieder zum thatsächlichen Ausbruche, wobei von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde. Es fanden mehrere Arretirungen durch Militärpatrouillen statt. In mehreren Lokalitäten waren gestern militärische Schutzgarden aufgestellt. Im Hofbräuhause wurden Händelmacher nach altem Brauche einfach exkludirt. (Südd. Z.)

Briefliche Nachrichten aus Athen reichen bis zum 22. Februar. In der Lage der Dinge hat sich wesentlich Neues nicht ergeben. Der Aufstand war auf Nauplia beschränkt. Kleine Gefechte mit 10—12 Todten hatten stattgefunden. Um die Festung Nauplia mit Gewalt einzunehmen, müßten weitere Vorbereitungen getroffen und Kriegsmaterial dahin geschafft werden. Man hofft jedoch in Athen, daß es dazu nicht kommen, sondern daß der gutgesinnte Theil der Truppen in Nauplia die Oberhand gewinnen und die Festung kapitulliren werde, da der Aufstand in den Provinzen bisher nirgends Anklang gefunden hat. Das Programm der provisorischen Regierung in Nauplia ist vorzüglich auf Einberufung einer Nationalversammlung gerichtet (und im Stillen auf Vertreibung des Königs Otto). Die versammelten Kammern in Athen haben gegen den Aufstand ihre Mißbilligung ausgesprochen. König Otto hielt an die bei Korinth zusammengezogenen Truppen vor ihrem Abmarsch gegen Nauplia eine Anrede, die mit folgenden Worten schloß: „Ich kann euch mit Freuden eröffnen, daß mein ganzes Volk sich freiwillig anbietet, sich euch anzuschließen, um mit euch zur Erhaltung des Bestehenden mitzuwirken, und es als die sicherste Garantie seiner Wohlfahrt für die Gegenwart und seines Ruhmes für die Zukunft betrachtet." Die Offiziere antworteten mit einem äußerst stürmischen „Hoch dem König", die Säbel ungestüm schwingend. Der kommandirende General aber, der Phthellenes Hahn, der zur Seite des Königs stand, bat Se. Maj. um Erlaubniß, im Namen der Truppen einige Worte erwidern zu dürfen, und sprach mit erhobener Stimme: „Eben so wie ich, Ew. Maj., theilen alle Offiziere, die unter meinem Kommando stehen, den Abscheu, welchen Ew. Maj. gegen die Eidbrüchigen ausgesprochen haben." Gegen die Offiziere gewendet, sagte er: „Ist es so, meine Herren?" „Ja," erwiderten dieselben, den Säbel erhebend. „Indem ich nun die Treue des unter meiner Führung stehenden Heeres gegen den obersten Kriegsherrn verschere, bin ich überzeugt, daß dasselbe es auch durch die That bewiesen werde, durch seine Tapferkeit und sein Blut, das es für Ruhe, Ordnung und den hohen Thron Ew. Maj. vergießen wird. An die Offiziere gewendet, fuhr er fort: „Habe ich, ihr Herren, eure Gesinnungen durch meine Worte ausgedrückt?" „Ja," riefen sie alle mit erhobener Stimme, schwangen ihre Säbel und brachten ein dreimaliges „Hoch dem König" aus!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	71⅞ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59½–¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 G.
„	4½ pCt. „	43½ P.
„	4 pCt. „	—
„	3 pCt. „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. A. K. (C. b. R.)	104 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½/G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99 G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅛ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87 B.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 bl.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	90⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	78 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5, 2, 30	48 G.
„	2 pCt. „	43½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1163/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	695–700 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169½ G.
Bayerische Bank à fl. 200	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	204½ P. 203G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	95⅝ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	339½ G.
Frankfurt-Hananer-Eisenbahn	66 G.
Oest. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 2. kr.	235 P.
„ Kisb.-Kisenb. à pCt.	108½ P. 108 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. pCt. 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt.	20½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pC.	130⅝ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅝ G.
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	—
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249 G.
Span. Handels- u. Industrie	—
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	472 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	104¾ G.
Provisionäre (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ G.
Brem. 50 Th. Lad. k. S	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. R. L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ B. ⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 a. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in cur. W. l. S.	85⅜ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	95¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860. 5/7	66⅝ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858	108 G.
3½ pCt. Preuss. Pf.-Anl. benk.	122½/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	95⅜ P.
Badische fl. 35	35¼ G.
Kurhessa. Thlr. 40 b. R.	56½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
„ fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ P.
Sardinien Fr. 36 b. B.	64 P.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Vereins-Loose fl. 10.	19 P. 18¾ G.
Anah.-Gunzenh. fl. 7-L.	11¾ P.

Frankfurt, 3. März. Für ältere Fonds, Bank- und Kreditaktien zeigte sich eine etwas günstigere Stimmung und wurden dafür bessere Kurse bewilligt. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Spnd.)

Digitized by Google

...f.-A. Staatsbibliothek

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 64. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 5. März 1862.

Deutscher Bund.

* Die Antwort Oesterreichs auf die Bernstorff'sche Note ist also dieser Tage, wie schon erwähnt, in Berlin übergeben worden; die zu Oesterreich stehenden Regierungen haben ein Gleiches theils schon gethan, theils werden sie es in nächster Zeit thun. In dieser Antwort erklärte die Regierung von Oesterreich, übereinstimmend mit der Mehrzahl der andern deutschen Regierungen, daß sie das Bestreben, einen engeren Bund im Bunde zu bilden, für bundeswidrig, für eine Verletzung der organischen Bestimmungen der Bundesverfassung erachte, und daß sie darum gegen ein solches Bestreben, wie es in der preuß. Note vom 2. Febr. ausgesprochen ist, protestirt habe. Im Uebrigen werden die schon gemachten Reformvorschläge, dem Verlangen des Grafen Bernstorff entsprechend, nochmals in bestimmterer Weise formulirt. Die preußische Regierung wird also nicht umhin können, sich nun gleichfalls über einen neben dieser Vorschläge in bestimmter Weise auszusprechen. Sie wird es jedoch wahrscheinlich in einer Art thun, die ihr den Rückzug aus der unangenehmen Stellung erleichtert, die zu behaupten sie den Muth nicht hat. Wie sie das anfangen wird, das läßt sich aus ihrem bisherigen Verhalten schon ohngefähr schließen. Die „Wochenschrift des Nationalvereins", die man doch keiner Parteilichkeit gegen Preußen zeihen kann, kennzeichnet dasselbe mit folgenden Worten: „Die Sprache des preußischen Ministers macht auf uns den Eindruck, als ob sie eigentlich nur vermittelst einiger tapferen Redensarten den Rückzug decken wolle, der da allerdings unvermeidlich ist, wenn man nicht entschlossen ist, vorwärts zu gehen. Und damit dieser Rückzug weniger in die Augen falle, macht Graf Bernstorff sich und seine Reformgedanken so klein wie möglich — es hat sich ja bloß um einen Meinungsaustausch gehandelt; weßhalb so viel Aufsehens um einen bloß theoretischen Satz machen? Da man aber, fast manierlich zu antworten, ein lautes Gelächter erhebt, „so kann sich die kgl. Regierung nicht bewogen finden, auf eine Erörterung der aufgestellten Gegenansichten einzugehen. Das ist unseres Erachtens nicht das Verfahren eines Staatsmannes, welcher Vertrauen zu sich selbst und zu seiner Sache hat u. s. w. „So viel steht jedenfalls fest, daß Oesterreich und die Mittelstaaten sich nach der Antwort des Grafen Bernstorff wegen der preußischen Pläne in Sachen der Bundesreform keinen Augenblick länger zu beunruhigen haben. Die Berliner Politik wahrt zwar ihren Standpunkt, verzichtet aber stillschweigend auf jede demselben entsprechende Thätigkeit und erklärt schließlich mit unzweideutigen Wendungen, daß sie ihrerseits die deutsche Reformfrage als für jetzt von der Tagesordnung getrichen ansehe." Wenn Preußen sich damit aus der Schlinge zu ziehen hofft — gut! Aber dem deutschen Volk ist damit nicht geholfen; das deutsche Volk will wirklich eine Reform der Bundesverfassung; es will nicht mit einer Vertagung dieser Frage abgespeist seyn, und wir hoffen, die Regierungen von Oesterreich und den Mittelstaaten werden in richtiger Erkenntniß dieses wohl berechtigten Verlangens und ihres eigenen Vortheils sich ebenfalls nicht mit dieser Vertagung begnügen, sondern auf endlicher Lösung der Frage bestehen, nachdem doch Preußen selbst durch seine offen ausgesprochenen, wenn auch hinterdrein wieder halb und halb verleugneten Hegemonie-Gelüste den Zankapfel einmal unter die deutschen Stämme geworfen hat.

Berlin, 4. März. Gestern Abend hat im Kroll'schen Lokale eine Versammlung von ungefähr 2500 Mitgliedern des deutschen Nationalvereins stattgefunden. Herr von Bennigsen führte das Präsidium. Eine Ansprache des Ausschusses des Nationalvereins an die Kurhessen wurde nach einer Rede von Dr. Metz aus Darmstadt einstimmig genehmigt, ferner ein Antrag über den Erlaß einer Dankadresse an den Minister von Roggenbach in Karlsruhe, sowie ein Antrag wegen Veranstaltung von Fichte's hundertjähriger Geburtstagsfeier. Heyner aus Leipzig und Reuß aus Nürnberg konstatirten aus ihrer Heimath die Sympathien für Preußen (d. h. an ihre Gesinnungsgenossen; von den Andern, welche die Mehrzahl bilden, schweigen sie). Die Redner sprachen sämmtlich für Festhalten an einem einheitlichen Bundesstaat mit einer Centralgewalt und einem Parlament unter der Führung Preußens. (Natürlich, sonst wären sie ja nicht Mitglieder des Nationalvereins.) Der Nationalverein zählt gegenwärtig in ganz Deutschland 25,000 Mitglieder. (Z. d. Fr. Hanweizg.)

* Die Militärkonvention Preußens mit dem Fürstenthum Waldeck ist nunmehr abgeschlossen, und im Fürstenthum Lippe hatte die Ständeversammlung den Abschluß einer solchen ebenfalls beantragt. Beide Lippe und Waldeck bilden einen Theil der Reserve-Infanterie-Division, welcher zur Verstärkung der Besatzung von Luxemburg bestimmt ist; von militärischer Seite ist deßhalb der Plan angeregt, aus diesen Contingenten ein Regiment zu bilden, welches gleichmäßig nach preußischen Grundsätzen exerzirt, und dann gemeinschaftlich dem preußischen Befehl in ähnlicher Art unterstellt würde, wie dieß mit dem herzoglich coburg-gothaischen Regiment geschehen ist.

§ **Bayern.** In dem Artikel des „Augsb. Postztg.", die Injurien nach den neuen bayerischen Gesetzbüchern betr.", der in Nr. 63 der „N. Würzb. Ztg." aufgenommen ist, wird unter Ziff. 7 behauptet, daß die Entscheidung über Injurien, welche Militärpersonen zur Last gelegt werden, künftig den Militärgerichten zustehen werde, da die Injurien nun den Charakter öffentlich strafbarer Handlungen hätten. Diese Behauptung ist in ihrer Allgemeinheit irrig. Denn durch Art. 64 des Gesetzes über die Einführung der neuen Strafgesetzbücher werden nur die in der bisherigen Civilgesetzgebung begründeten Klagen aus solchen Injurien aufgehoben, deren Aburtheilung nunmehr den Civilstrafgerichten zusteht. Dagegen sind die Civilklagen aus Injurien, die sich künftig zur Aburtheilung durch die Militärstrafgerichte eignen, keineswegs aufgehoben, und es bleibt also bei solchen Injurien dem Beleidigten die Wahl, ob er die Strafeinschreitung des Militärgerichtes beantragen, oder, wie bisher, bei dem Civilrichter Civilklage erheben will. Die Gründe hiefür, die übrigens nahe liegen, sind aus den Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten zu ersehen.

Preußen. Die Wahlbewegung im vorigen Spätherbste hat den Beweis geliefert, daß in fast allen Wahlkreisen des preußischen Staates die Klage über Steuerdruck und gegen Fortdauer der Kriegsrüstschläge erhoben wird. Die „Allg. Pr. (Stern-) Zeitung", die bekanntlich seit Juli vorigen Jahres als ministerielles Organ an die Stelle der im Frühjahr noch erschienenen „Preuß. Zeitung" getreten ist, gab gleich nach der jüngsten Wahlbewegung die Thatsache einer allgemeinenen Steuerklage zu, aber sie versuchte nachzuweisen — „daß die Steuern in Preußen im Ganzen seit 49 Jahren, und zumal in den beiden letzten Jahrzehenten, viele und ansehnliche Ermäßigungen erfahren haben, daß somit die Klagen über unerträglichen Steuerdruck in Preußen ungerechtfertigt seyen." Dieser Behauptung tritt nun die „Köln. Ztg." neuerlich in zwei ausführlichen und gründlichen Aufsätzen entgegen, worin sie nachweist, daß die Klagen über Steuerdruck in Preußen allerdings sehr gegründet seyen, und daß die gegentheilige Behauptung der Sternzeitung theils auf Scheingründen ruhe, theils von vollständiger Unkenntniß Zeugniß gebe."

Berlin, 28. Febr. Beachtenswerth ist das Urtheil der ministeriellen „Sternzeitung" über die Varnhagen'schen Tagebücher, indem sie es motivirt, daß sie, statt eines politischen Verbots und einer gerichtlichen Verfolgung, die von mancher Seite erwartet seyn möchten, sich vielmehr mit einer literarischen Besprechung des Werks an die öffentliche Meinung wendet und darlegt, wie einseitig und parteiisch Varnhagen bei diesen Aufzeichnungen zu Werke gegangen sey. „Vorderhand, sagt sie, hat Varnhagen selber in dem grellen

Digitized by Google

Licht der Kleinlichkeit, Eitelkeit, Falschheit und Bosheit, wie hier noch nie vor der Welt bestanden. Und das Gericht, das derselbe wegen der Absetzung seiner Kameraden verdient hat, ist ihm bereits durch die Herausgeber selbst zu Theil geworden." Die Verantwortlichkeit dieser Herausgabe schiebt sie übrigens ausschließlich seiner Wichte Lutmilla Assing zu, denn er selbst habe, laut seinem Testament, die Veröffentlichung erst nach Ablauf einer längeren Reihe von Jahren gewünscht.

* Die Berliner trugen sich in den letzten Tagen mit allerlei kuriosen Gerüchten, es scheint fast, sie trauten ihrer Regierung einen Fastnachtsstreich zu. Bald hieß es, drei Armeekorps sollten mobil gemacht werden und in Anhestten einrücken, bald wieder, die Belagerung von Berlin habe starke Truppen erhalten, um etwaige Unruhen zu unterdrücken, wenn der Landtag aufgelöst würde. Und warum sie lügen? Weil die Abgeordneten in ihrem Antrag über die deutsche Frage ein Haar Worte anders setzen wollen, als die Regierung wünscht. Nun um dieser Wortklauberei wird es noch nicht zur Auflösung, viel weniger zum Schießen kommen. Weiß ja doch ohnehin Jedermann — außer den Berlinern vielleicht — daß gar nichts dabei herauskommt.

Kurhessen. Kassel, 2. März. Die „Allg. Pr. Ztg." brachte in diesen Tagen eine Korrespondenz „Aus Kurhessen", in welcher darauf hingewiesen wurde, daß Hasenpflug seine rettenden Thaten im Namen des göttlichen Rechts und des Christenthums vollführt und dabei doch mit der auffalligsten Unwahrhaftigkeit gehandelt habe. Wir glauben darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß diese Erscheinung weder etwas spezifisch Hasenpflug'sches noch Kurhessisches ist. Fast überall hat die Reaktion es ebenso gemacht, wie Hr. Hasenpflug, und gerade um so viel mehr die Religion mit in's Spiel gezogen, je unredlicher sie verfuhr. Erst jetzt, nachdem die polnischen Demagogen der Reaktion die Kunst abgelernt und nicht nur, ganz nach dem Rezept der Kreuzzeitungspartei, Religion und Politik verschmelzen, sondern die erstere auch sehr wirksam als agitatorisches Mittel benutzt haben, fängt die Sache an, der Reaktion bedenklich zu werden. Vielleicht, daß eine, zur zuwirksamen und widerwärtigsten Heuchelei durch das Uebermaß ihres Gebrauches sich selbst zu Grunde gerichtet hat und fortan aus der Politik verschwindet. (F) (Z. f. Nordd.)

Das Organ der kurfürstlichen Regierung, die „Kasseler Ztg.", erklärt sich auf das entschiedenste gegen eine österreichisch-preußische „Einmischung" in die kurhessische Verfassungsfrage. Wenn man das nicht will, so beeile man sich, dem Verfassungsstreit einmal ein Ende zu machen. Wo nicht, so kann man's den Nachbarn nicht verargen, wenn sie einen guten Rath allen Ernstes geben.

Fulda, 2. März. Ein gestern dahier angelangter Ministerialerlaß an alle Regierungen Kurhessens ordnet an, daß dieselben mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Verbreitung der vom 1. März an erscheinenden ministeriellen „Hessenzeitung" (der Volkswig nennt sie die dunkele Latene) wirken sollen. (Zeit.)

Oesterreich. Wien, 28. Febr. (Die Tschechen und die Verfassungsfeier.) Die Deutschen sollten nicht einen Augenblick vergessen, daß, wenn in Oesterreich mit dem Einheitsstaat die Macht des deutschen Elementes unterliegt, die ganze deutsche Nation einer verhängnißvollen Zukunft entgegen geht. Die Haltung der Tschechen bei der Verfassungsfeier am 26. Febr., all ihr Treiben und Wühlen ist nichts Anderes als die Illustration zu dem bekannten Worte Havlicek's: „besser die russische Knute, als die deutsche Freiheit." Durch dieses Wort ist der verstorbene Havlicek zum Abgott der Tschechen geworden. Es ist also der bis in's Herz Deutschlands vorgeschobene Vorposten Rußlands, der in dem tschechischen Separatismus zu delämpfen ist. Man darf es nicht aus den Augen lassen, daß der Sieg des Föderalismus, die Vernichtung des Einheitsstaates für die Tschechen nichts Anderes bedeutet, als die Verlegung der Macht von Wien nach Prag, um den tschechischen Parteiführern die Mittel zu verschaffen, das deutsche Element in Böhmen zu unterdrücken und allmälig auszurotten. So lang die Februar-Verfassung gilt, so lang überwiegt auch das deutsche Element in Oesterreich, und das wollen die Tschechen wenigstens für Böhmen nicht zulassen. Außer der politischen Gefahr würde auch der Niederlage der Februarverfassung auch noch eine große Gefahr für die Freiheit und die Kultur Mitteleuropa's erwachsen. Der Klerus und das Episkopat Böhmens ist durchwegs in das Lager der Tschechen übergegangen. Mirch ein Schauspiel! Während der Monarch durch Entheiligung des höchsten Ortens an den Verfassungsministerien sich mit dieser Verfassung identifizirt, schließt das böhmische Episkopat die Domkirchen vor der Reichsfeier. Und diese Bischöfe waren am 1. Mai anwesend, als der Kaiser das Gelöbniß auf die Verfassung ablegte, und sie sitzen kraft dieses Grundgesetzes im Herren- und Abgeordnetenhause. Nationale Sympathien sind es nicht, die den Kardinal Schwarzenberg bewegen, denn er entstammt einer böhmischen Familie, welche durch die Gunst des Kaiser Habsburg eine Menge tschechischer Bistthümer verschlang. Auch dem Bischof von Budweis kannte die Nationalität nicht maßgebend sein, denn seine Diözese ist trotzdem von entschiedenen Deutschen bewohnt. Es ist also nur der Kampf des Mittelalters, der Finsternis gegen den in Oesterreich hereingebrochenen Lichtstrahl, was hier hervortritt; die Feudalen und ihr ganzer Anhang haben sich mit den Tschechen verbündet, um gemeinsam die freisinnige Verfassung zu vernichten; den Tschechen behagt das Prinzip der Einheit in derselben nicht, den Feudalen die Freisinnigkeit; wenn auch aus verschiedenen Gründen, erkennen sie doch in der Februarverfassung einen gemeinsamen Feind. (D. A.)

Triest, 27. Februar. Der Redakteur des „Tempo", Herr Antonay, der vor mehreren Tagen verhaftet wurde, ist gestern wieder auf freien Fuß gestellt worden, indem das Oberlandesgericht in den inkriminirten Artikeln nicht das Verbrechen des Hochverrathes, wohl aber das der Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung der Regierung fand, wobei die Untersuchung ohne Haft des Beschuldigten geführt wird. (Köln. Z.)

Krakau, 25. Februar. Die Gymnasialschüler der fünften Klasse haben sich abermals Exzesse zu Schulden kommen lassen, welche möglicher Weise den Schluß aus dieser Klasse zur Folge haben werden. Vor einigen Tagen wurde in der Klasse ein Plakat bemerkt, in welchem zur Betheiligung an dem Gottesdienste für die „Märtyrer" des Jahres 1846 aufgefordert wurde. Vom Direktor aufgefordert, nannte sich einer der Schüler als Verfasser der Aufforderung. Zur Bezeugung der Professor, den die Schüler im Verdacht hatten, daß er die Sache angezeigt, bei Beginn seines Vortrages aufgetrommelt. Dies wiederholte sich, als der Direktor die Klasse zur Rede stellte. (Bater.)

Frankreich.

* Der französische Senat mußte bei der Berathung über die Antwort-Adresse auch die italienische Frage berühren, und die verschiedenen Parteien verstummten nicht, ihre Ansichten offen auszusprechen. Benedig wurde von Allen bei Seite gelassen, Alle waren einig, daß gegenwärtig nicht davon die Rede sein könne, Benedig für Italien zu erwerben. Anders ist es mit Rom, da gehen die Ansichten auseinander. Während Kardinal Tommet für das unverletzte weltliche Besitzthum des Papstes in die Schranken trat, Laguerronière sogegen empfahl, Alles im gegenwärtigen Zustand, in der Schwebe fort zu erhalten, bis sich einmal eine passende Lösung finden werde, rückte Prinz Napoleon mit dem radikalen Vorschlag einer sofortigen Lösung dieser Frage heraus. Rom sollte, so verlangt er, ohne weiteres von den Franzosen geräumt und dem König Viktor Emanuel übergeben werden, der Papst bloß seine geistliche Gewalt behaupten. Die römische Kurie werde nachgeben, sobald sie sehe, daß sie müsse; eher nicht. Er brachte eine Menge diplomatischer Aktenstücke aus den letzten zwei Jahrhunderten bei als Belege für seine Behauptung, daß die weltliche Gewalt des Papstes nicht mehr zu halten sey, und daß die Päpste den Beherrschern von Frankreich immer nur Verlegenheiten bereitet, sie nur für ihre Zwecke benutzt, nie aber ihre Rathschläge befolgt hätten. So sey es auch jetzt wieder, und eher werde nicht Ruhe werden, bis der Kaiser sich entschließe, der weltlichen Gewalt des Papstes vollends den Garaus zu machen. Das ist der kurze Sinn der langen Rede des Prinzen, nach welcher übrigens der Minister Billault erklärte, daß sie nicht als die Ansicht der Regierung betrachtet werden dürfe. Was nun eigentlich die französische Regierung in dieser Angelegenheit zu thun gesinnt, das ist zur Zeit noch Geheimniß, und zwar ihr aber vielmehr Napoleons alleiniges Geheimniß, und daran werden all die Reden und Gegenreden im Senat kein Jota ändern, weßhalb wir es auch unterlassen, weiter auf dieselben einzugehen.

Die „Patrie" hat die Einstellung des Lehrkursus des Professors Renan für eine „der Gewissensfreiheit zu Theil gewordene Huldigung" erklärt. (Das ist eine eigenthümliche Anschauung!) Nun hat der Minister Rouland auf diesem Huldigungswege einen Schritt weiter gethan, und dem Herrn Pelletan, der Privatvorlesungen über Leo X. und dessen Hof hielt, deren Fortsetzung gänzlich untersagt. Die „Debats" bemerken (ironisch), daß ein Minister, der stets so viel zu Gunsten der Revolution von 1789 und der Aufklärung rede, sehr gute Gründe zu einer solchen Maßregel haben und Herr Pelletan ein großer Verbrecher seyn müsse, wenn er eine solche Maßregel für nothwendig erachtet habe.

Italien.

Ueber die Zusammensetzung des Ministeriums Ratazzi theilt der Telegraph eine erste vorläufige Notiz mit, derzufolge es demselben an entschiedenen Elementen allerdings nicht fehlen wird. Der Eintritt Cialdini's kann wohl einer Kriegserklärung gegen Rom gleich geachtet werden, da wohl Keiner in solchem Maße die persönliche Ueberzeugung gewonnen haben dürfte, daß ohne den Besitz Roms der Besitz Siciliens nicht festzuhalten sey. — In England schrieb man mit dem Ministerwechsel in Turin sofort einfuhren zu seyn. Die Palmerston'sche „Morning Post" nennt den Sturz Ricasoli's einen schweren Schlag gegen das Interesse Italiens. (Ratazzi ist bekanntlich dem Kaiser Napoleon sehr ergeben, was man von Ricasoli nicht sagen kann. Nine alias Incrimae!) — Lanzi und Farini haben sich geweigert, in das neue Ministerium einzutreten. — Depretis dürfte, um mit Ratazzi in Konflikten, in Turin angekommen,

In den Tuilerien soll man über die aus Turin einlaufenden Nachrichten nicht sehr erbaut seyn. Der Mazzinismus organisirt sich immer stärker, und die Regierung in Turin ist so wenig Herr der Lage, daß man eine Bewegung für wahrscheinlich hält. Die mazzinistischen und garibaldischen Klubs in Neapel haben bedeutende Summen von ihren Freunden aus England erhalten.

Neapel, 22. Febr. Die Regierung fährt mit der Aufhebung der Klöster und Einziehung ihrer Güter fort. Dabei hört sie nicht selten auf materiellen Widerstand, den sie nur mit Anwendung von Gewalt beseitigen kann. Kürzlich kam ein solcher Fall in einem hiesigen Nonnenkloster vor. Als sich nämlich der mit der Aufnahme des Inventariums beauftragte Kommissär in das betreffende Kloster begab, um das Inventarium aufzunehmen, wurde ihm der Eintritt verweigert mit dem Bedeuten, daß das Kloster Claufur habe und es deshalb Mannspersonen nicht erlaubt sey, das Innere desselben zu betreten. Auf die des Aebtissin gemachten Vorstellungen wurde aber mit einem hartnäckigen „non possumus" geantwortet, worauf der Kommissär die Thür gewaltsamer Weise erbrechen ließ. Ebenso verweigerte man die Herausgabe der Schlüssel zu den einzelnen Zimmern und Schränken, so daß Abermals Gewalt angewendet werden mußte. Es kann sich dabei Jeder leicht vorstellen, welche Scenen unter den Bewohnerinnen des Klosters vorgekommen seyn mögen, besonders da letztere alle dem höheren Adel angehören. — Es zirkulirt in hiesiger Stadt eine Liste mit den Namen aller der Familien, die von der jetzigen Regierung bei Besetzung von Beamtenstellen besonders begünstigt worden sind. Daß diese Arbeit von solchen herrührt, die bei der Bewerbung um Anstellungen abgewiesen sind, liegt auf der Hand. Unter jenen Familien befinden sich meistens solche, die unter der Regierung der Bourbonen besonders viel gelitten haben, und welche die jetzige Regierung auf diese Weise zu entschädigen suchte. (K. Z.)

Griechenland.

Aus Athen vom 22. Febr. wird der „Triester Z." noch Folgendes über den Aufstand berichtet: An der Spitze stehen ein Major Botzaris, Neffe des Kriegsministers, ein Oberlieutenant Grivas und ein Oberstlieutenant Artemidi, ein dem Trunk ergebener alter Soldat; sie verführten Soldaten und Unteroffiziere, oder stellten ihnen Aussichten vor, die denselben plausibel waren. In einer Proklamation, die sie erlassen haben, behaupten sie, die gegenwärtigen Kammern seyen keine wahre Volksvertretung, sie seyen nur durch Wahlbestechungen ꝛc. zusammengebracht worden. Auf ein gegebenes Zeichen zogen die Soldaten des Bataillon Artemis vom Fort Itschale herab in die Stadt, besetzten die öffentl. Gebäude, vor allem die Polizeigebäude, dann nahmen sie den Komarchen gefangen, den Kommandanten des zweiten in Nauplia garnisonirenden Bataillon, Oberstlieutenant Zorpas, den sie unmenschlich behandelten, indem ihm ein Mainotten-Unteroffizier mit dem Gewehrkolben den Schädel einschlug und ihm den ganzen Schnurrbart ausriß, so daß nur eine wunde Oberlippe zurückblieb. Hierauf befreiten und bewaffneten sich die Militärgefangenen. Die Festung Palamides ergab sich mit 700 Sträflingen; die als politischen Gründen Verhafteten, der Mai-Verschwörung noch angehörig, wurden sogleich befreit, und übernahmen die ersten Stellen bei der Revolte.

Türkei.

Konstantinopel, 25. Februar. Zwischen der griechischen Gemeinde und dem Patriarchen sind die üblichen Streitigkeiten wieder einmal ausgebrochen und haben zu den gewöhnlichen ärgerlichen Auftritten geführt; während der Sitzung der Synode wurde der Patriarch von einigen Erzbischöfen als ein „unverschämter Betrüger" bezeichnet, so daß er das Sitzungslokal verlassen und sich klagend an die Pforte gewandt hat.

Die neuesten Nachrichten aus der Herzegowina bestätigen, daß Oesterreich dort: das Vermittlungs- und Versöhnungswerk in die Hand genommen und zu diesem Zweck mit Luka Vukalovic, dem Führer der Aufständischen, Verhandlungen angeknüpft hat, von welchem sie die Ueberzeugung gewonnen zu haben glaubt, daß er es mit seinen Stammes- und Glaubensgenossen redlich meine und einen ehrenvollen Frieden einem fortgesetzten Blutvergießen vorzuziehen [illegible] (Fr. Post.)

Donaufürstenthümer.

Aus Bukarest erfährt „die Kronstadter Zeitung", daß man neuerdings einer Verschwörung gegen den Fürsten Cusa auf die Spur gekommen ist. Gegen 60 Verhaftungen haben stattgefunden. Doppelte Militärpatrouillen sind fortwährend auf den Straßen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Februar. Die „Senatszeitung" veröffentlicht einen schon kurz erwähnten Ukas, betreffend die Einwanderung ausländischer Feldarbeiter. Sämmtlichen Arbeitern, wenn sie sich dauernd niederlassen, ist die freie Ausübung ihrer Religion gestattet, sie sind, so wie die Kinder, welche sie beim Eintritt nach Rußland hatten, vom Militärdienst lebenslänglich befreit; die Mennoniten sind während 20 Jahren von der Rekrutirungspflicht vollkommen unbetheiligt; nach diesem Zeitraum werden sie eine „Rekrutensteuer" in Geld zahlen müssen. Bezüglich der zwischen Grundbesitzern und Arbeitern abzuschließenden Verträge wird die größte Oeffentlichkeit gewahrt. Diejenigen Arbeiter, welche sich naturalisiren lassen und dann eine unabhängige Stellung erringen, sind von allen Steuern frei und zwar diejenigen, welche sich in den Jahren 1862—65 niederlassen, während zehn Jahren, später kommende während fünf Jahren. Rußland braucht, wie man sieht, fremde Arbeitskräfte und sucht sie durch diese Begünstigungen anzuziehen.

Die neuesten Nachrichten aus Warschau lauten keineswegs günstig; die Volksstimmung hat sich nicht geändert und einzelne Verhaftungen werden noch immer vorgenommen; namentlich hat die Fortführung Hieronski's, wie es heißt, nach Irkutsk, sehr böses Blut gemacht. Den schlimmsten Stand hat der neue Exzbischof Felinski, mit dem Niemand zufrieden ist, am wenigsten der Klerus. Die Russen zürnen, weil er sich weigert, einen Hirtenbrief ganz in ihrem Sinne zu erlassen, und die Polen halten ihn großentheils für ein russisches Werkzeug. Unparteiische sagen, er sey ein sogenannter Bücherwurm, der für die politische Lage der Dinge gar kein Verständniß habe.

Volkswirthschaftliches.

Die Runkelrübenzucker-Fabrikation, welche dem Boden Alles wiedergibt, was die Pflanze ihm entzog, ja, in der abfallenden Knochenkohle ꝛc. ꝛc. noch mehr, hat die Landwirthschaft, namentlich in Preußisch-Sachsen, so gehoben, daß einzelne Güter dadurch ihren Werth verdreifacht haben und, trotzdem 1/3 ihrer Bodenfläche dem Rübenbau widmen, auf dem übrigen 2/3 mehr Getraide bauen, als früher auf dem Ganzen." Auf dem Gute Rasdhurth hat sich der Ertrag des Morgens nach 17jährigem Durchschnitte von 71 auf 79 Thlr. vermehrt, seitdem ein großer Theil dem Rübenbau gewidmet ist. (Köln. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Landshut. Ein 10jähriger Knabe wollte am 28. Febr. ein ihm von einem Bauern übergebenes Pferd in den Stall eines Wirthshauses führen, daselbe wurde plötzlich scheu und schleifte ihn, da er die Zügel um die Hand gewickelt hatte, im größten Galopp eine Strecke von 800 Fuß, so der arme Knabe einen jämmerlichen Tod fand.

Weinsberg, 28. Febr. Wir sahen heute eine eigenthümliche Mißgeburt, die gestern in unserer Nachbarschaft zur Welt gefördert wurde. Es waren zwei, wenn auch etwas zu früh geborene, doch vollständig ausgebildete Knaben, welche von unten bis zur Brust zwei ganz getrennte Leiber bildeten und hier auf der Seite an einander gewachsen waren. Von da an sind es zweierlei Körper zu einem vereinigt, doppelte Brust, doppeltes Armepaar, so daß jedes der Kinder einen Arm auf dem Rücken zu haben schien. Der Hals, weil gleichfalls doppelt, war ungeheuer dick. Kinn, Mund, Wange, Nase waren doppelt und gaben dem Gesicht das wahrhaftige Bild einer chaotischen Masse. Das Interessanteste war das, daß die edleren Sinnesorgane: Auge, Ohr, Gehirn, blos einfach gebildet waren, daß also die Natur nach unten verschwenderisch bis ins Fratzenhafte, nach oben pyramidalisch

Digitized by Google

karg war. Die seltsame Mißgeburt wurde der medizinischen Fakultät in Tübingen zugeschickt. (Schw.M.)

Lechingen, 2. März. Gestern Abend produzirte sich auf dem Marktplatz bei Betrachtung der brlannte Aeng auf dem bohn Schwungseil. Seine Vorstellung kaum zur Hälfte beendet, wurde durch einen schaurigen Zwischenfall gestört. Das Schwungseil machte eine mächtige Bewegung, während Anna mit dem dreijährigen Knaben in der Luft schwebte. Ein Schrei des Entsetzens und des Mitleids fuhr durch das zahlreiche Publikum. Man sah den Tod Beider vor Augen. Das Schwungseil gab nach; es hatte durch die mächtige Bewegung eine Riegelmasch und dem Hause greifen, an welchem es befestigt war. Die Stimme stirbt unter das Publikum — es wurde Niemand beschädigt. Der Künstler und das Kind wurden gerettet. Eine schreckliche Angst zerstreute die Zuschauer. (Schw.M.)

Der Tod Ludwig Becker's in Australien.) Aus Melbourne eingetroffene Nachrichten melden das Verunglücken einer großartig ausgerüsteten Expedition zur Erforschung des Innern von Neu-Holland, welche unter der Führung von O'Hara Burke, 25 Mann stark, mit fast eben so vielen Pferden und 26 aus Indien eingeführten Kameelen aufgebrochen war. Als Opfer dieses Unternehmens ist leidrr auch der als Naturforscher, namentlich als Ornithologe rühmlichst bekannte Dr. Ludwig Becker aus Daemstart zu beklagen. Derselbe erlag den Strapazen des Rückmarsches zu Bulla am Purria-Fluß, am 29. April 1861, im Alter von 52 Jahren. Er war einer der thätigsten Mitglieder der Melbourner gelehrten Gesellschaft, in deren Organ er viele wissenschaftliche Arbeiten geliefert hat; auch genoß er als Künstler einen wohlverdienten Ruf. Leider ist dies nun auch schon das zweite schmerzliche Opfer, das die deutsche Wissenschaft den Forschungen in Australien bringt. Vor zwei Jahren hatten wir den Tod Leichhardt's zu beklagen und jetzt ist ihm Ludwig Becker in demselben Märtyrerthum für die Wissenschaft gefolgt. Deutschland hat es ebenso wenig, als in Afrika, auch in Australien, an Eifer und an Opfern für die Erweiterung der Erdkunde fehlen lassen.

---

* **Literarisches.** „Das Lustmeer", aus dem Nachlaß von G. J. Reimann (Breslau, Verlag von F. C. G. Leuckart. 2. Auflage.). Diese letzte Schrift Reimanns ist eines jener wenigen Werke, die den Namen populär sich nicht blos bringen, sondern wirklich verdienen. Im Besitz gründlicher naturklassischer Kenntnisse wollte Reimann damit doch nicht in seinem Buch kneipten, sich den Leser durch eine Menge eingeflochtener Notizen erdrücken; ihm war es darum zu thun, ein zusammenhängendes, klares Wissen von dem Gegenstand, den er sich zu bearbeiten erkoren hatte, zu vermitteln. Im Hinblick auf das Vergangene hat er, wie er selbst in der Vorrede sagt, sein Buch geschrieben, indem er die Volksmanuskripte nicht als eine abgeschlossene Wissenschaft, sondern als Theil der Physik der Erde betrachtet und behandelt. Daß sein Streben Anerkennung gefunden hat, beweist die nach Verlauf wenigrr Jahre nöthig gewordene zweite Auflage seines Buches.

Neueste Nachrichten.

** München, 4. März. (Pr.-K.) Se. k. H. der Kronprinz ist durch Unwohlsein genöthigt, seit gestern das Bett zu hüten, doch ist bereits heute wieder Besserung eingetreten. — Hr. Reichsrath Graf v. Arsch ist nicht unbedeutend erkrankt, doch nimmt das Fieber, von welchem er befallen, seinen regelmäßigen Verlauf. — Ueber das Befinden des Herrn v. Lüder lautet das heutige Bulletin: „Im Zustande Sr. Exc. des Herrn Feldzeugmeister v. Lüder hat sich keine wesentliche Veränderung ergeben; die gefahrdrohenden Symptome bestehen fort."

München, 4. März. In gewissen Kreisen spricht man gegenwärtig von der bevorstehenden Wahl eines Koadjutors für einen der Herren Bischöfe Bayerns. (B. K.)

München, 4. März. Se. Maj. der König hat die am Handelsgerichte Weiden erledigte Rathsstelle dem Assessor des Bezirksgerichts Weiden, Karl Mayer, verliehen; auf die am Bezirksgerichte Weilheim erledigte Anwaltsstelle den Advokaten Mich. Spirk in Donauwörth, auf dessen Ansuchen, versetzt. (N. M.-Z.)

* Wien, 28. Febr. Oesterreich und Preußen haben sich also, wie schon erwähnt, über eine Lösung der kurhess. Frage geeinigt; es handelt sich nur noch um die formelle Fassung des Bundesbeschlusses, den Oesterreich und Preußen gemeinsam beantragen und dem, wie man glaubt, sämmtliche Mitglieder des Bundes beipflichten werden. Was den Inhalt dieses Beschlusses betrifft, so wird er die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 verlangen und sich über das Wahlgesetz und das Einkammersystem gar nicht äußern, die Entscheidung darüber vielmehr der kurfürstlichen Regierung überlassen. Von österreichischer Seite wird die Wiedereinführung des Wahlgesetzes von 1831 empfohlen und diesem Wunsche aufgehalb des Bundesbeschlusses auf andere Weise Nachdruck gegeben werden. Die Erklärung der preuß. Regierung, daß sie die Frage des Wahlgesetzes als eine offene betrachte, gestattet ihr, einen Antrag, der diesen Punkt gar nicht berührt*), mit Oesterreich einzubringen. Eine wirklich Erledigung der ganzen Streitfrage kann nunmehr erreicht werden, wenn der Kurfürst dem dringenrrn Rath seiner Mitfürsten nachgibt.

---

*) Mit dem Nicht-Berühren allein ist's aber noch nicht gethan. Wenn man einmal zum Rechtsboden zurückkehren will, sollte man's auch vollständig thun, und alle auch das Wahlgesetz von 1849 wieder in Kraft setzen; denn dieses allein besteht zu Recht.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur Dr. K. Feldmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. k. S. b. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. dirto.	81¾ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	72½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	84⅛ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	50 P. 49⅜ G.
"	4½ pCt.	42⅝ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. C. b. K.	103⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. Ifakr. dto.	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1½ thlr. dto.	104⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-Il. dto.	100¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	90⅛ P. 89 G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P. 1½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842 .	86¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	87 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜/— 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
"	3 pCt. Obl.	93½ P. 93G.
Spanien	3 pCt. inl. Reh. P. à 5. 2. 80	28 G.
"	2 pCt.	43⅛ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1167/8 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien .	700 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169 G.
" Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	203½ G.
" Mosmarsche Bank à Thlr. 100 . .	80 P.
" Mitteldeutsche Kreditbank . . .	85⅝ P.
" Taunus-Eisenbahn à fl. 200 . . .	340 G.
" Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	68¼ P.
Oest. F.-N.-Eisb. pCt. 500 Fr. à 250 Fr.	235 P.
" Rhnab.-Kasel-Aisb. b pCt. . .	110 G.
" Rhnab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6.7	74⅝ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Tl. à 4 pCt. Z.	102 P. 1/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4⅓ pCt.	104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 P.
Poln. Bank-Akt., 200 pCt. Kinz.	249¼ P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	472 P.
Bayr. Ostbahn à 4⅓ pCt. vollenbar.	104⅛ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Kinz.	104⅞ G.
Provideutia (Feuerver.) 10 pCt. Kinz.	102½ G.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. k. 100 k. S.	99⅜/4 G.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 50 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	99⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London 1 Lst 10 k. S.	118⅛ B. 117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. A.S.L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ B. 1/8 G.
Triest 100 k. S.	85 G.
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 u. 4 W.	—
do. in ost. W. k. S.	86 G.
Ducaten	3 pCt. G.

Antehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98½ G.	Kurhessa. Thlr. 40 b. R.	56½ G.
" fl. 250 v. 1864 mit 45 Ct.	64⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
" fl. 500 v. 1860 ö/r	65⅞ P. 3/4 G.	" fl. 25 do.	37⅛ G.
" fl. 100 Kisb. l. v. 1858	101⅝ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. 1855	102⅝ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	84 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Genois m. 25/8 pCt. Z	37¾ P.
Badische fl. 50	96½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅛ P.
Badische fl. 35	55¾ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	13⅜ P.

Frankfurt, 4. März. Die Stimmung der Börse für öffen. Fonds und Aktien war etwas mattrr, die Kurse dieselben. (Synd.)

fast unverändert. Das Geschäft war nicht sehr belebt.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 65. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zusendung wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag, 6. März 1862.

Deutscher Bund.

= **Wien**, 3. März. (Privat-Korresp.) In der Antwort Oesterreichs und der andern Unterzeichner der ibentischen Note auf die preußische Erwiderung vom 14. scheint der schärfste Punkt der zu seyn, daß darin und zwar, wie wir hören, am nachdrücklichsten von dem Wiener Kabinet, besonders hervorgehoben wird, wie die Verwahrung gegen die Idee des engeren Bundesstaates und gegen die von dem Grafen Bernstorff versuchte Interpretation des 11. Artikels der Bundesakte, allerdings als ein Protest aufzufassen sey. Im Uebrigen wird Preußen freundlich eingeladen, sich auf eine Diskussion des süddeutschen Programmes einzulassen; zugleich aber wird demselben angedeutet, daß die verbündeten Regierungen entschlossen sind, ihren Plan, auch falls das Berliner Kabinet bei seinem Widerspruche beharre, alsbald soweit zu realisiren, wie das bei der Opposition einzelner Bundesglieder überhaupt möglich ist. Bei dem Eintritt einer solchen Eventualität würde Oesterreich, die vier Königreiche, Hessen-Darmstadt und Nassau zunächst versuchen, durch Einberufung von Fachmännern und Delegirten der Ständeversammlungen ein größeres Maß von Einheit in der deutschen Gesetzgebung, z. B. in Bezug auf den Civilprozeß und das Obligationenrecht, herzustellen; und dann auch die Installirung eines Bundesgerichts in Angriff nehmen. Was die äußere Form anbelangt, so sind die sieben Noten diesmal nicht gleichlautend abgefaßt, da sie ja eben keinen Protest, sondern eine Einladung zu bundesfreundlicher Mitwirkung enthalten.

Bayern. Einer Entschließung des Kultusministerium, die Aufbringung des Bedarfs für die deutschen Schulen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Nov. 1861 betr., ist Folgendes zu entnehmen: 1) Dem Gesetze vom 10. Nov. 1861 liegt die Absicht einer Verbesserung der Verhältnisse der Schullehrer zu Grunde. Schon aus dieser allgemeinen Erwägung kann den Bestimmungen in Art. 2 Abs. 1 und 2 während des transitorischen Stadium nicht ein Vollzug in der Art gegeben werden, daß, unter Außerachtlassung der dermal bestehenden Verhältnisse, bisherige Schulstellen mit dem Tage der Giltigkeit des Gesetzes in Provisoriate umgewandelt werden. Mit diesen Umwandlungen ist daher in der Regel, und soferne nicht der betreffende Schullehrer zu einer derartigen Maßregel als Strafe Veranlassung gegeben hat, zuzuwarten, bis eine Personalveränderung eintreten wird. Die einschlägigen Gemeinden können demgemäß auch angehalten werden, ihrem bisherigen Schullehrer den für einen wirklichen Lehrer vorgeschriebenen gesetzlichen Minimal-Gehalt zu verabreichen. Selbstverständlich haben die Kreisregierungen in solchen Fällen dahin zu trachten, daß für jetzt eine zu große Belastung der Gemeinden durch Unterstützungen aus der Kreisschulkotation oder aus Kreisfonds möglichst ausgeglichen, in der Folge aber durch passende Versetzungen beseitigt werde. 2) Nach dem Geiste des Gesetzes und den über dasselbe gepflogenen Berathungen steht es den Gemeinden allerdings frei, in welcher Art sie den Gehalt des Lehrpersonals aufzubringen haben. Hieraus folgt jedoch nicht, daß die Gemeinden gegen Verabreichung des gesetzlichen Gehaltes in Geld die seitherigen Naturalbezüge und namentlich den Ertrag der Dienstgründe zur Schulstelle einziehen können. Hiedurch würde, da die Naturalbezüge und Erträgnisse der Dienstgründe in Wirklichkeit einen weit höheren Werth haben, als diese Einkünfte in den Fassionen veranschlagt sind, die Lage vieler Schullehrer eher verschlimmert als verbessert. Die Gestaltung eines derartigen einzelnigen Vorgehens der Gemeinden würde sonach der unter Ziffer 1 bereits erwähnten Absicht des Gesetzes im Ganzen widersprechen. Es ist aber hiebei noch besonders im Auge zu behalten, daß die in Art. 3 des Gesetzes bezeichneten Gehalte Minimalgehalte sind. Die im Gesetze angegebenen Gehaltsgrößen sind daher zunächst als zu dem Zwecke festgesetzt zu betrachten, um das Maß zu bestimmen, bis zu welchem die Gemeinden mit Umlagen für die Bestreitung der Schullehrergehalte in Anspruch genommen werden können (Art. 6 des Gesetzes). Nachdem aber das Gesetz einerseits die Gemeinden vor Ueberbürdung schützt und für diesen Fall besondere Vorsorge getroffen hat, andererseits dadurch, daß das Gesetz nur das Minimum bestimmt, eine höhere Belastung im Falle der Leistungsfähigkeit nicht ausgeschlossen, vielmehr zugestanden ist, so muß es dem Vollzuge vorbehalten bleiben, das Bedürfniß und dessen Deckungsmittel zu prüfen und unter Beachtung der vom Gesetze aufgestellten Gesichtspunkte festzusetzen, und hat Dieß ebenso bezüglich der bereits bestehenden als der neu zu errichtenden Lehrerstellen zu gelten. 3) Die Erhebung des Schulgeldes ist durch Art. 5 des Gesetzes als allgemeine Regel vorgeschrieben. Von dieser Regel läßt das Gesetz in zwei Fällen eine Ausnahme zu, nämlich: a) wenn eine Freischule besteht, b) wenn und insoweit das Schulgeld durch andere Einkommensquellen dem Schullehrer ersetzt wird. Ueber den Begriff einer Freischule sprechen sich die Motive zu Art. 8 des Entwurfes dahin aus, daß eine solche nur da als gegeben anzuerkennen sey, wenn die dem Schullehrer zugehende Entschädigung das vollständige Aequivalent für das Schulgeld bildet. Das Gesetz betrachtet das Schulgeld, wo es dem Lehrer als Gehaltstheil zugewiesen ist, als die erste und wesentliche Grundlage seines Diensteinkommens. Nach dem bereits Angegebenen kann es daher nicht darauf ankommen, ob der gesetzliche Minimalgehalt durch andere Einnahmsquellen bereits gedeckt ist. Denn der Entgang am Schulgeld ist dem Lehrer zu ersetzen und zwar unabhängig vom Minimalgehalte. Das Schulgeld kann daher auch dann zur Erhebung kommen, wenn der Minimalgehalt eines Schullehrers durch andere Einkommensquellen vollständig aufgebracht und ein spezieller Ersatz für das Schulgeld nicht gerade geleistet wird. Die Verpflichtung zur Konkurrenz mittelst Umlage aber wird sich in dem Maße mindern, als das Lehrerpersonale durch den Ertrag des Schulgeldes oder anderes in den Dienstgehalt einzurechnendes Einkommen sich im Genusse eines den oben angegebenen Direktiven entsprechenden Gehaltsbezuges befindet. Da die Sorge zur Ermittlung eines solchen den Schuldehörden obliegt, so haben diese auch in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob das Schulgeld dem Lehrer als Gehaltsbestandtheil zuzuweisen sey."

* **Preußen.** Im preußischen Abgeordnetenhause ist die Opposition gegen die Militärvorlage im Wachsen begriffen. Es sind namentlich die rheinischen Abgeordneten, welche von ihren Wählern unausgesetzt aufgefordert werden, Nichts zu bewilligen. Zufolge nicht bewilligen. Andere Fragen kommen dazu, welche die Beziehungen zwischen Regierung und Majorität schwierig machen. Namentlich dürfte die Frage der Judenemanzipation sehr bedenkliche Debatten im Abgeordnetenhause veranlassen. Der Justizminister Simons stellte bekanntlich die Juden als Richter nicht an, angeblich weil sie christliche Eide nicht ablegen könnten. Der neue Justizminister Bernuth trat mit der Absicht ins Ministerium, die Verfassung hinsichtlich der Juden auszuführen. Er fand aber einen unübersteiglichen Widerstand. In der Zwischenzeit sind die Berichte eingegangen und der Justizminister hat die Anstellung der jüdischen Richter neuerlich wieder im Staatsministerium befürwortend zur Sprache gebracht, hat sich aber dort einer Opposition des reaktionären Theiles des Ministerium gegenüber befunden, die er nicht zu besiegen vermochte. Unter diesen Umständen scheint der Kultusminister Bethmann-Hollweg neuen Muth geschöpft zu haben und er hat Grundsätze in seinem Ministerium adoptiet, welche die Juden eigentlich vollständig vom Lehrfache ausschließen. Wegen dieser Angelegenheit, nicht minder wegen der einander widersprechenden Erklärungen des Ministerium betreffs der deutschen Angelegenheit herrscht im preuß. Abgeordnetenhause tief bis in die Fraktion Gradow hinein Verstimmung. Die beiden im Schooße der Kommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen zurückweisen-

Digitized by Google

den Erklärungen der preuß. Regierung anläßlich der Anträge in der deutschen und der italienischen Frage kommen offenbar einem entschiedenen Bruch mit den Tendenzen der Fortschrittspartei gleich. Es liegt nahe, daß diese Erklärungen Folge eines Beschlusses des Staatsministeriums sind. Sie geben den Beweis, daß man in den Berliner Regierungskreisen auf eine andere Bahn einzulenken für nothwendig erachtet hat. Die Fortschrittspartei ist natürlich ebenso überrascht als erbittert über diese Erklärungen der Regierung und man erzählt mehrwürdige Dinge über gefallene Aeußerungen und kundgegebene Absichten. Und auf der andern Seite sollen aus maßgebendem Munde die Worte vernommen worden seyn: „Es geht nicht mehr!" Das wäre also das Ende von dem Anlauf zu einem kleindeutschen Bundesstaat, den die Berliner Staatsmänner kürzlich genommen haben. Es scheint, sie haben doch ein Haar darin gefunden. Bis Ehre macht dieser rasche Umschlag ihrem politischen Verstand freilich nicht; doch im Interesse von Gesammtdeutschland können wir uns nur Glück dazu wünschen, daß sie noch bei Zeiten eingesehen haben, auf welchen Irrweg sie gerathen waren. Die ministerielle Partei Grabow, die den kleindeutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze auf ihre Fahne geschrieben hatte, ist nun in großer Verlegenheit, weil die Regierung sie auf einmal so sitzen läßt, und die Fortschrittspartei ist wüthend. Deßhalb darf man aber beileibe noch nicht glauben, daß die Regierung etwa mit ihrer Militär-Vorlage nicht durchringen werde. So lange noch irgend eine Möglichkeit zu der Annahme sich darbietet, daß die Regierung darauf ausgeht, sich mit der Volksvertretung zu vertragen, werden die Abgeordneten benützt seyn, der Regierung entgegenzukommen und gerade die vorgeschrittensten Parteien werden sich aufs Aeußerste bemühen, Alles zu vermeiden, was den Vorwand zu einer Auflösung bieten könnte. Schon jetzt demoralisirt die Erkenntniß, daß Jeder an seinem Theil sich in Acht nehmen müsse, daß auf ihn nicht das Odium falle, einen solchen Anlaß gegeben zu haben, die Abgeordneten dermaßen, daß man schon jetzt eine, wenn auch sehr kleine Majorität für die Militärvorlagen herausrechnen könnte. Also an Gründen für die Fortdauer der jetzigen Meinung der bestehenden Auflösung des Abgeordnetenhauses fehlt es durchaus, und es liegt deßhalb die Vermuthung nahe, daß ein Umschlag in der Politik der Regierung bevorstehe. Für diese Vermuthung wird denn auch mancherlei angeführt. Dahin gehört die Haltung der Regierung in der deutschen Frage, die innerhalb der letzten acht Tage so viele Wandlungen und Widersprüche aufweist, daß sogar die „Gouvernementalen" den Kopf schütteln. Will man aber dies nicht gelten lassen und die Vermuthung, daß die Regierung mit einer Wandelung ihrer innern Politik umgehe, auch als jeden Anhalts entbehrend bezeichnen, also auch zugeben, daß kein Grund zu einer Auflösung der Volksvertretung vorhanden seyn, so bleibt nur übrig, daß den letztern andere Besorchungen zu Grunde liegen. Und in der That will man in Berlin Nachrichten aus Paris haben, welche, von den Vorgängen im französischen Senat ausgehend, eine Unterhöhlung der napoleonischen Herrschaft und einen Sieg der revolutionären Parteien in Aussicht stellen. Es ist hier nicht der Ort, den Grund oder Ungrund solcher Nachrichten zu untersuchen, sie sind ebenso übertrieben, wie die daran geknüpfte Folgerung, daß sich diese Bewegung von Paris nach Deutschland verpflanzen und hier zu revolutionären Ausbrüchen führen werde. Aber möglich ist es, daß solche Befürchtungen gehegt werden, auch mögen diese Meinungen, die der Auflösungs-Eventualität und die der von außen kommenden Bewegung, auf einander wirken und vereint Besorgnisse und Vorkehrungen hervorrufen. Daß letztere getroffen werden und die öffentliche Meinung beunruhigen, ist nicht minder gewiß, wie daß die Stimmung in Berlin augenblicklich sehr peinlich und gedrückt ist.

Berlin, 3. März. Hier in Berlin tagt also jetzt der Ausschuß des „deutschen Nationalvereins". Gestern und heute hielt derselbe Sitzungen. Vielleicht wird die Frage erörtert, was den Häuptern des Nationalvereins Anlaß geben konnte, gerade jetzt in der preußischen Hauptstadt den ganzen Apparat einer durch die Maßgenbetheiligung getragenen Vorstandssitzung zu entfalten? Die einfachste Antwort darauf liegt ziemlich nahe. Man wollte das neuerdings in der deutschen Frage zwischen Preußen und mehreren anderen Bundesstaaten zu Tage getretene Zerwürfniß zu einem Entscheidungsschlag für die neugothaischen Zwecke ausbeuten. Den besten Hebel dazu glaubte man in den Anträgen zu besitzen, welche von den vorgeschrittensten Elementen des preuß. Abgeordnetenhauses in Betreff der deutschen Frage eingebracht wurden. Augenscheinlich lag der jetzigen, schon seit Wochen betriebenen Vertrauensversammlung vorzugsweise der Gedanke zum Grunde: mittelst einer großen Demonstration in Berlin selbst diesem parlamentarischen Schritt mehr Antrieb, Wucht und Wirkung zu geben. Inzwischen haben sich aber hier mit der Stimmung auch die Verhältnisse sehr wesentlich geändert. Die Regierung ist nicht gesonnt, die von den Urtheilen über so auferinglich empfohlenen bedenklichen Wege zu betreten. Mitten in die öffentliche Aufregung dieses Gegensatzes fallen nun die Häupter des Nationalvereins mit ihrer Versammlung hinein. (Fr. Postz.)

Württemberg. Wie württembergische Blätter berichten, ist in Stuttgart eine Note der päpstlichen Kurie an das Ministerium des Auswärtigen eingetroffen, als Antwort auf eine Darlegung in Betreff der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten in Württemberg. Der Text derselben, wird hinzugefügt, sey in sehr verbindlichem Tone abgefaßt. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli erklärt darin im Auftrag des heil. Stuhls, daß die Kurie zu dem neuesten Schritt der württembergischen Regierung in der Kirchenfrage zwar ihre Zustimmung nicht ertheilen könne, von einem förmlichen Protest gegen dieses Verfahren aber absehen wolle, indem sie von der Regierung des Königs Wilhelm überzeugt sey, daß diese ihren Verpflichtungen gegen die Katholiken des Königreichs in wahrhaft loyaler Weise bei Handhabung der Gesetze Rechnung tragen werde. Dem Vernehmen nach sind auch Unterhandlungen der württembergischen Regierung mit dem bischöflichen Ordinariat im Gang. Dem letzteren ist von Rom ein modus vivendi zur Präcisirung des kirchlichen Standpunktes bei den Unterhandlungen zugekommen. Bei dem beiderseitigen Entgegenkommen steht ein befriedigendes Ergebniß derselben wohl zu erwarten.

Kurhessen. Kassel, 1. März. Eine Art Demonstration fand vorgestern im Theater statt. Bei der Stelle im Stücke, wo der neue Regent erklärt: „ich gelobe und schwöre, ein guter König zu seyn", erhob sich das überfüllte Haus und brach in ein donnerndes Bravo aus. Der Kurfürst war nicht gegenwärtig, wohl aber die Fürstin von Hanau.

Oesterreich. Wien, 28. Febr. Das Benehmen der Erzbischöfe von Olmütz und Prag, welche bei der Konstitutionsfeier die Kirchen verschlossen, erregt großes Aergernniß in den höheren Kreisen. (Nat.-Ztg.)

— Wir melveten bereits vor längerer Zeit, daß die Verhaftung des Redacteur der „Gazetta di Fiume" mehrere andere Arrestirungen und Hausdurchsuchungen in Lombardo-Venezio nach sich gezogen; und daß sich hiebei ein nachweislicher Zusammenhang der italienischen und magyarischen revolutionären Propaganda herausgestellt habe. Die Entdeckung der geheimen Druckerei in Mestre bei Venedig; die Einziehung des Korrespondenten der „Gazetta di Fiume" in Verona; endlich die Verhaftung eines ungarischen Emissär in Peschiera stehen sämmtlich im engen Connexe mit einander. Wie uns nunmehr aus Pesth geschrieben wird, knüpft sich unmittelbar an diese unsern Lesern bereits bekannten Vorgänge die Verhaftung des dortigen Advokaten und Expeditors Birgil Szilagyhi. Derselbe soll nämlich durch die Papiere, welche man bei dem in Peschiera arretirten Mezry gefunden, einer verrätherischen Korrespondenz mit der Emigration in Turin verdächtig geworden seyn.

Frankreich.

Aus **Paris**, 2. März, schreibt man der „Allg. Z.": „In der gegenwärtigen Lage hüte man sich von der Wirksamkeit der des gesetzgebenden Körpers zu gut, von dem Verstande des Kaisers wegen des Schreibens an den Grafen von Pali-Kao zu schlecht zu denken. Sagen wir es offen heraus, daß ganz Paris dieses Schreiben für eine unbegreifliche Dummheit hält. Aber gerade weil dieselbe den unbegreiflichen Gestern unbegreiflich erscheint, wollen politische Kreise nicht daran glauben, und sie strengen allen Witz ihrer politischen Metaphysik an, um auf dem Unbegreiflichen einen tief angelegten Plan zu ziehen." (Wir denken, die Erklärung liegt sehr nahe. Kaiser Napoleon hat auch seine menschlichen Schwächen, und so hat er sich einmal wieder vom Zorn zu einem unbedachten Schritt hinreißen lassen, gerade wie er nach dem Orsini'schen Attentat gegen England herausplatzte. D. Red.)

Paris, 3. März. Die letzte Nummer des Organs der Pariser Studentin „Le Travail" ist wegen der letzten Ereignisse im Quartier Latin mit schwarzem Rande erschienen. Die Bekanntmachung des Unterrichtsministeriums Betreffs der Zusammenrottungen hat unter den Studenten viel böses Blut gemacht. (K. Z.)

Paris, 3. März. Die Regierung entfaltet der aufgeregten Stimmung der Bevölkerung gegenüber mancherlei Vorsichtsmaßregeln. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag war die Präfektur von 500 Sergents de ville besetzt, damit eine Demonstration sogleich verhindert werden könne. Auch in den Kasernen, welche dem

Digitized by Google

Bastillenplatz am nächsten liegen, waren die Truppen konsignirt. — Die beiden Reden des Prinzen Napoleon werden als besondere Schrift in 100,000 Exemplaren gedruckt, und sollen nach Turin geschickt werden. Die Freunde des Prinzen behaupten, daß die letzte Rede desselben zwar nicht die gegenwärtige französische Politik, aber die Gedanken des Kaisers ausdrücke. (F. Postz.)

Paris, 4. März. In der gestrigen Senatssitzung hielt der Minister Billault seine angekündigte Rede. Der Kaiser, sagte er, habe bei dem italienischen Krieg nicht die italienische Einheit zum Zweck gehabt, sondern er habe die Herrscher auf ihren Thronen halten und Italien nur dem österreichischen Joch entziehen wollen. Wenn die Franzosen Rom verließen, würde dort eine Revolution ausbrechen, und würde dann dem Papst übel mitgespielt, so wäre Frankreich dafür verantwortlich. Man könne dann aber den andern katholischen Staaten nicht verbieten, an Stelle der Franzosen selbst den Papst zu beschützen, und dann wäre für Frankreich übermlich. Der Minister hofft, der römische Hof werde doch noch durch gewonnene Einsicht zur Nachgiebigkeit kommen und ein Vergleich mit Piemont möglich werden. Der auf Italien bezügliche und im Sinne der Regierung gefaßte Paragraph der Adresse wurde sodann genehmigt und die ganze Adresse mit 123 gegen 6 Stimmen angenommen. (Fr. Holzz.)

Ein kaiserliches Dekret stellt alle „Krippen" (Kleinkinderbewahranstalten) in ganz Frankreich unter den unmittelbaren Schutz der Kaiserin. Der Art. 2 des Dekrets besagt, daß keine Krippe eröffnet werden kann, wenn nicht die ihr vorstehenden Personen „hinreichende Bürgschaften bieten"; d. h. die Polizei kann nach Belieben sie erlauben oder verbieten. Art. 4 gibt der Kaiserin das Recht, die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft jeder Krippenverwaltung zu besetzen; mit anderen Worten, die Präfekten bezeichnen willkürlich die Personen, welche an der Spitze dieser Wohlthätigkeitsanstalten stehen sollen. Bis zu einem solchen Grade von Vielregierere ist man wohl noch nirgends in der Welt gelangt!

Auch in den Provinzhäfen Frankreichs spürt man den Unzufriedenen nach und nimmt Verhaftungen vor. So wurde vor einigen Tagen zu Thann (Departement des Oberrheins) der Schmiedegesohn Karl Kestner, des berühmten Elsäßer Industriellen, ein Hr. August Scherer, nachdem man bei ihm Haussuchung gehalten hatte, ohne etwas zu finden, verhaftet und dann auf einen von Paris eingetroffenen speziellen Befehl geschlossen wie ein gemeiner Verbrecher von der Gendarmerie nach Belfort abgeführt. Diese Gewaltthat hat große Aufregung im Lande hervorgebracht. Die beiden Arrestirte, der größere Theil des Gemeinderaths von Thann, die Offiziere der Pompiers haben von dem Unterpräfekten, der gerade nach Thann kam, ihre Entlassung verlangt und dieselbe durch die „Infamie" (diesen Ausdruck, so schreibt man dem Basseler Volksfreund, haben sie gebraucht) motivirt, mit welcher die Regierung gegen einen achtungswerthen Mann verfahre. Innerhalb zwei Tagen haben mehr als 2000 Personen bei der Gattin des Verhafteten ihre Karten abgegeben und derselben so ihr Beileid bezeugt.

Italien.

Rom, 1. März. Die Polizei hat Hrn. de Angelis, einen reichen Kaufmann der römischen Campagna, und mehrere andere Personen verhaftet. (Tel.d.Fr.Z.)

Den neuesten Depeschen zufolge hat das Ministerium Ratazzi am 3. seinen Eid geleistet. Die einzelnen Ressorts sollen folgendermaßen vertheilt seyn: Ratazzi Präsident und Auswärtiges, Cordova Inneres, Depretis öffentliche Arbeiten, Sella Finanzen, Depoli Landwirthschaft und Handel, Persano Marine, Mancini öffentlicher Unterricht. Cialdini hat das Kriegsministerium abgelehnt, mit Poggi wird in Florenz wegen Uebernahme des Justizministeriums noch verhandelt. — Garibaldi hat am 3. eine Konferenz mit Ratazzi gehabt. (Zeit.)

Amerika.

New-York, 12. Feb. Der Bericht des zur Untersuchung betrügerischer Kontrakte niedergesetzten Komite ist am 7. d. Mts. erstattet worden. Die Enthüllungen machen und über die hier herrschende Frechheit und Straflosigkeit in der Korruption noch mehr, als über letztere selbst erröthen. Man kann die Summe, um die das Kriegs- und Seedepartement beschwindelt worden ist, auf 50 Millionen anschlagen. Und das, ruft der Berichterstatter aus, geschah zu einer Zeit, als das Land in der größten Gefahr schwebte, und als das Volk Gut und Blut für die Rettung des Vaterlandes anbot! Und das, gibt er zu verstehen, ist noch das minder Sträfliche, denn der Betrug kostete dem Vaterland nur Geld, während die Erfahrungen neuerer Zeit uns lehren, daß auch mit dem Schicksale ganzer Expeditionen, mit dem Leben und der Gesundheit unserer, unter den Waffen stehenden Söhne das leichtsinnigste Spiel getrieben wird, um den diebischen Kontraktoren und ihren Verbündeten den Säckel zu füllen. Die Ausfälle auf den Marineminister sind in dem Berichte häufig und unverblümt, das Gerücht seines Rücktritts hat sich aber demungeachtet nicht bestätigt. (L.N.)

New-York, 18. Febr. Die sonderbündlerische Garnison des Fort Donnelson hat sich mit den Generälen Buckner, Bestchrob und Johnson am 16. d. nach einem dreitägigen erbitterten Gefecht mit Bedingungen den Bundestruppen ergeben. Die Unionisten haben 15,000 Gefangene gemacht und eine ungeheure Masse Kriegsmaterial erbeutet. Einem Gerücht zufolge hat eine Schlacht bei Savannah stattgefunden und soll diese Stadt von den Bundestruppen genommen worden seyn. (T.d.Fr.Z.)

Volkswirthschaftliches.

Aus der Pfalz, 1. März. Im Weinhandel herrscht noch immer die alte Stille und Flauheit. Käufe werden nur für den laufenden Bedarf abgeschlossen, und nur Der verkauft, wer verkaufen muß. (F. J.)

Bekanntlich ist der Rheinzoll seit dem 1. März 1861 bedeutend ermäßigt und in dem betreffenden preußischen Gesetze vom 26. Februar 1861, §. 2, der Finanz-Minister ermächtigt worden, für den Fall, daß die Regierungen der deutschen Rheinuferstaaten sich künftig über weitere Rheinzoll-Ermäßigungen oder Befreiungen verständigen, diese Befreiungen zur Ausführung zu bringen. Es entsteht daher jetzt die Frage, ob jene Zoll-Ermäßigungen genügend sind, um der Rhein-Schiffahrt die Konkurrenz mit den Eisenstraßen zu ermöglichen. Das Komite der vereinigten Rhein-Schiffahrts-Interessenten hat diese Frage näher geprüft und glaubt sie entschieden verneinen und die gänzliche Befreiung des Rheines von allen Zöllen anstreben zu müssen, indem sich ergibt, daß die Eisenbahntachten immer noch bei den meisten Haupt-Artikeln erheblich billiger sind. (K. Z.)

W Frankfurt, 4. März. (Privat-Korresp.) Die dritte Versammlung des volkswirthschaftlichen Vereines für Südwestdeutschland ist auf den 3. und 4. Mai nach Mannheim ausgeschrieben. Tagesordnung: 1. Die Reform der Militärverfassung (Berichterstatter O. von Breitschwert); 2. Freizügigkeit (Ber. Dr. Braun); 3. Konsessionswesen (Dr. Walz); 4. Salzsteuer (Dr. Schröder); 5. Benützung der Arbeiterbildungsvereine zur Regelung des Arbeitmarktes (Dr. Schröder); 6. Versicherungswesen (Dr. Labenburg); 7. Deutsch-französischer Handelsvertrag (Sonnemann); 8. Die Erfolge des Genossenschaftswesens in Südwestdeutschland (F. Wirth). — Der hiesige volkswirthschaftliche Ortsverein, welcher seit einiger Zeit wieder mehr Leben entwickelt, hat eine Petition um Abschaffung der Wuchergesetze an den Senat beschlossen. Die Zeit scheint reif, diesen Ueberrest alter verkehrter wirthschaftlicher Anschauungen zu beseitigen, denn überall regt sich dasselbe Streben.

Nichtpolitische Zeitung.

* Bezüglich des neulich aus Oberbayern mitgetheilten Falls, wo ein Mädchen durch Drohungen und Schläge von einem Gendarmen zum Geständniß eines Diebstahls gebracht worden seyn soll, ist Münchener und Augsburger Blättern eine amtliche Berichtigung zugegangen, worauf zu entnehmen, daß das Mädchen sein Geständniß schon abgelegt hatte, bevor es geschlagen wurde (weil es dem Gendarmen davonlief). Uebrigens wurde dasselbe in 2. Instanz freigesprochen, und zwar führete der Oberstaatsanwalt als Grund der von ihm selbst beantragten Freisprechung an, daß ohne das Geständniß der Kl. H. sich eine Ueberzeugung von deren Schuld nicht wohl gewinnen lasse, daß dieses Geständniß aber auch dann noch als werthlos erscheine, wenn K. H. dasselbe auf die Vorspiegelung des Gendarmen S., „wenn sie gestehe, geschehe ihr nichts, wenn sie leugne, komme sie in das Narrenkämmerl nach Ebersberg", ablegte.

Nürnberg, 2. März. Das Jährige Söhnchen des Gastwirths H. dahier brachte gestern beim Spielen mit sog. Schussern einen derselben in die Luftröhre. Trotz eiligst herbeigerufener ärztlicher Hilfe gelang es nicht, denselben wieder herauszubringen, und das arme Kind starb — den Erstickungstod. (Fr. K.)

Nürnberg, 3. März. Der hiesige Arbeiter-Verein faßte heute den Beschluß, für Durchführung der Hebungsversuche des gesunkenen Dampfbootes Ludwig durch eine Sammlung unter seinen Mitgliedern dem Ingenieur Bauer behilflich zu seyn, damit sein

Digitized by Google

bisher ungelöstes Problem, so viel in seinen Kräften liegt, zur Durchführung komme. (Fr. K.)

Reutlingen, 3. März. Dieser Tage kam ein Selbstmord hier vor, dessen Motiv allgemein überraschte und Manche in Verlust setzte. Vor 15 Jahren fiel einem hiesigen Bürger ein Erbe testamentarisch mit der Klausel zu, daß, da derselbe damals nicht der beste Haushälter sey, er erst nach Verfluß von 15 Jahren in das Eigenthum desselben eintreten solle. Im Falle er diesen Termin nicht erleben sollte, so sollen seine Kinder das Erbe erhalten. Der Mann fand in dieser Zeit manche gutmüthige Kreditoren, welche demselben in Aussicht auf das Erbe Anlehen machten, so daß dasselbe im Betrag von 5000 fl. bis auf wenige Hundert Gulden erschöpft war. Einige Tage vor dem Termin des Erbantritts fand man den Mann auf einer Bühne erhängt, welcher in der letzten Zeit da und dort gesagt haben soll: um seinen Kindern das Erbe zu retten, werde er sich selbst das Leben nehmen. (Schw. M.)

Darmstadt, 3. März. Heute verschied Dr. Heinrich Palmer, Hofprediger, Oberkonsistorialrath und Oberstudienrath. Er hatte ein Alter von 59 Jahren erreicht.

London, 2. März. Bei der am letzten Freitag stattgehabten Versammlung der Aktionäre des „Great Eastern" ist beschlossen worden, ihn abermals nach Amerika zu schicken, ob zwar viele der Anwesenden meinten, er sollte lieber sein Glück auf einer Fahrt nach Indien oder Australien versuchen.

(Wie Liszt ein Diner zahlt.) Der „Voss. Ztg." wird aus Rom geschrieben: Liszt wurde kürzlich vom Marquis Lavalette, der ihn von Paris her kennt, zu einem Diner geladen. Nach aufgehobener Tafel ergingen sich Beide in einem Zimmer, wo ein Flügel stand. Plötzlich öffneten sich zwei Thüren, eine glänzende Gesellschaft von etwa dreihundert Personen saß da und Liszt mußte sich nach langem Widerstreben den Bitten des Gesandten fügen und spielen. Nach wenigen Minuten aber verstummte das Spiel; er stand auf, verneigte sich gegen die Damen und sagte zum Marquis: „Das Diner ist bezahlt," worauf er sich eiligst entfernte. Lavalette war jedenfalls indiskret, denn Liszt hatte ihm wie vielen Anderen ein für alle Mal bedeutet, er wolle nicht mehr spielen.

Neueste Nachrichten.

München, 5. März. Wie wir vernehmen, hat Se. Maj. der König mittelst Handbillets Sr. Excellenz den Generallieutenant und General-Kapitän der k. t. Leibgarde der Hartschiere, Frhrn. v. Hohenhausen, zum charakterisirten General der Kavallerie ernannt. (N. Münch. Z.)

** München, 5. März. (Priv.-Korr.) Das Unwohlseyn Sr. t. Hoh. des Kronprinzen besteht in einem leichten Masern-Ausschlage, doch erschien bis jetzt kein ärztliches Bulletin. — Unser k. Hof hat wegen des Ablebens der Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin Hoftrauer auf 14 Tage angelegt. — Das heutige Morgenbulletin lautet: „Das Befinden Sr. Exz. des Feldzeugmeisters v. Püder hat sich von gestern auf heute verschlimmert; Erscheinungen allgemeiner Kräftezehnahme werden sichtbar.

München, 3. März. Nach einem hiesigen Lokalblatt soll die königl. Entschließung bezüglich der ministeriellen Oberleitung der Gewerbsschulen von Riza eingetroffen seyn. Wie ich nun so eben aus zuverlässiger Quelle erfahre, sind gemäß allerhöchsten Befehls die dem königl. Handelsministerium unterzeordneten landwirthschaftlichen und Gewerbsschulen der Oberleitung des Kultusministerium nicht zu überweisen, sondern haben, wie bisher, beim Handelsministerium zu verbleiben. Nachdem nun diese Vorlage erledigt ist, dürfte wohl in der nächsten Zeit die Frage: in welcher Weise und in welcher Ausdehnung eine Reorganisation unserer gewerblichen Lehranstalten vorgenommen werden soll, zur Erledigung kommen.

München, 1. März. Heute traf hier die Nachricht von Rom ein, daß dort der unermüdliche Kämpfer für die kath. Kirche, Dr. Jakob Clemens, Professor in Münster, am 24. Febr. gestorben ist. Er hatte sich mit seiner Frau während des Winters des mildern Klima wegen nach Rom begeben, wohin später auch sein Schwager Dr. Lingens kam. (A. Postz.)

Köln, 2. März. So ist denn am gestrigen Tage für Preußen, Sachsen und Nassau das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch in Kraft getreten. Das Gesetzbuch ist im Ganzen ein gutes, und wird für die meisten deutschen Staaten einen bedeutenden Fortschritt darstellen. Hier hat es zunächst eine Zeitschrift hervorgerufen, welche vom 1. März an im Du-Mont-Schaubergschen Verlag unter dem Namen „Centralorgan für den deutschen Handelsstand" erscheint. Diese Zeitschrift wird für alle Staaten, in denen das Handelsgesetzbuch in Kraft tritt, die in die Handelsregister der Gerichte erfolgten Eintragungen der Firmen, Prokuren, Gesellschaftsverträge u. s. w. bringen, sodann die in Deutschland über den Handel ergehenden Gesetze und Verordnungen mittheilen, und die Resultate der Jurisprudenz, wie sie sich bezüglich der Handelssachen ausbilden wird, in einer dem Kaufmannsstande faßlichen Weise zusammenstellen.

Paris, 5. März. Der „Moniteur" schreibt: „Der gesetzgebende Körper wird sich am Mittwoch versammeln, um eine Mittheilung der Regierung zu empfangen. (Auflösung?) (L.b.C.M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	b pCt. Met. (Ca. l. S. b. R.)	—
„	b pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.
„	b pCt. Venet. Coupon b. R.	73 P. 72⅞ G.
„	b pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅜ G.
„	3 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.
„	4½ pCt. dto.	42⅝ G.
„	4 pCt. dto.	—
„	3 pCt. dto.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. 1850. dto.	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1/4jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90¼ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	94 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48½ P.
„	2 pCt. „ „ „	27⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	117½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700—702 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	204 P. 203 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	85⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	343 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	86½ P.
Oest. F. St. Kisb. P. 500 Fr. à 2⅝ hr.	229 P. 229 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à 5 pCt.	111⅝ P.
„ Elisab.-Nahn Prior. 5 pCt. 6/7	74⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	2⅝ G.
Ludwigshafen-Birnbacher à 4 pCt.	130¾ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105 P. 104⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ P. 249 G.
Span. Eisenbahn à 300 Realen	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	474 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106½ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105 G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ G.
Bremen 50 Th. Lad. k. S.	98⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅜ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ 118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 150 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¾ G.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	57 P. 56⅝ G.
„ fl. 250 v. 1864 mit 4 pCt.	64 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
„ fl. 500 v. 1860 fl.?	66 P.	„ fl. 25 do.	32¾ P.
„ fl. 100 Einb. L. v. 1858	108¾—⅞ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36¾ P. ½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	122½ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	96½ P.	Vereins-Loose fl. 10	10½ P.
Badische fl. 35	55½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 3. März. Die Börse zeigte für öffent. Fonds und Aktien eine günstigere Tendenz, wenn auch in den Kursen keine wesentliche Veränderung zu erkennen war. Frankfurter Bank- und Taunusbahnaktien waren begehrt und höher. Das Geschäft war im Allgemeinen nicht von Bedeutung. 5pCt. Marseiller Obligationen wurden zu 99 umgesetzt. (Sdd.)

Digitized by Google

Kgl. & Staatsbibliothek in

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 7. März 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Die von L. Hauff gemeinfaßlich bearbeitete, in der Giel'schen Buchhandlung zu München erschienene Ausgabe der neuesten bayer. Gesetzbücher (Strafgesetzbuch, Polizeistrafgesetzbuch, Einführungsgesetz dazu und Gesetz über Aufhebung der Straf-Folgen) ist jetzt mit dem 4. Heft vollendet. Diese Ausgabe ist übrigens nicht für den Juristen noch überhaupt für den, welchem es um den strengen Wortlaut des Gesetzes zu thun ist, bestimmt, denn sie gibt nicht durchweg den wörtlichen, vollständigen Text, sondern sucht nur den wesentlichen Inhalt dem Laien verständlich zu machen. Als ein Zeichen, daß durch das öffentliche Gerichtsverfahren auch im diesseitigen Bayern das Streben nach Kenntniß der Gesetze in allen Schichten der Bevölkerung geweckt ist, mag der rasche Absatz dienen, welchen die verschiedenen seither erschienenen Ausgaben der neuesten Gesetzbücher gefunden haben, so auch die Hauff'sche, von der schon ein dritter Abdruck nöthig wurde.

Preußen. Berlin, 5. März. Die „Berliner Allg. Ztg." enthält den mit den Namen unterzeichneten Protest der Majorität der schleswig'schen Ständeversammlung gegen die Kompetenz des versammelten dänischen Reichsraths und gegen die Rechtsgiltigkeit aller von demselben bezüglich Schleswigs gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse. (Tel.-D. Zeit.)

Berlin, 4. März. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurden die einzelnen Paragraphen des Hoverbeck'schen Gesetzentwurfes wegen Aufhebung der Bluchergesetze u. s. w. mit sehr großen Majoritäten unverändert angenommen; über den Gesetzentwurf im Ganzen wurde namentlich abgestimmt und die Annahme erfolgte mit 237 gegen 78 Stimmen. Die Ablehnung im anderen Hause ist leider nicht zu bezweifeln. Die Verhandlung wegen Ausschließung jüdischer Lehrer von der Realschule in Posen wurde nicht zu Ende geführt, vielmehr auf den Donnerstag vertagt. Lebhaften Beifall fand die vom Grafen Schwerin eingebrachte Vorlage zur Reform des Paßwesens. — Das Herrenhaus begann in seiner heutigen Sitzung die Berathung der Ministerverantwortlichkeit. Die feudale Partei ist in dieser Frage in sich selber nicht einig; indeß gewiß ist, daß es zu einem betreffenden Gesetze für dieses Mal wieder nicht kommt, und so bleibt das Interesse an den Debatten gering. (K. Z.)

Berlin, 4. März. Bis jetzt war man allgemein der Ansicht, daß ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister ein wesentliches Erforderniß des konstitutionellen Lebens sey, und deshalb legte man der Vorlage eines solchen Gesetzes durch das Ministerium die größte Wichtigkeit bei. Daß die Idee der Wichtigkeit dieser Gesetzesvorlage nicht in allen Faktoren des preußischen Staats durchgedrungen ist, davon konnte man sich in der heutigen Sitzung des Herrenhauses überzeugen. Von 250 Mitgliedern, welche in die Versammlung berufen sind, waren etwa 60 bis 90 anwesend, und diese kleine Zahl folgte den Debatten mit einer solchen Gleichgültigkeit, daß man, trotz der günstigen Lage der Journalistentribüne, oft die Redner nur schwer verstehen konnte. Die abwesenden Mitglieder müssen es wirklich bedauern, diese Sitzung versäumt zu haben, denn es war ergötzlich, zu sehen, mit welcher Geschicklichkeit die Partei, welche gewohnt ist, sich Ausnahmerechte zu vindiciren, jetzt mit einem Male gegen jede Ausnahmsgesetzgebung auftrat, denn als ein solches „Unglück", das dem Land drohe, wurde das Ministerverantwortlichkeitsgesetz dargestellt. Das Wunderbarste an der Logik leistete aber doch Herr v. Daniels, welcher ausführte, da der König unverantwortlich und unverletzlich sey, so könne auch ein Minister dafür, daß er eine vom König unterzeichnete Verordnung gegengezeichnet habe, nicht zur Verantwortung gezogen werden. Hr. v. Kleist-Retzow sagte ziemlich klar, daß die ganze Verfassung umgestoßen und die volle Macht der Krone wieder hergestellt werden müsse. Daß er den Ministern vorwarf, den Tendenzen der Umsturzpartei zu dienen, ist gewiß ein Vorwurf, der diesem Ministerium nicht oft gemacht worden ist oder werden wird. Man irrt aber wohl nicht in der Annahme, daß einem Theile unserer Ministerium diese schreckliche Anschuldigung bei Weitem angenehmer war, als die überschwänglichen Lobsprüche, welche ihnen Herr von Waldow-Steinhöfel dafür spendete, daß sie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorgelegt hätten, nach dem nun und nimmermehr ein Minister zur Verantwortung gezogen oder gar verurtheilt werden könnte! Die allgemeine Debatte wurde unter allmäliger Entleerung der anfangs gefüllten Tribünen zu Ende geführt, und lieferte einen neuen Beweis für die große legislatorische Befähigung der hohen Versammlung.

Berlin, 5. März. Frhr. v. Binde (Hagen) hat auf die Anfrage, ob er für den remittirten Abgeordneten Landrath v. Knebel jetzt ein Mandat annehmen wolle, wieder eine ablehnende Antwort ertheilt, da seine vormundschaftliche Thätigkeit über seine Mossen ihn auch jetzt noch daran behindert.

Breslau, 3. März. Der Fürstbischof von Breslau, zu dessen Diöcese auch Berlin gehört, hat zur Fastenzeit einen Hirtenbrief erlassen, worin er sich gegen den „neuen Schwindel, den Nationalitätsschwindel" wendet, der „die Geister beherrscht und bereits die Luft Italiens verpestet und Europa mit einem allgemeinen Umsturze bedroht."

Thüringen. Weimar, 2. März. Es ist nun entschieden, daß das einer bedeutenden Anregung auch vom Auslande sich erfreuende landwirthschaftliche Institut in Jena der Universität erhalten bleibt, da der Landtag zur Erhebung desselben als Staatsanstalt, resp. zum Ankauf des mit demselben verbundenen Grundbesitzes seine Genehmigung ertheilt und den desfallsigen Aufwand aus Staatsmitteln bewilligt hat. In der Entschädigungsfrage für die mit der Gewerbefreiheit wegfallenden Verbietungsrechte hat unsere Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine solche Entschädigung statuirt, jedoch nur für den Fall, daß das Verbietungsrecht an den Besitz einer dringlichen Gewerbsberechtigung geknüpft war. Die Entschädigung wird dann zu gleichen Theilen aus Staatsmitteln und von der betreffenden Gemeinde geleistet, und besteht bei geschlossenen Zünften in zwei Drittheilen und bei den übrigen in der Hälfte des Verkaufswerthes der Gewerbeberechtigung. (Kob. Ztg.)

Meiningen, 5. März. Vor dem heute wieder zusammengetretenen Landtage hat eine Mittheilung der Regierung wegen Anschaffung von Bündnadelgewehren durch Vermittlung Preußens, das natürlich dieselbe gern eintreten ließ, überrascht. Die desfallsigen Kosten wurden sofort vom Landtage verwilligt. Andere Mittheilungen von Interesse waren die über den thüringischen, im Wesentlichen auf Gewerbefreiheit ruhenden Gesetzentwurf, ein Gesuch wegen Förderung des Saal-Orla-Bahnprojekts (von Gera den langen Weg über Saalfeld zum Anschluß in Sonnenberg an die Werrabahn und weiter an die bayerischen Bahnen), und ein Gesuch des germanischen Museum um einen jährigen Beitrag zu demselben aus Staatsmitteln. (Fr. Hdsbl.)

Freie Städte. Bremen, 3. März. Der Kurier an der Weser schrieb dieser Tage: „Die Flottenconvention mit Preußen, welche bei ihrem ersten Auftauchen hier eine so freudige Sensation erregte, und sich des ungetheiltesten Beifalls aller politischen Parteien zu erfreuen hatte, scheint sich gegenwärtig wieder in einem Stadium zu befinden, das die Erfüllung dieser Hoffnung abermals in die Ferne hinausrückt. Es heißt, die Verhandlungen gehen gänzlich in's Stocken gerathen. Der verheißene preußische Kommissär läßt bis heute noch vergebens auf sich warten. Die Bedingungen, welche Preußen stellte, sollen theilweise zu partikularistischer Natur seyn, als daß das rein deutsch denkende Bremen darauf eingehen könnte."

Digitized by Google

§ **Oesterreich.** Wien, 4. März. (Privat-Korresp.) Die aus der Herzegowina eingetroffenen Berichte lauten beruhigender. Dank den Bemühungen des österreichischen Konsularagenten in Trebigne finden zwischen dem Führer der Insurgenten Lucas Bukalovich und Omer Pascha Verhandlungen statt, welche allen Wahrscheinlichkeit nach zu einem Vertrage führen werden, der dem nun schon länger als ein Jahr andauernden Blutvergießen ein Ende machen wird. Omer Pascha ist von Konstantinopel aus bevollmächtigt worden, die Forderungen der Insurgenten, soweit dies nur immer mit der Würde der Pforte vereinbar ist, zu erfüllen, ihnen volle Amnestie zu gewähren, und die Rechte und Interessen der Christen in der Herzegowina durch einen Vertrag sicher zu stellen. Daß Oesterreich durch den Frhrn. v. Prokesch dahin wirke, die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bewegen, ist gewiß. Ein Theil der Insurgenten hat den neuesten Nachrichten zufolge bereits die Waffen niedergelegt und die ihnen von Omer Pascha angebotene Amnestie angenommen. — Der Herzog von Grammont hat auch hier im Namen seiner Regierung erklärt, daß letztere die Reden des Prinzen Napoleon im Senate förmlich desavouire.

Wien, 3. März. In Venedig geht das Gerücht, daß der dortige Statthalter Ritter v. Toggenburg seinen Posten demnächst verlassen und Frhrn. v. Bach in Linz ablösen werde. Als Nachfolger Ritter v. Toggenburg's bezeichnet man den Grafen Coronini, welcher vor dem Ausbruche des Krieges in Venedig längere Zeit als Delegat fungirte. — Dr. Heinrich Laube ist an einer Lungenentzündung erkrankt, die jedoch bis zu diesem Augenblick einen günstigen Verlauf nimmt.

Die „Kasseler Ztg." bringt folgende Nachricht aus Wien, 4. März, wonach gemeldet wird: „Bezüglich der kurhessischen Verfassungsfrage und des in dem Betreff am Bunde zu stellenden Antrages geht die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen jetzt positiv dahin, daß (wie schon vor einigen Tagen angedeutet) das Wahlgesetz von 1849 Giltigkeit haben soll, und daß für die zweite Kammer das Wahlgesetz von 1831 maßgebend werden soll. Die erste Kammer bleibt.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. März. Der Reichsrath hat heute ohne Debatte den Antrag auf Aufschließung von Hansen-Grumby und Thomsen-Oldensworth bei der ersten Lesung einstimmig angenommen. (Tel. d. Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 3. März. Der Prinz hatte sichtlich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um durch sein persönliches Auftreten bei den Debatten des Senats über die brennendste Frage des Tags, die römische, seine Vergangenheit vergessen zu machen und sich ein Postament für die Zukunft zu erbauen. Ganz abgesehen aber von der frühern politischen Thätigkeit des Prinzen, hat derselbe seit dem Krimkriege und dem Konflikt mit dem Prinzen Murat zu viel in der öffentlichen Meinung verloren, als daß er jemals durch die Grundsätze, welche er zur Schau trägt, seinen Ruf wiederherstellen könnte. Als in der letzten Session des Senats der Prinz an den Orleans ein Thema suchte, um sich populär zu machen, ward ihm die Strafe von den Angegriffenen selbst: der Herzog von Aumale stellte ihn an den Pranger. Bei der gegenwärtigen Sitzung der Kammern hoffte der Prinz Papst und Klerus hinreichend unpopulär zu finden, um aus dem Angriff darauf Popularität für sich zu erobern. Auch diesmal ist er gescheitert, und zwar noch mehr als bei dem ersten Versuch, denn im Senat selbst ward der kaiserliche Vetter zurückgewiesen, und in der öffentlichen Meinung hat man ihn zu dem Abhub der extremen Parteien geworfen. Daß es dem Prinzen nicht gelungen, aus dem Haß gegen die, welche er sich zu Gegnern gewählt, Sympathien für sich zu schmieden, ist ein Zeichen, daß die öffentliche Meinung ernster zu werden beginnt, nicht blos auf die Sache, sondern auch auf die Person sieht, die sie vertritt, und nicht mehr durch Appell an die Leidenschaft blind gemacht wird. Die heftigen Parteien, die der Gewalt, stehen in den Schranken, sich gegenseitig beseidend und anschuldigend, die öffentliche Meinung scheint instinktiv zu fühlen, daß es für sie gleich nachtheilig seyn würde, wenn eine von beiden Parteien aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen sollte. (A. Z.)

Aus Paris, 3. März, wird der „Zeitung für Nordd." geschrieben: „Dem offiziellen Organe zufolge beträgt die bis gestern konvertirte 4½proz. Rente 97,679,000 Frs. Ob diese Ziffern richtig sind oder, wie hie und da behauptet wird, auf einer Rechnungs-Manipulation beruhen, weiß ich nicht. Gewiß ist nur so viel, daß Herr Fould mit dem Resultate der Konversion und ihrem demnächstigen Interessultate sehr zufrieden ist. Natürlich theilt er seinen großen Theil des Publikums der herrschenden Stimmung (Aufregung und Mißtrauen) zu, welche durch die Reden des Prinzen, durch das Schreiben des Kaisers u. s. w. hervorgerufen wurde. Dies veranlaßte den Finanzminister, Sonnabend seine Entlassung einzureichen. An der Börse wollte man zwar wissen, er habe eingewilligt, sie wieder zurückzunehmen; Andere aber versichern, er werde die Leitung der Finanzen nur bis zum 7. März behalten."

Der „Franks. Postz." schreibt man aus Paris, 4. März: „Ich erfahre so eben, daß die Zahl der wegen eines angeblichen Komplotts Verhafteten 60 beträgt. Doch besitzt die Polizei eine Liste von 1500 mehr oder minder Kompromittirten, deren sie sich wahrscheinlich nach und nach bemächtigen wird. Uebrigens sind sämmtliche Gefängnisse von Paris dermaßen überfüllt, daß gestern verhaftete Studenten im Amtslokale der Mairie von Montmartre untergebracht wurden. Die Behandlung der verhafteten jungen Leute soll, um mich gelind auszudrücken, „sehr viel zu wünschen übrig lassen."

Paris, 5. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde ein Brief des Kaisers verlesen, in welchem derselbe das Mißverständniß bedauert, welches in der Mantauban-schen Angelegenheit zwischen der Kammer und ihm stattgefunden hat. Der Kaiser zieht den Gesetzesvorschlag zurück, um dem gesetzgebenden Körper einen anderen zu überreichen, welcher bestimmt ist, die in China dem Lande geleisteten Dienste zu belohnen.

(Tel. d. Fr. Hdlsz.)

Italien.

Turin, 2. März. Die „Opinione" schreibt über den Rücktritt Ricasoli's: „Das Kabinet hatte erkannt, daß in seinem Schooße Meinungsverschiedenheiten herrschen, welche den regelmäßigen Gang der Geschäfte hemmen und seine Stellung zum Nachtheil der öffentlichen Angelegenheiten schwankend und unsicher machen. Es wurde daher in einem Ministerrath der Beschluß gefaßt, daß sämmtliche Minister ihre Entlassung in die Hände Sr. Majestät niederlegen wollten, worauf der Conseilpräsident den König brieflich von diesem Entschluß in Kenntniß setzte, welcher seinerseits wieder schriftlich erwiderte. Indeß berief der König den Kammerpräsidenten Rattazzi zu sich und deauftragte denselben, ein neues Kabinet zu bilden, was derselbe sofort übernahm. Der Fall Ricasoli's war nicht blos die Folge innerer Zwistpalte im Kabinet, sondern auch der Stellung der verschiedenen Parteien im Parlament." (A. Z.)

Turin, 3. März. Garibaldi hat die ihm zugedachte Pension als Ritter des savoyischen Militärordens mit Unwillen abgelehnt. Nach dem „Movimento" reist heute Garibaldi von Genua nach dem Süden ab. (A. Z.)

Turin, 3. März. Die „Monarchia nazionale" stellt Folgendes als das Programm des neuen Ministeriums auf: Die Nation will eine normale, starke und geachtete Regierung, die Unterschütterlich an dem Programm der großen Majorität des italienischen Parlaments festhält; die die Unterstützung sämmtlicher Kräfte des Landes und sämmtlicher ehrlichen Ueberzeugungen annimmt; die mit fester Hand die Nation leitend, sich nicht durch die Parteien imponiren läßt; die die bestehenden Allianzen und Freundschaften achtend, dieselben zur Herstellung der italienischen Nationalität zu benutzen weiß; welche die militärische Organisation fortführt und die Finanzlage und die Verwaltung des Landes verbessert. (G. N.)

Turin, 4. März. Der „Diritto" theilt mit, daß die Opposition in einer gestern Abend gehaltenen Versammlung förmlich erklärt hat, daß sie Ratazzi-heit des Hrn. Cordova in dem Kabinet, insbesondere als Minister des Innern, eine Gefahr für das Land sey. Sie hat diese Erklärung dem Conseilpräsidenten zustellen lassen. (Ind. d.)

Griechenland.

Der „Precursor" von Athen vom 26. Febr. berichtet, daß die Unordnung auf Nauplia und einen wenig ausgedehnten Rayon begrängt sey. Alle Kommunikationen, deren Mittelpunkt Tripolitza ist, sind wieder hergestellt. Ein Schreiben des Generals Gennaios meldet, daß die aufständischen Soldaten von Tripolitza, welche nach Lacedemonien hin flohen, gentöthigt wurden, sich den Einwohnern, von welchen sie umzingelt wurden, ohne Kampf zu ergeben. Dem Unterpräfekten von Argos ist es gelungen, in seinem Distrikte den größten Enthusiasmus für die Dynastie zu erwecken. Ernste Gefechte haben zwischen den Aufständischen von Nauplia und den

Digitized by Google

Königlichen zu Glitka stattgefunden. Die Aufständischen waren von Grodno bestellt. In Rauplia sind Zwangsabgaben erhoben worden; es war dort Mangel an Lebensmitteln. Von der Regierung ist noch kein militärisches Bulletin veröffentlicht worden. Alle Kasernvalsestlichkeiten waren eingestellt, am Hof wie in der Stadt. — Ein Schreiben aus Athen behauptet, die Aufständischen seyen in Nauplia keineswegs blockirt; sie hätten die Umgebungen der Festung mit 6000 Freiwilligen und 2500 Mann regulärer Truppen besetzt; sie besitzen Lebensmittel und Pulver über Syra. Die Regierung ziehe mehr und mehr Truppen aus den Provinzen nach Athen, um mit Kraft gegen die Aufständischen zu ziehen. Man besorgt Auflegung in Epirus und Thessalien in Folge der Entfernung der Truppen. (Tel.d.Fr.J.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 5. März. Mit das „Journal de St. Petersbourg" meldet, ist der von den im Herbst stattgehabten Studentenunruhen her bekannte Kurator des hiesigen Universitäts-Distrikts, General Philippson, entlassen worden. (K. Z.)

Petersburg, 6. März. Die heutige „Nordische Post" berichtet: „Dreizehn Mitglieder des Friedensrichter-Instituts im Gouvernement Twer erklärten, nicht nach den Emanzipations-Gesetzen vom 19. Februar 1861 handeln zu wollen. Die Provinzialversammlung der Friedensrichter berichtete derhalb an den Minister des Innern und dieser hat die Ueberführung der dreizehn sich weigernden Mitglieder nach Petersburg zur Anklage vor den Senat befohlen." (Tel. d. Fr. J.)

Warschau, 28. Februar. Das Beten wird und darf auch keine Behörde verbieten, hat der Erzbischof Felinski gesagt, und thut sie es, so würde ich sagen, gehorcht ihr nicht, denn die Behörden gegen Gott sind Höher als die gegen die Menschen. Ihr dürft also Gott eure Wünsche vortragen und beten . . . nur die ꝛc. Gesänge stellt ein. In Befolgung dieser Weisung singt man nicht mehr; um so eifriger wird gebetet. Die Kirchen sind an Jahrestagen, wo die wehrlosen Opfer von russischen Kugeln in den Straßen niedergestreckt wurden, überfüllt. Die Russen sind außer sich über die Ruhe und Ordnung dieser stummen, betenden Demonstration, der man weder mit geheimer Polizei, noch mit Provokation, Kriegszustand beikommen kann. Von vielen Russen haben wir die Aeußerung gehört, daß die Wiedereröffnung der Kirchen ihnen neuen Vertrieb bereite, weil sie nicht wissen, wie diese Betenden zu strafen und zu verfolgen seyen. (B.-Z.)

Amerika.

Das „Pays" sagt, daß Privatbriefe aus New-York von sonst gut unterrichteten Personen die Hoffnung aussprächen, daß der amerikanische Konflikt einer Aufgleichung nahe sey, die man zum großen Theile den freundschaftlichen Rathschlägen Frankreichs und Englands verdanke.

Veracruz, 8. Febr. Unter den europäischen Truppen befindet sich eine bedeutende Anzahl Kranker. — Die Alliirten besetzen Antalten zum Vormarschmarschiren. Die Mexikaner wollen Widerstand leisten. (T. d. Fr. J.)

Laut Nachrichten aus Veracruz vom 2. Febr. trafen die Alliirten Anfalten zum Abmarsch, um Orizaba, Cordova und Jalapa zu besetzen. Die Mexikaner sind entschlossen, dies zu verhindern. — Die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian wird von den Mexikanern schlecht aufgenommen. (T. d. Fr. J.)

Asien.

Bombay, 12. Febr. Die Kämpfe mit den wilden Grenzstämmen im Südosten von Bengalen sind ernsthafter geworden, und man hat Truppenverstärkungen dorthin abgeschickt. Pegu, Tenasserim und Arracan sind zu einer einzigen Provinz vereinigt worden, die den Namen Britisch-Birmanien führen wird. (K.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Am 28. Februar früh wurde die 55 Jahre alte Maria Anna Meß von Fürmittenhausen, eine arme Bettel- und Schnapstrinken ergebene Person, auf der Landstraße bei Neyburg, nächst dem Schwaighofe erfroren aufgefunden, und blieben alle Wiederbelebungsversuche vergebens.

Aus Mannheim vom 22. Februar wird der „Karlsr. Z." geschrieben: „Ein gräßliches Unglück hat sich dieser Tage durch die Unbedachtsamkeit eines Dienstmädchens zugetragen, welches ein ihr anvertrautes Kind Weingeist in eine brennende Lampe nachgießen ließ. Die ganze Masse entzündete sich, und der arme Knabe von sechs Jahren stand in lodernden Flammen. Heute ist er seinen Leiden erlegen. Die ganze Stadt widmet den bejammernswerthen Eltern (Herrn und Frau Professor Schmitt vom hiesigen Lyceum) die lebhafteste Theilnahme."

* (Musikalisches.) Bei der für die Verbreitung klassischer Musik unverkennbaren Wichtigkeit von „Hallberger's Pracht-Ausgabe der Klassiker Beethoven, Clementi, Haydn, Mozart in ihren Werken für das Pianoforte allein, Pianoforte und Violine, Violine und Violoncell, Violine und Fingersatz von J. Moscheles" Vollständig in 1395 Notenbogen eleganteser Ausstattung in 67 wöchentlichen Lieferungen in Subskriptionspreis zu nur 1 Sgr. oder 3½ kr. rheinl. für den Musikbogen. (Einzelne Liefern nur ½ Sgr. oder 1 kr. per Bogen theurer.) Stuttgart, Eduard Hallberger," erachtet es die Redaktion d. Bl. im Interesse der Klavierspieler ihres Leserkreises, hin und wieder von dem Fortgang dieses Werkes zu berichten. Es ist uns angenehm, über die vor uns liegende neue Reihe von Lieferungen dieselbe Befriedigung aussprechen, welche sämmtliche früher erschienenen hervorriefen. Die größte Sorgfalt ist darauf verwendet. Jedes neu erscheinende Heft befestigt in uns mehr und mehr die Ueberzeugung, daß dieses Unternehmen nicht nur die billigste, sondern auch die schönste Ausgabe der klassischen Sonaten unserer großen Tonmeister ist, und sollte sich daher Jeder, der Sinn für bessere Musik und Streben nach höherer Ausbildung im Klavierspiel hat, in den Besitz dieses unter so erleichternden Bedingungen (eine wöchentliche Ausgabe von 3 bis 6 Sgr. = 11 bis 21 kr.) erscheinenden Werkes setzen. Die moderne Musik ist doch wahrhaftig nicht geeignet, Befriedigung zu ertragen, schöpfe man daher lieber aus dem ewig frischen Geistesquell eines Beethoven und Mozart. Es sollte und freute, wenn recht viele auf diese Anregung Rücksicht nehmen.

Leipzig, 4. März. Es sind so eben in mehreren Zeitungen amtliche Mittheilungen über angeblich vorhandene Vorschläge betreffs der Verlegung der Buchhändlermesse gemacht worden. Das Wahre daran ist Folgendes: Der mit dem Osterfeste und mit der von diesem abhängigen kaufmännischen Ostermesse stets wechselnde Beginn der Buchhändlermesse hat mannigfache Unzuträglichkeiten für Verlags- und Sortimentsbuchhandlungen, und es ist deßhalb in der vorjährigen Generalversammlung des Börsenvereins deutscher Buchhändler der Antrag gestellt worden, den bisherigen verhältnißmäßigen Abrechnungstermin auf einen festen Zeitpunkt zu verlegen. Die zur Berathung dieses Antrags in Nürnberg zusammengetretene Kommission hat sich mit 7 gegen 6 Stimmen für die Beibehaltung des bisherigen Usus entschieden, indem überhaupt die Trennung der buchhändlerischen von der kaufmännischen Messe nicht zweckmäßig sey. Die Minorität des Ausschusses hatte die Verlegung der Buchhändlermesse auf den vierten (resp. dritten) Sonntag im Mai beantragt. Die nächste Generalversammlung des deutschen Buchhändlervereins wird über die Annahme des ersten oder andern Modalität zu entscheiden haben. (Schl. Presse.)

In Celle begonnte kürzlich einem Staatspaare, als es gerade vor dem Altar stand, um sich trauen zu lassen, die große Unannehmlichkeit, daß eine andere Geliebte des Bräutigams sich zwischen dasselbe warf und gegen den Akt protestirte. Die Handlung mußte natürlich unterbrochen und auf die Hochzeitfeuden Bericht geleistet werden.

Aus Straßburg wird der „Bad. Landesz." unter dem 24. Febr. geschrieben: „Eine geringe Veranlassung, nämlich die unterlassene militärische Begrüßung eines Unteroffiziers (Sergeanten) vom 3. Artillerieregiment durch einen Musiker desselben Regiments, welches in Straßburg in Besatzung liegt, und worüber Letzterer, zur Rede gestellt, eine kurze Antwort gab und sich in gleichen Rang stellte, war die Ursache eines Zweikampfes auf Stoßwaffen. Auf geschehene Anzeige von Unterlassung des Begrüßens hat der Unteroffizier bei seinem Regimentsbefehlshaber um die Erlaubniß, sich mit dem Musiker des Regiments schlagen zu dürfen. Dies wurde von Seiten des Obersten gestattet, und der Zweikampf fand in der Reitschule der Bischheimkaserne statt. Der Musiker rebirt flehet einen Stich in die Lunge, worau er nach sechs Stunden im Spital starb. Der Unteroffizier kommt ebenfalls einen Stich, war aber insofern glücklicher als sein Gegner, als sich der Degen dieses Letztern auf einer Rippe krumm bog und nicht weiter eindrang; ohne diesen glücklichen Zufall wäre sicherer Tod auch für ihn die Folge gewesen. In solchen Fällen wird keine gerichtliche Bestrafung oder Verfolgung bei dem selbst tödtlichen Ausgang eines Duells von Seiten der Militärbehörden beantragt, und es wird ein einfacher Todesschein ausgestellt, mit dem Bemerken: durch „Unglücksfall" gestorben. Den französischen Zeitungen ist verboten, über diese Fälle zu reden, weßhalb sie jetzt darin nichts davon zu lesen ist."

Digitized by Google

In Gibraltar ist der General-Lieutenant Sir Henry Somerset gestorben, der seit 1811 gedient und sich unter Wellington und später in den Kriegen gegen die Kaffern aufgezeichnet hatte. Er war 68 Jahre alt geworden.

Neueste Nachrichten.

München, 6. März. Se. Maj. der König hat auf die erledigte Landkommissariatsstelle zu Frankenthal den Aktuar des Landkommissariats Homburg, S. B. Lexa, versetzt; dann zu Landkommissariatsaktuaren den Regierungsaccessisten Heinr. Wallbillich zu Speyer beim Landkommissariate Landau, und den Regierungsaccessisten Th. Späth gleichfalls zu Speyer am Landk. Homburg ernannt; den Hauptzollamtskontroleur Wilh. Nagelschmidt zu Freilassing in gleicher Eigenschaft an das Hauptzollamt Augsburg versetzt, und zum Hauptzollamtskontrolleur in Freilassing den Revisionsbeamten K. P. Henkel zu Lindau befördert; den Revisionsbeamten des Hauptzollamts München, Jos. Reschreiter, mit Belassung des Titels und Funktionszeichens, unter Anerkennung seiner langjährigen, mit Eifer und Fleiß geleisteten Dienste in den definitiven Ruhestand treten lassen, und auf die hiedurch sich erledigende Revisionsbeamtenstelle beim Hauptzollamte München den Zollrechnungskommissariats-Assistenten Karl Kämmerle zu München ernannt; den Oberzollinspektor Franz Sauer zu Freilassing mit Belassung des Titels und Funktionszeichens unter Anerkennung seiner langjährigen, mit Eifer und unverbrüchlicher Treue geleisteten Dienste in den definitiven Ruhestand treten lassen; den Grenzoberkontroleur H. Frhrn. v. Dürsch zu Weiler in gleicher Eigenschaft nach Füssen versetzt, und zum Grenzoberkontroleur in Weiler, Hauptzollamtsbezirks Lindau, den bisherigen Grenzobrevauffeher W. Huber zu Partenkirchen ernannt; die Stelle eines Hausgrafs bei der Strafanstalt Kaisheim dem dermalen als solcher funktionirenden Dr. L. E. Bauer verliehen; auf die erledigte Stelle eines Kontroleurs der k. Kreiskasse von Mittelfranken den Zahlmeister der k. Kreiskasse von Schwaben und Neuburg, J. Kögel, seiner Bitte entsprechend, befördert; auf die hiedurch erledigte Stelle eines Zahlmeisters der k. Kreiskasse von Schwaben und Neuburg den Zahlmeister der k. Kreiskasse von Oberbayern, F. Alt, versetzt; auf die anmit sich erledigende Stelle eines Zahlmeisters der k. Kreiskasse von Oberbayern den Zahlmeister der k. Kreiskasse der Oberpfalz und von Regensburg, M. Baumüller, versetzt, und statt dessen den k. Lotto-Oberdreamten zu Nürnberg, J. Beyerlein, zum Zahlmeister der k. Kreiskasse der Oberpfalz und von Regensburg ernannt; die eröffnete Regierungsstelle bei der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, dem Funktionäre bei dieser Kreisstelle, J. B. Ibeer, verliehen.

(R.M.B.)

** **München**, 6. März. (Privat-Korr.) Ueber das Befinden Sr. k. Hoh. des Kronprinzen erschien heute Vormittags folgendes Bulletin: „Die Nacht war überhaupt unruhig und das Fieber lebhaft; gegen Morgen hat sich das Fieber etwas gemäßigt." — Der k. Feldzeugmeister Ludwig v. Löder ist heute Mittags gestorben.

Aus Holstein, 3. März. Im Reichsrath benutzen Dänen und Dänenfreunde fortwährend die Abwesenheit aller deutschgesinnten Mitglieder, um die abenteuerlichsten Märchen über die Zustände in den Herzogthümern zu erzählen. Der Amtmann Holstein aus Schleswig (ein geborner Holsteiner) erklärte neulich, das holsteinische Volk sey ganz anders gesinnt als seine Vertreter in der Ständeversammlung: zum Beweis dafür berief er sich auf den Ausfall der im Jahre 1856 stattgehabten Reichsrathswahlen, wo Hr. von Scheele, der Oberstlieutenant Kauffmann, der Apostat Bargun und ähnliche Individuen aus der Wahlurne hervorgingen, weil kein Mann von vaterländischer Gesinnung an den Wahlen sich betheiligte, so daß aus ganz Holstein nur 1200 Stimmen abgegeben wurden. Einige Tage später versicherte dann der Bischof und Minister Monrad, wie zur Ergänzung der holsteinischen Erzählung, daß Hr. v. Scheele in Holstein eine sehr beliebte Persönlichkeit sey, eine Entredung, die sie jedenfalls mehr neu als wahr ist. Der Minister für Schleswig, Herr Wolfhagen, welcher, nebenbei bemerkt, von deutschen Eltern in Kopenhagen geboren, auf deutschen Universitäten gebildet ist, hielt eine Lobrede auf sich selbst, in der er anführte, daß er Schleswig von der Tyrannei der deutschen Bildung erlöst habe; er hätte ebensogut sagen können, daß er die Herrschaft der Bildung überhaupt gestürzt habe; wenigstens in Deutschland würde man die von ihm nach Schleswig geschickten Beamten der Kaltgorie wissenschaftlich gebildeter Männer nicht beizählen. Komischer noch war eine Aeußerung desselben Herrn Ministers über die schleswig'sche Presse; er rühmte sich, daß während seiner Verwaltung in Schleswig kein einziger Preßprozeß vorgekommen sey. Abgesehen von dem Einschreiten gegen die Verbreitung der von der Majorität der schleswig'schen Ständeversammlung entworfenen Adresse wird das wohl seine Richtigkeit haben. Die Sache erklärt sich einfach daraus, daß in Schleswig außer Annoncenblättern nur Zeitungen dänischer Richtung geduldet werden, da das geltende Preßgesetz, das wir mit Schleswig gemein haben, die Presse vollständig der Willkür der Verwaltungsbehörden unterwirft. Alle unter solchen Umständen Preßprozesse möglich seyn sollen, ist völlig räthselhaft. Das Lächeln des Herrn Ministers, für den Kundigen eine Lächerlichkeit, kann dahier nur darauf berechnet gewesen seyn, Unkundige hinters Licht zu führen. (Zeit.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhimann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89½ P. ⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	88¾ P. ⅛ G.
Preuss.	4½ pCt. Anl.	427⅞ G.
„	4 pCt. „	—
„	3 pCt. „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. Ijhr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jhr. dto.	103½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99 P. 98½ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 a G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	93⅛ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48½ P.
„	2 pCt. „ „ „	43¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		117⅝ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		708 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		164½ G.
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmstadt. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250		202½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100		80 P.
Mitteldeutsche Kreditbank		93½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250		341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		66 P. 65¾ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 200 Fr. à 26 kr.		221 P.
„ Elisab.-Eisenbahn	5 pCt. 6/7	111 P. 110 G.
„ Elisab.-Bahn Prior.	5 pCt. 6/7	74⅞ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.		27 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		130⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		104⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		83⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		249½ P. 249G.
Span. Handels- u. Industrie		510 P.
„ Credit.-Akt. d. Ges. Percire		474 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.		106⅛ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100½ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. f. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. f. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ G.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	96⅜ B.
Köln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅜ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B. 117⅞ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. l. S. L. 300 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 5. W.	—
do. 2 k 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅜ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	192½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68⅞ P.	„ fl. 35 do.	32⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858	110½ P. 109⅜ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅜ P. ⅛ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	122¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	93¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅛ P.
Badische fl. 35	85½ P.	Anch.-Oesterreich. L. 7-L.	11⅞ P.

Frankfurt, 6. März. Bei stillem Geschäft waren öfterr. Fonds und Aktien eine Kleinigkeit matter. (Synd.)

Digitized by Google

ünchen.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insuraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 8. März 1862.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 6. März. (Privat-Korresp.) Der verlebte Feldzeugmeister L. v. Lüder, der zweimal die Stelle des Kriegsministers begleitete und zwar vom 29. Mai 1849 bis 25. März 1855, dann vom 13. April 1859 bis 12. Juni 1861, war seit 24. Nov. 1852 Oberstinhaber des 2. Artillerie-Regiments, Großkreuz der Verdienstorden der bayerischen Krone und vom heil. Michael, Ehrenkreuz des Ludwigsordens und Inhaber des Militär-Denkzeichens. Von auswärtigen Orden waren Hrn. v. Lüder verliehen: von Belgien das Großkreuz des Leopoldordens; von Griechenland das Offizierkreuz des Erlöserordens, dann das k. griech. Denkzeichen und das Denkzeichen für die griechischen Freiwilligen; von Kurhessen der Hausorden vom goldenen Löwen; von Oesterreich das Großkreuz des Leopoldordens und der Orden der eisernen Krone 1. Klasse; von Preußen der rothe Adlerorden 1. Klasse; von Rußland der St.-Anna-Orden 1. Klasse. Herr v. Lüder erreichte nur ein Alter von 67 Jahren.

München, 4. März. (Militärdienstes-Nachrichten.) Seine Majestät der König hat den Adjutanten der Leibgarde der Hartschiere Rittmeister Andr. Helmstätter in den Ruhestand versetzt, dann den Oberlieut. und Premier-Brigadier Heinr. Reff zum Rittmeister und Adjutanten, — den Unterlieut. und Sous-Brigadier Jos. v. Voit zum Oberlieut. und Premier-Brigadier, — und den Fourier Jak. Wagner zum Unterlieut. und Sous-Brigadier in der genannten Leibgarde befördert. Versetzt wird: der Rittmeister Arnulf Graf v. Deym vom 1. Chev.-Reg. zum 2. Kürassier-Reg. Befördert werden: zum Obersten der Oberstlieut. Baptist v. Tausch vom 3. Chev.-Reg. im 6. Chev.-Reg.; zum Oberstlieut. der Major Gg. Koch vom 2. Chev.-Reg. im 3. Chev.-Reg.; zum Major der Rittmeister Jul. v. Grimmel vom 2. Kür.-Reg. im 2. Chev.-Reg.; zum Rittmeister den Oberlieut. Max Ritter v. Lengrieser vom 5. Chev.-Reg. im 1. Chev.-Reg.; zum Oberlieut. den Unterlieut. Friedr. Frhr. v. Steinling im 1. Kür.-Reg., — Gustav Tretzel, Reg.-Adjut., im 1. Chev.-Reg., — Joh. Frhr. v. Hertling, 2. Adjut. der Generallieut. und General-Kommand. v. Pfeer, im 2. Kür.-Reg., — Bernh. Frhr. v. Malsen, Adjut. des Generalmajors und Brigadier Frhr. v. Rotberg, im 2. Chev.-Reg., — Ferd. Syller vom 6. Chev.-Reg. im 5. Chev.-Reg.; zu Unterlieut. die Junker Alb. Frhr. v. Königk vom 2. Chev.-Reg. — und Alex. Dotzauer vom 5. Chev.-Reg., beide im 6. Chev.-Reg., — Theod. v. Heuler vom 1. Kür.-Reg. im 2. Kür.-Reg., und Heinrich Reder im 2. Kür.-Reg. Versetzt werden: der Reg.-Auditor vom 3. reit. Art.-Reg. als Sekretär zum General-Auditoriat, — dann die Unterauditore Christ. Fischbacher vom 5. zum 6. Jäger-Bat., — und Otto Wurzer von der Kommandantschaft der Veste Rosenberg zum 5. Jäger-Bat. Ernannt wird zum Unterauditor: der Auditoriats-Praktikant Bal. Schellerer aus Staffelstein, Landg. Lichtenfels, bei der Kommandantschaft der Veste Rosenberg. Befördert werden: zum Reg.-Auditor 2. Kl. der Bat.-Auditor Wilh. Widder im 7. Inf.-Reg.; zum Bat.-Auditor, der Unterauditor Otto Stöber vom 6. Jäger-Bat. im 3. reit. Art.-Reg.

Se. Maj. der König hat dem General-Stabsarzt Dr. Friedr. Handschuch vom Kriegsministerium —, und dem Rittmeister und Adjutanten Andr. Helmstätter von der Leibgarde der Hartschiere für ehrenvoll zurückgelegte fünfzig Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigsordens verliehen; den Oberlieutenant Karl Frey vom 2. Kürassier-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadier Limmer ernannt; das Dienstentauschgesuch der Unterlieutenants Ferd. Syller vom 2. Kürassier-Reg. — und Oscar Mieser vom 6. Chevauxlegers-Reg. genehmigt; den pens. charakterisirten Hauptmann Friede. Reutbach als Unterlieutenant im topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes mit Beibehalt des Charakters als Hauptmann reaktivirt; dem Militär-Fiskalats-Adjunkten, Regimentsauditor Jos. Höß von der Militär-Hond-Kommission die wegen Anstellung im Civilstaatsdienste nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Divisions-Kommando-Sekretär Friedr. Frank vom Generalquartiermeisterstab mit zwei Drittheilen der Normalpension in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Hauptmann Max Andlbluß auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem pens. Bataillonsquartiermeister Franz Pabst die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsbezug bewilligt; den Unterlieutenant Joh. Moßmayr vom 3. Inf.-Reg. in Folge Erkenntnisses des Generalauditoriats als Revisionsgericht der Armee aus dem Heere entlassen; dem Hauptmann und Adjutanten Jos. Pfistermeister vom Gendarmerie-Korps-Kommando die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes des großh. bad. Zähringer-Löwen-Ordens ertheilt; den Unterlieutenant K. Lingg vom 1. Inf.-Regiment auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann 2. Kl. K. Mayer vom 2. Inf.-Reg. zum 1. und den Unterlieutenant J. Frhrn. v. Hertling vom 2. Kür.-Reg. zum 2. Adjutanten des Generallieutenants und Generalkommandanten von Feder zu ernennen, und Ersterem gleichzeitig zum Hauptmann 1. Kl. zu befördern; den Oberlieutenant J. Grafen v. Zech vom 11. Inf.-Reg. zum Adjutanten des General-Majors und Brigadier Fuchs ernannt; dem Gefreiten F. Polster von der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg für ehrenvoll zurückgelegte fünfundzwanzig Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen; den Oberlieutenant H. Frhrn. v. Thüngen von der Garnisonskompagnie Nymphenburg und den Regimentsquartiermeister J. Kieff von der Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Ingolstadt, Ersteren auf zwei Jahre, in den Ruhestand versetzt; dem Hauptmann K. Frhrn. v. Guttenberg vom Inf.-Leibreg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere unter gleichzeitiger Verleihung des Charakters als Hauptmann à la suite bewilligt. Durch Ministerial-Restripte wurden der Unterlieutenant F. Lux vom 15. Inf.-Reg., der Unterlieutenant G. Behe vom 1. Art.-Reg. und der Unterlieutenant K. Hoffmann vom 5. Inf.-Reg. als Bataillons-Adjutanten bestätigt, dann der Unterlieutenant A. Prüner vom 10. Inf.-Reg. von der Funktion als Bataillons-Adjutant auf Nachsuchen enthoben. (Mil.-Verordnungsbl.)

Wie von München verlautet, ist die „Neue Münch. Ztg." förmlich in das Eigenthum der Staatsregierung übergegangen, um demnächst, und zwar noch im Laufe dieses Monats, in vergrößertem Umfang und mit erweitertem Plan zu erscheinen. Für die Redaktion des (nichtpolitischen) Abendblattes ist Dr. Julius Grosse auserseben; auch das Personal der politischen Redaktion soll vermehrt werden. (N. Korr.)

Preußen. Berlin, 5. März. Man schreibt es dem Eindrucke, welchen das Attentat Beckers auf den König gemacht, zu, daß Preußen wieder auf die Wege der Reaktion gerathen. Es mag seyn, daß jenes unglückliche Ereigniß den König der Reaktion geneigter gemacht hat; aber wer von ihm einen entschiedenen Fortschritt in der politischen Entwicklung Preußens und Deutschlands erwartet hat, mußte zur Selbsttäuschung sehr beanlagt seyn. Das System oder die Taktik, welche der König befolgen wollte, verkündete sich bald nach der Thronbesteigung in der Zusammensetzung ebenso der höchsten Organe der Verwaltung, wie der Gesetzgebung. Für die Verwaltung schuf der König sich ein Ministerium, in welchem Liberalismus und Reaktion sich das Gegengewicht hielten, so daß das Ministerium nach seiner Richtung hin auf der Stelle kommen konnte, bis es dem König beliebe, eine persönliche Entscheidung für die eine oder andere Seite zu geben oder sich für eine Vermittlung zu entscheiden. Derselbe Gegensatz, wie ins Ministerium, wurde in die beiden anderen Faktoren der Gesetzgebung eingeführt. Der König ließ das Ministerium die Wahlen zum Abgeordnetenhause frei geben und gestattete so, daß ein liberales Abgeordnetenhaus gebildet wurde; aber er ließ von der anderen Seite das reaktionäre Herrenhaus in voller Wirksamkeit bestehen. Also auch in dem Landtage dasselbe Spiel der Kräfte, wie in dem

Digitized by Google

Ministerium, ein Spiel, welches auch die Gesetzgebung hinderte, nach irgend einer bestimmten Richtung hin aus der Stelle zu kommen, bis der persönliche Wille des Königs einmal dem Ausschlag gab, wie es in der Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten der Fall war. Daß es bei einer solchen politischen Taktik nicht zum Fortschritte kommen konnte, daß es auf diesen auch gar nicht abgesehen war, mußte man wohl bald erkennen. Da aber ein Balancieren zwischen den entgegengesetzten Richtungen auf die Dauer nicht durchgeführt werden konnte, war auch endlich, und wenn nun die schließliche Entscheidung zu Gunsten der Reaktion ausfällt, so sollte sich dadurch Niemand übereilen sehen. (Allg. f. Presse.)

— **Danzig**, 4. März. Mit der Auswanderung der Mennoniten wird es nun Ernst. Ueber zwanzig Familien, größtentheils aus der Umgegend von Tiegenhof, mit einem baaren Vermögen von mehr als einer Viertel Million Thaler, stehen gerüstet, ihre bisherige Heimath zu verlassen und werden in den nächsten Wochen behufs ihrer Uebersiedelung nach Rußland ihre Reise daselbin antreten. (Die Folge jenes bekannten Antrages auf Aufgebung ihrer Befreiung vom Militärdienste.) (D. D.)

Kurhessen. Kassel, 4. März. Beinahe sämmtliche Abgeordnete zu der jüngst aufgelösten „zweiten Kammer" haben bereits ihre Forderungen an Tagegeldern und Reisekosten dem Obergerichtsanwalt Nommel, welcher mit Besorgung dieser Angelegenheit beauftragt ist, abgetreten. Derselbe hat am 1. d. M. das Ministerium des Innern von den bis dahin erfolgten Abtretungen in Kenntniß gesetzt und heute schon wegen einiger der abgetretenen Forderungen im Belaeg von ungefähr 220 Thlrn. beim hiesigen Obergericht Klage erhoben. Die übrigen Forderungen werden in gleicher Weise zu Beträgen von jedesmal mindestens 200 Thlrn. zusammengethan und solchergestalt eingeklagt werden. Es ist dadurch für Erwachsenheit jeder einzelnen Klage zur höchsten Instanz gesorgt und zugleich die Prüfung der einzelnen Forderungsbeträge in thatsächlicher Hinsicht so leicht gemacht, daß eine rasche Erledigung des Rechtsstreits zu hoffen steht. (Hess. Mrgzlg.)

Freie Städte. Hamburg, 5. März. Zur Gründung einer deutschen Seemannsschule in Hamburg durch die Herren Schuirmann und Thaulow sind hier und in Altona bereits Zeichnungen von 150 Aktien erfolgt, so daß diesem für ganz Deutschland so wichtigen Institut nur noch 50 Aktien fehlen, um ins Leben treten zu können. (H. N.)

= **Oesterreich.** Wien, 5. März. (Privat-Korresp.) Wie wir hören, ist die in unsern heutigen Morgenblättern enthaltene Pariser Depesche über die Oesterreich freundliche Rede des Ministers Billault im Senate direkt von der französischen Regierung der unsrigen, und von dieser dem hiesigen Korrespondenzbureau zugegangen. Es scheint demnach, als glaube das Tuilerienkabinet damit diejenige Genugthuung geleistet zu haben, welche es dem Fürsten Metternich für die Rede des Prinzen Napoleon versprochen, und die auch der kaiserliche Botschafter Herzog von Grammont dem Grafen v. Rechberg mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt hat.

= Der Besitzer der „Presse", Herr Zang, hat bei seiner Vernehmung als Expert im Finanzausschusse folgendes Gutachten über die Finanzfrage abgegeben. Nach einer sicher nicht übertriebenen Schätzung können wir annehmen, daß sich von der österr. Staatsschuld 1200, von anderen Kurspapieren 500 Mill. fl. Nominalbetrag im Auslande befinde, das dafür jährlich in Oesterreich 100 Mill. fl. in Coupons einkassirt. Die Zahlung dieser Coupons muß im Semmelwege erfolgen; folglich würde der einjährige Coupon der Bank nahezu ihren ganzen Baarschatz entreißen. Die Panique, welche sich dabei auch der inländischen Rentenbesitzer bemächtigen müßte, würde den Rest holen, und die aus der unhaltbaren Lage entspringende unwiderstehliche Besorgniß, daß die Bank schon wegen ihre Baarzahlungen wieder einstellen müsse, würde genügen, einen allgemeinen run hervorzurufen. Die Bank unterliegt daher so lange der Gefahr der Sprengung, als das Ausland jährlich 100 Mill. bei uns einkassiren hat. Zur Beseitigung dieses Zustandes ist die dauernde Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte der erste Schritt. Es werden sich dann die Kurse unserer Papiere rasch heben, damit würde aber auch ihr Rückkauf sehr erschwert werden, indem wir die zum halben Nominalwerth verschleuderten Effekten weit über dem Nominalwerth zurückkaufen müßten. Es muß demgemäß der Rückkauf der Renten auf eine lange Reihe von Jahren vertheilt werden; und selbst unter den günstigsten Umständen wird Oesterreich weit über die Dauer des proponirten Bankprivilegium hinaus reichliche 100 Mill. jährlich an das Ausland zu zahlen, daher den Wechselkurs gegen sich, und bei offenen Baarkassen einen unaufhaltsamen Abfluß der Edelmetalle zu erleiden haben. Eine Zettelbank mit Baarzahlung ist daher in Oesterreich vor Ablauf der nächsten 30 Jahre gar nicht denkbar. Zwangskurs und Zwangscurs aber kann wohl der Staat aufgeben; nicht jedoch das Zettelrecht einer Aktiengesellschaft übertragen. Das Plener'sche Projekt ist staatswirthschaftlich wie kaufmännisch schlecht kalkulirt; denn wenn die 80 Mill. fl. Noten, welche die Bank dem Staate als Kaufpreis für das Privilegium leihen soll, unbedeckt ohne Gehalt zirkuliren können, so kann sie der Staat auch selbst emittiren, und behält dann das Bankprivilegium mit Steuerfreiheit immer noch zum Verkaufe übrig. Das Problem besteht in der Tilgung der Schuld des Staates an die Bank, so wie in der Bedeckung der Deficit für 62 und 63 — wozu im Ganzen 400 Mill. fl. herbei zu schaffen wären. Bei sofortiger Effektuirung der Banknoten wären zerner 200 Mill. in edlen Metallen zu besorgen, statt deren als vorläufiges Auskunftsmittel 250 Mill. fl. Staatskapiergeld mit Zwangskurs zu emittiren wären. Auf diese Prämissen baut Herr Zang den Plan: das Bankprivilegium wird nicht verlängert, mit den 250 Mill. fl. Staatspapiergeld, die mit Zwangskurs als Steuernoten aufgegeben werden, wird die Staatsschuld bei der Bank amortisirt — letztere muß dafür den gleichen Betrag ihrer Noten einziehen und dem Staate die ihr als Deckung übrigbehenden 20 Mill. fl. englisches Anlehen, 123 Mill. fl. 1860r Staatslose und die Staatsgüter zurückgeben, welche Effekten und Domänen zur Deckung des Deficit von 62 und 63 verwerthet werden. Bis zum Ablauf ihres Privilegium (66) hat die Bank den Rest ihrer Noten einzuziehen, so daß dann nur noch die 250 Mill. Staatsnoten in Zirkulation bleiben, welche Summe im Nothfalle bis zur Gewinnung des Paarkurses weiter reguirt werden muß. Die Hypothekarabtheilung der Nationalbank wird in Landesbanken aufgelöst, und ein Bankgesetz bestimmt die Bedingungen, unter denen in allen Theilen des Reiches Eskomptes- und Giro-Banken, aber ohne das Recht der Zettelausgabe errichtet werden dürfen.

Wien, 5. März. Pater peccavi auf dem Munde eines mächtigen Herrschers zu vernehmen, ist sicherlich eine seltene Erscheinung. Napoleon III. hat sich dazu bequemt. Er, der Kaiser selbst, nicht blos sein Ministerium, zieht in Folge eines Ausschußberichtes, der noch nicht einmal vor das Plenum gelangt ist, den Regierungs-Antrag zurück. Ist das nicht eine merkwürdige und nach mehreren Seiten hin lehrreiche Erscheinung? Ist nicht hierdurch abermals bewiesen, wie sehr die Würde der Krone dadurch leidet, wenn nicht ein verantwortliches Ministerium zwischen ihr und den parlamentarischen Körpern steht? Das persönliche Gouvernement, das Napoleon III. führt, sein direktes Eingreifen bei wichtigen Fragen zieht allerdings die bobjrrdte für gelungene Entwürfe ihm zu, aber er setzt ihn auch dem heftigsten Tadel, je wie im vorliegenden Falle der Lächerlichkeit aus. Der Brief an den gesetzgebenden Körper (s. tel. Depesche), in welchem er so charmant das „Mißverständniß" bedauert und im Tone der Bonhomnie sich selber ein Dementi gibt, hat dem soliden Herrscher gewiß mehr als eine schlaflose Stunde gekostet: auch bleibt dieses Ereigniß sicherlich nicht ohne Nachwirkung in der öffentlichen Meinung. Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, besteht darin: daß ein persönliches Gouvernement und ein Repräsentativkörper unvereinbar sind, und daß ein Ministerium, das die Verantwortlichkeit trägt, dazwischen stehen muß, um die Würde der Krone zu decken. Die zweite Lehre ist viel länger; sie geht zunächst die Regierungen an und heißt: Ihr sollt nicht dochdrinig seyn. Wenn ein Gesetzentwurf die öffentliche Meinung und die Majorität eines Ausschusses und eines Parlamentes unverkennbar und mit Entschiedenheit gegen sich hat, so soll man nicht aus falsch verstandener Würde daraus beharren. Wir kennen keinen Minister in Europa, der die Macht und das Ansehen Napoleons III. besitzt, und dieser sagt sich, wenn es die Klugheit erheischt — wie Figaro zeigt. (Oste. B.)

Großbritannien.

London, 4. März. Im Unterhaus legte der Kriegssekretär das Armeebudget vor, für welches 15,302,000 L. und einschließlich der Miliz 16,250,000 L. verlangt werden; er bemerkt, im Interesse des Landes soviel fordern zu müssen. Die Armee habe 1789 nur 3 Mill. gekostet; dann aber begann der Krieg, bei dem es sich um die Existenz der Nation handelte. Nach dem Frieden beliefen sich die Militärausgaben auf 10 Millionen und blieben so mit geringer Ausnahme bis 1852. Die Erfahrungen, die man dann im Krimkriege machte, führten zu einer permanenten Vermehrung der Ausgaben; man durfte dabei auch die Erinderung in den politischen Institutionen Frankreichs nicht übersehen. Seit 1815

Digitized by Google

waren alle Staatsmänner bemüht gewesen, die dauernden Chancen des Friedens zu vermehren. Seit dieser Zeit sey aber eine Generation herangewachsen, welche sich der napoleonischen Kriege nicht persönlich erinnere, auch sey die restaurirte Dynastie in Frankreich natürlich einer friedlichen Politik geneigt gewesen; sie habe ihren Thron der Unterstützung der anderen europäischen Mächte verdankt und damals sey an eine Wiedereinnahme der Kriege des Kaiserreichs nicht zu denken gewesen. Sobald aber der Bonapartismus wieder restaurirt worden, sey auch die Politik des Kaiserreichs wieder eingetreten. Er zweifle keinen Augenblick, daß, soweit es von den Wünschen des Kaisers abhänge, er eine friedliche Politik wählen und mit England im Einverständniß bleiben werde; man dürfe aber nicht übersehen, daß er inmitten einer Bevölkerung lebe, die von Meinungen durchdrungen ist, welche die Restauration seiner Dynastie wieder ins Leben gerufen und daß Bücher, wie die von Thiers, dort großen Einfluß haben, daß daher auf den Kaiser ein Druck geübt werden könne, um Frankreichs Grenzen bis zu den früheren auszudehnen. Vom Kaiser hat England nur Wohlwollen und freundliche Gefühle zu erwarten; wir müssen aber die Meinungen in Betracht ziehen, die in seiner Umgebung herrschen; vernünftige Staatsmänner müssen auch mögliche Gefahren nicht aus den Augen lassen, besonders wenn man sich eingestehen muß, daß sie nicht unbegründet sind. Sie dürfen Veränderung in der Lage Europas und aus den Erfahrungen, die Frankreich gemacht worden, erklären sich die hohen Summen des Militärbudget. Das Haus verwarf mit großer Mehrheit alle Revolutionsanträge und bewilligte die geforderten Summen. „Times" bemerkt dazu: Die mystische Person des Oberkommandanten der Armee, denn sie ihn werden alle Bewilligungen gefordert, kostet uns wieder 16 Mill. Pfund; unser Hannibal wiegt sehr schwer. Der Kriegssekretär gibt deutlich zu verstehen, daß es von der Ruhe oder Unruhe unseres nächsten Nachbars abhängt, welche Steuern wir zu bezahlen haben, und daß die unruhige Politik des zweiten Kaiserreichs uns zu solch großen Ausgaben zwingt. Die Zeiten, in welchen wir keine Militärmacht zu seyn brauchten, sind durch den Fortschritt der Ereignisse, die Dampfkraft und die neuen Erfindungen unmöglich gemacht worden; närrische Fanatiker mögen immerhin von den Fortschritten der Menschheit und ewigem Frieden reden und aus ihren Träumen erwachen, um mit einem Ausrottungskrieg gegen ein Volk von 8 Millionen zu sympathisiren; eine reiche und fleißende Nation derauf einer tüchtigen Armee zur Wahrung der Wohlthaten des Friedens. Die neuesten Truppensendungen nach Canada haben bewiesen, daß wir für unser Geld auch etwas haben und die Zufriedenheit des Landes darüber hat sich in den entschiedensten Majoritäten ausgesprochen, durch welche alle Anträge auf Reduktion verworfen wurden.

Frankreich.

Paris, 6. März. Der Kaiser antwortete heute der Deputation des Senats, welche ihm die Adresse überreichte: „Ich fühle mich glücklich über die Einstimmigkeit, mit welcher der Senat die Adresse votirt hat. Dieß ist ein neuer Beweis, daß in der Kammer wie im Lande die Majoritäten sich auf der Seite der Weisheit zu finden sind, indem sie alle extremen Meinungen ausschließen. Nach der Lebhaftigkeit der Debatten habe ich mit Vergnügen gesehen, wie die gemessene Sprache der Adresse fast alle Stimmen einigte. Auf diese Art haben Sie den Grundsatz Bossuets bewahrheitet, daß die Mäßigkeit, welche die Wahrheit unterstützt, die stärkste Stütze aller menschlichen Angelegenheiten sey. Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank, denn nichts ist dem ruhigen und regelmäßigen Gange der Regierung günstiger, als das gute Einvernehmen der großen Staatskörper." — Die Deputation nahm die Rede des Kaisers mit lebhaften Beifallsbezeugungen auf. (T. d. Fr. d. Ostz.)

Rußland und Polen.

Warschau, 2. März. Wenn verschiedene Anzeichen nicht trügen, so sind wir auf dem Wege zur Aufhebung des Kriegszustandes. Gestern brachte und die „Polizeizeitung" die Bekanntmachung des Oberpolizeimeisters General v. Pilsudski, wonach das Laternentragen, statt um 9 Uhr, erst um 11 Uhr, die Schließung der Konditoreien, Restaurationen, Kaffeehäuser und Weinhandlungen ꝛc., erst um 10 Uhr von gestern an stattfindet. Jedenfalls ist diese Erleichterung des Kriegszustandes für die Gewerbtreibenden sehr nützlich und keinenfalls für die öffentliche Ruhe gefährlich. Ob aber die gänzliche Aufhebung des Kriegszustandes jetzt schon erspriesslich, wäre doch zweifelhaft, da man noch immer keine ernstliche Hinneigung der polnischen Fortschrittspartei zur Regierung zu erkennen vermag und die Hilfsmittel, die sich dieselbe noch immer macht, leicht zu neuen Aufschwellungen führen könnten, während der gemäßigte Kriegszustand, wie wir ihn jetzt haben, keinen Ruhigen belästigt. — Neuerdings sind mehrere Amnestirungen politischer nach dem Auslande emigrirter Personen publizirt worden, welche die Milde des Kaisers wieder in ihre Rechte einsetzt, indem sie zugleich die Konfiskation ihres Vermögens aufhebt. Leider bemerkt man keine Anerkennung dieser unter den jetzigen Umständen um so mehr für das Entgegenkommen der Regierung sprechenden Begünstigungen. — Nach einem Ukas des Kaisers vom 8. Januar ist die bisher beim Departement der öffentlichen Aufklärung in St. Petersburg bestandene Abtheilung für das polnische Unterrichtswesen aufgehoben und das Erziehungswesen im Königreich Polen, wie es früher bis 1831 gewesen, der Regierungskommission des Geistlichen und Unterrichts, unabhängig vom St. Petersburger Departement, der hiesigen Landesregierung untergeordnet worden.

(Allg. Preuß. Ztg.)

Volkswirthschaftliches.

= Es unterliegt gegenwärtig keinem Zweifel mehr, daß bis zum Spätsommer dieses Jahres die Bahnstrecke von Steinbrück nach Sissek dem Verkehre übergeben werden wird; wodurch denn auch der Getreideexport aus Ungarn und Kroatien einen größeren Aufschwung nehmen dürfte. Da nun schon die große Getreideausfuhr des verflossenen Jahres in Triest nur auf ungenügende Vorbereitungen traf, will man von dort aus jetzt auf Rue die alte Idee anregen, das gegenwärtig zum Theil von der Kriegsmarine besetzte Lazareth zu Magazinen zu verwenden. Staatsrath Baron Burger soll sich bei seiner letzten Anwesenheit in Triest vielfach mit dem Studium dieser Frage beschäftigt haben. Das Municipium und die Handelskammer von Triest haben sich bereit erklärt, ihrerseits für die Herrichtung der bestehenden und für den Bau neuer Magazine Sorge zu tragen, falls die Regierung das Lazareth dem Handelsstande zur unentgeltlichen Benützung überlässt, wobei der Besitz der betreffenden wichtigen Uferstrecke natürlich dem Staate verbleiben würde.

Nichtpolitische Zeitung.

Heidelberg, 4. März. Abermals steht der hiesigen Universität die Feier eines 50jährigen Doktorjubiläum bevor, indem Geh. Rath Rau am 19. März d. J. das seinige begeht. Geh. Rath Rau ist 69 Jahre alt und Senior der philosophischen Fakultät. (Karlsr. Z.)

Wallmerod, 3. März. Sie sehen vernehmen wir, daß gestern, am hellen Sonntag, der Flurschütz in dem zum hiesigen Amt gehörigen Dorfe Görgeshausen von Wilddieben erschossen worden ist. Letztere sollen, an der Zahl 24 Mann, eine förmliche Treibjagd ganz in der Nähe des gedachten Ortes angestellt haben und dem hinzukommenden Flurschützen, als er sie auf das Betreten der Saat aufmerksam gemacht hatte, mit einer Ladung Schrot geantwortet haben. Der schwer Verwundete lebte noch etwa 12 Stunden und konnte noch zu Protokoll genommen werden.

Wien. Die seit mehreren Jahren in Heidelberg und in Leipzig erschienene Wochenschrift „Stimmen der Zeit", redigirt von Dr. Adolf Kolatschek, ist von Neujahr 1862 ab in den Verlag der Firma Zamarski und Dittmarsch in Wien und in Leipzig übergegangen. Seit jeher hat sich diese Zeitschrift durch die Gediegenheit und Mannigfaltigkeit ihrer Beiträge, durch ihre Unabhängigkeit und liberale Tendenz ausgezeichnet. Die ersten zwei in diesem Jahre erschienenen Hefte liefern hievon aufs Neue den erfreulichen Beweis und kann diese treffliche politisch-literarische Revue, welche für Oesterreich und Deutschland das ist, was die „Revue de deux mondes" den Franzosen, nur aufs Wärmste empfohlen werden.

= In Fünfkirchen haben sich kürzlich zwei Gastwirthsleute zugetragen, in deren erstem ein Herr einen Bauer, im zweiten ein Bauer einen Herrn prellte. In ein dortiges Wirthshaus tritt ein Herr ein und ruft laut aus, daß auf dem eben stattfindenden Markt Jemand 1000 Dukaten verloren habe und erbötig sey, dem Finder und Zurückheller 50 Dukaten zu geben. Kurz darauf kommt ein anderer Herr, setzt sich neben einen Bauer, welcher so eben auf dem Viehmarkte ein Paar Ochsen um 200 Gulden verkaufte, und fragt ihn geheimnißvoll, ob er nicht Lust habe, Dukaten wohlfeil zu kaufen. Der Bauer, in der sicheren Meinung, es mit dem Finder der verlorenen tausend Dukaten zu thun zu haben, griff freudig zu dem Geschäfte und kaufte um seine 200 fl. — 200 gelbe Spielmarken. Im an-

Digitized by Google

deren Stückchen kommt ein Bauer mit einem herrschaftlichen Heiducken zu einem Branntweinhändler, und trägt diesem ein zehn Eimer enthaltendes Faß Branntwein zum Kaufe an. Man nimmt mit dem Heber eine Quantität zum Kosten heraus, der Kaufmann findet den Branntwein gut, den Preis annehmbar und zahlt ihn aus. Andern Tags will er den Branntwein in Flaschen abziehen, setzt die Pieps an, und es fließt das reinste Wasser heraus. Beim Zerlegen des Fasses zeigte sich, daß es ganz mit Wasser gefüllt war, nur befand sich daselbst ein vom obern Loch durch die Mitte des Fasses gehender Cylinder, welcher allerdings den besten Branntwein enthielt. (B. Z.)

Ein atlantisches Kabel soll aufs Neue gelegt werden! Herr Cyrus Field, der sich an den Versuchen der Jahre 1857 und 1858 vorzugsweise betheiligt hat, brachte jüngst eine Depesche der amerikanischen Regierung in diesem Betreff nach England. Amerika will für ein Kapital von 700,000 Pfund 2 pCt. Zins auf 25 Jahre verbürgen, wenn England dasselbe thun will. Die alten Aktionäre sind bereit, auch dies neue Unternehmen auszuführen. Man wird natürlich ein Kabelau von ganz besonderer Stärke anfertigen müssen. Hätte eine solche telegraphische Verbindung zur Zeit der Trentangelegenheit bestanden, so hätte England mehr als anderthalb Millionen für überflüssige Rüstungen sparen können.

Neueste Nachrichten.

München, 7. März. Se. Maj. der König hat den Grenzoberkontroleur Paul Höflich zu Eschlam in gleicher Eigenschaft nach Simbach versetzt, und zum Grenzoberkontroleur in Eschlam den Hauptzollamtsassistenten Matth. Richter in Lindau ernannt; die kathol. Pfarrei Scheppach, Lrg. Burgau, dem Priester Joh. Ner. Schmid, Pfarrer in Wittesheim, Lrg. Monheim; die katholische Pfarrei Imgweiler, Landt. Kaiserslautern, dem Priester B. Laforce, Pfarrer in Otterbeim, Landt. Kirchheimbolanden, und das Kuratbenefizium Unterwinnad, Lrg. Landsberg, dem Priester Joh. Gg. Schefele, Pfarrkurat in Niederschönenfeld, Lrg. Rain, übertragen; den protest. Pfarrer zu Altenglan, Fr. K. L. Müller, zum Dekan des Dekanatsbezirks Kusel ernannt; die erledigte protest. 1. Pfarrstelle zu Kusel, Dekanats gl. Namens, dem vermaligen 2. Pfarrer daselbst, Heinr. Aug. Rüch, und die 3. protest. Pfarrstelle bei St. Gumbertus in Ansbach dem bisherigen Pfarrer in Borna, Dekan. Hersbruck, G. A. Ebenauer, verliehen; aus den für die protest. Pfarrstelle zum heiligen Kreuz in Augsburg präsentirten Geistlichen dem bisherigen 2. Pfarrer an der St. Jakobskirche daselbst, G. H. Trenkle, die allerhöchste landesfürstliche Bestätigung ertheilt; den Hauptzollamtskontroleur Bernh. Ricki zu Fürth wegen nachgewiesener Funktionsunfähigkeit in den definitiven Ruhestand treten lassen; den Postverwalter Ludw. Phil. Engelhardt in Fürth mit Belassung des Titels und Funktionszeichens unter Bezeigung der allerh. Zufriedenheit mit seiner langjährigen treuen Dienstleistung in den wohlverdienten Ruhestand treten lassen; die erledigte 1. protestantische Pfarrstelle zu Berg, Dek. Hof, dem bisherigen Pfarrer zu Gefrees, Dek. Bernect, Joh. Friedr. Pöhlcke; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Niederkirchen, Dek. Kaiserslautern, dem Pfarramtskandidaten Jak. Münch aus Wachenheim; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Golmberg, Dek. Lautershausen, dem bisherigen Pfarrer zu Lichtenau, Dek. Windsbach, Gg. Fr. Alt; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Marienthal, Dek. Obermoschel, dem Pfarramtskandidaten Fr. W. Laurier aus Speyer; die prot. Pfarrstelle zu Steinheim-Rutolfshofen, Dek. Ilfenheim, dem bish. Pfarrer zu Gersfeld, Dek. Waltenbach, C. E. Graf; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Rothselberg, Dek. Lauterecken, dem Pfarramtskandidaten Rudolph Hofer aus Kallstadt; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Zeltenbach, Dek. Lauterecken dem Pfarramtskandidaten Gottfried Link aus Schwegenheim; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Ilfenheim-Uttenhofen, Dek. Ilfenheim, dem bisherigen Pfarrer zu Kloster Sulz, Dek. Fruchtwangen, Joh. Andreas Schmidt; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Lutbesbrunn, Dek. Pirmasens, dem Pfarramtskandidaten Joh. Karl Schäfer aus Theisbergstegen; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Elmstein, Dek. Neustadt a/H., dem Pfarramtskandidaten Georg Karl Kuhn von Zweibrücken; die erledigte protest. Pfarrstelle zu Wallesau, Dek. Roth, dem bisherigen Pfarrer zu Bernstein, Dek. Steden, Joh. Alex. Wagner, und die mit dem protest. Stadtvikariate Zweibrücken verbundene protest. Pfarrstelle zu Mittelbach, Dek. Zweibrücken, dem Pfarramtskandidaten J. Ph. Taeffner aus Sippersfeld verliehen. (R. M. Z.)

** München, 7. März. (Privat-Korr.) Das heutige Bulletin über das Befinden des Kronprinzen lautet: „Se. königl. Hoheit der Kronprinz hat gegen Morgen einige Stunden ruhig geschlafen unter vermindertem Fieber und Husten. Der vor zwei Tagen ausgebrochene Masern-Ausschlag besteht unter den gewöhnlichen Erscheinungen." — Das Begräbniß des Feldzeugmeisters v. Lüder wird Sonntag Nachmittags stattfinden. — Heute starb dahier der pens. Universitätsprofessor Dr. Papius. — Bisher waren diejenigen, welche ihre Realrechte anstäuben, ohne die Anfässigmachung erlangt zu haben, von der Leistung der Landwehrpflicht befreit, nunmehr aber werden sie, zur Landwehr gleich den Ansässigen beigezogen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. v. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. dito.	81⅛ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon fl. 2.	79⅜ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59¼—⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.
„	4½ pCt.	42⅞ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	4½ pCt. Staatsschuldsch.	91⅛ P.
Bayern	5 pCt. Obl. a. K. (C. b. K.)	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. Ijhr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. dto.	99 P. 98½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	93½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	48½ P.
„	2 pCt.	43½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅛ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	117 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	704 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	165½—69½ G.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank i. u. 2. Serie à fl. 250	204 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 P.
Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	85⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à 250	341 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	66 P. 65⅞ G.
Oest. F. St.-Eisb. b.pCt. 200 Fr. à 2	238 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. .	113 P.
„ Lemb.-Czern.-Bahn 5 pCt. 5/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z	27 P. 26¾ G
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅜ P.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz. .	248½ P. 249G.
Span. Handels- u. Industrie . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Foreire	474 G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103½ P. 105 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Bremen. 50 Th. Ldi. k. S.	98⅞ B.
Cöln Thr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ B. 117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. 8. l. 250 k. S	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in fot. W. l. S.	85¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P. 56⅝ G.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	64½ P.	Gr. Hessen à fl. 50 b. R.	132½ P.
„ fl. 500 v. 1860 8/7	66⅛—⅞ G.	„ fl. 25 do.	37⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	110⅜—111 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beib.	122½ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	96 P. 95½ G.	Vereins-Loose à 10.	10½ P.
Radische fl. 35	58½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 7. März. Für ältere Fonds, Bank- und Kreditaktien, Anlehensloose von 1858 und 1860 zeigte sich Kauflust zu höheren Kursen. In Metalliques, in Pf. St. von 1859, Loosen von 1860 und Kreditaktien fand der meiste Umsatz statt. (Schnd.)

Digitized by Google

Bibliothek
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68-69. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 10. März 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 8. März. In der heutigen (10.) Sitzung des Bundestages stellten Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich den Antrag, die kurhessische Regierung aufzufordern, unter Beachtung der bundesmäßigen Rechte der Standesherren die Verfassung vom 5. Januar 1831 herzustellen, vorbehaltlich in verfassungsmäßiger Weise anzubahnender Uebereinstimmung zwischen mit dem Bundestage gefassen. Der Antrag wurde dem kurhessischen Bundeszusatze zugewiesen. Oesterreich heißt den sächsischen Antrag wegen Nachrucks willkommen und stellt die Vorlage eines dem Leipziger entsprechenden Entwurfes in Aussicht. — Preußen erklärt sich bereit, seinen Ständen ein Gesetz wegen Einführung der Zusätze zur Wechselordnung vorzulegen, falls die übrigen Bundesstaaten ein Gleiches thun wollen. — Mehrere Vorträge betrafen Festungsangelegenheiten, sowie die Bundeskassen-Verhältnisse. — Die Formirung des Bernburg'schen Kontingents in 3 Kompagnien wurde empfohlen und sogleich beschlossen. — Die Anträge des Militärausschusses wegen der Kommission für Küstenschutz wurden zum Beschluß erhoben. (Fr. Holtz.)

Bayern. München, 7. März. Se. Maj. der König hat die Räthe der vormaligen Eisenbahnbaukommission F. W. Engel, M. Heilmuth, E. Rüber und G. Benschel zu Räthen der General-Direktion der k. Verkehrsanstalten und den Kassier der Eisenbahnbaukasse, k. Rath C. Haag, zum Generalkassier der Centralkasse der k. Verkehrsanstalten für die Bauabtheilung; den Assessor der vormaligen Eisenbahnbaukommission J. Breidenbach zum Assessor der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten; die Buchhalter und Revisoren der vormaligen Eisenbahnbaukommission W. Herrmann, C. A. Lindner und K. Grandbauer zu Rechnungskommissären der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten; den Offizianten der Eisenbahnbaukasse W. Kleinschrod zum Offizianten der Centralkasse der k. Verkehrsanstalten für die Bauabtheilung ernannt; die als Hauptleitungsexpeditions-Vorstände verwendeten Offizialen 1. Kl. K. Sachs in Augsburg, E. Wochinger in Nürnberg und F. J. Seidl in München zu Spezialkassieren befördert; den Offizialen beim Oberpost- und Bahnamte Augsburg, H. Ehrenberger, für immer aus dem Staatsdienste entlassen; die erledigte prot. Pfarrstelle zu Aberdweiler, Dek. Bergzabern, dem bisherigen Pfarrer zu Rheingönheim, Dek. Speyer, K. Th. Pipps, und die erledigte prot. Pfarrstelle zu Weidenthal, Dek. Neustadt a/H., dem bisherigen Pfarrer zu Iggelheim, W. C. Th. Federschmidt, verliehen; die Baubeamtenstelle der Bauhofdirektion Regensburg I., wegen Verwendung des Vorstandes derselben, Baubeamten Denzinger, als Dombaumeister vorläufig, dem bisherigen Verweser derselben und geprüften Baupraktikanten Lucht v. Stekar verliehen.

(N. M. Z.)

München, 8. März. Se. Maj. der König hat den Forstwart Anton Rothhammer von Biesenhofen in Rücksicht auf seine mit Belrechnung eines Feldzuges fünfzigjährigen treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. d. Ludwigs-Ordens verliehen; die kath. Pfarrei Laaber, Leg. Hemau, dem Priester J. Krauthahn, Pfarrer in Wenzenbach, Leg. Regenstauf; die kath. Pfarrei Gebenbach, Leg. Vilseck, dem Priester Franz Max Bachmayer, Pfarrer in Theuern, Lbg. Amberg; die kath. Pfarrei Steinkirchen, Leg. Dorfen, dem Priester Ludwig Friedrich Adelhoch, Pfarrer in Rubpolding, Landg. Traunstein, und die kath. Pfarrei Ammünster, Leg. Pfaffenhofen, dem Priester J. Friedl, Pfarrerpostitus in Esling, Landg. Wasserburg, übertragen; die erledigte II. protest. Pfarrstelle zu Bergzabern, Dekan. gl. Namens, dem bisherigen Pfarrer zu Quirnbach, Dekan. Kusel, Karl Ludwig Maurer verliehen; die erledigte Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierung von Oberbayern, K. d. F., beginnend mit dem 1. März, dem Raths-Accessisten vorgenannter Rechnungsfinanzkammer, Anton Spangler verliehen; genehmigt, daß die durch das Ableben des Domvikars Priester Joh. Bapt. Reichmayr und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Domvikare erledigte sechste Domvikarsstelle bei dem Metropolitankapitel München-Freising von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester Dr. Max Kaiser, Benefiziaten an der Stadtpfarrkirche St. Peter in München, verliehen werde.

Preußen. Berlin, 6. März. Das Ministerium hat heute im Abgeordnetenhause eine Niederlage erlitten. Das Haus nahm den Antrag von Hagen auf spezifizirte Feststellung des Budget, trotz des Widerspruchs des Gesammtministeriums, mit 171 gegen 134 Stimmen an. Der Antrag des Abg. Hagen lautet dahin, die einzelnen genehmigten Positionen jedes Spezialetats in den Staatshaushalts-Etat, welcher Gesetzeskraft hat, betreffenden Orts aufzunehmen und demselben bei dessen Publikation durch die Gesetzsammlung als Anlage beizufügen. Der Zweck des Antrages und des heutigen Beschlusses ist, zu verhindern, daß die Reformirmittel die Etatsüberschreitungen bei einzelnen Spezialetats aus Einnahmeüberschüssen oder Ersparungen bei andern decken. Es ist dies bisher, besonders bei den Etats der Ministerien des Handels und des Krieges, in solchem Umfange geschehen, daß dadurch die Kontrole der Staatsausgaben durch die Kammern fast illusorisch wurde. Herr v. d. Heydt hat vielfältig ganz unbewilligte Ausgaben vorgenommen, resp. bewilligte überschritten, und dann dieselben mit Hilfe von Ueberschüssen in andern Etatspositionen, resp. durch Uebertragung aus denselben gedeckt. Sehr merkwürdig ist noch, daß Frhr. v. Patow, als er noch oppositionelles Kammermitglied war, entschieden im Sinne des heutigen Beschlusses wirke, während er als Minister in der Kommission des Abgeordnetenhauses, wie bei Plenarsitzung sich gegen denselben erklärte. (Nordd. Z. Z.)

Kurhessen. Die Nachricht des Telegramms, daß der kurhessische Minister Göddäus mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sey, ist keineswegs eine ganz unerwarte. Es wurde die Möglichkeit dieses Schritts zugleich mit der Meldung, daß Preußen und Oesterreich über ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Kurhessens sich geeinigt haben, in den letzten Tagen von Wien aus signalisirt. Daß das Auffallen der gewöhnlichen Donnerstagssitzung des Bundestags mit der kurhessischen Angelegenheit zusammenhängt, ist außer Zweifel. Ob der Kurfürst die dadurch gegebene Frist aus eigenem Antrieb dazu benützt hat, einem ihn drängenden Bundesbeschluß zuvorzukommen, oder ob er hiezu von anderer Seite vermocht wurde, damit der Bund nicht Gelegenheit bekäme, sich ernstlich in die kurhessische Sache zu mischen, wird sich wohl bald aufklären. Ob der Geh. Leg.-R. Gs. v. Göddäus, seit Juni 1860 definitiver Vorstand des Ministeriums des kurfürstlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, der Mann ist, eine neue Epoche in Kurhessen, wenn eine solche überhaupt bevorsteht, herbeizuführen, ob er ins besondere das hiezu nöthige Vertrauen der kurhessischen Rechtspartei, d. i. des kurhessischen Volkes besitzt, ist sehr zu bezweifeln. Die Zeit sagt von Göddäus: „Es ist derselbe Herr, der in den Jahren 1848 und 49 auf breitester demokratischer Grundlage stand, um mit der Rückkehr Hassenpflugs sich zum Treubund, dann zum Hassenpflug'schen Landtagskommissär und so allmälig weiter zum Minister zu bekehren; der als Landtagskommissär den Ständen von 1850 die denkwürdigen Worte zurief: Die Regierung verlangt Ihr Vertrauen nicht, die Regierung verlangt blos Geld." (Schw. M.)

Marburg, 6. März. In der Untersuchungssache gegen den Polizeiwachtmeister Mai dahier wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs und Mißbrauchs der Amtsgewalt ist das jetzt noch kein Termin zur öffentlichen Verhandlung anberaumt. Dagegen soll hinsichtlich der von ic. Mai gegen den von ihm schwer verwundeten Studenten Schaumberg erhobenen disziplinären Anzeige, wonach Letzterer ihn mit einem Dolche angegriffen und verletzt hätte, von

Digitized by Google

der Staatsbehörde das Beruhenlassen (was einer Freisprechung gleichsteht) ausgesprochen sind, weil sich die völlige Unwahrheit der Angaben des rc. Mat herausgestellt hat. Ob in Folge dieser die Untersuchung gegen rc. Mai auch soll die Erhebung einer wissentlich falschen Anzeige ausgedehnt ist, darüber hat bis jetzt noch nichts verlautet. Unterdessen hat aber der Student Gurgenjohn aus Livland, in dessen Zimmer rc. Mai bei der Verfolgung des verwundeten Studenten ebenfalls mit blanker Waffe eingedrungen war, eine Civilklage gegen denselben auf Beruethelung zur Adbitte erhoben, da von Amtswegen dieserhalb nicht gegen ihn eingeschritten zu werden schien. Der Polizeidirektor Sunkel dahier soll diese Klage dem Ministerium des Innern berichtlich eingesendet haben und dieses den Bericht der Universitäts-Deputation hierauf zugehen lassen, um den Studenten Gürgensohn zum Fallenlassen der Klage zu bestimmen. Was die Universitäts-Deputation hierauf erwidert hat, ist nicht bekannt geworden: Student Gürgensohn hat aber die Klage ohne jene Dazwischenkunft ruhig fortgesetzt und die Beruethelung des rc. Mai erwirkt, auf die Empfangnahme der Adbitte, zu welcher Letzterer sich eingefunden hatte, jedoch verzichtet, da ihm die gerichtliche Beruethelung vollständig genügte. (L. M.)

Baden. Karlsruhe, 3. März. Der badische Finanzminister während der Revolution, Gögg, weilt gegenwärtig hier und hat an die Regierung die Bitte gestellt, seinen bisherigen Aufenthalt wieder im Lande nehmen zu dürfen. Man glaubt vielfeitig, daß die Regierung diesen Anlaß benutzen wird, um eine allgemeine Amnestie für alle noch im Auslande befindlichen, wegen politischer Vergehen Beruethellten zu erlassen.

Thüringen. Aus Thüringen, 6. März. Wie ich eben in verlässiger Weise vernehme, haben sämmtliche zu dem deutschen Eisenbahnverein gehörenden Verwaltungen die in der Dresdener Generalversammlung vorzugsweise beschlossene Einführung eines neuen Vereins-Güter-Reglement angenommen, so daß dasselbe nunmehr im ganzen Bereich eingeführt werden wird.

(Erf. Ztdg.)

Oesterreich. Wien, 6. März. Das Gesetz über das Avancement in der Armee wird, nach der „Militär-Zeitung", in Kurzem publizirt werden. Es soll ein möglichst vollkommenes, allseitig befriedigendes Ganze bilden und den Forderungen der Zeit und Bildung Rechnung tragen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde über das Indigenatsrecht an Ausländer debattirt. Die Finanzminister stimmten dem Antrag des Ausschusses zu, daß ein ähnliches Gesetz auch für Holstein erlassen werden solle; ein Vorschlag, die Gültigkeit des Gesetzes nicht von einer ähnlichen Bestimmung für Holstein abhängig zu machen, wurde mit 39 gegen 2 Stimmen verworfen und mit 45 gegen 3 Stimmen die dritte Berathung beschlossen.

Großbritannien.

London, 8. März. Im Unterhaus forderte Gregory die Vorlegung der diplomatischen Korrespondenz über die Blokade der Südhäfen, vertheidigte das Recht des Südens, sich vom Norden zu trennen und erklärte die Wiederherstellung der Union für unmöglich. Im Namen der Regierung erwiderte der Generalprokurator, die Blokade sei eine völkerrechtliche und werde in loyalster Weise mit aller dem Norden zu Gebot stehenden Macht vollzogen. England müsse daher die Blokade anerkennen. Der Antrag Gregorys wurde verworfen.

Frankreich.

Paris, 3. März. Auch Frankreich hat seinen Vulkan, dessen Eruptionen von Zeit zu Zeit wie glühende Lava den Wohlstand und den Frieden des Volkes begraben. Der Krater unseres Vulkans liegt im Quartier latin, wo die himmelstürmende Jugend wohnt, und in den Vorstädten der Blousenmänner. Von dort aus steigt der Rauch auf, der einen nahen Ausbruch vorhersagt, von dort aus dringt die Lava hervor, die einen Thron umstürzt. Und jetzt in diesem Augenblick kocht es im Quartier latin und in den Arbeiterwohnungen, als ob schon morgen der Berg, sein verheerendes Feuer ausspeien wollte. Aber was hat man doch auch für Eindruck empfangen? Abouis „Gaetana" machen den Anfang und rief einen Sturm gegen den offiziellen Broschürenschreiber hervor, dann kam die Affaire des Grafen Palikao. Einem General 50,000 Frs. jährliche Renten zu geben, die sich sogar noch auf Kinder und Kindeskinder vererben, während die Blousen kaum zu arbeiten haben, das ist für unsere Männer zu viel. Dann kam der Vetter des Kaisers mit seinen aufreizenden Reden, die Affaire des Professor Renan und noch manches Andere, das die Aufmerksamkeit im Quartier latin erklärlich macht. Die Polizei schreitet ein, nimmt Verhaftungen vor, die Studenten werden durch eine Rede des „Moniteur" verhetzt, Haussuchungen finden statt, man entwickelt eine Geschäftigkeit, die sich sogar bis in die entlegenste Provinzen erstrecken soll, ist das nicht das vollständigste Bild eines Kraters, kurz vor dem Ausbruch? Vielleicht, daß die augenscheinliche Nachgiebigkeit des Kaisers dem Senat gegenüber das unheimlich wogende und brandende Meer glättet, jedenfalls aber wird die Regierung alle ihre Kräfte aufbieten müssen, um den Sturm zu beschwören, und schwerlich wird das durch Verhaftungen und Prozesse geschehen, sondern dadurch, daß sie dem Wohlergehen und der Freiheit der arbeitenden Klassen erhöhte Sorgfalt zuwendet, daß sie den Grundsatz Heinrich IV. beherzigt, der es sich angelegen sein ließ, dafür zu sorgen, daß der Bauer Sonntags sein Huhn im Topfe habe.

Paris, 6. März. Der „Moniteur" enthält heute ein kaiserliches Dekret, wodurch der Plan der Seinepräfektur, vermittelst einer Wasserleitung die Quellen der Dhuis aus der Ebene der Champagne nach Paris zu leiten, genehmigt wird. Die Kosten des Unternehmens sind auf 18 Mill. Frcs. veranschlagt. Die zur Ausführung erforderlichen Expropriationen von Gebäulichkeiten und Grundstücken müssen innerhalb fünf Jahren vollzogen werden. — Der „Moniteur" berichtet: „Der Staatsrath ist bereits auf Befehl des Kaisers mit der Prüfung des neuen Gesetzentwurfs beschäftigt, welchen der Kaiser in seinem Briefe an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers angezeigt hat. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs soll eine in ihrem Betrage noch nicht festgestellte Jahresrente in das große Buch der öffentlichen Schuld eingeschrieben und dazu bestimmt werden, die ausgezeichneten Thaten der Generäle, Offiziere und Soldaten der Land- und See-Armee, sowie die von ihnen in Kriegszeit geleisteten außergewöhnlichen Dienste durch Pensionen oder Dotationen zu belohnen. Dekrete des Kaisers würden diese Pensionen oder Dotationen aussprechen und die Bedingungen der Anzuweisung und der etwaigen Uebertragung feststellen. Die Dekrete würden individueller Natur sein und in den „Moniteur" und das „Bulletin des Lois" eingerückt werden. —

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde unter allgemeinem Beifallsbezeugungen bereits das Budget der Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 1863 eingebracht. Die Kammer scheint sodann zur Generaldiskussion des Adreßentwurfes. Zuerst hatte Here Plichon das Wort.

Paris, 6. März. Der „Moniteur" enthält heute ein kaiserliches Dekret, wodurch der Plan der Seinepräfektur, vermittelst einer Wasserleitung die Quellen der Dhuis aus der Ebene der Champagne nach Paris zu leiten, genehmigt wird. Die Kosten des Unternehmens sind auf 18 Mill. Franken veranschlagt.

Paris, 7. März. Ein Theil der in den letzten Tagen verhafteten Personen ist wieder in Freiheit gesetzt worden. Die gerichtliche Untersuchung dauert aber noch fort. Die hiesigen Behörden scheinen am Fastingstage aber wirklich großartige Vorsichtsmaßregeln ergriffen zu haben. Wie man nachträglich erfährt, hat man sich auf kläftiges Einschreiten gefaßt gemacht. — Es ist ein Transport verurtheilter Soldaten nach Neu-Caledonien abgegangen, wo man Versuche mit Anlage von Militär-Strafkolonien machen will.

Italien.

Mailand, 4. März. Die Entlassung Ricasoli's und die Berufung Ratazzi's zur Bildung eines neuen Ministeriums wird allgemein als ein Unglück für Italien angesehen, und beinahe sämmtliche Blätter drücken sich übereinstimmend mit dem Volke in diesem Sinne aus. Diesmal ist nicht der Fall, daß der abgehende Ministerpräsident von dem neuen besiegt wurde, oder daß die Mehrzahl des Parlaments gegen ihn gewesen wäre; nein, er wurde durch die feinsten Intriguen, durch persönliche Interessen, durch die erbittertsten Kriege in Nebendingen zum Abzuge bewogen. Die niedergedrückte Stimmung des Volkes aber setzt dem Abgehenden den Lorbeer auf. Ratazzi's Lage ist überaus schwierig, und das Volk hält sein Ministerium nur für vorübergehend; er wird ohne Barmherzigkeit angegriffen werden, wie er es selbst that; schwerlich wird ihm die Mehrzahl des Parlaments zur Seite stehen, und die Italiener im Allgemeinen, außer dem alten Piemont, haben seine Willkür in der frühen Ausübung der höchsten Macht nicht vergessen. Von Mund zu Mund geht das kränkende Wort: Ricasoli wird bald wieder an der Spitze stehen; sein gerader Charakter wird triumphiren, die Nothwendigkeit wird ihn wieder erheben. Der Ministerwechsel verursache ein Sinken der Staatspapiere.

(Schw. M.)

Aus Wien, 5. März, schreibt man der „Ztg. f. Nordd.": „Auf Italien müssen wir stets ein scharfes Auge haben. Von

Digitized by Google

dort kann und wird uns voraussichtlich früher oder später kommen, was wir am meisten in unserer jetzigen Lage zu fürchten haben — die Störung des Friedens. Ein Ministerwechsel in Turin ist für uns der wichtigste politische Vorgang nach einem Ministerwechsel in Wien. Vielen scheint nun ein Ministerium Ratazzi ebenso Krieg zu bedeuten, wie ihnen das Ministerium Ricasoli der Friede war. Warum, fragt man, sollte auch Ricasoli, der die Majorität in beiden Kammern für sich hatte, zurücktreten seyn, wenn nicht eben deßhalb, weil seine Politik der Actionspartei zu vorsichtig, zu diplomatisch war? — Ratazzi, der Demokrat und Freund Garibaldi's, soll und wird ohne Zweifel entschlossener Schritte thun, die italienische Frage ihrer endlichen Lösung zuzuführen."

Daß besonders die englische Presse den Rücktritt Ricasoli's für ein großes Unglück hält, ist natürlich. Dieser war entschlossen, die Postulate der italienischen Nationalexistenz durch die von England stets empfohlenen Mittel, durch moralische Siege, wozu ihm England seine, aber auch diplomatische Hülfe und Berathung anbot, zu realisiren, ohne die Unterstützung des gemeinsamen Freundes in den Tuilerien zu erkaufen. Daraus folgert man, daß Ricasoli's Nachfolger sich dem Kaiser der Franzosen gegenüber als dessen Kreatur benehmen werde. (Schwäb. M.)

Turin. Der frühere Kriegsminister hat noch vor dem Rücktritt des Ministerium Ricasoli das Budget seines Ministeriums veröffentlicht, aus dem wir folgende Angaben entnehmen: Der gewöhnliche Bedarf des laufenden Jahres beträgt 172,555,635 Lire; der außerordentliche Bedarf 54,959,614 L. Zusammen 227,515,249 Lire. Hievon kostet der Generalstab 5 Millionen, das Heer 104 Mill. und die öffentliche Sicherheit 18½ Mill., die italienischen Freiwilligen 3 Mill., die Festungen 14 Mill. und die Bewaffnung der Nationalgarde 20 Mill. Nach den ministeriellen Listen haben die verschiedenen Waffengattungen folgende numerische Stärke: Linieninfanterie 111,267 Mann, Bersaglieri 17,508 M., Kavallerie 16,536 M., Artillerie 17,362 M., Genie 4397 M., Fuhrwesen 2485 M., Administration 2755 M., Carabinieri (Gendarmen) 18,516 M., Veteranen 4879 M., Sanitätskorps 395 M. Zusammen 196,100 Mann. Als noch lange nicht die viel besprochenen 300,000 Mann der sehenden italienischen Armee.

Turin, 6. März. Das Ministerium Ratazzi hat als Programm die Verschönung der Parteien angenommen. — Die Ernennung des Hrn. Depretis zum Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen sehr guten Eindruck gemacht. — Garibaldi hat wiederholt das Versprechen gegeben, das neue Ministerium zu unterstützen. In der Konferenz, welche er mit Hrn. Ratazzi hatte, kam, wie verlautet, auch die Südarmee zur Sprache; der Conseilpräsident hätte die Nothwendigkeit einer vollständigen Reorganisation derselben auch anerkannt. — Jede Gefahr einer Freiwilligen-Expedition und einer Schilderhebung soll geschwunden seyn. — Herr Ratazzi hat seine Absicht ausgedrückt, die dem Papste feindlichen Demonstrationen in den italienischen Provinzen energisch zu verhindern. (Frkf. Journ.)

Turin, 7. März. Cordova hat seine Entlassung genommen. Der Senator Poggi ist zum Justizminister ernannt. Ratazzi wird Durando das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten anbieten. Die „Opinione" glaubt, daß das heute entwickelte Programm des Ministeriums die Verwendung einer mobilen Nationalgarde und die Aufrechthaltung der von Bastogi (?) aufgestellten Finanzgesetzen enthalten wird. Mehrere Mitglieder der Majorität haben sich heute zum Zweck der Berathung versammelt. (Tel.d.A.Z.)

Turin, 8. März. Bei Brotzana sind die Brigant aneinander gesprengt und ihnen 26 Mann getödtet worden. (Fr.C.)

Turin, 8. März. Cordova, welcher nach der „Opinione" seine Entlassung eingereicht haben sollte, hatte in der heutigen Sitzung des Parlaments seinen Sitz auf der Ministerbank eingenommen. Ratazzi hielt folgende Ansprache an das Parlament: „Unsere vergangene Politik bürgt für die zukünftige Führung der Angelegenheiten dieses Landes. Ich will indeß weder die Schwierigkeiten noch die Verantwortlichkeit der Lage verbergen. Unsere Aufgabe ist, die Provinzen zu organisiren und zu vereinigen, welche bis jetzt getheilt waren, und diejenigen Provinzen zu befreien, welche noch nicht einen integrirenden Theil des Königreichs bilden. In den auswärtigen Beziehungen werden wir mit den anderen Nationen auf freundschaftlichem Fuße zu bleiben suchen. Eine isolirte Politik ist unmöglich; wir werden daher alle Kräfte aufbieten und uns an allen Ereignissen betheiligen, welche einen Einfluß auf die Geschicke Italiens ausüben können. In Bezug auf Frankreich werden wir nie vergessen, daß wir ihm zum großen Theil unsere Wiederauferstehung verdanken. Wir werden auch nicht vergessen, daß England stets unsere Freundin war. In unseren Beziehungen mit den übrigen Mächten werden wir vorerst unsere Würde und Unabhängigkeit zu wahren suchen. Wollen wir die Freundschaft der anderen Nationen, so müssen wir sie durch die Weisheit unseres Verhaltens erwerben. Wir werden ihnen zeigen, daß wir nicht gewillt sind, den Frieden der Welt wegen der römischen Frage zu kompromittiren. Wir werden rein moralische und diplomatische Mittel zur Lösung dieser Frage anwenden, welche seit zwei Jahren so bedeutende Fortschritte, besonders in Frankreich, gemacht hat. In Bezug auf die inneren Angelegenheiten bittet der Minister um den aufrichtigen Beistand aller Capacitäten des Landes. Er verspricht dann die Ausführung des Gesetzes über die Nationalbewaffnung, verbunden mit der größten Oekonomie in allen Zweigen der Verwaltung, ausgenommen die Rüstungen. Er endigt seine Rede, indem er zur Verschönung der Parteien auffordert." Lanza ergreift darauf das Wort und verlangt Aufklärung über die ministerielle Krisis, welche außerhalb der Entwirrung des Parlaments thätig gewesen habe. Ricasoli antwortete: Trotz der günstigen Abstimmungen in den Kammern existiren gewisse Spaltungen. Das Ministerium habe sich nicht sicher gefühlt, das Vertrauen der Kammern und die auf die auf diesem Vertrauen beruhende Autorität zu besitzen. Um daher eine equivoke Situation zu vermeiden, habe das Ministerium seine Entlassung gegeben, und trotz des Wunsches des Königs, ein Votum des Parlamentes abzuwarten, auf der Entlassung bestanden. Ratazzi sprich damit mit großer Anerkennung über die Aufrichtigkeit der von Ricasoli gegebenen Erklärungen. (Fr. Ldsz.)

Jonische Inseln.

Corfu, 4. März. Das jonische Parlament hielt seine erste Sitzung. Der Alterspräsident Livaba ermahnte die Deputirten, ihre Wünsche wegen der Vereinigung mit Griechenland auszusprechen. Fast alle Deputirten thaten dieß. Man glaubt, die Versammlung werde sich einstimmig in diesem Sinne erklären. Das „Journal de Constantinople" dementirt Marseiller Nachricht von einem Konflikt zwischen Türken und Christen in Wan in Armenien. (Tel.d.A.Z.)

Griechenland.

Athen, 1. März. Die Insurgenten richteten eine Denkschrift an die Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs, worin sie die Amnestie zurückweisen. Sie arbeiten eifrigst an der Befestigung von Nauplia. (Tel.d.A.Z.)

Athen, 1. März. Es soll ein Waffenstillstand zwischen den Insurgenten und den Regierungstruppen abgeschlossen seyn. — Der größte Theil der Nauplianer Rebellen liegt eine Viertelstunde vor Nauplia neben der Straße nach Argos. Das Dorf Aria, den Berg Elias und eine Mühle besetzt haltend, ist gut versehanzt und mit Proviant, Waffen und Munition reichlich versehen. — Die Sträflinge der Festung Palamide sind befreit und bewaffnet. — In Nauplia herrscht Terrorismus. General Tsokris aus Argos wird in Nauplia gefangen gehalten. — Die hiesige Universität und das Gymnasium sind bis 28. April geschlossen. Hier herrscht zwar vorläufig Ruhe, jedoch eine unbehagliche Stimmung. — Der Versuch mehrerer Kaufleute, an Läden zu sperren, wurde polizeilich verhindert. — Der hiesige Gemeinderath beschloß, 100 Bewaffnete aus eigenen Mitteln zu unterhalten und der Regierung zur Verfügung zu stellen. — Aus allen Provinzen laufen befriedigende Nachrichten ein. Die Bewohner erheben sich, auf Regierungswunsch die Waffen zu ergreifen und sich verwenden zu lassen. — Aus zahlreichen Gemeinden sind Adressen an die Regierung gelangt, worin die Rebellion verdammt und Unterstützung zugesagt wird. — Die Grenzprovinz Phthiotis übernahm freiwillig die Bewachung der türkischen Grenze, damit die regulären Garnisonstruppen anders verwendet werden können. (W. B.)

Die griechische Gesandtschaft in Paris veröffentlicht in den dortigen Abendblättern eine Berichtigung der Havas'schen Depesche aus Marseille, wonach die Zahl der Insurgenten in Nauplia sich auf 2500 Soldaten und 6000 Freiwilligen belaufen sollte. Der Stand der Garnison von Nauplia übersteigt nicht 1000—1200 Mann, und im Augenblick des Ausbruchs der Insurrection war sie durch Detachirungen auf die Hälfte reduzirt. Die Zahl der Freiwilligen, welche sich dem Aufstande angeschlossen, übersteigt nicht 300—400. Von der Seeseite sey die effektive Blokade den befreundeten Mächten notifizirt, und auch von der Landseite sey Nauplia abgeschnitten. Die Behauptung der Havas'schen Depesche, daß man in Folge der Entblößung von Truppen Unruhen in Epirus und Thessalien befürchtet, widerlegt die Gesandtschaft, indem sie darauf aufmerksam macht, daß diese Provinzen gar nicht zum Königreich Griechenland gehören.

Digitized by Google

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 1. März zufolge hat der Vizekönig von Aegypten die Erlaubniß erhalten, ein Anlehen in Europa abzuschließen.

Amerika.

New-York, 18. Febr. Das ganze Land schwimmt in einem Meer des Entzückens, ob der sich gleichsam überstürzenden frohen Botschaften, welche der Telegraph fast stündlich meldet. Die bisherige Muthlosigkeit hat einem bis jetzt noch nicht wieder durch Selbstüberschätzung getrübten Vertrauen auf den endlichen und glücklichen Erfolg Platz gemacht, Alles athmet wieder frei und freudig auf, und begrüßt in den Siegesnachrichten die sicherste Bürgschaft für die baldige Wiederkehr des Friedens. Von allen Seiten und Enden, aus jedem Departement der Armee, von jedem Geschwader der Marine hören wir von den Triumphen der tapferen Soldaten und Matrosen. Burnside's Erfolge in und bei Roanoke, die ich vor einer Woche noch bezweifelte, sind bedeutender, als selbst der Hoffnungsvollste zu träumen wagte; die Hauptpunkte am Albemarle und Pamlico Sund sind in den Händen des Bundes und steht diesem im Norden der Weg nach Norfolk, im Westen nach Weldon, dem Knotenpunkt der nordkarolinischen und virginischen Eisenbahnen, offen. Daran reiht sich im Süden die Operation gegen Savannah, dessen Einnahme zwar schon gemeldet, allein noch nicht erfolgt ist, indessen mit jedem Tage erwartet werden kann. Im fernen Westen treibt Sigel den General Price wieder über die südwestliche Gränze von Missouri hinaus und kann ihn nicht einmal zu einer Schlacht bringen. In Kentucky räumt der Feind Bowlinggreen und damit den ganzen Staat. Bowlinggreen ist für den Westen, was Manassas im Osten, und endlich wird Fort Donelson am Cumberland-Flusse, seine letzte Feste, nach dreitägigem harten Kampfe am 16. Februar genommen. Somit bietet auch die Cumberland-Linie, mit Nashville als Centrum, keinen Halt mehr für die Secessionisten, da die Bundestruppen den Fluß mit den schweren Geschützen ihrer Kanonenboote beherrschen und die Eisenbahnverbindung zwischen Nashville und Memphis bereits abgeschnitten ist. (K. Z.)

Veracruz, 9. März. Die Krankheiten in den Armeen der Alliirten haben besonders die Spanier betroffen. Bis jetzt hat noch keine Vorwärtsbewegung der Alliirten stattgefunden, dieselben werden erst am 20. Februar vorwärts rücken. General Prim ist sehr strenge gegen die Bewohner von Veracruz, und hat ihnen starke Steuern auferlegt. Eine Revolution ist in Honduras ausgebrochen. Das erste Opfer war der Präsident, welcher ermordet worden. (T. d. Fr. Hdlsz.)

Volkswirthschaftliches.

Ansbach, 9. März. Auf der nun beendigten Ledermesse war das ganze Quantum Leder verkauft worden. Sohlleder kostete 70—76 fl., schwere fränkische 83 fl. der Ctr., Rindsleder 100 fl., Kauyen 90—93 fl.; Zeugleder das Pfd. 57 kr., Kalbleder 1 fl. 30 kr. bis 1 fl. 32 kr. — Abgewogen wurden ungefähr 5000 Pfd. Sohlleder, 3000 Pfd. Rindsleder. Das Verhältniß der anwesenden Käufer wurde nicht zur Hälfte befriedigt. (Fränk. K.)

* Berlin, 8. März. (Privat-Korr.) Der volkswirthschaftliche Kongreß ist nunmehr definitiv auf den 8. Sept. d. J. nach Weimar berufen, da sich ein gleichzeitiges Abhalten zweier Versammlungen (der landwirthschaftlichen und volkswirthschaftlichen) in Würzburg nicht durchführen läßt. Auf die Tagesordnung wurde gesetzt: 1. Bericht über die Gewerbegesetzgebungen, bez. Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in Deutschland; 2. Reform der Zollvereins-Gesetzgebung; 3. Reform des Zollvereins-Tarifes: a) deutsch-französischer Handelsvertrag, b) Zuckerzölle, c) Zölle auf Twist; d) die Uebergangssteuern; 4. die mecklenburgische Zollfrage; 5) die Bankfrage; 6) die soziale Selbsthülfe: a) Erhaltung und Vermehrung der Arbeit (Franken-, Miethwen- und Unterstützungskassen), b) Erhaltung und Erlangung wirthschaftlicher Selbständigkeit auf genossenschaftlichem Wege; 7) das Patentwesen. — Es wurde ferner beschlossen, da die Kosten der Reise zu den Sitzungen der Deputation oft ziemlich beträchtlich sind, den Mitgliedern eine Entschädigung dafür zu gewähren.

Dresden, 5. März. Wir sind nunmehr im dritten Monat der Gewerbefreiheit und haben nicht das Geringste von dem vernichtenden Donnerschlage wahrnehmen können, der nach gewissen trüben Vorhersehungen mit ihrem Eintritt das Gewerbsleben treffen sollte. Alles geht ohne Meister- und Gesellenprüfungen und die daran hängenden Beschwernisse und Kosten ebenso ruhig seinen Gang, wie vorher. Selbst der gefürchtete Schub ein Jahr lang aufgestauter Niederlassungen ist nicht eingetreten. (N. K.)

Aus London vom 28. v. M. wird gemeldet: Das Handelsamt veröffentlicht einen Bericht über die Einfuhr von Weizen und Weizenmehl in den letzten drei Jahren. Der Gesammtwerth der Weizen-Einfuhr im Jahre 1861 wird auf 20,000,000 L. berechnet, die Einfuhr von Weizenmehl am 6 Mill. L., davon haben die Vereinigten Staaten mindestens 10 Millionen L. bezogen. Was die Quantität betrifft, so betrug die Weizen-Einfuhr 1859 4,000,922 Ctr., 1860 5,880,958 Ctr. und 1861 6,912,815 Ctr. An der Einfuhr participirten im Jahre 1859 Rußland mit 22 pCt., Preußen mit 19 pCt., Dänemark mit 7½ pCt., Mecklenburg mit 3 pCt., die Hansestädte mit 2 pCt., Frankreich mit 27½ pCt., die Vereinigten Staaten mit 1 pCt.; im Jahre 1860 Rußland mit 22 pCt., Preußen mit 19½ pCt., Dänemark mit 4½ pCt., Mecklenburg mit 3 pCt., die Hansestädte mit 3 pCt., Frankreich mit 9½ pCt., die Vereinigten Staaten mit 25 pCt.; im Jahre 1861 Rußland mit 15 pCt., Preußen mit 15 pCt., Dänemark mit 3½ pCt., Mecklenburg mit 2 pCt., die Hansestädte mit 3 pCt., Frankreich mit 21½ pCt., die Vereinigten Staaten mit 36 pCt. Die Weizenmehl-Einfuhr war 1859 3,328,324 Ctr., 1860 5,086,220 Ctr. und 1861 6,152,938 Ctr.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 8. März. Der bekannte Schlachtenmaler Freder Dietz hat einen Ruf als Direktor der Karlsruher Akademie der Künste erhalten und angenommen. (N. M. Z.)

* (Zum Nekrologe des Herrn k. Hofrathes und Professors Dr. F. J. Fröhlich.) Der von der „N. W. Z." mitgetheilte Nekrolog Fröhlich's benennt einen Bruder des großen Geschiedenen, welcher als Pfarrer in Gerbrunn, k. Bez. Würzburg r/M., das Zeitliche gesegnet habe. Diese Angabe ist unrichtig. Joh. Georg Fröhlich, der Bruder des Verblichen, starb am 17. Mai 1832 als Pfarrer von Biblis, im Großherzogthume Hessen. Als Beitrag zu dem beregten Nekrologe dürfte auch der Umstand Erwähnung verdienen, daß Fröhlich an demselben Monatstage — 7. Januar —, an welchem er im Jahre 1807 mit der ihm in das Jenseits vorausgegangenen Galtin kirchlich getraut worden war, mit dieser in der stillen Todtengruft wieder vereinigt wurde.

Darmstadt, 7. März. Sicherem Vernehmen nach ist nun auch die chemische Untersuchung des Inhalts der Leiche der ersten Frau des Buchdrucker Jakoby beendigt. Das Resultat entscheidet dahin, daß sich keine Spur Arsen in der Leiche, dem Sarge und der den Sarg zunächst umgebenden Erde vorfand, und sich weder durch die physischen als chemischen Erscheinungen irgend ein begründeter Verdacht für eine Vergiftung ergeben hat. (Dst. Z.)

Für die gesellschaftlichen Zustände in Frankreich sind nachstehende Zahlenangaben bezeichnend. In den Jahren 1854 bis 1860 (exclusive) kamen auf 100,000 Einwohner in England 4119, in Frankreich 4034 Heirathen; in England 17,118, in Frankreich 13,120 Geburten; dagegen in England 11,026, in Frankreich 12,291 Todesfälle.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. März. Von Paris aus kommt die Nachricht hierher, daß ein Besuch des Kaisers Napoleon in Potsdam beabsichtigt werde. Wir beschränken uns vorläufig auf die Erwiderung, daß man hier diese Absicht eben erst durch die Presse erfahren hat, daß aber, wenn jener Wunsch des Kaisers wirklich bestehen sollte, das allgemeine Interesse des Publikum sich jedenfalls diesem Besuche zuwenden dürfte. Sollte hiernach diese Reise noch zur Ausführung kommen, so wird jedenfalls ein Zeitpunkt des Frühjahrs gewählt werden, welcher mit der hier und in Potsdam üblichen Beschäftigung der Garnison zusammenfällt. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 70. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 11. März 1862.

Deutscher Bund.

Aus Thüringen im März. Der Nationalvereinsausschuß soll beschlossen haben, die Bewegung durch Abhaltung größerer Versammlungen zu verstärken. Neben zwei großen Versammlungen, welche im Juni l. J. in London und Amsterdam auf dringenden Wunsch der dortigen Mitglieder beabsichtigt sind und wozu mehrere Ausschußmitglieder erschienen werden, soll die Agitation jetzt auch im Königreich Sachsen und in andern bisher weniger berücksichtigten Ländern begonnen werden. (Fr. Hdlsj.)

Preußen. Die „Köln. Z." äußerte sich unterm 8. März, als das Entlassungsgesuch der Minister ihr noch nicht bekannt war, überdie Lage, wie folgt: „Nach den heute Morgens aus Berlin eintreffenden Nachrichten ist die Minister-Krisis in vollem Gange. Wir müssen bekennen, daß uns diese Krisis als eine willkürliche erscheint. Angeblich erblickt das Ministerium in der Annahme der Hagen'schen Anträge einen Angriff in die Regierungsgewalt, und steht daher in Berathung, ob es mit dem gegenwärtigen Hause der Abgeordneten fortregieren könne, und ob es, im Falle es die Frage verneint, selbst zurücktreten oder den Landtag auflösen solle. Wer hätte gedacht, daß der Abgeordnete Hagen, Stadtrath und Kämmerer der guten Stadt Berlin, ein so grimmiger Hagen sey, der unser Ministerium wie einen unschuldigen Siegfried von hinten erschlagen könne? Wie lauten denn diese Hagen'schen Anträge? „Das Haus wolle beschließen: daß 1) der Staatshaushalts-Etat in seinen Titeln durch Aufnahme der wesentlichen Einnahme- und Ausgabe-Positionen aus den demselben zu Grunde liegenden Verwaltungs-Etats mehr zu specialisiren; 2) diese Specialisirung schon bei der Feststellung des Staatshaushalts-Etat pro 1862 und zwar im Anhalt an die Titel und Titelabtheilungen der pro 1859 gelegten Spezial-Rechnungen zu bewirken sey." Eine etwas größere Specialisirung der Etats, ist das eine so gewaltige Sache? Der Finanzminister Frhr. v. Patow selbst konnte darin nichts dergleichen finden. Im Gegentheil, er halte gegen den Grundsatz nichts einzuwenden, und erklärte sich bereit, ihn auszuführen. Er nahm den ersten Punkt des Hagen'schen Antrages an; auch gegen den zweiten, die größere Genauigkeit der Angaben über die Staats-Einnahmen und -Ausgaben schien für 1862 eintreten zu lassen, sprach er sich nicht grundsätzlich aus, er erklärte das nicht für unausführbar, er meinte nur, die Beamten würden damit mehr Mühe haben, als die Sache im Grunde werth sey. Folgerecht hatte denn auch der Minister erklärt, daß das Ministerium in der Annahme der Hagen'schen Anträge kein Mißtrauensvotum erblicken werde. Und nun, nachdem die Hagen'schen Anträge mit 171 gegen 143 St. angenommen, nun dennoch Minister-Krisis? Wenn man bloß die Erklärungen des Herrn v. Patow betrachtet, so wäre das allerdings schwer zu erklären. Es ist ja auch bekannt genug, daß Herr v. Patow als Abgeordneter der standhafte Freund einer größeren Specialisirung des Etat gewesen ist. Er war der Meinung, daß nur so eine wirksame Kontrole des Budget Seitens der Volksvertretung stattfinden könne. Unsere bisher vorgelegten Etats hielten sich manchmal so im Allgemeinen, daß sie an die Pferderechnung des alten Generals unter Friedrich dem Großen erinnern. Dieser hatte zum Ankauf von Remontepferden 100,000 Thlr. erhalten, war auch von seiner Reise mit den eingekauften Pferden wohlbehalten zurückgekehrt, aber Rechnungs-Ablage war von ihm trotz aller Mahnungen nicht zu erhalten. Da rief dem alten Fritz, der bekanntlich wissen wollte, wo sein Geld blieb, die Geduld und er setzte dem General eine kurze Frist, binnen deren er unweigerlich Rechenschaft ablegen sollte. Der König bekam denn auch richtig die verlangte Rechnung. Sie stand auf einem großen, in der Mitte gefalzten Bogen und lautete, wie folgt:

Einnahme.	Ausgabe.
Erhalten: 100,000 Thlr.	
	Ausgegeben vor Pferde . . 80,000 Thlr.
	In die Rougemouge . . 20,000 Thlr.
	Summa summarum . 100,000 Thlr.

Der König schrieb darunter: „Richtig; doch soll der General N. N. keine Pferde wieder einkaufen." Friedrich der Große liebte, wie man sieht, eine größere Specialisirung des Etat und würde, wenn ihm sein Kriegsminister einen Etat aufgestellt, in dem es hieße: Für die Verpflegung der Truppen ꝛc. 31 Million Thaler, damit schwerlich zufrieden gewesen seyn. Der alte Kühne hat bekanntlich gesagt, auf die Weise, wie der Etat bis jetzt vorgelegt werde, sey die Beaufsichtigung des Landtages nur ein Gaukelspiel. Auf die Frage selbst wollen wir indessen hier nicht eingehen, genug, daß ein eigentlicher Streit über Grundsätze hier wirklich nicht am Orte ist. Denn wenn Jemand eine Kontrole ausüben soll, so muß er doch wohl das Recht haben, allem Einzelnen, wo ihm ein Bedenken aufstößt, genau nachzufragen. Ob es klug war, auch wegen 1862 auf der Specialisirung zu bestehen, oder es nicht besser gewesen, hier dem Wunsche des Hrn. v. Patow nachzugeben und sich mit dem Kühne'schen Vorschlage zu begnügen (der übrigens ziemlich auf dasselbe hinauslief), wollen wir hier nicht erörtern. Genug, man fragt sich, wie konnte es, bei solcher Erklärung des Finanzministers, wegen der Hagen'schen Anträge zu einer Minister-Krisis kommen? Man sagt und zur Erklärung, das Ministerium betrachte die Weise, wie der Etat vorgelegt werden solle, für einen Gegenstand, der nur durch ein Gesetz, also mit Zustimmung des Herrenhauses und der Krone, geregelt werden könne. Wir wollen diese Ansicht einmal gelten lassen, dann konnte die Regierung ja einfach erklären, daß sie wegen dieser Ansicht sich nicht für gebunden erachte, auf den verhältnißmäßig unbedeutenden und gleichgültigen zweiten Punkt des Hagen'schen Antrages einzugehen, und ruhig abwarten, ob und welche Schritte der Landtag dagegen thun werde. Nein, die wahre Erklärung dürfte wo anders liegen. So entgegenkommend der Finanzminister in dieser Angelegenheit war, so sehr er eine wahre und wirkliche Kontrole der preußischen Finanzen wünscht, die im Ganzen so musterhaft geordnet sind, daß sie das Licht nicht zu scheuen brauchen — selbst der Hrn. Finanzkenner Görnig ertheilt der preußischen Finanzverwaltung in seiner neuesten Schrift das glänzendste Lob, — so wird diese Ansicht doch nicht von allen Kollegen Patow's getheilt. Namentlich der Handelsminister, Hr. v. d. Heydt, ist ein entschiedener Gegner davon, daß der Landtag eine genaue Einsicht in die verschiedenen Etats erhalte. Hat er doch durchgesetzt, daß der Gesetzentwurf für die Ober-Rechnungskammer nach seinen Wünschen abgeändert wurde. Die Widersacher Herrn v. d. Heydts behaupten bekanntlich, er selbst sey bei der Sache am nächsten interessirt. Er herrsche über ein weites und immer unübersehbareres Gebiet fast unumschränkt und habe keine Lust, als Eisenbahn-König eine konstitutionelle Verfassung zu gestatten. Hr. v. d. Heydt, der gegenwärtig den leider erkrankten freisinnigen Hrn. v. Auerswald vertritt, gilt für den Anführer der reaktionären Partei in unserem halbschlächtigen Ministerium, und diese Partei scheint neuerdings mehr und mehr das Uebergewicht bekommen zu haben. Selbst von Anerkennung des Königreiches Italien ist seine Rede mehr. Die Kreuzzeitungs-Partei behauptet, die Sachen gingen besser und besser, und statt des freisinnigen Fürsten zu Hohenzollern würde demnächst der, mindestens gelagt, nicht freisinnige Prinz zu Hohenlohe, Präsident des Herrenhauses, zum Vorsitzenden im Ministerium ernannt werden. Fast scheint es, als ob die Sache von dieser Seite aus zur Entscheidung gebracht und dabei ein Bruch mit dem Landtage nicht vermieden werden solle, da bei der immer mehr hervortretenden nicht liberalen Richtung der Regierung an eine Bewilligung der Roon'schen Forderungen stets weniger zu denken ist."

Digitized by Google

Die ministerielle „Stern-Ztg." bringt an der Spitze ihres neuesten Blattes einen Artikel, der, Anfangs, daß entweder das Ministerium gedrungen oder die Kammer aufgelöst werden muß. Sie sagt dann wörtlich: „Die Majorität des Hauses hatte es versäumt, das Einvernehmen der Regierung mit entsprechender Gesinnung zu erwidern, mithin war das Ministerium in die moralische Nothwendigkeit versetzt, die Konsequenzen zu ziehen, welche sich aus jener Thatsache für seine Stelle ergaben. Die Differenz zwischen der Regierung und dem Hause ist nicht durch die Frage entstanden, ob unser Etat einer Verbesserung und systematischen Vervollständigung fähig sey. Die Regierung hatte die Verbesserung als zulässig anerkannt, sie hatte sich bereit erklärt, dieselbe herbeizuführen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit hatte sie lediglich die Bitte ausgesprochen, von der Umgestaltung des bereits vorgelegten Etat für das Jahr 1862 Abstand zu nehmen. Sie beschränkte sich der Streit auf den in jedem Falle nahen Zeitpunkt der Vermischung eines augenblicklichen Prinzips. Es handelte sich, wie der Abgeordnete Kühne es ausdrückte, lediglich darum, daß die Beschleunigung einer an sich zweckmäßigen Sache nicht auf Kosten der Ordnung und um den Preis der Verwirrung angestrebt werde. Der Rath dieses altbewährten Finanzmannes wurde von der Mehrheit des Hauses nicht beachtet. Die wiederholte Erklärung des Herrn Finanzministers, daß die Staatsregierung über die Tragweite des amendirten Hagen'schen Antrags in Berathung treten und sich über dieselbe vor dem Hause bestimmt erklären könne, wenn ihr nur Zeit zu dieser Berathung gegönnt, wenn ihr nicht zugemuthet würde, heute schon einen Entschluß zu fassen, tief keinen Wunsch zur Vertagung einer so wichtigen Entscheidung hervor. Selbst in der obigen Begrenzung erschien der Streitpunkt der Mehrheit des Hauses wichtig genug, um das freundliche Entgegenkommen des Ministeriums mit der unfreundlichen Rücksichtslosigkeit zu erwidern. War die Tragweite eines solchen Verfahrens den Freunden des Hagen'schen Antrages verborgen? Wer den Reden der Majorität mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, kann über die Entscheidung dieser Frage im Allgemeinen nicht zweifelhaft seyn. Man hob es mit scharfem Tadel hervor, daß frühere Landestheilungen die an sie herantretenden Fragen, statt sie zu lösen, vertagt hätten. Man sah den Konflikt voraus; aber man verantwortete es als Schwäche, nach den Annäherungsversuchen der Regierung sich zu entsprechenden versöhnenden Schritten herbeizulassen. Auf diesem Verfahren konnte das Ministerium für sich selbst nur den Schluß ziehen, den es gezogen hat. Es mußte sich gestehen, daß ihm bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Bedingungen des Vertrauens und der Bereitwilligkeit zur gegenseitigen Verständigung fehlen, ohne welche ein fruchtbares Zusammenwirken für die obersten Faktoren des Staatslebens unmöglich ist."

Die halbamtliche „Allg. Preuß. Ztg." veröffentlicht folgende Erklärung: „In den öffentlichen Blättern treten seit einiger Zeit Nachrichten von einer Wendung auf, welche in der auswärtigen Politik der Regierung stattgefunden haben soll. Zur Motivirung dieser ganz unbegründeten Nachrichten werden die seltsamsten Erklärungen versucht. Hierzu gehört namentlich eine Notiz der „Königsberger Hartung'schen Zeitung", welche die angebliche Wendung durch ein Schreiben des Kaisers von Oesterreich an den König herbeigeführt wissen will und von einer Konferenz spricht, die in Folge dessen zwischen dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem hiesigen kaiserl. österreichischen Gesandten stattgefunden haben soll. Wir sind ermächtigt, alle jene Nachrichten über die angebliche Wendung in der auswärtigen Politik der k. Regierung, ebenso wie die zu ihrer Erläuterung angeführten Thatsachen für völlig aus der Luft gegriffen zu erklären." (Aber in der inneren?)

Kurhessen. Kassel, 9. März. Es läßt sich denken, daß bei der Ungewißheit der Lage die Stadt mit Gerüchten angefüllt ist. Ministerlisten zirkuliren in großer Zahl. So viel ist gewiß, daß, nachdem gestern im Bunde der gemeinschaftliche Antrag Oesterreichs und Preußens wegen Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gestellt ist, das Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung sich nicht mehr halten kann. Welcher Art das neue Ministerium seyn wird, weiß man nicht, aber in Illusionen wiegt sich kein Mensch. Denn das weiß man, daß der Kurfürst ein liberales Ministerium, wie es dem Geiste der Verfassung von 1831 entspräche, gewiß nur zögernd und ungern sehen würde. Und doch soll er über die neue Wendung der Dinge mehr vergnügt als niedergeschlagen seyn; er ist seiner Umgebung längst überdrüssig, aber es waren die einzigen Leute, die seit dem 30. Mai 1860 möglich waren. Daß auch die Minister nur mit Widerstreben sich von ihrem einträglichen Posten zurückziehen, bedarf keiner Versicherung.

(Frankf. Journ.)

Kassel, 9. März. Hr. Cr. v. Schalley, Stiefsohn des Kurfürsten hat an die „Nation Suisse" in Genf einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, im Namen seiner Mutter zu sprechen und stellt, daß sie von ihrer Mutter nach Kassel berufen worden. Der Brief schließt wörtlich: „Ich habe nicht die Absicht, die Politik des Kurfürsten zu vertheidigen, wohl aber daßjenige zurückzuweisen, was fälschlich über sein Privatleben und über seine Familie verbreitet wird."

Baden, Nach dem „Mannh. Anz." ist dem im Jahre 1849 Finanzminister gewesenen A. Goeg in der am letzten Mittwoch unter dem Vorsitze des Großherzogs stattgehabten Staatsministerial-Sitzung die bedingungslose Rückkehr in das Vaterland, sowie der ungehinderte Aufenthalt gestattet worden.

Holstein. Neben den Unterstützungsvereinen von Altona und Kiel, welche verbiedene Beamte und Geistliche aus Schleswig-Holstein, geborene Schleswiger oder Holsteiner regelmäßig unterstützen, besteht in Hamburg ein Hülfsverein zur Unterstützung deutscher Offiziere der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee, also derjenigen Deutschen, welche als Offiziere in der schleswig-holsteinischen Armee mit gekämpft haben. Aus dem Bericht über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1861 ersieht man, daß es noch circa 40 Offiziere sind, die mehr oder weniger nothleidend, der Unterstützung bedürfen, darunter mehrere, deren hohes Alter und körperliche Gebrechlichkeit ihnen selbst den kümmerlichen Erwerb mehr gestattet. Eingegangen waren im Jahre 1861: Courant-Mark 7615. 1 Sch., darunter aus Leipzig 210 Courant-Mark. (D. Atl.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. März. (Privat-Korrespond.) Man hatte von altem Anfang an keine großen Hoffnungen auf die Thätigkeit des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses gesetzt, da in demselben sich nur sehr wenige Finanzkapazitäten befinden; daß aber die Berathungen so geringe Resultate liefern würden, hatte man doch nicht erwartet. Wöchentlang sitzt nun der Ausschuß beisammen, ohne irgend etwas Erhebliches zu Stande gebracht zu haben, die Mitglieder haben sich gelobt, das tiefste Geheimniß über die Verhandlungen zu bewahren, was jedoch ganz unnöthig war, da gar nichts vorhanden ist, was irgend eine geschwätzige Zunge verrathen könnte. Man erwartet von dem Reichsrath die Lösung der finanziellen Fragen, die Wiederherstellung der Valuta, die Regelung des Bankwesens, die Anbahnung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, und der finanzielle Ausschuß war nicht einmal noch im Stande, das kleine Budget des Ministeriums des Auswärtigen zu erledigen. Unter solchen Umständen kann es wahrlich nicht Wunder nehmen, daß das Vertrauen, welches im Anfang die Verhandlungen des Reichsraths begleitete, immer mehr sinkt, je begründeter sich die Zweifel an der Kapazität der Mitglieder derselben herausstellen. Man ist darinnen einig, daß wir von dem Finanzminister vorgelegte Convention nicht durchgeführt werden darf, daß ferner eine Lösung des Problems gefunden werden müsse, die der Herstellung der Valuta Vorschub leistet, allein man zählt sich unsicher, in dieser Richtung irgend einen praktischen Vorschlag aufzustellen. Begreiflich ist es daher auch, daß die Feinde der Verfassung sich diese Verhältnisse zu Nutzen machen und die Behauptung aufstellen, daß von dem Reichsrathe nichts zu hoffen sey, er könne nur kritisiren, aber nichts besser machen.

Der „Südd. Zeitung" schreibt man aus Wien, 8. März: Während des diplomatischen Notenwechsels zwischen Berlin, Wien und den Hauptstädten der „Würzburger" soll sich, wie jetzt hier bekannt wird, noch ein anderer intimerer Schriftenwechsel abgespielt haben, welcher nicht ohne wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge gewesen zu seyn scheint, und namentlich dazu beigetragen haben dürfte, den sich entspinnenden Differenzen die Spitze abzubrechen. Es wurden, so erzählt man, zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen eigenhändige Schreiben ausgetauscht, welche ich hiehe Ihnen diese Thatsachen mit aller Reserve mit) auf die identischen Noten Bezug hatten. Den Anfang soll ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph gemacht haben, indem mit Bezug auf Ueberreichung der identischen Noten angedeutet worden wäre, daß bei dem damaligen Stand der Dinge für Oesterreich und die Mittelstaaten kein anderer Schritt mehr übrig geblieben sey. Man soll sich hiebei dann abermals, wenn den betreffenden Angaben einiger Glauben zu schenken ist, gegenseitig in Berlin und Wien an allerhöchster Stelle in der alten Ueberzeugung neu gekräftigt haben, daß im Grunde denn doch die Interessen der Dynastien beider deutschen Großmächte nicht so weit auseinander gingen. In Folge dieser Vorträgnens dynastisch persönlicher Gefühle möchte dann auch die gemäßigtere Beurtheilung der Situation in dem Berliner Kabinete Platz ergriffen haben, die sich jetzt in demselben kund zu geben scheint.

Digitized by Google

Wien, 7. März. In Bezug auf die Steuereinhebung in Ungarn ist zwischen dem Finanzministerium und der ungarischen Kassenhof ein Kompromiß zu Stande gekommen, welches nach beiden Seiten hin zu befriedigen geeignet ist. Die Finanzbehörden haben allerdings die Beischaffung der Steuern nicht prinzipiell auf der Hand gegeben, aber sie haben die unmittelbaren Manipulationen den (einheimischen) politischen Behörden überlassen und erst, wenn deren Gewalt sich als unzureichend erweist, tritt die militärische Exekution weiter ein.

— Wien, 7. März. (Abend-Korresp.) Der Finanzausschuß hat gestern den Etat des Ministeriums des Aeußern richtig gestellt. Die Gesandtschaften für Toskana, Modena und Parma bleiben freilich somit ohne Ziffernansatz stehen; ein Gleiches gilt von den betreffenden Konsulaten. Die Position wegen Münz- und Wechselverlusts wird auf das allgemeine Conto übertragen.

— Wien, 6. März. (Privat-Korresp.) Der Kaiser hat befohlen, für diesmal in Ungarn gegen diejenigen, welche während des verflossenen Jahres ihrer Militärpflicht ohne obrigkeitliche Bewilligung geheirathet haben, nicht nach der Strenge des Gesetzes vorzugehen.

— Wie uns aus Venedig geschrieben wird, beträgt die Zahl der jungen Leute, die sich im lombardisch-venezianischen Königreiche bei der Rekrutenstellung ihrer Dienstpflicht durch die Flucht in das Ausland (Piemont) entzogen haben, ungefähr ein Zehntel des Kontingents (weit weniger als in den letzten Jahren), das nunmehr durch die Erlegung der Supplententaxe von Seite der Gemeinden gedeckt wird.

Frankreich.

Paris, 6. März. Ein von dem „Moniteur de la Flotte" veröffentlichtes Schreiben aus Saigun gibt eine traurige Schilderung der grausamen Verfolgungen, welche die anamitischen Christen jetzt zu erdulden haben. Ein gräßliches Schauspiel, schreibt der französische Offizier, bot sich uns dar, als wir in das Christengefängniß von Baria eintraten. Es lagen daselbst fünfhundert verkohlte Leichen. Außerdem war in der Umgebung dieses Gebäudes noch eine große Anzahl dieser Unglücklichen getödtet worden. Jeden Tag unternahmen wir abwechselnde Streifzüge, um die dem Schwerte Entronnenen Christen aufzuspüren. Am 11. Juni nahmen wir fünfzig halbverbrannte Frauen und Kinder auf. Am folgenden Tage kam in aller Frühe eine lange Reihe von Müttern an, die mühsam ihre kleinen Kinder mit sich schleppten. Die meisten trugen je zu zweien ihre halbverbrannten Kinder in Körben auf der Schulter. An der Spitze ging eine Frau mit einem Christusbilde. Seit zwei Tagen sind mehr als 200 Christen in den Flammen umgekommen. Der Kaiser hat befohlen, alle „der falschen Religion" (wie man hier sagt) angehörigen Unterthanen zu tödten. Es ist dies um so leichter auszuführen, als diese Unglücklichen schon als kleine Kinder, auf Befehl der Mandarinen, auf der Wange des rechten Ohres gezeichnet werden.

Paris, 6. März. Wie es heißt, wird das neue Gesetzprojekt darin bestehen, daß eine Rente von 2—300,000 Frcs. in das große Buch eingeschrieben werde behufs Belohnung derjenigen Militäre jeden Grades, welche sich durch ungewöhnliche Waffenthaten um das Land verdient machen. (Der Kaiser würde dann durch Dekrete diese Pensionen oder Dotationen aussetzen und Bedingungen des Genusses, wie eintretenden Falles den Heimfall derselben bestimmen.) Vom Rechte wegen müßte der gesetzgebende Körper diesen Vorschlag nicht besser aufnehmen, als das Dotationsprojekt; aber es war ihm hauptsächlich darum zu thun, Genugthuung für die Beleidigung zu erhalten, die ihm der Kaiser durch das offene Sendschreiben an den General Montauban zugefügt hatte; diese Genugthuung ist ihm geworden, indem der Kaiser sich selber desavouirte; l'honneur est satisfait, und die beiden Gegner reichen sich die Hände auf dem Rücken der Steuerpflichtigen, die statt 50,000 Frcs. Renten vier- oder sechsmal soviel zu zahlen haben werden.

(R. Pr. Z.)

Italien.

— Wie der „Presse aus Rom geschrieben wird, ist von einer Räumung dieser Stadt seitens der Franzosen keine Rede. Wohl aber ist das unter den Offizieren der Garnison verbreitete Gerücht, daß ein Theil der Besatzung Rom verlassen, nach Ancona marschiren und diesen Punkt bleibend besetzen werde, geeignet, Aufsehen und Bedenken zu erregen. Das Gerücht von dieser militärischen Operation gewinnt durch den Umstand an Wahrscheinlichkeit, daß thatsächlich bereits eine größere Anzahl französischer Ingenieure nach Ancona abgegangen sind.

Die „Correspondance" meldet, daß Cimercati ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Napoleon nach Tunis überbracht habe, in welchem die letzte Rede Ricasoli's lebhaft getadelt werde. Diese Thatsache sey der Hauptgrund für den Rücktritt des vorigen Ministerium.

Der „Monarchia Nazionale" schlägt vor, Viktor Emanuel den Prinzen Napoleon für die Dauer seiner Gefangenschaft telegraphisch beglückwünscht und im gleichzeitig im Namen der ganzen Nation gedankt, deren große Sympathien für Frankreich sich durch diese Rede noch vermehrt hätten.

Mailand, 3. März. Es vergeht keine Woche, in welcher nicht ein oder mehrere Morde und räuberische Anfälle hier in Mailand stattfinden. So auch gestern geschah es u. A., daß ein Haudlern, ein gewisser Pietro Camerin, der soeben von der Jagd nach Hause kam, von seinem Portier, Monico, mit mehreren Dolchstichen ermordet wurde, weil der letztere den Mörder seiner schiechten Aufführung wegen aus seinem Dienst entließ. Der Straßenanfall zu gehören würde zu weit führen, da täglich und so zu sagen zu jeder Stunde sich solche ereignen. (N. Z.)

Griechenland.

Bezüglich der Unruhen in Griechenland erhalten wir von verläßlicher Seite die Mittheilung, daß Rußland sich dahin ausgesprochen, es müßtilige auf das Entschiedenste das Auftreten der Aufrührer und werde zuverlässig auf der Seite der legitimen Regierung stehen. Es gab eine Zeit, wo der Czar wohl kaum abgeneigt war, einem allgemeinen griechischen Aufstande indirekt dadurch Vorschub zu leisten; im vorliegenden Falle ist aber, nach den Berichten der fremden Gesandten in Athen, die Militär-Empörung sowohl Rußland als Frankreich vorerst aufgedrungen. Dagegen wird von den piemontesischen Gesandten in Athen behauptet, er stehe dem ganzen Aufstande keineswegs so fern und es unterliegt keinem Zweifel, daß die unter den Augen der italienischen Regierung in Neapel und dem ganzen Süden Italiens offen agitirenden Revolutionskomités sowohl wenden ihr Auge nach den albanesischen und dalmatinischen Küsten gerichtet haben, um bei passender Gelegenheit dort einen Hauptcoup auszuführen, welcher ihren Gesammtplänen förderlich wäre; aber auch ihnen ist der Aufstand in Kandia etwas zu früh ausgebrochen.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 3. bis 6. März).

Samstag. Die Mastgkeit, welche die Pariser Börse bei uns am Schlusse voriger Woche verursacht hatte, wurde durch das Steigen der Rentenkurse nicht wieder aufgehoben. Von National ist viel Vorrath am Platz, da Italien effektive Stücke gesendet hat, und so lang Holland, nicht als Käufer auftritt, wird es matt bleiben, da sich die Kaufkraft unserer Privaten ganz von National ab auf englische Metalliques geworfen hat, welche jetzt beliebig 7 pCt. über National stehen. Zu dem Kurs von 67 still indessen die Sterr. Regierung wieder Abgeber seyn. Verstimmer ebenfalls bei mangelndem Material gelegt und 3/4 pCt. gestiegen.

Süddeutsche Fonds im Ganzen fest, wenn schon einige Kategorien, wie 4½ pCt. bayerische und 3½ pCt. württembergische zurückgegangen. Ernstlicher dürften sie affirirt werden, wenn wie verlautet, die preussische Regierung noch in dieser Sitzung eine grossartige Eisenbahnanleihe (70 Millionen) vorlegen sollte. Fremde Staatspapiere behauptet, 4 pCt. Banque de 1876 ½ pCt. notirt, was in 14 Tagen eine Steigerung um 2 pCt. konstatirt, es heisst, dass die Regierung selbst als Käufer dafür auftrete. Eine neue 4½ pCt. Genfer Anleihe, welche der Basler Bankverein übernommen und hier mit 98 anbot, hat schon der Konkurrenz mit den 5 pCt. Obligationen wegen, die 99 stehen, keinen Anklang gefunden. — In Actien, Loosefaktien war lebhaftes Geschäft, von welchen die von 1839: 1½, die 1854er 3/4, die 1860er beinahe 1 pCt. gestiegen sind. Namentlich letztere waren seit gestern sehr gefragt. Am beliebtesten sind Kreditloose, die 1½ fl. höher gegangen sind. Es wurden auf Posten 6 fl. Prämie genommen, so dass der Käufer Ende Februar 1863 zu 108 abliefern kann, was bei dem billigen Zinsfuss und der hohen Heuer (über 2 fl.) durch effektiven Ankauf billige Prämien gibt. Das Treiben bei den 1860er Loosen scheint indess auf baldige Ausgabe des Restes zu deuten und ist daher aber gekünstelt.

Von Kreditaktien österreichische diese Woche sehr vernachlässigt und fast ohne Bewegung, mit Ausnahme der gestrigen Börse, wo vielversprechende Wiener und Pariser Berichte in den betreffenden Kreisen ersichtliche Umsätze herüber und hinüber veranlassten. Darmstädter fest, aber geschäftslos.

Eisenbahnaktien fest und theilweise höher, zumal Taunus, über deren solide Basis wir uns vor 8 Tagen ausgesprochen, die 341 bezahlt. — Nöch immer gehen uns zeitweise wegen Abzug der Einkommensteuer auf Coupons öfterr. Prioritäts-Obligationen Anfragen und Zweifel, ob dies auch ordnungsmässig geschehe, zu „Wir erwidern ein für allemal, dass dagegen nichts zu machen ist und dieser Abzug nach Vorschrift des Gesetzes geschieht, welches alle festen Zinsen tragenden Werthspapiere besteuert mit Ausnahme derer, welche wie die Prioritäts-Obligationen der Staats- und Südbahn, desgleichen die englischen Metalliques in einer fremden Valuta ausgestellt sind. Dagegen erleiden Aktien-Zinsen und Dividenden keinen Abzug.

Der Wechselmarkt bietet in steigender Richtung unterstützt durch den grossen Geldüberfluss. Die enormen Silberbestände der holländischen, preussischen, Hamburger, österr. und Frankfurter Bank sind für das Ausland kein Gold, sondern nur Waare, mit Ausnahme von Frankreich und

Digitized by Google

Belgien, die die beiden Werthmesser haben. Der Kurs auf Paris müsste indess noch mindestens um ½ pCt. steigen, bevor mit irgend Nutzen Silber dahin zu schicken wäre. Dahin wird es aber schwerlich kommen, da eher ein Rückgang zu erwarten. (Akt.)

Nichtpolitische Zeitung.

Wien, 7. März. Die Rinderpest ist in Ungarn in den Komitaten Bihar, Csanad, Weißenburg, Komorn, Besprim, Oedenburg, Eisenburg, Neograd, Graa und Sohl gänzlich erloschen und die Sperre dort fast überall auch aufgelassen worden. Nachdem weiter in den Komitaten Pesth, Bekes, Arad und Csongrad, dann in dem Jazygier und Kumanier Distrikte insgesammt nur mehr 114 Stück Hornvieh als seuchenkrank angewiesen worden, so ist die Hoffnung vorhanden, daß diese Seuche auch in den letztgenannten Komitaten demnächst ihr Ende erreichen wird. Im Ganzen sind vom Tage des Ausbruchs dieser Seuche bei einem Gesammtviehstande von 73,930 Stück 15,057 erkrankt, von welchen 5626 geheilt, 9200 gefallen, 117 erschlagen und außerdem noch 38 als verdächtig der Seuche unterzogen worden, so daß sich der Gesammtverlust mit 9355 Stück beziffert. Nachdem die Rinderpest nicht nur in Böhmen, sondern auch in Mähren und Oesterreich ganz erloschen ist, hat die k. k. Statthalterei in Böhmen laut Kundmachung vom 28. Februar d. J. die den Transport von Vieh und Abfällen von Rindern ꝛc. betreffenden, zum Schutze gegen die Einschleppung und Verbreitung der Rinderpest mittelst Erlaß vom 7. November 1861 getroffenen Maßregeln aufgehoben und den Verkehr in gleicher Weise wie vor dem Auftreten der Seuche in Böhmen wieder freigegeben.

— Die „Presbi Lapok" berichtet, daß in Fünfkirchen vor einigen Tagen der eigenthümliche Fall vorkam, daß zwei Mädchen vor dem Stadthauptmann um einen jungen Mann Prozeß führten, den Beide heirathen wollten. Die Sache wurde endlich dadurch geschlichtet, daß das wohlhabendere Mädchen ihrer ärmeren Nebenbuhlerin 300 fl. als Abfindungssumme auszahlte.

Neueste Nachrichten.

München, 9. März. Das heutige Bulletin über das Befinden des Kronprinzen lautet: „Die Nacht war ganz ruhig, das Fieber aufgehört, der Husten selten und leichter. Wegen solcher Abnahme der Erscheinungen werden Bulletins weiter nicht ausgelegt." (Münch. Korr.)

München, 10. März. Se. Maj. der König hat die Beamtenstelle bei der obersten Baubehörde dem Assistenten daselbst Gg. Fr. Seidel aus Zweibrücken verliehen. (A. M. Z.)

München, 10. März. Die Bestattung des verlebten kgl. Feldzeugmeisters v. Lüder ging gestern Nachmittag 4 Uhr in feierlicher Weise vor sich. Es waren hiezu 3 Bataillone Infanterie, 2 Divisionen Kürassiere und die reitende Artillerie ohne Geschütz, dann eine Batterie Fußartillerie ausgerückt. (N. M. Z.)

** **München**, 10. März. (Privat-Korresp.) Die Krankheit des Herrn Grafen Ed. v. Pösch hat sich gestern Nachmittag rasch zum Schlimmern gewendet, so daß man ihm sofort die Sterbsakramente reichte; Nachts 9 Uhr trat der Tod ein. Graf von Pösch war einst Hofmarschall der seligen Königin Karoline und begleitete seit langen Jahren die Stelle eines k. Ober-Ceremonienmeisters, seit 1820 war er k. Kämmerer und im Jahre 1855 ernannte ihn Se. Maj. der König zum lebenslänglichen Mitgliede der Kammer der Reichsräthe. Der Verlebte erfreute sich in seltenem Grade der Liebe der königlichen Majestäten wie der ganzen k. Familie, und der Hochachtung Aller, die ihn kannten; sein in den besten Mannesjahren erfolgtes Ableben erregt deßhalb auch die allgemeinste Theilnahme. Reichsgraf Joh. Nep. Eduard von Pösch, Herr zu Freiham, geb. 8. Juli 1797, war ein Sohn des 1854 verlebten k. Oberstsilber-Kämmerers Grafen v. Pösch und Fideikommiß-Nachfolger seines 1844 verlebten Oheims, des Grafen Friedrich von Pösch. Er hinterläßt eine trauernde Wittwe, eine geborne Gräfin v. Greith, mit welcher er seit 15. Febr. 1832 in glücklicher Ehe lebte, drei Söhne und eine Tochter. Graf Pösch war Kommenthur des Kronordens, dann Großkreuz des St. Michaelsordens, des herzoglich Anhalt'schen Gesammtordens, des badischen Ordens vom Zähringer Löwen, des griechischen Erlöserordens, des großh. hessischen Verdienstordens Philipps des Großmüthigen, des kurf. hess. Wilhelmsordens, des österr. Leopoldsordens, des k. sächsischen Verdienst-Ordens, des k. sicilianischen constantinischen St. Georg-Ordens, des k. spanischen Isabella-Ordens und des k. württembergischen Friedrich-Ordens; ferner Kommandeur des großherzogl. hessischen Ludwig-Ordens und Inhaber der I. Klasse des k. preußischen rothen Adler-Ordens, des österreichischen Ordens der eisernen Krone, des russischen Stanislaus-Ordens, und des russ. St. Anna-Ordens.

** **München**, 10. März. (Privat-Korr.) Heute Vormittag hat die alljährliche Generalversammlung des Ausschusses der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank stattgefunden. Der in derselben mitgetheilte Geschäftsbericht der Verwaltung pro 1861 hat allgemein befriedigt, da die Bank innerhalb ihres statutenmäßigen Wirkungskreises auch in diesem Jahr eine erfreuliche Thätigkeit entwickelte. Die HH. Bronberger, I. Vorstand, dann Kaufmann Zenetti und Advokat Ruhrwandt, welche turnusgemäß aus dem Direktorium ausgetreten halten, wurden heute wieder gewählt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅞ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅜ P. ½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49¼ P.
„	4½ pCt.	43⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. ab.-R. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ G.
„	4½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	87 P.
Gr. Hess.	4 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. „ dto.	87 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	86⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	83⅛ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	40⅛ P.
„	2 pCt. „ „	43¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1171½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	707 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	202½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	85 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 200 . . .	241 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 P. 65⅞ G.
Oest. F. St. Kisb. pCt. 200 Fr. à 25 kr.	238 G.
„ Kliash.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	111 P. 110 G.
„ Kliash.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	76⅛ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 pCt. Z.	26⅞ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130⅛ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104½ G.
Oest. St.-Kissib. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅛ P.
Böhm. Nordb. Akt., 20 pCt. Einz.	230 P. 229 G.
Span. Inländs.- u. Industrie . . .	300 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Peroire	478 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ P.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ G.
Brem. 10 Th. Lst. k. S.	96⅛ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅜ G.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. k. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. S.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	85½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1327/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67⅜ P.	„ fl. 25 do.	37⅜ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	111¼—⅜ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37¼ P.
2½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	129⅛ P.	Sardinien Frs. 36 b. R.	34 P.
Mailand-Comeo fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	27¼ P.
Badische fl. 50	96 P. 95⅛ G.	Vereins-Loose fl. 10.	19¼ P.
Badische fl. 35	55⅝ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 10. März. Oesterr. National und Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben, während 5pCt. Elisabeth- und böhmische Westbahn-Prioritäten besser bezahlt wurden. Die übrigen Fonds fest, ohne besondere Veränderung. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 71. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Postversendung wird die hereinzuliefernde Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Mittwoch, 12. März 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 8. März. Die von gestern auf heute verlegte Bundestagssitzung war in der That reich an Verhandlungen von Interesse. Für die deutsche Nation. Dieselben betrafen: Küstenvertheidigung, Wechselordnung, Nachdrucksgesetz, kurhessische Angelegenheit. „Zum Zweck der Küstenvertheidigung“ beschließt die Versammlung die Niedersetzung einer Kommission, und zwar mit dem Sitz in Hamburg. Es ist bekannt, daß 1851 und 1852 Oesterreich an der damals projektirten Nordfestotte für Böhmen sich zu betheiligen bereit war, da solches zum Flußgebiet der Nordströme gehöre. Ebenso ist es auch jetzt der Fall, der erklärt, die hamburgische Kommission beschicken zu wollen. Preußen erklärt seine bundesfreundliche Bereitwilligkeit, die bekannten Nachträge zur deutschen Wechselordnung zu Hause einzuführen, sobald es gewiß seyn werde von den Bundesgenossen werde das Gleiche geschehen. — Den sächsischen Antrag wegen Einführung eines deutschen Nachdrucksgesetzes begrüßt Oesterreich als einen willkommenen mit besonderer Freude, und theilt mit, daß es bereits zu Hause in jüngster Zeit mit Einführung neuer Nachdrucksgesetzgebung beschäftigt gewesen sey, und dieserhalb Vorarbeiten und Erhebungen veranlaßtet habe. Dieselben liegt es vor, damit sie der betreffenden Kommission als juristisches und thatsächliches Material zur geeigneten Benutzung dienen mögen. Kurhessische Verfassungsangelegenheit. Oesterreich und Preußen stellen den gemeinsamen Antrag, hohe Versammlung wolle die kurhessische Regierung auffordern: „unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahr 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Jan. 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete.“ Der Antrag ist kurz motivirt, hauptsächlich damit: die Bundesversammlung habe sich eine schließliche Erklärung vorbehalten. Auf der Grundlage der Verfassungsurkunden von 1852 und 1860 sey zwischen Regierung und Land eine Vereinbarung nicht erreicht. Die Herstellung des Rechtszustands in Kurhessen sey jedoch auch ein deutsches Bedürfniß. „Der Bundesbeschluß vom 27. März 1852, wenngleich er die bundesmäßigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im einzelnen bezeichnet hat, bezweckte grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten.“ (In letzterer Fassung hat man die wünschenswerthe Klarheit vermißt. Das „wenngleich“ setzt dem „doch“ nicht korrekt gegenüber. Hätte der Bund jene Einzelbezeichnung vorgenommen, so könnte von einer Revision erst recht nicht die Rede seyn; denn wäre nur eben das Bezeichnete einfach zu bestätigen gewesen.) Kurhessen erklärte auf den Antrag einstweilen sofort: es behalte sich das Protokoll offen, und gebe sich inzwischen der Erwartung hin, der mit Berathung dieses Antrags zu betrauende Ausschuß werde nicht eher Anträge stellen, als bis es eine Erklärung werde abgegeben haben, einmal auf gegenwärtigen Antrag, und sodann auf die unlängst erfolgte baldige replikatorische Erklärung. Zu bemerken dürfte schon jetzt seyn, daß vorstehend die Revision nicht „der früheren Verfassung,“ sondern „der früheren Verfassungsgesetze“ begehrt wird, also auch eine Revision noch des Wahlgesetzes von 1849. Der Antrag ist daher sehr weittragend. In ihm liegt nämlich implicite zunächst eine Einberufung des Landtags auf Grund des Wahlgesetzes von 1849*) lediglich zum Zweck der bundesmäßigen Revision eben dieses Wahlgesetzes, namentlich zum Zweck der Wiederaufnahme der damals rechtswidrig ausgeschlossenen Mediatisirten und Reichsritter, sodann die Einberufung des Landtags auf Grund des so revidirten, den Bundesgesetzen nunmehr genügenden Wahlgesetzes zum Zweck der Herstellung der Uebereinstimmung des gesammten materiellen Inhalts der Verfassung von 1831 mit den Bundesgesetzen, wie auch etwa zum Behuf bloß zweckmäßiger Abänderungen solcher Verfassung, z. B. einer Einführung des Zweikammersystems. Man vermuthet, der Kurfürst werde sich freiwillig submittiren „aus Achtung vor der Autorität des Bundes.“

(Allg. Ztg.)

Bayern. Die bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe, mit natürlicher Ausnahme des erblindeten Bischofs Oettl in Eichstädt, haben sämmtlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, zu dem bevorstehenden Konzilium nach Rom zu reisen.

Der von dem Stadtmagistrat Augsburg vorgelegte Plan zur Errichtung einer Weberschule vorläufig hat die Genehmigung der Regierung erhalten; in Passau ist eine solche Schule kürzlich eröffnet worden.

Erlangen, 10. März. Dr. Regelsberger, Privatdozent an hiesiger Universität, ist als ordentlicher Professor des römischen Rechts an jene in Zürich berufen. (N. K.)

Preußen. Münster. Die Studirenden der hiesigen Akademie haben in einer zahlreichen Versammlung die Aufforderung der Berliner Studenten, sich an der Sammlung für die „deutsche Flotte unter preußischer Führung“ zu betheiligen, einstimmig zurückgewiesen, und die Gründer der Ablehnung in einer Adresse an die Berliner Universität kundgegeben. (Augsb. Postz.)

Berlin, 10. März. Die „Nationalzeitung“ schreibt: Das Ministerium trat gestern und heute zu wiederholten Berathungen zusammen. Das Entlassungsgesuch ist, wie sich schon hieraus ergibt, von Se. Maj. dem Könige nicht angenommen worden. Es handelt sich ohne Zweifel um ein neues Programm der gegenwärtigen Lage gegenüber. Ob eine Uebereinstimmung sämmtlicher Minister in dieser Beziehung erreicht werden wird, muß dahingestellt bleiben. Wenn eine solche nicht zu Stande kommt, so würde wenigstens eine theilweise Veränderung des Ministeriums unvermeidlich werden. Der Ausgang der Ministerkrisis wird natürlich auch erst über die Zukunft des Abgeordnetenhauses entscheiden.

Königsberg, 7. März. Die zu heute Abend berufene Wahlmännerversammlung „zur Berathung einer die Reform des Herrenhauses betreffenden Petition“ ist auf Befehl des Polizeipräsidenten Murnach aufgelöst worden. (D. Z.)

Kurhessen. Kassel, 8. März. Die den Mitgliedern des in der Gründung begriffenen Schützenvereins vorlagte ministerielle Genehmigung lautet wörtlich: „Die Regierung dahier, an welche die vorthin gehörigen Akten zu. zurückgehen, hat den Mitgliedern des dahier in Bildung begriffenen Schützenvereins zu eröffnen, daß, da sie sich in Anschluß an den sog. deutschen Schützenbund zu konstituiren beabsichtigen, dieser aber ausgesprochenermaßen politische Tendenzen verfolge, während man eine solcher Art unabhängig von der Staatsgewalt organisirte, bewaffnete Macht in keiner Weise dulden könne, die Bildung des Vereins nicht zugelassen werden könne.: Bolmar.“

Thüringen. Weimar, 10. März. Der Landtag hat mit Majorität den Antrag auf Aufhebung der nach den bekannten Bundesbeschlüssen ergangenen beschränkenden Gesetze über Preß- und Vereinswesen angenommen. (Tel. D. Allg. Z.)

Freie Städte. Hamburg, 6. März. Die Bürgerschaft beschloß nach der „D. A. Z.“ in ihrer gestrigen Abendsitzung nach dreimaliger Lesung des Gewerbeausschußberichts die Einführung der Gewerbefreiheit in Hamburg und machte sich sofort an die Spezialdebatte über den Entwurf, welche Debatte in späteren Sitzungen fortgesetzt und demnächst werden wird. Doch hat der Senat noch ein entscheidendes Wort darein zu reden.

*) Dies scheint uns doch nicht ganz richtig; die ministerielle Berliner Sternzeitung wenigstens sagt ausdrücklich: „Das Wahlgesetz von 1849 ist eine offene Frage. Den Entschließungen der Landesregierung ist in dieser Beziehung nicht vorgegriffen.“

Digitized by Google

Oesterreich. Wien, 10. März. Der freisinnige Gemeindegesetzentwurf hat die kaiserliche Bestätigung erhalten.

(Tel. D. Allg. Ztg.)

Aus Pesth wird telegraphirt, die Freilassung des vor Kurzem verhafteten früheren ungarischen Landtagsabgeordneten Szilagyi bevorstehe.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Ehrparlaments wurde der Antrag auf Auflösung von Thomsen-Obercivilprocurator und Hansen-Grundv. der beiden hervorragendsten Vorkämpfer der deutschen Nationalität im Herzogthume Schleswig, aus dem Rumpfreichsrathe ohne jede Diskussion einstimmig zur zweiten Lesung verwiesen. „Dagbladet", das einzige Organ, welches sich heute über diesen Vorfall äußert, begrüßt denselben als einen Beweis, daß die „Konservativen" mit den Grundsätzen gebrochen haben, zu denen sie sich in der vorigen Session des Rumpfreichsrathes ausdrücklich bekannten. (Die beiden vorgenannten Herren sind zugleich Mitglieder der schleswig'schen Ständeversammlung und haben als solche jüngst mit 20 andern Mitgliedern derselben in einem preußischen Blatt einen Protest gegen die beabsichtigte vollständige Einverleibung Schleswigs in Dänemark veröffentlicht.)

Großbritannien.

London, 8. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses widersprach der Marquis von Normandy (Tory) den neulichen Versicherungen Russell's, daß in Sardinien Preßfreiheit herrsche; er erzählte ferner, unter Berufung auf die legitimistische „Union", daß im Neapolitanischen vier Frauen erschossen worden seyen, weil man bei ihnen Vorräthe von Brod gefunden habe, und zeigte an, daß er in der nächsten Woche die Vorlegung von Papieren, die sich auf die italienischen Angelegenheiten beziehen, beantragen werde.

London. Der Verschwörer des „Court Journal" zufolge wird die Vermählung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen im Juni stattfinden.

Frankreich.

Paris, 8. März. Die Bischöfe fangen an, ihre Fastenbriefe zu veröffentlichen; die bis jetzt bekannt gewordenen sind so, daß die offiziösen Blätter Zeter schreien. Sie begreifen es nicht, daß die Prälaten von der römischen Frage sprechen.

Paris, 8. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erhob sich der bekannte Marquis de Pierre (Legitimist, Intimer der Tuilerien, Opponent zu gleicher Zeit) gegen den Mißbrauch, sich für Alles den Kaiser verantwortlich zu machen, was die Pascha-Launen des Ministers des Innern und der von ihm abhängigen Beamten verschulden. Nicht minder lustig macht sich der Redner über die auswärtige Politik der Regierung und deren Manie, sich überall zum Protektor aufzuwerfen. In Italien haben wir eine Schwester, die uns viele Sorgen bereitet und doch werden wir einen andern kleinen Bruder in Mexiko haben, der zu befreien und zu beschützen ist (Sensation) — und China und Syrien! Wie weit wird unsere Familie gehen? (allgemeines Lachen) während wir in Afrika so viel zu thun hätten..." Nach dem Schluß der allgemeinen Adreß-Diskussion führte der Vizepräsident Herr Schneider (Hr. v. Morny ist unwohl) einen kleinen coup d'état aus, indem er dem durchaus unvorbereiteten Hrn. Picard von der Opposition (trotz der Einwendung des Hrn. Jules Favre: das ist keine loyale Kriegsweise) noch in derselben Sitzung das Wort über den §. 1 der Adresse gab. — Herr Picard, dessen Rede ich, um nicht lang zu werden, heute nicht näher wiedergeben kann, tummelt sein bekanntlich sehr feuriges oratorisches Roß auf dem Felde der Preß- und Finanz-Verwaltung. Was letztere betrifft, so nennt Herr Picard die vorgenommene Konversion der Rente im Hinblick auf die zu Hilfe gerufene Gewalt — und Einschüchterungsmaßregeln (welche ich Ihnen seiner Zeit mittheile) „ein pekuniäres 1793". In seiner Schilderung über die Preßzustände machte namentlich die Aeußerung Aufsehen: „Der Eigenthümer eines Journals ist unbekannt und Einer der hier anwesenden Herren Minister (Billault) wurde einige Zeit als einer der Inhaber eines der verbreitetsten Oppositions-Journale („Siècle") gehalten. Er ist es ohne Zweifel nicht; aber ich würde ihn auffordern zu beweisen, daß er es nicht ist." — Am Schlusse der Sitzung erhob sich Hr. Billault, um zu sagen, daß drei Minister gegenwärtig seyen und alle drei die von Hrn. Picard vorgebrachte Behauptung in Abrede stellen. — In der heutigen Sitzung sprach Hr. Picard weiter.

Paris, 9. März. Die radikale Opposition, die im gesetzgebenden Körper aus fünf Stimmen besteht, pflegt in jedem Jahre einmal ihr Herz auszuschütten, um dem Lande in Erinnerung zu bringen, daß sie noch lebe, wenn sie auch auf den Gang der Politik vorläufig keinen Einfluß hat. Sie machte es, wie gewöhnlich, der „Nationalität" unter der Julimonarchie. Dazu kommt, daß die Presse gestrichelter ist, während das derbste Wort in den Spalten des „Moniteur" und nach ihm in denjenigen der übrigen Blätter ungestraft, wenn auch mitunter in der präsidentlichen Redaktion der stenographischen Berichte abgeschwächt, erscheint. Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war ein solcher Ehrentag der Opposition. Picard hielt den Schluß seiner Rede und Jules Favre folgte ihm, um für das von Beiden unterzeichnete Amendement der Linken zu sprechen und zu zeigen, daß die jetzige Regierung mit der Presse, mit den Wahlen und mit den Gemeinderaths-Wahlen eine wahre Verhöhnung der Prinzipien von 1789 treibe, mit denen sie so oft kokettire. Minister Baroche beging die Thorheit, in seiner ministeriellen Gegenrede Alles mit Brillantfarben zu malen, was Favre schwarz gezeigt hatte. Baroche zufolge sind unter dem Kaiserreich die Wahlen vollkommen frei, und wenn die Regierung sich einmischt, so geschieht dies nur in Fällen, wo sie die Gesetze auf ihrer Seite hat und wo die Intervention nothwendig wird. Baroche that noch mehr, er brach die Gelegenheit vom Zaune, um eine Aeußerung, die Bourqueney im Senate that, hier im gesetzgebenden Körper zu widerlegen und — obenein mit schlechtem Erfolge! — zu zeigen, daß die Preßfreiheit in Oesterreich noch nicht größer als die in Frankreich sey. Und das wird ihm nicht einmal geglaubt! Uebrethaupt gab Baroche sich nicht die Mühe, Sätze zu beweisen. Die Regierungsredner haben allerdings ein bequemes Spiel, die Presse darf ihren unerwiesenen Behauptungen nicht mit Nachdruck entgegen treten. Picard pries daher diejenigen Journalisten, die noch den Muth ihrer Meinung bei dem jetzigen Wühlsystheme hätten; erst wenn die Jury wieder an die Stelle der Verwaltung getreten, könne von Preßfreiheit die Rede seyn. Eben so müsse Niemand in Frankreich, daß die Wahlen von den Wählern und nicht von den Präfekten gemacht werden. Nachdem der Redner auch den Antrag bei den Gemeinderaths- und Maires-Wahlen gezeigt, ging er gegen die Sicherheitsgesetze los, wurde vom Präsidenten unterbrochen und behandte sich dann bei demselben, daß den Kammern wenigstens noch so viel Freiheit gelassen sey, um dem Lande zeigen zu können, daß ihm außer dieser Kammer-Redefreiheit „alle anderen Freiheiten fehlten". Der Präsident des Staatsrathes hielt es für gelegen, die Heftigkeit der Sprache zu tadeln, worin Picard sich ergangen habe; mit solchen Amendements erwecke man nicht „das Vertrauen und Wohlergehen, das, Gott sey Dank, nie gefehlt hat". In Betreff der Presse meint Baroche, dieselbe nehme sich täglich so viel heraus, daß sie durch ihre Uebergriffe zeige, sie habe noch viel zu viel Freiheit; ob die Regierung etwa Alles, was sie seit 1852 verlochten, wieder zerstören lassen solle? Jules Favre hatte nach Baroche kaum das Wort erhalten, als er sich mit Morny wegen des Wortes officiell in Anwendung auf die Adresse in einen Streit verwickelt sah, in welchem Picard und Olivier ihrem Gesinnungsgenossen beisprangen; alsbald erhob sich von allen Seiten ein Schreien und Toben, und eine Scene der größten allgemeinen Verwirrung entstand. Jules Favre erklärte endlich, weil er sich nicht verständlich machen könne, so verzichte er aufs Wort. „Reden! reden!" erscholl es nun von allen Seiten. Nach und nach wurde die Stimmung wieder ruhiger und Favre kam nun auf Foult's Bericht, auf des Kaisers Brief an den gesetzgebenden Körper und auf die Wirkung desselben im Lande, um zu zeigen, daß die Opposition konservativ, die Regierung revolutionär vorgehe, da sie an der Verfassung rüttle. Was das jetzige System in Betreff der Presse und Flugschriften anbetreffe, so sey es für die Regierung selbst gefährlich; im Uebrigen gebe es in Frankreich jetzt nur einen Journalisten, den Kaiser, alle anderen Journalisten müßten vor jeder Verwarnung den Staub küssen, jedem Mitgetheilt ihre Spalten schweigend öffnen; die Verwaltung habe sich auf die Stelle des Richters gedrängt, und sie strafe nach Willkür bis zur Unterdrückung des Blattes, also bis zur Vernichtung von Privateigenthum. In Betreff der Wahlen behauptete Favre, dieselben seyen nur noch Alle der Einsagung oder des Betruges, denn die Maires seyen in der Regel diejenigen, die bei Wahlen vorher nur die Wahl hätten, entweder ihre Stellen zu verlieren oder ihre Leute so stimmen zu lassen, wie es der Präfekt beliebe. Schließlich erhob der Redner sich gegen das sog. Sicherheitsgesetz, das ohne Zweifel nur darum so genannt werde, „weil es alle Welt beunruhigt". (Fl.N.)

Paris, 9. März. Von den Verhaftungen hat keine so viel Aufsehen erregt, als die des jungen Grafen d'Haussonville, welche gestern erfolgte. Der junge Mann ist der Sohn des bekannten Anhängers der Familie Orleans, der den ersten Anstoß zu einer Opposition gegen die Regierung auf konstitutioneller Grund-

Digitized by Google

lage gegeben hat. — Von dem General Delarue, dem Generalinspektor der Gendarmerie, ist an den Kaiser ein Bericht gelangt, welchem zufolge auf den verschiedensten Punkten des Landes ein gewisses Unbehagen herrscht, das in dem Stocken der Geschäfte, in der Theuerung der Lebensmittel und in der Noth, mit welcher die nebelnden Klassen der Bevölkerung kämpfen müssen, seinen Ursprung hat.

Paris, 11. März. Der gesetzgebende Körper hat in seiner gestrigen Abendsitzung das Unternehmen Favre's verworfen und die Paragraphen 1 und 2 angenommen. So berichtet der „Moniteur“.

(Tel. d. Fr. Postz.)

„Debats“ meinen, die „Augsburger Allg. Zeitung“ müsse von der bayerischen Regierung unterdrückt worden seyn, weil man in Paris gar nichts mehr von ihr sehe.

Italien.

Turin, 8. März. Das „Movimento“ erklärt die erneuert verbreiteten Gerüchte von im Namen Garibaldi's veranstalteten Werbungen von Freischaaren für falsch; der General habe die Ausbreitung der Nationalrichtungsvereine empfohlen. (Tel. d. D. Abl.)

Mailand, 7. März. Viktor Emanuel besuchte am Mittwoch die Oper in der Scala. Bei dieser Gelegenheit wurde das Ballet des Balletmeisters am Berliner Hoftheater, Taglioni, „Glück und Blod“, gegeben, in welchem gegen das Ende zu eine Scene vorkommt, in der die Tänzerinnen, als Gefangene gekleidet, Beredsamkeit einnehmen, und dort auf dem Marktplatz tanzen. Diese Scene nun wurde vom König ungemein applaudirt, wozu er vom Sitze aufstand. Natürlich wurde er vom Volk mit Hevviva's beehrt. Die Gesandten Frankreichs, Schwedens und Preußens waren in seiner Begleitung. (Allg. Z.)

Eine telegraphische Depesche aus **Genua** berichtet über den Verlauf der am 9. d. M. dort abgehaltenen Generalversammlung der Rüstungsaktionäre. Das Theater Paganini, wo die Versammlung tagte, war überfüllt. Die Bühne bildete das Bureau des Präsidenten. Dreihundert Deputirte nahmen das Parterre ein. Italienische und französische Fahnen schmückten den Saal und wehten über dem Stuhl des Präsidenten. Garibaldi führte den Vorsitz. Bei seinem Eintritt wurde er von der Versammlung mit lauten Zurufen begrüßt. Seine Ansprache von dem Präsidentenstuhl leitete er mit dem Ausdruck der Freude darüber ein, die Vertreter eines seien, um seiner humanen Grundsätze willen von der Welt bewunderten Volkes vor sich versammelt zu sehen. Hauptzweck der Zusammenkunft sey, die freisinnigen Vereine mit einander zu verbinden und in einen einzigen zu verschmelzen. Er wünsche, diese Verbrüderung möchte sich über die Alpen hinaus ausdehnen. Die Rede wurde von Beifallsrufen wiederholt unterbrochen. Einer derselben hierauf, Garibaldi's Annexionsidee werde vor Europa die Eintracht der italienischen Demokratie begründen, deren Programme die Aufrührung des Plebiscits vom 20. Okt. sey. Anstatt sich zu beunruhigen, müßte sich die Regierung zu einer solchen Versammlung Glück wünschen. „Wir werden — so fuhr er fort — immer mit der Regierung seyn, so lange sie gleich uns die Einheit des Vaterlandes erstrebt, welches wir mit gesetzlichen Mitteln zu erwerben versuchen werden mit Rom als Hauptstadt.“ Auch diese Worte wurden mit Beifallsäußerungen aufgenommen. Es wurde sodann das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen. Bei der auf die Petition um Zurückberufung Mazzinis Bezug habenden Stelle ließen sich Hochrufe auf Mazzini vernehmen.

Griechenland.

Unsere direkten Nachrichten aus **Athen** auf gewöhnlichem Weg sind vom 1. März. General Hahn erwartete vor Nauplia noch Verstärkungen, ehe er zum Angriff der Rebellen schritt, die fortwährend Aria und Lykeia besetzt hielten. Die materielle Ruhe war zu Athen nicht gestört worden, doch fehlt es nicht an sympathischen Kundgebungen für die Sache der Rebellen zu Nauplia. Im ganzen Lande soll übrigens die Stimmung des Volks zu Gunsten des Königs und seiner Regierung seyn. Ein englisches Linienschiff, eine französische und eine russische Fregatte lagen in Piräeus vor Anker, aber es wurden noch mehrere Kriegsschiffe der Schutzmächte dort erwartet. (Allg. Z.)

Die griechische Insurrektion dauert fort. Die Lage der Dinge in und um **Nauplia** ist folgende. Der größte Theil der Rebellen liegt eine Viertelstunde von Nauplia neben der Straße nach Argos; sie halten das Dorf Aris, den Berg „Prophet Elias“ und eine Mühle hart an der Straße besetzt. Beim ersten Gefecht, das vor acht Tagen stattfand, wurde von den königl. Truppen die Mühle genommen und demolirt, aber nicht weiter besetzt gehalten; den andern Tag aber wurden die Ruinen von den Rebellen wieder besetzt und daselbst eine Kanone aufgeführt. Die Rebellen sind an den genannten Orten gut verschanzt, mit Proviant versehen und haben Waffen und Munition in Hülle und Fülle. Nauplia ist das Waffendepot des Landes, hat die größten Pulvervorräthe, wenn auch die Pulverfabrik in den Händen der Königlichen ist. Im Gefechte stellten die Rebellen die Sträflinge der Palamide, die sie befreiten und mit Waffen versahen, in die erste Reihe, um sich selbst zu schonen; diese meuterten aber das Manöver um und nach dem Gefecht eilideten sie ihren Befreiern, daß sie gleichzeitig unter die Truppen vertheilt seyn wollen. Dazu kam noch, daß ein Bataillon mit Recht den Verdacht auf sich lader, der Sache des Rebellen nicht geneigt zu seyn, und wohl die erste Gelegenheit ergreifen würde, zur königl. Fahne zurückzukehren; dieses Bataillon ist ebenfalls von Zuchthaussträflingen bewacht. Solcher Sträflinge gab es auf der Festung Palamide gegen 700, die jetzt alle in Waffen sind und „für die Wohlfahrt und den Ruhm des Vaterlandes“ kämpfen! In Nauplia selbst herrscht die größte Terrorismus.

General Emanuel Hahn, der die griechische Armee kommandirt, ist geboren 1800 und entstammt einer alten Familie in Bern. Er sollte die Bäckerei erlernen, hatte aber mehr Gefallen am Militär, kam in die königliche Kadettenschule in Berlin und wurde Leutenant im preußischen Dienst, nahm aber 1824 als Philhellene Theil an dem Freiheitskampf der Griechen gegen die Türken. Da bekanntlich die Philhellenen von den Griechen selber mißhandelt wurden, entschloß sich Hahn zur Rückkehr in die Heimath, kam aber nur bis Livorno und kehrte von da wieder nach Griechenland zurück, wo er als Hauptmann in die reguläre Armee aufgenommen wurde. Trotz aller Intriguen gegen den Russländer behauptete Hahn seine Stellung, wurde Oberst, Flügeladjutant des Königs und im vorigen Jahr General. Er ist der einzige abendländische Offizier, der sich das Vertrauen der Griechen dauernd zu gewinnen wußte.

Türkei.

Ragusa, 10. März. Die Unterhandlungen mit Bukalovich sind an dessen zu weit gehenden Forderungen gescheitert. Die türkischen Truppen rücken heute gegen Zubji vor.

(Tel. d. Mlend. Korr.)

Rußland und Polen.

Warschau, 10. März. Ein gestern am Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers erschienenes Extrablatt des „Dziennik polski“ enthält 41 Strafbefreiungen und 32 Strafmilderungen, sämmtlich für wegen leichterer Vergehungen Verurtheilte. Warschau verhielt sich ruhig.

(Tel. d. Mlend. Korr.)

Volkswirthschaftliches.

Ansbach, 10. März. In dem Berichte über den jüngsten Lebermarkt dahier stehe vorigen Blatts ist das Gewicht des abgewogenen und verkauften Schlebeers irrthümlich zu 5000 Pfund angegeben, während es 15000 Pfund heißen soll. (A. Mgbl.)

Meiningen, 8. März. Das hiesige Tagblatt theilt mit, es sey aus sicherer Quelle die Nachricht eingetaufen, daß von Seite Bayerns die Kronacher Eisenbahn von Gundeldorf bis an die meiningen'sche Grenze fortgesetzt werden solle, sobald die projektirte Eisenbahnlinie Greiz-Gera bis Saalfeld gesichert sey.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 8. März. Mit dem nächsten Montag tritt hier im Hause Nr. 2 an der Landschaftsgasse eine Verpackungsanstalt ins Leben, d. h. ein Institut, welches die Verpackung aller zu versendenden Gegenstände ohne Rücksicht auf Größe und Zahl gegen geringe Entschädigung übernimmt. (A. Postz.)

München, 11. März. Gestern verlor das Institut der englischen Fräulein in Nymphenburg auf einmal zwei seiner beeutendsten Mitglieder, die Fräulein Bonaventura Erhart und Pauline Sangrain. (R. M. Z.)

Warschau, 8. März. Schon seit mehreren Tagen wird vom Appellationsgericht des Königreichs ein Monsterprozeß verhandelt, wie er schon lange oder gar noch nicht hier vorgekommen, indem die Anklage gegen 258 Personen gerichtet ist. Gefanntlich sind unsere sämmtlichen Gerichtsverhandlungen, mit Ausnahme weniger Kategorien von Kriminalprozessen beim Appellationsgericht, so wie bei den Civilgerichten, öffentlich und daher in Ermangelung von Zuschauerstübnen, der Zutritt bei solchen Verhandlungen von allgemeinem Interesse mit vielen Unbequemlichkeiten verbunden. Ein Israelit Mintz mit seinen 5 Söhnen und noch 252 Komplicen sind nämlich angeklagt, 5 Jahre hindurch, von 1849 bis 1854,

Digitized by Google

eine Menge von Betrügereien in Versicherungs-Angelegenheiten zum Nachtheil der hiesigen Königlichen Feuer-, Wasser- und Lebens-Versicherungs-Direktion begangen zu haben. Nach den Anträgen des kgl. Prokuratori (Staatsanwalt) haben diese Betrüger durch Versicherung fingirter Gebäude, Erdichtung von Brandschäden und gefälschter Beweise in 86 Fällen verschiedene Betrügereien ausgeführt, wofür bereits 110,000 Silberrubel erhoben, und hatten auf neue Schwindeleien dieser Art bereits die Belege auf abermals 94,743 Rubel Silber vorbereitet, als das ganze Komplott entdeckt wurde. Wenn man die Strengen, ja sehr beschwerlichen Vorschriften, die maninländischen häufigen Feuersbrünste und Sicherheitsmaßregeln der hiesigen Königlichen Versicherungsdirektion kennt, so muß man sich wundern, wie es den Betrügern möglich war, 5 Jahre hindurch in so vielen Fällen und an so vielen Orten die Vorsicht der Behörden zu hintergehen und unter so vielen Mitwissern eine systematisch organisirte Thätigkeit zu entwickeln, was sich indeß, wie jetzt feststeht, nur durch die Theilnahme von Beamten und Gutsbesitzern und Personen der verschiedensten Art erklären läßt.

(Allg. Pr. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

§ **Wien**, 10. März. (Privat-Korresp.) Der **siebenbürgische**, sowie der **kroatisch-slavonische** Landtag werden jedenfalls im Laufe der nächsten Monate einberufen werden. Man will um jeden Preis mit diesen Provinzen über die Beschidung des Reichsraths ins Reine kommen, und da man ihnen noch einige Zugeständnisse bräuchlich ihrer selbstständigen Verwaltung machen will, so hofft man in den entscheidenden Kreisen hier, daß sich beide Landtage für die Beschickung des Reichsraths aussprechen werden. Der ungarische Landtag soll in diesem Jahre gar nicht einberufen werden, nachdem man über seine Haltung noch gar keine Gewißheit hat. — Die Regierung gewinnt das Provisorium in Ungarn im äußersten Falle bis zum Jahre 1864 zu verlängern, da im nächsten Jahre auch der Reichsrath, wenn nicht außerordentliche Ereignisse das Gegentheil erfordern, nicht einberufen werden soll, aus welchem Grunde man auch das Budget für das nächste Jahr während der jetzigen Reichsrathssession vorlegen wird. — Was speziell den **siebenbürgischen** Landtag betrifft, so scheinen in neuester Zeit die Hoffnungen, welche man auf die Rumänen setzen zu dürfen glaubte, wieder etwas schwankend geworden zu seyn. Die Zustände in diesem Lande, welches sich kaum von den Stürmen des Jahres 1848 zu erholen begann, bieten übrigens wenig Erfreuliches, da der gegenseitige Nationalitätenhaß den Wohlstand untergräbt. — Die Berichte über die Industrie- und Getreidverhältnisse in **Rußland** lauten höchst traurig. Die Höhe des Zinsfußes, der Bedingungen, der Fabrikskosten bei der Mittelmäßigkeit der Erzeugung, bei den langzeitigen Krediten haben den größeren industriellen Etablissements in Rußland seit Aufhebung des Prohibitivsystems ihre Lebensfähigkeit genommen. Die jüngste Zeit hat dies gezeigt. Jachonoff, Schembel, Halpern haben sich nach langem Kampfe für zahlungsunfähig erklärt; bei sämtlichen Millionen Silberrubel sind so eben in Kiew undedeckt geblieben. Diese Leute haben als Millionäre begonnen und als Bettler, denn sie konnten nur erzeugen, wenn sie eine Zinsenlast von 2 bis 300,000 Silberrubeln das Jahr trugen, und nur verkaufen, wenn sie Kredit gaben, wozu noch der eigene enorme Gelderverbrauch kam, der ebenfalls große Lücken in die Aktiva riß.

Wien, 9. März. Man vernimmt, daß auf den Antrag des Staatsministers dem Erzbischofe von Prag und den Bischöfen von Budweis und Königsgrätz das allerhöchste Mißfallen wegen ihres Benehmens aus Anlaß des Jahresiages der Verfassungsverleihung zu erkennen gegeben wird.

(N. W. Z.)

— **Zur Situation.** Wie uns aus Rom mitgetheilt wird, entwickelt dort in neuerer Zeit die französische Polizei eine ganz ungewöhnliche Strenge, wobei sie von der römischen unterstützt wird, die sich ihr indessen blos zu Verfügung stellt und in die betreffenden Maßregeln nichts hineinzureden hat. Italiener wie Franzosen, welche sich über ihre Ernennungsmittel nicht genau ausweisen können, werden ohne Umstände aus der Stadt vertrieben; auch kommen Tag für Tag Verhaftungen vor, die beinahe sämmtlich auf direkten Befehl aus Paris ausgeführt worden. Kurz, Alles deutet darauf hin, daß die kaiserlich französische Regierung einer Erschütterung nachsieht, deren Ausgang sie in Rom vermuthet. Dabei zeigt sich deutlich, daß nicht die von den Franzosen getroffenen Vorkehrungen nicht blos der revolutionären Propaganda, sondern auch der päpstlichen Regierung selber lästig fallen! Selbst die nächste Umgebung des hl. Vaters gerath in ein nicht ausschließlich freudiges Erstaunen über die Sorlast für das Wohl Pio nono's, die man seit einiger Zeit von Paris aus entwickelt. In Civitavecchia verfährt die französische Polizei bei der Visitirung von Effekten und bei der Durchsicht offizieller Briefschaften mit solchem Eifer, daß man es von Rom aus faß gar nicht mehr wagt, an Privatpersonen zu schreiben, die gewisse bekannte Namen führen, und noch viel weniger, gehrime dienstliche Korrespondenzen auf diesem Weg zu befördern. Daß die Franzosen nicht daran denken, Rom zu verlassen, ist zur unzweifelhaften Gewißheit geworden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—	
"	5 pCt. Lotos.	111½ G.	
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	78½ P.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59 G.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	49¼ P.	
"	4½ pCt. " "	42½ G.	
"	4 pCt. " "	—	
"	3 pCt. " "	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90½ P. ¼ G	
Bayern	4½ pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	101¼ G.	
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ G.	
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101¼ P.	
"	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.	
"	4 pCt. Ab.-K. dto.	101½ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅜ G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P. ¼ G	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	87 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	96 G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P. G.	
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	96½ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.	
"	3 pCt. Obl. dto.	93½ G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 30	48¼ P.	
"	2 pCt. " "	43¼ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500	1174 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	701 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	169—68½ G.
Bayerische Bank à 5. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	209½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	83½ P.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	242 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 P. 65½ G.
Oest. F. St. Eisb. pCt. b. 500 Fr. à 96 kr.	238 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	109½ G.
" Kaiser Ferdinands-Nordbahn Priorr. à pCt. 87	76¼—76 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 ePCt. Z.	96½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligt. à 3 pCt.	83½ P.
Südd. Bank-Akt. 20 pCt. Einz.	249 G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
" Crédit-Akt. d. Ges. Pereire	478 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet.	102⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103½ P.
Provisionis (Feuerversi.) 10 pCt. Einz.	110½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstdl. 2. 100 L. B.	99⅜ G.
Augsb. 2. 100 L. B.	99¾ G.
Berlin Th. 60 L. B.	105½ G.
Bremen 30 Th. bst. L. B.	99 B.
Cöln Thlr. 60 L. B.	105 B.
Hamb. Mk. 100 L. B.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 L. B.	104¾ G.
Londoner Lst. 10 L. B.	117⅞ G.
Lyon Frc. 200 L. B.	93¾ G.
Mail. L. S. L. 250 L. B.	93½ G.
Paris Frc. 200 L. B.	93⅛ B.
Triest L. 100 L. B.	—
Wien L. 100 L. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in fat. W. L. B.	85¼—86 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 5. 250 v. 1839	100 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P. 56½ G.
" 5. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64½ P.	Gr. Hessen 5. 50 b. R.	129½ P.
" 5. 500 v. 1860 5/7	66⅞ P.	" 5. 25 do.	37¾ P.
" 5. 100 Kub. L. v. 1858.	111 G.	Nassau 5. 25 b. Rothsch.	36⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei	120 G.	Sardinien Frc. 36 b. R.	34 P.
Mailand-Como 5. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische 5. 50	96 P. 95½ G.	Vereins-Loose 5. 10.	16¼ P.
Badische 5. 35	55½ P.	Anab.-Dunnerib. 5. 7-L.	11½ G.

Frankfurt, 11. März. Bei stillem Geschäft waren österr. Fonds und Industrieaktien etwas matter, die übrigen Fonds unverändert, (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Anlehen wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag, 13. März 1862.

Die Krisis in Berlin.

Die liberalen Berliner Blätter und die ministerielle „Sternzeitung“ streiten sich darüber, wer bei dem Hagen'schen Antrag im Unrecht sey, ob das Abgeordnetenhaus, indem es denselben ohne alle Rücksicht auf die erklärte Bereitwilligkeit der Minister, in künftigen Jahren einen mehr spezialisirten Etat vorzulegen, annahm, oder die Minister, indem sie seinen Vertagungsantrag (behufs genauerer Prüfung des Antrags) stellten und durch dies Verfahren dem Haus nur die Wahl ließen, entweder sofort den Antrag anzunehmen oder gegen seine Ueberzeugung denselben zu verwerfen. Der Streit ist aber nutzlos, denn es handelt sich im Grund gar nicht um den Hagen'schen Antrag; der war nur Anlaß und Vorwand, um endlich offen zum Bruch zu bringen, was längst nicht mehr zusammenhalten wollte. Die „Ztg. f. Nordd.“ äußert sich hierüber u. A. wie folgt: „Nach der allgemeinen Ueberzeugung ist die Annahme des Hagen'schen Antrags nicht der eigentliche Grund der Krisis, sondern nur der zufällige Anlaß des endlichen Ausbruchs eines lange vorhandenen Uebels, daß nämlich die Mehrzahl des Abgeordnetenhauses weder den reaktionären Mitgliedern des Ministeriums traute, noch — eben um dieser willen — die Militärvorlagen annehmen wollte. Nun sollte man meinen, die natürliche Folge wäre die Aussonderung der heterogenen Elemente des Ministeriums; aber der preußische Konstitutionalismus hat eben seine „Eigenthümlichkeiten“. Das Ministerium hält die Fiktion seiner „Einheit“ aufrecht und bleibt, indem es durch sein Organ, die „Sternzeitung“, dem Lande verkündigen läßt, daß die Krisis — nicht durch den Hagen'schen Antrag selbst, dessen Berechtigung im Prinzip von dem Finanzminister zu zugestanden war — sondern durch die Unbilligkeit des Abgeordnetenhauses herbeigeführt sey, den Wink nicht verstanden oder benutzt zu haben, den der Finanzminister in Bezug auf die von ihm gewünschte Vertagung der Debatte über den Hagen'schen Antrag gegeben. Und dies Organ der „gouvernementalen“ Fraktion geht die Wege derselben Infinuation, ohne zu fühlen, daß es gerade Sache dieser gouvernementalen Fraktion gewesen wäre, den Vertagungsantrag zu stellen, dem sich, das steht außer allem Zweifel, die Fortschrittspartei nicht widersetzt haben würde. Aber der Fortschrittspartei die Zumuthung zu stellen, selber die Vertagung über einen von ihr gebrachten Antrag zu beantragen, geht doch selbst über den gegothaischen Konstitutionalismus.“ — Was aber in Wahrheit den Bruch herbeiführte, das deutet die „Nationalzeitung“ mit folgenden Worten an: „Die Minister ermangelten der Umsicht und der Charakterstärke und gingen der Session planlos entgegen. Oder steckt etwa ein vernünftiger Plan in dem Benehmen, welches die Minister in den letzten Wochen den Abgeordneten gegenüber beobachtet haben? Während sie, auf ihre Gesetzentwürfe stolz, noch immer reformirende Minister zu seyn meinten, stellten sie sich mit Vorsatz unfreundlich zu einer Kammer, deren sämmtliche liberale Mitglieder bei jeder beabsichtigten Reform zu helfen so bereitwillig sind. Die Fortschrittspartei war wider ihren laut erklärten Willen schon vor den Thoren des Hauses als feindliche Partei verschrien worden. Ein Blick auf die Fraktionen der neuen Kammer lehrte, daß es, wenn man die Linke und das Centrum von sich stieß, keine ministerielle Mehrheit gab; gleichwohl gaben die Minister, die es wahrscheinlich sehr übel nehmen würden, wenn man an ihrem ernstlichen Willen, ihre Vorlagen durchzubringen, zweifeln wollte, ganz gesetzlich entschieden und bei allen Gelegenheiten zu erkennen, daß sie die Linke als ihre Gegner angesehen wissen und durchaus nicht das Mindeste mit ihr gemein haben wollten. Wir schweigen von solchen Aeußerungen wie der exemplarischen Rauheit, mit der der Minister des Innern in der vorigen Woche einen ehrerbietigen Adressentwurf anging; so wenig wie die hier zu Grunde liegende Gesinnung ließ sich diejenige verkennen, welche leitend war, als die Minister gegen den Antrag auf Aufhebung der Wuchergesetze stimmten, sie, die in einer früheren Session einen Gesetzentwurf desselben Inhalts vorgelegt hatten. Sie konnten nicht stärker und nicht rücksichtsloser ausdrücken, daß sie mit der liberalen Mehrheit dieser Kammer keine Berührung und Gemeinschaft wollen; und dennoch glauben sie fortregieren zu können, dennoch bleiben sie im Amte!“ — Die „Nationalzeitung“ sagt in derselben Nummer (noch vor dem Bekanntwerden der Auflösungs-Ordre): „Eine Kammerauflösung in diesem Augenblicke und von Seite dieses Ministeriums würde eine mögliche, aber auch die widersinnigste Maßregel seyn. Man löst auf, wenn man das Land auf seiner Seite zu haben und bei neuen Wahlen gewinnen zu können glaubt; der Mann soll aber gefunden werden, der die Wahrscheinlichkeit zeigen kann, daß das Ministerium in vier Wochen das Land entschiedener auf seiner Seite haben würde als vor drei Monaten. Alle Gründe der Vernunft sprechen vielmehr durchaus für das gerade Gegentheil.“ Auch die „Kölnische Zeitung“ ist dieser Ansicht und sagt: „Wir können nicht leugnen, daß wir es für besser gehalten hätten, die liberalen Mitglieder des Kabinets wären ausgeschieden. Denn wir glauben nicht, daß sie den Umsturz der Hugenbännisse von der Krone erhalten werden, mit denen sich allein die Regierung erfolgreich weiter führen läßt.“ Letzteres ist natürlich absolut nothwendig, wenn die Minister in Frieden mit dem neuen Abgeordnetenhaus, das voraussichtlich noch mehr und entschiedener liberale Mitglieder zählen wird, als das jetzige, auskommen soll. Oder man müßte sich zu Gewaltmaßregeln entschließen, wozu die gegenwärtigen Minister in ihrer Mehrzahl doch auch nicht die Männer seyn dürften. Vorstehendem fügen wir noch einen Brief der „Fr. Ztsg.“ aus Berlin den 9. März an, der, wenn auch die darin angegebenen Einzelheiten nicht über allen Zweifel erhaben sind, jedenfalls zeigt, wessen man sich in Berlin von den einzelnen Persönlichkeiten versieht. Er lautet: „Nicht der chronologische Gang der wichtigen Begebenheiten unserer Ministerkrisis ist es allein, der die politische Welt Berlins in Athem erhält, sondern die Haltung der hervorragendsten Persönlichkeiten im Zusammenhang mit den Vorkommnissen selbst unsere Aufmerksamkeit. Der König bildet den Mittelpunkt der Ereignisse, weil wir noch kein parlamentarisches Regime besitzen. Die Verantwortlichkeit der Minister wird solange die Schuld auf andere Schultern wälzen, bis ein Gesetz diese Verfassungs-Kalamität getregelt haben wird. Von daher die Erscheinung, daß in politischen Kreisen, welche mit den Vorgängen der letzten Tage genau vertraut sind, die Person des Königs stets in den Vordergrund geschoben wird. Wir wollen von den kleinen Details absehen, von der Aufregung, in der sich der hohe Herr befindet, vielleicht weil er bis in die tiefe Nacht mit seinen Vertrauten arbeitet, die dem liberalen Theil des Ministeriums feine stehen; auch wollen wir nicht jener Bemühungen gedenken, welche eine ihm zunächst stehende hohe Frau für die Lösung des schwierigen Momentes mit gewohnter Energie des Geistes zuwendet; auch keine Wichtigkeit dem Umstande beimessen, daß General Wrangel zwei Mal zum König berufen wurde und daß in Folge dessen eine Besprechung mit seinem Stabe — man nennt das kurzer Kriegsrath — stattgefunden hat; wir wollen nur der Momente gedenken, in welcher die Charakteristik der handelnden Personen am klarsten hervortritt. Der König sprach sich in entschiedener Weise für die Auflösung der Kammer aus. Er motivirte die Nothwendigkeit der Maßregel vom Standpunkte der inneren und auswärtigen Politik seines Hauses, bewies mit derselben Wärme die Unmöglichkeit, innerhalb der Extreme des Abgeordneten- und Herrenhauses zu herrschen und glaubte, daß die radikalen Civilisten im Abgeordnetenhause sich gegen die persönlichen Interessen und Vorliebe des Herrschers für die Armee kehren. Der Finanzminister erschien in den Ministerberathungen sowohl, als im Conseil in gedrückter Stimmung; obwohl meist Vorsitzender des liberalen Theiles des Ministeriums, soll ihm das Bestreben Mühe gekostet haben, seine Stimmung zu überwinden. Patow, der neue Curtius, der in den Abgrund der Reaktion sprang, um den pro-

Digitized by Google

samen Augen der „Civilisten“ die Unparteilichkeit und Duechsichtigkeit des Budget“ (sic! 1855 sagte) zu erzielen und die Militairetats niederer Schlagbaum Platz zu geben, und nicht für die Politicirstatt ein Triumphfall geschaffen werde, Daher wollte nicht seinen Triumf das, sondern der des „obersten Kriegsherrn“ und habe darauf“ — wir wollen nicht sagen die Selbstzufriedenheit des liberalen Ministers — sondern die eigene Ueberzeugung. Der Minister des Innern (Schwerin) sprach bündig und im Tone der Bonhomie; der Kriegsminister hingegen schien der Wortführer seiner Partei (Junker) im Kabinet zu seyn. Graf Bernstorff soll eine reservirte Haltung beobachtet haben. Hr. v. Auerswald, der Krankheit halber den Ministerberathungen nicht beiwohnen konnte, hielt sich doch nicht abhalten, im reconvalescenten Zustand eine Audienz beim König zu nehmen, und dem Einfluß dieses Staatsmannes werden die günstigeren Dispositionen zugeschrieben, die heute bereits zu einer Thatsache geworden seyn sollen.“

Berlin, 11. März. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Die Tribünen sind lange vor Eröffnung der Sitzung des Hauses dicht besetzt. Die Abgeordneten, welche sich frühzeitig eingefunden haben, unterhalten sich lebhaft. Um zehn Uhr zehn Minuten erscheint das Gesammtministerium, mit Ausnahme des (krank von hier abwesenden) Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenzollern, so wie der Herren von Auerswald und von Bethmann-Hollweg. Gleich darauf eröffnet der Präsident Grabow die Sitzung und ertheilt dem Handelsminister von der Heydt das Wort. Der Handelsminister sagt: „Durch mein Schreiben vom 7. an Ihren Präsidenten hat das Abgeordnetenhaus Kenntniß erhalten, daß das Staatsministerium in den nächsten Tagen mit wichtigen Berathungen beschäftigt sey. Diese Berathungen waren Folge des in der letzten Sitzung des Hauses gefaßten Beschlusses. Das Staatsministerium glaubt ernst erwägen zu müssen, welches Verhalten ihm vorgezeichnet sey. Nachdem der Finanzminister in der entgegenkommendsten Weise die Ertheilung der gewünschten Spezialisirung für 1863 in Aussicht gestellt und hiernach um ein gleiches Entgegenkommen des Abgeordnetenhauses ersucht hatte, hat dasselbe dennoch den Hagenschen Antrag angenommen. Dieser Beschluß, wie man auch über das Recht des Hauses und über die materielle Tragweite des Beschlusses denken mag, bezeichnet in entschiedener Weise die Stellung, welche das Haus der Regierung gegenüber einzunehmen beabsichtigt, und es hat das Staatsministerium nach gewissenhafter ernstlicher Berathung die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß es im Hause nicht bedeutende Bestrebungen findet und nicht derjenige Stütze findet, deren es nöthig bedarf, um das Interesse des Vaterlandes mit Erfolg wahrnehmen zu können. Diese Ueberzeugung mußte dem Staatsministerium die Pflicht auferlegen, Sr. Maj. dem Könige die allerunterthänigste Bitte um Entlassung vorzutragen. Dies ist am 8. d. M. geschehen. Sr. Maj. geruhten nicht, auf die Bitte einzugehen, und haben mittels Ordre vom 9. März das Entlassungs-Gesuch abgelehnt. Diese Ordre lautet: „Auf den Bericht des Staatsministeriums vom gestrigen Tage, gebe Ich demselben zu erkennen, daß Ich dem Vertrauen, welches Ich demselben schenke, so wie bei der Achtung, in welcher dasselbe bei dem wohldenkenden Theile der Nation steht,“) Ich auf das Gesuch desselben nicht eingehen kann. In Erwägung dieser Gründe sehe Ich weiteren Maßregeln entgegen, welche dasselbe glaubt Mir rathen zu müssen, um in der Verwaltung seiner Aemter zum Wohl des Staates fortfahren zu können.“ Diese allerhöchste Willensäußerung hat das Staatsministerium als Pflicht erachtet zu befolgen, und demgemäß weitere Maßregeln in Erwägung gezogen, um seine Aemter mit Erfolg zum Wohle des Staates fortführen zu können. Das Ministerium ist in von der Uebergroßung durchdrungen, daß nur ein einträchtiges, vertrauensvolles Zusammenwirken der Landesvertretung mit der Regierung Sr. Maj. des Königs dem Interesse der Monarchie entspricht. Indem es im vollen Bewußtseyn seiner Verantwortlichkeit und nach wiederholten Erwägungen sich zu der Ansicht bekennt, daß es berechtigt hält, daß die Vorgänge in der Sitzung des Hauses vom 6. d. M. den Beweis geliefert haben, daß diese Bedingung nicht zutrifft, hat das Staatsministerium Sr. Maj. dem Könige nur rathen können, von dem im Art. 51 der Verfassung vorgesehenen Rechte der Krone Gebrauch zu machen. In Folge dessen habe ich dem hohen Hause folgende allerhöchste Verordnung zu verkündigen: (folgt die Auflösungsverordnung). Der Präsident Grabow drückt hierauf dem Hause seinen Dank für die Unterstützung bei dem ihm übertragenen Amte aus und schließt die Sitzung mit dem Rufe: Hoch lebe Se. Maj. der König! Das Haus stimmte drei Mal in diesen Ruf mit ein.

*) D. h. alle: die Mehrheit des Abgeordnetenhauses gehört nicht zum wohldenkenden Theil der Nation.

Digitized by Google

Berlin, 11. März. In Folge der Auflösung des Abgeordnetenhauses ist eine von sehr zahlreichen Mitgliedern der Majorität vom 6. d. (Hagenscher Antrag) unterzeichnete Erklärung erlassen. Dieselbe lautet: „Als wir in das Haus der Abgeordneten traten, waren wir entschlossen, mit großer Mäßigung alle Schritte zu vermeiden, welche zu Zerwürfnissen innerhalb der liberalen Mehrheit des Hauses oder zwischen der Volksvertretung und der Regierung Sr. Majestät des Königs führen könnten, aber ebenso entschlossen, treu dem empfangenen Mandate des preußischen Volkes, das verfassungsmäßige Recht seiner Vertreter zu wahren und seinem Konflikte auszuweichen, der uns auf diesem Wege aufgenöthigt wurde. Wir glauben unserer Pflicht erfüllt zu haben. Die Weise, in welcher bisher der Staatshaushalt geordnet, wurde, machte das wesentlichste Recht der Volksvertretung, das Recht, die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu bewilligen und zu überwachen, fast bedeutungslos. Denn nach der Annahme der letzten Jahre und nach der Auffassung der Regierung, welche sie in dem Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer gründ gemacht hat, ist dieselbe der Volksvertretung gegenüber bei der Verwendung der öffentlichen Gelder nur an die allgemeinen Titel und Summen gebunden, welche in den Hauptetat des Staatshaushalts aufgenommen und in der Gesetzsammlung veröffentlicht wurden. Diese sind aber in den wichtigsten und kostspieligsten Verwaltungszweigen, vor allem in der Militärverwaltung, so groß und umfassend, daß sie den Ministern einen der Kontrole des Abgeordnetenhauses fast gänzlich entzogenen Spielraum und die Machtvollkommenheit gewähren, auch ohne und gegen den Willen der Volksvertretung tiefeingreifende Einrichtungen zu treffen oder aufrecht zu erhalten. Um diese scheinbare Festsetzung des Budget zu einer wirklichen zu machen, führten wir einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten herbei, nach welchem nicht nur die Nothwendigkeit einer spezielleren Budgetbewilligung für die Zukunft ausgesprochen wird, sondern auch schon für das laufende Jahr in den hinteren Hauptetat diejenigen Summen aufgenommen werden sollten, für welche dies zur pflichtmäßigen Ausübung der verfassungsmäßigen Kontrole erforderlich und nach der Einrichtung des Kassen- und Rechnungswesens ausführbar erschienen würde. Die sofortige Ausführbarkeit dieses Beschlusses hat sich auch bereits durch die klarabgefaßte mehrerer Etats nach Maßgabe desselben in der Budgetkommission bewährt. Daß eine solche detaillirte Aufstellung des Hauptetat künftig unerläßlich sey, ward von allen Seiten anerkannt, und die k. Staatsregierung selbst stellte eine derartige Abänderung für die Zukunft in Aussicht. Dagegen widersprach sie derselben für dieses Jahr. Wir aber, die wir nicht über die Formen künftiger Budgets zu verfügen, sondern über den Inhalt des gegenwärtigen nach Pflicht und Gewissen zu beschließen hatten, wir durften uns nicht auf Wünsche beschränken, denen auch später schwerlich ohne die eigene Thätigkeit der Volksvertretung in genügender Weise entsprochen werden wird; wir waren verpflichtet, die Mittel des Staates nur in einer Form zu bewilligen, welche die uns obliegende wirkliche Kontrole möglich machte. Wir durften, so weit es an uns lag, das verfassungsmäßige Recht des Volkes nicht zu einem wesenlosen Schein werden lassen. Wir mußten in Erfüllung unserer verfassungsmäßigen Pflicht das uns gebotene Mittel anwenden, um uns eine vollständige Darlegung und eine wirkliche Innehaltung des festzusetzenden Staatshaushalts in seinen einzelnen Positionen zu sichern. Es leuchtet außerdem ein, wie wesentlich gerade jetzt eine sehr spezielle Festsetzung des Militäretat war. Die k. Regierung hat die Fassung dieses Beschlusses, ohne seine praktische Durchführung in der Bearbeitung der einzelnen Etats abzuwarten, mit einer Auflösung des Hauses beantwortet. Wir haben unser klares, unzweifelhaftes Recht einer Budgetbewilligung in bindender Form ausgeübt und keinerwegs in die Rechte der Exekutive eingegriffen. Wir haben keine unfruchtbare Opposition erhoben, keinen kleinlichen Streit gesucht. Wir haben in einer großen und wichtigen Angelegenheit das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung zu einer Wahrheit machen wollen. Wir erwarten mit gutem Gewissen das Urtheil des Landes.“

Berlin, 12. März. Ein Leitartikel der heutigen Sternzeitung bespricht den Thatbestand, welcher zu der Krisis Veranlassung gegeben hat. Er führt zuerst die Gründe auf, welche das Ministerium zum Entlassungsgesuche bewogen, und erwähnt dann die Nichtannahme desselben durch den König, der, feststehend an seinem im November 1858 kundgegebenen Entschluß, durch Auf-

ösung des Abgeordnetenhauses des Landes nochmals die Gelegenheit darbietet, zu beweisen, daß es gewillt sey, „eine den allerhöchsten Intentionen entsprechende Politik einer mit wohlerwogenen Reformen besonnen fortgeführten Entwicklung" zu unterstützen.**) „Indem die Staatsregierung an das Land appellirt, bietet sie fest entschlossen, mit der durch das Interesse des Landes gebotenen Energie vorzugehen.***) Wie dieselbe die Regulirung der Grundsteuer bewerkstelligt gelöst hatte, also glaubt sie auch für die demnächst beabsichtigten Reformvorschläge einen weniger hartnäckigen Widerstand zu überwinden zu haben und einen befriedigenden Erfolg sichern zu können.***) Nach den lehrreichen Vorgängen der letzten Tage sollen alle besonnenen Männer dahin wirken, daß aus den nächsten Wahlen besonnene Abgeordnete hervorgehen. Der Leitartikel schließt: „Dann, und nur dann, wenn ein solches Wahlresultat erzielt wird, besteht das Land die gefährliche Bürgschaft einer gedeihlichen Entwicklung seiner Wohlfahrt, seiner Macht und seiner Freiheit!" (Fr. Postz.)

Deutscher Bund.

Wien, 9. März. Die „Wiener Korresp." gibt einige Aufschlüsse über die Stellung Oesterreichs zur schleswig-holsteinischen Frage. Schweden habe bei den drei nichtdeutschen Großmächten den Versuch gemacht, einen Protest gegen den von Oesterreich eingenommenen Standpunkt zu provoziren, doch nur den Erfolg erzielt, daß die Kabinete von Paris, London und St. Petersburg bei Oesterreich, „als Großmacht, nicht als deutsche Macht", sich über den hier eingenommenen Standpunkt zu informiren suchten. Oesterreichischerseits wurde den drei Mächten dargelegt, daß Dänemark zweimal — 1850 und 1852 — feierlichmäßig versprochen habe, Schleswig nicht zu inkorporiren. Hieran hatte man sich, und weitere Verlangen würden von hier aus nicht gestellt. Die Mächte konnten nicht umhin, die Berechnung des österreichischen Standpunktes anzuerkennen, und es sey Grund vorhanden, anzunehmen, daß England, Frankreich und Rußland denselben von jetzt an auch zu dem ihrigen machen werden. „Außerdem bemerkt die „W. C.", hat das Kopenhagener Kabinet in Wien die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß man nicht an die Einverleibung Schleswigs denke (!), wie denn überhaupt die Majestät der dortigen Regierung bei derselben nicht gelitten sey, als man nach den Aeußerungen einzelner Mitglieder derselben annehmen möchte. (!) Käme es zu einem Konflikt der Meinungen, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach das Ruschenbern der eidergänischen Elemente aus dem Ministerium die Folge seyn."

Bayern. München, 9. März. Unter den vom letzten Kurier aus Rizza mitgebrachten allerhöchsten Entschließungen befindet sich auch eine Gehaltsaufbesserung der k. Hofmusiker, um welche dieselben in einer Gesammt-Eingabe petitionirt hatten. (Jlar.Bl.)

Das Ordinariat des Erzbisthums München-Freising macht durch Erlaß vom 21. Feb. d. J. den Kleinst aufmerksam, daß auf dem Wege des Hausirens in Holz geschnittene Kreuzwegstationen kolportirt werden, deren Rückseite mit abschreklichen Karrikaturen entwürdigt ist. Ferner wird kund gegeben, daß Oelschnitäten, die auf den ersten Blick nicht wahrgenommen werden, und Bücher, deren Titel unverfänglich ist und Frömmigkeit heuchelt, deren Inhalt aber in gröblicher Weise Glaube und Sitte verletzt, auf dieselbe Weise verbreitet werden. (Jlar.Bl.)

Preußen. Berlin, 11. März. Herr v. Bethmann hatte sich, wie die „Kreuzztg." berichtet, entschieden gegen die Auflösung der 2. Kammer ausgesprochen und die Bildung eines mehr konservativen Ministeriums vorgeschlagen, weil das jetzige die Schwierigkeiten der Situation zu überwinden außer Stande wäre. Er hat in Folge des Beschlusses, der gegen seine Ueberzeugung ausgefallen, seine Entlassung eingereicht. Er ist zurückgetreten und hat gut daran gethan; seine Stellung war ganz unhaltbar geworden. Vielleicht war es neulich gar nicht einmal seine Absicht, ein so intolerantes Urtheil über das Judenthum zu fällen. Er ließ sich hinreißen und machte sich als preußischer Kultusminister unmöglich.

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause sollen (wie schon erwähnt) thunlichst beschleunigt werden. Sie sach ihrem Sinn ausfallen zu machen, hat die Polizeibehörde soeben sofort einen Central-Wahl-Ausschuß aus Abgeordneten aller Provinzen eingesetzt.

Frankreich.

Paris, 8. März. Ueber das Komplott erfährt man jetzt allmälig erstere Dinge, deren Begründung man natürlich dem öffentlichen gerichtlichen Verfahren überlassen muß. Die Regierung scheint großes Gewicht auf die von ihr gemachten Entdeckungen legen zu wollen. Man wäre endlich der gesuchten geheimen republikanischen Gesellschaft Marianne auf greifbare Spuren gekommen (?) und hätte eine große Anzahl ihrer Sektionsvorsteher gleichsam in flagranter Konspiration abgefaßt. Erepso ist noch nicht, wie man gesagt, wieder in Freiheit gesetzt. Man arretirt viel und, wie es manchmal scheinen will, aus Gewaltsamkeit. Man hat nachher immer Zeit, die Bücke von den Schafen zu sondern, und letztere wieder zum Gefängnisse hinaustreiben. (B.-Z.)

Paris, 9. März. Aus einigen Worten in der gestrigen Kammersitzung läßt sich entnehmen, daß wenigstens die Minister, ohne Portefeuillés an einer Auflösung dieser Kammer, die seit dem 2. Dez. und seit 1857 Alles mitgemacht hat, nicht zu denken wagen. Eine solche Mehrheit bekommen sie nie wieder; eine so zahme Zeit ist für immer vorbei. Zwar heißt es sehr ausdrücklich, aus Neuerungskandidaten bei den Wahlen zusammengesetzte Kammer sey der Leibe nicht besser, als die Kreisstand der gouvernementalen Deputation" des Beispiel des Rheinstandes in der Nacht des 4. August nachzuahmen, und der Gleichheit vor dem Gesetz das Opfer ihrer Kandidaturen zu bringen. Das Land würde ihnen freilich dafür dankbar seyn; aber sie besorgen mit Recht, die Dankbarkeit werde nicht so weit gehen, sie mit Assimation in die Kammer zurückzuschicken. Die Fünferopposition hat unberechenbar an Selbstgefühl, an Terrain, an Autorität an — Machtbewußtsein gewonnen. Sie weiß sich von der öffentlichen Meinung getragen, sie besitzt die Gewißheit, daß sie im Lande Legion ist, und daß Neuwahlen ihr auch eine numerische Macht zuführen würden. Sie hat den Grafen Morny und die Ministerrand gestern außer Fassung gebracht, sie kleiniaut gemacht. Nie ist dem Grafen Morny ein härteres Wort als das des J. Favre: „weil ich mich selbst achte", gesagt worden, und nie hat der edle Graf begreiflichen liebenswürdiger eingesteckt. Nie war Hr. Baroche von seiner Rednergabe und seinem Erfindungsgeist so sehr verlassen. (B.-Z.)

Italien.

Turin, 11. März. Die Regierung hatte die Bewaffnung der Rüstungskomites in Genua öffentlich benachrichtigen lassen, sich ruhig zu verhalten; wenn dies nicht geschehe, würde die Regierung gezwungen seyn, dieselbe aufzulösen. (Die Weisung wird aus den Tuilerien gekommen seyn.) (Fr. Pbl.-Z.)

Neapel, 8. März. Der Aufstand ist aus seinem Winterschlaf erwacht, namentlich in der Basilicata, wo sich Banden gezeigt, die aus 80—100 Berittenen bestehen. Die Steuerbeamten haben den Auftrag erhalten, alles Klostergeräthum zu inventarisiren, und zu diesem Zwecke auch in den Nonnenklöstern, trotz des etwaigen Widerstandes Seitens der Bewohnerinnen derselben, genaue Inventarien aufzunehmen, sich aber bei solchen Gelegenheiten von Geistlichen begleiten zu lassen. — Es sind verheimlichte Waffenvorräthe und gedruckte Proklamationen von der Behörde mit Beschlag belegt worden. (Fr. Pbl.-Z.)

Griechenland.

Ein Privatbrief aus Athen, welcher aus der Umgebung des Königs herrührt, stellt die dortigen Zustände in einem sehr ungünstigen Lichte dar. Zwar hofft man auf die Rebellion Herr zu werden, die Lage der Dinge bietet aber trotzdem für die Zukunft durchaus keine Garantien dar. Es zeigt sich immer mehr, daß der Boden vollständig von den revolutionären Elementen unterwühlt ist. Die Vorgänge des letzten Jahres, die verschiedenen Militärverschwörungen und der Attentat auf die Königin erscheinen jetzt erst in ihrer wahren Bedeutung: Ehrgeiz, Habsucht und vor allem die feindseligen Hetzereien haben den öffentlichen Geist des Landes vergiftet. Selbst in der Umgebung des Königs fehlt es nicht an Intriguanten und Verräthern, nur selten wird ein Fürst so viele Beweise des schwärzesten Undanks empfangen haben, als König Otto. Es ist leider sehr zu fürchten, daß sich die Versuche zu seiner Vertreibung in der einen oder andern Weise erneuern

*) D. h. also das Land soll Abgeordnete wählen, die sie der Regierung genehm sind, oder — —

**) Das ist ein sehr unbestimmter Ausdruck. Was unter Interesse des Landes zu verstehen sey, wird von Verschiedenen sehr verschieden beurtheilt werden.

***) Soll das ein Köder seyn? Soll es andeuten, das Herrenhaus werde genuinen Reform-Maßregeln nicht länger widerstreben? Soll es andeuten, die Regierung werde das Herrenhaus wieder durch ein paar Dutzend freisinniger Mitglieder verstärken, wie vor wichen Monaten? Und soll dadurch die Bevölkerung bestimmt werden, in die Abgeordnetenwahlen nicht so genau zu nehmen?

Digitized by Google

werden. Er selbst würde längst seiner Krone entsagt haben, die für ihn in vieler Beziehung eine wahre Dornenkrone war und ist, wenn ihn das Gefühl der Pflicht nicht zurückgehalten hätte. Die Griechen schreien über die deutsche Camarilla; ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß von dem halben Dutzend Deutscher, die sich zum Theil in ganz untergeordneter Stellung am Hofe befinden, kein einziger irgend einen politischen Einfluß ausübt. Die ausgestreuten Verdächtigungen sind nur ein leerer Vorwand der Revolutionspartei. Wie man vernimmt, wird sich die Regierung mit einer Darlegung der Verhältnisse an die Schutzmächte wenden.

(E. Postz.)

Volkswirthschaftliches.

In Glaspalaste zu München wurde am 6. März eine vom landwirthschaftlichen Verein veranstaltete Ausstellung landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen eröffnet. Die Zahl der ausgestellten Gegenstände ist so groß, daß sie mehr als zwei Drittel des Palastes anfüllen. Besonderes Interesse erregt eine Dampfdreschmaschine, die mit einer transportablen Lokomotive versehen ist, durch welche in zehn Arbeitsstunden 30 bis 40 Scheffel Getralde gedroschen, gereinigt und in Säcke gefüllt werden. Aus den ausgestellten Gegenständen wird eine Verloosung veranstaltet, für welche bereits mehr als 68,000 Loose zu 12 kr. abgesetzt sind. Wohl selten waren Ackerwerkzeuge ausschließlich deutschen Fabrikats in so großer Auswahl vorhanden, als eben jetzt im Münchener Glaspalast. Für die zweite Ausstellung während des heurigen Oktoberfestes wird eine noch zahlreichere Beschickung erwartet. (Fr. J.)

Das Programm der sechsten Wanderversammlung bayerischer Landwirthe, welche vom 2. bis 4. Juni d. J. in Neustadt a/S. stattfinden wird, ist nunmehr erschienen. Die Berathungen werden folgende Gegenstände umfassen: Behandlung und Verwendung des Stallmüngers; Erfahrungen über die Dauer und Wirkung des Guano, des Knochenmehls und des phosphorsauren Kalks; Impfung des Rindviehs gegen die Lungenseuche; Einfluß von Bau, Dünger, Lesseit und Kellerbehandlung auf die Güte der Weine, Erhaltung der Jugend des Weins; Verbesserungen im Hopfenbau, Drahtanlagen, Imprägnirung der Stangen mit Vitriol; Erfahrungen über die Vortheile der aus den Alpengegenden und aus Holland eingeführten Rindviehracen; Tiefpflüge der Aecker. An allen drei Tagen finden Ausflüge mit der Eisenbahn statt, am 4. Juni nach Landstuhl und Zweibrücken zur Besichtigung der dort veranstalteten Vieh- und Pferdeausstellung.

Mannheim, 7. März. Die hiesige Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft hat sich, wegen Differenzen zwischen den Altionären und den hiesigen Rangschiffern, aufgelöst. Das Material wird verdüstert.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 12. März. Zu der gestrigen Aufführung der neuen Oper „Faust“ war der Andrang noch gerade so stark, wie bei den früheren Aufführungen; insbesondere waren auch wieder zahlreiche Plätze durch telegraphische Depeschen von Auswärtigen bestellt worden. An der Kasse war das Gedränge so arg, daß vier Gendarmen die Ordnung kaum aufrecht zu halten vermochten. Die Lohndienerinnen und Zuträger belagern die Kasse schon zwei Stunden vor der Oeffnung derselben, kaufen die Billete massenhaft an und treiben dann in Gegenwart des Kassenpersonals ihrmlichen Schacherhandel damit. Gestern haben sie für Parkettsitzbillete, welche sie zwei Minuten vorher um 1 fl. 30 kr. per Stück gekauft hatten, 4, 5 und 6 fl. verlangt und erhalten. Es ist höchste Zeit, daß diesem Mißstand abgeholfen wird. (A. Postz.)

Neueste Nachrichten.

München, 12. März. (Privat-Korr.) Das Leichenbegängniß des Herrn Reichsrathes Grafen v. Pürch hat diesen Nachmittag unter großer Theilnahme stattgefunden. — Der zweite Kabinetskurier wird erst am 20. d. von hier nach Nizza abreisen.

Wien, 11. März. (Privat-Korresp.) Herr Much, welcher bekanntlich die Idee zur Aufstellung eines Monumentes auf dem Grabe der Märzgefallenen von 1848 angeregt hat, wurde am Sonntag zu dem Herrn Polizeiminister Frhrn. von Mecsery beschieden, um Auskunft zu geben über die verschiedenen Gerüchte, welche bezüglich der am 13. März angeblich beabsichtigten Aufstellung dieses Monumentes und sonstiger politischer Demonstrationen der Studenten u. dgl. im Umlauf sind. Herr Much versicherte, daß sich seiner Meinung nach am 13. März nur dasjenige wiederholen würde, was am Allerseelentage bereits geschehen, nämlich Niederlegung von Kränzen, Verrichtung stiller Gebete u. dgl., und schloß mit dem Wunsche, die Regierung möge die Bevölkerung, welche auch diesmal die Gränze des Erlaubten nicht überschreiten werde, gewähren lassen. Der Herr Polizeiminister theilte eigentlich die Ansicht nicht ganz und bemerkte, die Regierung, welche gerade jetzt mit den hochwichtigen Staatsangelegenheiten überaus stark beschäftigt sei, werde einem sympathischen Ausdruck der Gefühle eines Theiles der Bevölkerung am Grabe der Märzgefallenen beobachtend und nicht anders entgegen stehen, es sei aber wünschenswerth, daß keine Ausschreitung ernsterer Natur vorkomme.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. d. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ G.
"	5 pCt. Vonet. Coupon d. S.	78½ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89¼—⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	80 P.
"	4½ pCt. " "	67⅝ G.
"	4 pCt. " "	—
"	3 pCt. " "	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¼ P.
Bayern	5 pCt. Anl. 4. E. (C. d. R.)	101⅝ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-Pl. dto.	100⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅝ G.
"	4½ pCt. Obl. dto.	98⅞ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	88⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
Hessen	4½ pCt. Obl.	103⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96½ G.
Frankfurt	4½ pCt. Obl.	101⅜ G.
"	3 pCt. Obl.	83⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. P. 30	4⅞ P. ⅝ G.
"	3 pCt. "	43 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 200 Thlr	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1173/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700—1 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	169½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 200	204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	83¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	144 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	65½ P. ⅝ G.
Oest. F. St. Eisb. pCt. à 500, Fr. à 250 kr.	238 P.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt.	110¾ G.
" Nordbahn à 5 pCt. 6/7	74¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 20 pCt. à 100 à pCt. Z.	26⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	190¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	93⅞—⅜ G.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	249½ P. 249 G.
Span. Ständels- u. Industrie	500 P.
" Credit-Akt. d. Gen. Pereire	490 P.
Bayr. Obligat. à 4½ pCt. vollzahlen.	102 G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ P.
Provisientia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ G.
Brem. 80 Th. Lad. k. S.	98⅛ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅝ G.
London Lst. 10 k. S.	117⅞ G.
Lyon Frc. 200 k. S.	93¼ P.
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frc. 200 k. S.	93¾ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in östr. W. l. S.	85⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Karlsruh. Thlr. 40 b. H.	26¾ G.
" fl. 250 v. 1864 mit 4pCt.	64¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. H.	33½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	67¼ P.	" fl. 25 do.	27½ P.
" fl. 100 Rud. l. v. 1858	111½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	26¾ P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beim	150 G.	Sardinien Frc. 36 b. H.	24¼ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	27¼ P.
Radische fl. 50	66½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19¼ P.
Radische fl. 35	55½ P.	Anglo-Oesterr. fl. 7-L.	11½ G.

Frankfurt, 12. März. Für öffent. Fonds und Fortschrittsaktien herrschte eine günstigere Tendenz und wurden dafür höher Kurse bezahlt. Auch die meisten übrigen Fonds waren begehrt, das Geschäft jedoch im Ganzen nicht von großer Bedeutung. (Spnd.e

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zuteragen wird die vereinbarte Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 14. März 1862.

Deutscher Bund.

Die „Berliner Allgemeine Zeitung" schreibt: „Wie wohlunterrichtete Personen versichern, sind die Regierungen von Bayern und Württemberg mit einander übereingekommen, den von Preußen mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag nicht zu ratifiziren. Sie werden darüber eine ausführliche Denkschrift erlassen, die bereits in der Abfassung begriffen ist, und möglichst rasch an die Mitz-Zollvereinsstaaten abgehen soll. Neben Hervorhebung der aus dem Vertrage für die süddeutsche Industrie erhaltlichen Nachtheile soll auch die Gefährdung der projektirten Zollvereinigung mit Oesterreich und namentlich die politische Seite betont werden. Auch die Industriellen Süddeutschlands schicken sich an, mit allen Kräften gegen den Handelsvertrag zu wirken, und haben sie bereits Andeutungen, daß auch Sachsen, beide Hessen, und Nassau sich dem oben erwähnten Schritte anreihen werden."

Bayern. München, 11. März. Die aus bekannten finanziellen Gründen unterbrochenen Arbeiten zum Ausbau des neuen Regierungsgebäudes in der Maximilianstraße sind nunmehr wieder aufgenommen worden. Das Gebäude muß im Laufe dieses Sommers vollendet werden, da die Uebersiedelung der Kreisregierung von Oberbayern in dasselbe mit Beginn des nächsten Jahres erfolgen soll. (A. Abz.)

München, 11. März. Aus einer Mittheilung der hier erscheinenden „Süd. Zeitung" ersehen wir, daß deren Redaktion im Ganzen über 1210 fl. für die deutsche Flotte erhalten, resp. an den Geschäftsführer des Nationalvereins abgeliefert hat.

Preußen. Glogau, 10. März. Es teilt immer mehr hervor, daß die Flucht der Lieutenants von Sodde und Pustk eine wohl überlegte und lange vorher beachtete war. Es wird uns heute zum Beispiel versichert, daß am Tage der Flucht gegen Abend der Festungs-Kommandantur ein Schreiben zugestellt wurde, in welchem die Geflohenen anzeigen, daß sie die Haft nur deßhalb verlassen hätten, um sich nach Berlin zu begeben, wo sie bei dem Kriegsminister um Beschleunigung des Prozesses bitten wollen. In diesem Schreiben sollen dieselben auch in einer mehr als eigenthümlichen Art über den Bruch des gegebenen Ehrenworts, welches dahin lautete, daß sie die Festung nicht ohne Begleitung eines Offiziers verlassen wollten, sich rechtfertigen. Sie behaupten das Ehrenwort nicht zu brechen, denn Jeder von ihnen verließe die Festung in Begleitung eines Offiziers (d. h. Sodde in Begleitung des Offiziers Pustk und umgekehrt). Am Donnerstag Abend soll von hier nur nach Berlin die Flucht gemeldet seyn; am Sonnabend früh, nachdem das Disziplinargericht von derselben Kenntniß erhalten, wurden die Steckbriefe erlassen, die voraussichtlich ohne Erfolg seyn dürften, da am Sonnabend früh ein Dampfschiff Hamburg verlassen hat. Einer der Flüchtlinge soll vor einigen Tagen eine namhafte Summe Geldes erhalten haben. (N. Z.)

Berlin, 12. März. Die „Nationalzeitung" schreibt: In gouvernementalen Kreisen klammerte man sich bis gestern noch an das Gerücht, daß das Ministerium, ehe es sich zur Zurücknahme seines Entlassungsgesuchs und zur Kammerauflösung entschloß, sich über eine Reihe wichtiger liberaler Zugeständnisse geeinigt habe. Mit diesem Programm wurde es sofort vor das Land treten und den Neuwahlen die entsprechende Richtung zu geben suchen. Heute muß man bereits eingestehen, daß dies nur eine neue Illusion war. Wie das Ministerium sich bisher planlos fortgeschleppt, wie es sich begnügt hat, jedem Tagesbug, das einen bestimmten Willen herausforderte, die Spitze abzubrechen und den andern Tag für das Seine sorgen zu lassen, so hat es auch nach seinem Austeinanderbrechen sich nur in dem einen Gedanken wieder zusammengefunden, die Kammer aufzulösen. Es wird bestätigt, daß nur Herr von Beithmann-Hollweg den von allen Dächern gepredigten Gedanken sich angeeignet habe, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehe, daß die Regierung ein festes System haben und sich daher entweder in liberalem oder in konservativem Sinn rekonstruiren müsse. Er verhehlte nicht, daß seine Sympathien sich durchaus in der letzten Richtung bewegten, und trat zurück, als er bemerkte, daß nur die bisherige Freiheit der Entschließung fortgesetzt werden solle. (Cf. „Neueste Nachrichten".)

Das Reskript, welches die Ernennung des Prinzen Hohenlohe zum Ministerpräsidenten verfügt, lautet: „In dem jetzigen wichtigen Augenblick, den der Staat durchleiten hat, ist es von höchster Wichtigkeit, daß Mein Staatsministerium einen interimistischen Vorsitzenden erhalte, da die Krankheit und dauernde Abwesenheit Sr. k. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ihm die Ausübung seines Amtes nicht möglich macht. Ich habe daher den Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen-Oehringen, General der Kavallerie, mit dem Vorsitze Meines Staatsministerium betraut, ihm dies selbst bekannt gemacht und benachrichtige das Staatsministerium von dieser Anordnung. Berlin, den 11. März 1862. Wilhelm. v. d. Heydt. An das Staatsministerium."

Berlin. Der Abg. Schulze-Delitzsch erschien am Abend vor der Auflösung des Abgeordnetenhauses in der Versammlung der Wahlmänner seines (des dritten) Wahlbezirks, um Mittheilungen aus der Kammer zu machen. Er sagte u. A.: „Es ist möglich, wir müssen noch einmal eine Periode der Reaktion durchmachen; wenn dieß aber ist, so wird es eine sehr kurze Zeit seyn; denn die Lage der Dinge in Deutschland ist so, daß jede Regierung, und vor allen die preußische, ihr Volk braucht. Und wenn man das Volk braucht, um Thron und Vaterland zu retten: dann wird ein etwaiges reaktionäres Ministerium, welches theilweise das jetzige ersetzen könnte, nicht im Stande seyn, das Banner hoch zu halten, unter dem sich alle nationalen Kräfte opfervreudig stellten. Die Regierung wird und muß endlich darauf kommen, den berechtigten Wünschen des Volkes, die wahrlich nicht ins Blaue gehen, die recht bescheiden und vernünftig sind, gerecht zu werden. (Lebhafter Beifall.)... Wenn man zur Volksvertretung sagt, sie gestatte sich Eingriffe in die Exekutive, und mit solcher Volksvertretung könne man nicht regieren: nun, so ist von einem gewissen Standpunkte aus die ganze Konstitution ein Eingriff in die Exekutive. Wo eine Konstitution in Kraft besteht, da kann die Regierung nicht mehr machen, was sie will. Man kann eben nicht gleichzeitig absolutistisch und konstitutionell regieren. Mit einem so loyalen Volke, wie das preußische, ist aber leicht zu regieren. Wie es denn auch komme, die Abgeordneten halten sich auch auf das Aeußerste gefaßt. „Machen auch Sie sich darauf gefaßt, bald wieder an die Urnen zu treten! Wir alle sind einig, wie die Chancen auch fallen, daß wir das Ringen nach Befestigung verfassungsmäßiger Zustände nicht aufgeben: wir wollen den Kampf ernst, wir wollen ihn auf gesetzlichem Boden führen. Es könnte nun seyn (und Sie erinnern sich noch einiger Stückchen aus den Jahren 1848 und 1849 und noch bei dem Schützenfeste hier in Berlin), daß einer Partei, die an's Ruder kommen, die das Ministerium auch ihrer Mitte bilden möchte, mit nichts mehr gedient wäre noch dieser Richtung, als wenn irgendwo Unruhe, so ein Bischen Krawall jetzt entstünde: das, meine Herren, könnte sie sehr gut brauchen. Wenn irgend einmal das Volk von Berlin und die Bevölkerung des Landes überhaupt Ursache hat, wach zu seyn, die Augen aufzuhalten und Volkspolizei zu üben, um die Sicherheitsbehörde in der Beobachtung des öffentlichen Friedens zu unterstützen, so wird es in diesen Tagen seyn: daß jeder freisinnige und entschiedene Mann sich berufen fühlt, jeden Versuch, der nur entfernt auf einen kleinen Krawall hinauslaufen könnte, auf das Energischste zu unterdrücken." Durch Nichts könnte der Volkssache ein größerer Schaden zugefügt werden, als wenn man den Herren den

Digitized by Google

Gefallen thäte, Veranlassung zum Einschreiten der bewaffneten Macht zu geben?... Endlich ist es jetzt das letztemal, daß ich in dieser Session als Ihr Abgeordneter zu Ihnen spreche, schließen wir in dem gemeinsamen Rufe: „Es lebe das preußische, das deutsche Vaterland!“ Ein dreimaliges, stürmisches Hoch machte die weiten Räume erzittern, und der verehrte Abgeordnete schied unter den herzlichsten Begrüßungen aus der Versammlung.

Kurhessen. Kassel, 10. März. Das Tagesgespräch bildet heute neben der Verfassungsangelegenheit die in Folge einer heftigen Gemüthsbewegung erfolgte Erkrankung des Oberhofmarschalls und Kammerherrn v. Heeringen, wodurch derselbe sich veranlaßt gesehen haben soll, um seinen Abschied nachzusuchen.

— Kassel, 12. März. Dem hier anwesenden Präsidenten des deutschen Nationalvereins, Hrn. v. Bennigsen, zu Ehren wurde vorgestern im Stadthau dahier ein Zweckessen abgehalten, an dem sich etwa 60—70 hiesige Bürger betheiligten und die HH. Rebelthau, Henkel, Hupfeld und Pinhard Trinksprüche ausbrachten.

(Fr. Postz.)

Thüringen. Weimar, 10. März. Der Landtag hat, wie schon erwähnt, heute den Antrag auf Wiederaufhebung der auf Grund der Bundesbeschlüsse von 1854 erlassenen Preß- und Vereinsgesetze angenommen und zwar aus dem Grund, weil der Bund nicht dazu berufen gewesen sey (nach der gothaischen Theorie). Der Staatsminister erklärte, daß die Regierung nicht darauf eingehen werde. Der Vermittlungsantrag des Abg. Bran, auf eine Modifikation der Bundesbeschlüsse hinzuwirken, wurde verworfen.

(Nat.-Z.)

Oesterreich. Wien, 8. März. An den Fenstern vieler Kaufläden erblickt man jetzt ein Bild auf der Ueberschwemmungszeit, den Kaiser vorstellend, wie er in einem Kahne einer auf das Dach eines ebenerdigen Hauses in der Brigittenau gestüchteten Familie Rettung bringt. Das Bild ist zwar ohne Kunstwerth, schildert aber eine wahre Hochherzige, wird in vielen Tausenden von Exemplaren verkauft, und bringt den Kaiser dem Herzen des Volkes nahe. Das hochherzige und muthige Benehmen des Kaisers bei der großen Katastrophe, die uns im Anfang des Februar betroffen hat, geschah, der Natur des Ereignisses zufolge vor aller Welt Augen, und hat den Monarchen in verdienter Weise populär gemacht. Der Kaiser selbst wollte von den Wohlthaten, die er bei jener Gelegenheit bewies, kein Aufsehens gemacht wissen, und da die Behörden diesen Willen ehrten, kam nichts in das größere Publikum. Jetzt ist durch das Volk dies dennoch geschehen, und die hilfreiche Hingebung, mit welcher das Staatsoberhaupt wie ein einfacher Bürger den Bedrängten zu Hilfe eilte, hat die Herzen der Bevölkerung ihm in solchem Grade erworben, daß die edle That auch nicht ohne politische Wirkung bleiben wird. (D.A.)

— Wien, 11. März. (Privat-Korresp.) Das heute ausgegebene Reichsgesetzblatt publizirt die vom Reichsrath beschlossenen sehr freisinnigen Grundzüge zur Gemeindeordnung mit der kaiserlichen Sanktion als Gesetz vom 5. März 1862 und mit der Publikations-Formel: „Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zur Regelung des Gemeindewesens die nachstehenden grundsätzlichen Bestimmungen vorzuzeichnen.“

Dänemark.

Kopenhagen, 10. März. Der Reichsrath hat den Vorschlag des Präsidenten, wegen Antrages an den König in Bezug auf Ausschließung der schleswig'schen Abgeordneten Hansen-Grumby und Thomsen-Oldenswort (weil sie gegen Schleswigs Einverleibung an Dänemark sind), heute in zweiter und letzter Berathung ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Großbritannien.

London, 12. März. Alle unsere großen Morgenblätter besprechen die preußische Krisis. Sie vertheidigen allesammt das Auftreten der Kammermehrheit als gerechtfertigt und mahnen, erblicken hinter der Auflösung des Abgeordnetenhauses reaktionäre Tendenzen der Krone und fällen theilweise sehr strenge Urtheilte. Der torystische „Herald“ allein meint, die Kammer habe allzu rasch reformiren wollen, ein langsamer Fortschritt thue noth. (K.Z.)

Frankreich.

Paris. Wie in Paris erzählt wird, hat die Kaiserin bei dem Crédit foncier eine Anleihe von 1.400,000 Frcs. gemacht. Hierzu muß bemerkt werden, daß die Kaiserin gerade in diesem Winter ganz außerordentlich große Summen in die Kassen der verschiedenen Wohlthätigkeitsanstalten eingezahlt hat.

Man schreibt uns aus Paris: „Der Finanzminister hat in einem Berichte an den Kaiser die Resultate der Konvertirungs-Operation dargelegt. Von den 172 Millionen 4½ proz. Rente wurden 129 Millionen konvertirt. Der Rest repräsentirt noch ein ganz hübsches Kapital und der Minister behält sich vor, die Maßregeln in Vorschlag zu bringen, welche geeignet sind, aus dem großen Buche der Staatsschuld die letzten 4½ proz. Renten verschwinden zu machen. Man ist sehr begierig, diese Maßregel kennen zu lernen.“ (N. Fr. Z.)

Der Graf von Paris (Sohn des Herzogs von Orleans) hat ein Werkchen über den Libanon geschrieben, das in Paris ver-

Natazzi.

Ueber den gegenwärtigen Präsidenten des italienischen Ministeriums theilt ein Wiener Blatt folgende Personalnotizen mit:

Urban Natazzi ist am 29. Juni 1808 in Alessandria geboren. Er stammt aus einer Familie, die sich in der Advokatur und Politik bereits früher ausgezeichnet hat. Sein Vater war Sekretär des Justizrathes, und sein Onkel im Jahre 1815 Mitglied der konstitutionellen Junta von Alessandria. Urban Natazzi erhielt im Kollegium eine Freistelle, absolvirte seine Rechtsstudien mit Erfolg, wurde Advokat in Turin und verlauschte später diese Stellung mit der gleichen bei dem neu errichteten Appellationsgerichtshofe in Casale (1838), wo er sich durch seine Kenntnisse und sein oratorisches Talent auszeichnete. Nach der Revolution von 1848, als Karl Albert dem Königreiche eine Verfassung gegeben hatte, wurde Natazzi von dem Kollegium von Alessandria in die Deputirtenkammer zu Turin gewählt, wo er seinen Sitz unter den Liberalen und Patrioten nahm.

Nach der Niederlage von Custozza berief ihn der König ins Ministerium, welches damals gebildet wurde, aber sich nur acht Tage hielt. Hierauf warf sich Natazzi in die Arme der Oppositionspartei, deren Führer Gioberti war. Als diese Partei am 15. Dezember den Sieg errungen hatte, erhielt Natazzi das Ministerportefeuille des Innern und später das der Justiz. Aber er schied aus dieser Partei aus, weil dieselbe die Idee der piemontesischen Expedition nach Rom, welche die Wiedereinsetzung des Papstes zum Zwecke hatte, verfolgte. Dieses Projekt wurde bekanntlich vom Parlament verworfen, ein Umstand, der den Sturz Giobertis herbeiführte. Natazzi indessen blieb im Ministerium und stand dem Departement der Justiz vor, als vor der Reorganisation des Heeres und der Finanzen der Waffenstillstand zwischen Piemont und Oesterreich in der bekannten Weise durch Piemont gekündigt wurde. Die Folge davon war die gänzliche Niederlage bei Novara.

In Folge der Thronentsagung des Königs Karl Albert wurde Natazzi drei Monate nach jenem Ereigniß gestürzt und nahm wieder seinen Platz als Demokrat auf den Bänken der Opposition ein. Später näherte er sich der Regierung und nahm wieder unter den hervorragenden Führern des linken Centrum seinen Platz ein, in deren Gemeinschaft er die Maßregeln einer gemäßigten Reform verlangte. Er wurde Vizepräsident und später (1852) Präsident der Kammer. Bald darauf wurde er in das Ministerium berufen, um das Portefeuille der Justiz zu übernehmen. Dort hatte er seinen früheren Gegner, den Conseilpräsidenten Cavour, zum Kollegen. Natazzi erklärte damals, er habe die Oppositionspartei nur darum unterstützt, um von der Freiheit daselbige zu retten, was Piemont von dem allgemeinen Ruin seiner liberalen Verfassung bewahren konnte. Die Andere wurde acceptirt, und der Minister wußte in Turin und ganz Piemont seine Popularität zu erhalten. Uebrigens muß man ihm das Verdienst lassen, daß er Urheber der Gesetze ist, welche in Piemont die Trennung der Kirche vom Staat durchgeführt haben.

Im Jahre 1858 trat er aus dem Kabinet, da er die Politik Cavours bekämpfte, und ward in seinem Departement von Cavour selbst ersetzt. Im folgenden Jahr, als Cavour in Folge des Friedens von Villafranca aus dem Kabinet geschieden war, ward er mit der Bildung des damaligen Ministeriums betraut. Sechs Monate später wurde Cavour wieder zur Präsidentschaft des Ministerium berufen (1860), und Natazzi schied aus. Im Mai desselben Jahres bekämpfte er aufs Lebhafteste die Abtretung Savoyens und Nizza's an Frankreich, die, wie Cavour behauptete, eine Konsequenz der italienischen Politik sey, und zeigte sich überhaupt als Gegner der kaiserlichen Allianz. Am Ende vergangenen Jahres war er in Paris, wo er sich offenbar mit dem Kaiser über den Preis der französischen Unterstützung und die nächsten Maßregeln verständigt hat.

Digitized by Google

boten worden ist. Desto mehr wird es in London gelesen, wo bereits zwei Auflagen davon erschienen sind.

Spanien.

Madrid. General Miramon ist von Veracruz in Madrid eingetroffen. Er war kein Gefangener der Engländer gewesen, sondern nur zur unverweilten Abreise eingeladen worden.

Italien.

Der Erzbischof von Turin, Monsignore Luigi Fransoni, der schon seit Jahren zu Lyon im Exil leben mußte, weil er sich mit der sardinischen Regierung überworfen hatte, ist jetzt gestorben. (A. Pr. Z.)

In Mailand hat, wie die dortige „Lombardia" meldet, der Verein der Geistlichen nach Berathung einstimmig beschlossen, dem vom Bischof von Caccia gegebenen Befehle, sich aufzulösen, nicht Folge zu leisten.

Der „A. A. Z." schreibt man aus Mailand: Ich mag Ihnen diesmal immerhin als Sturmvogel erscheinen. Es bereiten sich, glauben Sie mir, finstere Dinge vor. Vorderhand melde ich Ihnen, daß eine Anzahl Freiwilliger auf zwei Schiffen der bekannten Ditta Rubattini am 5. v. von Genua nach Cagliari abgegangen, und daß der Endzweck dieser Expedition die adriatische Küste ist. (?) Wie ich Ihnen versichern kann, ist Garibaldi vorgestern Abends hier angekommen, und zwar unter dem strengsten Incognito. Sein Aufenthalt war diesmal ausschließend auf den königlichen Palast beschränkt. Heute kehrt derselbe nach Caprera zurück.

Türkei.

— Wie von Belgrad aus gemeldet wird, soll der Entschluß Omer Paschas, gegen Montenegro angreifsweise vorzugehen, die serbische Regierung in große Aufregung versetzt haben. Sie fürchtet, daß nach der Bezwingung jenes Gebirgsflammes die Eegreifung von Zwangsmaßregeln gegen das Fürstenthum folgen könne, die ganz geeignet seyn dürften, die auf der Skupschtina von Kragujevac aufgearbeiteten Pläne zur Emanzipirung von der türkischen Oberlehnsherrlichkeit einstweilen in das Gebiet der leeren Hirngespinnste zu verweisen.

Rußland und Polen.

Warschau, 4. März. Gestern hat man den Drucker eines der revolutionären Blätter in der Person eines Landschaftsbeamten Zamoiski entdeckt und verhaftet. (Schles. Z.)

Die Nachrichten aus dem Innern Rußlands lassen ersehen, daß dort fortwährend eine lebhafte Gährung der Gemüther herrscht. Die Parteien, welche sich die Umgestaltung und theilweise sogar den Umsturz der gegenwärtigen Staatsverfassung als Ziel gesteckt haben, setzen offen und geheim ihre Thätigkeit fort. Die im Abelund Bauernstande aus Anlaß der Emanzipationsfrage vielfach obwaltende Unzufriedenheit arbeitet ihnen in die Hände. Als einen Beweis des herrschenden Geistes führe ich hier ein paar Thatsachen an. In der Adelsversammlung von Moskau hat ein Herr v. Bezobrajow den Antrag gestellt, in einer Adresse an die Krone eine Anerkennung auszusprechen, welche die Absetzung des gegenwärtigen Czars zu Gunsten seines Sohnes zum Gegenstand hat. Der Antrag wurde mit geringer Majorität, mit 188 gegen 165 Stimmen verworfen. Ein anderer Antrag, welcher auf Gewährung einer Volksvertretung gerichtet war, hatte nach einer stürmischen Diskussion dasselbe Schicksal. Zuletzt einigte man sich dahin, eine Adresse an den Minister des Innern mit der Bitte zu richten, er möge sich beim Kaiser für die Einführung zeitgemäßer Reformen verwenden. Schon die Stellung solcher Anträge in einer Adelsversammlung ist ein beachtenswerthes Zeichen der Zeit.

(Donauz.)

Volkswirthschaftliches.

(Londoner Industrie-Ausstellung.) Der Zudrang der Industriegegenstände für das Ausstellungsgebäude zu London hatte Ende Februar noch nicht begonnen. Die entferntesten Kolonien scheinen zuerst auf dem Felde eintreffen zu wollen. St. Helena folgt den Gütern von Liberia auf dem Fuße und am Samstag vor acht Tagen wurde eine Sendung von der Prinz-Eduard-Insel in dem französischen Hafe niedergelegt, und Tags darauf eine von Neufundland. Auch Australien ist bereits vertreten. Under den Gegenständen von der Prinz-Eduard-Insel ist eine wundervolle Naturmerkwürdigkeit. Es ist der dickste und längste Stamm, der in England aber in einem andern Lande je gesehen wurde. Der Baum in den Kew-Gärten, 190 Fuß hoch, ist gegen den gigantischen Pfahl von Prinz Eduard ein vollständiger Zwerg. Jener mißt von Ende zu Ende nicht weniger als — 240 engl. Fuß. Er wird als eine Monster-Flaggstange im Mittelpunkt der Horticulture-Gärten aufgerichtet werden, ohne daß er eingegraben wird — ein schönes Stück Arbeit, das eyerzy aus der Kolonie geschickte Tafelmeister ausführen werden. — Sheffield muß sich dieses Jahr zusammennehmen," sagen die „Times", seinen deutschen Nebenbuhlern gegenüber. Krupp's Stahlwerke zu Essen in Rheinpreußen haben allmälig eine weltweite Berühmtheit erlangt. Noch vor 2 oder 3 Jahren enthielten wissenschaftliche Journale Berichte über die Art, auf welche, was fast für unmöglich galt, ein Stück Gußstahl im Gewichte von 11 Tonnen zu Stande gebracht wurde. Allein Krupp will ein Stück von nicht weniger als 21 Tonnen zur Ausstellung schicken. Vor 10 Jahren würde man einen Fabrikanten, der von der Anfertigung eines solchen Stückes Gußstahl gebrochen hätte, für reif ins Irrenhaus gehalten haben." In der Vorzellanmanufaktur dagegen wird nach der genannten englischen Zeitung die englische die von Sèvres oder Dresden überflügeln.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 12. März. Gestern hätte die Untersuchungssache gegen den Schmiedmeister Joseph Schmid von Aesting wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung kommen sollen. Die Sitzung wurde jedoch vertagt, weil erheblliche Anstandspunkte dafür auftauchten, daß Schmid geistig gestört sey. Als nämlich sein Vertheidiger, Dr. Gotthelf, zum ersternmale mit dem Angeschuldigten sprach, schien ihm das Benehmen des Letzteren so auffallend, daß er auf den Gedanken kam, es werde hier eine Seelenstörung vorliegen. Als dahin war in den Akten nichts enthalten, was auf eine Seelenstörung hinweisen könnte. Er veranlaßte daher den Gerichtsarzt Prof. Dr. Hoffmann, den Angeschuldigten zu beobachten. Dieser theilte nicht bloß die Bedenken des Vertheidigers, sondern erfuhr auch, daß der Gefangene, welchen den Schmid bei Verfassung, denselben als geistesgestört bezeichnete, und daß die Aussagen des Schmid, sowie die Eisenmeistergehilfen eine Reihe von Anhaltspunkten für die Annahme einer Geistesstörung anzugeben wußten. Merkwürdigerweise wurde von allen diesen Dingen zuvor nichts zur Anzeige gebracht. Endlich kam auch noch ein Bericht von Wasserburg, demzufolge schon während der Untersuchung in der Frohnveste Spuren von Geistesstörung an Schmid wahrgenommen wurden. Auf Anregung des Gerichtsarztes wurde nun Schmid zur besseren Beobachtung in eine Irrenanstalt gebracht und wird es nach Ablauf einiger Wochen sich entschieden, ob derselbe noch der bei der gegenwärtigen Assise zur Aburtheilung kommt oder nicht. (Ges. Z.)

Wor den Assisen von Mons wird in nächster Sitzung der Prozeß eines Diebes, Namens Willem, verhandelt, der wegen nicht weniger als 67 Diebstählen unter erschwerenden Umständen angeklagt ist. Willem behauptet aber, selbst fast 810 Diebstähle begangen zu haben, und zwar ohne allen fremden Beistand.

Am 15. Febr. schiffte sich in New-York ein 21 Jahre alter Mohawk-Indianer, Namens Oronhyatetha, aus West-Kanada nach Liverpool ein, um sich von da nach Oxford zu begeben, wo er Medizin studiren will. Er war früher zwei Jahre lang Student im Kenyon-Kollege im Staate Ohio.

Neueste Nachrichten.

Der „Adler" bringt über die Auflösung des preuß. Abgeordnetenhauses u. in einer Korrespondenz aus Berlin folgende Bemerkungen, deren Richtigkeit wir freilich dahin gestellt seyn lassen müssen..... „Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß wenn die Minister sich jetzt mit sehr ernsten Dingen beschäftigen, der Hagen'sche Antrag dabei eine äußerst untergeordnete Rolle spielt. Es stehen der Regierung Fragen der europäischen Politik entgegen, die sorgfältig erwogen seyn wollen, um ihnen gegenüber den richtigen Standpunkt einzunehmen. Ohne den Bestrebungen in Frankreich eine allzugroße Tragweite beizulegen, ist doch so viel gewiß, daß der Kaiser Napoleon nur im Heere eine sichere Stütze besitzt. Ganz abgesehen von den ihm grundsätzlich gegenüberstehenden alten Parteien, hat er es mit dem Klerus und den Industriellen verdorben: die Arbeiter, welche zu Hunderttausenden brodlos sind, erkennen, daß die Bestrebung auf dem Throne nicht ei-

Digitized by Google

mächtig ist; die Steuerzahler sind mißvergnügt, weil ihnen zu vorhandenen großen Lasten neue aufgebürdet werden sollen, und die Jugend des Landes ist aufgeregt. Wagen es doch selbst die großen Staatskörper zum ersten Mal, sich auf die Hinterbeine zu setzen. Kurz, die Lage ist so, daß nur ein Unternehmen, welches die Sympathien der ganzen Nation für sich hätte, die innere Unruhe nach Außen abzuleiten vermag. Dazu ist aber der Boden Italiens nicht geeignet. Selbst angenommen, daß Ratazzi die Insel Sardinien abtreten wollte, so wäre diese Erwerbung kein Preis, der das französische Nationalgefühl befriedigte. Da überdies Garibaldi Freunde im Turiner Kabinet hat, so läßt sich nicht einmal ein solches Zugeständniß durchführen. Napoleon will aber den Italienern nichts mehr im Voraus zahlen, um hinterrein auf Schwierigkeiten bei Erfüllung der Gegenleistungen zu stoßen. Wollte ihm doch sogar Cavour in Betreff Savoyens und Nizzas nicht Wort halten und Recke sich hinter England in der Hoffnung, durch diese Macht die Abtretung zu verhindern. Jetzt sollen die Italiener zuerst zahlen und dann, erst ihren Lohn empfangen. Ohnehin verschmäht ja die italienische Demokratie französische Hilfe. Gut! so soll denn Italien alle seine Kräfte anspannen und sehen, ob es Venetien für sich allein erobern kann. Dadurch würde Oesterreich, mindestens theilweise im Schach gehalten und Frankreich kann leichter zur Gewinnung der Rheingränze schreiten. Für einen solchen Krieg hat der Kaiser alle Parteien ohne Ausnahme für sich und es würde ihm auch an Geld dazu nicht fehlen. Dem Könige Viktor Emanuel verbürgt er, auch wenn es diesem nicht gelingt, das Festungsviereck zu überwältigen, seinen jetzigen Ländersitz und versprecht ihm, die Liber zu überlassen, sobald Frankreich den Rhein gewonnen hat. Stunken von einem solchen Gelüste, würde sich die unermeßliche Mehrzahl der Franzosen wenig um das Schicksal des Papstes kümmern. Man hat unseren (den preußischen) Diplomaten oft Mangel an Umsicht vorgeworfen, diesmal aber scheinen sie die Augen offen gehabt und den Sturm, der sich langsam vorbereitet, in seinen Anfängen bemerkt zu haben. Anhaltspunkte für ihr Urtheil sie kanch, mit welchen Augen Graf Grunsterf und der König selbst die zur Verhandlung im Abgeordnetenhause bestimmten Anträge in der deutschen Frage und auf die Anerkennung des Königreichs Italien betrachten; ganz besonders aber müßte unter solchen Umständen eine Ablehnung der erhöhten Militärlasten in ihren Augen die Sicherheit des Staats gefährden. Eine solche Lage enthält die dringendste Mahnung zur Einkracht in Deutschland und zur gemeinsamen Vorbereitung auf entscheidende Ereignisse. Ein gutes Einvernehmen mit Oesterreich und den Mittelstaaten wird unerläßlich und Vorschläge, die noch kürzlich rund abgewiesen wurden, werden in freundlichere Erwägung gezogen." (Wir lassen es, wie schon oben bemerkt, dahin gestellt, wie viel Wahres an diesen Notizen ist. So viel ist jedenfalls richtig, daß gerade die Fortschrittspartei, wenn sie durchdränge, nicht gegen, sondern mit Frankreich gehen würde, und daß von ihr, so sehr sie sich mit ihren angeblich deutschen Bestrebungen brüstet, Deutschland wohl am wenigsten zu erwarten hätte. Schimm genug, daß die Liberalen Preußens eine so verkehrte Bahn betreten haben, worurch sie sich die Sympathien der andern Deutschen entfremden und den Junkern in die Hände arbeiten.)

§ Wien, 12. März. (Privat-Korresp.) Während Herr v. Roon in Berlin erklärte, daß er sich mit dem Etat der Kriegsbedürfnisse nicht dem Beschluß des Abgeordnetenhauses fügen könne, protestirte Graf Degenfeld in Wien gegen den Antrag des Finanzministers, den Reichsrath zu vertagen, weil er erst die Bedürfnisse seines Departement in regelmäßiger und dauernder Art sicher gestellt sehen wolle, und es soll bemerklichlich dem Einflusse unsres Kriegsministers zu danken seyn, daß der Reichsrath seine Thätigkeit noch fortsetzt. — Ueber die Differenzen, welche im Schooße des Ministerium in Bezug auf die Bankakte bestehen und die Vorlage derselben verzögern, vernimmt man, daß die Majorität die Erneuerung des Privilegium auf eine kürzere Zeit als auf 25 Jahre bemessen zu sehen wünscht und außerdem das Privilegium theuerer verlassen will, indem von der Bank anstatt 80 Millionen Gulden zu 2 pCt. eine unverzinsliche Summe von 100 Millionen zu verlangen sey. Man wird zugeben müssen, daß diese Bedenken sehr post festum kommen, und es läßt sich auch nicht absehen, welchen praktischen Werth dieselben haben sollen, nachdem bereits zwischen der Bank und der Finanzverwaltung die Uebereinkunft abgeschlossen worden ist. — Die Mittheilung der „Presse", daß der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses das Projekt aufgestellt habe, die kleineren Banknoten zu 5 fl. und 1 fl. als Staatspapiergeld zu erklären, ist nicht richtig. Das Projekt lautet dahin, daß die von der Bank zu verlangende „unverzinsliche" Summe bis auf 200 Millionen gesteigert werden soll, wenn ihr die Ausgabe von 1- und 5-Guldennoten gestattet wird. Einstweilen ist es dabei geblieben, daß das Disagio der Noten bedeutend gesteigert werden würde, wenn eine so hohe Summe ungedeckter Noten in Zirkulation bleibt. — Die nächste Reichsrathssitzung soll nicht im Jahre 1864, sondern schon 1863 stattfinden. Die Landtage würden von September 1862 bis Mai 1863 tagen und vornehmlich das Gemeindegesetz, sowie die auf die Schwurgerichte bezüglichen Arbeiten erledigen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. dito.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75 P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	59¾ P. ⅜ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	50 P.	
„	4½ pCt. „	42⅞ G.	
„	4 pCt. „	—	
„	3 pCt. „	—	
Preussen.	3½ pCt. Staatsschuldenscheine	90½ P.	
Bayern	4 pCt. Obl. 4. R. (C. b. H.)	102¼ P. 108 G.	
„	4½ pCt. Obl. Jäger. dto.	103⅞ P.	
„	4½ pCt. Obl. 7/Jahr. dto.	104¼ P. ⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. v. Rothsch.	102¾ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	88⅞ P.	
Baden.	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.	
„	4½ pCt. Obl. v. 1852	96⅞ P.	
Ct. Hess.	4 pCt. Obl. dto.	—	
„	1 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.	
„	4½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	3½ pCt. Obl. dto.	103¾ P.	
Thüring.	4½ pCt. Obl. dto.	100⅜ P.	
„	4½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. „	99½ P.	
„	3 pCt. Obl. „	88½ G.	
Spanien	3 pCt. Int. Sch. B. à 2. 2. 30	47⅜ P. ⅜ G.	
„	3 pCt. „	21¾ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. 50 Thlr.	100⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		117⅜ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		702 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		171¼—72 G.
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmst. Bank i. u. 7. Serie à fl. 250		90⅝ P. 90¾ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100		80 P. 79½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien		84¾ P. 84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250		244 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		65¾ G.
Oest. F. Nl. Bisb. à fl. 200 à 38 kr.		238 P.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.		110⅝ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7		76⅜ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. 2.		20⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		179½/⅝ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		105 P. 104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		58½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		249½ P. 249 G.
Span. Handels- u. Industrie „		50⅝ P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Pereire „		499 P.
Bayr. Gutbahn à 4½ pCt. vollzahlbar.		106¼ P. ⅛ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105½ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.		100¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅜ P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ P. 104⅝ G.
London Lst. 10 k. S.	117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	80⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ P.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 M. 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	85⅛ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	51½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	102½ P.
„ fl. 100 v. 1860 6/7	67⅛ P.	„ fl. 25 do.	26 P.
„ fl. 100 Einl. L. v. 1858	112¼ P. 111⅞ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅞ P.
5% pCt. Preuss. Pr.-Anl. b. R.	120 G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	64 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlitz m. 21½ pCt. Z	23½ P.
Badische fl. 50	96⅝ P.	Verein-Loose fl. 40	19⅛ P.
„ fl. 35	85½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-I.	13⅜ P.

Frankfurt, 13. März. Der meiste Umsatz fand in 5pCt. National, englischen Metalliques u. J. 1859, Kreditaktien und 500 fl. Loosen v. J. 1860 statt, die Käufer zu höheren Kursen fanden. Im Allgemeinen war die Stimmung für alle öfters, Fonds recht günstig, obgleich gegen den Schluß der Börse eine kleine Ermattung eintrat. Die übrigen Effekten ohne besondere Bewegung.

Aus Frankfurter und Luxemburger Bankaktien begehrter. (Schl.)

Digitized by Google

K. Hof- & St...
Münc

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 74. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 15. März 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 13. März. Die vereinigten Ausschüsse in der holsteinischen Angelegenheit beantragen die Billigung des österr.-preuß. Verfahrens in Kopenhagen und den Anschluß an die Verwahrung gegen Schleswigs beabsichtigte Einverleibung in Dänemark, welche Oesterreich und Preußen am 14. Februar dem Kopenhagener Kabinet kundgegeben haben. (Tel.d.Köln.Z.)

Die preußische Regierung hat jetzt die Noten der mit Oesterreich verbündeten Würzburger Staaten in der Bundesreformangelegenheit beantwortet, und spricht am Schlusse dieser Beantwortungen den Wunsch aus, daß, da sie sich keine erspießlichen Folgen für die Bundesverhältnisse von der Fortsetzung des Schriftwechsels versprechen könne, derselbe mit dieser Depesche sein Ende erreicht haben möge.

Bayern. Die protestantischen Bürger von Weidenthal und Frankenstein (Pfalz) haben einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an das k. Konsistorium zu wenden, mit der Bitte, sie mit dem neuernannten, in seiner früheren Gemeinde so mißliebigen Pfarrer verschonen und diese Stelle mit einem der Union treu ergebenen Geistlichen besetzen zu wollen. (B. Bl.)

Preußen. Berlin, 12. März. Die demokratische „Nationalzeitung" schreibt: „Prinz Hohenlohe ist dem Lande bekannt als bisheriger Präsident des Herrenhauses. Obwohl er nicht zur feudalen Partei gehört, sondern u. A. für die Grundsteuer stimmte, wird doch Niemand ein Ministerium, in welchem er den Vorsitz übernimmt, als ein liberales bezeichnen können. Sein Name und seine bisherige Stellung bieten vor Allem dem Herrenhause die Bürgschaft, daß an irgend eine wesentliche Umgestaltung desselben nicht entfernt gedacht wird. Prinz Hohenlohe wird übrigens wenig mehr als das nominelle Haupt des Ministeriums seyn. Die wirkliche Leitung muß nothwendig Herrn v. d. Heydt (seines der noch aus der Manteuffel'schen Periode mit übernommenen Mitglieder des Ministeriums) zufallen, der die Benachrichtigung über die Ernennung gezeichnet hat und der recht eigentlich der „Mann der Situation" ist. Da sein Name jedoch nicht geeignet ist, dieser neuesten Aera einen besonderen Glanz zu leihen, so begnügt er sich weislich mit der zweiten Stelle."

* Der Grund zur Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses liegt, wie wir schon neulich andeuteten, tiefer als in dem Hagen'schen Antrag: in der deutschen Frage, in der italienischen Frage, bei den Militärvorlagen waren Kammerbeschlüsse zu erwarten, die gegen die zur Richtschnur genommene Politik der Regierung gehen würden. Dem glaubte man noch zuvorkommen zu müssen, indem man von der Zeit ein Einlenken der Volksstimmung auf andere Bahnen erwartet. Ob man sich aber darin nicht täuscht? Die Fortschrittspartei wird zweifelsohne bei den Neuwahlen die größten Anstrengungen machen, um noch stärker als jetzt mit denselben Forderungen in die Kammer zurückzukehren. Und was dann? Diese Frage hätte sich, wie die Dinge einmal stehen, das Ministerium schon weit früher vorlegen, weit früher schon einen bestimmten Entschluß fassen und das System des Lavirens aufgeben sollen, das es bisher — wahrlich nicht zu seinem noch zu des Landes Besten — befolgt hat. In diesem Schwanken der Regierung, da liegt eigentlich der wahre Kern des Uebels. Die Fortschrittspartei und auch ein Theil der gemäßigt Liberalen will, daß die Regierung das Königreich Italien anerkenne, also offen mit Oesterreich sich verfeinde, daß sie offen für den kleindeutschen Bundesstaat in die Schranken trete — also für preußische Hegemonie und Oesterreichs Ausschluß aus Deutschland, daß sie endlich, wenn's seyn muß, selbst ein Bündniß mit Frankreich eingehe (um welchen Preis, scheint den Herren noch nicht klar vorzuschweben). Das will nun die gegenwärtige Regierung nicht (wenigstens scheint seit den bekannten Noten das Nichtwollen zu überwiegen); und wenn sie es gerade heraus sagen würde, so hätte sie nicht blos im außerpreußischen Deutschland, sondern in Preußen selbst sicher eine große Partei auch unter den Liberalen auf ihrer Seite; denn man glaube nur ja nicht, daß das Programm der Fortschrittspartei wirklich die Ansichten und Wünsche aller preußischen Demokraten und Liberalen ausdrückt. Aber die Fortschrittspartei hat eben den Vortheil, daß sie ein bestimmtes Programm hat, während die andern Liberalen, die zur Regierung halten möchten, der Fahne entbehren, um die sie sich sammeln könnten, und dadurch hat die Fortschrittspartei den weiteren Vortheil, daß sie sich den Schein geben kann, als repräsentire sie einzig und allein und vollständig den preußischen Liberalismus, und daß sie der Regierung, wenn letztere nicht mit ihr gehen will, das Odium zumißt, als wolle sie überhaupt von der liberalen Richtung sich lossagen und der Reaktion sich zuwenden. Dem könnte die Regierung mit einem Schlag ein Ende machen, wenn sie sich nur einmal entschlösse, in den großen Prinzipienfragen, die oben erwähnt wurden, gerade herauszusagen, was sie will. So lang das nicht geschieht, wird sie immer isolirt stehen, wird allen Verdächtigungen wehrlos preisgegeben seyn, wird schlimmer scheinen als sie ist. Diesen schlimmen Schein vermehrt sie noch durch das eingeschlichte Verfahren, der Fortschrittspartei in andern Dingen, worin alle Liberalen einig sind, feindlich entgegenzutreten, wie z. B. bei dem Hagen'schen Antrag. Es war allerdings, wie jetzt Jedermann weiß, nicht eigentlich dieser Antrag, um dessentwillen der Bruch erfolgte; warum aber, fragen wir, gibt sich dann die Regierung unnöthigerweise den Schein, als widerstrebe sie grundsätzlich einer genauen Kontrole des Staatshaushalts? Warum sagt sie es nicht offen heraus, daß sie die Kontrole nur nicht im Sinn einer Partei geübt wissen will, mit deren letzten Absichten sie und — wir denken — auch ein großer Theil der Nation nicht einverstanden ist? Warum nennt sie das Kind nicht beim rechten Namen? Warum? Weil — so kommt es uns vor — die preuß. Regierung über ihre Stellung zu den Parteien sich selbst nicht ganz klar ist. Sie will nicht mit der Fortschrittspartei gehen, will sie aber auch nicht direkt von sich stoßen, weil sie dieselbe zu diesem oder jenem Zweck doch auch wieder brauchen könnte; sie möchte auch in einem gewissen Grad liberal seyn, aber statt die gemäßigt Liberalen um ihre Fahne zu sammeln, handelt sie so, als wäre der Liberalismus nur bei der Fortschrittspartei zu finden, und indem sie die Einen wie die Anderen von sich stößt, bringt sie sich am Ende in den Schein, als ziehe sie mit der Kreuzzeitungspartei an einem Strang, die ihr doch auch nicht dafür dankbar ist, weil sie wohl weiß, daß in der That die Sachen anders stehen.

Berlin, 13. März. Von Mitgliedern und Gesinnungsgenossen der ministeriellen Fraktion Gradow wird in der „Berl. Allg. Ztg." ein Wahlprogramm veröffentlicht. Darin wird namentlich betont: „die Einheit in der Leitung und Führung der Staatsgeschäfte" als „Bedingung eines starken und gegenstarken Regiments", die „Reform des Herrenhauses", „Ersparungen im Militäretat durch Beurlaubungen, Revision der Grundsätze über die Pensionirungen und überhaupt wo sie ausführbar erscheinen, ohne die Kriegsbereitschaft des Heeres und die Wehrkraft des Landes zu schwächen" u. s. w. Die „Demokrat. National-Zeitung" sagt über dasselbe: „Das Programm ist in der Militärfrage etwas schwach und bietet hier Raum zu Zugeständnissen, welche uns unzulässig erscheinen. Im Uebrigen steht es auf dem Boden der gemeinsamen liberalen Grundsätze, und es handelt sich um die Mittel und Wege ihrer Durchführung. Wenn die Fraktion mit dem letzten Paragraphen des Programms*) wirklich Ernst macht, so wird sie nicht

*) Dieser lautet: „Nur wenn das k. Staatsministerium dem Lande durch die That den Beweis liefert, daß es sich in seiner Gesammtheit zu den bevorstehenden Grundsätzen bekennt, und dieselben zur Geltung bringt, erachten es die Unterzeichneten als die Aufgabe und Pflicht der konstitutionellen Partei, das k. Ministerium zu unterstützen."

Digitized by Google

umbin können, binnen Kurzem ebenfalls in die Reihen der erklärten Opposition einzutreten." Die „Berl. Allg. Ztg.", das Organ der Partei Bodbum, sagt: „In einigen Tagen werden wir voraussichtlich ein liberales, sowie ein halbliberales, sowie ein reaktionäres Kabinet haben; im zweiten wie im dritten Falle gehört die konstitutionelle Partei zur Opposition." Es ist jetzt, meint die „Zeit", so ziemlich entschieden, daß die liberalen Minister sich unter allen Umständen (?) von den reaktionären trennen werden." Wenn es der reaktionären Hälfte des Ministeriums gelingen sollte, sich ihrer Gegner zu entledigen, so würden nach der „Bank- und Handels-Ztg." zum Eintritt aufgefordert werden die Herren Regierungspräsident v. Möller in Köln, Geheimerath Mathis, Oberpräsident Graf Rittberg, und der Präsident der Regierung zu Frankfurt v. Schwerin.

(Das preußische Ministerium nach der Kammerauflösung.) Das Ministerium, indem es die Staatsgeschäfte wieder übernahm, wird sich darüber nicht täuschen, daß es nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses noch viel dringendere Veranlassung als vorher hat, fest, entschlossen, freisinnig in Worten und Werken, dem Volke gegenüber zu treten; es wird sich darüber nicht täuschen, daß es dem Lande wirklich Etwas bieten muß, und wenn auch nach den jahrelangen Verlegen der letzten beiden Monate nicht leicht ein Zweifel an den liberalen Bestrebungen des Ministerium aufkommen kann, so wird man doch dem Lande die Gewißheit geben müssen, daß diese guten Absichten nicht an der Mehrheit des Herrenhauses scheitern können. Eine Umgestaltung dieses Faktors der Gesetzgebung wird eine der ersten Maßregeln seyn müssen. (Aber wird sie es auch wirklich seyn? Wir zweifeln.) Aber nicht darauf allein wird sich die Regierung beschränken können. Große Klassen der Bevölkerung sind darüber mißvergnügt, daß das Militärbudget alle Ueberschüsse des Staates verschlingt und die stärkere Anspannung der Steuerkraft erheischt, während für andere Interessen des Landes nur unzureichend und auf das Allersparsamste gesorgt wird. Die Wissenschaft und Kunst werden kärglich abgespeist; den Schullehrern verleidet man ihren schweren Beruf durch die fortbestehenden Regulative aus der Manteuffel'schen Zeit, aber in Verbesserung ihrer äußeren Lage hat das gegenwärtige System selbst die Energie von Raumers vermissen lassen. Die mittleren Klassen unserer Beamten sind auf ein spärliches Auskommen beschränkt. Man hat einen Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen, von dieser Seite wird uns dahin führen, die Zölle, durch welche unsere Industrie geschützt war, dem Mitbewerb aller anderen Nationen gegenüber bedeutend zu ermäßigen. So sehr dies als Fortschritt zu rühmen, so wenig hat man noch genügend für die Vorbedingungen gesorgt, unter denen solche Konkurrenz, statt nachtheilig zu werden, die Produktion unseres Landes fördert. Wie steht es mit der Oder-Regulirung? Mit der Kanalisation, in der wir so lange keinen Schritt gethan, mit der Abschaffung der Elbzölle? Langsam schreitet die Verwohlfeilerung des Transports auf den Eisenbahnen vor. Gedrückt ist unsre industrieller Unternehmungsgeist, theilweise durch auswärtige Handelsverhältnisse, aber auch durch das Schwankende der inneren Zustände. Würde ein Volk, welches weiß, daß es seine Stellung in Europa zum großen Theil seiner Militärkraft verdankt, um eine Differenz von wenigen Millionen jährlich markten, wenn nicht viele Berufsklassen mit Noth auf das Militärbudget blickten, und wenn ein schwunghafter Betrieb in Handel und Industrie die Mittel reichlicher gewährte? Das Ministerium muß dem Lande zeigen, daß es auch diese Interessen nicht vergißt. Es hat sich diese Verpflichtung auferlegt, indem es von Neuem die Leitung des Staates übernahm und zu sich das Zutrauen aussprach, daß es der Situation gewachsen sey. (D. Ztg.)

Württemberg. Stuttgart, 12. März. Noch selten war eine Versammlung der Mitglieder der Jugendwehr mit ihren Vorständen so zahlreich besucht wie die, welche am letzten Montag Abend im Adelbergerhof abgehalten wurde. Der junge Schott hielt eine Ansprache an die anwesenden jungen Leute, worin er die verschiedenen Vortheile der Theilnahme an diesem Institut gewandt auseinander setzte und zum Eintritt in das Korps der Jugendwehr aufforderte. Sogleich zeichneten sich 42 Jünglinge aller Berufsarten als Theilnehmer ein. Am letzten Sonntag Vormittag ist die Jugendwehr zum ersten Mal wieder ausgerückt, nachdem die militärischen Uebungen, welche die Jahreszeit gestattete, wie Bajonnettfechten und dergl., den ganzen Winter durch fortgesetzt worden waren. (Zeit.)

Kurhessen. Wie es scheint, wird die Haltung der kurhessischen Regierung dem Antrage gegenüber, den Oesterreich und Preußen beim Bundestage eingebracht haben, vorläufig so lange eine zuwartende seyn, bis die Ministerkrisis in Berlin fortdauert. Bereits hatten die Herren Abee, Volmar und Bilmar ihre Demission eingereicht, und war dieselbe auch vom Kurfürsten angenommen worden. Jetzt aber stehen sie vor der Hand im Amte, da der Kurfürst der Hoffnung lebt, daß dem in Berlin eingetretene Umwandlung ihr eine unerwartete Stütze bringen werde.

Baden. Die Lieferung von 6000 Zentnern Pfälzer Tabak auf Rechnung der italienischen Regierung ist dieser Tage dem jüdischen Handelshaus Traumann in Mannheim zugeschlagen worden. Es sind darunter allein 3000 Zentner Deckblätter für Cigarren. Durch diesen umfangreichen Absatz ist die Nachfrage nach besseren Sorten unseres Tabaks wieder lebhafter geworden. Zugleich wurde einer der Vorstände des Mannheimer Handlungshauses, Ed. Traumann, zum Konsul des Königs von Italien für das Großherzogthum ernannt. Wiewohl zur Zeit das Königreich Italien vom deutschen Bund noch nicht anerkannt ist, so erwartet man doch allgemein von unserer Regierung, daß das Exequatur des italienischen Konsuls auf keinerlei Hinderniß stoßen werde. (S. M.)

Oesterreich. Wien, 12. März. (Privat-Korresp.) Der Bericht des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses über die Dotirung der Grüne und Erfolge der seit dem 20. Oktober 1860 ohne Zustimmung des Reichsrathes ergriffenen Finanzmaßregeln gelangt zu dem Schluß, das Haus wolle aussprechen: 1) daß die ministerielle Denkschrift insoferne unvollständig sey, als sie sich auf die Mehrausgabe von Hypothekar-Anweisungen (22 Mill.) und auf die Vermehrung der schwebenden Schuld mittelst Depotgeschäfte (10 Mill.) nicht erstreckt; 2) es theile die Anschauung des Ministerium über die in der politischen Lage Oesterreichs im Jahr 1860 begründete Nothwendigkeit einer außergewöhnlichen Vermehrung des Militäraufwandes; 3) daß die Ausgabe von Münzscheinen durch das nachgewiesene Bedürfniß des Kleinverkehrs, die Erhöhung des Zinsfußes der Hypotheken-Anweisungen durch die Verhältnisse des Zinsfußes überhaupt, das Aufsegen der Steueranleihe endlich durch die allerdings bedauerlichen Verhältnisse gerechtfertigt war, welche es unmöglich machten, das dringende Bedürfniß, sich leuniigst Geld zu schaffen, auf eine für die Staatsfinanzen weniger drückende Weise zu befriedigen; 4) daß die Einführung des Zwangkurses der Banknoten im lombardisch-venetianischen Königreich sich durch den Erfolg als nicht entsprechend erweisen habe; 5) daß die Einstellung der Silberzahlung der Zinsen des Nationalanlehens schon aus dem Grunde bedauerlich war, weil Schwankungen in den Verzinsungsmodalitäten eines Anlehens überhaupt nicht räthlich sind. — Bei Punkt 2, wo die Regierung sich darauf berufen hatte, daß zur Sicherung des lombardisch-venetianischen Königreichs eine Vermehrung der daselbst befindlichen Truppenkörper, daß ferner die Aufstellung und Mobilmachung je einer Truppendivision im südöstlichen Theile Ungarns und in Dalmatien als nothwendig erschien, haben nur 22 Stimmen obige Fassung genehmigt. Eine Majorität von 19 Stimmen erklärte nur, daß sie keinen positiven Anhaltspunkt habe, um der Anschauung des Ministerium über die Nothwendigkeit eines außerordentlichen Militäraufwandes entgegen zu treten.

Großbritannien.

Nach Mittheilungen, welche der „Triester Ztg." von den jonischen Inseln zugehen, soll dort die Aufregung ziemlich groß seyn. Die Blätter führen eine sehr leidenschaftliche Sprache und der enge Zusammenhang mit dem Aufstand in Griechenland unterliege keinem Zweifel.

Nachrichten aus Korfu melden, daß das Parlament der jonischen Inseln eine äußerst stürmische Sitzung abhielt. Mehrere Reden für die Vereinigung mit Griechenland wurden mit Begeisterung aufgenommen. Die Auflösung des Parlaments durch den Lord-Oberkommissär wird erwartet.

Frankreich.

Paris, 11. März. Das dem gesetzgebenden Körper vorgelegte Budget pro 1863 stellt die ordentlichen Ausgaben auf 1,729,897,877 Frs. und die Einnahmen auf 1,745,500,733 Frs. fest, wonach sich ein Einnahme-Ueberschuß von 15,608,556 Frs. herausstellen würde. Die Ausgaben zerfallen in 4 Theile: Staatsschuld und Dotation 666,809,769 Frs., Ministerien 808,014,839 Frs., Verwaltungs- und Einziehungskosten 224,667,829 Frs., Heim- und Rückzahlung 30,405,500 Frs. — Die Pferde- und Wagensteuer figurirt unter den Einnahmen, ebenso der Frachturkundenstempel, Frachturen unter 10 Frs. bleiben unbesteuert. Beifügt sagt die legitimistische „Gazette de France": „Die Nation ist berechtigt, das Gleichgewicht ihrer Rechnungen zu erwarten; aber der (mittelst Steuererhöhung und Vermehrung erzielte) Ueberschuß von 15 Mill.

Digitized by Google

ist ein Luxus, den die Kammer, sicherlich nicht billigen wird." Thatsächlich war die zweite Milliarde in unserem Budget längst überschritten, da die wirklichen Ausgaben in der Regel um einige Hundert Millionen über den Voranschlag hinausgingen; dem Herrn Fould, der bekanntlich zur Einführung von Laparissen ins Finanzministerium berufen worden, wird das Verdienst gehören, zum ersten Male die zweite Milliarde schon im Voranschlage überschritten zu haben. Um dieses Verdienst recht augenfällig zu machen, soll die Ueberschreitung schon im ersten Jahre eine möglichst erkleckliche seyn. Das Budget für 1862 war voriges Jahr Alles in Allem mit einer Ausgabe von 9070 Millionen votirt worden; Herr Fould gebrauchte das Kunststück, sein Budget zu zerlegen, um es geringer erscheinen zu lassen. Man braucht indessen nur einfach addiren zu können, um die wirkliche Summe herauszufinden. Herr Fould verlangt in der That 1730 Millionen für sog. ordentliche und allgemeine Ausgaben; 223 Millionen für Spezial-Ausgaben (Departements u. s. w.) und 98 Millionen für durchlaufende Ausgaben; macht zusammen 2041 Millionen. Da fehlt aber noch das sog. außerordentliche Budget (öffentliche Arbeiten), das bisher auch in dem einen allgemeinen Budget figurirt hatte und das Herr Fould noch nicht fertig gebracht hat; in seinem Berichte vom 20. Januar hat Herr Fould die Ausgaben dieses außerordentlichen Budget für 1863 auf 157 Millionen veranschlagt. Dies zu den obigen 2041 Millionen hinzugefügt, erhält man einen Budget-Voranschlag von nahe an zwei Milliarden und zweihundert Millionen Franken! Wenn man weiß, daß das neue Senatusconsult vom 31. Dezember 1861 die Supplementar-Kredite nur reglementirt, aber nicht ausschließt, daß bereits in den ersten Monaten des Fould'schen Regiments mehrere außerordentliche Kredite bewilligt worden, so kann man kühn annehmen, daß der riesige Voranschlag für 1863 eben so gut wie die Budget-Voranschläge der früheren Jahre ansehnlich dürfte überschritten werden.

Paris, 12. März. Nach dem „Moniteur" hat auf Vorschlag des Kriegsministers der Kaiser von 636 verurtheilten Militärs 413 die Strafe ganz, 213 die Strafe theilweise erlassen. (Civilisten werden nicht so gnädig bedacht.)

" Im gesetzgebenden Körper wurde bei Berathung des die römische Frage berührenden Paragraphen der Antwort-Adresse die Politik der Regierung sowohl von den Klerikalen wie von den Republikanern heftig angegriffen. Beide warfen ihr Doppelzüngigkeit vor. Der Abg. Keller stellte an die Regierung die kategorische Frage, ob sie den Status quo in Rom aufrecht erhalten wolle? Wenn sie dies wolle, so habe sie ihre Vorwürfe einzustecken, mit denen sie Roms Feinde nur ermuthige; dieser aber habe sie fortwährend denen, welche das Papstthum erhalten, wie denen, welche es stürzen wollen, gleichheitig Hoffnung gemacht. Auch Jules Favre klagte über die Doppelzüngigkeit der Regierung: „Ich konstatire, daß die Politik der Regierung doppelzüngig ist, und dies ist die Folge der unglücklichen Expedition nach Rom, die, wie es scheint, Alle, die dabei die Hand im Spiele hatten, mit dem Fluche der Verwirrung geschlagen hat. Wir haben Italien befreit und es war und dankbar, aber man darf diese Dankbarkeit nicht mißbrauchen. Rom gehört zu Italien, halten wir es auf unbestimmte Zeit besetzt, so begehen wir eine schreiende Verletzung eines anerkannten Rechtes, und die Strafe wird nicht ausbleiben. Wenn die französische Tricolore in Rom einen Aufstand niederschlagen müßte, im welche Verlegenheit würde Frankreich gerathen?" Die weltliche Gewalt des Papstes ist von Allen und vom Papstthume selbst verurtheilt; der Regierungsredner hat im Senate erklärt, die römische Bevölkerung sey so aufgeregt, daß die Tiara in dem Momente, wo sie nicht von der Tricolore geschützt wäre, unter die Füße getreten würde. Was thun wir also? Wir vertheidigen eine verhaßte Gewalt, die wir selber verurtheilt haben, wir verleihen ihr den Schein von Kraft, ohne und aber würde sie sofort zusammensinken. Ist eine solche Rolle für Frankreich haltbar?" Schließlich wurde, wie zu erwarten war, Jules Favre's Antrag, die sofortige Räumung Roms von den französischen Truppen zu verlangen, mit allen gegen 10 Stimmen verworfen.

In Marseille sind drei Deputirte der Tschertessen angekommen, die sich nach London begeben, um Englands Schutz gegen Rußland anzurufen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 8. März. Das neueste hier, trotz der Kälte, oder vielmehr wegen der Kälte umlaufende Gerücht, weiß es dazu gemacht ist, die Gemüther zu erhaufstren, ist die Flucht Michailoffs, der auf seinem Transport in die sibirischen Bergwerke entsprungen seyn soll. Ueber das Wie? weiß Niemand etwas Näheres, und doch wäre dies gerade das Curioseste an der Nachricht; denn wie Michailoff es anfangen soll, unentdeckt aus Rußland zu entkommen, wenn er nicht diese und sehr unternehmende Beschützer hat, die ihn verbergen und weiter befördern, darüber fehlt es an Präcedenzfällen. Aus Sibirien kann man entkommen, wenn man sein Ehrenwort brechen will. Das hat Batunin bewiesen, aber auf dem Transporte dahin ist es noch Wenigen gelungen. Wäre es aber wirklich der Fall, so würde ihm die photographische Physiognomie-Karte, welche man ihm verkauft, da er ja von gewissen Leuten für einen politischen Märtyrer gehalten wird, eben so schädlich seyn, als sie seiner Berühmtheit nützlich zu werden bestimmt war.

(N. Pr. Ztg.)

Warschau, 9. März. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß eine Faktion immer noch nicht müde wird, die frühere Aufregung in dieser oder jener Weise zu erhalten und aufzustrichen. So bekam die Regierung im Verlauf der vorigen Woche die Kunde, daß jene Partei in Warschau eine Adresse an den Erzbischof verbreiten wolle, in welcher das milde und herzgewinnende Auftreten desselben scharf getadelt, ihm dagegen diejenige Handlungsweise kategorisch vorgeschrieben würde, welche die Nation von ihm verlange. In Folge dessen bot die Regierung Alles auf, um der Verbreitung dieses aufrührerischen Aufrufs zuvorzukommen. In der That war man auch so glücklich, die Nacht zuvor, ehe dieselbe ausgetheilt werden sollte, in einem Hause der Marschallstraße nicht bloß die ganze Auflage der noch frisch gedruckten Adresse, sondern auch die geheime Druckerei aufzufinden und fortzunehmen. Und da Einer der Theilnehmer an dem Druck sowohl dieser als anderer früherer Aufruhrproklamationen, wie es heißt, in der Person eines Beamten des Kreditvereins festgenommen worden ist, so ist zu hoffen, daß auch dieses im Finstern getriebene Unwesen nunmehr aufhören und die Ruhe bleibend befestigt seyn werde. Der polnische Adel hat bisher immer vom Dach aus gebaut und es bedhalb nie zu einem organischen Staatsgebäude gebracht. Die neuen kaiserlichen Verordnungen legen aber die Fundamente dort, wo sie hingehören, um einen festen Bau aufführen zu können. (A.Pr.Z.)

Volkswirthschaftliches.

Augsburg, 10. März. Der Verein für deutsche Industrie stellt folgende Preisfrage: „In wie weit sind Schutzzölle für den deutschen Gewerbsfleiß eine Nothwendigkeit?" Das für die Preisschrift ausgesetzte Honorar beträgt Einhundert Dukaten. Die konkurrirenden Denkschriften sind in deutschem Manuskripte, verschlossen und bis spätestens Ende Juli laufenden Jahres einzusenden. Am 4. Juni wird der nächste internationale Wohlthätigkeits-Congreß in London eröffnet.

Nichtpolitische Zeitung.

In Zweibrücken fand am 7. d. die Hinrichtung (die letzte öffentliche in der Pfalz) des bei der polnischen Assisensession wegen des an dem Handlungscommis Heinrich Fröhner aus Hirschau in Württemberg verübten Raubmordes zum Tode verurtheilten Friedr. Rösch, ledigen Uhrmachers von Gossenweiler, statt. Bekanntlich hatte er die Urheberschaft der That hartnäckig geleugnet; die Aussicht auf den nahen Tod brach seinen Trotz, und trauthig gestand er nun die Verübung des Verbrechens unter Angabe aller Einzelnheiten zu. (Bayer. Ztg.)

Darmstadt, 11. März. Es ist nun festgestellt, daß das fünfte mittelrheinische Musikfest gefeiert wird, und zwar gegen das Ende August dahier. Die Theaterräume sind dazu bewilligt.

Wie man der „Karlsruher Zeitung" aus dem Schwarzwalde berichtet, verspürte man daselbst am 10. d. M. eine heftige Erderschütterung und bemerkte gleichzeitig im Osten eine große schwarze Rauchsäule, welche sich in kurzer Zeit wieder verzog. Am nächsten Tage ergab es sich, daß die Pulverfabrik zu Rottweil in die Luft gesogen sey.

(Der Journalismus auf den Hund gekommen.) Demnächst soll in Wien eine allgemeine Hundezeitung erscheinen, welche alle Ereignisse, die für Hundeliebhaber interessant seyn dürften, veröffentlichen wird.

In Prag gibt seit einigen Tagen der Selbstmord eines jungen Offiziers viel Stoff zu Stadtgespräch. Die Ursache soll ein Revontre desselben mit einer andern Standesperson bei einem berühmten Theatermitgliede gewesen seyn. Der Pistolenwechsel sollte zum Zweikampf führen; doch statt desselben sollen die beiden jungen Männer sich dahin bestimmt haben, daß derjenige, welcher von ihnen beim Loosen von einer weißen und einer schwarzen Kugel die letztere zieht, sich auch mit einer Kugel das Leben zu nehmen habe.

Digitized by Google

Der Offizier soll die schwarze Kugel gezogen haben. Ob wahr, ob nicht, ist schwer zu bestimmen; wahr ist es nur, daß jener Offizier, welcher das Theatermitglied zu besuchen pflegte, sich durch einen Pistolenschuß das Leben genommen hat. (D. Mil.)

Im Kralgebirge, am Flusse Sinecka, ist neuerdings ein prismatischer Smaragd von seltener Größe gefunden worden; er hat eine Länge von 2½ Zoll und wiegt über 54 Solotnik (96 Solotnik = 1 Pfund).

Neueste Nachrichten.

** München, 14. März. (Privat-Korr.) Aus der acht Druckbogen umfassenden Vollzugs-Instruktion zum Gerichtsverfassungsgesetz theile ich Ihnen zunächst folgende, den staatsanwaltschaftlichen Dienst bei den Stadt- und Landgerichten betr. Bestimmungen mit: 1) bei den Stadtgerichten München r. u. l. D. werden von dem Oberstaatsanwalt am Appell.-Gerichte für Oberbayern im Benehmen mit dem Vorstande der Polizeidirektion München mehrere Beamte der Polizeidirektion; 2) bei den übrigen Stadtgerichten werden von dem Oberstaatsanwalte am Appell.-Gerichte des Kreises im Benehmen mit den betr. Stadtmagistraten, Gemeindebeamten oder Bediensteten, für den Fall aber, daß eine Vereinbarung mit dem Stadtmagistrate nicht zu Stande kommt, die am Sitze der Stadtgerichte befindlichen (bezirksgerichtlichen) funktionirenden Staatsanwalts-Substituten oder geprüfte Rechtspraktikanten mit der Funktion der Staatsanwälte betraut; 3) an denjenigen Stadt- u. Landgerichten und den Landgerichten, an deren Sitze sich Bezirksämter befinden, deren Verwaltung sich auf die betreffenden Gerichtsbezirke ausdehnt, versieht ein Beamter des Bezirksamtes*) oder ein bei derselben als Funktionär verwendeter geprüfter Rechtspraktikant den staatsanwaltschaftlichen Dienst; 4) an denjenigen Landgerichten, an deren Sitze sich Bezirksämter nicht befinden, werden geprüfte Rechtspraktikanten mit dem staatsanwaltschaftlichen Dienst beauftragt, insoferne diese Funktion nicht von dem Oberstaatsanwalte am Appellationsgericht des Kreises unter Zustimmung der gesetzlichen Vertreter der Gemeinde einem Gemeindebediensteten übertragen wird. Die Aufstellung der in Gemäßheit der Bestimmungen unter Ziff. 2 und 4 mit der Funktion des Staatsanwalts an den Stadt- und Landgerichten gegen Beabreichung eines entsprechenden Funktionsbrugges zu betrauenden geprüften Rechtspraktikanten erfolgt durch das Staatsministerium der Justiz.

*) Die Verwaltungsämter haben sonach nicht, wie man bisher annahm, die Bezeichnung Oberämter erhalten.

1* Berlin, 13. März. (Privat-Korresp.) Das Organ der Regierung, die „Stern-zeitung", hatte in seinem gestrigen Leitartikel gesagt: „Die Staatsregierung fordert alle besonnenen Männer des Landes auf, mit vereinter Kraft dahin zu wirken, daß aus den nächsten Wahlen Abgeordnete hervorgehen, welche entschlossen sind, von den Strömungen des Tages sich nicht fortreißen zu lassen, vielmehr mit gereifter und überlegener Einsicht auf sie einzuwirken." Die „Kreuzzeitung" bemerkt dazu: „Diese Sätze acceptiren wir, weil wir aus denselben die Absicht der Staatsregierung herausliesen, diesmal der Wahl konservativer Abgeordnete nicht entgegen zu wirken." Die Grabow'sche „Berl. A. Z." antwortet der Regierungszeitung: „Wahlen in dem Sinne, wie der Artikel der „Sternzeitung" es wünscht, hervorzubringen, liegt jetzt fast ausschließlich in der Hand der Regierung. Das ganze Land, nicht etwa blos die Fortschrittspartei, ist davon überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Herrenhauses von keinem Fortschritt die Rede seyn kann. Da es nun einzig und allein in der Hand der Regierung liegt, dieses Hemmniß unseres Fortschritts verfassungsmäßig zu beseitigen (durch Ernennung neuer Mitglieder), so werden allgemeine Besprechungen bei den Wahlen nicht das Mindeste helfen. Wenn in den nächsten Wochen nichts geschieht, das Land von dem festen und thatkräftigen Willen der Regierung, die nothwendigen Reformen durchzuführen, zu überzeugen, so werden die Wahlen ohne allen Zweifel vielmehr gerade der herrschenden Strömung des Tages folgen." — Es wird versichert, daß eine Proklamation des Königs über die Ursachen der Kammerauflösung und über das, was die Krone von dem Lande bei den Neuwahlen erwartet, erscheinen wird.

Paris, 12. März. Der Wind weht heute scharf aus Italien. Die Finanzkrise wurden benachrichtigt, der neue Finanzminister in Turin, Herr Sella, sey gezwungen, in einem Bericht nach Art des Hrn. Fould die tief zerrüttete Lage öffentlich auseinanderzusetzen, und von dem Land wie von den auswärtigen Freunden oder Gläubigern Italiens neue Opfer zu verlangen. In diesen wohlunterrichteten Kreisen hält man die Finanzlage Italiens noch für bedeutend schlechter als seine politischen Zustände. Die Anarchie oder der Krieg werden hier für unvermeidlich gehalten, je nachdem die Turiner Regierung der Aktionspartei nachgibt oder nicht. Das eigentliche italienische Element ist mehr als je gegen die piemontesische Ausbeutung der nationalen Bewegung und das Patriotismus, sowie gegen Rattazzi eingenommen, welcher allgemein für den Mann Frankreichs gilt. Daher erstaunt man heute keineswegs über die Nachricht: Viktor Emanuel sey in Mailand mit dem Ruf à bas Rattazzi und mit anti-französischen Demonstrationen empfangen worden. Die Rente fiel um 40 pCt. ausschließlich deßhalb. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bösslmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. H.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. H.	73 P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89½ – ⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	80 P.	
„	4½ pCt. „ „	422/4 G.	
„	4 pCt. „ „	—	
„	3 pCt. „ „	—	
Preussen	4½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	104¼ P. 103 G.	
„	4½ pCt. Obl. Ijähr. dto.	103⅞ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-E. dto.	101⅛ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅞ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90⅞ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99 G.	
„	3 pCt. Obl.	93½ G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 30	4⅞ P. 5/8 G	
„	2 pCt. „ „	23½ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99⅜ G.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1117/8 G.
	K. k. Oesterr. National-Bankaktien	702 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173–72½ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	204⅛ G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	80 P. 79½ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	84½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 G.
	Oest. F. St. Kisb. b. pCt. 500 à 428 kr.	235 P.
	„ Elisab.-Kisenbahn b pCt.	110⅜ G.
	„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	76⅜ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	28⅛ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136 P. 124½ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105 P. 104⅜ G.
	Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	63⅛ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Kins.	250 G.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
	„ Credit-Akt. d. Mobil. Pereire .	30⅛ P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.	106⅛ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Kinz.	105½ P.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Kinz.	104¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.		99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.		99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.		105½ B.
Brem. 50 Th. Ldd. k. S.		96½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.		105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.		87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.		105½ P. 104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.		117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.		—
Mail. l. S. L. 250 k. S.		93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.		93⅜ B.
Triest fl. 100 k. W.		—
Wien fl. 100 G. W.		—
do. 2 M. k. W.		—
do. in 8st. W. l. S.		85½ G.
Discosse		3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	96⅞ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	5:7½ G.
„ „ 250 v. 1854 mit pCt.	64½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
„ „ 500 v. 1860 67/	67¼–⅝ G.	„ „ fl. 25 do.	33 P.
„ „ 100 Kisb. L. v. 1858.	111⅛ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beih.	120 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	96⅝ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅜ P.
Badische fl. 35.	55½ P.	Anch.-Gensenh. fl. 7-L.	11¼ P.

Frankfurt, 14. März. Mit Ausnahme von österr. Kreditaktien, welche etwas besser bezahlt wurden, waren Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 75-76.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum: im Hauptblatt, mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 17. März 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. München. Ihre Majestät die Königin hat dem hiesigen Vereine zur Vorsorge für entlassene Sträflinge ein Geschenk von 300 fl. zufließen lassen.

Der Verordnung zum Vollzuge des Gesetzes über die Gerichtsverfassung entnehmen wir noch folgende Bestimmungen: „Stadtgerichte werden in denjenigen Städten errichtet, welche den Kreisregierungen unmittelbar untergeordnet sind.“ Ist mit dem Besitze eines solchen Stadtgerichts der Besitz eines Landgerichts verbunden, so führt das Gericht die Bezeichnung „Stadt- und Landgericht.“ — Im Uebrigen werden die Landestheile diesseits des Rheins in Landgerichtsbezirke eingetheilt. — In Ehesachen der Katholiken wird die Gerichtsbarkeit von den geistlichen Gerichten in dem bisherigen Umfange ausgeübt. — Zur Instruktion und Entscheidung der Ehestreitigkeiten der Protestanten werden die Bezirksgerichte Ansbach und Bayreuth als protest. Ehegerichte erster Instanz bestimmt. In dieser Eigenschaft erstreckt sich die Zuständigkeit des Bezirksgerichts Ansbach über alle in den Bezirken des Konsistoriums zu Ansbach und des Dekanats München, dann die Zuständigkeit des Bezirksgerichts Bayreuth über alle im Bezirke des Konsistoriums Bayreuth protestirenden protest. Ehestreitigkeiten. Der nach der Verord. v. 22. Juli 1806 vorgeschriebene Sühneversuch ist in jeder protest. Ehestreitigkeit von dem Stadt- und Landgerichte vorzunehmen, in dessen Bezirk die Eheleute ihren ständigen Wohnsitz haben. Als gemeinschaftliches prot. Ehegericht zweiter und letzter Instanz wird das Appellationsgericht von Oberfranken bestimmt. — In Berggerichts-Streitigkeiten erkennen die nach Art. 75 des Gesetzes vom 10. Nov. 1861 und den Vorschriften des org. Ediktes vom 14. Sept. 1809 zusammengesetzten besonderen Senate der betreffenden Bezirksgerichte in erster, der Appellationsgerichte in zweiter und des Oberappellationsgerichts in dritter Instanz. — Ueber die Bildung von Handelsgerichten sind besondere Anordnungen vorbehalten. — Die Stadtgerichte, sowie die Stadt- und Landgerichte werden mit einem oder nach Bedürfniß mit mehreren Stadtrichtern, beziehungsweise Stadt- und Landrichtern, dann der ensprechenden Anzahl von Assessoren und Gerichtsschreibern, die Landgerichte endlich mit einem Landrichter, der ensprechenden Anzahl von Assessoren und einem Gerichtsschreiber besetzt. Die Präsidenten, Direktoren, Räthe und Assessoren sämmtlicher Gerichte, dann die Stadt- und Landrichter haben Richtercharakterigenschaft und genießen die ihren Stellen entsprechenden pragmatischen Rechte. Insbesondere werden den Direktoren der Bezirksgerichte alle Rechte der Kollegialstelle eingeräumt. Die Sekretäre und Gerichtsschreiber erlangen mit dem Ablauf des dreijährigen Dienstprovisoriums pragmatische Rechte. Bei Besetzung der Stellen verdienen Sekretäre, welchen vorzugsweise die Besorgung der taxamtlichen Geschäfte zukommt, wird man auf das Vorhandensein der erforderlichen Befähigung hiezu besonderen Bedacht nehmen. Um zur Anstellung als Stadt- oder Landgerichtsschreiber gelangen zu können, hat der Bewerber nebst einem tadellosen bisherigen Verhalten nachzuweisen, daß er entweder die praktische Konkursprüfung bei zum Staatsdienst aspirirenden Rechtskandidaten mit Erfolg bestanden und die Praxis bei den Gerichten festgesetzt, oder wenigstens die Gymnasialstudien vollständig absolvirt und durch langjährige ausgezeichnete Dienstleistung in der Kanzlei oder taxamtlichen Geschäften der Gerichte die Befähigung zu einer Gerichtsschreiberstelle erlangt hat. Bei der ersten Ernennung der Gerichtsschreiber wird man jedoch bei sonst gleichem Nachweise der Tüchtigkeit von dem Erforderniß des Gymnasialabsolutoriums absehen. (Schl. !)

München, 15. März. Die Nichtigkeitsbeschwerde, welche die HH. Wahnschaffe und Gen. aus Nürnberg gegen die Verweisung vor das Schwurgericht wegen Anstiftung und Verbreitung unsittlicher Bilder) erhoben hatten, ist vom obersten Gerichtshof als unbegründet verworfen worden. (N. A.)

Preußen. Berlin, 13. März. Die gesammte liberale Presse Preußens steht mit verschwindenden Ausnahmen auf der Seite der Majorität der aufgelösten Kammer. (Nat.-Z.)

Berlin, 12. März. Der allzeit bereite Witz der Berliner macht sich auch bei Gelegenheit der Auflösung des Abgeordnetenhauses geltend. Als gestern Vormittag die Volksmassen gedrängt auf dem Dönhofsplatze standen, zog ein Herr gravitätisch einen Brief aus der Tasche und las der erstaunten lautlosen Menge ein Telegramm aus Kassel vor, wonach die hessischen Truppen bereits zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte des preußischen Abgeordnetenhauses sich auf dem Marsche nach Berlin befinden. (B.-H.)

51 Mitglieder der ministeriellen Fraktion Grabow, welche gegen den Hagen'schen Antrag gestimmt haben, veröffentlichen eine Erklärung zu ihrer Rechtfertigung. Sie erklären, die Annahme des Antrages für „übereilt“ und sind gewiß, durch ihre Abstimmung weder den Rechten der Volksvertretung etwas vergeben, noch die Interessen des Landes irgendwie gefährdet zu haben.

Das Central-Wahlkomite der Fortschrittspartei hat sich definitiv konstituirt und Hrn. v. Unruh zum Vorsitzenden, Hrn. Virchow zum Stellvertreter, Hrn. Runge zum Schriftführer ernannt.

Die „Frankf. Holzg.“ schreibt: „Das preußische Volk wird ohne Zweifel mit ruhigem Ernste die beginnende Reaktion über sich ergehen lassen. Der Tag der Gerechtigkeit wird kommen für die Herren von der Heydt und Roon, wie er bereits für Schwerin und Auerswald gekommen ist. Denn welche tiefere Demüthigung kann es geben für diese „braven Leute und tüchtigen Musikanten“, die sich vermaßen, unter unablässig scheuem Ausweichen nach rechts und links allmälig vorwärts zu schreiten, welch einen schlagenderen Beweis kann es geben für die Schwäche und Kurzsichtigkeit ihrer Kühlingspolitik, als jene plötzlich über sie gekommene Besetzung eines neuen Ministerpostenteus? Sie übernehmen die schwere Verantwortlichkeit einer Kammerauflösung; sie fassen auf sich die Lächerlichkeit des Manifestes in der „Stenzelzung“; sie ermanen sich bis zur Gehässigkeit von Drohworten an das wahlende Volk; sie geben dem Hof zu Liebe so weit, die Verfassung in Frage zu stellen, und zum Dank dafür erfahren sie eines schönen Morgens, daß der König einen Premierminister über sie gesetzt hat, von dem sie keine Ahnung haben, daß er dazu den Präsidenten der ihnen feindseligsten Junkergesellschaft genommen, und daß ihr Feind und Kollege Herr v. d. Heydt, dieser theure Ueberrest aus Manteuffel-Herrscherzeit, die Ernennung zu unterzeichnen außerstehen ward! Und die Nation steht mit Erstaunen, daß Schwerin, Patow, Auerswald, Bernuth nicht mit einer Entrüstung, die keinen Augenblick Zögerung gestattet, dem Herrenhauspräsidenten ihre Abdankung an den Hof wegen; sie sieht Tage vergehen, während deren Träger dieser Namen erhalten, als Amtsgenossen des Fürsten von Ingelfingen, als Hilfsarbeiter zu einem „Kreuzzeitungs“-Ministerium angelehen zu werden. In der That schneller ist einer politischen Sünde die Strafe niemals nachgefolgt.“

Thüringen. Koburg, 13. März. Der Eberhard'sche „Polizeianzeiger“ bringt heute einen Steckbrief gegen Karl Bollmann. Derselbe wird vom Untersuchungsrichter zu Koburg verfolgt wegen Erpressung, Betrugs und Veruntreuung (Unterschlagung). Der Steckbrief ist früher unter Couvert an die betreffenden Polizeibehörden von ganz Deutschland gesandt worden und wird jetzt veröffentlicht, weil der ursprünglichen Verfolgung wegen Erpressung noch eine solche wegen Betrugs und Veruntreuung nachträglich hinzugetreten ist, und weil man vermuthet, daß Bollmann an eine heimliche Rückkehr aus Kopenhagen — wo es ihm nicht sonderlich gefallen soll — nach Deutschland denkt. (Kob. Ztg.)

Die Regierung von Koburg-Gotha ist schon einigemal in einer Weise aufgetreten, die gegen die anderweitig freisinnige Hal-

Digitized by Google

ung des Herzogs jede Konstitution. Wir erinnern nur an das ministerielle Verbot, da die Landesregierung Freigebung des Druckes gewährt, „Kurhessischland und seine Heimsuchungen“ vor: „daß die Regierung nachfolge und die Regierungsverweserin in dem Herzogthum Koburg und Gotha. Koburg, Verlag von Streit.“ Es ist eine einfache Darlegung des jüngsten Konfliktes. Man befindet sich in dem kleinen Doppelstaat im Falle, an das Eintreten einer Regentschaft zu denken. Nun enthält eine Verfassungsurkunde die Bestimmung, daß der Regent oder Regierungsverweser „protestantischen Glaubens“ seyn muß, — eine Bestimmung, welche an sich unpassend ist, seitdem sie eben existirt. Hierdurch wird es unmöglich, den unzweifelhaft geeignetsten unter den Agnaten für jenen Posten zu gewinnen. In Folge dieses Umstandes schlug die Regierung vor, gerade diesen Agnaten, den katholischen Prinzen August von Koburg-Kohary, durch ein einfaches Gesetz zum eventuellen Regierungsverweser zu ernennen. Der gemeinschaftliche Landtag für die beiden Herzogthümer war damit der Sache nach vollkommen einverstanden; er forderte aber, daß der Gesetzentwurf auch den beiden Einzellandtagen vorgelegt werde, da die Verfassung des Verfahren bei Verfassungsänderungen vorschreibt. Damit erklärte sich die Regierung — unbegreiflicher Weise! — nicht einverstanden! Und wie suchte sie ihre Ansicht zu vertheidigen? „Eine Aenderung der Verfassung sey nicht in Frage, sondern nur — eine einmalige Abweichung von der Verfassung.“ Man traut seinen Augen kaum. Ließe sich auf diese Art nicht in jedem Einzelfalle jede Verfassungsbestimmung illusorisch machen, und somit das ganze Staatsgrundgesetz bei allen Vorkommnissen umgehen, in denen dasselbe etwas unbequem gefunden wird! Der vereinigte Landtag hat seine Schuldigkeit gethan, indem er das Ansinnen zurückwies, auf solche Interpretation einzugehen. Wie die koburgisch-gothaische Regierung, welche für liberal gelten will, auf dieser Veranlassung in einen Konflikt zum Landtag treten mochte, begreife wer kann!

(Frkf. Holz.)

Gotha, 13. März. Die koburg-gothaische Landesvertretung hat die gesetzliche Beschränkung der Militärgewalt auf Grenzen, die mit der Freiheit der Staatsbürger verträglich sind, ernstlich in die Hand genommen. Man macht dabei die unerfreuliche Erfahrung, daß der einst so hellstrahlende Liberalismus der vorigen Regierung am Lichte des über Deutschland aufgegangenen neuen Tages so länger helle und warm erscheint. Zu den Beringungen, unter welchen der gemeinschaftliche Landtag für Koburg und Gotha im vorigen Jahre die am 1. Juli 1862 ins Leben tretende Militär-Hauptkonvention mit Preußen angenommen hat, gehört nämlich auch, daß die dienstlichen Befugnisse der Stabskommandanten, sowie überhaupt der Militärbehörden, den Civilbehörden und der Bevölkerung gegenüber, zuvor durch Gesetz geregelt werden sollen. Die Staatsregierung glaubte dieser Bedingung durch Vorlage des (in einigen Punkten modifizirten) preußischen Gesetzes über den Waffengebrauch und durch eine im Verwaltungswege getroffene Anordnung über das Verhältniß der Ortspolizeibehörde zu dem Militärbefehlshaber zu entsprechen; die Mehrheit der Landtagskommission begnügte sich aber dabei nicht, weil jene administrative Anordnung sachlich den Gegenstand nicht erschöpfe, auch zu jeder Zeit widerrufen werden könne: sie beantragte, die Berathung aller vorgelegten preußischen Militärgesetze auf so lange zu beanstanden, bis die gesetzliche Bedingung wirklich erfüllt sey. Dieser Antrag veranlaßte heute eine ziemlich bewegte Landtagsverhandlung, deren Ergebniß die Annahme des Majoritätsantrags, also eine Niederlage des Ministeriums war. Vorsichtig, aber immerhin bezeichnend genug war die Aeußerung des Staatsministers von Seebach, er würde noch nach der letzten Augenblicke noch an der Hoffnung einer für die Berathung der Militärgesetze sich günstiger gestaltenden Zeit festhalten. Diese kann und will Bestimmtheit behauptet werden, daß unter den Eindrücke der Berliner Nachrichten von den letzten drei Tagen sogar die ganze Militärkonvention abgelehnt worden wäre, wenn sie noch auf der Tagesordnung gestanden hätte.

Waldeck. Arolsen, 11. März. Heute wurde in einer vertraulichen Sitzung des Landtags die Militärkonvention zwischen Preußen und Waldeck mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Gegner der Konvention (Eibrich, Koch, Schäfer) gaben zu dem Protokolle folgende Erklärung ab: „In Erwägung, daß in der beabsichtigten Militärkonvention ein Schritt zur Begründung deutscher Einheit nicht erkannt werden kann; daß vielleicht, aber auch höchstens, Preußens Macht dadurch verstärkt werden würde; daß indessen auch Preußens Regierung nichts thut, Deutschlands Einheit zu begründen; daß auch diese Militärkonvention bei gewissen Eventualitäten sogar in Beziehung auf Erringung deutscher Einheit verderblich werden könne, und in weiterer Erwägung, daß, wenn überhaupt für den Augenblick ein pecuniärer Vortheil für das Land aus der Militärkonvention heraus gerechnet werden könnte, bei Auflhebung derselben offenbar das Land in sehr bedeutenden Nachtheil verfallen würde, erklären die Unterzeichneten, daß sie für Annahme nicht stimmen können.“ (W. Z.)

= **Oesterreich.** Wien, 13. März. (Privat-Korresp.) Abgeordnetenhaus: Finanzminister v. Plener übernimmt den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des außerordentlichen Zuschlages zu mehreren Gattungen direkter Steuern. Dieselbe soll mit dem 1. Mai 1862 in Wirksamkeit treten. Die durch die Erhöhung zu erzielende jährliche Mehreinnahme wird auf 18,600,000 fl. geschätzt. Zugleich legt der Minister das mit der Bank getroffene Uebereinkommen dem Hause vor. Betreffend das Schuldverhältniß des Staates zur Bank, gestatte die Regelung desselben keinen Aufschub; die Bank habe das Recht, die Bezahlung längst fälliger Forderungen an den Staat zu verlangen; ein längeres Hinhalten würde den Kredit der Staatsverwaltung schwächen. (Oho!) Das einzige Zugeständniß, welches der Staat der Bank behufs der Regelung des Schuldverhältnisses bieten könne, sey eine Verlängerung des Bankprivilegium. Die Nothwendigkeit eines Central-Kredit-Institutes mit dem Rechte der Zettel-Emission sey unabweislich; die Regierung habe dieß an diesem Prinzipe festgehalten, ohne der Gründung von Landesbanken, jedoch nicht mit dem Rechte der Zettel-Emission, hinderlich zu seyn. Demungeachtet seien solche bisher nur in Triest und Venedig ins Leben gerufen worden. Die Emission von Staatsnoten wieder aufzunehmen, wäre ein bedauerlicher Rückschritt. Der Minister entwickelt nun einen Plan, nach welchem die Schuld des Staates an die Bank im Laufe der folgenden Jahre vermindert, der Metallschatz der Bank erhöht und die Notencirculation reduzirt werden solle. Diesem zufolge soll sich am Ende des Jahres 1866 der Metallschatz der Bank zu der Notenmenge mit 158 Mill. gegen 384 Mill. stellen und die Schuld des Staates an die Bank Ende 1869 nur noch 17 Mill. betragen. Zur Bedeckung des Deficits hält der Minister ein Anlehen nicht für räthlich, sondern zieht ein unverzinkliches Darlehen von 80 Mill., welches die Bank für die Verlängerung des Privilegium zu leisten hätte, sowie den Verkauf der, der Bank verpfändeten Effecten vor. Damit sey die Reihe der mit dem Vorschlag für 1862 in Zusammenhang stehenden Vorlagen bis auf den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Stempelabgabe abgeschlossen.

Le lion du Quartier latin.

Das Gedicht „Le lion du Quartier latin“, welches von den Studenten in den Tagen der Aufregung gesungen und in vielen tausend Exemplaren durch das Land verbreitet wurde, soll von Viktor Hugo verfaßt seyn. Es scheint den Zweck vollständig zu erfüllen, eine zweite Marseillaise für die Jugend zu werden, weßhalb wir es unseren Lesern mittheilen. Es lautet:

Le lion du Quartier latin.

(Chant des étudiants; air de Mimi-Pinson.)

Non, la Jeunesse n'est pas morte!
Dans sa colère elle a surgi.
Que César garde sa porte,
Le jeune lion a rugi!
Vous ries, parceque'il sommeille;
Prenez garde qu'un beau matin
Il ne s'éveille!
Il ne dort que sur une oreille
Le lion du Quartier latin.

L'étudiant, c'est l'avant-garde
Qui conduit au feu l'ouvrier!
Il n'a pas perdu la cocarde
De Juillet et de Février!
Arcole, Vanneau, noble race
Qui combattics, d'un bras certain,
Les rois en face,
Il bondira sur votre trace
Le lion du Quartier latin!

Dans la nuit qui te couvre, ô France!
On cherche à tâtons l'ennemi,
Nuit de bien longs ans, nuit immense,
Pardonne-nous d'avoir dormi,
Mais vois! dès la première aurore
Comme fidèle à son destin
Il faire encore
Celui que tu veux qu'il dévore;
Le lion du Quartier latin.

Digitized by Google

schlossen. Der Minister sprach ungefähr eine Stunde lang. Persönlichkeiten der hauts finances tauschten mit Aufmerksamkeit seinen Worten auf der diplomatischen Tribüne. Neues enthielt der Vortrag mit Ausnahme der Steuererhöhungsziffern deßhalb nicht, weil die bereits bekannte Transaction mit der Bank als Ausgangspunkt entschieden festgehalten wurde. Der Minister bekämpfte unter anderm auch die von der „Presse“ und einigen föderalistischen Blättern gemachten Vorschläge und aufgeworfenen Bedenken. Er anathematisirte die gefahrvolle Idee einer Staatspapiergeldemission, so wie die vom „Wanderer“ befürworteten Provinzialtellerbanken. In diesem Betracht hatte er offenbar leichtes Spiel. Mit diesen Vorschlägen schossen ihre Urheber so weit über das Ziel hinaus, daß die von ihm beantragte Sanction als ein immerdin preßfrei erwogenes Werk entschieden den Vorrang und auch an Popularität gewann. Die allgemeine Meinung neigt sich nunmehr dahin: der Reichsrath werde in diesem oder jenem Punkte die bessernde Hand anlegen, im Großen und Ganzen aber die Regierungsvorlagen annehmen.

Schweiz.

Der päpstliche Protest gegen das neue Genfer Gesetz, welches die Civilehe auch für die katholischen Gemeinden des Kantons Genf zuläßt, ist vom Bundesrath nach Vernehmung der Genfer Regierung als unzulässig erklärt worden.

Großbritannien.

In jener bekannten Depesche vom Oktober 1860, in welcher Lord Russell den Neapolitanern das Recht zuerkannte, Viktor Emanuel zu Hilfe zu rufen, sobald sie mit den Bourbonen nicht mehr zufrieden seyen, hat England zwar das Prinzip der nationalen Revolutions-Propaganda theoretisch in der unumschränktesten Weise anerkannt; nichts destoweniger findet diese Anerkennung in der Praxis ihre sehr bestimmten Grenzen, wenn es sich um solche Aeußerungen jenes Prinzipes handelt, bei denen britische Interessen in's Spiel kommen. Das ist nicht blos in Ostindien und Neuseeland der Fall, wo weniger zwei Nationalitäten einander gegenüberstehen, als vielmehr die Kultur im Kampfe mit der Barbarei liegt: es fehlt auch in Europa nicht an Punkten, wo John Bull dem Nationalitäten-Schwindel stets mit großer Energie entgegentritt, so oft derselbe Miene macht, sich zu zeigen. Die Repealbewegung Irlands hat das Parlament wahrlich mit seiner sanften Hand niedergehalten, und wie es Gibraltar gegen Spanien bis auf's Messer vertheidigt hat, so dürften auch die Malteser eben nicht auf eine milde Beurtheilung von Seiten Englands zu rechnen haben, wenn sie sich einfallen ließen, den König von Italien um Beistand gegen die Fremden anzugehen. Nirgends aber ist Großbritannien empfindlicher gegen Nationalitäts-Bewegungen als im Orient; eben so sehr, weil dieselben direkt seine Herrschaft über die jonischen Inseln gefährden, als weil sie den Fortbestand der Türkei in Frage stellen. Man weiß, mit welch' furchtbarer Strenge der englische Kommissär 1848 den Aufstand der jonischen Inseln niedertrat. Die im Verhältniß zu der Bedeutungslosigkeit der Erhebung während terroristischen Hinrichtungen und Verbannungen nach den kleinen Felseninseln des Archipels hatten offenbar mehr den Zweck, als Abschreckungsmittel zu dienen, als daß es der Regierung um ein jurisdisches Gleichgewicht zwischen Verschuldung und Strafe zu thun gewesen wäre. Es galt, einer unruhigen und leicht erregbaren Bevölkerung ein allgemein verständliches „vestigia leonis“ in's Gedächtniß zu schreiben, damit sie sich vorkommenden Falls daran erinnere, daß England auf diesem Punkt auch nicht den leisesten Spaß verstehe. Oeffnungsachtel war schon 6 Jahre später wohnend des Krimkrieges die Offnirung des Piräus durch die Westmächte nothwendig, um die Jonier von der Idee abzubringen, den hellenischen Heilenen die Hand zum Angriff auf die Türkei zu bieten. Kaum jedoch war England 1857 in den Krieg mit den Seapoys verwickelt, als auch in Korfu die alte Bewegung auf's neue begann und ein jonisches Parlament nach dem andern aufgelöst werden mußte, weil es die Vereinigung mit Griechenland verlangte. Die vermittelnde Sendung Gladstone's, der nicht gar lange vor dem italienischen Kriege als außerordentlicher Kommissär der Königin Viktoria nach Korfu ging, blieb ohne allen Erfolg; — und die Entstehung des Königreiches Italien, sowie des Staates „Rumänien“; die bald und bald gelungenen Emanzipirungs-Gelüste Serbiens; vor Allem aber der südslavische Aufstand, der sich nun schon seit länger als Jahresfrist in der Herzegowina gegen Omer Pascha behauptet, waren eben so viele Faktoren, um der Agitation auch in Jonien, wenn sie einmal einschlafen wollte, frische Nahrung zuzuführen. Die vierzehn Monate in der Luft schwebende Idee, die unsern gelegene albanische Küste werde das Theater bilden, wo die nationale Propaganda der apenninischen derjenigen der Balkan-Halbinsel die Hand reiche, hielt die Aufregung der Gemüther stets im Gange, und die Insurrektion von Nauplia schrint endlich für Jonien das gewesen zu seyn, was der zündende Funke für eine gefüllte Mine ist. Die sog. Constituante in Nauplia bestreitet die Erfüllung der großherzigen und patriotischen Wünsche der Nation“ — d. h. in erster Linie Vereinigung aller hellenischen Gebiete . . . und dieser Ruf sollte auf den sieben Inseln kein Echo finden?

(Oest. P.)

Italien.

Ratazzi's Verständigung mit der Majorität und der Linken des Abgeordnetenhauses wurde am 12. März Abends durch eine Privatabstimmung besiegelt, in welcher sich 92 gegen 4 Stimmen mit dem Programme der neuen Regierung einverstanden erklärten. Außer der Depesche Thouvenels an Ratazzi über die Genfer Versammlung ist noch von einer Depesche des französischen Ministers des Auswärtigen an Lavalette in Rom die Rede. Thouvenel schickt die Antwortsadresse des Senates, die der französische Gesandte der römischen Kurie mit der Erklärung vorlesen soll, sie möge nicht übersehen, welch ein Nachdruck in diesem fast einstimmigen Wunsche des Senates liege (als ob man nicht wüßte, daß die Herren Senatoren genau so reden, wie der Kaiser es haben will); die römische Kurie möge die Rathschläge wohl erwägen, die ihr von der kaiserlichen Regierung ertheilt würden. Thouvenel sagt hinzu, bei Uebersendung der Antwort-Adresse des gesetzgebenden Körpers hoffe er zugleich neue Instruktionen für die französische Gesandtschaft in Rom schicken zu können. Es deutet Alles darauf hin, daß der Kaiser noch einen letzten Versuch machen will, Antonelli's Non possumus zu beseitigen.

Genua, 10. März. Der gestrigen Generalversammlung der Rüstungsvereine wohnten ungefähr 270 Vertreter bei. Den wesentlichen Inhalt der Eröffnungsrede haben wir bereits mitgetheilt. Campanella, der nach Garibaldi das Wort nahm, erklärte: die Versammlung sey berufen, den Grund jener furchtbaren Volksphalanx zu legen, welche im Jahre 1848 Wunder wirkte, und in unsern Tagen durch den Marsch von Rieta di Quarto nach Gaeta

---

Riboteurs de la grande orgie,
Au fond du bouge impérial,
Le jour fait pâlir la bougie
De votre nuit de carnaval.
L'aigle à la mine effarouchée,
Il prendra cet aigle hautain
Et sa nichée
Et n'en fera qu'une bouchée,
Le lion du Quartier latin.

Si jamais cette gent aiglonne
Jusque chez nous vient nous braver;
A l'Odéon, à la Sorbonne
Si son cynisme vient baver,
Le vieux Nisard qui moralise,
Le jeune About, ce calotin
De votre Eglise,
Verront, s'il faut, qu'on le méprise,
Le lion du Quartier latin.

Las de vos trompeuses paroles
Le peuple au „Moniteur“ qui ment,
Jette, par la voix des Ecoles,
Un troisième avertissement
Désabusé de votre crime,
Il montera sur l'Aventin,
Lui qu'on opprime,
Et lâchera sur votre crime
Le lion du Quartier latin.

Pauvre peuple, cinq rois à peine,
Qu'en ce siècle il a dévorés,
(Court régal pour sa longue haine)
Sont depuis longtemps digérés!
Il est temps qu'il meure ou qu'il parte
Celui qui du dernier festin
Paiera la carte!
Il veut manger du Bonaparte,
Le lion du Quartier latin!

Digitized by Google

die Welt in Erstaunen setzte. Als der Sohn desselben müsse der große Führer stehen. „Wir müssen uns innerhalb der Grenzen der Verfassung organisiren, waffnen und der Welt zeigen, daß Europa nicht Frieden haben wird, bis Italien seine Hauptstadt besitzt."

Die Mittheilung Natazzi's im Turiner Parlamente, daß Baden das Königreich Italien anerkannt habe, möchte vielleicht darauf zu beschränken seyn, daß Baden einem Herrn Traumann in Mannheim als italienischen Konsul das Exequatur ertheilt hat. Eine so gestalte Anerkennung möchte schon mehrere deutsche Staaten ausgesprochen haben, bestimmt wissen wir es z. B. von Bremen.

(Tel.-z. Zeit.)

Rom, 8. März. Die Entdeckungen, welche die Polizei im Hause eines gewissen Venanzi machte, sind nicht so bedeutend, als man Anfangs glaubte. Sie beschränken sich auf Korrespondenzen mit Emigrirten und den umbrischen Vereinen, und auf Rechnungen über Auslagen für Leute, die man mit 3 Paoli pro Kopf bezahlte, um bei Demonstrationen zu figuriren. Auch ist die geheime Presse nicht in jenem Hause gefunden worden. Man hat demnach eine Menge von Verhaftungen gemacht, und selbst Frauenzimmerchen und Juden aus dem Ghetto eingezogen, weil sie die Bibeln Diodati's in Umbrien eingeschmuggelt haben. Indeß die aufgehobenen Römer gebheint nur dem niedern Volk an das eigentliche regierende Nationalkomité ist weder kompromittirt, noch entdeckt worden, und die Römer verschern mit schlauem Lächeln, daß es sich in viel zu hohen und wohlverschanzten Regionen befinde, als daß es der nachforschenden Polizei erreichbar sein könnte.

(Mal.-Ztg.)

Griechenland.

Die Turiner „Gazetta" gibt unter allem Vorbehalt die ihr aus Paris zugegangene Nachricht wieder, es sey das Tuilerienkabinet mit der britischen Regierung dahin übereingekommen, ein Geschwader vor Nauplia zu schicken, um die Blokade zwischen diesem Platz und dem übrigen Griechenland herzustellen und so die Insurgenten zur Kapitulation zu zwingen. Den von ihr selbst erklärten Blokadezustand hat die griechische Regierung den Mächten bereits angezeigt. Nach der „Patrie" soll die griechische Geistlichkeit zum Theil in den Aufstand verwickelt seyn. So werde bestimmt versichert, daß der Bischof von Tripolitza die Fahnen der Empörer eingesegnet habe. — In Athen ist am 6. März ein Hauptmann von Generalstabe verhaftet worden, welcher unter den bestigen Kretensern Werbungen anstellte. Die früher Verhafteten werden nach der Insel Thermia abgeführt.

Syra, wo jetzt auch ein Militäraufstand ausgebrochen ist, ist eine der Hauptshandelsplätze Griechenlands. Wiewohl die ganze Insel nur etwa 2 Quadratmeilen im Umfange hat, so ist sie doch durch ihre Lage, durch den herrlichen Hafen ihrer Hauptstadt Hermopolis, die allein an 40,000 Einwohner zählt, wohl der bedeutendste kommerzielle Platz im Osten des mittelländischen Meeres. Sie bildet eine Hauptstation für die zwischen Marseille und Konstantinopel verkehrenden Dampfer. Ihr Beispiel ist daher von Wichtigkeit.

(Ost. B.)

Volkswirthschaftliches.

München, 14. März. Der Geschäftsbericht der Administration der bayer. Hypotheken- und Wechselbank pro 1861 enthält u. A. auch den Banknoten- und Kassa-Konto, nach welchem die Hauptkasse der Bank Ende 1860 mit einem Kassenbestand von 3,342,381 fl. 44 kr. schloß, und im Jahre 1862 im I. Semester eine Einnahme von 30,857,282 fl. 42 kr., im II. Semester von 36,389,355 fl. 10 kr. hatte, mithin Gesammteinnahme: 71,089,022 fl. 36 kr. Die Hauptkasse hat dagegen ausgegeben: im I. Sem. 31,066,438 fl. 35 kr., im II. Semester 36,570,667 fl. 9 kr., = 67,637,105 fl. 44 kr. und blieb demnach am Jahresschluß ein Kassabestand von 3,451,916 fl. 52 kr. Es ist dieser Kassabestand wohl geringer, als bei am Schlusse des Vorjahrs, allein er ist ein Zeichen der fortdauernden Geschäftsbelebung, und doch immer noch ein sehr hoher.

(N. M. Z.)

Mit dem 15. d. Mts. traten in Roschach und Rom ans Horn bayerische Eisenbahn-Güter-Expeditionen in Wirksamkeit.

Der direkte Verkehr zwischen Bayern und Hannovre (für Personen und Güter) ist nach Streinbarung vom 15. Februar l. J. auf Gerstenstände und Bremerhafen ausgedehnt worden.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. März. Der Jubilar Geh. Rath v. Ringseis war vorgestern zur Tafel Sr. Maj. des Königs Ludwig geladen, wobei der König ihm als seinem ehemaligen Kollegen und innern Anhänger, dem gelehrten wie ebenso rechtschaffenen Manne" einen Toast ausbrachte. Gestern Vormittags begab sich eine Deputation der Universität, den Rektor magnificus an der Spitze, in die Wohnung des Herrn v. Ringseis und überreichte ihm zur Feier seines 50jährigen Doktorjubiläums eine Glückwunschadresse. Heraus folgten die von der Akademie der Wissenschaften durch einige Repräsentanten dargebrachten Huldigungen, worauf von Seite des ärztlichen Vereines Herrn von Ringseis eine eigens für dieses Fest gefertigte Medaille überreicht wurde. Heute Freitag. Prof. Ringseis erhielt zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum von Sr. Maj. dem König das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone.

Bayreuth, 13. März. Gestern versuchte sich ein Chirurgleger zu erschießen; er scheint jedoch dabei den Kopf zu sehr rückwärts gebogen zu haben, so daß die unterhalb des Kinns angesetzte Kugel nicht in den Kopf, sondern unter dem Auge seitwärts der Nase durch den Backen wieder hinausging, und die Erhaltung des Lebens gesichert scheint.

Der Weimarische Landtag hat für das germanische Museum zu Nürnberg aus der Staatskasse eine Unterstützung von 60 Thaler bewilligt.

§ Frankfurt, 14. März. (Privat-Korresp.) Die Zeichnungen unserer Einwohnerschaft zur Deckung der Kosten für das im Juli stattfindende großartige Schützenfest haben die Summe von 80,000 fl. erreicht. — Unsere gestrige Versammlung hat durch einstimmigen Beschluß der Gothesstiftung in Weimar einen jährlichen Beitrag von 100 Thaler bewilligt. Die zehnte Generalversammlung der Aktionäre der Frankfurter Bank wird am 20. März Nachmittags 4 Uhr im Saale des „Holländischen Hofes" dahier stattfinden. — Unsere diesjährige Ostermesse beginnt für den Groß- wie für den Kleinhandel am Mittwoch den 9. April und endigt mit Dienstag den 29. April; für Leder beginnt dagegen die Messe erst am 16. April.

Der Millionär Revoltella gab in seinem mit königlicher Pracht ausgestatteten Palast zu Triest einen glänzenden Ball zu dem Eintrittspreise von 15 Gulden. Die Honneurs machte die Gattin des Statthalters Baron Burger. Der Ertrag des Balles wurde den Nothleidenden in Istrien zugewendet.

Neueste Nachrichten.

† Berlin, 15. März. (Privat-Korresp.) Während das Ministerium die an das Land zu erlassende Proklamation bereits dreimal berathen hat, und noch immer nicht zur Feststellung derselben gelangt ist, hat das Central-Wahlkomite der deutschen Fortschrittspartei seinerseits bereits heute Morgen seinen Aufruf an das Land erlassen. Die Regierung hätte ihre Proklamation, wenn sie mit derselben etwas ausrichten wollte, bereits am Tage der Kammereröffnung erlassen müssen; jeder Tag, den sie verliert, ist für sie eine schwere Einbuße. Aber gerade dieser Umstand, bewegt den Zwiespalt des Ministeriums.

Hanau, 15. März. Wiewohl die Regierung bereits die mißliche Erfahrung gemacht hat, daß man weder hier noch anderwärts im Lande geneigt ist, auf Gegenstände zu bieten, welche man den „übrigen" Steuerpflichtigen abgeschlagen hat, so will man doch noch einmal einen öffentlichen Verkauf solcher Objekte etklären. Dieselbe sind es aber nicht Heiligenbilder, die unter den Hammer kommen sollen, sondern goldene Ohringe, Uhrketten, Brochen, Taschenuhren ꝛc., die man in der bekannten Weise an sich gebracht hat. Indem die hiesige Rentkrei Termin zum öffentlichen Verkaufe dieser Mobilien auf den 21. d. M. anberaumt, verbindet sie damit die Bemerkung, daß für den Fall unzureichender Gebote und dadurch nicht erfolgtem Zuschlages dieselben demnächst an einem andern Orte zum Verkaufe gebracht werden würden. (N. Fr. Z.)

§ Wien, 15. März. (Privat-Korresp.) Daß sich die päpstliche Regierung neuerdings an das hiesige Kabinet gewendet hat, um durch seine Vermittlung auf die französische Regierung einzuwirken, ist unrichtig. Es scheint überhaupt, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und der Curie in letzterer Zeit viel von ihrer Intimität eingebüßt haben, welche sie noch vor einem Jahre auszeichnete.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Staatsbibliothek in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 77. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 18. März 1862.

Deutscher Bund.

Wie den „L. N." mitgetheilt wird, beabsichtigt die großherz. hessische Regierung einen Antrag am Bunde, wonach zur Durchführung des Bundesbeschlusses vom 6. Febr. d. J., betreffend eine allgemeine deutsche Civilprozßordnung und ein gemeinsames deutsches Obligationsrecht, eine Versammlung von Abgeordneten der einzelnen Landtage zur Begutachtung der betreffenden Entwürfe zu berufen, vorerst aber am Bunde selbst ein Ausschuß zu wählen seyn würde, um hierzu die erforderlichen nähern Vorschläge zu machen.

Bayern. Auszug aus der Verordnung zum Vollzuge des Gerichtsverfassungsgesetzes. (Schluß.) Als Jahresbesoldungen beziehen bei dem Oberappellationsgericht der Präsident 7000 fl., der erste Direktor 4000, der zweite Direktor 3500, die übrigen Direktoren je 3000, acht Räthe je 2800, siebenundzwanzig Räthe je 2500, die übrigen Räthe je 2200, sechs Sekretäre in zwei Besoldungsklassen je 1400 und 1200, ein weiterer Sekretär 975 fl.; bei den Appellationsgerichten die Präsidenten je 5000 fl., die ersten Direktoren je 3000, die zweiten Direktoren je 2500, die Räthe in drei Besoldungsklassen je 2200, 2000, 1800, die Assessoren in drei Besoldungsklassen je 1600, 1400, 1200, die Sekretäre in vier Besoldungsklassen je 1200, 1000, 900 und 825 fl. (die Besoldung der zweiten Direktoren kann gegebenen Falls auf 2800 fl. erhöht werden); bei den Bezirksgerichten die Direktoren in drei Klassen je 2200, 2000 und 1800, die Räthe in drei Klassen je 1600, 1400 und 1200, die Assessoren in drei Klassen je 1000, 900 und 800, und die Sekretäre in zwei Klassen je 800 und 700 fl.; bei den Stadt- und Landgerichten die Stadt- und Landrichter in drei Klassen je 1600, 1400 und 1200, die Assessoren in drei Klassen je 1000, 900 und 800, die Gerichtsschreiber in drei Klassen je 700, 600 und 500 fl. Wird einem Stadt- oder Landrichter eine Dienstwohnung eingewiesen, so hat derselbe hiefür jährlich 80 fl. als Miethzins zu entrichten. Die Staatsanwälte sind Verwaltungsbeamte und es finden auf sie die allgemeinen Vorschriften über die Verhältnisse der mit mit dem Richteramte bekleideten Staatsdiener Anwendung. Den auf dem Richteramt in den staatsanwaltschaftlichen Dienst übertretenden Beamten bleiben jedoch die von ihnen zur Zeit des Uebertritts erworbenen Rechte bezüglich der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse vorbehalten. Der Generalstaatsanwalt 4000, die Oberstaatsanwälte je 3000 fl., die Staatsanwälte an den Bezirksgerichten in drei Besoldungsklassen je 2000, 1800 und 1600 fl. Von den Substituten beziehen die des Generalstaatsanwalts je 2500 fl., die der Oberstaatsanwälte in drei Besoldungsklassen je 2000, 1800 und 1600 fl., die Substituten der Staatsanwälte an den Bezirksgerichten in drei Klassen je 1400, 1200 und 1000 fl. Die Staatsanwälte an den Bezirksgerichten sind bezüglich der Vorrückung in höhere Besoldungsklassen den Substituten der Oberstaatsanwälte gleichgestellt. Die funktionirenden Staatsanwaltssubstituten an den Bezirksgerichten erhalten einen Funktionsbezug von jährlich 700 fl. Sämmtliche bei den Stadt- und Landgerichten mit den Geschäften des staatsanwaltschaftlichen Dienstes beauftragten Personen (l. Nr. 74 d. Bl.) führen in dieser Eigenschaft die Bezeichnung „Vertreter der Staatsanwaltschaft bei dem Stadt- oder (und) Landgerichte." Aus den Schlußstimmungen der Verordnung ist hervorzuheben, daß über die Organisation des ärztlichen Dienstes bei den Gerichten, kann über die Behandlung der Competabilitäts- und Finanzgegenstände, so wie des Depositenwesens bei denselben besondere Anordnungen erlassen werden sollen. Ebenso wird über die Geschäftsbehandlung bei den Gerichten und Staatsanwältern eine besondere Instruktion erlassen werden. Die bei dem Oberappellationsgericht, bei den Appellationsgerichten und Bezirksgerichten bisher angestellten Präsidenten, Direktoren, Räthe, Assessoren und Sekretäre, dann die bisher angestellten Staatsanwälte an diesen Gerichten werden, so weit nicht etwas anders verfügt wird, in ihren bisherigen Stellen und Bezügen bestätigt. Ebenso verbleiben die in dem Kanzlei-, Expeditions- und Taxamts-, dann Registraturdienst der bezeichneten Gerichte angestellten Beamten und Diener bis auf weitere Verfügung in ihren bisherigen Stellen und Bezügen.

Speyer. Nach einem gestern eingetroffenen Reskript hat Se. Maj. der König den Ankauf des Carlsberger Hofgutes nebst allen Zugehörungen, worunter 646 Tagw. Grundstücke, für das Staatsärar um die Summe von 70,000 fl. genehmigt und ist die Staatskasse angewiesen, diesen Betrag sofort an den Verkäufer, Hrn. Jacharias von Lingenthal, auszubezahlen. (Pf. Z.)

Preußen. Berlin, 14. März. Die Agitation der Fortschrittspartei für die nächsten Wahlen beginnt bereits. Gestern ist ein Sendschreiben an die Urwähler und Wahlmänner abgegangen, welches einen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Abgeordneten und ihre Stellung zu den verschiedenen Tagesfragen enthält. Ebenfalls wurde bereits das Central-Wahl-Komité der deutschen Fortschrittspartei organisirt, die allen Mitglieder bestätigt, neue gewählt und erhebliche Summen für die Zwecke des Komité gezeichnet. Viele Abgeordnete dieser Partei verbleiben in Berlin und betheiligten sich an der Organisirung von Bezirksvereinen der Fortschrittspartei, deren Zahl bis auf achtzig erhoben werden soll und die unter mannichfachen Titeln und theils wissenschaftlichen, theils gesellschaftlichen Mitteln den einzigen Zweck im Auge haben, die Wahlen der bisherigen Vertreter Berlins zu sichern. Wir wohnten gestern Abend der Sitzung eines solchen Vereins im 2. Wahlbezirke bei, in welchem die notablen Volksführer Dr. Löwe (von Kalbe), die Abgeordneten Prince Smith, Dr. Faucher und Michaelis die Rednerbühne bestiegen. Daß die Ministerkrisis und ihre Folgen Gegenstand der entschiedenen Reden waren, ist selbstverständlich und Dr. Faucher erörterte dieselbe in kaustischer Weise unter großem Beifall des Vereins. Dr. Löwe, der die politische Arena im wiedergefundenen Vaterlande betritt, sprach über die amerikanische Krisis. Wie wir vernehmen, soll Dr. Löwe in Berlin aufgestellt werden und die Wahl des letzten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung wäre keine geringe Demonstration Berlins in der deutschen Frage. Außerdem beabsichtigt die Fortschrittspartei mit einer zweiten Demonstrationswahl gegen die Politik im Innern aufzutreten und Dr. Johann Jacoby aufzustellen. Wie die vorherrschende Stimmung der Hauptstadt im Momente sich kund gibt, so dürfte es keinem Zweifel unterworfen seyn, daß ähnliche Wahlen geschehrt erscheinen. Es ist ganz richtig bemerkt worden, daß die Regierung in einer Frage (die Specialfrage der Etats) die Segel strich, weil sie den Sturm in der Militärfrage kommen und sich untergehen sah.

Das Organ der (gemäßigt liberalen, bisher ministeriellen) Partei Gradow, die „Berl. Allg. Ztg." erklärt: „Auch in dem Fall, daß wir mit der Fortschrittspartei gemeinsam auf den Oppositionsbänken sitzen, daß die Fortschrittspartei gemäßigt auftritt, und daß wir in den meisten Fragen zusammen stimmen können, wollen wir eine getrennte Partei bilden; gleichwol ob diese Partei numerisch stark oder schwach im Landtag auftritt."

Auch die feudale „Kreuzzeitung" wendet sich an ihre Parteigenossen mit der dringenden Aufforderung, bei den neuen Wahlen „die Hand nicht zurückzuziehen vom Pfluge, sondern alsbald und mit voller Kraft das Werk anzufassen". Man arbeite ja nicht um Lohn und Beifall, nicht für diesen oder jenen Minister, sondern für das preußische Königthum und das preußische Vaterland.

† Berlin, 15. März. (Privat-Korresp.) Von dem Central-Wahlkomité der deutschen Fortschrittspartei ist ein Aufruf erlassen worden, welcher Folgendes sagt: „Gegen die reaktionäre Feudalpartei haben die Wahlen des vorigen Jahres unwiderruflich entschieden. Im unversöhnlichen Widerspruch mit den lebendigen Kräften unserer Zeit wird diese Partei, die nie den Staat, sondern

Digitized by Google

nur ihre Geltung im Staate will, durch die Wahlen und mit dem Willen des Volks niemals wieder in Preußen regieren. Sie ist nichts, sobald sie nicht von der Macht der Regierung künstlich gestützt und getragen wird. Aber die Hoffnungen auf ein energisches Fortschreiten, welche sich an die Wahlbewegung des vorigen Jahres knüpften, haben sich nicht verwirklicht. Die Männer, denen Se. Majestät der König im Jahre 1858 unter den freudigen Erwartungen seines Volks die Regierung anvertraute, haben weder mit dem Abgeordnetenhause von 1859, über dessen Mehrheit sie verfügen könnten, noch mit dem von 1862, welches entschieden liberal, jedem liberalen Streben des Ministeriums zu unterstützen bereit war, die Bahn der Reformen betreten, welche die freiheitliche Entwicklung unseres Staates sichern und aus der ungewissen Uebergangszeit eines beginnenden Verfassungslebens zu den festen Formen eines geordneten Rechtsstaates führen sollten. Die Verheißungen eines zeitgemäßen Ausbaus unserer noch in den wesentlichsten Punkten unvollendeten Verfassung und einer Wiederanknüpfung der Gesetzgebung an die große Zeit der preußischen Wiedergeburt sind nicht erfüllt worden. In der Gesetzgebung und Verwaltung kann das Haus der Abgeordneten für den Augenblick wenig erreichen. Sein unmittelbarer Einfluß auf diesen Gebieten ist gering. Seine Einwirkung wird mit Eifersucht und Mißtrauen betrachtet. Aber eine entscheidende Macht hat es in der Kontrole über die Geldmittel des Landes. Hier hat es daher die unabweisliche Pflicht, diese Kontrole unbeirrt nach bestem Wissen und Gewissen zu üben, sie nicht zu einem leeren Schein werden zu lassen, durch ihre Handhabung auch auf andere Normen hinzuwirken. Die Regierung erhebt noch überall den Anspruch, ihren Willen allein entscheiden zu sehen, macht noch überall den absolutistischen Vorbehalt, ihrerseits jedes Zugeständniß an die Volksvertretung zu versagen, keine Schranke ihres Gutbefindens anzuerkennen, die Nachgiebigkeit immer nur von der andern Seite zu verlangen ... Wie sind überzeugt, daß die Regierung sich weder auf einem gebrüchten Wege, noch im Einklang mit der Einsicht und dem Willen des Volks befindet, wenn sie durch die neuen Militäreinrichtungen die wirthschaftlichen Kräfte des Landes übermäßig anspannt, wenn sie daneben den geistigen und materiellen Interessen die freie Entwicklung versagt, welche die Spannkraft des Volkes erhöhen würden, und wenn sie für die übergroßen Lasten nicht einmal durch die Erfolge einer volksthümlichen und nationalen Politik entschädigt ... Wie erinnern an die laute Zustimmung, die wir bei den letzten Wahlen in allen Theilen des deutschen Vaterlandes fanden, die sich auch jetzt für die Schritte der Volksvertretung ausspricht. Ueberall sind die Augen erwartungsvoll auf den Ausgang gerichtet. Die Feinde Preußens hoffen auf eine lähmende Zwietracht des begonnenen Kampfes. Das deutsche Volk aber, welches wohl der preußischen Regierung, nicht aber dem preußischen Volke entfremdet werden kann, weiß, daß die Zukunft Preußens nur in der einheitlichen Entwicklung liegt, und daß diese in Preußen für ganz Deutschland gesichert werden muß." (Da guckt der kleindeutsche Bundesstaat heraus — der faule Fleck im Programm der Fortschrittspartei.)

Am vorigen Freitag haben die liberale Mehrheit und die reaktionäre Minderheit des preußischen Ministeriums sich gegenseitig ihr Programm mitgetheilt, worauf beide Aktenstücke zur Auswahl der Krone vorgelegt worden sind. Mit dem einen setzen und fallen von Auerswald, von Patow, Graf Schwerin, Graf Bückler und von Bernuth; mit dem andern Fürst Hohenlohe, von der Heydt, von Roon und Graf Bernstorff. Die Minderheit wird wohl siegen. Es wird dann besonders interessant seyn zu sehen, wie Graf Bernstorff es anfängt, eine erfolgreiche auswärtige Politik aus innerem Stillstand oder Rückschritt hervorzuzaubern.

Berlin, 15. März. Rücksichtlich der neulich hier getroffenen Vorsichtsmaßregeln wird der „Nh.- u. N.-Z." von hier gemeldet: „Sie werden bemerkt haben, daß das amtliche Blatt, welches dem Staate, nebenbei gesagt, jährlich 32,000 Thlr. kostet, bis heute noch nicht in der Lage war, den braunrubigenden Gerüchten in Betreff der hier getroffenen militärischen Vorsichtsmaßregeln zu widersprechen. Diese Gerüchte wurden in der Provinzialund in der hauptstädtischen Presse vielfach ventilirt; verschiedene Blätter forderten die Regierung zu Erklärungen auf; — die Regierung gab die Erklärungen nicht, die „Sternzeitung" blieb stumm. Die Regierung konnte jene gewünschten Erklärungen nicht geben, weil die Gerüchte eben auf Thatsachen beruhen. Die Reaktion hat ihren ganzen Heerbann aufgeboten und ein großes und dichtes Intriguennetz um den König gelegt. — Man stellt demselben vor, es gehe eine große demokratische Verschwörung durch das ganze Land, eine Verschwörung, die gegen den Bestand des Thrones und die geheiligte Person des Königs gerichtet sey; die Häupter dieser Umsturzpartei säßen im Abgeordnetenhause, sie leiteten die revolutionäre Bewegung und von ihnen würde das Signal zu einem Coup ausgehen. Ja, man soll sich sogar erfrecht haben, das Leben des Königs als bedroht darzustellen und demselben den Rath zu ertheilen, seine Residenzwohnung zu verlassen. Nachdem man so das Gespenst einer revolutionären Handstreichs künstlich heraufbeschworen, hielt es nicht schwer, die Patronengeschichte in Scene zu setzen, das sind die Mittel, durch welche die Reaktion zu siegen versucht: man erfüllt das Gemüth unseres Königs mit bittern Bittern, ängstigt und schreckt ihn mit einem Volke, wie es kein treueres und loyaleres gibt, noch geben kann. Mit Hoffnung und Vertrauen blickt man auf die Bemühungen der Königin, die namentlich in den letzten Tagen häufig die Maschen des reaktionären Intriguennetzes zerrissen, den reaktionären Umtrieben ein Schach geboten hat.

Die „Magdeb. Korresp.", ein „Kreuzzeitungs"-Filial, sagt über die Flucht der HH. v. Sodde und Putzki u. A.: „Wird auch weder ein Soldat, noch irgend ein Ehrenmann den Schritt beider Offiziere gut heißen, noch das Gesetz ihn rechtfertigen können, so steht doch unzweifelhaft fest, daß es nur die gehässigen Ausfälle der demokratischen Presse gewesen sind, welche die Ursache dazu wurden, daß Offiziere, die im Punkte der Ehre bisher streng und gerade dachten, sich zu einer „solchen Deutung ihres Wortes"" bequemten." Die demokratische Presse wird auch wohl Schuld daran seyn, wenn einmal Zemand in Magdeburg verrückt werden sollte.

Berlin, 15. März. Wie der „Publizist" erzählt, wurden dieser Tage in einem bekannten Tanzlokale den Militärpersonen zehn Silbergroschen Entree abgefordert, während die Civilisten nur fünf Silbergroschen zu bezahlen brauchten. Als Ursache erklärte der Wirth den 25proz. Steuerzuschlag, den er für das Militärbudget zahlen müsse!

Kurhessen. Kassel, 11. März. Das Ministerium hat in einem Erlaß die Polizeibehörden angewiesen, „eine Berichtigung der verleumderischen Angriffe, welche seitens der Presse gegen die Organe des Staats und der Kirche in Kurhessen in neuerer Zeit in gehäuftem Maße vorkommen, überall da zu begehren und zu verantworten, wo ein solcher Angriff zur Kenntniß derselben kommt." Die Polizei dürfte in dieser Beziehung eine ausgedehnte Thätigkeit zu entwickeln haben. Nur fragt es sich zunächst, was man unter „verleumderischen" Angriffen versteht.

§ **Oesterreich.** Wien, 15. März. (Privat-Korrespond.) In einer Wiener Correspondenz der „A. Allg. Z." wurde vor Kurzem gemeldet, daß die russische Regierung in einer Note die griechische Bewegung auf das entschiedenste mißbilligt habe. Diese Mittheilung ist, wie ich Ihnen auf das Bestimmteste versichern kann, falsch, das russische Cabinet hat eine solche Note nicht erlassen, es hat vielmehr die Zurückhaltung, die es von allem Anfange an in dieser Angelegenheit beobachtete, bis jetzt nicht aufgegeben. Uebrehaupt hat sich von den Schutzmächten bis jetzt nur England gegen die griechische Bewegung aufgesprochen, daraus mag denn auch das Gerücht entstanden seyn, daß in der Stellung Englands zu Oesterreich eine bedeutungsvolle Wendung stattgefunden habe. Diese angebliche Wendung hat jedoch keinerwegs die Bedeutung, welche man ihr beilegen zu dürfen glaubt, denn wenn es auch richtig ist, daß Viscount Palmerston in Turin sowohl wie auch in Paris thätig ist, um eine friegerische Lösung der venetianischen Frage hintanzuhalten, so ist es doch jedenfalls zu allerlegt das Interesse für Oesterreich, welches ihn hierzu bestimmt. England will keinen neuen Krieg in Italien, weil es Frankreich seine Gelegenheit geben will, neue Entschädigungsansprüche zu erheben. Zwar ist es gewiß, daß Frankreich vor ungefähr acht Wochen, als die friedliche Lösung der venetianischen Frage Gegenstand einer diplomatischen Negotiation zwischen ihm und England gewesen ist, in London die Erklärung abgeben ließ, daß es, wenn die venetianische Frage im Sinne der italienischen Einheitsidee gelöst werde, keine Entschädigungsansprüche erheben werde; seit der Annexion Savoyens sind aber die englischen Staatsmänner mißtrauisch geworden und ziehen es vor, jede Gelegenheit aus dem Wege zu räumen, wodurch Frankreich auf die Probe gestellt werden könnte.

Wien, 12. März. Man hat in der hiesigen diplomatischen Welt sehr genaue Kenntniß von dem Einfluß, der von den Exilirten aus auf den Cabinetswechsel in Turin geübt wurde. Er tritt am erkennbasten in der Zusammensetzung des neuen Cabinets hervor. Man weiß nicht nur, daß verschiedene Personen, die dem neuen Ministerium angehören, ausdrücklich und namentlich vom Kaiser Napoleon in Vorschlag gebracht sind — dieß gilt ganz speziell vom Admiral Persano, der das Marineministerium, und von dem muratistischen Marchese Pepoli, der das Handelsporte-

Digitized by Google

feuille übernimmt —, sondern es ist auch in Bezug auf andere Personen eine Einwirkung grübt worden. Gegen Cialdini wurden alle Minen in Bewegung gesetzt; gerade ihn hatte Victor Emanuel, welchem sonst so ziemlich jeder recht ist, der ihn in seinen nicht immer königlichen Divertissements nicht genirt, gewünscht, und eben Cialdini mußte unter irgendeiner Form ausgeschlossen werden, weil der Kaiser-Protector des „Königreichs Italien" ernstlich warnte. (A. Allg. Z.)

Wien, 13. März. Am Grabe der März-Gefallenen auf dem Schmelzerfriedhofe war heute ein Blumentraug niedergelegt. Darauf beschränkten sich die erwarteten Kundgebungen, die hier manchem schwachen Gemüther schon Angst gemacht hatten. (Köln. Z.)

— Aus Pest wird uns geschrieben, daß die Nachricht der Blätter, der zu Leibesrechtlichen Untersuchung gezogene und verhaftete Advocat und Exdeputirte Szilagyi sey, nachdem sich nichts Gravirendes gegen ihn ergeben, freigelassen worden, ungenau ist. Allerdings wurde Szilagyi aus dem Gefängnisse entlassen, indessen war ihm die Rückkehr in seine Wohnung unter Bewachung nur gestattet worden, weil sein 7jähriger Sohn lebensgefährlich erkrankt war. Der Knabe ist gestorben, wurde gestern unter sehr zahlreichem Besuch zur Erde bestattet, und der Vater dürfte nun gezwungen werden, in sein Gefängniß zurückzukehren.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. März. Die dänische Antwort auf die Noten von Oesterreich und Preußen lehnt jede Diskussion über Schleswig und über den Reichsrath ab und will nur auf die Erörterungen bezüglich Holsteins eingehen, weil letzteres allein zum deutschen Bund gehöre. Dabei vergißt aber die dänische Regierung, daß sie dem deutschen Bund früher versprochen hat, Schleswig nicht in Dänemark einverleiben zu wollen.

Italien.

Aus Rom, 9. März, schreibt man der „Allg. Ztg." (einigermaßen im Widerspruch mit dem neulichen Bericht der „Nat.-Ztg."): In dem revolutionären Lager herrscht gegenwärtig Entmuthigung. Das diesige Nationalcomité ist aufgelöst. Die von Mgr. Merode ergriffenen Maßregeln sind durchgreifend, und werden bald den Franzosen eben so unangenehm seyn als den Italienern. Die Verhaftung Venanzi's setzte den Minister in Besitz von Aktenstücken, welche alle Pläne der Revolution enthüllt haben; sie bieten eine Verkettung der schmählichsten Umtriebe. General Goyon spielte eine doppelte Rolle. Zwölf Briefe, die er einer Dame Namens Diotallevi geschrieben, scheinen ihn sehr zu kompromittiren. Diese Briefe wurden photographirt. . . . Frau Diotallevi und ihr Gatte, Exoffizier in einem Infanterie-Regiment, sind im Gefängniß. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Mgr. Merode entwickelt eine bewunderungswürdige Energie, und bedient sich nunmehr der unter seinen Befehlen stehenden Gensdarmerie.

Rom, 15. März. Baron Bach hat die Unterhandlungen über die Revision des österreichischen Konkordats begonnen.

Die „Voce del Popolo" in Ravenna beschwert sich über die Belästigungen, welche durch die piemontesischen Einquartierungen Einwohnern verursacht würden. Die Soldaten demoralisirten die Familien, hätten schlechten Einfluß auf das weibliche Geschlecht, und trieben es nicht viel besser als die bourbonischen Brigantl, da auch sie in der Umgegend Hühner und Lebensmittel brandschatzten.

Turin, 15. März. Petruccelli hat heute in der Deputirtenkammer eine Anfrage an die Minister bezüglich der Versammlung der Bischöfe in Rom gestellt. „Die Bischöfe — so bemerkte er — müssen, da sie in ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte abhängig von der Regierung sind, deren Erlaubniß einholen, wenn sie sich nach Rom begeben wollen. Die Bischöfe bekümmern sich mehr um die weltliche als um die geistliche Macht. Die römische Kurie will die weltliche Macht als Dogma proklamiren lassen und bei der katholischen Welt gegen Frankreich und Italien Berufung einlegen. Gehen die Bischöfe nach Rom, so müssen sie als einfache Bürger von dort zurückkehren." — Der Minister Peggio antwortete, der Zweck der Versammlung zu Rom sey nicht bekannt, aber mit der Religion habe er gewiß nichts zu thun. Die Regierung sey durch die Gesetze autreichend durch jene Bischöfe gewaffnet, die sich aus dem Staat entfernen würden; sie würden sich dadurch einer das Interesse der Nation benachtheiligenden Handlung schuldig machen. Bis jetzt habe keiner um die Erlaubniß, sich zu entfernen, nachgesucht; eintretendenfalls aber werde die Regierung ihre warnende Stimme hören lassen. Der Minister Mamiani fügte noch einige Bemerkungen bei und der Abg. Petruccelli erklärte sich für befriedigt. (Fr. Postz.)

Genua, 11. März. Zur gestrigen Sitzung der demokratischen Vereine müssen wir noch nachträglich berichten, daß, nach den lebhaften Debatten über die Rückberufung Mazzini's, ein deutscher Offizier Namens Haug (er war früher in österreichischem Dienst: vor der Wiener Revolution wurde er entlassen, wie es scheint wegen ähnlicher Verhältnisse, die auch die Entlassung Türr's zur Folge hatten; er nahm später am Wiener Aufstand Theil; jetzt hat er sich zu Garibaldi geschlagen. wo er vom Lieutenant zum General vorgerückt ist) erklärte, einen Brief holsteinischer Damen*) bei Peästentschaft übergeben zu haben, welche General Garibaldi einen Degen zum Geschenk machen. Er las eine Stelle dieses Briefes vor. Garibaldi sprach hierauf: „Daß ich ein sehr glücklicher Mann gewesen sey, bewiesen mir mehrere Umstände, ganz besonders aber dieser Brief deutscher Damen. Ich danke Ihnen dafür. Nun lassen Sie mich Einiges über den „General" Haug erwähnen. Er war mein Gefährte am denkwürdigen Tag vom 30. April in Rom, und es ist ein wahrer Kämpe der Freiheit. Er kämpfte in Deutschland, und kommt nun hieher, im Dienste Italiens zu streiten." (Lang anhallender Beifall.) Haug übereichte hierauf den Degen, und sprach: „Es ist ein romantisches Schwert, es trägt einerseits das Motto: defende patriam, und andererseits: protege justum. Am Griff befindet sich das Symbol des Opfers, das Kreuz, aber nicht das Kreuz der Päpste, sondern jenes Christi." Der Redner eiferte hierauf gegen das Papstthum und gegen die „Halsstarrigkeit eines Wahnsinnigen," der keinen andern Gebrauch von seiner Sprache zu machen wisse, als zu sagen: non possumus. In diesem tollen Ton fuhr der Redner fort und äußerte: „daß wir nicht nur den Augur von Rom bekriegen müssen, sondern den Kaiser aus dem Hause Habsburg. Garibaldi werde einst nicht nur an der Spitze seiner Armee, sondern aller Völker in Wien einziehen, wo der Bund Deutschlands mit Italien werde proklamirt werden." Montanelli brachte hierauf einen Gruß an die deutsche Demokratie**) in Vorschlag, und machte seinem Ingrimm gegen Oesterreich Luft. Auch Basana schlug eine Adresse in diesem Sinne vor, die angenommen wurde. (A. Z.)

Griechenland.

Auf der Insel Syra, von der wir gestern meldeten, daß sie gleichfalls von einer Militär-Rebellion heimgesucht wurde, gehört die Majorität der Bewohner nicht der griechischen, sondern der römisch-katholischen Kirche an. Seit 20 Jahren hat sich die Zahl der dort ansässigen Italiener verdreifacht. Es ist also kein Wunder, wenn dort die Beziehungen zu Genua (mit welchem Hermopolis, die Hafenstadt, ohnehin in unmittelbrochener Schiffahrtsverbindung steht) und den Comitati di provvedimento (Rüstungs-Vereine) durch Thatsachen sich kund geben, welche im Interesse der italienischen Bewegung zum Mindesten eben so sehr als in dem des exaltirten Hellenismus liegen. Kennt man doch seit zwei Jahren schon das italienische Programm, durch Umruhen im Orient, durch Revolutionirung der Türkei Oesterreichs Militärkraft an der türkischen Grenze fest zu halten, allenfalls durch Einfälle auf Ihren Gebiet seine Aufmerksamkeit und seine Anstrengung an der untern Donau zu absorbiren, um dadurch in Italien und auf dem adriatischen Littorale freiere Hand zu bekommen. (O.P.)

Amerika.

Aus Mexiko. Die französischen Truppen sind am 22. Februar von Veracruz nach Jalapa ausmarschirt. Die Bewegung auf die Stadt Mexiko ist bis nach Ankunft des General Lorenzen und der französischen Verstärkungen verschoben worden.

(Fr. Postz.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 10. bis 15. März).

Samstag. Unsere Börse hat die österreichisch-finanziellen Vorlagen gut aufgenommen, wenn schon die auswärtigen Gläubiger ihren Tribut bei der Zinsen-Steuer um 2 pCt. höher bezahlen sollen. Ersteres. Fonds sind gestiegen; am wenigsten National, welche die Amsterdamer Börse nicht mehr aufnimmt. Die leidige geheime Ausgabe hat doch einen bleibenden Eindruck gemacht. Englische Metalliques verfolgen ihre steigende Tendenz und sind ¼ pCt. höher; dagegen Venetianer, jedoch mit sehr schwachem Umsatz, Valuta-Metalliques vernachlässigt. Von Loosesfekten 1860er in lebhaftem Verkehr, Kreditloose beständig steigend, seit vor acht Tagen um 2¼ pCt. auf 112¾, trotzdem dass die Kreditanstalt Abgeber ist, wohl in Voranzicht der Uebernahme der bei der Bank verpfändeten 1860er Loose.

Süddeutsche Fonds sehr fest. Angesichts der am 17. d. stattfindenden Verloosung von 473,000 Frankfurter Obligationen sind 3½ pCt. über

*) Es wäre doch interessant zu erfahren, wie viel und was für Damen das sind.

**) Wir denken, es wird unter den deutschen Demokraten genug geben, die sich für diese Brüderschaft bedanken.

Digitized by Google

99 gestiegen; die 3 pCt. stehen nahe an 94, alles bei fehlendem Material. Spanische Fonds niedriger, da für Entschädigung an Frankreich aus dem Krieg von 1824 ein neues Anlehen bevorsteht. Schweizer, südgeneesische und Kantonsanlehen zu bessern Kursen gesucht.

Von Kreditaktien haben österr. sich nambaft erholt und 5 fl. gewonnen. Die Situation ist vielversprechend und eine helle Zukunft eröffnend. Auch die andern kleindeutschen Kreditaktien sind wieder in einigen Treiben gekommen, Luxemburger haben sogar pari ansehnlich überstiegen, obgleich man die Dividende von 10 pCt. nicht eben als eine normale ansehen möge. Die Zurückziehung der eigenen Aktien hat hier wie bei der Darmstädter Zettelbank wesentlich mitgewirkt und in die Sache Eingeweihte, die zu rechter Zeit billig kauften, streichen jetzt ihr Prostchen auf doppeltem Brette, in Kurs und Rente, ein.

Auch dem Eisenbahnaktienmarkt wenig Veränderung, Hananer und Taunus sehr fest, letztere sogar um 1 pCt. höher als vor 8 Tagen bezahlt. Der Anschluss an die nassauischen Bahnen wird so vollkommen als möglich bewirkt werden und steht zu erwarten, dass auch für die Konkurrenz mit der Ludwigsbahn ein Abkommen möglich ist, das nach beiden Seiten hin billigen Ansprüchen genügt. Pfälzische Bahnen lebios und ohne Gau.

Der Medio am 13. d. ist gut abgelaufen, es werden nach und nach die für Italienische Rechnung engagirten Nationals abgeliefert, so dass von Stückemangel keine Rede ist, der günstige Geldstand erleichtert indass die Prolongationen. Wechsel unverändert, lange Sichten bleiben gesucht und werden London augenommen über Kurs bezahlt. (Akt.)

Neueste Nachrichten.

** München, 17. März. (Privat-Korr.). Zu der behufs Genehmigung des Weiterbaues der Ostbahnen in der Oberpfalz und in Oberfranken stattgehabten Generalversammlung der Ostbahn-Gesellschaft haben sich 185 Aktionäre angemeldet, welche 2904 Stimmen für 56,000 Aktien repräsentieren. Der 2. Präsident des Verwaltungsrathes, Hr. Ministerialrath v. Schubert, welcher den Vorsitz führte, gab einen Ueberblick der Sachlage und hob in seiner Ausführung u. A. die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der zu erbauenden Bahnen von Schwandorf über Weiden nach Bayreuth und von Weiden nach Eger hervor, sowie daß, was den Anschluß an diese Bahnen betrifft, der Bau einer Bahn von Hof nach Asch (gegen Eger) durch das Hofer Konsortium, bereits gesichert erscheine. Bezüglich des unterbrüigen Baues von Asch bis Eger seyen noch weitere Verhandlungen nothwendig, doch wäre deren Erledigung keine Vorbedingung für die Ausführung des Bahnbaues nach Eger. Durch die Linie Schwandorf über Weiden und Eger werde die Route von Hamburg, Berlin, Leipzig ꝛc. nach Regensburg um circa 38 Stunden, und nach München, Innsbruck und Italien um circa 24 Stunden abgekürzt. Die Linie nach Bayreuth berührte die Provinzen Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken unter sich und mit dem nördlichen Deutschland auf den kürzesten Weg — Der mit Hrn. Advo. u. Abg. Wiedenhofer zum Sekretär der heutigen Generalversammlung ernannte Hr. Advo. und Abg. Schlör verlas hierauf einen von der Direktion der Ostbahnen über die Erbauung der neuen Bahnen erstatteten eingehenden Bericht, in welchem die Kosten für die beiden Bahnen, von 42,66 Stunden Länge incl. 1,600,000 fl. für Fahrmaterial und 700,000 fl. für Verzinsung, auf 15,500,000 fl. veranschlagt werden, so daß von dem Bau der bisherigen Bahnen ersteile Ueberschuß von wenigstens 15,589,000 fl. nicht einmal vollständig nothwendig seyn wird, und die Bahnen jedenfalls ohne Ueberschreitung des Aktienkapitals von 60 Mill. Gulden gebaut werden können. — Hr. Verwaltungsrath Reuffer verlas die unterm 3. Jänner ds. Jrs. der Gesellschaft ertheilte neue Concessionsurkunde, und nachdem der Vorsitzende auf die Abweichungen aufmerksam gemacht hatte, welche die Statuten durch die neue Concessions-Urkunde erfahren werden — Abweichungen, die sich, wie bekannt, auf die Beförderung der Telegramme und der Posten und die Festsetzung der Fahrtarife und die Fahrtagen beziehen, in welchen Beziehungen die Gesellschaft neue und bestimmt formulirte Verpflichtungen einzugehen hat —, erklärte derselbe, daß der Verwaltungsrath nach gewissenhafter Erwägung zu dem Beschlusse gelangt sey, daß die neue Konzessionsurkunde keine Bestimmungen enthalte, welche ihn abhalten könnten, dieselbe zur Annahme zu empfehlen. Sofort wurden der Generalversammlung drei Fragen zur Berathung und Beschlußfassung unterbreitet: 1) die Generalversammlung genehmigt den Bau der Bahn von Schwandorf über Weiden nach Bayreuth, und von Weiden nach Eger; 2) die Generalversammlung ertheilt die Zustimmung zu der Konzessionsurkunde vom 3. Januar d. J. und den darin enthaltenen Abänderungen der Satzungen der Gesellschaft, und 3) die Generalversammlung ermächtigt den Verwaltungsrath zur Ausführung der neuen Bahnen. — Auf Vorschlag eines Aktionärs, der im Namen und mit Zustimmung der Versammlung dem Verwaltungsrathe und der Direktion den Dank der Aktionäre für das erzielte so glänzende Resultat aussprach, da es dadurch deren Umsicht möglich wurde, daß die neu zu bauenden Bahnen als ein Geschenk an die Aktionäre erschienen — wurden diese drei Fragen ohne Debatte und mit Akklamation einstimmig angenommen, nachdem zuvor noch der Herr Vorsitzende Namens des Verwaltungsrathes und der Direktion den ausgesprochenen Dank erwidert hatte. Hiemit schloß die Generalversammlung.

Ein Herr Wippersüth in Köln hat dem österreichischen Kriegsministerium die Summe von 10,000 fl. zur Gründung einer Militärstiftung übermacht, wofür ihm das Ministerium öffentlich Dank sagt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. „ mittl.	81⅞ G.
„	5 pCt. Venet. Coupön d. B.	78 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89⅞–¾/G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	4⅜ G.
„	4½ pCt. „ „ „	43 G.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	10 ½ P. 103 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	1087/8 P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	1037/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¾ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92⅞/G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅞ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	86⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. —	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87⅞ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	86 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	89 G.
„	3 pCt. Obl. dto.	83½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 80	4–4⅛ P. ⅛ G.
„	2 pCt. „ „ „	43¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 800 Thlr.	100¾ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1188/8 P. 118 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	712 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	174 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207½–8 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	79⅛ P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	86 P. 85¼ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	144 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 P.
	Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	28⅝ P.
	„ Elisab.-Eisenbahn à 5 pCt.	111 G.
	Bayr. Eisenbahn-Prior. à 5 pCt. 6/7	76 P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26½ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅛ P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅞ P. ¾ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83¼ P.
	Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	256⅞–252½ G.
	Span. Handels- u. Industrie	510 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	468 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	107⅞. 106⅜ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ P.
	Providentia (Feuerversz.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Brem. 50 Th. Ld. k.S	98⅛ P. 98 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛P.-104⅞G.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in dst. W. l. S.	85¼ B. ½ G.
Vincenza	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99⅛ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.
„ fl. 2960. 1854 mit 4pCt.	84⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1323/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67⅝ G.	„ fl. 25 do.	38 P.
„ fl. 100 Rth. L. v. 1858.	112½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37¼ P.
Bayr. Prämi. Anl. beiR.	120 G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	84½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 24½ pCt. Z	37¼ P.
Radische fl. 50	96⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	55⅛ G.	Anab.-Donaust. fl. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 17. März. Für österr. Fonds und Industrieaktien, insbesondere für 5pCt. Metalliques in Pfund Sterling von 1859, zeigten sich viele Käufer zu höheren Kursen. Auch einige Gattungen süddeutscher Fonds waren begehrt und höher, ebenso Frankfurter und Darmstädter Bankaktien, während Luxemburger Bankaktien billiger zu haben waren. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 78.	Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Anleihen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 19. März 1862.

Die große demokratische Parteiversammlung in Genua.

Die „Frankfurter Handelszeitung" berichtet darüber Folgendes: Ricasoli, wie bekannt, hatte sich in den letzten Wochen seiner Verwaltung den sog. Comitati di Provvedimento, in welchen neben dem Garibaldischen Elemente das Mazzinische sehr stark vertreten ist, bedeutend genähert.

Es mag seyn, daß diese Annäherung Ricasoli's an eine von ihm bisher mit aristokratischer Kühle betrachtete Partei aus dem Gefühle seines eigenen nahenden Falles hervorging. Immerhin zeigte sich darau die verhängnißvolle Wichtigkeit der Krälte, die in jenen Comitati ihre Organisation haben. Auch Rattazzi, sogleich nachdem er aus's Ruder gelangt, suchte sich mit den Führern dieser über ganz Italien verzweigten Ausschüsse in Verbindung zu setzen. Indessen wurde ihm dies bei seiner bekannten napoleonsfreundlichen Haltung, die im Widerspruch mit den Zwecken jener Vereine steht, nicht ganz leicht. Er suchte daher durch Garibaldi, dessen biegsamere Natur schon oft der Turiner Politik ihre Dienste geleistet hat, zu seinem Ziel zu gelangen.

Nun hatte aber Garibaldi, durch das Vorwiegen der ungestümeren Richtung in den Vereinen schon gemacht, es förmlich abgelehnt, bei der auf den 9. d. M. nach Genua angelagten großen Parteiversammlung den Vorsitz zu führen. Dem Ministerium Rattazzi gelang es jedoch, diesen seinen Entschluß wieder rückgängig zu machen. Man brauchte eine dominirende Persönlichkeit, um der demokratischen Bewegung, die ihr Programm aufstellen sollte, einigermaßen die Zügel anzulegen: und dazu wünschte man sich gerade Garibaldi's zu bedienen. Die ausführlichen Berichte über die Genueser Massenversammlung zeigen, daß man sich darin nicht getäuscht. Garibaldi hat dadurch der Regierung einen wesentlichen Dienst geleistet. Anstatt daß die neugestiftete politische Organisation den von den Delegirten beabsichtigten Namen der „Demokratischen Union" annimmt, wird sie auf Garibaldi's Vorschlag „Italienischer Emanzipations-Verein" (Associazione Emancipatrice Italiana) genannt werden. Diese Bezeichnung führt ihre Consequenzen mit sich. Anstatt wesentlich ein Verein für Befestigung und Ausdehnung der inneren Volksfreiheit zu seyn, wird die Agitation ihr Hauptaugenmerk auf die äußere Gestaltung des Landes zu richten haben. Bedenkt man, daß diese äußere Gestaltung — die Wiedergewinnung von Rom und Venedig — auch den Demokraten am Herzen liegt, ja, daß in diesem Punkte gar kein Zweifel über ihre Gesinnung seyn kann, so wird man begreifen, wie absichtsvoll der Antrag auf Streichung der Worte „Demokratische Union" und auf Ersetzung derselben durch eine farblosere Bezeichnung war.

Es erhob sich gegen diese Verschiebung der Begriffe in einem Theile der Versammlung ein etwas tumultarischer Widerspruch, der durch die schnelle, einigermaßen eigenmächtige Schließung der Debatte niedergekämpft wurde. Die Hauptpunkte des Programms, wie die Versammlung es in einer, freilich nicht ganz regelrechten Berhandlung annahm, sind:

I. Durchführung der Volksabstimmung vom Oktober 1860;

II. Rom als Hauptstadt des einigen Italiens;

III. Gleichheit der politischen Rechte für alle Bürger des Landes; und

IV. Allgemeine Volksbewaffnung, um den Kampf für die „nationale Befreiung" durchzuführen.

Gegen Nr. I. protestirte der Delegirte des einflußreichen Mailänder Vereins, „weil in der Volksabstimmung Bittor Emanuel nebst seinen Abkömmlingen" zum König von Italien erklärt sey, was mit der von dem Mailänder Verein vertretenen republikanischen Doktrin unverträglich. Die übrigen Delegirten traten in ihrer Mehrheit der Garibaldischen Ansichauung bei und so schloß die Versammlung mit einem Sieg des Ministeriums, so weit unter den Umständen auf einen solchen gehofft werden konnte. Die demokratische Richtung ist vorerst etwas zurückgedrängt, und die Nationalitätsfrage nimmt den Vordergrund ein. Inwieferu nun in Beziehung auf letztere ein Zusammengehen zwischen Rattazzi und der neuvorgansirten Aktionspartei möglich ist, sey heute nicht untersucht. Erst in diesen Tagen sind uns auf einer achtungswerthen Quelle Mittheilungen der bedenklichsten Art über beabsichtigte sardinisch-napoleonische Manöver geworden, die es uns zweifelhaft erscheinen lassen, daß ein thätiges Zusammenwirken zwischen dem neuen Ministerium und den maßgebenden Führern der Aktionspartei irgendwie auf die Dauer denkbar wäre. — Garibaldi hat übrigens trotz dieses einen zweifelhaften Erfolges im Ganzen doch auch diesmal gezeigt, daß er nicht das Genie dazu hat, das mazzinistischen Elemente mit Erfolg zu bekämpfen. Er war in der Hoffnung nach Genua geeilt, die Versammlung nicht blos zu präsidiren, sondern sie auch zu lenken; aber verdächtig, wie er den Mazzinisten schon wegen seiner zeitweiligen Bruches mit den Komites war, begriff er auf der Stelle, daß er nicht gegen den Strom schwimmen könne, und obgleich er Rattazzi verfochten hatte, dafür zu sorgen, daß die Annexirung Mazzini's nicht „beantragt" werde, sah er sich genöthigt, selber die Mission zu übernehmen, den Antrag den Ministern vorzulegen und ihn bei denselben zu unterstützen.

Aus den Berathungen der Versammlung tragen wir noch Folgendes nach: Die Kommission, welche beantragt war, die Rückberufung Mazzini's zu erwirken, berichtete, Ricasoli habe ihr am 1. März versichert, die diplomatischen Hindernisse seyen überwunden; er habe den Gegenstand mit einigen seiner Kollegen besprochen und Maßregeln getroffen, um das betreffende in einer des Mannes, dem es gelte, würdigen Form verfaßte Dekret dem König zur Sanktion vorzulegen. Sein inzwischen eingereichtes Demissionsgesuch bringe aber die Angelegenheit wieder ins Stocken und er hoffe, daß seine Nachfolger sie zum Ziele führen werden. Rattazzi, an den sich die Kommission nun gewendet, habe dem Wunsch geäußert, daß der Genueser Beschluß dem Vaterlande wiedergegeben werde, und beigefügt, er werde mit Ricasoli über die politische, mit dem Justizminister über die legale Seite der Angelegenheit sich besprechen. Hieran knüpfte die Kommission eine Verherrlichung Mazzini's mit dem Vorschlage, die Versammlung möge sich mit einer neuen Petition an die gesetzgebende Gewalt wenden. Bei der Diskussion darüber nannte Mordini die Verbannung Mazzini's die größte Schande des Jahrhunderts, einen Fluch, wenn sie fortdauere ꝛc. Campanella begleichnete Rattazzi, der versprochen, die Angelegenheit erst vom gesetzlichen Standpunkt untersuchen zu lassen, als einen kleinlichen Wortklauber, eine aufgestreckte Seele, eine ägyptische Mumie u. dgl., und fügte bei, die unfähige und servile Majorität des Parlaments habe eine Menge Bürger insultirt, indem sie die Dringlichkeit der Petition im vorigen Herbst zurückwies. Im fernern Verlauf seiner Rede rief er nicht weniger als dreimal: „Wir werden die Frage auf die Straße verpflanzen, wenn die Regierung es durchaus will." Crispi, der die Angelegenheit auf den gesetzlichen Boden zurückführen wollte, wurde durch Geschrei und ungestüme Zurufe wiederholt unterbrochen; Campanella ergriff neuerdings das Wort, expektorirte sich noch heftiger und drohte wieder mit Straßenexcessen, wenn man fortfahre, „das Vaterland einem Mazzini zu verschließen, ohne den Bürger Emanuel nicht König von Italien wäre." Lagorara bemerkte, Mazzini bedürfe seiner Begnadigung, er sey es vielmehr, der Andere zu begnadigen habe. Schließlich erbot sich Garibaldi, die Rückberufung Mazzini's abermals zu verlangen.

(Tr. Z.)

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 17. März. Die andauernde Ministerkrisis in Berlin führt nachträglich zu manchen Enthüllungen über frühere Vorgänge. So wird wie aus guter Quelle versichert, Auerswald habe vor einiger Zeit Herrn v. d. Heydt im Namen des Ministeriums um seinen Rücktritt ersucht, Statt von diesem Appell an das Ehrgefühl gerührt zu werden, habe v. d. Heydt vielmehr seitdem gegen seine liberalen Kollegen intriguirt.

Berlin, 16. März. Herr v. d. Heydt mag gegen seine Kollegen intriguirt haben oder nicht: das ist sehr gleichgültig. Er hat jedenfalls den Ludig in seiner Ansicht von der persönlichen Regierung bestärkt und die sogenannten liberalen Minister haben ihm dabei geholfen. Der Kernpunkt der gegenwärtigen Krisis steckt eben in dem Gegensatz von persönlicher und parlamentarischer Regierung — eine Frage, die nicht erst seit heute oder gestern, sondern von längerer Zeit her auf der Tagesordnung ist. Der König hat in einem Memorial an das Ministerium sich dahin ausgesprochen, daß er als König von Preußen den Schwerpunkt der Regierung nie in die Volksvertretung verlegen lassen dürfe; der Militärstaat Preußen verleugne wohl eine parlamentarische Gesetzgebung, aber keine parlamentarische Regierung. Und die Minister haben in Anerkennung dieser Ansicht das Abgeordnetenhaus aufgelöst und gehofft, für die parlamentarische Gesetzgebung eintreten zu können, da diese Hoffnung auch nicht aufgegeben, nachdem ihnen der Präsidirmd des Herrenhauses, das alle reformirende Gesetzgebung durch seinen Widerstand seit Jahren lahm gelegt, zum Botschafter abgetrocknet worden war. Wenn sie erst jetzt erkennen, daß auch von parlamentarischer Gesetzgebung nicht mehr die Rede sey, so zeigt das eben von ihrer unglaublichen Kurzsichtigkeit und die Strafe folgt ihnen auf dem Fuße nach: sie sind zu den Todten geworfen.

(Ztg. f. Nordd.)

Berlin. Unter den preußischen Juden herrscht gegenwärtig eine kaum zu beschreibende Aufregung und Entrüstung über die von dem Kultusminister Bethmann-Hollweg im Abgeordnetenhause gethane Aeußerung: die Juden und Heiden seyen unduldsam ꝛc. Der Magdeburger Rabbiner hat deshalb auch einen offenen Brief an den Minister geschrieben, worin er aus der Geschichte das Gegentheil nachzuweisen sucht. Auch der Abg. Dr. Veit hat deßhalb an Hrn. v. Bethmann ein Schreiben gerichtet, worauf dieser mit einer Zuschrift antwortet, worin er sagte, seine damalige Aeußerung (wörtlich lautend: „Ich habe früher bereits gesagt, nur das Heidenthum, das Judenthum und, ich füge heute hinzu, der Atheismus ist unduldsam, sie sind verfolgungssüchtig.") möge in ihrer Kürze vielleicht mißverständlich gewesen seyn; er habe dieselbe nicht auf die jüdische Gemeinde der Gegenwart bezogen, wohl aber auf die Theokratie des alten Bundes, welche, weil sie den Staat der Religion unterordnete, von Duldung und religiöser Freiheit nichts habe wissen können.

Die Entscheidung der preußischen Ministerkrise hängt nur noch daran, daß die triumphirende reaktionäre Minderheit Heydt-Roon-Bernstorff die richtigen Ersatzmänner für die ausscheidenden Mitglieder der Mehrheit finde. Das Volk von Berlin hält sich gut und beschämt durch seine Ruhe diejenigen, welche den König zu herausfordernden militärischen Vorsichtsmaßregeln aufgehetzt haben. Die „Volks„ schreibt: „Es ist nichts von leidenschaftlicher Spannung im Volke bemerkbar. Es herrscht eine Ruhe, was wohl unsere weisen Staatslenker in der Sachgasse, die man Politik nennt, machen mögen, um, wie sie verkündet haben, „ihr Einmüthigkeit der Volksvertretung und der Regierung herbeizuführen!" — Es herrscht eine Ruhe, welcher mehr eine komische als eine tragische Auffassung zu Grunde liegt. Es lebt im Volksgefühl die ganz richtige Empfindung, daß wohl niemals eine Regierung so planlos einen Kampf gegen das Volksbewußtseyn und die Volksvertretung begonnen hat, und daß man dem Ausgang einer Krisis mit um so vollerer Ruhe entgegen sehen darf, je mehr ein jeder Tag es deutlich macht, daß diese Krisis nur eine Regierungs- und nicht eine wirkliche Staatskrisis ist."

Das Wahl-Bureau der Fortschrittspartei ist in vollster Thätigkeit. Zwischen den Vertrauensmännern der Wahlbezirke in Berlin und in den Provinzen ist ein Uebereinkommen dahin im Einstehen, nur solche Männer wieder zu wählen, welche für die Hagen'schen Anträge gestimmt haben.

Sachsen. Dresden, 17. März. Der König hat dem vormaligen Advokaten Gautzsch zu Rosswein die Wiederausübung der advokatorischen Praxis, ingleichen dem vormaligen Bürgermeister Helbig in Borna und dem vormaligen Advokaten und Gerichtsdirektor Ludwig in Pegau die Straffreie Rückkehr nach Sachsen gestattet (alle in die politischen Unruhen von 1849 verwickelt).

Baden. Die Nachricht, Baden habe das Königreich Italien anerkannt, beruhte, wie wir vermuthen, auf rinrr Verwechslung. Baden ertheilte dem italienischen Konsul bloß das Exequatur.

Oesterreich. Wien, 15. März. Fürst Windischgrätz, der seit längerer Zeit schon schwer krank ist, wurde vorgestern mit den Sterbsakramenten versehen. Unmittelbar darauf ließ sich der Fürst schwarze Kleidung anziehen, und alle hier anwesenden Diener, 95 an rrr Zahl, vor sich versammeln. Mit rührenden Worten nahm derselbe von ihnen Abschied, und bellte die Bitte, daß, wenn er Einem oder dem Andern eine Kränkung oder ein Unrecht zugefügt habe, sie ihm verzeihen möchten, indem dieß gewiß ohne sein Wissen und gegen seinen Willen geschehen sey; er schrieb von Allen mit dem Bewußtseyn, für Jrden auch für die Zukunft gesorgt zu haben.

Trient, 14. März. Die revolutionäre Partei unterläßt fortwährend nicht, gegen die Regierung Demonstrationen zu machen und ihre Langmuth aufs äußerste zu ermüden. Gestern Abrnts, als am Vorabrnd des Geburtstages Viktor Emanuels, begaben sich unsere Italianissimi auf den öffentlichen Spaziergang alla Frsfina und wandten sich unter dem Aufstruchen bengalischer Flammen auf den benachbarten Hügeln gegen Italien mit dem Ruf: „Viva il Rè Galantuomo! Viva Garibaldi u. s. w.!" Diesen Morgen um 4 Uhr wurden vor der Wohnung des Stadtkommandanten und vor der Kaserne gegen zwanzig Petarden geworfen, welche die unliegenden Bewohner in großen Schrecken setzten. Bis jetzt ist kein Unfall zu beklagen. Die Soldaten sind in drn Kasernen konfinirt.

(A. Z.)

— Aus Verona vom 13. wird uns geschrieben, daß dort mrurerdings Verhaftungen stattgefunden haben, da man dort, wie vor einigen Monaten in Parma, einer Art von revolutionärem Korrespondenz-Vermittlungs-Bureau auf die Spur gekommen sey soll. Wir rs heißt, sind bei drm in Peschiera verhafteten Mayor Papirer gefunden worden, welche auf die Spur eines magyarisch-italienischen Umsturz-Vereins führen. Aengstliche Gemüther träumen bereits von einem vollständigen Plane zur Revolutionirung Ungarns ꝛc. ꝛc.

Großbritannien.

London, 15. März. Herr Kinnaird richtete gestern im Unterhause an Lord Palmerston mehrere auf die Verfolgung einer Anzahl von Protrstanten in Spanien bezügliche Anfragen. Ob der ehrrr Lord abgeneigt wäre, mitzutheilrn, welche Schritte Ihrer Majestät Regierung gethan, um die Begnadigung des bei den Gaterren verurtheilrtrn Matamoros zu erwirken, und ob Jhrer Maj. Botschafter in Madrid ligrnd eine Zusage erhalten habe, daß die Vorstellungen der Regierung gnrstige Erwägung finden würden. Lord Palmerston rrwiderte, daß ohne Zweifel ein Meinungsaustausch auf Spanien nicht ganz wirkungslos bleiben dürfte, aber die Verwendungen der Regierung habe bis jetzt der gewünschte Erfolg nicht gehabt.

Frankreich.

Paris, 15. März. Am den siebenten Geburtstag des Kronprinzen würdig zu begehen, hat der Kaiser etwa 80 Maires den Orden der Ehrenlegion bewilligt.

Italien.

Rom, 10. März. Die Aufstellung der Prtrrsgeschenke im Konservatorenpalast umfaßt bereits gegen 600 Nummern, und es befinden sich darunter höchst werthvolle Geschenke im Werth von mehreren Tausend Franken; Bilder, Büsten, Uhren, kostbare Tabatieren, Brochen, Colliers, Diamantkreuze, Bracelrtes, Ohrringe, Perlenhalsbänder, überhaupt Schmuck jeder Art, einige Autographen des Papstes unter Kupfer- oder Stahlstichen, Stickereien, Basen, à jour gefaßte Solitärringe, Statuen in Erz und Marmor, Bilden die aus aller Welt gesandten Gaben. Bereits haben sich schon viele Fremde an hier lebende Künstler zum Erlangen von Loosen gewandt; das Loos kostet 2 Paoli (1 Franken), um die Ziehung findet am 9. Dez. d. J. statt.

(A. Z.)

Rom, 17. März. Msgr. Berardi ist zum päpstlichen Nuntius in St. Petersburg designirt.

(Tel. d. F. Z.)

* Wie der „Patrie" berichtet, haben die Kapitularen der Kathedrale der Kollegiatstifte S. Michele und S. Trinita sowie die Kanzuiner zu Potenza (in Neapel) rine Adresse an den Papst gerichtet, worin sie ihn angehrn, den Vorschlägen Napoleons und Viktor Emanuels Gehör zu geben und zu Gunsten des Letzteren der weltlichen Macht zu entsagen, welche unvereinbar mit der geistlichen Gewalt des Papstes sry.

Digitized by Google

Das Turiner „Diritto" veröffentlicht einen Aufruf Garibaldi's an die Italiener, den durch die Ueberschwemmung in Oesterreich Betroffenen beizuspringen; so wolle es der große Grundsatz von der Verbrüderung der Nationen.

Graf Bimercati erklärt in einem der Turiner „Opinione" zur Veröffentlichung zugeschickten Schreiben die Nachricht, daß er am 1. März mit einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers Napoleon für den König Viktor Emanuel in Turin angekommen sey, in welchem sich der Kaiser über die letzte Rede des Baron Ricasoli beklage, und daß dieses Schreiben eine der Ursachen, welche den Sturz des Ministerium veranlaßten, gewesen sey, für den Anfang bis zu Ende falsch. Er sey weder mit einem Schreiben noch überhaupt in einer Mission des Kaisers Napoleon nach Turin gekommen.

Griechenland.

Die vom 1. März datirte Proklamation des Königs lautet: „An das hellenische Volk! Hellenen! Ein höchst bedauerliches Ereigniß hat die Ruhe meines Reiches gestört und mein Herz tief betrübt. Einige Menschen aus der Klasse derjenigen, denen ich die Aufrechthaltung der Sicherheit des Landes und der Kraft der Gesetze desselben anvertraut habe, und deren Treue durch die Heiligkeit des Eides und durch die Unbestechlichkeit der militärischen Ehre verbürgt seyn sollte, haben Ehre und Eid mit Füßen getreten und die unter ihren Befehlen Stehenden verführend, die Fahne des Aufruhrs auf den Zinnen Nauplia's aufgepflanzt und so die Leiden der schrecklichsten aller Anarchien, der militärischen Zuchtlosigkeit, heraufbeschworen. Um das Uebel zu beschränken und um die düstern Pläne der Rebellen zu vereiteln, hat meine Regierung schon alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen, und da Niemand die der Fahne geworbene Beschimpfung tiefer empfindet, als meine im ganzen Lande treue und unwandelbar ihren Pflichten anhängende Armee, welche diese Gesinnungen auf ergreifende Weise kundgegeben hat, so lassen die hinreichenden militärischen Kräfte, die schnell um die genannte Festung zusammengezogen wurden, wo allein sich die rebellische Bewegung konzentrirte, keinen Zweifel übrig, daß innerhalb eines kurzen Zeitraums die Rebellen sich der Macht der Gesetze fügen müssen. Was mich aber unter den traurigen Verhältnissen noch trösten konnte, ist gewiß nur, Hellenen, die einstimmige Verwerfung, welche dieser schändliche Aufstand durch euch getroffen hat, der Absehen, den er bei euch allen erregt, und der bereitwillige Beistand, den ihr von allen Seiten für die Gesetze und gegen die Anarchie angeboten habt. Ich fühle daher das Bedürfniß, euch von Herzen zu danken, öffentlich eure Vaterlandsliebe zu preisen und meinen Stolz auszusprechen, über ein solches Volk zu herrschen. So handelnd, habt ihr gegen mich Gerechtigkeit geübt, aber auch euer wahrhaftes Interesse richtig gewürdigt. Ihr wißt, daß ich mein Geschick mit dem eurigen zu einem und demselben gemacht habe, und meine Zukunft ist auch die eurige. Für euch habe ich mein Geburtsland verlassen, Eltern und Verwandte, ein ruhiges und bequemes Leben. Kein Gedanke, fremd euern Interessen hat seitdem meinen Verstand beschäftigt, an nichts anderes habe ich gedacht, als an euer Wohl, an eure Wohlfahrt und an euern Ruhm. Wie ihr Alle, so habe ich auch erkannt, daß unser vielgeliebtes und seit grauer Vorzeit ruhmvolles Vaterland von dem allmächtigen Gott berufen ist, in Zukunft ein glorreiches Nationalleben zu führen, daß innere Zwistigkeiten und geheimliche Zuckungen nirgends weniger stattfinden sollten, als bei uns und daß, wenn allenthalben und immer Eintracht und Gleichgesinntheit die Völker retten und begründen, diese Tugenden uns vom Allerhöchsten eingeprägt werden, der in seiner Hand die Geschicke der Völker hält, strafend mit unbrechbarem Schaden. Durch eure Haltung habt ihr gezeigt, daß ihr dies Alles mit Bedacht erwogen und gewürdigt habt, nur in der Ordnung und der guten Gesetzgebung, nur in der Herrschaft der Gerechtigkeit und in der verfassungsmäßigen Thätigkeit der gesetzlichen Gewalten des Landes sucht ihr die Sicherheit, den guten Zustand und Fortschritt, und seyd nicht gewillt, das Spielzeug was immer für einer gesetzlosen Ehrsucht zu werden, oder eines aufrührerischen Geistes, um selbst mit eigenen Händen die Ruhe der Gegenwart und die Hoffnungen der Zukunft zu vernichten. Griechen, bewahrt diese Gesinnungen, diese großherzigen, nationalen, euer würdigen Gesinnungen. Umgebt in gegenseitiger Treue und Liebe den Thron, mit welchem euch unauflöslich die Eide von 1838 und 1844 verbinden und den die allgemeine Ueberzeugung als die sicherste Bürgschaft euer Nationalität und euer Wünsche anerkennt, und seyd überzeugt, daß euer König, der unter dem Schutz der Gesetze nur über das Wohl des Volkes wacht, es mitempfindet, daß er der Vater aller Hellenen ist, und daß zwar die väterliche Liebe die guten Handlungen mit Vergnügen belohnt, aber es bedauert, wenn sie die schlechten bestraft, und diese Strafe gerne bis zu den äußersten Grenzen der allgemeinen Wohlfahrt verlegt." (Fr. J.)

Die Berichte aus Griechenland, unklar und verworren, geben kein gutes Angelchen über den Stand der Dinge; die Regierung in Athen ist kaum stark genug, die militärische Revolte gewaltsam zu bezwingen, und was schlimmer als Alles ist, sie hat kein rechtes Vertrauen in diejenigen, die ihr treu geblieben. Der König und die Königin täuschen sich keinesweges über die Situation, aber sie werden nicht eher auswärtige Hilfe in Anspruch nehmen, bis der Piräus und somit der Rückzug aus der Residenz bedroht wäre. Die aufständische Truppe in Nauplia wurde bisher nicht durch einen Abfall der Marine oder Zuzug von der Seeseite unterstützt, und das allein nährt die Hoffnung, daß sie bald Mangel an Mitteln, sowohl an Geld als an Lebensbedarf leiden werde, und dann gibt es bei einer griechischen Soldateska weder Disziplin noch Halt mehr. Das kleine griechische Königreich ist in einer argen Krisis. Unter den Schutzmächten sind bereits Verhandlungen im Zuge über das Verhalten bei etwaigem Fortschritt der Revolte. (Nat.-Z.) (Das Neueste siehe im Anzeiger.)

Rußland und Polen.

Privatbriefe aus Petersburg melden, die Regierung gehe mit dem Plan um, ein neues Anlehen zu kontrahiren zum Behuf der Wiederaufnahme der Baarzahlungen seitens der Petersburger Bank.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 16. März. Ein origineller Selbstmordversuch ist dieser Tage dahier vorgekommen. Ein Mann wollte sich nämlich aus Lebensüberdruß todt trinken, kaufte zu diesem Zweck sechs Flaschen des stärksten Ungarweines, schloß sich in sein Zimmer ein, und fing nun an, langsam ins Jenseits hinüber zu kneipen. Der feurige Ungar griff zwar das Blut und Nervensystem des Selbstmörders heftig an, vermochte aber seine gesunde Natur höchstens in ein Delirium zu versetzen, in Folge dessen der Patient ins Krankenhaus geschafft wurde, wo nun die ganze Kraft mit einer Lungenentzündung zu verkämpfen verspricht. (M. B.)

Aus der Pfalz. Die Neustadter Schützengesellschaft hat beschlossen, als Preis zum ersten deutschen Bundesschießen ein Faß besten Weins, im Werth von 100 fl., zu senden.

Gestorben in Gießen der Professor der Mathematik, Dr. Hermann Umpfenbach, nach kaum zurückgelegtem 64. Lebensjahre.

Mannheim, 14. März. Bei Hrn. A. Pfeffer ist seit einigen Tagen eine Wurstmaschine in Thätigkeit gesetzt, welche in einer Viertelstunde 100 Pfd. warmen Speck in feine Würfel schneidet, wie sie zur Bereitung von Blutwürsten erforderlich sind. Die Maschine ist von Mechaniker Maier in Darmstadt gefertigt und kostet 300 fl. (Mh. A.)

Frankfurt, 17. März. (Privat-Korresp.) Ich bin in den Stand gesetzt, meine Notizen über die großartigen gastronomischen Vorbereitungen zum deutschen Schützenfeste durch folgende Mittheilungen zu vervollständigen: zur Bedienung der Festhalle, Küche, Keller, sowie der beiden Pavillons, und Restaurirung von Konditoreistellen verabredigt worden, wird ein Personal von ca. 370 bestellt, nämlich 30 Personen für Bureau, Kontrole und Kasse, 12 Köche und Kochfrauen, 20 Sektionschefs, 150 Aufwärter, 20 Metzger, 30 Küfer, 80 Mädchen für Zurichten der Gemüse u. s. w., sowie Reinigen der Tafel-Service, 20 Tagelöhner und 8 für die Pavillons. — Zur Herstellung des täglichen Bankettessens wird ein Bratofen hergestellt, in welchem 25 Kälber auf einmal gebraten werden können. Außerdem werden 24 große Kessel aufgestellt, in welchen 4 große Ochsen nebst 15 Centnern Kartoffeln und grünem Gemüse gekocht werden können. Eine kleine Beilage auf das Gemüse erfordert 3—4 Centner kleine Bratwürste, oder dürres Schweinefleisch oder Häringe u. s. w. An Salat werden ca. 30,000 Köpfe bestellt. Konditor Mey dahier wird täglich 400 große Torten liefern. Der Wirth richtet sich auf 3000 Tassen Kaffee nach Alich. Auf den Abend richtet er sich für 10,000 Portionen Speisen, wovon 1/3 warm abgegeben wird. Die hiesige Bäckerzunft hat sich anheischig gemacht, täglich bis 16,000 Stück Brödchen und 1000 Laib Zpfünd. Brode zu liefern. Das Handwerk der Schlachter wird ca. 360 Kälber und der Ferne beziehen, und die Preise in der Nähe nicht in die Höhe zu treiben. Im Keller richtet man sich auf einen täglichen Konsum von 30,000 Flaschen Wein und ehen so viel Bier, was bei günstiger Witterung im Vergleiche zum eidgenössischen Schießen wohl zu niedrig gegriffen seyn dürfte.

Digitized by Google

Neueste Nachrichten.

Lindau, 17. März. Die von hier nach München abgegangene päpstliche Deputation kehrte von da mit befriedigendem Erfolge zurück. Dem Vernehmen nach wird von Seite der Königl. Generaldirektion der Verkehrsanstalten auch den inländischen Getreidespekulanten für hiesigen Fruchtmarkt eine gleiche Tarifermäßigung bei der Beförderung auf k. bayerischen Bahnen gewährt werden, wie solche petuliäre Vortheile von nun an dem aus Oesterreich über hiesigen Platz nach der benachbarten Schweiz transitirenden Getraide zukommt. (Augsb. Abdz.)

* Der Zoll- und Handelsvertrag zwischen Frankreich und Preußen ist zwar noch nicht förmlich abgeschlossen, denn man ist über die Fassung einiger Artikel noch nicht ganz einig; der Inhalt aber steht im Wesentlichen fest. Von diesem haben denn auch die andern Zollvereinsregierungen schon seit längerer Zeit Kenntniß. Was die neuliche Ableugnung der „N. M. Z." betrifft, so bemerkt die Berl. „B.- u. H.-Z." wohl ganz richtig: „Die Thatsache ist richtig, daß der Vertrag in der Fassung, in welcher er behufs Erlangung der Ratifikation den Zollvereinsregierungen vorgelegt werden müßte, diesen noch nicht zugegangen ist. Dagegen haben die fraglichen Regierungen in jedem einzelnen Stadium der Verhandlungen von deren Ergebnissen genaue und amtliche Kenntniß erhalten, auch sind sie in Bezug auf die in der letzten Phase verwandten Situationen davon unterrichtet worden, inwieweit ihre früher erhobenen Bedenken und Wünsche Anerkennung erlangt haben." Eben so sicher ist, daß nicht alle Regierungen einverstanden sind mit dem Maß von Berücksichtigung, das ihrem Bedenken zu Theil wurde. In den süddeutschen Staaten erregt namentlich die Frage des Weinzolls Bedenken. Voraussichtlich werden hierüber wie über andere Punkte des Vertrags noch eigene Konferenzen desselben stattfinden. Die „Kasseler Zeitung" sagt mit Bezug hierauf: „Wir können heute nur unsere frühere Nachricht wiederholen und dem dort Gemeldeten noch weiter beifügen, daß dieser Widerstand der süddeutschen Staaten nicht blos durch die Agitation der Industriellen, sondern ganz besonders dadurch hervorgerufen ist, daß Graf Bernstorff vorzüglich aus politischen Gründen auf dem raschen Abschlusse des Vertrages bestand. Wir können heute seine hinzufügen, daß Preußen in Bälde auch einen ähnlichen Vertrag nicht blos mit Großbritannien, sondern auch mit Piemont schließen wird und die Anerkennung des italienischen Reichs festbeschlossene Sache ist." (!) Auch in Rheinpreußen stößt der Vertrag auf heftigen Widerstand, indem die dortigen Fabrikanten befürchten, derselbe habe den abstrakten Freihandelstheorien in höherem Grad, als es sich mit ihrem Vortheil verträgt. Der Elberfelder Fabrikantenverein hat deßhalb dem „Verein für deutsche Industrie", der gegen den Vertrag opponirt, seine Anerkennung ausgedrückt.

Ein Kopenhagener Telegramm der „Independance" sagt, die dänische Regierung werde, wenn Deutschland darauf beharre, sich in die schleswig'schen Angelegenheiten einzumischen, eine selbst auf Holstein beschränkte Bundesexekution als Kriegsfall auffassen. Der Zusammenhang wäre etwas sophistisch, und die Sache scheint nicht ganz richtig. Daß sich über Schleswig-Holstein indessen ein Gewitter zusammenzieht, scheint sicher; nur bezweifeln wir, daß es an der richtigen Stelle einschlagen wird, so lange in Preußen Krone und Volk einander gegenseitig mißtrauen.

Turin, 38. März. Die Deputirtenkammer hat die Unterstützung des Ministerium für die Ausführung seines Programms mit 210 gegen 80 Stimmen zugesagt. (Zeit.)

Garibaldi hat sich betrügen lassen, zwei Schwindlern, welche ihm im Namen eines imaginären Centralkomité der deutschen Bewegung eine lächerliche Adresse geschickt hatten, sehr entrent zu antworten.

Das Journal „Napoli e Torino" veröffentlicht eine Correspondenz aus Manfredonia, aus der wir folgende Stelle wiedergeben: „Zwei Frauen sind am Gargano füsilirt worden, weil sie mit den Feinden der öffentlichen Ordnung (den bourbonischen Freischaaren) in Verkehr standen. Eine von ihnen war ihrer Niederkunft nahe; man hatte die Menschlichkeit (!!!) dieselbe abzuwarten, und füsilirte sie einige Minuten früher." (R. M. Z.)

* Aus dem Königreich Polen, 10. März. Von den zur Deportation nach Sibirien oder zur Einstellung ins Militär bestimmten politischen Verurtheilten sind die meisten bisher noch in den Festungen des Königreichs geblieben, und die Abführung an die eigentlichen Bestimmungsorte beginnt erst jetzt, wo die Witterung milder wird. Ein Brief eines Geistlichen, welcher 350 Werst hinter Petersburg mit noch einigen Genossen eingestellt ist, erwähnt, daß die den Bestraften zu Theil werdende Behandlung durchaus mild ist, und daß sie auch auf ihrer Reise überall von der russischen Bevölkerung mit Speise und andern Lebensbedürfnissen versehen worden seyen. Es ist übrigens eine bekannte Thatsache, daß die Deportirten von der Bevölkerung Rußlands an den Orten, durch welche sie passiren, stets reichlich versorgt und mit allerlei Mitleidsbezeigungen erfreut werden, und daß die Behörden solche Vorkommenheiten nicht nur nicht inhibiren, sondern daß die den Unglücklichen (wie die Deportirten selbst in der Geschäftssprache der Behörden heißen) gereichten Spenden stets gewissenhaft vertheilt werden und kein Fall bekannt ist, wo die betreffenden Unterbeamten, ihrer sonstigen Gewohnheit getreu, irgend etwas davon zu ihrem Vortheil unterschlagen hätten. (Schles. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Popp'mann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. H.)		
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ G.	
„	5 pCt. Verml. Coupon b. R.	73 G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80 – 80⅞ G.	
„	4 pCt. Metall. Obligation.	58½ B.	
„	4½ pCt. dto.	43 G.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ B.	
Bayern	5 pCt. Obl. a. St. (C. b. R.)	103½ P. 103 G.	
„	4½ pCt. Obl. Ldst. dto.	103⅝ B.	
„	4½ pCt. Obl. Ldkr. dto.	102 G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅞ B.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	91⅛ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅛ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	88⅜ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	96⅞ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	87½ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	90 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	89 G.	
„	3 pCt. Obl. dto.	85½ G.	
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à 8 p. 3tel	17⅜ P. 17⅝ G.	
„	3 pCt.	43½ P.	
Bohmen	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅜ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1182⅜ P. ⅜ G.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	717—11 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	176 – 75 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	209 – 8 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	85¾ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	96 P. 65¾ G.	
Oest. F. St.-Eisb. Prior. 200 Fr. à 2 pCt.	235 P. 233 G.	
„ Elisab.-Elisabbahn b pCt.	111 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	76⅛ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 pCt. Z.	2½ G.	
Ludwigshafen-Bacher à 4 pCt.	130½ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅞ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	53⅛ P.	
Nddl. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250½ P.	
Span. Eisenbahn-Industrie	500 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	488 P.	
Bayr. Ostbahn à 4⅞ pCt. vollelnbez.	106⅞ P. ⅛ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	104½ P.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	104½ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. S.	98⅛ G.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Bremn. 20 Th. Lst. k. S.	96½ B. 96 G.
Cöln Thlr. 100 k. S.	100 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ P. 104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ B. 118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	83⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 8 W.	—
do. in fl. St. L. S.	86 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64¼—¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68⅛—⅛ G.	„ fl. 25 do.	35⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	112¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIR	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	95½ P.	Venetia-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	85¼ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	14¼ P. ⅛ G.

Frankfurt, 18. März. In Folge höherer Wiener Notirungen zeigte sich bei Eröffnung der Börse vielleicht Kauflust für ältere Fonds, Anlehenslose, Bank- und Kreditaktien. Im Laufe des Geschäfts jedoch traten einige Schwankungen ein und am Schlusse waren die Kurse nicht ganz so hoch, als bei der Eröffnung. Der Umsatz war ziemlich lebhaft. (Bad.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 79. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zusendung durch die Postboten in Zeile in gewöhnlicher Nonpar. | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 4 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 20. März 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Von Seite Bayerns ist bekanntlich der Rektor der k. Gewerbs- und Handelsschule zu Fürth, Dr. Berg, und dessen Collegmann Prof. Dr. Wagner in Würzburg, Mitglied der Zollvereins-Kommission für die Kunst- und Industrie-Ausstellung zu London. Dr. Berg hat am 17. d. die Reise nach London angetreten.

Nürnberg, 18. März. Die hiesige Blinden-Erziehungs-Anstalt hat von J. M. der Königin Marie ein Geschenk von 100 fl. erhalten. (N. K.)

Preußen. Berlin, 17. März. Es hat sich aus Mitgliedern und Gesinnungsgenossen der Fraktion Gradow (bisher ministeriell) nun auch ein Centralwahlkomite gebildet.

Die neuen Minister, der Bureaukratie entnommen und bis auf Einen völlige Neulinge im parlamentarischen Leben, sind im Ganzen wenig bekannt. Herr von Jagow wird als ein energischer Beamter geschildert. Graf Lippe hat gleichfalls den Ruf der Energie seit dem berüchtigten Potsdamer Depeschen-Diebstahl, wo er den Ministerpräsidenten von Manteuffel in Anklagestand versetzen wollte; über die Farbe seiner Gesinnung ist aber damit noch nichts ausgesagt. Herr von Mühler wird wohl noch etwas beschränkter auftreten als Herr von Bethmann-Hollweg. Vom Grafen Itzenplitz weiß man, daß er zu den Feudalen gehört, wenn auch zu denen, welche lieber gebogen als gebrochen werden wollen.

Wie von Herrn von Auerswald, seinem Jugendfreunde, so hat sich der König auch von dem Grafen Schwerin und dem Hrn. von Patow auf eine herzliche Weise verabschiedet.

Berlin, 16. März. Inmitten unserer schweren Verhältnisse finden bei Hofe augenblicklich mehr Festlichkeiten, als je vorher statt. Der Geburtstag des Königs wird dort mit einer großartigen Feier begangen werden. Aus anderen Kreisen hört man aber noch nichts von einer Feier. (N. K.)

Preußens Geschicke sind für die nächste Zeit entschieden. Der König von Preußen ist zu den Anschauungen des Prinzen von Preußen zurückgekehrt. Selbst der zahme Liberalismus der Herren Schwerin und Collegen hat sich nicht am Hofe des Gottesgnadenthums zu behaupten gewußt, und es ist geschehen, was jeder erwartete, seitdem mit Hülfe des so beliebten und seiner Vergangenheit von 1847 und 48 so getreuen Hrn. v. d. Heydt dem Ministerium ohne dessen Wissen ein durchaus tüchtiger Kantzunker zum Präsidenten über Nacht beschert wurde. Fürst Hohenzollern sah das schon lange kommen. Als charakterfestes Mann zog er sich zurück, sobald er das Neuhervortreten der alten Gesinnung erkannte. Es war und nie ein Zweifel, daß die vorgebliche Krankheit des Fürsten nur eine politische war.*) Die Kreuzzeitungspartei hat gesiegt, darüber darf man sich nicht täuschen, und die preußische Regierung hat in Deutschland jeden Boden verloren. Allerdings sind die alten Führer des Junkerthums so wenig als die Mitglieder des ehemaligen Manteuffel'schen Kabinets zur Gewalt berufen worden. Dem widersetzen sich Gesinnungen persönlicher Abneigung und die Erinnerung an gewisse Verwürfnisse während des Krimkrieges. Aber die Junkerpartei hat alle Ursache, mit dem bereits gewonnenen Resultate zufrieden zu seyn. Zwar sind die neuen Minister sämmtlich Leute ohne alle politische und persönliche Bedeutung; namentlich für drei unter ihnen ist die Ernennung zum Minister ein so ungeheurer Sprung in die Beamtenstaffade, wie er sonst nur in Revolutionen vorzukommen pflegt. (Indessen gibt es freilich auch Palastrevolutionen.) Die Kreuzzeitungspartei wird aber von der Bedeutungslosigkeit des neuen Kabinets um so größeren Vortheil ziehen, als es nicht im Stande ist, eine selbstständige Stellung nach irgend welcher Seite hin einzunehmen. Die Kreuzzeitungsmänner werden die Leitung der Wahlen in der Hand haben, und es kommt nun auf das preußische Volk an, welche Rolle Preußen in der Geschichte dieses Jahrzehnts zu spielen haben wird. Oesterreich geht auf dem Wege des freisinnigen Fortschritts voran, Preußen zurück. (Fr. Holtz.)

*) Von den hyperlischen Inseln ging dieser Tage der „Köln. Ztg." zur Berichtigung vieler falschen Nachrichten „aus sicherer Quelle" die Mittheilung zu, der Arzt zu Hohenwerden sey seit acht Tagen verschiedentlich telegraphirt und bringe täglich sechs bis acht Stunden damit zu, der Sache auf den Grund zu gehen.

Kurhessen. Kassel, 18. März. Der Arbeiterbildungsverein hat beschlossen, die vor dem Holländischen Thore gelegene österreichische Befestigung für den Preis von 21,000 Thaler anzukaufen.

Oesterreich. Wien, 14. März. Die Rede, welche der Finanzminister v. Plener gestern im Abgeordnetenhause gehalten hat, wird im Auslande hoffentlich besser aufgenommen werden als hier, wo man, allgemein genommen, die Bedingungen, auf welchen der Staatskredit und ein gesunder Geldumlauf beruhen, und richtige Grundsätze hierüber und ihre konsequente Anwendung nicht so recht zu würdigen verstehst. Hat man doch gestern, als der Finanzminister sagte, daß die Würde des Staats ein längeres Hinausschieben der Erfüllung der Verpflichtungen des Staats an die Bankschuld nicht zulasse, denselben durch ein unmutziges, vielstimmiges „Oho" unterbrochen. Die Linke wäre ihre Würde besser gewahrt und vor Allem eine richtigere Einsicht in die unumstößlichen Grundlagen, auf denen der Staatskredit beruht, bewiesen haben, wenn sie die Erklärung des Finanzministers mit Beifall aufgenommen hätte. Es wäre den Ohrenlern zu wünschen, sie möchten im Auslande unter Bankiers und Kaufleuten, welche sonst Oesterreich günstig sind, sitzen, wenn dieselben über die österreichischen Valutazustände reden. Es ist nothwendig, daß sich Jedermann in Oesterreich, insbesondere die Mitglieder der Reichsvertretung, denen Einfluß auf die Finanz- und Bankangelegenheiten gegeben ist, davon penetriren, daß es ehrlos wäre, nicht endlich die Valutaverhältnisse zu regulitren, und daß auf dieser endlichen definitiven Regulirung die Werthschätzung Oesterreichs im Ausland beruht. Nun will der Finanzminister die Schulden des Staates an die Bank nach einem festen Plane abtragen, damit diese die Baarzahlungen wieder aufnehmen könne und der Schmach ein Ende gemacht werde, es erklärt es als einen Ehrenpunkt des Staates, eben diese Schulden zu bezahlen, und die Linke ruft ein mißbilligendes „Oho!" Die sinnigen Nationalökonomen, die Verständigen des Geldmarktes in Deutschland werden entscheiden, ob der Bankplan Pleners geeignet ist, die Metallwährung in Oesterreich wieder herzustellen, — und werden jedenfalls seine mit der größten Energie ausgesprochenen Grundsätze: — daß man nicht fortfahren dürfe, Anleihen auf Anleihen zu häufen, daß die Rückkehr zum Staatspapiergeld Oesterreich Verderben wäre, und daß man die Bank durch Bezahlung der Schulden an sie zur Wiederaufnahme der Baarzahlung geeignet machen und verpflichten müsse, — billigen, nicht als wären ihnen diese Grundsätze neu, sondern weil sie von dem österreich. Finanzminister in einem entscheidenden Moment proklamirt werden. Der erste Theil des ministeriellen Vortrags betraf, wie schon erwähnt, die Erhöhung einiger Steuern, wodurch die Einkünfte des Staats um 18 Mill. Gulden jährlich erhöht werden sollen; der zweite das Uebereinkommen mit der Bank, der dritte das Defizit. In dieser Beziehung war der Finanzminister in der erfreulichen Lage, mittheilen zu können, daß der Betrag von 82 Mill. Gulden, welcher der Staatskasse in Gemäßheit des Bankübereinkommens aus der 1856er Anleihe zufließen wurde, nach den Ergebnissen des laufenden Finanzjahres nur zur Hälfte für die Deckung des diesjährigen Defizits in Anspruch genommen und die volle zweite Hälfte für die Bedürfnisse des nächsten Finanzjahrs verfügbar bleiben werde. Nach dieser Erklärung schrint es, daß das im vorigen Herbst mit 110 Millionen veranschlagte Defizit von 1862 bis auf circa 60 Mill. zusammengeschrumpft wäre.

Digitized by Google

Wir sagen: „es scheint", denn ausdrücklich erklärt hat es der Finanzminister allerdings nicht. (D. Bl.)

Wien, 16. März. Wenn man vor Kurzem erzählte, der Kurfürst von Hessen-Kassel beabsichtige den General Haynau mit einer besonderen Mission nach Wien zu betrauen (um Hilfe beim Wiener Kabinet in seiner Verfassungsnoth zu finden), so können wir melden, daß der österreich. Gesandte in Kassel, Graf Karnizki, hiervon abgerathen hat, und die Reise in Folge dessen auch unterblieben ist. (A. Z.)

= Die Stimmung in Venedig wird uns, namentlich seitdem in Genua die Comitati die Provvedimento tagen und andererseits die hellenische Regierung des Unstandes von Nauplia nicht Herr zu werden vermag, als eine ungemein gedrückte geschildert. Es herrsche eine unheimliche Stille, in der alle Welt sich eines lautlosen Advaetens befleißige und die selbst die Fastenpredigten durch kein schneidiges Wort zu unterbrechen wagen, da sich noch Niemand in den verschiedenen neben- und durcheinander treibenden Strömungen zu orientiren vermöge.

Frankreich.

Paris, 14. März. Nach Billaults Rede in der römischen Frage geht die Politik des Kaisers und seiner Regierung dahin: „Für den Augenblick ist der Kaiser entschlossen zu warten; er wird warten und mit ihm wird Europa warten. Er wird warten, bis die Dinge möglich seyn werden, er wird nichts vernachlässigen, aber er wird sich in nichts übereilen." Neu war in seiner Rede der von ihm mitgetheilte Brief des Kaisers an Viktor Emanuel, d. d. Vichy, 12. Juli 1861, womit er das neue Königreich Italien anerkannte. Der Kaiser schrieb damals u. A.: „Bei der Wiederaufnahme unserer offiziellen Beziehungen in ich genöthigt, meine Vorbehalte für die Zukunft zu machen. Eine Regierung ist immer durch ihre Antecenzien gebunden. Jetzt sind es elf Jahre, seit ich zu Rom die Gewalt des heiligen Vaters aufrecht halte; trotz meinem Wunsche, einen Theil des italienischen Bodens nicht militärisch zu besetzen, waren die Umstände immer der Art, daß es mir unmöglich war, Rom zu räumen. Wenn ich dies ohne ernstliche Garantie gethan hätte, so würde ich dem Vertrauen nicht entsprochen haben, das das Oberhaupt der Religion auf den Schutz Frankreichs gesetzt. Die Lage ist noch immer dieselbe. Ich muß also Eure Majestät offenherzig erklären, daß ich, während ich das neue Königreich Italien anerkenne, meine Truppen dennoch zu Rom lassen werde, so lange Euer Majestät nicht mit dem Papst ausgesöhnt, oder der Papst bedroht seyn wird, die ihm verbleibenden Staaten durch eine regelmäßige oder unregelmäßige Streitmacht angegriffen zu sehen." So viel ist aus Allem klar, daß an ein Aufgeben der römischen Okkupation vorerst nicht zu denken ist. (Mdler.)

Wie man aus Paris schreibt, wird in gut unterrichteten Kreisen der französischen Hauptstadt die Lösung des Konflikts zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten vermittelst einer freundschaftlichen Trennung noch immer für wahrscheinlich (?) gehalten; jedoch glaubt man, daß dieselbe nicht eher erfolgen werde, als bis die gehäufte militärische Eitelkeit der Nordstaaten alle Genugthuung erlangt habe.

Paris, 17. März. Vor dem hiesigen Civil-Tribunale ist dieser Tage ein eigener Prozeß verhandelt worden. Als Garibaldi seinen Feldzug gegen das festländische Neapel unternahm, hatte er in Paris gegen 30,000 Bajonnetscheiben bestellt. Die Ereignisse schritten schneller voran, als er geglaubt, und die Scheiben wurden erst geliefert, als er bereits in Capera zurück war. Garibaldi verweigerte nun die Zahlung, die auch die Turiner Regierung nicht leisten wollte. Die Lieferanten verklagten nun die letztere, und das Gericht verurtheilte wirklich die Regierung Viktor Emanuel's zur Bezahlung der Scheiben. (K. Z.)

Italien.

= Aus Rom wird uns geschrieben: „Der Papst befindet sich vollkommen wohl; der König Franz und seine Gemahlin suchen beinahe täglich einige Stunden in seiner Nähe Trost. Uebrigens werden Franz II. und dessen Brüdern von Seiten der französischen Garnison bei jeder Gelegenheit alle die Ehrenbezeugungen zu Theil, welche dem Haupte und den Mitgliedern einer regierenden Dynastie gebühren. Se. Heiligkeit hat in einem vom 2. datirten Cirkular angeordnet, daß die Prediger sich auf den Kanzeln aller politischen Anspielungen zu enthalten haben. Die Mißhelligkeiten zwischen dem päpstlichen Kriegsminister de Merode und dem französischen Kommandanten Goyon sind ausgeglichen, so daß beide Herren sich nicht nur öffentlich, sondern auch privatim sehr freundschaftlich entgegenkommen. Gleichzeitig hören wir, daß im Süden Frankreichs, in Marseille und anderwärts wieder Werbebureaux für die päpstlichen Truppen eröffnet worden sind."

Nach Berichten aus Turin versucht Ratazzi den General Garibaldi zu bewegen, daß er seinem Plan entsage, alle italienischen Städte zu bereisen, um überall Schützenvereine zu gründen. Das Turiner Kabinet wünscht sich dadurch den Beistand der konservativen Partei im italienischen Parlament zu erhalten; es liegen vielleicht auch französische Einmahnungen zu Grunde.

Wie aus Marseille geschrieben wird, haben sich mehrere Kapitäne der Handelsmarine verpflichtet, in Cagliari Waffen an Bord zu nehmen und sie den griechischen Insurgenten zuzuführen. Dem „Progrès de Lyon" zufolge läge es in der Absicht der Garibaldianer, zwischen dem 15. und 20. April eine Landung in Griechenland oder an der Küste des adriatischen Meeres zu versuchen. (Garibaldi's Freunde ihrerseits stellen dethartisch in Abrede, daß er oder sie Freischaaren anwerben.)

Griechenland.

= Die Regierung König Otto's ist eifrig beschäftigt, unwiderlegliche Beweise für die Betheiligung italienischer Emissäre an der Soldatenemeute zu beschaffen, ohne daß es ihm jedoch bisher gelungen, derartiger Dokumente habhaft zu werden. Besonders scharf sieht man dem Grafen Mamiani, dem Gesandten Viktor Emanuels in Athen, auf die Finger, der sich auf die Zustellung seiner Päße gefaßt machen müßte, sobald sich irgend ein ihn persönlich gravirendes Symptom zeigte. General Kalergis, der griechische Gesandte in Paris, der bekanntlich nach Turin geeilt ist, der mit den jetzt tonangebenden Persönlichkeiten in Turin auf dem besten Fuß steht und sie deshalb nicht kompromittirt zu sehen wünscht, soll dort Alles aufbieten, um zu verhindern, daß keine italienischen Freischärler nach Griechenland in See stechen. Zugleich aber verlautet als dunkles Gerücht, König Otto könne so wenig mehr auf die Treue seiner Truppen rechnen, daß er sich bereits an die Schutzmächte mit der Bitte gewendet habe, seinen Thron durch eine Intervention zu schützen.

A. Gernier entwickelt in einem Artikel im „Constitutionnel", wie der gegenwärtige traurige Zustand Griechenlands zum großen Theil der Nation selbst zur Last falle. Seit den Freiheitskriegen, welche den Hang zu Abenteuern und zu einer unsäßen Lebensweise begünstigten, habe die Nation den Landbau vernachlässigt und sich, um ihrem Ehrgeiz zu genügen, immer mehr den Studien gewidmet. Es lasse sich also nicht wundern, wenn man in diesem Lande statt Landwirthe, Industrielle, Handwerker und Künstler nur Medizinen, Advokaten, Professoren und Offiziere finde. Dies sey das wahre Uebel Griechenlands; denn angesichts dieser, von einem fürchterlichen Ehrgeiz beseßenen Leute, die alle danach strebten, Minister oder Aehnliches zu werden, könnte ein Ministerwechsel, eine Kammerauflösung und selbst ein Umsturz der Dynastie nicht viel helfen. Was das Interesse und vielleicht das Heil Griechenlands unverzüglich erforderten, sey eine richtigere Leitung der Intelligenz, und Thätigkeit des Landes; eine Rückkehr der Gemüther zu dem, was möglich, praktisch und nützlich sey; die Stillung dieses ehrgeizigen und politischen Fiebers und das Erkennen, daß eine Nation nicht ausschließlich aus Beamten bestehen könne, und daß Industrie, Handel, Ackerbau und freie Gewerbe, sollten sie auch nicht in die Kammer und ins Ministerium führen, ebenso nutzbringend und ebenso ehrenhaft seyen, als öffentliche Anstellungen.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. März. Unsere Regierung geht, nachdem sie seit fünf Monaten die Zügel wieder fest in die Hand genommen, ruhig ihren Gang, um die verliehenen neuen Einrichtungen der ferneren Entwicklung entgegenzuführen, und läßt sich durch die noch immer hier und da auftretenden Oppositionsgelüste keineswegs beirren. So ist vorgestern auch die außerordentliche Versammlung des allgemeinen Staatsraths auf den 26. d. M. einberufen worden. Bekanntlich ist der Hauptzweck derselben die Schlußberathung des Gesetzes wegen Zinsbarmachung der Bauern in Polen (ähnlich wie im eigentlichen Rußland) und der damit zusammenhängenden ländlichen Gerichtsbarkeit. (A. Pr. Z.)

Amerika.

New-York, 28. Febr. Eine Ordonnanz des Kriegsministers bestimmt, daß die auf Weiteres die Zeitungen sich aller Mittheilungen über Militärbewegungen, deren Veröffentlichung nicht von den Militärbehörden gestattet ist, enthalten sollen.

Wie man aus St. Louis meldet, hat General Halleck in einem Armeebefehl bekannt gemacht, der Feind (die Sonderbündler) habe bei der Räumung in Munktown in Arkansas den im Stich gelassenen Munitionsvorrath vergiftet, und 42 Offiziere und Soldaten, die davon genossen, seyen an Vergiftung gestorben. Wenn die Ur-

Digitized by Google

heber der Bergiftung in Gefangenschaft gerathen sollten, werde er sie weder als Soldaten behandeln noch erschießen, sondern als Mörder vor Gericht stellen und hängen lassen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. März. Das hiesige Schwurgericht verhandelte heute bei beschränkter Oeffentlichkeit die Anklage gegen den Gütler Gg. Mayer von Sielenbach wegen Nothzucht ꝛc. Mayer, der 50 Jahre alt ist und dem Branntwein sehr ergeben war, hat Jahre lang seine 3 ehelichen Töchter im zartesten Alter zur Unzucht verführt und sein Schandleben bei der ältesten Tochter fortgesetzt, nachdem diese in das Alter der Reife eingetreten war. Da sich bei dieser die Folgen des sträflichen Umgangs zeigten, machte die Frau Mayers selbst bei Gericht die Anzeige. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde Gg. Mayer zum Zuchthaus auf 16 Jahre verurtheilt und zugleich der Verlust der elterlichen Rechte ausgesprochen.

Nürnberg, 17. März. Gestern Nachmittag wurde durch einen Hund ein Verbrechen entdeckt. Bei dem Dorfe Gleishammer nämlich scharrte der Hund eines Spaziergängers die Erde auf und zog die Leiche eines neugebornen Kindes hervor, das muthmaßlich erst einige Tage eingegraben war. Untersuchung ist bereits eingeleitet. (R. K.)

Köln, 13. März. Das diesjährige niederrheinische Musikfest, das neunundreißigste in der glänzenden Reihe derselben, wird an den Pfingsttagen hier in Köln gefeiert werden.

Offenburg, 13. März. Das Anwesen der Fabrik kompromittirter Gemüse dahier kam heute zur öffentlichen Versteigerung. Amand Goegg von Renchen (der jetzt dezadirte 1849er Finanzminister), der, aus Genf zurückgekehrt, eine Glasfabrik auf diesigem Platze gründen will, hat die gedachten Lokalitäten für 24,900 fl. ersteigert.

Das Komité der Heuglin'schen Expedition in Gotha hat Hrn. v. Heuglin die Leitung derselben entzogen. In seinem Bericht sagt es: „Aus verschiedenen Briefsendungen gewann das Komité gleichzeitig die Ueberzeugung, daß nicht alle Mitglieder der Expedition die instruktionswidrige Absicht des Hrn. v. Heuglin theilten und daß besonders Hr. Werner Munzinger, der sich am 1. Juli 1861 der Reisegesellschaft in Massua angeschlossen und sie nach den Bogos-Ländern geleitet hatte, der Instruktion treu geblieben ist. Da Hr. Munzinger auf Grund derselben sich weigerte, Hrn. v. Heuglin nach Süden zu begleiten, so war eine Trennung der Expedition unausbleiblich, welche auch am 11. Nov. in dem Dörfchen Mai Schecha in der Abessinischen Provinz Serawi, in gerader Linie etwa 17 deutsche Meilen von Keren entfernt, erfolgte. Hr. Munzinger, dem sich Hr. Kinzelbach angeschlossen hat, wollte, dem Firuz Mared bis Kassela folgend, Chartum wo möglich noch im Januar d. J. erreichen. Das Komité hat Herrn Munzinger mittels Schreiben vom 30. Dezember 1861 die nöthigen Geldmittel zu seiner Reise von Chartum nach Wadai zur Verfügung gestellt, ihn auch von seinen kontraktlichen Verpflichtungen gegen Hrn. v. Heuglin entbunden. Es beruht daher die Hoffnung einer Erreichung Wadai's von Osten her fortan wesentlich auf Hrn. W. Munzinger.

Frankfurt, 17. März. Aus Veranlassung der Verheirathung der Baronesse Adele v. Rothschild mit Baron Salamon v. Rothschild aus Paris haben die Neuvermählten außer den sehr zahlreichen unmittelbaren Armenspenden an 70 milde Stiftungen 10,000 fl. vertheilen lassen. (Schw. M.)

W **Frankfurt**, 18. März. (Privat-Korresp.) Die Organisation des Schützenfestes schreitet, nachdem die Gesammkosten von 85,000 fl. durch freiwillige Zeichnungen hiesiger Bürger garantirt sind, rasch vorwärts. Den Vorbereitungen nach kann es das großartigste Fest werden, das noch auf deutschem Boden gefeiert worden. Ich kann Ihnen heute einige Mittheilungen über die Thätigkeit des Schießkomité machen. Bekanntlich hat der Vorstand des deutschen Schützenbundes eine Schießordnung festgestellt, welche Frankfurt anbringenden, für das erste Bundesschießen eine eigene Schießordnung festzustellen. Da nach Ansicht des bewährten schweizerischen Schützenmeisters Ohrist der Entwurf einige unpraktische Bestimmungen enthielt, so ist eine neue Schießordnung ausgearbeitet worden, welche bereits die Genehmigung des Centralkomité erhalten hat und in spätestens 14 Tagen veröffentlicht werden wird. Vorläufig kann ich mittheilen, daß 100 Scheiben aufgestellt werden, wovon nur 10 Scheiben zum Aufgelegt-Schießen. Die übrigen 90 Scheiben sind zum Frei-Hand-Schießen bestimmt, wobei das Einstemmen des Ellbogens, wie in der Schweiz, erlaubt ist, und zwar 60 Standscheiben auf 175 Meter, 30 Feldscheiben auf 300 Meter Entfernung. — Für die Standscheiben wurden die Namen: Deutschland, Rhein, Donau, Elbe, Weser, Oder (die letztere die zum Auftegen) gewählt, für die Feldscheiben die Namen der „Heimath" und der Helden, die für ihre Freiheit gestorben: Schill, Theodor Körner, Andreas Hofer, Buchhändler Palm. Jede Festscheibe wird doppelt vorhanden seyn, um gleichzeitig mehrere Schützen zum Schuß kommen zu lassen. Die 300 silbernen Becher, von denen ich Ihnen schrieb, im Werthe von je 30 fl. werden als Ehrenpreis für eine bestimmte Anzahl von Treffern gegeben, und zwar für die beiden Arten von Festscheiben eine besondere Sorte, um sofort an ihrer Gestalt zu erkennen, auf welchen Scheiben der Preis errungen. Zur Ausschmückung der Festhalle wird der Historienmaler Lindenschmit einen großen Farben-Carton anfertigen, wovon die Skizze bereits vorliegt. Sie stellt vier Hauptschlachten dar, in welchen die Deutschen den äußeren Feind niedergeworfen, und vier Männer, welche sich besonders um die Macht und Größe der deutschen Nation hervorgethan: die Varusschlacht, die Schlacht im Lechfeld, eine Türkenschlacht und die Schlacht an der Katzbach, Karl der Große, Armin, Stein und Blücher.

Wien, 16. März. Heute um Mitternacht starb, nach längerem Krankenlager, Joseph Christian Frhr. v. Zedlitz, 72 Jahre alt; seine Freundin, die Schriftstellerin Binzer, stand ihm bis zum letzten Augenblick treu und sorgsam zur Seite. Zedlitz als Dichter ist Vielen bekannt, als Politiker Wenigen, und doch wird auch hierüber die Geschichte der Metternich'schen Epoche ein Urtheil fällen müssen; er war in der Staatskanzlei angestellt und beschäftigt, nachdem er es in der militärischen Carrière nicht weiter als zum Oberlieutenant in einem Husaren-Regiment brachte. Aber auch in der diplomatischen Carrière gab es Hindernisse, die der von alter aristokratischer Familie abstammende Schriftsteller nicht überwinden konnte, und es gelang ihm nichts Anderes, als in späteren Jahren zum Gesandten einiger kleinen deutschen Fürsten am kaiserlichen Hofe ernannt zu werden. Der Bewegung von 1848 blieb er fremd und fern, ein Asyl in einem Bergstädtchen Ober-Oesterreich suchend; selbst literarisch und dichterisch konnte sich der Mann, der die napoleonischen Zeiten erlebt hatte, nicht in die neue Strömung hineinfinden. Der Aristokrat, der Militär, der Diplomat war seinem Geiste hinderlich, unbefangen die Lage zu beurtheilen. Er war beinahe fremd geworden den leitenden Persönlichkeiten wie den Strebungen des Tages, und selbst in den Salons glänzte er nicht mehr durch seinen Geist, sondern blos durch die Orden, die er anzulegen liebte. Als Dichter ist er nicht zu verachten, und als Mensch werden ihm gute und liebenswürdige Eigenschaften nachgerühmt; er war u. A. mit Schmerling nahe befreundet. (K Z.)

(Selbstmord eines politischen Flüchtlings.) In vergangener Woche starb in London einer der wenigen französischen Flüchtlinge, die noch am Leben sind und die kaiserliche Amnestie verschmähten, durch Selbstmord, — Lebat, früher Mitglied der Nationalversammlung. Bei der Leichenfeier sagte einer seiner Freunde aus: der Verstorbene habe sich kurz vor seinem Tode bei ihm darüber beklagt, daß er unausgesetzt von Spionen verfolgt werde, die ihn zu einem Attentat auf Louis Napoleon verleiten wollten.

Während die englische Regierung, schreibt die „Engl. Korr.", dem Parlamente Vorschläge zu einer Verbesserung der Volkserziehung macht, während das Ausstellungsgebäude sich seiner Vollendung nähert, um Zeugniß abzugeben für die Fortschritte der Kunst und des Gewerbefleißes aller Länder der Erde, und während wir mit Stolz auf den geistigen Fortschritt unsers Jahrhunderts zeigen, beschäftigt die fashionable Welt Englands sich neuerdings wieder angelegentlicher mit Geisterklopferei und Todtenbeschwörungen. Ein gewisser Mr. Forster, der sich für seine séances eine Guinee zahlen läßt, und soviel Kunden hat, daß man sich mindestens 24 Stunden früher melden muß, um Audienz zu erhalten, führt den Leuten auf Verlangen die Geister verstorbener Freunde und Verwandte vor und läßt beliebige Fragen durch diese beantworten. — Eine durch die genannte Korr. mitgetheilte humoristisch gehaltene Schilderung der Operationen des Schwindlers, welcher im Begriff steht, ein Millionär zu werden, wirft ein neues und eigenthümliches Licht auf die Kulturzustände jenseits des Kanals!

Neueste Nachrichten.

* **München**, 18. März. Der Verordnung, die Einrichtung der Distriktsverwaltungsbehörden betreffend, vom 24. Febr. d. J. entnehmen wir Folgenes: Jedes Bezirksamt

Digitized by Google

wird mit einem Bezirks-Amtmann und in der Regel einem Bezirks-Amts-Assessor besetzt. Wo örtliche Verhältnisse es erheischen, einen Nebenbeamten an einem vom Sitze des Bezirks-Amtes entfernten Orte zu ernennen, wird dessen dienstliche Wirksamkeit und Stellung besonders bestimmt werden. Das nöthige Schreiberpersonal hat der Bürgmann aufzunehmen und ebenso zu verpflichten. Er ist für die Amtlich tüchtiger und wohlbetheumunderter Persönlichkeiten verantwortlich. Jedem Bürgmann wird ein Bezirksamtsdiener beigegeben. — Die Bürgmänner stehen in dem Range der Regierungsassessoren, die Bürgassessoren in jenem der Regierungssekretäre. — Die Bürgmänner und Bürgassessoren theilen sich bezüglich der Besoldung in drei Klassen, so daß vorläufig in der I. Kl. 40, in der II. Kl. 40, und die übrigen in der III. Kl. eingereiht werden. Die Vorrückung in eine höhere Besoldungsklasse bleibt für jeden einzelnen Fall der Allerhöchsten Bestimmung vorbehalten. — Die jährlichen Bezüge des Bürgmannes bestehen: 1) in einer Besoldung und zwar in der I. Kl. von 2000 fl., in der II. von 1800 fl., in der III. von 1500 fl.; 2) in einem Reisefosten-Aversum von 500 bis 800 fl., je nach den Verhältnissen des Amtes. Wird dem Bürgmann eine Dienstwohnung angewiesen, so hat derselbe hiefür 100 fl. jährl. Miethins zu entrichten und den verordnungsmäßigen Bestimmungen über Unterhaltung der Dienstwohnungen zu genügen. Die Bezüge des B.-A.-Assessors bestehen in einer Jahresbesoldung: in der I. Klasse von 1200 fl., in der II. von 1000 fl., in der III. von 800 fl. — Die Aufstellung der B.-A.-Diener erfolgt durch königl. allerg. Ernennung und vorbehaltlich bereits erworbener Rechte in widerruflicher Weise. Die B.-A.-Diener erhalten einen jährlichen Funktionsbezug von 400 fl. Der allerh. Entschließung bleibt es vorbehalten, auf Antrag der Staatsministerien des Innern und der Finanzen den durch Alter oder Unglück dienst- und erwerbsunfähig gewordenen B.-A.-Dienern, sofferne dieselben zur Zufriedenheit gedient haben, und ebenso den Wittwen und Waisen derselben, welche kein zu ihrem Unterhalte hinreichendes Vermögen besitzen, ständige Unterhaltsbeiträge unter Rücksichtnahme auf die Bestimmungen der Dienstespragmatik anweisen zu lassen. — Der Wirkungskreis der B.-Aemter umfaßt im Allgemeinen alle Geschäftszweige, welche bisher der Zuständigkeit der Landgerichte als Distriktsverwaltungsbehörden übertwiesen waren. — Der B.-Amtmann leitet die Geschäfte unter seiner ausschließlichen persönlichen Verantwortlichkeit. — Der B.-A.-Assessor ist dem B.-Amtmann untergeordnet, und hat sich nach dessen Anweisung den ihm übertragenen Geschäften zu unterziehen. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des B.-Amtmanns ist er dessen Stellvertreter und handelt sodann auf eigene Verantwortlichkeit. — Abgesehen von den Fällen dienstlicher Abwesenheit sollen die genannten Beamten für Jedermann während der Amtszeit — Vormittags von 8—12 Uhr. Nachmittags von 2—6 Uhr — in den Geschäftslokalen zugänglich sepn. Eine gleichzeitige Entfernung beider Beamten vom Amtssitze ist unzulässig, soweit nicht unabweisliche Dienstesverhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen. Um aber die Amtsangehörigen gegen die Unannehmlichkeit fruchtloser Gänge zum Amte in Folge dienstlicher Abwesenheit der Beamten möglichst sicher zu stellen, sollen zwei Tage in der Woche für die Entgegennahme mündlicher Anträge fest bestimmt, und an diesen Tagen auswärtige Geschäfte ohne dringende Veranlassung überhaupt nicht vorgenommen werden. Diese Amtstage sind in der Regel so zu wählen, daß sie mit den Gerichtstagen des am Sitze befindlichen Landgerichts zusammentreffen. Sie sind durch Anschlag am Amtslokale und außerdem in allen Gemeinden bekannt zu machen. — Dem Bürgmann wird zur Pflicht gemacht, durch entsprechende Geschäftspflege, insbesondere durch pünktliche Bereisung des Amtsbezirkes nach Vorschrift des § 15 in steter unmittelbaren Berkehr mit den untergebenen Gemeinden und deren Organen sich zu erhalten und von den Zuständen und Bedürfnissen des Verwaltungsdistriktes und seiner Bewohner und von dem geeigneten Vollzuge der betreffenden amtlichen Anordnungen persönliche Ueberzeugung sich zu verschaffen.

= In Lemberg, wo die Polen bekanntlich während des Faschings pro patria traueten, wurde der erste der beiden von den Ruthenen abgehaltenen Bälle von der Gegenpartei nur verhöhnt und bespöttelt. Als aber trotzdem der zweite Ballsag am 20. noch allgemeinere Theilnahme fand — es waren an tausend Gäste im Redoutensaale anwesend —, ging man zu Handgreiflichkeiten über unter dem Vorwande, es sey dies Datum der Jahrestag der „Tarnower Schlächterei". Zwei Damen wurden, als sie auf den Ball fuhren, von einem schcenergen überfallirt, andere wurden mit insultirtem Geschrei verfolgt: „Ihr müßt auf dem Grabe unserer Brüder tanzen — von unserm Blute trinken!" Uebrigens ist zu bemerken, daß jene gegen den polnischen Adel gerichtete „Schlächterei" 1846 am 18. Februar anfing und sich auf rein polnische Ortschaften beschränkte.

* Athen, 8. März. Es sind nun 3500 Mann von allen Waffengattungen vor Nauplia versammelt und diese erhalten täglich Zuzüge. Dazu muß man eine große Zahl Freiwillige zählen. Die Soldaten haben von der ungünstigen Witterung viel zu leiden, denn die Frühlingsregen sind bereits eingetreten. Die Insurgenten halten noch immer die Berschanzungen der Festung besetzt. (Diese wurde seitdem theilweise erstürmt.) Da die Insurgenten die Stellung bei der Mühle von Tabakopulos verliehen, hatten sie zwei Offiziere nach Kephalari oder Erastnus abgeschickt, um die dortige Pulverfabrik mit allen Magazinen zu zerstören, die dem Staate eine halbe Million gekostet hatte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahlschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	78½ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	86⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	80 P.	
„	4½ pCt. dto.	44 P.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. a. K. (C. b. K.)	104½ P. 103 G.	
„	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	104 P.	
„	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103⅞ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	92⅛ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅝ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅝ G.	
„	4 pCt. Obl. v. 1842	98½ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P. 1⅛ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅜ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	88⅝ G.	
„	3 pCt. Obl. dto.	93 G.	
Spanien	3 pCt. ins. Sch. F. A 5. 2. 39	4⅞ P. 4⅝ G.	
„	2 pCt.	23½ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100½ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1150⅞ P. ½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	715 P.	
Bayerer. Vereins-Bank-Aktien à fl. 200	173½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	208½ P. 207½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ P.	
Mitteldeutsche Kreditbank	85⅞ P. ⅛ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66⅛ P.	
Oest. F.St. Eisb. à pCt. 500 Fr. à 2 Thlr.	235 P. 234 G.	
Elisab.-Eisenbahn à pCt.	111⅛ – 111 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	76 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 à pCt. Z	268⅛ G. ⅜ G.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	130½ P.	
Pfälz. Mauth- u. Rothschild à 4½ pCt.	105 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	252 P. 251 G.	
Span. Handels- u. Industrie	500 P.	
„ Credit-Akt. des Peroires	468 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. Vereinsbank.	106⅜ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ P.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 40 Th. Lad. k.S.	96½ B. 96 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ P. 104⅞ G.
London 1st. 10 k. S.	116 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. I.R.L. 300 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 24 Kr. W. L. S.	86⅛ B.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit pCt.	64⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68¼ P.	„ fl. 25 do.	32⅝ P.
„ fl. 100 Kais. l. v. 1858	119¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	121 G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	95¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅜ P.
Badische fl. 35	84⅝ G.	Arab.-Gumanch. fl. 7-L.	13⅛ P. ½ G.

Frankfurt, 19. März. Bei vermindertem Umsatz waren österr. Fonds und Kreditaktien etwas matter, die übrigen Fonds ohne wesentliche Veränderung. (Schnz.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbiblio' in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Handblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 21. März 1862.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 18. März. Wenn die „Wiener Corresp." wissen will: Oesterreich und Preußen hätten bei den Verhandlungen über ihren gemeinsamen die kurhessische Angelegenheit betreffenden Antrag auch den Fall einer Bundesexecution gegen die den neuen Bundesbeschlüssen nachkommenden nicht bereits Regierung Kurhessens in Erwägung gezogen, und Hannover als die zur Ausführung einer solchen Execution zu berufende Regierung in Aussicht genommen, so entbehrt diese Mittheilung jeder Begründung. So sehen diese Dinge überhaupt nicht, daß es nöthig wäre, an den Fall einer Execution vorzudenken. Ein zu beseitigender Widerstand der kurhessischen Regierung scheint nicht zu gewärtigen. (A. Z.)

(Der Glaube macht selig.) Angesichts der neuesten Ereignisse in Preußen hat eine in Coburg gehaltene, aus allen thüringischen Staaten und Kurhessen besuchte Nationalvereinsversammlung neben einer Anerkennung des kurhessischen Volkes, der weimarschen Kammer und des badischen Ministeriums in der deutschen Frage (Hehr. v. Roggenbach hat sich ums Vaterland wohlverdient gemacht) — die Erklärung abgegeben: daß sie „trotz der entgegenstehenden Schritte Oesterreichs und der Würzburger Regierung und trotz der gegenwärtigen Haltung der preußischen Regierung, an der Erzielung eines deutschen Bundesstaats unter preußischer Führung festhalte," — und in Niederwalluf im Nassauischen hat eine ähnliche Versammlung sogar erklärt: „die Ehre, das Recht und die Interessen der deutschen Nation mache es jedem deutschen Patrioten zur Pflicht, jetzt dem Nationalverein beizutreten."

Bayern. München, 19. März. Se. Maj. König Ludwig hat für das in Weinsberg (Würtemberg) projektirte Denkmal Justinus Kerner's bereits 300 fl. gesendet.

Preußen. Berlin, 17. März. Bekanntlich hat ein reaktionäres Blatt entdeckt, daß die demokratische Presse die intellectuelle Urheberin der Sadde-Putzli'schen Flucht ist. Die „Morgenzeitung" bemerkt dazu: „Vielleicht haben wir auch noch schließlich den Hauskneckt erstochen!"

Es scheint sicher, daß der neue preußische Finanzminister ohne den 25proz. Zuschlag die Militärausgaben bestreiten zu können denkt, und ohne daß an deren Höhe etwas abgelassen würde. Die „Nationalzeitung" erblickt in dieser Neuigkeit eine Aussicht auf Pariser Finanzwirthschaft, zumal die wenigen Bewunderer des Herrn v. d. Heydt seine mehr geniale als solide Verwaltung des Handelsministeriums immer schon am liebsten mit der des berufenen Seine-Präfecten Haußmann verglichen hätten. — Graf zur Lippe, der vorgestige Justizminister, war früher als Staatsanwalt bei dem Kreisgericht in Potsdam angestellt. Von dort nach Glogau als Appellrath versetzt, ward er im Jahre 1860 der Nachfolger Rönnes als erster Staatsanwalt am Stadtgericht, um wenige Monate danach die durch Schnarck's Abgang erledigte Stelle eines Ober-Staatsanwalts beim Kammergericht einzunehmen. Seine Versetzung von Potsdam nach Glogau erfolgte im Jahre 1856 unter ganz besonderen Umständen. Ihre Leser erinnern sich des Potsdamer Depeschenbirdstahls, der den damaligen Ministerpräsidenten Manteuffel, den inzwischen verstorbenen General v. Gerlach und andere Namen gleichen Gepräges in eine äußerst schmutzige Geschichte verwickelte. Graf Lippe hatte als Staatsanwalt jener Zeit unmittelbare Kenntniß von dem Gang der gerichtlichen Untersuchung, und man erzählte sich, wie er nicht umhin gekonnt habe, die durch den Untersuchungsrichter festgestellten Thatsachen zu benutzen, um aus ihnen Material für eine weitere Anklage, und zwar gegen den Heern v. Manteuffel selbst zu gewinnen. Dieses kühne Vorgehen brachte ihm dann eine Maßregelung ein, wenigstens wurde er als Appellrath in einer kleinen Stadt Niederschlesiens den politischen und höfischen Intriguen ziemlich fern gerückt. (Leit.)

Die „Kreuzzeitung" will sich und ihre Freunde nicht gerade mit dem neuen Ministerium „identifiziren" (wer glaubt es gerne, da es mehr Bureaukraten als eigentliche Junker enthält), aber sie begrüßt es „mit großer, ungeheuchelter Befriedigung und Freude", und verspricht es „mit allen Kräften zu unterstützen." Es ist also ganz die alte wohlbekannte Geschichte wie unter Manteuffel: „königliches Regiment" zu Wünschen einer Anzahl von engverbundenen Familien, dessen Gegensatz „parlamentarisches Regiment" als gleichbedeutend mit der Revolution und allen Gräueln der Verwüstung verkehrt wird.

Die „Berl. Allg. Ztg.", das Organ der gemäßigt liberalen, bisherigen Ministerium Bernhardi, stellt heute dem neuen Ministerium den Scheidebrief zu: „Der ausgebrochenen Krisis waren die Minister, wie die Lage der Sache stand, nicht gewachsen; es war für sie, es war für unsere Partei wünschenswerth, es war nothwendig, daß sie gingen. Aber daß die Krisis überhaupt kam, war unnöthig, und sie ohne Noth heraufbeschworen, frevelhaft. Unter dem neuen Ministerium, dessen Richtung durch die Namen deutlich genug charakterisirt wird, gehören wir zur Opposition."

Berlin, 20. März. Die ministerielle „Sternzeitung" enthält einen umfangreichen Leitartikel, welcher alle Schuld der letzten Vorgänge auf die liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses wirft und in Wesentlichen Folgendes sagt: „Die Veränderung des Ministeriums, wie die Auflösung der Kammer war ein Akt der tiefinnersten Nothwendigkeit. Die Kammer war mit der Bestimmung geboren, das Zerwürfniß mit der Regierung hervorzurufen. Schon die Thronvorgänge deuteten darauf hin. In der Adresse der Wahlverschaften offenbarten sich schon alle Zeichen einer unheilvollen Verblendung und eine leidenschaftliche Empfänglichkeit für praktisch unausführbare Ideale durch die Bevorzugung der Männer, deren politisches Programm, von allen Ueberlieferungen des monarchischen Preußen absehend, an die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 anzuknüpfen suchte, und durch den wie nach übereinstimmender Parole organisirten Widerspruch gegen die bereits eingeleitete Heeresreform, welche von der Weisheit des Monarchen in Uebereinstimmung mit allen seinen Räthen als unerläßliche Bedingung für die Machtstellung Preußens erkannt worden war. Unter solchen Auspicien kam das Abgeordnetenhaus zu Stande und mußte dem Fluche seiner Geburt verfallen. Wenn auf einen günstigen, den gemeinsamen Interessen der Krone und des Landes entsprechenden Ausfall der Wahlen gerechnet werden soll, so muß jener Agitation eines planlosen Fortschrittes, welche die jüngsten Wahlen beherrschte, Halt zugerufen, jeder Zweifel über die eigentlichen Absichten der Regierung gehoben*) und der Institution entgegen gewirkt werden, daß eine Opposition, welche nur gegen einzelne Minister gerichtet scheint, im Rathe der Krone selbst Unterstützung finde.**) Die Aufgabe des gegenwärtigen Cabinets wird sein, der öffentlichen Meinung über alle diese Punkte volle Klarheit zu geben. Es wird betonen müssen, daß es sich um die hochwichtigen Fragen handle, ob die Macht und die Regierung bei der Krone bleiben oder dem Abgeordnetenhause zufallen solle. Das Programm des neugebildeten Ministeriums wird kein anderes seyn, als das in der Ansprache des Königs vom 8. November 1858 niedergelegte; es wird auch fortan jeder gesunden Entwicklung und jeder besonnenen dauerhaften Reform den Weg ebnen." Der Leitartikel schließt: „Das preußische Volk wird zur rechten Stunde erinnern, daß die Fahne des Fortschritts bisher von seinem hochherzigen Könige vorangetragen wurde, und wird jeden anderen Banner mit ähnlicher Aufschrift seine Nachfolge versagen." (Alles in Allem genommen sagt der Artikel also nichts Anderes, als daß

*) Das wäre in der That doch wenigstens ein Gewinn! Denn in den letzten Jahren konnte man mit dem besten Willen oft nicht herausbringen, welches die eigentlichen Absichten der in sich zwiespältigen Regierung seyen.

**) Ein Hieb auf die abgetretenen liberalen Minister!

der König in den Maßnahmen, die nach seiner persönlichen Ansicht zu einer gesunden Entwicklung und Zukunft seines Reiches nöthig sind, nicht durch den Widerspruch der Volksvertretung gehindert sey, will die Abgeordneten sofort ihm, wie er in Königsberg sagte, rufen, aber nicht nur einzeln, sondern die Minister — seine parlamentarischen, sondern nur Fachmänner — sollen ihm blos die Verfügungen, seine Absichten durchzuführen, nicht aber sich durch die Wünsche der Abgeordneten beeinflussen lassen. Das schmeckt fast nach dem napoleonischen System, jedem Einen recht, — Keinem.

Hannover. Zufolge der Erklärung des ersten u. Vorsitzenden in zweiter Kammer ist die Vorlage des Handelsgesetzbuches an den Landtag, nächstens zu erwarten; die Schweizergelten, welche von Hannover und einigen andern norddeutschen Staaten gegen dessen Einführung erhoben worden waren, scheinen also gehoben zu sein.

Oesterreich. Nach der „Sentinella di Brescia" sind drei Offiziere der österr. Flottille auf dem See von Mantua verhaftet und nach Trieft gebracht worden, weil man sie im Verdacht italienischer Sympathien hatte.

Großbritannien.

London. (Oberhaussitzung vom 17. März.) Der Marquis von Normanby (Tory) beantragt die Vorlegung verschiedener Depeschen über Verfolgungen, welche die Presse in Italien während der letzten beiden Jahre von Seiten der Turiner Regierung erlitten habe, sowie über willkürliche im neapolitanischen Gebiete gefangen Praffamationen. Allmenlich sey es dahin gekommen, daß in ganz Mittel-Italien, in Toskana, Modena, Bologna und Parma die Lage der Dinge noch traurig sey. Die Kassen seyen leer, die Steuern gestiegen, es walte ein kaiser Steuerdruck ob, die Anstrengungen für das Heer seyen eine große Last, und es kämen zahlreiche Defertionen vor. Im Süden wüthe Hungersnoth; und die Soldateska morde. Es beantrage nun die Vorlegung von Depeschen des britischen Gesandten in Turin, Sir J. Hudson, und des britischen Consuls in Neapel, Herrn Bonham, über Verfolgungen während der letzten beiden Jahre, sowie die Vorlegung anderer Depeschen derselben Herren, über gewisse Proklamationen, der Generale Gialdini und Borelli, der Kommandanten Ghesolen, Raedone, De Vitgili, Falcone und Anderer, wodurch die Bevölkerung verschiedener Theile des neapolitanischen Gebiets im jetzigen Jahre willkürlicher militärischer Einrichtung ohne irgend eine form rechtlicher Prozedur und ohne vorhergegangene Erklärung des Belagerungszustandes unterworfen worden sey. Minister Ruffell verliest einen Brief des Konsuls Bonham, in welchem derselbe schreibt, die mehrerwähnte, von der „Armonia" veröffentlichte Proklamation sey sofort, als sie der Exsiter sein Bataillonschef), welcher sie erlasen, dem ihm vorgesetzten General zur Genehmigung vorgelegt habe, von diesem gebilligt worden, und die „Armonia" habe jenes Exemplar, als sie das Schriftstück mittheilte, nicht etwa gekürzt, sondern in seinem Umfang wiedergegeben. Wenn jetzt hier und da mißliebt Maßnahmen gegen die Presse zur Anwendung kämen, so möge man doch des Konfliktes wegen einmal die früheren Zustände dagegen halten. Wenn es im Neapolitanischen übel aussehe, so sey daran die frühere Regierung schuld. Gegen die Vorlegung der begehrten Papiere habe er nichts, doch bezweifle er schlechterdings nicht, daß, wenn Lord Normanby dazu komme, eine Regierung, welche die Freiheit vertrete, anzugreifen und eine andere, welche die Tyrannei und Bigotterie vertrete, und habe, zu vertheidigen, so werde dem den Wunsch hegen, die Segnungen der letzten drei Jahre vernichtet und das alte System der Unterdrückung und Sklaverei wieder hergestellt zu sehen. Es entstand dann noch eine längere, aber an keinem bestimmten Ziel führende Besprechung der italienischen Zustände, an welcher Lord Malmesbury und der Marquis v. Clanricarde Theil nahmen. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. März. Im gestrigen Kongreß kamen die Diskussion über den Marschauwand und über die Pariser-Preise, welches das wiedererwachende politische Leben zurückzuführen sind, in die Debatten einfließt, muß ich dennoch — so leid es mir thut, — bekennen, daß man sich in diesen Augenblick weniger um die Herren im Palais Bourbon bekümmert, als um das, was im Hause Nr. 146 der Avenue des Champs Elysées vorgehen, wo die in der Pariser Welt bekannte Anna Deslon ihr Mobiliar, ihren Schmuck, ihre Sammlungen von Kostbarkeiten und Seltenheiten versteigern läßt. Die Athener der französischen Hauptstadt haben über die Courtisane die Politik vergessen. Mlle. Deslon ist (für einige Tage wenigstens) für die Kaiserl. Regierung, was dem Alcibiades der Schweif seines Hundes war. Die Gemächer, wo übermorgen die Versteigerung beginnen wird, waren schon seit mehreren Tagen fortwährend Eintrittskarten zugänglich gewesen; eine Menge Neugieriger und Kaufluster überwogen Damen, und zwar mehr aus der großen Faubourg St.-Germain, drängte sich hinzu, um die Kostbarkeiten zu bewundern, welche die Anbeter der neuen und der alten Welt der „femme entretenue" zu Füßen legten, die jetzt, im 40. Jahre, vom Schauplatz abtreten beschlossen hat. Man sagt, sie werde sich verheirathen — mit einem Schlesischen Baron.

Unter den Gegenständen, welche Mlle. Deslon als lustig überflüssig betrachtet, befinden sich Bettücher aus feinstem Batist mit Spitzen besetzt, deren das Paar 3500 Frcs. kostete. Kopfkissen zu 1000 Frcs. u. dergl. mehr. Die Schmuckgegenstände, welche zur Versteigerung kommen und unter ihnen eine sechsfache Schnur schwarzer Perlen, sind von den Taxatoren auf 800,000 Frcs. geschätzt; die meisten Schmucks sind aus Saphyren, Smaragden, Rubinen u. s. w. „Wenn es lauter weiße Edelsteine wären — sagte mir ein Kommissär Priseur —, so würde die Versteigerung Millionen einbringen, aber Mlle. Deslon hatte eine Fabelei für farbige Edelsteine, die enorm theure und beim Verkauf nicht Gebrauch Sache sind." Für denselben Tag, wo die Erwartete des Prinzen Napoleon, eines russischen Fürsten, eines Agent de Change u. ihr Vermögen „realisirt", findet in dem Bücher-Versteigerungssaale der Rue des bons Enfants ein anderer freiwilliger Verkauf statt; dort versteigert Hr. Eug. Pelletan seine Bibliothek, um die Geldbuße zu bezahlen, welche die Gerichte ihm wegen seines Artikels: „Die Freiheit wie im Oesterreich", auferlegt haben. Ob die Studenten diesen Verkauf besuchen, diese Bibliothek aufkaufen und sie dem Schriftsteller als Ehrengeschenk zur Verfügung stellen, wird sich zeigen; Donnerstag treibt Hr. Pelletan seine Gesangsstafette an. (B. z. Nordd.)

(Das Briefgeheimniß in Frankreich.) Während man sich in Oesterreich damit beschäftigt, der Wahrung des Briefgeheimnisses gesetzlichen Schutz zu sichern, wird die Eröffnung und Untersuchung von Briefen in Frankreich mit der schamlosesten Willkür betrieben. Private und Geschäftsleute, ja selbst Assoziationen sind in der Lage, hierüber bittere Klagen zu führen und namentlich finden in der letzten Zeit Briefe, die aus Oesterreich nach Frankreich abgehen, selten die richtige Adresse, obwohl es konstatirt ist, daß sie die Grenze Frankreichs ungefährdet überschritten hatten.

Italien.

Rom, 12. März. Das Liberale Blatt Il Mondo vom 27. v. Mts. veröffentlicht nachstehende Bekanntmachung. (Es ist dasselbe Aktenstück, welches im englischen Parlament zur Sprache gekommen.) Einquartierungen und bonbonnière Rekruten sind neuen gleichbedeutend. „Der Unterzeichnete, welcher mit der Verrichtung des Brigadierthums beauftragt ist, befiehlt, daß jeder sofort ein schosten Gewehr soll, welcher den Briganti Obdach gewährt, oder irgendwelche Mittel zum Unterhalt oder zur Bethätigung verschafft, oder der, wo er ihren Aufenthalt wisse und wenn er ihren Zufluchtsort kennt, den Posten oder den Civil- und Militärbehörden nicht sofortige Anzeige macht. Für die Sicherstellung der Heerden wird es, aus sechs mehrere Mittelpunkte mit Bewaffneten zu bilden, weil die vorgebrachte „Uebermacht" der Briganti nicht als Entschuldigung gelten kann. Alle Strohschober sind zu verbrennen; die unbewohnten oder von der Civil- unbewachten Thürme und Landhäuser sollen innerhalb drei Tagen abgebrochen, oder ihre Zugänge verbaunt werden. Nach Ablauf dieses Termins werden sie niedergebrannt; das Vieh, wo es ohne die nöthige militärische Bewachung ist, wird niedergestochen. Es ist verboten, Brod oder andere Lebensmittel außerhalb des bewohnten Ortes zu tragen; der dagegen handelt, wird als Mitschuldiger der Briganti betrachtet. Proviantzüge sind nur unter diesen Umständen können die Landstraßen das Tragen von Waffen, gestatten, wofür der Eigenthümer, welcher darum nachsucht, die Verantwortlichkeit auf sich nimmt. Der Jagd ist vorläufig untersagt, strafbarer Weise Schuß fallen soll, wenn nicht um den bewaffneten Person das Erscheinen oder die Flucht des Briganti zu signalisiren. Die Nationalgarde ist für den Territorium ihrer Gemeinde verantwortlich. Einige Eigenthümer aus Longo-bucco haben eine Belohnung von 60,000 Ducati auf die Auslieferung der Bande Palma gesetzt. Der Unterzeichnete sieht darin nur zwei Parteien: Briganti und Contrebrigandi. Auf den ersteren gehören diejenigen, welche untätig erscheinen wollen; aber auch gegen diese sollen energische Maßregeln getroffen werden, wenn es die allgemeine Nothwendigkeit erheischt, ist es Gebrechen, nicht für, derselbe mit einzutreten." Cico. 12. Februar 1862. (Sez.) Major Zumel."

Digitized by Google

römische Frage in Paris", 18. März, schreibt man der „Zeit": „Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen vor einigen Wochen mittheilte, es werde eine Veröffentlichung in Turin beabsichtigt, die geeignet sey, auf die Beziehungen zwischen Cavour und Antonelli einiges Licht zu werfen. Ich bin in den Besitz der Druckbogen dieser höchst beachtenswerthen Broschüre gesetzt worden und theile mich, Ihnen nachstehend eine Analyse derselben mitzutheilen. Aus derselben erhellt, daß der Kardinal Antonelli nach dem Fall von Gaeta, d. h. in dem Augenblick, wo allerdings die weltliche Macht des Papstes am meisten gefährdet erschien, bereit gewesen ist, auf die von Cavour gestellten Bedingungen einzugehen, Bedingungen, welche im Wesentlichen den von Rexalosi im Sommer 1859 überbrachten bestehen. Diese Vorschläge gleichkommen, daß diese Lösung der römischen Frage indessen von Paris aus hintertrieben worden. Man kann in diesem Benehmen des hiesigen Kabinets nur eine Bestätigung der oftmals aufgestellten Ansicht sehen, daß dasselbe eben eine Lösung nicht wolle, vor wenigstens vor seinem Ihre nicht gewollt habe. Der Verfasser ist Don Jesaia (ehemaliger Sekretär des Kardinal Antonelli), dessen eigene Thätigkeit bei den Unterhandlungen aus der Schrift selbst ersieht. Cavour erhob zu Anfang des Jahrs 1861, daß bei durch seine liberale Gesinnung und seine Gewandtheit bekannte Omero Bazino im Begriff stand, sich in Familienangelegenheiten nach Rom zu begeben. Er beschloß, diesen zu benutzen, um die Wünsche, Gedanken und Ansprüche des römischen Hofes zu erforschen, und dies zur Abtretung der weltlichen Macht zu benutzen; namentlich beauftragte er ihn, sich mit Antonelli in Verbindung zu setzen und zu ermitteln, ob ein Abkommen zwischen dem Heil. Stuhl und der italienischen Regierung zu erreichen sey. Bazino machte bald nach seiner Ankunft die Bekanntschaft Don Jesaia's, welche ihn mit dem Advokaten Salvatore Aggalio in Beziehung brachte, der früher Sekretär des Pater Gentara, später Vertrauensmann Antonelli's war. Dieser wurde gewonnen, und ließ im Gespräch mit dem Kavalier einige Worte über die günstigen Ansichten Cavour's und des Turiner Kabinets fallen. Antonelli ging auf die Andeutungen ein und forschte, ob ein Agent Cavour's zu einer solchen Vergleichung anwesend sey. Auf die ausweichenden Antworten Aggalio's ließ der Kardinal merken, daß eine Verständigung nicht unmöglich, wenn die Turiner Regierung Konzessionen machte, die sie wirklich durchführen könne. Diese Bereitwilligkeit Antonelli's theilte Aggalio dem Verfasser, dieser dem Bazino mit, welcher sofort an Cavour berichtete und um Verhaltungsbefehle bat. Cavour entwortete, die Angelegenheit müsse mit zu viel Vorsicht behandelt werden, als daß ein schriftlicher Verkehr rathsam erscheine, er möge nach Turin kommen. Dieser Brief ist vom 8. Febr. 1861, d. h. also zu einer Zeit, wo man die Entfernung der französischen Flotte von Gaeta erwartete und glauben durfte, die Festung werde nicht länger Stand halten. Aggalio hatte inzwischen häufige Besprechungen mit Antonelli, in welchen die Ansicht des Letzteren immer klarer wurde. Auch Cavour jetzt bereits die Grundzüge der Verhandlungen mit Cavour besprochen. Die Bedingungen, welche Cavour durch Bazino mitgetheilt hatte, sind folgende: „1) Der Papst erkennt an und krönt Victor Emanuel als König von Italien. 2) Der Papst behält die Souveränität über das Erbgut Petri, welches den Titel Emanuel und seinen Nachfolgern als Vikarien des heiligen Stuhles regiert wird. 3) Die Kardinäle erhalten 10,000 Dukaten Einkünfte. 4) Die Kardinäle haben Sitz im Senat. 5) Die Civilliste des Papstes soll standesmäßig und reichlich seyn. 6) Die Stipulationen des Vertrages sollen durch den König und das Parlament gewährleistet werden." Antonelli nahm diese Bedingungen an, nur fürchtete er, der König werde nicht die Macht haben, sie in Zukunft aufrecht zu erhalten, und verlangte Bürgschaft für die Ausführung derselben. Darüber wurde durch die genannten Zwischenhändler längere Zeit verhandelt. Endlich ist Antonelli bereitwillig und bewilligt durch die angebotenen Garantien; er erklärt sich bereit, die Vermittlung zwischen dem Papst und der italienischen Regierung zu beginnen, und fordert von Cavour, er möge durch die Vermittlung Frankreichs die sofortige Entfernung des infolgedessen in Rom eingedrungenen Königs Franz II. bewerkstelligen, da dessen Gegenwart die Ausführung des Abkommens erschwere (?). So stehen die Verhandlungen, als plötzlich eine neue Person handelnd auftritt. Es ist, dies, der Herzog p. Grammont, der französische Botschafter, welcher, von dem im Gange befindlichen Unterhandlungen zwischen Rom und Turin von Paris aus in Kenntniß gesetzt, eine Unterredung mit Antonelli über diese Angelegenheit hat. Wie der Verfasser behauptet, habe Antonelli kurzweg Alles gekeugnet und verschert, die Verhandlungen mit welcher sich Grammont zu beschäftigen scheine. Von diesem Augenblick an bricht Antonelli die Unterhandlungen mit Cavour ab. Der Verfasser, dessen Betheiligung an denselben dem Kardinal nicht unbekannt, wird innerhalb drei Tagen aus Rom verbannt und später auch Aggalio entfernt. Diese vollständige Umwandlung des Kardinals erklärt der Verfasser durch die Furcht Antonelli's, er werde seine Stellung verlieren, wenn die Verhandlungen bekannt geworden wären, wo die Legitimistische Partei entfernt gewesen, daß er daher, seitdem dieselben nicht mehr ganz geheim gehalten, den doppelten Eifer an den Tag legen müsse, um nicht das Vertrauen des Papstes zu verlieren." — So die Angaben des Don Jesaia, deren Richtigkeit wir freilich dahin gestellt seyn lassen müssen."

Aus Neapel, 14. März, wird dem „Volksboten" gemeldet: „Am 8. Abends 7 Uhr sprang der Donner einer neuen Orsini-Bombe oder Höllenmaschine unserer Stadt abermals in Schrecken. Die Explosion erfolgte an der Ausmündung der Brigitten- in die Toledostraße und war so stark, daß nicht nur verschiedene benachbarte Häuser beschädigt, sondern auch mehrere Menschen getödtet wurden. Das erschreckte Volk flüchtete nach allen Seiten, die Nationalgarde griff zu den Waffen und eilte auf den Platz, wo noch einer Stunde benachgte man sich wieder und die Ruhe Lebhaftigkeit auf der Toledostraße ging schon wieder ihren gewöhnlichen Gang, obwohl eine Menge Neugierigen den Platz der Explosion umkanden, als die pienmontesisch Gesinnten mit heftigen Geschrei Gerichtbald, die Revolution und das „rothe Italien" hochleben ließen und „Tod den Bourbonischen! Tod den Reaktionären!" brüllten. Dies Mal ging aber den königlich Gesinnten die Geduld darüber aus und alsbald erhoben sie den Gegenruf: „Es lebe die Ordnung! es lebe die Freiheit! es lebe Franz II.! nieder mit der piemontesischen Tyrannei! weg mit den Verräthern!" Sofort sah man unter der Masse Säbel und Degen blitzen. Der Krawall dehnte sich über die Seitenstraßen des Toledo aus und dauerte bis Mitternacht; aber diesmal spielte glücklicher Weise das Stock eine größere Rolle als der Säbel, so daß es mehr Geschrei, Drohungen und Schläge als Blut gab. Während dieses Tumultes wurden auf das Drohgeschrei der Lobsüchtigen alle Balkone und Fenster erleuchtet und Fahnen von allen Farben ausgehängt, weiße, rothe und dreifarbige; Staunenswerth ist es, daß man noch immer im Dunkeln darüber ist, welcher Partei der verbrecherische Urheber angehört.

Griechenland.

Nach Berichten aus Athen, 14. März, war unter den Häuptern der Insurrektion in Kaupfia Spaltung eingetreten und trotz der Wachsamkeit, die von den freigelassenen und aus den Barrikaden der Regierung gut bewaffneten Sträflingen des Bagno geübt wurde, trat massenweise Desertion ein, so die Sträflinge selbst begannen zu desertiren.

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. März. Nach der „Nordischen Post" ist der Professor Staudrath Dawlow, weil er sich in einer in einem wohlthätigen Zwecke gehaltenen öffentlichen Vorlesung unerlaubter agitatorischer Ausdrücke bedient hat, nach einer Conferenzen Provinzialstadt, verwiesen und dort unter Polizeiaufsicht gestellt worden.

Fürst Dolgorukow (in Frankreich lebend) der Verfasser des Werkes „die Wahrheit über Rußland" (das nebst manchem Unwahren auch viele Uebertreibungen und giftige Angriffe enthält), ist vom Kaiser in Moskau seines früheren Bürgerrechts und seines Fürstentitels verlustig erklärt worden; dabei wurde ihm die Rückkehr nach Rußland auf immer verboten; der Kaiser hat dieses Dekret bestätigt; Dolgorukow erhebt es aber nur durch die Zeitungen; er hat nun den Kaiser einen Brief geschrieben, dem wir Folgendes entnehmen: „Das einzige Privilegium, welches dem russischen Adel geblieben, ist das, nicht öffentlich," sondern in den verschlossenen Räumen der Lokalpolizei ausgepeitscht zu werden; um dieses Privilegium zu sondern, habe ich keine Lust nach Rußland zurückzukehren. Ein Titel ohne Macht ist heutigen Tages werthlos; ich lege daher auf den meinigen keinen Werth. Ein Mal hat aber kein Recht, mir denselben zu nehmen, denn meine Ahnen haben ihn nicht von den Ihrigen erhalten; sie trugen ihn als wirkliche Souveräne und waren Großfürsten zur Zeit, wo Ihre Ahnen noch nicht einmal Grafen von Oldenburg waren." Wegen der Kaiser ermessen, in welche Lage der Despotismus Rußland versetzt hat. Ew. Majestäts Absichten sind gut, doch Sie können die gehässigsten Handlungen Ihrer Beamten nicht verhindern, und Ihre Unterthanen vor Plünderung schützen; Sie sind offen und loyal, und doch wird die Depossession Ihrer Unterschrift; die Schatzkammer ist leer, trotz Ihrer 75 Millionen Unterthanen können Sie aus Mangel an Mitteln keinen Krieg führen. Ein Autokrat, können Sie die Ausführung Ihrer Befehle nicht erzwin-

Digitized by Google

gen und keinen Mißbrauch beseitigen; ruinirt sind Landbauer und Kaufleute, die Bauern unterdrückt; Jedermann unzufrieden. Da können Katastrophen nicht ausbleiben. Schaffen Sie die Leibesstrafen und die Konfiskationen ab, proklamiren Sie Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissens- und persönliche Freiheit, rufen Sie ein Unterhaus zusammen, und gewähren Sie Preßfreiheit, dann werden Sie zum Wohlthäter Rußlands werden. Dabei verlieren Sie nur den Autokratentitel, der Ihnen keine wirkliche Macht verleiht und befestigen dadurch Ihre Dynastie auf dem russischen Thron."

Amerika.

New-York, 6. März. Der Präsident der Sonderbündler David hat Richmond, Hauptstadt von Virginien, in Belagerungszustand erklärt und den Verlauf von Spirituosen als Ursache der Demoralisation der Armee in Richmond bezeichnet. Alle Waffen müssen abgeliefert werden. Sind das schon Symptome der Auflösung? Jedenfalls haben wenige und nicht sehr bedeutende Schläge hingereicht, den Sonderbund ins Wanken zu bringen. Das „Richmond dispatch" versichert, es existirten in Richmond unionistische Verschwörungen. (Tel. d. Fr. Z.)

New-York, 6. März. Die Bundestruppen haben die Stadt Kolumbus besetzt. — Der Präsident Lincoln hat eine Botschaft an den Kongreß gesandt, in welcher er auf die Mithülfe des Kongresses für jeden Staat anträgt, welcher die Sklaverei gegen eine Geldentschädigung der Eigenthümer abschaffen will.

(Tel. d. Fr. Z.)

Vera-Cruz, 21. Febr. General Prim hatte eine Zusammenkunft mit dem mexikanischen General Doblado. Es sollen neue Unterhandlungen angeknüpft werden. (Tel. d. Fr. Z.)

In einigen Theilen Peru's ist eine Agitation zu Gunsten der Annexion dieses Landes an Spanien im Gang.

Neueste Nachrichten.

München, 18. März. Mit dem 1. Mai d. Js. tritt ein „Unterstützungsverein für das kgl. bayer. Forstpersonal" ins Leben, der den Zweck hat, den Hinterbliebenen seiner Mitglieder und in gewissen Fällen diesen selbst Unterstützungen zu gewähren, unbeschadet der Ansprüche jeder Art, welche ihnen zum Bezuge von Pensionen oder Alimentationen aus der Staatskasse zustehen mögen. Der Verein bildet sich aus sämmtlichen Bediensteten des äußern Staatsforstdienstes, — den Forstgehilfen, Forstwärtern, Forstamtsaktuaren, Revierförstern, Forstmeistern einschließlich der inspizirenden, und den im gleichen Range stehenden Trift- und Holzbofbediensteten, dann dem Jagd- und Kommunal-Forstpersonal, soferne solches Bezüge aus der Staatskasse erhält. Der Verein, welchem mit Bewilligung Sr. Maj. des Königs Korporationsrechte zustehen, wird von einem besondern Verwaltungsrathe geleitet und steht unter der Oberaufsicht der Staatsregierung. Berechtigt zum Eintritte in den Verein ist jeder der zur Zeit in Aktivität stehenden vorher erwähnten Bediensteten. Verpflichtet dazu ist jeder dieser Bediensteten, welcher nach dem 1. Mai 1862 neu angestellt oder befördert wird, ferner jeder Bedienstete, welcher nach gedachtem Zeitpunkte in eine höhere Gehaltsklasse einrückt oder durch Versetzung auf einen andern Posten einen Mehrbezug erhält. Der Jahresbeitrag wird festgesetzt auf 40 fl. für den Forstmeister, 20 fl. für den Revierförster und 10 fl. für den Forstamtsaktuar, Forstwärter, Forstgehilfen und diesen gleichkommenden übrigen Bediensteten. Höhere Beiträge (und zwar 48 fl., 24 fl. und 12 fl.) hat zu bezahlen, wer beim Eintritte das 60. Lebensjahr bereits überschritten hat und dabei verheirathet oder Wittwer mit minderjährigen Kindern ist, oder wer nach zurückgelegtem 56. Lebensjahre zur ersten Ehe schreitet oder wiederholt sich verheirathet. Die Hinterbliebenen eines Gewinsterben, welcher am 1. Mai 1862 bereits im aktiven Forstdienste stand, aber erst nach dem 30. Sept. 1862 freiwillig dem Vereine beitritt, erhalten die satzungsmäßige Unterstützung nur in dem Falle, wenn der Bedienstete bei seinem Ableben mindestens 4 Jahre Vereinsmitglied war. Erfolgt der Tod früher, so erhalten die Hinterbliebenen lediglich die an den Verein gezahlten Beiträge, ohne Zinsen. Die jährlichen Unterstützungsbeiträge berechnen sich nach dem Betrage der zur Vertheilung disponiblen Rate der Vereinsmittel. Als Maximum der jährlichen Unterstützungsbeträge werden vorläufig 180 fl. für jede Forstmeisterswittwe, 120 fl. für jede Revierförsterswittwe und 60 fl. für jede Akuars-, Forstamts-, Forstgehilfen und diesen gleichstehende Wittwe bestimmt. Wenn die disponiblen Mittel solches voraussichtlich nachhaltig zulassen, sollen diese Beträge überschritten werden. Der Verwaltungs-Rath, dessen Aufgabe in der Leitung und geschäftlichen Behandlung der Vereinsangelegenheiten besteht und welcher seinen Sitz in München hat und dem k. Staatsministerium der Finanzen unmittelbar untergeordnet ist, hat aus 10 Mitgliedern zu bestehen. Vereinsvorstand ist der Forstreferent des k. Staatsministerium der Finanzen. Außerdem besteht noch ein Ausschuß von 9 Mitgliedern, welche sämmtliche Vereinsmitglieder aus ihrer Mitte wählten, und die von 3 zu 3 Jahren am Sitz des Verwaltungsrathes auf dessen Einberufung sich versammeln, um ihre Erinnerungen abzugeben und Anträge zu Protokoll zu äußern. Zu diesem Ausschuß soll jeder Regierungs- sowie der Salinenbezirk je ein Mitglied stellen. (K. Abdz.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. k. R.)	—
„	5 pCt. Lond. „ ditto.	81½/g.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅝—½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅜ P.
„	4½ pCt. „ „ „	44½ P.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104½/g.
„	4½ pCt. Obl. 1)ähr. dto.	103½ P.
„	4½ pCt. Obl. 1)ähr. dto.	103⅜/g.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅛/g.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½/g.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	103 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90⅞/g.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P. ½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	104½/g.
„	4 pCt. Obl. dto.	10 ⅞/g.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99 G.
„	3 pCt. Obl.	93½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	16⅜ P.
„	2 pCt.	43¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 200 Thlr.	100 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1158/g P. ½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	715 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank i. L. 2. Serie à fl. 250	208—½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ P.
Mitteldeutsche Kreditbanken	87 P. 86⅜ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	244 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 G.
Oest. F. St. Eisb. à pCt. 500 Fr. à 20 Sr.	235 P. 234 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	1121/4 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	75½ P.
Rhein-Nahe-Bahn Thal. 100 à pCt. Z	98⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinbar.	106½/g. G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅞/g.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜/g.
Berlin Th. 60 k. S.	105½/g.
Brem. 80 Th. Lad. k. S.	96⅜/g.
Cöln Thlr. 60 k. S.	106 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞/g.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ P. 104⅞/g.
London Lst. 10 k. S.	116¼/g.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	83⅛/g.
Paris Frs. 200 k. S.	83⅜/g.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cst. W. l. S.	85⅞/g.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98⅜/g. G.
„ „ 250 v. 1854 mit 4pCt.	84⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 8/7	68⅝—68 G.
„ „ 100 Rtsb. l. v. 1858	112—1/8 G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIK.	121 G.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	36⅜ P.
Badische fl. 35	35½ P.
Kurhess. Thlr. 40 k. R.	57½ P.
Gr. Hessen fl. 50 k. R.	124⅛/g. G.
„ fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 k. Rothsch.	37 P.
Sardinien Fr. 36 k. R.	54¼ P.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	27 P.
Venetian.-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	14½ P.

Frankfurt, 20. März. Die Börse war ohne entschiedene Haltung und die Kurse der meisten Fonds nur wenig verändert. (Sydd.)

Digitized by Google

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81.	Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Die Inserate wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	39. Jahrgang.		Samstag, 22. März 1862.

Deutscher Bund.

Aus Norddeutschland, 20. März. Es soll gutem Vernehmen nach der Senat Hamburgs an die Regierung in Hannover das Ersuchen gestellt haben, bezüglich des preußisch-französischen Handelsvertrags keine Erklärung ohne vorhergegangene Verständigung mit Hamburgs Regierung abzugeben. Es ist zu bemerken, daß die industriellen Kreise immer mehr und mehr die Nachtheile desselben einsehen, das handeltreibende Publikum aber, so wie das an der Fluß- und Seeschifffahrt betheiligte, ja selbst theilweise auch schon der an der Eisenproduktion und damit an den Eisenzöllen interessirte Landwirth sich unverhohlen gegen denselben ausspricht, während diejenigen, welche den Vertrag von seiner politischen Seite auffassten, und er muß von dieser vor allem betrachtet werden, ihn geradezu verdammen, ein Urtheil, das sich auch in Folge der neuesten Wendung der Dinge in Berlin in nichts alterieren wird. Von vielen Zollvereinsstaaten ist deßhalb Einspruch gegen denselben zu erwarten. (Fr. Postz.)

Bayern. Die Regensburger Gemeindevertretung hat an König Max nach Nizza eine Dankadresse für die Erhaltung des Donau-Dampfschifffahrts-Instituts geschickt.

Preußen. Berlin, 19. März. Der neue Minister des Innern, Herr v. Jagow, war noch vor wenigen Monaten Landrath in Kreuznach und hatte sich die Bewunderung des Herrn v. d. Heydt erworben durch die heftige Art, mit welcher er als Direktor des Verwaltungsrathes der Rhein-Nahe-Bahn den unfriedenen Aktionären in der Generalversammlung entgegentrat. Als nun vor noch nicht drei Monaten der Polizeipräsident v. Breslau, v. Kehler, ins Ministerium des Innern berufen wurde, ward ihm diese Stelle übertragen, von wo er nun ins Hotel des Ministeriums des Innern zogen ist. Der neue Kultusminister, v. Mühler, ein Sohn des verstorbenen Justizministers, hat als Referendarius einen Band Gedichte herausgegeben, worunter lustige Studentenlieder, wie jenes: „Gerad' aus dem Wirthshaus komm' ich heraus; Straße wie wunderlich sieht's mir aus." Dann wurde er fromm, Assessor und dann Oberconsistorialrath; er wird das Kultusministerium im Sinne seiner Gönner Eichhorn und Raumer leiten.

Berlin, 19. März. Der Abgeordnete von Kirchmann erzählt in seinem Berichte an seine Breslauer Wähler Folgendes: „Als das Ministerium nach Annahme des Hagen'schen Antrags seine Entlassung verlangte, fragte der schwankende König den Kronprinzen, was er in solchem Falle thun würde. „Mit der Mehrheit regieren", soll der Kronprinz geantwortet haben." In diesen einfachen Worten, setzte Herr v. Kirchmann hinzu, lag die Lösung unserer Krisis.

Berlin, 20. März. Aus allen Provinzen laufen hier fortdauernd Nachrichten ein, daß die zur Fortschrittspartei gehörenden heimkehrenden Abgeordneten von ihren Wählern mit großer Auszeichnung und freudigem Willkommen begrüßt werden.

Freie Städte. Frankfurt, 21. März. Herr Traumann aus Mannheim hat heute das Exequatur als Konsul des Königreichs Italien erhalten. (Fr. Chlsz.)

Oesterreich. Wien, 18. März. Der Finanzminister zeigt dem Reichsrathe an, daß die Regierung für die Londoner Ausstellung 200,000 fl. bewilligt habe. (Köln. Z.)

Verona, 15. März. Das „Vatrl." schreibt: Die von Mailand zurückgekehrten jetzt hiesigen Mobili sind hoch entzückt über den warmen und herzlichen Empfang bei Viktor Emanuel. Der König kannte sie alle beim Namen kennen, ging bei jeder Gelegenheit auf sie zu, erkundigte sich nach den Zurückgebliebenen und mischte in jenen Gespräch die unverhohlensten Anspielungen auf die baldige Befreiung Venetiens.

Dänemark.

Kopenhagen, 19. März. In der heutigen Sitzung des Reichsrathes theilte der Präsident mit, daß der König den Antrag des Reichsraths auf die Ausschließung Hansens von Grumby und Thomsens von Oldensworth sanktionirt habe. (H. B.-H.)

Großbritannien.

Es ist die Rede davon, daß der Vice-König von Aegypten während der Ausstellung nach London kommen wird. Unter den Ausstellungsgegenständen, die von dort angemeldet sind, befinden sich einige Gewehre mit Verbesserungen nach des Pascha eigener Angabe, nebst dem dreifachen Schmuck, den Herr Mariette vor einigen Jahren an der Mumie einer Pharaonentochter entdeckt hatte.

Frankreich.

Paris, 18. März. Die gestrige Debatte im gesetzgebenden Körper bot wiederum lebhaftes Interesse, obschon diese ganze Adreß-Diskussion, in die alles Mögliche hineingezogen wird, und die immer mehr zu einem wahren parlamentarischen Unfug ausartet, keine praktischen Folgen hat. Die Redner sprechen, die Minister sprechen dagegen und die Paragraphen werden schließlich so angenommen, wie die Kommission sie mit steter ängstlicher Rücksichtnahme auf das Belieben des Hofes und Kabinetes entworfen hat. So wurde gestern die Frage wegen Auflösung des Vincenz-Vereins vorgenommen. Lemercier tadelte diese Auflösung und ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß dieser Verein sehr segensreich gewirkt habe und durchaus harmloser Natur sey. Er behauptet, daß die Vincenzvereine nie einen politischen, ja nie einen andern Charakter gehabt als den, der sich offen in allen ihren Werken und Veröffentlichungen aussprechr. Niemals hätten sie sich der Kontrole und der Ueberwachung zu entziehen gesucht, und wenn sie sich jetzt weigerten, sich der von der Regierung verordneten neuen Organisation zu fügen, so geschehe es deßhalb, weil sie das große Prinzip der freien Wohlthätigkeit und des freien Vereinsrechts vertheidigen zu müssen glauben. Von jeher seyen in denahe allen Komités Beamte als Mitglieder thätig gewesen. Bisher sey der Vincenzverein keine politische Gesellschaft gewesen, da sich alle Parteien auf dem neutralen Gebiet der Wohlthätigkeit zusammengefunden, dadurch aber, daß man denselben von der Regierung abhängig mache, verleihe man ihm erst einen politischen Charakter und zwinge viele Mitglieder zum Austritt. Belanntlich ist die französische Regierung nicht dieser Meinung, und wenn sie es auch wäre, so machte Minister Baroche doch darauf aufmerksam, daß die bestehenden Gesetze darauf dringen, daß kein politischer und kein religiöser Verein ohne Bestätigung durch die Regierung und ohne die Beschränkungen, die dieser von der Vorsicht geboten würden, bestehe. Hier handle es sich um einen Verein, dessen Aushängeschild laute: „Barmherzigkeit", und der in 30 Jahren in Frankreich 1600 Konferenzen (Zweigvereine), im Auslande 1800 gegründet habe, die sämmtlich allwöchentlich Sitzung halten und sich „mit Fragen aller Art" beschäftigen. Außer jenen 1600 französischen Zweigvereinen bestehe in jeder großen Stadt ein leitender Rath (Konseil) und eine Art Provinzialvorband, und in Paris ein Centralrath, der Alles leite und der wiederum von einem Oberen geleitet werde. Diese gewaltige Organisation verfüge zugleich über ein Blatt, das in Tausenden von Exemplaren verbreitet werde, so wie über „Büchlein" und über eine Buchhandlung; die ohne regelmäßig bei der Regierung eingehobte Erlaubniß errichtet worden, und sie habe zu dem Allem ein Budget zur Hand, das gegenwärtig 4 Millionen Frcs. betrage; die Mitglieder des Vereins über 100,000 seyen die namhaftesten Leute, die durch ihre Wohlthätigkeit überall Einfluß üben; sie seyen durch die Vereinsorganisation mit einander verbunden, korrespondirten mit einander, ertheilten sorthwährend Impulse von der Centralstelle aus, fänden in steter Verbindung mit den Volksmassen durch Austheilung von Wohlthaten, namentlich mit den Arbeitern,

Digitized by Google

Lehrlingen, Kindern und mit den Soldaten. „Wie Sie sehen," setzte der Minister Billault hinzu, „die Wohlthätigkeit, die ehedem eine persönliche Sache war, ist jetzt wie eine Armee organisirt, sie hat ihre Obersten, Generale und ein vollständiges Offizierkorps. Daß eine Regierung eine solche Macht ruhig gewähren lassen? Und welcher Geist beseelt diesen Verein? Die Wohlthätigkeit, die Religion, aber mit dem Protektorat in Rom. Darüber darf man sich keine Illusion machen. Ich lasse es dahin gestellt seyn, ob zum Gutenthun in Paris, Lyon und Marseille eine so gewaltige Organisation der Wohlthätigkeit nöthig sey, ich gebe sogar zu, daß, wo guter Wille ist, dieser vortheilhaft auf diesem Wege in Thätigkeit gesetzt werden kann, aber ich halte diese Organisation nicht für durchaus nothwendig und, aus politischem Gesichtspunkte betrachtet, muß ich gestehen, daß die politischen und sozialen Nachtheile derselben größer als ihre Vorzüge sind." Die Regierung habe dem Vincenz-Vereine eine Ausnahmestellung hingehen lassen, weil sie meinte, derselbe werde sich nicht mit Dingen von dieser Welt abgeben; aber neben dem großen christlichen Geiste, der dem Kaiser gebe, was des Kaisers, und dem Lande, was des Landes ist, gebe es in Frankreich, fügte Billault hinzu, einen anderen besonderen Geist, „der nur eine Macht anerkennt, die nicht in Frankreich ist, der nur einem Impuls nachgibt, der nicht von Frankreich ausgeht, der die Staatsgewalt als der Eingebung, die ihn beseelt, untergeordnet betrachtet, der nur das Gesetz achtet, wenn es für ihn ist, der es von Stunde an mißachtet, wo es mit ihm im Widerspruche steht, und der zuletzt nur noch den einen Wunsch hat, nämlich den, daß basjenige zu Falle gebracht werde, was sein Mißfallen erregte. Wer sagt Ihnen, daß dieser Geist sich des Vincenz-Vereines nicht bemächtigen werde? Dieser Geist offenbarte sich in einer Sitzung der Konferenzen, wo über das Kunstschreiben des Ministers des Innern berathen ward, und wo man sich zu der Erklärung verstieg, man sey erst Katholik und hinterdrein erst Franzose."

Der neulich verhaftete August Schurrer, Chrmiler, wohnhaft in Thann (Oberrhein), ist wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung durch Austheilung der Schrift „Le Lion du quartier latin" vor das Zuchtpolizeigericht geladen worden. Außerdem wird er beschuldigt, die wahren Namen und Adressen des Verfassers des Druckes nicht angegeben zu haben.

(Fr. Postz.)

Paris, 21. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde endlich die Berathung der Antwort-Adresse beendigt und die ganze Adresse, ein bloßer Widerhall der Thronrede, mit 244 gegen 9 Stimmen angenommen. (Tel. d. Fr. Postz.)

Die französische Regierung hat den Offizieren des Okkupationskorps in Rom die Erlaubniß verfagt, die Ordenskreuze, welche sie vom König von Neapel nach der Einnahme von Gaeta erhalten haben, zu tragen. (Fr. Postz.)

Italien.

Die Turiner „Opinione nazionale" behauptet, daß in Rom ein 3000 Mann starkes Freischärlerkorps für die neapolitanischen Provinzen ausgerüstet wird, welches von fremden Offizieren befehligt werden soll. Ein Theil dieser Streitkräfte ist bereits nach Kalabrien unterwegs, und Alles das geschieht unter den Augen des Generals Goyon, der es aber nicht sieht, oder vielmehr nicht sehen will.

Turin, 16. März. Der Kronprinz wird demnächst eine längere Reise antreten, um Schweden, England, Frankreich und Portugal zu besuchen. Zu gleicher Zeit wird der zweitgeborne Sohn des Königs, der Herzog von Aosta, auf einem Schiff der k. Marine Italiens Küsten bereisen, um die Häfen und Küstenplätze des Reichs aus eigener Anschauung kennen zu lernen. — Den 12. d. wurde vor dem Geschwornengericht von Pesaro die Anklage gegen Mons. Fratellini, den Bischof von Fossombrone, verhandelt, welcher der Beleidigung gegen die Staatsregierung angeschuldigt war. Die Geschwornen erklärten den Bischof für „schuldig," worauf derselbe vom Gerichtshof zu drei Monaten Gefängniß und 300 Lire Geldstrafe verurtheilt wurde. — Aus Neapel wird gemeldet, daß ein Priester mit Namen Musto von der Kanzel der Kirche von San Severino gegen die Einheit, die italienische Regierung, Frankreich und die Freiheit predigte. Der Eindruck auf die Zuhörer war ein sehr verschiedener und es fehlte nicht an Herausforderungen. Die Nationalgarde eilte herbei und stiftete Ruhe. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 14. März. Viele tausend Bulgaren haben sich neuerdings der katholischen Kirche angeschlossen.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. März. Der am Thronbesteigungsfeste, welches bekanntlich hier vom 3. auf den 9. des Mts. verlegt worden war, veröffentlichte Begnadigungs-Akt für 74 politisch Verurtheilte ist in Betreff der wahrscheinlich von Seiten der Regierung erwarteten Anerkennung nicht nur spurlos an den Gemüthern vorübergegangen, sondern hat im Allgemeinen das Gegentheil hervorgerufen. Gewiß wünscht anderen Orts jeder Besonnene seinen Landsleuten das Beste und freut sich, wenn des Elends durch die milde Gesinnung des Monarchen weniger wird; allein bei uns will man lieber politische „Märtyrer", als glückliche ruhige Bürger; denn offen hört man die Aeußerung: entweder Alle begnadigt, oder Alle verurtheilt. (A. Pr. Z.)

Amerika.

New-York, 6. März. John Minor Botts, ein wohlbekannter Politiker Virginiens, ist nebst 20 anderen angesehenen Bürgern in Richmond unter der Anklage einer Verschwörung gegen die Regierung der Südstaaten verhaftet worden.

Pariser Nachrichten zufolge bereitet Staatssekretär Seward in Washington eine Depesche vor, die energisch gegen die Errichtung einer Monarchie in Mexiko protestirt.

General Guardiola, Präsident von Honduras, ist in seiner Wohnung am hellen Tag von einem Offizier seiner Leibgarde Namens Pablo Aguecia ermordet worden. Man glaubt, daß der Mord von dem General Francisco Lope angestiftet worden sey.

Volkswirthschaftliches.

München, 19. März. Der gestern stattgehabte letzte diesjährige Hofenmarkt war von Käufern und Verkäufern wieder sehr zahlreich besucht. Es waren 1229 Pferde, 340 Ochsen, 180 Kühe ꝛc. zu Markte gebracht und größtentheils verkauft. Von Händlern aus den südlichen deutschen Nachbarstaaten, sowie aus der Schweiz wurden wieder sehr viele Pferde gekauft und ziemlich hohe Preise bezahlt. (A. Münch. Z.)

Regensburg, 17. März. Der Antrag der Abtretung der bayerischen Donau-Dampfschifffahrtsanstalt an die Donaustädte ist bereits beim hiesigen Magistrate eingelaufen. Derselbe erstreckt sich vorerst nur auf die Anstage, ob man gewillt sey, die Anstalt ohne Zinsengarantie zu übernehmen. — Die Direktion der böhmischen Westbahn hat dem Drängen der böhmischen Grubenbesitzer nachgegeben und die Steinkohlenfracht um 50 pCt. herabgesetzt. Jedoch bleibt von dieser Ermäßigung die Groß- oder Stückkohle ausgeschlossen. — Der Verkehr auf dem Donau-Mainkanale hat im verflossenen Jahre von hier aus eine Höhe erreicht, wie seit der Zeit seines Bestehens nicht. Den weitaus größten Beitrag bilderten die großen, aus Ungarn gekommenen Getraidesendungen und die aus dem bayerischen Wald gelieferten Bretter. In der Thalfahrt von Bamberg nach hier bestand die erwünschte Rückfracht in den meisten Fällen aus Zwidauer Kohle. Nicht ohne Besorgniß sieht man jetzo der Zukunft der Kanalschifffahrt entgegen, da die derselben durch den Bezug der Zwickauer Kohle gewordene Unterstützung in Folge der böhmischen Konkurrenz, wenn nicht ganz aufhören, so doch eine große Beschränkung erleiden wird. (Münch. K.)

Augsburg, 17. März. Die Magistrate der an der projektirten Augsburg-Regensburger Eisenbahnlinie gelegenen Städte wurden vorgestern vom Ausschuß der Gesellschaft zur Erbauung einer Eisenbahn von Augsburg nach Regensburg zur Betheiligung eingeladen. Die Erlaubniß zur Vornahme der Projektirungsarbeiten soll noch in dieser Woche nachgesucht werden. Die neue Linie würde von Augsburg über Friedberg, Aichach, Schrobenhausen, durch das Paarthal an die Donau nach Neustadt, Kelheim, Abbach, Regensburg führen. In Betreff der Strecke zwischen Schrobenhausen und Neustadt wird es noch von Bestimmungen der königl. Staatsregierung abhängen, ob sie dort über Reichertshofen oder Ingolstadt geführt werde. (Münch. K.)

Bayreuth, 18. März. In der gestrigen Generalversammlung der hiesigen Baumwollspinnerei wurde beschlossen, 5 pCt. Superdividende (im Ganzen 10 pCt.) für das verflossene Jahr auszuzahlen und 65,000 fl. auf außerordentliche Abschreibung zu verwenden. Mit großer Befriedigung vernahmen die Aktionäre, daß die Spinnerei noch bis Ende August d. J. mit Baumwolle hinreichend versehen sey. (Münch. K.)

Bamberg, Auf Anregung des landwirthschaftlichen Bezirksamts Bamberg, sowie des Kreiskomité des landwirthschaftlichen Vereins von Oberfranken sollen dahier außer den bestehenden Märkten jährlich noch ein Zuchtviehmarkt, ein Samentauschmarkt und

Digitized by Google

noch zwei Schafmärkte, und zwar versuchsweise in diesem Jahre zum ersten Male abgehalten werden. Der erste Schafmarkt, der Zuchtthiermarkt und der Samenauschmarkt werden in diesem Jahre mit dem herkömmlichen Mittelsmarkte am Samstag, den 29. März abgehalten werden. Für den Zuchtthiermarkt sind 12 Preise von 25 fl. bis zu 5 fl. ausgesetzt. (Bamb. Tgbl.)

Nichtpolitische Zeitung.

Regensburg. Hier erhielt seit einiger Zeit Frau Gerold mit großem Beifall und glänzendem Erfolge jungen Mädchen Turnunterricht. Wie wir hören, gedenkt Frau Gerold demnächst einen Lehrkursus in München zu eröffnen.

Nürnberg, 19. März. Die diesjährige Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Gesammtvereins wird nach sicherem Vernehmen den 26., 27. und 28. August d. J. dahier stattfinden. (Fr. K.)

In Berlin findet die Turnerei äußerst werthätige Unterstützung durch Magistrat und Bürgerschaft. Es werden dort 4 große Turnhallen erbaut, die auf 200,000 Thaler veranschlagt sind. Alles bestehrt sich dort, zur Herstellung dieser der körperlichen Ausbildung der Jugend gewidmeten Stätten sein Scherflein beizutragen. — Auch in Nürnberg beschäftigt sich der Turnverein mit dem Projekte zur Erbauung einer Turnhalle und Beschaffung eines eigenen Turnplatzes und haben sich erfreulicher Weise auch für dieses Unternehmen bereits viele Bürger zu werthätiger Unterstützung erboten. (Fr. K.)

Das vom Oberst v. Hamel in Stuttgart erfundene mechanische Pferd darf als einer der bedeutendsten Triumphe menschlichen Scharfsinns und Kombinationsvermögens bezeichnet werden. Dieses mechanische Pferd, woran der Erfinder, einer der ersten Schul- und Campagnereiter auf dem ganzen Kontinent, dreißig Jahre lang ausschließlich und angestrengt gearbeitet hat, präsentirt sich als das Phantom eines orientalischen Racepferdes von mittlerer Statur, und ist im Stande, alle Rückenbewegungen des lebendigen Pferdes in jeder Lage des Körpers mit einer überraschenden Leichtigkeit und Raschheit auszuführen, und in jeder beliebigen Körperlage so fest und starr zu verharren, daß ein Reiter von 250 Pfund Gewicht jede gymnastische Uebung, jede Volltige darauf ausüben und die große Kunst erlernen kann, seinen Schwerpunkt demjenigen des Pferdes adäquat zu verstehen. Stürzen, Bocken, Ueberschlagen, Setzen — Alles dies leistet das mechanische Pferd, und setzt so den angehenden Reiter in den Stand, mit den gefährlichen Stellungen und pferdlichen Bewegungen des natürlichen Pferdes so vertraut zu werden, daß er sich in jeder Lage zu heisen und seinen Sitz zu erhalten oder wenigstens vor Beschädigung zu bewahren weiß. Man muß dieses mechanische Pferd gesehen haben, um die erstaunliche Mannigfaltigkeit und die Präzision und Sicherheit seiner Leistungen gebührend würdigen zu können.

Heidelberg, 19. März. Wir hören heute abermals ein fünfzigjähriges Doktorjubiläum, das des geh. Raths Karl H. Rau, Professors der Staatswissenschaften an unserer Hochschule. Geboren 1792 zu Erlangen, erlangte Rau an dortiger Universität durch Lösung einer Preisfrage im J. 1812 die Doktorwürde und trat dann als Lehrer an dieser Anstalt auf. Nachdem er durch mehrere gediegene Schriften über verschiedene Zweige der Finanzwissenschaft sich einen Namen erworben, erhielt er 1822 einen Ruf an unsere Hochschule, an der er seitdem als Lehrer der kameralistischen Fächer mit so großem Erfolg gewirkt hat. (Schw.M.)

Amalie Strube, die Gattin Gustav Struve's, ist vom Tode ereilt worden. Sie starb im vergangenen Monat auf Staten Island, einer im atlantischen Meer, New-York gegenüber, liegenden Insel. Mit ihr ist eine der trefflichsten Frauen unserer Zeit in die Erde der neuen Heimath gesenkt. (Dies werden auch die bezeugen, die dem politischen Streben ihres Gatten durchaus keinen Beifall zollen.) Sie erlag den Folgen einer Entbindung, nachdem ihr kleines Kind erst vier Wochen und ihr ältestes zwei Jahre alt, und während ihr Gatte als Hauptmann in der amerikanischen Armee den Kampf mitmachen hilft. Durch eine telegraphische Depesche von dem geschwächten Befinden seiner Gattin benachrichtigt, eilte er aus dem Lager herbei, um noch gerade in dem letzten Moment einzutreffen, in welchem sie in seinen Armen den Geist aufgab. (Didask.)

Ein bedeutender Postdiebstahl in England macht viel von sich reden. Ein Haus in Waterford (Irland) hatte dem Londoner Hause Leaf und Kompagnie gegen 7000 Pfund St. Cheques (Bankanweisungen) in einem rekommandirten Briefe eingeschickt. Dieser wurde auf der Post gestohlen, der Dieb kassirte die Cheques ein und wechselte die empfangenen Noten in der Bank of England aus; somit wird es, wenn er sich nicht selber verräth, schwer seyn, seine Spur zu finden. Es fragt sich nun, ob die Post den Schaden ersetzen wird. Möglicherweise thut sie es, um nicht an Kredit beim Publikum zu verlieren, gesetzlich ist sie dazu nicht verpflichtet, da sie bei rekommandirten Briefen nur bis zu einem Betrage von 20 Pf. St. die Bürgschaft übernimmt.

In Bilston (England) hat der Geistliche Fleicher, der 1832 bei der Cholera gute Dienste geleistet, und seitdem dort hohes Ansehen genoß, als Verwalter der Sparkasse seit Jahren die Bücher und Rechnungen geführt und 8000 veruntreut.

Paris. Das neue Gasthaus Hotel de la Paix, welches die Immobiliar-Gesellschaft (unter der Direktion von Emil Perrire) auf dem Boulevard des Capucines erbauen läßt, soll am 15. Mai eröffnet werden. Das Gasthaus hat 700 Schlafzimmer, und 80 andere Zimmer und Säle. 40,000 Meter elektrischen Drahtes sind für die Schellenzüge bestellt worden, ferner 18,000 Meter Teppiche, 10,000 Meter Spiegelglas, 3000 Löffel, 8000 Gabeln. Ob die 700 Reisenden, auf die man zählt, sich täglich einstellen werden?

Das königl. Schloß zu Segovia, das bedeutendste und am besten erhaltene Denkmal des späteren Mittelalters in Spanien, ist am 8. März vom Feuer zerstört worden. In diesem Schloß befand sich die reiche Waffensammlung der Könige von Kastilien und eine ansehnliche Bibliothek; Alles ist zu Grunde gegangen.

Neueste Nachrichten.

* Berlin, 20. März. Die „Stern-Ztg." nimmt heute*) zum ersten Male als Organ des neuen Ministeriums das Wort, und man muß sagen, daß sie diesen Programm sofort mit einer Deutlichkeit entwickelt, welche nichts zu wünschen übrig läßt. Zuerst wird die Majorität der aufgelösten Kammer auf die Anklagebank gesetzt und mit einer Reihe von Beschuldigungen überhäuft, die alle darauf hinauslaufen, daß die Regierung mit ihr unmöglich in Frieden habe auskommen können. Aber auch die Wähler, die solche Abgeordneten schickten, bekommen ihren Theil; von ihnen sagt der ministerielle Artikel wörtlich: „Offenbarten sich doch in der Masse der Wählerschaften alle Zeichen einer unheilvollen Verblendung, welche die Aufsicht auf ein besonnenes Zusammenwirken mit der Regierung für die wichtigsten Angelegenheiten des Landes von vornherein ausschloß; leidenschaftliche Empfänglichkeit für alle Kundgebungen, welche ohne Rücksicht auf rechtliches Gebenken und thatsächliche Schwierigkeiten augenblicklich unerreichbare Ziele oder praktisch unausführbare Ideale**) in den Vordergrund der Tagespolitik stellten; merkliche Bevorzugung der Männer, deren politisches Programm, von allen Ueberlieferungen des monarchischen Preußens absehend, an die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 anzuknüpfen suchte, dagegen mißtrauische Gereiztheit gegenübersteht gegen die Freunde der Regierung ꝛc." Dann kommt wieder ein großer Ausfall auf das Abgeordnetenhaus, wörtlich also lautend: „Alles, was die Kammer an Intelligenz und Vaterlandsliebe, was sie (freilich in sehr beschedenem Maße) an politischer Einsicht und staatsmännischer Besonnenheit besaß, konnte ihren angeborenen Mängeln nicht das Gegengewicht halten. Schon ihre Zersplitterung in zahlreiche Parteigruppen, die fast bei keiner wichtigen Frage der inneren oder äußeren Politik zur prinzipiellen Uebereinstimmung gelangen konnten, bewies deutlich genug, daß sie nicht zu fruchtbringenden Schöpfungen, sondern nur zum Bernehmen und Vernichten die Kraft hatte." Deßhalb sey auch alles verständige Entgegenkommen der Minister umsonst gewesen, weil im Grund die Fortschrittspartei, von welcher die Mehrheit sich habe ins Schlepptau nehmen lassen, die Reichsgewalt von der Krone auf's Abgeordnetenhaus habe übertragen wollen.

Die demokratische „National-Zeitung" äußert sich, nachdem sie so weit den ministeriellen Artikel wörtlich mitgetheilt, hierüber wie folgt: „Wir haben die Pflicht, unsere Leser mit dem neuen Geist und Ton der halboffiziellen Zeitung vollständig bekannt zu machen, und haben daher dies Anklagegewebe nirgends durchbrechen wollen. Hier wollen wir jedoch einschalten, daß zwar von Organen der Fraktion Gravdon öfter ein Hamel beschworen worden ist, nach welchem das Abgeordnetenhaus die geforderten Summen bewilligen sollte, wenn dafür ein einheitliches liberales Ministerium gebildet, das Herrenhaus reformirt, nach Kurzsehen marschirt würde

*) Zu dem auszugsweise gestern mitgetheilten Leitartikel.

**) Wenn zu diesen Idealen von der Regierung auch der kleindeutsche Bundesstaat gerechnet würde, möchten wir in sofortig bestimmtem, gerade das aber ist nicht der Fall, wie der k. Erlaß an das Staatsministerium (s. den Anzeiger) deutlich zeigt.

Digitized by Google

und dergleichen mehr — das Angebot wechselte nach Umständen. Die Fortschrittspartei, gegen welche doch alle Spitze der offiziösen Hetzung in erster Linie gerichtet sind, hat einen solchen Handel, bei dem alle Voraussetzungen auf den lustigsten Täuschungen beruhten, niemals in Aussicht genommen. Sie hat in den Finanz- und Steuerfragen lediglich sich an die „aus gewissenhafter Beurtheilung der Sache selbst hergeleiteten Beweisen" gehalten, und da die Regierung jetzt auf den bisher als unerläßlich dargestellten 25prozentigen Zuschlag zu verzichten beabsichtigt, so scheinen diese Bedenken denn doch ihren guten Grund gehabt zu haben. Den Zuschlag den Steuerpflichtigen noch ferner auszulegen, lediglich als Preis für die Erhaltung des Hrn. v. Patow auf seinem Posten, erschien der Fortschrittspartei als Unterjochung aller korrekten politischen Grundsätze und als der Anfang einer bodenlosen Korruption. An die kräftige auswärtige Politik, den Einmarsch in Kurhessen u. s. w., wenn nur erst die Militärvorlagen unverkürzt bewilligt seyen, hat sie nie geglaubt; in dieser Beziehung hatten sich die plumpen Lockungen des offiziösen Liberalismus längst abgenutzt. Ob sie ein Recht hatte, jede ernstliche Absicht einer Reform des Herrenhauses zu bezweifeln und deshalb die auf den „Ausbau der Verfassung und die Förderung des Fortschritts" gerichteten Vorlagen (darunter Ministerverantwortlichkeit und Oberrechnungskammer) als bloße hohle Einkleidung zu betrachten, die wird wohl nach Eröffnung des Vereinten Landtages und der Grafen Itzenplitz in das Ministerium Hatzfeldt-Isenplitz fun."

Der ministerielle Leitartikel verschert sodann, das Programm des neugebildeten Ministeriums werde dasselbe seyn, was in der bekannten Ansprache des Prinzregenten an seine Räthe am 8. November 1858 enthalten sey. Aus dieser Ansprache werden nun die ersten Sätze angeführt, nämlich jene, welche das Recht der Krone vorzugsweise betonen und vor liberalerlicher Stürzung warnen, jene Sätze, welche im November 1858 zuerst von der Feudalpartei mit Weglassung des übrigen Theils des Programms veröffentlicht und für die Wahlen in ihrem Sinne ausgebeutet wurden. Das preußische Volk nahm diese Verkündigung mit freudiger Zustimmung erst auf, als das ganze Programm bekannt wurde. Diesem merkwürdigen Verfahren des ministeriellen Blattes gegenüber citirt die „Nationalzeitung" nun auch die liberal lautenden Sätze jener Ansprache (gegen kirchliche Heuchelei, für Hebung des Unterrichtswesens, für weise Gesetzreform); mit Recht sagt sie:

„Stellt man jetzt diese Punkte als untergeordnete hin, und wird ein Ministerium ernannt, welchem die ausgesprochene Hauptaufgabe derselbe, Hand in Hand mit dem Herrenhause und der Feudalpartei das Abgeordnetenhaus herabzudrücken, so fällt dies System vollständig mit demjenigen zusammen, welches im November 1858 als unhaltbar aufgegeben wurde. Der Versuch, dieses System wiederzuerwecken, steht in dem heutigen Europa so völlig vereinsamt und ohne jede Stütze da, daß er nicht lange fortgesetzt werden kann, ohne unsern Staat dem Ruin nahe zu führen, und nothwendig scheitern muß."

Bemerkenswerth ist sodann noch die Art, wie der ministerielle Artikel über die heikle Frage hinwegschlüpft, warum das Ministerium, nachdem das Abgeordnetenhaus aufgelöst war, nicht beisammen blieb, und warum gerade die liberalen Minister ausscheiden. Er sagt hierüber wörtlich: „Wenn trotz allem Entgegenkommen der Minister die Mehrheit für den (Hagen'schen) Oppositionsantrag stimmte, so war das eben für jeden geübten politischen Blick ein unverkennbares Zeichen, daß die Kammer mit der Regierung brechen wollte, und die Minister waren, als der Monarch ihrem gemeinsamen Entlassungsgesuche keine Folge gab, es der Würde der Krone, ihrem eigenen Ansehen und der Achtung vor den parlamentarischen Institutionen des Landes schuldig, eine so gearbeitete und so arbeitende Kammer aufzulösen. So war die Regierung in die Nothwendigkeit gedrängt worden, an die Einsicht und die Vaterlandsliebe der Wähler zu appelliren. Wenn aber auf einen günstigen, den gemeinsamen Interessen der Krone und des Landes entsprechenden Ausfall der Wahlen gerechnet werden sollte, so mußte jener Agitation des plansosen Fortschritts, welche die jüngsten Wahlen beherrscht hatte, ein Halt zugerufen, so mußte jeder Zweifel über die eigentlichen Absichten der Regierung, welche Se. Majestät gehoben, so mußte vor Allem dem vielfach benutzten Mandver entgegengewirkt werden, welches sich auf die Insinuation stützte, daß die Opposition nur gegen einzelne Minister gerichtet sey und im Rathe der Krone selbst Unterstützung fände. Die Aufgabe des gegenwärtigen Kabinets wird es seyn, der öffentlichen Meinung über alle diese Punkte volle Klarheit zu geben." Mit dürren Worten heißt das nichts Anderes als: das Land war sehr im Irrthum, wenn es meinte, die liberalen Minister seyen um ihres Liberalismus willen in den Rath des Königs berufen worden, und dieser Irrthum soll ihm nun benommen werden, indem man sie fortschickt und reaktionäre an ihre Stelle setzt. Es wird dadurch bestätigt, was wir oben lang sagten: die liberalen Minister sollten nur als Aushängeschild dienen, um das Volk für gewisse Projekte (Steuererhöhung, Vermehrung des Heeres u. dgl.) leichter zu gewinnen, und als sie diesen Zweck nicht erfüllen konnten, wurden sie bei Seite gewiesen.

Wien, 19. März. Der Feldmarschall v. Heß hat beim Präsidium des Herrenhauses ein Projekt zur Regelung der Valuta, Lösung der Bankfrage und Bedeckung des Defizit eingebracht.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S.-B. K.)	—	
„	5 pCt. Lomb. dito.	81⅛ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73 G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	93⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligationen.	83⅜ P.	
„	4½ pCt. dto.	43⅛ G.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103⅜ G.	
„	4½ pCt. Obl. Ljahr. dto.	103⅞ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ G.	
„	4 pCt. Metall. Obligationen.	77 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ G.	
„	4½ pCt. Obl. v. 1845	96⅞ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅜ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99 G.	
„	3 pCt. Obl. dto.	93⅛ G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	48⅝ P.	
„	2 pCt.	43¼ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅝ P.	

Frankfurt, 21. März. Mit Ausnahme von österr. Kreditaktien, welche etwas höher bezahlt wurden, ist keine Veränderung eingetreten. (Spnd.)

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1185/9 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	711—12 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	174½—75 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	208½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	87½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 G.
Oest. F.St. Eisb. Lpzl. 200 Fr. à 98 kr.	235 P. 234 G.
„ Eisenb.-Aktien à pCt.	119 P.
„ Eisenb.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	75¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	96⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅜—131 G.
Pfälz. Ludw.-Bahn Rothschild à 4½ pCt.	101½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	85⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	251 P. 250 G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
„ Eisenb.-Aktien à pCt. Pereire	460 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlbar.	102⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅛ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	98¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Th. Ld. k.S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. k.S.L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 ℔ W.	—
do. 10 ℔. W. l. S.	86½ B.
Disconto	½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100¾ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64¾—65 G.	Ott. Bassen fl. 50 b. R.	13¼ G.
„ fl. 100 v. 1860 6/7	68½ P.	„ fl. 25 do.	38 P.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	112½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54¼ P.
Mailand-Como fl. 84	—	St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	27 P.
Badische fl. 50	98½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅝ P.
Badische fl. 35	85½ P.	Anab.-Gumnach. fl. 7-L.	11¼ P.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 82-83. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Petitschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | Montag, 24. März 1862.

Deutscher Bund.

In der Bundestagssitzung vom 20. März beantragte Hannover, daß der Zusammentritt der nach dem Beschluß vom 6. Febr. d. J. niedergesetzten Kommission für die Ausarbeitung und Vorlage des Entwurfes einer allgemeinen Civilprozeßordnung am 3. Juni d. J. zu Hannover stattfinden möge.

Bayern. München. Das Kreisamtsblatt für Oberbayern Nr. 28 enthält eine Entschließung der k. Regierung von Oberbayern, zufolge welcher der Unterricht in der gewerblichen Buchführung an den deutschen Schulen der Städte und Märkte eingeführt werden muß, und derselbe nicht nur in den Knaben-, sondern auch in den Mädchenschulen zu ertheilen ist. (B.Z.)

München, 21. März. Allg. Schlör hat in Folge seiner Ernennung zum Betriebsinspektor der bayerischen Ostbahnen seine Advokatenstelle niedergelegt. (Südd. Z.)

München, 21. März. Den Herren Landtagsabgeordneten Brater, Krämer und Längenfelder ist die Einladung zu einem Festessen zugezogen, welches denselben von den Wahlmännern des Bezirkes Nürnberg zu Ende dieses Monats veranstaltet wird. (Augsb. Abdz.)

Preußen. Die „Nat.-Z." schreibt: „Wir nehmen das jetzige Ministerium, gleich dem Westphalen'schen, für ein feudales, denn das ist in Preußen jedes, das gegen das Bürgerthum und den Fortschritt gerichtet ist. Wer hier von einem bureaukratischen sprechen zu können meint, der frage bei den Beamten an, ob das auch ihre Meinung sey, da wird er Bescheid bekommen. Der Beamtenstand erblickt in den neuen Ministern keineswegs seine natürlichen Häupter, seine begabtesten, verdienstlichsten oder angesehensten Glieder, sondern dieselben sind aus untergeordneten Stellungen und ohne daß die Stimme ihrer Amtsgenossen sie befigniirt hätte, auf ihre jetzige Höhe plötzlich gehoben worden. Auszeichnung im Beamtendienst ist es nicht, die ihnen den Weg gebahnt hat, sie können also nicht als „Bureaukraten", sondern nur als Männer der Feudalpartei in den Rath des Königs gerufen worden seyn."

Württemberg. Stuttgart, 20. März. Wir können über den Stand der Vorarbeiten zu Gründung eines deutschen Sängerbundes, welche bekanntlich auf dem Nürnberger Sängerfest dem schwäbischen Sängerbund übertragen worden sind, einiges Nähere mittheilen. Der deutsche Sängerbund soll sich aus den Sängerbünden der einzelnen Landschaften, Provinzen rc. aufbauen. Nach den dem Ausschuß des schwäb. Sängerbundes vorliegenden Notizen bestehen etwa 15 bereits konstituirte Sängerbünde in Deutschland. Von diesen haben sich 12 mit den gemachten Vorschlägen in allem Wesentlichen vollkommen einverstanden erklärt, von ein paar weiteren steht dieselbe Zustimmung bevor; von etwa 10 der bestehenden Sängerbünde, unter welchen einige bedeutendere, fehlt bis jetzt eine Beantwortung der ihnen gestellten Fragen. Außer den bereits konstituirten Sängerbünden sind in vielen Gauen solche, großentheils in Folge der neuesten Anregung durch den schwäb. Sängerbund, erst im Werden begriffen: dem Ausschuß liegen hierüber gegenwärtig aus 19 Gauen Nachrichten vor. Wir wollen einige namhaft machen: Der fränkische Sängerbund, von Nürnberg in's Leben gerufen, soll am 1. Mai in Bamberg konstituirt werden. In Tyrol und in Vorarlberg, in Steiermark, von Graz aus angeregt, und in österreichisch Schlesien schließen sich die Einzelvereine zusammen; der ausgezeichnete Wiener Männergesangverein wird es unternehmen, die Vereine in Unterösterreich, etwa 45 an der Zahl, um sich zu sammeln. Es ist wohl zu erwarten, daß die meisten dieser Bündnisse und wohl noch weitere zu Stande kommen werden. Dann erst wird in ihnen der größere Theil der deutschen Sänger vertreten seyn. So wird denn auch voraussichtlich, sobald diese Vorarbeiten zu Ende geführt seyn werden, die Einigung der deutschen Sänger auf einem Sängertag ihrer Bünde auch über die passende Form ohne große Schwierigkeit zu erzielen seyn. Die Vorlagen dafür werden sich den Wünschen der Mehrheit anschließen können. Ort und Zeit für diesen Sängertag können jetzt noch nicht bestimmt werden, da, wie die angegebenen Zahlen darthun, doch noch zu viele Landschaften mit ihren Entschlüssen und Vorbereitungen im Rückstande sind. (Schw. M.)

Kurhessen. Kassel, 18. März. Obergerichtsanwalt Sommer hat als Zessionar mehrerer Landtagsabgeordneten die denselben verweigerten Diäten eingeklagt. (M.Fr.Z.)

Marburg, 21. März. In Folge Erlasses des Ministeriums des Innern sind sämmtliche Landrathsämter angewiesen, die Bürgermeister ihres Kreises aufzufordern, die (ministerielle) „Hessen-Zeitung" auf Kosten der Gemeindekassen zu halten und auch sonst die Verbreitung des Blattes sich angelegen seyn zu lassen. Polizeidirektor Sunkel, Mitbegründer und Aktionär des Blattes, hat diesen Beschluß in sehr bemerkenswerther Weise vollzogen. Den Bürgermeistern seines Bezirkes ist nämlich aufgegeben worden, binnen acht Tagen zu berichten, daß sie die genannte Zeitung bestellt haben, eventuell anzugeben, warum solches unterbleiben sey. (Zeit.)

Oesterreich. Wien, 15. März. Wenn es wirklich so kommen sollte, wie man hier glaubt, daß Preußen in seiner Politik, der innern wie der auswärtigen, zurückschreiten würde, so darf man sich allem Anschein nach auf einen kühnen Griff des österr. Kabinets gefaßt machen. Das Ministerium Schmerling kann sich gewiß nicht rühmen, in großen Sprüngen vorwärts gekommen zu seyn; aber vorwärts gekommen, wie bedächtig und zögernd auch immer, ist es unbedingt und der Hr. v. Schmerling ist persönlich der Mann dazu, in denselben Augenblick, wo er Preußen still stehen oder gar rückwärts gehen sieht, eine Politik in Scene zu setzen, welche sich ohne Weiteres an die Spitze des Fortschritts stellt und um den Einfluß in Deutschland auf der Grundlage freiheitlicher Entwicklung wirbt. Man irrt daher vollständig, wenn man sich zu der Ansicht bekennt, eine Reaktion in Preußen werde der Vorläufer einer Reaktion auch in Oesterreich seyn. (D. A. Z.)

§ Wien, 21. März. (Privat-Korresp.) Die Rückwirkung der Ereignisse in Berlin auf die hiesigen Verhältnisse dürfte vorläufig wenigstens für die Februarverfassung nicht gefährlich werden, obwohl die Feudalen keine Mühe sparen, daraus Nutzen zu schöpfen und neue Experimente vorschlagen, um die Februarverfassung, dieses „unlösbare Problem", wie diese von ihnen genannt wird, zu beseitigen. Ihre Bemühungen werden aber jetzt ohne Erfolg bleiben. Ich kann Ihnen auf das Bestimmteste versichern, daß zwischen dem Grafen Rechberg und dem Staatsminister von Schmerling in Bezug auf den Ministerwechsel in Berlin eine Uebereinkunft zu Stande gekommen ist, dieses Ereigniß zu Gunsten der Stellung Oesterreichs in Deutschland zu benützen. Wer Hrn. v. Schmerling kennt, der wird auch wissen, daß er allerdings der Mann nicht ist, der auf halbem Wege stehen bleibt. Oesterreich, soll er gesagt haben, darf sich von den Wandlungen Preußens nicht bestimmen lassen; seine Aufgabe ist, die Völker über die Entwicklung der erlangten konstitutionellen Rechte zu beruhigen. — Viele Anerkennung findet hier die Haltung, die der Kriegsminister Graf Degenfeld der 1. Sektion des Finanzausschusses gegenüber, die so eben das Militärbudget behandelt, beobachtet. Er tritt nicht nur als Kriegsminister, sondern auch als Rath der Krone auf, der von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß die Macht des Kaiserstaates nicht dadurch aufrecht erhalten wird, daß man die Ziffern für die Heeresauslage möglichst hoch stellt, sondern daß man sie in ein richtiges Verhältniß zu dem Einkommen des Staates setzt, daher auch alles Ueberflüssige zu beseitigen sucht. Der Ausschuß wird daher auch diesen Theil des Budget bald erledigt haben, insbesondere da er feinerseits die politischen Verhältnisse nicht unberücksichtigt läßt, welche allerdings

Digitized by Google

einen höheren Heeresstand nothwendig machen, als unter andern Umständen erforderlich wäre. Dessenungeachtet wurde vieles Unnütze gestrichen, und daß Graf Degenfeld dagegen keine Einsprache erhob, sondern sich im Gegentheile damit einverstanden erklärte, ist ein Beweis, um das ihn sein Kollege in Berlin, Hr. v. Roon, beneiden kann.

= Das Justizministerium hat offenbar in Folge des auf die Freigebung der Advokatur gerichteten Beschlusses des Abgeordnetenhauses an die Oberlandesgerichte die Aufforderung erlassen, ihm eine genaue statistische Nachweisung der vorhandenen geprüften Advokaturkandidaten vorzulegen, um darnach die Anzahl der im Falle der Freigebung der Advokatie neu erstehenden Advokaten-Kanzleien ungefähr veranschlagen zu können.

= Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat den Antrag angenommen, daß vom nächsten Jahre an das Friedrichs-Gymnasium den Jesuiten zu entziehen und weltlichen Lehrern zu übergeben sey, sofern nicht kontraktliche Verbindlichkeiten im Wege stehen. Dies Gymnasium wird von den Jesuiten bloß verwaltet, nicht, wie manche andere ihnen überlassene Lehranstalt, auch erhalten. Zugleich erklärte der Ausschuß: selbst wo religiöse Orden sich zur unentgeltlichen Uebernahme von Gymnasien verstanden hätten, dürfe diese Ersparniß nicht damit erkauft werden, daß eine solche Anstalt, anstatt nach den Gesetzen des Staats, nach denen des Ordens geleitet; daß über die Fähigkeit der Lehrer von dem geistlichen Oberen, nicht von der Staatsprüfungs-Kommission entschieden; und der Schulplan nicht nach dem weltlichen Gesetze, sondern nach irgend einer andern ratio studii geregelt werde. Daher wurde außerdem die Forderung, daß die an Gymnasien lehrenden Ordensgeistlichen, gleich andern Lehrern, der gesetzlichen Prüfung zu unterziehen seyen, zum Beschluß erhoben.

Das Organ Disraeli's und seiner Partei, die ohnehin unzuverlässige „Presse", wärmt die alte Ente wieder auf, Oesterreich habe versprochen, den Bemühungen des Kaisers Napoleon zur Lösung der römischen und venetianischen Frage vermittelst eines Uebereinkommens der Großmächte nicht entgegenzutreten und auf einem etwaigen europäischen Kongreß den vollzogenen Thatsachen Rechnung zu tragen; Frankreich verspreche dafür die Erhaltung des Friedens in Italien und seine Unterstützung in der ungarischen und deutschen Frage. Schon vor einigen Tagen haben dieselben Angaben von Wien aus die entschiedenste Widerlegung gefunden, und zwar mit dem Anfügen, Oesterreich behaupte nach wie vor den Standpunkt von Villafranca und Zürich, könne schon darum andere Verpflichtungen nicht übernehmen, werde übrigens seine Initiative ergreifen, sondern den Verlauf der Dinge abwarten. Allerdings ist Frankreich für Herstellung eines besseren Einvernehmens mit Oesterreich bemüht; mehr aber noch ist es England darum zu thun, im Interesse des Weltfriedens eine weitere Schwächung Oesterreichs nicht zuzulassen.

Belgien.

Aus Mecheln, 16. März, meldet man den bedauerlichen Vorfall, daß bei einer dort stattgefundenen Beerdigung eines Protestanten der Pöbel, nachdem er bereits in der protestantischen Kirche (es lebten viele Engländer zu Mecheln; der Verstorbene selbst war, obwohl ein Belgier, doch von englischer Abkunft) Unfug aller Art getrieben, auf dem Kirchhof mit Gewalt den protestantischen Geistlichen in die Gruft stoßen und lebendig begraben wollte. Nur mit aller Mühe gelang es den Offizieren der Bürgergarde, welche ihrem Kameraden die letzte Ehre erwiesen, den Unglücklichen zu schützen; es kam zum Handgemenge und einem dieser Herren wurde sogar von der blind wüthenden Menge eines seiner Epaulette abgerissen. Wie wir erfahren, hat der englische Gesandte, Lord Howard, sich bereits an Hrn. Rogier, Minister des Auswärtigen, gewandt und eine strenge Untersuchung des Vorfalls verlangt.

Frankreich.

Paris, 21. März. Wie das Journal de la Nievre berichtet, hatte die Arbeitseinstellung der Grubenarbeiter von Bienaz-Coudre im Nordepartement eine solche Aufregung nach sich gezogen, daß der Präfekt und der kommandirende General des Departement sich eiligst mit zwei Kompagnien Infanterie und einer Abtheilung Husaren dahin begaben. Die Unruhstifter wurden verhaftet und die Ruhe wieder hergestellt, doch werden die Gendarmerie und die Truppen die Gegend vorläufig noch nicht verlassen. — Schreiner ist heute wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung und wegen Verbreitung von Schriften (le lion du quartier latin) ohne Angabe des Druckers zu drei Monaten Gefängniß und 1000 Fr. Geldbuße verurtheilt worden.

Paris, 21. März. Wir haben neulich von der Verurtheilung des Hrn. Pelletan zu einer Strafe von Frcs. 2000 wegen Preßvergehens berichtet. Hr. Pelletan hatte alle Anerbietungen seiner Freunde abgelehnt und ließ, um bezahlen zu können, seine Bücher versteigern. Die vier ersten Bücher trugen 2400 Frcs. ein; somit ist die Strafe bezahlt.

Italien.

Rom, 20. März. Das amtliche „Giornale di Roma" erklärt die in der Broschüre des Abbé Isaia angegebenen Thatsachen für falsch. Der Cardinal Antonelli habe vom Advokaten Agoglia keine Mittheilungen erhalten; er habe sich mit demselben nur über die Angelegenheiten des Ordens des heiligen Constantin von Neuem unterhalten. Das offizielle Blatt erklärt ferner, daß die Grundsätze des Cardinals Antonelli fortwährend denen ganz entgegengesetzt gewesen seyen, die ihm in der Broschüre zugeschrieben werden, d. h. daß er nie zu einer Abtretung der weltlichen Macht des Papstes an Viktor Emanuel die Hand geboten habe.

Mailand, 22. März. Garibaldi ist hier angekommen und mit großem Enthusiasmus empfangen worden. Die Bewohner haben ihm zu Ehren illuminirt. Garibaldi empfiehlt Bewaffnung und verspricht Rom und Venedig, „die noch in Sclaverei befindlichen Schwestern", zu befreien. (Die alten, schon so oft wiederholten Verheißungen! Doch wohlweislich sagt Garibaldi nicht, wann die Befreiung vor sich gehen soll.) (L. d. Fr. Hdlg.)

Mailand, 22. März. Alleaca veröffentlicht das Programm bezüglich Ungarns, welches zwischen Kossuth, Klapka und Türr vereinbart worden ist. Die Hauptpunkte sind: Ein konstitutionelles Königreich, Ausschließung des Hauses Habsburg, Gleichheit aller Einwohner, offensive und defensive Allianz Ungarns mit Serbien, Croatien und Rumänien. (Meinen die Herren wirklich im Ernst, sie könnten dies jetzt durchsetzen?)

Die neue Turin aus abgegebene Erklärung, daß die blutigen Proklamationen in der Basilicata und Kalabrien ohne höhere Ermächtigung erlassen und bereits wieder zurückgenommen seyen, findet in den Briefen aus diesen Provinzen lebhaften Widerspruch. Sie behaupten, diese Erlasse bestänben noch immer in voller Kraft. Es seyen auch bereits in der Basilicata acht Männer und fünf Frauen erschossen worden, bei denen man einigen Brodvorrath fand.

Im Neapolitanischen erhebt das Brigantenthum mit Beginn der milden Witterung früher wieder das Haupt, als man piemontesischerseits glaubte. „Popolo d'Italia" sagt: „Die Loden stehen wieder auf." Die Banden werden immer zahlreicher in der Basilicata, den Abruzzen und der Capitanata, in den Provinzen Aquila, Avellino, Benevent und Kalabrien. Crocco, Ciipriani, Chiavone, Zappatore und Gavoni durchziehen mit ihren Schaaren die Provinzen wieder nach ihrer Länge und Breite und drohen mit dem Frühjahr dem Aufstand eine noch größere Ausdehnung zu geben, als im vergangenen Jahr.

Griechenland.

* Ueber die Lage der Dinge in Griechenland wird der „D.-Z." aus Triest vom 18. d. geschrieben: Die Regierung ist noch vollkommen Herr der Situation und verfolgt die Fäden der weitverzweigten Verschwörung, die bis nach Epirus und Thessalien hineinreicht. Zwei griechische Dampfer mit 470 Soldaten nahmen an der Küste von Akarnanien Landungen vor, um die dortigen Verschwornen zu verhaften. Es wurden in Paglioglia 35 Personen vom Civil und Militär verhaftet, worauf sich einer der Dampfer nach Bonitza an der Grenze von Epirus begab. Daß irgend eine Gefahr gegen die Küsten von Albanien in nahem Anzuge sey oder war (von Seite italienischer und griechischer Freischärler), geht aus der Broderung des in Antivari — dem Punkte, der bisher für den am meisten bedrohten galt — stationirten türkischen Geschwaders nach Unteralbanien hervor. Jedenfalls scheint sowohl die griechische wie die türkische Regierung von allen Planen und Bewegungen gut unterrichtet zu seyn.

Amerika.

New-York, 7. März. In seiner Botschaft an den Kongreß, in der er die Annahme einer gemeinschaftlichen Resolution empfiehlt, welche die Zusammenwirkung mit den Sklavenstaaten zu dem Behufe bezweckt, die Sklaven auf dem Wege des Loskaufs allmählig zu emancipiren, sagt Präsident Lincoln: „Die Unions-Regierung würde in einer solchen Maßregel einen Schritt erblicken, der in höchstem Grade in ihrem Interesse läge, da er das wirksamste Mittel der Selbsterhaltung wäre. Die Führer des Aufstandes hoffen, die Regierung werde sich schließlich genöthigt sehen, die Unabhängigkeit eines Theiles der mißvergnügten Landstriche an-

Digitized by Google

zurkennen, und alle nördlich von diesem Gebietsstrich gelegenen Sklavenstaaten würden dann sagen: da es mit der Union, für welche wir gekämpft haben, doch nun einmal schon aus ist, so wollen wir lieber mit dem Süden gehen. Wenn wir den Häuptern des Aufstandes diese Hoffnung nehmen, so ist die Rebellion faktisch zu Ende; genommen aber wird ihnen diese Hoffnung vollständig durch den Beginn der Emancipation. Es kommt dabei nicht sowohl darauf an, daß alle Staaten, welche die Sklaverei dulden, sehr bald den Anfang mit der Emancipation machen würden, sondern daß, wenn das Anerbieten allen in gleiche Weise gemacht wird, die nördlichen durch den so gemachten Anfang den südlicheren die Ueberzeugung beibringen werden, daß sie sich in keinem Falle ihrer deshalbigen Conföderation anschließen werden. Ich bediene mich des Wortes Anfang, weil meines Erachtens eine allmälige Emancipation besser sie Alle ist, als eine plötzliche. Die laufenden Ausgaben des Krieges würden sehr bald alle Sklaven in einem bestimmten Staate loskaufen. Ein solcher Vorschlag bezüglich für die Unions-Regierung feinesweges das Recht, sich in die Sklavenfrage innerhalb der Gränzen eines Staates einzumischen, da es der freien Wahl der Staaten überlassen ist, den Vorschlag anzunehmen oder zu verwerfen. Der Krieg ist noch immer ein unerläßliches Mittel zur Wiederherstellung der Union. Die faktische Anerkennung der nationalen Autorität würde den Krieg unnöthig machen und derselbe würde sofort aufhören, und alle die Ereignisse, welche ihm vielleicht folgen werden, lassen sich unmöglich voraussehen. Mittel, welche unerläßlich erscheinen oder offenbar sich als sehr wiefsam für die Beendigung des Kampfes herausstellen mögen, müssen und werden gefunden werden. Mit Bezug auf den jetzt gemachten Vorschlag — denn weiter ist er nichts — frage ich, ob die gebotenen Gelegenheiten bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht für die betreffenden Staaten und Privatpersonen werthvoller seyn würden, als die Institution (d. h. die Sklaverei) und das in derselben steckende Eigenthum? Während es wahr ist, daß die Annahme der vorgeschlagenen Resolution eine große Einleitung und nicht schon an und für sich eine praktische Maßregel seyn würde, wird sie in der Hoffnung empfohlen, daß sie bald zu wichtigen Resultaten führen würde. Im vollen Bewußtseyn meiner großen Verantwortlichkeit vor Gott und dem Lande bitte ich ernstlich darum, daß der Kongreß und das Volk dem Gegenstande seine Aufmerksamkeit schenken möge." Die „New-York Times" ist der Ansicht, daß der Plan Lincoln's den beabsichtigten Zweck nicht erreichen werde. Er werde, meint sie, keinen Sklavenstaat zum Aufgeben der Sklaverei veranlassen, und die Kosten würden zu gewaltig seyn, als daß er sich einer günstigen Aufnahme von Seiten des Volkes zu erfreuen haben würde, für welches die Belastung mit einer Schuld von mehreren Tausend Millionen in Aussicht stehe. Die „New-York World" spricht sich dagegen billigend über die Botschaft aus, ebenso die „New-York Herald" und die „New-York Tribune". Aus Washington schreibt der Correspondent des „New-York Herald": Die durch die Botschaft des Präsidenten Lincoln verursachte Aufregung ist im Steigen begriffen. Die Botschaft hat alle Parteien überrascht. Die Mehrheit der Senatoren und Repräsentanten ist noch nicht so weit, sich darüber auszusprechen. Alle fürchten sich vor ihr und hinwiederum fürchten sich Alle auch davor, sie zu bekämpfen.

Bei der Dürftigkeit glaubwürdiger Nachrichten über die Stimmung in den abgefallenen Süden der Verringten Staaten, schreibt man der „Wes. Z.", wird Ihnen ohne Zweifel eine Schilderung, die mir ein dieser Tage von Charleston hier angekommener Deutscher über die dortigen Zustände machte, willkommen seyn. Seinem Dafürhalten nach wäre man schon jetzt die Sache des Südens als durchaus hoffnungslos anzusehen. Auch die ärgsten Fanatiker seyen von der Unmöglichkeit eines Erfolges der Rebellen überzeugt, nur hüteten sie sich natürlich, diese Ueberzeugung laut werden zu lassen. Die Bevölkerung, anfangs so egaltirt für die südliche Sache, sey jetzt allgemein, die deutsche ganz besonders, so unzufrieden, daß, mit einem tüchtigen Manne an der Spitze, eine contrerrevolutionäre Bewegung zu Gunsten der Rückkehr in die Union alle Aussicht für sich haben würde. Der Terrorismus der sonderbündlerischen Regierung überstelge alle Begriffe; alle kampffähigen Leute würden gezwungen zu dienen, keine mißliebige Aeußerung, ja kaum passives Stillschweigen würde geduldet; auch die Zeitungen unterlägen sicher einer Censur (alle jedenfalls nicht, einige virginische Blätter z. B. stimmen seit einiger Zeit einen Ton gegen Jefferson Davis an, der schwerlich die Censur, wenn eine solche bestände, passirt hätte). Den Truppen mangle es am Nothwendigsten. Das Volk sey ferner ohne alles Vertrauen in seine Führer und Generale; nur J. Davis und Beauregard erfreuen sich einer gewissen Popularität, die übrigen, von denen seriich auch ein guter Theil sich durch seine Ernnthucht um alle Achtung gebracht hat, pfuschen in Misstreit. Sehr übel sey die Stimmung gegen die Hauptanstifter und Führer der Rebellion, die sich jetzt in ihren Aemtern heme thun! Es gebe Familien, in denen kein erwachsenes Mitglied ohne besonderes Amt sey. Das baare Geld sey völlig aus dem Verkehr geschwunden, man würde sich eher den Finger abschneiden, als daß man es hergebe; Kapital in Unternehmungen zu stecken, daran denke Niemand, weil Niemand ernsthaft an die Zukunft des Sonderbunds glaube, selbst Postmarken suche man baldmöglichst los zu werden. Fleisch sey die jetzt reichlich, wenn auch theuer gewesen; da aber das geschlachtete Vieh durch kein neues ersetzt werde, so würde schon in wenigen Monaten Mangel eintreten. Die Neger hätten sich im Allgemeinen ruhig verhalten, aber man fürchte, daß ihre intelligenteren farbigen Genossen, die Mulatten, welche Zeitungen lesen, sie leicht aufwiegeln könnten, wenn der Norden einmal das Wort „Emanzipation" spräche. Savannah sey schon jetzt als verloren anzusehen; Fort Pulaski brauche nur ernstlich cernirt zu werden, um es zur Uebergabe zu zwingen. In der nächsten Zeit würde ohne Zweifel der Süden sich, so es am Mississippi, oder in Texesse, oder an der atlantischen Küste, auf sehr empfindliche Schläge gefaßt machen müsse; aber auch ohne das könne er sich bei seiner jetzigen Lage nicht sechs Monate mehr halten. — So weit ich die Amerikaner des Südens kenne, erscheint in der That ein Umschlag in der Stimmung des Volks als sehr wahrscheinlich. Arbeitslosigkeit, Noth, Zerrüttung aller Geldverhältnisse, dazu die letzten Schlappen und die mit ihnen mehr und mehr schwindende Aussicht auf einen raschen Triumph der Rebellion — durch alles das sich nicht entmuthigen ja lassen, dazu gehört mehr Ausdauer und eine bessere Sache, als sie die südlichen Amerikaner haben. Mit dem neuen Jahre hat das Uebergewicht des Nordens sich ganz entschieden festzustellen begonnen; Missouri und Kentucky sind dem Süden verloren, Tennesse wird eb bald auch seyn, in allen Rebellenstaaten halten die Nördlichen wenigstens schon Einen Punkt besetzt; sie müßten grobe Fehler machen, wenn es ihnen nicht gelänge, den Lasso um den Hals des Südens bald zu ziehen, daß ihm der Athem ausgeht.

(Wes.-Z.)

Volkswirthschaftliches.

Man beabsichtigt bekanntlich eine Eisenbahn von Augsburg über Aichach und Schrobenhausen nach Ingolstadt und von da aus über Vohburg, Neustadt, Abensberg und Kehlheim nach Regensburg zu führen. Zum Zweck der Projektirungsarbeiten hat der Magistrat Augsburg 5000 fl. und eine Anzahl dortiger Kapitalisten bereits 10,000 fl. gezeichnet. Der Magistrat Regensburg wied ebenfalls 3000 fl. beitragen und die Listen zu weiteren Zeichnungen in Umlauf setzen. (B. Bl.)

Wien, 19. März. Das neue Prioritäts-Silber-Anlehen der Kaiserin Elisabethbahn hat die Kreditanstalt in Gesellschaft mit mehreren Bankhäusern übernommen.

In Bezug auf die Londonee Ausstellung bemerkt die „Times": „Mit Bedauern müssen wir sagen, daß der Gesammteindruck des Ausstellungsgebäudes, wenn es erst ganz eingerichtet seyn wird, bei Weitem nicht so großartig seyn dürfte, als wir gehofft und gehofft hatten. Jedem einzelnen Staat ist nämlich von den Kommissären gestattet worden, sich mit hölzernen Scheidewänden von den Nachbarabtheilungen abzugrenzen, um dadurch Wandraum für aufzuhängende Gegenstände zu gewinnen. Dadurch wird jede Ueberblick, jeder große Gesammteindruck unmöglich gemacht, zumal wenn die Scheidewände so hoch angelegt werden, wie die Franzosen es gegenwärtig thun. Das ganze Innere wird dadurch in eine Anzahl Einzelnabtheilungen oder Verkaufsläden umgewandelt, was einen störenden, geradezu widerlichen Eindruck machen muß."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 22. März. Unsere Opernsängerin, Fräulein Hefner, hat sich mit einem Docenten an hiesiger Universität verlobt. (N. Münch. Ztg.)

Der „Danziger Zeitung" schreibt man aus Dieschau vom 14. März: „Soeben erfahre ich von einem Augenzeugen, daß auf der Eisenbahnüberfahrt zwischen Subkau und Garbin ein passenger Wagen von einer von Preylin kommenden Locomotive erfaßt und mit den zwei darin sitzenden Personen zermalmt worden ist. Die Unglücklichen waren der katholische Pfarrer aus Wischin und

Digitized by Google

sein Kutscher; der erste hatte seinen Amtsbruder in Subkau besucht. Die Bahn ist an der Stelle von Hügeln umgeben, so daß die von Subkau Kommenden sie nicht sehen können; die Barriere war offen und ein Bahnwärter nicht zu sehen, die Verunglückten glaubten sich dahier in voller Sicherheit. Die zerstückten Glieder wurden später zusammengelesen und nach Subkau gebracht."

Karlsruhe, 20. März. In der Nacht vom 17. auf den 18. d. hat auf dem hiesigen Bahnhof ein bedeutender Diebstahl stattgefunden. Es wurden aus dem Eisenbahnpostwagen zwei Postbeutel, deren Inhalt sich gegen 4000 fl. belaufen haben dürfte, entwendet. (Karlsr. Z.)

Wien. Den Dichter Mosenthal hat ein schwerer Verlust getroffen; seine Gattin, Frau Karoline Mosenthal, ist nach einer frühzeitigen Geburt im Wochenbette gestorben. (Oest. Post.)

Die Agitation für W. **Bauer's** „Deutsches Tauchenwerk" beginnt auch in **Wien** sich zu regen. Bekanntlich handelt es sich darum, dem Ingenieur Bauer durch Subskription die Mittel zu beschaffen, um seine Schiffsbehung vermittelst Taucher, Tauchercammere und unterseeischer Kameele praktisch ausführen zu können, da sonst zu befürchten ist, daß auch diese deutsche Erfindung wieder in das Ausland wandern müßte. Ingenieurverein und Gewerbeverein interessiren sich für die Sache; aus diesen Kreisen wird sich voraussichtlich auch ein Komité zum Anschluß an das Leipziger Centralkomité bilden. (Fr. Postz.)

Am 14. d. M. wurde vor dem Schwurgerichtshof in **Paris** der Prozeß gegen Katty **Bernette** verhandelt, welche angeklagt ist, den Studenten Ludovic de Bertier, einen direkten Nachkommen des Marschalls Brttier und verwandt mit den namhaftesten Familien des Kaiserreichs, ermordet zu haben. Katty Bernette, eine Grisette von seltener Schönheit, hat ihren Geliebten, der sie verlassen wollte, im Streite niedergeschossen; es wird konstatiet, daß sie unmittelbar nach dem tödlichen Stoße nicht wußte, was sie gethan. Um das Motiv ihres Verbrechens befragt, gibt sie an, sie habe Ludovic Bertier geliebt; sie kann aber nicht leugnen, daß sie zu derselben Zeit in gleich intimen Beziehungen zu mehreren anderen jungen Leuten gestanden. In Folge der glänzenden Vertheidigung Lauchaub's beschließt der Gerichtshof, die lubsidiarische Frage wegen unbedachtsamer Tödtung zu stellen. Die Jury spricht die Angeklagte des Mordes frei und bejahet die subsidiarische Frage bejahend. Der Gerichtshof verhängt das Maximum des Strafausmaßes, zehn Jahre schweren Kerkers.

Paris, 20. März. Vor einiger Zeit starb hier ein portugiesischer Grande, der Comthur de Gama Machado, ein reicher Sonderling, der in nicht weniger als 70 Testamenten über seine Hinterlassenschaft verfügt hatte. Für sein Begräbniß hatte er die größeste Einfachheit vorgeschrieben; ein Diener aber mußte einen alten Staar, den Lieblingsvogel des Verstorbenen, in einem schwarzen Käfig hinter dem Sarge hertragen; auch waren sämmtliche Raben zu Leichenschmaus und Begräbniß eingeladen, und sie kamen auch in Scharen herbei dazu. Der Comthur de Gama hatte nämlich diese Vögel alle Tage um 3 Uhr reichlich gefüttert, und so waren denn, da die Begräbnißstunde ebenfalls auf 3 Uhr bestimmt war, Fenster und Balkons des Hauses am Quai Voltaire dicht besetzt mit den schwarzen Freunden des Hingeschiedenen, welche in natürlichem Trauerkleide mit ungeheuerm Gekrächze den Hintritt ihres Freundes beklagten. (N. Pr. Z.)

Am Cap de la Croix bei **Bobbio** wurde am 17. März eine Diligence mit 18 Personen von einer Lawine verschüttet. Nur acht Personen wurden alsbald wieder ausgegraben und gerettet. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 23. März. Die Klagen über den geringen Personenverkehr auf den bayerischen Ostbahnen sind nicht unbegründet; so zeigt insbesondere der verflossene Monat einen bedeutenden Ausfall. Dagegen hat sich der Güterverkehr wesentlich gesteigert. Die Gesammteinnahme von 228,626 fl. im Februar d. J. zeigt demnach gegen den gleichen Monat des Vorjahres doch noch ein Mehr von 63,718 fl. 51½ kr. Wenn indessen der Verkehr nicht bedeutend höher steigt, so werden im laufenden Verwaltungsjahr, für welches die Zinsengarantie des Staats zum ersten Male einzutreten hat, die Reineinnahmen der Bahn zur Zahlung der 4½ Pct. lange nicht ausreichen, und die Staatskasse wird in der Lage sein, einen nicht unbedeutenden Zuschuß leisten zu müssen. (Südd. Z.)

* **Berlin**, 20. März. Das neue Kabinet findet in den Organen der Presse, die mit der öffentlichen Meinung gehen und in dem denkenden Theile der Nation ihren Boden haben, nur Gegner. Die Kreuzzeitungspartei und ihre Organe scheinen die einzigen Stützen der neuen Räthe der Krone werden zu wollen, aber auch diese gibt sich zur Unterstützung nur mit Vorbehalt her, wenn sie ihr nämlich zu Gefallen handeln. Kann sie sich auch nicht mit dem neuen Ministerium identifiziren, d. h. ist es ihr auch noch nicht traktionär genug, so wird sie es doch unterstützen; denn sie versprecht sich von ihm, daß es ein williges Werkzeug für ihre Pläne abgeben werde. Die Pectei hat nun auch ein Wahlmanifest gegeben lassen, worin sie behauptet, es handle sich jetzt darum, ob der König, ob das Abgeordnetenhaus in Preußen regieren solle. Es ist ein Prachtstück, dieses Wahlmanifest! Die Kreuzritter sagen darin unter Anderem: „In der Möglichkeit, uns mit Ueberzeugung und Erfolg*) bei den bevorstehenden Wahlen betheiligen zu können, liegt für uns die heilige Pflicht, den Nachweis zu führen, daß es nicht das preußische Volk, sondern daß es seine Vertreter gewesen, welche, wenn auch heute noch nicht für Alle gleich greifbar, doch als ihr letztes Ziel die preußische Landesvertretung zu einer Werkstatt der deutschen Revolution und das verfassungsmäßige Recht des Volkes zu einem Hebel der Auflehnung und Anarchie zu machen versuchten." Wie schlecht übrigens der neuliche Programmartikel der Sternzeitung gewirkt hat, scheint man auch in den höheren Kreisen Berlins zu merken. Es wird also ein neuer Artikel als Dämpfer daraus gefetzt, der aber nur Worte macht, die keinen Werth und Inhalt haben. Zum Geburtstag des Königs (22. März) bringt sodann die Sternzeitung wieder einen überschwänglichen, nebenbei stark pietistisch gewürzten Lob- und Huldigungs-Artikel (ganz nach dem Geschmack der Kreuzzeitung!), der mit den Worten schließt: „Heil unserm König! Und mag Er, trotz alle denjenigen Uebermuthes von innen, alles hemmenden Mißtrauens von außen, ungehindert und ungehemmt muthig fortwandeln, und durch Gottes Gnade das Ziel erreichen!" Wie möchten sehr bejweifeln, ob solche Auslassungen die beabsichtigte Wirkung haben. Zur Feier seines Geburtstages hat ferner der König beschlossen, „zur Erinnerung an den denkwürdigen Akt Unsrer und der Königin, Unsrer Gemahlin Majestät, Krönung die zu diesem Behufe besonders geprägte, an einem 1½ Zoll breiten orangefarbenen, gewässerten Bande zu tragende, ausschließlich für Inländer bestimmte Kriegs-Medaille 1) den in den Krönungstag persönlich anwesenden Personen, 2) den zu der Krönung speziell entbotenen Personen, welche derselben wirklich beigewohnt haben, und 3) den bei der Krönungsfeier im Dienste gewesenen Generalen, Offizieren und Mannschaften zu verleihen."

Berlin. Die „Kreuzzeitung" bringt am Geburtstage des Königs ein schaudererhaft abgefastes Gedicht, — zur Abwechslung gedruckt in Kreuzform.

Prinz **Napoleon** hat seine beiden Ernnatstreden ins Italienische übersetzen lassen, um sie in 100,000 Exemplaren jenseits der Alpen zu verbreiten. Das ist nun allerdings nichts Besonderes, daß er den Italienern bewessen will, wie kräftig er sich ihrer Sache im französischen Senat angenommen**); das Interessanteste dabei ist nur, daß in der Uebersetzung, trotz der Berichtigung des „Moniteur", die Lesart: „prêtres" (nicht traitre, wie der „Moniteur" korrigiet hatte) beibehalten worden ist.

= Aus **Syrakus** (Sizilien) hat man Nachrichten von einer verreiteten bourbonischen Verschwörung. Eine bedeutende Anzahl Gente, neapolitanische Soldaten des dort garnisonirenden Regimentes, sizilianische Matrosen und Bauern hatten sich verbrüdert, während die Soldaten abwesend waren, die Kaserne zu übernumpeln, Waffen, Munition, Geld und dergleichen zu rauben und sich in die Gebirge zu flüchten. Nur der Geistesgegenwart des wachhabenden Offiziers war es zu verdanken, daß das ganze Unternehmen mißlang.

*) Sie sind also schon sicher, daß die Wahlen von den Behörden in junkerlichem Sinn beeinflußt werden.

**) Der neue Turiner Ministerpräsident Ratazzi hat neulich in der 2. Kammer sogar behauptet, des Prinzen Napoleon Reden enthielten die wahre Politik der franzöl. Regierung in Bezug auf Italien. Das ist nun unstreitig mehr ein frommer Wunsch des Hrn. Ratazzi, als Wirklichkeit; sehr nett ist aber das darin liegende naive Geständniß, daß die Politik der französischen eine doppelzüngige sey. In den Tuilerien hat man diese Ungeschicklichkeit sofort gefühlt, und als im Senat Hr. v. Larochejacquelein eine Anfrage an die Minister richtete, was man von jener Aeußerung Ratazzi's zu halten habe, wurde die gehörsame Mehrheit angewiesen, der Regierung die Verlegenheit des Antwortens zu ersparen und die Anfrage todt zu schweigen d. h. über dieselbe zur Tagesordnung übergegangen, was sie denn auch pflichtschuldigst that.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 84. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Intervallen wird die dreifache Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 25. März 1862.

Deutscher Bund.

Aus Mitteldeutschland, 20. März. Der Nationalverein versetzt sich jetzt in die verzweifelte Stimmung jenes Spielers, den Ihland so ergreifend geschildert hat. Nachdem er Alles, was er besaß, angebracht, verspielte er noch Frau und Kind. In ähnlicher Weise wollen die hitzigsten Eiferer des Vereins nun, wo ihre Sache in Preußen bankbrüchig geworden ist, erst recht Alles in diesen Abgrund werfen. Besteht denn aber darin etwas Anderes, als eine schwächliche Wiederholung dessen, was schon dagewesen ist? Als König Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Kaiserkrone aufgeschlagen hatte, blieb man nicht wie heut bei Worten stehen: in der Pfalz, in Baden, in Dresden griff man zu den Waffen, um ihn zu zwingen, Kaiser zu werden und von preußischen Truppen wurden diese Aufstände niedergeschlagen. Anstatt des projektirten Reichsministerium kam damals das Ministerium Manteuffel-Westphalen, wie heut das Prinz Hohenlohe-v. d. Heydt ins Amt. Nach solchen Erfahrungen ist es doch rein unbegreiflich, mit der gothaischen Fahne noch immer herumzulaufen und Kunststücke damit zu machen. Wäre es wirklich möglich, dem Könige Wilhelm I. die deutsche Centralgewalt aufzuzwingen, würden denn damit die so oft und gefagten und immer wieder lebenskräftig dastehenden Mächte des Militarismus, Feudalismus und Bureaukratismus endlich vom Schauplatze verschwunden? Wenn die jetzt in Berlin eingeleitete Reaktion sich nicht auf die Dauer behaupten kann, so ist diese Wirkung doch gewiß nur dem Umstande zu verdanken, daß im Umfange des deutschen Bundes die verfassungsmäßige Freiheit noch immer Zufluchtstätten behalten wird. Hoffentlich sind die meisten anderen Regierungen, insbesondere Oesterreich, durch Erfahrung klug genug geworden, um sich von Preußen nicht zum zweiten Mal auf das Glatteis verlocken zu lassen. Stellen sie es in den Willen Preußens, die Zustände in allen Bundesstaaten je nach Gefallen vor- oder rückwärts zu schrauben, nun, so gestehen sie ihm damit thatsächlich die Führung Deutschlands zu und bekennen sich bereits als moralisch mediatisirt. Dann hätten sie kein Recht, sich zu beklagen, wenn das Blatt sich wieder einmal wendet und wieder „eine neue Aera" als Fata morgana erscheint. Der Nationalverein würde ihnen dann mit mehr Grund zurufen: seyd ihr Preußen abwärts gefolgt, so folgt nun auch seinem Aufsteigen und leugnet nicht ferner, daß ihr in Preußen euern Herrn erkennt. Wollen die deutschen Staaten ihre Selbständigkeit behaupten, so finden sie jetzt Gelegenheit dazu, indem sie ihre Haltung nicht durch den Rücktritt bestimmen lassen, der in Berlin eingetreten ist. Die großdeutsche Partei erwartet dies und ist überhaupt der Ueberzeugung, daß staatliche und bürgerliche Freiheit in Deutschland nicht unterdrücken werden, so lange eine Gravitation zwischen selbständigen Bundesstaaten fortbesteht. Erst dann könnte der Druck allgemein und dauernd werden, wenn eine Macht das Uebergewicht über alle andern erlangt und sie zum Gehorsam verpflichtet. Dann geht der Anstoß, der in Berlin gegeben wird, wie ein elektrischer Schlag durch ganz Deutschland, und da der Besitz einer großen Militärmacht — wie Vergangenheit und Gegenwart dies lehren — immer despotische Neigungen hervorlockt und begünstigt, so würde sie auch dazu benutzt werden, in Deutschland der Freiheit ein Ende zu bereiten. (D. Abl.)

Von der Elbe, 22. März. Zum Schriftwechsel zwischen Preußen und den mit Oesterreich verbündeten Staaten in der deutschen Frage kann ich Ihnen von zwei neuen Aktenstücken berichten: von einer preußischen Rückantwort auf die der Depesche des Grafen Bernstorff vom 14. Februar von Seiten Hannovers gewordene Erwiderung und von der hieraus wiederum erfolgten hannover'schen Antwort. Graf Bernstorff erklärt, daß es ihm versagt sey, auf die in der hannover'schen Note entwickelten staatsrechtlichen Ansichten einzugehen, weil seine Regierung nun doch einmal auf einem ganz andern Standpunkte stehe. Uebrigens könne er von einer Fortsetzung dieses unerquicklichen Schriftwechsels — so etwa lautet der Ausdruck — günstige Folgen nicht absehen, vielmehr müsse er sich der Ansicht hingeben, daß derselbe nur geeignet sey, das bundesfreundliche Verhältniß zu stören, und halte er es deßhalb für angemessen, denselben hiemit ganz abzubrechen. Darauf wurde von Graf Platen-Hallermund erwidert, man bedauere in Hannover sehr, das das preußische Kabinet auf die von der hannover'schen Regierung entwickelten staatsrechtlichen Ansichten nicht eingehen zu können glaube, halte aber nichtsdestoweniger an den in den identischen Noten sowohl, als an den in der hannover'schen Note selbst aufgestellten Grundsätzen fest. Was den Abbruch des Schriftwechsels betreffe, so erkläre man sich, allerdings mit Bedauern, damit einverstanden, wenn man auch in Hannover nicht zu der Ueberzeugung gelangen könne, daß eine Fortsetzung desselben nur geeignet sey, das bundesfreundliche Verhältniß zu stören.

(Fr. Pbl.)

Bayern. Das dem Hofmeister Kaspar Gruber von Nürnberg unterm 11. Februar 1860 verliehene Privilegium auf Anfertigung von Schmelztiegeln wurde für den Zeitraum von weiteren zwei Jahren vom 11. Februar 1862 anfangend; dann das dem Hafnermeister Kasp. Gruber von Nürnberg unterm 1. März 1848 verliehene Privilegium auf ein eigenthümliches Verfahren bei Herstellung gußeiserner Kacheln für Oefen, dann bei Emaillirung, Bemalung und Vergoldung dieser Kacheln für den Zeitraum von einem Jahr vom 1. März 1862 anfangend; und das dem Kunstgießer Hand Jakob Fehr von Augsburg unterm 9. April 1859 verliehene und bis dahin von 1862 verlängerte Privilegium auf ein eigenthümliches Verfahren in der Kunstgießerei mit Ausdehnung desselben auf alle Schriftarten, incl. der Stenographie für den Zeitraum von einem Jahre vom 9. April 1862 anfangend verlängert. (Augsb. Abdz.)

München, 22. März. Nachdem das im Regierungsblatt Nr. 15 vom 24. März 1858 im Anschlusse an den revidirten deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins-Vertrag vom 16. Nov. 1857 veröffentlichte Reglement für die telegraphische Korrespondenz im deutsch-österreichischen Telegraphen-Verein, und insbesondere auf den bayerischen Staats-Telegraphen-Linien durch die Beschlüsse der VI. Telegraphen-Vereins-Konferenz mehrfache Aenderungen und Ergänzungen erfahren hat, so wird durch ministerielle Entschließung vom 20. v. M. das hiernach modifizirte nunmehr gültige Reglement im heutigen Regierungsblatt Nr. 13 zur öffentlichen Kenntniß gebracht. (Augsb. Abdz.)

Preußen. Erst seit wenigen Tagen ist die Partei der „Neuen preuß. Ztg." wieder am Ruder gelangt, und schon gewinnt es den Anschein, als fürchte das Volk, daß es im ganzen Staate mit Ausnahme des Herrenhauses nichts Festbestehendes mehr gebe, daß alle nicht nur Verfassungs-, sondern auch Rechtsbegriffe in den Winkel gestellt seyen. Die Besorgniße kennen weder Maß noch Ziel, denn man weiß aus Mantenffel's Zeit her, daß diese Fraktion vor keinem Uebergriffe zurückscheckt, daß weder konstitutionelle noch juridische Bedenken sie von dem Gebrauche irgend eines bureaukratischen, militärischen, polizeilichen Mittels abhalten, wenn dasselbe ihre Sonderinteressen zu fördern verspricht. Nicht nur die tümmerlichen Schöpfungen der „neuen Aera" werden als geschehet betrachtet, sondern ganz offen wird die Frage verhandelt, ob die Oktroyirung eines anderen Wahlgesetzes sogleich oder erst nach der Auflösung der nächsten zweiten Kammer erfolgen, ja es dis die Regierung sich damit begnügen oder auch an die Verfassung selbst Hand anlegen werde. Was wird geschehen, um die liberalen Blätter und die Klubs während der Neuwahlen im Zaum zu halten? fragen die Zeitungen mit einer Naivität, die es als selbstverständlich ansieht, daß die existirenden Preß- und Vereins-Gesetze für die „christlichen Germanen" keine Schranke bilden. Wird die beschlossene Aufhebung der Grundsteuerbefreiung nicht wieder rückgängig

Digitized by Google

gemacht werden? Kurz, allüberall tritt der Gedanke in den Vordergrund: die Herrschaft der Feudalen ist das Unbekannte — denn sie gehe gerade so weit, wie die Gewalt und deren rücksichtsloser Gebrauch sie tragen! Leider läßt sich nicht leugnen, daß dieser panische Schreck thatsächlich motivirt ist, denn bei zahlreichen, unter dem „liberalen" Ministerium ins Leben gerufenen Maßregeln hat die „Neue preuß. Ztg." ohne Scham triumphirt, daß alles dies Unkraut sehr leicht wieder auszurotten sey, sobald nur „ihre Männer" erst wieder am Ruder seyn würden. Hat man je in England von ähnlichen Dingen gehört? Der Einfall, daß die Tories Derby oder Malmesbury, wenn sie heute wieder an die Spitze der Regierung treten, um sich im Sattel zu halten, das Wahlgesetz umstoßen könnten, würde in Bedlam keinen Anhänger finden, geschweige in der Prairie. Die Peers verstehen, trotz den preußischen „Herren", sich zu wehren, wenn es sich de loge ferenda handelt; aber das gegebene Gesetz ist ihnen heilig, auch wenn es ihren wahren oder vermeintlichen Interessen zuwiderläuft; sie ehren es als einen Theil der old glorious constitution — und suchen weder durch offene Gewaltthat, noch durch parlamentarische Intriguen daran zu rütteln — denn sie sind klug genug, zu begreifen, was ein preußischer Junker nie verstehen wird: daß nur eine ruhige, stetige Entwicklung des Verfassungslebens und deren Begünstigung von Seiten der Aristokratie diese zu einer wahren politischen Partei stempeln kann, während sie auf dem umgekehrten Wege in den Augen der Nation nie etwas Anderes seyn wird, als der persönlichste Ingegriff des politisch-militärischen Hochrucks zur Förderung der Junker-Interessen, so weit eben die rein physische Macht reicht. In Preußen aber werden, so weit es der König gestattet und so weit Gewaltmittel ihre Schuldigkeit thun, die Herren, die jetzt wieder am Ruder sind, noch über Manteuffel's Zeit hinausgreifen; denn heute haben sie sich nicht blos wieder in den Besitz des Verlorenen zu setzen — sie hoffen auch ihrem Regimente durch „Reform" der Verwaltung, der Gesetze, der Verfassung neue Zwingburgen zu schaffen. Da die früheren sich als unzureichend erwiesen, sie gegen die Uebertrumpetung durch die „neue Aera" zu schützen. Die preußischen „Herren" dagegen haben die Ausführung des die Grundsteuerbefreiung des Adels im Princip aufhebenden Gesetzes von 1810 bis 1861 hinausschieben gewußt, und sich vielleicht auch jetzt-nicht darein gefügt. Ihr Typus ist heute noch jener Herr zu Marwitz, den Hartenberg 1808 nach Spandau bringen ließ, weil er im Ständesaale gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft mit den Worten protestirte: Se. Majestät könne ihm seine Leibeigenen nehmen, aber nur kraft desselben Prinzipes, nach dem Napoleon den König der Hälfte seiner Staaten beraubt habe! (Öst. B.)

Aus Berlin, 21. März, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Es bestätigt sich, daß die Regierung der öffentlichen Meinung gewisse Zugeständnisse machen und namentlich von der Erhebung von 20proz. Zuschlagssteuer Abstand nehmen wird. Schon jetzt sind, wie man vernimmt, Anordnungen getroffen worden, um in dem Militäretat Ersparnisse herbeizuführen; es sollen die ausgedienten Soldaten bereits Ende August zur Reserve entlassen und die neuen Rekruten später eingestellt, es sollen ferner in diesem Jahre die großen Truppenmanöver auf dreitägige Uebungen im Feldwesen beschränkt werden." (Dadurch soll ohne Zweifel der Unmuth des Landes über das neue Ministerium etwas besänftigt werden. Es drängt sich nun aber auch die Frage auf, warum diese Ersparnisse, wenn sie jetzt noch möglich sind, früher nicht zugestanden wurden.)

Berlin, 22. März. Nach der „Elb. Z." hätte Frhr. von Vincke erklärt, für den Wahlkreis Elberfeld das Mandat eines Abgeordneten bei den Neuwahlen annehmen zu wollen. (Jetzt traut er sich also wieder heraus.)

ὃ Berlin, 22. März. (Privat-Korresp.) Bezüglich der Flucht der Lieutenants Sobbe und Putzki aus der Festung Glogau erzählt man, daß von Freunden der Entflohenen eine förmliche Subskription eröffnet worden war, um ihnen dieselbe zu ermöglichen, daß namentlich eine bedeutende Summe für den Zweck in Frankfurt a/M. und der Bundessetzung Mainz, wo sie früher in Garnison standen, zusammengekommen und daß ihnen der Gesammtbetrag der Subskription einige Tage vor der Flucht unter der Adresse eines mitwissenden Freundes aus Glogau übermittelt worden sey. Auch heißt es, daß sie sich erst in England nach Amerika eingeschifft haben und daß sie in die amerikanische Armee zu treten beabsichtigen. Jedenfalls aber wird sich jeder amerikanische Offizier, wenn ihm der wahre Charakter der wahrscheinlich unter angenommenen Namen Reisenden bekannt wird, weigern, mit ihnen unter einer Fahne zu dienen. Uebrigens liegt der Flucht noch ein Nebengerede zu Grunde. Noch vor etwa einem Jahre wohnte in Frankfurt a/M. ein reicher Deutsch-Amerikaner, Namens L. aus Philadelphia, der eine hübsche Tochter hat. In diese, oder vielleicht mehr noch in die goldenen Dollars ihres Vaters, verliebte sich Putzki. Auf alle Art versuchte er sich der Familie einzuführen zu werden, wurde aber stets auf's entschiedenste namentlich von dem Vater seiner Angebeteten zurückgewiesen. Endlich rüchte er Letzteem zu einem letzten entscheidenden Versuche noch einmal persönlich zu Leibe. Bei dieser Gelegenheit soll die komische Scene vorgekommen seyn, daß er, als Herr L. ihn fragte, womit er denn eine Frau zu ernähren im Stande sey, entrüstet auf seinen Degen klopfte und (— er ist Unterlieutenant —) erwiderte: „Mein Herr! Ich bin Offizier, Offizier meines Königs!" Das wirkte natürlich; denn Hr. L. der wahrscheinlich schon von dem viel verschrienen Neid des verpetzten Zweckes gehört hatte, packte Knall und Fall mit seiner Familie auf und reiste, lange vor der eigentlich dazu bestimmten Zeit, nach Philadelphia zurück. Trotzem nun aber hofft der flüchtige Pugil wahrscheinlich mit offenen Armen von seiner Geliebten in Philadelphia empfangen zu werden und so Schadenersatz für seine Magdeburg-Glogauer Leiden zu finden.

Berlin, 22. März. Der König hat heute dem gewesenen Minister v. Auerswald „zum Beweise seiner Huld und der ehrenden Anerkennung der von ihm der Krone und dem Lande geleisteten Dienste" den Kronen-Orden erster Klasse und die Würde eines Oberburggrafen von Marienburg verliehen. Die Würde eines Oberburggrafen von Marienburg nimmt eine Stelle unter den hohen Hofchargen ein. (Köln. Ztg.)

* Berlin, 23. März. Die ministerielle „Sternzeitung" widmet heute den abgetretenen Ministern einen Nachruf, in welchem sie ihnen die Entlassung durch allerhand Lobsprüche zu versüßen sucht und nebenbei auf die liberale Partei wieder einen jener plumpen und hämischen Ausfälle macht, in welcher sie seit dem Ministerwechsel sich besonders kund zeigt; sie sagt nämlich darin von den abgetretenen Ministern u. A.: „Es bildet vielleicht ihre herrlichste Ehrensäule, daß sie durch muthiges Eintreten für die Würde des Königsthums die Pfeile des Hasses und der Verunglimpfung auf sich herbeigezogen und die Feindschaft der Gegner verdienten, welche, unmittelbar oder mittelbar, gegen die Grundlagen des Thrones anstürmen." Daß solche Verläumdungen und Denunciationen bei der großen Masse des Volkes den schlechtesten Eindruck machen und gerade die der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung ergeugen, davon hat, so scheint es, die Sternzeitung keine Ahnung.

Der Wahlaufruf der Kreuzzeitungspartei, von 19 Junkern, einigen Gewerbtreibenden und Beamten unterzeichnet, verleugnet in der dreistesten Weise den so oft ausgesprochenen Grundsatz, daß die Partei nie mit anderen Parteien Vermittlungen eingehen werde. Der Aufruf erklärt die Fortschrittspartei für den einzig gefährlichen Feind — man rathe, wessen? — der Verfassung! — Alle, welche nicht dieser Partei angehören, begrüßt man als Bundesgenossen. Die Coterie nähme ohne Zweifel selbst den leibhaftigen Satan — und mehr noch als diesen hat sie ja die Constitutionellen (gemäßigt liberalen Partei Grabow) bisher stets verabscheut — zum Bundesgenossen, wenn er sie in der Herrschaft befestigen und das Volk zur beliebigen Ausbeutung überliefern könnte.

Die „Militärischen Blätter" (ächtes Junkerblatt) sprechen den Wunsch aus, der König möge, der gefährdeten Disziplin wegen, den aktiven Soldaten das Wählen einfach verbieten. Gegen die Absichten seines Kriegsherrn dürfe der Soldat nicht stimmen, er sey dafür nicht absolut frei in seiner politischen Ueberzeugung. Da aber, wie das Blatt meint, ein solcher königl. Befehl nicht zu erwarten sey, so fragt es, ob nicht die militärischen Befehlshaber wohl berechtigt wären, während der Zeit der Wahlen — — einfach Uebungen abzuhalten.

Berlin, 23. März. Wenn König Wilhelm die Sprache des Volkes verstehe, so muß ihm die gestrige Feier seines Geburtstages deutlich gesagt haben, wie das preußische Volk über die Richtung denkt, welche seit dem 18. März die herrschende in Preußen ist. Die öffentlichen Feierlichkeiten waren die herkömmlichen: Empfang, Parade u. dgl., ganz so wie sonst. Die gestrige Illumination aber verdient kaum den Namen einer solchen. Nur die Hoteliers und Hoflieferanten hatten illuminirt, die Betheiligung der Bürgerschaft war gleich Null. Wer das Berliner Publikum und seine Neigung zum Vergnügen kennt, der weiß, was eine Illumination wie die gestrige zu bedeuten hat. In einzelnen Straßen waren hie und da Häuser und Läden erleuchtet. Meist dienten die erleuchteten Fenster nur dazu, um die langen Reihen finsterer Häuser desto greller hervortreten zu lassen. Und dabei war auch gar keine Theilnahme für diese spärliche Illumination zu bemerken. Während sonst an solchen Tagen die Straßen mit

Digitized by Google

Schaulustigen überfüllt sind, konnte man gestern die Neugierigen zählen. (Fr. J.)

Berlin, 23. März. Als der König gestern nach der Beendigung der Parade in sein Palais zurückkehren wollte, wurde ein Mann verhaftet, der sich ihm entgegenwarf, die Einen sagen, um eine Bittschrift zu überreichen, während von anderer Seite behauptet wird, daß seine Geberden faß drohender Natur gewesen seyen. Jedenfalls wurde der Mann verhaftet. (F. J.

Oesterreich. Wien, 22. März. Das Gremium der Großhändler hatte beschlossen, eine Vertrauensadresse (aus Anlaß seiner Vorschläge über Lösung der Bankfrage, Deckung des Deficit ꝛc.) an den Herrn Finanzminister zu entsenden. Der letztere hat jedoch ersucht, es möge von diesem Schritt sein Abkommen haben, weil er jeden Schein vermeiden will, als ob er auf den Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses einen Druck ausüben wolle. (W. Bl.)

Schweiz.

Zu Locce in dem Kanton Tessin haben 200 Geistliche eine Petition an den Papst um Niederlegung seiner weltlichen Macht unterzeichnet. An ihrer Spitze steht ein 100 Jahre alter Ehorherr, Namens Gatti.

Frankreich.

Paris, 23. März. Der Kaiser empfing die Deputation des gesetzgebenden Körpers, welche ihm die Adresse überbrachte. Es heißt, er habe seinen Dank für die Adresse ausgedrückt und beigefügt, daß er in keiner Weise das Verlangen habe, sich von einer Kammer zu trennen, deren Mitwirkung ihm so ersprießlich seyn müsse*). Die Finanzgesetze und das Budget verdienten eine ernsthafte Prüfung. Er zählt auf die Kammer, die sein ganzes Vertrauen besitze.

(N. F.)

Italien.

Turin, 22. März. Die „Ithgaz. Corr." theilt die Resultate des vor dem Syzial-Assisenhof vom Aceoli wegen Räubereien verhandelten und jetzt beendigten Monster-Prozesses mit. Den Geschwornen wurden 300 Fragen gestellt, welche auf 116 Angeklagte Bezug hatten. Neun Angeklagte wurden zum Tode verurtheilt, sechs zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und dreißig zu Zwangsarbeit auf längere oder kürzere Zeit; die übrigen erhielten geringere Strafen oder wurden ganz freigesprochen.

Turin. Die schon lange angesagte Verschmelzung der Südarmee (Garibaldi's Freiwillige) mit der regulären Armee bestätigt sich.

Mailand hat in den zwei letzten Tagen den Telegraphen vorzugsweise in Thätigkeit gesetzt. Garibaldi ist am Freitag Abend daselbst angekommen und trotz des Regens war ihm eine ungeheure Menschenmenge entgegengeströmt. Der Enthusiasmus sey unbeschreiblich gewesen: es wurde illuminirt, musizirt, gesungen, „hoch Rom und Venedig!" gerufen ꝛc. Garibaldi sprach vom Balkon des Rathshauses zu der Volksmasse, versprach die Vereinigung von Rom und Venetien mit Italien, empfahl den Bürgern, sich in der Führung der Waffen zu üben, „um das übrige Italien und seine noch in der Sklaverei befindlichen Schwestern zu befreien." Die Studenten von Mailand stellten sich vor, um mitzutheilen, sie hätten aus ihrer Mitte eine Kompagnie Carabiniers gebildet; Garibaldi hielt aus diesem Anlaß eine Ansprache an sie ꝛc. Als vor nun drei Wochen Viktor Emanuel in Mailand erschien, um dort den Karneval mitzufeiern, wußte der Telegraph kaum halb so viel über diesen Besuch zu erzählen. Auch das ist bezeichnend. An Reden hat es Garibaldi auch in Mailand nicht fehlen lassen. Garibaldi hat eine Deputation aus Venetien empfangen und derselben erklärt, „er sey bereit, seine Kräfte für die Vollendung der italienischen Einheit aufzubieten." (F. P.)

Mailand, 22. März. Die feierliche Vertheilung der Medaille an die Freiwilligen Garibaldi's (Südarmee) hat vor einer ungeheuern Zuschauermenge in einem öffentlichen Garten stattgefunden. Jetzt ist Mailand prachtvoll illuminirt und bietet den glänzendsten Anblick dar; die ganze Bevölkerung bewegt sich in Festkleidern durch die Straßen; Alles ist voller Jubel. Um Mitternacht wurde Garibaldi eine Serenade gebracht. Derselbe hat Deputationen aus Mantua, Istrien, Trient (!) und Rizza empfangen; eine große Anzahl Engländer und Franzosen machten ihm ihre Aufwartung und baten ihn, an dem großen Werk fortzuarbeiten, welchem er sich gewidmet. Die glänzende Deputation war die der 150 Mailänder Damen, die Gründerinnen von Arbeiterbildungsschulen. — In der Antwort, welche Garibaldi dem Syndikus von Mailand auf dessen Begrüßung gab, sagte er, er hoffe immer auf die Stadt in den noch zu erwartenden Kämpfen rechnen zu können. — Das Nationalscheibenschießen hat um zwei Uhr begonnen, Garibaldi weihte es durch zwei Schuß, die er nach der Scheibe that. (K.-Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 19. März. Heute wurde der evangelische Pastor Leop. v. Otto, wegen fortdauernder Kränklichkeit, gegen das Versprechen, sich aus dem Lande zu entfernen, aus der Untersuchungshaft auf der Citadelle entlassen. — Die seit dem vorigen Herbst geschlossene Synagoge der israelitischen polnisch gesinnten Reformgemeinde auf der Danielstraße ist seit einigen Tagen wieder eröffnet, hat aber noch keinen Prediger an Dr. Jastrow's Stelle wieder angenommen. (Schl. Z.)

Amerika.

Briefen aus Acapulco zufolge breitet sich Mexiko auf einen sehr energischen Widerstand vor. Eine Dame aus Guadalajara hat sogar an den Gouverneur des Staates eine Petition gerichtet, in welcher sie um die Erlaubniß nachsucht, ein Bataillon aus Frauen zu bilden, dem die Ehre zu Theil würde, den Feldzug an der Spitze der ersten gegen den Feind des Vaterlandes gesandten Division zu eröffnen.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 17. bis 22. März).

Samstag. Unsere Börse hat die Woche über eine ruhige Haltung behauptet, der heutige Tag zeigte jedoch eine mattere Stimmung.

Von österr. Effekten haben National sehr wenig variirt und 5 pCt. Metalliques sind eher niedriger zu notiren. Englische Metalliques blieben dagegen gesucht und wurden höher bezahlt, Venetianer fehlend.

Süddeutsche Fonds bewahren ihre Festigkeit, auch die in Sicherheit ihnen gleichstehenden auswärtigen Fonds, 4½ pCt. Berner Kantonalanleihe nicht unter 101¾ erhältlich. Von Loosen sind die Oesterreicher 1839er sehr gefragt und dürften bei fehlendem Material bis zur Ziehung noch ansehnlich steigen. Auch die 1854er fangen an, mehr Beachtung zu finden.

Von Eisenbahnen haben hessische Ludwigsbahn den hohen Kurs von 119 erreicht. Berlin bleibt ihnen gewogen und die Spekulation darin hat bis jetzt ihre Rechnung gefunden. In die lang vernachlässigten und im Briefkurs notirten Bahnen kam dieser Woche wieder einiges Leben und sie gewannen 1½ pCt. Die Hinnahmen fangen an, sich zu bessern, Volks bayer. Ostbahnen sehr fehlend und 1¼ pCt. höher als die Interimsscheine, so dass ein Tausch wieder vortheilhaft erscheint, zumal die neu zu bauenden Strecken in nächster Zeit eine Einnahme erhoffen werden. —

Von Prioritäten sind österr. und böhmische Westbahn um 1½ pCt. niedriger, dagegen die der Staatsbahn und der Südbahn besser; letztere finden in Paris viel Beachtung und dürften den Abstand, der sie noch von Obligationen gleicher Kategorie trennt, bald einholen.

Der Jahresbericht der österr. Kreditanstalt hat auf den Kurs der Aktien nicht wesentlich influirt. Die geringe Avance ging heute wieder verloren. Der Bericht wurde, was sehr anerkennungs- und annehmenswerth ist, 8 Tage vor der Generalversammlung ausgegeben und gibt genaue Details über das Geschäft und den Stand des Instituts, welcher günstig genannt werden kann.

Von Geschäft in deutschen Kreditaktien wenig zu berichten, die momentane Hausse in Luxemburgern konnte nicht Stand halten und sie sind wieder erheblich gewichen. Von Zettelbankaktien Frankfurter fest und etwas höher.

Von Wechseln namentlich London steigend, in Folge des Wiederauflebens des amerikanischen Geschäfts, auch vielleicht in Folge des Handelsvertrags mit Frankreich, da die Bilanz sich immer mehr zu Gunsten England neigt. (Akt.)

München, 20. März. Endlich ist hier in Folge der Wohnungsnoth die Gründung eines Wohnungsvereins in Aussicht. Man beabsichtigt, die Beiträge so mäßig zu stellen, daß auch der Aermste den Beitritt ermöglichen kann, während es Wohlhabenderen überlassen würde, sich mit größeren Summen zu betheiligen. Als sehr zweckmäßig erschrint der Gedanke, die Vereinshäuser in verschiedenen Stadttheilen zu errichten, und dieselben nicht für eine allzu große Zahl von Miethwohnungen einzurichten. (Allg. Z.)

Der vor Jahresfrist gegründete volkswirthschaftliche Verein für Südwestdeutschland zählt gegenwärtig 610 Mitglieder; Nürnberg (mit 88 Mitgliedern) ist in demselben am zahlreichsten vertreten.

Auf dem letzten Hopfenmarkte zu München wurde der Centner Hopfen von 62 bis 91 fl. verkauft, Spalter Stadigut zu 105 fl., Hebedcr zu 75 fl.; in Wien 72—125 fl.; in Lim 50 bis 60 fl. per Zollcentner. (Fr. J.)

Vom Rhein, 19. März. Seit Kurzem ist es im Weinhandel wieder etwas lebhafter geworden. Die besseren Weine und besonders aus dem Jahrgang 1861, der sich vorzüglich entwickelt,

*) Das bezieht sich auf die in letzter Zeit wiederholt aufgetauchten Gerüchte, als ob der gesetzgebende Körper aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden sollten. Kaiser Napoleon benützt wieder einmal die Gelegenheit, sich bei all seinem Absolutismus dem Schein nach wenigstens in vortheilhaften Gegensatz zu Preußen zu stellen.

Digitized by Google

sind gesucht und werden gut bezahlt. So hat der durch seine ausgezeichneten Weine längst bekannte Gutsbesitzer Siegfried in Rauenthal fürzlich zwei halbe Stücke 1861er Rauenthaler zu dem enormen Preis von 6000 fl. und zwei weitere halbe Stücke desselben Jahrganges für 2000 fl. nach Frankfurt und Wiesbaden verkauft. (Aschaff. Z.)

Berlin. Es heißt, der Finanzminister v. d. Heydt beabsichtige den Ankauf der Aktien der Rhein-Nahe-Bahn durch den Staat zu Anregung zu bringen.

Nichtpolitische Zeitung.

Regensburg, 20. März. Das Schiff des Fruchthändlers Weyermann von Bamberg ist im Kanalhafen Bughof mit einer Ladung von 1800 Centnern Waizen gestunken. Nur die Hälfte der Ladung ist gerettet. (Mürnb. Korr.)

London, 21. März. Heute Morgen hatten wir den bedeutendsten Schneefall dieses Winters, nachdem es 24 Stunden ist Strömen geregnet hatte. Gegen Mittag aber war der unwillkommene Gast von den Dächern und Straßen wieder vollständig verschwunden.

Vom schwarzen Meer, 23. März. In Folge des Eisgangs der Donau haben viele Schiffe Schaden gelitten. (Schw. M.)

Auch in Rio de Janeiro (Brasilien) besteht eine deutsche Turnergesellschaft. Dieselbe hat von dem Gipfel des unter dem Namen „Zuckerhut" bekannten anscheinend fast senkrecht sich erhebenden Felsens einen Stein geholt und für das Jahndenkmal nach Berlin geschickt.

Neueste Nachrichten.

München, 23. März. Die „N. Münch. Ztg." schreibt: „Die „Kreuzzeitung" behauptet, daß die Zollvereinsregierungen in jedem (!) einzelnen Stadium der Unterhandlungen über den preußisch-französischen Handelsvertrag genaue und authentische Kenntniß durch die k. preußische Regierung erhalten hätten. Auch seyen dieselben in Bezug auf die in der letzten Phase (!) vereinbarten Stipulationen davon unterrichtet worden, in wie weit ihre früher erhobenen Bedenken und Wünsche Anerkennung gefunden hätten. Die „Kreuzzeitung" beabsichtigt dabei, unserer Behauptung, daß die k. bayerische Regierung den Text des preußisch-französischen Handelsvertrags noch gar nicht kenne, ein theilweises Dementi entgegenzustellen; wir können derselben jedoch auf Grund wiederholt eingezogener Erkundigung versichern, daß sie diesmal nicht vollkommen unterrichtet ist. Die königliche preußische Regierung ist nach den bestehenden Zollvereinsverträgen auch nicht verpflichtet, von jedem einzelnen Stadium derartiger Unterhandlungen die übrigen Vereinsregierungen in Kenntniß zu setzen, sondern hat das Resultat erst vor der Ratifikation mitzutheilen, was bisher noch nicht geschehen ist. Aus diesem Grunde dürfte auch die Meinung der „Kreuzzeitung", daß die bayerische Regierung von den „in letzter Phase" und in entscheidender Weise vereinbarten Stipulationen authentische Kenntniß erhalten habe, irrig seyn, und bleibt dagegen die in Nr. 64 der „A. M. Z." enthaltene Berichtigung als durchaus gegründet aufrecht. In dieser ist übrigens nicht behauptet, daß die kgl. preußische Regierung gar keine Mittheilung im Laufe der Unterhandlungen über den Stand der Sache gemacht habe."

Aus Rom. Dem „Gas" wird geschrieben, daß die bei Benanzi aufgefundenen Papiere mit jedem Tage an Wichtigkeit zunehmen. Herr Merode besasse sich selbst mit der Prüfung derselben; nachdem er die meisten eigenhändig kopirte und die Originalien sorgfältig verwahrt hatte, werde er die ganze unter diesen Papieren vorkommende Korrespondenz Govons an zwei „Kamelien"-Damen photographirten und zur Veröffentlichung hinter die Grenze versenden lassen. — Diese Korrespondenz sey wohl überwiegend „galanter" Natur, enthalte aber manche sehr interessante politische Anteutungen, namentlich über das Verhältniß Govons zu den römischen Behörden.

Mailand, 23. März. Man versichert, gestern habe zu Verona eine große Kundgebung gegen Oesterreich stattgefunden, viele ungarische Soldaten seyen verhaftet und nach Mantua gebracht worden. (Desgleichen wurde den leichtgläubigen Mailändern schon öfter aufgebunden; wahrscheinlich ist's auch diesmal wieder ein Bluff.)

Briefe aus **Athen** vom 18. d. ergänzen noch das, was die „Allg. Ztg." bereits über die Vorgänge zu Nauplia und Syra gemeldet hat. Als bk. königl. Truppen unter General Hahn am 13. d. bis zur Vorstadt Pronia vorgedrungen waren, erschien eine Deputation der Einwohner vor dem General mit der Bitte um Amnestie, und in Folge davon wurde ein Waffenstillstand von 24 Stunden bewilligt. Ein Hauptmann der Truppen von Mesolunghi hatte mit etwa 30 Mann sich den Rebellen in Nauplia anschließen wollen, und den General Grivas für die Sache zu gewinnen versucht, der ihn aber abwies. So scheiterte dieser Versuch gleich im Beginn.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahelschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. d. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. dito.	81²/₄ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon d. H.	73¹/₄ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅜—⅝ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	59¹/₄ P.
"	4½ pCt. dto.	43¹/₄ G.
"	4 pCt. dto.	—
"	3 pCt. dto.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¹/₄ P. 91 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	10-¹/₄ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	1103/8 G.
"	4½ pCt. Obl. 1/4jähr. dto.	1037/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	101 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¹/₂ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92⅝ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¹/₂ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93¹/₂ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1847	87 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¹/₂ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93⅛ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¹/₂ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¹/₄ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93⅞—⅞ G.
"	3 pCt. Obl. dto.	93½ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48⅜ P.
"	2 pCt.	43 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100¹/₄ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1185/8 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	762 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—173½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	208½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	87 "	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	244 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 208 fr	235 P. 234 G.	
" Kliinb.-Kiesenbahn 5 pCt.	111½ G.	
" Elisab.-Bisenbahn 5 pCt. 6/7	73⅝ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt. Z	26½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅜ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¼ P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	251 P.	
Span. Handels- u. Industrie	505 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Peroire	480 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinbar.	106¾ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103¾ G.	
Providentia (Feuerversi.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstel. f. 100 k. S.	99⅞ G.
Augsb. f. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin. Th. 60 k. S.	105 B.
Bresn. 80 Th. Loll k. S.	104⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Prlest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 8 W.	—
do. in Ost. W. L. S.	86 B.
Turonto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100¼ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	52¼ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅜ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P. 132G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	68⅛ P.	" fl. 25 do.	38 P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	112¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	27 P.
Badische fl. 50	97 P.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅜ P.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ P. ¼ G.

Frankfurt, 24. März. Bei stillem Geschäft waren öfterr. Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. Frankfurter 3½ und 3 pCt. Obligationen und Frankfurter Bankaktien waren sehr gesucht, und besonders Obligationen höher bezahlt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die zweispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 26. März 1862.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter, für hier die unterzeichnete Expedition an und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich **2** fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Angesichts der wichtigen Ereignisse, welche sich in wie außerhalb unseres Vaterlandes vorbereiten, wurden die auswärtigen Korrespondenten der „Neuen Würzburger Zeitung" neuerdings vermehrt, und ist dieselbe somit im Stande, über alle vorkommenden Begebenheiten möglichst rasche und zuverlässige Berichte, über besonders wichtige Vorkommnisse aber

telegraphische Mittheilungen

zu bringen.

Das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" enthält das Neueste und Interessantete aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre.

Die verehrlichen Quartal-Abonnenten in Würzburg, welche die Zeitung auch im künftigen Quartal zugetragen erhalten wollen, belieben dies noch vor Ablauf dieses Monats der Unterzeichneten mitzutheilen, damit in der Zustellung keine Verspätungen eintreten, indem in Folge eingetretener Vermehrung des Zuträgerpersonals deren Routen geändert werden.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."
(**Stahel**'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Frankfurt, 25. März. Preußische, nassauische und hessische Eisenproduzenten sind seit gestern hier versammelt, um Maßregeln gegen die Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrages in Betracht zu ziehen. Es möchte einstweilen kaum noch nöthig seyn. Die Aussichten, den Handelsvertrag noch vor 1866 vollzogen zu sehen, sind in dem Augenblick zu Wasser geworden, wo Graf Bernstorff sein Ohr den politischen Einflüsterungen des schutzzöllnerisch gesinnten Hrn. v. d. Heydt öffnete. Der Letztere als ein ungleich gründlicherer Kenner des Terrains mochte immerhin nachgeben, daß mit dem 1. Jan. 1866 der Vertrag unter allen Umständen ins Leben trete: war sein doch der Augenblick, und in welcher Stellung noch 4 Jahren die Hh. v. d. Heydt und Graf Bernstorff sich befinden mögen, kann Niemand vorhersehen. (Zeit.)

Preußen.

Berlin, 22. März. Ueber die Lage spricht sich die hiesige demokratische „Volkszeitung" folgendermaßen aus: „Die düstre und dumpfe Stimmung, die jetzt durch das Land geht, erhält die beste und schlagendste Erklärung in der allseitigen Jubelstimme der Kreuzzeitungspartei, deren staats- und volksverderbliches Wollen und Wirken man schon einmal bis auf die Hefe durchgekostet hat. — Daß es aber so ist, daß diese Regierung nur von der „Kreuzzeitung" beifällig kommentirt wird, das ist ein voller Trost, und eine ernste Bürgschaft dafür, daß das Land sich ermannen, seine Pflicht erfüllen und durch die Wahlen kund thun wird. Wie wenig Tagen noch konnte es befangene und thörichte Menschen geben, welche sagten: Die Fortschrittspartei habe die liberalen Minister gestürzt; jetzt haben die Thatsachen den Schleier vor aller Augen gelüftet. Schwerin, Auerswald, Patow, Bernuth und Pückler sind nicht wegen eines Votum des Landtages, sondern wegen ihres liberalen Programmes entlassen worden. — Die Soldschreiber der „Sternzeitung" gehen in dieser Enthüllung noch weiter und deuten ganz richtig an, daß man diese Minister entlassen mußte, weil unter ihnen die Wahlen nicht in dem beliebten Sinne ausfallen würden. — Man muß wieder zu den Wahlen greifen, welche die „Kreuzzeitung" die Wahlen in wahrer Freiheit, nämlich unter Beeinflussung der höhren Autorität, nennt."

Die „Independance" sagt: Die ruhige Haltung des Volkes in Preußen contrastirt sehr mit der Erbitterung und dem Groll, welche die Sprache des Ministeriums in der „Sternzeitung" bezeichnen. Diese Ruhe ist die beste Antwort des Volkes auf die ungerechtfertigte Heftigkeit der Behörde und auf die lächerliche Besorgniß, die man in höheren Kreisen bezüglich der Erhaltung der Ruhe an den Tag legte.

Berlin, 23. März. Durch königl. Verordnung ist die Konvertirung der Zinsen der Staatsanleihen von 1850 und 1852, d. h. die Herabsetzung des Zinsfußes der betreffenden Anleihen von 4½ auf 4 pCt. vom 1. Oktober ab beschlossen, wodurch also der Finanzminister anfängt, das Geheimniß, das er zur Beschaffung von Geld angeblich besitzt, der profanen Welt zu enthüllen. (Z. f. Nordd.)

Die Rentenkonversion des neuen preußischen Finanzministers wird ziemlich allgemein als eine lächerlich unwirksame Maßregel betrachtet, wenn sie den hohen Militäretat durchschleppen helfen soll. Hat Hr. v. d. Heydt nichts Besseres im Kopfe, so wird er selbst von dem königl. Militäretatsdiner keine Gnade finden, wenn 1 bis 200,000 Thlr. jährlich (mehr beträgt die dadurch erzielte Ersparniß nicht) sind nur ein Tröpfchen auf dem heißen Stein des Ammeburget. Einen guten Eindruck bei der Bevölkerung macht diese Finanzmaßregel des Hrn. v. d. Heydt übrigens nicht, wenn gleich nicht bestritten werden kann, daß die Regierung das Recht hat, sie anzuordnen. Die betreffenden Papiere standen 102, zuweilen auch noch ½ pCt. höher, und zu diesem Kurse haben Tausende ihr Vermögen in diesen Papieren angelegt. Geht in Folge der Zinsherabsetzung der Kurs auch nur um 2 pCt. herunter, so ergibt dies schon einen Verlust von 600,000 Thaler für die Betheiligten.

* Die „Allg. Preuß. Ztg.", das Organ des Ministerium, macht uns jetzt mit dem **Wahlcirkular** bekannt, welches an sämmtliche Regierungsbehörden ergangen ist. Dasselbe ist direkt gegen die „demokratische Partei, mag sie nun offen diesen Namen führen oder als sogenannte Fortschrittspartei, oder unter irgend einer andern irreleitenden Benennung auftreten", gerichtet und fordert alle Fraktionen der konservativen Partei auf, sich unter einer einzigen Fahne oder diesen gemeinschaftlichen Gegner zusammenzuschaaren. Allgemeine Anweisungen können nicht gegeben werden. Es werde aber erwartet, daß die Behörden eifrig bemüht seyn werden, mit allen Kräften, doch mit Ausschluß unlauterer Mittel, auf die Erreichung des bezeichneten Zieles hinzuwirken, jedoch ohne die zulässigen Grenzen zu überschreiten. „Was

die k. Beamten anbetrifft, so ist die Staatsregierung zu der Erwartung berechtigt, daß dieselben ihr bei den Wahlen ihre eifrige Unterstützung gewähren werden.*) Jedenfalls würde es mit der Stellung einer k. Beamten unvereinbar seyn, wenn er so weit ginge, sich — unentgeltend bei Sr. Majestät dem Könige geleisteten Eides der Treue — in einem der Regierung feindlichen Sinne bei Wahlagitationen zu betheiligen." — Mit dieser Anweisung kontrastirt stark eine andere Stelle, wo es heißt: „Es versteht sich von selbst, daß es der königl. Staatsregierung fern liegt, die gesetzliche Wahlfreiheit irgendwie beschränken zu wollen; vielmehr ist überall strenge darauf zu halten, daß die hierauf bezüglichen Vorschriften der Gesetze gewissenhaft beobachtet werden. Die k. Staatsregierung vertraut dem Patriotismus und der richtigen Einsicht des Landes; sie hofft, in freien, von keiner Seite in ungehöriger Art beeinflußten Wahlen diejenige Unterstützung zu finden, deren sie zur glücklichen Lösung der ihr gestellten wichtigen Aufgaben bedarf. Eben deßhalb aber kann sie nicht darauf verzichten, durch ihre Organe entschieden darauf hinzuwirken, daß den Wählern die leitenden Grundsätze und die Absichten der Regierung nach Maßgabe des allerhöchsten Erlasses vom 19. d. M. überall zum klaren Verständniß gebracht werden, und namentlich allen Mißdeutungen und Entstellungen entgegengetreten werde, welche das unbefangene Urtheil irre zu leiten geeignet sind." Schließlich wird versichert, „daß die Staatsregierung auf dem Boden der Verfassung steht, daß sie den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung widerfahren läßt, und bei der weiteren Ausführung der Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung von feststehenden Grundsätzen auszugehen entschlossen ist, daß aber auch die Staatsregierung es für ihre unerläßliche Pflicht erachtet, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren, und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königlichen Regiments, auf welchem Preußens Größe und Wohlfahrt beruhen, zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe, während die verfassungsmäßige Mitwirkung bei der Gesetzgebung gewährleistet ist."

Baden. Karlsruhe, 22. März. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde auch der über die allmälige Umwandlung der 4½ proz. Obligationen der Eisenbahnschuldentilgungskasse in 4 prozentige vorgelegt. Die Umwandlung, bemerkte der Regierungskommissär, Geh. Rath Vogelmann, sey nach dem Stand des Börsenkurses anzuführen, durch den Stand der Kasse gesichert, für den Staat vortheilhaft und gegen die Gläubiger nicht unbillig. Die ganze Summe betrage 4,495,000 fl., werde also nur nach und nach mälig und mit Benützung günstiger Verhältnisse umzuwandeln könne.

Oesterreich. Wien, 24. März. Die „Wiener Zeitung" enthält einen kaiserlichen Armeebefehl, welcher eine achttägige Trauer in der Armee für den verstorbenen Feldmarschall Fürsten Windischgrätz anordnet. Das zweite Dragoner-Regiment wird den Namen Windischgrätz immerwährend fortführen. Der Kaiser von Rußland hat eine Deputation abgeordnet, welche im Namen der russischen Armee dem Leichenbegängnisse des Fürsten Windischgrätz beiwohnen soll. (L. d. Fr. Postztg.)

Wien, 20. März. Unvermuthet erlangte die heutige Unterhaussitzung eine prinzipielle Wichtigkeit. An der Tagesordnung stand die Debatte über das Strafverfahren in Preßsachen. Der Ausschuß hatte Gewicht darauf gelegt, daß bei ungerechtfertigten, gerichtlich der Art erkannten Beschlagnahmen periodischer Druckschriften von Seite der Sicherheitsbehörde die Schadens-Ersatzpflichtigkeit der Staatskasse eintrete. Kurz nach Eröffnung der Generaldiskussion gab Herr v. Rizy als Stellvertreter des Justizministeriums die Erklärung ab, daß die Regierung diesen Grundsatz adoptire. Ein lautes und freudiges Bravo ertönte auf allen Bänken des Hauses. Professor Herbst ergriff nunmehr das Wort. Er hob hervor: Beschlagnahmen, die nur darum erfolgten, um dem Publikum die Kenntniß eines Artikels zu entziehen, seyen präventiver Natur, folglich Censur; juristisch motivirbar werde die polizeiliche Beschlagnahme nur dadurch, daß das gerichtliche Erkenntniß möglicherweise auf Verbot zur Vernichtung der betreffenden Nummer lauten könne. Seine diebsfällige Auseinandersetzung war auch diesmal dialektisch scharf und eindringend. Er zählt offenbar zu den größten Kapazitäten des Unterhauses. Im vorliegenden Fall illustrirte er jedoch den Gedanken der Regierung selbst, die die freie Presse aufrichtig will und ohne jeden Hintergedanken sich zu jener Erklärung entschloß. Interessant war das Citat, welches Herr Herbst aus einer Schrift des ehemaligen preußischen Oberstaatsanwalts Schwarz beibrachte, worin unverhohlen ausgesprochen wird, daß die tendenziöse Beschlagnahmen, wenn sie ganz ungebüßt bleiben, die periodische Presse zu Grunde zu richten ganz geeignet seyen. (S. d. Ung.)

*) D. h. also doch wohl nichts Anderes als daß sie gegen die Wahl von Demokraten und Solchen, welche die Regierung dieser gleichstellt, wirken sollen.

Pest, 22. März. Virgil Szilaghi, der einige Tage im Kreise seiner Familie zugebracht, wurde am 18. d. Abends wieder in seine Haft abgeführt.

Großbritannien.

London, 22. März. Alle englischen Blätter ohne Ausnahme ergreifen in der preußischen Verfassungsfrage Partei für den Standpunkt der Kammer.

Frankreich.

Paris, 19. März. In Gelsachen hört alle Gemüthlichkeit auf, und es ist daher nicht zu verwundern, daß diejenigen Mitglieder der Majorität des gesetzgebenden Körpers, welche die industriellen Provinzen vertreten, der Regierung fast noch schärfer zu Leibe gehen, als die fünf der „Bergpartei" und die „Klerikalen". Es handelte sich gestern und vorgestern um den Handelsvertrag mit England und um die verderblichen Folgen, die er nach ihrer Ansicht für die französische Industrie gehabt habe, die Deputirten Brame und Poyer-Quertier ließen an ihm kein gutes Haar. Letzterer besonders schilderte in der eindringlichsten Weise das Elend, welches die englische Konkurrenz, wie er meint, über die großen Fabrikstädte gebracht habe, und er bewies durch Dokumente und Zahlen, daß die Angaben in dem Exposé de la situation de l'empire — sie sind bekanntlich sehr „betrieigend" — nichts als eine Gewebe von Ungenauigkeiten seyen; am Schluß rief er aus: „Das sind die wahren Resultate; Sie sehen, wie man den Kaiser hinter's Licht führt!" Mr. Granier de Cassagnac war außer sich über die Aufrichtigkeiten; er verlangte das Wort, um seiner Entrüstung Luft zu machen „über Debatten, deren Zweck zu seyn scheine, unsere Politik anzugreifen und zu entehren; nach dem zu urtheilen, was uns in vorige Woche hier gesagt wurde, sollte man glauben, wir befänden uns in einem Land ohne Freiheit und ohne Würde; heute scheint es, als ob wir in einem Lande ohne Arbeit und ohne Brod lebten." Die schöne Serie Granier de Cassagnac traurt über diesen Skandal und der Mann rief aus: „Dieser Fehdzug ist nicht gut, es ist Zeit, ihm ein Ende zu machen!" Die Linke und alle Anhänger der Schutzzölle riefen „Non, non! Nous n'avons pas de leçons à recevoir de vous!" aber der tapfere Granier de Cassagnac überschreie Alle: „Ja, ich wiederhole es, diese Debatten können nur denen gefallen, welchen die Größe und die Würde des Empire ein Dorn im Auge ist." Ein Deputirter, Namens Schneider, suchte die Gemüther zu beruhigen: er konnte und wollte zwar nicht in Abrede stellen, daß die Schilderungen der HH. Brame und Poyer-Quertier im Wesentlichen genau seyen, aber er meint, man dürfe nicht muthlos werden, die Noth werde bald dem Wohlstand Platz machen und fügte bedeutsam hinzu: „Die Arbeiter in Lyon sind in einer schmerzlichen Lage. Mögen sie die Regierung des Kaisers nicht verantwortlich machen für ihre Leiden." Uebrigens darf man nicht vergessen, daß die Fabrikanten eben hauptsächlich wegen ihrer eigenen Vortheils gegen den Handelsvertrag mit England eifern, welcher die zu ihren Gunsten früher bestandenen, unmäßig hohen Schutzzölle theils beseitigt, theils bedeutend herabgesetzt hat. Deßhalb schieben sie die Arbeitslosigkeit blos dem Handelsvertrag in die Schuhe, während doch die Misernte in Frankreich, der Bürgerkrieg in Amerika, das dadurch veranlagte Ausbleiben von Bestellung von dorther, die dadurch gestörte Zufuhr der Baumwolle die Hauptursachen der Stockung sind. Die Klagen der Fabrikanten im gesetzgebenden Körper führten übrigens zu nichts, wie Jedermann voraus wußte; die Mehrheit beugte der Regierung gehorsamst das Vertrauen aus, daß sie in ihrer Weisheit wohl am besten für das Wohl des Landes gesorgt haben werde.) — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten auch in anderer Beziehung bedenklich. Die Gerichte, welche sich aus Paris über die Departements verbreiten, werden von den Alarmisten ausgebeutet, und da es nichts Leichtgläubigeres und Aengstlicheres gibt, als die französischen Provinzialen, so hat die Kunde von den Studentenkrawallen, den Verhaftungen ꝛc. den beunruhigendsten Eindruck in den Departements hervorgerufen. Das Vertrauen ist eben verschwunden. (N. Pr. Z.)

(Eine Zeitung in Roth.) Der „Courrier du Dimanche" wird wohl wegen Mangels des zu seiner Herausgabe erforderlichen Personals eingehen. Der Haupt-Redacteur Gauseo sitzt im Gefängniß; der Gerant Laurent Japp und der Drucker Dubiffon, sowie Eugene Pelletan, einer der Mitarbeiter, die kürzlich wegen eines Preßvergehens verurtheilt wurden, sind aufgefordert worden,

Digitized by Google

sofort und gleichzeitig die gegen sie erkannte Gefängnißstrafe zu verbüßen.

Paris, 24. März. Der „Moniteur“ bringt den Wortlaut der Ansprache des Kaisers an die Deputation des gesetzgebenden Körpers, welche gestern ihm die Adresse überbracht hat. Der Kaiser sagte: „Die Zustimmung des gesetzgebenden Körpers ist mir um so schätzbarer, als die Diskussion ein wohl beachtenswerthes Schauspiel darbot. Da die extremen Ansichten ungünstlicher Weise sich stets am eifrigsten hervorthun und man sie aus Achtung vor der Redefreiheit schweigend anhört, so erblickt das Publikum häufig in dem Schweigen eine stumme Zustimmung. Aber bald verfiel die Adresse alle Mosten, zeigt die Lage in wahrem Lichte und stellt das Vertrauen wieder her. So nehme ich denn mit Befriedigung dieses neue Zeugniß der Gesinnungen des gesetzgebenden Körpers entgegen. Man hat sich übrigens zu sehr über gewisse Finanzmaßregeln beunruhigt. Ein System muß in seiner Gesammtheit beurtheilt werden. Dasjenige, welches Ihnen jetzt vorliegt, enthält Steuererhöhungen und Steuerermäßigungen. Fragen werden zur Prüfung gelangen, um eine den Wünschen der Kammer und dem allgemeinen Interesse entsprechende Lösung herbeizuführen.“ — Zum Schlusse sagte der Kaiser: „Drücken Sie Ihren Kollegen meinen Dank für die Bethätigung aus, die Sie mir, wie ich überzeugt bin, niemals versagen werden, und verschern Sie denselben, daß ich durchaus nicht den Wunsch hege, mich von einer Kammer zu trennen, deren Einsicht und Vaterlandsliebe dem Lande alle Bürgschaften bieten.“ (Kel.d.Köln.Z.)

Die „Indépendance belge“ berichtet: Der Papst habe den französischen Gesandten Marquis de Lavalette vor seiner Abreise nach Paris empfangen und das Verbot der französischen Regierung (daß die Erzbischöfe und Bischöfe ohne ihre Erlaubniß nicht nach Rom kommen dürfen) gelobt; Marquis de Lavalette habe dem Papste erwidert, die Regierung vollziehe nur das Konkordat.

Spanien.

Die Nachricht von der Verbrennung von Voltaire's Werken in Spanien bestätigt sich. Die Zollbehörde zu Alicante hat unter verschiedenen Büchern den 34. Band dieser Werke gefunden, und hierauf hat der Generalzollinspektor zu Madrid, Lopez Bollesteros, am 10. d. den Befehl ertheilt, alle Bücher sogleich zu vernichten; er hat es zugleich den Buchhändlern abgeschlagen, diese Bücher den Absendern zurückschicken zu dürfen.

Italien.

Turin, 22. März. Die „Opinione“ berichtet von einem sehr beglaubigten Gerüchte, daß das Ministerium entschlossen sey, ein siebentes Armeekorps zu bilden, dessen Kommando Garibaldi übertragen würde. Zu diesem Behufe würden den garibaldinischen Freiwilligen noch die diesjährigen Truppen beigegeben; Offiziere der Südarmee sollen hierzu aufgenommen werden. (Das ist also ein gestern angekündigte Verschmelzung der Südarmee mit dem regulären Herr. Weiter hat die Wahrheit wohl nichts zu bedeuten, wodurch dem Mißmuth der Garibaldianer ein Ende gemacht werden soll, die sich seither gegen das reguläre Heer zurückgesetzt glaubtrn.)

Die italienischen Blätter streiten sich über die Wahrheit oder Unwahrheit der Enthüllungen des Herrn Jfaia in Betreff der Unterhandlungen vom Februar 1861 zwischen Cavour und Antonelli. Die Einzelheiten sind zu genau bestimmt, als daß Alles nur auf Erfindung beruhen könnte; indessen ist es doch wahrscheinlich, daß Cardinal Antonelli nichts weiter wollte, als sich einen Vergleich mit Piemont für den Nothfall offen zu halten.

Neapel, 16. März. Gestern gab ein hiesiger Geistlicher durch Aeußerungen von der Kanzel herab Veranlassung zu beklagenswerthen Auftritten. Seine der jetzigen Lage der Dinge nicht sehr freundlichen Worte reizten einige anwesende junge Studenten-Hitzköpfe zu ungebührlichen Aeußerungen gegen den Prediger auf. Die Lazzaroni versammelten sich nach der Predigt, bewaffnet mit Steinen und Stöcken, und griffen die Studenten in dem Universitätsgebäude an, wo diese sich mit allen möglichen Waffen vertheidigten. Zehn Menschen wurden verwundet, und die Sache hätte vielleicht einen noch schlimmeren Ausgang genommen, wenn nicht ein Bataillon Nationalgarde auf der Stelle erschienen wäre, die, nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung an die Lazzaroni, sich zurückzuziehen, sich genöthigt sah, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Auf das erste Feuer hin zogen sich dieselben zurück, jedoch nicht ohne einige Wunden davongetragen zu haben. Es wurde sogleich zu Verhaftungen geschritten und die Ruhe wurde bald wieder hergestellt. Den Geistlichen hat die Regierung verhaften lassen. Andererseits sind aber auch unter den Geistlichen viele der neuen Ordnung der Dinge zugethan. Kürzlich zogen einige Franziskaner in Neapel aus ihrem Kloster heraus und schrien auf der Straße: „Nieder mit dem Papst-König! Es lebe der Papst-Reichskönig!“ (d. h. der der weltlichen Herrschaft entkleidete Papst.) Der Franziskanerpater Joseph de Foris ist auch dem Kloster ausgetreten, hat die Kutte abgelegt und sich mit der Tochter von Labsache, einer Wittwe, vermählt. (K. Z.)

Amerika.

New-York, 7. März. Die Mormonen in Utah haben (nicht zum ersten Male) eine Staatsverfassung angenommen, ihren Papst Brigham Young zum Gouverneur erwählt und sich um Aufnahme in den Bund gemeldet. Vielleicht glauben sie, daß der Bundeskongreß bei der jetzigen Lage des Landes weniger heikel in Bezug auf die „eigenthümliche Einrichtung“ der Vielweiberei sein werde als früher.

Volkswirthschaftliches.

Aus der Pfalz, 22. März. Vielleicht noch nie sind für die nächste Zukunft so viele Weinversteigerungen ausgeschrieben worden, als in diesem Frühjahre. Längs dem ganzen Haardgebirge werden solche Versteigerungen abgehalten werden. Das Weingeschäft ist in Folge der hohen Preise etwas flau. Die Weinversteigerungen, die am 17. l. M. in Winzingen bei Neustadt a. d. H. abgehalten worden sind, waren zwar besucht, allein die erlösten Preise haben den Erwartungen der Versteigerer nicht entsprochen, so daß die feineren Sorten nicht abgegeben worden sind. Die zugeschlagenen Weine haben eine Preisminderung vielleicht von 20 und mehr Prozent gezeigt, gegenüber den im Allgemeinen verlangten Preisen. Und selbst die abgegebenen Weine sind nur ungern zugeschlagen worden. Ein 1854er Neustädter Traminer ist zu 205 fl., ein ditto 1857er zu 305 fl., ein ditto 1858er zu 350 fl., ein ditto 1859er zu 350 fl., ein Wachenheimer 1858er und 1859er Traminer ist zu 305 fl. und ein ditto 1859er Königsbacher zu 320 fl. zugeschlagen worden, das Fuder à 1000 Liter. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Vorstände des germanischen Museum in Nürnberg veröffentlichen einen „Aufruf an alle deutschen städtischen und anderen Gemeindebehörden“ und bitten um Unterstützung und Förderung der großen Nationalanstalt, indem sie darauf hinweisen, daß die Sammlung des Materials für deutsches Städte- und Gemeindewesen zu ihren Hauptaufgaben gehöre. — Bereits haben 320 Gemeinden aller deutschen Staaten regelmäßige Beiträge zugesagt, darunter 14 aus Oesterreich.

Nürnberg, 24. März. Heute Nachmittag gab im Saale des Café Noris Herr Submarine-Ingenieur Bauer, der vorgestern aus München hier ankam, unter Vorlage von Zeichnungen und Modellen Erläuterung seiner Erfindungen für Arbeiten unter Wasser. Herr Bauer, früher bayerischer Artillerie-Unteroffizier, der später als Freiwilliger bei der Artillerie im holsteinischen Heere diente und den dortigen Freiheitskampf mitkämpfte, erhielt dort zum ersten Male Gelegenheit, seine Studien praktisch zu erproben. Eine Tagesstöhnung von 8 Regimentern, welche die braven Soldaten ablieferten, verschaffte ihm die Mittel, einen Brandtaucher zu bauen und unterseeische Arbeiten zu beginnen. Diese Schilderungen, insbesondere die bei einer solchen Fahrt ausgestandene Gefahr, waren äußerst spannend und Theilnahme erregend. Der Einmarsch der österreichischen und preußischen Interventionstruppen schnitt ihm die Gelegenheit, mit seinen Versuchen fortzufahren, ab. Später ging er nach England und Rußland, stets kämpfend mit Schwierigkeiten aller Art. — Auf Einladung des Arbeitervereins, welcher den Anstoß zu einer gründlichen Prüfung der Erfindungen des Herrn Bauer gegeben hatte, hatte sich eine Anzahl Industrieller, praktischer Techniker und Mechaniker, sowie Professoren der technischen und Gewerbsschule eingefunden, welche den Erörterungen des Hrn. Bauer mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Der Eindruck, den die Darstellungen des Herrn Bauer machten, war ein sehr günstiger und ebenso sprachen sich die Gutachten verschiedener Kommissionen, so der schleswig-holstein'schen Marinekommission, der kaiserl. russ. Akademie der Wissenschaften, sowie der Akademie der Wissenschaften zu München auf das Günstigste für die Bauer'schen Bestrebungen aus, die jedenfalls das Gepräge der Genialität an sich tragen und den Wunsch rechtfertigen, daß dem strebsamen Manne die Mittel geboten würden, seine Erfindungen weiter auszubilden. (Fr. K.)

Digitized by Google

Eine der großartigsten und gewiß auch einträglichsten Geschäfte scheint die Heil- und Lehranstalt der Homöopathie in Dessau zu betreiben. Nach dem Jahresbericht dieser Anstalt haben die Poliklinik 24,823 Kranke besucht. Durch die Post sind 51,026 Briefe eingegangen, worin 139,078 Krankenberichte enthalten waren. In Summa wurden 163,901 Kranke abgefertigt (10,020 mehr als im vorigen Jahre). (Mehr als drei Viertheile sämmtlicher Kranken sind unentgeltlich behandelt worden.) In der Heilanstalt waren Winter und Sommer sämmtliche Zimmer besetzt und mehrere auswärtige Aerzte haben unausgesetzt die Klinik besucht, um Homöopathie zu studiren. 2493 Stück homöopathische Haus- und Reiseapotheken, einschließlich der Zahnschmerzen-, Cholera-, Pocken- und Bräunecapotheken, wurden bestellt und versandt. Das „Lehrbuch der Homöopathie" von Dr. Arthur Lutze, welches in 50,000 Exemplaren gedruckt war, hat im verflossenen Jahre weite Verbreitung gefunden. Von demselben Verfasser wurden im Laufe des Jahres in der Reubürger'schen Offizin in Dessau 31,000 Exemplare anderweiter Schriften gedruckt. Sämmtliche Geschäfte wurden im Laufe des Jahres mit Hülfe von ca. 21 Beamten, einschließlich der Assistenzärzte beschafft. Die seit 10. April 1858 bestehende neue populäre homöopathische Zeitschrift unter dem Titel: „Allgemeine Blätter für Stadt und Land über Homöopathie" (Lohrmannia") — von Dr. Arthur Lutze gegründet und herausgegeben, ist von da ab alle vierzehn Tage erschienen. — Muß dieser Herr Lutze, der so viel Tausende von Krankenberichten liest, so viele Kranke unmittelbar behandelt, so viele Aerzte unterrichtet, eine umfassende Schriftstellerei betreibt, viel Anderes und namentlich die ganze Anstalt überwacht und verwaltet, nicht seine Kranken mit der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfamkeit beobachten und ihre Heilung leiten können? — Wer einen solchen Jahresbericht liest, wird sich wohl, wenn er nicht vor Bewunderung verstummt, zu dem Ausruf gedrungen fühlen: „Die Welt will betrogen werden!"
(Ztg. f. Nordd.)

Frankfurt, 23. März. Das Centralkomité für das allgemeine deutsche Schützenfest schreibt heute den Beharf von ca. 100,000 Flaschen weißen und rothen Weines für das am 13. Juli beginnende allgemeine deutsche Schützenfest auf dem Submissionswege aus.
(Abfass. Z.)

Neueste Nachrichten.

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.)
Ernannt wurden: zu Assistenten der geprüfte Rechtspraktikant A. Bauer beim Post- und Bahnamte Kempten, der Accessist P. Solleder bei der Post- und Bahnverwaltung Gungenhausen, der Accessist J. Doblar bei dem Post- und Bahnamte Lindau, der Accessist E. Weiß bei der Postverwaltung Ludwigsbahnen, und der Accessist J. Seidl beim Oberpost- und Bahnamte Nürnberg. Versetzt wurden die Assistenten M. Reinauer von Gunzenhausen, J. Kastner von Lindau, und Bl. Deperl von Nürnberg zum Rechnungs- und Revisionsbureau der Generaldirection der k. Verkehrsanstalten.
(Bevortwungsbl.)

München, 24. März. Die „R. M. Z." schreibt: Nachträglich zu unserem gestrigen Artikel bezüglich des zwischen Preußen und Frankreich abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrages sind wir heute im Stande versichern zu können, daß die k. bayerische Regierung über den fraglichen Vertrag seit dem September des vorigen Jahres keine Mittheilung mehr erhalten hat.

München, 24. März. Wegen Abwesenheit Sr. Maj. des Königs wird diesmal die Ceremonie die Fußwaschung der 12 alten Männer in der königl. Residenz im Auftrage Sr. Majestät durch den Hrn. Stiftspropst Dr. Döllinger vollzogen werden. (R. Abdz.)

München. Bei der neapolitanischen Gesandtschaft dahier ist eine größere Anzahl von Tapferkeitsmedaillen für vormalige neapolitanische Soldaten eingetroffen, welche den Kampf am Volturno und die Belagerung Gaeta's mitmachten.

Im Düren (Rheinpreußen) hat die Stadtverordnetenversammlung das Gesuch, auch der Schmidtfeste einen Beitrag für die deutsche Flotte zu bewilligen, „in Anbetracht des hohen Militär-Budget" einstimmig abgelehnt.

Neuwied, 22. März. Wie in den meisten preußischen Städten, so findet auch hier alljährlich an des Königs Geburtstage ein obligates Festessen der Honorationen statt. Diesmal mußte es, zum erstenmale seit unvordenklichen Zeiten, wegen Mangels an Theilnahme abgesagt werden.

Brüssel, 23. März. Die Unordnungen, welche neulich die Bestattung eines protestantischen Bürgervorsteherhauptmanns in Mecheln gestört haben, sind in der Kammer abermals zur Sprache gekommen. Ein Abgeordneter von Mecheln wollte die darüber von Hymans vorgelegten mündlichen Berichte der Uebertreibung zeihen und hatte zu diesem Zwecke verschiedene Zeugnisse von anwesenden Personen vorgelesen. Daraus entnahm jener Unbefangene, daß der Vorfall in manchen Einzelheiten entstellt worden ist, aber immer noch einen Charakter an sich trägt, der die genaue gerichtliche Untersuchung rechtfertigt.
(Schw. M.)

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
	5 pCt. Lomb. " dito.	813/8 G.	
	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	731/4 G.	
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	891/8 G.	
	5 pCt. Metall. Obligation.	494/4 P.	
	4½ pCt.	439/8 P.	
	4 pCt.	—	
	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	911/4 G.	
Bayern	b. pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	1031/8 P. 1/4 G.	
	4½ pCt. Obl. 1jahr. dto.	1037/8 P.	
	4½ pCt. Obl. 1jährig. dto.	1037/8 G.	
	4 pCt. Obl. dto. dto.	1031/8 P.	
	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	1011/8 P.	
	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97 3/8 G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	1051/8 G.	
	4 pCt. Obl. dto.	927/8 G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	1035/8 P.	
	3½ pCt. Obl. v. 1847	921/8 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	1011/8 P.	
	3½ pCt. Obl. dto.	87 G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	1031/8 G.	
	4 pCt. Obl. dto.	1001/8 P.	
	3½ pCt. Obl. dto.	961/8 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	1001/8 P.	
	3 pCt. Obl.	951/4 P.	
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à 8. 2. 80	483/8 P.	
	2 pCt. " "	43 G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100 3/8 G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1191/8–1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	709 G.
Oesterr. Kreditbankaktien à fl. 200	1721/4 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	207 G.
Wasmanische Bank à Thlr. 100	80¼ P. 79¾ G.
Mitteldeutsche Bank	87¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	86⅞ G.
Oest. F. Kt. Kisb. pCt. 500 Fr. à 200	236 P. 234 G.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt.	111⅛ G.
" Kisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	75⅛ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	26⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	130⅜ G.
Pfälz. Bank b. Rothschild à 4½ pCt.	105 G.
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. 4 pCt.	85⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Kinz.	251 P. 250½ G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
" Credit-Akt. d. Gen. Verein	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet.	1031/8 P.
Bayr. Ostbahn mit 30 pCt. Kinz.	1038/4 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Kinz.	1001/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. S.	997/8 G.
Augsb. k. 100 k. S.	995/8 G.
Berlin Th. 80 k. S.	105 B.
Brem. 30 Th. kd. k.S	969/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mb. 100 k. S.	877/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	1182/8 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.8 L. 250 k. S.	931/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	938/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 J. 6 W.	—
do. in Akt. W. 1. S.	86 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	1001/8 P.	Kurhessn. Thlr. 40 b. R.	614/8 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64⅜ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1313/8 G.
" fl. 500 v. 1860 à/2	68⅛ P.	" " à. 25 do.	37¼ G.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	1121/8 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beim	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	84 P.
Mailand-Conds d. 14	—	St. Läufich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	97 P.	Venetian-Loose à. 10.	104⅜ P.
Badische fl. 35	85½ P.	Anatolien-Loose à. 7-8.	113⅜ P. 4 G.

Frankfurt, 25. März. In Folge niedrigerer Pariser Notirungen wurden öfterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien etwas billiger abgegeben. Süddeutsche Fonds sehr fest, theilweise höher. Sehr begehrt waren auch Frankfurter Bank- und pfälzische Eisenbahnaktien.
(Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 86. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Unterzeichnung der vierjährigen Reihe in gewöhnlicher kleiner | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 27. März 1862.

Die österreichische Nationalbank.

Frankfurt, 20. März. Je genauer man das Abkommen des österreichischen Finanzministers mit der Nationalbank und den im Hause der Abgeordneten diesserhalb von Herrn v. Plener gehaltenen Vortrag in Erwägung zieht, um so mehr befestigt sich an der hiesigen Börse und in Amsterdam die Ueberzeugung, daß hierin von allen vorgeschlagenen Wegen zur Herstellung der Valuta der beste zu erblicken ist. Wenn nun einmal für Oesterreich kein Californien zu entdecken ist, so bleibt nichts übrig, als die zur Hand liegenden einfachen, hausbackenen Mittel auf das Zweckmäßigste zu verwenden, und das ist von Herrn v. Plener in der That geschehen. Bei dem wichtigen Interesse, welchen der hiesige Platz an den österreichischen Geldverhältnissen hat, ist es nicht unterlassen worden, die mannigfachen Pläne, womit der österreichischen Finanznoth abgeholfen werden sollte, in sachgemäßer Weise zu prüfen; doch hat nichts aufgefunden werden können, was nicht seine sehr bedenklichen Seiten gehabt und das Uebel leicht ärger gemacht hätte. Wie die Lage einmal ist, würde es sogar nicht hinreichen, daß Regierung und Reichsrath sich über gewisse Maßregeln verständigten, wenn nicht gleichzeitig die fremden Geldmärkte von der Vortrefflichkeit eines solchen Uebereinkommens sich überzeugen. Oesterreich ist viel zu sehr in den Händen seiner auswärtigen Gläubiger, um die Rücksicht auf die gute Meinung derselben außer Acht lassen zu können. Von allen gewagten Experimenten wäre wohl kaum eines so verwerflich, als der Bruch der gegen die Bank eingegangenen Verpflichtungen. Eine solche Unredlichkeit müßte Oesterreich alles Vertrauen entziehen und den innern und äußern Credit tiefer erschüttern. Anleihen, welche die Bank in Silber gemacht hat, ihr in einem neuzuschaffenden Staatspapiergelde zu bezahlen, das im Auslande gar keinen Cours haben würde, ist ein so leichtfertiger Vorschlag, daß er wahrhaftig nur in der Carnevalszeit ernsthen konnte und gar keine ernste Besprechung verdient. Die deutschen Mächte hätten das Recht und würden es auch voraussichtlich gebrauchen, den Umlauf eines neu zu schaffenden Staatspapiergeldes in ihren Staaten zu verbieten, nachdem die österreichische Regierung sich durch die Münz-Convention vom 4. Januar 1857 verpflichtet hat, unbedecktes Papiergeld nicht wieder auszugeben. Griffe die Regierung wieder zur Notenpresse, so legte sie Hand an sich selbst. Die Welt wird es in einem Jahrhundert nicht vergessen, welcher Mißbrauch damit getrieben worden ist. Mag man auch den Gegnern der Nationalbank zugestehen, daß sie ein Uebel ist, so hat man sich doch mit diesem Institut in Vertragsverhältnisse eingelassen und muß seine Verbindlichkeiten erst lösen, ehe man die Bank bei Seite schieben kann. Die Finanzverwaltung hat die Befreiung des Staats von der Bank auf dem Vertragswege angebahnt, und dieser ist der einzig zulässige. Die Gewaltschritte, die Herr Zang im „Wanderer" empfiehlt, sind rechtloser Art und würden daher nichts Gutes bewirken. Die Bank ist an und für sich sehr gut fundirt, und wenn ihre Noten nicht den Pari-Kurs haben, so rührt dies doch blos daher, daß der Staat seine Schulden an sie nicht bezahlt. Durch das Abkommen mit dem Finanzminister hat sie dem Staate die Erfüllung seiner Pflichten sehr wesentlich erleichtert und ihrerseits beträchtliche Opfer gebracht. Es liegt hier ein Vergleich zwischen dem Gläubiger und seinem insolventen Schuldner vor, der von großer Nachsicht zeigt, nur weil der Schuldner, der sich zu beklagen wahrlich keine Ursache hat, ein so mächtiger ist, gegen den sich Klage und Exekution nicht anwenden lassen. Was man auch gegen die Bank vorbringen mag, soviel steht fest, daß sie dem Ausland noch immer das meiste Vertrauen einflößt, und dieses Vertrauen würde wahrhaftig nicht auf 6 oder 7 Banken übertragen werden, die man in den verschiedenen Landeshauptstädten zu errichten vorschlägt. Lasse man doch den Dingen ihren natürlichen Verlauf. Sobald der Staat sich von der Bank auf rechtliche Weise losgewickelt hat, und sie allein auf eigenen Füßen steht, wird kein Grund mehr vorhanden seyn, ihr ein ausschließliches Privilegium zu ertheilen; und dann werden in Oesterreich andere Banken überall da entstehen, wo das Bedürfniß der Geschäftswelt sie hervortruft. Vor der Hand aber kann der Reichsrath nichts Besseres thun, als dem bereiten Abkommen seine Zustimmung zu geben. (B. f. Nordd.)

Deutscher Bund.

Aus Thüringen. Bezeichnend für die Stimmung ist, daß an mehreren Orten die für die deutsche Flotte (unter preuß. Führung) gesammelten Gelder nicht abgesendet wurden, sondern deren einstweilige Zurückbehaltung beschlossen worden ist. (D.A.Z.)

Preußen. Berlin, 24. März. Wie vollkommen die Reaktion sich dessen bewußt ist, daß ihre einzige Hoffnung bei den bevorstehenden Wahlen auf der von ihr herbeigewünschten Zwietracht der liberalen Parteien beruht, beweist der auffällige Umstand, daß sie in ihren Wahlaufrufen und sonstigen Kundgebungen die Konstitutionellen (gemäßigt Liberalen) mit seltener Schonung behandelt. (K. Z.)

Baden. Karlsruhe, 26. März. Der Minister v. Roggenbach beantwortete in der heutigen Sitzung der ersten Kammer die Interpellation des Frhrn. v. Stotzingen wegen der Ernennung des Hrn. Traumann in Mannheim zum Konsul für das „Königreich Italien" dahin, das Exequatur sey demselben allerdings von der großh. Regierung ertheilt worden; dasselbe enthalte aber keine Anerkennung des „Königreichs Italien". Eine Verweigerung wäre Parteinahme für unhaltbare Prinzipien gewesen ꝛc. (L.b.Fr.Z.)

Thüringen. Koburg, 20. März. Nach der „Kob. Z." wird nächster Tage ein k. preuß. Schulrath, Mitglied des Unterrichtsministeriums, hier eintreffen, um die herzogl. Staatsanstalten zu besichtigen und darüber der k. Regierung zu Berlin in Bezug auf die Gleichstellung der Abgangszeugnisse der Koburger Anstalten mit denen der betreffenden preußischen behufs des Eintritts der Abiturienten als Portepee-Fähndriche und derer, die die Secunda resp. (Klasse II.) absolvirt haben, als Freiwillige ins k. preuß. Militär Bericht abzustatten. Es ist das eine Folge der Militär-Konvention Koburg-Gothas mit Preußen. (Deren Vollzug aber im vereinigten Landtag von Koburg-Gotha neuerlich auf erhebliche Anstände gestoßen ist.)

Freie Städte. Frankfurt, 25. März. Der volkswirthschaftliche Verein verhandelte gestern über das deutsche Handelsgesetzbuch, welches nach dem Vorschlage des Senates am 1. Juli d. J. hier ins Leben treten soll. Gegen die Bestimmungen über die Stellung der Makler haben die hiesigen Börsenmakler Einwand erhoben und eine Eingabe behufs ab den gesetzgebenden Körper gerichtet, da jene Bestimmungen die Börsengeschäfte, wie sie sagen, sehr erschweren. — Es wurde beschlossen, diesen Gegenstand in einer besonderen Sitzung zu besprechen. (Fr. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 24. März. (Privat-Korrespond.) Gestern fand hier eine Versammlung der hiesigen Bankiers und Großhändler statt, um sich über eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition zu verständigen, in welcher die Wünsche der hiesigen Finanzwelt in Bezug auf die Reorganisirung des österr. Geldwesens ausgesprochen werden sollten. Der Petitionsentwurf lautete dahin, daß der Staat keine Noten ausgeben und auch sonst die schwebende Schuld nicht vermehren solle, ferner daß die Bankfrage im Sinne der ministeriellen Vorlage gelöst werden möge. Die Versammlung sprach sich jedoch nur für den ersten Theil des Entwurfes aus. Was übrigens die von manchen Seiten befürwortete Emission von Staatspapiergeld betrifft, so hat der Finanzminister einer Deputation der Bankdirektion vorgestern er-

Digitized by Google

klärt, daß die Regierung an ein bewaffnetes Auskunftsmittel nicht denke und jedem darauf hinzielenden Beschlusse des Abgeordnetenhauses ihre Sanktion verweigern werde. Das seit einigen Tagen zirkulirende Gerücht, daß im Finanzausschusse der Vorschlag gemacht worden sey, die Rente von Staatspapieren auf nicht mehr als 5 pCt., wie es die Finanzvorlage will, mit 20 pCt. zu besteuern, entbehrt jeder Begründung. Ebenso gut könnte man gleich den Staats-Bankerott ansagen.

Wien, 24. März. Se. Majestät hat das nachfolgende allerhöchste Handschreiben erlassen: „Lieber Generalmajor Fürst Windischgrätz. Der überaus schmerzliche Verlust, den durch den Tod Ihres Vaters Ich und Ihre Familie erleiden, hat Mich tief ergriffen. An ihm verliert Meine Armee das glänzendste Vorbild echter Ritterlichkeit. Diesem Ausdrucke Meiner wärmsten Theilnahme füge Ich die Versicherung bei, daß Ich für die vielen und großen Verdienste Ihres nunmehr in Gott ruhenden Vaters um Mich und Mein Reich stets ein dankbares Andenken bewahren werde. Benedig, am 22. März 1862. Franz Joseph m. p."

Frankreich.

Paris, 21. März. Es gehört für denjenigen, der Paris früher gekannt, nicht viel dazu, gleich bei seinem ersten Eintritte in die bewegte Stadt zu beobachten, daß die Stimmung hier eine gedrückte ist. Paris, diese muntere, heitere und immer lebensfrohe Stadt, kränkelt, das muß man sich auf den ersten Anblick sagen, und ich habe diese Beobachtung allenthalben in verschiedenen Kreisen, namentlich aber in den höheren, bestätigen hören. Allerdings ist der letzte Grund von dieser Erscheinung in den politischen Zuständen zu suchen; man würde aber Unrecht thun, sie durchaus gerade direkt damit in Verbindung zu bringen. Denn Paris ist nicht bloß eine große Residenz, es ist auch eine große Handelsstadt, und der Handel ist es namentlich, welcher daniederliegt. Es ist daher nicht blos in Lyon eine große Armuth unter den vorigen Fabrikarbeitern, sondern auch hier vorzüglich unter dieser Klasse.

(N. Pr. Ztg.)

Privatbriefe melden, der französische Gesandte Marquis de Lavalette habe Rom verlassen in Folge eines persönlichen Streites mit dem General Goyon; er werde wahrscheinlich verweigern, nach Rom zurückzukehren, wenn Goyon bleibe. (T. d. Zeit.)

Italien.

Turin, 25. März. Das Dekret in Betreff der Einverleibung der Südarmee ins reguläre Heer ist gestern von Viktor Emanuel unterzeichnet worden.

Wohl nicht zufällig brachte dieser Tage das „Diritto" folgende zwei offene Briefe Garibaldi's an die italienische Geistlichkeit, die eines Kommentars nicht bedürfen, zur Oeffentlichkeit:

I. „An die italienischen Priester! Eine erhabene Mission liegt den wahren Priestern ob. Ohne ihr Gewissen als Italiener zu verleugnen, können sie nicht Mitschuldige bleiben, was im Rom zum Nachtheile der heiligen Sache unseres Landes geschieht. Mögen sie daher muthig in die Bresche der Rechte der Menschheit treten, mögen sie in die Tiefe ihrer Seele, dieses göttlichen Ausflusses, steigen, um sie nach ihren Pflichten zu befragen, und mögen sie endlich das heilige Wort der Religion der Wahrheit unter der Menge verbreiten! Sie werden stolz darauf seyn, daß sie das Gute gethan haben, und das dankbare Vaterland wird ihre Namen unter diejenigen seiner heroischen Söhne schreiben, welche es von der Knechtschaft befreit haben. Turin, 5. Dezember 1861. G. Garibaldi."

II. „An die italienischen Priester! Ich will nicht von Fehlern sprechen. Wenn ich mich an die Volksmengen wende, so führe ich das Wort des Evangeliums an: Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein. Daher sey Eintracht auch zwischen uns, wenn Ihr es wollt. Aber handelt rechtschaffen, denn bis jetzt habt Ihr nur das Unrechte gethan. Ihr habt aus Rom eine Höhle reißender Thiere gemacht, die begierig sind nach der Vernichtung Italiens. Ich hege leider die Ueberzeugung, daß Ihr die Kardinäle dem Verderben nicht entreißen könnt. Sonst rufet nach allen vier Himmelsstrichen, daß Ihr keine Gemeinschaft haben wollt mit den Bösen, daß Ihr Italiener seyd, daß Ihr wenigstens die Priesterschaft Ungarns, Polens, Griechenlands, China's, der Wilden Amerika's nachahmen wollt, wo der Priester seine Wiege, seine Eltern, seine Mitbürger nicht verleugnet, sondern ihnen vorkämpft für die Unabhängigkeit des Vaterlandes. Möge der italienische Priester von der Kanzel herab das heilige Wort der Befreiung des Vaterlandes und der Bezwammung des Vatikans aussprechen. Dann wird er zuerst den Lohn seines Gewissens erhalten und dann auch den Beifall und die Dankbarkeit von Millionen Menschen. Erneuert das alte Christenthum, das die Selbstverleugnung, die gegenseitige Verzeihung und das heilige Dogma der Gleichheit der Menschen als Grundsätze aufstellte. In dieser Weise können wir Euch als Brüder aufnehmen. Genua, 12. März 1862. G. Garibaldi."

Genua, 21. März. Einige (50) Garibaldianer von den Tausend haben an König Viktor Emanuel nachstehendes Bittgesuch gerichtet: „Majestät! Es ist nun das drittemal, daß uns die traurige Nachricht zukommt, daß einer unserer Waffenbrüder, welche am 5. Mai 1860 von der ligurischen Küste nach dem Süden abgesegelten, um den Despotismus der Bourbonen zu vernichten, aus

Graf v. Wallmoden-Gimborn.

Graf Wallmoden war zu Wien, wo sein Vater k. hannoverscher Gesandter war, am 6. Februar 1769 geboren und begann seine ruhmvolle militärische Laufbahn als Lieutenant in hannoverschen Diensten. Im Jahre 1790 vertauschte er den hannover'schen mit dem preußischen Dienst und verdiente seine Sporen in den ersten Feldzügen gegen Frankreich; in der Schlacht von Kaiserslautern 1794 erwarb er sich durch hervorragende Tapferkeit den Orden pour le mérite. Der Basler Friede 1795, in welchem Preußen sich von der Sache der Koalition trennte, war Ursache, daß Wallmoden das preußische Heer verließ. Im Oktober 1795 als Rittmeister in die österreichische Armee eintrat, in welcher sich der fähige, vom tüchtigsten Soldatengeiste beseelte junge Mann als trefflicher Kavallerieoffizier und unermüdeter Partiegänger auszeichnete. Die hervorragende Bildung Wallmodens befähigte ihn auch vorzüglich für das diplomatische Fach, er war es, der den Subsidienvertrag mit der britischen Regierung abschloß, und nach seiner Rückkehr nach Oesterreich konnte er noch an den Schlachtagen von Wagram (5. und 6. Juli 1809) theilnehmen. Hier erwarb er sich den Thereſienorden durch den heldenmüthigen und erfolgreichen Angriff, den er an der Spitze des Husarenregiments Fürst Johann Liechtenstein gegen die Division Boudet unternahm. Beim Rückzuge der Armee nach Mähren bewies Wallmoden in dem heftigen Gefechte bei Hollabrunn (9. Juli) erneuert seine Tapferkeit und sein militärisches Talent. Im Monat August 1809 zum Feldmarschall-lieutenant befördert, stand Wallmoden als Divisionär in Prag. Sein kriegerischer Geist und sein natürlicher Thatendurst bestimmten ihn, Ende des Jahres 1812 in russische Dienste zu treten. Im Feldzug 1813 erhielt er den Befehl über ein aus den verschiedensten Nationen zusammengesetztes Korps an der Nieder-Elbe, welches den Namen russisch-deutsche Legion erhielt; gleichzeitig wurde er zum königl. großbritannischen General ernannt. Was er hier mit seinem tapferen Kampfgenossen Tettenborn mit Anfangs so geringen Mitteln leistete, wie er mit seinem kleinen Korps dem überlegenen Feinde widerstand und diesem den größten Abbruch that, ist eine der größten Perioden in diesem vielbewegten kriegerischen Leben. Während des Waffenstillstandes, welcher der Schlacht bei Bautzen folgte, verstärkte Wallmoden sein Korps auf 28,000 Mann. Nach Wiederausbruch des Krieges konnte Davoust trotz seiner Ueberlegenheit nichts Erfolgreiches ausrichten, denn Wallmoden lähmte durch seine geschickten Operationen jede Bewegung des französischen Marschalls. Unter den zahlreichen Gefechten, die im Lauenburgischen und Mecklenburgischen geliefert wurden, ist besonders des Treffens an der Göhde zu gedenken, in welchem die französische Division Pecheux faſt gänzlich aufgerieben wurde. Nach dem Frieden trat Wallmoden, geschmückt mit den vorzüglichsten Orden der alliirten Mächte, wieder in den österreichischen Kriegsdienst zurück. Im Jahre 1816 übernahm der tapfere General das Kommando der Besatzungstruppen im Königreich Neapel. Als im Jahre 1821 eine österreichische Armee unter Frimonts Führung nach Neapel marschirte, bekehligte Wallmoden eine Division. Später wurde er Gouverneur der Insel Sizilien und erwarb sich hier durch Umsicht, Takt und Besonnenheit die Hochachtung der Bevölkerung im höchsten Grade. Nach der Räumung des Königreichs beider Sizilien war Wallmoden bei der Armee im lombardisch-venetianischen Königreich, wurde 1838 General der Kavallerie und 1848 ad latus des Feldmarschalls Grafen Radetzky, in welcher Eigenschaft er mit gewohnter Bravour und raſtlosem Eifer allen Schlachten und Gefechten dieses glorreichen Feldzuges beiwohnte. Hohes Alter und zunehmende Schwäche zwangen den greisen Krieger, Ende des genannten Jahres den Dienst zu verlassen und aus der Armee zu scheiden. Er lebte seitdem größtentheils in Wien, bis wenige Wochen vor seinem Tode als Freund der Geselligkeit und des geselligen Umganges. Wie bei seinem verewigten Freunde Radetzky war auch bei ihm ein Beinbruch der Anlaß seiner Todeskrankheit,

Digitized by Google

Elend umgekommen ist. Das Vorgefallene schmerzt und um so mehr, als Hauptmann Rajzadaro von Cremona, der zuletzt Dahingeschiedene, genöthigt war sich den Tod zu geben, um der Agonie zu entgehen, welche der Mangel der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse erzeugt hatte. Wir bringen Ein. Maßregeln, damit auf irgend eine Weise Vorsorge getroffen werde, in dem reichen Italien solche schmerzliche Ereignisse für die Zukunft unmöglich zu machen, und damit jene von unsern Gefährten, und es sind ihrer nicht wenige, welche sich in ähnlichem Falle befinden, sich auf irgend eine Art den nöthigsten Lebensbedarf verschaffen können." (N. M. Z.)

Griechenland.

Nachrichten aus Athen vom 15. März zufolge haben die Aufständischen von Syra auf einem griechischen Dampfschiff, dessen sie sich bemächtigt hatten, den Versuch gemacht, eine Erhebung auf der Insel Tinos hervorzurufen. Als sie aber mit Flintenschüssen empfangen wurden, schlugen sie die Richtung nach der Insel Hydhnos ein, wo sich politische Flüchtlinge aufhalten. Dort wurden sie von auf der Korvette „Amalie" hergeschafften Truppen angegriffen, leisteten hartnäckigen Widerstand, verloren aber ihren Führer Legozagos, der getödtet wurde. — Die in dem Bagno von Chalcis verwahrten Militärsträflinge sind entwichen. Die Truppen schossen sie, tödteten sechs und verwundeten fünfzehn: die übrigen flohen nach den Nordprovinzen hin, aber der Telegraph eilte ihnen voraus; in Lheben wurde die bewaffnete Macht aufgeboten und diese, von den Bewohnern unterstützt, schloß die Flüchtigen im Dorfe Karditza ein. Nach einer verzweifelten Gegenwehr gelang es, 44 Sträflinge festzunehmen; mehrere wurden dabei getödtet und verwundet.

Türkei.

Die neue türkische Anleihe ist jetzt in London an die Börse gebracht. Dieselbe wird von dem Hause Devaux und Komp. daselbst emittirt, und zwar zum Betrage von 8 Mill. Pfd. St. in sechsprocentigen Obligationen und zum Kurse von 68. Die Börse hat das neue Anlehen günstig aufgenommen und dasselbe wird bereits 2⅝ Pfd. St. Pr. notirt. (Zeit.)

Amerika.

New-York, 11. März. Im Südwesten, zu Sugar-Creek (Arkansas) haben die Bundestruppen einen großen Sieg über die Separatisten erfochten. — Die von Dupont behufs Lüge Bundesexpedition hat Braunschweig (Georgien) eingenommen, Fernandina, das Fort Clinch und Florida besetzt. — Herr Simonis hat für den 22. eine allgemeine Bewegung der Bundesstreitkräfte angekündigt.

(L. d. Fr. Journ.)

Philadelphia, 7. März. Es heißt, daß der frühere Kriegsminister Cameron nicht als Gesandter nach St. Petersburg gehen werde und dem Präsidenten unseren Landsmann Karl Schurz, der von Madrid zurückgekehrt ist, für die Stelle empfohlen habe. — General Sigel wird mit Nächstem zum Generalmajor ernannt werden; sein Name wurde von Lincoln zur Genehmigung eingesandt. Sigel hat sich bei der westlichen Armee große Verdienste erworben und wird von der ganzen Armee geliebt und geachtet. General Blenker ist wegen Unordnungen im Proviantwesen angeklagt und hat sich zu verantworten. Obschon man versichert ist, daß General Blenker keine Mitwissenschaft von den Betrügereien hat, die durch seine Untergebenen verübt wurden, so wird die Sache doch ein böses Licht auf ihn werfen, was um so mehr zu bedauern, da Blenker ein tüchtiger Soldat ist, und seine Division als eine der besten in der Potomac-Armee anerkannt wurde. (S. M.)

Nichtpolitische Zeitung.

Köln, 24. März. Ein Premier-Lieutenant hiesiger Garnison, welcher unlängst die Bekanntschaft einer Tochter des Gutsbesitzers C. in Löwenwich machte, aber von dem Vater der Geliebten abgewiesen wurde, erschoß sich am Samstage vor dem betreffenden Hause.

(F. J.)

In Pfitzlingen (Württemberg) erschlug der Blitz am 18. März auf dem Felde einer 20jährigen mit Gerstensaat beschäftigten Menschen.

Frankfurt, 25. März. (Sitzung des Zuchtpolizeigerichts.) Gegen den spanischen Herzog della Rocca war auf Antrag eines Juweliers in Paris, wegen einer Wechselforderung von 25,000 Fr., vom hiesigen Stadtgericht am 2. Jan. d. J. auf Schuldarrest erkannt worden, welchen derselbe seinem Wunsche gemäß in seinem Gasthaus, dem „Englischen Hof," erstehen durfte. Er bewohnte dort ein Zimmer im dritten Stock, welches mit einem anstoßenden Zimmer durch eine Thüre in Verbindung steht. In letzterem Zimmer hatten zwei Gendarmen beständig Wache zu halten. Nach der anderen Seite hatte das Zimmer des Schuldgefangenen eine Thür nach dem Vorsaal, in dessen Nähe sich eine Laufstreppe befindet. An dieser Thüre war außen ein Vorhängschloß angebracht worden, dessen Schlüssel sich beständig in dem Zimmer der Gendarmen befand. Am 1. Febr. Morgens fand sich, daß der Arrestant entflohen war. Die beiden Gendarmen, welche Wrend vorher von 6 bis 12 Uhr die Wache gehabt, wurden deßhalb in Anklage versetzt. Die beiden Angeklagten verschworen, sie hätten sofort bei ihrer Ankunft das Vorhängschloß untersucht und noch

doch gingen seinem Ende keine großen Leiden voran. Er starb den 20. März, 94 Jahre alt. (Wien. Z.)

Fürst Windischgrätz.

Wien, 22. März. Gestern Abend um 11 Uhr ist der FM. Fürst Windischgrätz seinen mehrwöchentlichen Leiden erlegen. Der eigentliche Todeskampf währte nur eine Stunde, der Fürst starb in seinem Schreibzimmer im Armsessel und war in den letzten Augenblicken von den meisten Mitgliedern seiner Familie umgeben. Der Papst hatte dem Fürsten auf dessen Bitte den apostolischen Segen ertheilt; das betreffende Telegramm traf vorgestern Nachts hier ein, worauf der Segen sogleich von einem im fürstlichen Palais weilenden Priester über den Kranken gesprochen wurde. Durch das Ableben des Fürsten ist die Zahl der österr. Feldmarschälle auf drei vermindert, und zwar: Nugent, Wratislaw und Heß. Der Leichnam des Fürsten wird morgen einbalsamirt und dann mit der Feldmarschalluniform angethan auf das Paradebett gelegt, bei welchem Ehrenwachen aufgestellt werden; das Leichenbegängniß findet nächste Woche statt. Das Herrenhaus hat seine heutige Sitzung dazu benützt, seiner Trauer um den Verstorbenen Ausdruck zu geben: der Präsident, Fürst Auersperg, rühmte ihn als einen Helden, der ein Muster jeder Tugend gewesen sey, auch Graf Leo Thun hielt nicht mit seiner enthusiastischen Anerkennung zurück. Mit dem Fürsten Windischgrätz (geb. den 11. Mai 1787) ist der letzte von jenen Männern aus dem Leben geschieden, deren Namen mit den Ereignissen von 1848 in hervorragendster Weise verknüpft waren; Jellacic, Hajnau und Welden waren ihm im Tode vorangegangen. Für die Bewohner Wiens knüpfen sich natürlich an den Namen Windischgrätz die ergreifendsten Erinnerungen. Schon vorwahren 15. März bis 11. April 1848 war er hier Generalkommandant gewesen, wurde jedoch bald nach Prag entsendet. Er unterdrückte dort den Pfingstfeiertage-Aufstand. Während des Feuerns der Aufständischen gegen das Generallommandogebäude fiel ein Schuß nach den Fenstern der Wohnung des Fürsten Windischgrätz, der dessen Gattin, eine allgemein geachtete Dame, tödtete. Während des Oktoberaufstandes in Wien wurde Fürst Windischgrätz mit Ueberspringung der Feldzeugmeisters-Charge zum Marschall und Oberkommandanten aller außer Italien stehenden Truppen ernannt: er operirte von Prag gegen Wien. Am 20. Okt. erklärte er Wien in Belagerungszustand und schloß es, nachdem er seine Truppen mit denen Auersperg und Jellacics vereinigt, vollständig ein. Windischgrätz verlangte, daß Wien sich ihm auf Gnade und Ungnade ergebe, und um zu zeigen, was die Stadt von ihm zu erwarten habe, eröffnete er am 31. Okt. das Bombardement, das den ganzen Tag hindurch dauerte, und auf welches die von den furchtbarsten Scenen begleitete Erstürmung folgte. Nachdem er sich in solcher Weise zum Herrn von Wien gemacht, begann das standrechtliche Verfahren, dessen Opfer unter anderen Robert Blum, Messenhauser, Jellowich, Becher und Jellinak wurden. Das Gedächtniß jener blutigen Zeit ist neuerdings durch das Auftreten des Fürsten Windischgrätz im Herrenhause wieder lebhafter in den Vordergrund gerückt worden; da er selbst seiner Thaten sich rühmte und sich bereit erklärte, sie ein zweites Mal zu wiederholen, mußte auch das Volk sich wieder mit jenen Erinnerungen beschäftigen, sein Name wurde wieder häufig genannt, und gerade während seiner Krankheit konnte man an öffentlichen Orten Aeußerungen vernehmen, die sich nicht eben durch Verschönlichkeit auszeichneten. In das Lob übrigens, welches heute vom Präsidenten des Herrenhauses dem Feldmarschall ertheilt wurde, wird man schon deßwegen nicht einstimmen, weil dasselbe sich nicht mit den historischen Thatsachen in Einklang bringen läßt; Windischgrätz hat allerdings die Bevölkerung von Prag und Wien zu unterwerfen gewußt, den Insurgenten in Ungarn aber war er so wenig gewachsen, daß man ihm das Kommando abnahm; sein Nachfolger wurde bekanntlich der Banus Jellacic. (S. M.)

Digitized by Google

befestigt gefunden, eben deßhalb aber unterlassen, sich zu überzeugen, ob die Thüre selbst verschlossen sey. Durch das Schlüsselloch ihres Wachzimmers wollen sie noch gegen 12 Uhr in dem Zimmer des Herzogs einen Mann, den sie für diesen hielten, lesend stehend gesehen haben. Es ist aber durch die Anklage eines Droschkenkutschers erwiesen, daß der Gefangene mit einem Begleiter gegen 9 Uhr Abends in dem Wagen dieses Kutschers, welcher vom Wolfseck herbeigeholt worden, nach Bockenheim und von dort mit einem anderen Wagen weiter gefahren sey. Die beiden Gendarmen, welche unmittelbar nach den Angeklagten die Wache von Mitternacht bis früh 6 Uhr versahen, wußten auch nicht anders, als daß der Herzog in seinem Zimmer anwesend sey, und glaubten ihn ebenfalls dort gesehen zu haben (die Flucht wurde erst Vormittags 11 Uhr entdeckt). Die beiden Angeklagten hätten nach ihrer eigenen Aussage von dem Kammerdiener des Herzogs vier (sie selbst behaupten aber nur zwei) Flaschen Wein erhalten, wovon ein Theil noch vorhanden war; doch seyen Beide vollkommen nüchtern gewesen. Dr. Maas, der den Pariser Gläubiger als Civilabhärenten vertrat, hielt grobe Fahrlässigkeit der Angeklagten für erwiesen und machte deßhalb gegen sie oder wen Rechtens (den Fiskus) die Schuldforderung seines Clienten sammt Zinsen geltend. Die Staatsanwaltschaft nahm als erwiesen an, daß die Angeklagten die erhaltene Instruktion wegen Bewachung der Vorplatzthüren nicht vollzogen hätten. Es falle ihnen schwer zur Last, daß sie von Verschluß der Thüre nicht genügend überzeugt, und endlich, ihrer Pflicht entgegen, von dem Gefangenen Wein angenommen zu haben. Der Antrag ging deßhalb gegen jeden derselben auf sechs Wochen Gefängniß und die Hälfte der Kosten. Dr. Sauerländer, als Vertheidiger, behauptet, es sey nicht erwiesen, daß die Flucht des Gefangenen während der Wache der beiden Angeklagten stattgefunden habe. Die ganze Sache sey offenbar mit großer Schlauheit von dem Kammerdiener geleitet worden, der es verstanden habe, selbst noch nach der Ablösung der beiden Angeklagten eine andere Person die Rolle seines Herrn spielen zu lassen. Er beantragt Freisprechung derselben. Das Gericht entschied, daß die Angeklagten sich durch mangelhafte Bewachung des Gefangenen der Fahrlässigkeit schuldig gemacht. In Erwägung jedoch, daß die Haft derselben nur wegen einer Forderung des bürgerlichen Rechts angeordnet gewesen, wurde gegen jeden der Angeklagten auf 8 Tage Gefängniß und die Hälfte der Kosten erkannt. (Fr. J.)

Neueste Nachrichten.

** München, 26. März. (Eigenat-Korr.) Der k. Kriegsminister, Generalmajor v. Spies, ist von seiner schweren Krankheit soweit genesen, daß er die Absicht hat, sein Portefeuille in kürzester Zeit wieder zu übernehmen.

München. Der Vorschlag bezüglich der Ernennung eines Koadjutors für den erblindeten Herrn Bischof v. Oettl in Eichstädt ist bereits nach Rom abgegangen.

München. In militärischen Kreisen bezeichnet man unter den Bataillonen, welche durch den diesjährigen Garnisonswechsel nach der Pfalz bestimmt werden, auch das erste Bataillon des Infanterie-Leibregiments, das nach Germersheim kommen soll.

München, 26. März. Der Staatsminister des Innern, Hr. v. Neumayer, hat sich zur Erholung auf einige Zeit nach Starnberg begeben und wird auch während seines dortigen Aufenthalts sein Portefeuille führen. (B. Bl.)

Der weimarische Landtag hat das Prinzip der gemeinsamen thüringischen Gewerbeordnung, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit mit 29 gegen 1 Stimme angenommen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Allen Leidenden und Kranken,

die sich **portofrei** an mich wenden wollen, werde ich mit Vergnügen die warm zu empfehlende Schrift (des Dr. Wilhelm Ahrberg, 25. Abdruck mit Attesten): „die naturgemäßen Heilkräfte der Kräuter- und Pflanzenwelt, oder natürlich heilsame Mittel gegen Magenkrampf, Hämorrhoiden, Hypochondrie, Hysterie, Gicht, Scropheln, Unterleibsbeschwerden aller Art, auch gegen den Bandwurm, wie überhaupt gegen alle durch verdorbene Säfte, Blutstockungen u. s. w. herrührende innere und äußerliche Krankheiten," mit dem Motto: „Prüfet **Alles**, das **Beste** behaltet." **unentgeltlich** unter Kreuzband franco zusenden.

[2a] Dr. **F. Kühne** in Braunschweig.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist soeben erschienen:

Die Krankheiten des Magens,
nebst einer anatomisch-physiologischen Einleitung von
William Brinton.
Aus dem Englischen übersetzt von
Dr. H. O. Hauer.

Preis: eleg. **brosch.** 2 fl. 48 kr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	82¾ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	89⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅛ G.
„	4½ pCt. dto.	43½ P. ¼ G.
„	4 pCt. „	—
„	3 pCt. „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92¼P. 91⅝G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P. ¼ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	103⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101⅛ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. dto. dto.	97⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.
„	3 pCt. Obl.	95¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	30⅜ G.
„	3 pCt. „ „	43¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1201/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	701 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	173—74 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank i. u. 2. Serie à fl. 200	2083/4 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	80¼P. 79⅜G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	87¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	342 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66½ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 Kr.	237 P.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	111⅛ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. b. pCt. 6/7	76⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 pCt. Z.	27¼ G.
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	131 P. 130⅜G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105⅛ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	68⅜ P.
Nassd. Bank-Akt., 50 pCt. Einz.	252 P.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4⅓ pCt. vollenbez.	107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	90⅞ G.
Augsb. fl. 100 4. S.	99¼ G.
Berlin Th. 50 k. S.	105 B.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 50 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 50 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S.-L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cst. W. l. S.	86⅛ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	1001/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅜ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	67⅜ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	112½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIR	121 G.
Mailand-Como fl. 45 . . .	—
Badische fl. 50 . . .	97¾ P.
Badische fl. 35 . . .	55⅜ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅜ G.
„ fl. 25 do.	37⅛ G.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ G.
Sardinien Fr. 36 b. R.	54 P.
St. Ludwig m. 2½ pCt. Z.	37 P.
Venetianische Loose fl. 10.	10⅜ P.
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅞ P. ¼ G.

Frankfurt, 26. März. Die Börse verkehrte, in günstigerer Tendenz und sowohl für National, als Kreditaktien wurden höhere Kurse bewilligt. Frankfurter Bankaktien wurden abermals besser bezahlt. Auch für Rhein-Nahebahnaktien zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87. | Pränumerationspreis: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Freitag, 28. März 1862.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter, für hier die unterzeichnete Expedition an und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich **2** fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Angesichts der wichtigen Ereignisse, welche sich in wie außerhalb unseres Vaterlandes vorbereiten, wurden die auswärtigen Korrespondenten der „Neuen Würzburger Zeitung" neuerdings vermehrt, und ist dieselbe somit im Stande, über alle vorkommenden Begebenheiten möglichst **rasche** und **zuverlässige** Berichte, über besonders wichtige Vorkommnisse aber

telegraphische Mittheilungen

zu bringen.

Das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" enthält das Neueste und Interessanteste aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre.

Die verehrlichen Quartal-Abonnenten in Würzburg, welche die Zeitung auch im künftigen Quartal zugetragen erhalten wollen, belieben dies noch vor Ablauf dieses Monats der Unterzeichneten mitzutheilen, damit in der Zustellung keine Verspätungen eintreten, indem in Folge eingetretener Vermehrung des Zuträgerpersonals deren Routen geändert werden.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."
(**Stahel**'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 26. März. Der Duca v. Castellucio, welcher vor einigen Wochen in außerordentlicher Mission des Königs Franz aus Rom hieher gekommen war, hat unsere Stadt wieder verlassen, wie man versichert, vollkommen befriedigt über das Ergebniß seines hiesigen Aufenthalts, im Verlaufe dessen er auch finanzielle Angelegenheiten zu regeln hatte. (Allg. Z.)

Preußen. Posen, 21. März. Vor der Kriminalabtheilung des hiesigen k. Kreisgerichts stand gestern der ehemalige Referendar Kompf, angeklagt, bei der großen Prozession zur Einholung der von Czenstochau zurückkehrenden Wallfahrer am 22. September v. J. eine rothe Fahne mit polnischem Adler getragen zu haben. Der Gerichtshof trat nach kurzer Berathung der Ansicht des Vertheidigers bei (daß nichts Strafbares in dieser Handlung liegen könne, weil auf der Fahne das Bild der Jungfrau Maria sich befunden habe und nur darunter der polnische Adler zum Zeichen, daß die Jungfrau Maria die Patronin Polens sey), und sprach den Angeklagten frei. Dieses freisprechende Urtheil wurde von dem anwesenden zahlreichen polnischen Publikum mit großem Applaus aufgenommen. (Ostsee-Z.)

Posen, 24. März. Sicherem Vernehmen nach hat der Erzbischof v. Przyluski die wiederholte Aufforderung des Oberpräsidenten v. Bonin, den ihm untergebenen Geistlichen jede Betheiligung an scheinbar religiösen, in Wahrheit aber politisch-demonstrativen Aufzügen und Versammlungen streng zu verbieten, entschieden abgelehnt. Als Grund hat derselbe angeführt, daß dieß Verbot bereits in seinem Hirtenbriefe vom 1. Dez. v. J. indirekt enthalten sey. Er hat aber zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die Geistlichen sich nach Erlaß dieses Hirtenbriefes jeder Betheiligung an derartigen Aufzügen und Versammlungen enthalten würden, und falls diese Erwartung sich nicht bestätigen sollte, sich die Erwägung vorbehalten, inwiefern und auf welchem Wege gegen die Schuldigen Seitens der kirchlichen Behörde einzuschreiten sey.

Berlin, 24. März. Auch Hr. v. Patow hat den Kronenorden erster Klasse, Hr. v. Bernuth den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse erhalten.

Berlin, 24. März. Eine bemerkenswerthe Erscheinung ist die Kurssteigerung der preuß. Staatsschuldscheine an der heutigen Börse. Der Kurs ging mit einer ungewöhnlichen Rapidität um 1 pCt., und die Börse brachte diese Erscheinung mit der Konvertirung der 4½proz. Anleihen in Verbindung. Nicht nur, daß die Kapitalisten selbst es vorziehen, ihre 4½proz. Anleihen zu verkaufen und 3½proz. Staatspapiere dagegen zu kaufen, auch die Regierung hat ein naheliegendes Interesse, die mit niedrigerer Verzinsung ausgestatteten Staatspapiere zu treiben, um dadurch auf den Kursstand der zur Konversion bestimmten einzuwirken und deren Kurs über Pari zu erhalten.

Hr. v. Bincke macht sich; es heißt, er erkläre, das jetzige Ministerium unterstützen zu wollen, und bedaure das Auftreten der aufgelösten Kammer der Regierung gegenüber. In die Zukunft sehe Hern v. Bincke sehr düster. Indessen soll im Freie Hagen, wo er früher gewählt wurde, sein Gedanken daran seyn, ihn wieder zu wählen.

Berlin, 25. März. Zum richtigen Verständniß des Wahl-Cirkulars des Herrn v. Jagow dient besonders die Thatsache, daß den zurückgetretenen Ministern von der Reaktion stets vorgeworfen wurde, sie hätten den Wählern nicht deutlich genug gesagt, welche Abgeordnete der Regierung willkommen wären und welche nicht. Welches Armuthszeugniß damit dem preußischen Volke ausgestellt wurde, schien man auf der Seite, wo jene Anklagen erhoben wurden, nicht in Anschlag zu bringen. Hand in Hand mit dieser Theorie des beschränkten Unterthanenverstandes in zweiter Auflage ging das Liebäugeln mit der jenseits des Rheins bewährten bonapartistischen Wahlpraxis. Die Reaktion ließ ganz offen in ihren Organen drucken, daß, wenn sie den Regierungsapparat zu handhaben gehabt hätte, das Resultat ohne Zweifel ein anderes gewesen wäre. Dieser Apparat ist nun wieder in die Hände der Partei gelangt, die damit früher gefügige Kammern herzustellen wußte. Es wird sich zeigen, wie sehr die Wähler der Hinweis genügt, daß dieser und jener Kandidat nach dem Zeugniß der Minister und ihrer Organe verfassungsfeindlich sey, damit er nicht gewählt werde. Einige mehr drastische Nachhilfe scheint man von vornherein als nicht unnöthig zu erachten. Das bewiesen die in dem Wahl-Cirkular den Beamten gegebenen ziemlich starken Winke, welchen strenge, übereinstimmende Verwarnungen Seitens der verschiedenen Minister für ihre Ressorts auf dem Fuße folgen sollen. Die Regierung soll aber trotzdem diesmal auf eine anti-gouvernementale Majorität sich gefaßt machen. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 23. März. Bekanntlich hatten bei Gelegenheit der Verfassungsfeier am letzten 26. Februar drei bischöfliche Bischöfe sich nicht nur geweigert, selbst bei diesem Feste mit-

Digitized by Google

zuwirken, sondern auch nur ihre Kirchen dazu herzugeben. Gegen dieses Auftreten der Kirchenfürsten und gegen dessen Motivirung von Seiten derselben hat nun der Staatsminister v. Schmerling so eben einen Erlaß gerichtet, der mit wuchtigen Worten den Prälaten an ihre Unterthanenpflicht erinnert und sie wegen ihres verfassungsfeindlichen Verhaltens nachdrücklich zurechtweist. Der Ministerial-Erlaß ist an den Kardinal Fürst Schwarzenberg in Prag, an den Bischof Zirkl in Budweis und an den Bischof Hahn in Königgrätz adressirt und etwa folgenden Inhalts. Die Bischöfe hätten früher erklärt, daß sie, gegenüber den verschiedenen politischen Meinungen im Lande, jenen objektiven oder indifferenten Standpunkt nicht verlassen wollten, welchen sie in ihren Konsistorial-Erlassen vom 24. Oktober eingenommen hätten. (Diese Erlasse riethen nämlich dem niederen Klerus davon ab, kirchliche Akte oder Geräthe zu politischen Demonstrationen mißbrauchen zu lassen oder sich selbst dabei zu betheiligen.) Nun fragt der Minister die Bischöfe, ob es wohl ein objektiver Standpunkt sey, wenn die Prälaten, trotz des Wunsches der Landesvertretung und des Landeschefs, sich weigern, auf einen großherzigen kaiserlichen Akt den Segen des Himmels herabzuflehen? Es gehe vielmehr aus der Berufung der Bischöfe auf die politische Meinungsverschiedenheit im Lande deutlich hervor, daß sie die Anhänglichkeit an die Verfassung, welche der Kaiser ausdrücklich aufrecht erhalten und gegen jeden Angriff schirmen zu wollen versprochen habe, als eine bloße Parteisache betrachteten. Diesen Standpunkt bezeichnet der Minister sodann als vollkommen unberechtigt. Bekanntlich war der Bischof von Leitmeritz, Bartholomäus Hille, der einzige unter den böhmischen Kirchenfürsten, welcher der Aufforderung zur Verfassungstreue sogleich bereitwillig Folge leistete und ein feierliches Hochamt in eigener Person celebrirte. Diesem Prälaten hat nun der Kaiser die Würde eines „Wirklichen Geheimen Rathes" mit dem Titel „Excellenz" verliehen und ihn dabei seiner besonderen Gnade versichert. (A. Pr. Z.)

Großbritannien.

London, 26. März. Die Zeichnungen für das türkische Anlehen übersteigen schon 13 Mill. Pf. St. Daßselbe wird mit 21/2 pCt. Prämie notirt.

Frankreich.

Paris, 23. März. Die Zeitschrift „le Mouvement", die sich bei den letzten Unruhen im Quartier latin besonders hervorgethan hatte, ist wegen öffentlicher Schmähung der Moral und der Religion, wegen Versuchs der Störung der öffentlichen Ruhe und wegen Aufreizung zu gegenseitigem Haß und Mißvergnügen durch richterliches Urtheil unterdrückt worden. Der Redakteur derselben Albert Jermé, ein junger Student der Rechtswissenschaft, wurde in Anbetracht seiner jungen und Unerfahrenheit zu 6 Wochen Gefängniß und 300 Frcs. Geldstrafe, der Drucker zu einem Monat und 100 Frcs. verurtheilt. (Adler.)

Paris, 24. März. Wir wissen also jetzt durch den Kaiser selber, daß der gesetzgebende Körper in diesem Jahre nicht aufgelöst werden wird. Nichts beweist deutlicher als dieser Entschluß des Kaisers, daß eine ungewöhnliche Verstimmung durch das Land geht, welche es der Regierung bedenklich erscheinen läßt, an das Volk zu appelliren. (R. Pr. Z.)

Aus Paris schreibt man der „R. Pr. Ztg.": „Die französischen Prälaten werden sich nach Rom begeben, ohne um die Erlaubniß der Regierung einzukommen, und den etwaigen Folgen dieses Verfahrens ruhig entgegensehen. Wir wiederholen, was wir schon einmal bemerkten, nicht im Konkordate, sondern in den gegenwärtigen Artikeln zu demselben steht geschrieben, daß die Prälaten nur mit Erlaubniß der Regierung ihre Diözesen verlassen dürfen; gegen die organischen Artikel hat der römische Stuhl aber immer protestirt."

Italien.

Turin. Die „Perseveranza" schreibt: „Die Zustände Süditaliens erregen ernste Besorgnisse. Die Versuche des wiederauflebenden Brigantenthums ermüden die Armee und entmuthigen die Bevölkerung."

Turin, 25. März. Die neulich besprochene Broschüre des Baron Brenier wird von den Muratisten wacker ausgebeutet. Bekanntlich will der Baron Brenier (früher französischer Gesandter in Neapel) eine Konföderation mit neuen Dynastien, das ist Wasser auf die Mühle des Hrn. L. Murat, dessen Agenten die Schrift als eine von der französischen Regierung „inspirirte" darstellen; sie ist ins Italienische übersetzt. Es ist übrigens eine Thatsache, daß die Muratisten, obgleich beziehungsweise wenig zahlreich, noch in der letzten Zeit an Boden in der Stadt Neapel gewonnen haben, wo der Haß gegen Bourbonen mit jedem Tage zunimmt.

(K. Pr. Z.)

Rendsburg, 17. März. Die Nachrichten vom Guerillakriege beschränken sich auf Berichte kleiner, ohne Zusammenhang, bald hier bald dort gelieferter Gefechte. Es kommt den Bandenführern vorläufig nur darauf an, sich zu verstärken und die gesammelten Kräfte bis zu dem Auftreten der im Auslande für die bourbonische Sache geworbenen Soldaten und Offiziere intakt zu erhalten. Nur in Apulien kam es am 9. zwischen Spinazzola und Minervini zu einem bedeutenderen, den Bourbonisten günstigen Treffen. Die Nationalgarde mehrerer Städte hatte sich vereinigt, um den kühnen Bandenführer Crocco aus ihrem Gebiet zu vertreiben. Der Major Chicoli aus Spinazzola übernahm die Leitung des durchaus verunglückten Angriffe. Chicoli selbst, ein tüchtiger Offizier, der sich unter Garibaldi einen gewissen Namen erworben hatte, wurde bei dem Rückzuge schwer verwundet und von den verfolgenden Bourbonisten später getödtet. Auf der Insel Sizilien sind die Verhältnisse denen des Festlandes ganz ähnlich. Auch dort ist es noch keineswegs gelungen, das Guerillawesen zu unterdrücken.

Mailand, 23. März. Vorgestern Abend kündigte der Telegraph die Ankunft Garibaldi's an; wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht in der Stadt, und Porta Garibaldi und Porta Venezia füllten sich bis an den Bahnhof mit Menschen. Um halb 11 Uhr kam der Wunderman an; kaum konnte er bei dem Gedränge den Wagen bestehen, der mit Mühe sich den Weg gegen die Stadt bahnte. Greise, Weiber, Kinder auf den Armen der Mütter drängten sich unter dem Freudenrufe: „Heil Garibaldi!" herzu. Der Wagen war wie belagert und bei Porta Nuova brach er richtig in Stücke, so daß der Führer der Tausend genöthigt ward, einen andern zu bestiegen. Dem Wunsche des Volkes zu entsprechen, fuhr Garibaldi auf den Corso, der seinen Namen trägt, und gelangte endlich um 1 Uhr nach Mitternacht an seinem Gasthof an. Der ganze Weg, den er durchfuhr, war illuminirt, und die Hymne der Alpenjäger wurde, bis er auf dem Balkon erschien, gespielt und gesungen. Tiefes Schweigen trat dann ein und ließ die klangvolle Stimme Garibaldi's weithin in folgender Weise vernehmen: „Heil dem Volke der fünf Tage! Heil dieser edlen Bevölkerung, die andere Völker lehrte, auf welche Weise man sich von den Oesterreichern befreien kann! Heil dieser Bevölkerung, welche mit noch viele wackere Kampfgenossen geben wird! Rom und Venedig sey Eure Losungswort. Wir wollen Italien von dem Unflath, der es noch beschwert, reinigen. Die Mailänder werden sicherlich wie gewöhnlich den Vorgehen der übrigen freiungsstriegen für unsere Schwestern Rom und Venedig bitten! Heil dem Volke der fünf Tage! Jetzt weiß ich, daß es nicht nur fünf, sondern fünf und zwanzig im blutigen Gefechte stehen würde. Ich empfehle Euch den Gebrauch des Karabiners, obgleich ich weiß, daß Ihr vortrefflich das Bajonnet zu handhaben wißt. Heil, Heil Euch!" Die Menge, die ihn während der Worte öfters unterbrochen hatte, brach in den einstimmigen Ruf Viva Garibaldi aus. Gestern Vormittag um 10 Uhr sud das Municipium den Helden ein, der Seelenmesse für die in den fünf Tagen (18.—22. März 1848) Gefallenen in der Kirche des großen Spitals beizuwohnen. Garibaldi ließ die Antwort ertheilen, daß er sömtlich belagert sey und deßhalb nicht kommen könne. Um 1 Uhr begab er sich im Wagen des Municipium auf die Terrasse des alten öffentlichen Gartens, um daselbst im Namen des Königs die Verdienstmedaille, die jährlich 100 Fr. einträgt, an die Tapfersten seiner Freiwilligen zu vertheilen. Syndicus Beretta sagte u. A. in seiner Ansprache: „Um den Ehrenzeichen noch werthvoller zu machen, gefiel es dem Könige, es Euch von derselben Hand geben zu lassen, die Euch zum Siege führte. Unser Sieg ist noch nicht vollendet, Rom und Venedig sind von der Italienischen Familie erwartet. Wenn das Vaterland zu neuen Kämpfen ruft, wird Euch diese Ehrenzeichen anspornen, zum letzten Stoß zu eilen, der unsere Befreiung besiegeln wird." Garibaldi fügte u. A. bei: „Wenn ein tapferer Jüngling unter Euch ist, der vergessen wurde, in die Zahl der Beehrten aufgenommen zu werden, so tröste er sich damit, daß er zu sich selbst sagen kann: Auch ich habe mich um mein Vaterland verdient gemacht, und diese Ueberzeugung genügt mir." Garibaldi ist ein armer Mann, aber er hat Alles, was er will und braucht. In seinem Hotel ist er der Gast der Stadt. Valerio stellte Wagen und Pferde zu seiner Verfügung; Ponti seine Loge im Theater der Scala; die Schneidergesellschaft überreichte ihm eine sehr kostbare rothe Uniform mit seiner Goldstickerei, und andere Zünfte brachten Geschenke von ihrer Arbeit. — Gestern defilirt sich die seit wenigen Tagen gebildete Mailänder Schützengesellschaft schon auf 487 Mitglieder. (S.M.)

Digitized by Google

Mailand, 25. März. Vor einer großen Zahl Franzosen, Ungarn und Polen sagte Garibaldi heute, daß Italien künftig ein Bündniß mit den Völkern schließen müsse, namentlich mit Frankreich aber ein eigentliches Bündniß ohne Uebergewicht von irgend einer Seite. Wie dies fertig zu bringen seyn wird, sagt er vielleicht ein andermal. — Morgen reist der General von hier ab, um seine Rundreise durch die Lombardei fortzusetzen.

Aus Mailand, 26. März, schreibt man der „Ind. belge“: Die Demonstrationen werden häufig in Venetien (in Folge der durch Garibaldi's Anwesenheit in Mailand wieder gesteigerten Aufregung). Zahlreiche Verhaftungen haben gestern in Venedig und Mantua stattgefunden. (Uebrigens sind ähnliche Angaben neuerlich wiederholt verbreitet worden, von denen sich's nachher zeigte, daß sie ganz falsch waren.)

Rußland und Polen.

Eine Depesche aus Petersburg vom 19. März meldet, daß der Kaiser eine Vermehrung der Armee befohlen habe, weil er dieselben im Innern brauche, hingegen sollen die Conscriptionen vermindert werden.

Die Verhaftungen in Twer erregen durch ganz Rußland das größte Aufsehen. Es handelt sich dabei um eine Adressadresse, welche nicht weniger verlangt als die Abschaffung aller Privilegien, die Gleichheit Aller vor dem Gesetze und in der Besteuerung und eine konstitutionelle Vertretung des gesammten Volkes ohne Unterschied der Klassen und Stände. Diese am 14. Februar von dem Adel des Gouvernement an den Kaiser gerichtete Adresse lautet nach der „Kölnischen Zeitung“: „Majestät! Zum ersten Mal seit der Veröffentlichung des Gesetzes vom 18. Februar 1861 versammelt, grüßt der Adel des Gouvernement Twer den russischen Czaren, der die erste Hand gelegt an die Emanzipation der Bauern und an die Abschaffung aller auf unserem Vaterlande lastenden Ungerechtigkeiten. Er erklärt feierlich seine große Sympathie für das große Regenerationswerk, das Ew. Majestät unternommen, und er ist bereit, Ihnen zu folgen auf der Bahn, welche zum Glücke des russischen Volkes führen muß. Mit Beweis unseres guten Willens und des vollkommenen Vertrauens, das wir in die Person Ew. Maj. setzen, haben wir uns entschlossen, Ihrer hohen Würdigung alle unsere Gedanken ohne Entstellung und ohne Rückhalt zu eröffnen. Das Manifest vom 18. Februar hat, obwohl es dem Volke die Freiheit anbietet und die materielle Lage der Bauern einiger Maßen verbessert, diese dennoch nicht von der Leibeigenschaft befreit und eben so wenig die aus derselben nothwendig erwachsenden Mißbräuche abgestellt. Der gesunde Sinn des Volkes kann die von Ew. Maj. zugestandene Freiheit nicht in Einklang beingen mit den obligatorischen Beziehungen und der Abhängigkeit, welche ihm den adeligen Grundbesitzern gegenüber noch auferlegt bleiben; er kann sie eben so wenig mit der künstlichen Trennung der Stände vereinigen. Das Volk sieht, daß ihm die allmälige Befreiung von aller Zwangsarbeit eröffnet ist, aber es sieht sich auf der andern Seite dazu verdammt, ewig eben den Grundbesitzern tributpflichtig zu bleiben, die unter dem Namen Friedensrichter immer noch die Entscheidung über seine Geschicke in ihren Händen behalten. Sire! Wir gestehen, daß auch wir eine solche Situation nicht begreifen. Es entspringt daraus ein ungeheures Mißverständniß, das die Gesellschaft auf eine Bahn ohne Ausgang treibt und die Blüthe und Ruhe des Landes in Frage stellt. Wehthalt länger dabei verharren? Weit entfernt, in der obligatorischen Aneignung eines Theiles unserer Grundstücke von Seiten der Bauern eine Verletzung unserer Rechte zu erblicken, erkennen wir im Gegentheil dieselbe als das einzige und beste Mittel an, sowohl den Frieden des Landes, wie unsere eigenen Interessen zu wahren. Wir bitten, diese rettende Maßregel unverzüglich zur Ausführung zu bringen, ohne aber die ganze Last auf die Klasse der Bauern fallen zu lassen, die weniger als jede andere an der vormaligen Existenz eines derwerflichen Rechtes die Schuld trägt. Bis jetzt ist der Adel auf den Grund seiner Privilegien von allem Antheil an der Deckung der wichtigsten Forderungen der Gesellschaft befreit gewesen. Von nun an aber betrachten wir es als eine Blutschuld, zu leben und der socialen Vortheile zu genießen auf Kosten der großen Mehrzahl der Nation. Verwerflich ist der Zustand, wo der Arme die Rubel bezahlt und der Reiche keinen Pfennig ausgibt. Das mochte zur Zeit der Leibeigenschaft erträglich seyn, aber heut zu Tage bringt es uns die Strafung von Nichtsthuerei, die für das Vaterland ohne Nutzen sind. Wir wollen von einem so schimpflichen Privilegium nichts wissen und lehnen die Verantwortlichkeit für die weitere Existenz desselben ab, indem wir Ew. Maj. um die Erlaubniß bitten, zu den Steuern und den übrigen Anforderungen des Staates beitragen zu dürfen nach Verhältniß des Besitzthums eines Jeden. Außer dieser ungerechten Exemption genießen wir noch das ausschließliche Privilegium, dem Lande Verwalter und Richter zu geben. Die Ausschließlichkeit dieses Rechtes scheint uns gegenwärtig empörend und verwerflich, und wir begehren, daß es fürderhin auf das ganze Volk ausgedehnt werde. Sire! Wir sind überzeugt, daß Sie aufrichtig das Wohl Rußlands wünschen, und deßhalb glauben wir eine heilige Pflicht zu erfüllen, wenn wir Ihnen offen sagen, daß zwischen uns und der Regierung Ew. Majestät ein furchtbares Mißverständniß besteht, das die Verwirklichung aller Ihrer guten Absichten verhindert. Anstatt der vollen Freiheit, die Sie dem Volke versprochen, haben Ihre Minister und Räthe einen unbestimmbaren Uebergangszustand ersonnen, der weder Freiheit, noch Sklaverei, und den Grundbesitzern wie dem Volke gleich unerträglich ist. Anstatt einer großen allgemeinen und obligatorischen Maßregel zur unmittelbaren Umwandlung der Leibeigenen in freie Grundbesitzer haben sie ein System von freiwilligen Vereinbarungen ersonnen, das mit dem vollständigen Ruin der Bauern wie der Grundherren endigen muß. Sie stellen sich jetzt als die Vertheidiger der Adels-Privilegien hin, welche wir, die wir doch direkt betheiligt sind, mit aller Kraft zurückweisen und gänzlich und unmittelbar abgeschafft wissen wollen. Beweiß nicht dieser absolute Gegensatz aufs schlagendste die Unmöglichkeit, daß die nöthig gewordenen großen Reformen sich auf administrativem und bureaukratischem Wege durchführen lassen? Obwohl wir dem Volke näher stehen, als die Regierung, so beanspruchen wir dennoch keineswegs das Recht, in seinem Namen zu sprechen, und wir sind überzeugt, daß der beste Wille zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes unzureichend, ja, selbst unthätig ist, dieselben zu ertalten und auszudrücken. Wir sind überzeugt, daß die unternommenen Reformen ohne Erfolg bleiben, weil sie ohne Befragung des Willens des Volkes unternommen sind. Die Berufung von Deputirten aus dem ganzen russischen Reiche, ohne Unterschied der Klassen und Stände, ist nach unserer Ansicht der einzige Weg zum Heile und zur Lösung der durch die Ukase vom 19. Februar gestellten, aber nicht gelösten Frage. Indem wir Ew. Majestät bitten, eine Nationalversammlung berufen zu wollen, hoffen wir, daß das gütthende Interesse für das öffentliche Wohl, welches den Adel des Gouvernement Twer beseelt, nicht falsch verstanden werde.“ (Folgen 112 Unterschriften.)

In einer Denkschrift, welche derselbe Adel an demselben Tage einreichte als Erwiderung auf einen Antrag der Regierung bezüglich der Finanzen und der Banken, finden wir ebenfalls einige interessante Punkte: „Wenn der Kredit sich wieder heben soll, so sind folgende Reformen unerläßlich: 1) Reform der Finanzverwaltung, die in Zukunft von der Nation und nicht von der Willkür abhängen muß; 2) Unabhängigkeit der Tribunale und Oeffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen; 3) Oeffentlichkeit in allen Zweigen der Regierung und der Administration, ohne welche weder das Vertrauen noch die öffentliche Ruhe sich jemals wieder sichern lassen; 4) um dem Antagonismus der Stände ein Ende zu machen, der die Entwicklung des Landes lähmt, ist die Abschaffung aller Privilegien und die vollständige Fusion alle Klassen nöthig, damit es in Rußland nur Ein Volk gebe; 5) um die von der Gewalt der Umstände gebotenen Reformen zu verwirklichen, muß man den Weg der gouvernementalen Maßregeln verlassen. Die freien Institutionen, welche das Resultat dieser Reformen seyn müssen, können keine andere Quelle haben, als das Volk, sonst bleiben sie ein todter Buchstabe und können die Situation nur verschlimmern. Mithin erklärt der Adel, wenn er auch die Regierung um die nöthigen Reformen bittet, sich für inkompetent, Fragen von so hoher Wichtigkeit zu lösen, und begnügt sich damit, das einzige Mittel zur Lösung und die einzigen Wege zum Heile für die Regierung wie für das Volk zu bezeichnen, nämlich die Berufung einer Nationalversammlung von Deputirten des Volkes ohne Unterschied der Klassen und der Stände.“ (Folgen dieselben 112 Unterschriften.)

Die Antwort der Regierung auf diese kühnen Rathschläge bestand darin, daß sie den General-Adjutanten Annenkow nebst einer außerordentlichen, aus zwei Prokuratoren des Senats und mehreren Gendarmerie-Obersten bestehenden Kommission nach Twer sandte und die 112 Unterzeichner der Adresse verhaftete. Derjenige derselben wurden alsdann nach Petersburg auf das Fort Petropawlowsk gesandt. Ihre Namen sind: Nikolaus und Alexis Bakunin (Brüder des aus Sibirien entronnenen Michael Bakunin), Ballachin, Rudnizkow, Poltawzeff, Glafenapp, Charlamow, Lozarew, Kitlinski, Newdomsky, Lichatschow, Schirobokow und Demianow. Diese Derjenen hatten nämlich in ihrer Eigenschaft als Friedensrichter die Adresse öffentlich den Bauern vorgelesen, weil ausgesprengt worden war, die Adresse sey gegen die Interessen des Volkes gerichtet. (Die Adresse des Adels von Twer verlangt eine

Digitized by Google

so durchgreifende Umgestaltung der bisherigen politischen und zum Theil auch sozialen Verhältnisse Rußlands, wie sie ohne eine Revolution kaum durchzusetzen wäre. Dabei muß man auch bedenken, daß nicht der ganze Theil so denkt, daß vielmehr der größte Theil des Adels schon die weit geringeren Opfer, die er jetzt bei der Freigebung der Leibeigenen zu bringen hat, nur widerwillig bringt. Man kann daher die Regierung nicht tadeln, wenn sie auf diese radikalen Vorschläge nicht eingeht, sondern den Weg allmäliger Reformen vorzieht. Aber beachtenswerth ist diese Adresse doch jedenfalls als Ausdruck der Ansichten und Wünsche, die in einem nicht geringen Theil der Bevölkerung Rußlands gehegt werden und die der Regierung bei der Ausführung ihrer Reformplane nicht geringere Verlegenheiten bereiten können, als der Widerstand jenes Theils des Adels, der starr am Alten festhalten möchte.)

Amerika.

Veracruz, 15. Februar. Die mit der Blokade der mexikanischen Westküste beauftragte Korvette „Galathio" hat das Fort San Carlos in der Acapulcobay weggenommen. (Patrie.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 25. März. Ein trauriger Vorfall von Geistesstörung hat gestern in Freising einen achtbaren Bürger seiner Familie entrissen. Der Goldarbeiter F., ein fleißiger braver Mann, welcher schon seit längerer Zeit Spuren eingetretener Geistesstörung zu erkennen gab, welche sogar bis zu Wahnsinnsanfällen ausarteten, in denen er seine Frau und Kinder ermorden wollte, hatte gestern Morgens ebenfalls wieder einen Versuch gemacht, seine Kinder von den sie erwartenden Qualen des Erdenlebens zu befreien, welcher durch das Dazwischentreten seiner Frau verhindert wurde. Eine halbe Stunde später erschoß sich der Unglückliche mit seinem Landwehrstutzen und war, da der Stutzen mitten durch's Herz ging, augenblicklich todt. Wer Kinder und eine trauernde Wittwe, die vielleicht in wenigen Wochen von einem Kindlein genesen wird, stehen am Sarge des Vaters. (A. P.)

Nürnberg, 26. März. Die Bauer'schen Eisenbahnen für unterseeische Arbeiten waren am gestrigen Abende wiederholt Gegenstand der eingehendsten Besprechung und zwar Seitens des dazu zusammengetretenen Komité. Das Gutachten desselben lautete dahin: 1) daß das von Herrn Bauer angewendete Verfahren zur Hebung von Schiffen im Allgemeinen auf physikalisch richtigen Prinzipien beruht, 2) daß, soweit man aus den gemachten Vorlagen dieses Verfahren beurtheilen kann, kein Grund vorliegt zu bezweifeln, daß sich mit demselben ein Schiff aus der Tiefe von 80 Fuß heben läßt. (Fr. K.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. März. Der König von Schweden hat einen seiner Adjutanten mit einem eigenhändigen Schreiben an unsern Monarchen hieher geschickt, und es heißt, die schleswig-holsteinische Frage sey Zweck dieser Mission. Schweden, wenigstens sein Monarch, hofft der Sache Standinaviens, und unmittelbar Schwedens, da mit zu dienen, daß es jegliche Einmischung des deutschen Bundes in die schleswig'schen Angelegenheiten entschieden zurückweist. Hoffentlich hat Graf Bernstorff dem Offizier bemerklich gemacht, daß es sich dabei nicht um Eingriffe, sondern bloß um eine vertragsmäßige Uebereinkunft handle. (Allg. Z.)

§ Wien, 26. März. (Privat-Korresp.) Die Mittheilungen der torypfälschen „Preß" über die in der Politik Oesterreichs angeblich eingetretene Aenderung verdienen keineswegs Beachtung. Daß übrigens Oesterreich im Falle der Lösung der italienischen Frage durch einen europäischen Kongreß dem vollendeten Thatsachen Rechnung tragen werde, hat seiner Zeit auch Graf Rechberg im Finanzausschusse erklärt, bei welcher Gelegenheit er aber auch hinzufügte, daß es die Rechte, die ihm durch die Traktate von Villafranca und Zürich erwachsen sind, nicht aufgegeben werde. Von einer Geneigtheit, die venetianische Frage auf diplomatischem Wege zu lösen, ist bis jetzt durchaus nichts zu bemerken. — Die Pforte hat die Absicht, die zwischen ihr und dem Fürstenthume Serbien bestehenden Differenzen in einer an die Großmächte gerichteten Cirkularnote zu besprechen. Die Pforte erkennt nur den oktroirten Ustaw vom Jahre 1889 an und fordert von der serbischen Regierung, daß sie alle mit demselben im Widerspruche stehenden Einrichtungen, die im Laufe der letzten Jahre getroffen worden sind, annullire, da durch dieselben die Autorität der souveränen Macht verletzt werde. Die serbische Regierung dagegen erkennt nur den Hatisherif vom Jahr 1830 an und weigert sich auf das bestimmteste, die Forderungen der Pforte zu erfüllen, welcher sie das Recht bestreitet, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen. Für den Fall, als die Pforte Gewalt anwenden würde, soll sie entschlossen seyn, bereiten mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Serbien glaubt auf Rußland, Frankreich, Preußen und Italien rechnen zu können, während Oesterreich und England auf der Seite der Pforte stehen. Eine Verständigung auf friedlichem Wege dürfte unter den dermaligen Umständen kaum mehr zu hoffen seyn.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	82⅜ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	75⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligationen .	49⅛ G.
„	4½ pCt.	43⅝ P. ½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92½ P. 91⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. v. E. (C. b. K.)	101½ P. ¼ G.
„	4½ pCt. Obl. 13ahr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P. 99½ G.
„	3 pCt. Obl.	95½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48⅜ P.
„	2 pCt.	43½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅜ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	1268⅜ P. 1265 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	763 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	174 P. 173 G.
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
	Darmst. Bankk. l. u. 2. Serie à fl. 250	209½ P. 208½ G.
	Weimarische Bank d. Thlr. 100 . .	94½ P. 93½ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . .	87⅜ P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	66¼ G.
	Oest. F. B. Lit. A. 500 Fr. à 20 kr.	237 P.
„	Elisab.-Eisenbahn à fl. 200 . .	118⅛—119 G.
„	Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4pCt. Z	23½—29 G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	130⅜ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103¼ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅜ P.
	Sächs. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	252 P.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.
	Centh.-Akt. d. 4ten Serie . . .	180 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	107⅛ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.
	Provisentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. à. 100 k. S.	99⅞ G.
Augsb. à. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 B.
Bremn. 30 Th. Ldf. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 8 M.	99⅞ B.
do. in St. W. l. S.	86¼ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅜ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅜ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	88⅞ P.	„ fl. 25 do.	37⅛ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	112⅜ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	98 P.	Vereins-Loose fl. 10.	19¼ P.
Badische fl. 35	55½ P.	Anshb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11¾ P.

Frankfurt, 27. März. Oesterr. Fonds und Industrieaktien erhielten sich ungefähr auf den gestrigen Kursen. Süddeutsche Obligationen sehr fest, theilweise höher. Von Eisenbahnaktien wurden besonders Rhein-Nahe- und hessische Ludwigsbahn besser bezahlt. ...(Synd.)

Digitized by Google

Staatsbibliothek
in
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 88. | Voraus-bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift über deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 29. März 1862.

Deutscher Bund.

Ö **Frankfurt**, 14. März. (Privat-Korresp.) In der heutigen Bundestagssitzung ließ Kurhessen eine Erklärung auf den gemeinschaftlich von Oesterreich und Preußen bezüglich der kurhess. Verfassungsangelegenheit gestellten Antrag abgeben. Außerdem legte das Präsidium eine Note des dänisch-holsteinischen Bundestagsgesandten vor, in welcher dieser sich gegen die zu fassenden Beschlüsse wegen Schleswig verwahrte. Trotzdem wurden, wie schon mitgetheilt, die Ausschußanträge auf Anschluß an die von Preußen und Oesterreich in Kopenhagen erklärte Verwahrung wegen Schleswigs mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

* **Preußen.** **Berlin**, 27. März. Die ministerielle Sternzeitung fährt fort, in ihrer Weise das ihr von oben gegebene Losungswort zu illustriren. Sie sagt heute: „Nach offener Kundgebung der Gesinnstüchtigkeit und den Absichten der Regierung ist nun die zweite Aufgabe der Behörden — die Belehrung der Bevölkerung, die Warnung derselben vor der Fortschrittspartei, welche ein anderes Ziel erstrebt, als eine wirksamere Kontrole über die Verwendung der Staatsmittel und eine Ermäßigung der Steueranforderung in Folge der Heeresreform. Hinsichtlich aller dieser Punkte war die Regierung geneigt und wird immer geneigt seyn, jedes billige, mit den Bedürfnissen des Staatsdienstes vereinbare Zugeständniß zu machen.*) Die Fortschrittspartei, deren vorgerückte Fraktionen auf parlamentarische oder gar Massen-Souveränetät losstevern, bekämpft die Staatsgewalt als Nebenbuhler. Eine Volksvertretung, nach der Auffassung der Fortschrittspartei zu Stande gebracht, würde die Tendenz haenthaben, einen entscheidenden Einfluß auf Regierungsakte zu gewinnen und den Schwerpunkt der Staatsgewalt in die Volksvertretung zu verlegen. Die Frage ist nun bei den nächsten Wahlen: ob verfassungsmäßige Regierung des Königs oder Einführung des parlamentarischen Regimentis\" Das ist, wie man sieht, das seit dem 18. März in den ministeriellen Kreisen gang und gäbe gewordene Thema, das auf einer guten Dosis Verdächtigung beruht. Sehr richtig bemerkt dagegen die „Köln. Z.\": „Es werden nicht tausend falsche Propheten das preußische Volk von seiner Ueberzeugung abwendig machen, daß es in den Landesangelegenheiten durch seine Vertreter ein entscheidendes Wort mitzureden hat, und daß seine treue Anhänglichkeit an das Königshaus es nicht verdient, unter dem Vorwande eines „starken\" um die Segnungen des konstitutionellen Königthums gebracht zu werden.\" Damit trifft sie den Nagel auf den Kopf, denn das ist die wahre Absicht der Partei, die jetzt am Ruder ist.

Berlin, 26. März. Die „Stern-Zeitung\" findet in der günstigen Beurtheilung des ministeriellen Wahlerlasses nur an der „Kreuzzeitung\" eine treue Bundesgenossin. Alle übrigen Blätter, selbst die „Spen. Ztg.\", die seit der Bildung des neuen Ministerium aus ihrer sonst so gouvernementalen Haltung mehr und mehr in die Reihen der Opposition gedrängt wird, sind einstimmig in der Verurtheilung des reaktionären Geistes, welcher den ministeriellen Erlaß durchweht.

Württemberg. In einer am 20. d. gehaltenen Sitzung wurden vom Schwurgerichtshof in **Ludwigsburg** auf den Antrag des Staatsanwalts wegen Verjährung 20 wegen Hochverraths, resp. Aufruhrs und anderer Vergehen am 14. und 22. August und 28. Nov. 1850 und am 7. Februar 1852 in contumaciam verurtheilte flüchtige Angeklagte außer Verfolgung gesetzt; es befinden sich darunter u. a. folgende bekannte Namen: Karl Mayer aus Eßlingen, Johannes Scherr von Reichberg, Joseph Fickler von Konstanz, Bernhard Schifferling von Creglingen, Ludwig Pfau, Adolph Becher und Albert Becher aus Stuttgart.

*) Es fragt sich nur, was die Regierung dafür hält.

* **Kurhessen.** Die „Kass. Z.\" bringt eine 30 Quartseiten große „Weitere Denkschrift der kurhess. Regierung, betr. die kurhessische Verfassungsangelegenheit\", eine Bekämpfung des badischen Antrags. Die kurhess. Regierung sucht darin nachzuweisen, daß ihr seitheriges Verhalten in dieser Angelegenheit vollkommen rechtmäßig sey. Sie meint, nur der Haß gegen das monarchische Prinzip und gegen die Autorität der Bundesversammlung habe bisher einen sichern Abschluß dieser Angelegenheit verhindert; es könne der kurfürstlichen Regierung nicht zugemuthet werden, „in einer Tagesmeinung, deren Einmüthigkeit nur in dem Verlangen nach einem Zerrbild verfassungsmäßigen Rechts bestehe, in einer Tagesmeinung, die in unerhörter Frechheit zur Verwirklichung ihres Verlangens eine Vergewaltigung an der Selbständigkeit des Kurstaates fordere — die Aeußerungen eines Rechtsgefühls anzuerkennen, dessen Stärkung ein Vortheil genannt werden könne; es könne ihr ebenso wenig zugemuthet werden, darin eine besonnene Haltung und nicht die Handlungsweise Irregeführter zu erblicken, wenn sich ein großer Theil ihrer Unterthanen an dem Verfahren betheilige, das landesherrlich angeordnete Wahlen in ihr gerades Gegentheil verkehre.\" Der Schluß lautet: „Die kurfürstliche Regierung hegt die Zuversicht, daß die verbündeten Regierungen das Recht ihrer Selbständigkeit am Bundestag anerkennen und wahren werden. Dabei ist sie nicht gewillt, das lebhafte Interesse ihrer Bundesgenossen an der endlichen Beilegung des Zwiespalts in ihrem Lande zu bestreiten, und wird jederzeit die wohlgemeinten Rathschläge derselben bereitwilligst in Erwägung ziehen\"*); auf Vorschläge aber, wie sie in der Denkschrift der großh. bad. Regierung ablesen des eigentlichen Gegenstandes Raum gefunden haben (Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und des Wahlgesetzes von 1849), eine Erwiderung zu geben, hält sie diesen Ort nicht geeignet, wenn sie es auch bereitwillig findet, daß sie von der Jenseite überhaupt gemacht werden konnten.\"

Aus Kassel, 26. März, schreibt man der „National-Ztg.\": Die Regierung spart keine Mühe, um die Annahme des gemeinschaftlichen Antrags Preußens und Oesterreichs beim Bundestage noch in der letzten Stunde zu verhindern; da sie die Hoffnung aufgegeben zu haben scheint, bei Preußen und Oesterreich ein williges Ohr zu finden, so richtet sie jetzt ihr Augenmerk auf die Mittelstaaten. Während in Dresden Herr v. Baumbach, Gesandter am preußischen Hofe, in diesem Sinne thätig ist, hat Herr v. Dehn-Rothfelser eine Mission nach München und Herr v. Hefberg, der kurhessische Vertreter am Bundestage, eine solche nach Hannover erhalten. Ob es gelingen wird, die Annahme des Antrags zu verhindern oder dessen Verschlechterung zu erreichen, oder wenigstens eine ansehnliche Minorität gegen denselben zu erlangen, auf welche gestützt man vielleicht eine Fortsetzung des Widerstandes glaubt wagen zu dürfen, ist zu bezweifeln.

Kassel, 27. März. Dester schließt eine Veröffentlichung in der „Hess. Morgen-Ztg.\" mit folgenden Bemerkungen: „Das Schlußergebniß wäre also: Kurhessen kann mit dem Bundesantrag bei richtiger Auslegung und Ausführung desselben zufrieden seyn. Sollte aber eine solche Auslegung und Anwendung nicht stattfinden, was immerhin noch sehr zu besorgen bleibt, so wird das Land standhaft an dem, was es für Recht erkennt, festhalten.\"

Baden. **Karlsruhe**, 24. März. Das von der 2. Kammer mit Einstimmigkeit angenommene Niederlassungsgesetz kennt keine Beschränkung der Niederlassung in Bezug auf Angehörige deutscher Bundesstaaten und wirklich Ausländer. Auch die südd-

*) Der Antrag, den Preußen und Oesterreich jüngst in dieser Sache am Bundestag gestellt haben, stimmt mit dem Verlangen der badischen Regierung nahezu überein; nur das Wahlgesetz von 1849 ist nicht ausdrücklich darin erwähnt. Wenn nun die kurfürstliche Regierung nichts von dem badischen Verlangen wissen will, ist nicht recht abzusehen, in welche fern ihre Erwägung des österreichisch-preußischen Antrags zu einem gedeihlichen Ergebniß führen soll.

Digitized by Google

schen Staatsbürger sind seiner Ausnahmebestimmung unterworfen. Ein einziger Abgeordneter, entschiedenster Gegner der völligen Gleichstellung, enthielt sich vor der Abstimmung, welche daher einstimmig ausfiel. Sehr fest wurde von dem Ministerium des Acußern verlangt, Ausweisung solcher Fremder verfügen zu können — gleichviel ob Angehörige deutscher Bundesstaaten oder wirkliche Ausländer —, durch welche die innere oder äußere Sicherheit des Staates gefährdet erscheint. Trotz der Bemühungen der Abgeordneten Kusel, Eckhart, Moll und Mayr, welche dieses Ausweisungsrecht auf Nicht-Deutsche beschränkt wissen wollten, wurde es doch allgemein gewährt. Als durchschlagenden Entscheidungsgrund schien man die volle Souveränetät der Einzelstaaten zu betrachten.

(Nat.-Z.)

Holstein. „General" Haug „aus Holstein", der sich bekanntlich von Garibaldi dem Demokratenkonvent in Genua vorstellen ließ, um sodann vor dieser Versammlung dem Freischaarengeneral als das „Geschenk holsteinischer Frauen" einen „Ehrendegen" zu überreichen, ist, wie man uns aus Holstein schreibt, kein Holsteiner. Der dem Garibaldi überreichte „Ehrendegen" ist kein Geschenk „holsteinischer Frauen"; dagegen ist die Frau „Generalin" Haug eine geborene Schleswigerin und ein so determinirtes Femininum, daß sich ein Jyehoer Blatt des starken Verdachts nicht erwehren kann, die Frau „Generalin" habe ohne das Mandat „holsteinischer Frauen" aus eigner Erregung und aus eigenen Mitteln jenen „Ehrendegen" an's Licht und an den Mann gebracht.

(Fr. Postz.)

Oesterreich. Innsbruck, 22. März. Gegen das sog. Mühlfeld'schen Religionsedikt, welches bekanntlich als Antrag dem Abgeordnetenhaus vorliegt und bezüglich der Gleichberechtigung aller Bekenntnisse und der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat radikale Aenderungen verlangt, war ein Protest, beziehungsweise eine Bittschrift an das Abgeordnetenhaus vorbereitet, die möglichst zahlreich im Lande verbreitet werden sollte, um unterzeichnet zu werden. Dieselbe war sammt einem Aufruf an „Tyroler Stimmen" beigelegt; die Polizei hat aber die ganze Auflage konfiszirt. Es wird nun von der Geistlichkeit versucht werden, die Angelegenheit auf andere Weise zur Kenntniß des Volkes zu bringen.

= Das Ofener ungarische Volkstheater hat zwei Preise von je 60 Dukaten für zwei Volksstücke ausgeschrieben, in deren einem die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Wald- und Weide-Segregation, sowie der Commassation der Felder, im zweiten aber die Nützlichkeit der Lebens- und Brandschaden-Assekuranzen dem Volke anschaulich gemacht werden soll.

Krakau, 25. März. Am 20. wurde in Tarnow der Besitzer der landwirthschaftlichen Geräthefabrik, Hr. Eliasiewicz, verhaftet und in Untersuchung gezogen, da den Behörden zur Kenntniß gekommen war, daß in dieser Fabrik das große eiserne Kreuz verfertigt worden ist, welches am letzten Allerseelentag zu Ehren der in dem Aufstande des Jahres 1846 Gefallenen auf dem Tarnower Friedhofe aufgerichtet wurde. Früher schon wurden aus demselben Anlaße die zwei andern angefertigten Bürger Borczkowski und Szeligewicz in Untersuchung gezogen.

Frankreich.

* Paris, 26. März. (Privat-Korresp.) Es ist eines der charakteristischen Merkmale der kaiserl. Regierung, daß sie es nie auf das Aeußerste ankommen läßt, so daß sie, wenn sie in irgend einer Sache beim Volke auf entschiedenen allgemeinen Widerstand stößt, nachgibt; das hat sie schon mehrmals gerettet. So war es bei dem kurzen Regiment des General Espinaße, durch dessen rasche Entlassung die Regierung noch rechtzeitig das heraufziehende Gewitter beschwor; so ist es heute. Es waren gegenüber den letzten Ereignissen im Rathe des Kaisers harte Maßregeln vorgeschlagen; die Verhaftungen hatten bereits begonnen; noch mehr aber fürchtete man die heimlichen Aufhebungen und Transportationen nach Cayenne — bei Nacht und Nebel, — ohne Urtheilsruch, welche früher wie ein Damoklesschwert über der Bevölkerung hingen, und viel häufiger vorgekommen sind, als man öffentlich erfuhr. Eine solche Maßregel soll gegen eine Anzahl junger Männer, in welchen man künftige Benjamin Constants oder Armand Carrel witterte, im Werke gewesen seyn; doch ist sie weiter aufgegeben worden. Wie mir aus guter Quelle versichert wird, wäre ein gutes Theil dieser günstigeren Wendung dem Umstande zuzuschreiben, daß die ausländische Presse durch ihre hiesigen Korrespondenten frühe genug jene terroristischen Absichten enthüllte; wofür wir Letzteren also zu Dank verpflichtet sind.

Die französische Flotte zählt an Panzerschiffen: 4 so gut wie segelfertige Fregatten, 1 Korvette, 5 Kanonenboote, 10 Fregatten auf den Werften, die im Nothfall in einem Jahre segelfertig seyn können, ferner auf den Werften 3 Linienschiffe und 7 Kor-

Ludwig von Lüder.

Gegen die Mittagsstunde des 6. März d. J. verschied der Feldzeugmeister Ludwig von Lüder.

Das Geschlecht derer von Lüder ist ein altadelliches aus Hessen, wo es zur Zeit des Landgrafen Philipp des Großmüthigen blühte. Sein Vater trat in churpfälzische Dienste, ward später als Kurbitor beim 7. bayer. Inf.-Reg. angestellt, erhielt nach vorzüglicher Dienstleistung die nachgesuchte Pension 1813 und starb 1829 in Neuburg a. Donau.

Ludwig, seines Vaters einziger Sohn, kam 1806 in das k. Kadettenkorps, erhielt 1811 die Anstellung als Junker und wurde 1812 zum Unterlieutenant im Art.-Reg. befördert.

Der sechszehnjährige Artillerielieutenant, bei der Sechspfünder Fußbatterie Dinkenauer stehend, exprobte zum erstenmal sein kaltes Blut bei Vertheidigung der Sachsenhäuser Brücke am 31. Okt. 1813. Unverwundet kam er aus den großen Schlachten jener Feldzüge des Befreiungskrieges zurück, während welcher er oft dem Feinde sehr nahe ins Auge gesehen hatte.

In die Garnison zurückgekehrt, war des jungen Offiziers erste Sorge seine weitere wissenschaftliche Ausbildung. Nachdem er kurze Zeit im topographischen Bureau kommandirt gewesen, wurde er dem Obersten Karl Frhrn. v. Zoller zugetheilt, welcher in den Jahren 1819 bis 1824 nach Ulm und Mainz wegen der dort anzulegenden Festungswerke als Lokalkommissär gesendet worden war.

Nach Beendigung dieses Geschäftes dem Militär-Bevollmächtigten in Frankfurt beigegeben, blieb Lüder bis 1826 dort, und kam dann als kuntionirender Hauptmann des Generalquartiermeisterstabes nach München zurück, wo er zu mehrfachen Diensten verwendet worden, bis er 1832, einer Einladung der griechischen Regentschaft folgend, mit dreijährigem Urlaub in Begleitung seines Jugendfreundes, des Artillerie-hauptmanns Philipp Frhrn. v. Brandt (jetzt Generallieutenant und Artillerie - Korps - Kommandant, nach Griechenland abreiste.

Hier war ihm zum ersten Male die Gelegenheit geboten, alle seine Kenntnisse zu verwerthen. Gleich nach seinem Eintreffen, 1833 im Frühjahr, zum Direktor der 1. Sektion im Kriegsministerium für das Personelle und Materielle des Heeres ernannt, organisirte er den Geschäftsgang im Ministerium, griff thätig bei der Umwandlung der irregulären und der Organisation der regulären Truppen ein, und wurde dann 1834 zum Artillerie-Korpskommandanten ernannt. Im Jahre 1835 ernannte König Otto ihn zum Generalkommandanten des Peloponnes, hierauf zum Flügeladjutanten. Die bayerische Regierung ertheilte einen weitern Urlaub auf 2 Jahre; doch schon 1836 zurückberufen, schied Lüder, bedrht mit dem Ritterkreuz des Erlöser-Ordens, nachdem Griechenland, besonders das Heer, seinem Geiste, seiner rastlosen Thätigkeit so viel zu verdanken hatte.

Ins Vaterland zurückgekehrt, rückte Hauptmann Lüder im 2. Art.-Reg. ein, kam dann in den Generalquartiermeisterstab, und avancirte im folgenden Jahre zum Major. Als solcher kam er 1842 als Referent in Artilleriesachen in das Kriegsministerium und es erschien während seiner Geschäftsleitung der 3. Theil der Vorschriften für die k. b. Artillerie, die Uebungen mit den Feldgeschützen stehenden Fußes und in den Bewegungen enthaltend.

Durch Armeebefehl vom 18. Oktober 1844 zum Oberstlieutenant und Kommandanten des erst vor Kurzem aus den bisher bestandenen Mineur-, Sapeur- und Pontonnier-Kompagnien gebildeten Geniebataillon berufen, entfaltete er sein organisatorisches Talent mit großem Erfolge. In kurzer Zeit waren die früher getrennten technischen Truppenkörper zu einem festen und innigen Ganzen unter einheitlicher Leitung und strengster Mannszucht verbunden. Gleichzeitig und Hand in Hand mit der praktischen Ausbildung dieser Truppen hatte er aber auch ihre wissenschaftliche und theoretische Bildung, von der einfachsten Elementarschule des Gemeinen an bis zu den höheren Lehrern der Offiziere gesetzt. Von nicht minderer Bedeutung ist die von ihm gestiftete Schule neu konstruirte und neu hergestellte sehr umfangreiche technische Feldausrüstung des Genieregiments, wozu er eigene große, musterмäßige Werkstätten errichtete und in Betrieb setzte. Und so darf mit Recht gesagt werden, daß, wenn sich die bayerischen Genietruppen in ihrer Tüchtigkeit nicht allein im eigenen, sondern auch in fremden Heeren Anerkennung verschaffen, so ist dies Lüder's Verdienst, er legte den Grund.

Digitized by Google

retten. Es heißt, der Kaiser lasse jetzt ein Schiff bauen, das, im Falle es auf dem Strand liefe, nicht umstürzen könne; wenn der Versuch gelingt, sollen ähnliche Schiffe von größeren Dimensionen gebaut werden.

Spanien.

Die jüngsten Nachrichten aus Madrid sind etwas günstiger für die Preßverhältnisse als bisher. Auf Andringen des Herrn Mon in den Cortes hat sich die Regierung entschlossen, den Zollwächtern zu verbieten, Bücher aus dem Auslande auf Ansuchen der Geistlichkeit zu verbrennen. Bollaire's Werke haben also künftig in Spanien nicht mehr den Scheiterhaufen zu besürchten. Das neue Preßgesetz wird in den Cortes sehr breit verhandelt; es ist jedenfalls, trotz einiger harten Bestimmungen, unendlich freisinniger als das bisherige, das noch von dem früheren Minister Nocedal herrührt.

Italien.

Rom, 26. März. Der Papst besuchte gestern die Kirche della Minerva und promulgirte nach der Messe das Dekret betreffs der Heiligsprechung der japanischen Märtyrer. In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede erklärte er, die Erziehung der weltlichen Macht dürfe nicht als ein Dogma, sondern als eine Einrichtung der Vorsehung angesehen werden, die bei der gegenwärtigen Ordnung der Dinge für die Unabhängigkeit und Freiheit des Kirchenoberhauptes durchaus nothwendig sey. (F. P.)

Turin, 26. März. In der Abgeordnetenkammer hielt Cucchio bei Uebernahme des Präsidium eine Rede, welche großen Beifall fand. Er sagte, er glaube, daß die Kammer durch seine Wahl zum Vorsitzenden (er ist gebornet Venetianer) einen Beweis von ihrer Geharrlichkeit beim Programm der Einheit Italiens geben wollte. (F. P.)

Turin, 27. März. Die offizielle Gazzetta enthält ein Dekret über die Verschmelzung der Südarmee mit der regulären. Der Bericht zu dem Dekret hebt die Nothwendigkeit hervor, einen gesetzlichen Liberalismus aus den nationalen Truppen zu entfernen. In der Zukunft sey eine Verschmelzung nicht mehr möglich. Im Falle eines Krieges würde sich zwar die Regierung den Beistand der Freiwilligen nicht versagen, aber nach demselben sie wieder auflösen. (Tel. d. Fr. Postz.)

Das neu begründete italienische Blatt „Millionen", dessen Tendenz eine kosmopolitisch-republikanische ist, veröffentlicht nunmehr das von der ungarischen Emigration festgestellte Programm. Dasselbe lautet: Konstitutionelle Monarchie in Ungarn, mit Ausschluß der Habsburgischen Dynastie (General Klapka möchte bekanntlich einen französischen Konsidaten aufstellen), Gleichheit der Nationalitäten*), Offensiv- und Defensiv-Bündniß zwischen Ungarn, Kroatien, Serbien und den Donaufürstenthümern. Es ist dies im Ganzen wesentlich also die ältere Idee des Donaustaates. Die ungarische Bewegungspartei hatte ein scharfes Auge auf jene in Turin stattgefundenen Berathungen zwischen Klapka, Kossuth und Türr, und wenn sie auch keinerlei Erfolg hatten, denn Piemont kann im Augenblick nicht daran denken, den Ungarn Hilfe zu leisten, so haben sie doch für die Revolutionäre den Vortheil gehabt, daß sie Ungarn selbst, gegenüber den Vermittlungsversuchen Oesterreichs, die Entscheidung aufgehalten haben. Die ungarische Fortschrittspartei fährt fort, in der französischen und englischen Presse starke Propaganda zu machen, und Oesterreich kann erst nach dem Frühjahr gegründetere Hoffnung haben, seine Versöhnungsvorschläge in Ungarn angenommen zu sehen, da man sich vor vor der Hand noch immer mit der Illusion einer von außen kommenden Hilfe trägt. (A. Pr. Z.)

Die Proklamation des piemontesischen Majors Fumel ist bekannt. Lord Russell war vor der Bekanntmachung nicht zurückgeschreckt, daß diese Proklamation vom Turiner Cabinet desavouirt worden sey. Jetzt ist sie in einer zweiten vermehrten Auflage in dem Distrikte von Celico angeklebt worden. Die Zusätze lauten: „Ich Unterzeichneter, beauftragt mit der Vernichtung der Briganbage, verspreche eine Summe von 100 Fr. für jeden Brigand, der todt oder lebendig eingebracht wird. Eine gleiche Summe wird jedem Brigand versichert, welcher einen andern Brigand tödtet; ihm selber wird das Leben geschenkt u. s. w."

* Umlaufenden Gerüchten zufolge, die Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, soll in einem der sizilianischen Häfen wirklich ein Geschwader zu einem gegen die dalmatinische oder albanesische Küste gerichteten Unternehmen angekerstet seyn. Wie es heißt, haben auf der Höhe von Zara bei der Insel Melada last. Kreuzer bereits 2 Dampfer angehalten, welche dem Anscheine nach zu der Messagerie Imperiale gehörten und sich angeblich ungünstigen Windes wegen in den Kanal bei Ouarnarolo geflüchtet hatten. Es soll auf Grund des Tuilerien-Cabinets die russische Regierung sich dazu

*) Dadurch sollen die bisher von den Magyaren bekanntlich arg zurückgesetzten, ja bedrückten Deutschen, Rumänen, Serben ꝛc. gehoben werden.

Die Erhebung seiner Schöpfung zum Regimente, und seine Ernennung zum Oberst erfolgte gleichzeitig. Bald darauf erforderten die Ereignisse einen energischen Mann als Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München, wohin er den 21. Oktbr. 1848 berufen wurde. Durch sein kräftiges Auftreten stellte er die Ruhe vollkommen her. Als Anerkennung seiner vielen Verdienste hatte Lüder 1849 den 2. Januar das Ritterkreuz, im folgenden Jahre das Kommenthurkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone erhalten.

Trotz der vielbewegten Zeit, trotz der von verschiedenen ausmarschirten Armeekorps täglich, ja stündlich einlaufenden Berichte und Anfragen fand er Gelegenheit, das durchzuführen, was er als nothwendig für die Armee erkannte. Den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, errichtete er 1850 zwei Sanitätskompagnien, eine im bayerischen Heere ganz neue Einrichtung; dann das 5. und 6. Jäger-Bataillon. Im Kadetenkorps kreirte er 1851 die jetzt als Artillerie- und Genie-Schule bestehende Anstalt, indem er 2 neue Klassen für das spezielle Studium der Artillerie- und Ingenieur-Aspiranten schuf. 1853 bildete er die Artillerie-, dann die Genie- und 1854 die Reglement-Berathungs-Kommission, führte im nämlichen Jahre die Dornstutzen für die Jäger-Bataillons ein und erhöhte so die Tüchtigkeit dieser Waffe. Die gleichzeitig genehmigte Theuerungszulage bewies, daß der Kriegsminister auch für das materielle Wohl seiner Untergebenen sorgte.

Der König ehrte den seit dem 19. Mai 1849 zum wirklichen Generalmajor ernannten Ludwig v. Lüder den 24. Novbr. 1852 durch Verleihung der Stelle als Oberst-Inhaber des 2. Artillerie-Regiments (vacant Zoller), 1853 durch Beförderung zum Generallieutenant und 1854 durch das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael.

Der Bund hatte 1855 die Bereithaltung der Kontingente befohlen; doch die Eventualitäten eines Krieges berechnend, stellte der Kriegsminister höhere Anforderungen, denken der Landtag nicht entsprach, worauf dieser um Entlehnung von seiner Stelle bat. In den huldvollsten Ausdrücken gewährte der König den 22. Mai seine Bitte, ihn in Disponibilität stellend.

Im Oktober 1857 wieder zur Stelle eines Kommandanten der Haupt- und Residenzstadt München berufen, wurde er den 5. August 1858 nach zurückgelegten 50 Dienstjahren, mit Einschluß von 3 Feldzügen, mit dem Ehrenkreuze des Ludwig-Ordens beforirt. Nun machte auch die Natur ihre Ansprüche geltend, und Lüder erbeit die wegen Kränklichkeit erbetene Pension, indem der König ausdrücklich sich seine Wiederverwendung bei eintretender Erkräftigung vorbehielt.

Nicht lange sollte er sich der Ruhe erfreuen.

Abermals war der politische Horizont umdüstert, und es bedurfte das Kriegsministerium der kräftigen Hand eines umsichtigen Mannes. Lüder, abermals zum Kriegsminister ernannt, griff mit energischer Hand ein, um die Lücken in der Ausrüstung des Heeres möglichst rasch auszufüllen, und 3 Monate nachher stand eine achtungsgebietende, mit Allem wohlversehene bayerische Armee an der Grenze. Er schuf Haupt- und Ansahms-Feldspitäler. Auch nach dem Frieden von Villafranca war er rastlos thätig, nachzuschaffen, was er für nöthig hielt. Andere waren freilich nicht immer gleicher Ansicht mit ihm, und namentlich gerieth er mit der 2. Kammer, die mehr an's Sparen dachte, in Zerwürfnisse, die ihm den Gedanken des Rücktritts nahe legten. Er bat um seine Entheb ung, die ihm den 12. Juni 1861 ward nebst der kurz darauf erfolgten Charakterisirung zum Feldzeugmeister.

Seine Verdienste um die rasche Mobilmachung und Wiederherstellung der Armee hatte der König durch die am 7. Januar 1860 erfolgte Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens der bayerischen Krone belohnt. Auch schmückten fremde Orden seine Brust.

Nach seinem Rücktritte in den Ruhestand beschäftigte sich der Verblichene mit den neuesten Erzeugnissen der Militär- und historischen Literatur, und gedachte auch der Armee, für die er lebte, ein seiner würdiges Andenken zu hinterlassen — da überraschte ihn ein Schlagfluß, der zuerst seiner Besinnung und einige Tage später seinem Leben ein Ende machte.

Drei Schwestern überleben ihn.

Der Mannesstamm derer von Lüder aber ist mit ihm erloschen. (N. M. Z.)

Digitized by Google

verstanden haben, die diplomatischen Beziehungen zum Turiner Hofe wieder aufzunehmen, ohne sich jedoch bezüglich der Anerkennungsfrage zu engagiren.

Nichtpolitische Zeitung.

Ludwigsburg, 24. März. Heute stand vor den Schranken des Schwurgerichts ein Individuum, über dessen Namen und Herkunft bis jetzt noch undurchdringliches Dunkel schwebt, eine Art Kaspar Hauser, des versuchten Raubes angeklagt. Im Ermanglung einer Fußbekleidung hatte er einer Weibsperson auf offener Straße mit dem Stock in der Faust die Schuhe abverlangt und ein gleiches Verlangen unter Drohungen auf Leib und Leben hörter an einen Burschen gestellt. Im ersten Falle scheint das Weibsbild um Hülfe und der Räuber lief davon, im letztern nahm der bedrohte Bursche Reißaus. Verhaftet gab sich das gelbliche Subjekt, ein ziemlich starker, unterseßter Bursche mit tiefliegenden, dunkeln, kleinen, aber lebhaften Augen, beharrlich für Jakob Weilermann aus Maulbronn aus. Er habe seine Eltern frühe verloren, sey in der „Lehranstalt zu Lörrach" erzogen und zu Heilbronn konfirmirt worden und habe bis zur letzten Ernte als „armer Kühknecht" bei einem Bauern in Rastatt gedient, von da an meistens in den Wätkern sich aufgehalten. Von diesen Angaben über seine Vergangenheit hat sich keine einzige bestätigt. Insbesondere existirte zu Maulbronn nie Jemand, der den angegebenen Namen getragen hätte, und da der Verhaftete beharrlich jede weitere Auskunft über seine Person verweigerte, da ferner die umfassendsten Nachforschungen, die man bei allen möglichen Gerichten, Polizeibehörden und Steuerämtern des In- und Auslandes, desonders auch mit Hülfe seiner Photographie anstellte, durchaus erfolglos blieben, so trat der merkwürdige Fall ein, daß heute ein durchaus namenloses Individuum vor die Schranken des Schwurgerichts gestellt werden mußte. Zu seiner Namenlosigkeit fügte der Angeklagte aber heute noch die vollkommenste Sprachlosigkeit, indem er vom Anfang bis zum Schluß der Verhandlung alle und jede Antwort und Auskunft beharrlich verweigerte. Er hatte diese verschlossene Haltung von dem Zeitpunkt an angenommen, wo er behufs der Aufnahme seiner Photographie nach Heilbronn transportirt worden war. Vorher war es viel gesprächiger gewesen und hatte zwar abgerneß Zeug geredet (z. B. es sey 12 Jahre alt, sein Bart sey ihm „gewunschen" worden), aber auch ganz vernünftige Angaben gemacht. Der räthselhafte Angeklagte wurde zu einer zweijährigen Arbeitshaussträfe verurtheilt. (N.S.)

— Aus einem an die Frau gelegenen Dose berichten die „B. Lapol", daß Nachts an das Fenster des dortigen Müllers gellopft und Einlaß begehrt wurde. Der Müller schöpfte aber Verdacht und zog es vor, nur durch das Fenster zu parlamentiren. Die draußen stehenden forderten 1000 fl., sonst würden sie mit Gewalt eindringen und den Belagerten ermorden. Letzterer reichte hierauf den Räubern eine Note von 100 fl. zum Fenster hinaus, die er in der Dunkelheit für eine Tausendnote ausgab. Die Räuber entfernten sich hierauf, ließen aber in der Freude über den glücklichen Erfolg eine Flinte vor dem Fenster der Mühle stehen, welche man am andern Morgen als das Gewehr des Dorfsichters selbst erkannte, der denn auch verhaftet wurde.

In der Generalversammlung der zürcherischen Kantonalschützengesellschaft wurde letzten Sonntag das Komité beauftragt, dem ersten deutschen Bundesschießen in Frankfurt eine Ehrengabe von zwei Feldstücken im Werth von 4—500 Fr. zu verabfolgen. (Südd. Z.)

Neueste Nachrichten.

W **Frankfurt**, 28. März. (Privat-Korrespondenz.) Der Schützenverein hat in seiner gestrigen Generalversammlung die Schießordnung für den hiesigen Schießplatz genehmigt, welche zum Theil ziemlich hohe Strafen enthält. Wer das Zündhütchen vor dem Stand aufsetzt, zahlt 2 fl., die Büchse nicht in die Höhe hält, 1 fl. 30 kr., Rauchen, Mitnehmen von Hunden, nach andern Orten als der Scheibe zielen ist bei 30 kr. Strafe verboten. Das Schießgeld kostet für den Nachmittag und per Büchse (es können auch 2 mit einer Büchse schießen) 12 kr. Es wurde beschlossen, den Schießstand, d. h. 3 Stände, für Feldscheiben auf 300 Meter zu verlängern und die dazu nöthigen Mittel (ca. 1000 fl.) bewilligt. Die Versammlung beschloß ferner, eine Festgabe zum Schützenfest zu geben und Listen deßhalb umlaufen zu lassen. Die im Saale sofort veranstaltete Zeichnung ergab, obwohl nicht die Hälfte der Mitglieder anwesend war, 492 fl. Die Gabe des Vereins wird wahrscheinlich, wie es auch in der Schweiz Sitte ist, auf mehrere Preise vertheilt werden. Einer Aufforderung des Vorstandes, die Handhabung der Ordnung auf dem Festplatze nicht der Polizei zu überlassen, sondern selbst wahrzunehmen im Verein mit den Turnern, entsprachen sofort viele Mitglieder. — Schließlich theilte das Präsidium mit, daß die bestellten Bundesbüchsen in nächster Woche schon zu einem Theile eintreffen. Wie machen bei dieser Gelegenheit auswärtige Vereine und Schützen darauf aufmerksam, daß unsere hiesigen Büchsen nur 45 fl. kosten, und wenn sie auch in kleinern Parthien bestellt werden, doch billiger sind, als sie in kleinen Städten oft zu haben sind.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bühlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. f. B. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb.	ditto.	82¾ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	73⅝ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅛–⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅝ P.
„	4½ pCt.	43¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. A. K. (C. b. R.)	103½ P. ¾ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99⅛ P.
„	3 pCt. Obl.	85 P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à B. 2. 30	44⅜ P.
„	2 pCt.	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1201/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	701 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	172–171½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	208 P. 207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	85¼ P. 75¾ G.
Mitteldeutsche Kreditbanken	87⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	344 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	96⅜ G.
Oest. F. St. Eisb. b. Pct. 500 Fr. à 20 kr.	237 P.
„ Elisab.-Eisenbahn b. Pct.	112 P. 111⅜ G.
„ Elisab. Prior. b. pCt. 6/7	76⅛ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 à pCt. Z.	92⅜ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	131¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligt. à 3 pCt.	83⅝ P. 83 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	251 G.
Span. Handels- u. Industrie	500 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4 pCt. volleinbez.	106⅞ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	1094 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstl. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 99 k. S.	105 B.
Brem. 30 Th. 2 mk. k.S.	99⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ B.
Lyon Frc. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frc. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cst. W. l. S.	86 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	Kurhessen. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64⅝ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅞ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68 P.	„ fl. 25 do.	31¼ G.
„ fl. 100 Rthl. L. v. 1858	111¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	121 G.	Sardinien Frc. 36 b. R.	38 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	98 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	95⅜ P.	Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11½ P.

Frankfurt, 28. März. Im Verhältniß zu den uletzigeren ausnördrigen Notirungen gingen zwar öftere. Fonts und Kreditaktien etwas zurück, doch war die Stimmung nicht fest und zu den gewichenen Kursen der Umsatz ziemlich bedeutend. (Sprd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89-90. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 31. März 1862.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter, für hier die unterzeichnete Expedition an und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich **2** fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Angesichts der wichtigen Ereignisse, welche sich in wie außerhalb unseres Vaterlandes vorbereiten, wurden die auswärtigen Korrespondenten der „Neuen Würzburger Zeitung" neuerdings vermehrt, und ist dieselbe somit im Stande, über alle vorkommenden Begebenheiten möglichst rasche und zuverlässige Berichte, über besonders wichtige Vorkommnisse aber

telegraphische Mittheilungen

zu bringen.

Das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" enthält das Neueste und Interessanteste aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre.

Die verehrlichen Quartal-Abonnenten in Würzburg, welche die Zeitung auch im künftigen Quartal zugetragen erhalten wollen, belieben dies noch vor Ablauf dieses Monats der Unterzeichneten mitzutheilen, damit in der Zustellung keine Verspätungen eintreten, indem in Folge eingetretener Vermehrung des Zuträgerpersonals deren Routen geändert werden.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."
(Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

* In der Bundestagssitzung vom 27. März wurde von Bayern mitgetheilt, daß zu den Verhandlungen wegen Abfassung des Entwurfes einer allgemeinen deutschen Civilprozeßordnung und des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Gesetzes über das Obligationenrecht bayerische Rechtsgelehrte abgeordnet werden würden. Somit haben jetzt Oesterreich, Bayern, Hannover und Darmstadt ihre Betheiligung, Preußen seine Nichtbetheiligung, erklärt. — In der kurhessischen Angelegenheit that, dem österreichisch-preußischen Antrag gegenüber, Kurhessen jenen Schritt, den man als den nächstliegenden bereits erwartete. Bekanntlich war der gemeinsame Antrag das Produkt eines Kompromisses, welches die Frage: „ist ein Durchgang durch das Wahlgesetz von 1849 nothwendig?" in Wahrheit nicht sowohl entscheidet, als vielmehr umgeht. Diese Umgehung mußte zur Unmöglichkeit werden, sobald der Kurfürst Erläuterung über den eigentlichen Inhalt der ihm zugedachten Aufforderung begehrte. Dieses Erläuterungsbegehren hat Kurhessen nun am Bundestag gestellt, und zugleich wie sich's erwarten ließ, sich darauf berufen, daß die kurfürstliche Regierung ihr bisheriges Vorgehen auf frühere Bundesbeschlüsse gestützt habe und deßhalb für gerechtfertigt achte. Darin hat die kurhessische Regierung allerdings Recht, und am Ende wird es der Bundesversammlung doch nicht erspart bleiben die lang vermiedene Erklärung in einer oder der andern Art abzugeben, daß ihre frühern Beschlüsse über das Maß des Rechten hinausgegangen sind, Thut sie das nicht, so wird die kurhessische Regierung sich immer auf eben diese Beschlüsse stützen und sich weigern, von dem abzugehen, was sie gemäß denselben gethan hat. — Außerdem begehrt Kurhessen zu wissen, ob der preußisch-österreichische Antrag nur die Ertheilung eines guten Raths bezwecke, oder die Ertheilung eines Befehls. „Der Antrag selbst, sagt Kurhessen, lasse eine mehrfache Auslegung zu, indem es noch demselben zweifelhaft erscheine, wie es sich mit den nach der Verfassung vom 5. Januar 1831 bereits berücksichtigten Standschaftsrechten der Mediatisirten und der Reichsritterschaft verhalten und ob die Verfassung von 1831 auch in ihren offenbar bundeswidrigen Bestimmungen hergestellt werden solle, sowie ob unter dem in dem Antrag erwähnten verfassungsmäßigen Wege das Wahlgesetz von 1851 oder das in den zeitherigen Verhandlungen und Beschlüssen ausdrücklich als bundeswidrig bezeichnete von 1849 gemeint sey. Die kurfürstliche Regierung glaube hiernach in Anspruch nehmen zu sollen, daß die Bundesversammlung mit Anerkennung der jedem Einzelstaat bundesgrundgesetzlich zugesicherten Selbstständigkeit einen Beschluß fassen werde, der ihr eine sichere Grundlage zum Handeln darbiete." Uebrigens wird Kurhessens Erklärung, welche nicht so umfangreich ist als die letzte, dem betreffenden Ausschuß überwiesen.

Dresden, 28. März. Das hasthamtl. „Dresd. Journ." bezeichnet die preußische Kreisordnung als eine für das konstitutionelle Leben Preußens wohlthätige und hält dieselbe für einflußlos auf die älteren konstitutionellen Staaten. Die deutschen Mittelstaaten, meint das Journal, hätten; von dem Drucke der Lust die preuß. Hegemonie gerichteten) Agitation befreit, jetzt weniger Ursache zur Besorgniß und zu Mißtrauen wegen der die Bundesreform betreffenden Frage. (Das ist auch der einzige Gewinn der für Deutschland aus der Veränderung in Preußen erwächst; wenn er nur nicht aufgewogen wird durch ein neues Erstarken der Reaktion, die jetzt in Preußen einen Rückhalt finden könnte. Wir wollen hoffen, daß die Regierungen der Mittelstaaten klug genug sind, sich auch in dieser Hinsicht von Preußen nicht in's Schlepptau nehmen zu lassen.) Es sey dies ein entschiedener Fortschritt auf dem Wege zum gemeinsamen Ziele.

Es ist zur Genüge bekannt, wie sehr namentlich in Süddeutschland sich die öffentliche Meinung gegen einen Handelsvertrag mit Frankreich überhaupt ausspricht. Die Gründe, welche geltend gemacht werden, bestehen im Wesentlichen aus Folgendem: 1) Es ist hauptsächlich der innere Verbrauch, der geschützte vereinsländische Markt, welcher den deutschen Gewerbfleiß hält. Die deutsche Arbeit empfindet bis jetzt die Krisen in Frankreich und Amerika nur deßhalb geringer, weil sie mit ihrer Arbeit mehr auf den einheimischen Markt beschränkt ist und auf demselben des Zollschutzes gegen Frankreich, England und Belgien genießt. Würde man durch einen Handelsvertrag mit Frankreich diese Schleusen öffnen, so erhielte — mit Hülfe des feanzösischen Styzirens, der Mode und des Vortheiles für Alles, was von Paris kommt — der deutsche Gewerbfleiß einen Todesstoß. 2) Die Handelsverhältnisse des Zollvereins mit den europäischen Großstaaten (Oesterreich ausgenommen) sind überhaupt wohl zweckmäßiger nicht im Wege der Handelsverträge, sondern nur in dem der eigenen Gesetzgebung zu regeln. 3) Die Ausdreitung unserer Handels- und Gewerbsverbindungen liegt nicht in Frankreich, sondern in Oesterreich. Der Zollverein im Verkehr mit Frankreich wäre haupt-

Digitized by Google

sächlich auf den Absatz seiner Roherzeugnisse angewiesen, deren Frankreich bedarf, für die aber Deutschland namentlich nach erfolgter weiterer Ausbildung der Handels- und Zollvereinsstaffe zu Oesterreich eine neue Absatzquelle nicht brauchte. Unser Einfuhr aus Frankreich, die viel größer als unsere Ausfuhr wäre, bestände neben Weinen hauptsächlich aus Gewerbserzeugnissen, thäte also unserm Weinbau und unserem Gewerbsfleiß großen Eintrag, indem Deutschland eine Masse von Arbeit und Erwerb, sowie von Geld entzogen würde. 4) Die Realisirung des preußisch-französischen Vertragsprojektes würde den Markt Deutschlands nicht nur Frankreich preisgeben, England und Belgien traten sogleich mit ähnlichen Ansprüchen hervor, und was England betrifft, könnten diesen Zumuthungen von Preußen wohl um so weniger vorgebaut werden, als das Berliner Kabinet ihm schon früher, durch Verträge aus den Jahren 1826 und 1848, in Handel und Schifffahrt die Rechte „der am meisten begünstigten Nation" eingeräumt hat. 5) Der deutsche Gewerbsfleiß arbeitet mit dem mäßigen Schutz, der ihm seit etlich und dreißigen Jahren geworden, sich mühsam und redlich empor. Ihm nun den Erweb zu Gunsten des Auslandes zu entreißen, wäre eine gänzlich verkehrte, ja geradezu unverantwortliche Maßregel, welche sich schwer rächen würde. Kann man daher nur mit Bedauern sehen, wie mächtig der Einfluß Frankreichs seine Hebel in Preußen bereits angesetzt hat, so darf man dagegen wohl um so zuversichtlicher hoffen, wenigstens das übrige Deutschland werde diesmal beweisen, daß es denkt wie die übrigen Großstaaten Europas, welche bei der Regelung ihrer Handelsverhältnisse zum Ausland nur eine politische Rücksicht kennen — die auf ihre nationalen Interessen. (Unsere Regierung ist bekanntlich entschlossen, nur unter Zuziehung der Handelskammern ꝛc., wohl auch des Landtags, den letzten Entscheid über den von Preußen abgeschlossenen Handelsvertrag zu treffen.) (Mz.)

Bayern. Folgende Gewerbsprivilegien wurden verliehen: dem J. Kitchtoff von Manchester auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einem eigenthümlichen Verfahren zur Ueberheitzung des Dampfes mittelst einer eigenthümlichen Vorrichtung von ihm, Oxy-Hydrogen-Retort genannt, für den Zeitraum von zwei Jahren vom 21. Febr. 1862 anfangend; dem J. Harrison von Philadelphia auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einer verbesserten Konstruktion von Dampfesseln für den Zeitraum von zwei Jahren vom 21. Febr. 1862 anfangend; den Fabrikanten Dobson und Barlow in Manchester auf Einführung ihrer Erfindung, bestehend in Verbesserungen an Krempeln und Kretzen für Baumwolle und andere faserartige Materialien für den Zeitraum von vier Jahren vom 22. Febr. 1862 anfangend; dem Ingenieur J. Harrison jun. von Philadelphia auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einem Apparat zur Beseitigung des Kesselsteins für den Zeitraum von zwei Jahren vom 22. Febr. 1862 anfangend, und dem Kaufmann M. Bielefeld in Havre auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einem neuen Systeme zum Mehrmahlen für den Zeitraum von zwei Jahren vom 22. Febr. 1862 anfangend.

Preußen. Es scheint, daß der Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen mit seinem hohen Staatsamt seine Gesandtheit erkauft hat. Neuerdings deuten wenigstens auch offiziöse Stimmen an, daß der Fürst ganz gesund sey und nur um jeden Preis den Staatsgeschäften fern zu bleiben wünsche. (Zeit)

Berlin, 25. März. Daß für wissenschaftliche Zwecke im preußischen Staate kein Geld vorhanden sey, hat bekanntlich mit sonderbarem Behagen der Minister v. Bethmann-Hollweg selbst einmal verkündet (gegen die Königsberger Professoren). Jetzt darf für noch folgenden allerneuesten Beleg. Das Kultusministerium hatte bisher aus seinen Mitteln den preußischen Gymnasien gewisse wissenschaftliche Zeitschriften zu; jetzt sind aber, heißt es in einer jüngst erschienenen Verfügung, die Kosten dafür so gewachsen, daß man, weil die Fonds nicht mehr reichen wollen, hat auf eine Einschränkung denken müssen. Die Sache spricht für sich selbst — und für das Militär-Budget! (Bomm. Z.)

Herr v. Auerswald, einer der zurückgetretenen liberalen Minister, hat die Annahme eines Mandates für Elberfeld aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Berlin, 26. März. Was die Landtagswahlen anbetrifft, sind jetzt die der Wahlmänner auf Montag den 28. April angesetzt seyn, und die der Abgeordneten auf den 6. Mai derart, daß die Eröffnung des Landtags schon um die Mitte des Mai möglich wird. (Allg. Z.)

(Eine charakteristische Bitte. Von ministerieller Seite hier ist ein bekanntes Organ der feudalen Partei (Kreuzzeitung?) ersucht worden, vor den Wahlen von einer unbedingten Unterstützung des Ministerium abzustehen (damit die Wähler nicht vor der Zeit gar zu stutzig werden. Nach den Wahlen kann man schon eher mit der Farbe herausrücken). — Also ein neuer Beleg zu dem alten Spruch: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden; mit meinen Feinden will ich schon selber fertig werden!"

Hannover. Hannover, 27. März. Die Deputirtenkammer hat nach lebhafter Debatte die Betheiligung der Staatskasse bei der Göttingen-Gothaer Bahn mit 680,000 Thaler bewilligt.

= **Oesterreich.** Wien. Privat-Korresp. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich mit Stimmenmehrheit im Prinzipe für die beantragten Steuererhöhungen erklärt.

Wien, 26. März. Heute um 2 Uhr Nachmittags hat das militärische Leichenbegängniß des Feldmarschalls Fürsten v. Windischgrätz stattgefunden. Ausgezeichnet waren zum Leichenkondukt als Repräsentanten der hiesigen Garnison 7 Bataillone Infanterie, jedes von einem anderen Regiment angehörend, 1 Jägerbataillon, 6 Schwadronen Kürassiere, 4 Batterien. Sämmtliche Erzherzoge, welche sich in der Residenz befanden, fast alle dienstfreien Generale, Stabs- und Oberoffiziere der Garnison — ein eben so zahlreicher als glänzender Zug — begleiteten den Leichenwagen. Nach der ersten Ehrensalve blieb der ganze in zwei Treffen am Glacis vor dem Franzensthor aufgestellte Leichenkondukt, die Infanterie mit präsentirtem Gewehr, die Fahnen gesenkt, während fünf Musikkapellen die Volkshymne spielten, in Parade stehen, indeß der Leichenwagen von einer Division Kürassiere escortirt, im Schritte auf der Esplanadestraße vom Burgthor bis zum Schottenthor fuhr.

Graf Nesselrode.

Graf Robert Nesselrode, geboren am 14. Dezember 1780, war, wie der Fürst Metternich, der Sprößling eines alten rheinischen Geschlechts. Der Vetter des soeben hingeschiedenen Reichskanzlers ist das gegenwärtige Haupt der in Rheinpreußen und Westphalen begüterten gräflichen Familie Nesselrode-Ereshoven, preußischer Landrath und Mitglied des Herrenhauses. Diese Abstammung und Verwandtschaft bildet ein Hauptmoment in der politischen Richtung und Thätigkeit des berühmten russischen Diplomaten, deren Grundzug und Hauptangewerk der Einfluß Rußlands in Deutschland war. Als Minister der Kaiser Alexander I. und Nikolaus, die, selbst Abkömmlinge eines deutschen Fürstengeschlechtes, mit so vielen deutschen Höfen verschwägert waren, war sein Augenmerk so wie das seiner Souveräne vorwiegend den deutschen Verhältnissen zugewendet, auf deren innere Entwicklung dieser russische Einfluß einen sehr traurigen Einfluß übte. Rußland betrachtete sich unter dem Grafen Nesselrode und seinen beiden verstorbenen Gebietern gewissermaßen als ein in Deutschland berechtigter Rechtstheil, über welches es kraft dieser sonderbaren Freundschaft nach und nach eine Art Protektorat sich anmaßte, welches die Schwäche der deutschen Fürsten, namentlich aber der Berliner Hof mit geringem Widerstand ertrug.

Zum Lobe des gegenwärtigen Königs von Preußen sey es gesagt, daß sein Stolz sich gegen diese russische Präponderanz stets auflehnt hat. Diese Anmaßung hatte sich in den letzten Jahren des Kaisers Nikolaus so gesteigert, daß er endlich die mächtigsten deutschen Fürsten als von seinen Entschlüssen und seiner Disposition abhängig betrachtete, eine Verirrung, die in den bekannten durch die englischen Staubücher zur Kenntniß von ganz Europa gekommenen Gesprächen so schroff zur Aeußerung gelangte, daß die Ehre und das Selbstgefühl des österreichischen Monarchen dadurch kompromittirt und verletzt werden mußte und zu Konsequenzen führte, welche uns Allen noch frisch im Gedächtnisse sind. Wir wollen den Grafen Nesselrode keineswegs für dieses Uebermaß von Selbstgefühl verantwortlich machen, das den Kaiser Nikolaus bis zu jener Starrheit führte, welche den Ausgang des letzten orientalischen Krieges zur Folge hatte. Graf Nesselrode war ein Mann von vielem Geiste, großer Umsicht und begabt mit jenen politischen Fühlhörnern, welche die Gränzen des Erreichbaren bald spüren.

Es war nicht sein Wille, der in dem orientalischen Streit von 1853—56 der russischen Politik die Richtung gab. Der orientalische Krieg untergrub seinen Einfluß und den der sogenannten deutschen Partei am russischen Hofe. Er mußte für Andere büßen. Der russische Diplomat, dessen übermüthiges Auftreten in Konstan-

Digitized by Google

Beim Marsch aus dem Trauerhause, bezüglich von der Schottenkirche, wo die Einsegnung stattfand, auf das Glacis hatte der ganze Konvukt auf kaiserlichen Befehl die Hofburg passirt. Wohl mehr als 150,000 Menschen waren zugegen. Die Direktion der Nordbahn hat zur Ueberführung des Leichnams des Feldmarschalls Fürsten v. Windischgrätz von Wien nach Prag einen eigenen Trauerwaggon einrichten lassen. Derselbe ist im Innern ganz schwarz verhängt und mit den Wappenschilden des Verstorbenen, dann mit militärischen Emblemen geschmückt. (Pr. Ztg.)

§ Wien, 28. März. (Privat-Korresp.) Es steht derrits außer allem Zweifel, daß man in Wien die Wendung in Berlin benützen wird, um Preußen zu veranlassen, die italienische Politik Oesterreichs zu unterstützen. Ich erfahre, daß die einleitenden Schritte bereits gemacht sind, und daß man sich in den hiesigen entscheidenden Kreisen den besten Hoffnungen hingibt. Welche Erwartungen andererseits unsere Feudalen an die Wendung in Preußen knüpfen, ergibt sich am besten daraus, daß sie bereits mit aller Sicherheit behaupten, das exklusive Portefeuille des preuß. Staatsministeriums werde früher oder später mit Herrn von Manteuffel besetzt werden. Daß der König den Rath des Herrn von Manteuffel über die Situation eingeholt hat, schrint übrigens sicher zu seyn. — Der Herzog von Modena verkauft alle seine im Venetianischen gelegenen Besitzungen und erwirbt dafür Herrschaften in Böhmen.

Wien, 28. März. Zwanzig Mitglieder des Herrenhauses, an ihrer Spitze der bekannte Fürst Karl Jablonowski, hatten vor Kurzem eine Interpellation an den Polizeiminister gerichtet, durch welche sie zu erfahren wünschten: ob die Regierung gesonnen sey, gegen einen Artikel der „Presse" vom 1. d. Mts. nach Maßgabe der noch bestehenden Preßgesetze vorzugehen. Dieser Artikel hatte allerdings in schärfster Weise Worte der Entrüstung und des Tadels gegen einige Kirchenfürsten ausgesprochen, welche in ihrer hohen kirchlichen Stellung der Feier des Erinnerungstages an die Oeffentlichkeit der Patente vom 26. Februar v. J. hindernd entgegengetreten waren. Das Gesetz, dessen Anwendung die Zwanzig fordern, ist die Bach'sche Preßordnung vom 27. Mai 1852 mit ihren Verwarnungen und ihrem ganzen administrativen Apparat. Die Zwanzig wollen in Wahrheit weder für die Kirche noch gegen die „Presse" zu Felde ziehen, sie gehen geradezu der Februarverfassung auf den Leib. Das ist des Pudels Kern. Unter den Zwanzig findet sich kein einziger der Kirchenfürsten, die im Herrenhaus sitzen; man will den Schein vermeiden, daß man pro domo rede. Diesmal läßt sich der Adel vom Klerus vorschieben; er hofft, daß bei nächster Gelegenheit der Klerus den Liebesdienst vergelten werde. Einer macht den Anwalt des andern und sie können es, denn sie bekämpfen ein und dasselbe, führen also mit der Sache des Freundes die eigene. Unter den Interpellanten figurieren der Fürst Vincenz Auersberg, der aus seiner politischen Gesinnung kein Hehl macht, der nicht minder gekannte Tyroler Graf Clemens Brandis, der Vater der Agitation für die „Glaubenseinheit", und der Konkordatsminister Graf Leo Thun. Es ist bezeichnend, daß die Interpellation an den Polizeiminister gestellt wurde, nicht an den Minister des Innern, nicht an den Leiter des Justizministerium. Warum? Erstens ist Freiherr v. Meseryk ein schlechterer Redner als der immer schlagfertige Ritter v. Lasser, zweitens wollen die 20 Herren eine polizeiliche, seine gerichtliche Maßregelung der „Presse". Um eine Verwarnung der „Presse" ist es ihnen zu thun; sie wissen recht gut, daß sie in einem Prozeß gegen das Blatt den kürzeren ziehen würden. Zwar ist das neue Preßgesetz, welches die Verwarnungen beseitigt, in beiden Kammern fast durchberathen; man unterhandelt eben wegen Aufhebung der Tortur, ehe bevor sie aufgehoben wird, soll noch der eine torquirt werden. Die 20 Herren wissen, daß sie im Hause die Minderheit bilden; aber über Interpellationen kann nach der Geschäftsordnung nicht diskutirt und nicht abgestimmt werden; die Interpellanten haben sich also dessen versichert, daß ihr Erfolg ihnen von der verfassungsfreundlichen Mehrheit des Herrenhauses nicht entwunden werden kann. Sie gaben sich dem Glauben hin, daß das Kabinet seine Antwort ertheilen könne, welche nicht nach der einen oder der anderen Seite anstöße; es war ihr Zweck, dem Ministerium eine Falle zu legen. Diese Hoffnung wurde jedoch durch die heute vom Polizeiminister ertheilte Antwort zu Schanden gemacht. Diese erreicht wahrlich der „neuen Aera" in Oesterreich zu Ruhm und Ehre. Die Antwort enthält zwei Momente: zunächst, daß die Justiz keinen Grund zum Einschreiten fand, sodann — was weit wichtiger — daß die Staatsgewalt als Prinzip aufstellt, von Seite der Verwaltung aus sey in das Preßwesen nicht einzugreifen und dem Gesetze freier Lauf zu lassen; das Recht allein habe fortan auch für die Presse zu gelten, und wo es kein sicheres Auskunftsmittel biete, sey die Zuhilfenahme von Administrativmaßregeln zu verschmähen. Das ist ein großes Prinzip, denn nichts vermag die Achtung vor dem Gesetze mehr zu erhöhen, als wenn es weder von oben noch von unten umgangen wird und werden kann. Die Interpellanten des Herrenhauses, welche der Polizeiminister mit einer leisen Ironie daran erinnerte, daß das hohe Haus doch selbst in seinen Beschlüssen über das neue, demnächst ins Leben tretende Preßgesetz die Administrativmaßregeln ausgeschlossen, und daß mehrere der Interpellanten selbst gegen deren Zweckmäßigkeit sich ausgesprochen haben — werden nicht verkennen, daß sie dem moralischen Krebs des Ministerium Schmerling, freilich wider Willen, einen sehr erheblichen Dienst geleistet haben.

Das Abschieds-Schreiben des verstorbenen Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz an sein österreichisches Dragoner-Regiment lautet: „An mein Regiment! Ich kann die Welt nicht verlassen, ohne mein tapferes Regiment noch zu grüßen. — So wir ich hienieden stets lebhafte Theilnahme für dasselbe gefühlt habe, so werde ich auch jenseits, wenn dies möglich ist, seine Thaten und Schicksale verfolgen. Wien, 13. März 1862. Alfred Fürst Windischgrätz, F.-M. — Das Testament des Fürsten umfaßt bei acht eng beschriebene Bogen. Dasselbe soll auch ein politisches Programm enthalten.

Frankreich.

Paris, 26. März. Aus den Verhandlungen im Prozeß Schurer geht hervor, daß die von dem Angeklagten nach Paris gerichteten Briefe auf Befehl des hortigen Polizeipräfekten mit Beschlag belegt und geöffnet wurden. Der Vernacht wurde durch die Adresse begründet, an welche die Briefe gerichtet waren, mit andern

---

tinopel durch den famosen Palelot Europa stutzig machte, war kein Mann der sogenannten „deutschen" Partei in St. Petersburg. Der Krimkrieg zerstörte das Werk, welches den Stolz und den Gipfelpunkt des politischen Lebens Nesselrode's bildete, er zerstörte den ungeheuern Erfolg, das riesige Uebergewicht, welches Rußland im Oriente durch die Gründung des Königreichs Griechenland erreicht hatte. Die kluge Stellung, die Nesselrode im griechischen Befreiungskampfe einnahm, machte seine Politik schließlich triumphirend; sie führte zu dem berühmten, in St. Petersburg von England und Frankreich am 4. April 1826 unterzeichnetrn Protokoll, zu dem Ultimatum an die Pforte im Juni des darauf folgenden Jahres, zur Isolirung Oesterreichs in dieser großen Frage, sie führte die später von den Westmächten so tief beklagte Schlacht von Navarin herbei; der daraufolgende Krieg mit der Pforte, der Vertrag von Hunkiar Skiressi — alle diese großen materiellen und politischen Einfluß-Eroberungen, die Nesselrode's Thätigkeit und schlaues Genie für Rußland erworben, sie gingen mit dem orientalischen Krieg und dem Pariser Frieden von 1856 zum Theil verloren, zum Theil wurden sie in ihrer unmittelbaren Wirkung auf Jahrzehnte hinaus zurückgeworfen.

So sah der Mann am Spätabende seines Lebens sich endlich nicht nur von seinem Amte durch andere Einflüsse verdrängt, sondern auch die Früchte einer fünfzigjährigen Thätigkeit zerstört, ohne seine Schuld, denn er hatte 1853 zur Mäßigung gerathen und wurde doch von seinen Feinden dafür verantwortlich gemacht. Die deutsche Partei ist seit dem Rücktritte des Grafen Nesselrode von den Geschäften verdrängt und die russische Nationalpartei ist an's Ruder gekommen. Wir haben dem deutschen Standpunkte aus keine Ursache, für jene geführte deutsche Partei Sympathien zu ängern; sie hat sich leider viel zu viel um Deutschland gekümmert, und zwar nicht um seinetwillen, sondern im Interesse der russischen Herrschaft in demselben. Aber um gerecht zu seyn, müssen wir sagen, daß die Nachfolger der deutschen Partei in Rußland, obschon sie beinahe sieben Jahre am Ruder sind, auch nicht einen von den großen politischen Erfolgen aufzuweisen haben, die Graf Nesselrode in Massen hatte. Das kömmt daher, weil der verstorbene Reichskanzler nicht seinen Leidenschaften die Rücklichtnahme opferte. Die Nesselrodische Epoche ist in jeder Beziehung vorüber; es sind nicht seine Prinzipien, denen wir eine Lobrede halten können. Im Gegentheil! Aber sein Talent war ein großes und sein Blick umfassender, als daß irgend einer der diplomatischen Epigonen mit ihm zu vergleichen wäre, der Diplomat vom 2. Dezember ausgenommen.

(Oest. Post.)

Digitized by Google

Worten: die HH. Gustave Jlambert, Rambaud und Hulliart haben die Ehre, zu den Personen zu gehören, deren Briefe regelmäßig untersucht und nach Erfordernis geöffnet werden. Die genannten Herren wurden von Hrn. Schneider als seine „politischen Gesinnungsgenossen" bezeichnet, was wohl der Regierung schon bekannt war.

Paris, 28. März. Auf dem gestrigen Maskenball bei Hrn. v. Persigny, welchem auch Ihre Majestäten anwohnten, ereignete sich ein Vorfall, der tragisch hätte werden können, jedoch nur komisch verlief. Gegen 1 Uhr Morgens löste sich einer der Kronleuchter im Salon vom Plafond los, aber glücklicherweise so langsam, daß, als er zur Erde fiel, Herren und Damen Zeit gehabt hatten, aus dem Wege zu gehen. Nun stürzte Alles herbei, um zur Verhütung eines Feuers die Kerzen zu löschen, und mit nicht geringem Staunen bemerkte man unter den Händen, welche zu diesem Behufe eiligst von Handschuhen entblößt wurden, etliche Dutzend nichts weniger als aristokratischer Fäuste. Hie und da tauchte auch ein „sonderbares" Gesicht auf, und rasch zur Seite gewonnene Domino's enthüllten Toiletten, die weder von Human noch von Dufaudoy herrührten — es waren Mouchards (geheime Polizei). (Fr. Pztg.)

Zum Verdruß der übereifrigen Anhänger des bonapartistischen Systems fängt das Redenhalten an, im gesetzgebenden Körper beliebt zu werden. In der Sitzung vom 25. März berieth man ein Gesetz über die Fristen bei zivilrechtlichen Nichtigkeitsbeschwerden vor dem Kassationshof. Eine ganze Anzahl Abgeordneter ließ sich darüber vernehmen, und es fielen nicht nur scharfe Worte, sondern es geschah auch etwas, das seit 1852 selten vorgekommen: die Kammer **verwarf** einen Artikel, in dessen Aenderung ze willigen der Staatsrath dem Ausschuß der Kammer abgeschlagen hatte. (Fr. Hdlz.)

Im französischen Budget für 1863 sind für Verzinsung der Staatsschuld $466^1/_3$ Millionen vorgesehen, wozu noch 28 Mill. für Interessen besonderer Anleihen für Kanäle und dergleichen, und $53^3/_4$ Mill. für Verzinsung von Kautionen und Mobiliches kommen; zusammen ungefähr 548 Mill. für Zinsen! Der Kaiser hat 25 Mill. jährlich, die Prinzen $1^1/_2$ Mill., der Senat $6^3/_4$ Mill. der gesetzgebende Körper über 3 Mill. jährlich; so daß die drei Staatsgewalten zusammen 44 Mill. kosten. Unter Ludwig Philipp betrug die Civilliste 12 Mill. und die Kammern empfingen gar nichts (letzteres war übrigens auch nicht gut und hatte schlimme Folgen); sonach macht die Mehrausgabe bei diesem Kapitel allein 32 Mill. jährlich aus; demnach hat das Kaiserreich in seinen zehn Jahren das Land 320 Mill. mehr gekostet, als das Zuli-Königthum erfordert haben würde.

Die „Patrie" **versichert**, Frankreich wolle den Sohn der verstorbenen Königin Ranovolo, den Prinzen Rakut, unter dem Namen Radama II. als König von Madagascar anerkennen, jedoch nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der „Rechte Frankreichs" auf das Protektorat der Insel. Wir haben schon früher geschichtlich nachgewiesen, daß solche Rechte nie bestanden haben, und daß Frankreich zwar einmal mißlungene Versuche zur Besetzung eines Küstenstriches gemacht, daß es aber niemals irgend einen Theil der Insel besessen hat. Dessen ungeachtet will es fortwährend ein Land „protegiren", das einer Protektion weder bedarf noch begehrt.

Italien.

Berichte aus **Neapel** vom 25. März theilen mit, daß die Generale Doda und della Chiesa in Disponibilität gesetzt worden sind wegen der Unfähigkeit, welche sie bei ihren Operationen gegen die Freischaaren gezeigt. Es werden in Neapel große Festlichkeiten vorbereitet zum Empfange Garibaldi's. Die Studenten haben dort eine Legion gebildet, die sich Garibaldi vorstellen wird. (Fr. J.)

Amerika.

Die neuesten Ergebe der Bundestruppen auf dem **nordamerikanischen Kriegsschauplatz** lassen sich in Folgendem zusammenfassen: 1) Die Blokade des untern Potomac ist aufgehoben. 2) Manassas Junktion ist vom Feinde geräumt und vom Bundesheere ohne Widerstand besetzt worden. 3) Neu-Madrid, der letzte Punkt in Missouri, in dem sich die Rebellen in großer Stärke befinden, ist von der Division des Generals Pope auf der Landseite eingeschlossen. Es ist das erste Vorwerk von Memphis. 4) In Arkansas haben die Generale Curtis und Sigel in einer dreitägigen blutigen Schlacht die vereinigten Streitkräfte Price's, McCulloch's, Van Dorns und McZnosh's aufs Haupt geschlagen und zersprengt. Die Schlacht entscheidet aller Wahrscheinlichkeit nach das Schicksal der nördlichen Hälfte des Staats Arkansas bis an den gleichnamigen Fluß. 5) Die ganze Küste von Georgia ist im Besitze des Bundes. Brunswick, einer der besten Häfen der südatlantischen Küste, ist von der Bundesflotte in Besitz genommen und durch Bundestruppen besetzt worden. 6) Fernandina, der wichtigste Hafen von Florida und der Ausgangspunkt einer quer durch die Halbinsel nach Cedar Keys am mexikanischen Meerbusen führenden Eisenbahn ist in den Besitz des Bundes gelangt. Zugleich damit hat kasematierte Fort Clinch. Die meisten männlichen Bewohner von Fernandina sind entflohen, und die Stadt wurde ebenfalls besetzt. (A. Z.)

In **Washington** war, wie das „Pays" meldet, das Gerücht verbreitet, daß mehrere amerikanische Republiken verlangt hätten, Spanien anerzieht zu werden. Die Depesche, welche diese Nachricht enthält, fügt bei, daß die Vereinigten Staaten durch Verbreitung derartiger Gerüchte nur einen Vorwand suchten, sich in die mexikanische Frage zu mischen.

Einem Schreiben der „Epoca" aus dem Lager von Laserin zufolge ist die Hitze in **Mexiko** bereits so groß, daß bei der Zusammenkunft der Bevollmächtigten in Soledad vier Pferde von fünfzig, welche die Eskorte des Generals Prim bildeten, unterwegs todt niederstelen.

Nichtpolitische Zeitung.

Lindau, 25. März. In den letzten Tagen ging die unmittelbar vor der Landthon-Brücke gelegene Villa Zahn durch Kauf in den Besitz des Großherzogs Ferdinand von Toskana über.

(N. Münch. Z.)

In **Rosenheim** (Oberbayern) ist die Einführung der Gasbeleuchtung definitiv beschlossen und Hrn. Riedinger aus Augsburg die Herstellung und Leitung derselben gänzlich übertragen worden.

(B. Bl.)

Ingolstadt, 29. März. Nach langen Unterhandlungen sind endlich die Väter unserer Stadt mit Hrn. Riedinger über Einführung der Gasbeleuchtung dahier übereingekommen.

(Augsb. Abdz.)

London, 26. März. Vor einigen Tagen hatte ein Italiener, Namens Tadini, der ehemals Geistlicher war, eine Vorlesung über „Ohrenbeichte, Jesuiten, Nonnen und das Papstthum wie es war und ist" angekündigt. Viele Karten waren gelöst und der Saal war dicht gefüllt, die Vorlesung aber unterblieb, weil Signor Tadini, eben als er die Rednerbühne betreten wollte, von einer Wirthstau, deren Tochter er entführt hatte, der Polizei übergeben wurde. Er konnte nur mit Mühe vor den Mißhandlungen des Pöbels geschützt werden.

Das Terrain für das projektirte Riesengebäude zu einer ständigen Industrie-Ausstellung in **Paris** ist jetzt definitiv ausgewählt. Dasselbe befindet sich bei Auteuil vor dem Bois de Boulogne. Wahrscheinlich wird ein eigener Bahnhof für das besuchende Publikum in dem Gebäude selbst angelegt.

Neueste Nachrichten.

München, 29. März. Ihre Maj. die Königin Marie hat als Beitrag zum Ausbaue der protestantischen Kirche in Neumarkt 400 Gulden gespendet. (B. Vdb.)

München, 30. März. Eine größere Anzahl hiesiger Schützen hat sich bereits verabredet, gemeinschaftlich zum deutschen Schützenfeste nach Frankfurt zu gehen; auch an Festgaben für das Schützenfest wird es von hier aus nicht fehlen. (Südd. Z.)

* An vielen Orten der preuß. Monarchie, so zu Köln, Trier, Bonn, Stettin, Heiligenbeil, Gumbinnen, Magdeburg, Halle, Weißenfels, Marienburg, Krefeld, Lübecke, Breslau ꝛc. ꝛc., haben in den letzten Wochen liberale Urwähler-Versammlungen stattgefunden, vor welchen die heimgekehrten Abgeordneten ihr Verhalten und die Gründe desselben darlegten, und welche sich entschieden für die Mehrheit des aufgelösten Abgeordnetenhauses erklärten.

Leitmeritz, 25. März. Dem Bischof Hille ist dieser Tage von dem Kaiser die Geheimrathswürde verliehen worden. Aus Anlaß dieser Auszeichnung wurde gestern dem kirchlichen Würdenträger ein Fackelzug unter allgemeinster Theilnahme gebracht.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Göbelmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 91.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei An-ertan wird die dreifache Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dienstag, 1. April 1862.

Deutscher Bund.

Der Zollvereinsvertrag mit der Türkei ist am 20. März durch den preußischen Geschäftsträger von Rehfues in Konstantinopel abgeschlossen worden.

Bayern. In Betreff des Amtsbürgschaftswesens hat das k. Staatsministerium der Finanzen unterm 13. d. M. eine Entschließung erlassen, durch welche in Betracht mehrfacher Unzuträglichkeiten, die mit der bisherigen Einrichtung — wonach die Urkunden über die daar erlegten Amtskautionen sowie die Interimsscheine über die daran erlegten Posten den Kassenten ausgehändigt wurden — verbunden waren, für die Zukunft verfügt wird: 1) Alle Amtsbürgschaftsskriptsurkunden über baar erlegte Amtskautionen, welche von den k. Staatsschulden-Tilgungskassen, sey es in Folge erstmaliger Erlage oder in Folge der Transferirung von einer Dienststelle auf eine andere von nun an zur Ausfertigung gelangen, sind bei den einschlägigen Zentral-Haupt- und Kreiskassen, dann den Oberaufschlagämtern zu hinterlegen, die dagegen dem Kautionsleister einen Depositenschein zu behändigen haben. 2) Die gleiche Hinterlegung gegen Depositenschein hat hinsichtlich der Interimsscheine der k. Staatsschuldentilgungskassen über baar erlegte Kautionsposten nicht bloß für die Zukunft stattzufinden, sondern es sind dem zur Zeit noch in Fristenzahlungen befindlichen Beamten auch die bereits in ihren Händen befindlichen Interimsscheine zur gleichmäßigen Behandlung abzuverlangen. 3) Um die allgemein gleichmäßige Vereinfachung der Sachbehandlung möglichst rasch ins Leben zu führen, ist die Aufforderung zur Einsendung der Amtsbürgschafts-Urkunden in das Depositorium auch an alle jene Beamten zu erlassen, welche ihre baaren Kautionen schon vollständig einbezahlt haben.

München, 30. März. Seit einiger Zeit sehen wir, wie bei dem 6. Jägerbataillon, entschieden nicht ohne höhere Genehmigung, Mannschaft und Unteroffiziere sehr praktische und kleidsame Gredl-Röcke während der wärmeren Jahreszeit zu tragen beginnen. Dem Vernehmen nach soll dieses Kleidungsstück speziell zu Turn- und Fechtübungen bestimmt seyn, und kann solches als eine Erleichterung, Verbesserung und Ersparung nur begrüßt werden.

(N. Nachr.)

Preußen. Das neue preußische Ministerium soll schon wieder in sich uneins seyn, indem Herr v. Roon die schärfsten Maßregeln, Bevölgung des Nationalvereins u. s. w. anrathe, während Herr v. d. Heydt noch ein wenig mit den Liberalismus zu kokettiren wünsche. Der Kriegsminister ist offenbar ein ungeduldiger Heißsporn. Später wird auch der vielgewandte Hr. Finanzminister sich zu dieser Meinung bekehren. (Das wäre der ärgste Hohn des Schicksals — und nicht unverdient wenn der Nationalverein jetzt gerade in Preußen, für das es sein Alles einsetzte, unterdrückt würde.)

Die „Köln. Zeitung" enthält eine Erklärung des Frhrn. G. v. Binde, in welcher er zwar die Mittheilung eines Berliner Blattes, daß er das jetzige Ministerium zu unterstützen gedenke, als auf einem Mißverständniß beruhend bezeichnet, sich aber bei Gelegenheit auf das entschiedenste gegen die Beschlüsse des aufgelösten Hauses der Abgeordneten hinsichtlich des Hagen'schen Antrags ausspricht. In seiner Polemik gegen den Hagen'schen Beschluß des aufgelösten Abgeordnetenhauses, erscheint besonders die Behauptung neu, daß die dafür stimmenden Mitglieder sich vorher hätten überlegen müssen, ob in ihrer Mitte Männer seyen, welche fähig und den Umständen nach in der Lage seyen mit Erfolg die Geschäfte des Landes zu übernehmen. Er sagt schließlich: „Ich habe es der Offenheit angemessen erachtet, mich dergestalt über die brennende Frage des Augenblicks auszusprechen, während ich meine politische Richtung seit vielen Jahren zur Genüge klar gelegt habe. Ich habe auf die an mich gerichtete Frage mich bereit erklärt, — wenn man hienach im Kreise Hagen (den er früher vertrat) mich wählen wolle, — diese Wahl anzunehmen, wenn ich auch, im Betracht der damit verknüpften großen Verantwortlichkeit, ein Mandat so wenig wünsche, daß ich mich darum — wie noch nie geschehen — auch dießmal nicht bewerben würde." Nach diesen Proben von politischem Sinn wird wohl kein Mensch sich mehr der Hoffnung hingeben, der bayiere westphälische Baron werde jemals den großen Schritt vom Parteigänger zum Parteiführer thun, noch auch wird ihn, wie wir denken, der Kreis Hagen zu seinem Abgeordneten ernennen. Herr v. Binde übersieht ganz und gar, daß der Hagen'sche Antrag nicht die wahre Ursache der aufgedrohenen Krisis, sondern nur der Anlaß war, bei dem der längst vorhandene Zwiespalt zwischen Abgeordneten und Regierung offen zu Tage trat.

Kurhessen. Ein kurfürstlicher Beschluß ordnet an, daß den Staatsdienern die „persönliche Danksagung" bei dem Kurfüssten für Gehaltserhöhungen nicht ferner nachgelassen seyn soll.

(Fr. J.)

In mehreren Dörfern des kurhessischen Kreises Hofgeismar, welche voriges Jahr durch Hagelwetter heimgesucht wurden, herrscht eine so große Noth, daß man das Aasbrechen des Hungertyphus befürchtet. Auf ein Gesuch um Linderung des Elends aus Gemeindemitteln soll der Minister Hassenpflug die höhnische Antwort, man möge sich nur an den „Knebel" wenden, den bekannten liberalen Vertreter des Kreises am Landtag.

Baden. Die badische 2. Kammer hat nach einer glänzenden Rede des Ministers Lamey mit 30 gegen 25 Stimmen beschlossen, an dem Regierungsentwurf des §. 1 des Gewerbegesetzes festzuhalten, und nicht, wie Knies im Namen des Ausschusses empfahl, statt des landrechtlichen 21. das vollendete 24. Lebensjahr als Bedingung selbständigen Gewerbebetriebs aufzustellen — ein Sieg der volkswirthschaftlichen Vernunft, obgleich er gegen einen Lehrer der Volkswirthschaft erfochten werden mußte.

Freie Städte. Frankfurt, 31. März. Gestern Nachmittag fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Nationalvereinsmitglieder von hier und Umgegend statt, die der Fortschrittspartei in Preußen ihre Theilnahme aussprach, und ferner die Ansicht aussprellte, der am Bundestag eingebrachte preußischerseits Antrag in der kurhessischen Sache wahre nicht genug das Recht des hessischen Volkes.

(K.Fr.J.)

Oesterreich. Wien, 25. März. Gestern begann im Abgeordnetenhause die Berathung der Budgetvorlagen. Der mährische Abg. Dr. Brazal sprach Namens der Tschechischen, der galizische Ritter v. Grocholski Namens der polnischen Fraktion aus, daß sie sich an Debatte und Abstimmung nicht betheiligen würden. Die Erklärung beruht bekanntlich auf Bedenken wegen der Kompetenz des gegenwärtigen Reichsraths, sie ist nicht neu, denn sie wurde von diesen Fraktionen bereits im Dezember v. J. abgegeben. Unter den hiesigen Blättern tadeln selbst solche, welche dem Prinzip nach föderalistisch, also gegen irgend eine Gesammtverfassung sind, den Beschluß dieser Fraktionen. Sie sagen, daß die betreffenden Deputirten sich dadurch die Möglichkeit nehmen, in Gesetzesvorlagen Angelegenheiten die Interessen ihrer Kronländer zu wahren und deren Lage und Bedürfnisse geltend zu machen. Wenn in einem andern konstitutionellen Lande der Monarch Gegenstände, die seiner alleinigen souveränen Beschlußfassung verfassungsmäßig unterliegen, der Prüfung und Beschlußfassung der Volksvertretung zuweise, so würde man das als einen Beweis des Vertrauens mit Dank annehmen und aufnehmen. Nun ist es einmal in Oesterreich verfassungsmäßig, daß — wie gestern Brazal, der Redner der Tschechen, selbst sagte, und auch Grocholski als Redner der Lechen (Nationalpolen Galiziens) nicht in Abrede stellte — der Kaiser in Gemeinschaft des vollen Reichsraths (weil nämlich Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien jetzt nicht vertreten sind) fast eigener Volksvertretungsrechtigt, das Budget festzustellen. Folglich sollte man glauben, daß

Digitized by Google

auch die Tschechen und Lechen, welche ihr Ehre haben, von ihren Ländern in das Abgeordnetenhaus des Reichsrathe gesendet zu seyn, es mit Dank anerkennen würden, daß der Monarch seine eigene Machtvollkommenheit beschränkt und das Recht, das Budget für das Verwaltungsjahr 1862 (1. Nov. 1861 bis 31. Oktober 1862) festzusetzen, mit dem gegenwärtigen Reichsrathe theilt (Erklärung des Staatsministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Dez. 1861). O nein! Dafür hat Prazal Namens der Tschechen, Grocholski Namens der Lechen erklärt, daß sie an keiner Berhandlung über das Budget Theil nehmen werden, weil der engere Reichsrath nicht für Reichsfinanzangelegenheiten kompetent sey. Wenn aber jene Herrn selbst nicht leugnen, vielmehr behaupten, daß in Gemeinschaft des gesammten Reichsrathes der Kaiser in Bezug auf dieselben alle Machtvollkommenheit besitzt, und wenn der engere Reichsrath, der die größere und wichtigere Hälfte der Monarchie, nämlich außer auch Böhmen und Galizien vertritt, das Ansuchen des Monarchen, seine Machtvollkommenheit mit ihm für das Budget des Verwaltungsjahres 1862 zu theilen, in der Sitzung vom 18. Dez. v. J. angenommen hat: so ist im Wege des gesunden Verstandes nicht einzusehen, warum die Tschechen und Lechen (d. h. ihre Abgeordneten) an dieser Theilung ihr Kompetenz des Kaisers mit dem Reichsrathe nicht partizipiren, nicht die Interessen ihrer Wähler vertreten wollen. Ihre unbegreifliche Handlungsweise geht lediglich aus dem Parteistandpunkte der Föderalisten, der Gegner einer allgemeinen Reichsverfassung, hervor. — Die Anträge des Finanzausschusses wurden von den zurückgebliebenen Abgeordneten, trotz ziemlich heftiger Opposition des Finanzministers, mit großer Majorität angenommen: sie enthalten einen Tadel darüber, daß die schwebende Staatsschuld durch Vermehrung der Hypothekenscheine erhöht wurde, daß Vorschüsse auf Depots genommen wurden, ohne diese Operation im Berichte zu rechtfertigen, daß in Venetien zwangsweise die Banknoten eingeführt wurden, daß die Silberzinsen der Nationalanleihe in Papier mit Agio ausbezahlt wurden u. s. w., wobei jedoch ausdrücklich erklärt wurde, daß man damit nicht sagen soll den Finanzministerium nicht zu nahe treten, sondern nur die Maßregeln mißbilligen wolle, die zum großen Theil in Verhältnissen wurzelten, die schon vor seinem Amtsantritt vorhanden waren.

= Wie uns aus Prag geschrieben wird, erfreut sich der zentralistische (d. h. verfassungsfreundliche) „Cas" einer beträchtlichen Zunahme seiner Abonnenten, da die föderalistischen Blätter, „Narodin Listy" und „Hlas" sich seit der Lossagung der Tschechen von den Debattern des Reichsrathes um letzteren gar nicht mehr bekümmern; der tschechische Bürger- und Bauernstand ahne begreiflicherweise das höchste Interesse daran hat, von den Debatten über die Finanzvorlage rechtzeitig unterrichtet zu werden.

Frankreich.

Paris, 29. März. Der Wahlerlaß des jetzigen Ministers des Innern in Preußen hat so sehr den Beifall des Grafen v. Persigny gefunden, daß der „Moniteur" ihn heute vollständig hat wiedergeben müssen.

Die „Indep. belge" berichtet aus Paris: Bei der Zusammenkunft des Marquis v. Lavalette mit dem Kaiser am 26. d. habe ihm irgterer erklärt: „Die französischen Truppen werden selbst nach dem Tode des Papstes während des Conclave in Rom bleiben." (Der Berichterstatter der „Independance" hat ohne Zweifel der vertraulichen Unterredung des Kaisers mit seinem Gesandten beigewohnt! Der Mann hört sicher auch das Gras wachsen.)

(L. d. Fr. Journ.)

Paris, 30. März. Acht Arbeiter aus der Druckerei des Hrn. Paul Dupont sind verhaftet worden. Man hat behauptet, es seyen politischen Gründen geschehen; dies ist aber irrig. Die Setzer und Drucker hatten sich geweigert, mit Arbeiterinnen in derselben Werkstätte zu arbeiten, und deßhalb Hrn. Dupont im Stich gelassen. Sie sind nun des Vergehens der vrabredeten Arbeitseinstellung angeklagt. (Auch ein Hopf, den die Nationalökonomie noch zu beseitigen hat. Wenn die Prinzipale zu ihrem Vortheil sich verabreden, findet man nichts Unrechtes darin, aber die Arbeiter — ja das ist was ganz Anderes!)

Ein Student, Taule, ist unter Beschuldigung, er habe Einverständnisse im Ausland unterhalten, verhaftet worden. Seine Missethat besteht darin, daß er einen Brief an einen Ausländer geschrieben, dessen Adresse ihm ein Herr Bernard gegeben. Der Brief ist auf der Post erbrochen worden. Bernard ist als Mitschuldiger angeklagt. Glückliches freies Frankreich!

Nach Berichten aus Lyon drängt sich die Menge in die Gemächer des Erzbischofs von Turin, um den dort in der Verbannung verstorbenen Prälaten noch einmal zu sehen. Die Leiche liegt in einem hiesernen Sarg, doch kann man durch eine kleine Glasschribe das Antlitz erblicken.

Italien.

Am 23. wurde in Bologna auf den Advokaten Pinna, den Inspektor Baccarini und den Delegaten Casati, während sie sich von der Quästur zu Tisch begeben wollten, eine Orsini-Bombe geworfen, welche mit heftigem Knall platzte, und die Fenster an den umliegenden Häusern zertrümmerte. Der Quästor und der Delegat wurden glücklicher Weise nicht verletzt, der Inspektor Baccarini aber am Fuße beträchtlich verwundet. Bologna ist in Folge dieses Attentats in großer Aufregung; zahlreiche Patrouillen durchziehen die Straßen. Bis jetzt konnte die Urheber nicht entdeckt werden. (A. Z.)

Turin, 28. März. Wie erhalten eben die Nachricht aus Neapel vom heutigen, daß Gennaro de Lucia, der Gefährte Giriano's, von Nationalgarden verhaftet und sofort erschossen wurde.

(Allg. Ztg.)

Turin, 28. März. Nach der offiziellen Zeitung wurden eben 400 Unterlieutenants angestellt. Eines unserer Kriegsschiffe erhielt Befehl nach dem Piräeus zu segeln. Die Nationalgarde von Casale wurde wegen Opposition gegen die Regierung aufgelöst.

Turin, 30. März. Die Minister Manciui und Cordova haben ihre Entlassung eingereicht. Sie haben ihre Aemter (Justiz und Unterricht) bis satt bekommen. Die „Italia" meldet: Lamarmora habe erklärt, es seyen weitere Verstärkungen zur Unterdrückung des Brigantenwesens in Neapel nicht nöthig. (F.P.)

Die Pariser „Presse" erklärt, sie halte die Enthüllungen des Geistlichen Jsaia über Verhandlungen zwischen Cavour und Antonelli im Jahre 1861 für durchaus erfunden. Pater Jsaia ist in Neapel angekommen, um die Vereine liberaler Geistlicher, die bereits in Mailand, Bologna, Florenz, Neapel und Palermo bestehen, in einen einzigen großen Verein zu verschmelzen. Man glaubt allgemein, Jsaia handle in besonderem Auftrage Rattazzi's. Sämmtliche diesen Vereinen beigetretene Geistliche erklären, „daß sie vor Allem Katholiken sind und bleiben wollen." (In Rom sieht man die Sache anders an.)

Parma, 30. März. Garibaldi ist heute hier angekommen. Es wurde ihm ein feierlicher Empfang bereitet und seine Rede an das Volk fand (natürlich) stürmischen Beifall. (L. u. Fr. Postz.)

Einer verläßlichen Privat-Nachricht zufolge sind in Neapel bereits 3000 ehemalige Soldaten des aufgelösten 2. französ. Fremdenregiments angekommen, bereit, in piemontesische Dienste zu treten. Das wäre also die Antwort Frankreichs auf die Landungen der fremden bourbonischen Freiwilligen von Triest und Rom hrr! Es thut, was es kann, um den Kampf in Sibilitalien zu verlängern.

= Aus Ankona geht und heute eine Reihe der interessantesten Nachrichten zu, welche zwar durch ihre piemontesisch-optimistische Färbung deutlich genug ihren Ursprung verrathen; aber gerade deßhalb, so weit sie thatsächliches melden, die in Italien herrschende Stimmung getreulich wiedergeben. Alle Vertheidigungen Ankona's, welche die Oesterreich bekanntlich 1859 auf die Reklamationen der päpstlichen Regierung in halbvollendetem Zustande zurücktießen, und welche das Jahr darauf Lamoricière nothdürftig wiederherstellte, sollen jetzt im großartigsten Maßstabe ausgeführt und zum Theil bereits vollständig armirt seyn. Die Hafenverschanzungen Ankonas sind mit weittragenden Armstrongkanonen gespickt; der Hafen selbst ist mit einer doppelten Kette zum Abperren versehen; und drei mit Stirnen beschwerte Schiffe liegen in ihm zur Versenkung bereit. Die ungarische Legion, die in Ankona liegt, ist zum Abmarsche bereit, wohin, das weiß die Fama selbst nicht; an der baldigen Ankunft der Franzosen in Ankona zweifelt dort kein Mensch mehr; und der Hafen liegt verdeet da, da alle Handelsschiffe ihn geräumt haben. Die Offiziere der ungarischen Legion tragen bereits die Abzeichen piemontesischer Truppen; auffallenderweise aber hat man ihnen statt der italienischen Tricolore die piemontesische Fahne oktroirt. Auch auf der Hauptwache und auf den Zinnen des Kastells hat die piemontesische Fahne die italienische verdrängt; und ein gleiches soll bei der Nationatgarde geschehen. Urdrigens sind die Fratelli ungbereit bei den Ankonitanern nicht gerne gesehen; alle Tage fallen zwischen den Legionären und dem Volke Raufexzesse vor, bei denen die Nationalgarde sich nicht einzumischreten traut. Urberhaupt fangen die Reihen der Letzteren an, sich in Folge von Schulktankfrieten zu lichten, seitdem sich das Gerücht verbreitet hat, es solle dieser Bürgerwehe im

Digitized by Google

Falle einer Belagerung die Ehre zugedacht seyn. die äußersten Vorwerke zu vertheidigen. Tag und Nacht werden Proviantvorräthe für die Truppen zu Wasser und zu Lande herbeigeschleppt: denn auf einen Angriff ist man vermachen gefaßt, daß man schon in jedem Schiffe, das in Sicht kommt, einen Feind wittert. (Die gleiche Erregung herrscht übrigens auch im Oesterreichischen; da glaubt man in jedem heranfegenden Handelsfahrzeug ein verkapptes garibaldisches Freischärler-Schiff zu sehen.) Unter dem Drucke aller dieser kriegerischen Vorkehrungen hat sich denn die Exaltation wirklich schon bis zum gelinden Wahnsinn gesteigert, so daß die ungarischen Offiziere auf jeden aus Triest einlaufenden Dampfer losstürmen, um an dessen Bord vergeblich österreichische Ueberläufer zu bewillkommnen, und daß man vor einigen Tagen allgemein Stein und Bein darauf schwor, Garibaldi sey bereits in das Venetianische eingefallen. Dieser Rausch wird seinen Gipfel erreichen, wenn in den letzten Tagen dieses Monats Garibaldi in Ankona eintrifft, zu dessen Empfange bereits alle möglichen Vorbereitungen getroffen werden.

* Die Magyaren sind empört über Garibaldi, weil dieser neulich zu ein Paar rumänischen Studenten gesagt, er wisse, daß die Ungarn ungerecht gegen die Rumänen gewesen. Ungarn, erklären magyarische Blätter, habe sich durch diese Unwahrheit schwer verletzt gefühlt, und Garibaldi sey nur wegen seiner großartigen Unwissenheit zu entschuldigen, da ihm jede politische Bildung abgehe, er keine Sprache gut spreche und überhaupt nichts sey als ein Unterpfiffer mit Generalsrang. Mit Klapka und Kossuth stünde er auf keinem vertrauten Fuße; und von Türr habe er nichts lernen können, da dieser selbst ein ganz unwissender Bursche sey, der nur die untersten Schulklassen durchgemacht habe. Sic transit gloria mundi.

Türkei.

Konstantinopel, 29. März. Der Sultan hat aus seiner Privatkasse 19 Millionen rückständigen Sold an die Truppen bezahlt. (L. d. N. Kor.)

Rußland und Polen.

Warschau, 29. März. Der heutige „Dziennik polski“ enthält einen kaiserl. Befehl an den Staatsrath wegen Revision der Strafgesetzgebung und Abschaffung zeitgemäßer Aenderungen der neuen Gesetze für Staatsverbrechen. Der Kaufmann-Meltesse Schiemler, zu wiermonatlicher Festungshaft verurtheilt, ist nach Modlin abgeführt worden. Der Marquis v. Wielopolski ist aus Petersburg hier angekommen. (L. d. N. Kor.)

Amerika.

New-York, 18. März. Die Expedition unter General Burnside hat Newburn genommen. Den Bundestruppen stehen drei Batterien, 46 Kanonen, 3000 Gewehre und 200 Gefangene in die Hände. 10,000 Sonderbündler, welche entwichen und sich nach Goldsboro zurückgezogen, verbrannten die Brücken, welche über die Flüsse Neus und Clarement führen und legten Feuer in Newburn. Der Verlust der Bundestruppen betrug 100 Todte und 400 Verwundete. (Newburn liegt in Nord-Carolina.) (Zeit.)

New-York, 20. März. Die Bundestruppen haben Jacksonville, St. Augustine und Fort Marione in Florida genommen. — Ein Tagesbefehl Beauregard's, des Oberbefehlshabers der Sonderbündler, ermahnt die Truppen zu neuen Thaten der Tapferkeit, fordert sie auf, der Sache des Südens treu zu bleiben und auf den Schutz Gottes zu vertrauen; dann hoffe er auf den endlichen Sieg ihrer Sache, der jetzt ziemlich zweifelhaft scheint, denn die Bundestruppen dringen überall erfolgreich vor). (L. d. N. Pst.)

Ein schwieriger Casus liegt jetzt den Behörden zu Washington vor. Die geheimen Agenten der Regierung entdeckten, daß ein Schlaukopf von Yankee eine Unmasse falschen Papiergeldes drucke. Bei einer Haussuchung fand man ihn mitten in der Arbeit. Er erklärte jedoch ganz keck: er mache nur Papiergeld der Konföderirten nach, er richte dadurch die Feinde des Vaterlandes zu Grunde; auch gebe es kein Gesetz, welches die ganz unglitigen Schatzscheine der Rebellen nachzuahmen verbiete; er habe sein Fabrikat auch keineswegs für Geld ausgegeben. Der Yankee wies nach, daß er für viele Millionen Papier nach dem Süden geschickt und dort für 80 bis 50 pCt. der Nennwerthes verkauft habe. — Der Fall ward dem Staatssekretär Seward vorgelegt, und da dieser nicht wußte, welche Entscheidung hier die richtige sey, überzog er die Sache dem Kriegsminister, weil sie in dessen Verwaltungszweig gehöre; aber auch dieser hat noch keine Ansicht auszusprechen gewagt. (A. Fr. H.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 24. bis 29. März).

Samstag. Die abgelaufene Woche trug den Charakter der Geschäftsruhe. Die frühere Diktatur der Rentenkurse aus Paris hat zwar viel von ihrem Einflusse auf die deutschen Börsen verloren und so hartnäckig man oft gegen Hausse-Nachrichten von dort ist, so verfehlen doch anhaltende schlechte Kurse nicht ihre verstimmende Wirkung. Dazu kommt die Flauheit der Wiener Börse, hervorgerufen durch die andauernde Ungewißheit über die endliche Lösung der Bank- und Valutafrage. Auch die Lage der Dinge in Preussen findet jetzt mehr Beachtung an der Börse, seitdem der neue Finanzminister so schnell mit Maßregeln debutirte, welche man zuvor von der bedächtigen Finanzverwaltung dieses Staates nicht gewohnt war. Die eigenmächtig verfügte Konversion der 4½ pCt. Anleihen von 1850 und 1859 hat die Finanzwelt überrascht und ist bis jetzt nicht günstig aufgenommen worden.

Von österreichischen Fonds blieben englische Metalliques auch in der verflossenen Woche beliebt. In Venetianern war das Geschäft weniger beliebt; sie schlossen ¼ pCt. niedriger, ebenso 5 pCt. Valuta-Metalliques. Dasselbechen die Staatslosen der Verkehr schwächer, sie sind sämmtlich etwas zurückgegangen.

Süddeutsche Papiere erhalten sich in traditioneller Festigkeit; mit Ausnahme der von einer Konvertirung bedrohten. 3½ pCt. Frankfurter haben nahezu Pari erreicht und die 3 pCt. stehen mit englischen Stocks auf gleichem Niveau. Die lang vernachlässigten 4 pCt. Luxemburger kommen auch etwas in Bewegung, wiewohl sie mit 94½ gegen andere noch weit zurückstehen. Von auswärtigen Fonds Schweizer fest, 4½ pCt. Berner 101¾ bezahlt.

Kredit-Aktien waren diese Woche ohne Leben und sind die Veränderungen darin kaum der Rede werth. Luxemburger haben sich wieder unter Pari zurückgezogen und werden diese Grenze auf Dauer sobald wohl nicht überschreiten.

Von Zentralbank-Aktien haben Frankfurter den hohen Kurs von 120 erreicht, wogegen die österreichischen Mühe haben, sich über 600 zu erhalten. Unter den E. B.-Aktien haben die Aschenbrödel derselben, die unglücklichen Rhein-Nahe, diese Woche 3 pCt. gewonnen. Von pfälzischen Bahnen Ludwigshafener angenehmer und sehr fest. Andere E.-B.-Aktien behauptet, Kessische Ludwigsbahn sogar bis 102½ gestiegen, ein Kurs, zu welchem bei aller guter Meinung für das Unternehmen, vorläufig eine spekulative Kapital-Anlage aufhören dürfte. Von Prioritäten waren diese Woche die 3 pCt. Livornesischen in Verkehr und wurden zu 43½ umgesetzt.

Im Geldstand ist die alte Abundanz und Diskonto weit unter Banksatz, indess möglich, dass an der Börse der Ultimobedarf sich zu besseren Zinsen versteht. In Wechseln belgische Plätze höher, auf Amsterdam seit langer Zeit wieder einmal Pari. (Akt.)

In Schwaben berief im Jahre 1836 das Kreisko mité des landwirthschaftlichen Vereins einen Wiesenbautechniker vom Auslande und gab diesem den Vollzug der Wässergelege in die Hand. Wie reichliche Früchte dies getragen hat, darüber liefert der Jahresbericht für 1861 den umfassenden Aufschluß: denn es wurden in diesem einen Jahre nicht weniger als 3380 Tagwerk durch Ent- und Bewässerung andauernd gemacht und die Erhöhung des Grundwerthes beträgt, nach Abzug des Kulturaufwandes mit beiläufig 50,000 fl., etwa eine halbe Million Gulden. Es hat sonach ein Kulturaufwand von durchschnittlich 8 fl. per Tagwerk eine Vermehrung des Grundkapitals um 70 fl. hervorgerufen. Ueberhaupt läßt sich der Aufschwung des Ackerbaues im Regierungsbezirke Schwaben wohl auch aus dem Umstand entnehmen, daß in dem letzten Jahre gegen 380 verbreitete landwirthschaftliche Geräthe und Maschinen aus der Geräthfabrik in Kaisheim abgesetzt und 240,000 Stück Drainröhren abgegeben worden sind.

Nichtpolitische Zeitung.

In den bayerischen amtlichen Blättern wird jetzt das Erkenntniß des Staatsraths-Ausschusses vom 29. Januar l. J. bekannt gemacht, durch welches Kunsthändler Heinrich Payne zu Leipzig verurtheilt wurde, wegen widerrechtlicher Nachbildung von vreiffentlichten Lithographien der Kunstanstalt Piloty und Löhle zu München und Verviefältigung derselben auf mechanischem Wege in den Heften 3 bis 15, dann 17 bis 42 des Bilderwerkes: „Der Kunstverein, Stahlstichsammlung der vorzüglichsten Gemälde der Galerien von München, Schleißheim, Leipzig und Dresden“, Serie III., an die Kunstanstalt Piloty und Löhle den 50fachen Betrag des Nettoverkaufswerthes jener Lithographien mit 10,866 fl., dann wegen eines ähnlichen Nachdrucks in den Heften 1 und 2 die Summe von 586 fl. als Entschädigung zu zahlen und eine zu Gunsten des Lokalgemeindfonds München zu erhebende Geldstrafe von 500 fl. unter Abzug des Untersuchungskosten zu entrichten.

In Berchtesgaden wurde vor einigen Tagen ein frecher Raubmord verübt. Der oder die Verbrecher brachen während des sonntäglichen Gottesdienstes in das Haus einer Familie ein, um das von der letzteren kurz zuvor ererbte Geld zu stehlen. Ein junges Mädchen, das unvermuthet im Hause war, ist Opfer des Verbrechens geworden; man fand die Unglückliche todt in ihrem Blute liegen. (Südd. Z.)

Digitized by Google

Der wegen Urkundenfälschung vor das Schwurgericht von Oberbayern verwiesene Schmiedmeister J. Schmid von Aresing wurde bekanntlich in die Irrenanstalt abgeliefert, weil sich Anhaltspunkte dafür ergaben, daß derselbe geisteskrank ist. Es wurde deshalb auch die Verhandlung vertagt. Das Direktorium der Irrenanstalt hat nun an das Präsidium des Schwurgerichtshofes berichtet, daß Schmid „zweifellos geisteskrank sei. Diese Geisteskrankheit sei Folge der Haft und werde weder in einer Irrenanstalt noch in einer Untersuchungs- oder Strafanstalt geheilt werden. Vielmehr sei zur Heilung die Entlassung unbedingt nothwendig. Berichtserstatt. Prof. Dr. Hoffmann beantragte die Entlassung aus der Haft und Heimlieferung durch einen Verwandten ohne Gendarmeriebedeckung. Der Oberstaatsanwalt schloß sich diesem Antrag an und die Freilassung des Schmid wird umgehend erfolgen.

Kempten, 26. März. Der bisherige hiesige Bauverwalter, Herr Paul, gedenkt im Mai d. Jrs. nach Nürnberg überzusiedeln, um daselbst ein bautechnisches Bureau zu errichten, wozu ihm die Bewilligung des dortigen Stadtmagistrats bereits ertheilt worden ist. Die Wirksamkeit dieses Bureau — unsers Wissens des ersten dieser Art in Deutschland — soll nicht allein auf Nürnberg, sondern überall hin, wo immer sie in baulichen Angelegenheiten in Anspruch genommen wird, sich erstrecken. Das Bureau liefert demnach Projekte sowohl zu Wohn-, Fabrik- und Oekonomiegebäuden rc., als auch zu allen Arten von Bauveränderungen, Lokaleinrichtungen rc., fertigt auch alle Arten von Wasserbauprojekten, als Messungen und Berechnungen nach den neuesten Erfahrungen im Gebiete der Hydraulik; (was besonders auf Kunstmühlen, den Wasserkräften und deren Uebertragung auf die geeigneten Triebwerke rc. der Fall ist); leitet und beaufsichtigt alle vorkommenden Bauarbeiten, fertigt zuverlässige Bauvoranschläge, entwirft die Akkordberechnungen, gibt Gutachten ab bei Baustreitigkeiten und Gebäudeschätzungen — kurz besitzt sich mit allen in das bautechnische Fach einschlagenden Arbeiten. (Kempt. Z.)

Den Herren Phrenologen ist was Neues geschehen. Sie haben den Kopf Dumollard's untersucht, und auf dem Schädel drei Organe vorzugsweise ausgebildet gefunden: das Organ des Wohlwollens, der Verehrung und der Festigkeit! Außerdem entdeckte man noch den Ortssinn, den Berechnungs- und Ordnungssinn. Nach seinem Schädel zu schließen, müßte Dumollard einer der trefflichsten Männer gewesen seyn. Wenn die Doktoren Gall und Spurzheim das erlebt hätten!

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 31. März. Die Versammlung des Nationalvereins faßte in der heutigen Sitzung ferner den Beschluß: „Die Versammlung fordert den Ausschuß des Nationalvereins auf, die ihm zur Verfügung stehenden und weiter anzusammelnden Mittel zur Deckung solcher Schädigungen zu verwenden, welche Einzelnen in Folge der selbständigen Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten in mehreren Ländern (z. B. Kurhessen) zugefügt werden könnten." (L. u. H. Bote.)

Berlin, 29. März. Der Minister des Innern hat bereits ein zweites Zirkular verschickt, durch welches die Beamten später aufgefordert werden sollen, sich am Wahlakt möglichst zahlreich zu betheiligen, und für die Kandidaten der vereinigten konservativen Partei, d. h., des Ministeriums, ihre Stimmen abzugeben.

Paris, 29. März. Unlängst wurde in Sachen der Aktionäre der Gesellschaft Millaud gegen diesen und seinen Genossen Louis Jourdan ein Urtheil gefällt, das sie nicht bloß zu einer Million Entschädigung verhält, sondern sie auch in den angeführten Bewegründen als hinterlistige Schwindler brandmarkt. Herr Louis Jourdan ist ein hervorragendes Mitglied der Redaktion des demokratischen Siècle. Seine Freunde machten bei allen Journalen Schritte um jenes Urtheil zu vertuschen. Auch die gegnerischen Journale ließen sich zu diesem Liebesdienst herbei, wollen jedoch für die Zukunft nichts versprechen. Heute versammelten sich die Aktionäre des Siècle, und ungeachtet aller Gegenbemühungen des Hrn. Havin, entschieden sie, Hr. L. Jourdan müsse aus der Redaktion und dem Blatt verschwinden, doch werde ihm ein unbestimmter Urlaub mit Beibehaltung des Gehalts bewilligt. (Allg. Z.)

Paris, 30. März. Der „Moniteur" kündigt an, daß Prinzessin Klotilde (Gemahlin des Prinzen Napoleon) sich im fünften Monat der Schwangerschaft befinde. (L. u. Schw. M.)

Die Auflösung, welche die innerwiener Kreise des Herrn v. Lavalette von Rom in diplomatischen Kreisen hervorrufen hat, wird als sehr bedeutend geschildert. Wir erhalten über die Ursachen, welche diesem Ereignisse zu Grunde liegen, von verläßlicher Seite Mittheilungen, welche die Angaben der „Indep. belge", daß ein Mißverständniß zwischen Herrn v. Lavalette und dem General Goyon die Abberufung des ersteren herbeigeführt habe, stark in Zweifel ziehen. Es steht vielmehr fest, daß zwischen Herrn v. Lavalette und dem Kardinal Antonelli ein heftiger Auftritt stattfand, welcher die augenblickliche Abberufung des französischen Gesandten zur Folge hatte. Die Spannung, welche in Folge dieses Auftritts zwischen Paris und Rom herrscht, soll eine so bedeutende seyn, daß man am Tuilerienhofe für den Augenblick keineswegs die Absicht hat, den abberufenen Gesandten in Rom durch einen Herrn v. Lavalette an Rang und Bedeutung gleichstehende diplomatische Persönlichkeit zu ersetzen. (Mtl.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pollmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. 8. b. K.)	—	
„	5 pCt. Lomb. dito.	87½ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	78⅝ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅜—⅛ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—	
„	4½ pCt. dito.	71¼ P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	4½ pCt. Staatsanleihen.	97½ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. A. R. (C. b. H.)	104⅛ P. ¼ G.	
„	4½ pCt. Obl. Jahr. dto.	103⅜ P.	
„	4½ pCt. Obl. Jahr. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅝ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	104⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	100¼ P.	
„	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ G.	
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ G.	
„	2 pCt.	43⅜ P.	
Belgien	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	100⅜ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	. . .	1210½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien à fl. 200		706 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		1729½P. 172⅝G.
Bayerische Bank à fl. 500	. . .	—
Darmst. Bank à rc. 2. Serie à fl. 250		207 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	. . .	83 G.
Mitteldeutsche Kreditbank	. . .	87½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	. . .	352 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	. . .	66 P.
Oest. E. St. Kish. 5pCt. 400 Fr. à 98 br		238 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	.	1141½ G.
Pfandbriefe-Bahn Prior. 5 pCt.		76—¼ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 4 pCt. Z		283 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		131 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		105⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligs. à 5 pCt.		93⅝ P.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.		252 P. 251 G.
Span. Handels- u. Industrie	. . .	505 P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Perreire		480 P.
Bayr. Hypothek- à 4½ pCt. 5 pCtenber.		106½ P.
Bayer. Ostrahn mit 30 pCt. Einz.		105⅞ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 K. S.	100 G.	
Augsb. k. 100 K. S.	99⅝ G.	
Berlin 1k. 60 K. S.	105 B.	
Brem. 50 Th. 1 k. 8 K.	96⅜ B.	
Cöln Thlr. 60 k. 8 K.	105 B.	
Hamb. MB. 100 k. K. S.	88 G.	
Leipzig Th. 60 k. K.	105⅛ B.	
London 1st. 10 k. K.	118½ B.	
Lyon Frs. 200 k. K.	—	
Mail. L. S. L. 250 k. K.	98⅛ G.	
Paris Frs. 200 k. K.	93⅞ G.	
Triest fl. 100 k. K.	—	
Wien fl. 100 k. W.	—	
do. 2 k. W.	—	98½ B.
do. in Sot. W. 1. K.	98½ B.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. k. 250 v. 1839	100½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	57 G.
„ k. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	85 P.	Gr. Hessen k. 50 b. K.	184½ P.
„ k. 500 v. 1860 k.	67½ P.	„ k. 25 do.	38 P.
„ k. 100 Kisb. L. v. 1858	112⅜ P.	Nassau k. 25 b. Rothsch.	36⅞ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. b. R.	121 G.	Sardinien Frs. 36 k. B.	25⅞ G.
Mailand-Como k. 14	—	St. Lüttich rc. 2½ pCt. Z	87 P.
Badische k. 50	98 P.	Vereins-Loose k. 30.	10⅜.
Badische k. 35	84⅝ G.	Anab.-Gunsenh. k. 7-L.	11⅝ P.

Frankfurt, 31. März. Bei heutiger Abrechnung verkehrte die Börse in günstiger Stimmung ohne wesentliche Kursveränderung. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92. | Pränumerationszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Postversendung wird die Zeitung in die Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 9 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 2. April 1862.

Ueber den Plan, Staatspapiergeld in Oesterreich zu schaffen.

In den Geld- und Finanzverhältnissen des heutigen Oesterreich hat schon mancher kluge und nachdenkende Mann sich den Kopf zerbrochen, hat aber auch der finanzielle Titelsiechthum, unterstützt durch halb oder gar nicht verstandene allgemeine Ansichtungen, sich wiederholt versucht. Es geht den österreichischen Geldverhältnissen wie einem Kranken, dessen Mutter von von einmal eine regelmäßige Kur nicht erlauben, und der in Ungeduld oder im Unmuth über das langsame Vorrücken der Heilung mitunter auf den Gedanken einer durch Gewaltmittel zu erreichenden Genesung geräth. Aus sind diese Gedanken gekommen: als wir den in österreichischen Blättern jetzt entbrannten Streit über die Frage bemerkten, ob der Staat in Zukunft Papiergeld ausgeben oder diese Ausgabe wie bisher der Nationalbank überlassen soll. Der Streit ist, wie unsern Lesern wohl bekannt seyn wird, bei Gelegenheit der Erneuerung des Bankprivilegiums ausgebrochen, wie die Regierung sie vorschlägt, wie sie aber zum Anschein nach von einem Theile des Abgeordnetenhauses weniger gewünscht wird, der deshalb jenem andern Plane, der Ausgabe von Staatspapiergeld nämlich, der mit dem Anspruche auftritt, dies Privilegium gar nicht oder nur beschränkt beizubehalten, sich geneigter erklärt. Wahrscheinlich würde unter den jetzigen Verhältnissen auch jener andere Plan, der radikale, verworfen, ähnlichen Anklang finden. Für uns im Auslande Angesessen ist keine so freudige österreichischen Interessen verfolgen und ebenso wenig anders als in sehr indirekten Beziehungen zur österreichischen Nationalbank stehen, so weit solche der Berkehr hervorruft, für und hat die bei dieser Gelegenheit aufgeworfene Frage der Staatspapiergeld-Ausgabe eine andere Bedeutung, die nämlich, wie die österreichischen Valutaverhältnisse überhaupt dadurch affizirt werden. Ob und welches Uebereinkommen die österreichische Regierung mit der Bank in Betreff der zwischen beiden obschwebenden Schuldverhältnisse treffen wird und kann, ist von diesem Gesichtspunkt aus eine nur untergeordnete Frage. Wenn aber, wie dies der Fall, bereits die weitere Frage aufgeworfen ist, ob unter Aufhebung des Privilegium der Nationalbank eine größere Zahl kleinerer Banken an verschiedenen Plätzen der Monarchie errichtet werden sollten, so ist an der Entscheidung darüber allerdings das Ausland mitbetheiligt, in so fern die Nationalbank jetzt der alleinige Träger der österreichischen Valutaverhältnisse ist. -

Wir glauben nun zunächst, daß das Ausland einem solchen Versuche mit einiger Ruhe entgegensehen wird, nicht etwa aus besonderer Vorliebe für Creditanstalt-Institute oder aus theoretischem Mißtrauen gegen ein freieres Gebahren kleiner Banken, sondern weil die Verhältnisse in Oesterreich zu einem solchen Experiment nicht angelegt sind. Aus diesem Grunde liegen wir auch auf die gegen das bisherige Verfahren der Nationalbank gerichteten Anklagen, mögen sie mehr oder weniger begründet seyn, keinen weiteren Werth. Die österr. Valuta-Verhältnisse sind einmal nicht der Art, um sofort nach den besten Theorien des Geld- und Bankwesens reguirt werden zu können, und sie können vor Allem kein Experiment vertragen, dessen Richtung aufs Ungewisse hinausläuft.

Das läßt sich nun allerdings von dem Plane zur Ausgabe von Staatspapiergeld nicht sagen; ungewiß und zweifelhaft ist der Erfolg eines solchen Experiments nun gar nicht, vielmehr steht es nach Theorie und Praxis fest, daß damit solche große Gefahren verknüpft sind. Staatspapiergeld unterscheidet sich von Banknoten dadurch, daß es ohne kaufmännische oder sonstige Deckung allein auf den Kredit des Staats hin ausgegeben wird. In diesem Mangel an bankmäßiger Deckung liegt nun der erste Fehler eines solchen Planes. Entweder der Staat zwingt seine Angehörigen nicht, dies Papier als volle Valuta anzunehmen, so wird dasselbe, falls die Ausgabe nicht in den allerengsten Grenzen bleibt, weil im auswärtigen Verkehr nicht verwendbar, immer zu beträchtlichen Mengen in den Staatsschatz zurückfließen, wenn es überall in größeren Beträgen in den Verkehr gelangt ist. Die heutigen Verkehrsverhältnisse sind einmal der Art, daß bei Geldfragen die Beziehungen zum Auslande in erster Linie stehen und von daher auch die naturgemäße Reaktion gegen Mißgriffe des Inlandes kommt. Wenn dann vielleicht der Staat zu der Aushilfe greift, einen Theil seiner Steuern in diesem Staatspapiergelde sich bezahlen zu lassen, so mag allerdings der Betrag der Ausgabe etwas größer werden können, aber zum ganz entschiedenen Nachtheile des Landesverkehrs, da in solchem Falle von diesem Papier stets beträchtliche Summen zur Steuerzahlung aufgespeichert werden müssen, sey es direkt bei den Steuerzahlern oder den Bankiers und Geldwechslern, welche dieses nach Zeit und Gelegenheit Vorräthe ablassen, natürlich nicht umsonst. Beides aber kommt nothwendig einer Steuererhöhung gleich.

Oder der Staat zwingt seine Angehörigen zur Annahme und Begebung des von ihm ausgegebenen Papiergeldes im Verkehr. Hiermit treten dann zunächst alle Verwirrungen ein, welche der Zwangskurs von Papiergeld unausbleiblich zur Folge hat und die man in Oesterreich genugsam kennt. Aber wenn die mit Zwangskurs behafteten Noten einer nur einigermaßen vernünftig organisirten Bank immer nach die Aussicht auf eine Wiederherstellung der Valuta gewähren, und die Geschichte lehrt, daß sie fast jeder Wal eingetreten ist, so ist das Staatspapiergeld von einer solchen Wiederherstellung regelmäßig ausgeschlossen geblieben, einfach darum, weil dem ausgebenden Staate immer die nöthigen Mittel fehlen werden, um es auszulösen. Frankreich, Rußland, Oesterreich und jedes Land mit Staats-Zwangspapiergeld hat mit dem Bankrott dieser Valuta enden müssen. Ein neues Staats-Zwangspapiergeld in Oesterreich würde also die Wiederherstellung der Valuta für alle Zeit unmöglich machen, falls nicht wieder Schlimmeres daraus entstände.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

In der deutschen Politik ist, wie die „B. B.-Z." sagt, bei einer vielerörterten Angelegenheit ein Schluß eingetreten. Sämmtliche Regierungen der Identischen Noten haben die preußische Rückantwortsnote vom 11. Februar wieder beantwortet, und zwar in vertraulichen Depeschen, deren Hauptinhalt derjenige gewesen, daß man die Verwahrung widerlegen müsse, es sey zu bedauern, daß Preußen auf die Gründe gegen den Bundesstaat gar nicht eingegangen, und sonach halte man weitere Vorschläge über Bundesreform für unnütz, doch hoffe man, daß damit der Meinungsaustausch nicht abgebrochen werde. Auf diese Depeschen folgten preußischerseits wieder vertrauliche Depeschen, welche die betreffenden Gesandten den Staatsministern vorzulesen beauftragt waren. Preußen erklärt, wie wir vernehmen, bei einer so unliebsamen Maßregel wie einer identischen Verwahrung, die durch nichts (!) provocirt worden, habe es sich nicht veranlaßt sehen können, auf die Gründe der Noten sich einzulassen. Nehme man dieses zum Vorwande*), um keine anderweitigen Bundesreformen vorzuschlagen, so wisse es, daß die bezweckten Reformpläne nicht auf die Ideen hinauslaufen würden, welche von den betheiligten Regierungen kurz zuvor gemißbilligt worden wären. Preußen sey gern bereit, zu prüfen, ob andere Reformprojekte mehr genügen könnten. Doch könne es nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß mit diesem Schriftstück der Briefwechsel über die identische Note und was daran

*) Kurios, Andern vorzuwerfen, daß sie zum Vorwand nehmen, was Preußen selbst zum Vorwand genommen hat. Preußen selbst hat sich ja genuegert, jetzt auf die Frage der Bundesreform einzugehen.

Digitized by Google

hänge, ein Ende nehmen möge, da die deutsche Sache dadurch nichts gewinnen könne. (Wohl aber kann die deutsche Sache gewinnen, wenn von allen Seiten mit Ernst und zweitem Willen an die Bundesreform gegangen würde. Und wir wollen hoffen, daß das geschichtzt denn damit, daß die Sache jetzt wieder einmal — durch Preußens Schuld — verschleppt wird, damit ist dem deutschen Volk nicht gedient.)

Frankfurt, 30. März. Sie entlehnen der „S. Ztg." die Mittheilung, daß das Referat des kurhessischen Ausschusses über den Antrag Oesterreichs und Preußens dem Gesandten Württembergs übertragen worden sey. Diese Uebertragung ging, nach glaubwürdigen Vernehmen, die Ablehnung dieser Arbeit von Seiten der Gesandten Bayerns, Sachsens und Hannovers voraus, welche auch Mitglieder des Ausschusses sind. Diese Thatsache ist bemerkenswerth. Der Antrag verlangt eine lediglich politische Erörterung und Motivirung, da er nicht als eine Konsequenz des Bundesrechts, sondern aus politischen Zweckmäßigkeitsrücksichten gestellt worden. In diesem Umstande mag wohl der Grund der Ablehnung des Referats von Seiten der genannten drei Herren zu suchen seyn, wie bekanntlich zu den führenden Bundesbeschlüssen, die jetzt thatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, zurückgenommen werden sollen, wesentlich mitgewirkt haben. (A. Z.)

Bayern. Kaiserslautern, 30. März. Herr Appellrath Boyé war bekanntlich im hiesigen Wahlbezirk in die Kammer gewählt. Da nun auch der erste Ersatzmann, Hr. Franz Karcher, gestorben ist, so tritt der zweite Ersatzmann, Hr. Franz Tafel, ein. Im Gesetzgebungsausschuß tritt an seine Stelle Dr. Arnheim. (Pf. Ztg.)

Preußen. Berlin, 30. März. Die Kreuzzeitungspartei ist jetzt wieder auf dem hohen Pferde, sie kann's nicht verbergen, wie große Hoffnungen für ihre Sache sie vom jetzigen Ministerium hegt, sie wirkt mit aller ihrer gewohnten Energie, der Taktik der Verdächtigung jeder liberalen Anschauung für dasselbe, so unangenehm und nachtheilig der Regierung auch die Unterstützung einer Partei seyn muß, deren Treiben von der großen Mehrheit des preußischen Volkes zu wiederholten Malen so vollständig verurtheilt worden ist. Sie schreckt vor keinem Mittel zurück, auch in der Volksvertretung die Oberhand zu gewinnen, wie sie in der That ihren Einfluß an hoher Stelle, so versteckt sie ihn auch getlend machte, nie verloren hatte. (Nbl.)

Maßregeln gegen die Presse werden in Preußen jetzt bald kommen. Schon heißt es, der Justizminister suche einen wegen seiner „Strenge" bekannten Oberstaatsanwalt aus, um ihn an das Berliner Kammergericht zu ziehen.

Der Magistrat von Berlin hat das Wahl-Circular „Jagow" nach ein paar Worten der Einleitung, die wie eine bloße Empfangsbescheinigung klingen, pflichtschuldigst im Communalblatt abdrucken lassen; da aber in diesem Circular auf den k. Erlaß vom 19. v. M. Bezug genommen ist, und in diesem der Regierungsgrundsätze Erwähnung geschieht, welche der Prinz-Regent im Jahre 1858 in seiner Anrede an die damals neu ernannten Minister dargelegt, so druckt der Berliner Magistrat jenes Programm vom Jahre 1858 nochmals ab, und gibt somit ohne ein Wort der Betrachtung, allen Lesern Veranlassung zu inhaltreichen Vergleichungen. — Wer die Loyalität des Berliner Magistrats kennt, der wird in dieser Art, die Politik Jagow abzufertigen, die scharfe Charakteristik nicht verkennen, wie sich die Anschauungen in den gebildeten Kreisen des Bürgerthums über unsere allerneueste Aera gestalten.

Württemberg. Stuttgart, 31. März. Die Eröffnung der Kammern ist nunmehr auf den 26. April endgiltig festgesetzt. (N. K.)

Baden. In Karlsruhe zählt der Nationalverein, trotz des Herrn v. Roggenbach, nach der „Karlsr. Ztg." nicht mehr als 130 Mitglieder, einer Bevölkerung von 26,000 Seelen gegenüber gewiß eine mäßige Zahl.

Karlsruhe, 31. März. Das Leibdragonerregiment ist in jüngster Zeit von hier nach Bruchsal verlegt worden. Ein Korrespondent des „Mannheimer Anzeiger" bringt diese Thatsache mit dem Umstande in Zusammenhang, daß kürzlich auf einem Ball, welcher bei einem unserer Minister stattfand, die eingeladenen Offiziere gleich vielen Mitgliedern der hohen Aristokratie (die den liberal und nationalvereinlich gesinnten Ministern nicht sehr hold ist) nicht erschienen seyen. (Fr. Postz.)

Thüringen. Gotha, 29. März. Dem gemeinschaftlichen Landtage ist in gestriger Sitzung in Folge eines Beschlusses des Letzteren ein Gesetzentwurf über die Stellung des Militärs im Staate vorgelegt worden, um, wie das betreffende Dekret sagt, Alles zu thun, damit das Schalten der mit dem Königreich Preußen abgeschlossenen Militärkonvention verhindert werde. Zugleich nimmt das Dekret Bezug auf die in den früher erstatteten Berichte der Majorität der Militärkommission enthaltene Bemerkung, es müßten die Truppenbefehlshaber, welche in ungesetzlicher Weise eine Befugniß Civilbehörden oder Civilpersonen gegenüber sich anmaßten, mit den von den Civilbehörden zu erkennenden Strafen bedroht werden. Die Staatsregierung erklärt, daß sie Verwahrung einlegen müsse, wenn in dieser Bemerkung die Beharrung aufgestellt seyn solle, daß der Landtag, als er bei Annahme der Militärkonvention einen Vorbehalt wegen zukünftiger gesetzlicher Regulirung der dienstlichen Befugnisse der Stadtkommandanten gestellt, eine derartige mit der Konvention unvereinbare Bestimmung im Auge gehabt habe. Was das vorgelegte Gesetz betrifft, so bestimmt dasselbe, daß den Militärbehörden und Militärpersonen in Friedenszeiten Civilpersonen gegenüber nur insoweit, als dies gesetzlich bestimmt sey, eine Amtsgewalt zustehe. Die Civilbehörden sind den Militärbehörden koordinirt. Zu Leistungen für das Militär können (außer nach dem Nothrechte im Kriegszustande) Civilpersonen nur durch die zuständige Civilbehörde angehalten werden. (Das sind Dinge, die bei uns in Bayern längst schon feststehen.) (N. Z.)

Freie Städte. In Hamburg, fand vor einigen Tagen der Major Jungmann, der sich durch die Eckernförder Affaire einen Namen gemacht hat. In diesem Kampfe, der mit der Zerstörung des „Christian VIII." und der Uebergabe der „Gefion" endigte, kommandirte Jungmann die Strandbatterien. Der Verstorbene war früher Artillerie-Offizier in preußischen Diensten, die er verließ, um in türkische Dienste zu treten. Von dort kam er 1848 nach Holstein, wo er als Hauptmann in die Armee eintrat, und später zum Major avancirte. Der Verstorbene, der seit dem Kriege hier oder in der Umgegend wohnte, bezog eine Pension vom deutschen Bund, und außerdem eine Subvention von Preußen. (H. N.)

Italien.

Rom, 29. März. Es bestätigt sich, daß die Ernennung eines apostolischen Nuntius am russischen Hofe nahe bevorsteht und die Wahl des Papstes auf Mgr. Berardi, den Substituten des Kardinal-Staatssekretärs gefallen ist. (Fr. Z.)

Turin, 26. März. Das Erscheinen englischer Kriegsschiffe in der Bai von Neapel wird hier nicht mit günstigen Augen angesehen. England hat in den letzten Monaten eine Stellung eingenommen, welche der hiesigen Politik durchaus nicht zusagt. Man beschuldigt das englische Kabinet, es habe die italienische Sache aufgebe und entschieden für Oesterreich Partei nehme. Man argwöhnt nun, daß das englische Geschwader nur zu dem Zwecke vor Neapel erschienen sey, um nöthigenfalls gewissen Mahnungen des englischen Gesandten Nachdruck zu geben. (Fr. Postz.)

Turin, 30. März. Es bestätigt sich das Gerücht von der Ernennung Durando's zum Minister des Aeußern.

Turin. Außer den Ministern Cordova und Mancini hat auch Poggi seine Entlassung genommen. Kaum ist eine Lücke ausgefüllt, so macht sich wieder einer davon. Die Herren haben, scheint es, kein rechtes Vertrauen in ihre Sache. Mit Cavour ist der wahre Genius der neuen Schöpfung geschieden.

Die amtliche Turiner Zeitung veröffentlicht das Verzeichniß der Belohnungen, welche „für die Unterdrückung des Brigantenwesens" ertheilt wurden. General Pinelli (seiner Zeit wegen allzu großer „Energie" in Diplomatikkreisen verfeyt) erhielt die goldene Medaille!! Oberstlieutenant Fantoni und Major Fumel, die mit so großem Erfolge das Pinellische Blut-Geschäft zu übertreffen strebten, werden von diesen Belohnungen nicht ausgeschlossen bleiben können.

Seit lange ist uns kein Aktenstück vorgekommen, dessen Behauptungen in einem so unbefangen-naiven Widerspruche zu den offenkundigsten Thatsachen stehen, wie dies bei dem Rundschreiben der Fall ist, in welchem das Ministerium Ratazzi sein politisches Programm den auswärtigen Mächten gegenüber entwickelt. Bei dem die römische Frage behandelnden Abschnitt ist dieser fundamentale Widerspruch so groß, daß wir jenen Theil füglich ganz übergehen können, weil er absolut nichts enthält, als ein sophistisches Wortgefecht, das mit der wahren Lage der Dinge absolut nichts zu schaffen hat. Herr Ratazzi wärmt den alten Streit auf, ob die geistliche Gewalt des Papstes ohne seine weltliche fortexistiren könne; so wenig hat er aus dem Schicksal seines Vorgängers gelernt, dessen, dasselbe Thema behandelnde Noten die Kammer mit

Digitized by Google

vollem Rechte als „Schlußnoten", als „schriftliche Aufsätze" abfertigte. Die Frage ist ja heute wahrhaftig nicht, ob es Ratazzi gelingt, den Kardinal-Staatssekretär von seinem „Non possumus" abzubringen — obschon auch dies kein leichtes Stück Arbeit wäre — sondern ob es irgend einen Preis gibt, um den Napoleon sein Heer aus Rom abberufen würde, und ob Italien das entsprechende Angebot machen will, ja machen darf, ohne daß England ein Veto einlegt. Ein eigenthümliches Interesse erregt dagegen jener Theil des Rundschreibens, welcher sich mit der venetianischen Frage beschäftigt. „Oesterreichs Recht ist die unleugbare Thatsache zerstört, daß es Venetien nicht anders als durch Gewalt behaupten kann" — man wird zugeben müssen, dieser Satz ist Angesichts des blutigen Terrorismus, der schon seit 9 Monaten auf Neapel lastet, von einer wohlhoff nungsblauen Kühnheit. Doch Ratazzi überbietet sich selber. Ist gleich meint er schaffinnig, kein Grund zur Annahme vorhanden, Oesterreich werde je Eines seiner Gebiete anders als unter dem Drucke der Nothwendigkeit aufgeben, so sey es doch nicht undenkbar, daß es sich einmal entschlösse. Venetien — um der ungeheueren Lasten willen, welche dasselbe ihm auferlegt — an Italien auszuliefern. Ja, um diese Idee plausibel zu machen, ist der piemontes. Premier so großmüthig, dem Kaiserstaate „die Allianz und Freundschaft" des jungen Königreichs anzubieten, „das vor keinem Opfer zurückschrecken würde, um ein solches Resultat zu erlangen." Hier fängt die Sache bereits an, in's Komödienhafte zu spielen; hat Graf Rechberg nicht vielleicht Lust, in Turin anzufragen, ob dies „Opfer" in Werthpapieren des Anlehens Bastoggi oder in der Hilfeleistung neapolitanischer Regimenter bei der Eroberung von Kompensationen im Orient oder in Südamerika bestehen soll? Ein anderes Ding ist das Oberkommando über das Königreich Italien, wie Napoleon es sich vorbehalten; aber die Bundesgenossenschaft eines Staates, der von seinen Lippen Cay Pessaro wie unter den Schwingungen eines Erdbebens zittert und schwankt, ist ein Bemächtigt das wahrhaftig Niemand anders antritt, als sub beneficio inventarii. (Ostd. Post.)

Alle Briefe aus dem Neapolitanischen sind voll der Einzelheiten über die Zunahme des Aufstandes und die wachsende Kühnheit der bourbonischen Parteigänger.

In Neapel wurde der ehemalige Oberst-Lieutenant Pretti am 24. März Nachts verhaftet: derselbe hat in den Grenadier-Regimentern, die in Neapel liegen, Versuche zu Werbungen für die bourbonistischen Banden gemacht. Auch der entlassene Richter Fischetti wurde festgenommen, der mit Pretti zu den Oberen eines Werbeklubs gehört, der seinen Sitz in einer Kneipe der Straße Guercia hatte, wo sich Abends die Grenadiere von der früheren bourbonistischen Garde einzufinden pflegten und wo Toaste auf Franz II. ausgebracht wurden. Lamarmora ließ, als er dieß erfahren, die Kneipe durch eine Grenadierkompagnie umzingeln; die Bourbonisten hatten aber Wind bekommen, so daß bloß der Wirth und die Kellner verhaftet wurden, die aber sofort umfassende Bekenntnisse machten, durch welche Alles herauskam. Es liegen jetzt 14 Bataillone in Neapel, und Pretti's Aufgabe ging dahin, gleichzeitig in den Kasernen Unruhen ausbrechen zu lassen, dadurch die Thätigkeit der übrigen Besatzung zu lähmen, die Nationalgarde einzuschüchtern und dann die Sanfedisten auf die Bevölkerung losbrechen zu lassen.

Der „Corriere delle Marche" berichtet Näheres über die Assisen-Verhandlungen in dem Banden-Prozesse, der zu Ascoli verhandelt ward. Angeklagt waren 163 Personen, wovon 117 auf der Anklagebank saßen, gegen die übrigen wurde ein Contumacialurtheil gefällt; unter jenen 117 befanden sich 10 Geistliche. Dreißig Anklagepunkte lagen vor, darunter zwei auf Unternehmungen gegen die Sicherheit des Staates, wegen geheimer Zusammenkünfte im Dezember 1860 und im Januar 1861, worin die Bauern der Marken aufgefordert wurden, Banden zu bilden und die päpstliche Herrschaft herzustellen. Sechs der angeklagten Pfarrer waren bloß in diese Agitation verwickelt, gegen die übrigen Angeklagten handelte es sich nach der Anklageschrift um Mordthaten und Plünderungen in Folge jener Agitation. Die Geschworenen saßen 47 Tage und stimmten in allen Anklagepunkten der Staatsbehörde bei, nachdem sie drei Tage und Nächte in Berathung gesessen. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete gegen 19 Angeklagte auf Todesstrafe; fünf Pfarrer wurden auf Lebenszeit zu Zwangsarbeit verurtheilt, eben so mehrere Bauern, 60 andere auf zeitweilige Zwangsarbeit, 7 zu Einzelhaft und 27 zu einfacher Gefängnißstrafe.

Rußland und Polen.

Aus St. Petersburg wird berichtet, daß der Adel von Grodno (Litthauen) folgende Forderungen an den Minister des Innern gestellt hat: 1) Herstellung des litthauischen Gesetzbuches mit den dem Zeitgeiste entsprechenden Abänderungen; 2) Abschaffung aller Gesetze, welche die Gewissensfreiheit beschränken; 3) Wiederherstellung der Universität Wilna, wie sie unter Kaiser Alexander I. bestanden; 4) Freie Wahl der administrativen und Justizbehörden; 5) Freiheit der commerciellen, industriellen, agronomischen und wissenschaftlichen Associationen. (B. Z.)

Von der polnischen Gränze, 30. März. Vorgestern ist der Marschall Wielopolski, der vom Kaiser mit der Ausführung der den Polen verheißenen Verwaltungsreformen betraut ist, in Warschau eingetroffen. Seine Aufgabe ist keine geringe; da sie ein Entgegenkommen der Polen und einen versöhnlichen Sinn, der aber nur bei Wenigen vorhanden ist, voraussetzt. Jedenfalls wird es hohe Zeit, daß er anlangte, da alle verkündigten Reformen bislang nur auf dem Papier standen. (Fr. Postz.)

Griechenland.

Die griechische Regierung hat die Bande, welche die bewaffneten Straßlinge in Nauplia an die Aufständischen knüpfen, gelockert; dieselben sollen, wenn sie übergehen, nicht wieder eingekerkert, sondern blos unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden; eine willkommene Prämie, um das stehende Schiff des Aufstandes zu verlassen. (Neueren Nachrichten zufolge hat sich Nauplia schon ergeben.) Die Regierung ist ferner bemüht, den guten Geist ihrer Truppen zu erhalten und durch Offenheit auch ihre Gegner zu gewinnen. Sie ruft während der anderweitigen Verwendung des stehenden Heeres, alle Bürger zur Mitwirkung für Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung auf und will Niemand davon ausgeschlossen wissen. (F. P.)

Türkei.

Aus Paris, 29. März, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": „Die türkische Anleihe von 200 Millionen in England unter Gutheißung des englischen Kabinets, welches zur Kontrolirung der Verwendung des Gelves zwei hohe Beamte nach Konstantinopel schickt, ist eine förmliche Besitzergreifung der türkischen Finanzen, gleichzeitig aber auch eine Garantie für die Pforte, daß hinfort von einer Revolutionirung der Türkei von Italien aus keine Rede mehr seyn kann. In hiesigen diplomatischen Kreisen hält man diesen wichtigen Akt des englischen Kabinets für den schlagendsten Beweis von dem Einverständniß zwischen England und Oesterreich."

Amerika.

New-York, 14. März. Der Abzug der konföderirten Armee von Manassas wird selbst auf nordstaatlicher Seite als ein strategisches Meisterstück angesehen. Die „Evening Post" sagt, der Vortheil sey ganz auf Seiten der Konföderirten. Das werde auch von hochstehenden Militärs anerkannt. Desgleichen schreibt der Korrespondent der „New-Yorker World", die Armee der Konföderirten habe den meisterhaftesten Rückzug, der in der Weltgeschichte vorgekommen, bewerkstelligt. Denn sie habe sich mit ihrem rechten und linken Flügel aus allen vom Gegner bedrohten Punkten zurückgezogen und dabei alle ihre Geschütze gerettet. Als ihren nächsten Aufstellungspunkt bezeichnet man die Ufer des Rhpa Annock (Rappahanock) Flusses, von Port Royal nach Fredericksburg.

Volkswirthschaftliches.

München, 30. März. Zu dem 26. Münchener Hopfenmarkt war die Zufuhr viel bedeutender als 8 Tage vorher und auch der Absatz zeigte sich lebhafter. Von 243 Ztr. wurden 166 verkauft; die Preise erfuhren keine besondere Aenderung, neigten sich aber zum Sinken. Mittelgattungen aus Ober- und Niederbayern kosteten 60 bis 68 fl., Holedauer 75 bis 80 fl., Spalter ungegend, Kinbinger und Hebecker 70 bis 95 fl., Spalter Stadlgut, Weingarten-, Mosbacher- und Stirner-Gut 95 fl., Saazer, der vor acht Tagen auf 120 fl. stand, 105 fl. (B. K.)

Der Bau einer etwa 12 Stunden langen Eisenbahn von Hof nach Eger, die sich an die von der Ostbahngesellschaft zu bauende Bahn von Weiden nach Eger anschließt, ist gesichert. Die Nivellirung ist bereits erfolgt und mit den Expropriationsentschädigungen begonnen worden. Den Bau hat die Firma Kramer-Klett in Nürnberg übernommen, und es soll derselbe innerhalb eines Jahres vollendet seyn. Dabei ist auf die Fortsetzung der Bahn von Hof nach Gera Rücksicht genommen, für welche Linie den dritten Theil des Aktienkapitals der bayerische Staat übernehmen soll.

Nichtpolitische Zeitung.

Nach dem pharmazeutischen Centralblatt Deutschlands hat der auch bei uns gehörig angezeigte und daher auch die hinlängliche Anzahl von Gimpeln findende „Hoffsche Malzextrakt" seinen Namen wohl nur daher erhalten, weil es Bier zu seinen Haupt-

Digitized by Google

bestandtheilen zählt, denn auf den Namen Malzextrakt kann es keinen Anspruch machen. Nach dem Geschmack und den Reaktionen zu urtheilen, enthält es dunkles Braunbier und einen Aufguß aus Dreiblatt (herba trifolii) und Faulbaumrinde (cortex rhamni frangulae). Jedem, dem das Geld Werth hat, ist anzurathen, sich mittelst $^1/_4$ Quarts dunklen Braunbiers 1 Loth Faulbaumrinde und 2 Quintl Dreiblatt auszuziehen und den Auszug mit $^3/_4$ Quart Braunbier zu vermischen. Diese Potion kostet bei der Selbstbereitung 2 — $2^1/_2$ Silbergroschen, als Geheimmittel aber $22^1/_2$ Silbergroschen.

Leipzig, 31. März. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich vorgestern Nachmittag in der Connewitzer Bretterschneidemühle zugetragen. Der daselbst in Dienst stehende 23jährige Bursche Bansström aus Gaugsch, welcher beim Abladen von Baumstämmen mit beschäftigt war, wurde von einem zugleich herabrollenden Stamme niedergeworfen und ihm dabei der Kopf buchstäblich zermalmt, so daß er auf der Stelle todt blieb. (Lpzr.)

Hamburg, 28. März. Gestern explodirte in der Nähe von Geesthacht im Herzogthum Lauenburg der Kessel des der Wiemarschen Bauf gehörigen Dampfschiffes „Delphin", in Folge dessen das Schiff zum Sinken kam. Menschenleben sind dabei nicht zu beklagen. Die nöthigen Maßregeln zur Hebung des Schiffes sind bereits getroffen.

Professor Schiff in Bern hat der „Naturforschenden Gesellschaft" eine sehr wichtige Entdeckung vorgelegt. Derselbe hat nämlich durch zahlreiche Experimente die bisher unbekannten physiologischen Funktionen der Milz im Ernährungsprozesse gefunden.

(Eine mechanische Hand.) Einer der merkwürdigsten Gegenstände, welche Spanien zur Ausstellung nach London schickt, so erzählt die „Gaceta de Madrid", ist eine mechanische Hand, die sich nach dem Willen der Person, welche dieses Gliedes beraubt ist, durch die Bewegung des Armes öffnet und schließt. Sie ergreift selbst die kleinsten Gegenstände und hält sie fest; sie schreibt und führt alle Bewegungen mit derselben Leichtigkeit aus, die eine natürliche Hand durch den Druck der Muskeln und Nerven machen kann. Ihr Erfinder, ein andalusischer Künstler, hat die Vollkommenheit seines Werkes vor dem Minister der öffentlichen Arbeiten und seiner Angehörigen bewiesen. Nachdem er sich das Handgelenk zusammengebunden hatte, befestigte er die künstliche Hand an den Armstumpf und bediente sich derselben wie seiner natürlichen Hand. Unter anderem hob er zum Erstaunen der Anwesenden zwei Realen vom Tische auf.

Neueste Nachrichten.

München, 1. April. Von heute an reduzirt sich das Beamtenpersonal der General-Lotteradministration auf den Vorstand, den Hauptbuchhalter, 1 Sekretär und 1 Funktionär, dann jener des Lotteloperamtes auf den Oberbeamten, den Kassakontroleur und 1 Funktionär. Die Rechnungskommissäre und Revisoren haben bis zur Wiedereranstellung in Quiescenz zu treten. Die disponiblen Funktionäre werden zustentirt. Gänzliche Auflösung beider Stellen wird Ende Juni stattfinden können. (Südd. Z.)

München, 1. April. Das Generalkomité des landwirthschaftlichen Vereins läßt das Gesetz über die Zusammenlegung der Grundstücke durch den Druck weiter verbreiten und zur Berücksichtigung des Ganzen auch Pläne beigeben. Mittlerweile schreiten einige Zusammenlegungsgeschäfte schon rüstig vorwärts. In Oggingen wurden vor etwa drei Wochen die technischen Vorarbeiten mit einem feierlichen Gottesdienste begonnen, das mittlerweile ausgearbeitete Projekt von sämmtlichen Betheiligten genehmigt und ein gerichtliches Dokument hierüber errichtet, so daß mit dem Umwerfungen, die in 10 Tagen vollendet seyn können, bereits begonnen ist. In Oggingen sind 600 Tagw. jetzt zusammengelegt worden, nochmal so viel soll im Herbste daran kommen. Im benachbarten Inningen, Bobingen und selbst im altbayerischen Friedberg besteht große Lust zur Nachahmung. (N.M.Z.)

Stuttgart, 31. März. Es dürfte vorerst nur eine kurze Session des Landtags bevorstehen. Doch wird sie nicht ohne Interesse seyn. Z. B. wird man annehmen dürfen, daß die Abgeordneten-Kammer, den Augenblick benützend, wegen des französisch-preußischen Handelsvertrags eine Anfrage an die Regierung stellen wird. Hat doch auf dem letzten Landtag im Juli v. J. der Minister des Auswärtigen v. Hügel auf eine an ihn gestellte Anfrage die Antwort gegeben, die Regierung werde in der Angelegenheit jenes Vertrags keine Entscheidung treffen, „ohne zuvor der Kammer Gelegenheit gegeben zu haben, sich über den Gegenstand auszusprechen." (A. Abendz.)

Ein englischer Geistlicher lobt die Höflichkeit italienischer Räuber, welche ihn und seine Familie bei Viterbo anhielten und ihnen ihre Barschaft abnahmen, die Reisekoffern, nachdem sie dieselben genau untersucht hatten, aber unversehrt zurückgaben, und zu Oeffnung der Koffer sich sogar die Schlüssel erbaten.

Paris, 1. April. Die „Patrie" erklärt das Gerücht von der Rückberufung des Generals Goyon aus Rom für unbegründet. (T. d. Schw. M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. d. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$82^1/_4$ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$78^3/_8$ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$59^5/_8$—$^3/_4$ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—	
„	$4^1/_2$ pCt.	$43^1/_4$ P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$92^3/_8$ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$10^{-1}/_4$ $^1/_2$ pCt. G.	
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103^1/_2$ P. $103^1/_2$ G.	
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$103^1/_2$ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	$101^1/_2$ P. $100^7/_8$ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101 P.	
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^5/_8$ G.	
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^1/_4$ G.	
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$93^1/_2$ P.	
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—	
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$96^3/_8$ P.	
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101^3/_8$ P.	
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	97 G.	
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$103^1/_4$ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$96^1/_2$ P.	
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	100 P.	
„	2 pCt. Obl.	$94^7/_8$ P.	
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à 5. 2. 30	48 G.	
„	3 pCt. „	$48^3/_4$ P.	
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 100 Thlr.	$100^1/_2$ P.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	120 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	$706-4$ G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$175-174^1/_2$ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	$210^1/_2$ P. $209^1/_2$ G.
	Sämmarische Bank à Thlr. 100	80 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	$87^1/_4$ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	850 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$66^1/_4$ P.
	Oest. F. St. Kisb. dpCt. 500 Fr. à 2½ hr.	238 P. 236 G.
	„ Kisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	$111^1/_2$ G.
	„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	$78^1/_4$ P. $75^3/_4$ G.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	268 P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$131^3/_8$ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$103^1/_2$ P. 103 G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53^1/_4$—$^1/_2$ G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.
	Span. Handels- u. Industrie	505 P.
	„ Kredit-Akt. à fres. Pereira	461 P.
	Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. vollzahlbar.	$106^7/_8$ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	$105^7/_8$ P.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	$100^1/_4$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^3/_4$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S	$96^3/_8$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$106^3/_8$
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88^1/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118^1/_2$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. fl. L. 250 k. S.	$93^1/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^1/_8$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 M.	—
do. in 4st. W. l. S.	$86^1/_2$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$100^1/_4$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. fl.	$57^1/_4$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$65^3/_4$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. fl.	$131^1/_2$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$68^1/_4$ P. $67^7/_8$ G.	„ fl. 25 do.	$37^3/_4$ P.
„ fl. 100 Bind. l. v. 1858	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$36^1/_4$ G.
$4^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	34 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z	37 P.
Radische fl. 50	98 P.	Vereins-Loose fl. 10	10 G.
Radische fl. 35	$94^1/_2$ G.	Azzab.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^3/_4$ P.

Frankfurt, 1. April. Höhere auswärtige Notirungen riefen für öfterr. Fonds und Kreditaktien viele Kauflust hervor. Besonders für National, Kreditaktien und Anlehensloose von 1860 wurden bessere Kurse bezahlt. Von Eisenbahnaktien waren Bexbacher und heftige Ludwigsbahn begehrt und höher. Von morgen an werden öfterr. Kreditaktien excl. Div. notirt. (Spnd.)

Digitized by Google

Staatsbibliothek München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 93.	Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	59. Jahrgang.	Donnerstag, 3. April 1862.

Ueber den Plan, Staatspapiergeld in Oesterreich zu schaffen.

(Fortsetzung.)

Die Hauptgefahr bei allen Ausgaben von Staatspapiergeld mit Zwangskurs und der wesentliche Grund, weßhalb alle wohleingerichteten Staaten, deren Regierungen über die augenblickliche Bequemlichkeit hinaus einen etwas weiteren Blick in die Zukunft zu werfen sich gewöhnt haben, lieber davon bleiben, ist die so nahe Gefahr der Uebertreibung. Es hat sich bisher ganz regelmäßig bewährt, daß, so bald Regierungen und auch Volksvertretungen die Entdeckung der Geldmacherei durch die Emittirung bloßer Papierschnitzel gemacht haben, sie tiefer und tiefer in die Ausgabe derselben hineingerathen. Es heißt auch hier ce n'est que le premier pas qui coûte. Bis jetzt haben, wie die Geschichte lehrt, noch keinerlei Vorsätze gegen diesen Stand der Dinge Stich gehalten. Man spricht immer davon und auch in österreichischen Blättern, welche dem hier besprochenen Plane das Wort reden, ist davon zu lesen, als ob gerade die Regierungen zu solchen Uebertreibungen zumeist geneigt wären. Aber auch Volksvertretungen sind derselben Versuchung ausgesetzt und sind in denselben Fehler verfallen. Die französische Assignatenwirthschaft geschah im genauen Einvernehmen mit der Nationalversammlung und dem Konvent, und wiederholt ist auch im englischen Parlament eine umfassende Papiergeldausgabe durch den Staat anempfohlen worden. Wie sollte auch eine Kammer, nachdem sie einmal den Versuch gemacht hat, Papier statt baaren Geld zu verwenden, bei dringenden Verlegenheiten dem Anstinnen eines Finanzkünstlers, in gleicher Weise fortzufahren, widerstehen können! Im Gegentheil, und wir sagen das nicht zur Verkleinerung von parlamentarischen Institutionen, sondern aus der Natur menschlicher Dinge heraus, Parlamente werden, weil sie nicht auf dem Standpunkt und innerhalb der Verantwortlichkeit von Verwaltungen stehen, mitunter einem augenblicklichen Ausweichen von Verlegenheiten ohne weitere Rücksicht auf die Zukunft weit eher geneigt sein, als diese. Wir möchten es sogar als ganz bestimmt voraussagen, daß, wenn einmal wieder der Anfang zu Staatspapiergeld in Oesterreich gemacht worden ist, im Abgeordnetenhause selbst die Anträge auf Ausdehnung desselben entstehen werden. Man wird bei dem ersten weiteren Versuch dann haarklein beweisen, daß die jetzige Ausgabe nicht ausreiche, und daß sie ohne Gefahr für den Staat und den Verkehr ausgedehnt werden könne, man wird dasselbe noch einmal thun, man wird die äußerste Grenze erreichen und sie überschreiten. Wenn ein und ein ganz begründeter hauptsächlicher Einwand gegen die Ausgabe von solchem Papier der ist, daß die Regierungen über die Bewilligungen von Volksvertretungen hinaus dasselbe vermehren werden, so wird man auch den Einwand gelten lassen müssen, daß Diejenigen, welche das Gesetz selber geben, nicht weniger auf diesen Weg gerathen können. Mindestens daß kann man in Oesterreich versichert sein, das Ausland wird weder in den Personen noch in dem Willen der jetzigen Volksvertreter eine Garantie erblicken, daß das nicht geschehe.

Wir außerhalb Oesterreichs, die wir die konstitutionellen Garantien für die Beschäftige der österreichischen Volksvertretung, wie sie allenthalben doch weit weniger auf dem Papier, als in den Verhältnissen liegen, nicht so genau ermessen können, wir können uns ferner nicht die Gefahr verhehlen, daß andere als die jetzigen Verfassungszustände in Oesterreich keineswegs vollkommen ausgeschlossen sind, sey es vorübergehend bei eintretenden großen Ereignissen, sey es für längere Zeit. Weder die äußere noch die innere Lage des Kaiserstaates scheinen uns gegen solche Möglichkeiten irgend feste Garantie zu gewähren, und wir glauben, man täuscht sich auch in Oesterreich nicht darüber. Sollte aber jemals in Oesterreich die Volksvertretung ganz oder für bestimmte Zeit beseitigt werden, so wird, selbst wenn es derselben die dahin gelungen, die Verwaltung innerhalb der von ihr genehmigten Grenzen der Staatspapiergeld-Ausgabe zu halten, damit der letzte Rest konstitutioneller Bürgschaften aufgehört haben und die Regierung wird unkontrolirt auf dem bisherigen Wege vorgehen können, und wahrscheinlich gerade wegen des Drangs der Zeiten auch darin vorgehen.

Man hofft unzweifelhaft mit dem Vorwurf verschonen, daß wir hier den politischen Wetterwopheten spielten, aber gerade als Nicht-Oesterreicher dürften wir Gesichtspunkte hervorheben, die vielleicht von einem unbefangeneren Gesichtspunkte aufgehen, als man sie wohl in Oesterreich aufweisen mag, zumal wo es sich um Geldfragen handelt, deren Ungemüthlichkeit wohl sprichwörtlich geworden ist. Jedenfalls glauben wir durch das Angeführte diejenige Bezeichnung des Plans einer Staatspapiergeld-Ausgabe mit Zwangskurs zurückgewiesen zu haben, welche uns bloß die papierne Garantie eines festen Betrags der Ausgabe bietet.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 31. März. Mit der diesseitigen Ratifikation des von Preußen für den Zollverein mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages hat es noch Zeit, denn die bayer. Regierung soll wirklich die Absicht haben, bevor sie den Vertrag ratifizirt, über die Ratifikation verweigert, die Kammern zu berufen um den Vertrag denselben vorzulegen. Unsere Regierung hat zwar von einem Landtag zum anderen die auf legislativem Wegen von den Kammern ertheilte Vollmacht, Handelsverträge abzuschließen und in Vollzug zu setzen, vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den nächstfolgenden Landtag, allein bei der großen Wichtigkeit und den tief eingreifenden Bestimmungen des Vertrags mit Frankreich, scheinen die Minister keine Lust zu haben, von jener Vollmacht im vorliegenden Falle Gebrauch zu machen.

(Fr. Journ.)

Das Handelsgremium in Regensburg hat ein Gutachten um Erhaltung der Donaudampfschifffahrt an Se. Maj. den König nach Nizza abgesandt.

Preußen. Berlin, 31. März. Der ministerielle Wahlerlaß wird nicht nur den königlichen, sondern auch den städtischen Beamten zur Unterschrift vorgelegt. Also auch hier spukt „Herr v. Jagow mit seiner Wahlfreiheit zu beschränken! Die Pflicht der Bürgermeister, welche auch nur den geringsten Sinn für die Unabhängigkeit der Gemeinden hegten, hätte freilich der dreisten Zumuthung des Ministers ebenso dreiste Zurückweisung entgegensetzen sollen. Bis jetzt hat man noch nicht vernommen, daß ein Bürgermeister das Recht und die Würde seines Magistrats in der Art gewahrt hätte. Dagegen erfährt man, daß der Oberbürgermeister von Stettin, Hering, in seinem servilen Eifer so weit geht, die Bezirksvorsteher mit Verbreitung der Parteischriften des Ministeriums amtlich zu beauftragen. — Wie von einem derselben bekannt geworden, hat er entschieden die Zumuthung, Colporteure dienste für die HH. Hering und v. Jagow zu leisten — abgewiesen. Die Landräthe, zum großen Theil noch aus Manteuffels Zeiten stammend, arbeiten mit neu belebtem Eifer in ihren Bezirken für das neue Ministerium. Am meisten zeichnen sich hierin, der des Danziger Kreises, v. Brauchitsch, und des Teltower Kreises, Scharnweber, aus. Ersterer hat an die „Herren und Männer seines Kreises eine Anrede erlassen, die von größerer Roheit zeugt, als man dem Felde der „phrasenhaften Gesinnungen zutrauen sollte. Eine Probe junkerlicher Rhetorik und Logik verdient daraus wohl mitgetheilt zu werden. Sie lautet: „Se. Maj. will nicht Leute, die in ungestümer Ueberstürzung und zum großen Theil bei völliger Unkenntniß unserer realen Verh. wirklich vorhandenen

Zustände in erspriesslicher Berathung nichts fördern, aber Alles in Frage stellen, haben die königliche Autorität anzutasten und droht wieder alles preußische Gebiet in ihre Mitte zu verlegen, und endlich nach vielen Worten, ohne alle Thaten und Resultate und leider mit vergeblichem Aufwand vieler Kosten nach Hause entlassen werden müssen, und in jedem Fall — dafür bürgt uns des Königs klares Wort und seiner Wille — unter gleichen Verhältnissen auch künftig entlassen werden werden. Denn preußisches Königthum und Demokratie sind unvereinbar." . . . Also auch bei den bevorstehenden Wahlen wird es heißen: Wer für einen Demokraten oder sog. Fortschrittsmann seine Stimme abgibt, der ist wider seinen König und hängt „Ihm und seinem Hause nicht in Treue an", wie Se. Majestät wörtlich selbst sagt."

(Ztg. f. Nordd.)

Berlin, 30. März. Daß das Ministerium sich nicht auf Rosen gebettet hat, läßt sich aus der Schwierigkeit ermessen, welche sich an die Ernennung eines Nachfolgers des Handelsministers knüpft. Nachdem sich auch mit dem Geh. Rath Delbrück die Verhandlungen zerschlagen haben, sind solche mit einem Regierungspräsidenten in der Rheinprovinz angeknüpft. Bis jetzt hat Herr v. d. Heydt die sonangebende Stimme im Staatsministerium; er imponirt gewissermaßen mit seinen Finanzprojekten, durch welche die Militärfrage, ohne daß die Kammer in dem Getrunkte beizustimmen brauch, gelöst werden soll. Indessen stößt seine Konvertirungsmaßregel auf zahlreiche Gegner mit scharfer Kritik. Er hat aber an das doch auch möglich, wenn nur theilweise, Fehlschlagen seines Projektes gedacht und mit den königl. Geldinstituten ein Abkommen getroffen, wornach diese die etwa nicht wieder unterzubringenden Staatsschuldverschreibungen zu dem Zahlenwerthe und vier vom Hundert annehmen. Wahrscheinlich wird dieses Hilfsmittel, wenn es in Anwendung gebracht werden müßte, einer noch strengeren Beurtheilung unterliegen, als das Konvertirungsprojekt selbst, da es den finanziellen Ruf Preußens zu heben unter allen Umständen nicht angethan ist. (Schw. M.)

Berlin, 31. März. Das Centralwahlkomité der Fortschrittspartei hat dem Wahlerlaß des Ministers des Innern gegenüber eine Anfrage an die Wähler veröffentlicht, der wir folgende Stellen entnehmen: „Den äußeren Anlaß zur Umgestaltung des Staatsministeriums gab die Annahme des Hagen'schen Antrages im Hause der Abgeordneten, der unter verschiedenen Gesichtspunkten bekämpft und endlich von dem früheren Ministerium als ein Zeichen des Mißtrauens gedeutet ward, obwohl vor der Annahme der damalige Finanzminister ausdrücklich erklärte, daß die Staatsregierung den Antrag nicht als ein Mißtrauensvotum auffasse. Die wahre Veranlassung der Krisis war der tiefe Mißverspruch innerhalb der Regierung selbst, welcher sie völlig unhaltbar machte jeder Volksvertretung gegenüber, die sich nicht, wie in den Jahren von 1859 bis 1861, den Anschluß an die Regierung auf allen ihren Wegen zur ersten Aufgabe stellte. In früheren Zeiten konnten sich widerstreitende Grundsätze im Ministerium unfruchtbar und hemmend hinschleppen; einer Volksvertretung von selbständiger Richtung gegenüber mußte alsbald die eine Seite oder die andere vom Schauplatz weichen. Es wich die liberale. Die neue Regierung hat unter dem 12. d. M. einen Wahlerlaß veröffentlicht, dem die ministerielle Zeitung eine das aufgelöste Haus der Abgeordneten mit heftigen Schmähungen überhäufende Erläuterung beifügte; und unter dem 22. dieses Monats hat der Minister des Innern einen zweiten Wahlerlaß folgen lassen. Hier werden keine einzelnen Fragen berührt, diese vielmehr — wie die Fragen der Geldbewilligungen und der Militärvorlagen — für unerörtert erklärt und statt dessen die Unterstützung aller konservativen Elemente aufgerufen, um die Rechte der Krone zu wahren und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königl. Regiments zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe, oder daß der Schwerpunkt der staatlichen Gewalt von der Krone in die Volksvertretung verlegt werde.. Wir möchten wissen, was geschehen ist, um die Krone in Gefahr erklären zu können. Wir möchten wissen, welche Artikel der Verfassung das aufgelöste Abgeordnetenhaus verletzt, welche Rechte es angegriffen haben soll. Nach der jetzigen offiziellen Auffassung scheint es, daß jeder als ein Revolutionär und als ein Gegner des Königthums betrachtet werden soll, der nicht einfach den ministeriellen Militärvorlagen und Budgetaufstellungen zustimmt. Niemand denkt daran, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone anzutasten. Aber darum handelt es sich, ob neben der großen und unzweifelhaften Macht der Regierung das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung irgend eine Bedeutung haben soll oder nicht. Der alte Absolutismus nahm Bösheit oder beschränkten Unterthanenverstand an, wo er einen Widerspruch erfuhr, meinte, er brauche nur zu sagen was es wolle, um jede andere Meinung verstummen zu machen. Seitdem aber Preußen in der nothwendigen Entwicklung einer neuen Zeit in die Reihe der konstitutionellen Staaten getreten ist, hat die Volksvertretung verfassungsmäßig über Gesetze, Abgaben und Verwendung der Staatsmittel zu beschließen, über alle wichtigen Angelegenheiten des Landes ihren Rath vor den Thron zu bringen. Sie würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie diesen Rath nur nach den Wünschen der Regierung stimmte, wenn sie das genehmigte oder zuließe, was gegen ihre Ueberzeugung von dem Vortheil und den Kräften des Landes streitet. Die Regierung nimmt an, die letzten Wahlen seyen das Resultat einer unbefugten Beeinflussung, die Frucht der Ueberredung, die Folge übertreibender Agitationen und Verdächtigungen gewesen, ihr Ergebniß entspreche nicht der wahren Meinung des Landes. In diesem Sinne hat sie an das Volk appellirt. Nach unserer Ueberzeugung sind die Wahlen des vorigen Jahres auf dem tiefen, allgemeinen und wohlbegründeten Gefühl hervorgegangen, daß schon die vorige Regierung und die Mehrheit der früheren Abgeordneten zu langsam und zu zaudernd für die nothwendigen Reformen sorgten. Jetzt scheint die Erhaltung des Bestehenden zur einzigen Staatsweisheit werden zu sollen. Aber wahrhaft konservativ sind nicht diejenigen, welche unhaltbare und widerspruchsvolle Einrichtungen im Staate fortbestehen lassen, sondern die, welche den Bau der Verfassung endlich zu vollenden streben, um eine schwankende Uebergangszeit abzuschließen und einen festen Boden zu gewinnen. Wir meinen, das preußische Volk hat Vertreter gewollt, die mit der vollen Ehrfurcht vor der Person und den Rechten ihres Königs eine feste und unabhängige Gesinnung und ein lebendiges Gefühl von ihren Pflichten gegen das Land zu vereinigen wissen. Wir erwarten, es wird die Männer nicht im Stiche lassen, die in diesem Sinne gehandelt."

Berlin, 31. März. Zu den Ersparungen, mit welchen man von Seiten der Regierung vorgeht, gehört die durch eine kgl. Verordnung verfügte Bestimmung, daß die in diesem Jahre in die Reserve tretende Mannschaft der Linie bereits bis Ende August entlassen und andererseits die diesjährigen Rekruten erst im November eingezogen werden. (N. Kor.)

Berlin, 1. April. Den hiesigen Beamten, welche unter dem Kultusministerium stehen, ist der Wahlerlaß des Herrn Ministers des Innern mit dem Bemerken mitgetheilt worden, daß Herr v. Mühler sich den Ausführungen seines Kollegen vollkommen anschließe und von seinen Untergebenen das entsprechende Verhalten bei den Wahlen ebenfalls erwarte. Die Beamten hatten durch Unterschrift die Entgegennahme der an sie ergangenen Mahnung zu bezeugen. (Nat.-Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 31. März. (Privat-Korrespond.) Im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses herrscht fortwährend eine große Thätigkeit, und wenn auch im Schooße desselben über Fragen von secundärer Bedeutung eine vollständige Einigkeit noch nicht hergestellt ist, so herrscht doch darüber nur eine Stimme, daß die von dem Finanzminister gemachte Bankvorlage abzulehnen sey. Bankaktien befinden sich daher auch fortwährend auf dem Rückzuge, je mehr die Wahrscheinlichkeit wächst, daß das betreffende Abkommen nicht ohne erhebliche Renderungen im Abgeordnetenhaus zur Annahme gelangen oder vielleicht ganz fallen wird. Die Bahnlinie, welche davon nur gewinnen und daß auch die Börse dieser Ansicht ist, beweist die anhaltend günstige Haltung der Devisenkurse, welche seitdem Bankaktien, durch die Aussichten auf Nichtannahme des Vertrages gedrückt, citca 25 pf. verloren, eher eine Tendenz zum Weichen wahrnehmen lassen"). — Daß sich die Majorität des Finanzausschusses ein Princip für die von dem Finanzminister vorgeschlagenen Steuererhöhungen ausgesprochen hat, ist unwahr. Es finden dieselben im Gegentheile im Finanzausschusse eine sehr starke Opposition, und kann es deßhalb als sicher angesehen werden, daß sich derselbe gegen die Besteuerung des Salzes, die Erhöhung der Steuer auf die Zuckererzeugung, vor Allem aber gegen die Erhöhung der Grundsteuer aussprechen wird. — Die Petition der Wiener Bankiers gegen die Ausgabe von Staatspapiergeld findet hier sehr wenig Anklang**), und es wird dieselbe wahrscheinlich dem Abgeordnetenhause gar nicht übergeben werden,

*) Wir geben obige Mittheilung dieses Berichterstatters als Ausdruck der in Oesterreich weit verbreiteten Anschauung der Dinge. Ob diese Anschauung richtig ist, möchten wir bezweifeln; und dünkt vielmehr, daß die Vorlagen des Finanzministers gar nicht so verwerflich sind, und daß der Widerstand gegen dieselben vielmehlich in dem eifen oder liegenden gründen Wunsch wurzelt, der Nordwestbahn selbst überlassen zu werden, die Schuld des Staates an die Bank abtragen zu müssen. (D. Red.)

**) Und doch scheinen und die Bankiers nicht eben Unrecht zu haben. Der Grund der Abneigung gegen ihren Schritt ist derselbe, der in der vorigen Note erwähnt wurde.

Digitized by Google

da sich keine Unterschriften finden. — Der Finanzausschuß verlangt, daß die für den Credit vorzugsweise maßgebenden Anstalten, als Nationalbank, Creditanstalt, Escomptanstalt u. a., welche jetzt dem Finanzministerium zugewiesen sind, dem Handelsministerium untergeordnet werden sollen. Nicht ohne Bitterkeit sagt hierbei der Ausschußbericht, daß die Gründe sowie die praktische Tragweite der bisherigen Einrichtung, wonach diese Anstalten unter das Finanzministerium gehören, klar und in dem Verhältnisse zur Bank anschaulich geworden sind. Ebenso verlangt der Ausschuß, daß das Gewerbswesen wieder dem Handelsministerium zugewiesen werde.

= Wien, 31. März. (Privat-Korresp.) Das Doktorencollegium der hiesigen juridischen Fakultät hat einen prinzipiell wichtigen Beschluß gefaßt. Es wurde nämlich der Antrag des Ausschusses, wonach die Stipendien der Bursa'schen Stiftung auch an Studierende israelitischer Konfession verliehen werden sollen, zum Beschluß erhoben und zugleich festgesetzt, es solle ein solches Stipendium in diesem Schuljahre schon an einen Israeliten verliehen werden.

Großbritannien.

London, 1. April. Lord Palmerston hat im Unterhause auf eine Anfrage Hubbard's erklärt, England habe das türkische Anlehen erleichtert, jedoch keinerlei Verantwortlichkeit übernommen; die englische Regierung beschränke sich darauf, die gute Verwendung des Anlehens zu überwachen. (Tel. d. Fr. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. März. Wer die Entwicklung der Zustände hier mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, dem kann die wachsende Bedeutung des Prinzen Napoleon Jerome für das Kaiserthum unmöglich entgehen, und das Wachsen dieser Bedeutung ist dem regierenden Bonaparte keineswegs gleichgültig und noch weniger angenehm. Die Kaiserin Eugenie hielt ebenfalls den „Herrn Vetter" sehr wenig, das ist kein Geheimniß, und trotzdem ist das Ansehen des „Prinzen", wie er fast ausschließlich genannt wird, im Wachsen. (N. Pr. Z.)

Paris, 30. März. Hinsichtlich der Theilnahme der französischen Bischöfe an der Kanonisation der Märtyrer in Rom, ist man französischerseits immer noch in der größten Verlegenheit, da mehrere Bischöfe entschlossen zu seyn scheinen, trotz des Verbots, nach Rom zu gehen. (Allg. Pr. Ztg.)

Paris, 2. April. Der „Moniteur" erklärt, es sey unrichtig, daß Frankreich von Spanien die Zurückberufung des Generals Prim aus Mexiko verlangt habe. Frankreich hat sich darauf beschränkt, die Konvention von Soledad zu mißbilligen, indem ihm diese Konvention der Würde Frankreichs zuwider scheine. Man versichert übrigens, die Regierung von Spanien theile die Ansicht Frankreichs und werde die Konvention von Soledad verwerfen.

Lamartine wird nicht wenige derjenigen wieder versöhnen, welche an seinen wahrhaft amerikanischen Reklamen, seiner „literarischen" Anleihe ꝛc. Anstoß genommen. Eine Petition war im Senate eingegangen, für den Dichter eine National-, d. h. Regierungsunterstützung zu ermitteln. Lamartine aber erklärt in einem Briefe an Borschefjacquelin, daß in Folge mannigfacher Verhältnisse seine Schulden allerdings das bei gewöhnlichen Sterblichen zulässige Maß überschritten, daß er aber doch lieber auch ferner auf dem bisherigen Wege ihre Lösung versuche, als daß er von dem Kaiserreiche, dem er übrigens durchaus nichts Böses nachsagen wolle, eine Unterstützung annehme. Es heißt sogar, die Regierung habe Lamartine einen Senatorensitz angeboten, jedoch eine ablehnende Antwort erhalten; es soll dies bereits das zweite derartige Anerbieten seyn.

Italien.

Turin. Das Ministerium Ratazzi ist nunmehr definitiv rekonstituirt. General Giacomo Durando hat das Ministerium des Auswärtigen übernommen, Matteucci den öffentlichen Unterricht, Conforti die Justiz. Die anderen Minister bleiben im Amt.

Aus Neapel, 23. März, hat der „Volksbote" sehr lange Berichte erhalten, auf denen deutlich hervorgeht, daß der Aufstand auf's gewaltigste anschwillt, nur daß ihm daßenige fehlt, was allein den endlichen Erfolg sichern kann, nämlich eine tüchtige und einheitliche Oberleitung. Der halboffizielle „Pungolo" schreibt: „Die Reaktion erhebt sich auf's prächtigste wieder. Eine sehr zahlreiche Bande hält die Provinz Bari besetzt und verbreitet von dort aus Schrecken über die benachbarten Provinzen. In der Capitanata übt die Reaktion schreckliche Vergeltungsmaßregeln; alle Sicherheit ist verschwunden, die Anhänger des „einheitlichen Italiens" verbergen sich. Chiavone und Sandro durchziehen die Ebenen Apuliens; 2 Linienregimenter, 2 Bataillone Jäger und Kolonnen von Mobilgarden sind gegen sie geschickt worden, aber ohne den geringsten Erfolg. Die Briganten kämpfen in einem Augenblick, dann verschwinden sie. Aus der Basilicata schreibt man: Der bourbonische Königsbanang belebt sich in unserer Provinz von neuem. Eine starke Bande bourbonischer Bewaffneter steht in Lagopesole, Bourbonische sind in Tricarico, andere zwischen Pisticci und Monte Albano, andere zwischen Pamarico und Bernalda, noch andere endlich operiren am Meerbusen von Tarent und bei Manfredonia. Keine dieser Banden ist stärker als je 300—500 Mann, aber sie schneiden alle Verbindungen ab und erhalten von den Bauern, die sämmtlich ihnen daraus zugethan sind, alle mögliche Unterstützung und Unterstützung."

„Il Pungolo" bringt jetzt die sehr charakteristische Toastkarte von dem Kameraden-Essen, das Garibaldi am 22. März in Mailand gegeben wurde. Diese Bitte lautet: General Garibaldi: Kriegsgefährten, den Martyrern der fünf glorreichen Tage ein Erinnerungszeichen! — General Bixio: Auf die Revolution von Venedig: und wenn es seyn muß, auf die Revolution von Rom! — Garibaldi: Ein Herzensgruß an Ungarn! — Bixio: Die Auferstehung aller geknechteten Völker! Der nahen Befreiung und Unabhängigkeit aller noch mit Füßen getretenen Nationalitäten! — Major Carissimi: Den Insurgenten von Naupflia! Der Freiheit Griechenlands! Keine Unterdrücker mehr! — General Türr: Italien lebe hoch! Es lebe das italienische Volk! Dieses Volk verdient von andern zum Vorbild genommen zu werden. Es verliert niemals den Muth. Es hat fortwährend gekämpft. Es lieferte den andern Völkern den Beweis, wie man durch festen Willen und tapfere Hand endlich zur Freiheit durchdringt. — Oberst Tukery: Erlauben Sie mir einen Toast auf die italienische Nation und auf Garibaldi! Gerechtigen Sie, meinen Dank an Italien und an diesen großen Patrioten für Alles, was sie gethan haben für mein Ungarn, abzustatten. Als Verbannter sende ich meinen Gruß allen denen, welche die edle Gemeinde der Verbannten des gesammten Europa bilden. — Major Castellini: Auf Giuseppe Mazzini's Heimkehr! Auf Giuseppe Mazzini in unserer Mitte und nicht mehr im Exile! — Oberst Corici: Heute am Vorabend der Unglücksschlacht von Novara, schwören wir Alle, dieselbe an unsern Feinden aufzuwiegen. — Garibaldi: Die tapfere Nationalarmee lebe hoch! — General Medici: Wir haben einen Kriegsheldeu zum Könige und wir haben den General Garibaldi, der, wie alle Welt weiß, immer siegreich ist; auch haben wir ein Volk, das, wie sich gezeigt hat, nicht zählt, mit wie viel Feinden es zu kämpfen hat, und wir haben eine tapfere Armee; wir haben das Recht auf unserer Seite; trinken wir also auf die nahen bevorstehenden Schlachten, die uns vollends frei machen werden, — trinken wir auf die künftigen Siege! — General Bixio: Krieg aber allen Eroberungen!

Amerika.

Ein Newyorker Korrespondent der „Zeit" theilt mit, daß die letzten Erfolge der Unionstruppen nicht sowohl das Werk des Oberbefehlshabers Mac Clellan als des Kriegsministers Stanton waren. MacClellan habe noch immer nicht sich aus seiner Unthätigkeit aufraffen können und sey von Stanton geradezu zum Vorgehen genöthigt worden, so daß man seinem Rücktritt entgegensehe. Bis zum Juli hoffe Stanton den Krieg zu Ende geführt zu haben. — Auch über die neuesten Waffenthaten Sigel's in Arkansas gibt dieser Korrespondent näheren Aufschluß und fordert die badische Regierung auf, einem so glänzenden Talent und so vortrefflichen Charakter nicht länger die Rückkehr in das deutsche Vaterland und letzterem nicht länger eine so bedeutende Kraft vorzuenthalten.

Nichtpolitische Zeitung.

In öffentlichen Blättern lesen wir u. A. folgende Stelle aus den „Gesammelten Gedichten" des gegenwärtigen preußischen Kultusministers, Hrn. v. Mühler, in welcher die poetische Vorausahnung der dem Autor vorbehaltenen Bestimmung fast seltsam genug anstimmt:

Wollt' man zum Minister wählen
Mich beim Wein,
Ha, da könnt' es mir nicht fehlen,
Bei dem Wein.
Welche Reden wollt' ich halten,
Wie würd' ich das Land verwalten,
Trinken müßten Alle seyn,
Voll von Wein!

Digitized by Google

Wir gratuliren den preußischen Unterthanen in Hinterpommern und der Uckermark von Herzen zu dieser neuen Aera. Inzwischen soll, wie aus Berlin berichtet wird, das Ministerium Mühler-Heydt verzweifelt nüchtern debattiren.

Stuttgart, 27. März. (Pferdemarkt.) Die Wettbewerbung, welche der Stuttgarter Pferdemarkt durch denjenigen von Frankfurt erhält, hat unsere Behörden veranlaßt, alles Mögliche zu Gunsten der beim hiesigen Pferdemarkt Betheiligten vorzutreffen. Darunter rechnen wir besonders eine Ermäßigung des Eisenbahntarifs für Laufwagen und Pferde, die während der Dauer des Marktes eintreten wird. (B. Bbl.)

— An den Donaumündungen machte sich, wie uns geschrieben wird, der Eisgang erst in der zweiten Hälfte dieses Monats bemerkbar; in Galacz setzte sich derselbe in der Nacht vom 17. zum 18. in Bewegung und verursachte am Kai sowohl als im Hafen nicht unerheblichen Schaden. Eine griechische und eine sardinische Brigg sind völlig gesunken, so daß nur noch ein Theil der Masten aus dem Wasser hervorragt; ein amerikanischer Schooner ist leck geworden und hat seine Ladung verdorben; ein Dampfer der griechisch-orientalischen Gesellschaft ist gleichfalls gesunken; 5 Segelschiffe und ein Propeller der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft sind auf's Land gesetzt.

(Ein Riesengeschoß.) Privatberichten aus Washington zufolge läßt die hortige Regierung jetzt Geschütze nach der Angabe Chas Herrn Rodman anfertigen, die eine Stückgluet von 1000 Pfund Gewicht zu schleudern im Stande sein werden, und denen — so glaubt man — kein eiserner Schiffspanzer und wäre er noch so stark — widerstehen können wird.

Neueste Nachrichten.

Die „Fr. P." schreibt: Die deutsche Frage ist so wenig mit der letzten Bernstorff'schen Note am Schlußstein angekommen, daß wir vielmehr jetzt am eigentlichen Anfang der Lösung stehen. Indem die mit Oesterreich vereinigten sechs deutschen Regierungen die identischen Noten in Berlin abgaben, — jene gemeinsame Erklärung, wodurch sie die Berechtigung der im deutschen Volke lebenden Wünsche nach Einigkeit, Macht und Kriegsstärke Deutschlands anerkannt, zugleich aber auch offen kundgegeben haben, daß sie dem deutschen Volke auch seinen Antheil an dem Werke der Einigung nicht vorzuenthalten Willens sind — haben dieselben Preußen in bundesfreundlicher Weise eingeladen, behufs der Ausführung dieses Einigungswerkes mit ihnen in Berathung zu treten, jedoch mit dem Beifügen, daß, sollte man in Berlin hiezu sich nicht verstehen wollen, sie dasselbe allein in Angriff nehmen würden, um die politische Bewegung aus den Nebeln der Theorie auf das haltbare Fundament der rechtlichen und praktischen Wirklichkeit zurückzuführen. Dieser Moment ist jetzt eingetreten, nachdem Graf Bernstorff definitiv erklärt hat, es sey ihm versagt, auf die von den Mittelstaaten entwickelten staatsrechtlichen Ansichten einzugehen, und es werden die betreffenden Konferenzen nicht mehr lange auf sich warten lassen.

= München, 2. April. (Privat-Korr.) In einer heute stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrathes der bayer. Ostbahnen wurden die benöthigten Beschlüsse zur Ausführung der Bahnlinien von Schwandorf nach Bayreuth und nach Eger gefaßt; beide Linien sollen gleichzeitig gebaut werden. Ebenso sind zur Zeit die HH. Abgg. Mönch aus Hof und Dr. Arnheim aus Bayreuth in Angelegenheit der Bahn von Hof nach Eger hier anwesend. In Betreff dieser Bahn vernimmt man, daß zum Bau derselben nun auch die österreichische Regierung die Konzession ertheilt habe. Die bayerische Regierung hat sich, so vernimmt man weiter, bereit erklärt, den Betrieb der ganzen Bahn in Pacht zu nehmen, und da die Pachtsumme zur Verzinsung und Amortisirung des Baukapitals ausreichen würde, so dürfte die Aufbringung des letzteren ohne Schwierigkeit zu bewerkstelligen seyn.

Die „R. M. Z." ist ermächtigt zu erklären, daß die Mittheilungen öffentlicher Blätter über die Ernennung eines Coadjutors für den Bischof von Eichstätt; jeder thatsächlichen Begründung entbehren und daß die Ernennung eines Coadjutors für das Bisthum Eichstätt unter den gegebenen Verhältnissen vorerst nicht erfolgen wird."

= Berlin, 30. März. (Die Stimmung.) Nach allen Anzeichen aus den verschiedensten Landestheilen hat die ungeheure Schärfung des Konflikts die Volksmassen Herausforderung zu einem Entscheidungskampfe das Streben nur beseelt, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung in ihrem vollen Umfang zu wahren. Das neue Ministerium hat nicht die geringste Aussicht auf eine Kammer, welche durch blinde Drohungen geschreckt, auf die strenge Prüfung des Staatshaushalts verzichtet und mit geschlossenen Augen den Militärsäckel füllt. Daß der Kampf ein ernster ist, wenn die Regierungsgewalt sich mit voller Wucht auf die Seite der Feudalpartei stellt, dessen ist man sich wohl bewußt. Aber um so zäher und entschlossener nimmt man ihn auf, um so klarer wird er jetzt durchgefochten werden.

Das Wahlresultat der Ministers des Innern hat in Berlin schon seine Wirkung geäußert, indem eine große Anzahl von Beamten, welche bei der letzten Wahl mit der Fortschrittspartei gestimmt hatten, sich zu dem Beschlusse vereinigt haben, diesmal sich der Betheiligung an der Wahl ganz zu enthalten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	82½ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon d. K.	73½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅝—⅔ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4½ pCt.	43½ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	93⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. K. (C. b. R.)	101½ P.
"	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103½ P.
"	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103⅜ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	97⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.
"	3 pCt.	95 P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 50	46 G.
"	2 pCt. "	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100½ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1195/6 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171,70½ G. ex D.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	210½ P. 209 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	79½ G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	87½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	249 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66¼ G.
	Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 kr.	239½ G.
	" Rhinab.-Eisenbahn 5 pCt.	113 P.
	" Rhinab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅜ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	28½ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	132½ P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	83⅜ G.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G. ex D.
	Span. Handels- u. Industrie-	505 P.
	" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	486 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbes.	107½ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ P.
	Providentia (Fenerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100—½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B. ⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Gst. W. 1. S.	86½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oestorr. fl. 250 v. 1839	100¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	66⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	134½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	68¼ P. 67⅞ G.	" fl. 25 do.	37⅜ P.
" fl. 100 Kk. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	34 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37 P.
Badische fl. 50	98 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 G.
Badische fl. 35	85 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ P.

Frankfurt, 2. April. Oesterr. Fonds verkehrten in fester Haltung ungefähr zu den gestrigen Kursen. Südteutsche Fonds ohne wesentliche Veränderung. Staatsbahnaktien und Prioritäten waren begehrt. (Dzna.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 94. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 4. April 1862.

Ueber den Plan, Staatspapiergeld in Oesterreich zu schaffen.

(Schluß.)

Es ist wohl gar nicht nöthig, noch genauer auseinanderzusetzen, welche neuen Verwirrungen und Störungen aus einer gleichzeitigen doppelten Zwangspapier-Valuta entstehen müßten, der des Staatspapiergeldes und der Banknoten. Mag hin und wieder auch zu kleinern Beträgen Staatspapiergeld und Banknoten ohne erheblichen Schaden neben einander kursirt haben, so haben sicher die Verhältnisse ganz anders gelegen, z. B. früher in Preußen, wo ein voller Staatsschatz und kein Zwangskurs bestand. Uebrehaupt möchten wir davor warnen, beliebige bloß äußerlich analoge Beispiele aus der Staatsfinanzgeschichte herzuholen, um damit dies oder jenes beweisen zu wollen. Wenn irgend welche, so muß jede einzelne Geldfrage jedesmal nach ihrem eigenen innern Werth behandelt werden.

So wenig fraglos ist übrigens das Unheil einer doppelten Valuta, daß sogar die Besserer und Gönner der Ausgabe von Staatspapiergeld in Oesterreich dieselbe zugeben, aber doch vermeinen, ihr ausweichen zu können. Nur zeugt aber wieder das Mittel dazu von einer mehr als gewöhnlichen Unbekanntschaft mit volkswirthschaftlichen und finanziellen Dingen. Es soll nämlich, so lautet dieser Plan, der Staat bis zum Ablauf des Jahres 1866, wo das Bankprivilegium aufhören wird, das Recht der Papierausgabe nur theoretisch wahrnehmen, praktisch jedoch erst mit dem Jahre 1867, wo er mit einer Ausgabe von 250 Mill. fl. debutirt, dir er von der Bank übernimmt. Dir Bank würde bis dahin Veranlassung nehmn, so raisonnirt man weiter, den Mehrbetrag ihrer jetzigen Ausgabe, also 200 Mill. Noten aus dem Verkehr zu ziehen und es wird sogar hinzugesetzt, daß das schon an sich ein Vortheil wäre, denn der Rest der Noten würde um so viel besser im Kurse werden.

Das nennen wir doch eine kühne finanzielle Romantik. Uns wundert nur zweierlei dabei. Einmal, daß wenn eine Besserung der österreichischen Valuta durch bloße Verminderung der Ausgabe entstehen würde, diese nicht sofort und permanent ins Werk gesetzt wird. Sodann, wie der Urheber des Planes es über das Herz gebracht hat, nachdem am Ende des Jahres 1866 diese Verbesserung wirklich eingetreten wäre, sie durch die Ausgabe von anderem Papiergeld wiederum dann wieder aufheben zu wollen. Soll vielleicht bis der Nationalbank durch Besserung ihrer Papiere der Ablauf ihres Daseyns verkürzt werden, so daß nachher nur das Publikum den Schaden zu tragen hätte?

Aber der ganze Plan hat keinen richtigen theoretischen oder praktischen Halt. Daß die Verminderung eines Zwangs-Papiergeldes nicht durchaus mit der Kursbesserung desselben zusammenhängt, haben wir bereits im vorigen Aufsatz nachgewiesen; wir brauchen also hier nicht wieder darauf zurückzukommen. Aber davon abgesehen, glaubt man denn wirklich, dem Verkehr einen Betrag cirkulirenden Mediums, und zwar in drei Jahren zum Betrage von nicht weniger als 200 Millionen entziehen zu können? Hat denn der Urheber des Planes nicht die Tausende von unbeschreiblichen Verlegenheiten eines solchen Zustandes im Innern und den außerordentlichen Druck, den er nach Außen ausüben würde, sich darstellen mögen? Man begreift in der That den leichten Muth nicht, der dazu gehört, solche Vorschläge aufzustellen, wenn man nicht eben aus Erfahrung wüßte, wie geduldig das Papier ist.

Das geht also nicht; der Staat muß vielmehr gleichmäßig mit dem allmäligen Zurückziehen der Nationalbanknoten mit seinem Papiergeld eintreten, und damit hätten wir dann in Oesterreich die doppelte Geldvaluta. Daß beiderlei Papier nicht gleichen Kurs im In- und Auslande haben werde, ist mehr als wahrscheinlich, und möglicher Weise könnte die Abweichung sogar für das eine oder das andere Papier hier oder dort eine verschiedene seyn. Der Geld- und Kreditverkehr wird von so vielerlei und so ganz ungleichen Einflüssen berührt, daß hierbei die allerwunderlichsten Erscheinungen hervortreten können. Ein ungedecktes Papiergeld und eine Banknote, deren bankmäßige Deckung theilweise erreicht ist und vielleicht ganz erreicht werden könnte, bieten so wesentlicht Unterschiede, daß unter Begünstigung der Umstände sich davon die außerordentlichsten und verwirrendsten Folgen herausstellen dürften.

Es geht also nicht mit dem Plane eines österreichischen Staatspapiergeldes, wie er mühsam aufgetischt und dem unbefangenen Leser zur Prüfung vorgelegt worden ist, und jedenfalls hat das Ausland alle Ursache, demselben nur mit Mißtrauen entgegenzusehen. Und dies Mißtrauen kann dadurch nur gesteigert werden, wenn man sieht, mit welchen Gründen der Plan in einzelnen österreichischen Blättern noch unterstützt wird. Man schlägt vor, der Nationalbank die Notenausgabe abzunehmen, man will die Schuld des Staates an sie mit dessen Zwangsnoten tilgen und groß im Grunde noch darüber, daß so viel zu bezahlen ist, indem man darin zugleich das Argument findet, dem projektirten Abkommen mit der Bank entgegenzutreten. Wir haben dasselbe in seinen Einzelheiten nicht zu vertheidigen, wir meinen aber, daß der Geschäftspunkt, von dem es zunächst ausgeht, der nämlich einer völligen Anerkennung und Abzahlung der vom Staate bei ihr kontrahirten Schulden, der einzig möglihe, derjenige ist, ohne welchen die Staatsregierung gar nicht vorwärts könne. „Nicht Geld, sondern Zettel hat die Nationalbank dem Staate geliefert, nicht sie, sondern das Volk, das zur Annahme dieser Zettel gezwungen wurde, hat der Regierung den nöthigen Kredit verschafft; nicht sie, die trotz Insolvenz, trotz Einstellung der Baarzahlungen, trotz Zwangskurs ihrer Noten regelmäßig Dividenden an ihre Aktionäre vertheilte, sondern das Volk, das die entwerthteten Zettel statt Geld empfing und die Leiden der Valuta-Schwankungen trug, in mußte, hat die Opfer gebracht, die jetzt der Bank angerechnet werden.“ („Presse“ vom 16. März.) Wir geben zu, daß diese Worte sehr gut auf die Stimmung berechnet sind, welche in Wiener Kreisen über die Bank herrschen mögen. Man hat ihr ohne Zweifel mancherlei Sünden vorzuwerfen, aber man könnte ihr noch weit mehr zuschieben, ohne daß das Schuldverhältniß zwischen Staat und Bank dadurch im Mindesten berührt würde. Ob es Papier oder Geld gewesen, das die Bank dem Staate geliehen, ob der Staat bessere Bedingungen hätte erlangen, vielleicht das Papier selbst hätte sabriziren können, das ist im Grunde ganz einerlei. Will die österreichische Regierung nicht dem letzten Anspruche auf Kredit entsagen, so darf sie auch in Gedanken solche Geschäftspunkte sich nicht oktroyiren lassen, und es scheint nicht bloß „ehrenwerth“, wie die „Presse“ sich weiter ausdrückt, sondern durch die Pflicht geboten, der Bank die volle Schuld abzutragen; mindestens glauben wir, daß das Ausland jedem Projekte, das sich die Aufgabe stellte, von dieser Linie der strengen Pflichterfüllung abzuweichen, sich entschieden zuwider erklären und daß diese Stimmung sich bald in der Valuta wiederspiegeln würde.

Wir wollen schließen, die Frage könnte, falls wir in und für Oesterreich schreiben würden, noch mancherlei Geschäftspunkte bieten, die der Besprechung wohl werth wären. Allein wir haben uns auf die nothwendigsten Betrachtungen beschränkt, welche vom Standpunkt des Auslandes das Projekt einer erneuerten Staatspapiergeldausgabe in Oesterreich widerrathen lassen. Dieser Standpunkt ist aber in den wichtigsten Beziehungen auch der des Inlandes grade wegen des Einflusses der gegenseitigen Kurs- und Waarenbeziehungen. Wir brauchen haben vielleicht auch einen freieren Geschäftskreis; unbirrt durch die augenblicklichen Konfellationen in Oesterreich, um die Lieblingswünsche dieser oder jener Person kann und nur der Wunsch leiten, die österreichischen Valutaverhältnisse nicht in einen Abweg gerathen zu sehen, aus dem schwerlich eine

Digitized by Google

Reitung, wohl aber die nahe Möglichkeit eines allmäligen Ueberganges in Assignaten-Zustände denkbar ist. (Hamb. B.-H.)

Deutscher Bund.

Das offiziöse „Dresd. Journal" bringt folgende Andeutungen bezüglich der kurhessischen Verfassungsfrage nicht mehr Bundessache, sondern innere Landesangelegenheit. Von dem Antrag Oesterreichs und Preußens ist nur zu bemerken, daß er an dem bundesrechtlichen Prinzip festhält und nur wünscht, die Bundesversammlung möge der Regierung Kurhessens den Rath ertheilen, zur Erreichung des Zieles einer dem Bundesrecht entsprechenden Landesverfassung, d. i. des Zieles der Bundesbeschlüsse von 1862 und 1869, einen anderen Weg zu beteten.*) Der Antrag Oesterreichs und Preußens schließt keine präzisirte Forderung in sich, eben weil die kurhessische Verfassungsfrage eine innere Landesangelegenheit geworden ist. Er beschränkt sich auf einige Vorbehalte für das Bundesrecht und die Rechte der Standetherren. Die Modalitäten der Ausführung aber überläßt er den Erörterungen und Erwägungen der Regierung Kurhessens. Die Autorität der Bundesversammlung soll nicht dazu dienen, die kurhessische Regierung zu einem bestimmten Etwas zu zwingen, sie soll nur einen bundesfreundlichen Rath der beiden Großmächte unterstützen."

Bayern. München, 1. April. Dieser Tage wird sich die Frau Herzogin Max nach Benedig begeben, um am kaiserl. Hof daselbst einen Besuch abzustatten. — Der Prinz hat den Vorständen der Glasmalerei-Anstalt, Direktor Heinrich v. Heß und Max Ainmüller, durch das kgl. Staatsministerium des Aeußern Ordensdekorationen zustellen lassen, um ihren künstlerischen Leistungen gelegentlich des von Sr. Maj. dem König Sr. Heiligkeit zum Geschenk gemachten großen Glasgemäldes die verdiente Anerkennung zu zollen. (A. Z.)

Preußen. Berlin, 31. März. Wie wir aus den einzelnen Ministerien vernehmen können, herrscht daselbst die vollkommenste Rathlosigkeit. Die Minister schwanken von liberalen zu reaktionären, von reaktionären zu liberalen Anwandlungen hin und her. Einzelne Symptome, wie das Verbot des Königsberger Handwerkervereins kommen mehr auf Rechnung des Uebereifers einen einzelnen Beamten, des Polizeipräsidenten Mauerach. Die Stadt Königsberg hat sich nie durch große Energie im Widerstande ausgezeichnet. Der Magistrat besteht fast durchgängig aus servilen Elementen; sonst würde die Entfernung des Herrn Mauerach ihm ebenso gut, wie den hiesigen städtischen Behörden die Entfernung von Zedlitz gelungen seyn. Nun mag Herr Mauerach sich der Hoffnung hingeben, bald den konstitutionellen Herrn Winter abzulösen. Zur Zeit zwingt sich das Ministerium noch in die möglichst konstitutionelle Handlung. Der schlimme Eindruck, den der Jagow'sche Erlaß, die Auferung, welche die Nachricht von ähnlichen Erlassen überall hervorgerufen, machen das Ministerium ängstlich. Wie wenig die richterlichen Beamten geneigt sind, sich ihre Wahlfreiheit verkümmern zu lassen, beweist das offene und männliche Auftreten aller derjenigen richterlichen Beamten, welche der bisherigen Mehrheit angehört haben. Bereits haben dieselben aller Orten die Wahlbewegung in die Hand genommen, und warten im Bewußtseyn ihres guten Rechtes der Dinge, die da kommen sollen. Wir können übrigens aus bester Quelle versichern, daß das Ministerium sich vollkommen verrechnet, wenn es auf die Unterstützung der Altliberalen (gemäßigte) rechnet. Der Präsident Leite hat Herrn Zweifel besucht und ihm die lebhafteste Sympathie seiner Partei zu erkennen gegeben. (Hamb. B.-H.)

Berlin, 31. März. Der frühere Minister Graf Schwerin hat in diesen Tagen eine längere Reise mit seiner Familie nach Italien angetreten, und wird dieser Reise eine Brunnenkur in Kissingen folgen lassen. Es liegt offenbar die Absicht zu Grunde, einer Wahl im Abgeordnetenhaus auszuweichen. Gerade so macht es auch Herr v. Auerswald.

Baden. Karlsruhe, 2. April. Die Abgeordnetenkammer hat den Gesetzentwurf wegen Umwandlung der 4½prozentigen Obligationen in 4prozentige angenommen. (Fr. Holz.)

*) Auf diese Art käme allerdings die Bundesversammlung über die bittere Nothwendigkeit hinweg, ihre eigenen früheren Beschlüsse förmlich zurücknehmen zu müssen.

Oesterreich. Aus Oberösterreich, 17. März. Der Aufruf des Reichsraths-Abgeordneten und Bürgermeisters von Weis Dr. Groß, gegen den Protest des Linzer Konkordats-Centralvereins gegen den Religionsedikt-entwurf hat, wie der „Wdr." meldet, im Volke eine ganz unerwartete Aufregung gegen den Klerus hervorgerufen. Dr. Groß ist in Oesterreich eine zu geachtete Persönlichkeit, als daß sich ein solcher Erfolg seiner Ansprache nicht hätte erwarten lassen. Bereits in den ersten Tagen wurden von erwähntem Aufrufe gegen 10,000 Exemplare verkauft und diese Zahl dürfte sich bis heute verdoppelt haben. (Aoter.)

— Die Geazer „Tagespost" bringt folgende verspätete Erklärung, die ein Herr Schmölzer unterzeichnet hat: „In Folge einer Notiz des Tonvereins-Vorstandes hat sich die Meinung verbreitet, daß der Mürzthaler Sängerbund den Herzog Ernst zu Sachsen-Koburg-Gotha bei seiner Durchreise durch's Mürzthal empfangen habe; allein weder der Mürzthaler Sängerbund noch sein Direktor, noch ein anderes Mitglied des Bundes konnte zu einer derlei Ovation Veranlassung finden."

Frankreich.

Paris, 30. März. Die „Patrie" kann sich rühmen, die ganze politische Welt in Aufregung gebracht zu haben, und zwar durch ihren Artikel von vorgestern, worin sie versicherte, daß der Papst und der Kardinal Antonelli sich nicht länger abgeneigt zeigten, der Gewalt der Umstände Rechnung zu tragen und zu einer Transaktion die Hand zu bieten. Das ist der kurze Sinn des Artikels, in dem übrigens der Herr v. Merode als derjenige, welcher allein in dem hartnäckigen Widerstande beharre, einen Seitenhieb erhält. Die „Patrie" schießt weit über das Ziel hinaus. Die Sache ist ganz einfach diese: Vor seiner Abreise stattete Herr v. Lavalette dem Kardinal Antonelli und dem Herrn v. Merode einen Besuch ab; der Erstere, sowie der Papst selber, erklärten dem Gesandten, daß von einem Vergleich mit Piemont nimmer die Rede seyn könnte, der römische Stuhl werde niemals die vollbrachten Thatsachen anerkennen — aber fügten beide hinzu, was die inneren Reformen anbelange, so würden sie etwaige Vorschläge der französischen Regierung gerne entgegennehmen und einer gewissenhaften Prüfung unterwerfen. Der Kriegsminister, dem der Gesandte diese Auslassungen mittheilte, gestand ihm mit der ihm eigenthümlichen Leidenschaftlichkeit, daß er sie nicht wörtlich nehmen solle, von Reformen würde der größte Theil der Kardinale nichts hören wollen, so lange die Kirchenstaaten nicht vollkommen restaurirt seyen. Das ist Alles. Es ist möglich, daß der Kaiser, gestützt auf die Erklärung des Papstes, Unterhandlungen wegen Reformen (sie werden sicher zu nichts führen) anbahnen will, und vielleicht war dieß der Gegenstand einer langen Unterredung, die er am vorigen Dinstag mit dem päpstlichen Nuntius und dem Baron v. Bourqueney hatte, aber der eigentliche Zweck des Patrieartikels ist offenbar kein anderer, als die revolutionäre Partei in Italien zu vertrösten und dem Kabinete Ratazzi Beelegenheit zu verschaffen. Daß es dem Kaiser ernstlich wäre, wenn der Papst sich vor den vollbrachten Thatsachen verneigen und wenn die Revolution sich mit einigen Reformen in Rom begnügen wollte, standen wie gerne, denn er weiß nicht wo aus noch ein, aber er weiß gewiß besser als ein Anderer, daß dieß fromme Wünsche sind und daß eine Lösung des italienischen Knotens so leichten Kaufes nicht erzielt werden kann. (S. M.)

Die Steuerfrage, unter der die Savoyarden, seitdem sie französisch geworden, schmachten, soll für diesen arme Volk erleichtert seyn. Dazu kommt, daß die Steuern in der letzten Zeit mit unerbittlicher Strenge eingetrieben werden. Man braucht Geld. Der Aermste muß seine Abgaben zahlen und sollte man ihm das Blut aus den Fingerspitzen drücken; trotzdem aber, so berichtet man uns, zahlt Niemand schlechter, als die französische Behörde selbst. Daß Lieferanten und St. Jean Maurice, Moutier und Albertville dies, fünf und noch öftere Male nach Chambery müssen, ehe sie ihr Geld erhalten, gehört nicht zu den Seltenheiten.

Italien.

Der Absolution vom 25. März, welche der h. Vater aus Anlaß der Seligsprechung der drei japanesischen Märtyrer in der Kirche St. Maria sopra Minerva an die Kardinale hielt, und welche diesmal besonderes Interesse bietet, theils wegen des Inhalts, theils weil die ganze Feierlichkeit, die erst später stattfinden sollte, unerwartet rasch vorgenommen wurde, entnehmen wir folgende Stellen: „Es ist tröstlich für uns, zu denken, daß bei der Feierlichkeit, die wir nächstens begehen, wir umgeben sind von den

Digitized by Google

auserwählten Seelen, vom Kollegium der Kardinale und den Bischöfen, unsern Brüdern. Es wird ein schönes Schauspiel seyn, den obersten Hirten umgeben von den anderen Hirten zu sehen, welche einmüthig die Rechte des heiligen Stuhls aufrecht gehalten, und durch ihre tröstenden Worte unsern tiefen Schmerz gelindert haben. Es ist hier der Ort, einen Brief zu erwähnen, den wir vor 48 Stunden aus einer großen Stadt Italiens, oder sagen wir es besser, aus der Hauptstadt der Lombardei erhalten haben. Dieser Brief ist von einem Geistlichen unterzeichnet, der sich Kanonikus nennt, und es heißt darin: „Gütet Euch, bei der bevorstehenden Versammlung der Bischöfe in Rom die weltliche Herrschaft für einen Glaubenssatz zu erklären." Wenn dieser arme Priester, den wir lieber guter Priester nennen würden, hier zugegen wäre, so würden wir ihm sagen, wie wir nun zu Euch, die Ihr gegenwärtig, sagen: Seyd gewiß, daß der heil. Vater die weltliche Macht nicht als Glaubenssatz aufstellt, daß er aber erklärt, daß die weltliche Herrschaft nothwendig und unumgänglich ist, um die Unabhängigkeit der geistlichen Gewalt aufrecht zu halten, so lange diese von der Vorsehung aufgerichtete Ordnung dauern wird... Aus einem benachbarten Königreich erhalten wir Schreiben von einigen Geistlichen, worin man uns das heuchlerische Ansinnen stellt, auf die weltliche Herrschaft zu verzichten, welche für sie, oder vielmehr für diejenigen, welche ihnen diesen Rath eingeben, sehr unbequem ist und die Vollendung ihrer Pläne wider das Christenthum und die Gesellschaft hindert. Aber zu gleicher Zeit erhalten wir Briefe, ebenfalls von Geistlichen unterzeichnet, welche das Gepräge einer verehrungsvollen Anhänglichkeit an den heil. Stuhl tragen. Es geht aus diesen Briefen hervor, daß diese Regierung oder ihre Beamten und Sendlinge geraubte Formulare, die wir gesehen haben, umherschicken und einige arme Priester oder Kleriker überreden, sie zu unterschreiben, in der doppelten Absicht: einmal um glauben zu machen, daß der Klerus den abfurden Grundsatz von der Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Gewalt theile, und dann, um den niederen Klerus von seinen Bischöfen zu trennen, deren Einmüthigkeit in diesem Augenblick die staunende Bewunderung der ganzen Welt bildet. Die guten Priester, welche uns schreiben, bitten uns, den Betrügungen jener kleinen Anzahl Abgefallener, von denen die einen überrumpelt, andere durch die Furcht zum Unterschreiben vermocht worden sind, keinen Glauben zu schenken, sie bitten uns, keinen Zweifel an ihrer Ansicht von der Rothwendigkeit der weltlichen Herrschaft zu haben, und laden uns ein, den Blinden zu vergeben, die nicht wissen, was sie thun; und wir, wir kriegen hinzu, daß diese Blinden, selbst geführt von anderen Blinden, in den Abgrund stürzen werden, wo es faß unmöglich ist, wieder herauszukommen."

* Die „Österr. Post" bringt eine neue Version über Lavalettes Adresse. Der französische Botschafter soll in den Besitz von geheimen Briefen gelangt seyn, die den Beweis liefern, daß ein Theil der Kardinäle sich mit den auswärtigen Brüdern darüber verständigt hat, daß das für den Fall des Ablebens Pius IX. abzuhaltende Conclave nicht in Rom unter dem Einflusse der französischen Bajonette stattfinden dürfte. Dagegen soll über den Ort, wo dasselbe sich dann versammeln soll, eine große Meinungsverschiedenheit herrschen. Bei den, durch diese Kunde veranlaßten Konseilberathungen in Paris soll die Frage aufgetaucht seyn, ob es nicht zweckmäßiger sey, die französischen Truppen während der Dauer des Conclave aus Rom zu entfernen; doch endeten dieselben mit dem festen Ausspruch des Kaisers, daß die franz. Besatzung auf keinen Fall Rom verlassen werde, bis der Nachfolger Pius' IX. von Europa anerkannt und in den Vatikan eingezogen ist. Es scheint, daß auf diesem Felde eine große still vorbereitete Arbeit stattfindet, zu deren Geheimniß Napoleon wohl zum Theil den Schlüssel sich verschafft haben mag, aber auch nur — zum Theil.

Turin, 30. März. General Durando, dem das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übertragen worden, ist hier sehr geachtet. Er betheiligte sich im Jahre 1833 an der italienischen Bewegung, flüchtete sich nach dem unglücklichen Ausgange nach Spanien, wo er bis zum Oberst= avancirte. Nach Italien zurückgekehrt, veröffentlichte der heutige Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Schrift über die italienische Nationalität, die eine gute Wirkung gemacht. 1848 bekehligte Durando die Freiwilligen und später machte ihn Carlo Alberto zu seinem Adjutanten. Im Jahre 1855 hielt er eine vortreffliche Rede über die Betheiligung Italiens am Krim-Feldzuge, wurde zuerst vom Könige mit der Bildung eines Kabinets beauftragt und trat später als Kriegsminister ins Kabinet von Cavour. Bald darauf begab er sich als Gesandter nach Konstantinopel und ist auf Urlaub hieher gekommen. Der neue Justizminister Conforti gehört einer alten neapolitanischen Familie an, welche sich von jeher durch ihre liberalen Gesinnungen ausgezeichnet hat. (K. Z.)

Aus Genua, 26. März, schreibt man der „Triester Zeitung": In Folge eines aus Turin eingelaufenen Schreibens trat gestern der Direktionsausschuß des Comitato di provvedimento (Rüstungsverein) zu einer Sitzung zusammen, welche von 11 Uhr Nachts bis 5 Uhr früh dauerte, wobei es sehr lebhaft zuging und zwei für die Gestaltung der künftigen Geschicke Italiens sehr wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Das Comitato wurde nämlich durch einen seiner Agenten, welcher ein Hervorragendes Amt bei der Regierung selbst bekleidet, verteaulich benachrichtigt, daß Ratazzi von Louis Napoleon gedrängt, dem die revolutionäre Haltung der Comitati di provvedimento Besorgnisse einflößte, mit dem bereits zum festen Entschlusse gereiften Plane umgehe, die Comitati auflösen — und zweitens, daß die Annexionsangelegenheit Rückberufung Mazzini's rundweg abgeschlagen würde. Ratazzi suche Garibaldi, der ihn von dem Verlangen der Comitati in dieser Richtung unterrichtet habe, und unter allerlei Vorwänden hinzuhalten, bis er die Mittel in der Hand habe, um mit der Auflösung der Comitati di provvedimento, auch die Frage wegen Rückberufung Mazzini's zu erledigen. Nach langen und stürmischen Debatten einigte man sich endlich zu dem Beschlusse, sämmtliche Mitglieder der Comitati, deren Zahl gegen 12,000 beträgt, aufzufordern, die Bevölkerung des Landes, auf welche sie einen Einfluß üben, darauf vorzubereiten, sich der Auflösung der Comitati di provvedimento nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand zu widersetzen und eher es zu einem Bürgerkriege kommen zu lassen, als die Leitung der Geschicke Italiens, deren die Regierung nicht fähig sey, aus den Händen zu geben. Betreffs der Rückberufung Mazzini's wurde beschlossen, eine Petition ernsten Tones an die Regierung zu richten, und falls dieselbe erfolglos bleiben sollte, eine Deputation an Mazzini zu senden, mit der Aufforderung, unverzüglich nach Genua zu kommen, indem das Volk Italiens mit Gut und Blut die Garantie seiner Sicherheit übernehmen werde.

Neapel. Die Pfarrer von Portici haben sich geweigert, bei dem Te Deum am Geburtstage des Königs von Italien zu celebriren. Deßhalb vor das Gericht gezogen, ward der Pfarrer zu vier Monaten Gefängniß, 100 Fr. Geldbuße und zu den Prozeßkosten verurtheilt.

Aus Neapel vom 24. März, wird der Pariser „Presse" geschrieben: „Die Majorität der Weltgeistlichen in Syracus, achtundfünfzig Geistliche, hat gestern eine Protestation gegen Kardinal Antonelli's bekannte Aeußerung (daß das italienische Volk in seiner Mehrheit die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes wolle) beschlossen und erklärt, es stehe in der Alternative, entweder dem Nationalwillen nachzugeben oder allen Einfluß aufs Volk einzubüßen."

Der in Palermo erscheinende „Corriere siciliano", ein regierungsfreundliches Blatt, entwirft ein schauderhaftes Gemälde von der herrschenden Unsicherheit. Unter Anderem erzählt er, daß in Colli, nachdem 180 Mordthaten verübt worden, ohne daß deßhalb eine einzige Verhaftung vorgenommen oder ein einziger Prozeß eingeleitet worden, von beiden Parteien Frieden geschlossen wurde, über den der Pfarrer seinen Segen sprach. Gleich darauf aber wurde Pater Cannizo umgebracht, weil er es gewagt, gegen einige Individuen, die ihn beraubt, beim Richter Klage zu führen. Einen gewissen Cambino, der sich mit einer philantropischen Gesellschaft ins Einvernehmen gesetzt, welche den Armen Brod und Mehlspeise zu wohlfeileren Preisen liefern wollte, ließen die Bäcker drei heilem Tage umbringen; diesmal schritt die Behörde ein, aber ohne Erfolg, denn die 4 Belastungszeugen wurden ebenfalls alle ermordet. Die Postwagen werden regelmäßig ausgeplündert, die Schmuggler ziehen in Haufen bewaffnet durch das Land, das System, sich durch Geld von den Erpressungen der Strolche loszukaufen, ist überall gang und gäbe — kurz, auf Sizilien ist der Krieg der Diebe, Räuber und Mörder gegen die Gesellschaft förmlich organisirt und wird auf Leben und Tod geführt.

Türkei.

= Die bösen Folgen, welche die Pforte vom griechischen Aufstand befürchtete, fangen allmälig an, sich zu verwirklichen. Mitte März ist in Konstantinopel von dem Gubernium der Insel Cypern ein Schreiben angelangt, das die Stimmung der dort in großer Mehrzahl sich befindlichen Griechen als sehr revolutionär schildert und einen Ausbruch für bevorstehend hält. Die Regierung wird daher dringend ersucht, in aller Eile Unterstützung zu senden, da im Falle eines Aufstandes die Lage der muselmännischen Bevölkerung sehr gefährdet ist. Vorläufig wurden zwei Kriegsschiffe nach genannter Insel abgeschickt.

Digitized by Google

Rußland und Polen.

Warschau. Daß Garibaldi bald vor den Thoren Warschau's mit einer Befreiungsarmee erscheinen werde, steht bei Vielen fest; alle Einsprüche, selbst vom geographischen Standpunkt aus, leuchten diesen Leuten nicht ein, und gegenüber dem Veto, das die Politik spricht, behaupten sie, die Zeitungen schrieben nur so, um die Polen irre zu führen. Mit solchen Menschen ist freilich nicht zu disputiren. (N. Fr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. April. Der durch seine vielen Häuser-Neubauten in weiten Kreisen bekannte Herr Lebold, ein wackerer Bürger unserer Stadt, ist gestern gestorben. Er war Einer der ersten, welcher Hand an die Bauten der Maximiliansstraße legte und sechs bis sieben der stattlichen palastähnlichen Häuser daselbst ausführte, die bereits seit einigen Jahren bewohnt sind. Eben wollte er daselbst wieder einen Neubau beginnen, als ihn der Tod ereilte. Lebold hatte unter drückenden Verhältnissen seine Laufbahn begonnen und nur seinem großen Fleiße und seltener Ausdauer sein Emporkommen zu danken. (B. Bl.)

Stuttgart, 2. April. Gestern Abend fand eine sehr zahlreiche Versammlung der Mitglieder der hiesigen Schneidergunft zum Zwecke der Constituirung einer freien Genossenschaft statt. Der auf die freisinnigste Grundlage basirte Entwurf der Statuten für diese Vereinigung wurde einer eingehenden Berathung unterzogen und schließlich einstimmig angenommen, worauf nahezu sämmtliche Anwesende sofort ihren Beitritt durch Namensunterschrift erklärten. (Schw. M.)

= Wien, 1. April. (Privat-Korresp.) In Krems macht eine vom Lieutenant Puppwa beim dortigen Genriegiment gemachte Erfindung großes Aufsehen. Er hat sich die Aufgabe gestellt, den Stromauf-Transport der Schiffe ohne Hilfe des Dampfes oder der Pferde zu bewerkstelligen, und benützt hiezu die Kraft des fließenden Wassers. Vorgestern sahen wir — schreibt man uns — einem derartigen Versuch in der Donau zu. Das Schiff ging trotz der ziemlich starken Strömung, mit der Geschwindigkeit eines Fußgängers stromaufwärts. Die Maschinerie soll sehr einfach sein.

Paris, 1. April. Der neueste Roman von Viktor Hugo „Les Misérables" erscheint nächsten Donnerstag bei Pagnerre in Paris. An demselben Tage wird Lacroix, der Brüsseler Verleger, das Werk, das schon vorher in 9 Sprachen übersetzt ist, in den Hauptstädten von Europa und Amerika, in London, New-York, Madrid, Berlin, Petersburg, Turin u. s. w., auflegen lassen.

bereitet sich dort eine Ministerkrisis vor, bei der es sich namentlich um die Beseitigung des Grafen Bernstorff, als dessen eventuellen Nachfolger Baron Bismark-Schönhausen (Junkerpartei) genannt wird, und um eine durchgreifende Aenderung der auswärtigen Politik handeln soll. Von einer Umkehr im Innern zu den liberalen Prinzipien ist dabei nicht im Entferntesten die Rede.

§ Wien, 2. April. (Privat-Korresp.) Gestern war hier die Nachricht verbreitet, daß der Papst gestorben sey. Dieselbe erwies sich jedoch als unrichtig oder eigentlich nur als verfrüht, denn es ist auf Grund authentischer Mittheilungen kaum mehr daran zu zweifeln, daß die Krankheit St. Heiligkeit in der letzteren Zeit eine Wendung genommen hat, welche zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt, ja von der österreichischen Botschaft in Rom soll vor einigen Tagen erst eine Depesche eingetroffen seyn, in welcher gemeldet wird, daß Pius IX. von den Aerzten aufgegeben sey. Man behauptet, daß aus diesem Anlasse bereits sehr lebhafte Verhandlungen zwischen den katholischen Mächten stattgefunden haben und es sollen dieselben übereingekommen seyn, daß eine neue Papstwahl keine Veränderung in den wesentlichen Prinzipien (welchen?) hervorbringen werde. Die „Dist. Post" brachte gestern die Mittheilung, daß die Kardinäle darin einig seyen, für den Fall des Ablebens Pius IX. das Conclave nicht in Rom abzuhalten. Ich glaube Ihnen jedoch mit Bestimmtheit mittheilen zu können, daß das Conclave das Patrimonium Petri nicht verlassen und die neue Papstwahl in Rom stattfinden wird. Die katholischen Mächte sind wenigstens darin einig, daß schon darum die neue Papstwahl in altgewohnter Weise in Rom stattfinden muß, um jede Möglichkeit eines Schisma zu beseitigen. Was die Rückwirkung eines solchen Ereignisses auf die Verhältnisse in Italien anbelangt, so wird dieselbe zunächst in der Wiederaufnahme des napoleonischen Konföderationsprojektes bestehen. Die Einheitsidee im Sinne der Turiner Staatsmänner dürfte auch durch die Eliminirung des päpstlichen Stuhles fürs Erste wenigstens ihrer Verwirklichung nicht entgegengeführt werden.

= Wien, 4. April. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Bergsrohne (Abgabe nach Prozenten vom Robertrag — Bergzehnte) berathen und erledigt. (L. B.)

= Ueber das Resultat der in Prag stattgehabten Wahlen für den Vorstand des dortigen Handelsstandes geht uns die Mittheilung zu: Von den czechischen Kandidaten sind blos 4 durchgedrungen, von deutschen 26.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Neueste Nachrichten.

= Laut Berichten aus Berlin, die in Wien eintrafen,

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. 8. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—	
„	5 pCt. Verein. Coupon d. R.	74 P. 73½ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	604/5 P. 59⅝ 4/5 G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 G.	
„	4½ pCt. dto.	43⅜ P.	
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92⅝ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. a. R. (C. b. R.)	101¼ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.	
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅜ 2/3 G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅛ 2/3 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	—	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P. 1/4 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P. 95⅝ 4/5 G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99⅞ P.	
„	3 pCt. Obl.	88 P.	
Spanien	3 pCt. kl. Sch. P. à 2. 30	43⅜ P.	
„	2 pCt. „	43½ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	104⅜ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1158/5 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	706 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171 4/5 P. 170½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	209½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	79⅝ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	85⅛ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	247 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66⅝ P. 2/3 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 kr.	240⅝ P.
„ Klisab.-Elisenbahn 5 pCt.	113 G.
„ Klisab.-Bahn Prior. 5 pCt. d/7	76⅛ G.
Rhein-Nahe-Bahn 500 Thl. à 100 4 pCt. Z	98 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	132 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅝ G.
Südd. Bank-Aktien, 30 pCt. Einz.	230 P. 249 G. exD.
Span. Handels- u. Industrie	485 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	490 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	107⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 — ½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Ldd. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	83½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B. 3/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 6st. W. l. S.	85⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅝ P.
„ fl. 25 do.	37⅜ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ G.
Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	97¼ P.
Varoins-Loose fl. 10.	16⅛ P.
Anab.-Gunsenb. fl. 7-L.	11⅞ P.

Frankfurt, 3. April. Die Börse verharrte in günstiger Tendenz und wurden besonders in österr. Kreditaktien höhere Kurse bezahlt. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Sdd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 95.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Intelligenzblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 5. April 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. April. In den Reihen der älteren pensionirten Generäle und Offiziere hat der Tod seit ungefähr zwei Jahren furchtbar gewüthet. Es sind und 70 Todesfälle unter denselben innerhalb des angegebenen Zeitraumes bekannt geworden. Gestorben sind: 1 General der Kavallerie (Pappenheim), 1 Generallieutenant (Weber), 6 Generalmajore (Tautkirchen, du Ponteil, v. d. Mark, Pfistermeister, Zech, Feis), 8 Obersten (zur Nieden, Sprauel, Bassimon, Strauß, Peller, Margreitter, Teng, Pernat), 10 Oberstlieutenants (Seckendorff, Bauernfeind, Pünktner, Silverio, Klein, Mayer, Moor, Schadelbod, Henkel, de Ahna), 16 Majore (Nagel, Hofstetter, Kurpach, Haas, Königer, Hummel, Sauerzapf, Eyßel, Müller, Stiglig, Grünwald, Hickel, Sturz, Keim, Pack, v. d. Tann), 28 Hauptleute und Rittmeister (Wiesen, Leger, Ball, Achilles, Waginger, Bauer, Bredauer, Schestlmayer, Weber, Hauck, Faulhaber, Seitner, Berlichingen, Feuerlein, Kern, Reinecker, Hertlein, Kienle, Stauber, Regnier, Grund, Seutter, Keim, v. d. Mark, Hebrer, Falkenhausen, Greiner und Mielach. Von den 70 Genannten hatten 11 keine Feldzüge mitgemacht. (A. Abdz.)

In Nürnberg fand am 31. März Abends das von den dortigen Wahlmännern ihren Abgeordneten zu Ehren veranstaltete Festessen statt. Unter den 80—90 Theilnehmern befanden sich Angehörige der beiden Parteien, die sich bei der Landtagswahl im Jahre 1859 theilweise eifrig bekämpft hatten. Der erste, von Dr. Lindner ausgebrachte Trinkspruch galt Sr. Maj. dem König, der zweite (Advokat Merl) den drei Abgeordneten Längenfelder, Brater und Crämer, worauf Hofrath Längenfelder dankend antwortete. Im weiteren Verlaufe des Abends sprach der Abg. Brater in einem längeren mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag von den bedeutenden Errungenschaften der letzten Landtage, von den ebenso bedeutenden Aufgaben, die der Zukunft vorbehalten sind, von der Nothwendigkeit und von den wachsenden Schwierigkeiten einer Lösung der deutschen Frage (in nationalvereinlichen Sinn) und von dem neuesten Projekt einer „Delegirtenversammlung". Diesem Redner folgte der Abg. Crämer mit einem Toast auf die Stadt Nürnberg und ihre Bewohner, die sich durch treues Beharren auf der Bahn des Fortschritts ebensowohl wie durch Bewährung ihres vielerprobten Sinnes für Ordnung und Recht, des Rufes ihrer altherrlichen Stadt allezeit würdig erwiesen würden. Den letzten Trinkspruch zum Schluß dieses schönen Festes brachte Dr. Kreitlmayr den „Urwählern", dem deutschen Volke. (Südd. Z.)

Preußen. Berlin, 1. April. Die „Börsen-Zeitung" berichtet: „Gerüchtsweise verlautet heute, daß der Finanzminister den Kriegsminister bestimmt habe, den Militär-Etat um zwei Millionen Thlr. zu reduziren, daß auch die größere Spezialisirung des Etats pro 1862 bereits angeordnet und in der Ausführung begriffen sey.*) Bestätigen sich diese Gerüchte, so werden die von der Regierung angegebenen Gründe für die Auflösung des Abgeordnetenhauses (welches ja gerade das wollte) immer unverständlicher." (Doch nicht; denn mehr als die Anträge der Abgeordneten waren ihre Persönlichkeiten in den höchsten Kreisen mißliebig. Diese Persönlichkeiten wollte man los werden und ihr Streben, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung zur Wahrheit zu machen. Indem die Regierung jetzt thut, was die Abgeordneten verlangten, sucht sie das Volk zu täuschen und ihm die Meinung beizubringen, als hätten Letztere etwas Unrechtes im Schild geführt und als hätte die Regierung gar nie sich geweigert, auf ihre rechtmäßigen Forderungen einzugehen.)

◇ **Freie Städte.** Frankfurt, 3. April. (Pr.-Corr.) Unsere gesetzgebende Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung bei der Berathung des Budget für 1862 abermals einstimmig den Beschluß gefaßt, den Senat zu ersuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Bundesgarnison, mit welcher wir bereits seit beinahe fünfzehn Jahren beglückt sind, baldigst von hier entfernt, und daß die Stadt Frankfurt für ihr Guthaben für geleistete Vorschüsse zur Verpflegung der Truppen, welche sich auf 328,304 fl. belaufen, endlich befriedigt werde. Es scheint jedoch die Bundesversammlung keine Neigung zu haben, die Bundesgarnison von hier zu entfernen und wird diese Vorstellung wohl ebenso erfolglos bleiben, als die früheren.

* **Oesterreich.** Ein Telegramm des „Staatsanzeigers für Württemberg" aus Wien bezeichnet die Gerüchte vom Rücktritt des Ministers Schmerling als ganz unbegründet. Die „Oest. Post" versichert, diese Gerüchte seyen von übereifrigen Anhängern des Ministers verbreitet worden in der Absicht, jene Abgeordneten, welche gegen die Bankvorlage der Regierung sind, durch die Besorgniß eines möglichen Rücktritts Schmerlings nachgiebiger zu stimmen. Kürzlich wohnte Minister v. Schmerling auch einer Privatzusammenkunft von Abgeordneten bei, in welcher die Forderung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit zur Sprache kam. Schmerling äußerte sich hierüber sehr zurückhaltend, während die liberalen Abgeordneten gerade darauf mit aller Zähigkeit bestehen. Doch hofft man bedenkeits noch auf einen friedlichen Ausgleich, und haben die Abgeordneten gerade aus jenen Konferenzen den Eindruck aufgenommen, daß das Ministerium seine Position für unerschüttert hält und daß weder die Bankvorlage noch die Ministerverantwortlichkeit zur Stellung einer Kabinetsfrage führen wird. Vielmehr scheint es nunmehr festzustehen, daß der Reichsrath, seine Arbeiten nur für die Dauer der Osterferien unterbrechend, nach Erledigung der gegenwärtigen Finanzvorlagen unverweilt zur Berathung des Staatsvoranschlages für 1863 eingeladen werden soll. Nach Beendigung der Session denkt das Ministerium im August die Einzel-Landtage, unter ihnen auch den ungarischen, einzuberufen und hofft alsdann, aus Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien, Abgeordnete zu erhalten, worauf im November der wirkliche (weitere) Gesammtreichsrath eröffnet werden würde.

Wien, 2. April. Der Reichsrathsabgeordnete Simon Winterstein hat, der „W. C." zufolge, am Samstag Abends die Räthe der Handelskammer zu einer konfidentionellen Besprechung bezüglich der Vorlagen des Finanzministers eingeladen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, und zum Schluß haben sich die Kammerräthe beinahe einstimmig dahin ausgesprochen, daß sie die Ausgabe von Staatsnoten sowohl aus politischen als aus finanziell bedenklichen Gründen nicht empfehlen können, und daß die Annahme der Plener'schen Vorlagen, zweckmäßig amendirt, als das entsprechendste Mittel erscheine, da voraussichtlich anzunehmen sey, daß, wenn nicht seitgerechte Eventualitäten eintreten sollten, das Defizit eine genügende Deckung finde, und eine Anspannung zur Regelung der Valutafrage eingeleitet werden könne. Die Hinausgabe eines Anlehens aber könne, abgesehen von tief eingreifenden politischen Gründen, dermalen nicht empfohlen werden, da ohnehin die Begebung von 123 Mill. Staatslosen und des englischen Silberanlehens effektuirt werden soll. Die Petition wegen Nichthinausgabe von Staatsnoten zirkulirt bei allen Handels- und Gewerbskorporationen, wie auch beim Gemeinderath und ist, obgleich erst seit vier Tagen im Umlauf, schon mit zahlreichen Unterschriften versehen.

Wien, 3. April. Se. Maj. der Kaiser hat Bewedig bereits verlassen, wird heute Donnerstag hier eintreffen und in der kaiserl. Hofburg absteigen. (Oest. Post.)

*) Diese Nachricht wird in der „Bank- und Handelszeitung" bestätigt, mit dem Bemerken jedoch, „daß diese Ausgabeverminderung als eine nur vorübergehende, auf dem Etat des laufenden Jahres berechnete seyn könne, die möglicherweise auf den zwischen Etat übertragen werden dürfte, also nicht eigentlich eine Minderausgabe genannt werden könnte."

Digitized by Google

In der Bewaffnung der österreich. Armee ist abermals eine bedeutsame Veränderung beschlossen worden: die Gewehre der sämmtlichen Linien- und Grenzinfanterieregimenter erhalten Zündnadelschäfte, und bei sämmtlichen Jägerbataillonen werden die Unteroffiziere und ein Drittel der Mannschaft, während den übrigen zwei Dritteln die jetzigen Stutzen verbleiben, mit Doenstutzen ausgestattet.

Frankreich.

WC Paris, 29. März. (Privat-Korresp.) Das öffentliche Gespräch dreht sich jetzt um die Steuererhöhung, und man kann sich keine Vorstellung machen, welchen üblen Eindruck die vom „Moniteur" jetzt als definitiv gemeldete Steigerung der Zucker- und Salztaxe im ganzen Lande gemacht hat. Aus Tausenden von Briefen, welche an die Abgeordneten jeder Parteifärbung eingehen, leuchtet offenkundig die größte Bestürzung hervor. Soviel ist jedenfalls gewiß, daß die Feinde der jetzigen Regierung keine verderblichere Waffe hätten erfinden können, als diese Steuererhöhung. Dazu kommt, daß in Paris förmlich organisirte Gesellschaften bestehen, welche Lebensmittel und andere Bedürfnisse vorzugsweise kaufen, um sie entweder auszuführen oder zurückzuhalten und den Preis zu steigern; sogar den Eendteertrag kaufen sie im Voraus und senden überallhin Agenten, um ihren Zweck vollkommen zu erreichen. Hr. Darblay, ein Freund der Ordnung, hat in solche Weise im vorigen Winter alles Oel aufgekauft und einige Millionen eingestreckt; ich könnte Ihnen noch mehr solcher Namen nennen. — Der Hof will in diesem Sommer die Auvergne und Bretagne besuchen, wo ihm aber zweifelsohne sonderbare Ueberraschungen zu Theil werden. Der Adel und die reichen Bürger dieser Provinzen kommen selten aus denselben heraus und üben seit Jahrhunderten eine unbedingte Herrschaft über das Volk dort aus, welche sich derselben aus alter Tradition gern unterwirft. Der Adel thut das niederer Volk, er benutzt es zu seiner Belustigung und niemals denkt er daran, einen Beamten zu grüßen. Selbst da wo höhere Beamte und viele Fremde sind, wird nie ein General, ein Präfekt oder sonst ein Regierungsbeamter zu den Gesellschaften eingeladen. Wie das Volk gesinnt ist, können Sie daraus entnehmen, daß man neulich in Guingamp auf offenem Markte bei dem Spiele Quasimodo, wobei tanzend alle alten Häsen zerbrochen werden, statt der Häsen alle Büsten Napoleons III., die in der Stadt aufzutreiben waren, nahm und zertrümmerte. Sie werden sich wundern, daß die Polizei dieß nicht verhindert hat. Ha! im 4. Arrondissement von Paris gewiß, aber nicht in Guingamp, dort muß man die Sache todtschweigen. Die Regierung selbst hält es auch für so unmöglich bei den Wahlen ihre Kandidaten durchzusetzen, daß, als es wider Erwarten doch geschah, der dortige Präfekt für würdig erkannt wurde, zum Staatssekretär im Ministerium des Innern zu avanciren. Heute müßte man das Ministerportefeuille selbst einem Manne geben, dem es gelänge, die Bevölkerung in den Landen der Regierung günstig zu stimmen. Man weiß, wie wenig das kaiserliche Regiment seit 10 Jahren in der Hauptstadt Wurzeln gefaßt hat, aber man wiede staunen, wüßte man, wie weit weniger dieß in den Provinzen der Fall ist.

Die Nachricht von der Absendung des Adjutanten des Kaisers der Franzosen, General Fleury, an den Stuttgartee und einige andere süddeutsche Höfe verjetzt nicht, Aufsehen zu erregen. Man wird übrigens nicht weit fehl gehen, wenn man diese Mission mit dem eben in Berlin paraphirten Handelsvertrag, der vorzugsweise in Süddeutschland seine Gegner zu überwinden hat, in Verbindung bringt.

Italien.

Der neue italienische Unterrichtsminister Matteucci ist Romagnole, lehrte aber zwanzig Jahre lang an der Universität Pisa Physik und ist einer der angesehensten Gelehrten und Schriftsteller Italiens.

Mailand, 31. März. Wie sehr die große Masse des Volks Garibaldi während seiner Anwesenheit hier zum Himmel erhob, ebenso sehr ließ die hiesige Aristokratie denselben ihre Kälte fühlen, insbesondere die Damen. So fehrten in der Scala, als Garibaldi dieses Theater besuchte, alle Damen, wie verabredet, demselben den Rücken zu, und blieben in dieser Stellung während der ganzen Anwesenheit desselben — namentlich zeichnete sich hierin die Gräfin Litta Bolognini aus (die schöne Freundin Louis Napoleons aus den Bädern von Bichy), so daß darüber im Parterre Zischen und Mueren entstand. Die Volksseite jedoch, welche die Festlichkeit des Abends nicht durch diesen „atto scandoloso, wie sie es nannten, stören wollte, erließen das Losungswort: „la pagheremo, ma non ora" (wir werden es schon bestrafen, aber nicht heute), die von Mund zu Mund ging, und jede weitere, mißbilligende Aeußerung verstummen machte. Doch genirte dieß die Damen nicht im mindesten; sie blieben wie angenagelt in ihrer Stellung. Ein einziger Adeliger, der Marchese Soncino, hat sich Garibaldi vorstellen lassen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 22. März. Wir scheinen nun einmal mit den Professoren- und Studenten-Demonstrationen nicht zu Ende kommen zu sollen, und weit entfernt, daß sich die Studenten durch die mannigfaltigen Beweise der Nachsicht der Regierung und der offenkundig verschuldeten Haltung des neuen interimistischen Ministeriums der Volksaufklärung zufrieden geben, brechen sie jede Gelegenheit zu einer Demonstration vom Zaun, wie gestern z. B. bei der Vorlesung des Professors der Geschichte, Kostomaroff, im Saale der Duma (Magistrat). Sie werden sich erinnern, daß Hr. Golowinin nach dem Schlusse der Universität 7 Professoren die Erlaubniß erwirkt hatte, in dem großen Saale der Duma Vorlesungen in ihrem Fache zu halten, und daß der Stadtmagistrat für diesen Zweck seinen Saal dem Minister zur Verfügung stellte. Bis jetzt sind diese Vorlesungen auch ganz ruhig verlaufen, obgleich man schon die ersten in der stillen Hoffnung besuchte, es werde dort zu Kundgebungen von Gesinnungen, Sympathien und Antipathien kommen. Das geschah nun nicht und die Sache war bereits so ziemlich aus der Mode, als gestern die Studenten das Beisäumte desto eklatanter nachholten. Als Prof. Kostomaroff — wohlverstanden ein besonderer Liebling der Studenten und als eine der intellectuellen Stützen für den Widerstand der angeblich studirenden in Wirklichkeit aber politisirenden Jugent angesehen — eben seinen Vortrag geendet hatte, bestieg ein bis heute nicht namentlich bekannter Herr nicht neben Kostomaroff die Tribüne und haranguirte die Studenten mit dem Vorschlage, die Herr Versammelten möchten ihre Sympathien für den Professor Pawloff aussprechen, der in Folge seines Vortrages in der literaelschen Soirée über das Budget des 1000jährigen Bestandes des russ. Reiches verhaftet worden sey und Pawlowscheinlich dafür bestraft werden würde. Mit einem bloßen Aussprechen von Sympathieen sey aber nichts erreicht, er schlage daher vor, sofoet eine Subscription für den Märtyrer des wahren wissenschaftlichen Wortes zu eröffnen. Ein donnerndes Ja! folgte dieser Aufforderung. Dadurch ermuthigt, fuhr der Unbekannte fort, die Professoren, welche hier in der Duma Vorlesungen gehalten, wären so einverstanden mit diesen Sympathieen für ihren Collegen Pawloff, daß sie sämmtlich beschlossen hätten, keine Vorlesung zu halten, bis Pawloff wieder frei sey. Das war dem verwundert daneben stehenden Kostomaroff doch etwas zu stark, und er ergriff nun auch seinerseits das Wort. So viel er wisse, existire ein solcher Beschluß der Professoren nicht, könne auch nicht gefaßt werden; denn die Wissenschaft müsse sich von politischen Demonstrationen fern halten. Ueberdies habe man Geld für die Vorlesungen angenommen, sey also verpflichtet sie auch zu halten, und könne unmöglich einseitig das Aufhören derselben detretiren. Sofort begehrte den das dahin so beliebten Professor eine wüthende Salve von Pfeifen und Zischen. Als er wieder zu Worte kommen konnte, sagte er: „Ich diene nur der Wissenschaft, habe nie der Macht geschmeichelt, werde aber auch nie dem Liberalismus schmeicheln, weise daher dieses Benehmen gegen mich entschieden zurück, werde aber nun wirklich keine Vorlesung mehr halten, denn nun habe ich eine persönliche Ursache dazu, weil ich mich nicht beleidigen lassen will." Wieder Zischen und Pfeifen, aber auch einiger Applaus. Unterdessen hatten sich die Studenten Cigarren angezündet, waren auf die Tische und Bänke geklettert und debattirten nun über eine Adresse an den Minister Golowinin, welche die Sympathie Jung-Rußlands für den verhafteten Pawloff aussprechen sollte. Da das nicht so eascl gehen wollte (denn jeder gute Russe hat großes Talent zum Reden, kein einziger aber das Talent zum Hören), so kam es, daß die Mitglieder des Magistrats — welche sich versammelt hatten, um nach der Vorlesung ihre gewöhnliche Rathssitzung zu beginnen — die turbulenten jungen Leute noch in heftigster Debatte vorfanden. Da alles Zureden nicht helfen wollte und der Pappeos-Rauch bald so stark wurde, daß schwer darin weiterer Rath zu pflegen war, so schickte der Glawa (Vorstand) zum General-Gouverneur Fürst Suworoff und ließ melden, daß die Duma ihren Saal zwar sehr gern zu wissenschaftlichen Zwecken hergegeben, aber keine Lust habe, ihn auf diese Weise profaniren zu lassen. Da Alles einmal sein Ende haben muß, so verlief sich endlich auch diese Demonstration. (N. Pr. Z.)

Digitized by Google

Griechenland.

Es scheint, daß die 150 Mann starke Garnison von Nauplia bedeutenden Anhang im Lande hat und deßhalb so kühne Forderungen an den König stellt. (Köln. Z.)

Türkei.

Aus Konstantinopel vom 26. März wird berichtet, daß der Fürst von Montenegro durch Vermittlung des Pascha von Scutari an die Pforte ein Schreiben hat gelangen lassen, worin er eine sehr friedliche Sprache führt; er empfiehlt seine armen Glaubensgenossen (Christen) in der Herzegowina dem väterlichen Schutze der Regierung; was ihn anbelangt, so verspricht er den Muselmanen gegenüber ein billiges Verfahren zu beobachten; er wünscht, daß das Mißverständniß, welches zwischen ihm und dem „zugenänen Hofe" herrsche, aufhöre und ein dauernder Frieden das Glück der unter der Autorität des Sultans stehenden Völker sichere. (Wenn Fürst Nikolaus sein Verhalten mit seinen Worten in Einklang bringt, wird der Aufstand in der Herzegowina bald zu Ende seyn, denn die Hoffnung auf seinen Beistand war es zumeist, welche den Muth der Aufständischen bisher belebten.)

Amerika.

New-York, 14. März. Fremont ist wieder in Thätigkeit gesetzt, und mit dem Kommando des Berg-Departements betraut worden. Dieses Berg-Departement begreift das westliche Virginien, sowie das östliche Kentucky und Tenessee, überhaupt die Ansichten in sich, auf denen die Sonderbündler noch immer nicht vertieden sind. M'Clellan ist jetzt nur noch Ober-General der Potomac-Armee, während Halleck das Mississippi-Departement und Hunter den Süden unter sich hat. Also derselbe General, welchen mit geringen Ausnahmen im vorigen Herbste das Land angriff, verurtheilte und beschimpfte, den der Präsident ungehört verdammte, den ehrgeizige und gewissenlose Politiker wegen seiner entschiedenen Stellung zur Sklavenfrage verleumdeten, Fremont, steht jetzt wieder an der Spitze, eines der wichtigsten Corps, dem voraussichtlich die Hauptarbeit des Frühlings- und Sommer-Feldzuges zufallen wird. Dieser wohlverdiente, wenn auch verspätete Akt der Gerechtigkeit, gegen einen der bedeutendsten Charaktere, welche das Land aufzuweisen hat, zeigte zugleich, daß Lincoln sich aus den Händen der Verräther, der halben und ganzen Verräther los gemacht hat, und daß es ihm namentlich mit der Wendung, die er in der Behandlung der Sklavenfrage macht, Ernst ist.

Philadelphia, 11. März. Der amtliche Bericht über das Gefecht, das am 8. und 9. März bei Newport News und Fort Monroe in dem Gewässer der Hampton-Rhede stattfand, ist gestern in den Zeitungen erschienen. Nach diesem Bericht hat der Norden durch das Panzerschiff der Sonderbündler Merrimac einen großen Verlust an Menschen und Schiffen erlitten, und dasselbe hätte ohne die Dazwischenkunft seines ebenbürtigen Gegners, der kürzlich in New-York nach der Ericson'schen Methode erbauten Panzerbatterie Monitor, unsere ganze Flotte in der Hampton-Rhede vernichtet. Selbst die Festung Monroe war durch das Seeungeheuer Merrimac in Gefahr, und hätten sich die Rebellen mehr beeilt und hätten sie die Macht ihres Schiffes vollkommen erkannt, so wäre es ihnen ein leichtes gewesen, den Potomac hinauf zu steuern, und vielleicht selbst Washington zu bombardiren. Ein Glück daher, daß der Monitor im rechten Augenblick erschien, und sich ebenso tüchtig oder noch tüchtiger als der Merrimac erwies. Beide Schiffe machen jetzt viel von sich sprechen, und ihr Kampf wird in der That eine neue Aera im Baue von Kriegsschiffen hervorrufen. Das Westernblatt im Bericht an den Marinesekretär lautet: „Fort Monroe, 8. März. Gestern erhielten wir die Kunde, daß ein verdächtig aussehendes Fahrzeug, das man für den Merrimac hielt, und das wie ein untergetauchtes Haus aussah, dessen Dach allein über dem Wasser ist, von der Rebellenfeste Norfolk herunterkomme. Unsere Fregatten Cumberland und Congreß feuerten Signalschüsse ab, um die Kriegsschiffe Minnesota, St. Lorenz und Ranoke von der bevorstehenden Gefahr in Kenntniß zu setzen. Es ragte nichts aus dem Wasser empor, als eine Flaggenstange mit der flatternden Rebellenflagge, und ein kurzer Rauchfang wurde sichtbar. Das Ungeheuer ging langsam vorwärts und dampfte geraden Wegs nach den Fregatten Cumberland und Congreß. Sobald es auf Schußweite vom Cumberland gekommen war, ließ dieser seine schweren Geschütze auf dasselbe spielen; aber die Kugeln trafen und prallten ab, ohne mehr Wirkung zu thun, als Erbsen aus einer Knallbüchse. Die Geschützpforten des Rebellenschiffes waren alle geschlossen und es ging schweigend, aber unter vollem Dampfe vorwärts. Während so auf der einen Seite der Merrimac sich den beiden Fregatten näherte, kamen die eisengepanzerten Rebellendampfer Jamestown und Yorktown den James-fluß herab und engagirten unsere Fregatten auf der andern Seite. Die Batterieen von Newport News spielten auf diese Dampfer und thaten ihr Möglichstes, um den Fregatten Cumberland und Congreß beizustehen, die als Segelschiffe den nahenden Dampfern preisgegeben waren. Inzwischen hatte der Merrimac unbeirrt seinen Lauf und näherte sich langsam dem Cumberland, als dieser und der Congreß in einer Entfernung von einigen hundert Schritten volle Breitseiten auf das eisengepanzerte Ungeheuer entluden, die jedoch wirkungslos blieben, indem die Kugeln abprallten, so daß der Merrimac nur einen Augenblick in seinen Bewegungen aufgehalten wurde. Nachdem er die erste Breitseite von den beiden Fregatten erhalten hatte, rannte nun der Merrimac auf den Cumberland los, traf ihn ohngefähr in der Mitte und brach wörtlich seine Seitenwände auf. Dann ging er zurück, feuerte eine Breitseite auf das jetzt schon kampfunfähige Schiff und stürzte sich nochmals mit seinem eisengepanzerten Schiffsschnabel auf dasselbe. Er stieß dasselbe in die Seite und überließ es dem Sinken, während er mit der Fregatte Congreß anband. Der Congreß hatte inzwischen ein hitziges Gefecht mit dem Jamestown und Yorktown bestanden, und als er die Hoffnungslosigkeit des Widerstandes sah, so strich er sofort die Flagge. Jetzt steuerten die Rebellenschiffe auf die Fregatten St. Lorenz und Minnesota los, und ein Kampf begann mit diesen Schiffen, bis die Nacht hereinbrach und der Merrimac sich zurückzog. Am Abend um 10 Uhr kam der Monitor in Monroe an, und eilte sogleich unseren Kriegsschiffen zu Hülfe. Am Morgen des 9. zeigten sich die Rebellendampfer wieder, der Monitor ging ihnen muthig entgegen und alle, bis auf den Merrimac zogen sich zurück. Die zwei eisengepanzerten Fahrzeuge fochten, indem sie sich eine Zeit lang berührten von 8 Uhr Vormittags bis Nachmittags, wo sich der Merrimac in beschädigtem Zustand zurückziehen mußte. Der Monitor blieb unverletzt. Der Lieutenant Worden, Kommandant des Monitor, wurde verwundet, als er aus dem Radhaus herausfah. Es gingen bei diesem Gefecht folgende unserer Schiffe verloren oder wurden schwer beschädigt: Die Fregatten Congreß, Cumberland und Minnesota, die Kanonenboote Oregon, Zuave und Whitehall. (Schw. M.)

Die Berichte über das Seegefecht an der Mündung des James River sagen, bestanden die 184pfündigen Kugeln, welche aus den beiden Geschützen des „Monitor" auf den „Merrimac" abgefeuert wurden, aus geschmiedetem Eisen und hatten die Gestalt eines abgerundeten Würfels. Der Monitor hatte davon 400 Stück an Bord, was, à 49 Dollars die Kugel, einen Werth von 19,600 Dollars und ein Gewicht von 73,600 Pfd. repräsentirt. Gegossene Kugeln sollen in solcher Lage springen, wenn sie die Platten eines Panzerschiffes treffen, und nur die Kugeln von geschmiedetem Eisen sind im Stande seyn, den Panzer zu durchdringen. Der Monitor, dessen Deck bombenfest ist, soll außerdem nicht geentert werden können, da sein einziger Zugang sich an der Spitze des Thurmes befindet, welcher die beiden Geschütze enthält. Dieser Thurm ist 10 Fuß hoch und nicht leicht zu erkletteren; auch kann immer nur ein einziger Mensch in das Innere vordringen. „Was der Monitor geleistet, schreibt die New-Yorker „Handelszeitung", grenzt an Wunder. Er ist kaum ein Achtstel so groß, wie der Merrimac und führt nur 2 Kanonen, während der Merrimac ihrer 10 oder 12 vom schwersten Kaliber hat. Der Erfinder Ericson hält sich vollkommen überzeugt, daß bei einem zweiten Kampfe der Monitor den Merrimac in den Grund bohren wird, wenn er sich statt ganz dicht an demselben in einer Entfernung von ein Paar hundert Yards (Ellen) hält und seine Kanonen (184-Pfünder) ganz horizontal, statt, wie bei dem ersten Kampfe unter einem flachen Winkel gegen ihn richtet. Ein fürterer „Monitor", resp. gepanzerter Dampfer, wird eben in Greenpoint gebaut und seit dem Marineturnier in den Hampton Roads wird die Arbeit an der vergrößerten und verbesserten Ausgabe des Monitor Tag und Nacht mit solchem Eifer betrieben, daß man hofft, daß neue Meerwunder werde Anfangs April in See stechen können. Dieses Fahrzeug wird 8 Kanonen vom schwersten Kaliber führen und noch viel fester konstruirt seyn, als der Monitor, welcher eigentlich nur ein Probestück seyn sollte. Man glaubt zuversichtlich, daß das bis jetzt noch namenlose Fahrzeug das schnellste dieser langsamen Gattung von Kriegsdampfern seyn werde. Ein dritter gepanzerter Dampfer, in seiner Konstruktion ganz verschieden von dem Monitor, wird in Philadelphia gebaut. Da die Sonderbündler durch den „Merrimac" gezeigt haben, was sie in diesem Zweige der Schiffsbaukunst leisten, so ist ein großer Wetteifer, es ihnen zuvor zu thun, unter unseren nördlichen Technikern erwacht." (E. P.)

Asien.

Nana Sahib soll sich in Nepaul herumtreiben. Die Mo-

Digitized by Google

luften wurden in den letzten Dezembertagen durch vulkanische Ausbrüche heimgesucht. Die Insel Mafian wurde ganz verheert.
(Tel. d. Öftd. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. April. Die neue Hofbräuhausbierhalle wird auf dem freien Raume neben dem Bockkeller zu stehen kommen und soll mit derselben eine Küche und ein Schlachthaus in Verbindung gebracht werden, deren Räumlichkeiten auch dem großen Zudrange elitzstiger Gäste entsprechen. Die Bierhalle selbst ist für das größere arbeitende Publikum berechnet; oberhalb derselben, somit in der ersten Etage, ist ein Lokal für den gebildeteren Theil der Gäste projektirt. Außerdem soll das Gebäude nur mehr die Wohnung für den Wirthschaftspächter und die Schlafgemächer für das Dienstpersonal enthalten.

In Traunstein ist die neuenstandene freiwillige Feuerwehr von der Regierung genehmigt worden und sofort ins Leben getreten.

Im Bräuhause zu Seibolbsdorf, Ger. Bilsbiburg, fiel am 1. ds. der 23 Jahre alte Bräuknecht Georg März in eine mit siedendem Nachbier angefüllte große Bottich und verbrannte sich derart, daß sich sogleich die Haut am ganzen Körper ablöste. Am 2. d. Morgens erlöste ihn der Tod von seinen fürchterlichen Schmerzen.

Wien, 2. April. Seit gestern ist das Theater an der Wien geschlossen. Schon seit einiger Zeit verlautete, daß die pekuniäre Lage des Instituts, trotz theilweiser enormer Einnahmen, eine verzweifelte sey; gestern hat der Direktor Pokorny den förmlichen Konkurs angemeldet.

Paris, 1. April. In der Dupeul'schen Druckerei wurden dieser Tage die 23 Seher verhaftet, weil sie sich gegen die Absicht des Prinzipals, das Setzen durch weibliche Hände besorgen zu lassen, mit Gewalt aufgelehnt hatten.

Rom. Der heil. Vater hat ein marmornes Kruzifix und ein prächtiges, mit Goldbuchstaben gedrucktes und reich eingebundenes Brevier zur Ausstellung nach London gesandt. Das Kruzifix ist für den Strand von Southwark und das Brevier für den Kardinal Wiseman bestimmt. Kardinal Antonelli hat gleichfalls einige Kunstgegenstände zur Ausstellung gesandt. Es sind von Rom eine ganze Sammlung ciselirter Arbeiten von Cameale, 55 Gemälde verschiedener Künstler, 50 Sculpturen, 5 Mosaik-Bilder und zahlreiche Mosaik-Platten, viele Bronzegegenstände, Silbersachen und Kannen, 50 päpstliche Denkmünzen, die in der päpstlichen Münze geschlagen wurden, Seidenstoffe, künstliche Perlen, bearbeiteter Marmor, nachgeahmte etruskische Vasen, Luxusmarmor aus den römischen Steinbrüchen u. s. w. nach London abgegangen.

Neueste Nachrichten.

München, 4. April. Im Auftrage der höchsten eidgenössischen Militärbehörde befinden sich hier: Oberst Herzog aus Aarau, Oberst Wolff aus Zürich, Hauptmann Dominicé aus Genf. Das Kriegsministerium hat denselben gestattet, unsere sämmtlichen Militäranstalten, Zeughäuser, Laboratorien, Werkstätten und Pulvermühlen zu besichtigen. Am Kugelfange werden künstliche Hindernisse, als Barrièren und Gräben zu den Reit- und Fahrübungen der Artillerie hergestellt; voraussichtlich wird somit das Coetzhein'sche System in der ausgedehntesten Weise zur Anwendung kommen. — Der päpstliche Nuntius, Mgr. Gonella, hat vorgestern dem in Ostbahnangelegenheiten hier verweilenden Baron Rotzschütz einen Besuch abgestattet und verweilte geraume Zeit bei demselben. (Südd. Z.)

München. Die hiesige Hauptschützengesellschaft hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen, keine besondere Deputation zum deutschen Schützenfest in Frankfurt abzuschicken, sondern die Betheiligung jedem einzelnen Mitgliede frei zu stellen. Eine sofort veranstaltete Sammlung für Anschaffung eines Festgeschenkes ergab eine ansehnliche Summe. — Das 6. Jägerbataillon soll, wie es heißt, von hier nach Frankfurt und das 3. Bataillon des 14. Infanterie-Regiments, zur Zeit in Germersheim, hieher verlegt werden. (M. B.)

Kassel, 31. März. Die Herren, welche in diplomatischen Missionen die t. Höfe besucht haben, sind zurückgekehrt; Herr v. Hotzberg ist von Hannover wieder angelangt und Herr v. Dehn-Rothfelser von München. Auch der Gesandte in Berlin, Herr v. Baumbach, hat seine Dresdner Sendung beendigt. Was sie ausgerichtet haben, wird geheim gehalten, indessen kann man versichert seyn, daß sich die Hoffnung, die gesürchtete Annahme des Antrags der Großmächte zu hintertreiben, nicht gestegert hat. Wie längst vorauszusagt, sucht die Regierung die Entscheidung am Bunde durch Reflexe zu hinzuhalten, in der Erwartung, daß der Umschwung in Berlin, mit der Zeit auch eine andere Auffassung des dortigen Kabinets in der kurhessischen Frage zur Folge haben werde. Daß man durch diese Verzögerungen die Sache nur immer schlimmer macht und schließlich die Demüthigung dem Nachgeben nur um so größer ist, ist freilich außer unserer Regierung Niemandem verborgen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. dito.	84 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. H.	74 P. 73½ G	
„	6 pCt. Nationalanl. v. 1854	59⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅝ P. ½ G.	
„	4½ pCt.	43½ P. ¾ G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104⅛ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅝ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	—	
„	4½ pCt. Obl. v. 1847	96 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„ „	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¾ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P. ⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ G.	
Frankfurt	4½ pCt. Obl.	103⅜ P.	
„	3 pCt.	95 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—	
„	9 pCt.	43 P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	101 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	119⅞ P.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	711—10 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171—720. exD.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank l. a. Z. Serie à fl. 250	210⅛—11 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	79⅜ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	88⅛ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	350 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66⅝ P. ⅜ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 72 br.	245—46 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	115P. 114⅜ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. à 7	76⅛ P. 76 G.	
Rhein-Nahe-Bahn Stamm-Thl. à 100 4 pCt. Z.	28½ P. 28 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	139⅜ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105⅝ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84—⅝ G.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250P. 249G. exD.	
Span. Handels- u. Industrie-	490 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Peroire	500 G.	
Bayr. Vereinsbank à 4½ pCt. vollenbez.	107⅛ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuerves.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 L. S.	100⅛ P. B.
Augsb. k. 100 L. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Bresl. 50 Th. Lad. k.S.	99⅛ P. B.
Hamb. Th. 60 k. S.	100 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ P. B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. k.S.L. 250 k.S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	86⅛—⅛ G.
Discontir	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	31⅝ P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	66⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅝ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	681 P.	„ fl. 25 do.	37⅝ P.
„ fl. 100 Einl. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅛ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	121 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 25⅛ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	98¼ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10 G.
Badische fl. 35	35 G.	Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11⅞ P.

Frankfurt, 4. April. In Folge günstiger auswärtigen Berichte und Notirungen zeigte sich viel Kauflust für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien. Ein besonders lebhaftes Geschäft entwickelte sich in französ.-österr. Staatsbahnaktien zu steigenden Kursen. Auch Darmst. Bankaktien, Staatsbahn- und lombardische Prioritäten waren begehrt und höher. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96-97. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher Klenner | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 6. April 1862.

Deutscher Bund.

Die wesentlichen Bestimmungen des zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossen, jedoch von den Zollvereinsstaaten noch nicht ratifizirten Handelsvertrages sind folgende: „Zu den in den beiden Tarifen verzeichneten Zollsätzen werden in Frankreich alle aus dem Zollverein herstammenden oder in demselben verfertigten Gegenstände bei ihrer unmittelbaren Einfuhr zu Lande wie zur See unter der Flagge eines Zollvereinsstaates oder unter französischer Flagge zugelassen. Für aus Frankreich herstammende oder daselbst verfertigte Gegenstände gelten bei der Einfuhr in den Zollverein dieselben Bedingungen. Zollvereinswaaren, über die hanseatischen Häfen an der Elbe und Weser, oder vermittelst belgischer oder schweizerischer Eisenbahnen in Frankreich eingehend, werden als unmittelbar eingeführt angesehen. Die Ausgangsabgaben sind beiderseitig aufgehoben. Eine Ausnahme sind nur in Frankreich Lumpen und Abfälle aller Art zur Papierfabrikation und altes Tauwerk, für die ein Ausfuhrzoll von resp. 12 und 4 Frcs. für 100 Kilogramm bestehen bleibt; und für den Zollverein ebenfalls Lumpen und Abfälle zur Papierfabrikation (mit 2½ Thlr.) und altes Tauwerk (mit ½ Thr. für den Zollzentner). Aus dem Zollvereein herstammender Spiritus und Weingeistmischungen zahlen beide in Frankreich außer der im Tarif A festgesetzten Eingangsabgabe die einheimische Verbrauchsabgabe von 90 Fr., ersterer für den Hektoliter, letzterer vom Hektoliter reinen in dem Fimiß enthaltenen Weingeist. Eine Zusatzabgabe zahlen auch verschiedene chemische Produkte und Glas und Glaswaaren, so lange als das zu ihrer Darstellung verwandte Salz in Frankreich nicht von der Verbrauchsabgabe befreit ist. Diese Zusatzabgaben hören jedoch ganz auf und werden ermäßigt, wenn die in Frankreich gegenwärtig gewährten Ausfuhrvergütungen aufgehoben oder herabgesetzt werden. Die aus dem Gebiete des einen der beiden Theile herstammenden und in die Gebiete des anderen Theiles eingeführten Waaren jeder Art dürfen keiner höheren inneren oder Verbrauchssteuer unterworfen werden, als die gleichartige Waare einheimischer Erzeugung. Französische Waare, Branntweine und Felle, welche der Eingangsverzollung unterlegen haben, bleiben von jeder weiteren, für Rechnung des Zollvereins, einzelner Vereinsstaaten oder einer Kommune oder Korporation erhobenen Steuer frei. Die aus Frankreich über die Landgrenze eingehenden Waaren jeden Ursprungs sollen bei dem Eingang in den Zollverein zu denselben Abgaben zugelassen werden, als wenn sie direkt aus Frankreich zur See um unter französischer Flagge eingehen. Aus dem Zollverein über die Landgrenze eingehende Waaren werden zum inneren Verbrauch in Frankreich gegen diejenigen Abgaben zugelassen, welche für die unter französischer Flagge aus andern als den Ursprungsländern kommenden Waaren bestehen. Absunft oder Fabrikation der eingeführten Waare ist der Zollverwaltung des anderen Landes nachzuweisen durch amtliche Bescheinigung der zuständigen Orts- oder Steuerbehörde, oder des Konsuls, der für das Land, wohin die Waare bestimmt ist, in dem Versendungsort fungirt. Die Werthhölle werden nach dem Werthe am Orte des Ursprungs mit Hinzurechnung der bis zum Orte der Eingangsabfertigung erforderlichen Transport-Versicherungs- und Kommissionskosten bemessen. Hält die Zollbehörde den deklarirten Werth der Waare für unzulänglich, so ist sie berechtigt, die Waare gegen Bezahlung des deklarirten Werthes mit einem Zuschlage von 5 pCt. zu behalten. Durchgangsabgaben sind in beiden Gebieten aufgehoben. Die französische Regierung hält nur das Verbot der Durchfuhr von Schießpulver aufrecht, und behält sich vor, die Durchfuhr von Kriegswaffen von besonderen Ermächtigungen abhängig zu machen. Im Zollverein ist die Durchfuhr des Salzes von besonderer Ermächtigung abhängig. Die gegenseitigen Unterthanen genießen hinsichtlich des Reisens und Aufenthalts dieselben Rechte wie die Inländer, dürfen Häuser, Waarenlager oder Grundstücke miethen oder besitzen, ohne mit anderen Abgaben oder Verpflichtungen als der Inländer beschwert zu werden, und genießen in Bezug auf Handel und Gewerbe dieselben Vorrechte und Befreiungen. Handelsreisende, die in Frankreich als solche gehörig patentirt sind, können ihr Geschäft im Zollverein betreiben, ohne Gewerbesteuer zu erlegen. Dieselbe Vergünstigung genießt der Zollverein in Frankreich. Gegenseitiger Schutz der Bezeichnung oder Etiquettirung der Waaren oder der Verpackung, der Muster und der Fabrik- und Handelszeichen ist zugesichert, diesem Artikel aber ausdrücklich die rückwirkende Kraft genommen. Die Bestimmungen des Handelsvertrages finden auch auf Algerien sowohl für die Ausfuhr nach, wie für die Einfuhr von dort Anwendung. Bei zukünftigen Veränderungen des Tarifs oder anderen Begünstigungen sichern sich die beiden kontrahirenden Theile gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation zu. Der Vertrag ist auf zwölf Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikation an abgeschlossen, und bleibt, wenn er nicht zwölf Monat vor Ablauf dieser Frist gekündigt ist, in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an, an welchem einer der beiden Theile denselben gekündigt hat. Löst sich vor Ablauf des obengedachten Zeitraums der Zollverein auf, so treten die in dem Vertrage enthaltenen wechselseitigen Verpflichtungen gleichzeitig mit den Zollvereinsverträgen außer Kraft."

(Allg. Pr. Z.)

Bayern. München, 4. April. Mit einem Artikel in der gestrigen Beilage der „Allg. Ztg.", in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Handelsvertrag mit Frankreich der vorausgehenden Zustimmung des Landtags unterbreitet werden möge, ist der jetzt hochverehrte Fürst Ludwig v. Wallerstein nach längerer Zeit wieder einmal vor die Oeffentlichkeit getreten. Der in Rede stehende Wunsch ist, wie es den Anschein hat, auch vielleicht nicht vergeblich ausgesprochen.

München, 5. April. In militärischen Kreisen werden verschiedenerlei Reformen besprochen, die im Projekte des Generalverwaltungsdirektors Freiherr Feinaigle liegen und mit der Wiederübernahme des Kriegsportefeuille durch Hrn. v. Spies zur Durchführung gelangen sollen. Ist das richtig, was erzählt wird, so läge dem Plan ein sehr praktischer Gedanke zu Grund, indem vorerst das Kompagnierechnungswesen vereinfacht werden und der damit betraute Unteroffizier eine größere Selbständigkeit erlangen soll. Es sollen zwei Feldwebel für jede Kompagnie projektirt seyn, von denen immer dem andern untergeordnet, der Eine den Dienst zu kommandiren, der Andere das Schreib- und Rechnungswesen zu führen hätte. In Oesterreich ꝛc. bestehen diese zweiten Feldwebel schon längst und werden dort auch „Manipulanten" genannt.

(Südd. Ztg.)

Germersheim, 4. April. Se. Maj. König Ludwig hat zur Anschaffung einer Glocke auf den im Bau begriffenen Thurm der katholischen Kirche zu Germersheim einen Beitrag von vierhundert Gulden bewilligt.

(Pfälz. Z.)

Preußen. Berlin, 3. April. Daß der Hagen'sche Antrag in Wirklichkeit nicht der wahre Grund der angebrochenen Krisis ist, daß er selbst durchführbar war, dafür spricht folgende Thatsache: An einem der letzten Tage vor der Auflösung, es mag am 5. oder 6 März gewesen seyn, erschienen in der Budget-Kommission drei Ministerialräthe und legten den Mitgliedern der Kommission spezialisirte Etats vor mit der Frage, ob diese für genügend erachtet würden, was sofort auch von Herrn Hagen bejaht wurde. Die ganze Sache war eine reine Kanzleiarbeit.

Nach dem vom Magistrate in Berlin gegebenen Beispiel haben in Treuentritzen der Magistrat und die Stadtverordneten beschlossen, daß die im Besitz der Kommune befindlichen Obligationen der 4½ prozentigen Staatsanleihen von 1850 und 1852 (ca. 40,000 Thlr.) nicht konvertirt, sondern gekündigt werden sollen. (Hr. v. d. Heydt wird sich wohl noch auf mehrere solche Ueberraschungen gefaßt machen müssen.)

Digitized by Google

Das Finanzkomité der Bonner Studenten macht bekannt, daß in einer öffentlichen Versammlung solcher Studenten, welche sich mit Gründen hetheiligt hätten, der Beschluß gefaßt worden sey, die Gelder nicht, wie selber bestimmt war, an das preußische Ministerium, sondern an den Nationalverein abgesandt werden sollen.

Kurhessen. Der Bürgermeister Knobel zu Ehren, an welchen der Minister Volmar die durch Hagelschlag stark beschädigten Bewohner des Kreises Hofgeismar mit ihrer Bitte um Sorge für Erwerbsquellen höhnisch verwiesen hat, hat einen öffentlichen Aufruf erlassen, worin er sagt: „Als vieljähriger Landtagsvertreter des Wahlbezirkes, dem die nothleidenden Gemeinden angehören, halte ich mich für berufen, in dieser Zeit so großer Noth das mir erwiesene Vertrauen, so viel an mir ist, zu rechtfertigen. Und so richte ich an theilnehmende Freunde in engeren und weiteren Kreisen des Vaterlandes die Bitte, mir ohne Herrn Fabrikanten Eggena in Kassel ihre Gaben für die Bedürftigen zufließen zu lassen. Wegen deren Verwendung habe ich mich mit bewährten Freunden bereits in Verbindung gesetzt und werde hiernächst darüber öffentlich Rechnung ablegen."

Baden. Die badische Abgeordnetenkammer hat die beiden Gesetzentwürfe über Gewerbewesen und über das Verehelichungsrecht angenommen. Beide Gesetze bezeichnen sehr wesentliche Fortschritte, beide entsprechen aber noch keineswegs vollkommen den Anforderungen, welche sowohl vom volkswirthschaftlichen als vom naturrechtlichen Standpunkt aus erhoben werden müssen. Die wackern Badener hätten nur auf ihre Nachbarn jenseits des Rheins — nicht bloß die Elsasser, sondern auch die Rheinbayern blicken dürfen, um sich thatsächlich zu überzeugen, daß ein Gemeinwesen sehr wohl bestehen kann ohne Beschränkung, sowohl der Gewerbefreiheit als des Rechtes der Verehelichung. (Fr. Hblz.)

Oesterreich. Wien, 4. April. Der Kaiser hat mit Entschließung aus Venedig vom 24. März d. J. angeordnet, daß die nächste VII. Staats-Wohlthätigkeits-Lotterie zum Besten der durch die diesjährige Ueberschwemmung der Donau, Elbe, Weichsel und Nebenflüsse Verunglückten in den verschiedenen Ländern des Reiches veranstaltet und einstweilen sogleich vorschußweise die Summe von 100,000 fl. Oesterr. Währung dem Staatsministerium und der ungarischen Hofkanzlei zur Verfügung gestellt werde. (K. Z.)

— In Bezug auf die Verhandlungen über ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gehen dem „Pest. Ll." interessante Nachrichten aus Wien zu. Das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit sey in einer Ministereathsfitzung unter dem Vorsitze des Kaisers ausgesprochen worden. Die Durchführung aber sey bis dis jetzt wegen der ungarischen Frage gestockt; wie denn auch Herr v. Schmerling in einer der letzten Konferenzen mit den Abgeordneten wirklich erklärt habe, die Sache sey schwer wegen der ungarischen Angelegenheiten. Eine Verantwortlichkeit der eigentlichen Minister sey doch nicht wohl ohne Verantwortlichkeit auch der Hofkanzler (für Ungarn und Siebenbürgen) denkbar. Die letzteren können aber unter den obwaltenden Umständen unmöglich dem gegenwärtigen Reichsrathe (in welchem gerade Ungarn und Siebenbürgen noch nicht vertreten sind) verantwortlich erklärt werden, und den verschiedenen Einzel-Landtagen wiederum wolle man sie nicht verantwortlich machen. Deshalb gehe der Vorschlag der Regierung dahin, der Reichsrath möge sich vorläufig mit der Anerkennung des Prinzips begnügen, diesen Realisirung aber auf bessere Zeiten vertagen. Der Staatsminister v. Schmerling hat sich in einer neuerlichen Privat-Konferenz von Abgeordneten auch zu dem schon früher proponirten Auswege bereit erklärt, demnächst durch eine offizielle Kundgebung der Regierung die Rechtsverbindlichkeit des Grundsatzes der Minister-Verantwortlichkeit zuerst Zweifel zu stellen. Zugleich wird es sich dabei um den Widerruf jenes die Aufhebung des 1849er Verfassung begleitenden kaiserlichen Handschreibens vom 31. Dezember 1851 handeln, welches kurz und bündig erklärte, daß die Minister nur dem Monarchen verantwortlich seien.

Dänemark.

*Kopenhagen, 4. April. In der heutigen Reichsrathssitzung wurde der Vorschlag des Abg. Krüger, ein neues gemeinsames Beefassungsgesetz für Dänemark und Schleswig zu erlassen (formelle Vollziehung der materiell fortwährend im Vollzug begriffenen Einverleibung Schleswigs), nachdem der Konseilspräsident sich scharf dagegen ausgesprochen, mit 43 gegen 9 Stimmen verworfen. Die Regierung hatte zwar selbst vor einiger Zeit den Plan ausgegeistet, Schleswig förmlich in Dänemark einzuverleiben, und es damit auf immer von Holstein lozzureißen; sie ist jedoch neuerlich davon wieder abgekommen in Folge des ersten Widerspruchs des Deutschen Bundes und der einleitigen Mahnungen verschiedener Mächte. Sie wird sich begnügen, wie seither, allmälig und auf Umwegen ihr Ziel anzustreben. Deshalb allein war sie gegen den Krügerschen Antrag und der Reichsrath that ihr den Gefallen, sie nicht durch Annahme desselben gegenüber dem Ausland in Verlegenheit zu bringen. Es geschieht ja doch schon, was der Antrag bezweckt.

Großbritannien.

Die Regierung läßt den Bau von bölzernen Schiffen und Küsten-Forts vorerst ganz einstellen und Eisen-Fregatten und Kupferschiffe bauen. (K. Z.)

Frankreich.

WC Paris, 2. April. (Privat-Korresp.) Der letzte Monatsabschluß war der schlechteste, der seit langer Zeit vorgekommen. Ein Haus allein, telegraphisch von dem verhängnißvollen Ultimo benachrichtiget, sandte seinen Commissionär in Paris 40,000 Frks., um einen Sturz zu verhüten. Doch was sind 40,000 Frks. in Paris, wenn es überall fehlt! Eine der ersten Geschäftsleute, nach Daebray der bedeutendste Frnchthändler, ist ruinirt, derselbe machte im vorigen Jahr für 61 Mill. Geschäfte. Wo ist nun die Stabilität, welche die „starke Regierung" versprochen hatte? — Höheren Orts zeigt man so großen Unwillen über die geringschätzige Behandlung französischer Zustände, deren sich die englischen Blätter seit einiger Zeit befleißen. Die Ueberzeugung von dem prekären Stand der Dinge in Frankreich, welche sich jenseits des Kanales einnistete, ist eine bedenkliche Sache, wogegen man mit aller Macht ankämpfen und deßhalb bei dem Besuche der Industrieausstellung mit großem äußeren Glanze auftreten will. Man spricht von Ausgaben, die die Sparsame des Hrn. Fould noch nichtigee machen würden, als sie es bisher schon waren. Als Minimum werden 1,700,000 Frks. genannt, es ist aber gewiß, daß es das Doppelte erreichen und bei unsern Nachbarn doch nur ein mitleidiges Lächeln hervorbringen.

Paris, 3. April. Der öffiziell gewordene Zwiespalt in der französischen Politik in Rom läßt noch immer, es scheint jedoch, als werde der Kaiser einen neuen Versuch machen, im Status quo zu verharren und im Nothfalle zu Lavalette auch Goyon abberufen und einen diplomatischen Marschall nach der ewigen Stadt schicken, einen Mann, der nur vollführt, was ihm aus den Tuilerien kommandirt wird. (Der Gemahlin des Generals Goyon, deren unvermuthete Ankunft hier in Paris auffiel und mit der beabsichtigten Abberufung Goyon's in Verbindung gesetzt wurde, soll es gelungen seyn, in einer langen Audienz bei dem Kaiser und der Kaiserin die Unzweckmäßigkeit einer Abberufung unter den obwaltenden Verhältnissen darzuthun, und es wäre in Folge ihrer Bemühungen die bereits beschlossene neue Combination wieder rückgängig geworden, den Marschall Niel in der doppelten Eigenschaft eines Oberbefehlshabers der Truppen und eines Gesandten nach Rom zu schicken.) (Köln. Z.)

Paris, 3. April. Man versichert, daß die gegen Verhaftete der geheimen Gesellschaft „Marianne" eingeleitete Untersuchung ernstere Dinge aufgedeckt habe, als man ursprünglich erwartete. Es soll die Absicht der Verschwornen gewesen seyn, den Umstand zu benutzen, daß einer der Flügel der Tuilerien demolirt ist, um von dieser Seite aus nächtlich in das kaiserliche Schloß einzudringen ꝛc. (K. P.)

Paris. Der Kaiser hat ein Dekret unterzeichnet, welches die Fortsetzung der Steaße Lafayette bis zu der neuen Oper durch die Straße Lafitte verfügt; das alte Hotel Lafitte und das Haus von Baron Rothschild fallen in das Alignement und müssen demolirt werden; die Gesellschaft Lubdin-Ricardo u. Comp. hat die Neubauten übernommen.

Italien.

Aus Turin schreibt man der „N. Pr. Ztg.": Im Großherzogthum Toskana fallen die Aktien des König-Ehrenmannes ebenfalls reißend. Die Toskanesen sind nichts weniger als Soldatennaturen, mit den Waffen in der Hand werden sie sich nicht zu helfen suchen; aber sie sehnen sich nach ihrer frühern milden Regierung, nach ihren Freiheiten und ihrem Wohlstande zurück. Besorgnisse stößt der Turiner Regierung vor der Hand nur die Bevölkerung von Livorno und insbesondere die dortige Hafenbevölkerung ein, deren Stimmung immer feindseliger wird. Deshalb geht das Turiner Kabinet auch mit dem Plane um, durch Gründung einer Seeschule in Livorno und anderer Anstalten, welche Geld unter die Leute bringen, die Bevölkerung von Neuem zu gewinnen.

Digitized by Google

Turin, 31. März. In einem Telegramm aus Neapel wurde dieser Tage von einem Gutachten des Generals La Marmora berichtet, dahin lautend, daß eine Truppenverstärkung von keinem Nutzen zur Unterdrückung des Brigantenthums seyn würde. Diese Nachricht beruht offenbar auf einer Erfindung, welche den Zweck hat, die Bedeutung der aufständischen Bewegung in den Augen des Publikum so viel wie möglich abzuschwächen. Wie wenig gegründet sie ist, geht schon aus der einfachen Thatsache hervor, daß erst am 17. d. M. in Neapel auf einmal 3500 M. aus Genua eintrafen. Bei ihrer Ausschiffung Abends 9 Uhr wäre es aus bisher noch unbekannten Gründen fast zu Unordnungen gekommen. Es entstand nämlich auf einmal ein solches Gedränge, daß Alles herbeilief und sogar die Nationalgarde zum Theil ausrückte. Es handelt sich also um eine Thatsache, die sich, so heimlich auch die Depeschen der Truppen betrieben wurde, nicht mehr in Abrede stellen läßt. Aus anderen Mittheilungen ist auch bekannt geworden, daß General La Marmora in der letzten Zeit sehr ungünstige Berichte hierher gesendet und bedeutende Truppenverstärkungen verlangt hat. Die Lage der Dinge in Neapel ist gegenwärtig für die Regierung weit ungünstiger als vor einem halben Jahre. Damals war die Mehrzahl der Einwohner in den am adriatischen und jonischen Meere gelegenen Provinzen noch piemontesisch gesinnt; jetzt klagen selbst die Regierungsblätter darüber, daß die Bevölkerung in Apulien, in der Capitanata und Basilicata, besonders auf dem flachen Lande, durchaus günstig für die Brigantі gesinnt sey. Dieser Umschwung ist leicht erklärlich, wenn man die hohen Abgaben und die Willkür, womit die piemontesischen Beamten und Militärbehörden das Volk behandeln, ohne ihm auf der andern Seite den genügenden Schutz gegen die Brigantі zu gewähren, in Betracht zieht. Was den Aufstand betrifft, so stimmen alle Berichte darin überein, daß er mit reißender Schnelle an Ausdehnung und Stärke zunimmt. Da die einzelnen Banden bald da, bald dort, oft in weiter Entfernung wieder auftauchen, so ist der Krieg gegen sie ungemein schwierig und ermüdend. Die Truppen werden ungeduldig und es kommen jetzt sehr häufig Desertionen vor. Noch schlimmer ist es mit benjenigen Regimentern, denen man die alten neapolitanischen Soldaten einverleibt hat, wie aus einer Notiz der offiziellen neapolitanischen Zeitung vom 21. d. M. hervorgeht, der zufolge im 6. Linienregiment bei einem Kampfe mit den Brigantі sämmtliche Neapolitaner, welche in dasselbe eingereiht sind, die Flucht ergriffen.

(Fr. Postz.)

Amerika.

In Liverpool ist durch den aus Charleston eingelaufenen Schooner Adelaide die Nachricht angelangt, daß die zur Sperrung des Hafens von Charleston von den Bundestruppen versenkte „Steinflotte" (welche Versenkung, wie man sich erinnern wird, von den englischen Blättern lange Zeit als völkerrechtswidrig und vandalisch verschrieen wurde) am 3. März in rascher Ausführung begriffen war. Die versenkten Schiffe — man hatte zur Versenkung wahrscheinlich keine nageleuen Fahrzeuge ausgesucht — gingen, der Gewalt des Wassers weichend, auseinander, und der Hafen war voll von schwimmendem Trümmerwerk. Außer der Adelaide sind noch sechs großentheils mit Baumwolle beladene Schiffe von Charleston ausgelaufen und nach England gesegelt.

Die Debats bringen einen Artikel von E. Raymond über den Kampf zwischen Merrimac und Monitor. Es wird darin der für die künftige Gestaltung der Kriegs-Marine entscheidenden Erfahrung alle gebührende Aufmerksamkeit gewidmet, jedoch besonders hervorgehoben, daß die Qualität und nicht das Kaliber, der von den Amerikanern angewandten Geschütze noch keinen entgültigen Beweis für die Undurchdringlichkeit der eisernen Panzerwände gebe. Dem alten Palzhans-System, nach dem auch die neuen Dahegren-Kanonen der Amerikaner gegossen seyen, gehe die anfängliche Geschwindigkeit oder die Macht des Stoßes ab, die die moderne gezogene Kanone durch ihre verstärkte Pulverladung besitze. In dem alten System verringere sich sogar, von einer gewissen Entfernung an, die Wirkung des Geschosses im Verhältnisse von dessen steigendem Kaliber. Die Resultate des Kampfes zwischen den beiden Panzerschiffen würden wohl anders ausgefallen seyn, wenn eines derselben nur eine einzige der Kanonen des französischen Panzerschiffs „Gloire" an Bord gehabt hätte. Diese Kanonen, die mit einer Ladung von sieben Kilogr. Pulver Geschosse von 45 Kilogr. Schwere schleudern, durchbohren unfehlbar die Panzer auf eine Entfernung von 40 Metres. Noch größere Wirkung müßte die neue, jetzt auf den französischen Schießplätzen versuchte Kanone hervorgebracht haben, die, bei ununterbrochener Benutzung, eine Ladung von zwölf Kilogramm Pulver vertrage und Eisenplatten von 10 Centimetres Dicke auf eine Entfernung von 1000 Metres durchbohrt habe.

Aegypten.

Aus Kairo, 15. März, schreibt man der „Zeit": „Vielleicht interessirt es Ihre Leser, bei Gelegenheit des zwischen der ägyptischen Regierung und deutschen Banken geschlossenen Darlehngeschäfts etwas näheres über die hiesigen Finanzen zu erfahren. Aegypten hat seinen seit Jahrtausenden bewährten Ruhm, ein reiches Land zu seyn, trotz der Mißregierung des türkischen Pascha's noch nicht verloren. Das jährliche Gesammteinkommen des Vize-Königs beläuft sich auf etwa 125 Millionen Franks. Davon hat er an die Pforte einen stehenden Tribut von 30 Millionen Piaster zu zahlen, nach dem jetzigen Kurs vielleicht vier Millionen Franks. Die Verwaltung des Landes, eindergrißen die Kosten für Heer und Flotte, werden auf fünfzig bis sechzig Millionen Franks geschätzt, so daß über sechzig Millionen Franks zur freien Verfügung des Pascha's übrig bleiben. Obgleich dies eine Civilliste ist, wie sie sich keinem der europäischen Herrscher zu Gebote steht, so kommt Said Pascha damit noch nicht aus. Die Truppen erhalten nur selten Sold, und die Zahlungen der Beamten sind fast immer 6 bis 12, bisweilen sogar 24 bis 27 Monate im Rückstand. Seit einigen Jahren hat er auch angefangen Schulden zu machen. Anfangs im Conto-Current bei hiesigen Bankiers, später durch Ausgabe der hiesigen Schatzbons, d. h. von Wechseln auf die Staatskasse. Bei seiner großen Prachtliebe und Verschwendungssucht, die mit einer auffallenden Neigung zu gemünztem Gold und Silber verbunden ist, ergeiff er dieses ihm von französischen Günstlingen vorgeschlagene Mittel seinen Launen zu fröhnen, ohne baar zahlen zu müssen, mit einer wahren Leidenschaft. Die Armee wurde von 18,000 bis auf 30 und 40,000 Mann erhöht, auf's glänzendste equipirt, und stets vollständig mobil gehalten. Er schuf eine kleine Nildampfschifffottille bios zum Transport seiner Truppen, ließ Dampfyachten aus England kommen, baute Paläste und Eisenbahnen, und zahlte für alles das Baar. Weise, wie sie in Europa unerhört sind. Aber keiner seiner Lieferanten bekam baar Geld, sondern nur Scheine auf 6 oder 12, ja später auf 24 oder 30 Monate. Natürlich mußte er aber bei derartigen Geschäften das Agio, welches diese Scheine am Platz hatten, und das zwischen 10 und 18 Prozent schwankte, vergüten. Daß bei einer derartigen Wirthschaft seinem Finanzministerder Athem ausging, ist nicht zu verwundern. Die Fellahs (Bauern) wurden gezwungen, die Grundsteuer pränumerando auf ein Jahr zu zahlen, an einigen Orten sogar auf noch länger. Das half eine Weile, aber nicht für immer. Im vorigen Jahre mochten sich die Schulden des Vizekönigs auf etwa 200 Millionen Franks belaufen. Da starb der Sultan und Said Pascha sah sich in der unangenehmen Lage eine kostspielige Huldigungsreise nach Konstantinopel antreten zu müssen, ohne zu wissen, woher Geld nehmen. Da entschloß er sich zu dem einzigen Radicalmittel in solchen Fällen: er beschloß zu sparen. War er aber wohrte excentrisch in der Verschwendung gewesen, so war er es in seinem neuen System nicht minder. Er reducirte sein Heer von 40,000 auf 5000 Mann, entließ einen großen Theil seiner Beamten, in Kairo z. B. von 1200 Kavassen (Polizeisoldaten) 700, und verkaufte alles was nicht niet- und nagelfest war, später auch Grundstücke. Die Einzelheiten dieser kolossalen Finanzoperation waren ergötzlich genug. Dampfschiffe, Kanonen, Zelte, Uniformen, Pferde, Waffengeschirre, Möbel, Küchengeräthe, ja sogar seine eigenen getragenen Kleider, kurz alles kam unter den Hammer. Die Divans standen leer, im Lande bildeten sich Diebsbanden, in den großen Städten, Alexandrien und Kairo, sogar Räuberbanden; die Wasserwerke und Dämme, der Nero Aegyptens, zerfielen, die letzte große Ueberschwemmung war zum nicht geringen Theil die Folge dieser Wirthschaft, aber — Said Pascha erreichte seinen Zweck. Er konnte sich in Konstantinopel als der reichste aller Vasallen zeigen, prachtvolle Geschenke machen, und sein Finanzminister befand immer noch genug, um diese verfallenen Scheine pünktlich auf den Tag einzulösen. Man sollte freilich glauben, der Ruin des Landes müsse die nothwendige Folge solcher Maßregeln seyn. Allein wenn irgendwo, so gilt hier jenes Wort eines französischen Marschalls: „O meine Herren, Sie glauben gar nicht, was ein Land alles aushalten kann!" Unter ähnlichem Druck leben die armen Bauern Aegyptens, die Fellahs, nun schon seit Jahrtausenden, allein der Alt besuchtet ihre Ländereien immer wieder, sie arbeiten unverdrossen fort, um für ihre Herren und Unterdrücker neue Schätze zu produziren, und ihr sklavischer Sinn läßt selbst den Gedanken eines Aufstandes nicht aufkommen. Wie indessen jedes Uebel sein Gutes bringt, so auch hier. Das Here war vielleicht für das Land viel zu groß, seine Auflösung ist eine Wohlthat. Die Bamten waren ebenfalls zu zahlreich, eine wahre Heuschreckenschaar; nun haben die übeliggebliebenen sich entschließen müssen zu arbeiten. Allmälig werden auf das Drängen

Digitized by Google

und Treiben der Konsuln die nöthigsten Stellen wieder besetzt, und so kommt die Staatsmaschine doch nicht in vollständiges Stocken. Nur die öffentliche Sicherheit, besonders in Alexandrien, liegt noch sehr im Argen. Um auch die Finanzen wieder etwas zu regeln, haben die Generalkonsuln der Großmächte dem Vicekönig gerathen, ein größeres Darlehen aufzunehmen, das er unter der Garantie oder vielmehr Genehmigung der Pforte gewiß zu billigeren Bedingungen erhalten würde, als vermittelst seiner bisherigen Wechselspekulationen. Es ist erfreulich zu sehen, daß diese Rathschläge gutes Gehör gefunden haben, es ist aber auch als ein ganz besonderes Zeichen von gesundem Menschenverstand des Vicekönigs hervorzuheben, daß er es vorgezogen hat, sich lieber an deutsche Häuser zu wenden als an englische oder französische, deren Regierungen solche Gelegenheiten nie vorübergehen lassen, ohne sich für die Zukunft einen Anhaltspunkt zu politischen, nur ihrem Interesse dienenden Operationen zu verschaffen. Der Vicekönig hat in den ihm aufgedrängten Aktien des Suezkanals einen zu großen Haken gefunden, um so bald wieder anzubeißen — doch davon ein ander Mal." Die Frage nun, ob das kontrahirte Darlehen für deutsche Kapitalisten eine sichere Kapitalanlage bildet, glaubt der Berichterstatter der „Zeit" mit gutem Gewissen bejahen zu können. Da die Genehmigung der Pforte durch Vermittlung der preußischen Gesandtschaft erfolgt ist, so wird, meint er, nicht nur Said Pascha, sondern auch sein Nachfolger zu pünktlicher Zins- und Amortisations-Zahlung verpflichtet seyn. Ebenso liege kein Bedenken vor für den Fall, daß Aegypten in Folge der politischen Ereignisse sich entweder unabhängig von der Pforte machen, oder selbst einer europäischen Macht in die Hände fallen sollte. Der etwaige Nichtnachfolger werde immer verbunden seyn, die in gültiger Form kontrahirten Schulden seines Vorgängers zu bezahlen. (Wenn er aber nicht will, wer zwingt ihn?) Daran aber, daß Aegypten reich genug ist und unter Aber, und der schlechtesten Regierung reich genug seyn wird, um in den nächsten beiläufig zehn Jahren alljährlich 4,400,000 Frcs. zurückzuzahlen, sey gar kein Zweifel. Eine schwierigere zu beantwortende Frage dürfte seyn, ob dieses Anlehen dazu dienen wird, die Finanzen Aegyptens auf die Dauer zu regeln. Bei der despotischen Regierungsform dieses Landes wird dies von der Persönlichkeit des Herrschers abhängen, und bei dem launischen Charakter Said Pascha's vor allem daran, wie lange er seinem jetzigen System der Sparsamkeit treu bleiben wird. Das muß man freilich abwarten.

Volkswirthschaftliches.

München, 5. April. Der ständige Ausschuß des deutschen Handelstages hat diesen zu seiner zweiten Versammlung zwar früher, als zuerst beabsichtigt war — auf Mitte September — nach München berufen, allein nicht früh genug, um den Handelsvertrag mit Frankreich rechtzeitig der Berathung des Handelstages unterstellen zu können. Um dies zu ermöglichen, werden nun, wie man vernimmt, von verschiedenen Seiten Vorstellungen an den Ausschuß gerichtet, dahin gehend, daß die Versammlung des Handelstages schon in den nächsten Monaten stattfinden möchte. (N.Korr.)

* Amsterdam, 2. April. (Privat-Korresp.) Ablauf der Kaffe-Auktion bei der niederländischen Handel-Maatschappy von 419,730 Ballen Kaffe. In heutiger Kaffe-Auktion liefen die großen Packungen 1½ à 1 ct. und die meisten besseren Qualitäten 1½ à 2 ct. über Taxation. Für den Werth von gut und rein Java, welcher 44½ ct. bedang, waren die Orders aus den unseren Provinzen maßgebend, während im Allgemeinen der Andrang so groß war, daß für die meisten Nummern Kürzungen eintreten mußten. Bei der sotwährenden Lebhaftigkeit unserer Nachtmärkte ist dies Resultat sehr erklärlich und da die Massen in viele Hände vertheilt sind, so erwarten wir einen ferner günstigen Geschäftsgang. Die alten Vorräthe sind auf ungekannte Weise erschöpft wie die vorgestrige Aufgabe des Zettelvorrathes von 14,397 Ballen eewies. Von Padang trafen hier 6/m. und in Rotterdam 9/m. Ballen ein.

Nichtpolitische Zeitung.

Lichtenfels, 2. April. Gestern wurden wegen der dahier herrschenden Friesel- und Flechtenkrankheit unter den Kindern die Schulen auf einige Zeit geschlossen.

London, 2. April. Der Termin zur Ablieferung der Ausstellungsgegenstände im Gebäude ist zwar mit dem gestrigen Tage abgelaufen, doch stehen den Nachzüglern alle Thore gastfreundlich offen und wird der Termin der Ablieferung aller Wahrscheinlichkeit nach bis zum 15. d. verlängert werden. Wären die Thore gestern geschlossen worden, dann stünde es schlimm mit der Ausstellung, da bis zur Stunde kaum die Hälfte der angekündigten Artikel abgeliefert ist. Den Ausstellern allein ist die Schuld dieser Verzögerung nicht aufzubürden, sondern in viel größerem Maße den Kommissionären, welche das Gebäude nicht früh genug vollendet halten, so daß sich im letzten Augenblicke der Andrang der Waaren bis ins Unglaubliche steigerte. Schon sind seit drei Tagen die Zufuhren zum Ausstellungsgebäude durch schwere Frachtwagen und Karren in effektiven Belagerungszustand versetzt. Wenn die Fuhrleute mit ihren Gespannen mehrere Stunden vergebens gewartet haben, ohne vor die Thore, wo sie ihre Fracht abladen sollen, gelangen oder sich diesen Thoren auch nur auf Schußweite nähern zu können, spannen sie ihre Pferde aus und überlassen die Wagen höheren Geschicken. Am nächsten Tage kommen sie wieder, um nachzusehen, ob die Festung zugänglicher geworden ist, und die Kosten dieser Operation fallen natürlich dem Aussteller zur Last. Einer von diesen, der schwere Maschinen eingefandt hatte, mußte 16 Pferde drei Tage lang bezahlen, denn so lange währte es, bis die Ladung durch's große Portal ihren Einzug halten konnte. Ein kolossales Marmor-Reliefs aus Rom hat allein Hunderten von Wagen den Weg versperrt und sich mit seinem Rädergestell schließlich so tief in den neumaladamsirten Boden eingesenkt, daß die Schlauheit vieler Maschinen in Anspruch genommen werden mußte, es von der Stelle zu bewegen. Vortreffliche Dienste leistet in all' diesem Wirrsal die nach Bray's Patent gebaute Straßenlokomotive, von welcher ein Dutzend Frachtwagen ebenso bequem durch die Straßen gezogen werden, wie ein Dutzend Eggen der mittelst eines Dampfpfluges über ein Stoppelfeld. (Fr. J.)

Neueste Nachrichten.

Aus Süddeutschland, 5. April. Kaum ist ein Handelsvertrag mit Frankreich paraphirt, so lesen wir in einem süddeutschen Blatt aus Berlin vom 1. April die Nachricht: „Belgien hat, wie man hört, um Mitte März die Eröffnung von Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrags mit dem Zollverein beantragt. Preußen hat erwidert: daß es die Genehmigung der Zollvereinsregierungen nachsuchen werde." Die Bedenken hiegegen sind faßt noch größer, als gegen einen Handelsvertrag mit Frankreich. (Allg. Z.)

§ Wien, 4. April. (Privat-Korrespond.) Die dritte Sektion des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, das vom Finanzminister mit der Nationalbank vereinbarte Uebereinkommen dem Abgeordnetenhause zur Ablehnung zu empfehlen. (Was dann?) Das Plenum des Ausschusses ist jedoch in dieser Beziehung noch nicht einig, und der Antrag der Sektion wird jedenfalls eine bedrutende Opposition finden. Es hat sich nämlich im Schoeße des Ausschusses eine Partei gebildet, welche es nicht für erspriesslich hält, die ministerielle Bankakte geradezu zu verwerfen, sondern welche es vorzieht, die Grundzüge derselben beizubehalten und hierbei von dem Standpunkte auszugeht, daß vor Allem die Unabhängigkeit der Bank hergestellt werden müsse. Die Pleiner'sche Bankakte, behauptet diese Partei, gewährleiste aber diese Unabhängigkeit in der vollkommensten Weise und insoferne wäre daher auch ihrer Ansicht nach die ministerielle Vorlage zu verthedigen. Das Darlehen von 80 Millionen Gulden, welches die Bank als Entgelt für die Verlängerung ihres Privilegium dem Staate zu leisten habe, soll jedoch nach ihrer Meinung gar nicht verzinst, sondern dem Staate unentgeltlich überlassen werden. Außerdem wäre nach ihrer Ansicht die Staatsgüterschuld in einem kurzen Termine an die Bank zurückzuzahlen und letztere anzuhalten, ihre Effekten ebenfalls dis dahin zu verkaufen. Man glaubt, daß der Finanzminister gegen diese Aenderungen seiner Vorlagen nichts einzuwenden haben wird, und sollen in dieser Beziehung auch bereits Erörterungen stattgefunden haben, die ein befriedigendes Resultat versprechen.

§ Wien, 5. April. (Privat-Korresp.) Die Turiner Regierung hat ein neues Anlehen mit den Bankiers Pereire und Stein in Paris und dem Hause S. Stern in Wien abgeschlossen. Daß sich ein hiesiges Haus an einer solchen Finanzoperation betheiligt, erregt hier begreiflicher Weise großes Aufsehen, welches noch durch den Umstand gesteigert wird, daß Herr S. Stern ein Neffe des Baron Rothschild ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pödlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 98. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dienstag, 8. April 1862.

△ Altdeutsche Diplomatie mit neudeutschen Glossen.

„Nichts Neues unter der Sonne" und „Alles schon einmal dagewesen" sind nahezu durch Gebrauch abgestandene Redensarten; und dennoch ist die Geschichte noch immer nicht das geworden, wofür sie schon die Alten hielten, nämlich „des Lebens Lehrmeisterin." Selbst in der Diplomatie oder internationalen Staatskunst, welche man (wiewohl sehr mit Unrecht) für den wenigst ausgebildeten Wissenszweig der Vorzeit hält, begegnen wir Erscheinungen, deren einfache Wiederholung oder Nachahmung dem heutigen Europa einen großen Theil seiner rathlosen Zerfahrenheit erspart haben würde. Ein Beispiel genüge statt mehrerer!

Vor mehr als 1900 Jahren beherrschte das Frankenreich ein Mensch, welcher seine auf Meineid, Bestechung und blutige Gewaltthaten gegründete Herrschaft durch auswärtige Kriege und Eroberungen zu erweitern und auf die Nachkommenschaft zu vererben suchte. Nach etlichen kleineren Erfolgen beschloß er die Zertrümmerung des großen Westgothenreichs. Die damaligen germanischen Staaten waren noch sehr jugendliche Schöpfungen, begriffen aber trotzdem und sofort die Idee eines Gleichgewichts der Staaten; sie fuhren in dem Angriff auf Einen die Gefahr für Alle. In dem Ehrgeiz eines Abenteurers das Wollen einer Lawine gegen die letzte Vormauer ihrer eigenen Unabhängigkeit. Zum Orgon dieses mehr oder weniger abgeklärten Begriffs machte sich der große Ostgothenkönig; und nun lassen wir die historischen Dokumente reden.

Zuerst wendet sich Theodorich an seinen betrohten Verwandten, an den Westgothenkönig Alarich II., und ermahnt ihn, nicht in blinder Zuversicht auf die Menge seiner Unterthanen, nicht in Erinnerung an frühere Heldenthaten ein durch innere Spaltungen und Stammverschiedenheit unzuverlässiges Volk kampfgeübten, wohlgegliederten Heerbann der Franken entgegenzuführen. Wo nicht fortwährendes Kriegshandwerk, da habe dasselbe für Viele etwas Beängstliches und Abschreckendes, und lasse besten Falls mehr die Abwehr als den Angriff zu. Nicht das Aufflammen des Hasses oder des Ehrgefühls, sondern Mäßigung und Vorsicht erhalte die Staaten, Leidenschaft beschleunige nur deren Untergang. Krieg werde dann erst zur Nothwendigkeit, wenn der Gegner jeder Stimme des Rechts sein Ohr schließe. Noch sey kein Blut geflossen; Alarich möge daher ruhig den Erfolg einer zu Chlorowig gereisten Vermittlungsbotschaft abwarten.

Die deutschen Fürsten innerhalb Deutschlands ersuchte der weise Vermittler, ein gewaffnetes Bündniß zu schließen, welches der Eroberungslust, sofern sie ein friedliches Schiedsgericht verwerfe, durch einen gemeinsamen Angriff Schranken setze. Man möge sich an ihn als einen im Leben ergrauten, erfahrenen, gegen jüngere Regenten väterlich gesinnten Mann anschließen, und in Güte oder Ernst zur Beseitigung der völkerverderblichen Fürstenfehden mitwirken. „Der von Gott verworfenen Hoffart" — so lautet wörtlich überliefert einer der Sendschreiben des alten Ostgothenkönigs — muß die Verbrüderung gleichgesinnter Menschen entgegentreten. Aber absichtlich ein erles Wolf unterdrückt, ist nicht sehr geneigt, andern Völkern ihr Recht zu halten. Eine sehr schlimme Gewohnheit ist die Verachtung der Wahrheit; ein unwahrer Mensch, ward er je einmal bei seiner schlechten Sache von gutem Erfolg begünstigt, erkennt keine Grenzen seiner Anmaßung mehr, und meint, die Welt muß ihm weichen.... Wer Verfassungen umstürzt, ist der Erschütterung aller Reiche fähig, und einen Solchen muß man gleich anfangs mit vereinter Macht zurechtweisen, nie aber in Einzelkämpfen Vortheile erringen lassen. „Sodann erinnerte Theodorich an die früheren Verdienste der Westgothen um ganz Deutschland, und schloß mit der Warnung, daß nach dem Sturz des größern Staats Chlorowig die völlige Unterjochung der kleinern nicht scheuen und nicht versäumen werde." —

Nach diesen die heutige Staatsklugheit tief beschämenden Aktenstücken entnehmen wir noch Folgendes der Korrespondenz Theodorichs mit Chlorowig. Sie beginnt mit dem göttlichen Gebot der Einkracht unter den Königen, wovon die Achtung der Frieden und das Wohl der Völker abhängig sey. Nach diesem allgemeinen Grundsatz geht sie zum besonderen Fall über, zu den geringfügigen, rein persönlichen Ursachen der Zwiste zwischen den beiden Königen. „Ihr Beide — heißt es in dem Schreiben — seyd als jüngere Personen die Vorsteher mächtiger Nationen. Ueberlaßt man euch die Wahl zwischen Krieg und Frieden: so werden zwei Reiche erschüttert werden, und doch soll ja unter der Ruhmsucht der Einzelnen die Gesammtheit niemals Schaden leiden. Leichtsinnige Opferung der Völker rächt sich immer schwer an den Königen. Offen und wohlmeinend sage ich, es verräth einen sehr unvernünftigen Sinn, lieber gleich bei den Waffen als bei betreundeten Schiedsrichtern Recht zu suchen. Gern werden euch achtungsvolle Männer vergleichen, Männer, die ihr selbst nicht mehr achten würdet, wenn sie euch theilnahmlos euch und euerm Schicksale überliessen. Darum kein Kampf, der einen von euch verderben muß! In die Scheide das Schwert, das nur zu euerm Schaden und zu unserer Schande gezückt werden kann! Ich beschwöre denn einen von euch als Verwandten, den andern als Freund; und der soll mich und meine Gesinnungsgenossen als Feinde finden, wer, was ich nicht hoffe, diese Ermahnung zu verschmähen wagt." —

Ausmerksame Leser werden ohne Mühe die mannigfache Aehnlichkeit sowohl zwischen dem damaligen und dem jetzigen Gewaltshaber des Frankenreichs als auch zwischen jenen beiden Herrschern erkennen, welche der alte und der neue Ostgothenkönig mit vorzugsweise zu Opfern auserlahen. Sie werden auch nicht darüber im Zweifel seyn, welchem hutigen deutschen Regenten die schöne Rolle des greisen Ostgothenkönigs zumächst zugekommen wäre. Bei der Nutzlosigkeit der Strafpredigten am Grabe der Vergangenheit bleibt der deutschen Nation und voran der unabhängigen Presse nur noch die Aufgabe und Pflicht, das von Einzelnen Verschuldete, so sich wie ein Sündenspiegel aus Theodorichs politischem Katechismus liest, durch verdoppelte Vaterlandsliebe und Wachsamkeit möglichst zu entkräften oder abzuschwächen.

Deutscher Bund.

Der kurhessische Ausschuß hat, wie dem „Kurh. St.-Anz." aus Frankfurt berichtet wird, seine eigentlichen Verhandlungen über den österreichisch-preußischen Antrag noch nicht begonnen, in Folge noch nicht überwundener Meinungsverschiedenheiten über die Präjudizialfrage: ob der Bund überhaupt befugt sey, auf königlich politischen, nicht auch hunderechtlichen, Motiven, dem österreichisch-preußischen Antrage gemäß, einen zwingenden Beschluß zu fassen?

Baiern. Die „Pfalz-Ztg." glaubt, daß in Baiern, wie es kürzlich von Sachsen in Aussicht gestellt worden, zur Begutachtung des französisch-preußischen Handels-Vertrags ein außerordentlicher Landtag einberufen werden wird. Bekanntlich wird der deutsche Handelstag zu einer zweiten Versammlung auf Mitte September d. Js. nach München berufen, obwohl die Versammlung erst im nächsten Frühjahre stattfinden sollte. Trotz dieser früheren Berufung würde aber der Handelstag doch nicht mehr in der Lage seyn, rechtzeitig ein Votum bezüglich des Handelsvertrags mit Frankreich abgeben zu können. Um dieß nun zu ermöglichen, werden von verschiedenen Seiten Vorstellungen an den ständigen Ausschuß gerichtet werden, damit derselbe die Versammlung schon auf einen der nächsten Monate einberufen möchte.

Digitized by Google

Wie man erfährt, ist in jüngster Zeit von den Staatsministerien der Justiz und des Innern eine Anordnung getroffen worden, wodurch die Anzahl der Polizeikommissäre vorläufig in der Art vermehrt wird, daß an den Sitzen von 21 Polizeigerichten vom 1. Juli l. Js. an sich je ein Kommissär befindet. Außerdem wurde der Justizverwaltung die entsprechende Mitwirkung bei Ernennung und Entlassung der Polizeikommissäre, welche bisher lediglich dem Ermessen der Kreisregierung anheimgegeben war, eingeräumt und endlich verfügt, daß nur geprüfte Rechtskandidaten zu Polizeikommissären zu verwenden seyen, welchen die Zeit ihrer desfallsigen Dienstleistung als Praxis sowohl für den Justiz- als Verwaltungsdienst angerechnet wird.

Zur Einrichtung einer Erziehungsanstalt für jugendliche Verbrecher männlichen Geschlechts und protestantischer Konfession wurden dem Vernehmen nach von der Staatsregierung die Schloßrealitäten in Brudberg, $3^1/_2$ Stunden von Ansbach entfernt, käuflich um 10,000 fl. sammt 7 Morgen Feld erworben und die nöthigen Bauarbeiten bereits in Angriff genommen.

* **Preußen.** Es verlautet, daß mehrere Universitäten gegen den die akademische Freiheit beeinträchtigenden Müller-Jagow'schen Wahlerlaß protestiren wollen. Dasselbe Aktenstück wird eben, rheinischen Blättern zufolge, den Beamten und Dienern der Staatseisenbahnen eingeschärft. Etwas Halt im Lauschritt des neuen Ministeriums gebietet die gestern gemeldete, wie es scheint, in Preußen heimisch gewordene Akten-Einstrembung, welche die Volkspartei zu früh in die ohnehin etwas teumpfamen Karten der HH. Kriegs- und Finanzminister schauen läßt.

Thüringen. Weimar. Im Landtag wurde das Jagdentschädigungsgesetz trotz heftiger Opposition der Linken und nach einer stürmischen Debatte mit 18 gegen 13 Stimmen dem Prinzipe nach angenommen. Die Staatskasse zahlt die Entschädigung.

(Tel. d. D. Abl.)

Im gemeinschaftlichen Landtag ist mit 12 gegen 5 Stimmen die Anwaltsordnung mit verschiedenen Modifikationen des Regierungs-Entwurfes angenommen worden. Die Anwaltskammer, welche als unmittelbare Disziplinarbehörde der Anwälte fungiren soll, wird aus 7 Mitgliedern (3 koburgischen und 4 gothaischen) bestehen, welche, in direkten Wahlen von der Anwaltsversammlung gewählt, für 3 Jahre in Thüringen bleiben. Der Sitz der Anwaltskammer wechselt im jährlichen Turnus zwischen Gotha und Koburg, und es muß der jährlich von der Anwaltskammer gewählte Vorsitzende im jeweiligen Sitze der letzteren wohnhaft seyn.

§ **Oesterreich.** Wien, 5. April. (Privat-Korrespondenz.) Die von dem Kaiser der Franzosen angeordnete Armeereduktion hat hier keinen großen Eindruck gemacht, und zwar aus doppelten Gründen. Erstens weil die Organisation des französischen Heeres eine derartige ist, daß, wenn auch daselbe um die Hälfte reduzirt wäre, es doch in längstens einer Woche wieder vollkommen komplet seyn kann, und dann zweitens, weil verschiedenen Anzeichen zufolge die französische Regierung in neuester Zeit wieder sich bemüht, der neutralen Haltung Preußens für den Fall sich zu versichern, daß es zu einem zweiten italienischen Kriege kommt. In wie weit diese Bemühungen einen Erfolg gehabt haben, ist bis jetzt nicht bekannt.

* Der Kaiser will bei seiner Rückkehr nach Venedig sich geraume Zeit in dem von Außen bearbeiteten Südtyrol aufhalten. Ueber die stürmische Sitzung des Finanzausschusses berichtet die „Oesterr. Ztg." nachträglich, die erste Abtheilung des Ausschusses habe 12 Beschwerdepunkte aufgestellt gehabt, hierauf das Plenum, ohne ins Einzelne zu gehen, sein Bedauern ausgesprochen, Oberst Breisach aber die von der früheren Marineverwaltung veranlagten Summen als durchaus nothwendig vertheidigt. In einem vom Kaiser präsidirten Ministerrath soll die Möglichkeit einer Armee-Reduktion besprochen und auch anerkannt worden seyn. Das Prager Doktoren-Kollegium protestirt gegen die Ausweisung eines praktischen Arztes in Trautenau durch den dortigen Gemeinderath als eine durch die Statthalterei sanktionirte Ueberschreitung des Gesetzes. In Lemberg wurde eine Nummer des Krakauer „Czas" in Anwesenheit von Beamten, Gemeinderäthen, Literaten, Studenten und Bürgern verbrannt. Die magyarenfreundliche Presse beharrt bei ihrer Angabe, daß die Differenzen zwischen dem Staatsminister und der ungarischen Hofkanzlei fortbestünden.

Großbritannien.

Einem Schreiben Blinds an Garibaldi entnehmen wir folgende Stellen: . . . Bei diesem Anlaß halte ich es für Pflicht, in meinem und meiner Freunde Namen zu erklären, daß man in Italien in Bezug auf ein angebliches „Generaldirektorium der deutschen Bewegung", das in Frankfurt seinen Sitz haben soll, getäuscht worden ist. Die traurigen Urheber dieser Mythisikation sind uns dem Namen nach bekannt. Sie stehen mit der deutschen Demokratie im Inlande wie im Exil nicht in der geringsten Verbindung. Der eine derselben betrachtet sich selbst nicht als Deut-

---

Die Hinrichtung des Kapitän Gordon.

Der Kapitän des Schiffes „Erie" brachte in Amerika seit achtzig Jahren die erste Anwendung des Gesetzes, welches die Einfuhr von Negersklaven mit dem Tode bedroht. Die Kriegsschaluppe „Mohican" hatte den „Erie" aufgebracht, an dessen Bord man 967 Neger fand; 300 der Unglücklichen starben, bevor sie in Liberia an das Land gebracht werden konnten. Gordon wurde verurtheilt und sollte am 7. Februar gehängt werden, doch bewilligte ihm Präsident Lincoln noch eine Frist von 14 Tagen zum Ordnen seiner Angelegenheiten. Diese Frist wurde von seiner Frau, seinen Freunden und dem Vertheidiger aufs beste benutzt; doch vergeblich. „Es muß ein Beispiel gegeben werden", entgegnete jeder Bitte der Präsident.

Am 20. Februar hatte Gordon Mutter, Frau und Kind zum letzten Male gesprochen. Seine Festigkeit verließ ihn nicht, sein Auge blieb trocken, während alle anderen, und selbst die der Fremden in Thränen schwammen. Doch war seine innere Bewegung darum nicht minder tief; aber er beherrschte sich. Er betete sein Weib an.

Den 21. Morgens um 3 Uhr hörte man ein Schmerzensgeschrei in der Zelle des Verurtheilten. Man fand denselben in schrecklichen Konvulsionen auf seinem Bette. Er hatte sich mit Strychnin, das in einer Cigarre versteckt gewesen, vergiftet. Die Aerzte wurden eilig gerufen. Sie wandten die Magenpumpe an, überzeugten sich aber bald, daß das seine Gift den Organismus bereits zu sehr angegriffen hatte, um die Wirkungen noch neutralisiren zu können. Man suchte deßhalb nur noch das Leben des Unglücklichen bis zur Zeit der Hinrichtung zu verlängern, welche um 2 Uhr stattfinden sollte. Dieß gelang nur durch Anwendung nervenreizender, Mittel. Branntwein allein linderte die Schmerzen des Verurtheilten, und er erholt ihn aufrecht. Indessen befürchtete man, daß derselbe doch nicht bis 2 Uhr am Leben erhalten werden könnte, und so wurde beschlossen, mit der Hinrichtung nicht länger als bis 12 Uhr zu zögern.

Ein ganz neuer Galgen war auf dem inneren Gefängnißhofe errichtet worden. Außer den Beamten und den 12 durch das Gesetz vorgeschriebenen Zeugen wurde der Zutritt nur den ausdrücklich eingeladenen Personen gestattet, deren etwa Hundert seyn mochten.

Der Verurtheilte mußte auf die Richtstätte getragen und unterstützt werden, während man ihm den Strick um den Hals legte. Doch in diesem schrecklichen Augenblicke fand er die ursprüngliche Energie seines Charakters wieder, und als man ihn fragte, ob er noch etwas zu sagen habe, richtete er sich auf und sprach mit fester Stimme folgende Worte:

„Ja, ich habe noch etwas zu sagen. Ich stehe mit der Ueberzeugung, absichtlich nichts Böses gethan zu haben. Wenn ein Mann (er meinte den Attorney) sich an die Jury wendet und zu ihr sagt: verurtheilt den Angeklagten, damit dem Gesetz Genüge geschehe, und ich verpflichte mich, Alles zu thun, was in meinen Kräften steht, um seine Begnadigung zu erlangen, und dieser Mann, nachdem ihm die Jury gehorcht hat, zu dem Prästenten geht und ihn bestürmt, den Verurtheilten hängen zu lassen — so sage ich, daß dieser Mensch niederträchtig und feige ist!..."

Er konnte nicht vollenden. Das Zeichen wurde gegeben, das Beil des Henkers knppte das Tau, welches die Planke hielt, auf welcher der Verurtheilte stand, und dieser wurde in die Ewigkeit geschleudert.

Ein kurzes Röcheln und er hatte überstanden.

Die Scene war unbeschreiblich furchtbar. Als der schon halbtodte Gordon das Wort ergriff, nahmen sämmtliche Anwesenden die Hüte ab und senkten die Köpfe.

Wenn irgend etwas im Stande ist, über die Ansichten eines großen Theiles des amerikanischen Volkes von der Sklaverei Aufschluß zu geben, so sind es die letzten Worte Gordons, der im Augenblicke seines Todes versichert, daß er „absichtlich nichts Böses gethan" habe, — obgleich er weiß, daß bei seiner letzten Spekulation in Menschenfleisch über 300 seiner lebenden Waare elend und in Verzweiflung durch seine Schuld starben!

Digitized by Google

schen, sondern (was er indessen faktisch nicht einmal ist) als Lischechen, während er im Namen unserer Volksparteien eine Anzahl unserer Bundesprovinzen (Böhmen, Triest, Tyrol!) ans Ausland verschenken will! Ich verliere kein Wort über diese Thorheiten... Einig hoffen wir mit Ihnen zu seyn im Widerstand gegen den listigen Gewaltherrscher, der die von Ihnen so tapfer vertheidigte römische Republik zu Falle brachte, Italien seines Alpenbollwerks, Sie Ihrer Vaterstadt beraubte, und der Bestandig auf eine weitere Entwicklung seiner „Idee" der Eroberung sinnt. An dem Tage, wo Louis Napoleon gezwungen seyn wird, seine stählerne Hand aus Rom zurückzuziehen und jenen Raub wieder loszulassen, an dem Tage wird die venetianische Frage eine leichtere Lösung erlangen. Die aufgeklärte Mehrheit der deutschen Nation will weder Italien noch Ungarn unterdrücken. Worauf sie aber hält, das ist: die Vertheidigung ihres eigenen Gebietes und der Widerstand gegen jeden imperialistischen Uebergriff; und darin hofft sie mit den aufgeklärten Volksmännern Italiens ebenso im Einklang zu seyn, wie sie es mit den besten Patrioten der republikanischen Schweiz ist."

Der bayerische Gesandte, Baron de Cetto, hat der englischen Regierung die Anzeige gemacht, daß Reisende, die mit englischen Pässen versehen sind, dieselben zur Reise nach Bayern nicht weiter visiren zu lassen brauchen.

Frankreich.

Die plonplonistische „Opinion nationale" fordert mit der Ueberschrift das „Jerusalem der Zukunft", die Juden auf: alle Ideen der Wiederherstellung eines jüdischen Reichs aufzugeben, sich nicht der Reform entgegenzustemmen, nicht mehr „ein Volk im Volk, einen Staat im Staat zu bilden, Gesetzbücher zu haben, die den Gesetzbüchern, und Sitten, die den Sitten des Landes entgegen sind." Die Israeliten, heißt es, streben in allen Ländern danach, die Titel und Privilegien von Staatsbürgern zu erlangen, aber sie können nur Bürger werden, indem sie aufhören, Juden zu seyn. Ihre Rehabilitation ist nur um diesen Preis zu erlangen. Der Artikel beschuldigt die Rabbiner, dieser Reform des Judenthums entgegen zu seyn.

Italien.

Garibaldi hat sich in Parma in öffentlicher Rede über die Rückberufung Mazzini's dahin ausgesprochen, weder der König, noch Ratazzi seyen ihr entgegen; es seyen nur noch zuvor einige legale Hindernisse zu beseitigen, worüber er, da er kein Advokat sey, nichts sagen könne. „Perseveranza" spricht ihren Unwillen darüber aus, daß selbst ein Beamter des auswärtigen Ministeriums in Paris nun wieder mit Autorisation der Regierung ein Pamphlet gegen die Einheit Italiens schreibe; es müsse dadurch Verdacht und Mißtrauen in Italien entstehen. Die nach Rom gesandten französischen Berstärkungen sollten dem Brigantenunwesen Einhalt thun; allein auch bisher habe es nicht an Kraft, sondern an Willen dazu gefehlt; schon seit Monaten wimmele Rom von fremden Abenteurern, die nur des Winkes zum Aufbruch gewärtig seyen, und dieser Schutz der Briganten werde für Frankreich ebenso nachtheilig als für Italien seyn. Dasselbe Blatt will wissen, Garibaldi werde zum Generalinspektor aller Nationalgarden Italiens ernannt werden, und Lamarmora sey mit seinen Vorbereitungen, von verschiedenen Seiten vorzurücken, um die drei heimgesuchten Provinzen zu säubern, nun fertig.

Rußland und Polen.

In Petersburg hat der Minister der Volksaufklärung in Folge der unruhigen Konflikte, die bei einer Vorlesung des Professors Kostomaroff vorgekommen sind, die öffentlichen Vorlesungen dieses und neun anderer Professoren untersagt. Professor Kostomaroff gehört übrigens der konservativen Partei an.

Amerika.

Die Schlacht am Pea Ridge in Arkansas, geschlagen am 8. März, zerfällt in zwei wesentliche Akte, deren erster die heldenmüthige Vertheidigung eines großen Armeetrains durch die Nachhut der Sigel'schen Division bildet, und deren zweiter die Zurückdrängung des rechten Flügels der Unionstruppen und dann die Ausweitung dieser Schlappe durch den linken, unter Sigel stehenden Flügel und den Gewinn der Schlacht umfaßt. Die sonangebenden anglo-amerikanischen Blätter sind mit Berichten über diese Aktionen, besonders über die erste, der sie die größten Hindernissen darbringen, angefüllt. Der Berichterstatter der „World" drückt sich darüber so aus: „General Sigel bildete mit zwei Bataillonen (deutscher) Infanterie und einer Schwadron Kavallerie die Nachhut seiner Division, und sein Marsch ward durch den Train, der sich auf den schlechten Wegen nur langsam bewegen konnte, gehemmt. Er war entschlossen, dem Feinde nicht einen einzigen Wagen zu lassen, obgleich er sonst mit Leichtigkeit zu dem Hauptkorps hätte gelangen können. Der Feind erschien, ungefähr 4000 Mann Kavallerie stark, gegen 10 Uhr Morgens, als Sigel erst wenige Meilen von Bentonville war, und machte sofort einen ungestümen Angriff. Sigel hatte gegen 1000 Mann; davon sandte er 200 nach vorwärts, um zu verhüten, daß er abgeschnitten werde, und hielt mit den übrigen 800 den Angriff eines fünfmal so starken Feindes aus. Bei Karthago hatte er schon einmal gezeigt, wie man sich in einer solchen Lage zu benehmen hat. Er rief seinen Leuten zu, festzustehen und sicher zu zielen. Der Feind kam in mehreren Linien herangebraust. Die Kavallerie auf den Flanken, die Infanterie im Centrum, wartete Sigel, bis der Feind auf ein paar hundert Schritte heran war. Dann eine Salve aus den Spitzbüchsen, die furchtbar unter dem Feinde aufräumte und ihn in Verwirrung brachte. Indessen gelang es den Rebellenführern, durch viel Geschrei und Gesticulation ihre Leute wieder halbwegs in Ordnung zu bringen und sie zu einem neuen Angriff zu ermuntern. Diesmal kamen sie dicht heran. Eine eben solche Salve wie die erste, dann eine zweite und eine dritte empfing sie. Unter Geheul, Jauchzen und Brüllen, sich eines leichten Sieges gewiß haltend, kamen die Reiter heran und bedrängten die kleine Schaar, unter deren ruhigem und sicherem Feuer Pferde und Reiter in Menge stürzten. Sigel eilte ohne die mindeste Erregung an der Linie entlang, seine Leute ermunternd und anfeuernd. Einem kleinen Theile der feindlichen Reiterei war es gelungen, quer über den Weg zu gelangen und so den Train zu durchbrechen. Sie erhoben ein Jubelgeschrei darüber; doch ihre Freude war von kurzer Dauer. Kaum einige Minuten und die Bajonnetangriffe der Unsrigen hatten ihr Werk gethan. Hunderte von Todten und Verwundeten zurücklassend, floh der Feind in wilder Unordnung zurück. Eins unserer Fuhrwerke, auf dem sich drei Verwundete befanden, mußte hier, weil die Zugthiere todtgeschossen waren, zurückgelassen werden. Mittlerweile über ihre Niederlage geordnet hatten sich die Rebellen zum neuen Angriff zu erneuern. Noch war Sigel sieben Meilen vom Lager. Zwar war ein Bote an General Curtis gesandt worden, um Hülfe zu bestellen, aber fürs Erste konnte man diese nicht erwarten. Der Feind drang auf beiden Seiten des Wegs am Fuße der Anhöhen heran. Gegen zwei Uhr Nachmittags erfolgte der zweite Angriff. Die Reiter sprangen ihre Pferde und sprengten bis hart an die ihnen entgegen starrenden Bajonnette heran, ihre Flinten auf die Unsrigen absenend und ihre kolossalen Dolchmesser zückend, die sie anstatt der Säbel trugen. Zum zweiten Male umringten sie die Nachhut, und einige Minuten lang war das Handgemenge so wild, daß man Freund und Feind nicht von einander unterscheiden konnte. Der dichte Pulverdampf, der den wirren Knäuel umhüllte, machte es unmöglich, zu erkennen, ob auch nur einer von unserer kleinen Schaar noch am Leben sey. Wildes Jauchzen und Fluchen der Rebellen erfüllte die Luft. Aber nicht einen Augenblick wankten die wackern Deutschen. Ihr tapferer Anführer hieb ein Dutzend der Wilden nieder, die ihm nah den Leben trachteten, und bahnte sich einen Weg durch ihre Linie, um sich seinen Braven wieder anzuschließen. Die Bajonette bewiesen die Unbesiegtichkeit unserer Truppen im Kampfe mit Kavallerie. Zum zweiten Mal zogen sich die Rebellen zurück, und eine Stunde lang vermochten die allerhestigsten Anstrengungen ihrer Führer sie nicht auf einmal ins Feuer zu bringen. Endlich meldete die Vorhut, die mittlerweile vorwärts mit der sie umschwärmenden feindlichen Reiterei scharmützelte, daß Verstärkungen in Sicht seyen. Noch einen dritten und letzten Versuch, sich des Trains zu bemächtigen, machte jetzt der Feind. Er schlug fehl wie die vorhergehenden, und um halb 4 Uhr wich der Feind zurück. Um halb 5 Uhr erreichte Sigel das Lager, um die Glückwünsche Aller entgegenzunehmen. Sein Verlust auf dem ganzen Marsche wird 60 Todte und 200 Verwundete betragen. Viele der letzteren fielen in die Hände des Feindes, da es unmöglich war, sie mitzuschleppen. Von dem Train wurden nicht mehr als drei Wagen zurückgelassen, von denen die Bespannung getödtet war."

Wie man aus amerikanischen Correspondenzen entnimmt, hat der Kongreß der Südstaaten einstimmig beschlossen, die Pflanzer zur Einstellung des Baumwollen- und Tabackbaues aufzuordern. Sie sollen sich dieses Jahr nur auf Getreidebau und Viehzucht verlegen. Vergangenes Jahr schon war die Baumwollenernte um eine Million Ballen geringer, als durchschnittlich früher, und wenn die Pflanzer der Anempfehlung des Kongresses nachkommen, so wird es dieses Jahr gar keine Baumwolle geben. — Die gesetzgebende Versammlung des Massachussets hat den unmittelbaren Bau

Digitized by Google

von zwei Panzerfregatten beschlossen. Die Staaten von Maine, Pennsylvanien und New-York werden diesem Beispiele folgen. Die „New-York Herald“ hofft, daß die Vereinigten Staaten in einem Jahre 55 Panzerschiffe haben werden.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 31. März bis 5. April).

Samstag. Die Woche ging mit dem Ultimo an, welcher sehr gut ablief, indem von allen Effekten ziemlicher Bedarf war und sehr billig reportirt wurde. Oesterr. Fonds durchschnittlich, wenn auch nicht bedeutend gesteigert, am lebhaftesten ungl. Metalliques, Venetianer sehr fehlend.

Von süddeutschen Fonds haben wir nichts Wesentliches zu bemerken; doch sind die Kurse mit einigen Ausnahmen etwas matter, namentlich der 4½ pCt., über welchen das Damokleswschwert der Konversion schwebt. Loosesfehlen bleiben beliebt; kurhessische auf 57½ gestiegen; auch Kreditloose nach der Ziehung in neuer Faveur.

Von österr. Kreditaktien ist die Dividende von 51½ fl. österr. Währ. (à 85 pr. 1. Juli = 43½ fl.) hier abgezogen und der Kurs hat sich beinahe um die Dividende gehoben.

Endlich fangt sich auch bei uns der Eisenbahnaktienmarkt an in raschem Tempo zu setzen und dem Takt zu folgen, der von Paris und Berlin aus in diesen Effekten schon seit geraumer Zeit geschlagen wird. Mit Ausnahme von Rhein-Nahe, die sich auf der gestrigen Börse nicht erhalten konnten, sind die andern E.-B.-Aktien mit ansehnlichen Umsätzen mehr oder weniger gestiegen, insbesondere gilt dies von österr. Staatsbahnen, die, einst ein beliebtes Spielpapier auch unseres Platzes, bereits seit mehr als Jahresdauer zu Figuranten des Kursblattes herabgesunken, plötzlich mit der Wünschelrute berührt in neues Leben und Treiben übersprangen und in 4 Tagen um 8 fl. verwärts liefen. Dass Mehreinnahmen bei dieser Hausse keinen besonderen Einfluss haben können, ergibt der letzte Ausweis, welcher seit Jahresbeginn ein Minus von 654,356 fl. konstatirt. Die Gründe des Manövers liegen klar und leiten einfach auf den Pariser Kredit Mobilier hin, welcher zu seiner Bilanz-Position klappender Kurssprungkuppen von Nöthen hat. Auch österr. Westbahn, auf welche wir vor 14 Tagen aufmerksam machten, 3½ pCt. besser.

Hessische Ludwigsbahn erhalten sich in der Gunst der Spekulation. Es verlautet von einer Dividenda von 6⅔ pCt. — Prioritäten gleichfalls beliebt und die der Staatsbahnen und österr. Südbahn höher.

Von Wechseln Amsterdam und London anhaltend gefragt. Auch in die lang verschlossenen Thalerdevisen kommt Leben und da die Leipziger Messe und die Wallmärkte herannahen, dürften sie schnell über Pari gehen. Paris in kurzer Sicht abundanter. Lange Wechsel auf alle Plätze, ausser London, über Kurs bezahlt. (Akt.)

Neueste Nachrichten.

§ **Wien**, 6. April. (Privat-Korrespond.) Es soll sich bestätigen, daß zwischen der Pforte und England ein Uebereinkommen zu Stande gekommen ist, dessen Kern darin besteht, daß letzteres der Pforte ihren gegenwärtigen Besitzstand garantirt. Oesterreich ist diesem Uebereinkommen zwar bis jetzt noch nicht beigetreten, man glaubt jedoch, daß es binnen Kurzem dem Beispiele Englands folgen wird, da es nur in seinem eigenen Interesse liegt, daß die Türkei erhalten werde. Uebrigens ist man hier mit der Politik der Pforte nicht ganz einverstanden, namentlich ist es die gegen Serbien beobachtete Haltung, welche mannigfache Besorgnisse erregt, welche Graf Rechberg dem Türken Kallimachi auch bereits mitgetheilt hat.

Wien, 4. April. Die Bewohner des Polesitrilles und der Provinz Mantua, welche sowohl auf österreichischem als auch auf italienischem Gebiete Besitzungen haben, können die Grenze gegen einfache Verweisung des Passscheines, ganz nach Belieben, auch mehrmals an einem Tage hin- und herwärts überschreiten. Da diese Leichtigkeit aber zu vielem Unfug Veranlassung gegeben, sollen jetzt die Uebergangspunkte der Grenze beschränkt, und die Passinhaber in der Art überwacht werden, daß sie bei jeder Ueberschreitung der Grenze ihren Schein auf dem Grenzamte deponiren und bei ihrer Rückkehr ihn sich persönlich dort abholen müssen.

In **Belgrad** ereignete sich ein Vorfall, der bei den ohnehin sehr gespannten Verhältnissen zwischen der serbischen Regierung und der Pforte zu sehr unliebsamen Verwicklungen Anlaß geben kann. Das zwischen Bosnien und Serbien und über welche rennte österreichische Dampfboot „Diana“ hatte zwei christliche Bosniaken am Bord, welche schwer gefesselt und unter Bewachung von türkischem Militär nach Konstantinopel transportirt werden sollten. Die Ankunft dieser Gefangenen mußte hier schon erwartet worden seyn, denn am Dampfschiffstandungsplatz befanden sich ungewöhnlich viele Zuschauer und unter denselben eine Menge Lastträger, die alle der Ankunft des Schiffes mit ungewöhnlichem Interesse entgegensahen. Nach dem Anlanden des Gefangenen, der Umschiffung der Passagiere, und nachdem der türkische Escorte-Offizier sich ebenfalls entfernt hatte, drang nun eine große Volksmasse in das Dampfschiff, isolirte und umzingelte die paar türkischen Soldaten, und bemächtigte sich der Gefangenen, welche schnell vom Schiff fortgeführt, der Fesseln entledigt und befreit wurden, ehe noch Succurs türkischer Soldaten vom nahe gelegenen Sava-Kopie anlangen konnte. Der Vorfall machte natürlich ungemeine Sensation. Der Pascha erschien kurze Zeit darauf selbst, indem er sich von da zum Minister des Aeußern, Hrn. Garaschanin, begab, um die Wiedererverhaftung und Auslieferung der gewaltsam Befreiten zu verlangen. In Folge dessen wurden die letzteren von den serbischen Behörden zwar in Haft gebracht, doch nicht ausgeliefert, weil sie nicht gemeine Verbrecher, sondern nur politisch Geschuldigte seyn sollen. Da sie sich nun unter den Schutz der vom Fürsten Milosch erlassenen Asylgesetze gestellt haben, nach welchen kein politisch Angeschuldigter ausgeliefert werden darf, so nimmt den serbischen Behörden erreicht hat, so dürfte wahrscheinlich auch ihre Auslieferung definitiv verweigert werden. (A. J.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Course der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	84 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	73⅞ P. ½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69⅛—⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	68⅝ P.
„	4½ pCt.	43½ P. ¼ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsanlehen.	91⅝ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101¼ P.
„	4½ pCt. Obl. I. Ser. dto.	103½ P.
„	4½ pCt. Obl. II. Ser. dto.	104 F.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101½ P. 100⅞ G.
„	3 pCt. Obl. Ab.-Il. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100½ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 2 p. M.	—
„	2 pCt.	43 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	101 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à f. 500	120 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien . .	711—6 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171½ P. 171 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	216½ G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	75¾ G.
	Mitteldeutsche Kreditbank	89⅜—½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	850 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	663/4 P. 2/3 G.
	Oest. F. St.-Eisb. b. pCt. 500 Fr. à 20 Kr	244—44½ G.
	„ Eisenb.-Aktien à pCt. . . .	119-64.
	„ Eisenb.-Aktien Prior. 5 pCt. à 87	76¾ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z	28⅜ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	132¼ P.
	Pfälz. Bank, b. Rothschild à 4½ pCt.	105½ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligr. à 3 pCt.	54⅝ P.
	Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	230P.248G.exD.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	495 G.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Peretre	505 G.
	Bayr. Ostbahn 40 pCt. vollenbez.	107¾ P.
	Bayar. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105¾ G.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	57⅝ P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	66½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅝ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64¼ P.	„ fl. 25 do.	37⅝ P.
„ fl. 100 Kisb. v. 1858	112¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Fr.-Anl. beik.	122½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 25½ pCt. Z	37¼ P.
Radische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11⅞ P.

Frankfurt, 7. April. Wenn auch die Kurse der Effekten, Fonds ohne wesentliche Veränderung waren, so war doch die Haltung der Börse sehr fest und der Umsatz nicht unbedeutend. Darmst. Bankaktien setzen die steigende Bewegung fort. Auch mitteldeutsche Kreditaktien wurden besser bezahlt. (Spnr.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 99. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Mittwoch, 9. April 1862.

× Aus Frankreich.

Augenblicklich sind es drei Erscheinungen, welche die liberniedrigste Presse — anbellen muß. (Man kann mit besten Willen keinen bessern Ausdruck für diesen gänzlichen Mangel an Menschenwürde und selbstständigem Charakter finden.) Es sind das: der projektirte deutsche Fürstentag; ferner die Opposition des deutschen Volks gegen den französisch-preußischen Handelsvertrag, und endlich die fremden Korrespondenten, d. h. diejenigen, welche nach Deutschland korrespondiren und daselbst das in allen Dingen so musterhafte napoleonische Kaiserthum auf eine unverantwortliche Weise anzuschwärzen suchen.

Indem ich den dritten Punkt als eine selbstverständliche Sache übergehe, bemerke ich zum ersten, daß es, wenn nicht so sehr lächerlich, höchst rührend wäre, zu sehen, mit welcher dennenhalten Besorgniß sich die Presse Louis Napoleons der guten Deutschen annimmt, die eben Gefahr laufen, durch ein „schwarzes Komplott ihrer Fürsten" (sic) für alle Zeit ihrer Freiheit und Wohlfahrt beraubt zu werden. Etwas Anderes könne ja ein solcher Kongreß gar nicht bezwecken u. vgl. m. „Allhier ist zu sehen, wie der dumme Vogel Strauß den Kopf verstellt!" möchte man da mit dem Bilderbogenmann ausrufen. Könnte eine Zusammenkunft deutscher Regenten etwas Anderes beschließen als innere Reform und gemeinsame Abwehr des Ersteindes: der Mann des zweiten Dezembers würde für das unterdrückte deutsche Volk gewiß keine größere Zärtlichkeit an den Tag legen als für das eigene Volk, als für das von ihm in tausend Todesarten erdrückte Frankreich.

Es handelt sich dabei aber nicht nur um Spiegelschlereі vor den Deutschen sondern auch vor den Franzosen, und deshalb wird den letztern fast täglich das freilich nicht sehr empfehlenswerthe Bild eines gewissen deutschen Fürsten vorgeführt. Mag derjenige sich noch sehr am guten Recht und am Seckel seines Volks versündigt haben: bis zu Cayenne und Lambessa und bis zu den papiernen „Bons" für die entwendeten Millionen reicht er sowenig hinan als ein Maulwurfshügel zu einem Gnanoberg. Herr Louis hat sich wie Franz Moor nie mit Kleinigkeiten abgegeben, ist niemals ein ordinärer Sünder gewesen; er von ihm Gescholtene aber mag sich vorkommen wie der in den Brunnen gefallene Wolf, der nach der Fabel schmerzvoll ausruft: „Ich habe mein Loos verdient. Daß aber auch noch der Tiger an den Rand kömmt, und mit Bornwüre über Blutwurst und Raubsucht macht: das ist denn doch zu viel, das habe ich nicht verdient!"

Um auf Louis Napoleons Liebe zum deutschen Volke zurückzukommen, so zeigt sich dieselbe ganz vorzüglich dadurch, daß derselbe nicht ein Wörtchen zu Gunsten der aufgelösten preußischen Kammer schreiben läßt. Im Gegentheil, Alles, was der König von Preußen thut, ist wohlgethan, sogleich auch der neue Handelsvertrag, welcher trotz all-m Lärm süddeutscher Journale ins Leben treten wird. Die Seele und sozusagen das Ganze des Zollvereins war und ist Preußen. Die süddeutschen Glieder haben ja schon mehrmals eine widerspenstige Miene gemacht, besonders bei der Konvention mit Hannover, haben sich aber dann doch in die unabänderliche Nothwendigkeit gefügt u. s. w. Schmeichelei und Hetzerei im gleichen Dreimaß! Man wird in Bälde noch andere verzweifelte Sprünge Deutschland gegenüber, welches Napoleon III. haßt, weil fürchtet, wahrnehmen können.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Frankfurt. Man sagt, das 51er Kolleg habe für das deutsche Schützenfest 5000 fl. und außerdem als ersten Ehrenpreis 1000 Doppelthaler mit dem Zusatz bewilligt, daß, wenn von einer anderen Seite ein gleicher Beitrag zu diesem Zweck ausgesetzt würde, das Kolleg obige Summe noch vergrößern würde.

Von **Frankfurt** ist dieser Tage eine abermalige Sendung von 3000 fl. für die bedrängten Schleswig-Holsteiner an das Hauptkomité nach Altona abgegangen. Die bedeutendste Beisteuer zu dieser Summe dürften die wackeren Offenbacher geliefert haben.

Ein deutsches Blatt bemerkt zu dem denkwürdigen Kampf zwischen „Merrimac" und „Monitor": „Wird er auch in Deutschland einigen Eindruck machen? Wird man etwas daraus lernen? Wird Preußen noch lange sich etwas daraus zugute thun, im Jahre 1864 möglicherweise vier neue hübsche hölzerne Korvetchen, zwei größere und zwei kleinere Krickenten, auf dem Wasser schwimmen zu haben? Werden unsere Herren Vormünder in Berlin, denen unsere Wehrhaftmachung zur See so sehr am Herzen liegt, es endlich der Mühe werth erachten, Sachverständige über den Ocean zu schicken, wo Dinge vorsich gehen zwischen Himmel und Erde, von denen sich ihre Schulweisheit nichts träumen läßt? Zeichnungen sollen es thun! Wenns mit Zeichnungen gethan wäre, stünde auch der Tempel deutscher Macht längst unter Dach. Das Hämmern und Schmieden ist's, was man leenen muß. Zuge gewesen zu sepn, wie in 100 Tagen ein Werkzeug hergestellt wird, das im Stande ist, eine Nation zu retten, bringt weiter als 100 Konferenzen.

Bayern. Der „Schw. Merk." läßt sich aus München schreiben: Auf die Einladung zum allgemeinen deutschen Schützenfest in Frankfurt hat die hiesige Hauptschützengesellschaft gegen eine bedeutende Minorität den Beschluß gefaßt, nicht in corporativer Weise sich zu betheiligen. Politische Bedenken sind diesem abstehenden Beschlusse natürlich zumeist zu Grunde gelegen. (Bekanntlich bestimmen die Statuten des deutschen Schützenbundes, um Collisionen mit den Vereinsgesetzen zu vermeiden, daß nicht die Schützengesellschaften als solche, sondern die einzelnen Mitglieder derselben in den Bund treten sollen. Vielleicht hatte man in München ähnliche Bedenken.) Indeß hat eine beträchtliche Anzahl von Schützen, und darunter viele, welche gerne eine Theilnahme an den Feste als Korporation stimmten, sich für eine Einzelbetheiligung erklärt, sofort eine Sammlung von Beiträgen zur Stiftung eines Ehrenpreises veranstaltet und hierbei ein sehr ansehnliches Resultat erzielt. Bei dem Einzug, welchen der Vorstand der hiesigen Schützengesellschaft auf die zahlreichen Vereine in Ober- und Niederbayern, besonders auch auf die trefflichen Gebirgsschützen ausüben wird, ist deren Resolution in mehrfacher Beziehung wohl beachtenswerth.

Preußen. Im Berlin wurde ergeht, die bei der „Voss. Zeitung" vorgenommene Haussuchung, sowie eine Vernehmung des Redakteurs habe deshalb zu keinem Resultate geführt, weil der Brief der „Voss. Ztg." anonym durch die Stadtpost zugegangen und das Manuskript nach dem Druck vernichtet worden sey. Ueber den Urheber der mysteriösen Sendung und über seine Motive ist man vorerst auf Vermuthungen angewiesen. — Im Viktorientheater sollte in wenigen Tagen die spanische Komödie „Der Richter von Zalamea" zur Aufführung kommen. Die Darstellung unterbleibt aber, nachdem dem Direktor Cerf durch einen hohen Beamten eröffnet worden, daß man an Allerh. Orte die Aufführung des Stückes wegen zahlreicher Stellen, die das Publikum mit der jetzigen politischen Lage in Verbindung bringen könnte, nicht für zeitgemäß halte. — Gegen die Beschränkung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit, wie sie in dem Wahlerlaß des Unterrichtsministers und des Ministers des Innern zu erkennen ist, haben 44 Professoren der Bonner Universität eine Verwahrung eingereicht.

Der Senat der **Berliner** Universität hat durch einstimmigen Beschluß ebenfalls Protest gegen die Ueberfendung von Wahlmanifesten durch den Kultusminister erhoben. Es wahrt dieser Protest in kräftiger Weise die Wahlfreiheit der Professoren und Docenten. Er hebt namentlich hervor, daß dieselben nicht in ihrer

Digitized by Google

Eigenschaft als Universitätslehrer, sondern als Staatsbürger das Wahlrecht zu üben haben, und daß sie besonders verpflichtet seyen, nur nach einer gewissenhaften Ueberzeugung zu wählen, da sie sonst jedes moralischen Einflusses auf die studirende Jugend verlustig gehen würden.

Den vielfach umlaufenden Gerüchten von der Auflösung der Burschenschaften an verschiedenen preußischen Universitäten liegt wenigstens ein Faktum zu Grunde, die Auflösung der Hallenser Burschenschaft „Germania“.

Der Rühriger'sche Wahlerlaß ist von der Breslauer philosophischen Fakultät in einem motivirten Schreiben zurückgewiesen worden.

Die „Stern-Zeitung“ hört, daß dem nächsten Landtag nicht nur der Etat von 1862 in größerer Specialisirung, sondern zugleich auch der Etat für 1863 in specieller Nachweisung dargelegt werden soll, um dem von der Landesvertretung und der Staatsregierung empfundenen Uebelstande abzuhelfen; ferner sollen keine neuen Steuergesetze dem bevorstehenden Landtag vorgelegt werden, vielmehr erwäge die Staatsregierung, vom Juli ab bei Ersparungen und Zuschlag von 25 pCt. zur Einkommensteuer nichts weiter zu beanspruchen. Gesetzentwürfe von prinzipieller Bedeutung werden in der Sommersession nicht vorgelegt. Mehrere Vorlagen über Tarifänderungen seyen zu erwarten. Die Absicht der Regierung gehe dahin, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung für die nothwendigsten Lebensmittel umfassende Erleichterungen eintreten zu lassen, auf gänzliche Aufhebung der Getraidezölle, und auf erhebliche Ermäßigung der Eingangssteuern von Reis, Schlachtvieh und Fleisch hinzuwirken. Aus gleichem Grunde sey fernere Ermäßigung der Bergwerksabgaben in den nächsten drei Jahren und zwar je um 1 pCt. in jedem Jahr in Aussicht genommen, um die inländische Eisenproduktion gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zu unterstützen. Endlich sey der Gesetzentwurf zur Revision des Briefporto's für innere Korrespondenz, und ein Plan, die Salzpreise auf die frühere Höhe zu erheben in Berathung, um die Mehreinnahmen für die Erweiterung der preußischen Flotte zu verwenden. (Es bedarf dieser Artikel offenbar auf Linkenlen von Oben.)

Die „N. P.-Ztg.“ schreibt: „So lange die deutschen Universitäten existiren, haben sich die Professoren immer den Umständen anzubequemen verstanden; sind auch hin und wieder einzelne Querköpfe unter ihnen gewesen, so ist doch die Opposition gegen staatliche Maßregeln, welche von unseren Gelehrten in Amt und Brod ausgegangen, eine so zahme und unsichere gewesen, daß selbst das Regime Manteuffel nie besondere Maßregeln gegen den „Liberalismus“ der Professoren nöthig erhalten hat. Um so mehr muß nun die Nachricht der zahlreichen Proteste überraschen.“

Württemberg. Die Ankunft des Generals Fleury, Adjutanten des Kaisers und Direktors des französischen Gestütwesens, hat den Ankauf edler Zuchthyere zum Zweck. Die hie und da aufgetauchte Vermuthung, es möchte sich um eine etwaige Einwirkung zu Gunsten des französisch-preußischen Handelsvertrages handeln, dürfte des Grundes entbehren, meint der „Merkur“.

Kurhessen. Man beabsichtigte in Hanau eine Hauskollekte für die dem Hungertyphus nahen Bewohner des Kreises Hofgeismar zu veranstalten. Da jedoch hiezu die Allerhöchste Genehmigung erforderlich ist, man aber aus Erfahrung weiß, daß, bis ein Gesuch durch alle Instanzen hindurch untersucht worden ist, viele Zeit verloren geht, so ist man davon zurückgekommen. — Der vielbesprochene, sich gegen körperliche Angriffe wehrende Kammerdiener hat endlich seine Entlassung ohne Pension erhalten.

Baden. Das Rotteck-Denkmal in Freiburg ist nun aufgerichtet; es steht dem frühern ähnlich, ist nur etwas geschmackvoller und besteht aus Granit und rothem Sandstein; die Vorderseite trägt die einfache Inschrift: „Karl von Rotteck 1849“ in lateinischen Lettern. Die Büste ist noch verhüllt; die feierliche Enthüllung, die zugleich mit Eröffnung der neuen Straße vor sich gehen soll, wird wahrscheinlich erst nächsten Monat stattfinden. Der Platz, worauf das Denkmal steht, soll den Namen „Rotteck-Platz“ erhalten.

Thüringen. Die Militärconvenkarung zwischen Preußen und Sachsen-Altenburg ist dem Abschluß nahe. Doch sagt die „Thüring. Ztg.“: Eine Konvention wie die Koburgische, ist nicht beabsichtigt, Preußen belegt einfach die Kommandostellen des altenburgischen Kontingents und das Kontingent erhält die preußische Militärgesetzgebung.

Oesterreich. Die welsch-tyrolischen Bestrebungen treten ganz ungeheuer zu Tag. Die Roveredaner Handelskammer überreichte dem Fürsten Statthalter eine Motion, in welcher sie um die Einverleibung des italienischen Theiles von Tyrol in die italienisch-österreichischen Provinzen bittet.

Auch die Gemeinden des politischen Bezirkes von Roveredo, nämlich jene von Galliano, Volano, Besenello, Folgaria, Terragnolo, Marco, Noriglio und Teambilleno haben eine Denkschrift überreicht, in welcher sie bitten um politische und administrative Trennung von Deutschtyrol und Verleihung einer besonderen Regierungsbehörde, eigenen Landtag und eigenen Appelhof. Minister Schmerling liegt an der Grippe darnieder.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit der Erledigung einer nicht unbedeutenden Parlie von eingelaufenen Petitionen. Vor Schluß der Sitzung und in einem Zeitraum von einem Dutzend Minuten erledigte das Haus jene Abänderungen, welche das Herrenhaus an dem Gesetze zum Schutze des Briefgeheimnisses vornahm. Die Punkte der Differenz sind jenen analog, die bei den Gesetzentwürfen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes obwalteten. Im Einklange mit dem Vorschlage des Ausschusses lehnte das Abgeordnetenhaus den größten Theil der vom andern Hause gewünschten Aenderungen ab. In erster Reihe traf das Schicksal der Ablehnung die vom Herrenhause motivirte Strafbestimmung für den Fall der Verletzung des mittelst des neuen Gesetzes zu schützenden Briefgeheimnisses; der Ausschuß, respektive das Haus, erblickte in der Qualifizirung dieser Verletzung zum Vergehen und in der Bedrohung derselben mit Arrest von sechs Monaten mit vollem Rechte eine Garantie für den ausgiebigen Schutz des Briefgeheimnisses und für eine strenge Durchführung des betreffenden Gesetzes; eine Garantie, welche durch die vom Herrenhause beliebte Qualifikation der Verletzung als Uebertretung in ungleich geringerem, nicht ausreichenden Grade geboten wäre. In gleicher Weise muß die vom Abgeordnetenhause beschlossene Aufrechthaltung der Bestimmung, daß im Falle wiederholter Verletzung des Briefgeheimnisses durch einen Beamten mit Dienstesentsetzung vorgegangen werden solle, als vollkommen gerechtfertigt angesehen werden. Die Beschränkung der der Regierung vorbehaltenen Ausnahmsmaßregeln auf den Fall eines Krieges — das Herrenhaus wollte solche Ausnahmsmaßregeln schon im Falle der Kriegsgefahr eintreten lassen — bildet einen weiteren Differenzpunkt zwischen den Anschauungen der beiden Häuser. Wie beim Preßgesetze, hängt es nun auch hier von dem guten Willen des Herrenhauses ab, ob der Reichsrath unter die Früchte seiner ersten Session eine Habeas-Corpus-Akte wird zählen dürfen. (Zeit.)

Großbritannien.

In London soll demnächst eine neue deutsche Zeitung gegründet werden, welche hauptsächlich österreichischen Interessen gewidmet seyn und sich mit den Fragen der Regeneration Oesterreichs beschäftigen würde.

Frankreich.

Der französische Bevollmächtigte in Mexiko soll in einer an die Regierung gerichteten Depesche erklärt haben, daß Frankreich nur dann den Zweck der mexikanischen Expedition vollständig erreichen werde, wenn es seine Streitkräfte auf 20,000 Mann bringe. Es ist nun die Frage, ob man dem Lande die erforderlichen Opfer wird auferlegen wollen, um einen Zweck zu verfolgen, der den Interessen Frankreichs offenbar fern liegt. — In den letzten Tagen war es bei den hyerischen Inseln zu stürmisch, daß jeder Verkehr zwischen dem Geschwader und dem Lande unterbrochen war. 16,000 Rationen Fleisch, welche sich für die Flotte am Ufer befanden, verdarben, während die Mannschaften nur Gemüse und gesalzenen Speck zu essen hatten.

Ein Rundschreiben des Ministers Persigny über die Stellung, welche die Vincenz-Vereine der Regierung gegenüber einnehmen, ist nicht geeignet, die ganze Maßregel, welche die Administration gegen diese Genossenschaften ergreifen zu müssen glaubte, als einen absonderlichen Sieg des herrschenden Systems über das religiöse Coalitionswesen erscheinen zu lassen. Die Regierung hätte vielleicht besser noch auch fernerhin das geduldet, was sie durch ihr selbstherrliches Eingreifen nicht abzuschaffen im Stande war. 766 Vereine gegen 88 stehen nun in offiziell anerkannter Opposition zu den Verfügungen und Planen des Ministers des Innern, und das Rundschreiben hat wohl zunächst dadurch eine bevorzugte Beleuchtung, als es die wenig verhüllte Aufforderung an die Präfekten enthält, durch möglichste Ausdehnung ihrer ohnehin schon so elastischen Befugnisse die Thätigkeit der isolirten Vereine, selbst die individuelle Wirksamkeit und Privat-Correspondenz der einzelnen Mitglieder der Vincenz-Vereine der sorgfältigsten Ueberwachung zu unterziehen.

Digitized by Google

Der Gesetzentwurf, welcher an die Stelle des die Dotation des Grafen Balikao betreffenden getreten ist und durch welchen dem Kaiser das Recht eingeräumt wird, jährlich über eine bestimmte Summe zur Belohnung militärischer Verdienste zu verfügen, ist einer Kommission des Staatsraths zur Prüfung und zur Begutachtung übergeben worden. Demnächst wird im Senat über eine wichtige Petition verhandelt werden. Diese ist von dem Erzbischof von Rennes unterzeichnet, welcher sich darüber beklagt, daß der Präfekt des Ille- und Vilaineberpartements in einer Gemeinde einen weltlichen Schullehrer beibehalten hat, obgleich der Municipalrath einen Geistlichen verlangt hatte. Der Marquis von Larochejacquelein beabsichtigt, als Berichterstatter mit großem Nachdruck aufzutreten; Billault wird im Namen der Regierung sprechen.

Nach der „A. A. Z." ist die industrielle Krisis nunmehr auch in den östlichen Fabrikbezirken Frankreichs in vollem Gang, und man sieht sämmtlich einer Ausweisung der fremden, hauptsächlich der deutschen Arbeiter entgegen, unter welchen Badener und Württemberger am stärksten vertreten sind. Wie man vernimmt, treffen die deutschen Grenzstaaten, Baden, Württemberg ꝛc., bereits Vorkehrungen, um einen geordneten Rückzug so vieler außer Arbeit gesetzter Menschen in ihre Heimath zu vermitteln. Und angesichts solcher Warnungszeichen wollen die deutschen Regierungen mit Frankreich einen Handelsvertrag abschließen, um der französischen Industrie ein Sicherheitsventil auf dem vereinsländischen Markt zu öffnen?

Der „Temps" bringt ein Schreiben des elsäßischen Fabrikanten Jean Dollfuß über die Ursachen der von den Protektionisten einzig dem englisch-französischen Vertrage zur Last gelegten Handels- und Gewerbekrisis. Der Verfasser sucht darin nachzuweisen, daß die Beschwerden und Berücksichtigungen, welche die Protektionisten gegen die Handelsfreiheit vorgebracht, unbegründet seyen, und namentlich das frühere System Frankreich nie vor einer Krisis bewahrt habe; eine solche müsse sich auf alle großen handeltreibenden Nationen ausdehnen.

Italien.

Am 23. d. M. wurde im Benediktiner-Kloster San Martino, welches ungefähr 6 Miglien von Palermo liegt, die erste Ackerbau-Kolonie Siziliens feierlich eröffnet.

Rußland und Polen.

In Anlaß der begonnenen Wahlen in der hauptstädtischen Abgeordnetenversammlung hat der Generalgouverneur, Fürst Suwarow, folgende Ansprache an dieselbe gerichtet: „Meine Herren! Die städtische Selbstverwaltung ist das wichtigste Organ jener gesellschaftlichen Ordnung, wo die lokale Freiheit der Gemeinden die Volkswohlfahrt im Einklang mit dem einzigen Ziele des Monarchen und den Bedürfnissen des Staates zu fördern hat. Das Petersburger städtische Gemeinwesen muß ein Beispiel allen Städten Rußland geben, weil es sich eines ausgedehnteren Wirkungskreises als die anderen, erfreut. Die Erfolge der Selbstverwaltung in unserer Hauptstadt sollen andere Städte über die wichtige Aufgabe einer vernünftigen freien Theilnahme der städtischen Bewohner an der Organisirung und Unterstützung des Mechanismus ihres eigenen Gemeindelebens aufklären. Ich hoffe, meine Herren, daß Sie Ihre vielfach bedeutungsvolle Lage im Auge behalten werden, sowohl bei den bevorstehenden Wahlen, wie auch in allen Ihren darauf folgenden Handlungen. Sprechen und handeln Sie offen und gerade mit dem Bewußtseyn Ihrer bürgerlichen Pflicht, mit Bereitwilligkeit, dem allgemeinen Besten die persönlichen Vortheile zu opfern, mit beständigem Streben, die Vortheile Ihrer Stadt mit denen des ganzen Vaterlandes in Einklang zu bringen. Dies wünscht und erwartet von Ihnen die Regierung."

Nach einem an die Landrathsämter ergangenen Befehl dürfen an die Personen, welche bisher mit Legitimationskarten ins Ausland auf Verlangen betraut werden durften, keine solchen Karten und überhaupt keine Pässe mehr ertheilt werden, wenn dieselben zur Kategorie der Kantonspflichtigen, im Alter von 17 bis 27 Jahren, gehören. Das für Polen bestimmte Kontingent soll für die bevorstehende Aushebung sehr bedeutend seyn. Wie verlautet, soll das Rekrutirungswesen in Bezug auf den Adel und alle bisher dem Dienstzwang nicht durchaus unterworfenen Klassen gänzlich abgeändert und nach dem preußischen Muster organisirt werden, wodurch künftig jedes männliche und zum Dienst taugliche Individuum auch Soldat werden muß.

Amerika.

Die nordamerikanische Depesche in der mexicanischen Angelegenheit enthält unter Anderm die Stellen: Wir gewahren Anzeigen von einer in Europa sich verbreitenden Meinung, daß die von spanischen, französischen und englischen Streitkräften unternommenen Demonstrationen gegen Mexico in diesem Land eine Revolution hervorrufen könnten, welche dann zur Einführung der monarchischen Staatsform und zur Uebernahme der Krone durch einen fremden Prinzen führen dürfte.... Der Präsident hält es für seine Pflicht, den Verbündeten in bester Absicht und mit vollem Freimuth seine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß keine monarchische Regierung, welche in Gegenwart fremder Flotten und Armeen in Mexico errichtet werden könnte, die geringste Aussicht auf Sicherheit und Dauer haben, und zweitens, daß die Unbeständigkeit einer solchen Monarchie noch vergrößert werden würde, wenn der Thron einer Person nicht-mexicanischer Abkunft zugedacht werden sollte, sowie endlich, daß unter solchen Verhältnissen die neue Verfassung alsbald wieder umstürzen müßte, es sey denn, daß sie sich auf europäische Allianzen stützen könnte, welche den Anfang einer bauernden Polizei bewaffneter europäischer monarchischer Intervention bilden würden — einer Politik, welche für das auf dem Kontinent von Amerika vorherrschende Verfassungssystem verletzend und praktisch bemselben feindlich seyn müßte. Ein solcher Zustand würde eher als der Anfang, denn als das Ende der Revolution in Mexiko zu betrachten seyn. Diese Anschauungen beruhen auf Kenntniß der politischen Gefühle und Gewohnheiten der amerikanischen Gesellschaft. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in solchem Fall die dauernden Interessen und Sympathien unseres Landes mit den übrigen amerikanischen Republiken Hand in Hand gehen würden.

Asien.

Bombay, 12. März. General Showers, Divisions-Kommandant von Bengalen, hat am 2. März Kalkutta verlassen und sich mit ausgedehnten Vollmachten nach der östlichen Gränze begeben, um dort die Ruhe herzustellen. Auch das 33. Regiment ist nach Assam beordert worden und das 16. erhielt Befehl, sich bereit zu halten. Das Salpeter-Ausfuhrverbot wurde zurückgenommen. Die Rebellen-Anführer Durjao Sing wurde im Dhanlbezirke überrumpelt und gebändet. Der Herrscher (Lomungsong) von Johur, Daing Ibrahim Sri Maharajahab, ist am 31. Jan. in seiner Residenz Telloh Blangah auf der Insel Johur gestorben. Er war der zweite Sohn des Tomungong Datu Abdurahman, den Sir Stamford Raffles bei seiner Ankunft in Singapur im Jahre 1819 daselbst als Landesherrn fand und mit dem er die Unterhandlungen einleitete, welche zu der Gründung der britischen Niederlassung auf Singapur führten. Bei der Erstickung des Reiches Johur nach dem Tode des Sultans Mahomed Schah im Jahre 1809 waren nämlich die verschiedenen großwürdenträger des Reiches thatsächlich unabhängige Herrscher der ihrer Obhut anvertrauten Provinzen geworden und auf solche Art auch der Tomungong in den faktischen Besitz von Johur und Singapur gelangt. — An der Spitze der von Bangkok zur Unterdrückung der Unruhen in Cambodscha nach Kampot abgesandten Expedition steht der zweite Sohn des ersten Königs. — Die Molukken wurden in den letzten Dezembertagen durch heftige vulkanische Ausbrüche heimgesucht. Die Insel Makian wurde vollständig verwüstet; viele Bewohner verloren das Leben und der Rest floh nach Ternate und den benachbarten Eilanden.

Nichtpolitische Zeitung.

Im Wirthshause zu Treffelstein (Oberpfalz) wollte ein junger Gendarm von seinem scharf geladenen Gewehre das Zündhütchen abnehmen, der Hahn glitt ihm aber aus der Hand, der Schuß ging los und streckte einen Familienvater aus Rain todt zu Boden. — Bei Uebersee (Traunstein) wurde der bejahrte Gastwirth Hilger von Rottau von der Lokomotive zermalmt.

Mit welchen poetischen Phantasien sich im Gehirne der „neuesten Aera" das preußische Kreuzritterthum trägt, zeigt ein Gedicht „des Propheten" in der „N. Preuß. Ztg." Dieser menschenfreundliche Prophet singt:

„Hört das Toben und das Brausen,
Hört der Glocken Sturmgeläut,
Hört die Kugeln, wie sie sausen
Durch die Straßen eng und breit;
Seht den König im Gewühle
Hoch zu Roß mit blankem Schwert!
Gott verhüte, daß er fiele
Unser Herrscher allverehrt!
Und, o jeh! wie die Soldaten
Ihm zur Seite Schritt um Schritt
Kämpfen und die Demokraten
Bersten in gedrängtem Tritt!

Hurrahruf und ew'ger Jubel
Hallen durch die Luft entlang
Und der Festschritt zieht im Trubel
Sich erschöpft zurück und bang;
Drauf der Sieger sitzt vom Pferde,
Helmfrei glänzt sein weißes Haar,
Und sinkt nieder auf die Erde
Zum Gebet mit seiner Schaar;
Und bei heil'ger Ruh' und Stille
Hört man laut den Dankgruß beten:
Herr, mein Gott es war dein Wille,
Daß ich sollt' mein Volk erretten (zertreten?)
Und den list'gen Feind erschlagen,
Der das treue Herz der Preußen
Noch in meinen alten Tagen
Von dem meinen wollte trennen.

Was gibt es doch für reimende und ungereimte Narren in der Welt!

Neueste Nachrichten.

Berlin. Das Centralwahlkomite der Fortschrittspartei hat folgenden Aufruf an die Kaufleute und Fabrikanten erlassen: Der Herr Minister des Innern hat bestimmt, daß die Wahl der Wahlmänner Montag den 28. d. M. geschehen soll. Es ist dies gerade derjenige Tag der Leipziger Ostermesse, an welchem nach altem Brauch die Hauptgeschäfte in Leipzig stattfinden. Eine große Zahl preußischer Wähler hat daher dringende Veranlassung, an dem Wahltage nicht am Wahlort, sondern in Leipzig gegenwärtig zu seyn. Da nun leider weder auf eine Verlegung des Wahltermins zu rechnen, noch eine offizielle Verschiebung der am Meßmontage üblichen Meßgeschäfte thunlich ist, so richten wir an die preußischen Besucher der Leipziger Messe die dringende Bitte, so weit es ohne allzugroßen Nachtheil irgend geschehen kann; jene Geschäfte thatsächlich auf einen spätern Tag zu verlegen, ihren Kunden dies in Zeiten anzuzeigen und am 28. dieses Monats bei den Wahlen zu erscheinen. Der Nachtheil wird um so geringer seyn, je größer die Zahl der Kaufleute und Fabrikanten ist, welche das angedeutete Verfahren einschlagen. Ganz besonders legen wir es den Herren Käufern an das Herz, sie mögen in Preußen oder einem andern Theile Deutschlands wohnen, die Ankunft der am Meßmontage fahrenden preußischen Fabrikanten, welche die Erfüllung einer patriotischen Pflicht an ihrem Wohnort fesselt, abzuwarten. Wie richten die obige Bitte an die Wähler aller politischen Farben, denn wir wünschen ebenso wenig unsere Gegner, wie unsere Freunde vom Wahlakt ausgeschlossen zu sehen. Wir werden die Firmen, welche uns ihren zustimmenden Entschluß anzeigen, in den hiesigen Zeitungen veröffentlichen. Die Uebrigen machen wir darauf aufmerksam, daß es gesetzlich vollkommen zulässig ist, Kaufleute und Fabrikanten, welche am 28. d. M. nicht gegenwärtig seyn können, dennoch zu Wahlmännern zu wählen, und haben sich dieselben innerhalb drei Tagen über die Annahme der Wahl zu erklären. Solche und andere Wahlmänner sind aber ernstlich zu verpflichten, bei der Wahl der Abgeordneten am 6. Mai jedenfalls zu erscheinen. Die Annahme des Mandats als Wahlmann und das Ausbleiben beim Wahlakt, wenn es nicht ganz unverschuldet eintritt, ist eine offenbare Pflichtvergessenheit.

Braunschweig. Bei einer in Schöningen abgehaltenen Versammlung, darunter meistens preußische, hannoversche und braunschweigische Schützen, sagte der Hannoveraner Rebeker, es sey eben so wichtig, wie leicht, in Preußen gute Wahlen zu erzielen. Wichtig seyen diese Wahlen, damit Preußen vorwärts komme und die erste deutsche Staat nicht in seiner politischen Entwickelung hinter den kleineren Staaten zurückbleibe. Trotz des Verrufes, in welchen Hannover durch ganz Deutschland gebracht worden, und obgleich Redner keineswegs die hannoverschen Zustände preisen wolle, müsse er doch gestehen, daß die politische Stellung des Bauern in Preußen unter der Polizeigewalt des Gutsherrn, in Hannover als eine Schmach würde betrachtet werden. Aber die politischen Uebel, unter denen Preußen leide, seyen leicht zu beseitigen, weil das ganze Volk dazu bereit sey. Die Saat stehe prächtig, und nur das Unkraut müsse ausgerissen werden. Wenn der Bauer Fleiß und Mühen nicht scheue, um die Saaten des Feldes zu reinigen: um wie viel weniger dürfe er das, wenn es den höchsten Gütern, wenn es den Saaten der Freiheit gelte. Dazu werde ihnen das volksthümliche Abgeordnetenhaus helfen. Schwierig sey es nicht, ein solches zu bilden, nachdem man die Männer habe kennen lernen, welche das Vertrauen des Volkes verdienten. An die Bauern wie Allem könne man die Forderung stellen, tüchtige, unabhängige und freisinnige Abgeordnete zu wählen; da kein Stand selbst so unabhängig dastehe, wie der des Bauern. Was könne diesem angethan werden auf seinem freien Besitz? Höchstens könne ihn ein ungnädiger Blick des Herrn Landraths treffen. Nun vor dem werde sich doch kein wahrer Mann fürchten. Freilich habe sich bis jetzt der Bauernstand nur zu sehr von der Kreuzzeitungspartei ins Schlepptau nehmen und mißbrauchen lassen. Hoffentlich seyen ihm jetzt die Augen darüber aufgegangen, wo er seine Freunde und wo er seine Gegner zu suchen habe. Deutschland erwarte vor Allem von den Bauern unabhängige Wahlen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. B. K.)	—	
„	5 „ Lomb. ditto.	84 P.	
„	5 „ Verein. Compon. b. H.	74⅝ G.	
„	5 „ Nationalanl. v. 1854	60½ G.	
„	5 „ Metall. Obligation.	49⅜ P.	
„	4½ „	43⅜ P.	
„	4 „	—	
„	3 „	—	
Preussen	3½ „ Staatsschuldsch.	91½ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	101½ P.	
„	4½ „ Obl. Ldskr. dto.	103¾ P. 103⅝	
„	4½ „ Obl. 1½jähr. dto.	10 ⅞ P.	
„	4 „ Obl. Obl. dto.	100⅞ P.	
„	4 „ pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ P.	
„	3½ „ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Württemb.	4½ „ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ G.	
„	3½ „ pCt. Obl. dto.	98 P.	
Baden	4½ „ pCt. Obl.	101½ P.	
„	3½ „ pCt. Obl. v. 1847	96¾ G.	
Kr. Hess.	4 „ pCt. Obl.	—	
„	4 „ pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.	
„	3½ „ pCt. Obl. dto.	97¼ P.	
Nassau	4½ „ pCt. Obl. dto.	103 G.	
„	4 „ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.	
„	3½ „ pCt. Obl. dto.	96 G.	
Frankfurt	3 „ pCt. Obl.	93½ P.	
Spanien	3 „ pCt. Inl. Sch. P. à 5. 2. 8.	48¼ P.	
„	2 „ pCt. „ „ „	23¼ P.	
Schweden	4½ „ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅜ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	119½ P.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	710 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171½ P. 171 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank f. n. Z. Serie à fl. 250	218½—19 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	79⅜ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	90 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	354 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	97 P. 96⅞ G.	
Oest. F. St. Kisb. pCt. 500 Fr. à 28 kr	244⅛—44 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	116⅜ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅞—½ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	28 G.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	139⅜ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105⅜ G.	
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.	
Oesterr. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 P. 249½ G.	
Span. Handels- u. Industrie	496 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	510 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet	102⅜ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	102⅜ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Hbrm. 50 Th. Lsd. k.S	98½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 k. W.	—
do. in 8st. W. 1. S	86½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	67¼—½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68¼ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	112¼—½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik	122½ G.
Mailand-Como fl. 84	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	55½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	121⅛ P.
„ fl. 25 do.	37½ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
Sardinien Fr. 36 b. B.	84 P.
St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	27½ P.
Vereins-Loose fl. 10.	19 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Frankfurt, 7. April. Für ösferr. Fonds und Aktien herrschte auch heute eine günstige Stimmung, doch zeigten sich nur für 5 pCt. Venetianische und Elisabeth-Eisenbahnaktien Käufer zu höheren Kursen. Begehrt waren noch Darmst. Bank- und mitteldeutsche Kreditaktien, welche eine abermalige Steigerung erfuhren. Dagegen waren Frankfurter Bankaktien billiger angeboten. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung. — Von Wechseln wurde Wien in allen Sichten höher bezahlt. (Sdn.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 100. | **Vorausbezahlung:** Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Donnerstag, 10. April 1862.

× Aus Frankreich.

(Schluß.)

Schon erklärten die beiden „Moniteurs“ trotz den ökonomischen Bedenken des gesetzgebenden Körpers eine Armee-Reduktion für unzeitgemäß und deßhalb unthunlich — ein alter Brauch des Dezembervatters, sich plötzlich wieder aufs hohe Roß zu setzen, wenn er merkt, daß sich durch sein scheinbares Herabsteigen Niemand täuschen läßt... Der Theater-Skandal, bei welchem sich die Bonapartisten selber, einerseits der Cotillon-Autor Morny und seine Jockeiklubbs-Löwen, andrerseits uniformirte und ungekürzte Polizei in die Haare geriethen, wird bereits lustsam in Deutschland bekannt geworden seyn. Das an und für sich Unbedeutende enthält das Bezeichnende, daß sich, wie ein britischer Autor sagt, die Ratten vor'm Verlassen des Schiffs erst noch beißen, wie denn überhaupt noch Burlesken in den Untergang der Saltimbanques sich zu flechten pflegt. So z. B. ist dieser Tage einer der eifrigsten Anhänger des Gouvernements, Marquis Pisé, Deputirter und Ehrenkavalier der Prinzessin Bacciocchi, ein recht ernstlicher Narr geworden. Nachdem er mit Gewalt in den Senat eindringen wollte, und nur mit Mühe von den Huissiers zurückgedrängt werden konnte, schickte er dem Prinzen Napoleon seine Visitenkarte mit der Inschrift: „Au roi des revolutionnaires, salut et bonsoir“ Hierauf gab er den Inhalt seiner Börse an die Geistlichkeit von St. Roch, um, wie er sich ausdrückte, für das sündhafte Palais royal (Plomplons Wohnung) Messen zu lesen. Angelangt in der Deputirtenkammer, hielt er eine Rede gegen den Kaiser, der wie Louis XIV. und XV. mit der Reitpeitsche regieren wolle, was nicht mehr an der Zeit sey u. s. w. Begreiflich, daß ihm Präsident Morny das Wort entzog, und ihn nach einem passenderen Lokale abführen ließ.

Etwas, so in Ihrem Lande mehr interessiren dürfte, ist vielleicht der künftige Ungarkönig in spe, Herr von Croup-Chanel, der sich seit Neuem Prince Crouy de Hongrie schreibt. Er hat seines Stammbaums unterste Wurzelfaser in der magyarischen Urpadenfamilie des Jahres 894 gefunden; der heilige Stephan ist einer seiner Urväter. Die ravikale Fraktion der ungarischen Emigration, deren Hauptquartier dermalen Turin, betrachtete den Kronprätendenten anfangs mit Unwillen und Mißtrauen. General Klapka aber suchte sie in einem Schreiben zu beruhigen, worin er sagt, man könne das Anerbieten dieses französischen Creolenmanns und ungarischen Prinzen deßhalb nicht ablehnen, weil es jedem frei stehen müsse, der Freiheit und dem Vaterland zu dienen. Sodann suche man mit Unrecht diesen „ritterlichen Greis“ als einen Abenteurer darzustellen. Er (Klapka) werde gewiß kein Privatinteresse, keine Prätendentschaft, keinen persönlichen Ehrgeiz auf dem Schlachtfeld der Freiheit suchen; er respektire nur den Willen der Nation. Wenn diese einmal frei sey, dann könne sie über ihre Regierungsform verfügen. Bis dahin solle man den Prinzen Crouy ungestört für die ungarische Sache in Frankreich wirken, und im entscheidenden Moment unter die Nationalfahne treten lassen. So wie er merken werde, daß seine Anwesenheit unangenehm berühre, werde seine bekannte Loyalität gewiß bald dasjenige thun, was nothwendig sey... Diese etwas timide Kandidatur soll außer von Klapka auch noch von Türr und Pulszky unterstützt werden, während der weit weniger radikale Kossuth nichts davon wissen will, „wegen Konkurrenz“, wie böse Zungen sagen, denn gerade er habe am meisten zur Verdrängung des republikanischen Programms durch ein monarchisches beigetragen. Wie dem auch sey, soviel scheint gewiß, daß eine personelle Seissson besteht, und daß deßhalb das projektirte Fünfmillionen-Anlehen in London noch nicht zu Stand gekommen ist.

Die Gesangs- und Turnvereine in Oesterreich.

Obwohl noch immer das alte unter der Bach'schen Regierung sanktionirte Vereinsgesetz besteht, nimmt doch das Associationswesen in Oesterreichs deutschen Provinzen einen merkwürdigen Aufschwung. Bei der Eigenthümlichkeit der Verhältnisse und der Unmittelbarkeit, welche die politischen Kämpfe an vielen Orten charakterisirt, äußert diese rasche Entfaltung des Associationswesens einen nicht unerheblichen Einfluß auf das politische Leben, und kräftigt namentlich durch Konzentrirung der jüngeren und frischeren Elemente zu geschlossenen Verbänden die liberale Partei, und dort wo nationale Gegensätze schroffer hervortreten, den deutschen Namen in einer nicht zu unterschätzenden Weise. Vereinigungen, welche im übrigen Deutschland nur eine gesellschaftliche Bedeutung in dem Leben einer Stadt oder eines Städtchens haben würden, gestalten sich hier zum Mittelpunkt aller Vormärtsstrebenden, unterstützen nachdrücklich durch die Wucht ihres Masseneinflusses die liberalen Führer der Gegend, und haben so einen Wirkungskreis der weit über die Gränzen der statutenmäßigen Vereinsthätigkeit hinausgeht.

Man konnte aus den Berichten über die Feier des 26. Febr. ersehen, welche Rolle bei derselben die Gesangs- und Turnvereine gespielt, wie diese Associationen, selbst in Orten von der Größe und der Bedeutung der mährischen Landeshauptstadt Brünn, dem Feste den tonangebenden Charakter aufgedrückt haben, und man erinnert sich wohl noch wie vor zwei Jahren die Schiller-Feier in Wien von einer Korporation, dem Journalisten- und Schriftstellerverein (Concordia), angeregt und nur durch die Unterstützung anderer Vereine zu jener großartigen Entfaltung gebracht wurde, welche ihm die Bedeutung einer epochemachenden politischen Feier gab.

Ein charakteristischer Zug in den Bestrebungen dieser zahlreichen Vereine ist der, daß jeder in seiner Sphäre die Idee der nationalen Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Deutschland wach zu erhalten bemüht ist. Ohne ein präcisirtes politisches Programm suchen diese Körperschaften nach Kräften auf den ihrer Wirksamkeit zunächst offenstehenden Gebieten jene Idee nach Möglichkeit zu verwirklichen.

Als diejenigen Vereine, deren Entwicklung am raschesten vorwärts schreitet, und die man vor Allem als Träger der deutschen Idee bezeichnen muß, sind die Gesangvereine und die Turnvereine zu nennen. Liedertafeln entstehen, unterstützt durch den entwickelten musikalischen Sinn der Bevölkerung, gegenwärtig in Unzahl. Das nächste allgemeine deutsche Gesangfest wird voraussichtlich von den deutsch-österreichischen Vereinen massenhaft beschickt werden, und man schmeichelt sich, daß nicht bloß numerisch, sondern durch ihre künstlerischen Leistungen die Oesterreicher Beachtung verdienen und finden werden.

Die Turnvereine, deren Geschichte in Oesterreich noch eine sehr junge ist — der erste von der Regierung konzessionirte Verein, der Wiener Turnverein, besteht kaum ein Jahr — vermehren sich ebenfalls auffallend rasch, und es vergeht keine Woche, in welcher nicht die definitive Konstituirung des einen oder andern erfolgt. Es existirt unseres Wissens in sämmtlichen Vereinen kein Turnrath, in welchem nicht die hervorragendsten liberalen Mitglieder des städtischen Gemeinderaths thätig einem Amt vorstehen. In manchen Orten ist der Reichsabgeordnete des Bezirks zugleich Sprecher des Vereins, so z. B. der bekannte Skene in Brünn. Die städtischen Behörden räumen in der Mehrzahl von Fällen den Vereinen Turnhallen ein, und betrauen dieselben mit der Einführung des Turnunterrichts an den städtischen Schulen. (S. Ztg.)

Digitized by Google

Deutscher Bund.

Bayern. In der „deutschen Turnzeitung“ ist in einem längern Aufsatz über „das Turnen im Oberfranken“ zu lesen: „Der Magistrat der Kreishauptstadt Bayreuth geht den übrigen Ortsgemeinden mit rühmlichem Beispiele voran. Er hat ein großes, bequem gelegenes Grundstück mit nicht unbedeutenden Kosten zu einem schönen Turnplatz eingerichtet und beschlossen, der Turnerei eine bleibende Stätte zu gründen durch Erbauung einer zweckmäßigen und geschmackvollen, der Hauptstadt des Kreises würdigen Turnhalle.“

In Wasserburg fand Zusammenkunft des Ausschusses zur Erbauung einer bayerischen Innbahn statt. — Die dringend gebotene Erweiterung des Bahnhofs in Rosenheim hat begonnen. — In Nieder-Schönfeld, Landgerichts Kaufbeuren, wird nach §. 76 des neuen Strafgesetzbuchs eine Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen errichtet, die auf 120 Köpfe berechnet ist, und mit dem 1. Juli ins Leben treten soll.

Preußen. Für die in Betreff des Militär-Budgets unter dem Vorsitz des Feldmarschalls Wrangel zusammentretende Kommission von Generalen sind außer dem Kriegsminister zu Mitgliedern bestimmt: der Kronprinz, Fürst Radziwill, Werder, Prinz August von Württemberg, Schack, Hahn, Prinz Friedrich Karl von Preußen, Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen, v. Schleimüller, v. Bonin, Vogel, Moltke und Mühler.

Der „Bost. Ztg.“ zufolge wird die für dieses Jahr bereits verfügte Entlassung der Reserven bereits zum 1. September und die Einstellung der Rekruten erst zum 1. November wahrscheinlich dauernd bei der Armee eingeführt werden und beschränkt sich diese Maßregel im genauen Anschluß zu der während des Winters schon angewendeten beschleunigten Ausbildungsmethode. Als Motiv für diese Aenderung wird neben der nicht unbeträchtlichen Ersparung, welche auf 1½ Million berechnet wird, noch namentlich hervorgehoben, daß dadurch für die Mannschaften im ersten und zweiten Dienstjahre die erwähnten beiden, hierfür außerordentlich günstig gelegenen Monate gewonnen werden, um deren kriegsmäßige Ausbildung zu fördern, wogegen bisher der eigentliche Ausbildungskursus mit den jährlichen großen Herbstmanövern in der Hauptsache abschloß.

In Köln spielte der Hofschauspieler Hendrichs von Berlin den Egmont, der Beifall wurde ganz stürmisch am Schluß des vierten Aktes bei der Stelle: „O, wenn seine Absicht gut ist, so wird sie mißleiten! Nicht dem Könige widersetzt man sich; man stellt sich nur dem Herrscher entgegen, der einen falschen Weg zu wanteln die ersten unglücklichen Schritte macht!“

Baden. Die Feier des 7. April, der in der neueren Geschichte einen Wendepunkt zum Bessern bezeichnet, hat im ganzen Großherzogthum, und zwar nicht blos in den Städten, sondern selbst auf dem Lande einen volksthümlichen Charakter angenommen.

Schleswig-Holstein. In Kiel hat eine Versammlung von Bürgern und Einwohnern die Resolution gefaßt, daß der neuernannte Bürgermeister Bargum das Vertrauen und die Achtung der Versammlung nicht besitze. Motivirt ist dieser Beschluß durch mehrere Passus des oberappellationsgerichtlichen Erkenntnisses, das in der bekannten Sache im vorigen Herbste gegen Advokaten Bargum zwar freisprechend, aber ihn in die Kosten derurtheilend, gefällt ward.

* Die Bewegung gegen den von Kopenhagen den Kielern aufoktroyirten Bürgermeister Bargum war im Wachsen.

Oesterreich. Das Oberlandesgericht hat auf die Berufung des Karl Tanzer und der Staatsanwaltschaft „Prozeß der Volksstimme“ zu entscheiden befunden: Karl Tanzer sey des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe mitschuldig, und werde deßhalb zur Strafe des Kerkers in der Dauer von vier Monaten, verschärft alle 14 Tage mit einem Fastag, und zum Verfall eines Kautionsbetrags von 1000 fl., ferner zur Zahlung in dieser Richtung der Strafprozeßkosten und der Kosten des Strafvollzugs verurtheilt, und wird erklärt: es seyen die von dem §. 330 der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Bedingungen, das Begnadigungsgesuch des Karl Tanzer höhern Orts anzubringen, nicht vorhanden.

In der Plenarsitzung des Finanzausschusses erklärte der Finanzminister v. Plener: die Regierung könnte den Vorschlag zur Deckung des Defizits, welcher auf der Ausgabe von Staatspapiergeld basirt, nicht der kaiserlichen Sanktion unterbreiten.

Dänemark.

Der Reichsrath hat den Antrag der Regierung: „Eine Million Thaler zur Anschaffung von gepanzerten Seewehr zu bewilligen, wovon 786,800 Thlr. auf Dänemark und Schleswig entfallen“, mit 46 gegen 1 Stimme angenommen.

* Die Regierung schickt einen Botschafter nach Turin, wahrscheinlich um auch von dieser Seite her gegen Deutschland Front zu machen.

Großbritannien.

Während der letzten dieser Tage zu Ende gehenden Assisen wurden sieben Personen wegen Mordes zum Tode verurtheilt. An drei derselben wurde das Todesurtheil vollstreckt, ein vierter ist wegen Wahnsinns unter Aufsicht gestellt, und die Strafe der drei übrigen ist in Gefängnißstrafe verwandelt worden.

Zur Einkommensteuer wird Hubbard das schwer auszuführende Amendement stellen, daß bei der Abschätzung Alles, was durch Verstand und besondere Geschicklichkeit erworben wird, steuerfrei bleibe, und nur das mittelst Kapitals Erworbene besteuert werde.

Frankreich.

Paris, 7. April. Der „Temps“ greift heute ebenfalls den Hirtenbrief des Erzbischofs von Toulouse in den schärfsten Ausdrücken an. Er kritisirt das Jubiläumsfest vom 16. Mai in einer Weise, wie sie noch nie dem Klerus gegenüber gebraucht wurde. Der Artikel ist von Neffzer, und dieser beruft sich auf die allgemeine Entrüstung, welche durch den Hirtenbrief hervorgerufen sey.

Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Toulouse wird von allen Journalen nach Gebühr getadelt, ohne selbst in den ultramontanen Blättern Vertheidigung zu finden. (Fr. Holzs.)

Die „Presse“ sagt, ob es möglich wäre, daß das schauderhafte Fest in Toulouse wirklich gefeiert werde und ob der Erzbischof zum Bürger- und Religionskrieg aufreizen dürfe. Man erwarte, daß der Hirtenbrief dem Staatsrath überwiesen, im Interesse des allgemeinen Friedens unterdrückt und das Fest verboten werde. Erlaube man dieses, wie könnte man es einem andern Blüthenden verbieten, auch Dantons Septembermassacres zu feiern? Dies würde nicht einmal so schlimm seyn, denn es ginge wenigstens nicht von einem Nachfolger der Apostel aus.

Die clericale „Union“ gesteht heute zu, daß man in Toulouse den Sieg über die Calvinisten grausam mißbraucht habe; allein der Schrecken, welchen dieselben über die Stadt und die ganze Umgegend verbreitet, habe wohl zu so blutigen Repressalien Anlaß gegeben. Man wolle heutzutage nicht mehr die Erinnerung an das vergossene Blut, sondern an die glücklich überstandene Gefahr feiern. Der Klerus habe damals an der Spitze der katholischen Massen das Prinzip der nationalen Einheit vertreten und gewahrt, welche die großen (calvinischen) Barone zum Vortheile von England hätten zu Grunde richten wollen. Die Zornausbrüche der demokratischen Presse seyen Beweis, daß sie auch nicht die erste Spitze von den historischen Fragen verstehe, aus denen die nationale Einheit hervorgegangen sey. Derartige Gemetzel werde und müsse Jedermann beklagen, aber man müsse den Städten erlauben, Gott dafür zu danken, daß sie nicht in der Anarchie zu Grunde gegangen seyen. Das Jubiläum von Toulouse könne in den Augen derjenigen, welche ein Vaterland hätten, nicht schimpflich beleidigt werden. Der clericale „Monde“ bemerkt, daß man die unwissenden Leidenschaften gegen den Hirtenbrief von Toulouse anzuhetzen suche. All dieß Geschrei werde jedoch die wortigen Katholiken nicht abhalten, Gott dafür zu danken, daß ihre Stadt in den schmerzlichen Kämpfen des 16. Jahrhunderts ihren Glauben nicht eingebüßt habe.

Der Artikel des Pfarrblatts, der schon mit drakonischer Strenge Beamte und Richter bei Ausübung ihrer Funktionen schützen soll, wird noch den Zusatz erhalten, daß wer Beamte durch Wort oder Schrift, die nicht veröffentlicht wird, beleidigt, mit 14 Tagen bis 1 Jahr Gefängniß gestraft wird. Der Vorschlag ist darauf berechnet, durch Haussuchungen Memoirenschreibern ihr Material wegnehmen zu können und Leuten, die sich bei einem Beamten oder über denselben schriftlich beschweren, zu höchster Vorsicht zu zwingen. Auch der Jury soll wieder ein Theil ihrer bereits sehr verkümmerten Jurisdiktion durch Modifikation des Art. 309 genommen werden.

* Auf dem letzten Ball des Herrn v. Persigny geriethen spät gegen Morgen zwei Masken in Streit: Mme. Caillé, die als Schnee erschien, oder Mme. de Peyre, als Wahrsagerin verkleidet, oder irgend eine andere Schönheit der offiziellen Welt, welche oft weniger Zeit brauchen, um durch Künste der Coquetterie ihre Anderer zu enstammen und zu ermuthigen, als ein Deputirter der Majorität braucht, um sein Gewissen im Momente der Abstimmung zu betragen. Die Theilnehmer an diesen Festen, deren geringster Fehler Kälte und Zurückhaltung von jeher ist, entwickeln, wenn die Stunde etwas vorgerückt ist, eine große Freiheit in Wor-

Digitized by Google

ten und Geberden — lediglich der Ausdruck dieser Begeisterung und Herzensgut — allein von da bis zum Zanken ist nicht weit. Unsere beiden Gegner betrugen sich fast wie Gentlemen, verliefen die Säle des Ministers und beeilten sich in Begleitung einiger Freunde ein berühmtes Bild von Jerome, „der Zweikampf von Bierrot", in Scene zu setzen. Man schlägt sich im Narrenkleide, allein es zeigt sich bald, daß ein genuiner Betrug dabei vorgefallen. Nicht mit seinem Gegner auf dem Ballsaale hat Hr. v. Persigny hatte sich der Beleidigte geschlagen, sondern mit einem Andern, der schnell mit Jenem das Kleid gewechselt, und was das Schlimmste, er ist dabei schwer verwundet worden. — Was sagen Sie zu dieser Art und Weise, Ehrenfachen zu schlichten, indem man sich einen Fechtmeister engagirt, der die reiche Tracht trägt, um über die Person zu täuschen! Früher ließen die Goelleute oft durch ihre Lakaien Stockstreiche austheilen, allein Ehrenfachen fochten sie mit ihrem eigenen Degen aus; heutzutag ist man auch darin weiter gekommen.

* Die Zeit der kaiserl. Rundreisen naht heran, zugleich die Zeit für die Präfekten und Maires, Avancement und Orden zu erhalten. Sie bieten deshalb Alles auf, um dem Staatsoberhaupt einen glänzenden Empfang zu bereiten; der Begeisterung des Volkes wird auch Geld nachgeholfen und eine bessere Stelle kommt auch nicht von selbst. Das Ministerium des Innern bezahlt zwar die Begeisterung und die Triumphbogen, allein es bleiben doch eine Menge von Ausgaben übrig, welche aus der eigenen Tasche gehen. Da die meisten Beamten von Haus arm sind, so müssen sie im Amte sich Geld zu machen suchen, und noch werden sie nicht reich wegen der enormen Ausgaben, die sie theils freiwillig aus Hang zum Luxus, theils gezwungen machen. Das Kreuz der Ehrenlegion ist in Ausstcht, und man borgt zu 20pCt. Geld, um den Hof zu empfangen. In diesem Augenblick ist wenigstens ein Dutzend solcher Geldgesuche in Umlauf, und da die Unterschriften der Präfekten sehr zahlreich angeboten sind, so verlangen die Wucherer enormen Zins. — Es kostet immer mehr, nach Korinth zu reisen.

Italien.

Nach Berichten aus Rom wurde dort ein Neffe Chiavone's, der die päpstlichen Truppen zu verführen suchte, verhaftet. General Clary, der bei dieser Affaire betheiligt gewesen seyn soll, wurde aus Rom ausgewiesen. (Köln. Z.)

Der neapolitanische General Clary ist in Civita-Vecchia interniert und soll dort unter Aufsicht der französischen Militärbehörden bleiben. — In Neapel sollen Cenatiempo und der Graf Christen wegen Betheiligung bei einer Verschwörung gegen die Regierung vor Gericht gestellt werden; der Anklageakt gegen dieselben ist bereits veröffentlicht. Die Briganten wurden überall die Pferde.

Türkei.

Am 3. April haben die Montenegriner die türkischen Truppen bei Spuz angegriffen, wurden aber mit Verlust zurückgeworfen.

Rußland und Polen.

Zehntausend Böhmen haben sich zur Uebersiedlung nach der Krim angeboten, wo bekanntlich großer Mangel an Arbeitskräften ist.

Hinsichtlich Griechenlands pfeift der russische Adler ganz napoleonisch. Haben auch die Mächte den Zerfall der Türkei aufzuhalten sich bestrebt, so sey er doch unvermeidlich. Griechenland hat seine Mission nicht verkannt, sich aber in den Mitteln zu deren Ausführung vergriffen, und Europa habe dabei große Fehler begangen. Das Uebelste unter denselben sey die Besetzung aller hohen Beamtenstellen mit Deutschen. Die Reibung zwischen den Fremdlingen und Heimischen habe die nationale Politik Griechenlands beeinträchtigt und das Vertrauen der Nation zur Dynastie untergraben u. s. w.

Amerika.

„Die Unionsregierung hat den hölzernen Dampfer „Vanderbilt angekauft, flattet ihn mit einer eisernen Spitze aus und läßt ihn statt mit Eisen, mit Baumwoll-Ballen panzern. Da der „Vanderbilt" eine sehr starke Maschine besitzt, so glaubt man, er würde im Stande seyn, ein Loch in den „Merimac" zu bohren, falls dieser wieder die Initiative ergreifen sollte. (Man scheint vergessen zu haben, daß Baumwolle, wenn sie Feuer fängt, einen erstickenden Rauch verbreitet, so daß, wenn eine Bombe einschlägt, die Mannschaften sich genöthigt sehen würden, das Schiff zu verlassen. Und sollte das Wasser der Baumwolle nicht auch etwas zu Leide thun? setzt die „Köln. Z." hinzu.)

Eine von der Insel Nr. 10 datirte Depesche meldet, daß die Kanonade ununterbrochen fortdauerte. Alle Kanonen bis auf eine in der obern Batterie auf dem Tenessee-Ufer sind zum Schweigen gebracht, und eine Kanone auf der Insel demontirt. Bomben sollen fortwährend von den Mörserbooten in die Lager und Batterien der Rebellen und eine große Anzahl von Todten und Verwundeten werden auf Leitern fortgeschafft. Eine große Zahl belagerer Wagen verlassen das Tenessee-Ufer. Man schließt daraus, daß die Rebellen Anstalten zur Räumung ihrer Werke treffen. Die schwimmende Batterie der Rebellen ist näher der Insel Nr. 10 gelegt worden. General Pope erlaubte einem Kanonenboot bis auf 50 Yards heranzukommen. Eine mobile Batterie öffnete dann ihr Feuer auf das Boot und versenkte es, 15 der an Bord Befindlichen ertranken. Er hatte schon vorher 5 Kanonenboote erlaubt, gegen New-Madrit zu passiren, bis sie sich zwischen seinen Batterien befanden, und ihnen jedes Entkommen unmöglich gemacht war. Mehr als ein Dutzend feindlicher Fahrzeuge, ihre schwimmende Batterie und ihr schwimmender Widder sind im Bereiche der Kanonen des General Pope und werden entweder versenkt oder genommen werden.

Asien.

Ostindien. Der Mahratte Balla-Rao hat ein Infanterie-Regiment von Agam zur Empörung verleitet, und es sollten eben Unruhen ausbrechen, als das Complott entdeckt wurde. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

China. Eine starke Rebellenschaar ist in Woosung von den kaiserlichen Truppen unter Kommando des amerikanischen Obersten Ward geschlagen worden. Man sagt, in Nanking herrsche so große Hungersnoth, daß die Bewohner der Stadt Menschenfleisch essen. Eine Zeitung in Hongkong veröffentlicht ein Schreiben vom Missionär Roberts, welchem die Taipings, die Rebellen, ihr sehr zweifelhaftes Christenthum verdanken. Er hat endlich alle Hoffnung auf ihre gründliche Bekehrung aufgegeben und ist ihnen mit genauer Noth entkommen. Aus seinem sehr charakteristischen Schreiben theilen wir Folgendes mit: „Da ich seit 1847 der Religionslehrer von Hang-Sawchuen gewesen war, und gehofft hatte, daß aus seiner Erhebung gute religiöse, sommerzielle und politische Folgen zu erzielen seyen, war ich bisher ein Freund seiner revolutionären Bewegung, unterstützte sie mit Wort und That, so weit ich als Missionär gewissenhaft thun konnte, und ohne meinen höheren Charakter als Gesandter Christi zu beflecken. Nachdem ich jedoch 15 Monate unter ihnen gelebt und ihr politisches, kommerzielles und religiöses Gebahren beobachtet hatte, habe ich einen ganz andern Weg eingeschlagen, und ihn jetzt aus guten Gründen ihr entschiedener Gegner. Nicht, daß ich persönlich über Hang-Sawchuen klagen müßte, der jedenfalls sehr gütig gegen mich war, aber ich halte ihn für einen verrückten Menschen, der ohne organisirte Regierung nicht zu herrschen im Stande ist. Er ist von beiliger Gemüthsart, läßt seinen Horn ungezähmt gegen seine Leute aus und ausserdem wegen eines blosen ihm mißfälligen Wortes die Hinrichtung von Mann und Frau, ohne Richter oder Geschworene. Auch dem Hannel ist er nicht hold, und hat, während ich bei ihm war, wohl ein Dutzend Leute unter seinen eigenen Anhängern ermorden lassen, blos weil sie in der Stadt ein Geschäft machten. Seine religiöse Duldung und die Manchfaltigkeit der Gotteshäuser sind nichts als eine Komödie und fördern das Christenthum nicht im Geringsten. Er benützt sie lediglich als Werkzeug zur Verbreitung seines eigenen politischen Glaubens und stellt sich auf dieselbe Stufe wie Jesus Christus, an dessen Seite er selbst in der Dreieinigkeit Platz genommen hat. Ein Missionär, der nicht an diese seine göttliche Stellung in der Dreieinigkeit glaubt, ist weder seines Lebens noch seines Eigenthums unter den Rebellen sicher. So sagte er mir bald nach meiner Ankunft, daß wenn ich nicht an ihn glaubte, ich umkommen müsse, wie die Juden, die den Heiland verleugneten." Und nun ergibt er, wie sein Leben mehrmals bedroht wurde, worauf er endlich floh und seitdem vergebens um Herausgabe seiner Habe bittet bei denen, die er früher als gute Christen geschätzt hat.

Nichtpolitische Zeitung.

In Dürkheim (Rheinpfalz) wurde Frau v. Laroche durch Scheuwerden des Pferdes aus der Chaise geworfen und starb bald darauf.

Der Onkel des Lieutenant Sodde, Major v. Sodde, ist am Tage der Flucht des Genannten in Berlin gestorben. Dem Major ist bald darauf sein Bruder, ein Hauptmann a. D. nachgefolgt. Wie man nun erfährt, sind Beide an Vergiftung durch Mostrich, welchen seit langer Zeit in einem Gefäß aufbewahrt war, gestorben.

Der Vortrag des Herrn Bauer über seine Submarine hat in Frankfurt einen solchen Anklang gefunden, daß einflußreiche

Digitized by Google

Männer beschlossen haben, an den Zuschuß des Nationalvereins sich mit der Bitte zu wenden, Hrn. Bauer zur Herstellung seiner Submarine 50,000 Thlr. aus den Flottengeldern zu verwilligen.

„Examiner" behauptet, es sey eine irrige Idee, den niederen Klassen größere Leichtgläubigkeit als der höheren zuzutrauen, weil Unwissenheit weniger zu Aberglauben verleite, als poetische Stimmung. So sey der Glaube an die Einwirkung der Planeten uralt, so sehr er auch der Vernunft widerstreite, und Geisterbeschwörungen, Tischrücken und Sommandbüten' seyen artistokratische Unterhaltungen. Wie neueste Gerichtsiscenen beweisen, liege der Unterschied nur darin, daß die Betrüger der vornehmen Welt zwei Guineen erbieten, während die Schicksalsverkünder bei den niederen Klassen sich mit einem Shilling begnügten, den dadurch in den Familien erlangten Zutritt aber zu Notzucht und zu Beraubung benutzten; das ganze Treiben werfe ein trauriges Licht auf die Liebhabereien der höheren Stände.

Der erste Kongreß russischer Aerzte und Naturforscher wird im Juli d. J. zu Moskau stattfinden.

Neueste Nachrichten.

Die japanische Gesandtschaft wurde in Marseille mit großer Aufmerksamkeit und unter strenger Beobachtung des vorgeschriebenen Ceremoniells empfangen. Bei ihrer Ankunft wie bei ihrer Abreise waren zwei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Husaren aufgestellt. Am 4. wohnten sie in der Palekturloge einer Galla-Theatervorstellung bei; das Ballet namentlich schien einen großen Eindruck auf sie zu machen. Obgleich sie bereits von Suez nach Alexandria mit der Eisenbahn gefahren, hatte man doch die größte Mühe, sie zum Einsteigen in die Waggons zu vermögen, und selbst als sie bereits darin waren, suchten sie, sowie die Thüre geöffnet wurde, wieder herauszuschlüpfen. Verschiedene Offiziere des Gefolges hätten es vorgezogen, in dem Bagagewagen untergebracht zu werden. Die Gesandten selbst befanden sich in einem Ehrenwagen und wurden vom Marquis de Treboise, aus dem Ministerium des Auswärtigen, begleitet. Vier Offiziere des Gefolges hatten in dem Gasthofe eine den Gesandten gehörige, wie es scheint sehr werthvolle Reisekiste enthaltende Kassette vergessen; sie kehrten trotz alles Zuredens, daß dieselbe ihnen nachgeschickt werden solle, zu Fuß in das Gasthaus zurück, um sie zu holen. Inzwischen war der Zug abgefahren und sie mußten mit einem späteren Zug nachfolgen. Der Anblick der vielen Kreuze an den Kleidern, auf öffentlichen Plätzen u. s. w. scheint einen gewissen Eindruck auf sie zu machen. In dem Gefolge befindet sich auch ein japanischer Bonze, ein ehrwürdig aussehender Greis, der beständig eine wie einen Bischofsstab gekrümmte Weinrebe in den Händen hat. Sie führen sehr viel Gepäck mit sich. Die ganze Gesellschaft besteht aus fünf Gesandten, zwölf Offizieren und verschiedenen Dienern. Das Haupt der Gesandtschaft, Take-Uchi-Shimudu-Keno-Kami, ist ein Mann von etwa fünfzig Jahren. Ihre Physiognomien sind ausdrucksvoll und intelligent, obgleich ihr Gesichtstypus für das europäische Auge wenig Verführerisches darbietet. Ihre schwarzen Haare sind oben auf dem Scheitel zusammengebunden; mehrere habe rasirte Köpfe, bei keinem aber findet sich eine Spur von Barthaar. Sie sind durchgängig einfach gekleidet; sie tragen dunkelfarbige, wenig vergierte, gewebte Röcke, darüber einen seidenen Ueberwurf. Einflechter von weißem Musselin und Sandalen von gelbem Leder. In dem Gürtel haben sie sämmtlich, je nach ihrem Rang, mehr oder weniger elegante Dolche, und auf dem Kopfe eine Art chinesischen Strohhuts, der bei den Gesandten auf der Rückseite vergoldet ist. Sie lehnen sehr mäßig von Liqueuren und in Wasser abgekochtem Reis. Als Fleisch schienen sie geistenes Geflügel vorzuziehen. Sie essen an Tischen und bedienen sich der Messer und Gabeln. Alles wird scharf gewürzt und gepfeffert. Im Essen wie überhaupt in ihrer ganzen Lebensweise sind sie ungemein reinlich. (Zeit.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Allen Leidenden und Kranken,

die sich **portofrei** an mich wenden wollen, werde ich mit Vergnügen die warm zu empfehlende Schrift (ors Dr. Wilhelm Ahrberg, 25. Abdruck mit Attesten): „die naturgemäßen Heilkräfte der Kräuter- und Pflanzenwelt, oder natürlich heilsame Mittel gegen Magenkrampf, Hämorrhoiden, Hypochondrie, Hysterie, Gicht, Scropheln, Unterleibsbeschwerden alles Art, auch gegen den Bandwurm, wie überhaupt gegen alle durch verdorbene Säfte, Blutstockungen u. s. w. herrührende innere und äußerliche Krankheiten," mit dem Motto: „Prüfet **Alles**, das **Beste** behaltet," **unentgeltlich** unter Kreuzband franco zusenden.

[2b] Dr. **F. Kühne** in Braunschweig.

Vorräthig in der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg:

Dzierzon, (Pfarrer in Schlesien) neue verbesserte Bienenzucht. — Herausgegeben von dem Bienen-Vereins-Vorsteher, Rentmeister Bruchsch zu Koppnitz. Mit 5 Tafeln Abbildungen. Sechste Aufl. 1 fl. 48 kr. (Dies Buch hat überall gute Aufnahme gefunden und ist die empfehlenswertheste Bienenschrift)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	94 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	75 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60⅜—½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60¼ P.
„	4½ pCt.	44⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	104⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	90½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ bz. 103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.
„	3 pCt. Obl.	95½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. v. 30	48⅝ P.
„	2 pCt. „ „	43¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100⅜ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	120¼ P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	713—20 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	171½—73 G.
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
	Darmst. Bank, 1. u. 2. Serie à fl. 250	219—1/2 G.
	Wechselsche Bank à Thlr. 100 . .	79⅜ G.
	Mitteldeutsche Kreditbank . . .	90½ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	95 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	68⅜ P.
	Oest. F.-St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 200	245⅜—46 G.
	„ Klausb.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117½ P.
	„ Klausb.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77⅛—¼ G.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 100 4 pCt.	28—1/2 G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	132⅝ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106P. 105⅜G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84½ P.
	Südd. Bank-Akt. à 20 pCt. Einz.	200½P.249½G.
	Span. Handels-u. Industrie . .	510 P.
	„ Credit-Akt. d. ües. Pereire	515 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollsinbez.	107—½ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅜ G.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. à. 100 k. S.	100½ B.
Augsb. à. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ G.
Brem. 40 Th. Lad. k. S.	99⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	877/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	98⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B.
Triest. fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in sot. W. l. S.	86⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	101⅜ P.	Kurhessa. Thlr. 40 b. K.	87½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	68⅛ P.	Gr. Hessen d. 50 b. K.	131⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68⅛—⅜ G.	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858	112⅜ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	122½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	84 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose à. 10.	10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Anch.-Gunsenh. fl. 7-L.	12 P.

Frankfurt, 9. April. Für österr. Fonds, Bank-, Kredit- und Staatsbahnaktien dauerte bei den lebhaftesten Umsätzen, die günstige Stimmung fort, und erfuhren dieselben eine zum Theil ansehnliche Preiserhöhung. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten wiederum höher. Von Prioritäten wurden besonders Elisabeth- und böhmische Westbahn besser bezahlt. — bpCt. Obligationen der Stadt Marseille wurden zu 100½ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Staatsbibliothek in München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 101. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Aleuer | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 11. April 1862.

†* Korrespondenz aus Oesterreich.

Der „Botschafter" ist in der Lage, auf das Bestimmteste zu erklären, daß alle Gerüchte von neuen Verhandlungen zwischen der Finanzverwaltung und die Bank und somit auch den Tegebnissen, zu welchen diese geführt haben sollen, vollkommen aus der Luft gegriffen sind.

Der Preßprozeß des satyrischen Wochenblattes „Eulenspiegel" (veranlaßt durch Mitgetein über die Bestrafung Restoy's wegen eines Cytempore's, das er sich auf die preuß. Regierung erlaubte) endete heute damit, daß der Redakteur Kaiser von dem Vergehen der Aufwiegiung losgesprochen, dagegen wegen Uebertretung der Thierry'schen Preßnovelle (vom Novbe. 1859) zu einer Geldstrafe von dreißig Gulden, eventuell sechs Tagen Arrest; der Verleger Heine als Mitschuldiger zu einer Geldstrafe von fünfzehn Gulden, eventuell drei Tagen Arrest verurtheilt wurden. Beide haben auf die Berufung verzichtet.

Die ultramontanen „Tyroler Stimmen" sind von zwei Preßprozessen bedroht. Einmal ist die Polizei und in ihrem Gefolge der Staatsanwalt eingeschritten gegen einen von klerikaler Seite beabsichtigten Protest wider das Religionsedikt, der — alles Dagewesene an Deebheit weit überbietend — an die Gemeinden versandt wurde und gleichzeitig in den „Stimmen" erscheinen sollte. Außerdem machen die in Innsbruck anfässigen Israeliten eine Klage gegen das Blatt anhängig, weil es neulich gesagt hatte, der Staat habe seinen christlichen Bürgern keine Garantie geboten, „daß die geschichtlich erwiesene Praxis, die jüdischen Ostern mit Christenkindermord zu feiern, nicht in Anwendung komme."

In Brünn ist, wie dem „Mähr. Korresp." berichtet wird, ein Tagwerker im Armenhause todt gefunden worden. Der Leichenbeschauer gab als Todesursache Schlagfluß an. Da der Verstorbene angeblich 10 Jahre nicht zur Beichte gewesen, ward seinen irdischen Resten eine christliche Bestattung verweigert, und die Begrabung auf dem abgesonderten Friedhofe erfolgte durch den Abdecker, seine Gehilfen und mehrere Holzpflaster in bloßen Hemdärmeln.

Aus Prag wird geschrieben: Die zum größten Theile deutsche Handelskammer läßt auf Veranlassung ihres deutschen Sekretärs, Dr. Schebek, seit dieser Woche alle ihre Beschlüsse, Gutachten und dergleichen in beiden Landesspachen aufertigen und hat sich zu diesem Behufe mit einigen czechischen Literaten zur Uebrsetzung der manchmal umfangreichen, viele technische Ausdrücke enthaltenden Aktenstücke ins Einvernehmen gesetzt. Um Georgi herum findet alljährlich in Rip bei Raudnitz ein Volksfest Statt, an dem eben die niederen Klassen der Bevölkerung Theil nehmen. Im heurigen Jahre soll dieses Fest eine politische Färbung erhalten, zu einem Nationalfest gestempelt werden. Bereits sind Einladungen an alle czechischen Gesangs-, Lese-, Turn- und sonstigen Vereine ergangen. Die meisten czechischen Reichsräthe, Dr. Rieger, Palacky, Beauner, Pater Rzegac, Zeiony, Dr. Prachenky, verweilen jetzt hier.

Der „Uestisläb" bringt in seiner gestrigen Nummer ein Bild, auf welchem ein Telrskop dargestellt ist, an dessen oberem konkavem Glase ein Deutscher, am untrren konvexen ein Ungar hineinsiehet. Dazu der Text: „Sie glauben, daß wir uns nähern, wir glaubrn, daß sie sich von uns entfernen." — Bei Fünfkirchen deang am 31. Abends 7 Uhr der Räuberhauptmann Patko mit 3 Genossen in die Wohnung des Pfarrrs von Bakonya und führte von doet 1200 fl. nebst 2 Gewehren mit.

In Benedig erfolgte am 5. früh die Hinrichtung eines ungarischen Infanteriesoldaten durch Erschießen, welchre vor mehreren Wochen auf seinrn Zugskorporal das Gewehr abfeuerte und denselben sehe schwer verwundete; gleichzeitig aber trachtete er auch einen zweiten Korporal mit dem Bajonnette niederzumachen.

×× Kataster und Armenwesen in Frankreich.

Wir benützen den momentanen Stillstand, welcher in der Politik eingetreten ist, um einige Eigenthümlichkeiten unserer inneren Organisation vorzuführen. Ich wähle aufs Geradewohl zwei Fragen, welche durchaus nichts Gemeinsames haben, welche aber gleichmäßig darthun, wie leicht in Frankreich Millionen unter chimärischen Vorwänden vergeudet werden können, in diesem gesegneten Lande, wo man so sehr über das russische Budget gelacht hat, weil darauf 16 Jahre lang ein Armeekorps unter den Soldposten figurirte, das gar nicht existirte. — Sie kennen unsern Kataster, wäre es auch nur dem Namen nach; es war eine Operation, welche Frankreich mehr als 40 Millionen gekostet hat, und welches seinrn Ursprung einem Dekret von 1808 zu verdanken hat. Dasselbe wurde damals von der gesammten Klasse der Grundeigenthümre mit großem Wohlgefallen aufgenommrn, weil sie zu einem großen Theil auch den Inhabrrn der sog. Nationalgüter neuen Datums bestanden. Die Uebertragung dieses Ergebnisses der Konfiskationen, welche die Revolution an den Gütern der Emigrirten und des Klerus geübt, schien in den Augen der neurn Eigenthümer einen unangreifbaren Charakter zu erhalten, wenn sie egelmäßig gemessen und auf Karten verzeichnet würde, und wenn jede Parzelle einen Namrn trüge. Uebrigens knüpfte sich noch ein anderes Interesse an die glückliche Vollendung dieser Aufgabe, dieß war die Berubigung der Grundeigenthümer, daß sie nue nach dem Umfang und der genau unterlugten Beschaffenheit ihres Bodens besteuert werden würden; es schien ein sicheres Unterfand für eine gerechte Umeigung der Steuern. Man beneidete uns, glaubte sich, damals in ganz Europa um diese glückliche Einrichtung; man ahmte sie selbst nach; was aus ihr bei unseren verschiedenen Nachbarn geworden ist, weiß ich nicht zu sagrn. (Wir wollen unseren Herrn Korrespondrnten ergänzen; es ist in Preußen und Oesterreich um kein Haar besser ergangen, als, wie wir sehen werden, in Frankreich. Die Anlegung des Katasters kostete Millionen und so viele Jahre; daß man, um einigermaßen eine richtige Schätzung zu haben, wenn man mit der Anlegung fertig geworden, wieder vorne anfangen müßte mit der Revision. Die Millionen sind hinausgeworfen.) In Frankreich ging es folgendermaßrn:

Ein Schwarm gut bezahlter Geomrter warf sich über alle Departemente und rückte nue langsam vor. Mit dem Sturze des Kaiserreichs wurden die Arbeiten eingestellt. Die Restauration, mit ihrem Abschen vor allrn Untrrnehmungen des Kaiserrichs besann sich 12 Jahre, bis sie sich zu einer Fortsetzung derselben entschloß. Erst 1827 dachte sie daran die Arbeiten wieder anzunehmen. Die alte 1808 angefangene Arbeit mit dem Wechsel aller Art, welchem das Grundeigenthum seitdem unterworfen wordrn war, mit den Zusammenlegungen, Theilungen, Kulturänderungen, radikalen Wandlungen des Terrains, wurde gut oder schlecht mit der neuen zusammengeschweißt; und Dank der Sparsamkeit der Kammer, welche jedes Jahr eine Bertrauensfache für das Kabinet daraus machte, eine Pestition des Budgets anzunehmen oder zu reduziren, wurde das unselige Kataster erst 1840 vollendet, 30 Jahre nachdrm man es angefangen. Ein Werk dieser Ausdehnung, unter solchen Umständen ausgeführt, dürfte wohl einige Unvollkommenheiten an sich tragen, — aber die Grundeigenthümer gewahrten bald, daß das Schlimmste dabei war, daß sie sich mit der Zeit nur vervielfältigen: die Aenderungen, die Zusammenlrgungen, die Theilungen, die Modifikationen, die Umwandlungen, die nrnen Grenzziehungen der Gemeinden selbst, hatten mit der Beendigung der Pläne ihr Ende noch nicht erreicht; und von 1845 an war das Ganze des Katasters unentzifferbar geworden; es bot dem Beobachter kaum etwas mehe, als ein geschichtliches Interesse, wie das einer territorialen Urkundensammlung des Mittelalters oder einer Erdbeschreibung Egyptens unter dem König Ramses II. Nicht einmal

Digitized by Google

für die Verwaltung der Domänen war die Arbeit zu brauchen; und der Finanzminister war genöthigt neue Instruktionen auszufertigen, nach welchen die Steuerbeamten von da an jedes Jahr eine besondere Untersuchung anstellen müßten, um annähernd die Steuerquote bestimmen zu können, welche jeder Grundeigenthümer der Staatskasse schuldete. — Gleichwohl stehen wir in ganz Europa in dem Ruf, ein vortreffliches Kataster zu besitzen. Dieses ehrwürdige Denkmal geodätischer Gründlichkeit modert von Staubschichten bedeckt in den Repositorien der Matrien. Wenn man die Bände alle auf einen Haufen brächte, könnte man ein schönes Grabmahl daraus errichten, mit der Inschrift: „Hier ruhen vierzig Millionen!“

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Wie man der „Fr. Postz.“ aus Wien schreibt, ist demnächst in Sachen der deutschen Reform ein Programm der Coalitionsstaaten zu erwarten. Dasselbe werde an den Bund gebracht werden.

Bayern. Neustadt. Daß der Neustadter Turnverein seinem aufgestellten Grundsatz, „fern von aller Politik zu bleiben“, getreu ist, beweist die am Samstag geschehene Auflösung des W. Weber, Sohnes des aus den Jahren 1848 und 1849 bekannten Uhrmachers Weber. Auf die vom Turnrath an ihn gestellte Frage, ob er in Zukunft alle Politik aus dem Spiele lassen wolle, und sich den Statuten des Turnvereins fügen wolle, antwortete er: „Ich erkläre den Turnrath nicht für berechtigt, sich in politische Meinungsverschiedenheiten einzelner Turner zu mischen“, worauf ihm derselbe durch öffentliche Abstimmung einstimmig als ausgeschlossen erklärt und aufgefordert wurde, sogleich den Saal zu verlassen, welcher Aufforderung er auch Folge leistete und die Versammlung mit den Worten: „Sie, meine Herren, haben den Sieg, ich die Ehre davongetragen“, verließ. (Pf. Z.)

Preußen. Die offizielle „Sternzeitung“ sagt bezüglich des Handelsvertrags: „Frankreichs Forderungen lassen sich in drei Punkte zusammenfassen. Für die Durchfuhr gegenseitige Zollfreiheit, für die Ausfuhr desgleichen vorbehaltlich eines Ausgangszolles für Lumpen, für die Einfuhr gegenseitige Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation und Ausgleichung der beiderseitigen Zollsätze. Die ersten beiden Sätze machten keine Schwierigkeiten, dagegen entspannen sich über den dritten lange Verhandlungen, die durch breitwilliges Entgegenkommen aller Betheiligten mit den beiderseitigen Zugeständnissen schlossen, welche in dem am 29. v. Mts. paraphirten, den übrigen Zollvereinsstaaten zur Genehmigung mitgetheilten Vertrag niedergelegt sind. Konnte damit auch nicht Alles erreicht werden, was von mancher Seite gewünscht wurde, so ist doch immerhin dem Zollverein ein reiches und ergiebiges Absatzgebiet gewonnen, von dem er ausgeschlossen bleiben müßte, wenn er sich vor Gegenopfern schrute. Augerem gibt ihm der Vertrag Veranlassung, durch eine allgemeine Reform seines Tarifs Theil an der volkswirthschaftlichen Bewegung zu nehmen, die seit Jahren das ganze Verkehrsleben Europas rascher pulsiren macht und seinem größten Industrie- und Handelsstaate bereits die schönsten und segenreichsten Früchte trägt.“ (Aehnlich plaidirt auch der Pariser „Moniteur“.)

Der Mittheilung mehrerer Blätter, daß die Berliner Burschenschaft durch Senatsbeschluß aufgelöst worden sey, liegt der Umstand zu Grunde, daß der Universitätsrichter Lehnert kurz nach Ernennung des neuen Ministeriums in einer Senatssitzung den Antrag gestellt haben soll, die Burschenschaft aufzulösen. Die Mehrheit des Senats hat aber diesem Antrage nicht zugestimmt, und war der Ansicht, daß die Burschenschaft keinerlei Veranlassung zu einer solchen Maßregel gegeben habe. Ein hervorragender Gelehrter namentlich soll sich energisch der Burschenschaft angenommen haben.

Ein konservatives Wahlmanifest bei Eckardsberga sagt wörtlich: Die Demokraten oder Fortschrittsmänner wollen den König absetzen und mit Gewalt allein in Preußen herrschen, wenn er ihren Willen nicht thut. Das haben sie im Jahre 1848 gezeigt; dasselbe haben sie durch ihre Thaten im vorigen Herbst gewollt; dasselbe wollen sie auch heute noch. Daher hat sie Se. Maj. der König jetzt öffentlich für seine bittersten Feinde erklärt und erwartet von seinem Volke, daß es bei den nächsten Wahlen nach Ostern keine Demokraten wieder wählen wird. Das Regiment dreschen ist überall durch Blut und Zwietracht bezeichnet. Daß sie ihr Ziel auf keinem andern Wege, als auf dem des grausichsten Bürgerkrieges wie in Amerika, also nur durch Raub, Mord und Plünderung erreichen können, darüber kann nicht der mindeste Zweifel sein, denn gutwillig wird der König nicht abdanken. Wer also Treue und Rechtlichkeit im Leibe hat, „König und Vaterland liebt, Gott vor Augen hat und an sein und der Seinigen Heil denkt, der wähle diesmal so, wie er es vor Gott und Menschen verantworten kann; das heißt Wahlmänner, die den König ehren und den Nächsten lieben. (Gut gebrüllt.)

Hannover. Mit dem im Finanzausschusse gestellten Antrage, die Summe, welche jetzt jährlich die hannover'sche Bank dem beim Ministerium des Innern bestehenden Einschuß-Fonds einzahlt, künftig der Landeskasse zuzuführen zu lassen und die Verwendung von Geldern aus dem Einschuß-Fonds für die offiziöse Presse für ungerechtfertigt zu erklären, sind die Mitglieder erster Kammer aggressiv gegen den Minister des Innern aufgetreten, nachdem die aus der Publikation einer neuen Militär-Strafprozeß-Ordnung entnommenen Angriffe gegen den Kriegs- und gegen den Justizminister keinen Erfolg gehabt haben. Graf Borries hat jetzt eine 8 Seiten lange Deduktion drucken und an die ministeriellen Mitglieder der zweiten Kammer vertheilen lassen, in der anheimgegeben wird, Anträge in jener Richtung, die gewiß in beiden Kammern gestellt werden, abzulehnen. Bezeichnend ist es, was in der Deduktion über den Tadel der Verwendung der Gelder des Einschuß-Fonds für die offiziöse Presse gesagt wird. Die Stelle lautet: „Ein Tadel dieser Verwendung kann daher allen Umständen nach keinen andern Eindruck machen, als die Mißbilligung, daß die Regierung überhaupt Mittel für die Presse verwendet hat. Will man einen solchen Tadel aussprechen, derjenige Minister, welcher dazu getroffen wird, wird ihn, wie so manches Andere, mit Ruhe hinnehmen, in dem Bewußtseyn, daß, wer den Bedürfnissen der Gegenwart sich nicht verschließen will, die Unvermeidlichkeit einer solchen Ausgabe nicht bestreiten wird, deren in jetzigen Zeiten keine Regierung entbehren kann, sie mag einer Richtung angehören, welcher sie will.“ (Hamb. B.)

Baden. Bei der Festversammlung in Mannheim wurden folgende Resolutionen angenommen: „1) Badens Volk begrüßt in gehobener Stimmung den Gerechtigkeitssieg einer glücklichen Entscheidung in seinem vielgeprüften Staatsleben. Mit tiefem Dankgefühle erinnert es sich der bedeutungsvollen Worte, welche der Großherzog in jenem ernsten Momente an sein Volk richtete. Mit treuhigem Sinne erkennt es an, daß seine Regierung, treu bestredt, diesem Fürstenworte volle Geltung zu geben, die Verheißungen jenes Tages zu verwirklichen unausgesetzt bedacht ist. 2) Badens Volk erkennt dankbar die Bestrebungen des Großherzogs und seiner Regierung im Einklange mit dem Volke nothwendige heilsame Reformen ins Leben zu führen, die Freiheit im Innern gesetzlich zu sichern, das Glück und die Wohlfahrt des Volks auf festen unverrückbaren Grundlagen aufzubauen, die Macht und Ehre des großen Vaterlandes herzustellen und für dessen nationale Gestaltung und volksthümliche Verfassung die erforderlichen Opfer willig darzubringen. 3) Badens Volk spricht die frohe Zuversicht aus, daß seine Regierung beharrlich auf diesem Wege fortfahren, wie in der Kirche und dem Gewerbewesen, so auch in der Schule und der Gemeinde, in der Verwaltung und der Rechtspflege durchgreifende Verbesserungen einführen, das Wort und die Schrift befreien und auf allen Gebieten der selbstthätigen Mitwirkung des Volkes zu allen öffentlichen Angelegenheiten Raum schaffen werde. 4) Badens Volk findet die Bürgschaft hiefür in dem seit zwei Jahren seit eingehaltenen Gang seiner Regierung, welche unbeirrt durch alle gegnerischen Einwirkungen mit seinem einzigen Schritte von der rechten Bahn abgewichen ist, oder gar einen Rückschritt nur versucht hat. 5) Badens Volk wünscht und hofft, daß seine Regierung in dem Bewußtseyn ihrer unerschütterlichen Stellung durch eine allumfassende versöhnende Maßregel die letzten Spuren einer traurigen Vergangenheit verwischen und das ganze Volk in einem einzigen Gefühle des ungetrübten Glückes aller seiner Söhne vereinen werde. 6) Badens Volk gelobt, fest und entschlossen zu dem Großherzog und seiner freisinnigen volksthümlichen Regierung zu stehen, vereint mit ihm allen Gefahren, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mannhaft entgegen zu treten und unermüdet bei Ihm auszuharren in vielleicht drohenden schweren Kämpfen für das Recht und die Freiheit des engeren, für die Ehre und Machtentfaltung des theuren großen deutschen Vaterlandes.“

Großh. Hessen. Darmstadt, 9. April. Die Session der Assisen wurde heute geschlossen mit der Aburtheilung einer Anklage, welche gestern und heute zur Verhandlung kam, und zwar dadurch, daß ein hiesiger Geschäftsmann, der frühere Spezereihändler

Digitized by Google

Sigismund Sander, wegen einer großen Anzahl, wegen nicht weniger als 51 Wechselfälschungen im Gesammtbetrage von mehr als 27,000 fl., nebenbei wegen einer Unterschlagung, in die höchste Freiheitsstrafe, welche das Gesetzbuch kennt, in 18 Jahre Zuchthaus verurtheilt wurde. Der Strafrechtsfall gewährte nicht nur wegen dieser häufigen Wiederholung desselben Delikts, sondern auch in sonstigen Beziehungen, namentlich darum, weil der Schuldige auf fremde Kosten (die Betheiligten erlitten einen Schaden von mehr als 12,000 fl.) behaglich lebte, ein höheres psychologisches Interesse, daher das Verfahren auch das Publikum anzog, welches wiederum die Erfahrung machte: „Die Welt will betrogen seyn.“
(Zeit.)

Schweiz.

Ein bernischer Justizbeamter erhielt dieser Tage von einem Major, Escadronchef des kaiserlichen Garde-Grenadierie-Regiments, in Paris eine Zuschrift mit folgender Adresse: „An den Herrn kaiserlichen Prokurator des Arrondissements Bern, Departement Schweiz.“ Der Herr Escadronchef verlangte die Heimatschriften eines gewissen F. B., geboren in Büsingen, „Departement Schweiz.“ Das interessante Aktenstück ist durch das Mittel der kaiserlich französischen Legation an den Herrn Absender zurückgestellt worden.

Frankreich.

Der „Moniteur“ enthält heute folgenden Artikel: Der Erzbischof von Toulouse hat bekanntlich eine Jubelfeier zum Gedächtniß einer der blutigen Episoden aus den religiösen Kämpfen angeordnet; die Regierung hat nun alle vom Bischof angeordneten Prozessionen und äußerlichen Ceremonien verboten. (Der Regierung kömmt allerdings das Recht des Verbots zu, indem das Concordat ausdrücklich die Tage bezeichnet, an welchen Prozessionen stattfinden dürfen, und ohne kaiserliche Autorisation keine päpstliche Bulle gilt. Schon der Peäkelt, ja der Maire von Toulouse hätten einfach daraus hin das Fest verbieten können.)

Spanien.

Auf die Interpellation bezüglich Mexiko's erklärte die Regierung in der Sitzung des Kongresses: „Sie billige die Konvention von Soledad, so wie das Verfahren des Generals Prim, und hoffe, daß die Eintracht zwischen den Verbündeten durchaus nicht werde gestört werden.“

Die „Correspondencia“ ist autorisiet zu erklären, daß Spanien nicht daran denke, einen neuen Vertrag mit Frankreich über Mexiko abzuschließen; durch die Expedition wolle man nur Garantien gegen Wiederholung der erlittenen Unbilde erlangen, ohne die Souveränetät und Unabhängigkeit des mexikanischen Volkes anzutasten. — Der Minister Rivero hat in den Cortes eine heftige und originelle Rede gegen die Presse gehalten; er will ihren Nutzen nicht gelten lassen, denn weder Griechen noch Römer hätten sie gekannt; man müsse den Journalisten bedauern, der durch seine Feder die Weltereignisse aufhalten zu können wähne.

Italien.

Der Deputirte Cariacolo hat das Ministerium über die gegen das namentlich in der Capitanata ausgebrochene Bauernwesen ergriffenen Maßregeln interpellirt und dabei gefordert, daß Unterhandlungen angeknüpft werden, betreffs der Entfernung Franz II. aus Rom. Ratazzi antwortete, indem er die Leiden einiger südlichen Provinzen anerkannte und die Berichte darüber als übertrieben bezeichnete, er habe bei General Lamarmora angefragt, ob man die Militärmacht in den Südprovinzen vermehren sollte; dieselbe habe eine solche Maßregel aber sie überflüssig gehalten. Hinsichtlich der Entfernung Franz II. aus Rom habe die Regierung darauf bestanden, indem sie nachwies, daß seine Gegenwart eine Quelle von Unruhen und Räubereien im Lande ist. Der Kaiser Napoleon scheine die Nichtigkeit dessen und die Nothwendigkeit einer Abhülfe dagegen auch anzuerkennen, diese Frage biete aber so viele Schwierigkeiten, daß man sie nicht alle mit einem Schlage beseitigen kann. — Der Generalvikar von Bologna wurde verhaftet.

Griechenland.

Es wird gemeldet, daß die Insurgenten von Nauplia eine allgemeine Amnestie und einen Wechsel des Ministeriums verlangen. Das Amnestiedekret ist erlassen, schließt aber 19 Chefs aus. Die französischen und englischen Kriegsschiffe, welche unter dem Vorwande, die Konsuln zu schützen, vor Nauplia liegen, haben den Insurgenten gerathen, sich zu unterwerfen, und gleichzeitig den von der Amnestie ausgeschlossenen Aufnahme und Schutz zugesagt.

Türkei.

Die Montenegriner haben ein Corps Albanesen Omer-Pascha's geschlagen und ihnen 300 Gefangene abgenommen.

Rußland und Polen.

Die Veränderung der Polizeiverwaltung von Petersburg besteht in einer Vermehrung der Polizei-Mannschaft von 1225 um 200 Stadtsergeanten, welche aus gedienten Militärs gewählt werden. Für außerordentliche Bedürfnisse sind dem Ober-Polizeimeister 11,2000 Rubel zur Disposition gestellt worden. In Riga sind 10 neue Abjunkten für Quartier Polizeioffiziere bestellt worden.

Amerika.

Nachträglich zum berühmten Seekampf wird noch folgendes berichtet: Die Erschütterung von 100- und 182pfündigen auf 50 Schritt abgeschossenen Kugeln beim Aufschlagen stellte allerdings das Nervensystem der Mannschaft auf die höchste Probe. So kommt bei der fortschreitenden Bervollkommnung der Kriegswerkzeuge wieder die persönliche Tapferkeit des Mannes zu Ehren, die das Schießpulver zunächst in den Hintergrund zu drängen schien. Am stärksten wurde der Steuermann in seinem kleinen bombensesten Kasten in Anspruch genommen. Er war ihm zu Sinne, als wenn er glühendes Blei in den Ohren hätte. Doch hielt er die ganzen schrecklichen fünf Stunden über aus. Ihm wurde besondere Anerkennung und sofortige Beförderung zu Theil. Der „Herald“ sagt, der Mann sey ein geborener Bremer. Unbegreiflicher Weise hatte das Steuermannshäuschen eine viereckige Form, so daß die Schüsse rechtwinklig mit voller Kraft daraus schlagen konnten, wobei denn auch ein eiserner Balken einen Bruch erhielt. Bei den jetzt zu bauenden Monitorem macht man es rund; sonst hat das Expeiment wesentliche Verbesserungen nicht an die Hand gegeben; den Schornstein zu erhöhen, daß nicht wieder die See hereinkommt, ist leicht.

Nichtpolitische Zeitung.

Die beste Honigpflanze soll Esparsette seyn. Pastor Stein zu Niedersaulheim bei Mainz, wo Esparsette häufig angebaut wird, versichert, ein starker Schwarm habe ihm in einem Tage 21 Pfund Honig eingetragen, und ein Bienenschwarm, der vor 4 Tagen in einen leeren Korb gesetzt wurde, habe in dieser kurzen Zeit 60 Pfund Honig gesammelt. Esparsettehonig soll sich außerdem durch reinen feinen Geschmack auszeichnen.

Die Manie, verbrauchte Briefmarken zu sammeln, welche sich in England einigermaßen dadurch erklärt, daß arme Kinder, welche eine gewisse Anzahl, mehrere Hunderttausende, bei einem Gesuch um Aufnahme in eine milde Stiftung mit einreichen, vorzugsweise berücksichtigt werden, weil die Briefmarken als Beweis gelten, daß viele Leute sich für den Bittsteller interessiren, hat zur Bildung einer förmlichen Briefmarkenbörse geführt, die sich jeden Abend in Change-alley versammelt und schon über 60 Besucher hat, meist Knaben und alte Männer, welche mit den sorglältig in Büchern angeheften Briefmarken unter einander Geschäfte machen.

Ein junger Württemberger hat von Neuseland aus einen Ausflug auf die Fidji-Inseln unternommen, und gibt davon folgende Beschreibung: Fidji ist eine Gruppe von 223 kleineren und 2 großen Inseln; sie liegen unter 17° 5. und 179° 5. Länge und gehören demnach zur Tropenzone. Das Pflanzenreich liefert hauptsächlich Palmen, die Cokos, als die vorherrschende Art, ist in großer Anzahl verbreitet und gibt dem Eingebornen einen großen Theil seiner Nahrung; außerdem finden sich der Brodfruchtbaum, die Bananen, Ananas, Zuckerrohr, Baumwolle, Ingwer, Pfeffee, Citronen und Orangen in Menge im Busch vor, Sago und Tabak sind weitere Produkte, letzterer durch die Europäer eingeführt. Die Hauptnahrungsmittel sind die Yams und Taros (Calabium), Schweinefleisch und Geflügel. Das Thierreich ist, wie auf allen Südseeinseln, arm und beginnt seine einheimischen Vierfüßler in sich; an Vögeln sind schöne kleine Sänger, Papageien, wilde Tauben und Enten in Menge vorhanden; außerdem liefert die See Schildkröten, Fische, Korallen 2c. in allen nur erdenklichen Farben und Variationen. Der Eingeborenen sind es 200—300,000, ungefähr 8 pCt. derselben sind Christen, die übrigen sind noch im Heidenthum. Ein Bekannter, seit längerer Zeit unter den Eingeborenen lebend und somit gut bekannt mit denselben, erzählte: Vor einigen Monaten hätten die Eingeborenen im Innern der Hauptinsel ein Kannibalenfest gefeiert; wie gebräuchlich, brachten sie ihrem Fürsten einen Sklaven, der diesem jedoch ganz kurios vorkam; als er sich erkundigte, was für Fleisch dies sey, erhielt er die ruhige Antwort, es ist der größeste Schenkel eines jungen Knaben. Der Fidji-Eingeborene rührt kein Stück Schweinefleisch an, wenn

Digitized by Google

es nur im geringsten nicht. Menschenfleisch ißt er, wenn es halb verfault ist. Sie theilen sich in 6 Klassen ein: Häuptlinge erster Klasse, die eine unbeschränkte Gewalt über Leben, Tod und Eigenthum eines jeden Unterthans haben, Häuptlinge zweiter Klasse, deren jede Stadt (Unterabtheilung von Hütten) einen hat, dann die Kandelgenthümer, die Krieger, das Volk und zuletzt die Sklaven, im Krieg gemachte Gefangene. Die Frauen sind alle Sklaven und werden als solche verkauft und verhandelt, das heißt verheirathet. Die Eingeborenen kennen Musik und Tanz, ersteres ist einförmig und geschmacklos, der Tanz ist, wenige Kriegstänze ausgenommen, herausfordernd und frivol. In Verfertigung von Häusern, Canoes, Matten, Körben, Waffen ꝛc. sind sie geschmackvoller und reinlicher, als die Neuseeländer. Doch sind sie dem Christenthum und der Civilisation nicht so zugänglich als jene, und hiebei kommt auch der außerordentliche Mangel an Missionären in Betracht. Die Weißen sind in Anzahl 400—500, wovon die Hälfte in Oualan, dem Haupt- und Hafenorte sich aufhalten; die meisten sind: entlaufene Matrosen, Schiffszimmerleute, Handwerker, Kaufleute und Missionäre, sehr viele sind Deutsche. Gewöhnlich alle 14 Tage kommt ein großes Schiff, kauft in den benachbarten Freundschafts-, Gesellschafts- und Schiffahrtsinseln Produkte und bringt diese nach 6—8wöchentlichem Aufenthalt nach Sidney, Melbourne, Neuseeland, China, Valparaiso und anderen Häfen der Welt. Streitigkeiten werden durch einen englischen und amerikanischen Konsul geschlichtet. Alle 4—6 Monate kommt ein Kriegsschiff ein, bestraft die Verbrecher, gleichviel ob Weiße oder Schwarze, Häuptlinge oder Sklaven, brennt wilde, sich gegen die Civilisation und Mission empörende Städte nieder und segelt wieder ab, Ruinen, blaue H.....n und Gehenkte zurücklassend. Die Inseln sind paradiesisch schön, doch leider nicht so gesund, sehr heiß, und der Weiße so ganz von Wasser umgeben, fühlt sich stets träge und erschlafft. Im Sommer kommt die Cholera, die unter den Weißen fürchterlich haust, und namentlich dieses Jahr.

(S. M.)

Neueste Nachrichten.

Bayern. An die Stelle des verstorbenen Generalmajors von Passavant ist Oberst Knoll, Referent im Kriegsministerium, zum Vorstand der Administrationskommission der Militär-Fohlenhöfe ernannt worden.

Die Aktenstücke, welche durch die kgl. preuß. Gesandtschaft in Sachen des Handelsvertrages mit Frankreich übergeben worden, sind umfangreich. Dieselben werden vervielfältigt um zur Mittheilung an die Handelskammern zu dienen.

München. Das Generalkomité des landwirthschaftlichen Vereins ließ seit einigen Jahren umfassende Versuche mit geschwefeltem Hopfen anstellen. Dieselben ergaben, daß Hopfen, welcher geschwefelt, gedörrt, hydraulisch gepreßt und luftdicht verschlossen, aufbewahrt wurde, auch nach drei Jahren noch ein gutes, haltbares Sommerbier liefert. Hiesige Großbrauer haben nun diese Erfahrung ausgebeutet, und die heurigen niedrigen Hopfenpreise zur vorerwähnten Behandlung benützt. Einer derselben ließ 60 Zentner auf die erwähnte Weise bereiten. Den enormen Schwankungen der Hopfen- und damit theilweise auch der Bierpreise möchte nun in einigen Jahren begegnet werden. (N.M.Z.)

* Ueber die Kopie des Heydt'schen Schreibens ist ein Sekretär im Kriegsministerium, Namens Köhler. (S. Anzeiger.)

* Ueber die Antwort des Kardinals Schwarzenberg auf den Erlaß, welchen das Staatsministerium an die drei bömischen Bischöfe wegen ihres Verhaltens bei der Verfassungsfeier am 26. Februar gerichtet, finden wir heute in der Wiener „Kirchenzeitung" folgende aus Prag datirte Angabe: „Der Kardinal wies die Insinuationen, die ihm, als dem Erzbischof von Prag, bezüglich seines Verhaltens in der Februarfeier-Angelegenheit gemacht worden, zurück, und führte den Beweis, wie er als Kirchenfürst nur seine Pflicht gethan. Als Fürst Schwarzenberg aber verweise er den Herrn Minister Ritter von Schmerling an die Traditionen seines Hauses, denen er immer treu geblieben, und diese Traditionen des Hauses Schwarzenberg weisen die Anhänglichkeit an das Allerhöchste Kaiserhaus durchweg nach; auch der Kardinal habe hier die Ueberlieferungen seines Namens nicht verlassen, und er müsse jede Mahnung in dieser Angelegenheit für überflüssig halten.

Gegenwärtig verhandelt der Gr. Rath von Basel über den Anzug von Oberst Wieland, betreffend die eidgenössische Universität. Das Resultat kann nicht zweifelhaft sein: Basel wird ohne Widerspruch kein Opfer scheuen, diese Anstalt in seine Mauern zu ziehen. Es ist erfreulich, und zeigt vielleicht einen Umschwung in den Zeitläuften, daß gerade die Handelsstadt Basel die Initiative in der eidgenössischen Universitätsfrage ergreift; es bekennt sich wieder der evangelischen Wahrheit, daß der Mensch nicht einzig von dem Brode lebt, und seiner Bedeutung, die es in der Reformation eingenommen hat, wo ein Erasmus, Oekolampadius, Grynäus u. A. an seiner im Jahr 1459 gestifteten Universität wirkten, und der Gewissensfreiheit Bahn brachen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	84 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75¼ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80¾—⅞ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	80¾ P.
"	4½ pCt. " "	68⅛ P.
"	4 pCt. " "	—
"	3 pCt. " "	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91⅛ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	101¼ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jahr. dto.	103⅝ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.
Sachsen	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	86¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	87¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	86¼ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	100 P.
"	3 pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à ℓ. 2. 30	43⅝ P.
"	2 pCt. " " à 100 ℔ Thlr.	43 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 ℔ Thlr.	100⅛ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à ℓ. 500	1193/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à ℓ. 200	174½ G. ex D
Bayerische Bank à ℓ. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à ℓ. 250	220⅜—21 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	79 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	90⅜ G.
Taunus-Eisenbahn à ℓ. 200	204 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	86½ G.
Oest. F. St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 28 kr.	247⅛—47 G.
" Klisab.-Eisenbahn à pCt.	117⅛ G.
Bayerische Bahn Prior. à pCt.	77⅜—⅛ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligg. à 3 pCt.	84½ P.
Südd. Bank-Aktr. à pCt. 500 Fl.	2503/8 P. 2491/8 G.
Span. Handels- u. Industrie	610 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Peroire	615 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	1078/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103⅞ P. ⅜ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 80 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. k. S.	98⅞ B.
Cöln Thlr. 80 k. S.	106 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅝—⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 "	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in cst. W. 1. S.	87½ B. 87 G
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	104½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	68⅛ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅜ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	68⅞—⅞ G.	" fl. 25 do.	37½ P.
" fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	112⅜ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	122⅜ G.	Sachsen Thlr. 36 b. B.	94 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	10⅛ P. 10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Anch.-Gunsenh. fl. 7-L.	12 P.

Frankfurt, 10. April. Bei heutiger halbmonatlicher Abrechnung — die leicht von Statten ging — fanden sehr erhebliche Umsätze in allen übrigen Spekulationspapieren statt, doch erfuhren nur 5pCt. National, Kredit- und Staatsbahnaktien eine abermalige Preiserhöhung. Auch die meisten übrigen Fonds und Aktien waren fest und begehrt. Außerdem zeigte sich keine wesentliche Veränderung, nur Bayerischer Eisenbahnaktien wurden höher verhandelt. Bon Wechseln war Wien etwas höher, Hamburg begehrter, London dagegen mehr angeboten.

(Spnd.)

Digitized by Google

Kais. & k.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 102. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 12. April 1862.

×× Kataster und Armenwesen in Frankreich.

(Schluß.)

Ein anderer, trauriger, aber nicht minder illusorischer Gegenstand ist die öffentliche Armenpflege, ihre Organisation und ihre Erfolge. Sie kennen eines der gebräuchlichen Argumente der Reaktionäre gegen die „verwegenen Forschrittsmänner oder Neuerer", — um einen ihrer gelindesten Ausdrücke zu gebrauchen —, welche sich der Volksseele auf Gefahr ihres Lebens und ihrer Freiheit annehmen: Ja, sagen sie, während ihr die armen Klassen mit chimärischen Hoffnungen nährt und gefährliche Systeme aussinnt, bezugen wir ihnen unsere Fürsorge durch Thaten; während ihr sie von der utopischen Organisation der Arbeit unterhaltet, unterhalten wir sie durch Mildthätigkeit. Diese Herren zerbrechen sich den Kopf nicht darüber, ob es Gesetze gibt, welche Anzucht und Nachfrage der Lebrit regulieren; sie helfen durch Almosen.

Niemand denkt daran, nach den Erfolgen dieser Mildthätigkeit zu fragen. Wohlan, ich will mich in keine Untersuchung darüber einlassen, welche entnervende Folgen die Wohlthätigkeit an und für sich gegenüber dem Prinzip der Selbsthülfe hat; wie das Almosen allmälig das Gefühl der Würde zerstört und die Almosenempfänger allmälig demoralisirt; auch will ich die Erforderniße nicht näher untersuchen, welche auf Almosen Anspruch geben sollen; das würde uns zu weit führen. Wir kämen da auf staunenerregende Thatsachen. Ich will mich auf einen Punkt beschränken, — und da behaupte ich, daß die öffentlichen oder Privatunterstützungsgelder, welche die Wohlthätigkeitsbureaux verwalten, eine Verwendung finden, welche hinsichtlich der Resultate mit dem Erfolg des Katasterfonds rivalisiren kann.

In einem der besonders begünstigten Bezirke von Paris gibt es 15,000 Arme: unter ihnen erhalten 500 Unterstützung. Ich übergehe die 14,500, welche nichts erhalten. Ich spreche nur von den Anderen, Privilegirten. Wissen sie wohl sie erhalten? 30 Franken in zehn Raten während des ganzen Winters. Um die jedesmaligen drei Franken zu erhalten, müßen sie am Bureau einen halben Tag warten, bis sie einen Bon (Schein) erhalten, und dann wieder einen halben Tag, bis sie diesen Schein gegen das Geld umgetauscht. In mehreren Bureaux zahlt man nur einmal wöchentlich; in anderen zahlt man nur bis Mittags. Arme Frauen, die ihr Brod mit Aufwarten verdienen, und über ihre Zeit nicht verfügen können, kommen jedesmal zu spät, weil sie die Stunde nicht einhalten können. Und solche Wohlthätigkeitsbureaux, deren jährlicher Vertheilungsfonds in Geld, wie in Naturalien nur 60,000 Fr. beträgt, haben ein Verwaltungspersonal, das 18,000 Fr. kostet. Ich füge hinzu, so schwer es mir wird, es zu sagen, aber es ist die nackte Wahrheit, daß von Seite dieser Verwaltungsbeamten ein Handel mit den Bons für Naturalien getrieben wird. Der größere Theil derselben bedient sich der Bons statt eines billigen Geldes, um ihre täglichen Bedürfnisse damit zu bestreiten; man zahlt einen Kapaun mit einem halben Gentner Brod und eine Flasche Wein mit einem Dutzend Reisbündeln. Man hat mir den Kassirer eines solchen Bureau's gezeigt, der 4000 Fr. Gehalt bezieht und dabei eine Wohnung für 6000 Fr. hat. Dabei gibt dieser Mann, der ein persönliches Vermögen besitzt, große Diners, bei welchen die Ausländer des Bureau's an der Tafel aufwarten.

Ich beeile mich indessen hinzuzufügen, daß die Angestellten des Armenwesens ein Schandfleck unter dem zahlreichen Personal der Subalternbeamten der Verwaltung sind, welchen letzteren man nur das Zeugniß der Rechtschaffenheit ablegen kann.

Bei den außerordentlichen Unterstützungen des Staates geht es nicht besser zu. Der Staat gewährt viele Unterstützungen; man weiß es; denn er verkündigt es laut. Was kümmert ihn die Wirksamkeit seiner Hülfe? Nicht mehr, als der Kataster und noch manche andere Dinge, von welchen ich Sie noch unterhalten werde. Es kommt bei dem Bonapartismus Alles zu nur auf den augenblicklichen Effekt an.

Deutscher Bund.

In der 15. Bundestagssitzung erfolgte Seitens mehrerer Regierungen die Anzeige von Beschickung der in Hamburg zusammentretenden Kommission für die Küstenvertheidigung. Oesterreich wird den Generalmajor v. Ruff, Hannover den General Müller abordnen. Sachsen zeigte seine Bereitwilligkeit zur Annahme der Zusätze zur deutschen Wechselordnung an; Württemberg die Betheiligung an der Kommission für die gemeinschaftliche Civilprozeßordnung in Hannover. Von Preußen und den übrigen Zollvereinsregierungen wurde Mittheilung gemacht über die zwischen ihnen vereinbarten Grundsätze bezüglich der Zollfreiheit der für die Ausrüstung der Bundesfestungen bestimmten Gegenstände resp. der Ausdehnung dieser Zollfreiheit. Mehrere Vorträge und Beschlüße betraten militärische Angelegenheiten. Eingereicht wurde die bereits durch die Presse bekannt gewordene Eingabe der Wähler in Kassel für das Wahlgesetz von 1849, zugleich aber auch eine Eingabe des neuen Hessenvereins für 1860. Die Schriftstücke wurden der Reklamationskommission zugewiesen. Für die Centralverwaltung des Bundes (Kassen- und Kanzleiwesen) wurde die übliche Jahresmatrikularumlage von 60,000 Gulden beschlossen. Die Versammlung, heute in allen ihren Mitgliedern vertreten, vertagte sich wegen der bevorstehenden Festtage bis zum 1. Mai. (Zeit.)

Bayern. Inzwoeit der Handelsvertrag mit Frankreich die Interessen der einzelnen Regierungsbezirke Bayerns berührt, steht ohne Zweifel den Landrathen das Recht zu, auch in Bezug auf ihn Anträge an die Kammern zu bringen, wie schon in früheren Jahren derartige, den Handel und die Industrie der einzelnen Regierungsbezirke betreffende Anträge von den Landrathen mehrerer Kreise berathen und beschlossen und in den Landrathsabschieden beschieden worden sind. Man darf deßhalb annehmen, daß die diesjährigen, im nächsten Monate stattfindenden Versammlungen unserer Kreisvertretungen auch die bezüglichen Bestimmungen des in Rede stehenden Vertrags in den Kreis ihrer Berathungen ziehen werden. (N. Z.)

München. Unter den sehr zahlreichen ministeriellen Vorlagen, welche der morgen früh von hier nach Pisa abgehende Kabinetskurier dem Monarchen zur Genehmigung zu unterbreiten hat, befindet sich auch die Verordnung bez. der Bildung und der Sitze der in Folge Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches zu errichtenden Handelsgerichte. — Die in München zu errichtenden acht Notariate werden, wie es heißt, an acht hiesige, sehr renommirte k. Advokaten verliehen und dann die Stellen, der letzterem nur zum Theil wieder besetzt werden. (L. A.)

Der vormalige Oberstlieutenant Thumser, welcher bei Beginn des heurigen Jahres unter dem Titel „Alhalla" ein Blatt herausgegeben, hat gegen die Redakteure des „Kunich" und „Schalksnarren" Klage wegen Ehrenkränkung durch die Presse geführt. Am 9. d. sollten am Bezirksgerichte München I/J. die betreffenden öffentlichen Verhandlungen stattfinden, dieselben wurden aber vertagt, da noch weitere Erhebungen gepflogen werden müßten.

Die „Pfälzer Ztg." schreibt: Daß neue Regierungsblatt, die „Bayerische Zeitung", wird also am nächsten Montag, den 14. d. M., vom Stapel laufen. Da sie ganz im Besitze der Regierung ist, so wird letztere nach Außen auch die Verantwortlichkeit für den Inhalt zu tragen haben und daher, wir man vermuthet, in der Person des Hrn. Ministerialrathe v. Daxenberger einen Respicienten bestellen. Der Redaktion sind natürlich durch ein solches Verhältniß Hände und Füße gebunden; sie muß jedes Wort auf die

Digitized by Google

Goltwage legen und kann manche Fragen, darunter oft die für das Publikum interessantesten, gar nicht besprechen oder höchstens nur ganz kurz und lose berühren. Damit ist aber auch die Signatur des neuen Blattes gegeben: es wird, wie die meisten offiziellen Organe, ziemlich trocken werden und daher wenig Einfluß üben, sondern fast nur Belehrten predigen. Wer irgend die Preßverhältnisse kennt, glaubt dießhalb auch an keine längere Dauer des neuen Unternehmens. Nachdem es hübsche Summen gekostet und wenig Verbreitung gefunden hat, wird die Regierung wieder auf den einzig geldsparenden Weg zurückkommen, die Zeitung einem selbständigen Verleger zu überlassen, diesen aber in den Stand zu setzen, das Blatt würdig und reichlich auszustatten."

— Der Direktor der pfälzischen Eisenbahnen, Hr. Jäger, ist von Ludwigshafen nach Karlsruhe gereist, um daselbst im Auftrage der bayerischen Regierung mit Baden über die Betheiligung der Anstände brüglich der Windener Bahn zu unterhandeln. Man erwartet von diesen Unterhandlungen ein baldiges günstiges Ergebniß.

Preußen. Der Oberpräsident von Bonin hat die Landrathsämter der Provinz Posen in Kenntniß gesetzt, daß in kurzer Zeit viele mit Päßen versehene junge Polen in Gesellschaft von 15 bis 20 Paris verlassen, um sich durch Deutschland nach Polen zu begeben, und fordert sie auf, die ihnen untergebenen Behörden zur Wachsamkeit anzuregen. Unter der polnischen Emigration in Paris gibt sich seit einiger Zeit große Regsamkeit kund. Gleichzeitig mit den nach Polen entlandten Emissären begaben sich etwa 70 jüngere Emigranten ebenfalls in Trupps von 15 bis 20 nach Italien, um sich in die polnische Legion einreihen zu lassen. Die polnische Mittelschule in Genua hat unter der Protektion des Fürsten Marcell Bonaparte und unter der Oberleitung des Generals Mysloch einen neuen Aufschwung genommen.

Intendantur-Sekretär Köhler im Kriegsministerium ist zwar verhaftet, jedoch auf Weisung des Justizministers wieder entlassen worden. Der Justizminister soll nämlich ein solches Verfahren als aller Berechtigung entbehrend erklärt und namentlich hervorgehoben haben, daß der betreffende Beamte „möglicherweise" im Disziplinarwege seines Amtes enthoben werden könne, daß aber für eine Untersuchung nach den Formen und Härten des gewöhnlichen Strafrechts kein Grund aufzufinden sey. Die öffentliche Meinung war längst darüber einig und wunderte sich nicht wenig über den Apparat, der in Scene gesetzt wurde, weil ein Beamter die Zerfahrenheit der Zustände durch das Anerkenntniß einer Autorität enthüllt und vielleicht auch Hrn. v. d. Heydt einen wesentlichen Dienst geleistet. Mit großer Hartnäckigkeit erhält sich nämlich noch immer die Behauptung, daß die erste Veranlassung zu der Veröffentlichung des Briefes auf Kreise zurückführe, in welchen die Unhaltbarkeit der Lage längst vollständig erkannt und von welchen mit dem Briefe ein kühner Versuch gemacht sey, zu guter Letzt noch eine Aenderung herbeizuführen.

Die ministerielle „Sternzeitung" sagt: Zur Erweiterung der Gebmittel für die preußische Flotte sey neben der angezogen Erhöhung des Salzpreises auch eine Erhöhung der Maischsteuer vorgeschlagen und scheine sich vorzugsweise zu empfehlen. Die Quart Branntwein war in Preußen bisher nur mit 12 Pfennigen besteuert, während in England 17½ und in Frankreich 2 Silbergroschen davon erhoben wurden.

In einer Berliner Wahlversammlung sprach unter Anderm der Fortschrittsmann Twesten: „Was man uns versagte und zum Verbrechen machte, die Spezialisirung der Etats und die Reduktion des Militär-Budgets, das geschieht jetzt, das erklärt jetzt Herr von der Heydt selbst für ausführbar und für nothwendig. Wir sollten durch eine Einschränkung der übermäßigen Ansprüche die Machtstellung Preußens gefährden, jetzt kann die Regierung einige Millionen missen. Es zeigt sich deutlich was ich früher gesagt: die reaktionäre Hof- und Militär-Partei hat ihre Schroffheit nicht aus sachlichen Gründen auf, sondern um verhaßte Minister mit der Volksvertretung zu entzweien und dann zu beseitigen. Nachdem dies gelungen, gibt man zu, was den liberalen Ministern und Abgeordneten vorlags wards. Selten ist das Auftreten einer Partei so schnell und schlagend durchschaut worden, als das der Fortschrittspartei. In den Fragen, um deren willen man uns als Feinde von König und Vaterland angriff, wird und Recht gegeben, aber desto lauter erschallt das Feldgeschrei gegen uns: Königthum oder Parlament. Der Ruf ist falsch. In Preußen darf es nur noch heißen: König und Parlament. Unter jenem Geschrei birgt sich nur der alte Absolutismus. Zur Zeit des vereinigten Landtags erklärten (nach Bornhagen) Mitglieder der königlichen Familie: man könne allenfalls Stände zugeben, nur am Militär, um auswärtige Angelegenheiten und um das Budget dürften sie sich nicht bekümmern. Der Regel wird gefolgt, wenn man jetzt die Thätigkeit der Volksvertretung überall einzuschränken sucht, Alles möglichst ihrer Einwirkung entzieht, in allen Dingen der Regierung die Entscheidung vorbehält. Aber wir haben verfassungsmäßige Rechte, die wir uns nicht mehr dürfen verkürzen lassen. Unser Parlamentarismus ist nicht der englische. Die Regierung ist nicht in allen Dingen von dem Parlament abhängig. Aber über gewisse Fragen hat auch bei uns die Volksvertretung nicht blos zu rathen, sondern zu entscheiden. Das ist eine parlamentarische Verfassung. Wir sind in dem Konstitutionalismus, seine Entwicklung ist die Aufgabe unserer Zeit. Ihr müssen Alle dienen, mit oder ohne Willen. Selbst die Gegner führen auf, was die Vertheidiger fordern. Die jetzige Krisis wird und wurde führen. Wir haben ohne Zweifel das letzte Ministerium der Reaktion im heutigen Sinne des Wortes vor uns, und wenn das preußische Volk fest und entschlossen sein gutes Recht wahrnimmt, so wird es nicht lange bestehen. Freilich aber müssen wir fest stehen. Denn die Reformen, welche nothwendig sind, um die Stellung Preußens in Deutschland und Europa zu erhalten und zu heben, dürfen wir von der jetzigen Regierung nicht erwarten. Wir müssen festhalten an der Wahrheit eines freien Verfassungslebens um Preußens, um Deutschlands willen.

Der gegenwärtige preußische Ministerpräsident Prinz Hohenlohe ist der zweite Sohn des Fürsten von Hohenlohe, der in der Schlacht bei Jena, am 14. Okt. 1806, eine preußische Heertheilung befehligte, und vierzehn Tage nach der Niederlage, am 28. Okt., bei Prenzlau in der Nähe einer starken Festung mit einem Korps von 17,000 Mann ohne Schwertschlag kapitulirte. Er zog sich auf sein Gut Schlawentzitz in Oberschlesien zurück, und starb daselbst im Jahre 1818. Sein Sohn, der Ministerpräsident Prinz Adolf ist ein reicher Theil der Majoratsherrschaft Koschentin in Oberschlesien mit fünf Ritter- und elf Pertinenzgütern im Kreise Lublinitz, mit einem Areal von 62,705 Morgen. Mit seinen Vettern, den Herzogen von Ujest und von Ratibor, gehört er nicht blos zu den ersten Grundbesitzern, sondern auch zu den angesehensten Eisen- und Kohlengruben- sowie Hüttenverbesitzern von Oberschlesien.

Baden. Bei dem Festmahl der Abgeordneten in Karlsruhe toastete Blumenstihl auf die Einigkeit von Fürst und Volk, die in Baden nicht als sich mißtrauisch gegenüberstehende feindliche Mächte gelten und Minister Stabel: Das Ministerium sey kein rothes und kein schwarzes, es huldige der deutschen Trikolore. Minister Roggenbach schloß die Trinksprüche mit folgendem Toast: „Der Bethätigkeit im Kampf unter der Aegide der Verfassung."

Thüringen. Meiningen. Das Neueste ist, daß der Landtag bei Berathung eines Nachtrags zur Strafprozeßordnung den Antrag stellte, daß Preß- und politische Vergehen zur ausschließlichen Kompetenz der Geschworenengerichte verwiesen werden. Die Regierung erklärte jedoch, daß sie dies wegen der entgegenstehenden Bestimmung der Bundesbeschlüsse von 1854 nicht vermöge, worauf der Landtag sich auf das Bestehen der großen deutschen Staaten berief, in welchen ungeachtet jene Bestimmung auch nicht befolgt worden sey.

Schleswig-Holstein. Die Aufregung in Kiel dauert ungeschwächt fort. Erst am 5., dem Jahrestage von Eckernförde, ist von Kopenhagen die — nicht erbetene — Entlassung des Etatsraths Kirchhoff (der zugleich zum Konferenzrathe, dem zweithöchsten Titel in dem Staate, unmittelbar nach dem Geheimen Konferenz- oder Geheimrathe, ernannt worden ist), und die Ernennung des nunmehrigen wirklichen Etatsraths Bargum zum Bürgermeisteramte Kiel angekommen. Die ganze Bürgerschaft Kiels ist über die Ernennung eines Mannes, den bisher Niemand auf der Straße grüßte und dem Jeder wie einem Verpesteten aus dem Wege ging, empört. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Der mehrerwähnte Diebstahl in der Nationalbank kam am 9. d. zur Verhandlung. Mangel an wahrem Rechtlichkeitssinne, übertriebene Spitzfindigkeit sind es, die schon wiederholt so Manchen vor die Schranken des Gerichtes gebracht. Leopold Meisenedre, 58 Jahre alt, aus Oberösterreich gebürtig, galt bis vor Kurzem als einer der rechtlichsten Männer und hatte es durch Redlichkeit und Treue dahin gebracht, daß er bei der Nationalbank-Administration in der k. k. priv. Nationalbank zum Unterkassier ernannt wurde. Als solcher hatte er eine Revenue von jährlichen 2200 fl., immerhin ein Einkommen, das geeignet ist, den Vater selbst einer größern Familie vor dem Abweichen von der Bahn des Rechtes zu schützen. Dessenungeachtet erlaubte sich Meisenedre Angriffe auf das Eigenthum der Bank. Er gesteht, daß er im Jahre 1849 mit diesen Angriffen begonnen und selbe bis 1861 fortgesetzt habe, wo er den Armen der Gerechtigkeit anheimstel. Der Gerichtshof verurtheilte Meisenedre wegen Verbrechens des

Digitized by Google

Dienstahls zu 6 Jahren schweren Kerkers. Gegen dieses Urtheil erklärten sowohl die Staatsbehörde als der Angeklagte die Berufung an.

Dänemark.

Der König hat dem vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf sanktionirt, welcher für Schweden, Norwegen und England der die bisher bestehende Paßfreiheit, bei der Ankunft aber bei Reisen in Dänemark mit einem Passe versehen zu seyn, sowie für Inländer die Verpflichtung, zu Reisen ins Ausland mit Pässen versehen zu seyn, aufhebt. Auch ist für Personen, welche in Frankreich, den Niederlanden, Belgien und den Vereinigten Staaten Amerika's zu Hause gehören, Paßfreiheit eingeführt. (Und die Deutschen?)

Schweiz.

Der eidgenössische Oberstlieutenant Fawe aus Genf, der den letzten preußischen Manövern bei Köln anwohnte, hat eine Broschüre über die preußische Armee geschrieben, welche Manches adelt und beklagt in der Schweiz sehr beachtet wird. Das „Genf. J." gibt ausführliche Mittheilungen darüber.

Großbritannien.

Erwähnenswerth ist, daß Kapitän Cooper P. Coles schon im Jahre 1855 der Admiralität, mehreren einzelnen Ministern, dem verstorbenen Ingenieur Brunel und auch dem Prinzen Albert den Plan zu einem eisernen, mit einer Kuppel (oder einem Schießthurm) versehenen Schiffe vorgelegt hatte, das mit kleinen Abänderungen genau so gezeichnet war, wie der amerikanische „Monitor". Aber trotzdem er von allen Seiten über seine Erfindung höchlich belompimentirt worden war, hatte er es doch nicht durchsetzen können, daß die Admiralität ein Schiff nach seinem Modelle bauen ließ. Jetzt freilich kommen die Coles'schen Thürme zu Ehren. Der Erfinder macht nun die verbesserten, detartige Schiffe von der Größe des „Monitor" für 60.000 Pfd. St. herzustellen und im Nothfalle mit einem versehen den berühmten „Warrior" in den Grund zu bohren. Gleichzeitig jedoch versichert Whitworth, der Erfinder der nach ihm genannten Kanonen, er sey im Stande, mit seinen Stück- und Hohlkugeln auch die Eisenplatten des „Monitor" zu durchbohren.

Frankreich.

Bei Hof ist's still. Die Prinzessin Mathilde ist in der größten Besorgniß über die Lage der Dinge, sie spricht mit ihren Hofdamen nur noch von ihren Befürchtungen für die Zukunft. Die eine davon, die Wittwe des Generals Espinasse, ohne Zweifel um die Einförmigkeit dieser Gespräche zu unterbrechen, beabsichtigt, den General Canrobert zu heirathen, dessen Herz sie nicht zum ersten Mal erobert haben soll. Man sagt sogar, daß sie es gewesen sey, welche am 2. Dezember Canrobert dazu bestimmt habe, am Staatsstreich theilzunehmen.

Das gestern auszugsweise mitgetheilte Dekret lautet ausführlich: „Die durch den Hirtenbrief des Erzbischofs von Toulouse vorgeschriebene Feier eines Jubiläums vom 16. bis zum 23. Mai d. J. ist nichts anders, als die Gedächtnißfeier einer schmerzlichen und blutigen Episode unserer ehemaligen religiösen Streitigkeiten. Die jetzigen Gesetze und der Artikel 1 des Konkordats bezüglich der äußern Ausübung des katholischen Kultus, machen es der Regierung zur Pflicht, eine Ceremonie zu verbieten, die unter den verschiedenen Klassen der Bürger Spaltungen und Haß erzeugen und den öffentlichen Frieden stören kann. Demzufolge und ohne im Geringsten von dem, aus unkenntlichen Zeiten herstammenden Brauch, welcher die Prozession der „heiligen Körper" einsetzte, abzuweichen, hat die Regierung beschlossen, daß alle auf die Feier des Jubiläums bezüglichen und in der Anordnung des Hirtenbriefes erwähnten Prozessionen oder Ceremonien außerhalb der Kirche untersagt werden sollen."

Griechenland.

Am 30. März hat das Fort Palamedes das Feuer auf die k. Truppen eröffnet. General Hahn ließ nun durch den französ. Vice-Konsul anzeigen, daß er das Feuer erwidern werde, wenn es nicht eingestellt würde. Da aber die Insurgenten darauf keine Rücksicht nahmen, und einige Soldaten durch ihre Geschosse verwundet wurden, gab er das Signal zum Bombardement der Stadt, wo in Folge dessen große Bestürzung herrschte. Als darauf alle Forts die weiße Fahne aufzogen, ließ General Hahn das Feuern einstellen, indem er die Einwohner aufforderte, dieselbe zu verlassen, was jedoch die Insurgenten nicht zugaben.

Türkei.

Konstantinopel, 10. April. Die Pforte hat die Mächte unterrichtet, daß sie in Folge der unaufhörlichen Feindseligkeiten der Montenegriner dem Fürsten von Montenegro ein Ultimatum mit der Forderung zugehen habe: die Gefangenen sofort herauszugeben und sich ausdrücklich zu verpflichten, die Einfälle in das türkische Gebiet zu verhindern.

Die Popularität des Sultans nimmt täglich zu. Unter dem Vorwande, daß in dem Finanzplan Fuad Pascha's nicht angegeben ist, in welcher Weise die Zeitmittel eingetrieben werden sollen, haben die Ajoteurs die Gemüther dermaßen aufgeregt und ein Steigen des Geldes um 15 pCt. veranlaßt, indem sie vorgeben, daß die Kaimeh konsolidirt werden sollen. Die Pforte nimmt Maßregeln, um diesen Manövern entgegen zu arbeiten. — Durch einen Ueberfall haben sich die Insurgenten eines kleinen Forts des Antivari bemächtigt, das von einigen hundert Baschi-Bozuks besetzt war, welche theils getödtet, theils gefangen wurden. Dieses Ereignis alterirt indessen nicht die vortheilhafte Situation der türkischen Armee, welche alle wichtigen Punkte besetzt hält.

Rußland und Polen.

In Warschau versuchten die Studenten in der Kathedrale eine Demonstration durch Störungen, um das Publikum zum Verlassen der Kirchen zu bewegen. Der Erzbischof wurde einen Augenblick gestört; nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, dankte derselbe den Zurückgebliebenen mit beredten Worten. 14 Aufwiegler wurden beim Herausgehen aus der Kirche verhaftet.

Amerika.

„Deutsche Hiebe", sagt ein amerikanisches Blatt, „sind ein sehr respektabler Artikel, werden aber sehr wenig geliebt von den „ritterlichen" Südländern. Einen der Helden von Fort Donnelson erzählte unlängst in einem Salon, ein Südländer könne jederzeit vier Yankee's dreschen — aber die Deutschen seyen ihnen ebenbürtig. Wären bei Fort Donnelson nicht so viele Deutsche gestanden, die Yankee's würden nie in das Fort gelangt seyn. Eines ihrer Regimenter habe am zweiten Tage vier Yankee-Regimenter zurückgeworfen und eine Batterie erobert gehabt, als ihm diese durch eine deutsche Kompagnie von Illinois abgenommen worden sey. „Als wir nur Yankee's zu bekämpfen hatten", behauptet der südliche Ritter, „sochten unsere Leute wie die Löwen; sobald sie aber merkten, daß von den verd— Dutchmen anrückten, ging der Löwenmuth unserer Soldaten im Geschwindschritt auf und davon. Zuletzt ward es so schlimm, daß ganze Regimenter davon liefen, sobald das Schreckenswort ertönte: „Es kommen Dutchmen!"

Nichtpolitische Zeitung.

In Crefeld begab sich ein in mißlichen Familien-Verhältnissen lebender, der Trunksucht ergebener Maschinenbauer zu seiner von ihm getrennt lebenden Frau in der Absicht, diese und dann sich selbst zu tödten. Er fand seine Frau nebst einer Nachbarin, zog ein Doppelpistol und zielte. In dem Augenblick griff die Nachbarin nach der Waffe, wobei sie eine Wendung machte, belam nun selbst den Schuß in den Rücken und sank todt zusammen. Die That machte den Mörder wie rasend. Ein herbeieilendes Mädchen erhielt von ihm einen Streifschuß am Kopfe, und als der Mann der Getödteten herbeieilte, griff der Mörder diesen mit einem Dolche an und versetzte ihm zwei lebensgefährliche Stiche in den Unterleib. Die eiligst herbeigezogene Polizei fand den Mörder ganz ruhig; ohne den geringsten Widerstand zu leisten, ließ er sich in Haft nehmen. — Im Kreise Bergheim besteht einen jungen Mann, den vor 14 Tagen ein Hund gebissen, die Wasserscheu. In seiner Wohnung mit dicken Brettern abgesperrt, zertrümmerte er vor seinem Tode noch Thüre und Fenster.

Räuberhauptmann Pasko hat nach dem Bericht von ungarischen Reisenden vor Kurzem auf der Puszta von Bittye mit sechs seinen Gehülfen ein vollständiges Treffen gegen 12 k. Jäger und 8 Panduren bestanden. Die Räuber feuerten von dem Saume des Waldes aus auf die im freien Felde aufgestellten Angreifer, und verschwanden spurlos in dem Dickicht, nachdem sie einen der Panduren erschossen hatten.

In Schaffhausen beschäftigt man sich, wie in Schleitheim und dem badischen Stühlingen mit Anlegung einer Pferdebahn. Bereits sind vorläufige Studien badischerseits sowohl, als von Seiten der betreffenden Gemeinden gemacht worden. (Eine andere Pferdebahn wird gegenwärtig in der Schweiz, von Genf nach Carouge, in's Werk gesetzt. Der Regierungsrath von Baselland hat den nachgesuchten Betrieb eines Lokomobils (Dampfwagen auf gewöhnlichen Straßen) auf den dortigen Straßen genehmigt, jedoch mit dem Vorbehalt, diese Bewilligung sofort wie-

Digitized by Google

der zurückzuziehen, wenn sich ergeben sollte, daß Straßen und Brücken zu viel leiden, die Unterhaltungskosten sich steigern und der Verkehr gehemmt und gelähmet würden.)

Uebrigens hängt mitgetheilte See-Unglück im Marmora-Meere erfährt man nachträglich noch Folgendes: Der russische Dampfer „Kochlive" konnte sich nur vier Minuten auf dem Meere erhalten, nachdem er den entsetzlichen Stoß, der ihn wörtlich in zwei Stücke brach, von dem aus London kommenden „Laconia" erhalten hatte. Der Prozeß wird jetzt verhandelt, doch wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Schuld auf den Russen fallen, dessen leidende Mannschaft, in den Armen Morpheus' und Bachus' versunken, dieses Unglück einzig und allein durch Unvorsichtigkeit herbeigeführt. Die Zahl der Opfer ist und wird vielleicht auch unbekannt bleiben, und wenn man annimmt, daß die russische Agentie Hundert nennt, so kann die Zahl, die man letztlin mittheilte (240), nicht für übertrieben gehalten werden. Es soll eine herzzerreißende Scene gewesen sein, das Geschrei der aus dem Schlafe auffahrenden Passagiere in der mondhellen Nacht bei sonst stiller See war auf einige Meilen weit hörbar, und benahm den Kapitänen auf beiden Seiten Fassung und Ruhe. Auf der nicht minder beschädigten „Laconia", die nur durch ein Wunder entkommen, war die Verwirrung grenzenlos, denn als man die „Colchive" verschwinden sah, meinte man bald in den schwarzen Abgrund nachzusinken. Auch da wollte sich alles retten, und dazwischen tönte einem das Zetergeschrei der armen Unglücklichen zu, die von dem sinkenden Wrack ihre flehenden Arme ausstreckten. Ein Augenzeuge erzählt, gesehen zu haben, wie ein türkischer Kadi, der ein familie sich nach Rumelien begab, in dem verhängnißvollen Augenblicke, seine vier Kinder zusammenraffte, seine Frau umarmte und sich, Allah! Allah! anrufend, ins Meer stürzte, während auf einer andern Seite ein Archimadon, den der griechische Patriarch nach Tripolitanien schickte, mit den Worten: „Christus! Christus!" ein gleiches Loos theilte. Unter den Geretteten befindet sich ein russischer General mit zwei Adjutanten, der die Geschenke des russischen Kaisers für das Kloster auf Athos mit sich führete; sämmtliche Pretiosen gingen zu Grunde, nur 2000 Dukaten konnte man retten.

Neueste Nachrichten.

München. Vor Kurzem hat das k. Staatsministerium des Handels u. die Ergebnisse der Wirksamkeit des allgemeinen Landgestüts für das Jahr 1861 veröffentlicht. Hienach stieg seit 1850 die Zahl der vom Staate unterhaltenen Beschälstationen von 54 auf 80, die der Beschälhengste von 200 auf 302, und die der jährlich bedeckten Stuten von 5984 auf 17,639. Die Leistungen des Gestütes wurden überdies durch das Institut der Privatbeschäler, deren Zahl seit sieben Jahren sich gleichfalls von 265 auf 678 gehoben hat, wesentlich unterstützt. Die k. Landgestüts-Verwaltung gibt über ihre Thätigkeit den Pferdezüchtern genaue Auskunft. (N. M. Z.)

Aus Hohenschwangau erhält die „N. M. Z." die Nachricht, daß die am Auftrage S. M. des Königs unternommene Anlegung eines Kanals aus dem Schwansee behufs dessen Regulirung und Entwässerung des königlichen Parkes, welche am 1. November 1861 begonnen wurde, durch den Obergeometer und Kulturtechniker von Oberbayern, Herrn Erhart, Mitte vorigen Monats vollendet worden ist. Dieser Kanal hat die Länge von 12,000 Fuß und sein Bau gewährte den Bewohnern der dortigen Gegend den Winter über einen ersprießlichen Verdienst.

In Graubünden war die Kompagnie des Hauptmann von B. von achten ostpreußischen Infanterieregiment angetreten. Hauptmann von B. erschien und erhielt auf seinen vorschriftsmäßigen „Guten Morgen" keine Antwort, seinem Kommando „Gewehr auf" wurde nicht nachgekommen; außer dem Leutenant, Fähndrich und Feldwebel rührte sich kein Mann. Hierauf rief von B. 20 Mann namentlich auf vorgetreten und wiederholte ja ihnen sein Kommando, welches auch sofort ausgeführt wurde. Ein nochmaliges Kommando für die ganze Kompagnie wurde wiederum nicht befolgt. Hierauf wurde der Kommandant von Wollenhaupt beigeisenen und sein „Guten Morgen" alseitig beantwortet. „Kinder, der Herr hat euch angegrüßt" fragte von B., worauf keine Antwort erfolgte. „Hat Niemand eine Klage zu führen?" fragte von B. weiter. „Alle!" war die einstimmige Antwort. v. B. ist vorläufig suspendirt, ein Unteroffizier, sechs Gemeine verhaftet und die Untersuchung im Gange.

Schweiz. Oesterreich zeigt dem Bundesrath an, daß es keine Päße der italienischen Regierung visiren lasse. — Mit Frankreich droht schon wieder ein Konflikt. An der französisch-Solothurner Gränze wurde, wie erwähnt, ein Franzose getödtet. Die französische Gesandtschaft verlangt nun vom Bundesrath Aufschluß über diesen Vorfall, ohne das gerichtliche Urtheil abzuwarten, welches doch den besten Aufschluß ertheilen könnte. — Bern wünscht bekanntlich Vereinigung der Katholiken im alten Kanton, namentlich in der Stadt Bern mit dem Bisthum Basel. Der päpstliche Geschäftsträger antwortet nun darauf, daß ihm jetzt die Zeit mangle, sich mit dieser Frage zu befassen. Damit ist sie natürlich auf die lange Bank geschoben, gleich der Lostrennung von Tessin. (S. M.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	84¼ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	77½P. 76¾G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61¾—½ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	59¼ P.	
„	4½ pCt. „ „ „	44⅝—¾ G.	
„	4 pCt. „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4 E. (C. b. R.)	103¾ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅛ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97,97⅜ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.	
„	3 pCt. Obl.	96½ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6, 7, 8	48⅝ P.	
„	2 pCt. „ „ „	43 G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr	104⅝ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	. . .	1194⅛ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	. .	737—29 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	.	177—½G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	. . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250		229—20 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	. . .	79⅜ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	. . .	90⅛ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	. . .	330 P. exD.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	. .	67 G.
Ost. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 208 kr.		249½—49 G.
„ Elisab.-Eisenbahn b pCt.	.	117½ P.
„ Eisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7		77½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt.		99¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		134¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		106 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		84¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		350½P.349½G.
Span. Handels- u. Industrie . . .		510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire		516 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlbar.		101¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 50 k. S.	104⅛ G.
Bremen 50 Th. Lst. k.S.	103⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 z. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in fal. W. 1. S.	87¾—⅞ G.
Disconto	3 pCt.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	107—8 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ G.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	69⅜—⅝ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅝ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69¼—70 G.	„ fl. 25 do.	37¼ P.
„ fl. 100 Lisab. l. v. 1858.	112⅜ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. Scheine	122⅛ G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Genois m. pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50 .	—	Vereins-Loose fl. 10.	19¼ P. 19 G.
Badische fl. 35 .	35¼ P.	Arads-Gunzenh. fl. 7-L.	19 P.

Frankfuet, 11. April. Schon bei Eröffnung der Börse zeigte sich Kauflust für öffert. Fonds, Bank- und Industriepapiere, sowie für Anlehenslooose und es erfuhren dieselben bei lebhaften Umsätzen eine sehr namhafte Preiserhöhung. Sämmtliche übrige Fonds waren fest, wenn auch ohne bedeutende Kursveränderung. Hessische Ludwigsbahnaktien wurden besser bezahlt. (Schl.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 103-4. | Pränumerationszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Postcouren wird die deutsche Meile oder Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 14. April 1862.

Nauplia,

um welches sich gegenwärtig eine großer Theil der nächsten Geschicke Griechenlands dreht, ist die stärkste aber, wenn man will, die einzige wirkliche Festung Griechenlands, und insofern hatte der Aufstand hier größere Bedeutung, als wenn er an einem anderen Orte ausgebrochen wäre. An Größe ist es, mit etwa 9000 Einwohnern, die zweite Stadt des modernen Hellas, welches nur in Athen, Hermopolis und Patras volkreichere Orte hat. Die Lage Nauplia's ist eben so schön als günstig für den Handel und Verkehr. Die blaue Bucht und die sie umgebenden Berge bilden eine der prachtvollsten Landschaften des europäischen Südens. Der Hafen ist tief, geräumig und gegen die meisten Winde geschützt. Eins nur mangelt der Stadt: gesunde Luft; ihre Umgebung besteht größtentheils aus Morästen, welche die giftige Malaria aushauchen, und die Enge der meisten Straßen und Gassen ist nicht geeignet, dieses Uebel zu mildern. Nauplia zerfällt in die eigentliche Stadt, das Fort Palamidion oder Palamidi, und ein zweites Fort, welches von den Türken Itsch Kaleh genannt wurde, während die Griechen ihm den Namen Akronauplia gegeben haben. Die Stadt liegt zwischen der See und der Citadelle Akronauplia, zum Theil nicht viel höher, als die Meeresfläche, zum kleineren Theil auf der Bodenerhebung, die auf ihrem höchsten Punkt jene Citadelle trägt. Mit Mauern und Bastionen, nach der Landseite durch einen tiefen Graben geschützt, ist die Stadt selbst Festung, doch wäre sie, da ihre Werke sich in vernachlässigtem Zustande befinden, nur der griechischen Armee Widerstand leisten können. Eine der Hauptbatterien führt den Namen der fünf Brüder, indem sie mit fünf prächtigen Schießgeschützen armirt ist. Die Stadt wird durch eine lange und ziemlich breite Hauptstraße, die Kapodistriasstraße, in zwei gleiche Hälften getheilt. Diese Straße verbindet die beiden öffentlichen Plätze Nauplia's mit einander, und endigt am Landthor. Der Hauptplatz, ein geräumiges Viereck, ist von Kasernen und nicht sehr reinlich gehaltenen Speise- und Kaffeehäusern umgeben. Der andere, nicht fern vom Landthor gelegene und beträchtlich kleinere, zeigt in einem großen, gelb angestrichenen Haus die Wohnung des einstigen Präsidenten Kapodistrias, die später in einen Palast König Otto's verwandelt wurde. In den Nebengassen gibt es noch mancherlei wenig anmuthige Reste altherlenischen Wesens, z. B. Kerichthaufen, Häuser die durch vorstehende Dächer und grell bemaltes Holzwerk auf türkische Erbauer zurückweisen (früher durften nur wenige Christen hier wohnen), Ruinen und garstige Düfte. Von den Kirchen der Stadt ist die des heiligen Spiridion bemerkenswerth, als der Ort, wo Kapodistrias durch die Kugel Georg Mauromichalis fiel. Die Akronauplia steht auf einem etwa 200 Fuß über der See sich erhebenden Felshügel zwischen der Stadt und dem Fort Palamidi. Der Gipfel dieses Hügels ist von hohen Mauern eingeschlossen, welche in ihren Grundmauern auf das Alterthum zurückweisen, und die durch zahlreiche Batterien auf allen Seiten vertheidigt werden. Die Venetianer versuchten den Hügel durch Sprengung der Felsen hinter ihm in eine Insel zu verwandeln, doch ist das nur zum größern Theil gelungen, und die Akronauplia liegt so auf einer Art Halbinsel. Die Citadelle des Palamidi erhebt sich auf dem Gipfel eines hohen schroff abstürzenden Felsrückens, etwa 720 Fuß über der Meeresfläche. Von den Venetianern im siebzehnten Jahrhundert mit allen Mitteln damaliger Kriegskunst befestigt, und auch später noch vielfach verstärkt, nur im Osten einigermaßen zugänglich, auf allen andern Seiten selbst von Ziegen und Palikaren nicht zu erklettern, ist sie von Geographen des Landes das Gibraltar von Hellas genannt worden, und sie würde in der That, von andern Truppen als Türken und Griechen vertheidigt, und mit guten Geschützen neuester Konstruktion bewaffnet, kaum einnehmbar seyn. Die Wälle und Bastein sind sehr solid gebaut, aber übel erhalten, zum Theil sogar verfallen, die Kanonen in vernachlässigtem Zustande. In der Zahl der letztern findet man noch mehrere Metallrohre, welche das Datum von 1687 und das Wappenschild des heil. Markus, Schutzpatron von Venedig, tragen. Die Gebäude sind meist bombenfest. Neben ihnen steht man mächtige Cisternen mit Vorrichtungen zur Einleitung des Regenwassers. Der direkte Weg von der Stadt hier herauf ist ein vielbesprochener Zickzackpfad, der in dem Fels gehauene Stufen zeigt, und so eingerichtet ist, daß er von den Kanonen der Forts in allen Winkeln bestrichen werden kann. Die Aussicht von hier oben ist außerordentlich schön. Man sieht zur Rechten den hohen Kegelberg, an dessen Fuß die Ruinen von Mykenä liegen, vor sich über der blauglänzenden Bucht Argos mit seiner Burgruine, dann weiter links die zackigen Gebirge von Arkadien und Lakonien. Argos ist von Nauplia angeblich anderthalb deutsche Meilen entfernt, und mit diesem durch eine recht gute Chaussee (in Griechenland eine Seltenheit), verbunden. Eine halbe Stunde von Nauplia passirt die Straße, nicht weit von einem einstigen Sommerpalast des Präsidenten Kapodistrias, die berühmten noch jetzt wohlerhaltenen cyklopischen Mauern von Tiryns; eine kleine Meile weiter östlich, über dem Dorfe Charvati, zeigt man die ebenfalls noch wohlerhaltenen Reste der Stadt der Atriden, ihre Burg mit dem Löwenthor und den hohlen Hügeln mit den Gräbern der Könige. Argos, jetzt das Hauptquartier General Hahns und der Regierungstruppen, hat etwa 5000 Einwohner, und ist eine sehr weitläufig gebaute, noch vielfach an türkische Sitte und Manier erinnernde Stadt, deren meiste Häuser in Gärten liegen. Die über dem Ort auf jenem Kegelberg liegende Burg ist Ruine, wenigstens nicht in vertheidigungsfähigem Stand. Sie gehört der Zeit der Venetianer an, zeigt aber in ihren Grundmauern Reste aus der hellenischen Urzeit. Außerdem findet sich hier ein noch gut erhaltenes Theater, dessen Sitzstufen in den Berg gehauen sind.

Deutscher Bund.

Voraussichtlich wird das im nächsten Jahre bevorstehende dritte allgemeine deutsche Turnfest in Leipzig abgehalten werden. Da mit diesem Turnfest auch die Abhaltung eines der Besprechung turnerischer Angelegenheiten gewidmeten sogenannten Turntags projektirt, nach §. 24 des sächsischen Vereinsgesetzes jedoch den im Königreich Sachsen bestehenden Vereinen untersagt ist, sich mit anderen Vereinen in Verbindung zu setzen, so machte es sich vor Allem erforderlich, bei dem k. Ministerium des Innern zu Dresden anzufragen, ob daselbst im vorliegenden Falle eine Dispensation von der gedachten gesetzlichen Bestimmung eintreten zu lassen genehmigt sey. Auf einen deßhalb von dem hiesigen Polizeiamt erstatteten Bericht ist nun gestern eine Bewerkung eingegangen, laut deren das kgl. Ministerium die gedachte Dispensation ertheilt hat.

Die „Fr. Postztg." schreibt aus gut unterrichteter Quelle, daß in Sachen der deutschen Reform demnächst ein Programm der Koalitionsstaaten zu erwarten sey. Dasselbe werde an den Bund gebracht werden.

In Hamburg ist am 9. d. die vom deutschen Bunde angeordnete Küstenschutzkommission zusammengetreten. (Bayern wird durch Major Lessel vertreten.) Zur vorläufigen Deckung der Kosten hat sich der Senat 3000 Mk. vom Bürgerausschusse bewilligen lassen.

Bayern. Das Kriegsministerium läßt ein neues Militärhandbuch erscheinen. Der größte Theil des Manuskriptes ist bereits in die Druckerei befördert.

Der Sommerfahrplan der k. Staatseisenbahnen und der bayerischen Ostbahnen treten gleichzeitig mit dem 1. Mai ins Leben.

Digitized by Google

Die Einberufung der Kreis-, Handels- und Gewerbskammern zur Begutachtung des Handelsvertrags mit Frankreich soll unmittelbar nach Ostern stattfinden.

Der „Lands. Ztg." wird ein schöner Zug von Prinz Karl erzählt. Der Mandatar desselben soll braustragt gewesen seyn, bei der am Appellationsgerichte zu Freising in der Debitsache gegen Grafen von Seefeld mit sämmtlichen Gläubigern gepflogenen Verhandlung zu erklären, daß Mandant auf seinen 150,000 fl. betragenden Hypothekenposten zu Gunsten der Couranzgläubiger verzichtet. Auf Wechselgläubiger dehnt sich aber jener Verzicht nicht aus. Die meisten Courantschulden sollen an Gewerbtreibende zu zahlen seyn und diese durch erwähnten Akt nunmehr vollkommen sich gedeckt sehen.

Preußen. Nach allen Nachrichten, die uns auf den verschiedensten Landestheilen zugehen, nimmt die Wahlbewegung den günstigsten Verlauf für den Sieg der liberalen Sache. Daß die Bevölkerung der Städte durch die landräthlichen Erlasse nicht bekehrt werden würde, war vorherzusehen. Wanvon sich doch dieselben großentheils, wie aus Stzl und Ton zu ersehen, nur an den beschränktesten und unselbständigsten Theil der ländlichen Wähler. Aber auch die ländliche Bevölkerung hat ein zu klares Verständniß ihrer Rechte und Interessen gewonnen, als daß sie durch Vorspiegelungen und Drohungen sich in das Lager treiben ließe, welches ihr gesunder Verstand ihr als das gegnerische bezeichnet. Die gewaltsamen Anstrengungen der Feudalpartei sind nur geeignet, den Gegensatz, in welchem der öffentliche Geist zu ihren letzten Privilegien steht, um so greller zu beleuchten, und die Nothwendigkeit einer Reform der Gemeinde- und Kreisverfassung um so dringender nahe zu legen, welche endlich auch die bisherige oligarchische Grundlage des landräthlichen Amts durch eine gerechtere ersetzt.

Die Berliner Turnerschaft veranstaltete am 9. d. im Gesellschaftshause eine Erinnerungsfeier an den vor 14 Jahren an diesem Tage stattgehabten Untergang der Kieler Turner und Studenten zu Bau bei Flensburg im Kampfe gegen die Dänen. Die Feier leitete der Schlachtgesang der Schleswig-Holsteiner Turnerschaft von 1848: „Frisch auf, mein treues Volk, mit scharfen Waffen", ein, dann der Quartettgesang: „Fern in Schleswigs fühler Ebbe ruhet sie bei ihrem Schwerte".

Wie schon mitgetheilt, hat das Lehrerkollegium des Berlinischen Gymnasiums zum grauen Kloster, an seiner Spitze der Direktor desselben, Prof. Dr. theol. u. phil. Bellermann, gegen das vom k. Schulkollegium ihm zur Kenntnißnahme und Nachachtung übersandte Wahlreskript des Ministers des Innern Verwahrung eingelegt. In demselben erstens erblickt der Direktor, daß er zur Ausübung jegend eines Einflusses auf die freie Wahlthätigkeit der Staatsbürger für unvereinbar hätte mit seinem dem Könige sowohl als der Verfassung geschworenen Eide. Hinzugefügt ist die Erklärung der sämmtlichen Lehrer des Gymnasiums, daß auch sie, treu ihrem Eide, unbeirrt durch jede äußere Einwirkung und nach eigener unabhängiger Ueberzeugung und von der Liebe zu König und Vaterland geleitet, ihr Wahlrecht auszuüben gedächten.

In Hagen wird der bekannte Herr v. Vincke nicht gewählt werden. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung ist fast einstimmig beschlossen, nur solche Männer zu wählen, welche sich verpflichten, die bisherigen Abgeordneten Harkort und Gerstein wieder zu wählen.

Die vereinigten Genossenschaften junger Kaufleute Deutschlands geben jetzt ein gemeinschaftliches Monatsblatt heraus, das in Magdeburg erscheint und von Dr. Jensch redigirt wird.

Hannover. Der Beschluß erster Kammer wegen Verfassungswidrigkeit der Militärstrafprozeßordnung, welcher anfänglich so viel von sich reden machte, ist nun ohne Sang und Klang begraben, d. h. die erzürnte Kammer hat ihren Beschluß zurückgenommen.

Sachsen. Abermals ist zwei politischen Flüchtlingen, dem vormaligen Schullehrer Hermann Thieme in Mylau, welcher an den Maireignissen im Jahre 1849 sich betheiligt hatte, und dem vormaligen Scharfrichterei-Besitzer Hermann Buissin, der wegen Hochverraths zu einer Strafe verurtheilt worden war, die Straferie Rückkehr nach Sachsen bewilligt worden.

Kurhessen. Kassel. Am Jahrestage der Erstürmung des hiesigen Zeughauses, den 9. April 1848, ist der Eingang in dasselbe, durch welchen damals hauptsächlich das Eindringen erfolgte, zugemauert worden. Sollte dieses aus Furcht vor einer Wiederholung eines solchen Ereignisses geschehen seyn, so ist dieselbe aus einer Unkenntniß über die Volksgesinnung entsprungen, die sich ebenso in fast allen politischen Maßregeln, wie namentlich in den an den Bund gerichteten Schriften der Regierung in einem kaum glaublichen Maße zeigt. Das kurhessische Volk hat bis jetzt sein gutes Recht vom sittlichen und gesetzlichen Boden aus vertheidigt; und es ist auch nicht das entfernteste Anzeichen vorhanden, daß es diese seine unerläßliche Schanze aufgeben wolle. Seine Führer wissen das so gut wie das gesammte Volk, daß diese Position, die mit allen Vertheidigungsmitteln reichlich versehen ist, nicht verlassen werden darf, um den Kampf auf ein anderes Feld zu verlegen. (Ztg. f. Nrdd.)

Durch Beschluß des Ministeriums des Innern ist das „Frankfurter Journal" in Kurhessen verboten worden.

Lippe. Dem Schreiben eines Mitgliedes des Pippe-Detmoth'schen Landtags entnimmt die „Volks-Ztg." folgende Stelle: „Es ärgert mich fortwährend, auf dem Landtage für eine Militär-Konvention mit Preußen aufgerufen zu seyn, doch hoffe ich, daß unser Ministerium es nicht, allzu eilig haben wird. . . . Einstweilen wollen wir lieber Lippee bleiben."

§ Oesterreich. Wien, 11. April. (Privat-Korrespond.) Die Nachricht, daß die betreffende Sektion des Finanzausschusses eine Erhöhung der Einkommensteuer, resp. der Couponssteuer auf 10 pCt. beschlossen hätte, hat in allen Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Der Finanzausschuß scheint überhaupt nicht sehr glücklich mit seinen Auskunftsmitteln zu seyn, was freilich wieder nur ein Beweis unserer trüben Finanzlage ist, welche mit bloßen Palliativmitteln nicht mehr gehoben werden kann. Ist aber schon die Erhöhung der Couponssteuer, wie sie von der Regierung projektirt wird, an und für sich ein Frthgriff, so muß eine noch weitere Erhöhung den österreich. Staatskredit vollends zu Grunde richten. Die Rente von österreich. Staats- und Industriepapieren um 10 pCt. schmälern, hieße weiter nichts, als den theilweisen Staatsbankerott anfagen und das Ausland würde sicherlich einer derartigen Maßregel keinen andern Namen geben. Diesem theilweisen Staatsbankerott würde aber der vollständige sehr bald nachfolgen. — Das Herrenhaus betrachtet die Plener'sche Bankordnage ebenfalls als ein Meisterstück und wird dieselbe zwar nicht gerade verwerfen, aber so bedeutende Modifikationen beantragen, daß von den ursprünglichen Vorschlägen nur wenig mehr übrig bleiben dürfte.

Das 400jährige Jubiläum der Buchdruckerkunst wird in Wien heuer begangen und treffen die Typographen bereits Vorbereitungen zu einer würdigen Feier. Wien selbst besitzt der Namens Ulrich Hahn eröffnete seine Buchruckerei 1462. Bald darauf aber hatte er Fatalitäten in Folge eines gegen den Bürgermeister Holzer gerichteten gedruckten Pasquills. Der Pöbel zerschlug die mit vielen Kosten hergestellten Pressen und Schriftkästen. Hahn aber wanderte nach Rom aus. Hahn war auch Veranlassung, daß Kaiser Friedrich IV. im Jahre 1488 den Buchdruckern ein Privilegium verlieh, welches sie dem Adel und dem Gelehrtenstand gleichstellte, und ihnen gestattete, den Degen zu tragen.

In Salzburg beschloß der Gemeinderath einstimmig, den dortigen Protestanten auf ihr Ansuchen den Rathhaussaal zur Abhaltung ihrer gottesdienstlichen Funktionen zu bewilligen.

Großbritannien.

Leicestershire ist bekanntlich das klassische Land der Fuchsjagden. In Thrumby in Leicestershire geht der Fuchsjäger-Kultus so weit, daß die Kirchenvorsteher seit mehreren Jahren die Aufgabe des wackern Lord Stamford mit seinen Hunden zusteht durch Glockengeläut zu feiern pflegen. Diesmal verbat sich der Pfarrer den Brauch und ließ die Thüre des Glockenthurmes Behufs halber zunageln. Aber ein fuchswütiger Farmer und ein ebenso fanatischer Wagenbauer erbrachen, als Lord Stamford mit seiner Meute ankam, gewaltsam die Thüren und läuteten den edlen Rintrob zu Ehren 2½ Stunden lang mit Macht und Begeisterung. Der Pfarrer klagte, aber die Friedensrichter — wahrscheinlich selbst dem Sport ergeben — wiesen die Klage als unbegründet ab.

Donaufürstenthümer.

— Da die serbische Regierung in Betreff der beiden bekreiten Christen zur Ueberzeugung gelangte, daß die Flüchtlinge wirklich „gemeine Verbrecher" seyen und unter anderm auch einen Christen ermordeten, wofür sie 1½ Jahre in einem bosnischen Gefängnisse zubrachten; und die Flüchtlinge zuletzt selbst eingestanden, nicht politisch gravirt zu seyn, hat die Regierung dieselben dem Festungsgouverneur ausgeliefert, wodurch der ganze Streit beigelegt wurde.

Türkei.

— Von der bosnischen Gränze berichtet man, daß in Türkisch-Croatien die griechisch orientalischen Christen ihre Häuser verlassen und sich in den Wäldern zu sammeln beginnen. Es wer-

Digitized by Google

ren mit Bestimmtheit die Orte genannt, wo die Raja Waffen erhalten wird. Als Führer der Insurgenten der Bihacer Kamakamie wird der aus dem Christen-Aufstande im Jahre 1858 bekannte entschlossene Anführer Jowica Kovacevic genannt. Das Signal zur allgemeinen Erhebung der Raja wird von Serbien aus erwartet. Die Türken scheinen aber von den Plänen der Raja unterrichtet zu seyn, denn sie durchziehen die christlichen Orte fortwährend mit Streifpatrouillen. Im Bihacer Sanschiak, welcher bei 66,000 muhamedanischer Einwohner hat, wurde die enorme Zahl von 12,000 Baschi-Bozuks aufgeboten, wovon ein Theil an die Drina und Save bestimmt seyn, der andere aber zur Besetzung der Lewnoer Nahia, wo man den Ausbruch des Aufstandes zunächst besorchtet, verwendet werden soll.

Amerika.

Der Senat hat 13 Millionen Dollar für den Bau von Panzerschiffen votirt. — Das Centrum der Bundesarmee am Potomac ist stegreich die Warrentown vorgedrungen. — Ein Anschlag, den General Almonte in Veracruz zu ermorden, ist mißlungen.

Auf dem Mississippi findet seit dem 16. März ein Bombardement der von den Rebellen mit 80 oder 100 Kanonen von den schwersten Kaliberd vertheidigten, in einer scharfen Krümmung des Stroms gelegenen Insel Nr. 10 statt. Der Erfolg scheint bis jetzt unbrwiesen zu seyn. Die Rebellen haben die Insel, wie es scheint, deßhalb zur Vertheidigung gewählt, weil dort die Strömung des Flusses eine so reißende ist, daß die Bundeskanonenboote keine Position in der Nähe der feindlichen Batterien nehmen können, ohne bei der geringsten Beschädigung in Gefahr zu gerathen, hilflos in den Bereich des Feindes zu treiben. Zum Glück sind die Mörserprahmen da, die ihre schweren Projectile auf 2—3 englische Meilen Entfernung mit großer Sicherheit werfen. Diese Prahmen sind obenhalb der Krümmung, in deren Scheitel die Insel liegt, vor Anker gelegt worden, so daß sie über die Landzunge, resp. über das dieselbe bedeckende Gehölz hinweg in Bogen in die feindlichen Batterien schießen. Große Eile hat die Sache nicht; im Gegentheil, es scheint, als ob die Beschießung der Insel absichtlich in die Länge gezogen werde, um einen großen Theil der Rebellenstreitmacht dort festzuhalten, wo sie dem am oberen Tennessee im Rücken von Memphis operirenden Bundesarmeekorps nicht gefährlich werden kann.

Der „Köln. Z." wird geschrieben: Sigel ward die Brille zerschossen, eine andere Kugel ging durch seine Mütze; allein er selbst blieb ganz unverletzt, trotzdem, daß er stets im dichtesten Gefecht war. Seine Soldaten sagen und die Sonderbündler glauben, er sey kugelfest. Die Letzteren hassen den „Flying Dutchman", der ihnen immer auf den Fersen sitzt, mit einer wahrhaft erbitterten Wuth. Hier nur ein Zug, der den wie Mannschaft beferirenden Geist charakterisirt. Einer der deutschen Kanonirer, der am zweiten Tage sein Geschütz nicht im Stich lassen wollte; pflanzte sich vor demselben auf, um es allein gegen die anstürmenden Sonderbündler zu vertheidigen. Er schoß zehn Ladung seines Revolvers auf die Anstürmenden ab und vertheidigte sich dann mit seinem Faschinenmesser, bis er von den Streichen der Sonderbündler gefällt war. Seine Leiche wurde später vor dem Geschütz, von 17 Kugeln durchbohrt und mit einer, von einem Indianer-Tomahawk beigebrachten klaffenden Kopfwunde gefunden. „Weich ein Glück", rief der Präsident Lincoln bei dem Empfange der oben erzählten Nachrichten aus, daß ich nicht dem Wunsche verschiedener Freunde gefolgt bin und Sigel nicht zur Potomac-Armee gezogen habe, wir hätten ohne ihn und die Deutschen ganz Missouri verloren und eine schimpfliche Niederlage erlitten!" Der Potomac-Armee könnte es übrigens gar nicht schaden, wenn sie einen so raschen General hätte, der wie Sigel den Enthusiasmus und die Todesverachtung seiner Leute in so hohem Grade zu wecken versteht.

Aegypten.

Der Vice-König ist nicht unbedenklich erkrankt. Er soll an Geschwüren in den Gedärmen leiden, die vielleicht eine Operation, jedenfalls aber eine längere schmerzhafte Kur nöthig machen werden. Die drohschtigste Reise nach Europa wird übrigens deßhalb nicht aufgegeben, vielmehr gedenkt der Vice-König in Paris die dortigen Koryphäen der medizinischen Fakultät zu Rathe zu ziehen. Vielleicht ist dieses Leiden auch der äußere Anlaß, daß ein schon längst gehegter Plan, eine Anzahl junger Aegypter nach Deutschland zu senden, um sie dort zu Aerzten heranzubilden, jetzt wieder aufgenommen ist. (Zeit.)

Volkswirthschaftliches.

W Der erste Frankfurter Pferdemarkt. (Vom 7.—9. April.)

Den Bemühungen des Landwirth-Vereins ist es gelungen, einen Pferdemarkt hier zu Stand zu bringen. Es ist nur zu verwundern, daß man nicht schon längst auf den Gedanken gekommen, in einer Stadt, die im Mittelpunkt hoher landwirthschaftlicher Kultur liegt, die als Centralpunkt des Handels einen großen Bedarf an Zugpferden hat, als Stadt des Reichthums einen großen Luxus in Pferden entfaltet, einen Pferdmarkt zu errichten. Den Landwirthen und den Pferdhändlern schreint der Gedanke besser eingeleuchtet zu haben, als den Frankfurtern. Sie kamen deßhalb in großen Scharen von allen Seiten herzugezogen und brachten ein solches Treiben und Leben, daß die Frankfurter selbst mit fortgerissen wurden und in wenigen Stunden das größte Interesse daran fanden. So belam denn der Markt ein eigenthümliches Gepräge. Während sonst auf den Märkten ein handelnder und ein zuschauender Theil sich bewegt, waren hier alle Personen zugleich mehr oder weniger handelnd und zuschauend. Die Landwirthe und die Pferdhändler waren in der lebhaftesten Aktion und dazwischen ritten Einige herum und um den Kreis des Marktes fuhren Andere, anscheinend als Zuschauer, in Wahrheit aber, ihre Pferde paradiren zu lassen, und wo möglich Käufer anzulocken. Dazu kamen denn die müßigen Zuschauer, die, von dem doppelten Schauspiel angelockt, zu Tausenden sich auf dem Markt und den Straßen bewegten. Auf dem Markt waren nur die Zugpferde, feine Reit- und Wagenpferde tummelten in den großen mittelalterlichen Höfen. Die sammelten dann wieder ein kleineres Publikum in Hof und Stadte und da hieß durch die ganze Stadt vertheilt, so war die ganze Stadt von einem Ende zum andern ein einziger großer Pferdmarkt mit dem mannigfaltigsten Wechsel. So ward Alles mit in das Getümmel gerissen und Jeder, der sonst kein Pferd angesehen, schwatzte mit und um breiten Tag wußte er zwischen Engländern und Mecklenburgern und Luxemburgern genau zu unterscheiden.

Der Markt war, in richtiger Erkennung des Bedürfnisses, vom Landwirth-Verein ausgegangen. Weniger lag es in der Absicht, die Pferdezucht bei uns zu heben, als dem Landbau, wie den städtischen Geschäften und selbst zum Vergnügen gute und wohlfeile Pferde zu verschaffen. Bisher wurde diesen Bedürfnissen nur in beschränkter Weise gedient: man mußte von den Händlern kaufen, was sie brachten, oder auf ferne Märkte reisen; jetzt hatte man die Wahl und billigen Transport. Die Landwirthe, wie die städtischen Geschäftsleute und reiche Leute zu ihrer Liebhaberei kauften, was zu kaufen war. Unsere Landwirthe sahen jetzt wohl ein, daß für die nothwendige Viehzucht die bisherigen leichten Ackerpferde nicht ausreichen. Sie kauften deßhalb ungeschaut von den schweren Luxemburger Pferden, die sonst bloß die Fuhrleute und Bierbrauer in den Städten brauchten, und zahlten 60—70 Friedrichsd'or, das Doppelte, was sie sonst für Pferde ausgaben. Von 2—300 Pferden dieser Gattung waren am 2. Tag nur etwa 50, und am letzten Mittag noch ein Dutzend auf dem Markt zu sehen.

An Vergnügungspferden hat bisher schon Frankfurt eine große und mannigfaltige Zahl besessen. Die Händler hatten sich deßhalb schon lang um Frankfurt eingenistet und jedes Winks gewärtig das Beste zu verschaffen gesucht. Die Käufer waren aber auf das Dargebotene beschränkt und kauften aus Mißgefallen lieber gar nicht und so waren die Pferdehändler eben so übel daran. Jetzt konnte man ein Dutzend Ställe voll der prächtigsten Pferde in schönster Auswahl durchwandern und wer nur halbe Kaufslust hatte, kaufte gewiß; und Käufer wie Verkäufer waren befriedigt. Es waren an 2—300 hannöverische, mecklenburger und ostpreußische Pferde da, von denen über $^2/_3$ zu 80—100 Frd'or. und höher verkauft wurden. Von englischen Pferden waren zwar auch schöne Sammlungen da und wurden viele zu 120—30, einzelne zu 150—200 Frd'or. verkauft; im Ganzen schienen sie aber nicht so gesucht als die norddeutschen. Der stärkere Bau dieser und ihre Brauchbarkeit zum Reiten und Fahren gab ihnen den Vorzug. Denn Reitpferde werden hier, weil der Frankfurter seine Vergnügungstouren immer mit der Familie ausführt, wenig gehalten.

Es waren über 1000 Pferde hier, meist edlere Racen von Vergnügungs- und Zugpferden. Von geringeren Pferden war wenig zu sehen; wenn ein Landmann seine alten Mähren brachte, geschah es, um ein paar junge rüstige heimzuführen. Sie waren übrigens so selten, daß ihre Prozeuren nur stellenweise heitere Interessirt in den großen Gewühl bildeten. Von den besseren Pferden wurden über zwei-Drittel verkauft. Wenn die Händler

Digitized by Google

erst noch besser die Bedürfnisse unserer Gegend erkannt haben, werden die Umsätze noch viel bedeutender. Schon jetzt fangen die Nachbarstädte an, die Konkurrenz Frankfurts zu fürchten. Mannheims Markt, vor 8 Tagen, war zwar ziemlich besucht; aber die Käufer hielten sich in Ausstich auf Frankfurt, die Preise hoch. In gleicher Weise fürchtet Stuttgart die Konkurrenz. Der dortige Gemeinderath bietet deßhalb Alles auf; die Staatsbahnen haben selbst die Fracht um 1/4 ermäßigt; indeß fehlt ihnen das Beste, was wir hier haben, das reiche Absatzgebiet.

Französische Tabakregie.

Die französische Regierung hat eben ihren Agenten im Auslande eine Note zugehen lassen, deren Absicht aus einer Reihe von siebenzehn verschiedenen Fragen vorhergeht, unter denen wir die wichtigsten mittheilen. Sie beziehen sich sämmtlich auf die Einfuhr und den Debit von Tabakfabrikaten in den ausländischen Staaten. In den ersten drei Fragen wird Aufschluß über die Verzollung verlangt. Die vierte betrifft die Schätzung der Quantitäten importirten Tabaks in den einzelnen Ländern, die fünfte die Bezeichnung der Qualitäten. Frage 6. Sind die französischen fabrizirten Tabake bekannt und geschätzt? 7. Welche Sorten werden verlangt, und zu welchen Preise werden sie verkauft? 8. Würde die französische Verwaltung befugt seyn, in den Staaten, in denen kein Tabakmonopol herrscht, Depots ihrer fabrizirten Tabake zu errichten? 9. Auf welchem Fuß würden diese Depots hergestellt werden müssen, um die günstigsten Verkaufsbedingungen zu erzielen? 10. Werden solche Depots den Agenten der französischen Verwaltung oder den Käufern zu überweisen seyn? 11. Würde es sich im letzteren Falle empfehlen, daß die Kaufleute baar bezahlen und sich gegen einen Rabatt, anheischig machen müßten, nicht anders als zu dem auf dem Etiquet bezeichneten Preise zu verkaufen? 12. Zu welchen Preise würden die französisch fabricirten Tabake und namentlich Schnupf- und Rauchtabak, sowie französische Cigarren zu 5 und 10 Ct. verkauft werden können? 13. Welche Sorten haben die meisten Aussicht auf Absatz? 14. Würde der in Packete verpackte Tabak nach dem metrischen System in Packete per 500—200 und 100 Gramme debitirt werden können? 15. Sind die französischen Fabrikate durch bestehende Verträge gegen gesetzwidrige Nachahmung ihrer Marken, Siegel und Bignetten hinreichend geschützt? 16. Würden die Konsular-Agenten zu benutzen seyn, das französische Uebergangsrecht zu schützen? 17. Würden die Staaten, in denen das Tabakmonopol besteht, geneigt seyn, zu annehmbaren Preisen französische Tabaksfabrikate zu kaufen? Wie aus diesen Fragen hervorgeht, scheint die französische Regierung alles Ernstes daran zu denken, einem ihrer wichtigsten Industrieerzeugnisse ein bedeutenderes Debouché ins Ausland zu verschaffen. Wenn man erwägt, daß die französische Verwaltung zum Ankauf von Rohtabaken, namentlich Havana, zur Fabrikation von Tabak, besonders Schnupftabak, ein ungeheures, die Mittel der größten Privatgeschäfte und selbst diejenigen anderer monopolisirten Regierungen bei Weitem übersteigendes Anlags- und Betriebs-Kapital zur Verfügung hat und die günstige Meinung in Anschlag bringt, welche in vielen Ländern für einzelne französische Tabakfabrikate besteht, so scheint die Absicht der französischen Regierung auf Voraussetzungen zu beruhen, die vom kaufmännischen Standpunkte aus nicht gänzlich zu verwerfen seyn dürften. Eine andere Frage ist, ob Deutschland seinem französischen Nachbar Aussicht auf eine bedeutende Erweiterung seines Absatzes französischer Tabakfabrikate darbietet? Wir glauben nicht. Denn einestheils provocirt Frankreich viel theurere; als die deutsche Tabakfabrikation, weil die Arbeitslöhne in Frankreich höher und die Verwaltungslasten viel bedeutender sind, wie in Deutschland, und anderntheils sind die Preise der französischen Fabrikate für den deutschen Konsum viel zu hoch. Immerhin wird es für manche unserer Leser von Interesse seyn, von dem neuen französischen Projekte Kenntniß zu erhalten.

Nichtpolitische Zeitung.

Man hat in Wien die interessante Entdeckung gemacht, daß das Phänomen einer Fata Morgana (Luftspiegelung) täglich, und zwar zu jeder Stunde des Tages, längs der Südbahn wahrgenommen seyn. Ein scharfes Auge kann die Erscheinung ohne Fernrohr wahrnehmen, für ein schwächeres Auge genügt ein zwölf bis fünfzehn Mal vergrößerndes Fernrohr.

Bis jetzt wurden von Wien aus im Ganzen 1400 Colli im Gewichte von 459,000 Pfr. (im Werthe von 1,200,000 fl.) zur Industrie-Ausstellung nach London befördert.

In Königgrätz wurde ein Mann, Namens Rautenkranz, zu Grabe getragen, der bereits als Soldat im Heere der Kaiserin Maria Theresia gedient hat und das 114. Lebensjahr erreicht haben soll.

Frankfurt, 12. April. (Privat-Korrespond.) Ueber den Stand der gegenwärtigen Frankfurter Ostermesse läßt sich momentan noch kein richtiges Urtheil fällen, da solche erst am Mittwoch ihren Anfang genommen hat. Die Messbesuchenden, größtentheils Einkäufer aus Süddeutschland, haben sich nur theilweise eingefunden. — Großkäufer, die nur ausnahmsweise den hiesigen Platz besuchen, fehlen fast gänzlich. Ueberhaupt hat der Messverkauf in den letzten Jahren sehr abgenommen, da Engroskäufer ihren Bedarf direkt von den Fabriken oder auf größeren Meßplätzen decken — die andern Käufer dagegen zu jeder Zeit hinreichend Gelegenheit haben, die entstandenen Lücken durch Bestellungen an Reisende auszufüllen — so daß für einen Messumsatz immer nur Weniges übrig bleibt. — Die Hauptartikel, Tuch und Manufaktur, worin enorme Lager von den hiesigen Grossisten unterhalten werden, womit der Verkauf beginnt (Leder- und Wollwaare fängt erst später an), geben der hohen Preise halber nicht rasch ab, obgleich sich voraussichtlich bestimmen läßt, daß eine Preisermäßigung in diesem Jahr nicht stattfinden kann, da Rohprodukte eher theurer als billiger werden. — Einen aufstehlichen Bericht über die Messe werden wir in den nächsten Tagen folgen lassen.

Der Prozeß gegen die früher genannten russischen Banknotenfälscher Wolff Horwig, Abraham Josephson, Chlonem Reichberg, Abraham Rosenberg und Kaufmann Weber kam vor dem Central-Kriminalgerichtshofe in London zur Verhandlung. Sie wurden alle durch die Geschwornen schuldig erklärt.

Die französische Akademie hatte einen außerordentlichen Preis von 10,000 Fr., die aus dem disponiblen Saldo der Montyon'schen Stiftung entnommen waren, für das beste dramatische Werk in Versen ausgesetzt. Dieser Preis wurde folgendermaßen zuerkannt: Ein Preis von 6000 Fr. Hrn. J. Lacroix für seine Uebersetzung der griechischen Tragödie „König Oedipus;“ eine Medaille von 2000 Fr. Hrn. Bouillet für sein Schauspiel: „Hélène Perron,“ und eine Medaille von 2000 Fr. Hrn. Rolland für sein Schauspiel: „les Vacances du Docteur.“

Neueres.

Bayern. Eine Kommission, bestehend aus dem Adjutanten des Gendarmerie-Korps-Kommando, Hauptmann Pfistermeister, und zwei Militär-Justizbeamten, ist zur Zeit mit der Ausarbeitung der neuen Gendarmerie-Dienstes-Instruktionen beschäftigt, welche auf den Bestimmung, der mit dem 1. Juli ins Leben tretenden Strafgesetzbücher zu basiren haben. (A. Z.)

Oesterreich. Die österr. Erzherzogin Clementine, Wittwe der neapol. Prinzen von Salerno hat in Turin ihre Pension als Generalswitwe (39 Dukaten per Monat) reklamirt und erhalten, was eine Anerkennung des Königreichs Italien involvirt. Abermals sind 12 österr. Zeitungs-Redakteure, der eine zu 14 Tagen, der andere zu 1/2 Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

Würtemberg. Der politische Flüchtling Diaconus Herwig aus Horneberg, bisher Feldprediger in der Unionsarmee, hat sich im Feldlager entlassen.

Dessau. Der Herzog will seinen Erbprinzen zum Minister-Präsidenten ernennen.

Hamburg. In Cuxhaven ist das Bade- und Logirhaus gänzlich abgebrannt.

Frankreich. An der spanisch-französischen Grenze wurden offnische Bomben, welche nach Frankreich einzuschleppt werden sollten, weggenommen und mehrere derselben nach Paris geschickt.

Italien. Die Schwester von Borges, eine Frau von 32 Jahren mit martialischem Gesicht, steht an der Spitze einer zahlreichen Bande, die mit Pferden und mehreren Artilleriestücken versehen ist. Sie hat geschworen, den Tod ihres Bruders zu rächen. (!)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Hof- & Staatsbibl
in
M

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 105. | Voraus-Bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dienstag, 15. April 1862.

† Die Briganten.

Wer sind denn eigentlich diese Leute? Turiner Blätter geben auf diese Frage wenig Auskunft; denn der Nordstaliener, der nicht Militär, weiß von Süditalien noch weniger zu erzählen als der Pommer und Mecklenburger von Altbayern und Tirol. Solange nicht eine Reihe von Jahren die Königreiche Piemont und Neapel politisch und handelspolitisch zusammenkettet, so lange wird man zweierlei Italien vor Augen haben. Darin liegt die Wurzel für die eine Richtung des den ganzen Süden von der Basilicata und Capitanata bis zur römischen Grenze durchziehenden Briganten-thums. Wir sagten: die eine Richtung; denn es gibt deren zwei, eine politische und eine vom Fach oder Handwerk.

Im politischen Brigantenlager trifft man ergebene Partei-gänger der gestürzten Dynastie, manchen energischen Charakter und dabei etwas verschrobenen Kopf, halbgebildete, beschränkte Leute, die man jetzt Mörder und Verbrecher schimpft, was sie anfangs nicht waren, und wozu sie erst durch das verwilderte Freischärler-leben, durch die aus Strapatzen und Gefahren hervorgehende Ver-bitterung gemacht wurden. Die Crocco's und Chiavone's bezahlen, wenn sie Geld haben, was in der Regel der Fall. Diejenigen, die das Geld geben, gehören ihnen schon aus Klugheitsrücksichten, den Bauersmann möglichst zu schonen. Deshalb hat letzterer von vornherein den lustigen politischen Briganten lieber als den lang-weiligen piemontesischen Soldaten, der zwar nicht raubt, aber auch nichts verzehrt, einen andern Dialekt spricht und überhaupt als Subalpiner eine viel ernstere Geschichtsbildung zeigt als die heitern Kinder von Alt-Großgriechenland.

Daher die Unmacht von 70,000 Mann Kerntruppen. Da kömmt in einem ihrer drei Hauptlager (Avellino, Potenza, Terano) eine Depesche von einem Schutzen, Bürgermeister, Pfarrer u. dgl. an, des Inhalts, die Briganten seyen in Sicht. Flugs schicken auch Präfekt oder Militär-Oberer Plänkler oder ein ganzes Streif-korps ab. Aber das Gebirg hat keine Straßen; was man hier-zuland „Dorf" heißt, das ist eine Anzahl weit auseinander ge-säeter Bauernhöfe. Oft durchstreift ein Detachement den ganzen Tag die Gegend, und zieht Abends ermüdet nach Hause, während die Briganten von irgend einem abgelegenen Einzelhof aus mit aller Gemüthsruhe ihren Gegnern zusehen. Besetzt ein größeres Korps die Engpässe, und cernirt den Aufenthalt der Bande: dann schleppen Hirten oder abgerichtete Bübsinnige und Kinder Nahrungs-mittel in's Innere, welche sie rasch bis auf gelegenere Zeit unter einem Baum oder in einer Felsenspalte zu bergen wissen, sowie ein bisher versteckter Soldat zum Vorschein kömmt.

In der Capitanata und Basilikata sind die Briganten nur Landeskinder; in den Abruzzen und Terra di Lavoro beginnt das Gemisch. Da zeigen sich Leute aus aller Herren Ländern, die schon verschiedenen Potentaten gedient, selbst Exgardeoffiziere, die weniger Noth und Verzweiflung als vielmehr eine poetische Ader oder der unwiderstehliche Drang zu einem wildromantischen Leben — ich glaube in Deutschland nennt man das Ding sehr prosaisch „Bummelei" — unter die Bande führte. Derartige Käuze erinnern an Lenau's drei Zigeuner, sie rauchen, streifen, träumen und verachten das Leben. Je näher es zur römischen Gränze geht, desto mehr werden die Anfänge einer militärischen Tak-tik, einer Administration, einzelne Monturen und Uniformen sichtbar. Nur der Instinkt und der Scharfsinn scheinen eher ab- als zuzunehmen. Im fernen Gebirg weiß man, was man will; der Chouan oder Bendeer an der Gränze des Kirchen-staats wähnt, die Vorhut einer nächstens erscheinenden großen Armee zu seyn, die bekanntlich nicht existirt.

Die Handwerks-Briganten sind rauhe, harte, zähe Naturen, ohne weitern Zweck als Raub und Diebstahl. Die halten sich auf den Bergkuppen, schießen nur ungern auf die Soldaten, be-rauben den heimischen Bauern gerade so gut als fremde Reisende, und zahlen nie. Der Bauer denunzirt aber die Verhaßten nur selten; er denkt an das täglich in seine Ohren gellende Droh-wort: „Sowie die Piemontesen fort sind, brenne ich dir dein Haus über dem Kopfe an." Den politischen Briganten haben die vom Handwerk schon allerlei Freundschaftsdienste erzeigt; hinwieder scha-den sie ihnen auch, indem sie manche Kraft verleiden an sich ziehen. Sowie der unzufriedene Korporal einer Bourbonistenbande ein halbes Dutzend ihm ergebener Kerls unter sich hat, so trennt er sich heimlich oder offen von den bisherigen Genossen, und spielt im Gebirg einen Rinaldo oder Diavolo auf eigene Faust und Rechnung. Auch von andern guten Freunden, von der royalistisch gesinnten Bauersame verschwindet mancher Ortsnachbar, wenn er gerade nichts zu arbeiten hat, und, um nicht zu faul-lenzen, für etliche Wochen „in's Gebirg geht." Man weiß, was diese unschuldige Redensart zu bedeuten hat. Kurzum, das Bri-gantenthum tritt im Neapolitanischen endemisch und epidemisch auf, und da vornehme Emigranten, denen die eigene Haut lieb ist, die aber doch ihre Vasallentreue irgendwie zeigen wollen, 100 bis 200 Köpfe für ein viertel oder halbes Jahr besolden: so fehlt es nie an Zuflüssen zu den Dilettanten und zu den Virtuosen des Bri-gantenthums, von welcher letztern Station man bei schlechtem Be-dienst gewöhnlich wieder zur ersten zurückkehrt, und neue Säfte zum Kreislauf des Bluts gewinnt. Dazu noch eine Hehlerschaft von vielen hundert Köpfen, d. h. alle die kleinern Gemeinderäm-ter und Diener, welche die Turiner Regierung aus gänzlichem Mangel an Ersatzleuten auf ihren Plätzen belassen mußte. Da-gegen kann kein Giulini und kein Lamarmora heifen; dem Gari-baldi aber würde wahrscheinlich eines der vorhin geschilderten Elemente sofort zulaufen.

Schließlich noch die Bemerkung, daß der Scharfsinn der Briganten auch den der häufig nur ihrem eigenen Ermessen überlas-senen Soldaten schärft. Ein Detachement Piemontesen erhielt von Tramontola einen Wink, daß es im dortigen Kapuzinerkloster nicht ganz geheuer sey. Die dortigen Mönche aber galten bis jetzt für gute Unterthanen Viktor Emanuels. Kurz besonnen ziehen die Soldaten ihre Monturen aus und die Blusen und Zwilchhosen eingefangener Bauern an, und klopfen dann an die Klosterpforte, wo man sie freundlichst empfängt und bewirthet, um bald hierauf einen argen Irrthum gewahr zu werden. Die Soldaten fanden wichtige Korrespondenzen nebst Waffen und Munition, und die Kapuziner wanderten geschlossen ins Hauptquartier. Bei den po-litischen Briganten ging eben die Rede, der Spanier Tristany werde den Oberbefehl über sie erhalten, und der Frühling frische Arbeit und Lorbeern bringen.

Deutscher Bund.

Die badischen und die pfälzer Schützen, welche das deutsche Schützenfest besuchen, wollen sich an der Bergstraße (Weinheim) vereinigen, und in gemeinsamem Sonderzug nach Frankfurt gehen. Aehnliche Vereinigungen zu Extrazügen werden auch für andere Gegenden empfohlen.

Bayern. München. Die heurige Fußwaschung der 12 alten Männer soll Stiftsprobst Döllinger vornehmen. Prinz Otto empfängt am Ostermontag die erste Kommunion.

Oesterreich. (Korr.) Es zirkulirt unter den Studieren-den der Wiener Universität ein „offenes Sendschreiben" an das Konstitutium mit der Anfrage: ob und welche Begutachtung die im vorigen Jahre übergebene Petition mit circa 1000 Unterschrif-ten erfahren habe; ob dieselbe, wie sogar Aufforderungen von Seite des Ministeriums zu einer Reorganisation der Universität und zur Reform des Doktorats an der philosophischen Fakultät,

Digitized by Google

durch die Agitation einer gewissen Professorenpartei ganz ruhig ad acta gelegt wurde. — In St. Veit bei Klagenfurt stürzte am 5. Abends um 11 Uhr der nordwestliche Theil des Rathhauses zusammen, und dadurch eine im obern Stockwerke wohnende Familie unter den Trümmern. Die aus der Nachbarschaft Herbeieilenden überraschte ein fürchterliches Schauspiel; ein Theil des hohen Hauses zusammengestürzt, der anstoßende ebenfalls den nahen Einsturz drohend, und dies in einer engen Gasse, wo der nächste Augenblick einen Theil derselben und die dort Versammelten verschütten konnte. Aus dem Chaos von Mauerstrümmern und übereinanderliegenden Balken hörte man das Wimmern der darunter lebendig Begrabenen, die vielleicht noch zu retten waren, wenn jemand in diesen Trümmerschacht hineinzusteigen wagen wollte. Und in der That wagten es ein paar edle, muthige Männer, stiegen hinein und retteten die darunter noch lebenden Personen bis auf eine; dies war die Mutter der Geretteten, die als Leiche unter den Trümmern herausgezogen wurde. — In Nyiregyháza wurde der seit einem Jahre bestehende „Nepfor" (Volksklub) durch den k. Kommissär für das Szabolcsaer Komitat aufgelöst.

Preußen. Die „Stern." läßt einen Nothruf nach dem andern ertönen, um die konservative Wahlagitation in lebhafteren Fluß zu bringen. Sie klagt, daß die konservative Organisation so ganz und gar in Verfall gerathen sey. Diese Beschwerden über die Lauheit der Freunde sind doch wohl nicht gerechtfertigt. Die Feudalpartei hat bekanntlich bereits im vorigen Herbste die riesigsten Anstrengungen gemacht, um ihr Netz über das ganze Land auszuspannen.

Der Erzbischof von Posen soll entgegen seinem vorjährigen Wahlerlaß an die Geistlichen, für dieses Mal denselben die Annahme von Mandaten zum Abgeordnetenhause widerrathen haben, unter der Motivirung, daß die Geistlichkeit nur durch Fernhalten von der Politik dem Mißtrauen der Regierung entgehen könne, und die geistlichen Mitglieder des polnischen Rebenparlaments durch ihre Abstimmung für den Dagenschen Antrag sich den Schein einer Mißbilligung revolutionärer Richtungen zugezogen hätten.

Mecklenburg. Ein Gerücht sagt, der Bruder des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz als nächste Agnaten hätten gegen die Ebenbürtigkeit, also auch Erbfolgefähigkeit der Söhne des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Protest eingelegt. Die jüngst verstorbene Mutter derselben, die Großherzogin Auguste, eine geborne Prinzessin Reuß, stammte von Seiten ihrer Groß- und Urgroßmutter aus einer jüdischen Familie.

Schweiz.

Der bernische Große Rath hat die Bern-Bieler Eisenbahnfrage zu Gunsten des Bußwyler Tracé's entschieden, und zwar mit der unerwartet großen Mehrheit von 119 gegen 81 Stimmen. Die Konservativen haben nichts versäumt und selbst zu den persönlichsten Mitteln gegriffen, um die nicht geringe Agitation, welche die an sich nicht besonders komplizirte Frage erregt, zu ihren Gunsten und zum Schaden der Liberalen auszubeuten. Pfischer von Reichenbach, eines der jüdesten konservativen Häupter, suchte die Gemüther durch ein schreckliches Bild von dem neuberninchen Schuldentempel gefangen zu nehmen, welche im Bauche der Eisenbahnen den Ruin des Landes berge. Besonders hart griff er den Einfluß an, den Stämpfli noch vom Bundespalast aus auf die Regierung des Kantons übe. Dieses Doppelregiment und Stämpfli's Ideen überhaupt seyen dem Kanton und der Schweiz stets verderblich gewesen u. s. w.

Schweden und Norwegen.

Der Pariser „Moniteur" läßt sich aus München schreiben: Die skandinavischen Ideen des Königs von Schweden seyen bekannt und würden durch die leitische Lage Dänemarks dem deutschen Bund gegenüber noch genährt; neben diplomatischen Schritten verstärke er daher das Heer, um beim Ausbruch eines Kriegs eine Stellung einnehmen zu können; die alten Offiziere würden durch jüngere, welche die Strapazen eines Feldzugs ertragen könnten, ersetzt. In den Seearsenalen werde eifrig gerüstet. Die Rudgaben gestalten aber weder Schweden noch Norwegern, welche gewagten Unternehmungen um so abgeneigter seyen, als finanzielle Wunden bei den armen Völkern des Nordens schwer zu heilen seyen, und man namentlich in Schweden die Unfälle der unverständigen Kriege zu Anfang dieses Jahrhunderts noch nicht vergessen habe.

Großbritannien.

Im Unterhaus wurden die von der Regierung zum Bau neuer Gerichtshöfe verlangten Gelder wegen der Lage der Finanzen mit 83 gegen 81 Stimmen verweigert. Die Regierung hat die Ersatzbuße gegeben, alle neuen Erfindungen im Kriegswesen, und sogar die zur Fabrikation der Armstrongkanonen nöthigen Maschinen im Industriegebäude auszustellen; das Arsenal von Woolwich wird daher Alles, selbst die endlose Säge und Proben des dort verwendeten ungewöhnlich harten Holzes senden.

Frankreich.

— Der „Monde" zeigt mit triumphirender Freude an, daß die Versuche mit der neuen französischen Panzerstregatte „Couronne" vollkommen gelungen seyen. Frankreich besitze nun vier dieser furchtbaren Kriegsmaschinen, die man nur in ein Geschwader zu vereinigen brauche, um Alles aus dem Kanal wegzufegen. Das stolze England vermöge ihnen nur zwei mißlungene Schiffe „Warrior" und „Black-Prince" entgegenzustellen.

Der in voriger Woche wegen einer Korrespondenz mit Ledru Rollin verurtheilte Student Lanke ist nun auch wegen Verletzung eines Gerichts in einem Kaffeehaus und wegen Versuchs der Aufreizung auf dem Bastillenplatz am 24. Febr. zu einem Monat Gefängniß und 200 Frcs. Geldstrafe verurtheilt worden.

Italien.

Kardinal Antonelli soll im Namen des Papstes der russischen Gesandtschaft die offizielle Einladung für die polnischen Bischöfe, sich im nächsten Monat nach Rom zu begeben, zugeschickt haben.

La Marmora zeigte der Regierung das Erscheinen einer aus dem Kirchenstaat gekommenen wohl berittenen und bewaffneten Bande von 150 Mann an, die er zersprengt und mit großem Verlust ins Päpstliche zurückgeworfen habe, die Häfte der gefangenen Banditen sind Nichtitalienen. — „Indep. belge" berichtet, es seyen dem italienischen Gesandten in Paris endlich gelückt, die Ersetzung Goyons durch Trochu zu erwirken; dieser sey zwar auch ein Anhänger des Papstes, aber nicht so sehr wie Goyon in den Regen der Klerikalen und Legitimisten verstrickt. — „Espero" meldet die Ernennung Garibaldi's zum Generalkommandanten der Nationalgarden des Königreichs. „Konstitutionnel" glaubt, die Regierung werde dadurch eine neue Stütze erhalten. Garibaldi sey eine Macht für sich und dem König so ergeben, daß er sich nie habe hinreißen lassen, und sein Einfluß neutralisire den Mazzini's. (Vor zwei Tagen war Garibaldi bei der Bonapartistenpresse noch der Unsern Italiens. Obiges Lob beweist deutlich, daß das Turiner Kabinet gegen den Willen Napoleons gehandelt hat, der sich bei solchen Gelegenheiten immer den Anstrich zu geben sucht, als sey er der Hebel des Geschehenen.)

Die in Genua wohnenden Griechen und die Kapitäne der im Hafen liegenden griechischen Handelsschiffe haben den Jahrestag der hellenischen Revolution von 1821 gemeinschaftlich gefeiert. Der Bankettsaal war mit griechischen und italienischen Fahnen, die in einanderverschlungen waren, geschmückt. Es wurden Toaste auf das Andenken Botzaris, den modernen Leonidas, auf Constantin Canaris ausgebracht; man sang die Rhigas-Hymne und schließlich wurde ein Toast auf Konstantinopel, die zukünftige Hauptstadt des vereinigten Griechenlands ausgebracht.

Griechenland.

* Vor der militärischen Verschwörung soll eine Verabredung unter Kammer-Mitgliedern bestanden haben, den König zur Bezeichnung seines Nachfolgers zu drängen, und, wann dies geschehen, den also bezeichneten als Reichsregenten auszurufen. Französische Blätter im Dienste L. Napoleons geben sich alle Mühe, die absolute Nothwendigkeit einer Abdankung des Königs nachzuweisen, und erlauben sich dabei die heftigsten Ausfälle gegen die Königin. Wegen des falschen Telegramms (die Uebergabe Rauplias) hüllen sie sich in moralische Entrüstung und meinen, dieses überwächtige Mittelchen habe der Regierung in der öffentlichen Meinung sehr geschadet. (Ganz abgesehen von dem, was die Bonapartisten meinen oder nicht meinen, dürfte allerdings die chevalereske Exaltation, die in einem und dem andern deutschen Blatt gegen die Insurgenten-Terrorismus predigt, schon insofern unklug erscheinen, als die betreffenden ganz gewiß davon Kunde erhalten, und demzufolge in ihrem verzweifelten Widerstand nur bestärkt werden.)

Türkei.

Von den 4000 Baschi-Bouks, welche am 19., 20. und 21. bei Kremnize gegen 2000 Montenegriner gekämpft haben, sind über 500 auf dem Schlachtfelde geblieben, und 700, worunter ihr berüchtigter Anführer Asja-Nol-Bey, welcher sich lange Zeit nicht ergeben wollte, fielen in die Hände der Sieger. Einige hundert Mann von der Besatzung in Kremnize sind an Hunger gestorben;

Digitized by Google

der Rest hat sich nach Skutari geflüchtet. Viele Köpfe wurden wie gewöhnlich abgeschnitten, doch blieben die Leiden diesmal verschont. Der Kampf ist größtentheils mit der blanken Waffe geführt worden. Seit der Zeit hat sich ein allgemeiner Schrecken verbreitet, und man ist sogar um die Sicherheit der Stadt Skutari besorgt. Die wenigen Verstärkungen sind nicht hinreichend, um die Gemüther zu beruhigen. Von dem unglücklichen Ereignisse bei Kernnize sind viele Familien betroffen worden. In allen Gassen, auf allen Plätzen hört man das Weinen und Klagen über den Verlust eines Angehörigen, mit einem Worte die Bezeugung ist unbeschreiblich. Die Gefangenen in Cettinje werden indeß human behandelt und gut verpflegt. Luka Vukalovich hat den Bewohnern der Suttorina verkündigt, daß jeder, der sich den Türken unterwirft, mit dem Tode bestraft, und jedes Dorf, welches sich freiwillig der türkischen Macht ergibt, in Brand gesteckt werden wird.

Am 26. März in der „Schicksalsnacht" wurde das Beilager des Sultans mit einer jungen Sklavin gefeiert. Dieses bekannte, jährlich wiederkehrende, religiöse Fest erregte diesmal mehr Theilnahme als gewöhnlich, da es von dem Großherrn zum erstenmal begangen wurde. Der abgeglaste, von einer Moschee und den Artilleriewerfthäuten begränzte große Sandplatz von Yohane erglänzte in einer prächtigen Illumination von Gasflammen und bunten Glaslaternen, und war theilweise von den Würdenträgern in brillanten Uniformen angefüllt. Als der Sultan in seinem Kaik erschien, begrüßte ihn der Donner der Batterien und Kriegsschiffe. Se. Majestät aber begab sich in die Moschee, um sich durch das heilommliche Gebet zu der heiligen Handlung, die ihr oblag, andächtigst vorzubereiten. Sodann begann ein etwas unanständiges, aber dem türkischen Geschmack entsprechendes Feuerwerk, und unterhielt die Kopf an Kopf zu Land und Boot an Boot zu Wasser zusammengedrängte Menge bis tief in die Nacht hinein. Die schöne Sklavin selbst wohnt der Ceremonie nicht bei, sondern erwartet bräutlich geschmückt in dem Serail die Rückkunft des Monarchen. Findet sie Gnade vor seinen Augen, so lebt sie fortan herrlich und in Freuden, und kann zum Rang einer Sultana erhoben werden. Sonst aber verschenkt man sie wieder, oder verheirathet sie hinterher mit einem Bediensteten des Palastes.

(Allg. Ztg.)

Rußland und Polen.

Großfürst Konstantin hat interimistisch, da Graf Bludow auf Gesundheitsrücksichten 6 Monate Urlaub erhalten hat, den Vorsitz im Reichsrath und Minister-Komite übernommen. Bei der Vorstellung im Marmorpalais hat er sämmtlichen Herren angekündigt, Ferien gebe es in diesem Jahre nicht, denn es sey viel zu thun. Wie dem „Nord" geschrieben wird, ist stark davon die Rede, daß bei Gelegenheit des tausendjährigen Jubiläum am 26. Aug. d. J. der Reichsrath in eine Verkhownaia zemskaia Duma, d. h. in ein förmliches Parlament verwandelt werden würde, zu welchem der Adel und die großen Städte jeder Provinz je vier Mitglieder zu stellen hätten. Großfürst Konstantin wäre zum Vorsitzenden dieses Staatskörpers ausersehen. Der Senat würde dann eine Mittelbehörde zwischen Ministern und Duma werden nach Art des französischen Staatsrathes. Auch ein oberster Gerichtshof soll eingerichtet und das Preßgesetz verkündet werden.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 7. bis 12. April).

Samstag. Die Politik feiert fort, leider auch Handel und Industrie, desto weniger arbeiten die Börsen. Das müssige Kapital sucht Verwendung, an Liebhabern fehlt es nirgends. Wir riethen schon in unserm vorwöchentlichen Berichte den Kapitalisten Vorsicht an und können dies trotz der Hausse-Resultate der verflossenen Woche nur wiederholen. Möglich dass der Tanz noch eine Weile fortgeht; die Ermattung und damit der Rückschlag kann aber nicht ausbleiben, auch ohne den Eintritt störender politischer Ereignisse, welche morgen ebenso gut eintreten können, als sie in noch nicht ferner Zeit allgemein befürchtet wurden. Gerade bei derartigen Epidemien, wie sie von Zeit zu Zeit an den Börsen grassiren, ist für den Kapitalisten Mass und Ziel angerathen; die Boursiers sind ihr eigener Arzt und wissen sich zu helfen, der uneingeweihte Private muss aber schliesslich die theuren Kurkosten zahlen.

Die Woche eröffnete mit grosser Festigkeit, aber erst am Mittwoch begann das starke Steigen der Course, welches wir an konstatiren haben. Trotzdem bei der Medioliquidation am 10. d. M. Geld im Allgemeinen sehr gesucht war, wurde das Steigen nicht aufgehalten und die Spekulation bewilligte gern gute Zinsen, um in ihren Käufen nicht gehindert zu sein. Der Impuls kam von Aussen, von Paris, wo namentlich in österr. Staatsbahnen und Südbahn, sowie in Credit mobilier bedeutende Hausse-Operationen bestehen, und von Wien, wo die Erklärung des Ministers, dass der Staat kein Papiergeld ausgeben werde (gegen dessen Emission wir uns schon längst aussprachen), an der Börse sehr guten Eindruck machte und seit langer Zeit wieder die Kurse der fremden Devisen zurückgingen, was ein Symptom des Vertrauens ist, das auf das Ausland immer sehr günstig wirkt.

Für österr. Fonds haben wir durchschnittlich starkes Steigen zu notiziren: 1 pCt. bei 5 pCt., 1¾ pCt. bei 4½ pCt. Metalliques. Am wenigsten stiegen augl. Metalliques, bullaufig ⅝, am meisten Venetianer über 2½ pCt., da das Inland sehr starke Primien-Engagements hatte, welche es à tout prix zu decken eucht.

Süddeutsche Fonds die Woche über vernachlässigt, obgleich fest im Kurs, es herrscht jetzt mehr Vorliebe für spekulative Effekten. Die Konvertirung der großherzoglich 4½ pCt. pervus. Obligationen kann nun auch bei M. A. v. Rothschild und Söhne erfolgen, woselbst nunmehr auch die Zinsen- und Kapitalzahlung der 4pCt. preuss. Anleihe von 1853 domiciliirt worden ist. Das offizielle Kursblatt hat bereits die 4pCt. Preussen zur Notiz aufgenommen.

Das anscheinlichste Geschäft dieser Woche war in österr. Kreditaktien, welche ziemlich lang stagnirt hatten. Sie sind eben das Stockenpferd der Haussespekulation; sowohl durch den leichten Umsatz als die vielen Börsen, die darin operiren. Das Steigen betägt 7 fl., natürlich war es in Wien geringer; indem hier die Besserung der Valuta mit im Gewicht fällt. Auch österr. Bankaktien setzten sich endlich in Bewegung und gingen um 18 fl. vorwärts. Wenn der Finanzminister an seinem Programm festhält und kein Staatspapiergeld kreirt wird, so stehen für die Bankaktien wohl auch wieder bessere Zeiten hevor.

Eisenbahnaktien haben die in der Vorwoche gewonnene Avanze nicht nur nicht behauptet, sondern theilweise noch erhöht, insbesondere Staatsbahnen, welche 4½ fl. gewannen, um aber heute wieder 2½ fl. davon zu verlieren. Man sieht dem Treiben zu sehr das Gewungenen, an. Oesterr. Westbahn haben weitere 2 pCt. gewonnen und behaupten sich fest. Rhein-Nahe 1½ pCt. gestiegen. Man spricht von dem direkten Bau einer Bahn von Rheims nach Metz, via Verdun, was die Entfernung zwischen Saarbrücken und Paris um 90 Stunden kürzen, keine Konkurrenz möglich machen und der Nahebahn ein Monopol für den Frankfurt-Pariser Verkehr verschaffen würde. — Sämmtliche Prioritäten fest und gefragt, besondera österr. und böhmische Westbahn, sowie Lombarden, die anscheinlich höher gegangen.

Wiener Wechsel einige Prozent besser, langes Papier fehlt, von andern Devisen London und Paris matter, Amsterdam bleibt zu den ausnahmsweise hohen Kursen begehrt. Diskonto unverändert niedrig und weit unter Banksatz, dagegen scheinen an der Börse bei Fortdauer der Haussespekulation hessere Zinsen bevorzustehen. (Akt.)

Eine merkwürdigere Kaffee-Auktion, als die am 2. d. M. in Amsterdam über 419,000 Ballen Java abgehaltene, findet das „Fr. J." in den Annalen der Kaffeegeschichte nirgends verzeichnet. Trotz der hohen Taxe, welche freilich sachgemäß war, kamen mehrere Ordres als je von allen Theilen der Welt, und nachdem der Ablauf der Taxe wesentlich überschritten, bereite man sich der Art mit Acceptzen, daß jetzt schon faktisch kein Kaffee zu Auktionspreisen von Seiten der holländischen Händler angeboten werden kann.

(Die Weinproduktion in Frankreich.) Der Weinbau nimmt nicht weniger als 2 Millionen Hectaren Land in Anspruch, von denen ungefähr 500,000 allein in den letzten Jahren angepflanzt worden sind. Die Produktion beläuft sich durchschnittlich auf 40 Millionen Hectoliter, die auf dem Platz einen Werth von 500 Millionen Francs haben. Ein Zwanzigstel dieser Produktion, also ungefähr 2 Millionen, werden jährlich ins Ausland versendet. Der Werth der jährlich angefertigten Fässer wird auf nicht weniger als 80 Millionen, und die Transportkosten per Wasser, Eisenbahn und Röse auf nicht weniger als 30 Millionen Francs geschätzt. Der Octroi, welcher von den Gemeinden erhoben wird, beträgt circa 80 Millionen, und die Steuer auf sämmtliche Getränke bringt dem Schatz ungefähr 150 Millionen ein. Die Geschäftsbewegung, zu welcher der Weinbau in Frankreich Veranlassung gibt, überfteigt die Summe von 1½ Milliarde. Die hauptsächlichsten Weindepartements sind: Meurthe, mit durchschnittlich 56,85 Hectoliter per Hectar; Moselle, mit 54,15; Vosges, mit 47,53; Ardennes, mit 45,60 und Haut-Rhin mit 34,80 Hectoliter per Hectar.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus München schreibt man der „Südd. Ztg.": Die Obstbäume unserer Gärten stehen seit einigen Tagen in voller Blüthe, und die Vegetation ist weiter vorgerückt, als gewöhnlich um dieselbe Zeit im Monat Mai. Heute hat jedoch der Winter gegen diese unerhörte Dreistrücksigung seiner herkömmlichen Rechte Protest eingelegt, und über dem „Blüthenschnee" ist eine Schicht echten Winterschnees gelagert.

Beim Staatsmagistrat in München hat ein Bierwirth um die Bewilligung nachgesucht, die Aufschrift „Bierwirthschaft zum Schellingsgarten" führen zu dürfen. Der Magistrat lehnte das Gesuch ab, da es ihm ungeeignet erschien, den Namen Schelling mit einer Bierwirthschaft zu verknüpfen; einem andern Bierwirth war vor einiger Zeit gestattet worden, die Aufschrift „zum Schillergarten" zu führen.

Digitized by Google

Nürnberg. Die beiden hiesigen Künstlergesellschaften, Künstlerverein und Künstlerklause, haben sich zu einer gemeinsamen Feier des auf den 21. Mai fallenden Geburtstages von Albrecht Dürer vereinigt, der bei der Popularität des unsterblichen Meisters und den umfassenden Vorbereitungen, die schon im gegenwärtigen Augenblick zu der Feier getroffen werden, ein Volksfest in des Wortes finnigster Bedeutung zu werden verspricht, welches von allen Gesellschaftsklassen der Stadt Nürnberg und der Umgebung aufs jubelreichste gefeiert werden dürfte. Das Fest, welchem eine dramatische Idylle oder eine Epilode aus dem Leben Dürer's mit brillanter scenischer Ausstattung die höhere Weihe verleihen soll, wird auch diesmal wieder in der Nähe des Schmausenbuks abgehalten. Ferner wird an dem genannten Tage die neue Künstlerfahne auf dem Grabe Albrecht Dürer's im Johannisfirchhofe der Kunst geweiht werden, bei welcher Gelegenheit ein Künstler den versammelten Kunstgenossen die kulturhistorische Bedeutung des Meisters ins Gedächtnig zurückrufen wird. (Zeit.)

Aus London schreibt man: Bis gegen Ende voriger Woche hatte man der Riesenschlange im zoologischen Garten (Python nennt man die Schlangengattung) Zeit gelassen, ihre 101 Eier auszubrüten. Aber die Hoffnung, daß der Prozeß gelingen werde, schwand immer mehr, und am Freitag gab man die ganze Brut verloren und schaffte die Eier weg. Die Schuld lag wohl nicht an der Schlange, sondern an der Wißgier der Besucher, denen zu Liebe die wollene Decke oft von den Eiern weggezogen und die zur Ausbrütung erforderliche gleichmäßige Temperatur plötzlichen Wechseln unterworfen wurde. Als man die Eier wegnahm, gab die Python ihre Entrüstung deutlich zu erkennen.

In Madrid ist am 1. April ein Korporal Namens Collado hingerichtet worden, der wegen einer ihm ertheilten Strafe seinen Lieutenant durch einen Messerstich in den Rücken getödtet hatte. Der junge Soldat gestand sein Verbrechen sogleich ein; er hatte es in der Hitze gethan und bereute es aufrichtig. Dessenungeachtet wurde er nicht zum Erschießen, sondern, weil er seinen Vorgesetzten hinterrücks angefallen hatte, zur Strafe des Erdrosselns (garrote) verurtheilt. Der Hinrichtung wohnte eine unermeßliche Menschenmenge bei, denn die Theilnahme für den Verurtheilten war eine sehr große. Bevor sich Collado auf den verhängnißvollen Stuhl setzte, richtete er noch an seine Kameraden einige Worte, die von tiefer Reue erfüllt waren. Hierauf wurden ihm die Hände und Füße festgebunden und der Kopf mit einem Taschentuch verhüllt. Man legte ihm das Eisenband um den Hals und mit einem Ruck drehte der Henker die Schraube herum. Collado war todt. Der Henker riß das Tuch weg und der Kopf des Hingerichteten erschien ganz broncirt von der Erwürgung. Der Leichnam blieb bis zum Abend ausgestellt. Die Braut des Unglücklichen hatte der Hinrichtung bis zum letzten Augenblick beigewohnt; als aber der Henker das Tuch von dem Kopfe wegnahm, hatte plötzlich ein gellender Schrei wieder; er rührte von dem Mädchen her, das vor Schmerz wahnsinnig geworden.

Neueres.

Eben kömmt uns die erste Nummer der „Bayerischen Leitung“ zu. Die Redaktion, bestehend aus den HH. Vogt, Dr. Pöhlmann und Dr. Groffe, bekennt sich als konstitutionell-monarchisch gesinnt, und hält ein weiteres Programm für überflüssig; Der Inhalt ihrer Blätter werde für sie reden. Die Leitung soll vorzugsweise den bayerischen Staats- und Landes-Interessen dienen, und bildet das regelmäßige ständige Regierungs-Organ.

Belgische Blätter geben folgendes Zwiegespräch zwischen Louis Napoleon und Montalembert bei Gelegenheit der Vorstellung des neuen Akademikers Oktave Feuillet durch den Letzteren:

Napoleon. Keine andere Wahl hätte mir angenehmer seyn können als diese. Herr Feuillet ist ein vortrefflicher Schriftsteller, ja, ich wage zu sagen, der beste unter den dermalen in Frankreich lebenden.

Montalembert (verneigt sich lächelnd.)

Napoleon. Auch ist Herr Feuillet mir und meinem Haus sehr ergeben.

Montalembert (verneigt sich abermalsk.)

Napoleon. Vor 2 Jahren haben Sie, Herr Graf, und ich einen großen Verlust durch den Tod Ihres Herrn Bruders erlitten. Er war einer der ausgezeichnetsten Offiziere der Armee, und schien eine glänzende Laufbahn vor sich zu haben. Auch zeigte er für meine Regierung und Person eine große Ergebenheit.

Montalembert (mit seiner bekannten höflichen, beißenden Betonung): Wir sprachen bisweilen von Politik kamen aber nie überein.

Napoleon: Dieses Nichtübereinstimmen ist mir Beweis, daß die rechtschaffensten Männer auf sehr verschiedenen Bahnen wandeln können. Ich bedauere das, Herr von Montalembert; auch wir Beide waren dazu geschaffen, uns gegenseitig zu achten und zu verständigen.

Montalembert (verbeugt sich tief, und zieht sich taufos zurück.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	84¼ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. k.	75¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	618/—⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	51 P.
„	4½ pCt.	44 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. a. K. (c. b. R.)	101¾ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104½ P.
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101½/—⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	90½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	96½ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.
„	3 pCt. Obl.	96½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 2. 2. 30	49¼ P.
„	2 pCt. „ „	33⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr	101½ G.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	120P. 119¾ G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	727 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178,177½ G. exD
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	213—154½ G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	80 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	90 P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	324 G. exD.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67½ P. 1/4 G.
	Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 20 kr	246 G.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118½ P.
	Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	77½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 ¼ pCt. Z	34 - 36 G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134½ G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105⅜ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84¼ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 P. exD
	Span. Handels- u. Industrie	505 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	516 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendbez.	102¾ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞ P. 1/2 G.
	Providentia (Feuervers.) 40 pCt. Einz.	100¾/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ G.
Brem. 50 Th. Lgl. k. S	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mill. 100 k. S.	87½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cr. W. 1. 8.	87⅞—¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58 P.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	69⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	121½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69⅞ P.	„ fl. 25 do.	37¼ P.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858	114¾ P. ½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Fr.-Anl. beIR	153 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Ludwig m. 2½ pCt. Z	37¾ P.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	19¼ P. 10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. B. J.-L.	12 P.

Frankfurt, 14. April. Oesterr. Fonds und Kreditaktien, sowie Darmst. Bankaktien wurden etwas billiger abgegeben. Dagegen wurden für Rhein-Nahebahnaktien bedeutend höhere Kurse bezahlt. Auch pfälzische Eisenbahnaktien waren begehrt. Außerdem keine wesentliche Veränderung. (Spnz.)

Digitized by Google

...atsbib
in
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Handblatt mit 6 kr., im Kreisanzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Mittwoch, 16. April 1862.

Reform des Zollvereins.

Unter diesem Titel und mit dem Zusatz „die deutsche Zukunft" erschien so eben ein Buch, dessen Verfasser, wie er selbst bemerkt, die „Versöhnung von Nord und Süd" zum Zielpunkt hat. Es ist das unstreitig eine der wichtigsten Aufgaben, welche sich ein deutscher Patriot in diesen Tagen setzen kann; wir werden ihr daher eine längere Betrachtung widmen, dem beispielsweise, was uns ausführbar scheint, und das nach unserm Dafürhalten Unpraktische oder Ideologische mit dem Anspann bekämpfend, welchen man schon einem achtbaren Gegner und um so mehr einem in vielen Punkten sinnverwandten Mann schuldet.

Der Verfasser (Dr. Ludwig Frauer von Reutlingen) ist kein Neuling in seinem Fach; er hat das Thema: „Der Anfang der deutschen Einheit durch ein Zollparlament" schon die Jahren bearbeitet und veröffentlicht. Die Ideen, welche damals, in der Zeit der tiefsten Reaktion, ihn erfüllten, hat er neu ausgeführt und begründet, in der Ueberzeugung von ihrer Richtigkeit durch alles bisher Geschehene nur bestärkt. Doch lassen wir ihn hier selber sprechen.

„Damals freilich war eine Zeit großer Erschlaffung, und man beschränkte sich gern in seinen Wünschen und Hoffnungen. Jetzt ist wieder eine Zeit der Bewegung und die Segel der Hoffnung und Erwartung „blähen in dem Winde". In solchen Zeiten sind wir geneigt, Ziele, deren Erreichung uns früher als ein großer Fortschritt erscheinen wäre, wieder wegzuwerfen und nach neuem, kühnerem zu trachten. Mir aber erscheint es vielmehr nothwendig, das, was als wahrste und tiefste Bestrebung in der Zeit der tödtlichen Windstille im Bewußtsein sich erhielt und feststand, was sich durch keine Reaktionsluft vertreiben ließ, gerade das auch bei günstigerer Witterung als Fahne der Zukunft aufzupflanzen. Wenn sich unter dieser Fahne eine Partei sammelt und eine Bewegung entwickelt, so haben wir wenigstens die Aussicht, daß diese Bewegung, aus dem eigenen Geiste der Deutschen hervorgegangen, eher zu einem dauerhaften Ziele führen werde als eine solche, welche nur von dem Winde lebt, den der Franzose macht. Die Bewegungen von 1830 und selbst noch die von 1848 gehörten zu der letztern Art; es muß das heiße Streben jedes Patrioten seyn, daß dies mit der nächsten nicht auch der Fall sey, daß unsere deutschen Angelegenheiten künftig mehr durch uns selbst und aus unseren Zuständen heraus fortschreiten, als durch „äußere Stöße"....

Der Verfasser fährt fort: „Was seit dem 1. Februar 1862 geschehen ist, die identischen Noten, der Bruch zwischen Regierung und Volksvertretung in Berlin, der erste entschiedene Rückschritt seit der Regierung des jetzigen Königs von Preußen, der Fall Ricasoli's in Turin und die Erhebung Ratazzi's — alles dies mußte den Verfasser in den Grundgedanken dieser Schrift bestärken, insbesondere in dem Gedanken, daß wir Deutsche mit energischer Nüchternheit einem beschränkten, praktischen und bald erreichbaren Anfang der Einigung zustreben müssen. Die Schwierigkeiten der innern deutschen Entwicklung — zusammen gefahren mit denen der auswärtigen Politik — sind so mächtig, daß wir selbst das so bescheidene Ziel der parlamentarischen Einrichtung des Zollvereins kaum in der durch die Umstände gegebenen Frist erreichen werden, wenn diese Reform nicht in allen Staaten und Stämmen des Vereins mit großartiger Einstimmigkeit von den Regierungen verlangt wird. Hoffentlich gibt auch der preußisch-französische Handelsvertrag einen kräftigen Anstoß in dieser Richtung."

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Seegefecht in der Hampton-Rhede.

„United Service Gazette" gibt aus der Feder Dr. Schinners, der sich an Bord der Fregatte „Congreß" befand, folgende Schilderung: „Da kommt endlich der Merrimac," sagte einer unserer Offiziere, der eilends in mein Kajütenzimmer trat. Ich las mit vielem Interesse eine eben erhaltene Zeitung, und antwortete: „Stören Sie mich nicht, ich bin beschäftigt." „Es ist kein Scherz," sagte der Offizier, „das Schiff kommt auf uns los." Damit nahm er Degen und Revolver, und eilte auf das Deck; ich folgte. Ganz richtig, die sonderbar aussehende Masse dampfte langsam den Fluß herab; aber sie wandte sich, und schien, als hätte sie nur eine Versuchsfahrt gemacht, umkehren zu wollen, und schon hielten wir's für einen falschen Lärm. Aber bald ging der „Merrimac" wieder vorwärts, und fing an, sich und, dem „Congreß", langsam zu nähern. Wir machten uns zum Kampf fertig, und sobald der „Merrimac" in Schußweite kam, eröffneten wir unser Feuer. Ebenso gut hätten wir einen schwimmenden Eisberg beschießen können: die Kugeln prallten an seinem Eisenpanzer ab, wie Hagelkörner an einem Bleidach. Allmälig kam er heran, fuhr an uns vorbei, und gab sein Feuer ab, und zwar mit furchtbarer Wirkung. Dann dampfte er gerade auf den „Cumberland" los, wandte sich um, rannte in denselben unmittelbar hinter dem Bug, und riß ein ungeheures Loch in dessen Rippen, während er zugleich sein Geschoß in das zertrümmerte Schiff schleuderte. Er wich zurück, und wiederholte seinen schrecklichen Anprall. Das Schicksal des „Cumberland" war besiegelt. Er focht brav, und gab wiederholte Breitseiten, aber ebenso erfolglos, wie es unsere eigenen Schüsse waren. Die unglückliche Fregatte neigte sich um, und sank mit ihren meisten Verwundeten in den Grund, während nur die unverletzt gebliebenen und leicht verwundeten Offiziere und Matrosen sich in den Booten retteten, oder auch ans Ufer schwammen. Mit dem „Cumberland" fertig, kehrte das Scheungeheuer zu uns zurück, und eröffnete ein furchtbares Feuer auf unser Backbord. Seine erste Bombe barst auf unserem Deck, und tödtete die ganze Bedienung der Kanone Nr. 7. Bombe auf Bombe, und manchmal zwei auf einmal, sprangen unter uns. Das Schiff sah bald nur noch aus wie ein Schlachthaus. Der Chirurg begann seine Arbeit, und verrichtete eine Amputation; ein großes Holzstück fiel ihm auf die Brust, und tödtete ihn augenblicklich. Vom Operiren war keine Rede mehr. Die Verwundeten, gräßlich zerfetzt, lagen zuhauf. Die kleinste Wunde, die ich gewahrte, war eine abgeschossene Hand; manchem Leib war der Kopf, eine Schulter, ganze Beine und Arme weggerissen. Bald stand das Schiff in Flammen, die Bomben hatten an mehreren Stellen gezündet. Fast alle unsere Kanonen waren demontirt, das Ladungsgeräthe zertrümmert, die Pulverjungen alle todtgeschossen. Das Innere des Schiffs glich einem verwüsteten und ausgebrannten Haus. Alles in Trümmern, schwarz oder roth, verbrannt oder blutig. Die grauenvolle Scene dauerte etwa eine halbe Stunde. Da strichen wir die Flagge. Ein feindliches Boot feuerte an und heran. Unsere große Sorge war für die Verwundeten. Man rief uns zu: „Eilt euch!" — „Wir können mit Menschen nicht eilen, die schlimm verwundet liegen." — „Aber ihr müßt: ich bin im Begriff euer Schiff zu verbrennen; also schnell!" rief der feindliche Offizier. Doch er irrte sich, und verbrannte das Schiff nicht; denn in diesem Augenblick eröffnete ein Indiana-Regiment am Ufer ein heftiges Feuer aus Büchsen und einer Haubitze auf sein Boot, ich sah einen Rebellenoffizier fallen, und das Boot wich zurück. Wohin es fuhr, weiß ich nicht. Mittlerweile nahmen unsere eigenen kleinen Boote und einige vom „Cumberland," die herangesteuert waren, alle unsere Verwundeten auf, und brachten sie ans Land. Ich glaube nicht, daß ein Verwundeter an Bord gelassen wurde. Es waren nach meiner Vermuthung 27; aber wenigstens 80 Mann lagen todt auf dem Deck und auf dem Verbandplatz im untern Schiffe-

Digitized by Google

raum. Während der Nacht brannte die Fregatte vollends nieder und der Rumpf flog in die Luft."

Deutscher Bund.

Die Wochenschrift des Nationalvereins erinnert an eine 500-jährige Begebenheit; nämlich im Mai 1362 nahm die deutsche Flotte unter Graf Heinrich dem Eisernen zum ersten Male Kopenhagen ein; sechs Jahre später, im April 1368, wurde die Dänenhauptstadt nochmals von der Hansaflotte genommen. Rächte die Hansa durch die erste Einnahme Kopenhagens die Zerstörung Wisbys durch die Dänen im Juli 1361, so erzwang sie durch die zweite Einnahme das Zustimmungsrecht zu jeder dänischen Königswahl. So gewaltig war die deutsche Seemacht aus kleinen Anfängen emporgewachsen.

Bei Gelegenheit der Proscribirung des Frankfurter Journals in Kurhessen fragt der Rheinische Kurier: „Was aber sagt die deutsche Presse dazu? Ein Journalistenkongreß zur Gründung eines Journalistenbundes, der, nach sorgfältiger Prüfung des Thatbestandes, sobald in Wahrheit rechtlose Gewalt vorliegt, den gemeinsamen Kampf gegen letztere nicht bloß möglich, sondern seinen Mitgliedern zur Pflicht machte. Ein Bund, der diesen Kampf, so weit es gesetzlich statthaft wäre, so sehr zum gemeinsamen machte, daß sofort — so bald irgendwo ein ohne Urtheil und Recht erfolgtes Verbot vorläge — die gesammte Presse ertheilt werden müßte, wenn jene Aeußerung der Gewalt überhaupt ohne irgend einen Zweck erreichen sollte."

Bayern. Zufolge jüngst ergangener ministerieller Anordnung sollen von nun an der Redaktion der „Blätter für administrative Praxis" alle prinzipiellen Erlasse und Entscheidungen der obersten Verwaltungs- und Kreisstellen, welche sich überhaupt und insbesondere unter geeigneter Rücksichtnahme auf Familien- und Vermögensverhältnisse der Betheiligten zur Veröffentlichung eignen, auf amtlichem Wege zur Einnahme in die gedachte Zeitschrift zugewendet werden.

§ **Oesterreich.** Wien, 13. April. (Privat-Korrespond.) Bereits wurde mitgetheilt, daß der diplomatische Verkehr zwischen jenen Regierungen, welche die identischen Noten nach Berlin gesendet haben, in der letzteren Zeit ein außerordentlich lebhafter gewesen ist. Dieselben haben sich auch über ein gemeinsames Programm verständigt und wird wie man weiß, ein darauf bezügliches Programm binnen Kurzem in Frankfurt überreicht werden. Das „großdeutsche Defensivsystem" soll in diesem Programme, wenn auch mit einigen Modifikationen beibehalten worden seyn. Demnach finden in dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen statt, und soll die Absreise des Baron Werther und des Grafen Schweinitz nach Berlin damit in Verbindung stehen. In den hiesigen entscheidenden Kreisen hofft man mit Sicherheit auf das Zustandekommen einer Verständigung und ist es eine Thatsache, daß Graf Rechberg in neuester Zeit eine große Sicherheit zur Schau trägt.

Das nationalböhmische Blatt „Narodny Listy" ist von der Judengemeinde zu Prag wegen eines aufreizenden Artikels verklagt worden. Es sagt nämlich: „Da vergisten sie uns das Volk mit Branntwein, dort bereiten sie den Ruin durch Wechsel und unmenschliche Interessen, anderswo verderben sie die Hausfrauen, ihre Töchter und Söhne ꝛc. Das sind die materiellen Schäden. Mehr fallen noch die sittlichen Schäden in die Wagschale, welche sie uns mit ihren Zeitungen, und wie es erwiesen ist, mit ihren bestechlichen Korrespondenten bereiten, deren Gewerbe es ist, uns überall zu besudeln, zu verdächtigen und in unseren Bestrebungen hinderlich zu seyn."

Preußen. Es hat sich ein neuer Königsberger Hanswerkerverein gebildet und seine Statuten und das Verzeichniß der Mitglieder dem Polizeipräsidenten Mourach eingereicht. Schüler und Lehrlinge sind von demselben ausgeschlossen.

Der General-Superintendent der Provinz Preußen, Dr. Moll, fordert in seinem Hirtenbriefe sämmtliche Geistliche seines Sprengels zu „wahrhaft christlichen und königstreuen" Wahlen auf. Der Königsberger Konsistorialrath, Dr. Weiß, spricht in seinem neuesten „Volksfreund" von „Verfassungsschwindel" und erklärt: „Der Teufel ist auf den Binsen." Endlich „segnet" die „Kreuzzeitung" „den König", der nicht bulde, daß Preußen deutsch gemacht werde. Unterdessen vergnügen sich die jungen Junker damit, die deutsche Fahne zu beschimpfen und herabzureißen, — in einem Staate, der doch nichts ist, wenn er nicht deutsch ist! (N. T. B.)

Im Prozeß des Handelsgerichts zu Trier kommt folgende Stelle vor: „Der Beruf des Handelsgerichts zieht dahin, Recht zu sprechen über seine Standesgenossen. Auf diesem Gebiete leben dasselbe den Befehlen und Anordnungen Ew. Exz. stets gewissenhaft nachkommen; es wird immer mit aufrichtigem Danke die Belehrungen entgegennehmen, die Ew. Exz. geruhen werden, demselben zuzuwenden. Das erwähnte Ministerial-Reskript bewegt sich aber auf einem ganz anderen Gebiete und berührt keine politische Fragen; es bespricht die Art und Weise, in welcher die Unterzeichneten bei den bevorstehenden Wahlen und bei Ausübung ihrer politischen Rechte sich benehmen sollen. Auf dieses Gebiet wollen und können wir Ew. Exz. nicht folgen, wir müssen erklären, daß wir in dieser Richtung jede, auch die wohlgemeinteste Belehrung zu unserem aufrichtigen Bedauern ablehnen müssen, da wir nach jeder Seite hin bei Ausübung der uns auf Grund der Verfassung zustehenden politischen Rechte unsere völlige Unabhängigkeit bewahren und bethätigen wollen."

Württemberg. Die württembergische Fortschrittspartei, die in langer Zeit eine ziemlich stumme Rolle gespielt hat, will endlich wieder ein Lebenszeichen von sich geben und hat in diesem Sinne eine größere Versammlung nach Esslingheim auf den Ostermontag ausgeschrieben. Den Gegenstand der Berathungen wird die deutsche Frage, die Revision der württembergischen Verfassung, namentlich in Beziehung auf deren Bestimmungen in Betreff der Zusammensetzung der zweiten Kammer, eine Sympathie-Erklärung für das preußische Volk bilden.

Kurhessen. In Betreff des in Ungnade entlassenen Kammerdieners Hartdegen ist sämmtlichen Behörden der Ministerialbeschluß zugegangen, daß er weder von einer Dienstbehörde angestellt, noch von einer andern Staatsbehörde als Hülfsarbeiter oder in sonstiger Weise angenommen oder beschäftigt werde. Gleichzeitig ist die Polizeidirektion angewiesen, jede zur Genehmigung ihr vorgelegte Konzession dem Kurfürsten zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Kammerdiener Hartdegen hat für eine hochbetagte Mutter, eine schwangere Frau und drei Kinder zu sorgen. — Von verschiedenen Orten wird gemeldet, daß Bürgermeister, Gemeinderath und Ausschußmitglieder vor die Landrathsämter geladen und ihnen dort die Adresse des Hessenvereins zur Unterschrift vorgelegt wurde.

Baden. Mit dem 13. April hat die Dampfschiffahrt auf dem Neckar zwischen Heilbronn und Heidelberg wieder begonnen. Es dürfte wohl der letzte Sommer seyn, in welchem die württembergischen Dampfboote diese ganze Strecke befahren. Die Eröffnung der Odenwälder Eisenbahn von Heidelberg bis Mosbach ist auf den künftigen September festgestellt. Auf den 1. Oktober ist als letzten Termin den Posthaltern, welche die Pferde für die Eilwagen stellen, an der ganzen Route gekündigt.

Dänemark.

Im Laufe der Debatte über die Bewilligung zur Anschaffung einer bepanzerten Seewehr äußerte der Minister Orla Lehmann, es sey doch noch eine Frage, ob die Lage sich seit Abfassung des Budgets nicht so verändert habe, daß etwas darin aufgenommen werden müsse, was über ein Friedensbudget hinausginge, und ob man nicht am besten thäte, die Verhandlungen mit Deutschland abzubrechen. Und da es sich nun gezeigt habe, daß Preußen bei seinen flachen Küsten sich diese Eisenschiffe mit flachem Boden verschaffen könne, so sey die Nothwendigkeit, sie auch bei uns anzuschaffen, um so größer geworden. Wir würden uns freilich nur auf defensive Kriege einlassen können, doch schließe dieses nicht eine aggressive Kriegführung zur See aus. Je näher der Augenblick heranrücke, wo unsere Verhältnisse sich einer Entscheidung näherten, auf eine desto größere Kraft-Anstrengung müßten wir vorbereitet seyn. In ähnlichem Sinne sprach sich auch der Kultusminister Monrad aus.

Schweiz.

Großes Aufsehen macht die Abweisung der Fünftausend, welche gegen das Spielhaus petitionirten. Der Staatsrath erklärt ihnen durch seine Justiz- und Polizeidirektion, daß sich die Aufhebung des Cercle des Etrangers durch kein Gesetz begründen lasse; die eingeklagte Gesellschaft sey ein Cercle wie jeder andere in Genf und als Privatgesellschaft zu betrachten. „Journal de Geneve" erhebt sich lebhaft gegen diesen Entscheid und erwartet, daß derselbe die Widerstandskraft nicht brechen, sondern eher verdoppeln werde; noch vor dem Jahresschluß müsse das Spielhaus fallen.

Digitized by Google

Großbritannien.

Palmerstons jüngst in Kürze erwähnte fulminante Rede gegen die weltliche Gewalt des Papstthums und die Okkupation Roms lautet wörtlich an ihrem Schluß: Ich mag nicht bei den Abscheulichkeiten verweilen, welche die römische Regierung und der verbannte König von Neapel anstifteten. Jedermann sollte sich eigentlich scheuen, eine mit solchen Verbrechen befleckte Sache zu vertheidigen. Der ehrenw. Baronet (Sr. Bowyer) sagt, der König von Italien werde niemals in den Besitz Roms gelangen, denn — das ehrenw. Mitglied spricht als Dolmetscher der himmlischen Rathschlüsse (Heiterkeit) — der Allmächtige habe bestimmt, daß der Papst ewig Herrscher von Rom bleibe. Ich, als einfacher Sterblicher und kein Prophet, halte es für unmöglich, daß die weltliche Herrschaft des Papstes ewig dauern kann. Im Gegentheil, denn jedes Jahr, jeder Monat, ihrer längern Dauer entfremdet das italienische Volk seiner geistlichen Herrschaft. Seine weltliche Herrschaft liegt sonder Zweifel in der Hand des Kaisers der Franzosen, ist also keine unabhängige Macht. Die fortdauernde Besetzung Roms durch die Franzosen kann nicht ewig dauern. Denn sie widerspricht dem auch von Frankreich anerkannten Prinzip der Nichteinmischung, und sie widerspricht dem Programm, daß Italien frei werden soll vom mittelländischen Meer bis zum adriatischen. Und es wäre eine unrichtige Politik von Frankreich, die Befestigung eines einigen Italiens mit Eifersucht zu betrachten. Mit der besten Absicht, einer ganz anderen Sache zu dienen, hat der ehrenwerthe Baronet uns große Ehre erwiesen. Er übertreibt unsere Verdienste, aber trotzdem danke ich ihm für die Anerkennung, daß unser moralischer Beistand Einiges zur Befreiung Italiens beigetragen hat, und wir sind stolz darauf (Cheers). Die Nachwelt wird richten zwischen Jenen, die durch Rath und Einfluß für die Wiedergeburt Italiens wirkten, und Jenen, die sich halsstarrig gegen jede Besserung stemmten und sich zu Vertheidigern alles Verderbten, Tyrannischen und Unterdrückenden in den frühern Institutionen Italiens aufwarfen. (Laute und anhaltende Cheers.) Das Haus vertagte sich wegen der Ostern bis zum 28. April.

Ein „Fremder" klagt in den „Times" über die Prahlereien und Nichtswürdigkeiten, welche mit den Dampfbooten in London ankommende Reisende durch die keiner Kontrole unterworfenen Gepäckträger ausgesetzt sind; die Wasserseite sey ein wahrer Schandfleck für London, und es wäre Pflicht der Dampfbootgesellschaften, für zuverlässige Leute zur Bedienung der Fremden zu sorgen, statt sie trunkenen Raufbolden preiszugeben. (Avis für die Besucher der Ausstellung.)

Frankreich.

X Prinz Napoleon beabsichtet ehrn (wahrscheinlich unter Beihülfe E. Girardins und C. Vogts) eine Denkschrift über die augenblickliche Lage Europa's, insonderheit Frankreichs. Dem Prinzen bleibt übrigens zu seiner Schriftstellerei um so mehr Muße, als er aus philanthropischen Gründen (um nämlich den Prinzen Aumale nicht im Duell tödten zu müssen) seinen Besuch Englands und der dortigen Weltausstellung definitiv abgesagt hat. Die Gattin des Grafen Chambord, welche dermalen in anderer Weise als Aumale die Dynastie Bonaparte beunruhigt, eine geborene Prinzessin von Modena, zählt 45 Jahre ihres Lebens und 16 einer kinderlosen Ehe. Der Bischof von Toulose, heißt es, sey wegen der großen Aufregung in der Stadt — ungefähr die Hälfte der Einwohner sind Protestanten — fortgereist, und werde am „Festtag" noch nicht anwesend seyn.

„La Presse" spricht sich nun auch für weitere Reduktion der Armee aus, und hält die Entlassung von 32,000 Mann für keineswegs genügend, wenn man immer drückendere Abgaben oder endlose Verschuldung des Staats vermeiden wolle; man solle den fremden Mächten erklären, daß man eben so wenig daran denke, die Armee ins Ausland zu senden, als man eine Invasion Frankreichs dulden werde, dann werde man keiner größeren Armee bedürfen, als die war, die bei Austerlitz siegte.

Italien.

Der Mörder Boggio, der fünf von ihm in den Jahren 1848 — 59 Ermordete in seinem Keller begrub, wurde in Bologna unter einem ungeheuren Zudrang des Volkes hingerichtet. Derselbe hatte seine Verbrechen unter dem Deckmantel der Kirche begangen, einen überaus frommen Mann erheuchelt und in der Kirche S. Giorgio Religion gelehrt.

Griechenland.

Der Sergeant Tsakalis, der vor einigen Monaten wegen des Versuches, den jungen Dosios und andere Gefangene aus dem Gefängniß von Nauplia zu befreien, verurtheilt worden war, hat den Versuch gemacht, mit anderen Verurtheilten aus dem Kerker zu entfliehen. Ein in der Mauer durchbrochenes Loch war bestimmt, ihre Flucht zu begünstigen, als man dem ganzen Unternehmen auf die Spur kam. Der Platzkommandant hat eine strenge Untersuchung angeordnet, um die Mitschuldigen zu entdecken. —

Folgende Individuen von Nauplia sind von der Amnestie ausgeschlossen: Die Offiziere Zolris, Michos, Stalkwag (aus Bayern), Botzaris, Dimbrakaki, D. Grivos, Kassilofani, Leitakis, E. Grivos, Nonos, Praides und Smolenz, dann die Bürger: Petmasas, Mauromichalis, Antonopulas, Demitriades, Papafasiopulos, Zabitsanos und Franklin — im Ganzen 19 Personen.

Amerika.

In der Republik Columbien haben die Konservativen, nach einer Reihe von Niederlagen wieder einen Sieg errungen. General Tiradso hat den Dampfer „Antioquia" auf dem Magdalenafrom, welcher 5000 Gewehre und Mosquera's Korrespondenzen am Bord hatte, weggenommen. Während Mosquera's Abwesenheit von Bogota wurde diese Hauptstadt selbst von den Anhängern Alpina's überrumpelt und genommen, letztere selbst aber wurden bald wieder von den Demokraten hinausgeworfen. Mosquera's Kavallerie eilte zur Verfolgung der Gegner ab und nahm sie sämmtlich gefangen. Ein friedliches Gegenstück zu diesem verworrenen Staat bietet die Republik Chile unter der starken und weisen Leitung des ausgezeichneten Staatsmannes Perej. Wenn trotzdem die jährliche Auswanderung armer Chilenen nach den argentinischen Staaten fortdauert, so liegt der Hauptgrund in den eigenthümlichen Verhältnissen des Bodenbesitzes. In den argentinischen Staaten ist der Boden wohlfeiler und für den vermögenslosen Ansiedler leicht zu erwerben.

Afrika.

Der Kaiser von Marocco soll, aufgebracht über den Widerstand, welcher in einigen Distrikten der Erhebung der Steuern entgegengesetzt werde, beschlossen haben, in Person gegen die Rebellen zu Felde zu ziehen; er sey demzufolge von Rabat mit Infanterie, Kavallerie und Kanonen abgegangen und habe für jeden Rebellenkopf, den man ihm überbringe, drei Duros Belohnung versprochen.

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber den bereits erwähnten, kolossalen Briefdiebstahl in Wien erfährt man noch Folgendes: Im Zimmer des Verhafteten fand man mehr als 50,000 Briefe aller Art, nebst einer entsprechenden Anzahl von Aichenpacketen, da die Hauptraub der Verbrechers gegen die fortwährende Ofenheizung mittelst Briefpapieres Protest einlegte und der Miethsmann, um den Verdacht abzulenken, gezwungen war, die poslirenden Briefe mitten im Zimmer zu verbrennen und die in Packeten gesammelte Asche partienweise fortzutragen. In den aufgefundenen Briefen befand sich eine ganze Sammlung von Neujahrswünschen, Geburts- und Namens-Gratulationen, Verlobtseins und Preiscourants, besonders aber Photographien aller Art, welche der Verbrecher wahrscheinlich nach dem Grisse für Bantnoten hielt, und die jetzt eine bizarre Ausstellung von Verhältnissen aller Art bilden, — ehrwürdige Matronen und lustige Schauspieler, unschuldige Kindlein und Vorstadt-Ballettänzerinnen, würdevolle Herren in Staatsuniform und arg defolleirte Debardeurs sind den Alten beigelegt; — da sendet eine arme Mutter ihrem Sohn an die Vorpostenkette am Po die mühsam ersparte Gultennote; da bestellt ein Dandy um ein Rendezvous unter Beisetzung eines Hünderters; hier wurde ein Schneiderkonto in Begleitung eines Drohbriefes Beranlassung, den Drohbrief sür einen Geldbrief zu halten; hier entlarvt die pekuniäre Einlage eine Ehestau, welche ihrem Freunde eine Unterstützung aus dem Säckel des Ehehern zuwendet, — kurz, eine Unzahl von Geheimnissen tritt hier plötzlich and Licht der Untersuchung, und wir bewunderen das Spiel des Zufalls, welcher sodalt nach Botirung des Gesetzes über Verletzung des Briefgeheimnisses das Landesgericht in die Nothwendigkeit versetzt, mit der Durchsicht von mehr als 50,000 Briefen — eine nicht beneidenswerthe Arbeit — die großartigste offizielle Uebertretung dieses Gesetzes feiern zu müssen.

(Papiergeld-Jubiläum.) Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß gerade heuer hundert Jahre verflossen sind, seitdem in Oesterreich zum ersten Male Papiergeld ausgegeben wurde. Es wurde nämlich im Jahre 1762 unter der Regierung

Digitized by Google

von Maria Theresia eine Summe von 12 Millionen Gulden Papiergeld unter der Benennung Bankozettel ausgegeben.

Die Manie, Finanzpläne zu verfassen, hat bereits ein Opfer gefordert. Ein Kaufmann aus Teschen in Schlesien worfe nämlich in das Irrenhaus gebracht, weil er an der fixen Idee leidet, er habe einen Finanzplan verfaßt, durch den Oesterreich von seinen Finanznöthen befreit würde. Unter großem Lärmen verkündet der Unglückliche fortwährend seinen vermeintlichen Triumph und gerirt sich als Finanzminister.

Dem „Kol. Közlöny" wird aus Fokszan berichtet: Um die Hand der Tochter unseres als Pächter in der Nähe Fokszan's wohnenden Landsmannes, bewarb sich ein Ungar, der Arzt B... und ein griechischer Pächter Ch... Das Mädchen gab dem Ersteren den Vorzug. Einige Tage nach der Verlobung wird der Pächter Ch. krank und schickt um den Arzt B., der auch zu dem Patienten eilt, aber diesen durchaus in seinem gefährlichen Zustand findet. Man händigt ihm ein reiches Honorar ein und nöthigt ihn vor seiner Heimkehr einige Erfrischungen zu sich zu nehmen. Der Arzt nahm Einiges zu sich und begab sich auf den Heimweg; bald aber wurde er von Schmerzen überfallen, die ihm seinen Zweifel darüber fließen, daß er vergiftet worden sey. Er eilte in die Apotheke, aber jede Hilfe war vergeblich, er konnte nur noch einige Zeilen an seinen Vater schreiben und verschied bald unter schweren Leiden. Der herbeigeeilte Vater ließ den Leichnam seciren und man fand in demselben eine große Quantität Arsenik."

Der im Prelauer Gebiet in Böhmen bekannte und gefürchtete Gauner Wynzel Halla aus Walle wurde am 3. d. M. in den ersten Nachmittagsstunden von einem Knaben erschossen. Derselbe hatte die Vorhaushüre eines Wächterhäuschens umreit Walle mittelst einer Hacke erbrochen, mit welcher er nun gegen die Gattin des Bahnwächters einen Hieb führen wollte. Da ergriff der im Hause anwesende 13jährige Knabe ein Gewehr und erschoß den das Leben seiner Mutter gefährdenden Gauner.

Seit Menschengedenken sind in der Umgegend Kölns nicht so viele Menschen an der Wasserscheu gestorben, wie in Jahresfrist. Das „Fr. J." hat abermals drei Fälle zu konstatiren, von denen folgende zwei hervorzuheben sind. Zwei Freunde, einer in Frechen und der andere in Kalk, waren von wuthkranken Hunden gebissen worden. Als vor einigen Tagen der Frechener starb und die Nachricht in Kalk eintraf, erklärte der noch lebende Freund, daß er nunmehr auch sterben werde. Er bereitete sich auf seinen Tod vor und wurde bald nachher von der Wasserscheu befallen.

Die „Köln. Z." meldet: „Während die Mäuse hie und da noch immer als eine wahre Landplage auftraten, hat sich auf den Moselbergen ein nicht minder gefährliche Feind blicken lassen, der Saat- und Kartoffelfelder zu zerstören droht, wenn nicht bald ihm mit Uebermacht zu Leibe gegangen wird. Wilde Säue zeigen sich an vielen Orten bald einzeln, bald in Rudeln von 20 bis 30 Stück, so daß einzeln wohnende größere Landwirthe Hülfe requiriren und die betreffenden Landräthe darüber höheren Orts Bericht sofort erstattet haben. Nur wenige dieser Bestien sind bis jetzt den Kugeln unserer jahrlichen Sonntagsjäger erlegen."

(Merkwürdiger Versuch mit Kartoffeln.) Der „Moniteur de l'Agriculture" berichtet: Ein Landmann pflanzte vier Kartoffeln, in zwei Reihe er eine Erbse, in zwei andere eine Bohne. In kurzer Zeit wuchsen die Erbsen und Bohnen so reichlich, daß sie vier starke Schüsseln für den Tisch des Landmannes gaben. Aber auch die Kartoffeln gediehen vortrefflich, wurden nicht krank und vervielfältigten sich außerordentlich; eine gab allein 24 Knollen. Man wird heuer den Versuch im Großen wiederholen.

Neueres.

Bayern. Im Hofsaale des Prinzen Adalbert ist eine Veränderung eingetreten, indem an die Stelle des bisherigen Hofmarschalls, Freiherr von Fallot, der Rittmeister des ersten Kürassier-Regiments, Graf v. Kreith, tritt.

Preußen. Zahlreiche brandenburgische Fabrikanten haben dem „Frankf. Journ." eine Erklärung zur Veröffentlichung zugesandt, wornach sie wegen der preußischen Landtagswahlen erst am Mittwoch den 30. d. M. mit dem Auspacken ihrer Waaren auf der Leipziger Messe beginnen werden. Sie bitten alle Verkäufer nach und fern, ihrem Beispiel nachzufolgen, und um Veröffentlichung einer gleichen Erklärung.

Auch das Professoren-Kollegium der Berliner Akademie der Künste hat dem Kultusminister den Wahlerlaß unter Protest zurückgesandt. Von rechterlicher Seite wird nehmlich gegenüber dem Justizminister Grafen zur Lippe vorbereitet. In Ostpreußen wird die Protestbewegung in den Städten immer allgemeiner. Auch in Schlesien gewinnt die Protestbewegung Boden; es ist bemerkenswerth, daß dort namentlich die ländlichen Gerichtsleute und Schulzen im Vordergrunde stehen.

Kurhessen. Die kurhessische Regierung läßt gegenwärtig nach den zahlreich hierher gelangenden Exemplaren des Wochenblatts der „New-Yorker Staatszeitung" fahnden, weil in ihr öfters die kurhessischen Zustände einer unliebsamen Besprechung unterzogen werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauer.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S.-b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	81⅝—¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	81 P.
„	4½ pCt.	45¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	104⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. b.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	100 P.
„	3 pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	49¼ P.
„	2 pCt.	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	101½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	120¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	726 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178—½/0. exD
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank f. u. 2. Serie à fl. 250	216—15⅛ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327⅞ 324 G. exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	87⅜ P. 1/2 G.
Oest. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	245½ P. 44⅞
„ Kisab.-Eisenbahn à pCt. . . .	117 G.
„ Kilsab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¼ P.
Rhein-Nahebahn à 4½ pCt. Z.	83½ P. 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	124⅝ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	105⅞ P. 3/4 G.
Oest. St.-Kisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	84¼ P.
Schdd. Bank-Akt. à 20 pCt. Einz.	250 P. exD
Span. Handels- u. Industrie . . .	305 P.
„ Credit-Akt. à. Gen. Percire	513 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	107½ P.
Bayer. Ostbahn mit 20 pCt. Einz.	106 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 40 Th. Lsf. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sst. W. 1. S.	87⅞ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108 P.	Kurhesse. Thlr. 40 b. R.	58 P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	69 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69¾ G.	„ fl. 25 do.	37¼ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	115¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beR.	122 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54½ P.
Mainland-Como d. 10	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	27¼ P.
Radische fl. 50	—	Vereins-Loose à 10.	10⅝ P. 10 G.
Radische fl. 35	55½ P.	Arab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11⅝ G.

Frankfurt, 15. April. Die Börse, ohne ausgesprochene Tendenz eröffnet, schloß in entschieden günstiger Haltung für österr. Fonds und Kreditaktien. Besonders 100 fl. Loose von 1858 waren begehrt; es fehlte dafür an Abgeben. In Rhein-Nahebahn-Aktien war das Geschäft nicht ganz so lebhaft als gestern. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Sonn.)

Digitized by Google

Staatsbibl. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107. | Voranszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insecaten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Donnerstag, 17. April 1862.

Reform des Zollvereins.

(Fortsetzung.)

Der Verfasser beschränkt sich nicht auf die in obigem Titel liegende Besonderheit; er betrachtet dieselbe als angewachsen, als identisch mit einer allgemeinen deutschen Reform; er bespricht die denkbaren Möglichkeiten einer weitern Entwicklung, die Verhältnisse zum deutschen Bund, zu Preußen und zum preußischen Parlament, zu Bayern, zu den Mittelstaaten, zu den kleineren Staaten, zu Oesterreich und zu Europa. Die beiden Schlußkapitel sind: „Der Krieg", sodann: „Der Deutsche und das Handeln." Wir heben für heute den uns zunächst liegenden Abschnitt hervor, um in einer der nächsten Zeitungsnummern unsere Abweichung von diesen Ansichten zu erörtern. Der Verfasser sagt:

„Wir haben eine Trias für die Zentralgewalt Kleindeutschlands vorgeschlagen. Wir brauchen nicht zu sagen, daß uns eine Zentralgewalt mit streng einheitlicher Spitze als das rationellere, einfachere und vollkommenere erscheint. Wir wünschen, daß eine einheitlichere Spitze des engeren Bundes ausführbar sey, daß unsere Ihre der Vermittlung und des Uebergangs sich als überflüssig erweise. Aber man muß die deutsche Geschichte wenig verstehen, wenn man glaubt, Deutschland lasse sich von jetzt bis in einigen Jahren definitiv unter einen Hut bringen und wir hätten die Wahl zwischen dem rein rationellen und der Anlehnung an das historisch gegebene. Eine Nation, welche seit sechs Jahrhunderten — mindestens seit dem Untergang der Hohenstaufen — der Zersplitterung und der Individualisirung sich hingab und dakin bis zum äußersten Extrem ging, so daß heute noch jede Provinz sich für besser hält als die andere, jedes Individuum sich höher stellt, als das ganze große Vaterland — eine solche Nation läßt sich nicht in zwei bis drei Jahren nach dem System der reinen Vernunft einheitlich organisiren. Und doch mußten wir zugestehen, daß in den nächsten Jahren in der deutschen Frage etwas zu geschehen habe, was als eine entschiedene Wendung zum Bessern sich allem Volk kennzeichnet. Dieses Etwas aber kann noch nicht das Letzte, das Beste seyn, es kann nur ein Anfang zu bundesstaatlicher Konzentration seyn und dieß ist die Reform des Zollvereins auf parlamentarischen Grundlage mit Ausschluß der Trias.

Die sechs Jahrhunderte der deutschen Zersplitterung haben im Süden außer Oesterreich noch einen Staat geschaffen, der rein deutsch ist, der aber zu groß ist, als daß ihm bei dem Anfang wirklicher staatsrechtlicher Zusammenfassung der Nation nicht noch eine besondere, sagen wir anomale Stellung, eine relative Bevorzugung einzuräumen wäre. Alle Bestrebungen der deutschen Kaiser und der modernen deutschen Großstaaten nach territorialer Abrundung und unitarischer Zusammenfassung Deutschlands haben stets in Bayern einen entschiedenen und kräftigen Gegner gefunden; alle Pläne, denen sich Bayern nicht anschloß, gelangen auch nicht, und es ist bekannt, daß Bayern selbst einen Anschluß an die Feinde Deutschlands nicht scheute, um seinem Widerstreben Nachdruck zu verschaffen und die Pläne seiner Gegner zu durchkreuzen. Wohl dürfen wir jetzt der Zunahme des Nationalgefühls bei Fürsten und Völkern vertrauen und eine solche Verirrung für unwahrscheinlich annehmen. Aber wie sollen Niemand in Versuchung führen; vielmehr müssen wir unsere bayerischen Landsleute durch Vernunft und Mäßigung zu gewinnen suchen. Wir müssen in einer Weise vorwärts streben, durch welche die deutsch-patriotischen Elemente in Bayern gehoben und gestärkt werden, nicht in einer Weise, durch welche diese vor den Kopf gestoßen werden, und durch welche die zahlreichen und starken partikularistischen Elemente die Oberhand behalten müssen. Auch erfreut sich Bayern durch seine Verfassung, durch die Haltung seiner Regierung und seiner Kammern, durch große und bedeutende Städte, vor Allem durch die Pflege der Kunst und Wissenschaft in München einer solchen Bedeutung, daß es bei Einrichtung einer deutschen Zentralgewalt nicht umgangen werden kann. Ein Plan, auf den Bayern als Ganzes, Regierung und Volk, nicht eintreten will, gegen den es sich in andauernde Opposition setzt, hat keine Aussicht auf Gelingen. Auch wenn Bayern alle außerdeutschen Verbindungen meidet, wird seine Opposition doch gestärkt durch die ultramontane Partei in ganz Europa und in Deutschland und durch die in derselben Richtung sich bewegende Politik Frankreichs. Am meisten aber wird sein Widerstand gekräftigt durch die Anlehnung an Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten. Die traditionelle Politik Oesterreichs auf Beherrschung Deutschlands wird jedenfalls nur allmälig und langsam einer rationellern Auffassung des Verhältnisses zu Deutschland Platz machen. Die Einsprache Oesterreichs gegen die parlamentarische Organisation Kleindeutschlands wird vorzüglich dann von großer Bedeutung seyn, so lange sie sich auf die Opposition Bayerns stützt, so lange es ihr gelingt, Bayern als Hebel gegen die Einrichtung eines engern Bundes zu benutzen.

Wir müssen demnach einen Plan verfolgen, welcher nicht gerade einfache Unterordnung Bayerns unter die preußische Dynastie verlangt, welcher Bayern nicht geradezu als Provinz des Bundesstaats behandelt, welcher der bayerischen Dynastie noch eine selbständige Stellung neben der preußischen in der Zentralgewalt einräumt. Für einen solchen Plan kann das Volk und die Dynastie Bayerns gewonnen werden, wenn auch nach einigem Schwanken und Ringen. Die ultramontane Partei wird auch gegen diesen Plan agitiren unter dem Vorwande, daß Oesterreich nicht dabei sey; aber sie wird nicht aufkommen gegen den gesunden Verstand und gegen die patriotischen Elemente des bayerischen Volkes. Auch Oesterreichs Einsprache wird kein resignirtes Hinderniß seyn, wenn sie sich nicht auf Bayern stützt.

Es kommt mithin alles darauf an, ob die deutschen Völker einig sind im Wollen — und diese Frage konzentrirt sich in der, ob Preußen und — Bayern wollen. Das Einvernehmen dieser beiden deutschen Hauptstaaten ist für den innern Fortschritt so wichtig als für die Abwehr der äußern Gefahr. Wir haben schon früher hervorgehoben, daß dieses Verwirklichen auch den beiden Fürsten dieser Staaten nicht fremd ist und daß es nur gegenwärtig für Deutschland ihm könne, wenn auf dem Wege der persönlichen Besprechung fortgefahren wird. Sobald einmal die öffentliche Meinung in Deutschland mit Entschiedenheit die Reform des Zollvereins als ihre Forderung aufstellt, so zweifeln wir nicht, daß die beiden Herrscher bei einer erneuerten persönlichen Begegnung, getragen von dem energischen, maßhaltenden, auf ein ganz bestimmtes und erreichbares Ziel gerichteten Volkswillen, sich die Rechte geben werden mit den Worten: „wir wollen diese That thun; wir wollen aber auch unsere Heere bereit halten zum Schutze der Interessen von ganz Deutschland."

Bayern hat ein hohes Interesse, auf gemäßigte deutsche Einheitsvorschläge einzugehen, sie zu befördern. Widerstand gegen den Geist der Zeit schadet dem bayerischen Stamm zu meisten, weil seine Stellung eine Mittelstellung ist, die nicht absolut nothwendig berücksichtigt werden muß. Einzelne Provinzen Bayerns sind nicht so sehr mit dem allen Lande verwachsen, daß sie nicht auch von Deutschland angezogen werden könnten, wenn Bayern sich fortwährend gegen die Organisation Kleindeutschlands sperrt, sich in der deutschen Bewegung isolirt und den Ultramontanismus stärkt. Jetzt noch hat es Bayern in seiner Gewalt, ein Direktorium Kleindeutschlands durchzusetzen, in welchem es selbst die zweite Stellung einnimmt. Später könnten die Zeiten kommen, wo die Geschichte auch über die bayerische Souveränität zur Tagesordnung übergeht.

Geringeren Werth legen wir auf den Vorschlag, daß auch die Könige von Hannover, Sachsen, Württemberg von drei zu drei Jahren over in einem andern regelmäßigen Wechsel an der Direktorialregierung bis auf einen gewissen Grad betheiligt werden sollen. Aber schon der Umstand, daß eine Direktorialregung besser

Digitized by Google

von dreien als von zweien gebildet wird, treibt zu dieser Ergänzung. Ueberdieß repräsentiren diese drei Königreiche nach Preußen und Bayern die bedeutendsten Kräfte des nicht-österreichischen Deutschlands und es ist auch hier von Wichtigkeit, die partikularistischen Elemente in ihnen zu besiegen durch Erweckung einer möglichst allgemeinen Theilnahme für die deutsche Reform.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Bayern. Das Militärbudget gekennt auf dem benachbarten Lechfeld ein Etablissement für militärische Uebungen zu begründen. Die entsprechende Anzahl von Grundstücken ist hiefür allbereits erworben, und zwar wohlfeiler, als dies je sonst wo möglich gewesen wäre. Dadurch käme in die so öde Lechfeldebene auch etwas mehr Leben. (A. Postz.)

In der Folge werden die Schwurgerichtssitzungen entweder umfangreicher oder durch außerordentliche zu ergänzen seyn, da nach der neuen Strafgesetzgebung die Schwurgerichtshöfe über alle Verbrechen, also auch über jene, welche bisher zur Competenz der Bezirksgerichte gehörten, sowie über die Preßvergehen zu urtheilen haben werden; den letztern verbleiben nur die gemeinen Vergehen und werden dieselben in Senaten, welche einschlüßig des Vorstandes mit drei Richtern besetzt sind, die Uebertretungen dagegen mit einigen Ausnahmen von den Einzelrichtern abgeurtheilt.

Die am 1. Juli ins Leben tretenden Bezirkskämter haben zur Erleichterung der Bezirksangehörigen von Zeit zu Zeit an einigen größeren oder entlegenern Orten ihres Bezirks Amtstage excurrendo abzuhalten. In den Kreisblättern werden jetzt diese Orte und die Zahl der monatlich an jedem derselben abzuhaltenden Amtstage für die verschiedenen Amtsbezirke bekannt gemacht.

Pfalz. In Erpolzheim fand wegen Fewürtnissen in der Gemeinde eine Urwahl der Gemeinderäthe statt. Die kalten Nächte haben bis jetzt dem Weinstock keinen erheblichen Schaden gethan.

Oesterreich. Der in Linz von katholischen Geistlichen und einem katholischen Vereine angeregte Protest gegen das vom konfessionellen Ausschuß des Abgeordnetenhauses entworfene liberale Religionsedikt hat in Oberösterreich 41,000 Unterschriften gefunden (ein Siebzehntel der Bevölkerung).

Die Partei des „Vaterland" ist in eine merkwürdige Position gerathen, die sich auf die Dauer unmöglich behaupten läßt. Es wird keines Nachweises bedürfen, daß die Elemente des österreichischen Herrenhauses vorwiegend aus den Reihen der hohen Aristokratie entnommen sind: was Oesterreich an großen Namen und alten Geschlechtern aufzuweisen hat, sitzt auf den Bänken desselben. Und jetzt kommt das „Vaterland", welches den Anspruch macht, das Organ eben dieser Aristokratie zu seyn und ihre Interessen zu vertreten, und stellt „Bestrebungen über das Herrenhaus" an, welche denselben den Vorwurf im Gesicht schleudern, daß es aller Selbstständigkeit entbehre und lediglich ein gefügiges Werkzeug in den Händen seines Präsidenten sey! Gesetzt, es wäre so wahr, wie es entschieden nicht wahr ist — wo ist denn die Partei zu suchen, welche hinter dem „Vaterland" steht? Fürst Salm und die Grafen Thun und Czernin, das wäre die ganze Minorität, welche in den letzten Sitzungen zusammengebracht werden konnte, und „in ihrem Lager ist Oesterreich"? Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Bisher gingen die Feudale und die nationale Partei zusammen; jede freilich suchte die andere nach Kräften auszubeuten, denn was der einen Partei Ziel war, war der andern nur der Weg zum Ziel; aber sie gingen doch zusammen. Die Ministerverantwortlichkeitsfrage ist der Anlaß geworden, dies Bündniß zu sprengen: die Nationalen haben erkannt, daß sie schließlich der betrogene Theil seyn würden, und der czechische „Hlas" kündigt so eben dem „Vaterland" die Gemeinschaft in einem Tone, der jede Auslegung von vornherein abschneidet. Daß der Bruch kommen würde, war vorauszusehen, aber daß er so rasch kommen und so vollständig seyn würde, wagte man nicht zu hoffen. Die Dinge sind mächtiger als die Menschen. Der Grundgedanke der Februarverfassung, die Kraft des Ganzen mit möglichster Freiheit der Theile zu verbinden, ist zu lenguelunb, als daß er nicht schließlich durchdringen sollte. (?) Daß mancher mittelalterliche Bestand sich einstweilen noch dagegen sträubt, begreift sich; aber auch das hat sein Gutes. Umbildungen von welthistorischer Bedeutung, sagt ein bekannter Staatsmann so treffend als richtig, sitzen nicht fest, wenn sie wie gewöhnliche Administrativmaßregeln ins Leben treten; sie müssen sich innerlich durchkämpfen. (Fr. Postz.)

Preußen. Der Generalfeldmarschall v. Wrangel hat, wie verlautet, auf den Gehalt von jährlich 2000 Thaler, welchen er in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber in den Marken bezieht, zu Gunsten der beim Militärbudget beabsichtigten Exparnisse verzichtet.

Der Inhaber der Ortspolizei in Rottmannsdorf bei Danzig, Rittergutsbesitzer Meyer, hat gegen die Wahlverfügung protestirt. Er erklärt: „Ich halte mich als Ortspolizeibehörde weder berechtigt noch verpflichtet, Wahldreinflussungen, mögen sie unter dem Mantel von Belehrungen, Warnungen, Verfügungen oder dergleichen auftreten, zu unterdrücken, selbst wenn dieselben von Aeußern oder Landräthen ausgehen. Aber auch abgesehen von meiner Stellung als Ortspolizeibehörde halte ich es mit meiner Pflicht als Staatsbürger für unvereinbarlich, Schriftstücke zu verbreiten, welche Dinge enthalten, die nach meiner Ansicht mehr geeignet sind, die Bevölkerung irre zu führen, als sie zu belehren."

Hannover. Am Tage der Konfirmation des Kronprinzen hat der König befohlen, daß statt des seitherigen Landeskatechismus das auf königlichen Befehl „aus gründlicher Erwägung und Arbeit gottesfürchtiger und sachkundiger Männer" hervorgegangene Buch „Dr. Martin Luthers kleiner Katechismus mit Erklärung" in allen evangelisch-lutherischen Kirchen und Schulen des Königreichs von Lehrern und Lernenden gebraucht und der Religionsunterricht danach ertheilt werde.

Oldenburg. In dem kleinen Land haben sich seit 1855 gegen 2400 Rekruten der Einstellung ins Heer durch die Flucht aus dem Vaterlande entzogen. Man würde sich nun sehr irren, wollte man annehmen, daß diese merkwürdige Furcht vor der Muskete herkäme, von einer unwürdigen oder gar unmenschlichen Behandlung der Soldaten von Seite ihrer Vorgesetzten oder von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den heimathlichen Verhältnissen oder gar von einer angeborenen Furchtsamkeit und Unmännlichkeit der Bevölkerung. Kein Deutscher kann mit größerer Liebe an seinem Vaterlande hängen, als der Oldenburger, kein Bürger irgend eines deutschen Bundesstaates hat mehr Ursache, mit seinem Landesherrn und dessen national-deutscher Regierungsweise zufrieden zu seyn, als der Oldenburger, kein deutscher Stamm übertrifft den Oldenburger an kräftigen angeborenen Mannesmuth, kein Deutscher würde kühner und unerschütterlicher im Pulverdampfe stehen für des Vaterlandes Wohl und Freiheit, aber auch kein Deutscher hat mehr Abneigung gegen den langweiligen Landdienst, als der Oldenburger. „Auf der See da steh ich meinen Mann, dort will ich fechten und siegen oder sterben." Die See ist die Heimath des Oldenburgers von Jugend auf; auf ihr fühlt er sich heimisch; dort will er alle Mühseligkeiten und Anstrengungen ertragen, dort will er täglich und stündlich dem Tode ins Auge schauen. Geht dem Oldenburger Schiffe, auf denen er seiner Pflicht als deutscher Wehrmann nachkommen kann und ihr soll sehen, wie die Theerjacke nicht hinter seinen Kommißbrüdern auf dem platten Lande zurückbleibt. Doch der Ruf ist umsonst, wenigstens vor der Hand; Oldenburg kann sich so wenig Schiffe halten, wie Liechtenstein ein Regiment Artillerie. Eine deutsche Flotte gibt's nicht; ein Deutschland, ein deutsches Reich leider Gottes auch noch immer nicht. So müssen jährlich Hunderte von muthigen, kühnen deutschen Jünglingen aus Widerwillen gegen die nach den Gesetzen des deutschen Bundes vorgeschriebenen militärischen Uebungen hinausgetrieben werden aus dem Vaterhaus, weit in die Ferne, geächtet und ausgeschrieben zur Fahndung und Strafe von den heimathlichen Behörden! In 7 Jahren 2400 Deutsche ins Elend gejagt! Wie mögen die Armen hoffen auf eine frohe endliche Auferstehung eines deutschen Reiches!

(Postz.)

Dänemark.

Im Reichsrath kamen die drei königlichen Beschlüsse zur ernsten Berathung. Nachdem C. Rosenörn das Gutachten des Ausschusses empfohlen hatte, daß keine Veranlassung dazu vorhanden sey, die Minister, welche die Beschlüsse kontrasignirt hatten, zur Verantwortung zu ziehen, sprach sich Baron Blixen-Finecke sehr eifrig gegen die Politik des Ministeriums aus. Der Conseilspräsident, der ihm entgegentrat, nahm an, daß Blixen-Finecke mit seiner Ueberzeugung davon, daß unter Deutschlands gegenwärtiger Staatsordnung keine Gefahr vor einem Kriege mit demselben bestände, alleinstehe.

Niederlande.

Die Kammer ist auf den 24. d. Mts. wieder zusammenberufen, welchem Zeitpunkt man mit großer Spannung entgegensieht

Digitized by Google

weil alsdann die Budgets der Ministerien des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, sowie die Verwendung des ostindischen Ueberschusses zur Berathung kommen sollen, wobei es sich zeigen wird, was das gegenwärtige Kabinet und die Kammer von einander zu erwarten haben.

Großbritannien.

Der Minister des Innern hat den Gebrauch von Lokomotiven in den Straßen von London, außer von 10 Uhr Nachts bis 6 Uhr Morgens, verboten. — Englische Blätter bringen eine Liste der auf der ganzen Erde im Betrieb befindlichen Eisenbahnen; es gibt deren nun an 70,000 englischen Meilen, die über tausend Mill. Pfd. Sterling kosteten.

Frankreich.

Folgendes sind die Namen derer, die in Folge der stürmischen Auftritte im Baudeville-Theater wegen „nächtlicher Ruhestörung" vor das einfache Polizeigericht geladen sind: v. Saint-Sauveur, Graf v. Cornellissen, Tiffet, Doulet, Herzog v. Gramont-Caperousse, Vicomte v. Merlemont, Liefert, Lastet, Graf Pozzo di Borgo, v. Estourmel, Boissy-Roger, Marquis v. Noailles, Pauplin, Gaston v. Saint-Maurice und Graf Moritz v. Rochefort. — Die erste Vorstellung der „Freiwilligen von 1814" ist nun für Mittwoch angezeigt. Napoleon wird der ersten Vorstellung nicht beiwohnen, da man trotz aller Vorsichtsmaßregeln doch nicht ganz ruhig ist. — Die bonapartistischen Blätter wissen wieder zwei absonderliche Neuigkeiten; erstens hat gar nie ein Streit zwischen Goyon und Lavalette stattgehabt; zweitens sind die englischen Armstrongkanonen ganz unpraktisch (namentlich für den, der von ihnen getroffen wird.)

Der 100. Geburtstag Hahnemann's wurde in Paris am 10. April Abends von einer großen Anzahl homöopathischer Aerzte durch ein Banket bei Véfour gefeiert. Der Vorsitzende, Dr. Feste, brachte am Schluß des Mahles einen Toast aus, in welchem er den Allopathen eine Kriegserklärung auf Leben und Tod verkündete. (Werden sich fürchten.)

In Brüssel ist eine Broschüre erschienen, welche einen Vergleich zwischen der Civilliste Ludwig Philipps und der Napoleons aufstellt; sie führt das Motto: „der Bauer säet, der Kaiser erntet, die Höflinge essen." Es wird darin nachgewiesen, daß die Civilliste nominell sich auf 25 Millionen, in Wirklichkeit aber auf 53,067,000 Franken belaufe; dabei setzen 7 Millionen für Reisekosten, die nachgefordert wurden, nicht inbegriffen; der Kaiser kostet daher in jeder Minute 114 Franken. Nebendiei sind auch noch 83 Millionen Schulden vorhanden, welche die Generaleinnehmer gern oder ungern hergeliehen haben. Kaiser, Senat und gesetzgebender Körper kosten heute 71,275,000 Franken jährlich, unter der Republik kostete die obere Staatsverwaltung nur 7,750,000 Franken.

Prinz v. Joinville wird nächstens eine Broschüre über die Frage, welche gegenwärtig an der Tagesordnung in ganz Europa ist, über die Frage von den Panzerfregatten, veröffentlichen. Er hat dieselbe zum Gegenstande eingehendster Studien gemacht. Man versichert, es werde in dieser Schrift eine absolute Unverwundbarkeit der neuen Kriegsfahrzeuge nicht zugegeben.

Italien.

* Nach Privatbriefen aus Rom befinden sich Offiziere und Mannschaften der päpstlichen und der ehemaligen neapolitanischen Armee in einer verzweifelten Lage, so daß bei einem etwaigen Einrücken der Piemontesen ihr Eintritt in die italienische Armee zu gewärtigen wäre, da sie von Tag zu Tag der Gefahr ausgesetzt sind, die bisher noch fortzulaufenden Soldzahlungen eingestellt zu sehen. So wird denn auch jeder aus Deutschland oder Oesterreich ankommende Offizier sofort von piemontesischen Agenten in Empfang genommen, welche ihm den Antrag machen, lieber für Viktor Emanuel, als für Franz II. oder den Papst Dienste zu nehmen. Aus diesem Grunde haben sich viele der früheren Schweizertruppen bereits wirklich für Piemont anwerben lassen. Mgr. Merode scheint überdies den Gedanken, wieder Fremdenregimenter zu organisiren, vollständig aufgegeben zu haben: wenigstens haben die Offiziere der ehemaligen päpstlichen Fremdenregimenter schon ihren Abschied in aller Form erhalten. König Franz II. läßt zwar den in Rom befindlichen Offizieren seiner früheren Armee den Sold noch regelmäßig ausbezahlen; aber die Hoffnung, daß sich bald wieder neue Rekruten zur Komplettirung der bourbonischen Truppen finden werden, will sich nicht realisiren, seitdem die Piemontesen in Neapel jeden mit der Waffe in der Hand ergriffenen Gefangenen ohne Weiteres füsilliren lassen, und auch die Geldmittel nicht mehr ausreichen, um den Leuten, die aus dem in der Capitanata wüthenden Bürgerkriege als Verwundete oder Krüppel heimkehren, eine kärgliche Versorgung zu gewähren.

Amerika.

Der Senat hat die Beihülfe des Bundes für die Staaten, welche die Abschaffung der Sklaverei in ihrem Gebiete bewerkstelligen wollen, beschlossen.

Volkswirthschaftliches.

☆ Frankfurt, 15. April. (Privat-Korrespond.) Die Ostermesse hat sich doch günstiger gestaltet, als man erwartete, indem die Fabrikanten selbst ihre Thätigkeit produzirt hatten, die Lager nicht übersüllt sind und das sehr früh begonnene Frühjahrswetter die Käufer veranlassen mußte, schon hier ihren Sommerbedarf zu decken, weil die Leipziger Messe zu spät fällt. Manufakturwaaren gingen ziemlich coulant ab, besonders helle, lichte Waare in Barège, Mayeambiques, Mohairs, englische Fancy's u. dergl. Auch Jaconas und Calicos fanden gute Abnehmer und erfuhren bessere Sorten sogar einen Preisaufschlag. Schöne Shawls und Tücher, besonders Barège und Chalys, verkauften sich leicht; baumwollene und halbwollene Waare bis jetzt verhältnißmäßig. Seidene Stoffe haben etwas abgeschlagen und gingen besser ab. Von Kleidungsstoffen für Männer waren glatte Buckskin- und Paletotstoffe nur schwach begehrt, dagegen schwarze Tuche mittlerer und feinerer Sorte, zumal für Dammenmäntel, gesucht. Leinen bleibt beim bisherigen Preise, dagegen mußten halbleinene und Baumwollstoffe nothwendiger Weise eine Preiserhöhung erfahren. Glatte gestickte Wollenwaaren waren der vorgerückten Jahreszeit wegen weniger flau vertreten und dürfte nur schwachen Geschäft. — Der Umsatz in Porzellan und Glas, Schmuckalben, Stahlwaaren, Rubiaer Pfeifen und Bijouteriewaaren war theilweise ziemlich befriedigend, dagegen in Holz, Steinpappe und überhaupt in Neukästen, Koburger und Nürnberger Spielwaaren bis jetzt noch ohne Bedeutung. — Die seit einigen Tagen eingetretene rauhe, stürmische Witterung dürfte jedoch, wenn sie noch länger anhält, auf den weiteren Gang der Geschäfte höchst nachtheilig einwirken. — Die Lederzufuhren aus den niederrheinischen Fabrikstätten haben bereits mit dem Beginne dieser Woche angefangen einzutreffen, wenn schon der Ledermarkt selber eigentlich erst mit dem Ostermontag eröffnet. Sie versprechen ein reichlich bedeutendes Quantum zu liefern.

Nichtpolitische Zeitung.

(Tachygraphie.). Artillerieoberst L. v. Parodies hat im Gewerbevereine zu Wien einen Vortrag „über Tachygraphie oder die Anwendung eines Liniengerippes für den Entwurf von Zeichnungen" gehalten, welche geeignet schrint auf dem Gebiet des geometerischen und technischen Zeichnens in Fabriken und Werkstätten, namentlich aber bei den kleineren Gewerken, einen förmlichen Umschwung hervorzurufen. Der frühere Hauptmann im Generalstab G. Günther in Linz hat nämlich verschiedene Netze konstruirt, vermittelst deren jede technische Zeichnung, wie Bauplane, Maschinendetails, Verzierungen, ja sogar komplizirte Entwürfe, ohne vorhergegangene Vorzeichnung mit Biel, sogleich vollkommen richtig auf dem Papier ausgeführt, und die Detaildimensionen ganzer Objekte ohne alle Hilfe des Zirkels sogleich vom Blatt abgelesen werden können. Der Schnellzeichner oder Tachygraph, wie Hauptmann Günther seine technische Zeichnungsmethode nennt, besteht aus nichts anderem als aus einem oder mehreren Maßstäben, welche auf Zeichnungspapier gedruckt, je nach Bedarf entweder die Fläche desselben bloß einnehmen, oder auch nebsthilfe völlig bedecken, und hierdurch nicht nur zum Messen der Linien, Winkel und Flächen und deren Lage in horizontalen oder senkrechten Ebenen dienen, sondern überdies auch der Konstruktion eine unendliche Zahl von Hilfspunkten, Hilfslinien und Hilfswinkeln bieten. Günther beabsichtigte die für großen Verbrauch bestimmten Tachygraphen derart einzurichten, daß gleichzeitig mit dem gewöhlten Maßstab irgend eines Landes auch das französische meterische sowie das englische Längenmaß in Verbindung gesetzt werden, so daß die Proportionen des gezeichneten Objekts auf dem nämlichen Papier in drei verschiedenen Maßen ausgedrückt erscheinen. Die Vortheile, welche der Tachygraph Architekten, Ingenieuren, Mechanikern, Schiffsbauern, Mosaik- und Deszeichnern, kurz allen zeichnenden Technikern gewährt, sind derart zahlreich und namhaft, daß man sich bei Entwürfen sowie bei Ausführung von

Digitized by Google

geometrischen und technischen Zeichnungen im praktischen Leben bald nur noch die Tachygraphenpapiere benennen dürfte, um so mehr als der Bogen desselben mit allerlei Vorbruck, je nach der Größe und Qualität des dazu verwendeten Papiers, auf ungefähr 10 bis 12 Kreuzer österr. W. zu stehen kommt, während der Zeichner dadurch mehr als die Hälfte der Zeit erspart, welche er nach der gewöhnlichen Methode zur Ausführung der beabsichtigten Zeichnung benöthigen würde.

Literarisches. Wir empfehlen Allen, welche sich das Verständniß der gesellschaftlichen Zustände des Mittelalters erleichtern wollen, aber sich überdauert für die damaligen Sitten besonders interessirte, ein in jeder Hinsicht höchst gelesen und gesehen höchstlichen Werke, betitelt: „Die Aufbarbeiten in den Bädern zu Baden in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte mittelalterlicher Badesitten (1416). Aus dem Latein." — (Würzburg, 1862. Preis 12 Sr.) Der sich durchgehends wortgetreu und sehr gefällig ins Deutsche übertragene Text gibt dem Leser auf wenigen Seiten mit lebhaften und frischen Farben ein eben so unterhaltendes als deutliches und eigenthümliches Bild von dem zügellosen Badeleben aller Stände zur Zeit des großen Concils zu Konstanz. Uebrigens gleichen unsere Bäder zu Homburg, Baden-Baden, Wiesbaden u. s. w. den mittelalterlichen auf ein Haar und wir ersehen daraus, daß das freie moderne Badeleben aus dem Mittelalter stammt und dort, wie so vieles Andere, seinen alten Grund hat. (Siehe auch noch „ein Wort über das jetzige englische Baden zu Brighton, dem beliebtesten aller englischen Bäder", Muenchener, 30. März 1862, Nr. 26. pag. 208.)

Neuerck.

Bayern. Se. Maj. der König hat befohlen, daß das Georgi-Ordensfest ungeachtet seiner Abwesenheit in der herkömmlichen Weise am 27., 28. und 29. April begangen werde. Ihre Maj. die Königin hat zum Vikariatsfond der protestantischen Kirche in Forchheim 200 fl. geschenkt. — Geh.-Rath Deibrück ist nach Stuttgart gereist, Prof. Löher nach den Niederlanden, um seine Geschichte der Herzogin Jacobäa (Wittelsbacherin) zu vollenden. — Der bayer. Gesandte am Pariser Hof, Frhr. v. Wendland, hat wegen seines leidenden Zustandes noch immer nicht zu seinem Posten zurückkehren können.

Der Kardinal-Erzbischof von Köln hat der katholischen Geistlichkeit in Elberfeld und Barmen die Weisung zugehen lassen: die Wahl des Ministers v. d. Heydt zum Abgeordneten zu unterstützen. Die Reichenspergische (klerikale) Partei hat aber folgendes Programm angenommen: „Wir wollen eine freiheitliche Entwicklung des Staatslebens, nicht ein absolutes Herrschenthum, wollen uns an den Wahlen betheiligen, nicht die grundsätzlichen Gegner (Fortschrittspartei?) wählen lassen. „Wir wollen nur die Freiheit, welche im Christenthum wurzelt, die freie Kirche im freien Staate. Wir wünschen die staatliche Freiheit durch möglichste Verwirklichung des Prinzips der Selbstregierung, die Parität der großen christlichen Konfessionen gefördert zu sehen. Wir wollen einstehen für das verfassungsmäßige Recht des Volkes und dessen Vertretung, ... die festere Einigung des großen deutschen Vaterlandes, verwerfen aber eine Konföderirung desselben im Sinne und mit den Mitteln des sardinischen Fortschrittes." Wir wollen eine gerechte Vertheilung der Staatslasten, Regelmäßigkeit und möglichste Kontrolirung in Allem, was den Staatshaushalt betrifft, Einschränkung der Ausgaben für militärische Zwecke. Wir sind der Ansicht, daß eine Erhöhung der Steuern für jene Zwecke, unter den obwaltenden Verhältnissen nicht thunlich sey."

(Eingelandt.) Bereits vor einigen Jahren wurde in Ihrem Blatt der Vorschlag gemacht, behufs Minderung der Kosten des Rhönbahn-Projekts von sofortiger Grunderwerbung abzusehen, und vielmehr mit den Eigenthümern der Grunstücke über die nachzweise Ablassung derselben auf die Dauer eines 15—20-jährigen Eisenbahnbetriebes gegen mäßigen Pachtzins einen auf Seite jener unaufündbaren Vertrag abzuschließen. Solches wurde aber als unpraktisch aus dem Grunde bekämpft, weil wohl keine Eisenbahnkompagnie nach Ablauf der Pachtzeit der Willkür des Grundeigenthümers hinsichtlich der Vertragserneuerung bloßgestellt seyn wolle. Dem wäre jedoch einfach dadurch zu begegnen, daß im ursprünglichen Pachtvertrag zugleich die Preise der einzelnen Bodenstücken festgesetzt würden, um welche sie der bisherige Pächter jederzeit und während eines längeren Zeitraums, im Wege des Verkaufsrechts zu erwerben berechtigt wäre. In dieser Art und Weise würde gewiß manche rentable Eisenbahnprojekt schneller gefördert werden, weil so die Kosten des Bahnbaues sich wesentlich verringern, indem nur für Brücken, Bahnhöfe u. dgl., nicht aber für den ganzen Bahnkörper der Grunderwerb nöthig wäre, und überdieß die Bereitwilligkeit den Gemeinden zu billigen Verpachtung im Interesse des ihre Markung berührenden größeren Verkehrs erwartet werden kann, und beim Vorhandensyn fraglicher Verkaufsrechtsklausel auch die Konzessionsertheilung des Staats zu hoffen stünde. Gefellte sich hiezu unter den gegenwärtigen Umständen noch die Emission von 7 fl. Loosen — ähnlich beliebten Anbbach-Gunzenhäuserlern, aber mit mehreren, wenn auch kleineren Gewinnsten — so läßt sich eine rasche Aufbringung des Baukapitals in sichere Aussicht stellen, und würde die Anforderung einer staatlichen Zinsgarantie nur in sehr geringem Maße beanlagt seyn! —

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. 8. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75½ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	612/8 P. ½G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	51 P.	
„	4½ pCt.	45⅛ G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P.	
„	4½ pCt. Obl. 13ahr. dto.	103⅛ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1/3ahr. dto.	104⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. 1/3ahr. dto.	101¼ P.	
„	4 pCt. Obl. 4ahr. dto.	100⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ P. ¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅞ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	100 P.	
„	3 pCt. Obl.	90½ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49¼ P.	
„	2 pCt.	43⅛ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 104 Thl.	101⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1201/4 P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	727 P.	
Oesterr. Kredit-Bank-Aktien à fl. 200	174½G.	exD
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank i. u. 2. Serie à fl. 250	217⅛ P. 216⅛	
Weimarische Bank. à Thlr. 100 . .	80 G.	
Mitteldeutsche Kreditbank	89⅜ P. ⅜ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327P.324G.	exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	67⅞ G.	
Oest. F. St. Bah. bpCt. 500 Fr. à 2Bahr.	244 G.	
„ Kilab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114⅛P.117½G	
„ Kilab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	117⅛ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 2ob Thl. à 4ab. 4 pCt. Z	80 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜P.¾ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84⅜ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	24½P. P.	exD
Span. Handels- u. Industrie . . .	5⅛ P.	
„ Credit-Akt. à. Gen. Peroire	5⅛ G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	107⅛ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.	

Wechsel

in suddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Thl. 60 k. S.	104⅝ G.
Bresl. 50 Thl. Ld. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Thl. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ B. 1⅛ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k.-W.	—
do. 2 M. W.	—
do. do. Ld. W. 1. S.	89⅛ B.
Pistolen	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅛ P.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	69 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131⅜ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69⅞ — 70 G.	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Kilab. L. v. 1858.	116 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beill.	123 P.	Sardinien Frs. 36 b. H.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37⅛ P.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	20⅛ P. 10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ G.

Frankfurt, 16. April. Höhere auswärtige Notirungen brachten für alle Haltungen österr. Fonds Kaufluft hervor, und die besseren Kurse derselben erhielten sich mit geringen Schwankungen bis zum Schlusse. Rhein-Nahebahnaktien, gestern schon schwächer, erfuhren einen weiteren Rückgang. Dagegen konnten Aufträge zum Kaufe von Bergbacher Aktien nur zu höheren Kursen vollzogen werden. (Schl.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 108. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Freitag, 18. April 1862.

Reform des Zollvereins.

(Fortsetzung.)

Bevor wir zur Beleuchtung der gestern mitgetheilten „Ideen über Bayern" schreiten, halten wir zu besserem Verständniß für nothwendig, den Verfasser selbst noch in zwei Kapiteln sprechen zu lassen, deren eines er: „Verhältniß zu Europa. Der Krieg" überschreibt.

„Es ist ein Gebot der Staatsklugheit — sagt er — daß die Reform, deren Deutschland bedürftig ist, in einer Weise eingeleitet werde, durch welche das Ausland am wenigsten Anlaß zur Einmischung erhält. Je gemäßigter die einheitliche Tendenz auftritt, je friedlicher sie sich in Deutschland selbst in Geltung setzt, um so weniger wird ein eifersüchtiger Nachbar einen Grund finden können, um Ausgleichungen zu verlangen, um Intriguenspiele ins Werk zu setzen.

Wir glauben, daß diese Forderung nicht besser erfüllt werden kann, als wenn der erste Schritt der deutschen Reform die parlamentarische Organisirung des Zollvereins ist. Das kann uns doch zuletzt kein Staatsmann in Europa wehren wollen, wenn wir die stehen gebliebenen, eingerosteten Räder des Zollvereins wieder in Gang bringen wollen. Wer dieses zum Vorwand nimmt, um Krieg mit uns anzufangen, dem ist es nur um einen Vorwand zu thun und er würde ebenso gut einen andern finden.

Viele Deutsche hoffen auf einen Krieg und haben die unbestimmte Erwartung, daß er uns tumultuarisch rasch zu einer Einheit bringen werde. Wir haben diese Hoffnung nicht und halten es für ein Glück für Deutschland, wenn der Krieg ohne Beeinträchtigung der Ehre verschoben werden kann. Die Geschichte Deutschlands hat hinlänglich erwiesen, daß das so tumultuarisch Errungene keine Dauer hat. Diese Sprünge nach dem Ziel bezeugen vielmehr die Erreichung des Ziels. Sie erliegen einer Reaktion und wenn diese überwunden ist, so muß man sich doch wieder zu dem langsamen Wege entschließen, den man so rasch überspringen wollte. Daß während des Kriegs irgend ein deutscher Fürst es unternehmen werde, eine deutsche Nationalvertretung zusammen zu rufen, also eine Revolution zu Gunsten des parlamentarischen Prinzips zu machen, haben wir schon früher als sehr unwahrscheinlich bezeichnet. Kriege sind dem parlamentarischen Wesen nie günstig; die Debatten der Volksvertreter, ihre auf schwankenden Majoritäten beruhenden Beschlüsse u. s. w. sind nicht so verlockend für die Machthaber, daß die preußische Regierung, bei der ohnehin schon veraltete „kriegsherrliche" Traditionen herrschen, den Versuch machen wird, neben der preußischen Volksvertretung, die sie des Geldes und der Anleihen wegen nicht wird umgehen können, auch noch eine tumultuarisch zusammenberufene deutsche sich auf den Hals zu laden. Außer der Unbequemlichkeit, die eine solche Versammlung für die kriegführende Exekutive immer mit sich führt, würde der König von Preußen sich dadurch eine zweite Unbequemlichkeit schaffen; er würde dadurch die deutschen Fürsten, auf deren eifrige Mitwirkung und Hingebung er bei seinen militärischen Operationen angewiesen ist, stutzig und widerwillig machen.

Wir können uns daher gerade den Anfang und den ersten Schritt zur parlamentarischen Organisation Kleindeutschlands nur als im Frieden geschehend denken. Im Wesentlichen wird die deutsche Einheit ein Kind der geistigen Ueberzeugung und der sittlichen Opferwilligkeit sein, nicht ein Kind der tumultuarisch-gewaltthätig-pressiden Ueberrumpelung, ein Kind der steten Liebe, nicht der Nothzucht; sie wird, wie alles germanische Staatsrecht, die Form des Vertrags haben.

Der Gedanke, daß nur der Friede das Werk der deutschen Reform zu gedeihender Reife und zu einem Anfang von Verwirklichung bringen kann, muß uns bestimmen, eben diejenige Art der Reform zu wählen, die durch ihren Charakter am wenigsten die Aufreizung, die Einsprache und die Intrigue Frankreichs und Rußlands zu provoziren oder zu begründen geeignet ist. Auch dazu sollte und dieser Gedanke anspornen, die Friedenszeit, die uns gegenwärtig Napoleon gönnt, noch möglichst auszunützen und so entweder einen Anfang der Reform oder wenigstens den Sieg eines bestimmten Progeamms in der öffentlichen Meinung von Süd- und Norddeutschland noch im Frieden zu erreichen.

Das Reformwerk kann durch etwaige Kriegsstürme weniger zurückgeworfen werden, wenn es beim Beginn derselben in seinen Grundmauern schon fest steht; der Krieg selbst wird einmüthiger geführt werden, wenn wenigstens der erste Anfang der innern Reform ihm vorangeht.

Nimmer aber dürfen wir, um dem Krieg auszuweichen, das Reformwerk hinausschieben; soweit darf die Rücksicht der Staatskunst nicht gehen, daß wir aus Furcht vor den Fremden deutsche Lebensaufgaben in der innern oder äußern Politik unerledigt lassen. Wir müssen vielmehr den Kampf, der uns etwa um des deutschen Reformwerks willen aufgedrungen werden könnte, ebenso furchtlos aufnehmen wie den, der um der Ehre und der Sicherheit der Nation willen nothwendig werden könnte. Es wird die Aufgabe einer erleuchteten Staatskunst seyn, den Krieg, mit dem Fremdkraft Preußen und die kleindeutschen Staaten wegen einer bundesstaatlichen Einigung bedroht, zusammenzufassen mit dem, welchen ein zweiter Angriff Frankreichs auf Oesterreich herausfordert. Je entschiedener dieses Bestreben gelingt, um so weniger gefährlich für unsere innere Entwicklung wird der Krieg oder die Kriegsdrohung Frankreichs sich erweisen.

Daß wir von unseren guten Vettern in England nichts zu erwarten haben, als plumpe Arroganz und dorniten Hohn nebst feiwoler Charakterlosigkeit und Feigheit, werden endlich selbst diejenigen einsehen, welche sich seit Jahren den Engländern. an den Kopf geworfen und welche die Frechheit der Engländer dadurch fast mit Gewalt hervorgerufen haben. So lange die Engländer uns für Metaphysiker halten, denen es nur in den Wolken der Spekulation wohl ist und die jeden gesunden, realen Politik unfähig sind, so lange wird sich ihre Frechheit und Ignoranz gegenüber von deutschen Verhältnissen gleich bleiben. Aber auch unsern realpolitischen Bestrebungen werden sie so weit als möglich entgegen wirken. Was der handelspolitischen Entwicklung Deutschlands günstig ist, was nach einer Flotte ruft, was die deutsche Seefahrt zur Blüthe bringen und unabhängig machen kann, was direkten Verkehr, Annäherung und Freundschaft zwischen Deutschland und Nordamerika befördern kann; alles das wird von den Engländern mit plumpem Laffe aufgenommen werden, obgleich sie glücklicher Weise nicht in der Lage sind, es dauernd verhindern zu können. Möge ihnen der Aerger darüber, daß die Deutschen es wagen, sich auf platter Erde zu entwickeln, möglichst bald und möglichst gründlich zu Theil werden! Möge aber auch kein deutscher und insbesondere kein preußischer Schriftsteller die Würdelosigkeit wieder so weit treiben, daß er sich an sie wegwirft und sich ihnen zum Bundesgenossen anträgt. Selbst der einfältigste Laufjunge der „Kölner Zeitung" kann jetzt endlich einsehen, daß dieses die unzweckmäßigste Einleitung zu einem Bündniß mit ihnen ist und daß sich die englische Feigheit in jedem einzelnen Falle, dem napoleonischen Drucke fügen wird, (!) so lange die Deutschen, d. h. Preußen und Oesterreich uneinig sind.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Deutscher Bund.

Oesterreich. Wien, 18. April. (Privat-Korrespond.) Ueber die Bewegungen der Montenegriner lauten die neuesten Berichte dahin, daß ihnen zwar von den Türken bei Somsindanka eine Schlappe beigebracht wurde, daß sie dadurch aber keineswegs entmuthigt wurden, sondern im Gegentheile noch immer in der Offensive begriffen sind. Sie beschäftigen die türkischen Streitkräfte nicht nur bei Spuz und Podgorina sondern haben ihre Operationen auch gegen Antivari und Spica einerseits und Saca andererseits ausgedehnt. Sie schienen nach einem bestimmten Plane vorzugehen, wissen die errungenen Vortheile auf das Beste zu benützen und sind vortrefflich bewaffnet. Aus dem Allem schließt man, daß sie von einem strategisch gebildeten Manne geleitet werden, worüber jedoch nichts Näheres bekannt ist, da bis jetzt nur der Montenegriner Iko Kakov und der Grahovsjaner Lukas Bukalavic als Anführer genannt werden. Als Thatsache wird gemeldet, daß außer serbischen Uskoken und Arjahs aus der Herzegowina auch Italiener in den Reihen der Montenegriner kämpfen. — Die Finanz-Kommission setzt ihre Arbeiten zwar eifrig fort, hat aber bis jetzt nichts vereinbart, denn um zur Ueberzeugung zu gelangen, daß die eingereihten Finanzprojekte, so gut sie gemeint sein mögen, unter den dermaligen Verhältnissen undurchführbar seyen, hätte es wahrlich nicht der Berufung einer eigenen Kommission bedurft. Wie es scheint, hat dies auch der Finanzminister erkannt und den Beschluß gefaßt, die Thätigkeit der Kommission nicht weiter mehr in Anspruch zu nehmen. Er wird ihr demnach auch den von ihm verfaßten Finanzplan gar nicht vorlegen, sondern damit warten, bis der Reichsrath zusammentritt. — Die aus Ungarn eingetroffenen Nachrichten lauten neuerdings wieder Besorgniß erregend.

Wie aus Komorn gemeldet wird, sind in der Schütt zwei Ortschaften, welche schon in der Ueberschwemmung sehr gelitten hatten, nun ein Raub der Flammen geworden: In Martos sind 30, in Groß-Megyer 110 Häuser niedergebrannt. Zu Guta sind vier Kompagnien Soldaten als Exekutionsmannschaft einquartirt worden, weil die Bewohner schon seit Jahren ihrer Grundherrschaft dem Primas die Benefizien streitig machen; 16 Personen wurden nach Komorn vor das Militärgericht gebracht.

— Auf welche Art in Venedien das Schmuggelhandwerk betrieben wurde, erhellt aus dem Umstandt, dem „Bosch." zufolge, daß 9 Finanzbeamte, welche mit der Bistirung der zollbaren Gegenstände betraut waren, an der Spitze eines Unternehmens standen, welches en gros paschte. Natürlich wurden dieselben den Gerichten übergeben und es wurde bereits der Prozeß eingeleitet, welcher riesenhafte Dimensionen anzunehmen droht.

— In Triest wollen die Untersuchtsprozesse noch immer kein Ende nehmen. Erst dieser Tage sind dort wieder drei Bürger und Spekulanten verhaftet worden, welche im Jahre 1859 Lieferungen für die Marine übernommen haben. Ein auf den jonischen Inseln zuständiges Schiff, das in den Hafen von Triest einlief, führte merkwürdiger Weise jene Flagge am Maste, welche die Konstituante von Nauplia für das neue Königreich Großgriechenland gestiftet hat: ein Kreuz (eine Nachahmung des savoyischen Kreuzes) im weißen Felde zwischen zwei blauen Feldern. Von den griechischen Schiffen, die seit dem Ausbruch der Rebellion in Triest angelangt sind, hatte noch keines diese Flagge geführt.

Schwarzburg. Sondershausen. Staatsminister v. Elsner ist in diesen Tagen von seinem Amte abgetreten. Die unmittelbare Veranlassung boten zwei Fragen: die Militärkonvention und die Jagdabtösungsfrage. Der Minister glaubte dem Fürsten seinen Rath dahin abgeben zu müssen, daß er den Abschluß eines Militärvertrags mit der Krone Preußen für das Land für heilsam hielt. Auch sprach er sich für Ablösung des Jagdrechts Dritter auf fremdem Grund und Boden gegen Entschädigung der Berechtigten aus, nachdem die Wiederherstellung der Jagdrechte Dritter von Ihm im Jahre 1857 im Wege der Gesetzgebung erfolgt war. Sein Rath fand an höchster Stelle die Zustimmung nicht, die er wünschte. Deßhalb reichte er sein Entlassungsgesuch ein.

Frankreich.

W Paris, 14. April. (Prov.-Korr.) Zum Voraus ist eine Thatsache festzustellen, daß nämlich seit 3—4 Jahren im Schooße der Fortschrittspartei eine Klärung der Ideen vor sich gegangen, in deren Folge man die Systemmacherei als gänzlich ausgegeben betrachten kann, ist meine jene Epidemie, während welcher ein Jeder sein besonderes Besitzkundigungssystem in der Tasche hatte; die Schule und die Sekte sind verschwunden. Die großen Schriftsteller, welche, wie Proudhon z. B. muthig auf der Bresche verharrten, anlangen nichts mehr, als daß man ihre einstigen Lustschlösser verkaufe, und von ihrer Vergangenheit nichts bewahre, als ihren Ruhm und ihr Ansehen, um damit der Sache der vernünftigen und praktischen Freiheit um so mehr nützen zu können. Auch das Volk ist der Systeme müde geworden und vereinigt sich mit den Führern in den ewigen Wünschen der Menschheit nach Gütern, die so alt als die Welt: nach der Gerechtigkeit, der Freiheit, der ungehinderten Entwickelung der Arbeit, dem Erforschen der Wahrheit durch die freie Diskussion, der Entlarvung des Betrugs durch die Aufsicht und Kritik des Volkes und seiner Vertreter. Die revolutionäre Doktrin hat verdunkelt, an Boden verloren, das verlassene Terrain ist ganz von der Moral eingenommen worden. — Abschaffung aller Privilegien; das ist die Fahne, um die sich das junge Frankreich schaart, und deren Wahrheit bis zum geringsten Bauer begriffen wird, dem die Augen längst aufgegangen wären, wenn nicht der Imperialismus Alles aufböte, um ihn über seine wahren Interessen im Unklaren zu lassen. Aus diesem Wenigen erhellt, daß die französische Demokratie in 10 Jahren der Unterdrückung mit sich selbst zu Rathe gegangen ist, sich geläutert und der Fortschrittspartei der übrigen europäischen Länder näher gestellt hat. In der französischen Aristokratie ist kein Stoff der Zukunft mehr; in einer der letzten Soireen der Italiener konnte man sich wieder davon überzeugen: eine große Anzahl Familien aus dem Faubourg St. Germain, der offiziellen Welt und der Haute Finanze waren anwesend; eine große Anzahl Frauen, aber keine große Dame: ich nehme eine Georgierin, eine Slavin aus, die durch die Laune eines Fremden nach Paris geführt worden, und die ein Wunder an Adel des Wuchses und Majestät der Bewegungen ist, der ganze weibliche Theil der Gesellschaft betrachtete sie, wie einst die Megären Thessaliens Lais betrachtet haben mögen, bevor sie sie im Tempel der Venus ermordeten. Mit allen ihren Diamanten wurden sie von dieser natürlichen Schönheit verdunkelt! Auch unter den Männern sucht man vergeblich die einstigen seinen Diplomatengesichter, die stolze Miene des Abkömmlings der Kreuzfahrer, die geistreiche Grazie der jungen Beschwender! Man begegnet nur schwerfälligen Strumerleinehmern und den rohen Gesichtern von Generälen. Die frühere Conversationsberedsamkeit gewesen, und die den gewichtigen Schnurrbart, nebst dem fetten, rothen, wulstigen Hals bewahrt haben; und neben diesen Athleten magere Verwaltungsbramte, alle kruchtend in einem Regen rother Bändchen der Ehrenlegion, bei schmutzigen Handschuhen: Sic transit gloria mundi! — Am Samstag fand die wiederholte Aufführung der Volontaires von 1814 statt, über die auf Befehl so viel Lärm gemacht worden ist. Weniger bekannt dürfte es seyn, daß am Rande des Manuskriptes eine gewisse Hand, die seit 10 Jahren so schwer auf Frankreich ruht, eine Menge von Korrekturen gemacht hat, welche der Zensur nicht wenig die Arbeit erleichtert haben. Nichtsdestoweniger hat diese es für ihre Pflicht gehalten, noch mehr zu streichen und lieber gar nichts sagen zu lassen, als den „üblen Neigungen und der Böswilligkeit" irgend eine Handhabe zu bieten. Die armen Schauspieler konnten kaum einen Satz sprechen, ohne von den Zensoren namentlich von Hrn. Baccarati unterbrochen zu werden, dessen Hingebung an die Regierung und dessen Strenge wir schon oft bewundert haben. Dieses übrigens ganz unschuldige Werk ist nur für seinen Erfolg auf eine einzige Redensart beschränkt, einen Schrei der Begeisterung mit dem das Stück bis zum Ueberdruß gewürzt ist, auf das Vive l'Empereur, das überall angebracht ist und um jeden Preis (!) im Publikum ein Echo finden soll. Auf diesem Boden ist der Herr und Meister weniger vorsichtig als seine Diener. S. Favre hat ihn neulich einen Journalist genannt, er glaubt noch mehr zu seyn. Die Pressen der kaiserl. Druckerei arbeiten Tag und Nacht an dem Werke: Gallirn unter Julius Cäsar. Vielleicht will er uns einen Ersatz bietrn, nachdem er alle Stimmen in Frankreich zum Schweigen gebracht hat, und nur seine Stimme erschallen lassen!

W Paris, 15. April. Erlauben Sie mir heute wieder, einen Gegenstand der inneren Verwaltung zu berühren, der im Argen liegt, die Führung des Civilstandregisters. Man verschert mir, daß bei einer Revision in einer einzigen Municipalität unter 740 Akten vom kaiserlichen Revisor 700 als mangelhaft kassirt wurden. — Am meisten Irrthümer schleichen sich bei den unehlichen Geburten ein. Einer der häufigsten Mißbräuche besteht darin, nicht blos den Namen des Vaters in dem Buch auszulassen, was das Gesetz erlaubt, sondern sogar den der Mutter; die Fälle, daß die Mütter unbekannt, mehren sich von Jahr zu Jahr. Dies erleichtert natürlich die Umgehung des Gesetzes, das die Ermittlung der Mutter bestimmt vorschreibt. Vor einem Jahre

Digitized by Google

wurde die Tochter einer der zehn ersten Familien des Faubourg St. Germain im väterlichen Hause von einem Kind entbunden, welches im Civilstandsregister mit der Bezeichnung „Mutter unbekannt“ eingetragen wurde. Zwei Tage darauf starb sie an den Folgen der Entbindung und ihr Tod wurde in einem benachbarten Register eingetragen, so daß Niemand einen Zusammenhang zwischen ihrem Tod und der Geburt ihres Sohnes ahnen konnte, der jetzt in einem jener ungeheuren Findelhäuser untergeht, wenn er auch am Leben bleibt. Solche Fälle kommen in unsern großen Städten jährlich zu Hunderten vor. — Die Gefälligkeit der Gemeindebeamten geht noch weiter; sie dispensiren die Aerzte von ihrer professionellen Discretion und ermächtigen sie zu erklären, daß Vater und Mutter, obgleich sie unbekannt bleiben wollen, dem Kind einen Phantasienamen gegeben haben; diese Aushilfe wird besonders gebraucht, um ehebrecherische Geburten zu verheimlichen; aber man schaudert, wenn man daran denkt, welcher Mißbrauch z. B. von eifersüchtigen Männern damit getrieben werden kann! Der Leichtsinn, mit dem Deklarationen angenommen werden, übersteigt alle Begriffe. Hier ein Fall. Ein junges Mädchen von wohlhabender Familie war, verführt, Mutter geworden. Die Eltern hatten sich mit dem Unglück versöhnt und das Kind wurde im Hause erzogen und wuchs zur Freude der Großeltern heran. Da stellten sich viele Mitgiftjäger ein, welche das Mädchen trotz ihres Falles heirathen wollten; allein da ihre Beweggründe leicht errathen, so wurden sie abgewiesen. Einer aber war kecker, er begab sich auf die Mairie und erklärte vor zwei bestochenen Zeugen, daß er der Vater des Kindes sey, das unter dem Namen jenes Mädchens eingetragen sey, welches er heirathen wolle. Der Alt der Anerkennung wurde ohne Schwierigkeit aufgesetzt und war unwiderruflich. Die Mutter erhielt die Weisung, das Kind herauszugeben; die erschreckte Familie, welche das Kind liebgewonnen hatte, war zuletzt genöthigt, einzuwilligen und den Abenteurer wenigstens am Genuß des Vermögens theilnehmen zu lassen. — Die Sorglosigkeit der Behörden ruft noch mancherlei Mißstände hervor. Oft, wenn arme Leute, die vor der Ehe Kinder gehabt, bei der Heirath dieselben legitim erklären wollen, wird dieser Akt von den Behörden vergessen und die Armen tragen ihren Makel ihr Leben lang herum, weil die Schwierigkeiten, den Schaden zu reparieren, zu große sind. Zu den letzteren gehören besonders die enormen Kosten einer gerichtlichen Untersuchung. — Aber die Mairen sind zu vom Staatsoberhaupt ernannt, das soll die Bürgschaft ihrer Tauglichkeit seyn! Dies ist eine Seite der Folgen der Centralisation; aber überall, wohin wir blicken, gähnt uns derselbe Abgrund entgegen. Wie ist es denn möglich, daß ein Mann Alles sehe, alle Herzen prüfe. Wenn wir diesen Weg nicht verlassen und zur Selbstverwaltung zurückgreifen, so treten wir in den Abgrund hinein! — Vorgestern Mittags hatten wir starken Schneefall und Abends ein Nordlicht. Dürften wir das symbolisch nehmen!

Italien.

Die Generallieutenants Sirtori, Medici, Bixio, Türr, Avezzana und die Generalmajore Sacchi, Orsini, v. Ayala, Ifenzmod v. Mibliz, Carini und Stocco, die sämmtlich zum Freiwilligenkorps gehörten, werden in die reguläre Armee versetzt werden. — Machani begibt sich mit einer besondern Mission bezüglich eines Handelsvertrags zwischen Italien und England nach London.

Türkei.

Die Montenegriner sollen 600 albanesische Gefangene zurückgegeben, die Anführer aber behalten haben. 5000 Baschi-Bozuks sind auf dem Marsche nach Waffenwitz in Albanien. Derwisch, bei Nikšich, ist von den Aufständischen blockirt. Aus Mostar wird gemeldet, daß Derwisch Pascha nach seiner Ankunft in Bagnani einen Lebensmittel-Transport unter starker Eskorte nach Nikšich schickte. Die Eskorte wurde auf dem Rückmarsche von mehreren Tausend Montenegrinern und Aufständischen angegriffen. Diese wurden aber von vier Bataillonen des Korps Sami Pascha's nach einem hartnäckigen Kampfe zurückgeschlagen. Die Verluste auf beiden Seiten waren bedeutend.

Die Montenegriner fahren fort, die benachbarten türkischen Gebiete mit Angriffen heimzusuchen und zu verwüsten. So sind sie erst kürzlich in Kranitza und Serstani eingebrochen, haben daselbst nebst der katholischen Kirche und dem Pfarrhause noch 140 andere, meist von Katholiken bewohnte Häuser eingeäschert. Greise, Frauen und Kinder, kurz alle Hilflosen, die sich nicht rechtzeitig geflüchtet hatten, wurden niedergemacht. Um sich dem Schicksale ihrer unglücklichen Glaubensgenossen von Serstani zu entziehen, haben die Katholiken des benachbarten Dorfes Lipaci, den Pfarrer Peter Barnabo von Persignano an der Spitze, ihre Wohnungen verlassen und sich nach Antivari geflüchtet. Gleichzeitig haben die Montenegriner Murici angegriffen und ihren Angriffsversuch gegen Spuz erneuert, bei welcher Gelegenheit sie die Dörfer Grobacet und Berame plünderten und verbrannten. Ungeachtet dieser neuesten Vorfälle, nicht zu gedenken der früheren Angriffe auf Serstani, Murici, Crenitza, Seka, Podgoritza, Spuz rc. beantwortet der mit Louis Napoleon befreundete Fürst Nikolaus jede Beschwerde damit, daß er eine Verletzung der Grenze seitens der Montenegriner entschieden in Abrede stellt und hoch und theuer schwört, der Pforte gegenüber die strengste Neutralität zu bewahren.

Rußland und Polen.

Das russische Kriegsministerium erfordert eine Gesammtausgabe von 124 Millionen S.-R. Frankreich veranlagt für sein Heer 124½ Millionen S.-R. Rußland unterhält dafür mit Einschluß der irregulären Truppen 1,005,000 Mann, Frankreich nur 400,000 Mann; mithin kostet das Heer in Frankreich 2½ Mal mehr als in Rußland. In Frankreich ist die für den Sold der Offiziere ausgeworfene Summe 2²/₉ Mal größer als hier zu Lande; aber in der französischen Armee ist die Zahl der Offiziere verhältnißmäßig größer als in Rußland. Dieses Heer zählt 31,709 Offiziere auf 973,419 Gemeine, d. h. 1 auf 30, in Frankreich 23,576 Offiziere auf 376,424 Gemeine, d. h. 1 auf 16. Bei uns kostet der Unterhalt eines Offiziers 600 R., in Frankreich 850 R., also 1⅓ Mal theurer. Der Soldat kostet durchschnittlich 41 R., der franz. 112 R., also 2¾ Mal mehr. Die Ausgabe zum Unterhalt des Kriegswesens in Rußland beträgt, per Kopf sämmtlicher Staatsangehörigen berechnet, 1 R. 93 K., in Frankreich 3 R. 10 K.

Aus Warschau wird der „Hamb. B.-H.“ geschrieben: Das Projekt zur Zinsbarmachung der Bauern ruht noch. Martgraf Wielopolski hat sich für Eigenthums-Ertheilung an die Bauern erklärt und will die Zinsablösung unterstützen. Die Staatsräthe beschäftigen sich einstweilen mit Zweifeln. Die Aristokratie, welche das konservative Element repräsentirt und natürliche Gegnerin der Bewegung der städtischen Bürger und der unteren Volksklasse ist, verhält sich passiv und fern von müssigen Demonstrationen. Die Trauer, Enthaltsamkeit vom Theaterbesuch, Mäßigkeit, Drang nach nützlicher Beschäftigung und Unterricht sind die Merkmale des hiesigen Volkslebens, die äußeren Verbindungsthreile aller polnischen Landestheile. Die Ausnahmen einiger begüterter Nichtsthuer sind nicht mehr so zahlreich als wie ehedem. Faullenzerei und Ausschweifung dürfen nicht mehr so frech und kühn die Stirn erheben, obgleich Mancher unter politischen Deklamationen, nationaler Aschamara und Trauer sehr angeschickt die Sehnsucht nach der, wir wollen hoffen, für immer verbannten ungezügelten Vergnügungssucht verbirgt. In unserer äußern Lage hat sich wenig oder gar nichts geändert. Der böse Geist ist unterdrückt, aber nicht gebannt. Die Regierung hegt selbst gegen Subalter-Offiziere Mißtrauen. Es finden häufig Haussuchungen und Revisionen bei ihnen statt.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Die ausgezeichnete Kupferstichsammlung des verstorbenen preußischen Oberrevisionsraths v. Kiel, auf welche schon Dr. Schorler in seinem Handbuch: „Berlins Kunstschätze“, aufmerksam machte, wird am 12. Mai durch die Montmorillon'sche Kunsthandlung versteigert. Diese Sammlung, aus 7—8000 Blättern bestehend, enthält die seltensten Blätter der deutschen, niederländischen, französischen und italienischen Schule, darunter Meister E. S. Erhard und Martin Schön, einen vollständigen Dürer, Glockenton, Holler, Melch. Lorch, Zasinger, Dujardin, Dusart, Lukas von Leyden, Paul Potter, Rembrand, More-Antonio Raimondi.

Die neue Brauerei-Einrichtung aus der Maschinenfabrik von Kühnle in Frankenthal in der Rheinpfalz hat in Anwesenheit von etwa 20 Brauern aus Frankreich, Baden, Kurhessen und der Pfalz und unter spezieller Ueberwachung eines städtischen Beamten eine glänzende Probe-Bestanden. Von 10 Uhr Vormittags bis gegen Abend wurden 2 Sude gebraut. Die Maisch des ersten Sudes wurde in 2½ Stunden vollständig, die erhaltene Würze war glänzendhell und wog nach dem Sacharometer von Kasser 11 pCt. Die Maische zum zweiten Sude ging in eben derselben Zeit von statten als die erste. Es wurde hiebei die Quantität des Wassers in der Weise vermindert, daß von 400 Pfd. Malz nur 7 Ohm Würze erzielt wurden, wodurch sich der Malzgehalt auf 17 pCt. erhöht. In den Maischtrebern war noch brennbare Maische deine Spur von Zuckerstoff zu entdecken. Zum ersten Sude wurden 176 Pfd. Zollgewicht gewöhnlicher Saargrubenkohlen verwendet, wäh-

Digitized by Google

rend der zweite nur 140 Pfd. in Anspruch nahm. Ebenso glänzend bewährte sich der aus derselben Fabrik hervorgegangene Kühlapparat. Nachdem das Bier auf dem Kühlschiff abgedampft war, brachte man dasselbe in dem kurzen Zeitraum von nur einer Stunde mittelst dieses Apparates auf 4½° R. Hieraus scheint nun die Aufgabe, im Sommer ebenso gutes Bier als im Winter brauen zu können, vollständig gelöst zu seyn. (Sächs. Industriezig.)

Seit einigen Tagen ist im Postgebäude zu Wien eine Kommission vom frühen Morgen bis zum späten Abend ununterbrochen thätig, welche mit der Zählung, Sortirung und Aufnahme der Briefe beschäftigt ist, die von dem „galanten Wegelagerer" Kallab verunreinigt wurden. Der Postwagen brachte vom Landesgericht 8 Säck 3 bis 4 Fuß hoher und 2 bis 3 Schuh im Durchmesser haltender Säcke, welche vollgepfropft mit Briefen waren. In einem Sacke befanden sich die noch vorgefundenen, aber bereits geöffneten Briefe. Bis vorgestern Abends wurden 50,890 Briefe gezählt, sortirt und jeder mit einem Zettel beklebt, auf dem „Unterschlagen und weiter expedirt am . . ." steht. Gestern wurden die bereits sortirten Briefe versendet und ist zur Aufarbeitung des Restes, der noch in mehreren tausend Stücken besteht, geschritten worden. Die offenen Briefe werden amtlich versiegelt und weiter expedirt. Viele von den Briefen mußten schon seit 2 bis 3 Jahren in den Kästen Kallabs gedunstet haben, da die Schrift theilweise vergilbt ist, die Siegel seh aneinander geklebt waren.
(Dstr. P.)

Die „Frkf. Postz." erzählt einen an und für sich unbedeutenden, relativ aber brachtenswerthen Vorfall: Vor einigen Wochen wurden vor dem Zuchtpolizeigericht zwei Gendarmen in Strafe genommen, welche einen auf Ansuchen eines auswärtigen Gläubigers inhaftirten spanischen Herzog, dessen Bewachung ihnen übertragen worden war, in fahrlässiger Unachtsamkeit hatten entweichen lassen. Von dem Strafgericht war der in Scharen gekommene Gläubiger mit seinen deßfallsigen Ansprüchen an die Civilgerichte verwiesen worden. Inzwischen ist aber diese Geschichte in ein neues Stadium getreten. Der Herzog hat nämlich bei seiner Flucht den größten Theil seiner Effekten zurücklassen, darunter viele werthvolle Papiere und Briefschaften. An diese Effekten erhoben nun sowohl der auswärtige Gläubiger, als der hiesige Gastwirth, an welchen der Herzog noch eine ziemliche Summe schuldig geblieben war, beiderseits Ansprüche. Aber während diese beide noch mit einander im Prozeß liegen, kommt von anderer Seite eine außerordentliche Einmischung, nämlich die des spanischen Gesandten, der bei der Inventarisation der Effekten zugegen seyn oder sich vertreten lassen, auch die Papiere an sich nehmen will. Wie wir aus guter Quelle hören, soll jedoch bei dem Widerspruch der Parteien gegen jenes Verlangen das Gericht erklärt haben, daß es nicht im Stande sey, demselben zu entsprechen, der Herr Gesandte aber wiederholt bei demselben behaart haben. (An Deutschland glaubt jeder fremde Diplomat seine Schuhe abreiben zu dürfen.)

Neueres.

München, 17. April. Mit dem Kurier sind auch mehrere Oulesberungsanträge nach Rizza abgegangen und sollen, im Falle deren Genehmigung, auch Veränderungen im Personale der Kriegsministerialreferenten bewerkstehen.
(S. Z.)

** **München**, 17. April. (Privat-Korresp.) Nachdem die k. Staatsregierung den Beschluß gefaßt hat, eine Anzahl Sachverständiger behufs Berichterstattung zur Weltindustrieausstellung nach London zu senden, haben der Gewerberath und der Gewerbeverein in München der Regierung den Vorschlag gemacht, es möchten für jede der verschiedenen Gruppen der Gewerbsthätigkeit spezielle Berichterstatter gewählt werden. Die Regierung hat, wie man vernimmt, für diesen Zweck 10,000 fl. bestimmt. — Vom Magistrat München wurden als Berichterstatter der Vorstände des allg. Gewerbevereins und des Gewerberaths, Spielwaarenfabrikant Edel und Schuhmacher F. Stöhr nach London gesandt.

Ihre Maj. die Königin hat gestern 12 arme Mädchen mit Geld und Kleidung beschenkt. — Staatsminister Frhr. v. Schrenk gab dem preußischen Ministerialdirektor Delbrück vor dessen Abreise nach Stuttgart ein diplomatisches Diner. Das neue Zeughaus soll auf dem Kugelsang erbaut, die Turnschule in die Nähe des Türkengrabens verlegt werden.

Das Verordnungs- und Anzeigeblatt Nr. 11 enthält als Betreff die Zollabfertigung der in abbrebbaren verschlossenen Behältern mittels der Eisenbahn vom Ausland umgehenden Waaren, verschiedene Zeitungstaxe und Coursnotizen, die Fahrordnung der k. k. Donaudampfschiffahrt, sowie verschiedene Ernennungen und Verleihungen im untern Postdienst, wovon nur die Expedition zu Wörth a/M. (Wittwe Zengel) den unterfränkischen Regierungsbezirk berührt.

Der Stadtmagistrat in **Augsburg** hatte die Bitte der Stadt Weil um einen Beitrag zu dem dort zu errichtenden Kopplerdenkmal von kurzer Hand abschlägig beschieden. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten dagegen bewilligte hundert Gulden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der C t a h e l'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	75⅝ P. ⅛ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61⅛ P. ¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	50⅛ P.
„	4½ pCt.	45¼—⅜ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. K.)	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jhr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	97 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P. 100 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ G.
„	3 pCt. Obl.	95¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à ß. 2. 80	49⅜ P.
„	2 pCt.	42¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 104 Thlr.	101¼ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	120½ P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	728 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178¼—79G. exD
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank à. u. 2. Serie à fl. 250	211½ P.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	326P. 326G. exD
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	70 P. 69½ G.
	Oest. P. St. bk. à fl. 200 Fr. à 2½ kr.	244 G.
„	Kissab.-Eisenbahn à pCt. . . .	112⅜ G.
„	Kissab.-Bahn Prior. à pCt. 5/7	77¾ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 à pCt. Z.	33⅜—¼ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	124 P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106½ P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ G.
	Südd. Bank-Akt., à pCt. pCt. Einz.	94½—¾ P. exD.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	502 P.
„	Credit-Akt. d. Ges. Pereire	524 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein̄ber.	107½ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	108 P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. 8.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. 8.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. 8.	105½ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. 8.	96⅞ B.
Köln Thlr. 60 k. 8.	105 B.
Hamb. Mlt. 100 k. 8.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. 8.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. 8.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. 8.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. 8.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. 8.	—
Wien fl. 100 k. W. —	
do. 2 à 6 W.	—
do. in ßst. W. l. 8.	88⅛ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	108½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58 P.
„ 5. 500 v. 1854 mit 4pCt.	89⅝ P. ¼ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	121⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70½ P.	„ fl. 25 dto.	32⅝ P.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	116½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIR.	123 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	—	Venzins-Loose fl. 10.	10 G.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ G.

Frankfurt, 17. März. Mit Ausnahme von öfterr. Kreditaktien, die etwas billiger verkauft wurden, behaupteten sich öfterr. Fonds und Aktien beiläufig auf der jüngsten Notiz. Doch war im Allgemeinen die Stimmung dafür etwas matter. Von Eisenbahnaktien wurden Frankfurt-Hanauer merklich höher, dagegen Berbacher niedriger umgesetzt. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung.
(Spnd.)

Digitized by Google

...f- & Staatsbibliothek
in
München.

neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Samstag, 19. April 1862.

V. R. Italienische Korrespondenz.

Turin, 16. April. Aus englischen Blättern werden Sie entnommen haben, daß man sich geraume Zeit zu Paris mit dem Plane trug, den Prinzen Napoleon zu einem Basallen seines Schwiegervaters zu stempeln, und als solchen mit dem Vicekönigreich Neapel belehnen zu lassen. Wie sehr man sich auch in Paris Mühe gibt, die Thatsache zu läugnen, weil sie eben an dem energischen Einspruch Englands zerschellert ist, so verhält es sich doch nicht anders, und erinnert ein genuese Blatt bei dieser Gelegenheit an das napoleonische Manöver in der französischen Freimaurergeschichte, wo Napoleon III. gleichfalls die Doppelkandidatur Murats und Jerome-Napoleons zuletzt, um plötzlich einen Dritten zu ostroyiren. Dieses Mal würde diese Dritte vermuthlich kein Marschall, sondern er selber gewesen seyn; er würde vielleicht gesagt haben: „Mein einer wie mein anderer Vetter sind nicht stark genug, Neapel zu beruhigen und zu regieren; es muß hier die Krone Frankreich unmittelbar einschreiten." Gerade so hat es Napoleon I. mit Holland und anderen Gebietstheilen gemacht, die er zuerst zum Schein an seine Verwandte gab. Aber Italien ist wachsam und der Held von Straßburg und Boulogne kein Sieger von Marengo und Austerlitz. —

Die Sammlungen für die Ueberschwemmten in Wien gewinnen einen immer größern Umfang. Blos die Redaktion des hier erscheinenden „Il Diritto" bescheinigt heute den Empfang von 3800 Fr. Unter den Zeichnenden findet man auch die Namen Garibaldi und Mazzini, wie denn auch hier das Bestreben sich zu erkennen gibt, mit Deutschland Sympathien, nachdem das napoleonische Frankreich selber etwas spät, als der Hauptgegner der Wiedergeburt Italiens erkannt worden ist. Die nunmehr veröffentlichten Depeschen des hiesigen britischen Gesandten Sir James Hudson an, seine Regierung lassen keinen Zweifel darüber, wer der eigentliche intellektuelle Urheber der Schlächtereien im Neapolitanischen ist, und vielleicht sah sich dadurch Minister Ratazzi moralisch genöthigt, neuerdings seine Unabhängigkeit von den Tuilerien und seine erinnitalienischen Absichten zur Schau zu tragen, da jede weitere Solidarität mit dem zweiten Dezember nur den Verdacht des Landesverraths zuziehen kann. Alles ist jetzt gespannt auf die Schritte der britischen Diplomatie in Paris zur Räumung Roms.

Der Prozeß des Generalvikars Canzi in Bologna verwickelt sich immer mehr; die Anklage geht auf direkten Hochverrath; der Inhaftirte ist in das Innere des Kriminalgefängnisses gesperrt worden. Sein in mehreren hundert autographirten Zetteln vertheilter Tagsbefehl lautet wörtlich: „Confessori non assolvere militari nè giovani reclute se non promettone disertare e favorire diserzione; assolvere e dar indulgenze a chi giura dissoluzione dell'esercito." (Die Beichtväter sollen Militärs und Rekruten nicht absolviren, wenn sie nicht versprechen zu desertiren und die Desertion zu begünstigen, hingegen absolviren und Ablaß denen geben, die sich verpflichten, zur Auflösung des Heeres beizutragen.) Auf mehrern Zetteln befindet sich die Unterschrift des Prälaten, wie er denn überhaupt nicht nur im Besitze einer bedeutenden Summe spanischen Goldes gewesen seyn soll, und solches auch in mehreren Mendikantenklöstern, desgleichen bei den jüngst gefangenen Briganten spanischer, schweizerischer, deutscher u. s. w. Nationalität gefunden wurde.

Associazione unitaria Emancipatrice Italiana, wie sich jetzt die radikale Fraktion des vormaligen Nationalvereins nennt, will eine dreifache Petition an das Parlament bringen: 1. Urwahlen, 2. Diäten für die Parlamentsmitglieder, 3. Nichtwählbarkeit der besoldeten Staatsdiener. Zugleich wurde beschlossen, die Verdächtigungen des französischen Regierungsorgans Pays kräftig zurückzuweisen. „Wie mag — ruft das genueser Blatt aus — der mindestens zweideutige Beherrscher Frankreichs den Befreier Neapels und Siziliens den Unstern Italiens nennen!" Zum Beweis, daß die Gerichte Neapels sich nicht fürchten, wird bemerkt, daß dort die „Pietra infernale" von der Jury zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, während der Staatsanwalt nur drei beantragt hatte. Endlich rathet diese Presse dem König, auf seiner Südreise dem französischen Gesandten Benedetti das Ohr zu verschließen, und mehr auf den Engländer Hudson zu hören. (Die Stellung Viktor Emanuels zwischen dieser diplomatischen Hetzjagd ist jedenfalls nicht beneidenswerth.)

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

In einer öffentlichen Ansprache des Dr. von Schweitzer, die preuß. Frkfts betr., befindet sich folgende Passus: „Die konsequente Demokratie kann unter keiner Bedingung und unter keinen Umständen das kleindeutsche Programm unterstützen; denn die Bestrebungen für die Einigung eines Theils von Deutschland unter der preußischen Spitze müssen nothgedrungen an die Familieninteressen der Dynastie Hohenzollern anlehnen, sie zu ihrem Halt- und Krystallisationspunkt nehmen; die Demokratie aber kann und darf nicht um ein Haar breit abweichen von der felsenfesten Maxime, daß jede Förderung dynastischer Interessen vom Uebel ist, und zwar um so mehr, je geschickter sie durch anscheinend liberale Agitationen verhüllt ist. Sie kann ferner nicht kleindeutsch seyn, weil ihre Postulate jederzeit absolut sind; was sie will, das will sie voll und ganz; sie muß zu jedem Opfer bereit seyn, wenn Aussicht vorhanden ist, die Einigung des gesammten Vaterlandes zu erzwingen; aber sie muß entgegentreten jeder Agitation, welche nur einen Theil desselben staatlich zu einigen und über dem zerstörten Frieden der Familien, über Blut und Leichen eine jämmerliche Halb- und Zwittergeburt zu Tage zu fördern gedenkt." (Gewisse Organe werden nun wohl wieder wissen, daß der republikanische Hr. Doktor ein verkappter Oesterreicher sey.)

Bayern. Auf Anordnung des k. Staatsministeriums der Justiz ergeht an alle geprüften Rechtspraktikanten, welche die Staatskonkursprüfung vor dem Jahre 1858, letzteres Jahr eingeschlossen, bestanden haben, die Aufforderung, soferne sie gesonnen sind, sich um die Uebertragung der Funktion eines Vertreters der Staatsanwaltschaft bei einem Landgerichte zu bewerben, ihre Gesuche spätestens bis zum 1. Mai d. J. bei dem k. Oberstaatsanwalte desjenigen Kreises, in welchem sie zur Zeit sich in Praxis befinden, einzureichen. Der mit einer solchen Funktion verbundene Bezug besteht monatlich in 30 fl., und es liegt jedem Vertreter der Staatsanwaltschaft bei einem Landgerichte ob, sich, insoweit es die primäre Geschäftsaufgabe zuläßt, als Hülfsarbeiter des Landgerichts und zwar vorzugsweise in dem Gebiete der nichtstreitigen Rechtspflege verwenden zu lassen.

München, 17. April. Der k. preuß. Ministerialdirektor Geh. Rath Delbrück, dessen Weiterreise nach Stuttgart schon auf gestern anberaumt war, befindet sich noch hier und hat auch heute wieder in dessen Gegenwart eine Konferenz im Handelsministerium stattgefunden. Es scheint demnach, daß sich die Berathungen des Handelsvertrags weit umfassender gestaltet haben, als man zuerst angenommen haben mag.

Zur aushülfsweisen oder auch ständigen Hülfsleistung in häuslichen Arbeiten 2c. tritt in München nunmehr auch ein „Dienstfrauen-Institut" ins Leben. Die Polizeidirektion hat bereits die Bewilligung hiezu ertheilt, doch dabei die Aufnahme lediger Frauenspersonen ausgeschlossen.

Digitized by Google

Die „Fr. Postz." läßt sich aus Bayern schreiben: Man rechnet preußischer Seits gar nicht darauf, daß alle Zollvereinsstaaten demselben ihre Zustimmung ertheilen und in diesem Falle soll er erst mit Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsperiode mit denjenigen Staaten, welche demselben beitreten, zur Ausführung kommen. Es soll also den Mitgliedern des Zollvereins nur die Wahl gelassen werden, entweder aus demselben auszutreten oder den Vertrag, wie er liegt, anzunehmen. Dabei gibt man sich der Hoffnung hin, daß die meisten Staaten, wenn auch mit Widerstreben, das letztere wählen, und daß auch die dissentirenden schließlich doch wieder in den Verein zurückkehren werden, weil sie die Vortheile desselben nicht lange werden missen können. Als eines der Hauptmotive, welche beim Abschluß des Vertrags obgewaltet, wird bezeichnet, daß dadurch das Anfinnen Oesterreichs, in nähere Verbindung mit dem Zollverein zu treten, wenn nicht für immer, doch für eine lange Reihe von Jahren beseitigt werde, weil die Oesterreich. Regierung sich außer Stand sehe, den neuen Tarif zu adoptiren, ohne ihrer Industrie den Todesstoß zu versetzen. (Ich bestreben sich die meisten süddeutschen Staaten in derselben Lage.) Die Begünstigungen, welche Frankreich gewährt werden, sollen übrigens auch auf andere Staaten ausgedehnt werden, entweder direkt, oder durch eigene Verträge, und es dürfte zunächst dem Abschlusse solcher mit England und Belgien entgegengesehen werden. Daraus ergibt sich, daß eine allgemeine Revision des Zollvereinstarifs vorgenommen werden muß. Da der Vertrag das kommerzielle Niederlassungsrecht zwischen Frankreich und dem Zollverein stipulirt, so involvirt dies auch die Ausübung desselben Rechts der einzelnen Zollvereinsstaaten unter sich; denn wenn man in Bayern und Würtemberg die Franzosen zum freien Betrieb der Gewerbe und des Handels zulassen muß, so kann man dies sicherlich auch den Preußen nicht wehren. Da der Norden in industrieller Beziehung weiter vorgeschritten ist, als der Süden, so leuchtet der Vortheil dieser Bestimmung, der man auch eine politische Bedeutung beilegt, für den ersteren ein. Es scheint erwiesen, daß beim Abschluß des Vertrags auch in Berlin politische Rücksichten, und zwar nicht bloß Frankreich gegenüber, eine große Rolle gespielt haben. Die napoleonische Politik hat alle Ursache, sich ihres Werkes zu freuen, denn allem Anschein nach ist es ihr gelungen, mit diesem Vertrag eine neue Saat der Zwietracht in Deutschland auszustreuen.

= **Oesterreich.** (Privat-Korresp.) Graf Barkoczy ist zum Präsidenten, die Herren Wertheinsteien und Lämel sind zu Vize-Präsidenten der Kredit-Anstalt ernannt worden. Graf B. und Ritter v. L. haben bekanntlich eben erst gegen den Beitritt des Verwaltungsrathes der Anstalt zur Petition Springer (wieder die Ausgabe der Staatsnoten) Einsprache erhoben.

In Pilsen wurde in der Nacht zum 14. eine Gesellschaft Bankotenfälscher durch die städtische Ordnungswache aufgehoben, dabei die Presse sammt verschiedenen Fabrikationsgegenständen und einem ziemlichen Vorrath von vollendeten Fünfzuiden-Noten und Zehnkreuzer-Münzscheinen, nebst großem Lager von Papier mit Wasserzeichen confiszirt. Die Zahl der Mitglieder der Fälscherbande soll eine nicht unbedeutende seyn. Schon längere Zeit kursirten eine Menge von Noten-Falsifikaten in Böhmen, was die Behörden zu Nachforschungen veranlaßte, bis es der Thätigkeit der Pilsener Polizei gelang, einen der Fälscher, als er eben im Begriffe war, eine Fünfzuiden-Note in einem Bierlokale wechseln zu lassen, festzunehmen. Derselbe hatte in seinen Stiefeln eine ziemliche Anzahl von Münzpacketen verborgen und legte sogleich ein umfassendes Geständniß ab.

= Aus Prag wird uns geschrieben: Gegen den neuesten Judenhetz-Artikel der „Narodni Listy" ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten. Die Tragweite dieser Hetzjagd beweisen gewisse Straßenjungen-Meetings, welche auf einem durch Exzesse berüchtigten Platze abgehalten werden; der Sicherheitsbehörde sind diese Vorkommnisse nicht fremd, und wer des Nachts die angrenzenden Straßen passirt, kann sich übrigens, dazu austrichende Vorsichtsmaßregeln getroffen sind. Der Docent an der Universität Dr. Johann Palacky, Sohn des Historiographen, ist von den Versammlungen des philosophischen Kollegium förmlich ezkludirt und dies zur Bestätigung dem Staatsministerium vorgelegt worden. Er hatte die Beschlüsse des Kollegium, die als Amtsgeheimniß betrachtet werden, in den böhmischen Blättern veröffentlicht und sie in so tendenziöser Weise angegriffen, daß er Wahres und Unwahres neben einander legte.

Bekanntlich hat die sächsische Nations-Universität (Siebenbürgen) eine Repräsentation an den Kaiser gerichtet, in welcher dieselbe sich für das Diplom vom 20. Okt. 1860 und das Staatsgrundgesetz vom 26. Febr. 1861 als „Verfassung des Reiches" erklärte. Das Schriftstück ist jetzt veröffentlicht worden, es formulirt die besonderen Wünsche der sächsischen Nation in Bezug auf ihre Stellung zum Kronlande, zu den übrigen Nationen und das Verhältniß des Kronlandes zum Gesammtstaate in sieben Punkten, deren erster lautet: „Das Großfürstenthum Siebenbürgen ist und bleibt ein selbständiger, von jedem andern Lande unabhängiger Bestandtheil der unterandaren und unthelbaren österr. Gesammtmonarchie. Schließlich fordert die Repräsentation die Gleichstellung der Rumänen als der „vierten autonomen" Nation des Großfürstenthums und schlägt als Grundzug für die Zusammensetzung des siebenbürgischen Landtages Nomen vor, die von den bisherigen insofern abweichen, als sie die Regalisten gänzlich ausschließen und dahin stimmen, daß die Abgeordneten mit Ausnahme der Virilstimmen sämmtlich auf Grund eines freisinnigeren Wahlgesetzes gewählt werden.

Preußen. Hinsichtlich der gegenwärtigen Situation dieses Königreichs sagt der vorerwähnte Frankf. Demokrat: „Man mag es tadeln, daß die vorgeschrittenen Liberalen in Preußen auch nur einen Augenblick von dem Zugeständniß der neuen Aera sich beirücken ließen, daß sie, unter Verkennung ewiger Gesetze, sich allen Ernstes dem kindlichen Wahne hingaben, die festgewurzelten Anschauungen eines großen, historisch gewachsenen Staates, der konservative, spezifisch Hohenzoller'sche, auf althergebrachte, vielfach ruhmvolle Traditionen gegründete Staatsgeist des königlichen Preußens sey über Nacht aus dem großen und zusammenhängenden Komplexe der maßgebenden Kreise hinweggewischt worden, weil man einige halbliberale Minister unnatürlich dazwischen gestopft hatte, mit einem Worte, der preußische Staat habe ohne einen eisernen Zwang der gewaltigsten Ereignisse über Nacht seinen ganzen Charakter von Grund aus geändert. Allein, wenn man von diesem einen, allerdings erheblichen Vorwurf, der die fortgeschrittene liberale Partei in Preußen trifft, absieht, so ist das Verhalten derselben in Sachen der inneren Politik rein und tadellos. Mit ernster Mäßigung, aber auch zugleich mit Sicherheit und festem Muth hat die Fortschrittspartei in der kurzen Zeit ihres konstituirten Bestehens das gehäufte Recht des Volkes vertreten; sie hat den Konflikt mit der Krone nicht herausbeschworen, aber sie ist ihm auch nicht einen Fuß breit aus dem Wege gegangen; sie hat nicht mehr als ihre Pflicht gethan, diese Pflicht aber unverkürzt und voll. Wir aber, die nicht zu Preußen gehörenden Deutschen, fühlen nicht nur jene Sympathie, welche jedergeit eine gute und gerechte Sache begleitet; wir fühlen jene Erregung, welche aus dem Bewußtsein fließt, daß was dort geschieht, auch für uns von eingreifender Bedeutung ist. Wir müssen hoffen im innesten Herzen, daß der edle und erleuchtete Bruderstamm in Preußen das schwere Werk, das er so gut und richtig begonnen mit Festigkeit und Kraft vollenden werde."

Die „E. Z." schreibt: Während die Aufführung des großartigen Kanalisirungsprojektes zwischen Rhein, Weser und Elbe der Natur der Sache nach noch in weiten Felde liegt, hat man in der Provinz Sachsen einen Kanalisirungsplan von kleinerem Umfange ins Auge gefaßt, der eine neue Verbindung der Elbe mit der Havel bezweckt und in nicht gar ferner Zeit zur Ausführung gelangen dürfte. Bei Niegripp unfern der Stelle, wo im Monat Januar bs. Jrs. das Hochwasser der Elbe einen Dammbruch der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn veranlaßte, soll der neue Kanal beginnen, weiterhin die Stadt Burg berühren und von da mittelst Schiffbarmachung der Ihle bis zu deren Mündung in den Plaum'schen Kanal fortgeführt werden.

Der bisherige Intendantur-Sekretariats-Assistent Köhler, welcher auf Veranlassung der Veröffentlichung des v. d. Heydt'schen Briefes vom Amte suspendirt wurde, hat bereits eine Anstellung in einem der ersten Berliner Bankhäuser gefunden. Auch der Buchhalter Hahn ist, wie wir erfahren, ein ehemaliger, unter Manteuffel seiner Gesinnung wegen gemaßregelter Beamter des Kriegsministeriums.

Würtemberg. Die Wahl Sick's zum Stadtschultheißen von Stuttgart ist endlich entschieden. Der nächste an ihm in der Stimmenzahl ist Dr. Hölder und der dritte Dr. Römer. — In Tübingen ist Professor Mayer, Romanist, gestorben.

Kurhessen. Nachdem es doch zu auffällig geworden, daß die sog. Loyalitäts-Adressen vorzugsweise nur von Geistlichen, Schullehrern und einigen Dorfbürgermeistern unterzeichnet waren, ist dermalen eine solche Adresse in Umlauf, welche hauptsächlich von den Justizbeamten ꝛc. unterzeichnet werden soll.

Baden. In Freiburg hat ein Domkapitular als Rektor der Domparkirche sich veranlaßt gesehen, an den Bürgermeister ein Schreiben zu richten, worin er seine Verwunderung ausspricht, daß man am 7. April (dem Gedenktag der großh. Proklamation)

Digitized by Google

auf dem Münsterthurm Fahnen ausgehängt habe, ohne vorher ihn davon in Kenntniß zu setzen, beziehungsweise um Erlaubniß zu bitten. Die Antwort aber lautete dahin, daß das Münster Eigenthum der Stadt und nicht der Kirche sey; man könne und werde daher so wenig als man bisher um jene Erlaubniß nachgesucht habe, auch in Zukunft dem Ansinnen des Domrectors entsprechen. — Es macht guten Eindruck, daß die Regierung den zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag vorerst den Handelskammern zur gutächtlichen Aeußerung mittheilt, ehe sie ihn an die Stände bringt. — Die Stimmen über Werth oder Unwerth dieser wichtigen Zoll- und Handelsvereinigung zwischen Deutschland und Frankreich sind natürlich getheilt, wie die Interessen, die dadurch in entgegengesetzter Weise berührt werden.

(Schw. M.)

Freie Städte. Hamburg. Die Küstenschutzkommission ist im Auftrage des Senats durch eine Ansprache des präsidirenden Bürgermeisters Dr. Sieveking eröffnet worden. Derselbe ist nämlich Generalissimus der gesammten bewaffneten Macht, sowohl des Bundeskontingents (Hanseaten) als der Bürgergarde.

Dänemark.

Der dänische Reichsrath wurde am 16. geschlossen; die Versammlung trennte sich mit einem neunmaligen Hoch auf den König. — Der Eigenkrieg des Herzogs von Coburg, Bollmann, korrespondirt von Kopenhagen aus in die „Hamburger Reform", welche dieser Freundschaft wegen verschiedenen Angriffen der deutschen Presse ausgesetzt ist.

„Fädrelandet" schreibt: „Dem Vernehmen nach ist die Antwort Oesterreichs und Preußens auf die letzte dänische Note angekommen."

Großbritannien.

Die „Patrie" theilt nach einer Privatdepesche mit, daß unmittelbar nach der Antwort des Lord-Oberkommissärs auf die Adresse des jonischen Parlaments mehrere Vorkämpfer für die Vereinigung der jonischen Inseln mit Griechenland verhaftet und nach Cerigo internirt worden seyen.

Frankreich.

Im Gefängnisse St. Pélagie zu Paris ist der sogenannte Pavillon des Princes gegenwärtig in folgender Weise bewohnt: Unten befindet sich Eugène Pelletan, über ihm Duminray, der Drucker der bekannten Broschüre des Herzogs von Aumale; eine Treppe höher wohnen auf einer Flur Taconnet und Barrier, Gerant und Redakteur des Flerikalen „Monde", und ganz oben die Rothen: August Blanqui und der kürzlich wegen Vertheilung des Lion du Quartier latin verurtheilte elsässische Chemiker Schurer.

Das Gerücht von der Kandidatur des Erzherzogs Ferdinand Maximilian von Oesterreich in Mexiko, welches schon so ziemlich vergessen war, wird in der „Revue des deux Mondes" von dem Senator Michel Chevalier von Neuem aufgefrischt. Der Verfasser verbreitet sich in einem eben so gelehrten als ausführlichen Artikel über Mexiko, seine Geschichte, seine natürlichen Hülfsquellen u. s. w. und springt am Schlusse auf das politische Gebiet, um die mexikanische Expedition zu loben, und bei dieser Gelegenheit bespricht er die Kandidatur des Erzherzogs, ihren Zweck, ihre Aussichten, ihre Erfolge u. s. w. wie eine beschlossene und ganz unzweifelhafte Sache.

Spanien.

In Paris will man interessante Nachrichten aus Madrid empfangen haben. Diesen Nachrichten zufolge, wäre der Rücktritt O'Donnells vielleicht schon in Bälde, spätestens im Monat Juli zu erwarten, der Herzog von Tetuan würde vorwandsbalber seine Gemahlin, die Herzogin, nach einem deutschen Bad begleiten. Als Nachfolger O'Donnells nennt man in Madrid Narvaez, den Herzog von Valencia.

Rußland und Polen.

Der Kaiser hat die sogenannten Liebhaber-Theater in St. Petersburg verboten. — Auch das Amurland ist im Monat August v. J. mit Erdbeben heimgesucht worden. Wie die „Nord. Post" behauptet, hätten an 40,000 Slaven, welche jetzt im Staate Missouri in Nordamerika wohnen, ihr Verlangen erklärt, nach dem Amur auszuwandern: um dies zu erleichtern, soll ihnen ihre Selbstregierung, Befreiung von Abgaben und von der Rekrutirung zugestanden werden. Es soll, nach der ministeriellen Zeitung, ein russischer Beamter bei ihnen residiren, welcher ihre Angelegenheiten mit der Staatsregierung unmittelbar besorgen wird.

Amerika.

Das Kriegsgericht in Washington hat wie bereits gemeldet gegen den Quartiermeister und Kommissär der Blenker'schen Division, A. Schütte, wegen ermiesener Untüchtigkeit Kassation erkannt. Das Urtheil lautet wörtlich: Schütte hat den Verlust zu ersetzen, hat sein ganzes Gehalt verwirkt und wird kassirt. In der betreffenden, auf Befehl des General-Majors M'Clellan vom General-Adjutanten Williams unterzeichneten Order heißt es u. A.: Die Mißbräuche, welche dieser Mann eingeführt hat, die monströsen Praktiken, von gemeinen Schwindeleien bis zu großartigen Diebstählen, in welche dieser Mann verwickelt ist, und das demoralisirende Beispiel, welches er zum Ruine anderer gegeben hat — Alles dieses vereinigt sich, um seine Ausstoßung aus dem Dienste zu einem sehr erfreulichen Ereigniß zu machen. Kapitän A. Schütte ist daher von heute an nicht mehr Offizier im Militärdienste der Vereinigten Staaten. Daß es übrigens neben den kleinen Dieben dort drüben auch noch große gibt, beweist folgende Ziffer: „Der frühere Kriegsminister Cameron gab in seinem letzten Bericht an den Kongreß die Gesammtzahl der Unionstruppen auf 660,000 Mann an und berechnete wahrscheinlich auch den Sold für diese Zahl. Das eben erschienene U. S. Army Register hingegen verzeichnet: 1) Reguläre Armee, Offiziere, Unteroffiziere und Gemeine 39,373 Mann; 2) Volontaire do. do. 556,252 Mann; Total 595,625 Mann; Mayeo 64,375 Mann.

Der hohe Wasserstand hat alle Operationen gegen die Insel Nr. 10 unterbrochen. Die Sonderbündler denken nicht daran, sie zu räumen; sie besser die beschädigten Batterien aus und wersen neue auf. Sie schießen nur sehr wenig, denn sie wollen ihre Munition sparen und zugleich die Föderalisten in Versuchung führen, vorzurücken, um sie beste besser niederschmettern zu können. Commodor Foote scheint jedoch nicht geneigt zu seyn, in die Falle zu gehen.

Ein Brief von Ericson an einen seiner Freunde, der von Boston'er Blättern veröffentlicht wird, lautet: „New-York, 12. März. Mein lieber S. Ich danke Ihnen für Ihre Glückwünsche und versproche, alle Kräfte aufzubieten, um uns in den Stand zu setzen, daß wie Europa nicht fürchten dürfen. Verschaffen Sie mir das nöthige Geld und in sehr kurzer Zeit werden wir den Mächten, die an der Zerstörung der republikanischen Freiheit arbeiten, sagen können: „Verlasset den Golf mit euren zerbrechlichen Schiffen, oder ihr seyd verloren." Ich habe immer behauptet, daß die mechanische Wissenschaft der Macht Englands auf den Meeren ein Ende machen wird. Der Ocean ist der natürliche große Verbindungsweg zwischen den Völkern; er muß frei seyn, und dahin wird es gewiß kommen bei richtiger Anwendung der Gesetze der Natur."

Die Wahlkollegien sind in Peru zum 4. Mai einberufen zum Behufe der Erwählung eines Präsidenten für die nächsten 6 Jahre. Der bisherige Präsident, Castilla, kann verfassungsmäßig nicht wieder erwählt werden.

Asien.

In Kanagawa sand am 10. Januar die Hochzeit des Taikun, des weltlichen Kaisers von Japan, mit der Tochter des Mikado, des geistlichen Kaisers statt. Die Prinzessin ist 16 Jahre, fast ebenso alt als ihr durchlauchtigster Gemahl und heißt Shing Shi Nai Shing Wo Waka Mya und soll von bewundernswürdiger Schönheit seyn. Seit drei Wochen wohnte sie bereits in der Nähe des Palastes ihres Gemahls, doch ist sie erst heute in die Gegenwart des Kaisers zugelassen worden. Das Hochzeitsgemach des Kaisers, ganz mit rothem Sammet ausgeschlagen, worin die prächtigsten Goldstickereien, Blumen und Vögel darstellend, gearbeitet sind, hat in den vier Ecken prächtige japanische Blumenvasen voll der schönsten Blumen. Neben dem Schlafgemach befindet sich ein Badzimmer und die Seiten des Bassins sind aus Spiegelglas und vergoldeter Bronze. Beim Einzug der Prinzessin in Jeddo war Befehl gegeben worden, daß alle Anwohner der Straßen, durch welche die Prinzessin mit ihrem mit weißen Ochsen bespannten Wagen zog, drei Tage lang ihre Häuser und Fenster geschlossen halten und weder ihre Häuser verlassen noch Feuer anzünden durften.

Digitized by Google

Nichtpolitische Zeitung.

Der Schaden, den die rauhen Tage vom 14.—16. angerichtet haben, ist nicht unbeträchtlich; namentlich haben die Nußbäume, die Aprikosen- und Pfirsichbäume durch Frostschaden sehr gelitten. Auch der Klee hat sich gelegt. Anlangend die Weinberge, so sind die Meinungen und Berichte darüber etwas auseinandergehend; nach den Einen sollen dieselben nur wenig gelitten haben, fast nicht mehr, als dieses fast in jedem Jahre vorzukommen pflegt. Nach den Andern dagegen soll der durch den Frost an den Weinbergen angerichtete Schaden weit bedeutender seyn, als man jetzt allgemein glaubt. So viel dürfte gewiß seyn, daß in den Niederungen die Reben stark gelitten haben, denn der seit zwei Morgen gefallene Reif war so dicht, daß man davon fast einen Schneeballen hätte machen können. Ein rascher Umschlag zum Bessern, d. h. eine Wärme, wie wir sie bereits gehabt haben, und warme durchdringende Regen dürften vielleicht Manches wieder gut machen, namentlich den Klee wieder aufrechtstellen. Das Kernobst hat bis jetzt wenig, oder gar keine Noth gelitten; die Aepfelblüthe gedeiht bekanntlich am besten in kühler Temperatur. An den Saaten ist bis jetzt noch kein Frostschaden wahrzunehmen.

Ein Unglück hat sich im Arsenale zu Wien ereignet. Artilleristen waren mit der Füllung von Bomben beschäftigt. In eine derselben sollte heißes Blei gegossen werden. Kaum waren einige Löffe von dem Material in den Schlund des hohlen Spitzgeschosses gedrungen, als es zerplatzte, dem Nächstbehenden die Füße abriß und mehrere Andere arg beschädigte. Hauptmann G., welcher ganz nahe bei der Füllung stand, war kaum eine Sekunde vor dem Unglücksfalle in das Gußhaus hineingegangen und so durch einen glücklichen Zufall unversehrt geblieben. Man glaubt, daß Schießwolle in dem Geschoß war.

Am 9. d. ist die Bintschgauer Straße unterhalb des Forts bei Rauders durch einen Felsensturz derart überschüttet worden, daß der Verkehr auf derselben auf einige Zeit unterbrochen ist.

Der Feuilletonist der Wiener „Presse" erzählt: „Ein Schusterjunge, 's kann auch ein Tischler- oder ein Schlosserjunge gewesen seyn, allein bei solchen Geschichten zieht der Wiener immer einen Schusterjungen vor, ein Schusterjunge also in der Vorstadt trug seit drei Jahren „der Zeiten Last und Geißel, des Meisters Druck, des Knieriems Pein und die Schmach, welche Altgesellen-Unwerth schweigendem Verdienst erweist," ohne daß ein Sonnenlächeln des Glückes für ihn in die düstere Lieritätte gefallen wäre; da eines Tages, richtiger in einer Nacht träumt unser Hannsl — der Name ist ebenso gut wie irgend ein anderer — drei Nummern, in diesem Punkte jenem berühmten Schuster Knieriem vergleichbar, der als Dritter im Bunde mit dem Schneider Zwirn und dem Tischler Leim ganz Deutschland durchwandert und schon vor fünfundzwanzig Jahren der Welt die warnenden Worte zugerufen: „Die Welt steht auf kein Fall mehr lang!" obwohl man damals von Konkordat, Preßnovellen und ober-österreichischen Anti-Vernunft-Petitionen noch keine Ahnung hatte. Unser Hannsl träumt drei Nummern, und eine innere Stimme — warum soll ein Schusterjunge keine innere Stimme haben? — ruft ihm zu, daß diese drei Nummern sein Glück begründen werden. Hannsl will setzen, allein Hannsl hat kein Geld, und nach langem Kampfe mit sich selbst, greift er, getrieben von nicht zu definirender Ahnung, in das schmierige Portemonnaie seines unmittelbaren Vorgesetzten, eines Gesellen, und stiehlt — einen Gulden, mit dem er spornstreichs in die Lotto-Kollektur eilt, und endlich das Glück genießt, seine Nummern Schwarz auf Blau ans Herz drücken zu dürfen. Und es begab sich, wie es sich bei solchen Geschichten immer begibt, daß sämmtliche drei Nummern in Linz gezogen und auf dem schwarzen Brette der Kollektur freideweiß angeschrieben wurden. Statt Himmelsfreude überfällt nun unsern Hannsl eine Höllenangst, er kann der gewonnenen 4800 fl. nicht froh werden. Genießensbisse martern sein Hirn und endlich flüchtet er zur Polizei, der er weinend ein reumüthiges Bekenntniß ablegt und sich anbietet, dem Gesellen, mit dessen Gulden er gewonnen, die Hälfte des Gewinnstes abzutreten. Der Geselle wird gerufen, verweigert entschieden, die Annahme der Hälfte und begehrt die ganze Summe, die ja mit seinem Gelde gewonnen worden. Und wie entscheidet der Richter? Folgendermaßen: Hannsl wird, weil er einen Gulden gestohlen hat, eingesperrt, jedoch in Anbetracht der mildernden Umstände nur auf drei Wochen; der Geselle bekommt den Einen Gulden zurück, den ihm der Hannsl gestohlen hat; die übrebleibenden 4799 fl. öfterr. Währung werden für den Hannsl angelegt, damit derselbe einst nach überstandener Lehr- und Wanderzeit Meister werden und heirathen kann, weil jede anständige Volkserzählung mit einer Heirath schließen muß."

(Die Venus.) In den Morgenstunden des 25. April wird sich Gelegenheit darbieten, den Planeten Venus am hellen Tage mit Leichtigkeit mit bloßem Auge aufzufinden. Geht man etwa um 8 Uhr von der am Himmel stehenden Mondsichel rechts abwärts, so wird schon ein mittelmäßiges Auge den Planeten aus dem Himmelsblau hervorleuchten sehen; ja es wird nicht allein möglich seyn, Venus gegen 9 Uhr im Meridian, sondern sogar bis Mittag zu westlich vom Meridian zu erblicken.

Neueres.

Bayern. Bei Tegernsee und aufwärts im Gebirge liegt zwei Fuß hoher Schnee. Die Bauern freuen sich dessen, weil sie nun das diesen Winter geschlagene Holz auf Schleppschlitten aus den Wäldern desto leichter herausbringen können.

Die Stadtgemeinde Augsburg macht ein Lotterieanlehen von 150,000 fl.

Oesterreich. Das erste in der neuen Aera erbaute protestantische Bethaus in Tyrol, jenes in Meran, wurde am 13. durch Professor Dr. v. Oettingen eingeweiht. Der Feierlichkeit wohnten die große Mehrzahl der protestantischen Kurgäste, eine Abtheilung der Garnison mit mehreren Offizieren, sowie viele Einheimische aus der Stadt und aus der Umgegend bei.

Nach der „Frkf. Postz." bezeichnet ein stark verbreitetes Gerücht den Prinzen Alexander von Hessen, österreichischen Feldmarschall-Lieutenant, als Nachfolger des Fürsten Windischgrätz in dem durch des Letzteren Hinscheiden erledigten Gouvernement der Bundesfestung Mainz.

Frankreich. Der Prinz von Hohenzollern ist vom Kaiser und der Kaiserin in den Tuilerien empfangen und mit großer Auszeichnung aufgenommen worden. Der preußische Geschäftsträger, Prinz Reuß, war bei diesem Empfange gegenwärtig. Auch den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses hat der Prinz seinen Besuch abgestattet.

* Italien. Oberst Fumel ließ in Folge der neuesten Weisung aus Turin 16 gefangenen Briganten ohne Kriegsgericht erschießen. Der Turiner Handelsminister Pepoli (Verwandter Napoleons und des vorigen preußischen Premiers Fürsten von Hohenzollern Sigmaringen) sagt in einem Circular an die Handelskammern: „Die k. Regierung wird mit Freude den Tag begrüßen, wo Deutschland sein Mißtrauen gegen uns fahren läßt, und uns die Freundeshand reicht. Was uns jetzt trennt, das ist nur die Sympathie einiger deutschen Regierungen für die gestürzten Dynastien Italiens; was uns aber an Deutschland fesselt, das sind die nationalen Interessen mithin dort Kleines, hier Großes. Eine Handelseinigung Deutschlands mit Italien wäre von unberechenbaren Folgen, nicht nur für beide Länder, sondern für die Civilisation und Politik im Allgemeinen. Italien wünscht die Alpengrenze nur aus politischen Gründen (Deutschland eben auch!); für den Handel existirt sie nicht. Unser Handel fühlt die Nothwendigkeit, sich nach Deutschland auszudehnen; unsere Märkte erwarten die deutsche Industrie. Unter der längeren Verzögerung eines Handelsvertrags leiden beide Länder.

* Türkei. Aus Nissa, 14. d., wird dem „Bivodom" gemeldet: Der hiesige Pascha läßt Kanäle, Kasernen, türkische Tempel, Redouten, Schanzen und Befestigungen in und um die Stadt bauen. Die türkischen Soldaten treiben die Christen mit Gewalt zusammen. Diese und ihre Thiere müssen auf Leben und Tod arbeiten, ohne Vergütung, und in einer Zeit, wo die ganze Gegend an Hungersnoth leidet und wo man die Felder bestellen muß. Die Christen sind äußerst erbittert darüber, daß sie an der Feldarbeit verhindert und somit fürs nächste Jahr dem Hungertode preisgegeben sind. Hier erwartet man 15,000 Mann türkischen Militärs.

Rußland. Die Gegend jenseits Dünaburg ist grausam heimgesucht. Die Wasser der Dwina haben daselbst eine Höhe von 28 Fuß erreicht. Sämmtliche Brücken mit Ausnahme der neuen Eisenbahnbrücke sind weggerissen. Hunderte von Häusern sind bis über die Dächer überschwemmt. Bereits sind mehrere Personen, namentlich Kinder, dem wilden Element zum Opfer gefallen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110. | Voraus-Zahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Zuiersenden wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Montag, 21. April 1862.

Reform des Zollvereins.

(Schluß.)

Der Verfasser sagt in seinem Schlußkapitel, betitelt: „Der Deutsche und das Handeln" unter Anderm: „Es gibt Deutsche, welche täglich 2 bis 4 Stunden der Politik widmen, Zeitungen lesend, sprechend, alles kritisirend, alles tadelnd. Diesethen Leute haben sich noch keine halbe Stunde ihres Lebens besonnen, wie denn eigentlich der deutschen Noth wirksam abzuhelfen sey; um so tapferer sind sie in der ewigen Negation und Unzufriedenheit. Der „ewig Unzufriedene" ist immer in der Opposition gegen den Gang der Welt; denn die Welt besteht ihm nur aus Dummköpfen und Schuften. Er ist das Mißtrauen selbst und fühlt sich nur glücklich, wenn er tadeln und Unheil weissagen kann. Er würde fürchten, sich zu kompromittiren, nicht so geschieht zu erscheinen, als er sich dünkt, nicht hinlänglich liberal, wenn er irgend ein positives Wollen oder die Anerkennung eines positiven Wollens aussprächе. Er nimmt Partei für jede oppositionelle Regung und Richtung, besonders wenn sie gegen Preußen oder Oesterreich gerichtet ist, in Italien, in Ungarn, in Polen, im Tschechenlande. Er tritt alles ab, was nicht streng deutsch spricht, gleichviel, was daraus werden möge. Das prinzipielle Mißtrauen, die Schwarzseherei und die Nergelei in deutschen Dingen haben seinen Charakter angetressen; er ist durchaus unfruchtbar, impotent geworden. Er kann nur die Hände in den Schooß legen; denn jedes Handeln, jedes sich Aussprechen für ein bestimmtes Streben mit der absoluten Kritik, mit dem unzerstörlichen Besserwissen nicht zusammen bestehen. Thatlos, ja sogar ohne tiefere Bekümmernitz, sieht er der Sündflut entgegen, welche über sein Vaterland hereinbrechen wird und welche er nicht müde wird, voranzusagen.

Daß der „ewig Unzufriedene" auch unsere Reform des Zollvereins als eine lumpige Flickerei ansehen wird, ist vorauszusehen. Nach ihm müssen vor allem die Fürsten vertrieben werden. Er selbst aber verteilt die Fürsten nicht und thut nichts dazu; andere thun's auch nicht; also bleibt alles beim alten.

Im Grunde von derselben Unfruchtbarkeit, wie der „ewig Unzufriedene" ist der „ewig Aengstliche", der bei jeder Gelegenheit in Deutschland ruft: nur keine Politik! Er thut dies nicht gerade aus Angst vor der Politik und vor den Regierungen, aber aus Bequemlichkeit, sondern zum Theil auch aus theoretischer Aengstlichkeit, weil er im Leben Alles so reinlich auseinander halten möchte, wie auf dem Papier. Selbst bei den Versammlungen von Juristen, von Volkswirthen, von Kaufleuten ruft er: „pst, pst, nur keine Politik!" Als ob man von der Reform des Zolltarifs sprechen könnte ohne Politik, d. h. ohne von einem Organ zu sprechen, durch welches allein eine gesetzliche und zweckmäßige Reform vorgenommen werden kann! Als ob man von gemeinsamer Rechtsgesetzgebung, von gemeinsamen Industrie- und Kunstausstellungen, von gemeinsamen deutschen Gesandten, von einer deutschen Flotte u. s. w. sprechen könnte ohne Politik, d. h. ohne von den Organen zu sprechen, durch welche allein die Gemeinsamkeit in allen diesen Verhältnissen geschaffen werden kann! Soll man von Politik schweigen, bis die Steine auf den Straßen und die Ziegel auf den Dächern schreien nach dem, was Noth thut? Hört ihr nicht den Sturm, der unter der Oberfläche braust? Fühlt ihr nicht, wie alles Volk im tiefsten Grunde aufgeregt ist von der Nothwendigkeit, einen Schritt vorwärts zu thun und einen Anfang zu machen? Meint ihr, den im Geheimen und Dunkeln schleichenden Groll lodt schweigen zu können? Wird er nicht endlich sich Luft machen und roh gewaltsam zum Ausbruch kommen, wenn ihr durch euer Schweigen jenen organischen und thatsächlichen Fortschritt gehemmt habt? Politik ist jetzt Alles, was wir thun und treiben; die Wissenschaft, die Philosophie, die Kunst, die Industrie verlangen, um fortschreiten zu können, ein politisch befriedigtes und handelndes deutsches Volk und ihr ruft immer wieder: „Fortschritt, Vereinbarung in Allem nur keine Politik!"

Wir können uns von der öden Aussicht, welche der „ewig Unzufriedene" wie der „ewig Aengstliche" und bereiten, einigermaßen erholen, wenn wir auf den Jubel, auf die Hoffnungsfülle blicken, mit welcher unsere nationalen Feste von der Blüthe der Nation gefeiert werden. Aber der Gedanke, daß dieses so jubilirende, seiner nationalen Einheit sich freuende Volk noch nichts, auch gar nichts besitzt, das ihm eine sichere Aussicht auf nationale, staatsrechtliche Zusammenfassung seines Willens gewährte, die Thatsache, daß irgend eine nahe liegende Gefahr seine organische Form findet, welche Rettung darbiete, daß sie nicht einmal einleuchtigen Sinn vorfindet; die Möglichkeit, daß dieses Volk eben im Moment der Gefahr sich abermals werde verhexen, bevölkern, vergiften lassen, daß es sich zu gellem Gegensatze, selbst zum Bürgerkriege werde verführen lassen, wie dies seit drei Jahrhunderten in allen europäischen Krisen geschehen ist: dies alles macht doch eine unbefangene männliche Festesfreude unmöglich. Es ist da ein Widerspruch, über den sich glücklicher Weise Jünglinge, Kinder und liebliche Nürnberger Jungfrauen hinweg setzen können, der aber dem Manne mit jedem neuen Feste unerträglicher wird. Sollte der nationale Jubel nicht endlich fähig seyn, sich in Thaten der Nüchternheit, der verständigen Energie, der Eintracht umzusetzen? Was soll uns das nützen, wenn Berliner und Wiener sich in Nürnberg als deutsche Brüder umarmen, um sich sechs Monate nachher in den Lebensinteressen ihrer Staaten gegenüber zu treten und im Stiche zu lassen? Was soll und die Feier des 18. Oktobers, wenn das wesentliche dieses Tages, das Zusammenstehen von Preußen und Oesterreich, ignorirt wird? Außer dem Hohne der Fremden ist noch eine schlimme Folge dieser Feste sicher, sobald eine politische Frage entschieden werden soll, löst sich der Schein der Eintracht auf und die Gehässigkeit ist um so größer, je mehr man sich vorher einbildete, einig zu seyn.

Der Stolz, den wir auf unsere Wissenschaft und Kunst haben, ist berechtigt gegenüber von anderen Völkern, bei denen die Ignoranz und Geschmacksroheit in Blüthe stehen; aber uns sollte dieser wir doch ins Ohr sagen, daß es nachgerade eine Schande sey, stets an dem alten theoretischen Ruhme zu zehren und dabei die Unfähigkeit des Handelns länger mit uns herumzuleugen. Es ist einer der besten Gedanken von Theodor Körner, der freilich ein Mann, kein bloßer Buchmacher war:

> Rühmet nicht des Wissens Brennen,
> Nicht der Künste heitren Tand.
> Für die Knechte gibt es keine Sonnen,
> Und die Kunst verlangt ein Vaterland.

Wenn wir die Schuld daran, daß in der deutschen Frage noch nichts gehandelt wurde, auf die Regierungen und Fürsten schieben, so beliegen wir uns selbst. Wir können Niemanden als uns selbst, d. h. das ganze Volk dafür verantwortlich machen. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Völker peaktisch einmüthig sind; zwischen dem deutschen Norden und Süden besteht weder in der äußern Frage noch in der innern die so nöthige Harmonie; beide haben sich die ersorderlichen Konzessionen noch nicht gemacht. So lange keine ganz entschiedene öffentliche Meinung über die zunächst zu ergreifenden Schritte der Reform existirt und sich mit unwiderstehlichem Drange in der Presse, in den Ständekammern, bei Wahlen und Volksversammlungen ausspricht, so lange können wir nicht hoffen, daß die Regierungen der öffentlichen Meinung Folge leisten. So lange je drei denkende Deutsche drei verschiedene Ansichten über die deutsche Reform haben und sieben andere gar keine, so lange können wir nicht erwarten, daß die vereinbarenden Regierungen Eine Meinung haben. So lange wir selbst nur ganz undeutlimmt wissen, was wir wollen und wie wir es wollen, können wir von den Regierungen nicht verlangen, daß sie zu Gunsten

Digitized by Google

einer chaotischen, vielleicht gefährlichen Unbestimmtheit und Zerrissenheit einem Theil ihrer Souveränetät entsagen.

Es handelt sich also vor Allem darum, eine gemeinsame öffentliche Meinung in Nord- und Süddeutschland zu schaffen, die ganz bestimmte und erreichbare Forderungen aufstellt und die eine unwiderstehliche Wirkung auf die getrennten und widerstrebenden Regierungen ausübt. Daran sich zu betheiligen, ist die Pflicht aller Patrioten, welche die Nothwendigkeit eines gemäßigten und einträchtigen Vorgehens einsehen, ist insbesondere Pflicht der Ständekammern, der volkswirthschaftlichen Kongresse und des deutschen Handelstages. Es gehört eine gewaltige Arbeit der Vaterlandsfreunde und ein großer Druck der öffentlichen Meinung dazu, um den Widerstand Oesterreichs und der Mittelstaaten gegen die parlamentarische Organisation Kleindeutschlands zu überwinden, um auch nur das Sicher durchzusetzen, was wir in diesen Blättern als die erste Abschlagzahlung an die deutsche Nation, als den naturgemäßen Anfang ihrer Einigung gefordert haben, ein Zollvereinsparlament.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 17. April. Nach Art der früheren Musenalmanache beabsichtigt Herr Professor v. Geibel für einen milden Zweck die Herausgabe eines „Münchener Dichterbuches". Es soll dasselbe gleichsam ein Gesammtbild der poetischen Produktion in der Tafelrunde des Königs darbieten und außer Geibel auch Paul Heyse, Hermann Lingg, Friedrich Bodenstedt, Julius Grosse, v. Kobell, Schack, Hermann Schmid, Felix Dahn u. A. mit Beiträgen vertreten seyn.

Bei der im vorigen Monate hier stattgehabten Konskription hat die ärztliche Visitation der Konskriptionspflichtigen aus der Altersklasse 1840 ein viel günstigeres Resultat geliefert, als dies in den letzten Jahren der Fall war, da die Zahl derjenigen, die für den Militärdienst für untauglich erklärt wurden, eine wesentlich geringere war. Es würde deshalb sehr leicht möglich gewesen seyn, statt 2049 Mann aus Oberbayern, mindestens die doppelte Zahl für die Armee auszuheben. Es zeigt dieser Umstand, welche Vertheidigungskräfte Bayern, wenn es nothwendig seyn sollte, auszubieten vermag. (E. Abdz.)

Ansbach. Die k. Kreisregierung von Mittelfranken bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten dem von Rudolph Hoffmann und Konsorten in Weißenburg gebildeten Privatverein die Projektirungs-Konzession für eine Eisenbahn von Pleinfeld nach Weißenburg nach Maßgabe der allerhöchsten Verordnung vom 20. Juni 1855, die Erbauung von Eisenbahnen betreffend, auf die Dauer eines Jahres ertheilt hat.

Oesterreich. Bei den Ergänzungswahlen für den Innsbrucker Gemeinderath hat die feudale klerikale Partei ein glänzendes Fiasko gemacht und die liberale einen noch beachtenswertheren Sieg errungen, als im verflossenen Jahre. Im 3. Wahlkörper, unter den Kleinbürgern haben die Ultramontanen zwar zwei Kandidaten durchgesetzt, während zwei andere der Neugewählten neutral sind. Im 2. Wahlkörper aber, wo der Beamtenstand dominirt, brachten sie trotz aller möglichen Hebel, die angesetzt wurden, und trotzdem, daß Bureau-Chefs sich nicht entblödeten, die Liste der anti-mini-steriellen Partei zu konterlirren, nur einen ihrer Kandidaten (Dr. Rapp) gegen drei der liberalen Partei durch, und der erste Wahlkörper wählte sämmtliche vier Kandidaten der Liberalen.

Die „Donau-Zeitung" erinnert bezüglich des preußisch-französischen Handelsvertrages an Art. IV. des zwischen Oesterreich und dem Zollverein 1853 abgeschlossenen Vertrages, welcher ausdrücklich besagt, daß, im Falle einer der beiden Kontrahenten mit einer fremden Macht einen Zollvertrag eingehen sollte, der Text desselben 3 Monate vor der Ausführung dem andern Kontrahenten mitzutheilen sey, dieser habe sich namentlich in Betreff der Einrichtung der Zwischenzölle zu äußern und seine Ansicht einige Wochen früher zu eröffnen. Bekanntlich hat die preußische Regierung diese Bestimmung völlig außer Acht gelassen. Das offiziöse Blatt konstatirt, daß in Süddeutschland die Agitation gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag in diesen Gründen wurzle; daß man namentlich befürchtet, der schwere Druck, mit welchem derzeit der englische Handelsvertrag auf der französischen Industrie lastet, werde sich durch das Vehikel des französisch-preußischen Traktats bis nach Deutschland fortpflanzen. Bei der Analogie der handelspolitischen Interessen zwischen Oesterreich und Süddeutschland werde ersteres alles aufbieten, um eine handelspolitische Isolirung zu vermeiden. Der Abschluß des Handelsvertrages sey eine Thatsache von höchster Bedeutung, deren Konsequenzen Oesterreich jetzt schon ins Auge fassen müsse.

= In St. Pölten hat gestern die liberale Partei einen entschiedenen Sieg über die Ultramontanen davongetragen. Die vielbesprochene Petition gegen das Religionsedikt, die von einzelnen Mitgliedern der Gemeinde dem Reichsrath übersandt worden war, stieß nämlich bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung auf so entschiedenen Widerstand, daß der Gemeinderath sich zu einer Gegendemonstration genöthigt sand. In einer außerordentlichen Sitzung des Gemeindeausschusses wurde daher unter ungewöhnlicher zahlreicher Theilnahme des Publikum, der von dem Reichsrathsabgeordneten und Gemeinderath Dr. Ofner gestellte Antrag mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluß erhoben: Es sey durch die öffentlichen Blätter bekannt zu geben, daß die Gemeindevertretung von St. Pölten an der erwähnten Petition keinen Antheil genommen habe; daß ihr die darin herrschende Anschauung über das Verhältniß des Staates zur Kirche durchaus fremd sey; und daß sie in die Regierung und den Reichsrath das volle Vertrauen setze, dieselben würden jenes Verhältniß nach denjenigen staatsrechtlichen Grundsätzen ordnen, deren Richtigkeit die Wissenschaft längst über jeden Zweifel hinaus erwiesen. Die klerikalen Mitglieder der Versammlung versuchten anfangs die Kompetenz der letzteren zu bestreiten; schlossen sich dann aber der Majorität an, als sie sich vollständig isolirt sahen.

Preußen. Die Verwaltung der Herrschaft Neudeck hat ihre Domanial-Polizeiverwalter bei Strafe der Entlassung angewiesen, nicht im Sinne des Jagow'schen Erlasses auf die Wahlen einzuwirken, sondern den Bestrebungen der liberalen Partei, welche auf Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten gerichtet sind, freien Spielraum zu gewähren.

Die „Volkszeitung" schreibt: Als vorgestern in Berlin bei einer Kontrolversammlung der Landwehr ein höherer Offizier erschien, ließen die Mannschaften den wiederholten Gruß desselben unerwidert. Der General ließ darauf durch den kommandirenden Offizier die Kriegsartikel verlesen.

Bei der Kontrolversammlung in Ragnit hat der Major v. Grabowsky seinen „Leuten" den Hagen'schen Antrag in folgender väterlicher Weise erklärt: „Seht Kinder, Ihr seyd meist vom Lande und unverführt, was man von den Städtern nicht sagen kann. Kinder, was würdet Ihr sagen, wenn Jemand von Euch verlangte, Ihr solltet sagen, wo Ihr Euer Geld hinthut. Den sollte doch ein Kreuz Million..... Seht, das will der Hagen'sche Antrag.". — Der Herr Major scheint hierbei nur die bestgunzigen Fürwörter ein wenig verwechselt zu haben. Denn das Volk hat durch den Hagen'schen Antrag die Regierung nicht gefragt, wo sie ihr Geld, sondern wo sie sein Geld hinthut; und das reißt in die oberstwachtmeisterliche Beweisführung allerdings ein kleines Loch.

Kurhessen. Die Unterzeichnung der bekannten Adressen scheint durch das ganze Land zu gehen. Es müßte sehr auffallen, wenn diese Adressen es nicht auch, wie jene der Verfassungspartei, mindestens auf einige zwanzigtausend Unterschriften brächten. Denn die Verwaltungsbeamten, welche das Sammeln von Unterschriften betreiben, gehen dabei mit großer Umsicht zu Werke. Besonders tragen sie Sorge dafür, daß unter den zusammenberufenen Bürgermeistern und Gemeinderathsmitgliedern sich nicht solche befinden, die geistig befähigt und gewillt wären, einen Widerspruch gegen das Auflinnen der Unterzeichnung zu erheben und einleuchtend zu begründen.

Baden. In Porzheim war Ministerialrath Regenauer, um der Handelskammer Mittheilung von dem durch Preußen Namens des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag zu machen. Wie die „Karls. Ztg." vernimmt, haben die Industriellen gegen diesen Vertrag besondere Bedenken nicht erhoben. (F)

Dänemark.

Bei der Feier des Stiftungstags der „Gesellschaft dänischer Waffenbrüder, welche auch der König, der Erbprinz, der Generallieutenant Moltke und der Marineminister mit ihrer Gegenwart beehrten, machte sich Baron Blixen-Finecke mit eine Rede über die Großthaten der dänischen Flotte bemerklich; der Marineminister

Digitized by Google

dankte dafür, und sprach die Hoffnung aus, daß der dänische Matrose fortfahren werde, „ein Eisen" zu seyn, nachdem er eiserne Kleider erhalten habe. Vorher war auch ein Gedicht auf die dänische Flotte abgesungen worden, in welchem es am Schlusse heißt, daß Dänemark als zärtliche Mutter ihre älteste Tochter, die Flotte, in Kurzem in Panzer kleiden werde.

Großbritannien.

Im Ausstellungsgebäude zu London herrscht unbeschreibliches Chaos, und ob zwar die Eröffnung ganz bestimmt am 1. Mai stattfindet, wird noch manche Woche vergehen, bevor alle Abtheilungen ganz in Ordnung seyn werden. Kürzlich sind aus London 85 neubekehrte Mormonen über Liverpool und Boston nach ihrem gelobten Lande Utah abgereist. In Liverpool kamen gleichzeitig Mormonenschaaren aus anderen Theilen Englands an. Das Gros der Gläubigen ist angelsächsischen Gebluts, doch erhält Utah von Zeit zu Zeit einen nicht zu verachtenden Zufluß aus anderen protestantischen Ländern, aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Holland. Nur das „ungläubige Deutschland hat die wirkliche Ehre und Auszeichnung, im Mormonenlande gar nicht (außer vielleicht durch ein paar verkommene Abenteurer) vertreten zu seyn.

Sir Shoeburyness sind wieder Experimente mit der neuen nichtgezogenen Armstrong-Kanone gemacht worden. Zwei bis drei Schüsse wurden mit einer Pulverladung von 50 Pfund gegen eine Scheibe abgefeuert, die aus drei fünf Zoll dicken Platten auf Schmiedeeisen bestand, welche mit Bolzen an einander befestigt waren. Diese Dicke von 15 Zoll ist ungefähr die vierfache des Panzerkleides der englischen Eisenfregatte „Warrior." Jeder Schuß zertrümmerte alle drei Platten und lieferte den Beweis, daß selbst 15 Zoll Metall einem solchen Geschütze, wenn es aus geringer Distanz abgefeuert wird, keinen Widerstand zu leisten vermögen. (Leider vergißt die „Times" anzugeben, wie groß die Distanz war.)

Frankreich.

Die aus deutschen Blättern in die französische Presse übergegangene Nachricht von der Schwangerschaft der Gräfin Chambord wird in legitimistischen Kreisen als völlig erfunden bezeichnet. — Die famose Bauvrdilleangelegenheit endigte mit der Verurtheilung von sechs der hohen Angeklagten zu 11 bis 15 Fr. Geldbuße und mit Freisprechung der neun andern. Die Behörde hielt es für rathsam, über diese Cotillon-Geschichte bei geschlossenen Thüren zu verhandeln.

— Wieder ging ein Transport von 400 Sträflingen auf dem Dampfer „Cérès" von Toulon nach Cayenne ab. Außerdem hat die „Cérès" 300 Marinesoldaten und eine Menge Beamte an Bord. Es soll ein Auslaufer der französischen Bank mit einer Summe von etwa 160,000 Fr. verschwunden seyn.

Italien.

Auch gegen den Bischof von Fano ist wegen eines handschriftlich ertheilten, ähnlichen Rundschreibens an die Beichtväter, wie das des Kapitular-Vikars von Bologna, ein Prozeß auf Verleitung der Soldaten zum Desertiren eingeleitet. Um ähnlichen Umtrieben mit Nachdruck zu begegnen, hat Ratazzi die Präfekten aufgefordert, auf die verdächtigen Personen, die zugereist kommen, ein wachsames Auge zu haben und Flüchtlinge aufzuforderm, in Militärdienste zu treten, zur Unterstützung der nicht dienstfähigen Flüchtlinge aber Unterstützungs-Komitees zu bilden.

Die Regierung hat Befehl ertheilt, acht Bataillone mobiler Nationalgarde nach den neapolitanischen Provinzen zu senden; vier derselben sind bereits nach ihrem Bestimmungsort abgegangen, die übrigen vier stehen im Begriff, sich einzuschiffen.

Griechenland.

* Wir erhalten folgende biographische Notiz über den dermaligen griechischen Obergeneral Emanuel Hahn. Derselbe wurde 1800 in Bern geboren, und begann seinen Lebenslauf als Bäckerlehrling. Mit 19 Jahren trat er unter das Scharfschützenkorps. Wegen seiner Neigung zum Kriegshandwerk verschaffte ihm ein wohlhabender Verwandter einen Platz in der Berliner Kadettenschule. Im Jahre 1824 preußischer Lieutenant ging er zu dem Philhellenen-Bataillon nach Griechenland. Bei seiner Ankunft hatten die Türken eben Athen genommen, und belagerten die Akropolis, in welche sich Hahn nächtlicher Weile schlich, und daselbst bis zu ihrem Falle blieb. Im Jahre 1827 kämpfte er in Morea gegen Ibrahim Pascha von Aegypten. Wegen der schlimmen Behandlung der Philhellenen durch die Griechen, wollte er wie viele andere nach Hause gehen: allein unterwegs in Livorno traf er einen Landsmann, der bei Hahns Vater in Bern gelernt hatte, und nun in sehr günstigen Verhältnissen lebte. Von diesem reichlich mit Mitteln versehen, kehrte Hahn nach Hellas zurück, wo es ihm nach vielen Schwierigkeiten gelang, eine Stelle sowie das Vertrauen der Regierung und seiner Kameraden zu erwerben. Er wurde Oberst und Adjutant des Königs.

Türkei.

In Smyrna fanden Ruhestörungen bei der griechischen Kirche statt, weil die kirchliche Behörde die Abhaltung eines Todtenamtes für die in Syra gefallenen Rebellen verweigert hatte.

Rußland und Polen.

Die Warschauer Damen fangen wieder an, wie im vorigen Jahre, Kreuze als Talismane zu tragen. Dabei wird die Trauertracht in entschiedenster Weise beibehalten, und bis jetzt ist Theater Musik u. dgl. consequent gemieden worden.

Amerika.

Der Sonderbunds-Präsident Jefferson Davis soll sein Veto gegen einen Beschluß des südlichen Kongresses eingelegt haben, welcher den General Beauregard zum Oberbefehlshaber sämmtlicher Streitkräfte des Südens ernennt. — In La Paz in Bolivia ist am 10. Februar eine zu Gunsten des Generals Belzu veranstaltete Verschwörung entdeckt worden. Der argentinische Konsul Dr. Pedro Lanz und der Arzt Dr. Ramon Salinas sind verhaftet worden.

Asien.

Ostindien. Mogul Beg, ein überführter Rebell und Mörder aus den Jahren 1857/58, ward am 14. März in Delhi durch den Strang hingerichtet.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. April. Der Gendarm, welcher zu Ende v. J. in Pfaffenhofen a. d. Ilm einen Brigadier erschoß, dann sich selbst durch zwei Schüsse das Leben nehmen wollte, ist so weit wieder hergestellt worden, daß er vor einiger Zeit in das hiesige Militärgefängniß abgeliefert werden konnte. Er kann in Folge der erlittenen Verletzungen nur flüssige Nahrung mittelst eines Rohres zu sich nehmen; seine That ist er vollkommen geständig.

— Aus der Smoky wird berichtet: Ein Gendarm hatte in Erfahrung gebracht, daß einer der berüchtigten Pistolschen Bande, Namens Banst, seiner in Remes-Kisfalu wohnenden Geliebten mitunter nächtliche Besuche abstattet. Er verstecke sich also am 7. im Zimmer derselben und wirklich erschien nach Mitternacht der Räuber, der ans Fenster klopfend Einlaß begehrte. Die Thür wurde ihm dann auch geöffnet, aber nicht von der Geliebten, sondern von dem Gendarmen, zwischen dem und dem Räuber sich nun ein Kampf entspann, in welchem zuletzt der Räuber, nachdem er mehrere gefährliche Wunden erhalten hatte, bewältigt und gefangen nach Kainspa abgeführt abgeliefert wurde. In seiner Bande sand man eine werthvolle goldene Uhr und mehrere Ringe.

Ein interessantes Phänomen wird aus Siebenbürgen berichtet: Auf dem westlichen zwischen Bodonos und Derna gelegenen Abhange des Berges Reg ist der Erdboden in einer Breite von beiläufig vier Klaftern ziegelroth verbrannt, und so heiß, daß man nur mit Mühe darauf stehen kann, gräbt man aber nur ein wenig in die Erde, so schießen überall bläuliche Flammen auf. Dieser Erdbrand wurde im Mai 1859 zuerst bemerkt, und hat seitdem, also binnen drei Jahren, sich um beinahe 12 Klafter weiter nach dem Gipfel zu verbreitet. Die auf dieser Strecke befindlichen Bäume sind natürlich alle, nach Verkohlung ihrer Wurzeln zusammen gestürzt. Ueber dem ganzen Schauplatze schwebt ein erstickender Dampf, der sich oft bis in die Thäler hinabzieht. Das brennende Material soll Schwefel und Steinkohlen enthalten.

In der Borsig'schen Eisengießerei zu Berlin ereignete sich, als die Arbeiter damit beschäftigt waren, das Werk, der Festtage wegen, zum Stillstand zu bringen, ein schweres Unglück, bei welchem 4 Arbeiter sehr schwer, zum Theil lebensgefährlich, verletzt worden sind. Beim Kühlen der aus dem Schmelzofen genommenen glühenden Schlacke waren nämlich die damit beschäftigten Arbeiter nicht vorsichtig genug zu Werke gegangen, und als man einen großen Klumpen äußerlich durch Wasser gekühlter und gehärteter Schlacke auf einer Trage fortschaffen wollte, zersprang derselbe plötzlich mit solcher Gewalt, daß die im Innern noch feuerflüssige Schlacke weit umherspritzte und auch die Arbeiter traf, deren Kleider

Digitized by Google

sofort in Brand geriethen. Obwohl andere Arbeiter schnell zu ihrer Rettung herbei eilten und ihnen die brennenden Kleider rückweise vom Leibe rissen, waren dieselben doch durch die glühende Schlacke und ihre eigenen brennenden Kleider schon so mit Brandwunden bedeckt, daß man sie in höchst lebensgefährlichem Zustande nach einer Heilanstalt bringen mußte.

In Porta Westfalica, bei Minden, brannte die große Dampfmühle total nieder. Vorräthe: für 90,000 Thaler Mehl und 14,000 Scheffel Weizen.

Neueres.

Der Berner „Bund" schreibt: „In deutschen Blättern wird die Befürchtung ausgesprochen, daß die zahlreich angemeldeten Schweizer Schützen die Sieger auf dem deutschen Schützenfeste bleiben, und daß ihnen dieser Sieg verhältnißmäßig sehr leicht fallen dürfte, weil es den deutschen Schützen an Uebung fehle. Wir unsererseits möchten zum Troste der deutschen Schützen die Ermartung aussprechen, daß diejenigen Schweizer, die aus ihrer Treffsähigkeit gewissermaßen ein Handwerk machen, und die auf unsern schweizerischen Freischießen nicht mehr übermäßig willkommen sind, in Deutschland wenigstens ihre Stellung als Gäste nicht verkennen werden."

Bayern. Das Verordnungsblatt des Kriegsministeriums enthält folgenden Garnisonswechsel: das 1. Bat. des Inf.-Leib-Reg. von München nach Landau, das 3. Bat. des 1. Inf.-Reg. von Landau nach Germersheim, das 2. Bat. des 4. Inf.-Reg. von Speyer u. Ludwigshafen nach Aschaffenb., das 3. Bat. des 5. Inf.-Reg. von Landau nach Speyer und Ludwigshafen, das 2. Bataillon des 6. Inf.-Reg. von Sulzbach nach Landau, das 3. Bat. des 14. Inf.-Reg. von Germersheim nach München, das 4. Jäger-Bat. von Zweibrücken nach München, das 6. Jäger-Bat. von München nach Zweybrücken, die 2. Division des 6. Chev.-Reg. von Speyer, Landau und Germersheim nach Bamberg und die 3. Division desselben Regiments von Bamberg nach Speyer, Landau und Germersheim.

V. R. Italien. (Privat-Korresp.) (Schluß.) Turin ist still geworden; die meisten Parlamentsmitglieder sind in ihre Heimath abgereist; und es wird noch stiller werden, wenn der König am Osterdinstag die Stadt verläßt. Desto geräuschvoller dürfte es in Neapel zugehen, wo bereits großartige Empfangsvorbereitungen getroffen werden. Man spricht unter Anderm von einem Riesen-Diner auf dem Marsfeld, zu welchem Garison und Nationalgarde geladen wird. Der Syndik und die Stadträthe Catalani und Pandola bilden die Empfangskommission. Den König begleiten die Minister Ratazzi, Comforti und Peroli, ferner ein freiwilliges Scharfschützenkorps aus Genua, das sich zur Ausrottung der Briganten angeboten hat.

Die heutige Post aus Neapel bringt uns zwei Neuigkeiten, nämlich, daß man bei dem Weiler San Leonardo eine Grube mit den Leichnamen von 25 Briganten, darunter den des Bandenführers Carmine Donatello fand, und daß der venetianische Nani in einem Zeughaus zu Palermo die drei bisherd angezweifelten Folterwerkzeuge „Haube des Stillschweigens — brennender Armstuhl — Brennschuh oder Fußbrenner" entdeckte. Sämmtliche Instrumente sind von Kupfer und sehr künstlich gearbeitet, und wird das Turiner Kabinet nicht ermangeln, den Fund zum Nachtheil seiner Gegner möglichst auszunutzen. Man spricht sogar, daß er in Original zur Londoner Ausstellung geschickt werden soll; Zeichnungen wird wohl bald die radikale Presse bringen.

Eine Bologneser Korrespondenz der „Allg. Ztg." verübelt es dem Stiftsprobst Dr. v. Döllinger, daß er nur 2 klerikale Organe für Italien annehme, wo es doch deren über 30 gebe, ferner daß die der weltlichen Gewalt des Papstthums günstige Partei täglich sich mindere, wo doch die großen Summen der Liebesgaben und die vielen Porträts des Papstes u. s. w. das Gegentheil beweisen. (Bekanntlich hat vor ein paar Tagen Graf Montalembert im weit weniger agitirten Frankreich die nämliche Beobachtung gemacht wie in seiner Schrift über Italien Dr. Döllinger.)

Türkei. Der Palmsonntag (der serbische Freiheitstag von 1815 her) ist heuer in Belgrad außerordentlich gefeiert worden, wobei auch die Bithnisse des Montenegrofürsten und des Luca Bucalovich paradirten.

= Das politische Programm der Wathington er Regierung läßt sich folgendermaßen resumiren: Keine Ausdehnung der Sklaverei auf die fog. Territorien; folglich Verfassungswidrigkeit der Bildung irgend eines neuen Sklavenstaates; Abschaffung der Sklaverei in den Border Staates und schließlich Wiederaufnahme der Südstaaten in den Bundesvertrag in ihrer Eigenschaft als Sklavenstaaten, jedoch nur gegen Annahme der vorhergehenden, der Entwicklung der Sklaverei auferlegten Beschränkungen. Wenn diese Politik, bemerkt der Moniteur-Korrespondent, als Grundlage eines Vergleichs diente, so würde sie rasch die Ausnahme mehrerer neuer Kreisstaaten in die Union nach sich ziehen und auf diese Weise die Südstaaten in absolute Minorität bringen. (Sollen sie denn etwa die Majorität haben?)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61⅝ P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60⅛ P.
„	4½ pCt. dto.	45 G.
„	4 pCt. dto.	—
„	3 pCt. „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜ P. 103 G
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	95¾ P. ⅜ G
„	3 pCt. Obl.	95¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	49 P.
„	2 pCt. „ „ „	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	101⅝ P.

Diverse Akten.

Frankfurter Bank à fl. 500	1130/4 P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 V.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178½/8 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	216½—17 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	80 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	89¼ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	327 G.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	70 P. 69½ G	
Oest. F. St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 28 kr.	742 G.	
„ Eliab.-Rheinbahn 5 pCt.	117⅜ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	32½—⅓ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134⅞ G.	
Pfälz. Mazb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	24½/8 P.	ex D.
Span. Handels- u. Industrie	50⅞ P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Peretire	52½ G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅝ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. bo Th. Lol. k.S.	96⅜ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	94⅝ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cur. L. S.	87½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	109½ P. 108½ G.	Kurhessa. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	69⅜ P. ⅛ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	101¼ P.	„ fl. 25 do.	37¾ P.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	116 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiK.	123 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	98½ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ G.
Badische fl. 35	85½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7.	11⅝ G.

Frankfurt, 19. März. Oesterr. National und Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben; doch war das Geschäft kaum nennenswerth. Rhein-Nahebahnaktien waren abermals rückgängig, dagegen Berbacher zu höheren Kursen begehrt. (Sbnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 111. | Pränumerationspreis: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Intercalen wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 22. April 1862.

Die deutsche Papier-Industrie.

„Die deutsche (zollvereinsländische) Papierindustrie und die Freihändler", unter diesem Titel erschien kürzlich in Frankfurt a. M. eine als „Wort zur Ermäßigung" den Zollvereinsregierungen gewidmete Broschüre von Fr. W. Süs. Diese Schrift hat den Zweck, vom Standpunkte des Praktikers, beziehungsweise des Interesses der Fabrikanten, von welchem der Verfasser nachzuweisen sucht, daß es auch das des konsumirenden Publikums sey — was auch in der That hier, wie in diesem Maße bei keiner andern Industrie, zutrifft — dem freihändlerischen Verlangen nach Aufhebung oder doch Ermäßigung des Hadernausfuhrzolls entgegenzutreten. Wie bereits bekannt, setzt der projektirte Handelsvertrag mit Frankreich eine solche Ermäßigung wirklich fest, und der Augenblick ist somit gekommen, wo das Für und Wider in dieser Frage nicht mehr Gegenstand theoretischer Erörterungen, sondern von unmittelbarer praktischer Wichtigkeit ist. Wir theilen zunächst im Folgenden die Ausführungen der genannten Broschüre, die viel interessantes statistisches Material enthalten und mindestens geeignet sind, Kenntniß über den vorliegenden Gegenstand zu verbreiten, aufzuklären mit. Zuerst vom Markt der deutschen Papierindustrie. Derselbe ist bedingt durch den in Deutschland gegebenen Bedarf an Papieren. Daß dieser ein außerordentlich großer ist, beweisen folgende Zahlen: Es erscheinen im gesammten deutschen Buchhandel jährlich 8 bis 10,000 neue Bücher und werden gegen 2300 Zeitungen aller Art gedruckt. Die Bücher erforderten z. B. 1860 gegen 170 Mill., die Zeitungen über 425 Mill. Bogen Papier. (Der Antheil Württembergs an diesen Summen, in einem Jahr wied nur von dem von Preußen, Oesterreich, Bayern und Sachsen übertroffen). Dazu kommen die außerhalb des eigentlichen Buchhandels erscheinenden Druckwerke der Bibelgesellschaften, Traktate der religiösen Vereine, Gesangbücher, Katechismen, Kalender, „Volksbücher", dann die Musikalien und Kartenwerke, ferner die Bilddrucke, Stiche, Holzschnitte 2c. in zahlloser Menge, endlich Cirkulare, Prospekte, Kataloge 2c. Eine Statistik der den literarischen und artistischen Verkehr vermittelnden Anstalten bis zu den Buchbindereiwerkstätten heraus würde von der oben bezeichneten Produktion die beste Aufschauung geben. Die vom Verfasser angeführten Zahlen datiren leider vom Jahr 1847.) Außer den Druckpapieren kommen die Schreibpapiere in Betracht, deren Bedarf bei der in Deutschland auf anderwärts nicht erreichter Höhe stehenden Schuldbildung, dem großen Verbrauch für Zwecke der Verfassung, Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung (Deutschlands gründliche Diplomatie und meist schriftliche Prozeßverfahren werden hiebei besonders hervorgehoben) ein ungemein großer ist. Endlich ist ein dritter großer Konkurrent die deutsche Industrie in Papierwaaren, Tapeten-, Spielkarten-, Kartonnagefabriken 2c.

Der Ueberblick über diesen großen Markt veranlaßt den Verfasser zur Aufstellung des drachtenswerthen Satzes: „Das konsumirende Volk hat ein Interesse daran, und der Staat die Pflicht dafür zu sorgen, daß die deutsche Papierindustrie ihre Wirksamkeit fortsetz und nicht von ihrer jetzigen Höhe herabsinkt." Dies führt zu einer Untersuchung der Leistungsfähigkeit der deutschen Papierindustrie. Der Verf. tritt der Behauptung entgegen, daß unser deutsches Fabrikat genau um denselben Betrag vertheuert werde, als der diesseitige Eingangszoll auf fremde Papiere beträgt, dieser Zoll also fallen müsse. Er thut dies auf Grund des amtlichen Berichts der Zollvereinskommission über die Londoner Weltausstellung von 1851, welcher die Papierproduktion sämmtlicher Länder mit deutschen verglecht und zu dem Resultat gelangt, daß die deutschen Papiere, mit Ausnahme einiger besonderen Sorten, die wohlfeilsten sind, die irgend ein Land erzeugt, so daß unsere Ausfuhr immer noch als unbedeutend und als einer außerordentlichen Steigerung fähig erscheinen muß. Von besonderem Interesse ist, was in jenem Bericht über den vielbesprochenen Unterschied des englischen und deutschen Papiers gesagt wird: „Der Engländer zahlt lieber den höheren Preis, als daß er seine gewohnten Ansprüche an ein dickes, festes und hartes Papier nur einigermaßen herabstimmt, oder seine Liebhaberei für die thierische Leimung daran gibt, während umgekehrt auf dem Kontinent der Preisunterschied zwischen thierisch und vegetabilisch geleimtem Papier vollständig hinreicht, die große Menge des Konsumenten mit dem kleinen Qualitätsunterschied zu versöhnen, womit das gewöhnliche Maschinenpapier gegen das mit thierischem Leim nachgeleimte und zum zweiten Mal langsam getrocknete zurücksteht. Es kann also aus diesen Verschiedenheiten keineswegs gefolgert werden, als sey überhaupt die Papierfabrikation in England weiter als bei uns; das blos vegetabilisch geleimte Maschinenpapier, wie es in England nur für den Bücherdruck zur Anwendung kommt, übertrifft das deutsche französische und belgische keineswegs. Man kann vielmehr im Gegentheil behaupten, daß die Methode der vegetabilischen Leimung auf dem Kontinent viel weiter ausgebildet ist als in England, so daß einzelne unserer renommirtesten Fabriken das einfach in der Bütte geleimte Maschinenpapier in einer Qualität darstellen, die das doppelt geleimte englische in seinen Eigenthümlichkeiten fast vollständig erreicht. Die englischen Schreibpapiere werden außerordentlich stark geglättet und zwar zwischen polirten Messingplatten, während man in Deutschland Zinkplatten hierzu verwendet. Die außerordentliche Glätte wirkt häufig mit der überstarken Leimung dahin zusammen, daß das Papier die Dinte nicht annimmt; im Uebrigen ist sie nur angenehm und erhöht das Ansehen des Papiers ungemein."

(Fortsetzung folgt.)

W Briefe aus Frankreich.

Aus Algier wird wieder eine jener Thaten gemeldet, welche leider nur zu häufig in der dortigen Armee vorkommen. Ein Hauptmann der Zuyliet ist ohne irgend einen Anlaß, ohne persönliches Motiv von einem Soldaten seiner Kompagnie getödtet worden. Sein Vorgänger hatte dasselbe Loos; er kam eines Tags auf die Wache, wo mehrere Soldaten Karten spielten, einer davon stand auf und schoß ihn ohne Weiteres nieder. Der Lieutenant erhielt die Stelle des Hauptmanns gegen den Willen der Soldaten und sein Schicksal war vorherzusehen. Zephirs, Zuaven, Turkos, alle bilden ein fürchterliches Ganze zusammen, von dem die Geschichte noch unzählige Gewaltthaten zu verzeichnen haben wird. Dieser Zusammenstoß von Prätorianern dankt seine Entstehung der Maxime, den arabischen Bolksstamm gegen alle Gerechtigkeit und Menschlichkeit aufzurotten. Die Söhne Ismael's, arme Leute die leicht zu unterwerfen sind, wenn man ihnen nur Ruhe läßt und ihre Landwirthschaft nicht beeinträchtigt, werden jetzt als Fanatiker behandelt, mit denen man nicht auskommen könne; man überbürdet sie mit Steuern und Quälereien aller Art und bringt sie endlich zur Verzweiflung, um dann mit dem Säbel in der Faust gegen sie einschreiten zu können. Monströse Thaten erfordern auch monströse Werkzeuge; daher die unglaubliche Entartung dieser Prätorianer. Getrennt von dem Vaterland, mißmuthig über das elende Leben, welches sie führen, bilden sie eine Masse, welche die Offiziere nicht mit dem Degen, sondern mit dem Revolver in der Faust kommandiren. Das gewöhnliche Mittel z. B., um einen Soldaten abzuhalten, Meine und Glied zu verlassen, ist, ihm mit sofortigem Niederschießen zu drohen. Die Soldaten rächen sich dann wieder an ihren Offizieren bei der ersten Gelegenheit.

Am Theater der Porte St. Martin werden immer noch die „Freiwilligen von 1814" mit ihrem ewigen Vive l'Empereur gespielt. Die Direktion ist in Verzweiflung über den deshalb ertheilten Befehl, weil sie ohne Zweifel dadurch ruinirt wird. In

Digitized by Google

Frankreich stehen sich jetzt zwei Ansichten über den Fall des ersten Kaiserreichs gegenüber. Victor Hugo, Edg. Quinet und Chateaubriand glauben, daß Napoleon unter der Last seiner eigenen Größe erlegen ist und unter dem Verdikt des Volkes, dessen Freiheit er vernichtet. Die Nachkreter Berenger's und die Anhänger des jetzigen Regime wollen ihn als erdrückt vom Schicksal und Frankreich gewaltsam entrissen dar. Jene gebrauchen die ernste Form der Bücher, um ihre Ansicht darzuthun; diese die bewegtere Stimme des Theaters. Die Tuilerien lassen sich fortwährend „Vive l'Empereur“ zurufen, und wie sollten nicht einmal das Recht haben, wenn man und verletzt, im Theater zu zischen! Die französische Demokratie sollte nicht das Recht haben, gegen solche komödienhafte Agitation zu protestiren und zu zeigen, daß wie Napoleon I. 1814 sein Ende gefunden, so auch Napoleon III. bald das seine finden werde? „Alle Freiheiten sind und genommen, wir dürfen weder sprechen noch schreiben, gut: so werden wir zischen; wir werden alle Stücke ausprfeifen, welche den Imperialismus verherrlichen sollen.“ Solches sind die Reden, welche man überall vernimmt.

Haben nun fata libelli. Die beiden ersten Bände von V. Hugo's Werk sind durchgefallen. Auf die fieberhafte Erwartung war allgemeine Kälte eingetreten. Es wird kaum zu einer 3. Auflage kommen.

Deutscher Bund.

Aus Hamburg wird geschrieben: Mit Bezug auf den von Preußen Namens des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag ist man in Wien der Meinung, daß der Vertrag von Sachsen und Hannover ohne Widerstand werde angenommen, daß dagegen die Regierungen von Bayern und Württemberg, trotz des preuß. Anerbietens, die Uebergangs-Abgabe auf deutsche Weine fallen zu lassen, den Widerspruch ihrer Handelskammern und Landtage zur Nichtgenehmigung des Vertrags nach Kräften und Umständen benutzen werden. In Wien selbst ist man gegen den Vertrag um so mehr eingenommen, da man glaubt, durch Annahme desselben würde die dauernde Theilung Deutschlands herbeigeführt und die großdeutsche Position auch in der Frage der Bundesverfassung für immer vernichtet werden.

Bayern. Sobald die Gutachten der Handels- und Gewerberäthe in Betreff des preußisch-französischen Handelsvertrags vorliegen und im Ministerium zusammengestellt sind, sollen die Kammern zu einem außerordentlichen Landtag einberufen werden. Man nimmt an, daß der Zusammentritt erfolgen dürfte bis gegen Ende Juni erfolgen könnte. — Gemäß erlassener Anordnung soll bei den Infanterie-Regimentern eine Reduktion insofern eintreten, daß der Stand der Chargen bei jeder Kompagnie um eine Korporals- und zwei Gefreitenstellen vermindert werden solle. — Die japanesische Gesandtschaft wird auf ihrer Reise nach Wien auch in München einen kurzen Aufenthalt nehmen. (N. Z.)

München, 20. April. Die Abendblätter der früheren „N. Z.“ brachten einen Nekrolog des verstorbenen Feldzeugmeisters v. Lüder, worin der Verfasser, ein Hauptmann im Kriegsministerium, die Verdienste des Verlebten schildert, aber auch Beschuldigungen gegen den Vorgänger Lüders im Kriegsministerium, den jetzigen Stadtkommandanten von München, Generallieutenant von Manz erhebt. Hierdurch veranlaßt, erhob derselbe Beschwerden gegen den Verfasser jenes Nekrologs, in Folge dessen nun in der nunmehrigen „Bayr. Ztg.“ nachgewiesen wird, daß jene Beschuldigungen völlig unbegründet sind und der Nekrolog mannichfache Unwahrheiten enthalte. Für den Verfasser des Nekrologs soll die Beschwerde auch eine nicht angenehme Folge gehabt haben. Für die Reduktion der Pferde bei der Artillerie und Kavallerie der Armee ergeben sich viele Stimmen. Es herrscht die Meinung, wenn die Reduktion 1859 schon eingetreten wäre, würde bis jetzt viel erspart worden seyn.

§ **Oesterreich.** Wien, 19. April. (Privat-Korrespond.) Zwischen den Opponenten der Bankakte von der Linken mit der Rechten des Abgeordnetenhauses haben in der letzteren Zeit vor der Vertagung des Reichsrathes die eifrigsten Unterhandlungen stattgehabt, wobei es sich darum handelte für die Verweisung der Bankvorlage um jeden Preis eine Majorität zu Stande zu bringen, was aber nur dann erreicht werden konnte, wenn die 40—50 Mitglieder der Rechten sich an der Debatte und Abstimmung betheiligen. Die Schritte blieben nicht ohne Erfolg. Die Czechen sind entschlossen, auch an der Bankdebatte Theil zu nehmen, die Polen schwanken noch. Um den Vorwurf einer Intonsequenz zu vermeiden, wird man den Unterschied der Bankfrage, wo es sich um die Verlängerung des Privilegiums auf Jahre hinaus handelt, und der übrigen Finanzangelegenheiten hervorheben, die nur für ein Jahr entschieden werden sollen. Die Frage der Landesbanken wird bei dieser Gelegenheit auf das Lebhafteste erörtert werden, und die Neugierde ist hoch gespannt, wie sich die sonst so eifrigen Centralisten dem Föderalismus in der Finanzfrage gegenüber verhalten werden. — Die Regierung hat übrigens in dieser Beziehung den Ungarn durch die Konzessionirung der ungarischen Hypothekenbank und zwar auf denselben Grundlagen, wie die Hypothekar-Credits-Abtheilung der Nationalbank ein bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt. Auch in Böhmen und Mähren ist die Gründung ähnlicher Institute in Aussicht. Das Zustandekommen der böhmischen Escomptebank ist bereits gesichert; es handelt sich für dieselbe nur noch um die zweifellose Zusicherung der Stempelfreiheit und um die Reescomptirung mit der Bank. Man will den Provinzen jede mögliche Erleichterung in Kreditsachen gewähren, nur das Recht der Notenemission will die Regierung einem Centralinstitute ausschließend bewahren.

„Ost und West“ meldet unterm gestrigen Datum aus Agram: „Bischof Strosmayer hat auf seine Oberzepansrwürde resignirt. Die Nachricht hat in patriotischen Kreisen den düstersten Eindruck gemacht.“

Preußen. In Köslin und der Umgegend zirkulirt folgende höchst gemüthlicher Wahlerlaß: „Bauern hört, dee König ruft! Ihr wißt, daß unser König den Landtag aufgelöst hat, weil die Demokraten ihm an seine Krone wollen. Sie fangen damit an, zu verlangen, daß auch der Jude unser Schulze werden soll, dann wollen sie, daß die jungen Leute statt in der Kirche — vom Kreisrichter genannt werden sollen, dann fordern sie, daß dem König seine Minister, wenn sie nicht thun, was der Landtag beschließt, mit fünf Jahren Gefängniß bestraft werden sollen. Zum Schluß verlangen sie, daß das Wuchergesetz abgeschafft werde, damit der Jude vom Bürger und Bauern nicht nur 5 vom Hundert, sondern so viel nehmen kann, wie er will, und lauter solch Zeug mehr. Das nennen sie Fortschritt. Der König hat den Demokraten so viel als möglich zum Willen, damit er in Ruh' und Friede mit ihnen fertig werde. Das half aber nichts. Die Demokraten dachten, der König hat uns den kleinen Finger gegeben, nun müssen wir auch die ganze Hand haben. — Paßt auf, Bauern, wie das zugegangen ist: Ihr wertet genug wissen, daß wir immer geschimpft haben, wenn die Landwehr um jeden Dreck zusammenkommen mußte, — wir, unsere Kinder, unsere Knechte wurden eingezogen, die Wirthschaft blieb liegen, und unsere Frau und Kinder mußten vom Kreise unterstützt werden. Der König wußte das sehr gut, und wollte uns gern von der Last befreien. Er dachte: wenn die Armee nur so viel verstärkt wird, daß sie für's Erste allein mit dem Franzosen fertig werden, dann braucht du nicht gleich die Landwehrleute zu rufen, wenn der Franzose Miene macht, uns auf den Leib zu gehen, und sollte der Franzose doch über den Rhein kommen, dann ist es, dachte unser König, noch immer Zeit, seine Landwehrleute zusammen zu rufen, um die Kerle wieder über die Grenze zu schmeißen, wie dies 1813 und 1814 geschah. — Dies war doch von unserm König ganz nach unserm Sinn gethan! Er trug dies dem Landtag vor, damit er sich einverstanden erklären sollte. — Die Demokraten steckten die Köpfe zusammen und dachten, das kommt uns gerade passend, nun wollen wir den König wohl fassen. Wenn er nun nicht Alles thut, was wir wollen, so geben wir ihm keinen Groschen, und nun kamen sie mit allerlei Forderungen an. — Der König schwieg noch immer und hoffte sich mit dem Landtag zu verständigen. Das half aber nichts — die Demokraten kamen ihm immer mehr auf den Leib. Einer von den Demokraten, Hagen heißt er, stellte den Antrag, unserm König kein Geld zu geben, wenn er nicht bis auf's Haar vorher genau angäbe, wo er jeden Groschen zu brauchen wollte, und versprache, das Geld nicht anders zu verwenden, als wie die Demokraten es wollten. Wie kann aber heut' der König das Alles auf's Haar wissen, wie viel er für jede Post auf's nächste Jahr brauchen wird? Wie soll der König das machen, wenn Ausgaben kommen, die kein Mensch vorher wissen kann? Wenn Ueberschwemmungen kommen und ganze Dörfer verunglücken, soll dann der König zu den armen Leuten sagen: ich hab' wohl Geld, wovon ich Euch was geben könnte, doch darf ich es nicht thun, weil der Landtag es nicht haben will, und wenn sonst Hungersnoth eintritt, und die Soldaten, unsere Kinder, müssen Brodzulage haben, soll dann der König sa-

Digitized by Google

gen: ich kann Euch wohl was geben, aber ich muß erst den Landtag zusammen rufen? Ehe der kommt, sind uns alle unsere Kinder verhungert. — So gäbe es noch tausend Fälle, wo der König freie Hand haben müßte. Solche Wirthschaft kann doch unmöglich bestehen! Unser König wollte noch immer Verständigung im Guten herbeiführen und ließ dem Landtag sagen, daß er für das nächste Jahr ganz genaue Anschläge machen lassen wollte, so viel als irgend möglich wäre, dies Jahr sei es aber unmöglich, da die Zeit zu kurz wäre. Mehr kann der König doch nicht nachgeben! Die Demokraten aber verlangten, daß er den Anschlag sogleich machen lassen sollte, sonst würden sie ihm für dies Jahr kein Geld geben. Donnerwetter, da riß unserm König endlich die Geduld aus, und er sagte zu den Demokraten: Ihr wollt mit Gewalt keine Einigung, ich kann in mein Königsamt nicht so eingreifen lassen, wenn das Land nicht zu Grunde gehen soll. — Nun blieb dem König nichts anderes übrig, als die Demokraten nach Hause zu schicken. Bauern, so liegt nun die Sache und kein Haar breit anders. Können wir Bauern das leiden?"

Ein würdiges Gegenbild zu Obigem bietet Folgendes: Einer der reichsten und angesehensten Standesherren Schlesiens, Graf Guido Henckel von Donnersmarck, hat dem Landrath Solger in Beuthen, der an mehrere hervorragende Grundbesitzer im Sinne der Ministers des Innern besondere Schreiben wegen der Wahlen gerichtet hat, folgendes Antwort gegeben: „Ich stelle mich schieden in Abrede, daß die Richtung der bisherigen Abgeordneten des Beuthener Kreises, so weit sich solche zu erkennen gegeben hat, sich mit den Grundgesetzen des preußischen Staates im Widerspruch befindet und bedauere, daß der so hoch stehende Beamtenstand zu Agitationen, wie die vorliegende, gemißbraucht wird. Meinen Einfluß werde ich bei den bevorstehenden Wahlen auf Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten, resp. im Fall der Nichtannahme, auf Wahl denen gleichgesinnter Männer richten. Durchdrungen von der Nothwendigkeit sozialer und nationaler Fortentwickelung glaube ich, daß nur diejenigen, welche deren Angemessenheit nicht erfassen oder nicht erfassen wollen, eine friedliche monarchische Gestaltung gefährden. In einem konstitutionellen Staate soll das Abgeordnetenhaus der Ausdruck der Bedürfnisse und des Willens eines Volkes sein, nicht aber der Ausdruck der Verleugnung derselben. Gelänge es, wie ich kaum bezweifle, eine Kammer zusammen zu mattregeln, gelänge es mit einem Ministerwechsel auch die öffentliche Meinung in andere Bahnen zu leiten, d. h. alle Gesinnungslosigkeit zu fördern und Selbstbewußtsein zu unterdrücken: so wird man nur zu bald gewahr werden, daß man eine doppelschneidige Klinge geführt hat."

ô **Kurhessen.** (Privat-Korrespondenz.) Die Zwangsherrschaft in Hessen-Kassel scheint einen immer lächerlicheren Charakter annehmen zu wollen. In dem benachbarten kurhessischen Grenzstädtchen Beckenheim wohnen mehrere theils eingeborne, kein Wort Deutsch verstehende, theils naturalisirte amerikanische Bürger. Vor einigen Tagen nun machte ein Polizeioffizianz des Orts die Runde bei diesen daselbst in aller Ruhe als Rentier lebenden Fremden, um Haussuchung nach den von ihnen gehaltenen amerikanischen Zeitungen anzustellen. Namentlich forschte er nach dem Wochenblatt der „New-Yorker Staatszeitung", die übrigens Keiner von ihnen hielt, — die jetzt aber wohl, da sie ja allem Anschein nach interessante Dinge über kurhessische Zustände enthalten muß, jedenfalls stark in Nachfrage kommen wird. Daß seine sämmtlichen Besuche erfolglos waren, versteht sich von selbst. Die so Heimgesuchten sollen aber vorhaben, sich über diesen Eingriff in ihre Schutzrechte als Bürger eines befreundeten Staates beschwerend an ihren Vertreter, den amerikanischen Generalkonsul, Hrn. W. Murphy in Frankfurt, zu wenden. Denn bekanntermaßen ist dem, in der Regel eine Menge von Zeitungen jeder Färbung haltenden Amerikaner nichts auffallender und beleidigender als in der Preß- und gar in der Lese-Freiheit behindert zu werden. Auf die bezhalb an die Polizeioffizianten gerichtete Frage, erwiderte er, daß er die Nachforschung auf höheren Auftrag hin angestellt habe.

Bikter v. Strauß hat dem Vernehmen nach an höchster Stelle wenig gefallen, sein eitles, hitzbegefälliges und vorlautes Wesen soll unangenehm vermerkt worden sein.

Baden. Nach der „Postzeitung" haben auf künftigen Winter Zeller von Marburg und Mohl von Tübingen, ersterer als Professor der Philosophie, letzterer als Professor der Botanik, einen Ruf an die Universität Heidelberg erhalten.

Nassau. In der Sitzung der vereinigten Kammern wurde das Budget berathen. Abg. Braun stellte den Antrag: „Die Ständeversammlung erklärt, daß ihre Budgetbewilligungen selbstverständlich nur für das laufende Jahr gelten, und daß, wenn die verwilligten Summen in diesem Jahre zu dem Zwecke, für welche sie verwilligt wurden, nicht verwendet werden, die Verwilligungen erlöschen sind; daß Kreditübertragungen aus einem Jahre in das andere oder von einem Gegenstande auf den anderen unstatthaft erschienen und daß diejenigen Summen, welche in dem laufenden Budgetjahre gar nicht oder nicht ganz verbraucht wurden, in dem Falle, daß eine Verwendung in dem nachfolgenden Jahre deshalbthigt wird, ganz oder theilweise neu in Anforderung gebracht werden müßten." Der Antrag wurde trotz des Widerspruchs der Regierung mit starker Mehrheit angenommen.

Thüringen. Am 17. April ist der gemeinschaftliche Koburg-gothaische Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt worden, nachdem er vorher in vierstündiger, oft sehr heftiger Diskussion den Gesetzentwurf berathen hatte, nach welchem die Bestimmung des §. 20 des Staatsgrundgesetzes, derzufolge der Regierungsverweser protestantischer Konfession seyn muß, in Wegfall kommen sollte. Die Kommission hatte sich in eine Majorität und in eine Minorität gespalten; die erstere beantragte die Ablehnung, die letztere die Annahme des Gesetzentwurfs. Die Majorität hob in ihrem Berichte, sowie auch in der nachfolgenden Debatte die Gefahren hervor, welche durch einen katholischen Regierungsverweser für die protestantische Bevölkerung erwachsen könnten, besonders da der katholische Ultramontanismus eine bedeutende Macht sey und sein Streben darauf richte, daß die katholischen Fürsten katholische Propaganda machten. Von der Minorität wurde geltend gemacht, daß es weniger auf das Glaubensbekenntniß des Regenten als darauf ankomme, daß ein tüchtiger Mann die Regierung führe, der katholische Kaiser Joseph II. sey freisinnig gewesen, während der protestantische Kurfürst von Hessen seine Unterthanen nach Amerika verkauft habe und in dem protestantisch regierten Preußen die Schulregulative erfunden worden seyen. Auch Seitens der Vertreter des Staatsministeriums wurde die Ansicht der Majorität der Kommission lebhaft bekämpft, indem dabei auf die im §. 20 enthaltene Monstrosität religiöser Intoleranz hingewiesen wurde, welche in keiner andern deutschen Gesetzgebung sich finde. Ungleich ging man Seitens des Staatsministeriums auf die Erörterung bezüglich der Regierungsverweserung durch Meiningen oder Altenburg ein, deren Ministerien jedem wichtigen dieselbigen Regierungsakte (Domainenvertrag, Militärkonvention mit Preußen ꝛc.) einen Protest entgegengesetzt hätten und erinnerte daran, daß nach dem deutschen Kirchenrechte die Kirchengewalt in einem protestantischen Lande dann auf das Staatsministerium übergehe, wenn ein katholischer Fürst zur Regierung gelange. — Nach Schluß der Debatte wurde bei sämmtlicher Abstimmung die Regierungsvorlage mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Italien.

* (Priv.-Kor.) Die meisten liberalen Journale bringen wortgetreu die Verhandlungen des britischen Parlaments, mit eben so großen Elogen für Palmerston als Seitenstücken auf Louis Napoleon. Bei der bekannten Aengstlichkeit des Letzteren ist anzunehmen, daß er, um die öffentliche Meinung Italiens nicht ganz einzubüßen, demnächst einen bedeutenden Schritt nach links (in Rom?) thun werde. In Turin war Menotti Garibaldi (der älteste Sohn des Generals) angekommen, um das Kommando der gegen die neapolitanischen Briganten ziehenden Genueser Freiwilligen zu übernehmen. Das neueste Regierungsblatt enthält den Postvertrag mit der Schweiz und die Errichtung eines Seearsenals in Spezzia. Die neapolitanische Presse fällt über den Minister Ratazzi her, welcher den Liguorianern in Vallo (bei Salerno) ihr Kloster zurückgegeben hat; sie fragt ihn höhnisch, ob er mit diesen Leuten Rom zu erobern gedenke? Bis jetzt hat nur der Bischof von Faenza um die Erlaubniß nachgesucht nach Rom zu gehen, was ihm von der Regierung abgeschlagen wurde. Die 12 Bischöfe Umbriens beschweren sich beim Ministerium in sehr gereiztem Ton gegen die Dekrete des Marquis Pepoli (Aufhebung der Klöster und Einzug des Stiftungsvermögens). Die Prälaten sprechen in ihrem Memorandum von Verletzung der öffentlichen Moral und des Civilisations-Prinzips, worauf denn die ministerielle Presse die Antwort nicht schuldig bleibt.

Griechenland.

In Athen wurden am 12. April folgende Telegramme aus Argos veröffentlicht: „An das Kriegsministerium: Vollständige

Digitized by Google

Auflösung in den Reihen der Rebellen. Viele Familien verlassen zu Wasser und zu Land die Stadt. Häufige Desertion von Unteroffizieren und Soldaten verschiedener Waffengattungen und polizeilichen Verbrechern. Ich hoffe in kürzester Zeit wichtige Ereignisse ankündigen zu können. Das Ende dieses traurigen Zustandes naht heran. Meries, 30. März (11. April) 1862. Em. Hahn, General."

An das Kriegsministerium: „Gestern Abend, nachdem ich telegraphirt hatte, stellte sich der Lieutenant Antonaropulos, der Lieutenant Poniropulos, 4 Unteroffiziere, 14 Soldaten und 4 Verbrecher im königl. Lager ein. General Hahn." (31. März — 12. April — Auch gestern kamen 14 Individuen aus Nauplia im Lager an.) An das Ministerium des Innern: „Panagiotis Zatridis ist gestern auf Nauplia gekommen und sagte aus, daß sie vom Michael Jatros 13,000 Drachmen Lösegeld verlangen. Die gegebene Frist ist gestern zu Ende gegangen. Die Rebellen haben den M. Jatros auf die Palamide geschleppt — sein Leben steht in Gefahr — benachrichtigt seine Verwandten, daß sie Maßregeln ergreifen. Wenn er nicht bezahlt, werden sie ihn umbringen. Argos, 31. März (12. April) 1862. Der Nomarch Georgantis."

Asien.

China. Die Rebellen haben sich von Schanghai zurückgezogen, als sie die energischen Anfallen sahen, welche die Europäer zur Vertheidigung dieser Stadt trafen; zuvor aber richteten sie eine von ihren Führern unterzeichnete Depesche an die Konsuln. In diesem Dokument, das voll grober Beschimpfungen ist, erklären sie die Fremden, weil sie die Verbündeten der Kaiserlichen geworden sind, mit äußerster Strenge zu behandeln. Leider folgte die That der Drohung auf dem Fuß; in dem Zeitraum von einigen Tagen haben sie hinter Wu-Sung 4 Fremde, die in Geschäften das Land durchreisten, ermordet. Diese Unglücklichen waren zwei Portugiesen, ein Engländer und ein Amerikaner.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 14. bis 19. April).

Samstag. Die Börse verkehrte in der verflossenen Woche in sehr lebhafter Stimmung und eine rubigere Ueberlegung gebot dem Hausseztreiben der vorangegangenen Tage wieder Stillstand.

Von österr. Fonds waren neue österr. Metalliques begehrter, sie behaupten ihren Kurs und finden gute Aufnahme in Süddeutschland, namentlich in Bayern. Venetianer schliessen 1½, National ¼ pCt. niedriger. Für süddeutsche Fonds erhält das gewöhnliche Bedarfsgeschäft feste Preise. Von Loosesfekten österr. 1839er bei fehlendem Material gefragt und 1 pCt. höher, auch in 1860ern, welche bis 70 bezahlt wurden, einiges Geschäft. Kreditloose von 114 auf 116 gestiegen. Von süddeutschen Loosesfekten haben kurhessische sich wieder auf 56 gehoben.

In Kreditaktien war diese Woche sehr wenig Geschäft. Kurse fast unverändert, eher eine Kleinigkeit matter.

Unter den Eisenbahnaktien hat die Hausse-Freude der Rhein-Nahe kurze Zeit gedauert; auch Staatsbahnen ist der Athem ausgegangen und sie sind wieder in bescheidene Grenzen zurückgekehrt; der Credit mobilier mag den Pariser Platz ververisiren, unsere deutschen Börsen tanzen noch nicht nach seiner Pfeife. Bayer. Ostbahnen wurden durch einige Verkaufsordres gedrückt, alle übrigen E.-B.-Aktien dagegen waren feat und eher steigend. Hanauer gewannen auf die Nachricht einer guten März-Einnahme 2 pCt. Ein gleicher Grund belebte die Spekulation und Kaufust für hessische Ludwigsbahn und pfälzische Bahnen.

Von Wechseln bleiben lange Sichten gesucht. Amsterdam behauptet den Parikurs Hamburg, wo sich ziemliche Geldknappheit zeigt, höher. Wiener, mit der steigenden Valuta wieder etwas niedriger gegangen, war in den letzten Tagen für das Getraidegeschäft gefragt. Geld scheint auch hier etwas anziehen zu wollen. (Akt.)

Nichtpolitische Zeitung.

(Weibliche Barbiere in Wien.) In dem neu zu errichtenden großartigen Hotel am Haarmarkt in Wien ist das größte Gewölbe an einen Industriellen vermiethet, welcher eine höchst elegante Frisir- und Rasirstube nach amerikanischer Sitte errichten wird. Statt der jetzt renommirten ungarischen Barbiere werden vier Amerikanerinnen das Geschäft des Rasirens übernehmen.

Nach Berichten aus Hirschberg ist am 16. April Abends das Gasthaus auf der Schneekoppe ein Raub der Flammen geworden. Da dasselbe zur jetzigen Zeit nicht bewohnt wird, so ist es wohl jedenfalls von frevelnder Hand in Brand gesteckt worden. Im Herbst des Jahres 1836 wurde das erste Gast- und Logirhaus auf der Schneekoppe errichtet; aber schon am 22. Oktober des nächsten Jahres brannte dasselbe, von ruchloser Hand angesteckt, darnieder, und im Frühjahr 1858 wurde das jetzt zerstörte Gebäude aufgeführt. Als am 23. Juli 1859 der Blitz in die seitwärts stehende Kapelle schlug und das hölzerne Dach und Sparrwerk derselben in Brand setzte, kam das Gasthaus selbst auch in große Gefahr, konnte aber doch glücklich gerettet werden.

Neueres.

Bayern. S. M. König Max hat dem k. preuß. Hauptmann und Artillerie-Depotvorstand in Berlin v. Erhardt das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen. — S. M. König Ludwig hat dem Verein für Unterstützung und Pflege der aus dem Münchner Krankenhause entlassenen Reconvalescenten einen Stiftungskapitalbeitrag von 20,000 Gulden gespendet. Die Benediktinerklöster Metten und St. Bonifaz erhielten königliche Porträts zum Geschenke. Der Kurier aus Nizza wird am Monatsschluß erwartet.

In Memmingen wurde am 19. April der Grundstein zum Betriebsgebäude der Eisenbahn gelegt. Daselbst soll auch eine Gasfabrik gebaut werden.

Oesterreich. In Oesterreich hat man Versuche mit der Behandlung kranker Soldaten unter Lagerelthelten gemacht, die sehr günstig ausfielen. Die Kranken genasen unter den Zelten rascher und traten weniger geschwächt in die Wiedergenesung, als die in Krankenzimmern Behandelten. Besonders günstig waren die Versuche bei Typhus, Wechselfieber und äußeren Krankheiten.

Baden. In Mannheim wird die Rheindampfschleppschiffahrtsgesellschaft wieder erstehen. Diese Tage haben die Vorarbeiten zur Bildung einer neuen Gesellschaft mit einem Kapital von 300,000 fl. stattgefunden; das Unternehmen fand so rasche Betheiligung, daß es bald geschieht war und man nächstens mit den neuen Satzungen hervortreten wird.

Jonien. Ueber die Eröffnung des jonischen Parlaments bemerkt die „Times": „Die gesetzgebende Versammlung der jonischen Inseln hat so eben ihre übliche aufrührerische Adresse überreicht, und eine Antwort erhalten, die von einer mehr als gewöhnlichen Dosis von Festigkeit und gesundem Verstande zeugt. Es gibt heutzutage nur wenige Leute in England, die sich um die Beschwerden der jonischen Politiker kümmern. Es ist erfreulich zu sehen, daß die Versammlung dieses Jahr nicht einmal ihren gewöhnlichen Triumph einer Vertagung errungen hat. Es wurde den Mitgliedern bloß in aller Artigkeit erklärt, daß ihre Behauptungen falsch sind, und daß man ihre Forderungen nicht gewähren wird. Wollen sie sich nun ihrer legislativen Aufgabe widmen, so ist es um so besser für die Inseln; wo nicht, so leiden die Inseln durch den Mangel an dem, was ihnen das Protectorat aus eigener Machtvollkommenheit nicht geben kann. Es ist möglich, daß diese Behandlung die Agitatoren ergrimmen und zugleich in Verlegenheit setzen wird; und wir sehen dem Fortgang der Session mit einiger Neugier, obwohl ohne Besorgniß entgegen." Die Times versteht auch nicht den jetzigen griechischen Aufstand zu einem Vergleich zwischen Corfu und Athen zu benützen.

Italien. Der Papst hat (aus Anlaß des Osterfestes) die feierliche Segnung der französischen und päpstlichen Armee vorgenommen. Eine ungeheure Menge war zugegen. — Die Geistlichkeit von Lecco (Comersee) hat eine Adresse an den Papst geschickt, worin um Bezicht auf die weltliche Herrschaft gebeten wird. — Ein Eisenbahnunfall auf der Strecke Florenz-Siena hat viele Menschenleben gekostet.

Der schweizerische Gesandte in Turin, Herr Tourte, begleitet „wegen Geschäftsüberhäufung" den König Viktor nicht. General Klapka ist von Turin nach Genf (wo er das Bürgerrecht besitzt) zurückgekehrt.

Türkei. Bei einem Kampf, der am 16. d. zwischen den türkischen Truppen und den Aufständischen stattfand, wurden auf Seite der Türken 300 Mann und 30 Offiziere, auf Seite der Insurgenten 400 Mann getödtet.

Amerika. Gegen den sonderbündischen Obergeneral Beauregard wird nicht M'Clellan, sondern Halleck kommandiren. Für jeden befreiten Sklaven wird den Besitzern die Entschädigungssumme von 300 Dollars ausgezahlt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Noth
Nene

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 23. April 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die deutsche Papier-Industrie.

(Schluß.)

Aus der tabellarischen Zusammenstellung der englischen und deutschen Papierpreise folgert im Weiteren der Vers., daß englische Maschinen-Zeichnenpapiere etwa 52 pCt., Postpapiere 63 pCt., Büchrerpapiere 55 pCt., Schreibpapiere 51 pCt., Zeitungspapiere 31 pCt. ($6^1/_4$ S. Gr. gegen $4^3/_4$ S. Gr. = etwa 14 Kreuzer bei uns), Druckpapiere 38 pCt. und Kupferdruckpapiere 34 pCt. im Durchschnitt theurer sind als die deutschen Fabrikate von gleicher Güte. Nicht viel anders lautet der Ausspruch der Sachverständigen über die gangbarsten Sorten der französischen Fabrikation im Vergleich mit der unserigen. Diesem Preisverhältniß des zollvereinsländischen Papiers entspricht das progressive Steigen der Papierausfuhr aus dem Zollvereinsgebiet, welche in den Jahren 1836 bis 1859 nach amtlichen Tabellen dem deutschen Nationalvermögen 33,862,000 fl. aus dem Ausland zuführte. Der Vers. folgert daraus, daß es Angesichts der unbedeutenden Eingangszölle, welche das Papier des Auslands zahlt, geradezu absurd erscheine, wenn behauptet wird, daß nach Wegfall der Papierzölle die Preise des Papiers sich um den Betrag der Zölle billiger stellen müßten. Eine Preisverminderung würde hiedurch, weil die fremden Papiere auch zollfrei eingeführt immer noch nicht so wohlfeil wären, als die unserigen, überhaupt nicht eintreten, wohl aber durch eine Vertheurung des durch Ausfuhrzölle geschützten Rohstoffs eine Preiserhöhung. Die innere Berechtigung ihrer Existenz aber werde nach dem Obigen der deutschen Papierindustrie, die dem Bedarf und Verlangen des Inlands entspreche und die Konkurrenz des Auslands ehrenvoll bestehe, Niemand absprechen wollen. — Der Vers. kommt nun auf die bei der deutschen Papierindustrie konkurrirenden Interessen (der Fabrikanten und ihrer Arbeiter, der Lumpenproduzenten und Lumpensammler und der papierkonsumirenden Bevölkerung) zu sprechen. Er rechnet, daß im Zollverein bei 276 Maschinen und 550 Bütten (für Handpapier) 22,800 Köpfe beschäftigt seyen, welche 4,389,000 fl. jährlich verdienen. Als jährliche Produktionssumme nimmt er 146,200,000 Pfund Papier aller Gattungen an zu einem Durchschnittspreis von 22 fl. 45 kr. pr. 100 Pfund.) Auf der andern Seite kommen in Betracht die Lumpensammler, auf deren Betrieb der Vers. näher eingeht, weil von gegnerischer Seite behauptet wird und von der oldenburgischen Regierung auf einer Zollvereinskonferenz hervorgehoben wurde, daß durch die bisherige Besteuerung der Lumpenausfuhr den Lumpensammlern, meist Greisen, Krüppeln und Frauen 7,000,000 fl. jährlich entgehen. Der Vers. nimmt an, daß das Zollvereinsgebiet jährlich 150,750,000 Pf. Lumpen (zur Papierfabrikation taugliche) produzire (der Kopf $4^1/_2$ Pfund) im Werth von 11,872,000 fl. Von letzterer Summe verdienen die Produzenten 6,594,000 fl. (56 pCt.), die Sammler (nach dem Vers. 18,000, nach seinen Gegnern 150,000 Köpfe), 3,948,000 fl. (33 pCt.), die Händler und Zwischenhändler, Frachtführer ꝛc. 1,330,000 fl. (11 pCt.). Demnach sey jede Berechnung falsch, die einen eintretenden Mehrwerth der Lumpen nur den Sammlern, die übrigens mit durchschnittlich mindestens 42 Kreuzern einen den Verhältnissen des Zollvereinsgebiets entsprechenden Arbeitsverdienst haben, zu Gute kommen lasse. Andererseits aber müsse die konsumirende Bevölkerung jede Vertheurung von 100 Pfd. Lumpen um 10 pCt. mit einem um 6, bezhw. 8 pCt. höheren Preis des Papiers bezahlen. Ueberdies könne ein so vertheuertes Papier auch nicht mehr ausgeführt werden, es entgehe also dem Nationalvermögen auch der Gewinn durch die Ausfuhr, und es müßte somit zweimal bezahlt werden, was uns angeblich einmal geschenkt worden sey.

Das Kuppelschiff von Coles, der Vorläufer des „Monitor“.

Bei Coles — einem der ausgezeichnetsten Offiziere der britischen Marine, der sich unter Lord Lyons im asow'schen Meere zu wiederholten Malen glänzend hervorthat — hatte sich die Idee zu einer ganz veränderten Form der Kriegsschiffe schon während des Krimkriegs festgesetzt. Die Beschießung von Kinburn, bei der die Panzerschiffe (damals schwimmende Batterien) die erste Probe bestanden, lieferte ihm weitere Anregung. Nach England zurückgekehrt, entwarf er den Plan zu einem „Schildschiff“ oder „Kuppelschiff“. Die Länge sollte 250 Fuß, Tiefgang 20 Fuß, Pferdekraft 500 und Tragfähigkeit 2500 Tonnen werden — letztere also wenig mehr als ein Drittel der des „Warrior“. Das Schiff, das vorläufig zur Küstenbefestigung verwendet werden sollte, hat keine Masten, und ist allein auf den Dampf als bewegende Kraft angewiesen. Der unter Wasser befindliche Theil, der mit zwei Reihen (Schwalleten) versehen ist, unterscheidet sich nicht wesentlich von dem anderer Panzerfregatten. Von der Wasserlinie an aber biegt der dicke Panzer in stumpfem Winkel nach innen zu, und bildet, ähnlich wie bei der „Virginia“, ein flaches Dach über dem Rumpfe. Sechs niedrige, flach gewölbte Kuppeln, die auf starken Plattformen drehbar sind, ragen hinter einander aus diesem Dach hervor; jede enthält zwei schwere, parallel gestellte Geschütze, deren horizontale Richtung durch Drehung der Kuppel selbst geschieht. Statt der früheren weiten Pforten sind ganz kleine Oeffnungen da, welche dem Geschütz einen senkrechten Spielraum von höchstens 20 Grad gestatten. Kein feindliches Geschoß kann durch diese kleinen Oeffnungen in das Innere des Schildes dringen — ein Fall, der sich bekanntlich sowohl bei Kinburn als auch bei Fort Monroe ereignete, wodurch die alten weiten Pforten einschlagende Sprenggeschosse große Verwüstungen in den Batterien der französischen Panzerschiffe und der „Virginia“ anrichteten. Bisshere befinden sich sowohl auf den Kanonen, als an den Kuppeln selbst — die letzteren erlauben eine außerordentliche Genauigkeit des Zielens.

Während des Gefechts befindet sich die ganze Mannschaft unten im Raum; zu allen andern Zeiten kann sie sich aber oben frei bewegen und frische Luft schöpfen. Denn das Coles'sche Schildschiff ist kein schwimmendes Gefängniß wie der „Monitor.“ Es hat vielmehr ein ordentliches Seedeck. Von der Wasserlinie nämlich steigt eine leichtere Eisenbekleidung empor, und schließt dann rechtwinkelig in ein fast horizontales, nur schwach gewölbtes Deck ab. Die eigentliche dicke, schräge und dachförmige Rüstung ist also dem Auge entzogen, und der obere Theil des Schiffs würde von außen ein ganz gewöhnliches Aussehen haben, wenn nicht die riesige Kuppelreihe mit ihren dicht über Deck befindlichen Kanonenmündungen einen fremdartigen Eindruck machte. Nur in diesen Kuppeln tritt der massive Panzer zu Tage. Sie ragen übrigens nur mit dem obern Theil ihrer Haube über Deck hervor; der untere Theil ist mehrere Fuß tief in das Panzerdach eingesenkt. Während des Gefechts werden die Schanzkleidungen nach außen hin niedergeklappt, und das Deck ist so glatt und kahl wie das des „Monitor“; es spielt übrigens genau dieselbe Rolle wie das Glacis bei einer Festung. Ob es durchlöchert und von Kugeln zerrissen wird, ist einerlei; das darunter befindliche Panzerdach ist das eigentliche Bollwerk des Schiffs.

Digitized by Google

Das Zureichen der Munition, Befehle, Mannschaften und frische Luft werden durch hohle Säulen von drei Fuß Durchmesser vermittelt, welche aus jedem Schiff in den unteren Raum führen, und um welche sich die Kuppeln drehen.

Dies sind die Hauptzüge der Coles'schen Konstruktion; ihre großen Vortheile sind in die Augen fallend.

Das Coles'sche Schiff ist im Verhältniß zu seinen wahrscheinlichen Leistungen, seiner größtern Festigkeit und Dauerhaftigkeit ungemein billig; Coles verpflichtet sich ein Fahrzeug, wie wir es oben geschildert haben, für 60,000 Pf. St. herzustellen. Kleinere Schiffe mit zwei oder drei Kuppeln (wie sie sich vielleicht zur Küstenvertheidigung zunächst empfehlen möchten) würden danach wohl wenig über 200,000 Thaler kosten. Die Hauptbedenken gegen dieses Fahrzeug waren die Schwere der Kuppeln; aber mit Armatur gegen 70 Tonnen (1400 Centner), und die furchtbaren Erschütterungen im Innern derselben, wenn sie von feindlichen Kugeln getroffen werden. Die letztern Besorgnisse hat der „Monitor" zum großen Theil schon beseitigt.

Diese kurzen Bemerkungen werden genügen um zu zeigen, wie fast alles Gute, was der „Monitor" hat, sich schon bei dem Coles'schen Schiff findet. Ueber die Priorität dieser wichtigen und folgenschweren Neuerung im Schiffsbau kann gar kein Zweifel seyn; sie gehört dem Engländer Coles. Seit 1855 kennt man seine Ideen, und eine Nummer des „Mechanik Magazine" vom 13. Juli 1860 enthält die genaueste Beschreibung des Kuppelschiffs mit vollständiger Angabe der Dimensionen und den dazu gehörigen Zeichnungen. Es kann also gar keine Rede davon seyn, daß Ericsson die Coles'schen Ideen nicht gekannt hat. So weit die Einrichtung des „Monitor" bekannt ist, hat Ericsson allerdings einige Verbesserungen angebracht, die sich bewährt zu haben scheinen — so z. B. die Drehung der Kuppel auf einem Zapfen statt auf einer Platform, die Verstärkung der vorderen Schildwand, die dem Feinde zugekehrt ist, und andere. Aber im ganzen ist der Thurm des „Monitor" eine getreue Kopie des Coles'schen Schildes. Der berühmte schwedische Techniker hat sich durch den schnellen Bau des „Monitor," dessen ganzes Rüstzeug, wie man hört, er mit einigen Freunden dem Staat gegenüber trug, ein so großes Verdienst um die Entwicklung der Schiffsbaukunst erworben, er hat durch die rasche und entschlossene Ausführung der Coles'schen Idee so viel Zug in die Sache gebracht, daß es seinen Ruf kaum schmälern kann, wenn man die Erfindung selbst ihrem wirklichen Urheber vindicirt.

Deutscher Bund.

Ein Frankfurter Blatt läßt sich aus Süddeutschland schreiben: „Der schutzzöllnerische Theil unserer Fabrikanten setzt alle Hebel in Bewegung, um den Handelsvertrag mit Frankreich in Mißkredit zu bringen. Man stellt den Ruin vieler Fabriken, die Entlassung zahlreicher Arbeiter, das Sinken der Werthe von Industriepapieren und andere schreckliche Dinge in Aussicht; der Weinproduzentenstand sucht man mit Entwerthung des Weinbaues in Furcht zu setzen. Nach und nach werden sich alle diese Mittel als vergeblich erweisen. Das Publikum weiß es jetzt schon, daß es sich um nichts weniger, als um Beseitigung des Schutzzolles handelt. Der Handelsstand ist im Allgemeinen der Ansicht, daß der Vertrag viel zu schutzzöllnerisch sey. Immerhin aber gewährt er große Vortheile und Deutschland die meisten.(?) Unsere Arbeitslöhne sind niedriger als die in Frankreich, die Lebensmittel durchschnittlich billiger, unsere Arbeiterbevölkerung ständiger, sparsamer, fleißiger als die französische; auch die Brennmaterialien, Holz und Steinkohle, sind in Deutschland reichlicher und billiger als in Frankreich. Wenn einzelne Fabrikzweige unter solchen günstigen Vorbedingungen die Konkurrenz mit Frankreich scheuen, so ist es, weil sie sich allerdings mehr denn bisher anstrengen, auf Verbesserungen bedacht seyn müssen, die ihnen unbequem, aber Allen sehr heilsam sind.

Bayern. (Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: zum Post- und Bahnexpeditor in Deisenhofen der praktizirende Lieutenant Jos. Thoma; zum Billetexpeditor in Augsburg der Expeditionsgehilfe K. Meklau; zu Assistenten der Accessit Ad. Greither in Augsburg und der geprüfte Rechtspraktikant C. Rutz bei der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten; zum zweiten Postgrafen in Nürnberg der Postkondukteur Jos. Sigmund. Versetzt wurden: der Assistent J. Hofherr von München nach Rosenheim; der Assistent Ed. Meyer von Rosenheim nach Nürnberg, und der Assistent M. Sikern von Landau nach Augsburg, endlich der Bahnmeister J. Lutz von Herzogenaurach nach Nürnberg.

Oesterreich. Die Preßmaßregelungen nehmen, wie die „Zeit" schreibt, ohne daß von irgend einem Theile der Monarchie irgend ein Einschreiten der Behörden gegen ein Blatt gemeldet wird. Aus Ungarn und Galizien sind derartige Nachrichten fast stehende Artikel geworden. Heute veröffentlichen die hiesigen Blätter eine öffentliche Erklärung des Redakteurs, Druckers und Verlegers des zu Steyr erscheinenden „Alpenboten", in welchem derselbe den Hergang einer Haussuchung schildert, welche das dortige Kreisgericht, acht Mann hoch, in seiner Privatwohnung nach dem Manuskript eines Artikels, Ueber die wirthschaftlichen Verhältnisse in Steyr" vollzogen hat. Der Redakteur Haas, 84 Jahr alt, war deßhalben krank. Man entdeckt sich jedoch deßhalb nicht, die Privatkorrespondenz von ihm auf das Genaueste zu durchsuchen — alles nur wegen der wirthschaftlichen Verhältnisse in Steyr. — Der Postdieb Kallab hat, wie es sich jetzt zeigt, auch die Briefmarken von den nicht gebrauchten Briefen verschleudert, indem er dieselben theils verkaufte, theils einwechselte. Es dürfte sonach die Untersuchung denn doch auch auf Mitschuldige ausgedehnt werden.

Preußen. Das „Preußische Wochenblatt" veröffentlicht folgendes Eingesandt: „Wie sich solche Wissenschaftsverbreiter als die Professoren der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin sowie von Breslau und Bonn unterstehen können, gegen einen königlichen Befehl wegen Wahlagitationen aufzutreten, wie es in dem Volksblatt vom 9. April zu lesen ist, empört selbst den Bauer und Landwirth in Hinterpommern, wovon der Unterzeichnete auch einer ist. St. aus Gr. St."

Württemberg. In Stuttgart tritt der Ausschuß des Güterdirektorenvereins mit dem Ausschusse des Weinbauvereins zu einer gemeinschaftlichen Berathung über den preußisch-französischen Handelsvertrag zusammen und hat zu derselben zwei der renommirtesten Weinhändler und zwei Kaufleute eingeladen. Auch in der mit dem Weinmarkte verbundenen Generalversammlung des württembergischen Weinbauvereins wird diese wichtige Angelegenheit den hauptsächlichsten Gegenstand der Berathung bilden.

Kurhessen. Der in Ungnaden aus dem Hofdienst entlassene Kammerdiener Hardegen hätte kaum besser versorgt werden können, indem derselbe allerwärts die beste Aufnahme und reichliche Unterstützung findet. Dem Vernehmen nach wird er den Rechtsweg betreten, der vielleicht manches Interessante bieten wird.

Thüringen. Meiningen. Auch der hiesige Landtag hat sich energisch für die Saal-Orla-Eisenbahn ausgesprochen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die eingegangenen Petitionen der Staatsregierung mit der dringenden Bitte zu empfehlen, das Projekt der Orlat-Saalfelder Bahn mit allen Kräften zu fördern, und über etwaige finanzielle Punkte, welche dabei in Erwägung kommen werden, dem Landtag seiner Zeit besondere Vorlage zukommen zu lassen.

Schwarzburg. Sondershausen. Der Geh. Staatsrath Schönemann, welcher bereits vor dem Eintritt des Hrn. v. Elsner den Vorsitz im fürstlichen Ministerium führte, ist provisorisch wieder damit betraut worden. Geh. Gerber in Jena soll vorher diesen Posten abgelehnt haben.

Freie Städte. Frankfurt, 21. April. (Pr.-Korr.) In Folge der großen Noth, welche in dreizehn Gemeinden des Kreises Hofgeismar in Kurhessen herrscht, und der in den Zeitungen veröffentlichten „dringenden Nothbitte" des Bürgermeisters Knobel in Ehlen hat sich hier sogleich ein Hülfskomite, bestehend aus sechzehn der angesehensten Bürger und größtentheils Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung, sowie mehrere Zeitungsredaktionen gebildet, um die Noth der beinahe dem Hungertyphus nahen Bewohner Kurhessens möglichst mildern zu helfen. Wir sind überzeugt, daß die Gelbspenden aus Frankfurt und unserer Umgegend reichlich fließen werden. Aber wem schaudert die Haut nicht, wenn er jene Worte des Bürgermeisters Knobel liest? In einer Zeit des tiefsten Friedens also, in einer Zeit, wo Millionen in nutzlosen Soldatenspielereien verzudet werden; in einer Zeit einer keineswegs allgemeinen Noth, gibt es in den gesegneten deutschen Landen Ein Land, Eine Gegend, die von dem Hungertyphus bedroht ist, und in diesem Lande geschieht von Seiten der Behörden nichts, dieser Noth zu steuern! Höhnend weiß man die Hülfsbedürftigen an ihren Landtagsabgeordneten, denn, einem einfachen Privatmanne, dem Bürgermeister einer armen Landgemeinde höch-

Digitized by Google

stens, keine Mittel zu Gebote stehen, dem herumbrechenden Uebel einen Damm entgegenzusetzen. Im Lande selbst kann es keine Hülfe suchen; denn dazu bedarf es allerhöchster Genehmigung, und diese könnte Monate lang auf sich warten lassen, bis die Hungrigen keiner Hülfe weiter bedürften, bis sie hinausgetragen wären, wie vor kaum Halbjahresfrist ihre Söhne aus den Kasseler Kasernen. Und das geschieht in einem Lande, welches mehrere Spielhöllen ernährt; für die eigenen Landeskinder hat es keinen Brod! An was sind die Deutschen nicht Alles schon gewöhnt worden! — An die Stammesgenossen außerhalb der hessischen Grenzpfähle hat sich Bürgermeister Knobel gewendet, und wohlich — nie ist ein Hülferuf gerechtfertigter erschollen, nie wird einem solchen Rufe bereitwilliger entsprochen werden! Hier hören die Sympathie-Erklärungen auf; hier fangen die Thaten der echten Bruder-Gesinnung an. Auf, Deutsche alles politischen und religiösen Kärhungen, hier einigt euch in der raschesten, ausreichendsten Hülfe! Lasset den Hohn, den den Armen, anstatt des erbetenen Brodes einen Stein zu bieten gewißt war, auf das Haupt derer zurückprallen, deren Lippen er gottvergessen entfallen war! Schaffet dem braven Bürgermeister von Ehlen die Mittel, um den Hungertyphus von denen abzuwenden, für welche er seine Hand bittend nach dem deutschen Volke ausstreckt. Gebet Alle, viel oder wenig, aber eilet: der Hungertyphus scheitet schnell!

Großbritannien.

In London ist einer der ältesten Admirale im Dienst, Sir John West, der den Titel Flotten-Admiral (Admiral of the Fleet) führte, gestorben.

Dieser Tage ist wieder ein alter verdienter Seemann aus der großen Kriegszeit dahingegangen, der Rear-Admiral Mainwaring (spr. Mehn'ring). Er starb, 79 Jahre alt, auf seinem Landsitz Whitmore Hall in Staffordshire. Er hatte noch in der Seeschlacht von Abukir, 1798, und im April 1801 vor Kopenhagen gefochten.

Frankreich.

Mires ist vollständig rehabilitirt und in Freiheit gesetzt. Es fand eine Manifestation zu seinen Gunsten statt. (Der Bonapartismus konnte den tief eingewühlten Schwindler nicht fallen lassen.)

Frankreich hat gegenwärtig 11 Marschälle, 95 aktive (Divisionäre) Generallieutenants, 83, die der Reserve angehören, 161 aktive (Brigadiers) Generalmajore, 174, die der Reserve angehören. Aus der Kaiserzeit datiet gegenwärtig nur noch ein General, der Divisionsgeneral Baron Teste, dessen Patent als Generalmajor vom 14. Februar 1813 datirt.

Die „Opinion nationale" protestirt gegen die Brodtaxe und die ganze kaiserliche Ordnung kund. Die Brodtaxe das Brod wohlfeiler zu machen. Es sey faktisch um $3^{6}/_{10}$ Centimes per Kilo theurer als in Brüssel, und es werde den Pariser nachweislich ihr Brod-bedarf durch die Taxe jährlich um 15 Mill. Fr. vertheuert, d. h. um 10 Fr. per Kopf, ganz abgesehen davon, daß in Folge der Taxe durchschnittlich 15 Grammen an einem Brod von 2 Kilos fehlten, trotz aller polizeilichen Controle. Die Folge der Taxe sey das Monopol. Es gibt in Paris nur 900 Bäcker, und es ist unendlich leichter eine Cigarre, als ein Brod zu kaufen. Dieser unerträgliche Zustand könne nur durch Aufhebung des Monopols beseitigt werden. Bekanntlich ist die Bäckereikasse eine Institution des Kaiserreichs.

Die Arbeitseinstellung unter den Zimmerleuten in Paris dauert fort. Auf Ansathen der Polizeipräfektur wollen die Meister zwar für jetzt die geforderte Taglohnerhöhung von 5 Fr. 50 Ct. auf 6 Fr. bewilligen, die Gesellen aber verlangen außerdem eine schriftliche Zusage für die Zukunft. Auch die Schreiner und die Maurer und Steinmetzen beabsichtigen, ihre Arbeiten einzustellen, wenn ihr Taglohn nicht erhöht wird. Bei den Maurern, deren es gegen 30,000 in Paris gibt, wäre eine solche Koalition im gegenwärtigen Augenblick nicht ohne Bedeutung. Die Polizei hat deshalb die Anordnung getroffen, daß alle Bauarbeiter dieser Kategorie, (welche freiwillig oder nicht) mehr als 48 Stunden ohne Arbeit sind, Paris verlassen müssen, um in ihre Heimath zurückzukehren. Eine Häuser- und Terrainkrise scheint übrigens nach dem Urtheil Eingeweihter geradezu unausbleiblich. Schon jetzt ist eine starke Abnahme der Bauarbeit und des Häuserwerths bemerkbar; mehrere sehr bedeutende Bauunternehmer haben ihre Geschäfte liquidirt.

Der Auslaufer der Bank, Boissi, welcher vor einigen Tagen mit 151,000 Fr. verschwunden war, ist im Bois de Boulogne, von einem Polizeiagenten erkannt und festgenommen worden.

Italien.

Bekanntlich hat der verstorbene Graf Cavour als Beitrag zur Gründung eines Hospitals für verwahrloste Kinder in Turin die Summe von 50,000 Frn. vermacht. Der Neffe und Erbe des Grafen, Aimard von Cavour, hat jetzt diesem Legat 40,000 Frk. und eine jährliche Rente zur Unterhaltung des neuen Etablissements hinzugefügt.

Münchener Briefen zufolge hat die Verlobung des Großherzogs von Toskana, Ferdinand, mit der Schwester des Königs Franz II. von Neapel stattgefunden. Die Vermählung wird am 12. Mai gefeiert werden, und werden die Neuvermählten in Lindau residiren.

Türkei.

Die auf den Prinzen-Inseln (bei Konstantinopel) wohnenden Griechen veranstalteten eine Demonstration zu Ehren der Insurgenten von Nauplia und Syra, die übrigens ruhig verlief. Sie ließen für die Seelen der Gefallenen eine Todtenmesse lesen.

Amerika.

Die Neuigkeiten der argentinischen Republik, die mit dem letzten Paketboot anlangten, bestätigen die bereits hier bekannte Nachricht der Zerstörung der letzten Kraft, die zum Widerstand gegen Buenos-Ayres fähig war, der von Penaloso und Navarro in Rioja und Catamarca, sowie die Unterwerfung sämmtlicher Provinzen. Der Krieg ist also beendet und man beginnt an der Reorganisation der Konföderation zu arbeiten. Urquiza entwaffnet und entläßt seine Truppen, Frieden versprechend, was jedoch den Hißfosen in Buenos-Ayres wenig genügt, die bei einer Neugestaltung der Republik eine Art Ostracismus gegen das Ländchen von Entrerio (Urquiza's Peoving) fordern. Das fremde diplomatische Corps in Buenos-Ayres brachte dem General Mitre bei der Rückkehr von seinem Siegszuge Glückwünsche dar, und empfing Versicherungen des Friedens und der Ruhe. — In Bolivia hat der Präsident Acha die Ruhe in der Hauptstadt wiederhergestellt und das über die Provinzen Pacajes und Ingavi verhängte Martialgesetz aufgehoben und sich jetzt mit allen Streitkräften nach dem Süden gewendet, um auch dort zu pacifiziren. — Zu Tacna in Peru sind bedauernswerthe Unruhen vorgefallen. Böswillige hatten ausgesprengt, die in der Stadt befindlichen großen Aguardenten-Fabriken bedienten sich zur Destillation der Menschenknochen, die man von den Kirchhöfen hole. Dies genügte, um einen wilden Aufruhr zu veranlassen, wobei die Fabriken zerstört wurden. Aus allen südlichen Staaten langen heerliche Ernteberichte an: Tabak, Mais und Weizen gedeihen in größter Fülle.

Asien.

China. Unter den unglücklichen Einwohnern von Nanking herrschte noch die gräßlichste Hungersnoth und diese hatte natürlich auch die Rebellen, welche die Stadt gegen die Kaiserlichen zu halten suchen, ergriffen. Menschen wurden geschlachtet und gegessen, Wanderer angefallen, an Bäume gebunden und stückweise verzehrt.

Nichtpolitische Zeitung.

Für Blutegelzucht wird folgendes Verfahren empfohlen. Ein verpundetes Faß wird, nachdem der eine Boden abgenommen, mit angefeuchteten Torfschen Schicht auf Schicht bis zu $^{3}/_{4}$ gefüllt; es kann auch im Boden 2 Zoll hoch Wasser stehen. Nun werden ein, auch zwei Schod starke Blutegel hineingethan und das Faß mit dem Deckel nur bedeckt, jedoch mit Leinwandlappen verbunden. Das Faß wird in den Keller oder an einen kühlen Ort gestellt. Nach einem Zeitraum von 3—4 Monaten bemerkt man eine Menge weißer löcherieger Cocons, aus deren Poren 9—13 weiße, zollange, sehr lebhafte Würmchen von feinster Nadeldicke heraus und sogleich in den Torf schlüpfen. Es dauert 18 bis 20 Monate, ehe diese Egelchen so weit herauswachsen, daß sie kräftige Saugfähigkeit haben und verwendet werden können.

Photographirte Steckbriefe sind jetzt zum ersten Male in Berlin an den Plakatsäulen angeschlagen. Ein seiferer Güterexpedient, später Magistratsexekutor, zuletzt Kassenbote, Namens Kuschke, ist als solcher mit 4400 Thaler unsichtbar geworden. Ein Anschlag an den Säulen setzt 200 Thaler Belohnung für seine Habhaftwerdung aus und bringt neben der Personalbeschreibung das Porträt des Flüchtigen in Holzschnitt.

Die künstliche Fischzucht wird in den Provinzen Rheinland und Westphalen andauernd gepflegt. Man benutzt dazu den vom Rechnungsrath Krausened in Koblenz angegebenen Apparat, mit

Digitized by Google

welchem einer der durch Besitz und Rang hervorragendsten Gutsbesitzer Westphalens mehrere Jahre nachinanzer einige tausend Fische der Forellen- und Salmengattung gezüchtet hat. Bis jetzt kam der Salm in den zum Mittelmeerbecken strömenden Flüssen Frankreichs gar nicht vor. Es wurden nun 4000 Stück Salme, wozu die befruchteten Eier von der Hüninger Staatsanstalt geliefert waren, in einem Coste'schen Apparat ausgebrütet und in den Herault und seine Nebenflüsse ausgesetzt, und schon im vorigen Jahr hat man im Herault ganz ausgezeichnete Melcher und Roger des Salmengeschlechts gefangen.

Frankfurt. Der württembergische Bundesmilitärbevollmächtigte Oberst v. Bayer ist durch die amtliche Leitung, mit welcher von unserer Polizeibehörde die Untersuchung bezüglich des in seiner Wohnung verübten bedeutenden Diebstahles betrieben wurde, bereits wieder in den Besitz seiner Kassette mit ihrem ganzen Inhalte (über 50,000 fl.) gelangt. Hr. v. Bayer hat den Beamten, welche bei der Ermittelung der Diebin (eines Kammermädchens) und bei der Herbeischaffung der gestohlenen Summen thätig waren, in Anerkennung ihrer gewandten Dienstleistungen einen Betrag von 1000 fl. zugewiesen.

Bei den ziemlich eifrig betriebenen Ausgrabungen in Pompeji ist neuerdings ein Haus zu Tage gefördert worden, welches schon dadurch, daß es ein zweistöckiges ist, und dann auch, weil es, ganz abweichend von allen übrigen, Balkons hat, bemerkenswerth erscheint.

Ein Ingenieur, Agudio, behauptet, eine Vorrichtung erfunden zu haben, mittelst deren es möglich sey, auf den Eisenbahnen mit beladenen Zügen Höhen hinaufzufahren. Die Probefahrten sollen nächstens in Dussino stattfinden! Die anonyme Gesellschaft gibt Aktien zu 6000 Fr. aus. (Bei Geistlingen und am Sömmering sind bereits bedeutende Höhen erstiegen, so auch am Karst.)

Neueres.

** München. Der Sommerfahrplan der bayer. Staatsbahnen ist in der Hauptsache festgestellt, wird jedoch nicht am 1. Mai, sondern am 1. Juni ins Leben treten. Auf der Linie München-Bamberg-Würzburg wird bez. der Eil- und Postzüge keine Aenderung eintreten und nur auf der Linie Wien-München-Paris ein täglicher zweiter Eilzug eingeführt. Wenn die mit den Schweizer Bahnen noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zum Ziele führen, so werden die Reisenden, welche von Osten, Norden und Westen Abends 8 Uhr in Augsburg eintreffen, mittelst eines neuen Nachtzugs am Morgen um 5 Uhr in Lindau und Vormittags 8 Uhr in Zürich eintreffen, von wo sie sofort nach Genf und Marseille weiter befördert werden.

Frankreich. In der sonst so einflußreichen Lage „Athènes français“ hatte die große Majorität der Mitglieder gegen die bekannte Oktroyirung des kaiserl. Großmeisters Magnan protestirt und gedeckt. Nun verkündigt eine Ordonnanz des Herrn Marschalls das Wiederverwachen der schlummernden Lage. Ein belgisches Blatt meint, wenn den französischen Freimaurern da nicht die Schamröthe ins Gesicht steige, dann hätten sie keine.

Italien. Nach dem blutigen Kampf, welchen die Bande des Crocco am 5. unweit Ceriguola mit einer Abtheilung der ungarischen Legion bestand, hat schon wieder am 8. bei Torre Fiorentina ein anderes, sehr bedeutendes Gefecht stattgefunden. Es waren 2 Lanciers-Schwadronen aus Lucera, welche unter Führung des Majors Montiechi die vereinigten Banden des Minelli und Coppa angriffen, und in die Flucht schlugen. Von den Guerillas blieben 30 Mann todt oder verwundet auf dem Platze; der Verlust der Truppen ist geringer. Achtzehn Pferde fielen den Lanciers lebendig in die Hände. Die hundert Mann starke Abtheilung der Chiavonianer, welche am 6. die römisch-neapolitanische Gränze überschritt, und plötzlich vor den See Fucino gelegenen Orten Luco und und Trasacco erschien, hat sich wieder auf das römische Gebiet zurückgezogen. Durch die in letzter Zeit sehr vermehrte Wachsamkeit der Franzosen werden derartige Einfälle, welche sonst leicht und gefahrlos gemacht werden konnten, den Guerillas bedeutend erschwert. Zwischen Ceprano und Quercino ist ein vollständiger französischer Cordon gezogen, der weit schwerer als die auf dem neapolitanischen Gebiet stehende piemontesische Postenkette zu durchbrechen ist. Der Kommandant von Veroli hat bei Todesstrafe verboten, den Chiavonianern Lebensmittel zuzuführen, und droht mit sofortiger Füsilirung jedem, der ihm bewaffnet in die Hände fallen würde.

* Nach einer Version läge der Begleitung des italienischen Königs durch die französische und englische Flotte nicht eine Nebenbuhlerei zu Grunde, sondern eine Demonstration der das Königreich Italien anerkennenden Mächte gegen die in Benedig unter Vorsitz des Kaisers von Oesterreich stattfindende italienische Fürstenversammlung.

Die „Mnemosyne“ wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. H.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61⅞ P. ⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	51½ P.
„	4½ pCt. „ „	45 G.
„	4 pCt. „ „	—
„	3 pCt. „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. Ijähr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. 5jähr. dto.	103¾ P. ¾ G.
„	4 pCt. Obl. 15jähr. dto.	101¼ P. 100⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-L. dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¾ P. ⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅞ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	95½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 30	49 P.
„	2 pCt. „ „	43⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	101½ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1201½ P. 120 G.
	K. K. Oesterr. National-Bank-Aktien	736—32 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183 P. 182 G. ex D.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	218 G.
	Sächsische Bank à Thlr. 100	80 G.
	Mitteldeutsche Kreditbank	90⅛ P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	333 P. ex D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	70 P. 69½ G.
	Oest. Franz. Staats. 5pCt. Obl. à 25 fr.	246—245½ G.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118½ P.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. à 7	77⅛ G.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 ¼ pCt. Z	32½ P.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136—⅛ G.
	Pfälz. Bank, b. Rothschild à 4½ pCt.	106½ P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	64½ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	251 P. ex D.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	502 P.
	„ Credit-Akt. Ges. Peraire	520 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅞ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞ P.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. 2. 100 k. S.	100 G.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin 7h. 60 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	99⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W. .	—
do. 2 M. k. W.	—
do. in Cst. W. fl. S.	87⅞ B.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	109½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	38⅝ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	71 P. 70½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
„ fl. 500 v. 1860 ö.	70⅞ P.	„ fl. 25 do.	32⅞ P.
„ fl. 100 Kleb. l. v. 1858.	116⅛—¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37⅜ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beih.	124 G.	Sardinien Frs. 36 b. B.	54½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Littich m. 2½ pCt. Z	37½ P.
Badische fl. 50	98 G.	Venetianer Loose fl. 10.	10½ G.
Badische fl. 35	55⅝ P.	Anab.-Gonzenb. fl. 7-L.	19⅜ P.

Frankfurt, 22. April. In Folge höherer auswärtigen Notirungen, besonders der günstigen Dispositionen der Wiener Börse, erfuhren sämmtliche Gattungen österr. Fonds, Bank- und Industriepapiere und Anlehensloose, vor Allem Kreditaktien, eine namhafte Preiserhöhung, und die feste Haltung, in welcher das Geschäft eröffnete, erhielt sich unvermindert bis zum Schlusse. Von den übrigen Effekten waren besonders Berzbacher Aktien begehrt und höher. 5pCt. Obligationen der Stadt Marseille wurden zu 101½ umgesetzt.

(Sdnz.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 113. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 6 fl. Bei Insertionen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher Petitschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 30. Jahrgang. | Donnerstag, 24. April 1862.

Deutscher Bund.

Die österreichischen Mitglieder der ständigen Deputation des deutschen Juristentages, welche am 22. und 23. d. in Dresden zusammentreten wird, haben vor ihrer Abreise von Wien die Mittheilung erhalten, daß der Kaiser zur Abhaltung des nächsten Juristentages in Wien die Zustimmung ertheilt habe.

Die Küstenbefestigungs-Kommission, welche sich während der Festtage vertagt hat, wird am Dinstag, den 22. ihre Rundreise über Lübeck, Travemünde, Wismar und Rostock beginnen und sofort in das Detail der einzelnen projektirten Befestigungswerke eintreten. Die Frage, in wie weit nach den neuesten Erfahrungen an dem ursprünglichen, in der Berliner Denkschrift vorgezeichneten Plane festgehalten werden könne, — ob derselbe nicht durch Wegfall der Kanonenbootsflottille modifizirt werden müsse, — ob und was event. an deren Stelle zu treten habe; — ferner: welchen Werth und welche Widerstandskraft freistehendes Mauerwerk von 30—40 Fuß Höhe den schweren Kalibern gegenüber haben könne, die in Folge der Eisenpanzerung der Schiffe zur See allein noch Anwendung finden werden; — ob der ganze Plan nicht zuvor durch ein Hereinziehen Holsteins, dessen Küsten und Höfen in der Denkschrift kaum erwähnt sind, vervollständigt und durch Hereinziehung der Elbergrenze mit Rendsburg abgeschlossen werden müsse; — endlich die Formirung und Aufstellung einer Küstenbrigade und die Rothwendigkeit von Eisenbahnbauten parallel der Küste, — das Alles scheint vorab nicht zur Sprache gekommen zu sein. Hoffen wir, daß über das Detail die großen Gesichtspunkte nicht verloren gehen!

Bayern. In München soll eine Savigny-Stiftung zur Honorirung gediegener juridischer Arbeiter und zur wissenschaftlichen Reiseunterstützung besonders befähigter Juristen gegründet werden. Im Komité befinden sich der Herr Justizminister und andere Notabilitäten der Jurisprudenz.

Die Franken- (Nürnberg-Würzburger) Bahn wird auf allen Punkten in Angriff genommen, bereits sind die Schienen gelegt von der Kreuzung bis nach Fürth, um für den großen Uebelstand dort, welchen das Ueberschreiten der Rednitz erfordert, das nöthige Baumaterial rasch beschaffen zu können. Besondere Schwierigkeiten sollen sich für den Bahnbau bei Emskirchen ergeben. — In München haben die 24 Unteroffiziere, welche seit längerer Zeit in neuen Turnvorschriften für bayerische Infanterie geschult worden sind, jüngst ein Probeturnen abgelegt und sollen nun jene Vorschriften definitiv im Heere eingeführt werden.

Oesterreich. Der Redakteur des Magyar-Orszag, Pompery, ist vor das Kriegsgericht geladen worden. — Der Redakteur der „Ungarischen Nachrichten", d. Bautzner, ist vor demselben Kriegsgerichte wegen Aufwiegelung zu vierwöchentlichem Profossen-Arreste verurtheilt worden.

Die Ruthenen der Marmorad haben dem Baron Edtvös ein mit den drei ungarischen Farben verziertes Bärenfell überschenket. In der Adresse sagen die genügsamen Leute dem Freiherrn ihren Dank dafür, daß er als Präsident der vom vorjährigen Landtage eingesetzten Nationalitätenkommission dem Plenum der Versammlung einen, den Ansprüchen der Ruthener vollkommen genügenden Gesetzentwurf vorgelegt habe. Der Ursprung dieser Adresse ist wohl sehr problematischer Natur, da im August vorigen Jahres alle nicht magyarischen Stämme ihre einstimmige Empörung über den betreffenden Entwurf ausgesprochen haben.

Preußen. Wie in Berlin, so hat auch in Danzig die Stadtverordnetenversammlung sich dem Wahlverlasse des Ministers des Innern gegenüber der Kommunalbeamten angenommen. In der Provinz Preußen hat der Oberpräsident sogar eine Weisung erlassen, welche den städtischen Behörden die Berücksichtigung des Parteistandpunktes bei der Ernennung der Wahlkommissarien zur Pflicht macht. Hiergegen wenigstens haben die Magistrate von Königsberg und Lüsit protestirt. Ferner sind von einer Anzahl von Lehrerkollegien und Handelsgerichten weitere schriftliche Proteste gegen die Beschränkung der Wahlfreiheit eingereicht.

Die Eröffnung des Provinziallandtages ist auf den 20. Mai, oder einen demselben nahe liegenden Tag in Aussicht genommen. Das Motiv hiezu ist nicht bloß in der Rücksicht auf die landwirthschaftlichen Mitglieder des Landtages, welche sich bei ihren, etwa Ende Juli beginnenden Erntegeschäften für unentbehrlich halten, sondern auch noch mehr in dem Umstande zu suchen, daß die Regierung den gehannten Verhältnissen, wie sie jetzt herrschen, so bald als möglich ein Ende gemacht zu sehen wünscht.

Trotz aller Versicherungen und trotz des bereitwilligsten Entgegenkommens der Fortschrittspartei ist der angekahnte Kompromiß mit der konstitutionellen Partei doch als gescheitert zu betrachten, natürlich ohne daß dadurch Vereinigungen der beiden Parteien in einzelnen Wahlbezirken ausgeschlossen sind. — Aus Wien soll beim Berliner Kabinet die Anfrage eingelaufen seyn, ob man etwaß dagegen haben würde, wenn bei einer eintretenden Eventualität, welche Oesterreich zwänge, seine Truppen in Italien zu verwenden, die Armeen einiger bundesfreundlichen Regierungen die gefährdeten Grenzen besetzten. (f) — Der „Djen. poj." schreibt: „Aus allen Kreisen des Großherzogthums Posen gehen und Nachrichten von Prozessen, Pfändungen, Geldstrafen gegen katholische Geistliche zu, die sich der vaterländischen Sache und Sprache annehmen. Anfangs betrachteten nur die Verwaltungsbehörden die polnische Sprache als ein möglichst zu beseitigendes nothwendiges Uebel. Heute theilt schon der größere Theil der Kreisgerichte diese Ansicht und geht mit der polnischen, wie mit einer fremden Sprache um, deren Gebrauch nur ausnahmsweise erforderlich sey. In die katholischen Kirchen werden untergeordnete Beamte geschickt, die des Polnischen nicht hinreichend mächtig, durch ihre Berichte an die Landräthe und Regierungen oft unbegründete Einschreiten der Staatsanwälte gegen die Geistlichen und theils strenge Bestrafung derselben hervorrufen."

Saul unter den Propheten, oder eigentlich umgekehrt: Der Prophet unter den Saulusjüngern! Die fromme „Berliner Kreuzzeitung" schreibt Folgendes: „Mazzini überlebt alle politischen Größen des neuen Italiens und mit vollem Recht. Denn bei ihm sind alle in die Schule gegangen, von ihm haben alle gelernt, sie mochten wollen oder nicht; von ihm, d. h. von der socialen Republik, hat Cavour, d. h. die piemontesische Revolution oder revolutionäre Monarchie, die Einheitidee geborgt. Kann man dem Manne einen Vorwurf daraus machen, daß er sein Eigenthum zurückverlangt, und mit Zinsen? Mazzini ist nicht der Mann, sich durch Ricasoli und Rataxi escamotiren zu lassen, was er Jahrzehnte lang in der Bitterkeit des Exils ersonnen, überlegt, vorbereitet, eingeleitet hat. Er weiß genau, was diese Leute gelten, die heute als Ehrenwerthe, d. h. als Parlamentsmitglieder, lange Reden halten, oder in Minister-Portefeuilles blättern, oder Städte und Provinzen mehr oder minder schlecht verwalten. Er hat mit Allen in Verbindung gestanden, von den „Märtyrern" der Verschwörungen von 1820 an, von Pallavicini Trivulzio an und den ergrauten Resten der Gonfalonierischen Komplotte bis zu den Bertanis und Crispis der Genuesisch-Sicilianischen Unternehmungen. Zwischen ihm und ihnen sind Geld und gute Worte seit Jahrzehnten ausgetauscht worden. Sein Generalstabschef Aurelio Saffi recognoscirt das Terrain zwischen Turin und Neapel. In den letzten Momenten des Ministeriums Ricasoli, als daßelbe durch Hypertrophie, d. h. durch zu kräftige Vertrauensvota der Kammer dem Tode geweiht war, rieth man dem in Verlegenheit gerathenen Baron, er solle Mazzini zurückrufen; anwesend, hieß es, werde er weniger gefährlichen seyn, als abwesend. Auch von ihm werde man bald zu sagen haben:

Digitized by Google

minuit presentata famam. Aber Rajini kehrte nicht zurück und Ricasoli ging. Rajini wird kommen, der nothwendige Lauf der Dinge muß ihn zurückführen, denn nur die schreiendste Ungerechtigkeit kann halten. Er ist der Einzige, der sich nicht abnutzt, denn er ist der Urheber der Idee, von welcher die übrigen nur Abklatsche haben, und in dieser Idee ist er treu geblieben, während die Uebrigen sie mit ihren Viktor-Emanuel-Königthum verpesten."

Das General-Konsil der Königsberger Universität hat einen Protest gegen den Mühler'schen Wahlerlaß beschlossen. Eine Abschrift desselben soll dem Kronprinzen, als Rektor der Universität, zugesandt werden. Die theologische Fakultät hat sich dem Protest nicht angeschlossen. Die Charfreitagsnummer des „Schlesischen Morgenblattes" (Breslau) ist wegen eines offenen Semikreidents an den Minister v. Jagow konfiszirt worden.

Sachsen. Der Leipziger Buchdruckereibesitzer Otto Wigand jun. erhielt vor einiger Zeit wegen einiger bei Veröffentlichung einer Preßangelegenheit gegen die Preßpolizeibehörden gebrauchten Ausdrücke eine Gefängnißstrafe von 2 Wochen zuerkannt. Auf ein Gnadengesuch an den König war diese Strafe in eine Geldbuße von 100 Thlr. (also ca. 7 Thlr. pro Tag) umgewandelt worden. Wigand hat indeß dieses Strafmaß für unverhältnißmäßig hoch gefunden und es vorgezogen, lieber der Justiz sich zu unterwerfen, als die Begnadigung anzunehmen.

Hannover. Seit zwei Tagen ist der Geh. Legationsrath Philippsborn aus Berlin in Sachen des preußisch-französischen Handelsvertrags in Berathung mit der Regierung getreten. Der König verweigerte, den Legationsrath in dieser Angelegenheit zu empfangen. (Hannover will vorerst schwarten.)

Württemberg. Eine vom Abg. Hölder nach Besigheim eingeladene Versammlung, um im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung des Landtags die Wünsche seiner Wähler entgegenzunehmen, war sehr stark besucht. Nachdem Wünsche in Beziehung auf das Branntweinsteuergesetz, die Wirthschaftsabgaben, die Quartieroronung, Steuervermehrung, die deutsche Frage rc. vorgetragen worden waren, beschloß die Versammlung einstimmig folgende Resolutionen: „I. Die Versammlung vermag die Kammer der Abgeordneten in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als einen getreuen Ausdruck des Volkswillens nicht zu betrachten, und hegt die Erwartung, daß auf dem bevorstehenden Landtag zu einer entsprechenden Veränderung der Verfassung die geeigneten Schritte geschehen werden. Insbesondere achtet sie für geboten: 1) Die Beseitigung der privilegirten Stände aus der Kammer der Abgeordneten. 2) Die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Abgeordnetenwahlen. 3) Die Einführung des Grundsatzes, daß die Kapital- und Einkommensteuer in gleicher Weise wie die älteren direkten Steuern staatsbürgerliches Wahlrecht verleihen, und daß die Ausübung des letzteren von dem Besitz eines Gemeindebürgerrechts unabhängig sey. II. Die Versammlung erachtet ein gedeihliches Zusammenwirken von Ständen und Regierung nur dann für möglich, wenn die Räthe des Königs zugleich das Vertrauen des Volkes besitzen. Sie spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß die reaktionären Elemente des Ministeriums immer noch nicht ausgeschieden sind, und daß ein einträchtiges Verhältniß zwischen Regierung und Volk, wie es im Nachbarlande Baden zu allgemeiner Befriedigung vorhanden ist, und wie es sofort auch hier zum Segen des Landes wirken würde, bei uns immer noch nicht besteht." Sodann fandte die Versammlung folgendes Telegramm an den Vorstand des Centralwahlkomité, Regierungsrath v. Unruh a. D. in Berlin ab: „Eine zahreiche Volksversammlung in Besigheim, Württemberg, begrüßt den tapferen Männern des Fortschritts in Preußen ihre Theilnahme in ihrem ächt deutschen Kampfe gegen die Reaktion."

Baden. Die Ansicht der Mannheimer Industriellen und Handelsleute gegen den Handelsvertrag mit Frankreich findet in den meisten Kreisen Zustimmung. Am offensten zeigt sich diese Opposition in den Gegenden, wo der Weinbau schwunghaft betrieben wird. Schon sollen Petitionen für Verwerfung des Vertrags vorbereitet werden. Der Bericht über den Gesetzentwurf, die Judenemanzipation betr., empfiehlt im Allgemeinen den Entwurf zur Annahme, dagegen ist der fünfjährige Termin, bis zu welchem die Juden mit den Christen auch diejenigen Rechte in der Gemeinde, namentlich Anspruch auf Almandnutzung, erhalten sollen, auf 10 Jahre verlängert worden.

Großh. Hessen. In Gießen fand eine Versammlung kurhessischer Vertrauensmänner statt. Das Hauptkontingent hatten natürlich die beiden Städte Kassel und Hanau gestellt, aber auch die übrigen Städte aus den Provinzen waren mehr oder weniger vertreten, so daß im ganzen über 60 Mitglieder der Versammlung daran theilnahmen. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Casselmann von Hanau. Die Verhandlungen, die Besprechungen betrafen allgemeine Landesangelegenheiten: den preußisch-österreichischen Bundesvertrag, die Steuerverweigerungsfrage, die nächsten Wahlen und das Treiben und Wühlen des Hessenvereins und dessen commis voyageur des Staatsraths Scheffer. Auch wurde sich über die Mittel und Wege, wie der offiziösen Wühlerei des Hessenvereins am besten zu begegnen sey, verständigt und in dieser Beziehung die möglichste Wachsamkeit dringend empfohlen.

Braunschweig. Dieses Land hat dem Zeitgeist nach Abschaffung oder Beschränkung der Lotterie nicht nachkommen mögen; wie das Königreich Sachsen soll auch Braunschweig seine Landeslotterie um 1000 Stück Loose noch vermehrt haben.

Schweiz.

Aus dem Kanton Waadt vernimmt man von neuen Amtsentsetzungen waadtländer Offiziere, welche sich Aehnliches, wie der Kommandant Ghambou zu Schulden haben kommen lassen, der bekanntlich ein Hoch auf Frankreich ausbrachte und die Eidgenossenschaft in den Koth getreten wissen wollte. — Pariser Mittheilung zufolge haben die Präfekten in den Departements Ordre erhalten, keinem Arbeiter mehr die Reise nach Paris zu gestatten.

Großbritannien.

Mehrere eifrige Bibelverbreiter haben sich an die Ausstellungskommission mit der Bitte gewandt, ihnen ein Ausstellungsgebäude, 4 Säle von je 30 Fuß Länge, einzuräumen, um darin ein Magazin von Bibeln in sieben verschiedenen Sprachen anzulegen und so den unglücklichen „Fremden", die nach London kommen werden, Gelegenheit zu einiger Bekanntschaft mit der heiligen Schrift zu verschaffen; denn nur in England hätten Tausende und aber Tausende von unmahleteten Ausländern die Möglichkeit, das Wort Gottes kennen zu lernen. Die Kommission bedauerte, auf ihr Gesuch nicht eingehen zu können.

Deutsche Arbeiter- und Gesangvereine gibt es zehn in London. Während der vom Nationalverein veranlaßte deutsche Turnverein sich in einem sehr blühenden Zustand befindet und die bewundernden Engländer zu mannichfachen Nachahmungen veranlaßt hat, wird der Nationalverein selbst von unversöhnlichen Parteiungen zerrissen, und schreitet mit schnellem Schritt der Auflösung entgegen. Die jüngsten Vorgänge in Preußen schienen die Ueberzeugung hervorgerufen zu haben, daß ein ganz neuer Lebensboden für die Agitation des Nationalvereins gewonnen werden müsse — eine Ueberzeugung, die jeder vernünftige Mensch theilen wird. Kinkel glaubte nun einen solchen Lebensboden verschaffen zu können, und brachte daher den Vorschlag ein, daß sich der Nationalverein auf den Boden der „Reichsverfassung stelle, diese als zu Recht bestehend anerkenne, und ihre Ein- und Durchführung sich zur Aufgabe mache." Dieser Vorschlag führte zu stürmischen Debatten, die Debatten zu Persönlichkeiten, und die Persönlichkeiten zu bitteren Anfeindungen in der Londoner deutschen Presse. Da die Debatte schon zweimal vertagt wurde, so ist es noch zu keinem Beschluß gekommen; wir wagen jedoch zu behaupten, daß die Geschicke Deutschlands von dem endlichen Beschluß des Londoner Nationalvereins unberührt bleiben werden. Für den Monat Juni ist eine Generalversammlung aller englischen Zweigvereine (Liverpool, Bradford, Manchester, Glasgow) nach London ausgeschrieben, und man versichert, daß einige der nationalvereinlichen Koryphäen aus Deutschland (Metz, Bennigsen, Streit u. s. w.) die Feier des Tages durch ihre Gegenwart zu verherrlichen beabsichtigen. (A. Z.)

Italien.

Folgender Auszug aus dem Tagesbefehl des Generals Gavone gibt ein Bild über die Brigantenkämpfe: Am 30. März marschirte eine Räuberbande von zweihundert Mann, von Rom kommend, über Subiaco und Filetto in das Thal Roveto, und nachdem sie den Liris überschritten, warfen sie sich auf Luco. Hiervon benachrichtigt, zogen Truppentheile von Rovelo und Avezzano ab, um ihren Spuren zu folgen. Luco war indessen von allen Seiten angegriffen worden. Ein Theil der Bande besetzte die Ausgänge, der übrige warf sich in das Innere des Ortes, um eine kleine Abtheilung des 44. Inf.-Reg. zu überfallen, welche dort die Besatzung bildete. Der Sergeant Pasolini von Cesena hatte Zeit genug, ein Gewehr in der Entfernung von 10 Schritten auf zwei Räuber abzuschießen, die zuerst anlangten, von

Digitized by Google

denen er einen verwundete, worauf er sich mit seinen Häuflein von 15 Mann in die enge Kaserne zurückzog. Hier begann ein furchtbarer Kampf. Die Eingeschlossenen suchten das Thor zu durchbrechen, schossen gegen die Fenster, legten Feuer an ein Zimmer zur ebenen Erde an, rissen eine Mauer im Rücken der Kaserne ein und legten auch von hier aus Feuer an das Dach an. Das kleine Häuflein, von den Flammen angefeuert, vermehrte auf die Schüsse und erweiterte vom Dache, von den Fenstern und durch die Thür energisch auf die Aufforderung, sich zu ergeben. Nicht wenige Räuber wurden verwundet in diesem Angriffe, der von zehn Uhr des Morgens bis halb zwei des Nachmittags dauerte. Während die Kompagnie des Kapitäns Gatti von Arezzano herbeieilte, war eine Patrouille von 3 Mann, kommandirt von dem Korporal Fantuzzi, einem Venetianer, von Frassacco ausgezogen. Auf das Geräusch des Gewehrfeuers war es bis Lare vorgedrungen. Der Knall der Schüsse, der Rauch der Flammen deuteten nur zu deutlich die Gefahr der in dem Orte eingeschlossenen Kameraden an. Der muthige Korporal sagte zu den Seinigen: „Entweder wir helfen den Unsrigen oder wir sterben mit ihnen!“ und ohne Umstände, in Sturmschritte, unter dem Rufe: „Europa!“ drang er in das Dorf ein. Alles wich dem Anrunge von vier Kaspern, welche, außer dem Korporal Fantuzzi, zwei Soldaten der 3. Kompagnie des 44. Regiments und ein Soldat der mobilen Nationalgarde waren. Die Räuberhorde zerstreute sich auf der Flucht. Sicherlich glaubten sie, daß eine größere Truppenzahl diesen nachfolge. So waren die in der Kaserne Eingeschlossenen gerettet und das Dorf vor Plünderung, Brand und Mord bewahrt. Der Sergeant Pasolini öffnete dem Anlangen dieser Hülfe das Thor und brach mit seinem Häuflein auf die Fliehenden los. 20 Minuten später kam der Kapitän Gatti an, welcher in der Nähe des Ortes einen Anführer gefangen nahm, der das Abzeichen eines Kapitäns trug; er wurde erschossen, und die Kompagnie folgte den Spuren der Fliehenden. Eine andere Kolonne, vom Major Marjuzi auf die Höhen geführt, hätte der ganzen Räuberhorde den Rückzug abgeschnitten, wenn nicht eine falsche Nachricht sie vom Wege abgelenkt hätte. Die Bande hatte 3 Todte und 8 Verwundete. Unausgesetzt verfolgt vom Kapitän Gatti, vom Major Marjuzi und vom Kapitän Segogie des 44. Regiments, zerstreute sich die Bande, die, ohne Lebensmittel und ermattet, Waffen, Mänteln und Schuh auf der Flucht wegwarf.

Garibaldi befand sich in Mompiano, um dort seine gichtkranke rechte Hand zu pflegen. Er empfing daselbst eine Deputation der Priester, die ihm eine Adresse überreichten. Der Dichter Aleardi stellte ihm das Weib auf dem Volke, die Lerinelli, vor. Ein Cirkular des Generals fordert die Italiener auf, keine fremden Weine zu kaufen, sondern sich dafür lieber Waffen anzuschaffen.

Griechenland.

Amtliche Depeschen, welche die griechische Gesandtschaft in Wien erhalten hat, bestätigen, daß die königlichen Truppen am Ostersonntag in Nauplia eingerückt sind. — Briefe aus Athen berichten außerdem, daß die aus der Türkei eingedrungene Albanesenbande, welche mehrere Provinzen Griechenlands durchzogen hatte, in der Nähe von Athen festgenommen und in sicheren Gewahrsam gebracht worden ist. Eine Münchener Korrespondenz der „Frankf. Postzeitung“ bemerkt hiezu: „Bei dem gegenwärtigen Zustand des Landes und der Parteien kann man selber keine große Hoffnung hegen, daß nach der Uebergabe von Nauplia, welche früher oder später wegen Mangels an Proviant erfolgen muß, Ruhe und Ordnung dauernd zurückkehren werden, besonders da es sich immer mehr herausstellt, daß auswärtige Intrigue Griechenland zum Ausgangs- und Angelpunkt für eine sog. europäische Frage zu machen sucht. Unter den Widersachern des Königs Otto befindet sich auch ein Theil der griechischen Geistlichkeit, die es ihm nie vergeben kann, daß er einer andern Confession angehört. Das unsinnige Geschrei gegen den bayerischen Einfluß dauert immer fort. Man begnügt sich aber damit nicht, sondern zieht auch gegen Oesterreich zu Feld, das den König Otto zu reaktionären Maßregeln verleiten soll. Diese Beschuldigung ist indessen gänzlich aus der Luft gegriffen. Thatsache ist es, daß französische und italienische Agenten nicht nur auf dem griechischen Festland und den Inseln, sondern auch in Epirus und Thessalien unter einer Decke arbeiten. Unter diesen Verhältnissen wird die griechische Frage so bald noch nicht von dem Repertoir der Aktionspartei verschwinden.“

Türkei.

Aus Bosnien wird gemeldet: Zahlreiche türkische Beamte durchstreifen das Land und erheben 250 bis 500, 1000 ja zu 5000 Groschen von einem Hause, ungerechnet die Naturallieferungen. Die Widerstrebenden oder Unvermögenden werden in die Gefängnisse geworfen. Dabei gehen türkische Spione als Derwische verkleidet, in den Dörfern herum, lehren bei den angesehensten Christen ein, reden über die serbischen Kriegsrüstungen, schimpfen über die Türken und sagen sie ein harmlosen Opfer treffen, das ihnen Gehör gibt, so wird es sogleich eingefangen. — Zwischen den Türken in Zwornik und den dort etaquartirten gegen Serbien bestimmten bosnischen Gränzern kommt es sehr oft zu blutigen Händeln, wobei es sogar Todte gibt. Einer der Gränzer ging neulich zum Kmeti, um von diesem Proviant zu fordern, und als dieser sein Verlangen nicht erfüllte, spie ihm der Gränzer auf den Bart. Die Bewohner von Mitrist, welche die Reiterei stellen mußten, verweigern Gehorsam für den Zug gegen Montenegro. In Alfercheu, in der Stadt Rumanouna nahm ein Türke einer christlichen Kleinhändlerin einen Theil ihrer Waare weg, ohne zu zahlen. Die Frau klagte bei Gericht, welches den Türken jedoch als unschuldig frei ließ. Der Türke kam später in's Haus der Christin, streckte mit einem Pistolenschuß deren Tochter nieder, und die Frau starb darauf vor Schmerz.

Rußland und Polen.

In Warschau waren an den Osterfeiertagen die umfassendsten militärischen Vorkehrungen getroffen, da man neue polnische Demonstrationen befürchtete. Briefe von dort schildern die Stimmung der mittleren und unteren Volksklassen als eine höchst bedenkliche.

Amerika.

Die „Debats“ theilen Bruchstücke aus einem Briefe mit, den „ein Offizier“ aus dem Stabe Mac-Clellan's über die Haltung des Washingtoner Kabinets während der seitherigen Krisis geschrieben. Es heißt darin u. A.: „Ich finde, daß man in Europa der Bundesregierung, die eine bewerkenswerthe Mäßigung an den Tag gelegt hat, nicht genug Gerechtigkeit widerfahren läßt. In dem Augenblicke, in dem eine soziale Revolution die Existenz selber des Landes bedrohte, floß, außerhalb der Schlachtfelder, auch nicht ein Tropfen Blut. Die freisinnigen Institutionen fungiren, einige Meilen von der Armee, so regelmäßig, wie je zuvor. — Nun hat man sogar alle politischen Gefangenen, die man unschädlich zu machen genöthigt gewesen war, wieder losgelassen, ohne ihnen sogar den Eid der Treue abzuverlangen. Nichts ist interessanter, als das Schauspiel eines großen Volkes, das mit eigenen Hilfsmitteln einen solchen Kampf beginnt, ohne nur den freien Gang seiner Institutionen im Geringsten zu beeinträchtigen. Es ist dies ein bemerkenswerthes Beispiel, das alle Freunde der Freiheit erfreuen muß.“

In New-Orleans hat der kommandirende General Lovell das Kriegsgesetz proklamirt. Gegen den Vorschlag, die Stadt New-Orleans zu verbrennen, erklärt sich der dort erscheinende „Crescent“ mit Rücksicht auf das Schicksal der vielen Tausende von Weibern und Kindern, die sich in der Stadt befinden. Der „Crescent“ bemerkt indeß, daß glücklicher Weise dieser Vorschlag nur von Leuten ausgehe, die nichts zu verlieren haben oder die das Ihrige schon in Sicherheit gebracht haben, weshalb man darauf rechnen dürfe, daß er bei der großen Mehrheit der Einwohner keinen Anklang finden werde.

Volkswirthschaftliches.

In Algerien ist man gegenwärtig damit beschäftigt, die Kultur des Zuckerrohrs einheimisch zu machen. Die Hauptbedingungen zum Gedeihen dieser so werthvollen Pflanze, geeignetes Klima und geeigneter Boden, sind allerdings in mehreren Gegenden jenes Landes vorhanden, und es ist auch in der That eine starke Sendung dieses Gewächses bereits in Mostaganem angekommen. Die ersten Versuche sollen nun in der Ebene von Reliana gemacht und daselbst ungefähr 400 Morgen mit demselben bepflanzt werden.

Nichtpolitische Zeitung.

(Deutsche Städte-Budgets.) Eine der letzten Nummern von Dr. Siely's „Gemeinde-Ztg.“ enthält eine vergleichende Zusammenstellung der Ausgabenbudgets mehrerer deutscher Landeshauptstädte, aus der wir nachstehende paar Notizen herausheben. Im Jahre 1860/91 betrugen nämlich die städtischen Ausgaben in Berlin 3,532,344, in Wien 3,117,918, in München 1,075,442, in Hannover 377,889, in Dresden 368,287, in Kassel 126,720,

Digitized by Google

in Braunschweig 97,340 und in Weimar 47,030 Thlr. Die Richtigkeit dieser Zahlen vorausgesetzt, würde auf den Kopf der Einwohner an Ausgaben treffen: 9 Thlr. 11 Sgr. in München, 7 Thlr 20 Sgr. in Berlin, 6 Thlr. 16 Sgr. in Wien, 6 Thlr. 3 Sgr. in Hannover, 3 Thlr. 28 Sgr. in Kassel, 3 Thlr. 17 Sgr. in Weimar und 2 Thlr. 18½ Sgr. in Dresden.

(Ein Vorläufer Schillers.) Kuno Fischer macht in der Allgemeinen Zeitung auf eine Gelegenheitsschrift Göttling's aufmerksam, die den Nikolaus Vernuleus als Vorgänger Schiller's in den Teagdoen der Jungfrau und des Wallenstein zum interessanten Gegenstande hat. „Neben dem weltberühmten Namen Schiller's steht der unbekannte eines jetzt vergessenen niederländischen Dichters; neben dem deutschen Originaldichter ersten Ranges einer der letzten neulateinischen Poeten des siebzehnten Jahrhunderts!“

Der „Augsburger Abendzeitung“ wird aus München geschrieben: In verhältnißmäßig kurzer Zeit wurden hier drei Entwendungen von Baargeldern in namhaften Beträgen auf eine räthselhafte, bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise verübt. Man öffnete Thüren, Schlösser und Behälter bei einem Kaufmann, bei einem Gastwirthe und im Damenstiftsgebäude. Am letzteren Orte nur allein wurde ein zerbrochenes Fenster, sonst aber nirgends auch nur die geringste Spur eines gewaltsamen Einbruchs entdeckt. Der oder die Diebe müssen somit im Besitze der besten Werkzeuge zum Betriebe ihres Handwerkes seyn. Die täglich stattgefundene Untersuchung eines verdächtigen Individuums, bei welchem 12 regelrecht gefertigte Dietriche gefunden wurden, führte noch nicht zum erwünschten Resultate. Im Gegentheile wurde in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag wieder eine Summe Geldes, welches sich in dem Gläserschranke einer Weinkrinstube befand, unter denselben räthselhaften Umständen gestohlen. Es ist dabei die Haus- und Stubenthüre, sodann der Gläserschrank geöffnet und wieder verschlossen worden. In der Nacht sollen Inwohner des Hauses wohl ungewöhnliches Geräusch an der Hausthüre sowie den Klang des Geldes vernommen, aber nicht an einen verübt werdenden Diebstahl gedacht haben. Wie lange in dieser Weise noch der Krug zum Brunnen geht, bis er bricht, wird die Zeit lehren.

In Berlin wurden im vorigen Jahre 613 Pferde geschlachtet; der Preis für das Pfund Fleisch ohne Knochen war 2 bis 2½ Sgr.

Neueres.

** München, 23. April. (Privat-Korresp.) Nach den neuesten aus Nizza hieher gelangten Nachrichten hatte Se. Maj. der König die Ernennung der Bezirksämter-Vorstände wie der Notare, dann die Verordnung bez. der Organisation und der Sitze der Handelsgerichte bereits genehmigt, so daß dieselben mit dem nächster Woche aus Nizza zurückkehrenden Kabinettkurier hieher gelangen werden. Dem Vernehmen nach ist die angeordnete Reduktion der Unteroffizier-Chargen in der Infanterie nur der Vorläufer von weiteren, demnächst zu erwartenden Maßnahmen, durch welche erhebliche Ersparnisse im außerordentlichen Militärbudget erzielt werden sollen.

Die „Bayer. Ztg.“ schreibt, eine früher gemachte Mittheilung bestätigend: „Einem Reskript des Kriegsministeriums zufolge dürfen die bereits vakanten und die noch erledigenden Stellen der Korporäle und Bizekorporäle in der gesammten Infanterie des Heeres bis auf Weiteres nicht wieder besetzt werden. Dem von den beiden Kammern des Landtages für die ersten zwei Jahre (1861/63) der achten Finanzperiode bewilligten außerordentlichen Militärstand lag bekanntlich der seldmäßige Stand der beiden genannten Chargen von Unteroffizieren zu Grunde; nun soll dieser aufrecht zu erhalten das k. Kriegsministerium mit Ablauf des Etatsjahres 1862/63 nicht mehr für nothwendig erachtet haben, wenn die politischen Verhältnisse sich nicht wieder ernster gestalten. Dieß wird zunächst als Grund der neuesten kriegsministeriellen Anordnung bezeichnet.“

Die offizielle Zeitung von Venedig veröffentlicht eine Liste von 334 Personen, welche ohne Genehmigung der Landesregierung das Land verließen und den am 3. Mai 1860 und dann wieder den 14. Juli desselben Jahres deßretirten Aufforderungen zur Rückkehr keine Folge leisteten, weßhalb dieselben in Folge richterlichen Erkenntnisses das Bürgerrecht verlieren und ihre Güter und Vermögen mit Beschlag belegt wird.

Frankreich. Der Kassationshof hat jetzt sein Urtheil in Sachen der Unterzeichnung von Privat-Korrespondenzen in Journalen gesprochen. Derselbe verlangt die Unterzeichnung der Korrespondenzen durch den Verfasser, falls dieselben sich nicht rein an Thatsachen halten und politische Diskussionen bringen. — Vom ehemaligen Polizei-Präfekten Pietri (Senator) erscheint dieser Tage eine Broschüre über die römische Frage. Er verlangt darin die Vernichtung der weltlichen Herrschaft der Päpste und die Abberufung der französischen Armee aus Rom. — Die Japaner verlassen Paris erst nächsten Sonntag. Sie gehen nach London, dem Haag, Berlin, Wien und Petersburg.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Lo. i. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86¼ „
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76⅞— 76 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	82—82⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	51½ „
„	4½ pCt. - - -	45¾ „
„	4 pCt. - - -	—
„	3 pCt. - - -	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. C. b. R.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅝ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Frankfurt	4½ pCt. Obl.	99⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	95½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 30	49 P.
„	9 pCt. - - -	43⅝ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	101 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1201½ P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	736—33 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186½—85½ G
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	— ex D
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	219½ P. 218½ G
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80 G.
	Mitteldeutsche kreditbank . . .	89½ P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . -. .	335 P. ex D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	70—⅝ G.
	Oest. F. St. Eisb. à pCt. 200 Fr. à 28 kr	246 P.
	„ Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	190 P.
	„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	78½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 à pCt. Z	32⅞—⅜ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	136⅜ G.
	Pfälz. Mexb. b. Rothschild à 4½ pCt.	108½ P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	200½ P. ex D
	Span. Handels- u. Industrie . . .	502 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	520 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollständ.	102¾ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞ P.
	Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	103¼ B.
Bremen 50 Th. Lstl. k.S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	83⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 u. W.	—
do. 2 u. 6 M.	—
do. in Lst. W. l. S.	88 B.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	112P. 111¼ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	58⅜ P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	71½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	132½ P.
„ fl. 500 v. 1860. 6/7	71½—71 G.	„ fl. 25 do.	37⅜ P.
„ fl. 100 Rib. L. v. 1858.	112P. 116¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	32½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR	124 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Löttlich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	98 G.	Venetianer-Loose fl. 10.	10½ P.
Badische fl. 35	55½ P.	Anh.-Dessauisch. fl. 7-L.	12⅝ P.

Frankfurt, 23. April. Die heigende Bewegung der österr. Fonds und Kreditaktien machte heute weitere Fortschritte, und die Umsätze in denselben waren recht lebendig. Gegen den Schluß der Börse trat jedoch einige Ermattung ein. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. (Dynd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 114. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Freitag, 25. April 1862.

Griechenland und die griechischen Schulen.

Theils aus brieflichen Mittheilungen eines Mannes, der schon längere Zeit in jenem Lande gelebt hat, theils aus Reisewerken über dasselbe sind die im gegenwärtigen Augenblicke doppelt interessanten Nachrichten geschöpft, von denen wir in Folgendem unsern Lesern einen Auszug vorlegen. Ueber die heutigen Griechen und ihre Verwandtschaft mit den alten Hellenen sind bekanntlich die Ansichten noch immer sehr verschieden. Während jenen die Einen jeden Tropfen hellenischen Blutes absprechen, wollen Andere in der schlanken Taille, dem ovalen Gesicht, dem lebhaften Auge und der unverlernbaren Beweglichkeit des Geistes, wie in der Erhaltung der Sprache die Nachkommen der Hellenen erkennen. Die heutigen Griechen werden uns als unendlich eitrig und unerträglich im Lernen, als gewandt, lebhaft, höflich, gastfrei und mäßig geschildert. Im Verkehr mit den Fremden zeigt sich der Grieche immer als ein feiner Kopf, der bald fühlt, was man von ihm wissen möchte, und keinen Anstand nimmt, seine Antwort nach diesem Sinne einzurichten — nicht selten auf Kosten der Wahrheit. Wenn nun die Fremden den Griechen auch betrügerisch nennen, so ist das begreiflich, da derselbe nach langer Knechtung von den Europäern und Türken in jedem Fremden einen Feind zu sehen sich gewöhnt hat. Für das Geld haben Alle eine große Vorliebe, und ohne klingenden Erfolg möchte einer von ihnen nicht leicht etwas thun. Natürlich tritt dies in der Hauptstadt am meisten hervor; war es daher früher eine große Ehre, athenischer Bürger genannt zu werden, so ist dasselbe Wort jetzt zu einem argen Schimpfnamen geworden.

Die von uns an den alten Hellenen bewunderte Einfachheit der Lebensweise findet sich, wenn auch in anderer Art, bei den heutigen Griechen wieder. Die Häuser auf dem Lande haben nur einen Stock und bestehen nur aus einem Raum. In der Mitte der langen Wand ist die Thüre. Links innen ist der Stall für Pferd, Esel, Kuh, Schaf, Ziegen, Hunde und Hühner, rechts der Raum für die Menschen. Der Fußboden ist festgestampfter Lehm; in der Mitte des Raums brennt ein Feuer; der Rauch zieht durch die Thüre oder durch einige Löcher im Dache; denn Fenster, Kamine oder Schornsteine sind unbekannte Luxusartikel. Eine Kiste enthält die Kleider der ganzen Familie. Stühle kennt man nicht; man setzt sich auf den Boden und ißt von einem etwa 3 Zoll hohen Tische. Die Kochgeschirre sind außerordentlich einfach, da Fleisch, außer zu Ostern, kaum 2—3mal im Jahre gegessen wird. Brod, Oliven, Käse, Kaffee und schlechter Wein, nebst Zwiebeln, Gurken, Knoblauch und Salat, letzterer ohne Essig und Oel verzehrt, sind die Nahrungsmittel. Dieser Einfachheit des Lebens auf dem Lande entspricht auch die Kleidung. Daß man sich in den Hafenorten anders trägt, ist leicht erklärlich. In Athen vertauscht man immer mehr die griechische mit der französischen Kleidung, oder gefällt sich in der bekannten prunkenden Nationaltracht, von der die prächtigen Schuhe an die korinthischen oder sikyonischen Schuhe der Alten erinnern.

Die in der griechischen Kirche von den Geistlichen angestellten Reformen beziehen sich zunächst auf die Predigt. Diese war wenigstens seit einigen Jahren ganz außer Gebrauch gekommen, während bekanntermaßen die alte griechische Kirche bedeutende Kanzelredner aufzuweisen hat. Diesen alten Brauch wieder herzustellen, hat ein junger, in Deutschland gebildeter Geistlicher nicht ohne diese Mühe gegenüber von einer starken Opposition versucht, und mit Grabheiden den Anfang gemacht. Die Neuerung wurde freilich unter großem Widerspruch, am Ende doch angenommen, und zeigt liest jenen Geistliche, der sie angeregt, als Professor an der Universität das erste Kollegium über Kanzelberedsamkeit. Während die Griechen die katholische Kirche aufs äußerste hassen, blicken sie dagegen mit großer Hochachtung auf die Leistungen und die großartigen wissenschaftlichen Leistungen der protestantischen Kirche in Deutschland. Deßhalb haben seit einer Reihe von Jahren junge Griechen, wie der eben genannte, ihre gelehrte, namentlich theologische Bildung auf dortigen Universitäten gesucht; deßhalb werden von dorther für ihre heimischen Studien gelehrte Hülfsmittel, wie Ausgaben lateinischer und griechischer Kirchenväter verschrieben, und man hat erst in den letzten Jahren zur Unterstützung der Geistlichen auch Predigtsammlungen aus Deutschland kommen lassen; doch sind diese, wie ein Geistlicher selbst sich ausdrückte, zu gelehrt für dieselben. Gebet- und Andachtsbücher sind in der griechischen Kirche unbekannt; ein allgemeiner Kirchengesang existirt auch nicht. Die Theilnahme am Gottesdienste besteht darin, daß bei verschiedenen Gelegenheiten ein Kyrie eleison, Herr erbarme dich, gemurmelt wird. Und doch halten die Griechen an dieser äußerlichen Religion so fest, weil sie einmal das Band gewesen ist, welches sie Jahrhunderte hindurch gegen den Andrang des Muhamedanismus geschützt und ihre endliche Befreiung gefördert hat; dann aber auch, weil dieselbe die durchs ganze Volk sich hinziehende Hoffnung erhält, das byzantinische Reich unter griechischem Scepter in Konstantinopel dereinst wieder aufgerichtet zu sehen. Diese Ansicht kann man, nicht im Scherz, sondern in bitterem Ernst, von dem Gelehrten wie von dem armen Bauer vertreten hören. Und das ist nicht zu verwundern, da ja die Regierung 20 Jahre lang dasselbe gewacht hat.

(Schluß folgt.)

× Korrespondenz aus Oesterreich.

Wie die „Presse“ vernimmt, ist die österreichische Regierung mit der Ausarbeitung einer zur Mittheilung an sämmtliche Zollvereinsstaaten (auch an Preußen) bestimmten Denkschrift beschäftigt, welche den Beweis liefern soll, daß eine Reihe von Stipulationen des mit Frankreich abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrages dem Buchstaben der zwischen Oesterreich und dem Zollverein bestehenden Februar-Konvention, der ganze Vertrag aber dem Geiste dieser Konvention vollständig zuwiderlauft. In der erstgedachten Richtung dürfte die österreichische Denkschrift sich zu einem förmlichen Protest zuspitzen; in der letzteren aber der Gesinnung Ausdruck leihen, daß die Staaten des Zollvereins, weil zugleich Staaten des deutschen Bundes einer Uebereinkunft keine Folge geben würden, welche nothwendig einen unheilbaren Riß auch in die politische Zusammengehörigkeit mit Oesterreich hineintragen müßte. — Im Staatsministerium heißt es, werde der Antrag vorbereitet, sämmtliche Preßprozesse, welche sich auf politische Vergehen und Verbrechen gründen, im Wege der Gnade aufzuheben und die bereits Verurtheilten zu amnestiren. — Die von einem rheinischen Blatte gemachte Angabe, daß die Regierung, falls die Majorität des Finanzausschusses sich für die Ausgabe von Staatspapiergeld entscheide, ihre sämmtlichen Finanz- und Bankvorlagen zurückziehen und nach §. 13 des Grundgesetzes vom 26. Februar vorgehen würde, entbehrt jedes Begründung. Die Regierung denkt um so weniger an ein derartiges Auskunftsmittel, als gerade in letzterer Zeit die Aussichten, daß für die wesentlichen Bestimmungen der Bankvorlage eine Majorität vorhanden seyn wird, günstiger sich gestalten. Das Projekt der Ausgabe von Staatsnoten, obwohl unter gewissen Umständen kaum zu verwerfen, stößt sich dermalen hier sowohl wie in den Provinzen auf einen so allgemeinen Widerspruch in allen Kreisen der Bevölkerung, daß die Reichsrathsmitglieder den Wünschen ihrer Wähler geradezu entgegen handeln würden, wenn sie die Ausgabe von Staatsnoten befürworten oder sich für die Vertagung der Regelung der Finanzverhältnisse und der Valuta aussprechen würden. — In Segedin wurde am 18. Morgens das Standrecht gegen Räuber und Mörder publizirt, und am Abend desselben Tages

Digitized by Google

hielten drei Räuber eine auf der Eisenbahn von Debrecin zurückgehende und in einem Miethwagen nach ihrer Wohnung fahrende Gesellschaft an, die sich nicht weit von einer ziemlich belebten Gasse annahmen ihr 1180 fl. weg und fuhren in demselben Miethwagen fort, in welchem die Bestohlene gekommen war. — In ganz Galizien werden, wie die „D. P." meldet, gegenwärtig Haussuchungen vorgenommen. Von Lemberg gehen fortwährend gerichtliche Kommissionen ab. Was der eigentliche Zweck der Untersuchung ist, das ist nicht mit Bestimmtheit bekannt. Man behauptet, daß es sich um die Auffindung irgend eines Blattes handelt, das in Lemberg im Geheimen unter dem Titel „Partyzant" (der Parteigänger) gedruckt wird. Man soll bereits einige Nummern dieses Blattes entdeckt haben. — Aus der Herzegowina ist die Nachricht eingetroffen, daß Omer Pascha die Insurgenten und Montenegriner auf das Haupt geschlagen und unmittelbar darauf einen Gesandten nach Cettinje gesendet habe, um den Fürsten neue Vermittlungsanträge zu machen. Der türkische Feldherr handelt hierin nur im Auftrage seiner Regierung, welche weiß, daß Rußland und Frankreich die erste sich darbietende Gelegenheit ergreifen wollen, um zu Gunsten der Montenegriner aufzutreten. Um sich jede neue diplomatische Schlappe zu ersparen, wodurch ihre Autorität nur einen neuen Stoß erleiden würde, will die Pforte um jeden Preis die Streitfrage mit den Montenegrinern gelöst sehen und hat dem Serdar den Befehl gegeben, nichts unversucht zu lassen, um eine Verständigung zu Stande zu bringen. Weigert sich der Fürst jedoch, auf die neuen Anerbietungen einzugehen, dann wird Omer Pascha unverzüglich in Montenegro einrücken und sich von keinen weiteren Rücksichten mehr leiten lassen.

Deutscher Bund.

Die „Köln. Zeitung" sagt: „Die eventuelle Opposition der Zollvereins-Regierungen gegen den Handelsvertrag wird in den Blättern in augenscheinlich übertriebener Weise dargestellt. Sachsen ist bekanntlich vollkommen einverstanden. Hannover hat nur Aufklärungen über einige Punkte verlangt. Aus München lauten die Berichte nicht ungünstig. Was Württemberg angeht, so hat sich die Regierung verpflichtet, vor der Unterzeichnung die Kammer zu hören, die allerdings ziemlich protektionistisch gesinnt ist, aber doch nicht leicht die Verantwortlichkeit einer Ablehnung des Vertrages mit ihren Folgen übernehmen wird."

= **Oesterreich.** Im Stifte Heiligenkreuz bei Baden starb Graf Adam Ranicki, der früher ungarischer Hofkanzler und dann Gesandter in Neapel war, sich jetzt aber schon seit Jahren vom öffentlichen Leben vollständig zurückgezogen und in religiöse Uebungen versenkt hatte.

Preußen. Auf die Immediateingabe der Stettiner an den König, Stettin als Festung aufzugeben, ist eine abschlägige Antwort erfolgt. — In Eiberfeld wurde Polizeirath Döring bei Ausübung seiner Amtspflicht in der Sitzung des Polizeigerichts vom Schlage getroffen und starb.

Als Obergabe hat die verwittwete Königin Elisabeth den Mitgliedern der k. Familie die „Gebete Friedrich Wilhelms IV.", welche der verewigte König vor zehn Jahren niedergeschrieben hat, und die erst in seinem Nachlaß gefunden wurden, in Prachtdruck übersenden lassen.

* **Sachsen.** Der Anschluß Sachsens an den preußisch-französischen Handelsvertrag wurde in Wien vorhergesehen, da man wußte, daß dies Land im Interesse seiner Industrie unbedingt auf die kommerzielle Zusammengehörigkeit mit Preußen hingewiesen ist. In Bezug auf die wirthschaftliche Frage soll daher Oesterreich den Standpunkt des Herrn v. Beust gar nicht zu beeinflussen gesucht haben. In politischer Richtung aber wäre jede Einwirkung von Wien aus in Dresden überflüssig gewesen, da Sachsen selber in Berlin sich dagegen verwahrt hat, daß man dem Handelsvertrage eine andere als nationalökonomische Bedeutung unterzuschieben suche. Bielmehr hört man, daß das Dresdner Kabinet gerade bei dieser Gelegenheit sein Progamm in Betreff der Bundesreformfrage ausdrücklich gewahrt und unumwunden erklärt hat, sein Beitritt zu dem Vertrage sei keineswegs so aufzufassen, als beabsichtige es eine Schwenkung in seiner Stellung zur deutschen Frage.

Hannover. Ueber die Kranois'sche Fußwaschung geht der „H. A. Z." aus Osnabrück folgende Aufklärung zu: In Osnabrück ist es Sitte, daß die Prediger auf den Kirchenzetteln Predigttext und Gesang kurz angeben, wenn nun Herr Kranois auf dem Kirchenzettel für seinen letzten Mittwochs-Gottesdienst „Fußwaschung und heiliges Abendmahl" aufführt, so ist es ihm nicht in den Sinn gekommen, die Fußwaschung selbst vorzunehmen, sondern es hat damit nur angekündigt, daß er das Thema von der Fußwaschung und dem Abendmahl seiner Predigt zu Grunde legen werde." (Wäre sonst auch für den protestantischen Standpunkt nicht wohl begreiflich gewesen.)

Großh. Hessen. Der oberste Gerichtshof hat das freisprechende Erkenntniß des Bezirksgerichts und Obergerichts in Mainz gegen den Kaufmann Rothe in dessen Prozesse bestätigt und die Berufung der Staatsbehörde verworfen.

Thüringen. Die Meininger Regierung hat darauf verzichtet, die herkömmliche Prinzessinnensteuer für die mit dem Herzog Moritz von Altenburg verlobte Prinzessin Auguste in Anspruch zu nehmen, jedoch mittelst Dekrets an den Landtag die Rechte des herzoglichen Hauses für künftige Fälle gewahrt. Die Ratifikation der Militärkonvention zwischen Preußen und Altenburg ist nun erfolgt; auch Weimar und Reuß j. L. werden auf ganz gleicher Grundlage abschließen; aber diese Grundlage selbst hat sehr beschränkte Dimensionen, und kann mit der auf das ganze Kontingent sich erstreckenden koburg-gothaischen Konvention gar nicht verglichen werden, indem sie sich darauf beschränkt, daß Preußen dem herzoglich altenburgischen Kontingent einen Oberst und zwei Majore gibt und dafür von diesem drei Hauptleute für seine Armee empfängt. Auch von einem Fahneneide, der von den altenburgischen Offizieren dem Könige von Preußen geschworen werden soll, wie das die koburg-gothaische Konvention den ihrigen vorschreibt, ist keine Rede.

Schweiz.

Aus Chaux-de Fonds sendet die Gesellschaft „Frohsinn", meist aus Deutschen bestehend, aufs deutsche Schützenfest in Frankfurt einen eidgenössischen Ordonnanzstutzen sammt Zubehör.

Großbritannien.

„Daily News" sieht keinen Unterschied zwischen der Rolle, die Frankreich nun in Italien spielt, und derjenigen, welche Oesterreich vor dem letzten Kriege dort gespielt habe. „Konstitutionnel" ist darüber sehr betroffen und erklärt, Frankreich hindere Italien nicht in seiner Entwicklung und achte seine Unabhängigkeit, wolle aber ihm den Papst nicht opfern und es sei nicht seine Schuld, daß die Verführung zwischen beiden Gewalten sich so schwer herstellen lasse. Das ist aber keine Antwort auf die einfache Frage, was Frankreich in Italien zu thun hat, nachdem es Oesterreich dort nicht dulden wollte.

Frankreich.

Der „Moniteur" veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 19. April, durch welches zwei neue Lehrstühle an der medizinischen Fakultät errichtet werden — der eine für vergleichende Medizin, der andere für Histologie (Gewebelehre, mikroskopische Anatomie). Der Dr. Rayer ist zum Professor der vergleichenden Medizin, Dr. Robin zum Professor der Histologie ernannt worden.

— Die Fürstin Metternich in Paris ist nicht mit einem Sohne, wie die deutsche „Pariser Zeitung" irrthümlich meldete, sondern mit einer Tochter niedergekommen, und daher die kaiserliche Gevatterschaft, von der seither soviel erzählt wurde, anzuweisen.

Mirès ist in Paris angekommen und in seinem Hotel abgestiegen. Bereits fanden sich zahlreiche Bekannte und plötzlich wieder auftauchende Freunde in seinem Vorzimmer ein. Er empfing seine Besucher aufs freundlichste, und drückte ihnen mehr oder minder innig die Hand. Die Aktien der Caisse Mirès, welche man zu 40 bis 50 Fr. haben konnte (obgleich bezeichnend genug schon Samstags einige Kaufsanträge aus Douai eingelaufen waren), stiegen auf 70 und von heute auf 170 Fr.! Man sagt, Mirès selbst sey es, der bereits zu kaufen angefangen habe. Rente stieg mit auf 70.70, und dem Kredit mobilier verhalfen die Inventars- und Dividendentheorien des Tribunals von Douai auf 850. Der alte Schwindel!

Die japanesischen Gesandten haben Versailles besucht und wurden auf rollenden Sesseln durch die Säle des Museums gefahren; im Park spielten dann ihnen zu Ehren die großen Wasser, was sie mehr als alles Andere zu interessiren schien; der Chef

Digitized by Google

der Gesandtschaft nahm seinen Hut ab und schwenkte ihn dreimal als Zeichen seiner Bewunderung über das prächtige Schauspiel.

Italien.

Der röm. Gendarmerieobrigadier Marquis Zappi, der bekanntlich bei den letzten Krawallen in unangenehme Berührungen mit der franz. Garnison gekommen war, ist in Rubefand versetzt worden; doch läßt der Waffenminister Merode die Versetzung von Mitgliedern der italienischen Partei mit Eifer fortsetzen. Außerdem ist derselbe mit Erbauung einer Kaserne beschäftigt; die 12,000 Mann fassen soll und von welcher Niemand begreift, zu welchem Zwecke sie bestimmt ist, da man sich zu der Annahme berechtigt glaubt, daß der Minister das Gebäude doch keinesfalls dem Grafen Goyon einräumen wird; und daß er ebensowenig daran denken kann, eine derartige Militärmacht für den Rest des Kirchenstaates anzuwerben.

Die Turiner amtliche Zeitung veröffentlicht ein Rundschreiben des Justizministers an den Richterstand, in welchem die demselben angehörigen Beamten gebeten werden, die Geistlichkeit scharf zu überwachen und alle Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung und die Gesetze des Königreichs zu unterdrücken, dabei jedoch dem Klerus seine volle Freiheit in kirchlichen Dingen unbeschadet der nationalen Einrichtungen zu lassen. — Die Regierung, heißt es ferner, werde jene unschuldigen Priester schützen, welche anerkennen, daß der Triumph der Nationalsache die Interessen der Religion nicht beeinträchtige.

Rußland und Polen.

Die Kolonnen haben in der Steppe eine russische Baumwollenkarawane vollständig geplündert und eine andere mehrere Tage belagert. Die Bewegenheit dieser Raubzüge macht die Handelsstraße sehr unsicher.

Volkswirthschaftliches.

Zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Oesterreich und Rußland sollen Verhandlungen eingeleitet werden; man will nämlich erwirken, daß die österreichischen Kaufleute auf russischen Märkten als solche auftreten können. Gegenwärtig müssen sie ihre nach Rußland eingeführten Waaren unter den Schutz der dortigen Kaufleute derart stellen, daß diese Letzteren vor dem Gesetz die Eigenthümer derselben sind, wodurch es aber oft geschehen ist, daß das Eigenthum des österreichischen Kaufmanns von dem russischen Geschäftsfreunde auf eigene Rechnung verkauft worden ist.

Nichtpolitische Zeitung.

Im Wiener Postgebäude wurde die Manipulation mit den von Kallab unterschlagenen Briefen am Ostersamstag brendet und werden vom Landesgericht jetzt die Summen zusammengestellt, die von dem „Briefmarder" (so nennt das Volk den Briefdieb) gestohlen worden sind, weil die Beschädigten, soweit das Vermögen Kallab's hinreicht, entschädigt werden sollen. Von Köln wurde ein Paket, in welchem die unterschlagenen Briefe sich befanden, zurückgesendet. Ueber Kallab erfährt man noch folgende interessante Details: Außer der ungeheuren Masse von Briefen, welche in seiner Wohnung gefunden wurden, entdeckte man daselbst auch mehrere von Kallab eigenhändig angefertigte Behältnisse, die er aus den Brettchen von Cigarrenkistchen zusammengesetzt hatte. Dieselben enthielten eine erstaunliche Menge von abgelösten Briefmarken. Wie sich seither herausstellte, hatte Kallab über die Art und Weise der leichtesten Ablösung von Briefmarken ganz besondere Studien gemacht und es gelang ihm dieselbe so vortrefflich, daß Niemand im Stande gewesen wäre, durch den bloßen Anblick der abgelösten Marken auch nur eine Ahnung von einer Defraudation zu erhalten. Kallab erbrach nämlich zuerst die Briefe und benetzte sodann das markirte Couvert von innen mit Wasser, so daß sich dadurch der Klebstoff der Marke erweichte und diese sich ohne die geringste Schwierigkeit abnehmen ließ. Die abgelösten Marken wurden sodann mit der raffinirtesten Sorgfalt behandelt, zuerst getrocknet, dann gepreßt und endlich neuerdings auf der innern Seite mit Gummi bestrichen. Kleine Papierstäubchen, welche an den Zacken der Briefmarken hängen geblieben waren, wurden von Kallab in seinen freien Stunden mittelst eigener Werkzeuge entfernt und jedes Mal, wenn er wieder in den Dienst kam, brachte er eine Partie solcher Marken mit sich, welche sodann an das Publikum verkauft wurden. An einzelnen Tagen soll Kallab durch diese Industrie 25 bis 30 fl. eingenommen haben. Ungeachtet Kallab erst 30 Jahre zählt, ist er doch am Vorderhaupte ganz kahl und sein Aeußeres wie seine ganze Haltung und seine Manieren haben nach der Aussage von Personen, die ihn wohl kennen, etwas Heuchlerisches, Tartüffeartiges an sich. Wie wir vernehmen, sucht derselbe sein Verbrechen auch jetzt noch durch allerlei Kniffe zu entschuldigen, derselbe nimmt sich äußerst deuthig und doch scheinbar unbefangen und soll sich das Aussehen geben, als ob er seiner Defraudation gar nicht jenen Charakter beilege, den die öffentliche Meinung mit Recht derselben zugelegt hat. — Ueber den unmittelbaren Anlaß, welcher zur Entdeckung der Briefdefraudationen führte, wird der „Morgen-Post" Folgendes erzählt: Kallab saß in seinem Bureau und war eben mit dem Sortiren von Briefen beschäftigt, als ein junger Mann eintrat und einen Brief reklamirte, den er seine halbe Stunde vorher in den Briefschalter geworfen hatte. Kallab weigerte sich, den Brief hervorzusuchen, trotzdem der junge Mann angab, daß die Zurückerlangung dieses Briefes für ihn von der größten Wichtigkeit sey und sich durch Verbringung des Siegels, sowie durch genaue Beschreibung des Couverts und der Adresse als der Absender legitimirte. Seine Bitten und Vorstellungen fruchteten ihm nichts und hatten nur zur Folge, daß Kallab, der den reklamirten Brief wahrscheinlich schon unterschlagen hatte, ihm in der brüskesten Weise die Thüre wies. Der junge Mann wendete sich nun an den Bureauvorstand und dieser begab sich sofort mit dem Beschwerdeführer zu Kallab, der bei dem Erscheinen seines Chefs verlegen wurde. Letzterer bemerkte dem Beamten, der Brief müsse allerdings zurückgestellt werden und als seine Frage, ob seit der halben Stunde, vor welcher der reklamirte Brief in den Schalter geworfen wurde, keine Expedition stattgefunden, verneinend beantwortet wurde, befahl er den Brief hervorzusuchen, was jedoch ohne Erfolg geschah. Kallab hatte wahrscheinlich in der kurzen Zwischenzeit und da noch andere Beamte im Zimmer waren, keine Gelegenheit gehabt, den Brief aus seinem Verstecke wieder hervorzuholen. Das seltsame Verschwinden des Briefes nun, zusammengehalten mit der sichtlichen Verlegenheit, welche Kallab bei den Fragen seines Chefs zeigte, gab Anlaß zu einer weiteren eingehenden Untersuchung, welche die bekannten Thatsachen zu Tage förderte.

Die „Zeitung für Nordeutschland" giebt folgende statistische Notiz: Der Jesuiten giebt es gegenwärtig 7144, darunter 2939 Priester, 2159 Lehrer und 2046 Gehülfen. Seit 14 Jahren ist ihre Zahl um 2392 gewachsen. In Frankreich sind 2181, in Belgien 531, in Holland 205, in Spanien 680, in Oesterreich 455, in Deutschland 527, in England 379, in Amerika 444, in Italien 1742. Ueber 1000 treiben äußere Mission im Dienste der Propaganda. In Frankreich sind sie in 3 Provinzen vertheilt, 1036 in der Provinz Paris, 615 in der Provinz Lyon, 531 in der Provinz Toulouse. Sie haben 4 Kollegien für Schüler, 21 für Kollaßgner, 16 geistliche Seminare, 7 Novizate, 36 Privat-Residenzen und 31 Missionsposten. In Italien theilen sie 5 Provinzen, Rom, Neapel, Venedig, Sizilien und Piemont. Aber sie sind in der letzten Zeit aus Piemont, der Lombardei, Modena, den Marken, Umbrien, der Romagna und den beiden Sizilien vertrieben. In Rom sind noch 300, von welchen 155 beim Kollegium Romanum beschäftigt sind. 13 bei der Herausgabe der Civilta Cattolica, 17 bei dem Kollegium Germanicum, 20 bei anderen Kollegien, 36 bei dem Noviziate und 11 bei der Anstalt des h. Eusebius. Das sind die gefährlichsten Leute, die noch nicht wieder zu ihrer alten Größe kamen. Denn als der Orden 1773 vom Papst Benedikt XIV. aufgehoben wurde, zählte er 22,589 Mitglieder mit 669 Kollegien, 176 Seminaren und 273 Missionen. Wenn der Jesuitenorden auch jetzt nicht unterschätzt werden darf, so ist er doch mehr gefürchtet als furchtbar, denn er besitzt die geistigen Mittel nicht, um einen hervorragenden Einfluß zu erlangen. Das könnte man schon aus ihren Missionspredigten sehen, denen man durch das viele Laviren darüber eine größere Wichtigkeit gegeben hat, als sie wirklich besitzen.

In Stuttgart stürzte die westliche Wand des Gasthofs „zum Adelbergerhof" mit einem Theil der anstoßenden Gelasse in Folge der Untergrabung des Fundaments durch eine Kellerbaute auf dem anstoßenden Areal mit gewaltigem Getöse ein. Glücklicherweise ist kein Menschenleben zu beklagen.

London. Je näher der Eröffnungstag der Industrieausstellung heranrückt, desto allgemeiner gibt man sich im Publikum der Besürchtung hin, daß das „Geschäft" doch am Ende nicht so gut ausfallen dürfte als man gehofft hatte. Daher war die Ankündigung des „Moniteur", daß der Kaiser der Franzosen nicht beabsichtige, nach London zu kommen, ein Donnerschlag für die betheiligten Spekulanten und Aktionäre. Die Aktionäre müssen wohl ihre Landsleute genau kennen, wenn sie annehmen, daß ein lebendiger Kaiser in London 2 bis 3 pCt. Dividende werth sey.

Digitized by Google

Nachdem so einmal die goldenen Kaiserträume von der rauhen Hand der Wirklichkeit zerstört worden waren, sah man auch in der nächsten Umgebung klarer, und fand hier manche Motive, die nicht günstig auf die Eisenbahnfrequenz einwirken konnten. Hiezu gehört namentlich die Arbeitslustigkeit der Fabrikbezirke. Der Arbeiter, welcher kein Geld verdient, um Brod zu kaufen, hat sicherlich keines zum Besuch der Industrie-Ausstellung aufzuwenden, und der Fabrikherr, dessen Maschinen stille stehen, dürfte sich nicht in der heiteren Verfassung zu einer Vergnügungsreise nach London befinden. (A. Z.)

Die Central-Gartenbaugesellschaft in Paris hat für 1863 eine goldene Medaille im Werth von 300 Frs. als Preis für die beste Beantwortung folgender Frage ausgesetzt: „Eine klare auf neue Erfahrungen oder bereits bekannte Thatsachen gestützte Darstellung der Umstände, welche die Erzeugung und die Festsetzung der Varietäten in den Zierpflanzen bedingen."

Neueres.

München. Der Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger aus hiesigen Krankenhäusern entlassener Rekonvaleszenten' jeder Konfession hat dem König Ludwig durch eine Deputation den Dank für das königliche Geschenk aussprechen lassen. Se. Maj. äußerte das lebhafteste Interesse für den Verein und bestimmte ferneres Gedeihen. Derselbe wird nun das von dem hohen Protektor des Vereins gespendete Kapital von 20,000 fl. bei der Bank in Nürnberg deponiren und sodann daran denken, ein dem Zweck entsprechendes Anwesen zu kaufen oder einen Bauplatz zu erwerben und einen Neubau herzustellen.

In München sind die Arbeiten zur Herstellung des Sockels für das König Ludwigs-Monument auf dem Ohrensplatze, welche den Winter über eingestellt gewesen waren, wieder aufgenommen. Ueberhaupt sind die Arbeiten an den diesen Neubauten, die in allen Theilen Münchens erstehen, namentlich auch jene in der Maximilianstraße und am Athenäum, welches künftig über München emporragen wird, von dem Frühlingswetter begünstigt, überall wieder in vollem Gang. Die restaurirte Frauenkirche hat zu Ostern auch einen neuen Schmuck durch einen reichen gothischen Altar erhalten, den mehrere Wohlthäter in einer Seitenkapelle links vom Hauptportal gestiftet haben.

Preußen. Die „A. Z." bringt heute folgendes Dementi eines Berliner Pfiffs: Die Berl. „Nat.-Ztg." enthält in einer ihrer letzten Nummern eine auch in mehreren bayerischen Blätter übergegangene Korrespondenz aus München, nach welcher „die Sendung des Hrn. Delbrück, so weit sie dahin abzielte, ein allenfallsiges Widerstreben der Regierungsorgane zu Gunsten des Handelsvertrags mit Frankreich umzustimmen, ihren Zweck vollständig erreicht habe; und es sei bei den im Handelsministerium stattgehabten Besprechungen namentlich der bisherige Vertreter Bayerns bei der Zollkonferenz, Ministerialrath v. Meixner, entschieden für das Zustandekommen des Vertrags aufgetreten. . . ." Es wird genügen, dieser Mittheilung, deren Tendenz leicht erkathbar ist, die einfache Erwiderung entgegenzustellen, daß an der ganzen obigen Nachricht kein wahres Wort ist.

Baden. Ueber die Anschlußfrage an die badische Odenwaldbahn erzählt man sich, es seyen die Unterhandlungen Württembergs mit Baden durch die Forderungen dieses Staates, von Friedrichshafen über Rappenau anzuschließen, auf Schwierigkeiten gestoßen. Zugleich vernimmt man von verschiedener Seite, daß die badische Regierung beabsichtige, die Odenwaldbahn von Mosbach gegen Würzburg über Adelsheim weiter zu führen. (So viel scheint sicher zu sein, daß Baden seine Saline Rappenau über Waldshaud mit der Odenwaldbahn in Verbindung setzen und nur die Frage ist, ob dies durch Haupt- oder Seitenbahn geschehen wird.)

Oldenburg. Dem deutsch-französischen Handelsvertrag wird die diesseitige Regierung keine Schwierigkeiten bereiten. Eine außerordentliche Einberufung des Landtags wird dieserhalb nicht beabsichtigt, vielmehr ist anzunehmen, daß die Regierung eventuell den Weg der außerordentlichen Gesetzgebung betreten werde, wie dieß daraus hervorgeht, daß die Erfüllung der für das Betreten dieses Weges verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bedingung, nämlich die vorgängige gutachtliche Vernehmung des ständigen Landtagsausschusses, bereits eingeleitet ist. Letzteres ist zu diesem Zweck auf den 23. d. M. einberufen.

Die kleine Stadt Corinth, bei welcher die gemeldete große Schlacht vorgefallen ist, liegt nicht in Alabama, sondern im Staat Mississippi, an einem Knotenpunkte, wo die Hauptbahnen, nach Charleston ostwärts, nach Memphis am großen Strom westwärts, und nach Mobile und New-Orleans südwärts zusammentreffen. Es ist ein strategischer Punkt von höchster Wichtigkeit, und war von den Konföderirten stark befestigt. Wiewohl nach 300 engl. Meilen von New-Orleans entlegen, ist sein Besitz den Unionisten doch nöthig, wenn sie ihren Plan verfolgen wollen, New-Orleans von Norden her anzugreifen, und so die See-Expedition gegen diese Stadt zu unterstützen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86¼	P.
„	5 pCt. Verm. Coupon b. R.	75⅞	P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	81⅝—¾	G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	81	P.
„	4½ pCt. dto.	72⅝	P.
„	4 pCt. dto.	—	
„	3 pCt. dto.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92½	P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103	P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼	P.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104⅛	G.
„	4 pCt. Obl. 1½jähr. dto.	101	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼	G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼	P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¼	P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛	P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅞	G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	98⅞	P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101	G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½	P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103	G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½	P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜	P.
Frankfurt	4½ pCt. Obl. dto.	99⅜	P.
„	3 pCt. Obl. dto.	95⅜	P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49¼	P.
„	2 pCt. „ „ „	33½	P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	106⅞	P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1264⅜	P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	760—763	G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180½ G.	ex D
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	219½ P.	218½ G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	80¼	P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89⅝	P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 G.	ex D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	729⅜ P.	728½ G.
	Oest. P. St. Eisb. p. Sch. 500 Fl. à 72 kr.	246 P.	
	„ Elisab.-Bisch. à fl. p Ct.	174½ G.	
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 4/7	78⅝ P.	
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	82¼ P.	
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	136½ G.	
	Präm. Aktb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106¼—⅜ G.	
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84¼ P.	
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	250½ P.	ex D.
	Span. Handels- u. Industrie . . .	502 P.	
	„ Credit-Akt. à 500 Thlr. Pereire	520 G.	
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	107¼ P.	
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	108⅜ G.	
	Providentia (Feuerversich.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. à. 100 k. S.	100 G.	
Augsb. à. 100 k. S.	99¼ G.	
Berlin Th. 80 k. S.	105⅛ P.	
Brem. 50 Th. Lsk. à S.	96⅜ P.	
Cöln Thlr. 80 k. S.	105 B.	
Hamb. Bk. 100 k. S.	88 G.	
Leipzig Th. 80 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118⅛ G.	
Lyon Frs. 200 k. S.	—	
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.	
Triest à. 100 k. S.	—	
Wien à. 100 k. W.	—	
do. 1 7 à 6 W.	—	
do. in Cal. W. 1. S.	88—⅛ G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. à. 250 v. 1839	112 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅝ P.
„ 6.250 v. 1854 mit 4pCt.	71½ P.	Gr. Hessen à. 50 b. R.	123½ P.
„ à. 100 v. 1860 4/7	71¼ P.	„ à. 25 do.	37⅛ P.
„ à. 100 Kisb. L. v. 1858.	116½ P.	Nassau à. 25 b. Rothsch.	36⅝ P.
3½ pCt. Pruss. Fr.-Anl. beiR.	124 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	27½ P.
Badische à. 50	97⅜ G.	Venetia-Loose à. 10.	10¼ P.
Badische à. 35	85½ P.	Anah-Gunzenh. fl. 7 4.	12¼ P.

Frankfurt, 24. April. Für österr. Nationalanleihe zeigten sich Verkäufer zu etwas niedrigeren Kursen. Dagegen behaupteten sich österr. Bank-, Kreditaktien und Anlehenslooße fest auf dem gestrigen Stande. Im Allgemeinen war daher Kauflust vorherrschend. Von Eisenbahnaktien waren Frankfurt-Hanauer und pfälzische Maybahn begehrt und höher, dagegen Rhein-Nahebahn mehr angeboten.
Im Uebrigen keine besondere Veränderung. (Spnz.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 115. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile mit gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Anzeigeblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 9 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 26. April 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Griechenland und die griechischen Schulen.

(Schluß.)

Es gibt in Griechenland 3 Klassen von Schulen: die eine unseren Volks-, die andere unseren lateinischen Schulen, die dritte unsern eigentlichen Gymnasien entsprechend. Der gesammte Unterricht von der Elementarschule an bis zur Universität ist unentgeltlich. Daher kommt es, daß die Schulen durchaus fleißig besucht werden und der Andrang zum Studium vielleicht über die Verhältnisse des Landes hinaus groß ist. Vollständige Gymnasien hat Griechenland jetzt 10, worvon 2 in Athen, 1 in Nauplia, 1 auf Syra u. s. f. Für jedes Gymnasium sind 5 Lehrer bestellt: einer für Mathematik in allen Klassen, zwei für die klassischen Sprachen, einer für Französisch, Geschichte und Geographie, einer für Naturgeschichte, Physik, Chemie, Antheropologie und Philosophie. Am meisten beschäftigt man sich in der Schule mit griechischer Sprache und Literatur. Alles andere tritt dagegen zurück. Besonders scheint das Lateinische den Griechen unangenehm zu sein; denn selbst die Herren Professoren stehen mit ihm auf einem gespannten Fuße. Nicht selten finden sich in Griechenland Uebersetzungen der in Deutschland anerkannten Lehrbücher. Auch einzelne Stücke unserer klassischen Dichter kommen übersetzt vor, so Schillers Drama Kabale und Liebe. Reiche und der Schule wohlgesinnte Männer unterstützen dieselbe durch Vermächtnisse oder freiwillige Gaben für ihre Bibliotheken.

Unendlich eifrig und unermüdlich sollen die Schüler der Gymnasien ihrem Ziele entgegenstreben und sich dabei manche Entbehrung im Leben auferlegen, wovon die freien Naturlöhne eine fabelhafte Ausdauer entwickeln. Wem in Athen keines der vielen Stipendien zu Theil wird, der gibt seinen Mitschülern Unterricht, oder beschäftigt sich mit Uebersetzung von Novellen oder Romanen, oder schreibt Artikel für die Journale und Zeitungen, die hier erscheinen. Nicht selten verdienen die Schüler dieser Anstalten die niedrigen Dienste des Lebens, nur um ihr Ziel erreichen zu können. Denn alle Griechen ohne Ausnahme besassen sich mit der höhern Politik und berathen die Zukunft ihres Vaterlandes, woraus die traurigen Verirrungen zu erklären sind, welche die Regierung vor Kurzem veranlaßt haben, eines der beiden Gymnasien der Hauptstadt aufzulösen.

Die Aufrechthaltung der Disziplin in den Gymnasien ist schon aus obigem Grunde eine schwierige Sache. Daß ein freier Sohn freier Griechen nicht geschlagen werden darf, versteht sich von selbst. Ruhe in den Stunden zu erhalten, ist schwer, und es darf daher nicht auffallen, wenn die Reisenden von einem großen Lärm in der Schule sprechen, während doch der Lehrer gegenwärtig ist.

Die Universität Athen zählt jetzt über 600 Studenten, eine für die Ausdehnung des Königreichs wohl zu große Zahl. Nicht an wissenschaftlich gebildeten, sondern an praktisch tüchtigen Leuten, an Bauern fehlt es in Griechenland. Große Strecken des schönsten Bodens liegen selbst in Attika, in der nächsten Nähe von Athen, noch unbenützt. Wer aber einmal in Athen gelebt und neben den Studien fränkische Bekanntschaft kennen gelernt hat, der verlangt nicht wieder in das Innere des Landes zu gehen, um den Pflug in die Hand zu nehmen.

Unerwünschlich und oft unter großen Entbehrungen wird auch von den jungen Leuten auf dieser Altersstufe gearbeitet, bis sie die Bedingungen zu der erstrebten Stellung im Leben erfüllt haben. Einmal aber dort angekommen, lassen die Meisten die Studien liegen, daher denn auch zur Förderung der Wissenschaft bisher noch wenig geschehen ist. Am politischen Leben betheiligen sich die griechischen Studenten gleichfalls sehr lebhaft, und sie lassen seit einer Reihe von Jahren eine eigene politische Zeitung erscheinen, die oft sehr scharfe Artikel gegen die Regierung enthält.

Die Philologen und Theologen werden entweder Lehrer an einer der vielen Schulen Griechenlands oder der Türkei, wohin sie eifrig gesucht werden, oder Letztere Geistliche, um endlich Bischöfe zu werden. Die Mediziner verlangen von der Regierung gleichfalls eine Anstellung, so daß allmälig in Dörfern, wohin sich sonst nie ein Arzt verirrt, ein solcher jetzt, wenn auch mit ganz geringem Gehalt, angestellt ist. Am schwierigsten wird es den Juristen, eine lohnende Stellung im Leben zu erhalten. Die wenigsten können nach Deutschland oder Frankreich gehen, um später die Professorenstellen an der Universität einzunehmen, Richter oder Advokaten zu werden; die meisten gehen nach einer Studienzeit von einem oder zwei Jahren zu einem Advokaten, oder in die niedere Justizlaufbahn, besonders aber in das Verwaltungsfach über und füllen da die unendliche Zahl von Schreibersstellen aus, die als ein unseliges Vermächtniß der Bayern eine große Menge von Kräften des Landes aufzehrt. Diese Leute werden willkürlich angestellt und entlassen, je nach ihrem Verhältniß zu einem höher gestellten Beamten oder Deputirten. Kein Beamter bekommt Pension. Aber fast jeder neue Minister wechselt den größten Theil derselben, wodurch viele Leute brotlos werden. Daher sucht Jeder einerseits die Zeit seiner Anstellung nach Kräften auszubeuten und so viel als möglich zu erwerben; andererseits ist stets eine große Zahl von Unzufriedenen vorhanden, die mit allen Mitteln gegen das bestehende Regiment arbeiten, um ihre Partei wieder ans Ruder zu bringen oder selbst wieder zu Brod zu kommen. Schon aus diesen Gründen, denen sich noch weitere allbekannte, in den höchsten Kreisen gelegene beigesellen, ist es erklärlich, daß das junge Königreich noch nie zu voller Ruhe gekommen, vielmehr in jüngster Zeit wieder von einer stürmischen Bewegung ergriffen wurde, und es noch lange dauern wird, bis wir die heutigen Griechen in Staat und Leben mit den alten Hellenen, ihren Vorfahren, zusammenstellen können.

(Nach Mützell's Zschr. f. d. Gymn. Wes. Nov. 1861.)

×× Korrespondenz aus Frankreich.

Der Nepotismus, welcher unter dem jetzigen System üppig wuchert, hat kürzlich in folgendem Stückchen zu Tag' Ein gewisser Minister, dessen Konkurrenz mit Hrn. v. Hausmann kürzlich viel von sich reden gemacht, entwickelt eine außerordentliche Fürsorge seine entfernesten Verwandten unterzubringen. Unter anderem hatte er einem Vetter die Hand der Wittwe eines Millionärs, Bijoutier vom Palais Royal, verschafft. Der Vetter zeigte sich der hohen Empfehlung ansessen nicht würdig, sondern wurde seiner Frau treulos. Diese klagte auf Scheidung vom Tisch und Vermögen, selbst auf die Gefahr hin, der Ehre, die Gnade eines Ministers zu sehn, entlagen zu müssen. Der eilte zu Anwalt ihres Mannes herbei und brachte ihr die Beweise, daß sie im Fall der Scheidung Bettlerin sein würde. Der Mann hatte nämlich bei der Heirath mit der Mitgift die Stelle eines Wechselagenten erkauft und die Frau hatte in ihrer Ergebenheit ein Dokument unterzeichnet, dessen Inhalt sie nicht genau kannte, das aber die bedingungslose Abtretung ihres Vermögens aussprach. Die Verhöhnung wurde also zur Nothwendigkeit. — Das Projekt der Revision des Code pénal, welches demnächst dem gesetzgebenden Körper unterbreitet werden soll, hat, auf Grund statistischer Erhebungen, den Zweck, das Strafmaß gewisser Verbrechen zu mildern. So ist z. B. an-

Digitized by Google

crilégo im Strafgesetzbuch, mit der Todesstrafe belegt, die Geschwornen aber sprachen dieses Verbrechens Ueberwiesene regelmäßig frei, weil sie eine so hohe Strafe mit ihrem Gewissen nicht vereinigen konnten. Bei Gelegenheit jener statistischen Erhebungen stellte sich heraus, wie unzuverlässig die Statistik unter der gegenwärtigen Centralisation, wegen der Unfähigkeit der Beamten, geworden ist. Als man nämlich jene Erhebungen mit der im verflossenen Jahre vorgenommenen Aufnahme der Zahl der Bevölkerung und dann mit den Wahllisten verglich, so zeigte sich, daß diese drei verschiedenen Aufnahmen gänzlich von einander abwichen. Aus Nachforschungen in einzelnen Orten ergibt sich auch, daß bei der Aufnahme der Bevölkerung nur der Hunderte persönlich befragt worden ist, das hinderet aber nicht, daß die Angaben der Listen äußerst genau sind, was Religion, Beschäftigung und Gebrechen der Aufgezählten betrifft. — Was nun die Revision des Code pénal angeht, so hat man sich für die Annahme einer Verschärfung des Repressivsystems im Allgemeinen entschieden. Das ist ein unglücklicher Entschluß, wenn man bedenkt, daß die meisten Verbrechen Wiederholungsfälle sind, in Frankreich wenigstens. Die Mehrzahl der Verurtheilten kommt dahin, das Gefängniß als ein Asyl zu betrachten. Beim Beginn der kalten Jahreszeit oder beim Eintritt irgend eines Nothstandes sehnen solche Individuen sich nach den reinlichen Betten und der Kost des Zuchthauses zurück, und vermirklichen ihren Wunsch mittelst eines bestimmt präsmidirten Vergehens oder Verbrechens. Will man die Verbrechen in Frankreich im Ernste vermindern, dann darf man nicht zur Repression greifen, sondern zur Prävention, indem man die Moral zu bessern sucht, indem man Leute zu freien Bürgern heranzieht, welche die Unterdrückung von Oben immer an der Pforte der Verzweiflung hält; man muß zwei edle Bundesgenossen zu Hülfe rufen: die Erziehung und die Freiheit! — Das Osterfest ist diesmal in Paris mit einem großen Aufwand zur Schau getragener Frömmigkeit von Seiten der offiziellen Welt und der legitimistischen und klerikalen Kreise begangen worden. Die Kanzeln wurden von Morgens bis Abends nicht leer; junge Mädchen hielten an den Thüren der Kirchen die Opferteller, um reichliche Gaben anzulocken, wovon das Wenigste für die Armen, der Löwenantheil aber für den Batikan bestimmt ist.

Deutscher Bund.

Die vom Nationalverein für das deutsche Schützenfest verwilligten 1000 Gulden werden neben dem beabsichtigten Ankauf einer schönen Revolverbüchse hauptsächlich zum Ankauf eines silbernen Trinkhorns verwandt. Dasselbe wird mit getriebener Arbeit geschmückt. Der untere Theil zeigt den Kaiser Rothbart, wie er von einem deutschen Schützen aus dem Schlafe geweckt wird, während ein Turner nach der Sage an des Kaisers Schild schlägt. Am mittlern Theil finden sich die Wartburg, die Feste Koburg und das Ziel der nationalen Bewegung, die Paulskirche in Frankfurt. Oben auf dem Deckel des Horns steht die Germania.

Bayern. München. Auch die offizielle „Bayr. Ztg." erklärt die Angabe eines preußischen Blattes über den Erfolg der Sendung des Herrn v. Delbrück für völlig unbegründet. Der k. Kabinettkurier aus Riga soll heute (Samstags) in München eintreffen. Mehrere wichtige Vorlagen sollen allerdöchsten Orts zur reiflichen Inbetrachtnahme zurückbehalten worden seyn.

Preußen. Die erwähnte Insubordination einer Kompagnie des 41. Regiments gegen den Hauptmann v. B. in Graudenz hat zu einer Untersuchung geführt, welche nicht die Mannschaften, sondern den Hauptmann strafbar erscheinen läßt. Derselbe soll jetzt Handlungen begehen, welche wahrscheinlich eine gerichtliche Erklärung seiner Unzurechnungsfähigkeit zur Folge haben.

Herr v. Sybel will sich diesmal in Crefeld wählen lassen. Er hat den Crefeldern einen langen Brief geschrieben, dessen kurzer Sinn der ist, daß Herr v. Sybel sich in allen verfänglichen Fragen möglichst den Rücken frei hält. Er will einen liberalen Umschwung bei jetzigen Regierungs-Systems, aber er ist nicht so gefällig zu sagen, durch welche Mittel er denselben zu erreichen beabsichtigt. Eine tapfere gothaische Frage kommt jedoch auch in diesem Brief vor. „Ich meine, erklärt er, daß auch für die geringste Geldbewilligung in Militärsachen eine fundamentale Aenderung der jetzt drohenden auswärtigen und insbesondere deutschen Politik die unerläßliche Vorbedingung seyn muß."

Hannover. Die Ständeversammlung hat ihre Sitzungen wieder begonnen. In der II. Kammer führten die Kosten des Lagers bei Nordstemmen (1858) zu lebhaften Erörterungen über das ständische Geldbewilligungsrecht, welches die Regierung nicht den verfassungsmäßigen Vorschriften entsprechend geachtet habe. Bemerkenswerth ist die Angabe v. Bennigsen's, welcher der Generalsekretär des Kriegsministerium, Oberst Schoomer, nicht widersprach (sondern mit einer ausweichenden Antwort begegnete), daß die Kriegsverwaltung in die letzte Generalversammlung der Georg-Marien-Hütten-Gesellschaft einen Vertreter abgesandt habe, um dort Aktien der Gesellschaft zu kaufen, und daß solche anscheinend wirklich angekauft seyen. v. Bennigsen folgert daraus, daß die Kriegsverwaltung Mittel übrig haben müsse, um sich auf gewagte Spekulationen einzulassen.

Württemberg. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag gehen fort. Doch ist es falsch, daß Hr. v. Delbrück mit Mohl oder Professor Schäffle konferirt hätte. Nur mit Herrn v. Barnbüler traf er zusammen, der ihm ohne Zweifel durch seine Stellung in der vornehmen Welt vorgestellt wurde. Dagegen wird von wohlunterrichteter Seite versichert, Herr v. Delbrück scheine sehr betroffen darüber, daß er auf so viel Widerstand und Antipathie in Württemberg stoße. (N. Z.)

Mecklenburg. Schwerin. Die in Berlin erscheinende „Volkszeitung" brachte in der ersten Hälfte dieses Monats einen Artikel, welcher sich über die Ebenbürtigkeit der Ehe des Großherzogs mit der verstorbenen Großherzogin Auguste und die Successionsfähigkeit der aus dieser Ehe entsprossenen Descendenz auslieg. Das Regierungsblatt verbietet nun die „Volkszeitung" bei 10 Thlr. Strafe und sucht in einem längern Expose den freiherrlichen (nicht jüdischen) Ursprung der Absurdität zu beweisen.

Großbritannien.

In Liverpool ist dieser Tage ein englisches Schiff nach eigenthümlichen Abenteuern angekommen. Es kam von Kalkutta nach Amerika, suchte die Blokade von Charleston zu durchschlüpfen und wurde von einem föderalistischen Kreuzer genommen. Die Föderalisten setzten, wie üblich, eine Prisen-Bemannung an Bord, nachdem sie die Matrosen auf ein amerikanisches Schiff transportirt hatten, doch ließen sie die englischen Offiziere auf Ehrenwort frei auf dem alten Fahrzeuge. Diese überlisteten die Prisen-Bemannung, sperrten sie im Schiffsraume ein und fuhren geraden Wegs und glücklich nach England. (Und das Ehrenwort?)

In Downpatrik ist es durch die Intoleranz eines englischen Geistlichen zu Unruhen gekommen; eine alte Dame, das letzte Glied einer mit ihr ausgestorbenen respektablen Familie, war arm gestorben und sollte neben ihrem Vater im Kirchhof begraben werden; der Dekan verweigerte dieses und bestand darauf, daß sie hinter dem Armenhaus begraben werden müßte. Am Ostermontag rottete sich das darüber empörte Volk zusammen, lautete einen schönen Sarg, grub die Leiche aus und brachte sie in Prozession durch die Stadt nach dem Kirchhof, wo dann das Begräbniß trotz des Widerspruchs des Dekans in aller Ruhe vor sich ging.

Italien.

Unter den ungarischen Offizieren, welche sich seit einem Jahre in Aqui in Disponibilität befinden, ist ein Streit entstanden, dessen Hergang folgender ist: Hauptmann Bela Kun machte sich eines Subordinationsfehlers gegen den kommandirenden Oberst Mogyorody und andere höhere Offiziere schuldig, und in Folge desselben wurde er aus Italien gewiesen. 52 Offiziere, welche den Obersten Mogyrody anklagten, diese Ausweisung veranlaßt zu haben, verlangten dessen Absetzung oder drohten mit ihrer Entlassung. Der Kriegsminister ernannte eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitze von General Klapka und diese entschied, daß die Entlassung der 52 Offiziere angenommen werden solle.

Spanien.

Spanien nähert sich immer mehr dem früheren Absolutismus; der Präsident und ein Assessor des Gerichtshofes von Saragossa sind abgesetzt worden, weil sie in einem Preßprozeß für Freisprechung stimmten.

Rußland und Polen.

Wie der „Czas" berichtet, soll die weitere Entwickelung der Twerasaffaire in Rußland neuerdings großes Aufsehen erregt haben. Es hätte nämlich der ganze Adel von Twer gegen die seiner Zeit

Digitized by Google

gemeldete Verhaftung der 13 Friedensrichter von Tver Protest eingelegt. Ueberhaupt sey die Stimmung des russischen Adels eine sehr gereizte.

Amerika.

Es ist überflüssig nochmals von der Schlacht bei Korinth zu bemerken, daß die 18,000 todten, verwundeten und vermißten Unionisten und 36 bis 40,000 Rebellen sich als Ueberreibung herausstellen. Trotzdem wird die Zahl jedenfalls groß gewesen seyn, wenn die Schlacht auch vielleicht nicht die teueige Auszeichnung verdienen mag, die „blutigste Schlacht der modernen Zeit" genannt zu werden, wie sie in den Ueberschriften der Zeitungsartikel heißt. Ueber die Verluste der Sonderbündler werden wir wohl noch einige Zeit ohne Nachricht bleiben. Es wird zuversichtlich behauptet, General Johnstone sey durch einen Schuß getödtet worden, und mit weniger Bestimmtheit wird erzählt, General Beauregard habe einen Arm verloren. Die Listen über die Verluste des Unionsheeres sind noch nicht fertig, doch wissen wir schon so viel, daß General Wallace und Brigadegeneral Peyram geblieben, General Sherman, die Brigadegenerale Sweeny und Crosts und D. Stuart verwundet sind. General Pierniss ist gefangen genommen worden. Von Obersten ist Ellis (10. Illinois-Regiment) getödtet, Davis (46. Illinois-), Pyke (41. Indiana-) und Stone (18. Kentucky-) sind höchst gefährlich, wenn nicht tödtlich, verwundet. Oberst Sweeny erhielt 2 Wunden an seinem einzigen Arm, den andern weder er in Mexiko, und ferner eine Wunde am Beine, kam aber den ganzen Tag nicht vom Pferde."

Präsident Lincoln hat ein Dankfest angeordnet für die neuesten Siege und die nun verschwundene Gefahr fremder Intervention; dem Kongreß hat er einen neuen mit England zur Unterdrückung des Sklavenhandels abgeschlossenen Vertrag vorgelegt. Der „Merrimac" ist von dem „Monitor" und dem Panzerschiff „Rangatuck" wieder in den Hafen getrieben worden. Die Senat hat die Bill, welche Fardigen gestattet, die Postfelleisen zu befördern, angenommen. Der Times-Korrespondent Russell ist abgereist (bereits in England angekommen), weil der Obergeneral ihm seiner feindlichen Gesinnungen halber nicht erlauben wollte, dem Feldzug beizuwohnen.

Die Sklaverei in holländisch Guyana, auf Curaçao und Buen-Ayer ist endlich für den 1. Juli 1863 aufgehoben (Surinam hat 37,700 Sklaven und 15,000 freie Einwohner, Curaçao 8000 Sklaven und 13,000 Freie, Buen-Ayre 5000 Sklaven und 8000 Freie), unter der Bedingung einer Entschädigungszahlung von 825 Frs. für jeden Sklaven, gleichgültig welches Alters und Geschlechtes, und einer Art Lehrzeit auf drei Jahre in den Pflanzungen. Die Hälfte des Arbeitslohnes während dieser Lehrjahre deckt die Regierung.

* Privatbriefe aus Mexiko enthüllen eine Verschlimmerung der Anarchie, welche gerade zu eine Folge der europäischen Intervention in diesem unglücklichen Lande ist. Die Lockerung aller sozialen Bande, welche in der Hauptstadt selbst durch die inneren Zwistigkeiten eingeleitet, hat ihren Gipfelpunkt erreicht durch das Hinzutreten des Nationalhasses gegen Alles, was aus der alten Welt kommt: denn Mexiko ist vielleicht von Nordamerika aus, aber nicht von Europa aus zu regenerieren. Fremde, die aus Noth oder aus Unvorsichtigkeit in Mexiko oder in den Provinzen zurückgeblieben, sind ebenso viele Geiseln, welche die Bevölkerung aus Haß und Rache gegen die Invasion decimirt. Man muß den spanischen Charakter kennen, und vollends den der Mestizen! Auf diese Weise ist bereits eine große Anzahl spanischer Unterthanen, darunter reiche Kaufleute, die um der Sicherung ihres Gutes willen zurückgeblieben, ermordet worden; einer sogar am hellen Tage in einem Postwagen mitten in der Stadt; täglich plündeete und demolirte man das Haus eines Diamantenhändlers, Sisa Calle de Plateros. Die Morde mehren sich täglich; in der Stadt mit dem Dolch, auf dem Lande mit der Feuerwaffe. In Zacateeos, 100 Stunden von Mexiko, ermordeten die einheimischen Knappen eines Silberbergwerks die französischen Beamten, unter deren Befehl sie standen. Die Regierung von Juarez ist ohnmächtig gegen die Verbrechen, so lange die Invasion auf mexikanischem Boden sich befindet.

Afrika.

Der König von Dahomey hat auf Antrieb der Engländer den mächtigen Staat von Abeokuta im Innern von Afrika mit Krieg überzogen und eine Armee von 60,000 Mann unter engl. Offizieren gegen ihn gesandt. England hat mit dem König eine Offensiv- und Defensivallianz geschlossen, wodurch dieser in ein Basallenverhältniß zu ihm tritt, und nach dem Fall von Abeokuta wird er Herr eines Landstrichs, der Palmöl, Baumwolle und Indigo in jeder Quantität liefern kann.

Nichtpolitische Zeitung.

(Die liebe Jugend in Berlin.) Die „Neuesten Nachrichten" theilen folgende mehr als edenkliche Geschichte mit: In einer mit einem Gymnasium verbundenen Realschule zu Berlin hatten sich etwa 16 bis 20 Schüler in dem glücklichen Alter von 15 bis 17 Jahren zu der Ansicht verstiegen, daß die Genüsse des Lebens kein ausschließliches Privilegium des reiferen Alters, sondern auch dazu da seyen, um die Arbeiten und Studien der Lehrer zu verstören. Demzufolge traten denn die jugendlichen Kandidaten der Männerfreuden zu einem Club zusammen, welcher sich in einem Privathause ein großes Zimmer miethete, um in demselben allwöchentlich zwei- bis dreimal seine Versammlungen zu halten, denen ein besonders erwählter, monatlich mit 20 Thalern honorirter „Vergnügungsmeister" präsidirte. Nachdem die Versammlung in den ersten 6 Sitzungen alle nöthigen Reformen in Schule und Staat durchdiskutirt, alle Cigarrenforten durchprobirt und alle Weinmarken durchgekostet hatte, fanden einige Mitglieder, daß dem Club die eigentliche Würze fehle, indem es nicht gut sey, daß der (männliche) Mensch allein sey. Die Hebung des Uebelstandes war bei der bisherigen Lokalität nicht füglich zu bewirken. Der Club entschied sich daher durch Majoritätsbeschluß dafür: das bisherige Zimmer nur für die Berathungen der ernsteren Lebensfragen beizubehalten, für die Löfung der Heiteren aber ein abgeschlossenes Kabinet einer hiesigen Restauration zu erwählen. Dieser Beschluß kam denn auch sofort zur Ausführung, indem nicht nur einige ärmere, aber liebenswürdige Mitglieder der Klasse als Ehrengäste, sondern auch mehrere jener Hulsgöttinnen, welche man als Prieisterinnen der Venus vulgivaga kennen gelernt hatte, zur Herstellung einer bunten Reihe herangezogen wurden. Auf diese Weise hatten die Arbeiten des Clubs der potite jeunesse dorée zur Lösung der heiteren Lebensfragen einige Zeit hindurch ihren ungestörten Fortgang. Die Eltern der betreffenden Epikuräer wurden damit beruhigt, daß jeder Schüler einige Abende der Woche bei einem Mitschüler zur gemeinsamen Anfertigung der Klassenarbeiten zubringen mußte; und was die Geldmittel betraf, so gehörten ja die Eltern der Clubmitglieder zu der glücklich situirten Minderheit, die es nicht sogleich merkt, wenn aus ihren Geldschränken hie und da einmal eine Hand voll Thalerstücke oder ein Manipel Kassenscheine oder Goldstücke verschwindet. Endlich aber schlug auch für diesen so hoffnungsvollen Club die Stunde des Gerichts. Nemesis weckte den Verräther in der Gestalt einiger Aerzte, welche in die Nothwendigkeit versetzt wurden, den Eltern einiger der Clubisten über Krankheitserscheinungen an ihren Söhnen Mittheilung zu machen, die sonst nur das traurige Vorrecht reiferer Männlichkeit kund. Hierdurch wurden die Eltern zu Recherchen veranlaßt, und diese ergaben alsdann die ganze Wahrheit, deren species facti darin bestand, daß der Club während der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit die Gesammtsumme von 300 Thalern veranlagbt hatte, welche dadurch aufgebracht worden, daß jedes Mitglied zum Besten des Gemeinwesens stets so viel beigetragen hatte, wie ihm durch die gelegenheitlichen Griffe in die elterliche Kasse möglich war. Das Gericht, welches von Seiten des Gymnasialdirektors wegen dieses Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechts abgehalten wurde, hatte zur Folge, daß vier Rädelsführer aus der Schule gestoßen, die übrigen Theilnehmer aber in niedrigere Klassen versetzt wurden.

Nach der am 3. Dezember 1861 vorgenommenen Volkszählung betrug die Einwohnerzahl des Königreichs Sachsen, 2,225,240, d. i. 102,338 mehr als bei der Zählung des Jahres 1858.

Die „Allg. Z." schreibt aus Sachsen: Eine bemerkenswerthe Erscheinung ist die seit einem Jahrzehnt bis jetzt andauernde, und noch immer nicht zum Abschluß gediehene, Entstehung ungemein vieler kleinen Lokalblätter. Wo irgend ein Städtchen im Auge eines jungen Typographen für groß genug erachtet wird um dort eine Presse aufzustellen, da entsteht auch nach wenigen Wochen, um einem längst und schmerzlich empfundenen Uebelstand abzuhelfen, ein Wochenblättchen, das von dem jungen Erfindreg redigirt, gesetzt, gedruckt, verlegt und exportirt wird. Weß Geistes Kind ein solches Blatt in der Regel ist, darüber kein Wort; daß aber politische und allgemeine Bildung nicht aus diesem Boden erblühen kann, muß immer und immer wieder hervorgehoben werden.

Im Zwickauerdepartement ist beim Bau einer Eisenbahn ein ziemlich gut erhaltenes Mammuthskelet gefunden worden, welches 9 Fuß tief in dem angeschwemmten Boden vergraben lag.

Digitized by Google

Aus Kastilien schreibt man, daß es dort in den letzten Tagen bedeutend kälter war, als im verflossenen Winter. Dabei fand ein so dichter Schneefall statt, daß Straßen und Felder mehrere Stunden lang mit Schnee bedeckt waren.

Neueres.

⊙ Frankfurt, 25. April. (Privat-Korrespond.) Die gewöhnliche Donnerstagssitzung der Bundesversammlung ist gestern ausgefallen, da noch mehrere Gesandte von hier abwesend sind. — In der 12. vorsährigen Sitzung vom 13. April hat die Bundesversammlung beschlossen, das Ergebniß der Berathungen der Kommission zu Nürnberg über die bezüglich der deutschen Wechselordnung in Anregung gekommenen Fragen durch Vermittlung der HH. Gesandten empfehlend zur Kenntniß der hohen Bundesregierungen zu bringen, und dieselben zu ersuchen, sich über die Annahme der eine allgemeine Uebereinstimmung bezweckenden Kommissionsvorschläge, eventuell über die der Durchführung derselben entgegenstehenden Bedenken äußern zu wollen. Diesem Ansuchen entsprechend, hat Oesterreich in der Sitzung vom 4. Juli d. J. die Erklärung abgegeben, daß die meisten von der Kommission zu Nürnberg beantragten Ergänzungen der Wechselordnung für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der Mitunterzeichnung, bereits schon in Gesetzeskraft bestehen, ferner hat Bremen in der Sitzung vom 8. August eine obrigkeitliche Verordnung mitgetheilt, wonach die Vorschläge der Kommission zu Nürnberg die vollständige und entsprechende Berücksichtigung erfahren haben. Seitdem sind weiter zustimmende Erklärungen von den meisten deutschen Bundesstaaten eingegangen.

** München, 24. April. (Privat-Korresp.) Das königl. Staatsministerium der Finanzen hat die Kündigung der 5 pCt. Eisenbahnschuld beschlossen und wird das betreffende Reskript alsbald bekannt gegeben werden. Die genannte Schuld beträgt noch ungefähr 8 Mill. Gulden. Den Besitzern des gekündigten 6 pCt. Anlehens wird die Wiederanlage der betreff. Kapitalien bei dem 4½tigen Eisenbahnanlehen gestattet werden. — Die vierwöchentliche Bedenkzeit, welche die preußische Regierung denen des Zollvereins einräumte, um sich über den französischen Handelsvertrag auszusprechen, ist auf dringenden Wunsch mehrerer süddeutschen Staaten verlängert worden.

⊙ München, 25. April. Der Kabinettskurier Schuller, welcher gestern von Nizza hierher abreisen sollte, ist dort ziemlich schwer erkrankt. Nach gestern eingetroffenem Telegramm wurde ein Hofbediensteter mit den allerhöchsten Entschließungen von Nizza nach Lyon abgesendet und gleichzeitig gelangte der Auftrag hierher, dieselben von dort abholen zu lassen. Ministerialsekretär Brochier ging zu diesem Zwecke heute nach Lyon ab und wird bis Montag oder Dienstag hier wieder eintreffen. — Das Militärgericht hat Untersuchung gegen den ehemaligen Hofmarschall des Prinzen Adalbert, Oberlieutenant Gemeiner v. Follot, eingeleitet und dessen Internirung in die Kürassierkaserne verfügt. — Im der Hofreitschule probirte sich gestern der Pferdebändiger Rarey gegen ein Eintrittsgeld von 5 fl. à Person. Trotz dieses hohen Preises und der unterlassenen öffentlichen Ankündigung hatten sich doch etliche 40 Kavaliere dazu eingefunden. (S. Z.)

Preußen. Die Gerüchte über den Rücktritt des Ministeriums mögen zur Zeit bloß noch Gerüchte seyn. Aber sie sind jedenfalls die Schatten, welche — bald — kommende Ereignisse vorherwerfen. Das Ministerium hat Nachrichten aus den Provinzen, wonach der Sieg der Opposition außer allem Zweifel ist. Die Mittel, um ein anderes Resultat herbeizuführen, nämlich Gewaltmittel und Maßregelungen, sind ihm von der Krone versagt worden. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß es der König ist, der Herrn v. Jagow's Satelliten Zügel angelegt, der Herrn v. Kamptz genöthigt, mehr oder minder seine Worte zurückzunehmen. Dem gerade Sinne des Königs widerstrebt es, die Beamten zur politischen Heuchelei verleitet zu sehen, und er will gerne Alles entfernt sehen, was wie moralischer Zwang gegen dieselben aussieht. Fällt aber solch ein Zwang weg, so fällt auch jede Bedeutung der Wahlerlasse. Denn die von allen Seiten regnenden Proteste machen auch dem Schwächsten Muth. Dazu kommen noch die Entscheidungen des Danziger Stadtgerichtes, das die Wahlerlasse einfach als nicht amtliche Privatäußerungen der Minister bezeichnet. Alle diese Dinge wirken nicht allein aufs Volk ermuthigend, sondern entziehen dem Ministerium auch nach und nach beim Könige allen Boden, so daß es sehr möglich ist, daß das Ministerium noch vor dem Zusammentritt der Kammern zusammenbricht. Die seudalen Blätter verlassen bereits das leck Schiff und warnen ihre Partei davor, sich nicht durch zu große Intimität mit dem jetzigen Ministerium zu kompromittiren.

Persien. In Teheran war der k. Prinz Fermuhsin Mirza, da er die gesetzliche Großjährigkeit erlangt, mit großen Feierlichkeiten als Thronerbe proklamirt worden. Der Schah wollte am 25. März mit seinem Sohne und seinem ganzen militärischen Gefolge nach Sabris und Hamadan sich begeben, um die dort unter Leitung französischer Genieoffiziere in Ausführung begriffenen Festungswerke zu besichtigen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. B.)		—
"	5 pCt. Lomb. ditto.		85⅜ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon d. B.		75⅜ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854		81¾—⅝ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.		81 G.
"	4½ pCt.		45¼—⅜ G.
"	4 pCt.		—
"	3 pCt.		—
Preussen	4½ pCt. Staatsanlehen.		103¾ P.
Bayern	5 pCt. Obl. à K. (C. b. R.)		102⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. (Anl. dto.		103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. (Anl. dto.		104⅜ G.
"	4 pCt. Obl. (Anl. dto.		101¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.		101⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.		—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.		105⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.		93¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.		101⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842		86⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.		—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.		101⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.		87½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.		103 G.
"	4 pCt. Obl. dto.		101¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.		90¾ P.
Frankfurt	4½ pCt. Obl.		100⅜ P.
"	3 pCt. Obl.		95⅜ P.
Spanien	5 pCt. Int. Sch. F. à 5. 2. 30		49¼ P.
"	3 pCt. "		28½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.		100⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 6. 600		120 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		735—36 G.
Oesterr. Kredit-Aktien à fl. 200		157—½ G. exD
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmst. Bank à. u. 2. Serie à 6. 250		218½ G.
Nassauische Bank à Thlr. 100		80 G.
Mitteldeutsche Kreditbank		90 P.
Taunus-Eisenbahn à 6. 250		33⅜ G. exD.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn		78—72½ G.
Oest. F. St.-Bah. 3 pCt. 500 Fr. à 200 kr		245 P.
" Kliisab.-Bahn-Aktien 4 pCt.		120⅛ P. 119½ G.
" Kliisab.-Bahn Prior. à 5 pCt. à.		79 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z		32½—¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		136⅜ G.
Thür. Nord. b. Rothschild à 4½ pCt.		107¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obltg. à 3 pCt.		54 G.
Schl. Bank-Akt., 20 pCt. Einz.		2.50 P.
Span. Handels- u. Industrie		502 P.
" Credit-Aktien à 500. Pesetas		518 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.		106⅞ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		106¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amsterd. 6. tur. k. B.	100 G.
Augsb. 6. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 50 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lal. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. Bko. k. S.	88 G.
Leipzig Th. 50 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Fr. 200 k. S.	—
Mail. Fm. 200 k.	93⅜ G.
Paris Fr. 300 k. S.	92⅜ G.
Triest 5. 100 k. S.	—
Wien 6. 100 k. W.	—
do. 2 k. W.	88½ G.
do. in sich W. 2 k.	88½—⅛ G.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 5. 250 v. 1839	111 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
" 5. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 P.	Gr. Hessen 6. 50 b. R.	132½ P.
" 5. 500 v. 1860 6/7	70⅞—71 G.	" 5. 25 do.	37⅛ P.
" 5. 100 Kisb. v. 1858.	117 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	122½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	54 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische 6. 50	93¾ G.	Venetian-Loose 5. 10.	10¼ P.
Badische 5. 35	85½ P.	Anah-Dessauh. 6. 50	129⅜ P.

Frankfurt, 25. April. Das Geschäft war besonders in Oesterr. Kreditaktien zu steigenden Kursen von Bedeutung. Die übrigen öfterr. Fonds waren zwar ebenfalls recht fest, doch ohne bemerkenswerthe Veränderung der Kurse. Frankfurt-Hanauer und pfälzische Maybahnaktien waren abermals höher.

(Schl.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116-17. | Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Insertaten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Montag, 28. April 1862.

Die Uhlands-Feier.

In mehreren deutschen Städten ist vorgestern der 75. Geburtstag des Dichters und Patrioten Ludwig Uhland gefeiert worden. Ein liberales Leipziger Journal (Adler) erinnert daran, wie gerade dieser deutsche Republikaner und mit ihm seine Meinungsgenossen sich eben so dem borussischen Kaiserthum als dem Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Bund widersetzten. Wir geben hier den Schluß seiner damaligen Parlamentsrede nicht allein als ein ehrendes Zeugniß der Vergangenheit sondern auch als warnenden Fingerzeig für die Zukunft:

„Ich lege meine Hand auf die offene Wunde, den Ausschluß Oesterreichs. Ausschluß, das ist doch das aufrichtige Wort; denn wenn ein deutsches Erbkaiserthum ohne Oesterreich beschlossen wird, so ist nicht abzusehen, wie irgend einmal noch Oesterreich zu Deutschland treten werde. Auch hier glaube ich an die erste Zeit erinnern zu müssen. Als man Schleswig erobern wollte, wer hätte da gedacht, daß man Oesterreich preisgeben würde? Als die österreich. Abgesandten mit den deutschen Fahnen und mit den Waffen des Freiheitskampfes in die Versammlung des Fünfziger-Ausschusses einzogen und mit lautem Jubel begrüßt wurden, wem hätte da geträumt, daß vor Jahresablauf die österreich. Abgeordneten ohne Sang und Klang aus den Thoren der Paulskirche abziehen sollten? Die deutsche Einheit soll geschaffen werden; diese Einheit ist aber nicht eine Ziffer! sonst könnte man fort und fort den Reichsapfel abschälen, bis zuletzt Deutschland in Lichtenstein aufginge. Eine wahre Einigung muß alle deutschen Ländergebiete zusammenfassen. Das ist eine kümmerhafte Einheit, die ein Drittheil der deutschen Länder außerhalb der Einigung läßt. Daß es schwierig ist, Oesterreich mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen, wissen wir Alle; aber es scheint, Manche nehmen es auch zu leicht, auf Oesterreich zu verzichten. Manchmal, wenn in diesem Saale österreichische Abgeordnete sprachen, und wenn sie gar nicht in meinem Sinn redeten, war mir doch, als ob ich eine Stimme von den Tyrolerbergen vernehme, over das adriatische Meer rauschen ihre. Wiederum sich unser Geschichtsbuch, wenn Oesterreich von uns ausgeschieden ist! Die westlichen Hochgebirge weichen zurück, die volle und breite Donau spiegelt nicht mehr deutsche Ufer. Es genügt nicht, staatsmännische Pläne auszusinnen und abzumessen, man muß sich in die Anschauung in das Land selbst versetzen; man muß sich vergegenwärtigen die reiche Lebensfülle Deutsch-Oesterreichs. Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert, ich füge nur eins bei: Deutschland würde ärmer um alle die Kraft des Geistes und Gemüthes, die in einer deutschen Bevölkerung von acht Millionen lebendig ist. Ich glaube, meine Herren, daß, wenn wir mit einem Bundesstaat ohne Oesterreich nach Hause kommen, unser Werk nicht überall wird gelobt werden; ich glaube dieses namentlich von dem südlichen Deutschland sagen zu können, wo zwischen der dortigen Bevölkerung und der österreichischen eine nahe Verwandtschaft der Naturanlagen und der geschichtlichen Erinnerungen obwaltet. Schonen Sie, meine Herren, das Volksgefühl! Ich werde gegen meinen Landsmann, der vor mir gesprochen hat, seinen Bürgerfries führen, aber ich glaube doch sagen zu können, daß auch meine Gesinnung in dieser Beziehung nicht in der Luft hängt. Wir wollen, meine Herren — gestatten Sie zum letztenmal! — einen Dombau; wenn unsere alten Meister ihre riesenhaften Münster aufführten, der Vollendung des kühnen Werkes ungewiß, so bauten sie den einen Thurm und für den andern legten sie den Sockel, — der Thurm Preußen ragt hoch auf, wahren wir die Stelle für den Thurm Oesterreich! Der Thurmspitzen haben wir freilich eine große Zahl, ich will mich anders fassen. Mitten in der Zerrissenheit dieser Versammlung war mir das ein erhebendes Gefühl, daß, so sehr wir uns oft gegeneinander aufbäumen, wir dennoch durch das nicht mehr zu brechende, im Volksbewußtsein gefestigte Gebot der deutschen Einheit wie mit eisernen Banden zusammengeschmiedet sind; trennen Sie Oesterreich ab, so ist das Band zerschlagen. Zum Schlusse, meine Herren, verwerfen Sie die Eitelkeit, schaffen Sie keinen herrschenden Einzelstaat, stoßen Sie Oesterreich nicht ab, retten Sie das Wahlrecht, dieses kostbare Volksrecht, dieses letzte sortwiegende Wahrzeichen des vollsmäßigen Ursprungs der neuen Gewalt. Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist!" Der „Adler" schließt mit der Bemerkung: Wir sind neulich von den Leipziger Neugothanern gefragt worden, welchen erlauchten Namen wir dem alten Arndt, der einst „das ganze Deutschland" gefungen hat und später doch auch für das preußische Erbkaiserthum, für den preußischen Bundesstaat ohne Oesterreich wirkte, entgegenzusetzen hätten? Uhland haben wir entgegenzusetzen, Ludwig Uhland.

Deutscher Bund.

Bayern. Am 5. des nächsten Monats wird am Kassationshofe der Pfalz der Prozeß des ehemaligen Abgeordneten Pfarrer Takel und damit die Frage entschieden werden, ob den Pfarrern in Bayern pragmatische Rechte zustehen oder nicht. — Die Justizbehörde fordert denjenigen patriotischen Soldaten, welcher einem Unbekannten ein Rassirmesser verkaufte, auf, sich zu nennen. (Der wegen Erwerbung der Ehmer inhaftirte Hubertus will ein solches hergestalt gekauft haben.)

Der k. Advokat Abt in München wurde wegen Verletzung seiner anwaltschaftlichen Pflichten durch Vorenthaltung von Geldern, welche dieser für seine Mandanten eingenommen hat, auf die Dauer von drei Monaten von der Advokatenpraxis suspendirt.

— **Oesterreich.** Wie dem „Pesther Lloyd" aus Agram geschrieben wird, hat der Nothstand in Kroatien eine solche Höhe erreicht, daß die Regierung, um nicht Viele geradezu dem Hungertode preisgegeben, außer den bereits früher geschenkten 10,000 fl., noch weitere 15,000 fl. als eine in 6 Jahresraten rückzahlbare Unterstützung hat bewilligen müssen. Es war diese Hilfe um so nothwendiger, als in dem 20,000 und darunter viele reiche Einwohner zählenden Agram eine Subskription für die Unglücklichen nur 158 fl. eingebracht hatte. Leute, deren Vermögen nach Hunderttausenden zählt, hatten die Stirne gehabt, 10 bis 50 kr. zu unterzeichnen. Das viel kleinere Karlstadt hatte wenigstens 1400 fl. für diesen Zweck gespendet.

§ **Wien**, 25. April. (Privat-Korrespond.) Der französisch-preußische Handelsvertrag wird hier sehr scharf beurtheilt und — verurtheilt. Die allgemeine Ansicht ist, daß Oesterreich vor der preußischen Kombination, die Existenz und Entwicklung des Zollvereins der Einfuhrte Frankreichs anheim zu geben, nicht zurückzubeben braucht; die Produktion und Industrie des Kaiserstaates werden durch eine etwas höhere Zollschranke im Norden sich den Weg nach dem Osten, Süden und Westen nicht versperrt sehen, und es bleibt eine offene Frage, ob Preußen sich mehr nach den Fleischtöpfen Oesterreichs oder Oesterreich mehr nach den Teltower Rüben Preußens sich sehnen wird. Jedoch die politische Bedeutung dieses Schachzuges, der nicht rückgängig gemacht werden kann, darf nicht unterschätzt werden, und der Wind, nach welchem sich das Berliner Kabinet dreht, ist scharf zu beobachten; die deutschen Staaten haben Gelegenheit zur Demonstration, ob sie das Subjektionsverhältniß zur preußischen Führung anerkennen oder als gleichberechtigte souveräne Staaten nur dem Gebote ihres eigenen Interesses folgen. Vor diesem Ereigniß weicht die Finanzfrage theilweise zurück, theilweise geräth sie in andere Bahnen; aber die kleinen Intrigen einzelner politischer Faktoren verschwinden ganz und gar, deren Zerstückungs- und Verkleiner-

Digitized by Google

ungsfucht Oesterreichs in solchen Momenten geradezu eine Karrikatur wird. Gewissen Parteien ist es freilich eine Nebensache, ob die Integrität eines Königsweg mehr oder weniger hat. Unseren klerikalen Blättern z. B. sind obnehin die Fabriken ein Dorn im Auge, mit diesen ist nicht zu streiten. Die Aristokraten, jener Theil der Aristokratie, welcher bei der Berliner Kreuzzeitung in die Schule geht und nebenbei mit der Demokratie Bruderschaft trinkt, die ganze Negationsskolastik ist durch die unerwartete Haltung der Berliner Regierungskreise in ihrer Maulwurfsarbeit gestört, denn das dualistische oder föderalistische Reich böte keine Handhabe, die wahren und wirklichen Interessen gegen solchen Coup zu sichern um zu schützen.

—Preußen. Auch Halle, Breslau und Königsberg, haben vom Kultusminister eine ziemlich versöhnende Antwort auf ihre Wahlproteste bekommen. Nur der Universität Greifswald hat, wie die „Stern-Z." sagt, auf eine nach Fassung und Inhalt nicht zu billigende Erklärung „auch eine ernste und nachdrückliche Zurückweisung zu Theil werden müssen." Der Berliner Professor Bärensprung hat sich von dem Protest seiner Kollegen losgesagt und dem Ministerium sein Vertrauensvotum zugewandt.

Hannover. Die zweite Kammer hat den Vertrag wegen Ablösung des Stader Zolles genehmigt. In der ersten Kammer äußerte der Finanzminister Graf von Kielmannsegge seine persönlichen Bedenken gegen den preußisch-französischen Handels-Vertrag.

Baden. Nachdem schon auf dem Landtage 1859 und 1860 ein Gesetz über volle bürgerliche Gleichstellung der Juden aus Gründen der Opportunität verschoben worden war, bis zu der Erledigung der Entschädigungsfragen über freie Niederlassung und freien Gewerbebetrieb, glaubte die badische Regierung auf dem gegenwärtigen Landtage und nach Erledigung der vorbezeichneten Fragen auch mit der Einbringung dieses Gesetzes nicht länger mehr zögern dürfen. Es bezweckt die vollständige bürgerliche Gleichstellung der Juden mit alleiniger Ausnahme der Feststellung einer 5jährigen Uebergangsfrist für den Eintritt mit Allmengenuß und Armennutterstützung. Es ist bekannt, daß dieser Gesetzesentwurf von der im Konkordatskampfe unterlegenen Partei benutzt wurde zu einer Agitation gegen das bestehende Ministerium. Man bediente sich der bestehenden Vorurtheile, d. h. der Unbildung und Unsittlichkeit als der allein möglichen Waffen in diesem Kampfe, an welchem sich die größeren Städte des Landes kaum, die kleineren Orte in höchst ungleicher Anzahl, 13 Amtsbezirke gar nicht betheiligten. Im Ganzen lagen der 2. Kammer demnach 194 Petitionen mit 18,100 Unterschriften vor, die gegen die Juden mit den Gründen der Sittenabsonderung, der Ceremonialgesetze, der „unreinen Moral" des Talmuds auftraten, die Juden mit einer Schmarotzerpflanze, mit den Zigeunern verglichen und sichere Judenverfolgung in Aussicht stellten. Häufiger dem Hörensag nach die Berichterstattung über das Gesetz zugefallen, Häufer, den man gewiß keiner blinden Sympathie für das Judenthum zeihen kann. In der That verschärft er sich nicht der in Stammesverschiedenheit und historischer Stellung innerhalb der christlichen Entwicklung begründeten Abneigung. Für das blinde Vorurtheil und die verfolgungssüchtige Gehässigkeit, hat er aber nur Worte der Zurückweisung. „Einmal muß die Gesetzgebung sich über diese Vorurtheile und Antipathien hinwegsetzen; es scheint uns besser, daß es jetzt geschieht, wo obnehin ein wesentlicher Theil unserer übrigen Arbeit auf diese Entscheidung hindrängt." Vollständig einverstanden mit dem Grundgedanken des Entwurfes will sonach die Kommission nur Verdoppelung der oben erwähnten Uebergangszeit von 5 auf zehn Jahre; es ist das vielleicht eine Schwäche, jedenfalls aber eine wohlgemeinte. Begriffen für den Bildungsschritt der letzten 30 Jahre mag es seyn, daß im Jahre 1831 nur 2 Stimmen der 2. Kammer für völlige Gleichstellung der Juden sich erhoben; heute glaubt man einstimmige Annahme erwarten zu dürfen.

Anhalt. Köthen. Der hiesige katholische Geistliche Pfarrer Bode soll nach der „Magdeburger Zeitung" gegen seinen Willen auf Veranlassung der apostolischen Nuntiatur zu München versetzt werden. Da dem Austreten dieser Geistlichen ein musterhaftes Einvernehmen zwischen den verschiedenen Konfessionen zu verdanken ist, so hat eine Anzahl von Protestanten, darunter auch mehrere Geistliche, eine Petition an den Herzog gerichtet, in welcher sie bitten, alle Mittel anzuwenden um die beabsichtigte Versetzung des Pfarrers Bode zu hintertreiben. Gleichzeitig sollen, wie das genannte Blatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, die vier katholischen Gemeinden Anhalts zu Köthen, Bernburg, Zerbst und Dessau ein gemeinschaftliches Gesuch an das Ministerium in Dessau gerichtet haben, in welchem das dringende Bedürfniß nachgewiesen ist, daß Anhalt unter einen deutschen Bischof (der jetzige Bischof ist ein Italiener) gestellt wird. Und in der That dürfte ein so abnormes Verhältniß wie in Anhalt kaum je wieder gefunden werden, daß der Bischof die Sprache seiner Gemeinde nicht versteht, daß er ihre Klagen nicht hören, kein Wort des Trostes ihr zurufen kann.

Schleswig-Holstein. Die famose Untersuchung gegen die 22 deutschen Mitglieder der schleswig'schen Ständeversammlung, namentlich gegen die Abgeordneten Thomsen von Oldenswort und Hansen von Grumby, hat aus Mangel an irgend einer Unterlage einfach aufgegeben werden müssen.

Freie Städte. Hamburg. Hier feierte am 23. der „Verein schleswig-holsteinischer Kampfgenossen" den Jahrestag der Treffen bei Schleswig (1848) und bei Kolding (1849) durch Gesang, Reden und Musik. Unter den Reden hebt sich ein großer Theil auf Schleswig-Holsteins Verhältniß zu Preußen während des Krieges und seit dem ungtücklichen Ende desselben. Für die Fortschrittspartei in Preußen und deren Sieg bei den bevorstehenden Wahlen wurden mehrfach die lebhaftesten Wünsche ausgesprochen. (Diese Wahlen gingen bekanntlich gestern vor sich.)

Frankreich.

Die Aktien der Caisse Mirès wichen heute wieder auf 105 zurück. Herr Mirès wird bald nach Marseille abreisen, wo er einer Ovation entgegensieht. Den Armen von Douai schenkte der Schwiegervater des Fürsten Polignac großmüthig 50,000 Frcs. Dafür veröffentlicht oder auch der „Industriel" von Douai den freisprechenden Gerichtsbeschluß — in Goldbruck (!). Die Marseiller Blätter ihrerseits werfen der Regierung aufs heftigste vor, sie sey schuld daran, daß die türkische Anleihe zum größten Nachtheil des französischen Einflusses im Orient von Mirès in die Hände Englands überging! — Der Kaiser hat seit mehreren Tagen täglich längere Konferenzen mit dem Schiffsbauintekter de Puy de Lome über die geeignetsten Mittel zur Panzerung der gesammten französischen Flotte.

Ueber Schiffspanzer und Kanonen.

London, 17. April. Ueber Schiffspanzer und Kanonen, oder Admiralität und Armstrong, bringt „Punsch" folgenden zeitgemäßen Leitartikel:

Schlägst du meinen Juden, schlage ich deinen Juden.

Eine wahrscheinliche Chronologie.

1860. Mr. Armstrong, aus Newcastle-upon-Tyne, erfindet gezogene Kanonen, mit denen man das stärkste Schiff in Stücken schießt. Er wird zum Ritter, und die Admiralität fühlt sich wie mit Blindheit geschlagen.

1861. Die Admiralität beginnt wieder Licht zu sehen und erfindet Schiffe aus Eisen und Stahl, denen die gewaltigste Kanonenkugel nicht weh thut.

1862. Sir William Armstrong erfindet eine Kanone, welche die Eisenschiffe in Splitter schießt. Die Admiralität sinkt in die Erde.

1863. Die Admiralität steht wieder auf und erfindet Platinaschiffe, die mit Diamantkitt festgemacht sind, und Sie William Armstrong's Kanonenkugeln zerschellen daran wie Bon-Bons. — Mr. Gladstone erhöht die Einkommensteuer auf das Doppelte.

1864. Sir W. Armstrong erfindet eherne Donnerkeile (die des alten Jupiter, wie man glaubt) und bohrt, in einem leichten Versuch, den größten Theil der englischen Kriegsflotte in den Grund.

1865. Die Admiralität erfindet Zitterschiffe, die unter Wasser und unterhalb jeder Kanonenschußweite segeln. Sir W. Armstrong rauft sich das Haar aus und flucht in der Mundart von Newcastle.

1866. Sir W. Armstrong erfindet eine senkrechte Kanone, die griechisches Feuer grade hinab in die Tiefe schießt, und zum zweiten Mal vernichtet er den größten Theil der englischen Flotte. Die Lords der Admiralität wollen sich aufhängen, da fällt ihnen etwas ein, und sie lassen es bleiben. — Mr. Gladstone verdoppelt abermals die Einkommensteuer.

1867. De Cumming, der seit einigen Wochen seine Kohlen nur sachweise gelaust hat, verkündet plötzlich den Eintritt des Millenniums. Da nun allerwärts auf Erden Frieden herrschen soll, so erfindet die Admiralität nichts mehr, sondern will das Weitere abwarten. Um Dr. Cumming's Wahrhaftigkeit zu erproben und zu sehen, ob sich nun wirklich die Löwen neben den

Digitized by Google

Italien.

Der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Italien wird, wie die „Nationalités“ mittheilen, nächste Woche in Paris unterzeichnet und der italienischen Kammer nach ihrem Wiederzusammentritt, im Monat Juni vorgelegt werden. Man versichert, daß von Frankreich alle England und Belgien gemachten Konzessionen auch dem Königreich Italien zugestanden seyen, wo außerdem günstige Bedingungen für mehrere Ausfuhrartikel, wie Oel, Seide, Pasteten u. s. w. erlangt habe. Garibaldi hat auf sein Vorhaben, jetzt eine Reise nach dem Süden Italiens zu unternehmen, verzichtet. Wie man aus Brescia schreibt, sagte er jüngsthin zu einigen seiner Freunde: „So lange sich Viktor Emanuel in Neapel befindet, ist es besser, daß ich an den Ufern des Mincio bleibe.“

Türkei.

Der lithographirten „Corr. Havas“ wird geschrieben: Vorigen Donnerstag hatte ich Gelegenheit, mich selbst von den guten Gesinnungen des Sultans für die Armee zu überzeugen. Ein Offizier verschaffte mir Eintritt in das kaiserliche Theater von Dolma-Backsche, wo der Sultan von der Gesellschaft Soullier eine Vorstellung geben ließ. Es waren zahlreiche Einladungen ergangen, sowohl an Offiziere, wie an gewöhnliche Soldaten der Land- und See-Armee. Ehe der Vorhang in die Höhe ging, stellte sich der Sultan in die Mitte des Parterre und hielt ungefähr folgende Ansprache: „Obgleich ich schon viel für die Armee gethan habe, will ich doch noch mehr für sie thun; denn ich wünsche sie auf gleicher Stufe mit jeder andern europäischen Armee zu sehen; es ist dies mein größter Stolz. Ihr seht, daß ich nicht viel für mich ausgebe. Ich kleide mich ebenso einfach als ihr. Ich wurde durch den Rathschluß Gottes zum Vater meines Volkes erwählt, und ich wünsche, daß meine Offiziere gleichfalls Väter für meine Soldaten seyen. Ich fordere Alle und Jeden insbesondere auf, mir furchtlos ihre Beschwerden vorzutragen, und ich verspreche, denselben alle Aufmerksamkeit zu schenken.“ Diese Rede machte einen lebhaften Eindruck auf das Auditorium.

Rußland und Polen.

Um die Feierlichkeit der Erinnerung an das tausendjährige Bestehen des russischen Reiches noch zu erhöhen, war in Anregung gekommen, gleichzeitig das Jubiläum der Einführung des slavischen Alphabets durch Cyrillus und Methodius zu begehen. Da nun aber dieses Fest für alle slavischen Stämme seyn soll, und da bereits ein Abkommen unter allen östlichen Slaven besteht, dieses Nationalfest im Jahre 1863 zu feiern, so hat man diese Idee wieder fallen lassen. — Das Jahr 863 ist übrigens auch nach der deutschen Kirchengeschichte dasjenige, wo die genannten griechischen Mönche bei den mährischen Slaven Predigt, Bibelübersetzung und Gottesdienst in slavischer Sprache einführten. Das älteste cyrillische Sprachdokument ist dagegen vom Jahre 855. Es könnte also eigentlich nur jenes speziell Mähren betreffende Erinnerungsfest im nächsten Jahre gefeiert werden. Die Einführung des Christenthums in Rußland fällt erst in das zehnte Jahrhundert. Die russische Wochenschrift „Der Tag“ äußert sich über dieses Nationalfest: „Unter den vorliegenden Umständen tritt die historische Wahrheit in zweite Linie zurück, denn es handelt sich um ein Einverständniß, dem sich alle die weiteren Aeußerungen der großen Familie der slavischen Völker ungeschlossen haben, wobei in erster Linie steht, durch solche Erinnerungsfeste die Bande des gemeinschaftlichen Ursprungs, der Sitten und der Religion, welche sie so eng vereinigen, zu befestigen.“

Volkswirthschaftliches.

ô Frankfurt, 25. April. (Extra-Korrespond.) Das Hauptgeschäft unserer Lederwesse kann als bereits beendet betrachtet werden. Die Zufuhren sowohl an Sohlleder als an Oberleder waren für eine Ostermesse, wo der Bedarf immer bedeutend geringer ist, als zur Herbstmesse sehr stark und übertreffen die Nachfrage bei weitem, so daß noch ein guter Theil unverkauft bleiben wird. Die Verkäufer mußten sich daher trotz allen Widerstrebens mit etwas niedrigen Preisen begnügen, und erfuhren gegen die letzte Herbstmesse Mißhelligkeiten. Abschlag von 3—5 Thlr., deutsches Sohlleder 4—6 Thlr., Wasch- und Zeugleder 3—5 Thlr., schwarzes und braunes Kalbleder 6—8 Thlr. und Rindleder 5—8 Thlr. pr. Ctr. Was die Qualität der zur Messe gebrachten Ledervorräthe anbelangt, so soll dieselbe durchgehends eine ganz vorzügliche seyn. Es wurde bezahlt in Partien je nach Qualität für: Wildshohlleder prima Qualität 60—64 Thlr., Wildkahlleder 56—63 Thlr., geringere Sorte 52—55 Thlr., deutsches Sohlleder 1. Qualität 56—59 Thlr., 2. Qualität 50—55 Thlr., Rindleder 66—72 Thlr., braunes Kalbleder 100—110 Thlr., schwarzes Kalbleder 84—99 Thlr., Zeugleder 54—60 Thlr., und für Waschleder 55—65 Thlr. Die Preise verstehen sich per Zollcentner und der Thlr. zu 1 fl. 30 kr. gerechnet.

— Dem Kunstgärtner Machac ist es gelungen, in dem Lauboschen Treibhause zu Sibirig am Goßein in Mähren nahekommen marktfähige Vanilleschoten zu ziehen; bekanntlich findet sich die Vanillepflanze in vielen Warmhäusern vor, wo sie zwar reichlich blüht, aber nie Früchte ansetzt. Herr Machac bewirkte den Ansatz von Samenschoten durch die künstliche Befruchtung, welche unseres Wissens auch auf Mauritius und Bourbon angewendet werden muß, wenn die Vanillen-Plantagen ein reichliches Erträgniß abwerfen sollen.

Nichtpolitische Zeitung.

Die „Landshuter Ztg.“ bringt folgenden Nekrolog: Freiherr Theodor v. Hallberg wurde geboren 1775 auf dem Hause Broich, bei Jülich, war 1813 bis 1815 Kommandant des bergischen Landsturms gegen Napoleon. Im Jahre 1816 siedelte er nach Bayern über. Von dem Orte Gauting, der oberhalb München gegen Starnberg zu liegt, und in dessen Nähe die Reismühle sich befindet, die der Sage nach eine Rolle in der Geschichte Karls des Großen spielt — legte er sich den Namen „Eremit von Gauting“ bei. Der „Eremit“ machte viele Reisen — nach Skandinavien, England, Algier, Griechenland und Persien, und noch 1849 nach Amerika. Er schrieb: „Reise durch Skandinavien“, „Reise-Spitzel durch den Staatsrath“, „Der Soldat“, „Stammbuch der eisernen Hand des Götz von Berchlingen“, „Die Armeekolonie“, „Reise durch Italien“, „Ueber den Rhein-Donaukanal und den alten Handelsweg nach Indien“, „Reise nach Frankreich und Algier“, „Reise nach dem Orient“, „Reise durch England“. In Würzburg

---

Zicklein lagern werden, läßt die zoologische Gesellschaft (gegen den Rath ihres kreischenden Sekretärs, Mr. Selater), ihren gehetzten Löwen los, während eine ganze Waisenkinderschule im zoologischen Garten ist. Da der Löwe sich nur neben das Zicklein lagert, um es zu verdauen, so denkt die Admiralität, daß Dr. Cumming sich in seinen Berechnungen geirrt haben dürfte, und beschließt eine neue Flotte zu erfinden. — Mr. Gladstone erhöht die Einkommensteuer abermals auf das Doppelte.

1868. Die Admiralität erfindet eine Steinflotte mit Korklielen und bietet Sir W. Armstrong Trotz.

1869. Sir W. Armstrong erfindet den Hannibal oder die Alpenbombe, welchen den Fürsten Eisig enthält, und vor der die Steinschiffe schmelzen. Nachdem er die englische Flotte zum dritten Male zerstört hat, wird er als Lord Bomb zur Pairs erhoben.

1870. Die Admiralität erfindet eine Luftflotte, die in den Wolken außer Schußweite segelt, und der erste Lord nimmt Sir W. Armstrong mit dem Fernrohr aufs Korn. — Mr. Gladstone verdoppelt die Einkommensteuer zum vierten Mal.

1871. Lord Bomb erfindet einen Luftballon-Artilleriepark, und schießt versuchsweise die ganze englische Flotte in die Nordsee.

1872. In ihrer Verzweiflung erfindet die Admiralität eine unterirdische Flotte, die durch Tunnels nach allen Kolonien geschafft werden soll, aber Mr. Gladstone gibt mit freundlichen Worten zu bedenken, daß Jedermann schon das Doppelte seines Einkommens als Einkommensteuer zahle, und daß daher das englische Volk gegen neue Auflagen seyn dürfte, wenn die Regierung nicht einigen Beweis von Sparsamkeit gebe. — Die Regierung entläßt daher bewährt ausgedienten Amtsschreibern die Pension, entläßt einige Nachtwächter am Ministerialgebäude, und legt dann ihre Unterwirklichkeitsflottenvoranschläge vor.

1873. Lord Bomb erfindet seine Typhoons oder Erdbebenbomben, und zerquetscht die englische Flotte im Tunnel von Kalmania. Zum fünften Mal verdoppelt Mr. Gladstone die Einkommensteuer.

1874. Der Kaiser der Franzosen proklamirt das tausendjährige Reich, welches natürlich sogleich eine Wahrheit wird; man braucht keine Kriegsschule mehr und die Steuereinnehmer erlassen Jedermann die noch nicht fällige Quartalseinkommensteuer. Lord Bomb erfindet, der Veranlassung zu Ehren, sein Vulkanfeuerwerk und sprengt durch einen Unfall das Publikum in die Luft.

Digitized by Google

ließ er 1823 seinen einzigen im Heine'schen Institut behandelten Sohn begraben; 1831 organisirte er von Gauting aus den Adressesturm der Landleute gegen den liberale Partei. Wenn die Mang'sche Realencyklopädie von ihm sagt: er sey ein in seinen Aeußern in jeder Beziehung höchst origineller Mann gewesen, so ist hiezu anzuführen, daß er es nicht blos in seinen Aeußern gewesen. Was dieses betrifft, so trug er einst zanzen Bart, ein rothes Fez, Sammetrock mit Schärpe und Juchtenstiefel. Ein Pfeifenstummel dampfte im Munde. Selbst in Athen, wo man doch allerlei Nationen sieht, machte er großes Aufsehen. Nach München pflegte er seiner Zeit in einer mit Gisen bespannten Kutsche hineinzufahren, ein Bauernbursche lenkte das Gespann. Ein bizarrer Einfall von ihm war das Freysinger Moos zu kultiviren, und es mag ihm die Hoffnung vorgeschwebt haben, daß aus dieser fruchtlosen Ebene eine fruchtbare Gegend geschaffen werden könne. Er erwachte viel von seiner Kolonie. Aus allen Gegenden, selbst aus Baden und Würtemberg, zog er Kolonisten herbei. Straßen wurden angesteckt und erhielten pompöse Namen. Auch das Dorfwirthshaus bekam eine großsüdsüdliche Bezeichnung. Die Kolonie kam zu keinem Gedeihen, und blieb arm. Ein früherer Pfarrvikar von Hallbergmoos hat 1849 eine scharfe Broschüre über diese Kolonie und gegen Fehrn, von Hallberg herausgegeben. Der „Eremit von Gauting" mag ihrer zuletzt satt geworden seyn; er zog hinweg, hatte im bayerischen Walde das Schloß Chamereegg, und erwarb zuletzt Hohenaudorf, wo er seine Tage beschloß. — Zu Anfang der vierziger Jahre erschien das 70jährigen „Eremiten" Heirathsantrag in den öffentlichen Blättern, und fünfzig schöne Mädchen sollen sich gemeldet haben, wie er versichrte. (Er schnitt gelegentlich aber gewaltig auf, und koketirte mit seiner interessanten Persönlichkeit.) Vor einigen Monaten erschien im „Kurier für Niederbayern" das „Eremiten" Testament, worin er seinen Besitz einem Verwandten und seinem treuen Dienerschaft vermachte. Am Charsamstag 1862 donnerten ihm die kleinen Kanonen, die er der Gemeinde Weng geschenkt, den letzten Gruß! Dreiundneunzig Jahre alt, war der „Eremit von Gauting" ins Grab gesunken — ein sonderbarer Mann aus einer dahin gegangenen Zeit!

Prag. Am 21. d. Nachmittags betrat ein im anständigem schwarzen Gewande junger Mann im beiläufigen Alter von 24 Jahren die Hausflur des neben dem Damenstifte am Hradschin befindlichen Palais des Fürsten Moriz Lobkowitz und wandte sich an den eben mit Lampenputzen beschäftigten Hausknecht mit der Frage, ob er den Kassier sprechen könne. Dieser nahm keinen Anstand, den Wohlgekleideten nach der verlangten Kanzlei zu weisen, in die derselbe eintrat und den allein anwesenden Kassier um Gehör bat, da er ihm etwas insgeheim zu sagen habe. Kaum hatte der Fremde das Alleinseyn mit dem Kassier bemerkt, als er aus der Tasche eine Handvoll Sand zog und denselben in die Augen warf; da dies aber die Wirkung, denselben momentan zu blenden, verfehlte, durch einen gegen die Brust geführten heftigen Stoß zu betäuben, suchte, was aber ebenfalls nicht gelang, worauf die beiden Männer in einen Kampf auf Leben und Tod geriethen, sich würgten und bei dem gegenseitigen Ringen einen Schreibtisch umstürzten. Trotz dieses Geräusches und der lauten Hilferufe des bedrängten Kassierer zeigte sich doch Niemand, da fast alle Personen das Palais verlassen hatten. In diesem Faustkampfe begriffen, fielen Beide zu Boden, der Kassier kam auf den Eindringling zu liegen, ersah einen glücklichen Augenblick, sprang zur Thür hinaus, schlug die mit starkem Eisenblech beschlagene zu, drehte den Schlüssel um und stürzte in die Bestibule, wo er den Portier von dem Vorfall in Kenntniß setzte und zur Holung einer Polizeipatrouille beorderte, die alsbald in Begleitung eines Kommissärs erschien. Der Versuch, die Thüre zu öffnen, mißlang, der gefangene Verbrecher hatte sie von Innen verrammelt und mußte man das Brecheisen anwenden. Bevor es noch gelungen war, dieselbe zu sprengen, hörte man einen Schuß und als man in die Kanzlei eindrang, fand man den enseelten Leichnam des Unglücklichen, der sich mit einem der vier in dem Bureau hängenden Pistolen erschossen hatte. Bei der Untersuchung seiner Kleidungsstücke fand man in seinem Rocke ein Wanderbuch, das ihn als einen Steinbruckegehilfen von Reichenberg auswies, in seiner rechten Hosentasche etwas Sand, in der linken einen schweren Stein, zwei Reukenzer und etwas Gift.

— Eine Räuberbande, aus 6 Mann bestehend, verbreitet großen Schrecken in der Theißgegend; man hält dieselbe für einen Theil der Pallo'schen Bande. Vor nicht langer Zeit entwaffneten sie zwei Jäger auf einer Tanpa unweit der Theiß, auf deren Anzeige der Erlauer Bezirkshuhtrichter einen Sicherheitskommissär mit 6 Panduren aus Mezökövesd nach der erwähnten Tanpa sandte. Vor der Thüre derselben wurden sie mit zwei gut gezielten Schüssen empfangen, welche sogleich zwei Panduren zu Boden streckten; die übrigen ergriffen ihre Gewehre und es begann ein Kreuzfeuer, in welchem abermals ein Pandur verwundet wurde. Der Sicherheitskommissär sprengte mit den übrigen Panduren in das nahgelegene Dorf Mezgyes um Hilfe zu requiriren. Indeß machten sich die Räuber auf dem Staube und gingen noch in derselben Nacht auf die Tanpa des Herrn Sz., wo sie Speisen, Wein, Branntwein und Haber begehrten, und sich für Siebenbürgen ausgaben. Es soll unter ihnen ein 60jähriger Mann mit seinen 2 Söhnen seyn. Sie sind sehr gut bewaffnet, haben schöne Pferde und bedrohen besonders die Israeliten.

In Ahrenberg (sog. rothen Hahn) fand man beim Abbrechen der alten Kirche einen großen steinernen Sarg, worin sich Ueberreste menschlicher Gebeine und verschiedene goldene Schmuckfachen befanden. Der Sarg trug als Aufschrift die Jahreszahl 1401 und vermuthet man, daß er die Gebeine der Gründer der Kirche, eines Herrn v. Helfenstein und dessen Gemahlin Agnes v. Lahnstein enthalten habe.

Zur Empfehlung der „Misérables" von V. Hugo wird in Paris folgende Aeußerung kolportirt, welche der Herausgeber Pagnerre einem Bekannten gegenüber gemacht haben soll: „In der That, ich weiß nimmer, wann ich fertig werde! Es kommen mir gar keine Bürstenabzüge mehr zu! Alle Setzer weinen so, daß ihnen der Blick vergeht."

Die französische Akademie hat den dramatischen Preis, der seit 1850 nicht vergeben worden, dem König „Oedipus", übersetzt von Lacroix, zuerkannt.

Der in der Osterwoche aus Tasmania (von Diemensland) in der Themse eingelaufene „Antipodes" berichtet der Englischen Korrespondenz zufolge, daß er einmal binnen 8 Stunden nicht weniger als neunzig Eisberge von ungewöhnlicher Größe passirte.

Neueres.

München, 27. April. Die Offiziere des topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes haben demnächst wieder ihre Arbeiten zur Herstellung des großen Atlas für das Königreich Bayern in den verschiedenen Provinzen wieder zu beginnen. — Der ehemalige Hofmarschall des Prinzen Adalbert, Oberlieutenant Gemeiner v. Ballot ist aus der über ihn verhängten Haft wieder entlassen worden.

Preußen. „In der größten Stunde" appellirt die preußische „Kreuzzeitung" noch einmal an alle loyalen Preußen, welche Recht und Würde der Krone festhalten wollen. Das preuß. Königthum habe seit die Fahne des gesunden Fortschritts und der probehaltigen Reform vorangetragen u. s. w. Auch die liberalen Blätter rufen zur Sammlung; mehrere derselben verkünden, daß sie erst am Dinstag erscheinen werden.

In Paris kursiren als Tages-Anekdoten, Viktor Emanuel habe den seinen Besuch in Neapel ankündigenden General Goyon gebeten, sich nicht ohne Noth zu bemühen, da er, der König, ohnehin nächstens einen Besuch in Rom machen werde; ferner, schiebt ein japanesischer Gesandter, der sich die Misérables kaufte, zur Belehrung auf den Titel unter Viktor Hugo: „Dermalen franz. Gesandter in England."

Das Begräbniß des britischen Gesandten Wyse in Athen war sehr feierlich. Derselbe war in Griechenland, welches er schon 1816 als Philolog und Archäolog bereist, wohl bekannt und geliebt. Der französische Gesandte Bourrée hielt die Grabrede.

Rußland. Die bei dem evolutionären Blatt „Weliko Ruß" betheiligten russischen Studenten Dannenberg, Bock und Labanow haben ihre Freiheit erhalten, dagegen wurde der mitbetheiligte Oberst Obrutschew zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Aus Persien berichtet ein Wiener Blatt eine gräßliche Hinrichtung oder Schlächterei von 57 gefangenen Turkomanen, wobei die kommandirten Soldaten mehrmals absichtlich fehlschossen, dann immer nur wenige trafen, so daß nach 2400 Schüssen die Civil-Henker herbeigerufen wurden, und den noch Lebenden die Köpfe mit Säbeln abschlugen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 118. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile zu gewöhnlicher kleiner | 59. Jahrgang. | Schrift- oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 Kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dienstag, 29. April 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

†* Korrespondenz aus Oesterreich.

Wie uns aus Siebenbürgen geschrieben wird, soll in Wien eine sächsische Nationaldeputation installirt werden, welche aus dem Comes-Stellvertreter, Konrad Schmidt, dem Präsidenten des Oberlischenrechtes in Wien Dr. Zimmermann, dem ersten Deputirten für Hermannstadt, dem Schätzburger Senator Josef Gull bestehen und demnächst ihre Wirksamkeit antreten wird. Der Wunsch, daß es dieser Korporation gelingen möge, die Bestrebungen der Siebenbürger Sachsen am rechten Orte zur Geltung zu bringen, ist bei ihren Landsleuten um so größer, je lauter die Klagen darüber sind, daß man sich in Wien noch immer der Erkenntniß verschließe, wie der heutige Dualismus in der Verwaltung des Kaiserstaates unmöglich zum Ziele führen könne. Wie das Beispiel Kronstadts und die Entstehung der Jung-Sächsischen Partei lehrt, schaaren die Sachsen schon heute sich nicht mehr so einmüthig wie vor 14 Jahren um die Fahne Oesterreichs: vielmehr glaubt nach so vielen Enttäuschungen ein starker Bruchtheil nicht mehr in dem konstitutionellen Gesammtstaate, sondern in der Hingebung an das Magyarenthum Heil zu finden. Um so unbegreiflicher erscheint es aller Welt, daß die Regierung auch jetzt wieder die sächsische Nationsuniversität in eben dem Augenblicke im Stiche läßt, wo es dieser gelungen ist, die Fahne von 1848 wieder hoch empor zu heben. Allgemeine Muthlosigkeit droht sich zu verbreiten, wenn man sieht, wie das Gubernium frei Hand hat, die deutsche Presse Hermannstadts mit Verwarnungen zu Tode zu maßregeln; wie dasselbe die Kosten der politischen Verwaltung, welche im ganzen Reiche die Staatskassen zu tragen haben, im Sachsenlande den erschöpften Kommunalkassen aufbürdet. Dazu kommt jetzt die Furcht, die Regierung werde sich verleiten lassen, auch die Adresse der sächsischen Nationsuniversität der Willkür des Guberniums preiszugeben, das den deutschen Interessen in Siebenbürgen absolut feindlich gegenüber steht. Allgemein ist die Ueberzeugung, daß — wenn die Regierung erst das Votum und Gutachten des Guberniums abwarten will, ehe sie sich über die Repräsentation der Sachsen äußert — diese letztere eben so ein todtgeborenes Kind bleiben wird, wie der Karlsburger Landtag es bleiben müßte, nachdem man die Vorberrittungen zu derselben den Herren in Klausenburg überlassen hat.

Nach unserm Briefen aus Lemberg muß die Nachricht, als ob dort eine geheime Druckerei existire, aus welcher das in letzter Zeit vielgenannte Parteiblatt „Partizan“ hervorgehen soll, mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Das Gerücht ist dadurch entstanden, daß zwei Brüder, welche die dortige Universität besuchen, verhaftet wurden, bei denen man, wie die Fama wissen wollte, mehrere Nummern der erwähnten Zeitschrift gefunden. Wie wir jedoch jetzt hören, hat die Behörde bei ihnen allerdings verbotene Druckschriften konfiszirt; doch deutet nichts darauf hin, daß diese in Lemberg verfaßt oder gar gedruckt worden sind. Uebrigens ist der ältere der beiden Brüder seiner Haft bereits wieder entlassen. Die zu Gunsten der, von der Weichselüberschwemmung Heimgesuchten veranstalteten Theatervorstellungen und Konzerte warten von den Polen mit großer Ostentation vernachlässigt. Ein Bändchen Gedichte aber, dessen Reinertrag ein polnischer Schriftsteller den Verunglückten widmen wollte, ist von der Polizei konfiszirt worden.

Seit einigen Tagen erzählt man sich in kroatischen Kreisen, der kroatische Schriftsteller und Landtagsdeputirte Eugen Waternik, habe an den Minister des Aeußern, Grafen Rechberg, zwei Schreiben gerichtet, in welchen er namentlich zwei in den höchsten Staatsämtern angestellte Kroaten als Verräther an ihrer Nation und an Oesterreich hinstellt und sich erboten habe, gegen eine Remuneration von 200,000 fl. dem Herrn Minister des Aeußern geheime Anschläge der russischen und französischen Regierung gegen Oesterreich zu entdecken. Graf Rechberg soll sich begnügt haben, diese Briefe dem kroatischen Hofkanzler mitzutheilen und in Folge dessen soll sich Waternik veranlaßt gefunden haben, Kroatien zu verlassen, ohne daß man weiß, wohin er gestohen ist. Waternik war auf dem Agramer Landtage bekanntlich Führer jener jungkroatischen Partei, als deren letztes Ziel die Begründung eines südslavischen Reiches angegeben wird, und die bereits im vorigen Herbste durch die Häupter der kroatischen Magyaren, die Grafen Erdödy und Jankovits, bei dem Staatsminister verrätherischer Gesinnungen gegen Oesterreich angeklagt ward, weil sie das dem Anschlusse an Ungarn widersprechende Votum des Landtages durchgesetzt hatte. Seinem Gesuche nach war Waternik Advokat, wurde aber bei der in Folge der Einführung des österreichischen Rechtes in Kroatien angeordneten Untersuchung der dortigen Advokaten — man sagt, wenigen wegen Mangels der nöthigen Gesetzeskenntniß, als auch politischen Gründen — wiederholt zurückgewiesen. Erwerblos gemacht, hoffte er zwar, in russischen Staatsdienste unterzukommen; da ihm dies nicht gelang, suchte er eine Stelle bei der Oedffaer Dampfschiffahrtsgesellschaft und wurde in Pesth als Agent placirt. Während des italienischen Krieges ging er nach Paris und gab dort eine Brochüre heraus unter dem Titel: „La Croatie et la confédération Italienne“. Der maßlos heftige Ton, die grundlosesten Angriffe gegen die Dynastie, endlich das polizeiliche Verbot bewirkten, daß das Buch in Kroatien förmlich verschlungen ward. Nach dem 20. Okt. 1860 kehrte Waternik nach Kroatien zurück. Nach dem Landtage lebte er unbehelligt in Agram mit literarischen Arbeiten beschäftigt, bis daß eine von ihm veröffentlichte Broschüre über kroatische Zustände konfiszirt, und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet, die indessen im Sande verlief. Eine „Rechtfertigung“, die Waternik vor seiner Flucht aus Kroatien bei der Durchreise durch Karlstadt in der dortigen „Glasenaja“ erscheinen ließ, gesteht die Existenz der Briefe an den Grafen Rechberg zu und entschuldigt nur allgemeine Lücken über jene „stillen Seelen, die ein Geheimniß verrathen, das Waternik mit sich habe ins Grab nehmen wollen und welche die gute Sache Kroatiens zu Falle zu bringen suchen, indem sie die glänzende Reinheit von Waternik's Ruf angreifen.“

Gegen den „Pilsener Boten“ wurde die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, weil er Folgendes gebracht hatte: „Karl Havlitzek war der größte Märtyrer der böhmischen Nation, welcher in Folge seiner aufgezeichneten vaterländischen Tugenden ohne einen Rechtsspruch verurtheilt ward, sein Leben in tranriger Verbannung zu finden.“

In Pesth ist wiederum der Redakteur eines schöngeistigen, schon durch seinen Titel „Nővilág“ (Frauenwelt) als ziemlich unschuldig bezeichneten Blattes vor das Kriegsgericht verwiesen worden.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 27. April. Bei der heutigen Kirchenfeier des hohen St. Georgi Ritterordensfestes, welcher der Großprior Prinz Luitpold mit den hier anwesenden Ordensmitgliedern anwohnte, wurden die Stammbdurne folgender 5 Ordenskandidaten notifizirt: Karl Graf v. Arco auf Valley; Ferdinand

Digitized by Google

Graf v. Arco auf Valley; Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg; Ctz. Fürst v. Thurn und Taxis und Theodor Fürst v. Thurn und Taxis. Morgen Dienstag 11 Uhr wird in der Ordenscapelle der allerheiligsten Dreieinigkeitsdienst für den verliehenen Ordensgroßmeister Leopold König Max I. abgehalten; der feierliche Zug wird sich gleich heute durch die Corridore der k. Residenz zur alten Capelle bewegen. (N. Z.)

Des Münchener Männer-Turnvereins schon erwähnter Aufruf an die Einwohner Münchens enthält die Stelle: Hunderte von Turnern werden aus allen Gauen Bayern in ihre Hauptstadt wandern, um aus gegenseitigem Austausche der Meinungen, aus eigener Anschauung und Prüfung, auf dem Wettstreite der Kräfte zu lernen, wie die deutsche Turnerei gepflegt werden soll, auf daß sie nutzbar werde dem ganzen Vaterlande. Der hohe Magistrat Münchens hat uns zur würdigen Ausstattung des Festes eine großartige Summe zugewiesen. Und nun wenden wir uns an Euch, Bewohner Münchens, tragt auch Ihr bei, daß das Fest der Hauptstadt würdig werde. Unsere Turnergäste brauchen Quartiere, wir allein können sie nicht alle beherbergen; wir bitten nun Euch, reicht uns hier hilfreiche Hand und nehmt einen Theil unserer Turnbrüder für die Tage des Festes gastfreundlich auf. Münchner, duldet nicht, daß uns Berlin beschäme, Berlin, das im vergangenen Jahre eine achtmal größere Anzahl von Gästen, als wir erwarten, so liebevoll aufgenommen und gastfreundlich verpflegt hat.

Pfalz. Der französische Sprachlehrer an der Lateinschule zu Neustadt an der Haardt, Combe, wurde des Dienstes entlassen. Kaiserslautern hat seine Schullehrergehalte beibehalt. Die „Pfälz. Zeitung" äußert sich nicht eben besonders schmeichelhaft über die „Bayerische Zeitung" und deren belletristische Beilage, welche ausschließlich von einer Münchener Dichtergesellschaft, welche für gegenseitiges Lob alliirt, bereinstützt werde.

Oesterreich. Der Kaiser hat den Bischof Strohmayer über sein Ansuchen von der Würde eines Obergespans des Virovitiener Komitates enthoben und dafür den Ladislaus v. Dellmanic ernannt.

Preußen. In Posen ist der Streit zwischen dem Klerus und der liberalen polnischen Partei noch immer nicht ausgeglichen; jener verlangt, die letztere solle sich offen für den Papst und gegen die italienische Bewegung erklären, was sie, ohne ihre Prinzipien zu verleugnen, nicht kann. Ob man demnach wieder Geistliche zu Abgeordneten wählen wird, ist noch zweifelhaft. Die Wahlen sind vor der Thür; sie werden hier durchweg demokratisch ausfallen.

Großbritannien.

Die Rede, welche Minister Gladstone in Manchester gehalten hat, wird in Washington keinen angenehmen Eindruck hervorbringen und wird von „Daily News" als eine sehr bedauerliche Manifestation beklagt. Die Königin hat endlich eingewilligt, daß in dieser Saison zwei Drawing Rooms abgehalten werden. Lange konnte sie sich mit dem Gedanken nicht versöhnen, daß diese Hofceremonien auch im Hause des Trauerjahres stattfinden sollen, doch scheint sie ihr Widerstreben jetzt aufgegeben zu haben. Wer diese Drawing Rooms aber abhalten wird, ist noch unbestimmt. Von Rechts wegen der Prinz von Wales, der die Würdigkeit dazu besitzt, doch wünscht die Königin, wie es heißt, daß die Prinzessin Alice, nach ihrer Hochzeit, ihre Stelle vertrete, wogegen sich das Gerücht geltend macht, daß sie als Prinzessin von Hessen-Darmstadt nicht gut als Hauptperson bei einem englischen Hofceremoniell dieser Art fungiren könne. Es ist dies ein Thema, worüber viel gesprochen und noch mehr geklatscht wird.

Die Thüren des Ausstellungsgebäudes werden bei der Eröffnungsfeier am 1. Mai um 12 Uhr Mittags für das Publikum geöffnet und um 1½2 Uhr geschlossen werden. Es ist das eine etwas kurze Zeit, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Eintritt Begehrenden voraussichtlich mehr als 25.000 beträgt; die Zahl derer, welche sich für die Saison abonnirt haben, ist bereits weit größer, als bei der Ausstellung von 1851 um dieselbe Zeit der Fall war, und von Tag zu Tag drängt man sich mehr zu Saison-Billets.

Frankreich.

Der „Moniteur" veröffentlicht heute einen ausführlichen Bericht an die Kaiserin, welchen eine aus mehreren angesehenen Männern gebildete Kommission über die Gründung eines neuen gemeinnützigen Unternehmens erstattet hat, und zwar ihren und des Kaisers, Prinzen Schutz gestellt werden soll. Es heißt: „Gestützt auf den Kredit, den und hat uns Zweck, vermittelst eines durch Sammlungen unter der Jugend aufzubringenden Kapitals bedürftigen Arbeitern Vorschüsse zu machen. Der Bericht läßt sich weitläufig über die Tendenz und die Organisation dieser Anstalt aus, und man ersieht daraus, daß diese wie es scheint, unverzinslichen Darlehen als einzige Garantie die Arbeit, die Rechtlichkeit und die Ehre des Schuldners voraussetzen.

Die französischen Blätter loben heute einstimmig die von dem Kaiser den Lehren gewährte Gnade und geben damit einen neuen Beweis der Versunkenheit der französischen Presse, oder wenn sie dabei ihre wirklichen Ansichten ausdrücken, des geringen Werthes, welchen die Nation, die an der Spitze aller anderen stehen will, auf die Volksbildung legt. Man kann sich kaum etwas Widerlicheres denken als den Kontrast zwischen einem prunksüchtigen Hof mit den reichen Gehalten aller Schmarotzer, die ihn umgeben, und dem äußersten Elend, in welchem die Träger und Lehrer der Wissenschaft gehalten werden. Gleichzeitig mit der Aufbesserung der Lehrergehalte um volle hundert Franken bringen englische Blätter die Nachricht, es sey der Kaiserin endlich gelungen, ein Kleid zu erfinden, in welchem sie sich am letzten Festtag zum ersten Male zeigte, dessen unendlicher Vorzug darin besteht, von so kostspieliger Beschaffenheit zu seyn, daß es nicht Jedermann der glücklichen Besitzerin nachahmen kann', denn es kostet grade so viel zu waschen, als eines der bisherigen für Stoff und Anfertigung. Ein Hof mit beinahe 60 Millionen Einkünften, und ein Senator mit 30,000 Franken Gehalt. Alles unanständige für künftige Kammern im Rentenbuch eingeschrieben, und 4000 Franken Gehalt einem Professor und 700 Franken einem gewöhnlichen Lehrer, ist fürs Erste die versprochene Krönung des auf den Grundsätzen von 1789 gegründeten kaiserlichen Regiments. (N. Fr. Z.)

„Constitutionnel" spricht sich wieder sehr feindlich gegen die Union aus; er glaubt, daß trotz aller Niederlagen der Süden nicht wieder unterworfen werden könne, und wirft den „Debats" vor, für den Norden erst dann Partei genommen zu haben, als der General M'Clellan zwei neue Flügeladjutanten (die orleanistischen Prinzen) erhalten habe. „Debats" beschuldigen ihren Kollegen dabei der wissentlichen Lüge, denn alle ihre Artikel seit dem Beginn des Streites hätten erwiesen, daß sie die Sache des freien Nordens gegen die Sklavenstaaten vertreten und immer die Sklaverei als die Veranlassung des unglücklichen Bürgerkrieges betrachtet hätten.

Der vor einigen Monaten wegen seiner Antetitrede judyendiele Professor Renan ist wieder in seine Stelle eingesetzt worden; er hat alle ihm vom Minister dabei gestellten Bedingungen zurückgewiesen.

Den Blättern ist neuerdings und aufs Strengste eingeschärft worden, nicht von der Broschüre zu sprechen, welche in England vom Prinzen von Joinville über die Panzerschiffe herausgegeben werden wird, oder auch herausgegeben ist. Auch die gestrige Beschlagnahme der „Independance belge" hat stattgefunden, weil im Feuilleton des Prinzen von Orleans gedacht worden ist.

Ein Herr Stadel aus Mainz, geborener Franzose, greift das Stadel'sche Legat als ungiltig an, weil dasselbe nicht den Bedingungen des französischen Civilgesetzes entspreche, welches in Frankfurt zur Zeit des Todes Stadel's herrschte. Die französische Diplomatie hat den Petenten schon einmal abgewiesen, weil die Angelegenheit durch den Appellhof in Lübeck entschieden sey. Der Senat hat jetzt ein Gleiches gethan, weil selbst nach dem französischen Gesetze das Legat vollkommen rechtskräftig sey würde.

Italien.

Antonelli hat den italienischen Bischöfen abgerathen, nicht nach Rom zu gehen. (Die meisten derselben würden bei der angedrohten Absetzung und Einsperrung ohnehin nicht gekommen seyn.) Die Studenten von Pisa haben den König festlich empfangen. In Neapel wurde das Bureau des neuen Steuerbeamten Grafen Bili von einem Pöbelhaufen geplündert und er selbst mißhandelt. Bei Rocca Rasa fielen 60 Briganten theils im Gefecht, theils durch Fusiliade. Piemontesische Blätter spotten über Franz II., weil er sein verlorenes Reich mittelst des Rosenkranzes wieder zu gewinnen suche, nachdem die Waffen der Briganten nicht ausgereicht hätten. Movimento tröstet Kossuth über den Tod seiner zweiten Tochter; er werde bald auf der patriotischen Arena häusliches Unglück vergessen lernen.

Der französische und der englische Gesandte in Turin sind nach Neapel abgereist, der erstere zu Wasser, der letztere zu Lande.

Digitized by Google

(Entente cordial.) — Aus Rom wird berichtet, daß das in Tetrachna stationirte französische Detachement verstärkt und den Garnisonen der Grenzorte Befehl gegeben worden ist, die Aushilfe von Waffen zu verbindern.

„L'Espero" enthält eine interessante Statistik über die Zahl und den Zustand der Universitäten des Königreichs Italien. Die „freien Provinzen" zählen zusammen 19 Universitäten, nämlich Turin, Genua, Pavia, Parma, Modena, Bologna, Macerata, Urbino, Ferrara, Perugia, Camerino, Pisa, Siena, Sassari, Cagliari, Neapel, Palermo, Messina und Catania. Von allen diesen Hochschulen zählen nur drei über 1000 Studenten, nämlich Turin, Pavia und Neapel. Ueber 400 zählen Bologna, Modena, Pisa, Palermo und Catania. Die Universität Macerata zählt 20 Professoren und 130 Studenten und die von Sassari 36 Professoren und 39 Studenten.

Türkei.

Die Montenegriner sollen 6 christliche Häuptlinge von Krenitza, welche sich den Türken unterwerfen wollten, nach Cettinja geführt und enthauptet haben.

Der Fürst von Montenegro hat alle Bedingungen in Omer Pascha's Ultimatum angenommen. Nichts destoweniger stehen die Montenegriner noch in der Herzegowina.

Rußland und Polen.

Die russische Regierung will einen päpstlichen Nuntius nur mittelbar d. i. durch ihr Organ mit ihrer katholischen Geistlichkeit verkehren lassen, weshalb der Papst auf eine solche Nuntiatur verzichtet.

Amerika.

Die Sonderbündler haben auf ihrem Rückzug nach Korinth 10,000 Unionisten gefangen. Dieses tägerliche Telegramm stammt von ihrem Befehlshaber Beauregard, und wird von der französischen Presse eifrig verbreitet. Vorbeigehens gesagt, hat sich auch der französische Gesandte in Washington, Mercier, eiligst nach Richmond (sonderbündische Hauptstadt) verfügt. Das Fort Pulaski hat sich den Bundestruppen ergeben, desgleichen die Stadt Memphis. Mit Mexiko wurde ein Auslieferungsvertrag für Verbrecher abgeschlossen, welcher wohl auch einige geheime Bestimmungen wegen der franz. Eindringlinge enthalten dürfte. Vor Vorkommen noch keine Entscheidung.

Asien.

Einem Privatbriefe aus dem Orient entlehnen die englischen Blätter Folgendes über den Aufenthalt des Prinzen von Wales in Hebron. Der Prinz und sein Gefolge sind seit der Zeit der Kreuzzüge, also seit fast 700 Jahren, die ersten Christen, denen verstattet worden ist, Abrahams Gruft in der Höhle von Macpelah zu besuchen. Dr. Stanley sagt, Alles sey in der schönsten Ordnung, und die Gräber seyen vortrefflich erhalten. Abraham, Isaak, Jakob, Joseph, Sara, Rebekka und Lea sind dort bestattet. Zwei der Scheiks wollten Skandal über die Zulassung von Christen machen, aber der Gouverneur von Hebron brachte sie fort, und die andern sprachen ihre Freude über die Ehre aus, den Prinzen einer Nation, der das ottomanische Reich so viel verdanke, begrüßen zu können. Der Prinz besuchte Hebron am Montag den 7. April. Der Pascha von Jerusalem war persönlich dort, um ihn zu empfangen und zu estortiren.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 21. bis 26. April).

Samstag. Unsere Börse beschäftigt sich vorzüglich mit österr. Fonds, welche durch die Belserung der Valuta in Wien im öffentlichen Zutrauen gewinnen. Die Bankfrage dürfte ihrer baldigen Erledigung entgegensehen und da Handel und Industrie in Oesterreich immer mehr Aufschwung nehmen, so darf sich — bei Frieden — wohl auf günstige Zeiten hoffen. Das Geschäft in National war bedeutender, mit einigen Anforderung von beiläufig ¾ pCt. Ygestalten, von 75 auf 76 in Folge Italienischer Ordres gestiegen, konnten sich nicht behaupten und bleiben 75¾. In neuen englischen Metalliques täglich Ankäufe für Kapital-Anlagen zu höheren Kursen. Ein größeres Steigen kann erst dann, aber auch rasch kommen, wenn die Regierung ihren Besitz realisirt haben wird. Das Effekt ist nach unseren früheren Auslassungen ohne Zweifel mit das billigste unter allen österreichischen.

Süddeutsche Staatspapiere lässt der anhaltende Bedarf nicht fallen. Die Stadt Karlsruhe schreibt eine 4 pCt. Anleihe von 1 Million aus, die wahrscheinlich im Inland schnell vergriffen seyn wird. Von Loosen sind die österr. sämmtlich höher, besonders war viel Nachfrage für die lang vernachlässigten 1854er; dagegen ging die spanische stoßweise.

Von Kreditaktien haben österr. namentlich Deutschland Anlaß für Wiener Rechnung einen Aufschwung von über 10 fl. genommen. Sie wurden heute bis 193 bezahlt, um in Folge von Realisationen 2 fl. niedriger zu 191 zu schliessen. Man spricht von sehr bedeutenden Gewinnen, welche die Anstalt durch Verwerthung ihres Effektenbestandes machte. Die Aktien, welche heute in Wien mehr als 5 pCt. Agio standen, sind wieder in den Händen der Spekulation und Arbitrage, welche sie noch bedeutend treiben können. Der schwarze Peter ist wieder angekommen und das Spiel wird fortdauern. Die kleinen Summen Kredite konnten dem Aufschwung der Wiener Schwester nicht folgen und sie bleiben mit Ausnahme der Luxemburger, die sich auf pari behaupten, noch weit darunter. Von Zettelbankaktien österr. um beiläufig 20 fl. höher.

Für Eisenbahnaktien erhielt sich die angenehme Stimmung, nur Staatsbahnen matt und unbeliebt. Als Spielwerg sind sie verbraucht und für Geldanlagen sieht man die Prioritäten vor. Für Hanauer boft man eine stetige Fortdauer der Mehrnennungen und es zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. Neustadt-Weissenburger sind von 1865 auf 1063/4 gestiegen bei fehlenden Abgebern. Nahe-Bahn weichend und flau, da Zugmittel könnte nur vorübergehend wirken. Dagegen sind Taunus in Angesicht aller vermeintlichen Gefahren unerschütterlich fest und steigend.

Wechsel behaupten sich fest und blieben in langen Sichten gesucht. Hamburg noch höher auf 84 gegangen. Diskonto unter Bankiers gesucht; für den Ultimo (30. d.) dürfte an der Börse Geld in Nachfrage seyn.

(Akt.)

Nichtpolitische Zeitung.

= München, 27. April. (Privat-Korresp.) Die diesmalige Blumenausstellung im Glaspalaste ist heute Morgen eröffnet und sofort auch schon zahlreich besucht worden. Das unter der Leitung des k. Hofgärtners Herrn Kolb aufgeführte Arrangement ist von großer Schönheit — glaubt man doch sich noch in einen wirklichen, mit großartigen Fontainen und Statuen geschmückten Garten versetzt, in der alle Schönheiten und Seltenheiten aus dem Reiche Florat vereinigt sind. Wohl wenige Städte besitzen aber auch eine zu solchen Ausstellungen so großartige und völlig geeignete Lokalität, als wir in unserm Glaspalaste, andererseits aber dürfen wir uns auch in Bezug auf Blumenkultur, in welcher wir seit einigen Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht haben, in würdigster Weise andern großen Städten an die Seite stellen. Die Ausstellung ist besonders auch zahlreicher beschickt, als irgend eine der früheren, und wir sehen auch weit schönere Exemplare Azaleen, Alpenrosen, Cinerarien, Pelargonien, Veilen, Aurikeln, Rosen, Holler 2c. sind in so großer Anzahl und Schönheit vorhanden, daß man nicht weiß, wo man seine Augen erst hinwenden soll. Auch Frühgemüse und Früchte aller Art sind zahlreich vertreten, und wie schon nicht bloß Hundrete der schönsten Erdbeeren, sondern auch ganz reife Weintrauben. Hat man sich an dem Allen genügend entzückt, nun so ist auch für leibliche Genüsse, selbst für ein gutes Glas Bock, durch eine echt hübsch ausgestattete Restauration, also in jeder Beziehung für die zahlreichen Besucher der Ausstellung bestens gesorgt.

Seit einigen Tagen verkauft man in Wien neuartige Krinolinen, die beliebig um eine halbe Elle erweitert oder auch verkleinert werden können.

In Magdeburg wurde bei einer Schießübung ein Füsilier, welcher an der Scheibe beschäftigt war, erschossen.

Im Herbste v. J. wurde von einem Landwirth in dem Kirchspiele Bönen, etwa eine Meile von Hamm entfernt, eine Schwalbe eingefangen, welche bei ihm genistet hatte, derselben ein Bändchen mit seinem Namen und dem des Fangorts um den Hals gebunden, und sie dann wieder in Freiheit gesetzt. Vor einigen Tagen ist sie heimgekehrt und abermals eingefangen. Auf demselben Bändchen fand sich sehr sierlich eingestickt: „Raubin, Maire d'Ignol."

Shakespeare's Geburts- und Todestag (23. April 1564, 23. April 1616) wird auch diesmal in Stratford am Avon mit den üblichen Festlichkeiten begangen. Die große Feier, das 300jährige Jubiläum seiner Geburt steht in zwei Jahren bevor. Man hat es als ein eigenthümliches Zusammentreffen bezeichnet, daß Shakespeare und Cervantes, die beiden größten und sich nahe verwandten Genien ihrer Zeit, an einem und demselben Tag von der Erde geschieden; doch ist zu bedenken, daß man damals und noch lange nachher, in England nach dem Julianischen Kalender rechnete, während in Spanien schon der Gregorianische eingeführt war. Shakespeare starb also eigentlich um 10 Tage später; aber auch sein Geburtstag wäre, streng genommen, um so viele Tage vorzurücken.

Digitized by Google

Neueres.

Bayern. Gegen den gewesenen Adjutanten von Fallott-Gemeiner ist die Untersuchung definitiv aufgehoben worden. Die britische Admiralität schenkte der Staatsbibliothek zu München 500 Karten der verschiedensten Länder. Ein sonntägiger Arbeiterzeug in der Sendlingerstraße hatte mehrere Verwundungen und Verhaftungen zur Folge, nachdem die wiederholte militärische Aufforderung zum Auseinanderziehen nicht beachtet worden war.

§ **Wien**, 27 April. (Privat-Korrespond.) Die Agitation gegen das Religionsedikt wird hier mit großem Eifer fortgesetzt, obwohl die liberalsten Blätter sortwährend erklären, die Reichsvertretung habe durch die Beschlüsse des konfessionellen Ausschusses, je mehr sie dem Volke bekannt würden, an Sympathien und Vertrauen verloren; wäre dies wahr, dann sollten die Ultramontanen ja erst recht von Herzen wünschen, daß das Religionsedikt zur Debatte käme, damit die gefährliche, tief verderbliche Tendenz des „berücksichtigten" Entwurfes vor allem Volke offenbar würde! Die Agitation hat keinen andern Zweck, als die Regierung zu veranlassen, Mittel und Wege zu finden, um die Diskussion abzuschneiden oder ganz zu verhüten. Ein Verbot, das Religionsedikt zur Diskussion zu bringen, soll nach gut absolutistischem Brauche den Ausschlag in einem Kampfe geben, in welchem man eine unvermeidliche Niederlage zu erwarten hat. Es ist jedoch gewiß, daß ihre Bemühungen ohne Erfolg bleiben werden, das Religionsedikt steht bereits auf der Tagesordnung, und kann ohne einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung nicht mehr beseitiget werden. Die Debatten werden wie demnach jedenfalls erleben. — In Bezug auf die politische Lage gibt man sich der Ueberzeugung hin, daß für den Augenblick nichts zu fürchten ist. Der Friede wird für die nächste Zeit nicht gestört werden, besonders da man sich darüber keiner Täuschung mehr hingeben kann, daß die Mißstimmung gegen den Napoleonismus in Frankreich im Wachsen begriffen und die Stellung des Kaisers eine zu erschütterte ist, um sich in große auswärtige Unternehmungen einlassen zu können. — Die hier beschlossene Armee-Reduktion ist keineswegs so bedeutend, wie dies hin und wieder angenommen wird.

Preußen. In der Wahlschlacht wollten auch die Berliner Gerber mitwirken. Durch ein großes Plakat, das an den Straßenecken Leipzigs angeschlagen, machen sie bekannt, daß sie den Wahlen wegen erst am 29. zur Leipziger Messe kommen werden und die Hoffnung hegen, daß auch die Gerber in den Provinzen das Nämliche thun würden.

Bei der Uhlandfeier in Leipzig führte Würfert den Gefeierten in einem kurzen Lebensbilde als Dichter, Denker, Staatsmann und Volksvertreter vor Augen, trug auch mehrere Uhland'sche Dichtungen: „Tassso's Grab" und „des Sängers Fluch" sowie folgende selbstgemachte Strophen vor:

> Es ist, als solle der Alte noch leb'n
> Das rüstige, geistige Aufersteh'n!
>
> O stehe es an, Du herrlicher Greis,
> Du hast mit gewungen, gesungen, gebaut,
> Die Wahrheit blieb stets Deine liebste Braut!
>
> Nimm an uns're Lieder und Herz und Hand,
> Sie kommen vom ganzen deutschen Land!
>
> Und stehe noch lange in Kraft und Mark,
> Und trage Dein Haupt noch lange so stark!

Der König von **Württemberg** schwebte am 27. Abends in größter Gefahr. Als er in zweispännigem Wagen die Eisenbahnbrücke am Rosensteinumel kaum einige hundert Schritte passirt hatte, kam hinten her ein mit zwei Rappen bespanntes Gefährt, dessen Pferde halb scheu daherrannten und im Begriff waren, an dem königlichen Wagen vorüberzurennen. Dadurch ebenfalls aus der Fassung gebracht, schwenkten die Pferde ebenfalls links ab gegen den Abhang, der zum Bett des Neckarkanals hinunterreicht, wurden aber glücklicherweise noch am Rand zurückgehalten. Der König, welcher ausgestiegen war und eine kurze Strecke zu Fuß zurückgelegt hatte, fuhr in demselben Wagen nach Stuttgart zurück.

Ö **Aus dem Mainthal**, 28. April. (Privat-Korresp.) Die in Folge des flattgehabten Frostes gehegten Befürchtungen haben sich bei dem günstigen Witterungsumschlage als gänzlich unbegründet erwiesen. Die Vegetation prangt in der üppigsten Fülle. Die Bäume haben wenig oder gar nicht gelitten, die Blüthen des Wein- und Kernobstes sind kräftig und gesund und lassen nach ihrer Menge einen reichlichen Ertrag erwarten. Die Getreidefelder gleichen einem Pelze, der Kohl steht schön und Klee und Wiesengras sind ziemlich vorhanden. Auch der Weinstock berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Schweiz. Die reaktionäre Volksversammlung in Aarberg (Bern) zählte 4000 Mann, beschloß Riesenpetition gegen Staatsbau, Volksabstimmung darüber, Einstellung der Arbeiten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85⅜ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	77 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	82⅛ P.
„	4½ pCt.	45⅝—¼ G.
„	4 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	92⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. K.)	102⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	102⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅜ P.
„	4 pCt. Obl. 1Jahr. dto.	100⅜ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	96⅞ P.
Gr. Hess.	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ P.
„	5 pCt. Obl. dto.	95⅜ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48⅞ G.
„	3 pCt.	44½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	101 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	120½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	758—67 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198,97½G.ex D
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank l. n. 2. Serie à fl. 250	218—217½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	80½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90⅜ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P. exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	139⅜ G.
Oest. F. St. Kisb. b.pCt. 300 Fr. à 28 kr.	245 P.
„ Kliesb.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121¼ P. 120½ G.
„ Kliesb.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 ½ pCt. Z	92½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	136½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	114 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 P. exD
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.
„ Credit-Akt. d. Geo. Pereire .	525 P. 521 G.
Bayr. Osthahn à 4½ pCt. volleinbez.	106⅞ G.
Bayer. Osthahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞ P.
Providentia (Feuerversc.) 10 pCt. Einz.	100½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 l. S.	100½ G.
Augsb. fl. 100 l. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 40 Th. Lad. k.S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London 1st. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 300 „	93⅜ G.
Paris Frs. 200 l. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 G. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Ost. W. l. S.	89—⅛ G.
Disconto	3 pCt. d.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	118½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73—⅜ G.
„ fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	118 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiM.	122½ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—
Badische fl. 50	99¼ G.
Badische fl. 35	58½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	122 G.
„ fl. 25 do.	87⅜ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ P.
Sardinien Frs. 36 b. R.	54 P.
St. Lötlich m. 2½ pCt. Z	27½ P.
Venetianische Loose fl. 10.	10¼ P.
Anch.-Gunsenh. fl. 7-L.	12½ P.

Frankfurt, 28. April. Die Preisverbesserung, welche sich in den jüngsten Tagen auf österr. Kreditaktien beschränkt hatte, erstreckte sich heute auch auf Metalliques aller Gattungen, National und Bankaktien. Auch österr. Loose von 1860 nahmen einen bedeutenden Aufschwung, an welchem auch Wechsel auf Wien Theil nahmen. Sehr begehrt waren pfälzische Eisenbahnaktien, besonders Maxbahn, für welche sich selbst zu einer um mehrere Prozente erhöhten Notiz nur wenige Abgeber fanden, und Frankfurt-Hanauer.

(Spnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek in

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insceraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 30. April 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Die Bundes-Küstenbefestigungskommission, deren Reise nach Bremerhaven bereits gemeldet, hat mit dem Lloyddampfer „Simson“ ihre Inspektionsreise fortgesetzt. Die Kommission, aus 26 Personen bestehend, wird diese Tour, deren Dauer auf zwei Tage angeschlagen ist, wahrscheinlich bis zum Jahresbusen ausdehnen.

Das österreichische Kabinet hat seinen Gesandten am preußischen Hof nach Wien, die preußische Regierung ihren Gesandten nach Berlin beschieden. Dies scheint auf Berathungen von wichtiger Natur zu deuten.

Dem „Bund“ wird aus Stans vom 25. April geschrieben: „Das Centralkomite des eidgenössischen Schützenvereins hat beschlossen, eine Ehrengabe für das deutsche Bundesschießen in Frankfurt zu verabreichen; zur Anordnung eines Schützenzuges mit offizieller Betheiligung konnte sich dasselbe aber nicht entschließen, wenigstens für dermalen nicht, wahrscheinlich um einer Menge von Konsequenzen auszuweichen, welche ein solcher Schützenzug über die Grenzen der Schweiz hinaus nach sich ziehen dürfte.“

Bayern. Es werden demnächst mehrfache Beförderungen in den höheren Stellen der Justiz eintreten. So verlautet, daß der Oberstaatsanwalt v. Schab zum Direktor des Oberappellationsgerichts, der Bezirksgerichtsdirektor Dorrigné von München zum Oberstaatsanwalt am Appellationsgericht von Oberbayern und der Appellationsgerichtsrath Arnold zum Bezirksgerichtsdirektor von München bestimmt sey. (E. Z.)

Dem Augsburger Projekt einer Bahnverbindung mit Regensburg steht — so weit es den Ingolstadt-Augsburger Bahnflügel betrifft — einerseits das Projekt einer „Ober-Donau-Bahn“, d. h. einer direkten Linie Regensburg-Ingolstadt-Donauwörth-Ulm entgegen, andererseits die strategische Rücksicht auf eine München-Ingolstädter Bahn. Anknüpfung an diese letztere verfolgt man Nürnberg das Projekt einer Weiterführung dieser Bahn von Ingolstadt nach Pleinfeld, wodurch statt der beiden jetzigen Bahnverbindungen Münchens mit Nürnberg eine direkte erzielt werden soll.

Nürnberg. Der engere Festausschuß des Gustav-Adolf-Vereins in Nürnberg, zumeist aus Beamten und Pfarrern bestehend, erläßt einen Aufruf zu Beiträgen, und sagt darinnen: „Zum ersten Male seit seinem Bestehen ist es dem Gustav-Adolf-Vereine unter der weisen und gerechten Regierung unseres allergnädigsten Königes vergönnt, seine Hauptversammlung am 26., 27. und 28. August d. J. in unserer ehrwürdigen Stadt Nürnberg abzuhalten, welche nach Lage und Geschichte recht eigentlich zu einer Vorhut des Protestantismus berufen ist. Freuen wir uns, daß die Erinnerungen, welche sich vorzugsweise dahier an den Namen Gustav Adolph's knüpfen, durch das bevorstehende Fest in einer Weise erneuert werden, welche dasselbe als eine Friedensfeier erscheinen läßt. Aus allen Gauen des evangelischen Deutschlands und anderen Ländern werden freudigen Herzens die Vertreter von etwa 1000 Haupt- und Zweigvereinen hieher eilen und in dem Bestreben wetteifern, bedrängten Glaubensgenossen die helfende Bruderhand zu reichen und an die schon dargebotenen großartigen Gaben neue Erweisungen brüderlicher Liebe zu reihen. Welcher evangelische Christ wollte nicht eben so freudig dazu beitragen, daß diese Feier in würdiger und erhebender Weise dahier stattfinde, und unsere Festgäste mit einem Eindruck in ihre Heimath zurückkehren, welcher den Ruhm und die Ehre unserer Stadt in alle evangelischen Länder trägt?“

Oesterreich. Die Erhaltung der modenesischen Truppen bildet den Gegenstand von Erörterungen. Wie verlautet, soll ein Vergleichs-Antrag dahin gestellt werden, daß der Herzog von Modena auf die 4½proz. Interessen, welche er in Folge allerhöchster Schuldverschreibung von einem Kapitale per 1,350,000 fl. anzusprechen hat, Verzicht leiste und von diesen Interessen die genannten Truppen erhalten werden sollen.

In Innsbruck traf Feldzeugmeister Benedek ein, und erschien mit dem Fürsten-Statthalter im Theater, wo „Faust“ vor leeren Bänken gegeben wurde, denn das Publikum wollte heute einen andern Helden sehen, nämlich Benedek, welchen es aber in der Neustadt fuhren zu müssen glaubte. Des Morgens rückte die Garnison in Parade aus, und wurde von dem Feldzeugmeister im großen Klosterkasernhofe inspizirt. Vor dem Desiliren hielt Benedek an die ungarischen Truppen eine kräftige Anrede in ungarischer Sprache.

„Ost und West“ versichert, daß es die Motive nicht kenne, welche den Bischof Strossmayer bestimmten, um die Enthebung von der Obergelpanswürde anzusuchen. Dieses Journal glaubt jedoch, daß Strossmayer die Ueberzeugung gewonnen habe, daß das Municipalsystem in Kroatien unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu retten sey, und daß diese Ueberzeugung den Entschluß seines Rücktritts zur Reife gebracht habe. Die auffallende Schnelligkeit, mit der seine Resignation angenommen wurde, zeige, daß man in Wien darauf vollständig vorbereitet war.

Preußen. Die dreijährige Dienstzeit bei der Fahne und die gegenwärtige Kadrestärke werden in dem von dem König an den Feldmarschall Wrangel bei Gelegenheit der Einberufung der Kommission hoher Militärs gerichteten Schreiben als unantastbare Grundlagen bezeichnet. Somit ist ein entschiedener Bruch zwischen Krone und Volksvertretung vorauszusehen, wenn die Majorität des letzten Abgeordnetenhauses wieder gewählt wird; denn diese dürfte ebenso energisch auf Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit bestehen.

Die „B. A. Z.“ schreibt: „Mit anerkennenswerther Offenheit gibt die „Kreuzzeitung“ ihrer Partei für die Wahlen das nöthige Stichwort. Der Ausfall der Wahlen sey nicht die Hauptsache. „Mit einer etwaigen Wiederwahl ihrer „Fortschrittsmänner“ hat die Demokratie Alles erschöpft, was sie auf diesem Gebiete zu leisten vermag, und man hat, wenn man will, vollkommen die Mittel in der Hand, den Zwillingsbruder des heimgelaufenen Abgeordnetenhauses auf Nimmerwiedersehen zu „verflüchtigen“. Auf Nimmerwiedersehen! Das kann doch wohl nichts Anderes heißen als: Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes, d. h. Staatsstreich; denn wie sonst die „Kreuzzeitung“ oder die ihr befreundete Regierung die Wiederwahl verhindern wollen, ist unbegreiflich.“ (Die „Kreuzzeitung“ hat eben wie andere Leute bei einer Niederlage den Kopf verloren. In ihrer heutigen Nummer jubelt sie, daß die rührige Fortschrittspartei da und dort über die schlecht organisirten maltherzigen Liberalen obgesiegt; dann jammert sie wieder, bei den Wahlen hätten viele hochgestellte Beamte gefehlt u. s. w. Das alte Gretchen: „Einmal ist sie ruhig, wie es scheint, dann wieder einmal recht aufgewennt.“)

Württemberg. Die Kammern werden am 3. Mai eröffnet werden und sich zunächst und vornehmlich mit dem zwischen Preußen und Frankreich vereinbarten Handelsvertrag zu beschäftigen haben. Die öffentliche Meinung hat dort der letztere keineswegs für sich; es wird in diesem Sinne in mancherlei Weise agitirt, abgesehen davon, daß die kombinirten Ausschüsse des Gütervereins- und des Weinhandelsvereins in einer von ihrem Komite

Digitized by Google

abgefaßten Eingabe an die zweite Kammer einstimmig darum nachsuchen, diese möge jenem Vertrag ihre Genehmigung nicht ertheilen.

Kurhessen. Der Justizminister Abbé hat den längere Zeit wegen Theilnahme an der Erinnerungsfeier des 5. Januar 1831 zu Hanau in Disziplinaruntersuchung befangenen Obergerichts-Referendar v. Starck dahier mit einem ernstlichen Verweis bestraft.

Die den Hanauer Steuerverweigerern gepfändeten Mobilien, welche trotz zweimaligen öffentlichen Ausgebots einen Liebhaber nicht finden konnten, und, wie gestern gemeldet, gestohlen wurden, sind großentheils Bijouteriewaaren. Wer, fragt man sich allgemein, wird nun den Schaden tragen, — der Staat, beziehungsweise sein Rentmeister oder die Gepfändeten, deren gestohlene Waaren, nebenbei gesagt, ihre respektiven Steuerrückstände an Werth bedeutend übersteigen? Man vermuthet, daß dem Staate nicht allein kein Nachtheil, sondern ein Vortheil aus dem Diebsthalt erwachsen wird. Denn der Rentmeister, der den Schlüssel zu dem betreffenden Schranke stecken gelassen haben soll, haftet ihm jedenfalls, obwohl er selbst empfindlich bestohlen worden ist, für diejenige Summe, für welche die Goldwaaren gepfändet worden waren, so daß der Staat auf diesem Wege endlich zu den ihm bisher vorenthaltenen Steuern kommt.

Baden. Die Räumung des Zeughauses von den Waffen vom Jahr 1849 führt aus allen Landestheilen Leute hierher, deren größte Zahl sich jedoch im eigentlichen Sinn des Wortes in den April geschickt sieht, indem nur Wenige finden, was sie suchen. Dabei will es Vielen nicht recht einleuchten, daß sie ihr gegen Bescheinigung abgegebenes Eigenthum als „Kriegsbeute" ohne Hoffnung auf Ersatz verlieren sollen. Dauenter ist wohl manches werthe Familien- oder Kabinetsstück, das selbst die Stürme der vorigen Kriegszeiten glücklich überstanden hatte.

Großh. Hessen. Darmstadt. Die 2. Kammer der Stände ist auf den 12. Mai einberufen worden. Außer dem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch und einem Gesetz über die Presse dürfte auch der französische Handelsvertrag zur Berhandlung kommen.

Freie Städte. Frankfurt. Die Redaktion des „Arbeitgeber", indem sie den Beschluß des Vorstandes des Nationalvereins, zwölf deutschen Arbeitern den Besuch der Londoner Ausstellung auf seine Kosten zu ermöglichen, der Oeffentlichkeit übergibt, fordert die volkswirthschaftlichen, landwirthschaftlichen, Gewerbevereine, Arbeiterbildungsvereine und große Industrielle auf, den vom Nationalverein der genannten Redaktion zur Verfügung gestellten Fonds von 2400 fl. durch freiwillige Beiträge verstärken zu wollen. Sie motivirt diese Aufforderung mit dem Wunsche, sämmtliche wichtigen Industriezweige und alle deutschen Länder durch Arbeiter vertreten zu sehen, wozu der vom Nationalverein angewiesene Fonds nicht ausreichen würde.

Dänemark.

Das kürzlich für das Königreich Dänemark promulgirte Gesetz, welches den Unterthanen Schwedens, Norwegens, Großbritannien's, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Niederlande, Belgiens und Frankreichs Paßfreiheit gewährt, ist jetzt auch auf das Herzogthum Schleswig ausgedehnt worden.

Großbritannien.

Nach der „Army and Navy Gazette" sind mehrere preußische Flotten-Offiziere in London in Unterhandlung mit der Admiralität, um für die preußische Regierung einige Segel-Kriegsschiffe anzukaufen. Das Geschäft, meint die „Army and Navy Gazette", werde bei der großen Auswahl, welche die englische Flotte bietet, keine Schwierigkeiten haben. — Nach dem „Advertiser" wird unter den Merkwürdigkeiten in der Ausstellung der Schädel des Confucius zu sehen seyn, den die Engländer in Peking erbeutet haben. Das goldene Gehäuse, worin die Chinesen ihn anstehwahren, soll kunstvoll gearbeitet und über 1000 Pfd. St. werth seyn.

Die „allgemeine nationale Danksagung", welche Präsident Lincoln für die Erfolge der unionistischen Waffen und die glückliche Abwendung fremdländischer Einmischungs- und Invasionsgelüste angeordnet, gibt der „Times" Stoff zu einem kritischen Leitartikel. Einmal glossirt sie darüber, daß die Menschen für ihre wechselseitigen Schlächtereien Dankstimmen und meint, daß da eigentlich das Wort gälte: „Laßt unsern Herrgott aus dem Spiel!" Indessen sey das nun einmal ein uralter Brauch, aber in Europa pflege man wenigstens nicht eher Viktoria zu rufen, als bis man wirklich gesiegt habe. (Es fehlt da auch nicht an Beispielen des Gegentheils; Napoleon ließ am Abend des ersten Schlachttages bei Leipzig in dieser Stadt die allen Glocken läuten u. s. w.)

Das Haus Rothschild hat die Absicht, die Anleihe einer neuen russischen Anleihe angezeigt. Dieselbe wird 15 Mill. Pfd. St. zu 5 pCt. Zinsen beteagen, zum Kurse von 94 ausgegeben werden, und die Einzahlungen sollen während der nächsten 12 Monate in 9 Terminen erfolgen. Die Einzeichnungen sind bis zum 2. Mai zu machen.

Frankreich.

Die „Gironde" weiß nach, daß die Theilnahme am höheren Unterricht unter dem Kaiserreich außerordentlich, d. h. um die Hälfte, abgenommen hat. Der Professor der Logik am Lycée Charlemagne erklärte jüngst, daß der eigentliche gelehrte Unterricht nur noch „eine Fiktion" sey. Früher erkennte sich die Universität stets durch Wahl des Lehrkörpers, die Regierung bestätigte einfach die Erwählten. Heute erfolgen Ernennungen, ohne daß man die Fakultäten auch nur fragt.

Der „Courrier du Dimanche" macht darauf aufmerksam, wie sehr die widersprechenden Urtheile in der Mirès'schen Angelegenheit geeignet sind, die allgemeine Unruhe zu rechtfertigen, und wie nur eine erschöpfende Diskussion dieser Angelegenheit die Gemüther beruhigen könne. Der Verfasser des Artikels spricht sich übrigens unbedingt für die Ansicht des Pariser Gerichtshofs und gegen den „so keck logischen" Entscheid des Tribunals von Douai aus. Auch die Angelegenheit wegen der 5 Millionen, wo der Schleier nur gelüftet, nicht weggezogen wurde, müsse ins Klare gebracht werden. Uebrigens hat sich der Volkswitz bereits der Mirès'schen Geschichte bemächtigt. Es circulirt eine Karrikatur, den Dumollard darstellend, wie er kopflos aus dem Geade steigt und ruft: „Ich verlange durch das Teibunal von Douai abgeurtheilt zu werden!"

Das Ereigniß des Tages ist die Broschüre des Herrn Pietri über die römische Frage. Bei der Stellung, welche dieser Senator einnimmt, und bei der vielfachen Verwendung treffelben gerade in den Angelegenheiten Italiens wird der Schrift mit Recht eine große Bedeutung zugeschrieben. Pietri wünscht Säkularisirung.

Spanien.

Die spanischen Blätter enthalten einen Brief Napoleons, den General Lorenez dem General Prim übermittelt hat. In diesem vom 24. Januar datirten Briefe meldet Napoleon dem Kommandirenden des spanischen Expeditionskorps, daß er dem General Lorenez den Oberbefehl über die in Mexiko operirenden französischen Truppen anvertraut habe, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, da die Regierungen über alles den gemeinsamen Feldzug Betreffende einig seyen, auch die Generale über die Art und Weise, wie das Unternehmen zu leiten und zum Ziele zu führen sey, sich verständigen würden. Der Brief, heißt es, führe eine sehr leutselige Sprache und spiele hin und wieder auf Gespräche an, die zwischen Napoleon III. und dem General Prim seine Zeit in Vichy müssen gepflogen worden seyn, wo der Wunsch laut wurde, daß einmal die spanischen Waffen an der Seite der französischen in dem nämlichen Feldzug erschienen möchten.

Italien.

Die dermalige Stärke der päpstlichen Armee beträgt 4000 Gendarmen und Carabinieri, 1 Bataillon Jäger, ein Bataillon Zuaven, der Mehrzahl nach Belgier und Franzosen nebst einigen Irländern, 1 inländisches Infanterie-Regiment, 3 Schwadronen Dragoner, 4 Feldbatterien unter Befehl des Obersten Blumenstiel, eines Elsäßers.

Die bei Tivoli und Subiaco campirten französischen Truppen wurden von 200 auf dem Neapolitanischen kommenden Briganten angegriffen, da sie sich weigerten der an sie ergangenen Aufforderung, die Waffen niederzulegen, Folge zu geben, sondern Widerstand leisteten. Der erste Zusammenstoß soll den Franzosen sechs bis sieben Mann gekostet haben, da sich die letzteren in großer Minderzahl befanden; inzwischen sey jedoch Verstärkung herbeigeeilt, in Folge dessen die Bourbonischen eine völlige Niederlage erlitten haben und zerstreut worden sind.

Amerika.

Die Annahme der Bill wegen der direkten Besteuerung fand am 8. im Repräsentantenhause zu Washington Statt; die Bill ging mit 125 gegen 13 Stimmen durch. Der Vorsitzer der Komité der Mittel und Wege, Stephens von Pennsylvania, bedeutet sich vor dem Schluß der Debatte über die Bill, in längerer Rede über den

Digitized by Google

Finanzstand des Landes. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß der Krieg bald oder in etwa 2 Monaten beendet sein werde, und schätzte den Betrag der Staatsschuld am 1. Juli d. J. auf 800 Millionen, die täglichen Ausgaben betragen indeß schon seit einiger Zeit 3 Millionen und er gab daher zu, daß der Stand der Staatsschuld am Schlusse des laufenden Finanzjahres (das am 1. Juli endet) eher zu niedrig, als zu hoch veranschlagt sey. Die Ausgaben der Regierung in Friedenszeiten werden nicht weniger als 70 Millionen betragen, dazu die Zinsen der Staatsschuld zum Belaufe von 60 Millionen, macht ein jährliches Erforderniß von 130 Millionen, abgesehen von den zu zahlenden Pensionen.

Die „New-York-Times" warnt die nordamerikanische Unionsregierung vor blindem Vertrauen auf den „Monitor" und weist nach, daß derselbe dem „Merrimac" weder in Geschwindigkeit noch Armirung ebenbürtig sey. Wenn die eine seiner zwei Kanonen springen sollte — und solches Platzen gezogener Kanonen habe auf den westlichen Kanonenbooten schon 20 Kanoniere getödtet, — so wäre die ganze im Thurm eingeschlossene Bemannung nicht nur wehrlos, sondern dem Ersticken ausgesetzt. Den Vorzug verdiene die Form der Stevenschen Batterie mit ihren 7 Kanonen und dem eisenbedachten Verdeck.

Der Korrespondent des „New-York Tribune", der die Spitäler in Winchester besuchte und dort alle Arten Schußwunden sah, bemerkt, daß die Enfield-Büchsenkugel die schrecklichsten Wunden machte; „sie reißt Löcher in's Fleisch so groß, daß man einen Silberdollar hineinlegen kann, und zerschlägt die Knochen zu Häckerling." Es waren wenig Bajonettwunden zu sehen.

Volkswirthschaftliches.

Ö Frankfurt, 28. April. (Privat-Korrespond.) Der heutige sogenannte Offenbacher Meßtag, begünstigt durch schöne Witterung, gewährte für den Detailhandel, sowie für die verschiedenen Wein- und Viehwirthschaftern ein sehr befriedigendes Resultat. Viele Tausende von Menschen jedem Alters und Geschlechts aus unserer nächsten Umgegend kamen zur Stadt und überfüllten denn Straßen; in den Stadttheilen, wo der Handel und Messerseyn seinen Sitz aufgeschlagen, herrschte ein solches Treiben und Drängen, daß man nur mit der größten Mühe durchkommen konnte. Unsere Osterme ß e geht nun morgen zu Ende und wir können dieselbe wider alles Erwarten als eine sehr frequente und lukrative bezeichnen, mit welcher wenigstens ein sehr großer Theil der Kaufleute und Fabrikanten sich zufrieden erklären.

Nichtpolitische Zeitung.

Der am 25. März in Hamburg gefeierte Sieger von Eckernförde, Major Jungmann, war in einer preußischen Provinzstadt geboren und wählte die militärische Laufbahn. Er wurde zu Ausgang der letzten dreißiger Jahre preußischer Artillerieoffizier, und daß er nicht nutzlos seine militärischen Studien gemacht, davon zeugte der Umstand, daß, als um die Mitte der vierziger Jahre das preußische Kriegsministerium der Pforte zur Reformirung des türkischen Artilleriewesens Fachmänner zur Verfügung stellte, auch Jungmann nach Konstantinopel gesandt wurde. Im J. 1848 verließ er die Türkei, suchte seinen Abschied aus dem preußischen Kriegsdienst nach, und wurde wenige Monate nach der schleswig-holsteinischen Erhebung vom 24. März 1848 schleswig-holsteinischer Hauptmann. In dieser Eigenschaft war es denn im folgenden Jahr Jungmann beschieden, die glorreichste schleswig-holsteinische Waffenthat zu vollbringen, und dem übermüthigen dänischen Feind durch die Zerstörung des stolzen Linienschiffs Christian VIII. wie durch die Eroberung der Fregatte Gefion mittelst einer schwachen Strandbatterie eine tiefe Schmach anzuthun. Auch dem Herzog Ernst von Sachsen-Coburg wird jener Triumph vom 5. April 1849 zum Theil zugeschrieben, aber nicht mit Recht; denn einzig und allein in der kaltblütigen Entgegennahme der Bombardementsdrohung des dänischen Kommandeurs Paludan durch den damaligen Artillerichauptmann Jungmann lag der Keim zu dem Ruhm jenes denkwürdigen 5. April. Herzog Ernst erschien erst auf dem Kampfplatz (Erlekanonen mit sich führend) als die Kanonade schon von neuem begonnen hatte. Jungmann brachte ihre Heldenthat die Beförderung zum Major, das Ritterkreuz des sachsen-ernestinischen Hausordens und später das Eckernförder Ehrenkreuz. Nach dem unglücklichen Ausgang des dreijährigen schleswig-holsteinischen Feldzugs lebte Jungmann in stiller Zurückgezogenheit erst in Gotha, dann in Oldenburg und Billwärder bei Hamburg, und endlich in Hamburg selbst. Ihm lachte nicht länger der Glücksstern; die Strapazen des schleswig-holsteinischen Feldzugs hatten schmerzliche Krankheiten zur Folge, und, was noch traurigter, Irrthum unmachte seinen Geist und hielt denselben monatelang in Knechtschaft. Zuletzt, als der schwere geistige Druck nachließ, trat körperliche Lähmung an dessen Stelle, und fesselte den rüstigen Freiheitskämpfer an das Krankenlager; wie er aber muthig und entschlossen gewesen im tödtlichen Kampf, so war er auch gottergeben in der schweren Krankheit. Auch in anderer Richtung wurde Major Jungmann schwer geprüft: er überwinde den Tod seiner ersten Gattin und zweier Kinder. Von Hamburg ergeht nun der Ausruf: „unsern berühmten Todten und damit und selbst zu ehren, was zur Zeit nicht anders als durch ein Denkmal auf seinem Grabe geschehen könne."

Es fand ein meuchelmörderischer Anfall auf den Freiherrn v. Dhrimb, Bruder des bekannterm Kabinetsministers in Detmold, statt. Während Herr v. D. drinn Lampenschein las, fällt — wahrscheinlich von der Hand eines rachsüchtigen Tagelöhners, welcher bereits in Untersuchung gezogen ist — ein Schuß, der das Fenster und die Lampe zerschmettert, während der, dem der Schuß galt, unversehrt geblieben ist.

Vor drei Jahren starb in Lyon ein 90jähriger Greis, Namens Crépin, und hinterließ ein durch Geiz zusammengescharrtes Vermögen von über 2 Mill. Frcs., aber nicht seinen Verwandten, sondern testamentarisch der Frau eines ehemaligen Kirchenschließers, Namens Favre. Ein gegen letztere angestrengter Ehescheidungsprozeß blieb erfolglos. Die Favre'schen Eheleute traten das Erbe an, lebten aber seitdem getrennt, der Mann auf dem Lande, die Frau in Lyon. Nun hat neuerdings Jemand, dem sie eine Jahrespension von 10,000 Frcs. versprochen, aber nicht gezahlt hatten, gerichtliche Klage erhoben und dabei so gravirendes Zeugniß abgelegt, daß das Gericht die Frau Favre und deren Mann sofort hat verhaften lassen, weil sie dringend verdächtig sind, den 2c. Crépin durch Gift aus der Welt geschafft zu haben.

Nach zwei vorgeblichen Versuchen, den Rheinlachs nach den Antipoden zu übersiedeln, wird gegenwärtig in den London-Docks ein eigener Dampfer zu diesem Zweck eingerichtet. Der von Johnson erfonnene Apparat, um die Eier während der weiten Fahrt sonwohrend mit frischem kalten Wasser zu versehen, besteht zunrist aus einem großen Eisbause, auf dessen Dach ein Reservoir angebracht ist. Von diesem fließt das Wasser in ein zweites Reservoir, welches im Eise selbst ruht, und von da auf den Brüteapparat. Es ist ein an einem Punkte nach Art eines Schiffskompasses aufgehängter Trog, der ein Labyrinth von Zinkabtheilungen enthält. Durch diese fließt das Wasser über ein Kiesbett bald auf, bald ab, bald schnell, bald sanft in ruhelosem Fall den Sauerstoff aufnehmend. Ein zweiter gleich konstruirter Apparat enthält junge Fischr. Hat das Wasser genügend zirkulirt, so wird es mit Pumpen in acht Gefäße gehoben, wo die Umeinigkeiten sich zu Boden setzen; dann wird es aufs neue gekühlt und verwendet.

Nach den Ergebnissen der neuesten statistischen Forschungen zählt Europa 272,000,000 Bewohner, Asien zählt 720,000,000, Amerika 200,000,000, Afrika 89,000,000 und Australien 2,000,000 Menschen. Nach einer durchschnittlichen Berechnung beträgt die Zahl der alljährlich Sterbenden die ungeheure Summe von 32 Millionen Menschen. Die durchschnittliche Sterblichkeit jedes einzelnen Tages beläuft sich demnach auf 87,761, die jeder einzelnen Stunde auf 3653, so daß also in jeder Minute 61 Menschen sterben. Folglich endet in jeder Minute ein Menschenleben. Da nun die Zahl der Neugeborenen die Zahl der Sterbenden weit übertrifft, so läßt sich annehmen, daß in jeder Minute gegen 70 bis 80 neue Weltbürger auf der Erde erscheinen.

Neueres.

Ueber den Ergang der Thätigkeit der Kommission, welche von der Bundesversammlung beauftragt ist, Vorschläge bezüglich der Vertheidigung und Befestigung der Nord- und Ostseeküsten zu machen, sind bereits die ersten vorläufigen Berichte nach Frankfurt gelangt. Es heißt, der Hafen Warnemünde werde von derselben als ein für die Errichtung bedeutender Befestigungswerke günstiger Punkt bezeichnet. (N. K.)

** München, 29. April. (Privat-Korrspond.) In der gestern stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Maximilianshütte, wurde die Jahresdividende auf 9 pCt. festgesetzt, nämlich außer der 5pCt. Zinsen, auch auf 4pCt. Dividende. Es ist

Digitized by Google

dies ein sehr günstiges Ergebniß, da im verflossenen Jahre die Preise für die Schienen nur 7 fl. per Centner betrugen. Die Hütte hatte im verflossenen Jahre 250,000 Centner Schienen theils an die Staats-, theils an die Ostbahnen geliefert.

Nachdem das auf der Saline Kissingen bestehende Sool- und Badhaus-Gebäude schon seit einigen Jahren so frequente Benützung fand, daß die vorhandenen Lokalitäten dem Andrange von Badegästen nicht mehr genügen konnten, so hat die Staatsregierung eine Erweiterung durch Verlegung der Dampfkessel aus dem Badgebäude ausführen und wird nun auch noch aus zwei Flügelbauten behufs der Vermehrung der kalten Soolbäder herstellen lassen, so daß die Kissingen besuchenden Badegäste wohl in ausreichendem Maße zufrieden gestellt werden können. (B. Z.)

Oesterreich. In Garda soll eine Kiste mit aufrührerischen Proklamationen Garibaldi's, revolutionären Büchern und einem Dolche aufgefangen worden seyn, und dazu auch ein Verzeichniß der Damen, an welche die Druckschen vertheilt werden sollten. Das Frachtstück war an das Handlungshaus Gandelberger in Roveredo adressirt, dessen bejahrter Chef als ein warmer Anhänger Oesterreichs galt. Dessen ohngeachtet soll er eingezogen worden seyn. Man vermuthet aber, daß eine Verwechslung mit seinem Sohne obwalte. — In Meran hatte am Palmsonntage die Einweihung des protestantischen Bethauses durch den Pastor Dr. von Oettingen unter großer Feierlichkeit, und letzthin das Begräbniß eines protestantischen Soldaten bei lebhaftem Zudrang des Volkes statt.

(Offizielles Programm für die Eröffnungsfeier der Welt-Ausstellung von 1862.) Die Thüren des Gebäudes werden am 1. Mai um 12 Uhr Mittags eröffnet und um halb 2 Uhr geschlossen (eine viel zu kurze Zeit, wenn die Zahl der eintretenden Gäste, wie man glaubt, über 25,000 seyn wird). Die Kommissäre und Stellvertreter der Königin werden mit dem Schlag 2 Uhr im Gebäude eintreffen, am Eingange des Hauptportals von einer Ehrengarde und im südlichen Centralhof von den Ministern, den fremden Kommissären und allen offiziellen Gästen, empfangen werden. Ihre Ankunft wird durch Trompetenschall bekannt gegeben, worauf sich der Festzug in folgender Weise nach dem westlichen Dome bewegt:

1) Trompeter der Leibgarde in Gallauniform. 2) Die ersten Werkführer der Bauunternehmer. 3) Bramte des Ministeriums für öffentliche Bauten. 4) Die Bauunternehmer, der Dekorateur und der Architekt des Gebäudes. 5) Die Superintendenten der einzelnen Departements. 6) Der Postan laureatus Alfred Tennyson. 7) Der Lord Provot von Glasgow und Edinburg, die Lordmayors von York und Dublin. 8) Der Lordmayor mit den Sheriffs und Würdenträgern der City. 9) Die Vorsteher der Gartenbaugesellschaft sammt ihrem Sekretär. 10) Die Vorsteher der Gesellschaft der schönen Künste sammt ihrem Sekretär. 11) Eine aus zehn Personen bestehende Deputation der Ausstellungs-Gewährsmänner (guarantors). 12) Der Sekretär des Finanzausschusses. 13) Mitglieder des Bauausschusses sammt dessen Sekretär. 14) Spezialkommissär der Jury. 15) Präsidenten der Juries. 16) Oberpräsident derselben. 17) Die Ausstellungskommissäre der brittischen Kolonien. 18) Die Kommissäre des Auslandes. 19) Die Präsidenten der fremden Ausstellungskommissionen. 20) Die Kommissäre der Ausstellung von 1851. 21) Die Kommissäre der gegenwärtigen Ausstellung. 22) Der Bischof von London, begleitet vom Erzdechanten von Middlesex und dem Pfarrer des Kirchspiels. 23) Die Minister, mit Ausnahme des Lordkanzlers und Lord Palmerstons, welche zur königlichen Kommission gehören. 24) Die königlichen Spezialkommissäre: Herzog von Cambridge, Erzbischof von Canterbury, Lordkanzler, Earl of Derby, Lordoberkammerherre, Viscount Palmerston und der Sprecher des Unterhauses. 25) Die Prinzen, welche etwa der Feier sich anschließen. 26) Deren Gefolge. 27) Detachements der Garde, Ingenieure, Artillerie, der Matrosen und Seesoldaten.

Im westlichen Dom angelangt, wird die Volkshymne angestimmt. Earl of Granville, als Präsident der Kommission, verliest eine Adresse, die der Herzog v. Cambridge erwidert. Hierauf bringt sich der Zug durch das Mittelschiff nach dem östlichen Dome, wo die Ouvertüre Meyerbeer's, die Cantate S. Bennett's und der Festmarsch Aubrr's von 400 Instrumentalisten und 2000 Sängern aufgeführt werden. Von da verfügt er sich nach dem Centrum des Mittelschiffs, wo ein Thron aufgeschlagen ist, der Bischof von London spricht an dieser Stelle ein kurzes Gebet, der Chor singt Hallelujah und die Volkshymne, der Herzog v. Cambridge erklärt die Ausstellung für eröffnet, Trompetenstöße und Artilleriesalven verkünden dies dem Publikum außerhalb des Gebäudes; der Festzug begibt sich nach der Gemäldegallerie und von dort zurück nach dem südlichen Centralhof.

In Mailand sey eine große Verschwörung unter den Soldaten der früheren neapolitanischen Armee entdeckt worden. Die Geistlichkeit soll die Soldaten mit Waffen und Geld versehen haben. Dagegen melden italienische Blätter, es seyen in Mailand viele ungarische Soldaten von der österreichischen Armee eingetroffen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	77 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62⅞–63¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53 P.
„	4½ pCt.	46⅛–47⅝ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91⅜ P.
Bayern	5 pCt. Obl. A. K. (C. b. K.)	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. Ljahr. dto.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. Ljähr. dto.	104 G.
„	4 pCt. Obl. Ljähr. dto.	10-3⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-It. dto.	101⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	86⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93⅜ P.
„	3 pCt. Obl.	85⅝ P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 7. 30	48⅞ G.
„	2 pCt. „ „ „	44⅛ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 600 . . .	1207⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	767—73 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197⅛–99⅜ ex D.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	2901/8 P. 219 G
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81⅛ G.
Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	91⅛ P. 91 G
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P. exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	74⅜ P.
Oest. F. St. Eisb. b. pCt. 500 Fr. à 2⅝ kr	245⅛ P.
„ Klisab.-Eisenbahn b pCt. . .	127 P. 126 G.
„ Klisab.-Main Prior. b. pCt. 6/7	79⅛ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 4 pCt. Z	32 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	137 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	114⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅛ P. 54 G
Nordd. Bank-Akt., 20 pCt. Einz.	240⅛ P. exD
Span. Handels- u. Industrie . . .	502 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	527 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅞—4⅛ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100⅛ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	84½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. Frs. 300 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Ost. W. l. S.	89½–90¼ G.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	116 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¾–73½ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	117⅛ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beIR.	122¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—
Badische fl. 50	99½ G.
Badische fl. 35	55 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132 G.
„ fl. 25 do.	32⅝ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36¼ P.
Sardinien Fr. 36 b. B.	84 P.
St. Lüttich m. 25 pCt. Z	37¼ P.
Vereins-Loose fl. 10.	19⅛ P.
Anab.-Gunsenh. fl. 7-L.	11⅜ G.

Frankfurt, 29. April. Die Börse eröffnete in etwas matterer Haltung, befestigte sich jedoch sehr bald, und besonders österr. National, Bankaktien und 5 pCt. Loose von 1860 erfuhren abermals eine namhafte Preisverbesserung. Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. Elisabethbahn haben sich um mehrere Prozente. Auch für Hanauer Aktien zeigten sich wieder Käufer zu höheren Kursen. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Sdn.)

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 120. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag 1. Mai 1862.

Politische Volkserziehung.

Das Auftreten der Junkerregierung in Preußen wird in Bezug auf den öffentlichen Volksgeist von der nachhaltigsten Bedeutung seyn. Das Volk wird durch sie um einen tüchtigen Schritt weiter in seiner Erziehung gelangen. Freilich ohne, ja gegen ihren Willen. Die Mittel, die zur Erreichung einer Wahl im Geiste der Junkerei angewendet wurden, waren sämmtlich auf die niedrigen und schlechten Seiten im Herzen der Menschen berechnet. Einschüchterung der Schwachen, Aufmunterung der Eigensüchtigen, Drohungen und Versprechungen mehr oder weniger klar ausgesprochen, sollten die Mehrzahl des preußischen Volkes veranlassen, heute Lügen zu strafen, was sie gestern wahr geheißen, heute zu verwerfen, die sie gestern berufen, heute das Junkerthum auf den Altar zu heben, das sie gestern verdammt hatte. Wäre es gelungen, dies zu erreichen, so würde das preußische Volk sich ein solches Zeugniß der Feigheit, der Schwäche, des Wankelmuthes gegeben haben, daß in der Geschichte der Neuzeit kaum je ein Volk so sich vor der ganzen Welt bloßgestellt haben würde. Daß das Junkerthum dies dem preußischen Volke nur zumuthen konnte, beweiß, daß es dasselbe in seiner Weise achtet, daß es demselben die ellenbreite Charakterlosigkeit aufbürden möchte. Gelang es, das Volk zu Wahlen im Geiste der Regierung zu veranlassen, so war dies ein schimmerer Sieg über das preußische Volk, als wenn dasselbe in der heißesten Schlacht von seinem bittersten Feinde geschlagen worden wäre. Zum Glücke aber hat das preußische Volk die Probe bestanden. Daß die ganze höhere Intelligenz gegen das Benehmen der Regierung Verwahrung eingelegt, die Zumuthung, sich niedrig und charakterlos zu betragen, von der Hand gewiesen — hat auch schon wohlthätig gewirkt. Es ist jetzt zum Durchbruche gekommen, daß ein seiner Pflicht und seines Rechtes sich bewußtes Volk die Anforderungen seiner Regierung, welche auf die schlechten Seiten des Volkscharakters bauen, in ruhigem Selbstbewußtseyn zurückweisen kann, zurückzuweisen berechtigt und verpflichtet ist. Es ist ein wahres Glück, daß die Herren v. Schwerin und Genossen beseitigt wurden, um den Herren v. d. Heydt, v. Roon, v. Jagow u. s. f. Platz zu machen. Denn mit jenen hätte der gelinde Stillstand, und somit auch Rückschritt noch lange fortbestehen und zu einer schimmeren Zeit zu den bösesten Folgen führen können. Jetzt hat der Schlag, den das Junkerthum dem preußischen Volke ins Gesicht gegeben hat, dasselbe aus seinem Halbschlafe geweckt und zum Bewußtseyn gebracht. Schon ist nicht mehr zu bestreiten, daß man sich im preußischen Volke berrechnet hat, als man ihm zumuthete, sich selbst das Zeugniß der höchsten Charakterlosigkeit zu geben; und daß diese Zumuthung, diese freche Herausforderung, dem Volke die Augen in einer Weise geöffnet hat, daß der Fortschritt, den das preußische Volk in den letzten Tagen gemacht, seine politische Erziehung zu einer Reife getrieben hat, die von unberechenbaren Folgen für die Zukunft Preußens und auch des ganzen Deutschlands seyn wird. Das danken wir dem Junkerthum — und was das Beste ist, sind ihm dafür nicht einmal Dank schuldig. — (Z.f.N.)

Lassen wir nun noch ein zweites Blatt reden: Die liberale Partei hat einen glänzenden Sieg erfochten. Nicht der fünfzehnte Theil gehört der konservativen Partei an. Wir sahen städtische und königliche Beamte ruhig an den Wahltisch treten und ihre Stimme für die liberale Partei abgeben — nein nicht für die Partei, sondern um zu konstatiren, daß noch ihrer Ueberzeugung das aufgelöste Abgeordnetenhaus nicht hervorgegangen ist aus freventlichen Wahlagitationen einer umsturzsüchtigen Partei, daß die unbefangene Erwägung der Lage des Staates die Wahlmänner und Abgeordneten des alten Hauses auf den politischen Schauplatz gestellt hat. Es galt zu zeigen, daß das Land mit Entrüstung die sophistische Fragestellung aufgenommen hat: ob königlich, ob parlamentarisch; es galt zu beweisen, daß man nicht deshalb liberaler Gesinnung gewesen ist, weil zufällig die Minister liberal hießen, sondern daß durch alle Stürme hindurch das Wohl des Landes der einzige Leitstern der politischen Stimmabgebung seyn müsse. Wir sahen, wie sich Männer zur Wahl einfanden, denen jede Stunde zur Erhaltung ihrer Lebens kostbar ist, Männer, die bisher ohne politisches Interesse, jetzt durch die eklatante Anklage gegen die frühereren Wahlresultate nicht mehr ruhig bleiben konnten: wohl noch einmal so viel Urwähler fanden sich ein und von den Hinzugekommenen waren fast Alle da, um ihre Verfassungstreue um jeden Preis zu bekunden: kein königl. Regiment giebt es für sie außerhalb der beschworenen Verfassung, kein parlamentarisches Regiment, an dessen Spitze nicht der König stände. Dies Resultat ist aber erreicht worden ohne alle und jede Agitation der liberalen Partei; es galt eben zu zeigen, wie ohne Agitation die Gesinnung des Volks sei; agitirt haben die Landräthe, die Feudalen, die Chefs der Behörden, man hat Einschüchterungen, Drohungen, Versprechungen nicht verschämt, man hat die staatsbürgerliche Pflicht mit der Amtspflicht und dem Amtsgehorsam zu vermischen und zu verwirren gesucht. Dem jetzigen Wahlresultate kann Niemand den Vorwurf thun, Gesetzt schleudern, daß den Urwählern die Aßchen und die Gesinnung der Regierung nicht bekannt wären. Die Urwähler haben gezeigt, daß sie nicht allein die vorige Wahl mit Ueberlegung und Bewußtsein vollzogen haben, sondern auch, daß sie den Wahlerlassen unvolksthümlicher Minister den ehernen Sinn des Mannes entgegenzustellen wissen. Fortschritt auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung, das ist die Losung. Der Bürgermuth und der Sinn für Gesetzlichkeit hat seine erste Probe bestanden, nicht gegen Aufrührer wie vor 13 Jahren, nein, gegen eine verzweifelt kämpfende, egoistische Partei."

Deutscher Bund.

= **Oesterreich.** Die die gestrige czechische Wallfahrt auf den Georgsberg bei Raunnig, so soll auch das auf den 17. Mai anberaumte czechische Sängerfest zu einer großartigen Demonstration gegen die Deutschen gestempelt werden. Auf dem Programm für das Sängerfest befindet sich unter anderm ein böhmisches Lied mit dem Refrain: „Jetzt den Deutschen, den Fremden hinaus!" Unter diesen Umständen ist es sehr anerkennenswerth, daß sich in Prag die kaufmännische Ressource mit dem deutschen Kasino zu einer Gesellschaft unter dem Titel „Austria" vereinigen.

= Die Adresse jener 23 Wiener Gewerbsleute, für deren Reise zur Londoner Ausstellung der Gemeinderath 10.000 fl. bewilligt hat, ist auf den 26. Mai festgesetzt. Jeder erhält die Reisekarte und 20 fl. in Silber bis zur Ankunft in London. In London sorgt der Gemeinderath und Bizepräsident der nieder-österreichischen Handelskammer, Franz Wertheim, für die Unterbringung und weitere Verköstigung. Der Aufenthalt beträgt 14 Tage. Bei der Abreise erhalten die Gewerbsleute die nothwendigen Mittel zur Rückreise nach Wien, und es ist jedem gestattet, sich die Route in seine Heimath selbst zu wählen.

In Schlesien macht ein Gnadenakt Freude. Der Kaiser hat die Wiedereinsetzung von 26 in Folge Urtheils des Troppauer Kriminalgerichts vom 21. März 1850 wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit abgestraften Grundbesitzern der im Oldersdorfer Bezirke liegenen Gemeinde Großwaltzein in ihre politischen Rechte genehmigt. Wenn wir nicht irren, so hatten jene bestraften Grundbesitzer ein ihnen nicht gehöriges Ackergrundstück gewaltsam in Besitz genommen, in der Meinung, es wäre „gemeinschaftliches" oder ihrer Gemeinde gehöriges Eigenthum gewesen.

Preußen. Nach einer telegraphischen Nachricht haben in Mühlhausen, einer klei-

Digitized by Google

nen Stadt in der Nähe von Elbing, im Kreise Preuß. Holland, die Konservativen vermittelst Drohungen einen Wahlsieg erzwungen. Das Telegramm meldet sodann Folgendes: „Hierauf wurden sodann Häuser liberaler geplündert. Bürgermeister unthätig. Liberale requirirten Militär. Ruhe.“ Nähere Nachrichten über diesen Vorgang werden abzuwarten seyn.

Baden. Die zweite Kammer faßte einen einstimmigen Beschluß zu Gunsten des turhessischen Wahlgesetzes von 1849. — Auf eine Interpellation des Abg. Knies wegen des preußisch-französischen Handelsvertrags antwortete der Finanzminister, es sey noch keine endgültige Entscheidung getroffen; hätte weder der Kammer eventuell eine Vorlage zur Zustimmung unterbreitet werden.

Mecklenburg. Das Ministerium hat sich bewogen gefunden, die „Nationalzeitung“ bei 10 Thaler Strafe zu verbieten. Verwundert fragt alle Welt, was die Regierung zu diesem Schritt veranlaßt haben kann, und da erfährt man denn, es sey wegen des Artikels über die Ebenbürtigkeit der Ehe der verstorbenen Großherzogin. Man spricht noch von weiteren Verboten von Zeitungen, die es gewagt haben, die Ebenbürtigkeitsproclamation des Staatsministeriums zu besprechen.

Braunschweig. Der Geheimrath v. Campe ist zum Staatsminister, der Finanzdirecteur v. Amsberg zum Generaldirecteur der Eisenbahnen und Posten ernannt worden.

Schleswig-Holstein. In Kiel hat sich Advokat Bargum durch Provokirung seiner Bestallung vor der gemeinschaftlichen Versammlung des Magistrats und des Deputirtencollegiums selbst aus Bürgermeister von Kiel eingeführt. Er sprach die Hoffnung aus, das Vertrauen der Bürgerschaft und die Unterstützung der Kollegien zur Förderung des Wohles der Stadt zu verdienen und zu gewinnen.

⊙ **Freie Städte.** Frankfurt, 29. April. (Pr.-Corr.) Dem hiesigen Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika, Hrn. W. W. Murphy, ist von seiner Regierung in Washington die offizielle Notifikation zugekommen, daß die seit fast einem Jahre bestandene lästige Postregulation wieder aufgehoben ist. Die betreffende Depesche lautet, wie folgt: „Staatsdepartement Washington, 17. März 1862. Ich bin beauftragt, Sie zu benachrichtigen, daß die Regulation des Staatsdepartements vom 19. Aug. 1861, nach welcher es Niemanden gestattet war, einen Hafen der Verein. Staaten ohne einen von diesem Departement aufgestellten oder vom Staatssekretär kontrasignirten Paß zu verlassen, noch in den Vereinigten Staaten ohne einen Paß von einem Gesandten oder Konsul der Vereinigten Staaten oder, wenn es ein Fremder, von seiner eigenen Regierung aufgestellten und von einem solchen Gesandten oder Konsul kontrasignirten Paß zu landen, sowie ebenfalls die Regulation, welche von allen Pässe oder Paßvisa's diensprechenden Amerikanern eine eidliche Loyalitätserklärung verlangte, hierdurch aufgehoben sind, indem die Ursachen, welche den Erlaß der bezeichneten Regulationen erforderlich machten, wie man hoffen darf, zu existiren aufgehört haben. Ich habe die Ehre u. s. w. E. M. Seward, assistirender Staatssekretär.“ — Die betreffenden Regierungen sind bereits von dieser, vielen Deutschen und Amerikanern gewiß sehr angenehmen Verfügung in Kenntniß gesetzt.

Dänemark.

Die amtliche „Departementstidende“ enthält die Bekanntmachung des vom Reichsrathe angenommenen Gesetzes über den Beitrag Dänemarks und Schleswigs zu der Apanage für den Prinzen Christian Frederik Wilhelm Karl zu Dänemark (ältesten Sohn des designirten Thronfolgers Prinz Christian von Glücksburg). Dem Prinzen sind jährlich 10,000 Thlr. Reichsmünze vom 3. Juni 1861 an bewilligt; wenn er indeß in den Staatsdienst tritt, soll er seine besonders Gage genießen, so lange er die Apanage bezieht.

Belgien.

Der Gesundheitszustand des Königs von Belgien flößt von Neuem Besorgnisse ein. In wenigen Tagen wird der greise Monarch sich abermals einer Operation zu unterwerfen haben, zu welchem Zwecke wieder Dr. Civiale aus Paris nach Brüssel berufen ist.

Großbritannien.

Die für die drokfoen Arbeiter in Blackburn eingeleiteten Sammlungen versprechen eine erfleckliche Summe einzubringen. Aber die neueren Berichte von dort lauten in der That sehr mahnend, damit sich Jeder spute, der da geben kann. Es steht jetzt fest, daß in dem genannten Fabrikbezirke 7500 Arbeiter gegenwärtig ohne Beschäftigung, daß somit, wenn jeder derselben nur noch für ein Familienmitglied zu sorgen hat, 15,000 Menschen ohne Erwerbsquelle sind.

Frankreich.

Ein Legitimist, Hellon de Bonlnu, hatte die eigenthümliche Idee, eine politische Broschüre in lateinischer Sprache zu veröffentlichen unter dem Titel: De libertate. Adolescens ad adolescentes. Vielleicht hatte er gehofft, ihr auf diese Weise Gnade vor der Staatsanwaltschaft zu verschaffen, aber er machte die Rechnung ohne den Prokurator in Nizza, der die Schrift mit Beschlag belegen ließ und eine gerichtliche Untersuchung einleitete.

Dem „Toulonnais“ zufolge ist das französische Mittelmeer-Geschwader nicht nach Neapel, sondern nach Gannes gesegelt, um den daselbst stattfindenden Regatten beizuwohnen. Es werde selbst behauptet, daß nie die Rede von einer Fahrt nach Neapel gewesen sey. (!)

Italien.

König Viktor Emanuel, welcher Vormittag um 11 Uhr von Gaeta abgefahren war, begleitet von italienischen und franz. Schiffen, langte, wie schon gemeldet, Abends um 4½ Uhr auf der Rhede von Neapel an. Mehrere Dampfboote und eine große Anzahl Barken waren dem Könige entgegengefahren. Die Forts, die Schiffe der nationalen Flotte und drei englische Kriegsfahrzeuge, begrüßten mit wiederholten Salven ihn, sowie das ihn begleitende Geschwader. Der König stieg, nachdem er den Syndikus empfangen, ans Land und hielt in einem Wagen seinen Einzug durch die Hauptstraßen; Ihm zur Seite waren die Herren de Lamarmora, Ratazzi und der Syndikus von Neapel. Die Nationalgarde zu Pferd geleitete den K. Wagen. Die Nationalgarde bildete Spalier. Eine ungeheure Volksmenge begrüßte den König mit Beifallsrufen; von den Balkonen herab regneten Blumen auf seinen Wagen; es waren Kundgebungen einer unbeschreiblichen Freude. Der König zeigte sich, nachdem er im Palaste angekommen, zu wiederholten Malen auf dem Balkon. Die Arbeiter-Korporationen, die Studentenvereine, die Nationalgarde zogen sodann vor dem Palaste vorüber. Ihnen auf wurden die Civil- und Militärbehörden, sowie die Mitglieder des Parlaments von dem Könige empfangen. Man erwartet Wohlthätigkeitsakte, sowie eine Amnestie für alle Verbrechen und für die Vergehen im Dienste der Nationalgarde. Am Abende hatte eine glänzende Illumination statt. Die Rente ist um ½ pCt. gestiegen.“

Die „Triest. Ztg.“ meldet: In Neapel nehmen die liberalen Aspirationen des Klerus große Dimensionen an, und die protestantische Propaganda findet gerade in jenem Lande der Extreme augenblicklich einen günstigen Boden. In Florenz sammelt man Unterschriften zu einem Denkmal für Arnold von Brescia. Selbst in der Pilgerstadt Loreto war vor Kurzem ein großes Plakat auf die Kathedrale geheftet mit der Inschrift: „Es lebe Arnaldo da Brescia!“ Msgr. Canzio wird am 6. Mai vor den Assisen von Bologna erscheinen, angeklagt, italienische Soldaten zur Desertion verleitet gewollt zu haben.

Türkei.

— In Albanien ist den türkischen Truppen der Befehl ertheilt worden, immerfort in Kriegsbereitschaft zu stehen. Von Sarajewo die Bueiten sind Lärmkanonen zum Telegraphiren errichtet. Die Mehrzahl der Bewohner von 40 Dörfern sind in Käfige eingesperrt und den Einflüssen aller Elemente preisgegeben, weil sie die Steuer nicht zahlen konnten. Längs der serbischen Gränze sind in dem Dorfe 100 bosnische Grenzer aufgestellt, welche oft auf das jenseitige Ufer schießen. Die Bergehöhen im Bischergad und Bleaic sind von 500 Nigams und 200 Baschi-Bozuks, unter dem Befehle des Hacideg besetzt. In Srebernica stehen 1000 Mann und fast eben so viel in Novibazar. In Bulgarien sind eine Menge junger Leute, um die Türken an Greuelthaten gegen die Christen zu hindern, zu Haidukenscharen zusammengetreten: militärpflichtige Türken gesellen sich zu ihnen. In Rissa stehen jetzt 6000 Mann, es sollen in kurzer Zeit noch 24,000 dahin beordert werden. Türkische Truppenabtheilungen stoßen oft mit jenen Haidukenschaaren zusammen.

Nachdem Frankreich, unterstützt von Rußland, förmlichen Protest gegen das Einrücken türkischer Truppen in Montenegro erhoben, hat die Pforte beschlossen, daß die montenegrinische Grenze nicht überschritten werden soll.

Rußland und Polen.

Das „St. Petersburger Journal“ enthält einen kaiserlichen Ukas, welcher sagt: „Um den Gedanken auf eine sofortige

Digitized by Google

Basis zu stellen, ist für nothwendig erachtet, schon jetzt graduelle Maßregeln zu ergreifen, um die Staatsbank zu ermöglichen, den Ausbruch der Kriegsfackel gegen baares Geld vorzunehmen und sey dann eine 5 pCt. Anleihe bei dem Hause Rothschild zu Paris und London im Betrage von 15 Mill. Pf. St. in Abschnitten von 50 bis 1000 Pf. St. aufgenommen worden. Die Bezahlung der Zinsen findet in Paris, London, Frankfurt a. M. und Amsterdam statt. Eine Kündigung oder Konversion dieser Anleihe ist vor Ablauf von 20 Jahren unmöglich. Die einlaufenden Beträge werden direkt zur Disposition der Staatsbank gestellt und eine eingezogene Kreditbillets sogleich verbrannt. Schon jetzt ist die Staatsbank allein ermächtigt, Noten nur gegen baares Geld oder zum Behufe des Umtausches, neue gegen alte Noten auszugeben. Sobald die Anleihe geschlossen seyn wird, macht der Finanzminister Vorschläge wegen eines graduellen Notenumtausches gegen Gold."

Am 29. April als am Geburtstag des Kaisers veröffentlichte der „Dijennik" eine Verordnung über die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassensteuer für 1862; ferner 89 Strafersatzlasse, worunter sich Bialobrzeski, Otte, Schlenker und Hiszpanski befinden, und 14 Strafermäßigungen, worunter Drucker, Maciejewski und Krampusch von einer zehnjährigen Arrestdauer befreit werden.

Amerika.

Folgende sind die Namen von deutschen Generalen und Obersten der Vereinigten Staaten-Armee. Generale: Siegel, Blenker, Stahel, Schöpf, Asboth (Ungar). Oberste: Wutschel, v. Steinwehr, v. Gilsa, v. Amsberg, Kapff, Rosa, Weber, Frank, Bendix, Beige, Scriges, Kerzanowski, Cyloffstein, Prinz Salm, Albert, Ramming, Knobelsdorff, Michaelovy, Willich, Oberhaus, Schart, Salomon, Friedmann, Bausenwein, Bürstenbinder, Friedmann, Perrei und d'Utassi (Ungar). Französische Obersten sind zwei im Felde: De Trobriand und d'Epinenil. Die Engländer sind durch den Kavallerie-Inspektor Oberst Havelock vertreten, Bruder des berühmten englischen Generals Havelock.

Asien.

Ostindien. Die Gerechtigkeit (!) erreicht langsam, aber sicher, die Uebeltheidiger der Rebellenhauptlinge von 1857. Durjaow Sing ist überfallen und gebindet, und die bei den Meuterern in Delhi bethätigten Verbrecher sind gefangen genommen, verurtheilt und hingerichtet worden. Nur der Exprinz, Nana Sahib, ist entwischt, und es ist jetzt vollkommen erwiesen, daß die Nachricht seines Todes unwahr ist. Der in Sindy gefangen genommene vermeintliche Nana Sahib scheint nicht der ächte Mann gewesen zu sein. Die Regierung hat Nachrichten erhalten, welche man für authentisch annimmt, wornach Nana Sahib und einige seiner Begleiter eine Scheinverbrennung ihrer Körper in der Provinz Nepal nach Hindugebrauch vorgenommen haben. Dies geschah in der Absicht, die Behörden auf eine falsche Fährte zu führen, was auch für einige Zeit gelang. Mittlerweile lebten Nana Sahib und einige Rebellenhäuptlinge im westlichen Nepal in der Nähe der Päße, welche nach Tübet führen. Die Verfolgung wird wohl jetzt wieder aufgenommen werden, und für Nana Sahib gibt es keine Ruhe mehr, als bis das Grab ihn zunimmt. (Dieser unversöhnliche Haß der Engländer spricht genug für die ungewöhnlichen Qualitäten Nana's.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der praktische Arzt in Ansbach, Dr. Frohnmüller sen., hat von dem König von Schweden in Anerkennung seiner geschichtlichen Monographie über die alte Beste bei Fürth die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft erhalten. — In Wasserburg wurde der Polizeidiener Graf, der zwei Streitende im Wirthshaus trennen wollte, von einem derselben mit dem Messer in den Rücken gestochen, daß man an dem Aufkommen des Graf zweifelt. Der Verbrecher ist erst 17 Jahre alt. — Wie aus Weilheim mitgetheilt wird, hat der k. Bezirksgeometer daselbst den Auftrag erhalten, an dem westlichen Ufer des Starnbergersee's zwei große Bauernhöfe für Se. Maj. dem König käuflich zu erwerben.

Von den regierenden Fürsten Europa's feiern im Monate Mai die folgenden ihre Geburtstage; die Königin Viktoria von Großbritannien (geboren 24. Mai 1819), König Georg V. von Hannover (geb. 27. Mai 1819), Landgraf Karl von Hessen-Philippsthal (geb. 22. Mai 1803) und Papst Pius IX. (geb. 13. Mai 1792).

Der berüchtigte Bankrotenfälscher Ludwig Nagy ist aus seinem Gewahrsam in Pesth entsprungen. Nagy ist in seiner Art ein höchst gefährliches Individuum. Es wurde schon in den 1850er Jahren nach langem politischen Verfolgen wegen Fälschung von Kreditpapieren (sie machte 1000-, 100-, 10- und 5-Gulden-Banknoten) zu Stande gebracht und entsprang i. J. 1859 aus dem Gefängniß im Pesther Komitatshause. Seither hatte er seine Werkstätte in Ofen aufgerichtet und besonders die nordöstlichen Komitate Ungarns und die südlichen Gegenden Galiziens wurden mit seinem Fabrikat überschwemmt. Erst am 6. März d. Js. wurde Nagy mit 6 andern Mitverbrechern aufgegriffen und zuerst in das fürstliche Gefängniß, später aber der größeren Sicherheit wegen in die Karlskaserne gebracht, von wo es ihm dennoch zu entfliehen möglich war.

Ueber die Briefunterschlagung des Postoffizianten Kallab gibt ein Korrespondent der „Börsenhalle" folgende Erläuterung: „Es bestand in früheren Zeiten ein besonderes, damals vom Ministerium des Aeußern reffortirendes Departement an der Post, das „„Schwarze Kabinet"" genannt, in welchem von eigens dazu eingeweihten und beeideten Postoffizianten Briefe, die man in Verdacht hatte, von politisch verdächtigen Personen oder aber an solche geschrieben zu seyn, unbemerkt zurückgehalten wurden. Diese Briefe öffnete man dann betreffenden Orts und bejchielt sie je nach ihrem Inhalt ganz zurück oder kopirte sie, um sie alsdann, nachdem man sie kunstvoll und auf eine von Unkundigen wohlen nicht bemerkbare Weise wieder geschlossen hatte, an ihre respektiven Adressen gelangen. Dieses schwarze Kabinet wurde unter der Regierung des jetzigen Kaisers aufgehoben, der erwähnte Kallab aber, der unter dem früheren Regime zu den obengenannten vertrauten Offizianten gehört hatte, fuhr in seiner Manipulation fort, Briefe, die ihm, wenn auch nicht politisch, so doch pekuniär wichtig schienen, nach der in jenem schwarzen Kabinet üblichen Praxis zu öffnen." (Der Fluch der bösen That, doch sie Böses muß gebären.)

Im ungarischen Blatte „Ordl. Lanzja" ist gedruckt zu lesen: „Die Japaner, Märtyrer haben Paris verlassen, von wo sie nach London, Haag, Berlin, Wien und Petersburg reisen." Der gute Mann war offenbar so sehr in seinen Gedanken mit der demnächst stattfindenden feierlichen Kanonisation beschäftigt, daß er sogar die gut heidnischen japanischen Gesandten mit den toten Franziskanern verwechselte.

Die „Köln. Ztg." bringt folgende gemüthliche Humoreske: Ein Bürger Kölns, der nach dem siegreichen Kampfe des Fortschritts einen Gang aus der Stadt machte, fand im Roggenfelde des Gutsbesitzers Schmitz zu Nordorf eine Menge blühender Kornähren und sandte uns zum Wahrzeichen einen vier Fuß langen Halm, dessen Aehre in voller Blüthe stand. So sehen wir denn zu dieser Frist, daß der liebe Gott den Fortschritt auch in seiner schönen Natur walten läßt, und zwar in staunenswerthem Maße. Ende April schon blühendes Korn und Geschrei in den Weinbergen, das ist ein Fortschritt, gegen den hoffentlich auch die Rückschrittsmänner nichts zu erinnern finden, da er uns heuer reichen Segen an Brod und Wein zu hoffen gestattet, zwei Gottesgaben, die allen Menschenkindern, ohne Unterschied ihres Parteistandpunktes, jederzeit willkommen sind. Beiläufig sey hier erwähnt, daß die Urnahme nach derselben Geschäft überaus zahlreich nach den betreffenden Lokalen strömten, um einen guten Spezial zu trinken, die einen, um ihren Triumph zu feiern, die andern, um ihren Mißmuth zu verscheuchen.

Folgender merkwürdiger Betrug wird von der „Redarzeitung" gemeldet: Durch Erkennung des Gerichtshofes in Ellwangen war ein Hall verhaftetes gewisser Ottenbach zu Gnadenthal, Ob. Oehringen wegen Diebstahls zu einer Arbeitshausstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurtheilt worden. Zum Vollzug dieser Strafe wurde er von Hall aus auf Transport gesetzt und zwar zunächst nach Heilbronn, um von hier aus mit der Eisenbahn vollends nach Ludwigsburg befördert zu werden. Am gleichen Tage befand sich auch auf dem Transporte in dieser Richtung ein gewisser Peter Kircher aus Tyrol, der als widerspenstiger Militärpflichtiger an seine Heimath ausgeliefert werden sollte. Im oberamtlichen Gefängniß zu Heilbronn brachten Beide im gleichen Lokale die Nacht mit einander zu. Hier nun spitzelte Ottenbach dem Kircher vor, er habe im Ludwigsburger Arbeitshause eine Strafe von 14 Tagen hur erstehen; wenn Kircher diese für ihn durchmachen zwolle, so wolle er, Ottenbach, sich für ihn nach Tyrol verbringen lassen und dort sein Kaisers Rock anziehen. Kircher, den es just nicht sehr in die Reihen der Vaterlandsvertheidiger treiben mochte, ging auf Ottenbachs Vorschlag ein, und da beide so ziemlich von gleicher Größe waren, auch die Signalements beider im Wesentlichen übereinstimmten, ließ sich die Verwechslung alsbald leicht in Szene setzen. Sie vertauschten Kleider und Kopfbedeckung, und am andern Morgen fuhr ein Jeder in der Rolle des

Digitized by Google

Ankern mit der Eisenbahn in dem bekannten verschlossenen Wagen mit den unliebsamen Freiplätzen nach seinem neuen Bestimmungsorte ab. Kircher wurde richtig als Ottenbach im Ludwigsburger Arbeitshaus eingeliefert, Ottenbach aber den tyroler Behörden übergeben und trat als Pseudo-Kircher in die Reihen der österreichischen Kaiserjäger. Die 14 Tage im Arbeitshaus, vor denen Ottenbach gesprochen hatte, gingen vorüber, ohne daß Kircher in Freiheit gesetzt worden wäre. Zuerst ließ er sich nichts merken, als aber weitere 14 Tage verflossen waren, merkte er sich zum Verdruß beim Verwalter des Arbeitshauses und gab an, er sey unschuldig im Gefängniß; in der Gegend von Oehringen sey er von einem Landjäger, der einen andern Gefangenen transportirt habe, verhaftet worden und da er keinen Ausweis bei sich gehabt, habe man ihn eben ins Arbeitshaus verbracht. So unwahr diese Angabe war, so wahr war die Behauptung, daß er nicht Ottenbach sey; denn als er von hier aus wieder nach Hall transportirt wurde, stellte sich augenblicklich die Gewißheit heraus, daß dies in der That nicht Ottenbach sey. Später ließ sich Kircher auch noch herbei, den ganzen Vorgang der Verwechslung, wie wir ihn eben geschildert haben, wahrheitsgetreu zu erzählen. Von Glurns in Tyrol aber kam amtlich die Nachricht hierher, daß dort allerdings unser Pseudokircher bei den Kaiserjägern eingereiht worden, daß er aber nach wenigen Tagen wieder desertirt sey. Neuestens wurde jedoch berichtet, daß der Ottenbach wieder eingefangen worden sey, und daß er demnächst hierher ausgeliefert werden solle. Der ächte Peter Kirchner aber mußte natürlich zuletzt doch noch von hier aus den Weg in die Kaserne der Glurnser Kaiserjäger machen und wird hier in einer nichts weniger als abgekürzten Dienstzeit seinen Abstecher ins hiesige Arbeitshaus weder zu seinen klügsten Streichen noch zu seinen angenehmsten Erinnerungen rechnen.

Schon einmal ein Frankfurter Schützenthaler. Im Besitze des Nachkommens einer alten Familie der Reichsstadt Eßlingen befindet sich eine Gedenkmünze von Silber in der Größe eines heutigen Vereinsthalers, auf der einen Seite steht um den Reichsadler: „Res publica Francofortensis“, auf der andern Seite: „Mit Stahl und Büchsen zweierley, Frei Schützen allhie sind gewest.“ Wann dieses hundert-ein das Best 1582.“

Der Fischreichthum an den Küsten der Kanalinseln (Jersey-Guernsey und Alderney) wurde stets den Massen von Sand-Aalen zugeschrieben, die sich hart an den Inseln aufhalten. Die Aale werden nämlich, wie man glaubt, durch Meerschweine (porpoises, eine Art Delphine) in das seichte Wasser getrieben, wo sie den Fischen zur Nahrung dienen. Eine Zeitlang hatte sich eine Flotte von Haifischen in jene Gewässer eingedrängt und die Meerschweine in die Flucht gejagt, und seitdem wurden auch die von den Aalen lebenden Fischgattungen auffallend selten. Merkwürdiger Weise sind plötzlich die „See-Advokaten“ (sea-solicitor nannte Byron den Hai) aus einem oder dem andern Grund abgesiegelt, die Meerschweine sind zurückgekehrt, und die Fische sind wieder in Massen da.

Dr. Becker aus Melbourne, der O. Burke'ß Expedition mitmachen wollte, sich aber nach einigen Monaten von derselben trennte, ist gegenwärtig in London und geht von hier nach Deutschland. Er ist ein Bayer.

Neueres.

München. Indem wir wegen der unsern Kreis betreff. Notariats-Ernennungen und anderweitigen Beförderungen auf den Anzeiger verweisen, theilen wir einstweilen aus andern Kreisen die in den größeren Städten mit. München: K. Adolfser, Advokat, Dr. F. Buchner, Advokat, Karl Hacker, Bezirksgerichtsrath, W. Kummerer, Bezirksgerichts-Assessor, F. Noël, Advokat, A. Schlichthörle, Adv., F. v. Seydolb, Advo., v. W. v. Biwenti, Adv., sämmtl. in München; Regensburg: Fr. Greiner, Advokat, J. M. Schmauß, Landg.-Ass., Ute. Summa, Advo.; Amberg: Joh. B. Ehrenberger, Bez.-Ass. in Mitterau und F. G. Wilhelm, Advo. in Amberg; Ingolstadt: Sigm. Bauer, Dog.-Ass., und J. Lohsdorfer, Dog.-Ass. in Ingolstadt; Augsburg: K. Eckert Apv.-Ass. in Neuburg und A. Paur, Advo. in Augsburg; Nenburg a. d. D.: L. A. Seig, Leg.-Ass. in Neuburg, und G. Bohmann, Bezirksgerichts-Sekr. in München; Bamberg: Fr. M. Burkard, Advo., Christ. Suloe, L.-G.-Assessor; Landshut: Emil Barth, Advo. in Mühldorf, und J. Wein, L.-G.-Assessor in Landshut; Passau: B. Mackin, Advo., und W. Wolf, L.-G.-Assessor in Passau; Bayreuth: J. Eberh. Käffer-lein, Advo. in Bayreuth, und K. A. Mader, L.-G.-Assessor in Münchberg; Ansbach: J. Frank, Advo. in Ansbach, und J. C. Fr. Kissinger, Advokat in Gunzenhausen; Fürth: Dr. Jgn. Ortenau, Rechtspr. und Advokaten-Konzipient in Fürth, und Christian Lowfaint, Advokat in Nürnberg; Nürnberg: Lor. Heinrich. Herm. Beck, Leg.-Ass., Dr. Wilh. Friedr. Christ. Krafft. Advo., H. Lindner, Advo. und Dr. Joh. Fridr. Reichold, Advo., sämmtlich in Nürnberg.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76½/8 G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅜—⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅛—⅜ G.	
„	4½ pCt. „ „ „	48½—49⅛ G.	
„	4 pCt. „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91⅛ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 P.	
„	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	103 G.	
„	4½ pCt. Obl. ½Jhr. dto.	104 G.	
„	4 pCt. Obl. 1Jahr. dto.	101½ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-H. dto.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101 G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅞ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. „ Rothsch.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99⅜ P.	
„	3 pCt. Obl.	85⅜/8 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 30	487 ⅜ G.	
„	3 pCt. „ „ „	48⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thl.	101⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1201/2 P. ½ G.	
K. u. Oesterr. National-Bankaktien	799—802 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201,202½/2 ex D.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	2151/2 P.	
Würtembergische Bank à Thlr. 100	81 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	90⅜ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	338 P. ex D.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	76 P.	
Oest. F. St. Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 200 fr.	242—240½ G.	
„ Kisab.-Eisenbahn 5 pCt.	1261/2—127 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	80⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 110 4 pCt. Z	82 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136½ G.	
Pfälz. Ludw. b. Rothschild à 4½ pCt.	114⅛ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	64½ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	240½ P. ex D	
Span. Handels- u. Industrie „	505 P. 500G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	523 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	1063/8 P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105 G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	100⅛/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛/8 P.
Brem. 30 Th. Lad. k.S.	96⅜/8 G.
Cöln Thl. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118¼/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 300 k. S.	93⅜/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 l. S W.	—
do. in Ost. W. l. S.	99¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	119⅜ P.
„ fl. 250 v. 1864 mit 4pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75—76⅛/8 G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	110 G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bank	124½ G.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	99½ G.
Badische fl. 35	85⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	85½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132 G.
„ fl. 25 do.	27⅜ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	26½ P.
Sardinien Fr. 36 b. S.	54 ½
St. L. Stück m. 25 pCt. Z	27½ P.
Venetian-Loose fl. 10	10½ P.
Anglo-Donaust. fl. 7-L.	12⅛ G.

Frankfurt, 30. April. Schon bei Eröffnung der Börse zeigte sich starke Kauflust für ältere Fonds, Aktien und Anlehens-Loose, die sich bis zum Schlusse erhielt, dadurch trat eine abermalige bedeutende Steigerung ein, die sich insbesondere auf 5pCt. Nationat, 5 pCt. engl. Metalliques v. J. 1859, 4½ pCt. Metalliques, Bank-, Kreditaktien und 500 fl. Loose erstreckte. Der Umsatz war ungemein bedeutend, wozu wohl die heutige Abrechnung auch beigetragen hat. Dagegen waren einige Eisenbahnaktien niedriger, namentlich pfälzische Maybahn, hessische Ludwigsbahn und österr. Staatsbahn. Sonst keine erhebliche Veränderung. Von Wechseln war Amsterdam, London, Paris und Wien begehrt und höher.

(Sprd.)

Digitized by Google

Neue würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 121.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insereten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	59. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 2. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 30. April. Ein eigenhändiges Schreiben des Königs, welches der von Lyon zurückgekehrte geheime Ministerialsecretär Brochier an die Königin zu überdringen hatte, enthält die erfreuliche Mittheilung über den vortrefflichen Gesundheitszustand Sr. Majestät. Ferner erfährt man, daß der Zustand des in Nizza erkrankten Kabinetskuriers Schuller sein gefahrdrohender sey.

München, 30. April. Diesen Abend kam der Obergeneral der italienischen Armee, Ritter v. Benedek, mit Generaladjutant von Gregory über Lindau und Augsburg hier an, und wird nach einigem Aufenthalt dahselbst auf die Uebungen mit dem Bajonnele sowohl, als mit Hau- und Stoßparpieren aufgedrehet werden.

Wir ergänzen hiemit die bereits schon ten Notariats-Ernennungen. In Oberbayern: in Aibling: F. Frhr. v. Godin, Appell.-Ger.-Acc. in Freising; Aichach: G. Radtkofer, Bezirksger.-Ass. in Donauwörth; Alötting: F. X. Gastenauer, Leg.-Ass. in Trostberg; Bruck: C. Friedrich, Leg.-Ass. in Friedberg; Burghausen: A. Essl, Bezirksg.-Acc. in München; Dachau: K. Pfaffenzeller, Leg.-Ass. in Dachau; Dorfen: F. Donle, Rechtspr. u. Abd.-Kong. in München; Ebersberg: M. J. Gourau, Leg.-Ass. in Rosenheim; Erding: F. Kraft, Leg.-Ass. in Erding; Freising: A. Eser, Leg.-Ass. in Freising; Friedberg: J. P. Rechenauer, L.-Ass. in Prien; Geisenfeld: Ch. Heller, Apr. in Pfaffenhofen; Haag: A. Hohenadl, Leg.-Ass. in Haag; Landsberg: G. Zech, Leg.-Ass. in Altötting; Laufen: L. Merz, Appellger.-Acc. in Freising; Miesbach: A. Kammerer, Appellg.-Acc. in Freising; Moosburg: Faltner K. v. Sonnenburg, Adv. in Moosburg; Mühldorf: K. v. Peter, Leg.-Ass. in Mühldorf; Neumarkt: J. Bachmaier, Appellg.-Acc. in Freising; Pfaffenhofen: A. Karl, Bezirksg.-Ass. in Landshut; Rain: F. v. Delling, Appellg.-Acc. in Freising; Reichenhall: J. B. Peypler, Leg.-Ass. in Reichenhall; Rosenheim: L. Schlosser, Adv. in Rosenheim; Shongau: J. B. Mayr, Bezirksg.-Ass. in München; Schrobenhausen: F. S. Heigl, Leg.-Ass. in Eisenberg; Starnberg: L. Meitbeck, Rechtspr. in Starnberg; Tittmoning: A. Moser, Rechtspr. in München; Tölz: M. Eisenberger, Leg.-Ass. in Tölz; Traunstein: J. B. Rothaas, Leg.-Ass. in Traunstein; Trostberg: K. Siegert, Adv. in Traunstein; Wasserburg: K. Raumauer, Adv. in Wasserburg; Weilheim: M. Spies, Adv. in Weilheim; Werdenfels (Garmisch): K. Ueberseitz, Bezirksg.-Acc. in München; Wolfratshausen: Cl. Rothmaier, Bez.-Unterf.-Richter in Wolfratshausen.

In Niederbayern: in Abensberg: J. Geitner, L.-Ass. in Abensberg; Arnstorf: B. Steiner, Landg.-Ass. in Regen; Bogen: J. F. Pfeiler, Leg.-Ass. in Bogen; Deggendorf: Dr. F. Garcis, Adv. in Deggendorf; Dingolfing: F. X. Zimmermann, Leg.-Ass. in Hengersberg; Eggenfelden: C. Winkler, Adv. in Eggenfelden; Freyung: F. X. Fritz, Leg.-Ass. in Wolfstein; Grafenau: G. Allescher, Rechtspr. und Adv.-Kong. in Vilshofen; Griesbach: C. Kornmüller, Leg.-Assessor in Rotthalmünster; Hengersberg: J. Schrank, Leg.-Ass. in Viechtach; Kelheim: A. Popp, Leg.-Ass. in Amberg; Kötzing: C. Wiemann, Rechtsprakt. in Viechtach; Landau: Jos. Schmirtorn, Leg.-Ass. in Hengersberg: Mainburg: O. Hierl, L.-Ass. in Mainburg; Mallersdorf: J. Kugler, Leg.-Ass. in Rotthalmünster; Mitterfels: F. S. Schwanzer, Leg.-Ass. in Kötzing; Reutirchen: M. Spagl, Rechtsprakt. in Simbach; Obernzell: J. G. Kroiß, Leg.-Ass. in Osterhofen; Pfarrkirchen: G. Wild, Leg.-Ass. in Pfarrkirchen; Regen: J. G. Dutsch, Appellger.-Acc. in Freising; Rottenburg: M. Stadler, Leg.-Ass. in Rottenburg; Rotthalmünster: W. Fischer, App.-Ger.-Acc. in Passau; Simbach: Engelhard, Ev.-Ass. in Simbach; Straubing: J. Hingerl, Bezirksger.-Ass. in Passau, und F. X. Pichlmaier, Leg.-Ass. in Bilshofen; Viechtach: A. Wolf, Leg.-Ass. in Viechtach; Vilsbiburg: J. Schikaneder, Bez.-Untersuchungsrichter in Vilsbiburg; Vilshofen: M. Forster, Adv. in Vilshofen; Waldkirchen: A. Wening, Rechtspr. u. Adv.-Kong. in Passau; Wegscheid: J. Zistl, Appellger.-Acc. in Passau.

In Oberpfalz und Regensburg: in Auerbach: J. Puchner, Rechtspraktik. in Riedenburg; Burglengenfeld: Chr. Kappelmaier, Bez.-Ger.-Sekr. in Weiden; Cham: F. Faltner, Leg.-Ass. in Kastl; Erbendorf: A. Rürtauer, Rechtspr. in Sulzbach; Eschenbach: J. Winkler, App.-Ger.-Acc. in Amberg; Hemau: J. Kerling, Leg.-Ass. in Kastl; Hipolistein: M. Buchner, Leg.-Assessor in Hipolistein; Kastl: P. Brisolo, App.-Ger.-Acc. in Amberg; Kemnath: J. J. Schoberth, Adv. in Kemnath; Nabburg: F. Bauriedl, Adv. in Nabburg; Neumarkt: C. Eckart, Leg.-Ass. in Parsberg; Neunburg v/W.: J. Stadler, Leg.-Ass. in Neunburg v/W.; Neustadt a/W.: H. Beck, Bez.-Ger.-Acc. in München; Rittenau: J. Miller, App.-Ger.-Acc. in Amberg; Oberviechtach: J. Steidl, Rechtspr. in Cham; Parsberg: A. Bernklau, Bez.-Ger.-Sekr. in Neunburg v/W.; Regenstauf: J. Weigert, Rechtspr. und Leg.-Funkt. in Regenstauf; Riedenburg: J. N. Sdich, Leg.-Ass. in Riedenburg; Roding: Fr. Xaver Buchner, Rechtspr. in Roding; Schwandorf: F. W. Bauner, Leg.-Ass. in Burglengenfeld; Sulzbach: W. Mauny, Bez.-Ger.-Sekr. in Traunstein; Tirschenreuth: Ant. A. Rübdauer, Leg.-Ass. in Oberviechtach; Vilseck: F. Thoma, App.-Ger.-Acc. Amberg; Wohenstrauß: J. Doß, Leg.-Ass. in Wohenstrauß; Waldmünchen: Fr. X. Eberl, Rechtspr. in Kastl; Wiesauffassen: Max Rißl, Leg.-Ass. in Tirschenreuth; Weiden: M. Erhardt, App.-Ger.-Acc. in Amberg; Wörth: Guido Ehrlicher, Bez.-Ger.-Sekr. in Weiden.

In Oberfranken: J. Krug, Adv. in Bamberg; in Berneck: Dr. F. L. L. E. Striedinger, Rechtspr. und Adv.-Konsip. in Bayreuth; Burgebrach: K. A. Döllner, Bezirksg.-Acc. in Würzburg; Ebermannstadt: H. Deuber, Rechtspr. in Lichtenfels; Forchheim: B. Wirth, Leg.-Ass. in Herzogenaurach; Gräfenberg: J. G. Dinkel, Leg.-Ass. in Gräfenberg; Herzogenaurach: L. Seuffl, Rechtspr. u. Leg.-Funkt. in Kulmbach; Hochstadt: O. Ziegler, Appellg.-Acc. in Bamberg; Hof: G. Wepfe, Adv. in Bayreuth; Hollfeld: A. Küster, Rechtspr. u. Leg.-Funkt. in Lichtenfels; Kirchenlamitz: K. R. Hofmann, Bezirksg.-Acc. in Bayreuth; Kronach: K. Frey, Bezirksg.-Sekr. in Kronach u. Dr. J. Gessner, Rechtspr. u. Adv.-Kong. in Bamberg; Kulmbach: G. F. K. Münnich, L.-Ass. in Seid; Lichtenfels: A. Wilhelm, L.-Ass. in Kronach; Ludwigsstadt: F. L. G. Pollmann, Rechtspr. u. L.-Funkt. in Ludwigsstadt; Münchberg: W. H. Schlenk, Bezirksg.-Sekr. in Bayreuth; Naila: P. Stutsch, Rechtspr. u. Adv.-Kg. in Bayreuth; Northalben: Bl. Reinhard, B.-Acc. in Kronach; Pegnitz: G. F. Pausch, Rechtspr. in Pegnitz; Pottenstein: F. J. Ferd. Hauptmann, Rechtspr. u. L.-Fkt. in Kronach; Rehau: J. Wolfg. Schubert, Rechtspr. in Straubing; Schreitz: C. L. Koeppel, Appllg.-Acc. in Bamberg; Selb: K. Landgraf, Bezirksg.-Acc. in Bayreuth; Stadtsteinach: S. W. Romeis, Rechtspr. u. Adv.-Kong. in Bamberg; Staffelstein: K. L. Malz, Leg.-Ass. in Lichtenfels; Weismain: J. S. Dreicher, Rechtspr. u. Leg.-Fkt. in Wunsiedel; Wunsiedel: C. Zimmermann, Rechtspr. u. Leg.-Fkt. in Münchberg.

In Mittelfranken: in Altdorf: K. F. J. G. G. Maier, Leg.-Ass. in Altdorf; Beilngries: F. X. Meyer, Leg.-Ass. in Greding; Bibart: A. F. Strebel, Apr.

Digitized by Google

in Erlangen; Cadolzburg: C. F. W. Düll, Adv. in Schwabach; Dinkelsbühl: A. F. Ecker, Lrg.-Ass. in Dinkelsbühl; Eichstädt: C. J. G. Bed, Lrg.-Ass. in Kipfenberg; Erlangen: J. F. Cunningham, L.-Ass. in Erlangen; Erlbach: C. J. A. Denk, Rechtspr. u. Lrg.-Funkt. in Uffenheim; Feuchtwangen: G. Adam, Lrg.-Ass. in Heidenheim; Gredding: A. Müller, Rechtspr. in Erlangen; Gunzenhausen: J. Ch. W. Friedrich, Lrg.-Ass. in Heidenheim; Heidenheim: Ch. Frauenhol, Rechtspr. u. Hilfsarbeiter bei dem prot. Oberkonsistorium in München; Hellbronn: J. G. Woiff, Lrg.-Ass. in Alvorf; Hersbrucken: G. Frauenknecht, Lrg.-Acc. in Windsheim; Hersbruck: A. Steinlein, Lrg.-Ass. in Marktbibart; Kitzenberg: F. Fuch, Rechtspr. u. Lrg.-Funkt. in Kipfenberg; Lauf: H. Weingärtner, Bezirks.-Sek. in Bamberg; Leutershausen: L. Schäfer, Appellger.-Acc. in Eichstätt; Neustadt a. A.: C. Roth, Adv. in Neustadt a. A.; Pappenheim: F. Schönlag, Rechtspr. in Ansbach; Roth: K. Kimmel, Appellg.-Acc. in Eichstädt; Rothenburg a. T.: F. A. Lepl, Adv. in Rothenburg a. T.; Scheinfeld: F. Eckert, Rechtspr. u. Lrg.-Fkt. in Schwabach; Schwabach: G. F. Ruppert, Lrg.-Ass. in Schwabach; Uffenheim: A. F. Schneider, Adv. in Uffenheim; Wasserstrübingen: K. Brand, Lrg.-Ass. in Wasserstrübingen; Weißenburg: K. Förster. Landr. in Weißenburg; Windsheim: Ch. F. Schiffner, L.-Ass. in Windsheim.

In Schwaben und Neuburg: in Babenhausen: K. Hofmann, Rechtspr. in Neuburg; Buchloe: K. Göh, Appellg.-Acc. in Neuburg; Burgau: J. Baber, Lrg.-Ass. in Burgau; Dillingen: K. L. J. Krafft, Landg.-Ass. in Memming; Donauwörth: L. Kaiser, Lrg.-Ass. in Donauwörth; Füssen: J. B. Fickler, Adv. in Füssen; Göggingen: M. Müller, Lrg.-Ass. in Göggingen; Grönenbach: J. B. Raab, Rechtspr. und L. in Augsburg; Günzburg: J. Pfefferle, Adv. in Günzburg; Höchstädt: M. Wissing, Lrg.-Ass. in Nördlingen; Illertissen: F. Weber, Appellg.-Acc. in Neuburg; Immenstadt: J. Haggenmüller, Lrg.-Ass. in Füssen; Kaufbeuren: L. Kuchenbauer, Lrg.-Ass. in Kaufbeuren; Kempten: K. O. Geisenhof, Lrg.-Ass., u. C. Lang, Adv., beide in Kempten; Krumbach: A. Höglmayr, L.-Ass. in Günzburg; Lauingen: K. F. X. Mayer, L.-Ass. in Lauingen; Lindau: O. Gombart, Lrg.-Acc. in Kempten; Memmingen: A. Hebdreiling, Adv. in Memmingen; Mindelheim: K. Rosenberg, Lrg.-Ass. in Mindelheim; Monthein: J. C. Schneider, App.-Acc. und Hilfsarb. beim Oberstaatsanw. in Neuburg; Neuulm: G. Zierhut, Lrg.-Ass. in Neulm; Nördlingen: K. Arendts, Adv. in Nördlingen; Obergünzburg: K. Jüngerle, Rechtspr. in Fussmarkhausen; Oettingen: J. Heggelsmüller, Lrg.-Ass. in Wallerstein; Ottobeuren: M. Brunner, Lrg.-Ass. in Ottobeuren; Schwabmünchen: J. E. Pfeiffer, Lrg.-Unterl.-Richter in Wildsbürg; Sonthofen: F. X. Maior, Rechtspr. in Kempten; Türkheim: J. B. Kuttler, Lrg.-Ass. in Türkheim; Weiler: M. Schamberg, Lrg.-Assess. in Neuburg; Weißenhorn: L. F. Wilhelm, App.-Ger.-Acc. in Neuburg; Wertingen: M. Heimer, Adv. in Wertingen; Zusmarshausen: G. Rösl, Lrg.-Ass. in Wertingen.

§ **Oesterreich.** Wien, 29. April (Pr.-Korr.). Die Aufrechthaltung des zwischen dem Finanzministerium und der Bank abgeschlossenen Uebereinkommens wird als gewiß betrachtet, da allen Anzeichen nach die Majorität im Abgeordnetenhause obsiegt angesehen werden kann. Von dem Projekte, Staatsnoten anzukaufen, ist keine Rede mehr, nachdem selbst derjenigen, welche dasselbe am eifrigsten befürworteten, sich während der Reichsrathsferien die Ueberzeugung zu verschaffen Gelegenheit hatten, daß im Publikum dieses Projekt auf einen allgemeinen Widerstand stößt. Was die Bank betrifft, so sucht sie namentlich denjenigen Theil des Uebereinkommens zu vertheidigen, welcher von der 2 pZtigen Herabsetzung der dem Staate als Antheil für die Privilegiumsverlängerung zu leistenden Anleihe von 80 Millionen handelt, da sie nur zu gut weiß, daß dieser Punkt am meisten gefährdet ist. Und in der That ist nach Allem, was man in dieser Beziehung vernimmt, nicht daran zu denken, daß das Abgeordnetenhaus sich für die Verzinsung aussprechen wird. In der Sektion jedoch wie im großen Ausschusse herrscht wenigstens darüber nur eine Stimme, daß diese Anleihe eine unverzinsliche seyn müsse. — Der Staatsminister wurde im Laufe des heutigen Vormittags von Se. Maj. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen, und erstattete bei dieser Gelegenheit Vortrag über die im Schooße des Ministerraths rücksichtlich der legalen Anerkennung der Ministerverantwortlichkeit stattgehabten Berathungen. S. M. der Kaiser soll die prinzipielle Zustimmung ertheilt haben, so daß demnach der Verständigung der legalen Anerkennung der Ministerverantwortlichkeit nichts mehr im Wege steht. Daß Herr v. Plener dagegen gestimmt hat, wie dies von einigen Seiten gemeldet wird, ist nicht richtig. Der Finanzminister hat sich vielmehr der Majorität seiner Kollegen angeschlossen und nur bemerkt, daß ein förmliches Gesetz erst dem Gesammtreichsrathe vorzulegen sey.

— Die Armeereduktion wird bereits als fait accompli betrachtet, obwohl im Finanzausschusse das Gelüchter geht, es seyen ihr nicht alle Minister hold gewesen. Der Kriegsminister, Feldzeugmeister Benedek und viele Militärautoritäten sollen dieselbe in der Art, wie sie jetzt vorgenommen werden soll, unterstützt haben, da hiedurch die Schlagfertigkeit der nöthigen Kräfte nicht verringert wird.

In Prag fand am 28. April der große Zug auf den „Rip“ statt, auf jenen Berg, von dem aus der Sage zufolge Vater „Czech“ sich Böhmen ansah, das ihm so gefiel, daß er sich daselbst niederließ. Aus Prag und den Ortschaften gegen den „Rip“ zu war eine große Anzahl Wallfahrer mitgezogen, um daselbst Lieder zu singen, Gedichte zu deklamiren und Reden zu halten. Der Mittelpunkt der Deationen waren aber Dr. Rudolph Fürst Thurn-Taxis und seine Gemahlin. Schon am Samstag hatte man ihm bei Weltrus einen Fackelzug gebracht und es ihm für doch angerechnet, daß er bei der Fahrt zum Berge sich seiner andern Fahrgelegenheit bedienen wollte als des Bauerwagens.

Preußen. Die ministerielle Berliner „Sternzeitung“ übersetzt die ganze antirömische Druckschrift des Bonapartisten Pietri. (Eine merkwürdige Parteiergreifung für ein konservatives Ministerium.) Den Erzbischof von Köln fragt in einem offenen Sendschreiben Joh. Ronge, wo jetzt die politischen Umtriebe zu suchen seyen, bei der erzbischöflichen Kurie, welche die Katholiken zu ministeriellen Wahlen aufgefordert, oder bei den freien Gemeinden, welche in Ruhe und Stille ihre Bürgerpflicht erfüllt? Gleichzeitig mit dem Kronprinzen von Preußen hat sich Oskar von Schweden in Calais eingeschifft.

Hannover. Die Bewegung im Lande für baldigste Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs ist im Wachsen begriffen. Fast täglich laufen bei den Ständen noch Petitionen aus allen Provinzen ein, welche die Beschleunigung dieses hochwichtigen Gegenstandes zum Ziel haben. Die Adelskammer erfuchte denn auch die Regierung, es möge noch in dieser Diät das deutsche Handelsgesetzbuch beim Landtag zur Vorlage gelangen. Der Finanzminister gab darauf gute Hoffnung.

Kurhessen. Die „Oeff. Morgenztg.“ begleitet die neueste Wahlverordnung mit folgender Bemerkung: „Bei den herrschenden Preßzuständen, insbesondere nach der dem Drucker dieses Blattes kürzlich ertheilten Verwarnung, bedauern wir auf das Lebhafteste, jene höchst gewichtige Maßregel und ihre unzweifelhaft großen Folgen nicht besprechen zu können und sehen unter allen Umständen voll freudiger Zuversicht der Weiterentwicklung unserer Verfassungsangelegenheit ruhig entgegen.“

Schleswig-Holstein. Bargum's kuriose Selbstreinführungs-Rede hat den Worthalter der deputirten Bürger, Advokat Lehmann, zur Erwiderung veranlaßt: Ihm läge die schwere Pflicht ob, auf diese Rede des Bürgermeisters zu antworten. Das Deputirtenkollegium beklage den gegenwärtigen Zustand, den es nicht hervorgerufen, sondern den rückgängig zu machen es alles gethan habe, was in seiner Macht gethan. Es könne nicht auf ein gedeihliches Zusammenwirken hoffen, an welches da nicht zu denken sey, wo kein Vertrauen wäre, und Vertrauen könne nicht da seyn, wenn die Achtung fehle. Indem in dieser Weise das Deputirtenkollegium sich durch seinen Vorführer für Aufrechthaltung seiner gleich nach Ernennung des Hrn. Bargum geschehenen Erklärung aussprach, zeigte es nur eine Konsequenz, deren Manifestation der Herr Etatsrath hätte vermeiden können. Auf Lehmanns Rede soll B. erwidert haben, dieselbe gäbe zu seiner weiteren Diskussion Anlaß, und er gehe daher zur Tagesordnung über. Man spricht viel davon, Bargum werde zum t. Kommissarius bei der bevorstehenden Ständeversammlung ernannt werden. (Immer besser.)

Schweiz.

Der Bundesrath hat zwei neue Proteste des päpstlichen Nuntius in Berathung gezogen. Der eine betr. ist das Supplementargesetz, betreffend die Scheidung gemischter Ehen, der andere die vom Großen Rathe von Zürich nun definitiv beschlossene Aufhebung des Klosters Rheinau. Beide Proteste sind eine weitere Ausführung der von Monsignore Bovieri bereits früher gemach,

Digitized by Google

ten Einwendungen. Ihre Beantwortung wurde von dem Bundesrath auf später verschoben.

Großbritannien.

Unterhaus sitzung. Layard theilte im Unterhause mit, der englische Konsul zu Sevilla sei von den Behörden gezwungen worden, den protestantischen Gottesdienst im Konsulat einzustellen. Der englische Gesandte zu Madrid habe gegen diese Maßregel protestirt.

Italien.

Die Osterfeiertage gingen in Rom, wo gegenwärtig außerordentlich viel Fremde verweilen, ohne Störung vorüber. Die französischen Truppen hatten alle Plätze besetzt, und Patrouillen von päpstlichen und französischen Gendarmen durchzogen die Straßen. General Goyon zeigte sich stets in der unmittelbaren Nähe des Papstes, so oft dieser öffentlich erschien. Die französ. Diplomatie dagegen war bei den Feierlichkeiten gar nicht betheiligt. Der König und die Königin von Neapel haben sehr zurückgezogen und wurden während der Feiertage nirgends gesehen. In der nächsten Umgebung des Papstes herrscht Unruhe. Man hegt allerlei Besorgnisse.

Es bestätigt sich von allen Seiten, daß in der Capitanata und der Basilicata die Banden auf's Haupt geschlagen wurden und sich, da sie in diesem Jahre meistens berittten sind, in die Abruzzen geflüchtet haben, um, wie weiland Borges, in Geschwindmärschen das Patrimonium Petri und den Schutz der Goyon'schen Kolonnen zu erreichen. Ein seltsames Schauspiel: im Golf von Neapel ein französisches Ehrengeschwader für den König von Italien und im Erbtheil Petri der napoleonische Adler die Zuflucht der bourbonistischen Banden, die in diesem Jahre überwiegend aus Fremden bestehend, die fast ganz wie reguläre Truppen ausgerüstet und wohl berittten, erscheinen, auch meistens sich nicht einmal dem Volke verständlich machen können, da die wenigsten dieser Legitimisten des Italienischen mächtig sind. Am Rom findet in den nächsten Tagen ein Legitimisten-Kongreß statt. Graf Chambord ist bereits von Benedig nach Rom abgereist und wird bei Franz II. bis Mitte Mai bleiben. Graf Chambord hatte im März namhafte Summen nach Rom zur Ausrüstung der Banden übermittelt.

Ueber die Mailänder Verschwörung schreibt man: Mehrere Soldaten des aufgelösten bourbonischen Heeres, von der Reaction mit Waffen und Geld versehen, beabsichtigten auch in der Lombardei den Aufstand zu organisiren. General Durando eilte Nachts um 2 Uhr nach Sant Ambrogio und Monastero maggiore; eine sorgfältige Untersuchung wurde veranstaltet, mehrere Soldaten verhaftet. Eine militärische Commission begab sich Morgens in alle Casernen und militärischen Anstalten, um dieselben aufs Genauste zu untersuchen. Die Stadt war in großer Aufregung.

Türkei.

Der Montenegrinerfürst und Luca Vucalovich haben sich entzweit; ersterer hat des letztern Anjuanten und geheimen Rath Schegge in Cettinje einsperren lassen. In Tredinje wüthete der Typhus.

Hussein Pascha ist von den Aufständischen der Herzegowina geschlagen worden. Er hat 2000 Mann, 1090 Pferde, 4 Kanonen und große Vorräthe von Munitionen und Lebensmitteln verloren.

Rußland und Polen.

Das „Journal de St. Petersbourg" und der „Russische Invalide" veröffentlichen zahlreiche gelegentlich des Geburtstages des Kaisers stattgehabte Beförderungen in der Diplomatie und in der Armee. Unter Anderen wurden der General Lüders zum Mitgliede des Reichsrathes, und der Botschafter am Wiener Hofe, von Balabine, sowie der Gesandte zu Hannover von Persiani zu geheimen Räthen ernannt.

In der politischen Welt heißt es seit einigen Tagen, daß Großfürst Michael, dem eine liberale Richtung zugeschrieben wird, zum Statthalter in Polen und Generalgouverneur von Warschau bezeichnet seyn soll. Bestätigt sich dies, so würde ein Einlenken Rußlands in den polnischen Angelegenheiten zu gewärtigen seyn.

Amerika.

Der Präsident Lincoln hat dem Kongresse eine Korrespondenz der Bundesregierung mit Mexiko mitgetheilt. In einer an Herrn Corwin, den Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko, gerichteten Depesche erklärt Hr. Seward, daß das Kabinet von Washington nicht das Verlangen hege, irgend einen Theil des mexikanischen Gebietes zu erwerben. — Die Franzosen in Mexiko befinden sich darüber, daß ein Armeekorps von 7000 Mann, welches sie vereinigen wollen, in der kleinen Stadt Tehuacan nicht untergebracht werden könne; sie möchten sich allem Anscheine nach gerne in Puebla, der zweitgrößten Stadt der Republik, setzen.

Er hat 2000 Mann, 1090 Pferde, 4 Kanonen und große Vorräthe von Munitionen und Lebensmitteln verloren.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Daß zur erstmaligen Darstellung gekommene historische Schauspiel „Ludwig der Bayer" von P. Heyse, vermochte trotz allem künstlerischen Streben der Darsteller und technischem Aufwande der Scenirung, im Ganzen nicht durchzugreifen.

In Menglofen gerathen zwei Wirthshausbesuch habende Mannspersonen, ein lediger Müllerssohn und ein verheiratheter Bauer, auf der Straße in Wortwechsel, in Folge dessen Letzterer ein Zerrerol zog und Ersteren durch die Brust schoß, so daß er tödtlich getroffen niederstürzte.

Kallab hat durch seine Manipulation auch manche tragi-komische Situation hervorgeführt, z. B. Ein junger Mann, Commis voyageur bei einem Wiener Hause, hatte in Böhmen die Bekanntschaft eines wohlhabenden Mädchens gemacht und war auch wirklich so glücklich, vor einem Jahre ihre Hand zu erhalten. Aber schon nach sehr kurzer Zeit äußerte der wankelbare Commis voyageur seine Gesinnung, er vernachlässigte seine Gemahlin und seine alte Gewohnheit des Reisens trieb ihn wieder auf, so daß er sich unter allerhand Ausreden mehr in der Fremde als zu Hause aufhielt. Die junge Frau war ganz trostlos hierüber — da erhielt sie in der Charwoche, während ihr Mann verreist war, einen Brief aus Wien, unterfertigt von ihrem „sie ewig liebenten Philipp" und voll von überschwenglichen Zärtlichkeiten und Betheurungen seiner Liebe zu seiner Sophie namentlich konnte er die Stunde, nicht erwarten, wo er sein einziges Ideal wieder umarmen konnte. Unser junges Weibchen ist ganz entzückt über ihren treuen Mann. Sie kann sich nicht satt lesen an dem Briefe; da mit einem Male stutzt sie, sie erblickt das Datum, es lautet vom so und so vielten April 1861. Sie besichtigt die Adresse, da heißt es: „Unterschlagen gewesen und nun zu Stande gebracht." Der Brief war zu der Zeit geschrieben, wo der „ewig liebende Philipp" noch Bräutigam war.

Der Wirth Nowak aus Goscieszyn (Mogilnoer Kreises) hat seinen drei ältesten Kindern von 9, 6 und 3 Jahren die Hälfte durchschnitten und sie getödtet. Die Mutter dieser armen Kinder vermochte nur mit Mühe das jüngste, kaum acht Tage alte Kind dadurch zu retten, daß sie Leute herbeirief, die den unnatürlichen Vater banden und der Gerichtsbehörde überlieferten. Als Motiv führt der Wirth Nowak an, daß es ihm seit 8 Tagen schon im Kopfe gelegen habe, dies zu thun. Der Unthäter, daß Nowak auf alle Fragen Antworten gibt, die nicht auf Geistesverirrung schließen lassen, macht die That vollends unerklärlich, zumal da der Mann in seelischen Verhältnissen leben soll.

Köln, 26. April. In Süddeutschland herrscht der Irrthum, daß viele Jahrgänge der preuß. Friedrichsd'ore einen wesentlich geringeren Werth haben und auch nur zu diesem von den k. Kassen angenommen werden. So sindet man in vielen Geschäften die unsinnigsten Werthsabstellen von Friedrichsd'oren, und die Leute hüten sich wohl, solche verpönte Stücke in Zahlung zu nehmen; es liegt also auf der Hand, daß dadurch manche Inkonvenienz hervorgerufen wird. Wie erachten es daher im Interesse des Publikums, auf eine Bekanntmachung der k. Münzdirektion in Berlin vom 14. Mai 1861 aufmerksam zu machen, welche wörtlich lautet: „Unter den von 1737 bis 1855 geprägten k. preuß. Friedrichsd'oren ist allein ein während des siebenjährigen Krieges mit den Jahreszahlen 1755, 1756, 1757 und 1760 ausgegangener Theil unterhaltig, wovon jetzt nur noch einzine Exemplare im Umlauf vorkommen. Diese sog. Mittel-Friedrichsd'or unterscheiden sich von den gleichzeitigen vollhaltigen mit den Jahreszahlen 1755, 1756, 1757 und 1759 im Allgemeinen durch größere Dicke, rothe Farbe, vorzüglich auf den abgerieheenen Stellen, und haben, wenn sie vollwichtig sind, nur einen Goldwerth von 3 Thlr. 27 Sgr., wofür sie bei der Münze eingelöst werden. Alle übrigen preußischen Friedrichsd'or sind gesetzmäßig ausgemünzt und werden in allen preußischen Kassen zum vollen Werthe angenommen." (Die vollhaltigen Stücke mit den Jahreszahlen 1755, 1756, 1757 und 1759 tragen die Umschrift FRIDERICVS BORVSSORVM REX, während die geringeren jener Jahrgänge statt des V ein U haben.) (K. Z.)

Am letzten Samstag war in der Umgegend von Lüttich ein furchtbares Gewitter mit Wolkenbruch, wodurch mehrere Stadt- und Land-Straßen überschwemmt wurden. In Alleur traf der Blitz einen Typographen.

Digitized by Google

Neueres.

Ernennungen: zum Präsidenten des Handelsappellationsgerichts von Niederbayern, Dr. G. F. v. Seuffert, dann als Räthe: den Appell.-Rath Th. Freyiag zu Bamberg, geh. Secretär im Staatsministerium der Justiz, Otto Frhr. v. Völderndorff zu München, Bezirks- und bisher. Handelsappellationsgerichtsbeisitzer G. H. Dietz zu Nürnberg und Appellationsgerichts-Assessor J. K. G. Merkel zu Aschaffenburg.

Pensionirt wurde Oberappellationsgerichtsrath Dr. Fr. X. Sigetz nach zurückgelegten 41 Dienstesjahren, Oberappell.-G.-R. Dr. B. Bergmaier wegen Krankheit, L. v. Gumbart nach zurückgelegten 42 Dienstjahren; der zweite Director des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg, K. Schrauth, wurde zum ersten Director dieses Gerichtshofes, zum ersten Director am Appellationsgerichte von Mittelfranken der zweite Director R. v. Metz, zum ersten Director am Appellationsgerichte von Niederbayern der zweite Director dieses Gerichtshofes, A. J. M. Frhr. v. Pfetten, dann zu zweiten Appellationsgerichts-Directoren, und zwar: am Appellationsgerichte von Mittelfranken Oberappellationsgerichtsrath Mich. Brunner, am Appellationsgerichte von Niederbayern Oberappellgerichtsrath Dr. Friedr. Stepper, und am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg Oberappellgerichtsrath Dr. Jul. Knappe, endlich zu Oberappellgerichtsräthen: der Rath am Appellationsgerichte von Niederbayern, Gustav Müller, der Rath des Appellgerichts von Oberfranken, Fried. Künzberg, und der Rath des Appellgerichts von Mittelfranken, K. Schebler ernannt.

Die Appell.-Ger.-Räthe J. v. Flemhach u. J. G. Gölchl in Freising, J. Wöhl u. G. Stecher in Passau, J. Kleinig und A. Leiblein in Amberg, O. Frhr. v. Seefried in Bamberg, L. Stöger und Dr. J. B. Sartorius in Eichstädt, J. Frhr. v. Hertling und H. Scheier in Aschaffenburg, L. Fr. Eichart und J. Schollböck in Neuburg, dann die Bezirksgerichtsdirektoren: M. Frhr. v. Junker, II. Director am Bezirksgerichte München I/J., H. Chr. Fr. Fent in Fürth, L. J. Frhr. v. Thüngen in Ansbach, Caj. Gebrath in Straubing und A. J. Ziegler in Erlangen wurden in den Ruhestand versetzt; der II. Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Niederbayern, Richard Wettenmayer wurde zum Rath des Appell.-Ger. von Schwaben und der II. Staatsanwalt am Appell.-Ger. der Oberpfalz, K. Bacher, zum Rath an diesem Gerichtshofe, weiteres zu App.-Ger.-Räthen wurden befördert: und zwar am Appell.-Ger. von Oberbayern der Assessor dieses Gerichtshofes, J. v. Langlois, und der Rath des Bez.-Ger. München I/J., W. Fruhmann; am Appell.-Gerichte von Niederbayern: die Assessoren dieses Gerichtshofes, J. Seidelmaier und J. v. Germersheim, dann der Rath des Bezger. Wasserburg, J. Fr. Pfeufer, am Appell.-gerichte der Oberpfalz und von Regensburg: der Assessor dieses Gerichtshofes, O. Frensch; am Appellationsgerichte von Oberfranken: die Assessoren dieses Gerichtshofes, J. Schaller, und J. F. L. Morgenroth, dann der Rath des Bezirksgerichts Kempten, O. Pölchl; am Appellationsgerichte von Mittelfranken: die Assessoren dieses Gerichtshofes L. Heim und K. Glaser, dann der Rath des Bezirks-Ger. München I. L. J., v. Schallern; am Appellationsger. v. Unterfranken u. Aschaffenburg die Ass. d. Gerichtshofes, W. Wolf u. K. Hofmann; endlich am Appellger. von Schwaben u. Neuburg: der Assessor dieses Gerichtshofes, J. R. Stoiber; ferner zum Director des Bezirksg. Amberg der Director des Bezirksg. Neunburg v. W., J. B. Schierer; dann zu Bezirksger.-Directoren: in Neunburg v. W.: der Bezirksgerichtsrath G. Rußwurm in Amberg, in Straubing: der Bezirksgerichtsrath L. Paur dsl., in Fürth: der Bezirksgerichtsrath W. Hammer dortselbst, in Freising: der 1. Staatsanwalt am Bezirksgerichte Aichach, August Nero, in Pfarrkirchen: der Bezgerichtsrath Fried. Schlag in Passau. Die erledigte Directorstelle der Kammer des Innern der Regierung von Mittelfranken erhielt der bisher bei derselben Regierung, K. Kar.

** München, 1. Mai. (Pr.-L.)

Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter von Oesterreich ist zum Besuche ihrer hohen Verwandten heute hier eingetroffen. — Im Folge ihrer Bestimmungen haben sich drei Mitglieder der Kammer der Abgeordneten einer Neuwahl zu unterziehen: die Herren Dr. Weis im Wahlbezirk Kaufbeuren, Nar im Wahlbezirk Eichstädt und Müller im Wahlbezirk Passau. Die neue Vollzugsinstruktion zum Gewerbsgesetz ist mit der Sanktion Sr. Maj. des Königs hier eingetroffen und wird demnächst alsbald publizirt werden.

Preußen. Am 30. April fand unter dem Vorsitze des Prinzen zu Hohenlohe eine mehrstündige Staatsministerial-Konferenz statt. Nach konstitutionellem Brauche hätte in derselben Angesichts der Wahlresultate, die dem Ministerium in noch ausgedehnterem Maße bekannt sein werden, als der Presse, der Rücktritt des Ministeriums beschlossen werden müssen. Daß dies geschehen, ist freilich nicht wahrscheinlich; man wird sich mit Deutungen des Wahlresultates zu helfen suchen, bis der König aus dem Urtheile des Landes Veranlassung nimmt, sich mit anderen Räthen zu umgeben und die Einmüthigkeit zwischen der Nation und der Regierung wieder herzustellen. Hoffen wir, daß dieses zum Heil für Thron und Land bald geschieht. — Es geschehen Zeichen und Wunder! Das preußische Volksblatt plaidirt für direkte Wahlen, und wir werden es noch wohl erleben, die „Kreuzzeitung" für Wegfall des Census agitiren zu sehen.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. B. K.)	—
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	85 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	76½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	65 – 64½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	55½ – 55 G.
„	4½ pCt. „ „ „ „ „ „	—
„	4 pCt. „ „ „ „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „ „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4 K. (C. b. K.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1Jahr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	1038/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1Jähr. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-H. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	86½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	1007/8 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	10-3/4 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	85¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48⅞ G.
„	2 pCt. „ „ „ „	43½ P. ¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	101¼ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1208/4 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	799 – 8 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	207,8½ G. exD
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	81 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	90⅜ P.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340/338G.ex D.
	Frankfurt-Hannover-Eisenbahn	76⅜ P.
	Oesterr. St. Eis. bpCt. 500 Fr. à 2a te	265 P.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. „	1211/8P.130½G
	„ Elisab.-Bahn 200 fr. 5 pCt. 6/7	80⅛ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 70 5 pCt. Z	82⅛ „
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	1378/8 P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.
	Oest. St.-Kiserb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅛ P.
	Wield. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ P. exD
	Span. Handels- u. Industrie	505 P. 505G.
	„ Credit-Akt. d. Gen. Peraire	533 G.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendbar.	1067/8 P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	1067/8 G.
	Providentia (Feuerversi.) 10 pCt. Einz.	1003/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100⅛ – ⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Bremn. 50 Th. k. S.	96⅜ P.
Cöln. Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London 1 St. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	83⅛ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in ost. W. k. S.	90⅛ G.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Aktehen-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	117 P.	Kurhessa. Thlr. 40 b. K.	38½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 40 pCt.	76¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	132 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	77⅞—½ G.	„ fl. 25 do.	37⅜ P.
„ fl. 100 Kisb. I. v. 1858	1198/8 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Prem. Pr.-Anl. bo. K.	124 P.	Sachsen-Cr. 26 b. H.	—
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Badische fl. 50	99½ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10½ P. ¼ G.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	12½ G.

Frankfurt, 1. Mai. Die Börse war sehr bewegt. Zu sehr hohen Kursen eröffnet, unterlagen öftere. Fonds, Bank- und Kreditaktien im Laufe des Geschäftes mehrfachen Schwankungen. Doch blieb am Schlusse die günstigere Tendenz wieder vorherrschend. Das Geschäft war ungemöhnlich lebhaft. Wechsel auf Amsterdam und Wien in allen Sichten höher. Bezhacher Eisenbahnaktien waren begehrt und höher, Magdahn dagegen um mehrere Prozente billiger angeboten. (Sdnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 122. | Voraus bezahlung: vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertionen wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 3. Mai 1862.

×× Aus Frankreich.

Die verschiedensten Ereignisse in Frankreich geben alle deutlich kund, daß das Volk das Kaiserreich satt hat. Es füllt einem Berichterstatter, der täglich die lebhaftesten Aeußerungen des Volksmißmuths wahrnimmt, schwer, dem auswärtigen Leser einen Begriff davon zu geben, bis zu welchem Grade die Mißstimmung zwischen dem Volke und der Regierung gediehen ist. Dabei ist wohl zu beachten, daß dieselbe dem Ursprunge des jetzigen Regimentes völlig fremd ist, welche Abneigung auch bei Tausenden die Erinnerung an die empörenden Vorgänge des Dezember gegen dasselbe hervorrufen mag. Das Volk vergißt eben so rasch Uebelthaten, wie Wohlthaten. Aber was es erbittert, das ist die Gegenwart, das Mißbehagen und der Druck, den es von einer Handvoll sog. Staatsmänner erduldet, die es in seinem Namen sprechen und handeln sieht und zwar nach Grundsätzen, die es längst hinter sich hat. Es fürchtet, verspottet zu werden wegen der lächerlichen Deklamationen, der prätentiösen Anachronismen und der seichten Possenreißereien, welche überall von der Regierung ins Werk gesetzt werden, denn auf weiter nichts Anderes als auf das Kaiserreich. Es bedarf nicht mehr als der geistreichen Feder eines Marquis de Caraboi (welcher 1825 durch ein Witzwort die damaligen Emigranten vernichtete), um ihm seinen Rang als ancien regime in der Rumpelkammer der abgethanen Regierungen anzuweisen. Ebenso wie das Volk 1825 ein Sichwort fand, womit es wie mit einem Stilet die Restauration erdolchte, ebenso wird es das zweite Kaiserreich vernichten und dessen Anhänger, die eben so anmaßend, verlommen und wahnwitzig sind als die Emigranten der Restauration und die einen Tags ebenso schmählich die Flucht ergreifen werden. Es war eine Bereirung, für die es schwer gebüßt hat, als das Volk Napoleon wählte; heute hat es seinen Irrthum eingesehen und gewohnt seine Gedanken Anderen mitzutheilen, von Natur aus schlicht, liebenswürdig in Umgang, arbeitsam und erfinderisch fühlt es sich jetzt beengt durch die Gegenwart von Abenteurern, die ihm das Recht der freien Rede genommen haben, um es zum eigenen Vortheile zu mißbrauchen. In der Moral sagt unser Geschichtschreiber Wilchelet, gibt es nur ein Stadium, wo man das Schlechte ebenso haßt wie verachtet; die Stärke in der Revolution ist es, den Feind und die Gefahr zu verachten. Frankreich besitzt diese Kraft bereits in erheblichem Maße. Man will keine wilde, blutige Freiheit mehr, aber man will die Freiheit und wünscht sie auch seiner Nachbarschaft, man will eine vernünftige Freiheit und Frieden mit allen Ländern, als eine Bedingung des Wohlergehens des Landes, das sich stützen muß auf die Arbeit und den Handel mit allen Menschen. Man fühlt, wie nothwendig es ist, Produkte und Ideen gegenseitig auszutauschen, welches Vertrauen daraus entspringt, wie Wissenschaft und Praxis dadurch vervollkommnet werden. Die große Masse des französischen Volkes hat jetzt nur die eine Devise: „Licht und Freiheit.“

Das Schicksal der „Freiwilligen von 1814“ hat gezeigt, wie der Versuch mißglückt ist, im Volke den Geist der Kriecherei und Polizeispionage zu erzeugen. Eine ebenso deutliche Demonstration, wie das Zischen und Pfeifen bei diesem Stück, ist der Beifall, den ein Stück von Georges-Sand, „les beaux Messieurs de Bois Doré,“ im Theater Ambigu-Comique fand. Alle Welt eilte dahin und es sollte der Verfasserin eine grohartige Ovation bereitet werden, welche sie aber ablehnte. Auf dem Platz des Thrones soll ein Triumphbogen zu Ehren des Siegers von Solferino errichtet werden. Sie können sich nicht vorstellen, welches einstimmige Gelächter diese Nachricht bei Darstellung des letzten Tableaux in der „Freiwilligen von 1814“ hervorgerufen hat. Dieses stellt nämlich die Schlacht bei Solferino dar, ohne daß man freilich weiß, wie sie in das Stück hereinkommt. — Wir haben in Paris eine ziemlich große Zahl von Soldaten, die an den Kämpfen in der Krim und in Italien theilgenommen haben, Leute, die jetzt bei den Eisenbahnen, in Werkstätten und Bureaux angestellt sind. Wissen Sie diese Männer hören mit welchem Wohlwollen sie von dem Feinde sprechen, mit welchem Abscheu von den Schrecken des Krieges, von dem Gemetzel der Schlachten; welche Gleichgültigkeit sie alle gegen die napoleonischen Gräuelat an den Tag legen. Sie würden keinen Augenblick zweifeln können, daß es unmöglich ist, das Volk für das kaiserl. Regiment zu begeistern. Die Komödiantden und Aufschneiderein des Bonapartismus haben kein Echo mehr im Volk. Selbst die Frauen mischen sich in die Politik. Bei einer großen Feierlichkeit der Loge „Grand Orient“, welcher Marschall Magnan präsidirte, wurde eine unserer ersten Künstlerinnen gebeten, ein Gedicht zu deklamiren. Ohne zu zögern begann sie die schöne Ode von Victor Hugo: „1814“ und bei der Stelle: „Die Zudunft gehört Niemand, Sire,“ brach die Versammlung in lauten Beifall aus. Sie können sich denken, was für ein komisches Gesicht der Marschall machte.

Deutscher Bund.

⊙ **Frankfurt**, 1. Mai. In heutiger Bundestagssitzung zeigten mehrere Staaten die Ernennung ihrer Kommissarien zu den Küstenschutz- und anderen Kommissionen an, Oesterreich und Preußen machten die Anzeige, daß sie den Bundesbeschluß vom 27. März in Kopenhagen mitgetheilt, einer Wittwe einer ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziers wurde eine Unterstützung bewilligt und einige untergeordnete Militärsachen berathen. Auf Antrag der vereinigten Ausschüsse wurde beschlossen, daß die Bundesversammlung die Verwahrung Dänemarks gegen den Beschluß vom 27. März d. J. nicht als begründet anerkennen könne und schon die Verordnungen von 1851/52 thun auch bezüglich Schleswigs ein Anrecht gewähren. Ferner gingen aus Kurhessen einige Zustimmungen zur Verfassung von 1860 ein.

Bayern. **Vorstandsstellen für die Bezirksämter** in den sieben Regierungsbezirken diesseits des Rheins (sämmtliche Ernannte, bei denen der frühere Rang nicht angegeben ist, waren Landrichter, und wo der bisherige Wohnort nicht genannt ist, ist es der Amtssitz, auf den die Ernennung erfolgt): Oberbayern: Aichach: K. Wimmer; Altötting: Dr. Hayden in Wolfratshausen; Brechtesgaden: E. Frhr. v. Ow; Bruck: F. G. Bauer; Dachau: K. Pitzner in Starnberg; Ebersberg: K. Zöch; Ering: A. Ruchti; Freising: K. Breidenbach; Fürstberg: C. Widder; Ingolstadt: K. Bochart, Polizei-Komm. in München; Landsberg: K. v. Nagel; Laufen: K. Desch; Miesbach: K. Bollweg; Mühldorf: A. v. Peter in Werdenfels; München i/J.: L. Frhr. v. Freyberg in Schrobenhausen; München e/J.: G. v. Grundherr in Ingolstadt; Pfaffenhofen: L. Mayr; Rosenheim: M. Moser in Schongau; Schongau: K. Frhr. v. Ow in Tegernsee; Schrobenhausen: A. Allioli in Moosburg; Zöll: G. Graf z. Pappenheim in Reichenhall; Traunstein: G. Wiesend in Burghausen; Wasserburg: F. A. Laar; Weilheim: M. Spitzer in Traunstein; Werdenfels: A. Frhr. v. Andrian in Altötting. Niederbayern: Bogen: J. Mayer; Deggendorf: C. Altshammer in Hengersberg; Dingolfing: G. Schwerer; Eggenfelden: J. Oberlik; Griesenau: H. Schnitzer, Polizei-Komm. in München; Griesbach: A. W. Fink in Passau; Kelheim: M. J. Schmid; Kötzing: K. v. Paur; Landau: J. B. Krieger in Deggendorf; Landshut: L. Huber; Mallersdorf: M. Hierer; Passau: S. Lauchet; Pfarrkirchen: F. S. Christoph; Regen: M. Stangl; Rottenburg: Fried. Wagner in Mainburg; Straubing: W. Frhr. v. Pechmann; Viech-

Digitized by Google

tach: J. Sartori in Ahrnsberg; Wildburg: M. J. Bauer in Landau; Hilpoltstein: G. Frank; Neuschatz: C. A. Oberlein; Wolfstein: L. Durocher in Schwabmünchen. Oberpfalz in Amberg: H. Ehrenberger; Burglengenfeld: C. Forster; Cham: K. v. Pigenot; Eschenbach: M. Schmidt; Hemau: J. Muggenthaler; Kemnath: H. Schuhgraf; Naabburg: L. v. Kickl; Neumarkt: F. Reisner Frhr. v. Lichtenstern in Regenstauf; Nemburg a/U.: G. Angerer; Neustadt a/W.-N.: Ph. Hag in Tirschenreuth; Regenburg: F. Martin in Walhalla; Roding: A. Stödtein; Staatsmarkhof: Cl. Spaet; Stadthof: K. Wimmer; Tirschenreuth: J. Schreier in Wörth; Bellburg: F. Illing in Pasberg; Bohenfranken: M. A. Heuslein; Wassmannsdorf: J. K. H. Zahn in Weiden. Handsmarken: Bamberg: L. Ch. H. Heydenreich in Kronach; Bamberg II.: J. H. G. Schmidbauer; Bayreuth: J. H. Barler; Hermes: C. L. W. Ammon; Ehrenmannsdorf: G. G. Schreiner; Min.-Selt. in München: Forchheim: F. Geiger; Hochstadt: C. H. S. P. Freiherr v. Lerchenhammer; Min.-Sekr. in München: Hof: K. Wirtenmann; Kronach: A. Bayer in Pottenstein; Kulmbach: H. Ch. L. Landgraf; Lichtenfels: Chr. G. Eschenbach; Pfarrkirchen: Ch. Ch. Schöpf; Rattelsdorf: J. Linck; Regnitz: F. Schwemdörfer in Gräfenberg; Rehau: A. v. Rauner in Selb; Stadtsteinach: K. Haag in Holzhau; Staffelstein: K. J. Hahn in Ludwigsstadt; Teuschnitz: J. Mäselin in Nordhalben; Wunsiedel: K. K. Kellein. Mittelfranken: Ansbach: Frhr. v. Crailsheim in Leutershausen; Beilngries: G. Stahl in Friedenstein; Hilpoltstein: Dr. K. v. Merz in Thalmässing; Schwabach: L. C. v. Hartlieb; Uffenheim: A. Zink in Aldorf; Weissenburg: J. v. Morin in Ellingen. Landesfranken: Hofer Anzeiger: Schwabach in Ellingen; G. Hirschfeld in Kronach; Donauwörth: P. A. Jinweg in Oettingen; Füssen: F. Berchtold; Hohenzimmern: H. Kaufrer; Memmingen: Gänzburg: F. v. W. A. Braun; Illertissen: J. B. Bayrhoffer in Hasmannshausen; Kaufbeuren: G. E. Wolf; Kempten: Freiherr v. Stackelberg; Reg.-Bl. in Würzburg: Limbach; G. Gaertz; Memmingen: C. Rösch in Obergünzburg; Minkelheim: Mainbernheim: Neuburg: H. Graf Hügger-Kirchberg-Weichenstein; Regnitz: in Hagenburg; Neuulm: J. B. Widdery; Nördlingen: Ph. H. Schulz; Obernzell: F. Koneberg; Obernzell: M. Hastinger; Pfarrkirchen: H. Bauerreis; Pfarrmünster: G. Reichenhofer in Hochstadt.

Oestrreich durch Notifikation Laufe dieses Jahres soll der Armee eine Neuorganisation des Verpflegswesens eingeführt werden, die eine Reihe praktischer und zugleich das Heer weniger belastender Neuerungen in Aussicht stellt. So soll so eingerichtet werden, daß künftig im Kriege jedes Truppenkorps selbstständig für seine Verpflegung sorgen kann, so daß selbst eine Brigade jeden Augenblick ohne die geringste Störung im Verpflegsmomente detachirt werden kann; ferner sollen alle Ausbesserungen auf den Verpflegsanstalten getroffen in Bedienung gebracht werden, daß sie auch ohne vorherige Zufuhr seinen Mangel leiden, und in Rastmomenten sofort abkochen können. Die Einführung der nach französischem Muster zubereiteten Bouillonpasten wird diesen Vorgang erleichtern. Auch in Frieden soll die Abschließung großer Lieferungskontrakte von Cerealien, bei denen bisher so oft das Aerar zu Schaden kam und die Mannschaft dennoch ebenmäßig verforgt war, vermieden und den Lieferungsunternehmern verschiedene Erleichterungen geboten werden, sich in Liege der freien Handelsmarkt der Preisen besser zu versorgen.

Veranlaßt durch die Kattao-Affaire beschäftigt sich heute in hiesigen Blatte eine offenbar eingeweihte Feder mit der Frage in einem Artikel, dem wir das folgende interessante Detail entnehmen: „Das Postamt in Wien allein hat durchschnittlich im Monate 3000 Stück Retour- b. h. solche Briefe, welche wegen mangelhafter Adresse, der Adresse des Adressaten unbekannt oder dergleichen nicht an den Mann gebracht werden konnten, weil der Absender die Annahme verweigerte; keiner der Schreiber weiß, daß sein Brief aus solcher Ursache zurückgegangen ist, keiner werden sich daher auch ein neuen dorthin beeilt ergehen aber auch eine Antwort darauf. Man kann daher füglich annehmen, daß in Wien allein jährlich 36000 Stück Briefe von dem Publikum für verloren gehalten werden, welche in der That nicht verloren sind. Preußen. Die Medaillen, die mit der „Amazone" untergegangenen Kanonen, haben sich bezüglich, Letzteren in Berlin ein Monument zu errichten. Der Platz, an dessen Aufstellung ist noch nicht näher bestimmt, Wahrscheinlich wird dazu einer im Invalidenpark angekauft werden. Das Denkmal soll die Namen aller derer enthalten, welche auf der „Amazone" ihren Untergang fanden.

Daß die bei den Wahlen siegreiche Partei auch der hilfbringen Dienste, die Agenten ihre übergeben, namentlich auch alsbald nach Eröffnung des Landtages mit einer Armee auftreten wird, bestätigt sich durch die Erklärung, welche der Stadtgemeinderath Dresden in der Landtagsversammlung des ersten Wahlkreises abgegeben hat. Auf die Frage eines Wahlmannes antwortete er, daß er sich wenige Mal an nicht sehr wohlwollig gehalten habe, eine Adresse an den König zu richten, wonnicht eine Entzweiung der Parteien herbeizuführen, daß es ab aber für unumgänglich Pflicht des neuen Gemeinderathes halte, ohne Säumen eine Adresse an den König zu richten, in welcher sich dem Hause, dessen Hand unzweideutig über die Lage des Landes und über seine Stellung zum Min.-Prinzip aussprechen.

Aus Mühlhausen (Kt. Aargau), vom 21. Dezember 1863 wird dem Bund geschrieben: Gestern war von dem in Bremgarten versammelten Kriegsgericht freigesprochen worden, weil es nachgewiesen habe, daß der Befehl des Schützen durch einen falschen Befehl des Majors verursacht worden sei, und es sich darauf beruhe, daß für solche Verschuldungsfälle dieser Offizier, der Angriff die Höhe des Schusses zu leiten habe, nicht aufzukommen brauche. Ueber dieses freisprechende Urtheil hat nun die Kriminalität ihren entschiedenen Tadel ausgesprochen und Zusätze zum Abwesenheits-Instruktionsentwurf, welche die unbedingte Verantwortlichkeit des Kapitäns im Bezug auf die Führung und Steuerung des Schiffes aussprechen.

übrigen Wohnungen der Demokraten und bauten dieser, wie der Feind in Feindesland. Es mußte, da es zu Tumultuarischen Auftritt kommen war, nach Braunsberg an das Kommando der Jäger-Bataillons telegraphirt werden, um vermittelst dieser Truppen wieder Ordnung zu schaffen. Gegen 4 Uhr rückte Militär ein — die Rädelsführer und der ganze Trotz wurde unter heftigem Widerstande verhaftet, in Sicherheit gebracht und so der Sam des Friede wiedergegeben.

Großbritannien.

Die Gesammtzahl der diesjährigen Rekruten wird nicht weniger als 17,000 betragen. Frankreich sendet in runder Zahl 4000, der Zollverein 3000, Italien (und Rom) 2000, Oesterreich 1400, Spanien 1100, Rußland 700, Schweden 600, die Schweiz 500, Holland 400, Dänemark 300, Griechenland 250, Norwegen 200, Rom 40, die Türkei 15, China und Japan 35, Guatemala und Montevideo 24, Costa Rica 16 Freiwilliger. Die Zahl der Artillerie schätzt man auf 100,000. Die äußere Architektur der Industrieausstellung wird ziemlich allgemein als perfekt betrachtet; namentlich stehen die klassischen Theile aller Proportion entsprechen. Schiff und Transept sind 100 Fuß hoch und 85 Fuß breit. Die Länge des Schiffes beträgt nicht weniger als 800 Fuß und die freie Länge 695 Fuß, welche so hohe den Gebäuden gänzlich an Eleganz.

Es ist nun ganz gewiß, daß die Besatzungen am Eröffnungstage der Ausstellung ihre Abtheilung gar nicht sehen können. Sie hatten die heftigen Forderung gestellt, daß ihre Abtheilung im Februar fertig werde. Daß war geschehen, und während in anderen Theilen des Gebäudes noch Maurer, Zimmerleute und Anstreicher hantierten, hatte die Bau-Kommission schon am 12. Februar die französische Abtheilung so vollständig fertig gehabt, daß sofort mit den Packkämmen der Waaren hatte begonnen werden können. Statt dessen verpackten jahrten sie sich tagtäglich herum, mit hohen Bretterwänden, hinter denen Menschen und Waaren sichtbar, die Presse den Zutritt, versuchten sich nach rechts und links weiter auszudehnen, und sind am Ende wieder genau da, wo sie Anfangs. Oesterreich, der Zollverein, Italien, die Schweiz, sie sind die entlegensten Kolonien sind in ihren Anordnungen noch vollkommen geordnet.

Kapitän Galbedy von dem Schiffe „Conqueror" welches bei schönem Wetter am 29. September 1863 auf dem Wolf des Mann Cap schwierte, war von dem in Bremgarten versammelten Kriegsgericht freigesprochen worden, weil er nachgewiesen habe, daß der Befehl des Schützen durch einen falschen Befehl des Majors verursacht worden sei, und es sich darauf beruhe, daß für solche Verschuldungsfälle dieser Offizier, der Angriff die Höhe des Schusses zu leiten habe, nicht aufzukommen brauche. Ueber dieses freisprechende Urtheil hat nun die Kriminalität ihren entschiedenen Tadel ausgesprochen und Zusätze zum Abwesenheits-Instruktionsentwurf, welche die unbedingte Verantwortlichkeit des Kapitäns im Bezug auf die Führung und Steuerung des Schiffes aussprechen.

Digitized by Google

Frankreich.

Der „Moniteur“ veröffentlicht die erste Liste der Personen, welche sich als Gründer der sogenannten Gesellschaft des kaiserl. Prinzen angezeigt haben. Diese Liste, umfaßt den Kaiser und die Kaiserin, den kaiserl. Prinzen und sämmtliche Mitglieder des kaiserl. Hauses, die Minister, und die zwanzig in den Oberrath, der Gesellschaft ernannten Notabilitäten u. s. w. Die Zöglinge des Lycee Napoleon haben gleichfalls durch einen Beitrag von 400 Frcs. ihre Anstalt unter die Zahl der Gründer aufnehmen lassen. — In der Senatssitzung kam die Beschwerde des Erzbischofs von Rennes vor. Sie sucht um Nichtigkeits-Erklärung der Ernennung eines Schulmeisters, und einer Schulmeisterin in der Gemeinde Sel nach. Der Unterrichtsminister hatte nämlich diesen zu diesen beiden Stellen ernannt, obgleich der Gemeinderath wiederholt das Verlangen ausgedrückt hatte, sie durch Stubrüder besetzt zu sehen. Der Präfekt des Ille- und Vilaine-Departement, an welchen sich der Erzbischof in dieser Sache beschwerend gewandt hatte, erwiderte, daß er bei der Nichtberücksichtigung der gemeinderäthlichen Forderungen, die früher bei der Besetzung von Schullehrerstellen maßgebend gewesen waren, genau neuer ministerieller Verfügungen handele. Hr. v. Lauchsjawiren in Berichterstatter über diese Petition und beschwerdet das Verlangen des Erzbischofs mit sehr nachdrücklichen Worten. Er drang auf die Verweisung an den Staats- und Unterrichtsminister. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Diskussion über diese Sache vertagt.

Nichtpolitische Zeitung.

(Turnen und Schwimmen.) Eingesandt.) Für das Erste ist schon genug gethan und geredet worden, und das all' das gute Frucht getragen hat, das kann man jetzt in froher Massenne auf dem grünen Plan des Turnplatzes sehen, wo sich die Blüthe unserer Jugend wetteifernd in Kraft und Gewandtheit mißt. Aber über das zweite darf ein langjähriger Schwimmer, wie Einsender dieses ist, schon noch ein Wörtchen reden. Die alten Griechen sagten von einem recht täppischen, unbrauchbaren Menschen, er kann weder schreiben, noch schwimmen, damit bezeichnend, wie nothwendig diese Kunst für den Menschen sey. Schon die Pflicht der Selbsterhaltung sollte den Menschen das Schwimmenlernen zum Gebote machen, — wie viel Unglück, wie viele Thränen könnten den Familien erspart werden, wenn von Kindesbeinen an unsre junge Welt sich mit dem krystallenen Elemente vertraut machte. Doch abgesehen selbst davon, als bloße Gymnastik schon sollte das Schwimmen den ersten Platz unter allen Leibesübungen einnehmen. Da wird kein Glied, kein Muskel einseitig in Anspruch genommen, beim Schwimmen ist am ganzen Körper jeder Muskel in Thätigkeit gesetzt, gespannt und beschäftigt: Strecker und Beuger der Arm- und Beinmuskeln in ihren verschiedenen Schichten durch die rudernden unaufhörlichen Bewegungen der Extremitäten, Bauch- und Rückenmuskeln durch die im Wasser gebotene Horizontallage und die sich windende und drehende Bewegung des Rumpfes, die Halsmuskeln durch die Nothwendigkeit, den Kopf mehr als gewöhnlich in die Höhe zu halten, ja selbst die Brustmuskeln durch das energischere Athemholen. Wie sehr die Brusthöhle selbst dadurch erweitert, die Athmungsoberfläche in kräftigere Funktion erhalten werden, sieht jeder Lungsjunge leicht ein. Dabei keine übermäßige Erregung und Bewegung, Leichtigkeit, Rundung und Grazie in den Bewegungen des vollendeten Schwimmers. Er rudert dem Strome entgegen, jeder Muskel tritt in den gegen die ganze Wucht der herabströmenden Gewässer sich anstemmenden Körper hervor, ein kraftvoller, elastischer Ruck, dann wieder eine ringende, schlangenartige Bewegung, dann ein Haschen und Greifen nach der flüssigen momentanen Stütze, — und bei all dem rückt der Schwimmer vorwärts, ruhig und sicher, ohne Pusten und Schnauben, ja selbst ohne große Erwärmung, da die klaren Wellen seinen Körper fortwährend kühlend umgeben. Das Alles läßt sich freilich auf festem Boden nicht leisten, wo eine Anstrengung, wie diese, kaum vor der in der argen Sommerhitze nur unter Stedmen von Schweiß und nachfolgender gänzlichen Erschöpfung des sich gerädert fühlenden Körpers möglich wäre. — Einer der größten Enthusiasten für das Schwimmen war Gutsmuths, der Leiter der gymnastischen Uebungen des Pädagogiums in Schnepfenthal, zugleich auch als Altmeister des Turnens bekannt und verehrt. „Wo kein Fluß ist, sagte er, da sollte man einen Teich graben und einen Waldbach hineinleiten, damit der Jugend die Gelegenheit gegeben würde.“ Und wirklich in den Teichen bei Schnepfenthal, im tiefsten Binnenlande, mitten im bergigen Thüringen, bildete er aus Söhnen der verschiedensten Nationen so vortreffliche Schwimmer, daß sie später oftmals Matrosen in den Seestädten ihrer Heimath in dieser Kunst übertrafen. — Bei uns nun in Würzburg, an den Ufern des Mains, sollte das Schwimmen noch allgemeiner werden, als es jetzt ist. Von den vermögenderen Ständen, die den Schwimmmeister bezahlen und eine unserer Privatanstalten besuchen können, lernen freilich viele schwimmen, auch gar mancher ängstliche Bauersjunge, der außer der Pferdeschwemme seines Heimathsdorfes lange kein größeres Wasser gesehen hatte, lernt in der harten Schule des Muß und der Herrn Unteroffiziere das Schwimmen und kann, Gott später ein oder sonst bei uns dafür, als er es jetzt verwünscht. Aber was treibt denn der unvermögendere Theil unserer Jugend, manchmal oft die kräftigsten Gestalten, die zum Schwimmen am eifrigsten gewesen wären, ja die bei ihrer späteren Beschäftigung das Schwimmen vielleicht am nothwendigsten brauchten? Man forsche nur nach, wie viele von unseren Schiffern und Fischern sogar nicht schwimmen können. Ein paar hundert Gulden, ein Floß und ein paar den Sommer über angestellte Professoren der Schwimmkunst, die gewiß kein zu großes Honorar verlangten, würde all dem abhelfen. Die Jugend selbst, dessen bin ich sicher, müßte nicht zum Schwimmenlernen gezwungen werden. Vielleicht — Und dann noch eine Frage: Soll das andere Geschlecht, das ja in neuester Zeit schon turnt, nicht auch schwimmen lernen? Der Gedanke ist nicht so abenteuerlich, als vielleicht der Leser glaubt; in ganz vielen großen und kleinen Städten Europa's gibt es Schwimmanstalten für die Damenwelt, Amerika's nicht zu gedenken. Die meisten unserer höchsten Damen aus regierenden Häusern erlernen diese edle Kunst. Damen baden ja auch und vom Boden zum Schwimmen ist kein großer Schritt. Ein bedecktes Bassin ließe sich ja leicht einrichten, und eine Schwimmlehrerin würde sich auch bald finden haben. Vielleicht gar ist einer unserer Badeschiffer diese Idee auf's nächste schon.

(Planetenerscheinungen im Monat Mai.) Venus geht als Morgenstern um 3 Uhr am östlichen Himmel auf und erreicht am 6ten ihren größten Abstand von der Sonne; sie durchwandert im raschen Laufe das Sternbild der Fische, in welchem sie zugleich über den Aequator heraustritt. Um dieselbe Zeit kommt Mars im Süden über den Horizont und glänzt mit röthlichem Lichte im Sternbild des Wassermanns. Jupiter und Saturn erscheinen mit einbrechender Dämmerung nahe bei unserem Meridian im großen Löwen und bleiben die ganze Nacht hindurch sichtbar; diese 2 Sterne, von denen der links stehende, helle glänzende, Jupiter ist, sind anfangs rückläufig, bewegen sich aber gegen das Ende der Monats beide wieder von West nach Ost. Der Ring des Saturn verschwindet gegen den 15., weil die Sonne sich in der Ringebene befindet.

— Dieser Tage wurde auf dem Münchner Frühlingsmarkt durch einen Kunstkenner ein auf Holz gemaltes Bild für 36 kr. angekauft, welches jetzt um 400 fl. von der Isl. Bildergallerie käuflich erworben wurde. Dasselbe soll eine Originalskizze von dem berühmten Rubens sein.

— Die „Trübüne“ hat einen Bruder zu dem Wiener Briefmarken Kollab aufgefunden, und zwar in der ehrlichen Aesterz Berlin selbst. Sie berichtet nämlich aus Berlin Folgendes: Am Freitag ist ein bei der Geldauszahlerexpedition des hiesigen Postamts beschäftigter Beamter verhaftet worden. Derselbe hatte sich den Umstand zu nutze gemacht, daß viele Geldbriefe auf Höhe einer geringen Summe deklarirt werden, als sie in der That enthalten. Hier angekommene deklarirte Geldbriefe, die durch seine Hände gingen, pflegte er des Abends mit in seine Wohnung zu nehmen und dort zu untersuchen, ob der einliegende Inhalt zu gering angegeben. War dies der Fall, so nahm er die Summe heraus, um die der Inhalt die Deklaration übersteig. Er hatte eine Gewandtheit sich angeeignet, diese Briefe, die er dann folgenden Tages expedirte, kunstgerecht wieder zu verschließen. Die Absender und Empfänger der Briefe konnten natürlich keinen Einspruch erheben, da die Post nur auf die Höhe der Deklaration für Geldbriefe aufkommt. Das Manöver des Postbeamten hatte schließlich jedoch das Augenmerk der vorgesetzten Behörde auf sich gezogen, und als derselbe am Freitag zum Dienst kam, nahm man ihn in Empfang und unterwarf ihn einer genauen Visitation. Es wurden bei ihm neun deklarirte Briefe vorgefunden; weshalb er dieselben bei sich geführt, darüber vermochte er keine genügende Auskunft zu geben. Die eingeleitete Untersuchung dürfte ergeben, wie lange er die Veruntreuungen betrieben hat und wie hoch die unterschlagenen Summen sind.

— Auf dem Kriegsfelde Leben, da, wo am 17. Juni 1813 Theodor Körner schwer verwundet wurde, als das Lützower Freikorps trotz dem Waffenstillstand die Franzosen und

Digitized by Google

die Württemberger überstiegen, soll dem Sängerfelden ein Denkstein auf den 17. Juni 1863 errichtet werden. (Bekanntlich dichtete Körner dort sein schönes Sonnett: „Die Wunde brennt, die bleichen Lippen beben" und als ein Trupp Franzosen aus dem Gehölz dringt, kommandirte er „Zweite Schwadron vor", durch welche Kriegslist er sich rettete.)

Der durch richterlichen Spruch seiner russ. Fürstenwürde entkleidete und in Paris als Fälscher und Verleumder verurtheilte unglückliche Mann, Peter Dolgorukoff, gibt in Leipzig wieder ein Blatt an Stelle seiner eingegangenen „Zukunft" heraus, und nennt es „Prawdowik, den Wahrheitsliebenden."

Durch die östr. Presse geht eine an Waldensteins Lager erinnernde Charfreitags-Predigt des Kaplan in Klösterle. Derselbe begann mit der Erklärung, daß er jetzt frei von der Leber weg sprechen und sich vor Niemand, auch nicht vor der höchsten Person im Staate mehr genieren wolle. Dann bezeichnete er Wien, Berlin und Leipzig als die Oerter, aus denen das Verderben über die Welt hereinbreche, und anathematisirte sämmtliche bekannte Zeitungen bis zum „Dorfbarbier" und zum „Kikeriki" herab. Den Reichsrath bezeichnete er als ein Institut zur Verdrückung des Volkes; den Unterstandsrath gemächte die Reden in beleidigendster, und selbst getrönter Häupter in nicht sehr zarter Weise. Auch die Haltung des Bischofs bei der Fronleichter wurde von dem Kaplan ganz offen kritisirt, und das Abgeordnetenhaus schließlich eine Versammlung „verkommener Advokaten" titulirt. Die Zuhörer folgten dem Vortrage bald mit Lachen, bald mit Entrüstung.

Neueres.

München. Der k. Hofgärtner Effner hat den Auftrag erhalten, sich nach Nizza zu S. M. dem Könige zu begeben, und wird am 3. Mai zugleich als Kurier die Reise dahin antreten. — Die verwittwete Kaiserin von Oesterreich hat bereits den Gliedern der k. Familie Besuche abgestattet und Gegenbesuchen empfangen. — Im Polytechnikgebäude zu München werden bereits die Lokalitäten für die am 1. Juli beginnenden polytechnischen Funktionen hergerichtet. — München wird 4 Polizeirichter erhalten; als Staatsanwälte bei diesem Gericht werden die Kommissäre Burgmair und Regner und Aktuar Schuster bezeichnet. — Von den bisher im Königreich bestehenden Advokatenstellen werden in Folge der Gerichtsorganisation 50 eingezogen.

Vom 1. Juli an heißen die Landkommissariate der Pfalz „Bezirksämter" und die Landkommissäre „Bezirksammänner." — Die Industriellenversammlung in Kaiserslautern sprach sich für unbedingte Annahme des franz. Handelsvertrags aus. — Die bayer. Garnison in Frankfurt wird eben durch Oberst v. Welsch inspizirt. — Kammerjunker Dr. v. Mayer und Hauptmann Rhomberg im Genieforps erhielten den preuß. Kronorden 3. Klasse. — Der östern. Feldzeugmeister Benedeck wurde beim Vorbeifahren am Lindauer Hafen mit Böllerschüssen begrüßt. — Der Dachstuhl des Bahnhofgebäudes Gunzenhausen ist theilweise abgebrannt.

Dem Centsel-Wahlkomite der deutschen Fortschrittspartei in Berlin ist aus Konstantinopel, von Seiten der dortigen Mitglieder des Nationalvereins eine Zustimmungsadresse zugegangen, in welcher dieselben zu dem Verhalten der Partei in dem aufgelösten Abgeordnetenhause ihre volle Zustimmung aussprechen, die deutsche Aufgabe Preußens ganz besonders hervorheben und schließlich bemerken: „Ganz Deutschland sieht auf den Ausgang der Dinge in Berlin, mögen alle Patrioten dahin wirken, daß mit einem freien Preußen demnächst die Möglichkeit eines einigen Deutschlands uns nahe gerückt werde."

Frankreich. Die napoleonischen Sympathien für die Sklavenstaaten offenbaren sich wieder in folgendem schlanken Artikel des „Constitutionnel": „Man schlägt sich in Amerika, aber man leidet in Europa; die amerikanischen Schlachtfelder sind mit Todten bedeckt, aber die industriellen Schlachtfelder Europa's mit Verwundeten. Und wenn man unglücklicherweise nach lange jenseits des Atlantischen Ozeans sich schlagen sollte, so wird man noch lange in Frankreich und England leiden." Wir haben also ein Recht, dem „Journal des Débats" zu sagen: Ihr leitet die öffentliche Meinung irre, indem Ihr derselben den Glauben aufdrängt, der Streit zwischen Norden und Süden sei beinahe beendigt. Wir klären sie auf, indem wir ihr sagen, daß dies nicht der Fall ist, und daß der Süden, selbst wenn seine Armeen besiegt sind, noch nicht unterworfen ist."

Die „Débats" lassen mit ihrer Antwort nicht auf sich warten. Sie verweisen dem „Constitutionel" auf eine Autorität, deren Kompetenz von diesem schwerlich am wenigsten gelegnet werden wird, auf die Erklärung des Ministers Billault, der sich als Organ der Regierung in der Adreßdebatte des Senats folgendermaßen über dieselbe Frage vernehmen ließ: „Wahr ist die Feundschaft des Kaisers für die Vereinigten Staaten; wahr sein aufrichtiger Wunsch, in ihnen den Frieden wiederhergestellt zu sehen und zu jo wünschenswerthen Aussöhnung nach Kräften beizusteuern. Aber der Senat kann ruhig und versichert sein, daß nichts unternommen werden wird, was diesen Gesinnungen, den Gesinnungen Frankreichs zuwider wäre. Der Kaiser ist dazu nicht geneigt." (D. h., so lang er nicht kann.)

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. S.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. S.	78½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	64½—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	54¾ P.
„	4½ pCt. „	—
„	4 pCt. „	—
„	3 pCt. „	—
Preußen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. k. K. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	103⅜ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. dto.	96¾ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅞ P.
Frankfurt	4½ pCt. Obl. dto.	101¼ P.
„	3 pCt. Obl.	93⅜ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3. 2. 3½	48⅞ G.
„	2 pCt.	43¼ P. ⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1205/—121 G.
k. k. Oesterr. National-Bankaktien	785—84 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	203½/3 G. ex.D
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	222 P. 220 G.
Würtembergische Bank à Thlr. 100	81 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	90½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 P. 338 G. ex.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	76⅜ P.
Oest. Fr. Kred. Ges. à fl. 200 Fr. à 20 kr	244 P.
„ Kliask.-Eisenbahn à pCt.	127 P.
„ Kliask.-Bahn Prior. à pCt. 4/7	80½ P. ⅝ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z	82¼ —
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	137¼ P.
Pfälz. Ludw. B. Rothschild à 4½ pCt.	114¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 5% pCt. Einz.	20⅝ P. 20½ G.
Span. Bankfds- u. Industrie	306 P. 305½ G.
„ Credit-Akt. à 500 Reales	536 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106½ P. ⅝ G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	105⅛ G.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. k. 100 k. fl.	104½ G.
Augsb. k. 100 k. fl.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. fl.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Ld. k.fl.	96⅜ B.
Hbg. 100 k. fl.	103 G.
Hamb. MK. 100 k. fl.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. fl.	104⅜ G.
London Lst. 10 k. fl.	118⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. fl.	—
Mail. Frs. 300 k. fl.	93⅜ G.
Paris Frs. 300 k. fl.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. fl.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 Mt.	—
do. in öst. W. 1. S.	90⅝—⅞ G.
Turnosrte	3 pCt. fl.

Aktien-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	117¾ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	74⅝ P. ¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	77¼—78½ G.	„ fl. 35 do.	39⅜ P.
„ fl. 100 Kred. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beh.	124 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Genois m. 2½ pCt. Z	37¼ P.
Raiffeisen fl. 50	99½ G.	Venedig-Loose fl. 10	10 G.
Waldstein fl. 35	55⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-4.	121½ G.

Frankfurt, 2. Mai. Für öffent. Fonds und Industriepapiere war die Stimmung der Börse im Allgemeinen etwas matter, und der Umsatz in denselben weniger belebt. Für Franks. Bankaktien zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Spnd.)

Digitized by Google

Hof- & Staatsbibliothek
in
München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 123-24. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Intercalirung wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Montag, 5. Mai 1862.

Das deutsche Schützenfest.

Vor uns liegt das vom Central-Comité verfaßte Programm eines großen deutschen Nationalfestes, dessen Dauer auf 6 Tage (vom 13.—18. Juli) festgesetzt ist. Indem wir die formellen Punkte einer spätern Erinnerung vorbehalten, schließen wir uns für heute folgenden Betrachtungen der „Ztg. für Norddeutschland" an: „Wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft" — ist mit Recht gesagt worden. Nicht weniger wahr aber ist das Wort: „Wer die Waffen hat, dem gehört die Gegenwart."

Nur so lange Griechenland und Roms Bürger das Schwert mit gleicher Kraft und Gewandtheit führten, wie den Pflug und die Waage, waren sie frei. Als magyonische Könige und römische Cäsaren die Schlachten jener Republiken mit Söldlingen schlagen, versanken sie in Knechtschaft. — So lange die Faust des deutschen Ritters und Bürgers bewehrt war, bildeten sie Stände, welche ihre Freiheiten und ihre Rechte durch Verträge mit dem Landesfürsten feststellten. Als sie Wehr und Waffen ablegten vor den Lanzenknechten und stehenden Heeren, mußten sie sich Gesetze vorschreiben lassen. Die Fürsten hatten die Waffen: ihnen gehörte die Gegenwart. Und mit Recht; denn sie nur vertheidigten die höchsten Güter des Vaterlandes.

Mit der Entwicklung der stehenden Söldnerheere aber wurde zu deren Führung und Disziplinirung ein zuverlässiges, durch höhere Interessen als die des Soldes mit dem Lande und dem Fürsten eng verbundenes Element in den Herren nothwendig. Dazu hat sich der Adel bot; und, als wesentlichster und vorzüglichster Bestandtheil der Waffenmacht, gewann er auch neben den Fürsten einen Theil seiner frühern Geltung und seines Einflusses auf die Landesangelegenheiten zurück. Die kräftigsten und scheinbar mit absolutester Willkür regierenden Monarchen wagten es nicht mehr, den Adel, als Stand, mit der gleichen Rücksichtslosigkeit zu behandeln, wie die übrigen Stände. Selbst ein Friedrich d. G. verzichtete auf die im Interesse des Staats als heilsam erkannte Bauern-Emancipation, da er des bereitwilligen Dienste des Adels, aus dem die Generäle und Offiziere seines Heeres, der Stütze seiner Macht, hervorgegangen, nicht entbehren konnte. Um so weniger war es zu verwundern, wenn ein schwächerer Monarch, Friedrich Wilhelm III., die Stein'sche Gesetzgebung in ihren wesentlichsten Theilen dem Adel opfern mußte, und wenn vollends ein Friedrich Wilhelm IV. die „kleinen Herren" zu Gebietern des Staates erwachen ließ.

Freilich hat sich im 19. Jahrhundert der Bürgerstand an Reichthum, Bildung und Selbstständigkeitsstinn mächtig entwickelt, und der befreite Bauernstand beginnt, sich ihm an solchen Vorzügen gleich zu stellen. Freilich ist die Macht der Waffen durch die Macht der öffentlichen Meinung, die sich auf starke materielle und geistige Mittel stützt, um Vieles vermindert worden. Aber die schließliche Entscheidung der Dinge liegt noch immer in den Waffen. Deshalb sehen wir auch in Preußen alle Verfassungsfragen in der einen Frage über den Fortbestand und die Verstärkung eines Adels- und Kabinets-Heeres auslaufen. Der preußische Adel, wie gering man auch seine politische Befähigung ansehen mag, versteht sich doch auf seine Interessen und weiß sehr genau, wo die Wurzeln seiner Kraft liegen. Nebenlich wie in Preußen ist es in fast allen deutschen Staaten.

Es kann nun nicht darauf ankommen, den Adelsherren ein Bürgerheer gegenüber zu stellen. Denn kein vernünftiger Mensch in Deutschland wird den krautigen Versuch wagen wollen, durch Bürgerkrieg und Anarchie zur Gleichberechtigung und Freiheit zu gelangen. Aber der deutsche Bürger soll wehrhaft dastehen; er soll beweisen, daß er zur Vertheidigung des Vaterlandes und seiner höchsten Güter nicht minder dem Fürsten dienen kann, als der Adel. Wenn Das geschieht, kann wird sich aus der organischen Verbindung der Bürgerwehr mit dem Adels- und Kabinetsheere ein wahrhaftes Volksheer entwickeln. Und dann werden nicht nur die das Mark der Völker verzehrenden Militärlasten, sondern auch der Gegensatz zwischen Soldat und Civilist, zwischen Adel und Bürger und Bauern wird wegfallen zur Aufgleichung aller berechtigten Interessen und zum Segen des inneren Friedens.

Aus diesem Gedanken ist die Neubelebung des Turn- und Schützenwesens hervorgegangen, jenes für die Jugend, dieses für das reifere Alter.

Für den Gedanken begeistert einzuarbeiten, ist die Sache eines jeden ächten deutschen Mannes. Und zu unserer großen Genugthuung hören wir denn auch, daß Tausende aus allen Gauen des großen Vaterlandes sich rüsten, um an dem zweiten deutschen Schützenfeste in Frankfurt a/M. Theil zu nehmen. Aber an einem so bedeutsamen Vaterlandsfeste sich zu betheiligen, darf nicht allein den Schützen überlassen bleiben. In allen Kreisen des Volkes muß es tief empfunden werden, daß es sich um eine nationale Sache handelt, für deren glückliches Gelingen Jeder nach Kräften beisteuern soll.

Freilich steht es nicht in dem Vermögen jedes Einzelnen, kostbare Ehrenpreise oder bedeutende Geldsummen zu spenden. Aber jede Stadt sollte ihr Kontile aus angesehenen Bürgern bilden, um im Verein mit den städtischen Kollegien mit den bürgerlichen Korporationen und privaten Gesellschaften für das würdige Erscheinen ihres Namens mit edlen Ehrengaben Sorge zu tragen und überhaupt zu zeigen, daß sie der Ehre deutschen Bürgerthums eingedenk.

Deutscher Bund.

Die in Emden eingetroffenen Mitglieder der Küstenbefestigungs-Kommission haben sich zur Inspektion der Küstenbefestigungen nach der Knocke begeben und die an der Kefferlander Schleuse und Petkum aufgeführten Werke besichtigt. Die Kommissionsmitglieder befanden sich auf dem preußischen Dampfschiff „Royal Victoria", die Beförderung auf dem Lloydsdampfer „Simson".

Bayern. Das k. Handelsappellationsgericht in Nürnberg wird mit einem Präsidenten und einer erforderlichen Anzahl von Räthen als rechtskundigen Richtern, dann mit einer entsprechenden Anzahl von Beisitzern aus dem Kaufmannsstande und von Sekretären besetzt. Die Beisitzer aus dem Kaufmannsstande führen den Titel „Handels-Appellationsgerichts-Assessoren". Der Präsident, die Räthe und Sekretäre des Handels-Appellationsgerichts sind im Allgemeinen und insbesondere bezüglich des Ranges, der Besoldung und der Vorrückung in höhere Gehaltsklassen, dann des pragmatischen Rechtes den betreffenden Beamten der übrigen k. Appellationsgerichte gleichgestellt und tragen auch die für die Beamten der Appellationsgerichte vorgeschriebene Amtskleidung. Dem Beisitzen aus dem Kaufmannsstande ist gestattet, die für die Appellationsgerichtsräthe vorgeschriebene Amtskleidung zu tragen, jedoch mit dem Unterschiede, daß die Stickerei, sowie Hut- und Degenverzierung in Silber statt in Gold auszuführen sind; einen Aufwand auf Gehalt haben sie für die Führung des Ehrenamtes nicht. Bei den „königlichen Handelsgerichten", als Gerichte 1. Instanz, führen die Beisitzer den Titel „Handelsgerichtsassessoren" und ist ihnen gestattet, die für die Beisitzgerichtsräthe vorgeschriebene Amtskleidung, ebenfalls mit dem Unterschiede, statt Gold-, Silberstickerei und Verzierung zu tragen.

Aus Rheinbayern wird der „Zeit" geschrieben: So wäre denn dem Provisorium endlich ein Ende gemacht worden. Wir bedauern, über die uns unbekannte Persönlichkeit des Herrn Glaser, namentlich über seine Richtung in kirchlicher Beziehung, keine Aufschlüsse geben zu können; jedenfalls ist soviel gewiß, daß unser neuer Herr

Digitized by Google

Konsistorialdirektor zwei Eigenschaften besitzen muß, soll er mit Segen und Vertrauen wirken und den Frieden in unserer unirten Kirche herstellen. Wir meinen nämlich eine treue evangelische Anhänglichkeit an die Union und eine unbeugsame Energie in der Durchführung der Friedenswerke.

Oesterreich. Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Hein erhielt das Diplom als Wiener Ehrenbürger. „Ost und West“ und „Tribüne“ haben ihr tägliches Erscheinen eingestellt, und wie auch alle Wochenblätter ausgehen. Hr. v. Bauernfeind, der Redakteur der „Ungarischen Nachrichten“, der vom Militärgerichte zu einmonatlichem Arreste verurtheilt wurde, hat, da der Appellationshof das erstrichterliche Urtheil bestätigte, seine Strafe in der Karlslaserne angetreten. Der gefürchtete Räuberhauptmann Maxim, der Schrecken unserer Komitate, auf dessen Kopf ein Preis ausgesetzt war, wurde im Dorfe Wetterla, Pozsunganer Komitat, im Hause des dortigen Richters entdeckt und von drei Colnelen angegriffen; nachdem der Räuber zwei der letzteren verwundet hatte, wurde er von dem Dritten durch den Kopf geschossen, so daß er sogleich todt niederfiel.

— Auf eine im Unterhause an das Gesammtministerium gerichtete Interpellation, ob es dem Abschlusse des preußisch-französischen Handelsvertrages die nöthige Aufmerksamkeit zugewendet habe und die geeigneten Schritte thun wolle, um die bei diesem Interessen drohenden Gefahren abzuwenden? bemerkte Minister v. Bickenburg, die Regierung habe den wettrechenden Einfluß dieses Vertrages nicht einen Augenblick verkannt und bereits Einleitungen getroffen, um die Interessen Oesterreichs vor jedem Nachtheile zu bewahren. Auf eine andere mit Bezugnahme auf die gesteigerte Preisunterschlagung gestellte Frage, welche Maßregeln des Finanzministeriums zu ergreifen gedenke, um das korrespondirende Publikum sicherzustellen? erwiderte Plener, daß eine Untersuchung im Zuge sey, um sich über die Gebrechen und Mängel des Postwesens zu unterrichten und daß er das Haus von den getroffenen Maßregeln in Kenntniß setzen werde.

§ **Wien**, 2. Mai. (Privat-Korresp.) Der von dem Abg. Szabel vorgelegte Antrag, die Anweisung der auf die Bankfrage Bezug habenden Regierungsvorlage betreffend, wird in der 3. Sektion des Finanzausschusses lebhaft besprochen und ich glaube Ihnen bereits mit Sicherheit melden zu können, daß derselbe die Majorität erlangen wird. Letztere stimmt mit dem Antragsteller vollkommen überein, daß das bestehende Defizit im Staatshaushalte am besten und raschesten seine Bedeckung durch die Begebung der auf frühere und legale Rechtstitel beruhenden und bei der Bank verpfändeten 1860er Loose erhalten könne; daß die Begebung der auf früheren Titeln beruhenden Anleihe einer neu aufzulegenden aus vielfachen Gründen vorzuziehen sey, da hiedurch eine Zwangsanleihe vermieden werde, deren Beschließung, Auflegung und Einberufung, ganz abgesehen von dem damit verbundenen Zeitaufwand, bei den gegenwärtigen Verhältnissen beinahe unzurechtführbar sey. Die von Hrn. Szabel in Bezug auf die geschäftliche Gebahrung der Bank vorgeschlagenen Aenderungen finden ebenfalls vielen Anklang. Die wichtigste derselben ist, daß die Bank auch inländische Silberwechsel escomptiret und den Betrag in Banknoten oder Silber zahlt, wogegen sie natürlich am Verfallstage wieder Silber erhalten muß. Gegen deponirtes Silber oder Gold soll die Bank Anweisungen ausstellen, die von ihrer Seite jeroch nur bis zur Hälfte des jeweiligen Escomptefondes zu trete finden sind. Die hohe Tragweite dieses Antrages für unsern Handel leuchtet von selbst ein, wenn man weiß, daß noch heutzutage alle inländischen Silberwechsel in ausländischer Valuta ausgestellt seyn müssen. Wird Szabels Antrag angenommen, so verliert die Agiotage an Silber noch vor der Eröffnung der Baarzahlungen allen Halt und die Bank genießt überdem den Vortheil, daß sie ihr Silberschätze nicht todt im Keller liegen zu lassen braucht. In Finanzkreisen hat der Antrag Szabels die günstigste Aufnahme gefunden und ist dem Bekanntwerden desselben hauptsächlich der Rückgang der Devisen zuzuschreiben.

In **Bojen** fand am Samstag das Begräbniß eines Ingenieurs lutherischen Glaubens statt. Ein Theil der Garnison und mehrere Offiziere begleiteten den feierlichen Leichenzug; als aber der von Meran herübergekommene Pastor Dr. v. Oettingen auf dem Friedhofe die Leichenrede begannen wollte, erhob der griechisch-unirende katholische Geistliche Einsprache, da Oettingen es verabsäumt hätte, sich dem Probste vorzustellen und dafür zu sorgen, daß gegen die Ausübung seiner Funktionen kein Anstand obwalte. Er verrichtete nun zwar sein Amt trotz der Einsprache; begab sich dann aber sofort zum Probste um sich über den Sachverhalt auszuklären. Der Probst jedoch wollte von seinem gütlichen Ausgleich etwas wissen, sondern beharrte dabei, über diese angebliche grobe Verletzung seiner pfarrherrlichen Rechte der dem Bischof Klage führen zu wollen. Tags darauf war große Versammlung im Pfarrhause, bei der auch der Kapuziner Pater Josua Trolf und die Giovanelli's nicht fehlten.

Preußen. Die kurhessische Frage beschäftigt das preußische Ministerium, dem Vernehmen nach, sehr lebhaft. Die Dinge liegen in der That so, daß sie Seitens Preußens ernstliche Entschlüsse erheischen, wenn anders dem verzweifelten Versuche der kurhessischen Regierung, durch welche Mittel es immer sey dem Lande eine Minoritätskammer aufzudrängen, Einhalt geschehen soll. Die zum größten Theil traurigen Annalen des deutschen Konstitutionalismus haben gewiß nichts Aergeres aufzuweisen, als was jetzt in Kurhessen geschieht.

In **Königsberg** wählte die Artillerie nicht die ihr vorgeschriebenen Offiziere, sondern Unteroffiziere und Feldwebel. Aufsehen erregte ein alter pensionirter Stabsoffizier, der, in seinem Wahlbezirke gefragt, ob er mit der konservativen Partei stimmen werde, mit Stentorstimme rief: „Mit nichten! Se. Majestät soll die wahre Stimme des Volks vernehmen; wir kommen mit zweijähriger Dienstzeit ganz gut aus,“ und er stimmte mit der Fortschrittspartei.

Kurhessen. Die von uns mitgetheilte Verordnung, betreffend die Wahlen zur 2. Kammer der Landstände, hat in allen Kreisen der Bevölkerung eine große Sensation gemacht. Nunmehr wird freilich von einer Inkompetenzerklärung der 2. Kammer keine Rede mehr seyn. Denn sich vor einer Wahl der Wahlmänner und der Abgeordneten fern zu halten, gebietet die Ehre den Männern, welche solcher unter Vorbehalt für das Verfassungsrecht von 1831 sich an derselben betheiligen. Sie können nicht die in § 1 der getachten Verordnung vorgeschriebene Erklärung abgeben. Sie würden somit ihre Ueberzeugung verleugnen und schwerlich den Landesgesetzen nützen. Sie können sich auch nicht einer Zwangsvorschrift unterwerfen, nach deren Prinzip die Regierung das Recht gewänne, der einen jeden Wahl zu bestimmen, daß derjenige gar nicht zur Wahl gelassen werden soll, welcher nicht vorher eine Erklärung unterzeichnete, durch die er sich prinzipiell machte, kein Mitglied der seitherigen Opposition zu wählen. Bei uns wird sich die Sache nun so gestalten, daß an die Stelle der Inkompetenzerklärung des 2. Kammer die Beschlußunfähigkeit derselben tritt. Sollten auch Minoritätswahlen zu Stande kommen: so möchte der dem Wahlgesetz von 1860, durch welches von der Volksvertretung die Beamten ausgeschlossen sind, sich seine hinlängliche Anzahl von Männern finden lassen, die es wagte, sich als Volksvertreter hinzustellen und zu sagen, — Wie die hiesigen Zustände kennt, für den war der Grund der vorliegenden Verordnung insofern nicht übersehend, als er selbst auf das Außerordentlichste und Ungerechtfertigste von Reaktions-Experimenten gesagt sein mußte. Aber im Augenblicke, wo die Anträge der beiden deutschen Großmächte in der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit vor dem Bundestage schieben, konnte dieser neueste Versuch sehr unzeitgemäß scheinen. Deshalb ist die Ansicht auch wohl nicht grundlos, daß die Regierung Angesichts jener Thatsache den jetzigen Schritt, der Verfassungsfrage ein Ende zu machen, nicht gethan haben würde, wenn sie nicht einen starken Rückhalt hätte. Und deßhalb dürfen wir an unsere neulich gemachte Bemerkung erinnern, daß sich für Preußen ein zweites Bronzell vorbereitet. (B.-N.)

Die Bevölkerung der Hauptstadt Kassel ist voll Erbitterung über die Verordnung der Regierung vom 26. April d. J., die Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände betreffend. Diese Verordnung ist ein offener Hohn gegen die Regierungen von Oesterreich und Preußen, eine Aufforderung gegen den zu erwartenden Bundesbeschluß, eine Vergewaltigung des Landes, ein Attentat gegen das freie Wahlrecht. Die Bevölkerung ist darüber erbittert, aber wahrlich nicht entmuthigt. Jeder fühlt, daß es gut ist, wenn der bisherige Zustand seinem Ende entgegengeführt. Die Verordnung ist vollkommen korrekt, wenn man das Endziel, die Beschaffung einer gesetzigen Kammer, vor Augen hat; kürzer und billiger wäre es gewesen, wenn das Ministerium ohne weitere Umstände die 48 Mitglieder zur zweiten Kammer ernannt hätte; ein Weg, der vollkommen so korrekt und zulässig gewesen wäre, wie der jetzt eingeschlagene. Es wirft ein grelles Licht auf die verrotteten Zustände, daß es überhaupt möglich ist, dem deutschen Volke einen solchen Schlag ins Gesicht zu geben. Aber auch dieser Schlag wird pariert werden, die preußischen Wahlen enthalten bereits den weit mächtigeren Gegenschlag, und das kurhessische Volk wird das Uebrige thun. R.-B.

Digitized by Google

Die Wähler der Hauptstadt Cassel haben einstimmig eine Eingabe an die deutsche Bundesversammlung gerichtet, in der sie gegen die angeschlossene Verfassungsangelegenheit gestellten Anträge, von der Regierung erlassene fünfte Verordnung, die Wahlen zur 2. Kammer des Landstände betreffend, Verwahrung niederlegen. Gleichzeitig erklären sie sich aus der Stand, die im §. 4. dieser Verordnung vorgeschriebene Erklärung abzugeben. Wenn sie sich demnach nicht an der Wahl zur 2. Kammer der Landstände betheiligen, so wollen sie gegen alle daraus zu machenden Folgerungen, wie gegen diese Gewaltigung selbst und gegen die Geschlüsse einer etwa aus dieser und aus Minorität gewählten hervorgegangenen Kammer, sich und ihren Mitbürgern das Verfassungsrecht von 1831, verwahren.

Baden. In der zweiten Kammer legte der Präsident des Handelsministeriums, Weizel, ein Gesetz über die Vervollständigung der Schienenwege des Großherzogthums vor, folgenden Inhalts: 1) die Eisenbahn Heidelberg-Mosbach soll von Mosbach über Gerlachsheim bis an die Grenze auf Staatskosten fortgeführt werden. 2) Herstellung einer Zweigbahn von Rickarell an die württembergische Grenze zum Anschluß an die Seitens Württembergs vom Heilbronn als in Aussicht gestellte Bahn. 3) Erbauung der Bahn Stockach-Meßkirch mit einer auf die obere Rheinthalbahn einmündenden Abzweigung. 4) Die Strecke Donaueschingen-Engen soll sofort in Angriff genommen werden; die Fortsetzung kann Statt finden nach Festsetzung der Zugsrichtung zur Verbindung dieser Bahn mit der oberen Rheinthalbahn und ihrer Abzweigung gegen Meßkirch. 5) Ermächtigung zum Bau der Strecke Villingen bis zur Landesgrenze gegen Rottweil zur Verbindung der Bahn Donaueschingen-Villingen mit der Oberamtsbahn, wenn ein Uebereinkommen mit der württembergische Regierung wegen des Anschlusses getroffen wird. In diesem Fall kann auch mit den Bauarbeiten an der Strecke Villingen-Donaueschingen begonnen werden. 6) Erbauung einer Bahn zur Verbindung der oberen Rheinthalbahn und ihrer Abzweigung gegen Meßkirch, sowie der nach Donaueschingen führenden Bahn nach Offenburg.

Schleswig-Holstein. Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit gegen Thomsen-Olkenswerth und Hansen-Grumby eine Art von Untersuchung eingeleitet wurde, weil eine Protestation, welche sie gegen die Legalität des Rumpfreichsraths erlassen und der sich die Majorität des schleswig'schen Ständeversammlung angeschlossen hatte, in einigen deutschen Zeitungen veröffentlicht war. Es war von Anfang an unbegreiflich, welches Verbrechen darin gefunden werden sollte, daß ein seiner Natur nach öffentliches Aktenstück in einer deutschen Zeitung mitgetheilt wurde. Nach mehrmonatlichem Nachdenken ist man endlich auch in Kopenhagen zu dieser Einsicht gekommen. Nach einer offiziösen Mittheilung der Berlingschen Zeitung hat die Regierung sich überzeugt, daß kein Grund zu einer Anklage vorhanden war, und hat demzufolge die Untersuchung fallen lassen.

Dänemark.

In einem fast drei Spalten langen Artikel beklagt sich Dagbladet bitter über die spanische Regierung, welche nicht allein ihre alten Schuldverbindlichkeiten gegen Dänemark nicht erfülle, sondern auch der Ausführung der mit ihr in Betreff der Ablösung des Sundzolles abgeschlossenen Vertrag fortwährend neue Hindernisse entgegenstelle. Die Spanien gewährten Kredite, meint Dagbladet, werden künftig den Bankschlössern Chateaux en Espagne) gleich zu achten seyn.

Großbritannien.

Die Morning Post erklärt es für unbedingt nothwendig, daß die Verbündeten in Mexiko unverweilt handelnd auftreten. Man habe nämlich Grund zu glauben, daß der amerikanische Gesandte dem Präsidenten Juarez den bestimmten Vorschlag gemacht habe, ihm Verstärkung an Truppen und Geld zu verschaffen gegen die Abtretung des Gebietes von Sonora und Chihuahua an die Vereinigten Staaten. Die Verbündeten, bemerkt die Morning Post ferner, seien bereits in Veracruz, durch das Klima begünstigt worden und man dürfe der Doppelzüngigkeit der Mexikaner nicht noch mehr Menschen opfern. (— Auch eine Korrespondenz der Times aus Mexiko vom 28. März spricht von Unterhandlungen zwischen dem amerikanischen Gesandten und der mexikanischen Regierung wegen Abtretung eines Theiles der nördlichen mexikanischen Staaten gegen Zahlung von 20 Millionen Pf. St. und Stellung eines Hilfskorps von 8000 M. —).

Frankreich.

Ein gewisser Francis v. Miolis protestirt durch ein langes in der „Union" veröffentlichtes Schreiben gegen das von Victor Hugo in seinen „Misérables" von dem Bischof von Digne entworfene Bild. Er behauptet, daß der genannte Bischof sein Onkel sey und nicht Myriel, sondern Miolis heiße. Die von Victor Hugo über die angebliche Heirath und Galanterien Myriels gegebenen Details betrachtet er als erträumterisch und findet durch den Besuch des H. Myriel bei dem Herzoge Convents-mann das Episkopat entehrt.

Italien.

Die Turiner Gesellschaft für die Einheit Italiens hat unter Bertani's Vorsitz sich versammelt und eine Dank-Adresse an Lord Palmerston für dessen jüngst im Unterhause abgegebene Erklärung beschlossen. Am Schlusse wird der englische Premier ersucht, sein Möglichstes zu thun, damit Frankreich seine Truppen aus Rom abberufe. Es wurde einstimmig beschlossen, daß Mazzini mit Uebertreichung der Adresse an den englischen Staatsmann beauftragt werde.

Garibaldi spricht an Karl Blind in London seinen „Dank aus vollem Herzen" für die Aufklärung aus, die dieser ihm betreffs des angeblichen Generalkirchoriums der deutschen Bewegung gegeben. Der General setzt hinzu: er werde für ähnliche, die deutsche Demokratie angehende Mittheilungen stets lebhaft verpflichtet seyn. Die Aeußerungen der Sympathie für die italienische Sache, die in Blind's Brief enthalten gewesen, hätte ihn, Garibaldi, tief gerührt und ihm gezeigt, daß er mit der edelmüthigen und trostvollen deutschen Nation durch die Bande gleicher Gesinnung verknüpft sey. Er theile vollkommen Blind's Ideen über die „imperialistische französische Politik."

Griechenland.

Die „Patrie" vom 2. d. läßt sich mittheilen, in Athen habe man sehr lebhafte Besorgnisse über die Stimmung der Bauern von Rumili; man spreche man von Unruhen in Missolunghi; die Vorlesungen an der Universität seyen noch immer suspendirt, wegen des oppositionellen Geistes, von dem die Studenten beseelt seyen; die Russische Gesandtschaft von Nauplia hätten, bevor sie die Stadt verlassen, die in großen Vorräthen im Arsenal vorhanden gewesenen Munitionen und Waffen an die ihrer Sache ergebenen Bauern der Umgegend vertheilt.

Rußland und Polen.

Das „J. de St. Petersb." meldet die Ernennung des Ministers des auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten Gortschakoff, zum Reichs-Kanzler. Nach demselben Blatte ist der preußische Gesandte Graf von der Goltz von dem Kaiser empfangen und hat seine Creditive überreicht.

Amerika.

Die Nordamerikaner scheinen endlich Lahmer gekommen zu seyn, wechhalb sie zu Anfang den Südstaatlichen gegenüber den kürzern gezogen hatten. Nicht aus Mangel an Generalen, Kanonen, Soldaten und guten Stellungen, sondern lediglich, weil sie den Sonntag zu Schlachttagen auserwählten. Die New-York Times hat diese Entdeckung gemacht. Patterson (so schreibt dieses Blatt) hat mehreremal am Sonntag angegriffen, und ist zeichlagen worden. Wenn immer wir am Sonntag angriffen: bei Big Bethel, Bull's Run und Ball's Bluff, wurden wir regelmäßig geklopft. Seitdem begannen die Rebellen ihre Angriffe an Sonntagen, und da freilich mußten sie dafür büßen. So bei Mill Spring, Winchester, Pittsburg u. s. w. Die Nutzanwendung ist klar." Auf den Nutzung einer Schlacht hat es freilich keinen Einfluß, ob sie an einem Sonntag oder an einem Werktag vorfällt; inwiefern wenn christliche Völker das Kriegführen nicht unterlassen können, so wäre es allerdings unständig, wenigstens den Tag der Herrn zu achten. Das als roh verrufene Mittelalter kannte einen Gottesfrieden).

Volkswirthschaftliches.

Die Bevölkerungszahl Bayerns beträgt nach der schon Dezember v. J. stattgehabten Volkszählung, deren Resultate aber bis jetzt nur von einzelnen Städten veröffentlicht wurden, nach einer Correlp. der A. A. Z., in runden Zahlen 4.688.000 Köpfe, mithin seit dem Jahre 1858 einen Zuwachs von 73.000 Seelen.

Die dritte Versammlung des volkswirthschaftlichen Congresses für Süd-West-Deutschland hat vorgestern in Mannheim stattgefunden. Die dort gestellten Hauptanträge sind:

1) Die Versammlung erklärt, daß allgemeine Freizügigkeit für ganz Deutschland ein unabweisbares wirthschaftliches Bedürfniß ist, und spricht sich für die Nothwendigkeit aus, daß dieselbe

durch ein gemeinsames Gesetz oder einen Vertrag zwischen allen deutschen Staaten eingeführt und geregelt werde auf der Grundlage, daß die Heimathsberechtigung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen durch Naturalisation nach drei- oder fünfjährigem Aufenthalte erworben werden können. 2) In Erwägung, daß das bestehende System der stehenden Friedensheere eine Reihe nachweisbarer wirthschaftlicher und allgemeiner Nachtheile mit sich bringt, ferner daß die Möglichkeit einer auf die ganze oder theilweise Hebung dieser Nachtheile hinwirkenden Reform genügend constatirt ist, spricht die Versammlung ihre Ueberzeugung dahin aus, daß durch alle Faktoren der öffentlichen Meinung auf eine solche Reform der vaterländischen Wehrorganisation hingewirkt werden solle, welche die das Volks- und Staatswohl bedrohenden Uebelstände des bisherigen Heerwesens wenigstens zum größeren Theile hebt und der Wehrkraft des Vaterlands seinen Eintrag thut, sondern ihr eine beträchtliche Verstärkung zuführt.

Nichtpolitische Zeitung.

Endlich ist das lange vorbereitete Denkmal auf dem Grabe Schill's bei Stralsund errichtet, ein circa neun Fuß hoher Monolith aus schwedischem Granit mit dem schönen lebensgroßen Bronze-Medaillon Schill's.

In Kassel entleibte sich durch einen Schnitt in den Hals Dr. Nolde. Dem Vernehmen nach soll sich derselbe während seiner Funktion als Militärarzt bei einer Operation verletzt und dadurch einen Krankheitsstoff in sich aufgenommen haben, der ihm eine Rückenmarkslähmung und ein Mißbehagen zugezogen hat, das sich zu endlichem Lebensüberdruß gesteigert haben mag.

Während man an so vielen Orten Uhland's fünfundsiebenzigsten Geburtstag festlich begangen hat, liegt der geistr Dichter krank darnieder, ohne daß jedoch sein Zustand zu augenblicklichen Besorgnissen Anlaß gäbe. Nachwehen jener Rippenfellentzündung, die sein Leben vor einiger Zeit ernstlich bedrohte, scheinen sich gegenwärtig bei ihm zu regen. Es bringt die Tage bis auf kurze Zeit im Bette zu, und hat Niemanden, der ihn an seinem Ehrentage zu begrüßen gekommen war, angenommen.

Die große Glastafel der Fabrik St. Gobain, die man auf 150,000 Fr. schätzte, ist beim Auspacken im Londoner Ausstellungsgebäude in tausend Stücke zerbrochen. Ebenso ist der prachtvolle, in venetianischer Weise zugeschliffene Spiegel des Hauses Alexandre jun. beim Einladen in Boulogne s. m. verunglückt.

„Ost und West" will folgenden Bericht aus Eboli erhalten haben: Einem Dorfpfarrer in Ligurien starb, oder vielmehr erprirte sein vielgeliebter — Hund, und er begrub ihn mit all den Förmlichkeiten, mit welchen ein Mensch beerdigt wird, auf dem Friedhofe inmitten von Christen — in geweihter Erde. Dies erfuhr der Bischof und ließ gleich den Pfarrer zu sich kommen, um ihm eine tüchtige Lektion zu lesen und ihn nach den Regeln zu bestrafen. Schon hatte sich unser Herr Bischof zum Empfang des noch gläubigen Herrn Pfarrers eine gute Dosis von Schimpfworten und Verwürfen ausstudirt, schon hatte er den Mund voll, da trat der Dorfpfarrer mit den Worten ein: „Ah! Monsignor, wenn sie wüßten, welchen Geist dieser Hund besaß. Sie würden gewiß nicht das Begräbniß auf dem Gottesacker mißbilligt haben! Wenige Momente vor seinem Tode noch, ernahm sie was er that — „Nun, was that er?" fragte der Bischof. — „Er machte sein Testament und hinterließ Euer Eminenz diese Napoleonsd'or, die ich ihnen hier bringe." Der Bischof strich die blanken Napoleons mit Befriedigungen von Anerkennung ein, billigte das Begräbniß des geistreichen Hundes auf dem Gottesacker und verabschiedete den Pfarrer in Gnaden."

In St. Omer ist ein emeritirter Raucher gestorben, der außer einem ganzen Assortiment von Cigarrenetuis, Tabaksrosen, Tabaksbeuteln und sonstigen Rauch-Utensilien nicht weniger als 682 Pfeifen hinterläßt.

Ueber den Aufenthalt des Prinzen von Wales in Jerusalem sagt ein Brief: „Der Prinz war am 31. März gegen Mittag in Jerusalem eingetroffen. Ihn zu empfangen war ihm der Paschah der Stadt auf der nach Jaffa führenden Straße entgegen geritten, mit ihm ein Schwarm Eingeborner zu Pferde. Als sie zusammen vor den Mauern der Stadt angekommen waren, gestaltete sich das Gange zu einer überaus belebten Scene. Die irreguläre Reiterei sprengte in wildem Galopp nach vor und rückwärts, schwenkte ihre Lanzen und ergetzte dem Gaste auf diese Weise nach Landessitte die höchste Ehre des Bewillkommens. Zugleich wurden auf dem Berge Gisar und vom Davidsthurme Salutschüsse abgefeuert, demselben Thurme, der unter dem Namen Hippicusthurm bekannt ist, und der, wie Josephus erzählt, von Titus nur verschont worden war, „um der Nachwelt zu zeigen, wie mächtig und wohlbefestigt diese durch römische Tapferkeit bezwungene Stadt einst gewesen war." Der Paschah bot dem Prinzen sein eigenes Haus zum Aufenthalte an, doch zog es dieser vor, unter Zelten zu campiren, die dann auch nahe beim Damascusthore auf der Nordseite der Stadt aufgeschlagen wurden. Die beiden folgenden Tage wurden dem Besehauen der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten gewidmet. Es wurde vor allem die heilige Tempelstätte besucht, dann das Grab David, welches, mit Ausnahme des Herzogs von Brabant, seit Jahrhunderten kein Christ geschaut hatte, und am Nachmittag wurde ein Ausflug nach Bethlehem und dem Todten Meere unternommen, von wo die Reisegesellschaft am 5. April wieder nach Jerusalem zurückkehrte."

Neueres.

München, 4 Mai. Ein beklagenswerthes Unglück hat sich gestern Nachts 11 Uhr auf unserm Staatsbahnhofe zugetragen, indem einer der Bahndreamten, Hr. Bär, der mit einer Draisine zu der Stätte des des gestrigen Brandes fahren wollte, verunglückte und augenblicklich todt blieb. Der ihn begleitende Wechselwärter war so verletzt, daß er heute Morgens starb.

(S. Z.)

Frankreich. Die französische Regierung hat zum ersten Male sich schriftlich an die Pariser Journale gewandt, um sie anzuweisen, daß sie nicht von Schriften, die auf der Feder von Feinden des Landes herrühren, Notiz zu nehmen haben, da die Regierung es nicht dulde. Dieses Rundschreiben hat den Zweck, zu verhindern, daß die von den orleanistischen Prinzen veröffentlichten Schriften, selbst wenn sie nicht politischen Inhalts sind, von den Blättern besprochen werden. Es ist traurig, daß sich nicht eine einzige Redaktion findet, welche diesem unverantwortlichen Verfahren der Preß-Polizei gegenüber ihr gutes Recht behauptet. Die Sache wäre nicht einmal gefährlich, da die französische Regierung sich vor dem Publikum des Gesündigen schämen würde, nach all den konstitutionellen Heucheleien noch zu so heillosen Willkühr-Maßregeln greifen zu müssen.

Italien. Am 1. Mai traf Morgens 9 Uhr der Vierkönig von Aegypten in Messina ein, wurde mit den seinem Range gebührenden Ehrenbezeigungen von Forts und Flotte salutirt und auch von der Bürgergarde unter den Waffen begrüßt. Um 4 Uhr wollte der Vierkönig nach Genua weiter reisen.

Eine Pariser Correspondenz der „Independance belge" glaubt eine baldige Lösung der römischen Frage im italienischen Sinne in Aussicht stellen zu können. Der Papst soll bereits Anstalten treffen, Rom zu verlassen.

Griechenland. Der Kriegsminister ist mit den Chefs des Sanitäts- und Administrationswesens nach Nauplia abgegangen, um Ordnung zu machen. Einige dortige Behörden werden nach Argos oder Neukorinth verlegt. Die frühere Garnison beziehe ein Lager bei Tirynth. Die Athener Universität bleibt für den Sommer geschlossen. Die Briefpost aus dem Peloponnes wurde bei Megara beraubt. Mehrere Verhaftete wurden freigelassen. In Smyrna befinden sich 19 von der Amnestie ausgeschlossene politische Flüchtlinge und 194 Unteroffiziere und Soldaten aus Griechenland, die ihren Führern als Deserteure folgten.

Die Auswanderung nach Amerika, welche im vorigen Jahre bedeutend nachließ, ist gegenwärtig trotz der noch fortwährenden jenseitigen Kriegsverhältnisse wieder in Zunahme begriffen, wenngleich dieselbe die Höhe früherer Zeit bei Weitem nicht erreicht. Vom 8. bis zum 15. v. M. gingen im Ganzen 1127 Personen über Bremen, von denen sich 844 nach New-York eingeschifft haben. Seit dem 1. Januar wanderten 2181 Personen nach Amerika aus.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Santer.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibl in

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 125. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Baiern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 6. Mai 1862.

Deutscher Bund.

W Mannheim, 4. Mai. (Pr.-K.) [Aus der Versammlung des volkswirthschaftlichen Vereins für Südwestdeutschland.] Die Verhandlungen über den Handelsvertrag erlitten ein Frankfurter Berichterstatter mit einer Fergliederung derselben. Er tadelte die Geheimnißkrämerei, mit der Preußen dabei verfahren, allein die Regierungen in Süddeutschland, welche demselben abgeneigt sind, haben keine Ursache, sich darüber zu beklagen, indem sie bei Zeiten Nachricht von den Bedingungen desselben erhielten. Das Publikum wußte wenigstens so viel, daß Frankreich für seine Grenzen gegen den Zollverein denselben Tarif aufstellen wolle, wie gegen Belgien. Der vollsw. Verein hat deßhalb auch gleich in seiner ersten Verhandlung den Vertrag gründlich besprochen, und das hätten Handelskammern und Fabrikanten wohl auch thun können, ohne die genauen Bestimmungen des Vertrags zu kennen; man konnte wenigstens seine Wünsche aussprechen. „Die materiellen Vortheile des Handelsvertrags mit Frankreich sind, wenn auch nicht jede Intrigte Antheil daran hat, so groß, daß fast Niemand dieselben leugnen kann. Es sind vielmehr, wie aus den Berichten hervorgeht, mehr politische Bedenken, welche bei den Regierungen, es ist egoistisches Sondereinteresse, welches bei den Schutzzöllnern vorwaltet. Diese gestehen zwar zu, daß eine Aenderung der Zölle nothwendig sey, verlangen aber, daß dieselbe durch eine allgemeine Tarifreform bewirkt werde. Dieses Verlangen kann aber nicht sehr aufrichtig gemeint seyn, weil eine solche Reform die Fabrikanten in ihren Privilegien noch mehr beschränken würde.

Der Vortragende detaillirt die Vortheile des Vertrags in den einzelnen Artikeln und gelangt zu folgenden Resolutionen: 1) Die Versammlung erblickt in der durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags angebahnten Reform des Zollvereinstarifs einen wichtigen volkswirthschaftlichen Fortschritt und empfiehlt denselben, sowie die übrigen darauf bezüglichen Verträge den Regierungen und Volksvertretungen Süddeutschlands zur Genehmigung, jedoch unter folgenden Voraussetzungen: a) daß die Uebergangssteuer auf Wein nach den hierzu verbundenen Staaten vom 1. Jan. 1863 an gänzlich abgeschafft werde; b) daß in der mit Frankreich bezüglich der Stellung von Ausfuhrverboten getroffenen Vereinbarung (Art. 31 des Vertrags) die Ausfuhr von Pferden und Kriegsbedürfnissen jeder Art vorbehalten bleibe. 2) Der Verein erklärt sich für Annahme der im Interesse der süddeutschen Staaten vorbehaltenen gegenseitigen Herabsetzung des Eingangszolles für Bier auf 2 Frs. resp. 21 Sgr. 3) Der Verein empfiehlt den Zollvereinsregierungen in Betreff der weiter von Frankreich vorgeschlagenen Herabsetzung der undichten, gebleichten Baumwollgewebe auf 30 resp. 26⅔ Thlr. gegen eine Herabsetzung des französischen Zolles für Gold- und Silberblatt auf 25 resp. 20 fr. auch eine wesentliche Ermäßigung des franz. Eingangszolles für seidene Bänder ins Auge zu fassen. 4) Der Verein erblickt in der durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags bedingten verschärften Konkurrenz des Auslandes mit unserer Industrie eine neue dringende Mahnung an die deutschen Regierungen, die Industriellen und Gewerbetreibenden durch schleunige Hinwegräumung aller den freien Verkehr innerhalb des Zollvereins hemmenden Schranken als: Gewerbe- und Niederlassungsbeschränkungen, Fluß- und Binnenzölle, Staatsmonopole u. s. w. mit den sich in jeder Beziehung frei bewegenden Bürgern der großen westlichen Industriestaaten gleichzustellen. 5) Um Belästigungen vorzubeugen, empfiehlt der Verein den in Art. 15 bei der Ausübung des Rechts der Zollbehörde die Waare zum deklarirten Werth selbst zu behalten, angenommenen Zuschlag von 5 pCt. auf zehn vom Hundert zu erhöhen.

Bayern. München, 4. Mai. Der k. Rentbeamte G. Geißler zu Obergell ist auf das Rentamt Ottingen versetzt; der Rechnungskommissär der k. Regierung von Niederbayern, K. d. F., A. Heß, zum Rentbeamten von Oberzell befördert; zum Rechnungskommissär der k. Regierung von Niederbayern, K. d. F., der Rathsaccessist der genannten Regierungsfinanzkammer, L. Frhr. v. Lobkowitz, ernannt; der Revierförster zu Oberlenkenreuth, F. A. Pegnitz, A. v. Heyder, in Quiesdenz versetzt und auf das Revier Oberlenkenreuth der bisherige Aktuar des Forstamts Wunsiedel, L. Schwabe, befördert; der Revierförster F. v. Reisch in Gilötzweng, F. A. Dillingen, seinem Ansuchen entsprechend, aus dem Staatsforstdienst entlassen; für das Revier Zisling F.-A. Waldmünchen, der Forstamtsaktuar A. Frhr. v. Reitzenstein zu Regensburg zum Revierförster ernannt; der Revierförster J. Chandon zu Langenberg ästlich, seinem Ansuchen entsprechend, in den Ruhestand, an dessen Stelle der Revierförster B. Böhe zu Bienwaldsmühle versetzt und zum Revierförster nach Bienwaldsmühle der Forstamtsaktuar O Gyßling zu Neustadt a/H. ernannt worden. Im Justiz- und Administrationspersonal der Armee haben mehrere Beförderungen stattgefunden.

Preußen. Der neueste Schritt des Kurfürsten von Hessen wird sehr übel vermerkt. Die unerhörte Maßregel, das aktive und passive Wahlrecht von der protokollarischen Anerkennung der Verfassung von 1860 abhängig zu machen, involvirt überdies eine Verletzung dieser Verfassung selber, da diese von einer derartigen Definition der Wahlberechtigung nichts weiß. — Sicherem Vernehmen nach wird preußischerseits der kurhessischen Regierung sofort eine sehr nachdrückliche Vorstellung wegen des auf die Wahlen bezüglichen Erlasses gemacht werden. Indessen wird man, wie es heißt, von Abberufung des hiesigen Gesandten vom Kasseler Hofe Abstand nehmen, da man sich dadurch des Mittels diplomatischer Einwirkung derauben würde. — Die in Frankfurt a/M. erschienene Broschüre „Die deutsche Frage" pc. Schweitzer ist in den Berliner Buchhandlungen konfiszirt worden.

Kurhessen. Hanau, 4. Mai. (Pr.-Korr.) Der Thätigkeit der Polizei soll es, wie man vernimmt, gelungen seyn, den Dieben, welche in der Nacht vom 27. auf den 28. April in dem Rentnereigebäude die in Folge der Steuerverweigerung beschlagnahmten Pfandobjekte gestohlen haben, auf die Spur zu kommen. Es soll nämlich eine ganze Gesellschaft von Diebsgesindel seyn, welche sich derzeit in der hiesigen Gegend herumtreibt, an deren Spitze der bekannte Gauner Heinrich Klein von Bruchköbel, ein der öffentlichen Sicherheit äußerst gefährliches Subjekt, steht, welcher erst kürzlich auf dem Amtsgefängniß zu Langen durchgebrochen ist. Klein war dieser Tage nahe daran, verhaftet zu werden; es gelang ihm aber, der weiteren Verfolgung eines Gendarmen durch die Flucht in den nahen Wald zu entgehen.

Schleswig-Holstein. Bei dem eingetretenen günstigen Wetter haben die Erdarbeiten zur Vollendung der Fortifikationen in der Dannewirkestellung wieder ihren Anfang genommen. Ein norwegischer Offizier ist neulich hier gewesen, um diese berühmte Stellung in Augenschein zu nehmen und mehrere schwedische, wie andere ausländische Offiziere werden erwartet.

Großbritannien.

Die Meuterei-Akte (Mutiny Act) — wodurch das Parlament das Halten einer stehenden Land- und Seemacht auf ein Jahr gestattet, indem es den dazu erforderlichen Ausnahms- und Disziplinar-Gesetzen seine Sanktion ertheilt — geht in der Regel ohne Erörterung und jährlich in derselben Form durch. Die Akte dieses Jahres hat folgende Zusatz-Bestimmungen erhalten: Jeder Offizier, dessen Charakter oder Betragen als Offizier und Gentleman öffentlich angegriffen worden ist, hat, binnen einer angemessenen Frist, den Vorsatz zur Kenntniß seines Kommandirenden oder einer anderen

Digitized by Google

zuständigen Militärbehörde zu bringen, damit derselbe untersucht werde, widrigenfalls er vor ein Kriegsgericht gestellt und bestraft werden soll. Wenn ein Kriegsgericht die Ansicht aussprecht, daß ein Verbrecher schimpflich entlassen werden soll, so kann es nach Gutbefinden auch empfehlen, daß der Entlassene auf der rechten Brust mit den Buchstaben B. C. (Bad character) gebrandmarkt werde, und kann solche Empfehlung durch die Militärbehörden gesetzmäßig ausgeführt werden.

Frankreich.

* (Korr.) Das Bestreben der Regierung auf 100,000 Rekruten ist durchaus kein Kriegsphantom, sondern nur eine Geldmacherei, indem sie das Monopol für die Einstandsmänner (2500 Frcs. per Kopf) besitzt, und deßhalb erst ein beträchtliches Zehntel sich loskaufen läßt, ohne dafür Andere einzurechten. Hilf, was helfen mag. — Die Wohlbeschwerde des savoyischen Advokaten Porrat, dessen Kandidatur der Präfekt Dieu strich, weil B. zwischen den vorgeschriebenen Sätzen: „Ich erkläre meine Kandidatur für das Departement R. R.“ und dann: „Ich gelobe Beobachtung der Konstitution und Treue dem Kaiser“ das Wort „Folglich“ (en consequence) eingeschaltet hatte, ist, wie vorauszusehen, vom servilen Körper abgewiesen worden. Das zweite Kaiserthum ist so empfindlich geworden, daß es in jedem nicht von ihm ausgehenden Worte eine gefährliche Idee oder Tendenz wittert. Belgische Blätter erzählen, daß beim letzten Hofball der päpstliche Nuntius Chigi, der galanteste Gesandte Roms seit langer Zeit der Prinzessin Clotilde besondere Aufmerksamkeit bewiesen habe, und finden es natürlich, daß man die Bärbeißigkeit gewisser Männer von einer durch ihre Frömmigkeit mehr zugänglichen Seite zu fassen suche. — Um die angebliche Heirath der schönen Anna Murat mit dem Kronprinzen von Dänien knüpft bereits konspiratistische Phantasie die Wiedervereinigung Belgiens mit Holland, als ob es auch im Fall des baldigen Hinteltis Leopolds keine belgischen Patrioten und keine altniederländer Ehrenmänner mehr gebe, welche einen solchen matrimonialen Schacher mit Entrüstung und Energie zurückweisen würden. — Wieder ein Pröbchen von der Verkommenheit unserer Hof-Presse. „Patrie“ frohlockte dieser Tage über einen angeblichen Sieg des Generals Mitchell, ohne zu wissen, daß dieser General Bundestruppen und keine Sonderbündler kommandirt. Die Korrespondenten in auswärtige Blätter sollen jetzt gezwungen werden, sich für dieses Geschäft eigens von der Regierung konzessioniren zu lassen, wodurch man unliebsamen Nachrichten vorzubauen wähnt. Frankreich hat keine chinesischen Mauern, die Luft aber Augen und Ohren! Neben diesen haßlen Menschen erblicken wir sie heute noch einen ganzen. Aber wo? Im Bagne! Der wegen Mords zum Tod verurtheilte und dann zu lebenslänglicher Kette begnadigte Galeerensträfling Huet wird von zwei seiner Mitsträflinge wegen einer unbedeutenden Anordnung denunzirt. Kaltblütig ergreift er ein Beil, und erschlägt einen nach dem andern mit je einem Hieb durch den Schädel. Vor dem Galeerengericht spricht er wegwerfend: „Ich habe eben von den vielen Canaillen in Frankreich zwei fortgeschafft. Nun jetzt kein langes Federlesen und keinen juridischen Schnickschnack mit Aussagen. Ich gebe keine Antwort mehr, bin aber jede Minute bereit, abzufahren.“ Der Vorfall ist nach Paris berichtet, und es ist möglich, daß man den Mann statt unter die Guillotine in eine Zuaven-Jacke steckt.

Italien.

Man versichert, daß die Turiner Regierung einen Vertrag abgeschlossen habe in Betreff einer Konzession zum Bau von Eisenbahnen im südlichen Italien. Die mit der Konzession betraute Gesellschaft würde aus fremden und italienischen Banquiers bestehen und durch Rothschild repräsentirt sein. Das Kapital des Geschäfts beläuft sich auf 300 Millionen.

Türkei.

Das türkische Ultimatum an Montenegro enthält die Stelle: Die kaiserliche Regierung erwultet seit mehr als fünf Monaten tägliche Beunruhigungen, sowie die offenen und geheimen Aufwiegelungen der Montenegriner; sie erträgt beträchtliche Nachtheile und übersieht manche allbekannte Gewaltthätigkeiten gegen Soldaten und andere Individuen, die sie allein betreffen. Doch erinnert sich die ganze Welt, wie die hohe Pforte trotz dieser Lage Versuche zur Versöhnung gemacht hat, indem sie das Gebiet von Montenegro erweitern und seine Grenzen im Einvernehmen mit den betreuenden Mächten bestimmen wollte. Bei dieser Sachlage schlagen uns jetzt die Montenegriner ins Gesicht, indem sie auf ganz grundlose Motive ihre Angriffe basiren, welche sie bis zu diesem Tage bereitwillig machten und nach Bedürfniß läugneten, indem sie ihnen so einen offiziellen Charakter gaben. Sie erlauben sich, auf der einen Seite die Dörfer anzugreifen und den Bewohnern von Bajoljevic öffentlich und in Masse Hülfe zu bringen, und fahren andererseits fort, in den Angelegenheiten der Herzegowina auf offenbare Weise zu intervenirten. Unter diesen Umständen kann die kaiserliche Regierung nicht mehr schweigen und hinfort mit gleichgültigem Auge das Blut so vieler Muselmänner und Christen vergießen sehen; sie kann den Raub ihrer Güter, das Niederbrennen ihrer Besitzungen nicht mehr sehen und ihre Soldaten, die Waffen im Arme, diesen Uebelthaten nicht mehr zuschauen lassen.

Unter dem Personal der Provinzgouverneure stehen zahlreiche Aenderungen bevor. Die Gouverneure von Silistria und Erzerum sollen abberufen, Mehemed Kibridli Pascha soll zum Gouverneur von Bosnien ernannt werden. — Die wegen der Kuleki-Verschwörung Amnestirten sind in ihre früheren Aemter eingesetzt.

Omer Pascha wird eine Inspektionsreise nach der albanesischen Seite vornehmen. In Mostar kam mit dem Muschir Dervisch Pascha der berüchtigte Insurgentenchef Pop Wule hier an, um Omer Pascha seine Unterwerfung zu melden.

= Wie aus Belgrad berichtet wird, ist dort ein neues Ministerium zusammengesetzt, in welchem Ilia Garaschanin das Präsidium mit dem Portefeuille des Aeußern vereint. Garaschanin ist montenegrinischer Abstammung und entschiedener Anhänger Frankreichs. Daß er Oesterreich nicht hold ist, hat er seiner Zeit durch die Nichtannahme eines ihm vom Kaiser verliehenen Ordens bewiesen. Aber auch Rußland ist er entschieden abgeneigt, seitdem dieses ihn 1854 vom Predsatzeiale gestürzt hat. Seine ganze Politik ist entschiedener Lärtenhaß und entschiedene Franzosenfreundschaft. Christos, der Minister des Innern, ist ein in der österreichischen Grenze geborner Serbe, der nach dem Fürstenthum ausgewandert ist. Er gilt für einen umsichtigen und streng rechtlichen Mann; ist aber als Eingewanderter, als sog. „Schwabe“ nicht besonders beliebt. Er begann seine Carriere als Aubritoriatsschreiber und fungirte später als Präsident des Belgrader Stadtgerichts sowie er später auch die Polizeipräfektur von Belgrad verwaltet hat. Der Finanzminister Jukes gilt für eine der bedeutendsten Capacitäten des Fürstenthums. Er kam schon als achtjähriger Knabe nach Deutschland, wo er in Wien und Heidelberg seine Studien absolvirte. Er hat als Professor in Belgrad, später als Sekretär unter dem Sektionschef in entschiedenen Ministerien, zuletzt als Mitglied der in Belgrad tagenden Donaufürstenten-Kommission amtirte, auch mehrere national-ökonomische Werke geschrieben. Der Kriegsminister Mondin, ein französischer Genielapitain, ward schon während der Jahre 1853—55, wo er dem französischen Generalkonsulat in Belgrad attachirt war, von der serbischen Regierung für fortifikatorische Arbeiten besoldet; mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers begab er sich 1861 aufs neue nach Serbien, um dort bei der Begründung der Landwehr behilflich zu seyn. Der Justizminister Leschjanin ist ein geborner Serbe, der in Heidelberg und Paris studirt hat und später in Belgrad eine Professur hatte.

Rußland und Polen.

— Der „Czas“ will von einem in Petersburg und in Moskau immer steigenden Zerwürfnisse zwischen der russisch-slavischen und russisch-deutschen Partei wissen. — Dieser selbst in die Regierungskreise dringende Zwiespalt habe sich unter Anderem durch eine Affaire zwischen dem Petersburger Gouverneur Suwaroff und dem Generaladjutanten Adlerberg geäußert. — Es gehe sogar durch Petersburg das Gerücht, als habe der Kaiser Alexander von dem Generalkommissär Suwaroff einen Bericht verlangt, ob man denn wirklich in St. Petersburg einen Aufruhr befürchte. Suwaroff soll darauf geantwortet haben, es wäre dies schon möglich, doch solle man in einem solchen Falle die Adlerbergs und mehrere andere hohe Posten einnehmende Deutsche opfern, und die Ruhe werde hergestellt sein. Doch würde man auch dann noch vielleicht sagen: das ist nicht genug, wir wollen eine vollkommene Aenderung des Systems.

Amerika.

Es wird gemeldet, daß die Häupter der konservativen Mexikaner, d. h. bonaparistischer Südklingspartei, übereingekommen sind, 1) den General Almonte als Haupt der Republik und der diesen Plan beitretenden Truppen anzuerkennen, 2) besagten Almonte zu ermächtigen, im Einvernehmen mit den Befehlshabern der alliirten Truppen eine Nationalversammlung einzuberufen, um die beklagenswerthen Zustände des Landes in Betracht zu ziehen, über die Regierungsform eine Entscheidung zu treffen, der Anarchie ein Ziel zu setzen, und den Mexikanern Frieden und Ordnung zu verschaffen. Hieraus steht man deutlich genug, was die sog. konservative Partei in Mexiko will.

Digitized by Google

Asien.

Die „Delhi Gazette" bringt Nachrichten aus Kabul bis 24. März. Die persischen Truppen waren, nachdem sie die Afghanen wiederholt geschlagen und verschiedene feste Plätze genommen, im Vorrücken auf Herat begriffen, wo, wie in Kandahar und Kabul, die größte Aufregung herrschte. Dost Mohamed sammelte scheinbar Streitkräfte und schickte Verstärkungen nach Kandahar. An der nordöstlichen Grenze ist die Ruhe hergestellt. Die ostindische Regierung beabsichtigt für die Zeitungen, welche in den Landessprachen erschienen, die Censur einzuführen.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse

(vom 28. April bis 3. Mai).

Samstag. Das Frühjahr bringt uns dieses Jahr Sommerhitze in der Natur und gleiche Hitze finden wir an den Börsen. Es lässt sich zwar nicht läugnen, dass das consequente Fortschreiten auf der betretenen constitutionellen Bahn in Oesterreich, die Aussicht auf eine Konsolidirung der innern politischen Verhältnisse, sowie auf eine endliche Regulirung der Bank- und Valuta-Frage das Zutrauen zu den österr. Fonds bedeutend haben. Nur ist das Steigen so plötzlich und in so hohem Grade ausgebrochen, dass wir darin viel weniger Mitwirkung des Kapitals, als vielmehr Ausschweifungen der Spekulation erblicken müssen. Der Rückschlag ist seit gestern eingetreten. Man bringt ihn mit bevorstehenden neuen Schachzügen der imperialistischen Politik in der italienischen und römischen Frage in Verbindung.

Das Hauptergebniss dieser Woche ist die Emission der neuen 5proz. russischen Anleihe im Betrag von 15 Mill. Thlr., woven 10 zur öffentlichen Zeichnung und Subskription in London, Paris, Amsterdam, Frankfurt und Berlin ausgelegt worden sind. Die Operation kann als eine vollständig gelungene gelten, indem an allen Plätzen sich namentlich von Seiten guter und solider Kapitalisten eine rege Nachfrage zeigte.

Die Spekulation, welche beinahe ausnahmsweise à la Hausse engagirt ist, hatte für den Ultimo hohe Reports in Aussicht gestellt und wurden auch solche an der Börse vor dem Ultimo bewilligt. Am Ultimo selbst waren die Reports williger und variirten zwischen 4 und 4½ pCt.

Das Steigen der österreich Effekten seit dem Schluss der Vorwoche bis zu ihrem höchsten Ausschwung am vorgestrigen Tage betrug auf National 3 pCt., auf neue englische Metalliques 1½, pCt., Venetianer 1 pCt., auf 5 und 4½-proz. Metalliques beiläufig 4 pCt. Von österr. Loosen waren die von 1839 und 54 um 3½pCt., Kredit-Loose um 3 fl. und neue von 1860 um 6 pCt. gestiegen. Das Hauptgeschäft war in National und neuen englischen, welche letztere vorzugsweise von Kapitalisten gekauft werden. Die holländische Börse gibt National her.

In süddeutschen Staatspapieren war schwaches Geschäft und Kurse aber weichend. Dieselben sind jetzt so auf das Aeusserste gespannt, dass selbst die vorsichtigsten Kapitalisten anfangen, sich anderweit umzusehen, wo ohne Gefahr doch eine wenig bessere Rente zu erzielen.

In E.-B.-Aktien gab es diese Woche starke Fluktuationen. Unlimitirte Kaufordres hoben Neustadt-Weissenburger mit einem Schlag um 7 pCt. bei Mangel an Abgebern. Der geschrambte Kurs konnte sich nicht behaupten und die Aktie schliesst nur 2 pCt. über der Vorwoche, während baherr Hanauer ihre Hausse konservirt. Hessische Ludwigsbahn, deren günstige Aspekten in der am 28. abgehaltenen Generalversammlung veriftirt wurden, um 1 pCt. besser. Oestreich. Westbahn im Lauf der Woche um 10 fl. gestiegen, schliessen matt, doch lauten die Wiener Berichte dem Effekt günstig. — Von Prioritäten österr. und böhmische Westbahn wieder gestiegen, wogegen die von der Konversirung bedrohten Bexbacher weichend

Oesterr. Kreditaktien erreichten diese Woche den seit Jahren nicht gekannten Stand von 207 und zwar mit wilden Sprüngen, wie sie nur dem Pariser Mobilier eigenthümlich; vereinzelte grosse Baissespekulationen in Wien und Brüssel mussten zur Deckung gezwungen worden. In den kleindeutschen Kreditaktien wenig Bewegung. Auffallend ist es, dass Darmstädter, die sonst in jedem Hausseprektakel mitspielten, diesmal beschieden zurückblieben.

Von Zettelbank-Aktien Frankfurter sehr fest. — Von andern Bank-aktien sind österreichische zu erwähnen, die an dem allgemeinen Haussetreiben in österr. Effekten ihren guten Antheil nahmen und am Donnerstag nahezu den 800er erreichten (fast 50 fl. mehr als am Schlusse der Vorwoche.) Ebenso lebhaft war ihr Rückgang und sie schliessen heute unter 770.

Von Wechseln sind Paris, London und Amsterdam anerhöht gestiegen, wohl in Folge der russischen Anleihe, wobei einer Platz sich wesentlich betheiligt. Auch preussische Devisen besser. Der hohe Stand des Wechselkurses dürfte baares Geld wegführen und wenn die Spekulation in Fonds andauert, der Geldstand noch vor den Erntebedürfnissen ein schwieriger werden.

(Akt.)

In Augsburg findet eine Ausstellung landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen statt, welche insbesondere mit Säemaschinen, Pflügen, Dreschmaschinen, Heurechen, Häckel- und Rübenschneidemaschinen neuerer Konstruktion beschickt ist. Unter den durch letzteres zur Ausstellung gekommenen Gegenständen befindet sich ein Modell einer „Centrifugalsäemaschine", welches besondere Aufmerksamkeit verdienen dürfte. Ein einziger Mann reicht hin, diese Maschine zu handhaben, mit welcher er in weniger als zwei Stunden zwölf Tagwerke soll besäen können. Sie scheint empfehlenswerth, theils wegen des billigen Preises von 22 Gulden, theils wegen des bedeutenden durch sie erzielten Ersparnisses an Arbeitskräften und Zeit.

(A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. Mai. Bei der am 12. d. Mts. beginnenden, am 24. d. Mts. endenden Schwurgerichtssitzung von Oberbayern werden in 12 Tagen 9 Verhandlungen gegen 14 Personen gepflogen werden, unter welchen 18 männlichen, 1 weiblichen Geschlechtes. Gegen 2 Personen ist Anklage wegen Giftmordes, gegen eine wegen nächsten Versuches zum doppelt qualifizirten Morde, gegen 8 wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, gegen 2 wegen Brandstiftung, gegen eine wegen Raubes gerichtet.

* Augsburg, 3. Mai. Die seiner Zeit durchgeführte Untersuchung über das Wirken der barmherzigen Schwestern im hiesigen paritätischen Krankenhause hatte bekanntlich dazu geführt, daß der Magistrat den Vertrag mit dem Orden der barmherzigen Schwestern einer Revision unterzog, das Kollegium der Gemeinde-Bevollmächtigten aber in seiner Sitzung vom 8. April d. J. dem revidirten Vertrage vom 8. Februar seine Zustimmung versagte, überdies aber beschloß: „Es sey auf die acceptirte Betheiligung an der Henle'schen Schenkung nachträglich zu verzichten, die Verwaltung des Kapitales abzugeben und den barmherzigen Schwestern und den Diakonissen der Dienst im hiesigen Krankenhause zu fünden, die Trennung der Kranken nach Konfessionen zu beseitigen und die Wart und Pflege der Kranken nach entsprechender Dienstes-Organisation geeigneten weltlichen Wart-Personale zu übertragen." Diesen Beschlüssen ist nun auch der Stadtmagistrat mit kleinem Stimmenmehr beigetreten.

* Ein großartiges Aprilschicken ereignete sich in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai d. J. in Engersdorf bei Bilamberg. Daselbst lebt nämlich ein sehr fleißiger Bauer, der durch langjährige Sparsamkeit und Thätigkeit sich ein hübsches Vermögen erworben haben soll und dessen Reichthum von dem Rufe noch jedenfalls übertrieben, ja von einigen abergläubischen Menschen damit erklärt wurde, daß er dem Faust der deutschen Sage gleich ein Bündniß mit dunklen Mächten angeknüpft habe. Dieser Realitätenbesitzer erhielt am 30. April ein anonymes Schreiben, worin er aufgefordert wurde, in der Nacht auf den 1. Mai zwischen 11 und 12 Uhr barfüßig zu einem außerhalb Engersdorf stehenden Kreuze zu kommen und daselbst eine Baarschaft von 10,000 fl. niederzulegen, widrigenfalls sowohl er als auch sein Weib binnen Jahresfrist nicht mehr leben würden. Der Bauer brachte diesen Brief zu dem k. k. Bezirksgerichte Korneuburg und letzteres trat in Folge dessen Vorkehrungen, um den etwaigen Absenden des Briefes zu ertappen. Gleichzeitig verbreitete sich aber auch das Gerücht von dem seltsamen Briefe in der ganzen Umgebung und von Langenerdorf und den Mühlen, sowie von einigen anderen Ortschaften kamen um die oben bezeichnete Nachtstunde mehr als 200 neugierige Menschen zu dem Kreuze, um zu sehen, ob der Bauer daselbst seine 10,000 fl. niederlegen, oder was sich sonst ereignen würde. Anstatt des Bauers erschienen aber mehrere Gerichtsbeamte und einige Gendarmen, welche die durch die Neugierde herbeigeeilten Personen eines Bessern belehrten und sie mit der Aeußerung nach Hause schickten, daß wahrscheinlich irgend ein Unbekannter sich einen freilich nicht sehr löblichen Scherz erlaubt habe.

Bei der Eröffnung der Londoner Ausstellung fehlten auch die japanischen Gesandten nicht, ernste, bis zur Affektation theilnahmlose Gestalten, die, um ihrer Würde nichts zu vergeben, weder links noch rechts schauten und sich so benahmen, als gehörten Schaustücke dieser Art zu dem Alltäglichen in ihrem Vaterlande. Es sind, nach europäischen Begriffen, grundhäßliche Leute, und die zwei großen maßiven Schwerter im Gürtel stimmten schlecht zu ihren sonst harmlosen Physiognomieen und der friedeathmenden Umgebung. Nach ihnen kamen die Gesandten Hayti's, welche schon mehr acclimatisirt sind.

Neueres.

Fürst Wallerstein bemerkt in seiner Schrift über den französischen Handelsvertrag: Ich kenne aus Erfahrung die preußische sowohl, als die französische Diplomatie; ich weiß, was beide vereint und sich gegenseitig ergänzend vermögen. Ich kenne auch die Achillesfersen sämmtlicher deutscher Regierungen und vergegenwärtige mir insbesondere die peinliche Lage der bayerischen, vermöge des beinahe allmächtigen Einflusses der Tuilerien auf das Schicksal der bayerisch-griechischen Dynastie. Die Vertreter Preußens und Frankreichs werden den Zollvereinsregierungen zulispeln und nach Umständen zuvonnern: „Ihr seyd von euren Landtagen zu Abschlüssen ermächtigt. Schließt ab, ratificirt, so weit ihr könnt, das Weitere überlaßt uns." Die bloße Einvernahme der Handels- und Gewerbekammern genügt nicht. Abgesehen davon, daß ihnen die konstitutionell-autoritative

Digitized by Google

Stellung abgeht, überwiegt in den kombinirten Gremien dieser Art meist das kommerzielle Element, dessen Interesse, wo es sich um Freiheit frägt, bekanntlich mit dem industriellen nichts weniger als identisch ist. Der einzig indirekte, ja publicistisch gebotene Weg bleibt die Einberufung der Einzellandtage, als jener Repräsentativkörper, welchen bei Abänderung der Zollhöfe Verfassungsmäßig eine entscheidende Stimme zukommt, deren eventuelle Ermächtigungen an die Regierungen einen Fall von solch unermeßlicher Tragweite nicht vor Augen hatten, sonach auch für einen solchen nicht ertheilt sind, — deren öffentlichen Diskussionen endlich nicht allein vorbehalten ist, durch die freie Geltendmachung des Für und Wider der öffentlichen Meinung eine bestimmte Richtung zu geben und der Nation das wirksame Mitsprechen zu ermöglichen. Doch Beruf der Nation ist es, angesichts der fatalen Ermächtigungen den Regierungen das Ergreifen dieser konstitutionellen Wege zu erleichtern und durch lautes Rufen nach demselben einen, den national gesinnten Kabineten gewiß höchst erwünschten Druck zu üben.

** München, 4. Mai. (Pr.-K.) Der Brand des Torf-Schuppens am Staatsbahnhof hält noch an; ob er durch den Funken einer Locomotive entstanden oder anderswie, ist zur Zeit noch nicht ermittelt. Die Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Anstalt der bayer. Hypotheken- und Wechselbank soll mit 11,000 fl. betheiligt seyn. — Die Erdarbeiten der Ansbach-Würzburger Bahn werden in kommendem Monat an verschiedenen Stellen in Angriff genommen werden; man will dieselben so viel als möglich beschleunigen. — Die Münchner Festgabe zum deutschen Schützenfeste in Frankfurt wird dort sicher eine würdige Stelle einnehmen. Unsere Schützen haben nämlich beschlossen, eine prachtvoll ausgestattete Fahne zu senden, auf welcher sich ein sehr werthvolles Oelgemälde eines hiesigen Künstlers befindet, das ein Scheibenschießen im bayerischen Oberlande darstellt. Außerdem würde, aus freiwilligen Gaben unserer Schützen, ein aus zahlreichen deutschen Vereinsfahnen bestehender Kranz an der Fahne angebracht werden.

München. Der Stadtkommandant von Lindau Oberstlieutenant W. Zöller wurde mit dem Charakter als Oberst in den Ruhestand versetzt, der Platzkommandant von Ludwigshafen Oberstlieutenant Ph. Busch zum Stadt-Kommandanten in Speyer, die Platzhabsoffiziere, Oberstl. J. Burgartz vom Festungskommando in Ulm zum Stadtkommandanten in Lindau und Major C. Saint-Julien von der Stadtkommandantschaft Nürnberg zum Platzkommandanten in Ludwigshafen, dann der Platz-Stabsoffizier Major C. Frhr. v. Gruber von der Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Germersheim zum Festungs-Kommando in Ulm versetzt.

Befördert wurde, zum Kriegskommissär: der Regimentsquartiermeister 1. Kl. P. Bauer vom Festungskommando in Ulm bei der Militär-Rechnungs-Kammer.

(Forts. folgt.)

In Bamberg begannen unter der Leitung des Regierungsrathes Dr. Bucher die Berathungen des Handels- und Gewerbevereines des fränkischen Handelsvertrag. Die Eisenbahn von Hof nach Eger ist bis Oberlohm vollendet und wurde am 3. Mai Nachmittags unter entsprechenden Feierlichkeiten zum ersten Male befahren.

Baden. Die Industriellen von Heidelberg und der Umgegend sprachen sich gestern mit allen gegen Eine Stimme für den Handelsvertrag aus. — Ein Karlsruher Bahnhofarbeiter, sehr verdächtig der Verübung des letzten auf dem Bahnhofe stattgefundenen großen Gelddiebstahls (15,000 fl.) ist zur Haft gebracht. (Auf den Handelsvertrag mit Frankreich ist man in Schwaben nicht gut zu sprechen, die dortigen Industriellen geben der zuverschtlichen Hoffnung Raum, daß ihre hohe Regierung einem Vertrage ihre Genehmigung versagen werde, welcher so recht geeignet ist, das Gedeihen der vaterländischen Industrie in mehr als einer Hinsicht in Frage zu stellen.)

** Frankfurt, 4. Mai. (Preb.-Korr.) Der Verein deutscher Industrieller, oder vielmehr dessen Vorsitzender, Advokat v. Kertorff aus Augsburg, gibt sich gegenwärtig alle Mühe, den Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein zu hintertreiben, (?) allein das Wirken der volkswirthschaftlichen Vereine, besonders aber der Vorgang der Regierung von Baden, Coburg, Sachsen u. A. haben so gewirkt, daß für die schutzzöllnerischen Interessen wenig Anklang gefunden wird und selbst die Regierungen von Bayern und Würtemberg zu schwanken beginnen, die doch dem Vertrage nicht sonderlich hold sein sollten. Viel wichtiger aber als diese Aussicht ist die mir in einflußreichen Kreisen heute ausdrücklich bestätigte Nachricht, daß der Kurfürst von Hessen sich dem Vorgang von Baden u. A. angereiht hat und sich für die Annahme des Vertrags aussprach. Ich weiß nicht genau, ob es eine Denkschrift der badischen Regierung oder ein Schreiben des Großherzogs war (von Beiden spricht man), was zunächst in Kassel, diesen Entschluß hervorgerufen hat. und man bedauert nur, daß der freisinnige Großherzog von Baden es nicht auch vermocht hat, in der Verfassungsfrage einen Umschwung zu erzeugen, denn das neueste Wahlausschreiben beweist, daß man wenigstens in dieser Frage noch immer am alten Standpunkt festhält und in die neuen Bahnen nicht einlenken mag.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85 G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. K.	76⅛ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63⅜—⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63¼—⅜ G.	
„	4½ pCt. „ „ „	—	
„	4 pCt. „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅞ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101¾ P. ½ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103½ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. 3jähr. dto.	100⅞ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¾ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ G.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅞ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	92⅝ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	45⅜ G.	
„	2 pCt. „ „ „	43⅛ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100⅛ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	121¼ G.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	772—76 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198 G.	ex.D
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	221 P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 G.	
Mitteldeutsche Kreditbanken	90½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 P.	ex.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	76¼ P.	
„ Eisenbahn-Aktien à fl. 250	242½ G.	
„ Eisenbahn-Bahnbau à pCt.	127 P.	
„ Eisenbahn-Prior. à pCt. 6/7	80¼ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 104 pCt. Z	32⅜ „.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136½ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103¾ P. ¼ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅝ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	25½ P.	
Span. Handels- u. Industrie	50⅜ P. 505G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	330 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅜ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105½—¾ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ G.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 50 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ldk k.S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 „	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sst. W. l. S.	99⅜—1⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115⅞ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅞ P.
„ fl. 250v. 1854 mit 4pCt.	73¼ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75¼—75⅝ G.	„ fl. 25 do.	37 P.
„ fl. 100 Kub. L. v. 1858	119¼ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. 1855	124 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36¼ G.
Badische fl. 50	99½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ G.
Badische fl. 35	85½ P. ¼ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12 G.

Frankfurt, 5. Mai. Die Börse eröffnete gegen das gestrige Privatgeschäft etwas matter; im weitern Verlauf aber trat mehr Festigkeit ein. Wiener Kurse waren mit 220. 80 für Kreditaktien und 130. 50 für Valuta bekannt. (Sdd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Die Unterzeichnung muß die vierfache Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt, im Anzeiger mit 6 kr., im Intelligenzblatt mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 7. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. (Militärdienstnachrichten.) Befördert wurden zu Regimentsquartiermeistern 1. Klasse: die Regimentsquartiermeister 2. Klasse M. Stritzl bei der Militär-Fonds-Kommission, Fr. Meier und A. Lechner bei der Militär-Rechnungskammer, P. Interwies beim Haupt-Montur- und Rüstungs-Depot, G. Lutzenbacher bei der Zeughaus-Hauptdirektion, M. Gräfenberger bei der Militär-Rechnungskammer, K. Peppel im 8. Inf.-Reg., C. Schmalzl im 2. Chev.-Reg. und A. Schneider von der Militär-Rechnungskammer im Kriegsministerium; zu Regimentsquartiermeistern 2. Klasse: die Bataillonsquartiermeister Joh. Düpfel bei der Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Germersheim, A. Carl vom 6. Jäger-Bat. im 3. reit. Art.-Reg., Joh. Utz, M. Aschauer und Fr. Fambach bei der Militär-Rechnungskammer, A. Graf von der Zeughaus-Handdirektion im 1. Art.-Reg., M. Werthmüller vom 14. Inf.-Reg. Landw. bei der Militär-Rechnungskammer, S. Pascal vom 2. Jäger-Bataill. bei der Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Ingolstadt, E. Grabl im Genie-Regiment und D. Du Bois von der Gard.-Komp. Nymphenburg bei der Militär-Rechnungskammer; zu Bataillonsquartiermeistern: die Unterquartiermeister A. Habit vom 11. Inf.-Reg. im 2. Jäger-Bat., A. Roth von der Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München im 7. Inf.-Reg., J. Müller bei der Militär-Rechnungskammer, C. Sommer von der 1. San.-Komp. im 14. Inf.-Reg., C. Grau im 5. Jäger-Bat., A. Bichele im 10. Inf.-Reg., H. Keller bei der Stadt-Kommandantschaft Nürnberg, G. Leibig im 1. Jäg.-Bat., K. Schlimbach im 4. Kür.-Reg. und Th. Strasser vom Kriegsministerium bei der Zeughaus-Hauptdirektion. zu Unterquartiermeistern: die Regimentsfaktuare Joh. Zopf bei der Gendarmerie-Kompagnie von Oberfranken, Chr. Bauer bei der Militär-Rechnungs-Kammer, M. Holz vom 5. im 13. Inf.-Reg., M. Förg bei der Gendarmerie-Kompagnie von Schwaben und Neuburg, Fr. Hebsdörfer vom 8. Inf.-Reg. bei der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg; dann die Verwaltungspraktikanten: Junker Herm. Lufft vom Genie-Regiment bei der Militär-Rechnungs-Kammer, und die Unteroffiziere Max Heidenreich vom 14. im 5. Inf.-Reg. und Joh. Kraus vom 14. Inf.-Reg. im 6. Jäger-Bataillon. Ernannt wurden in provisor. Eigenschaft: Gottfried Schmidmayr aus Wintrachling im im 1. Art.-Reg. und Fr. Friedl aus München bei der Stadt-Kommandantschaft Nürnberg; zu Regimentsfaktuaren in provisorischer Eigenschaft: die Unteroffiziere und Rechnungs-Praktikanten Karl Fichtelberger vom 13. im 1. Inf.-Reg., Karl Meier vom 5. Jäger-Bataillon bei der Kommandantschaft der Feste Wülzburg, J. Leypold vom 5. im 3. Inf.-Reg., J. Ott vom 2. im 8. Inf.-Reg., L. Benzer vom 3. im 11. Inf.-Reg., Jos. Schlederer vom 8. Inf.-Reg. im 2. Jäger-Bat., Fr. Falkner v. 2. Küras.-Reg. im 6. Jäger-Bat., Wilh. Reisinger vom 3. Jäger-Bat. im 2. Inf.-Reg., Chr. Sartorius vom 2. Chev.-Reg. bei der 1. Sanitäts-Kompagnie, K. Engastin vom 8. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft der Haupt- u. Residenzstadt München, und Fr. Frank vom 1. Artill.-Reg. beim Kadettenkorps.

Ernannt wurden zum Unterauditor: der Unterlieutenant R. Clauß vom 10. Inf.-Reg. beim General-Kommando Augsburg.

Befördert wurden zu Stabsauditoren: der charakt. Stabsauditor J. Würthmann beim Gend.-Korps-Kommando; zum Regimentsauditor 1. Klasse: der Reg.-Auditor 2. Kl. Mich. Erl im 1. Art.-Reg.; zum Regimentsauditor 2. Klasse: der Bat.-Auditor C. Frhr. v. Godin im 4. Chev.-Reg.; zum Bataillonsauditor: der Unterauditor Chr. Fischbacher im 6. Jäger-Bataillon.

Versetzt wurden: die Kriegskommissäre J. Nagelschmid von der Zeughaushauptdirektion zum Festungskommando in Ulm, J. Schübel von der Remer-Montur-Depotkommission als Buchhalter zur Invaliden-Kriegskasse und P. Röder von der Militär-Rechnungskammer zur Remer-Montur-Depotkommission; die Regimentsquartiermeister U. Sieben von der Stadtkommandantschaft Augsburg zur Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München, H. Gypen von der Militärrechnungskammer als funktionirender Lokal-Kommissär zur Stadt- und Festungskommandantschaft Germersheim, G. Häring von der Militärrechnungskammer zur Zeughaushauptdirektion, B. Wessl vom 13. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Augsburg, C. Allischwang von der Stadt- und Festungskommandantschaft Germersheim zur Militärrechnungskammer, M. Reiter vom 5. reitenden Art.-Reg. zur Militär-Fondskommission, und J. Behner vom 7. Inf.-Reg. zum 4. Chev.-Reg.; der Bataillonsquartiermeister J. Ultmann von der Kommandantschaft der Haupt- und Residenzstadt München zum 13. Inf.-Reg.; die Unterquartiermeister A. Müller von der Kommandantschaft des Invalidenhauses zum Haupt-Montur- und Rüstungs-Depot, K. Vogel von der Stadtkommandantschaft Nürnberg zum 7. Inf.-Reg., L. Saint-George vom 2. Jäger-Bat. zum Inf.-Leib-Reg. und M. Ludwig von der Militär-Fondskommission zum 2. Chev.-Reg. Tagis; dann die Regimentsfaktuare H. Neumeyer von der Stadt- und Festungskommandantschaft Ingolstadt zum 5. Jäger-Bataillon und J. Müller vom 7. Inf.-Reg. zum 4. Art.-Reg.; Regimentsauditor J. Hölzl vom 13. Inf.-Reg. als funktionirender Stabsauditor zum General-Kommando Augsburg, der Bataillonsauditor A. Leithner vom 2. Jäger-Bat. zum 13. Inf.-Reg., der Unterauditor J. Pöllmann vom General-Kommando Augsburg zum 2. Jäger-Bataillon. (R.-B.-Bl.)

Der „Schw. Merkur" läßt sich aus München schreiben: Die Wahl des bisherigen Grafen zum Konsistorialdirektor der Pfalz wird hier für eine sehr glückliche gehalten. Täuscht man sich hierin nicht, was nach der ziemlich unbekannten und jedenfalls ganz andern Zwecken gewidmeten seitherigen Thätigkeit dieses Mannes immerhin möglich wäre, so wäre damit ein Wendepunkt in einer der brennendsten Fragen bayerischer Verhältnisse, der Beruhigung der evangelischen Pfälzer in ihrem Kirchenstreite, hoffentlich zum Guten, eingetreten. Dieser pfälzische Streit, die Abwehr altväterlich-orthodoxer Formeln und Glaubensfätze, hat auch in den diesseitigen Provinzen aus triftigen Gründen mächtige und weitverbreitete Sympathien gefunden, und der Art seiner Lösung werden mit um so größerer Unbefangenheit gefolgen, als die diesseitigen Protestanten sich wohl bewußt sind, daß schon wegen ihrer territorialen Zersplitterung, ein ähnliches, einmüthiges Vorgehen gegen dieselben Tendenzen wie dort, ihnen um so viel schwieriger wäre, während die Früchte des pfälzischen Konflikts auch ihnen zu Gute kommen müssen.

Nürnberg. Wegen Störungen und Unordnungen, welche beim Abhalten der Märkte um die beiden katholischen Kirchen während des Frohnleichnamsfestes verursacht, hat der Magistrat den auf diesen Tag fallenden Markt immer auf den vorhergehenden Mittwoch verlegt.

Preußen. Die Staatsstreichgerüchte sind verstummt und die ministerielle Zeitung hat endlich auch ein Wort über die Wahlen gesprochen, worauf so viel zu nehmen ist, daß die Regierung sich in die Nothwendigkeit, mit der Fortschrittspartei zu regieren, zu finden scheint. Die Fortschrittspartei wird zufrieden seyn, vorerst die sichere Grundlage der dem Abgeordnetenhause verfassungsmäßig zukommenden Rechte der Finanzkontrole zu legen und auf dieser Grundlage weiter zu bauen suchen. Aber wie dem auch sey, so viel ist gewiß, daß vor dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses nichts Eingreifendes Seitens der Regierung geschehen wird, daß die Regierung sich vielmehr vorerst in der Defensive halten und es mit dem neuen Hause versuchen wird.

Digitized by Google

Kurhessen. Sollte in Folge des neuerdings erlassenen Wahlausschreibens eine ausgesprochene Minderheitswahlen hervorgegangene Kammer in Aussicht stehen, so ist klar, daß sich das Land eine solche Spottgeburt zum Vertreter nicht gefallen lassen und vielmehr nachdrücklich am Rechte festhalten wird. Wie weit unter den augenblicklich obwaltenden Verhältnissen die Widerrechtlichkeit und die Gewalt noch gehen werden, steht dahin; sicher aber ist es, daß die Rechtspartei ihre Schanz wohren wird. (Durch die ganze deutsche Presse ist ein einmüthiges Verdammen auf das oben erwähnte Wahlausschreiben gelaufen.)

Eine hochgestellte geistliche Stimme hat sich unter dem Titel „Das Trauerspiel in Kurhessen, eine Gewissensfrage an die deutsche Nation und ihre Fürsten" im Februarheft der „Protestantischen Monatsblätter" erhoben. Sie beginnt mit folgenden Worten: „Es ist etwas Großes um die Begeisterung eines Volks, wenn sie in gerechtem Kampf für das Vaterland zu rascher That auflodert; aber größer noch ist es, wenn ein Volk mit Ausdauer und Geduld, in Friede und Eintracht, nicht durch die Thaten des Kriegs, sondern durch die schweren und männlichen Thaten der Gerechtigkeit sein Recht und seine Freiheit schirmt. Solche That ist nicht möglich ohne einen tiefen und religiösen Sinn, welcher Vertrauen hat und nicht verzagt an dem, vor dem die Werke der Finsternis zu Schanden werden. Lasset uns vertrauen auf den Herrn, der unser Recht schirmt mit starker Hand und der bis hierin uns geleitet und Wohlgefallen gehabt hat an uns. Wenn aber der Herr für uns ist, wer wird wider uns sein?" Von diesem Standpunkt aus will der Verfasser die Frage behandeln, die keine Frage zwischen zwei Parteien ist, wo auch nur ein Schein des Rechts noch auf die eine fiele, die durch das weite deutsche Vaterland hindurch nur der Handel einer einzigen großen Partei gegen die nackte Willkür und Gewalt, die eine Gewissenssache der deutschen Nation ist. Hier kommt mehr als die bloße Politik, die bloße Rechtswissenschaft, die bloße Theologie in Bewegung; hier ergeht die Berufung an das praktische Christenthum, an das evangelische Gewissen.

⊙ **Freie Städte.** Frankfurt, 6. Mai. (Br.-Korr.) Unser heutiges Amtsblatt verkündigt die beiden Gesetze, welche den Voranschlag der Frankfurter Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1862 betreffen. Zufolge derselben besteht der Dienst der Rechnenkasse in 1,648,084 fl., der Dienst der Schulden-Tilgungskasse in 920,000 fl., der Dienst der Pfandamtskasse in 8400 fl.; die gesammte Einnahme also in 2,576,484. Die gesammte Ausgabe beträgt nur 2,223,646 fl., von welcher Summe 568,463 fl. der Schuldentilgungskasse zugehören.

Belgien.

Die Hungersnoth ist noch immer im Steigen begriffen. 2000 Frcs. sind täglich nothwendig, um die arbeitslosen Familien nur ganz eigentlich vom Hungertode zu retten. Die Theilnahme des ganzen Landes giebt sich auf das thätigste zu erkennen; auch aus der Fremde laufen zahlreiche Spenden ein. So hat z. B. Garibaldi 100 Frcs. zu obigem Zweck dem Bürgermeister von Brüssel eingeschickt.

Großbritannien.

Die japanischen Gesandten hatten eine Zusammenkunft mit Earl Russell im auswärtigen Amte. Es war der erste zeremonielle Besuch, und außer dem Staatssekretär des Auswärtigen war Niemand als dessen beide Unter-Staatssekretäre, Layard und Hammond, zugegen. Earl Russell theilte den Herren im Laufe der Unterhaltung mit, daß er das Schreiben des Taikun der Königin übergeben habe. Dafür und für die vom auswärtigen Amte getroffenen Anordnungen, damit sie der Eröffnung der Ausstellung beiwohnen konnten, sprachen sie ihren Dank aus. Nach kurzem Aufenthalt fuhren sie nach ihrer Wohnung zurück, auf der, ihrem ausdrücklichen Wunsche zufolge, ihre Landesflagge aufgezogen wurde: weiße Seide mit einer großen rothen Scheibe, den Aufgang der Sonne vorstellend, in der Mitte. Sie wollen ungefähr einen Monat lang in England verweilen, und werden das Arsenal von Woolwich, das Lager von Aldershot und die bedeutendsten Fabrikstädte besuchen. Die für die Königin bestimmten Geschenke und eine Sammlung japanischer Naturprodukte (meist Mineralien) und Industrie-Erzeugnisse werden in der allgemeinen Ausstellung zu sehen sein.

Frankreich.

Murat schickte vor etwa einem Monat einige Goldbarren nach der Münze, um Medaillen mit seinem Bildniß prägen zu lassen. Die Medaillen waren jetzo nichts anderes als neapolitanisches Geld mit muratistischem Gepräge. Der Münzdirektor wollte dazu vom Minister autorisirt werden, welcher die Bewilligung verweigerte.

Spanien.

Binnen kurzem wird ein spanisches Geschwader im Stillen Ocean erscheinen. Die Truppen in Cuba stehen bereit, die Kranken der Armee in Mexiko abzuholen oder ihnen im Nothfall Verstärkungen zuzuführen. Die spanische Regierung schickte ein Reservekorps von 4000 Mann nach der Havanna.

Türkei.

Seitdem die Rekrutirung in Belgrad angefangen hat, entfalten die Türken, wie der Pester Lloyd berichtet, eine besondere Thätigkeit und setzen sich in Kriegsbereitschaft. Sie entsenden jetzt, was bis jetzt nicht üblich war, starke Militärpatrouillen in die Stadt, verstärken die Wachmannschaft an den vier Stadtthoren und versehen dieselbe mit Reservemunition. In die Festung wird der Eingang nur einzelnen und bekannten Personen durch Stambul-Kapia gestattet. Nächstens erwartet man zwei Schleppladungen mit Munition und Kanonen; es heißt sogar, daß bei 2000 Bascki-Bozuks nach Serbien kommen und in die Festungen vertheilt werden.

Rußland und Polen.

Berichte französischer Blätter aus Südrußland melden, das Armeekorps, dessen Hauptquartier Odessa ist, sey in letzter Zeit bedeutend verstärkt worden. Es bestehe jetzt ohne die verschiedenen Dragoner-, Ulanen- und Kosackenregimenter aus nahezu 100,000 Mann. Man nennt es Südarmee, und es sey dazu bestimmt, den Eventualitäten, welche an der Donau eintreten können, die Stirn zu bieten. Man glaube, daß General Beffack durch einen der Großfürsten im Kommando dieser Armee ersetzt werde.

Amerika.

Der „New-York-Herald" sagt: Seit dem 1. Januar hat die Unionsarmee den Rebellen nicht weniger als 590 Belagerungs- und Feldgeschütze abgenommen. Dies wäre ein Artilleriepark für eine große Armee; und bedenkt man mit welcher Mühe die Rebellen sich diese Kanonen verschafft haben, so springt einem die Größe des Verlustes recht in die Augen. Viele dieser Kanonen wurden mit großen Kosten aus England gebracht, durch besondere Agenten angeschafft, und auf besondern Fahrzeugen verschifft, welche mit großer Wagnis durch die Blokade schlüpfen mußten. Andere wurden in Richmond und Norfolk gegossen, nachdem Eisen und Arbeiter mit großer Mühe beschafft worden waren. Jetzt werden die Rebellen auf ihr Glockengut angewiesen sein, denn ihre Geschmittel sind ziemlich erschöpft, und die Blokade zu riskiren ist jetzt nicht mehr gerathen.

Der als Gesandter an den russischen Hof bestimmte ehemalige Kriegsminister Herr Cameron ist in Philadelphia verhaftet worden, vorgeblich wegen einer gesetzwidrigen von ihm verübten Verhaftung. — Nach dem Census von 1860 gab es in den Sclaven-Staaten von Nordamerika 259,078, und in den freien Staaten 222,745 freie Farbige.

Volkswirthschaftliches.

Kongreß der Schutzzöllner.

W **Frankfurt**, 5. Mai. (Br.-Korr.) „Divide et impera," sprachen die Römer; „theile und herrsche". Hr. v. Kerckerdorff. Eine Versammlung von sämmtlichen Schutzzöllnern hätte zu den Interessenten auch Interessefose gebracht, die vielleicht später über das Interesse gesprochen und statt den Zollvereein den Schutzzollverein gepreßt hätten. Er beschied deßhalb Einen nach dem Andern und wußte so salbungsvoll jedem Wasser auf die Mühle zu führen, daß sie alle davon erquickt sein mußten. Aber trotz alledem wollten seine Finten nicht gelingen und nur seine große Kühnheit ließ ihn einen formellen Sieg erringen. Am 2. waren die Leder- und Fett-Industriellen zusammen. Die Versammlung bestand, ein Dutzend Berichterstatter mitgerechnet, aus 25 Personen. Die Leder-Industriellen aus fünf Personen bestehend, sprachen zum Theil gegen den Handelsvertrag; die Mehrzahl erkannte aber im Aufheben des Ausgangszolls auf Rohhäuten eine Gelegenheit billiger Häute aus Frankreich zu beziehen und in der Herabsetzung des Lederzolls eine Erweiterung ihres Marktes nach Frankreich hin. Hr. v. Kerckdorff der stets, wo er gefragt, eine Resolution zu Protokoll diktirte (wir brauchen nicht zuzufügen, daß Hr. v. K. sich allerwärts zum Präsidenten okroyirt), fand indessen für gut die beiden Ansichten nur „zu konstatiren." Die Fett-Fabrikanten waren mit dem Handelsvertrag völlig zufrieden, weil er ihnen, statt jetzt gleich, erst im J. 1866 die Einfuhr von

Digitized by Google

Zeit freigebe. Nicht besser ging am 3. Die Papier-Fabrikanten waren durch Hrn. v. K. so enragiert, daß sie in der Herabsetzung des Lumpenzolls von 3 auf $1^2/_3$ Thlr. ihren völligen Ruin erkannten. Als aber die weitere Frage, die Herabsetzung des Ausfuhrzolls von feinem Papier aufs Tapet kam, ergriffen die Buntpapier-Fabrikanten mit solcher Bereitwilligkeit diese Vergünstigung, daß Hr. v. K. in der Bedrängniß sich nicht anders zu helfen wußte, als den Lumpenzoll ihnen ins Gedächtniß zu rufen. Wollt ihr auch unter dieser Bedingung die Vergünstigung annehmen? Sie hätten geschwankt, wenn sie nicht zuvor für den Lumpenzoll gesprochen, wenn ihnen Hr. v. K. nicht ins Gedächtniß gerufen: Man kann nicht mit einer Hand geben, mit der andern nehmen. Die Finte gelang; Hr. v. K. konnte ins Protokoll schreiben: Der Lumpenzoll ist die Lebensbedingung für einen Papierfabrikanten, denn ihn beleuchtet selbst ein Buntpapier-Fabrikant die Herabsetzung des Papierzolls für seine Gnade. Die Besitzer chemischer Fabriken erkannten in der Herabsetzung einiger Zölle ebenfalls ihren Vortheil; Hr. v. Kerstorff hielt aber die Herabsetzung des Sodazolls für so nachtheilig, daß er zu keiner dem Vertrag günstigen Resolution kommen, vielmehr nur die bidersetzigen Vortheile und Nachtheile konstatiren konnte. Wie groß übrigens auch hier das volkswirthschaftliche Interesse war, beweist nicht nur die große Zahl der Versammelten (in Allem etwa 40), sondern auch das Weggehen der Papierfabrikanten nach beendeter Papierverhandlung. „Das Papier ist all", sagte Einer auf Kerstorff Schalk.

Am 5. kamen die Wein-Interessenten zusammen. K. hatte wohlweislich bloß die Produzenten und Fabrikanten geladen; indeß kamen auch „aus Neugier" die Weinhändler. Hier zeigten sich auch die Machinationen Kerstorffs in ihrer ganzen Blöße. Jene sprachen gegen die Herabsetzung des Weinzolls von 6 auf 4 Thlr., weil Niemand den unechten Champagner trinken möchte, wenn der echte billiger. Diese für den Vertrag, weil er ihnen den französischen Markt öffne, und verlangten nur Aufhebung der Uebergangssteuer. Diese, in der Mehrzahl (etwa 7 gegen 5) hätten gesiegt, wenn abgestimmt worden wäre. Hr. v. K. wußte aber vorzubeugen. Ertrag ins Protokoll ein: die Ansicht der Wein-Interessenten sey gegen den Vertrag; die Weinhändler hätten übrigens die Uebergangssteuer als Grundbedingung ihrer Konkurrenz mit Frankreich erkannt. Ueber die Etiketten-Fälschung, die der Vertrag verbietet, äußerten die Weinfabrikanten, vom Standpunkte der Moral (!) sey sie zwar nicht zu vertheidigen, auch würden sie keinen Anklang beim Publikum finden; indeß sey die pöbliche Aufgebung für sie von solchem Nachtheil, weil das Publikum an die franz. Etiketten gewöhnt, daß für die Uebergangszeit ein Schutz bestehen müsse. Die Weinhändler entgegneten: Mit nichten! Wenn wir mit den Franzosen konkurrieren wollen, müssen wir mit deutschen Etiketten kommen, sonst sagen die Leute: eure Waare ist gefälscht! und gehen lieber an die Quelle, zu den Franzosen. Hr. v. K. nahm aber wenig Notiz davon, sondern gab die Ansicht der Schutzzollpartei zu Protokoll und erkundigte sich noch zu sagen: Die verehrten Anwesenden werden mit bezeugen, daß es ehrlich zugegangen. (!) Ohne eine Antwort abzuwarten, setzte er gleich hinzu: „Ich ersuche meherte Herrn, durch ihre Unterschrift mir die Richtigkeit des Protokolls zu bezeugen", und schloß die Sitzung. Wer Recht behalten will und hat nur eine Lunge ist zu beschelten, behält gewiß!

Mannheim, 6. April. Das Bankett, welches gestern Abend dem Schutz der vollsw. Versammlung folgte, war zwar nicht so ganz belebt, als es sonst bei denselben (namentlich unter den Volkswirthen) zu sein pflegt, doch drang der Geist der vollsw. Reformbewegung soweit durch, daß die neuen Mitglieder von deren Bedeutung eine Idee bekamen. Persönlichen Toasten wurden nur zwei, auf den Großherzog von Baden, der an der Spitze des Fortschrittes in seinem Lande steht und auf den Veteran der Volkswirthschaft, Geh. Rath. Professor Rau, ausgebracht. Der Ausschuß des vollsw. Vereins hat in einer am gleichen Tage abgehaltenen Sitzung 100 fl. zur Vermehrung des vom Nationalverein der Redaktion des „Arbeitgeber" zur Verfügung gestellten Stocks um deutsche Arbeiter nach London zu schicken, bewilligt. Zum Vorsitzenden für das nächste Halbjahr wurde Dr. Bassavant und zum Stellvertreter Max Wirth ernannt.

In der außerordentlichen Generalversammlung des volkswirthschaftlichen Vereins für Südwest-Deutschland kam auch zur Sprache die Benutzung der Arbeiter-Bildungs-Vereine zur Regelung des Arbeitermarktes. Es erstattete Prof. Schröder Bericht, indem er auf die Entwicklung der rasch aufblühenden Arbeiter-Bildungs-Vereine hinwies, welche am besten Gelegenheit hätten, die Nachfrage und das Angebot von Arbeit zu kennen, und folgenden Antrag stellte: „Der volkswirthschaftliche Verein für Südwest-Deutschland ergreift die Gelegenheit der auf die Tagesordnung gestellten Berathung über die Regelung des Arbeitsmarktes, um die Entwicklung und Ausbreitung der Arbeiter-Bildungs-Vereine als ein erfreuliches Zeichen der Kultur-Entwicklung des deutschen Volkes mit erhöhter Theilnahme zu begrüßen, und spricht die Ansicht aus, daß diesselben zur Vermittlung des Angebotes und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sehr nützlich sein können." Lammers aus Frankfurt beantragt, diesen Gegenstand dem Vorstande zur Behandlung zu überlassen, da der Antrag nicht Inhalt genug habe. Max Wirth machte auf die vielen Schwindel-Bureaux aufmerksam, die die Stellesuchenden ausbeuten, und führte aus der Erfahrung des von ihm herausgegebenen Blattes, „Der Arbeitgeber", der sich speziell mit dem Nachweis offener Stellen und von Arbeitskraft befaßt, mehrere Beispiele an. Der Vorschlag von Lammers wurde angenommen.

Die Eröffnung der Londoner Ausstellung.

Die lange erwartete Feier der Eröffnung ist vorüber. Sie verlief defriedigend beim herrlichsten Wetter, ohne daß irgend ein Unfall sie getrübt hätte. Das, was die Eröffnung der ersten Ausstellung im Jahre 1851 gewesen, war sie nicht, obwohl das Schauspiel mit größerem Pomp organisirt und der Andrang größer war. Damals war eben Alles neu: der Gedanke, der Plan, das Gebäude; und die Angst, wie das nie früher Dagewesene sich bewähren werde, hatte eine fieberhafte Aufregung erzeugt, welche ganz London nach dem Hydepark trieb, als stände eine große Katastrophe bevor. Das freilich war nicht der Fall. Alles ging ruhig, ohne besondere Aufregung vor sich. Niemand fürchtete, daß das Gebäude einstürzen, oder sonst etwas Uebles vorfallen werde. Durch Erfahrung klug gemacht, wußte die Polizei, wußte das Publikum selber, was zu erwarten und zu vermeiden war und so kam es, daß weder unerlaubt noch außerhalb des Gebäudes die geringste Unordnung zu beklagen war.

Wie viel Gäste sich im Gebäude eingefunden hatten, läßt sich genau nicht angeben; denn um den Eintritt nicht zu erschweren, waren die Drehkreuze noch bei den wenigsten Thüren aufgestellt worden. Es dürften, einer annähernden Schätzung zufolge, mindestens an 34,000 Menschen anwesend gewesen sein, das aus 24000 Mitgliedern bestehende Orchester nicht eingerechnet, und mit Ausschluß von ein paar Hundert Arbeitern, welche das Glasdach aufstellten, einige Schlosser aufgehoben und zum nicht geringen Schrecken der Anwesenden ihre Köpfe durchgesteckt hatten. Die Leiber, auf welchen diese Köpfe saßen, zeigten, von unten gesehen, so substantielle Umrisse, daß die Besorgniß, sie durch das Glasdach anwollkürlich hinabfallen zu sehen, eine sehr berechtigte war. Doch auch diese Besorgniß schwand allmählich, das Glasdach hielt den ungewohnten Druck komhaft aus, und es war ein unuinteressirtes Schauspiel, als nach Abfingung der Volkshymne das Händelklaschen und den oberen Regionen sich in den Zuruf des begünstigteren Publikums unten mischte.

Bezüglich der Zulassung von Besuchern zur Ausstellung sind folgende Verordnungen erlassen worden: Das Gebäude wird täglich um 10 Uhr (an Sonnabenden um 12 Uhr und an Sonntagen gar nicht) geöffnet. Es schließt im Mai, Juni und Juli um 7 Uhr Abends, und in den darauf folgenden Monaten eine halbe Stunde vor Sonnenuntergang. Die Schließzeit wird eine Viertelstunde früher durch Glockensignale angekündet werden. Vom 5. bis 17. d. M. beträgt das Eintrittsgeld 5 Schilling (1 Thlr. 20 Sgr.) und vom 19. bis 31. Mai $2^1/_2$ Schill. (25 Sgr.), mit Ausnahme der Sonnabende, wo der Fünf-Schillingsatz aufrecht erhalten bleibt. Vom 31. Mai angefangen wird der Eintritt am Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag einen Schilling (10 Sgr.), am Freitag $2^1/_2$ und am Sonnabend 5 Schill. betragen.

Nichtpolitische Zeitung.

In Leipzig begingen viet junge kräftige Männer, sämmtlich Brüder, während des Wochenmarktes Exzesse, die Entrüstung und Schrecken der Anwesenden um so mehr hervorriefen, als die Exzedenten sich mit Messern bewaffneten. Der herbeigeholte Gendarm Homme versuchte die Ruhe wieder herzustellen, allein die vier Brüder, unterstützt von andern Exzedenten, stürzten auf den Gendarmen, der endlich von seiner Waffe Gebrauch zu machen gezwungen war, und in der Gegenwehr zwei von den Brüdern tödtete; einer von den Vieren fiel, von Säbelhieben getroffen, besinnungslos zu Boden und den vierten, war es gelungen, das Weite zu finden. Dem Gendarmen wurde von der k. k. Gendarmerie-

Digitized by Google

General-Inspektion eine Belohnung zuerkannt.

* **Frankfurt, 6. Mai.** (Privat-Corr.) Heute wurden hier die ersten Kirschen zu Markte gebracht; vier Stück kosten einen Kreuzer.

In Frankfurt schoß sich wegen einer kleinen zu erwartenden Strafe ein vor dem Römer auf Posten stehender preußischer Soldat eine Kugel in den Unterleib, ohne sich augenblicklich zu tödten. Schwer verwundet in das Spital gebracht, gab er erst nach mehreren Stunden unter unsäglichen Leiden den Geist auf.

Neueres.

* **München, 6. Mai.** (Pr.-K.) Nach einem hier verbreiteten Gerücht wird Dr. Ministerialrath Dr. Weis seinen Austritt aus der Kammer der Abgeordneten erklären, ich weiß indessen nicht, ob dieses Gerücht begründet ist. — Der Gewerberath unserer Stadt hat behufs des Gutachtens, welches er über den Handelsvertrag abzugeben hat, denselben zur Berichterstattung an die Meister verschiedener Gewerbe verheilt; die Berichterstattung derselben und die Berathung im ganzen Gremium wird nun in den nächsten Tagen stattfinden und hat die Kreisregierung ihren Referenten in Gewerbssachen, Hrn. Regierungsrath Kaiserberg, abgeordnet, jener Berathung beizuwohnen und alle etwa benöthigten Aufschlüsse zu geben.

* **München.** — Die Besoldungsverhältnisse der Oberauditore sind jetzt in der Art geregelt, daß die Gesammtgehalte ohne Ausscheidung eines Quartiergeldes nach folgenden Klassen festgestellt sind: für drei Oberauditore mit 2400 fl., für drei mit 2200 fl. und für zwei mit 2000 fl. Die bereits in einem höheren Gehaltsbezuge als 2400 fl. stehenden Oberauditore haben hierin zu verbleiben. — Das Begräbniß Bärs in München fand unter allgemeiner Theilnahme statt. — Der Wärter Schreiber ist noch nicht todt, vielmehr auf dem Weg der Besserung. — Der Gewerberath von Hof hat sich für den Handelsvertrag erklärt.

* **Württemberg.** In der neuen Abgeordnetenkammer sind, gegen den vorigen Landtag, 34 neu gewählte Mitglieder, welche den verfassungsmäßigen Eid abzulegen und in die Hände des Regierungskommissärs zu bekräftigen hatten. Nise schon früher, so hat auch diesmal der Bischof von Rottenburg seinen Sitz in der zweiten Kammer nicht eingenommen. Auch der Sitz eines Kanzlers der Landesuniversität ist unbesetzt. Römer ist Alterspräsident, und wird vermuthlich auch zum wirklichen ernannt. Die Stimmung ist auf beiden Seiten (Regierung und Kammern) verhältnißlich bis zur Zuvorkommenheit. Der „alte Herr" will in Frieden mit seinem Volke seinen Lebensabend beschließen.

* **Dänemark.** Die „Berlingske Tidende" enthält die vom Könige der Firma Peto, Brassey et Betts in London unterm 1. Mai ertheilte Konzession zur Anlage und Betreibung einer Eisenbahn in Nordschleswig, mit dazu gehörigen Seitenbahnen.

* **Großbritannien.** Der frühere Gesandte in Neapel, Elliot, ist in einer besonderen Mission nach Griechenland abgegangen, dessen zerrüttete Lage die Anwesenheit eines Gesandten erfordert, welcher beauftragt werden wird, über die englischen Interessen zu wachen. In Elliot's Begleitung befindet sich der Attaché bei der Gesandtschaft in Konstantinopel, Antrobus und der Attaché bei der englischen Gesandtschaft im Haag, Conyngham.

* **Italien.** In Genua ist, wie schon erwähnt, der Jahrestag der Expedition von Marsala gefeiert worden. Die Bevölkerung, die Genueser Carabiniers, mit einer

ihnen von dem Stadtrath gewidmeten Fahne, und die Arbeiterkorporationen begaben sich nach Quarto, dem Orte, wo die Expedition sich eingeschifft hatte.

Prinz Savoyen-Carignan wurde zum Präsidenten der italienischen Central-Kommission für die Londoner Ausstellung ernannt. Den Staatsanwalt in Saffari (Sardinien) ließen dieser Tage drei zum Tode verurtheilte Verbrecher am Abend vor der Hinrichtung rufen, um ihm noch wichtige Geständnisse abzulegen. Im Augenblick, wo sich die Gefangenthüren zurückgezogen hatten, und der Beamte zum Protokolliren niedersaß, setzten ihm die 3 Delinquenten ebensoviele verborgen gehaltene Essekte die Brust, und verlangten unter Todesdrohungen Freilassung und sicheres Geleit für 4 Wochen. Der Beamte machte ihnen begreiflich, daß sie ihn nicht zwingen könnten, die Kerkerthüren zu öffnen, und sich endlich zu verpflichten, daß sie dann aber trotzdem von anderer Seite verfolgt werden würden; über das Freigeleit könne nur die Turiner Regierung entscheiden, wo ihn er sofort telegraphiren wollte. Das Telegramm wurde unter den Augen der Delinquenten aufgesetzt, und durch einen Gefangnißwärter expedirt. Die lakonische Antwort lautete: „Sich mit den Leuten in Unterhandlungen einlassen." Sehr wahrscheinlich war aber auch noch eine andere Ordre von Turin nach Sassari gelangt; denn während des ersten Freudenschreckes der Verurtheilten über die Depesche, wurde der Staatsanwalt von ellichen beherzten, raschen Händen in Sicherheit gebracht. Nun nochmaliges Telegraphiren und die Rückantwort: „Der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen." Die Fache Hinrichtung fand am nächsten Morgen Statt.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sutter.
Druck und Verlag der Stahelschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. S. b. R.)	—	
"	5 pCt. Lomb. dito.	95 G.	
"	5 pCt. 5 Fenst. Coupon b. R.	74½ G.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	83⅞—84½ G.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	55½ P.	
"	4½ pCt. " "	—	
"	4 pCt. " "	—	
"	3 pCt. " "	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	1014/ P. ½ G.	
"	4½ pCt. Obl. 1. Anl. dito.	103⅝ G.	
"	4½ pCt. Obl. 1/2 Anl. dito.	104 G.	
"	4 pCt. Obl. 3. Anl. dito.	100⅞ P.	
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dito.	100⅜ G.	
"	3½ pCt. Obl. " dito.	98¼ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ P.	
"	3½ pCt. Obl. dito.	98⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dito.	101⅛ G.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dito.	—	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
"	3½ pCt. Obl. dito.	96⅜ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dito.	103 P.	
"	4 pCt. Obl. dito.	101½ P.	
"	3½ pCt. Obl. dito.	96⅞ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dito.	99¼ P.	
"	3 pCt. Obl. dito.	95⅜ P.	
Spanien	5 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	43⅝ G.	
"	3 pCt. " "	23¾ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99¼ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	122—½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	776 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	900 G.	ex D
Hannoversche Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank à n. fl. 500 à fl. 200	220 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	89½ G.	
Mitteldeutsche Kreditbank	90½ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	341 P.	exD
Frankfurt-Hanauer dito	74 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	243 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	128 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 100 Thl. à 105 ¼ pCt. Z.	89⅜ P.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt.	136 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	108⅛ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.	
Böhm. Bank-Akt., 20 pCt. Einz.	344½ G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	508 P. 506G.	
" Credit-Akt. d. Ges. Peregrin	550 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅜—106 G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅛ G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Ausw. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 n. S.	104⅞ G.
Bremen. 80 Th. 1 pCt. k. S.	98⅜ B.
Cöln Thlr. 60 n. S.	104⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London 1 st. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	93⅜ P.
Mail. Frs. 200 . .	92⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	100⅛ G.
do. 3 à 5 W.	— nominell
do. in ost. W. S.	99⅛ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	115 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅞ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	76⅛—⅞ G.	" fl. 25 do.	27 P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	120½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	124 P.	Sardinien Pr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlach m. 3½ pCt. Z	36½ G.
Badische fl. 50	39½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10½ G.
Badische fl. 35	56⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.

Frankfurt, 6. Mai. Für österr. Fonds und Industrieaktien dauert die günstige Stimmung fort. Frankfurter Bankaktien stellen sich abermals höher und blieben zu erhöhter Notiz begehrt. Dagegen waten Hanauer Eisenbahnaktien merklich billiger angeboten. Neue 5pCt. russische Obligationen wurden mit ⅝/⅞ und 1 pCt. Avance umgesetzt. (Spnd.)

...bibliothek
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 127. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die kreipalstige Zeile zu gewöhnlicher kleiner | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 8. Mai 1862.

† Korrespondenz aus Oesterreich.

Wie dem „Gas" aus Wien geschrieben wird, gedenken die Minister an ihre sämmtlichen Untergebenen in den Provinzen ein Rundschreiben zu erlassen, worin selbe auf die Konsequenzen der am 1. Mai ausgesprochenen Ministerverantwortlichkeit aufmerksam gemacht und ihr Handeln darnach einzurichten, aufgefordert werden sollen. — Die Statthalterei in Böhmen hat eine eigene Kommission unter dem Vorsitze des Königgrätzer Kreishauptmannes zu dem Behufe ernannt, um Jene, welche in Königinhof bei der Feier des 26. Februar verfassungsfeindliche Plakate verbreitet hatten, zu erforschen.

Aus Dornbirn in Vorarlberg erfährt man, daß der dortige Gemeinderath das Ansinnen zur Unterzeichnung des Protestes gegen das Religionsedikt einstimmig zurückgewiesen hat, da man sich nicht berufen fühle, dem Reichsrathe vorzugreifen. Betreffs der Adresse des Prof. Greuter, nämlich die Einladung an den heiligen Vater, seinen Aufenthalt in Tyrol zu nehmen, wurde geantwortet: Prof. Greuter sey hier zu Lande eine zu unbekannte Persönlichkeit, als daß man in einer solchen Angelegenheit einer Vorschrift von ihm nachkommen könne.

Aus Bebyeim vom 1. wird den „Ung. Nachrichten geschrieben: Gestern Nachmittag wurde der Advokat P. aus Päpa durch Panduren eingebracht und ins Komitatshaus abgeführt. Derselbe soll 4 Personen mittelst Gift ins Jenseits befördert haben. Ueber den Sachverhalt erfährt man Folgendes: P. war Advokat einer reichen Familie und zugleich Hausfreund, bei welcher Gelegenheit er sich in die Frau verliebte. Es dauerte nicht lange, so fing der Mann an zu kränkeln und nahm schließlich ab, was P. ansprorte, der Frau Liebesanträge zu machen, mit dem Bedeuten, ihr Mann sei ja ohnedies krank und werde kaum gesund werden. Die Frau aber hatte keine Ohren für seine Anträge. Kurze Zeit darauf stirbt der Mann und der Liebhaber tritt jetzt mit Heirathsanträgen hervor, welche die Frau entrüstet und mit Abscheu zurückweist. Kurze Zeit darauf starben die Frau und zwei Kinder nach einander unter bedenklichen Symptomen; die Sache wird dem Stuhlrichteramt in Päpa angezeigt, dieses schickt eine Kommission zur Untersuchung der Leichen, durch welche konstatirt sein soll, daß sämmtliche an Vergiftung gestorben sind. P. wurde verhaftet, und was am meisten den Verdacht gegen ihn steigert, ist, daß er dem untersuchenden Kreisarzt, Herrn B., 200 fl. Oestr. W. geboten haben soll, wenn er die Sache nur obersächlich nehmen möchte. Die Untersuchung wird ohne Verzug beginnen.

Die täglich um 6½ Uhr Abends von Komorn abfahrende k. k. Gedpost fuhr wie gewöhnlich auch am 1. Mai nach Neuhäusel ab; nachdem noch eine Zwischenstation berührt wurde, erreichte der Postwagen die Puszta Bajco (wo ein Wald sich befindet, der Eigenthum des Primas von Ungarn ist) zwischen 9 — 10 Uhr. Plötzlich sprangen Wegelagerer auf den Wagen, versetzten dem sich verschiedenden Postillon mit der Hacke einen Hieb auf den Kopf, so daß derselbe sofort den Geist aufgab; ein neben dem Kutscher befindlicher Passagier, angeblich Urlauber, sprang herab und wollte sich durch die Flucht retten; er wurde jedoch von den Räubern eingeholt und ebenfalls getödtet. Hierauf sprengten die Räuber den Wagenkasten, nahmen das baare Geld, 8000 Gulden mit sich, und ließen die leeren Briefe, Wagen ꝛc. auf dem Platz zurück, worauf sie sich flüchteten. Heilich des Morgens ging ein Mann dieselbe Strecke, bemerkte am Wege zwei Leichen und machte beim Udvordee Stuhlbezirke die Anzeige, worauf die Kommission an Ort und Stelle erschien. Die umfassendsten Maßregeln zur Habhaftwerdung der Raubmörder sind getroffen worden.

Deutscher Bund.

§ **Oesterreich.** Wien, 5. Mai. (Pr.-Z.) Daß hier die Absicht besteht, nach Wien Ministerialkonferenzen zum Zweck einer Berathung über die Bundesreform-Projekte zu berufen, habe ich Ihnen bereits geschrieben. Die Mittelstaaten sollten hierher durch keine besonderen Vertrauensmänner, sondern durch ihre in Wien beglaubigten Gesandten vertreten seyn. Als Basis der Unterhandlungen soll das vom 6. Febr. d. J. datirte Projekt des Herrn v. Dalwigh dienen. Inzwischen ist aber die Frage der Ratifikation oder Nichtratifikation des preußisch-französischen Handelsvertrages in den Vordergrund getreten und ist dadurch der Eingangs erwähnte Plan bedeutend alterirt worden, so daß er wahrscheinlich aufgegeben werden wird. In Hinblick auf die Meinungsdifferenzen, die zwischen den einzelnen Staaten bestehen, hätten diese Konferenzen ohnehin kaum ein praktisches Resultat gehabt. — Die kurhessische Frage beschäftigt noch den neuesten aus Kassel eingetroffenen Depeschen die hiesigen politischen Kreise sehr lebhaft. Man sagt sich hier, daß Oesterreich diese beispiellosen Rechtsverletzungen in Kurhessen nicht dulden dürfe, wenn es nicht in den Verdacht kommen wolle, mit denselben einverstanden zu seyn. Bekanntlich war bereits einmal die kurhessische Frage Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause und hatte damals Graf Rechberg eine wenigstens nicht unbefriedigende Antwort ertheilt. Sicherem Vernehmen nach wird schon in einer der nächsten Sitzungen eine ähnliche Interpellation eingebracht werden. Man wird Graf Rechberg fragen, welche Haltung die kaiserliche Regierung dem neuesten Staatsstreiche der kurhessischen Regierung gegenüber beobachten will, welcher mit dem österreichisch-preußischen Antrage auf Wiederherstellung der widerrechtlich aufgehobenen kurhessischen Verfassung von 1831 im direkten Widerspruche steht und eine Beleidigung dee beiden deutschen Großmächte involvirt.

Im Unterhaus wurden die Budgets des Hofstaates, der Kabinetskanzlei und des Staatsrathe nach dem Antrage des Ausschusses und zwar beide erstere einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Preußen. In Berlin wurden zu Abgeordneten gewählt: Dr. Löwing, Major a. D. Steinhardt, Schulze-Delitzsch, Diesterweg, Stadtverordneter Runge, Regierungsrath Krieger in Potsdam, ferner Henning, Twesten und Jadel, sämmtlich von der Fortschrittspartei.

Zwischen Hrn. v. Roon und v. d. Heydt soll es wieder zu bedeutenden Differenzen gekommen seyn. Hr. v. d. Heydt will die Banken am Jadebusen einstellen. Es soll die Königl. Entscheidung eingeholt werden.

Soweit die bisher eingelaufenen Telegramme und den Provinzen einen Ueberblick über die Wahlen gestatten, gehören die Kandidaten, welche durch Wiederwahl, theils durch Neuwahl, meist der Fortschrittspartei an. Die katholische Fraktion, wie die Stahlowianer haben eingebüßt und die streng Konservativen haben mindestens nicht zugenommen. Von den konstitutionellen Kapacitäten fehlen bisher u. A.: v. Bincke und Simson. Der Minister v. d. Heydt unterlag in seinem bisherigen Wahlkreise in Elberfeld gegen Alfred Auerswald und Kühne. Von den jetzigen Ministern ist bis jetzt keiner gewählt und von den abgetretenen ist nur der Graf Schwerin gewählt worden.

Ueber den Erfolg der Delbrück'schen Mission wird der „Zeit" aus Berlin geschrieben: „Ministerialdirektor Delbrück ist heimgekehrt, am wenigsten scheint von seinem Aufenthalt in Stuttgart. Die Lage der Dinge in Bayern hat neben jener in Sachsen noch die verhältnißmäßig beste Aussenseite offenbart; dagegen soll in Württemberg mit der den Schwaben eigenen Zähigkeit ein so wenig geringeres Entgegenkommen bemerklich gewesen sein, daß man im Augenblick hier nahe daran ist, die Aussicht auf eine Verständigung aufzugeben."

Digitized by Google

In Koblenz hat die Königin die Kaserne des ihr verliehenen 4. Gardegrenadierregiments besucht, alle Stuben derselben besichtigt, an verschiedene Soldaten huldvolle Worte gerichtet und darauf den beiden Bataillonen — das dritte Bataillon steht in Düsseldorf — 4 Ohm Bier anfassen lassen, die Offiziere des Regiments aber zur Tafel befohlen. Auf der nächsten Umgebung der Königin soll erzählt worden sein, sie habe eine telegraphische Depesche aus Berlin erhalten, der Fürst v. Hohenzollern sey mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden, und derselbe habe sich auch, jedoch nur unter der Bedingung hiezu bereit erklärt, daß ihm anheimgegeben werde, das Ministerium nur nach seinem Sinne und „nach dem Willen des Volkes" zu wählen. (Gnädige zu wissen.)

Den wackren „Kreuzzeitung" wurde das Paris geschrieben: „Als Kuriosum bemerken wir, daß unsere Pirmonitäten die antibonische Wendung der napoleonischen Politik mit den Wahlen in Preußen in Verbindung bringen. Nicht daran zweifelnd, daß die Fortschrittspartei im Preußen den Sieg davontragen werde, habe der Kaiser den Augenblick für günstig gefunden, der Revolution ein neues Pfand zu geben." (Wie schlau!)

Hannover. Der bekannte Herr v. Bennigsen war in Göttingen mit Streibock und Bekannten in einem öffentlichen Restaurationslokale zusammen getroffen. Einer der Gäste brachte einen Toast aus auf ihn, und dieser schickte sich an, den Toast zu erwidern. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, als der L. Polizeidirektor Rüppel hereintrat, Gendarmen und Polizisten an der Thür postirte und die Versammlung für aufgelöst erklärte, sowie die Anwesenden zum Auseinandergehen aufforderte. Begreiflich waren die Vorstellungen, daß es sich hier nicht um eine politische Versammlung, sondern um eine gesellige Vereinigung handle, Rüppel blieb bei seinem Beschl und wollte sich auf Erörterungen gar nicht einlassen. Um nicht Konflikte herbeizuführen, gingen die Anwesenden aus dem Saal. v. Bennigsen äußerte im Scherze, daß schon Vieles in Hannover passirt sey, ein solcher Akt gesetzwidrigen, polizeilicher Willkür aber doch noch nicht. Er richtete deßhalb an Rüppel die Interpellation, ob derselbe von dem gesetzwidrigen Verfahren der Polizei Kenntniß habe, ob er oder eine andere Behörde, wie das wahrscheinlich sei, dazu Auftrag gegeben, ob es die Absicht habe, eine Untersuchung darüber einzuleiten und den schuldig gefundenen Beamten zu bestrafen. Barries verwies die Sache ad calendas graecas, indem er den Interpellanten ersuchte, in geschäftsordnungsmäßiger Weise bei den Oberbehörden über den Polizeidirektor Beschwerde zu führen.

Würtemberg. In Künzelsau ist eine Vereinstelegraphenstation errichtet und mit beschränktem Tageinn für den allgemeinen telegraphischen Korrespondenzverkehr eröffnet worden.

Mit dem 1. Mai ist Hopf von der Redaktion des Stuttgarter „Beobachters" abgetreten, weil er sich nicht dazu hergeben wollte, das demokratische Blatt zum Organ des Nationalvereins zu machen. Der jetzige Redakteur Bierer von Tübingen hat sich dazu hergeben lassen; es ist darnach aber eine Spaltung in der demokratischen Partei eingetreten, die nicht durchaus nationalvereinlich ist. Hopf gibt nun ein besonderes Wochenblatt heraus.

Fürst Carl Heinrich v. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg hat seinen Prinzen gegen die Successionsberechtigung des Fürsten Wilhelm v. Löwenstein-Wertheim-Freudenberg zurückgenommen.

Man erfährt, daß Ludwig Uhland, jener öffentlichen Demonstration abhold, überhaupt noch sehr leidend, des vielen Beweisen von Liebe und Anhänglichkeit, die ihm zu seinem 75ten Geburtstag gebracht wurden, nur einen stillen Dank sagen konnte. Jeder persönlichen Begegnung mußte er sich zu entziehen, selbst Hoffmann aus Fallersleben konnte nicht bis zu ihm dringen.

Kurhessen. In Hanau haben die nach der 60er Verfassung berufenen Wahlberechtigten beschlossen, gleich den Fassaern einen Protest bei dem Bundestag, in Betreff der neuesten Verbindung der kurfürstlichen Regierung eingelegen, und denselben bereits ausgefüllt. Man versteht, daß, mit Ausnahme der etwa Abwesenden, ferner der früheren Wahlberechtigten, welche, vielleicht mit nur einzelnen Ausnahmen, wie der zur Wahl berufen sein würden, sich ausschließen wird. Am Wahltag selbst wird man die angesonnene Anerkennung der 60er Verfassung verweigern, und sich nöthigenfalls der Wahl enthalten. Alter Wahrscheinlichkeit nach wird sich das ganze Land, vielleicht mit Ausnahme einiger Dorfbürgermeister und Gemeinderäthe, dem von den zwei größten Städten zu gebenden Beispiel anschließen. Die zwei ersten, in Folge der Giessener Verabredungen ausgegebenen Flugblätter der Verfassungspartei, in welchen in populärer Sprache das Treiben und die wahren Absichten des „Festenvereins" dargelegt werden, werden nicht ohne Wirkung bleiben. (N.F.Z.)

Baden. Der seit mehreren Wochen gegen Bürgschaft auf freiem Fuße in Kehl weilende preußische Oberlieutenant v. Bonin ist zur Erstehung seiner Strafe wegen des hier stattgehabten Zweikampfs und Erschießen des Hrn. v. Roskof (aus Neuenburg) nach Rastatt abgereist. Das hofgerichtliche Urtheil lautet auf zwei Jahre Festungsstrafe, zugleich in Herr v. Bonin aus preußischen Diensten mit Ausschluß auf Wiederanstellung (nach erstandener Festungsstrafe) abgeschiedet.

Schweiz.

Der 10. Mai, der Jahrestag des schrecklichen Brandes in Glarus, soll alljährlich durch Läuten sämmtlicher Glocken von halb 10 bis halb 11 Uhr Abends gefeiert werden. Pfarrer Schuhl ist beauftragt, einen Generalbericht über alle empfangenen Gaben und deren Verwendung auszuarbeiten, der in 10,000 Exemplaren verbreitet werden soll.

Ueber den Tod des Dr. Christian Hoppl, welcher seit einiger Zeit an Trübsinn litt, erfährt man nachträglich, daß er sich auf einem Nachen gegen die Mitte des Sees begab, dort die Ruder hintenlegte, sich rücklings gelegt auf den äußersten Rand des Nachens niederstreckte und mit einer Pistole vor die Stirn schoß. Derselbe stürzte sofort in den See und vermochte der Leichnam, da er nach der tiefsten Stelle des See's sich senkte, nicht aufgefunden zu werden.

Dänemark.

Der König hat in der Freimaurerloge zu Kopenhagen, deren Großmeister er ist, einen neuen Orden gestiftet, dessen Dekorationen auch außerhalb der Loge getragen werden dürfen. Derselbe heißt Magister-Templi-Orden, und bisher sind nur einzelne Ordensbrüder in Dänemark mit demselben dekorirt worden. Der König Karl XV. von Schweden, der Prinz Oskar und der schwedische Gesandte am Kopenhagener Hofe, Graf Wachtmeister, sind zu auswärtigen Mitgliedern des Ordens ernannt.

Schweden und Norwegen.

In Stockholm hatt der spanische Ministerresident, Don Moreno y Landaburu, der war schon im Jahre 1819 als Attaché in das spanische Gesandtschaftspersonal eingetreten und wurde der Reihe nach zum Legationssekretär, zum Geschäftsträger und endlich (1852) zum Ministerresidenten befördert. Er war der Senior des in Stockholm akkreditirten diplomatischen Korps.

Frankreich.

Der Budgetkommission wurde folgendes von 32 Deputirten unterschriebene Amendement zugestellt: Art. 2 des Budget der außerordentlichen Einnahmen, welcher eine Zuschlagssteuer von 10 Frs. per 100 Kilo auf Rohzucker jeglichen Ursprungs festsetzt, ist aufzuheben. Die in demselben Artikel enthaltenen Verfügungen hinsichtlich der raffinirten Zucker und der Kolonialmelasse sind gleichfalls aufgehoben. Art. 4 ist, insofern er die Zucker betrifft, ebenfalls aufgehoben.

Am Todestag Napoleon's I. wurde in der Tuilerienkapelle ein Trauergottesdienst abgehalten, dem der Kaiser, die Kaiserin und die Mitglieder der kaiserlichen Familie, sowie die Minister des kaiserlichen Hauses, die Großwürdenträger der Krone u. s. w. beiwohnten. Gleichzeitig wurde im Invalidendom eine Messe für die Seelenruhe Napoleons I. gelesen und zwar dieses Jahr zum ersten Mal an dem neuen dem Eingang der Gruft gegenüber errichteten Altar. Die Napoleonsfahne, auf dem Dombomplatz, war, wie alljährlich, schon früh Morgens von den Veteranen der alten Armee mit Immortellenkränzen geschmückt worden.

Die „Fr. Pth." schreibt: Bekanntlich ist der Kaiser der Franzosen mit einer Geschichte des Lebens und insbesondere der Kriege Cäsars beschäftigt und bedeutete dazu auch einen mit den römischen Alterthümern vielfach des Rheins besonders vertrauten Forschers und Kenners, insbesondere so weit sich die Alterthümer auf die römische Kriegsführung erstrecken. Als solcher wurde dem Kaiser Napoleon III. der hiesigen Bundeskriegscommission bisher angehörende k. preußische Major im Ingenieurcorps, Herr v. Cohausen, bezeichnet und dieser ist nun von seinem Kriegsherrn, König Wilhelm I. ausdrücklich ermächtigt worden, sich zu dem gedachten Behuf nach Paris zu begeben."

(Wir hatten schon mehrmals Gelegenheit, auf die wortlose Sykelei der Napoleonischen Geschichtschreibung aufmerksam zu machen.)

Spanien.

Nach aus Madrid angelangten Berichten, aus Teruan vom 30. April hätten

Digitized by Google

die spanischen Truppen an diesem Tage die Stadt völlig besetzen. Marcellanischer Truppen zichen in denselben Augenblick durch ein anderes Thor ein, als jene ausgezogen.

Italien.

Der Papst übergab, wenn ich recht berichtet bin, seinen Soldaten 4 Fahnen, und schickte eine Anrede an die Mannschaften. — Garibaldi besuchte am 29. und 30. April die Schlachtfelder von Solferino und San-Martino und hegab sich dann nach Desenzano, wo er eine Rede hielt. — Pater Bonifacio, der Garibaldische Feldprediger, sammelt in Sizilien Unterschriften für eine Petition an den Papst wegen Umgestaltung seiner Politik. — Die italienische Regierung hat Lenticelle bereits Lieferung von 200,000 Gewehren abgeschlossen. — Als Präsidentin des Vereins Casa Guidi wurden in Neapel berufen: Die Ammende, Vater und Sohn, ehemalige bourbonische Diplomate, Gallo, Bruder des Bischofs und Beichtvaters Ferdinands II., Marchese Lancellotti, Torrenteres und ein Sizilianer, Namens Tommasini.

Der „A. A. Z." wird aus Turin geschrieben: Das große Ereigniß, das so geheimnißvoll angekündigt wurde, scheint noch nicht eintreten zu wollen, indem Kunde sich im Laufe dieses Monats noch manches aufklären. Von allen Seiten wird eine wenig wahrscheinliche Nachricht angekündigt, welche sich dennoch im Einklick auf die Uebereinstimmung der deßfallsigen Gerüchte bewähren dürfte. Es ist dies eine Zusammenkunft des Papstes mit Viktor Emanuel bei der Rückkehr des letztern von Neapel. Derselbe soll sich in Neapel auf dem französischen Schiff „la Bretagne" einschiffen, nach Livorno sich begeben und dann von dort nach Turin reisen. Die päpstliche Dampfcorvette „Immaculata Conceptione" liegt bei Porto d'Anzio vor Anker, und der König soll sich derselben bedienen, um dem hril. Vater einen Besuch zu machen. Andere behaupten, die Zusammenkunft soll auf dem französischen Admiralschiff „la Bretagne" stattfinden. Fast alle unabhängigen Blätter, selbst die „Opinion Nationale," die ihre Eingebungen aus dem Palais Royal erhält, erwähnen dieser Zusammenkunft. (Trotzdem wollen wir nicht eher daran glauben, bis sie wirklich stattgefunden hat. Daß der König dem Bischofs-Kongreß die politische Spitze abzubrechen sucht, begreift sich leicht.)

Man spricht noch von dem in Genua, beim Bankier Parodi, begangenen Diebstahl. Die Diebe haben nicht nur die zehn Kommis des Hauses gefesselt, sondern auch noch vier fremde Personen, die Geschäfte halber kamen, gebunden. Man begreift nicht, daß keiner der 14 Personen den Muth hatte, um Hülfe zu rufen. In der Nähe von Genua ist ein Mann festgenommen worden, bei dem man 200,000 Franncs vorfand; er soll Geständnisse gemacht haben.

Rußland und Polen.

In Warschau am 3. Mai neue Demonstrationen und Verhaftungen. Es fand durch Singen der bekannten Melodie: „Boze cos Polske", der ein anderer Text unterlegt war, in der Kreuzkirche eine Demonstration zur Feier des Konstitutions-Tages statt. Gleich darauf sah man die Kavallerie-Patrouillen vermehrt und die Wachtposten verstärkt. Die Umzüge und der Aufgabe-Tag vom 29. d. haben bei der Menge und den nicht unmittelbar dabei interessirten Personen den gehofften günstigen Eindruck verfehlt. [illegible]

Amerika.

Beauregard's aufgefangene, ihrem Hauptinhalte nach mitgetheilte Depesche soll eine Fälschung sein. Der „New-Yorker Tribune" zufolge ist die Unionsregierung geneigt, die in Tanger verhafteten Amerikaner freizulassen. Die Sonderbund-Regierung hat sich den Sklavenhebern der Prinz Georgs- und Sutter-Grafschaften, die Fälle ihrer Neger requirirt, um auf Rechnung Portlowns Belehrungen der Milizmannschaft anzukaufen.

In Buenos Ayres war bereits am 25. Mai, den Jahrestag der Revolution, durch welche am 9. Juli 1561 als Unabhängigkeit des Landes zu Stande gekommen, sein Ende den Abgeordneten der 13 Provinzen, welche den argentinischen Bundesstaat bilden, zusammengetretener Kongreß eröffnet worden. Die Lage der Republik ist befriedigend. Im Innern herrscht gibt es noch immer verschiedene Ruhestörungen. Rosario war wieder durch ein Gebäude heimgesucht worden, das kaum weniger heftig als das vorjährige war, dem der größte Theil der Stadt zum Opfer fiel, und das mehrere Menschenleben kosten. In Montevideo hat der Senat die von der Regierung eingebrachte Bill zur Zahlung der fremden Forderungen verworfen.

Asien.

Ostindien. Die Gegend zwischen Cawnpur und Dschabulpur wird durch Gruselräuber unsicher gemacht, in deren Hände ein Engländer fiel. Niederhauen fürchtet man allerlei Volk von europäischem Gesindel. Der Rajah von Dareun hat den ihm von der Königin verliehenen indischen Orden bisher noch gar nicht getragen, weil er die religiösen Gefühle seiner mohamedanischen Unterthanen zu verletzen fürchtet. Die indische Regierung hat den Raizchah von Melsur auf sein Ansuch um Rückgabe seines Landes abschlägig beschieden.

Volkswirthschaftliches.

In Stuttgart waren die Papierfabrikanten Württembergs versammelt, um sich über die Folgen des französischen Handelsvertrags zu besprechen. Sie finden sich durch den durch Vertrag herabgesetzten Zuckzuhrzoll auf Hadern sehr gefährdet und sollen deßhalb eine Eingabe an die Regierung beschlossen haben, von der sie auch der hohen Kammer Mittheilung machen wollen. Als Gäste und Zuhörer bei dieser Versammlung waren einige Papierfabrikanten aus Bayern und Baden, wie die Chefs einiger Lumpenhandlungen erschienen.

Nichtpolitische Zeitung.

Die größern bayerischen Städte wiben sich nach der Höhe ihrer Volkszahl in folgender Weise: München 147,300, Nürnberg 69,000, Augsburg 45,600, Würzburg 36,300, Regensburg 27,900, Bayreuth 18,000, Passau 13,850, Ansbach 12,260, Landshut 12,120, Hof 12,000, Aschaffenburg 10,730, Kempten 10,400, Aschaffenburg 9470, Schweinfurt 8700, Neuburg a/D. 8260, Eichstätt 7350, Schwabach 6600, Memmingen 6600, Nördlingen 6400, Dinkelsbühl 5000, Lindau 4950, Rotenburg ob der Tauber 4900, Kaufbeuren, 4500, Donauwörth 3310 Seelen.

In Nürnberg wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aus dem Fischbache gezogen. Ein Arbeiter in der Steiner-Kleischen Fabrik wurde von einem Riemen (Transmission) erfaßt, in die Höhe geschleudert und getödtet.

In Elbingerode am Harz, wo die abgebrannte Kirche aufgebaut wird, stürzten die Wölbungen ein. Vier Arbeiter wurden ganz zermalmt, mehrere schwer oder leicht verwundet. Der Steinhauer Jordemann, der die Steinhauer-Arbeiten mit diesem Geschäft ausführte, befindet sich unter den Todten.

Eine aus der Fabrik in Olten hervorgegangene Lokomotive, welche für Italien bestimmt ist, soll das Problem, die Schnelligkeit und das Anhalten der Maschine von dem Willen ihres Führers abhängig zu machen, vollständig gelöst haben. Die im Hauensteintunnel mit ihr vorgenommene Probe ist glänzend bestanden worden. Ohne die Schnelligkeit im mindesten zu vermehren, fuhr sie bei einem Gefälle von 28‰ den Tunnel abwärts und eben so, als gehemmt wurde, ebenso wurde sie jedes; alle Schwierigkeit lösen, nun stehen geblieben. Die äußerst einfache Vorrichtung ist die Erfindung des Maschinenvorstehers der Nöchlichen Bahn in Mühlhausen, des Herrn Gehemann, und ihr gemacht wird, wie wir hören, sie wohl bald überall Anwendung finden.

In einigen Städten Belgiens haben sich auch wasserscheue Hunde gezeigt und sind in Brüssel drei Frauen von einem solchen gefährlich verletzt. (Wirdient auch anderswo Beachtung.)

In Utrecht ist der berühmte Physiologe Professor Schröder van der Kolk gestorben.

Die Inauguration des Standbildes des Malers Ary Scheffer in Dortrecht, wo der gefeierte Künstler geboren ist, wird außerordentlich festlich begangen werden. Viele der hamhaftesten Künstler aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich werden beiwohnen.

(Das Weihegedicht zur Eröffnung der Londoner Industrie-Ausstellung von Alfred Tennyson.) Der poeta laureatus All-Englands hat bekanntlich die ehrenvolle Aufgabe erhalten, die Hymne zur Eröffnungsfeier der Weltausstellung zu dichten. Wir geben hier den Text des Gedichtes in eines gelungenen, der „Bayer. Ztg." entnommenen Uebersetzung:

Viel tausend Stimmen, volle und sanft-geschwellt,
Erheben sich in dieser weiten Halle, und erfüllt,
Wovon erfindungsreich die Erde überquillt,
Und preisen drin' den unsichtbaren Herren der Welt.

Die Nationen lädt aufs neu in Frieden sich beGrüßend, —

Wo Wissenschaft und Kunst und Arbeit Myriaden Früchtkörner gesäet auf zu unsern Füßen.
O Völker Eurer unsren Zweifel gen Himmel,
Betaur'rt in dieser geil'gen Arbeitsstunde, Dir,
Dir weinen unsern Dank für dies, was alles wir.

Drin wor der Welt, der eine Welt bezwang,
Und sieh den meisterweisen Arbeitsraum
Des Glaubensstolz' die schöpferisch treu entsprang,
Die Flügel riefig wie im Traum!

Sieh Eisen und Baumwolle Verschwistert,
Wie die Maschine, Spinne und Webstuhl geht,
Sieh, was in fernen Landen liegt gebaut,

Digitized by Google

Sieh' Stahl und Gold, und Korn und Wein,
Hier grobes Werk, dort Feinarbeit fein gehäuft,
Hier was der Mittagsline Sonne reift,
Und Ost und West zusammen dort gestellt
Den Zaubertrieb, das Nordvolk Wintermerk,
Was Kunst, die göttliche, in Bild und Farb' entfaltet.

Was ein Planet, so schön, an Schönheit kann erzeugen,
Was immer nutzenschaffend ist den Menschen eigen,
Gebracht aus jedem Himmelsstrich,
Von jedem Festland hergewebet findet sich
Es hier, und gleichwie Leben ist vermischt mit Sorgen,

So ruhen Kriegs- und Friedenswerke hier vereint geborgen.
Ihr weisen Denker, und ihr weiseste Regenten!
O ist dem höchsten Handel seine letzten Kehrungen!
Den schönen Friedensbilder mit der weißen Schwinge,
O lasst ihn fliegen in des Glückes Häfen aller Enden!

Die Jahreszeiten und die gold'nen Stunden
Sich mischen, bis ein Jeder hat gefunden
Sein eigen Wohl im Wohl der ganzen Welt,
Und edler Bruderstimm die Menschheit fest zusammenhält.
Die dann die Waffenthürme bricht und Panzerflotten,
Und herrscht, geschrecklich der Natur Gewalten,
Des Friedens Früchte sammelt rings verstreut,
Mit allen seinen Blumen still gereint.

Der „Messager de Bayonne“ berichtet, daß am 29. April in Marrac ein zur Kavalleriekaserne gehöriges Gebäude plötzlich zusammenstürzte, und 77 Pferde, denen es als Stall diente, unter sich begrub. Zum Glück ist kein Menschenleben dabei verunglückt. Von den 77 Pferden blieben 2 gleich todt; 3 mußten sofort niedergeschossen werden; 11 andere wurden schwer verletzt und ungefähr 40 kamen mit leichten Kontusionen davon.

Neueres.

Bayern. Der fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverpeditionen Königsberg in der Sachsen-Koburg'schen Enklave in Unterfranken, Taxpunkt 549 ist zum Unterschied von gleichnamigen Postorten in postalischer Beziehung die Bezeichnung: „Königsberg in Sachsen-Koburg“ gegeben worden, was den k. Verkehrsanstalten zur Berichtigung des General-Verzeichnisses der Vereinspostanstalten hiemit bekannt gegeben wird.

Am 1. k. Mts. werden in Greifenberg, im Reg.-Bez. Oberbayern, Landg. Landsberg, Taxpunkt 925 und in Tutting, im Reg.-Bezirk Niederbayern, Landg. Rothkalmünster, Taxpunkt 883 Brief- und Fahrpost-Expeditionen, und zwar in Greifenberg mit Postallhaltung in Wirksamkeit treten. Dagegen werden aufgehoben die Postexpedition zu Neuhaus a. P.-j und die Postallhaltung zu Inning a. P.-j.

Nürnberg, 7. Mai. Das Eisenbahnnetz Bayerns ist durch die Linien der Ostbahnen jetzo durch die beiden direkten Bahnen von Ansbach nach Würzburg und von Nürnberg nach Würzburg wesentlich vervollkommnet worden. In seiner Verkehrsentwicklung erübrigt aber noch weiter, daß Nürnberg und Fürth sowohl die direkte Linie über Ingolstadt nach München und von da über den Brenner nach Oberitalien als auch die über Ansbach nach Crailsheim zum Anschluß an Württemberg gewinnen. Um dies zu ermöglichen, hat sich ein Verein hiesiger Bürger schon seit Ende vorigen Jahres mit dieser Frage beschäftigt und ein Komité gebildet, das im Verein mit Einwohnern Fürths bereits um die Konzession zur Projektirung des Schienenweges nach Ingolstadt bei dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten eingekommen ist und am 5. d. sich mit Bürgern Ansbachs verständigt hat, um sofort auch um die Konzession der Ansbach-Crailsheimer Linie einzukommen.

Preußen. Die aus allen preußischen Landestheilen eingehenden telegraphischen Nachrichten verbürgen der entschieden liberalen Partei den glänzenden Wahlsieg, welchen die Urwahlen bereits voraussehen ließen. Dieselbe wird in dem neuen Abgeordnetenhause nicht nur eine größere Zahl von Mitgliedern besitzen, sondern es werden ihre Kandidaten auch mit einer bei früheren Wahlen fast beispiellosen Majorität durchgesetzt.

Die „Pos. Z.“ schreibt: Gestern wurde in der St. Martinikirche hierselbst auch wieder das Boze cos Polske gesungen.

Selbst in Hohenzollern-Hechingen war die Betheiligung an den Wahlen äußerst lebhaft. Aus der Wahlurne gingen hervor Appellationsgerichtsrath Dopfer von Ehrenbreitstein und Kreisrichter Riefenstahl von Haigerloch (beide liberal).

Rußland. Der Czaar hat an seinem Geburtstage viele Ordensverleihungen und Gnadenbezeugungen vollzogen. — Um dem Mangel an kleinen Banknoten und an Scheidemünze abzuhelfen, soll die Regierungs-Kommission der Finanzen zur Erleichterung des Umlaufes größerer Banknoten gegen kleine, an denjenigen Orten, wo sich ein solcher Mangel am meisten fühlbar macht, wenn auch nur zeitweilig, Kassen einrichten; gleicherweise soll sie bestimmen, ob die Menge der aus dem Reservefonds der Bank des Kaiserreiches überwiesenen und allfährlich übrigbleibenden Banknoten in dieser Hinsicht genüge, und, wenn diese Summe dem Bedürfniß nicht entspricht, ein wie hoher Betrag von Ein- und Dreirubel-Billets zum Umwechseln der 50- und 100-Rubel-Billets im Königreiche unentbehrlich ist, damit die Umwechselung so viel als möglich ohne Unterbrechung und dem Bedürfnisse entsprechend ausgeführt werden könne.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	77½ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	77½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	84⅜ P. ½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	84⅜ G.
„	4½ pCt.	74½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch. .	91⅛ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	101⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅜ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100¾ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1847	96½ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P. 100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.
„	3 pCt. Obl.	95¾ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. F. à 5. 2. 80	48⅜ G.
„	3 pCt.	48⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	98¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	122½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	776—77 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 G.	o.D
Bayerische Bank à fl. 500	201½ G.	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	219½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	82½ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	80½ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	241 P.	ex.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	73½ G.	
Oest. F. L. Rud. Eb. 4pCt. Pr. à 200 fr.	243 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn à 5 pCt. .	127 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 à pCt. Z.	97¼ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	136½ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109 P. 108½ G	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	64⅝ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	250 P.	o.D.
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P. 503 G.	
„ Credit-Akt. ces. Peseta . .	332 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. voEinbez.	106⅜ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz. .	105¾ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100⅛ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.	
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	96⅜ B.	
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅝ G.	
Hamb. MB. 100 k. S.	88¾ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.	
Lyon Frs. 200 k. S.	—	
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
Wien fl. 100 k. W.	—	
do. 2 à 3 M.	—	
do. in St. W. l. S.	90⅛ B. ⅛ G.	
Disconto-.	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	114½ P.	
„ fl. 250 v. 1854 mit 40 Ct.	74⅜ G.	
„ fl. 100 v. 1860 ö. W.	72¾ P.	
„ fl. 100 Rud. L. v. 1858	122 G.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	124 P.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 35.	39¾ G.	
Badische fl. 35	55¾ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅜ P. 58 G.	
Gr. Hessen Z. 50 b. R.	132¾ P.	
„ fl. 25 dto.	37 P.	
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	37 P.	
Sardinien Fr. 36 b. R.	—	
St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36¼ G.	
Venetian.-Loose fl. 30 . .	11 G.	
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	13⅜ G.	

Frankfurt, 7. Mai. Das meiste Geschäft fand in öfterr. Kreditaktien zu steigenden Kursen statt. Für öfterr. Fonds- und Bankaktien war zwar die Stimmung ebenfalls günstig, deren Kurs jedoch nicht wesentlich höher. Hanauer Eisenbahnaktien wurden abermals billiger abgegeben. 5pCt. russische Obligationen wurden mit 1 und 1½ pCt. Avance umgesetzt. (Sond.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Freitag, **9. Mai 1862.**

Deutscher Bund.

Die gesetzgebende Versammlung der freien Stadt **Frankfurt** bewilligte auf Antrag des Senats im Einvernehmen mit der städtischen Bürgerrepräsentation 10,000 fl. zum allgemeinen deutschen Schützenfest; darunter 1750 fl. für den ersten Ehrenpreis, 5000 fl. Festbeitragsbeitrag und 1250 fl. Polizeikosten.

Man begegnet noch immer der Behauptung, daß Preußen die Erneuerung des Zollvereins von der Annahme des französischen Vertrags abhängig mache, und daß diejenigen Staaten, welche den letzteren ablehnen, von selbst aus dem Vereine ausgeschlossen seien. So zuverschlicht diese Nachricht auftritt, so können wir doch nicht daran glaubrn, weil Preußen am meisten dabei verlieren würde. Abgesehen von allen politischen Motiven, die gewiß nicht unberücksichtigt bleiben, würde die preußische Industrie ihren Hauptmarkt einbüßen, wenn z. B. Bayern und Württemberg durch die obige Bedingung aus dem Zollverein gedrängt würden. Preußen kann den Zollverein nicht auflösen, ohne sich selbst die schwersten Nachtheile zuzufügen; das Seinemachen ist deshalb nicht am rechten Ort.

(Fr. Postz.)

= **Oesterreich.** Wie aus St. Pölten geschrieben wird, begab sich dort eine Bürgerdeputation unter Führung des Bürgermeisters zu dem Bischofe Dr. Feigerle, um von ihm die Einweihung des Friedhofes zu erbitten, den die Kommune hat vergrößern lassen. Als der Bischof jedoch erfuhr, daß die Gemeinde auch ihren protestantischen Mitgliedern ein Plätzchen reserwirt habe, das von der katholischen Abtheilung nur durch einen Rasenabschnitt getrennt sey, verweigerte er die Erfüllung des Gesuches. Er verlangte, daß vorher die protestantische Sektion von der katholischen durch eine Mauer getrennt werde; auch müsse in die Außenmauer eine zweite Thüre eingebrochen werden, welche direkt zu der evangelischen Abtheilung führe, damit nicht ein protestantischer Pastor die katholische Ruhestätte entweihe, indem er genöthigt sey durch dieselbe sich nach dem protestantischen Kirchhofe zu begeben. — Bei dem Leichenbegängnisse eines Westbahnbeamten wollten seine Kollegen, die ihn zu Grabe trugen, in der Kirche ein deutsches Grablied singen, welches jedoch der Pfarrer von Schottenfeld mit der Begründung verbot: „Da bei ihm schon durch viele Jahre in der Kirche kein deutsches Lied gesungen wurde, erlaube er es jetzt auch nicht."

Preußen. Die Wahlnachrichten gestalten einen ziemlich vollständigen Ueberblick über das Gesammtergebniß. Der glänzende Wahlsieg der entschieden liberalen Partei ist vollkommen gesichert. Wie es scheint, wurden diejenigen Abgeordneten, welche für den Hagen'schen Antrag gestimmt haben, ohne Ausnahme wiedergewählt. v. d. Heydt ist in seinem alten Wahlkreis Elberfeld-Barmen geschlagen. Auch Graf zur Lippe und Hr. v. Jagow sind gegen liberale Kandidaten in der Minorität geblieben. Die Ultramontanen haben namentlich in der Rheinprovinz, aber auch in Schlesien eine Anzahl von Stimmen an die Liberalen verloren. Die Deutschen in der Provinz Posen hielten im Ganzen diesmal fester gegen die Polen zusammen, als bei der vorigen Wahl.

Das in der Sitzung des Zuchtpolizeigerichts zu **Trier** gegen die Broschüre von L. Simon, „Meine Deserion", gesprochene Urtheil erkannte den Inhalt derselben fortlaufende für strafbar an, und lautete demgemäß auf Vernichtung der in Hiesigen Buchhandlungen mit Beschlag belegten Exemplare.

In **Posen** hat sich die Parteitheilung schlagend kund gegeben, indem von 170 abgegebenen Stimmen der Kandidat der deutschen Fortschrittspartei 118, der Kandidat der Polen 35 und der Kandidat der Konservativen, Kriegsminister v. Roon, nur 17 Stimmen, und zwar ausschließlich vom Militär, erhielt.

Württemberg. In der Sitzung der 2. Kammer vom 7. Mai wurde ein Antrag der Herren Hölder, A. Steger, Fetzer, Probst, Mohl, Becher u. A.: die Kammer wolle beschließen, die Eröffnungsrede mit einer Adresse zu beantworten, und zu diesem Behuf eine Adreßkommission wählen, mit 43 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Schweiz.

Die französischen Blätter der **Schweiz**, welche mit geringer Ausnahme von bonapartistisch inspirirten Korrespondenten bedient werden, lassen sich wieder einmal alles Gute und Schöne von dem Prinzen Napoleon berichten. So soll er kürzlich aus Neapel eine Menge Briefe erhalten haben, welche ihn aufforderm, sich als Bewerber um die Königskrone beider Sizilien aufzustellen. Prinz Napoleon habe aber geantwortet, „er ambitionire keine Königskron; seine Sache sey ringig und allein die Freiheit und das Wohl der Völker." (Der Prinz ist bekanntlich ein Landsmann des berühmten Röhrle von Hähnerneuhausen, der keine kaiserliche Gnade brauchte, und ein „Gergott-Saferment" war.)

Die Regierung von **Zürich** hat dem Bundesrathe den Beschluß, betreffend die Aufhebung des Klosters Rheinau, mit der Bitte eingesandt, ihn der badischen Regierung mit der Bemerkung zu übermitteln, daß laut Art. 9 des Vertrages vom 6. Dezember 1856 die in den Besitz des Klosters getretene Züricher Regierung nun auch über seine auf badischem Gebiete liegenden Güter zu disponiren hat. Der Bundesrath wird diesem Verlangen entsprechen.

Großbritannien.

Im Unterhaus beantwortete Lord Palmerston eine Anfrage Griffiths über die in den öffindlichen Zeitungen berichteten neuesten Vorgänge in Central-Asien dahin, daß die Regierung noch keine amtliche Nachricht von dem Vorrücken der Perser gegen Herat erhalten habe. (f) — Die „Morning-Post" begleichet den von dem französischen Gesandten in **Washington**, Mercier, gethanen Schritt als zweifellos ungewöhnlich und bemerkt über denselben Folgendes: „So lange wir nicht wissen, daß dieser Schritt von einer europäischen Kombination genehmigt ist, und so weit wir aus der Vergangenheit der mit Bezug auf Amerika befolgten Politik einen Schluß zu ziehen vermögen, können wir nicht annehmen, daß Napoleon plötzlich seinem Gesandten Instruktionen gegeben haben sollte, in eine isolirte Stellung einzutreten. Wir müssen daher annehmen, daß Herr Mercier auf eigene Hand verfahren ist, aber unsere Erwartungen von dem Erfolge seines Schrittes sind nicht groß. Der jetzige große Feldzug muß erst zu Ende gebracht werden; wenn es dann zu einem Waffenstillstande gekommen ist, kann der Moment für die Eröffnung von Unterhandlungen eintreten. Gegenwärtig ist jeder Versuch dieser Art, zumal wenn er von Fremden unternommen wird, verfrüht.

Die „Morning-Post" sagt, der glänzende Empfang des Königs von Italien in Neapel widerlege alle über die Lage dieses Landes verbreiteten Verläumdungen; es nahe die Lösung der römischen Frage. Der „Morning-Herald" meint, der Papst werde es vielleicht eher vorziehen, sich in würdiger Weise von Rom zurückzuziehen, als in einer durch fortwährende Intriguen unerträglich gemachten Stellung zu bleiben.

Frankreich.

Die „Allg. Ztg." läßt sich aus **Paris** schreiben: Der Kaiser hat beschlossen, dem status quo einen bestimmten Termin zu setzen. Die Dauer der Okkupation Roms soll bloß mehr auf ein Jahr beschränkt, und bei der Notifizirung dieses Termins der Papst ein letztesmal zu Reformen im Sinne des Schreibens an Edgar Ney aufgefordert werden. Selbst nach der Räumung Roms will Frankreich darüber wachen, daß im Kirchenstaat weder eine italienische

Digitized by Google

Invasion noch eine ausländische Intervention stattfindet. Es wird aber kein Hindernis entgegensetzen, wenn die päpstlichen Unterthanen sich gegen die weltliche Macht mit Erfolg erheben, und den Triumph der italienischen Revolution in Rom proklamiren. (Es versteht sich von selbst, daß der geschichtliche Lauf der Ereignisse sich durch keine diplomatische Papier-Schablone bestimmen läßt.)

Die „Fünfe" (Demokraten) im gesetzgebenden Körper haben zu dem Gesetzentwurf in Bezug auf die Modifikationen im Strafcodex ein Amendement gestellt des Inhalts: Zu Art. 1. daß die dem Zuchtpolizeigericht zugewiesenen Vergehen vor Geschworene zu verweisen sind, mit Ausnahme von Bettelei, Vagabundage rc. Zu Art. 22 beantragten die Amendementssteller eine Beschränkung des Begriffs der Amtsbeleidigung.

Beim Rennen zu Longchamps kam es zu einem Konflikt zwischen dem Polizeipräfekten Boittelle und verschiedenen Mitgliedern des Jockeyklubs, die, seitdem mehrere der bedeutendsten Persönlichkeiten dieser hocharistokratischen Gesellschaft bei der Aufführung des Gotillon so en canaille von der Polizei mißhandelt worden sind, sehr übel auf dieses gemeinnützige Institut und seinen Chef zu sprechen sind. Man machte ihm den Eintritt in die Tribüne des Jockeyklubs streitig; er gehöre nicht dahin und man könne ihn nur dann nicht abweisen, wenn er in amtlicher Eigenschaft auftrete. Es kam zu bissigen Worten, beinahe zu neuen Gotillonsauftritten, man sprach selbst von Herausforderung rc. Kurz, es war eine frei ins Französische übertragene Aufführung der ominösen Hindelbey-Kleist-Rochow'schen Scene.

Vom französischen Rheinufer wird der „Badischen Landesz." unterm 4. Mai geschrieben: „Die Pariser „Opinion nationale" äußert: „Die badische Regierung ist vielleicht die freisinnigste in Europa". Dieser Ausspruch knüpft sich an die allerwärts mit Freuden aufgenommene Thatsache, daß sich die zweite Kammer in Karlsruhe einstimmig für das hessische Wahlgesetz von 1849 ausgesprochen, und wir dürfen ihn nicht, um die Thatsache unserer Leser schmeichelnd zu schwächen, da noch immer viel, sehr viel für die deutschen Brüder, wie für Baden selbst zu thun bleibt, sondern um die anregende Bewerbung damit zu verbinden, daß der kleine im Großherzogthum geführte Kampf gegen die kleinen Reste der Reaktion weithin, selbst in Frankreich seine Wirkung übt. Die freisinnige Presse in Paris wie in den Departements hält das kleine Land ihren Lesern wie der Regierung unaufhörlich als Muster vor, und allgemach erwacht und befestigt sich in weiteren Kreisen die Ueberzeugung, daß, was dort geschehen könne, auch in dem großen Frankreich nicht unmöglich sein müsse. Nicht minder wirkt der Einbruch der preußischen Wahlen. Wenn es hier in der That im Laufe des diesjährigen Septembers oder Octobers ebenfalls zu Neuwahlen kommen sollte, wie ein großer Theil der Presse wissen will, so wird man den Berliner Geist durch die Straßen von Paris, die Begeisterung von Königsberg und Köln durch die Provence und Picardie wehen fühlen, weshalb auch der Münchener Korrespondent des „Moniteur" für die Fortschrittspartei nur noch das sadenscheinige Wort „Umsturzmänner" hat. Und zweifelsohne verdienen die preuß. Wahlen die freudigste Beachtung, die vollste Anerkennung und Liebe zu denen, die sie vollzogen haben. Jeder Versuch, sie zu verkleinern, schlägt sich selbst. Mögen auch die zum Theil noch unbekannten Wahlen auf dem Lande nicht ganz so freisinnig sein, wie die der Städte; mögen Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, die Süddeutschen, preußischer geworden sein als die dort so verhaßten Preußen: im Ganzen und Großen ist das Ergebniß preiswürdig und wird die Schranke zwischen Nord und Süd, die Gott sei Dank etwas wackelig geworden ist, vollends einreißen. Theil aber hat an diesem Ergebniß Jemand, der, oft verkannt und oft geschmäht, gerechten Anspruch darauf hat, bei dieser Gelegenheit mit einer Bürgerkrone bedacht zu werden. Dieser Jemand ist niemand anders als der Nationalverein, und wir reichen ihm seine Krone im Namen aller deutschen Vaterlandsfreunde." (Eigenlob —)

Belgien.

Es heißt, die Krankheit des Königs habe sich durch eine Affektion der Lunge verschlimmert. Wie das Leiden jetzt steht, wird eine baldige Aenderung nach der einen oder der anderen Seite erwartet. Es ist nach Sevilla an den Herzog von Brabant telegraphirt worden, und steht man der Rückkehr des Prinzen binnen vier Tagen entgegen; gleichzeitige Meldung ist an den Schwiegersohn des Königs, Erzherzog Max. ergangen, und wird auch dieser unverweilt hier eintreffen. Der Ministerrath ist in Permanenz.

Portugal.

Man stellt die Vermählung des Königs mit einer preußischen Prinzessin in nahe Aussicht. Die durch Todesfälle gelichtete Dynastie Koburg bedarf der Nachkommenschaft, um den Umtrieben des oder der Prätendenten zu begegnen.

Italien.

Die „Italien. Korresp." versichert, der Herzog von Modena werde sein Heer nicht verabschieden; er werde Reformen in der Infanterie vornehmen und ihr den Namen „Brigade von Venedig" geben; dieselbe werde den Schwur zu leisten haben, dem Herzog, so lange er sich außerhalb seiner Staaten aufhalte, zu dienen und ihm bei seiner Rückkehr dorthin zu folgen. Diejenigen Soldaten, welche den Schwur der Treue nicht erneuern würden, werden entlassen werden.

Türkei.

Die Aufständischen der Herzegowina haben wieder 500 Transportpferde weggenommen; die Eigenthümer des Convois, 90 an der Zahl wurden ausgeplündert und mißhandelt. Derwisch Pascha ist zur Verfolgung der Plünderer abgegangen.

— In Serbien fährt man ununterbrochen fort, die waffenfähige männliche Bevölkerung bis zum Alter von 50 Jahren einzuschreiben; hievon ist außer der Geistlichkeit Niemand, auch nicht der Beamtenstand ausgeschlossen und finden sich in den Konskriptionslisten fast alle Minister und Senatoren eingezeichnet. Oftmals wird erklärt, es habe diese Maßregel nur zum Zweck, annähernd die Zahl aller in Serbien lebenden waffenfähigen Männer kennen zu lernen und man lege im Ausland dieser Konskription eine zu große Bedeutung bei.

Rußland und Polen.

Der Lithograph Fleck, ein Deutscher, der im vorigen Sommer mehrere der damals üblichen Adressen und Aufrufe vervielfältigt hatte, ist vor einigen Tagen zu einem zehnjährigen Aufenthalt in Tomsk (Sibirien) abgeführt worden. Arbeiten werden ihm durch seine Strafe nicht auferlegt.

Amerika.

Das von den Bundestruppen genommene Fort Pulaski liegt auf der Südspitze der Insel Cockspur, nahe der Mündung des Savannahflusses ins atlantische Meer, umgefähr 20 Meilen von Savannah, der Hauptbandelsstadt des Staates Georgia. Mit Mörsern von 16,000 Pfund Gewicht, aus deren Schlünden 200 Pfund schwere Kugeln auf eine Entfernung von 3000 Yards geschleudert wurden, wurde der Anfang der Beschießung gemacht, nachdem die Vorbereitungen dazu volle sechs Wochen gedauert hatten. Columbiaden von nie gesehener Größe wurden vorgefahren und schossen endlich, nach langem Kampfe, Breche. Schon waren verschiedene Regimenter zum Stürmen kommandirt, als die weiße Flagge von den Sonderbündlern aufgezogen und das Feuren eingestellt wurde. Die ganze Besatzung und alles Kriegsmaterial fiel dem General Gilmore in die Hände. Der Kommandeur des Forts, Colonnel Olmstead, überreichte seinen Degen mit den Worten: „Ich gebe mein Schwert ab, aber ich glaube, es nicht entehrt zu haben." Die Sterne und Streifen flattern wieder auf den übel zugerichteten Wällen. Zahl der Gefangenen 450. Beute: 380 Zentner Pulver, 7000 Bomben und 52 schwere Festungsgeschütze. Fort Pulaski ist der Schlüssel zu Savannah, und aus diesem Grunde der Fall desselben überaus wichtig. — General Bienker, Kommandeur der deutschen Division der Potomac-Armee, hat den Dienst verlassen. Sigel ist wieder genesen und wird bald an der Spitze seines Armee-Korps im fernen Westen erscheinen können.

Die Bundestruppen haben das Bombardement auf das Fort Jackson unterhalb Neworleans begonnen. — Die französischen Truppen sind nach der Hauptstadt Mexiko abgegangen. Die Engländer und Spanier haben sich entschlossen, ihre Truppen zurückzuziehen.

Die Mexikaner haben, nachdem auch die Spanier, gleich den Franzosen, gemäß der der Konvention von Soledad, eine rückgängige Bewegung gemacht, die Engpäße auf der nach Mexiko führenden Straße besetzt. Die meisten fremden Gewerbs- und Handelsleute haben die Hauptstadt verlassen.

Volkswirthschaftliches.

* Mannheim. Der Ausschuß des volkswirthschaftlichen Vereins für Südwestdeutschland hat 100 fl. für den Fonds der Arbeiter bewilligt, welche durch Vermittlung des „Arbeitgeber" in Frankfurt nach London geschickt werden. Zu Vorsitzenden hier wurden wieder Dr. Passavant und Max Wirth gewählt. Bei dem Bankette, welches dem Schluß der Versammlung

Digitized by Google

folgte, wurde außer dem Großherzog von Prof. Rau aus Heidelberg ein Hoch ausgebracht.

Nichtpolitische Zeitung.

Im Monat April wurden in München 1510 Individuen polizeilich abgestraft und 17 Individuen den zuständigen Gerichten überwiesen. Unter Ersteren zählen 486 wegen Uebertretung der straßenpolizeil. Bestimmungen (versäumtes Spritzen u. dgl.), 81 wegen Uebertretung der Hundeverordnung und 45 wegen solcher der Fiakerordnung, 78 wegen Liederlichkeit und 14 wegen solcher Begünstigung, 4 wegen Spielen in auswärtigen Lotterien, 9 wegen Thierquälerei, dann mehrere wegen verbotenem Fischen und Vogelfangen.

Die Gattin eines Schreibers in Wien verwechselte aus Erfahrungslosigkeit die Blüthe der gelben Akazie mit den gewöhnlichen Hollunderblüthen und buk die erstere in derselben Weise, wie die Hollunderblüthen gebacken werden. Nicht nur sie selbst genoß hievon, sondern sie bewirthete auch Personen aus der Nachbarschaft. Die traurigen Folgen, jenen ähnlich, die der Genuß der Belladonna nach sich zieht, stellten sich bald ein und nur durch rechtzeitige Anwendung energischer Mittel gelang es, den Unvorsichtigen das Leben zu retten.

= In Pesth fand am 3. die Trauung der Comtesse Henriette Croup, der Tochter des angeblich von Arpad abstammenden Grafen Heinrich Croup, der jüngst in Paris als ungarischer Thron-Kandidat so viel Spektakel machte, mit dem Grafen Philipp St. Marsan statt, dem Sohne des bekannten ehemaligen piemontesischen Ministers und Gesandten in Neapel.

In Wiedendrück fand ein Selbstmord in Folge der Urwahlen statt. Wie die Kölnische Zeitung berichtet, hatten bei der jüngsten Urwahl der Steigent Thiels und der Unterpfitzer Berge der 5. Schwadron des 8. Husarenregiments, das hier garnisonirt, nicht für den Kandidaten der klerikalen Partei, sondern für ein paar ihnen befreundete Bürger, die aber gleichfalls dieser Partei angehörten, gestimmt. Obgleich nun die Wahl des klerikalen Kandidaten dadurch durchaus nicht gefährdet wurde, nahm ihnen dies doch ihr Vorgesetzter, der Rittmeister v. Wulsen, in dem Grade übel, daß er schon am folgenden Tage bei einem Appell der Unteroffiziere beiden tüchtige (bekanntlich sind bei der preußischen Armee alle Chargirten nur auf jährige Kündigung angestellt), weil sie nicht gut königlich (?) gewählt hätten. Der Sergeant Thiels diente bereits im zwölften Jahre; die Kündigung war ihm daher im höchsten Grade unangenehm. Er ging den Rittmeister v. Wulsen zweimal um Rücknahme derselben an, der ihm jedoch erklärte, davon könne keine Rede sein; er werde ihm vielmehr noch ein solches Zeugniß geben, daß er bei keinem andern Truppentheile angestellt werden könne. Am Morgen fand man den Thiels erhängt auf dem Boden seines Quartiers; in seiner Brieftasche fand man die Ursache dieser Handlungsweise angegeben.

Der Verwaltungsrath der deutschen Schillerstiftung tritt mit einer Erklärung gegen einen Artikel der „Gartenlaube" auf. Nach diesem sollte es beabsichtigt werden, von dem Ertrage der Schiller-Lotterie 100,000 Thlr. abzuzweigen, die 20 Jahre Zins auf Zinsanzulegen und aus der so gewonnenen Summe eine „deutsche Akademie" zu gründen. Der obengenannte Verwaltungsrath erklärt nun, daß er es seinestheils ablehnen müße, als bezweckt er von den $^2/_3$ des der Schillerstiftung zufallenden Reingewinns aus der Schillerlotterie „abzuzweigen". Die Erklärung führt dann fort: „Die Hindeutung auf die Begründung einer „Deutschen Akademie" scheint hervorgegangen zu sein aus der irrigen Auffassung eines allerdings im Schooße des Verwaltungsraths entstandenen und seit mehreren Jahren erörterten Planes, der Schillerstiftung eine satzungsmäßige Erweiterung zu geben. Die dahin zielenden Anträge des Verwaltungsraths bleiben der Beschlußnahme einer nach erfolgter Uebereignung des uns gebührenden Antheils am Ertrage der Nationallotterie zu berufenden Generalversammlung aller Zweigstiftungen vorbehalten."

In Leipzig steht man einen neuen Fortschritt der Industrie, nämlich eine auf Räder gestellte Trinkhalle mit kohlensaurem Wasser in den Straßen der Stadt umherfahren und das beliebte Getränk verkaufen.

In einem hohen Grade nehmen gegenwärtig die Ausgrabungen am Olrein in der Nähe von Bregenz das Interesse des Publikums in Anspruch; daselbst wurden bei den Fundamentirungen für den protestantischen Kirchenbau die Grundmauern eines großen Gebäudes der früheren römischen Anlage (Brigantium) bloßgelegt. Außer Mosaikböden von schwarzem Marmor, bemalten Mauerauswürfen, den Ueberresten von ehemals gegossenem Glase wurden auch römische Münzen aufgefunden, und es scheint das Gebäude für öffentliche Zwecke Verwendung gefunden zu haben. Die Mauern sind von eigenthümlicher Struktur, sehr massiv, und es geben sich in der Richtung der ganzen Bananlage Einrichtungen für eine Art Luftheizung zu erkennen.

Am 4. März verspürte man in Mentilla ein Erdbeben, welches durch seine Dauer und starken Stöße große Besorgniß erregte, aber keinen bedeutenden Schaden that. Nur einige Barken gingen zu Grunde und im Innern des Landes litten die Plantagen etwas.

Ueber den mehrerwähnten am 1. Mai in Genua ausgeführten räuberischen Einbruch bringt die „N. Z." folgendes Nähere: „Gestern Nachmittag 2 Uhr traten in das Bureau des hiesigen Bankierhauses B. Parodi und Söhne 6 gutgekleidete Individuen, und indem ein Theil derselben die Thür bewachte und die im Bureau arbeitenden 5 Kommis, meist ältere Leute, mit Stileten und Revolvern bedrohte, sagte sie einen Laut von sich gäben, verlangte einer derselben von dem Chef die Kasse, und als ihm dieser 200,000 Fis. in Billets auf den Tisch legte, sachte er ihn aus und sagte, er wolle sie selbst leeren. Er ließ dann denselben binden und mit den Kommis, die vorher schon gefesselt worden, in ein Nebenzimmer bringen, worauf sie dann die Kasse leerten. Jeder, der in Geschäften ins Haus kam, wurde gefaßt, gebunden und ebenfalls ins Nebenzimmer geführt, wo zuletzt etwa 20 Personen versammelt waren, unter Andern auch ein Engländer, der sich mit einem Kreditbrief präsentirte. Der etwa 80 Jahre alte Herr Parodi kam aus seiner Wohnung ins Bureau hinunter und wurde ebenfalls gefesselt, und man fürchtet, daß der Schreck und der Schmerz über den großen Verlust ihm von Schaden seyn könnte. Die Kerle blieben beinahe eine halbe Stunde im Bureau und nahmen den ganzen Inhalt der Kasse, beinahe 900,000 Frs., wovon 80,000 in Gold, mit sich. Dieser ungeheure Baarvorrath erklärt sich durch Fondsankäufe: Das Haus Parodi ist das größte Geschäft hier, man sagt, es besitze 18—23 Millionen Vermögen. Nun haben die meisten großen Häuser einen Girolonto bei Parodi, wie anderwärts bei den Banken, wo sie jederzeit über eine beliebige Summe ihres Guthabens verfügen können. Bis jetzt ist man der Thäter noch nicht habhaft, es sind der Sprache nach Romagnolen, sie schergten noch mit den Leuten und lüßten sie beim Weggehen. Einigen Personen, die große Summen brachten, nahmen sie keinen Centime; sie wollten nur Parodi bestehlen. Die ganze Geschichte grenzt ans Unglaubliche sie ist aber nur zu wahr; aber unrecht und wirklich skandalös ist es, daß so etwas in einer Stadt wie Genua, in der belebtesten Straße, in einem Geschäft, wo am 1. eines Monats immer so viel Verkehr ist, geschehen kann. Man glaubt, es seien die Giechen, die in Bologna so kühne Diebstähle verübt.

Neueres.

In München ist am pfälzischen Kassationshofe der wichtige Prozeß des protestantischen Pfarrers Schmitt von Mörzheim gegen die k. Regierung Gegenstand öffentlicher Verhandlung gewesen. Pfarrer Schmitt wurde bekanntlich wegen seines Verhaltens im Gesangbuchsstreite im Jahre 1857 von seinem Amte entfernt und erhielt durch die bezügliche k. Entschließung einen jährlichen Suffentationsbeitrag von 300 fl. ausgeworfen. Nachdem sein Rekurs hiergegen im Administrativwege abgewiesen worden war, betrat Schmitt den Rechtsweg. Mittelst einer am k. Bezirksgerichte Landau gegen die k. Regierung anhängig gemachten Klage wurde nämlich geltend gemacht, die Pfarrer könnten kraft der Verfassungsurkunde aus einfach-administrativen Rücksichten von ihrem Amte nicht entfernt werden und wo dies gleichwohl geschehe, bestehe mindestens ein Anspruch auf Leistung des fassionsmäßigen Gehaltes. Das königl. Bezirksgericht vertwarf die Klage, indem es hauptsächlich mit Bezugnahme auf die durch die Verfassungsurkunde aufrecht erhaltene, beziehungsweise für die zweifelhaften Geistlichen verbindlich erklärte Konsistorialordnung vom 8. Sept. 1809 aussührte, daß, weil Pfarrer Schmitt nicht ohne eine Pension entlassen wurde, von einer, gerichtliche Klage bedingenden Rechtsverletzung keine Rede seyn könne. Dieses Urtheil wurde vom k. Appellationsgerichte der Pfalz reformirt dergestalt, daß dem Kläger $^1/_{10}$ seines fassionsmäßigen Gehaltes (etwa 750 fl.) zuerkannt wurden. Der hiergegen von kgl. Regierung eingelegte Kassationsrekurs behauptet mehrfache Gesetzesverletzungen. Advokat Gulden von Zweibrücken hat gestern und heute in ausführlichen Vorträgen den Rekurs bekämpft. Nachdem heute der k. General-Prokurator Pizin sein Gutachten, daß das Urtheil zweiter Instanz kassirt werden müsse, eingehend motivirt hatte,

Digitized by Google

wurde der Urtheilsspruch auf nächsten Freitag vertagt. (Pf. Z.)

** München, 8. Mai. (Pr.-K.) Zum Vollzuge einiger Aenderungen an der Gerichtsverfassung in der Pfalz ist heute eine k. allerhöchste Verordnung publizirt worden, durch welche die Besoldungsverhältnisse der Justizbeamten in der Pfalz geregelt, dann zum Vollzuge des Gesetzes vom 10. Nov. 1861, die Anstellung von Assessoren bei den Landgerichten in der Pfalz betr., und die Bestimmung im 2. Absatze des Art. 84 des Einführungsgesetzes zum St.-G.-B. und zum P.-St.-G.-B. die nöthigen Anordnungen und Verfügungen getroffen worden; durch den 2. Absatz des erwähnten Art. 84 werden nämlich die Bestimmungen des kais. Dekrets vom 17. Mai 1809, demzufolge die Gemeinden in der Pfalz die Verpflichtung hatten, alle Kosten der Kantonsgefängnisse, wie die Verpflegung der Polizeisträflinge zu tragen, aufgehoben — und hat demzufolge nun die Staatskasse diese Kosten eben so zu tragen, wie in den diesseitigen Provinzen. — Eine zweite heute publizirte k. allerhöchste Verordnung regelt den ärztlichen Dienst bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden in den Landestheilen diesseits des Rheins. Dieser Dienst wird von Bezirksgerichtsärzten und Bezirksärzten 1. und 2. Klasse versehen. Bei jedem Bezirksgerichte wird ein Bezirksgerichtsarzt, bei jedem Bezirksamte ein Bezirksarzt, 1. Klasse, dann bei jedem Landgerichte, in dessen Gerichtssprengel sich nicht bereits der Sitz eines Bezirksarztes 1. Klasse befindet, ein Bezirksarzt 2. Klasse aufgestellt. Der Dienst eines Bezirksarztes 1. und 2. Klasse kann gleichzeitig einem Bezirksgerichtsarzte übertragen werden. Für den ärztlichen Dienst bei dem einer Kreisregierung junmittelbar untergeordneten Stadtmagistrate können besondere Bezirksärzte 1. und 2. Klasse aufgestellt werden, außerdem ist derselbe von einem andern am Sitze dieser Verwaltungsbehörden aufgestellten öffentlichen Arzte zu versehen. Als Jahresbesoldung beziehen die Bezirksgerichtsärzte 1000 fl., die Bezirksärzte 1. Klasse 800 und jene 2. Klasse 600 fl. und bleibt bei langjähriger erprobter Dienstleistung oder besondere Auszeichnung im Dienste eine entsprechende Erhöhung der Besoldung nach Maßgabe der Mittel vorbehalten. Die Bezirksgerichts- und die Bezirksärzte 1. u. 2. Klasse haben gleichen Rang und Amtskleidung, letztere gleich den bisherigen Bezirksgerichts- und Landärzten. — Durch königliche Entschließung werden den Bezirkskammmännern in Ingolstadt, Passau, Straubing, Amberg, Bamberg, Hof, Dinkelsbühl, Eichstätt, Schwabach, Rotenburg, Schweinfurt, Donauwörth, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Nördlingen und Neuburg, gleichzeitig den Stadtmagistraten übertragen.

** München, 8. Mai. (Priv.-Kor.) Se. Maj. der König haben den der k. Gesandtschaft in Wien zugetheilten Cheveaugl.-Unterlieutenant Grafen K. v. Arco-Valley zum l. Kammerherrn, dann den Oberlieutenant und Gutsbesitzer Ebern v. Eichenbach und den Bezirksgerichts-Accessisten Frhrn. v. Crailsheim, beide von Würzburg, zu königl. Kammerjunkern zu ernennen geruht.

§ Wien, 5. Mai. (Priv.-Korr.) In den letzten Tagen fanden zu wiederholten Malen Minister-Conferenzen statt, wobei hauptsächlich über die ungarische Frage gehandelt wurde. Daß man sich bereits für die Vornahme direkter Reichsrathswahlen ausgesprochen haben soll, wird widersprochen. Es soll in dieser Beziehung noch gar nichts entschieden sein. Im Prinzipe hat man sich dahin geeinigt, daß der ungarische Landtag zugleich mit den übrigen Landtagen einberufen werden soll. Bis dahin, d. i. bis September, muß demnach die ungarische Frage gelöst sein. — Die seiner Zeit von verschiedenen Seiten gemachten Angaben über die angeblich zwischen Oesterreich und Frankreich wegen Abschluß eines Handelsvertrages stattfindenden Verhandlungen erweisen sich als falsch.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.

Bei Fedor Pohl in Amberg erscheint demnächst ein Leitfaden für die Notare von Oberstaatsanwalt Bomhard in Amberg, der sichs zur Aufgabe gemacht hat, die Notare an der Hand der Erfahrung über die ersten Schwierigkeiten ihres Berufes hinüberzuführen, also rein praktische Regeln und Winke für die Ausübung des Notariats daselbe geben kennt, in dem ihrem Amtslokale, ihren Schreibern, Registraturen an bis ins Einzelne der Urkunden, für welche auch Formulare beigegeben sind.

Da der Verfasser aus jahrelanger amtlicher Wirksamkeit und Beaufsichtigung des Notariats daselbe genau kennt, so dem Leitfaden Winke gibt, welche gleich beim Beginn vortheilhaft für die Notare zu Ersparung von Kosten und dergleichen sind, aber auch für die Gerichte und die Staatsanwälte in ihren Beziehungen zu dem Notariate, so wie für Notariatspraktikanten von Erheblichkeit sind, so wird sich diese Schrift zur Anschaffung um so mehr empfehlen, als der Preis nur 48 bis höchstens 54 kr. betragen wird und der Verfasser den ihm zukommenten Theil des Ertrages der Schrift als Beitrag für eine zu gründende Kasse für Wittwen und Waisen der Notare bestimmt hat.

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	77½ P.	
"	5 pCt. Lomb. ditto.	85⅜ G.	
"	5 pCt. Venet. Coupon. L. K.	77½ P.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	65¼–⅛ G.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	55 P.	
"	4½ pCt.	49 P.	
"	4 pCt.	—	
"	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅞ P.	
"	4½ pCt. Obl. 1/4hr. dto.	103 P.	
"	4½ pCt. Obl. 1/4jähr. dto.	104 P.	
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100⅞ P.	
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	104⅜ G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ P. ¼ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅛ G.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	90¼ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼P.100⅞G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
"	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	96⅞ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ P.	
"	3 pCt. Obl.	85⅜ G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	29⅝ G.	
"	2 pCt.	43⅜ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99⅝ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	770–66 G.	
Oesterr. Kredit-bank-Aktien à fl. 200	199½,198½G.oD	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank l. n. 2. Serie à fl. 250	221½ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	82½ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90⅛ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	341 P.	exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	73 G.	
Oest. F. St. Kisb. bPCt. 800 Fr. à 208 kr.	243 G.	
" Elisab.-Eisenbahn b pCt. . .	129 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	89⅝ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. 100 4pCt. Z.	39½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	136⅛ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	108⅞ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅜ P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	24½⅞ P.	oD
Span. Handels- u. Industrie . . .	509 P. 508 G.	
" Credit-Akt. d. Ges. Peresire .	550 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅞ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	103⅝ G.	
Provisientia (Feuerversa.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. f. 100 k. S.	100½ B.
Augsb. f. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 40 Th. Lud. k.S	96⅛ P. B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. in ost. W. l. S.	90½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	59 P.
" fl. 250 v. 1864 mit 4pCt.	74⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1329½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	76⅛ P.	" fl. 25 do.	37 P.
" fl. 100 Kisb. l. v. 1858.	128⅛ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅝ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	124 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z	36½ P.
Badische fl. 50	99⅜ G.	Vereins-Loose fl. 10.	11 G.
Badische fl. 35	85⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅜ G.

Frankfurt, 8. Mai. Niedrigere auswärtige Kurse und starke Verkaufsauftrage veranlassten einen Rückgang aller hiesigen Fonds, Aktien und Anlehenslose. Zu den gewichtenen Kursen waren die Umsätze beträchtlich, demungeachtet zeigte sich beim Schlusse keine Besserung. Von Eisenbahnaktien waren pfälzische Maxbahn und Frankfurt-Hanauer höher. Außerdem sind noch Frankfurter Bankaktien zu erwähnen, für die sich fortwährend Begehr erhält. Von Wechseln war Hamburg und London angenehm, Wien in allen Sichten niedriger. 5pCt. russische Obligationen wurden in Posten mit 11/8, 1, 7/8, 1 pCt. und 3/4 pCt. Avance umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Erscheint in München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 129. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertionen wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 10. Mai 1862.

Deutscher Bund.

δ **Unter den neueren Eingaben beim Bundestag befindet sich eine des pensionirten Försters Louis Brandes zu Braunschweig, welche Mittheilung macht von einer von ihm erfundenen Verbesserung der Kanonen; diese Eingabe wurde der Reklamationskommission überwiesen.**

Bayern. Die „A. Z." berichtet aus München: „Wenn ich recht unterrichtet bin, soll der Münchner Fabrikrath unter gewissen Eventualitäten für den Abschluß des französischen Handelsvertrags sich auszusprechen gerade nicht abgeneigt seyn. Das ist uns leicht erklärlich; denn die Münchner „Fabriken" werden freilich von dem Handelsvertrag nicht sehr empfindlich berührt werden können. Der hiesige Handelsrath dagegen, der an seinem vielzährigen Vorstande Wechselappellassessor und Kaufmann Ph. Diz einen äußerst erfahrenen und intelligenten Führer hat, soll den politischen und allgemein wirthschaftlichen Folgen eines solchen Vertrags schon etwas tiefer auf den Grund gesehen haben, und wird, wie ich höre, primär sich gegen den Vertrag aussprechen; nur im äußersten Fall würde er, und zwar unter wesentlichen Abänderungsvorschlägen, mit einem Vertrag überhaupt sich einverstanden erklären können."

Die Zusammensetzung des Gesetzgebungsausschusses sowohl, als des ersten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten (für Gegenstände der Justiz) wird zu ihrem künftigen Wiederzusammentritt wesentlich verändert erscheinen. Der Gesetzgebungsausschuß bestand bisher bekanntlich aus dem Präsidenten Grafen v. Hegnenberg-Dux, dann den HH. Dr. Barth, Dr. Weis, Prof. Dr. Edel, Advo. Paur, Wiedenhofer, Dr. Völk, Dr. v. Lauf und Appellrath Boye. Die beiden Letztgenannten sind nun gestorben, und von Dr. Weis, der zum Justizministerialrath, und Advo. Paur, der zum Notar ernannt ist, erscheint es mindestens nicht sicher, ob sie es mit ihren neuen Stellungen vereinbar finden, auch ferner noch ein Mandat in der Abgeordnetenkammer zu erfüllen. Der erste Ausschuß aber bestand bisher aus Advo. Paur, Dr. Arnheim, Dr. Edel, Dr. v. Lauf, Appellrath Miller, Dr. Barth, Appellrath Boye, Dr. Völk und Advo. Keyl. Der letztgenannte ist gleich Hrn. Paur zum Notar ernannt worden, auch sein Verbleiben ist also nicht sicher; die HH. v. Lauf und Boye sind, wie gesagt, gestorben, und auch Appellrath Miller hat sich in Folge seiner neuerlichen Beförderung zum Oberappellrath einer Neuwahl zu unterziehen, so daß vorläufig nur das Verbleiben der HH. Arnheim, Edel, Barth, und Völk im ersten Ausschuß als gesichert erscheint. (Allg. Z.)

In Neustadt waren am 7. die Mitglieder des Handels- und Fabrikrathes des Landkommissariats Neustadt nebst anderen Interessenten versammelt, um über den preußisch-zollvereinlichen Handelsvertrag zu berathen. Obgleich, wie nach den früheren Versammlungen vorauszusehen war, der Vertrag unbedingte Zustimmung fand, so wurden doch verschiedene Bedenken gegen denselben laut, welche sich die Versammlung als Wünsche aneignete. So wurde namentlich die Aufhebung der Uebergangssteuer auf Wein nach den norddeutschen Staaten verlangt. Ein Champagnerfabrikant hielt die Beibehaltung des bisherigen Eingangszolls auf französische Champagner bis zum Jahre 1866 für geboten, von wo an erst eine allmälige Herabsetzung desselben stattfinden solle. Von Seiten der Papierfabrikanten wurde bestätigt, daß der Vertrag ihre Fabrikation benachtheiligte, ohne daß sie jedoch denselben, da er im Allgemeinen vortheilhaft sey, bekämpften. Die Tuchfabrikanten beklagten, daß der Zollverein seine Zölle nach dem Gewichte, Frankreich dagegen nach dem Werthe erhebe, wodurch eine für die Industrie des ersteren nachtheilige Ungleichheit entstehe; sie verlangten daher eine sorgfältigere Wahrung des Prinzips der Reciprocität. (Pf. B.)

Oesterreich. Ueber die bei Komorn vorgekommene Beraubung der Post hat die k. Polizeidirektion folgende Kundmachung erlassen: „In der Nacht vom 1. auf den 2. d. M. ist die von Komorn nach Neuhäusel gehende Post zwischen Bajcs und Neuhäusel beraubt und der Postkutscher mit noch einem Manne ermordet worden. Die geraubten Geldesorten und Werthpapiere sind: Banknoten-Serie BW. Nr. 64,130 à 100 fl.; Banknoten-Serie Ft. Nr. 20,109 à 100 fl; Banknoten-Serie Tt. Nr. 12,670 à 100 fl., vom Komorner Kaufmanne Alois Munner aufgegeben; 1 Banknote zu 1000 fl. mit der Aufschrift: „Rabel in Wirth vom Komorner Salzverschleißer Singer"; 1 Stück Koupon vom Jahre 1860; Lotterie-Anlehen Serie 530, Gewinn Nr. 1 vom 1/3 62; 4 Koupons; 10 Packete Münzscheine à 10 fl. abgenützt, von der ersten Ausgabe genommen, sortirt."

— Aus Böhmen wird wiederholt berichtet, daß von mehreren Bezirksämtern auf deutsche Eingaben czechische Erledigungen erfolgen. Die Letztere unter den Deutschen ist Schuld, daß solche Fälle nicht gehörig in die Oeffentlichkeit gelangen. Die czechische Agitation hat nicht blos ihre Polizei, die Mitglieder selbst unter den unteren Beamten der Centralstellen zählt, sondern auch Administrationsbeamte, die von der Regierung bezahlt werden. Solche Vorgänge müssen die Meinung des Volkes verwirren. Von den Vollblut-Czechen-Vereinen wird jetzt dahin gearbeitet, diejenigen Associationen zu sprengen, an denen nur Deutsche oder Böhmen beider Nationalitäten Theil nehmen. So muthete man, wie erwähnt, dem ultraquistischen Prager Männer-Gesang-Vereine zu, an dem czechischen Sängerfest, bei welchem das berüchtigte Lied gesungen werden soll: „Jagt die Fremden, die Deutschen hinaus", zu participiren — und den deutschen Turnverein, mit dem czechischen eine gemeinsame Turnfahrt zu unternehmen. Die wohlberechnete Folge ist, daß in den Vereinen, an die derartige Anfinnen gerichtet werden, zwischen den Halben und Entschiedenen ein Zwiespalt entsteht, der zur Auflösung führt und den Beweis liefert, wie im Land der Koruna czeska nur das Rein-Czechische Wurzel fassen kann.

Preußen. Fr. v. Florencourt veröffentlicht im „Pad. Anz." eine „offene Antwort an Herrn Hofkaplan Ruland, Hochw.", welcher ihn im „Westf. Volksbl." wegen des Artikels „Mißbrauch der kirchlichen Autorität" heftig angegriffen hatte.

Der Mühlhäuser Bürgermeister Fritsch hat vor seinem Tode noch das folgende Schreiben verfaßt: „Da ich ersehe, daß ich bei der jetzigen hiesigen Aufregung wegen des Tumults vom 28. d. M. und wegen der mir von der Fortschrittspartei gemachten unbegründeten Anschuldigungen in meinem Alter von 64 Jahren nicht mehr den Bürgermeisterdienst mit der nöthigen Festigkeit und raschen Entschluß verwalten kann, aber auch nicht haben will, daß mir die hiesige Gemeinde noch die wohlverdiente Pension zahlen soll, so habe ich mich entschlossen, meinem Leben ein Ende zu machen, und da mein Pistol dazu nicht brauchbar ist, den Strick gewählt. Ich verstehere bei voller Dispositionsfähigkeit, daß ich davon keine Ahnung gehabt habe, daß am 28. d. M. oder überhaupt auch sonst früher ein Tumult ausbrechen werde, am allerwenigsten, daß ich den Tumultuanten Andeutungen gemacht habe, daß und wo oder wann sie Beschädigungen ausführen sollten. Ich versichere dieses auf meinen geleisteten Diensteid. Und da ich nächstens vor Gottes Richterstuhl stehe, so kann man mir wohl nicht zutrauen, daß ich die Unwahrheit vorstehend niedergeschrieben habe. Ich bleibe bei meiner früheren Behauptung, daß die sogenannte Fortschrittspartei sowohl dem Staate, als auch unserer Stadt die größten Nachtheile verursachen wird, und erblicke darin die Vorboten der französischen Revolution im vorigen Jahrhundert, und deshalb finde ich den größten Gram darin, daß meine Kinder mehr oder weniger dieser Partei angehören oder zugethan sind."

Württemberg. Vor einigen Tagen las man im „Staatsanzeiger", das erste

Digitized by Google

reitende Artilleriebataillon sei, mit gezogenen Geschützen nach preußischem System versehen. Eine solche Mannigfaltigkeit der Geschütze in einem kleinen Staate, wie Württemberg, ist zu beklagen und die verderblichen Folgen bei einem Kriege werden nicht ausbleiben.

Kurhessen. Die Ausführung der Verordnung vom 26. April d. J., die Wahl der Abgeordneten zur 2. Kammer betreffend, wird auf jede mögliche Weise bereit. Die Bürgermeister der Ortschaften haben dieselbe sofort den Einwohnern, unter der Linde, zu verkündigen und dem Landratsamte, daß dieses geschehen sey, binnen 24 Stunden, bei einem Thaler Strafe, anzeigen müssen. Die Wahl der Abgeordneten selbst soll nun auch, namentlich was die Landwahlbezirke anbelangt, außerordentlich beschleunigt werden. Man befürchtet wahrscheinlich, daß das Beispiel der Städte später auf sie einwirken könnte. Bereits auf heute sind die Bürgermeister der Ortschaften des Kasseler Justizamtes I. bei 5 Thlr. Strafe vor den Landrath beschieden, um die in der gedachten Verordnung vorgeschriebenen Erklärung, daß man die Verfassung von 1860 anerkenne, abzugeben. Da der Kreis Kassel aus vier Justizämtern besteht, so wird dieses Geschäft bereits im Laufe dieser Woche beendet sein. Es kommt diesmal auch der eigenthümliche Fall vor, daß die Bürgermeister, nicht, wie sonst üblich, vor das Landrathsamt in Kassel gelaben sind, sondern der Landrath hält diesen Termin in einem entsprechenden Dorfe, so heute in Betzenhausen, ab. Es spricht die Vermuthung dafür, daß man auf diese Weise die betreffenden Bürgermeister den Einflüssen der Residenzbewohner zu entziehen beabsichtigt. Inzwischen war die Verfassungspartei für 1831 auch nicht unthätig, um das Land über die Lage und die Gefahr, worin die Verfassungsfrage schwebt, aufzuklären, obgleich ihr weder die inländische Presse noch Vereins- und Versammlungsrecht zu Gebote steht. Es sind nun, um diesen Zweck zu erreichen, zwei Flugblätter durch das ganze Land in genügender Anzahl verbreitet worden. Das erste behandelt die Fragen: „Wer steckt hinter dem Hessenverein?“ — „Was wollen die Verfechter des alten Verfassungsrechts?“ — und „Was gibt der Hessenverein vor und was ist seine wahre Absicht?“ — Das zweite dieser Flugblätter enthält eine Ansprache „An die Wähler in Stadt und Land:“ und fordert diese auf, Treue zu halten dem Fürsten, aber auch Treue dem Gesetz. Ein zweiter Aufsatz desselben Blattes behandelt die Frage: „Welches ist die Lage der Wahlberechtigten nach der kurfürstlichen Verordnung vom 26. April 1862“; und den Schluß bildet die Eingabe der Wähler von Kassel an den Bundestag aus Anlaß der Verordnung vom 26. April d. J. Diese Blätter sind in Frankfurt a/M. bei C. Naumann gedruckt. — Der Kampf ist schwer und heiß, allein wir leben unverzagt der Hoffnung, daß wir siegreich aus demselben hervorgehen werden. (B. f. Nrd.)

Baden. Die Ausführung der Konvention mit dem Erzbischof verzögert sich durch unvorhergesehene Hindernisse. Die Frage über die Lokalität, worin der katholische Oberstiftungsrath seinen Sitz nehmen soll, wirft zugleich nachtheilig auf die Besetzung der Stellen, denn der designirte Direktor verlangt freie Wohnung. Dem Vernehmen nach soll der ehemalige badische Hof, ein sehr geräumiges Gebäude, angekauft werden. (E. M.)

Anhalt. Der Landtag des Herzogthums tritt am 15. Mai zusammen, um in der Plenarberathung über die Gesetzesvorlagen wegen der Reform des Hypothekenwesens u. s. w. einzutreten. Die Regierungsvorlagen sollen die fast unveränderte Annahme bei der niedergesetzten Vorberathungskommission gefunden haben.

Freie Städte. Hamburg. Hier hat sich ein Flottenverein der deutschen Jugend gebildet, dessen Zweck die Förderung der Sammlungen für die deutsche Flotte unter Preußens Führung ist. Der Verein verfolgt diesen Zweck vorzugsweise durch Selbstbesteuerung, dann aber durch Entgegennahme einmaliger Beiträge.

Dänemark.

In den dänischen Regierungsbureaux herrscht gegenwärtig eine außerordentliche Rührigkeit. Es ist nämlich nicht länger Muthmaßung, sondern Thatsache, daß das Kopenhager Cabinet allen Ernstes an die Einberufung der holsteinischen Provinzialständeversammlung denkt und die zu machenden nothwendigen Vorlagen mit ungewöhnlicher Schnelligkeit vorbereiten läßt. In wohlunterrichteten Kreisen ist deßhalb die Annahme vorherrschend: die unmittelbaren Rathgeber des Königs würden schon in einer der nächsten Staatsrathssitzungen über den Zeitpunkt des Zusammentritts der holsteinischen Stände, so wie über die Ermächtigung des k. Landeskommissärs sich vereinigen.

Schweiz.

Der Bundesrath richtet eine schriftliche Einladung in französischer und holländischer Sprache an die japanesischen Gesandten, gegenwärtig in London, zum Besuch der Schweiz. Die Einladung ist begleitet mit einem Geschenk, bestehend aus Albums mit Schweizeransichten, kantonalen Trachten, Karten, Reisehandbüchern.

Großbritannien.

Die letzten Tage haben sich durch erschreckende Unfälle ausgezeichnet. Nach einigen Feuersbrünsten, bei deren einer drei Menschen verbrannten, begann sich der Dämon auf den Eisenbahnen zu rühren. Auf der Station Horrow platzte der Dampfkessel, zerschlug die Maschine in Millionen Splitter, tödtete den Heizer auf der Stelle und schleuderte den Maschinenführer hoch in die Luft. Er liegt mit gebrochenen Gliedmaßen hoffnungslos im Spitale. Außer den Beiden befand sich glücklicherweise keine lebendige Seele im Bahnhof, da es 2 Uhr Morgens war. Bei Keslo gerieth ein Zug aus den Schienen und stürzte über eine Böschung von 14 Fuß hinab. Ein Passagier wurde auf der Stelle getödtet, 3 furchtbar verwundet, 10 oder 12 sehr gefährlich und andere leichter verletzt.

Frankreich.

Das „Siecle“ bemerkt sehr charakteristisch bei Erwähnung des französisch-preußischen Handelsvertrages: „Rheinbayern, dessen Interessen von denen des eigentlichen Bayerns verschieden sind, verlangt die Annahme des französisch-preußischen Vertrages. Am 30. April und 1. Mai haben sich die zu Kaiserslautern und zu Neustadt versammelten Kaufleute, Industriellen und Landwirthe für die unbedingte Annahme des Vertrags ausgesprochen.“ (Vermuthlich so „verschieden“ als seiner Zeit die Riga's und Italiens.)

Die Depeschen des „Moniteur“ sprechen „mit Bewunderung von dem glänzenden nautischen Feste“, das im Golf von Neapel die französische Flotte unter Admiral Rigaud de Genouilly's Kommando dem Könige Viktor Emanuel gab. Dasselbe Blatt kommt wiederholt auf das schiefe zunehmende Elend in den englischen Manufaktur-Distrikten und die Kundgebungen zu dessen Abhülfe zurück. Auch berichtet er über das Arbeiter-Meeting in Ashton, dem Wohnorte Miller Gibson's, wo eine Resolution angenommen wurde, daß die Regierung um Anerkennung der amerikanischen Südstaaten ersucht werde. Der „Moniteur“ setzt hinzu: „Die Angelegenheit werde sich von selbst dem Parlamente aufdrängen, denn eine Regierung könne sich der Pflicht nicht entziehen, auf die Erhaltung einer schwer bedrohten Klasse Bedacht zu nehmen.“ (Wahrscheinlich intriguirt Hr. Louis nur den armen britischen Arbeitern zu Lieb an allen Enden und Ecken Amerika's.)

Italien.

Der Papst wollte bekanntlich den ganzen Monat Mai in Villeggiatur zu Porto d'Anzo bleiben, wo zu diesem Zwecke großartige Vorkehrungen getroffen waren. In Folge einer langen Unterredung mit Govon hat Pius IX. plötzlich seinen Beschluß geändert, und ist bereits, wie schon gemeldet, nach Rom zurückgekehrt. Der Hofball, welcher am Dienstag in Neapel gegeben wurde, war von 2400 Bürgern, 70 Offizieren der Geschwader von Frankreich und England, 2500 Offizieren der Armee und der Flotte, vom Vizekönig von Aegypten, dem diplomatischen Korps, den fremden Konsuln ꝛc. besucht.

Die Reise des Prinzen Napoleon nach Neapel gewinnt in manchen Augen den Umfang eines großen Ereignisses. Man glaubt, der Vetter des Kaisers bringe die Eröffnung der römischen Frage in seiner Tasche mit sich. Man wird dem Papste einen Vorschlag machen, von dem vorauszusetzt ist, daß er ihn nicht annimmt, hierauf kündigt Frankreich an, es werde in einem gegebenen Zeitraume seine Truppen aus Rom abberufen, Mittlerweile will Louis Napoleon wieder auf seine alte Idee der Regelung der italienischen Einheit durch einen europäischen Kongreß zurückkommen, und die „Italie“ enthält einen Leitartikel, in dem die Chancen eines Kongresses in diesem Augenblicke als vortrefflich bezeichnet werden. Ein solcher Kongreß wird von genanntem Blatte zugleich als das beste Gegenmittel zu dem in Rom zusammentretenden Konzile bezeichnet. Zu einem Kongresse gehört aber vor Allem die Einwilligung der europäischen Mächte, und wir glauben nicht, daß Oesterreich, daß Preußen — ja, es ist nicht einmal gewiß, daß England — sich damit einverstanden erklären würden.

Türkei.

§ Aus der Herzegowina lauten auch die neuesten Nachrichten nicht günstig für

Digitized by Google

die türkischen Wagen. Das Ultimatum der Pforte hat die beabsichtigte Wirkung nicht gehabt, die Montenegriner wollen nichts davon wissen, die Massen niederzulegen, in Bosnien und Bulgarien gestalten sich die Verhältnisse immer trüber, und in Serbien wird Alles zum Losbruche vorbereitet.

Amerika.

Vor Portsmouth befindet sich auch ein aus Franzosen gebildetes Regiment, die „Lafayette-Garden", unter dem Befehl des Barons v. Tobriant. Ein zweites, beinahe durchgängig aus Franzosen gebildetes Regiment, ist kürzlich von New-York abgegangen. Es wird von Oberst Comfort befehligt. Man hat in New-York mit Bewunderung bemerkt, daß beim Abmarsch kein Mann fehlte und keiner betrunken war. Man hat dem Regiment eine kostbare Fahne geschenkt, die, wie der Oberst in einer Ansprache bemerkte, nur dann in die Hände der Feinde wird fallen können, wenn von seinen Leuten kein Einziger mehr im Stande sein wird, sie zu vertheidigen. (Diese Franzosen unter den Streitenden machen dem Louis Napoleon Unruhe, und sucht er jetzt eben so eifrig den Frieden zu vermitteln als er früher schürte.)

Aus den La Plata-Staaten sind ernste Nachrichten eingetroffen. Die Gesandten Frankreichs und Englands halten von der Regierung von Montevideo die Regulirung der ihren Nationalen gebührenden Entschädigungen verlangt. Ein in diesem Sinne abgefaßter Gesetzentwurf wurde denn auch von der Regierung den Kammern vorgelegt, aber von denselben verworfen. Da diese Beschluß die Unmöglichkeit einer gütlichen Verständigung darthat, so wurden die auf den dortigen Stationen befindlichen Geschwader Frankreichs und Englands nach der Rhede von Montevideo beordert. Sie gingen daselbst am 30. März vor Anker. Die französischen Streitkräfte bestanden aus einer Fregatte, einer Brigg, einer Dampfkorvette, einem Kanonenboote und einer Gäleere; die britischen zählten eine gleiche Anzahl von Kriegsschiffen.

Volkswirthschaftliches.

Die Wochenschrift des Nationalvereins hat endlich auch ihr langes Schweigen über den Handelsvertrag gebrochen. Sie behauptet unter Anderem, wider den Handelsvertrag sei im Allgemeinen, wer wider Preußen sei, also vor Allem die mittelstaatlichen Regierungen. Dies ist eine grundlose Verdächtigung. Die mittelstaatlichen Regierungen haben gegen Preußen in dieser Angelegenheit von vorn herein ein großes, vielleicht zu großes Vertrauen an den Tag gelegt. Sie werden auch jetzt nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nur nach sorgfältiger Prüfung dessen, was in ihren Ländern und der deutschen Sache frommt, ihre Entscheidung geben. Was aber das Publikum anlangt, so ist die Spitze seiner Opposition nicht gegen Preußen, sondern nach einer andern Seite gerichtet. Bemerkenswerth ist das Bekenntniß des nationalvereinlichen Organs, daß der Zollverein für Preußen unentbehrlich sei. Mit der Auflösung desselben, welche in Folge der Ablehnung des französischen Handelsvertrags sicher erfolgen werde, verliere Preußen alle seine seit 40—50 Jahren gewonnenen Stellungen und Anwartschaften. Von dem Tage an, wo man den Zollverein sprenge, trete Preußen wohl oder übel nicht an die Spitze der Reformbewegung, sondern der deutschen Revolution. —Also der Handelsvertrag oder die Revolution! Das ist denn doch eine etwas starke Alternative Man setzt damit dem friedliebenden deutschen Philister geradezu das Pistol auf die Brust. Hier dagegen steht man die Sache etwas kühler an, indem man die Meinung festhält, daß zu einem solchen Vertrag zur Zeit überhaupt keine Nothwendigkeit, also vernünftiger Weise auch keine Gefahr vorhanden sei, den Zollverein zu sprengen.

(Fr. Postztg.)

Im Stuttgarter Verein für deutsche Industrie sprach sich die Versammlung bezüglich der Herabsetzung der Zölle auf musikalische Instrumente von 6 auf 4 Thlr. dahin aus, daß der deutschen Industrie hiedurch ein wesentlicher Nachtheil nicht zugefügt werde, man also auf dieselbe eingehen könne. Die Fabrikation von chemischen, optischen, physikalischen, mathematischen und chirurgischen Instrumenten war nicht vertreten, weßhalb eine Verhandlung über diese Zweige der Industrie nicht stattfand: das Gleiche war hinsichtlich der Möbelfabrikation der Fall. Die Versammlung ging deßhalb sofort zur Berathung der Verhältnisse bei Metallwaarenfabrikation über, und erklärte die Herabsetzung der Zölle auf Kupfer- und Messingdraht- und Blech als durchaus verwerflich und die deutsche Industrie in hohem Grade gefährdend. Dagegen wurde anerkannt, daß, soweit Frankreich allein in Betracht komme, die neuen Zollsätze für lackirte Eisenblechwaaren sogar günstig zu nennen seien, daß aber durch die in Folge des Vertrags eintretende englische Konkurrenz dieser Fabrikationszweig sehr bedroht werde, auf die stipulirten Zölle also aus diesem Grunde nicht einzugehen sei. Bei plattirtem Kupfer- und Messingblech erklärt sich die Versammlung mit den Zollsätzen einverstanden, und auch hinsichtlich der Plaqueewaaren erblickt sie in der Zollherabsetzung keine besondere Gefahr, obwohl sich hiedurch der deutsche Markt keineswegs erweitern wird; dagegen fand sich die Versammlung veranlaßt, sich gegen die Zollermäßigungen bei Neusilberwaaren, bei blanken Blechwaaren und bei bronzirten Kupferwaaren auszusprechen. Bei letzteren beiden Branchen vorzugsweise wegen der zu befürchtenden englischen Konkurrenz. Schließlich faßte sie den einstimmigen Beschluß, nach Erwägung aller Verhältnisse der Metallwaarenfabrikation, daß selbst bei den zugestandenen Vortheilen, die in der beabsichtigten Aenderung des seitherigen Systems und der seitherigen Zollansätze für einzelne Branchen liegen könnten, eine solche dennoch große Nachtheile für die Industrie im Ganzen nach sich ziehen müßte, und daß deßhalb der fragliche Handelsvertrag auch in Beziehung auf diesen Industriezweig zu verwerfen sei.

Nichtpolitische Zeitung.

In Iggensbach, k. Bzgs. Hengersberg, befindet sich eine Glocke, die vielleicht in ganz Bayern nicht ihres Gleichen in Bezug auf das Alter hat. Dieselbe führt die Inschrift: Anno MCXLIIII ab incarnatione Domini fusa est campana †. Ihr Guß fällt demnach vor die Zeit des zweiten Kreuzzuges, in das Jahr 1144. Nicht unwahrscheinlich möchte sie aus einer Werkstätte des Klosters Niederaltich hervorgegangen sein, wo damals die blühenden Künste in Blüthe standen, wie das Beispiel des im genannten Stifte erzogenen nachmaligen Erzbischofs Thiemo von Salzburg, eines für seine Zeit ausgezeichneten Bildhauers beweist. Die Glocke hat die Gestalt eines Bienenkorbes; welches Metall dazu verwendet wurde, kann nicht angegeben werden; es hat nunmehr ein ganz schwärzliches Ansehen, und ist durch den vielhundertjährigen Gebrauch der Glocke schon ganz dünn geworden.

Der Abt zu Mölk hat sich vom österr. Abgeordnetenhause, dessen Mitglied er ist, einen dreiwöchentlichen Urlaub erbeten und am 3. Mai erhalten. Bei dieser Gelegenheit schreibt die „Oest. Post": „Abt Wilhelm ist eine der interessantesten, in mancher Beziehung vielleicht die interessanteste Erscheinung des Parlaments. Ein 83 Jahre alter Herr, der Rektor des Hauses, hat er noch in seiner Sitzung gefehlt; Mitglied des Finanzausschusses und anderer Ausschüsse, ist er einer der peompstesten bei der Verhandlung. Keine Klubsitzung, selbst wenn sie in der Nacht hinein dauerte, und, zu seiner Ehre sei es gesagt, auch kein sehliches kollegiales Mahl, selbst wenn es über Mitternacht hinaus sich dehnte, das nicht den liebenswürdigen, gastfreikschen Prälaten unter den Anwesenden zählte. Ein Benediktiner aus der josephinischen Zeit und Schule, verbindet dieser ehrwürdige geistliche Herr mit einer unendlichen Erfahrung und Geschäftskenntniß die humanste Anschauungsweise unserer neueren Verhältnisse, in die er ohne Selbstzwang und ganz harmonisch sich hineinfindet. Zur Charakteristik des alten Herrn mag folgender Zug dienen: Abt Wilhelm hat; bisher nie die Grenze des österreichischen Staates verlassen, und heute reist der 83jährige Mann statt nach Rom nach London zur Weltausstellung. Es war im Hause sein Geheimniß, daß der von ihm nachgesuchte dreimonatliche Urlaub behufs einer „Erholungsreise" zu jenem Ausflage bestimmt ist."

Die „Sternzeitung" meldet folgende Unfälle aus Berlin, Am 4. d. M. erschoß sich in seiner Wohnung ein Mann, welcher dem Trunke ergeben war und dessen häuslichen Verhältnisse zerrüttet sind. — Ein Mann, der sich seit Jahren in vielfache fehlgeschlagene Spekulationen eingelassen hat und sich daher in derangirten Vermögensverhältnissen befand, wurde am 5. d. M. früh in seiner Wohnung entleibt gefunden. — Am 6. d. M. Nachmittag gerieth ein 3 Jahre altes Mädchen, als es in der Linienstraße über den Fahrdamm gehen wollte, unter eine Droschke und wurde auf der Stelle getödtet, indem ihm ein Vorderrad über den Kopf ging. — Am 5. d. M. Nachmittags stürzte ein Schiffssteuermann von einem Fahrzeuge am Humboldthafen in die Spree und ertrank.

In Waidhut wurde der durch die südlich der Stadt gelegene Bergspitze mit einer scharfen Kurve durchziehende Eisenbahntunnel vollendet. Die Minenarbeiten des 1180 Fuß langen Tunnels haben im Monat August 1850 ihren Anfang genommen, und im Juni v. J. hatte das Fest der Durchbrechung stattgefunden. Wie man vernimmt, dürfte die Bahnstrecke von hier

Digitized by Google

bis Ersingen bis zum Monat Oktober d. J. befahren werden können.

Ueber den Vergnügungszug nach London schreiben die brieflichen Mittheilungen: Die Unternehmer des am 5. Juni um 6 Uhr 30 Minuten Morgens vom Westbahnhofe abgehenden Vergnügungszuges über Paris nach London und zurück, (zu welchem sich bereits über 100 Theilnehmer gemeldet), dieten gegen Erlag von 220 fl. ö. W. Folgendes: Die Reise mit 60 Pfund Freigepäck hin und zurück, in Paris während vier Tagen in den besten Hotels die Wohnung, Bedienung, Verköstigung ꝛc. in gleich zweckmäßiger Weise wie in Paris; ferner eine Lustfahrt auf dem Themsedampfer zur Besichtigung der Docks und nach Greenwich. Zwei Tage sind ausschließlich zur Besichtigung des Industrie-Palastes bestimmt, wo den Theilnehmern das freie Entrée geboten ist. Die Rückkunft des Zuges nach Wien ist auf den 20. Juni Abends festgesetzt.

Neueres.

** München, 9. Mai. (Priv.-Kor.) Am 13. d. geht der dritte Kabinetskurier nach Nizza ab, um bei derselbe die ministeriellen Anträge zur Ernennung der zweiten Beamten für die Bezirksämter, dann die Wiederbesetzung der erledigten Beamtenstellen bez. der Landgerichte ꝛc., sowie die Ernennung der Räthe und Staatsanwälte bei den neuen Bezirksgerichten dem Monarchen zu überbringen. — In Sache des protestant. Pfarrers Schmitt in der Pfalz wurde in der heutigen Sitzung des pfälz. Kassationshofs das Erkenntniß publizirt: Der Kassationsrekurs der Regierung wird als begründet erklärt und demzufolge das bezügliche Urtheil des Appellationsgerichts der Pfalz kassirt. Der oberste Gerichtshof hat hiedurch ausgesprochen, daß die Geistlichen keine pragmatischen Recht haben. — JJ. MM. die Königin und die Kaiserin-Mutter von Oesterreich überraschten das allgemeine Krankenhaus mit einem längeren Besuch.

= Oesterreich. Im Unterhaus entspann sich bei der bekannten Erklärung des Ministers Rechberg über Italien und Kurhessen folgende Debatte: Thomann: Weder in Italien, noch in Frankfurt liege der Schwerpunkt der Machtstellung Oesterreichs, sondern im Innern des Reiches. Nur dann werde sich die Regierung kräftigen, wenn sie sich der slavischen Völker annehme und sie nicht der Knute der Barbaren im Südosten anheim gebe. Brinz: Sein Blut befinde sich in Aufregung. Wie man das Festhalten der Regierung an dem tausendjährigen Verbande mit Deutschland eine Verrückung der Machtstellung Oesterreichs nennen könne, wie es Abg. Thomann gethan, finde er unbegreiflich; und zu bedauern sey es auch, daß die Interpellation wegen Kurhessens keine andere Beantwortung erfahren habe, als daß man gemeinsam mit Preußen vorgehen werde, was in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht viel sagen wolle. (Heiterkeit und Bravo.)

Preußen. Die neueste „Sternzeitung“ sagt: Die Fortschrittspartei rentet in zahlreichen Wahlversloren die Früchte einer Agitation, welche, mit Umsicht vorbereitet, durch gewandte und nachrückliche Ausbeutung der Tagesanschauen zu ersteren wußte, was ihr an Offenheit und innerer Berechtigung abging. Das künftige Abgeordnetenhaus wird also im Großen und Ganzen aller Wahrscheinlichkeit nach unter der Herrschaft der Fortschrittspartei stehen. Diese Thatsache glauben wir schon jetzt konstatiren zu dürfen; damit ist uns noch keineswegs irgend ein Ausschluß über den eigentlichen politischen Charakter der Versammlung gegeben, welche den Wahlen vom 6. d. Mts. ihren Ursprung verdankt. Nur in der Verneinung hat die Fortschrittspartei ihre Richtung bisher bestimmter ausgeprägt. Sie macht mit Entschiedenheit nicht nur gegen die Vertreter konservativer Interessen und Anschauungen Front, wenn dieselben auch fest und aufrichtig auf dem Boden der Verfassung stehen, sondern sie handhabt ihr Ausschließungssystem auch eben so nachdrücklich gegen die Altliberalen. Es mag der Opposition überlassen bleiben, ihren Standpunkt nach den Umständen zu wechseln, um ihren Tendenzkrieg unablässig fortzusetzen. Die Regierung verharrt ruhig in der ihr durch das Vertrauen Sr. Maj. angewiesenen Stellung, wie sie an den vom Landesherrn verkündeten Grundsätzen festhält. Sie weiß, daß die Zukunft nicht Denen gehört, welche der Strömung des Augenblicks folgen, sondern Denen, welche den wahren, dauernden Interessen des Landes aufrichtig und gewissenhaft dienen.“ Die ebenfalls „wahlfreundliche“ Kreuzzeitung fürnt, man sage, das Volk habe gesprochen, das sei gerade so wahr, als daß das neapolitanische Volk es gewesen, welches dem Viktor Emanuel zugejauchzt. (Die „Kreuzzeitung“, die muthmaßlich das neapolitanische Volk in den Beiganten sieht, macht durch diesen Vergleich ihrer Partei ein schönes Kompliment.)

Hiezu die Beilage: Würzburger Anzeiger.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	b pCt. Met. (Co. l. S. b. K.)	78 P.
„	b pCt. Lomb. ditto.	85⅜ G.
„	b pCt. Venet. Coupon b. K.	74½ G.
„	b pCt. Nationalanl. v. 1854	63⅜—½ G.
„	b pCt. Metall. Obligation.	54⅛ P.
„	4½ pCt.	48¾—48 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅞ P.
Bayern	b pCt. Obl. 4. E. (C. b. K.)	101⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. 1|3hr. dto.	102⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. 1|4hr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1|3hr. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P. ¼ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼P.100⅞G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99⅜ P.
„	3 pCt. Obl.	95⅜ P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	45⅜ G.
„	2 pCt.	37⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .		124—⅜ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .		761—59 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		196—95½|G.o.D.
Bayerische Bank à fl. 500		—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250		219½—18 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .		82½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .		90½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .		834 G. ex.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .		73¼ G.
Oest. F. St.-Eisenb. à 200 Fr. à 3 pr.		241½ P. 241 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .		125⅜ P. 125G.
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7		80 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 10⅔ à pCt. Z.		32½ P. 31⅝ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .		136½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		108⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		54½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		24½ P. o.D.
Span. Handels- u. Industrie . . .		509 P. 509 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Parsire .		550 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.		107 P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105⅞ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100½ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	113 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. K.	59 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	74 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	1329⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	76—75½ G.	„ fl. 25 do.	27¼ P.
„ fl. 100 Kib. L. v. 1858.	119 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	30⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	124 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 3½ pCt. Z	36¼ P.
Badische fl. 50	106½ P.	Toraine-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	55¼ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅜—⅝ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	100½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 80 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lad. k.S.	96½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	86⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 3 k. W.	—
do. in Cst. W. 1. S.	89⅞ B.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 9. Mai. In öfterr. Fonds, Aktien und Industriepapieren war die Stimmung im Allgemeinen matter und wurden in denselben ziemlich beträchtliche Käufe zu weichenden Kursen vollzogen. Süddeutsche Fonds wurden von der Flauheit der österreichischen nicht berührt; einzelne Gattungen derselben waren sogar etwas höher und Frankfurter Bankaktien erfuhren abermals eine bedeutende Preisverbesserung. 5pCt. russische Obligationen wurden mit ½ pCt. Aranee in Posten umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130-31. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 12. Mai 1862.

Bund und Bundesreform.

In der von uns öfters erwähnten Druckschrift eines vormaligen höheren Staatsbeamten in Bayern werden folgende Vorschläge gemacht: Zu Art. 1 der Bundesakte. Ausdehnung des Bundeszwecks auch auf Pflege und, größtmögliche Förderung des geistigen Lebens wie der materiellen Wohlfahrt der deutschen Nation. Zu Art. 4, 6 und 9: a) Ernennung einer Exekutivgewalt, gebildet aus den Gesandten von Oesterreich und Preußen, dann einem Vertreter der übrigen Bundesstaaten, wirksam und mit ausgedehnten Vollmachten versehen für den Fall außerordentlicher politischer Konjunkturen. b) Eine jährlich mindestens einmal zusammentretende Central-Volksvertretung unter der Benennung eines deutschen Parlaments, gewählt ex gremio durch die Territorialvolksvertreter der einzelnen Bundesländer, begabt mit der Mitwirkung zu allgemeinen Gesetzen aller Art und zu sonstigen gemeinnützigen Bundes-Anordnungen, dann mit dem Rechte der Wünsche und Anträge. Diese Zusammensetzung biete den dreifachen Vortheil: einer Vermeidung allzu zahlreicher Wahlakte, eines lebendigen Zusammenhanges zwischen territorialer und Centralvertretung (Landtagen und Reichstag) und der Beseitigung jener Rivalitäten und partikularistischen Gegensätze, welche außerdem so nahe lägen. Daneben könnte der Bundestag wegen seiner völkerrechtlichen Natur fortbestehen. -Zu Art. 7. Beseitigung des Einstimmigkeitserfordernisses bei organischen Bundesgesetzen und Reduktion desselben bei diesen Gesetzen auf einfache, höchstens Zweidrittelmajorität, bei gemeinnützigen Bundesanordnungen sonstiger Art jedenfalls auf einfache Majorität. Zu Art. 12. Errichtung eines obersten Bundesgerichtes, gebildet durch turnusweise Präsentation der territorialen obersten Gerichtshöfe, zu Schlichtung der in dem großherzoglich badischen Antrage aufgeführten Rechtsfälle mit alleiniger Ausnahme der Zuwiderhandlungen zwischen Territorialregierungen und Territorialvolksvertretungen, dann eines ständischen Schiedsgerichtes, ernannt halb von dem Bundestage, halb von dem Centralparlamente für die besagten Zuwiderhandlungen. Zu Art. 13. Aufhebung der von der Wirklichkeit gänzlich überholten Bundesgesetzgebung und Bundespräcedentien in Sachen der Territorialverfassungen. Anerkennung des konstitutionellen Systems innerhalb seiner legalen Grenzen als Deutung des Art. 13 und als einzige Rechtsquelle schiedsgerichtlicher Rechtssprüche. Zu Art. 18 Lit. d. Proklamiren der Preßfreiheit mit Ausschluß jeglicher Art von Prävention und ausschließlichem Anheimfallen der Repression an das Gebiet des Strafrechts, als Vollzug der obenangeführten Stelle des Bundesvertrags, also als bindende Norm für alle Einzelstaaten. Die Motivirung dieser Sätze muß in der Schrift nachgelesen werden. Wie dringend auch diese Reformvorschläge sind, wäre mit ihrer Durchführung jedenfalls doch schon etwas gewonnen.

Deutscher Bund.

Die Bundesversammlung trat (wie schon kurz berichtet) zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher Oesterreich und Preußen den Antrag stellten, die kurhessische Regierung zu ersuchen, das unter dem 26. April angeordnete Wahlverfahren einzustellen, damit der gemeinschaftliche Antrag der beiden deutschen Großmächte vom 8. März nicht präjudizirt werde. Der kurhessische Gesandte verlangte unter Berufung auf § 30 der Geschäftsordnung, daß die hohe Versammlung ihre Beschlußfassung auf die nächste Sitzung verschiebe. — Hierauf erstattete die Reklamationskommission Bericht über den Protest der Kasseler Wähler, welcher auf den Antrag derselben nunmehr, wie Preußen in der letzten Sitzung beantragt, dem kurhessischen Ausschuß zugewiesen (folglich für dringlich erachtet) wurde.

— **Oesterreich.** Molnar, Direktor des 1861 in Ofen begründeten ungarischen Volkstheaters, hatte am Jahrestage des Todes des Grafen Szechenyi auf der Bühne einen Katalakt mit der berühmten Devise des Verstorbenen: „Ungarn war nicht, sondern wird frin", zwischen, auch im Zwischenakte von dem Orchester das Szogat spielen lassen. Jetzt hat er eine Zuschrift des Ofner Bürgermeisters erhalten, worin ihm für den Fall einer ähnlichen Demonstration die Entziehung der Konzession in Aussicht gestellt wird. — Die Deutschen in Ungarn fahren noch immer fort, ihre Namen fleißig zu magyarisiren. Zum Lohne dafür werden sie von „Pesti Naplo" verhöhnt, daß ihre Namen oft völlig unmagyarische, slavische Uebersetzungen aus dem Deutschen seien.

Nach der „Oesterr. Z." soll die Armeereduktion eine namhafte seyn, indem 70,000 Mann urlaubt werden. — Der neue Gouverneur von Mainz, Erzherzog Wilhelm, ist dahin abgereist. — Das siebenbürgische Gubernium hat die Repräsentation der sächsischen Nationsuniversität an den Kaiser zurückgewiesen.

Von Seite der k. k. priv. österr. Nationalbank wurde soeben dem Zustandebringer des Banknotenfälschers Ludwig Nagy, richtiger Farkas György, auch Ujfalusy Nagy Lajos, Erdely, Gyala, Török genannt, eine Belohnung nach Umständen bis zu 4000 fl. in Aussicht gestellt. Der Fälscher, am 27. April in Pesth aus dem dortigen Untersuchungs-Arreste entwichen, ist circa 31 Jahr alt, gebürtig aus Rima im Gömörer Komitate, reformirter Religion, ledig, hielt sich zuletzt in Ofen auf und hatte keine andere Beschäftigung als das Fälschen von Banknoten.

Preußen. Ueber die Art und Weise, wie der König die gegenwärtige Situation auffaßt und über dieselbe sich äußert, wird der „H. B.-C." „aus authentischer Quelle" vom Rheine geschrieben: Dem Könige ist die Opposition des Landes gegen das Ministerium v. d. Heydt nicht begreiflich. Der König hält Herrn v. d. Heydt für liberal und aus diesem Grunde hat er ihn aus dem Ministerium Manteuffel-Westphalen in das Ministerium Hohenzollern-Auerswald mit herüber genommen. Daß die übrigen Minister feudal seien, diese Behauptung weist der König entschieden mit dem Bemerken zurück, daß er mit Junkern nicht regieren wolle. Der König hebt hervor, daß der Graf zu Lippe, weil er als Staatsanwalt zu Potsdam in dem Depeschenbeschlahls-Prozeß den Minister-Präsidenten v. Manteuffel verhaften lassen wollte, an das Appellationsgericht zu Breslau versetzt wurde, daß Prinz Hohenlohe und Graf Ihenplitz für die Ausgleichung der Grundsteuer gestimmt haben. An der Verfassung hält der König so lange fest, als die Landesvertretung an derselben festhält. Von der dreijährigen Dienstzeit geht der König nicht ab, obgleich in der hohen Militär-Kommission mehrere Generale für die zweijährige Dienstzeit sich ausgesprochen haben. Als „alter gedienter General" ist der König der Ansicht, daß selbst die dreijährige Dienstzeit kaum ausreiche, um einen Infanteristen zu voller Kriegstüchtigkeit auszubilden. Auf die Eventualität einer abermaligen Kammerauflösung ist der König vollkommen gefaßt und vorbereitet.

Man hat sich an den Fürsten zu Hohenzollern mit der Bitte gewendet, er möge wieder die Ministerpräsidentschaft übernehmen. Der Fürst hat abgelehnt, an die Spitze des jetzigen Kabinets zu treten. — Die Bemühungen der Herzöge von Ujest und Ratibor, eine neue Adelspartei nach dem Vorbilde der englischen Tories zu bilden, dürften erfolglos sein. Der englische Adel hegt neben seiner konservativen Gesinnung eine große Liebe zum Vaterlande, welchem er seine Privatinteressen willig opfert; der preußische Adel aber, soweit er sich nicht den liberalen Parteien angeschlossen hat, verfolgt nur ein Ziel: seinen Vortheil. Der englische Adel steht ferner durch Bildung und Reichthum der Bourgeoisie voran und übt dadurch einen ungeheuren Einfluß aus; der soziale Einfluß des preußischen Adels dagegen ist gleich Null. Es wird deshalb trotz der Bemühungen der Herzöge der konservative Theil des preußischen Adels stets das Junkerthum repräsentiren, das in sei-

Digitized by Google

nem Egoismus den Staat ruiniren würde, hätte es die Macht dazu. Allerdings werden die Herzöge aber wohl niemals sich zu der Partei bekennen, der sie in jeder Beziehung fern stehen.

Auf die Adressen, welche von württembergischen Fortschrittsmännern auf den Versammlungen zu Oehringen, Neuenstein, Kupferzell und Besigheim an die preußische Fortschrittspartei beschlossen worden waren, hat der Vorsitzende des Berliner Centralwahlkomité's, Regierungsrath v. Unruh, unter Anderem geantwortet: „Wenn erst die Geister einig sind, werden auch die Leiter und Länder es werden. Wie das frühere spezifische Preußenthum, das sich nur auf sich selbst stützte, vor der großen Idee des freien und einigen Deutschlands schmilzt, so zerrinnt auch das Mißtrauen und die Abneigung des übrigen Deutschlands vor uns Preußen. Laßt uns einig sein wollen, thatlich und offen, und wir werden einig sein in Wahrheit und Wirklichkeit. Gewiß hat der größere Theil der Schuld an uns Preußen gelegen, aber wir sind jetzt auf gutem Wege, und der Händedruck aus Süden wird uns stärken in unserm Streben." — Die „Reform" schreibt: „Das Gerücht beschäftigt sich schon wieder lebhaft mit Aufstellung einer Ministerliste aus Männern des Centrum, wie Bockum-Dolffs, Graf Haake u. A.; es ist jedoch darauf bis jetzt kein Gewicht zu legen. Herr v. Bismark-Schönhausen wird hierbei als Kandidat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten genannt. Wir wir hören, hat er sich kürzlich an einen Freund in Bezug auf die Ministerkandidatur dahin geäußert, daß er als Bedingung ihrer Annahme die Anerkennung Italiens, das Einschreiten in Kurhessen, Herstellung der deutschen Einheit, ein festes Bündniß mit Frankreich und die Ernennung des Professor Sybel zum Kultusminister stellen werde. Herr v. Bismark geberdet sich demnach als halber Fortschrittsmann, der dabei aber auf das Zusammengehen mit Louis Napoleon spekulirt und vor einer solchen Politik hat man sich offenbar zu hüten."

Württemberg. Die zweite Kammer wählte die volkswirthschaftliche Kommission, welche den französisch-preußischen Handelsvertrag zur Begutachtung erhält; nemlich: Barnbüler mit 80 Stimmen (konservativ, Gegner des Vertrags), Mohl mit 72 Stimmen (Demokrat, Gegner des Vertrags, soll bereits einen Bericht gegen denselben ausgearbeitet haben), Dessner mit 53 Stimmen (Demokrat und Besitzer einer Fabrik lackirter Blechwaaren), Ammermüller mit 51 Stimmen (Demokrat und Theilhaber einer Farbwaarenfabrik), Duvernoy mit 44 Stimmen (früherer Märzminister des Innern), Schäffle (liberal-konservativ, Professor der National-Oekonomie in Tübingen und Gegner des Vertrags) mit 44 Stimmen, Bech (Demokrat und Papierfabrikant, Gegner des Vertrags) mit 42 Stimmen. Finanzdepartementschef, v. Sigel, früher mehrjähriger Zollvereins-Bevollmächtigter, soll mehr für, als gegen den Vertrag sein; ebenso der Minister des Innern. Der Direktor der Centralstelle für Gewerbe und Handel, Dr. v. Steinbeis, ist, wie alle Freihändler, dem Vertrag günstig. Es kommt also wohl Alles auf den Ausspruch der Kammern an. In Betreff der Aussprüche der Kongresse für Baumwoll-Industrie und Metallwaaren-Fabrikation ist zu bemerken, daß sich solche mehr aus dem Grunde gegen den Vertrag aussprachen, daß sie dessen Konsequenzen für einen Vertrag mit England, nicht aber weil sie sich vor Frankreich fürchten.

Kurhessen. Die Hanauer Polizeidirektion setzt eine Belohnung von 25 Thalern für die Entdeckung des Thäters der in der Rentnerei verübten Prätiosen-Diebstahls aus. Damit berichtigt sich die Angabe verschiedener Blätter, daß die Diebe bereits entdeckt seyen.

Baden. Die Constanzer Handelskammer hat in Betreff des preußisch-französischen Handelsvertrages ein einstimmiges Gutachten abgegeben. Sie begrüßt jede Zollermäßigung als einen Schritt zum Freihandel und spricht sich deßhalb im Allgemeinen für diesen Vertrag günstig aus, indem sie von der deutschen Industrie eine Erstarkung und regere Thätigkeit erwartet, wodurch der fremden Konkurrenz auf den meisten Gebieten nach und nach die Spitze geboten werden könne. Die Handelskammer spricht über die Behandlung Oesterreichs ihr Bedauern aus und erwartet, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Staate nicht nur erhalten, sondern auch in wirklich bundestreuer Weise erweitert werden, was auch ganz im politischen und kommerziellen Interesse der übrigen deutschen Staaten liege. Schließlich wird noch der Wunsch nach Erleichterung des Verkehrs mit andern Ländern ausgedrückt.

Belgien.

In der 2. Kammer hat Dumortier eine durch allseitigen Zuruf genehmigte Motion eingebracht, wodurch der Präsident ermächtigt wird, die Tagesordnung des Hauses für die nächste Zeit selbstständig anzusetzen und alle aufregenden und Parteifragen davon fern zu halten. „Der Gesundheitszustand unseres vielgeliebten Monarchen hat durchaus nichts Verzweifeltes", sagte der Antragsteller, „aber es ist nothwendig für uns, das Verhängniß der Fürsehung in Frieden abzuwarten." Damit sind die Kammerpause und die Angelegenheit des Obersten Hapez vorab von der Tagesordnung verbannt.

Großbritannien.

Die Nachricht von einem neuen, zwischen England und Amerika behufs Unterdrückung des Sklavenhandels abgeschlossenen Vertrage ist durch Hrn. Lapard in der Unterhausßitzung bestätigt worden. Amerika hat sich endlich dazu verstanden, das Untersuchungsrecht auch über seine Schiffe walten zu lassen, und damit ist Aussicht geboten, daß dem Menschenhandel endlich ein Ende gemacht werden könne. Blätter, die dem Norden gewogen sind, wie „Daily News", schreiben dieses Zugeständniß den Gefühlen des Nordens zu Gute, der längst so gebandelt hätte, wäre er im Kongreß bisher nicht vom Süden überstimmt worden.

Frankreich.

Das Marineministerium hat einen ziemlich beträchtlichen Preis für ein Specifikum gegen das gelbe Fieber ausgesetzt. Es scheint dies anzudeuten, daß der Gesundheitszustand der Expeditionskolonne in Mexiko nicht der beste ist oder für die Zukunft ernstliche Besorgnisse erregt.

Italien.

Aus Florenz geht von dem dort erscheinenden demokratischen Blatte „La nuova Europa" eine Nummer der „Ztg. f. Nordd." mit der Empfehlung zur Inbetrachtnahme eines Artikels zu, der „Una proposta" überschrieben ist und den Vorschlag enthält, einen Kongreß von Abgeordneten der demokratischen Partei aller Völker zu veranstalten. Der Vorschlag geht von einem Spanier aus und stellt als Zweck auf, daß die Demokratie sich kennen lerne und eine Anschauung ihrer Stärke gewinne; daß sie sich über ein gemeinsames Programm einige, und daß sie endlich einen permanenten Ausschuß bilde, ihren Freunden zum Zeichen, wie allerdings eine Verbindung der Völker, und zwar ohne Schädigung ihrer nationalen Selbstständigkeit, leicht zu erreichen sei. Die „Nuova Europa" begründet den Vorschlag ihrerseits durch die Aussührung, wie freilich die Sache der Demokratie in unsern Tagen günstiger stehe als je, wie sie aber dennoch einen schwierigen Weg zum endlichen Siege zurückzulegen, noch manches Hinderniß zu bewältigen habe. Und wehe dem Volke, das etwa dem egoistischen Grundsatze fröhnen wollte: „Die Freiheit komme mir allein zu Gute!" Der Kosmopolitismus der meisten Italiener ist nicht weit her, und muß daher stets ein Augenmerk darauf gehalten werden, ob sich unter der Völker-Verbrüderung nicht eine spezifisch-nationale Tendenz versteckt, die grade eine Dürirung des Germanenthums bezweckt.)

Türkei.

= In Folge der neuen Staatsorganisirung Serbiens wird der Fürst Michail „von Gottes Gnaden regierender Fürst von Serbien" auf jedem fürstlichen Akt und Gesetz betitelt. Mehr als über alles Andere soll die Pforte hierüber aufgebracht sein.

Volkswirthschaftliches.

Der Bayreuther Handels- und Gewerbrath hat sich weder für die entschiedene Annahme des preußisch-französischen Handelsvertrags (wie Hof) noch für die unbedingte Ablehnung desselben (wie Bamberg) ausgesprochen. Es wurde vorzugsweise betont, daß der Vertragsentwurf in sehr vielen Tarifsätzen dem Grundsatze der Gegenseitigkeit zuwiderlaufe, und daß die Hauptzweige der obrefränkischen Industrie, nämlich Baumwollen-, Eisen-, Leinen- und Glasfabrikation von einer Ausfuhr nach Frankreich sich gar nichts versprechen dürften, während der einheimische Markt durch die auswärtige Konkurrenz bei den niedrigen Tarifsätzen jedenfalls bedeutend werde beeinträchtigt werden. Es müsse also wenigstens für Eisen- und Baumwollenwaaren eine bessere Ausgleichung und Annäherung der beiderseitigen Zollsätze erfolgen.

Das Wirthschafts-Komité zum ersten deutschen Bundesschießen hat aus den sehr zahlreichen Proben, welche ihm auf seine Einladung zur Konkurrenz für die Mitlieferung zugegangen waren, durch Experten das Beste auswählen lassen und nunmehr den betreffenden Häusern die Lieferung übertragen. Es haben zu liefern: Peter Arnold Mumm in Frankfurt 60,000 Flaschen 1859r Deb-

Digitized by Google

bethelmer, als Schützenwirin, 2000 Fl. 1858r Johannisberger, eigenes Wachsthum, 5000 Fl. 1848r Bordeaux; C. H. Mumm und Co. in Rheims 6000 Fl. Fleur de Sillery; J. H. Bruder in Frankfurt 10,000 Fl. 1858r Forster und Mauskopf-Scharlach in Frankfurt 5000 Fl. 1858r Markobrunner.

Als wo einigen Jahren falsche Noten der Braunschweiger Bank in Umlauf waren, konnte man seitdige besonders daran erkennen, daß sie die Buchstaben des Wasserzeichens undeutlich, weil sie dem Papier nur eingepreßt waren, und daß bei den facsimilirten Unterschriften über dem s des Namens Löbecke das Diphtongzeichen fehlte. Jetzt sind wieder einige gefälschte Noten bei der Bank eingegangen, bei denen sich zwar der letztere Fehler nicht findet, welche indeß beim Vergleiche mit ächten sehr leicht zu erkennen sind, da nicht weicheres, leicht brüchiges Papier dazu verwandt ist, sondern auch beide Seiten, besonders die Rückseite, viel minder künstlerisch und in einigen Kleinigkeiten abweichend ausgeführt sind, namentlich auch bei ihnen die beiden Schmetterlinge fehlen, welche auf den ächten Noten auf den der Rückseite rechts vom Löwen sich befindenden beiden Frühlhörnern angebracht sind.

Dem britischen Parlamente ist ein Bericht über ungarische Weine von Dunlop, Attaché bei der britischen Gesandtschaft in Wien, vorgelegt worden. Es ist demselben zufolge kein Zweifel, daß Ungarn eine ganz unglaubliche Menge Wein produziren könne, leider fehle es noch an Verständniß und Methode der Weinbereitung. Die ungarischen Grundeigenthümer und Weinbergsbesitzer, meint er, fangen erst allmälig einzusehen an, daß ihre Weine, trotz der Vortrefflichkeit des Bodens und der Traube sich für den Export sehr schlecht eignen, daß sie viel größere Quantitäten und bei weitem vorzüglichere Sorten erzeugen könnten, wenn nur ein vernünftigeres System eingeführt würde. Die Ungarn verstehen nämlich, wie es scheint, die Kultur und Behandlung des Weinstocks bis zur Zeit der Traubenlese, aber von da an ist ihr System des Weinmachens „roh, mangelhaft, lüderlich und Alles eher denn ökonomisch". Man hat sich zwar eine Weinkompagnie gebildet, um diesem Uebelstande abzuhelfen, noch könnte dies am Ende auch jeder andere Besitzer, da keine neuen sehr kostspieligen Apparate erforderlich sind.

Nichtpolitische Zeitung.

Der Missionär Dr. Wolf, dessen Tod gestern gemeldet, war der Sohn eines Rabbiners, und erblickte im Jahre 1795 zu Weilersbach, nicht weit von Forchheim, das Licht der Welt. Hebräisch, Lateinisch und Griechisch lernte er als Knabe im väterlichen Hause, in Bamberg, Jena und Weimar, und zu seiner Bekehrung zum Christenthum — er wurde am 13. September 1812 durch den Benediktinerabt Leopold Zolva im Stift zu Curaus bei Prag getauft — trug zunächst seine Bekanntschaft mit dem Grafen von Stolberg und dem Bischof Seiler bei. Im Jahre 1813 begann er seine arabischen, syrischen und chaldäischen Studien und besuchte in diesem und im darauf folgenden Jahre die theologischen Vorlesungen an der Wiener Universität, woselbst er mit Prof. Jahn, der über biblische Archäologie lehrte, Friedrich von Schlegel, dem Dichter Zacharias Werner und dem Redemptoristen General Hofbauer in freundschaftlichem Verkehr stand. Von 1814 bis 1816 war er durch den Fürsten Dalberg in den Stand gesetzt, seine linguistischen und theologischen Studien an der Tübinger Universität fortzusetzen, worauf er eine Reise nach der Schweiz unternahm und mit Zschokke, Frau von Krüdener, Pestalozzi und Andern in Berührung kam. Mehrere Monate verweilte er zu jener Zeit auch in Turin beim Grafen Trachsek und Frau von Staël, in deren Kreisen er Vorträge über die Poesie der Bibel hielt. Noch im selbigen Jahre treffen wir ihn in Rom, woselbst er dem Papste Pius VII., mehreren Kardinälen und dem Geschichtsschreiber Niebuhr vorgestellt wurde. Er war damals 21 Jahre alt, und blieb bis 1818 zuerst im Collegio Romano und später im Collegio der Propaganda; seine Ansichten wurden aber als ketzerisch erklärt; er mußte der heiligen Stadt den Rücken kehren und wandte sich wieder nach Wien, woselbst er durch Friedrich v. Schlegel, Veit und Hofbauer vermocht wurde, ins Redemptoristenkloster Bal-Saint bei Freiburg einzutreten. Als aber auch in diesem seine Zweifel nicht gehoben werden konnten, kam er nach London, zu dem im vorigen Jahre verstorbenen Parlamentsmitglied Henry Drummond, dessen Bekanntschaft er in Rom gemacht hatte. Durch des Letzteren freundliche Vermittlung konnte er seine orientalischen und exegetischen Studien unter Lee und Simeon in Cambridge wieder aufnehmen. Bald darnach trat er seine Missionsreisen an, die ihm einen Namen gemacht haben. Er durchreiste mit der Bibel in der Hand vom Jahre 1821—1826 in Aegypten, Syrien und Palästina, war der erste Missionär, der es wagte, den Juden in Jerusalem die Lehren des Christenthums zu predigen, wandte sich hierauf nach Aleppo, reiste durch Mesopotamien, Persien und über Tiflis nach der Krim, wo er die Karaiten bei Baktschi-Seral aufsuchte, den deutschen Kolonisten, Russen, Mohamedanern und Juden in Karaju Bazar, Simpheropol, Sebastopol und Kertsch predigte, um über Odessa und Konstantinopel nach England zurückzukehren. Im Jahre 1826 machte er die Bekanntschaft von Lady Georgiana Mary Walpole, die er im darauffolgenden Jahre ehelichte u. mit sich auf die Reise nahm. Während sie in Malta seiner wartete, machte er (1831—39) seine zweite Reise nach Palästina, um die 10 verlorenen Stämme aufzusuchen. In Khorasan geriet er in Sklaverei, mußte viel Leid erdulden und verheirathete endlich dem Abbas Mirza seine Befreiung. Doch ließ er sich dadurch nicht einschüchtern, und setzte seine Reise nach Bokhara, Balk, Kabul, Lahore und Kaschmir fort, woselbst er von Rundschit Singh, Lord William Bentinck und Sir Edw. Barnes mit großer Auszeichnung empfangen wurde. Von Ludhiana drang er, in einem Palankin getragen, zu Lande bis Calcutta vor, und predigte unterwegs auf 130 Stationen. Dann ging er nach Masulipatam und Secundarabad, wurde in Madras von der Cholera befallen, genaß und setzte seine Reise zu Lande nach Pondicherry fort, von wo er über Bombay und Aegypten nach Malta zurückkehrte. Aber schon im Jahre 1836 war er wieder in Abyssinien, brachte den jetzigen Bischof von Jerusalem, Dr. Gobat, den er in Agum krank vorfand, nach Dschedvah (Arabien), wandte sich nach Sanaa in Yemen, um die Reschabiten und Rohabiten aufzusuchen, und von dort über Bombay nach den Vereinigten Staaten von Amerika, woselbst er vor dem Kongreß predigte und zum Doktor der Theologie promovirt wurde. Seine zweite Reise nach Bochara, deren Zweck die Befreiung der daselbst gefangenen Engländer Obrist Stoddart und Kapitän Conolly war, hat er selbst in seinem Journey to Bokhara drittlen Buche beschrieben. Von da an (1845) lebte er als Pfarrer in Isle-Brewers ruhig bis an sein Lebensende.

Der Müllerburschen Kandler, der seine Geliebte mit ihrer Einwilligung und auf ihre Aufforderung erschossen und sich selbst in's Wasser gestürzt hatte, jedoch gerettet wurde, und welche bei dem Wiener Landesgerichte zum Tode verurtheilt wurde, welches Urtheil auch vom Oberlandesgericht bestätigt ward, wurde vom Kaiser begnadigt und die Bemessung der Strafe dem obersten Gerichtshof überlassen, der ihn zu 2 Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

In Tyrnau wurde vorige Woche Johann Lazkovits, einstens Leibdiener beim Kardinal und Reichsprimas Batthyany, nach vollendetem 105. Lebensjahre begraben. Er hatte sich in seinem 82. Lebensjahre nochmals verheirathet, und eine 18jährige Tochter aus dieser Ehe folgte dem Sarge nach.

Dieser Tage war von Holland ein Brigadier der Feldwacht nach Emmerich gekommen, um unter Beistand der preußischen Polizei nach einem Individuum zu fahnden, welches in Holland einen Diebstahl begangen hatte. Man fand bei der Nachforschung in einem der Gasthöfe in der Nähe der Eisenbahn einen jungen Mann im Bette liegen, der beim Erscheinen der Uniformen äußerst betroffen war und dadurch der Polizei Veranlassung gab, ihn nach seiner Legitimation zu fragen. Statt dessen kam er unter Weinen mit dem Bekenntniß heraus, er habe die Briefe noch, er wolle sie herausgeben u. s. w. Und was ergab sich? Er war nicht der gesuchte Dieb, sondern ein Post-Expedient aus der Nachbarschaft von Dortmund, der sich am Abende vorher der Unterschlagung von Werthbriefen zum Betrage von über 2000 Thalern schuldig gemacht hatte, und nun auf seiner ersten Etappe auf der Reise nach Amerika durch einen Zufall der Polizei überantwortet ward.

* Bei Elrikat traf jüngst bei einem Gewitter der Blitz zweimal den elektrischen Telegraphen, schmolz beim ersten Male einen Draht, beim zweiten Male fuhr er mit starkem Geräusche in das Telegraphen-Kabinet und bildete hier eine Feuerkugel, die einige Sekunden über den Köpfen mehrerer hier anwesenden Personen schwebte und dann zwischen sie niederschlug und alle betäubte. An anderen Stellen wurden auch die Drähte geschmolzen, eine Stange zerschmettert und die Spitzen eines Blitzableiters stumpf gemacht.

Ein großer Theil der Cloaca maxima, welche in London mit einem Kostenaufwande von Millionen gebaut wird, um den Unrath nicht mehr der Themse in den Schooß schütten zu müssen, sondern ihn viele Meilen östlich von London zu entleeren, ist fertig, und das Ereigniß wurde mit einem unterirdischen Diner in Greenwich gefeiert. Ein Bankett in einem Abzugskanal ist jedenfalls recht englisch. Doch wird es noch Jahr und Tag dauern, bis

Digitized by Google

in diesen unterirdischen Räumen andere Gäste einziehen und Tafel halten können.

Der erst kurze Zeit bestehende Akklimatisations-Verein in London verspricht, die einfache englische Küche mit einigen werthvollen neuen Gerichten zu versorgen. Er will Hämmel aus China in England heimisch machen, denn sie liefern vortreffliches Fleisch und sind von zäher Leibesconstitution. Die Schafe lammen zweimal im Jahre und bringen jedesmal vier bis fünf Junge zur Welt. Ferner beförwortet der Verein die Verpflanzung von Truthühnern aus Centralamerika und Australien, von Feldhühnern aus Canada, China und Mittelamerika und bereits will er eine Art Enten „zu Stande gebracht" haben, welche die Tugend besitzen soll, sich die jugendliche Zartheit des Fleisches bis ins hohe Alter zu bewahren. Betreffs neuer Gemüse brmüht sich der Verein vorerst nur für die Verpflanzung der chinesischen Pamwurzel, die wie Kartoffelspuree schmecken soll. Das Elennthier als Wild in Massen zu hegen, scheint dagegen ein verfehltes Unternehmen gewesen zu sein.

Der Akklimatisationsgarten im Boulognr Wäldchen bei Paris hat vom Ober-Ingenieur der Rheinarbeiten und Vorsteher der Fischzuchtanstalt in Hüningen, eine Sammlung Fische von solcher Größe erhalten, wie man sie selten in Paris erblickt. Es sind dies Aalraupen aus dem Bodensee, Spiegelkarpfen und Krebse von München, gewöhnliche Aeschen, Ritterlächen, gewöhnliche Forellen, große Forellen aus Seen und Rhein- und Donaulaime.

Dem in der Generalversammlung der dramatischen Dichter und Componisten verlesenen Rechenschaftsbericht zufolge betiefen sich die Einnahmen der 20 Pariser Theater vom 1. April 1861 bis 31. März 1862 auf 11,191,051 Fr. Davon steht die große Oper mit 1,215,060 Fr., dann folgen das Cirque-Theater mit 1,185,624 Fr. und das Theater der Porte Saint-Martin mit 1,057,558 Fr. An Autorgrühren zahlten diese Theater im verflossenen Jahre 1,277,178 Fr. Den größten Betrag liefarte das Theater des Cirque (148,736 Fr.; dann kommt die Porte St.-Martin (137,521 Fr.); die große Oprr figurirt nur mit 87,026 Franken.

In Australien werden neuester Zeit Ehren zwischen Chinesen und Europäerinnen häufiger. Bis jetzt haben sich allerdings nur Irländerinnen der unterssten Klasse dazu verstanden, denn die daselbst eingewanderten Chinesen sollen eine gar schlimme Sorte sein, aber es gibt derrn schen, welche Equipagen halttn, und da werden sie mit der Zeit wohl auch glänzendere Partien machen.

Der mehrerwähnte Durell Bonin-Roulet ergibt aus den Verhandlungen des mittelrheinischen Hofgerichts folgende Details: Hr. v. Bonin ist ein Sohn des vorstorbenen Wirkl. Grh. Raths und Oberpräsidenten der Provinz Pommern; mit 19 Jahren trat er im Jahre 1832 in preußische Kriegsdienste und stand zuletzt als Adjutant der 1. Garde-Kavalleriebrigade zu Potsdam, erhielt aber am 19. März l. J. seinen Abschird. Sein Gegner, Albert v. Roulet aus Neuenburg in der Schweiz, war geboren den 25. April 1838 und der einzige Sohn einer sehr angesehrnen Familie; im Herbst 1855 trat er in preußische Kriegsdienste und nahm im Jahr 1860 als Seconblieutenant im 2. Garde-Ulanenregiment seinen Abschied. Beide junge Männer genießen eines vortrefflichen Krumundes. Zur Zeit, als Albert v. Roulet noch als preußischer Offizier in Berlin lebte, war er mit Karl v. Bonin besonders befreundet, und so hielten sie öfters mit einander, wobei einmal der Erstere, schriftlich aber der Letztere dem Anderen einige hundert Thaler schuldig blieb. Darüber entspann sich, nachdem Albert v. Roulet in seine Heimath zurückgekehrt war, zwischen Beiden ein Zwist, indem Karl v. Bonin glaubte, seine Schuld nach Abrechnung seiner frühreren Forderung durch eine Zahlung von 200 Thalern gänzlich getilgt zu haben, während Albert von Roulet noch eine Forderung von 100 Thlrn. machte. Es entstand ein gereizter Briefwechsel, Roulet wendete sich an den Vorgesetzten des Herrn v. Bonin, erhielt auf Grund der Erklärung des Letzteren eine abweisliche Antwort, schrirb nun abermals an denselben und erlaubte sich dabei, wie in einem spätern Briefe an Karl von Bonin die schwersten Beleidigungen bezüglich der Ehrenhaftigkeit des Karl von Bonin. Um den Schein eines Gehinterstrje von sich abzuwendrn, übergab Karl von Bonin den strittigen Betrag von 100 Thalern der Polizeidirektion Potsdam zur Verwendung für wohlthätige Zwecke, und ließ durch einen gemeinsamen Freund den Albert v. Roulet hievon benachrichtigen und zum Widerruf jener Beleidigungen auffordern, welcher dies jedoch verweigerte und sich, wie in einem frühern Briefe, zu einem Zweikampf bereit erklärte, indem er Frankfurt als Ort des Zusammentreffens bezeichnete. Als jedoch Karl v. Bonin mit seinem Sekundanten dorthin gereist war, erhielt er ein Telegramm seines Gegners, das ihn nach Kehl berief, um der leichteren Flucht wegen näher an der französischen Grenze zu sein. Dort am Nachmittag des 21. Febr. l. J. angekommen, fandrn sie den Albert v. Roulet mit seinem Sekundanten bereits anwesrnd, und die beiden Sekundanten verabredeten alsbald die Bestimmungen des für den folgenden Tag festgesetzten Zweikampfes, wobei nach dem Vorschlag des Karl v. Bonin Pistolen ohne Stecher und ohne gezogene Läufe gewählt wurden. Am Morgen des 22. Febr. l. Js. trafen sich beide Parteien mit den beigezogenen Aerzten in einem Wirthshause zu Kork, wo A. v. Roulet gewissermaßen in der Vorahnung seines Todes seinem Sekundanten nach dem Frühstück die letzten Aufträge an seine Familie ertheilte. Von da fuhr man in die Nähe des ½ Stunde entfernten Legelbuxter Gemeindewaldes und ging eine kleine Strecke in diesen hinein. Nachrem dort an einer passenden Stelle die Aufstellungsplätze der Duellanten in einer Entfernung von etwa 18 Schritten und ebenso die sog. Barrieren, bis zu denen jeder vorgehen durfte, bezeichnet worden waren, wurden durch das Loos die Plätze und die Waffen ausgetheilt. Nach erfolgter Aufstellung der Duellanten gab der Sekundant des K. v. Bonin das Zeichen und nunmehr zielten bride Gegner von ihrem ersten Platz aus kurze Zeit und feuerten so sehr gleichzeitig ihre Pistolen ab, daß von den Anwesenden nur Einer zwei Schüsse unterscheiden konnte. Der Schuß des A. v. Roulet ging fehl und seine Kugel pfiff über den Kopf eines zufällig in der Nähe befindlichen Bahnwarts hin. Karl v. Bonin hatte zwar seiner Versicherung nach auf den rechten Arm seines Gegners gezielt, aber seine Kugel traf diesen in den Kopf an der rechten Schläfe; lautlos sank A. v. Roulet zu Boden und gab nach kurzer Zeit den Geist auf, wie denn leicht begreiflicher Weise die gerichtliche Leichenerröffnung ergab, daß die Verletzung absolut und allgemein tödtlich war. K. v. Bonin hatte den Schuß seines Gegners gar nicht gehört und einige Augenblickr auf diesen gewartet; als er nun, nachdem sich der Pulverdampf vergzogen hatte, seinen frühern Freund tödtlich verwundet daliegen sah, zeigte er sich tief ergriffen. Da, wie die hofgerichtlichen Entscheidungsgründe sagen, die Kampfregeln eingehalten wurden, auch Karl v. Bonin den Zweikampf gar nicht und am allerwenigsten aus nichtswürdigen Beweggründen gesucht hat, und keine annehmbaren Versöhnungsversuche gemacht wurden, vielmehr selbst der Ehrenrath den Zweikampf als unvermeidlich ansah, so konnte auf eine verhältnißmäßig milde Strafe erkannt werdrn. Gegenüber den Sekundanten und Aerzten lag nach Maßgabe der Gesetze gar kein Grund zum gerichtlichen Einschreiten vor.

Neueres.

München. Wegen Regrns wurde das auf gestern anberaumte Künstler-Maiefr nicht abgehalten.

Preußen. Eine preuß. Kabinetsordre bestimmt, daß auch in der Marine die Honneurs der Schildwachen vor den Beamten der Marine und Armee ganz wegfallen, und die in der Armee gültigen Bestimmungen wegen des Begrüßens der darin speziell benannten Beamten mit der Maßgabe zur Anwendung kommen, daß die Deckoffiziere, Unteroffiziere, Matrosen und Schiffsjungen der Matrosen-, Werft- und Schiffsjungen-Division beim Begegnen dieser Beamten oder wenn sie sonst mit ihnen zusammenkommen, die Kopfbedeckung abzunehmen, die Mannschaften des Seebataillons dagegen, die dabei an die Kopfbedeckung zu legen haben.

Türkei. Der französische und der russische Gesandte in Konstantinopel haben mit Aborde gedroht, sowie die türkische Armee die Grenze von Montenegro überschreite.

Rußland. Der Ausschuß der finnischen Stände (Utstott) hat seine nunmehr vollendeten Arbriten dem Kaiser mittelst Berichts unterbreitet, nicht ohne Hinweisung darauf, daß nach der Fundamental-Verfassung Finnlands ein solcher Ausschuß der vier Stände eine Neuerung und wenig geeignet sei, die wichtigsten Fragen (der Verfassung) zu lösen, daher die Zusicherung einer Berufung des Landtages mit Dank begrüßt wird, dem die Gutachten des Ausschusses nicht als Stimmen des Landes und seiner Stände, sondern als Privatmeinungen finnischer Bürger, welche zu einer Kommission berufen wurden, gelten dürften, während Gesetze über Reformen der Verfassung nur unter Zuziehung des Landtags erfolgen könnten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Kof.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 132. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 13. Mai 1862.

Oesterreich und Rom.

Die brennendste Frage des Augenblicks ist unstreitig die römische. Ein Wiener Korrespondent der „Allg. Ztg." unterzieht in einer längeren Abhandlung die gegenwärtige Stellung Oesterreichs zu Italien, und kömmt zu der Schlußfolgerung, daß nur ein Angriff auf Venetien, nicht aber einer auf Rom, zu einem Kriegsfall sie diese deutsche Großmacht werden könne. Die römische Frage anlangend, kömmt der Korrespondent zu folgendem Dilemma:

„Entweder fügt sich das Papstthum der französisch-piemontesischen, vielleicht sogar der ausschließlich italienischen Okkupation oder nicht. Die äußerliche Form dieser Lösungen wird sich in dem freiwilligen Bleiben des Papstes in Rom oder in seiner Abreise darstellen, wenn der Entschluß ausgesöhnt wird, seine weltliche Macht auf den Vatikan zu beschränken. Fügt sich die Kurie der Okkupation, so begibt sie sich damit ihres unabhängigen universellen Charakters, und das Pontifikat wird allmälig die Beschaffenheit eines italienischen Patriarchats annehmen. In diesem Fall wird es in natürlichen Gegensatz zu dem großdeutschen von Oesterreich vertretenen Gedanken treten, und dieses wird nicht umhin können, seinen Katholizismus von allen Schlacken des sodann staatsgefährlichen Ultramontanismus zu reinigen. Eine durchgreifend antikonkordatliche Politik wird alsdann dem Wiener Kabinet durch die Macht der Umstände vorgezeichnet sein. Die innerliche Gefahr, die darin läge, eine geistige Macht von solcher Stärke wie das Papstthum in feindlichem Sinn auf das Reich wirken zu lassen, begreift sich leicht, und feindlich wäre diese Wirksamkeit gewiß, wenn Italien oder gar Frankreich die Souffleurs des heiligen Konsistoriums würden. Der innigere Anschluß Oesterreichs an den Geist deutscher Bildung, die vollkommene Entfesselung des Gedankens, die Durchführung des Prinzips der Religionsfreiheit wären eben so viele Mittel des Gelages für die Einbuße an Einfluß, welchen das Festhalten am Papstthum Oesterreich bis jetzt lieh. Jedenfalls steht unläugbar fest, daß eine solche Wendung, so unliebsam sie anfänglich wäre, zur Begleichung des religiösen Zwiespalts in Deutschland außerordentlich beitragen, und die letzten Schranken zwischen ihm und dem Donaureich fallen machen würde.

„Fassen wie nun den entgegengesetzten Fall in das Auge, nehmen wir an, das Papstthum beuge sich weder vor dem Piemontismus noch vor dem Bonapartismus, sondern verharre auf dem Boden seiner weltgeschichtlichen Universalität. Kommt es so, dann werden die schweren Prüfungen, denen die Kirche entgegenginge, sie selbst läutern, sie selbst den engherzigen Doktrinen des mit dem politischen Despotismus verquickten Ultramontanismus entfremden; sie wird sodann fortfahren, die Auskartungen des Nationalitätenprinzips zu bekämpfen, und den Grundsätzen geordneter, politischer Freiheit mit Behagen und Vertrauen sich zuwenden. Solche Wendung und Wandlung käme jedenfalls der österreichischen Politik zu statten; das Gewicht des Katholizismus stele in ihre Wagschale; der Haß der Katholiken der ganzen Welt gegen die Verfolger des heil. Vaters wäre einer ihrer kräftigsten Bundesgenossen.

„Aus diesen Erwägungen folgt, daß das Wiener Kabinet, wenn es nicht einen argen Fehler begehen will, sich zuwartend dem gegenüber verhalten muß, was Rom thun wird. Roma locuta est, hörten wir oft sagen; wir wollen jedoch sehen, wie es handeln wird. Die Freiheit des Handelns bleibt ihm unbenommen, weil sein Reich wesentlich ein Reich der Geister, seine Macht eine spezifisch ideale ist. Der Papst kann nicht entthront werden, so lange an seine höhere Sendung geglaubt wird, und dieser Glaube wird sich nicht blos erhalten, sondern läutern, wenn er und seine Nachfolger sich nicht zu Schleppträgern einer dem germanischen Princip feindlichen Politik hergeben.

Die römische Frage bezeichnet daher für Rom selbst den Wendepunkt einer großen sittlichen Entscheidung, für Oesterreich unter allen Umständen die nothwendige Läuterung der katholischen Idee. Zur Aktion bietet sich für Oesterreich über die Sphäre diplomatischer Proteste hinaus durchaus kein Anlaß. Jede Aktion für das gegenwärtige Rom wäre vorgreifend. Die Defensive bleibt die Stärke Oesterreichs. Alle untergeordneten Bedenken verschwinden vor der Wichtigkeit des hiemit bezeichneten Standpunkts." .....

Das Inhaltschwere dieses Artikels wird keinem unbefangenen Blick entgehen. Oesterreich kann kein Papstthum aneinnen, welches von seinen politischen Widersachern in Turin und Paris abhängig ist. Und doch scheint eine solche Lösung die nächstwahrscheinliche. Was thut man dann in Wien? Obige Zeilen geben darüber Auskunft. (Kürzlich hat das Unterhaus des österreichischen Reichstags am Botschafter-Gehalt in Rom 20,000 Gulden abgestrichen. Liegt nicht auch darin eine verständliche Andeutung?)

Deutscher Bund.

Ein Theil deutscher Eisenbahn-Verwaltungen und Dampfschifffahrts-Gesellschaften ist bereits mit drei größten Bereitwilligkeit auf den Wunsch des Empfangskomite für das deutsche Schützenfest, eine Fahrtermäßigung für die Theilnehmer an demselben eintreten zu lassen, entgegengekommen. Namhafte Rabatte bewilligt die Dresdener Albertsbahn, die Altona-Kieler, die Reisse-Brieger, die Berlin-Stettiner, die Mecklenburgische Eisenbahngesellschaft, die niederschlesische Zweigbahn-Gesellschaft, die Taunusbahn, der norddeutsche Lloyd, die Rhein- und Main-Dampfschifffahrt. Es darf wohl angenommen werden, daß dem Beispiel der oben genannten Gesellschaften die sämmtlichen deutschen Eisenbahnen folgen werden.

Bayern. München. Am Sockel des König-Ludwig-Monuments auf dem Odeonsplatz wurde der erste Granitblock auf das bereits vollständig feertige Grundmauerwerk aufgestellt.

Oesterreich. Das Staatsministerium hat die Verfügung der böhmischen Statthalterei bezüglich der Ausweisung des Theatenauer Arztes bereits aufgehoben. Dr. Pauer bleibt unbeanstandet in seinem bisherigen Wohnort. — Die Aufstellung der Bauhütte für das Prinz-Eugen-Monument auf dem Burgplatze nächst dem Kaisergarten wurde in Angriff genommen.

Preußen. Der Königsberger Handwerker-Verein hat ein Schreiben des Polizei-Präsidiums erhalten, worin eine Entscheidung des ostpreußischen Tribunals mitgetheilt, dahin lautend, daß der Verein vorläufig nicht zu schließen sei. Demzufolge können Versammlungen des Vereins „bis auf weitere gerichtliche Entscheidung" wieder stattfinden. Die gerichtliche Voruntersuchung wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hat ihren Fortgang.

Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl des Berliner Oberbürgermeisters (die Amtszeit des Hrn. Krausnick läuft demnächst ab) ist der Kandidatur des derzeitigen Polizeipräsidenten v. Winter sehr geneigt; auch Hrn. Hagen hat man in Aussicht genommen, immerhin jedoch scheint der erstgenannte Bewerber mehr Aussicht auf Erfolg zu haben, da er in der kurzen Zeit seiner schwierigen und undankbaren hiesigen Amtsführung das Vertrauen der Berliner Bürgerschaft sich in hohem Maße erworben hat. (Zeit.)

Hannover. Die zweite Kammer beschäftigte sich mit dem Volksschulwesen und beschloß, um eine Verbesserung der Lehrergehalte zu bewirken, die Regierung um erweiterte Aufführung des Zulagegesetzes von 1856 zum Volksschulgesetze zu ersuchen, wobei

Digitized by Google

über die Gehaltsklage von 150 Thlr. hinausgegangen, und dazu zunächst nachträglich die Gemeinden herangezogen, eventuell die Landesmittel verwandt werden möchten.

Kurhessen. An der Marburger Universität sind in diesem Jahre schon zwei 50jährige Doktor-Jubiläen begangen worden, das des Professors der Zoologie, Hofraths Herold, und des Geheimeraths, Professors Huffingen. Im Laufe des Sommers werden zwei andere nachfolgen. Die Jubilare sind Professor Gerling und Vicekanzler Loebell. —

Schleswig-Holstein. Eine Deputation, bestehend aus den Professoren Lindemann, Planck, Behn und Karsten, hat sich von Kiel nach Kopenhagen begeben, um dem König die vielfältigen Beschwerden der Hochschule unmittelbar vorzutragen; mit welchem Erfolg — läßt sich vorhersehen.

Schweiz.

In Basel sind unter den dort ansässigen Deutschen in den letzten Tagen behufs Ankaufs von Gaben für das deutsche Nationalschützenfest Sammlungen veranstaltet worden, welche so reichlich ausgefallen sind, daß drei bis vier werthvolle Stutzen nach Frankfurt gesendet werden können.

Niederlande.

Ueber die Entstehung des Brandes in Enschede gehen der „K. Z." folgende zuverlässige Mittheilungen zu. Der König von Holland hatte eine Rundreise durch die Provinz gemacht, bei welcher Gelegenheit man in Enschede Ehrenpforten errichtete. Das dazu verbrauchte Holz und Laub wurde nach deren Abbruch unter die Armen vertheilt. Wie das oft zu gehen pflegt, ging man damit nicht vorsichtig genug um, und so entstand in einem von armen Leuten bewohnten Hause das Feuer, welches mit einer entsetzlichen Schnelligkeit um sich griff und fast die ganze Stadt in Asche legte. Einige außerhalb der Stadt gelegene Fabriken, unter Andern die Gasfabrik, sind verschont geblieben. Viele Versicherungs-Gesellschaften, worunter auch deutsche, erleiden empfindliche Verluste.

Belgien.

Das Befinden des Königs Leopold ist auch nach den neuesten Nachrichten in fortschreitender Besserung begriffen. Eine Mittheilung der „Independance" bezeichnet den allgemeinen Zustand des Monarchen als „sehr befriedigend". In der belgischen Kammer ist die Diskussion über die auf Abtragung der Citadelle in Antwerpen abzielenden Petitionen noch zu keinem Resultat gelangt.

Die Königin Victoria hat ihrem Oheim ihren Leibarzt Sir James Clarke hergeschickt. — Als ein sehr bezeichnendes Symptom darf noch erwähnt werden, daß die belgische 4prZige Rente an der heutigen Börse um 1½ pCt. zurückgewonnen hat.

Schweden und Norwegen.

König Karl XV. hat seinem 36. Geburtstag (3. Mai) durch die Sanktion einer vollständigen Reform der Kommunalgesetzgebung in Schweden eine besondere Bedeutung verliehen. Die promulgirte k. Verordnung umfaßt vier Gesetze, welche 1) die Verwaltung der Landgemeinden, 2) die der städtischen Gemeinden, 3) die Kirchspielsversammlungen, den Kirchen- und Schulrath und 4) das Landsthing betreffen. Durch diese Anfangs 1863 in Kraft tretenden Gesetze ist mit dem Centralisationssystem gänzlich gebrochen und die Grundlage gelegt worden zur Selbstständigkeit der Gemeinden.

Großbritannien.

„Daily News" und „Star" beschäftigen sich mit den preuß. Wahlen und sprechen ihre Sympathie mit der Fortschrittspartei aus, die (bemerkt der „Star") noch immer viel gemäßigter und bescheidener als der englische konservativ-liberale Reformer sey. Der „Advertiser" prophezeiht unablässig Staatsstreiche und Reaktion.

Frankreich.

Prinz Napoleons Begleiter sind: Oberst Franconière, die Oberstlieutenants Ferri-Pisani und Ragon, Chamkourtois, ehemaliger Kabinetschef des Prinzen im Ministerium für Algerien, und Longpérier, Mitglied der Inschriften-Akademie des Instituts. Emile de Girardin begleitet den Prinzen bis Marseille.

Spanien.

Die Abgeordnetenkammer hat den Antrag, die Königin um Amnestirung der Verurtheilten von Loja zu ersuchen, mit 150 gegen 34 Stimmen verworfen.

Portugal.

„Die Aufständischen, welche die Stadt Guimarães überfallen und sich sodann wieder zurückgezogen hatten, sind weder nach dieser Stadt zurückgekehrt noch vor Braga erschienen. Doch heißt es, daß sie Vorbereitungen treffen, die beiden Städte in bedeutend größerer Anzahl anzugreifen. Der in Guimarães eingetruppene Haufen war ungefähr 600 Mann stark. Ihre Führer waren ihnen nicht in die Stadt gefolgt, sondern hielten zu Pferd auf dem Berge Ayurinum. Die Bevölkerung von Bairro und Marco de Canaveres soll sich in großer Aufregung befinden.

Italien.

Die Abberufung des Generals Goyon ist schon zu Rom offiziell notificirt worden. Wie verlautet, hat sich der General in Person zum Papst nach Porto d'Anzio begeben, um demselben seine Abberufung kund zu thun. Der Papst soll ihm sein Bedauern darüber ausgedrückt und erklärt haben, daß er bei der französischen Regierung nach dem Grunde dieser Maßregel fragen werde. Außerdem hat er dem General den Christusorden verliehen.

Die festen Plätze, welche laut königlichen Dekrets nunmehr diese ihre Eigenschaft verlieren, sind folgende: Trapani, Catania, Girgenti, Termini, Milazzo, mit Ausnahme des Kastells und der Citadelle, Castell Reggio di Calabria, Castell von Lecce, Fort S. Elmo in Neapel, Insel Trimiti, Forts von Laveno, Rocca von Bergamo, Insel Lecchi auf dem Gardasee, Fort Bardi, Fort Gampiano, Fort Sestola, Kastell Pontremoli, Kastell und Thurm von Berceto, Kastell Monterchiarugolo, Bastion S. Marco in Reggio in der Emilia, mit Ausnahme des Theiles, welcher den Stadtwall bildet, Fort di Rubiera, Fort Monte Alfonso in Garfagnana, Kastell Pefara, Kastell Fano, Kastell Sinigaglia, Forts Basso und Belvedere in Florenz, Lucca, Festung Massa, Rocchetta und Thurm von Porta in Pietrasanta.

Die ministerielle italienische Presse übersetzt in extenso die Rede des öst. Reichstags-Abgeordneten Kuranda gegen das gemeinschädliche reaktionäre System des Fürsten Metternich. Ferner spottet sie über die Nichtigkeit des päpstlichen Bannfluchs, indem die hohe Geistlichkeit Neapels den gebannten Viktor-Emmanuel mit größter Feierlichkeit im Dom empfangen, und auch der H. Januar denselben sein Wunder nicht verlagt habe. Ein „Turiner" Blatt bemerkt, daß die 4800 Stutzflüge der franz. Citadre vor Neapel 48,000 Frcs. gekostet haben.

Griechenland.

Ueber den Pferdesturz der Königin wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Sie ritt, begleitet von einer Hofdame, einem Adjutanten, einem Ordonnanzoffizier und dem königl. Stallmeister, in der Boulevardstraße herab in ziemlich schneller Gangart und angekommen an der Stelle, wo diese Straße in die der nach Patissia führenden einmündet, lief ein Kind über die Straße. Um dieses nicht niederzureiten, und auf einer andern Seite, durch die Arbeiten für die Legung der Gasröhren gehindert, auszuweichen, hielt die Königin ihr Pferd sehr rasch und heftig an; aber die einmal dem Körper mitgetheilte Bewegung nach vorwärts machte, daß die Königin über den Kopf des Pferdes hinausflog. Die Königin fiel hart an den Rand der Marmoreinfassung, die den Fußweg vom Fahrweg absondert, auf den Boden, der eben so hart wie Marmor ist. Sie sprang schnell auf, fand sich aber von Blut überrieselt, und ihre Umgebung brachte sie in ein nahes Haus, wo die ersten Hilfeleistungen von einer Menge Menschen, die eben im benachbarten Kaffehaus versammelt waren, angeboten und geleistet wurden. Die Königin hatte eine Wunde oberhalb der Schläfegegend von der Länge eines Zolls und einigen Linien, die sehr stark blutete, aber sonst keine Erscheinungen im Gefolge hatte, die beunruhigend seyn konnten. Die Hofdame erschienen, und trafen die Königin bereits mit der Oberhofmeisterin im Wagen sitzend und nach allen Seiten hin freundlich grüßend auf dem Wege nach dem Palast. Am zweiten Tage fuhr die Königin wieder spazieren und am dritten Tag ritt sie wieder aus."

Türkei.

Rußland soll den Mächten vorschlagen wollen, durch die Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegro's den unaufhörlichen Streitigkeiten zwischen diesem Lande und der Türkei ein Ende zu machen. In den über diesen Gegenstand bereits gepflogenen Vorbesprechungen scheine, so wird weiter erzählt, das Petersburger Kabinet die Meinung der Mächte sondirt zu haben; in London, Wien und Berlin habe der Gedanke nicht die beste Aufnahme gefunden; Frankreich beobachte bis jetzt eine reservirte Haltung; England habe übrigens daran erinnert, daß nach dem Pariser Vertrag

Digitized by Google

keine Macht isolirt, d. h. für sich allein, in dem Orient intervenieren dürfe. Alles zusammengenommen hat Rußland's Plan schlechte Aussichten. Von den am 5. d. Mts. bei Salmo (Salum) durch die Montenegriner gerauben Pferden wurden durch die Baschibozuks und Lokalpanduren 250 Stück eingebracht. Bei diesem Anlaß kam es zu einem Gefecht, in welchem 7 Montenegriner, ferner 3 Türken und 2 Christen todt auf dem Platze blieben. Bei der Ankunft Derwisch Pascha's zersteute sich Alles, die Straße nach Kstac ist wieder frei.

Amerika.

Fort Jackson wurde durch die Bundestruppen bombardirt. Es wird gesagt, daß 25,000 13zöllige Bomben abgefeuert wurden, wovon 1000 ins Fort gefallen seyen. Gleichfalls wird berichtet, daß der Rebellenkonvoi sich vertagt habe.

Asien.

Die Regierung in Peking hat die Absendung einer außerordentlichen Gesandschaft nach Frankreich und England beschlossen. Das Haupt dieser Gesandschaft soll Pao-Kiung, Mitglied des kaiserlichen Geheimrathes Unter-Staatssekretär des Auswärtigen, sein.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 5. bis 10. Mai).

Samstag. Von Oesterr. Fonds haben National gegen den Höhepunkt, welchen sie in der verflossenen Woche am Dinstag wieder erreichten, fast 2 pCt. verloren und schliessen 1 pCt. unter vorwochentlicher Schlussnotiz. Es sind in diesem Effekt bedeutende Prämiengeschäfte gemacht worden, was die Idee weiteren Steigens kund gibt. 4½ pCt. Met., die 49½ getrieben, gingen unter 48 zurück. In 5 pCt. war kein erheblicher Umsatz, Venetianer, in Folge italienischer Ordres bis auf 77¼ gehoben, bleiben 76½. Von Staatslosen lebhafter Umsatz in 1860ern; am Dinstag bis 77 bezahlt, schliessen sie zur vorwöchentlicher Notiz von 75. Kreditlose erreichten am Mittwoch mit 122 den höchsten Kurs seit ihrer Emission, wichen jedoch wieder auf 119.

Alle süddeutsche Fonds fau und offerirt, weil sehr viel gegen die neus russische Anleihe eingetauscht wird. Ueber dieselbe ist zu berichten, dass, nachdem die Zutheilung für den hiesigen Platz und seine Dependenzen stattgehabt, sich von Seiten der kleineren und schwächeren Unterschriften Abgeber zeigten, die sich beeilten, das vorhandene Agio einzustreichen, wie dies bei ähnlichen Anlässen stets vorzukommen pflegt. In Folge davon ging der Kurs, nachdem er bereits 1½ pCt. erreicht hatte, auf ⅜ zurück. Die Umsätze waren beträchtlich und bewiesen jedenfalls, dass sich das neue 5 pCt. Papier bei uns einzubürgern verspricht und dass es allgemein als solid und lohnend betrachtet wird.

Von Kreditaktien erlitten die Oesterr. sehr erhebliche Schwankungen; von dem Anfangskurse der Werthe (196½) bis 200½ sich erholend, schliessen sie heut 198. Der Wiener Markt hat des Guten darin zu viel gethan; hier am Platz hat der Besitz sehr abgenommen. Deutsche Kreditaktien ohne nennenswerthen Umsatz. Von Zettelbankaktien Frankfurter sehr fest und um beiläufig 3 pCt. gestiegen bei fehlenden Abgebern. Oesterr. Nationalbank 20 fl niedriger.

Auch in E.-B.-Aktien hat der Eifer nachgelassen und einzelne derselben, wie Hanauer und Österr. Westbahn sind um Prozente gefallen. Pfälsische Bahnen fest; die Differenzen über die Erweiterung des Netzes können nunmehr als definitiv erledigt gelten und wird die Baukonzession in aller nächster Zeit erfolgen. Für bess. Ludwigsbahn erhält sich die gute Meinung.

Wenn man glaubt auf eine Vertheuerung des Geldstandes hinweisen zu müssen, so vermögen wir nicht eher diese Meinung zu theilen, als bis wir wahrnehmen, dass ein Baarabfluss von hier stattfindet, wozu noch die Aussichten vorläufig fehlen. Zu 2 pCt. kommt nur geringes Material von Diskonto vor, welches sofort von bekannter Seite aufgekauft wird. Der Umsatz in Wechseln war sehr beträchtlich, zumal dauert der Begehr für London und Paris fort, welche Devisen behufs Einzahlung auf die russ. Anleihe in Posten zu 114¾ und 93⅞ und ⅞ gehandelt wurden. Auch Hamburg und Amsterdam beliebt, da veldmässig an beiden Plätzen, letzteres hat einen Kurs erreicht, wie er hier seit Jahren nicht bekannt war.

(Aktionär.)

In Augsburg wurde am 9. d. eine Landesproduktenbörse definitiv gegründet. Die Nothwendigkeit einer reellen Vermittlung zwischen Verkäufern und Käufern beim Produktengeschäfte ist wohl nie so fühlbar hervorgetreten, als gerade in der jetzigen Zeit mit ihrem unverkennbaren Aufschwung in der Landwirthschaft und den alle Gauen unseres Vaterlandes durchziehenden verbesserten Kommunikationsmittel. Diese neue Schöpfung ist vor Allem berufen, auf die Landwirthschaft mächtig einzuwirken. Der Produzent landwirthschaftlicher Erzeugnisse findet in der Börse eine geschlerte und erleichterte Absatzgelegenheit, kann sich von dem Stande der auslänsischen Märkte und den sie bedingenden Ursachen der Preisschwankungen leicht und sicher Kenntniß verschaffen, erhält durch die Möglichkeit des beschleunigten Absatzes einen raschen Umlauf seines Betriebskapitals, erhöht hierdurch die Rodenrente und bekömmt dadurch Mittel zu Kulturunternehmungen und zum wirthschaftlichen Fortschritt in die Hand.

Zu Neustadt a/H. (Pfalz) findet am 2., 3. und 4. Juni die sechste Wanderversammlung bayerischer Landwirthe statt. Unter den verschiedenen Fragen, welche zur Berathung kommen, bemerken wir folgende: Welche Verbesserungen sind im Hopfenbau wünschenswerth? Hat sich die Drahtanlage bewährt? Ist das Imprägnieren der Stangen mit Bitriol zu empfehlen?

Nichtpolitische Zeitung.

Am 9. Mai schlug der Blitz in die Kirche zu Kuchen, gerade da, wo auf dem Dache des Kirchenschiffes ein Storchennest sich befindet, ohne jedoch zu zünden oder sonstigen erheblichen Schaden anzurichten. Einer der beiden im Neste sitzenden Störche wurde getödtet, der andere verließ die unglückliche Wohnstätte, sei es wegen erlittener Betäubung oder aus Zärtlichkeit zum todten Gatten, erst nach 1½ Stunden, als ausbestrente Handwerksbrut herzu nahten. Von den 4 im Neste befindlichen Brutvieren erlitt nur eines eine Beschädigung, indem bereits ein Junges zum Vorschein kam.

Nach der „Presburger Zeitung" ist am 6. Mai ist Wien ein großartiger Perlendiebstahl verübt worden, und zwar: ein Perlenbracelet mit Brillanten und Smaragd, vier Schnüren Perlen, zwölf Stück erbsengroße Brillanten, fünf goldene Bracelets, zwei Paar Ohrgehänge mit Korallenperlen und Diamanten, ein Rubinkreuz mit Brillanten, ein emaillirtes Herz mit Perlentropfen, eine Brieftasche mit 800 fl. Banknoten. Der Gesammtschaden beläuft sich auf 23,000 fl.

(Zur Affaire Lallab.) Am 2. Okt. v. J. brachten die meisten Wiener Tagesblätter die Mittheilung, daß der Doktorand der Rechte, D. K. aus Jamnitz, sich in selbstmörderischer Absicht von der Schottenbastei in den Stadtgraben gestürzt und lebensgefährlich verletzt in das allgemeine Krankenhaus gebracht wurde. Wie ein Donnerschlag traf diese Nachricht seine zahlreichen Freunde und Verwandten, denn K. war von Allen, die ihn kannten, wegen seiner vortrefflichen Eigenschaften hochgeschätzt, und bei seinem ruhigen, besonnenen Charakter hatte Niemand auch nur entfernterweise eine solche That für möglich gehalten. Der Unglückliche starb erst am 8. Oktober an den Folgen der erlittenen Verletzungen, ohne den ihn Tag und Nacht umgebenden Freunden die Ursache seines verzweifelten Schrittes bekannt gegeben zu haben. Indessen blieb aber die Ursache nicht ganz unbekannt; man wußte nämlich, daß er seit mehreren Monaten keinen Brief seiner Eltern erhalten habe, daß diese mehrere seiner Briefe, in welchen er um die bis dahin pünktlich erhaltenen Subsidien bat, unbeantwortet gelassen und daß er deßhalb öfters die Gefälligkeit seiner Freunde in Anspruch nehmen mußte. Er erklärte sich die anscheinende Gleichgiltigkeit seiner Eltern durch sein Zögern, das vierte und letzte Rigorosum abzulegen, und war überzeugt, daß jene beschlossen haben, ihre Hand ganz von ihm abzuziehen. So viel ist gewiß, daß in seiner Börse auch nicht ein Kreuzer gefunden wurde und daß er sich noch drei Wochen vor seinem Tode bitter beschwerte, daß er von seinen Eltern keine Nachricht erhalte. Nur der Umstand, daß der wohlhabende und wegen seiner Ehrenhaftigkeit in der ganzen Umgebung hochgeschätzte Vater des Unglücklichen den Empfang jedes Briefes in Abrede stellte und sogar erklärte, daß er wochenlang auf Nachricht von seinem Sohne warte, ließ noch an der Richtigkeit dieses Grundes zweifeln; denn wer hätte vor Monaten ihm Gedanken Raum gegeben, daß mehrere Briefe von Wien nach Jamnitz nicht an ihre Adresse gelangten? Jetzt hat Herr K. in Jamnitz zwei jener Briefe seines unglücklichen Sohnes erhalten, über deren Inhalt wir nichts anzugeben vermögen, da der trostlose Vater noch nicht den Muth besaß, dieselben zu öffnen.

Ein Baumeister v. Lagerström in Hinterpommern beabsichtigt, Versuche in großem Maßstab mit der Nutzbarmachung einer Luftströmung als Transmissionsmotor nach einem anderen Prinzipe als das der pneumatic tubes in London anzustellen. Das Hemmniß jeder lohnenden Beschleunigung für größere Entfernungen liegt bei diesem Motor auch bei dem neuen Londoner Verfahren in den Reibungshindernissen der strömenden Luft selbst. Bei dem Verfahren des ic. v. Lagerström sollen diese Hindernisse in dem Verhältnisse mit dem Gewichte des Transmissions-Objekts verringert werden, so daß dadurch die Steigerung auch auf größere Entfernungen mit Vortheil für jede denkbare Geschwindigkeit nutzbar gemacht wird, wenn man sich auf die Transmission leicht wiegender Gegenstände beschränkt. v. Lagerström hielt deßhalb sein Verfahren wesentlich für die Briefbeförderung bestimmt, und sein Projekt ist mehr darauf gerichtet, jeden Brief zu jeder Tageszeit

Digitized by Google

in Sekundenfrist nach seiner Aufgabe mit einer Geschwindigkeit zu befördern, welche den kühnsten Ansprüchen genügen soll.

Eine Maschine zur Biegung von Schiffs-Eisenplatten nach neuem Muster ist auf den Schiffswerften zu Chatam aufgestellt worden. Vermittelst derselben werden die stärksten Platten im kalten Zustande dem Rumpfe des zu armirenden Fahrzeuges auf den Leib gepaßt, und die Hauptarbeit dabei verrichtet ein hydraulischer Apparat mit einer Druckkraft von 40,000 Centnern per Quadratzoll.

Nach einem Privatbriefe aus New-York haben sich die beiden preuß. Lieutenants v. Sobbe und Puzki, die durchgebrannten Haushnechtsmörder, von dort wieder eingeschifft, ohne daß man weiß, wohin. Sie hatten sich an den nordamerikanischen Kriegsminister um Anstellung gewendet, sind aber abgewiesen worden.

Neueres.

** München, 12. Mai. (Pr.-Kor.) Im Staatsministerium der Justiz wurde, behufs Durchführung der neuen Gerichtsorganisation, eine umfassende Instruktion über die Geschäftsbehandlung bei den Gerichten und den Staatsanwälten bearbeitet, und ist dieselbe nunmehr vollendet, um alsbald publizirt zu werden. — Der Sommerfahrplan der Ostbahnen, der gleichzeitig mit jenen der Staatsbahnen am 1. Juli ins Leben tritt, wird eine Neuerung bringen; die endliche Einführung von Nachtzügen auf den Ostbahnen und zwar zur Herstellung eines direkten Verkehrs zwischen Wien-Passau-Frankfurt vorerst nur auf diesen Linien. So wird der Abends von Wien abgehende Kurierzug Nachts 1/4 1 Uhr in Passau eintreffen, und sofort über Regensburg nach Nürnberg weiter gehen, und sich daselbst Morgens 7 Uhr 50 M. an den nach Frankfurt gehenden Zug der Staatsbahn anschließen. Die in einem früheren Schreiben erwähnten Verhandlungen wegen Beschleunigung des Eisenbahn- und Bodensee-Dampfschiffahrtsverkehrs zwischen Bayern und der Schweiz, sind zum gewünschten Abschluß gelangt. Man wird demnach von allen Richtungen herkommend Abends 8 Uhr von Augsburg abreisen, um 5 Uhr Morgens in Lindau und um 8 Uhr in Zürich eintreffen, wo sofort die Reise bis nach Genf ohne Aufenthalt fortgesetzt werden kann. Ebenso wird man von Genf und Zürich kommend Abends in Lindau und am frühen Morgen in Augsburg eintreffen zum Anschluß an die Züge nach allen Richtungen.

Für den unterseeischen Telegraphen zwischen Lindau und der Schweiz ist ein 70,000 Fuß langes Tau bestellt, das vier verschiedene Drähte enthalten wird. Die Vollendung desselben wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen und seine Versenkung in den Bodensee dann in zwei Theilen von beiden Ufern aus erfolgen, weil keines der vorhandenen Dampfschiffe im Stande ist, das ganze Tau an Bord zu nehmen. Man wird deßhalb genöthigt seyn, das Tau in der Mitte des See's zusammenzufügen.

Direktor v. Kaulbach wurde zum Ehrenmitgliede der Kunstakademie in Mailand ernannt.

Württemberg. Uhlands Dankschreiben vom 11. Mai d. Tübingen lautet: Meine schon neun Wochen andauernde Krankheit gestattet mir nicht, für die mannigfachen Beweise von Liebe und Anhänglichkeit, die ich in dieser Zeit und besonders aus Veranlassung meines Geburtstages aus vielen Theilen der deutschen Heimath, von Einzelnen und von Vereinen empfangen habe, meinen briefl. Dank zu sagen. Ich muß mich darauf beschränken, meine dankbaren Empfindungen in diesen wenigen Zeilen auszusprechen.

* Kassel, 11. Mai. (Priv.-Korr.) Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, war nach einer am Samstag Vormittag hier eingetroffenen Depesche unseres Gesandten in Frankfurt, des Herrn v. Hedberg, schon vor Beginn der Bundestagssitzung die Majorität der Regierungen für den von den beiden deutschen Großmächten eingebrachten Antrag, die Sistirung des eingeleiteten Exekutionsverfahrens in Kurhessen betreffend, gesichert gewesen. Daß unser Gesandte Ordre erhielt, gegen den Antrag energisch zu protestiren und in der Sache selbst sich weitere Erklärungen seiner Regierung vorzubehalten, kann man sich leicht denken.

W Frankfurt, 12. Mai. (Kr.-Korr.) Der Bau der Hallen und Wirthschaftsgebäude für das Schützenfest hat begonnen und läßt bereits übersehen, wie großartig dasselbe werden wird. Herr Schützenmeister Obrist aus der Schweiz ist gestern hier eingetroffen, um bei Aufstellung und Einrichtung der Schießstände den Ausschuß mit seiner Erfahrung zu unterstützen.

Ostindien. Im östlichen Theile Japans herrscht Hungersnoth, und der Preis des Reises ist verdoppelt. Piraten sollen Menado geplündert, die Regierungsämter und Kassen ausgeraubt und 200 Personen gefangen fortgeführt haben.

China. Die Shanghai bedrohenden Taipings wurden abermals weiter zurückgetrieben, und stehen 12 Meilen entfernt. Sie erlitten neuerdings Schlappen und ein engl. Kanonenboot vernichtete gegen 200 Boote mit Verstärkungen und Provisionen. In Nanking herrscht fortdauernde Hungersnoth. Die kaiserlichen Truppen stehen am Nordufer des Yangtsekiang und beherrschen den Fluß.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauer.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	78 P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75⅞ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	93¼—92⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	54⅜ P. 1/4 G.
„	4½ pCt.	47⅝—½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	—
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. 2jähr. dto.	104⅛ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100⅞ P. ⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	84¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto:	93⅛ P. 1/4 G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. . . .	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼P.100⅞G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	85⅜ P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	48⅜ G.
„	2 pCt.	43⅞ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1237/8 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	758—53 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196¼,94½G.oD	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	219 P. 218 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	82⅛ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90⅛ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340P.338G. o.D.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	74½ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 Kr.	243⅛ P. 242 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	126 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79½—⅜ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 150 pCt. Z.	81½ P.	
Ludwigsbahn-Berbacher à 4 pCt. .	134⅛ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	54⅜ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ P.	o.D.
Span. Handels- und Industrie . .	512 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	546 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.	106⅝ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S —	—
Mail. Frs. 200 . .	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Cst. W. l. S.	89½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	111 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅛ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	74 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	76½ P.	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36⅛ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14 —	—	St. Lüttich art 2½ pCt. Z.	36¼ P.
Badische fl. 50	100½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	55¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅝ P.

Frankfurt, 12. Mai. Im Vergleiche zu den jüngsten Notirungen waren öfters. Fonds und Kreditaktien etwas höher, das Geschäft jedoch nicht bedeutend. - Verbacher Eisenbahnaktien wurden billiger abgegeben. — 5pSt. russische Obligationen wurden mit 3/8, 1/4, 3/8, 1/4 pSt. Avance umgesetzt.

(Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die berechnete Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | Mittwoch, 14. Mai 1862.

Die Krisis in Kurhessen.

Das preußische Regierungsorgan bringt folgenden schaafen Artikel gegen die kurhessische Regierung:

„Die neuesten Schritte der kurhessischen Regierung haben in Deutschland wie im Auslande gerechtes Aufsehen erregt. Um den Beweis zu führen, daß die Verfassung von 1860 wirklich vom Lande acceptirt wird, hat die kurfürstliche Regierung zu dem eigenthümlichen Mittel gegriffen, alle diejenigen, welche nicht von vornherein ausdrücklich ihre Zustimmung zu jener Verfassung erklären, einfach vom Wort auszuschließen und die Ausübung des Wahlrechts nur derjenigen Minorität zu gestatten, die sich im Voraus auf das gewünschte politische Glaubensbekenntniß in der wichtigsten zur Zeit schwebenden Streitfrage verpflichtet hat. Was sich vom Standpunkte der schlichten Logik, der politischen Moral und des konstitutionellen Systems gegen ein solches Verfahren einwenden läßt, liegt so sehr auf flacher Hand, daß es überflüssig ist, hierüber ein Wort zu verlieren. Aber die Maßregel der hessischen Regierung hat sowohl hinsichtlich ihrer Tendenz, wie hinsichtlich der Folgen, die aus ihr hervorgehen könnten, noch andere Seiten, welche die ernstlichste Aufmerksamkeit der deutschen Kabinette, insonderheit aber der preußischen Regierung in Anspruch nehmen mußten.

Diesen Moment, in welchem man am Bunde in Folge des Antrages der beiden Großmächte damit beschäftigt ist, zur Ausgleichung des Verfassungs-Konflikts einen neuen Weg zu bezeichnen, — diesen Moment hat die kurfürstliche Regierung für geeignet gehalten, der Bundesthätigkeit durch ein thatsächliches Vorgehen vorzugreifen, welches der Tendenz des gemeinsamen Antrags und des zu erwartenden Bundesbeschlusses diametral zuwiderläuft. Sie bedient sich zu diesem Zweck einer Manipulation, welche auf der nicht eben schmeichelhaften Voraussetzung beruht, daß die Bundesregierungen sich durch das Resultat gefliſſentlich veranstalteter Minoritätswahlen täuschen lassen, daß sie den Ausspruch einer winzigen Minorität als ein maßgebendes Faktum, als die Stimme des Landes hinnehmen und in einem ganz offenkundig arrangirten parlamentarischen Scheinwesen den von ihnen erstrebten „befriedigenden“ Austrag des Verfassungs-Konflikts erblicken werden.

Es ist wohl nicht abzusehen, nach welcher Richtung hin ein solches Verfahren nicht den äußersten Anstoß erregen sollte. Wenn sich diejenigen Regierungen, die bisher die Verfassung von 1860 befürworten und deshalb die kurhessische Regierung unterstützen zu müssen glaubten, plötzlich durch die Thatsache bloßgestellt sehen, daß das kurfürstliche Ministerium selbst, aus eigenem Antriebe, eine der Fundamentalbestimmungen jener Verfassung — die Bestimmung über die Bedingungen des Wahlrechts — willkürlich und einseitig über den Haufen wirft und, in deutlichem Widerspruch gegen die Verfassung, die Ausübung des Wahlrechts an eine neue und in der konstitutionellen Praxis bisher unerhörte Bedingung knüpft: so wird die noch zahlreichere Kategorie derjenigen Regierungen, welche auf die streng bundesmäßige Erledigung des Verfassungskonflikts Werth gelegt haben, sich aufs Unangenehmste berührt fühlen müssen durch eine Handlungsweise, welche gegen den Bund und die von ihm gepflogenen Verhandlungen eine so nackte Rücksichtslosigkeit an den Tag legt, daß sie seinen Beschlüssen durch die verzweifeltsten Mittel zuvorzukommen und entgegen zu arbeiten sucht. Es ist demnach erklärlich genug, daß das Vorgehen der kurhessischen Regierung in allen diesen Kreisen lebhafte Mißbilligung gefunden hat, und daß mehrere Regierungen, selbst solche, die dem kurhessischen Gouvernement bisher ihre Unterstützung angedeihen ließen, — von glaubwürdiger Seite wird uns namentlich die württembergische Regierung bezeichnet — sich veranlaßt gefühlt haben, in Kassel sofort die nachdrücklichsten Vorstellungen geltend zu machen.

Noch schärfer und verletzender richtet sich der Schritt der kurhessischen Regierung natürlich gegen die beiden deutschen Großmächte, die den gemeinsamen Antrag eingebracht haben: ihre spezziellen Bestrebungen sind es, die noch im letzten Moment durch Zwangsmittel von ganz abnormer Art durchtreuzt werden sollen. Es ist aber schon von anderen Seiten wiederholt ausgesprochen worden — und es kann hierüber auch unmöglich ein Zweifel bestehen — daß die kurfürstliche Verordnung der preußischen Regierung in noch viel höherem Maße als der österreichischen feindselig entgegentritt: denn es ist offenkundig, daß Preußen den gemeinsamen Antrag angeregt hat, daß Preußen auf die Durchführung desselben den höchsten Werth legt, daß es somit ein vorzugsweise preußisches Werk ist, dem die kurfürstliche Regierung noch in der zwölften Stunde den Boden zu verderben sucht. Die hierdurch kundgegebene besondere Feindseligkeit gegen Preußen wird durch den Charakter der Mittel, welche die kurfürstl. Regierung anzuwenden keinen Anstand nimmt, in ein noch grelleres Licht gestellt. Wenn wirklich, um der Animosität gegen Preußen freien Lauf zu lassen, kein anderer Weg offen stand, als der Entschluß, die Mehrzahl der hessischen Wähler durch einen Federstrich von der Ausübung des ihnen zustehenden Wahlrechts auszuschließen, so hätte eine gewissenhafte Regierung sich schon durch die Rücksicht auf ihre Pflichten gegen das eigene Land und auf die eigene Ehre von einem Verfahren abhalten lassen, welches durch eine flagrante Beeinträchtigung der eigenen Unterthanen das von ihr selbst oktroyirte Verfassungsrecht in einer seiner wichtigsten Bestimmungen über den Haufen wirft und die Formen des verfassungsmäßigen Lebens auf den Kopf stellt. Selbst Rücksichten von solchem Gewicht waren nicht im Stande, die kurfürstliche Regierung von einem gehässigen Akte zurück zu halten, der ihren feindlichen Gegensatz zu den Bestrebungen Preußens in unzweideutiger Weise bekundet: sie schließt alle diejenigen vom Wahlrecht aus, welche die von der preußischen Regierung seit dem Jahr 1858 offenkundig vertheidigte Ansicht theilen, daß die Verfassung von 1831 nicht rechtsgiltig beseitigt ist und, daß durch die Wiederherstellung derselben das Land zum inneren Frieden gelangen kann. Wer diese Ansicht der preußischen Regierung nicht urkundlich verleugnet, wird in Kurhessen dadurch bestraft, daß er von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen wird.“ (In ähnlichem Ton dürfte denn auch das durch Willisen nach Kassel gebrachte Ultimatum gehalten sein.)

Deutscher Bund.

Oesterreich. Dem Staatsminister Schmerling und Ehrenbürger von Salzburg wurde von seinen Mitbürgern bei seinem gegenwärtigen Aufenthalte in ihrer Mitte ein großartiger Fackelzug gebracht, an welchem sich alle Schichten der Bevölkerung, sowie alle Vereine Salzburgs betheiligten.

Preußen. Das mechanische Pferd, welches im k. Marstall zu Berlin aufgestellt und von dem Könige und den Prinzen bestiegen worden ist, hat der Erfinder, dem württembergisch. Obrist v. Hamel, persönlich abgeliefert und ist ihm der Kronenorden 2. Kl. verliehen worden.

In Königsberg hat sich die gesammte Studentenschaft, ohne Unterschied der Verbindungs-Tendenzen, zu einer Demonstration vereinigt. Der Professor der Staatswissenschaften Glaser, einst von Manteuffel der hiesigen Universität oktroyirt, zugleich die Seele der reaktionären „Ostpreußischen Zeitung“, verschmähte es nicht, seine Kollegen, welche den Protest an den Kultusminister unterzeichnet, insbesondere auch den Prof. Möller in der maßlosesten Weise anzugreifen. Nun brachte die gesammte akademische Jugend dem Prof. Möller ein solennes Vivat, nach dessen Beendigung der imposante Zug sich nach der Behausung des Prof. Glaser in Bewegung setzte, um demselben Gefühle der entgegengesetzten Art kund zu thun. Man fand jedoch die Straße durch Polizeimann-

Digitized by Google

schaften abgesperrt, und so begnügte man sich, um jedem Konflikte vorzubeugen, mit der Absicht. Es ist übrigens allgemein die Ansicht verbreitet, daß Prof. Glaser, welcher nur einen Zuhörer hat, seinen akademischen Lehrstuhl sehr bald aufgeben dürfte.

Württemberg. Die Antwort des Königs auf die Adresse der Standesherren lautet: „Empfangen Sie Meinen Dank für die eben so patriotischen wie echt deutschen Gesinnungen. Ihr Vertrauen in Meine Regierungsgrundsätze wird mit gleichem Vertrauen von Meiner Seite erwidert. Wenn Ich mit wohlwollender Zufriedenheit den Ausdruck Ihrer getreuen Gesinnung entgegennehme, so sind Aeußerungen von anderer Seite nicht geeignet, Meine Beistimmung zu erhalten. Eingedenk der Sorgen unserer inneren Verhältnisse, eingedenk der obwaltenden Mißverständnisse in Deutschland, unserem gemeinschaftlichen Vaterlande, habe Ich mit Recht zu erwarten, daß in Uebereinstimmung mit den Ständen, mit vereinten Kräften und im festen Vertrauen auf Meine Regierungsgrundsätze die wichtigen Entschlüsse, die wir zu fassen haben, zum erwünschten Ziele für das Wohl unseres Vaterlandes führen werden. In Meiner nun bald sechsundvierzigjährigen Regierung habe Ich sehr schwierige Zeiten erlebt; unter dem Schutze der göttlichen Vorsehung und dem Vertrauen auf den Rechtssinn Meiner getreuen Württemberger haben wir diese Stürme von Heil glücklich überwunden. Lassen Sie uns hoffen, daß auch jetzt, trotz der Beeinflussungen einer Partei, die, um ihre Zwecke zu erreichen, Unruhe und Unzufriedenheit im Volke zu verbreiten sucht, Wahrheit und Recht — Regierung und Volk fest vereinigen werden!

Kurhessen. Der Bürgermeister von Dörnhagen, welcher die in der Verordnung vom 26. April vorgeschriebene Erklärung vor dem Polizeidirektor abgegeben hat, ließ die Wahlberechtigten seines Orts zur Wahl eines Wahlmannes zusammenkommen. Erschienen waren sämmtliche Wahlberechtigte, bis auf einen, welcher durch Krankheit verhindert wurde. Einstimmig erklärten die Anwesenden, daß sie den vorgeschriebenen Versuch auf die Verfassung von 1831 zu leisten außer Stande setzen, worüber ein Protokoll aufgenommen wurde, das die Anwesenden unterschrieben.

„Dann bleibt mir nichts Anderes übrig als mich selbst zu wählen!" rief der Bürgermeister.

Der Generaladjutant des Königs von Preußen, General-Lieutenant von Willisen, hat gestern Morgen vergebens um eine Audienz bei dem Kurfürsten nachgesucht. Abends spät hat eine außerordentliche Sitzung des Staatsministeriums im Palais des Kurfürsten stattgefunden. Generallieutenant v. Willisen hatte nachher eine Audienz bei dem Kurfürsten. Das Ministerium hat beschlossen, nicht nachzugeben. In der Stadt herrscht große Aufregung. — Von vielen Orten des Landes werden neue Protestentschlüsse und Wahlenthaltungen gemeldet.

Welche Verblüffenheit in letzter Stunde noch im höchsten Kreise herrscht, beweist die Sprache der offiziösen Presse. Die „Hessenzeitung" wirft mit „auswärtigen revolutionären Cliquen" um sich; und „Kasseler Zeitung" sagt: „Die Anstrengungen der Opposition gehen rastlos darauf aus, die übrigen Wahlberechtigten zur Verweigerung der Erklärung zu bestimmen. Wir haben nicht nöthig, durch einzelne Thatsachen die Niedertrachtigkeit (!), mit welcher dies geschieht, zu belegen. Die beiden Flugblätter, welche von der Verfassungspartei dazu verbreitet wurden, charakterisiren jene Anstrengungen für Jeden zur Genüge, der nicht selbst in der Parteileidenschaft eines billigen und gerechten Urtheils sich begeben hat, und die eine Thatsache, daß alle Erfolge, welche die Partei unter der Landesbevölkerung bisher erzielt hat, auf der erregten Besorgniß wegen der Auflösungsgesetze ic. beruhen, muß auch dem entschiedensten Gegner des gegenwärtigen Verfassungszustandes hinreichend sein, um das Gewebe der Lüge, mit welcher gegen denselben agitirt wird, und die bodenlose Heuchelei, mit welcher man ein solchergestalt erregtes Mißtrauen als Rechtsbewußtsein auszeben kann, zu verabscheuen." Die „Kasseler Zeitung" spricht von Niedertrachtigkeit!

Baden. Für die Dauer der Londoner Gewerbe-Ausstellung werden bei den Stationen Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Karlsruhe, Baden, Offenburg und Freiburg Billette 1. und 2.-Klasse nach London zu ermäßigten Preisen ausgegeben und zwar in der Weise, daß der betreffende Reisende ein Billet für die Fahrt nach Straßburg (Bahnhof Stadt) und ein weiteres für die Fahrt von da nach London erhält. Die Billete nach Straßburg können sowohl für die gewöhnlichen Personenzüge, als auch für die Schnellzüge benützt werden, sind Kartonbillete von blauer Farbe für die 1. und von weißer Farbe für die 2. Klasse und zeichnen sich vor den gewöhnlichen Billeten durch die auf der linken Seite des Billets angebrachte Bezeichnung „Londoner Ausstellung" aus. Die Dauer der Giltigkeit ist auf 15 Tage festgesetzt, von dem durch den Stempel der Stadt Straßburg bezeichneten Tage an gerechnet. 60 Pfund Freigepäck sind zugelassen. (Bad. Ldsz.)

Schweiz.

Augenblicklich befinden sich nur noch an 3- bis 400 Schweizer bei den „Carabiniers étrangers à pied" zu Rom; nirgends aber existirt ein Schweizer Korps, das dem Wortlaute und dem Geiste des Werbegesetzes vom 30. Juli 1859 widerspricht und hat somit der solang und viel bekämpfte ausländische Söldnerdienst der Schweizer sein Ende erreicht.

Frankreich.

Frederic de Courcy, der Mitarbeiter Scribes, Bayards, Saintines, Thraulons, Melesvilles, v. Vanterburchs, Dumas, Carmouches und vieler Anderer, ist gestorben. Er hat nicht weniger als 150 Stücke hinterlassen, die in den meisten Pariser Theatern zur Aufführung kamen. — Das im Ministerium des Auswärtigen redigirte Annuaire diplomatique français ist erst jetzt erschienen. Es behandelt zum ersten Male Italien als Einheitsstaat und führt außer Viktor Emanuel nur noch den Papst und den Fürsten von Monaco als Italienische Souveräne an.

Der Erzbischof von Toulouse hat abermals ein Circular erlassen, in welchem er für die Jubiläums-Feier der Protestanten-Verfolgung am 15. Mai, aus Veranlassung des früher erwähnten Ministerialerscheinens, zwar einige Modifikationen anordnet, die Abhaltung der Feier selbst aber nach wie vor aufrecht erhält. Die „Presse" theilt das Circular mit und bemerkt dazu: „Das ist ein heftiener, aber auch ein ganz besonders schreiender Skandal, eine jener Verirrungen, welche eine im Beifall begriffene Partei und eine verlorene Sache kennzeichnen." Neffzer im Temps widerholt diese Worte und sagt: „Genau so empfinden auch wir, und eben deshalb können wir, ungeachtet unseres entschiedenen Protestes gegen ähnliche Manifestationen, keineswegs bedauern, daß das Vorkommen eines solchen Falles möglich ist. Die Freiheit ist nicht allein das Recht; sondern — und das wird noch immer nicht genug beachtet — sie vernichtet auch denjenigen, der sich ihrer gegen sie selbst bedienen will. Wir haben gewonnenes Spiel, wenn wir die Freiheit für Jedermann verlangen, weil die Ideen, welche wir bekämpfen, sich ihrer durchaus nicht zu bedienen vermögen. Sie können das Tageslicht nicht mehr vertragen! Nichts hat dem Ultramontanismus mehr Schlimmes zugefügt als der Universs, nichts dem Papstthum mehr geschadet als die Mortara-Angelegenheit, und deßhalb eben stützt uns das Beginnen des Erzbischofs von Toulouse nichts weniger ein als Furcht."

Der in Lyon erscheinende „Salut public" erzählt: Vergangene Woche wollte der ehemalige Diplomat und Deputirte Haussonville, der mit wirklicher Bonhomie viel Witz und Malice verbindet, den Hrn. Pelletan im Gefängniß Saint Pelagie besuchen, sagte aber bei seinem Eintritt den Direktor desselben nach Hrn. v. Bourqueney. „Wir haben hier einen Gefangenen dieses Namens", antwortete der Direktor. „Wie", rief Hr. Haussonville mit vermeintem Erstaunen aus, „Sie haben hier nicht den Herrn von Bourqueney, welcher verurtheilt worden ist, weil er sagte, daß in Oesterreich größere Preßfreiheit herrsche als in Frankreich?" — „Keineswegs mein Herr", versetzte der Direktor. — „O ich bitte um Entschuldigung, rief Hr. Haussonville aus, indem er sich vor die Stirne schlug, ich wollte nicht nach Bourqueney fragen, welcher im Senat öffentlich gesagt hat, daß die Presse in Frankreich weniger frei ist als in Oesterreich — sondern nach Hrn. Pelletan, der diese Worte nur mitgetheilt hat. Lassen Sie mich zu demselben führen."

Italien.

Der Papst ist leidend. Er verspürte in der Nacht nach seiner Zurückkunft von Porto d'Anzio ein leichtes Unwohlsein, und man weiß nicht genau, welcher Ursache man es zuschreiben soll, doch vermuthet man, er habe sich bei der Rede, die er bei Ueberreichung einer Fahne an die Zuaven gehalten, zu sehr angestrengt. Auch König Franz II. wurde wieder durch einen Fieberanfall genöthigt, einen Tag lang das Bett zu hüten. Die junge Königin zeigt sich noch immer nicht auf der Promenade; gewöhnlich fährt sie nur in Begleitung ihrer Schwester der Gräfin Trani aus, und scheint jetzt sehr die Einsamkeit zu lieben."

Die „Köln. Ztg." schreibt aus Neapel: „Die Anwesenheit des Königs hat bereits einige sehr heilsame Maßregeln zuwege ge-

Digitized by Google

bracht. Bei seinen unerwarteten Besuchen in den öffentlichen Anstalten, besonders in den Hospitälern und dem Waisenhause, deren Verwaltungs-Beamten, meistens noch aus der Zeit der Bourbonen herrührend, mehr das Wohl ihrer Säcke, als das der leidenden Menschheit im Auge hatten, so daß die ungeheuern Einkünfte dieser Wohlthätigkeits-Anstalten zum größten Theile Beute dieser Herren wurden, hat er mit eigenen Augen die schlechte und unmenschliche Behandlung wahrgenommen und seinen Unwillen deutlich zu erkennen gegeben. Er legte dabei ein solches Interesse für jede Kleinigkeit an den Tag, daß alle Anwesenden davon gerührt wurden. Er selbst kostete von den Speisen, ließ sich die Leinwand vorlegen, und wo er etwas nicht reinlich und gut fand, wandte er sich mit den bittersten Vorwürfen an die anwesenden Beamten. Natürlicher Weise, da sein Besuch ganz unerwartet kam, fand er Vieles nicht in der Ordnung, und so war die Folge davon die unmittelbare Absetzung vieler Verwaltungs-Beamten.

Am Sonntag ist Viktor Emanuel unter dem Zudrang und dem Jubel einer unermeßlichen Menschenmenge in Messina angekommen und mit einem Blumenregen überschüttet worden. So berichtet gewissenhaft ein Telegramm aus Turin. Der König hat alle Behörden empfangen und sich dann von seinem Premier Rattazzi und dem Syndikus begleitet und unter dem Vortritt einer Abtheilung Guiden und der Nationalgarde nach der Kathedrale begeben, wo ein Tedeum angestimmt wurde. Vom Palast Prioratа aus sah der König die Truppen defiliren. Am Abend war Illumination und Festvorstellung im Theater.

Amerika.

Die Belagerung von Yorktown nimmt stetigen Fortgang, und während M'Clellan seine Parallelen vorschiebt, finden häufig kleine Scharmützel statt, die in den jetzigen oder zwanzigsten Ausgaben der Abendblätter gewöhnlich in fettster Schrift als „Schlachten" bezeichnet werden, um in den Morgenblättern auf sehr bescheidene Dimensionen zusammenzuschrumpfen. Bei einem dieser Gefechte, wobei in der Nähe von Lee's Mühle eine Außenbatterie des Feindes durch ein Vermonter Regiment erstürmt wurde, ging es ziemlich hart her. Die Vermonter waren durch den nur zwei Fuß tiefen Warwack-Bach gewadet, um in die Batterie zu gelangen; doch wurden sie in Folge ihrer Fehler der Kommandirenden nicht unterstützt und mußten zurück. Allein in der Zwischenzeit hatten die Rebellen das Wasser vom Mühlwehr angestaut und der breite Bach war nun 5 Fuß tief. Während die Soldaten mit vieler Mühe durch das Wasser wateten und schwammen, eröffneten die Rebellen ein mörderisches Feuer auf sie und tödteten ihrer eine beträchtliche Zahl. Im Ganzen soll das Regiment gegen 100 Todte und doppelt so viel Verwundete gehabt haben. Das Gefecht war eine jener vielen durch den Unverstand unfähiger Führer herbeigeführten Katastrophen.

Die Lage der amerikanischen Südstaaten, welche sich von der Union losgesagt haben, verschlechtert sich täglich. Seit dem Verlust des Tennessee steigt der Preis aller Konsumtionsartikel von Stunde zu Stunde. In Neuorleans hat nach der Angabe eines dort erscheinenden Blattes ein öffentlicher Wohlfahrtsausschuß durch Dekret den höchsten Preis der Lebensmittel, der nicht überschritten werden darf, festgestellt, und jeder Kaufmann, der sich weigert, zu diesen Preisen zu verkaufen, oder seine Waare — Mehl, Mais, Salz, Ochsen-, Schweinefleisch ꝛc. — verbirgt, wird als „Vaterlandsverräther" angesehen. — Derselbe Wohlfahrtsausschuß hat dekretirt, daß mit Ausnahme der Kinder und derjenigen, die sich „durch ihr Alter oder durch Gebrechen erwiesenermaßen in der absoluten Unmöglichkeit befinden, zu dienen", Niemand von dem Kriegsdienst befreit sein soll. Alle Einwohner sind aufgefordert worden, alles in ihrem Besitz befindliche alte Eisen, Kupfer, Bronze und Blei der Militärbehörde zur Verfügung zu stellen. Um aber den Zwangskurs des im Namen der konföderirten Staaten ausgegebenen Papiergeldes wirksamer aufrecht zu erhalten, ist es bei Todesstrafe verboten, solches gegen Gold oder Silber auszuwechseln. Endlich hat auch der Präsident Davis ein Dekret erlassen, in Richmond eine Volkshaft gerichtet, worin er zwar nicht für immer, aber doch für die Dauer des gegenwärtigen Krieges die Einführung der Konskription verlangt, damit nicht die Last desselben ausschließlich auf den glühendsten Patrioten ruhe. Diese Konskription soll sich auf alle in den konföderirten Staaten wohnenden männlichen Individuen von 18—35 Jahren erstrecken.

Die Regierung des Präsidenten Juarez war noch immer bereit, den Unterthanen der drei Mächte pekuniäre Genugthuung zu geben, aber von der Gründung einer Monarchie wollte sie nichts hören. Die Minister der Justiz und des Aeußeren waren per Expreß aus der Stadt Mexiko in Veracruz angekommen, um mit dem französischen Befehlshaber sich zu besprechen. Sie wurden auch von General Prim mit gebührenden Ehren empfangen. General Miramon und Expräsident Almonte sind bei dem französischen General und haben Proklamationen und Brief gegen die Regierung Juarez erlassen. Dodlaro erließ eine Gegen-Proklamation, worin er Almonte und dessen Anhänger als Verräther brandmarkt.

Nichtpolitische Zeitung.

Deutsche Fürsten und deutsches Volk haben vor etwa 24 Jahren ein Werk begonnen, welches der Nachwelt Zeugniß geben soll von dem Siege deutscher Kraft über den Uebermuth römischer Herrschaft. Es ist dieses das Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde. Ungünstige Zeitverhältnisse brachten dieses Werk seit beinahe 16 Jahren ins Stocken, aber eine Schmach wäre es, dasselbe unvollendet zu lassen. Sein völlig fertiger Unterbau erhebt sich bereits meilenweit sichtbar in die Gefilde hinein, in denen der Gherusterfürst das römischer Joch zerbrach, und jetzt schon zieht alljährlich zahllose Beschauer von nah und fern herum. Die aus Kupfer zu fertigende Figur ist von dem Herrn Bildhauer von Bandel in allen ihren Theilen modellirt und Alles so weit vorbereitet, daß sie binnen nicht gar langer Zeit vollendet und aufgerichtet werden kann, sobald die dazu erforderlichen Geldmittel zusammen gebracht sind. Je nach den Preisen des Materials und Arbeitslohns werden zwischen 35,000 bis 40,000 Thaler dazu nöthig sein. Das ist viel für Wenige, aber wenig für etwa vierzig Mill. Deutsche! In Hannover hat sich ein Komite gebildet, das dringend zu Beiträgen auffordert. Briefe und Gelder bittet man zu adressiren: „An den Verein für das Hermanns-Denkmal in Hannover."

Quousque tandem?

Ein „burschikos" Lied nach der alten Leyer.

(Aus dem Kladderadatsch.)

Wieb nimmer denn zum Ueberfließen voll
Das Maß der täglich neu gehäuften Schuld?
Wird nie sich wenden in thatkräft'gen Groll
Des frommen Volks ausharrende Geduld?
Tönt nimmer denn ein andrer Schmerzensschrei
Als der von „ehrbietigen" Petenten,
Die höflichst sich zu wenden sind so frei
Noch — Frankfurt an die stets Inkompetenten?

Zwölf lange Jahre wachst mit stillem Muth
Dies Volk sein Recht, das ihm versprochene;
Er aber bricht in eigensinn'ger Wuth
Stets neu das Wort, das oft gebrochene!
Und jetzt, zur Schmach der ganzen Nation,
Unter dem Jubel himverbrannter Thoren,
Fügt er dem Unrecht noch den dreisten Hohn
Des Uebermuths, der alle Scham verloren!

Aufbreitend großmächt'ger Schwingen Pracht
Zwei Königsadler zu des Rechts Schutz;
Auf seinem Zaune hockend aber lacht
Zaunkönig ihrer und beut ihnen Trutz.
Die Adler horsten still auf hohem Sitz,
Schau'n all' die dunkelsträfliche Misere,
Und keiner schleudert mit des Zornes Blitz
Ihm ein: Quousque tandem abutere!

Quousque tandem abutere? — fragt
Das Volk verzweifelnd an der Rettung sich:
Wie lang' noch werden, seufzen wir, gepflagt
Von solchen Druckes unzragbarer Last? —
Wie lange? fragt ihr. — Bis ihr kühn und fest
Euch selbst befreit in euren eignen Marken.
Thor, wer auf Unterer Hilfe sich verläßt!
Selbst ist der Mann! Das Glück ist mit den Starken.

Von großer Rohheit und Verwahrlosung gibt nachstehender Fall Zeugniß. Zwei Hütenburben in der Nähe von Freising würden in Folge früherer Händel, die gewöhnlich mit gegenseitiger Peitschenhieben abliefen, am 16. Februar l. J. auf freiem Felde mit einander handgemein, wobei der 13jährige Sebastian Schuhmacher seinem Gegner ein spitziges Schnappmesser mit solcher Gewalt durch zwei lederne Hosen in den Oberschenkel rannte, daß derselbe, gleichfalls erst im 13. Jahre stehend, in wenigen Minuten entseelt lag. Der Thäter, welcher kurz nach dem Vorfalle mit dem nemlichen Messer wieder sein Brod schnitt, behauptet, im Zustande der Nothwehr sich befunden zu haben. Das k. Bezirks-

Digitized by Google

gericht München r. d. J. verurtheilte ihn wegen Vergehens der Körperverletzung mit als wahrscheinlich nicht vorauszusehendem Tode; veräbt in auffallender Hitze des Zornes ohne Ueberlegung und Verbedacht zu einer 6monatlichen Gefängnißstrafe.

In Frankfurt in der Blumenstraße stürzte ein Gerüst und mit ihm 4 Maurer; einer war auf der Stelle todt, die drei andern wurden schwer verwundet in das Spital gebracht.

(Neue Quartiebillette.) Am 3. Mai Abends sand ein Bauer in Kößlach in seiner Bodlade, wo er eine Kroze mit frischem Futter stehen hatte, in letztere gebettet ein hübsches frisch und gesund aussehendes, 3 Wochen altes Knäblein in feine Wäsche gehüllt, mit Waschen aufgeputzt und mit einem Päckchen Wäsche versehen. Das weggelegte Knäblein hatte ein Zettelchen bei sich, darauf stand:

Ich bin eine arme Waise,
Keinen Vater und Mutter weiß ich,
Franz Hermann, so heiß ich,
Erst drei Wochen bin ich alt,
Ich bitt' recht schön um Aufenthalt.

Nach dem Figaro-Progeamm ist folgendes der Werth der bedeutendsten Pariser Café's. Café Anglais 1 Million; Café Riche 830,000 Frcs.; Café du Helder 613,000 Frcs., de la Rotonde 600,000 Frcs.; Maison d'Or, Café Cardinal und Café de Foy, jedes 500,000 Frcs.; Café Bachelet 400,000 Frcs.; Café Mazarin und Café Tortoni 350,000 Frcs. u. s. w. Demselben Journal zufolge beträgt das Trinkgeld, welches den Garçons gegeben wird, nicht weniger als 6 Millionen Frcs. jährlich.

Neueres.

= Oesterreich. Zahlreiche Feuersbrünste in der Umgebung Brünns haben die Behörden veranlaßt, zur Ermittlung der etwaigen Brandstifter eine gerichtliche Untersuchungs-Kommission einzusetzen und Streifungen zur Aufgreifung verdächtiger Individuen anzuordnen: ja, eventuell wird selbst die Publicirung des Standerchtes in Aussicht gestellt. — Im Plenum des Finanzausschusses berieth man vorgestern wegen Erhöhung der direkten Steuern. Die Majorität der Section trägt auf Nichterhöhung der Grundsteuer an; die Minorität will dieselbe um $1/12$ erhöhen.

× Frankreich. Unsere „Verschönerungsbauten" fangen an, ihre häßliche Seite herauszukehren. Die Erhöhung der Löhne hat eine ungeheure Menge von Arbeitern aus der Provinz nach Paris gezogen, so daß letzteres jetzt übersüllt ist, das Land aber Mangel an Arbeitern hat, weil diese die Hauptstadt nicht so leicht wieder verlassen. Eine Krisis ist unvermeidlich. Am 9. Morgens von 6 bis 8 Uhr war der Rathhausplatz mit Bauhandwerkern angefüllt, deren schtbare Aufregung ihre Besorgnisse verrieth; ebenso waren die Thore der Hauptzimmerplätze der Stadt von dichten Schaaren umlagert. Kurz Arbeitslosigkeit hatte diese Schaaren, deren Gesammtzahl auf 80,000 angeschlagen wurde, versammelt. Die Flauheit im Bauen, welche schon seit Beginn der besseren Jahreszeit bemerklich war, droht fast in Muthlosigkeit umzuschlagen, unter dem Druck des Bankerottes mehrerer bedeutender Bauunternehmer, sowie der Zahlungseinstellung dre beiden großen Bankhäuser Duval und Lacambo. Die Regierung hat sich somit durch die verschwenderischen und leichtsinnigen Bauunternehmungen, welche sie protegirte, eine gefährliche Plage großgezogen, und es ist schwer zu sagen, wie sie den Fehler wieder gut machen will, wenn sie nicht am Ende durch eine große Razzia die Beschäftigungslosen in ihre Heimath schaffen läßt. In letzterer, d. h. in den Provinzen, würde indessen durch solche Rebritze die schon allenthalben herrschende Unzufriedenheit noch mehr genährt und schädlicher, als in Paris, an dessen Gesinnung ohnehin nichts mehr zu verderben ist. Die Provinz ist durch die Präfektenwirthschaft gründlich entsremdet worden. Denn jene hohe Beamten und deren Untergebenen sind in der Regel der Gegend fremd, lassen ihrer Willkür freien Lauf und drgehen dadurch häufig die ausschweifendsten Mißgriffe. Uebrigens würde man sich täuschen, wenn man von dieser Unzufriedenheit der Provinz auf einen Aufschwung des Volksgeistes rechnen wollte. Die Provinz ist eher geistig zurückgegangen, namentlich im Vergleich zu Paris, weil sich selbst die wohlhabendere Bevölkerung wegen der hohen Strurrn und der Geschäftsstockung immer mehr den höheren geistigen Genüssen entzagt. Der Absatz der Literatur-Erzeugnisse nimmt daher täglich ab. Da zugleich die Hauptlektüre der Bevölkerung, da die Zeitungen fast sämmtlich unter dem Einfluß der Regierung stehen, welche dem Volk seine geistige Nahrung so zu sagen vorschreibt, so ist es natürlich, daß der Volksgeist und die Bildung verkommen. Das Talent ist daher genöthigt, immer mehr aus der Provinz nach Paris sich zu flüchten, aber auch da ist die Freiheit des Gedankens nur im Salon geduldet, — so daß wir mit Neid und Beschämung die Volksentwicklung bei unseren Nachbarn in Deutschland, der Schweiz und Belgien betrachten. Allerdings ist dieser Zustand nicht von heute, aber die Regierung hat durch ihre Centralisation ihn wesentlich verschlechtern helfen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. d. R.)	78 P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon d. R	76 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68¼—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 P.
„	4½ pCt.	47¾ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. a. K. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅜P. 103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P. ¼ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ G.
„	3½ pCt. v. 1842	96⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼P.100⅞G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	95⅜ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	46⅝ G.
„	2 pCt.	48 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1235/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	760—64 G.
Oesterr. Kredit-Aktien à fl. 200	195¼,94¼G.ex.D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	217½ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	83½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	88⅝ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 P. ex.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	74½ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 98 kr.	243½ P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	126 P.
Rheinische Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31⅞ P. 31 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	133⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	94⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249½ G.
Span. Handels- und Industrie	512 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	546 P.
Bayr. Gothahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅞ P. ½ G.
Bayer. Gothahn mit 30 pCt. Einz.	104½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	99⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 „	93⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sst. W. l. S.	89¼—89 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	110¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78⅞ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75⅝—75 G.
„ fl. 100 Elsb. l. v. 1858.	119¼ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121½ P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	100½ P.
Badische fl. 35	85½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132⅝ P.
„ fl. 25 do.	31½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
Sardinien Fr. 36 b. R.	—
St. Lötrich mit 2½ pCt. Z.	36½ P.
Vereins-Loose fl. 10.	19⅞ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	19⅜ P.

Frankfurt, 13. Mai. Oesterr. Fonds und Kreditaktien wurden ungefähr zu den gestrigen Kursen umgesetzt, ohne daß das Geschäft besonderen Lebhaftigkeit gezeigt hätte. Bergbacher Eisenbahnaktien waren abermals billiger zu haben; die übrigen Fonds fest und preishaltend. — 5pCt. russische Obligationen wurden mit $1/8$, $2/8$, $1/4$, $1/8$ Avance zum Emissionspreis, dann wieder mit $1/8$ pCt. Avance umgesetzt.

(Dynd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 134. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Donnerstag, 15. Mai 1862.

Noch einmal die Krisis in Kurhessen.

In einem zweiten Leitartikel sagt die „Sternzeitung“:

„Wir haben gestern auseinandergesetzt, daß die neuesten Schritte der kurfürstlichen Regierung, wenn sie von einer großen Rücksichtslosigkeit gegen den Bund Zeugniß ablegen, doch vornehmlich gegen die preußische Regierung eine auffallend feindselige Tendenz verrathen. Auch noch in anderer Beziehung wird vorzugsweise Preußens Interesse durch diese beklagenswerthen Vorgänge berührt. Fassen wir nämlich die Folgen ins Auge, die sich an das Vorgehen der hessischen Regierung knüpfen könnten, so erkennen wir ebenfalls, daß sie zwar für ganz Deutschland gefahrdrohend sind, in erster Linie aber und mit besonderem Gewicht von Preußen empfunden werden müssen. Es kann gewiß der Sache nur förderlich sein und jeden Zweifel über die Stellung Preußens beseitigen, wenn wir die Lage der Dinge mit voller Offenheit besprechen.

„In der Presse ist schon wiederholt die Ansicht geäußert worden, daß das Ministerium Abée sich zu seinen rücksichtslosen Maßregeln wohl vornehmlich durch die Voraussetzung habe bestimmen lassen, das preußische Kabinet sei durch innere Schwierigkeiten, durch die Sorge um die hochgehenden Wogen einer ultraliberalen Agitation viel zu sehr in Anspruch genommen, um den Arm der hessischen Regierung die gebührende praktische Aufmerksamkeit schenken zu können. Wir sind weit davon entfernt, verhehlen zu wollen, daß die preußische Regierung sich in der That keineswegs über die Gefahren täuscht, die aus der jetzt herrschenden Erregung der Gemüther hervorgehen könnten. Denn diese Erregung ist keineswegs eine haltlos in der Luft schwebende oder eine lokalbeschränkte Erscheinung. Sie ist vielmehr entzündet und genährt worden durch die folgenschweren revolutionären und kriegerischen Ereignisse, die in den letzten Jahren die politischen Verhältnisse mancher Länder total umgestaltet oder tief erschüttert haben und denen die öffentliche Meinung einen gewissen Grad innerer Berechtigung zuerkennen zu müssen geglaubt hat; sie hat sich über weite Kreise verbreitet, hat sich nach Deutschland verpflanzt und auch in Preußen die Gemüther ergriffen. Diese Bewegung zu mäßigen, zu läutern und in den gesetzlichen Schranken zu halten, — das in der That ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe jedes Staatsmannes. Von ihrer Lösung hängt die Bewahrung des inneren Friedens, hängt die Sicherheit aller derjenigen Güter ab, die an die Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung und gesetzlicher Entwickelung geknüpft sind. Eben deßhalb mußte es um so größeres Befremden erregen, daß die kurfürstliche Regierung in so ernsten Zeitläuften keinen Anstand nimmt, um eines ganz nichtigen Scheinresultates willen zu Zwangsmaßregeln zu greifen, welche die politische Bewegung in eine verderbliche Bahn zu drängen drohen und in bereits erregte Gemüther einen Gährungsstoff der gefährlichsten Art hineintragen müssen.

„Es ist von Wichtigkeit, daß wir uns über den Charakter der von der kurfürstlichen Regierung getroffenen Maßregeln keiner Täuschung hingeben. Sie stellen das hessische Volk vor die schwierigste und peinlichste Alternative, die einem Volk geboten werden kann. Denn sie nöthigen die überwiegende Mehrzahl desselben zu der Wahl, entweder die in einem vieljährigen politischen Kampf verfochtenen und gebrauchsmäßig festgestellte Ueberzeugung ausdrücklich abzuleugnen, oder das Schicksal des Landes einer winzigen und mißachteten Minorität preiszugeben. Um den durch zwölfjährige Wirren bis zum Urbermaß gesteigerten Unmuth des Landes aufs Aeußerste zu treiben, konnte schlechterdings kein wirksameres Mittel ausfindig gemacht werden, als dieser schwere gegen die Gewissen verübte Druck. Mag der harte und unerwartete Schlag das Land auch für kurze Frist betäuben: daß eine derartige Vergewaltigung an dem Lebensnerv eines Volks nicht ungestraft bleibt, am wenigsten in Zeiten allgemeiner Gährung, ist nicht minder gewiß.

„Nun steht vor unsern Augen die lebendige Erfahrung, daß schon revolutionäre Ereignisse in fernen Ländern, mit denen wir nur durch verhältnißmäßig schwache Interessen verknüpft sind, wirksam genug waren, das politische Leben deutscher Staaten in ein fieberhaftes Pulsiren zu versetzen; was sollen wir erwarten, wenn in unserer Mitte, in Kurhessen, für dessen Bevölkerung und für dessen Schicksal überall in Deutschland die stärksten Sympathien herrschen, eine berechtigte Opposition planmäßig in eine revolutionäre Bahn gedrängt wird? Kann insonderheit die preußische Regierung, ohne ihre Pflicht gegen den eigenen Staat, ihre Pflicht gegen Deutschland zu verabsäumen, es mit gleichgültiger Miene ansehen, daß in demjenigen Lande, welches wie ein Keil zwischen die Bestandtheile des preußischen Staates hineingeschoben ist, Zündstoff auf Zündstoff aufgehäuft und auf eine Explosion hingearbeitet wird, deren Wirkungen Niemand berechnen kann? Daß durch ein solches Beginnen eine allgemeine Gefahr für Deutschland und eine unmittelbare Gefahr für Preußen herbeigeführt wird, ist so augenfällig, daß es keines weiteren Nachweises bedarf.

„Die preußische Regierung ist also durch das Auftreten des Kasseler Kabinets in eine eben so ernste wie exceptionelle Lage versetzt. Sie steht in erster Linie die Ehre und die Interessen des eigenen Staats, sie steht gleichzeitig auch das Interesse und die Ruhe Deutschlands bedroht. Die Aufgabe, die ihr im Hinblick auf das Gesammtvaterland gestellt ist, wird ihr in noch nachdrücklicherer Weise durch die Pflicht gegen den eigenen Staat ans Herz gelegt, — die nunmehr unabweislich gewordene Aufgabe, wirksame Mittel zu ergreifen, um der von der kurhessischen Regierung hervorgerufenen unheilvollen Entwickelung der Dinge Einhalt zu thun.“

Deutscher Bund.

Nachstehendes ist der wesentliche Inhalt der trotzigen Erklärung, welche der kurhessische Gesandte in der Bundestagssitzung vom 8. d. auf den Antrag Preußens, den Protest der Kasseler Wähler dem kurhessischen Ausschuß zuzuweisen, abgegeben hat: „Die Regierung sei zu dem Wahlausschreiben vom 3. Mai durch § 69 der Verfassung von 1860 (Zusammentritt innerhalb 7 Monaten) genöthigt gewesen. An diesem Versuch müsse sie bis zu etwaiger gesetzlicher Aenderung festhalten; sie protestire, die Rücksichten gegen die Regierungen von Oesterreich und Preußen verletzt zu haben. Sie habe sich wiederholt bereit erklärt, deren gemeinschaftlichem Antrag Beachtung zu schenken; jedoch habe sie bis jetzt nicht ermitteln können, was eigentlich die Absicht der beiden Kabinette sei? Bevor ihr eine solche Aufklärung und dadurch eine sichere Grundlage zum Handeln geworden, müsse sie auf dem gegenwärtigen Rechtsboden verharren, und könne keine vergeblichen, ihre Autorität gänzlich kompromittirenden Versuche unternehmen.“

Bayern. München. Gisebrechts Antrittsvorlesung war von einem sehr zahlreich herbeigeströmten Studentenpublikum besucht. Derselbe gestand von vornherein seine Bedenken, die er gegen die Annahme eines Rufs nach München hatte, da er, seit fast einem halben Jahrhundert in norddeutscher Sitte wurzelnd, fürchten mußte, sich nur schwer in einer neuen Heimath einzugewöhnen und bei der bayerischen Jugend den ihm erwünschten Anklang zu finden. Die Erwägung aber, daß der Historiker vor allem zur Versöhnung der deutschen Stammesunterschiede berufen sei, und der Wunsch eines höhern Willens hätten seine Bedenklichkeiten beschwichtigt. Der Redner ergeht sich sodann über den glänzenden Aufschwung und die

Digitized by Google

Meihode deutscher Geschichtforschung in den letzten Jahren; erkennt in der Geschichte die Entwicklung des menschlichen Geistes zur Freiheit, stellt für die nächsten Semester Vorlesungen über griechische und römische Geschichte, Geschichte der Reformation und des letzten Jahrhunderts in Aussicht, und verspricht endlich, in seiner Geschichte der Deutschen offen seine Meinungen über die Entwicklung derselben kund zu geben.

Die „S. Z." meldet das plötzliche Ableben des Directors des Bezirksgerichts in Wasserburg, Hrn. Wiechalet. — Der alte Mitglied des ältere Reichsrathes mehrfach genannte gelehrte Adt von Möll, Hr. Eder, verweilt auf der Reise nach London zur Zeit in München.

— Augsburg. Der hiesige Handels- und Fabrikrath hat einstimmig beschlossen, sich gegen den Handelsvertrag mit Frankreich auszusprechen, worüber nunmehr an die k. Regierung berichtet, sich aber genaue gründliche Motivirung noch vorbehalten wird.

Oesterreich. Zwischen der österreichischen und der sardinischen Postverwaltung wurde ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem vom 15. d. M. an die österreichisch-sardinische Postkonvention, welche einstweilen suspendirt war, wieder in Wirksamkeit tritt, und werden die Bestimmungen derselben mit jenen Aenderungen, welche in Folge der Einführung der neuen österr. Währung im Jahre 1858 eingetreten sind, bei den Korrespondenzen aus und nach allen festen italienischen Staaten — Rom und Umgegend ausgenommen — in Anwendung kommen.

Am 11. wurde auf der Werfte in Triest die Taufe der Panzerfregatte „Kaiser Max" vollzogen.

Preußen. Bei den Vorberathungen der Stadtverordneten über die Oberbürgermeisterwahl ist vor andern Kandidaten der Präsident Seydel bei der k. Regierung in Sigmaringen in Aussicht genommen. Derselbe ist ein geborner Berliner und hat vor seiner Versetzung nach Sigmaringen hier in verschiedenen Aemtern gewirkt. Die Wahl ist bekanntlich auf Donnerstag den 15. d. M. angesetzt. — In Stendal fand zwischen dem Referendarius und Landwehr-Lieutenant Koch und dem Dr. med. Hemptenmacher ein Pistolenduell statt. Die Forderung lautete auf fünf Schritt Barrière. Koch hatte den ersten Schuß. Die Kugel drang seinem Gegner in die Seite und verletzte ihn dermaßen, daß er nach 24 Stunden seinen Geist aufgab.

Von den wegen der Gräuelthaten in Mühlhausen Inhaftirten sind 2 wegen mangelnden Beweises freigelassen, 16 durch Jäger nach Mohrungen zur Ablieferung in das dortige Gerichtsgefängniß transportirt worden. Unter den Verhafteten befinden sich 5 Ackerbürger, von denen einer Stadtverordneter ist. Es wurden 20 neue Verhaftungen vorgenommen, meistens den Ackerbürgerstande angehörige. Die Untersuchung dehnt sich jetzt schon auf ca. 70 Individuen aus und wird zweifelsohne noch größere Dimensionen annehmen.

Sachsen. Wie man hört, läßt Minister v. Beust es selbst an persönlichen Schritten nicht fehlen, um die Opposition, die in einigen Theilen des Königreichs gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag auftritt, zum Schweigen zu bringen. Hr. v. Beust hat nicht nur in Chemnitz persönlich mit dortigen Fabrikherren verhandelt, sondern auch an anderen Orten des sächsischen Industriebezirks Geschäftsleute, deren Interessen durch den Handelsvertrag berührt werden, um sich gesammelt und mit ihnen die Angelegenheit besprochen. Am Sonnabend hat Hr. v. Beust in Annaberg eine solche Zusammenkunft mit größeren Industriellen gehabt und bei dieser Gelegenheit dem ehrwürdigen Reichs-Eisenstuck das Ritterkreuz des Verdienstordens überreicht.

Hannover. In 2. Kammer wurde die Verstärkung des Landgendarmerie-Korps in Gemäßheit der Regierungsforderung bewilligt, die Vermehrung des Korps durch Verminderung der berittenen Gendarmen zu bestreiten, abgelehnt. v. Bennigsen wies bei dieser Gelegenheit hin auf die dem eigentlichen Berufe wohl fernliegende Verwendung der Gendarmen zu politischen Zwecken, ohne jedoch der ihrer Zeit vielbesprochenen Ueberwachung des O.-G.-Ass. Planck durch einen eigenen Gendarmen zu gedenken. Wenn den Minister des Innern die Verwendung von Gendarmen zur Kolportirung von Loyalitätsadressen im vorigen Sommer unbekannt geblieben ist, so ist daran die Presse nicht Schuld: die Zeitungen veröffentlichten damals mehrfach Art und Namen solcher Vorfälle. — Ein neues Leine-Diesterbahn-Projekt beabsichtigt die Regierung sofort ausarbeiten zu lassen, um es noch in dieser Diät den Ständen vorzulegen.

Kurhessen. Ueber die eingetretene Krisis liegen außer den bekannten telegraphischen Nachrichten weitere feste Anhaltspunkte nicht vor. Preußen trifft militärische Vorkehrungen, angeblich, um der Mission des Generallieutenant v. Willisen einigen Nachdruck zu geben. Ob preußische Armeekorps an der preußisch-kurhessischen Grenze lediglich kontenirt werden, um Letzten zu stehen, oder zu einem eventuellen Einmarsch bestimmt sind, vermögen wir nicht zu sagen.

Anhalt-Köthen. Man wird sich noch erinnern, wie der Oberhaasanwalt Lagermann von einigen Monaten seine Thätigkeit als landesherrlicher Kommissär bei unserm Landtag damit eröffnete, daß er dem Abgeordneten Rechtsanwalt Lezius, der einen Protest gegen die Rechtsbeständigkeit der dermaligen Verfassung aussprach, mitten in seiner Rede in das Wort fiel und denselben wenige Minuten nachher, als jener sein Mandat niedergelegt, und sich aus dem Sitzungssaale entfernt hatte, in seiner Abwesenheit injuriirte, sein Auftreten als eines Ehrenmannes nicht würdig bezeichnete, diese Aeußerung dem energischen Widerspruche, welchen dieselbe im Landtage selbst fand, gegenüber aufrecht erhielt, sie mehrfach in veränderter Fassung, dem Sinne nach aber gleichlautend wiederholte und endlich speziell dahin erläuterte, daß er als Ehrenmann anders gehandelt haben würde. Dieser Vorfall hat dem Rechtsanwalt Lezius Veranlassung gegeben, beim Kreisgericht zu Dessau wider Lagermann Anklage wegen Beleidigung unter erschwerenden Umständen zu erheben. In dem dieser Tage stattgehabten Verhandlungstermine war, wie der „Magdeburger Zeitung" geschrieben wird, der Angeklagte der Anklage allenthalben geständig, schützte jedoch gegen dieselbe einerseits vor, daß ihm sein damaliges Auftreten gegen den Ankläger durch seine Stellung als landesherrlicher Kommissär geboten gewesen sei, daß er durch das Aussprechen des von ihm abgegebenen Urtheils seine Amtspflicht in keiner Weise verletzt und daß endlich sein durchlauchtigster Auftraggeber sein, des Oberhaasanwalts Lagermann, Verhalten durchaus gebilligt habe. Der Gerichtshof war jedoch nicht der Ansicht, daß Herrn Lagermann seine Eigenschaft als landesherrlicher Kommissär die Befugniß zur beleidigen Ueberlretung der Strafgesetze habe verleihen und daß ihm eben so wenig seine Amtspflicht die inkriminirten Aeußerungen habe gebieten können, da es ein Amt, welches seinem Inhaber die Verpflichtung auferlege, dritte Personen zu injuriiren, sicherlich nicht gebe, und verurtheilte demnach den Angeklagten in eine Geldstrafe von 50 Thalern, sowie in die entstandenen Kosten.

Frankreich.

Die republikanischen Deputirten Darimon, Henon, Favre, Ollivier und Picard haben zum Budget für 1863 folgendes Amendement eingebracht: Ministerium des Innern, IV. Sektion: Oeffentliche Sicherheit; Cap. III.: Geheime Ausgaben für die öffentliche Sicherheit; „den im Budgetentwurf aufgeführten Kredit von 2 Mill. auf 600,000 Frs. zu reduziren." (Ist natürlich ganz erfolglos.)

Italien.

Hudson hatte während seines Aufenthaltes in Rom eine lange Konferenz mit dem Kardinal Antonelli. Er ist nach Neapel weiter gereist, um sich zu dem Könige Viktor Emanuel zu begeben. Alle die, welche mit Sir James Hudson gesprochen, stellen eine Lösung der römischen Frage vor Ablauf von zwei Monaten in Aussicht. Der König von Neapel ist an den Masern erkrankt; es haben nur die beiden Königinnen Zutritt bei ihm.

„Times" wollen wissen, Viktor Emanuel werde jetzt keine allgemeine Amnestie erlassen; diese früher beabsichtigte Maßregel soll so lange vertagt werden, bis das Brigantaggio gänzlich aufgehört hat; es seien in den Gefängnissen noch zu viele Verbrecher, welche mit den Waffen in den mit Blut befleckten Händen ergriffen wurden, die man unmöglich jetzt entlassen könne, ohne sie den Banden in die Arme zu treiben.

Türkei.

Die Wiener „Presse" dementirt nach verläßlicher Mittheilung die Nachricht von einem russisch-französischen Protest gegen die türkische Invasion Montenegros. Gortschakoff hat einen Vergleichsvorschlag auf Grund der Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegros dem türkischen Gesandten in Petersburg konfidentiell gemacht, welcher in Konstantinopel abgelehnt wurde; weiter geschah nichts. Die Pforte hat davon die Mächte benachrichtigt.

Rußland und Polen.

In Warschau immer noch Verhaftungen; es scheint, als wolle dieser Hader unter Regierung und Volk gar kein Ende nehmen. General Lüders ist von Petersburg zurückgekehrt, und zwar in seiner frühern Funktion als stellvertretender Statthalter und in dem neuen Range des Chefs der ersten Armee.

Digitized by Google

Amerika.

New-Orleans ist die Hauptstadt des Staates Louisiana und des Bezirks New-Orleans, die wichtigste und größte Stadt in den südlichen Staaten der Union, der Bevölkerung nach die vierte, dem Handel nach die dritte der Union, auf der gleichen Insel, welche durch den Mississippi-Lauf und den See Pontchartrain gebildet wird, 105 engl. Meilen von der Mündung des Mississippi, 1132 Meilen von St. Louis. 1397 Meilen von New-York, 1612 Meilen von Boston, 1172 Meilen von Washington. New-Orleans liegt auf sumpfigem, angeschwemmtem Boden, der sich vom Strome nach dem Pontchartrainsee zu etwas senkt; wenn der Mississippi volles Wasser hat, liegt es 4 — 5' niedriger als das Niveau des hier bis 150 Fuß tiefen Stromes, und die Deiche oder Dämme, durch welche die Stadt von dem höher liegenden Strom getrennt ist, bieten dann nicht immer genügenden Schutz. In der Kriegsgeschichte ist New-Orleans berühmt geworden durch die Expedition der Briten gegen diese Stadt im Winter 1784 und durch die Schlacht den 8. Jan. 1815. Der General Jackson hatte nicht mehr als 2500 Mann meistens neu aufgebotene und ungeübte Milizen zu seiner Disposition und vertheidigte mit dieser geringen Streitkraft nicht allein einen Monat lang die Stadt mit Glück gegen eine bedeutende Uebermacht, sondern nöthigte dieselbe auch durch ein von seinen Schanzen aus gegen die Engländer eröffnetes Gefecht zum Abzug. New-Orleans hatte 1852 145,449 Einwohner.

Volkswirthschaftliches.

Umschau in der Volkswirthschaft.

Die Landeskultur, d. i. die Verbesserung nutzlosen Landes, hat in den letzten Jahren außerordentlich viel gethan. Wir erinnern nur an die großartigen Eindeichungen und Entwässerungen der Oberdächte, an der Donau, am Rhein, des Rheden an der Werra, die Bewässerungen der Bosler Haide, der Gemarkung Seehof an der Bergstraße, an die vielen Verbesserungen in Ober- und Mittelfranken. Vor Kurzem wurden wieder viele solche Verbesserungen ausgeführt, so wurde die Truppach in der fränkischen Schweiz auf 7000 Fuß grad gelegt, desgleichen der Rußlauf bei Bibrach auf 5000 Fuß; am Isen (Nebenfluß vom Inn) bei Mühldorf und an oberen Inn bei Rosenheim sind Entwässerungen des Thals im Entwurf; der Wasserspiegel des Chiemsee soll um mehrere Fuß tiefer gelegt werden, wodurch alle umliegenden Sümpfe ausgetrocknet und viele Strecken Landes nutzbar gemacht würden. Wie bedeutend der Gewinn solcher Arbeiten erhellt aus einigen Beispielen: am Rheden wurden 7—800 Morgen Land neu gewonnen, die Kosten betrugen 32,000 Thlr., der Werth des Landes wird schon jetzt auf 90—100,000 Thlr. geschätzt, für 40 Thlr. Auslage also 100 Thlr. gewonnen; an der Truppach schätzt man einen kultivirten Morgen Wiesen auf 200 Thlr; bei Biberach waren die Kosten nur 15 fl. für den Morgen, die durch den unmittelbaren Vortheil schon dreifach gedeckt worden. Was aber noch bedeutender anzuschlagen, sind die Rückwirkungen auf die umliegenden Felder, auf das ganze Klima eines Thals, auf die Lebensweise und Gesundheit der Bewohner. Am Rheden nährten sich viele Leute kümmerlich mit Ausbauen des Seringebüsches und Schilfrohrs, wobei sie oft bis am Hals im Sumpf wateten. Unzählige Krankheiten und Todesfälle sind daraus entstanden. Jetzt wird der Bauer seinen Pflug über den Sumpf führen, mit fruchtbarem Gras nährt er sein Vieh; er selber lebt in gesunder frischer Luft.

Die Londoner Ausstellung wurde am 1. Mai unter großem Zudrang des Publikums eröffnet. Es waren bei der Eröffnung schon für 11,000 Pfd. Saisonkarten mehr verkauft als 1851.. Nach dem ersten Eindruck steht England in allem Nützlichen, mit Ausnahme mehrerer billigen Stoffe, wie Woll-, Stahl- und Glaswaaren, dem Kontinent voran; dagegen steht es in allen Kunstwerken auffallend zurück. Die Abtheilungen der Ausländer sind schön und geschmackvoll ausgestaltet, die englischen unschön, ohne einigen Zusammenhang. Die Gegenstände sind in einige 30 Klassen eingetheilt: 1) Mineralien, 2) Droguen, Farbstoffe, 3) Lebensmittel. 4) Rohstoffe, Holz, Eisenbein rc., 5—10) Maschinen, Geräthe, Wagen, Lokomotiven u. s. w. Von Dampfmaschinen werden viele Geräthe und Maschinen in Bewegung gesetzt, vielerlei Gegenstände vor den Augen des Publikums fabrizirt. So Backsteine, Porzellan, Glas, Nadel, Stahlfedern, goldene Ketten, Handschuhe, Spitzen, Druck- und lithographische Arbeiten u. v. a.. Um die Ausstellung möglichst fruchtbringend zu machen, werden von allen Orten Techniker, wie Arbeiter hingesandt. Die Stadt Wien hat 10,000 fl. ausgesetzt, um 23 Arbeiter nach London zu senden; die Stadt Freiburg zu gleichem Zweck 6000 fl. Um die Betheiligung allgemeiner zu machen, hat der Nationalverein 2400 fl. für die Reisekosten von 12 Arbeitern bestimmt. Die Redaktion des „Arbeitgeber", mit deren Umwohl betraut, hat einen Aufruf an sämmtliche Landräthe und Gewerbsvereine erlassen, geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen und zur Vergrößerung der Zahl Beiträge von allen Orten zu schicken. In Folge dessen sind vom südwest-deutschen Volkswirthschaftsverein 100 fl. ausgesetzt, von dem Gewerbsverein von Langenschwalbach und Ilmenau je 5 Thlr., von Gißhorn 3 Thlr., von einem Privatmann aus Sachsen 50 Thlr. gesandt, vom Frankfurter Gewerbsverein 100 fl. in Aussicht gestellt. An vielen Orten werden Versammlungen gehalten, das Unternehmen zu fördern, so in Hildesheim will man die Mittel für einen Arbeiter aus der Gegend zusammenbringen oder wenigstens einen großen Theil der Redaktion des „Arbeitgeber" zustellen, mit der Bedingung, auf einen Hildesheimer Rücksicht zu nehmen. In Rastau sind Versammlungen angeregt; in Frankfurt war am 11. eine große Arbeiterversammlung, um große Sammlungen im Mainthal zu veranstalten und dieses in würdiger Weise zu vertreten. Hier faßte man die Sache gleich vom rechten Geschichtspunkt; es sollen wo möglich alle Gauen Deutschlands, und alle hervorragenden Industrien vertreten sein; Bedacht zu erwägen, sollen so großartige Sammlungen veranstaltet werden, daß die Gabe des Nationalvereins nur eine Zuhuße zur Vervollständigung der einzelnen Beiträge werden wird. Für den 25. ist ein großer Arbeitertag für den ganzen Maingau nach Frankfurt ausgeschrieben.

Die „Opinion nationale" ist der Ansicht, daß, wenn der amerikanische Konflikt noch fortdauert, zu der Baumwollenkrisis wohl auch eine Tabakskrisis hinzutreten könne. Die Tabakspflanzer des Südens hätten beschlossen, ihre Tabaksvorräthe lieber zu verbrennen, als in die Hände ihrer Widersacher fallen zu lassen. Die diesjährige Ernte werde sehr schlecht ausfallen. Von 80,000 Fässern werde die virginische Ernte auf 8000 reduzirt. Ebenso sey es in Kentucky und Tennessee. Ohnehin sehen bereits zwei Mißjahre auseinander gefolgt. In Brasilien habe es beinahe keinen Tabak gegeben. In Kuba sey die Pflanze von einer verderblichen Krankheit befallen. Von Havanna aus habe man im Jahre 1861 1,977,892 Pfund Tabak und 50,119,000 Cigarren weniger ausgeführt als 1860, und dieses Jahr könne es noch zehnmal schlimmer werden. Niemals habe Europa mehr des nordamerikanischen Tabaks bedurft als gerade jetzt, wo die Vereinigten Staaten kaum den eigenen Bedarf zu decken vermöchten.

Nichtpolitische Zeitung.

Am 10. d. M. wurde im Landgerichtsbezirke Landshut der neulich aus der Strafanstalt Kaisheim entwichene G. Wettermaier von Talsbach, Gr. Dingolfing, welcher eine 8jährige Arbeitshausstrafe wegen Dieberei zu erstehen hatte, durch die Gendarmerie wieder aufgegriffen, obwohl er sich mit einer Holzaxt zu seiner Flucht legitimirt hat.

Einer Leipziger Korrespondenz der „N. Pr. Z." zufolge wird sich der Reinertrag der Schillerlotterie auf mehr als eine Drittel-Million Thaler belaufen, wovon laut dem ursprünglichen Programm zwei Drittheile zum Besten der Schillerstiftung, ein Drittel aber für die Liebgestiftung verwendet werden wird. Die Unternehmer der Lotterie sind aber, wie der Korrespondent zu wissen behauptet, nicht geneigt, das von ihnen gesammelte Geld bedingungslos an die Schillerstiftung auszuliefern. Sie werden wohl mehrere Vorschläge aufstellen, welche eine nach ihrer Ansicht zweckmäßigere Verwendung der Stiftungsgelder ermöglichen sollen, und für das benutzende Kapital eine zweifellos sichere Verwahrung und Anlage verlangen. Das Recht zu diesen Forderungen stützen sie auf den Umstand, daß das Komité der Dresdener Schillerstiftung die ihm angetragene Betheiligung an dem Lotterie-Unternehmen wiederholt abgelehnt und dadurch die Gründung des selbständigen Hauptvereins für die Lotterie nothwendig gemacht habe, daß also die letztere und ihr Leiter unabhängig von dem Verwaltungsrath der Schillerstiftung seien und die Auslieferung ihrer gesammelten Gelder von Bedingungen abhängig machen dürften.

Der frühere Scharfrichter von Paris, Sanson, gibt die Denkwürdigkeiten seiner Familie heraus, die seit sieben Geschlechtern, von 1685 bis 1847, das gräßliche Amt verwaltete. Das Werk soll vier bis fünf Bände umfassen. Es läßt sich denken, mit wel-

Digitized by Google

cher Gier das abgeblaßte Geschlecht der heutigen Pariser Salons sich auf solch ein Lesefutter stürzen wird. Das „interessante" Buch trägt den Titel: Les Mystères de l'échafaud. Das ist was für abgespannte Nerven! Das packt, reißt, zieht mächtig an! So weit hat es selbst Eugen Sue noch nicht gebracht, das Schaffott zum eigentlichen Gegenstand eines Leihbibliothek-Artikels zu machen; dies war der glückseligen Kaiserzeit vorbehalten. (R. F. J.)

Neueres.

Preußen. Die Wahlerlasse lasten nach wie vor als Alp auf dem Ministerium. Umsonst bemüht es sich durch Festhalten an den Verwaltungs-Grundsätzen seiner Vorgänger das Mißtrauen zu besiegen. Graf zu Lippe und Hr. v. Mühler sind sicher keine Freunde der Juden. Dennoch hat Graf zu Lippe in der kurzen Zeit seiner Amtsdauer bereits zwei Juden zu Rechtsanwälten und Notaren befördert, Hr. v. Mühler hat sogar den Dr. Zuckß, einen Juden, zum außerordentlichen Professor der Geschichte gemacht. Trotzdem verweist man unausgesetzt auf den landräthlichen Wählerschweif, auf die Disziplinaruntersuchung gegen die Insterburger Richter und gegen Zwetsen. Für eine gute Verwaltung, Schwerin's Werk, kannt man Hrn. v. Jagow nicht. Man fühlt sich überhaupt in ziemlicher Sicherheit, und spottet der alten Reaktionswaffen. Es wäre auch früher nicht so weit gekommen, wenn sich die Leute nicht so viel hätten gefallen lassen. Richtig ist es freilich, daß in den Gerichten jetzt ein ganz anderer Zug als vor 10 Jahren. Das hat Hr. v. Maurach erfahren, der ja dem Handwerkerverein selbst hat anzeigen müssen, daß er exlaubt sei.

Frankfurt, 14. Mai. (Pr.-Corr.) Die Angelegenheit der Sendung deutscher Arbeiter auf die Weltindustrieausstellung zu London nimmt guten Fortgang. Zu den vom Nationalverein zur Verfügung gestellten 2400 fl. sind bereits weitere 300 fl. von Privaten und Vereinen eingelaufen, und da zugleich eine Ermäßigung der Fahrpreise in Aussicht gestellt ist, so ist es wahrscheinlich, daß statt der beabsichtigten 12 Arbeiter über 20 ausgewählt werden können. Die Auswahl selbst ist ein sehr schwieriges Geschäft, weil bereits bis jetzt über 100 Gesuche eingelaufen sind, von denen zwar manche einen humoristischen Charakter tragen, denn es ist z. B. schwer einzusehen, was Haarkünstler, Schneider, Setzer, Bäcker, Barbiere oder solche Leute, die gerade arbeitslos oder sonst in Verlegenheit sind, zum Nutzen der deutschen Industrie in London absehen sollen, — die meisten aber von tüchtigen Leuten herstammen, die man aber nicht sämmtlich berücksichtigen kann. Es wird auch mit einer Anzahl von 20 Arbeitern nicht möglich sein, alle wichtigeren gegenden Deutschlands und alle wichtigeren exportfähigen Industriezweige zu berücksichtigen. Was also auch noch von freiwilligen Beiträgen an die Redaktion des „Arbeitgeber" dahier eingehen mag, so ist nebenbei wünschenswerth, daß die Industriellen und Korporationen, welche aus eigenem Antrieb Arbeiter nach London schicken, dies bei der Redaktion des „Arbeitgeber" dahier, welche mit der Auswahl der Personen beauftragt ist, anmelden, damit sie die noch nicht vertretenen Gegenden besonders berücksichtigen kann. Bis jetzt ist bloß bekannt, daß die Städte Wien und Freiburg i. B., sowie die Herren Krupp in Essen, Hartmann in Chemnitz und König und Bauer bei Würzburg auf eigene Kosten Arbeiter nach London schicken. Wie ich höre, besteht die Absicht, als Ort der Zusammenkunft zur gemeinsamen Abreise der Arbeiter Köln zu wählen und bei dieser Gelegenheit eine Versammlung des Nationalvereins im Gürzenich zu veranstalten, in welcher den Arbeitern ein Abschiedswort gewidmet werden soll, mit der Mahnung, die Augen offen zu halten, damit sie in England lernen und ihren Genossen in der Heimath erzählen, wie man es anfangen muß, um ein freies und mächtiges Arbeitsvolk zu werden. — Die Auswahl der geeigneten Arbeiter wird nicht der Ende dieses Monats, die Abreise nach London um die Mitte Juni stattfinden. — In London wird gemeinsame Wohnung in einem Kosthaus für die ganze Reisegenossenschaft genommen und vielleicht auch ein Besuch bei den Vätern der Genossenschaft, den Pionieren in Rochdale gemacht werden. Einleitungen zum Empfang der deutschen Arbeiter durch englische sind getroffen. — Nach der Rückkehr wird ein schriftlicher Bericht, zu welchem jeder Theilnehmer sein Scherflein beitragen muß, erstattet, und durch den Druck veröffentlicht werden. Auch ein mündlicher Bericht zur bloßen Schilderung des äußeren Eindruckes wird beabsichtigt, und ist dazu von der einen Seite eine Versammlung des Nationalvereins zu Frankfurt während des Schützenfestes, von der anderen ein deutscher Arbeiterkongreß vorgeschlagen. In jedem Falle wird der Generalversammlung des Nationalvereins Bericht erstattet werden.

Lübeck. Die jüngste Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins in der Katharinenkirche war von ungefähr 800 Personen besucht. Es wurden Resolutionen mit Bezug auf den Ausfall der preußischen Wahlen und die kurhessische Frage votirt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	78 P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ G.	
„ 1/2	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76½ G.	
„ „	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	87⅛—⅜ G.	
„ „	5 pCt. Metall. Obligation.	84¼ P.	
„ „	4½ pCt.	77⅜ P.	
„ „	4 pCt.	—	
„ „	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staats-bulden.	89½ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.	
„	4½ pCt. Obl. tjähr. dto.	103¼P. 103 G.	
„ „	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ P.	
„ „	4 pCt. Obl. tjähr. dto.	102⅝ G.	
„ „	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	102⅜ G.	
„ „	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. ⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	3½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼P.100⅞G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.	
„	3. pCt. Obl. dto.	95⅜ P.	
Spanien	5 pCt. inl. Sch. P. à 2. 2. 30	49 G.	
„	2 pCt. „ „ „	44½ P. 44 G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99½ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	122 P. 121½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	751—53 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 G. o.D.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank t. u. 2. Serie à fl. 250	216 G.	
Weimarischer Bank à Thlr. 100 . .	82 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	241 P. o.D.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	74½ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Pc. à 28 kr.	243 P.	
„ „ Nordw.-Eisenbahn à pCt. .	123⅜ G.	
„ „ Elisab.-Bahn Prior. 5 6/7	79⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31¼ P. ⅛ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	133¼ P.	
Präm. Anth. d. Rothschild à 4½ pCt.	109⅛ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84½P. 83⅞G.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P.48½G.o.D.	
Span. Handels- und Industrie . .	515 G.	
„ „ Credit-Akt. d. Gen. Pereire .	346 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅞ P. ⅛ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅜—¾ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜—½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Thl. 50 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Thl. Ld. k. S.	96½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88½ B.
Leipzig Thl. 60 k. S.	103½ B.
London Lst. 10 k. S.	115⅞ B.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 8st. W. 1. S.	99⅛ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	110¾ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75½ P.	„ fl. 25 do.	37¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120½—21½ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
21/4 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121½ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlich mit 2¼ pCt. Z.	86½ P.
Badische fl. 50	100¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	93⅝ P.	Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12¾ P.

Frankfurt, 14. Mai. Bei sehr geringem Umsatz waren österr. Fonds und Kreditaktien eine Kleinigkeit höher als gestern. Spanische beider Gattungen wurden besser bezahlt. Dagegen zeigten sich für Frankfurter Bankaktien Verkäufer zu niedrigerem Kurse, — österr. russische Obligationen wurden mit 1/4, 3/8, 1/4 pCt. Avance in Posten umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 135. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Freitag, 16. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Luxemburg, dessen Gesandter bei der Beschlußfassung über den österreichisch-preußischen Sistirungsantrag noch ohne Instruktion war, hat nachträglich dem Antrage zugestimmt.

Das Präsidium der verbündeten Männergesangvereine in **Frankfurt a. M.** richtet „an Deutschlands Sänger" folgenden Aufruf: „Die schönste Linde des deutschen Volkes bilden unstreitig die Sänger, Turner und Schützen und es geziemt sich wohl, daß diese drei Volkselemente unter sich ein brüderliches Verhältniß anknüpfen und aufrecht erhalten. Deßhalb richten wir an alle Sängerbünde und Gesangvereine die freundliche Bitte, das Fest der deutschen Schützen in der Weise durch Gaben in Baar mit zu verherrlichen, daß für die eingehende Summe etwa ein großer silberner Pokal als Gewinn auf eine Hauptschieße mit der Bezeichnung: „Ehrenpreis des deutschen Sängerbundes zum ersten deutschen Schützenfeste in Frankfurt a. M. 1862" nebst Angabe der gefeierten Beiträge durch eine Urkunde, dargebracht würde. Die Beiträge sind zu senden entweder an die Verlagshandlung der „Neuen Sängerhalle", Robert Friese in Leipzig, oder an den Präsidenten der verbündeten Männergesangvereine in Frankfurt Hrn. Jakob Eduard Loß daselbst, bis zum 10. Juni."

Bayern. Das königl. bayer. Kadeten-Korps-Kommando macht bekannt, daß die diesjährige Aufnahme von Bewerbern sich auf die 1. Klasse beschränkt, und die Gesuche um Aufnahme in das Kadeten-Korps bis zum 30. Juni 1862 beim königl. Kriegsministerium eingereicht sein müssen.

Oesterreich. (Korr.) Die viel besprochene Brief-Defraudation soll, wie man dem „Botsch." mittheilt, der Regierung theilweise Veranlassung gegeben haben, an die Reaktivirung der ehemals bestandenen Generaldirektion für Kommunikationen ernstlich zu denken und wird als der künftige Vorstand dieser neuen Behörde, die aus Beamten des Finanzministeriums, ohne einen neuen Kostenaufwand in Anspruch zu nehmen, demnächst zusammengesetzt werden soll, der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Freiherr v. Kalchberg, bezeichnet. — Staatsminister v. Schmerling kehrt Donnerstag Morgens von seinem Ausflugе ins Salzburgische nach Wien zurück. Nach der „Morgenpost" soll derselbe „dringender und wichtiger Geschäfte wegen" plötzlich zurückberufen worden sein". — Nach kaiserlichem Befehl soll eine Abtheilung österreichischer Kriegsschiffe nach der Levante gehen, um in den wichtigsten Häfen zu stationiren. Linienschiffs-Kapitän Breisach wird mit einer Anzahl jüngerer Marine-Offiziere Ende dieses Monats nach London gehen, um die internationale Ausstellung vom maritimen Standpunkte aus zu studiren und zugleich die wichtigsten maritimen Institute Englands zu besuchen. — In Klagenfurt hat der Bischof Dr. Wiery gestattet, daß die evangelische Frau eines dortigen Realschul-Professors unter dem Glockengeläute der katholischen Kirche in feierlichem Kondukte auf dem katholischen Friedhofe mitten unter den Gläubigen einer andern Konfession beerdigt wurde. Der Pastor durfte die Leiche auf dem Friedhofe nach evangelischem Ritus einsegnen. — Bezüglich des 3. deutschen Juristentags gibt die Dresdner ständige Deputation in der „Wien. Zeitung" kund, daß derselbe vom 24. bis 28. August in Wien stattfinden und die Mitglieder-Liste am 31 Juli geschlossen werden wird. Die Vertheilung der diesjährigen Druckschriften beginnt im Juni. Geschäftserklärungen werden in Dresden bei der ständigen Deputation, in Berlin beim Schriftführeramte und in Wien bei dem Deputationsmitgliede Advokaten Dr. Berger entgegen genommen. — Die Deputation aus Venedig, welche sich nach Wien begab, um mehrere die Kommunen des lombardisch-venetianischen Königreichs betreffende Bitten an den Stufen des Thrones niederzulegen, ist mit Zugeständnissen in ihre Heimath zurückgekehrt.

Unter Anderem sollen den Kommunen die Taxen, zu deren Erlag sie für konskriptionspflichtige Emigranten der heurigen Stellung verpflichtet waren, erlassen worden sein, welche Taxen sich auf einen namhaften Betrag belaufen, da die Kommune Venedig allein gegen 100,000 fl. hätte zahlen müssen. — Die Armeereduktion soll nur 40,000 Mann betragen; eine Verminderung um 70,000 Mann, von der die „Oesterr. Zeitung" berichtete, ist gar nicht in Betracht genommen worden. — Der „Lgri Posta" wird aus Miłocz geschrieben, daß dort kaum einige Hundert Schritte außerhalb der Stadt ein niederungarischer Viehhändler, der vom Gsiłhof Markt kam, von drei Räubern angegriffen, und als er ihnen sein Geld nicht ausliefern wollte, niedergeschossen wurde.

Im Unterhause wurde beschlossen, die Freistädtler Petition wegen Uebergabe des Kirchenvermögens an den Ortspfarrer dem Staatsministerium zur aufmerksamen Würdigung und weitern Verfügung zu übergeben.

Vor einiger Zeit hatte ein desertirter piemontesischer Hauptmann seinen Aufenthalt in Triest genommen. Dieser Tage verschwand derselbe und mit ihm auch einige 70 Mann der neapolitanischen Flüchtlinge, welche seit vorigem Jahre sich hier aufhielten und auf der Werfte des Herrn Tonello Beschäftigung fanden. Man vermuthet, sie hätten sich mit dem desertirten Hauptmann heimlich auf irgend einem Fahrzeuge eingeschifft, um sich nach dem Neapolitanischen zu begeben und vielleicht den Brigantl anzuschließen. Die Behörde hat bereits nach allen Richtungen telegraphiren lassen, um ihre Spur zu verfolgen. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die wieder von einer Einschiffung der Brigantl in Triest faseln werden, die unter dem Schutze der Regierung bewerkstelligt worden. Ich kann Sie auf das Bestimmteste versichern, daß die Behörden keine Ahnung von dem Komplote hatten und von dem Vorfall sehr überrascht sind. (D. P.)

Preußen. Die Stelle eines Handelsministers ist endlich durch Hrn. v. Kühlwetter besetzt, und also das Ministerium vollständig. — Die Berliner Sindentenschaft wollte den hundertjährigen Geburtstag Fichte's durch einen großen Fackelzug feiern; ehe aber noch bestimmte Beschlüsse darüber gefaßt waren, wurde den Leitern des Unternehmens mitgetheilt, daß sie wahrscheinlich von der Universitätsbehörde keine Erlaubniß dazu erhalten würden, da man voraussetzte, sie würden mit dem Fackelzug eine Demonstration zu Ehren des Senats und speciell Böckh's verbinden.

Württemberg. Die Ernennung des Staatsraths Römer zum Präsidenten der Kammer ist erfolgt, und wird der Kammer in der nächsten bis jetzt noch nicht bestimmten Sitzung verkündigt und von den Abgeordneten durch ein Festmahl gefeiert werden, an dem sich alle Parteischattirungen, auch Ritter und Prälaten, betheiligen werden.

Schweden und Norwegen.

In **Stockholm** hat dieser Tage ein ernster Straßentumult stattgefunden, der in Bezug auf sein Entstehen Beachtung verdient. Nach dem Bericht der amtlichen Zeitung ist ein Soldat der in Stockholm garnisonirenden norwegischen Garde ohne Veranlassung von seiner Seite, von einem schwedischen Artilleristen überfallen und zugleich von dem schnell sich um die Streitenden sammelnden Pöbel insultirt worden. In die Kaserne geflüchtet, kehrte Ersterer mit einer großen Zahl seiner Landsleute zurück, die aber vor der Uebermacht des immer mehr anwachsenden Haufens schwedischer Militärs sowohl wie Civilisten sich bald wieder zurückziehen mußten. Die Volksmasse drängte nach und begann mit Steinwürfen die Kaserne zu demoliren, was von den Norwegern ebenfalls mit Steinwürfen beantwortet wurde. Der Kampf schien eine gefahrdrohende Wendung nehmen zu wollen, als es den herbeigeeilten

Digitized by Google

Polizeimannschaften und Militärpikets gelang, die Menge zu zerstreuen. Abends 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Großbritannien.

◆ Der gestrige, sehr vielbesprochene Einzelheiten aus den Unterredungen, welche der General Türr, Garibaldi's Freund, mit Russell, Palmerston und Layard gehabt hat. Türr's Auftrag bezog sich zwar auf Italien, die britischen Staatsmänner nahmen aber auch Anlaß, über Ungarn zu sprechen und fragten zunächst, ob Garibaldi, Türr's Freund, eine Landung in Dalmatien u. s. w. beabsichtige? Türr habe darauf „noch nicht" erwidert, was Palmerston bezog, seine Verbindung Ungarns mit Oesterreich anzuerkennen, weil letzteres große Freiheiten verheiße und ersteres Geduld haben müsse. Türr entgegnete, daß Oesterreich nicht aufrichtig sei, es spreche da, von Freiheit, wo es Ungarn der Verfassung beraubt habe. Ungarn sei gewiß langmüthig gewesen. Oesterreich kenne Ungarn genug, um zu wissen, daß dieses sein Nationalleben nicht für ein Linsengericht verkaufen werde; Ungarns Stunde müsse früher oder später schlagen; es wolle aber nicht Verräter in den Reichsrath senden, damit sein Geld und Blut vielleicht gegen Italiens Selbstständigkeit und Deutschlands Einheits-Interessen verwandt werden." (Dieser Dialog ist jedenfalls nicht von den britischen Staatsmännern dem belgischen Blatt zugeschickt worden; von der andern Seite aber vermehre eine solche Veröffentlichung eine große Ungeschicklichkeit. Scheint mithin ein hausgemachter Artikel.)

Die „Times" wirft zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen Blick auf Ungarn und empfiehlt den Magyaren, aus Rücksicht auf die materiellen Interessen des Landes, namentlich auf die Weinausfuhr, sich mit Oesterreich auszusöhnen.

Frankreich.

× Paris, 13. Mai. (Pelo.-Korr.) Ganz Paris ist erfüllt von dem Streit, den die Redaktion des „Temps" gegen das „Pays" mit eben so großer Festigkeit als Rechtlichkeit führt. Er entspringt aus einer Polemik verschiedener Blätter über den obligatorischen Unterricht, in welche das „Pays" sich unbefugter Weise eingemischt hatte. Als dieses offiziöse Organ von H. Duvernois, dem glänzendsten der Schriftsteller, welche sich unter die Leitung Neffzer's gestellt, nach Gebühr zurecht gewiesen wurde, ließ das selbst Blatt durch seinen Chef-Redakteur Grand-Guillot den Chef-Redakteur des „Temps" angreifen, indem es Duvernois als „Chevalier du Lustre", ein Schimpfwort ohne Bedeutung, verhorreszirte und verrächtigte, sowie wegen der Redaktion einer in Algerien erschienenen Zeitung, welche von der Verwaltung unterdrückt worden war, wegen ihrer Angriffe auf das Säbelregiment, was in den Augen des Herrn Grand-Guillot empfehlend zu sein scheint. Endlich verrächtigten sie ihn auch noch als Genossen eines in der Redaktion desselben Blattes wegen Bandbruchs bestraften. Allgemeines Erstaunen über diese, legte so bestimmte Anklage! Aber was dieser Strafling, der nach Bedürfniß auf einmal auftaucht? Man sucht, und findet einen Mann, der in Algerien die Ehre seiner Zeitung mit dem Degen in der Faust vertheidigt, der selbst vornehme Personen wie den General Jusuf vor der Spitze seines Schwertes gehabt, einen Mann, der früher in der Marine gedient hatte, der an Bord von einem beliebigen Ort wegen seiner demokratischen Gesinnung beliebigt und, weil er denselben gezüchtigt, wegen dieser Handlung in Eisen gelegt worden war. Dieser Mann, Arthur de Fouvielle, von seiner ganzen Partei wegen seiner Loyalität und Uneigennützigkeit geachtet, kam in Folge der willkürlichen Unterdrückung seines Journals in Schulden und zuletzt in den Schuldthurm nach Clichy, nachdem Regierungsanhänger den Gläubigern die Forderungen abgekauft hatten. Zuerst hat man den Mann materiell ruinirt und jetzt soll ihn die servile Presse auch noch entehren! Aber de Fouvielle hat zufällig einen Bruder, der auf seinen Füßen ist. Er und H. Duvernois sind Männer von Muth. Die Sache ist also einfach; sie schicken ihre Sekundanten zu den Herren Grand-Guillot und Lomon. Allein auf dem „Pays" beleidigt man, man schlägt sich aber nicht. Die ganze Demokratie nimmt Antheil für die Herren de Fouvielle und Duvernois; sie wird den Verleumdern die Schläge mit Zinsen zurückgeben, und wenn es selbst sein müßte, daß man mit ihnen umginge, wie vor zwei Jahren mit Hrn. About (dem man ins Gesicht spie). — Seit einigen Tagen beschäftigt man sich mit dem Gerücht, Abdelkader habe im Einverständniß mit der französischen Regierung 3000 wohlbewaffnete Algerier unter seinem Befehl vereinigt, um auf unvorhergesehene Fälle in Syrien gefaßt zu sein. Die Pforte hat davon Wind bekommen und kontremindirt. Deshalb erfuhren wir durch den Telegraphen, daß die Druſen sich wieder rühren und dem Prinz von Wales zujauchzen.

Von Senator Bonjean ist in einem starken Bande unter dem Titel „La pouvoir temporel de la papauté" das vollständige Material zur Vertheidigung in dieser Angelegenheit erschienen. Dieses Material besteht aus 30 Abtheilungen, die theils Anklage, theils Advocat oder Uebersetzung römischer und französischer Dokumente enthalten. — Abdel-Kader läßt in Paris ein Buch drucken: „Abd-el-Kader et le Catholicisme." In dieser Schrift sucht der Emir zu beweisen, daß der Katholizismus zu spirituell und der Mosaismus zu materiell sei, während der Islam dem Geiste wie der Materie Gerechtigkeit widerfahren lasse und deßhalb die Zukunft für sich habe; ihn könne keine Religion verdrängen, weil ihn keine ganz zu ersetzen im Stande sei.

Italien.

In Neapel verkümmerten die Sorgen des Forts und der Flotten die Ankunft der Nacht, an deren Bord sich der Prinz Napoleon befand, in den Hafen. Der fremdständige Gesandte, der französische Admiral, der Befehlshaber der englischen Flotte und die hier anwesenden Minister begrüßten an Bord der Nacht den Prinzen, welcher im Miniaturrang ans Land stieg. Als der Prinz, der zu Wagen seinen Einzug hielt, auf dem Piedigrotta-Platze anlangte, wurde er von der Volksmenge, die den Platz füllte, und der Nationalgarde, welche Spalier bildete, mit Akklamationen begrüßt. Der König erwartete ihn in seinen Gemächern. Er zeigte sich mit dem Prinzen auf dem Balkon dem Volke, welches den Ruf anstimmte: „Nach Rom! Es lebe der König!" — Ein großes Fest wird zu Ehren des Prinzen vorbereitet.

Rußland und Polen.

Der „Ruſ. Inwalide" theilt folgendes „Kriegsgerichtliche Erkenntniß" mit: „Die Untersuchung über den Skolnik (Kapitän) Amalichwarow, den Urjadnik (Unteroffizier) Mikaberidse (aus dem dortigen Adel), und die Soldaten Fürst Dwalewow, Matschawariani, Logitse und Kwitt-Schwili (die drei letzteren gleichfalls Edelleute) der grusinischen Fuß-Kohorte (Druſchina) ergab als schuldig: 1) Amalichwarow in seinem falschen Rapport über ein siegreiches Gefecht eines Theils seiner Sotnja in der Stärke von 30 Mann gegen eine Bande lesgischer Räuber, in welchem 320 scharfe Patronen verschossen, einer seiner Soldaten kontusionirt und einer der Letzter getödtet worden, und zum Beweise seines Sieges ein feindliches Feldzeichen mit einer abgehauenen Hand der vorgefetzten Behörde eingereicht zu haben, während doch gar kein Gefecht stattgefunden hatte, ein Militärbeamter von dem Urjadnik ermordet und das Feldzeichen auf Befehl Amalichwarow's fabrizirt, die Hand aber keinem Feinde, sondern dem ermordeten Militärbeamten abgehauen worden war — Alles, um eine Belohnung zu erschleichen; b. eine falsche Meldung über die Desertion eines Militärbeamten gemacht zu haben, der in der Druſchina anwesend war, und c. allerlei Lügen und Ausflüchte hervorgebracht und die Militärbeamten übervortheilt zu haben, die Nachricht von dem erdachten Gefecht zu verbreiten. — 2) Mikaberidse der Ermordung eines Militärbeamten, wie er behauptet, auf Befehl des Sotnika, Fürsten Amalichwarow, der Anfertigung des Feldzeichens, welches er für eine dem Feinde abgenommene Trophäe ausgab, des falschen Berichts über einen erfochtenen Sieg und allerlei Lügen und Ausflüchte. — 3) Die Uebrigen der Mitschuld durch Verheimlichung der begangenen Verbrechen, deren Augenzeugen sie gewesen waren, selbst in dem Augenblicke, als ihnen der Kommandeur der Druſchina bei ihrer Rückkehr für den erfochtenen Sieg dankte und eine Geldbelohnung ertheilte. — Es wurden demnach verurtheilt: 1) Amalichwarow zum Verlust des Ranges, des Annenordens 4. Kl. mit der Aufschrift „für Tapferkeit" und des Georgenordens, während er zugleich in dem starken Verdachte der Theilnahme an dem begangenen Morde verblieb, welchem Urtheile er jedoch durch den Tod entrückt wurde; 2) Mikaberidse zum Verlust der silbernen Tapferkeitsmedaille, des Militärranges, aller Standesrechte und zur Verschickung in die Bergwerke zur Zwangsarbeit auf 12 Jahre; 3) den Uebrigen wurde in Erwägung ihrer großen Jugend und der rohen Sitten ihres Landes die 2½jährige Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. Das von dem Statthalter im Kaukasus vorgelegte Urtheil hat Se. Maj. der Kaiser am 1. Februar d. J. zu billigen geruht."

Man bezeichnet den Fürsten Gortschakoff als einen großen Bewunderer der politischen Grundsätze Napoleons III., und dafür, daß sich die russische Politik gegenwärtig merklich regt, schließt auch nicht an positiveren Anhaltspunkten, sie deuten auf eine eventuelle Diversion der russischen Regierung rücksichtlich der Tscherkessen. Gewiß ist, daß Rußland auch der serbischen Regierung in Belgrad bindende Zusagen gemacht hat, die theilweise erklären, daß der

Digitized by Google

serbische Ministerpräsident Garaschanin, früher ein eben so entschiedener Gegner Rußlands wie ausschließlich Anhänger Frankreichs, sich bereits seit einiger Zeit auf ganz intimem und cordialem Fuße mit dem St. Petersburger Cabinet befindet. Ferner darf nicht übersehen werden, daß sich in Bessarabien seit kurzem ganz genähnliche imposante russische Truppenmassen unter General Besak concentriren, die übrigens die Aufmerksamkeit der Pforte bereits in dem Maße in Anspruch genommen haben, daß letztere sich zu einer umfangreichen Cinberufung der Revise in den europäischen und asiatischen Provinzen veranlaßt sieht, ja mit der Aufstellung größerer Observationskorps nicht länger saumen will. Omer Pascha soll sogar unter dem Vorwand einer Abberufung aus Krankheitsrücksichten nach Konstantinopel berufen sein, um eventuell eine andere Verwendung zu erhalten. Auch will man gegründete Ursache haben, zu vermuthen, daß aus St. Petersburg die Ordre an die meisten der in entfernten Meeren befindlichen russischen Seestationen zu einer schleunigen Heimkehr nach Kronstadt ergangen sei.

Asien.

Hier Näheres über die Eroberung Vichlongs durch den französischen Oberbefehlshaber in Cochinchina Admiral Bonard, Bonard hat gegen Vichlong einen ähnlichen Schlag ausgeführt, wie früher gegen Bien-Hoa. Vichlong war zum Sitze des Vigelongs erhoben worden; dieser Obermandarin vertheilte Waffen und Munition im Lande, so daß die Franzosen sich auf die Citadelle von Mytho beschränkt sahen; auch hatte er in Micoui ein verschanztes Lager gebildet. Bonard schaffte sich Gewißheit, daß er an der Nordgrenze von Bien-Hoa nichts zu fürchten habe, und warf sich dann plötzlich auf den Süden. Die Citadelle von Vichlong liegt vor einem tiefen Hafen, der nach Ost und West nach dem Cambodschastrom offen ist und vor welchem eine sumpfige Insel liegt, die für eine Armee nicht passirbar ist. Die Eingänge vom Hafen werden von vier Forts, zweien auf der Ost- und zweien auf der Westseite, vertheidigt; eines dieser westlichen Forts hatte 4 bastionirte Fronten, von denen jede 200 Metres lang und mit Gräben und Redult versehen war. In den verschiedenen Werken und in der Citadelle befanden sich 80 Kanonen. Die Franzosen griffen an mit 4 großen und 7 kleinen Kanonenbooten, 8 Kompagnien Infanterie, 2 Schiksen, Artillerie und 2 Reiterabtheilungen, sowie mit einer Kompagnie anamitischer Partisanen unter Bonard's Adjutant en, Schiffslieutenant Rieunier. Am 20. März landete das Expeditionskorps Abends an der Ziegeln unweit der Citadelle, am 22. begann der Angriff auf die Westforts, die am Abend zum Schweigen gebracht waren. Am 23. Morgens wurde die Citadelle genommen. Von den 80 Kanonen, die in den Werken standen, fielen 68, sowie 7000 Kubikmeters Reis den Franzosen in die Hände, desgleichen eine Stückgießerei, große Salpeter- und Pulvervorräthe. Bonard ist überzeugt, daß mit der Einnahme von Vichlong der letzte ernstliche Kampf in Nieder-Cochinchina — wie die Franzosen ihre Eroberung nennen, die eigentlich zu Nieder-Cambodscha gehört — ausgefochten sei, doch werde das Land allerdings noch von reactionären Banden heimsuchigt, die noch vernichtet werden müssen, um dem Handel und Wandel die nöthige Sicherheit zu schaffen.

Volkswirthschaftliches.

In der Stadt Offenbach, die der jüngsten Zählung nach 16,635 Einwohner und 821 Gebäude hat, sind jetzt 46 Dampfmaschinen in Thätigkeit. Die Stadt besitzt gegenwärtig Fabriken zur Herstellung von Portefeuillewaaren (allein 89 von größerer Bedeutung), von sonstigen Leder-, Holz-, Bein-, Stahl- und Bronzewaaren, von Glakpergamentwaaren, von Fischbein-, Elfenbein- und Holzschnitzwaaren, Holzmöbeln, von Papiermaché, Dosen und lackirten Rohrstöcken, von Sohlleder und seinen gefärbten Ledern aller Art, von lackirten Leder, Wachs- und Lederluch, von lackirten Filzkopfbedeckungen, von sonstigen Filzwaaren, von Filz-, Seiden- und Strohhüten, von Kapuzen und anderen Kopfputz für Damen, von Korsetten und fertigen Kleidern, mit der Maschine genähten Stiefelschaften und sonstigem Zubehör für Schuhmachers, von Glacehandschuhen, Posamentirwaaren, Knöpfen, Tricotwaaren, Gold- und Silbergespinsten, Straminen, gehäkelten und gewebten Börsen, von Schirmen, feinen Eisen- und Bronzegußwaaren, Stecknadeln, von Bunt- und Cartonpapieren, Tapeten, Spielkarten, Darmsaiten, Leim, Bitwichs, Firnissen, Farben, Creosot, Druckerschwärze, Benzin, Anilin und andern Theerprodukten, Chemikalien, Stearin- und Wachslichtern, Cigarren, Rauch- und Schnupftabak, Parfümerien, Kaffeesurrogaten, Dragunat- und Dragéewaaren, Rubeln und Suppenwürfchen, geräucherten Fleischwaaren. Ferner bestehen verschiedene große Seifensiedereien, Maschinenfabriken, Chaisenfabriken, eine Wagenlackirerfabrik, Schriftgießereien, eine Haasenhaarschneiderei, eine Fabrik von gerämpften Knochenmehl, Kalmundruckerei, Kammwollwebereien, Wollengarnspinnerei, Seiden- und Wollefärbereien, Steindruckereien, eine Rotenstecherei ꝛc.

(Londoner Ausstellung.) Mit Ausnahme der schönen Porzellanwaare aus Berlin, welche unter dem Mittelpunkt des westlichen Domes aufgestellt wird und schon mehrere unliebsame Ortsveränderungen notwendig machte, ist im Ausstellungsgebäude im Zollverein das meiste jetzt an Ort und Stelle. Das in demselben aufgestellte Orchestrion verspricht ein Gegenstand lebhafter Anziehungskraft zu werden, und die in und nahe an dem westlichen Dom aufgestellten silbernen Prachtstücke, welche die Stadt Berlin und die Rheinprovinzen dem Kronprinzen von Preußen als Hochzeitsgeschenk bereitet hatten, werden zu jeder Tagesstunde von bewundernden Neugierigen umlagert. Die österreichische Abtheilung wird im Laufe dieser Woche ihre Schranken öffnen und verspricht des Knickebeins vieles. Ihre Kommissäre hatten mit der englischen Kommission einen harten Kampf zu bestehen, da diese einige der besten, ihnen früher eingeräumten Plätze unter dem Westdome, zur Aufstellung von Stühlen für's Publikum freihalten wollte. Nach hitzigem Wortgefecht, bei welchem einer der österreich. Kommissäre die Tollköpfigkeit beging, Partei gegen seine Landsleute zu ergreifen, kam ein Kompromiß zu Stande, bei dem die Oesterreicher, Dank ihrem entschiedenen Auftreten, am allerbesten davon kamen.

Nichtpolitische Zeitung.

Frankfurt, 14. Mai. (Brid.-Kor.) Mit den Meldungen zum Schützenfest, die von allen Seiten zusammenströmen, langen nun auch bereits die Festgaben für daselbe an, vom 1. bis 10. Mai allein 60. Den Meldungen nach zu schließen, wird der Gabentempel in ganz außerordentlicher Weise ausgestattet seyn. Es sind angemeldet: von Meisenheim (Homburg) ein Fäßchen Wein im Werth von 50 fl. Bemerkenswerth ist, daß also aus dem Staat, der den Besuch des Festes verboten, die erste Gabe kam. — Weilburg: ein silbernes Besteck. Zell a/M.: 25 Flaschen Kirschwasser; Zell (Baden): 50 Flaschen Rothwein; Offenburg: 25 Bleiflaschen mit Scheibenpulver; Ulm: Felsstugen; Endingen: einige Dutzend Flaschen Kaiserstühler Wein; Bern (deutscher Hülfsverein): Schweizer Stutzen; Dürkheim: ein Fäßchen Dürkheimer; Winterthur (Schweiz): von den dortigen Deutschen eine noch nicht bestimmte Gabe im Werth von 150 Fr.; Gadlenz a/M.: 2 Glaswaaren; Frankenthal: 80 fl.; Rhodt (Pfalz): ein Fäßchen Traminer; Lenzkirch (Baden): eine noch nicht bestimmte Gabe; Beuchlal: 40 fl.; Zürich (von den dortigen Deutschen): 2 Stutzen; Alsfeld (Hessen): 25 fl.; Wiesbaden: von der Schützengesellschaft 2 Pistolen, Werth 40 fl.; Bamberg: Geschenk von K. Schmidt, ein Porzellan-Portrait des Herzogs von Coburg, Werth 70 fl.; ditto ein Hirsch an der See 40 fl.; Neustadt (Pfalz): 100 Flaschen Wein; Biedenkopf (Hessen): eine Büchse; Lachandsfonds (Gesellschaft Frohsinn): eine Büchse; München: eine Fahne mit werthvollen Oelgemälden und Schiessen aus Festhalern bestehend; Lörrach: Feststutzen und silberner Pokal für die Scheibe „Heimath"; Wiesbaden, Schützenverein: Büchse; Offenburg: Büchse; Lindenberg: ein Laib Emmenthaler Käs; Höchst a/M.: Krystallpokal und Cigarrenspitze; Heidenheim: 2 rothwollene Bettdecken, 2 weiße Bettüberwülste, 1 Stück 64 Ellen gebr. Piqué und 1 St. weißen Cylinder; Gotha: vom vorigen Schützenfest ein silbernes Mittelstück nebst andern kleinen Gaben, 2 silberne innen vergoldete Becher mit dem Porträt des Herzogs und der Festmedaillenmünze von Gotha; ferner vom Gothaer Schützenverein ein großer silberner innen vergoldeter Römer mit Deckel (Hirschgruppen); und von der Aufschützengesellschaft eine Büchse nebst Zubehör; St. Gallen: von den dortigen Deutschen einen silbernen Pokal und 2 Stutzen; Freiburg i/Br.: von Hrn. Kunzer und Komp. 3 Kisten Markgräfler Schaumwein; Frankfurt: Preis der Stadt 1750 fl., von einer Gesellschaft durch Hrn. Bürgermeister Fellner 2000 fl., vom Schützenverein eine noch nicht bestimmte Gabe von 800 fl., Turngemeinde eine Büchse, Hr. Domdorf 2 Kupferstiche in Rahmen (der vom Blitz erschlagene Hirte und eine Madonna), Hr. Sauerländer; Prachtausgabe von Rückerts Liebesfrühling; außerdem geben der Turnverein, welcher auch eine besondere Kompagnie Turnerschützen bildet, die Gesangvereine und die Aufschützengesellschaft werthvolle Ehrengaben; der Festausschuß hat 200 silberne Becher, Pokal in

Digitized by Google

Römerform) zu Preisen bestimmt und von Sachsenhausen sind ebenfalls mehrere angemeldet; Hanau: ein paar Scheibenpistolen, 225 fl.; Poesnel (von Hrn. Ch. Schmidt): 2 feine Blumenvasen, desgl. von Mitgliedern des deutschen Schützenbundes eine porzellanene Zuckerdose und Cigarrenbecher; Berlin (von A. Behrends): eine gläserne Wasserkanne; Neudietendorf: ein Krystall-Zuckerdecker mit silbernem Fuß; Aalen (Württ.): ein Blumentisch von Frauen gefertigt; Basel: von den dortigen Deutschen eine Gabe von 8—900 Fr., wahrscheinlich 3 bis 4 Feldstügen; Gabe des Nationalvereins 1000 fl.

Ein hochgestellter pensionirter Militär zu Wien erhielt vor Kurzem einen Brief von seiner Nichte aus der Provinz, worin ihm diese anzeigt, sie sei eben glücklich von einem Knaben entbunden worden. Der Onkel, der seine Nichte unverheirathet wußte, ergrimmte ob der Schande, welche die Leichtfinnige über die Familie gebracht, und ließ sie in einer Antwort das ganze Gewicht des unfreiligen Zornes fühlen. Ein neues Schreiben der Nichte und ihres Mannes drückt die größte Verwunderung darüber aus, denn schon vor anderthalb Jahren hatten sie ihm ihre eheliche Verbindung gemeldet. Der Onkel geht auf die Post und es werden ihm richtig zwei kalladistrte Briefe mit dem ominösen Passrain: „Unterschlagen gewesen und nun zu Stande gebracht", eingehändigt. Darin stand freilich die Aufklärung.

In Breslau starb im 77. Lebensjahre Professor Benedikt, Lehrer der Chirurgie und Schriftsteller dieses Fachs.

Die afrikanische Jagdreise des Herzogs von Koburg ist im Ganzen eine glückliche gewesen; sie hat 21 Tage gedauert, durchmaß das Land allerdings mit größter Eile und wurde mitunter durch das Wetter beeinträchtigt. Der Herzog hat zwei Elephanten erlegt, ferner mehrere Antilopen und ziemlich viel anderes Wild; auch verschiedene Hyänen sind gefallen, dagegen wehrte Löwen noch Leoparden. Als Dr. Brehm vor der Ankunft des Herzogs das Land in Begleitung eines alten, in Mokka zufällig angetroffenen Freundes des Namens Wagner und eines holländischen Barons erkundete, um unter anderm geeignete Jagdgründe ausfindig zu machen, ward ihm ein Leopard zur Beute, welcher ihm einen angeschossenen Pavian streitig zu machen suchte. Die Jagdgesellschaft ist überall sehr zuvorkommend aufgenommen worden und man erwies dem Herzog viel Ehre. Maler Robert Kretschmer (nicht Kretschmann, wie er öfters in den Zeitungen genannt worden ist) hat reiche Gelegenheiten gefunden, sein bekanntes Talent zu üben.

Die Pariser „Patrie" vom 13. Mai theilt aus den Verhandlungen der Civilingenieur-Gesellschaft Näheres über den Bau und die Einrichtung der vielbesprochenen nordamerikanischen Batterie Stevens mit. Dieselbe ist ein ungeheures Panzerschiff, das, wie der Monitor, kaum mit dem Deck über das Wasser hervorragt und mit einem gewaltigen Eisensporn versehen ist. Das Deck ist mit acht Kanonen des schwersten Kalibers versehen, die je hinter einem gewaltigen Eisenwalle geborgen sind. Der Hauptvorzug des Schiffes besteht jedoch in der Geschwindigkeit, mit der es, ohne sich selber Schaden zu thun, gegen seine Gegner anzurennen im Stande ist. Es ist 128 Meter lang, 17 Meter 70 Centimeter breit, und geht, vollständig ausgerüstet, 6 Meter 40 Centimeter unter dem Verdeck im Wasser. Zu Bewegung wird es durch zwei Seitenschrauben gesetzt, die am hinteren Theile längs des daselbst ganz spitz zulaufenden Rumpfes angebracht sind. Die Dampfmaschine besteht aus acht festen Horizontalcylindern von 1 Meter 12 Centimeter Durchmesser. Die Kessel nehmen eine Länge von 23 Meter ein und entwickeln 2395 Quadratmeter heizbarer Fläche. Die Kohlenkammern hatten 900,000 Kilogramm Kohlen. Die amerikanischen Ingenieure hoffen auf eine effektive Entwicklung von 8600 Pferdekraft. Der Great Eastern, das einzige Schiff, welches die Batterie Stevens an Größe übertrifft, hat 10,000 Pferdekraft.

Neueres.

** München, 15. Mai. (Pr.-Kor.) Heute Vormittag wurden hier die Berathungen zur Bildung eines süddeutschen Eisenbahnverbandes eröffnet und finden die Sitzungen im Direktorialgebäude der bayer. Ostbahn statt. Anwesend sind: der k. bayer. Direktor v. Pfistner und Inspektor v. Kunel aus Wien, Eisenbahnbetriebs-Inspektor Hettler aus Stuttgart, Regierungsrath Schenk und Dr. Oberländer aus Meiningen, Oberpostrath Badhaser für die bayer. Staatsbahn, dann Direktor Dr. Schloer und Oberinspektor Baukner für die bayer. Ostbahn von hier. Hr. Direktor Kempf aus Mainz, Hr. Direktor Zobel aus Frankfurt, die Direktoren Schnurer und Dichthammer aus Darmstadt. — Die Handels- und Fabrikkathe zu Passau haben sich einstimmig gegen den französischen Handelsvertrag ausgesprochen.

Von dem Schwurgerichtshof von Mittelfranken wurde am 13. Mai die Frau des Taglöhners Mai von Gastenfelden wegen des Verbrechens der gerichtlichen Verleumdung — sie hatte im Mai und Juni v. J. vor dem Landgericht Schillingsfürst den Schullehrer Schiffstadt von Gastenfelde beschuldigt, ihr im Jahre 1850 durch ein in Milch geschütztes Pulver Gift beigebracht zu haben, eine Beschuldigung, die sich als erdichtet herausstellte, — zu 5jähriger Arbeitshausstrafe verurtheilt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	78½ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76⅝ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62⅝—⅜ G.
„	5 pCt. Metall Obligation.	52⅜ G.
„	4½ pCt.	47⅛ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103½P.102⅞/8G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P. ¼ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	86⅝ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P. 48 G.
„	2 pCt.	23⅞ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1218/ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	756 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194½ G. o.D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	210½—15 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	82 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 P. o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	73½ P.
Dest. Frk. Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 20 kr.	241½ P.
„ Elisab.-Eisenbahn b pCt. . .	120—½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	79½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	133½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P.48½G.o.D
Span. Handels- und Industrie- . .	515 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	240 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	109¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝—⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ B.
Lyon Frs. 300 k. S	—
Mail. Frs. 300 . .	93½ G.
Paris Frs. 300 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W. —	
do. 2 à 6 W.	—
do. in Ost. W. à S.	89½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	103¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1331/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74⅞—75½ G	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Einh. L. v. 1858.	120⅜ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	101 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlich mit 2½ pCt. Z.	86¼ P.
Badische fl. 50	100½ P.	Vereins-Loose fl. 10 .	107⅛ P.
Badische fl. 35	552/8 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	128⅛ P.

Frankfurt, 15. Mai. Oesterr. Fonds und Kreditaktien waren zwar etwas niedriger als gestern, die Haltung der Börse jedoch recht fest. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. — 5pCt. russische Obligationen wurden mit ¼ und ⅛ pCt. Avance in Posten umgesetzt. (Spd).

Digitized by Google

...ol- & Staatsb... in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 136. | Pränumerationspreis: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 17. Mai 1862.

Zur Fichte-Feier.

Für diesen Tag erläßt der Berliner Turnrath folgende Ansprache an die deutsche Studentenschaft:

Vor hundert Jahren, am 19. Mai 1762, ward der Bauernsohn Johann Gottlieb Fichte, der spätere deutsche Denker, der ächte Vaterlandsfreund, zu Rammenau in der Oberlausitz geboren. Wer er als Philosoph gewirkt hat, wie er von den größten Dichtern seiner Zeit und unsers Volks, von Göthe und Schiller, beachtet ward, lassen wir hier unberührt, da es allgemein bekannt ist und in seinem Leben ausführlich berichtet wird.

Wenn auch wir Turner seinen Geburtstag feiern, Ihn, den Gelehrten, Hochgebildeten, als den Unsern in Anspruch nehmen, so geschieht das im Hinblick auf den Redner an die deutsche Nation, auf den Wecker zum rettenden Kampfe, auf den Mann, der so tiefsinnige Worte über den wahrhaftigsten Krieg, den Volkskrieg, geschrieben hat. Fichte'sche Jünger waren die ersten Studenten, welche im Jahre 1811 den Jahn'schen Turnplatz bei Berlin besuchten und sich unter den jüngeren Schülern Jahn's, denen auch Fichte's Sohn angehörte, fleißig herumtummelten.

Der im Dienste des Vaterlandes gefolterte Weise hatte früh die geistige Bildung des Volks nach Pestalozzi als die richtige, rettende erkannt und für dessen leibliche und sittliche Bildung Jahn's unmittelbare Bestrebungen gebilligt und anempfohlen.

Die deutsche Turnkunst ehrt Jeden, der ihr hold ist und sie übt, wes Standes und Bildungsgrades er auch sein möge: einem Jeglichen gerecht sie zum Nutzen und zur Zierde. Trotzdem ist es eine leider nur zu allgemein feststehende Thatsache, daß die deutschen Studenten, man weiß kaum Gründe dafür zu finden, sich mit ihr viel weniger befreunden und befassen, als die Jünglinge auf anderen Berufsarten. Darum möchten wir unsere Feier nicht ohne ein brüderlich mahnendes Wort an Euch vorübergehen lassen und zwar ganz in Fichte's Sinn, der Eure Vorgänger einst nicht nur zum klaren Denken, sondern auch zum hingebrnßten Handeln aufforderte. Nur die Wissenschaft erkannte schon Fichte für die wahre Wissenschaft, die ins Leben tritt, und sich im Leben wie im Sterben bewährt.

Wir sagen es frei heraus: Laßt ab von den mittelalterlichen Begriffen und Vorurtheilen, nach denen nur die durch Fakultäts-Studien gewonnene Bildung als eine wirkliche Bildung zu betrachten sei; erkennet mit uns, die wir ja zum Theil auch, gleich Euch, studirte Leute sind, daß seit jenen Befreiungskriegen, zu denen Fichte und Jahn unaufhörlich ermunterten und aufriefen, eine Bildung, wie sie in keinem anderen Volke besteht, in die Masse des deutschen Volks gedrungen ist. Erkennet, daß Geschäftsleuten, Künstlern, Handwerkern eine gewisse, dem bloßen Gelehrten meist abgehende Bildung beinahnt, vor der Ihr mindestens Achtung haben müßt.

Gesellt Euch darum ohne Scheu zu der Jugend aller Stände, welche ihr auf den Turnplätzen vereinigt findet, theilet Ihr ihnen mit von der höheren Bildung, die Ihr voraus habt, und nehmet von ihnen die Bildung der unmittelbaren Anschauung, Anstelligkeit und Ausdauer, die Bildung wirklicher That entgegen. Das ist's, was wir Euch zum bevorstehenden Gedächtnißtage Fichte's und Angesichts der schweren Gewitterwolken, welche immer erneut über Deutschland heraufziehen, zurufen möchten. Kommt auf die Turnplätze, übet Eure Leiber zu willigen und ausdauernden Trägern des Geistes, der, wie die Fichte'sche Lehre, dem Idealen nachstrebt, und doch von der Wirklichkeit und ihren Forderungen für's Vaterland sich nicht gleichgiltig hinwegwendet. Schließet Euch an unsere Turnfahrten an und gewinnt Freunde unter allen Ständen, verherrlichet unsere Turnfeste durch einfache thätige Betheiligung, wie durch Reden und Lieder; kurzum, tretet in den allgemeinen Turnvereinen mit der ganzen Jugend und durch sie mit dem Volke in Verbindung und lernet mit denen leutselig und brüderlich umgehen, denen Ihr später Lehrer, Prediger, Richter und Aerzte werden sollet, mit Männern, welche zwar weder an Cicero's noch Demosthenes Tafel geschmaust haben, aber nicht minder als Ihr von dem heiligen Geiste der Vaterlandsliebe und der Opferfreudigkeit durchdrungen sind, gleich Euren und ihren Vorgängern, den freiwilligen Kämpfern von 1813.

Dann werdet Ihr die Stellung, welche früher Eure Standesgenossen und auch jetzt noch Manche von Euch durch Absonderung und Ausschließlichkeit zu gewinnen trachten, als freiwillig Euch eingeräumtes und zugehörendes Ehrenvorrecht behaupten; Ihr werdet — wie bereinst die Besten der Gelehrten, Euer Vorbildet — Keperlich und geistig gleichthätig an der Spitze eines durch Euer Beispiel und durch Eure Einwirkung in seiner Entwicklung geförderten und zu immer größerer Vervollkommnung heranzubildenden Volkes stehen, Euch selbst zu Ehre und Ruhm, dem gesammten deutschen Vaterlande zum Heil und Segen.

Korrespondenz aus Frankreich.

Die Nachrichten aus Mexiko, wo Engländer und Spanier die Franzosen und zwar nicht ohne Reklamation wegen Vertragsverletzung, allein gegen die Stadt Mexiko marschiren lassen, die (vom Telegraphenbureau bis zu den Journalen abhanden gekommene aber nichtsdestoweniger bekannte) Kunde vom heftigen Auftreten des gelben Fiebers in Vera-Cruz — die Wirren in Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's, wo der geringste Funke einen Brand anfachen könnte u. s. w., bleiben heute um so weniger ohne Einfluß auf den stark à la hausse engagirten Markt, als sich zu den politischen Besorgnissen eine Geldnoth gesellt, die Viele für das Anziehen einer nahenden Krise halten. Wie man versichert, wird die englische Bank schon morgen ihren Discontо erhöhen und man fürchtet, daß die franz. Bank, trotz der Stagnation im Handel, dasselbe wird thun müssen. Rente, welche gestern noch zu 70⁸⁰ geschlossen hatte, blieb heute angeboten zu 70⁸⁰. Italienische Anleihe fiel noch weit empfindlicher von 71⁹⁵ auf 71³⁵. Die Hoffnung der HH. Spekulanten auf eine unmittelbare Lösung der römischen Frage hatte diesen Werth auf 72 gehoben und nun . . . verschert man sogar, daß General Goyon nicht vor dem nächsten Monat in Paris sein wird; und dann nur „in Urlaub", wie seine Freunde versichern. — Die heutigen Abend-Journale veröffentlichen den Ihnen gestern angemeldeten Subskriptionsaufruf des Hrn. Mires für 200 Millionen (wovon 10 pCt. einzahlbar) zu . . . zu, ich weiß es nicht, denn Hr. Mires will den Subskribenten wahrscheinlich eine Ueberraschung bereiten und spricht nur von einer „finanziellen Operation" nach Art der türkischen Anleihe. In finanziellen sowie in juridischen Kreisen schüttelt zu dieser neuen Subskriptions-Gründung s. g. d. g. den Kopf und meint, daß die Regierung dies um so weniger wird erlauben können, als einerseits die Liquidation Mires noch nicht abgewickelt ist und es sich andererseits um ein Darlehen unter irgend einer Form an einen staatlichen Anonymus zu handeln scheint. An der Börse, wo einzelne Exemplare der Subskriptions-Aufforderung zirkulirten, hielt man es für einen schlechten Witz!! — Dem König der Niederlande hat der Kaiser die „Militär-Medaille" verliehen. Die Equipagen des Kaisers gehen bereits nach Vichy ab, wohin Se. Maj. sich sogleich nach dem Besuche des Vizekönigs von Aegypten begeben wird. — Der franz. Gesandte in Berlin hat Berichte eingeschickt, wonach der König gewillt wäre, dem wahrscheinlichen Verlangen der neuen Kammer auf Anerkennung des Königreichs Italien, sich zu fügen. — Nach Privatbriefen aus Madrid wäre auch dort der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Calderon Collantes, dieser Anerkennung weniger abgeneigt als sonst, doch machen es die religiösen

Digitized by Google

Ansichten der Königin und ihre Verwandtschaft mit Franz II. dem Hrn. Collantes unmöglich, seine plötzlich erwachten liberalen Ideen praktisch auszuführen. — Nach denselben Briefen dürfte die seit Abreise des Hrn. P. Tarco in Vergessenheit gerathene Angelegenheit der neapol. Archive, auf Veranlassung des franz. Gesandten Hrn. Barrot wieder zur Sprache kommen und, glaubt man, zu einer Ausführung dieser Archive führen. — Prinz Oskar von Schweden ist gestern Abends incognito hier eingetroffen und im Gesandtschaftshotel abgestiegen. Der Prinz, welcher von II. MM. empfangen wurde, wird nur 2 Tage in Paris bleiben. — Das französische Geschwader ist dem „Toulonnais" zufolge, am 11. von Neapel direkt nach Algier abgegangen. — Die Budget-Kommission des gesetzgebenden Körpers hat zum Berichterstatter für das ordentliche und außerordentliche Budget, Herrn Alfred Leroux und für die speziellen Steuerprojekte ernannt. — Ueber die Zurücknahme der Salzsteuer sagt der „Progrès de Lyon" sehr bezeichnend: „Diese Zurücknahme macht keinen Effekt; das Gegentheil aber hätte eine große Agitation hervorgerufen. Die Bauern im südlichen und in Mittel-Frankreich sagten, daß, da sie den Kaiser wählten, um ihre Angelegenheiten zu wahren (faire leurs affaires), sie im Voraus wußten, daß er auf diese Steuer verzichten werde."

Die „Patrie" will eine Privat-Depesche erhalten haben, wonach die Spanier am 20. dem am 15. von Paso-Ancho nach Mexiko abgegangenen General Lorencez folgen würden. (!) Derselben Depesche zufolge hätte Präsident Juarez beschlossen, sammt den Regierungsmitgliedern nach Valladolid, etliche Kilometer hinter Mexiko zu ziehen, wenn die Franzosen wirklich in die Hauptstadt einrücken. Das napoleonische Blatt sieht eine Flucht, wo vernünftige Leute eine Maussalle sehen.

Deutscher Bund.

Das Friede verkündende Telegramm der „Dresd. Zeitung" ist noch keineswegs bestätigt; im Gegentheil, die „Kasseler Zeitung" gebardet sich noch oppositionär, und die Polizei läßt die Aberfesen, die wegen der Wahlordonnanz an den Bundestag gehen sollen, konfisziren. Die Wahlverweigerung des Landes ist einhellig. General Willisen ist in Berlin.

Auf den von Gotha aus ergangenen Aufruf an die Frauen Deutschlands zur Herstellung einer deutschen Schützen- und Bundesfahne erklärt sich eine Anzahl Ulmer Frauen auch den höhern Ständen bereit, Gaben in Empfang zu nehmen, und stellen an sämmtliche Frauen und Jungfrauen Ulms die Bitte, in ihren Kreisen für eine kleine Beisteuer zu sorgen. Sollte die Sammlung mehr ergeben, als sie für nöthig erachten, nach Gotha zu schicken, so soll der weitere Betrag zu einer Ehrengabe auf das Frankfurter Schützenfest verwendet werden.

** **Bayern.** München, 15. Mai. (Privat-Korresp.) Zum Vollzuge einer Bestimmung des bayer. Einführungsgesetzes zum deutschen Handelsgesetzbuche sind die von Sr. Majestät dem König zu ernennenden technischen Mitglieder der neuen Handelsgerichte von den Fabrik- und Handelsräthen in Vorschlag zu bringen und zwar für jede Stelle zwei Kandidaten. Auf Aufforderung des k. Staatsministeriums der Justiz haben der Fabrik- und der Handelsrath unserer Stadt die desfallsigen Wahlen gestern vorgenommen und für das Handelsgericht beim k. Bezirksgericht I/J. in Vorschlag gebracht die HH. Kaufmann Dietz, Kaufmann Rosipal, Fabrikant Hänle, Kaufmann Faustich, Kaufmann Brondberger, Fabrikant v. Häckel, Bankier Fröhlich und Großhändler Pflaum (Israelit), dann für das Handelsgericht r/J., die HH. Fabrikdirektor Köster, Fabrikant Medicus, Kaufmann Würzburger, Buchhändler Oldenburg, Fabrikant Deiglmeier, Kaufmann Schneider, Bankier Carnot und Kaufmann Buchner.

Kempten. Das von dem hiesigen Handelsrathe erstattete Gutachten über den französischen Handelsvertrag spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen denselben aus, indem es einleitend bemerkt, daß eine engere handelspolitische Verbindung mit den noch nicht dem Zollverein angehörenden deutschen Staaten, namentlich mit Oesterreich, für den national deutschen Gewerbsfleiß segensreichere Folgen haben dürfte, als ein Handelsvertrag mit Frankreich, der in seinen Konsequenzen unsere vaterländische Industrie auch mit England, Belgien und der Schweiz in vermehrte Konkurrenz bringen wird.

= **Oesterreich.** Das Nepomukfest, welches gestern in Prag begangen wurde, sollte dies Jahr statt eines religiösen einen politisch-nationalen Charakter annehmen. Palacky und Rieger wollten sich wieder ihren Getreuen zeigen, die Gesangvereine aus allen Gegenden des Landes herbeirufen. Durch eine Ausstellung von landwirthschaftlichen Geräthen durch die patriotisch-ökonomische Gesellschaft ist auf diesen Tag verlegt worden; politische Reichsräthe werden das Fest durch ihre Anwesenheit verherrlichen. Der Regierung nimmt man es nicht wenig übel, daß sie Vielen das Zurreisen unmöglich gemacht hat, indem sie in allen Aemtern und Schulen erklären ließ, es seien sowohl der 15. als der 17. volle Arbeitstage, und den Beamten auch sonst zu verstehen gab, wie sie durch ihre Betheiligung an dem Gesange auch deutschen Lieder ihre Carriere nicht gerade stören würden. Was indeß die Schulen anbetrifft, so ließen die Patrioten sich damit, daß vielerlei durch das Konkordat der national-gesinnten Geistlichkeit überantwortet worden sind und daß diese nicht versäumen werde, von ihrem Rechte, Feiertage auszuschreiben, zu Gunsten des heiligen Nepomuk Gebrauch zu machen.

Ein in Laibach vorgefallener Skandal, durch ein paar von Nachtschwärmerei und Wein erhitzte Offiziere veranlaßt, gibt in allen Kreisen vielfältigen Stoff zum Gespräch. Die Gemeinten zertrümmerten einem Wirthe, der um diese Stunde nicht öffnen wollte, alle Fenster und ließen ihn ein paar Stunden später aus dem Postbüreau, wo er zugleich bedienstet ist, durch eine Militärpatrouille, trotz aller Proteste des vorgesetzten Postverwalters abführen. In kurzer Zeit ist dies bereits der zweite Fall, daß Civilisten durch Militär eigenmächtig und in ungesetzlicher Weise arretirt wurden, und es würde mitunter wünschenswerth gewesen sein, wenn bei der Berathung im Reichsrath über das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit auch auf derartige Fälle reflektirt worden wäre.

Preußen. Nach einer neuerdings erlassenen Anordnung des Herrn von der Heydt soll von jetzt an ein großer Theil — man spricht von zwei Drittel — der höheren Postbeamten, besonders der Postdirektoren, aus dem Stande der pensionirten Offiziere genommen werden, damit auf diese Weise der Militärpensionsfond erleichtert, respektive für andere Zwecke verwendbar gemacht werde. Ob der Postdienst dadurch gerade gefördert werden wird, wollen wir dahin gestellt sein lassen; nicht unerwähnt darf aber die Unbilligkeit bleiben, daß man so den Postbeamten, von welchen eine weit höhere Bildung verlangt wird als von den Offizieren, die Aussicht auf Avancement fast ganz abschneidet; während ein Postbeamter im gewöhnlichen Gange das Oberleutenantsexamen ablegen und dann einige Jahre umsonst arbeiten muß, begnügt man sich bei den Offizieren a. D. mit einer einjährigen Beschäftigung auf einem Bureau. (Zeit.)

Kurhessen. General v. Willisen ist mehr als kühl empfangen worden; die ihm gewordene Antwort ist einfach zurückweisend. Sowohl der Kurfürst als seine Minister glauben an eine ernstliche That nicht im Ernstesten, und auch die bevorstehende Zusammenziehung preußischer Truppen macht ihnen noch keine Unbequemlichkeiten. Dem Auftreten Preußens gegenüber soll man sich einfach darauf beziehen, daß Kurhessen ebenso ein souveräner Staat sey, als Preußen, daß die Anwendung von Zwangsmaßregeln Seitens Preußens den Grundgesetzen des Bundes zuwiderlaufen werde und eine Nöthigung allenfalls nur vom Bunde ausgehen könne. Indem man Preußen auf den schleppenden Gang des Bundestags verweist, glaubt man seinen Anstrengungen die Spitze abgebrochen zu haben. Die Aufregung im Volke wird natürlich durch alle diese Vorgänge nur gesteigert. (F. J.)

Nassau. In Bezug auf den gestern gemeldeten Kammerbeschluß, Aufhebung des Spiels betr., wobei sich besonders der Abg. Lang durch eine schöne Rede hervorthat, sagt der „Rh. K.": „Es gereicht der Stadt Wiesbaden zur Ehre, daß gerade ihr einst mit Stimmeneinhelligkeit gewählter Abgeordneter es war, der sich in gerechter Entrüstung zu einer so feierlichen Anklage gegen ein vom Staate sorgsam gehegtes „Institut" erhoben hat, das die gesittete Welt im Hinblick auf das, was ihm anklebt, kaum noch nennen wird, ohne schamroth zu werden."

Dänemark.

In Kopenhagen starben der Etatsrath und Professor der nordischen Sprachen Niels Mathias Petersen und der ausgezeichnete Anatom Professor J. P. Jbsen.

Niederlande.

In der Kammer sind gegenwärtig die Verhandlungen über das Budget an der Tagesordnung, welcher Gegenstand das vorige

Digitized by Google

Kabinet zu Falle brachte. Die Berathungen sind kurz in der Form, aber desto gehaltvoller. — Es scheint sich zu bestätigen, daß das Unglück in Cuncorde böswilliger Brandstiftung zugeschrieben werden muß; denn man hat daselbst einen gewissen van Voorst verhaftet und zur Untersuchung gezogen.

Großbritannien.

Im Oberhause brantragte Lord Taunton die zweite Verlesung der von ihm eingebrachten Bill wegen Aufhebung des Eides, der bei Uebernahme von Municipal-Aemtern dahin geleistet werden muß, daß der betreffende nichts gegen die herrschende Kirche unternehmen wolle. Lord Taunton machte geltend, daß der Eid nur in England geleistet, in Irland dagegen nicht für erforderlich gehalten werde, daß die herrschende Kirche einer solchen Stütze nicht bedürfe und daß schon jetzt mit Bezug auf gewisse Aemter allährlich eine Indemnitäts-Akte vom Parlamente votirt werde, um die Dissenters, welche den Eid verweigern, zur Uebernahme dieser Aemter zu befähigen. Der Herzog von Marlborough sprach gegen den Antrag, weil er in der Weigerung der Dissenters den Eid zu leisten, die Absicht des Umsturzes der herrschenden Kirche glaubt erblicken zu müssen. (Die Debatte dauerte beim Schlusse des Berichts noch fort.)

Frankreich.

Zu Ehren des Vizekönigs von Aegypten wird während seines Aufenthalts in Paris ein Fest zu Versailles und eine große Kavallerierevue stattfinden; außerdem wird die Kavallerie zu Pinternes ein Nachtfest im dortigen Park veranstalten.

Bekanntlich will der Finanzminister 62 Millionen als Salz- und Zucker-Zuschlagsteuer gewinnen. Die Budget-Kommission ist nun der Ansicht, daß es besser sei, statt das arme Volk, das durch die Salzsteuer besonders hart getroffen wird, noch mehr zu belasten, Ersparnisse einzuführen, und sie will deßhalb die Budgets der einzelnen Ministerien zustutzen. Laut dem „Siecle" ist auch die Abschaffung der Unterpräfekturen in Anregung gebracht; dadurch werde man 3 Mill. Fes. sparen; auch an den Gestüten ließe sich durch eine minder kostspielige Verwaltung, sowie durch Abschaffung der Staatsschäferein und Staatsvieh zuchtreien sehr vieles sparen; ferner ist vorgeschlagen, bei den Senatorn-Gehalten die Cumulirung abzuschaffen und radikal die Kaiserstraßen in die Klasse der Departementalstraßen zu versetzen.

Spanien.

Die Königin Isabella hat die Königin Christine, ihre Mutter, eingeladen, sie während ihres Aufenthalts zu Santander zu besuchen. Die Königin Christine erwiderte, daß auch sie sehnlich wünschte, ihre Tochter nach achtjähriger Trennung wieder umarmen zu können, daß sie jedoch fest entschlossen sei, den spanischen Boden nicht wieder zu betreten, bevor es ihr gestattet sei, dort, wo es ihr beliebe, zu verweilen.

Italien.

Der Bischof von Aetano hat an den König, bei Verheilung der Medaillen an die Nationalgarde, an der Spitze seines Klerus folgende Ansprache gehalten: „Majestät! Es freut mich, Sie heute noch in fast dithrenderem Wohlsein zu treffen, als vergangenes Jahr, und ich flehe zu Gott, auf daß er Ihnen immer wohl regehr zum Heil der Religion und des gemeinsamen italienischen Vaterlandes. Ja, möge der allvaterherzige Vater Eurer Majestät die Kraft verleihen, mit der er die Männer ausrüstete, die er zur Befreiung seiner auserwählten Nation auserlesen hatte. Verleihe er Ihnen den Glaubrn Abraham's, des Erzvaters so vieler sich folgender Nationen; den Muth Mosis, des Volbringers so vieler Wundee; die Gewalt Josua's, derr nach merkwürdigen Siegen sein Volk in das Land der Verheißung führte. Majestät! Sie sind der von Gott Auserwählte, welcher dieses arme Italien von seinen Bedrückern befreien muß. Aber Ihr Platz ist nicht hier; Ihr Platz ist zu Rom. Gehen Sie nach Rom, reinigen Sie es von der bestehenden weltlichen Macht und befriigen Sie, gesegnet von allem Volk, das Kapitol."

Die „Zeit" läßt sich aus Neapel schreiben: Das Brigantenunwesen ist seit der Herbstkunft des General Regis in rascher Abnahme begriffen. Durch ein planmäßiges Vorgehen ist es diesem ausgezeichneten Offizier gelungen, in kurzer Zeit drei der gefürchtetsten Banden zu umzingeln und gleichsam zu erdrücken. Freilich wurde dieser Erfolg nicht ohne blutigen Kampf errungen, der den italienischen Truppen viele Opfer gekostet. Die Anführer der Räuber wurden noch auf dem Wahlplatz ohne weiteren Prozeß erschossen. Man ließ sie nur brichten und ein letztes Gebet verrichten; ihr rascher Tod aber muß ihnen Unbefangenen noch als eine leichte Buße erscheinen für die entsetzlichen Gräuelthaten, welche diese Unmenschen „auf höheren Befehl" verübt. Nicht genug, daß sie geraubt, gefengt, geplündert und gemordet, verbanden sie diese Schandthaten meist noch mit der raffinirtesten Grausamkeit. Um nur Eines zu erwähnen, gehörten Fälle, wo sie Menschen bei lebendigem Leibe auf Reiserbündel oder Kohlenhaufen festknebelten, diese dann in Brand steckten und sich darauf setzten, nicht zu den Seltenheiten. Einer der Anführer, drr vor seinem Tode von General Regis gefragt wurde, wie er aus Liebe zu seinem ehemaligen Könige nur so schmachvoll habe handeln können, erwiderte wörtlich: „Was kümmert es mich, ob Franz oder Viktor Emanuel hier regiert; ich habe nur den Befehl ausgeführt, mit dem man mich hierhergeschickt, zu rauben und zu morden, Groß und Klein, Mann und Weib, und zu verheeren, was mir und meiner Kompagnie erreichbar sei. Man hat mich gut dafür bezahlt und mir noch weit mehr für die Zukunft versprochen. Warum hätte ich es nicht thun sollen?"

Amerika.

Louis Napoleon hatte nicht voraus gesehen, daß die Nordamerikaner Neuorleans nehmen, und daß das Kabinet von Washington durch wünschenswerthe Mißverstanden der Blokade die englischen Interventionsbewerknisse von den französischen Projekten gründlich trennt. Je mehr die Vereinigten Staaten sich wieder aufsaffen, desto mehr sind die Tuilerien ihnen gegenüber dreifach kompromittirt: durch ihre Anstiftungen in London, durch ihr Spazirgänge des Hrn. Mercier und durch den ultra-reaktionären Restaurationsbrief in Mexiko, wo Nordamerika deste lauter mitreden wird, je weniger Gründe England noch hat, an der amerikanischen Politik des Kaiserreichs Geschmack zu finden."

Volkswirthschaftliches.

Der in Weimar am 10. stattgehabte Kongreß der deutschen Eisen-Industriellen erklärte sich für 8 Sgr. Roheisenzoll und 1 Thlr. 7 Sgr. Stabeisenzoll unter Voraussetzung großer Eisenbahnbauten und Fallenlassen der lästigen Bergwerksabgaben. Auch wurde das Amendement angenommen: es sei eine Revision des ganzen Vertrags unter Hinzuziehung der Industriellen selbst vorzunehmen (!), weil man die Uebergehung der Betheiligten nicht billigen könne.

Herr Mirès tritt nun endlich aus der gegwungenen Muße hervor, in welche er durch eigenes und fremdes Verschulden geraten war und schreibt mit allem Aplomb, dem sich ein Mächtrer, der mit heiler Haut davon gekommen ist, nur gvbrn kann, eine neue Substription aus. Herr Mirès schlägt beinahe den elegischen Ton des Hrn. v. Lamartine an, um die Herzen mildthätiger Spekulanten zu Gunsten seiner Gläubiger zu rühren. Herr Mirès lebt nur noch für den einen Zweck, den Schadrn zu ersetzen, welchen die Aktionäer der Caisse des Chemins de Fer durch das Scheitern des türkischen Anlehens und das ungelegmäße Gewaltsdorfahren der Liquidatoren erlitten haben. Das ist gewiß sehr schön und rhrt gedacht und zunächst werden ihm, wenn er wirklich Wort zu halten im Stande ist, seine schwergeprüften Aktionäre am bandaarsen dafür sein, wirklich viel dankbarrr, als ihm die später sein werden, welche jetzt die anrufe Schichte seiner Klienten zu werden sich herandrängen. 50 pCt. Gewinn von einem Unternehmen, das einen ebenso sichrrrn als kolossalen Vortheil abwirft, kommt auf die neuen, 50 pCt. auf die alten Aktionäre. Für sich behält Herr Mirès wahrscheinlich nur den Ruhm und die Gefahr und das Bewußtsein, als ehrlicher Mann gehandelt zu haben. Was das große Unternehmen eigentlich ist, hört man nicht. Es ist ähnlich, wie das türkische Anlehen, das man ihm so schmählich weggekamotirt hat. Später wird das Alles offenbar werden, so wie die benöthigte Summe zusammen ist. Jetzt fordert Herr Mirès, der seine Vergangenheit vollwichtig in die Wagschale wirft, nur blindes Vertrauen und baares Geld. Das Urbrige wird offenbar, wenn Herr Mirès freie Hand und voller Kasse hat. Jedenfalls hat er einen guten Plan ausgeheckt; wirklich einen Credit Mobilier Ottoman, oder einen Credit Foncier Orre oder eine Packetbootlinie durch die Luft, oder einen Tunnel durch den Ocean, oder einr Urbarmachung der Sahara oder irgend einrs der vielen tausend Unternehmen, bei denen die Civilisation gerade so viel gewinnt, als der Verwaltungsrath. Es muß sich nun zeigen, ob die Aktionäre überhaupt dazu vorhanden sind, von geschickten Leuten über den Kamm geschoren zu werden und ob, einer unverwüstlichen Vertrauensseligkeit gegenüber, eine große Geschäftsgewandtheit, auch wenn sie nicht ohne unangenehme Erörter-

Digitized by Google

ungen mit der Justiz, sich nach allen Seiten hin entfalten kann, nicht gewissermaßen ein aktuelles Recht zu sein hat. Wie soll den geschehen Leuten nicht die Lust ankommen, Gesellschaften wie die Caisse des Chemins de Fer neuerdings wieder zu stiften und Operationen, wie die bekannten 133 Expektationen und die verschiedenen Dividendenvertheilungen besonders zu kultiviren, wenn für Herrn Mirès in den Augen der Masse die Celebrität des letzten Jahres nur als ein Empfehlungsbrief für Wiederaufnahme und Erweiterung des Geschäfts dienen?

Nichtpolitische Zeitung.

Seit einigen Jahren hat das massenhafte Erscheinen eines Feindes fast unbekannten kleinen Rüsselkäfers, besonders in halberwachsenen Fichtenwäldern im Alter von 40—60 Jahren, sehr erhebliche Verheerungen angerichtet und hat man bisher zu seiner Vertilgung noch kein anderes Mittel ausfindig zu machen gewußt, als das Fällen der betroffenen Bäume und das Abschälen der Rinde, wodurch die Brut, die sich zwischen Holz und Borke ausbildet, getödtet wird.

Die größten Höhen erstiegen in Hochasien am Ibi-Gämin-Gipfel die Brüder Schlagintweit, 22,259 Fuß; Dr. J. G. Gerard, 20,400 Fuß; das indische Vermessungs-Signal reicht bis zu 21,480 Fuß. — In den Andes kam Boussingault 19,695 Fuß hoch; A. v. Humboldt am 23. Juni 1802 auf dem Chimborazo bis 19,286 Fuß. In Ballons hingegen ist man bereits etwas über 23,000 Fuß hoch gestiegen; so z. B. kam Gay Lussac am 16. Sept. 1804 schon 23,020 Fuß hoch; ihm folgten später Biot und Barral und innerhalb der letzten 8 Jahre mehrere Luftschifffahrer in England.

Neueres.

** München, 16. Mai. (Priv.-Korr.) Die Rückkehr St. Maj. des Königs wird bis zum Pfingstfeste erfolgen und werden dann unsere Königlichen Majestäten mit dem gesammten Hofstaate das Schloß Nymphenburg beziehen. Es ist deßhalb bereits Befehl ertheilt, alle Appartements des Schlosses unverzüglich in den gehörigen Stand zu setzen. Der gleiche Befehl wurde bezüglich des Schlosses Berg am Starnbergersee ertheilt, weil Se. Maj. der König daselbst von Nymphenburg aus mehrmals besuchen wird. Auf der Reise nach Darmstadt zum Besuche ihrer erlauchten Schwester, der Frau Großherzogin Mathilde von Hessen, ist die Frau Herzogin von Modena heute Morgen mit dem Wiener Eilzuge hier durchgereist. Der frühen Morgenstunde unerachtet begrüßte König Ludwig seine geliebte Tochter im Bahnhofe. Die mit Sehnsucht erwartete neue Gewerbsinstruktion wird nächster Woche im Regierungsblatt publizirt und soll dann gleichzeitig in einer Extra-Beilage der „Bayer. Ztg." vollständig abgedruckt werden.

Oesterreich. Der Pesther Handelsstand hat der Statthalterei ein ausführliches Memorandum zu Gunsten der deutschen Wechselordnung eingereicht, und darin eingehend nachgewiesen, daß ein Wechsel nach ungarischem Wechselgesetz ein werthloses Papier ist. Er verlangt deßhalb die deutsche Wechselordnung zurück, die unter der „neuen Aera" der magyarischen Autonomie abgeschafft wurde.

Baden. In Freiburg Sonntag den 25. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr feierliche Uebergabe des wieder ereichteten Denkmals Karl v. Rotteck's. Programm: 1) Festrede im Kaufhaussaale. 2) Zug auf den Rotteckplatz, Festgesang; feierliche Uebergabe, Festgesang. 3) Allgemeines Festmahl in der Halle. Komite-Präsident Baumgärtner.

Darmstadt. Die zweite Kammer hat die Berathung und den Entwurf des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches begonnen. Der Antrag des betreffenden Ausschusses lautet: das Handelsgesetzbuch ohne eine Motivirung und ohne Diskussion über dessen einzelne Theile anzunehmen. Die Kammer nahm diesen Antrag an und berät heute über das Einführungsgesetz.

Schweiz. Baron Ricasoli, der gewesene Premier Italiens, ist letzten Samstag über den Lago maggiore in Locarno eingetroffen und nach einem Aufenthalt von wenigen Stunden weiter nach Chur gereist, ganz allein und im strengsten Inkognito.

Großbritannien. Dem „Court Journal" zufolge soll, „zur Beruhigung der Königin Victoria", der erste Leibarzt Ihrer Majestät, Sir James Clark, nach Berlin abreisen, um die Entbindung der Prinzessin von Preußen zu überwachen. Vielleicht wär' es, umgekehrt, gut gewesen, wenn man im Dezember v. Js. einige Berliner Aerzte nach Windsor berufen hätte, um die Behandlung des Prinzen Albert durch denselben Sir James zu überwachen, meint die „Allg. Ztg."

Frankreich. Said Pascha ist in Toulon angekommen. Er wurde von dem ganzen Geschwader mit Geschützsalven begrüßt und empfing an Bord seiner Fregatte den Besuch sämmtlicher Civil- und Militärbehörden.

Spanien. Am 1. Juni d. Js. soll die definitive Uebergabe Tetuan's an den Vertreter des Kaisers von Marokko, Muley-Abbas, welcher den Vertrag mit Spanien unterzeichnete, erfolgen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	78½ P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85½ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76⅝ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	82½—⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	82½ P.	
„	4½ pCt.	48½ P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅛ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1Jhr. dto.	103½ P.	
„	4½ pCt. Obl. 4½hr. dto.	104 P.	
„	4 pCt. Obl. 1Jhr. dto.	100½ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¾ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P. ¼ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. v.	101⅜ P.	
„	4½ pCt. Obl. v. 1842	96⅝ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅜ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¾ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99½ P.	
„	3 pCt. Obl.	95⅜ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.	
„	2 pCt. „ „ „	43⅞ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99½ P. ¼ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	122½ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	753 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196½—96G. o.D.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	219¾ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	89 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88½ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 P.	o.D.
Frankfort-Hanauer-Eisenbahn . .	74 P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 238 kr.	242 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn . . .	124 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. b. 5 pCt. 6/7	79 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31½ P. ¼ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	134 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249F.48½G.o.D	
Span. Handels- und Industrie . .	518 G.	
„ Bank-Akt. d. Ges. Pereire .	546 P.	
Bayr. Ostbahn à 4⅓ pCt. vollzinbar.	106⅞ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅜ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Thl. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Th. l.sd. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅞ B.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	89 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58¾ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75¾ G.	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	170⅝ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	36½ P.
Badische fl. 50	100¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	—
Badische fl. 35	55½ G.	Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 16. Mai. Für österr. Fonds und Kreditaktien zeigte sich in Folge besserer Wiener Notirungen eine günstigere Stimmung und die Kurse derselben waren steigend. Von Eisenbahnaktien waren Begehrer etwas mehr begehrt. — 5pCt. russische Obligationen wurden mit ⅜ pCt. Avance in Posten umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 137-38. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauswichtig mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 19. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Der Wiener Gemeinderath hat beschlossen, einen Oberlehrer und zwei Unterlehrer, jeden mit 200 fl. Kostenvergütung, zur deutschen Lehrerversammlung nach Gera zu schicken. Das „Frankf. Journal" fragt: „Sollte denn nicht auch eine bayerische Stadt, München, Nürnberg, Bamberg oder Würzburg, ein Gleiches beschließen und die Regierung veranlassen, endlich einmal das Verbot des Besuches dieser Lehrer-Versammlung zurückzunehmen? Muß Oesterreich Bayern vorangehen?"

Von Basel aus ist an alle Schweizerschützen, welche an dem deutschen Nationalschießen theilnehmen wollen, der Ruf ergangen, sich womöglich an einem bestimmten Tag in Basel einzufinden, um von dort aus behufs festlichen Einzuges in Frankfurt mit der eidgenössischen Fahne an der Spitze die Reise dorthin in Gemeinschaft anzutreten.

Die „Oesterr. Zeitung" schreibt: „Wie die Sachen jetzt stehen, scheint die kurhessische Regierung es darauf anzulegen, daß man gegen dieselbe exekutiv vorgehe. Sie scheint daran nicht glauben zu können. Sie wird aber, wenn sie es dahin kommen läßt, daran glauben müssen. Ein Vorgehen Preußens allein wäre eine Gewaltthat und würde dessen Regierung auf revolutionären Boden stellen; aber ein Vorgehen von Bundes wegen ist rechtlich begründet, und die Ausführung der Exekution kann allenfalls Preußen als dem zunächst liegenden Staat übertragen werden." (Wahrscheinlich würde für diesen Fall noch ein dritter Staat Aufforderung erhalten.)

Bayern. Am 16. und 17. Mai fand endlich vor dem Schwurgerichtshof von Mittelfranken Verhandlung statt gegen den Großhändler Aug. Wahnschaffe und 9 Mitangeschuldigte wegen Preßvergehens, begangen durch Verfertigung und Verbreitung obscöner Bilder. Die Angeklagten waren mit Ausnahme eines, der z. B. in London sich befindet und gegen den deßhalb das Kontumazial-Verfahren eingeleitet wurde, sämmtlich erschienen. Der Wahrspruch der Geschworenen auf die 53 ihnen gestellten Fragen lautete dahin: daß Wahnschaffe zweier als Preßvergehen zu erachtender Beleidigungen der Sittlichkeit, begangen durch Verkauf kolorirter Doppelbilder und Spielkarten, unter Annahme des Vorhandenseins mildernder Umstände für schuldig, sämmtliche übrige Angeklagte aber, mit Ausnahme des Quehl, dessen Aburtheilung ohne Zuziehung der Geschwornen zu geschehen hat, für nicht schuldig erklärt wurden. Das Urtheil des Gerichtshofs lautete auf 50 fl. Geldstrafe gegen Wahnschaffe. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Oesterreich. Vor einigen Tagen sind mehrere erledigte Inhaberstellen von Regimentern neu verliehen worden, darunter auch das Windischgrätz-Dragoner-Regiment an den Generaladjutanten des Kaisers, Grafen Coudenhove. Diese Ernennung hat in der Armee sehr böses Blut gemacht. Graf Coudenhove hat ohne jedes militärische Verdienst, meist durch den Einfluß der Frommen im Lande und mit Hülfe seiner und seiner Familie eigenen Frömmigkeit — ein Bruder, österreichischer Oberst, trat als ein einfacher Bataillonschef, in die päpstliche Armee, ein anderer Bruder ist Ordensgeistlicher, zwei Schwestern sind Nonnen — seine Carrière bios im Hofdienste gemacht, während eine Reihe tüchtiger Generale, die sich im Felde ausgezeichnet und im Range älter sind als er, übergangen wurden; ich nenne nur die drei Generalmajors Baron Gablenz (mit großer Auszeichnung im ungarischen und italienischen Kriege genannt und Ritter des Theresienordens), Hartung (einen der besten Artilleriegenerale) und Graf Festetics (einen der reichsten ungarischen Kavaliere und einen der besten Reiteroffiziere). Die Generaladjutantur ist dadurch nicht gerade populärer geworden. Man weiß, daß eben diese militärische Umgebung des Kaisers es ist, welche unausgesetzt im Dienste der Reaktion thätig ist und welche, wenn nicht der Kriegsminister Graf Degenfeld mit unbeugsamer Energie ihren Einflüssen sich entgegenstellte, die Entschlüsse des Monarchen in Bahnen lenken würde, welche unsägliches Unheil heraufbeschwören müßten. Das neue System in Oesterreich hat keine festere Stütze als den Kriegsminister, der, obgleich mit Leib und Seele Soldat, doch jedem exklusiven Kastengeiste fern steht und in seinem Greisenalter die Gedanken und Forderungen einer neuen Zeit mit einer Hingebung, einem Feuer und einer Aufrichtigkeit vertritt, an der sich mancher vielgepriesene „Volks"-Minister ein Beispiel nehmen könnte.

Einer neuen in Wien erschienenen Schrift, betitelt „Weltordnung und Aufgaben Oesterreichs und Deutschlands" entnehmen wir folgende Stelle: Die römische Kirche ist jetzt der weltlichen Macht Frankreichs unterworfen und soll von ihm und Italien als Werkzeug des Wälschthums gegen das Germanenthum mißbraucht werden. Es ist daher für Oesterreich und die deutschen Staaten ein dringendes Gebot der Klugheit und der Nothwendigkeit geworden, zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegen die weltlich beherrschte römische Kirchenmacht eine geschärfte Stellung einzunehmen. Umtriebe der magyarisch-slavischen Geistlichkeit in Oesterreich, welche nur den welschen Feinden des Vaterlandes zu Gute kommen, sprechen schon jetzt laut genug. Oesterreich würde seine Geschichte verleugnen, seinen Beruf und seine Stellung verkennen, wenn es dem heuchlerischen Schutze des Papstthums von Seiten Napoleons III., welcher nur dessen Eroberrschsucht und Ausbeutung zum Zweck hat, seine Zustimmung leihen, statt sich vor dieser Gefahr zu hüten wissen würde. Die Geistlichkeit aber, welche, statt ihren eigenen Beruf zu erfüllen, sich in die weltlichen Dinge mengt, um die zur Abwendung der Gefahr nothwendigen Schritte der Zeit zu hemmen, und sich zu diesem Ende mit dem blinden Nationalitätsschwindel und anderen bösen Leidenschaften der Umwälzung verbindet, dient damit weder der Kirche noch dem Staate, weder den Völkern noch der Menschheit, sondern fördert dadurch die allgemeine Zerfetzung und Verwirrung. Die Zerfahrenheit nichtdeutscher Priesterschaft unter sich und der Mißbrauch ihrer kirchlichen Gewalt zur Aufwiegelung gegen den Staat, befunden die Größe des kirchlichen Verfalls, der schon zu so verzweifelten Mitteln Zuflucht nimmt. — Ueber das Verhältniß Frankreichs zur Weltordnung theilen wir nur den Ausspruch mit: daß die Auflösung und Zerstörung auf die Gestittung und ihre Erzeugnisse selbst übertragen werde, und Frankreich die hohe Sache der Menschheit seinel eigenen Herrlichkeit opfern will. Die willkürliche und gewaltthätige Staatsführung im Innern, die verrätherische und heuchlerische Politik nach Außen, die ungerechten, barbarischen Kriege, die Verschwendung des öffentlichen Vermögens zu unheilvollen Zwecken, die Verwerfenheit der Sitten, die Mißachtung des öffentlichen Rechtszustandes und andere, die sittliche und rechtliche Ordnung störende Vorgänge und Grundsätze, zeigen es offenkundig, wohin Frankreich steuert, und was die Welt von demselben zu erwarten hat.

Die Wiener „Presse" ist zu erklären ermächtigt, daß die Mittheilung, wonach ein Adjutant des Erzherzogs Ferdinand Max vom Kaiser Napoleon empfangen worden wäre, gänzlich aus der Luft gegriffen ist. Als nicht weniger in den Bereich der Erfindungen gehörig bezeichnet sie jene andere Angabe, der zufolge dem Erzherzog Ferdinand Max vor seiner jüngsten Abreise nach Brüssel Kommunikationen des Kaisers der Franzosen zugekommen wären.

Ein Telegramm meldet, daß der Koburger Generaldirektor v. Köpert (natürlicher Bruder des Herzogs) auf einen in Linz eingetroffenen Befehl des obersten Gerichtshofes zu Wien seiner Haft entlassen sei.

Digitized by Google

= (Preßprozeß des „Ost und West“.) Der Redakteur hat um die Erlaubniß, zu seiner Rechtfertigung den politischen Standpunkt seines Blattes darlegen zu dürfen. Dasselbe habe stets an der Idee festgehalten, daß das Oktober-Diplom das eigentliche Reichsgrundgesetz, das Februar-Patent aber nur ein Reichsrathsstatut sei, welches überdies nach § 13 desselben der Abänderung fähig sei. Die Integrität des territorialen Staatsverbandes Oesterreichs liege ihm ebenso am Herzen wie dem besten Patrioten. Da der Angeklagte, um sein politisches Glaubensbekenntniß näher darzulegen, eine Reihe von Artikeln aus seinem Blatte verlesen wollte und der Präsident wie der Staatsanwalt sich gegen dies Verfahren erklärten: so meinte der Vertheidiger, da dies ein Tendenzprozeß sei, möge man dem Angeklagten gestatten, darzuthun, daß eine strafbare Tendenz nicht vorhanden sei. Der Staatsanwalt verwahrte sich gegen den Ausdruck „Tendenzprozeß“; der Vertheidiger entgegnete, darüber werde die öffentliche Meinung zu Gericht sitzen. Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück und bescheid dem Begehren des Angeklagten stattgeben, da er die Vertheidigung nicht beschränken wolle. Der Redakteur verliest nunmehr eine Anzahl von Artikeln und knüpft daran die Bemerkung, daß er stets auf einem politischen Standpunkte gestanden habe, über welchen ihm niemals eine Verwarnung zu Theil geworden sei; wäre dies geschehen, so hätte er stillgeschwiegen. Auf die Frage des Präsidenten, in welcher Stelle seiner Artikel die Bestätigung seiner in der Vorunterschuldigung abgegebenen Versicherung, daß er stets der Versöhnung das Wort geredet, zu finden sei, erwidert der Angeklagte im Allgemeinen, das gehe aus der ganzen Haltung des Blattes und insbesondere daraus hervor, daß er die kaiserl. Regierung stets aufmerksam gemacht habe, wie ihre Reskripte Ungarn, statt dasselbe zu pacifiziren, vielmehr aufreizen müßten. Wenn er erklärt habe, es könne jeden Augenblick ein Krieg in Italien ausbrechen, der die Einführung des Belagerungszustandes jenseits der Leitha zur Unmöglichkeit mache, so sei das im vorigen Jahre keine Drohung, sondern blos die Konstatirung einer Thatsache gewesen, und könne daher nicht als Agitation ausgelegt werden.

= Nach dem „Pesther Lloyd“ ist die Quelle der vielen unendlichen falschen Zehnkreuzerscheine in der Ortschaft End der Osen entdeckt worden; und zwar in der Person eines aus Bayern eingewanderten Schulmeisters, der ein leerstehendes Jägerhaus gepachtet hatte, wo er in seinen Mußestunden in größter Ungestörtheit solche Scheine, immer je 20 auf einmal, auf 2 Steinplatten reproducirte. Der Fälscher wurde nebst seiner Gehilfin und all' seinen Apparaten verhaftet; jedoch gelang es beiden aus dem Gefängniß zu entspringen und wurden sie erst vorgestern in Pesth aufs Neue arretirt. Die gefälschten Scheine fanden leichten Abgang und sollen in Stuhlweißenburg allein 8 Personen verhaftet worden sein, welche sich mit der Veräußerung derselben beschäftigten.

= Der „Oesterr. Ztg.“ wird aus Venedig vom 14. geschrieben, daß die Kaiserin bei der Abreise in Folge eines Fußleidens vom Landungsplatze in den Kaiserl. Waggon getragen werden mußte; die Adresse nach Deutschland wurde wegen eines sekundären Leidens beschleunigt, zu dessen Hebung man den Klimawechsel als nothwendig erachtete.

= Aus Verona wird uns zur Frage der Armeereduktion geschrieben, daß die Zahl der im lomb.-venet. Königreiche stehenden Truppen in noch nachhaltigerer Weise vermindert werden sollen, als dies anfangs beabsichtigt ward. Außer den Truppen, die bereits abgerückt sind, sollen noch weitere 1000 Mann außerhalb Venetiens dislocirt werden, was natürlich für den Staatsschatz eine bedeutende Ersparniß sein würde. Ebenso soll bei der neuen Ordre de Bataille darauf Bedacht genommen werden, daß die Dotzgemeinden, mit Ausnahme der Grenzorte, die durch einen starken Militärcordon geschützt werden müssen, von Belagungen gänzlich verschont bleiben, und auch in die Städte keine stärkeren Garnisonen verlegt werden, als sich in den Kasernen und sonstigen ärarischen Gebäuden unterbringen lassen. In Venedig, Mantua und Verona sind diese Maßregeln bereits in der Durchführung begriffen. Außerdem spricht man davon, daß mehrere Generale in Disponibilität versetzt werden sollen, wodurch gleichfalls eine namhafte Ersparniß erzielt werden würde, da die betreffenden Ruhegehalte in Banknoten ausbezahlt werden dürften. Weitere Kostenverminderungen sollen bei den Feldspitälern, dem Trains und im Verpflegswesen eingeführt werden. Die estensische Brigade des Herzogs von Modena soll ihre Cantonirungen verlassen und zum Garnisonsdienst in größeren Städten verwendet werden. Die vollständigen Realisirung aller dieser Pläne steht man für anfangs Juni entgegen; wo die neue Ordre de bataille in Wirksamkeit treten soll.

= Wie der klerikale czechische „Pozor“ in Prag erfährt, wurde gegen die geistlichen Unterzeichner der aus Anlaß des Schmerling'schen Schreibens von ihr Horazdiowitzer Pfarrkinds-Gesellschaft an Bischof Jirsik übersendeten Beileidsadresse die gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

= Das kriegsrechtliche Urtheil gegen Pompery, den Redacteur des „Magyarorszag“ in Pesth, auf 4 Wochen Gefängniß, wurde in zweiter Instanz bestätigt; das gegen den Druckereibesitzer Wodianer wurde zu 3tägigem Arrest gemildert; die Geldstrafe (1000 fl.) ward aufrecht erhalten. Beide wurden verhaftet.

= Juon Popa, ein aus der Moldau zugewanderter Räuber, der am 26. April auf dem Wochenmarkte in dem Szeller Marktflecken Hoszpo-St-Miklos (Siebenbürgen) nach verzweifelter Gegenwehr bewältigt und festgenommen wurde, ist am 4. d., nachdem er sich seine Fußeisen durchfeilt hatte, aus dem vortigen Gefängniß entsprungen und hat sich in's Gebirge geflüchtet.

Preußen.

Ueber den tuej gemeldeten Exzeß in Görlitz berichtet das Tagblatt: Am verwichenen Sonntage geriethen auf dem Tanzboden eines nahegelegenen Dorfes ein Gemeiner des hiesigen Jägerbataillons mit einem Schlossergesellen in Streit, wobei Ersterer den Letzteren mit dem Hirschfänger verwundete. Auf die Kunde, daß der Schlossergeselle an der Verwundung vorgestern im Krankenhause gestorben sei, fand gestern Nachmittag eine Zusammenrottung hiesiger Arbeiter statt, welche offenbar Rache üben wollten. Als Abends die Polizei beruhigend einschreiten wollte, warfen die Tumultuanten mit Steinen, so daß Militär requirirt werden mußte, welches die Ruhe herstellte.

Der Brief des Königs von Preußen an den Kurfürsten von Hessen, wie sein ungefähr Inhalt jetzt verschiedenen Blättern mitgetheilt wird, enthält eine neue Bürgschaft gegen Staatsstreiche in Preußen selbst. Es wird darin dem halsstarrigen Fürsten nemlich zu Gemüth geführt, wie nichts dem monarchischen Prinzip schädlicher und gefährlicher sei als Verfassungsbrüche.

In der gegen die 12. Kompagnie des 8. des ostpreuß. Infanterie-Regiments Nr. 45 wegen Meuterei gegen den Hauptmann v. Besser eingeleiteten Untersuchung sind bereits die Haupträdelsführer in 6 Untersuchsarrest und 12 Gemeinen ermittelt und in Arrest abgeführt. Die Kompagnie wird fortgesetzt außer der Regimentsgemeinschaft gehalten und nur zu Arbeiten verwendet, weshalb auch alle größeren Uebungen in dem Regiment sistirt sind.

In Herford sucht der Bürgermeister Stosser den Beweis zu führen, daß das, was die Mehrheit des Volkes sagt, nicht eigentlich die Meinung des Volkes ist, sondern daß diese wahre Volksmeinung durch die Meinung der Minderheit ausgedrückt wird. Die bürgermeisterliche Feder fabrizirt Adressen, mittels deren er Sr. Majestät versichert, daß die Wahlen nicht das wahre preußische Volk zum Voschein gebracht. Das Verfahren ist zu thöricht, als es der Mühe werth zu halten, Gegenadressen nach Berlin zu schicken.

Württemberg.

Stadtschultheiß Schuster und Rechtskonsulent Schäl in Ulm hatten Anfangs Juni 1860 ein sog. großdeutsches Programm verfaßt und Unterschriften dazu durch Colporteure sammeln lassen. Es kamen hier über 1100 Unterschriften zu Stande. Es sollte nun in gleicher Weise überall für dieses Programm gewirkt werden. Der Redacteur der „Schnellpost“, Fr. Albrecht, beleuchtete den Inhalt, wies die Widersprüche darin nach und enthüllte die Art und Weise, wie die Menge der Unterschriften möglich geworden war. Man hatte Frauen, Dienstmägde, Lehrlinge unterzeichnen lassen rc. Darauf wurde in einem Extrablatt zum „Amtlichen Anzeigeblatt“ Albrecht auf das Gröblichste injuriirt. Er klagte, und wurden nun Schäl und Schuster wegen im Komplott verübter Ehrenkränkung und verläumderischen Berichts Ersterer zu 3 Wochen auf der Festung zu erstehenden Bezirksgefängniß und 30 fl.; Schuster zu 75 fl. Strafe, Beide gemeinschaftlich in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.

Von den angefochtenen Kammerwahlen wird die in Vaihingen (OA-Pfleger Geyer gegen den bisherigen Abg. Hopf) von der Legitimationskommission beanstandet.

Kurhessen.

Um sich einen Begriff von der unverhältnißmäßigkeit der in der Verordnung vom 26. April d. J. angedrohten Strafe von 30—50 Thlr. gegen die derselben zuwiderhandelnden Bürgermeister mit deren Gehalt als Hilfsbeamte des Staats zu machen, ist ein Blick auf dasselbe nicht ohne Interesse. Sämmtliche Bürgermeister des Kurstaates mit Ausnahme der Bürgermeister der Kreise Fulda und Hanseld erhalten als Hilfsbeamte des Staates, den forstfreien Bezug von einem Klafter Besoldungsholz aus den Staatswaldungen. Die Empfänger haben dafür zwar

Digitized by Google

lein Forstgeld, aber den Holzhauerlohn und die sonstigen früher von dem Forstberechtigten als Gehaltstheile bezogenen, jetzt unter dem Forstgeld begriffenen Gebühren zu entrichten, so daß der Bezug des Holzes nicht ganz, sondern nur zum Theil als forstfrei bezeichnet werden kann. Da wo jedoch der Staat nicht im Stande ist, das Holz in natura zu liefern, wird eine Entschädigung an Geld und zwar in einem Betrage von 1 Thlr. aus der Rentkasse bezahlt. Da wo die Gemeinde eigene Waldungen besitzt, erhält der Bürgermeister auf diesen auch ein Klafter Holz. Hafenpflug, der wohl einfach, welche Dienste ihm Bürgermeister noch leisten könnten, die nicht in der geistigen Verfassung sind, um Gesetze zu verstehen, sondern sich von Autoritäten leiten lassen, wie wenn der Landrath ihnen jetzt sagt, es sei ihnen doch wohl mehr zuzutrauen, als daß sie sich von den Schreibern ihre führen ließen — Hafenpflug also wird ihnen insofern eine andere Stellung an, als er sie, die früher nur auf Zeit gewählt waren, unkündbar jetzt bestellte, aber zugleich abhängig von dem Landrathen machte. Damben vergaß aber Hafenpflug nicht den menschlichen Eigennutz zu reizen, der um so giftiger ist, je mehr es sich um eine kleine Nebeneinnahme handelt und so kleinere Portionen ihm in häufigerer Wiederkehr verabreicht werden. Eine richtige Beurtheilung der niedrigen Seite der menschlichen Natur ist Hafenpflug nicht abzusprechen; und wenn er doch scheiterte, so hat er Das eben seinem gänzlichen Mangel an Kenntniß der edleren Seiten derselben zu danken. Genug, es war sehr schlau, wenn Hafenpflug die Bürgermeister an ihr Amt dadurch zu fesseln suchte, daß die Gebührenordnung für die Ortsvorstände vom 5. August 1852 ihnen für die meisten Amtshandlungen für Private und den Staat, wenn auch nicht viel doch etwas gab. Zugleich entließ Hafenpflug alle Bürgermeister, welche nur im Geringsten als Widersacher seiner Herrschaft erschienen. Nun haben diese Bürgermeister auf der einen Seite den Landrath mit der Drohung von 30 bis 50 Thlr. Geldstrafe, wohl gar des Verlustes eines Ehrenamts mit einer lieb gewordenen kleinen Nebeneinnahme; auf der anderen Seite die Gemeinde mit der Forderung der Verfassungstreuen; nun wählet!

Großbritannien.

In London in St. James Hall wird ein deutscher Wohlthätigkeitsbazar abgehalten, um eine Art Herberge und Schulen für mittellose junge Deutsche und andere Ausländer zu gründen. In diesem Bazar sollen meist deutsche Kunst- und Industriegegenstände feilgeboten werden, und werden die Gemahlin des österreich. Gesandten, Gräfin Apponyi, die verwittwete Marchioneß of Lothian, die Gräfin Newburgh und mehrere andere angesehene englische Damen die Rollen der Verkäuferinnen übernehmen. An der Spitze des Unternehmens steht, wie das Programm mittheilt, die Kaiserin von Oesterreich, die gesammte Aristokratie Oesterreichs und Deutschlands und ein großer Theil der Aristokratie und des Landadels von England.

Frankreich.

„Patrie" erzählt, daß die notabeln Bewohner der Havanna eine Petition an die Königin von Spanien gerichtet haben, worin sie verlangen, daß auch ferner die spanischen Truppen in Mexiko gemeinschaftlich mit den Franzosen handeln. Es sei im Interesse der Kolonie, daß eine starke und ständige Regierung in Mexiko errichtet, damit dies Land nicht in die Hände der Nordamerikaner falle, die es zur Operationsbasis zur spätern Bestergreifung der Antillen, namentlich der Insel Cuba, machen würden. (Wenn wahr, ein Kunststückchen des mit Louis Napoleon listen Gouverneurs Serrano.)

Das Mires'sche Schwindel-Anlehen ist noch vor Eröffnung der Subskription an den Hintenrissen gescheitert, die ihm sowohl von Seiten der Regierung durch Entziehung der Oeffentlichkeit, als auch den Seiten der Bank durch Entziehung des acht Tage vorher bewilligten Kredits entgegen gestellt wurden. Mires zeigt in einem den Journalen zugegangenen Briefe an, daß er bis auf Weiteres die Subskription vertage. Auch hat er seine Bureaux wieder geschlossen und soll eine Reise zu machen beabsichtigen. Sein Eidam, Fürst Poligniac, franz. Artillerielapitän, soll beabsichtigen, in türkische Dienste zu treten.

Italien.

Die mit der Politik des Kardinals Antonelli vertraute „Armonia" glaubt versichern zu können, daß man in Rom sich lediglich auf die Kongreßakten des Jahres 1859 und namentlich auf die Erklärungen des Grafen Walewski fügen wird. Man wird die Darlegung des Letzteren entgegenhalten, worin er die Gründe angibt, warum die Franzosen nach Rom gekommen und warum sie dasselbe noch nicht verlassen haben; nämlich, daß Frankreich ohne wirksame Ursache hatte, den Wunsch des heil. Vaters zu erfüllen und zwar: 1) sanken die Franzosen in den Kirchenstaat, weil von dem heil. Vater gerufen; 2) weil Frankreich als erstgeborene Tochter der Kirche die Pflicht hatte, den Thron Pius IX. zu vertheidigen; 3) weil nach Entfernung des Papstes zu Rom die Anarchie herrschte und es Frankreich davon gelegen sein mußte, in Rom auch in Italien überhaupt wieder Ordnung und Ruhe herzustellen; 4) weil die Beruhigung des conservativen Pontifex auch in Frankreich und in Europa überhaupt die soziale Ordnung zu stören drohte. Das clericale Blatt sieht voraus, daß dann sofort die Frage gestellt werden wird: „Sollen denn die Franzosen ewig in Rom bleiben?" Werden sie nicht seiner Zeit wieder abgiehen? Und wann wird diese Zeit gekommen sein? — Auch hier antwortet wieder Walewski: „Aussicht qu' on pourra la faire sans inconvénient pour la tranquillité intérieure du pays et pour l'autorité du gouvernement Pontifical à la prospérité duquel l'Empereur prend le plus vif intérêt." Die französischen Truppen könnten nur auf dieselben Gründe hin Rom verlassen, auf welche gestützt sie kamen. Sie kamen auf den Ruf des heil. Vaters, des Königs von Rom, und in Anerkennung seiner weltlichen Herrschergewalt. Sie können Rom nur verlassen, wenn sie der Papst entläßt und sie durch ihren Abmarsch einen neuen Beweis seiner Herrschaft liefern. Sie kamen nach Rom, um im Namen des Katholicismus, und der europäischen Interessen die weltliche Herrschaft des Papstes zu vertheidigen und können Rom nur nach Vollendung ihrer Mission verlassen und nachdem sie die Souveränität des Papstes in Sicherheit gestellt haben.

Wie aus Turin gemeldet wird, herrscht unter den dortigen Italianissimi große Aufregung, weil der Kriegsminister befohlen habe, den Abgang einer Expedition Freiwilliger von Genua (vermuthlich nach Rom) energisch zu verhindern. — Dem „Siecle" zufolge hätte Viktor Emanuel eine neue Rede an den Syndikus von Saferno gehalten. „Sire" — rief zuletzt der Syndikus aus — Sire, werden wir nach Rom gehen?" „„Ja," wir werden dorthin gehen."" erwiderte der König von Italien. „„Wenn dies Euer Wunsch ist, so ist es meine Pflicht, denn ich bin durch einen Eid gebunden."" Ohne der Wahrhaftigkeit des Korrespondenten des „Siecle" im mindesten zu nahe treten zu wollen, bekennen wir, daß uns ein solcher Eid Viktor Emanuels nicht bekannt ist. Dagegen sah jedoch durch viele bekannte Eide nicht gebunden hält, so kann man sich wohl einmal durch einen unbekannten Eid für verpflichtet erachten.

Türkei.

Alle Straßen zwischen Bilecchi und Ljubinje sind von Aufständischen und Montenegrinern besetzt. Der Transport von Lebensmitteln für die türkische Armee ist verhindert, die Insurgenten plündern in der ganzen Nachbarschaft. 2000 Mann türkischer Miliz ist bei Bileci blockirt. In der asiatischen Türkei fordern die Hiobsposten aus der europäischen sehr den Christenhaß, und besonders besonders in Aleppo Wiederholung der früheren Metzeleien.

Rußland und Polen.

Ueber den erzählten politischen Mord erhält man nun folgende dritte offizielle Lesart: Ein junger Graf, Starzenski im Lublinischen, schon längst der Behörde als einer der ersten Demagogen bekannt, gerieth auf dem Jahrmarkt eines Städtchens mit einem Gendarmen in Konflikt und mißhandelte den Letzteren thätlich, konnte aber von diesem allein, wegen des Vorscheins, der dem Grafen durch die Menge geleitet wurde, nicht verhaftet werden. Darauf begab sich der Gendarmerie-Chef des Lubliner Gouvernements, Oberst Muslowski, mit dem Gendarmerie-Hauptmann, einem Unteroffizier und einem Gendarmen nach den Gütern des Vaters des jungen kaum zwanzigjährigen Grafen Starzenski, um denselben zu verhaften. Dort von ihm in Anwesenheit des im Garten befindlichen alten Grafen empfangen, treten beide Offiziere in das Empfangszimmer, der junge Graf erklärte, so schon gedroht zu haben, und daß er sich ihnen gleich zur Disposition stellen, aber nur noch im anstoßenden Zimmer Einiges zur Reise holen wolle. Der Oberst überzeugt sich, daß von dort kein Ausgang zum Entfliehen sei, die Fenster aber von seinen beiden Gendarmen observirt werden. Bald darauf öffnet der junge Graf die Thür wieder, erscheint mit einem sechsläufigen Revolver, schießt sofort den Hauptmann nieder, die zweite Kugel geht dem Obersten durch den Unterleib, die hereinstürzenden zwei Gendarmen trifft beide die dritte und vierte Kugel, und mit der fünften erschießt sich der junge Mörder selbst, ohne daß irgend

Digitized by Google

Jemand die That zu verhindern im Stande gewesen wäre. Der Oberst Mastowski soll bereits ebenfalls gestorben sein, und so wären denn auf einmal 5 politische Opfer gefallen: drei derselben hinterlassen Kinder, der Gendarmerie-Hauptmann allein 9. Die Untersuchung, welche im Gange ist, wird die Details noch näher herausstellen, die Thatsache aber ist gewiß. Ueberhaupt spukt es wieder gewaltig in den Köpfen der Emagrirten; neue Embleme, wie Ketten mit Schlössern um Hals und Arme der Damen, zum Zeichen der Unterdrückung — Kreuze und Dornenkronen u. s. w. werden wieder vom weiblichen Geschlecht getragen. Einen der Verfertiger solcher Embleme, den Bruder der beliebten Tänzerin Strauß, einen Juwelier, hat man bei Ausführung einer Masse aufrührerischer Schriften verhaftet und nach der Citadelle gebracht.

Die heimliche Druckerei, der man trotz der Bestrafung Michailoffs immer noch nicht auf die Spur kommen kann, und nun schon seit dem Juni 1861 ihr Wesen treibt, hat neuerdings auch ein Flugblatt an die Offiziere verbreitet, in welchem die „glänzende militärische Jugend“ aufgefordert wird, von ihren verrotteten Uebertragungen, von der Anhänglichkeit an den Kaiser und von dem Glauben abzulassen, als bände sie ihr Eid an die Person des Monarchen und nicht an den Staat. Dieses Flugblatt soll in Warschau und in den polnischen Garnisonen unter den russischen Offizieren mit größter Schlauheit verbreitet worden sein. — Nach einem Gerüchte hätte in Warschau bei einigen höheren Militärpersonen Haussuchung stattgefunden und sei für einige Haussarrest angeordnet worden. — Vom Syr-Daria werden die jüngsten Berichte einen Ueberfall der russischen Handelskarawane, welche aus 900 Kameelen bestand, durch die Kokanzen. Die Karawane büßte 100 Kameele ein, die Angreifer 3 Todte, 35 Verwundete, 2 Gefangene, 11 todte Pferde und 62 lebendige, welche erbeutet wurden.

Asien.

In Folge des Sieges von Su-King ist eine neue Abtheilung der Chinesischen Flotte nach dem Yantsikiang abgegangen, um gemeinsam mit dem übrigen Geschwader Nanking zu blokiren. Pater Guillaume, ein gelehrter Jesuit, ist von den Rebellen umgebracht worden.

Volkswirthschaftliches.

Der Verein für deutsche Industrie, oder, was dasselbe sagen will, Herr v. Kerstorf in Augsburg schreibt nach den „Branchen-Kongressen“ nunmehr einen „allgemeinen Kongreß deutscher Industriellen“ über den Handelsvertrag mit Frankreich aus, und zwar nach Frankfurt a/M. in den Holländischen Hof auf den 27. Mai. Alle an der produzirenden Industrie des Zollvereins Betheiligte werden eingeladen, und der Zutritt soll gänzlich unabhängig davon sein, ob man dem Verein angehört. Eintrittskarten werden bei Eintrag in die Präsenzliste am 26. Mai Vormittags 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—6 Uhr durch das Secretariat im Englischen Hof, dann am 27. früh von 8—10 Uhr am Eingang des Versammlungslokales ausgetheilt. Ein besonderer Raum wird für die unbetheiligten Zuhörer zu freiem Eintritt vorbehalten sein. Es wird keinerlei Kostenbeitrag verlangt. (Zeit.)

Nichtpolitische Zeitung.

Unter den in Bayern regelmäßig stattfindenden amtlichen Ausschreibungen veraulgadter falscher Münzen findet sich neuestens (im Kreisamtsbl. f. Niederbayern) folgende sehr pikante: „Gelegentlich einer Hochzeitsfeier zu Palmberg, k. Landgerichts Grafenau, wurden von einem Hochzeitsgaste 6 falsche Vereinsthaler, von denen 2 österreichischen und 4 bayerischen Gepräges waren, den Brautleuten als Geschenk gegeben.“ (Folgt die Beschreibung besagten generösen Hochzeitsgeschenkes.)

Neueres.

Bayern. In Regensburg Erklärung gegen den Handelsvertrag. In Lichtenfels wünscht man nach dem „Fr. Kurier“, daß er angenommen werde. — War es bisher schon den Kordwaaren-Fabrikanten, deren Geschäfte bekanntlich Bedeutung und mit Recht Ruf erlangten, möglich geworden, ihre Erzeugnisse nach Frankreich einzuführen, so könne der Abschluß des in Rede stehenden Vertrages nur dazu dienen, unserer Branche in Zukunft noch größere Ausdehnung zu verschaffen. Ludwigshafen hat sich einstimmig für den französisch-preußischen Handelsvertrag ausgesprochen und den Wunsch beigefügt, es möge bei Preußen dahin gewirkt werden, die Uebergangssteuer auf Tabak und Wein aufzuheben. — Am 1. Juni l. Js. werden in Kaufbeuren und in Nördlingen Vereinstelegraphen-Stationen mit vollem Tagesdienst eröffnet. — Der Straubinger Handelsrath hat sich in einer Sitzung einstimmig gegen den Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein ausgesprochen.

Osterhofen, 14. Mai. Dem k. Gendarmerie-Brigadier Batz dahier, welcher in Ausmittlung von Verbrechern ꝛc. eine beispiellose Umsicht besitzt und damit eine rastlose Thätigkeit verbindet, ist es gelungen, die Thäter, welche den Jagdaufseher Meister zu Gergwei erschossen, zu erforschen und der strafenden Gerechtigkeit zu überliefern.

Preußen. Die „Kreuzzeitung“ bringt folgenden sehr verständlichen Leiter zu der ohnehin schon hochvortrefflichen Brandenburg-Feier: „Das Budget droht die Demokratie als Fessel zu gebrauchen, um unter ihrem Fuße die Krone Preußen fest zu binden. Der König soll nicht regieren dürfen, ohne Budget, obgleich er schon jetzt ohne Budget regiert. Er soll jedes Budget annehmen müssen, welches das Unterhaus mit ihm oktroyirt. Wenn die Verfassungs-Urkunde wörtlich sagt, daß ein Gesetz den Staatshaushalt zählich feststelle, und daß zu jedem Gesetz des Königs und beider Kammern Uebereinstimmung erforderlich sei, so sagt die Demokratie: „Nein! nicht zu jedem Gesetz, zum Budget-Gesetz nicht; für dieses ist die Unterhausmehrheit souverän; der König muß gehorchen.“ Man sieht: von Auslegen ist hier nicht die Rede; lauf Thaten kommt es an. Eben so dreist, mit mehr Schein Rechtens und mit viel lärmenderen Drohungen bestritt im Herbste 1848 die Demokratie dem Könige das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen. Bis zur Steuerverweigerung, bis zum Aufrufe trieben ihren Widerstand dieselben, auch heute wieder tonangebenden, Führer der Demokratie. Der König löste dennoch auf. Dank und Jubel ertönte aus dem ganzen Lande; und heute, am 17. Mai, weihet König Wilhelm das Denkmal dieser That ein, das Standbild des Grafen Brandenburg. Graf Brandenburg ruft den heutigen Staatsmännern zu: „Gehet hin und thuet desgleichen!“ Quod fuit demonstrandum. Der bekannte Graf Pfeil sinnet es für nothwendig, das fanatische Blatt in eine eigenen Zuschrift auf den Unsinn eines Staatsgerichts aufmerksam zu machen.

Hannover. Der vormalige Artillerist Wente aus Hameln dient als Oberst in der norddeutschen Armee. Der Direktor der Ackerbauschule zu Hildesheim, Dr. Michelsen (ein geborner Schleswig-Holsteiner) ist gestorben. Die norddeutsche Zeitung hat, wie sie klagt, ihre Kasseler Korrespondenz in einem sehr verdächtigen Zustand erhalten.

Kurhessen. Man stellt sich hier folgendes Dilemma. Entweder gibt der Kurfürst nicht nach: dann kommt es zur Bundesexekution, und bei derselben zur Berufung des nächsten Agnaten zur Regentschaft, wie man das schon einmal in Kurhessen und auch in Braunschweig vor 30 und etlichen Jahren erlebte. Oder aber er gibt nach: dann hat dessen persönliches Ansehen jedenfalls so gelitten, daß eine Personalveränderung im Interesse des deutschmonarchischen Prinzips liegt. Wie es scheint, macht man sich höhern Orts selbst mit diesem Gedanken vertraut, indem man in Wilhelmshöhe Vorbereitungen zu einem größern Umzug auf die böhmischen Güter bemerkt haben will. Zu Willisen sagte der Kurfürst: „Thut Ihr, was ihr wollt; ich thue, was ich will.“

England. Das Ministerium hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß an der afrikanischen Küste wieder der Sklavenhandel blühe, und zwar durch Vermittlung französischer Schiffe.

Italien. Civita-Vecchia soll nach einem Plan Niel's befestigt werden. Der italienischen Regierung liegt ein Projekt vor, Sizilien und Neapel durch eine Hängebrücke zu verbinden. (Ein Turiner Blatt befürchtet, es möchte da wie mit dem Tunnel zwischen England und Frankreich gehen, nämlich das Element nicht mit sich spaßen lassen.) Die norditalische Gränzbewachung durch Bersaglieri's wird als ein Scheinmanöver der Regierung gedeutet.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Münch.

neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 139. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Dinstag, 20. Mai 1862.

Nachklang zur Fichte-Feier.

Im ganzen deutschen Vaterlande beging man gestern das hundertjährige Geburtsfest Fichtes in dankbarer Erinnerung an einen der Fürsten im Reiche des freien Geistes und der Wissenschaft. Es ist nicht dieses Ortes, ein Lebensbild Fichtes zu geben, ein Bild des Mannes zu entwerfen, dessen ganzes Dasein bis zum letzten Athemzuge ein Kampf für Freiheit und Menschenrecht, ein unerschütterliches Behaupten der freien Ueberzeugung gegen allen und jeden äußerlichen Gewaltzwang gewesen ist, ein Leben, dem die letzten Jahre und Tage durch die Arbeit und den begeisterten Kampf für die Zukunft seiner Nation die Krone aufgesetzt haben. Ueber dieses Leben mögen sich die Leser anderswo unterrichten. Hier haben wir es mit andern Betrachtungen zu thun. Zunächst mit der Betrachtung des Geistes der Zeit, von welchem solche Erinnerungsfeste, wie wir sie an den Säkularlagen Goethes und Schillers gefeiert haben, und jetzt an dem hundertjährigen Geburtsfeste des Genossen und Freundes jener Heroen, ein redendes Zeugniß sind.

Die Geistesthaten unserer großen Heroen nationaler Literatur und Wissenschaft sind der Grund und Boden unserer Gegenwart und ihrer Bildung, der nahrungsgebende Boden aller unserer wesentlichsten Bestrebungen. Nicht umsonst hat daher unser Volk den Drang, zu diesem seinem Grunde und Boden zurückzukehren, sich seines Vorhandenseins immer aufs neue freudig bewußt zu werden; denn es fühlt, daß ihm, wie dem Riesen Antäos bei der Berührung der Mutter Erde, immer aufs Neue die Kräfte wachsen, so oft es diesen geheiligten Boden berührt. Und je stärker der Widerstand lastet, der sich der Weiterentwicklung, dem Wachsen und Gedeihen des Samens entgegenstellt, den unsre großen Geistesheroen ausgestreut haben, desto stärker fühlen wir jenen Zug und Drang, uns zu ihnen zurückzuwenden, und ins Gedächtniß zu rufen, was wir an ihnen besitzen, uns an ihren Lehren und an ihrem Beispiele zu kräftigen zum muthigen Vorwärtsschreiten auf der von ihnen gezeigten Bahn. Das ist der Sinn, das ist die Bedeutung der Gedenkfeste, welche unser Volk seinen Helden und seinen geistigen Führern und Lehrern feiert. Ein solches Gedenkfest, ein solches Zeichen der nach Erfüllung strebenden Zeit ist vor Allen auch das Gedenkfest Fichte's.

Es gibt gewisse geistige Größen der Menschheit, welche, um als solche voll erkannt und in ihrer wahren Bedeutung für ihre Nation von derselben gewürdigt zu werden, längere Zeit brauchen. Sie sind Propheten der Wahrheit, die, um als solche begriffen zu werden, der Bestätigung ihrer ahnenden Verkündigungen durch die herannahende Erfüllung bedürfen. Eine solche Größe, ein solcher Prophet ist Fichte.

Sein Leben fiel in die Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung. Aber die Größe des Unglücks steigerte nur seinen Muth. Das Unglück war, wie in seinem eigenen so in seines Volkes Schicksalen der Stein, der nur dazu diente, die Funken herauszuschlagen aus dem Stahle seines Charakters; jene zündenden Funken des heiligen Feuers, die sein begeisterter Muth in die Herzen seines Volkes sprühte und die, als die Stunde gekommen war, zur himmelhohen Flamme jenes todesmuthigen Befreiungskampfes emporloderten, dessen endliches unbefriedigendes Resultat, das er in ahnender Seele befürchtete, zu erleben, ihm ein gnädiges Schicksal durch frühen Tod ersparte.

Fichte, der tiefe Denker, der treffliche Lehrer, der Mann der Wissenschaft, steht zugleich unübertroffen da als deutscher Patriot und unerreicht als erhabener Charakter. Darum haben diejenigen in unserem Volke, in denen die Erinnerung an die wahre Größe des Mannes noch lebendig ist, sich erhoben, um bei dem Anlaß seines hundertjährigen Geburtstages unserem Volke des Mannes Gedächtniß in seiner wahren Bedeutung neu ins Bewußtsein zu rufen, der dasjenige im höchsten Grade besaß, was unserer Zeit vor Allem Noth thut: tiefste Erkenntniß der wahren Lage seines Volkes, unerbittliche Einsicht in die Bedingungen zur Erfüllung seines Weltberufes und seiner Zukunft, begeisterter Glaube an diese Zukunft, an die endliche Verwirklichung der Selbständigkeit, Einheit und Freiheit Deutschlands, und dazu den erhabenen, großen, unerschütterlich beharrenden Muth, der keine irdische Gefahr für Gut und Leben achtet, wo es sich um die Herbeiführung solcher Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes handelt.

Fichte's Reden „über den Begriff des wahren Krieges“ und die mit ihnen zusammenhängenden politischen Fragmente, sind der Schwanengesang, sind das Vermächtniß, welches er seiner Nation hinterlassen hat. Ihr Inhalt ist der Art, als wären sie heute erst und nicht vor einem halben Jahrhundert, als wären sie eigens für uns und unsere Zeit geschrieben. Es ist ein bedeutungsvolles Zusammentreffen, daß in demselben Momente, in welchem die Frage, welche er in diesem Vermächtniß behandelt, brennend an uns herangedrängt worden ist, der Geist Fichte's aus seiner Gruft heraufbeschworen wird von denjenigen, die er selbst, lebte er heute unter uns, mit der Gewalt seines unerschrockenen Wortes als diejenigen bezeichnen würde, welche die Gegner sind der Erfüllung seines Vermächtnisses.

Aber die Geister unserer großen Todten, die über ihre Gräber hinaus mit uns für die Erfüllung der Zeit kämpfen, sind stärker und mächtiger als der Wille und die Absicht ihrer jetzt lebenden geistig todten Gegner. Sie sind die Unsterblichen, die Siegesgewissen und Siegverheißenden unter uns, und sie werden uns zum Siege führen, wenn wir festhalten an ihnen und an ihrem Wort. „Von den Deutschen,“ so lautet Fichte's glaubensvoller Zuruf an sein Volk: „Von den Deutschen wird dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, ein Reich, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenangesicht trägt“, ein einiges Reich deutscher Nation, ein menschenwürdiger Rechtsstaat freier Bürger.

Das ist der vorwärtsdrängende Gedanke. Nicht die Erkenntniß der Wahrheit allein ist es, welche die Völker groß und frei macht, sondern der Muth, die erkannte Wahrheit in Wort und That unumwunden zu bekennen und zu behaupten. Fichte's Prophezeiung wird sich erfüllen, wenn alle Deutsche sich zugleich am hundertjährigen Geburtsfeste Fichte's geloben: ihr Volk eben so treu auszuharren und muthig zu lieben und zu vertreten, wie er es gethan, überall und allerwege sich mit Wort und That zu bekennen als die Erben seines Geistes, seiner Charakterstärke, seiner Hingabe an das große Ziel der Einheit und Freiheit Deutschlands.

(N.-Z.)

Deutscher Bund.

= Die ministerielle „Donau-Zeitung“ bringt heute einen Artikel zur kurhessischen Verwicklung, dem wir Folgendes entnehmen: „Wir können uns damit beruhigen, daß der Standpunkt angenommen wurde, der in dieser Angelegenheit als der allein maßgebende erscheint, der Standpunkt des Bundesrechtes. Wenn die „Sternzeitung“ sagte, daß auch rein preußische Interessen die kgl. Regierung zum Handeln bestimmten: so kann den Bundesinteressen gegenüber der Appell an die Partikularinteressen eines deutschen Staates in keiner Weise als bestimmend erscheinen. Wenn das Interventionsrecht innerhalb des Bundes zur Geltung gelangte, so käme das der Proklamirung des Faustrechtes in Deutschland gleich. Wenn ein Nothfall eintritt, ist die Intervention ein Recht des Bundes, aber auch nur des Bundes. Nach der Bundesakte ist kein einziger Fall zulässig, in dem ein Staat gegen den andern ohne Gutheißung des Bundes friegerische Zwangsmaßregeln ergreifen dürfte. Selbst die Berufung auf die eigene Sicherheit er-

Digitized by Google

scheint als Motiv einseitiges Einschreiten nicht genügend; denn der Bund ist es, der die Sicherheit eines jeden deutschen Staates gewährleistet.

Oesterreich. Der Bürgermeister von Innsbruck, Karl Adam hat an die Bürger dieser Stadt eine Ansprache gerichtet, welche gegen die bekannte Protestation wider das sogenannte Religions-Edikt gerichtet ist.

Der Bericht des Finanzausschusses über das Kriegsbudget, verfaßt von Dr. Giskra, befindet sich im Druck. Dr. Giskra beantragt im Namen des Ausschusses eine Reduktion des Heeres um 75,000 Mann; was ein Ersparniß von 16 Millionen per Jahr zur Folge haben soll. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, hat der Kriegsminister sich noch einigen Sträuben mit der Proposition einverstanden erklärt, so daß dieselbe ohne erhebliche Debatte angenommen werden dürfte.

Die 52 ungarischen Offiziere, welche vor Kurzem aus der sogenannten ungarischen Legion bei der italienischen Armee ihre Entlassung genommen, haben folgende Zuschrift an die Redaktion des „Movimento" gerichtet: „Dieser Tage haben mehrere italienische Zeitungen erwähnt, daß 52 ungarische Offiziere gegen ihren Kommandanten eine Beschwerdung angezettelt hätten. Dieser Beschuldigung mußte auf das Bestimmteste entgegengetreten werden, da sie mit dem offenen Charakter der Ungarn und besonders der Moralität und dem Patriotismus der erwähnten 52 Offiziere im direktesten Widerspruch steht. Vielmehr hat das Verfahren ihres Kommandanten Mogyorody Veranlassung zur Demission dieser Offiziere gegeben, da er durch die Gemeinheit den wackern und allgemein geschätzten Hauptmann Kun Beta aus bloßen Privatrücksichten und ohne gesetzliche Prozedur festnehmen und zu Mördern und Uebelthätern jeder Art in einen unterirdischen Kerker werfen ließ. Dieses Verfahren beleidigte die ehrenhaften Offiziere des Depot zu Acqui in hohem Grade, weßhalb sie beschlossen, nicht mehr unter Mogyorody's Kommando dienen zu wollen."

Preußen. Der Gerüchtmacher, welche Feldmarschall Brangel in Gegenwart des Königs bei Enthüllung des Brandenburg-Denkmals hielt, entnehmen wir folgende Stelle: Nachdem er 42 Jahre seinen Königen in der Armee mit Auszeichnung und Ruhm gedient, forderte König Friedrich Wilhelm IV. im November 1848 seine Dienste als Staatsmann, um als Präsident des neugebildeten Ministeriums zur Wiederherstellung der königlichen Macht und der erschütterten öffentlichen Ordnung im Lande mitzuwirken. Mit dem ihm eigenen gottvertrauenden Muthe und in treuem Gehorsam gegen seinen König übernahm Graf Brandenburg diesen von ihm nicht gewünschten gefahr- und mühevollen Auftrag. Das „Niemals," welches er der Aufforderung entgegenrief, den König von Preußen an die Spitze der Revolution zu stellen, thut in der Geschichte wieder. Zwei Jahre nur erfüllte er den königlichen Befehl; sie genügten, um seinen Ruf als muthigen, besonnenen unerschütterlichen Staatsmann für immer zu begründen, aber auch um seine Lebenskraft zu brechen. Kaum von einer diplomatischen Sendung nach Warschau zurückgekehrt, starb er in Berlin am 6. November 1850.

Kurhessen. In Marburg ist der Polizeiwachtmeister Mai bekanntlich wegen Mißhandlung eines Studenten vom Kriminalgericht zur Dienstentlassung, unter Aberkennung des Rechtes die kurhessische Nationalkokarde zu tragen u. s. w., verurtheilt und somit seines Dienstes und aller bürgerlichen Ehren und Rechte verlustig erklärt worden. Trotzdem versieht derselbe aber nach wie vor die zur Stunde noch seinen Dienst und zieht in Uniform mit Säbel, gerade wie wenn nichts geschehen wäre, in den Straßen einher, was allgemeines Aufsehen und Indignation erregt; denn obgleich Mai gegen jenes Urtheil appellirt hat, so liegt doch in diesem Belassen eines wegen derartigen Vergehens bereits in erster Instanz Verurtheilten eine flagrante Mißachtung gegen den Urtheilsspruch des kompetenten Gerichtshofes. Dieser Ansicht soll auch der Senat der Universität gewesen sein, und in diesem Sinn einen entschiedenen Protest höheren Orts eingereicht haben.

Thüringen. Im Meininger Landtag ist die Bundesreformfrage zur Besprechung gekommen. Der Ausschuß erstattete seinen Bericht über das deutsche Handelsgesetzbuch und das von den thüringischen Regierungen dazu vereinbarte Einführungsgesetz. In diesem Berichte legte der Ausschuß Verwahrung ein gegen die einseitige Herstellung der für alle deutsche Staaten bestimmten Gesetze Seitens der Regierungen ohne alle Mitwirkung der Volksvertretungen. Hieran anschließend, beantragte der Ausschuß, daß der Landtag an die Regierung das Ersuchen stelle, für die Einberufung eines deutschen Parlaments zu wirken. — Welch' einen erheblichen Aufschwung der Gustav-Adolphs-Verein hier zu Lande genommen, beweist der Rechenschaftsbericht des weimarischen Hauptvereins. Während im Jahre 1840 die jährlichen Beiträge 420 Thaler betrugen, sind sie im letzten Jahre auf 2039 gestiegen. Der Gesammtverein hat im letzten Jahre 557 Gemeinden mit 47,928 Thalern unterstützt. Davon kommen auf Amerika 4, Afrika 1, Belgien 2, Deutschland 339, Frankreich 18, Holland 12, Italien 4, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien 37, Oesterreich, Siebenbürgen und Kroatien 67, Preußisch-Polen 39, Portugal 1, Schweiz 7, Türkei mit Donaufürstenthümer 11 Gemeinden. Durch die gesammelten Unterstützungen sind 14 Kirchen vollendet und 7 der Vollendung genähert worden, 10 Schulen wurden eröffnet, 15 Kirchen und 8 Schulen sind im Bau begriffen. Die Frauenvereine der Gustav-Adolph-Stiftung haben allein 15,627 Thlr. beigesteuert.

Freie Städte. Frankfurt. Die letzte Sitzung des Nationalvereins war von mehr als tausend Personen besucht. Max Wirth wurde zum Vorsitzenden erwählt. Ein Redner begrüßte diese Wahl als ein Zeichen dankbarer Anerkennung, die man heute dem Sohn des Mannes zolle, der in den Zeiten einer tiefen Erniedrigung des deutschen Volkes der eifrigste Kämpfer für dessen Freiheiten gewesen; der 18. Mai müsse das deutsche Volk hieran auf das Lebhafteste erinnern. Hierzehn Jahre sind nun verschrieen, seit an diesem Tage das erste deutsche Parlament eröffnet wurde. Der Redner gedachte der Wirksamkeit der deutschen Volksvertreter, der Grundrechte und der Reichsverfassung, schilderte das Verfahren der späteren Reaktion, schonte aber auch nicht die Fehler der Volkspartei. Jetzt gelte es, die Fehler, die man früher gemacht, zu vermeiden, und fest die Hauptgegner des Rechts und der Verfassung, den feudalen Adel und die Ultramontanen zu bekämpfen, diese Partei, die so mächtig in das Staats- und Familienleben eingreife, ohne selbst weder Familie noch Vaterland zu haben, deren Vaterland Rom sei, (?) und die manchem Fürsten, wenn er auch kein Kurfürst gewesen, so leicht gemacht haben, sein gegebenes Wort nicht weiter zu halten. Es müsse also vor allen Dingen ein enges Zusammenhalten aller Liberalen erstrebt werden, und drohend stelle er folgenden Antrag: „Die am 18. Mai 1862 am Jahrestage der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a/M. versammelten Mitglieder und Freunde des Nationalvereins sprechen ihre Ueberzeugung dahin aus: 1) daß die deutsche Nationalversammlung des Jahres 1848 das einzige vollberechtigte Organ des deutschen Volkes war; 2) daß die Grundrechte des deutschen Volkes, wie sie aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen, unveräußerliche Besitzthümer des deutschen Volkes, die Reichsverfassung vom Jahre 1849 die Rechtsgrundlage für die Herstellung deutscher Freiheit und Einheit ist; 3) daß die Neugestaltung Deutschlands nicht durch den Bundestag, nicht durch Vereinbarung der deutschen Regierungen, nicht durch die Delegirte der Landtage, sondern nur durch eine aus freier Wahl des gesammten deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung verwirklicht werden kann und darf." Dieser sowie der nachfolgende Antrag fanden allgemeineine Zustimmung. „Die Versammlung spricht ihre Freude über die bei den letzten Wahlen bethätigte Haltung der preußischen Urwähler und Wahlmänner aus. Sie hegt zugleich die frohe Ueberzeugung, daß das preußische Abgeordnetenhaus durch seine Beschlüsse nicht allein die Rechte und Freiheiten des preußischen Volkes wahren, sondern auch die deutsche Sache kräftigst fördern werde. Endlich erwartet die Versammlung, daß das preußische Beispiel für die übrigen deutschen Volksstämme eine neue Anregung im Kampfe für die nationale Sache geben und deren endlichen Sieg hiemit verbürgen werde."

Schweiz.

Bei der Vermögens-Uebergabe des Klosters Rheinau an den Staat Zürich nahmen die Regierungs-Abgeordneten eine Million in Schuldbriefen und eine bedeutende Summe baaren Geldes mit. Die Bibliothek wird bis zum Auszuge der Konventualen an Ort und Stelle gelassen. Bleibt nun noch zu wissen, was das bedeutende Grundeigenthum werth ist.

Großbritannien.

Die englische Presse glosirt: es müsse in Kurhessen wohl weit gekommen sein, daß nun sogar Oesterreich und Preußen sich über gemeinsame Maßregeln brüglich derselben geeinigt haben. So sagt die „M. Post", mit einem etwas übelriechenden Vergleich: „Was kann sie nur gethan haben?" fragte mit Erstaunen Sir James Mackintosh, als man ihm in der Pariser Gesellschaft, wo er doch Hunderte leichter Frauen gesehen hatte, endlich eine Dame

Digitized by Google

zeigte von der die übrigen sich mit Kälte abzuwenden schienen. In ähnlichem Sinn müssen wir fragen: was denn der Kurfürst von Hessen begangen haben kann, daß selbst Oesterreich und Preußen, die sich sonst über nichts einigen können, sein Benehmen für gar zu arg erklären. Es gibt also auch in Wien und Berlin einen Punkt, wo der politische Gewaltsamkeit reißt. — Deutschland kann sich keines geradherzigeren, ehrenhafteren und intelligenteren Volksstammes rühmen als die Kurhessen sind. Aber daß der Kopf wenig Jahre lang mit ihnen so umspringen durfte, ist die größte praktische Verurtheilung des deutschen Bundestags. Wenn man einen intelligenten Deutschen nach den besondern Uebelständen fragt, die eine Reform in der Verfassung des Bundestags nothwendig erscheinen lassen, so wird er wahrscheinlich zuerst irgend eine ohne Abhülfe gebliebene Beschwerde seines eigenen Particularstaats erwähnen. Aber seine zweite Antwort wird unfehlbar in einem Hinweis auf die Lage von Hessen-Kassel bestehen. (Von Schleswig-Holstein schweigt natürlich die „M. Post", denn da ist, nach engl. Ansicht, kein Grund zur Beschwerde!) Wir dürfen auch bemerken, daß in der Politik, welche das gegenwärtige preußische Kabinet in der hessischen Frage zu befolgen sich gezwungen sieht, eine gerechte und bezeichnende Nemesis liegt. Es ist wahrscheinlich, daß der Kurfürst sich nie vermessen haben würde, sein System so weit zu treiben, wenn ihn nicht die Hoffnung belebt hätte, daß das reaktionäre Berliner Kabinet diesem Treiben keinen sonderlichen Widerstand entgegensetzen würde.

Frankreich.

⨯ Vor dem Appellgerichte in Paris kam die Angelegenheit des Studenten-Journals „le Travail" zur Verhandlung. Hinsichtlich des Angeklagten Rousselle wurde die Freisprechung bestätigt, dagegen wurde das freisprechende Urtheil der 6. Kammer hinsichtlich der übrigen Angeklagten verworfen und Cassé zu 1 Jahr Gefängniß und 2000 Frk. Geldbuße, Tavie zu 8 Monaten Gefängniß und 1500 Frk. Geldstrafe, Tréton und der Drucker Aubery zu 3 Monaten Gefängniß und zu 200 und 500 Frk. Geldbuße verurtheilt. — Vor einigen Wochen brachte der „Figaro" die Nachricht, daß die Censur die Aufführung von, sich wohl nicht mehr welchem Stück, verboten habe. In einem „Mitgetheilt" wurde diese Nachricht dementirt. Nun stellt der „Figaro" folgende Note an die Spitze seiner Nummer: „Angesichts der Entschuldigungen, welche während meiner Abwesenheit den Herren von der Censur für ein wahres Faktum gemacht wurden, ist der „Figaro" zu versichern. H. de Villemessant." Leicht begreiflich, daß sich kein selbstständiger Charakter solchen Wetterwendigkeiten von Ehrenbezeigungen unterwerfen kann.

Ueber die letzte große Pariser Revue zu Ehren des Königs von Holland wird der „N. Pr. Z." geschrieben: Der König der Niederlande ist eine sehr militärische Erscheinung, sein Gesicht hat einen eigenthümlichen Ausdruck, er sieht aus, als möchte er mal ganz was Besonderes leisten, und als könne es auch. An den französischen Truppen verrieth er das lebhafteste Interesse; er forschte nach, er fragte, er ließ seine Adjutanten Notizen niederschreiben und zeigte sich überhaupt sehr lebendig. Er bildete dadurch einen frappanten Gegensatz gegen den Kaiser der Franzosen, welcher apathischer noch als gewöhnlich auf seinem hochleinigen Roß saß und erschreckend bleich aussah; man sagte mir, er sei leidend, weil er auf dem Ausfluge nach Versailles und Meudon durch und durch naß geworden. Man erzählte mir auch, die Kaiserin zeige sich lebhafter als je für den Papst begeistert und gegen Prinz Napoleon; ein Faktum ist es, daß sie dem Senator Pietri, dem Polizei- und Annexionsmann der Bonapartes, neulich gründlich ihre Meinung gesagt hat, und stark muß es gewesen sein, denn Meister Pietri soll ganz die Haltung verloren haben; ein Ding, was man für unmöglich hielt bei einem Manne seines Schlags — aber diese hispanische Donna soll es doch verstehen, sich mit einem Feuer verständlich zu machen, das nichts zu wünschen übrig läßt. Alle französischen Blätter beschäftigen sich mit dem kurhessischen Streit; selbst im legitimistischen Lager fließen leine Thränen für den Kurfürsten.

Spanien.

Man lobt das Verfahren des Generals Prim in dem Konflikte mit Serrano. Die Engländer und die Spanier haben dem mexikanischen Präsidenten Juarez die Anzeige gemacht, daß sie Mexiko verlassen würden. Der mexikanische Minister des Auswärtigen, Doblado, hat hierüber seine Zufriedenheit ausgesprochen und den Bevollmächtigten Englands und Spaniens die Zusage erneuert, daß ihren Forderungen vollständig Genüge geleistet werden solle.

Italien.

Garibaldi hat folgendes Schreiben an die „Mailänder Z." gerichtet: Oberst G. B. Cattabeni, ein tapferer, von edlen Linien beseelter Offizier von stets vorwurfsfreiem Benehmen, ist verwichene Nacht (ohne die vom Gesetze vorgeschriebenen Förmlichkeiten) in diesem Hause (im Bataehause von Tredocrre) verhaftet und wie ein Uebelthäter nach Genua abgeführt worden. Ich rufe es dem Lande ins Gedächtniß zurück, daß, wenn die Regierung die Gerechtigkeitspflege zu wahren hat, sie auch die Würde der Bürger achten muß, und insbesondere jener, welche sich um das Vaterland verdient gemacht haben. — In Rom predigte Bischof Ketteler von Mainz in der deutschen Nationalkirche das Evangelium des Sonntags vor einer großen Zuhörerschaft. Er sprach über die Vergänglichkeit menschlicher Macht und Herrlichkeit, worin man nirgends lebhafter als unter den Ruinen des alten Rom erinnert werde, und verbreitete dann mit hoher Zuversicht den nahen Sieg der Kirche über ihre Dränger in Italien; und wie es dem Schöpfer des ersten französischen Kaiserreiches ergangen, so werde auch der des zweiten enden. — In Neapel wurden der ehemalige bourbonische Polizeikommissär Ludvano und der Polizeiinspektor Santaniello, die seit dem Juli 1860 sich verborgen gehalten hatten, trotz einiger mit sich vorgenommenen Entstellungen von dem Volke auf der Straße erkannt und derart durchgeprügelt, daß sie ihr Leben nur der herbeigeeilten Nationalgarde zu verdanken haben, die sie aus den Händen ihrer wüthenden Verfolger befreite. — Der Papst hat dem Könige Franz die Corvette „Immacolata Concezione" zur Verfügung gestellt, es sei Befehl gegeben, die Reisevorbereitungen zu beginnen, und es scheint, daß der König den Weisungen Napoleons zuvorkommen will.

Amerika.

Der Präsident Jefferson Davis und andere Häupter der Konföderirten hielten in Vicksburg eine Berathung, während welcher sie zu dem Beschlusse gelangten, die Stadt zu räumen, da sie doch nicht zu halten sei. General Johnstone ertheilte den Befehl zur Räumung am 4. Mai. Dieselbe begann am 2. Mai und ward am 3. Mai vollendet. Die Konföderirten ließen eine bedeutende Anzahl Kanonen zurück. Sobald die Räumung bekannt ward, setzten sich die Truppen des Generals M'Clellan in Bewegung, um den Feind zu verfolgen. Am 5. d. M. gelangten sie bis Williamsburg. Der Nachtrab der Konföderirten hatte mittlerweile Verstärkungen erhalten und versuchte, den General M'Clellan zurückzuweisen, wurde jedoch geschlagen und der linke Flügel aus seinen Positionen vertrieben. In Folge dieses Gefechts räumten die Conföderirten Williamsburg in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai, und der Ort ward am 6. von den Unions-Truppen unter General Hancock besetzt.

Ein anderes Fort kam im Laufe der Woche wieder in die Hände der Vereinigten Staaten. Es ist das Fort Macon, welches nach elftündigem Bombardement mit der Besatzung und allem Kriegsmaterial in unseren Viertheilen gelangte. Das Fort beherrschte den Eingang des Hafens von Beaufort in Nord-Carolina und somit zugleich den ganzen Staat. Der Einbruch, den die jüngsten Ereignisse auf unserer Börse hervorbrachten, war ein sehr günstiger. Die Vereinigten Staaten 6pCt. Schatzanweisungen stiegen auf 99. Die 7$^{3}/_{10}$pCt. bringen $2^{1}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ pCt. Premium und selbst rückständige Forderungen an das Staatsschatzamt können mit einem kleinen Verlust von 1—2 pCt. realisirt werden. (N. P.)

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 12. bis 17. Mai).

Samstag. Auf die Erregung der Vorwochen ist große Stille an den Börsen eingetreten. Auch die Politik ruht. Die in nächster Nachbarschaft brennende kurhessische Frage lässt das Börsenpublikum, zur Zeit noch ganz ruhig schlafen und macht ihm kein Kopfweh, denn der Bundestag ist nahe und bei ihm beisst es bekanntlich: festsitzen lernen. Wichtiger ist die Einnahme von New-Orleans und die Aussicht auf Beendigung des amerikanischen Krieges, welche die langzuschenden grossen Baumwollen-Zufuhren nach England bringen und dem Handel und namentlich der Industrie daselbst neuen Impuls geben würde. Aufallend ist übrigens der knappe Geldstand in Silberländern, namentlich in Holland und Hamburg. Es sind nirgends grosse Vorräthe, weder von Getraide, noch von Kolonialwaaren aufgestapelt. Woher also der Geldmandel in der stillen Geschäftszeit? Das ist eine Frage, welche einer ernsthaften Untersuchung werth.

In österr. Fonds wenig Bewegung und die Umsätze geringfügig bei weichenden Kursen, nur Venetianer fehlten.

Süddeutsche Staatspapiere diese Woche fester, nachdem das gegen Russen eingetauschte Material bereits wieder in festen Besitz übergegangen; zumal in bayerischen 4proz. Obligationen der jüngsten Militäranleihe bedeutender Umsatz und wurde viel für inländische Rechnung gekauft. Süddeutschland ist kapitalkräftiger, als man oft auswärts denkt und auch nichts weniger als zurückhaltend, wenn man ihm nur gute, vertrauenswerthe Anlagen offerirt; 4½proz. Preussen beständig ausgeboten, die Konversion ist nicht gelungen und der Minister wird nothgedrungen eine Anleihe zur Rückzahlung der auf den 1. Oktober gekündigten Beträge machen müssen. Die Besitzer von 4½proz. kurhessischen Nordbahn-Obligationen

Digitized by Google

finden also in 4½proz. preuss. Staatspapieren al pari einen befriedigenden Ersatz und diese so sehr vortheilte Massregelung der Gläubiger, welchen in kurzen Fristen zweimal der Zinsfuss gekündigt wurde, scheint demnach den Erfolgen nicht sicher zu sein.

Ungemein lebhaftes Geschäft war in den neuen 5proz. Russen, welche in ganz ungewöhnlichen Umsätzen mit ⅛—⅜ pCt. Avance gegen den Emissionskurs gehandelt wurden.

Unter den Loosesstücken wurden österreichische zwar etwas nachgeben, hielten sich aber verhältnissmässig fester als österr. Staatspapiere. Süddeutsche Lotterieanlehen gefragt bei geringem Meeerial, da von den soliden Sachen Alles vergriffen. — Die Bedenken, welche wir z. Z. bei Emission der Freiburger Loose äussersten, sind durch Thatsachen bestätigt worden, als da sind: Unmöglichkeit des Baukapitals der Ovonbahn, neue Anbethen des Kantons, die dessen Kräfte übersteigen, Proteste der Volksvertreter gegen Erhöhung der Steuern und andere Zerwürfnisse.

Von Eisenbahn-Aktien sind österr. Westbahn und Berbacher um ca. 2 pCt. schlechter gegangen.

Oesterr. Kredit-Aktien haben sich gegen Schluss der Woche wieder etwas erholt, der Spekulationseifer scheint indess etwas abgekühlt zu sein und es ist jetzt an der Wiener Börse, den Kurs zu halten, sonst geht es langsam abwärts. Für Frankfurter Bankaktien ist eine empfindliche Reaktion eingetreten, die den Kurs um 2 pCt. ermässigte.

Unsere jüngsten Bemerkungen über den Goldstand haben sich verwirklicht und zu 2 pCt. ist kaum etwas Namhaftes von feinen Diskonten zu haben. Wechsel im Durchschnitt matter. Die beiden Kurse werden sich schwer behaupten, wenn nicht für die nach Frankfurt kommenden fremden Anlehen Hinsonsen gedeckt werden. Aber das Ende des Liedes dürfte denn doch eine neue Ueberfüllung des Geldmarkts sein. 5 Fr. Stücke, welche mit Agio bezahlt wurden, weil sie nach Holland rentirten, flau, wie überhaupt der Wechselkurs auf Amsterdam im Rückgang ist. (Akt.)

Neueres.

** München, 19. Mai. (Priv.-Korr.) Ihre kgl. Hoheit die Frau Herzogin Max in Bayern ist von der Reise nach Venedig zurück, heute Abends wieder hier eingetroffen und wird sich in einigen Tagen nach Possenhofen begeben. — Der k. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Hr. v. Zwehl, hat sich in Universitäts-Angelegenheiten heute Morgen nach Erlangen und Würzburg begeben und ist für die Dauer seiner Abwesenheit sein Portefeuille dem k. Staatsrath Dr. v. Fischer übertragen. Letzterer hat als interimistischer Vertreter des Kultusministeriums mit den k. Staatsministern des Innern und der Justiz, Hr. v. Neumeyer und Frhr. v. Mulzer, der gestern Mittags in der Aula der Universität stattgehabten Fichtefeier beigewohnt. Die Mehrzahl der Professoren und eine große Anzahl Studierender waren bei der Feier anwesend. Die Festrede hielt der Rektor Hr. Prof. Beckers, der die hohen Verdienste des gefeierten großen deutschen Denkers und Patrioten in gehaltvollem Vortrage schilderte.

Der wiedergenesene bayr. Gesandte Frhr. v. Wendland begibt sich zur Begrüßung S. M. des Königs nach Genf. Dahin geht auch am 21. ein letzter Courier ab. J. M. die Königin hat das „Haus der göttlichen Vorsehung“ (eine Münchener Wohlthätigkeitsanstalt) besucht und beschenkt. — Die wegen Vatermords angeklagte Franziska Schmidmayer und deren Liebhaber Kallmayer wurden vom Schwurgericht freigesprochen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.

Erklärung.

In Nro. 20 der „Würzburger Stechäpfel“ vom 17. d. M. ist auf Seite 159 Folgendes zu lesen:

Ehre, dem Ehre gebührt!

Glücklich sind die Lehrer Mittelfrankens zu preisen, indem sie einen tüchtigen Schulreferenten haben, welcher sich ihrer mit Liebe und Eifer annimmt. — Dank dem edlen Manne!

Bon einem Schul- und Lehrerfreunde.

Die Unterfertigten wissen wohl nicht, welche Motive dieser öffentlichen Anerkennung zu Grunde liegen; allein da doch angenommen werden kann, daß von manchen Lesern hierin ein indirekter Tadel gegen die k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg und insbesondere gegen den k. Herrn Kreisschulreferenten, Regierungsrath Frhr. v. Gumppenberg, bezüglich der Fürsorge für die unterirdischen Lehrer gefunden werden könnte, so fühlen sie sich — im wohlgegründeten Falle als die natürlichen Vertreter vom Schullehrer-Personale des Regierungsbezirkes — zu der feierlichen Erklärung veranlaßt, daß sie mit den Gesinnungen ehrerbietigster Dankbarkeit nicht allein die dem Lehrerstande allzeit zugewendete gnädige Fürsorge des k. Kreisregierung, sondern auch das hohe Wohlwollen und die wahrhaft väterliche Sorgfalt freudigst anerkennen, mit welcher der k. Hr. Regierungsrath Frhr. v. Gumppenberg als Kreisschulreferent das Lehrer-Interesse stets zu fördern sucht, welche Sorgfalt sich erst in der am 14. d. M. abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner aus sämmtlichen Schuldistrikten in einer für die Schulleher sehr erfreulichen Weise wiederholt gezeigt und bereits einen Ausdruck des tiefsten Dankes in Nro. 117 des „Würzburger Abendblattes“ im Sinne Aller hervorgerufen hat.

Wenn indeß die Unterfertigten sich zu dieser öffentlichen Kundgabe der dankbarsten Gesinnung verpflichtet fühlen, so sind sie doch weit entfernt, durch dieselbe die obenangeführte, in dem „Stechäpfeln“ enthaltene Anerkennung irgendwie abschwächen zu wollen. Sie freut sie vielmehr innigst, daß auch ihre mittelfränkischen Amtsbrüder so glücklich sind, ihre Angelegenheiten in der besten Hand zu wissen.

Würzburg, 20. Mai 1862.

Der Verwaltungs-Ausschuß des Schullehrer-Unterstützungs-Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg und das Schullehrer-Personale der Stadt Würzburg.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	85⅜ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	82⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	54½ P.
„	4½ pCt.	48⅞ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ P. 90 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101P. 100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93½ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	95⅜ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
„	2 pCt.	43⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99½ P. 9/8 G.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	122 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	755 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195⅛/96G. o.D.
	Bayerische Bank à fl. 500 . .	—
	Darmst. Bank à. m. 2. Serie à fl. 250	215½ P. 220 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	82 G.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90⅜ / G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342P.340G. o.D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	73⅛ / P.
	Oest. F.St.Eis. 90pCt. 200 Fr. à 28 kr.	242 P.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124⅛ / G.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	33½ / P.
	Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt. .	134⅛ / G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109⅛ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54⅛ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P.248½G.o.D.
	Span. Handels- und Industrie . .	552 P. 550 G.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	546 P.
	Bayr. Ostbahn à 4⅛ pCt. volleinbez.	106⅞/—⅞ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅝ / G.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100⅛ / P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¼ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Bk. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . . .	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
—	—
—	—
do. in Cst. W. l. S.	89½—¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	103⅝ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74½ P. 73⅞ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	79¼ P. 7/8 G.	„ fl. 25 do.	27⅞ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120½ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei H.	171 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Libitch mit 2½ pCt. Z.	36½ P.
Badische fl. 50	101 P.	Vereins-Loose fl. 10.	—
Badische fl. 35	55¼ G.	Amst.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 19. Mai. Die Börse behauptete eine feste Haltung ohne wesentliche Veränderung der Kurse. Darmstädter, mitteldeutsche, Berbacher und Rhein-Nahebahnaktien wurden besser bezahlt. — 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94⅜/⅛ 5/8 bergleichen in vollbezahlten Interimscheinen waren zu 91⅜/⅛ angeboten, und zu 91½ begehrt. (Spnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek in München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner | 59. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 21. Mai 1862.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Aktenstücke zur Tagsgeschichte.

I.

Die auf den französischen Handelsvertrag bezügliche Stelle der gestern von uns auszugsweise mitgetheilten preuß. Thronrede lautet wörtlich: „Die Verhandlungen über eine vertragsmäßige Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Zollverein und Frankreich haben zu einer Verständigung geführt. Die Regierung ist dabei, im Einverständnisse mit den Zollverbündeten, von der Ueberzeugung geleitet gewesen, daß es nicht bloß darauf ankomme, dem Zollvereine für seine Erzeugnisse, seine Schifffahrt und seinen Handel die Rechte der am meisten begünstigten Nationen in Frankreich zu sichern, sondern daß auch die Fortschritte der wirthschaftlichen Entwickelung und Erkenntniß zwischen den Zollvereinstarif im Ganzen im Sinne der Verkehrsfreiheit umzugestalten. Daß die Aussicht auf eine solche Umgestaltung manche Besorgniß erregen werde, war zu erwarten. Aber es ist erkennlich, daß die Besorgnisse schon jetzt einer richtigeren Erkenntniß der Vortheile, welche die Erweiterung des Marktes darbietet, zu weichen beginnen. Mehrere Zollvereinsregierungen haben ihre Einverständniß bereits zu erkennen gegeben, darunter die sächsische Regierung, welche durch den Umfang und die Vielseitigkeit des eigenen Gewerbsfleißes auf die Würdigung gewerblicher Interessen vorzugsweise hingewiesen ist. Wir zählen darauf, daß die übrigen Zollvereinsregierungen, indem sie dem Gesichtspunkte der Förderung der materiellen Interessen des Zollvereins treu bleiben, einem Werke Ihre Zustimmung ertheilen, welches der Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung der wirthschaftlichen Entwickelung des Vereins zu werden verspricht.“

II.

Die Bischöfe des geistlichen Bezirks von Turin, welche sich auf die Einladung des heil. Vaters zur Kanonisation der japanesischen Märtyrer nach Rom begeben wollten, haben vom Justiz- und Kultusminister folgende Antwort erhalten: „An den Erzbischof von Salazzo. Turin den 27. April 1862. Der Unterzeichnete hat die Ehre, Ew. Excellenz in Beantwortung Ihres Schreibens mitzutheilen, daß die Regierung des Königs beschlossen hat, den Bischöfen, die sich zur Kanonisation der japanesischen Märtyrer nach Rom begeben wollen, keine Pässe zu bewilligen. Dieser Beschluß wurde durch den weisen Gedanken vorgezeichnet, den Bischöfen die Schwierigkeiten zu ersparen, die zwischen ihnen und ihren Diözesanen entstehen könnten, wenn sie eine Reise unternähmen, die von der öffentlichen Meinung verdammt wird. Die jetzigen Verhältnisse erfordern im beiderseitigen Interesse der Kirche und des Staates, daß alle Veranlassungen zu Unebenheiten zwischen den Bischöfen und ihren Diözesanen sorgfältig vermieden werden. Deshalb ist auch der Unterzeichnete überzeugt, daß die Bischöfe des Königreichs die Zweckmäßigkeit dieses Regierungsbeschlusses zu würdigen wissen, der äußerlichen mit dem Geiste und dem Wortlaut der Encyklika übereinstimmt, welche die heil. Kongregation des Konzliums an das katholische Episkopat gerichtet hat, und worin sie die Bischöfe, die sich ohne Nachtheil für ihre Heerde nach Rom begeben können, zu diesem Zweck einladet. Aus diesem Grunde glauben wir auch den italienischen Bischöfen die Autorisation verweigern zu sollen, sich aus ihren Diözesen zu entfernen. Ew. Excellenz bitten, Ihren ehrwürdigen Kollegen des geistlichen Bezirks von Turin Mittheilung von diesem Schreiben zu machen. Genehmigen Sie ꝛc. Für den Minister: Barbaroux.“

III.

Der Brief des spanischen Oberbefehlshabers Prim d. d. Orizaba, 14. April, an einen Freund in der Havannah lautet wörtlich: „Das unabänderliche Geschick liegt über den menschlichen Willen. Was hier vorgeht, muß jeden etwaigen Zweifel in die obige Ueberzeugung wandeln. Die Tripple-Allianz existirt nicht mehr. Die kaiserlichen Soldaten bleiben zurück, angeblich, um einen Thron für den Erzherzog Max zu errichten, während Englands und Spaniens Waffen den mexikanischen Boden verlassen. Welcher Wahnwitz?! Sie, der Sie meine frühere Zuneigung zum Kaiser und meine wahrhaft brüderliche Achtung für die braven Franzosen und alles damit Zusammenhängende kennen, begreifen leicht meinen Seelenschmerz in einem Augenblick, wo ich den Kampfplatz und meine Kameraden verlassen, und den schönsten Traum meines Lebens, dem einer Waffenverbrüderung mit Frankreich auf gleichem Thatenfelde entsagen soll. Allein ich konnte unmöglich bleiben, ohne Alles das, was ich meiner Königin und meinem Land schulde, außer Acht zu lassen. Thatsächlich haben sich die Absgesandten des Kaisers von der Londoner Uebereinkunft völlig losgesagt, um nur auf ihre eigene Faust zu handeln. Sie schützten vor, den Schutz Frankreichs mexikanischen Flüchtlingen wie Almonte und Genossen angedeihen lassen zu müssen, Leuten, welche bei ihrer Ankunft in Veracruz laut die Absicht aussprachen, die Republik zu stürzen, und eine Monarchie für Erzherzog Max zu errichten. Und nun erklärte Herr v. Saligny vom 10., mithin 5 Tage vor den anderaumten Unterhandlungen mit der mexikanischen Regierung, daß er nicht mehr mit dem Gouvernement Juarez unterhandeln werde. Das Alles ist klar und deutlich ausgesprochen und festgestellt — in extenso, wie die Diplomaten sagen — im letzten Protokoll, welches allein hinreicht, die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, wo das Recht und wo das Unrecht sitzt. Sie begreifen ferner, daß ich als Spanier keine so radikale politische Umgestaltung, als dem Bande Mexiko aus der Ottroyirung eines ihren Prinzen entstehen würde, zulassen darf. Die Verbündeten kamen hieher kraft des Londoner Vertrags, den wir ohne offenbares Unrecht nicht über Bord werfen können. Ich ziehe mich daher mit meinen Truppen in die Havannah zurück, erwartend die Befehle meiner Regierung.“

Deutscher Bund.

Bayern. Das Regierungsblatt Nr. 20 enthält die allerhöchste Verordnung über Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreichs. In diesem umfassenden Aktenstück — es enthält über 150 Spalten — begegnen wir zunächst die einleitenden Erklärung, daß gemäß der in Landtagsabschied gegebenen Zusage die Gewerbsordnung dem Wortlaut und Geiste der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen entspreche. Die Instruktion tritt mit dem 1. Juli d. Js. in Kraft, und die beim Erscheinen derselben bereits in erster Instanz beschiedenen Konzessionsgesuche sind im bisherigen Instanzenzug ihrer Erledigung zuzuführen.

Der erste Abschnitt der Verordnung beschäftigt sich mit der bedeutenden Konzession, welche zur selbständigen Ausübung eines stehen Gewerbes ohne Unterschied (mit Ausnahme der freien Gewerbe und Gewerbsarten) ertheilt wird; nachdem durch Verjährung zweier Gewerbsrechte noch einzelne Gewerbsbefugnisse erworben werden können. Folgt nun die Aufzählung aller konzessionirten Gewerbe, darunter außer den gewöhnlichen und hinreichend bekannten Handwerken: Eisenbahnen und Dampfschifffahrt, anonyme Gesellschaften, Aktien-Gesellschaften und Korporationen; Hypotheken,

Digitized by Google

Badestuben, Buch-, Kupfer-, Stahl-, Holz-, Steindruckereien, Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlungen, Antiquariate (vorbehaltlich des Selbstverlagsrechts der Autoren), Leih-Anstalten, Lese-Cabinette. Ferner Errichtung und Betrieb von Hochöfen, Hütten- und andern maßenhaften Brennmaterial erfordernden Werken, kaufmännischen Groß- und Detailhandels (ausgenommen einheimische Naturerzeugnisse) Bierbrauereien, Germsiedereien, Malzfabriken, dann der Fabriken, die eines oder mehrere konzessionspflichtige Gewerbe in sich schließen, Baugewerke, Mühlen, Bolen, Kutscher, Kärner, Liqueur- und Branntweinbrenner, alle Arten von Gast- und Schenkwirthschaften, Hotels-garnis u. s. w.

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit den Vorbedingungen zur Erlangung einer Konzession, hinsichtlich der Befähigung. Die persönliche Befähigung des Bewerbers erweist sich durch die Prüfung. Selbstverständen finden hier sehr verschiedene, durch den Charakter der Gewerbe bedingte Normen statt, z. B. für die medizinisch-polizeilichen Gewerbe, für die mit literarisch-artistischen Erzeugnissen oder deren Handel, Baugewerke u. s. w. gegenüber den gewöhnlichen Handwerken, untergeordneten Fabrik- und Handarbeiten oder solchen, bei welchen ein besonderer Befähigungsnachweis mittels Prüfung gar nicht erforderlich. Der dritte Abschnitt beurtheilt die andern Vorbedingnisse einer Konzession, insonderheit den Nahrungsstand. (Forts. f.)

Preußen. Die Eröffnung des Landtages entbehrte diesmal wegen der Abwesenheit des Königs des gewohnten Glanzes. Der Thron war mit einer Purpurdecke verhüllt, die Generalität fehlte, die Hofloge blieb leer, an den Thüren standen nicht die Krongardisten, sondern l. Dienet. Der Saal füllte sich rasch, der schwarze Frack war in überwiegender Zahl vertreten, militärische Uniformen sah man nur wenige in den Reihen der Mitglieder des Herrenhauses, ferner einige landständische und Regierungsuniformen. Die Diplomatenloge war spärlich besetzt, auch die Zuschauertribünen nicht so gefüllt wie sonst. Die Versammlung hörte der Vorlesung des Ministerpräsidenten schweigend zu. Der Prinz las mit starker Stimme, aber ohne Bestimmtes zu betonen, geschäftsmäßig und nicht ohne unwillkürliche Pausen. Am Schlusse der Rede ersuchte er die Mitglieder des Herrenhauses, ihre unterbrochenen Arbeiten wieder aufzunehmen, die Abgeordneten, die übrigen zu beginnen. Der Vizepräsident des Herrenhauses, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, brachte schließlich ein Hoch auf den König aus, in das die Versammlung dreimal einstimmte.

Die „Sternzeitung" sagt: Der „Staatsanzeiger für Württemberg" giebt einen Satz in unsern Artikeln über die hessische Angelegenheit dahin auffassen zu müssen, daß wir die württembergische Regierung zu denjenigen gerechnet hätten, welche dem hessischen Gouvernement bisher ihre Unterstützung angedeihen ließen, und er legt gegen eine solche Darstellung Verwahrung ein. Wir bedauern sehr, zu einem derartigen Mißverständniß Anlaß gegeben zu haben. Unsere Absicht war offenbar, die württembergische Regierung namentlich als eine solche hervorzuheben, die in Kassel sofort die nachdrücklichsten Vorstellungen gegen die Wahlverordnung vom 26. April geltend gemacht hätte, und es gereicht uns zur Beruhigung, daß diese unsere Absicht unseres Wissens sonst überall richtig verstanden und das von uns hervorgehobene Faktum in zahlreichen Blättern als eine erfreuliche Thatsache reproduzirt worden ist.

Ihren „Kreuzzeitung" erzählt: Bei der Enthüllung des Denkmals des Grafen Brandenburg sprach der König zum Oberbürgermeister Krausnick etwa: „Nun, mein lieber Oberbürgermeister, sei Ihnen dies Denkmal übergeben. Ich hoffe, daß die von Ihnen vertretene Stadt Berlin es stets hoch in Ehren halten, daß sie stets eingedenk sein wird der großen Verdienste, die der Mann (auf das Denkmal deutend) sich um das Vaterland und diese Stadt erworben hat, denn ihm gebührt der Ruhm, im November 1848 im Verein mit Feldmarschall Wrangel Ruhe und Ordnung hergestellt zu haben. Ich hoffe, daß solche Zustände nicht wiederkehren, und daß Sie, meine Herren (zu den Vertretern der Stadt gewendet), das Ihrige dazu thun werden." — Darauf folgten noch einige leiser gesprochene Worte zu Hrn. Krausnick. Dann, sofort sich umwendend, gingen Se. Majestät auf Herrn v. Manteuffel II. zu, schüttelten ihm sehr herzlich die Hand und sprachen dann: „Wie sehr bedauere Ich, Ihren Herrn Bruder heute nicht hier zu sehen. Auch er hatte ja damals den ruhmvollsten Antheil an der Rettung des Vaterlandes: das sind Verdienste, die niemals (mit erhobener Stimme) werden vergessen werden. Sagen Sie ihm, daß er dessen versichert sein könne, und sprechen Sie ihm nochmals mein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß es ihm nicht vergönnt war, heute hier zugegen zu sein." (Balsam für das wahlwunde Traubasenherz der K. Z.)

Der lange vergebens gesuchte Handelsminister ist jetzt in der Person des Regierungspräsidenten v. Holzbrink aus Münster gefunden worden.

Sachsen. Auf 19. Mai sind die Mitglieder der Ständeversammlung zu einem außerordentlichen Landtage einberufen. Bis Mittag waren bei der Einweisungskommission bereits zahlreiche Anmeldungen erfolgt. Morgen wird in beiden Kammern die erste vorbereitende Sitzung stattfinden. Hauptgegenstand franz. Handelsvertrag.

Hannover. In zweiter Kammer interpellirte v. Bennigsen den Minister des Innern wegen des vielbesprochenen Vorfalls auf dem landwirthschaftlichen Feste in Lingen, wo der Chef der Provinz Osnabrück, Landrost v. Lütcken, sein volles Weinglas einem Deputirt-an den Kopf warf, der sich verdächtig gemacht, den Toast des Landdrosten auf den Grafen Borries zu mißachten. Aus dem Kriminalgesetzbuch und dem Staatsdienergesetz leiterte der Führer der Opposition den nicht angeschonenen Nachweis, daß sowohl kriminell als disziplinarisch einzuschreiten gewesen wäre, und daß man allerminestens eine Versetzung desselben in eine andere Provinz hätte erwarten dürfen. Als mögliche Gründe dieser Nichtangebrachten Nachsicht bezeichnete man einerseits den Umstand, daß Hr. v. Lütcken früher Ministerpräsident gewesen, andererseits die nahe Verwandtschaft desselben mit dem mächtigen Minister des Innern, dessen Schwager Hr. v. Lütcken ist. Eine weitere Aufführung schnitt der Präsident ab. v. Bennigsen beschränkte sich also darauf, den Minister um Auskunft zu ersuchen, ob Schritte gegen Hrn. v. Lütcken gethan seien, und wenn nicht, weßhalb man sie unterlassen habe? Graf Borries nannte den Vorfall einen bellagenswerthen, behauptete aber, die Stellung v. Lütckens habe durch jene Uebereilung keinen Schaden gelitten, und so habe man denn von einer Versetzung Abstand nehmen können. v. Bennigsen bedauerte, daß man auf solche Weise im Volke den Glauben nähre, daß eine hohe Stellung vor jeder Strafe schütze, und konstatirte die Thatsache, daß der Minister des Innern nicht im Stande gewesen sei, die Gründe zu erläutern, weßhalb man gegen den Landdrosten v. Lütcken keine Untersuchung wegen jenes eklatanten Vorfalls eingeleitet habe. (Transf. Z.)

Kurhessen. Der Kurfürst von Hessen hat das gestern abgelaufene preußische Ultimatum nicht blos ablaufen lassen, sondern förmlich und ausdrücklich zurückweisen wollen. Was wird Preußen nun thun? ungefähr einmarschiren? Die preußische Thronrede spricht nur von Wahrung der Würde Preußens, ohne sich einer drohenderen Sprache, wie man sie in Berlin und auch anderwärts wohl erwartet hat, zu bedienen. Nur gibt sie zu verstehen, daß die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 nun um so beschleunigter werde erfolgen müssen.

Die „Zeit" schreibt aus Kassel: „Dem Ultimatum würde also heute entsprochen werden müssen. Zur Stunde aber fehlen dazu noch alle Anzeichen. Der Kurfürst saßelt mit seinen Getreuen zur Wilhelmshöhe; das würde, wie die Verhältnisse hier liegen, sicher nicht geschehen, wenn er sie entlassen wollte; dergleichen Henkermahlzeiten sind bis jetzt noch nicht üblich gewesen. So würde unsere Angelegenheit denn heute in ein neues Stadium treten. Gerüchtweise verlautet, Oesterreich und Bayern hätten gegen die einseitige Besetzung des Kurstaates durch preußische Truppen protestirt; bestätigt sich das, so wäre die Ablehnung des preußischen Ultimatums hinlänglich erklärt. Vor Preußen allein fürchtet sich der Kurfürst nicht; nur weil Oesterreich ihn in Betreff der Wahlverordnungen gleich hart bedrängte, hat er diese zurückgezogen. Ist mit diesem Schritte die Gemeinsamkeit schon zu Ende, so verschwindet damit auch die Furcht. Schon der morgende Tag wird über diesen Punkt Klarheit verbreiten."

Durch Kurfürstl. Reskript vom 10. d. wurde der Obergerichts-Referendar v. Starck in Fulda seines Dienstes entlassen. Einen Grund anzugeben hielt man nicht für nöthig; wahrscheinlich ist die im Laufe der Disziplinaruntersuchung gegebene Erklärung, daß nur die Verfassung von 1831 als zu Recht bestehend angesehen werden könne, die Veranlassung zu diesem Gewaltschritt. — Den Schluß der wider den Physikus Dr. Ungewitter zu Burghaun anhängigen Disziplinaruntersuchung bildet die ihm vor einigen Tagen seitens des Ministeriums des Innern gewordene Auflage, nunmehr die Verfassung von 1860 zu beschwören. Daß dies verweigert wurde, versteht sich von selbst.

Schweiz.

Aargau's großer Rath verhandelt das Gesetz, welches den Juden des Kantons die ihnen als Schweizerbürger zukommenden

Digitized by Google

Rechte sichern soll, und nach einläßlicher Berathung wurde dasselbe beinahe einstimmig angenommen. Die bonapartistische „N. Z. Z." verbreitete das Bestürzung erregende Gerücht, Bundesrath Fornerod (nach Stämpfli der entschiedenste Gegner des Bonapartismus in der Bundesbehörde), werde eine Finanzstelle in seinem Heimathkanton Waadt annehmen.

Großbritannien.

Die neuesten Nachrichten aus Mexiko kommentirt der „Herald" mit den Worten: „Wir haben keine Sehnsucht danach, die Stadt der Sonne von englischen Truppen besetzt zu sehen. Wenn die Franzosen Mexiko kolonisiren, so glauben wir, daß die zehn Plagen, die auf Neu-Spanien fielen, auch Neu-Frankreich heimsuchen werden. Aber was wir bedauern, ist, daß man Konventionen schließt, nur um sie zu brechen; daß Verträge und Protokolle nichts als Makulatur sind; daß wir uns in Expeditionen einlassen, ohne die Folgen vorauszusehen oder ihren möglichen Vortheil gegen die gewissen Kosten und die sichere Wagniß gehörig abzuwägen."

Das Faktum, daß die nassauische Kammer die Aufhebung des Spielhauses in Wiesbaden votirt hat, erscheint den „Times" als ein Zeichen, daß Deutschland sich im Ernst zu regen beginne. (Daß die Nationalversammlung vom 1848 schon alle deutschen Spielhäuser aufzuheben beschloß, scheint die „Times" nicht erinnerlich.)

Der „Herald" behauptete noch gestern, daß die Einnahme von New-Orleans ein sehr gefährlicher Schritt des Nordens war, und daß die Unionstruppen sich damit eine Grube gegraben hätten. Die „Times" dagegen findet es von den Sonderbündlern unverantwortlich, daß sie so gar keine Anstrengung zur Vertheidigung dieser eigentlichen Hauptstadt des Südens gemacht zu haben scheinen. Nach dem Ton ihres Artikels zu schließen, hat die „Times" nicht übel Lust, ihre Sympathieen den Nordstaatlern zuzuwenden. Im „Herald" sind schon in den letzten Tagen Bemerkungen über die Unvollständigkeit des „großen Bürgenblatten", welches plötzlich ins Unionistische schillere, laut geworden. Allerdings richtet das charakterlose Blatt „Times" sein Urtheil stets nach dem Erfolg; dies hindert aber nicht, daß „Herald" ein alter Gimpel ist.

Frankreich.

„Patrie" schneidet wieder folgendermaßen auf: „Der Enthusiasmus der französischen Soldaten in Mexiko habe seinen Höhepunkt erreicht. Alle von Frankreich, Martinique und Guadeloupe abgegangenen Verstärkungen seien angekommen. Die monarchische Partei habe General Almonte zu ihrem Führer gewählt. Fünf Generale hätten seine Macht anerkannt, sich mit ihren Truppen unter seinen Befehl gestellt und den Sturz Juarez proklamirt. Gleich nach der Ankunft der Franzosen in der Hauptstadt werde General Almonte zum Chef der provisorischen mexikanischen Regierung ernannt werden. Eine durch die freie allgemeine Abstimmung gewählte konstituirende Versammlung werde in Mexiko zusammentreten und den definitiven Willen des Volkes kundgeben. Alle Kaufleute, Industriellen, großen Grundbesitzer und die ganze Geistlichkeit seien der monarchischen Partei gewogen, deren Erfolg nun gewiß scheine. Diese von Frankreich unterstützte Partei, sei die der Civilisation, der Ordnung und der Freiheit." (Die bekannte Devise des Dezemberlatsers.)

Italien.

Ministerpräsident Ratazzi hat den Studenten Neapels die Erlaubniß ertheilt, eine Studentenlegion zu bilden. Die Listen liegen bereits in einem Lokale der Universität zum Einschreiben offen. Die Zahl der am ersten Tage eingeschriebenen Studenten betrug 250. Ratazzi hat ihnen versprochen, daß sie die Büchsen von der Regierung erhalten werden. Chef der Studentenlegion ist der bekannte Baron Nicotera.

Türkei.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat die Pforte angeordnet, daß in Zukunft die Schildwachen vor den Patriarchen, Bischöfen und Geistlichen nicht-muselmanischen Bekenntnisses das Gewehr zu präsentiren haben. Wenn das griechische oder römische Bistikum vorübergetragen wird, haben die türkischen Posten ins Gewehr zu treten. Das Journal des „Debats" bemerkt hiezu: Wir haben uns über diese Maßregel nicht auszusprechen. Sie offenbart mindestens einen merkwürdigen Geist der Duldung. Türkische Soldaten werden vor dem Bistikum salutiren! Wie kennen Länder, wo die katholischen Soldaten aus vielen Gründen nicht gehalten sind, ein Gleiches zu thun.

Wie hoch oder wie gering man auch den Fall von Rieksch in strategischer Beziehung veranschlagen mag, der moralische Einfluß, den diese Waffenthat der Montenegriner ausüben muß, darf sicherlich nicht unterschätzt werden. Noch ist es kein Dezennium her, daß die Pforte im Stande war, den ersten Anprall der russischen Streitkräfte allein auszuhalten, bis nach einem halben Jahre die erste Hilfe von Seiten der Westmächte anlangte. Soll sie heute wirklich nicht mehr fähig sein, eine von unmilitärischen Insurgenten belagerte Festung zu entsetzen? Noch lebt es im Gedächtnisse der Mitwelt, wie Silistria sich gegen die Heeresmacht des Kaisers Nikolaus vertheidigte; wie Omer Pascha Monate lang in den Schanzen, die er um Kalafat improvisirt hatte, sich der Russen zu erwehren wußte; — und jetzt ist die Türkei so weit herabgekommen, daß die Schaaren eines Luka Vukalovich über ein Jahr hindurch eine wichtige Festung einschließen können, bis endlich auch Montenegro auf dem Kampfplatze erscheint und die Truppen Mirkita's mit stürmender Hand den Platz nehmen, die Garnison, welche der Serdar mit Aufbietung aller Ressourcen seines Gebietes nicht zu befreien vermocht, gefangen nach Cettinje abführen. Das vor acht Tagen verbreitete Gerücht, Rußland und Frankreich hätten dem General des Sultans die Ueberschreitung der montenegrinischen Grenze untersagt, wird durch diesen Ausgang der Belagerung fast zum bittern Sarkasmus gestempelt; nicht Montenegro, nein, die Türkei gilt es, vor einer Invasion zu bewahren! Als Kaiser Nikolaus I. starb, da nahm er den schmerzlichen Eindruck mit ins Grab, daß seine Truppen bei Eupatoria in der Krimm von den Türken allein zurückgeschlagen worden waren — man sagte damals, er habe bei der Nachricht ausgerufen: „Wären es noch die Franzosen oder Engländer gewesen; aber die Türken!" Wir müssen gestehen, daß uns Angesichts solcher Reminiszenzen die Impotenz der Pforte und ihres Feldherrn in der Herzegowina beinahe unbegreiflich erscheint. Sie wird nunmehr Alles aufbieten müssen, daß sie nicht nachgerade bei lebendigem Leibe von den Mächten zu den Todten geworfen wird, denn wer sich selbst verläßt, den geben auch Götter und Menschen auf.

Rußland und Polen.

Seit geraumer Zeit schon treffen in Breslau und anderwärts Briefe aus Warschau ein, welche unverkennbare Spuren an sich tragen, daß ihr Inhalt irgendwo untersucht sein muß, wenn auch das Siegel derselben unversehrt ist. Es ist Pflicht, das mit Polen korrespondirende Publikum auf dergleichen Vorkommnisse aufmerksam zu machen. (Schles. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Der Guß des für die Stadt Mainz bestimmten Schillerdenkmals hat jüngst in der Erzgießerei von Burgschmiet-Lenz zu Nürnberg stattgefunden und ist vollständig gelungen.

Die „Neckarzeitung" bemerkt über die Bischofsheimer Feuersbrunst: Dieselbe wurde von Gymnasialschülern, welche aus den Lektionen kamen, an den Dachstühlen zweier dem Gymnasiumsgebäude benachbarter Häuser, das eine einem Metzger, das andere einem Bäcker gehörig, wahrgenommen und dem ihnen aus dem Lehrsaale folgenden Religionslehrer, Prof. Breitmaier, angezeigt. Bei der dem Gymnasiumsgebäude zunächst und unmittelbar drohenden Gefahr, welche von den ausgedorrten Dachstuhlballen auf das Dach der an das Gebäude anstoßenden Gymnasiumskirche überspringend auch diese in kürzester Zeit ergreifen konnte und mußte, war Herr Breimaier, nachdem er den bemerkten gefährlichen Brand anderweitighin möglichst zur Kenntniß zu bringen gesucht hatte, vor allem darauf bedacht, aus der bedrohten Kirche das Sanktissimum u. s. w. zu retten, während er sich um seine eigenen Habseligkeiten in seiner, in dem schon brennenden Gymnasiumsgebäude befindlichen Wohnung nicht bekümmern konnte. Diese waren nicht versichert und gingen theils zu Grunde, theils bei der versuchten Rettung zu Schanden. Aehnliches geschah dem physikalischen Apparat und der Gymnasiumsbibliothek. Der ebenfalls im Gymnasium wohnende Direktor Reinhard hatte zum Glück seine Habseligkeiten verflößt. Bei ziemlich heftigem Winde sprang das Feuer von Dachstuhl zu Dachstuhl der aneinander stoßenden Gebäude und in Einer Stunde hatte die Flamme des entfesselten Elementes die Dachwerke der drei Flügel des Gymnasiums, der Gymnasiumskirche, des Hospitals und 6 bis 7 anderer größerer Gebäude ergriffen. An dem Holzwerke der Dachstühle selbst und an dem unter den Dächern aufbewahrten Brennholze hatte die gewaltige Flamme solche Nahrung, daß das Feuer selbst am hellen Nachmittage weithin gesehen wurde. Gewähren die Ruinen der vom Brande ergriffenen Gebäude schon einen

Digitized by Google

traurigen Anblick, so noch mehr das Innere des Gymnasiums, welches, — offenbar in übereilter Besitzung — Ställe und Beichtstühle theils ganz, theils nur durchschnittweise getheilt wurden, um zu retten. Der Plafond der Kirche ist bis jetzt noch erhalten; ob er aber nicht so stark beschädigt ist, daß er Einsturz droht, wird die nächste Zukunft darthun. Die von Wertheim telegraphirte zur Hilfe gerufene Feuerwehr wird in Bischofsheim sehr gerühmt.

Sehr traurige Berichte laufen aus Lincolnshire ein. Ein großer Theil dieser Grafschaft, an 700,000 Acker Landes, liegt unter dem Spiegel des Meeres, und wird durch Dämme, nach Art der holländischen, vor den Ueberfluthungen der See geschützt. Einer dieser Dämme wurde vor einigen Tagen durchbrochen, und durch eine 40 Yards (120 Fuß) weite Oeffnung stürzen sich die Fluthwellen über das niedrig gelegene, reich angebaute und bevölkerte Land, welches unter dem Namen „The Lincoln Fen" bekannt ist. Bisher waren alle Versuche, den Damm wohlgesinnig zu füllen, fehlgeschlagen, denn eben jetzt steigt die Meeresfluth sehr hoch und spült alles weg, was ihr in den Weg tritt. So gibt es dort des Jammers viel, die schöne Ernte ist verloren, die Pachtungen stehen unter Wasser, der Schaden läßt sich kaum berechnen. (Nach der „Times" sind 30,000 Hufen Landes überschwemmt.)

In Znaim wüthet eine furchterliche Typhus-Epidemie; seit dem 2. Mai sind 800 Erkrankungsfälle vorgekommen, eine Ziffer, welche bei einer Einwohnerschaft von 8000 Seelen eine ungeheuerliche genannt werden muß.

Des Papstes Privat-Yacht ist (wie der „Morningpost" aus Porto d'Anzo mitgetheilt wird) eine schön geformte Schraubenlorvette von 635 Tons, die auf der Themse gebaut wurde und acht Geschütze führt. Sie wird durch den Obersten Chalbi befehligt und mit mit achtzig Matrosen bemannt. Ein Kapuzinermönch fungirt als Kaplan an Bord, und der Ober-Ingenieur Mr. George Engle ist ein geschickter erfahrener Offizier, der für seine Dienste in Civita Vecchia und im römischen Belvederer-Arsenal vom Papste dekorirt worden war. Der heilige Vater machte vor einigen Tagen (der Brief ist vom 1. Mai datirt) seinen ersten Ausflug auf der Yacht, bei welcher Gelegenheit sie etwa 40 Meilen längs der Küste gegen Terracina hin dampfte. Das Meerkegelbot Viktor Emanuel wurde dabei sorgfältig vermieden, obgleich ital. Fahrzeuge mit der roth-weiß-grünen Flagge am Mast oft Porto d'Anzo vorbeifahren und nahe genug an die Küste franko kommen, um deutlich gesehen zu werden. In den letzten Tagen erst fuhr ein großer, die Tricolore zeigender Dampfer, mit italienischen Truppen an Bord, so hart an der Küste vorbei, daß darüber im päpstlichen Lager beinahe Bewegung entstanden wäre, und daß Artilleristen, Zouaven, Offiziere und Soldaten aller Waffengattungen den Bewegungen des verdächtigen Gastes argwöhnisch folgten.

Neueres.

** München, 20. Mai. (Brün. Korr.) Morgen wird Herr Generalmajor v. Biel wieder nach Frankfurt abreisen. — Mit dem 1. Juli wird die „Jarzeitung" in großem Formate und reicherer Ausstattung des Inhaltes erscheinen und zwar wie bisher unter Redaktion des Hrn. Dr. Becker. Mehrere der geachtetsten Männer unserer Stadt, sowie einige hervorragende Mitglieder der 2. Kammer haben dem Blatte ihre thätigste Unterstützung zugesagt.

Das seit längerer Zeit vermißte preuß. Schiff „Elbe" (japanesische Expedition) ist glücklich in Falmouth eingelaufen. Die neueste Berliner Post enthält nichts über die Ultimatums-Zurückweisung Seitens des Kurfürsten.

Schleswig-Holstein. Dem „Brünn. Korr." geht die Mittheilung zu, daß eine Zirkulardepesche des Kopenhagener Kabinets etwa um die Mitte dieses Monats expedirt worden ist, in welcher die dänischen Gesandten beauftragt werden, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, mit den Protesten der dänischen Regierung gegen die jüngsten Bundesbeschlüsse bekannt zu machen und zugleich mit allem Ernst die Aufmerksamkeit der betr. Regierungen auf den „Machtübergriff", den der deutsche Bund sich durch ein Hineinziehen Schleswigs in seine Beschlüsse erlaubt habe, hinzulenken und die Gefahren eines solchen Vorgehens hervorzuheben. Der Antrag auf Berufung eines europ. Kongresses ist in der Depesche selbst nicht ausgesprochen, dagegen sind die Gesandten vertraulich angewiesen worden, in ihren mündlichen Auslassungen die Sache so darzustellen, daß es möglich von Seiten der fremden Regierungen auf die Zweckmäßigkeit, die Sache einem Kongresse zu überweisen, verwiesen werden möchte, auf über derartige Auslassungen alsdann Bericht zu gehen. Wie ich aus derselben Quelle vernehme, haben die diplomatischen Agenten einer westlichen Großmacht an gewissen Orten durch den Telegraphen von ihrer Regierung den Auftrag erhalten, über die gegenwärtige Lage der deutsch-dänischen Frage schleunigst Bericht zu erstatten. Die Nachricht kann als bestimmt gegeben werden; die betreffende Depesche ist seine drei Tage alt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	76½/ P.	
"	5 pCt. Lomb. " ditto.	76½ G.	
"	5 pCt. Venet. Compon. b. R.	75 G.	
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63½ P.	
"	5 pCt. Metall. Obligation.	53½ P.	
"	4½ pCt. "	—	
"	4 pCt. "	—	
"	3 pCt. "	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ P. 90 G.	
Bayern	5 pCt. Obl. i. K. u. S. b. R.	101¼ G.	
"	4½ pCt. Obl. Ufr. dto.	100 G.	
"	4½ pCt. Obl. ½/Ufr. dto.	104 G.	
"	4 pCt. Obl. Ufr. dto.	101¼/P 100¾/G.	
"	4 pCt. Obl. Ab.-Kdito.	101P. 100¾/G.	
"	3½/ pCt. Obl. dto.	88¾ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ G.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	103¾ P.	
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	98 G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¾ P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100 P.	
"	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
"	3½ pCt. Obl. dto.	92¾ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	87½ P.	
"	2½ pCt. Obl.	57½ P.	
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.	
"	3 pCt.	48½ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99¼ P. ¾ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1200 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	752 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194½—93½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	630
Darmst. Bank 1. b. V. Satz à fl. 250	217½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	82 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	89½ P.	
Thüring.-Eisenbahn à fl. 250	540 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	74½ G.	
Oest. F.St.Eis.-Lpct. 500 Fr. à 28 kr.	242 P.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	125 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. à 5 pCt. 6/7	78½ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 100 Thl. à 105 pCt. Z.	32½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134½ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109½ P.	
Oest. St.-Eisenb.-Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83¾ G.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249¾ 48½ G.	
Span. Handels- und Industrie	530 P. 525 G.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	540 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollbezahl.	106¾ G.	
Bayer. Ostbahn, 30 pCt. Einz.	105¾ G.	
Providentia, (Feuerwers.) 10 pCt. Einz.	109¼ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. k. 100 k. S.	100⅝ P.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	99⅜ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ P.
Londra Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frc. 300 k. S.	93¾ G.
Mail. Frc. 300	93¼ G.
Paris Frc. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest k. 100 k. S.	—
Wien k. 100 k. S.	—
do. 2 à 6 Mon.	—
do. 3 à 6 Mon. W. I. S.	89½—89 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	500 fl. 1860	104 P.	Kurhess. Thlr. 40 à fl.	58 P.
"	à 100 fl. 1854 m. pCt.	74 P.	do. Bessen S. 20 à Thlr.	103½ P.
"	à 500 fl. 1860	75¼—74¼ G.	" à 25 pCt.	18¼ P.
"	à 100 Gld. L. v. 1858.	120½ G.	Nassau à 25 bei Rothsch.	37½ P.
Preussen	50 pCt. Prämi.-Anl. bei H.	121 P.	Sardinien Fr. 36 à fl.	50 P.
Mailand-Cantal à fl.		36½ P.	St.-Lotterie mit 20 pCt. Z.	36 P.
Badische à fl. 50		101 P.	Vereins-Loose à Thlr.	30 P.
"		55½ G.	Ausb.-Gutsenh. à fl. 7-L.	19¼ P.

Frankfurt, 20. Mai. Oesterr. Fonds und Kreditaktien konnten sich nicht auf den gestrigen Kursen behaupten. Auch Frankfurter und Darmstädter Bankaktien wurden billiger abgegeben. Dagegen waren Bergbacher Aktien die Ausnahme fort. 5 pCt. russische Obligationen in Interessenscheinen und 15 pCt. Einzahlung wurden à 94½ gegen gleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 94½ umgesetzt.

(Synd.)

Digitized by Google

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 141. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleinschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 5 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. | 59. Jahrgang. | Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 22. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. (Vollzugsverordnung des Gewerbegesetzes. Forts.) Indem wir uns vorbehalten, das gestern kurz angedeutete, jedoch wichtige Kapitel der verschiedenartigen Gewerbsprüfung ausführlicher zu besprechen, fahren wir mit dem dritten Abschnitt fort.*)

Die Konzessionsverleihung ohne Anständigmachung auf Antrag des Bewerbers ist zulässig: bei Fabriken und Großhandlungen, bei reelen und radizirte Gewerben und bei Ueberlassungen schon anständiger Personen, wenn die bereits erworbene Heimath durch besondere rechtsgültige Uebereinkunft mit der betreffenden Gemeinde vorbehalten wird.

In allen Fällen, wo die Konzessionen die Anständigkeit zur Folge hat, ohne diese auf den Betrieb von Großhandlungen und Fabriken oder auf reale und radizirte Gewerbe begründet werden will, muß der Konzessionsverleihung oder Anständigmachung die Einvernahme der treffenden Gemeinde nach § 9 des revidirten Gesetzes über Anständigmachung und Verheirathung und die Beurtheilung des erforderlichen Nahrungsstandes des Bewerbers vorausgehen.

Bei Beurtheilung des Nahrungsstandes soll nur darauf gesehen werden, ob der Umfang der nachgesuchten Gewerbsbefugniß und der mit ihr in Verbindung stehende Markt und Absatz so beschaffen sind, daß ein mit den unentbehrlichsten Hilfsmitteln zum Beginne des Unternehmens ausgerüsteter Bewerber bei gehöriger Thätigkeit werde bestehen können. Ob diese Voraussetzung neben den gesetzlichen Erfordernissen der Anständigmachung gegeben, so darf die Konzession nicht versagt werden; jedoch bleibt bei Gewerben, deren Betrieb nach der Natur der Sache oder nach Beschaffenheit der Umstände sich nicht über die Grenzen einer bestimmten Gemeinde erstreckt, die Berücksichtigung der örtlichen und anderer Verhältnisse durch die zuständigen Behörden vorbehalten. Die Verleihung aller Art von Wirthschaften darf nur stattfinden, wenn sich die Behörden von der Nothwendigkeit oder öffentlichen Nützlichkeit des Unternehmens überzeugt haben, auf den bloßen Vortheil des Unternehmers kommt es nicht an. Die Ertheilung neuer Konzessionen für Wirthschaften, welche sich ausschließend mit dem Branntweinverkaufe befassen wollen, hat zu unterbleiben.

Die Verleihung von Konzessionen an Frauenspersonen kann stattfinden bei realen und radizirten Gewerben, wenn sie ihre Befähigung nachweisen oder wenn der Gewerbsbetrieb mittels Stellvertretung zulässig ist, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß mit dem Gewerbsbetriebe eine Anständigmachung nicht begründet werden will.

Inwieferne Geistliche, Ordenspersonen, Beamte des Staates und der Gemeinden, Militärpersonen, Schullehrer und sonstige, in öffentlichen Diensten stehende Personen vom Gewerbsbetriebe in eigener Person oder durch ihre Angehörigen (Ehefrauen, unter väterlicher Gewalt stehende Kinder, Dienstboten und andere Mitglieder des Hausstandes) ausgeschlossen sind, oder hiezu einer besonderen Genehmigung ihrer Dienstesbehörde bedürfen, ist nach den bestehenden Dienstvorschriften zu beurtheilen. Dieß gilt auch bezüglich der Betheiligung von Staatsbeamten an der Verwaltung einer auf Aktien oder mittelst Scheines begründeten Unternehmung.

Konzessionsgesuche von Ausländern sind vorbehaltlich der für die Einwanderung zu erfüllenden Vorbedingungen gleich jenen der Inländer zu behandeln. An Ausländer, welche das bayerische Indigenat nicht zu erwerben Willens sind, können aber nur Konzessionen zum Betriebe von ringlichen Gewerben, dann von Großhandlungen und Fabriken, oder zur Theilnahme an solchen Unternehmungen verliehen werden. (Forts. f.)

*) Das vollständige Gewerbsgesetz mit Vollzugs-Instruktion ist unter der Presse und erscheint noch in dieser Woche in der bekannten billigen Würzburger Volksausgabe (Stahel's Verlag). Preis 18 kr., für auswärts bei portofreier Bestellung, wo der Betrag in Briefmarken beigefügt ist und frankirter Zusendung.

Pfalz. Die „Pfälzer Zeitung" widerlegt den Ausfall der „N. Fr. Z." gegen den Beschluß des Kassationshofes in Sachen des Pfarrers Schmitt. Der Hof mußte so entscheiden. Das Blatt wünscht übrigens die Wiedereinsetzung des genannten Pfarrers in sein Amt, worauf ein Theil des pfälzer Kirchenstreits beseitigt wäre.

Oesterreich. Ueber den Sträflingsaufstand in Mürau berichtet die „Wien. Ztg.": Laut amtlichen Berichtes hatte eine bedeutende Anzahl der gefährlichsten Sträflinge seit längerer Zeit die Arbeit verweigert und wollte am obigen Tage zur bestimmten Stunde nicht einmal das Lager verlassen. Nachdem dieselben hiezu gezwungen worden waren, zerbrachen sie die Einrichtungsstücke, erbrachen die Thüren, rissen die Pflastersteine auf und verwundeten einige der ausgerückten Wachmänner. Als die wiederholten Ermahnungen und Aufforderungen zur Ruhe erfolglos blieben und die Aufstehung größerer Dimensionen zu erhalten drohte, wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, in dessen Folge ein Sträfling getödtet und drei verwundet wurden. Die Ruhe ward hierauf hergestellt und die Untersuchung dieses traurigen Vorfalles ist bereits im Zuge.

Die Gendarmerie in Siebenbürgen wurde in Folge der zunehmenden Unsicherheit und Gefährdung der Ordnung im Innern des Landes um 400 Mann vermehrt. Auch wurde ein Gendarmerie-Cordons-Posten zum Behufe der Ueberwachung der siebenbürgisch-moldau-walachischen Grenze organisirt.

Die Angelegenheit der serbischen Woiwodina, d. h. ihrer Ausscheidung als selbständig organisirtes Territorium aus den Ländern der ungarischen Krone, ist auf neue Schwierigkeiten gestoßen, insofern in dem Hyos des neuen Gebiets noch das österreichische Recht Geltung hat, während eingelne dazu zu schlagende Komitate dem ungarischen Recht unterstehen. Man fürchtet die Unzuträglichkeiten eines doppelten Rechtssystems auf so engem Raum und sucht nach einem Ausweg, ohne Verletzung berechtigter Interessen auch die Rechtsorganisation dort als, eine einheitliche zu gestalten.

Preußen. In den Jahren 1800—1806 wohnte J. G. Fichte bekanntlich in Berlin, und zwar in dem Hause an der Neuen Promenade, welches jetzt dem Banquier Veit gehört. Das Haus war zur Feier des Geburtstages Fichte's mit Kränzen und Laubgewinden, auch die sich das schwarz-roth-goldene Band zog, reich geschmückt und namentlich die Fenster besonders ausgezeichnet, welche zu der Wohnung Fichte's gehören. Außerdem hat der Eigenthümer an seinem Hause eine Marmortafel mit der Inschrift: „Hier wohnte J. G. Fichte von 1800—1806," zum ewigen Gedächtniß an den großen Denker der deutschen Nation anbringen lassen.

Die Nichtannahme Jacobys erklärt ein Blatt so, wie folgt: Nach den Wahlen vom 6. Dezember v. J. sagte der König bei jeder offiziellen und nichtoffiziellen Gelegenheit, ja sogar auf einer Ausfahrung gegen ein paar Damen der Residenz, daß er nach diesem Tage für einen wahren Patrioten keine frohe Stunde mehr geben könne: darnach ist leicht zu ermessen, was er empfunden haben muß, als gerade ein Bezirk der Hauptstadt jetzt gar dem Königsberger Arzte seine Stimme zuwandte. Jacoby ist der Verfasser der obgenannten „Vier Fragen" von 1840, der — als alle Welt im Jubel der Huldigungsreise König Friedrich Wilhelms IV. aufging — mit schneidenden Worten erörterte, was Preußen nach den Versprechungen von 1815 zu fordern habe, und der in dieser und in allen seinen späteren Broschüren die Grenze des Erlaubten stets so genau einzuhalten wußte, daß weder vor dem ostpreußischen Tribunal, noch vor dem Kammergerichte in Berlin, als seine Prozesse dorthin evozirt wurden, je eine Verurtheilung zu erreichen war. Es ist derselbe Jacoby, der 1848 bei der Eröffnung der Nationalversammlung ein kleines Häuflein um sich sammelte, welches nicht ins Schloß zur Thron-

Digitized by Google

rede ging, sondern darauf beruhend, der König möge zur Volksvertretung kommen, weil diese eine souveräne Constituante sei." Wie ein böser Traum muß auf diesen Zeiten muß der Name Jacoby im Geiste des Königs das Andenken an jenen Tag des Jahres 1848 wachrufen, wo er als Prinz von Preußen — von einem Polenser Bezirke zum Abgeordneten für die Nationalversammlung ernannt — einmal auf eine Minute im Sitzungssaale erschien, um die Nichtannahme des Mandats anzuzeigen, und wo, als das ganze Haus sich erhob, ein halbes Dutzend Deputirter auf der äußersten Linken, selber ihre Plätze behaltend, die laute Mahnung: „Sitzen bleiben!" ertönen ließen. Was aber Jacoby der Allem für die Hoffnung zu seiner vorhabten Persönlichkeit gesprochen hat, das sind die Worte, die er an Friedrich Wilhelm IV. richtete, als dieser am 10. November 1848 die Deputation der Nationalversammlung, welche ihm eine Mißtrauensadresse gegen das Ministerium Brandenburg überbrachte, stehen ließ und ihr den Rücken kehrte, worauf Jacoby die Worte sprach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Zwölf Monate später, im Januar 1850, stand Jacoby der nach Auflösung jener zweiten Kammer für Frankfurt gewählt worden und mit dem Rumpfparlamente nach Stuttgart gegangen war, behufs des Hochverrathes angeklagt, vor dem Schwurgericht zu Königsberg. Sein Vertheidiger, auf den allbekannten Haß anspielend, der im Königlichen Schlosse gegen diesen Angeklagten herrschte, schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Täuschen Sie sich auch nicht mit Hoffnungen, als ob die königliche Gnade Ihren Spruch seinen äußersten Konsequenzen entkleiden werde — dieser Mann gehört rettungslos, dem Blutgerüste, wenn Ihr Verdikt auf Schuldig lautet!"

Sachsen. Die Rücksichtslosigkeit und Offenheit, mit welcher die Staatsregierung sich für den preußisch-französischen Handelsvertrag erklärt hat, ist vielfach falsch gedeutet worden. Es liegt darin weder, wie die Einen meinten, eine „Schwenkung" des Hrn. von Beust zu Gunsten des preußischen Standpunkts bezüglich der Bundesreformfrage, noch eine Niederlage des genannten Staatsmannes gegenüber dem mächtigeren Einfluß (oder gar der Rancune) des Finanzministers v. Friesen, da von einer Differenz zwischen den beiden Ministern in dieser wichtigen Frage Niemand etwas weiß. Es muß vielmehr immer und immer wieder wiederholt werden, daß politische Rücksichten und Liebhabereien bei der Entscheidung derselben vollständig und grundsätzlich fern gehalten wurden, daß lediglich und ausschließlich das Interesse der sächsischen Industrie und des sächsischen Handels berücksichtigt wurde.

Württemberg. Die Wahl dreier Kandidaten für die Bizepräsidentenstelle der 2. Kammer ergab folgendes Resultat: Als erster Kandidat wurde von 85 Anwesenden gewählt: Duvernoy mit 49 Stimmen; der konservative Gegenkandidat Frhr. v. Varnbüler erhielt 34. Die Wahl des zweiten Kandidaten erforderte zwei Wahlgänge, da im ersten (Probst 40, v. Varnbüler 39) kein absolutes Mehr erzielt wurde; gewählt wurde Frhr. v. Varnbüler mit 43 Stimmen (Probst 39). Bei der Wahl des dritten mußte viermal abgestimmt werden, bis schließlich Probst (liberal) mit 43 Stimmen gegen Wiest (36) aus der Urne hervorging.

Kurhessen. Die „Kasseler Zeitung" verhöhnt das Organ des preuß. Ministeriums also: Seltsam ist der Anstoß, welchen die „Sternzeitung" an der Minorität nimmt, aus welcher die Kurhess. zweite Kammer hervorgegangen sein würde. Der Widerspruch, in den das ministerielle Organ Preußens dadurch mit sich selbst tritt, nachdem leider die ministeriellen Parteien in den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus eine unerhörte Niederlage erlitten haben, ist so drastisch, als daß es dafür nicht bereits den verdienten Hohn und Spott Seitens seiner demokratischen Gegner in reichem Maße geerntet hätte. Hat die „Sternzeitung" ein Verständniß dafür, daß das preußische Ministerium an einer Politik festhält, gegen welche sich das Volk in so entschiedener Majorität durch die Wahlen erklärt hat, hat sie sogar den Muth, trotz dieses Wahlergebnisses an der Stimmung des preuß. Volkes noch nicht zu verzweifeln, — wie vielmehr sollte sie nicht so viel verstehen, daß eine Regierung dann, wenn es sich um das bestehende Recht handelt, unbekümmert um die Meinung der Majoritäten ihren Weg geht. Wir wollen hier nicht in Rechnung bringen, was Preußen an der jetzigen Stimmung unseres Landes verschuldet hat; immerhin haben wir auch ohnedies keinen Grund, das preußische Ministerium um die Minorität zu beneiden, unter deren Zustimmung es die inneren Angelegenheiten des preußischen Staates verwaltet.

Schweiz.

Unter dem Titel: „Die Vermanifizirung Zürichs" finden wir in der „N. Z. Z." einen sehr lesenswerthen Artikel. Die „Schweizer Ztg." hatte nämlich im Hinblick auf das bereits vorhandene Polytechnikum und die erst noch zu gründende eidgenössische Centraluniversität Zürich vorgeworfen: es sei „wie kein anderer Ort in der Eidgenossenschaft mit den Elementen der deutschen propagandistischen Tintenkneels angefüllt; nirgends seien diese Elemente zu solcher gesellschaftlicher und politischer Bedeutung gekommen wie da. Eine von der Eidgenossenschaft gegründete Hochschule in Zürich würde nicht sowohl schweizerischen Zwecken dienen als den deutschen Reformideen." Sie würde der Centralpunkt „aller aus Deutschland verjagten Träumer werden." Eingedenk der vielen geistigen und namentlich pädagogischen Kräfte, die, aus Deutschland herübergekommen, das wissenschaftliche Leben in der Schweiz gehoben, erwidert hierauf unter anderm das genannte Züricher Blatt maßvoll und überzeugend: „Die Schweiz wäre nicht mehr die Schweiz von dem Augenblick an, wo sie zu vergessen aufhörte, daß sie die Erhaltung ihrer Jugendkräfte von jeher und für immer einzig der Achtung und Anerkennung des Verdienstes zu verdanken hat. Der Pfahlbürgergeist hat überhaupt gar keinen Sinn gegenüber wahren Gelehrten, deren Vaterland die ganze Welt ist."

Frankreich.

Seltsam ist die Geschichte mit dem „Courrier du Dimanche." Der Redakteur Ganesco ward früher einmal aus Frankreich verwiesen, dann nach der Verbannungsbefehl zurückgenommen. Vor einigen Monaten in Haft gebracht, ward er nach mehrwöchentlichem Gefängniß wieder entlassen; was der wirkliche Grund seiner Gefangenschaft war, weiß man nicht. Die drei Eigenthümer des „Courrier du Dimanche" mußten natürlich vermuthen, Ganesco sei der Regierung mißliebig; sie gingen also zum Directeur de la presse im Ministerium des Innern, Hrn. Imbaus, und baten ihn, er möge einen von ihnen Deuen als Redakteur genehmigen. Herr Imbaus sagte zu, widerrief aber den folgenden Tag; Herr von Persigny erklärte, er lasse keinen Anderen zur Redaktion zu, als Ganesco. Dagegen protestirten die Eigenthümer, wie Ganesco selbst. Da erschien ein Artikel im „Constitutionnel", welcher vorgab, Ganesco sei der Regierung sehr angenehm; offenbar sollte dieser dadurch in den Augen seiner Freunde in zweideutiges Licht gestellt werden. Jetzt erklärt Ganesco in einem an Persigny gerichteten Briefe, den der „Courrier du Dimanche" mittheilt: er könne in seiner Weise die Situation annehmen, die ihm durch die im „Constitutionnel" vom 10. Mai enthaltenen Note angeboten zu sein scheine; eine der Journale, welches noch am Tage vor seiner Verhaftung ihn denunciirt habe, biete ihm jetzt die Protektion der Regierung an; um jede Zweideutigkeit zu beseitigen, erkläre er, daß er nicht mehr Redakteur des „Courrier du Dimanche" sei, daß er seit einem Monat schon nur nomineller Redakteur gewesen; denn der liberalen Demokratie, frei von jeder Verpflichtung, und die persönliche Unabhängigkeit vielleicht zum Ueberma liebend, könne er nicht darein willigen, daß man sich seines Namens in irgend einem Blatte für einen gewissen Zweck bediene; man werde ihn unter demselben Banner wieder finden, sobald die Umstände es gestatten würden, wieder auf dem Kampfplatz zu erscheinen.

Said Pascha gedenkt dem L. Napoleon eine Kühlerne, zu Kairo fabrizirte Kanone, die eine Tragweite von 6200 Meter haben soll, zum Geschenk zu machen. Man wird in Vincennes ein Probeschießen damit anstellen. Auf der Reise von Toulon bis Paris wurde der Vizekönig allenthalben als Beschützer des Suez-Kanals gefeiert. In Rom fügte er dem Papste die Hand zur großen Verwunderung aller Anwesenden. Nach einem zehntägigen Aufenthalte hierselbst geht Said Pascha nach London, und wird sich später intognito in Vichy oder Plombières zum Gebrauche der Bäder aufhalten. — Miramon, der aus Mexiko verriebene frühere General und eifrige Agent der mexikanischen Schwarzen, reist jetzt von Hof zu Hof, um für die Pläne der Franzosen zu arbeiten. Derselbe befindet sich gegenwärtig in London, wohin er von Spanien aus gereist ist. Miramon kann so zu sagen der eigentliche Erfinder der französischen Einmischung genannt werden; er wußte sich das Vertrauen der allmächtigen Eugenie in den Tuilerien zu verschaffen und durch diese die Intervention im Interesse der Schwarzen einzuleiten.

⨯⨯ (Korr.) Wie gehören heute mit Leib und Seele der mexikanischen Frage. Vor dieser Frage, welche, wenn man die Prophezeiungen der Pessimisten glauben möchte, der Anfang vom Ende, d. h. eines Kriegs mit England oder Amerika sein würde, — tritt die römische Frage, zu selbst die „question Mirès" momentan in den Hintergrund; diese mexikanische Angelegenheit be-

Digitized by Google

schäftigt dermaßen Alles, daß die guten Pariser beinahe vom Besuch der Vicekönigs von Aegypten, welcher gestern Abend in Paris eintraf, zu sprechen vergäßen. Dennoch hatte man Zeit, zu bemerken, daß der offizielle „Moniteur“, welcher in seiner heutigen Nummer die Details der Ehrenbezeugungen veröffentlicht, mit welchen Said-Pascha sowohl am Bahnhof als in den Tuilerien empfangen wurde, gleich daneben die für Se. Hoh. den Vicekönig von Aegypten zahlende belobigenden Diskussionen über den Kanal von Suez im englischen Parlamente reproduzirt. Man glaubt daraus schließen zu können, daß der Vicekönig nicht nach London gehen wird, oder wenigstens daß man es hier gerne sehen würde, wenn diese Reise unterbliebe. Londoner Briefe berichten mich übrigens zu der Annahme, daß man in der englischen Hauptstadt ohne besondern Bedrauß auf den Besuch des Vicekönigs verzichten würde. — Die Aktien der Suezkanals wurden heute zum ersten Mal an der Pariser Börse (995) notirt. — Doch ich kehre nach dieser Abschweifung zur merikanischen Frage zurück, welche die heutige Börse gezeigt und gar beherrschte und die Rente von 70⅝ auf 70⅜ zurückwarf. Man verbreitete das Gerücht, daß ein amerikanisches Geschwader nach Vera-Cruz abgegangen sei. Diese Nachricht scheint jedenfalls „verfrüht“ aber die Lage ist darum nicht weniger ernst und die gereizte, um nicht zu sagen, beleidigende Sprache der „Patrie“ gegen England, welches sie des „Mercantilismus“ anklagt — eine Anklage, welche heute im offiziösen Constitutionel ein Echo findet, — ist mit der ganzen Verspottung von Komplikationen und Dyscn aller Art, 30 Centim. Baisse unter Brüdern wert. — Die beiden Regimenter, welche aus Erparungsrücksichten von Rom zurückgezogen werden, gehen — nach Mexiko! Unter Ludwig XVI. hat Amerika dem französischen Staatsschatze 393 Millionen gekostet, wie hoch wird sich die Zeche belaufen, welche Frankreich diesmal zu bezahlen haben wird?

Portugal.

Telegramme melden, daß die Ereignisse, welche die Ruhe auf einigen Punkten des Königreichs beeinträchtigten, sich nicht wiederholen, und daß die Ordnung und Ruhe überall im Begriff ist, wiederhergestellt zu werden. Im Bezirk von Braga, wo die Unordnungen am heftigsten waren, hat während der letzten Tage kein neuer Auftand stattgefunden.

Italien.

Gerüchte von einer italienischen Ministerkrisis sind im Umlaufe; es heißt, sämmliche Minister, mit Ausnahme Ratazzi's und Durando's, würden zurücktreten, und zwar weil sie gewisse Propositionen, die Prinz Napoleon in einer Ministerberathung in Neapel, der er beigewohnt, gestellt habe, (Übertretung Savoyens?) nicht gutheißen wollen. Das Conseil aus dem Kabinet scheidet, scheint gewiß. Nach den Erklärungen des „Monileur“ und der „Gazetta di Napoli“ dürfte der Prinz Napoleon nicht viel zu proponiren haben; das nimmt aber den Nachrichten über eine bevorstehende Umbildung des Turiner Kabinets nichts von ihrer Bedeutung. Es ist leicht möglich, daß die Angelegenheit der gefangenen Garibaldiner im Schooße des Ministeriums Differenzen herbeiführt, welche einen Personenwechsel nöthig machen.

Rußland und Polen.

Das Gerücht von einer in Petersburg entdeckten, weitverzweigten Verschwörung erhält sich; es heißt abermals, es hätten Hausdurchsuchungen bei hochgestellten Militärs stattgefunden. General Graf Lolstoi soll sich einer solchen Hausdurchsuchung widersetzt haben. Außerdem heißt es, acht Subalternoffiziere seien arretirt und die Soldaten hätten die Freilassung ihrer Offiziere gefordert.

Eine vierte oder fünfte Version des öfter erwähnten politischen Mords im Lublinschen berichtet der amtliche „Dziennik Powszechny“: „Am 6. Mai fand auf den Gütern des Grafen Starzenski im Lublinschen ein so entsetzliches Ereigniß statt, daß man in demselben einen Akt des Irrsinns erblicken muß. Der Oberst der Gendarmerie Moskowski erhielt bei Betreibung und Inspizirung seines Bezirks im Hinblick auf diese Güterordnung den Befehl, bei einem gewissen, im Dienste des Grafen Starzenski stehenden Vorgard, einem politisch sehr kompromittirten Individuum, Revision abzuhalten und dasselbe zu verhaften, was denn auch nach der Revision durch den im Gefolge des Oberst befindlichen Hauptmann Cwinski und einen Gendarmen geschah. Schon abgeführt durch die Eskorte, auf einer der Straßen eines dem Gute des Grafen angrenzenden Dörfchens, bat der Verhaftete, der vorgab, sehr dursig zu sein, um die ihm sofort ertheilte Erlaubniß, in das nahegelegene Haus des Gutsverwalters eintreten zu dürfen. Er trank daselbst, von den Gendarmerieoffizieren bewacht, den Thee, als der 20jährige Sohn des Grafen Starzenski mit einem Revolver in der Hand in das Gemach stürzte, durch den ersten Schuß den Unteroffizier auf der Stelle tödtete, mit dem zweiten den Kapitän Cwinski tödtlich verwundete (der auch in Folge dieser Verwundung bald darauf verschied) mit dem dritten Schuß den Obersten Moskowski gefährlich verletzte und mit dem vierten, als der Thür stürzend, sich selbst erschoß. Der Oberst Moskowski, obgleich schwer verletzt, hatte noch die Kraft, den Arrestanten die nach Krublieszow zu bringen, ohne weiteren Widerstande zu begegnen. Der in Lublin kommandirende General Chrutschjew hat sofort die gerichtliche Untersuchung in dieser Sache angeordnet, welche durch die delegirten Civilbehörden und einen Gendarmerieoffizier geführt, deren Resultat später veröffentlicht werden wird.“

Volkswirthschaftliches.

Umschau in der Volkswirthschaft.

Die Landwirthschaft war dieses Jahr von einem gefährlichen Feind bedroht, dem Spätfrost. Am meisten litt davon das Obst, weniger die Weinberge. Um den Schaden zu beurtheilen, wollen wir nur in einigen Zügen die Ausdehnung des deutschen Obstbaues andeuten. Er erstreckt sich in der nördlichen Abdachung vom sächsischen Gebirg durch Böhmen, Sachsen, Thüringen, dem Ost- und Nordrand des Harzes über die Niederung durch das südliche Westphalen bis an die hohe Veen; im Süden durch Nassau, Hessen, Baden, Württemberg, Bayern, Ö.- und N.-Oesterreich, Schweiz. Am meisten ist er in Ebenen, hügeligem Land bis zu 15—2000 Fuß Meereshöhe, seltener auf höheren Punkten (südl. Baden bis 3000', Schweiz bis 4000'). Im Norden kommt er in genannten Ländern vorzugsweise, in einzelnen Strichen aber auch längs der ganzen Oder, im Havelland, in Mecklenburg, zerstreut in Ost- und Westpreußen, bedeutender in Lauenburg, Lübeck, östlich von der Elbe bei Quedlinburg, Grünenberg, in Hannover, Bremen, Hamburg, an der Ems ꝛc. vor. Im Süden ist er, mit Ausnahme der Höhen des Fichtelgebirges, bayer. Waldes, der oberbayerischen Hochebene, den Höhen des Schwarzwaldes, allerwärts in großem Maß verbreitet. Am bedeutendsten ist Württemberg, das über 8 Mill. Obstbäume; durchschnittlich auf 100 Morgen Ackerland 641 bis 1387 Kernobst- und 100 bis 550 Steinobstbäume hat; nach dem kommt Baden, die ganze obere und mittlere Rheingegend, das ganze Mainthal, Mittelfranken, das Donauthal, die Bodensee-Gegend, ferner die Thäler der bayerischen Hochebene ꝛc. (in letzterer auf 100 Morgen oft nur 50 Obstbäume). Im Durchschnitt kann der Ertrag eines Obstbaumes in guten Lagen auf 2 Thlr. vom Morgen einer 90 Thaler berechnet werden (an den südlichen Taunusabhängen, Cronberg ꝛc., einen Morgen Mirabellen-Pflanzung auf 150—180 Thlr., in Stuttgart berechnete man den Ertrag einer Baum an den Landstraßen auf 2 fl.; in Thüringen den Morgen zu 16—18 Thlr.) In Württemberg ward der Ertrag 1854 auf 6,656,000 fl. geschätzt. Man bedenke nun, daß der Frost gerade die ostwärtigen Länder in ihrer schönsten Blüthe getroffen, so besonders Württemberg, Franken, das Mainthal, das Rheinthal vom Bodensee, der Schweiz bis zum Niederrhein, der Moselgegend ꝛc., daß zwar meist nur die feineren Obstsorten, Kirschen, Nüsse ꝛc. vernichtet, aber auch Aepfel und Birnen großentheils gelitten, so wird man ermessen können, was in einem Kulturzweig, der auf den ersten Blick nur wie Luxus erscheint, für reale Beträge, was für Geldsummen in einer einzigen Nacht zerstört wurden. — Mit geringerem Schaden sind die Weinberge davon gekommen. An einzelnen Orten Württembergs und Badens, weniger in der Pfalz, ist der Weinstock erfroren. (In Frankreichs östlichen Bezirken ist nicht bloß das Obst, sondern auch der Weinstock zum größten Theil erfroren.) Dagegen dem Getraide, Kartoffeln und Raps hat es nicht geschadet. Wo kein Frost zerstört, hat sich der Pflanzenwuchs mit einer Fülle entwickelt, wie er nur in den günstigsten Jahren 1822 u. a. gesehen wurde. Seit Anfangs Mai blüht der Weinstock in der Pfalz, am Rhein und der Mosel; Kirschen sind schon seit derselben Zeit gereift; Korn und Wintergerste blühen an all diesen Orten; aus Frankreich lauten die Berichte eben so günstig: bis jetzt berechtigt Alles zur Hoffnung auf eine günstige Ernte.

Auf die Gewerbe, besonders die Baumwolle, übt den bedeutendsten Einfluß der Amerika-Krieg. Aller Orten Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands sind große Schäden entstanden, nicht bloß Ausfälle den Fabrikanten, sondern Mangel an Beschäftigung für die Arbeiter. So die Uhren-Industrie in der Schweiz, im Schwarzwald liegt darnieder; die Eisen-Industrie am Niederrhein; die Seiden-Industrie im Cleve'schen; die Baumwollspinnerei

Digitized by Google

in Württemberg, Sachsen, Franken, Niederrhein ꝛc. Die Noth der Arbeiter ist groß. In Belgien (Gent), in Frankreich (Lyon und Etienne), in England (Lancashire) hat man Gehsammlungen veranstaltet, um nur das dringendste Bedürfniß zu befriedigen. Im Paris hilft dies selbst nicht mehr. Die „Verschönerungsbauten" des Kaisers haben eine solche Masse von Arbeitern nach Paris gezogen, daß die Regierung nicht weiß, wie sie beschäftigen. 80,000 Arbeiter sind größtentheils ohne Beschäftigung. Am 9. d. M. hatten sich ganze Massen auf den öffentlichen Plätzen und an den Thoren versammelt. Wenn die Regierung nicht das Schlimmste herankommen lassen will, muß sie dieselben wieder in ihre Heimath schaffen. In Deutschland steht's noch nicht so schlimm: die deutsche Industrie war nach nicht so schwindelhaft auf einzelne Zweige geworfen; der deutsche Arbeiter ist vielseitiger, wie der Franzose und der Engländer. In Westphalen haben sich die Baumwollspinner, die Seidenarbeiter ꝛc. auf den Berg- und Landbau geworfen, in denen Arbeiter fehlten, am Niederrhein, an der Mosel gleichfalls. Der Eisenbahnbau beschäftigt eine Menge von Arbeitern und in diesem Zweig ist dies Jahr so viel Unternehmungslust, wie noch nie. Die Folge wird für uns sogar recht heilsam werden, weil eine Menge von unrichtig spekulirten Geschäften eingehen und die Thätigkeit auf lohnendere und der deutschen Schaffenskraft angemessenere Beschäftigungen sich werfen wird.

Nichtpolitische Zeitung.

In Freiburg starb während des Gottesdienstes in der Domkirche an einem Gehirnschlage der durch seine vieljährigen Reisen im Orient (Palästina, Syrien, Aegypten, Griechenland) rühmlich bekannte englische Schriftsteller Dr. Georges Robinson (nicht zu verwechseln mit dem Amerikaner Robinson).

Neueres.

Bayern. Die „Allg. Ztg." enthält einen, wie es scheint, offiziösen Artikel, worin daß muthmaßlich von Berlin ausgehende Gerücht, als zeige sich die bayr. Regierung wegen der griechischen Thronfolgfrage und wegen der dadurch bedingten Modifikation des Tuilerienkabinets dem französischen Handelsvertrag weniger abgeneigt als die württembergische, gehörig abgefertigt wird. Die allerorts bekannte deutsche Gesinnung der obersten Leitung Bayerns wird sich durch keine Nebenrücksichten für ausländische Interessen (und dazu müssen strenggenommen die griechischen gezählt werden) von ihrem bisher fest behaupteten Standpunkt abbringen lassen, und wenn sie sich bisher noch nicht deutlicher ausgesprochen hat, so geschah es nur darum, die Unbefangenheit der Berathungen bei den eben tagenden Handels- und Gewerberäthen nicht zu beeinträchtigen.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Zusendung literarischer Werke, Manuskripte, Kunstwerke u. s. w. an Se. Maj. den König ohne vorher eingeholte Bewilligung nicht stattfinden darf, widrigenfalls unfrankirte Zurücksendung an den Einsender. In München wird der bayerische Konstitutionstag (Feuer der fünfundvierzigste) von mehreren Vereinen festlich begangen werden.

In München fand am 19. eine Künstlerversammlung statt, um sich über die zwischen Preußen und Frankreich beabredeten Handelsverträge, in so weit dadurch die Eigenthumsrechte der Künstler berührt werden, zu besprechen. Ein in dieser Versammlung gestellter Antrag wegen Verfassung einer namentlich gegen den Nachdrucksvertrag gerichteten Adresse erhielt die Majorität nicht, und es kam in der Hauptsache nach einer sehr lebhaften Debatte weder ein Beschluß für noch gegen zu Stande, sondern wurde beschlossen, ein Komite zur reiflichen Erwägung und Berichterstattung niederzusetzen, wonach also eine später nochmalige Versammlung der Künstler zu erwarten steht. (B. Z.)

Oesterreich. Aus Vicenza ist die Nachricht eingetroffen, daß der Erzherzog Albrecht an einem typhösen Fieber schwer erkrankt ist. Seine Gemahlin, Erzherzogin Hildegard, hat sich nach Vicenza begeben. (B. Z.)

Preußen. Die „Stromzeitung" bringt folgende amtliche Erklärung: „Nachdem die kurfürstlich hessische Regierung die von der Regierung S. M. des Königs verlangte Genugthuung wegen der Aufnahme der Sendung des General-Lieutenants v. Willisen abgelehnt hat, sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen von der königlichen Regierung abgebrochen worden. Herr v. Sydow verläßt daher Kassel, und dem kurfürstlichen Gesandten am hiesigen Hofe ist die Einstellung des amtlichen Verkehrs notifizirt worden. (Also kein Einmarsch vor der Hand.)

In Königsberg hat sowohl bei dem Verleger, wie in dem Redaktionslokale der „Königsb. Hartung'schen Ztg." eine Haussuchung nach Manuskript in Sachen der protestirenden Insterburger Richter stattgefunden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oestert.	5 pCt. Met. (Co. L. S. b. R.)	78½ P.	
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	86 G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76⅞ P.	
„	5 pCt. Nationanl. v. 1854	91⅛ P. ⅛ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53 P.	
„	4½ pCt. „	—	
„	4 pCt. „	—	
„	3 pCt. „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅞ P. 90 G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101½ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1858r. dto.	103¼ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.	
„	4 pCt. Obl. 1858r. dto.	101¼ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101P. 100¾ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅝ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P.	
Baden.	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅛ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. „ dto.	97⅛ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	95⅛ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. 5 à 2. 30	48 G.	
„	3 pCt. „ „	48⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93⅝ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1200⅓ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	750 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 G. o.D.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank L. a. 2. Serie à fl. 250	217 P. 216 G.	
Weimarscher Bank à Thlr. 100	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	88 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 P. o.D	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	70 G.	
Oest. F.M.Eisb. 5pCt. 500 Fl. à 20 Ar.	242 P.	
„ Elis.-Eisenbahn 5 pCt.	124½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78⅛—77½ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 10⅔ 4pCt. Z.	32 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	184½ P.	
Pfälz. Mash. b. Rothschild à 4½ pCt.	103½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅛ P.	
Südd. Bank-Akt. 80 pCt. Einz.	249P.48½G.o.D	
Span. Handels- und Industrie	530 P. 525 G.	
„ Credit-Akt. à Ges. Pereire	340 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅜ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅝ G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Thl. 80 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Thl. Ld. k. S.	96⅛ B.
Leipz. Thl. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Thl. 60 k. S.	104⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 k. W.	—
do. Instal. W. l. S.	83⅛—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106½ P.	
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74⅜ P.	
„ fl. 100 Stck. k. v. 1858.	120 P.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 50	101 P.	
Badische fl. 35	53½ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133½ P.	
„ fl. 25 do.	37⅜ P.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.	
Sachsen Frs. 36 b. S.	53½ P.	
St. Loosch mit 2½ pCt. Z.	35⅝ G.	
Vereins-Loose fl. 10	99⅛ G.	
Anst.-Quitzeck. fl. 7-L.	—	

Frankfurt, 21. Mai. Starke Verkäufe auf ungünstige Wiener Notirungen verursachten einen bedeutenden Rückgang aller österr. Fonds, Aktien und Anlehenslose, in denen zu weichenden Kursen erheblicher Umsatz stattfand. Auch Wechsel auf Wien wurden niedriger abgegeben. Süddeutsche und sonstige Fonds wurden von dem Rückgang der österreichischen nicht berührt. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, ⅜, bezüglich in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt. (Dynd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile od. gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Freitag, 23. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Der Bundestag wird heute beschliessen oder beschlossen haben, die kurhessische Verfassung von 1831 sei wiederherzustellen. Ob er das Wahlgesetz von 1849 einschliessen wird, steht dahin; vielleicht thut er es, zumal da Württemberg seinen dahin gerichteten Sinn öffentlich an den Tag gelegt hat.

Bayern. (Vollzugsverordnung des Gewerbegesetzes. Schluß.) Indem wir hinsichtlich der umfangreichen Specialitäten nochmals auf die heute erscheinende Volksausgabe der Stahel'schen Verlagsbuchhandlung verweisen, schliessen wir und folgenden Schlußbetrachtungen der „Allg. Ztg." an.

Jeder, welcher dem Prinzip einer geregelten Gewerbefreiheit huldigt, wird zugestehen müssen, daß die neue Gewerbsinstruktion sicher alles bietet, was sie auf der Basis des bestehenden Gesetzes zu reisuben nur immer berechtigt war. Die Presse hat anerkannt, daß mit Beibehaltung dieses Gesetzes es schwierig sein würde einen Schritt vorwärts zu machen. Auch wir gestehen es, daß wir unsere Hoffnungen keineswegs allzu hoch gespannt hatten, bekennen aber jetzt um so lieber, daß wir — und sicher mit uns viele — wirklich überrascht sind, unsere Gewerbsgesetzgebung in dieser möglichst freisinnigen Weise geändert zu sehen, welche auch, wie wir uns nach Vergleichung der Motive zum Gesetz vom Jahr 1825 überzeugt haben, dem Wortlaut und der Absicht des Gesetzgebers vollkommen entspricht. Daß die neuen Vorschriften, in deren Sinn und Geist vollzogen, für die Folge einen raschen Uebergang zur vollen Gewerbefreiheit bilden können, wird ernstlich nicht zu widersprechen sein. Wir haben auch Grund zur Annahme, daß deren Vollzug von einer etwaigen Reaktion nicht gehindert wird, und letztere, wenn sie je auftreten sollte, an der Energie der Staatsregierung scheitert. Dem Konzessionssystem ist durch §. 25. der Instruktion die Spitze gebrochen, und Umbrsangene werden zugestehen müssen, daß das Wort „Konzession" in Bayern nunmehr nichts mehr so erschreckliches ist. Es mag sich darüber freilich lassen ob z. B. noch Meisterprüfungen — wenn auch in der mildesten Form — beizubehalten waren, ob die Zahl der konzessionirten Gewerbe nicht etwa hätte verringert werden können u. dgl. m. Wir geben dieß nicht nur zu, sondern hätten selbst in mancher Beziehung gern gesehen, daß gleich noch ein Schritt weiter gegangen worden wäre; allein wir glauben doch nochmals daran erinnern zu sollen, daß bei der Beurtheilung dieser neuen Gewerbsinstruktion nicht außer Acht gelassen werden darf, daß sie sich an die bereits bestehenden im Augenblick nicht umgehbaren Gesetze streng anschmiegen mußte, und deßhalb auch manches noch beibehalten werden konnte, oder mußte, was bei einem neuen Gewerbsgesetze gleichfalls über Bord geworfen zu werden vermag.

Die Hauptsache war und bleibt: für die allernächste Zukunft dem Handwerker in seiner Wirksamkeit jene freie Bewegung einzuräumen, welche der Fabrikant hat. Das ist geschehen, und damit außerordentlich viel für die Gegenwart und Folgezeit gewonnen. Ein tüchtiger Geselle braucht künftig nicht mehr so lange zu warten, bis ihm nach zehn- und mehrjährigem Harren eine Konzession endlich gewährt wird, oder er durch Heirath einer Meisterswittwe zu einem Meisterrecht gelangt; dem Talent ist ein freier Turnplatz geschaffen worden, und das ist ein wesentlicher Punkt. Die Realrechte verlieren nicht; im Gegentheil, auch sie nehmen künftig an allen Vortheilen eines freien und ungehinderten Schaffens in ihren Werkstätten Theil. Das Interesse der Gemeinden erscheint aber genügend durch das Gebiet der freien Erwerbsarten gewahrt, indem dadurch solchen Gewerbsmeistern, welche in Folge der größeren Konkurrenz in ihrem Auskommen etwa beeinträchtigt werden könnten, hinreichende Gelegenheit geboten ist, anderweitig ihr Brod zu erwerben, wozu ihnen unter beiläufig 250 freien Gewerben und Erwerbsarten die Auswahl offen steht.

Wir wüßten nicht, was noch in der neuen Verordnung enthalten wäre, wodurch der bayerische Handwerker gehindert würde, seine Manufaktio auf jene Stufe der Vervollkommnung zu bringen, die nur immer im Lande mit vollster Gewerbefreiheit erreicht werden kann. Hat sich unsere gegenwärtige gewerbliche Bevölkerung einmal in die neu geschaffenen Zustände eingelebt, wird sie — dessen sind wir gewiß — erst fühlen, wie beengend und unsicher die Vergangenheit für sie gewesen ist, und sich wahrscheinlich wundern, wie man für Zunftzustände einmal so ernstlich in Wort und Schrift auftreten mochte!

— Die k. belgische Akademie der Wissenschaften wählte zu ihrem ordentlichen auswärtigen Mitgliede (associé) den Professor Franz Löher in München, den Verfasser von „Jakobäa von Bayern und ihre Zeit — acht Bücher niederländischer Geschichte."

Pfalz. Die bayerischen Kreisländräthe werden in diesem Jahre nicht wie gewöhnlich schon im Monat Mai, sondern erst am 2. Juni ihre Berathungen beginnen. Niemand sieht denselben mit größerer Spannung und Erwartung entgegen, als das Lehrerpersonal an den sfolirten Lateinschulen, das heißt an jenen, welche nicht mit Gymnasien verbunden sind. Hier entbehren die Lehrer noch aller pragmatischen Rechte und sind auf Gehalte angewiesen, die in unsern Tagen kaum mehr für die gewöhnlichen Lebensbedürfnisse ausreichen und das Zurücklegen eines Nothpfennigs geradezu unmöglich machen. Während nun die Gehalte der bayerischen Staatsdiener durch die dankenswerthe Bereitwilligkeit des jüngsten Landtages nach Möglichkeit aufgebessert worden sind, während die Gemeinden besonders bei uns im besten Zuge sind, ihre Schullehrer angemessener zu besolden, harren und hoffen die Lehrer an den Lateinschulen auf eine Verbesserung ihrer wenig beneidenswerthen Lage, die von der Bewilligung der Kreislandräthe abhängt. Es ist indessen kaum zu bezweifeln, daß diese bei der Fürsorge, welche sie im Verein mit der Regierung dem Schulwesen zuzuwenden pflegen, bei der bevorstehenden Session den nichts weniger als unbescheidenen Wünschen und Anforrüthen der Lateinschullehrer die entsprechende Berücksichtigung zuwenden werden. (Fr. P.)

Oesterreich. Die drei nationalen Festtage der Tschechen (das mit vielem Lärm angekündigte Prager Sängerfest) sind ruhig vorübergegogen, es wurde bei Zeiten dafür gesorgt, daß es nicht zu Ausschreitungen kommen könne, und im Gewußtsein, daß solche ihrer Sache niemals nützen, sich aber schaden würden, unterblieb nicht nur jede Demonstration gegen Deutsche, sondern es waren die Tschechen sogar bemüht, hie und da eine gewisse Zuvorkommenheit gegen die Deutschen zu erkennen zu geben. Von der Fichtefeier übrigens enthielten sich sämmtliche czechische Studenten, und von den Professoren dieses Stammes kam nur einer.

Preußen. Die „N.-Ztg." sagt: Wer den Thron heute in den Kampf der Parteien hineinzieht, der dirnt nicht dem Throne, sondern der Partei, am Wenigsten, wenn die Partei, welche durch dies äußerste Mittel niedergeworfen werden soll, fast das ganze Volk umfaßt. Will man bei solchem Vorgehen des Ministeriums Irrthum oder Verleumdung annehmen, so kann das Urtheil dadurch nicht gemindert werden. Solche Verstöße sind in der Politik von zu verhängnißvollen Folgen, zumal in der Lage, in der sich gegenwärtig unser Staat befindet; sie verrathen einen Fehler in den Grundanschauungen, von denen aus seine Angelegenheiten heute allein erfolgreich geführt werden können. Wenn sich nach allem das Ministerium in der Eröffnungsrede dennoch über den Drang der wechselnden Parteiungen stellt und das königliche Programm mit gleicher Unbefangenheit wie die liberalen Vorgänger auszuführen verspricht, so haben seine Mitglieder bereits bewiesen, daß tief eingewurzelte politische Ueberzeugungen sich nicht wechseln lassen, wie ein Rock. Rufen sie doch auch zu Gehilfen an ihrem Werke Männer aus der Umgebung des Herrn von Westphalen heran, de-

Digitized by Google

ren Name schon allein ein ganzes System bedeutet. Sie werden vielleicht ihre Vorgänger an liberalen Zugeständnissen in diesem oder jenem Punkte zu übertreffen suchen. Aber Preußen behauptet einer Reformpolitik, welche ihre Eingebungen nicht von der bittern Noth empfängt, sondern die ihre Aufgaben mit sehnsüchtigem Geiste ergreift, sie aus einem Gusse zu lösen sucht und sich ihres Werkes freut. Den gegenwärtigen Ministern wird hierin nach Willem, was hinter ihnen liegt, trotz dieser oder jener einlenkenden Wendung der Thronrede das Vertrauen des Landes niemals entgegenkommen.

Nach den Mittheilungen mehrerer Blätter hätte Prinz Hohenlohe den Vorsitz im Staatsministerium von vorn herein nur auf drei Monate übernommen; er würde Mitte Juni zurücktreten und sich nach seinen Besitzungen in Oberschlesien begeben. Angeblich würde Herr v. Bismarck-Schönhausen an seine Stelle treten, welcher bekanntlich seit seiner Rückkehr aus Petersburg hier verweilt. Herr v. Bismarck steht in dem Rufe, eine sehr energische auswärtige Politik zu vertreten, und es wird ihm bereits ein gewisser Einfluß auf das letzte Vorgehen in der kurhessischen Sache zugeschrieben. Ob diese Kombination, wenn sie überhaupt zu Stande kommen sollte, noch andere Modifikationen des Ministeriums zur Folge haben würde, bleibt dahingestellt.

Die „Börsen-Ztg." schreibt: „Wir können in positiver Weise bestätigen, daß der Einmarsch preußischer Truppen in Kurhessen zum 23. d. M. definitiv angeordnet ist, sofern die verlangte Genugthuung noch nicht in letzter Stunde gegeben wird. Der Einmarsch erfolgt zunächst von Paderborn und Höxter aus, unbedingt mit um etwa zu erwartende Eventualitäten. Von hiesigen Bankiers sind heute bereits Akkreditive, auf bedeutende Summen lautend, zur Deckung der Verpflegungsbedürfnisse der Truppen ausgestellt."

Hannover. Die Redaktion der „Ztg. f. Nordd." und einer ihrer Mitarbeiter wurden wegen der in einem polemischen Artikel der „Neuen Hannover'schen Ztg." gegenüber enthaltenen Aussprüche „perfide, perfide Verleumdung, Niederträchtigkeit" vom Obergericht zu 50 Thlr. Geldstrafe und Widerruf, der Redakteur zu 30 Thlr. Strafe und Aufnahme des Urtheils in seine Zeitung verurtheilt. Von Interesse war bei der Verhandlung der Zwischenfall: Die „Ztg. für Nordd." hatte sich auf einen Artikel ihrer Gegnerin berufen, weshalb das Gericht dem Redakteur der „Neuen Hannover. Ztg." auftrug, den Verfasser desselben zu nennen. Nach anfänglicher Weigerung bezeichnete derselbe den Grafen Borries als Verfasser.

Kurhessen. Aus Kassel erfährt man, daß schon am 16. nicht nur der Gesandte von Preußen, sondern auch die Gesandten von Oesterreich und Bayern ihre Pässe zur Abreise verlangt und mit sofortiger Abreise gedroht haben, wenn nicht bis zum 15. Abends eine nachgiebige Erklärung erfolge. Dessen ungeachtet wurde, wie schon berichtet, erst in der Staatsministerial-Sitzung vom 17. die Sistirung des Wahlverfahrens beschlossen.

In Kassel sieht die Regierung ihre einzige Zuflucht darin, daß sie sich mit großer Emphase auf den Standpunkt des Bundesrechts stellt, und mit widerlicher Scheinheiligkeit von ihrer „Treue gegen die Verfassung" (nämlich gegen die oktroyirte von 1860) redet.

In Hanau wurde Kaufmann Pelissier wegen „Widersetzlichkeit und Beleidigung" gegen einen Unteroffizier von der Handwerker-Kompagnie, sowie gegen einen Renterei-Exekutanten bei Gelegenheit einer bei ihm vorgenommenen Pfändung wegen rückständiger Steuern in 20 Thaler Geldstrafe, eventuell einen Monat Gefängnißstrafe verurtheilt.

Nassau. In der Kammersitzung wurde der Höfling von Bock (ominöser Name) übel mitgenommen. Derselbe ist Oberkammerherr und bezieht als solcher einen Gehalt von 6000 fl. Dabei und gleichzeitig ist er nassauischer Gesandter bei dem König von Holland, wohnt aber das ganze Jahr hindurch mit ganz kurzen Unterbrechungen in seinem Hause zu Biebrich, und bezieht dafür einen weiteren Gehalt aus der Staatskasse von 2000 fl. Geht er einmal, was aus Courtoisie zuweilen geschehen muß, nach dem Haag, so bezieht er neben vollständiger Vergütung seiner Reisekosten 11 fl. Tagesdiäten für sich und 2 fl. 30 kr. für seinen Bedienten. Damit aber noch nicht genug: der Mann hat neben diesem Auslagen- und Diätenbezug seither auch noch die Wohnungsmiethe, die Benutzung eines Miethwagens, ferner das in Erkrankungsfällen an seinen Arzt gezahlte Honorar und — man halte es nicht für einen Scherz — die bei Dineen, zu denen er geladen war, dem Aufwärterpersonal verabreichten Trinkgelder extra in Aufrechnung gebracht und eingethan! Dies alles hat der Abg. Koch in öffentlicher Sitzung angeführt, und die Regierungskommission hat keiner seiner Angaben widersprochen. Der ganze Gesandtschaftsposten in Holland hat natürlich für den Staat Nassau gar keine Bedeutung, da das Land mit Holland weniger Verkehr hat als z. B. mit Schweden. Er ist blos da wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Regentenhäuser und bildet, wie Figura zeigt, eine willkommene Gelegenheit, bedürftigte Personen mit einem Einkommen aus Staatsmitteln zu versehen, ohne daß dafür etwas geleistet zu werden braucht.

Dänemark.

Die „Berling'sche Ztg." dementirt die Nachricht, daß Dänemark bei den europäischen Mächten die Abhaltung eines Kongresses zur Schlichtung der deutsch-dänischen Streitfrage angeregt habe. (Ist trotzdem wahr.)

Schweiz.

Mit dem 1. Juli wird eine neue Telegraphenlinie, über den Simplon eröffnet, welche die Verbindung der Westschweiz mit Italien wesentlich erleichtern wird. Bekanntlich besorgen die Bernhardiner Mönche im Hospiz Simplon den Telegraphendienst.

Frankreich.

XX (Korr.) In gewissen Kreisen macht das Cirkular des Hrn. v. Persigny an die Maire's, wonach jene Personen, welche ohne Autorisation der kaiserl. Regierung in päpstliche Dienste treten, nicht mehr als Franzosen zu betrachten und daher des Wahlrechts verlustig zu erklären sind, großes Aufsehen. Die „Gazette de France" fragt, warum denn der Herr Minister nicht auch von den Individuen spreche, welche unter den Garibaldinern dienten. Gewiß ist, daß auch dieser stumpfe Pfeil, welchen Hr. v. Persigny gegen die kathol. Partei abzuschießen für gut fand, selbst bei der Gegenpartei nur sehr geringen Beifall erntet. — Die „Patrie" versichert, daß die Regierung aufs Sorglältigste für die Verpflegung und Verproviantirung der französischen Truppen in Mexiko sorgt, deren Lage übrigens ausgezeichnet sei. Dies erinnert gewaltig an ähnliche Versicherungen der offiziellen und halboffiziellen Journale während des Krimkrieges, wo die Verpflegung so mangelhaft und die Lage der Truppen so traurig war.

Die mexikanische Streitfrage setzt Diplomatie und Börse in Bewegung. England und Spanien ziehen ihre Hand aus dem Spiele, während die französische Regierung sich entschlossen zeigt, die Expedition nöthigenfalls allein durchzuführen. Man schreibt die Haltung der Kabinette von London und Madrid hauptsächlich dem Umschwunge der Dinge in Nordamerika zu. Die Diplomatie hält die Sache des Landes vorläufig wenigstens für verloren, und die Regierung von Washington, die somit die Oberhand behält, hat entschieden gegen die Intervention Europa's in die inneren Angelegenheiten Mexiko's protestirt. England will sich seiner Handelsinteressen wegen mit Nordamerika nicht überwerfen, und Spanien scheint zu fürchten, daß das Kabinet von Washington in Cuba Rache übe für die Betheiligung der Spanier an der Expedition gegen Mexiko. Man hatte nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß das Madrider Kabinet den General Prim desavouiren würde. Diese Hoffnung ist eine eitle gewesen. Alle diese Zwischenfälle haben die Finanzwelt bewegt und eine rückgängige Bewegung der Fonds herbeigeführt. — Ein anderer Gegenstand der Besorgniß ist die Mißstimmung zwischen Garibaldi und der Turiner Regierung. Letztere hat bekanntlich dem Verlangen des Generals wegen Freilassung der Urheber des letzten Putsches gegen Tyrol keine Folge gegeben. Alle vernünftigen Leute und die besten Freunde Italiens sehen in dieser Sache auf Seiten der italienischen Regierung, die sich nicht in waghalsige Unternehmungen hineindrängen lassen kann, Unternehmungen, welche sogar den Frieden mit Deutschland zu stören geeignet sind.

Italien.

In Mailand wurden drei Banknotenfälscher, Antonio Nola, Giovanni Toppan und und Heinrich Corty, verhaftet; die ersten beiden sind Venetianer, letzterer ein Württemberger und seit zwei Jahren hier angesiedelt. Der Hauptunternehmer war der Ingenieur Nola, Corty hatte die Lithographie zu besorgen. Man fand 400 Stück Noten, darunter 200 österreichische 10-Gulden-Noten. Auf die Fabrikation der letzteren scheint ihr Haupt-Augenmerk gerichtet gewesen zu sein.

Asien.

Ostindien. Die Engländer rühmen sich bekanntlich, die Wittwenverbrennungen, den Mord weiblicher Kinder und ähnlichen

Digitized by Google

heidnischen Unfug in Indien kräftig abgestellt zu haben; aber mitunter kommt dergleichen doch noch vor, zumal seit der Rebellion von 1857/58, wo so manches auf die alten indischen Füße zurückfiel. So hat unlängst in dem Bezirk Mewar nach dem Tode des Häuptlings von Bitschwar eine seiner Frauen sich als Sattî (d. h. Gute, Treue) mit der Leiche verbrennen lassen, und die Behörden wurden es erst inne, als es geschehen war. — Auf der Insel Ceylon herrschte eine furchtbare Hitze. Der Handel dieser wunderbaren Insel hat sich, Ferguson's „Ceylon Directory" zufolge, in 24 Jahren durchschnittlich verdoppelt. Im vorigen Jahr betrug die Kaffee-Ausfuhr nicht weniger als 648,000 Centner (geschätzt zu 1,656,000 Pf. St.) Das jetzt auf Ceylon mit Kaffeepflanzungen bedeckte Areal dürfte 150,000 Acres betragen. Uebrigens ist von der ganzen fruchtbaren Insel bis jetzt erst $^1/_{18}$ der Kultur gewonnen.

Der Einfall der Perser in Afghanistan und die Einnahme Furrah's (auch Ferrah, Stadt in Afghanistan, Herat, am Ferrah-Rud, der in den Steppensee Zahreh oder Kuh mündet) wird bestätigt. Dost Mohamed war im Begriff, sich an die Spitze seiner Truppen zu stellen und auf Kandahar zu marschiren. Man betrachtet in Ostindien einen dritten Krieg gegen Persien als wahrscheinlich, wünscht ihn jedoch wo möglich vermieden zu sehen, wenn Persien auf andere Art zur Erfüllung seiner Verpflichtungen angehalten werden kann.

Volkswirthschaftliches.

W In Frankfurt wurde die Gewerbebank, worüber Monate lang verhandelt wurde, gegründet. Sie ist ausgedehnter, als die übrigen Vorschuß-Vereine, indem ein Conto-Corrent und Einkaufsrung von Wechseln damit verbunden. Die Zahl der Mitglieder ist für den Anfang schon ziemlich bedeutend: 76. In Dresden hatte man mit viel weniger Mitgliedern angefangen und in dieser in finanzieller Hinsicht bei weitem nicht so bedeutenden Stadt war der Umsatz im vorigen Jahr an 3 Mill. Thaler. — Der Senat hat endlich seine Berathungen über den Entwurf des Gewerbegesetzes beendet; es ist nun unter der Presse. Die Gewerbsfreiheit wird als Grundsatz ausgesprochen, die Realrechte entschädigt. Ebenso ist das Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch unter der Presse. — Die Agitationen gegen den Handelsvertrag dauern noch fort. Am 27. d. M. werden die Schutzzöllner nochmals in Frankfurt zusammenkommen. Wenn die Versammlung recht zahlreich wird, lassen sich die günstigsten Erfolge erwarten. Denn schon bei den Spezialkonferenzen brachte die größere Einsicht mehrerer Fabrikanten zum Theil wenigstens nur halbe Verwerfung zu Stand. Wenn aber eine aus verschiedenen Fabrikationszweigen zusammengesetzte Versammlung die Sache bespricht, werden die Interessen der Einzelnen, die meist nur individuell sind, vor den Interessen der Gesammtheit schweigen müssen. — Ein Handelsvertrag mit Belgien und einer mit Rußland werden sich an den französischen anschließen.

Alle aus den Häfen von Peru ankommenden Dampfer sind jetzt mit Baumwolle beladen. Die Baumwollstaude liefert in Peru und Ecuador einen vierfach höheren Ertrag, als in Alabama und Südcarolina und übertrifft die vortige zugleich an Feinheit, Länge und Weiße der Faser. Die südamerikanischen Baumwollenkultur ist durch die Ereignisse in Nordamerika plötzlich ein unermeßlicher Impuls gegeben. Peru allein dürfte im nächsten Jahre über eine Million Pfund von diesem wichtigen Artikel liefern. Aehnliche Mittheilungen enthalten die Berichte aus Westmexiko, Guatemala, San Salvador, Nicaragua und Chirigui. Ueberall will man jetzt Baumwolle pflanzen. Der hohe Preis reizt die Gewinnsucht und überwindet einigermaßen die tropische Trägheit.

Nichtpolitische Zeitung.

In Triest landete ein Theil der Reisegesellschaft des Herzogs von Koburg, und zwar Fürst v. Hohenlohe, Prinz Eduard v. Leiningen, Dr. Brehm und seine Gemahlin, sowie Maler Kretschmer. Der übrige Theil der Gesellschaft weilt noch, und zwar gezwungen, in Kairo. Auch der Herzog hat erfahren müssen, daß man die Tropen ungestraft nicht besucht. Fast die Hälfte der ganzen Reisegesellschaft erkrankte auf der Fahrt von Maßaua nach Suez an einem gastrisch-typhösen Fieber, welches mit besonderer Heftigkeit die Herzogin, Major v. Reuter, Dr. Bilharz, den österreichischen Konsular-Agenten Gerhard und einen herzoglichen Diener befiel, aber auch Andere hart mitnahm. Dr. Bilharz, der in Kairo allbeliebte Arzt und ausgezeichnete (durch sein Werk über das elektrische Organ des Zitterwelses auch in weiteren Kreisen bekannte) Naturforscher, erlag der Krankheit am 9. Mai, tief beklagt und beweint von der Gesellschaft, welcher er sich erst nach langem Widerstreben angeschlossen und für deren Wohlergehen und glückliche Rückkunft er außallenderweise stets mehr als ängstlich besorgt gewesen war. Sein Tod mahnte zur vorsichtigsten Behandlung der übrigen Kranken, zumal der durch mancherlei Strapazen und Entbehrungen ohnehin sehr geschwächten Herzogin, und so kann es kommen, daß der übrige Theil der Jagdgesellschaft erst in einigen Wochen nach Europa zurückkehrt.

Seit einiger Zeit zirkulirten in Berlin Fünfzehnmarkstücke mit dem Bildniß Napoleon III. als Zwanzigfrancsstücke. Sie sind von Kupfer und so gut vergoldet, daß direkts visuche Betrügereien damit verübt worden sind. Ebenso kursiren Falsifikate der vor zwei Jahren außer Kurs gesetzten Fünfundzwanzigthalerscheine. Auch diese sind mit Vorsicht gearbeitet.

In der am Plateau der Heinleite sich hinstreckenden Gebirgsgegend des Dorfes Treba (Schwarzburg-Sondershausen) hat vor ungefähr 8 Wochen ein Naturereigniß stattgefunden, das wohl die Aufmerksamkeit gebiegener Geologen verdiente. Es hat sich nämlich daselbst ein Erdfall gezeigt, dem wenige an Originalität und Großartigkeit gleich kommen mögen. An einer durch tiefgründigen Lehm sich auszeichnenden Stelle nämlich, die noch im vergangenen Jahre mit Gerste bestellt war, ist plötzlich eine kraterähnliche Oeffnung in Form eines Kreises entstanden, der zwar oben nur 10 Fuß im Durchmesser hält, nach unten zu sich aber trichtermäßig erweitert, so daß sich bis jetzt die Weite des Schlundes in der Tiefe noch nicht ermessen läßt. Eben so wenig ist man bisher noch im Stande gewesen, die senkrechte Tiefe des Erdfalls zu messen, da eine 106 Fuß lange Schnur, welche man hinabgelassen hatte, zwar auf eine Länge von 136 Fuß naß war, aber keinen Grund erreicht hatte. Das Rauschen eines Wasserfalles in der Tiefe ist deutlich zu vernehmen, doch ist es auch dem schärfsten Auge bisher noch nicht gelungen, einen Wasserspiegel zu entdecken. Untersuchungen durch Herablassen eines Menschen haben bisher noch nicht stattfinden können, da ein herabgelassenes Licht bei einer Tiefe von 30 Fuß erlosch, was auf das Vorhandensein stickstoffhaltiger Gase hindeutet.

Neueres.

Bayern. Die „Bayer. Ztg." berichtet eine erfreuliche Besserung der Frau Großherzogin von Hessen, die Ankunft des Großherzogs von Toskana in München und die Rückkehr des Kriegsministers. Das Befinden des Erzherzogs Albrecht (Schwagers des Königs Max) bot keine Besürchtung mehr. Dasselbe Blatt bemerkt in einem längern Artikel die Nothwendigkeit einer Reduktion der Advokatenzahl und enthält noch folgende militärische Notiz. Der Kommandant der 1. Infanterie-Brigade, Generalmajor Steinle, nimmt gegenwärtig eine Gewehr-Inspektion vor, welche in den Kasernokalitäten stattfindet. Jeder Soldat steht vor seinem Bettgestell; sein Gewehr liegt auf demselben. Der Inspizirende geht von Mann zu Mann und nimmt persönlich die Besichtigung jedes einzelnen Gewehrs vor, wobei er sich eines auf einem Stöckchen befindlichen Spiegels bedient, der in den Lauf gelassen wird und dessen ganzen inneren Zustand zeigt. Nie täuscht der Spiegel.

Die Wichtigkeit der Londoner Industrie-Ausstellung für das Gewerbswesen im Allgemeinen, wird auch von den hiesigen Industriellen nicht verkannt, denn während einige Gewerbsmeister von einem Besuch derselben bereits zurückgekehrt sind, rüsten sich andere zur Abreise in den nächsten Tagen und eine größere Anzahl wird im Laufe des nächsten Monats nach London gehen, zumal wenn, wie noch zu hoffen steht, eine Ermäßigung der Eisenbahn-Fahrtagen eintritt.

Preußen. Die „Sternzeitung" veröffentlicht den Gesandtenreise vorangehenden Notenwechsel.

Hannover. Die erste Kammer hat die früher ständischerseits verweigerte Zustimmung zum einseitigen Ankauf des Barfinghauser Steinkohlenwerks mit 21 gegen 19 Stimmen nachträglich ertheilt.

Schleswig-Holstein. Während das bonapartistische Organ „Constitutionnel" die Unterdrückung der deutschen Sprache in Schleswig abschenlich findet, soll der deutsche Patriot und Dichter Klaus Groth in Kiel für die Dänisirung seines Vaterlandes gewonnen worden sein. Norddeutsche Blätter bewerken und beklagen diese Misère des Literatenthums.

Digitized by Google

Belgien. Der König soll der Vermählung seiner Großnichte mit dem hessischen Thronerben beiwohnen. Von den belgischen Prälaten sind der Erzbischof von Mecheln und die Bischöfe von Gent und Namur nach Rom gereist.

* Der große Tabaksfang an der Douane zu Jemmeppen von Pariser Blättern dem Scharfsinn der französischen Zollwächter beigemessen wird, hat einen ganz anderen Urheber gehabt. Die Gardisten hatten den mit Stangenholz beladenen Wagen auf das Sorgfältigste untersucht, und bereits fuhr derselbe mit seinem Certifikat auf der Pariser Straße weiter, als ein nicht sehr erheblicher Ortsnachbar eine Eschenstange herunterzog, um sich Pfeifengestelle oder Aehnliches daraus zu machen. Statzen Rauch sofort verfangen, saß er eine Klafte des feinsten Tabaks dem entgegenstehen Holz entrollen, worauf ein zufällig zuschauender Zöllner der verdächtigen Fracht nacheilte und sie anhielt.

England. Disraeli, der Führer der Tories, sagte im Unterhause: Der Premier-Minister habe eingestanden, daß es die großen Rüstungen Frankreichs seien, welche England zu gleichen Ausgaben für Flotte und sein Heer zwängen, aber derselbe gebe zugleich fortwährend von der innigen Alliance Englands mit Frankreich. Das reime sich nicht miteinander; denn wenn man sich aus Besorgniß vor Frankreich rüsten müsse, so sei die Alliance mit Frankreich ein Unding, und stehe man aufrichtig mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuße, so müsse man sein Geld nicht in Rüstungen verschleudern, sondern die Ausgaben für Heer und Flotte den Einnahmen anpassen. Als der Bericht geschlossen worden wurde, erhob sich Lord Palmerston, um auf die Rede Disraelis zu antworten. Obiges Dilemma wird sich schwerlich entkräften lassen.

Frankreich. Man spricht vom Aufgeben der mexikanischen Expedition. Der britische Gesandte soll inhaltschwere Worte zum Kaiser gesprochen haben, und die öffentliche Meinung murrte immer lauter gegen ein tollen Unternehmen, welches der ohnehin arg erschöpften Staatskafte täglich 600,000 Fr. kostet. Vor wenigen Tagen wurde noch der junge Bonaparte-Patterson dem General- und dem Generals Leerrang beigegeben, Palmerston „Verräther" und Prim „Deserteur" gescholten.

Spanien. Die Regierung hat das Benehmen des Generals Prim vollständig gebilligt.

Türkei. In der serbischen nach der bosnischen Grenze zu gelegenen Festung Sokal fand neulich zwischen den Serben und der türkischen Besatzung eine große Rauferei Statt, bei der es mehrere Todte gab und welche die Serben veranlaßte, Wachtposten gegen den Festungsgraben hin aufzustellen.

Zu den bevorstehenden Landrathsversammlungen.

Wir haben so eben Einsicht einer Broschüre genommen, die den Titel führt: „Die allgemeine Aufbesserung der Gehalte in Bayern und die Lehrer der Landwirthschafts- und Gewerbsschulen, Würzburg bei Thein," und welche die Verhältnisse der Lehrer an den Gewerbsschulen klar und bündig auseinandersetzt und namentlich die Anomalie hervorhebt, in welche dieselben durch die neuesten Abstimmungen des Landtages sich versetzt sehen, wenn nicht die Landräthe unter Benützung ihrer Befugniß das gebührende Gleichgewicht wenigstens einigermaßen wieder herstellen.

Es ist bekannt, daß diese Anstalten von vielen Schülern nach Absolvirung der lateinischen Schulen besucht wurden, und daß dieselben seit mehr als 25 Jahren eine Stellung eingenommen haben, welche nach der technischen Richtung des Unterrichts, ihn über das Niveau letzterer Schulen zu treten hatte. Dieser Stellung konnten auch dieselben nur so mehr genügen, als an diesen Anstalten leitber noch eine Reihe von Männern verwendet war, welche theils dieselben Anforderungen erfüllt haben, als die Professoren an Gymnasien und andern höheren Anstalten, theils in ihren Fächern und Kreisen die ehrendste Anerkennung und Geltung sich zu verschaffen wußten. So konnten dieselben schon früher ohne Selbstüberhebung hoffen, das ihnen bei einer organisatorischen Gliederung des Unterrichts eine angemessene Stellung eingeräumt werden würde.

So wie aber gegenwärtig die Sache steht, sind dieselben trotz aller dieser Berhältnisse den Lehrern an den lateinischen Schulen, von der pragmatischen Stellung ganz zu geschweigen, selbst in ihrer Besoldung weitaus nachgesetzt, was eine tiefe Entmuthigung in diesen Kreisen nur als eine natürliche Folge haben kann. Diese Folge haben sie bisher auch in dem Entscheid des Landrathes, und es ist in der Natur der Sache begründet, daß gegenwärtig für diese Anstalten selbst ein Wiefel liegt.

Erhalten dieselben trotz der Klarheit ihrer Ansprüche nicht nur andern Schulkategorien gegenüber, sondern auch den Volksschullehrern Zulagen, keine Berücksichtigung, und werden sie nicht wenigstens mit den Lehrern an den Lateinschulen in gleiche Kategorie gestellt, so läßt sich nicht gut begreifen, wie das ohne bedeutlichen Nachtheil für die Gewerbsschulen selbst geschehen soll. Die tüchtigen dürften werden als Mittel aufbieten, um aus ihrer unbefriedigenden und drückenden Lage zu treten, und neue wohl sich immer spärlicher melden. Auch in den anderen Kreisen des Vaterlandes macht sich bereits eine natürliche Bewegung bemerklich, und die Landräthe derselben werden diese Frage gleichfalls zu ventiliren haben.

Welcher Kreis wird nun in gerechter Würdigung der Verhältnisse vorangehen? Wird das Frankenland, das doch sonst in Kulturfragen nicht leicht zurückzubleiben ist, auch überall eine freiere materielle Bewegung bekunden, nur diejenigen fesseln und lähmen, welche berufen sein sollen, mit freudigkeit ihre Schüler auf eine Stufe zu stellen, welche ihnen allein eine richtige Anwendung ihrer geistigen und materiellen Güter gewährleistet? Oder wird es vielleicht den Nachbarprovinzen vorausbescheiden und durch die That bewiesen, daß ihnen die Pflege geistiger Interessen als ein Vermächtniß seiner Männer hinterlassen worden ist, welches sie mit Treue bewahrt und hoch erhalten.

Schließlich empfehlen wir aber allen Denen, welchen die wichtige Schulfrage am Herzen liegt und besonders den Mitgliedern der Landrathsversammlungen, nochmals die Lektüre der erwähnten Schrift, welche in der unumwundensten Weise und mit aller Sachkenntniß ausgestattet, diese ernste Angelegenheit besprechen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	78⅛ P.	
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	86 P. 85⅞ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75¼ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	52⅝ P.	
„	4½ pCt. „ „	—	
„	4 pCt. „ „	—	
„	3 pCt. „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¼ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅜ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅛ P.	
„	4½ pCt. Obl. 4jähr. dto.	104 F.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101F. 100⅝ G.	
„	4 pCt. Obl. „ dto.	98⅞ P.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. „ dto.	101¼ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. „ dto.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ P.	
„	3½ pCt. Obl. „ dto.	97⅜ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. „ dto.	95½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99 P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	95½ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. F. à fl. 3. 30	45 G.	
„	2 pCt. „ „	43⅜ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	98⅞ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500		171F. 170½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien		—
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200		187½,88½GoD
Bayerische Bank à fl. 500		124—30 G.
Darmst. Bank l. n. 2. Serie à fl. 250		217 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100		81½ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien		81⅞ G.
Taxnus-Eisenbahn à fl. 250		340 P.
Frankfurt-Hanauer „ „		74½ P.
Oest. F.St.Eisb. Lit.C. 500 Fr. à 28 kr.		239½ P.
„ Elisab.-Rheinbahn à pCt.		129½ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7		77¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 500 Thl. à 104 pCt. Z.		319⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.		134 F.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		110⅜ F.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		53¼ P.
Südd. Bank-Akt., 80 pCt. Einz.		248 G.
Span. Handels- und Industrie „		520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire		530 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.		106⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		100¼ G.
Provisionsz. (Reservers.) 10 pCt. Einz.		100⅛ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 30 Th. Ld. k. S.	99⅜ B.
Köln Thl. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅛ G.
Lyon Frs. 300 k. S.	— „ —
Mailand Lr. 300	84⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	— „ —
Wien fl. 100 k. W.	— „ —
do. 2 à 3 M.	— „ —
do. in dst. W. l. S.	88½ G.
Disconto „ „	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	1839	108 F.	
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73 F.	
„	fl. 500 v. 1860 6/7	78—½ G.	
„	fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	118 G.	
Bayern	4½ pCt.-Prouss. Pr.-Anl. bei B.	121 P.	
Mailand-Como fl. 14		—	
Badische fl. 50		100½ P.	
Badische fl. 35		35½ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		58½ P.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		139⅜ P.	
„ fl. 25 Ab.		37½ P.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		37 P.	
Sardinien Frs. 36 b. B.		53½ P.	
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.		36½ G.	
Venetianer-Loose fl. 10.		28⅜ G.	
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.		17½ P.	

— Frankfurt, 22. Mai. Oesterr. Fonds und Kreditaktien zu niedrigeren Kursen eröffnet, befestigten sich im Laufe des Geschäfts und schlossen nach mehreren Schwankungen etwas höher. Die übrigen Fonds ohne bemerkenswerthe Veränderung. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½ bezahlt, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt. (Sund.)

Digitized by Google

aatsbillet

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 143. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 24. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Die in **Hamburg** tagende Küstenbefestigungs-Kommission würde ihre Aufgabe schon erledigt haben, wenn dieselbe nicht genöthigt gewesen wäre, wegen einer Zweifels beim Militärausschuß in Frankfurt anzufragen; — ob sie indessen entschlossen ist, die Antwort unter allen Umständen abzuwarten, wird nicht angegeben. Die schon in der Berliner Denkschrift als erforderlich erachteten Befestigungswerke sollen ziemlich einstimmig und namentlich ohne Opposition von Seiten der Abgeordneten jener Staaten, welche keine Seegränze haben, angenommen sein; — eben so ein Antrag auf Herstellung einer Küstenflottille von 8 Panzerschiffen, jedes zu 3 Geschützen in Thürmen, deren Kosten zusammen auf 4 Millionen Thlr. geschätzt sind. Auch ist die Erbauung mehrerer Eisenbahnstrecken als erforderlich erachtet.

= **Oesterreich.** Wie die „Presse" berichtet, wird Erzherzog Rainer nicht länger die Minister-Präsidentschaft führen, da man es mit der Ministerverantwortlichkeit nicht vereinbar erachtet, einen kaiserl. Prinzen als Minister fungiren zu lassen. Ob dann, der Ancienneté zufolge, Graf Rechberg oder Ritter v. Schmerling den Vorsitz führen, oder ob man den Präsidenten des Herrenhauses, Fürst Carlos Auersperg, ins Ministerium berufen wird, darüber schelten neuere Andeutungen. Ferner wird der Posten eines Justizministers besetzt werden, wahrscheinlich durch Einen der beiden Präsidenten Hennet und Raule. — Wie die „Pr." höet, ist die Regierung fest entschlossen, den gegenwärtigen Gubernialräthen in Klausenburg kurz und einfach die Alternative zu stellen, sich entweder als einfache Organe der Hofkanzlei zu geriren, oder sich pensioniren zu lassen. Sobald dann das Gubernium in der Art reorganisirt ist, daß die Regierung in ihm eine zuverlässige Stütze findet, wird der Landtag zusammentreten, in dem das magyarische Element nicht mehr in der Stärke erscheinen wird, daß es die übrigen Nationalitäten zu stummen Zeugen herabdrückt. Kommt alsdann kein Kompromiß zu Stande, so werden ohne Aufschub direkte Wahlen zum Reichsrathe angeordnet werden, für welche Eventualität die Emleitungen bereits getroffen sind. Aber erst wenn Siebenbürgen vorangegangen, wird man versuchen, ob Ungarn sich für den Gedanken des Einheitsstaates empfänglicher zeigt; und dann wird auch Graf Forgach zu behalten haben, daß er ganz unbedingt auf dem Boden der Februarverfassung steht.

In **Innsbruck** wurde dem Bürgermeister **Adam**, als Ausdruck der Zustimmung und des Dankes für seine gelegentlich der Ansprache an die Bürger Innsbrucks bewiesene Sorgfalt für das öffentliche Wohl der Stadt, eine mit den Unterschriften von 19 Mitgliedern des Bürgerausschusses versehene Adresse feierlich überreicht. Der Schluß der Adresse lautet: „Ja, offen sprechen wir, gleich Ihnen, aus, daß diese unsere verfassungsmäßigen Institutionen den Hort unseres bürgerlichen Glückes bilden, und daß wir jeder Regung, welche uns solche verkümmern könnte, sie gehe aus, von welcher Seite sie wolle, unsere Billigung und unsere Theilnahme für immer versagen. Wir wollen keine Agitationen; wir wollen die ruhige, gesetzliche, verfassungsmäßige Entwicklung unserer bürgerlichen Freiheiten, unseres staatlichen Lebens."

Preußen. Wie in Bösenkreisen erzählt wurde, ist mit Hrn. v. Bismark-Schönhausen wegen Neubildung eines Ministeriums verhandelt worden. Obwohl aber Herrn v. Bismark-Schönhausen persönlich sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden, traten anderereseits Wünsche hervor, welche denselben (bis jetzt wenigstens) bestimmten, die ihm angetragenen Aufträge nicht zu übernehmen. (N.-Z.)

Die Fraktion Bockum-Dolffs hat den von ihrem Mitgliede Professor v. Sybel verfaßten Entwuef einer Adreße in der von ihr angenommenen Form den beiden andern liberalen Fraktionen mitgetheilt, welche nun ihrerseits sich über die Adreßfrage zu entscheiden haben werden; die Fortschrittspartei hat eine Kommission zur Vorberathung eingesetzt. Die schließliche Feststellung des Entwurfs wird wahrscheinlich durch eine gemeinsame Kommission aller drei liberalen Fraktionen erfolgen. Die Fraktionen haben sich noch nicht definitiv konstituirt; von einem großen Theile der Fraktion Grabow soll der Beitritt zur Fraktion Bockum-Dolffs in Aussicht genommen sein. Der Fortschrittspartei (Fraktion Waldeck ꝛc.) waren bis gestern 123 Abgeordnete beigetreten; diese größere Zahl entsprechend, soll der Vorstand sodann aus 9, statt wie bisher aus 7 Mitgliedern bestehen.

Nach der „Volkszeitung" hat G. v. Vincke mit seinem Bestreben, die Einigkeit der liberalen Parteien zu stören, im Schooße der eigenen Fraktion eine Niederlage erlitten. Sein Hauptgrund gegen die Fortschrittspartei war, daß an ihrer Spitze Männer des Jahres 1848 ständen, denen man nichts Gutes zutrauen dürfe. Diese liebevolle und wohlunterrichtete Auffassung fand indessen an Geadow und Anderen so entschiedene Gegner, daß der tapfere westphälische Baron in der Minderheit blieb. Sollte er nichtsdestoweniger seine patriotischen Bemühungen fortsetzen, so wird die Folge keine andere sein können, als daß die anders gesinnte Mehrheit sich von ihm und seinen hoffentlich wenig zahlreichen Gesinnungsgenossen trennt.

Die neueste Nummer der „Kreuz-Ztg." und das Morgenblatt der „Berl. Allg. Ztg." sind nach dem Erscheinen auf Verfügung der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden. Man darf vermuthen, daß der Abdruck eines der „Saturday Review" entnommenen Artikels voll Schmähungen das Einschreiten der Behörde veranlaßt. (Sternz.)

Die heutige „Sternz." sagt bezüglich der Mittheilung der „Kasseler Z." über die Interpellation des kurhessischen Gesandten an den Grafen v. Bernstorff über die getroffenen militärischen Maßregeln: „Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist wohl kaum die ausdrückliche Bemerkung nöthig, daß die von der „Kasseler Ztg." kundgegebene Auffassung der Worte des Herrn v. Bernstorff auf einem entschiedenen Mißverständniß beruht. Die „Sternzeitung" ist in der Lage, versichern zu können, daß die Aeußerungen des Hrn. v. Bernstorff der Art gewesen, daß dem kurhessischen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preuß. Regierung bleiben konnte, den kurhessischen Konflikt zum Abschluß zu bringen."

Die „Zeit" zweifelt noch sehr am Einmarsch der Preußen in Kurhessen. Sie sagt: „Uebrig bleibt lediglich die Aufnahme des königlichen Schreibens und seines Ueberbringers im Kasseler Schloß, die Preußen als eine Beleidigung behandelt, und die daße verlangte, vom Kurfürsten aber zurückgewiesene Genugthuung, nämlich die Entlassung der jetzigen Minister. Es ließe sich denken, daß der Kurfürst auch diesem Verlangen, ohne es freilich als begründet anzuerkennen, thatsächlich nachkäme, und etwa den Herrn v. Dehn-Rothfelser ersuchte oder den Staatsrath Scheffer vermöchte, die fällige Erbschaft anzutreten. Was dann? Der Wig des Grafen Bernstorff wäre dann am Ende, wie es scheint, aber dem kurhessischen Volke wäre nicht geholfen. Ja, wenn Preußen denselben Druck, den es bisher angewandt hat, nicht auch zu Gunsten des Wahlgesetzes von 1849 braucht, so stände diesem schwergeprüften Volke nur eine neue Verlängerung des Kampfes und der Leiden bevor, für die es sich lediglich an Preußens schwankenden und halben Willen zu halten hätte. Genug, der jetzt in Berlin genommene Anlauf steht uns noch keinesweges danach aus, als müsse und werde er zum Ziele führen. Wer aus ihm bereits für das Ministerium v. v. Heydt Ansprüche auf Duldung folgert, der handelt zum mindesten sehr voreilig."

Wie die „Sp. Z." hört, ist die Unterfuchung gegen den Kürschnergesellen Schildknecht aus Gossen in St. Gallen nun-

Digitized by Google

mehr gänzlich reponirt worden, da sich durch die Untersuchungen des Stadtphysikus Geheimenraths Casper als unumstößlich herausgestellt hat, daß derselbe schon vor der That wahnsinnig war, und also durchaus unzurechnungsfähig ist. Jedenfalls wird derselbe also bald der gerichtlichen Haft entlassen und der Polizeibehörde zur Disposition gestellt werden, welche demnächst seine Auslieferung an die Heimathsbehörde zu bewirken haben wird.

Sachsen. Gestern hat die Landtagseröffnung durch den Staatsminister v. Beust stattgefunden. Die Eröffnungsrede sagt unter Anderem: Dem Landtage sei die letzte Entscheidung bezügl. des Handelsvertrages vorbehalten. Die Regierung habe eine vorläufige Beitrittserklärung abgegeben. Sie sei hierbei der Ueberzeugung gefolgt, daß die sächsische Industrie in die ihr geöffnete Bahn getrost eintreten könne und glaubte einem gerechten Selbstbewußtsein des Landes die Geltung zu verschaffen, wenn sie gethan, dies öffentlich auszusprechen. Sachsens Regierung werde nie vergessen, was sie Gesammtdeutschland schuldig sei; praktikable Rücksichten lägen ihrem Entschlusse fern. Ein entschiedener Eintritt in die unvermeidliche Umgestaltung des Zollsystems könne den Fortbestand des Zollvereins nicht allein am besten gewährleisten, sondern sei auch die Basis, auf welcher die Weiterbildung des bestehenden Handelsvertrags mit Oesterreich und dessen Zollanschluß, um zu gelingen, sich vorbereiten müsse.

Kurhessen. Großen Eifer entwickelt Prinz Georg von Hessen, ein Bruder des in Kopenhagen lebenden Landgrafen Wilhelm, welcher letzterer Thronfolger in Hessen ist. Prinz Georg ist fast unaufhörlich unterwegs zwischen Kassel und Wilhelmshöhe, dem Sommeraufenthalt des Kurfürsten. Er verkehrt viel mit dem österreichischen Gesandten.

Freie Städte. Der neueste Antrag des Hamburger Senats an die Bürgerschaft geht dahin, daß die Behufs der verfassungsmäßigen Erneuerung der Hälfte der Bürgerschaft nach dreijährigem Bestande vorzunehmende Ausloosung am 3. Sept. d. J. stattfinde, und daß demnächst mit den Wahlen in der Art vorgegangen werde, daß die allgemeinen directen Wahlen in der letzten Woche des Okt. d. J. abgehalten werden können.

Dänemark.

„Fädrelandet" schreibt: „Es ist uns berichtet worden, daß in diesen Tagen der Befehl zur Anlegung von Befestigungen in Holstein und Lauenburg, namentlich vor den Bahnhöfen in Altona und Büchen, erlassen worden ist. Selbst wenn die jetzige politische Situation es gestaltet, den Kampf, wenn er sein muß, in Holstein aufzunehmen, so erscheinen uns solche Demonstrationen, wenn man wirklich an dieselben denkt, jedenfalls ganz unzweckmäßig, so lange man nicht daran arbeitet, das Heer in Stand zu setzen, ohne das alle Befestigungen ein Nonsens sind."

Wie der Unterfabrikmeister Kapitänlieutenant Schönheyder und der Lieutenant Bille nach Amerika gesandt werden, um sich mit dem Bau der Panzerschiffe bekannt zu machen, so ist es nunmehr auch bestimmt, daß der Direktor für die Schiffsbauerei, Kapitän O. F. Suenson, zu demselben Zwecke eine Reise nach Frankreich und England machen soll.

Schweiz.

Die zweite Wahlgang für die Großrathswahlen gab in der Stadt Bern ein gemischtes Resultat. Das patriotische Eis in der Stadt ist gebrochen, namentlich wenn es gelingt, die Baumwollenindustrie einzuführen, wozu Hr. v. Graffenried im Verein mit zürcherischen Kapitalisten sein Möglichstes beizutragen gesonnen ist. Er erhielt von der Regierung die Konzession zur Durchdämmung der Landenge in der „Enge", wodurch es möglich wird, eine Waiserkraft von 400 Pferdekräften von der Aar abzuleiten. Diese soll nun vorerst zur Cerichtung einer großartigen mechanischen Spinnerei und Weberei verwendet werden. — Zürich, die Heimath von Fichte's Gattin, hat eine Fichtefeier veranstaltet.

Belgien.

In Antwerpen bei der Neuwahl eines Mitgliedes für den Senat haben sich sämmtliche politische Vereine der Stadt der Wahl enthalten und von 4500 Wählern sind nur 43 erschienen, von denen 23 ihre Stimmen dem Herrn Van den Bergh Eisen gaben; daß Letzterer unter diesen Verhältnissen die Wahl nicht annehmen wird, ist selbstverständlich. Die Thoren, welche gegenwärtig die Oberhand in Antwerpen haben, sind aber damit noch nicht zufrieden; sie setzen vielmehr jetzt eine neue Agitation ins Werk, die auf nichts geringeres hinausläuft als auf das Herbeiführen einer massenhaften Abdankung der Gemeindebehörden (des Provinzialraths, Gemeinderaths, Handelsgerichts, der Handelskammer, des Offizierkorps der Bürgerwehr und anderer). Man darf wohl mit Zug und Recht annehmen, daß eine solche Thatheit nicht durchgesetzt werden wird, denn wie angesagt auch die Antwerpener sein mögen, so werden sie doch nicht übersehen, daß Koalitionen von Beamten vor dem Gesetze straßbar sind. Die Regierung wird ohne Zweifel eine neue Wahl anordnen und die Antwerpener Wähler werden dann vielleicht klug genug sein einzusehen, daß sie durch Einlenken in die gesetzmäßige Bahn ihrer Sache größeren Vorschub leisten, als wenn sie sich weigern, dieselbe durch ihre eigenen Mandatare vertheidigen zu lassen. Der König ist in diesen Tagen bereits zum vierten Mal operirt worden. Doch flößt sein Zustand durchaus keine Besorgniß mehr ein. Eine vollständige Genesung wird vielleicht noch längere Zeit auf sich warten lassen; Gefahr aber ist nach den Aussagen der Aerzte keine mehr vorhanden.

Großbritannien.

Es liegt jetzt der Wortlaut des neuen, zur Unterdrückung des Sklavenhandels zwischen England und Amerika abgeschlossenen Vertrags vor, und wir geben im Folgenden dessen Hauptbestimmungen: Art. 1 bestimmt, daß die hiezu ausdrücklich ermächtigten Kriegsschiffe beider Nationen, sowohl englische wie amerikanische, als Sklavenhändler verdächtige Fahrzeuge anhalten und untersuchen dürfen. Dazu folgende Klausel: a. es darf bei nur durch solche Kriegsfahrzeuge geschehen, die besonders dazu ermächtigt sind; b. es dürfen nur Privatschiffe angehalten werden; c. der solchergestalt angehaltene Kauffahrer hat das Recht, nach der Autorisation des ihn anhaltenden Kapitäns zu fragen; d. das Recht des Anhaltens und Untersuchens beschränkt sich auf die Entfernung von 200 Seemeilen von der afrikanischen Küste, ferner auf die Meerestheile, die unter dem 32. Grad nördlicher Breite gelegen und 30 Meilen von Cuba entfernt sind. Art. 2 enthält die betreffenden Vorschriften für die Kapitäne. Art. 3 bestimmt, daß die beiden kontrahirenden Mächte sich verpflichten, jeden Schaden gut zu machen, der ihren Unterthanen gegenseitig aus einer ungerechtfertigten Anordnung und Untersuchung entstehen sollte. Art. 4 bestimmt, daß zur Aburtheilung aufgebrachter, des Sklavenhandels verdächtiger Schiffe drei Gerichtshöfe, bestehend aus einer gleichgroßen Anzahl britischer und amerikanischer Unterthanen, niedergesetzt werden sollen; einer in Sierra Leone, der zweite in der Capstadt und der dritte in New-York. Doch steht es jeder der kontrahirenden Mächte frei, später nach Ermessen ihren Gerichtshof nach einem andern Orte zu verlegen. Art. 5 verpflichtet die beiden Mächte zu Schadenersatz, falls ihre Kapitäne ihre Verhaltungsbefehle überschreiten sollten. In Art. 6 wird ausführlich auseinandergesetzt, wodurch ein Fahrzeug sich des Sklavenhandels verdächtig machen kann. Gewisse Vorrichtungen im Zwischendeck, Vorräthe von Hand- und Fußeisen, größere Wasservorräthe, als die Zahl der Bemannung füglich erfordert, ungewöhnlich geräumige Kochapparate, auffallend viel Mais, Reis u. dgl., mit denen Neger auf der Ueberfahrt gewöhnlich gespeist werden, nebst noch mehreren anderen Dingen, die das zum Sklavenhandel bestimmte Schiff von ordentlichen Kauffahrern unterscheiden, sollen als gültiger Beweis angesehen werden, daß es für den Sklavenhandel ausgerüstet wurde. Art. 7 bestimmt, daß derartige verdächtige Schiffe für den ihnen aus der Untersuchung entspringenden Schaden keinen Anspruch auf Entschädigung machen dürfen, selbst dann nicht, wenn sie vom Gericht wegen Mangels weiterer Beweise schließlich nicht kondemnirt werden konnten. Laut Art. 8 sollen kondemnirte Fahrzeuge unmittelbar nach ihrer Aburtheilung vollständig vernichtet werden, worauf ihre Bestandtheile versteigert werden sollen, es müßte denn England oder Amerika das kondemnirte Schiff nach einem von Sachverständigen festgestellten Preise für seine Flotte ankaufen wollen. Art. 9 bestimmt, daß der Kapitän und jeder Einzelne seiner Untergebenen, die auf dem kondemnirten Fahrzeuge dienten, nach ihren bezüglichen Landesgesetzen zu bestrafen sind, sie müßten denn, (wie es zumal bei Passagieren der Fall sein kann) nachzuweisen im Stande sein, daß sie beim Unternehmen nicht betheiligt waren. Laut Art. 10 werden sämmtliche, an Bord eines kondemnirten Schiffes gefundene Neger zur Verfügung derjenigen Regierung gestellt, durch deren Kreuzer das kondemnirte Fahrzeug aufgebracht worden war. Art. 11 bestimmt, daß jeder autorisirte Kreuzer mit obigen Instruktionen und mit den Vorschriften für die angegebenen gemischten Gerichtshöfe versehen sein soll. Art. 12 besagt, daß dieser, am 7. April d. J. in Washington abgeschlossene Vertrag binnen sechs Monaten, wenn nicht früher, ratifizirt sein und für die nächsten zehn Jahre in Kraft bleiben soll.

Digitized by Google

Die „Times“ geben dem französischen Unternehmen in Mexiko abermals spöttisch ihren Segen. Es sei von Anfang an die Klage gewesen, daß die Expedition eigentlich überflüssig war, wenn sie nicht zur Begründung irgend einer neuen Regierungsweise mit auswärtiger Unterstützung führte. Die Konvention von Soledad würde nie etwas Dauerhaftes gestiftet haben. Was die Franzosen jetzt vorschlagen, sei eine wirkliche Lösung, wenn der Vorschlag auch in überraschender Form auftrete. In Mexiko könne Frankreich sehr viel Gutes stiften, und kaum jemand Andern Schaden thun, als sich selbst. Eine französische Besatzung sei in Mexiko viel besser am Platze, als in Rom u. s. w.

Die „Post“ begleitet die Anwesenheit des Verräthers Almonte im franz. Lager in Mexiko mit folgendem Vergleich: „Gesetzt, England und Frankreich hätten eine Konvention geschlossen, deren Ziel sich streng darauf beschränkt, durch eine Besetzung von Triest Genugthuung von Oesterreich für gewisse englischen und französischen Unterthanen zugefügte Unbilden zu erlangen — wie würde man dann in Frankreich die Nachricht aufnehmen, daß Hr. Kossuth und General Klapka von der englischen Regierung eingeladen wurden, die Expedition zu begleiten, und daß sie die eingestandene Absicht haben, die Erhebung eines von England begünstigten deutschen Prinzen auf den ungarischen Thron zu bewerkstelligen? Hätte die österreichische Regierung nicht vollkommen recht, jede Unterhandlung mit den englischen und französischen Bevollmächtigten abzulehnen, bis Kossuth und Klapka nach England zurückgesandt sind? Und wenn England eine so billige Forderung abschlüge, hätten die Vertreter Napoleons III. nicht recht, von jedem Antheil an der Expedition zurückzutreten? Die Analogie des Falles ist nicht abzuleugnen.

Der „Globe“ sagt: „Wenn man die Redekünste, mit der die preußische Kammer eröffnet wurde, verstärkt man in Estouvens über die Politik, welche die neuliche Berufung ans Land eingab. Wozu aufstehen, wenn man Alles, und mehr als Alles, was die aufgelöste Versammlung forderte, hinterdrein gewähren will?!“

Frankreich.

⨯ (Korr.) In einigen großen Städten Frankreichs und selbst in Paris sind bedauernswerthe Reibungen zwischen den Taglöhnern, welche vom Lande zu den großen Bauten hereingezogen, und den in den Städten Eingeborenen ausgebrochen. Dieser namentlich für die Volksfache beklagenswerthe Konflikt rührt vorzugsweise von der Verschiedenheit der Erziehung und der Gewohnheiten dieser beiden Arbeiterklassen her. Die verschiedenen Gattungen von Handlangern, welche aus dem Limousin, dem Auvergne oder der Auvergne herbergeirrt sind, sind außerordentlich sparsam und genügsam und machen daher bei einem Taglohn von 3 Fr. 60 Cent. noch namhafte Ersparnisse. Dagegen stehen sie sowohl hinsichtlich der Moral, wie der Intelligenz auf sehr niedrigem Standpunkte; ihr Sinnen und Trachten geht nur auf Einschränken und Geldsparen. Trotzdem suchen sie auf die städtischen Arbeiter herabzusehen, weil diese weniger ökonomisch leben und doch denen sie dieselben wieder, weil sie höheren Lohn, 4, 5 und 6 Fr. beziehen. Die Städter dagegen gehen ihnen die Berachtung zurück, weil sie im Punkte der Moral und der Intelligenz seit den letzten 20 Jahren enorm gewonnen haben, weil sie das Familienleben veredelt, sich mit einem gewissen Behagen umgeben und durch Vermehrung der geistigen Genüsse auf die Stufe gestellt haben, auf welcher noch 1830 der wohlhabende Bürger sich befand. Der Unterschied ist so groß, daß er gekünstelt ist. Fast jeden Tag kommt ein Unglückfall eines der hochgelöhnten Arbeiter vor, weil ihnen bei irgend einem Verlesen von den anderen Taglöhnern, welche ein paar Schritte davon arbeiten, nicht rechtzeitiger Beistand geleistet worden ist. Man kann sicher annehmen, bei irgend einer Bewegung würden diese beiden Klassen nicht zusammengehen. — In zwei Vorstädten von Paris, La Chapelle und La Villette, findet eine sehr starke Einwanderung deutscher Arbeiter statt; ja ihre Zahl ist bereits bis auf 20,000 angewachsen, so daß sie eine Stadt für sich bilden; sie sind meist sächsischer Abkunft; dieser Typus ist besonders bei den Kindern erkennlich, deren es eine erstaunliche Menge gibt; man hört da immer seltener französisch sprechen. Jedoch ist es kein bevorzugtes Quartier. Unreinlichkeit macht es ungesund, so daß häufig Epidemien herrschen. — Man spricht schon von Vorbereitungen zu den Neuwahlen; für Paris sollen sie schon fertig sein. Ob unsere Wähler sich die preußischen zum Vorbild nehmen werden? — Die Londoner Ausstellung macht weniger von sich reden, als man denken sollte; vielleicht wird die Erkaltung dazu beitragen, welche zwischen beiden Ländern durch die Politik unserer Regierung hervorgeführt worden ist, die sie mehr und mehr isolirt. — Ein neues Winkelblatt, das „Echo de la Presse“, welches soeben von Herrn Dühamel gegründet worden ist, hat, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu lenken, zu der Kriegslist der Griechen vor Troja Zuflucht genommen, indem es sich entschlossen, als ob der Ostereinsamm plötzlich gewappnet aus diesem hölzernen Streitroß der Presse hervorbräche. — In der Umgebung Pereire's taucht wieder das fabelhafte Projekt einer neuen Encyclopädie auf, bei welcher Napoleon den Artikel Artillerie verfassen soll ..... und „Freiheit“ fügen Mitbolde hinzu. Man weiß nur noch nicht, welche Ausdehnung man dem Unternehmen geben soll. — Daniel Stern (Pseudonym die Gräfin d'Agoult, Schwiegermutter von Emil Ollivier) hat soeben ihre Geschichte des Jahrs 1848 veröffentlicht. Sie sagt in der Vorrede, sie habe sie umgearbeitet. Nun, diese Umarbeitung besteht in weiter nichts, als in Streichung aller der Regierung unangenehmen Stellen. Warum nicht diesen Umstand gerade herausſagen? Von einer Schriftstellerin dieser Bedeutung darf man so viel Muth gegenüber der Unterdrückung der Preßfreiheit verlangen!

Spanien.

Die Journale kritisiren den Artikel der Pariser „Patrie“ bezüglich Mexiko's; sie erklären, Spanien werde sich niemals von irgend Anderen ins Schlepptau nehmen lassen und fremden Interessen als Werkzeug dienen.

Italien.

Garibaldi hat an den Mailänder „Pungolo“ ein Schreiben gerichtet, in welchem er im Wesentlichen sagt: „Einige Personen haben meine im „Diritto“ veröffentlichte Protestation falsch ausgelegt. Italienischer Soldat, konnte ich nicht die Absicht haben, der italienischen Armee, welche zugleich der Ruhm und die Hoffnung des Landes ist, Schmähungen zuzuschleudern. Durch meine Worte wollte ich sagen, daß die Soldaten die Feinde des Vaterlandes und des Königs bekämpfen, nicht aber unbewaffnete Bürger verwunden oder massakriren sollen. Wenn der Kommandant von Brescia nach seinem Herzen hätte handeln können, würden wir nicht Opfer in den Reihen eines edelmüthigen Volkes zu beklagen haben. Unser Platz ist an den Grenzen und auf den Schlachtfeldern, nicht anderswo.“

Donaufürstenthümer.

= Fürst Cuza wird im Laufe des Sommers nach Karlsbad reisen und sich von dort aus auf kurze Zeit nach Paris begeben. Von einflußreicher Seite wird alles angewendet, um dieser Reise dem von der öffentlichen Meinung ihr zugewiesenen politischen Charakter zu benehmen. Ein Bucharester Handlungshaus hat die Konzession zur Errichtung einer rumänischen Nationalbank erhalten und wurde zur Bildung einer Aktiengesellschaft ermächtigt. Das Privilegium hat Giltigkeit auf 30 Jahre und wird dem Institut das Recht eingeräumt, Escompte in Effekten, Vorschüsse auf Werthe und Garantien zu machen, Wechsel zu kaufen und zu verkaufen, Depositen anzunehmen und Noten auf den Ueberbringer sowie a vista zu emittiren. Der Sitz der Direktion ist in Bucharest und werden in den größeren Städten Filialen errichtet werden. Der Metallstock der Bank wird für das erste Jahr aus $1/3$, für das zweite aus $3/4$ und das dritte aus einer ganzen Million Pf. St. bestehen, und kann bis auf 3 Mill. Pf. St. erhöht werden. Die von der Bank zu emittirenden Noten dürfen im Renauwerthe nicht unter 50 Fr. stehen und sind verzinslich. Dieselben erhalten gesetzlichen Kurs, sind für Niemanden obligatorisch, und werden bei allen Kommanditen und Kassen der Bank gegen baar eingelöst. Der Bank wird ferner das Recht eingeräumt, ihren vorhandenen Metallstock mit der dreifachen Summe in Banknoten zu belasten; dagegen wird sie verpflichtet, das Inkasso der Staatsgelder zu übernehmen, und ein Konsolonvent für die mit 5 pCt. verzinsbaren, dem Staatsschatze gemachten Vorschüsse zu eröffnen. Schließlich wurde in der Bankkonzession von Seite der Regierung die Verpflichtung übernommen, niemals Papiergeld in Verkehr zu setzen, oder durch Jemand anderen in Verkehr setzen zu lassen, von der Bank hingegen jene, daß sie keinerlei Effekten, Wechsel ꝛc. annehmen wird, welche nicht den Stempel der Regierung tragen.

Amerika.

Einer Korrespondenz zufolge geht in Mexiko zwar Alles durch einander, aber die republikanische Gesinnung der Masse des Volkes zeigt sich überall zäh; eine Proklamation des Generals Zarragoza zeigt den Mexikanern an, daß die Trippelallianz nicht mehr bestehe, und daß es nun gelte, die franz. Eindringlinge aus dem Lande zu werfen. Diese Proklamation ist sehr überschwänglich stylisirt und sucht den mexikanischen Republikanismus besonders dadurch zu entflammen, daß sie den Sieg über die Fran-

Digitized by Google

sen in Mexiko als ersten Schritt zur Zerstörung des französischen Kaiserthrones bezeichnet.

Volkswirthschaftliches.

— In der General-Versammlung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn wurde die Superdividende für das Jahr 1861 gleich wie im Vorjahr mit 105 fl. ö. W. per Aktie festgesetzt und zugleich eine neue Aktien-Emission im Verhältniß von $^1/_{10}$ Aktie auf je eine alte Aktie zum Parikurse beschlossen. Als Termin für die Anmeldung zum Bezuge der neuen Aktien wurde der Monat Juni bestimmt.

Für deutsche Ohren klingt es seltsam, daß die lombardische Bewässerungsgesellschaft der Regierung 22 Mill. leiht. Aber die Anlage großer Kapitalien in Wasserleitungen ist in der lombardischen Ebene eine uralte, geschierte, namentlich in Folge der „Wasserfreiheit", d. h. des einem Jeden zustehenden Rechtes, gegen Entschädigung der Besitzer, also im Wege billiger Expropriation, durch jedes Grundeigenthum Wasser zu leiten. Der Landbau, namentlich der Bau der künstlichen Futterkräuter, hängt an diesen tausend, zusammen wohl Hunderte von Meilen langen Wasserfäden.

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber die Familie Fichte's theilt die „Pfälzer Ztg." Nachstehendes mit. Der Sohn des Gefeierten, Immanuel Hermann Fichte, ist Professor der Philosophie in Tübingen, und mit der Tochter des im Jahre 1811 in Zweibrücken verstorbenen Rektors Faber vermählt. Dessen Sohn Eduard ist Doktor der Medizin und praktischer, namentlich Augenarzt in Stuttgart. Ein anderer Sohn, Max, war Jurist und Advokat in Milwaukie und wurde vor einigen Jahren, im Begriffe nach Deutschland zurückzukehren, in New-York ermordet. Er hatte sein Billet für die Rückfahrt schon genommen, ging noch einmal ans Land, fehlte aber bei der Abfahrt und ist seitdem spurlos verschwunden. Seine Effekten wurden nach Tübingen geschickt. — Zu Ehren des Philosophen und seines Sohnes Immanuel Hermann, hat Hr. Doktor Schultz in Deidesheim schon im Jahre 1835 eine neue Pflanzengattung aus Chile Fichtea benannt, welcher Name auch von De Candolle und Gay rezipirt wurde.

Neueres.

München. Ihre Maj. die Königin hat das städtische Waisenhaus mit einem längern Besuch beehrt, und Lehrer und Zöglinge zur Fortsetzung ihrer löblichen Bestrebungen ermuntert. Aus Darmstadt langten abermals günstigere Berichte über das Befinden der Frau Großherzogin an. Der Besuch des deutschen Schützenfestes in Frankfurt Seitens der Münchener und oberbayer. Schützen ist noch immer unentschieden.

Baden. Das neueste badische Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Aufständigung eines weiteren Theils der 4½prozentigen Anlehen der Eisenbahnschulden-Tilgungskasse betreffend.

Die neueste Post bringt Nachrichten über die deutschen Expeditionen in Innen-Afrika. Die Munzinger'sche Expedition hatte bekanntlich Keren am 28. Oktober 1861 verlassen und sich am 11. November zu Mai-Schecha (in der abyssinischen Provinz Serawi) von Herrn v. Heuglin und seinen Begleitern getrennt, um von da einen westlichen Weg einzuschlagen; nach den heutigen Nachrichten verließ sie diesen Ort am 16. November, machte eine erfolgreiche und wichtige Reise durch das von Europäern nie betretene Land der Basen und Baren, und langte bereits am 22. Dezember in Kassela an, wo sie durch gefährliche Krankheitsfälle bis Mitte Februar aufgehalten wurde, und dann über Gos Rachjeb, dem Atbara bis zu seiner Mündung in den Nil folgend, Chartum in einem großen Bogen am 9. März wohlbehalten erreichten. Mit vollem Muthe rüstete sich die Expedition am 26. März zum Aufbruch nach Westen, zunächst nach El Obeid, der Hauptstadt von Kordofan. Hr. v. Heuglin, Dr. Steudner und H. Schubert hatten Abba am 26. Dezember verlassen, eine interessante Reise durch das Alpengebirge von Semim gemacht und waren am 3. Januar in Gondor angelangt, wo sie sich am 7. Februar noch aufhielten. Die in den Bogos-Ländern gemachten naturhistorischen Sammlungen (9 Kisten) sind in diesem Augenblick von Alexandrien nach Deutschland unterwegs.

In Warschau werden nach eingetroffener Weisung aus Petersburg energische Vorbereitungen zur Eröffnung einer Centralschule im August getroffen. Es sind hiezu eine Million polnischer Gulden angewiesen. Es sollen zweckerest Lehrstühle für Jura und Philologie und später auch für Polytechnik errichtet werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86 P. 85¾ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	78½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	61⅞—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	52½ P. 52 G.
„	4½ pCt.	—
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101½ G.
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	103⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅝ P.
„	4 pCt. Obl. ljähr. dto.	102⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101P. 102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3 pCt. Obl. dto.	93½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48 G.
„	2 pCt. „	43⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99⅝ P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	121 G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	740—39 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—89 G. o.D.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	217 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81½ P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	87⅞ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 P. o.D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	74½ P.
	Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 20 kr.	241 P.
„	Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	129¾ P.
„	Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.		31½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .		133½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.		110 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.		53¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.		248 G. o.D.
Span. Handels- und Industrie . .		510 G.
„ Credit-Akt. d. Gen. Peres .		530 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.		107P. 106⅝ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.		105¾ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.		100¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104½ B.
Brem. 50 Thl. Lsd. k. S.	96⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93½ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 6xt. W. l. S.	88⅜ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	105¾ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	71 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	13²⁹/₃₂ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73¼—⅞ G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	120⅞ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	101 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 G.
Badische fl. 35	85⅝ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12 P.

Frankfurt, 23. Mai. Für österr. Fonds, Bank- und Industrie-Aktien zeigte sich eine bessere Stimmung und wurden besonders für National-Obligationen bessere Kurse bewilligt. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. Süddeutsche Fonds fest und preishaltend. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, ⅜, bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt.

(Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 144-45. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 26. Mai 1862.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

In der vorgestrigen außerordentlichen Bundestagssitzung wurde, wie schon kurz mitgetheilt, zur Abstimmung über den österreichisch-preußischen Antrag vom 8. März, den wegen der kurhessische Ausschuß unverändert zur Annahme empfohlen hatte, geschritten und derselbe zum Beschluß erhoben. Die meisten Regierungen gaben motivirte Abstimmungen ab; Hannover knüpfte seine Zustimmung an Voraussetzungen; gegen den Antrag stimmten nur Dänemark und die beiden Mecklenburg, wie schon beim Sistirungsbeschluß; ohne Instruktion war die 16. Curie, gleichfalls wie beim letzteren Beschluß; doch sprachen Waldeck und Reuß j. L. sich für den Antrag aus. Kurhessen enthielt sich der Abstimmung. Nach der Schlußziehung erklärte der kurhessische Gesandte, daß seine Regierung, unter Wahrung ihrer Rechte, jedoch dem Drange der Verhältnisse weichend, dem Beschluß nachkommen werde. Aus dem Bericht des Ausschusses führen wir noch die Voraussetzungen an, die derselbe, sonst nicht über die Bezeichnung der allgemeinen Grundlagen des neu einzuschlagenden Verfahrens hinausgehend, darlegen zu sollen glaubte. Es sind folgende: „1) daß die seit dem Jahre 1852 erlassenen Gesetze so lange in Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmäßigen Abänderung unterliegen; 2) daß anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal faktisch außer Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wiederhergestellt, sondern futurendiet bleiben, bis sie auf verfassungsmäßigem Wege abgeschafft sind." — Der Militärausschuß erstattete mehrere Berichte.

Die leidenschaftlichen und zum Theil sehr gehässigen Angriffe, welche seit dem Bekanntwerden des Briefes von Garibaldi an die italienischen Schützengesellschaften in einem großen Theil der süddeutschen Presse gegen das Schützenfest und das Festkomité erhoben wurden, haben natürlich das Centralkomité veranlaßt, diese Angelegenheit sorgfältig zu prüfen und über den wahren Sachverhalt die nöthigen Aufschlüsse zu ertheilen. Auf Grund der thatsächlichen Korrespondenz können wir hiernach folgende zuverlässige Mittheilungen machen. Eine besondere Einladung an die italienischen Schützengesellschaften ist — wie wir bereits bemerkt haben — nicht ergangen. Es ist vielmehr auf eine von Mailand aus erfolgte Mittheilung, daß italienische Schützen sich einzufinden beabsichtigten, und auf die gleichzeitige Anfrage, ob dieselben Aufnahme finden würden, von Seiten des Centralkomité's unter d. Mai geantwortet worden, die italienischen Schützen würden willkommene Gäste sein. Eine andere Antwort ließ sich hierauf, ohne gegen den § 3 der Statuten zu verstoßen, nicht ertheilen, denn § 3 sagt ausdrücklich, daß nichtdeutsche Schützen als Gäste Theil nehmen können, und es war namentlich nicht abzusehen, weßhalb hiervon der italienischen Nation gegenüber eine Ausnahme hätte gemacht werden sollen. Daß nun freilich Garibaldi in seinem Sinn die Sache aufgefaßt und das Fest als eine liberale Demonstration von quasi internationalem Charakter den Italienern gegenüber aufgegeben, daran ist das Festkomité vollständig unschuldig. Das Festkomité hat mit Garibaldi durchaus nicht verkehrt, ja das Schreiben Garibaldi's ist nicht einmal in Folge des erwähnten Antwortschreibens des Centralkomité's nach Mailand erfolgt, denn dies Antwortschreiben datirt vom 5., das Schreiben Garibaldi's — wie gestern auf Anfrage von Mailand aus telegraphirt wurde — datirt vom 3. Mai. Nach einer Notiz der Berliner „Volksztg." ist es sogar höchst wahrscheinlich, daß Garibaldi von einer in Gotha angeblich bestehenden anonymen Schanddudengesellschaft mystificirt worden ist. Dies ist der Sachverhalt, wie er vom Preßkomité, an welchen die Angelegenheit vom Centralkomité verwiesen war, festgestellt wurde. Es erfolgte denn auch in einer Sitzung dieser beiden Komité's nach langer Diskussion die Verständigung dahin, daß in einer vom Preßkomité entworfenen, vortrefflich redigirten Erklärung die Versicherung gegeben werden solle, daß das Fest nach wie vor seinen streng nationalen und politisch neutralen Charakter beibehalten werde, und daß man es der Presse überlassen müsse, bei dem von ultramontanen Hetzereien unbestritt geblichenen Theil der süddeutschen Bevölkerung auf diese Erklärung hin auf die etwa noch erforderliche Aufklärung und Beruhigung hinzuwirken. In diesem Sinn hat sich fast ohne Ausnahme der Gesammtausschuß aufgefordert und aufgerufen auf den Antrag von Dr. Spieß beschlossen, um kein Mittel unversucht zu lassen, welches in Süddeutschland zur Verständigung beitragen könnte, zu der in München stattfindenden Versammlung bayerischer Schützen, welche über diese Angelegenheit berathen will, eine Deputation aus seiner Mitte abzuschicken. Es wurden hierzu die Herren Dr. Paßavant, Louis Jäger, Max Wirth und Dr. Ebner erwählt. Hoffen wir, daß es ihnen gelingt, die aufgeregten Gemüther in München zu beschwichtigen. (Zeit.)

Bayern. Ueber die in einer Generalversammlung der Münchener Künstler am 20. d. gepflogene Berathung über den französischen Handelsvertrag theilt die „Allge. Ztg." folgendes Nähere mit: „Der badische Hofmaler Dietz sah in dem von Louis Napoleon angebotenen Vertrag einen Angriff auf die deutsche Nationalität. Es gelte nicht einen Kampf gegen Frankreich, aber gegen die französische Centralisation, gegen Paris, das sein Gift nun im größten Maßstab bei uns einschütten wolle. Der Deutsche könnte sich wohl ein Familienbündniß mit dem germanischen England gefallen lassen, nicht aber mit dem romanischen Frankreich, das er sich kaum vom Halse geschafft. Die Folge des Zollanschlusses an Frankreich werde die seyn, daß französische Bildung Deutschland noch mehr überfluthe als bisher. Wohl hätten die großen Ausstellungen zu München und Köln gezeigt, daß es eine deutsche Kunst gebe, die keine Konkurrenz zu scheuen brauche; aber es handle sich nicht sowohl um diese, von der doch nur auf dem untergeordneten Gebiet künstlerischer Reproduktion die Sprache sein könne, als um Wahrung deutschen Wesens gegen romanische Nivellirungszeitsüchte. Prof. Widmann bezeichnete den Standpunkt der deutschen Künstler in dieser Frage als einen rein nationalen, hob hervor, wie es ihre Pflicht sey, der Ueberschwemmung deutscher Kunst mit dem Unsittlichen entgegenzutreten, und betonte lebhaft, wie dem Bestangen des Herrschers in Frankreich nach dieser Zollvereinigung ein politisches Motiv zu Grunde liege, die Absicht, Deutschland neuerdings zu zerreißen. Dem gegenüber erhoben sich einige, meist norddeutsche, Stimmen, die von Frankreichs Mission des Fortschritts sprachen und von den Vortheilen der Handelsfreiheit. Schließlich ward beschlossen, eine aus sieben Köpfen bestehende Kommission niederzusetzen, welche beauftragt ist, der Anschauung der Künstlergenossenschaft geeigneten Ausdruck zu geben."

Auch in diesem Jahre konnten die in die Provinzen gesendeten Militärkommissionen nur einen geringen Theil von der Zahl jener jungen Pferde in Bayern erwerben, welche zur Ergänzung des Abgangs auf den Fohlenhöfen nöthig gewesen wäre. Namentlich mangelte der leichte Reitschlag, sowie überhaupt jener Pferdeschlag, welcher sich für das neue Reitsystem am besten eignet. Es ertheilten daher Pferdehändler Aufträge, die Polen, Rußland und Ungarn bereisten, und den Behauf an Remonten zu den festgesetzten Ankaufspreisen lieferten. Es ist durch die Erfahrung bewährt, daß die Pferde aus jenen Ländern, so unansehnlich sie auch oft sind, eine nicht geringe Dauerhaftigkeit besitzen. (B. Z.)

Nach Lindau waren am 21. d. das Offizierkorps des großh. badischen Infanterie-Regiments „Prinz Friedrich" von Kon-

Digitized by Google

stanz und das k. k. Offizierkorps der Garnison Bregenz auf festliche geschmückten Tanzsaal gekommen, um dem bayerischen Offizierkorps einen freundschaftlichen Besuch abzustatten.

Hohenzollern. Der „Beob." wird aus Haigerloch geschrieben: Unser Regierungsgewalt ist in der Hand der Priester, deren Glaubensbekenntniß ein kirchlich-politischer Absolutismus ist, die Kirche absolut durch die Staatsregierung, die Staatsregierung absolut durch die mit ihr vereinte Kirchengewalt. Die Volmar, Wilmar aber sind specifisch protestantische Absolutisten. Ihnen gegenüber stehen die sogenannten Neupreußen, d. h. die Gothaer und Nationalvereinler. Kämen sie ans Ruder, so wäre Kurhessen in vier Wochen eine preußische Provinz. Es handelt sich für Preußen einfach darum, durch Hervorrufung eines Konflikten in Kassel die preußische Partei ans Ruder zu bringen, dem entgegenzutreten war 1850 der Zweck, welcher leider damals bei uns nicht das Material zur Bildung einer liberal-großdeutschen Partei finden konnte und daher einen reaktionären Charakter annahm. Gegenwärtig ist in Kurhessen das Material zu einer Partei, die weder mystisch-absolutistisch, noch preußisch-unitarisch ist, vorhanden. Die Mitglieder unserer ersten Kammer, der ganze hessische Adel, das Militär und große Klassen des Volks- oder Gegenden des Landes sind weder Anhänger der Mucker noch des Nationalvereins, sie sind groß-deutsch, liberal, aufrichtig der Reform des Bundes zugethan. Diese Partei muß bei uns ans Ruder kommen, wenn Hessen aus diesem beklagenswerthen Zustande gerettet werden soll.

— Wie bereits kurz gemeldet, ist der Redakteur des „Vaterland" Kripp, zu einmonatlichem Kerker und 1000 fl., Friedmann wegen Verbrechens der Aufreizung zu zwonatlichem Kerker und 1000 fl., Thalac und Delpino wegen Verbrechens der Nichtanzeige und Begehens der Aufreizung ersterer zu sechsmonatlichem Kerker und 1000 fl. und Delpino zu dreimonatlichem Kerker verurtheilt worden.

§ **Wien**, 23. Mai. (Priv.-Korr.) Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und den Würzburger Regierungen über das großdeutsche Reformprojekt, welche eine Zeit lang hauptsächlich in Folge des preußisch-französischen Handelsvertrages stille standen, sind in der letzteren Zeit wieder aufgenommen worden und werden und zwar auf Grundlage des älteren Dalwigschen Projektes neuerdings sehr eifrig gepflogen. In den der Regierung nahe stehenden Kreisen versichert man, daß an einer Verständigung nicht mehr zu zweifeln sei, da sich Herr v. Beust mit dem Projekte des Herrn v. Dalwigk vollständig und auch Bayern seine Bedenken ausgegeben hat. Das Resultat dieser neuesten Verhandlungen soll schon in der nächsten Zeit in Form einer identischen Note vorgelegt werden.

— Der Gemeinderath von Lemberg hatte bekanntlich kürzlich eine Petition an das Ministerium beschlossen, in der dasselbe ersucht werden sollte, für eine gesonderte Abstellung des israelitischen und des christlichen Rekruten-Kontingents Sorge zu tragen, weil sonst die christliche Bevölkerung immer mehr stärker herangezogen werde. Nach zuhöriger Ueberlegung haben die Stadtverordneten jetzt auf den Antrag des Reichsrathes-Abgeordneten Dr. Ziemialkowsky die Absendung jener Bittschrift sistirt und ein aus Christen und Juden zusammengesetztes Komité gebildet, welches die Stärke der beiderseitigen Kontingente im Wege der freiwilligen Vereinbarung festsetzen soll. — Die goldenen Jünglinge der akademischen Bürdenträger, welche Kaiser Franz in der Erste der Lemberger Universität verlieh und die bei dem großen Brande von 1848 zu Grunde gingen, sind jetzt von der Regierung durch das Statthalterei-Präsidium der Anstalt aufs Neue verehrt worden.

Preußen. Immer fester begründet sich hier die Meinung, daß die Regierung in der kurhessischen Streitsache nicht auf eigene Hand zum militärischen Einschreiten vorgehen werde. Wie die ganze Angelegenheit beim Bunde zur Entscheidung steht, so wird auch Preußen die Maßnahmen, welche zur definitiven Regelung derselben nothwendig werden möchten, nur als Genosse des Bundes und auf Grund gemeinsamer Beschlüsse eintreten lassen.

Der Vorstand der deutschen Fortschrittspartei, welche auf 128 Mitglieder angewachsen ist, besteht aus den Abg. Behrend, von Forckenbeck, v. Hoverbeck, Immermann, v. Rönne (Solingen), Schulze-Delitzsch, Simon (Breslau), Twesten, Waldeck.

Das frühere Lustschloß des Kurfürsten von Trier, Schloß Engers, mit welchem zugleich ein sehr ausgedehnter und trefflich unterhaltener Pflanzen- und Baumgarten für die Rheinprovinz verbunden ist, soll zu einer Kriegsschule eingerichtet werden. In mehreren Sälen des Schlosses befinden sich aus kurfürstlicher Zeit noch ausgezeichnete Freskogemälde von Januarius Zick; wahrscheinlich werden diese trefflichen Kunstgegenstände bei Einrichtung des Schlosses zu einer Kaserne nun wohl auch verloren gehen.

Kurhessen. Kassel. Die Stimmung ist eine vollkommen feste und zuversichtliche in der ganzen Bevölkerung. Nur die kleine Schaar des Opportunismus beweist es ihrer gewohnten Oberflächlichkeit, daß ihr die innere Gesundheit fehle und in ihren kampflustigen Anstrengungen, sich oben zu halten, daß sie dem Untergange nahe ist. Auf diese Coterie hat denn auch die von der übrigen Bevölkerung mit würdiger Ruhe aufgenommene Kunde, daß der Kurfürst lieber dem Throne entsage, als nachgeben werde, einen großen Eindruck gemacht. Indessen halte ich jede Besürchtung in dieser Beziehung für völlig grundlos. Wer den Charakter des Kurfürsten und die Persönlichkeiten und Verhältnisse unseres Hofes kennt, kann nicht zweifeln, daß Se. k. Hoheit es für Pflicht hält, die von Gottes Gnade verliehene Krone bis zum letzten Athemzuge festzuhalten. — Daß die Minister über Kurz oder Lang zurücktreten werden, ist Kommentar zu viel, und der Umstand beunruhigt die Getreuen des Herrscherhauses ohne Zweifel noch weit mehr als eine Thronentsagung. Herr v. Gerlach ist auch schon erkrankt und gradezu, wie es heißt, der Gicht, daß seine Uebergangung vor dem Ausgange der jetzigen Krisis schwerlich erfolgen wird.

Nach Kassel ist ferner Dr. Friedrich Oetker zurückgekehrt, zur Freude der Verfassungspartei. Der Rath eines Mannes, welcher von Anfang an den Kampf um das Verfassungsrecht geleitet, der unbeirrt das Ziel, dem wir jetzt mehr zu sein hoffen dürfen, im Auge behalten und verfolgt hat, der die Verhältnisse nach allen Richtungen hin beherrscht und der vor allen Dingen mit vollster Uneigennützigkeit, aus reinstem Patriotismus, den Kampf begonnen und geführt hat, muß von Gewichte sein. (R.-Z.)

Thüringen. Unter den dem Gothaer Landtage zugekommenen Vorlagen befand sich auch eine Petition um Verwilligung eines Betrages aus der Staatskasse zur Unterstützung für die betreffenden und nothleidenden schleswig-holsteinischen Beamten. Bezüglich dieser Petition war in jüngster Sitzung ein Antrag der Majorität der Finanzkommission auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung eingegangen, welchem ein Antrag der Minorität entgegenstand, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Landtag nahm nach kurzer Debatte den Antrag der Majorität an, welche als Motiv zu demselben u. A. aufführte, daß es nicht wünschenswerth erscheine, die schleswig-holsteinische Sache aus der Hand des Volkes zu nehmen.

Schweiz.

In Schaffhausen ist die Regierung in das Gesuch um Staatsbetheiligung bei der Pferdebahn nicht beigetreten.

Frankreich.

In den Kerikalen Kreisen zirkulirt gegenwärtig eine Petition an den Kaiser, worin die Aufrechterhaltung der weltlichen Regierung des Papstes in Rom verlangt wird. Fast alle Erzbischöfe und Bischöfe haben dieselbe unterzeichnet.

Spanien.

Die „Epoca" läßt sich Näheres aus Veracruz über das von dem „Moniteur" angezeigte, den französischen Waffen verhältnißmäßig Kavalleriegefecht schreiben, welches als die Eröffnung der direkten Feindseligkeiten angesehen wird. Nach dieser Korrespondenz reiste am 19. April die Gräfin Reuß (Gemahlin des Generals Prim und geborene Mexikanerin) mit dem Postwagen von Orizaba nach Veracruz zurück und der mexikanische General Zaragoza war so galant, ihr eine der gefährlichsten Strecken des Weges zwischen Orizaba und Cordova, eine Schwadron seiner Kavallerie als Eskorte mitzugeben. Bu derselben Zeit hätten die Franzosen, anstatt vertragsgemäß diesseits des Chiquihite zu bleiben, plötzlich ihren Plan geändert und wären, ohne die Mexikaner davon zu benachrichtigen, auf einmal vorwärts aufgebrochen gegangen. Bei dieser Gelegenheit sei eine Schwadron algerischer Reiterei der mexikanischen Eskorte der Gräfin Reuß begegnet und beim Anblick der mexikanischen Fahne über sie hergefallen. Nachdem man einige Schüsse gewechselt, hätten die Franzosen einen Offizier und 14 Mann der mexikanischen Scharfschützen zu Gefangenen gemacht. Dies sei die thatsächliche Eröffnung des Krieges gewesen.

Italien.

Italienischen Blättern zufolge soll man die Absicht hegen, ein Memorandum an die europäischen Mächte zu richten, worin auf eine Besetzung des Patrimoniums, mit Ausnahme Roms und Ci-

Digitized by Google

nitzverschie', hinaudeutet. Dieser Akt soll nach anderen Blättern die Besetzung des Marinoministeriums einleiten, welcher andere, der Hauptsache nach, folgen sollen. Die wichtige Frage nicht deutlich, sondern die Entfernung „des unverbesserlichen Anhängers der Bourgeoisie, Franz II." fordern; im Fall dieselbe innerhalb acht Tagen nicht gestehe, sollen sich die italienischen mit den französischen Truppen vereinigen, weil letztere nicht hinreichend wären, den Papst zu schützen und die Revolution zu bändigen.

Prinz Napoleon wird, bevor er nach Frankreich zurückkehrt, Sizilien besuchen. Trotz seiner radikalen Reden im französischen Senate hat der Prinz vom Palais Royal bei den Garibaldinern und Demokraten jenseits der Alpen wenig Glück gemacht. Man schreibt ihm vielleicht nicht mit Unrecht ehrgeizige Pläne zu, und während der „Popolo d'Italia" einen Artikel mit dem Mahnruf schließt: „Timeo Danaos et dona ferentes", ruft ein anderes Blatt aus: „Wachet Garben und Genossen, die französische Flotte kreuzt in Euren Gewässern!"

Amerika.

Die nach Sewell's Point gegangenen föderalistischen Panzerboote haben Rekognoszirungen vorgenommen und ermittelt, daß nur noch sehr wenige Kanonen und Truppen dort sind. Die „Merrimac" und „Monitor" kamen einander mehrmals nahe, ohne daß sich ein Gefecht entspann. Die föderalistischen Dampfer sind nach Fort Monroe zurückgekehrt. Norfolk ist noch nicht geräumt. In West Point, hat zwischen General Franklin's erster Division und den Sezessionisten unter General Lee ein Gefecht stattgefunden. Letztere wurden durch die föderalistischen Kanonenboote mit Bomben beschossen und gezwungen sich zurück.

Ueber die Einnahme von New-Orleans fehlen immer noch die aufhellenden Details. Man weiß mit Bestimmtheit kaum mehr, als daß es einigen Panzerschiffen gelang, zwischen den Forts Jackson und St. Philipp hindurchzukommen, die ungefähr in der Mitte des Laufs von 100 engl. Meilen, den der Mississippi von New-Orleans nach dem mexikanischen Golf noch zu machen hat, einander gegenüber liegen, und daß gleichzeitig von den See, welche die „Halbmondstadt" östlich mit dem Meer verbinden, Truppen eingeschifft waren. Jene beiden Forts selbst waren damals noch uneingenommen geblieben. Nun sind auch diese, nach sechstägigem Bombardement, und nachdem 3 Kanonenboote und 21 Mörserschiffe den Durchgang durch den Fluß erzwungen und General Butler 4000 Mann ans Land gesetzt, gefallen und 11 Kanonenboote der Rebellen zerstört; ein neuer und wichtiger Beitrag zu den Siegen der Sieger, welche in der letzten Zeit die Bundestruppen errungen haben. New-Orleans, die erste Stadt des Südens, genommen, Baton Rouge, welcher ebenfalls am Mississippi gelegen, die politische Hauptstadt von Louisiana, gleichfalls genommen, Fort Jackson und Fort Philipp bei New-Orleans, Fort Macon bei Beaufort in Nordcarolina erobert, in Virginia der Napahannock überbrückt und Fredericksburg besetzt, Portkown und Williamsburg von den Rebellen geräumt, 20,000 Mann Bundestruppen bei Westpoint ans Land gesetzt, Richmond, die Bundeshauptstadt der Rebellen und der Sitz ihres Kongresses, ebenso Norfolk, ihr großes Arsenal, bedroht — das sind in kurzen Zügen die Haupterfolge, welche seit den blutigen Tagen von Pittsburg Landing, wo die Rebellen zwar zuletzt, aber erst nachdem auch die Bundestruppen ungeheure Verluste erlitten, sich zurückzogen, der Norden errungen hat. Dort bei Pittsburg im Westen am oberen Mississippi, und vor Richmond und Norfolk im Osten, nahe der Küste des atlantischen Ozeans, sind die nächsten Hauptschläge zu erwarten. — Wie sehr die Siegeshoffnungen des Nordens gestiegen sind, läßt sich daran ermessen, daß in der letzten Zeit zum Centennial seit Ausbruch des Kriegs die Bundesobligationen auf und sogar über pari standen.

Asien.

Einem Schreiben aus Teheran vom 20. entnimmt die „Dan. Ztg." folgende Mittheilungen: Die jüngst erfolgte Hinrichtung im Gefolge der gefangenen Turkomanen hat Repressalien der grausamsten Art hervorgerufen. Nachdem die Kunde zu den Turkomanen gedrungen war, wurde in der Stadt Asterabad ganz nahe gelegenes Dorf von einer starken Horde zur Nachtzeit überfallen, geplündert, niedergebrannt, und schließlich die ganze wehrhafte Bevölkerung desselben hingemordet. Zeitlich Morgens erschienen die Barbaren dann vor den Mauern der Stadt Asterabad selber, um 120 Personen, Weiber, Greise und Kinder, die für das blutige Nachspiel aufgespart waren, vor den Augen der Bevölkerung hinzuschlachten. Den letzten Nachrichten zufolge, welche ein auf Umwegen aus Mazanderan hier eingetroffener russischer Kourier überbrachte, ist Asterabad von den Turkomanen umzingelt und bis Sari, der Hauptstadt der Provinz, welche blos sechs Stationen von Teheran entfernt ist, sehr Kommunikation abgeschnitten. Aus Mangel an Zufuhr haben die Lebensmittel in Asterabad bereits einen ungeheuren Preis erreicht, 19 Dörfer in der Umgegend der Stadt wurden zu gleicher Zeit von den wilden Horden überfallen und 100 Menschen getödtet. Desgleichen haben die Turkomanen Angesichts der in der Nähe gelegenen russischen Marinestation Schurade zwei mit Mais und Wolle beladene Kauffahrer gekapert und deren Schiffsmannschaft zu Sklaven gemacht. Hier in der Residenz weiß man sich inzwischen ganz sorglos und unbekümmert um das traurige Schicksal einer halben Provinz den frommen Anrachtübungen des Ramazan, und Niemand denkt daran, die ernsten Mahnrufe der Regierung zu Herzen zu führen.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Nachricht mehrerer Blätter, daß die deutschen Stenographen während der Tage des allgemeinen Schützenfestes in Frankfurt sich versammeln werden, beruht auf einem Mißverständnisse; durch die betreffende Einladung wollte nur denjenigen Stenographen, welche sich unter den Schützen befinden, Gelegenheit zu einer geselligen Zusammenkunft gegeben werden.

(Gieße aus Hessen.) In der Wiener „Presse" erzählt der Feuilletonist: Ich sahe vor fünf oder sechs Jahren von Kassel über Guntershausen nach Frankfurt. Auf einer Zwischenstation erwarteten hieß sie — erlaubte ein Lustenthalt von zwanzig Minuten mit und einigen anderen Herren, sämmtlich Oesterreichern, auszusteigen und ein Glas Tramineer zu trinken. Wir saßen in einer blühenden Bockspornlaube, im Gärtchen der Restauration, als ein Hessenmädchen an uns herantrat, ein blutjungen, bildhübsches Geschöpf, mit der landesüblichen Frisur à la Chinoise, mit sanften blauen Kinderaugen, im ärmlichen kurzen Kinderröckchen, barfuß, als ob sie das Original von Anerbach's „Barfüßele" gewesen wäre. Ach! dieses Kind mit den unschuldsvollen Augen machte uns Anträge, welche die frommen Blicke auf eine fürchterliche Weise Lüge strafen. Wir waren — hatte man es für Prüderie, wenn man will! — alle empört und machten dem Kinde Vorstellungen, — die Augen gingen der Kleinen über. Wir fragten, ob sie sich denn vor der Polizei nicht fürchte. Da sprach das Mädchen die unvergeßlichen Worte: „Ah! die Polizeileut' thun uns nichts, — die lasse uns Mädle gewähre — wie s'bleiben unsere Eltern sonst die Steuer zahle." — Wir sprangen auf, schenkten dem Mädchen einige Kleinigkeiten, brachten mit der letzten Neige des Tramineers Herrn Hasenpflug ein Pereat und schimpften von Dawern bis an den Main so weidlich über — Hessen, daß man uns wahrscheinlich Landes verwiesen hätte, wenn uns nicht nach ein paar Stunden die Lokomotive in die freie Stadt Frankfurt geschleppt hätte, wo der Bundestag sitzt, der von solchen Zuständen in seiner nächsten Nähe nichts zu wissen schien. Daß das arme Mädchen wahr gesprochen, beweisen die Schaaren von unglücklichen Geschöpfen, die alle Jahre aus Hessen rheinabwärts in die Freudenhäuser Hamburgs und Londons getrieben werden, — der Ausdruck ist nicht zu arg — um mit ihrer Schande Geschäfte zu machen, wie ihre Großväter, die man auf die Schlachtfelder Nordamerikas verkaufte, mit ihrem Blute den Luxus kurhessischer Maitressen zahlen mußten, unter denen sich — keine Lady Milford befand.

Volkswirthschaftliches.

Die „Köln. Zeitung" schreibt von der Mosel: „Für die „Kaffeebarone" in Brasilien werden mit vielem Eifer arme Familien, die bei hohen Lebensmittelpreisen und geschmälertem Verdienste zu leben, auch noch so schlimmen, ihnen dargebotenen Auskunftsmittel greifen, in der Eifel, auf dem Hochwalde und Hundsrücken, sowie im Fürstenthum Birkenfeld geworben. Seit einer Woche sind zwei Schiffsfrachtungen solcher Auswanderer über Köln nach Antwerpen spedirt worden und schon sind die Agenten von dort zurückgekehrt, um in Kurzem nochmals mehrere größere Menschentransporte zu organisiren. Alle Warnungen, welche sich auf das grausame Mißgeschick früher ausgewanderter Deutschen nach den Plantage-Gegenden Brasiliens stützen, fruchten, somit nichts zu fruchten. Der Agent Steinmann in Antwerpen hat den Auftrag, für ein spekulatives Kolonisations-Unternehmen in der brasilianischen Provinz San Paolo weiße Arbeitskräfte herbei zu schaffen, damit solche in den Kaffee-Plantagen Verwendung finden. An verlockenden Bedingungen fehlt es nicht; denn es werden den Leuten die Reisekosten saß ganz vorgestreckt, ihnen die unentgeltliche Ueberfassung von Haus und Land versprochen und überhaupt eine sorgenlose Zukunft vorgespiegelt. Die Auswanderer gehen die Kon-

Digitized by Google

traulliche Verpflichtung ein, vor Ablauf von 3 Jahren die Kolonie nicht zu verlassen, selbst wenn sie auch allen Verbindlichkeiten nachgekommen sind. Nach den traurigen Vorgängen dieser Art wird nach Ablauf dieser Zeit den Leuten der Muth benommen sein, sich ohne Mittel in eine andere gesundere und vortheilhaftere Gegend Brasiliens durchschaffen zu können. Es wäre an der Zeit, daß die Behörde ihre Warnungen vor der Auswanderung nach Brasilien neuerdings ergehen ließe; denn anscheinend operiren die Agenten unter dem armen Landvolke mit besserem Erfolge als jemals.

Neueres.

Das Schützenfestkomité in Frankfurt hat in Folge der eingangs berührten Verhältnisse folgende Anspreche an die deutsche Nation erlassen: „Die Organe der deutschen Presse haben fast einmüthig mit rühmlichstem Eifer und ächt vaterländischem Sinne die Theilnahme an dem ersten deutschen Bundesschießen geweckt, ihnen vornehmlich verdankt das Comité die allgemeine Bedrellung, welche die Erkenntniß der Bedeutung des Festes genommen hat. Ein nationales Fest ist es, welches das deutsche Volk im Sinnbilde sein seiner Zusammengehörigkeit leisen will, und wenn vereinzelte Organe der Presse der Empfindung für die warme Begeisterung der Nation entbehrend, die Tendenz des Festes von verschiedenem Parteistandpunkten aus angreifen und verdächtigen, so kann das Gesammtkomité zur Widerlegung dieser Angriffe und Verdächtigungen nur darauf hinweisen, daß es dem Geist, welchem das Fest seine Entstehung verdankt, bisher in allen seinen Handlungen treu geblieben ist und treu bleiben wird. Das Gesammtkomité, aus Männern verschiedener politischer Ueberzeugung bestehend, ist darin einig, daß in dem Feste lediglich dem deutschen Nationalgefühl Ausdruck zu geben sei, daß das Bundesschießen nicht das Fest einer Partei sein dürfe, nicht Partei-Demonstrationen hervorrufen könne. Das Gesammtkomité hält fest an den Ideen und Grundsätzen, die den deutschen Schützenbund ins Leben riefen, und welche in dem ersten Aufruf des Comité's an das deutsche Volk Wiederhall fanden. Das deutsche Volk erfaßte in diesem Sinne den Aufruf des Comité's zur Betheiligung am Feste und verlieh ihm Weihe und Bethätigung. Das Gesammtkomité, auf solche Weise geehrt von dem Vertrauen seiner deutschen Mitbrüder, ist sich seiner großen und ernsten Aufgabe bewußt; es wird, ein treuer Hüter des Festes, demselben den Geist zu erhalten bestrebt sein, aus welchem das Fest entsprungen, den Geist der Vaterlandsliebe und des Einheitsstrebens der deutschen Nation. Das Gesammtkomité hat wohlbedacht diese Beschlüsse gefaßt, daß Einladungen an einzelne Personen nicht ergehen sollen. Das Centralkomité hat diesen Beschluß gewissenhaft beobachtet. Einladungen an einzelne Personen sind nach keiner Seite hin erlassen worden. Das Festprogramm läßt Schützen anderer Nationen als Gäste zu. Nur in diesem Sinn sind Erklärungen des Centralkomité's auf ergangene Anfragen erfolgt. Wenn diese Erklärungen auf der einen Seite mißdeutet, auf der andern böswillig ausgebeutet werden, so dürfen wir uns der beruhigenden Ueberzeugung hingeben, daß das deutsche Volk sich durch solche Besuche und Umtriebe nicht betören lassen wird. Wollen Schützen anderer Nationen die Festtage des deutschen Volkes durch ihre Gegenwart verherrlichen, so wird dieses hierin nur eine Anerkennung seiner hohen Bedeutung, die Sympathie für seine nationalen Bestrebungen und Hoffnungen erblicken. Erfüllt von der vaterländischen Bedeutung des Bundesschießens, umkleidet durch jenen Parteihader, der die große Feier zu verdächtigen wagt, werden wir den Dienst, den wir für das Vaterland übernommen, getreu vollführen."

* München, 25. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Ein heute Mittags aus Darmstadt eingetroffenes Telegramm brachte die Trauerbotschaft von dem heute Vormittags 11 Uhr erfolgten Ableben der Frau Großherzogin Mathilde von Hessen — eine Nachricht, die nicht nur bei dem bald 76jährigen königlichen Vater und den übrigen Gliedern der k. Familie, sondern allenthalben, wo jene selbe hier bekannt wurde, die schmerzlichste Theilnahme und zugleich die tiefste Betrogenheit über die Folgen des Eindrucks erregt, welche der überaus schmerzliche Verlust auf den hochbejahrten königlichen Vater üben wird. Auch auf den Reisepfalzen des Königs Max, des Bruders der hohen Verblichenen, dürfte dieses Ereignis Einfluß üben. (Das „Genfer Journal" vom 24. Mai berichtet noch nicht über die Ankunft des Königs.)

München. Das Regierungsblatt veröffentlicht eine allerhöchste Anerkennung der testamentarischen Verfügung der Josepha Langer, welche Patriotin ihre bedeutende Gemäldesammlung dem Staat vermacht hat.

In München sind einige der hervorragendsten Industriellen der österreichischen Hauptstadt aus Wien eingetroffen, um sich mit den Vertretern des Handels- und Gewerbestandes unserer Stadt über den Handelsvertrag mit Frankreich und die in dieser Angelegenheit zu ergreifenden Schritte zu besprechen. Von hier begeben sich die Herren zunächst nach Augsburg und Stuttgart. Aus dem Gutachten des Handels- und Fabrikrathes der Stadt Nürnberg über den Handelsvertrag mit Frankreich theilt der „Nürnb. Korr." folgenden Schluß mit: „Das Resumé unseres Gutachtens, Gutes und Schlechtes des Vertrags zusammengehalten, geht dahin, daß wir uns, vom Standpunkt unserer hiesigen Industrie, für Annahme des uns zur Prüfung vorgelegten Handelsvertrags mit Frankreich aussprechen müssen, daß wir hieran jedoch die Bedingung knüpfen, daß dabei unserem, auf Recht und Billigkeit gestützten, Verlangen auf Abänderung verschiedener Tarifsätze, soweit als immer thunlich, entsprochen werde, daß aber insbesondere die im Eingange unseres Gutachtens beantragte Abänderung und Richtigstellung der bezeichneten Artikel, vorzüglich aber die Entfernung des Art. 17 zur Durchführung komme. Wir wollen, wenn es erforderlich wird, für eine große Sache gerne Opfer bringen, aber wir wollen uns nicht chikanieren lassen, und aus der Annahme oder Ablehnung so gerechter Forderungen wird sich am Besten folgern lassen, ob Frankreich es mit dem Vertrage ehrlich meint. Schließlich können wir nicht unterlassen, noch auszusprechen, daß wir die Frage wegen Fortbestandes des Zollvereins schon deßhalb ganz unberücksichtigt gelassen haben, weil der Bestand desselben, wenn nicht in größerem, doch in ebenso großem Interesse Preußens wie in dem der übrigen betheiligten Staaten liegt." Das Gutachten geht die sämmtlichen Hauptpositionen des Tarifs kritisch durch, nachdem vorher die Grundbestimmungen des Vertrags (der eigentliche Vertrag) beleuchtet worden. Bei Art. 31 (gegenseitige Einräumung der Stellung der meistbegünstigten Nation) wird hier gesagt: „Art. 31 vermissen wir zu unserem großen Bedauern jede bevorzugte Stellung für Oesterreich und nicht einmal die eventuelle Vorsetzung der mit dem Ablauf der Zollvereinsperiode ihr Ende erreichenden Erleichterungen für den Zwischenverkehr mit diesem Lande vorgesehen. Wir bedauern Dieses um so mehr, als wir den Verkehr mit Oesterreich für außerordentlich nützlich und für viel vortheilhafter für uns halten, als jenen mit Frankreich; und wenn wir prinzipiell für jede Verkehrserleichterung sind, so drängt uns doch unser kommerzielles Interesse, da eine nähere Vereinigung uns mit einer fremden Anschluß zu wünschen, wo Dieses durch die anzuhandgarten Gegenleistungen leichter zu ermöglichen ist und wo unserer Industrie ein so vielseitiges Absatzfeld offen liegt, wie uns speziell von Frankreich in gleichem Maße nicht geboten werden kann. Daß in Art. 32 ein eventueller Beitritt Oesterreichs als Gesammtstaat zum Zollverein vorgesehen und verstanden ist, glauben wir seit voraussetzen zu dürfen."

Die „Sternzeitung" schreibt etwas mysteriös: „Der Eindruck der Enthüllungsfeier des Brandenburg-Denkmals ist durch mancherlei von Partei-Leidenschaft eingegebene Deutungen und Bemerkungen getrübt worden. Es ist ebenso bedauerlich, daß man den Vorgang zu ganz unberechtigten Anspielungen auf die Gegenwart benutzt, als daß man gegen die Bewoggründe und den Zeitpunkt der Feier schmähende Einwendungen erhoben hat. Das vollkommen Falsche einseitiger Deutung und Betheiligung wird vor Allem erwiesen durch die Gegenwart und die lebhafte Theilnahme des Königs an der Feier, die dadurch von vornherein eines jeden Parteiwerkes entrathen und, wie das Denkmal selbst, zu einer allgemeinen nationalen Angelegenheit geweiht worden ist. Als solches aber zu gelten, verdient das Denkmal gewiß auch in Betracht des edlen Bestordenen selbst, dessen Ruhm sich nicht darauf beschränkte, den Sturm der Revolution mannhaft zurückgeschlagen zu haben, sondern der auch mit derselben rühmlichen Mannhaftigkeit für die freiheitliche Entwickelung des Vaterlandes, für das das gute Recht Preußens im Inlande und Auslande thätig gewesen ist. Um diesen vielseitigen Ruhm des Verewigten dem Publikum deutlich zu machen und der hohen Bedeutung der Enthüllfeier an Letzterer selbst einen öffentlichen Ausdruck zu geben, ist folgende Inschrift vorgeschlagen worden:

Dem Manne deutscher Treu und Ehre,
Der, eine Burg im Hauptbedrang,
Des Trotzes Trutz, des Rechtes Wehre,
Fest bis zum Tod im Kampfe stand,
Beut's diese Stirn, zu Preußens Ehre.
Mit Gott, der Krone und des Vaterland.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 146. | 59. Jahrgang. | Dienstag, 27. Mai 1862.

Eine geschichtliche Berichtigung.

Eine Münchener Korrespondenz der „Allg. Zeitung" knüpft eine eben in München erschienene Schrift, betitelt: „Betrachtung der Besitzungsinstitution vom 21. April 1862 zum Gewerbsgesetz vom 11. Sept. 1825", welche sich auf eine seltene und umfassendste Kenntniß der Geschichte der Gewerbe in allen Landestheilen Bayerns stütze und nachweise, daß die Gewerbsfreiheit in Bayern durchaus keine Neuerung sei, vielmehr von uralten Zeiten herstamme, und der Zunftzwang erst in viel späterer Zeit seine unnatürliche Ausdehnung erlangt habe, — welche Ansichten man in Würzburg im 13. Jahrhundert über die Zünfte hegte — sagt der Berfasser — geht daraus hervor, daß, als Bischof Berthold unserm 17. März 1279 die früher abgeschafften Zünfte wieder herzustellen, an solcher Räm rmsand, daß noch in demselben unterm 11. August 1279 ihre Wiederauflösung verfügt werden mußte: „Propter clamorem cleri et populi Herbipolensis contra societates sive collegia vulgariter Zünfte nuncupatas, rerum commercia impedientes easdem tollit et revocat." Regest. Vol. S. 89 und 97.

Die „Allg. Ztg." selber muß bei Aufnahme dieser Zeilen einigen Zweifel angewandelt haben, sonst würde sie nicht mitten im Text einschalten — sagt der Berfasser — und in der That wird auch der obrigkeitliche Beschichtsklenner sogleich fragen, wer denn eigentlich der die Zünfte bescheidene oder bekämpfende populus gewesen sein soll, nachdem ebendieselbe populus, d. i. die gesammte Bürgerschaft einer Stadt, (häufig auch die Geistlichen nicht ausgenommen) einer Zunft angehörte, mit Willen, Freuden und Nutzen angehörte, und schon aus politischer, polizeilicher und politischer Nothwendigkeit angehören mußte. Aber den Zunftzwang der Haarbrutel- und der neuern Zeit mit dem reichsständischen Zunftwesen des kriegerischen Mittelalters identifizirt, der geht eben so fehl als derjenige, welcher in den heutigen Freimaurerlogen die Bauhütten der Benediktiner, der freien Maurer und der Strimmergenossenverbrüderungen aus karolingischen, salischen und hohenstaufischen Zeiten wiederfinden wollte; und müssen dergleichen Versuche gegen die Fristrechtung oder vielmehr Zeitverrechtlungen schon im allgemeinen Interesse der geschichtlichen Wahrheit widerlegt werden. In der oben angeführten Regeste läuft aber die Angabe so grell gegen die Thatsache, daß wir die letztere näher erörtern zu müssen glauben, um von dem einen Fall auf andere schließen zu machen und bei dem Gebrauch solcher kurz hingeworfenen historischen Notizen eine vorsichtige Prüfung zu empfehlen.

Berthold Graf v. Sternberg, der 43. Bischof von Würzburg, regierend von 1268 bis 1287, war schon vor seiner Wahl wegen zweier sich bekämpfenden Bischöfe und eines deshalb entstandenen Bürgerkriegs vom Domkapitel zum Pfleger oder Verweser des hartbedrängten Stifts ernannt worden, und dankte er diese Wahl vorzugsweise seiner Eigenschaft als tapferer und erfahrener Kriegsmann. Er schlug 1266 den einen Bischof, einen Grafen v. Henneberg, in dem blutigen Gefecht bei Lützingen, entledigte sich nach seiner Erwählung ebenfalls mittelst der Waffen eines ihm unmittelbar gegenübergestellten Gegenbischofs, unterdrückte durch kluge Mäßigung eine in der Stadt Würzburg von den Hennenbergern angezettelte Verschwörung, folgte als Führer einer starken Kriegsschaar dem Kaiser Rudolph in die Marchfeldschlacht wider den Böhmenkönig, und zerstörte nach der Heimkehr auf des Kaisers Befehl mehrere Raubburgen im Frankenland. Vor einer derselben, vor dem damals für unüberwindlich gehaltenen Thüngen gerieth Berthold in's Gedränge; er mußte es nehmen oder schimpflich abziehen. In dieser Verlegenheit erbohrn sich die Würzburger Handwerker, des Bischofs treue Kampfgenossen, als er noch Pfleger war, zur Erstürmung der Burg, wenn er sie ihre alten schon öfters aus politischen Gründen aufgelösten Zünfte wieder aufrichten lasse. Er sagte zu, und die Burg fiel (1279).

Die himmelbrennende Siegerin und die übrige Bürgerschaft öffneten ihre Zunftstuben und Herbergen mit großem Gepränge und lautem Jubel; allein noch am gleichen St. Gertraudstag, dem Datum der bischöflichen Urkunde, erhob das Domkapitel nebst den Vorstehern anderer Stifte, sowie ein Theil des in der Stadt wohnenden höchsten Adels (mithin der damalige direkte Gegensatz zu dem damaligen Begriff von populus) Protest gegen die Zünfte als eine „unbillige, Gott und den Menschen zuwidere" Einrichtung, und verlangte vom Bischof, daß er deren „Trennung für ewige Zeit" gebiete, und zwar bei „Strafe des Interdikts und Banns", selbst für solche, welche der Zunft nicht wirklich angehörten, sondern sich nur unterstünden, sie zu berathen, zu verheirathen, oder ihr sonstwie anzuhangen. Daß eine solche Strafe nicht von vermeintlichen „Freunden der Gewerbsfreiheit" blosen vortheilsüchtigen Gegnern der Gewerbsfreiheit, wofür der Herr Berfasser des obigen Büchlins die Zünfte hält, zugeeackt werden konnte, liegt auf platter Hand, und ebenso klar ist es, daß man nicht innerhalb 24 Stunden sich von der merkantilen und industriellen Schädlichkeit des Zunftwesens überzeugen konnte. Worum aber bekämpften die beiden privilegirten Stände die Zünfte? Antwort: weil sie in ihnen den dritten Stand, d. h. das sie mit der Zeit überflügelnde Bürgerthum anerkannten und aus natürlichem Selbsterhaltungstrieb niederzuhalten suchten.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Der „Weserzeitung" schreibt man aus Berlin: „Das bekannte Projekt des Herrn v. Dalwigk, dem Bunde eine Delegation von ständischen Ausschüssen an die Seite zu stellen, um eine allgemein giltige Civil- und Kriminalgesetzgebung in Deutschland berbeizuführen, unterliegt jetzt einer Berathung der Bevollmächtigten der betheiligten Staaten in Wien. Graf Rechberg hatte in einer geheimen Depesche vom 17. März zu diesen Berathungen eingeladen. Mittlerweile sind die Instruktionen zur Theilnahme an den Konferenzen daselbst eingegangen. Die hannover. Regierung, welche von einer Aenderung der Bundesverfassung nichts wissen will, wird nur eine referirende Stellung dabei annehmen. Hr. v. Bruß, der in diesem Projekt nur den Schatten des Schattens seines bekannten Borschlages erblickt, verspricht sich nach den hier in diplomatischen Kreisen verbreiteten Ansichten gar keinen Erfolg von dieser Konferenz, welche nicht zu Stande gekommen wäre, wenn Bayern nicht noch zu guter Letzt seine Betheiligung zugesagt hätte." Wie sich hier ganz der Meinung des Herrn v. Bruß. Die heutige „Postzt." sagt: diese Mittheilungen theils bestätigend, theils berichtigend, die Bundesreformangelegenheit werde sofort nach Erledigung der kurhessischen Verfassungsangelegenheit in Angriff genommen, jedoch unabhängig von den Berathungen über legislative Fragen gehalten werden.

Bayern. Wie die „Bayerische Ztg." meldet, hat am 24. d. die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden der zwischen Bayern und Baden abgeschlossenen Staatsverträge wegen des Eisenbahnbaues zwischen Würzburg und Heidelberg, ferner wegen Herstellung der Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim, der Eisenbahnverbindung zwischen Winden und Karlsruhe mit einer Trajektanstalt über den Rhein bei Maximiliansau und über Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Germersheim und Bruchsal stattgefunden.

Oesterreich. Ueber das Befinden der Kaiserin sagt die Wed. Wochenschrift: Ihrer Majestät Gesundheit entspricht

Digitized by Google

nicht den Erwartungen, zu welcher der längere Aufenthalt im Süden berechtigen sollte.

Preußen. Wie man sich erzählt, besucht der König so oft er nach Potsdam kommt, die irdische Friedensstätte, um an dem Grabe seines verstorbenen Bruders im Verein mit der Königin-Wittwe einige Zeit im stillen Gebete zuzubringen. Man will Se. Majestät schon mit Thränenspuren an den Augen die Kirche verlassen gesehen haben; und es scheint, als ob die große Frömmigkeit, durch welche sich Friedrich Wilhelm IV. auszeichnete, jetzt auf seinen königlichen Bruder übergegangen ist. Gestern wollte die „Nagd. Zeitung" zur Sühne für die Preußen von Kurhessen angethane Schmach Alles aufbieten, heute ist sie abgekühlter und sagt: „Es ist leicht den Andeon zu überschreiten, schwer, den einmal gethanen Schritt zurück zu machen. Wir hoffen, daß sich unsere Staatsmänner das ernsten Ueberlegt haben werden, ehe sie einen einzigen Soldaten von dem graden Wege der hessischen Etappenstraße abweichen lassen werden. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben, daß ein solcher Schritt ein Bruch des Bundesrechts ist und von unübersehbaren Folgen sein kann. Um diesen etwaigen Folgen zu begegnen, bedarf es Männer von anderem Holze, als unsere gegenwärtigen Minister. Das Spiel, das in Kurhessen aufgeführt werden wird, könnte doch minder heiterer Natur werden, als es die Kammeraufführung und die Bahlerstöße waren. Wir hoffen, daß sich die Regierung mit dem ganzen Ernste der Situation vertraut gemacht hat."

Sachsen. In der Kammer der Abgeordneten sprach Präsident Haberkorn entschieden für den Handelsvertrag, der in wirthschaftlicher Beziehung ein offenbarer Fortschritt sei und in politischer Rücksicht Herrschaftsgelüsten vorbeuge.

Hannover. Die erste Kammer hat nach dem Ausschuß-Antrage 30,000 Thlr. als Beihülfe für den Neubau einer Garnisonkirche in der Residenz gegen 15 Stimmen bewilligt. Die Minorität machte geltend, daß aus dieser Bewilligung die Verpflichtung für die Landeskasse gefolgert werden möchte, an allen Orten, wo durch größere Truppen-Anhäufungen die bisherigen kirchlichen Räume für die Garnison nicht ausreichten, neue Kirchen zu bauen, und glaubte ferner, daß, wenn mit jener Summe nicht auszureichen sei, die Landeskasse um fernere Beihülfe angegangen werde.

Die 2. Kammer hat, wie bereits kurz gemeldet, mit überwiegender Mehrheit die nachträgliche Genehmigung zu dem unbefugten Ankaufe des Barsinghäuser (Deister-) Kohlenwerks nach mehrstündiger Debatte verlagt. Die Bauern auf der rechten Seite und das ministerielle Häuflein der Katholiken, welche Heide nicht ohne Bedenken den Tag der nächsten Wahlen herannahen sehen, gaben bei der Abstimmung den Ausschlag zu Ungunsten der Regierung. Bemerkenswerth meinte, es werde einem Vertrauensvotum für die Finanzverwaltung des Grafen Kielmannsegge gleich kommen, wenn man jetzt die nachträgliche Genehmigung aussprche, nachdem man in voriger Diät bei völlig gleicher Sachlage dieselbe mit großer Mehrheit verlagt habe. In einem solchen Vertrauensvotum sei aber doch gewiß kein Grund vorhanden. Er habe hier oftmals den Minister des Innern angegriffen und überhaupt gewiß keine besondere Vertrauensseligkeit gezeigt; handle es sich aber um ein Vertrauensvotum, so wolle er lieber dreimal ein solches für die Verwaltung des Ministers des Innern aussprechen, als einmal für diejenige des Finanzministers. (Magd. Z.)

Württemberg. Das Stuttgarter Tagblatt berichtet, es sei viel die Rede von einem nahe bevorstehenden Besuch der Kaiserin Eugenie am hiesigen Hofe, und man bringe damit die beabsichtigte Verbindung des Prinzen von Oranien, Enkel des Königs von Württemberg, mit der Napoleonidischen Prinzessin Anna Maria in Beziehung. Bestätigt sich dieses Gerücht, so werden die Niederländer alle Ursache haben, in ihrer Opposition gegen diese Art von Annexion fortzufahren. Daß in den Pariser Blättern von dem Besuch noch nicht die Rede ist, begreift sich. Thatsache ist, daß in der königlichen Villa Wilhelma bei Kanstatt Vorbereitungen in einer großartigen Beleuchtung getroffen, und daß das Kanstatter Theater (das hiesige Hoftheater wird schon am 20. Juni geschlossen) das Jahr und zahrein sonst hier steht thatsächlich unterbrochen von dem sehr beliebten Sommertheater, alle Vorstellungen wieder hergerichtet wird. Diese Vorbereitungen könnten übrigens möglicherweise auch dem ägyptischen Vizekönig Said Pascha gelten, der dem König schon so manchen edlen Araber in seine Ställe und Gestüte geliefert hat. Oder sollten etwa die Japanesen hier einen Besuch erwarten dürfen? (Lit.)

Kurhessen. In Kassel ging am 24. das Gerücht eines Ministerwechsels. Als Ministerkandidaten wurden genannt: Generaladjutant v. Loßberg, Kriminalgerichtsdirektor Kreining, Regierungsrath Wigand. Gegen Abend fand eine Zusammenkunft der Gesandten von Oesterreich und Bayern, Grafen Karnieh und Herr v. Thüngen statt, worauf Ersterer nach Wilhelmshöhe fuhr. Am andern Tag war die Parole im ministeriellen Lager: „Wir werden nur der Gewalt weichen." (B. f. Nrd.)

Der „Kasseler Zeitung" macht sich über das Dementi der „Sternzeitung" lustig und meint gewundener und nichtssagender habe sich dieselbe nicht ausdrücken können, denn an dem Ernst der Lage und dem festen Willen der preußischen Regierung, den kurhessischen Konflikt nunmehr zum Ende zu bringen, habe Niemand gezweifelt, es handle sich vielmehr um die Frage von der Bundestreue Preußens, und darüber sei sich nicht ausgesprochen worden. Es folgt sodann eine lange Auseinandersetzung über die bundesrechtlich ausgeschlossene Selbsthülfe eines Bundesstaats gegen den andern, wobei das Organ des Hrn. Volkmar zu der Ansicht kommt: „Es darf als unzweifelhaft angenommen werden, daß die preußische Regierung sich der bundesgesetzlichen Vorschrift fügt, wie sehr auch die preußische Presse auf ein selbständiges Vorgehen gegen Kurhessen dringen mag."

Die „Hefftenzeitung" schreibt: „Gottlosigkeit und Ungerechtigkeit ist in Deutschland! Ein Cavour! Wo bleibt ein Garibaldi? Die seit Jahren auf der Liste und leider auch aus menschlichen Höhen ausgestreute giftige Saat reift giftige Blüthen und Früchte, welche von den Siemännern, nach der höheren Ordnung, eingeerntet werden müssen, sie mögen ihnen schmackhaft sein oder nicht."

Schleswig-Holstein. Der Umstand, daß die preußische Thronrede sich über die Schleswig-Holstein'sche Angelegenheit mit großer Zurückhaltung aussprach, glaubt der „Botsch." durch Mittheilungen aus Kopenhagen in folgender Weise erklären zu können. Preußen hatte zur Realisirung der deutschen Ansprüche den in Schweden mächtigen und besonders am Hofe kultivirten Skandinavismus als Hebel benutzt. Königs Karl aber scheint doch Preußen nicht so ganz getraut zu haben, denn er suchte und fand auch am Kaiser der Franzosen einen Förderer und Patron der skandinavischen Ideen; gerade dies jedoch war es, was die ganze Berechnung zum Scheitern brachte. Denn nun erachtete es Lord Palmerston als seine Aufgabe, den schwedisch-preußisch-französischen Projekten entgegenzuarbeiten und als diese im Begriffe standen, mit einer aufs Tapet gebrachten Theilung Schleswigs an der Schlei-Linie zu debütiren, erhob das britische Kabinet entschiedene Einsprache. Allerdings widersetzte sich demselben auch die dänische Regierung selbst mit der äußersten Energie; sowie Oesterreich ebenfalls darin seine Lösung des Konfliktes zu erblicken vermochte. Gleichzeitig aber begreift sich das dänische Kabinet geneigt, auf eine andere Lösung einzugehen und den Standpunkt des Eiderdänenthums gänzlich fallen zu lassen. Es sollen nun von Kopenhagen aus neue Vorschläge zu erwarten sein, deren Verwirklichung dem deutschen Elemente in Schleswig zu der ihm gebührenden Geltung in der dänischen Gesammtvertretung verhelfen, und Holstein eine geschützte Stellung im deutschen Bunde geben werde, Vorschläge, welche auf der innern Autonomie der einzelnen Theile der dänischen Monarchie beruhen. Das preußische Kabinet kennt natürlich diese neuen Einleitungen, und hieraus erklärt sich die Reserve vor dem Landtag.

Freie Städte. Auch das Frankfurter Appellationsgericht hat die von der kurhessischen Regierung gegen den Redakteur des „Frankf. Journal" erhobene Anklage wegen Verleitung zur Steuerverweigerung zurückgewiesen. Der Oberstaatsanwalt hat darauf die Nichtigkeitsbeschwerde an die dritte Instanz angezeigt.

Schweiz. Die preußische Gesandtschaft theilt mit, daß man genigt sei, den in der Berliner Charité befindlichen Schiffknecht, heimatlos, wenn dafür gesorgt werde, daß er künftig nicht mehr Arbeiten unternehme, der Bundesrath giebt hiervon der St. Galler Regierung Kenntniß. — Der Bundesrath läßt die durch den schweizerischen Generalkonsul in London übermittelte Einladung an die schweizer Schützen, das Schützenfest von Wimbledon zu besuchen, veröffentlichen. — Von Seite des päpstlichen Geschäftsträgers ist eine Beschwerde gegen die Regierung von Aargau eingelaufen, welche angeblich eine von einem Hrn. Fuchrich in Laufenburg zu Gunsten der Propaganda gemachte Legat von 10,000

Digitized by Google

Franken zurückbehalte. Die Regierung von Aargau, zur Aeußerung darüber eingeladen, erklärt, nach dem Testamente solle das Kapital im Lande bleiben und nur der Zins an die Propaganda nach Rom verabfolgt werden. — Ueber die Sappeyfrage bemerkt der Geschäftsbericht des Bundesrathes für 1861, sie befinde sich heute noch im gleichen Stadium, wie am Schlusse des Jahres 1860. — Die Glarner haben seit dem Brande das erste Kantonalfest wieder gefeiert; in Linnenda waren 400 Sänger versammelt. — Der letzte noch lebende Offizier der gewesenen hundert Schweizer in Paris, Hauptmann Buarens, ist in der Nähe von Freiburg gestorben.

Frankreich.

Der ehemalige Kanzler von Frankreich, Herzog Pasquier, der 95 Jahre alt ist, liegt an einer schweren Krankheit darnieder, und da er an seinem Aufkommen zweifelt, so hat er seinen Pfarrer kommen lassen, um sich auf das Sterben vorzubereiten. Der Herzog, der fünf Könige, zwei Republiken und zwei Kaiser erlebt hat, empfing den geistlichen Herrn mit den Worten: „Herr Pfarrer, ich will jetzt in Ihre Hände dem lieben Gott einen Eid leisten; vielleicht wird mir das Glück, daß ich diesen Eid halten kann."

In Paris hatte man die Zöglinge des Kollegiums Heinrich IV. eine überschwängliche Adresse zu Ehren der Gesellschaft des kaiserlichen Prinzen unterzeichnen lassen. Hierüber waren die Zöglinge des Kollegiums Karl der Große indignirt. Karl der Große wollte mit dem unwürdigen Heinrich IV. keine Gemeinschaft mehr unterhalten, und ihm bei jedes Gelegenheit seine Geringschätzung zu erkennen geben. Eine Gelegenheit fand sich, und Heinrich IV. wurde von Karl dem Großen ausgepfiffen. Die Fehde war erklärt, und eine wilde Schlägerei war zu besorgen, wenn Heinrich IV. und Karl der Große sich auf der Promenade begegnen. Ersterer erklärte jedoch, er wolle nicht länger verkannt werden, seine Unterschrift sei erschlichen worden, und er habe nie aufgehört, ein ehrenwerther Kamerad, ein unabhängiger, liberaler Patriot zu sein. Im Unterrichtsministerium steckt man die Köpfe zusammen, und es werden Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung des ärgerlichen Vorfalls getroffen.

Türkei.

— In Serbien ist der Streit von Sokol vermittelst geworden. Die Türken haben sich herausgezogen in den Mahalas zusammengerottet und begehen Gewaltthätigkeiten unter dem Vorwande, daß man ihnen nichts auf den Marktplatz zum Verkauf bringen wolle. So schreien sie und nennen Hinterhalte auf einen serbischen Bezirksvorsteher. Die Regierung hat sich veranlaßt, über diesen Vorfall ernste Vorstellungen bei der Pforte zu machen und zu erklären, daß es ihr unter solchen Umständen nicht gelingen dürfte, dem ungestümen Drängen der aufgeregten Bevölkerung ein wirksames Halt zu gebieten.

Omer Pascha, telegraphirt an die türkische Gesandtschaft in Wien: Durch telegraphische Depesche des Konsuls von Ragusa wird bereits kund geworden sein, daß zwei Attaquen des Luka Bukalovich gegen das Fort von Zubji mit großem Verluste zurückgeschlagen wurden, und daß Pulver und Munition, um unsere Quellen abzugraben, uns in die Hände fielen. Die Montenegriner versuchten, nachdem sie einige Häuser von Ritsch genommen und in Brand gesteckt, einen allgemeinen Sturm auf die Stadt, aber sie wurden von der Garnison und den Einwohnern zurückgeschlagen und ließen 424 Todte auf dem Platze. Am 18. d. M. schlug Dervisch Pascha die Montenegriner in der Duga. Tags darauf nahm der Feind, welcher ansehnliche Verstärkungen erhalten hatte, einen neuen Kampf an und wurde vollständig in die Flucht geschlagen. Er ließ mehrere Fahnen und eine Menge Waffen in den Händen unserer Truppen. Nachdem Dervisch Pascha ohne Schwierigkeit das Gebiet am rechten Ufer der Limna okkupirt hatte, schlug er am 20. d. M. eine Brücke über diesen Fluß, passirte denselben mit 7 Bataillonen Infanterie und 4000 Irregulären, griff Dorf und Kloster Berami, eine von Natur und durch Kunst ungemein feste Position, an. Nach den ersten Decharges gingen unsere Truppen mit dem Bajonnette auf die Befestigungswerke los und warfen die Montenegriner und Insurgenten aus ihren Positionen. Der Feind floh, drei Stunden hindurch von unseren Soldaten verfolgt. Die Verluste der Gegner werden für sehr beträchtlich gehalten, die unseren sind gering. Somit ist der ganze Distrikt Bajowich in unseren Händen und die Einwohner, welche sich in die Gebirgsschlachten zurückgezogen haben, werden sich unterwerfen müssen. Heute rücken unsere Truppen, 14 Bataillone und 3000 Irreguläre stark, in das montenegrinische Gebiet gegen Spuz hin ein. Es ist wahrscheinlich, daß es binnen Kurzem zu einer entscheidenden Schlacht kommen werde.

Rußland und Polen.

Fürst Alexander Lubecki hat unter dem Titel „La Pologne n'est pas morte" eine Broschüre erscheinen lassen, welche zunächst gegen die Agitation der ultramontan-revolutionären Emigrationspartei gerichtet ist und nur in der vollständigsten Verschmelzung mit einem liberalen Rußland, bei gleichen Rechten und Pflichten beider Nationalitäten, das Heil Polens findet.

Nichtpolitische Zeitung.

— Durch die Kraft und Kühnheit eines Mannes vom Infanterie-Regiment Alexander wurde im Prater zu Wien großes Unglück verhütet. Ein betrunkener Kutscher hieb in der Dampfschiffahrtsallee auf seine Pferde dermaßen ein, daß sie rasend wurden. Sie jagten gegen die Menagerie zu, in welcher sich eben viele Menschen befanden. Der tolle Kutscher hieb fortwährend drauf los und kaum 5 Schritte vom Eingange in die Menagerie entfernt, kam das Sattelzeug mit dem Hinterzug außer den Strang, wodurch es noch mehr in Wuth gerieth und auf die Bude los wollte. In diesem kritischen Augenblicke sprang ein Mann vom Regimente Alexander hinzu, faßte das Pferd an beiden Ohren und warf es mit solcher Riesenkraft zu Boden, daß zugleich die Wagenstange entzweibrach. Ein allgemeines Bravo von einer zahllos versammelten Menge folgte der That.

— Der bekannte Wiener Komiker Nestroy ist in Graz vom Schlage gerührt worden.

— In der halbmonatlichen Zeitschrift „L'amateur d'autographes" ist unter mehreren dieser Tage verkauften Autographen auch ein Brief Göthe's, in welchem er Ludwig XVIII. für seine Ernennung zum Offizier der Ehrenlegion dankt, verzeichnet. Er wurde im Auftrag des Frankfurter Kappellmeisters Hiller für 57 Frs. verkauft; ein Brief des Ariosto wurde um 360, ein Brief von Lesage, dem Verfasser des Gil Blas, wurde um 550 Frs. verkauft.

— In Neapel starb der aus Mailand gebürtige Publizist Bianchi Giovini. Er war einer der erbittertsten Gegner des Papstes, schrieb eine Geschichte der Päpste und Gegenpäpste, war der Begründer, Eigenthümer und Redakteur der Turiner „Unione," und genoß wegen seiner litterarischen und politischen Thätigkeit von dem König eine Pension von jährlich 2000 Fr.

Neueres.

— München, 25. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Unser kgl. Hof hat wegen Ableben der Frau Großherzogin von Hessen eine vierwöchentliche Hoftrauer angelegt. — Die vom Comité für das deutsche Schützenfest hieher gesendete Deputation hatte heute Vormittag eine fast dreistündige Unterredung mit unsern Schützenmeistern, wobei dieselbe in Betreff der Einladung der Italiener sehr umfassende Erklärungen abgab. Die Herren sollen u. A. erklärt haben, daß dem deutschen Schützenfest keine auswärtige Deputationen empfangen und keine Adressen werden entgegen genommen werden. Ob die abgegebenen Erklärungen die hiesigen Schützen befriedigen werden, steht dahin; die Entscheidung hierüber wird in der auf heute Abends anberaumten Generalversammlung erfolgen. Wenn die Erklärungen nicht für genügend erachtet werden, so will man der Beschluß fassen, an dem deutschen Schützenfeste nicht Theil zu nehmen. (Hiebe das Kind mit dem Bad ausschütten, da, trotz allem Verruf von München aus, doch viele Bayern nach Frankfurt gehen werden, wir mißbin zu einer deutschen Seession auch noch eine im engern Vaterlande haben würden. Das Beste dürfte sein, in der nationalen und internationalen Presse an das Ehrgefühl der Italiener zu appelliren, und sie zu sagen, es sei es über sich zugunnen Thaten, zur Spaltung in einem Volke beizutragen? Sollte dieser deutliche Wink wieder Einwarten nicht fruchten, dann können auch die Rücksichten des Wohlanstandes auf welchen man Fremden die Einhemischen schuldig ist.)

— König Ludwig hat den schmerzlichen Todesfall, der ihm von seiner kaiserlichen Frau Schwester hinterbracht wurde, mit ergiebiger Ergebung aufgenommen. Prinz Luitpold wohnt als Repräsentant des k. Hauses den Leichenbegängniß der Großherzogin von Hessen bei. Ay S. M. König Max ging ein Telegramm nach Graz ab; man glaubt nun die nahe Rückkehr des Monarchen. — Vom 1. Juni bis 1. September werden von den obenzitirten Fahrtanweisungen 18 Bände der Bibliothek betheiligt.

— Der wahre Epigramatist ist der Amtsdiener Schmid in Ems. Ein englischen Majestät allerhöchstes Haupt des Abgeordneten nahet sich ehrfurchtsvoll dem Thronsessel, um im Beginne seiner Behand-

Digitized by Google

lungen. Em. Mai. die Lage des Landes genießenhaft darzulegen. Als die von dem preußischen Volke zum Organ seiner Stimmung gewählten Vertreter finden wir uns vor Allem gedrungen, auszusprechen, daß inmitten aller Bewegung der letzten Monate die Ehrfurcht und die Treue für die Monarchie als sicherer Richtpunkt sämmtlicher Bestrebungen der Nation feststeht, und daß in der Klarheit und Wärme dieses Gefühls keine Klasse der Bevölkerung, keine Provinz, keine der großen politischen Parteien hinter der andern zurückbleibt. Das preußische Volk weiß sich Eins mit seinem König, es will sich Eins mit ihm wissen für alle Zeit. Die Ursache der jetzigen Bewegung ist keine andere, als die Befürchtung, daß irgend ein dem Gesammtwohl zuwiderlaufendes Sonderinteresse jenes feste Band des Vertrauens zwischen Thron und Volk auflockern könnte. Nachdem die militärische Reform und eine gewisse Unsicherheit über die künftige Richtung der preußischen Politik die Gemüther beschäftigt hatte, war die plötzliche Auflösung des Hauses der Abgeordneten erfolgt aus einem Grunde, in welchem Jeder Anderen den Beginn eines folgenreichen Verfassungskonfliktes zu ahnen vermochte, wie in auch Ew. Majestät Regierung das damals Verlangte als rechtmäßig und als durchführbar nunmehr selbst anerkannt hat. Der Ausschuß des Hauses folgte sofort eine Umgestaltung des Ministeriums und die Umständen, welche das Land über die sachlichen Gründe der Krisis unbelehrt ließen. Es folgten die Wahlerlasse des neuen Ministeriums und der Unterbehörden, wodurch der gesetzliche Allen gleich theure Name Ew. Majestät in den Parteikampf hineingezogen und nicht bloß den politischen, sondern allen übrigen Beamten die Theilnahme an der Wahlbewegung untersagt, selbst an vielen Stellen auch auf das Wahlrecht der übrigen Staatsbürger eine nicht gesetzmäßige Pression ausgeübt wurde. Unter diesen Wahrnehmungen hat das preußische Volk den Entschluß gefaßt, bei seinen Wahlen lediglich auf die eigene Ueberzeugung von dem unterenbaren Interesse des Thrones und des Landes zu blicken. Die Nation hat hierbei ihre Stellung mit Entschiedenheit, aber auch mit Loyalität und Patriotismus genommen. Stets eingedenk der unantastbaren Rechte der Krone, erstredt sie auch für sich nichts, als die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Innerhalb derselben wird diesem Hause wie dem preußischen Volke nie ein Opfer zu schwer sein, welches durch die Sicherheit und Größe Preußens gefordert, welches nach den Leistungskräften des Landes irgend möglich, und welches die Wehrhaftigkeit des Staates weiter zu entwickeln geeignet ist, ohne die gleichmäßige Fürsorge für alle Zweige des öffentlichen Dienstes, die Ordnung des Staatshaushalts und den nationalen Wohlstand zu gefährden. (Schl. f.)

Der Rektor der Heidelberger Hochschule, Geh. Rath Prof. Mittermaier, hat im Lauf dieser Woche seine goldene Hochzeit gefeiert. Er erfreute mit seiner Gattin an diesem Tage die Stadt Heidelberg durch ein reiches Geschenk für wohlthätige Zwecke.

Italien. Die „Stampa“ vernimmt, daß den in Rom versammelten Bischöfen folgende vier Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden dürften: 1. Ist die katholische Kirche bei der gegenwärtigen italienischen Bewegung interessirt? Mit andern Worten, ist der Katholizismus selbst durch die Richtung und Tendenz dieser Bewegung von einer Gefahr bedroht? 2. Vereint das von der päpstlichen Regierung im Umfang und Gehalt eine Proklamation vorangehen zu lassen, in welcher ihnen die Gründe des vom Papste eingeschlagenen Verfahrens auseinandergesetzt und sie zur Standhaftigkeit und dem Vorsatze, ihm beizustehen zu wollen, ermuthigt werden sollen?

„Nur allmälig“, sagt die heutige „Italie“, „will sich die Lüge Anerkennung heit, den Bergamo und Brescia auf. So viel können wir als gewiß versichern, daß Mazzini die letzten Tage in Mailand war. Nach dem Mißlingen der Expedition hat Mazzini sofort Mailand verlassen und ist gestern in Calais angekommen, von wo er denselben Abend noch nach England abreiste.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sautter.

* Unter Redaktion von C. Arenstein, dessen Leistungen auf dem Felde der Kartenzeichnung in wissenschaftlichem Gebiet rühmlichst anerkannt sind, tritt das Bibliographische Institut in Hildburghausen einen großen „Hand-Atlas der neuesten Erdbeschreibung“ entgegen. Die Größe der Karten, ihr sauberer und correcter Stich, die Zweckmäßigkeit der Anordnung, die Ausführlichkeit (namentlich in Beziehung der vaterländischen Gebiete), sowie eine gewissenhafte Berechnung und Verwendung des meisten Materials sind Vorzüge, welche, wie wir behaupten kann, mit der anderweitigen Billigkeit des Werkes in seinem Verhältniß stehen. Der Atlas erscheint in künftig Lieferungen zu je zwei Karten; zwölf Lieferungen sind bereits angegeben. Die Verlagshandlung wird sich in ihrer Erwartung, daß sich recht großes Publikum betheiligt zu haben, schmeicheln, da Gediegenheit, Vollständigkeit, saubere und geschmackvolle Ausstattung neben ungewöhnlicher Billigkeit diejenigen Vorzüge sind, welche ein wissenschaftliches und lernbegieriges Volk wie das deutsche immer anerkannt hat.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 4. 8. b. K.)	73½ P.	
	5 pCt. Lomb. ditto.	86 G.	
	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	75¾ P.	
	6 pCt. Nationalanl. v. 1854	82¼—⅛ G.	
	5 pCt. Metall. Obligation.	58½ P. u	
	4½ pCt. dto.	—	
	4 pCt. dto.	—	
	3 pCt. dto.	31⅛ G.	
Preußen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88½ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. in R.	104½ G.	
	4½ pCt. Obl. 1Jähr. dto.	103 G.	
	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ P.	
	4 pCt. Obl. 1Jähr. dto.	100⅜ G.	
	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.	
	3½ pCt. Obl. dto.	96⅝ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ G.	
	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.	
Baden	4½ pCt. dto.	101¼ G.	
	4 pCt. Obl. v. 1842	96 P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ P.	
	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103¼ P.	
	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
	3½ pCt. Obl. dto.	93½ P.	
Frankfurt	4½ pCt. Obl.	99 P.	
	3 pCt. Obl.	35½ P.	
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. 4 d. 2. 30	49¾ P.—½ G.	
	2 pCt.	43⅝ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99½—⅝ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 4. 500	1214⅝ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	742—43 G.	
Bayerische Bank à 4. 500	100—½ G.	o.D.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 4. 250	215½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditbank	87⅞ G.	
Taunus-Eisenbahn à 4. 250	340 P.	o.D.
Frankfurt-Hannover-Eisenbahn	73 G.	
Oest. F. St. Eisb. pCt. 500 Fr. à 28 kr.	247½ P.	
„ „ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	124 P.	
„ „ Lemb.-Czern. Prior. à pCt. 4/7	77¼. P. 77 G.	
Rhein-Nahe-Bahn 500 Thl. à 105 pCt.	92¼ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	102½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅝ P.	
Südd. Bank-Aktt. 30 pCt. Einz.	248 G.	o.D
Span. Handels- und Industrie-	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	530 P.	
Bayr. Ostbahn 40 pCt. Einzahlen.	106⅜ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅛ G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Eins.	100¼ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. 8. 100 K. S.	100⅜ B. ⅜ G.
Augsb. 8. 100 L. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 L. S.	105¼ B.
Bremen 50 Th. Lod. k. S.	98⅞ B.
Cöln Thlr. 60 L. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 L. S.	86½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S	93⅛ G.
Mail. Frs. 200	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	86⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. 8. 250 v. 1839	106½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58 P.
„ „ 8. 250 v. 1854 mit 40 pCt.	78½ P. ⅛ G.	Gr. Hessen à. 50 b. R.	122¼ G.
„ „ 8. 400 v. 1860 à 4.	74½ P.	„ „ 8. 25 do.	38½ P.
„ „ 8. 100 Einl. v. 1858.	120 G.	Nassau 8. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei H.	121 P.	Sardinien Fr. 36 à. B.	53½ P.
Mailand-Como 8. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische 8. 50	101 P.	Vereins-Loose 8. 10.	10½ P.
Badische 8. 35	55¼ P.	Anal.-Gusseis. 8. 7-L.	12 P.

Frankfurt, 26. Mai. Bei ziemlich belebtem Geschäft wurden für österr. National und Kreditaktien bessere Kurse bezahlt. 4½pCt. schwedische Obligationen und Berbacher Aktien waren begehrt und höher. Die übrigen Fonds und Aktien fest und preishaltend. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½ bezahlt, verglichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 94⅝—½ umgesetzt.

(Synd.)

Digitized by Google

Münchner.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147. | Voraus-Bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die einspaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 28. Mai 1862.

△ Eine geschichtliche Berichtigung.

(Schluß.)

Es ist hier nicht der Ort, Ursprung und Ausbildung des deutschen Bürgerthums nach dem Muster römischer und lombardischer Städte-Verfassungen zu beschreiben, auch nicht die Ursachen und Umstände, unter denen die städtische Bedeutung und mit ihr die Zahl der Handwerker, Händler und Künstler mächtig wuchs. Dieses Wachsthum erzeugte folgerecht den Gedanken, für Ordnung und Einteacht unter den Geschäftsgenossen, sowie auch für deren äußere Achtung und Sicherheit vorzusorgen. Die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens des Gleichartigen oder Aehnlichen in einer ringsum unverlässigen, feindseligen Zeit hatte den Hang zum Vereinwesen überall, die Theilnahme an einer geschlossenen Gesellschaft sozusagen zur Mode gemacht. Wie der Priester und der Ritter einem Orden angehörte, so trat der Bürger in seine Zunft, d. i. in den Verein für Ausübung der einzelnen Arten der Kunst, des Gewerbs und des Handels; wie es dort Ordensregeln, so gab es hier Zunftsatzungen, die man beschwor oder unterschrieb, und gegen innere Anfechtung und äußeren Angriff aufrecht hielt. Keinem war erlaubt, ein zünftiges Geschäft auszuüben, so er nicht erlernt, worüber er freigesprochen und der Zunft sein Gesellen- oder Meisterstück vorgelegt. Das sollte die Allgemeinheit vor Pfuscherei und dem Handwerk Verderbt und guten Ruf sichern. Andere Vorschriften sorgten, daß man sich nicht unter sich verkürzte, und des Andern Arbeit und Ehre unbetastet ließ. Vergehen gegen die Handwerksordnung und auch gegen die guten Sitten wurden in der Zunft von der Zunft bestraft; von Außen erlittene Beleidigung oder sonstige Beeinträchtigung galt für Zunftsache, deren Wahlspruch: „Alle für Einen und Einer für Alle."

Dieser Gemeinsinn, der erst viel später in Kastengeist ausartete, wurde im eigentlichen Mittelalter von gutem Erfolg gekrönt. Ehre, hohe Gefühle beseelten damals den zünftigen Bürger, ebenso gut als das Glied eines Ritterordens, und bewahrte vor niedriger Denk- und Handlungsart. Eigenmächtigkeiten, jenen Faustrechts-Zeiten so angemessen, wehrte das Zunftgesetz; die hier externe Ordnung und Regelrechtigkeit verpflanzte sich in die Familie und in das öffentliche Leben. Aber nicht nur der friedlichen Entwicklung kamen gehobene Menschen und Werke zu Statten; oftmals im Waffenkampf, wo der Geselle unter dem Meister, der Sohn unter dem Vater, Bruder neben dem Bruder focht, war es die blutsverwandte Hausgenossenschaft oder der Herberge sinnverwandtes Gelag, war es der verschiedenen Zünfte Wetteifer, Sold und Ruhmbegierde, was die unterreichbar scheinende Siegespalme brach. Das Bild der Sacrstadt trug in verjüngtem Maßstad jede Zunft in sich; wie dort Bürgermeister und Rath walteten hier Zunftmeister und Beisitzer. Man handhabte, wie schon angedeutet, im kleinen Kreis wie im großen Polizei und Justiz, führte Kassen, bestritt Auslagen und traf Anordnungen für Freud und Leid. Ging's in's Feld oder auf die Wälle, wo der Bürgermeister Oberst und die Bürgerschaft Regiment, so bildete eine Zunft oder deren zwei und drei die Kompagnie oder das Fähnlein, welches der älteste oder tüchtigste Zunftmeister als Hauptmann führte. Stadt- und Zunft-Regierung vermittelten die in den großen und kleinen Rath gewählten Handwerker. Wo aber das Patrizigt (das heißt das von den Burgen in die Stadt eingewanderte Ritterthum) noch ausschließlich die städtische Obrigkeit darstellte, da verlangten die Zünfte im Gefühl ihrer Tüchtigkeit und gleicher oder höherer Verdienste um das Gemeinwesen Ueberwachung und Antheil an der Stadtregierung, und erkämpften dieses Recht, wo man es nicht freiwillig gewährte, oftmals mit gewaffneter Hand von Denjenigen, welche das verlockende Beispiel, sich einer geistlichen oder weltlichen Herrschaft zu entziehen, bereits selber gegeben hatten. Hieraus und nicht aus dem Geschrei (clamor) einzelner adeliger Beiräthe, Klosterknechte und fremder Aufenthälter, welche nichts weniger als das Volk darstellten, über verteuertes Brod, Fleisch und Getränke oder andere Arbeiten, die ja alle der Aufsicht und Taxirung der Zunft und namentlich bei Lebensmitteln derjenigen der Stadtregierung und Bürgerschaft unterlagen, entstand der furchtbare Zunfthaß Seitens der beiden ältern Stände.

Der Herr Verfasser wird nun selber einsehen, daß es sich bei der mehrerwähnten verkehrt abgefaßten Regeste um etwas ganz Anderes handelt, als um einen Kampf zwischen Zunftzwang und Gewerbefreiheit, nachdem die Zünftler des 13. Jahrhunderts die Freiheit in ihrer religiösen, politischen und sozialen Form repräsentirten, deren Widersacher aber den freien Handel und Wandel durch Zölle und andere Bevogtung, durch Plackerei und Wegtagerei auf das Aeußerste beschwerten und hemmten. Sollte in ihm noch ein Zweifel an der Richtigkeit unserer Behauptung walten, so möge der Verlauf des angeführten Streithandels ihn vollends überzeugen. Da heißt es nämlich: „Die Bürger von Würzburg nahmen dem Auflösungsbefehl für das, was er zu nehmen war, für einen dem Bischof vom Kleros und höherm Stiftsarat (den damaligen Gesandschaften) angethanen Zwang. Sie erklärten, sie hätten den Freiheitsbrief nicht erschlichen, sondern erkämpft und hinsichtlich des gedrohten Bannes beriefen sie sich auf eine sie dagegen schirmende päpstliche Bulle. Die Berufung der Gegner auf die Zunftverbote des Jungkönigs Heinrich und eines Kaisers aus dem Hause Hohenstaufen, entkräfteten sie damit, daß jener als Rebell gegen seinen Vater im Kerker gestorben sei, dieser aber als ein Gebannter ja nach der Geistlichkeit eigenem Vorgeben nur lauter null und nichtige Handlungen habe begehen können. Als nun wegen Nichtabthuns der Zunft im Dez. 1279 Interdikt und Bann wirklich über die Stadt Würzburg verhängt wurde, verordnete ein Rathsbeschluß die Verbannung sämmtlicher Geistlichkeit mit Ausnahme der Mendikanten-Mönche unter Kerker- und Todesstrafe bei etwaiger Rückkehr. Erst vor dem Reichstag vom Jahre 1286/87, an welchen sich das große kirchliche Concilium unter Papst Honorius in derselben Stadt reihte, gelang es dem Kaiser Rudolf, die gefangenen Priester zu befreien, die verbannten heimzuberufen und einen der Bürgerschaft nachtheiligen Vergleich zu schließen. Derselbe wurde daher auch gar nicht gehalten, vielmehr währte der blutige Kampf zwischen „Geistlichkeit und Zunft", trichtiger gesprochen zwischen geistlichem Absolutismus und Reichsbürgerthum, ebenso „Wolf und Waidsinn") noch über 100 Jahre und solange fort, bis der deutsche und insbesondere fränkische Südstand in Todesschlachten unterginge, dabei moralisch auch Kaiser und Reich starben, und unter nunmehr gründeten Souveränetäts-Verhältnissen auch das Zunftwesen eine ganz andere Gestalt und Richtung nahm... Und nun zum Schluß noch die Bemerkung, daß wir in Bezug auf Gewerbefreiheit soweit gehen als der Verfasser, daß wir jedoch zu ihren Gunsten eine frühere und von anderer Seite her gestaltete Geschichtshandlung nicht auch noch hertühmlich nutzanwenden wollen.

Deutscher Bund.

Bayern. Die „Bayr. Ztg." schreibt: „Vor kurzer Zeit ist von Seite der Obrestaatsanwälte an diejenigen Staatsdienst-Adspiranten, welche als Verweser der Staatsanwaltschaft an den Landgerichten Verwendung zu finden wünschen, die Aufforderung ergangen, sich zu dieser Funktion zu melden. Dem Vernehmen nach sind aber nicht so viele Bewerbungen eingelaufen, als bei der vorhandenen Zahl der Staatsdienst-Adspiranten zu erwarten war, und insbesondere sollen sich viele Kandidaten, welchen eine bessere Konkurdnote und eine hervorragende Qualifikation in der Praxis zur Seite steht, bei der Meldung nicht betheiligt haben. Der Grund dieser Erscheinung liegt allem Vermuthen nach darin, daß über die Stellung der Vertreter der Staatsanwaltschaft bei

Digitized by Google

den Landgerichten und über den Werth, den die Staatsregierung ihren Dienstleistungen beimißt, manche irrthümliche Ansichten verstehen. Bei der großen Mannigfaltigkeit, welche dem Dienste der Staatsanwaltschaften, Funktionäre bei den Landgerichten bezüglich der gebührlichen Handhabung des Main-Polizeistrafgesetzbuches zukommt, ließ sich weder von der Staatsregierung erwarten, daß sie gegenüber jeder Doppelstellung annehmen werde, welche nicht nur das Interesse der Rechtspflege beeinträchtigen, sondern auch den Betheiligten in der Folge leicht mehr Nachtheile als Anerkennung bringen könnte. Wir sind auch in der Lage, aus wohlunterrichteter Quelle mittheilen zu können, daß dieser Erwartung in der umfassendsten Weise entsprochen werden wird. Denn wenn es auch nicht thunlich erscheint, die staatsanwaltschaftlichen Funktionäre ausschließlich auf ihre Thätigkeit in Polizeistrafsachen zu beschränken, weil auf diese Weise ein großer Theil ihrer Arbeitskraft ungenützt bleiben müßte, so sollen dieselben doch nur zur Aushülfe in Sachen der freiwilligen Rechtspflege verwendet und sowohl in Beziehung auf die Beurtheilung der Frage, ob die staatsanwaltlichen Geschäfte ihre ganze Thätigkeit in Anspruch nehmen oder nicht, als auch rücksichtlich aller sonstigen dienstlichen Verhältnisse, also insbesondere auch bezüglich der Qualifikation, lediglich den Bezirksgerichten und den bezirksgerichtlichen Staatsanwälten untergeordnet werden, so daß die Betheiligung an den landgerichtlichen Geschäften sie an einer freien Bewegung in Bezug auf die Einwendung von Rechtsmitteln gegen die Erkenntnisse des Landgerichts u. dergl. nicht behindern wird. Sodann werden die staatsanwaltschaftlichen Funktionäre an den Landgerichten, wie versautet, auch rücksichtlich der Aussicht auf Anstellung keinesfalls hinter anderen Aspiranten zurückstehen und insbesondere nicht den Aecessisten nachgesetzt werden; es dürfte vielmehr in unser chenden Dienstleistungen eines staatsanwaltschaftlichen Funktionärs bei sonst gleichen Verhältnissen vielleicht ein Grund zu besonderer Berücksichtigung Anlaß geben bei der Besetzung erledigter Stellen in den verschiedenen Richtungen des Justizdienstes gefunden werden."

Oesterreich. In Prag wurde der Sieg der deutschen Partei bei der Wahl der Direktion des Gewerbevereins nach dem Berichte der „N. Nachr." nur durch einen sehr klugen, aber besser gesagt, listigen Streich erlangt, indem sie sich die Taktik der Czechen in verwollkommneter Art aneignete und im letzten Augenblicke mit derselben hervortrat. Die Czechen hatten nämlich schon lange agitirt, um Mitglieder, blose Stimmen ihrer Partei, in den Verein zu schieben, und dies gelang ihnen so gut, daß an ihrem Siege gar nicht mehr gezweifelt wurde; sie hatten bereits eine Majorität von nahezu 200 St.; da brachten aber ganz in der Stille und plötzlich einige deutsche Fabrikanten einen Schub von 270 Mitgliedern und die weitere Aufnahme wurde sofort geschlossen, da die Direktion vollständig in den Händen der deutschen Partei ist. Die Versammlung war unter solchen Umständen begreiflicher Weise eine sehr stürmische und so wenig parlamentarisch, daß man schon eine handgreifliche Appellation befürchten konnte und die Worte: „hinaus mit dem Hunde" vernahm, als ein Deutscher mitten in der Rede eines Czechen nach Schluß der Debatte schrie. Der Polizeikommissär mußte intervenirten und der Störer sich entfernen. Der Sieg der Deutschen ist vollständig, aber mit geringer Majorität errungen. Es waren 716 Wähler anwesend und die größte Majorität, mit der ein deutscher Kandidat, der Graf Salm, gegen den czechischen Fürsten Taxis durchdrang, war 47 Stimmen.

Preußen. (Schluß des Sybel'schen Adreßentwurfs.) Die uns vorgelegten Handels- und Schifffahrtsverträge werden wir der verfassungsmäßigen Prüfung mit Sorgfalt unterziehen. Vor allen empfangen wir mit lebhafter Anerkennung den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, welcher unsere Beziehungen zu einem mächtigen und blühenden Nachbarlande vervielfältigen, dem Frieden und beiderseitigen Gedeihen verstärkte Bürgschaft geben, den Bedürfnissen der Bevölkerung eine leichtere Befriedigung verschaffen, unserem Gewerbefleiß neue Märkte und Absatzwege eröffnen und dadurch auch die Einnahme des Staats steigern wird. Wir glauben, daß der Verwirklichung solcher Hoffnungen auf die Dauer kein partikularistisches Interesse widerstehen kann und daß alle Gegenbestrebungen schon jetzt in Nichts zerfallen würden, wenn die Bevölkerung des Zollvereins ein Gesammt-Organ für den gesetzlichen Ausdruck ihrer gemeinsamen Interessen erhielte. Die Energie und Würde, mit welcher Ew. Majestät der kurhessischen Regierung in den letzten Tagen entgegengetreten sind, hat alle patriotischen Herzen mit Freude erfüllt. Wenn Ew. Majestät Regierung in der hessischen Verfassungssache den Standpunkt der Legalität in seinem ganzen Umfang wahren, das rechtsbeständige Wahlgesetz von 1849 ebenso, wie die rechtsbeständige Verfassung von 1831 zur Herstellung bringen, die angeblich bundeswidrigen Bestimmungen der letzteren nur auf verfassungsmäßigem Wege beseitigen lassen wird, wenn endlich Preußens Aktion, wie es einer selbstständigen europäischen Großmacht zukommt, erst bei ganzer und voller Gewährung für die Zukunft sorgfältige Verletzung der preußischen Ehre und Interessen absichtlich ist so wird, was für einen solchen Zweck erforderlich wäre, die Nation Ew. Majestät freudig entgegenbringen. Die uns vorgelegten Militär-Konventionen, so wie die Thätigkeit von Ew. Majestät Regierung für Küstenschutz und Flotte begleiten wir mit dem lebhaften Wunsche, daß es gelingen möge, für diese Aufgaben allgemeinen deutschen Interesses die augenblicklich stockende Theilnahme des deutschen Volkes wieder zu beleben. Nur das thätige Vertrauen der deutschen Nation kann unsern Staat in den Stand setzen, die Rechte Schleswig-Holsteins gegen die Eingriffe Dänemarks zu schützen und in der Sache der deutschen Bundesreform das auch für Preußen wie für alle Bundesglieder gleich unerläßliche Ziel einer festeren nationalen Einigung zu erreichen. Allerdurchlauchtigster, allergnädigster König! Das preußische Volk ersehnt den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung nothwendigen Gesetze, die Entfernung hierarchischer und pietistischer Einflüsse aus Staat und Schule, die verfassungsmäßige Beseitigung des Widerstandes, welchen bisher ein Faktor der Gesetzgebung jedem Vertangen dieser Richtung entgegengestellt hat. Weit entfernt, in eine Prärogative der Krone einzugreifen, wissen wir dieselbe nicht tröstiger zu stützen und zu sichern, als indem Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht die Ueberzeugung aussprechen, daß keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bedürfnissen der Nation widerstrebt, die Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal in Preußen, dessen ganze Machtstellung auf moralischer Energie, also auf der hingebenen Begeisterung des Volkes beruht. In dem Bewußtsein, daß nur auf diesem Wege eine wahrhaft konservative und monarchische Politik durchgeführt werden kann, erlauben wir uns, an das väterliche Herz Ew. Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, durch hochherzige Gewährung der nationalen Wünsche Ihrem getreuen Volke den unseren Frieden zurückzugeben und auf dieser unerschütterlichen Grundlage der opferwilligen Liebe der Nation Ihrem erhabenen Throne fortwährendes Wachsthum zu bereiten."

Die „Kreuzzeitung" sagt zur Auflösung der Fraktion Grabow: Verwundern kann das nicht. Diese Parteigenossenschaft ist an der inneren Haltlosigkeit des Liberalismus dahingeschwunden. Sobald ein energischer und gerader Mann — als solcher hat Hr. Binde, unser politischer Gegner, sich stets gezeigt — fest hineinsahe in dies Gemisch von Unklarheiten und Verhüllungen, um die Halbarkeit der Vereinigung zu prüfen und die thatsächliche Bewährung der gur Schau getragenen Losungen ins Werk zu setzen, — da zerfiel die Spreu des künstlich aufgebauten Scheinwesens nach allen Seiten.

Dr. Jacoby sagt in seinem Ablehnungsschreiben u. Anderm: „Was die Gründe betrifft, die mich zu jener Erklärung veranlaßt, so beziehen sie sich nicht sowohl auf Verhältnisse und Vorgänge in der Wahlkörperschaft, als vielmehr auf die ganze große Fortschrittspartei in der Kammer und im Lande. Die deutsche Fortschrittspartei ist ein durch die Zeitumstände gebotener, aber — wir dürfen es uns nicht verhehlen — noch nicht genugsam gefester Bund der Demokratie mit einem Theile der Liberalen. Von dem Verhalten dieser Partei hängt zunächst Alles ab. Soll der großartige Wahlsieg — ein in der Geschichte seltenes Zeugniß einmüthigen, klarbewußten Volkswillens — uns endlich zu einem gesunden freien Staatsleben verhelfen, so ist Einigkeit nicht bloß in der Fortschrittspartei selbst, sondern auch Einigkeit der Fortschrittspartei mit den noch außerhalb derselben stehenden Altliberalen unumgänglich erforderlich. Ueberall, wo es um Erhaltung dieser Einigkeit sich handelt, muß zur Zeit jede andere Rücksicht schweigen, jede anderweitige Personen- oder Sachfrage, so berechtigt sie an sich sein mag, in den Hintergrund treten. Die Besorgniß, daß mein Eintritt in das Abgeordnetenhaus jener nothwendigen Bedingung politischen Erfolges mindestens nicht förderlich sein dürfte, war somit ausreichender Grund für die Ablehnung."

Hannover. In der 2. Kammer gab ein Angriff Pernice's gegen v. Bennigsen diesem Gelegenheit zu einer würdigen Zurückweisung, und als er sagte: „Statt der Vorwürfe hat es Dank verdient, daß die kleine Minderheit hier im Hause, die mich zu ihrem Führer gewählt hat, unter der krassesten Reaktion offen für die Sache der Freiheit in die Schranken getreten ist, und nicht vermieden hat, die schreiendsten Mißstände zur Sprache zu bringen und an einzelnen Fällen nachzuweisen", — da konnte selbst Graf v. Borries nicht umhin, eine Anerkennung auszusprechen.

Digitized by Google

Kurhessen. Um sich die auffallende Kühle zu erklären, mit welcher die Nachricht von der Beschlußfassung des Bundestags von der Bevölkerung Kassels aufgenommen wurde, muß man sich erinnern, daß das kurhessische Volk die Frage so lange nicht als gelöst ansieht, als nicht das ganze System, welches seine Herrschaft auf den Trümmern der Verfassung von 1831 aufrichtete, beseitigt ist. Noch befindet sich das Ministerium in Thätigkeit, welches die Verfassung von 1860 verkündete, nicht nur dieses muß, wenn die Lösung eine gedeihliche sein soll, kurzen, sondern das Volk muß auch die Ueberzeugung gewinnen, daß es nicht darauf abgesehen ist, ihm die Früchte des nach langjährigem Kampf errungenen Sieges durch die Art der Ausführung des Bundesbeschlusses zu verkümmern. Diese Ueberzeugung kann es so lange nicht hegen, als nicht ein Ministerium Hassel, welches das Vertrauen des Landes genießt, daß die Berufung eines solchen Ministeriums in Aussicht steht, so sehr zu bezweifeln. Deshalb denkt man von dem jetzigen Ministerium gering genug, um zu glauben, daß es auch jetzt noch nicht wisse, wer es, heißt bezeichnet man Männer, die öffentlichkeit und Parlament verabscheuen, welche sich entschieden dem nun als berechtigt anerkannten Verlangen des Volkes entgegenstellten. Die Personenfrage ist jetzt von derselben Wichtigkeit, wie seither die Rechtsfrage; die Auseinandersetzung des jetzigen Systems und die Sicherung des dem Volke angethanen Unrechts sind zwei Dinge, die sich absolut ausschließen; darüber täuscht sich hier Niemand, und das war der Grund, weswegen die im preußischen Ultimatum gestellte Forderung hier den allgemeinsten Beifall fand. Möge Preußen und der Bund sich der wahren Einsicht nicht verschließen! (Kreuz. Z.)

Die „Zeit" meldet: Das Ministerium Bolmar-Aster hat seine Entlassung genommen, oder vielmehr es hat sie in Folge des Auftretens der Gesandten von Oesterreich und Bayern nehmen müssen. Damit wäre der drohende „Zackenpunkt" nun auch auf die Seite geschafft und der halbgezogene preußische Säbel kasselt wieder in die Scheide zurück. Ginge es dem Herzen des Kurfürsten nach, so würde wahrscheinlich Herr Schaffer den leeren Ministersitzt zum dritten Mal einnehmen und so auch in der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten die ununterbrochene Kette der hergebrachten Regierungsmaximen erkennbar werden. Von Seiten Oesterreichs wird jedoch schwerlich eine so herausfordernde Wahl zugestanden werden.

Großbritannien.

— Der „Times" zufolge ist an ein Londoner Handelshaus eine telegraphische Nachricht aus Amerika gelangt des Inhalts: „Die konföderirte Armee in Virginien ist geschlagen und umzingelt." Die Nachricht soll schon Donnerstags per Bremen angekommen und bisher keinem Blatte mitgetheilt worden sein. Sie lasse sich nicht verbürgen, sagt die „Times", aber die Firma, die das Telegramm erhielt, sei höchst respektabel. — In Scheerbuness sind Versuche mit Armstrong-Geschützen gegen eine neu konstruirte eiserne Zielscheibe von 9 Zoll Dicke angestellt worden. Ein Armstrong-Schuß mit 50 Pfund geladener Dreihundertpfünder schlug beim dritten Schuß mitten durch sie hindurch. — Die offizielle „Gazette" meldet heute die Hofenbandorden-Verleihungen der Lords Canning und Russell, des Herzogs von Somerset und der Earls of Shaftesbury und Fitzwilliam.

Amerika.

Der Maire und die Aldermen von New-Orleans sind verhaftet worden, weil sie den Huldigungseid verweigert hatten. General Butler hat New-Orleans in Belagerungszustand erklärt. Wer sich an Eigenthum oder Personen vergreift, die unter dem Schutze der Bundesarmee stehen, soll mit dem Tode bestraft werden. Der Bundesflagge soll höchste Achtung erwiesen werden. Alle Läden, Vergnügungsorte und Kirchen bleiben geöffnet. Die Kassenscheine der konföderirten Regierung sollen in den unteren Volksklassen zirkulieren dürfen, falls sie nicht zurückgewiesen werden. Die Journalartikel werden vor dem Druck einer Censur unterworfen. Jede Zusammenrottung bei Tag wie bei der Nacht ist verboten.

Afrika.

Alle der Pariser „Paps" vernimmt, würde Radama II. demnächst von den bedeutendsten europäischen Mächten offiziell als König von Madagascar anerkannt werden. Die Krönung des neuen Souveräns soll Ende Juli stattfinden. — Herr Lambert, der Gesandte Radama's II., hat sich nach Rom begeben, um hinsichtlich der katholischen Interessen Madagascar's ein Arrangement zu treffen. Er wird, wie es heißt, vom Papst in einer Privataudienz empfangen werden; auch soll er ein Schreiben seines Souveräns für Se. Heiligkeit zu überreichen haben.

Volkswirthschaftliches.

W **Der erste Vereinstag mittelrheinischer Genossenschaften.** Bei der nach Wiesbaden berufenen Versammlung nassauischer und benachbarter Vorschuß- und Rohstoffvereine waren durch Abgeordnete vertreten die Vereine von Worms, Mainz, die Schuh-, Schneider- und Vorschuß-Vereine von Idstein, Leonberg, Hedbom, Wehen, Höchst, Diez, Frankfurt, Caub, Schwalbach, Limburg, Soden, Oberursel und Wiesbaden. Eine provisorische Geschäftsordnung wurde im Ganzen angenommen und Redakteur Münzel aus Wiesbaden, der die Versammlung eröffnet, zum Vorsitzenden, Prokurator Eckenmeyer zum Stellvertreter, Treupel aus Hedbom, Dr. Fritze aus Idstein zu Schriftführern ernannt. Franz Wirth aus Frankfurt berichtete über den Stand des Genossenschaftswesens, namentlich in Süddeutschland, wo Nassau den ersten Rang einnimmt; er bezeichnete die jetzige Bewegung als den Anfang einer Umwälzung, welche den Gewerbstand auf eine höhere Stufe des Wohlstands zu heben und den Arbeiterstand dem Mittelstand zu nähern bestimmt ist, den Vorschuß- und Rohstoffvereinen würden Konsumvereine, diesen Miet-, Bau- und Bauvereine folgen, wie es in England bereits der Fall ist; es wies darauf hin, wie in andern Theilen Deutschlands ähnliche Vereinstage bereits bestehen, so in Sachsen, Schlesien, Rheinland, Westphalen, Berglar ꝛc. Hierauf stellte er den Antrag:

1) Es wird eine Vereinigung der auf dem Grunde der Selbsthilfe fußenden mittelrheinischen wirthschaftlichen Genossenschaften unter dem Namen „Verband der wirthschaftlichen Genossenschaften am Mittelrhein" gegründet.

2) Mitglieder des Verbandes sind, welche beim geschäftsführenden Verein unter Vorlage ihrer Satzungen angemeldet und aufgenommen sind.

3) Zweck des Verbandes ist a) die gemeinsame Wahrnehmung der Vereinsinteressen gegenüber der Gesetzgebung der betreffenden Einzelstaaten; b) Die Anknüpfung wechselseitiger Geschäftsverbindung zwischen den Vereinen, welche den Verband bilden. c) Austausch der Erfahrungen bezüglich der wirthschaftlichen Verhältnisse des Vereinsgebietes und der dadurch bedingten Bedürfnisse und d) Beschlußfassung über gemeinsame Anträge bei dem allgemeinen Vereinstage der deutschen Genossenschaften und die Verfolgung des dort Beschlossenen.

4) Jedes Jahr findet ein ordentlicher Vereinstag des Verbandes von dem „allgemeinen Vereinstag der deutschen Genossenschaften" statt.

5) Die Geschäftsleitung des Verbandes wird einem der demselben angehörenden Vereine je für die Dauer eines Jahres übertragen.

6) Der geschäftsführende Verein beruft die Vereinstage und setzt die Tagesordnung für dieselben fest. Demselben steht die Befugniß zu, außerordentliche Vereinstage zu berufen und er hat die Pflicht, dies zu thun, wenn drei Vereine darauf antragen. Jeder Verein hat das Recht Anträge zu stellen.

7) Die Beschlüsse der Vereinstage werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Jeder der dem Verbande angehörigen Vereine hat eine Stimme und wird dem geschäftsleitenden Vereine dasjenige Mitglied bezeichnen, welches mit der Stimmführung beauftragt ist. Die Zahl der Vertreter jedes Vereins zu bestimmen, bleibt diesem überlassen.

8) Die Wahl des geschäftsleitenden Vereins erfolgt durch einfache Abstimmung.

9) Bei jedem ordentlichen Vereinstag wird der Ort gewählt, an welchem der nächste Vereinstag zusammentritt.

Die Anträge wurden sämmtlich einstimmig angenommen. Hierauf wurde der Wiesbadener-Verein zum Geschäftsführer, und Mainz zum nächsten Versammlungsorte gewählt; zum Abgeordneten der mittelrheinischen Genossenschaften Prokurator Schenk von Wiesbaden.

Prokurator Erlenmayer aus Schwalbach berichtet dann über die Vertretung der Vereine vor Gericht. Die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs, daß alle Theilhaber einer Genossenschaft, (also welche die Genossenschaft zu betrachten) die Geschäfte mit dem Publikum machen, (Wechselbilskontirung) ihren Ein- und Austritt anzeigen müssen, dann die Schwierigkeit der Vollmachtstellung bei Prozessen sind solche Hindernisse, daß eine Abhilfe unbedingt nothwendig ist. Er schlage deßhalb vor, bei den Kammern um Regelung dieser Verhältnisse zu petitionieren. Dr. Enyrim aus Frankfurt schließt sich Erlenmayers Vorschlag an und beantragte:

Digitized by Google

1) Die Genossenschaften, welche keine Geschäfte mit Dritten betreiben, sind keine Handelsgesellschaften, folglich nicht in das Gebiet des Handelsrechts heranzuziehen, die Legitimation ꝛc. kann dehhalb nach gemeinem Recht durch die Landesgesetzgebungen geregelt werden.

2) Die Formvorschriften des Handelsgesetzbuchs über die Anmeldung zum Handelsregister können in einer, den Genossenschaften entsprechenden Weise vereinfacht werden. Mit den Aenderungen, welche der Entwurf in Nro. 2 der Innung vorgeschlagen, erklärt sich die Versammlung einverstanden.

3) Für den geeignetsten Weg zur Einführung dieser Abänderungen hält die Vers. eine erste Lesung des Entwurfs durch den nächsten Vereinstag in Potsdam und eine zweite durch den Kongreß deutscher Volkswirthe. Dieser wäre den Kammern zu empfehlen.

Dieser, sowie Erlenmayers Antrag wurde dem geschäftsführenden Verein (Wiesbaden) zur Behandlung überwiesen. Der Abgeordnete zum Vereinstag wurde beauftragt, dort den Antrag zu stellen: dem Anwalt deutscher Genossenschaften, Schulze-Delitzsch, einen jährlichen Gehalt von 2000 Thlr. und Ersatz seiner Bureauxkosten zu gewähren. Bei dem darauf folgenden Festmahl wurde Schulze ein telegraphischer Gruß gesandt.

In Frankfurt war am 26. eine größere Versammlung deutscher Industriellen zur Berathung des Handelsvertrags. Herr von Kerstorff von Augsburg hat das Verdienst, die nöthigen Vorbereitungen für diese Zusammenkunft getroffen zu haben. Die Beschlüsse der Versammlung dürften jedoch nicht ganz dessen Wünschen entsprechen.

Nichtpolitische Zeitung.

(Ein internationales Gymnasium.) In „Daily News“ ist Folgendes zu lesen, das geeignet ist, die Aufmerksamkeit der Pädagogen wie der Eltern zu beschäftigen. „Die Mengung von Völkern aus allen gebildeten Theilen der Erde bei Gelegenheit der Industrieausstellung, muß den Mangel einer ausgebreiteten Sprachenkunde allgemein fühlbar machen. Sollen die Früchte dieses riesenhaften Zusammenströmens dauernd sein, so wird es allen Denkenden einleuchten, es sollten Maßregeln ergriffen werden, die daraus entspringenden Hindernisse zu überwinden und Mittel zur leichteren Erwerbung der neuen Sprachen zu beschaffen. Um eine der großen Schranken, die zwischen der innigen Verbindung von Völkern wie von Individuen bestehen, zu entfernen, hat man vorgeschlagen, ein großes internationales Gymnasium zu gründen, bestehend aus vier Anstalten, je einer in England, Frankreich, Deutschland und Italien, unter Einem gemeinschaftlichen Erziehungsplane, für junge Leute von 10 bis 18 Jahren. In jedes besondere Gymnasium soll eine gleiche Anzahl französischer, englischer, italienischer und deutscher Schüler aufgenommen werden. Ein Junge, der mit dem zehnten Jahre einträte, hätte der Reihe nach durch jedes zu gehen, mit 18 Jahren wäre er 2 Jahre in jedem der genannten 4 Länder gewesen, und käme am Ende seiner Studien mit einem reinen Accente und größerer Fertigkeit in 4 Sprachen heim, als er je bei den bisherigen Erziehungsarten hätte erreichen können.“

Neueres.

Vom Hofsekretariat S. M. des Königs Ludwig erhalten wir folgende Mittheilung vom 27. d. M.: „Seine Majestät König Ludwig, obwohl von der Trauerbotschaft über den Tod Allerhöchst-Ihrer Tochter, der Frau Großherzogin Mathilde von Darmstadt auf's schmerzlichste betroffen, haben dennoch vor, sich am 3. Juni nach Bad Brückenau zu begeben.“

Ueber die Generalversammlung der Hauptschützengesellschaft im Lokal der Schießstätte zu München berichtet die „B. Z.“: Es waren 65 Mitglieder anwesend. Die Deputation des Frankfurter Centralkomite's war erschienen. Nachdem sie auf Ersuchen ihre Erklärungen vorgetragen hatte, zog sich dieselbe wieder zurück, um der Diskussion über die Sache freien Raum zu lassen. Nur Ein Mitglied, ein Kaufmann in Frankfurt a/M., welcher zugleich Mitglied der hiesigen Schützengesellschaft ist, blieb während der Debatten zugegen, deren Resultate wir in Folgendem zusammenfassen. Der erste Antrag, das Frankfurter Nationalschießen nicht zu beschicken, wenn die Fremden zugelassen sind, scheiterte, obwohl anfänglich die allgemeine Zustimmung für ihn zu sein schien, mit der Mehrheit von 1 Stimme; ein zweiter Antrag dagegen, nochmal einen ehrenvollen Ausgleich zu versuchen, ging gleichfalls mit einer äußerst kleinen Majorität durch.

Preußen. Die neueste Lesart über die Beleidigung des Generals Willisen durch den Kurfürsten sind nunmehr die kurfürstlichen Abschiedsworte: „Sagen Sie Sr. Majestät, mir scheine es gar nicht unwahrscheinlich, daß er sich binnen drei Monaten in einer der meinigen ähnlichen Lage befinden werde.“ Unter Umständen wird es daher Aufgabe eines Bundesschiedsgerichts sein, festzustellen, ob in diesen Worten eine Verletzung der Würde der preußischen Krone liegt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75⅝ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62¼—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅛ P.
„	4½ pCt.	—
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89¾ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.	101⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100⅞ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	94⅜ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
„	2 pCt. „ „ „	28⅝ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1225/ P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	745—46 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191½—193 G.
	Bayerische Bank à fl. 500	— o.D.
	Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	216 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	81½ P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	87⅞ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 P. o.D.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	784/ G.
	Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 200 Fr. à 2/8 tr.	229 P. 238 G.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	124 P.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¾ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 P. 31¾ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134 G.
	Pfälz. Mash. b. Rothschild à 4½ pCt.	1104/8 P.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅝/ P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248⅞ G. o.D
	Span. Handels- und Industrie	510 P.
	„ Credit-Akt. d. ties. Péreire	530 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	1063⅛ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	1061/8 P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	1001/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. ö. 100 k. S.	100⅝ B. 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	86½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 300 k.	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. i. S.	89½—89 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106⅛ P. 106G	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132¼ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74½ P.	„ fl. 25 do.	38¼ P.
„ fl. 100 Eisb.-Lst. v. 1858.	170 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch. Z.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	101 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	55¼ P.	Anah.-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ P.

Frankfurt, 27. Mai. Die heute stattgefundene monatliche Abrechnung hat einen sehr günstigen Verlauf. Für österr. National, Anlehenslose, Bank- und Kreditaktien trat eine abermalige Steigerung ein, und erhielt sich der Regehr dafür bis zum Schluß. Im Uebrigen zeigte sich wenig Veränderung, nur österr. Eisenbahnaktien waren billiger angeboten. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, dergleichen in vollbezahlten Interimscheinen zu 91⅝, ½ umgesetzt. (Symb.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 148. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | **Donnerstag, 29. Mai 1862.**

Das Verfassungsfest in München.

Das Fest der Bürgersängerzunft-Verfassungsfeier war nach der „Augsb. Abdztg." sehr erhebend. Im Fond des herrlich geschmückten Saales der Westendhalle sah man das Standbild König Maximilians I., als Gebers der Verfassung, wie es auf dem Max-Josephplatz prangt, und die lebensgroßen Statuen der Könige Ludwig und Max II. unter großen Flaggen in bayerischen und deutschen Farben. Die Wände schmückten die Wappenschilde der 8 Kreise, unter denselben befanden sich zwischen weiß-blauen und schwarz-roth-goldenen Draperien und Guirlanden Medaillons mit den Namen der hervorragendsten Männer, welche in der neuen Geschichte des engeren Vaterlandes glänzen. Schon vor 8 Uhr waren die weiten Räume dicht gefüllt, alle gebildeten Stände vertreten und insbesondere die Bürgerschaft in großer Zahl anwesend. Selbstverständlich fehlten auch nicht die Notabilitäten der Wissenschaft und Kunst; die höhere Beamtenwelt war äußerst zahlreich repräsentirt und, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, man bemerkte sehr viele Offiziere aller Grade, besonders höhere Offiziere, darunter drei Generale, sodann vier Staatsminister. Die Worte König Ludwigs bei Eröffnung des Landtags von 1831: „Ich möchte nicht unumschränkter Herrscher sein" prangten im Saale als Inschrift; die noch gewichtigeren seines Sohnes: „Ich will mit meinem Volke Frieden haben" fanden ihre Verherrlichung in dem Prolog von Oskar v. Redwitz, den der Dirigent der Liedertafel, Meister Kurz, mit warmer Empfindung vortrug. (Wir werden dieses Gedicht in der „Mnemosyne" mittheilen.) Dauernde Hochrufe auf Se. Maj. den König Max II. folgten diesem Vortrage. Daran reihte sich die Produktion der Bürgersängerzunft, deren Programm sinnig zusammengestellt war; die einzelnen Vorträge, worunter eine katholische, eine lutherische und eine hebräische Hymne, namentlich Kompositionen von Kurz, Stunz, Lachner, Maschner, Eberard, unter Musikbegleitung von dem trefflichen Gesangschor meisterhaft ausgeführt, fanden stürmischen Beifall, einige wurden da capo verlangt. Zwischen den Vorträgen wurden Toaste ausgebracht auf J. M. die Königin, auf König Ludwig, „der zur Zeit von Deutschlands tiefster Schmach fremder Bedrückung entgegengetreten ist", auf das dermalige l. Staatsministerium, welches dem König treu zur Seite steht, auf beide Kammern des Landtags. Enthusiastischen Eindruck erregte ein von dem Landtagsabgeordneten Herrn Engelhardt (Bürgermeister von Neustadt a/M.) eingesandtes Gedicht zu Ehren der bayerischen Verfassung und unseres Königs. Der Ruf: „Es blühe jetzt und immerdar die bayerische Verfassung" fand einen lang anhaltenden begeisterten Widerhall; die Minister erhoben sich von ihren Sitzen und schwangen sichtbar froh bewegt die Gläser; die Hochrufe übertönten die Musikfanfaren. (Auch von andern Seiten wird dieses Fest als ein wohlgelungenes gerühmt.)

Deutscher Bund.

In Eisenach wird eine Konferenz mehrerer deutschen Staaten in Paßangelegenheiten abgehalten werden. Wie man vernimmt, geht der Vorschlag dahin, die Pässe im Verkehr der deutschen Staaten unter sich abzuschaffen und die Reisenden darauf aufmerksam zu machen, sich für Nothfälle mit anderen Legitimationspapieren zu versehen.

Bayern. König Ludwig hat der Stadt Moosburg zur Vollendung einer distriktiven Krankenanstalt 2000 fl. und zur Errichtung einer Lokalkrankenanstalt der Dorfschaft Haag, Ger. Moosburg, 2000 fl. aus seiner Kabinetskasse angewiesen.

Oesterreich. Die Denkschrift des „Vereines der österr. Industriellen", welche dem Minister Graf Rechberg unter dem Titel „Oesterreich und der französisch-deutsche Handelsvertrag" überreicht wurde, ist keineswegs in einem absolut schutzzöllnerischen Sinne gehalten, im Gegentheil beruht sie auf den Grundgedanken nicht blos der Festhaltung, sondern auf der organischen Weiterentwickelung des vertragsmäßigen Verhältnisses Oesterreichs zum Zollverein. Ueberdies ist ihre Entstehung keine spezifisch österreichische, sondern man hat sich bei ihrer Entwerfung mit den außerösterreichischen Geschäftskreisen, namentlich Süddeutschlands in engste Beziehung gesetzt.

Der Leibarzt der Frau Herzogin Max in Bayern, Dr. Fischer, welcher derzeit die Behandlung der Kaiserin in Reichenau gleichzeitig mit dem Hofwundarzte Dr. Jung übernahm, hat die Ansicht ausgesprochen, daß die auf ein Lungenleiden lautende Diagnose eine irrige gewesen sei. Mehrere ärztliche Autoritäten haben sich dieser Ansicht angeschlossen und Dr. Fischer, welcher auf einen Tag nach München zurückgereist war, um seine Angelegenheiten zu ordnen, ist wieder in Reichenau eingetroffen und wird dort mehrere Wochen verbleiben, um den Krankheitsverlauf besser beobachten zu können. Das Gutachten aller Aerzte, welche in Reichenau zu Rathe gezogen wurden, lautete übrigens dahin, daß für die Kaiserin derzeit nichts Ernstes zu besorgen sei, und daß sich die Krankheitserscheinungen in Kürze zum Bessern wenden dürften.

— In Galizien sind agrarische Unruhen ausgebrochen. Die Dorfgemeinde Mginiew hat einen jüdischen Pächter von der Kommunalweide vertrieben, und als der Bezirksvorsteher mit Gendarmerie anlangte, wurden sie gleichfalls von den mit Sensen und Heugabeln bewaffneten Bauern verjagt. Nun wurde von Stanislaw telegraphisch eine halbe Schwadron Husaren und eine Kompagnie Infanterie requirirt, was um so nothwendiger, als zwei Nachbargemeinden bereits dem Beispiele Mginiews folgten.

Preußen. In Koblenz wurde am Sonntag ein Turnfest begangen, zu welchem sich auch viele auswärtige Turner, insbesonder aus dem benachbarten Herzogthum Nassau, mit deutschen Fahnen eingefunden hatten. Bei der am gleichen Tag abgehaltenen Parade wurde den Oberfeuerwerkern und andern Soldaten des 8. (rheinischen) Artillerieregiments, welche seither unangefochten dem Turnverein in Koblenz angehört haben, der Befehl bekannt gemacht, daß sie weder an dem eben veranstalteten Turnfest sich betheiligen, noch überhaupt fernerhin dem Koblenzer Turnverein angehören dürfen.

Die Wahl des Abgeordneten, Präsidenten Leite, ward einstimmig für ungültig erklärt. Leite war (in Königsberg in der Neumark) nur mit einer Stimme Majorität gewählt, und aus den Akten steht fest, daß mehrere Wahlmänner ihm ihre Stimmen gegeben, die mitzustimmen gar nicht berechtigt waren.

Das k. Polizei-Präsidium und der Magistrat werden am 31. Mai eine kommissarische Beathung in Betreff des Unwesens der Prostitution abhalten. Es dürfte in dieser Konferenz erwogen werden, welche Mittel sich zur Bekämpfung des immer schamloser hervortretenden und immer lebhaftere Beschwerden provocirenden Uebels der gewerbsmäßigen Prostitution empfehlen möchten.

Die „Kreuzzeitung" ist wieder einmal außer sich. Sie sagt über den Sybel'schen Adreßentwurf: Verfasser ist der Abg. Prof. v. Sybel, einer jener großen Männer, mit welchem die treue Kameradreie der „neuen Aera" Preußen überschwemmt. Wer den Verfasser kennt, der kennt auch sein Machwerk, und wir würden uns mit diesem ausgekochten Rindfleisch kaum beschäftigen, wenn wir nicht die pikante Sauce der Demokratie in Aussicht hätten. Treue Felonie; ehrfurchtsvolle Aufsässigkeit; ehrerbietiger Ungehorsam; unterthänige Souveränitätsgelüste; royalistischer Parlamentarismus, — kurz, der ganze Phrasenapparat des heuchlerischen

Digitized by Google

Gothaerthums abgeführt und abgequirlt mit der bekannten Professoren-Arroganz und Verdrießenheit!

Hannover. Bei der am Geburtstage des Königs in den k. Gärten abgehaltenen Parade ritt der Herzog von Braunschweig an der Seite des Königs und war in deren Gefolge eine große Anzahl braunschweigischer Offiziere zu bemerken.

Baden. In Freiburg fand am 25. das Rotteckfest zur Feier der Wiederaufrichtung des Rotteck-Denkmals statt. Es war ein Fest der Intelligenz und des Volkes. Rotteck ist der deutschen Welt hauptsächlich als Historiker und als Schriftsteller über Vernunft und Staatsrecht bekannt. Die ächten Historiker bestreiten aber Rottecks Verdienst um wahre Geschichte, weil er nicht genug klassisch gebildet gewesen und nicht objektiv die Thatsachen erfaßt habe; die Philosophen haben Rotteck nicht tief genug gefunden, um in die Prinzipien alles Rechts und des Staats einzudringen. Es mag so sein; aber eine Größe können sie ihm nicht absprechen: die politische; er wollte Licht, Recht und Freiheit in die Intelligenz und in die Volksmasse bringen; das war der Kern seiner Bestrebungen in seiner Geschichte, in seinen Lehrvorträgen, in seiner 21jährigen landständischen Wirksamkeit. Er war der Mittelpunkt der zweiten Kammer und setzte für den Bürger und Landmann eine Reihe der freiesten Errungenschaften durch. Das ist allgemein erkannt worden: eine unendliche Volksmasse und eine große Anzahl der gebildetsten Klasse von Nah und Fern wohnte der Feier bei. In der Festhalle hielt die Rede Professor v. Woringen; dann bewegte sich der Zug zum Staatsgebäude, wo weitere Reden gehalten wurden, mit Gesang und Instrumentalmusik. Eine zahlreiche Abordnung der zweiten Kammer erhöhte die Feierlichkeit. Wenn die Demolirung des Rotteck-Denkmals im Dunkel der Nacht ein schreiendes Unrecht genannt worden ist, so hat dieses durch die Feier eine Sühne gefunden. Noch verdient hervorgehoben zu werden, daß die 70jährige Wittwe K. v. Rottecks mit ihren zahlreichen Kindern und Enkeln der Feier in der Festhalle beiwohnte.

Wie wir gestern kurz gemeldet haben, führte in der zweiten Kammer die Tagesordnung zur Berhandlung über den Bericht des Abgeordneten Kusel, das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche betreffend. Schließlich wurde mit allen gegen 8 Stimmen der Antrag angenommen, den Wunsch auszudrücken: 1) Großh. Regierung wolle, wie bisher, allen ihren Einfluß in der Richtung geltend machen, daß die Gründung einer einheitlichen Gewalt mit Volksvertretung, auch für den Zweck der gemeinsamen deutschen Gesetzgebung, endlich zur Wahrheit werde. 2) Großh. Regierung möge sowohl bei der am Bundestage beantragten Berathung einer deutschen Civilprozeßordnung, sowie bei allen ähnlichen künftigen Vorschlägen sich nicht weiter als zum Zwecke wissenschaftlicher Vorarbeiten betheiligen, und in Bezug auf Einführung neuer Gesetze auf dem früheren Wege nicht nur keinerlei Verpflichtung eingehen, vielmehr ausdrücklich dagegen sich verwahren.

Großh. Hessen. Am 26. Abends halb 9 Uhr wurde die Leiche der Frau Großherzogin in feierlichem Zuge zur katholischen Kirche gebracht. Der Zug, an welchem der Großherzog selbst sammt außerdem die, ganze Hof- und Staatsdienerschaft, sowie das gesammte Offizierkorps, Alles in Uniform, theilnahmen, und dem außerdem die landständischen Kammern, der Gemeinderath, das Theaterpersonal in schwarzem Kleid sich angereiht hatten, machte im Halbdunkel und bei dem Glanz der vom Leichenwagen umgebenden Fackeln einen ergreifenden Eindruck. Das Militär, welches Spalier vom Schloß bis zur katholischen Kirche stand, wurde nur ganz leise kommandirt, und Jedermann suchte irgend welches Geräusch zu vermeiden, während die Chorknaben und sonstigen Embleme der katholischen Kirche viel hervortraten. Gewiß ist, daß die ganze Stimmung und Haltung der Bevölkerung eine tiefe und nicht blos formelle Theilnahme am Tode der hohen Verblichenen darlegt, deren Tugenden und liebenswürdige Eigenschaften jetzt erst in ihrem vollen Werthe erkannt werden. (N. F. Z.)

Anhalt-Köthen. Der katholische Pfarrer Bode ist, trotz der Petition der angesehensten Bewohner der Stadt, versetzt worden. In den mannigfachen Beweisen der Achtung und Anerkennung, die dem Scheidenden gezollt wurden, sprach sich zugleich der Unmuth aus, daß es einem italienischen Bischof freisteht, einen deutschen Geistlichen von seiner deutschen Gemeinde zu trennen, und daß eine deutsche Regierung nicht die Mittel, welche ihr zu Gebote dagegen stehen, auch anwandte. (Z. f. N.)

Großbritannien.

Die „Morningpost“ verbreitet eine Depesche Lord Russell's an den englischen Gesandten in Mexiko, Lyde. Derselbe billigt seine Haltung in der mexikanischen Angelegenheit, den Bruch der Konferenz und die Verbindung der gemeinsamen Aktion der Alliirten.

Ein Schiffskapitän, Namens Lindner, welcher im J. 1797, als die Empörung der Flotte in Nore stattfand, sein Schiff, das die nach Preußen bestimmten Subsidien — über 1 Million Pf. St. — am Bord hatte, den Rebellen durch List wieder abgewann und nach London in Sicherheit brachte, ist 87 Jahre alt gestorben. Der Minister Pitt bot ihm d. Z. ein Offizierspatent auf der Flotte an, Lindner schlug dasselbe aber aus und weigerte sich auch später, irgend eine Belohnung für seine That anzunehmen.

Frankreich.

XX (Privs.-Kort.) Die mexikanische Frage; welche eben die öffentliche Aufmerksamkeit in Frankreich stark beschäftigt, hat nicht dazu beigetragen, das Ansehen der Napoleon'schen Herrschaft zu vergrößern. Allgemein ist der Tadel über die ganze Expedition, selbst die unteren Volksschichten sprechen sich offen aus; der Bourgeois spricht davon und die Aristokratie vergißt selbst die römische Frage darüber. Von der Presse will ich gar nicht sprechen, da sie durch die Strenge der Regierung auf das Aeußerste reduzirt ist und aus eigener Schwäche nur sehr schüchtern der öffentlichen Meinung folgt, statt an ihrer Spitze zu stehen. Alles denkt an 1807, an unsere Niederlagen in Spanien, deren Wiederkehr man befürchtet; man spricht von der unwürdigen empörenden Politik, welche gegen ein Volk befolgt worden ist, welches uns so viel Satisfaktion angeboten hatte, als man nur immer verlangen kann. Das sind Lehren genug für den gesetzgebenden Körper, so feroil er auch ist, und gerade jetzt, wo das Budget berathen werden soll. Wie viel Drohungen liegen in den Aeußerungen, welche den gemäßigsten Leuten entschlüpfen! Auf der andern Seite gibt sich die Regierung blind der Illusion hin, in den Rath der alten europäischen Dynastien zu dringen, indem sie transatlantische Kronen in Aussicht stellt. Sie würde besser thun über die Mißgunst nachzudenken, in die sie sich immer beim Volke setzt. Die Bonaparte erkundigen sich übrigens nicht. Wer findet in dem jetzigen Verfahren nicht ganz das von jungen ehrgeizigen Kapitäns, der seine Landsleute zur Eroberung Aegyptens verführte? Aber welche Einfalt auch zu glauben, daß es in Frankreich noch Leute gebe, die für solche Zwecke zu begeistern wären! Haben wir nicht bis zur Hefe den Kelch von Bornirtheit geleert, die wir wegen unserer unmenschlichen Behandlung der afrikanischen Volksstämme reichlich verdient haben? Und unsere Kaffe geleert, um eine unproduktive Kolonie zu erhalten? Haben wir nicht genug an dem selbstmörderischen Kampfe, den wir 1849 gegen die Römer geführt haben? — Die „Fünfe“ vom gesetzgebenden Körper haben zum Budget pro 1863 ein Amendement gestellt. Sie verlangen, daß in den verschiedenen Administrationen bis zur nächsten Session eine parlamentarische Untersuchung über die Zahl der Beamten vorgenommen und bis dahin kein Am: geschaffen und keine Vacanz besetzt werde, daß der Effektivstand der Armee auf 100,000 Mann reduzirt werde, daß das Budget der Stadt Paris, wie jene des Staats vor den gesetzgebenden Körper gelange, daß keiner mehrere Aemter zugleich innehaben könne, wenn die Gehalte 30,000 Frs. übersteigen; letztere Verfügung solle rückwirkend sein. Es ist in der That bewundernswerth, mit welcher Beharrlichkeit diese Fünf ihre Danaiden-Arbeit fortsetzen, unbekümmert darum, daß sie von zweihundert ihrer Herren Kollegen gründlich ausgelacht werden. — Gestern fand mehr als ein Zusammenlauf von Neugierigen vor einer Kunsthandlung auf dem Boulevard des Italiens statt. Die Ursache dieser Auftäufe war ein ausgestelltes Bild von Houfer, das die Ermordung Heinrichs IV. darstellte. Man hört empörende Einzelnheiten über das Verfahren der Polizeibehörden von Paris, im Munde des Volks „Violons“ genannt — mit welchen unglücklicher Weise ehrbare Leute jeder Gesinnung Bekanntschaft gemacht haben. Die Arrestanten werden ihrer Kleider beraubt, bei dem geringsten Widerstand oder der ersten Laune des Bezirkskommissärs; man treibt die Grausamkeit so weit, die Verhafteten barfuß auf dem feuchten Boden dieser Gewölbe herumgehen zu lassen, wo die Luft von Miasmen vergiftet ist; auch ist es nichts seltenes, daß diese Torturen — den geistigen beigefügt — die Betreffenden zum Selbstmorde treiben. In den letzten Tagen wurden wieder mehrere Verhaftungen vorgenommen, darunter Bessières, Kapitän der Nationalgarde im Jahre 1848, welcher an der Barriere von Fontainebleau befehligte, als General Brea dort ermordet wurde. Seit überstandener Straf-

Digitized by Google

zeit war der ehrenwerthe Kapitän Gesügelhändler. Die Ursache seiner neuen Verhaftung ist unbekannt, vielleicht handelt es sich nur um einige „Enten". Von den am 2. und 4. März verhafteten Personen wurden im Laufe der Woche wieder einige (nach ungefähr Haft) in Freiheit gesetzt, doch sollen deren noch 35—40 in Majas sein. — Und jetzt noch eine Neuigkeit; unter den 50 bis 60 Polizeikommissären sollen wenigstens ⅓ Widersacher der jetzigen Regierung sein. Von einem solchen vernahm ich, daß E. Napoleon eben ein Liebesverhältniß in Passy habe. (Gräfin O'Mahony?)

Spanien.

Folgendes ist der Wortlaut der Erklärung, welche Marschall O'Donnel über das Auftreten des Generals Prim in Mexiko abgegeben hat, nachdem er angeführt, daß bis jetzt die Regierung nur die von dem Adjutanten Prims überbrachten Depeschen erhalten habe: „... Nachdem ich Kenntniß von der Depesche genommen, kann ich versichern, daß General Prim keinen andern Entschluß ergreifen konnte, als den, welchen er ergriffen hat. Da man sich aber vorgenommen zu haben scheint, die ganze Verantwortlichkeit der Thatsachen auf die Regierung zu wälzen, so erkläre ich ohne Bedenken, daß das Kabinet die vollständige Verantwortlichkeit für Alles, was General Prim gethan hat, übernimmt. — Wenn sich ein Konflikt, wie der, welcher zwischen den Bevollmächtigten der drei Mächte stattgefunden hat, erhebt, so ist die Erklärung hierüber Sache der drei Mächte selbst, namentlich wenn sie, wie man annehmen darf, alle drei von denselben Absichten beseelt sind. — In einer späteren Erwiderung versprach der Ministerpräsident, sowie die bereits begonnenen Erklärungen der Mächte untereinander beendigt sind, alle auf die mexikanische Expedition bezüglichen Dokumente den Kortes vorzulegen.

Die Madrider „Espanna" vom 21. Mai schreibt: Die in Frankreich verbreitete Verläumdung, daß General Prim darnach trachte, sich zum König von Mexiko zu machen, ist vollständig und offiziell widerlegt. Kaum war diese Beschuldigung zur Kenntniß des Generals gelangt, als derselbe sich zum französischen Bevollmächtigten, Herrn de Saligny, begab und denselben erklärte, daß er, der Marquis de los Castillejos, wisse, daß der Baron behauptet habe, Beweise in Händen zu haben, daß General Prim in seinem persönlichen Interesse arbeite. In Folge dessen fordere er diese Beweise oder verlange eine so vollständige Genugthuung, wie solche dem Repräsentanten der spanischen Nation und Königin ertheilt werden müsse. Herr de Saligny gestand, keine andere Beweise zu haben, als einen Brief, welchen man an ihn gerichtet hätte und erklärte, der französische Bevollmächtigte setze durchaus keinen Zweifel in die Loyalität des Marquis de los Castillejos. So ward denn die Sache in einer mit den Unterschriften versehenen Akte konstatirt.

Italien.

Am 26. Mai verfügte sich der Papst mit einem zahlreichen Gefolge in die Bollicella-Kirche. Zahlreiche Volksmassen begleiteten ihn unter lebhaften Beifallsrufen. Die in Rom anwesenden französischen Priester warfen dem Papste Blumen zu und haben auch sonst ihren Enthusiasmus kund. In Rom sind sechs österr. Bischöfe mit 100 Priestern eingetroffen, ferner der Kardinal Wismann mit 60 englischen Priestern und zwei Bischöfen.

Rußland und Polen.

Wie aus Petersburg gerüchtweise verlautet, hat Wielopolski, der sich in das Ausland begeben sollte, seine Reise plötzlich eingestellt. Weiter heißt es, daß der bereits ad acta gelegte Vorschlag über die Reorganisirung des Schul- und Unterrichtswesens für Polen und Petersburg neuerdings in Berathung gezogen worden sei und alsbald mit der kaiserl. Sanktion versehen nach Warschau gelangen werde.

Amerika.

Die öfters erwähnte Proklamation des mexikanischen Generals Zaragoza auf die französische Kriegserklärung lautet wörtlich: Der Kampf beginnt; die Franzosen haben die Feindseligkeiten von Soledad abgebrochen. Sie haben sich getrennt von der in London beschlossenen Koalition, wonach sie im Verein mit den Spaniern und Engländern ihre Forderungen an die Republik stellen wollten. In Kurzem wird der Kanonendonner die Herzen der Söhne von Anahuac (indischer Name für Mexiko) rascher schlagen machen. Getäuscht durch verrätherische Mexikaner, die ihr bald züchtigen werdet, wagen die Franzosen, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. Die Republik ist unabhängig. Als Söhne dieses Volks sind wir frei geboren, und wir werden diese Freiheit bewahren oder, sie vertheidigend, sterben. Seid muthig, Freunde! Schaut nicht den Kampf mit einem Volke, das den Ruhm der Tapferkeit behauptet. Die Männer der Freiheit haben keine Rivalen, und die Geschichte zeigt genug Beispiele von Völkern, welche die besiegt haben, die sich einbildeten, die Eroberer zu sein. Ich habe einen blinden Glauben an euern Triumph, an den Triumph der Bürger über die Sklaven, und der Usurpator des französischen Throns wird sich bald überzeugen, daß die Zeit der Eroberungen vorüber ist. Wir werden den ersten Stein legen zu dem granitnen Bau, der Frankreich befreien wird von der Knechtschaft, in die es durch die Bajonnette eines Despoten gezwungen ist. Seid wie immer tapfer im Kampf und eh! im Siege. Euer General und euer Freund wird euch bald gegen die Räuber führen.

Volkswirthschaftliches.

Der unter Vorsitz des Herrn von Kersdorf in Frankfurt tagende Kongreß deutscher Industriellen beschloß mit 38 gegen 34 Stimmen, den deutsch-französischen Handelsvertrag zur unveränderten Annahme zu empfehlen.

Vom Berliner Polizeipräsidium ist dem Magistrat der Entwurf einer Dienstmannsordnung zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt worden. Eine feste Regelung dieses Instituts erweist sich als dringend nothwendig. Das Prinzip der unbehinderten Konkurrenz, welches gerade die Aufsichtsbehörde von Anfang an übermäßig in demselben hat Platz greifen lassen, ist eben so dem Publikum, wie den gemeinnützigen Bestrebungen der ersten Unternehmer sehr nachtheilig geworden.

Die Gesundheitspflege der ausgedehnten Hausthiere, die Verbesserung und Veredlung deren Zucht, der Hufbeschlag, die Beaufsichtigung der Behandlung und des Verkaufes des zur menschlichen Nahrung bestimmten Fleisches, ferner die Verhinderung der Wiederverbreitung ansteckender Thierkrankheiten ꝛc. sind Gegenstände, die mehr oder minder bedeutend die Interessen jedes einzelnen Staatsbürgers berühren, fast täglich in das Leben der Gesellschaft eingreifen, daher auch für das Wohl des Staates selbst vom größtem Belange sind. Es ist deshalb erklärlich, daß in so wichtigen Dingen die Staatsgewalt vielfach helfend und fördernd, aber auch ordnend eingreifen muß; doch hat die Polizei hiebei nicht immer die Erfahrungen der hiezu berufenen Sachverständigen sich so zu Nutzen gemacht, wie solche es verdient hätten, so daß die betreffenden Vorkehrungen zuweilen der Wichtigkeit des Gegenstände nicht vollends angemessen oder entgegensetzt mehr belästigt haben, als nöthig gewesen wäre. Es erscheint daher gerechtfertigt, auf ein Buch aufmerksam zu machen, welches jüngst in der Palm'schen Hofbuchhandlung erschienen ist unter dem Titel: „Die Veterinärpolizei unter Berücksichtigung der meisten Gesetzgebungen. Bearbeitet von Th. Adam, fürstlichem Polizei-Thierarzt und Mitglied des kgl. Kreis-Medizinal-Ausschusses in Augsburg." Als wissenschaftlich und praktisch gleich vorzüglich gebildeter Thierarzt schon längst bekannt, belästigte derselben noch besonders seine langjährige dienstliche Verwendung bei der k. Regierung zu dieser schwierigen und mühevollen Arbeit. Dieselbe trägt nun aber auch den unverkennbaren Vorzug, daß sie einen wirklichen Fachmann zum Verfasser hat, der, diesen umfassenden Gegenstand von der richtigen praktischen Seite auffassend, einerseits ebenso sehr überflüssige, polizeiliche Plagereien fern zu halten sucht, als er andererseits bei den wichtigeren Vorkommnissen die entsprechende Umsicht und Strenge empfiehlt, wie es eben der in den landwirthschaftlichen Hausthieren ruhende, große Nationalwerth oder das Wohl des Menschen fordern. Die einzelnen Gegenstände sind so bearbeitet, daß nicht nur der Landwirth ein richtiges Verständniß derselben daraus schöpfen kann, sondern namentlich die Veterinärarzt und die Beamte sie mit Freuden begrüßen und benützen werden, um so mehr als es an einer so vollständigen Bearbeitung und Zusammenstellung bisher gänzlich gefehlt hat. Bei der gegenwärtig im Gange befindlichen Revision aller polizeilichen Vorschriften dürfte diese Arbeit vorzügliche Berücksichtigung verdienen und eine wöglichte Gleichheit derselben in den einzelnen Kreisen veranlassen. Ein beigefügtes alphabetisches Register erleichtert den Gebrauch sehr. Druck und Papier sind vorzüglich. W.

Nichtpolitische Zeitung.

— Nestroy starb gestern Vormittags kurz vor 11 Uhr in Graz, ohne vorher bettlägerig gewesen zu sein. Am Freitag lähmte ihn ein Nervenschlag, daß er Gehör und Sprache verlor. Seine Leiche wird in Wien auf den Währinger Friedhof bestattet werden. Er wurde zu Wien am 7. Dezbr. 1802 geboren, als Sohn eines Advokaten. Mit 20 Jahren trat er zum ersten Mal

Digitized by Google

im Kärnthnerther als Saraſtro in der „Zauberflöte“ auf, und wurde dann als Baſſiſt in Amſterdam engagiet. Von hier kam er an die Bühnen zu Brünn, Graz und Preßburg, bis er, immer mehr zu dem komiſchen Fach inklinirend, 1826 in Wien in der Joſephſtadt gaſtirte, 1831 bei dem unter Carl's Leitung ſtehenden Theater an der Wien ein Engagement erhielt. Mit Carl übersiedelte Neſtroy in das Theater in der Leopoldſtadt — und übernahm bei deſſen Tode 1854 die Direktion, welche er mit großem Erfolg bis 1860 führte. Sein erſtes Stück „Lumpazivagabundus“ wurde zum erſten Male 1833 im Theater an der Wien aufgeführt. Seitdem hat er mehr als 80 Stücke geſchrieben, von denen ſich die Hälfte auf dem Repertoire erhalten hat. Neſtroy hinterläßt ein Vermögen von 300,000 fl.

In der Nacht vom 19. d. hat ſich auf der Bahn zwiſchen Paris und Rouen ein Ereigniß zugetragen, welches aufs Neue beweiſt, wie dringend nothwendig es iſt, eine Verbindung zwiſchen den Paſſagieren und den Zugbondulteuren herzuſtellen. Unterwegs ſtieg ein junger Reiſender in ein Coupé, worin ſich bereits ein älterer und ein jüngerer Mann nebſt einem Frauenzimmer befanden. Nachdem ſich der Eingeſtiegene eine Zeitlang mit der letzteren unterhalten, ſchlief er ein, um demnächſt durch einen heftigen Schmerz am Halſe zu erwachen. Es war der ältere Paſſagier, welcher dem Reiſenden einen Stich in den Hals gegeben und eben zu einem neuen ausholte, als dieſer ſeinen Arm ergriff und ihm mit der anderen Hand einen Schlag in's Geſicht verſetzte, wofür er von ſeinem Angreifer eine furchtbare Bißwunde in die Hand erhielt. Es entſpann ſich nun ein gräßlicher Kampf im Waggon, wobei der Verwundete von den beiden andern Paſſagieren unterſtützt wurde, ſo daß es endlich gelang, den Mörder zu überwältigen. Inzwiſchen hatte der Blutverluſt den Reiſenden erſchöpft: der Alte ſuchte den Schlag zu öffnen, und entſpann ſich zwiſchen ihm und den beiden Andern ein neuer Kampf, der faſt eine Stunde dauerte, bis endlich an der nächſten Station Hülfe herbeikam. Der Thäter iſt ein Schweizer, Namens Tannrr; man ſchreibt ſein Verbrechen einem plötzlichen Wuthausbruch zu.

Neueres.

** München, 28. Mai. (Privat-Korreſpondenz.) Wie zur Zeit beſtimmt iſt, werden Se. Maj. der König bereits am nächſten Samstag wieder hier eintreffen und beide k. Majeſtäten mit den k. Prinzen am 9. Juni das Schloß Nymphenburg beziehen. — Der k. Kultusminiſter, Hr. v. Zwehl, wird bis Ende der Woche wieder hier eintreffen und am 1. Juni ſein Portefeuille wieder übernehmen. — Der k. Generaladjutant Delpy von Laroche ging in allerhöchſtem Auftrag nach Darmſtadt. Dem Trauergottesdienſt für die verlebte Frau Großherzogin wohnten alle Glieder des k. Hauſes bei. — Der Herzog von Modena iſt in München eingetroffen, um ſeine Frau Gemahlin, welche vom Sterbebett der Schweſter kömmt, nach Wien abzuholen. — Das Schützenmeiſteramt der privilegirten Hauptſchützengeſellſchaft Münchens verlangt vom Frankfurter Zentral-Komité noch folgende over wenigſtens eine ähnliche Erklärung als: „Die neueſten Vorgänge und Kundgebungen an den Grenzen Deutſchlands, von einem Theile der italieniſchen Nation hervorgerufen, welchen dieſe als ihren Repräſentanten ſelect, (!) nöthigt das Centralkomite des deutſchen Schützenfeſtes zu Frankfurt, die Einladung italieniſcher Schützen nach §. 3 des Feſtprogrammes auf den dringenden Wunſch eines großen Theiles des deutſchen Volkes dahin zu prälyſiren, daß die italieniſchen Schützen, welche ſich beim Feſte auf Grund der obenbezeichneten Programmbeſtimmung betheiligen wollen, nur als Private im ſtrengſten Sinne des Wortes, mit Ausſchluß jeglicher Zuſchautragung nationalen, korporativen und politiſchen Charakters zugelaſſen werden.“

Preußen. Bismael-Schönhauſen hat ſich auf ſeinen Poſten nach Paris begeben, womit das Gerücht von deſſen Miniſter-Kandidatur ſchwindet.

Württemberg. Die Feſte auf der Wilhelma ſollen nun gar nicht gehalten werden; der Hof, heißt es, ſei erzürnt über das Gerücht, daß ſie der Anna Murat gelten.

Schweiz. Der große Rath von Solothurn hat mit 70 gegen 13 Stimmen die Einführung der Schwurgerichte beſchloſſen.

Schweden. Eine königliche Verordnung berufi den ſchwediſchen Reichstag bis zum 15. Oktober d. J. An dieſem Tag tritt nämlich alle 3 Jahre ein neuer Reichstag zuſammen. Der letzte begann am 15. Oktober 1859, und dauerte bis zum Frühling 1860. Wie immer, ſo gehen auch diesmal eine große Anzahl auf dem vorigen Reichstage nicht erledigter („ruhender“) Berathungsgegenſtände auf den bevorſtehenden über.

Griechenland. Der Conſeilspräſident hat die Kammer im Namen des Königs eröffnet. Die Vorlage eines auf die Organiſation der Nationalgarde bezüglichen Geſetzes, nach dem Muſter des italieniſchen, wurde angekündigt, ebenſo die Vorlage eines Wahlgeſetzes, nach welchem das allgemeine Stimmrecht eingeführt und die Zahl der Abgeordneten auf 80 ſtatt 146 feſtgeſetzt werden ſoll.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'ſchen Buch- und Kunſthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	76¼ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63—63⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	58 G.
„	4½ pCt.	47⅜ P.
„	4 Pct. Obligationen	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅜ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅞ P. ⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	86 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	43⅜ P.
„	3 pCt. „ „	43¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	99⅝—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 600 . . .	129⅜ P. 129½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	755 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197—195½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	— o.D.	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	217½ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	338 P. o.D.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	73½ G.	
Oest. F.St.Eisb. bpCt. 500 Fr. à 26 kr.	208 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn b pCt. .	124½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	77¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 pCt. Z.	92½ P.	
Ludwigsbafen-Bexbacher à 4 pCt. .	134 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	83⅝ P. ⅜ G	
Sächs. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248½ G. o.D	
Span. Handels- und Industrie . .	515 P.	
„ Credit-Akt. des Comptoirs Perreire	530 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	106¼ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106—105⅞ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	109¼ P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 5. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sat. W. l. S.	89⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	106¾ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅛ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74½ G.	„ fl. 25 do.	38¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lättich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	101 P.	Vereins-Loose fl. 10.	19 P.
Badische fl. 35	95½ P.	Amb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅜ P.

Frankfurt, 28. Mai. Für öſterr. National und Kreditaktien dauert der Begehr fort und wurden dafür bei lebhaftem Umſatze abermals höhere Kurſe bewilligt. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. 5pCt. ruſſiſche Obligationen in Interimſcheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, ¾, dergleichen in vollbezahlten Interimſcheinen zu 91⅜, ½ umgeſetzt.

(Synd.)

Digitized by Google

staatsbibliot
in
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 149. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | **Freitag, 30. Mai 1862.**

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Ueber das deutsche Schützenfest sagt der „Schw. Mrkr.“ in Uebereinstimmung mit der „Allg. Ztg.“ und anderen süddeutschen Blättern, die nicht gewissen Parteizwecken dienen: Verbittert oder nickt, die Oesterreicher, die Bayern, die Schwaben und Alle, die verstimmt sind und grollen, müssen dennoch zum Feste kommen. Warum? Erstens: weil wir die Stadt Frankfurt, die so ehrenwerthe Anstrengungen schon gemacht, die Einmischung einiger Unverschämten, die hinter dem Rücken des Frankfurter Komite's gehandelt haben, nicht dürfen büßen lassen. Zweitens: weil man sich durch eine Verstimmung, einen Affekt nun und nimmermehr darf abhalten lassen, eine gute und wesentliche Sache zu stützen und zu fördern, weil Schmollen und Trutzen bei einem nationalen Zwecke nichts taugt. Drittens: weil dieses Festes Hauptzweck ist, die Deutschen zusammenzubringen, ineinanderzuschütteln und zu versöhnen, und weil es verkehrt ist, aus unversöhntem Aerger gerade da wegzubleiben, wo man eben um der Versöhnung willen hingehen soll. Viertens: weil unser Wegbleiben nicht nur dieses Schützenfest, sondern auch die künftigen und den deutschen Schützenbund im Keime verderbt und sprengt. Ja eben, weil ein so übler Mißgriff vorgekommen, müssen wir hingehen, um am Schützentage zu bewirken, daß es künftig besser gehalten werde. In der That, es handelt sich um ein Fest, das von großer Bedeutung für unsere Zukunft sein kann. Wir erinnern uns einer Unterhaltung mit einem Schweizer im Jahre 1848, der uns versicherte und überzeugte, daß die Schweizer Schützenfeste ein Hauptmittel waren, wodurch die glückliche Neubildung der Eidgenossenschaft als Bundesstaat möglich wurde, der uns aber auch erzählte, wie selbst in den Zeiten der Entzweiung Freund und Feind durch keinen Haß sich abhalten ließen, sie zu besuchen. (Schließlich schlägt der „Merkur“ dasselbe vor, was wir bereits vor 8 Tagen vorschlugen, nemlich durch nationale und internationale Presse die Italiener auf die Schicklichkeit freiwilligen Wegbleibens aufmerksam zu machen. Direkte Proteste, wie der Augsburger, verfangen nicht.)

— **Oesterreich.** Wie „J. G. Jan.“ sich aus Szabolcs schreiben läßt, hat der Graf Pálffy auf seiner Rundreise in einem Flecken des dortigen Komitats den versammelten Beamten erklärt, daß der ungarische Landtag bald zusammentreten werde. Gleichzeitig verweist jedoch ein „Fünfkirchner Blatt“ alle Gerüchte über den angeblich bevorstehenden Wiedereintritt des Herrn v. Mailath in das Tavernikat in das Bereich der leeren Erfindungen. Auch soll im Raaber Komitat die Militär-Exekution wieder zugenommen worden sein, und zwar aus Kavallerie, welche die Steuern für das zweite und dritte Quartal im Voraus erhebt. — In Fiume sollen am Sonntag in der Nacht bei Gelegenheit einer Festlichkeit grobe Exzesse stattgefunden haben. — Die „Wiener Ztg.“ sagt an, daß für die noch disponiblen Beamten und Diener des aufgelösten ungarischen Senates des obersten Gerichtshofes die Verlängerung der Begünstigungsfrist einschließlich letzten April 1863 bewilligt worden ist. — Wie uns aus Triest geschrieben wird, bereitet man dort einen Guerillakrieg gegen das von der Hafenkommission adoptirte Hafenprojekt der Südbahngesellschaft vor. Unter den Schiffskapitänen und Rhedern, die nicht zur Kommission gezogen waren, wird förmlich für die Abfassung eines Protestes agitirt. Schon anfangs 1858 hatten mehrere Seekapitäne und Rheder, Herrn Revoltella das Zeugniß ausgestellt, daß sein Plan zur Errichtung von Privat-Magazinen längs der Eisenbahn und zur Bildung eines kleinen neuen Hafens alle übrigen an Zweckmäßigkeit übertreffen. Diese Idee wird jetzt auf's Neue vorgesucht; doch scheint es dabei hauptsächlich um Befriedigung verletzter Eitelkeit und gekränkter Sonderinteressen zu handeln. — Graf v. Wickenburg hat die Handelskammer von Spalato aufgelöst, was um so größeres Aufsehen erregt, als dies seit Errichtung der Handels- und Gewerbekammer der erste derartige Fall ist. Der Minister beruft sich bei dieser Gelegenheit auf § 12 des Einführungspatentes und erklärt, ernennen zu müssen, daß die gegenwärtige Kammer das Vertrauen des Handels- und Gewerbestandes nicht mehr besitze, da viele Kundgebungen des Mißtrauens gegen sie laut geworden seien.

In der letzten Sitzung des Finanzausschusses wurde auf Antrag des Berichterstatters Dr. Giskra dem Kriegsminister Grafen Degenfeld für sein freundliches Entgegenkommen und seine Bereitwilligkeit bei allen Arbeiten, die das Kriegsministerium betrafen, der Dank des Ausschusses ausgesprochen. Sämmtliche Mitglieder erhoben sich zum Zeichen ihrer Beistimmung. Der greise Kriegsminister zählt zu den beliebtesten Persönlichkeiten der Regierung.

— Der „Boz.-Ztg.“ wird aus Meran geschrieben, daß während man nach einer Korrespondenz der „Tir. Bl.“ vermuthen konnte, es habe der Magistrat von Meran den Protest gegen das Religionsedikt unterschrieben, der heftige Protest dem Bürgermeister vorgelegt, dessen Unterfertigung jedoch einfach abgelehnt worden ist. Der Bürgermeister soll ganz im Sinne der großen Mehrzahl der Bürger gehandelt haben.

Preußen. Die „Sternzeitung“ schreibt: Der von unserer Regierung in der kurhessischen Sache eingenommene Standpunkt findet sich, dünkt uns, theils durch die beiden in diesem Blatt früher erschienenen Leitartikel, theils durch die später abgedruckten offiziellen Aktenstücke deutlich bezeichnet. Namentlich ist aus der veröffentlichten Schluß-Korrespondenz unseres Gesandten mit dem hessischen Minister klar ersichtlich, daß die Regierung Sr. Majestät sowohl in der Sache selbst, als in der damit verflochtenen persönlichen Genugthuungsfrage heute nur eine Erledigung anerkennen will, nämlich die Bildung eines neuen hessischen Ministeriums, auf Grund des (seitdem gefaßten) Bundesbeschlusses vom 24. Mai und als Bürgschaft für dessen unverweilte gewissenhafte Ausführung. Nur in dem wirklichen rechten Abschluß der hessischen Frage findet Preußen eine Erfüllung seiner dabei ihm obliegenden deutschen Pflichten, und sucht und findet zugleich nur in einem solchen Abschluß die erforderliche Genugthuung für eine persönliche Kränkung, die es sich eben nur dadurch zugezogen, daß es jenen Abschluß selbständig zu verwirklichen und zu beschleunigen gesucht. Dies erscheint uns der eben so uneigennützige als selbständige Standpunkt der preußischen Politik in der hessischen Frage — ein Standpunkt, dessen Leugnung und Verkennung seitens eines Theils der ausländischen und inländischen Presse freilich durch deren fortdauernden, theils gegen Preußen, theils gegen das gegenwärtige Ministerium gerichtete Mißtrauen leicht zu erklären ist. Aber wie erklären läßt sich dieselbe Leugnung und Verkennung nun auch seitens eines Blattes, das sich doch gewiß zu der Absicht bekennt, weder Preußen, noch dem Ministerium feindlich zu sein? Wenn die „Neue Preuß. Ztg.“ in ihrer heutigen Nummer behauptet, eine Nöthigung zum Ministerwechsel in Hessen liege nicht vor und werde, ihrer Ueberzeugung nach, nicht eintreten, so scheint uns in dieser Behauptung ein, hoffentlich nur durch Uebereilung hervorgerufener, Verstoß gegen Preußens Politik vorzuliegen — eine Uebereilung, die, wo es gilt, gemeinsam für Königthum und preußische Ehre einzutreten, nur dahin wirken kann, anti-preußische Intriguen zu ermuthigen.

Digitized by Google

Ein langer Leitens-Artikel der „Sternzeitung“ schließt mit der Phrase: „Wenn alle Parteien das gute Einvernehmen zwischen der Regierung und der Landesvertretung als eine Grundbedingung für die Wohlfahrt des Staats erkennen, so hat nun auch das Abgeordnetenhaus in jenem, daß es seinerseits dieses Bekenntniß zur Richtschnur seines Handelns nimmt. Die mindeste Forderung, welche man an das Abgeordnetenhaus stellen darf, ist die, daß es die Räthe der Krone nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nach ihren Maßnahmen beurtheilen möge.“

Württemberg. Der „Staatsanzeiger“ enthält Nachfolgendes: „Nach einem Artikel des „Neuen Tagblattes“ soll sich das Gerücht von einem nahe bevorstehenden Besuche der Kaiserin Eugenie verbreitet haben, wobei ungefügt wird, daß dieser Besuch mit einer beabsichtigten Verbindung des Prinzen von Oranien und der Prinzessin Anna Murat in Beziehung gebracht werde. Wir befinden uns in der Lage, den Inhalt jenes Gerüchtes, sowohl in der einen als in der anderen Richtung, als völlig aus der Luft gegriffen und jedes Grundes ermangelnd zu bezeichnen.“

Kurhessen. In Fulda kam die Anklage gegen den Buchhändler Wallhaus von Hersfeld wegen Mitgliedschaft des Nationalvereins und Theilnahme an einer Generalversammlung dieses Vereines zur Verhandlung. Der Angeklagte stellte die Mitgliedschaft in Abrede, war aber geständig, in einer Versammlung des Vereins zu Heidelberg Vorträge gehalten und Anträge gestellt zu haben. Auf Antrag der Staatsbehörde wurde die Verhandlung ausgesetzt, weil man sich neue Beweismittel für die Mitgliedschaft des Angeklagten durch Nachfragen in Heidelberg zu verschaffen gedenkt. Die Vertheidigung führte der aus dem Vorbereitungsdienst entlassene Obergerichtsreferendar v. Starck, dessen Rehabilitirung man jedoch in Folge der Annahme des gemeinschaftlichen Antrags von Oesterreich und Preußen wegen Regelung unserer Verfassungsfrage entgegen sieht. Ebenso glaubt man, daß dieser Bundesbeschluß auch auf die Anklage gegen Wallhaus nicht ohne Einfluß bleiben und eine Niederschlagung des Verfahrens zur Folge haben werde.

Den letzten Trumpf, den das jetzige Ministerium ausgespielt hat, und mit dem es der öffentlichen Meinung noch einen Faustschlag ins Gesicht versetzte, ist die erfolgte Ernennung eines der prononzirtesten Mitglieder des Hessenvereins und getreusten Anhänger des bis zur Stunde herrschenden Systems, des Kriminalgerichts-Direktors Goebel, zum Ober-Appellationsgerichtsrath.

Großh. Hessen. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ berichtet aus München. Der Todesfall in Darmstadt kann möglicherweise von politischer Bedeutung sein: der Großherzog ist bekanntlich kinderlos, sein präsumtiver Erbe ist Prinz Karl, vermählt mit einer Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, einer Schwester der bayerischen Königin, aus welcher Ehe drei Söhne vorhanden sind. Der so unerwartet zum Wittwer gewordene Großherzog Ludwig von Hessen aber ist ein sehr rüstiger Mann von noch nicht 56 Jahren und wenn er zu einer zweiten Ehe schritte, könnte die Thronfolge leicht eine andere Richtung gewinnen.

Nassau. In der zweiten Kammer stellte Abg. Rapt die Anträge, die Regierung aufzufordern, daß sie die Censur gegen die im Herzogthum erscheinenden Amtsblätter nicht ferner übe, und daß sie die über die „Zeit“ verhängte Post-Debits-Entziehung aufhebe, und daß die Kammer über den verfassungswidrigen schweren Eingriff in die freie Benutzung der den Staatsangehörigen gebotenen Bildungsmittel und in die Freiheit des Postverkehrs, so wie über die Verletzung wesentlicher Grundrechte gegen die Regierung ihre Mißbilligung aussprechе.

Thüringen. Das Regierungsblatt für das Großherzogthum Weimar publizirt das neue Schulgesetz. Auch dieses dokumentirt wiederum, daß die weimarische Regierung sich auf dem Niveau der Zeit zu erhalten versteht. Staaten und Gemeinde werden zur Besserstellung der Lehrer herangezogen. Die Regierung hat es sich vorbehalten, die schulischen und kirchlichen Funktionen, die bei manchen Aemtern noch vereinigt sind, zu trennen, sowie gegliederte Schulen auch in größeren Landgemeinden einzurichten.

Braunschweig. Die größere Schrift des Professor Zachariä über „das Successionsrecht im Gesammthause Braunschweig-Lüneburg, und den ausschließlichen Anspruch Hannovers auf das zur Erledigung kommende Herzogthum Braunschweig“, ist, mit 13 Beilagen versehen, gegenwärtig erschienen. Das Buch hat 199 Seiten außer Vorrede und Beilagen; also Umfang genug, um zu beweisen, „daß Weiß nicht Schwarz und Schwarz nicht Weiß,“ und daß es „Tag sei, wenn die Sonne am Himmel steht“; denn diesen Wahrheiten an Unumstößlichkeit gleich erachtet der Verfasser das nächste Erbfolgerecht Hannovers.

Während nun allerdings jene Frage nach deutschem Staatsrecht wohl keine Frage ist, so verdient doch ernste Beachtung, und wir wünschten, daß sie dieselbe aller Orten finden möchte, die Ursache, welche als vorwiegende Veranlassung überhaupt zu dem Versuche geführt hat, die hannover'sche Erbfolge anzuzweifeln. Wir finden dieselbe in einer andern Broschüre angedeutet, wo es heißt: „Es thut Noth, daß die Bewohner des Herzogthums sich lebhaft vor die Seele führen, welche Bedrängniß sie zu erleiden hätten, wenn ihr Land dem Königreich Hannover, besonders bei den jetzigen Regierungsverhältnissen in diesem Staate einverleibt werden sollte u. s. w.“ — Um die Wünsche und die Besorgnisse der Braunschweiger zu erfahren, braucht man nur über die Grenze zu gehen: man wird sie dort leicht gewahr werden.

Schleswig-Holstein. Die dänischen Blätter widmen der kurhessischen Angelegenheit eine unausgesetzte Aufmerksamkeit. Daß sie auf Seiten des Kurfürsten stehen, braucht nicht erst versichert zu werden; bei der Stellung, die Dänemark den Herzogthümern gegenüber einnimmt, ist es Selbstverstand. In ihrer überaus großen Vorsicht aber gehen sie weiter, als man glauben sollte, und drängen die Regierung, sofort die sog. Dannewirkefestigung oder auch eine Defensivlinie im südlichen Holstein zu besetzen, um die Truppenkorps, die jetzt an der Gränze von Kurhessen stehen und voraussichtlich nicht zur Verwendung kommen würden, für den höchst wahrscheinlichen Fall ihres sofortigen Marsches gegen Dänemark (!) würdig in Empfang nehmen zu können.

Dänemark.

— Aus Kopenhagen wird dem „Botsch.“ geschrieben: „In der schleswig-holsteinischen Frage soll das Kabinet Hall im Einverständniß mit England eine ganz neue Basis zur Verständigung mit den deutschen Mächten zu bieten bereit sein durch Aufstellung einer neuen Gesammtstaatsverfassung. Diese würde darauf Bedacht nehmen, der dänischen und der deutschen Nationalität die wirkliche Gleichberechtigung zu geben und zwar so, daß neben den beiden dänischen Landtagen Jütlands und der Inseln ein ungemischter deutscher Landtag für Holstein und Lauenburg und ein gemischter für Schleswig in's Leben träte neben einer entsprechend zusammengesetzten Gesammtvertretung. Für Holstein und Schleswig einen gemeinsamen Landtag ereten zu wollen, dazu scheint sich die dänische Regierung nicht entschließen zu können und diese Schwierigkeit, allerdings die wesentlichste, würde noch zu lösen sein. Jedenfalls aber enthält das neue Projekt ein großes Zugeständniß seitens des Kabinets Hall, welches, um seinen Willen, eine Verständigung herbeizuführen, zu bekunden, wohl auch keinen Anstand nehmen würde, sich seiner eiderdänischen Elemente zu entledigen. Die bekanntlich vorzugsweise von Orla-Lehmann repräsentirt werden. Das dänische Ministerium steht offenbar unter der Pression Lord Palmerston, welcher in der allgemeinen europäischen Situation gewichtige Gründe erblicken muß, um die möglichst rasche Lösung des dänisch-deutschen Konflikts um jeden Preis wünschenswerth zu finden und der offenbar Mittel gefunden hat, der dänischen Regierung über gewisse Eventualitäten für den Fall ihrer Hartnäckigkeit, welche im Wesentlichen lediglich den schwedisch-preußischen Hoffnungen dienen würde, die Augen zu öffnen.

Großbritannien.

Der Kurfürst von Hessen-Kassel — sagt die „Post“ — hat die Flagge gestrichen. Zur Charakteristik des vom kurhessischen Volke geführten 30jährigen Kriegs für die Verfassung bemerkt die „Post“: „Der merkwürdigste Mann, den Hessen-Kassel hervorgebracht hat — vielleicht der größte Gelehrte und Philologe, dessen das an großen Gelehrten und Philologen so reiche Deutschland sich rühmen kann — Jakob Grimm, erzählt in seiner reizenden Märchensammlung eine unter den hessischen Bauern von Vater auf Sohn vererbte Geschichte von einem kleinen Jungen, der weit und breit die Welt durchstreifte, um etwas kennen zu lernen, wovon er oft gehört, was er aber weder verstehen noch sich vergegenwärtigen konnte — das Fürchten. Diese alte Sage spiegelt nicht unpassend den Muth ab, mit dem die Kurhessen ihre Verfassungsschlacht geschlagen und gewonnen haben. In einem politischen Kampfe von mehr als 30jähriger Dauer haben sie nie einen Augenblick gewankt und sind nie einen Augenblick gewichen. Die Afterweisen und Halbweisen, die Ränkeschmiede und Achselträger, die dem „moralischen Einfluß“ jede wichtige Rolle in der Geschichte der Staaten abtreiten wollen, könnten aus dem langen Kampf, der in dem kleinen deutschen Kurfürstenthum jetzt thatsächlich zu Gunsten des Volkes entschieden ist,

Digitized by Google

eine Lehre schöpfen. Es gab eine Zeit, wo die drei Großmächte der heiligen Allianz, wo Oesterreich, Preußen und Rußland, von demselben Wunsch beseelt waren, die hessische Verfassung umzustürzen. Durch ihre Festigkeit und Klugheit, durch ihre seltene Besonnenheit und Selbstbeherrschung haben Volk und Abgeordnete ihre Opposition gegen die Regierung zu betrieben, daß sie im Lauf von 20 Jahren ihren reaktionären Feinden nie einen plausiblen Vorwand zur Einmischung gaben. Sie hatten keinen beredten Mr. Gladstone zum Anwalt, kein kaiserlicher Alliirter sandte ihnen seine Adler zu Hilfe, kein sympathisirender britischer Senat verkündete vor aller Welt ihre Unbilden. Ihre Sache war nicht, wie Byron einst von den italienischen Revolutionen sagte, „so recht eigentlich die Poesie der Politik". Für den ordentlichen Zeitungsleser der letzten 10 Jahre hatte die ewige Wiederholung kurfürstlicher Ordonnanzen und Volksproteste, der Haussuchungen, Verhaftungen und Landesverweisungen, der Berufungen an den Bundestag und der Beschlüsse des Bundestages alle Eigenschaften harter kalter Prosa. Doch hatte der Kampf seine poetische Seite. Man hat die Hessen oft die Spartaner Deutschlands genannt, und es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß ihr langwieriger Kampf das Thermopylä der deutschen Freiheit war."

Frankreich.

XX Paris, 27. Mai. An der Börse, welche unverkennbare Zeichen von „défaillance interessée" gibt, meinte ein spekulirender Müßiggeher, daß man drehhalb so flau sei „parceque les gros spéculateurs ont vendu beaucoup de Rente sur prime (Prim)." In diesem Wortspiel liegt tiefer Ernst, denn die Börse steht in der That, wie ich Ihnen übrigens schon sagte, ganz unter der Herrschaft der Besorgnisse in politischer und finanzieller Natur dieser mexikanischen Expedition und das heute von der „Morning-Post" veröffentlichte Schreiben Lord Russell's an Hrn. Wyke, worin er das Verhalten des britischen Bevollmächtigten vollkommen billigt, war nicht geeignet, diese Besorgnisse zu zerstreuen. Auch blieb es nicht unbemerkt, daß der „Moniteur" heute nachträglich die bereits seit 8 Tagen bekannte (Ihnen im Auszug mitgetheilte) Proklamation der französischen Bevollmächtigten an die Mexikaner vor dem Abmarsch der Truppen nach Orizaba, veröffentlicht und auch das blieb nicht unbeachtet, daß die spanischen Fonds an der Madrider Börse gestern, wo man von dem Patrie-Artikel und dessen Reproduktion durch den „Moniteur" bekannt war, nicht unbedeutend in die Höhe gingen. „Stolz liebe ich den Spanier", doch verräth dieser geringfügige Umstand, daß man am Manzanarès der englischen Bestimmung sicher ist. — Hinsichtlich Italiens war an der Börse das Gerücht verbreitet, Ratazzi habe das italienische Parlament „d'urgence" einberufen, um von ihm zu verlangen, daß Garibaldi wegen der letzten Vorgänge und seiner militärischen und journalistischen Betheiligung an denselben, in Anklagestand versetzt werde. Nichts bestätigt bis zu diesem Augenblick einen solchen Schritt, bei welchem Ratazzi jedenfalls den letzten Trumpf riskiren würde. Was die römische Frage betrifft, so kann ich bestätigen, was ich Ihnen sagte. General Goyon (welchen man hie und da als Nachfolger Pelissiers in Algier nennt) wird nicht wieder nach Rom gehen, jedenfalls aber Marquis v. Lavalette. Letzterm hat, wie ich höre, der Kaiser nach Anhörung der Berichte des Generals Goyon in ziemlich gnädiger Weise zu verstehen gegeben, daß er es so vortrefflich verstehe, mit Türken umzugehen, als Rom und die römische Kurie nach rechter Art zu behandeln. Während man drehhalb den ersten Marquis bereits wieder in Rom sieht, ist nicht mehr von Marschall Niel die Rede, doch scheint der Kaiser, wenn nicht drängende Ereignisse dazwischen treten entschlossen zu sein, für den Augenblick in dieser Sache absolut nichts zu thun und jede Aenderung im status-quo bis nach seiner Rückkehr aus Vichy „aus Gesundheits-Rücksichten" zu verschieben.

Die „Independance" theilt mit, daß Lavalette am 28. Mai von Paris nach Rom abreisen und daß General Montebello an Stelle des Generals Goyon den Oberbefehl über das Okkupationskorps in Rom erhalten werde.

Italien.

X Wie es heißt, beabsichtigt Viktor Emanuel nächsten Herbst nach Neapel zurückzukehren, um dort den Prinzen Humbert zu installiren, der den Winter über Hof halten und es versuchen soll durch Bälle und Feste die Neapolitaner für das Haus Savoyen zu gewinnen. — Fürst von Carignan ist nach Paris gereist. Prinz Napoleon, den man dort für überflüssig hält und der es überflüssig findet, nach London zu gehen, sucht in Syrakus, Agrigenti, Trapani, Catanea und anderen Orten nach Beiträgen zur Gäsarengeschichte seines kaiserlichen Vetters.

Die vierte Legion der Nationalgarde Neapels wurde aufgelöst, weil deren Offiziere gegen das Benehmen der dritten Legion bei der Manifestation am 20. protestirt hatten. (Am 20. hatte, wie berichtet, eine von etwa hundert jungen Leuten veranstaltete Demonstration für die bei der Affaire von Brescia Betheiligten stattgefunden und war durch die Nationalgarde unterdrückt worden.)

Griechenland.

Der „Don. Ztg." wird aus Athen geschrieben: „Wie vorauszusehen war, hat der König in Folge der gänzlichen Unterdrückung der Revolution seine Gnade auf die meisten Personen ausgedehnt, die sich an derselben betheiligt hatten. Mittels königlichen Dekrets vom 12. d. Mts. wird allen denen Amnestie gewährt, welche auf irgend einem Punkte des Reiches sich des Hochverraths oder des Aufruhrs schuldig gemacht haben. Ausgenommen sind jedoch, vom Militär: Panos Koronajos, Joh. Zimbrakakis und N. Makris; vom Civil: Leonidas Bulgaris, Aristides Lazaos; Joh. Paleolog, Basilius Orlosf, Nikolaus Barbarigos, Ph. Chaikopulos, A. Gudas, Jannakos Gennadis, Sp. Kasikosthatis. Eben so sind jene Individuen, welche Gefangene in Freiheit gesetzt oder sich der Desertion schuldig gemacht haben, von den Strafen, denen sie nach dem Gesetze verfallen sind, nicht befreit. Ausgenommen von der Amnestie sind Jene, welche wegen Hochverrath definitiv verurtheilt worden sind. Auf den Vorschlag des Ministers des Innern und nach Anhörung des Ministerrathes hat sich der König ferner bewogen gefunden, die Gemeinderäthe von Nauplia und Syra aufzulösen und die Bürgermeister der genannten Städte, Polychronis Zographopulos und Androl. Damalos, von ihren Posten zu entheben. Die Wahlen der neuen Gemeinderäthe sollen innerhalb vier Wochen stattfinden. Auf den Vorschlag des Kriegsministers sind — wegen ihres mit dem Offizierscharakter unverträglichen Benehmens, mehrere Offiziere außer Dienst gesetzt worden. — Dem General Hahn hat die Bevölkerung von Nauplia bei seiner Abreise eine Ovation dargebracht, indem sie ihn in Masse zum Einschiffungsplatz begleitete. Sie erkennt es an, daß es nur der Umsicht und Menschenfreundlichkeit des Generals zu verdanken ist, daß Nauplia einem grausamen Schicksale entging; denn nur auf Rücksicht für die Bevölkerung der Stadt setzte der General allen Provokationen die größte Ruhe und Kaltblütigkeit entgegen. — Aus Missolunghi wird berichtet, die Türken von Janina hätten eine Gesellschaft reisender italienischer Sänger niedergemetzelt, welche sich früher hier in Athen häufig produzirt hatten. Ihr Repertoir bestand aus lauter Freiheitsliedern und dem Garibaldi-Hymnus".

Türkei.

= Ueber den Konflikt in Belgrad wird dem „Lloyd" von dort unter dem 24. geschrieben: „Gestern Nachmittag um 5 Uhr wurden zwei in der Stadt herumgehende Türken in Folge eines Exzesses unter Aufsicht zweier Gendarmen nach der türkischen Polizeibehörde eskortirt. Beim Konstantinopler Thor aber bestreite die türkische Wache die Gefangenen mit Gewalt, wobei einer der Gendarmen zu Boden geworfen und verwundet wurde. Sofort wurden die Läden geschlossen und binnen für,erter Frist standen über tausend zum Theil bewaffnete Personen der türkischen Wache gegenüber, die sich in ihre Schanze zurückzog; während ungefähr 60 serbische Gendarmen Ruhe zu stiften suchten. Dies war um so schwerer, als bereits auf einzelne türkische Schildwachen mit Steinen geworfen ward und mehrere Schilderhäuser zerstört wurden; auch hörte man laute Stimmen: „Nur vorwärts! es muß ja doch einmal losgehen!" Der französische Generalkonsul erschien an Ort und Stelle, um Alles in Augenschein zu nehmen; der preußische, der nahe am Thore wohnt, zog sogar seine Flagge auf. Minister Garaschanin begab sich zum Pascha in die Festung und verlangte Genugthuung, worauf sogleich eine Untersuchung eingeleitet ward. Die Gendarmerie am Thore wurde erst spät eingezogen und die ganze Nacht hindurch machten türkische wie serbische Patrouillen die Runde.

= Die Gesammtzahl der Einwohner Serbiens beträgt nach der letzten Aufnahme: 1,078,281 Seelen. In den 37 Städten leben 86,376 Menschen. Verglichen mit den Ergebnissen des Census von 1846, in welcher 898,313 Einwohner vorgefunden wurden, ergibt sich eine jährliche Vermehrung von 14 pCt. Unter der Bevölkerung gibt es 955,000 Serben, 120,000 Romanen, 1800 spanische Juden, höchstens 2000 Deutsche, und etwa 20,000 Zigeuner: die Serben bilden also 86, die Romanen 11 und die Zigeuner 2 pCt. der Gesammtzahl. Die Romanen bewohnen vornehmlich den östlichen, an die banatische Militärgrenze und an „Rumänien" grenzenden Landestheil, und zwar vermischt mit den Serben, mit Ausnahme von zwei Bezirken: Kluc und

Digitized by Google

Porecka Reka, wo sie rein angetroffen werden. Die Kreise, in denen sie mit den Serben wohnhaft sind, heißen: Pezarewatz, Cyprin, Kraina und Orna-Reka; sonst werden sie nirgends angetroffen, als in dem Dorfe Kulic, das beim Einfluß der Morawa in die Donau gelegen ist, und dem Kreise von Smederewo gehört. In den Kreisen, wo die Romanen sich vornehmlich nach der Verwüstung der Gegend in Folge der Freiheitskriege angesiedelt haben, leben 147,451 serbische Einwohner, und zwar ganz vermischt mit den Romanen, so daß nicht leicht eine Gruppe von zehn rein romanischen Dörfern angetroffen wird und die Serben selbst in dem nordöstlichen Theile ihres Vaterlandes dem romanischen Elemente das Gleichgewicht zu halten im Stande sind. Mit Ausnahme von zehn Kirchengemeinden in den rein romanischen Distrikten, wird sonst überall der Gottesdienst in slavischer Sprache abgehalten. Von den Zigeunern, die im ganzen Lande zerstreut sind, haben etwa 4000 feste Wohnsitze, während der Rest nomadischen Leben führt. Die mit festen Wohnsitzen sind meist Mohamedaner, die Uebrigen orthodoxe Christen. Die meisten unter ihnen sprechen neben ihrer Muttersprache auch die serbische.

Volkswirthschaftliches.

Stimmen gegen Freigebung der Biertaxe.

Das „Regensbueger Tagblatt" schreibt: Eine Versammlung der Großbrauer sucht wiederholt die Freigebung der Biertaxe zu erwirken. Gelingen ihre Schritte, dann ist nicht nur der Ruin der Kleinbräuer, sondern auch des blühenden Braugewerbes in Bayern die unmittelbare Folge. Der Malzaufschlag verzinst fast geradezu die gesammte bayerische Staatsschuld und ist für viele Kammern die vorzüglichste Einnahmsquelle. Der Untergang der Bräuereien berührt daher auch unmittelbar die Finanzen des Staates. Man wendet sich vorzüglich gegen die Konsequenzen des Regulativs von 1811, vergißt aber, daß die Gersten- und Hopfenpreise die entscheidenden Faktoren der Preisregulirung sind, dann daß durch die Abkeil der Maischen und durch die Verwendung von Feuerungsstoffen gutem Vortheile für die Bräugewerbe erzielt werden, welche manche Nachtheile der zeitlichen Steigerung des Arbeitslohnes und des Holzes nahezu ausgleichen. Der Ruhm des bayerischen Bieres lag bisher in seiner Güte, diese aber war wesentlich dadurch bedingt, daß die Einerzahl von einem bestimmten Verhältniß zum Malz abhängt. Mit der Freigebung der Taxe muß und wird das vorgeschriebene Verhältniß des erzeugten Bieres zum verwendeten Malze aufhören, die Consumtion muß, namentlich in kleineren Orten, sich mit dem begnügen, was man ihr eben bietet, das Ausland aber verliert die Bürgschaften für die Preiswürdigkeit des importirten bayerischen Bieres. Wir erhalten dann statt Bierbrauereien Bierfabriken, das Kapital wird das Südwesten mit eisernem Scepter betreffen, schon liefert München den zehnten Theil von allem in Bayern erzeugten Bier und ein einziger Bräuer faßt den dritten Theil des in München gebrauten. Die Monopolisirung erscheint aber um so bedenklicher, wenn mit der Freigebung der Taxe nicht auch die völlige Freigebung des Gewerbes konkurrirt. Kaum wird in Abrede gestellt werden können, daß das Braugewerbe rationell betrieben, bisher ein höchst lukratives war, wenigstens dürften hievon die Vermögensverhältnisse der hiesigen Großbräuer zeugen. Assoziationen der Steinbräuer zum Zwecke gemeinsamer Brauneinrichtungen und Betriebsvorräthe könnten auch diesen auf die Beine helfen, ohne daß es der Beseitigung einer Einrichtung bedürfte, welche nach dem Urtheile der Sachverständigen der Gesund und die Garantie des berühmten bayerischen Biersiedwesens war.

In einer anderen Nr. sagt obiges Blatt über den gleichen Gegenstand: „Der verstorbene Professor Lassaulx pflegte zu sagen: „Etwas Polizei am rechten Oete schadet nicht." Diese Worte stehen uns ein als wie die Lamentationen der fränkischen Bräuer lasen, deren Herzensergießungen auch in Ihrem geschätzten Blatte Ausdruck gefunden haben. Also Aufhebung der Biertaxe wollen diese Herren! gut! wir sind vollkommen mit diesem Satze einverstanden, aber nur unter einer Bedingung, nämlich, daß dann Jeder der will, auch Bier brauen darf, denn nur so kann eine Benachtheiligung des Publikums nicht stattfinden. Wenn uns diese Herren sagen, daß sie in Zukunft dann leichteres Bier brauen und dasselbe, um es nur abzusetzen, billiger geben, während gute Qualität von Jedermann gerne auch entsprechend bezahlt wird, so mag dieses der Fall sein, nur wird ersteres manchmal zur Unmöglichkeit werden, da bei Manchen das Bier schon jetzt so leicht eingestellen ist, daß es, ohne auf die Gefahr hin, Essig zu werden, nicht mehr leichter eingestellen werden kann. Denken wir uns z. B. die jetzt 3 Biertage in München. Unsere Großbräuer werden im Anfang gutes und wohlfeiles Bier (selbst bei theureren Einkaufspreisen, denn es kommt wieder herein) verleiteten, die kleineren Bräuer, welche hiemit nicht Konkurrenz halten können, müssen hiedurch zu Grunde gehen, unsere Großbräuer haben nun das Monopol und es ist 10 gegen 1 zu wetten, daß wir dasselbe Bier, das jetzt z. B. per Maß 6½ kr. kostet, in ein paar Jahren um 8—9 kr. trinken werden. Für die Folge ist dann die arbeitende Klasse auf das ganz leichte Bier angewiesen. Eine Konkurrenz von Außen mag bei den Bieren erster Qualität eintreten, bei den leichteren Bieren gewiß nicht, da sie namentlich im Sommer einen weiteren Transport nicht aushalten können. Wenn deßhalb die k. Staatsregierung zur Aufhebung der Biertaxe sich bisher nicht entschließen konnte, so mag sie wohl die kräftigsten Gründe hiefür haben. Die Aufhebung der Biertaxe mag im Interesse der Bräuer sc. gelegen sein, zum Vortheil des Publikums ist sie, so lange das Zunftwesen besteht, gewiß nicht, daher nochmals: „Etwas Polizei am rechten Oete schadet nicht."

— In der Generalversammlung der österr. Staatseisenbahngesellschaft wurde die Dividende der Staatsbahnaktien für das Jahr 1861 mit 8½ Frs. festgesetzt. Das Gesammterträgniß per Aktie beläuft sich somach für das Jahr 1861 auf 33⅓ Frs., und der am 1. Juli fällige Coupon wird mit 3 Frs. eingelöst. Für das Jahr 1860 hatte das Gesammterträgniß 35 Frs. betragen.

Neueres.

München. Der große Trauer-Gottesdienst für die verlebte Frau Großherzogin von Hessen wird erst nach der Rückkehr S. M. des Königs Max abgehalten. Wie man vernimmt, hat der König in Cannes und Umgegend sehr interessante Ausflüge und Besuche gemacht, als den Berg Chevalier erstiegen, den Golf Juan, die Waldungen von Esterel, die Villa Grandval, die Insel Lerins und das Gefängniß des Mannes mit der eisernen Maske, später des algeirischen Staatsgefangenen besichtigt. Die hoeligen Lokalblätter geben hierüber ausführliche Details. — Die aus neun Offizieren bestehende Kommission zur Ausarbeitung eines Fechtreglement, deren Vorstand der Oberstlieutenant Presenecker des Infanterie-Regiments König ist, hat nun ihre Berathungen vollendet und läßt sämmtliche, in dem Entwurfe aufgenommenen Bestimmungen zur deutlichern Beaanschaulichung durch acht Unteroffiziere praktisch ausführen, womit in der Türkengrabkaserne begonnen worden ist.

In München hat sich der Renten- und Unterstützungs-Verein für Angehörige des weiblichen Geschlechts definitiv konstituirt. 1) Derselbe hat zum Zwecke, solchen Wittwen, Frauen und Mädchen, welche in bedrängten oder noch betrübteren Verhältnissen sich entweder schon in der Gegenwart befinden oder doch möglicher Weise in einer frühern oder spätern Zukunft befinden könnten, eine Verbesserung ihrer Lage dadurch zu verschaffen, beziehungsweise in Ausdicht zu stellen, daß sie unter angemessenen Bedingungen zu gegenseitige Hilfsleistung selbst zusammentreten und zugleich auf den Beistand wohlthätiger Menschenfreunde, bei bescheidenen Ansprüchen, vertrauensvoll zählen. 2) Die Mitglieder des Vereins sind ordentliche und außerordentliche, je nachdem sie zur Betheiligung bei der gegenseitigen Hilfeleistung oder lediglich aus Antrieb ihres Wohlthätigkeitssinnes beitreten. 3) Die Gegenleistungen des Vereines sind durch die Leistungen der einzelnen Mitglieder bedingt. Die Leistungen der ordentlichen Mitglieder bestehen in Eintrittsgebühren und jährl. Einzahlungen, jene der außerordentl. Mitglieder nur in Jahresbeiträgen. Je nach der Größe der Leistungen, die mit niedrigen Ansätzen beginnen und in verhältnißmäßiger Steigerung von Stufe zu Stufe zunehmen, theilen sich die ordentlichen Mitglieder in 5 Klassen ab. Dagegen gibt es für die außerordentlichen Mitglieder keine Klasseneintheilung. 4) Die Gegenleistungen des Vereins an die ordentlichen Mitglieder geschehen in jährigen Jahresrenten oder in vorübergehenden Unterstützungen ohne mittelbarer Natur. Für die Renten bestehen die nämlichen und in gleichem Verhältnis abgestuften 5 Klassen, wie für die Leistungen, während die Unterstützungen an kein Klassenverhältniß gebunden sind.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 150. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insertion wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Samstag, 31. Mai 1862.

Deutscher Bund.

Die „Allg. Ztg." bringt folgende „Danksagung" des Sohnes Fichte's, verzeit Professor zu Tübingen, J. H. Fichte: „Heute von einer Reise zurückgekehrt, finde ich so viele Zusendungen, Briefe und Glückwünsche für den 19. Mai aus allen Gegenden Deutschlands bei mir eingelaufen, daß den theueren Männern und Frauen, bekannten und unbekannten, für diesen Beweis ihres Andenkens an J. G. Fichte und ihres Wohlwollens für seine Nachkommen brieflich meinen verspäteten Dank darzubringen, völlig unthunlich wird. Sei es dahre mir erlaubt, durch dieses öffentliche Wort ihnen allen zu danken, und dabei es auszusprechen, was uns besonders ergreifend war bei den Berichten von jener Feier, die über all unser Hoffen und Erwarten hinaus gelang. Sie gilt uns nicht lediglich als Erinnerungsfest der Vergangenheit, sondern weit mehr noch als eine Feier, die Deutschland der eigenen Gegenwart und Zukunft widmete. Denn durch die That derselben hat unser Volk abermals ein unwillkürliches und unzweideutiges Zeugniß abgelegt von dem, was es will: seine volle, unzerstückte Einheit, frei von allen geographischen, konfessionellen, handelspolitischen Trennungen und Zerklüftungen. Um ein bedeutendes sind wir der Erfüllung des großen Worts näher gerückt: „Das ganze Deutschland soll es sein!" Eine solche alle Stämme umfassende Einheit hat auch J. G. Fichte gewollt und allein wollen können."

Bayern. Der frühere Fürst von Monaco, und als Herzog von Valentinois zur Zeit der Regierung des Königs Louis Philipp auch Pair von Frankreich, hat das Schloßgut Wildpark bei Hohenaschau im Gebirge gekauft und soll beabsichtigen, seinen bleibenden Aufenthalt in „Bayern zu nehmen.

Pfalz. Den 9. Juni gibt es eine große und interessante Turnerfahrt nach der Burgruine Limburg bei Dürkheim; die von Turnerkorps erstürmt werden soll. Das heurige pfälzische Turnfest wird in dem stets gemüthlichen Kaiserslautern abgehalten. Was zu beklagen bleibt, ist der Umstand, daß sich hier und da die Jugend aus den bessern Klassen den turnerischen Bestrebungen fern hält und sie, namentlich an Orten mit ausgeprägtem Kastengeiste, mit geringschätzigen Blicken ansieht. Das sollte nicht sein. Es ist keine Schande, wenn der Reiche mit dem Armen, der Herr mit dem Arbeiter und Handwerker ein gemeinschaftliches schönes Ziel zu erreichen bestrebt ist. (F. J.)

Oesterreich. Die schon erwähnte glänzende Rede Giskra's gegen den das Konkordat betreffenden Bischof Litzdinowicz lautet im Auszug wie folgt: Das Konkordat ist kein Staatsvertrag; nicht der Bekenntnis des Kirchenstaates schloß den Vertrag in dieser Eigenschaft als weltlicher Herrscher mit dem Kaiser von Oesterreich, sondern der Papst in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche. Wohl mag es einige Schwierigkeiten, einige Konvenienzen bei Beseitigung dieses Vertrages geben, diese aber können nicht in Betracht kommen, wo es gilt, das wieder gut zu machen, was übelberathene und übeleathende Räthe schlecht gemacht haben. Giskra beleuchtet darauf die juridische Seite und citirt den Artikel des Konkordates, welcher die Bischöfe der weltlichen Gerichtsbarkeit entrückt. „Welche Konsequenzen, ruft er, muß eine solche Bestimmung nicht haben!" Weiter deduciert Giskra, daß nach einem andern Artikel des Konkordats sogar die Staatskasse dazu verhalten werden könnte, die fehlenden Zehnten der Geistlichkeit zu ersetzen. Redner schildert darauf die Folgen, welche das Konkordat haben müßte, wenn es vollständig durchgeführt wäre. Die Bischöfe haben nach demselben das Recht, Professoren, Wallfahrten u. s. w. in außerordentlicher Weise zu veranstalten, wenn sie es den wirklichen Interessen und dem Wohle des Staates angemessen finden. Man weiß aber, wie die Bischöfe oft das „Wohl des Staates" auffassen. Welch' mächtiger Hebel zur Agitation wäre damit geboten, zur Agitation, wie sie erst jüngsthin gegen staatliche Institutionen von geweihten und gesalbten Händen, wenn auch nicht mit reinem Herzen und reinem Verstande versucht wurde. (Sensation.) Die Religionspflege in den niederen Volksschichten liegt meist in den Händen der Ordensgeistlichen; ihnen gehört die Schule, ihnen die unangreifbare Kanzel. Mit ihnen aber kann der Bischof nach dem Konkordate ganz nach Belieben schalten, sein Einfluß auf das Volk ist somit unermeßlich. Die Bischöfe und Kardinäle aber, sie sammeln sich alle um den römischen Stuhl. Sitzt immer ein Pius IX. auf demselben? Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, daß es auch Päpste, wie — wenn man auch nicht an die Innocenze und Alexander VI. erinnern will — so doch, wie Sixtus V. (Heiterkeit und Beifall.) Er habe das Konkordat ein Medusenhaupt genannt; er wiederhole diesen Ausdruck; in der That müßte jeder vernünftige Mensch darüber erschrecken, was mit dieser Instruktion aus Oesterreich werden könnte. Uns weit es gilt, großes Unheil abzuwenden, ist die Volksvertretung vollständig kompetent, das Konkordat abzuschaffen. Am besten geschehe dies im kurzen Wege durch den einzigen Artikel „das Konkordat ist außer Wirksamkeit gesetzt". Der Rede Giskra's folgt lauter Beifall."

Preußen. Die „Berl. B.-Ztg." erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß ein Protest Oesterreichs — auch ein eventueller nicht — gegen den Einmarsch preußischer Truppen in Kurhessen nicht erhoben worden ist. — Ludmilla Assing; Schriftstellerin und bekanntlich Herausgeberin von Varnhagen's Tagebüchern soll, wie auf einer Vorlesung des Berliner Stadtgerichts hervorgeht, wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den König von Preußen, wegen Beleidigung der Königin von Preußen und wegen Beleidigung des Polizeidirektors z. B. Duncker in Bezug auf dessen Beruf, in Untersuchung gezogen werden. Ludmilla Assing ist, so viel erinnerlich, kurz nach dessen Veröffentlichung der ersten beiden Bände der Tagebücher nach Italien gereist. — Den Schaden, den die Aufrührer und deren Anhetzer in Mühlhausen angerichtet haben, muß die Kommune ersetzen. Derselbe beträgt nach den bereits eingereichten Liquidationen pr. pr. 2000 Thlr. ausschließlich der Prozeßkosten.

Der neue Adreß-Entwurf von Twesten und Genossen schließt mit folgenden Worten: „Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Das preuß. Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an den Thron eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmäßiges Recht. Es ersehnt den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung und zur höhern Entwickelung der Volkskraft nothwendigen Gesetze, die Entfernung hierarchischer und pietistischer Einflüsse aus Staat und Schule, die verfassungsmäßige Beseitigung des Widerstandes, welchen bisher ein Faktor der Gesetzgebung diesem Bestreben entgegen gestellt hat. Weit entfernt, in eine Parteiagitation der Krone einzugreifen, wissen wir diese nicht besser zu schützen und zu stärken, als indem wir Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht die Ueberzeugung aussprechen, daß keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bestrebungen der Nation widerstrebt, die untrennbaren Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal die Machtstellung Preußens in Deutschland und in Europa vorzugsweise auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruht."

Kurhessen. Unsere Ministerkrisis steht noch auf dem alten Fleck. Aeußern Drucke nachgebend, hat sich der Kurfürst der Entlassung seiner treuen Diener nicht länger widersetzt; daraus folgt aber nicht, daß die Berufung eines neuen Ministerium überstürzt zu werden braucht. Wenn man erwägt, daß unser guter Landesvater sehr häufig mehrere Wochen Zeit braucht, um die Veränderungen der Sommer- und Winterfahrpläne auf der Staatsbahn zu genehmigen, unbekümmert darum, welche Störungen dem Verkehr aus dieser allzugewissenhaften Behandlungsart der Staatsgeschäfte erwuchsen; wenn man bedenkt, wie gründlich in Kurhessen

Digitized by Google

alle Regierungsgeschäfte erwogen werden, wie weder der Hofgartendirektor einen Akt abfängt, noch der Staatsminister eine schadhafte Stelle des Streichpapiers ausbessern lassen darf ohne allerhöchst-landesherrliche Genehmigung, so kann es unmöglich auffallend erscheinen, daß eine so wichtige Frage wie diese nicht von den Ämtern abgebrochen wird. Für den Kurfürsten ist die Sache ohnedies nicht so einfach, als sie dem beschränkten Unterthanenverstande erscheint. Soll derselbe aus den Reihen der Verfassungstreuen Männer berufen, welche den Bundesbeschluß im Sinne der Landeswünsche ausführen und auf diese Weise die Volkssouveränetät anerkennen? Oder soll er aus dem Hessenverein seine Minister holen und den Krieg gegen das Land, gegen Preußen und diejenigen andern Regierungen, welchen die Wiederherstellung der 31er-Verfassung ernstlich am Herzen liegt, fortsetzen? Das erste will und kann Friedrich Wilhelm der Standhafte nicht, und das andere bietet zu wenig Aussicht auf Erfolg. Wo nun kein noch ein drittes gesucht werden. Und damit beschäftigen sich im Augenblick die Gelehrten des Hessenvereins. Wenn sie es herausfinden, was geschehen muß, um den Bundesbeschluß zu befolgen, und doch nie, wie das Land erwartet, auszuführen, dann wird das Ministerium bald da sein. Inzwischen führen die Herren Bolmar-Abée die laufenden Geschäfte fort, und zwar nicht zum Schaden ihrer Partei. Alle diese Dinge machen die Ueberzeugung immer allgemeiner, daß die kurhessische Frage noch viele Stadien zu durchlaufen hat, um wer weiß wie? zu enden.

(Zeit.)

Glaubwürdiger Mittheilung zufolge darf es bereits als entschieden angenommen werden, daß nunmehr die nächste Ständeversammlung nach dem Wahlgesetz von 1849 einberufen werden wird. Ueber die Art und Weise, dem Rechte der Standesherren und der Reichsritterschaft an Betheiligung bei der Landesvertretung nach Vorschrift des bezüglichen Bundesbeschlusses zu genügen, muß selbstverständlich die Ansicht des demnächstigen neuen Ministeriums entschieden sein und es liegt die Annahme nahe, daß zu den 48 Mitgliedern der Ständeversammlung nach dem Wahlgesetz von 1848 — 16 Vertreter der Stadt-, 10 Vertreter der Landbevölkerung und 16 Abgeordnete der höchstbesteuerten Grundbesitzer und Gewerbtreibenden — noch die kurhess. Standesherren und die Reichsritterschaft, nach Maßgabe des Wahlgesetzes von 1831, durch landesherrliche Berufung zum Eintritt in diese Ständeversammlung eingeladen werden. Die Standesherren haben nach letztgenanntem Wahlgesetze Virilstimmen; dagegen hatte die Reichsritterschaft, welche ausschließlich nur in der Provinz Fulda vorhanden ist und nur wenige Familien in sich begreift, nur einen Deputirten zu stellen. Die altheissische Ritterschaft wird sonach ausgeschlossen bleiben, da sie vordem nicht reichsunmittelbar war, wie die im Fuldaischen. Die Schwierigkeit für das demnächstige Ministerium, sich hier zurecht zu finden, ist eine sehr große und sind der drohenden Kollisionen sehr viele, wahrlich es von der größten Wichtigkeit sein wird, zu dem bevorstehenden Landtage durchweg mit den Landtagsverhältnissen genau verteraute, intelligente Deputiete zu wählen, da die wichtigsten und schwierigsten politischen, wie materiellen Interessen zur Sprache kommen müssen, auf den Deputirten selbst aber eine schwere Verantwortlichkeit lasten wird.

Frankreich.

XX **Paris**, 28. Mai. Die Pariser Witzblatt, „der Lintamarre", sagte dieser Tage: „Das Manifest ist kein im Verzeichniß zum Feste der Conseltveen." — Conseltveen aller Art sind in der That an der Tagesordnung. Namentlich ist es die Ernennung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen zum preußischen Gesandten in Paris in dem Augenblicke, wo auch von Ersetzung des Hrn. v. Kisseleff durch den General v. Budberg die Rede ist, welche den politischen Kannegiesern Gelegenheit bietet, das Roß ihrer Conjektural-Politik nach Herzenslust zu tummeln. Diese beiden Diplomaten gelten als die eifrigsten Förderer einer Annäherung ihrer Regierung an Frankreich und die Phantasie der Politiker — der Börsen-Politiker obenan — sieht bereits in nächster Zukunft eine franko-preußisch-russische Allianz, als Gegengewicht des aus der westkaiserlichen Frage hervorgegangenen oder hervorgehenden englisch-spanischen Bündnisses. Einmal auf so günstigem Wege, bleiben die Conjekturen nicht stehen; der Rückkauf Venedigs von Oesterreich kömmt neuerdings aufs Tapet und man zweifelt um so weniger daran, daß Oesterreich sich, Angesichts der erwähnten Trippel-Allianz" in das „Unvermeidliche" fügen wird, als man in der jüngsten Aeußerung des Grafen Rechberg, wegen diplomatischer Unterhandlungen bezüglich Italiens, hierfür bereits eine Andeutung finden will. — Wenn es mit diesen Allianzen und ihren Konsequenzen noch gute Wege haben dürfte, so steht dagegen die immer größere Spannung zwischen den Kabinetten von Wien und London außer Zweifel und auch in Wien wird man sich über die wahren Gesinnungen der Tuilerien nicht täuschen; selbst wenn Fürst Metternich noch immer als diplomatisches Schooskind im kaiserl. Schlosse behandelt wird. Unter so gespannten Verhältnissen gewinnt jedes „offizielle Wort", worin die im Finstern herumtappende öffentliche Meinung irgend einen Leitfaden zu sehen vermeint, eine oft unverdiente Bedeutung. Deßhalb blieb auch folgende Stelle aus der Rede nicht unbeachtet, welche der Unterrichtsminister zu Rancy vorgestern bei Einweihung des neuen Lyzeal-Gebäudes hielt. „Sie leben inmitten einer Provinz — sagte Herr Rouland — reich an großen Beispielen und wo die Erinnerung an die Vergangenheit als Muster dienen kann für die Gegenwart. Man bestreitet Lothringen die Ehre, die Geburtsstätte jener heiligen und heldenmüthigen Johanna d'Arc zu sein, welche Frankreich vom verhaßten Joche des Fremden befreite. Niemand aber bestreitet Lothringen die Ehre, bis zum Jetzten Stücke den Degen getragen zu haben, mit der Million Soldaten des koalisirten Europa's." Die Allusion ist zu deutlich, um eines Commentars zu bedürfen.

Es befinden sich gegenwärtig drei Touress-Häuptlinge in Frankreich. Sie halten sich eben in Lyon auf, wo sie die bedeutendsten Fabriken und Anstalten besichtigen. Was drei diesen afrikanischen Wüstenbewohnern am meisten auffällt, sind die schwarzen Schleier, mit denen sie beständig das Gesicht verhüllt haben. Sie werden als kräftige, schön gebaute und intelligente Leute geschildert. Von Marseille an schon verspürten sie einigen Frost und mußten deßhalb ihre Tracht gegen europäische Winterkleider umtauschen. Sie sind gegen nach Paris und dann nach London.

Der Großmeister der schottischen Logen in Frankreich hat dem Marschall Magnan auf dessen Auflösungsbefehl nachstehende Antwort zugehen lassen: „Paris, 25. Mai. Hr. Marschall. Sie fordern mich zum drittenmal auf, Ihre freimaurerische Autorität anzuerkennen, und diese Aufforderung ist von einem Dekret begleitet, das angeblich den Oberrath des alten angenommenen schottischen Ritus auflöst. Ich erkläre Ihnen, daß ich Ihrer Aufforderung nicht nachkomme und daß ich Ihren Erlaß als nicht geschehen betrachte. Das fait. Dekret, welches Sie zum Großmeister des Großorients von Frankreich ernannte, d. h. eines freimaurerischen Ritus, der erst seit 1772 besteht, hat Ihnen keinerwegs die alte Freimaurerei, die vom Jahre 1723 datirt, unterwürfig gemacht. Sie sind mit einem Wort nicht, wie Sie behaupten, der Großmeister des Freimaurerordens in Frankreich, und Sie haben keine Gewalt hinsichtlich des Oberrathes auszuüben, dem ich die Ehre habe, vorzusitzen; die Unabhängigkeit der mir untergebenen Logen ist offen gebuldet worden, selbst seit dem Dekret, auf das Sie sich ohne alles Recht stützen. Der Kaiser allein hat die Macht, über uns zu verfügen. Wenn Se. Maj. unsere Auflösung für nothwendig hält, so werde ich mich ohne Widerrede unterwerfen; aber da kein Gesetz uns nöthigt, Freimaurer wider Willen zu sein, so erlaube ich mir, für meine Person, mich Ihrer Heerschaft zu entziehen. Viennet."

Italien.

Viktor Emanuel hat jeder der neapolitanischen Damen, die ihm am 19. Mai ein prachtvolles Zelt mit vollständigem äußerst geschmackvollen und bequemen innerer Einrichtung verehrten, sein photographirtes Bildniß mit einer eigenhändigen Widmung und Unterschrift geschenkt. Das Zelt wurde in Paris gemacht und hat ein bedeutendes Stück Geld gekostet. — Giovanni Nicotera kündigt seinen Austritt aus der Nationalgarde an, „weil dieselbe gestern das schmählichste Verbrechen begangen, nämlich ihre Bayonnette gegen ein harmloses Volk gekehrt habe, welches seine Liebe für den Helden Garibaldi kund gab." — In Monopoli hat sich ein liberaler Priesterverein gebildet, der dem Könige vor seiner Abreise folgende Adresse überreicht hat: „Sire! Es steht geschrieben im heiligen Buche, daß die Könige durch Gott regieren, und daß Gott seinen ewigen Willen durch die Stimme des Volkes verkünde. Das italienische Volk hat gesprochen. Ew. Majestät ist also der vom Himmel bezeichnete König. Indem wir in dem Willen der Nation die göttlichen Aussprüche verehren, begrüßen wir unseren König-Ehrenmann, und nun versammelt im brüderlichen Verein, werden wir fortfahren, durch den Unterricht dem Volke die Liebe für den außerwählten König einzuflößen, und von den nicht profanirten Altären werden wir den Segen des Herrn auf ihn herabflehen. Gott und das Volk, wir sind davon überzeugt, werden uns nicht verlassen, und Ew. Majestät wird in Kurzem sich der Stadt der Cäsaren nähern, wo der Triumph der nationalen

Digitized by Google

Sache vollendet und der Ruhm dieser denkwürdigen Erde verewigt werden wird.

= Ueber das jüngst kurz gemeldete Attentat in Lredi so erhalten wir folgendes Nähere. Es sollte am vorigen Samstag der neuernannte Bischof Mig. Zinelli, der sich durch seine politischen Kanzelreden bei den Patrioten verhaßten verhaßt gemacht, daß im vorigen Jahre ein Attentat gegen ihn verübt ward, bei dem er glücklicherweise mit einer leichten Verwundung davon kam, seinen feierlichen Einzug halten. Drohbriefe in der bekannten Form hatten deshalb eine Verbreitung um die Inpallation befürchtet. Als sich nichtsdestoweniger einige Zuschauer einfanden, platzte mitten in der Feierlichkeit eine Knallbombe, die mit Schrott gefüllt war. Gleich nach der Detonation stürzten ein Bäckergeselle und zwei Knaben zusammen; und es stellte sich heraus, daß namentlich einer der letzteren nicht unerheblich verwundet ward. Dem Urheber dieses Bubenstücks ist man leider nicht auf die Spur gekommen; doch theilen alle honetten Italiener die darüber herrschende Indignation.

Türkei.

= Ueber die Einnahme von Nikšich durch die Montenegriner erhalten wir folgendes Nähere mitgetheilt: Am 13. Morgens umzingelten 2000 Montenegriner die Stadt und ließen ihm Mudie so wie dem Obersten des daselbst stationirten einzigen Bataillons bekannt geben, daß falls sie sich ergäben, ihr Leben und Eigenthum geschont werden solle, im entgegengesetzten Falle jedoch sofort in schonungsloser Weise zum Angriffe geschritten würde. Nachdem von Seite des politischen Chefs und des Militärkommandanten die Uebergabe der Stadt verweigert wurde, stürmten die Angreifer mit bewaffneter Hand von allen Seiten gegen dieselbe. Die Angegriffenen leisteten den hartnäckigsten Widerstand, da der einzige Weg, auf welchem sie entrinnen konnten, der Engpaß von Duga war, welchen die Montenegriner und Rasa's bereits besetzt hatten. Der Kampf dauerte ununterbrochen bis 2 Uhr Nachmittags, wo schließlich die Bewohner und Truppen der Stadt, der Uebermacht weichend, sich ergeben mußten. Hundert Häuser des Viertels Serafskie wurden von den Montenegrinern niedergebrannt und nur ungefähr 30 Familien, die sich noch bei Zeiten ergeben hatten, blieben verschont. Die Zahl der Todten und Verwundeten soll sehr bedeutend sein, da zuletzt mit dem Bajonette und dem Handschar gekämpft wurde. Der Oberst des Bataillons, sämmtliche Offiziere und der Chefarzt sollen zu den Todten oder Gefangenen zählen.

Der Prinz von Wales ist in Konstantinopel angekommen und hat alsbald im englischen Gesandtschaftsgebäude die Besuche des Sultans und der Minister empfangen. Eine Londoner Depesche hat ihm gestattet, den Osmanie-Orden in Brillanten, den ihm der Sultan verleihen will, anzunehmen.

Rußland und Polen.

Die „Börsen-Zeitung" spricht von einem Gerüchte, wonach der preußische Handelsminister Vorbereitungen treffe, mit Rußland über Abschließung eines Handelstraktates nach den internationalen Handelsprinzipien, welche als Grundsätze für den preußisch-französischen Handelsvertrag angenommen wurden, in Unterhandlung zu treten. (Die Tripple-Allianz?)

Amerika.

Im westlichen Virginien hat General Fremont endlich einmal zwei der Meuchelmörder, die unter dem Namen Guerillas ihre Schandthaten verüben, in alter Form Rechtens aufmützen lassen. Es sind das, so viel bekannt, die ersten Hinrichtungen von Rebellen seit dem Beginn des Krieges, während die im Süden hingerichteten Unionisten, nach den eigenen prahlerischen Ankündigungen südlicher Blätter zu Hunderten zählen. — Der mehrfach genannte General Banks ist, nach der „Anclamer Ztg." aus Erien bei Anclam (Pommern) gebürtig und war früher preußischer Feldwebel.

Volkswirthschaftliches.

Was den Charakter der vorgestern gemeldeten Abstimmung des Industriellen-Kongresses in Frankfurt betrifft, so muß zugegeben werden, daß die bedeutendsten Vertreter der Spinnerei- und Eisen-Industrie gegen die Annahme des Handelsvertrags gestimmt haben. Nach den einzelnen Industriezweigen stimmten für den zentrugsfreundlichen Antrag: Metall-Industrie 9, Drahtgewebe 2, Bronzewaarenfabriken und Gießereien 2, Strumpfwebereien 1, Buch- und Steindruckerei 2, Tabaksfabriken 2, Lederwaarenfabriken 3, Gelatinefabrik 1, Filzhutfabrik 1, Lichter-, Seifen- und Parfümeriefabriken 3, Webereien und Spinnereien 6, Portefeuillefabriken 3, Tapetenfabrik 1, Papierfabrik 1, Möbelfabrik 1, Waggonfabrik 1, Hutstoffabrik 1, Bleiweißfabrik 1, Grubenbesitzer 1, Instrumente 1. Gegen den Antrag stimmten Spinnereien und Webereien 15, Metall-Industrie 7, Buchdruckereien 2, Tapetenfabriken 2, Chemische Fabrik 1, Farbenfabrik 1, Wollgarnspinnerei 1, Strohhutfabrik 1, Papierfabrik 1.

* Aus Süddeutschland. Nach und nach erfüllen sich die Wünsche der Industrie bezüglich des Kohlentransportes. Man vermehrt die Wagenparks, baut eigens konstruirte Kohlenwagen, und läßt Eilgutz-Kohlenzüge gehen; man stellt die Frachtsätze auf den Meilen-Centner, geht von der Expeditionsgebühr ab und führt dagegen absteigende Skalen für den Kohlentarif ein. Es geschieht dies zwar vorerst nur vereinzelt und theilweise noch unter Beschränkungen. Indeß, es kömmt immermehr ein gleichmäßiges, rationelles System in das Kohlen-Transportwesen. Was aber vor Allem sich bemerkbar macht: die wesentliche Angelegenheit der Industrie, die Frachtermäßigung, ist seit Kurzem in der günstigsten Entwicklung begriffen. Jede Woche brachte in neuerer Zeit Anzeigen von Frachtreduktionen, so von Zwickau über Hof, für Leipzig nach Magdeburg, für die hannoverschen Eisenbahnen, für die Main-Weser-Bahn, für die oberschlesische Eisenbahn, für die niederschlesisch-märkische Bahn, die für weitere Distanzen geringere Frachtsätze und über 10 Meilen hinaus keinen fixen Zuschlag berechnet. Alles dieses ging freilich nur in Nord- und Mittel-Deutschland vor sich, während Süddeutschland ganz stabil in der Taxirungsfrage sich bisher verhielt. Glücklicherweise mehren sich jetzt aber die Anzeichen, daß auch der Süden von Deutschland und in erster Stelle Bayern vorgehen werde. Es ist sicher zu hoffen, daß die Staatsbahn bald mit einer Frachtermäßigung hervortreten wird, welche so recht den Verhältnissen und den allgemeinen Wünschen entsprechen dürfte. Auch Württemberg scheint, durch Anschaffung eines leistungsfähigeren Fahrmaterials hauptsächlich mit Wagen zu 200 Ctr. Tragfähigkeit, eine Frachtreduktion vorbereiten zu wollen. Ebenso von Hessen und namentlich von Baden, welches jüngst in der Vorstofrage einen so erklatanten Schritt vorwärts gethan, hegt man die besten Erwartungen für die Kohlenfrage. Auch immer steht die Hoffnung noch fest, daß Sachsen, das Land der Steinkohlen, den Transport derselben am meisten fördern und darum den Frachtsatz zu 1 Pfennig pro Ctr. und Meile (ohne Expeditionsgebühr), das Endziel aller bisherigen Bestrebungen, gewähren werde.

W Ueber den Stand der Felder lauten alle Berichte durchweg günstig. An der Donau, in Schwaben, Neuburg, Niederbayern steht der Roggen in voller Blüthe. Der Waizen hat gleichfalls. In Oesterreich hatten die Mäuse im Herbst einiges geschadet; die Fruchtbarkeit des Frühlings hat es ausgemärzt. In Ungarn stehen die Wintersaaten allenthalben gut; den Sommersaaten mangelt Regen; Hafer ist trotzem gut gediehen; in Pesth waren schon neue Kartoffel. Dem Weinstock hat der Frost nicht geschadet. Aus Mähren ebenfalls günstige Berichte. In Schlesien fruchtbares Wetter, warm, aus, frucht, Gerste, Del, Saat reichlich mit ungewöhnlicher Uppigkeit. An der unteren Oder zahlreiche Gewitter, welche der Sommersaat aufsetzen; minder gut steht der Raps. Am Niederrhein guter Stand; an der Mosel. Saar, Sauer fürchtete man wegen allzu großer Fettigkeit sogar Lagerung des Roggen, das trockene Wetter hat die Halme wieder erstarkt; spätere Regen kamen der Sommersrucht noch rechtzeitig. An der Eifel ist Mangel an Regen; Klee und Gras etwas vertrocknet. Außerordentliche Fruchtbarkeit herrscht am Mittelrhein und im Mainthal; Regen und Sonnenschein brachten hier eine Uppigkeit, die an die Vorgegenden erinnert. In Baden, Württemberg hat Regen die Sommerfrüchte erfrischt; die Winterfrüchte stehen in frischer Kraft. Korn und Wintergerste dürften schon mit Anfang Mai. Alle Berichte lassen auf eine reiche und frühe Ernte schließen. Das Korn beginnt in trockenen Lagen schon zu verzilchen; Mitte Juni wird die Ernte beginnen. Die Berichte aus Frankreich versprechen ebenfalls eine gute Ernte, wenn nicht an Obst und Wein, so doch an Getraide, Reps, Kartoffeln. — Die Befürchtungen wegen des Obstes waren zum Theil ungegründet. Aus Württemberg kommen günstigere Berichte; die Aepfel haben während des Frosts noch nicht gelblüht; sie haben reiche Früchte angesetzt. Auch vom Steinobst, besonders Zwetschken, erwartet man guten Ertrag; desgleichen von Trauben. In manchen Orten (Gabergäu) wechseln begünstigte und beschädigte Orte. In Baden hat hier und da (Staufen) der Maifäfer den Weinstock geschadet, Nüsse und Kirschen haben vom Frost gelitten; Kern- und sonstiges Steinobst in hinreichender Menge. An der Bergstraße ist Steinobst erfroren oder vom Rüsselkäfer zerstört; Birnen erfroren, Aepfel von der Dürre abgefallen; die Weinstöcke, die erfroren, sind unten ausgeschlagen. Bei Frankfurt wenig Obst; aber Trauben genug. Am Rhein reichliche Trauben, weit entwickelt. An der Mosel

Digitized by Google

wird Steinobst eine mittelmäßige, Aepfel, Birnen eine bessere Ernte bringen. *)

Nichtpolitische Zeitung.

Die neue Westminsterbrücke ist ihrer ganzen Breite nach dem Verkehr eröffnet worden. Am 24. Mai um 3¾ Uhr Morgens, als der Stunde, in welcher die Königin das Licht der Welt erblickte, wurden die Gerüste auf allen Theilen der Brücke weggeräumt, und 25 Schüsse (Königin Viktoria nimmt seit 25 Jahren den englischen Thron ein) verkündeten die Eröffnung dieses großartigen Brückenweges. Das war aber auch die ganze Eröffnungsfeier, wie denn überhaupt diesmal alle üblichen Geburtsfestlichkeiten unterblieben waren. Die Brücke selbst wird, wenn erst die im gothigen Style entworfenen Geländer vollendet sind, die schönste Londons sein, so wie sie die allerbreiteste ist (84' 2" innerhalb der Geländer).

Der Kiewer Telegraph theilt die Nachricht von einem grauenerregenden Verbrechen mit, welches in Kiew verübt worden ist. Ein Vater hat seine zwei Söhne ermordet und seine zwei Töchter ertränkt. Neben dem anatomischen Theater wohnte der verabschiedete Lieutenant Iwan Alexandrowitsch Lukin mit seiner Frau und seinen vier Kindern. Er war im Polozker Kadettenkorps erzogen worden und als Offizier in das Leibhusarenregiment getreten, in welchem er auch bis zu seinem Abschiede diente, nach dessen Empfang er sich in Kiew niederließ. Am 31. März kam Lukin in betrunkenem Zustande nach Hause zurück und sagte zu seiner Frau: „Wähle eins von beiden: soll ich dich ermorden oder dir den Kopf rasiren?" Die erschrockene Frau willigte in letzteres, und ihr Mann rasirte ihr kaltblütig den Kopf, worauf das unglückliche Weib entfloh und sich bei den Nachbarn versteckt hielt, ohne es zu wagen, nach Hause zurückzukehren. Nach zwei Tagen kehrte Lukin abermals in übler Gemüthsverfassung nach Hause und fand nur seine beiden Söhne, Konstantin und den drei Monate alten Michael, zu Hause. Den letzteren ermordete er mit einem Rasirmesser und steckte den Leichnam in die Zugröhre des Ofens. Da das Köpfchen nicht hindurchging, hieb er es ab, drückte es zusammen und warf es auch in die Röhre, worauf er auf diese den Deckel setzte. Nachdem dies vollbracht, kam der Diener Iwan ins Zimmer, und da Lukin befürchtete, daß derselbe etwas bemerkt haben könnte, gab er ihm Geld und befahl ihm, einige Lebensmittel zu kaufen. Iwan fiel der nicht normale Zustand seines Herrn auf, und er fragte nach den Kindern. „Die Töchter," antwortete Lukin, „habe ich zu Bekannten geschickt und den jüngsten Sohn einer kinderlosen Familie übergeben, die ihn an Kindesstatt erziehen will. Ich bin sehr zufrieden damit, denn ich kann über sein Schicksal ganz ruhig seyn." Als Iwan zurückkehrte, wurde ihm die Thür trotz alles Klopfens nicht geöffnet, und da ihm in diesem Augenblick von einem Polizeisoldaten gesagt wurde, daß zwei kleine Mädchen, drei seinen Fräuleins ähnlich sein sollten, aus dem Dnieper gezogen worden, wandte er sich an die Polizei. Diese nöthigte nun Lukin, zu öffnen, und man fand in der Wohnung den ermordeten Sohn Konstantin. Als Lukin die Polizeibeamten sah, sprang er durch das Fenster und entfloh. Am 4. April wurde er zwölf eingefangen. Bei dem Verhör gestand er, daß er die beiden Töchter ertränkt und den ältern Sohn ermordet habe; in Betreff des jüngsten, der in der Ofenzugröhre gefunden worden war, leugnete er lange sein Verbrechen, indem er vorgab, daß das Kind natürlichen Todes gestorben sei und er aus Furcht, der That verdächtig zu erscheinen, in die Ofenröhre gesteckt und den Kopf abgeschnitten habe, weil dieser nicht hineingegangen sei.

*) Die Berichte, obgleich mit Sorgfalt gesammelt, geben zwar ein Bild im Ganzen, berechtigen aber zu keinem Urtheil, weil das bestimmte, Zahlen, Zahlen, Landwirthschaftsvereine sollten in jeder Woche eine Schätzung der zunächst liegenden Felder veranstalten und in Blättern veröffentlichen. Eine planmäßige Fortsetzung dieser Arbeit müßte zuletzt auf ein richtiges Urtheil führen, die einzige Regelung des Getreidehandels bewirken.

Neueres.

** München, 30. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Nach neuerer Bestimmung werden Se. Maj. der König nicht morgen, sondern in den ersten Tagen der nächsten Woche, wahrscheinlich Montag, hier eintreffen. Nach der Rückkehr Sr. Maj. wird auch die Frage, ob wegen dem Handelsvertrag mit Frankreich ein außerordentlicher Landtag zu berufen ist, zur definitiven Entscheidung gelangen. König Ludwig wird sich noch mehrwöchentlichem Aufenthalt in Brückenau nach der Ludwigshöhe in der Pfalz begeben. Heute wird der Großherzog von Hessen bei seinem Schwiegervater zum Besuche eintreffen.

München. Der Rektor und Lehrer der Landwirthschafts- und Gewerbsschule zu Ansbach, L. F. Strebel, erhielt die Ehrenmünze des Ludwigsordens.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	78½ P.	
„	5 pCt. Lomb. „ ditto.	86 G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	74½ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67⅞—¾ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	52½ P.	
„	4½ pCt. „ „	46⅞ G.	
„	4 pCt. „ „	—	
„	3 pCt. „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅛ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101½ P. ⅝ G.	
„	4½ pCt. Obl. 13jähr. dto.	103½—103 G.	
„	4½ pCt. Obl. 12jähr. dto.	103⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. 13jähr. dto.	100⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅞ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.	
„	3 pCt. Obl.	96 G.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3. 2. 80	30½ P.	
„	2 pCt. „ „	43⅛ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1217½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	782—83 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193¼—196 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	o.D.
Darmst. Bank fl. u. fl. Serie à fl. 250	216 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	88 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	339 P.	o.D
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	73½ P.	
Oest. F.St.Kisb. 5pCt. 500 Fr. à 26 kr.	241 P.	
„ Eilsab.-Eisenbahn 5 pCt.	121 G.	
„ Eilsab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. 4 105 pCt. Z.	39½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	134⅛ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110⅝ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.	o.D.
Span. Handels- und Industrie	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	530 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinbez.	106⅛ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100½ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.	
Brem. 60 Th. Lad. k. S.	96½ G.	
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅛ G.	
London Lst. 10 k. S.	118½ G.	
Lyon Frs. 200 k. S	—	
Mail. Frs. 200 „	93⅞ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.	
Triest fl. 100 k. F.	—	
Wien fl. 100 S. W.	—	
do. 2 à 3 M.	—	
do. in Sst. W. I. S.	89¼ G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	107¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	134 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73⅝ P. ⅝ G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120½ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36⅜ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53⅜ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	101 P.	Vereins-Loose fl. 10.	98¼ P.
Badische fl. 35	54⅞ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	119¼ P.

Frankfurt, 30. Mai. Im Vergleich mit den jüngsten Notirungen waren öfter. Rational und Kreditaktien etwas niedriger; dieselben verkehrten jedoch in sehr fester Haltung. Von Eisenbahnaktien waren besonders Bergbacher begehrt und höher, dagegen wurden Elisabethaktien billiger abgegeben. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, ⅝, bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

kgl. Staatsbibliothek in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 151-52. Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. 39. Jahrgang. Montag, 2. Juni 1862.

Deutscher Bund.

In der Sitzung des Gesammtcomité für das deutsche Schützenfest erstattete die nach München gesandte Deputation unter dem Beifall der Versammlung Bericht, und wurde in Folge dessen beschlossen, folgende Erklärungen nach München und Mailand, wegen des beabsichtigten Besuchs des Nationalfestes durch italienische Schützendeputationen zu erlassen:

I. An die kgl. privil. Hauptschützengesellschaft in München.

„Wir haben Ihr geehrtes Schreiben vom 26. d. dem Gesammtcomité vorgelegt. Dasselbe hat dem Sinn Ihres geehrten Antrags entsprechend, das Centralcomité um so bereitwilliger ermächtigt, die beifolgende Erklärung zu veröffentlichen, als Ihr Antrag mit einer richtigen Auffassung des §. 3 des Festprogramms vollkommen im Einklang steht. Da nun diese unsere Erklärung an den Vorstand der italienischen Schützengesellschaft in Mailand mit einem in Abschrift beiliegenden Begleitschreiben geschickt wird, so scheint uns die Sache hiermit ihre Erledigung gefunden zu haben. Wir können hiernach uns nicht versagen, den Wunsch auszudrücken, daß die erprobten Schützen aus Bayern sich recht zahlreich am Feste betheiligen und um die Siegespalme ringen möchten. Aus den Mittheilungen der Deputirten haben Sie ersehen, daß es lediglich unsere Absicht ist, ein deutsches, ein nationales Fest zu feiern, fern von dem Bestreben einzelner politischer Parteien. Aus den Mittheilungen unserer Deputation haben wir entnommen, daß die Feier eines solchen Festes bei Ihnen warmen Anklang gefunden hat. Mit Ihnen in dem gleichen Streben verbunden, sind wir hiernach der festen Ueberzeugung, daß die deutschen Männer ihren gemeinsamen Bairrlandes sich bewußt, diesem ihrem Gefühle in der Feier des bevorstehenden großen Nationalfestes Ausdruck verleihen werden."

II. Die Erklärung des Central-Komites lautet: „Bezugnehmend auf die öffentliche Ansprache des Gesammtcomités vom 24. Mai und zur weiteren Beseitigung von Mißverständnissen, welche sich in Hinsicht auf die Betheiligung ausländischer, namentlich italienischer Schützen, am deutschen Bundesschießen ergeben haben, sieht sich das Centralcomité des deutschen Schützenfestes zu folgender Erklärung veranlaßt: Nach §. 3 des Festprogrammes sind nichtdeutsche Schützen als Gäste zugelassen. Das Programm schließt keine Nationalität aus. Ferner sollen zufolge früher gefaßten Beschlusses, Einladungen, mit Ausnahme der an die Schweizer Schützen ergangenen, nicht erfolgen, Ausländer also nur als Gäste zugelassen, nicht besonders eingeladen werden. Das Komite hielt und hält an diesen Bestimmungen fest und erklärt, daß ausländische und dahrr auch italienische Schützen nur als Private, nicht mit einem korporativen Charakter bekleidet, nicht als Repräsentanten national-politischer Tendenzen zugelassen werden. — Das Komite macht außerdem darauf aufmerksam, daß nach §. 30 und 43 des Festprogramms Ausländer auf die Scheibe „Deutschland und Heimath", auf welcher die Hauptpreise, sowie Ehrengaben je nach Bestimmung der Geber vertheilt werden, nicht mitschießen können; — daß Toaste auf einzelne Personen ausgeschlossen sind und daß Reden nur nach vorheriger Anmeldung beim Komite von der Tribüne aus gehalten werden können.

III. An die Mailänder Schützengesellschaft. „Wir beehren uns, Ihnen hiermit Kenntniß von einem Manifest und einer Erklärung zu geben, welche das Gesammt-Komite des deutschen Schützenfestes so eben veröffentlicht hat. Wir sind zu diesen beiden Kundgebungen veranlaßt worden durch die Auffassung, welche General Garibaldi in seinem Rundschreiben an die italienischen Schützengesellschaften vom 3. d., sowie der Präsident des mailändischen Schützenvereins, Herr Simonetta, in seinem Aufruf dem Charakter des deutschen Schützenfestes beigelegt hat. Wir erlauben uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß das deutsche Bundesschießen nicht das Fest irgend einer Partei, sondern ein Nationalfest ist, das die ganze deutsche Nation ohne Ansehung der Parteistellungen feiert, daß General Garibaldi dasselbe also mit Unrecht zu einer internationalen Zusammenkunft der libertalen Partrien Europa's hat stempeln wollen; daß Deputationen mit Adressen und politischen Kundgebungen nicht empfangen und daß italienische Schützen nur als Privatpersonen beim Bundesschießen zugelassen werden können. Indem wir Sie bitten, in diesem Sinne auch das Antwortschreiben unseres Sekretariats vom 3. Mai aufzufassen, dieser Aufklärung Publizität zu geben und dadurch allen weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, ergreifen wir u." .

W In den letzten Tagen sind zwei interessante Ehrengaben eingetroffen, die nach verschiedener Richtung bestimmt sind: 300 fl. für zwei Preise für die Scheiben, auf welche auch Gemälde schießen können, von einem Frankfurter Bürger, der in seinem Begleitschreiben seine Entrüstung über die Forderung bayerischer Schützen ausspricht, daß die Italiener überhaupt ausgeschlossen werden sollen; und zwei goldene Uhren im Werthe von 500 Frs. vom Centralschießkomite in La Chaux-de-Fonds mit der Bestimmung, auf die Scheiben „Deutschland und Heimath" gesetzt zu werden, auf welche nur Deutsche schießen dürfen — gewiß ein hoher Grad von Artigkeit von Seiten einer schweizerischen Körperschaft.

Bayern. München. S. M. König Max ist Sonntag Abends in München eingetroffen. König Ludwig geht über Brüdenau in die Pfalz, wo sich auch der Großherzog von Hessen nach seiner wiener Reise einfinden wird. Revierförster Zigmaire zu Reschahn und Zollerwalter Freund in Kaufbeuren erhielten die Ehrenmünze des Ludwigsordens. Die von Schweizer-Blättern gemeldete Untersuchung schwirz. Archive im Auftrag des Königs von Bayern beschränkt sich auf die frühern Sammlungen der HH. Weizsäcker und Wenzel für eine Herausgabe deutscher Reichstagsakten.

Oesterreich. In der Reichsrathssitzung stellte Tinti den vermittelnden Antrag, nämlich: Das Haus möge nicht unbedingt die Rechtsungiltigkeit der im Artikel XXXI. des Konkordats enthaltenen Bestimmungen über den Religions- und den Studienfond aussprechen, sondern nur die Erklärung abgeben, daß es die Rechtskräftigkeit derselben in so lange nicht anerkenne, als dieselbe nicht vollkommen außer Zweifel gesetzt ist und zugleich die Erwartung aussprechen, daß die Regierung in dieser Bejirhung sobald als möglich eine Gesetzesvorlage in das Haus bringe, die dahin aber die Uebergabe des Religions- u. Studienfonds in das Kircheneigenthum sistire. Tinti erklärt, daß er es durchaus nicht bedaure, daß das Konkordat gegenwärtig einen Gegenstand der Verhandlung im Hause bilde. Es sei unleugbar, daß durch dasselbe allenthalben eine große Mißstimmung im Lande hervorgerufen worden ist, und das Bestreben des Hauses solle es nun sein, die Gegensätze zu versöhnen. Das Konkordat in seiner gegenwärtigen Schärfe aufrecht zu erhalten, sry unmöglich. Sehr viele achtbare Geistliche der katholischen Kirche hätten ihm das selbst erklärt. Ihm werde man auch keine Feindseligkeit gegen die katholische Kirche vorwerfen können. Er habe das Glück gehabt, in Rom dem Papst selbst nahe zu kommen und die Majestät und heilige Milde des Papstes hätten auf ihn einen unverlöschlichen Eindruck gemacht. Er wünsche auch durchaus nicht eine Verkürzung der Rechte der katholischen Kirche, eine gänzliche Abschaffung des Konkordats, sondern nur eine gedeihliche Revision dreseiben. (Bravo auf den Gallerien und im Hause.)

Preußen. Die Reste der Fraktion Grabow haben sich in zwei Fraktionen unter den Namen: „Parlamentarischer Verein" und „Konstitutionelle Fraktion", getheilt. Der erstere hat sich unter Vorsitz des Hrn. v. Rönne (Glogau) mit 18 Mitgliedern konstituirt und will mit den andern liberalen Fraktionen, insbesondere auch mit der Fortschrittspartei in eine dauernde geschäftliche Verbindung treten. Die konstitutionelle Fraktion will das nicht. Die

Digitized by Google

konservative Fraktion hat unter Vorsitz des Abg. v. Riedelschütz konstituirt.

Ueber die Einweihungsfeierlichkeit des neuen Universitätsgebäudes in Königsberg berichtet die „Ostpr. Ztg.“ Die Feierlichkeit findet am 20. und 21. Juni statt. Am 20. Morgens langt der Kronprinz an. Um 9 Uhr ist Gottesdienst in der Domkirche, um 11 Festactus im Auditorium maximum des alten Gebäudes. Der Kronprinz wird die Insignien des Rektorats übernehmen, worauf der Prorektor eine kurze Abschiedsrede von dem Collegium Albertinum hält. Dann setzt sich der Festzug in Königsgarten in Bewegung. Dort Uebergabe des neuen Gebäudes der Universität und kurzer Actus in der Aula. Nachmittags großes Universitätsdiner. Am 21. des Kronprinzen. Um 11 Uhr Ehrenpromotionen im Auditorium maximum der neuen Universität. Abends: allgemeiner Commers. Die Fakultäten sind bereits mit Auswahl der zu ernennenden Ehrendoktoren beschäftigt.

Kurhessen. Wollen neue Minister Vertrauen sich erwerben und befestigen, ohne welches ein gedeihliches Wirken unmöglich ist, so müssen sie zunächst und vor allen Dingen dahin trachten, daß eine alte verjährte Schuld unverzüglich abgetragen werde, die große Schuld, welche das öffentliche Gewissen des engeren und weiteren Vaterlandes noch immer schmerzlich und schwer belastet. Unvergessen im ganzen Hessenlande sind die Namen der Ehrenmänner aus dem Civil- und Militärdienste, welche in der trüben Zeit von 1850/51 ihren liebgewonnenen Beruf, eine gesachtete öffentliche Stellung, ihre materielle Existenz aufgeben mußten, weil sie treu bleiben wollten der Verfassung und dem geleisteten Eide. Und es waren nicht die schlechtesten Kräfte, welche gezwungen wurden, den öffentlichen Dienst im Vaterland aufzugeben. — Manche von ihnen fanden bald in benachbarten Staaten ehrenvolle Aufnahme, Andere suchten jenseits des Oceans eine neue Heimath, wieder Andere blieben im Vaterland, nothdürftig subsistirend, wenn ihnen nicht Glücksgüter zu Gebote stehen. Alle aber trugen wohl tief im Herzen das Gebürfniß, dem Vaterland wieder zu dienen bei Restitution des alten guten verfassungsmäßigen Rechts, für das sie bereitwillig ihre Existenz geopfert. Hat das Vaterland ein Recht auf die bewährten Dienste dieser treuen, muthigen und unerschrockenen Verfassungskämpfer, so besteht auch für die Regierung die heilige Verpflichtung, diese erprobten Männer in den Dienst zurückzurufen, oder wo der Einzelne solchen Dienst zu leisten etwa außer Stand ist, wenigstens dessen Subsistenz sicher zu stellen. So lange die an den verfassungstreuen Männern vor 12 Jahren verübte Schuld noch ungesühnt ist, fehlt dem Siege des Rechts noch die volle und höhere Weihe.

Niederlande.

Die zweite Kammer hat die Amortisation von zwei Millionen Gulden Staatsschulden bewilligt. Der Finanz-Minister erklärte, daß er sich vorbehalte, noch eine weitere Amortisation in Vorschlag zu bringen, da der Staatsschatz, trotz der umfangreichen öffentlichen Arbeiten, der Sklaven-Emancipation u. s. w., dies zulassen werde. Die Kammer ist darauf bis auf Weiteres aus einander gegangen.

Frankreich.

Ein gewisser Herr Seigneur läßt in dem „Monde“ allen unlauten Ergüssen einer schönen Seele über die lästerliche Verkommenheit des protestantischen Universitäten- und Studententhums in Deutschland vollen Lauf. Vorher wird Deutschland der verschiedenen Luther-, Schiller-, Goethe-, Fichtefeiern ꝛc. wegen des akuten Göhendienstes bezüchtigt. Die Universitätsstudenten seien noch nicht alle eivilisirt. Wie könne man sonst einen Nachtwächter, einen alten, schwachen Invaliden durchprügeln, der des Nachts nicht sofort zum Aufschließen bereit stehe, wenn „mein Herr Doktor“ nach Hause gehen wolle? Regelmäßig bei jedem öffentlichen Feste werde eine große Schlacht geliefert, die kleinen gar nicht zu rechnen. Beim Schillerfeste hätten sich die Studenten (wahrscheinlich von Berlin) auf das wehrlose Publikum gestürzt. Beim feierlichen Empfang nach der Krönung, als der Zug kaum im Schlosse angekommen, hätte sich zwischen den Zuschauern Streit erhoben und mehrere Tage gedauert. Man habe mehrere Todte und etwa hundert Verwundete gezählt. Damals habe das Publikum vollständig die „akademischen“ Manieren angenommen gehabt. — „Aber,“ tröstet sich der gute Mann, nicht den „deutschen,“ sondern den „protestantischen“ Charakter muß man für diese Exzesse verantwortlich machen. — Nach Wien, der Stadt des Konkordats und des Ultramontanismus, sei trotz einer sehr gemischten, durchweg aber katholischen Bevölkerung dieser Fortschritt noch nicht vorgedrungen.“ — Ueberdies würden die protestantischen Universitäten endlich wohl auch auf die Stimme der Wahrheit und Einheit hören. In dieser Beziehung hofft Herr Seigneur sehr viel von der Wirksamkeit der Jesuitenmissionen, namentlich des hochwürdigen Vaters Roh, in Göttingen und Halle. — Am Fichtetag haben die Professoren und Studenten von Berlin zur Eröffnung der Feier das Veni creator gesungen. Der Artikel schließt, darauf weiter bauend, mit dem frommen Wunsche, daß sie recht bald, vom Strahle der Offenbarung getroffen, allen Ernstes das Veni creator singen möchten. — (Wenn die französische Presse aus Unwissenheit, oder Bosheit dem Volke derartigen Unsinn auftischt, so ist freilich nicht zu verwundern, daß in Frankreich die wunderlichsten Begriffe von deutscher Bildung und deutschem Wesen herrschen.)

XX Die Note der "Patrie" über die mexikanische Frage, welche auch der „Moniteur“ bringt, ist die deutliche Anerkennung des Gewichtes der öffentlichen Meinung. Der Feder des Herrn Laguerronière entsprungen, hatte sie nur den Zweck zu forschen, wie es aufgenommen würde, wenn eine Rückkehr der Truppen aus Mexiko in weite Ferne gestellt würde. Die Haltung des Volks hat das Staatsoberhaupt gesehen, selbst etwas erschreckt. Wenn ein Telegraph nach Mexiko ginge, ich glaube: es würde kein Schuß fallen. Das Volk wird es aber übel aufnehmen, wenn abermals Tausende seiner Söhne unnützerweise hingeschlachtet werden. Napoleon III. wird die verhängnißvolle Zeit verwünschen, wo man ihm blindlings gehorchte; er geht jetzt nur zögernd an die Ausführung seiner Pläne; der Mangel an Kühnheit, welchen er unter annahmenden äußeren Formen verbirgt, hat inzwischen sein Schicksal hinausgeschoben; bei der ersten entschiedenen (und den Land widerstrebenden) Handlung wird er schlimm fahren. Seine Umgebung hat ihm z. B. widerrathen, die Kaiserin und den Westen zu besuchen, trotzdem besteht er darauf. Man hat nämlich Ursache zu glauben, daß er dort sehr schlecht empfangen werde, allein er scheint absichtlich die Prophezeihungen der Presse widerlegen zu wollen und der „Moniteur“ wird ihm dabei schon behilflich sein. — Die Wahlen stehen bevor, wie aus verschiedenen Maßnahmen zu ersehen ist. Eine große Zahl von Präfekten ist versetzt worden; Maires und Präfekten werden nach Paris berufen, um dort persönlich ihre Instruktionen zu holen. Das gehässige Benehmen des Hrn. v. Persigny gegen den „Courrier du Dimanche“ hat nur die Wahlen zum Grund. Die Stelle des Redacteurs, welche Ganneau niedergelegt, ist noch immer unbesetzt, weil die Regierung das Blatt an sich ziehen will und daher jeder Ernennung ihre Genehmigung vorlegt. Ein neues Blatt soll Grandguillot, der jetzige Redacteur des „Pays“, redigiren, vollständig unabhängig vom Ministerium des Innern. Grandguillot soll dadurch auch pekuniär besser gestellt werden, denn wie kann ein amtlicher Zeitungsschreiber mit 21,000 Frs. jährl. Gehalt leben! Einige Führer der Demokratie und A. Garnier Pagès bestürworten die Theilnahme an den Wahlen, allein es wird schwer halten, den Widerwillen des Volkes in dieser Beziehung zu überwinden; zu bestärken ist daher, daß nur eine theilweise Theilnahme stattfindet und die Regierung doch die Mehrheit erhält. Der Staatsrath hat endlich auf die Beschwerden der Industriellen über das Gesetz von den Kommanditgesellschaften vom Jahr 1856 eine Antwort ertheilt, worin er zugleich einen Gesetzentwurf für Handelsgesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit vorlegt. Derselbe wird aber schwerlich zur Hebung der Geschäfte beitragen, denn er verlangt 200,000 Frcs. als Minimum des Kapitales, das eine solche haben muß; als wenn die Industrie und der Handel von der Regierung so geregelt werden könnten, daß nur solche Geschäfte gedeihen. Es ist bei uns immer dasselbe System der Bevormundung, der Voraussicht von Dingen, die nicht vorherzusehen sind; jene göttliche Vorsehung, die das ganze Land umfaßt, und die industrielle Thätigkeit lähmt. Eine Besenfabrik oder Bäckerei mit 200,000 Frcs. Grundstock! Klingt das nicht lächerlich? Die Industrie braucht Sicherheit und Freiheit, und es gibt in Frankreich weder die eine noch die andere. Wozu glauben Sie, hat das Kommanditgesetz von 1856 geführt hat? Die rechtschaffenen Leute haben sich alle zurückgezogen vor dem strengen unpraktischen Gesetz, die Schwindler umgehen es. Die Kapitalisten ziehen sich von der Industrie, von den Geschäften zurück und der Wucher ist nie größer gewesen als jetzt. Das Kapital ist reichlich vorhanden, zu reichlich, allein es findet keine Verwendung, es zieht sich scheu zurück, und der Handel muß, weil er nicht warten kann, sehr hohe Zinsen zahlen. Die ganze Kunst des Gläubigers besteht darin, zu ermitteln, wie lange ein Handlungshaus den Bankerott noch hinausschieben kann. Recht bezeichnend für die Anschauungen in Frankreich ist der eben erfolgte Ankauf großer Mengen Weines zu abnormen Preisen, der wieder zu Spottpreisen verkauft würde. Man will die hohen

Digitized by Google

Preise drücken. Sie begreifen, wie gut man diesen Zweck durch solche Mittel erreichen wird, und wie sehr der Volkswohlstand dadurch vermehrt wird. Verbindet man damit die hohen und oft wechselnden Steuern auf eine Masse von Produkten, namentlich Lebensmittel und Getränke, so ist leicht ersichtlich, wie sehr die Industrie gehemmt, wie sehr sie verhindert wird, alle neuen Erfindungen und Verbesserungen auf die Verarbeitung dieser Stoffe anzuwenden. Es würde z. B. vortheilhaft sein, manche Abfälle, Wurzeln und Pflanzen, die in Frankreich wild wachsen, zur Spiritusfabrikation zu verwenden, die Alkoholsteuer macht es aber unmöglich. Ebenso könnte man die Steinkohlen auch zu manchen industriellen Zwecken verwenden, wenn die Steuer nicht wäre.

Großbritannien.

Lord Brougham sagte im Oberhause, man habe gewisse spanische Brunnie auf Cuba im Verdacht, daß sie sich durch Besteckung verleiten lassen, dem Menschenhandel, gegenüber ein Auge zuzudrücken. Man möge den englischen Gesandten in Madrid anweisen, der spanischen Regierung vorzustellen, daß es rathsam erscheine, den Vorschlag des Marschalls Serrano, Generalkapitäns von Cuba, anzunehmen, den Sklavenhandel durch spanische Unterthanen als Verbrechen zu betrachten und mit dem Tode zu bestrafen. — Im Unterhause hat Beckeley um die Erlaubniß zur Einbringung einer Bill behufs Einführung der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen. Das Haus ertheilte die Erlaubniß. Ebenso genehmigte es die von Smith nachgesuchte Einbringung einer Bill, bei den städtischen Wahlen an allen Orten, wo es der Gemeinderath für gut findet, geheime Abstimmung einzuführen. — In den irischen Grafschaften Tipperary und Limerick sind wegen der in den letzten Wochen dort begangenen agrarischen Verbrechen Sprzialgerichte zur Aburtheilung der verhafteten und noch zu verhaftenden „Bauernmänner" eingesetzt worden. Die Sitzung dieser Tribunale soll am 10. Juni eröffnet werden.

Jonische Inseln.

Nachdem der Lord-Oberkommissär sich geweigert hatte, einen die Union mit Griechenland betreffenden Protest der Kammer anzunehmen, beschloß letztere, gegen ihn eine Klage bei der Königin vorzubringen.

Griechenland.

Bamefas wurde zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt. Es heißt, die Regierung wolle sich für die Auslagen, welche die Rebellion verursachte, durch Konfiskation des Vermögens der Anstifter entschädigen. Das Gericht von Chalcis lobet den Advokaten Pezalis von Rauplia vor und hält ihn zur Bezahlung von 2 Mill. Drachmen an. Einstweilen wird ein ihm gehöriges Dorf sequestrirt. Die englische Flotte sammelt sich im Piräus. Die griechische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat alle Schiffe nach Syra zurückberufen, die Mannschaft entlassen und die Fahrten eingestellt. Die Bemühungen, ein neues Ministerium zu bilden, blieben bisher erfolglos.

Rußland und Polen.

Wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, daß der Bruder des Kaisers, der Großfürst Konstantin, mit Wielopolski zur Seite nach Warschau als Statthalter sich begeben wird, so wäre dies ein Ereigniß von nicht geringer Bedeutung. Die Umgänge im Königreiche Polen verdienen überhaupt ein aufmerksameres Augenmerk, als ihnen anderswo gewidmet wird. Sie sind nicht blos als eine lokale Angelegenheit zu betrachten; wenn man sie mit den Bewegungen zusammenhält, die in ganz Rußland und speziell in der Hauptstadt stattfinden, so wird man sich gestehen müssen, daß dort ein Knotenpunkt von Ereignissen liegt, deren Tragweite unberechenbar ist. Die Ernennung eines Mitgliedes der kaiserlichen Familie zum Statthalter in dem auserwählten Königreiche Polen kann, ja muß gewissermaßen einen Wendepunkt bedeuten. Entweder der Großfürst muß so weitgehende Konzessionen mitbringen, daß ihm eine freudige Aufnahme im Lande gesichert ist, oder die Demonstrationen werden auch gegen ihn fortgesetzt und führen dann eine noch tiefere Kluft zwischen der Dynastie und den Polen herbei. Mit leeren Händen kommt der Großfürst sicherlich nicht nach Warschau. Seine Ankunft wird also entweder im guten oder im üblen Sinne eine Wendung in den polnischen Angelegenheiten bilden, deren Bedeutung auch für die Nachbarstaaten in keinem Falle zu unterschätzen ist!+

Neuern Nachrichten aus Warschau zufolge ist nicht blos Graf Tolstoi, sondern auch General Merchelewitz kompromittirt, und es haben bei beiden Haussuchungen stattgefunden. Dieselben Nachrichten bestätigen, daß fünf Gymnasiasten, die sich eine Demonstration in einem öffentlichen Garten haben zu Schulden kommen lassen, nach Rußland deportirt worden sind, nachdem Jeder vorher 25 Hiebe erhalten hatte. In Mlawa hat der dortige Kommandant Kapitän Runowski, sieben Personen, die in der Kirche ein verbotenes Lied gesungen, verhaften und den jüngsten 150, den älteren 100 Hiebe aufzählen lassen. Der von den Kirchen auf Befehl eines Polizeikommissarius übermäßig gezüchtigte Gerichtsdiener Pacznyski ist in Folge der Mißhandlungen gestorben.

Asien.

Die Drusen im Hauran setzen mit den Beduinenhorden verbunden, den Widerstand gegen die Reduktionen fort. Auf den türkischen Kaimakam, der sich zu ihnen begab, wurde geschossen. Aus Teheran wird gemeldet, die Proklamirung Mirza Hersebin Mirza's zum Thronfolger werde während des Kurban-Bairam stattfinden. Dem Gesandten Viktor Emanuels wurde ein General mit ansehnlichem Gefolge entgegengeschickt.

Nichtpolitische Zeitung.

Die „D. A. Ztg." schreibt: „Dem traurigen Tode des Dichters und Schriftstellers Dr. Chr. Höppl (aus Ansbach in Franken) und der Thatsache gegenüber, daß das Centralkomite der Schillerstiftung in Weimar „aus Armuth" dem Armen nicht helfen konnte, können wir die Frage nicht unterdrücken, wo denn die der Schillerstiftung aus der Nationallotterie zusammenden 2 bis 300,000 Thaler bleiben? Während diese großen Kapitalien seit fast zwei Jahren müßig im Kasten liegen, muß ein begabter deutscher Schriftsteller an jeder Hülfe verzweifeln, sich eine Kugel durch den Kopf jagen. Der hundertste Theil der Zinsen allein, die vorhanden sein müssen, hätte genügt, den Armen zu retten. 1500 Thaler sind Alles, was das Centralkomite bis jetzt aus diesen Fonds erhalten hat, während an Zinsen allein in diesen zwei Jahren mehr als 20,000 Thaler der Stiftung hätten zufließen sollen. Nur Ablieferung der Zinsen aber, meinen wir, bedauf es noch durchaus nicht erst des Abschlusses der Gesammtabrechnung. Die vielen Tausende, die das Unternehmen im guten Glauben um der guten Sache willen unterstützt haben, können mit Recht verlangen, daß das gesammelte Kapital sofort dem Zwecke diene, für den es bestimmt. Soll es vielleicht erst 20 Jahre auf Zinsen gelegt werden? In dieser Zeit können noch 200 Schriftsteller und mehr im Elend verenden von den 300, für welche jährlich die Hülfe des Centralkomite nachgesucht wird. Die Oeffentlichkeit hat darüber zu wachen, daß bei einer gemeinsamen deutschen, weder speziell sächsischen, noch gar dresdnerischen Angelegenheit keine Sonderinteressen verfolgt werden, daß dem ursprünglichen Zwecke ungeschmälert und ohne längere Säumniß zukomme, was ihm gehört. Wir hoffen, daß der arme Höppl wenigstens der letzte deutsche Schriftsteller bleibt, der trotz der Schillerstiftung und der ihr gehörigen Hunderttausende der Nationallotterie ohne Hülfe zu Grunde gegangen. (Als sitzen eben Leute im Komite, die nicht hinein gehören.)

Ein schlaues, etwa 20jähriges Mädchen in Köln hatte Gelegenheit, wahrzunehmen, daß ein junger Mann von der Schönheit einer unbekannten jungen Dame einigermaßen beloffen war und baute darauf einen raffinirten Plan. Das schlaue Fräulein spiegelte dem jungen Manne vor, daß es mit der unbekannten Schönen befreundet sei, und daß diese letztere, eine sehr reiche Erbin, sich sterblich in ihn verliebt habe. Schönheit, Jugend und dazu 200,000 Thlr. konnten wohl nicht verfehlen, einigen Eindruck zu machen, und als bald darauf ein zärtliches Briefchen der Unbekannten antam, entspann sich zwischen letzterer und dem jungen Manne ein Briefwechsel, welcher durch die angebliche Freundin der verliebten Schönen vermittelt wurde. Diese Vermittlung und die damit verbundenen Reisen se. kosteten Geld, und letzteres wurde auch geliefert. Endlich kam die Schwindelei an den Tag, und auf die erfolgte Denunciation wurde die Urheberin der so geschickt eingefädelten und fortgesponnenen Mystifikation in Haft genommen.

Ein alter Winzer, der alle Jahre die Blüthezeit des Weins notirt hat, versichert, daß heuer die ersten Blüthen sich um volle 8 Tage früher, wie in den bis jetzt unübertroffenen Jahre 1811 eingestellt haben. Die Aussichten auf ein ganz außerordentliches Wein-Jubeljahr könnten daher nicht besser sein, nachdem die heiligen Pankratius, Servatius und Bonifazius glücklich vorüber gegangen sind und gleichfalls St. Urbanus, den die Weinbauern mitunter Grobianus tituliren, sich diesmal ganz artig angelassen hat.

Digitized by Google

(Entdeckung eines Mordes.) Im Jahre 1860 wurde bei dem Dorfe Polau, nächst Mikolsburg in Mähren, in einer Ruine, „Waldenburg“ genannt, ein mit dem Tode ringender, in eine Soldatenuniform gehüllter Mann gefunden. Derselbe wurde sprach- und bewußtlos nach dem Dorfe gebracht, woselbst er nach 13 Tagen, während welcher Zeit sein Bewußtsein nicht wiederkehrte, seinen Geist aufgab. Es ergab sich aus der Natur der Verwundungen, daß er meuchelmörderisch angefallen wurde. Aus den Dokumenten, die man in seiner Tasche fand, wurde geschlossen, daß er ein beurlaubter Soldat sei, auf den man seit längerer Zeit fahndete. Sein Gesicht war durch die Wunden ganz unkenntlich geworden. Da mehrere Bewohner des Ortes bemerkt haben, daß er mit einem Schleifergesellen den Weg auf die Ruine zu hingieng, so wurde angenommen, daß der Schleifer den Soldaten umgebracht und sodann flüchtig geworden sei. Es wurde nun der Schleifer von den Gerichten steckbrieflich verfolgt, aber aus später einzusehenden Gründen ohne Erfolg. Vor 4 Wochen beiläufig gelangt aus Nordamerika eine gerichtliche Anzeige an die betreffende Behörde, daß in Amerika ein des Mordes verdächtiger Mann eingezogen wurde. Derselbe habe nun den begangenen Mord eingestanden und zugleich ein reumüthiges Bekenntniß abgelegt, daß er ein österreichischer Deserteur sei; daß er, um der Verfolgung der Militärbehörde zu entgehen, einen ihm bekannten Schleifergesellen auf die Ruine nach Polau verlockt, denselben dort erschlagen, ihn in seine Montur gesteckt und sich der Reisedokumente desselben bemächtigt habe; dadurch sei es ihm gelungen, nach Amerika zu entkommen. Der „Mährische Korrespondent“ schließt seine Mittheilung: „Dieser in Romanen sehr oft wiederkehrende Fall hat sich hier in Wirklichkeit zugetragen.“

Das Organisations-Komite für das diesjährige eidgenössische Sängerfest, welches vom 19. bis 21. Juli in Chur gefeiert wird, hat an die vereinigten Sängervereine in Nürnberg ein Einladungsschreiben ergehen lassen, dessen Hauptinhalt wir hier mittheilen: „Mit inniger Freude haben die Schweizer Sänger vorigen Jahr die Kunde von dem ersten deutschen National-Sängerfeste zu Nürnberg vernommen. Sie begrüßten darin die Entstehung eines allgemeinen deutschen Sängerbundes als eine seiner Blüthe des allerwärts in deutschen Landen frühlingsfrohlig aufsprießenden nationalen Bewußtseins und Strebens. In solchen allgemeinen Festen sprach sich auch in der Schweiz der Geist des Forschestes frei und kräftig aus, und sie dienten ihm als mächtige Hebel zur Verwirklichung der jetzigen einheitlichern Gestaltung unseres Vaterlandes. Indem sich der festgebende Männerchor von Chur dankbar der ihm gewordenen Einladung an das große Fest zu Nürnberg erinnert, freut er sich, nunmehr dieselbe wenigstens gegenüber den nächsten Nachbarn erwidern zu können, und bedauert einzig, daß die hiesigen Verhältnisse ihm nicht gestatten, die Einladung auf einen größeren Kreis auszudehnen. Das unterzeichnete Komite hat hiemit das Vergnügen, Euch, Sänger von Nürnberg, zum eidgenössischen Sängerfeste in Chur zu laden, und ersucht Euch zugleich im Auftrage des Central-Komite's des schweizerischen Sängervereins, am Feste ein Lied vorzutragen, wie Solches im Programme vorgesehen ist, und uns dasselbe bis Ende Mai einzusenden.“

Dieser Tage wurde die große Eisenbahngitterbrücke bei Freiburg in der Schweiz vollendet, d. h. das Gitter vollends hinüber geschoben. Es ist über 600 Fuß lang und ruht auf 6 eisernen, 270 Fuß hohen Pfeilern, ebenfalls von Gitterwerk. Das Ding steht fadelhaft aus. Leute darauf verschwinden zu Mücken. Doch wird die Brücke, außer für die Eisenbahn, nur für Fußgänger, nicht auch für Wagen eingerichtet.

Der „Basler Volksfreund“ erzählt von einem Stutzen mit einer auf eine neue Art angefertigten Patrone. Pulver und Projektil sind miteinander verbunden, die Patrone braucht nicht geöffnet noch ausgeschüttet zu werden, sondern wird ganz in den Lauf gebracht und leicht mit dem Ladstock hinuntergestoßen. Es scheint mit dieses eine sehr wichtige Erfindung zu sein, die gewiß alle Beachtung verdient, indem sehr schnell geladen und gefeuert werden kann, 2—4 Schüsse in der Minute. Es sind 45 Schüsse rasch hintereinander abgefeuert worden, ohne daß ein einziger versagte. Diese Munition ist bei jedem Gewehr mit den gewöhnlichen Kapseln und ohne irgend eine andere Vorrichtung zu gebrauchen.

Die dänische Regierung läßt einen großen Dampfer ausrüsten, um 200 talentvolle junge Leute, theils Zöglinge der polytechnischen Schule, theils Handwerker und sonstige Gewerbetreibende nach London zum Besuche der Ausstellung zu führen. Die ganze Gesellschaft wird während des Ausstellhalts in London an Bord des Schiffes wohnen und beköstigt werden, wodurch die Kosten für die Regierung sich auf ein Minimum beschränken.

Den amtlichen Ausweisen für das Jahr 1860 zufolge, hat in London von je 6,5 Sterbefällen einer in einer öffentlichen Anstalt stattgefunden. 5161 Personen starben in den Armen-Arbeitshäusern (work houses) der Hauptstadt, 4035 in Spitälern und Invalidenhäusern und 41 in Gefängnissen. Von je 12 Sterbefällen kam einer im Armen-Arbeitshaus vor.

Eine wissenschaftliche Expedition in Kaschmir und Mittelasien, unter Kapitän Montgomerie, hat treffliche Arbeiten über die Himalaja-Gletscher geliefert, welche viel großartiger sind, als die der europäischen Alpenwelt. Im Schigar-Thal und anderwärts gibt es deren, die bis zu 36 engl. Meilen lang sind. Es ist zu vermuthen, daß die englischen Touristen, nach Erschöpfung der zahmeren Schönheiten Europa's, sich bald schaarenweise nach Indien wenden werden.

Neueres.

Pfalz. Aus Turin wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Die sogenannte General Hepp, wie wir hören einer der Chefs des Pfälzer Aufstandes von 1848, ist hier angekommen.“ — Es gab keinen Militär Namens Hepp beim Pfälzer Aufstande. Das Mitglied der damaligen provisorischen Regierung, Dr. Hepp, lebt in Zürich naturwissenschaftlichen Studien.

Kurhessen. Wie die heutige „Kasseler Zeitung“ vernimmt, hat der Kurfürst beschlossen, die Entlassungsgesuche der Minister und der Ministerialvorstände anzunehmen. Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums würde das gegenwärtige die Geschäfte fortführen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauer.

Für die isolirten Lateinschulen.

(Eingesandt.) Der bevorstehenden Zusammenkunft der Landräthe wird von Vielen mit hoffnungsvollem Bangen entgegen gesehen. Die Volksschullehrer, die Lehrer an den Gewerbschulen erwarten von ihr eine Aufbesserung ihrer Lage, warum nicht auch die Lehrer an den isolirten Lateinschulen? Ja isolirt sind diese Schulen in das Hartes, traurigste Bedeutung: isolirt durch ihre Zwitterstellung als halb Staats-, halb städtische Anstalten, doppelt isolirt durch die Ausschließung ihrer Lehrer von allen pragmatischen Rechten der Staatsdiener, dreifach isolirt endlich durch die beträchtende Thatsache, daß dieselben mit einem Jahrgehalte von 500 bezieh. zugewiesene 600 fl. sich begnügen müssen, während die Lehrer an vollständigen Anstalten einen Anfangsgehalt von 700 Gulden beziehen. Diese Anstalten sind in den gewerbereichsten Städten*) Unterfrankens durch lokale Bedürfnisse hervorgerufen, aus lokalen Fonds dotirt worden. Der Staat verlangt von den Lehrern derselben den Ausweis über das bestandene philologische Staatsexamen, der vergangene Landtag hat das Bedürfniß einer Aufbesserung derselben anerkannt, die Petenten selbst aber an die Kreisfonds verwiesen. Der Staat hat ferner die Uebernahme solcher Lehrer an Stadtsanstalten zugesichert, und sind Einige schon mit Erfüllung dieser Zusicherung beglückt worden. Aber sollen desshalb die noch in Wirksamkeit stehenden Lehrer an isolirten Lateinschulen auf die Hoffnung einer Aufbesserung verzichten? Sollen sie darauf verzichten im Hinblick auf die Fernsicht, nach zehn oder zwölf Jahren an eine vollständige Anstalt versetzt zu werden? Eine Aufbesserung von je 100 Gulden würde noch nicht 2000 Gulden in Anspruch nehmen, werden die Herren Landräthe zu dieser geringen Mehrausgabe aus guten Gründen ihre Zustimmung verweigern können? Es ist hier nicht der Ort, die gute Wirksamkeit genannter Anstalten nachzuweisen. Jede von genannten Städten hat tüchtige Kaufleute und Industrielle aufzuweisen, die ihre ganze Ausbildung einzig diesen Anstalten verdanken, unter Staatshandbuch nennt manchen hochgestellten ehemaligen Zögling derselben. Wer wäre im Angesichte dieser Thatsachen im Stande, unsere Wünsche und Hoffnungen als unberechtigt zu bezeichnen? Werden die Herren Landräthe es können? Wir versehen uns zu ihrer anerkannten Redlichkeit und Einsicht — sie werden es nicht! —

*) Neustadt, Haßfurt, Hammelburg, Kitzingen, Lohr, Miltenberg mit je zwei Lehrern.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Dienstag, 3. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Wie dem „Fortschritt" aus Oldenburg geschrieben wird, ist von Coburg aus an alle deutschen Wehrvereine die Aufforderung ergangen, das deutsche Schützenfest in Frankfurt a/M. möglichst zahlreich zu beschicken, und sollen die sämmtlichen Wehrleute, die das Fest besuchen, vorher in Coburg zusammentreffen. Aus den vorhandenen Kräften soll eine ein Bataillon formirt werden, um mit diesem nach einigen vorhergegangenen Exerzitien in Frankfurt ein größeres Manöver auszuführen.

Bayern. Zu dem am 22. bis 24. Juni in München stattfindenden bayerischen Central-Turnfest werden mindestens 1000 Turner kommen. Die Bequartierung dieser Turner bietet dem betreffenden Ausschuß einige Schwierigkeit, da bisher nur verhältnißmäßig sehr wenige Privaten Wohnungen zur Verfügung gestellt haben. Man darf aus diesem Umstand nicht auf das Interesse schließen, welches unsere Bevölkerung an dem Feste nimmt, noch weniger ihn als einen Mangel an Gastfreundschaft bezeichnen. In Folge der sehr in die Höhe getriebenen Mietpreise sind eben die meisten Familien, die sonst ein übriges Zimmer für Fremde hatten, genöthigt, sich einzuschränken und entweder kleinere Wohnungen zu nehmen oder von größeren jeden nur immer entbehrlichen Raum wieder zu vermiethen. Man wird deßhalb genöthigt seyn, den größten Theil der fremden Turner in Gasthöfen unterzubringen.

Um den Umständen zu begegnen, welche sich bei der Wiederbenützung unbeschädigt in die Apotheken zurückgebrachter Arzneigläser und Tiegel hat das k. Staatsministerium des Innern auf Grund eingeholter gutachtlicher Aeußerung des kgl. Obermedizinal-Ausschusses folgende Bestimmungen getroffen: 1) Wenn unbeschädigte Arzneigläser in die Apotheke zurückgebracht werden, so ist dem Apotheker gestattet, ohne Rücksicht auf die Qualität oder das Volumen des Glases und die Person des Besitzers als Entschädigung 2 kr. für Reinigen, Korf, Signatur und Tectur in Ansatz zu bringen. 2) Bei Tiegeln wenn in demselben Falle, für Reinigung, Tectur und Signatur eine Entschädigung von 1 kr. — wenn sie nach dem Taxamtz innerhalb des Werthes von 3 kr. fallen — und von 2 kr. — wenn sie diesen Werth übersteigen — bewilligt. Den Spital- und Armenärzten wird in derartigen Fällen zur Pflicht gemacht, ihrer Ordination die Bemerkung „ad vitrum (collam) allatum" beizusetzen.

Die Dienstesinstruktion für die ernon. Bezirksamtsassessoren, welche noch manchen Lesern unbekannt sein dürfte, ist folgende: Der ernonirte Bezirksamtsassessor steht unter der Aufsicht und Leitung des Bezirksamtmannes und hat im Allgemeinen die dienstliche Stellung der Nebendeamten der Bezirksämter, zugleich ist ihm jedoch eine größere Selbständigkeit in der Behandlung einzelner Geschäfte eingeräumt. In der Regel umfaßt die Geschäftsaufgabe des ernonirten Nebendeamten alle der Zuständigkeit der Bezirksämter überwiesenen Verwaltungsangelegenheiten innerhalb des betr. Amtsbezirkes; alle von ihm gefaßten Beschlüsse und getroffenen Anordnungen bedürfen in der Regel der Genehmigung des Bezirksamtmannes, ausnahmsweise sind jedoch einige Geschäftszweige der ausschließenden Kompetenz des Bezirksamtsassessor zur selbständigen Erledigung unter eigener Verantwortlichkeit überwiesen. Der ausschließenden Kompetenz des Bezirksamtmanns sind vorbehalten: die auf die Landtagswahlen Bezug habenden Geschäfte; die Landtagsangelegenheiten; die Geschäfte in Bezug auf die Geschwornenliste; die Verpflichtung und Qualifizirung der Gerichts- und prakt. Aerzte; die distriktiven Angelegenheiten, namentlich die Leitung der Versammlungen des Distriktsrathes und des Distriktsarmenpflegschaftsrathes, sowie ihrer Ausschüsse; der ernonirte Bezirksamtsassessor soll jedoch den deßfallsigen Berathungen beiwohnen, um die nothwendigen Aufschlüsse zu ertheilen; die Erlassung distriktspolizeilicher Anordnungen; die Militärkonskription; die Landwehrangelegenheiten; die Installation der Pfarrer; Unionsvolkszählung und die Erstattung der periodischen Verwaltungs- und Rechenschaftsberichte; das administrative Tax- und Devositenwesen. Zur selbständigen Behandlung unter eigener Verantwortlichkeit ist dem ernon. Bezirksamtsassessor überwiesen: die Verpflichtung neuaufgenommener Staatsbürger auf die Staatsverfassung; die Sicherheits- und Fremdenpolizei; die Ausstellung von Heimathscheinen, Reiselegitimationen, Arbeits- und Dienstbotenbüchern, die Bestätigung der Leumunds- und anderer Zeugnisse, sowie die Visirung der Urlaubsscheine der Militärpersonen; die Ausstellung der Jagdkarten; die Kontrole der Beschaffenheit der Lebensmittel; die Revision der Gemeinde- und Stiftungsrechnungen; die Revisionsbescheide sind jedoch dem Bezirksamt zur Genehmigung zu unterbreiten; die Ertheilung der Kuratelgenehmigung in Gemeinde- und Stiftungsangelegenheiten, soweit sie von den Unterbehörden anzugehen hat, sowie die Feststellung der Etatsvariauten und der Jahresrelata der Lokalarmenpflegen; die Jagdvachtverhandlungen bezüglich der Gemeindejagden; die Vornahme der Gemeinde- und Kirchenverwaltungswahlen, wobei die gesetzlich erforderliche Bestätigung von dem Bezirksamte zu erholen ist, dann die Verpflichtung und Einweisung der Gewählten; die Gemeindevisitationen, wovon jährlich ein Drittheil in angemessenem Wechsel von dem Bezirksamtmanne vorzunehmen ist; die Schulvisitationen, wovon in gleicher Weise ein Drittheil dem Bezirksamtmann obliegt; das Fassionswesen der Pfarreien und sonstigen geistlichen Pfründen, der Schul- und Mesnerdienste; die Theilnahme an den Berathungen des landwirthschaftlichen Bezirksvereins, nach Maßgabe der Satzungen des landwirthschaftlichen Vereins vom 9. Nov. 1850 §. 33; die Ertheilung der Bewilligung zum Leichentransporte nach der Min.-Entschl. vom 13. April 1859; bei allen dringenden Vorfällen, als bei Elementarereignissen, ansteckenden Krankheiten, Viehseuchen, bei dringenden Bausallverordnungen u. dgl. die Erlassung und sofortige Durchführung der nöthigen Maßregeln (dem Bezirksamte ist jedoch von der getroffenen Anordnung baldmöglichste Anzeige zu erstatten); in dringenden Fällen die Korrespondenz mit anderen Behörden; die Erledigung von Ladungen und Berechnungen auf Grund von Requisitionen. — Geschäftsgang. Der ernonirte Bezirksamtsassessor hat alle nicht ausdrücklich der Kompetenz des Bezirksamts oder der selbständigen Behandlung des ernonirten Nebendeamten überwiesenen Verwaltungsangelegenheiten vollständig zu instruiren, die definitiven Beschlüsse zu entwerfen und diese dem Bezirksamte mit den betreffenden Verhandlungen vorzulegen; mit den vom Bezirksamtmanne festgestellten und unterzeichneten Beschlüssen gehen die Verhandlungen an den ernonirten Bezirksamtsassessor zur weiteren Beschäftigung zurück. Der Bezirksamtmann kann auch in den seiner ausschließenden Kompetenz überwiesenen Angelegenheiten die Erledigung einzelner Geschäfte dem ernonirten Bezirksamts-Assessor, so weit sie dessen Bezirk betreffen, übertragen. Andererseits ist es belugt, jederzeit von den selbständigen Geschäften des ernonirten Bezirksamts-Assessors Einsicht zu nehmen, etwaige Bedenken demselben mitzutheilen und nach Umständen der vorgesetzten k. Kreisregierung hierüber Bericht zu erstatten. Der Geschäftsgang zwischen dem ernonirten Bezirksamts-Assessor und dem betreffenden Bezirksamte ist wie innerhalb des Amtes. Bezüglich der Einhaltung der Amtsstunden, der Vertretung des Amtsbezirkes, der Abhaltung von Amtstagen außerhalb des Amtssitzes und bezüglich des Verkehrs mit den Amtsuntergebenen finden die Bestimmungen der §§. 13 bis 16 der allerh. Verordnung vom 24. Februar 1862 auch auf die ernonirten Bezirksamts-Assessoren Anwendung. Die schließlichen Bestimmungen betreffen das Hilfspersonal und die Regie.

Regensburg. Bei dem zahlreich besuchten dritten Anwaltstag wurde von Seite des Vorstands über die bisherige Thä-

Digitized by Google

tigkeit des Anwaltsrathes Bericht erstattet. Eine äußerst lebhafte Debatte veranlaßte den Entwurf einer Anwaltsordnung, in dessen Text die Prinzipienfrage der Freigebung der Advokatur enthalten war, es wurde jedoch schließlich der Grundsatz der Nichtfreigebung mit großer Majorität angenommen, ebenso der übrige Entwurf ohne wesentliche Aenderung und beschlossen, der k. Staatsregierung Vorlage zu machen. Ueber den Antrag: die zu Notaren ernannten Anwälte an der Advokaten-Wittwen- und Waisenkasse theilnehmen zu lassen, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

= **Oesterreich.** (Korr.) Die dritte Sektion des Finanzausschusses hat sich gestern Abend in einer dreistündigen Sitzung über den, eine Kreditbewilligung von 50 Mill. betreffenden Gesetzentwurf in der Hauptsache mit dem Finanzminister verständigt. Doch soll der Entwurf nicht unwesentliche Aenderungen, besonders in der Richtung erfahren haben, daß die Annahme desselben nicht einem moralischen Drucke auf das Haus gleich kommt, nunmehr auch die Konvention mit der Bank wegen Erneuerung ihres Privilegiums zu genehmigen. Das Plenum des Ausschusses hielt heute Vormittag eine Sitzung, in welcher die Anträge der Sektion angenommen worden sein sollen. — Die preußische Antwort auf die österreichische Denkschrift bezüglich des zwischen den Regierungen von Paris und Berlin abgeschlossenen Handelsvertrages ist hier eingetroffen. Wie wir hören, ist dieselbe so abgefaßt, daß sie durchaus keinen Anhaltspunkt zu weiteren Verständigungsversuchen bietet, indem sie sich einfach darauf beschränkt, die von Oesterreich geltend gemachten Bedenken abzuweisen, nicht aber zu widerlegen. — Gutem Vernehmen nach hat das Oberlandesgericht, das von der untern Instanz in dem ersten der beiden komplicirten Preßprozesse wider die Angeklagten Graf (Eigenthümer des „Wanderer"), Dr. Falk, Dr. Chlosich u. s. w. gefällte Urtheil seinem vollen Umfange nach bestätigt. Das oberrichterliche Erkenntniß ist jedoch den betheiligten Personen bis jetzt noch nicht zugestellt worden. — Ritter von Ojicki hat seine schwere Kerkerstrafe bereits angetreten und sind ihm, wie wir vernehmen, sogar die Ketten nicht nachgesehen. Zudem ist das Erscheinen des „Poster" stifirt, weil Ojicki noch Eigenthümer auf dem Blatte genannt wird. — Aus dem Sümeger Komitat wird dem „Pest. Lloyd" geschrieben, daß sich die Einwohner des von Kapospar eine Stunde entfernten Dorfes Taffar dieser Tage der Durchführung der Kommassation, welche durch ein rechtskräftiges Urtheil angeordnet worden war, widersetzten. Die betreffende Gerichtskommission und der entsendete Ingenieur konnten ihre Arbeiten nicht beginnen und es mußten 30 Mann Uhlanen requirirt werden, um die Widerspenstigen von der gewaltthätigen Verhinderung der Kommassationsarbeiten abzuhalten. Als aber das Militär ankam, wurde es von den durch bis jetzt unbekannte Agitatoren aufgehetzten Bauern angegriffen. Die Uhlanen machten hierauf von ihren Waffen Gebrauch und zerstreuten die Zusammengerotteten, wobei mehrere theilweise lebensgefährliche Verwundungen vorkamen. Die Rädelsführer wurden verhaftet, und die Kommassationsarbeiten unter dem Schutze des Militärs begonnen.

Die heutige „Triester Ztg." veröffentlicht die Hauptbestimmungen des türkisch-österreichischen Handelsvertrages. Die die Schiffahrt betreffenden Bestimmungen stimmen mit jenen im türkisch-englischen und türkisch-französischen Vertrage überein. Der Einfuhrzoll zu Lande wurde auf 6 pCt. herabgesetzt. Das österreichische Salz wird in Bosnien und der Hercegowina gegen 20 pCt. Einfuhrzoll zugelassen.

Preußen. Die Adreßkommission hat ihre Arbeiten beendet und mit 20 gegen 1 Stimme den Entwurf von Mitgliedern der deutschen Fortschrittspartei mit wenigen Aenderungen in nachstehender Fassung angenommen: Im Beginne unserer Berhandlungen legt uns die unverbrüchliche Treue gegen die Krone und das dringende Verlangen des Volkes die Pflicht auf, Ew. Majestät unsere Ueberzeugung über die gegenwärtige Lage des Landes ebenso mit loyalem Freimuth, wie in tiefster Ehrfurcht darzulegen. Vor Allem fühlen wir uns gedrungen, auszusprechen, daß inmitten der Bewegung der letzten Monate die Ehrfurcht und die Treue gegen die Monarchie als unerschütterliche Grundlage aller Bestrebungen des Volkes feststeht, und daß in der Tiefe und Wärme dieses Gefühls keine Klasse der Bevölkerung, keine der großen politischen Parteien hinter der andern zurückbleibt. Das preußische Volk weiß sich Eins mit seinem Könige, es will sich Eins mit ihm wissen für alle Zeit. Nachdem die Militärvorlagen und eine gewisse Unsicherheit über die künftige Richtung der preußischen Politik die Gemüther lange beschäftigt hatten, erfolgte die Auflösung des Hauses der Abgeordneten und die Umgestaltung des Ministeriums unter Umständen, welche das Land über die sachlichen Gründe der Krisis unbelehrt ließen; es erfolgten die Wahlerlasse des neuen Ministeriums und anderer Behörden, wodurch nicht nur den Beamten die freie Betheiligung an der Wahlbewegung verkürzt und an manchen Stellen auf das Wahlrecht der übrigen Staatsbürger ein nicht gesetzlicher Druck geübt, sondern auch der geheiligte Name Ew. Majestät in den Streit der Parteien hineingezogen und ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen Königthum und Parlament aufgestellt wurde. Die mehrfach gemachte Unterstellung, als ob ein großer Theil der Volksvertretung uns mit ihr der preußischen Wähler sich feindlicher Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig machen könnte, verkennt den tief monarchischen Grundzug der Nation, in welchem das Königthum seine stärkste Wurzel treibt; sie widerstreitet dem Rechts- und Wahrheitsgefühle des Volks, welches nicht anarchischer Umsturzgelüste verdächtig gemacht zu werden vermeint. Ew. K. Maj. bitten wir unterthänigst, keinen Widerspruch finden zu wollen zwischen der begeisterten Liebe, welche das ganze Land E. M. jederzeit entgegengetragen hat, und zwischen einem Ergebniß der Wahlen, welches unzweifelhaft gegen einzelne Anschauungen und Maßregeln der k. Staatsregierung gerichtet war. Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Das preußische Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an die Krone eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmäßiges Recht. Es ersehnt den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung und zur höheren Entwickelung der Volksfreiheit nothwendigen Gesetze, die Sicherung des Staats und der Schule gegen kirchliche Uebergriffe, die verfassungsmäßige Beseitigung des Widerstandsrechts, welchen bisher ein Faktor der Gesetzgebung diesem Verlangen entgegengestellt hat. Weit entfernt, in eine Prärogative der Krone einzugreifen, glauben wir die Krone nur zu stärken und zu stützen, indem wir E. M. in tiefster Ehrfurcht die Ueberzeugung aussprechen, daß keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bedürfnissen der Nation widerstrebt, die unterwahren Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal die Machtstellung Preußens in Deutschland und in Europa vorzugsweise auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruht. In dem Bewußtsein, daß nur auf diesem Wege eine wahrhaft konservative und monarchische Politik durchgeführt werden kann, richten wir an das väterliche Herz E. M. die ehrfurchtsvolle Bitte, durch hochsinnige Gewährung der nationalen Wünsche Ihrem getreuen Volke den inneren Frieden zu sichern und in der vollen Einigkeit von Regierung und Volk E. M. erhabenen Ahne wie dem Vaterlande neuen Glanz und eine größere Zukunft zu bereiten. In tiefster Ehrfurcht ersterben wir u. s. w.

Die Auslassung eines Passus über die kurhessische Frage im Adreß-Entwurf wird nicht schlechthin gebilligt und die „Nationalzeitung" gibt bereits diesem Tadel Ausdruck. An Gelegenheit auf diese Frage zurückzukommen, wird es nicht fehlen, denn Graf Bernstorff sorgt zu trotz aller Marschbereitschaft nach Kräften dafür, daß dieselbe so bald noch nicht zur Ruhe kommt, vielmehr als Denkmal der berühmten preußischen halben Maßregeln erhalten bleibt.

Das jüngst errichtete Brandenburg-Denkmal in Berlin, so wird der „D. Allg. Z." geschrieben, ist künstlerisch aller Anerkennung werth, und macht es im Ganzen einen nichtssagenden Eindruck, so liegt die Schuld davon an dem Verewigten. In dem Grafen Brandenburg eine hohe Idee, der Nachwelt würdig, auszumeißeln, war wohl nicht möglich; das Denkmal hat sich eine Partei errichtet zur Erinnerung an eine Zeit ihres Triumphes.

Sachsen. Die Kammern, obwohl man von denselben in dieser Woche nichts hört, sind dennoch sehr thätig. Die Deputation der zweiten Kammer berath sehr eifrig in täglichen Sitzungen über den Handelsvertrag, für den sieben Referenten bestellt sind. Das schon durch die Ansprache des Präsidenten prognostizirte Ergebniß, die Annahme des Handelsvertrags, unterliegt keinem Zweifel. — In der letzten Generalversammlung der deutschen Buchhändler zu Leipzig wurde die Abkürzung der Schutzfrist für die Werke der vor dem Jahre 1847 verstorbenen Schriftsteller zur Sprache gebracht. Sie endet im übrigen Deutschland 1867, in Sachsen erst 1874. Der Verein Leipziger Buchhändler hat die Regierung um ein Gesetz zur Abkürzung dieser Frist ersucht.

Kurhessen. Im Laufe dieser Woche wird der Kurfürst eine Reise nach Wien antreten. Es ist dort bereits im Hotel de Ligne vom 8. Juni an Quartier für ihn bestellt. Die Reise hat wohl nur insofern Bedeutung, als man daraus folgern kann, daß bis zu deren Antritt die Ministerkrisis beendigt ist. Ob der Besuch in Wien einen besonderen Zweck hat, wissen wir nicht, halten es aber nicht für glaubhaft; wahrscheinlich macht der Kurfürst von dort aus seine mehrerwähnte Reise auf seine Güter in Böhmen.

Digitized by Google

Man sagt, daß der Kurfürst den Schwager des Herrn Abée, den bekannten Lobredner der sechziger Verfassung Dehn-Rotfelser und den ersten Rath des Herrn Abée im Justizministerium Geh. Justizrath Pfeiffer als die Männer ins Auge gefaßt hat, welche die Verfassung von 1831 wieder zu Ehren bringen sollen. Vielleicht wird dann noch Hassenpflug, der Schwiegervater des Herrn Volmar, als Gesandter nach Berlin geschickt. Auf diese Weise bliebe wenigstens die hessische Regierung in der Familie, und man hätte es in Berlin nicht so schwer, sich in der neuen Lage der Dinge zu orientiren.

Schweiz.

In Rorschach wurde am 29. Mai die dritte Versammlung der Feuerwehrkorps am Bodensee gehalten. Neben Württemberg, Baden, Bayern und Oesterreich war dabei eine große Anzahl schweizerischer Kantone vertreten, so daß bei dem großartigen Festzug gegen 800 Feuerwehrmänner gezählt wurden. Bei der den Uebungen vorausgegangenen Berathung hatten sich Bevollmächtigte von 38 Korps eingefunden. Dabei kam ein gedruckter Vortrag des Vorstandes der Friedrichshafener Feuerwehr, Schröter, zur Vertheilung, welcher das Wesen und die Wirkungsart der Feuerspritzen zum Gegenstand hatte; auch erging eine Einladung zu dem im Laufe des nächsten August in Augsburg stattfindenden großen deutschen Feuerwehrfest von einem Abgeordneten dieser Stadt. Der Nachmittag war Uebungen mit neuen Löschgeräthschaften, sowie geselliger Unterhaltung gewidmet, bis spät am Abend ein Dampfschiff um das andere, reich beflaggt und unter Kanonendonner, dir Kameraden über den See ihrer Heimath zuführte. Das von mindestens 4000 Zuschauern besuchte Fest verlief mit demjenigen Takte, welchen wir in der Schweiz bei öffentlichen Versammlungen zu finden gewohnt sind. Schließlich ermangeln wir nicht, die Aufmerksamkeit hervorzuheben, welche die Regierung des Kantons St. Gallen dem Fest durch Absendung einer Abtheilung Artillerie geschenkt hat.

Portugal.

Den letzten Nachrichten aus Portugal zufolge, sagt die „Correspondencia", sind die Unruhen noch nicht gedämpft. Das Feuer zwischen den Truppen und den Aufständischen währte von Morgens 6 Uhr bis zum Abend und fing den andern Tag auf's neue an. Ein Pfarrer, der die Trommel schlug, wurde von einem Soldaten getödtet.

Türkei.

= Nach der „Oſtd. Poſt" iſt in Belgrad am 26. ein neuer Gewaltakt vorgekommen. Diesmal waren es Serben, die einen Türken angriffen und ihn ſo ſchwer verwundeten, daß er am nächſten Tage ſtarb. Ueberhaupt mehren ſich die Anzeichen, daß die Erbitterung zwiſchen Serben und Türken bald einen Höhepunkt erreicht haben wird, der eine Zügelung der Leidenſchaften nicht lange mehr geſtatten wird.

Rußland und Polen.

Die jungen Leute oder Knaben in Warſchau, welche im botaniſchen Garten einer Dame auf das lange Schleppkleid traten, ſind wegen politiſcher „Demonſtration" verurtheilt worden, weil ſie der Dame auf ihre Beſchwerde entgegneten, ein Schleppkleid erfordere auch einen Pagen, der es trage; ſo ſei es zu den Zeiten Ludwigs XIV. geweſen. Krzyanowski hat die Verbrecher zu je 24 Ruthenhieben verurtheilt und die Vater eines derſelben, der Chef in der Schatzkommiſſion, Staatsrath Drewnowski hat ſeine Demiſſion zugeſchickt bekommen. Die Mütter der jungen Leute, von denen der älteſte 15 Jahre alt iſt, haben ſich über dieſes Dekret in einer Audienz beim Statthalter mit großer Heftigkeit beſchwert und endlich erwirkt, daß der Statthalter es rückgängig gemacht hat.

Volkswirthſchaftliches.

Nach einer Mittheilung im Juniheft der „Zeitſchrift des landwirthſchaftl. Vereins in Bayern" hat der Anbau von Tabak im Königreiche Bayern im verfloſſenen Jahre 1861 gegen 1860 wiederum um ein erhebliches abgenommen, nämlich um 2480 Tagwerke oder um mehr als 20 pCt. Während im Jahre 1856 noch 15,519 Tagwerke in Bayern mit dieſer Handelspflanze beſtellt waren, ergibt ſich für 1861 nur mehr noch eine Ausdehnung von 9096 Tagw. Den ausgedehnteſten Tabaksbau haben unter den einzelnen Regierungsbezirken noch die Pfalz mit 6070 und Mittelfranken mit 2960 Tagwerken. Auf 10,000 Tagwerken Ackerland kommen daſelbſt und zwar in der Pfalz 73, in Mittelfranken 28 und im ganzen Staate 11 Tagwerke mit Tabak bebaut. Geerntet wurden im Ganzen an trockenen Blättern im vorigen Jahre beiläufig 56,266 bayeriſche Ztr. oder etwa 6½ Ztr. durchſchnittlich vom Tagwerke. Die Preiſe des Tabaks haben im verwichenen Jahre etwas angezogen und ſind ſo ziemlich jenen vom Jahre 1859 nahegekommen. Mittelwaare wurde in der Pfalz um 11 fl. 52 kr., in Mittelfranken um 9 fl. 22 kr. verkauft. Für das ganze Königreich ſtellt ſich der mittlere Durchſchnittspreis für den Ztr. getrockneter Blätter auf 11 fl. 21 kr. Man wird den Erlös, welchen die Tabakproduzenten aus der vorjährigen Ernte in Bayern gemacht haben, immerhin in runder Summe auf mindeſtens 600,000 fl. veranſchlagen dürfen.

(Der Maulwurf ein Wohlthäter und kein Miſſethäter.) Unter allen Thieren, die ihre Jungen ſäugen, iſt der Maulwurf das einzige, das ſeiner Nahrung allein in dunkeln Gängen unter der Erde nachgeht. Und an dem einen iſt's zu viel, wird mancher ſagen, der an ſeine Felder und Wieſen denkt, wie ſie mit Maulwurfshügeln bedeckt ſind, wie der Boden zerwühlt und durchlöchert wird, wie die Gewächſe oben abſterben, wenn das heimtückiſche Thier unten an den Wurzeln weidet. Nun ſo wollen wir denn Gericht halten über die Miſſethäter. — Wahr iſt es und nicht zu leugnen, daß er durch ſeine unterirdiſchen Gänge ihn und wieder den Boden durchwühlt und ihm etwas an ſeiner Feſtigkeit raubt. Wahr iſt es ferner, daß durch die herausgeſtoßenen Grundhaufen viel fruchtbares Land bedeckt und die darunter liegenden Keime im Wachsthum gehindert, ja erſtickt werden können. Dafür iſt jedoch in einer fleißigen Hand der Rechen gut. Aber, wer hat's geſehen, daß der Maulwurf die Wurzeln abbeißt? wer kann's behaupten? Nun man ſagt ſo: Wo die Wurzeln abgenagt ſind und die Pflanzen ſterben, wird man auch Maulwürfe finden, und wo keine Maulwürfe ſind, geſchieht das auch nicht. Folglich thut's der Maulwurf. — Der das ſagt, iſt vermuthlich der Nämliche, der einmal ſo behauptet hat: Wenn im Frühlinge die Fröſche zeitlich quacken, ſo ſchlägt auch das Laub bei Zeiten aus. Wenn aber die Fröſche lange nicht quacken, ſo will auch das Laub nicht kommen. Folglich quacken die Fröſche das Laub heraus. Seht doch, wie man ſich irren kann! Aber da kommt ein Advokat des Maulwurfs, ein erfahrener Landwirth und Naturbeobachter, der ſagt ſo: Nicht der Maulwurf frißt die Wurzeln ab, ſondern die Quarken oder Engerlinge, die unter der Erde ſind, aus welchen hergach die Maikäfer und anderes Ungeziefer kommen. Der Maulwurf aber frißt die Quarken und reinigt den Boden von dieſen Feinden. Jetzt wird es alſo begreiflich, daß der Maulwurf immer da iſt, wo das Gras und die Pflanzen ſind und abſterben, weil die Engerlinge da ſind, denen er nachgeht und die er verfolgt. Und kann muß er's gethan haben, was dieſe anſtellen, und bekommt für eine Wohlthat, die er euch erweiſen will, des Henkers Dank. Das hat wieder einer in der Stube erfunden oder aus Büchern geleert, werdet ihr ſagen, der noch keinen Maulwurf geſehen hat. Halt, guter Freund! der das ſagt, kennt den Maulwurf beſſer als ihr alle, und eure beſſen Scharfmäuler, wie ihr ſogleich ſehen werdet. Denn ihr könnt zweierlei Proben anſtellen, ob er die Wahrheit ſagt. Erſtlich, wenn ihr dem Maulwurf ins Maul ſchaut. Denn all' vierfüßigen oder Säugethiere, welche die Natur zum Nagen am Pflanzenwerk beſtellt hat, haben in jeder Kinnlade oben und unten nur zwei einzige, und zwar ſcharfe Vorderzähne und gar keine Eckzähne, ſondern eine Lücke bis zu den Stockzähnen. Alle Raubthiere aber, welche andere Thiere fangen und freſſen, haben ſechs und mehr ſpitzige Vorderzähne, dann Eckzähne auf beiden Seiten und hinter dieſen zahlreiche Stockzähne. Wenn ihr nun das Gebiß eines Maulwurfs betrachtet, ſo werden ihr finden: Er hat in der obern Kinnlade ſechs und in der untern acht ſpitzige Vorderzähne und hinter denſelben Eckzähne auf allen vier Seiten, und daraus folgt: Er iſt kein Thier, das an Pflanzen nagt, ſondern ein kleines Raubthier, das andere Thiere frißt. — Zweitens, wenn ihr einem getödteten Maulwurf den Bauch aufſchneidet und in den Magen ſchaut. Denn was er frißt, muß er in dem Magen haben, und was er im Magen hat, muß er gefreſſen haben. Nun werdet ihr, wenn ihr die Probe machen wollt, nie Wurzelfaſern, oder ſo etwas in dem Magen des Maulwurfs finden, aber immer die Häute von Engerlingen, Regenwürmern und andern Ungeziefer, das unter der Erde lebt. Wie ſteht's jetzt aus? Wenn ihr alſo den Maulwurf recht fleißig verfolgt und mit Stumpf und Stiel verfolgen wollt, ſo thut ihr euch ſelbſt den größten Schaden und den Engerlingen den größten Gefallen. Da können ſie alsdann ohne Gefahr eure Wieſen und

Digitized by Google

Felder verwüsten, wachsen und gedeihen, und im Frühjahr kommt alsdann der Maikäfer, frißt euch die Bäume kahl wie Besenreis und bringt euch zur Vergeltung des Kukuks Dank und Lohn. — So sieht's aus! F.

Im Zuckerhospital in Leipzig gibt es bereits reife Trauben. An der Wand des Gebäudes, in welchem die Dampfmaschine für die Badeanstalt, Küche rc. steht, werden durch die ausströmende Wärme Weintrauben früh gezeitigt. Vor vierzehn Tagen schon konnte die erste reife Traube abgenommen worden, in diesen Tagen waren wieder mehrere reif.

Nichtpolitische Zeitung.

In Preußen tragen seit dem 24. Mai die Eisenbahn-Inspektoren auf den königlichen Bahnen rothe Mützen. Es soll dies zur Bequemlichkeit des Publikums dienen, damit daßelbe, hat es auf den Stationen Wünsche auszusprechen oder Beschwerden anzubringen, mit leichter Mühe an die richtige Schmiede gelangen kann, was namentlich an den Orten eine wesentliche Erleichterung bietet, wo die Züge nur wenige Minuten anhalten.

Eine der größten Münzseltenheiten ist eine Silbermünze, die im Jahre 1751 zu Breslau geprägt worden war. Bei der dortigen Münze war ein Oesterreicher angestellt, der aus Haß gegen Friedrich II. von Preußen, welcher durch Eroberung die Provinz Schlesien an sich gerißen, sich auf folgende gestrieche Weise an ihm rächte. In der Devise theilte er die Worte: „Ein Reichsthaler" auf folgende Weise ab: „Ein Reich stahl er." Diese injuriösen Thalestücke wurden auf Befehl des Königs eingeschmolzen; doch existiren noch einige dieser Münzen, die von Liebhabern mit Gold aufgewogen werden.

Neueres.

Bayern. Am 31. Mai beging der Münchener Philologenverein in den festlich geschmückten Räumen der Westerhalle die Feier des fünfzigjährigen Bestandes des philologischen Seminars mit einer musikalischen Soirée. Unter Blumengewinden war das Bildniß von Friedrich Thiersch, des Seminargründers, sichtbar. Eine große Anzahl gewählter Gäste, vorzüglich dem Lehrstand angehörig, hatte sich eingefunden; an ihrer Spitze der derzeitige Verweser des Kultusministeriums, Staatsrath v. Fischer. Die musikal. Produktionen, zum Theil von Mitgliedern des Konservatoiums, zum Theil von akadem. Gesangvereinen ausgeführt, boten einen reichen ästhetischen Genuß. Die Zwischenpausen wurden mit Reden und Toasten ausgefüllt; aus denen wir hier nur der trefflich gesprochenen Festrede des Kandidaten Stanger gedenken, der die Bedeutung des philologischen Seminars für die bayerische Staatspädagogik hervorhob, und dabei die großen Verdienste seines Gründers, Friedrich Thiersch, mit warmen, von Verehrung gegen den Dahingeschiedenen erfüllten, Worten schilderte. (A. Z.)

Oesterreich. Das Unterhaus hat das Finanzgesetz nach dem Antrag des Ausschußes angenommen.

Frankreich. Der „Moniteur" berichtet, daß Hr. v. Bismark-Schönhausen dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

England. Im Unterhause beantragte Lacy Evans eine Resolution, der zufolge die Stellen von Regiments-Kommandeuren hinfort nicht mehr käuflich sein, sondern diese von dem Oberbefehlshaber des Heeres ernannt werden sollen. Der Kriegsminister Lewis spricht gegen den Antrag. Derselbe, bemerkt er, bilde nur einen Theil einer umfaßenderen Frage, nämlich der, ob es rathsam sei, das System des Stellenkaufs im Heere überhaupt beizubehalten. Dieses System aber habe seine Vortheile und das Heer selbst sei ihm, wie er glaube, nicht abhold. Dieß habe sich in Ostindien gezeigt, wo es ursprünglich nicht vorhanden gewesen, jedoch freiwillig eingeführt worden sei. Auch Lord Palmerston spricht für das System des Stellenkaufs, welches theoretisch vielleicht verwerflich sein möge, sich jedoch in der Praxis bewährt habe. Die Resolution wird schließlich mit 247 gegen 62 Stimmen verworfen.

Italien. Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein Dekret, welches die zwei ersten Bataillone Freiwilliger der Nationalgarde auflöst. Ein anderes Dekret verfügt die Einreihung der Tiber-Jäger in das reguläre Heer. — Die „Unita italiana" vom 29. Mai verbürgt folgende Nachricht: „General Garibaldi hatte vor seiner Abreise nach Lecco eine Depesche von der Regierung empfangen, die den ausdrücklichen Befehl enthielt, seine Reisen, die keinen anderen Zweck hätten, als die Schützenvereine zu organisiren, definitiv einzustellen. Garibaldi antwortete auf der Stelle durch den Telegraphen: „Ich bin Joseph Garibaldi, italienischer Bürger. Ich kann von einem Ende der Halbinsel zum andern reisen; man verhafte mich, wenn man mich meiner Freiheit berauben will."

Amerika. Der Sonderbunds-Präsident Jefferson Davis hat der Legislatur Virginien's erklärt, daß er nicht die Absicht habe, seine Truppen aus Virginien herauszuziehen; wenn aber Richmond falle, so würde der Krieg, doch noch zwanzig Jahre (?) lang in dem virginischen Gebiete fortgesetzt werden können.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stadel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	78 P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53¾ P.
„	4½ pCt.	47⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅞ 103⅝ G.
„	4 pCt. Obl. ljähr. dto.	101⅜ 100¾ G
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	103⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¼ G.
„	3 pCt. Obl.	95½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à n. 2. 30	49⅜ P.
„	3 pCt. „ „	43¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1231½ P.		
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	753 P. 750 G.		
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 G. o.D.		
Bayerische Bank à fl. 500	—		
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	217—218½ G.	Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81½ P.	Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88 G.	Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 G. o.D.	Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	73 P. 73¾ G.	Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Oest. Fl. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 98 kr.	299 P.	Hamb. Mk. 100 k. S.	88½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 P.	Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
„ Elisth.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 P. 78½ G.	London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32½ P.	Lyon Frs. 200 k. S.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135⅝ P.	Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.	Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.	Triest fl. 100 k. S.	—
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G. o.D.	Wien fl. 100 S. W.	—
Span. Handels- und Industrie . .	515 P.	do. 2 à 6 W.	—
„ Credit-Akt. d. Ges. Peresire .	330 P.	do. in Cst. W. t. S.	90¼—⅜ G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	107 P.	Disconto	3 pCt. G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106¼ G.		
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¼ P.		

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	73½ P.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	120 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	101 P.	Verein.-Loose fl. 10.	24 P.
Badische fl. 35	—	Anh.-Gunzenh. fl. 7-1.	12½ P.]

Frankfurt, 2. Juni. Für österr. National und Kreditaktien zeigte sich viele Kauflust zu höheren Kursen. Auch Darmstädter Bankaktien wurden besser bezahlt. Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. 5pSt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pSt. Einzahlung wurden zu 94½ bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91⅝, ½ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Staats'

neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 154. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Mittwoch, 4. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Ein Nassauer Blatt bringt aus der Feder eines Schweizers folgenden Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz. In unserer kleinen Schweiz stoßen alle möglichen Gegensätze viel unmittelbarer auf einander, als in dem weiten Deutschland. Die Gebirge, von denen man sagt, daß sie die natürlichsten Grenzen bilden, haben wir gerade in der Mitte, im Herzen unseres Landes, und zwar in mächtigster Gestalt. Die Bevölkerung unseres Bundesgebietes gehört nicht einem einzigen Volksstamme an, sondern schlicht drei Hauptnationalitäten Europas in sich. Die entwickelste Industrie grenzt an die primitive Viehzucht, das schärfste städtische Bewußtsein erhebt sich den stolzesten Bauernschaften gegenüber. Die reformirten und katholischen Konfessionen stehen ohne die in Deutschland vermittelnde lutherische Richtung in kompakten Massen oft in demselben Kanton nahe neben einander. In mehreren Kantonen sind Landestheile von extrem entgegengesetzten religiösen, sozialen und kulturhistorischen Richtungen zu Einer Stimme am Bunde vereinigt. In den Verfassungen der einzelnen Bundesglieder herrscht die allergrößte Mannigfaltigkeit. Manche Kantone, wie besonders Graubünden, stellen für sich selbst wieder eine reich und verschieden gegliederte föderale Welt dar. Die deutschen Zustände erscheinen dagegen in ihrer konstitutionellen Schablone fast monoton. Und doch, welcher Unterschied in Betreff des föderalen einigen Geistes zwischen unserer Eidgenossenschaft und Ihrem Bunde! Geben Sie dies nicht der sogenannten europäischen Stellung Ihrer beiden „Großstaaten" zur Schuld. Zwischen Frankreich und Rußland ist nur das gesammte, wohl verbündete Militäreuropa noch eine Großmacht. Wenn Deutschland sich nicht gleich uns zu föderaler Einsicht und Tugend erhebt, muß auch das kurzsichtigste Auge seinen Untergang voraussehen. Da dies unser eigenes Verderben sein würde, betrachten wir mit der größten Theilnahme alle bundestreuen Bestrebungen Ihres großen, aber durch Uneinigkeit ohnmächtigen Vaterlandes.

In Hamburg findet am 15. und 16., in Gera am 15. große Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins statt. Nach Hamburg gehen von Ausschußmitgliedern des Vereins Bennigsen und Miquel (aus Göttingen), nach Gera Fries (aus Weimar), Georgi (aus Eßlingen) und Metz.

Bayern. S. M. der König hat unterm 28. Mai die Besetzung der Bezirksgerichte in den Landestheilen diesseits des Rheins vom 1. Juli d. J. anfangend festgestellt, wie folgt:

Oberbayern: Bezirksgericht Aichach: Direktor A. F. Ebenhöch, B.-G.-D. in Aichach; Räthe: 1) A. Pachmayer, B.-G.-R., 2) H. Weiß, B.-G.-R., in Aichach, 3) F. Schrof, B.-Amt.-R. in Schrobenhausen, und 4) F. X. Birner, Lkg.-Ass. in Pfaffenhofen; Assessoren: 1) G. Seefelding, B.-G.-Ass., 2) J. Wiedemann, B.-G.-Ass., und 3) P. v. Schmitt, B.-G.-Ass. in Aichach; Sekretäre: 1) H. Harlander, B.-G.-Sekr., 2) K. Paulus, B.-G.-Sekr. und 3) M. Ecker, Exped. und Taxbeamter am B.-G. in Aichach; Gefängnißwärter: K. Schmidt, Eisenmeister in Aichach; Bote: M. Liebl, B.-G.-B. in Aichach. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: A. Gilitzer, B.-G.-Schreiber in Aichach. Bezirksgericht Freising: Direktor: A. Nero, 1. Staatsanwalt am B.-G. in Aichach; Räthe: 1) K. A. Lehner, B.-G.-R. in Aichaffenburg, 2) K. Freundorfer, B.-G.-R. in Aichach, 3) St. Schleissinger, App.-G.-Ass. und 4) Th. Mayer, App.-G.-Sekr. in Freising; Assessoren: 1) J. P. Sperger, Bez.-Unterf.-A. in Freising, 2) F. Sailer, B.-G.-Ass. in Weilheim und 3) D. Harlander, B.-G.-Ass. in Hof; Sekretäre: 1) L. Winkler B.-G.-Sekr., 2) K. Panzer, B.-G.-Offiz., in München l. J., und 3) M. Eggert, Apr. in Friedberg; Gefängnißwärter: J. Klein, B.-G.-Bote in Traunstein; Bote: J. Hilpert, B.-G.-Bote in Weilheim. Bezirksgericht München l/J.: Direktor: L. A. Derrignis, B.-G.-Dir. in München l/J.; Räthe: 1) A. Eschenbrenner, B.-G.-R., 2) Dr. A. Mad, B.-G.-R., 3) F. A. v. Heinleth, B.-G.-R., 4) O. Frhr. v. Hermann, B.-G.-R., 5) W. Bauer, B.-G.-R., 6) Dr. Ph. Held, B.-G.-R., 7) F. Gucumus, B.-G.-R., 8) C. Frhr. v. Karg-Bebenburg, B.-G.-R., 9) H. Rattinger, B.-G.-R. 10) C. Lungkmayr, B.-G.-R., sämmtlich in München l/J., 11) A. Eisenhart, App.-G.-Ass. in Freising und 12) F. Seig, B.-G.-R. in München l/J.; Assessoren: 1) A. Huber, B.-G.-Ass., 2) C. Haindl, B.-G.-Ass., und 3) H. Kiliani, B.-G.-Ass. in München l/J.; Sekretäre: 1) Chr. Brentmann, B.-G.-Exp., 2) W. Hofmann, Kontroleur, 3) A. Stengel, B.-G.-Sek., 4) Fr. P. Bach, B.-G.-Sekr., 5) C. Gattinger, B.-G.-Sekr., 6) Th. Metzler, B.-G.-Sekr. und 7) Dr. F. Söltl, B.-G.-Sekr., sämmtlich in München l/J.; Gefängnißwärter (im Neuthurm): 1) C. Eisenmann, Neuthurmpfleger, 2) J. Ev. Griesbeck, Eisenmeister, in München l/J.; Boten: 1) A. Rominacher, Nathsdiener am B.-Ger., 2) F. Bierling, B.-G.-Bote, 3) A. Bernhard, B.-G.-Bote, und 4) G. Pörtel, B.-G.-Bote, in München l/J.; Hausmeister: J. Sedlmayer, Hausmeister am B.-G. München l/J.. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: J. F. Schmid, Registrator am B.-G., J. M. Binzer, Regist. am B.-G., F. Voos, B.-G.-Schreiber, und J. Hofmaier, B.-G.-Schreiber, in München l/J. Bezirksgericht München r/J. Direktor: K. v. Täufenbach, B.-G.-Dir. in München r/J.; Räthe: 1) A. Ruprecht, B.-G.-R., 2) E. v. Fuchs, B.-G.-R., 3) Dr. J. A. Gemeinhardt, B.-G.-R., 4) M. Medmeringer, B.-G.-R., 5) L. v. Heiligenstein, B.-G.-R., sämmtlich in München r/J., 6) A. Schirner, B.-G.-R. in München r/J., 7) A. v. Doß, B.-G.-R. in München r/J., und 8) R. Hellmuth, B.-G.-R. in München l/J.; Assessoren: 1) Glück, B.-G.-Ass., 2) D. A. Hierl, B.-G.-Ass., und 3) H. Arnold, B.-G.-Ass., in München r/J.; Sekretäre: 1) O. Mayerhofer, B.-G.-Sekr., 2) Dr. A. Vogel, v. Vogelstein, B.-G.-Sekr. in München r/J., 3) J. N. Trost, B.-G.-Registr. in München l/J., und 4) K. Bärensänger, Exped. und Taxbeamter am B.-Ger. München r/J.; Gefängnißwärter: P. J. Sucker, Eisenmeister in München r/J.; Boten: 1) G. Hafner, B.-G.-Bote, und 2) W. Hoffmann, B.-G.-Bote, in München r/J. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: A. Frhr. v. Poißl, B.-G.-Schreiber in München r/J. Bezirksgericht Traunstein: Direktor: A. Haud, B.-G.-Dir. in Traunstein; Räthe: 1) S. Marx, B.-G.-Rath, 2) C. Dallmayr, B.-G.-R., 3) J. Pappenberger, B.-G.-R., 4) K. J. Ernestrey, B.-G.-R. und 5) F. Mayr, B.-G.-R., sämmtlich in Traunstein; Assessoren: 1) B. Gretbeck, B.-G.-Ass., 2) P. Schatz, B.-G.-Ass., in Traunstein, und 3) K. Barth, App.-G.-Accessist in Eichstätt; Sekretäre: 1) F. Schorer, Bez.-Ger.-Sekr. in Donauwörth, 2) C. Horner, Rpr. in Miesbach, und 3) K. Raimer, Exped. und Taxbeamter am B.-Ger. in Traunstein; Gefängnißwärter: J. Stoll, Eisenmeister in Traunstein; Bote: S. Kleisinger, B.-G.-Bote in Traunstein. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: R. Haunreiter, B.-G.-Schreiber in Traunstein. Bezirksgericht Wasserburg: Direktor: — — — — — — Räthe: 1) J. B. Kienast, B.-G.-R., 2) O. v. Schintling, B.-G.-Rath, 3) G. W. Paur, B.-G.-R., 4) M. Sieß, B.-G.-R., sämmtlich in Wasserburg, und 5) K. Oberhofer, Bez.-Unterf.-R. in Bruck; Assessoren: 1) C. v. Büller, B.-G.-Ass., 2) B. Weninger, B.-G.-Ass. und 3) Dr. J. Oertl, B.-G.-Ass., in Wasserburg; Sekretäre: 1) H. v. Sichern, B.-G.-Sekr., 2) J. Spatny, B.-G.-Sekr., und 3) B. Erhard, Exped. u. Taxbeamter am Bez.-Ger., in Wasserburg; Gefängnißwärter: K. Bäck, Eisenmeister in Wasserburg; Bote: J. B. Knorr, B.-G.-Bote in Wasserburg. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: Th. Waichner, B.-G.-Schr., u. J. Flober, B.-G.-Schreiber in Wasserburg. Bezirksgericht Weilheim: Direktor: J. J. Schießl, B.-G.-Dir. in Weilheim; Räthe: 1) J. Silbermann, 2) G. Fischer, 3) J. Schwaiger und 4) F. Streicher, B.-G.-Räthe in Weilheim; Assessoren: 1) Th. v. Mechein, 2) M. Riedl und 3) F. Heigl,

Digitized by Google

B.-G.-Ass. in Weilheim; Sekretäre: 1) J. Dalborn, B.-G.-Acc. in Augsburg; 2) M. Ebenböck, B.-G.-Acc. in Aichach; 3) L. Feldinger, Gerichtsdien. und Taxbeamter am B.-G. Weilheim; Gefängnißbeamte: L. Roth, Cisenmeister in Weilheim; Bote: J. L. Scherr, B.-G.-Bote in Weilheim.

Im Kreise Niederbayern. Bezirksgericht Deggendorf: Direktor: B. Firlmeyr, B.-G.-D. in Deggendorf; Räthe: 1) G. Schmid, 2) C. v. Widmann, 3) A. Schuller u. 4) L. Schweiger, B.-G.-R. in Deggendorf; Assessoren: 1) C. Jung, 2) J. R. Habersbrunner u. 3) J. Specker, B.-G.-A. in Deggendorf; Sekretäre: 1) L. Röhrle, 2) W. Jungermann, B.-G.-Sekr., u. 3) J. Bernklau, Exp.- u. Taxb. am B.-G. Deggendorf; Gefängnißwärter: C. Dietrich, Cisenmeister in Deggendorf; Bote: G. Müller, B.-G.-B. in Deggendorf. Bezirksgericht Landshut: Direktor: F. A. Lippmann, B.-G.-D. in Landshut; Räthe: 1) K. C. Kiessa, 2) H. Jäger, 3) A. Mayer, 4) A. Brugger, 5) J. Wud. B.-G.-R. in Landshut, 6) K. Jungermann, Lbg.-Ass. in Dingolfing, u. 7) L. Ruppenthal, B.-G.-Ass. in Aichach; Assessoren: 1) M. Roth, B.-Unterf.-R. in Abensberg, 2) L. Fischer u. 3) F. Hutter, B.-G.-A. in Landshut; Sekretäre: 1) W. Scheidenbogen, 2) G. Wallner, B.-G.-Sekr., und 3) F. X. von Gäßler, Exp.- und Taxb. am B.-G. Landshut; Gefängnißwärter: A. Schmautzer, Cisenmeister in Landshut; Boten: 1) Seb. Geisthauser, B.-G.-B., u. 2) F. Rivenlechner, Wachtmeister im 2. Kür.-Reg., in Landshut; außer dem Status verbleibt in Aktivität: G. Forster, B.-G.-Sekretär in Landshut. Bezirksgericht Passau: Direktor: R. Schuster, B.-G.-D. in Passau; Räthe: 1) J. Kellner, 2) F. X. Edenhofer, 3) G Gleistmann, 4) J. Frhr. v. Lupin, B.-G.-R. in Passau, und 5) K. v. Hueb, B.-Unterf.-R. in Grafenau; Assessoren: 1) L. Lienhöfer, B.-Unterf.-R. in Wegscheid, 2) F. X. Haindl, u. 3) F. Riedl, B.-G.-A. in Passau; Sekretäre: 1) K. Sailr, 2) A. Dirtl, B.-G.-Sekr., und 3) J. Günther, Exp.- u. Taxb. am B.-G. Passau; Gefängnißwärter: C. Saurer, Cisenmeister in Passau; Boten: 1) L. Lohr, B.-G.-B. in Passau, u. 2) K. Benedt, B.-G.-B. in Weiden. Bezirksgericht Pfarrkirchen: Direktor: F. Schlag, B.-G.-R. in Passau; Räthe: 1) M. Hebenstang, B.-Unterf.-R. in Pfarrkirchen, 2) A. Schuster, 2. St.-Anw. am B.-G. Landshut, 3) O. Welsch, B.-G.-Ass. in Landshut, und 4) K. Mayr, B.-G.-Ass. in Weiden; Assessoren: 1) Karl Hofmann, Lbg.-Ass. in Burghausen, 2) G. Hermann, B.-Unterf.-R. in Landau a/S., u. 3) C. Bandel, Lpp.-G.-Ac. in Amberg; Sekretäre: M. Lang, R.-Pr. in Landshut, 2) F. Hauser, B.-G.-Acc. in Deggendorf, u. 3) G. J. C. Burger, Exp.- u. Taxbeamt. am B.-G. Erlangen; Gefängnißwärter: J. Ritmann, B.-G.-Bote in Deggendorf; Bote: J. Sirbenhaar, B.-G.-B. in Neunburg v/W. Bezirksgericht Straubing: Direktor: L. Paur, B.-G.-R. in Straubing; Räthe: 1) G. H. Stautner, 2) J. Gleistmann, 3) F. S. Frhr. v. Tröltsch u. 4) J. Treml, B.-G.-Räthe in Straubing, 5) D. Pichlmayr, Lpp.-G.-Ass. in Passau u. 6) J. Rade, B.-G.-Ass. in Straubing; Assessoren: 1) J. K. Kobler, B.-G.-A. in Straubing, 2) K. Hofer, B.-G.-A. in Deggendorf u. 3) W. Bacher, B.-G.-A. in Straubing; Sekretäre: 1) S. Mennachrr u. 2) M. Finl, B.-G.-Sekr. in Straubing, 3) M. Schmitt, Exp.- u. Taxbeamt. am B.-G. Straubing; Gefängnißwärter: A. Börgé, Cisenmeister in Straubing; Boten: 1) K. Schick, B.-G.-Bote u. 2) J. Spangler, Bidote am B.-G. u. ehrm. Lotto-Kollekteur in Straubing; außer dem Status verbleibt in Aktivität: Th. Kopp, B.-G.-Schreiber in Straubing.

(Forts. folgt.)

München. Der Kaiser von Oesterreich, welcher sich bei seinen hiesigen Familienbesuchen in der bayerischen Uniform zeigte, ist in seine Staaten zurückgekehrt. — Dem hiesigen Männerturnverein ist nunmehr die Genehmigung ertheilt worden, das in diesem Monat stattfindende bayerische Centralfest auf dem Platze der k. Turnanstalt abzuhalten. — Aus Anlaß der alljährlichen Inspektion exerzirte das Landwehr-Regiment und die Landwehrartillerie-Division München im Feuer, wobei sich das bedauerliche Unglück ereignete, daß einer der Stabstrompete, welche zum Fuhrwerkdienste verwendet werden, vom Pferde stürzte, und die Räder der Kanone ihm über Arm und Brust gingen. Derselbe wurde sofort auf einer schleunigst von der Jägerlazerne requirirten Tragbahre weggetragen.

Oesterreich. In der „Medic. Wochenschr." liest man: „Die Kaiserin wird in Folge einer Konsultation der Leibärzte Dr. Seeburger, Fritsch, Mayer und Fischer den Badrort Kissingen demnächst beziehen, um daselbst eine Kur anzuwenden. Wieder Oppolzer, noch Skoda wurden zu Rath gezogen." Das Fachblatt knüpft hieran die Bemerkung, daß es, den Behauptungen der Tagespresse gegenüber, Professor Skoda habe sich in der Diagnose geirrt, doch interessant wäre, zu erfahren, welcher der Herren Konsiliarärzte einen solchen Ausspruch gethan habe. Jedenfalls sei es zu verzeihen, wenn nie um das Wohl der Kaiserin betrübte Beklemmung sich verwirre, weßhalb die Leibärzte, bevor sie über eine Sommerkur entscheiden, nicht die Erfahrung medicinischer Koryphäen zu Rathe zogen, zu deren Konsultation gegenwärtig Kranke aus allen Weltgegenden herbeiströmen, während ihr Wissen in Wien verschmäht zu werden schint. Auch im Interesse des ärztlichen Standes sei es zu beklagen, daß Skoda seine Gutachten nicht veröffentlichen werden, sein gewiß sorgfältig abgefaßtes Gutachten zu vertreten.

An Wälsch-Tyrol sollen an verschiedenen Orten Verhaftungen, Beschlagnahme von Papieren, Waffen und Munitionsvorräthen vorgenommen worden sein. Längs der ganzen italienischen Gränze wurde ein sehr scharfer dreifacher Kordon von Militär und Finanzwachmannschaft gezogen.

Württemberg. Die neueste Nummer des „Brobachters" ist wegen eines Artikels über Kurhessen von der Polizei konfiszirt worden. Es ist dieses die erste Beschlagnahme unter der Redaktion des Advokaten Bierer, einer noch ganz jungen, aber tüchtigen Juristen.

Hannover. In zweiter Kammer wurde der neue Besoldungsetat für das hannoversche Konsistorium genehmigt. Ein hoher Gehalt für den Vorsitzenden, 3500 Thlr. (3000 wurden bewilligt), wurde von v. Borries aus dem stets sich wiederholenden Grunde empfohlen, um „geeignete Personen gewinnen zu können".

Kurhessen. Nach einer Korrespondenz der „D. Allg. Z." aus Kassel hatte sich der Kurfürst von Hessen wegen Bildung eines Ministeriums an den Regierungsrath v. Wilchofshausen gewandt, der zu den eidestreuen Beamten gehörte und von Hassenpflug verfolgt wurde. Derselbe lehnte jedoch wegen Kränklichkeit ab, und der Kurfürst beauftragte nun den Kammerherrn v. Buttlar, die Seele des Treubunds oder Hessenvereins, mit dieser wichtigen Aufgabe.

Baden. Die Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrags ist, besonders nach der jetzt mehr und mehr kund gewordenen Stimmung der Anhänger und Gegner des Vertrags innerhalb des deutschen Zollvereins, nicht zweifelhaft. Nur in der ersten Kammer wird der Vertrag wahrscheinlich auf einen ernsteren Widerstand stoßen und prinzipielle Gegner finden. Selbst aber, wenn diese Kammer in ihrer Mehrheit gegen den Vertrag sich aussprächte, was keineswegs zu Zeit sicher ist, so würde dies das Endresultat nicht ändern, da nach unserer Verfassung bei Finanzsachen die Stimmen beider Kammern durchgezählt werden. Die „Freib. Z." brachte einen aus tüchtiger Feder geflossenen größeren Artikel über diese brennende Tagesfrage, der hierüber Ansichten und Grundsätze zum Theil in fast wörtlich gleicher Fassung entwickelt, wie sie einer der trefflichsten Männer unseres Volkes, ein katholischer Kirchenpräsident, der edle Heinrich v. Wessenberg, bereits vor 30 Jahren in seiner Schrift „über den Anschluß Badens an den preußischen Zollverein" — damals gegenüber fast der ganzen Menge der deutschen Theoretiker und selbst im Widerspruch gegen die auf diesem Gebiet differirenden Ansichten seines getreuen Freundes v. Rotteck — niedergelegt und als für die Zukunft maßgebend aufgestellt hat.

(Schw. M.)

Thüringen. Der „Frit" wird aus Koburg geschrieben: Der Herzog ist mit Gemahlin von seiner beschwerlichen und wenig ausgiebigen afrikanischen Lustreise in seine Residenz zurückgekehrt; von Trieft aus hatte er sich telegraphisch die Empfangsfeierlichkeiten welche auf Betrieb einiger Holbeamten beabsichtigt waren, verbeten; bei der Art und Weise, wie der Herzog vor drei Monaten aus seinem Lande geschieden ist, lag ohnehin ein rechter Anlaß zu solchen Ovationen nicht vor. Die Herzogin ist mit sehr angegriffener Gesundheit heimgekehrt und findet in der Bevölkerung die allgemeinste Theilnahme. Sehr gespannt ist man darauf, ob der Herzog, — was in den Hofkreisen allgemein angenommen wird — von jetzt an in dem öffentlichen Leben, namentlich auf dem Gebiete der Politik diejenige Enthaltsamkeit und Stetigkeit an den Tag legen wird, die geeignet ist, ihm Erfolge statt Verlegenheiten zu sichern. Daß dem Reisenunternehmen die Absicht des Fürsten mit zu Grunde lag, so manche Brücke hinter sich abzubrechen, wird hier von Niemanden bezweifelt.

Großbritannien.

„Times" sind immer noch so boshaft, Frankreich zu seiner großen Mission in Mexiko zu gratuliren, ihm den Dank Europa's in Aussicht zu stellen, und es zu ermuthigen, auf dem Pfade des Ruhmes sich nicht aufhalten zu lassen. Die Franzosen haben diesen Hohn wohl verstanden, und die „Patrie" liest England,

Digitized by Google

insbesondree aber Spanien, in eindringlicher Weise den Text, läßt aber durchblicken, daß die französische Armee, nachdem sie der Civilisation einen dankbaren Dienst erwiesen, recht bald heimkehren werde. Der „Moniteur" hat diesen Artikel sich angeeignet, wohl um dem Lande gegenüber der Armee und der verunglückten Politik, einen ehrenvollen Rückzug zu sichern. Die Ueberlegenheit Palmerstons hat sich auch hier gezeigt. Die syrische Expedition hat heimkehren müssen, weil er es wollte; der mexikanischen liegt er kein Hinderniß in den Weg; sie kehrt von selbst heim.

Frankreich.

Wie die „Patrie" wissen will, hat der Kaiser verfügt, daß die sterblichen Ueberreste des Königs Joseph, die seit 1844 in der Kirche Santa-Croce in Florenz ruhen, nach Frankreich gebracht werden. Sie sollen in einer Kapelle des Invalidenhotels, die sich neben dem Grab Napoleons I. befinde, beigesetzt werden.

Unter den Gründen, welche in jüngster Zeit den Kaiser der Franzosen bestimmt haben sollen, vorläufig an dem Statusquo in Rom nichts zu ändern, zählt die Sage auch folgenden ganz merkwürdigen auf. Als von der nahen Lösung der römischen Frage in der ewigen Stadt die Rede war, sei in der Umgebung des Papstes der Gedanke aufgetaucht, den letzteren zu einem feierlichen Auszug aus Rom zu bestimmen, und zwar in Begleitung der eben dort anwesenden vielen fremden Kirchenfürsten, Prälaten und Geistlichen. Von der Menge von Kardinälen und Bischöfen umgeben sollte Pio Nono Rom verlassen und sich in ihrem Gefolge und unter dem Absingen des Psalmen: „In exitu Israel de Aegyptoo" auf dem ganzen Wege zu Fuß nach Civitavecchia wallen, um dort nach Spanien zu Schiffe zu gehen. Napoleon III. habe nun die Wiedung einer solchen Demonstration auf die Gemüther der Gläubigen im Patrimonium Petri, aber mehr noch im Ausland befürchtet und deshalb den Vollzug seiner Pläne einstweilen noch verschoben.

Volkswirthschaftliches.

(Eingesandt.) Zu den vielerlei Papiergeldsorten, von denen Deutschland heimgesucht ist und die in ihrer Gesammtheit ein Lehrbuch der Geographie oder der Geschichte recht gut ersetzen könnten, gesellt sich in neuerer Zeit noch eine weitere, die den Geschäftsleuten in sehr unangenehmer Weise lästig fällt. Dieses Papiergeld sind — die Briefmarken, die gegenwärtig erstaunlich häufig im Verkehr vorkommen, indem sie, entgegen ihrer eigentlichen Bestimmung, als Mittel zu Baarzahlungen in oft namhaften Beträgen verwendet werden, und zwar wandern sie durchweg aus der Hand des Detailisten in die des Grossisten. Die Folge hievon ist, daß sich bei den Letzteren ein totes Kapital in Marken ansammelt, welches nun langsam und mit Schwierigkeiten — meist nur durch direkte Benützung zum Frankiren der Briefe — flüssig gemacht werden kann. Es verursacht dies einen bedeutenden Zinsenverlust, ohne daß durch die Verwendung der Vorrath kleiner würde; immer größere Markenposten kommen fortwährend nach. Woher rührt aber diese Erscheinung? Von Niemand Anderen als den Landpost-Expeditoren, die, da es meist Apotheker oder Krämer sind, einen beträchtlichen Theil ihrer Waarenschulden den Geschäftsreisenden in Marken bezahlen, um die Prozente zu verdienen, die ihnen für deren Verkauf vom Staate ausgesetzt sind. Die Annahme eines solchen seltsamen Geldes kann nur in den wenigsten Fällen ohne Nachtheil für die Geschäftsverbindung verweigert werden, da die Herren Expeditoren in diesem Punkte sehr zartfühlend sind. Es gibt allerdings auch Ausnahmen unter diesen, jedoch selten. Es hat sich nun allmälig ein Mißverhältniß zwischen Vorrath und Bedarf eingestellt und dem also entstandenen Uebel ist nur dann zu steuern, wenn die oberste Postbehörde ein strenges Verbot an die Landpostexpeditoren erläßt, Briefmarken zu Waarenzahlungen zu benutzen, eine Maßregel, wofür das geschäftliche Publikum nur dankbar sein würde. F.....

General Burnside, erzählt ein Korrespondent der „Times" — hat eine Art Eisenbahn-Monitor erfunden. Eine Lokomotive wird mit einem ungeheuren Gerüst umgeben und dieses von oben bis unten mit Eisenbahnschienen bedeckt. Vorn und hinten wird eine Kanone placirt. Vermuthlich soll die rollende Schanze eine Art gewappneter Eisenbahn-Gendarme abgeben zu Streifzügen ins Land der Südlichen.

Nichtpolitische Zeitung.

— Von dem bayer. Turnieradel, d. h. von jenen bayerischen Uradel, der die Zeiten der Schyren sah und die Reichs-Turniere besuchte, leben gegenwärtig nur mehr 15 Geschlechter. — Ihre Namen sind: Fraunberg, Gumppenberg, Leublfing, Fraunhofen, Rothhaft, Preising, Sandizell, Törring, Leuprechting, Sahrendorf, Laufzirchen, Stingelheim, Aham, Weichs und Seibeldorf. — Einige davon nur mehr im weiblichen Stamme. — In neuerer Zeit gewinnt aber der Briefadel über den Uradel ein numerisches Gewicht. Vom ganzen bayerischen Adel haben die Grafen Zonner den ältesten Briefadel. Dieser wurde vom Kaiser Sigismund zu Feldkirchen am St. Gallen Tag i. J. 1420 ertheilt. Die nächsten daran sind die Fugger vom Jahre 1473, dann die Welsaren von Schüllenbach 1489; die Rumpler 1490 u. s. w. — Wie weit oft der Stamm eines Adelsgeschlechts hergeführt wird, beweist das Reichsfürstendiplom der Esterhazy vom 7. Dez. 1687, welches in gerader Linie vom König Attila herstammen soll. Auch nennt das genannte Diplom alle Esterhazy'schen Ahnherren bis zum Thamebau von Babel, den Hanok, und bis zur Zeit vor der Sündfluth, was wohl diplomatisch richtig sein mag, aber jedes historischen Grundes entbehrt. Vom Jahre 1600—1800 sind mehr denn 400 kaiserliche Adelsbriefe in Langs Adelsbuch (1820) aufgeführt; außerdem noch von Pfalzgrafen 37; von Kurfürst Max Emanuel 5; von Kurfürst Max Joseph III. 37; von Karl Theodor 151; vom Kurfürsten von der Pfalz 2; vom Fürst Primas von Aschaffenburg 3; von König Max Joseph I. 178; von König Ludwig 72; vom König Max II. bis Neujahr 1860 12. (Münch. Bote.)

— In Ende dieses Monats kann die Pfalz, namentlich die Umgegend von Mannheim, eine eigene Säkulafeier begehen und das Andenken der vor 400 Jahren von Friedrich dem Siegreichen geschlagenen Schlacht bei Seckenheim (30. Juni, an Pauls Gedächtniß) feiern. Noch steht auf dem Platze der Entscheidung das Fundament des nach der Schlacht gesetzten Denksteins. Dieser selbst aber mit seiner Inschrift und dem dieselbe überragenden Crucifix steht, man weiß nicht recht warum, in der Alterthumshalle. Ueber das Schlachtfeld hin erstrecken sich jetzt theilweise die Häuser des Dorfes Friedrichsfeld.

— Planetenerscheinungen im Monat Juni. In den ersten Tagen des Monats bietet sich Gelegenheit, den kleinen Merkur zu beobachten. Derselbe geht erst Nachts 10 Uhr am nordwestlichen Himmel unter, wo er sich aus der Nähe des Sternbildes gegen das Bild der Zwillinge hin bewegt und an seinem ruhigen intensiv weißlichen Lichte kenntbar ist. Den 6. erlangt er seine größte östliche Ausweichung von der Sonne mit 24 Grad. Die beiden Planeten Jupiter und Saturn, welche sich im Bilde des großen Löwen ganz nahe gekommen sind, erscheinen in südwestlicher Richtung hoch am Himmel und gehen Nachts 1 Uhr unter. Der Morgenstern wird schon um 2 Uhr sichtbar, um welche Zeit es in Nordost sich über den Horizont erhebt; er durchläuft das Sternbild des Widder und nimmt an Glanz ab, weil es sich immer mehr von der Erde entfernt. Die röthlich glänzende Mars geht Morgens 1 Uhr in Ostsüdost auf und nähert sich im Sternbild der Fische dem Aequator.

— Der Generaldirektor des kaiserl. Museen in Paris hat Kontrakte mit fast allen renommirten Kupferstechern daselbst abgeschlossen, nach welchen diese sich zum Kopieren einer Anzahl der berühmtesten Gemälde im Louvre verpflichten. Die Summe, welche für ihre in den nächsten Jahren zu liefernden Arbeiten Stipulirt worden, beläuft sich jährlich auf 90,000 Fr.

— Die verbannte französische Königsfamilie, sagt der Berichterstatter der „Köln. Ztg.", Max Schlesinger, besucht die französische Abtheilung der Londoner Ausstellung immer und immer wieder, und der Wittwe Louis Philipps sollen Thränen aus den Augen gequollen sein, als sie das erste Mal vor den Gobelins und dem Sèvre-Porzellan der kaiserlichen, ehemals königlichen Fabriken stand. Der Herzog v. Aumale dagegen scheint sich hoffnungsreichere Anschauungen zu erfreuen. Vergangene Woche lauste er einige kleine Zinkabgüsse. Er kannte den Verkäufer vom Palais Royal her und soll beim Abschied scherzend zu ihm gesagt haben: „Wie waren einst bons voisins, wir werden es hoffentlich wieder sein."

— Die Stadt Troy (New-York) wurde am 10. d. von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht, die binnen wenigen Stunden 800 Gebäude in Asche legte. Der Gesammtverlust an Eigenthum beträgt 3,000,000 Doll., wovon 1,466,000 Doll. durch Assekuranz gedeckt sind. Leider ist auch der Verlust mehrerer Menschenleben zu beklagen.

Digitized by Google

Neueres.

Laut Telegramm des Dr. v. Schweitzer an die „Allg. Z." ist die seine Person betreffende Stelle in der Affaire des Central-Schützen-Komite's (Entzug des redigirenden Secretariats) rein erfunden. Schon vor 8 Tagen haben wir angedeutet, daß eine perfide Clique Herrn Schweitzer gerade das in die Schuhe schieben möchte, wozu sie selber ihn veranlaßt hat. Liebäugelei mit der Piemonteserei steht eher Jenen ähnlich, welche Venetien und Südtirol wegzuschenken rathen, als demjenigen (nenne man ihn auch rothen Republikaner), der es um jeden Preis gegen das Ausland vertheidigen will.

Preußen. Gerüchtweise verlautet, daß Graf Dönhoff, Bundestagsgesandter von 1848 und in jenem Jahre kurze Zeit Minister des Auswärtigen im Ministerium Pfuel, an Stelle des Prinzen Hohenlohe den Vorsitz im Staatsministerium übernehmen werde. Nach der „Köln. Z." hätte Hr. v. Hengstenberg beiläufig auch die Verfassung mit einem Baume verglichen, den der Gärtner, nämlich der König, gepflanzt habe, und, wenn er keine guten Früchte trage, wieder umhauen müsse.

Kurhessen. Die Nachgiebigkeit ist eine nur scheinbare, wie denn überhaupt Alles darauf hinausgeht, thunlichst den Schein der Nachgiebigkeit anzunehmen, in der Sache selbst aber möglichst nichts zu thun. Selbst der Generaladjutant, General v. Lohberg, sonst der stete Begleiter und sehr oft der verteufte Rathgeber des Kurfürsten, befindet sich seit einigen Tagen nicht mehr in seiner Nähe, dem Vernehmen nach, weil er es für Pflicht gehalten hat, den Kurfürsten auf die verhängnißvollen Folgen seiner Politik aufmerksam zu machen.

Dänemark. Da das skandinavische Studentenfest sich immer harmloser anläßt, so ist jetzt auch der Prinz zu Dänemark dem Beispiele der verwittweten Königin gefolgt, und hat Logis für sechs Studenten, zwei von Lund, zwei von Upsala und zwei von Christiania angeboten; die Zahl der Anerbietungen ist für letzteren Zeit bedeutend gestiegen; daß auch die Minister nicht zurückgeblieben sind, versteht sich von selbst. — Die Blätter enthalten eine Aufforderung zur Feier des Grundgesetz-Festes am 5. Juni. Es wird ein Fahnenzug durch Kopenhagen nach dem Schlosse Christiansburg, falls der König dort eine Huldigung entgegennehmen will, veranstaltet werden.

Frankreich. Am verflossenen Freitag fand eine große Versammlung von Freimaurern der diesfälligen Logen in dem Tempel der Rue Grenelle St. Honoree unter dem Vorsitze des Großmeisters Biennet statt. Es waren ungefähr 22 Logen des schottischen Ritus durch Deputationen vertreten, auch mehrere Maurer des Großorients von Frankreich waren zugelassen worden. Im Ganzen waren über 1000 Personen anwesend. Es wurde die Broschüre des Hrn. Biennet, welche als Antwort auf die Forderungen des Marschalls Magnan erschien, verlesen. Unverkennbare Heiterkeit erregte namentlich die Stelle, in der von der vollkommenen Unkenntniß des Marschalls in maurerischen Dingen und von dessen Aufnahme in den Groß-Orient die Rede war. Um nämlich zur Uebernahme seiner jetzigen Großmeisterwürde befähigt zu sein, habe er in einem Tage 33 Grade erhalten. Ein Mitglied des Groß-Orients regrift das Wort, um im Namen der unermeßlichen Mehrzahl seiner Brüder gegen die Maßregel des Marschalls zu protestiren, die, ohne daß man den gewöhnlichen Rath des Groß-Orients betragt habe, eigenmächtig getroffen worden sei. Nach einer kurzen Ansprache des Vorstandes des Mißtrauen trennten sich die Brüder mit dem festen Entschluß, für die Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit einzustehen.

Italien. Garibaldi ist in Lucin angekommen und hatte eine Unterredung mit dem Adjutanten des Königs, General Grafen Sanfront. Daß Garibaldi den Sitzungen in der Deputirtenkammer beiwohnen werde, glaubt man nicht. — Oberst Cattaneni, vormals Mazzini's Secretär, ist unter Anklage der Mitwissenschaft und Theilnahme an „Raub" in Untersuchung; andere in Genua vorgenommene Verhaftungen betreffen zumeist Freunde Cattaneni's, darunter einen jungen Grafen aus Bologna, der lange Zeit in Bologna lebte und in der besten Gesellschaft Zutritt hatte. Diese Thatsachen und namentlich die Beschlagnahme von Waffen, Munitionsbomben, Munitionsvorräthen und anderem Kriegsbedarf an Bord des Fahrzeugs Amor di patria, wo man die Schuldigen festnahm, geben dem Prozeß eine ganz besondere, vorher nicht geahnte Bedeutung. Die Untersuchung wird mit dem größten Eifer und im tiefsten Geheimniß geführt: in den Gefängnissen, wo die Schuldigen untergebracht sind, hat man die Vorsichtsmaßregeln verdoppelt und bis jetzt keinen Verkehr unter einander oder nach außen gestattet. Cattaneni war unwohl, aber der Arzt durfte ihn nur in Begleitung zweier Gerichtsdiener, zweier Gefangenwärter und des Direktors der Gefängnisse sprechen.

Rußland. Am Donnerstag wurde die Frau Senatorin Wyrzechowska in der Kirche arretirt, weil sie das unhöfliche Benehmen eines in ihrer Nähe gewesenen Polizeikommissärs mit großer Entschiedenheit zurückwies; doch wurde sie bald darauf wieder in Freiheit gesetzt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	77½ P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76½ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	83⅝—¼ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53½ P.	
„	4½ pCt.	48 P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89¾ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.	102⅜ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103½ P. 103G.	
„	3½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	101¾ 103¾ G.	
„	4 pCt. Obl. 1½jähr. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90 P. 95⅞ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P. ⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¼ G.	
„	3 pCt. Obl.	95 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49⅜ P.	
„	2 pCt.	43¼ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99¾ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1231½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	757 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 G.	o. D.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	220 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	88⅜ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P.	o. D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	73 P. 72¾ G.	
Oest. F.-N. Lud. b. 500 Fr. à 28 kr.	237 P. 235 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	33 G.	
Ludwigshafen-Berbacher 4 pCt. .	136 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.	o. D.
Span. Handels- und Industrie . .	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereira .	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	107 P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	106½ B.	
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96½ G.	
Coln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Frankf. MB. 100 k. S.	86⅛ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	114⅜ G.	
Lyon Frs. 200 k. S.	—	
Mail. Frs. 200 . . .	93⅜ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
Wien fl. 100 k. W.	—	
do. 2 à 6 W.	85½ G.	
do. in öst. W. l. S.	90⅝—½ G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72½ P. 72 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	13⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73 G.	„ fl. 25 do.	36½ P.
„ fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	120 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	121 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	100½ P.	Venetia-Loose fl. 10.	18⅝ P.
Badische fl. 35	35½ P.	Anch.-Gunzenh. fl. 7-L.	12¾ G.

Frankfurt, 3. Juni. Die Tendenz der Börse war für Fonds und Kreditaktien eine sehr günstige, und die schon bei Eröffnung der Börse herrschende Laustust behauptete sich bis zum Schlusse. Der Umsatz war besonders in National und Kreditaktien von Bedeutung. Auch für Darmst. Bank-, Rhein-Nahe- und Berbacher Eisenbahn-Aktien wurden höhere Kurse bewilligt. 5pCt. rückzahlbare Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt. Neue 3 pCt. Stadt-Bürgerloose wurden zu 97¼ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staats-...

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№. 155. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Donnerstag, 5. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Es liegen nunmehr die Gutachten sämmtlicher Handels- und Gewerbskammern des Königreichs Bayern über den französischen Handelsvertrag vor. Eine Mehrheit von über zwei Drittel, darunter die wichtigsten Handels- und Fabrikplätze, hat sich entweder für Verwerfung des Vertrags ausgesprochen oder die Annahme desselben an solche Vorbehalte geknüpft, welche eine vollständige Aenderung desselben nothwendig machen würden. Vor Allem hat in dieser Beziehung das Nürnberger Gutachten Aufsehen erregt, weil es, wenn auch im Allgemeinen für den Vertrag lautend, offen erklärt hat, daß die kommerzielle Verbindung mit Oesterreich für Deutschland von größerer Wichtigkeit sei als die mit Frankreich. Nach dem Gesammtresultate der von Seite des Handels- und Gewerbstandes abgegebenen Gutachten kann die Minorität zu Gunsten des Handelsvertrags kaum in Betracht kommen und man darf schon dyßhalb mit Zuversicht annehmen, daß Bayern demselben ohne bedeutende Modifikationen seine Zustimmung nicht ertheilen wird. (F. P.)

Bayern. Das erzbischöfliche Ordinariat München-Freising hat in Betreff der Zertrümmerung von bodenzinspflichtigen Gütern Folgendes erlassen: „Bei der Zertrümmerung von Gütern, welche zu kirchlichen Pfründen und Stiftungen bodenzinspflichtig sind, geschieht es nicht selten, daß die schuldigen Reichnisse durch die Repartition auf die Parcellenkäufer bis auf Kreuzer herab zersplittert werden. Die richtige Prästation solcher Beträge ist unstreitig eine schwierige Sache für den Bezugsberechtigten und nicht selten sind Verluste nicht zu verhindern. Deßhalb werden die betheiligten Pfründeobesitzer beauftragt, bei den meist selten vorkommenden Abtrümmerungen von pflichtigen Gütern möglichst dahin zu wirken, daß die auf die einzelnen Theile treffenden Reichnisse baar abgelöst werden."

(Besetzung der Bezirksgerichte in den Landestheilen diesseits des Rheins. Fortsetzung.) Im Kreise Oberfranken. Bezirksgericht Bamberg: Direktor: P. Rummel, B.-G.-Dir. in Bamberg. Räthe; 1) M. J. Müller, 2) Fr. X. Martin, 3) Fr. Pflug, 4) L. v. d. Pforden, 5) K. Th. Schubert, 6) K. Wagner, B.-G.-Räthe in Bamberg, und 7) J. A. Seifert, B.-Unters.-R. in Forchheim; Assessoren: 1) Fr. A. Hiller und 2) L. v. Winkler v. Mohrenfels, B.-G.-Assessoren in Bamberg; Sekretäre: 1) J. B. Lindner, 2) K. Fischer, B.-G.-Sekretäre in Bamberg, 3) J. Schreiner, B.-G.-Acc. in München, 4) W. Winterklein, Exped. und Taxbeamter am B.-G. in Bamberg; Gefängnißwärter: K. Oppelt, Eisenmeister in Bamberg; Boten: 1) B. Schneider und 2) A. Lang, B.-G.-Boten in Bamberg. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: J. Schwab, F. Dritzl und K. Schrenker, B.-G.-Schreiber in Bamberg. Bezirksgericht Bayreuth: Direktor: E. Frhr. v. Waldenfels, B.-G.-Dir. in Bayreuth; Räthe: 1) K. Hofmann, 2) G. Semmelmann, 3) C. Hofmann, 4) Fr. Kopp, 5) Fr. W. Schmidt, B.-G.-Räthe und 6) J. J. Hartmann, B.-G.-Ass. in Bayreuth; Assessoren: 1) K. F. Pösch, B.-G.-Ass. in Bayreuth, 2) F. J. Reiß, B.-G.-Ass. in Bamberg, 3) C. Bayerlein, B.-G.-Ass. in Bayreuth; Sekretäre: 1) R. Kolb, B.-G.-Sekr. in Bayreuth, 2) F. Schneider, B.-G.-Sekr. in Erlangen, 3) J. Sollober, B.-G.-Acc. in München, 4) G. Fischer, Exped. und Taxbeamter am B.-G. in Bayreuth; Gefängnißwärter: L. Schläger, Eisenmeister in Bayreuth; Boten: 1) J. Deibböck, 2) J. St. Stadler, Bez.-Ger.-Boten in Bayreuth. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: J. F. Singer, J. J. Kraus, J. Chr. F. C. Voigt und Chr. K. Högelein, B.-G.-Schreiber in Bayreuth. Bezirksgericht Hof: Direktor: K. F. Jäuner, B.-G.-Dir. in Hof; Räthe: 1) J. M. Hellmann, 2) K. Chr. Jahreis, 3) J. Lunz, 4) C. G. Hörmann und 5) W. H. Reißmann, B.-G.-Räthe in Hof; Assessoren: 1) A. Kauer, 2) O. K. Woll, B.-G.-Ass. in Hof, 3) F. X. W. Gleitsmann, B.-G.-Ass. in Bamberg; Sekretäre: 1) R. Corner, 2) G. Sonntag, B.-G.-Sekr. in Hof, 3) J. G. Kunneth, Exp. u. Taxb. am B.-G. in Hof; Gefängnißwärter: J. Weber, Eisenmeister in Hof; Bote: M. Gareis, B.-G.-B. in Hof. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: F. A. Benz, B.-G.-Schreiber in Hof. Bezirksgericht Kronach: Direktor: F. Steiger, B.-G.-Direktor in Kronach; Räthe: 1) M. Obel, 2) A. Kropp, 3) C. J. Wolff u. 4) J. N. Frhr. v. Schönhueb, B.-G.-R. in Kronach; Assessoren: 1) A. v. Haupt, 2) W. v. Grebmer u. 3) A. Edelmann, B.-G.-Ass. in Kronach; Sekretäre: 1) P. Schraut, B.-G.-Sekr. in Kronach, 2) J. Ott, B.-G.-Acc. in Augsburg, 3) P. Marth, Exp. und Taxb. am B.-G. in Kronach; Gefängnißwärter: G. Fleischmann, Eisenmeister in Kronach; Bote: S. Eichmüller, B.-G.-B. in Kronach. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: F. J. Heuthaler, B.-G.-Schreiber in Kronach.

Im Kreise Mittelfranken: Bezirksgericht Ansbach: Direktor: Gg. A. G. Kaufhold, B.-G.-Dir. in Ansbach; Räthes: 1) Th. Güthgrezen, B.-G.-R. in Erlangen, 2) F. Hommel, 3) J. v. Baur-Breitenfeld, 4) F. Greiner, 5) K. W. Luckas, 6) C. Chr. Hauck, 7) C. W. v. Löser v. Eschenbach und 8) H. Schönet, B.-G.-Räthe in Ansbach; Assessoren: 1) H. Frhr. v. Truchseß und 2) B. Gutschneider, B.-G.-Assessoren in Ansbach, 3) Christ. Zennott, B.-G.-Ass. in Erlangen; Sekretäre: 1) F. Frhr. v. Welzingh und 2) H. Frhr. v. Woberdorff, B.-G.-Sekretäre, 3) Fr. Berlesmüller, Rechtspr., 4) J. G. Tannenberg, Exped. u. Taxbeamter am B.-Ger. Ansbach; Gefängnißwärter: L. Reiser, Eisenmeister in Ansbach; Boten: A. Mathes, B.-G.-Bote und 2) J. G. Brankel, Botengehilfe am B.-Ger. in Ansbach. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: W. Völkel, G. Bourdon und L. Lehner, B.-G.-Schreiber in Ansbach. Bezirksgericht Eichstädt: Direktor: C. Grüger, B.-G.-Direktor in Eichstädt; Räthe: 1) K. Schwab, 2) M. Flamige, 3) M. v. Studentzuch und 4) J. P. Chr. Sommer, B.-G.-Räthe in Eichstädt; Assessoren: 1) F. Arnold, B.-G.-Ass., 2) J. Jung, B.-G.-Ass. und 3) Th. v. Scherer, B.-G. Accessit in Eichstädt; Sekretäre: 1) H. Stözer, B.-G.-Sekr., 2) Fr. X. Schmidt, B.-G.-Sekr. und 3) Karl Deyerl, Exped. u. Taxbeamter am B.-G. in Eichstädt; Gefängnißwärter: K. Schwemmer, Eisenmeister in Eichstädt; Bote: F. Herting, B.-G.-Bote in Eichstädt. Bezirksgericht Fürth: Direktor: W. Hammer, B.-G.-Rath in Fürth; Räthe: 1. J. B. Maier, B.-G.-Ass. in Eichstädt, 2) Dr. J. G. C. Mayer, B.-G.-R. in Fürth, 3) J. G. Enzlein, B.-G.-R. in Amberg (auf Ansuchen), 4) C. Beckh, B.-G.-R. in Bamberg (auf Ansuchen), 5) L. A. Danzer, B.-G.-R. in Fürth, und 6) Dr. F. Wiebeling, B.-G.-R. in Fürth; Assessoren: 1) J. M. Kieslatt, B.-U.-R. in Neustadt a/M., 2) J. F. Böttiger, B.-G.-Ass. in Erlangen und 3) A. Wüttscher, B.-G.-Ass. in Fürth; Sekretäre: 1) F. Rösling, B.-G.-Sekr. in Fürth, 2) L. Wollner, B.-G.-Accessit in Erlangen und 3) Chr. H. Müller, Exped. und Taxbeamter am B.-Ger. in Fürth; Gefängnißwärter: J. A. Ziegenthaler, B.-Bote in Nürnberg; Bote: L. Bucher, B.-G.-Bote in Fürth. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: H. Jung, B.-G.-Schr. in Fürth. Bezirksgericht Nürnberg: Direktor: J. M. Frhr. v. Welser, B.-G.-D. in Nürnberg; Räthe: F. W. v. Langrafe, 2) K. G. F. Frhr. v. Kreß, 3) M. C. Otto, 4) A. G. A. Merz, 5) J. K. Killinger, 6) C. v. Hörmann u. 7) L. J. Lotzbek, B.-G.-Räthe in Nürnberg, 8) C. F. K. Donle, B.-G.-R. in Eichstädt und 9) Dr. G. Schmidt, B.-G.-R. in Kempten; Assessoren: 1) K. Frhr. v. Ebner, B.-U.-R. in Hersbruck u. 2) K. Volk, B.-G.-A. in Nürnberg; Sekretäre: 1) F. J. Ehberger, Exped. am B.-G. in Nürnberg, 2) J. G. M. K. Leuchs, 3) C. Ehberger, 4) H. Ruff, 5) G. J. Löhr u. 6) L. Kreitner, B.-G.-Sekretäre in Nürnberg, 7) G. W. Fritz, B.-G.-Acc. in Fürth; Gefängnißwärter: J. Neubauer, Eisenmeister in Nürnberg; Boten: L. Sauer, Rathdiener

Digitized by Google

am B.-G. in Nürnberg, 2) W. Häckel, B.-G.-Bote in Nürnberg a. D.) 3) Lang, B.-G.-Bote in Schlüdt. Außer dem Status bleiben in Aktivität: J. J. M. Perrazzi, B.-G.-Registrator, G. M. Wolf, B.-G.-Schr. u. C. A. Müller, B.-G.-Schr. in Nürnberg; Bezirksgericht Windsheim: Director: W. Frhr. v. Bibra, B.-G.-D. in Windsheim; Räthe: 1) A. C. G. Beck, B.-G.-Rath in Erlangen, 2) D. C. F. Hegel, 3) J. A. Franz, 4) L. Herrmann u. 5) K. W. v. Furtenbach, B.-G.-Räthe in Windsheim; Assessoren: 1) K. Schirner, 2) A. Gretl u. 3) K. Toußaint, B.-G.-Ass. in Windsheim; Secretäre: 1) F. W. Holle, B.-G.-Sekr. in Windsheim, 2) W. Ziel, B.-G.-Acc. in Ansbach u. 3) G. Winkler, Exped. u. Taxb. am B.-G. in Windsheim; Gefängnißwärter: A. Raudenbacher, Eisenmeister in Windsheim; Bote: J. G. Herbst, B.-G.-Bote in Windsheim. Außer dem Status verbleibt in Aktivität: J. B. Hautsch, B.-G.-Schr. in Windsheim.

(Schluß f.)

Oesterreich. In der Konkordats-Debatte erklärte Minister Schmerling: Der Studienfond ist bis zur Stunde in der Verwaltung der Regierung, und ich darf dem hohen Hause die entschiedene Erklärung abgeben: Es ist von Seite Niemandens an die Regierung je das Ansinnen gestellt worden, den Studienfond zu übergeben. Die Regierung würde auch diesem Ansinnen entschieden entgegengetreten sein, weil sie sich ihrer Pflicht bewußt ist, einen Fond, der gegenwärtig mit bedeutenden Vorschüssen des Staates belastet ist und auf welchen, wie sie sehr gut erkennt, verschiedene Korporationen, sogar Private einen rechtlichen Anspruch machen können, an einen Dritten zu überantworten. Sie ist sich dieser Pflicht bewußt und sie wird dieser Pflicht auch entsprechen und wie bisher den Stand der Dinge unverändert aufrecht erhalten und daher die Verwaltung des Studienfondes in der Hand behalten, wie er bisher in der Hand behalten wurde.

Preußen. Auf Veranlassung des Handelsministeriums sind den preußischen Handelskammern nunmehr Vorschläge über die Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes für ganz Deutschland zur Begutachtung zugegangen.

Auf ein Auseinandersallen der liberalen Fraktionen schon bei Gelegenheit der Adreßdebatte scheinen die Minister und ihr kleiner kreuzzeitunglicher Anhang mit großer Zuversicht gerechnet zu haben. Die Spekulation erwies sich als irrig; und das Ministerium allein ging aus den Verhandlungen der Adreßkommission mit einer neuen Niederlage hervor. Alle Ausweichungen und beschönigenden Darlegungen der Minister haben nichts gefruchtet, und obwohl der Kriegsminister schließlich erklärte, daß er sein Pulver in den Kommissionsberathungen nicht zum zu verschießen gedenke, sondern für die Plenarberathung aufbewahren wolle, so wird dieser Rest die Entscheidung auch nicht in Frage stellen. Die Minister sind nicht zu halten und werden durch die Annahme der Adresse, über welche die Berathung am Mittwoch beginnt, eine Niederlage erleiden, die vielleicht die neue Krisis wirklich zur Lösung bringt. Das Ministerium zeigt übrigens auch äußerlich bereits ein hypokratisches Gesicht: der Ministerpräsident hat sich entfernt, zunächst zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit; der Minister des Auswärtigen ist krank und hat sich in der Adreßkommission durch einen Kommissarius vertreten lassen; jetzt ist auch Hr. v. d. Heydt erkrankt, so daß die Vertheidigung des Ministeriums bei der Adreßdebatte hauptsächlich dem Kriegsminister und dem Minister des Innern obliegen wird, diejenigen, welche auch in den Kommissionsverhandlungen ausschließlich das Wort ergriffen haben.

Herr v. Bincke und seine wenigen Genossen haben einen selbständigen Adreßentwurf beantragt. Derselbe geht im direkten Gegensatz zu dem der liberalen Fraktionen auf die Eröffnungsrede ein, betont die deutsche, die lutherfeindliche, die schleswig-holsteinische Frage, die Anerkennung Italiens und von den innern Fragen sogar die Militärvorlage. Die Versicherungen der Loyalität sind eben so bestimmt, wenn auch viel kürzer gefaßt, als in dem Zweifen-Sydel'schen Entwurf. Herr v. Bincke wird die Genugthuung haben, die Debatten um einen Tag zu verlängern, ein weiteres Resultat können wir uns nicht von dieser seiner „Selbständigkeit" versprechen.

Baden. In der 1. Kammer wurde das Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Juden gegen die drei Stimmen der HH. Lürlheim, Klagenez und Stojzingen angenommen. — Die 2. Kammer lehnte die Berathung des Gesetzentwurfs über das Erlaßlosungsrecht vorerst ab und verlangte wiederholte Prüfung der Kommission.

Nassau. Die Minister wurden in der 2. Kammer gefragt, ob die Regierung bereits eine Entschließung in Betreff des deutsch-französischen Handelsvertrags gefaßt habe, ob sie den Vertrag, wie es gesetzlich nothwendig sei, den Ständen zur Zustimmung vorlegen werde und ob sie, den Beschlüssen beider Kammern entsprechend, die Gelegenheit dieses dem Herzogthum im Allgemeinen sehr erwünschten Vertrags benutzen werde, um die gänzliche Abschaffung der Binnenübergangssteuer zu erwirken, wegen der von den Weinproduzenten des südwestlichen Deutschlands nun schon so lange erfolglos Beschwerde geführt werde.

Freie Städte. Der Bürgerschaft Bremens ist ein Gesetzentwurf zu der Reform der die Gewinnung des Gemeindebürgerrechtes bedingenden Verordnungen vorgelegt worden. Obwohl eine unvermeidliche Konsequenz des Prinzipes der Gewerbefreiheit, wird diese Reform doch von so einschneidender Wirkung auf die bisherige Organisation des bremischen Staats- und Gemeindewesens sein, daß eine Revision der Verfassung ihr unmittelbar folgen muß. Die ganze jetzige Gliederung des Wahlkörpers, aus welchem die Volksvertretung, die Bürgerschaft hervorgeht, ist unhaltbar geworden mit der Gleichberechtigung aller Gewerbsklassen und mit der Gleichstellung aller Glieder des Bürgerthums. Die wesentlichsten, in jenem Entwurfe vorgeschlagenen Bestimmungen für die Bürgerrechtsgewinnung sind folgende: 1) Aufhebung des Unterschiedes zwischen Bürgern mit und solchen ohne Handlungsfreiheit (Groß- und Klein-Bürgern) und Herstellung eines einzigen Bürgerrechtes, (dessen Gewinnung dem verheiratheten Ausländer 105 Thlr. kosten würde); 2) Aufhebung des Vermögensnachweises von mindestens 300 Thlr. und der Bürgschaftsleistung auf 10 Jahre; 3) Wegfall des Sittenzeugnisses bei Bewerbung um das Bürgerrecht; 4) Beseitigung der Beschränkungen, welchen die Juden bei Gewinnung des Bürgerrechts unterworfen sind.

Dänemark.

Die gestern kurz erwähnte Cirkulardepesche des Ministerpräsidenten Hall an die dänischen Gesandten in London, Paris, Petersburg, Stockholm und dem Haag erhebt die Klage, daß die Bundesversammlung ihre „bundesrechtlichen Dekrete" über Schleswig auszuführen suche. Indem die deutschen Regierungen und die deutsche Presse die Miene annähmen, als geschehe damit nur etwas Selbstverständliches, suchten sie in den Augen Europas die Wichtigkeit eines für das Völkerrecht so drohenden Schrittes zu vermindern — eine Taktik, die ihnen nur zu oft den andern Mächten gegenüber gelungen sei. Der Gesandte wird beauftragt, der resp. Regierung dergestalt zu machen, daß das öffentliche Recht Dänemarks durch diesen Versuch zu Eingriffen mit der verderblichsten Ueberlast bedroht wird. Dann heißt es wörtlich also weiter: Namentlich haben wir uns in Folge der dringenden Aufforderungen der nicht-deutschen Kabinette dazu bestimmen lassen, durch die Depesche vom 29. Juli auf diese Verhandlungen einzugehen, aus welchen Deutschland nur Vortheil gegen uns zu ziehen bestrebt ist und deren es sich bedient, nicht um zu einer Verständigung zu gelangen, sondern nur, um auch den Rest der dänischen Monarchie in das verworrene Garn der Bundesvielsamkeit zu verwickeln. Wir sind daher doppelt berechtigt, zu hoffen, daß die nichtdeutschen Mächte kräftige Vorstellungen bei den deutschen Regierungen machen werden, damit die jetzigen Verhandlungen nicht das ihnen allein zukommende Gebiet verlassen.

Großbritannien.

Die Landesvertheidigungskommission resumirt ihren (schon kurz erwähnten) Bericht über die Nothwendigkeit, Portsmouth und Spithead durch Forts zu vertheidigen, in Folgendem: „Wir sind zu dem Schluß gelangt, daß die Befestigung ein nothwendiges Element bei jeder Vertheidigung zu unserer dauernden Sicherheit ist, und daß die Errichtung von Forts in Spithead zum Schutz jenes Ankergrundes unerläßlich bleibt. In dem Maß als die Kraft der Artillerie sich weiter entwickelt, wird die Nützlichkeit der Forts fliegen und der durch schwimmende Batterien zu vertheidigende Raum kleiner werden. Aber gleichviel wie groß oder klein dieser Raum sein möge, so ist die Unterstützung von Forts nöthig, um der Vertheidigung eine Ueberlegenheit über den Angriff zu geben. Wir beharren daher in der Meinung, die wir in unserem Bericht vom 26. Febr. 1861 ausgesprochen haben, nämlich, daß das kombinirte System von Forts und schwimmenden Batterien nicht nur die sparsamste, sondern auch die wahrhaft wirksame Vertheidigungsanstalt für Spithead sein wird. Wollte man zum Schutz von Spithead ausschließlich Panzerschiffe verwenden, so würden die Kosten schließlich die des kombinirten Systems weit übersteigen. Wir fühlen uns zu dem Schluß berechtigt, daß man in Kurzem hinlänglich starke Geschütze hervorbringen wird, um die schwerste mit den Erfordernissen eines Seeschiffes vereinbare Rüstung

Digitized by Google

beträchtliche Entfernung durchbohren zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird daher der relative Werth von Forts, im Gegensatz zu Schiffen, allmälig steigen. Das Fort läßt sich uneinnehmbar und praktisch unverwundbar machen und mit Geschützen von beliebiger Größe armiren; man kann es so anlegen, daß sein Feuer durch das eines Schiffes nicht zum Schweigen gebracht werden kann, während das Schiff, dessen Panzerdicke eine Gränze haben muß, der Gefahr unterworfen ist, durch die Kanonen des Forts in Grund gebohrt zu werden; und die Entfernung, aus der dies möglich ist, hängt, wie bemerkt, von der Stärke der Kanone ab. Der feste Boden des Forts macht es überdies möglich, die Vortheile, welche das sichere Feuern gezogener Kanonen gewährt, in vollem Maße zu benutzen, während der Mangel einer ruhig stehenden Plattform der Richtigkeit des Feuers, das man mit solchen Geschützen erzielen kann, ernsten Abbruch thut. Noch ein anderer Grund spricht für die Errichtung von Forts. Unsere Kriegsflotte hat nicht blos den Beruf, die Küste zu vertheidigen, sondern unser Eigenthum und unsere Besitzungen auf dem ganzen Erdboden zu schützen. Unsere Landesvertheidigung muß daher so eingerichtet sein, daß die möglichst geringste Anzahl Schiffe und Matrosen an den Hafen gefesselt zu sein braucht.

Frankreich.

Louis Napoleon empfing die Chefs der Tuaregs. Hauptmann Polignac diente als Dolmetscher. — Said Pascha ist nach London abgereist. Er hat reiche Geschenke hinterlassen. Eine halbe Stunde vor seiner Abreise stattete ihm Louis Napoleon noch einen Besuch ab. Um dem Vicekönig einen Beweis seiner Achtung zu geben, überreichte er ihm den Groß-Cordon der Ehrenlegion, den er von seiner Brust abnahm. Der Kaiser begleitete hierauf den Vicekönig bis zu seinem Wagen, wo er ihm die Hand zum Abschied reichte. Eine Schwadron Garde-Küraffiere gab Said Pascha das Geleit bis zum Bahnhof. Derselbe hat den Pariser Armen 30,000 Fr. geschenkt.

Der „Ami de la Religion" gibt folgende biographische Details über den neuen Kommandanten des Okkupationskorps in Rom. Dritter Sohn des Jean Lannes, Herzog von Montebello, Marschall des Kaiserreichs, ist Gustav Olivier Lannes, Graf von Montebello, im Jahre 1807 geboren. Er betrat frühzeitig die militärische Laufbahn und nahm als Freiwilliger Theil an der algerischen Expedition. Kurze Zeit nach der Revolution von 1830 verließ er Frankreich, um in Polen gegen Rußland zu dienen. Nach der Niederlage der Polen zurückgekehrt, trat er wieder in ein Kavallerieregiment, wurde Spahi-Offizier und zeichnete sich in mehreren Treffen gegen die Araber aus. Estaforno-Chef bei seiner Rückkehr nach Frankreich im Jahre 1840, wurde er 1844 zum Oberstlieutenant der Dragoner, 1847 zum Oberst des 7. reitenden Jägerregiments und am 22. Dez. 1851 zum Brigadegeneral ernannt. In jener Zeit wurde er Adjutant des Prinz-Präsidenten Louis Napoleon, was er auch nach Proklamation des Kaiserreichs blieb. Zum Divisionsgeneral wurde er am 28. Dez. 1855 ernannt. Die Wahl dieses Mannes, fügt der „Ami de la Religion" hinzu, scheint uns eine Bürgschaft für Aufrechthaltung unserer Okkupation in Rom zu sein. Der General, welcher ein loyaler Soldat, ein Ehrenmann, ein Mann von Bestand ist, wird sich nie zu etwas hergeben, was seiner Ehre und seinem Gewissen widerspricht. Er heirathete am 19. Jan. 1847 Frln. Adrienne de Billeneuve-Bargemont, Palastdame der Kaiserin und eifrige Katholikin.

Spanien.

Der Herzog von San Miguel, Generalkapitän der spanischen Armee und Kommandant des Heilebardierkorps, ist am 29. Mai in Madrid gestorben.

Italien.

Das am 1. d. M. abgehaltene Nationalfest wird wiederholt eine Menge von Pfaffen mit ihren Obern, den Bischöfen, in Zerwürfniß bringen; denn die weißen und schwarzen haben bei strengen Strafen ihrem untergebenen Klerus verboten, durch irgend eine kirchliche Feier an dem Feste sich zu betheiligen. Schon jetzt aber gehen von den verschiedensten Seiten Nachrichten ein, daß eine Menge Geistlicher durchaus nicht gewillt ist, den bischöflichen Befehlen Folge zu leisten. Der Bischof von Guastalla hat von Modena aus an die Geistlichen seiner Diözese ein Zirkular erlassen, worin er denselben mit der Suspension a divinis droht, wenn sie sich zu einer kirchlichen Feier am Nationalfest hergeben. Hierauf versammelte sich das Kapitel der Kathedrale von Guastalla und beschloß, sich nicht nur der Feier der weltlichen Behörden durch Abhaltung eines Hochamtes und eines Tedeums anzuschließen, sondern auch der städtischen Behörde die Summe von 200 Franken zur Vertheilung unter die Armen zuzustellen. Der Expriester Luzzi in Rolo erließ in seinem Namen und in dem der ihm unterstellten Geistlichen, daß er ungeachtet des Verbotes auch seines Bischofs ein Hochamt mit Tedeum halten werde, denn seiner Ansicht zufolge könne der Klerus, welcher durch seine hohe und göttliche Mission als Vermittler zwischen den Menschen und Gott gestellt wurde, nicht gefühllos bei allem dem bleiben, was eine Nation für ihr Heiligstes und Würdigstes halte, denn auch er mache einen Theil des Volkes aus, und ihm stehe es zu, das zu segnen, was sichtlich die Hand Gottes geschaffen und gesegnet habe. Aehnliche Erklärungen sind in fast allen italienischen Blättern zu lesen, mögen sie am Fuße des Aetna oder an der Alpengrenze ausgegeben werden. Wenn ich wiederholt auf diese Pfaffenschen aufmerksam mache, so geschieht es, weil ich der festen Ueberzeugung lebe, daß der politischen Bewegung eine große kirchliche folgt, die die Grenzen der Halbinsel wohl überschreiten wird. — (S. M.)

Garibaldi predigt jetzt überall Frieden und Eintracht und Besonnenheit. Seine Rede in Faenza am 28. Mai schloß mit den Worten: „Da in anderen Theilen der Lombardei beklagenswerthe Thatsachen vorgekommen sind, welche die Herzen der Italiener stutzig gemacht, so finde ich mich veranlaßt, darüber einige Worte zu sagen. In Italien gibt es keine Kasten. Volk, Heer, Nationalgarde, Freiwillige, Alle sind Brüder. Unsere Feinde sind in Rom und Venedig und Niemand kann das Monopol beanspruchen, die gemeinschaftlichen Feinde des Vaterlandes allein bekämpfen zu wollen." In Como antwortete Garibaldi, als das ihn umgebende Volk rief: „Wir wollen Rom und Venedig!" . . „Ja, ja, wir werden nach Rom und Venedig gehen dem ersten Aufrufe Viktor Emanuels! Voelkaufig fordere ich euch auf, euch um ihn zu schaaren." Die Regierung hat also durch ihre feste Haltung (!) vollständig und ohne weitere Opfer die Oberhand erhalten, die Mazzinisten sind in die gebührenden Schranken zurückgewiesen und das Gesindel, das in den Raub- und Komplottprozeß verwickelt ist, wird unparteiischer aber unerbittlicher Richter finden.

An der Gränze von Camerata ist eine Schaar von 40 Briganti mit Verlust von mehreren Todten und Verwundeten geschlagen worden. Die Uebrigen wurden gefangen nach Carisoli gebracht, darunter auch der Anführer de Girolami. Drei übereinstimmende Telegramme von Ariano, Foggia und Caserta melden die Niederlage der bei alla Grotte vereinigten Briganti. — Am 24. Mai stellten sich 30 Briganti freiwillig dem Unterpräfekten von Avezzano. Der Briganti-Führer Pezze hat sich verwundet dem Syndikus von Calanzaro gestellt. Eine Kompagnie des 8. Inf.-Reg. hat die Briganti bei Caserne und Filiasi im Bezirke Ariano in die Flucht geschlagen.

Amerika.

Die südreale Regierung hat einen Aufruf an einige Staaten erlassen, um 50,000 Freiwillige anzuwerben. Der Bürgermeister und Stadtrath von Norfolk haben sich geweigert, der südrealen Regierung den Eid der Treue zu leisten. General Wool hat in Folge dessen das Kriegsgesetz verkündigt.

Neueres.

Bayern. Die Besoldungen der Stadt- und Landgerichtsvorstände beginnen mit dem 15. d., jene der übrigen Beamten und Beiräthen am 1. Juli. Der König hat die bezüglichen Gehaltsaufbesserungen „mit Vergnügen" genehmigt. — Staatsrath v. Heemann ist, auf Ansuchen mit einem Ruhegehaltspendium entlassen, nach London abgereist. — Der Oberbeichen- und Studienrath Pötzlich ist zum Ministerialrath im Kultusministerium ernannt worden.

Oesterreich. Das Herrenhausmitglied, ehemaliger Konferenzminister Graf Hartig ist, bei einem Spaziergange vom Schwindel ergriffen, so unglücklich gestürzt, daß er in Folge dessen bedenklich darniederliegt.

Preußen. Der „Sternzeitung" ist der Adreßentwurf nicht ganz genehm. Derselbe enthalte nicht eine Erwiderung auf die Rede, mit welcher von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums der Landtag eröffnet worden, und in der die Staatsregierung sowohl ihren allgemeinen Standpunkt ausgesprochen, als auch die legislativen Maßregeln bezeichnet habe, für welche sie die Mitwirkung des Landtags in Anspruch zu nehmen beabsichtige, sondern beschäftige sich gar nicht mit der Eröffnungsrede, vielmehr werde einer solchen Erörterung aus dem Wege gegangen, obwohl der Landesvertretung dadurch die Gelegenheit gegeben wäre, sehr wesentliche Interessen des Landes durch das Gewicht ihrer Stimme zu fördern. Die Kommission habe eine Adresse entworfen, in wel-

Digitized by Google

cher dem König die Ueberzeugung des Hauses „über die gegenwärtige Lage des Landes“ dargelegt werden solle, was in Zeiten politischer Erregung eine höchst schwierige Aufgabe sei u. s. w. Obiger Herzensergusz betrachtet, daß der Märzministerium Stüve, der trotz mannigfacher Einseitigkeiten zu den bedeutendsten Männern in Hannover zählt, früher ein Freund der Künste, sich jetzt gegen diese erklärt und offen ausgesprochen hat, daß es mit denselben nicht mehr gehe.

Schweiz. Auf der Versammlung der Schweizerschützen in Olten (seit 1. Juni) theilte Herr Ochsenbein von Staats-Präsident des Centralcomité des eidgen. Schützenvereins, der Versammlung die Wünsche mit, welche das Centralkomité geleitet haben, eine offizielle Schützenfahrt nach Frankfurt nicht anzuordnen, somit auch die Centralfahne nicht abzugeben. Als Grund wurde die Besorgniß vor unangenehmen Konsequenzen angegeben und bemerkt, daß auch die jüngsten Vorgänge in München die Ansicht des Komité rechtfertigen. Diese letztere Andeutung veranlaßte eine Diskussion, welche bewies, daß die bezüglichen Korrespondenzen in der „Allg. Ztg.“ und dem „Schw. M.“ von vielen Schweizerschützen nicht verstanden worden sind, weßhalb das Organisationskomité von Chauxdefonds eingeladen wurde, das Komité des deutschen Schützenbundes um dießfällige Erläuterungen zu ersuchen. Auf die von verschiedenen Seiten deßhalb diesen Punkt mitgetheilten und sehr einleuchtenden Versicherungen wurde beschlossen, eine allgemeine schweizerische Schützenfahrt nach Frankfurt anzuordnen. Die Abfahrt wurde auf Samstag den 12. Juni Morgens früh bestimmt und als Sammelplätze bezeichnet, für die Ostschweizer „Zürich“, für die Westschweizer „Basel“, an welchem Orte sich die Ersteren mit den Letztern vereinigen. Als obligatorische Ausrüstung wurde einzig eine gleichmäßige Kopfbedeckung bestimmt, die aus einem schwarzen Filzhut in Form der ordonnanzmäßigen Kopfbedeckung der Schaffschützen besteht und welcher mit einer passenden eidgenößischen Kokarde und einer Alpenrose dekorirt wird. Ferner wurde beschlossen, an die Spitze dieser Festzüge eine besondere eidgenößische Fahne anfertigen zu lassen. Sodann sank die Versammlung für wünschbar, daß die größere Anzahl der Theilnehmer sich mit dem Stutzen und dem schweizerischen Waidsack armiren und wo möglich dunkeln Rock und graune Hosen tragen. (N. Z. Z.)

Italien. Nach einer Korr. der „Allg. Ztg.“ ist Garibaldi in Como mit grenzenlosem Jubel empfangen worden. Der von den Gerichten mit einem Hochverrathsprozeß bedrohte General hatte zum großen Staunen des Publikums sein Absteigequartier in der Präfektur genommen. Bald nach seiner Ankunft begab er sich in das nahe St. Fermo, wo seine am 28. Mai 1859 im Kampfe gegen Urban gefallenen Waffengefährten, die Alpenjäger, ruhen. Auf dem Kirchhofe angekommen, hielt er auf dem Grabe der Gebliebenen eine Rede etwa folgenden Inhalts: „Das Leben der Menschen ist wie dasjenige der Pflanzen; es wird nicht nach der Dauer beurtheilt. Was liegt daran, ob sie einen Tag weniger oder eine Stunde mehr leben; sie werden nach den Früchten beurtheilt, die sie bringen. Die hier begraben liegen, haben die kostbarste aller Früchte; sie haben ihr Blut, und ihr Los selbst wurde zu neuem Lebenskeim. Ich benehe sie, ich benehe sie ..... sie wenigstens haben ihre Pflicht erfüllt, und ihr Andenken wird gegründet sein für alle Zukunft. Wir aber müssen noch leben, denn Vieles bleibt uns noch zu thun übrig, es bleiben ....“ Rom und Venedig! schrieen Tausende von Stimmen dazwischen. „Ja, Rom und Venedig!“ fuhr Garibaldi fort, und nahm seinen Hut vom Haupt, allein dazu will es noch viel .... oh, es ist eine Schande! .... oh, es ist eine Schmach ....“ (Was Garibaldi hier hinunterschluckte, ist wohl nichts Anderes, als daß das Ministerium Ratazzi die jetzt von ihm verfolgte Expedition selber organisiren half. Das ist eben die machiavellistische Diplomatie, welche einen schlechten Erfolg mit eiserner Stirne desavouirt, was der General nicht begreift.) Er konnte vor Ergriffenheit nicht weiter sprechen — der Präfekt stand stumm neben ihm, die Menge weinte.

Türkei. Dervisch Pascha vereinigte sich in Bilek mit den frisch angekommenen Truppen und unternahm am 31. Mai eine Expedition zum Entsatze von Nikšich, das sich noch immer hält. Bei Kloster Ostrog soll ein ernster Kampf stattgefunden haben. Die Details hierüber fehlen.

In Warschau ist General Alexberg II. von Petersburg eingetroffen, um die Messen des Großfürsten Konstantin im kais. Lustschlosse Lazienki in gebührgen Stand zu setzen. Dieses Gerücht von der Ankunft des kaiserlichen Bruders hat hier eine sehr gute Wirkung gemacht. Warschau ist ruhig, und man steht mit gespannter Erwartung der Verwirklichung der von allen Seiten zuströmenden Berichte über Reformen entgegen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	77½ P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	76¾ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63⅞—64 G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅞ P.	
„	4½ pCt. Obl.	48½ P.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅝ G.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102⅜ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1½fäher. dto.	103⅜ P.	
„	4½ pCt. Obl. 1½fäher. dto.	104P. 103⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. 1½fäher. dto.	101 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106½ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ G.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P. 95⅞ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103 P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P. ⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98½ G.	
„	3 pCt. Obl.	95 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	40⅜ P.	
„	3 pCt. „ „ „	43¾ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 5 pCt. Thlr.	99⅜ P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	(227⅛ G.	
K. K. Oesterr. National-Banknoten	76⅝—⅞ G.	
Oesterr. Kreditaktien à fl. 200	198—⅞ G. o.D.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	221½—22 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81½ P.	
Mitteldeutsche Kreditbank	68⅜ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 200	389 P.	o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	73 P. 72⅝ G.	
Oest. F.St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 428 kr.	256 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	121½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅜ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Tbl. à 105 pCt. Z.	33½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	136 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109⅞ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Obligs. à 3 pCt.	84 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.	o.D.
Span. Handels- und Industrie „	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlen.	106¾ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.	
Berlin Th. 50 k. S.	105½ B.	
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ G.	
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118½ G.	
Lyon Frs. 200 k. S	—	
Mail. Frs. 200 „	93⅞ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
Wien fl. 100 5. W.	—	
do. 2 à 6 W.	—	
do. in öst. W. 1. S.	90⅞—91 G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	37 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit pCt.	72½ P. 72 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73 G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Anl. v. 1858.	120 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preus. Pr.-Anl. bei H.	122 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	100½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	21½ P.
Badische fl. 35	85½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.

Frankfurt, 4. Juni. Die Kauflust für öffent. Fonds, Bank- und Kreditaktien hielt auch heute an, und wurden dafür abermals höhere Kurse bezahlt. Auch Wechsel auf Wien wurden durch das Steigen der Fonds günstig berührt. Außerdem zeigte sich noch für Darmst. Bankaktien mehr Begehr. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½, ⅝ umgesetzt. Neue 3 pCt. Stadt-Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97¼ verhandelt.

(Span.)

Digitized by Google

K. Staatsbibliothek in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Freitag, 6. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Ueber das deutsche Schützenfest bemerkt die „Südd. Ztg.“: Wir möchten wissen, ob die Redakteure gewisser Blätter es hätten übernehmen wollen, im einzelnen Falle zu entscheiden, ob bei Angehörigen gemischter Racen das germanische oder ein anderes Blut prädominire, oder ob sie bei jedem Eingelnen Tauf- und Heimathschein, Paß und Sittenzeugniß hätten untersuchen wollen. Und selbst wenn eine solche genaue Kontrolle wirklich möglich gewesen wäre, so gestehen wir ehrlich, daß unserer Anschauung nach per Dänr mit seiner germanischen Abstammung und Deutsche an eine größere Schmach erinnert hätte, als Garibaldi und seine Gesinnungsgenossen, welche die Befreiung und Einigung ihrer Nation ohne fremder Hilfe angestrebt, gerade so, wie wir Deutsche es wollen und müssen, wenn unsere Einigung je Wahrheit werden soll. Wir feiern in Frankfurt ein Familienfest, an dem uns auswärtige Freunde selbstverständlich und — faß möchten wir mit Hrn. Schweitzer sagen — auch die Feinde „von Herzen willkommen“ sind. Es wird diesen Italienern gut thun, wenn sie an unserm Familientisch die Deutschösterreicher — denn daß sich unsere Sympathien nicht auch auf die Kroaten erstrecken, wird uns Niemand verargen —, wenn sie die Deutschösterreicher, die Tiroler, Kärnthner, Steiermärker, und wie sie alle heißen, den Ehrenplatz an unserm Familientisch einnehmen sehen, wenn sie unsere Stimmung und Gesinnung diesen deutschen Brüdern gegenüber kennen lernen und sich die Leute in der Nähe anschauen wollen, die sich ihnen gegenüberstellen werden, vereint wie Ein Mann, wenn es den Italienern einfallen sollte, deutsches Bundesgebiet zu betreten, wozu sie noch in jüngster Zeit Miene gemacht. Wir wünschten „von Herzen“, daß wenn das Frankfurter Fest wird, was es sein soll, ein National-, ein großes deutsches Verbrüderungsfest, daß all unsere Feinde, und selbst der mit dem Verhängniß Spielende an der Seine, als Zrugen erscheinen möchten.

Bayern.

Bayern. (Besetzung der Bezirksgerichte in den Landestheilen diesseits des Rheins. Schluß.) Im Kreise Oberpfalz und Regensburg. Bezirksgericht Amberg: Direktor: J. B. Schieder, B.-G.-D. in Weiden; Räthe: 1) Dr. J. Lang, 2) W. Barth, 3) J. Grosch, B.-G.-R. in Amberg, 4) A. v. Gäßler, B.-G.-R. in Neunburg v./W. (auf Ansuchen), 5) H. Frhr. von Künsberg, B.-G.-R. in Regenburg, 6) E. Tretter, B.-G.-R. in Amberg; 7) A. Ochsenmaier, B.-Unterl.-R. in Eichenbach und 8) J. B. Leidl, B.-Unterl.-R. in Roding; Assessoren: 1) A. Haunold, 2) L. A. Bibel u. 3) K. Biehter, B.-G.-Ass. in Amberg; Sekretäre: 1) C. v. Schmaußer, 2) F. S. Schmid, B.-G.-Sekr. in Amberg u. 3) K. Ebert, Exp. u. Tazb. am B.-G. in Amberg; Gefängnißwärter: J. Geiselbrecht, Eisenmeister in Amberg; Boten: 1) S. Schmidt, 2) H. Schmidt, B.-G.-B. in Amberg; außer dem Status verbleiben in Aktivität: J. Landshuter, F. X. Berg u. H. Rösler, B.-G.-Sekr. in Amberg. Bezirksgericht Neunburg v./W.: Direktor: G. Nußmann, B.-G.-R. in Amberg; Räthe: 1) J. Niedermayer, 2) F. Donop, 3) J. B. Eigner, B.-G.-R. in Neunburg v./W., 4) J. Niederer, B.-Unterl.-R. in Hemau, 5) J. Heigl, Lbg.-Ass. in Wörth; Assessoren: 1) G. Knierzberger, 2) C. v. Lilien u. 3) G. Kober, B.-G.-Ass. in Neunburg v./W.; Sekretäre: 1) J. Schuh, Rpr. in Fallenstein, 2) J. Gemeinwieser, B.-G.-Acc. in Straubing u. 3) J. K. F. Hornung, Exp. u. Tazb. am B.-G. in Neunburg v./W.; Gefängnißwärter: W. Rettinger, Eisenmeister in Neunburg v./W.; Boten: J. Weißkopf, B.-G.-B. in Neunburg v./W.; außer dem Status verbleibt in Aktivität: H. Berg, B.-G.-Sekr. in Neunburg v./W. Bezirksgericht Regenburg: Direktor: J. S. A. Ebnet, B.-G.-D. in Regensburg; Räthe: 1) W. A. F. v. Ammon, 2) K. F. Gbs, 3) W. Frhr. v. Schleich, 4) G. Koller, 5) J. Zölch, 6) Dr. K. v. Lindheimer, 7) J. Hundertpfund u. 8) M. Baumgarten, B.-G.-R. in Regensburg; Assessoren: 1) W. Kastner, 2) J. Langenmantel u. 3) A. Schelle, B.-G.-Ass. in Regensburg; Sekretäre: 1) K. Schlag, B.-G.-Sekr. in Regensburg, 2) M. Mähler, Registr. am B.-G. in Regensburg, 3) L. Loussaint, Exp. am B.-G. in Regensburg, 4) A. Schieder u. 5) F. Weindl, B.-G.-Sekr. in Regensburg; Gefängnißwärter: M. Hochbetter, Eisenmeister in Regensburg; Boten: 1) R. Hölzle, Rathdiener am B.-G. in Regensburg, 2) Zechmeyer u. 3) A. Stuhl, B.-G.-B. in Regensburg; außer dem Status verbleiben in Aktivität: J. Flach, Registr. am B.-G. in Regensburg, Ant. Gemeinwieser u. J. Greßer, B.-G.-Schr. in Regensburg. Bezirksgericht Weiden: Direktor: H. Michel, B.-G.-D. in Weiden; Räthe: 1) J. Höllerl, 2) C. Lang, 3) Dominik Schirder, 4) A. Lang und 5) H. Hiebl, B.-G.-R. in Weiden; Assessoren: 1) C. Luckinger, B.-Unterl.-R. in Neumarkt in der Oberpfalz, 2) C. Strohsienreuther, B.-G.-Ass. in Amberg u. 3) K. F. Brunner, B.-Unterl.-R. in Kötzing; Sekretäre: 1) L. Holzmann, Rpr. in Pfaffenhofen, 2) L. Zöch, B.-G.-Acc. in Amberg u. 3) J. Bauer, Exp. u. Tazb. am B.-G. Weiden; Gefängnißwärter: W. Dietl, Eisenmeister in Weiden; Bote: G. Raupolj, B.-G.-Bote.

Im Kreise Schwaben und Neuburg. Bezirksgericht Augsburg: Direktor: F. W. Rehm, B.-G.-Dir. in Augsburg; Räthe: 1) F. A. Lang, 2) Dr. K. J. Boggenreiter, 3) H. Gareis, 4) B. Hohenleitner, 5) M. Frhr. Schnurrbein, 6) Th. v. Luber-Biebenau, 7) Dr. C. J. Bezold, 8) Dr. Eugen Schnetzer, B.-G.-Räthe in Augsburg, 9) J. Schwinglach, B.-G.-R. in Kempten (auf Ansuchen), 10) J. B. Köstler, B.-Unterl.-R. in Buchloe; Assessoren: 1) G. v. Bezold, 2) A. Wehner, 3) F. X. Th. Frhr. v. Castell, B.-G.-Assessoren in Augsburg; Sekretäre: 1) Fr. v. Hartlieb, 2) J. Castell, B.-G.-Sekretäre in Augsburg, 3) H. Uhlmann, Exp. am B.-G. in Augsburg, 4) J. B. Ströhl, 5) Fr. X. Wieser, 6) A. Hegner, B.-G.-Sekretäre in Augsburg, 7) R. Schebel, Rgstr. am B.-G. in Augsburg; Gefängnißwärter: M. Danner, Eisenmeister in Augsburg; Boten: 1) W. Maier, Rathdiener am B.-G. in Augsburg, 2) J. Sauer, 3) J. U. Rothmund, B.-G.-Boten in Augsburg. Außer dem Status verbleiben in Aktivität: Fr. Doyer, B.-G.-Rgstr. in Augsburg, J. Mähler, Jak. Reißländer, B.-G.-Schreibr in Augsburg. Bezirksgericht Donauwörth: Direktor: J. G. Roth, B.-G.-Dir. in Donauwörth; Räthe; 1) M. Scharf, 2) J. A. Seiz, 3) Fr. v. Wrning, 4) J. Roidl, 5) G. Leimbach, 6) M. Müller, B.-G.-Räthe in Augsburg, 7) A. Kold, B.-G.-R. in Nördlingen; Assessoren: 1) A. Frhr. v. Stengel, 2) Fr. v. Böckh, 3) S. J. A. v. Killinger, B.-G.-Assessoren in Donauwörth; Sekretäre: 1) G. A. Chr. Leitenmaier, 2) J. Weinhart, B.-G.-Sekretär in Donauwörth, 3) J. B. Weber, Exped. und Tazbeamter am B.-G. in Donauwörth; Gefängnißwärter: A. Amann, Eisenmeister in Donauwörth; Boten: 1) A. Heim, 2) A. Rapp, B.-G.-Boten in Donauwörth. Bezirksgericht Kempten: Direktor: J. B. Dierigl, B.-G.-Dir. in Kempten; Räthe: 1) F. v. Clarmann, 2) G. Sigmund, B.-G.-Räthe in Kempten, 3) F. Rist, Lbg.-Ass. in Fridberg, 4) L. Kaffner, B.-Unterl.-R. in Krumbach, 5) Dr. J. B. Huth, Lbg.-Ass. in Oettingen, 6) L. Gleichauf, B.-G.-Ass. in Kempten; Assessoren: 1) C. Fießa, B.-Unterl.-R. in Pottenstein, 2) Ph. v. Ammon, B.-Unterl.-R. in Weiler, 3) K. Michaelles, Rpv.-G.-Acc. in Bamberg; Sekretäre: 1) P. Jaud, 2) A. Biersack, B.-G.-Sekretär in Kempten, 3) N. Kistler, Exp. u. Tazbeamter am Bezirksgerichte in Kempten; Gefängnißwärter: G. Gravvogl, Eisenmeister in Kempten; Boten: 1) Joh. Braun, B.-G.-Bote in Kempten, 2) J. Völk, B.-G.-Bote in Memmingen. Bezirksgericht Memmingen: Direktor: W. v. Langen, B.-G.-Dir. in Memmingen. Räthe: 1) R. Lämminger, 2) A. A. Wiedemann, 3) W. Behringer, 4) A. Riedl und 5) Fr. A. Wiesend, B.-G.-Räthe in Memmingen; Assessoren: 1) Fr. K. Burger, 2) Cl. Schiedrr und

Digitized by Google

3) Fr. v. Hungerhausen, B.-G.-Assessoren in Memmingen; Sekretäre: 1) Dr. A. Reber, B.-G.-Sekr. in Memmingen, 2) Raimund Hochstetter, B.-G.-Sekr. in Augsburg, und 3) W. Kalb, Exp. und Tarifcontrolleur am B.-G. in Memmingen; Gedingsmänner: J. B. Walther, Eisenwirker in Memmingen; Vorstand: Jos. Kager, B.-G.-Meister; außer dem Statut verbieten in Altmeister: Chas. Fr. Aug. Fikenscher und W. Weiß, B.-G.-Schreiber in Memmingen.

München. In der Generalversammlung der Münchner Hauptschützengesellschaft vom 4. Juni wurde die offizielle Erklärung des Centralkomité's für das deutsche Schützenfest zu Frankfurt vom 31. v. Mts., sowie das an die Schützengesellschaft in Mailand gerichtete Schreiben ganz dem Sinne des Antrages der Hauptschützengesellschaft vom 26. v. Mts. entsprechend, der Anstand, welcher bezüglich der Betheiligung von Ausländern, insbesondere der Italiener bei dem deutschen Schützenfeste erhoben worden ist, somit in vollkommen befriedigender Weise durch das Centralkomité beseitigt erklärt und demnach beschlossen, daß die beabsichtigte Ehrengabe nach Frankfurt mit der Bestimmung für die Scheibe „Deutschland" abgeschickt werden, eine möglichst zahlreiche Betheiligung der hiesigen Schützen beim Schießen selbst erfolgen und dieser Beschluß allen hier bekannten Schützengesellschaften Bayerns, Oesterreichs, Tyrols und Württembergs bekannt gegeben werden solle mit der Aufforderung und Einladung, es möchten sich die lieben Schützenbrüder aller Gesellschaften dieser Lande ebenfalls zur möglichst zahlreichen Betheiligung bei dem deutschen Schützenfeste und zu einem gleichzeitigen Einzuge in Frankfurt entschließen, damit dieses Fest, zum der Beschluß sich ausdrückt — werde, was es werden kann, werden soll und zuverschlich auch werden wird, ein großes nationales Fest, ein Fest der Verbrüderung aller deutschen Schützen, ein Zugniß deutscher Einigkeit.

— **Oesterreich.** Die czechischen Abgeordneten kommen durch die Konkordatsfrage in ein sehr unangenehmes Dilemma. Rieger und Genossen können sich nicht verhehlen, daß sie mit den eigentlichen Konkordatsmännern nicht durch Dick und Dünn gehen dürfen, wenn sie nicht ihren ohnehin schwindenden Nimbus, jetzt wo die Partei sich nicht mehr von ihm tyrannisiren läßt, völlig verlieren sollen. Sie werden daher der Frage möglichst lange ausweichen, sich bezüglich des Studienfonds auf den Standpunkt der Landesautonomie stellen; sind auch sehr zufrieden damit, daß der Konflikt vorläufig in die Finanzebatte verflossen ist; wenn sie aber der Diätkuffion nicht länger ausweichen können, werden sie vollständig für das Konkordat eintreten, da sie die Allianz des Klerus nicht entbehren können. — In Betreff der neulichen Unruhen in Fiume berichtet ein ungarisches Blatt, der Tumult sei dadurch zum Ausbruche gekommen, daß zwei Ungarn aus gutem Hause, welche der Feierlichkeit aus Gromnit aus einer Schnitt zusahen, von der Menge als Spione bezeichnet und den Seressanern zur Eklorirung in die Stadt übergeben wurden. In den Wagen des Bischofs Strohmayer, in welchem auch die Frau des Obergespans Smaich saß, da bei der Feierlichkeit als Fahnenmutter fungirt hatte, wurden brennende Cigarren geworfen; und bald kam es zu Steinwürfen auch auf die anderen Wagen, wobei ein Arzt aus Karlsbad am Kopfe verletzt ward. Bemerkenswerth ist das Eingeständniß des ungarischen Blattes, daß der Lärm von der Bevölkerung Fiume's ausgegangen sei, die bekanntlich streng magyarisch gesinnt ist und daher die von den kroatisch gesinnten Einwohnern des Fiumaner Komitates veranstaltete Feierlichkeit zu stören trachtete. — Die zur Errichtung des Szechenyi-Monumentes in Pesth eingegangenen Beiträge haben bereits den Totalbetrag von 75,000 fl. erreicht. — Illich, der Sekretär des Fürsten von Montenegro, ist in Pesth eingetroffen.

Das Herrenhaus hat der Regierung eine angenehme Ueberraschung bereitet. Vor wenig Tagen, bei der Berathung der Branntweinsteuervorlage, den in Ausschuß genommenen und vom Abgeordnetenhause bereits bewilligten Steuersatz von $6^3/_{10}$ kr. pro Eimer und Grad auf $4^2/_{10}$ kr. herabsetzend, hat es ohne irgend eine äußere Veranlassung seinen eigenen Beschluß wieder umgestoßen, und wenn auch nicht die ganzen $6^3/_{10}$, so doch 6 kr. bewilligt. Im Verfolge der Maßregeln für Reduktion der Armee ist soeben angeordnet worden, daß bei allen Truppen ohne Ausnahme die seit dem Jahre 1854 dienenden Mannschaften auf ihr Verlangen sofort zu beurlauben und mit Ende Juni in die Reserve einzustellen sind.

Preußen. Im Abgeordnetenhause wurde bei dichtgefüllten Tribünen die Verfassungsdebatte eröffnet. Sämmtliche Minister waren anwesend. Die Kammer ging zunächst in eine Debatte über die Frage ein, ob eine Adresse zu erlassen sei oder nicht. Dieselbe wurde durch den Abgeordneten Twesten (Linke) als Berichterstatter eröffnet, welcher nach Darlegung der anomalen Verhältnisse der Auflösung des Abgeordnetenhauses und Neudildung des Ministeriums begründete, daß das Abgeordnetenhaus der Antwort, welche das Land durch die Wahlen gegeben, Ausdruck geben müsse. Kein Minister sei gewählt, von Anhängern des Ministeriums seien nur 12 im Hause, und gegen die koloffale liberale Majorität des Hauses seien von den Organen der Regierung Angriffe geschleudert, welche eine Antwort in feierlicher Form erfordern. Außerdem sei die Lage des Landes darzulegen ꝛc. Waldeck (Centrum) sprach gegen den Erlaß einer Adresse. Er wolle nicht abschwächen, was der Vorredner gesagt und konstatire damit die Einigkeit der liberalen Partei. Die Wahlerlasse seien ein Eingriff in die Prärogative der Wähler. Die Adresse der Kommission sei keine Antwort auf die Thronrede, zu deren Beantwortung keine Veranlassung vorliege. Die Thronrede sei keine eigentliche Thronrede, sondern nur ein ministerieller Erlaß gewesen. Er würde sich im Interesse der Einigkeit mit dem Kommissions-Entwurfe als einem Manifest einverstanden erklärt haben, aber durch die Amendements und den Gegen-Entwurf werde die Debatte einen Charakter gewinnen, der außerhalb dieser Bedeutung der Adresse liege, und den Eindruck der Wahlen abschwäche. Sollten sich bei der Adresse Gegensätze ergeben, so müßte er im Voraus konstatiren, daß dies kein Zwiespalt in den Prinzipien sei, in denen die liberale Partei dem Ministerium gegenüber stehe. Der Standpunkt, sich über die Minister dem König zu beklagen, sei kein konstitutioneller. Das, was das Land ausgesprochen verlange, könne in der Adresse nicht ausgesprochen werden, namentlich nicht in Betreff der Militärfrage. v. Gottberg (Konservative Rechte) gegen die Adresse, weil sie ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium enthalten solle. Man solle nicht die Leidenschaften der Wahlagitation in die Verhandlung tragen. Die Lage des Landes sei ernst. Wenn seine Partei darüber sprechen wollte, so würde sie reden von der in Europa sich geltend machenden Mißachtung der legitimen Fürsten, von der Nothwendigkeit einer festen Regierung, welche die Fahne des monarchischen Prinzips vorantrage. Auch von den materiellen Interessen, dem Handelsvertrage, der Handelspolitik müsse in der Adresse die Rede sein, von Anerkennung der Thätigkeit des Ministeriums in der kurhessischen Frage, in der Ermäßigung der Steuern. Die Adresse müsse ein Akt der Versöhnung sein. Da dies nicht in Aussicht stehe, stimme er gegen eine Adresse. Die Fortschritts-Partei verwechsele die Lage des Landes mit ihrer eigenen Lage. Der Redner geht auf eine Erörterung der Prinzipien des königlichen Regiments und der parlamentarischen Regierung ein und vertheidigt unter zahlreichen Ausfällen auf die Fortschrittspartei die Wahlerlasse. Nachdem der Redner von dem Vorsitzenden darauf verwiesen, daß er in die allgemeine Debatte übergreife, unterbricht derselbe seinen Vortrag, um den Rest für die allgemeine Debatte aufzubewahren. Bei dem Eintritt in die Debatte verlas der Minister v. d. Heydt im Namen der Staatsregierung eine ausführliche Erklärung, in welcher der Kommissions-Entwurf einer Kritik unterworfen, gegen den Vorwurf, daß die Regierung in dem Wahlerlasse Parlament und König in Gegensatz gestellt, und dem Namen des Königs in ungehöriger Weise in den Kampf der Parteien gezogen habe, protestirt und erklärt wird, es habe sich nur darum gehandelt, die Beamten von ungehöriger Theilnahme an der Wahlbewegung fern zu halten; das freie Wahlrecht der Beamten sei nicht eingeschränkt worden; das Haus möge erwägen, ob die Adresse der Kommission die geeignete sei. Die Regierung werde unbeirrt die Geschäfte fest und verfassungsmäßig fortzuführen, verletzte Parteieinsichten zu berichtigen und das Interesse des Ganzen über den Parteien aufrechtzuerhalten suchen.

Kurhessen. Es heißt, daß der Kurfürst noch keinen direkten Schritt zur Bildung eines neuen Ministeriums gethan, dagegen sich fest für eine demnächstige Reise nach Teplitz entschieden hat. Die Verwirrung hat unter diesen Umständen einen unbeschreiblichen Grad erlangt. Man spricht davon, daß Preußen neue Schritte zur definitiven Beseitigung des Wirrwarrs gethan. Die „Frankfurter Laterne" enthält Skrophen auf den Kurfürsten, die alles jemals Dagewesene dieser Art und Gattung weit hinter sich lassen, und die Redaktion zunächst von der Verfolgung fernhalten dürften, kurhessisches Erdreich zu betreten.

Baden. In der zweiten Kammer wurde über den Gesetzentwurf, die Aufstellung der Ersatzmannschaft des Armeekorps betr., berathen. Die meisten der aufgetretenen Redner erklärten sich bei dieser Gelegenheit in mehr oder minder starken Angriffen gegen die Rechtsbeständigkeit des Bundesbeschl., und Häusser stellte den Antrag, zunächst von der Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs Umgang zu nehmen und denselben zu nochmaliger Prüfung auch bezüglich aller einschlagenden Fragen an die Kommission zurückzuverweisen. Obschon Regenauer sich gegen diesen Antrag erklärte,

Digitized by Google

weil dadurch nur das ohnedies lockere Band zwischen den Bundesstaaten noch mehr gelockert werde, und der Bund sich neuerdings in exzentischer Weise um das Wohl der Völker gekümmert habe, wurde derselbe doch mit allen gegen 10 bis 12 Stimmen angenommen.

Schweiz.

Der italienischen Regierung liegt viel daran, sich vor den Augen Europa's hinsichtlich des jüngst projektirten Freischarenzuzuges auf Welschtirol rein zu waschen. Eben hat Hr. v. Jocteau, der Vertreter der Regierung Viktor Emanuels bei der Eidgenossenschaft, dem Bundespräsidenten ein Kanschreiben an die Mächte überreicht, welches sich des Langen und Breiten über die Maßregeln auslässt, die von Turin aus zur Unterdrückung jener Bewegung angeordnet worden sind. Dieselben, findet das Turiner Kabinet, sind der beste Beweis, daß die L. Regierung dem Unternehmen fern stand.

Großbritannien.

Es heißt, die Königin Viktoria gedenke nächstens eine Reise nach Oesterreich zu machen. Diese Nachricht bilde den Gegenstand aller Unterhaltungen in den politischen Kreisen, deräse übrigens noch der Bestätigung. — Wie die „Times“ meldet, wird die Vermählung der britischen Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen am 1. Juli in Osboene vollzogen werden. — Said Paischa, der Vicekönig von Aegypten, ist in London angekommen.

Griechenland.

Die ministerielle Krisis dauerte am 30. Mai in Athen noch fort. Das Kabinet Miaulis hat auf's neue seine Demission eingereicht. Der König ist unentschlossen; er zögert, die Mitwirkung der vorgerückten Opposition anzunehmen. Da alle Vermittlungskombinationen scheiterten, so will Niemand die Verantwortlichkeit für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ohne die Bildung einer starken und aufgeklärten Administration übernehmen. Die Kammersitzungen sind eingestellt.

Volkswirthschaftliches.

* **Die Weinausstellung im internationalen Industriepalaste zu London im Jahre 1862.**

Die Vertretung der Weine bei der diesmaligen Ausstellung hat im Gegensatze zu jener vom Jahre 1851 großartige Dimensionen angenommen, ein B.weis, welch' große Wichtigkeit man von Seite fast aller Wein produzirender Nationen darauf legt, für dieses Produkt direkte Theilnahme an den hierländischen Handelsverkehr zu gewinnen und möglichst zu sichern. Einige Mittheilungen hierüber dürften deßhalb auch für unser Wein bauendes Frankenland von besonderem Interesse sein.

Während bei der Ausstellung im Jahre 1851 nur wenige Aussteller betheiligt waren, ist die Zahl derselben bei der diesjährigen Ausstellung auf circa 1000 angewachsen, welche ungefähr 6000 Proben der verschiedensten Weine eingesandt haben, um den Jurien zur Prüfung und Würdigung unterbreitet zu werden.

Die außerordentlich starke Betheiligung in diesem Artikel ist die natürliche Folge des jüngsten zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Handelsvertrages, wodurch die Eingangszölle auf Weine nach England um ein bedeutendes gemindert wurden, so daß jetzt noch drei Weinen in Gebinden 1 S. oder 36 fr. per Gallon, und drei solchen in Flaschen 2 S. 6 d. oder 1 fl. 30 kr. per Gallon erhoben werdern. Ein Gallon ist gleich $4^1/_2$ Maß bayer. oder 6 Flaschen à 3 Quart berechnet.

In Folge dieser Zollermäßigung hat sich die Einfuhr von Weinen aller Art in England um ein bedeutendes gesteigert und der Konsum derselben vermehrt, was erfreulicher Weise auch den deutschen Weinen zu gut kommt, welche hier immer mehr in Aufnahme kommen. In Süßweinen sind es vor allem die feinsten und feinsten Sorten, welche hier gesucht sind, worunter aber die Mieslingssorten die brieberösten sind. In geringen Weinen wird fast gar nichts und in Mittelweinen nur wenig konsumirt. Der Wein trinkende Engländer ist in der Regel auch ein Weinkenner und verlangt vor allen sorgfältig gebaute, bouquetreiche und von Natur volle und kräftige Weine; künstliche Süße verwirft er in allen Fällen.

In Rothweinen behauptet vor wie nach Frankreich den Markt, der Absatz derselben ist jedoch in neuerer Zeit durch den sich stets mehrenden Verbrauch von weißen Weinen etwas geschmälert worden. Von spanischen, portugiesischen und andern südlichen Weinen werden von jeher in England große Massen verbraucht, ein guter Theil hievon wird jedoch hier selbst fabrizirt. In mousirenden Weinen ist der Verbrauch sehr bedeutend und haben besonders die deutschen Mousseux-Weine die Konkurrenz mit den französischen hier mit vielem Glück aufgenommen. Unter der Benennung Sparkling, Hock und Mosselle finden diese Weine stets großen Absatz. Unter Hock verlangt der Engländer einen hellen reingarigen etwas kräftigen Wein, bei welchem Zucker und Sprit nicht vorherrschen darf, dabei aber stark in Mousseux sein muß. Bei Mosselle wird ein leichter nicht allzufeiner Wein mit feinem Muskatellergeschmack verlangt, volles Mousseux ist auch hier bedingt.

Der Weinhandel wird hier fast ausschließlich durch stabile Agenten betrieben, ohne eine ständige Vertretung auf dem Platze ist ein Erfolg nicht wohl denkbar. Auswärtige Weinhandlungen, welche auf hiesigem Platze arbeiten, sind deßhalb auch ohne Ausnahme durch Agenten vertreten. Platzkenntniß und gute Empfehlungen sind die ersten Bedingungen zum erfolgreichen Beginn eines neuen Geschäftes auf hiesigem Platze, wozu aber in der Regel viel Zeit erforderlich ist und für den Anfang unverhältnißmäßige Opfer gebracht werden müssen. Zur schnelleren Ueberwindung dieser Schwierigkeiten bietet jedoch die Ausstellung die passendste Gelegenheit, welche denn auch von vielen Neulingen benützt wird.

Pompöse Aushängeschilder und marktschreierische Ankündigungen sind in England allgemein und deßhalb von den neu Beginnenden fast unerläßlich, um bei dieser ungeheueren Konkurrenz nicht übersehen zu werden. Dieses Verfahren hat sich denn auch in der Ausstellung Geltung verschafft und ist namentlich bei den Weinen häufig mehr als zur Genüge in Anwendung gekommen.

Oesterreich mit Ungarn hat in dieser Beziehung die größten Anstrengungen gemacht, die Fläche der ganzen Wand, welche den Maschinenraum vom westlichen Transept abgrenzt, in welcher sich die Durchgänge zu den Maschinen befanden, welche von allen Besuchern passirt werden müssen, ist der ganzen Höhe und Breite nach mit auf das prachtvollste etikettirten Flaschen in den mannigfaltigsten Gruppirungen gleichsam überstet und sind selbst die Durchgänge zu dem erwähnten Maschinenraum durch Kroyßen dieser Art theilweise verengt. 1800 Flaschen nebst Fäßchen und verschiedenen Bitkern, Ansichten von Weinbergslagen sind zu diesem kolossalen Aushängeschild verwendet. Dieses verfehlt jedoch nicht den Beschauer angenehm zu überraschen, da das Ganze sehr gut ausgedacht und mit vielem Geschmack durchgeführt ist. Es sind 80 Aussteller, Oesterreicher und Ungarn, welche von allem politischen Hader ferne, hier zu einem geschlossenen Ganzen vereint, ihre Weine präsentiren, ob mit lohnendem Erfolg, muß die Qualität entscheiden. (Schluß f.)

Im Mainharder Wald hat ein Wagnermeister eine von der Regierung patentirte und heuer beim Holzfällen zum ersten Male angewendete Maschine erfunden, nemlich eine Wagenwende, welche Bäume mit dem Wurzelstock aus der Erde herauszureißen im Stande ist und namentlich Stamm- und Scheitholz, das in tiefen Klingen liegt und dadurch wegen der Mühe und der Kosten des Herauschleppens bedeutend am Werth verliert, mit Leichtigkeit auf die Höhen herauftringen kann. Ein Pferd kann die sinnreich zusammengesetzte Maschine überall hindringen und wenige Männer genügen zu ihrer Bedienung. Sachverständige, welche Zeugen der ersten Versuche der Arbeit dieser Wagenwende waren, haben sich sehr günstig über ihre Leistungen ausgesprochen. Der Erfinder, Wagner Blind in Hofenhof, hat vor einiger Zeit auch ein sinnreiches, übrigens nicht zur Ausführung gekommenes Modell einer fahrbaren Sägmühle verfertigt.

Nichtpolitische Zeitung.

Ein Denkmal Friedrichs des Großen wurde in Bromberg am 31. Mai enthüllt, welche Stadt 1772 als kleines polnisches Nest unter Friedrichs Scepter kam mit etwa 800 Einwohnern und jetzt — nach 90 Jahren — deren 22,000 zählt. Die Eröffnung der Thorn-Warschauer Bahn verhrißt der Stadt ein schnelles weiteres Aufblühen. Für das Kepler-Denkmal sind so viel Gaben eingegangen, daß die beiden Komite's in Stuttgart und das engere in Weil-der-Stadt die Hoffnung aussprechen, bei gleichbleibendem Interesse schon im nächsten Jahre zur würdigen Ausführung des schönen Werkes schreiten und dem „glorreichen Sohne des gemeinsamen Vaterlandes“ (wie Professor Osen bei Einsendung seines Beitrags aus Konstantinopel schrieb) die Dankesschuld abtragen zu können. Ein Denkmal für Otto v. Gerike, den berühmten Bürgermeister, welcher die Luftpumpe erfunden, soll in Magdeburg errichtet wer-

Digitized by Google

den und gewiß ganz im Sinne des großen Physiker schlägt man vor, einen schönen gothischen Brunnen mit seiner Bildsäule zu errichten. Die Brunnendenkmale des Mittelalters, welche noch jetzt in Danzig, Nürnberg, Freiburg im Breisgau, Brüssel und anderwärts bewundert werden, fordern zur Nachahmung auf. Ein Beethoven-Denkmal (gearbeitet vom Bildhauer Fernkorn) soll bei Mußdorf in der Nähe von Wien unter jenem Baume errichtet werden, in dessen Schatten der große Meister viele seiner Lieder komponirt hat. Es ist auf eine komisch-naive Weise gelungen, jenen Baum aufzufinden; denn obgleich man wußte, daß er während seines Landaufenthaltes dorthin seine Spaziergänge nahm, vermochte man bisher nicht den Platz zu bestimmen. Den Ausschlag gab ein alter 70-jähriger Bauer, der Besitzer jener Wiese, der auf die Frage, ob er einen Herrn Beethoven gekannt habe, antwortete: „Manens den krauteten (haarzerzausten) Musikanten?" Ja, der ist immer dort unter dem Baum gliegen," und dahei wies er auf die betreffende Stelle. Für das Marschner-Denkmal in Hannover wird noch gesammelt.

Ein Orgelbauer zu Aygersdorf hat, wie die „N. C." erzählt, ein Instrument erfunden und angefertigt, das die menschliche Stimme in vollendeter Weise nachahmt. Das Instrument singt mehrere der bekanntesten Lieder, darunter die Volkshymne fehlerfrei. In Folge eines allerhöchsten Orts ausgesprochenen Wunsches wird dieses Instrument, dessen äußere Ausstattung noch nicht ganz fertig ist, im Monat Juni nachträglich zur Industrieausstellung in London gesendet, früher aber im k. k. Redoutensaal ausgestellt werden. Die Leistungen des Instrumentes gränzen, wie Jedermann, der dasselbe schon sah und hörte, versichert, an das Fabelhafte. Ein Londoner Agent hat bereits ein Exemplar für Ihre Maj. die Königin Viktoria bestellt. (Welch' ein Glück für die Theaterdirektionen, wenn die Erfindung sich bewahrheitet; mag der Heldentenor oder die Primadonna heiser sein, — ein Schauspieler oder eine Schauspielerin tritt hinaus und hinter den Coulissen singt das Instrument: „Mag der Himmel dir vergeben", oder: „Robert, Robert". Freilich einstweilen ohne Text, aber das schadet nichts.)

Das Lied, welches Hengstenberg in Berlin am Schlusse des Gottesdienstes bei Eröffnung der Kammern abfingen ließ, wird von der Berliner „Tribüne" in folgender fernigen Weise parodirt!

„Den Pfaffenränken wehr'
Zur Volkspartei Dich kehr',
Den Junkerhochmuth brich,
Und mache kräftiglich
Der Reaktion ein Ende!—

Heinrich Hübner's deutscher Zeitungskatalog für 1862, ein Verzeichniß von 2700 in Deutschland und den angränzenden Ländern erscheinenden periodischen Schriften mit Einschluß der politischen Zeitungen, Tage-, Wochen- und Intelligenzblätter, ist soeben in Leipzig im Verlag des Herausgebers erschienen. Das Verzeichniß ist Ende Febr. d. J. geschlossen worden.

Jüngst ließen sich bei einem in Via Condotti wohnenden spanischen Bischof, der zur Kanonisation nach Rom gekommen, zwei als Priester verkleidete Gauner anmelden. Er nahm sie freundlich auf und nöthigte sie, ins Empfangzimmer einzutreten. Nach kurzer Unterhaltung wurde der Prälat herausgerufen. Jene benützten den Augenblick des Alleinseins und stellten das auf einem Tische liegende Bischofskreuz nebst Kette, Ring und anderen werthvollen Insignien ein. Als der Prälat zurückkam, standen sie schnell auf und entfernten sich unter vielen Entschuldigungen und Bitten, ihn ein anderes Mal, wo er nicht von so vielen Besuchen beansprucht sei, belästigen zu dürfen. Kaum waren sie weg, so entdeckte er den Diebstahl und ließ der Polizei davon Anzeige machen, doch bisher ohne Erfolg.

Neueres.

Sachsen. Heute kömmt der Zieglerʼsche Antrag wegen der fehlenden fünf Beitreter des Handelsstandes zur Berhandlung. Der Antrag der Deputation geht dahin, sich trotzdem für kompetent zu erklären. Die Kammer wird es jedenfalls thun und dann ruhen bis nach den Feiertagen, wo der Handelsvertrag an die Reihe kommt. Georgi ist Berichterstatter und so leidet es wohl keinen Zweifel, daß die Kammer ihre Zustimmung gibt. Indeß hat sich Gehe in der „Chemnitzer Industriezeitung" weitläufig gegen den Vertrag ausgesprochen, und außer den Chemnitzer Maschinenbauern sind auch von den dortigen Spinneren und Webern, so wie von den sächsischen Papierfabrikanten Beschwerden bei der Kammer eingelaufen, die namentlich „eine vollständige Gegenseitigkeit" zwischen Frankreich und Deutschland, allerdings die größte Schattenseite des Vertrages, verlangen.

Kurhessen. die „Sch. Korr." will wissen, während Preußen in Kassel nicht mehr mit dem ursprünglichen Nachdrucke auf die Annahme des 1849er Wahlgesetzes hinarbeite, habe doch die Bundesgesandtschaft der Regierung ganz entschieden für die Annahme desselben erklärt, obwohl es anderseits durch die Beibehaltung des Zweikammersystems auch die Rechte der hessischen mediatisirten Standesherren möglichst gewahrt wissen will. Die „Sternzeitung" erklärt die Angabe der „Frankfurter Postzeitung", Preußen habe sein Vorgehen in der kurhessischen Frage auf eine Mahnung Englands abgebrochen, für ein „unglaubliches Erfindungsgewebe."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	77½ P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86¼ G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	78⅝ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	85⅝—⅞ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63 G.	
„	4½ pCt.	48¼ P. 48 G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102⅝ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1fähr. dto.	103⅝ P.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104⅝ 103⅞ G.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅛ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅜ 100⅞ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅞ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842 .	96¼ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103⅛ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P. ⅝ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ P.	
„	3 pCt. Obl.	95 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 6. 2. 30	49⅜ P.	
„	2 pCt.	43⅞ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.	

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . .	123½ G.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	762—66 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198—99 G. o. D.
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
	Darmst. Bank l. v. 2. Serie à fl. 250	220½—21 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	339 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	73 P.
	Oest. P.St.Bah. 5pCt. 500 Fr. à 98 kr.	235 G.
	„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121⅛ G.
	„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80¼ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 pCt. Z.	83¼ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4¼ pCt.	109 G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.
	Span. Handels- und Industrie . .	515 P.
	„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	525 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106¾ P.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ G.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	103⅜ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.	
o.D. Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅛ G.	
Köln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Hamb. Mk. 100 k. S.	88½ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118⅝—¾ G.	
Lyon Frs. 200 k. S	—	
Mail. Frs. 200 . .	93⅞ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
o.D. Wien fl. 100 S. W.	—	
do. in 2 k. W.	—	
do. in Sst. W. k. S.	91½—⅝ G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	78¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 k/7	73½—¾ G.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	120 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	122 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	87¼ P.
Badische fl. 50	100½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	21½ P.
Badische fl. 35	55⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	13¾ P.

Frankfurt, 5. Juni. Bei wenig veränderten Kursen war die Haltung der Börse eine sehr feste. Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. 5pCt. östliche Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, ⅝, bezüglich in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½, ⅝ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Hof- & Staatsbibliothek zu München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 7. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Bayern. Die **königl.** Familie verbringt die Pfingstfeiertage in Berg am Starnbergersee. Der neu ernannte bayerische Minister bei der Eidgenossenschaft, Dr. v. Dönniges, hat dem schweizerischen Bundespräsidenten seine Kreditive überreicht. Eine unterm 30. v. Mts. vom kgl. Staatsministerium der Finanzen erlassene Entschließung lautet: „Bei der Kürze der Zeit, welche zwischen der demnächst erfolgenden Besetzung der künftigen Bezirksgerichte, Stadt- und Landgerichte, dann der Staatsanwälte bei denselben und dem gesetzlich vorgeschriebenen Eröffnungstag der Gerichte — dem 1. Juli l. Js. — in Mitte liegt — ist es unmöglich, daß bezüglich der Kosten, welche durch den Umzug der Gerichte, den Transport der Akten u. s. w., dann bezüglich der Anschaffung der dringend nothwendigen Einrichtungen erwachsen, Voranschläge erhoben, dieselben geprüft und festgestellt und hierauch die Genehmigung und die Kreis-Assignationen ertheilt werden. Aus Anlaß einer Mittheilung des k. Staatsministeriums der Justiz vom 27. Mai wird daher die k. Regierungs-Finanzkammer ermächtigt und beauftragt, an die Vorstände der Gerichte, sowie an die Staatsanwälte bei demselben diejenigen Kostenbeträge, welche 1) für den Umzug der Gerichte, für Transport der Akten und Einrichtungsgegenstände u. s. w. in Folge der am 1. Juli ds. Js. in das Leben tretenden neuen Formation der Gerichte veranlaßt sind, und welche 2) zur Anschaffung der zur Eröffnung der Gerichte dringend nothwendigen Einrichtungs-Gegenstände der Gerichts- und Staats-Anwaltschaftslokalitäten erwachsen, gegen nachträgliche Rechnungsstellung, Prüfung und Revision a conto der Etatsposition für Einrichtung der neuen Gerichte auf Rechnung der Erübrigungen der VII. Finanzperiode pro $18^{61}/_{62}$ anszahlen zu lassen, wornach die erforderliche Weisung an sämmtliche k. Rentämter ohne Verzug zu erlassen ist.“ Alle Bureaug der königl. Polizeidirektion in München, welche sich bisher im zweiten Stockwerke des Polizeigebäudes befanden, sind bereits geräumt, um für das Stadtgericht München (Abtheilung für Strafsachen), insbesondere auch für die öffentlichen Sitzungen desselben eingerichtet zu werden.

= **Oesterreich.** In Brünn hielt Donnerr Panschab eine Predigt, in der er gegen alle freien Institutionen zur Verdammniß anstprach. Freiheit in Schrift und Wort erklärte er als „das größte Unglück“, später bonnerte er gegen jede Toleranz, „weil da die Mutterkirche mit Füßen getreten werde,“ und schließlich zog er gegen die Gegner des Konkordates los, indem er sagte: „Das sind die Ketzer, die Se. Maj. den Kaiser zum Eidbruche verleiten wollen.“ — Am 29. in der Nacht wurde von dem Polizeibeamten Attini auf Taxelio bei einem politisch kompromittirten Individuum, B. resp. A. in Genua, eine Haussuchung vorgenommen, bei welchen Waffen, Petarden, Minièrgeln und kompromittirende Schriften aller Art vorgefunnen wurden. Als aber der Polizeibeamte, begleitet von mehreren Gendarmen, von dieser Operation zurückkehrte, fiel in der Nähe eines Gartens im Innern von Genua auf ihn ein Schuß, der ihn an der Schulter traf und so schwer verwundete, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Die Kugel, von rückwärts in die Schutter eingedrungen, soll bis gegen die Lunge gegangen sein. — Der Gemeinderath von Lemberg hat bezüglich der Exzesse, welche dort am 20. Mai bei der Nepomukfeier stattgefunden haben und durch die Obrigkeit unterdrückt worden sind, eine Adresse an die galizischen Reichsrathsabgeordneten zu Händen des Dr. Smolka gerichtet, in der es unter anderem heißt: „Noch stehen die traurigen Vorfälle vom 29. Dez. lebhaft vor unseren Augen; und schon wieder haben die Organe der k. k. Polizei sich die schreiendsten Ungerechtigkeiten zu Schulden kommen lassen. Sie, welche über die Sicherheit wachen sollen und für deren Unterhalt das Land bedeutende Summen ausgiebt, haben die Nepomukanfachen in der unanständigsten Weise gestört; haben, in dieser rein volksthümlichen Kirchenfeier politische Demonstrationen witternd, ein Treibjagen auf die Betenden veranstaltet; ja, sie sind in ihrer bis zur Gottlosigkeit und Barbarei gesteigerten Wuth so weit gegangen, ohne den geringsten vernünftigen Grunde auf die fromme Lieder Singenden mit den Kolben einzuhauen, so daß gerade die von der Stadt theuer bezahlten Hüter des Gesetzes einen förmlichen Feldzug gegen die Ruhe und Ordnung unternahmen, wobei mehrere Verletzungen vorfielen.“ Die „D.-Z.“ bemerkt hiezu, daß die Polizei in der, dem heiligen Nepomuk gewidmeten Oktave vom 16. bis 23. niemals eingeschritten sei, ehe nicht das Absingen der verbotenen Lieder begonnen habe. So sei die Polizei täglich bis 10 Uhr Abends harmlos geblieben; endlich am 21. habe sie, da die Menschenmasse bis auf mehrere Tausende angewachsen sei, 15 Mann Militär requirirt. Letzteres wurde mit Steinwürfen empfangen und mußte so den Platz mit Kolben und Bayonetten räumen, wobei ein Schusterlehrling eine leichte Verwundung davontrug.

Preußen. Die Regierung hat sich, wie bereits gemeldet, entschlossen, auf die in Veranlassung eines Bundesbeschlusses stattgehabten Kommissionberathungen wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichts in allen Bundesstaaten jetzt, nachdem diese Berathungen beendet sind und deren Ergebnisse vorliegen, näher einzugehen. Die zur Begutachtung übermachten Vorschläge zu einem neuen Maß- und Gewichtssystem für Deutschland beruhen auf folgenden Grundlagen: 1) Zur Einheit des Längenmaßes für das gesammte vereinigte Deutschland wird eine Länge von $132_{,9885}$ Pariser Linien unter der Benennung eines deutschen Fußes angenommen. 2) Die Flächeneinheit für das gewöhnliche Werkmaß bilden der Quadratfuß, eine Fläche von einem Fuß ins Geviert, und die Quadrat-Ruthe, welche zehn Fuß in's Geviert, also 100 Quadratfuß enthält. 3) Zur Ausmessung körperlicher Räume im Allgemeinen dient der Kubikfuß als Einheit; derselbe ist ein Würfel von einem Fuß Seitenlänge, enthält also 1000 Kubikzoll oder 1,000,000 Kubiklinien; 1000 Kubikfuß bilden eine Kubikruthe. 3) Hohlmaße: zum Messen von Getraide, Hülsenfrüchten ꝛc. dient der deutsche Scheffel, welcher 2 Kubikfuß oder 2000 Kubikzoll Inhalt hat; derselbe kann für den kleinen Verkehr in Halbe und Viertel getheilt werden.

Sachsen. Das „Dresd. J.“ veröffentlicht heute vier umfangreiche Aktenstücke zum Handelsvertrage mit Frankreich, eine Note des Staatsministers v. Beust an den preußischen Gesandten v. Savigny, in welcher ungeachtet mannigfacher sachlicher Einwendungen der Beitritt Sachsens zum Vertrage in Aussicht gestellt wird, die Antwort des Grafen Bernstorff auf diese Note in einer Depesche an den Gesandten v. Savigny, eine Note des Hrn. v. Beust an den hiesigen Gesandten v. Werner und eine dieser Note beigelegte sächsische Denkschrift vom 25. Mai, welche das Ergebniß der in Dresden angestellten Prüfung und Erwägung eines gegen den Handelsvertrag gerichteten öftert. Memorandums enthält.

Hannover. Die Ständeversammlung wird vom 24. Juni bis zum 15. November vertagt werden. — In der 1. Kammer ist der Besoldungsetat der geistlichen Oberbehörden in Gemäßheit der Ausschußanträge, jedoch mit der Bevorwortung bewilligt, daß die Bewilligung nur für so lange gelte, als die Kompetenzverhältnisse der Konsistorien unverändert bleiben. Die Bevorwortung hat den Zweck zu verhindern, daß nicht mit den jetzt bewilligten Mitteln für ein Provinzialkonsistorium eine Centralbehörde gegen den Willen der Stände ohne Vorberathung mit einer Synode geschaffen werden könne.

Kurhessen. Ueber den Empfang Willisen's in Kassel gibt die „Elbefelder Ztg.“ folgende weitere Enthüllungen: In der Audienz, welche der General beim Kurfürsten hatte, bemerkte dieser, daß er den Brief unsers Königs schriftlich beantworten und durch den hessischen Gesandten in Berlin überreichen lassen würde. Begehens wies Hr. v. Willisen darauf hin, daß der Zweck der

Digitized by Google

Mission alsdann nicht in Erfüllung gehen würde, da er mündliche Erklärungen abzugeben habe. „Als nun Graf Bernstorff dem kurhessischen Bevollmächtigten die Mittheilung machte, daß der diplomatische Verkehr zwischen beiden Höfen abgebrochen sei, ersuchte Hr. v. Baumbach noch um Auskunft, auf welchem Wege er unter den obwaltenden Verhältnissen noch einen Brief seines Souverains an Se. Maj. den König wohl gelangen lassen könnte. Darauf ist ihm denn die Antwort geworden, daß nach dem Abbruche des direkten diplomatischen Verkehres derselbe Weg einzuschlagen sei, auf welchem das Schreiben des Königs nach Kassel gelangte, nämlich durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten, d. h. durch einen Abstanten des Kurfürsten. Diese Sendung ist aber bis jetzt nicht erfolgt.

Die „Wochenschrift" des d. Nationalvereins schreibt in ironischer Weise: „Der Kurfürst von Hessen findet Schwierigkeiten, sich ein neues, seinem Geschmacke und zugleich den Erfordernissen der Lage entsprechendes Ministerium zu verschaffen. Ist denn Hassenpflug nicht mehr da, oder nicht mehr dienstfähig? Der Mann ist so wie gemacht für die Erfordernisse der schwierigen Situation, und hat insbesondere neben der eisernen Stirne den Vorzug, weniger empfindlich zu sein, als der Kammerdiener Hartwegen."

Nassau. In der 2. Kammer erklärte der Regierungskommissär auf die Interpellation wegen Vorlage eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes: „Die Regierung finde zur Zeit keine Veranlassung, die im Konstitutionsedikt von 1814 enthaltenen verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Ministerverantwortlichkeit zum Gegenstand einer abgesonderten Gesetzesvorlage zu machen."

Schweden und Norwegen.

Das Stockholmer „Aftonblad" gibt eine übersichtliche Darstellung der Streitkräfte des Nordens unter Berücksichtigung derjenigen Umstände, welche die wirkliche Stärke vermindern und eine Kooperation beschränken. Nach derselben stellen innerhalb der eigenen Grenzen Dänemark 35,000, Schweden 50,000 und Norwegen 20,000 Mann, zusammen 105,000 Mann. Bei der allgemein geltenden Annahme, daß ein Land höchstens 1 pCt. seiner Bevölkerung aufzubieten der eigenen Grenzen anwenden kann, würde Schweden seinen beiden Nachbarländern mit 32,000 Mann, Dänemark mit 16,000 und Norwegen mit 12,000 Mann helfen können. Würde Dänemark demnach von Deutschland angegriffen, würde die skandinavische Armee in der Dannewirke-Stellung aus 35,000 Mann Dänen, 32,000 Schweden und 12,000 Norwegern, im Ganzen aus 79,000 Mann bestehen können. Einem Angriff Rußlands auf Schweden würde von 50,000 Schweden, 16,000 Dänen und 12,000 Norwegern, also von 78,000 Mann begegnet werden können. „Aftonbladet" ist nun der Meinung, daß ca. 80,000 Mann im Verein mit den skandinavischen Flotten genügen würden, um Deutschlands oder Rußlands Angriffe auf Dänemark oder Schweden zurückzuschlagen, weil aus verschiedenen Gründen weder Rußland noch Deutschland mehr als 100,000 Mann resp. über Finnland nach Schweden oder in die dänische Halbinsel hinein würden führen können. Nur wenn Rußland und Deutschland gleichzeitig die skandinavischen Reiche angreifen wollten, würden die erwähnten Streitkräfte (80,000 Mann) zur Vertheidigung nicht genügen. In diesem Fall aber sei ohne Zweifel zu erwarten, daß die Westmächte sich in den Krieg mischen und auf Seiten der skandinavischen Reiche stehen würden. (?)

Frankreich.

In diesem Augenblicke ist der neue preußische Gesandte der Löwe des Tages; fast nur von ihm ist in den politischen Salons die Rede, und seine Ernennung wird als ein unfehlbares Symptom von der Eventualität einer russisch-preußisch-französischen Allianz betrachtet. Diese Konjekturen mögen sehr gewagt oder sehr voreilig sein, aber man muß gestehen, daß die Ernennung dieses Diplomaten eine gewisse Bedeutsamkeit hat, sei es auch nur deshalb, weil man in Berlin voraussetzen mußte, daß sie in Wien verstimmen würde. Die Ernennung des Großfürsten Konstantin zum „Stellvertreter des Kaisers" in Polen kommt den Gerüchten von einer Trippelallianz zu Hilfe, während uns von einer offiziellen Seite versichert wird, man wisse, daß englische Einflüsse die Agitation in Polen zu unterhalten und zum Aeußersten zu treiben suchen, um die Pazifikation des Landes, und demnach eine Annäherung zwischen dem Pariser und dem Petersburger Kabinet zu verhindern.

Im gesetzgebenden Körper kam das Gesetz zur Berathung, welches die über die Funktionen der Börsensensale vorhandenen Bestimmungen abändert. Es werden durch dieses neue Gesetz die bisher nur geduldeten Kommanditäre eines Sensals anerkannt und die zum Betrage des von ihnen eingeschossenen Kapitals für die Operationen des Titularsensals verantwortlich erklärt. Der Demokrat Darimon erhob sich in längerer Rede gegen die Neuerung, ein ministerielles Amt gleichsam zu einem Betriebsfelde der associirten Spekulation zu machen. Er weist nach, daß nach allen juristischen Autoritäten und gerichtlichen Entscheidungen ein Amt kein Kompagniegeschäft werden könne. Mit demselben Rechte könnten die Advokaten eines Notars, Auktionskommissäre, Maorenmäkler ꝛc. von einer Gesellschaft exploitirt werden. Die nächste Folge des neuen Gesetzes sei, daß man die Gerichte, im Widerspruch zu dem durch den Code angestellten Prinzip und der seitherigen Jurisprudenz, zu der Inkonsequenz nöthige, den Börsensensalen allein zu gestatten, was man allen übrigen Ministerialbeamten verweigern müsse. Trotzdem nahm die Versammlung den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung mit 222 gegen 4 Stimmen an. Die 36 Deputirte betheiligten sich nicht an der Abstimmung. Die in Paris sich aufhaltenden Italiener beabsichtigten, mit Zustimmung des italienischen Gesandten Nigra, eine Messe zur Gedächtnißfeier des am 6. Juni 1861 verstorbenen Grafen Cavour halten zu lassen. Die Versammlung der Generalvikare hat jedoch die Abweisung dieses Gesuches einstimmig beschlossen. Der Erzbischof von Posen Hr. v. Przyiński, hielt sich auf seiner Rom-Fahrt einige Tage in Paris auf und war von Seiten der dortigen polnischen Kolonie als „Primas von Polen" der Gegenstand zahlreicher politisch-religiöser Huldigungen.

Der „Progrès de Lyon" entwirft eine sehr düstere Schilderung von der traurigen Lage, in der sich die Industrie von Lyon und der Umgegend befinde. Bei Beginn der schönen Jahreszeit habe es den Anschein gehabt, als ob die Arbeit und das Vertrauen wieder zunehmen wollten, leider sei es aber eine Täuschung gewesen. Die Seidenfabriken fänden allerdings in geringerer Anzahl still, als während des Winters, dagegen sei aber der Arbeitslohn heruntergesetzt und der Tagelohn der Weber und Arbeiter der übrigen Gewerbe vermindert worden. Mit einem Wort, alle Geschäfte seien anhaltend beschränkt und schwierig.

Spanien.

Ein ministerielles Blatt, der „Diario Espanol", bringt einen Aufsehen erregenden Artikel über die Konferenzen von Drjaba, worin dem Londoner Vertrag die Schuld an Mißfälligkeiten gegeben wird. Das Benehmen der französischen Bevollmächtigten wird angegriffen, wie umgekehrt die Franzosen Alles auf die Spanier schieben und neuerdings immer gereizter sich über sie auslassen.

Italien.

Nach einer Korrespondenz der „Gazetta di Torino" aus Rom soll der Papst am 26. vorigen Monats große Gefahr gelaufen sein. Er wollte während der Nachmittagsstunden den Palast verlassen, und da ihn die langjährige Geschwulst am rechten Fuße an diesem Tage besonders belästigte, so wollte man ihm das Treppensteigen ersparen und führte ihn zu einem für ihn erbauten Zugwerke, vermittelst dessen er aufs sanfteste das Parterre erreichen kann. Es wird nicht gesagt, aus welchem Grund Pius IX. sich diesmal nicht dieser Vorrichtung bedienen wollte, sondern umkehrte und der großen Treppe zuschritt. Wenige Minuten darauf wollte ein Palastdiener diesen Weg versuchen, aber kaum daß er sich dem Triebwerk anvertraut, stürzte er mit allem Geräthe hinunter und zerbrach sich die Glieder.

Die Journale veröffentlichen das der Abgeordnetenkammer mitgetheilte Schreiben Garibaldi's. Garibaldi sagt, er habe Caprera auf die Einladung Ricasoli's verlassen, um die Schützenvereine zu konstituiren und sein Mandat sei von dem neuen Ministerium bestätigt worden. Es hätten zwei genuesische Carabinier-Bataillone errichtet werden sollen, weshalb viele junge Leute herbeigeeilt seien, um sich anwerben zu lassen. Da aber nichts aus diesem Projekt geworden sei und einige Hundert dieser jungen Leute nicht in ihre Heimath zurückkehren konnten, so hätten sie sich in der Lombardei versammelt, um sich in der Handhabung der Waffen zu üben. Die Regierung habe sich über den Zweck der Zusammenkunft dieser Leute getäuscht. Man habe Verhaftungen vorgenommen. Die ministeriellen Journale hätten behauptet, daß man einen Einfall in Tyrol versuchen wollte; das sei falsch. Ihr Programm sei immer: „Italien und Viktor Emanuel". Man müsse die Nationalbewaffnung vollends bewerkstelligen und den Italienern eine Organisation geben, ähnlich derjenigen Preußens und der Schweiz. Alsdann würden die Krone und das Volk allem unrechtmäßigen Einfluß entzogen sein.

Digitized by Google

Amerika.

Die „Independence Belge" hat Briefe aus der Havana, die ein merkwürdiges Licht auf die Moniteur-Berichte werfen. Darnach haben in Mexiko allerdings mehrere Pronunciamentos statt gefunden, in welchen Juarez für abgesetzt erklärt und Almonte zum Präsidenten erhoben worden; aber diese Kundgebungen haben sich nur im Schatten der französischen Adler hervorgewagt, und die Personen, welche an der Spitze derselben erschienen, haben im Lande so wenig Einfluß, daß sie sich außerhalb des französischen Lagers nicht sehen lassen dürfen.

Asien.

Ueber die Reise des Prinzen von Wales berichtet die „Times" unter Anderem: „Der Prinz und Gefolge landeten am 10. Mai Morgens in Tripoli, um die Cedern des Libanon zu besuchen. Sie ritten ins Gebirge hinauf bis zum Dorfe Eihen, wo sie bis Montag, den 12. Mai, lagerten. Der Prinz wollte den Gottesdienst im Schatten der Cedern abhalten lassen, allein Nebel und heftige Regengüsse zwangen ihn, ins Lager zurückzukehren. Am Abend kamen die Dorfbewohner haufenweise herbei, um sich vom Leibarzt des Prinzen geschwind heilen zu lassen. Allein da der Doktor seine Arzneien nicht bei sich hatte, ließ der Prinz später vom Bord des Schiffes „Osborne" den Leuten eine Anzahl Medizinflaschen mit arabischen Inschriften zurücksenden. Am 15. Mai wurde auf der Insel Rhodus gelandet. Den Tag darauf verbrachte Se. k. Hoheit mit dem Besuch der umliegenden kleinen Inseln. In die berühmte Höhle auf der Insel Antipatos, welche 60 Klafter tief ist, stiegen der Prinz und sein Gefolge mit Hilfe von Stricken und Strickleitern hinab. Am 17. Mai landete die Gesellschaft auf der Insel Patmos, wo sie der Grotte des Johannes einen Besuch abstattete, und am 18. Mai befand man sich in Smyrna.

Volkswirthschaftliches.

* **Die Weinausstellung im internationalen Industriepalaste zu London im Jahre 1862.**

(Schluß.)

Frankreich ist zwar der Zahl der Aussteller nach stärker vertreten als Oesterreich, es sind deren 112, doch macht die Ausstellung der bezüglichen Trophäen nicht den Totaleindruck, welchen die Oesterreicher zu erzielen verstanden, wenn diese Weinausstellung gleich nicht weniger großartig ist.

Weniger monströs, aber um so geschmackvollere Tableaux haben die Rheinländer, Hessen und Nassau zusammen mit 17 und Preußen mit 12 Ausstellern, aufgestellt und damit die Person des Rheinganes auf sehr würdige Weise repräsentirt. Diesen schließen sich Württemberg und Baden auf gleiche Weise an. Ersteres hat 12 und Letzteres 6 Aussteller aufzuweisen.

Das stärkste Kontingent von Weinausstellern hat Spanien gestellt; es sind deren 190. Diesen folgt Italien mit 126 und alsdann Portugal mit 115 Ausstellern. Australien hat durch 22 Aussteller verschiedene Weinsorten eingesandt, worunter auch 1858r Rieslinge sich befinden. New-South-Wales hat sich gleichfalls mit rothen und weißen Weinen von 18 Ausstellern eingefunden. Griechenland und die jonischen Inseln, Brasilien, Peru und Urago, sowie noch andere südliche Länder haben hier gleichfalls ihr Kontingent gestellt, Rußland durch seine Weine aus der Krim. Ein russischer Fabrikant aus dem Norden hat sogar Schaumwein eingesandt. Noch muß ich der Schweiz mit 18 Ausstellern erwähnen, welche ihre Weine aus den südlichen Kantonen vorführen, und schließe mit Bayern, welches, obgleich es zu den Ländern gehört, welche den Weinbau verhältnißmäßig stark kultiviren, gleichwohl am schwächsten vertreten ist. Franken hat mit Einschluß von drei Schaumweinfabriken nur 6 Aussteller aufzuweisen, die Pfälzer Weine fehlen dagegen ganz und gar. Es ist dies gewiß eine mehr als bescheidene Vertretung von einem Lande, welches der köstlichsten Weine in Menge erzeugt und sich deßhalb mit aller Zuversicht in die große Konkurrenz wagen darf.

Es fehlen demnach im Kranze der seltensten und kostbarsten Weinsorten, wie selbst die Weltstadt London solche noch nicht beisammen gesehen und neben einander getrost haben mag, noch einige der schönsten Perlen deutscher Weine, ob diese aber durch die von 3 Ausstellern beigebrachten englischen Weine ersetzt werden, ich bezweifle dies; es bleibt demnach den Ausstellern wenigstens die Benützung, auch in dieser Branche als Aussteller zu erscheinen. Aus welchem Material übrigens die sogenannten englischen Weine fabrizirt sind, ist im Katalog nicht angegeben. Die englischen Kolonien sind aber besonders und zwar jede für sich repräsentirt.

Nachdem ich nun versucht habe, Ihnen ein annähernde Bild von der Weinausstellung im Industrie-Palaste zu geben, wollen Sie mir noch auf einige Augenblicke in die westlichen Keller Ihr Maj. Coustom-Houses folgen, wo auf die köstlichen und nicht köstlichen Weine, welche von den Ausstellern zur Preisbewerbung eingesandt wurden, beisammen aufgestapelt liegen, dem gewichtigen Urtheil der Juries entgegen harren. Bereits vor acht Tagen waren die Aussteller hier versammelt, um ihre Weine auszupacken und in den hiezu bereitbestehenden außen aus leichten Schieneneisen gefertigten Schränken, verschließbaren durchsichtigen Gestellen, unterzubringen, heute aber, um diese Proben der Reihe nach den Juries vorzuführen, wie solches in dem Progeamm vorgezeichnet ist. Das Prüfungsgeschäft selbst findet in einem Saale über den Kellern statt und beginnt jeden Tag Vormittags 11 Uhr, bis Alles beendet sein wird, was wohl in 14 Tagen wird geschehen können.

Beauftragt von unserem allverehrten k. Kommissär Dr. Berg ward mir die Ehre zu Theil, die von den bayer. Ausstellern eingesandten Proben dem Preisgerichte vorzuführen, wodurch mir Gelegenheit ward, drei volle Tage den Verhandlungen anzuwohnen, was um so mehr Interesse darbot, da ich eine solche Gelegenheit, so verschiedene und so kostbare Cretscenzen neben einander zu prüfen, nicht so leicht wieder finden dürfte.

Das Preisgericht, Juries, bestehend aus 7 Personen, welchem Herr Kommerzienrath Leyden aus Köln vorsteht, ist von Seite Frankreichs durch M. J. Duval, Paris; von Italien Marquis de Sambuy, Turin; von Oesterreich Baron v. Hallburg, Pesth; Schweiz M. Möglin-Langmeier, Weinhändler, Basel; England Mr. Clerk, Wein Dealer, London, gebildet.

Die Prüfungen begannen mit den Weinen der verschiedenen Rheinprovinzen von Preußen, Nassau, Hessen und Baden, denen am dritten Tage unsere Frankenweine folgten, worauf alsdann Württemberg und Oesterreich an die Reihe kommen sollten.

Ich muß gestehen, es war mir etwas bange zu Muthe, als ich mit meiner sehr bescheidenen Collection von Proben, es sind deren nur zehn verschiedene Sorten, meinen eben erwähnten Vorgängern und mehr als ebenbürtig bekannten Rivalen folgen sollte. Doch der alte Ruhm unserer Stein- und Leistenweine hat sich auch heute aufs Neue und Glänzendste, und zwar vor einem Preisgerichte, bewährt, zu welchem verschiedene Nationen gewiß nur die hervorragendsten Kenner gesandt hatten. Welche Grade von Auszeichnung den verschiedenen Weinen aber zu Theil werden wird, bleibt noch Geheimniß der Juries und soll die Bekanntgabe aller Auszeichnungen am 15. Juni erfolgen. Welchen vortheilhaften Einfluß aber eine Auszeichnung, unter den gegebenen Voraussetzungen, erhellt auf dem ersten Handelsplatze der Welt, für den erhöhten Absatz unserer Weine haben wird, werden wir bald erfahren und hoffen inzwischen das Beste.

Die Weine, welche ich bei dieser Gelegenheit vor die Juries brachte, bestunden im 1857er und 1858er Stein-Riesling, Harfen- und Stein-Traminer aus der Kellerei des Hrn. Klett, aus 1857er und 1858er Stein- und Leisten-Riesling und dergleichen Gürtelnee aus dem k. Hofkeller und aus 1857er Strehweine von Hrn. Reumann, daher sämmtliche von Würzburg. Selbst bedauerlich ist es, daß nicht auch die als vorzüglich bekannten älteren Stein-Weine aus den Kellern des Bürgerspitals die hiesige Ausstellung schmücken, wie ich dies von vornherein gewünscht und auch treffenden Orts rechtzeitig in Anregung gebracht habe. Es wäre dies gewiß für die Interessen dieser Anstalt selbst, sowie auch für die Interessen der gesammten fränkischen Weinkultur von unberechenbarem Nutzen geworden.

Was in der bayerischen Ausstellungsabtheilung ferner vermißt wird, sind die schönen und vorzüglichen Bodenprodukte, welche unser so sehr gesegneten Bayern in so reichem Maße hervorbringt. Außer Hopfen von zwei Ausstellern, welcher aber als vorzüglich von Kennern bewundert wurde, hat die Abtheilung Bayerns nichts beraetiges aufzuweisen, während aus anderen weniger produktiven Ländern die großartigsten Einsendungen an Cerealien aller Art gemacht wurden. London ist ein zu wichtiger Markt, als daß man diesem gerade in solchen Artikeln, nicht alle Aufmerksamkeit zuwenden sollte.

Die Ausstellungsabtheilung Bayerns ist übrigens zu den interessantesten zu zählen, welche den Industriepalast in Beombton zieren und deßhalb auch vorzugsweise gerne besucht. Es ist dies das spezielle Verdienst des k. bayer. Kommissärs Hrn. Dr. Berg, welcher zugleich jedem hier anwesenden Aussteller mit Rath und That an die Hand geht und auch die Interessen der abwesenden Aussteller mit größter Aufopferung zu fördern bestrebt ist, wo sich

Digitized by Google

nur immer Gelegenheit bietet. Hr. Dr. Berg, welcher sich schon so viele Verdienste um die bayerische Industrie erworben, hat sich aufs Neue den bayerischen Industriellen zu bleibendem Dank verpflichtet.

Verantwortlicher Redakteur Dr. F. Sauter.

Entgegnung.

Unter dem Titel: „Für die isolirten Lateinschulen" brachte die „Neue Würz. Zeitung" jüngst eine Jeremiade über die bedrängte Lage der Lehrer an den isolirten Lateinschulen unseres Kreises, worin sich leidtheilnehmend der Hülfeschrei um Aufbesserung ihrer Besoldung knüpfte. Einsender dieses Artikels will keineswegs die Bitte als eine an sich unberechtigte hinstellen und wünscht keineswegs jenen „doppelt- und dreifach isolirten Lehrern" den besten Erfolg. Hingegen muß er die Motivirung jener Bitte für eine unzulängliche und durchaus einseitige erklären. Es sind nämlich nur die Schattenseiten mit grellen Farben gezeichnet, die Lichtseiten ganz übersehen worden; auf diese will Einsender dieses lediglich im Interesse der Wahrheit den Verfasser jenes Aufsatzes aufmerksam machen.

Fürs Erste wird darüber geklagt, daß die Lehrer der isolirten Lateinschulen mit einem Gehalte von 500 resp. 600 fl. sich begnügen müßten, während die Studienlehrer im Staatsdienste sofort mit 700 fl. angestellt würden. Das ist richtig, aber man bedenke Folgendes: Die Lehrer an den isolirten Lateinschulen unseres Kreises sind zur Zeit mit zwei, (darunter einer irregulären) Ausnahmen sämmtlich Geistliche und haben entweder unmittelbar nach Bestehung des philolog. Konkurses, oder sogar noch bevor sie ein Examen gemacht, ihre Verwendung gefunden. Die mit ihrer Stellung verbundenen geistl. Funktionen erhöhen den fixen Jahresgehalt von 5—600 fl. noch um ein Beträchtliches. Dagegen müssen die weltlichen Lehramtskandidaten nach bestandenem Konkurs, vorausgesetzt, daß sie die Note I und II errangen, oft einige Jahre auf der Bracht sich ernähren, alldann ein bestes Falls 3—4 Jahre Assistenten sein, in welcher Stellung sie eine Remuneration, früher von 200, jetzt seit anderthalb Monaten von 400 fl. beziehen. Das ist das Erste, was der Einsender jenes Artikels beherzigen möge. Wenn er aber weiter klagt, daß der Staat die pragmatischen Rechte versagt habe, so ist dieser Uebelstand dadurch als beseitigt zu betrachten, daß den betreffenden Lehrern zu jeder Zeit der Eintritt in den Staatsdienst offen steht. „Wohl! aber erst nach 10—12 Jahren!" Diese Behauptung ist unwahr. Dem Einsender sind von den isolirten Lateinschule Haßfurt allein mehrere Fälle bekannt, daß dortige Lehrer nach einer blos 3—4jährigen Wirksamkeit mit größere Anstalten befördert wurden. Doch abgesehen davon, nehmen wir an, es sei wirklich so, wie der Verf. jenes Artikels bemerkt, und vergleichen damit abermals die Stellung der weltlichen Lehramtskandidaten. Wie lange Jahre sich diese als Instruktoren oder Assistenten kümmerlich behelfen müssen, ehe sie zu der gepriesenen Anstellung mit 700 fl. und weiter zu dem Pragmatikum gelangen, wurde oben schon erwähnt. Und nach den dermaligen Aussichten wird es in 3—4 Jahren drüglich der Anstellung der weltlichen Kandidaten gerade so stehen, wie zur Zeit mit den Rechtspraktikanten. Eine statistische Zusammenstellung der Abgehenden und Hinzukommenden zwingt zu diesem Schlusse. Wie manchen Kandidat würde es als ein Glück betrachten, an einer isolirten Lateinschule verwendet zu werden, trotz aller wirklichen oder eingebildeten Uebelstände, die der Verf. jenes Artikels damit in Verbindung bringt, wenn eben die Stellen auch Nichtgeistlichen zugänglich wären! Wer von den weltlichen Kandidaten das Unglück hatte, mit der Note III censirt zu werden, hat zur Zeit gar keine berechtigten Ansprüche auf Verwendung, da die Zahl der Kandidaten mit den Noten I und II eine mehr als genügende ist und von Jahr zu Jahr anwächst. Bei den Geistlichen hingegen, die an den isolirten Lateinschulen schon verwendet sind, oder verwendet werden wollen, übt es nicht den mindesten Einfluß, welche Note sie erlangen; denn sie finden doch augenblickliche Verwendung. Ja, dem Einsender sind Fälle bekannt, daß an manchen isolirten Lateinschulen Lehrer wirken, die nie ein philolog. Examen gemacht, auch nie daran denken, ein solches zu machen.

Wenn nun den geprüften geistlichen Kandidaten, vorausgesetzt, daß sie eine entsprechende Note haben, der Eintritt in den Staatsdienst zu jeder Zeit offen steht, die isolirten Lateinschulen aber fast ausschließlich nur ihnen zugänglich sind, wenn sie eine augenblickliche Verwendung mit 500—600 fl. Besoldung finden: wie kann man da noch von einer zurücksetzung und traurigen Lage dieser geistlichen Studienlehrer an den isolirten Lateinschulen reden, wenn man, wie billig, die Lage der anderen geprüften Lehramts-Kandidaten damit in Vergleich bringt? Hier, meint der Verfasser dieser Zeilen, wäre das Wort „Bevorrechtung" eher am Platze.

Möge sich also der Verf. jenes Mitleid erregen sollenden Artikels bei dem sprichwörtlichen Erfahrungssatze beruhigen, daß, wer die Rosen pflücken will, auch die Dornen mit in den Kauf nehmen muß. Möge er das Gesagte beherzigen: vielleicht wird ihm dann seine Stellung als eine weniger klägliche erscheinen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76⅝ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	85¾/— G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	59 ⅛ G.
„	4½ pCt. „ „ „	48½ P.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-E. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	96⅝ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	95 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 30	49⅜ P.
„	2 pCt. „ „ „	43½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99⅞ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1281/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	763—64 G.
Bayerische Bank à fl. 200	199½ G. o.D.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	221 P. 220 G.
Wehmarische Bank à Thlr. 100	81 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	89 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	339 P. o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	73⅜ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 98 kr.	98 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	121 G.
„ Elisab.-Bahn 5 pCt. 67	73⅜—¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	53⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	135½ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110P. 109½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	84 P.
Südd. Bank-Akt., 20 pCt. Einz.	248 G. o.D.
Span. Handels- und Industrie	515 P.
„ Credit-Akt. id. Ges. Pereira	525 P.
Bayr. Ostbahn à 200 fl. vollzahlen.	106⅜ P.
Bayer. Ostbahn mit 20 pCt. Einz.	106½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	109 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.	Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.	Berlin Th. 60 k. S.	105¼ P.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ P.	Brem. 50 Th. Lad. à S.	83⅛ P.
Brem. 50 Th. Lad. à S.	83⅛ P.	Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	Hamb. MB. 100 k. S.	98⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	98⅛ G.	Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.	Lyon Frs. 200 k. S.	—
Lyon Frs. 200 k. S.	—	Mail. Frs. 200	93⅞ G.
Mail. Frs. 200	93⅞ G.	Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.	Triest fl. 100 k. S.	—
Triest fl. 100 k. S.	—	Wien fl. 100 k. W.	—
Wien fl. 100 k. W.	—	do. 2 à 6 W.	—
do. 2 à 6 W.	—	do. in öst. W. 1. S.	91½ G.
do. in öst. W. 1. S.	91½ G.	Disconto	3 pCt. G.
Disconto	3 pCt. G.		

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73⅜ P.	„ fl. 25 do.	38½ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	120½—21⅜ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	123 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	33½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lötlein mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	100½ G.	Vereins-Loose fl. 10.	19⅝—½ G.
Badische fl. 35	55½ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.

Frankfurt, 6. Juni. Auch heute war die Stimmung der Börse günstig und öfter. Fonds und Industrieaktien preishaltend. Der Umsatz war besonders in National und Kreditaktien, letztere zu etwas höheren Kursen von Bedeutung. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½, desgleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91⅝, ½ umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97¼ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 158. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Montag, 9. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Der schon mitgetheilte Schluß der Konferenzen der Küsten-Befestigungs-Kommission, deren Eröffnung in Hamburg am 16. April stattgefunden hatte, erfolgte am 24. Mai. Es bestätigt sich, daß die Kommission in vollständiger Uebereinstimmung war, sowohl bezüglich der Nothwendigkeit im Interesse Gesammtdeutschlands, daß die Einmündungen der Hauptströme in die Nord- und Ostsee so bald wie möglich in wirksamen Vertheidigungsstand gesetzt werden, als auch bezüglich der Wahl der Punkte, auf welchen dir zu diesem Behuf erforderlichen Befestigungswerke anzulegen sein würden. Das bedeutendste dieser Werke soll, dem Vernehmen nach, nach den von der Kommission angenommenen Plänen bei Cuxhaven errichtet werden. Ebenso werden für die Hafenplätze Bremerhaven, Travemünde und Rostock wichtige Befestigungen beantragt. Man erwartet, daß die Herstellung der verschiedenen Werke spätestens im Beginn des nächsten Frühjahres, und zwar gleichzeitig, wird in Angriff genommen werden können. Die Voranschläge der Kosten für den Bau der Befestigungswerke der vier genannten Hafenplätze belaufen sich zusammen auf eine Summe von 4½ Millionen Thaler — eine Summe, welche freilich noch eine bedeutende Steigerung erfahren wird, wenn das dem Vernehmen nach von der Kommission gleichfalls vorgeschlagene neue Eisenbekleidungssystem in Anwendung kommt.

Bayern. Für den Brückenbau zwischen Ludwigshafen und Mannheim hat in letzterer Stadt sofort eine bayerische Kommission zusammenzutreten, um mit einer badischen die Wahl des Platzes für die Brücke, den Brückenplan, die Art und Weise seiner Ausführung festzustellen. Mitglieder der bayerischen Kommission sind: Eisenbahndirektor v. Denis in München als Vorstand, Eisenbahnoberbau Jäger in Ludwigshafen, Kreisbaurath Lavall in Speyer, Oberzollinspekter v. Speyer in Ludwigshafen, außerdem ein Vertreter der Stadt Ludwigshafen, als Beisitzender. — In der letzten Sitzung der Wanderversammlung bayerischer Landwirthe wurde Nürnberg als Ort des nächstjährigen Zusammentritts bestimmt und Oberbayern für 1864 als der Kreis bezeichnet, worin die 8. Versammlung stattfinden solle.

Oesterreich. Das Absinken des „Sjezat" durch Volksmassen und Schulkinder ist in Ungarn unterlagt worden: den Biegefahren und Bürgermeistern ward die Besteuerung der Zuwiderhandelnden aufgegeben. — In der Nähe von Nagy-Körös erschien auf einer Tanza die Dönitsche Räuberbande; die schnell zur Verfolgung aufgebotenen Panduren und Soldaten erbeuteten aber nur ein Pferd und eine Flinte, da die Spuren der Räuber sich nach mehrstündiger Jagd im Bosker Walde verloren. — Der wegen seiner Regierungsfreundlichkeit verhaßte Bischof von Treviso, Zinelli, der eben erst bei seiner Installirung einem Attentate entging, sollte am Himmelfahrtstage nach Venedig fahren. Zwei Buben unterlegten den Schienenwechsel in Preganziol mit einer kleinen Mine, um ihn unmittelbar vor der Ankunft des Zuges in die Luft zu sprengen und so die Entgleisung herbeizuführen. Der Bahnwächter überzeugte die Thäter bei ihrem Beginnen und wurde von ihnen mehrfach verwundet, konnte aber doch den ankommenden Zug rechtzeitig genug anhalten und so ein ungeheures Unglück abwenden. — In Venetien hat die Agitationspartei zur Feier des „italienischen Nationalfestes" (Einigung Italiens am 1. Juni) Demonstrationen in Scene gesetzt. In Brurdig wurden fünf Petarden abgeschossen und bengalisches Feuer abgebrannt. In Padua durchzog etwa ein halbes Hundert Studenten, mit Handwerkern gemengt, paarweise die Straßen, während an verschiedenen Punkten Detonationen gehört wurden. Der größere Theil dieser Demonstranten wurde verhaftet. In Treviso hat in S. Nicolo eine Messe, Abends ein Reimel Feuerwerk stattgefunden. In Oderzo, Beneda und Serravalle zeigten sich einzelne bengalische Feuer auf den Hügelspitzen; in Udine wurden einige dreifarbige Fähnchen und Zettel mit Inschriften ausgestreut. Eine Menge solcher Fähnchen fand man in Valdagno. In Verona, Mantua und Vicenza scheinen trinerlei Demonstrationen stattgefunden zu haben.

In der jüngsten Sitzung des Wiener Bancomite's, bestehend aus den 12 Directorn und den 12 Ausschußmitgliedern, wurde die Auslosung von 50 Millionen in 1860er Loosen an den Finanzminister beschlossen. Als Pfand soll eine Schuldverschreibung gegeben werden, die bis Ende Dezember 1863 bezahlt sein muß. Ebenso muß der Rest der 1850er Loose, wenn dies nicht gleich jetzt geschieht, bis zu diesem Termin zu Gunsten der Bank verlooset sein.

Preußen. Ein vom Kommandeur des Garde-Korps, vom Prinzen von Württemberg, ergangener Befehl verbietet der gesammten Berliner Garnison, d. h. also nicht nur den Unteroffizieren und den Gemeinen, sondern auch den Offizieren, das Lesen von folgenden täglich erscheinenden Berliner Zeitungen: „National"-, „Vossische"-, „Spenersche Zeitung" (Berliner Nachrichten), „Volkszeitung", „Berliner Allgemeine Zeitung", „Berliner Reform", „Publicist", „Berliner Boesen-Zeitung" und der „Volkswirthschaftlichen Zeitung". Erlaubt sind dem Militär ausdrücklich: „Sternzeitung", Kreuzzeitung" und „Preußisches Volksblatt". Die nicht täglich erscheinenden Blätter, wie „Tribüne", Kladderadatsch", „Fortschritt" u. s. f. sind in dem Erlaß nicht erwähnt, und deshalb wohl bis auf Weiteres der Berliner Garnison erlaubt: auf wie lange, das steht im Belieben des Kommandeurs des Garde-Korps. Also simplicitas.

Im Herrenhause wurden die Kommissionsanträge auf Anerkennung der Kontinuität der Session und auf Ueberfassung besonderer Anträge auf deutlichere Bestimmung in der Verfassung an die Staatsregierung angenommen. Im Unterhause entspann sich folgende Debatte: Abg. Schulze (Berlin): Der Herr Kriegsminister hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich in meiner Rede unparlamentarisch geworden sei. Ich sehe mich genöthigt, im Interesse des ganzen Hauses darauf aufmerksam zu machen, daß es in diesem Hause nur eine Behörde gibt, der es zusteht, ein solches Urtheil auszusprechen, und das ist der Präsident. (Beifall.) Ich könnte also, wenn ich denselben Fehler begehen wollte, dem Herrn Kriegsminister den Vorwurf zurückgeben. Ich bin der Ehre und Würde des preußischen Bannens wohl nicht zu nahe getreten, wenn ich dem Wunsch aussprach, es möge zugleich das nationale Banner Deutschlands sein, um welches sich die andern deutschen Stämme scharen können. Der Vorwurf des Schein-konstitutionalismus gründet sich auf den bekannten Brief des Herrn v. d. Heydt, und wenn ich dabei an die Stimme des Hauses, ja des Landes appellire, so thue ich dies gewiß mit besserem Erfolge, als der Herr Minister. (Beifall.) Kriegsminister v. Roon: Ich habe das Wort Scheinkonstitutionalismus unparlamentarisch genannt, weil ich darin die Beschuldigung erblicke, als sei das Ministerium sich seines Verfassungseides nicht bewußt.

Der Oberbürgermeister von Bromberg, v. Foller, hat bei dem Festmahl, welches die vorige Woche zur Feier der Enthüllung des Friedrichs-Denkmals gab, folgende Worte an den anwesenden Kronprinzen gerichtet: „Wenn wir Bromberger eigentlich auch in allen Ständen faß ausschließlich zur Fortschrittspartei gehören, und nach den letzten Ereignissen eine Diskrepanz zwischen der Krone und dem Volke zu drohen schien, so sind wir doch gewiß ebenso loyale Staatsbürger, als es nur irgend welche geben kann. Es liegt in den Zeitverhältnissen, in der Natur der Sache, daß wir, wie alle verständigen einsichtsvollen Männer auf der großen Bahn Vorwärts unterrückt weiter streben, dennoch halten wir, wie das gesammte Preußenvolk treu zu unserem Fürstenhause — das zeigt Ihnen der Jubel der Bevölkerung beim Anblick des Denkmals un-

Digitized by Google

feres großen Königs, das jetzt Ihnen die Freude des Volkes über die Ankunft unseres preußischen Thronerben. Und diese unsere Gesinnung bitten wir Sie, Ihrem hohen Vater offen darzulegen!"

Baden. Am 5. hat die festliche Eröffnung der Wiesenthalerbahn stattgefunden. In Freiburg im Breisgau war der Festzug von Karlsruhe, auf welchem sich der Großherzog von Baden befand, von einer Deputation der Basler Regierung und in Basel durch die eidgenössischen Bundesräthe Stämpfli und Näff begrüßt worden. In Schopfheim fand das Festmahl statt.

Großh. Hessen. Hessische Geistliche haben den Professor Noack in Gießen beim Ober-Konsistorium wegen Unglaubens und Freigeisterei angeklagt und die kirchliche Oberbehörde hat bei der Regierung auf die Unverträglichkeit der von Noack in seinen neuesten Schriften und namentlich in seiner Zeitschrift „Psyche" vorgetragenen Lehren über Seele, Gott und Unsterblichkeit mit der Stellung eines Universitätslehrers hingewiesen. Der akademische Senat soll jetzt darüber Bericht erstatten, und die theologische, philosophische und juristische Fakultät der Universitäten sind zu Gutachten über die Sache aufgefordert.

Schweiz.

Ueber die Eröffnung der Wiesenthalbahn meldet die „N.Z.": Große, seeunig erregte Menschenmasse, Bundesmilitär, überall badische und schweizerische Fahnen. Das ganze Wiesenthal prangt im reichsten Festschmuck. Bei dem Festmahl im Gasthause „zum Pflug" in Schopfheim brachte Geigy, Direktor der Wiesenthalbahn, den Toast auf den Großherzog aus; dieser einen solchen auf die Freundschaftsbande mit der schweizerischen Eidgenossenschaft; Bundespräsident Stämpfli auf das Land Baden, und Bürgermeister Grether auf Basel.

Frankreich.

XX Paris, 4. Juni. (Corr.) Seit einigen Tagen ist die Umgebung von Chalons erfüllt von Trommelwirbel und kriegerischen Gesänge. Regimenter auf Regimenter marschiren heran, Zelte werden errichtet, kurz das Lager ist bald fertig und unsere Pariser Patrioten werden nach Bequemlichkeit unsere Soldaten bewundern können. Alle werden sie staunen, wenn sie alle diese imposanten Gärten sehen mit den seltensten Blumen, diese zierlichen Kiosk's, welche sonst nirgends zu sehen sind! Wie viele jungen Leute werden bei der Rückkehr von diesem entsetzlichen Spazierengang ihre Eltern bitten, sie in die Armee eintreten zu lassen! Wie so ganz anders ist das friedliche Lagerleben im Kriege! Hier ist es nur ein Schauspiel, um der Nation zu zeigen, welch' guter Gebrauch von ihrem Gelde gemacht wird, um den Soldaten den Herrn, welchen sie bekämpfen, in seinem vollen Glanze zu zeigen. Von einem Ende Frankreichs bis zum andern soll der Ruf „Vive l'Empereur!" erklingen, und da Gefahr ist, daß dieser Ruf weniger lebhaft erschalle, so soll die Armee mit ihrer Stimme dem Enthusiasmus des Volkes zu Hilfe kommen und ihm zugleich begreiflich machen, daß die Männer vom 2. Dezember immer noch bei der Hand sind. Am 15. August wird der Kaiser in ihrer Mitte sein und nach einer stündigen Revue wird jeder Soldat Anspruch auf ein Glas Wein machen können, jeder Offizier aber ein Flasche Champagner auf eigene Kosten trinken dürfen; nicht selten soll eine Vernachlässigung dieses Beweises von Enthusiasmus unangenehme Folge nach sich ziehen. — Die Lehrkurse des polytechnischen und philotechnischen Vereins sind so eben geschlossen worden. Die beiden Vereine, welche erst vor wenigen Jahren gegründet wurden, haben nämlich unseren Arbeiter-Fortbildungsverein (den jüngern Männern aller Stände Gelegenheit zu weiterer Ausbildung, zur Fortsetzung ihrer Studien oder Ausbildung in einem speziellen Fache zu geben. Viele der bedeutendsten Professoren ertheilen unentgeldlich Unterricht und es haben sich schon mehr als 2000 Arbeiter, Handwerker u. einschreiben lassen, um an dem Unterricht theilzunehmen. Es fehlt aber noch an Platz und an Lehrern, denn ebenso viele Leute sind noch angemeldet. Die Gründer thun ihr Möglichstes, dem Bedürfniß zu genügen, werden aber von der Regierung hierin nicht unterstützt: jährlich ein öffentliche Belobung ist Alles, was sie thut, wenn man nicht die Vertheilung der Preise dazu rechnen will, welche die Professoren aus ihrer Tasche bezahlen. Freilich hat die Stadt Paris keine Mittel, um den Schutzbedürftigen zu vermehren, sie muß neue Straßen bauen, die gänzlich überflüssig sind, alte Häuser niederreißen, Prachtbauten errichten und ähnlich unnütze Dinge ausführen. Und damit wird es jeden Tag schlimmer. Die Expropriationen gehen fort, allein bevor man die Häuser niederreißt, muß man sie bezahlen. Viele derselben stehen daher noch, obwohl ihre Bewohner sie verlassen haben. In der Nähe des Justizpalastes ist ein Complex von 40 Häusern, der schon seit zwei Jahren desavouirt ist, darauf und einen trostlosen Anblick darbietet, wie eine Stadt, die vom Feinde verheert, halb verlassen von ihren Bewohnern. — Das Kaiserreich ist auf einer bedenklichen Bahn begriffen. Eine um die andere hat es alle Fragen aufgegriffen, welche seit 40 Jahren die Welt bewegen, und es hat sie ebenso wieder fallen lassen. Es scheint viele vermirrte Politik, wie bei einem Straßentamps, der Gefahr zwar entgegen zu gehen, allein hinter ihr bleibt aller Verkehr abgeschnitten. Volkswirthschaftliche und soziale Probleme, Fragen der Politik, der Arbeit, Freihandel, die orientalische Frage, die Donaufänder, die Einigung der Nationalitäten, Alles das sollte in buntem Durcheinander behandelt und geordnet werden. Allein schon beim ersten Schritt hielt man an, und nun hat nichts mehr Platz, weder eine gute noch eine schlechte Sache. Und doch ist die Lösung einer Frage, einer einzigen nur nöthig! Das Kaiserreich fühlt es, daß es a tout prix eine hiesern muß, und man glaubt, daß die jüngsten Schritte des Tuilerienkabinets, welche die Entsendung des Hrn. v. Budberg für Rußland und des Hrn. v. Bismark für Preußen zur Folge hatten, darauf hinzielen. Zwischen dieser diplomatischen Freundschaft zweier mit Recht mißtrauischen Regierungen und irgend einem Erfolg ist aber eine unüberwindliche Entfernung. Man wird von Neuem Wochen damit zubringen, die Sache zu untersuchen, ohne einen Ausweg zu finden. Hr. v. Budberg und Hr. v. Bismark werden die Löwen des Tages sein, sowie Said Pascha und der König von Holland und viele Andere, es waren, welche man zu politischen Schauspielen benützen zu können gehofft hatte. Allein es wird damit gehen, wie früher. Die Herren werden sich lustig machen über die ihnen allzu schlicht gestellte Falle und den Amphitrion die Kosten seiner eigennützigen Gastfreundschaft zahlen lassen; denn um was handelt es sich eigentlich? Man hatte vorgeschlagen, dem Hause Habsburg eine überseeische Krone anzubieten, um es in der italienischen Frage fügsamer zu machen. Jetzt will man Preußen und Rußland vor Oesterreich Vortheile in Deutschland und im Orient einräumen, um eine der Schwierigkeiten zu lösen, die sosort ins Auge springt, sobald man die Karte des östlichen Europa's untersucht. Diese Unterhandlungen sind jetzt ganz anderer Natur als in früheren Epochen, wo die Politik recht gut links marschiren konnte, während die Station rechts ging. Gegenwärtig Handel u. Industrie ist eine andere bestimmtere Sprache unserer und seiner äußeren Verbindungen. An der Börse ist das leicht sichtbar. Der Mainzbahnzug weist nur $\frac{1}{2}$ an Zahlung auf, der Rest blieb unberichtigt. Der Aufenthalt des Paschas von Aegypten in Paris zeichnet sich durch Excentricitäten aller Art aus, wovon unsere frivolen Zeitungsschreibnisse genug zu erzählen wissen, ohne der ernsten Zwecke zu erwähnen, welche der Reise des Vicekönigs zu Grund liegen mögen. Man glaubt, daß der mächtige Tributar der Pforte ernstlich den Augenblick gekommen sehe, wo er die Oberherrlichkeit des Sultans abschütteln könne. Die Ruhe unserer Herre in Afrika (?) und die Unternehmungen des Hrn. v. Lesseps, des geschicktesten und ausdauernsten Diplomaten unserer Zeit, dienen Said Pascha bei Verfolgung seines Traumes zur nicht geringen Unterstützung. Aegypten wird eines Morgens mit dem Bewußtsein erwachen, daß es der Vermittler des Weltbandels als Völker geworden ist. Die Unternehmer des Suezkanales beginnen allmälig zu ahnen, daß dieser eine große Zukunft habe, und der Kours der Aktien steigt beständig. — Der mehrgenannte Prätendent auf die ungarische Krone, Graf Grouy-Chanel, hat sich schon einen Minister angeschafft, Namens Germain Sarrut, der wegen seines neuen Postens in partibus infidelium von seinen Freunden viel zu leiden hat. Die Gläubiger des Grafen haben übrigens wenig Respekt vor seinen Ansprüchen auf die Königskrone, sondern lassen ihn häufig vor Gericht laden, wo er mit ein gemüthlichen Liedchen zur Bezahlung seiner Schulden angehalten wird.

Italien.

In der Deputirtenkammer erklärte Ratazzi, daß die Regierung in der Lösung der römischen Frage niemals zu verfrühten Hoffnungen aufspringt habe und sagt, wir wollen moralische Mittel anwenden, um den unerschütterlichen Willen zu zeigen, uns in Besitz unserer Hauptstadt zu bringen und Europa von unserem Rechte zu überzeugen. Die Regierung allein darf die Bewaffnung regeln, hat niemals eine Summe an Garibaldi gegeben und hat stets den Anschluß an eine Expedition verweigert. Die Kammer hat hierauf den Antrag auf Untersuchung verworfen und mit 169 gegen 33 Stimmen folgende Tagesordnung angenommen: „Nach den vom Ministerium über die letzten Ereignisse abgegebenen Er-

Digitized by Google

lärungen billigt die Kammer das Benehmen und hat das Vertrauen, daß die Regierung stets die Autorität des Gesetzes und die Würde des Parlaments wahren werde.

Türkei.

Dermisch Pascha kam am Montag beim Engpaß von Belowitz an und lieferte daselbst eine Schlacht. Am folgenden Tage langte er zu Ritta an, wo gleichfalls ein blutiges Treffen Statt fand, das noch am Mittwoch fortdauerte. Es ist Dermisch Pascha noch nicht gelungen, den Weg über den Berg zu forciren. Rucisti ist bei Risich geschoben, nachdem er einen Theil seiner Artillerie und seines Proviants eingebüßt hat. — Die serbische Regierung hat bei den garantirenden Mächten gegen die Kriegs-Demonstration der türkischen Garnison protestirt und die Verantwortlichkeit für jedwede mögliche Folge abgelehnt.

Rußland und Polen.

Graf Arlerberg, Generaladjutant des Kaisers, ist nach Deutschland gereist, wie man sagt, mit der Mission, mehrere regierende Häupter zur Feier des tausendjährigen Jubiläums des russischen Reiches nach Moskau einzuladen.

Die „Nordische Post" bringt ein Zirkular Walowin's, in welchem die Gouverneure aufgefordert werden, in den Städten behufs Prüfung der neuen Gemeindeverwaltung Bürgerversammlungen einzuberufen. Die Gouverneure sollen die ganze Wichtigkeit dieses Gegenstandes erklären und die Nothwendigkeit auseinandersetzen, daß die Bürger eine größere Theilnahme für ihre Angelegenheit zeigen; die Regierung sei nicht im Stande, fortwährend die ganze Last allein zu tragen. Als spätester Termin zur Einsendung des desfallsigen Berichts wird der Oktober bezeichnet.

Die per Telegraph aus Konstantinopel gemeldete Abweisung der Vorstellung Rußlands, betreffs der Unabhängigkeit Montenegros, hat einen peinlichen Eindruck gemacht. Diesmal dürfte aber schwerlich ein Menschikow behufs nach Stambul geschickt werden. Man vertraut der Tapferkeit der Montenegriner und der Eifersucht Englands und Frankreichs, deren Rivalität den kranken Mann zwischen Leben und Sterben erhält, ohne ihn genesen zu lassen.

Volkswirthschaftliches.

W Frankfurt, 5. Juni. (Btw.-Korr.) So eben macht die Redaktion des „Arbeitgeber" mittelst Kundschreibens das Resultat der Sammlung zur Betzung eines Reisefonds für die Sendung deutscher Arbeiter in die Industrieausstellung nach London bekannt. Derselbe beträgt einschließlich der vom Vorstand des Nationalvereins zur Verfügung gestellten 2400 fl. im Ganzen 3179 fl. 44½ kr., welche zur Ausrüstung von 21 Arbeitern hinreichen. Die Auswahl der Letzteren ist gestern, nach erfolgter Zuziehung einiger Vertrauensmänner (den HH. Dr. C. Passavant, Präsident des volkswirthschaftlichen Vereins für Südwestdeutschland und der polytechnischen Gesellschaft zu Frankfurt, Dr. Friedleben, Direktor Vogtherr, Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, und L. Sonnemann), von der Redaktion des „Arbeitgeber" vorgenommen worden, unter Beobachtung von folgenden Gesichtspunkten: 1) Berücksichtigung der Hauptindustriezweige, welche durch das Beispiel des Auslandes gehoben werden können; 2) der Hauptindustriegegenden, mit 3) Hintansetzung möglichst wenger deutscher Staaten; 4) möglichster Berücksichtigung der aus Majoritätswahlen hervorgegangenen Vorschläge von Arbeiterbildungs- und Gewerbsvereinen; 5) von vielseitig durch Private Empfohlenen; 6) hervorragender Talente. Es waren 93 Anmeldungen, darunter von wenigstens 50 sehr tüchtigen jungen Männern eingelaufen. Von Gewerben wurden Maschinenbauer, Stahlarbeiter, Goldarbeiter, Juweliere, Jaquardweber, Seidenweber, Ätzcher, Bildhauer und Holzschnitzer, Modelleure, Mühlenbauer und Maschinenstrikteure, Kunstdreher, Uhrmacher, Sattler, Steinmetzen, Bäcker, Schrammwirker ausersehen. Die Wahl traf auf 2 Schmiedgesellen in Königsberg, J. Kalisch in Krumau bei Budweis in Böhmen, Gleim in Erfurt, G. Hammer in Kaiserslautern, C. Freitag in Solingen, A. Grimmer in Pforzheim, Dittmar in Hanau, J. Hauer in Mühlheim a. Rh., Th. Hoel in Harburg, F. G. Speyer in Ulm, Stubenzahl in Karlsruhe, L. Weiß in Ilmenau, Rippert in Breslau, Starkloff in Hohhöfe bei Rudolstadt. Bauendbacher in Nürnberg, W. Schuhmann in Koblenz, Eichler in Berlin, Scheffert in Chemnitz. Von Krefeld, München u. Feuchtwangen steht die Wahl noch aus, wird aber in den nächsten Tagen bekannt gemacht. Bei der Wahl ist noch berücksichtigt worden, daß in großen Industriestrebungen und Städten ohnehin viele Arbeiter nach London geschickt werden, z. B. vom niederösterreichischen Gewerbeverein in Wien 24, von Richard Hartmann in Chemnitz 8 und so vielen Anderen. Auffallend ist zu bemerken, daß Städte von Bedeutung, wie Köln, Leipzig, Hamburg, Stuttgart, Offenbach, Frankfurt nicht berücksichtigt wurden, weil theils daselbst bereits Privatsammlungen im Gange sind, theils leicht bewerkstelligt werden können, um noch einen Arbeiter zu unserem Kontingent zu stellen. In der That haben sich noch 12 solcher Freiwilligen zum Zug nach London gemeldet; überdieß wird sich Dr. Dulla aus Königsberg der Expedition als eine Art Historiograph anschließen, um nach vollbrachter Fahrt einen umfassenden Bericht vom Standpunkt des Arbeiterstandes aus zu veröffentlichen. Die Reisegesellschaft, welche jetzt im Ganzen 35 Mann beträgt, wird mit den noch in Aussicht stehenden Wahlen und Anmeldungen wohl auf 50 anwachsen. Freiwillige, die sich noch anschließen wollen, werden gebeten, sich umgehend bis längstens 12. d. bei der Redaktion des „Arbeitgeber" hier anzumelden, damit noch Quartier in London bestellt werden kann. Bei den ermäßigten Fahrpreisen für die Fahrt von Kastell-Mainz nach London und zurück bis Köln 12 Thlr. 20 Gr.; von Köln nach London und zurück zweite Kajüte der Köln-Düsseldorfer Dampfschifffahrtsgesellschaft 10 Thlr. 30 Gr.; der Anterhalt in London kommt, Alles gerechnet, nicht höher als 9 Schilling = 5 fl. 24 kr. = 3 Thlr. 24½ Gr. täglich zu stehen) reicht nie für einen Arbeiter ausgesetzte Summe von 150 fl. für einen Aufenthalt von fast 3 Wochen in London aus, zumal gemeinsam Quartier bestellt wird. Die Abfahrt erfolgt am 14. Juni Vormittags 11 Uhr in Kastell-Mainz, und am Sammelplatz Köln am 15. Juni Abends 7 Uhr. Ankunft in London am 17. Mittags. Nachzügler können sich noch an Max Wirth (per Adr. Meyerstein, 47. Friday-Street, London) wegen Ermittlung von Quartier melden. Sammelpunkt in Köln ist der Holländische Hof. Vor der Abfahrt soll dort eine öffentliche Versammlung oder ein frugales Bankett stattfinden, zu welchem auch die Mitglieder des dortigen Gewerbe- und Handwerkervereins geladen werden.

W Frankfurt, 8. Mai. (Pr.-Korr.) Wenn in allen größern Städten eine solche Theilnahme für die Expedition deutscher Arbeiter nach London sich zeigen würde, wie in Königsberg, so würde diese „Wanderschaft" der Neuzeit riesenhafte Dimensionen annehmen. Außer dem von der Redaktion des „Arbeitgeber" nach Vorschlag des dortigen Handwerkervereins gewählten Maschinenbauer werden noch 12 Mann, theils als Freiwillige; theils mit vereinten Mitteln ausgestattet, am 15. Morgens in Köln zum Convoy nach deutscher Arbeiter stoßen unter ihnen 1 Schuhmacher, 2 Schlosser, 1 Wagenbauer, 1 Tischler, 2 Maurer, 2 Zimmermann, 1 Korbflechter, 1 Instrumentenmacher. Aus Bromberg schließen sich zwei Freiwillige und ein durch Vereinsmittel ausgestatteter an. Die Zahl der Freiwilligen ist somit auf 27 angewachsen, so daß der Zug bereits 50 Personen zählt. Wir machen auf's Neue aufmerksam, daß freiwillige Theilnehmer an der Londonfahrt willkommen sind, und daß, wenn sie sich bis zum 13. bei der Redaktion des „Arbeitgeber" hier melden, in London billiges Quartier für dieselben bestellt wird. Von Wahlen ist nur München noch rückständig. Aus Krefeld reisst der Jacquardweber Gottfried Rasmes, aus Zurtwangen der Uhrmacher David Eichte mit den Mitteln des durch die Dotation des Nationalvereins gestifteten Fonds. Wir hoffen, daß das Königsberger Beispiel noch in der elften Stunde recht viele freiwillige Nachzügler nach Köln (Holländischer Hof) führen werde.

Die „Kölner Zeitung" zürnt gegen den neuen Fahrtenplan der württembergischen Staats-Eisenbahn. Sie sagt: Der Zug der Ober-Neckarbahn, welcher sich bisher an den Reisende, Briefe, Zeitungen von Nord- und Mitteldeutschland, von England und Frankreich bringenden Schnellzug anschließt, bleibt um 6 Uhr 16 Min. Abends in Reutlingen liegen; um erst um 9 Uhr 21 Min. nach Tübingen und Rottenburg weiter zu führen. Alle Reisenden, denen darum zu thun ist, unsere Hochschule, unsere Bischofssitz, die Bäder des Schwarzwaldes und die hohenzollern'schen Lande schleunigst zu erreichen, werden von dieser unsinnigen Anordnung empfindlich betroffen. Briefe und Zeitungen, die bisher in Tübingen u. s. w. noch am Abend ausgegeben werden konnten, bleiben nun die Nacht über liegen. Die Neuerung erscheint um so unsinniger, als Sonntage und Donnerstage davon ausgeschlossen sind, mithin etwa um an diesen Tagen wenigstens einem ganzen Stücke Süddeutschlands den beschleunigten Weltverkehr zu wahren, sondern, wie gerucht zu lesen steht, zu Gunsten von Lokalinteressen. Man weiß hier zu Lande nicht recht, ob Dummheit oder Bosheit die Neuerung eingeheckt; jedenfalls ist sie ein böser Schnabelstich.

Digitized by Google

Nichtpolitische Zeitung.

— In Reutlingen forderte die neue Gasfabrik das erste Opfer. Ein Arbeiter an den Retorten merkte einen starken Gasgeruch und sah sodann an der Gasuhr, daß eine beträchtliche Abnahme des Gases stattgefunden habe. Er eilte an die Hauptröhren unter den Retorten und fand daselbst den Gasmeister zwischen den Röhren besinnungslos liegen. Während er aber denselben aufzuheben versuchte, fesselt ihn selbst eine Ohnmacht, und wären nicht schleunig einige Holzmachen zu Hülfe gekommen, so wäre auch dieser erstickt. Der Gasmeister, ein lediger Mann, war bereits todt, der andere war längere Zeit besinnungslos, der Kopf ganz aufgedunsen, die Augen groß. Als er wieder zu sich kam, fing er an zu toben. Durch kalte Umschläge wurde er allmälig ruhiger und es ist Hoffnung vorhanden, ihn zu retten. Durch den Hahnen an der Gasleitung, der offen stand, sollen gegen 2000 Kubikfuß Gas entwichen sein. Ob dieser mit Absicht oder aus Fahrlässigkeit geöffnet war, bleibt der gerichtlichen Untersuchung anheimgestellt.

Neueres.

In der jüngsten Bundestagssitzung erfolgten einige nachträgliche Erklärungen zu der Abstimmung über die kurhessische Sache in der Sitzung vom 24. v. M. So von Seite Württembergs, welches betonte, daß von dem status quo ante nichts ausgeschlossen sein dürfe, auch nicht das Wahlgesetz von 1849. Die XVI. Kurie enthielte nachträglich dem bekannten Ausschußantrag ihre Zustimmung. — In der Pfingstwoche wird die Versammlung, wenn nichts Besonderes vorkommt, keine Sitzung abhalten.

Preußen. Bekanntlich hatte der König verordnet, daß alle die Mannschaften der Truppentheile, welche zur Krönungsfeier am 18. Oct. v. J. in Königsberg kommandirt waren, die zum Andenken an diese Feier gestiftete Krönungsmedaille erhalten sollten. Dieser Tage fand nun die Vertheilung statt. Die Medaille selbst ist von Bronze, hat die Größe einer Fünfsilbergroschenstücks, trägt auf der Vorderseite die gekrönten Brustbilder JJ. MM. des Königs und der Königin, auf der Rückseite die Inschriften des schwarzen Adlerordens und mit wie der schwarze Adlerorden an einem gewässerten orangefarbenen Bande getragen.

England. Am 4. Juni wurde dem Parlament der Bericht des Flottenkapitäns Hore über die Stärke der französischen Kriegsflotte, wie sie am 1. Januar 1862 war, vorgelegt. Die Gesammtzahl der fertigen und im Bau begriffenen Schiffe ist demnach 360; davon sind 319 im Wasser und 41 im Bau begriffen. 36 Panzerfregatten schwimmen (14 sind demannt (in Kommission); 6 Panzerfregatten schwimmen schon, 4 sind demannt und 10 im Bauen; 12 gepanzerte Batterien schwimmen, und 2 sind im Bauen. Die Zahl der hölzernen Fregatten beträgt am 1. Januar 42, davon sind 18 Raddampfer. Korvetten sind 5 hölzerne Schraubenfregatten im Bau begriffen. Die Gesammtzahl der bemannten und dienstfähigen Schiffe war 172. Die letzte amerikanische Post meldete, daß bei Key West ein britischer Dampfer von amerikanischen Kreuzern aufgebracht wurde. Mähren Breichten zufolge heißt der Dampfer Cleraffan, hatte 1515 Tons Gehalt und eine Ladung Thee, Seide, Kaffee und Kriegsbedarf für 1,000,000 Doll. an Bord, die er durch die Blockade schmuggeln wollte.

Italien. Die „Opinion nationale“ will Nachrichten aus Rom erhalten haben, wonach von den dort versammelten Kirchenfürsten große Anstrengungen gemacht wurden, um den Papst zu bestimmen, in optima forma die Excommunication über Victor Emanuel und seine Anhänger auszusprechen. Man würde alle Unterthanen des Eides der Treue entbinden, die Schließung sämmtlicher Kirchen und die Suspension aller religiösen Functionen decretiren.

Türkei. Die neueste Ueberlandspost (Kalkutta, 9., Bombay, 12. Mai) meldet, der Khan von Herat habe sich Kurrahs bemächtigt, dessen Befehlshaber mit dem größten Theile der Besatzung gegen unruhige Radschawullinge aufgezogen war. Der Mohamedanische Leuppen, um diesem Befehlshaber zur Wiedereroberung behilflich zu sein. Der Herrscher von Kokan ist gestorben.

Asien. Die „Pateie“ theilt aus Konstantinopel mit, daß in Betreff der Wiederherstellung der Kuppel der heiligen Grabkirche zu Jerusalem zwischen Frankreich und Rußland einerseits und der Pforte andererseits Differenzen zu entstehen drohen. Beide Mächte wollen die Kuppel auf ihre Kosten herstellen lassen und weisen das Anerbieten der Pforte, dazu ein Drittel beizusteuern, zurück, ebenso auch den sekundären Antrag, die übrigen katholischen Staaten, wie Oesterreich, Spanien, Bayern ꝛc. dazu beitragen zu lassen. Das französische Blatt sieht in dieser beginnenden Verwicklung schon eine neue und äußerst bedenkliche Phase der orientalischen Frage.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahelschen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	86⅛ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	74½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	64 P. 63⅞/64 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53 G.
„	4½ pCt.	48½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. E. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K.dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	103½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à 8. 2. 30	49⅜ P.
„	2 pCt. „ „ „ „	43⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	99⅞ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1235/6 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	761 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199 G. o.D.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	220½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 200 . . .	239 P. o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	72—71¼ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	235 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120⅜ G.
„ Kronprinz-Rudolf 5 pCt. 6/7	80½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	33⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135¼ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110P. 109⅛ G.
Oest. St.-Eisenb. Präor.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ P.
Südd. Bank-Akt. 20 pCt. Einz. .	248 G. o.D.
Span. Handels- und Industrie . .	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	525 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbes.	106⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106⅛ P.
Providentia (Feuerves.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lst. k. S.	207⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. B.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k S	—
Mailand Frs. 200 . .	93⅞ G.
Paris Frs. 200 k S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 G. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 6st. W. l. S.	91⅞ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73⅝ P.
„ fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	122¼ P.
3½ pCt. Prenss. Pr.-Anl. bei fl.	123 P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	100½ G.
Badische fl. 35	55¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅜ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132⅜ P.
„ fl. 25 do.	88½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
Raethsien Fr. 36 b. B.	33 P.
St. Lötlich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Vereins-Loose fl. 10.	23/4—1/8 G.
Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.

Frankfurt, 7. Juni. Oesterr. Fonds und Aktien verkehrten in fester Haltung zu beinahe unveränderten Kursen, doch war das Geschäft darin nicht sehr belebt. Außerdem zeigte sich für Bergbacher Eisenbahnaktien mehr Begehr, während Frankfurt-Hanauer niedriger abgegeben wurden. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94⅞, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 97⅞ umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97¼ verhandelt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 159. | Voraus bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. 59. | Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dienstag, 10. Juni 1862.

Zum allgemeinen deutschen Schützenfest.

Das Schützenmeisteramt der priviligirten Hauptschützengesellschaft München hat in besonderen Schreiben an alle ihm bekannte Schützengesellschaften in Bayern, dem benachbarten Oesterreich, besonders Tirol und Württemberg, die Erklärungen z. des Centralcomite's für das deutsche Schützenfest, sowie die hiernach von der Münchner Hauptschützengesellschaft gefaßten Beschlüsse mitgetheilt und dieselben zur gleichfalls zahlreichen Theilnahme an dem Feste, sowie zum gleichzeitigen Einzuge in Frankfurt eingeladen. Dabei wird denselben mitgetheilt, daß, um rechtzeitig in Frankfurt einzutreffen, die Münchener Schützen am Freitag den 11. Juli Abends 6 Uhr mit dem Postzug abreisen, um am Samstag Nachmittags in Frankfurt einzutreffen. „Diejenigen unserer Schützenbrüder von Nah und Fern", heißt es in dem Schreiben, „welche sich diesem Zuge nicht anschließen, sondern über München anzukommen gedenken, bitten wir um vorherige Anzeige ihrer Ankunft dahier, damit es uns möglich wird, sie nach dem Drange unserer Gefühle zu empfangen."

Hiemit dürfte sich eine vielenorts an die Redaktion gestellte Anfrage erledigen, ob es nicht zweckmäßig sei, daß in Frankfurt ein gesammtfränkisches oder wenigstens ein unterfränkisches Schützen-Banner aufgestellt werde. Die volle Berechtigung des Franken-Namens für die Vergangenheit anerkennung, müssen wir doch sie die nächste Gegenwart jene Frage verneinen. Das fest im Frankfurt ist kein nationales, somit auch ein politisches. Es will vorab zum Fortdauen der deutschen Einheit beitragen, deren gegebener Grund und Boden (gleichviel, ob viel oder wenig darauf hinweggeräumt werden muß) doch nur die jetzigen staatlichen Verhältnisse Deutschlands sind. Welchen physischen und moralischen Raum dann das konstitutionelle Bayern einnimmt, braucht keiner näheren Erörterung. Erscheint es daher als selbstverständlich, daß die Schützen aus den 3 fränkischen Bezirken sich denen aus Altbayern anschließen, indem sie den Samstägigen Kurierzug benützen. (Derselbe langt um 11 Uhr 50 Minuten in Würzburg an, und geht von da um 12 Uhr 5 Minuten nach Frankfurt ab; wo er Nachmittags 3 Uhr eintrifft.) Nachdem ein unmittelbarer Anfang dieses Zugs durch das Central-Komite voraussichtlich schon bestimmt ist, auch überhaupt, einen Sammelort für die bayerischen Schützen voranzubestimmen, indem gewiß auch für die verspäteten hinreichende Vorsorge getroffen wird.

Deutscher Bund.

Bayern. Dem Vernehmen nach soll den zu Gerichtsschreibern ernannten Staatsdienstaspiranten, deren wir 55 zählten, die Vergünstigung zu Theil werden, daß sämmtliche in die erste Gehaltsklasse mit 700 fl. eingereiht werden. — Von anderer Seite wurde dieser Tage berichtet, daß die durch die Organisation entstehenden Neuanstellungen sich bis auf die Aspiranten aus dem Konkurse von 1857 herauf erstrecken. Soviel kund wurde, welchen die Neuanstellungen in der Kriminalrichtung gar nicht und in der Justiz — die Gerichtsschreiberstellen ausgenommen — nur mit einigen über das Konkursjahr 1855 herauf. — Nach Anordnung des K. General der Rekrutenstellen in Rom wurde zur künftigen Rekrutirung des K. Provinzials der Rekrutorstrin in Bayern Kloster Garde bestimmt. — Die neueste Nummer des Regierungsblattes enthält die sehr umfassende Instruktion zum Vollzuge des Notariatsgesetzes. Sie besteht aus 132 Paragraphen nebst mehreren Beilagen. — Bei Berathung des Regierungsantrages in Betreff des Tragens von Feuerwaffen in der letzten Sitzung des oberbayerischen Landrathes wurde von Seite eines Regierungskommissärs bemerkt, daß in den letzten 3 Jahren in Oberbayern bei Raufereien 700 Verletzungen und durchschnittlich jährlich 30 Todtschläge vorgekommen sind, ein Beweis, daß der Landrath mit Grund sich gegen das allgemeine öffentliche Tragen von Feuerwaffen ausgesprochen hat.

Oesterreich. Wien 7. Juni. (Prin. Kor.) Die Frage der Anerkennung des Königreichs Italien durch Preußen und Rußland wird in den hiesigen diplomatischen Kreisen wieder lebhaft besprochen, indeß vermag man noch nicht zu sagen, ob gegenwärtig in dieser Beziehung Verhandlungen zwischen Frankreich, Preußen und Rußland gepflogen werden, welche ein für Italien günstiges Ergebniß in Aussicht stellen sollen. — Die Nachricht der „Independance", daß Oesterreich eingewilligt habe, einen europäischen Kongreß zu besuchen, wird von hiesigen Seite für verfrüht erklärt. — Der Herr [illegible] Cavalette [illegible] die Mission [illegible] habe, die Sicherheit des Papstes und den legitimen Interessen Italiens zu versöhnen, wie dies vor einigen Tagen in dem „Constitutionel" zu lesen war, und hierbei auf die Unterstützung der römischen Curie rechnet, da diese es sich sind verrechnen, wenn es ist gewiß, daß die Curie weniger denn je daran denkt, die legitimen Interessen Italiens anzuerkennen und — nachzugeben. Der Papst wird sich niemals dazu verstehen, für auf einen seiner Rechte Verzicht leisten, soll Kardinal Antonelli den vorsammelten Bischöfen gesagt haben. Hier in Wien hat man vernünftig nicht die Absicht, die Politik in Bezug auf die römische Frage zu ändern, und selbst eine von Frankreich aus in dieser Beziehung gegangene Anfrage dahin beantwortet worden, daß sich Oesterreich nach wie vor jedweder Pression auf den römischen Stuhl enthalten werde. — Aus Butarest in eine Deputation hier angekommen, um in Sachen der siebenbürgisch-walachischen Eisenbahn mit dem diesseitigen Ministerium in Verhandlung zu treten.

Preußen. Wie das „Journal de Francfort" schreibt, soll der Vorkämpfer für die römische Glaubenseinheit, d. i. Gymnasial-Professor Greuter, seinen Stelle als Religionslehrer am Gymnasium entheben und somit seinen geistlichen Oberhirten völlig zur Verfügung für das Agitationsmetall gestellt werden. — Die Möglichkeit des Planes Bezirks in Böhmen hat gegen die „Oesterr. Ztg." eine Ehrenbeleidigungsklage überreicht, weil dieses Blatt die Ueberreichung einer Beileidsadresse an Bischof Josef mit etwas derben Worten kritisirte. Als Vertheidiger wird Dr. Herbst fungiren. — Aus Waldenburg, schreibt man, daß die im dortigen Zwangsarbeitshause detenirten Sträflinge, es sind ihrer 1500, mit ihrer Kost nicht zufrieden waren und deßhalb eine Emeute vorbereiteten. Einer der ins Vertrauen gezogenen Sträflinge wollte jedoch nicht einwilligen, sondern die Sache anzeigen, weßhalb er von den Uebrigen todtgeschlagen wurde. — In Stettin kam es vor Kurzem in dem Bezirke Klingenetz zu einem Bauernkrawall. Die Bewohner jener Gemeinde, mußten sich unrechtmäßiger Weise die Benützung eines Wiesenplatzes an. Das Erscheinen einer Kompagnie genügte, um die Ordnung wiederherzustellen. — Der Bezirk von Pinguenne hat eine Bevölkerung von 14,000 Seelen, darunter sind 600 Italiener, und doch wollen Letztere Herren des Landes sein! — In Teltow hat sich abermals der Fall ereignet, daß der Rechnungsbeamte einen Kriegsschiffes verschwunden ist, und ein bedeutendes Defizit zurückgelassen hat. Rebstein hat er auch den Marine-Lieferanten, der ihm eine bereits unterschriebene Quittung von 800 fl. zur Saldirung zusendete, um diese Summe zu Schaden gebracht.

Preußen. Auf der Abtheilung der preußischen Kammer tragen wir noch Folgendes nach. Aus Veranlassung des Amendements Oybel, die kurhessische Frage betreffend, gab der Regierungskommissär die Erklärung: die Sache sei schwebend, die Regierung könne daher eine Mittheilung nicht machen; sie sei jedoch unablässig bemüht, für die Herstellung des verletzten Rechts auf verfassungsmäßigem Wege mit verfassungsmäßigen Mitteln zu wirken. Ein Erfolg sei neuerdings erzielt; sie werde aber nicht ruhen, bis das Ziel erreicht sei. Die Erklärung in der Commission lasse an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. — Zu dem Amendement Binke,

Digitized by Google

die deutsche Frage betreffend, erklärte der Regierungscommissär kurz, daß die Regierung an der deutschen Reformfrage festhalte, als deren Ziel sie das Zusammenfassen der Kräfte Deutschlands bezeichnet, welches für Weltereignisse politischen Schwerkraft nach außen wirksam sei. (Ironische Sensation)

Die bezeichnende Antwort, welche der König der die Adresse überbringenden Deputation ertheilte, wurde in einem Telegramme bereits mitgetheilt. Das Resultat der ganzen Adreßverhandlung ist also, daß der König erklärt, „ich in voller Uebereinstimmung mit seinem Ministerium zu befinden", und daß er den Abgeordneten die Lehre ertheilt: „Zeite für Zeite seines Programms von 1858 sich einzuwägen, dann würden sie seine Aeußerungen recht erkennen." Diese Bedeutung der König den Ansichten der Kammer beilegt, ergibt sich darnach von selbst; sein Wille ist allein maßgebend. Das zitirte Programm ist übrigens dasselbe, auf welches sich die „Kreuzztg." wie die „Nationalztg." zu berufen pflegen, und in welchem erklärt wird, daß „kein Bruch mit der Vergangenheit" stattfinden dürfe, obwohl man daneben „moralische Eroberungen" machen will. An jene königliche Aeußerung bei Mittheilung der Adresse knüpfte sich etwas Weiteres, worüber die meisten Berliner Blätter höhsch schweigend hinweggehen: Sobald der König gesprochen hatte, entfernte er sich; die Adresse mußte dem Finanzminister überreicht werden, damit dieser dieselbe dem König nachtrage.

Großh. Hessen. In der bekannten Untersuchungssache gegen den pensionirten Major Maurer und Genossen wegen eines Zeitungsartikels, welcher die Ehre des verstorbenen Lieutenants Dr. Schulz verletzt, ist die Verfügung des Kriegsministers dahin ergangen, daß Major Maurer auf Grund der eingeleiteten Voruntersuchung vor Gericht zu stellen, die Fortsetzung und Aburtheilung der Sache jedoch wegen Connexität des Verbrechens mit denjenigen der mitangeschuldigten Civilpersonen den Civilgerichten zu überlassen sei.

Freie Städte. Die Zollcommission, welche zum Theil mangelnder Instruktionen halber eine zeitlang ihre Sitzungen unterbrochen hatte, ist in Hamburg wieder zusammengetreten, jedoch, da die Vorschläge Hannovers und Mecklenburg-Schwerins mannichfachen Widerspruch finden, ohne Aussicht auf ein baldiges Resultat.

Schweiz.

Laut neuesten Mittheilungen des schweizerischen Gesandten in Turin soll begründete Hoffnung vorhanden sein, daß sowohl in der Bisthums-, als auch in der Pensionsangelegenheit eine Ausgleichung erfolgen werde. Das Ministerium habe bezüglich den ersten Punkt dem vom Bundesrath mitgetheilten Programm vollständig zugestimmt.

Großbritannien.

In der Freilassung des Oberhauses wurde Copyright (Works of Art) Bill (Bill zum Schutze der Kunstwerke gegen Nachdruck und Vervielfältigung) auf Antrag Lord Granville's an eine Spezialcommission verwiesen, und die zweite Lesung der Bill betreffs der Anlage eines Telegraphen von Indien durch das rothe Meer durch eine Gesellschaft beschlossen.

Frankreich.

Der „Moniteur" enthält das von den Kammern angenommene Gesetz betreffs der Fristen für Kassationsgesuche in Civilangelegenheiten. Wie bereits telegraphisch gemeldet, bringt er auch die Anzeige von der definitiven Blokirung der Häfen Tampico und Alvarado im mexikanischen Golfe, und veröffentlicht schließlich einen Bericht des Staatsministers über die Vertheilung der durch Dekret vom 18. Dezember 1861 den Donatisten von Fontainebleau zum ihren direkten Erben zurückkannten Summen. Die Zahl dieser Donatäre, die aus Offizieren, Beamten und Domestiken des kaiserlichen Hauses bestehen, beträgt 56, wovon 24 je 50,000 Fr.; 2 je 40,000; 4 je 20.000; 4 je 15,000; 10 je 10,000; 2 je 5000; 3 je 4000; 6 je 3000 und 1 2000 Fr. erhielten.

Herr v. Geamont soll der französischen Regierung angezeigt haben, die englische habe in Wien durch ihren Gesandten über die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian in Mexiko anfragen lassen und die Antwort erhalten, daß eine solche Kandidatur Seitens Oesterreichs nicht bestehe. — Das Gerücht von der Wahl des Bischofs von Rochelle zum Lehrer des kaiserlichen Prinzen bestätigt sich nicht, der Prälat soll den ihm gestellten Antrag zurückgewiesen haben.

Die „Gironde" hält, trotzdem daß jetzt der Krieg gegen Mexiko erklärt ist, ihre Opposition gegen die Expedition mit seltenem Muthe aufrecht, und erklärt, daß sie fortfahren werde, zu beweisen: 1) daß der Plan, durch die französischen Bajonnette eine Monarchie in Mexiko zu gründen, ein Attentat gegen das Völkerrecht sei; 2) daß er nur ausführbar durch die Eroberung und langdauernde Occupation des Landes; 3) daß dieses ungeheure Kosten verursachen, aber ohne allen Nutzen sein würde; 4) daß daraus unzweifelhaft ein Konflikt mit Nordamerika hervorgehen, und 5) die Handelsverbindung Frankreichs mit den reichsten Ländern der Welt auf ein halbes Jahrhundert hinaus ruinirt werden würde. Die „Gironde" sagt: „Sie verachte die dummen Deklamationen, durch welche man unter dem Vorwand des Ruhmes und der Freiheit das freie Wort ersticken wolle."

Die franz. Blätter enthalten nachstehenden Brief des Generals Klapka an Kossuth. „Vor vier Jahren nöthigte uns der Lauf der Ereignisse wieder ernster das Werk der Befreiung unseres unglücklichen Vaterlandes aufzunehmen. Wir bildeten damals unter Ihrer Präsidentschaft, und zusammen mit dem Grafen Ladislaus Teleki, das nationale ungarische Komité. Wir haben der Sache so gut gedient als es die Umstände und die Beschränkung der Mittel, über welche wir disponirten, erlaubten. Die Verhaftung des Grafen Teleki und sein unglückliches Ende waren der erste Streich, der unsere Organisation im Auslande traf. Von den drei Mitgliedern des Komité's hatte eines zu leben aufgehört, Sie waren zu London, und ich wurde durch Privatinteressen in Genf festgehalten. Meine Absicht war damals, Ihnen die volle Auflösung des Komité's oder seine Rekonstituirung vorzuschlagen. In Folge der dringenden Anliegen meiner politischen Freunde verlagte ich jedoch jeden Schritt in dieser Richtung. Gebieterische Umstände zwingen mich heute mich ganz zurückzuziehen. Meine Gesundheit hat in der letzten Zeit sehr gelitten, meine persönlichen Angelegenheiten nehmen meine Zeit mehr in Anspruch, ich könnte daher unsern politischen Interessen mich künftighin direkt nur noch in einer sehr ungenügenden Weise widmen. Meine aufrichtigsten Wünsche werden gewissenhaft die geleiten, deren Zeit, Anstrengungen und Thätigkeit dem Triumph unserer Sache gewidmet sein wird; aber ich kann mich dafür nicht länger verantwortlich machen, nicht dabei meinen Namen engagiren. Ich ziehe mich daher zurück, indem ich für die Zukunft auf jede Intervention in der Richtung der Angelegenheiten der ungarischen Emigration verzichte. Wenn ich je wieder in die kämpfende Politik eintrete, so wird es nur auf einen Ruf des Landes geschehen. Ich trete nach vierzehn Jahren ununterbrochenen Kampfes für das Wohl meines unglücklichen Vaterlandes in das Privatleben zurück, mit der innigen Ueberzeugung, gewissenhaft meine Pflicht gethan zu haben. Es bleibt mir die Hoffnung, daß mein Rücktritt unserer Sache in nichts schaden wird, und daß die ersten Strahlen der wiedereroberten Freiheit auch ohne meine Mitwirkung in nächster Zukunft meinem Lande scheinen werden. Möge dis dahin die Eintracht alle patriotischen Elemente im Ausland eng verbinden und die Ehre des ungarischen Namens rein und fleckenlos erhalten bleiben; ich weiß, daß keiner meiner Landsleute dagegen fehlen wird." (Klapka hat sich in mehrere industrielle Unternehmungen eingelassen.)

Türkei.

Da nunmehr die Invasion Montenegro's durch türkische Truppen eine unverweisliche Thatsache geworden, hofft man in Cetinje auf den Beistand Serbiens, da Fürst Michael zu wiederholten Malen erklärt hat, aggressiv gegen die Pforte auftreten zu wollen, sobald Omer Pascha die montenegrinische Grenze überschreite. Die Tschernagorzen rechnen auf die Einlösung dieses Wortes mit um so größerer Bestimmtheit, als jetzt auch die serbische Landmiliz vollständig nach dem Beschlusse der vorjährigen Skupschtina organisirt ist. Die tükse Besonnenheit des Fürsten Michael, sowie die wenn auch mit kühnem Unternehmungsgeist gepaarte Umsicht seines ersten Ministers Garaschanin werden indeß jede Ueberstürzung hintanzuhalten wissen — zumal da letzterer noch wie vor der abgelagte Feind Rußlands ist, und von einer Wiederholung des russischen Einflusses in Serbien nichts hören will.

Rußland und Polen.

Unter den Personen, die gefänglich eingezogen worden, befindet sich ein Oberlehrer des vierten Gymnasiums, Hr. Dose, der dieses Jahr im Auftrage der Regierung ins Ausland gehen sollte, ein Sappeur-Offizier Jakowlew, ein gewisser Awerbiew, über dessen Stand wir ebnso wenig etwas näheres anzugeben im Stande sind, als über Namen und Stand des vierten Eingezogenen. Daß politische Gründe zu ihrer Gefangensetzung vorliegen, scheint außer allem Zweifel. — Noch eine andere gefängliche Einziehung macht jetzt viel Aufsehen. Ein unbekanntes Individuum versuchte neulich in einer Schenke einen Soldaten zu bestimmen, seinem Kaiser und Eid untreu zu werden, wurde indessen von dem schenkdar auf seine Reden eingehenden Soldaten überlistet und zur Haft gebracht. Der Sol-

Digitized by Google

hat ist zum Unteroffizier vorgerückt, und von vielen Seiten reich beschenkt worden. Bei den Inhaftirten befanden sich mehrere Flugblätter.

Amerika.

Zehntausend Mexikaner haben die Franzosen 3 Meilen von Mexiko angegriffen und dieselben mit einem Verlust von 300 Mann geschlagen. — 15,000 Sonderbündler griffen den General Banks zu Winchester an, Banks zog sich zurück und überschritt den Potomac, wurde aber von den Sonderbündlern von Virginien bis Maryland verfolgt. Die Berichte des Generals Banks sind beträchtlich. Dieses unerwartete Vorrücken der Sonderbündler hat in den Nordstaaten eine große Bewegung verursacht. Die Milizen wurde zusammenberufen, um Washington zu vertheidigen. Banks erhielt Verstärkungen, worauf die Sonderbündler nach Winchester zurückkehrten. Die Anwerbungen für die Bundesarmee haben wieder begonnen. Die Flotte der Union hat Natchez eingenommen.

Aus Mexico sind folgende Aktenstücke angelangt: „1) Protestation der französischen Bevollmächtigten in Mexico gegen den Vertrag mit den Vereinigten Staaten. An Hrn. Doblado, Minister des Auswärtigen. Die Unterzeichneten, Bevollmächtigten Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen, haben erfahren, daß die mexicanische Regierung mit einer fremden Regierung einen Vertrag vor einigen Tagen abgeschlossen habe, oder auf dem Punkte stehe, abzuschließen, wodurch sie einen beträchtlichen Theil des dem Staat gehörigen Gebiets, Eigenthums oder Einkommens gegen das Darlehen oder den Vorschuß einer gewissen Geldsumme zu Gunsten dieser Regierung verkaufen, abtreten, übertragen oder verpfänden würde. Ohne zu prüfen, in wiefern die hierüber verbreiteten Gerüchte gegründet sind, halten es die Unterzeichneten für ihre Pflicht, wie sie es hiermit thun, im Namen der Regierung des Kaisers und im Interesse ihrer Landsleute feierlich gegen alle Verträge und Konventionen zu protestiren, die zum Gegenstand haben, von Seiten Mexico's das Gebiet, Eigenthum und Einkommen, welches das Pfand für die Schuldforderungen bildet, die Frankreich gegen Mexico geltend zu machen hat, zu Gunsten wessen es auch sey, ganz oder theilweise zu verkaufen, abzutreten, zu verkürzen oder zu verpfänden. 2) Antwort auf die Protestation der französischen Bevollmächtigten: „Der Unterzeichnete, welcher interimistisch mit dem Ministerium des Auswärtigen der mexikanischen Republik beauftragt ist, hat die Ehre, die aus Kordova vom 15. April d. J. datirte Note der Kommissäre Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen zu beantworten. Da die Regierung der Republik nicht das Recht der Herren Kommissäre anerkennt, sich den Verträgen, die sie mit gleichviel welcher Macht, unter Berücksichtigung der gegen ihre rechtmäßigen Gläubiger eingegangenen Verbindlichkeiten, abschließt, zu widersetzen, so beschränkt sich der Unterzeichnete darauf, ihnen den Empfang der Note anzuzeigen, welche ihre Protestation gegen jeden von Mexiko mit einer fremden Regierung abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Vertrag des Zwecks enthält, ihr Gebiet, Eigenthum oder Einkommen der Nation ganz oder theilweise zu verkaufen, abzutreten, zu verkürzen oder zu verpfänden. Der Unterzeichnete sagt nur auf Befehl des Präsidenten bei, daß die Protestation der Herren Kommissäre ihn nicht verbindern wird, die seaglichen Verträge oder Konventionen abzuschließen, insofern er es für zweckmäßig hält und es in seiner Befugniß liegt, in Anbetracht, daß er in dieser Beziehung von einem mit der Souveränität und der Unabhängigkeit der Nation inhärirenden Recht Gebrauch macht. Jesus Teran."

Volkswirthschaftliches.

W Umschau in der Volkswirthschaft.

Die schlimmste Kritik, die einem Staat widerfahren kann, ist die Auswanderung. Es ist dasselbe, wie wenn man eine Wohnung aufkündigt: „Ich mag bei dir nicht mehr wohnen. Die Gründe sind auch dieselben: das Haus ist nicht mehr wohnlich, oder der Hausherr behagt mir nicht. Man hat bisher meist den ersten Grund vorgeschoben; das Land sei übersüllt, es nähre die Einwohner nicht mehr; seitdem man aber bei der Wirthschaft nicht mehr die räumliche Ausdehnung, sondern die zweckmäßigere Verwaltung und Bearbeitung der vorhandenen Stoffe als eine Verbesserung erkannt, ist jener Grund nicht mehr stichhaltig. Der beste Beleg dafür ist die geringe Auswanderung aus wirthschaftlich gut bestellten und die große aus schlecht bestellten Ländern. Außer Schleswig Holstein wanderte die meisten Leute aus Mecklenburg und Kurhessen. Es ist nicht der bloße Mangel an politischer Freiheit, der die Leute aus dem Lande treibt — wo der Erstgeborene noch das ausschließliche Recht zum Grundbesitz hat und die jüngeren Geschwister als Knechte und Taglöhner ein kümmerliches Dasein führen, wie in Kurhessen; wo der Grundherr bis vor Kurzem noch das Recht hatte, seinen Bauer von Haus und Hof zu jagen, wo das Recht der Niederlassung und des Gewerbebetriebs in jeder Weise beschränkt ist, wie in Mecklenburg; wo also dem Einwohner das Recht der Ernährung, der Ausdehnung und Besserung seiner Wirthschaft in jeder Weise verkümmert ist, da kann kein Mensch, der einen Funken Schaffenslust verspürt, noch länger bleiben. In beiden Ländern, Kurhessen und Mecklenburg, hat sich in Folge der Auswanderung die Einwohnerzahl von der vorletzten bis zur letzten Zählung sogar vermindert. Aus Kurhessen sind allein über Bremen im vorigen Jahre für 86,000 Thlr. Auswanderergut gegangen (gegen 1860, wo für 157,000 Thlr. ausgingen, sogar eine Verminderung, eine Folge der Hoffnungen, die durch die größere politische Thätigkeit erweckt waren). Die Habseligkeiten der Auswanderer sind aber noch nicht der zehnte Theil von dem, was sie an Gebsummen, was sie an Schaffenskraft mitnehmen; — muß da ein Land, dem solche Aderlässe beigebracht, nicht in Siechthum verfallen? — Die Mecklenburger Regierung scheint es zu ahnen; sie hat vor Kurzem die Verordnung Herzogs Friedrich vom J. 1766 wieder veröffentlicht: „Emissäre, welche seine angebornen Landeskinder, als Anbauer fremder und wüster Gegenden anwerben, sollen inhaftirt und mit Festungsbau und nach Befund mit anderen schweren Strafen belegt werden." Der holstein-lauenburgische Minister gestattet den dienstpflichtigen Holsteinern die Auswanderung erst nach geleisteter Militärpflicht. — Auch aus Preußen wandern die Leute in Schaaren aus. Aus der Eifel ziehen, trotz der günstigen Berichte der Trierischen Regierung über den Wohlstand ganze Trupp über Rotterdam nach Amerika. In Stettin gingen am 12. Mai 380 Leute, meist aus Pommern, zu Schiff. In Königsberg kommen fast täglich Schaaren von Landleuten mit der Eisenbahn an, um nach Rußland zu ziehen. Aus Böhmen und Mähren geht die Wanderung eben so stark dorthin. Selbst aus Württemberg sind vor einigen Tagen an 150 Personen, die Kinder nicht gerechnet, nach Rußland ausgezogen. Das Schlimmste dabei ist, daß die Leute aus dem Regen in die Traufe kommen. Nicht blos der unkultivirte Boden, den sie erst nach jahrelangem rastlosen Schaffen zu der Kultur des unsrigen bringen können, läßt sie lange auf den Lohn ihrer Arbeit warten; die politischen Verhältnisse sind dort noch schlimmer, als in den Staaten, denen sie entronnen. Nicht einmal von Preußen zu reden, wohin die Agenten unter allerlei Vorspiegelungen die Auswanderer verlocken; aus Rußland brachte selbst der Moskauer „Diew" neulich so grauenhafte Schilderungen von der Behandlung der eingewanderten Böhmen und Mähren; der „Dziennik poznanski" behauptete sogar, der Gouverneur von Wilna habe geheime Gegenbefehle gegen die kaiserliche Verordnung über die Einwanderung gegeben: so daß auch dort kein besseres Loos für die Unglücklichen zu hoffen. Das einzige Land, was jetzt eine günstigere Lage bietet — außer der amerikanischen Union, die jetzt unzugänglich — ist Canada. Die dortige Regierung nimmt die Einwanderer besonders in Schutz; sie sorgt auch für ihr Fortkommen, indem sie statistische Erhebungen über das Bedürfniß an Arbeitern in den einzelnen Zweigen der Volksthätigkeit machen und durch ihre Agenten den Einwanderern mittheilen läßt.

Stuttgart poststete am 6. Juni ein von Wien kommender Extrazug, der 340 dortiger Gewerbetreibende über Paris zu der Londoner Industrieausstellung führt.

Der amerikanische Konsul in Frankfurt macht Folgendes im Journal bekannt: Die in den Rebellenstaaten veröffentlichten Zeitungen machten häufig auf den Umstand aufmerksam, daß sehr geringe Quantitäten von Baumwolle von den Pflanzern nach den südlichen atlantischen Häfen verladen seyen und würden; ja, daß in manchen Fällen statt der Tausende von Ballen, die in früheren Jahren dorthin verladen wurden, während der gegenwärtigen Kriegsperiode kaum so viel Hunderte versandt seyen. Baumwolle sowohl wie Zucker und Tabak sind wohl auf den Pflanzungen zurückgehalten, aber gewiß nicht von den Eigenthümern vernichtet worden. Es sind nur sehr vereinzelte Fälle bekannt, wo die Vorräthe von den Rebellentruppen vernichtet wurden, und zwar dann, wenn sie ihnen auf ihrem Rückzuge gerade unmittelbar in den Weg kommen, gewiß aber fast stets gegen den Willen der Eigenthümer. Die Art und Weise, wie in den Baumwollenstaaten Geschäfte gemacht werden, liefert einen ziemlich starken Beweis gegen die vielverbreiteten Erdichtungen der Rebellen-Zeitungen über ungehenre Baumwollenvernichtungen von Seiten der Pflanzer. Es ist nämlich eine bekannte Thatsache, daß die Pflanzer in der Regel schon ein Jahr im Voraus Geld auf ihre nächste Baum-

Digitized by Google

wollen-Ernte vorgen, und daß sie den Matieren dafür nicht allein 10—12 pCt. Zinsen, sondern auch noch für den Vertrieb der Baumwolle eine hübsche Provision bezahlen müssen. Für das so erborgte Geld gibt der Pflanzer seine Wechsel auf das Geld selbst aber wird in der Regel von den Agenten von Liverpooler und Londoner Kapitalisten und mitunter natürlich auch von Agenten in Boston und New-York vorgeschossen. Verrichtet der Pflanzer nun seine Baumwolle, so würde es sich selbst einen doppelten Schaden anrichten. Er ist noch auf die Baumwolle schuldig, und zwar gegen die Waare selbst als Unterpfand; er kann also sein Wort nicht halten und letztere abliefern, wenn er sie verbrennt. Nach den Gesetzen des Staates Louisiana sowohl, wie auch den mehreren anderen Baumwollenstaaten, steht schon eine schwere Strafe darauf, wenn die Pflanzer, welche in der beschriebenen Weise Geld geborgt haben, ihre Baumwolle an irgend Jemand anders als Diejenigen verschiffen oder verkaufen, welche ihnen das Geld vorgeschossen haben. Und nun sollten sie sie gar eigenmächtig zu vernichten wagen! Aus Obigem scheint im Gegentheil zur Genüge zu erhellen, daß die Furcht vor der Vernichtung umfangreicher Quantitäten Baumwolle durch die Pflanzer selbst gänzlich unbegründet ist.

Nichtpolitische Zeitung.

Vor Kurzem starb in Paris ein sehr reicher Mann, in dessen Todesanzeige bemerkt war, daß seine Beerdigung des Morgens um 6 Uhr stattfinden werde. Dies ist in Paris eine für Leichenbegängnisse so ungewöhnlich frühe Stunde, daß viele Leute glaubten, es müsse ein Druckfehler zu Grunde liegen; diejenigen aber, welche sich zur bestimmten Zeit im Trauerhause einfanden, überzeugten sich alsbald, daß die Sache ihre Richtigkeit hatte. Der Grund dieser Abweichung von dem herrschenden Gebrauche war folgender: — Der Verstorbene hatte während der letzten Jahre seines Lebens sein Geld und seinen Kredit zu Gunsten einer Masse von Freunden und Bekannten verwendet und er war daher nur zu häufig mit Undank belohnt worden. Als er nun sein Ende herannahen fühlte, kam er auf den originellen Gedanken, alle diese sogenannten Freunde noch auf eine letzte Probe zu stellen und damit eine Belohnung und Bestrafung zu verbinden. Die hierauf bezügliche Klausel seines Testamentes lautete folgendermaßen: „Meine Beerdigung soll des Morgens um 8 Uhr präzis stattfinden, wenn ich vom 1. Oktober bis 31. März heide, oder um 6 Uhr, wenn ich im Sommerhalbjahre abberufen werde. Jeder sich zur Begleitung Einfindende hat seinen Namen in ein zu dem Zweck aufliegendes Buch einzutragen und wird 8 Tage darauf durch meinen Notar ein kleines Legat von 5000 Fr., wenn es ein Herr, und von 6000 Fr., wenn es eine Dame ist, ausgezahlt erhalten. Gleichzeitig wird mein lieber Schwager B. so freundlich sein, diesen meinen letzten Willen in einer Zeitung zu veröffentlichen, damit die Vergeßlichen, Undankbaren und Trägen ihre Strafe bekommen." Von den vierhundert Personen, denen die gedruckte Todesanzeige durch die Post zugesandt worden, fanden sich nicht mehr als neunundzwanzig ein, die nicht wenig verwundert waren, als ihnen ein Buch vorgelegt wurde, mit der Bitte, ihre Namen in dasselbe einzutragen. Noch größer war ihr Erstaunen, als acht Tage darauf der Notar sie um ihren Besuch bitten ließ, ihnen, nachdem sie alle versammelt waren, die sonderbare Testamentsklausel vorlas und dann Jedem ein dreieckigengroßes Kouvert einhändigte, welches das unverhoffte „Souvenir" enthielt. Auf Antrag des einen Testamentsvollstreckers, haben die neunundzwanzig Erben beschlossen, daß der 1000 Franks zu einem würdigen Grabdenkmal für den verstorbenen Freund beizusteuern, und daran eine lateinische Inschrift anbringen zu lassen, welche der Nachwelt den Ursprung des Denkmals verkündet. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß von den fünf Neffen und Nichten, denen das große Vermögen des Erblassers zufällt, zwei beim Begräbnisse gefehlt haben.

Neueres.

Frankfurt, 9. Juni. (Priv.-Kort.) Das Pfingstfest wurde hier durch eine Versammlung eingeweiht, welche für die Entwicklung unserer Vaterlandes von der größten Bedeutung werden kann. Schon lange war der Gedanke aufgetaucht, den Mangel eines deutschen Parlamentes durch eine Vereinigung der Landtagsabgeordneten der einzelnen deutschen Staaten zu ersetzen.*) Dieses ist der Grund dazu gelegt worden, indem eine Anzahl der hervorragendsten Landtagsmitglieder aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Nassau, Hessen, Thüringen, Mecklenburg und Frankfurt hier zusammentrat und folgende Beschlüsse faßte:

Für die nächste Zeit schon eine Versammlung in Berufen aus dermehrigen oder ehemaligen Mitgliedern deutscher Volksvertretungen, um Einverhalb derselben die brennendsten Fragen der deutschen Politik zu besprechen und überhaupt eine Vereinigung dahin zu treffen, daß vorkommenden Falls derartige Fragen nach gemeinschaftlichem Uebereinkommen behandelt werden. Diese Versammlung soll durchaus kein bestimmtes politisches Programm haben, sie soll blos die Erörterung allgemein wichtiger deutscher Fragen vornehmen, um in den einzelnen Landtagen später ein gemeinsames Vorgehen für die Parteien zu Stande zu bringen, welche übrthaupt für die Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands ein Interesse haben. Dabei sind zugelassen, wie schon gesagt, Mitglieder vormaliger oder früherer deutscher Volksvertretungen, also auch Mitglieder der ersten deutschen Kammern, Mitglieder des früheren deutschen Parlamentes, oder auch Mitglieder des österreichischen Reichsrates, soweit sich dieselben als Deutsche betrachten, d. h. zu deutschem Bundesgebiet gehören.

An dieser Vereinigung sollen vorläufig nur Landtagsmitglieder theilnehmen, damit sie wenigstens einigen offiziellen Charakter erhält, und dadurch ein größeres moralisches Gewicht den Regierungen gegenüber hat. Es wird ferner dadurch möglich werden, jenen kleinlichen Geist des Partikularismus zu beseitigen, der so häufig noch in den Volksvertretungen der kleinen Staaten sich geltend macht. In allen wichtigen großen Fragen sollen dieselben künftig einheitlich handeln.

Um diesem bedeutungsvollen Unternehmen gleich eine praktische Folge zu geben, wurde sofort die österreichische Frage in Berathung genommen und einstimmig beschlossen, auch die österreich. Abgeordneten einzuladen, damit diese selbst sich erklären, ob sie sich gemeinsamen deutschen Beschlüssen unterordnen wollen. Der alte Streit mit den Großdeutschen wird dadurch endlich seine Erledigung finden, und es erklärten sich auch die schwäbischen Abgeordneten durch diesen Beschluß für vollkommen befriedigt. Nehmen die Oesterreicher nicht Theil an dem neuen Vorparlament, so soll weiter keine Rücksicht mehr auf sie in der deutschen Verfassungsfrage genommen werden.

Einer der bayerischen Abgeordneten versicherte, daß nach den Erfahrungen, die er persönlich in Oesterreich gesammelt, ein Anschluß desselben an die jetzige Beschlüsse vorläufig leider nicht zu erwarten sei. Wie dem nun auch sein mag, so wird doch jedenfalls jener häßliche Zwist geschlichtet.

Zur Ausführung dieser Beschlüsse und weiteren Verfolgung der Sache wurde ein Ausschuß niedergesetzt bestehend aus den H. H. Hölder und Probst aus Würtemberg, Lang aus Nassau, Hoverbeck und von Unruh aus Preußen, Bartz und Wahl aus Bayern, Brenniglen aus Hannover, Metz aus Hessen, Fries aus Thüringen, Häuser und Wunsch aus Baden, Pfeiffer aus Bremen und Wiggert aus Mecklenburg. Dieser Ausschuß verstärkt sich durch Cooptation auf etwa 40 Mitglieder, worunter auch die österreich. Abgeordneten Bring und Rechbauer.

Als zweiter Gegenstand von Dringlichkeit kam der Handelsvertrag mit Frankreich zur Sprache; gegen den von Seite der württembergischen Abgeordneten heftiger Widerspruch erhoben wurde. Einer darunter erklärte, daß ihm der Vertrag großen Nutzen bringe, daß er aber doch dagegen sei. Man beschloß, die Frage noch auszusetzen, damit zuerst das Wichtigere geordnet werde.

Man ist gespannt, welchen Eindruck die Nachricht von dieser Vereinigung der Vertreter des deutschen Volkes machen werde. Gelingt es ihr, einheitliches Zusammengreifen sämmtlicher deutscher Volksvertretungen herbeizuführen, so wird sie ohne Zweifel auch den Regierungen gegenüber solches Ansehen erlangen, daß diese ihr nachgeben müssen und die deutsche Frage wird ihrer Lösung einen wesentlichen Schritt näher gebracht sein.

*) In der vor drei Jahren erschienenen Entwicklungsgeschichte der deutschen Nationaleinheit von M. Wirth heißt es Seite 480: „Schon jetzt aber kann vom Volke aus der Ueberzeugung in dieser Verfassungsreform verbreitet werden, wenn z. B. die Abgeordneten der sämmtlichen deutschen Landtage in einem persönlichen Kongresse sich versammeln, sowohl um die allgemeine Verfassungsangelegenheit zu berathen, als um über gemeinsame Reformanträge in ihren speziellen Landtagen sich zu verständigen und bereits auf diesem Wege eine Gleichförmigkeit der Gesetzgebung und Einrichtungen, der innern wie der äußern Politik anzustreben."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Kgl. & Staats-Bibliothek

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 160. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 11. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Die „Innzeitung" enthält einen warm und überzeugend geschriebenen Aufsatz, in welchem sie zur zahlreichen Betheiligung am Frankfurter Schützenfest auffordert und die Befürgnisse derer zurückweist, welche ihm ein kleindeutsches Gepräge unterlegen möchten. „Das Fest wird nur dann kleindeutsch sein, wenn die deutschösterreichischen Länder sich selbst davon ausschließen." Der Schluß lautet: „Darum ergeht unser Ruf an die wackern Schützen unseres Landes, daß sie ein der alten Schützenehre Tyrols würdiges Kontingent nach Frankfurt entsenden — es handelt sich dort nicht um ein simples „Vereinsschießen", es gilt einen Kernschuß zu thun für Deutschlands Ehre, seine Macht und Größe — und treffen sie daselbst auf romanische Gäste, ei, so mögen sie ihnen zeigen, wo der Punkt in der Scheibe ist, und daß den Söhnen Tyrols, denen Deutschlands Hochwarte im Süden zur Hut anvertraut ist, die kunggerechte Führung des Stutzens, dieser unsern Feinden so furchtbaren Waffe, noch nicht abhanden gekommen ist."

Ueber das in Frankfurt gehaltene „Zwölf-Vorparlament" giebt die „Zeit" noch folgende Aufklärung: Eine politische Versammlung, welche am 7. und 8. Juni hier aus Anlaß der bevorstehenden Verschmelzung unseres Blattes mit der eisdann hierher übersiedelnden „Süddeutschen Zeitung" stattgefunden hat, wird in zweifacher Hinsicht eine weit und tief nachwirkende Bedeutung in der Geschichte unserer nationalen Wiedergeburt gewinnen. Einmal hat sie thatsächlich entschieden, daß von nun an mehr oder weniger regelmäßig deutsche Demokraten-Kongresse gehalten werden sollen — ohne allen Zweifel eine so wichtige Vorarbeit für die Herbeiführung und die Wirksamkeit einer legalen deutschen Nationalvertretung, daß an ihr Ehrlosenehmen möglicherweise selbst die Herren v. Binde und v. Lerchenfeld, äußerste Pole die sie sind, nicht immer werden ablehnen können. Für's Zweite verspricht der Anstoß, welcher hiermit gegeben ist, noch der am 8. d. stattgefundenen äußerst bezeichnenden Verhandlung zwischen den Herren Probst und Schott auf der einen, den Herren Bell, Metz, v. Bennigsen und Seydhap auf der anderen Seite auch die deutschösterreichische Frage für einen großen Theil der noch übrigen Zwölfer zur Entscheidung zu bringen. Eine ehrliche Probe, wie sie jetzt eingeleitet ist, wird, wenn sie ausfällt, wie sie nothwendig ausfallen muß, ehrliche Männer überzeugen und zum Geständniß ihrer Bekehrung bringen. (!)

Bayern. Bezüglich der Taxermäßigung für Reisende zur Londoner Industrie-Ausstellung kann die „B. Ztg." folgendes Nähere mittheilen. Es werden direkte Billete nach Straßburg und zurück mit einer um 25 pCt. des ordentlichen Betrages ermäßigten Schnellzugstaxe gegeben, und direkte Billete, resp. Couponshögen von Straßburg nach London mit 30 pCt. Ermäßigung bei den Stationen Salzburg, München und Augsburg. Dieselben berechtigen zur Benützung der Schnell- und Personenzüge auf den deutschen und allen fahrplanmäßigen Zügen der französischen Bahnen und gestatten ein Freigepäck bis Paris und London von 50 Pfund. Die Gültigkeitsdauer erstreckt sich bei den Billeten nach Straßburg auf 4 Wochen, und bei den Couponshögen von Straßburg nach London auf 15 Tage. Die Wahl der Route von Paris ab bleibt den Reisenden freigestellt.

Regensburg. S. M. der König hat aus dem Gewinnantheile der Münchner-Aachener-Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft theils zur Anschaffung von Feuerlösch-Geräthschaften und zur Herstellung von Brunnen, theils zu wohlthätigen Zwecken dem Regierungs-Bezirke von Oberpfalz und von Regensburg die Summe von 10,300 fl. allergnädigst zugewendet.

Oesterreich. Die Berathung über die Erhöhung der direkten Steuern nahm im Abgeordnetenhause eine unerwartete Wendung. Die ganze Verhandlung wurde nämlich in Folge eines Antrags des Abgeordneten Haßmann schließlich vertagt, bis das Budget des Staatserfordernisses vollständig vom Reichsrathe festgestellt worden ist. Nachdem einige Redner für den Majoritätsantrag gesprochen hatten, entwickelte v. Kaiserfeld einen Antrag, das Haus möge sowohl über den Regierungs- als über die Ausschußanträge zur Tagesordnung übergehen, d. h. für das Jahr 1862 keinerlei Steuererhöhung bewilligen. K. motivirte diesen Antrag in einer wohldurchdachten, von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede. Sein Hauptargument, daß die Steuerverbandlung nicht einzugehen, bestand in den unlängst baren Thatsachen, daß weder die Regierung noch der Ausschuß die Sache gehörig studirt und die Steuererhöhung in ein organisches Ganzes gebracht haben, in welchem die Lasten gehörig vertheilt erscheinen. Der Antrag sagte überdies ausdrücklich, daß die Ablehnung nur auf das laufende, bereits vorgerückte Jahr sich beziehe, keineswegs aber auf das Budget von 1863, wo man die Erhöhungen, falls die Regierung eine zweckmäßige Vorlage mache, bereitwillig votiren werde. Der Berichterstatter v. Hopfen überraschte das Haus mit der in ihrer Art gewiß merkwürdigen Berichtigung, daß der Finanzausschuß bei Feststellung der wahren Ziffer des Defizits um die Bagatelle von 15 Mill. sich geirrt habe, indem nach einer genaueren Berechnung nicht 60, sondern 75 Mill. Mehrausgaben zu decken sind. Die Aufregung im Hause bezüglich der zu ergreifenden Partei war sichtlich eine bedeutende. Da stellte Dr. Haßmann den Antrag, die Verhandlung über den Gegenstand bis nach Beendigung der Verhandlungen über das Erforderniß zu vertagen, und die Majorität der Versammlung, auf welche namentlich die Rede des Staatsministers gegen den Kaiserfeld'schen Antrag Eindruck machte, nahm den durch den Haßmann'schen Antrag gegebenen Ausweg an und beschloß, die Frage eine Zeitlang noch unentschieden zu lassen und sich die Sache zu „überschlafen." Vielleicht kommt guter Rath über Nacht. Wir unsererseits glauben, daß man in 4 Wochen in derselben Vertagenheit sein wird, wie heute, wenn nicht der Finanzminister selber einige zweckmäßige Aenderungen an der Regierungsvorlage vornimmt.

Aus verläßlicher Quelle wird den „Neuesten Nachrichten" Folgendes mitgetheilt: Der Wiener evangelische Garnisonsprediger ist von dem fürsterzbischöflichen Konsistorium mit Berufung auf die seiner Zeit so große Sensation erregende und wieder zurückgenommene Verordnung vom 29. Juli 1860 bei dem hierortigen Landes-Generalkommando angeklagt worden, daß derselbe bei der Beerdigung des verstorbenen Hauptmanns Moclari auf dem kathol. Friedhofe zu Stockerau die Grabrede gehalten und ein kirchliches Trauerlied abhingen ließ. Da diese Verordnung, der zufolge weder das Grabgeläute für verstorbene protestantische Militärs in Anspruch genommen, noch Trauergesänge und Grabreden gehalten werden dürfen, mit der öffentlichen Meinung über das konstitutionelle und konfessionell gleichberechtigte Oesterreich im grellsten Widerspruche steht, so ist es mit voller Zuversicht zu erwarten, daß das Kriegsministerium nicht nur in diesem Falle den angeklagten Garnisonsprediger, sondern auch überhaupt den protestantischen Theil der Armee in gesetzlichen Schutz nehmen und die entgültige Aufhebung der erwähnten Verordnung zur vollen Geltung bringen werde.

Preußen. Die Annahme des französischen Handelsvertrags durch das Abgeordnetenhaus unterliegt keinem Zweifel. Auch sind, sagt die „Schles. Ztg.", „viele Stimmen in Süd- und Norddeutschland für den Handelsvertrag, aber doch ist die Lage der Dinge eine sehr bedenkliche und die Opposition der Regierungen größer als man meint. Ohne die entschiedenste Unterstützung dieses Fortschritts von Seiten der „Presse" und der „Zeitbäne", sowie anderer einflußreicher Potenzen ist noch Gefahr vorhanden."

Digitized by Google

Der König hat die feierliche Gelegenheit des Abgeordnetenhauses, die ihm am letzten Sonntag Nachmittag dessen Adresse zu überbringen kam, wie Wochen empfangen, die man auf eine Wunde eines Karl X. oder Jakob II. kann unfreundlicher hätte erwidern können. Zum Glück liegen zwischen solchen Bevollmächtigungen und entsprechenden unheilvollen Entschlüssen immer noch einige schwere Schritte, die zu thun dem Inhaber der hohenzollerschen Krone doch wohl mehr kosten wird als ein augenblickliches Vergessen seines Verhältnisses zu den Erwählten des Volks. Aber ob es, wenn so gesprochen und gehandelt werden sollte, nicht besser gewesen wäre, die Adressdeputation gar nicht persönlich zu empfangen, müssen wir dahingestellt sein lassen. Je unerfreulicher übrigens dieser königliche Beichtstuhl klingt, desto mehr wird man im Schoße der Fortschrittspartei zu bedauern haben, daß der Zweifen'sche Ehrenentwurf in seinen Loyalitäts-Versicherungen so überströmend weit ging. Ueber obigen Empfang entnehmen wir der „Kölner Zeitung" folgendes Nähere: „Als der König hereingetreten war, verneigte die Deputation sich ehrerbietig und der König grüßte mit leichtem Kopfnicken. Der Präsident Grabow trat einige Schritte vor und bat um die Erlaubniß, die Adresse verlesen zu dürfen. Der König machte das Zeichen der Bejahung, und Grabow las nun ausdrucks- und eindrucksvoll; bei den Hauptstellen zitterte seine Stimme vor tiefer Empfindung; die Adresse gewann noch an Wärme und Wahrheit durch seinen Vortrag; man hörte ihm an, daß ihm die Berufung an das „väterliche Herz" von Herzen kam. Aber die Wirkung auf den König entsprach dem nicht; die Abgeordneten sahen mit Schmerz, daß er bei den Stellen über die Beschränkung der Wahlfreiheit der Beamten und über den „nicht gesetzlichen Druck" auf die Wahlen zweifelnd und verneinend den Kopf schüttelte. Dann kam die rasch verlesene kurze Antwort des Königs, eine leichte Verbeugung, und der König war in sein Zimmer zurückgetreten, ehe der Präsident Grabow ihm auch nur die Adresse selbst überreichen konnte, ganz zu geschweigen von einer Vorstellung der einzelnen Mitglieder der Deputation, wie sie sonst wohl üblich ist und wie sie hier sogar halb und halb erwartet wurde, da der König sich vorher das Namensverzeichniß der Mitglieder hatte geben lassen. Die Adresse befördrte nachher Herr Grabow durch den Hofmarschall in die Hände des Königs, und erhielt bei der Gelegenheit durch den Finanzminister den Wortlaut der k. Antwort, sogar in dem von Sr. Majestät eigenhändig geschriebenen Original."

Die „Kreuzzeitung" läßt sich also vernehmen: „Der Fehler in der Rechnung liegt nur darin, daß die Demokratie im Jahre 1848 eben nicht gesiegt, sondern sich selbst und das Volk einfach hinter das Licht geführt hatte, und daß sobald der Schwindel verflog, die realen Machtverhältnisse einfach wieder in ihre Rechte traten. N. N. ist ein zu klarer Kopf, um nicht zu wissen, daß man die „realen Machtverhältnisse" erst dann umgestalten kann, wenn man der Stärkere ist, oder daß mit anderen Worten jede Regierung, die über die realen Mächte des Landes — Armee, Finanzen und den ganzen Verwaltungs-Organismus — gebietet, nur durch sich selbst ruinirt und gestürzt werden kann. Um deswillen ist der Liberalismus, „der die Fürsten mit Biedersinn und Loyalität um ihre Gewalt betrügt", der gefährlichste Minenr der Demokratie und Revolution; um deswillen erkennen wir und auch jetzt das Interessanten-Schauspiel, daß die Umsturzpartei von Vereinigungen der Ehrfurcht und Loyalität gegen die Krone überfließt. Die Krone „von Gottes Gnaden" sitzt so fest auf dem Haupte ihrer Träger, daß keine andere Hand als ihre eigene dieselbe abnehmen vermag! — Die eigentliche Gefahr für die Krone liegt deshalb auch allein in der Lüge, in jener heuchlerischen Aktion, welche die Fürsten zu verführen trachtet, sich selbst freiwillig ihrer Macht zu entäußern."

In der „Elberfelder Zeitung" berichtet ein Berliner Korrespondent allen Ernstes, Preußen werde unsehlbar in Kurhessen einmarschiren, wenn die Sache nicht bald ernstlich weiter gehe. „Preußen hat schon eine mobile Feldarmee von 60,000 Mann auf den Beinen und ehe Oesterreich und Bayern 60,000 Mann mobil an die Grenze zu führen vermöchten, kann Preußen seine ganze Armee mobil machen und neben der militärischen Okkupation Kurhessens seine Gegner an ihren eigenen Grenzen bedrohen." Der tapfere Berliner spricht wenigstens ein großes Wort gelassen aus. Wir muß sich die Begriffsverwirrung in manchen Köpfen bereits gesteigert haben, wenn man in so frivoler Weise das Schreckliche der Schrecken, den Dämon des Bürgerkriegs, vor aller Welt an die Wand zu malen wagt! Und müssen solche Aufschneidereien den leider manchen Orts vorhandenen Preußenhaß nicht noch mehren?!

Sachsen. Wie wir seiner Zeit mitgetheilt, war der frühere Redakteur der „Leipziger Zeitung", Dr. Obst, wegen Beleidigung des Polizei-Präsidenten in erster Instanz von Obrigkeiten zu vierzehntägiger Gefängnißstrafe verurtheilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen worden. Die „Leipz. Nachr." bemerken nun, daß, nachdem seitens der k. Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt worden, dieses freisprechende Erkenntniß von der höhern Behörde kassirt worden ist und nunmehr eine nochmalige Verhandlung jener Anklage bevorsteht.

Dem aus dem Zuchthause zu Waldheim entlassenen Musikdirektor Röckel ist folgende Adresse mit etwa 500 Unterschriften der geachtetsten Deutschen der Union zugegangen: „Geehrter Herr! Mitten in einem großen Bürgerkriege, der unsere Aufmerksamkeit fast ausschließlich fesselt, haben wir, die unterzeichneten deutschen Bürger Amerika's, nicht umhin gekonnt, alle Nachrichten, welche uns über Ihr Befinden und Behechmen zukamen, mit bewunderndster Anerkennung und herzlicher Theilnahme zu verfolgen. Sie haben sich als Einen der Wenigen bewiesen, welche demokratische Grundsätze unter allen Umständen im deutschen Vaterlande zur Geltung brachten. Sie haben für dieselben gekämpft, so lange es Ihnen möglich war, und mehr gelitten, als fast alle Ihre Gesinnungsgenossen. Sie haben sich nie vor dem herrschenden Unrecht gedemüthigt, sondern bei den über Sie verhängten Verfolgungen, welche passend zu bezeichnen die Sprache kaum einen Ausdruck kennt, einen unerschütterlichen Muthe sich und eine in unzähligen Tagen doch seltene Ueberzeugungstreue bewährt. Sie sind endlich frei, ohne sich vor der Gewalt ermiedrigt zu haben; wir nehmen daran den innigsten Antheil und sollen Ihnen dafür die höchste Achtung. Wir halten gehofft, Sie auf unserem freien Boden begrüßen und Ihre Tugenden feiern zu können; da Sie vorziehen, dem Vaterlande anzugehören, so nehmen Sie wenigstens unsern Wunsch für Ihr steted Wohlergehen und die Verscherung unserer hohen Achtung."

Kurhessen. Die von der „Kasseler Zeitung" gemeldete Beauftragung des Generalarzjutanten v. Loßberg mit der Bildung eines neuen Ministeriums würde an sich wenig bedeuten, wenn man nicht gleichzeitig erfahren hätte, daß der genannte Herr alsbald mit dem Regierungsrath Wiegand in Unterhandlung getreten sei. v. Loßberg kann nicht als ein selbständiger liberaler Charakter und noch weniger als ein Mann des allgemeinen Vertrauens betrachtet werden; er hat schon zu viel Wandelungen erlebt und schon zu viel unterhandelt und vermittelt, als daß er selber als Ministerpräsident oder auch nur als Mitglied eines liberalen Ministeriums dasjenige Vertrauen finden würde, was nach gegenwärtiger Sachlage durchaus erforderlich ist, wenn der langjährige Kampf und Hader schnell und befriedigend erledigt werden soll. Aber als häufiger und kluger Rathgeber des Kurfürsten ist er von Bedeutung. Bringt er jetzt bald ein wahrhaft freisinniges und vertrauenerweckendes Ministerium zu Stande und zwar ein Ministerium, das im Wesentlichen sich zu dem Programm der Verfassungspartei bekennt, das namentlich bereit ist, das Wahlgesetz von 1849 in Anwendung zu bringen und vorbehaltlich einiger Verbesserungen auf verfassungsmäßigem Wege zu wahren, so wird er dem Lande einen großen Dienst erweisen. Ob es ihm aber gelingen wird, ein solches zu gewinnen, steht zu erwarten; es gehört ein hoher Grad von Patriotismus dazu, sich jetzt an die Spitze der innern Landesverwaltung zu stellen, ganz abgesehen von dem nothwendigen Maße von Zugeständnissen, das Kurfürsten für die neue Verwaltung.

Herr v. Dehn-Rotfelser hat einen neuen Hochverrathsprozeß in Sicht genommen. Einer Kasseler Buchhandlung wurden Extraabdrücke einiger Artikel des „Nürnberger Anzeigers" mit dem Ersuchen zugesandt, solche zum Besten der Nothleidenden in Hofgeismar zu verkaufen. Allem Anscheine nach hat dieselbe jene Blätter, welche allerdings starke Ausfälle gegen den Kurfürsten enthallten, vorher nicht gelesen, sonst würde sie sich mit der Ausgabe wohl nicht befaßt haben. Nachdem ein Exemplar zufällig in die Hände der Polizei gekommen, wurden sämmtliche Buchhandlungen polizeilich nach weiteren Abdrücken durchsucht, indessen nichts gefunden. Der Lehrling dagegen, welchem jenes eine Exemplar auf der Straße abgenommen worden war, wurde um 10½ Uhr Morgens zur Polizei gebracht, dort verhört, dann zur Staatsprokuratur abgeliefert und von dieser dem Untersuchungsrichter überwiesen, der ihn um 5 Uhr Nachmittags wieder entließ. Der Untersuchungsprokurator Hoffenpflug, ein würdiger Sohn seines Vaters, soll nun die Ansicht verfochten haben, die Verbreiter des erwähnten Blattes, auf dem sowohl der Drucker als der verantwortliche Herausgeber Dr. Meyer genannt war, hätten sich des Hochverraths schuldig gemacht, und Hr. v. Dehn-Rotfelser soll gleicher Meinung sein. Es darf

Digitized by Google

wohl angenommen werden, daß die kurhessischen Gerichte diese seltsame Auffassung nicht theilen, denn ihre Konsequenz wäre, daß jeder Postbeamte, der eine Zeitung ausgibt, in welcher diese oder ähnliche Dinge enthalten sind (und die Artikel sind ja nur aus einem in Kurhessen nicht verbotenen Blatte abgedruckt) gleich dem Buchhändler als Hochverräther angeklagt werden müßte. (Zeit.)

Baden. Das Handelsministerium hat mehrere Lehrer der Gewerbeschulen des Landes zu einem längern Besuch der allgemeinen Industrieausstellung in London mit entsprechender Staatsunterstützung aufgestattet.

Schleswig-Holstein. Von welcher Seite sich die Diplomatie auch bemüht, die Landesangelegenheit zu erledigen, es scheint ihr nicht gelingen zu wollen. Die Verhandlungen am Bunde haben die Sache bisher nicht wesentlich gefördert; die zukünftige Stellung Schleswigs zu Holstein: das ist die Schwierigkeit. Holstein hat zwiefachen Anspruch auf eine staatsrechtliche Verbindung mit Schleswig, wovon man auf dänischer Seite nichts wissen will. Dänischerseits hat man den Gedanken, die Sache auf einem Kongreß der Großmächte zum Austrag zu bringen, aufs Neue angeregt. Allein schwerlich dürfte die gegenwärtige Weltlage dem Zusammentritt eines solchen Kongresses günstig erscheinen, und um dieser einen Angelegenheit willen wird man überhaupt keinen europäischen Kongreß berufen, zumal die Kompetenz eines solchen für diese Frage noch keineswegs allgemein anerkannt ist. Inzwischen hat es den Anschein, als sei es im Werke, die Befestigungsarbeiten, die in Schleswig fortgeführt werden, auch auf Holstein auszudehnen.

Frankreich.

Die „Scharfsche Korrespondenz“ sagt: „Wir erhalten aus London eine Meldung von der größten Bedeutung. In dortigen diplomatischen Kreisen ist man seit ungefähr 8 Tagen der vollkommensten Ueberzeugung, daß es binnen Kurzem zu einem sehr ernsten Bruche zwischen Frankreich und dem Kabinet von Washington kommen müsse, was ungachtet der rapiden Siegesfortschritten der Unionisten dennoch der schon für halb verloren erachteten Sache der südlichen Sklavenstaaten mit einem Male eine andere Wendung geben dürfte. Man berichtet uns, daß es in den Tuilerien eine beschlossene Sache sei, den ersten offenbaren feindseligen Akt der Union gegen die französische Intervention in Mexiko mit der sofortigen Anerkennung des wenigstens in kontinuirlicher Nievertage begriffenen Südens zu beantworten.“

Das Urtheil in dem Serr'schen Schwindel-Prozeß ist gefällt worden. Wie gegen Mires, ist auch gegen Serre das Maximum der bezüglichen Freiheitsstrafe, 5 Jahre Haft, ausgesprochen worden. Das Tribunal hat jedoch, offenbar um sich mit dem neulichen Urtheilspruche von Douai nicht in zu offenen Widerspruch zu setzen, die Frage wegen der pfandweise hinterlegten und veruntreuten Werthpapiere zu umgehen gesucht; das Tribunal erklärt, auf Prüfung dieser Anklage nicht eingehen zu müssen, da die „escroquerie“ durch andere Thatsachen hinlänglich konstatirt sei. Die Frage muß übrigens demnächst zu ernster und gründlicher Erörterung kommen, da der Staatsanwalt gegen den freisprechenden Urtheilsspruch von Douai Appell eingelegt hat. Man hält eine Entscheidung und Fixirung der vielfältigen Jurisprudenz um so nöthiger Angesichts der neuen Erleichterungen und Impulse, welche das angenommene Gesetz über Börsenmäßigkeitsgesellschaften und das bevorstehende Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit dem Spekulationsdrange geben zu wollen scheinen. Indeß, wenn man der Spekulation neue Freiheiten giebt, so scheint man ihr vorläufig doch keinen neuen Stoff zuführen zu wollen. Fould soll sich im Ministerrathe jener Konzession zu einem neuen Unternehmen entschieden abgeneigt zeigen, so lange er nicht das Werk der Renten-Konversion zu Ende geführt; er will jede Konkurrenz beseitigen, welche die Kapitalien von der Rente ablenken und die Konversion erschweren könnte.

In Annecy in Savoyen wurde kürzlich ein Bauer, weil er gesagt hatte, daß „notre roi“, wie Viktor Emanuel noch immer genannt wird, in sechs Monaten spätestens sein Land wieder erhalten werde, vom Tribunal zu einigen Tagen Gefängniß verurtheilt. Auf den Rekurs des kaiserlichen Generalprokurators erhöhte dann der Appellhof die Strafe des armen Teufels auf sechs Monate Gefängniß. Wahrhaft rührend und dabei sehr erklärlich ist in Savoyen die Anhänglichkeit an den früheren Herrscher.

Italien.

Eine Zeitung schreibt: „Italien bleibt zur Vertheidigung gerüstet, aber könnte es entdecken, daß in Oesterreich eine aufrichtige Meinung vorhanden ist, abzurüsten und die Idee einer Rückeroberung der Lombardei aufzugeben, so würde es seine Kriegsanstalten ebenfalls vermindern. Unglücklicherweise machen diejenigen, die bei Franz Joseph am meisten Gewicht haben, kein Geheimniß daraus, daß sich dergeben würde, wenn Napoleon III. in Frankreich zu regieren aufhören sollte. Der Tod des Kaisers wäre für Oesterreich das Signal, in Italien einzufallen, den Papst unter die Obhut einer deutschen Armee zu stellen und die verbannten italienischen Fürsten wieder auf ihre Throne zu setzen.

Der Finanzminister legt in der Deputirtenkammer die Finanzlage dar. Das Budget von 1860 schloß mit einem Defizit von 23½ Millionen ab; das von 1861 ergibt einen Ueberschuß von 28 Millionen. 1862 wäre das Defizit 500 Millionen statt gewesen, allein durch die votirten und eingeführten Steuern, durch die außerordentlichen Hilfsmittel, die Konzessionen von Eisenbahnen und Kanälen, und durch die bereits autorisirte Emission von Schatzbons wird es auf 225 Millionen reduzirt. Der Minister schlägt zur Deckung desselben die Cession der Domänengüter und den Verkauf der Besitzungen der Kirchenfabrike vor, deren Werth allein schon das sämmtliche Defizit um vieles übersteigt. Er beantragt ferner vermittelst eines den Grundwerth erhöhenden Verkaufs die Ablösung der emphyteutischen Belastungen. Endlich will er eine neue Emission von Schatzbons im Betrage von 100 Millionen veranstalten.

Daß der italienischen Kammer vorgelegte Vereinsgesetz lautet: 1) Die Handlungen oder Akten von was irgend für einer Gesellschaft, darauf ausgehend, Versammlungen von Menschen und Verwerbungen von Waffen und Munition ohne Bewilligung der Regierung zu befördern oder staatsgefährliche Grundsätze zu verbreiten, in der Absicht, die Sicherheit des Staates zu gefährden, werden mit Gefängniß oder mit Verweisung bestraft, abgesehen von den größeren Strafen, die von den in Kraft bestehenden Gesetzen für Spezialfälle vorgesehen sind. 2) Der Beir. Verein kann von der Regierung durch ein kgl. Dekret aufgelöst werden. 3) Die Handlungen oder Akten, welche zur Auflösung veranlaßt haben, sollen sofort den richterlichen Behörden verzeigt und nach Angabe des Art. 1 prozessirt werden. 4) Die Mitglieder eines aufgelösten Vereins, welche sich während der Dauer des Prozesses und nach dem Urtheilsspruch wieder versammeln und ihr Vereinsleben fortsetzen, sollen ebenfalls mit Gefängniß oder Verweisung bestraft werden. Für die Chefs, Dirigenten und Geschäftsführer soll die Strafe nicht kürzer als 3 Monate sein.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 2. bis 7. Juni).

Samstag. Das Resultat der abgelaufenen Woche ist wieder ein günstiges für die Fondsbesitzer. Man hätte nicht nöthig gehabt, in voriger Woche zu fallen; es charakterisirt aber so recht die Börse, dass sie darauflos fiel, als der Österr. Finanzminister die Deckung des Defizits von 50 Millionen verlangte, und jetzt wieder stieg, als der Reichsrath diese Deckung bewilligte, als ob eines und das andere nicht ganz natürlich war und unfehlbar eintreten musste.

Von Österr. Fonds beträgt das Steigen der National in der abgelaufenen Woche nahezu 1 pCt, gleiches Verhältniss zeigt sich bei den Valuta-Papieren, sowie Venetianern, während neue englische Metalliques stationär blieben. Die drohende Couponssteuer ist durch den Beschluss des Reichsraths wegen Vertagung der Steuererhöhung vorläufig beseitigt, hoffentlich um darauf nicht wieder zurückzukommen. Dagegen scheint eine ernstliche Armeereduktion bevorzustehen, was für die Österr. Finanzen eine Lebensfrage ist. — Von Loosefekten stagniren 1860r, angeeichts der neuen Emission, während Kreditloose um 2 fl. besser gegangen sind. 1839r Loose nach der Ziehung 7 pCt. niedriger, was dieselben jetzt wieder sehr billig macht.

In süddeutschen Fonds war es diese Woche still. In neuer russischer Anleihe lebhaftes Geschäft, das Agio beträgt bereits ⅞ pCt. Das Steigen erweist sich nun als zwar ruhiges, aber doch andauerndes, ein Beleg dafür, dass das Effekt in soliden Händen festes Unterkommen findet.

Oesterr. Kreditaktien 4 fl. höher, desgleichen Darmstädter auf Berlin hin. Von Zettelbanken in österreichischen einiger Umsatz. Frankfurter stationär.

Von Eisenbahnen sind Hanauer mehrere Prozente gewichen, Rhein-Nahe um 1½ pCt. besser; man scheint sie nicht mehr für so hoffnungslos als früher zu betrachten. Staatsbahnen flau und à la Baisse, die Mindereinnahmen dauern fort und nähern sich seit Anfang des Jahres mit schnellen Schritten einer Million. Auch österreichische Werthe haben gewaltig verloren. In der Pfalz will man Verkäufer mit einem Male nachholen! Ausser den Zwingen der Berbacher und Weissenburger E.-B und der Neustadt-Dürkheimer soll nun auch die Alexenbahn zur Ausführung gelangen, da Preussen den Anschluss an die Nahebahn gegen Erwirkung der Konzession bayerischer Seits zum Vortheil der Thüringer E.-B. über Gera nach Hof genehmigt hat. Die Berbacher kann durch diesen Zuwachs dieses Verkehrs nur gewinnen. — Von Prioritäten, österr. und böhmische Westbahn gestiegen in Folge der Uebernahme der neuesten Emission ersterer.

Der Geldstand bleibt in sofern günstig, als fremde Wechsel fehlen und Diskonto von bekannter Seite beständig genommen wird. Dem entgegen ist an der Effektenbörse Geld willig und zu guten Zinsen anzubrin-

Digitized by Google

geh und Bankiers geben dem Herbst mit ziemlich getheerten Portefeuilles entgegen, so dass man dahin, wo keine Frankfurter Banknoten gehen, Baarsendungen wird machen müssen. Diesen Verhältnisse gibt zu manchem Bedenken Anlass. Wechselkurse in Ganzen unverändert, nur Wien mit der Valuta gestiegen. (Akt.)

Nichtpolitische Zeitung.

Bei dem Wiener Briefpostamte wurde eine Maschine probiert, welche die Marken aller einlangenden Briefe mittelst einer sehr sinnreichen Vorrichtung stempelt, ein Geschäft, welches bis jetzt Menschenhände besorgten. Die Maschine bringt auch den Vorstell, das nur gestempelte Briefe zur Sortirung auf den Manipulationstisch gelangen, so dass eine Entwendung von Briefen in der Absicht, sich der Marken zu bemächtigen, nicht mehr lohnend sein würde.

Dem „Boten für Tyrol und Vorarlberg" gehen aus den Ortschaften Bienz, Selion, Sand, Windischmatrei und Welsberg in Tyrol Berichte über das am 25. und 27. Mai daselbst stattgefundene Erdbeben zu. Am heftigsten und andauernsten waren die Stöße am 26. in Sillian zu vernehmen; die Stöße, denen ein vernehmbares Brausen vorausging, zogen sich von Nordost gegen Südwest und dauerten 12 Sekunden. Die Gebäude wurden heftig erschüttert, Gläser und Geschiere schlugen klirrend aneinander. Einige Minuten später war das Sinken des Barometerstandes bemerkbar. Am 27. um 1 Uhr 20 Min. Nachts wiederholten sich die Stöße mit erneuerter Heftigkeit abermals gegen 5 Sekunden anhaltend.

Der kgl. Staatsrath Dr. v. Heinz aus München ist dieser Tage in London angekommen, um der Jury seine Druck- und Setzmaschine, Tachytyp genannt, welche bereits die Aufmerksamkeit der Sachverständigen in hohem Grade erweckt hat, zu erläutern.

Neueres.

Oesterreich. Wie die „A. C." über die Konkordatsrevision berichtet, enthält der im Staatsministerium vorbereitete Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse der katholischen zu den evangelischen Kirchen unter Anderm die Bestimmungen, daß bei gemischten Ehen keine Reverse ausgestellt werden dürfen, und etwa vorkommende keine gesetzliche Giltigkeit haben sollen; daß die Erziehung der Kinder in gemischten Ehen der Bestimmung der Eltern anheimgestellt bleibe, und nur im Falle keine besonderen Bestimmungen getroffen werden, die Knaben in der Religion des Vaters, die Mädchen aber in jener der Mutter erzogen werden sollen; daß es Brautleuten verschiedener Konfession freistehe, die Erklärung, sich vertheilchen zu wollen, nach Belieben vor dem Seelsorger einer dieser beiden Konfessionen abzugeben, und daß Findelkinder in der Religion der Mutter zu erziehen seien.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, Frhr. v. Koller, ist auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt und dessen Stelle dem Ministerialrath O. R. Frhr. v. Meysenburg verliehen worden.

Kurhessen. Sicherem Vernehmen nach ist die Genehmigung des Kurfürsten erfolgt, dem Staatsrathe v. Minnigerode in Weimar Eröffnungen wegen Annahme eines Portefeuilles in dem in Bildung begriffenen neuen Ministerium zu machen und zwar speziell in Betreff des Departements des Innern, wahrscheinlich auch, um denselben zugleich einstweilen mit der Besetzung des Aeußern zu betrauen. Wird das Gebieten angenommen, so dürfte Regierungsrath Wigand sich den Geschäften des Finanzministeriums unterziehen. Weiter will man wissen, daß Hr. Wigand ein ausführliches Programm für das neue Ministerium aufgearbeitet habe.

Nassau. In der Generalversammlung des nassauischen Anwaltsvereins wurde nach langen und lebhaften Debatten der vom Hofgerichtsprokurator Dr. Braun gestellte Antrag, sich für vollständige Freigebung der Advokatur auszusprechen, mit einer Majorität von drei Viertel der Anwesenden angenommen.

Italien. In Rieti wurde ein Seminar geschlossen, weil von der Geistlichkeit desselben die päpstliche Fahne ausgehängt worden war. Eine ähnliche Demonstration fand in dem Seminar von Perugia statt. Das Volk wurde durch die energische Intervention der Behörden von gewaltthätigen Handlungen zurückgehalten. In Folge der Vorgänge in Brescia scheint die italienische Regierung viel Truppen nach dem Veltlin zu schicken. Es lagern sich hart an der schweizer Grenze beim Puschlav größere Italienische Truppenkörper und es hat dies die Beobleerungen in eine gewisse Aufregung versetzt, indem die Veltliner behaupten, die Schweiz beginnige die Freischaareneinfälle, während umgekehrt im Puschlav wegen der Truppenanhäufung Besorgnisse herrschen.

Spanien. Die Diskussion über die mexikanische Angelegenheit wird gestern in der Deputirtenkammer begonnen haben. Olozaga wird das Kabinet interpelliren, in dessen Namen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Calderon Collantes, antworten wird. — Die Niederkunft der Königin steht nahe bevor.

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sautter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	78½ P.	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87 G.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76½ G.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	84—½ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64⅞ G.	
„	4½ pCt.	48⅝ G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P. 108G	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ G.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P. ⅜ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅝ P.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¼ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.		
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.	
„	3 pCt. Obl.	94⅞ P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49⅝ P.	
„	2 pCt. „ „	33⅜ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 95 Thlr.	90⅜—⅝ G.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 600 . .	1223¼ P. ½ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	771 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201½—2G. o.D.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	221 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P. 89½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 P.	o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	72⅞ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 2⅝ kr.	235 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	122 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. b pCt. 6/7	80 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	89⅞ G.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt. .	135⅜ P. 135 G.	
Pfälz. Mash. b. Rothschild à 4½ pCt.	110⅝ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.	o.D
Span. Handels- und Industrie . . .	825 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Peraire .	225 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106½ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 G.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	160 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. k. 100 k. S.	100⅝ B.
Augsb. k. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Bremen k. 100 k. S.	96⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Th. 100 k. S.	86⅛ G.
Leipzig Th. 100 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 „	93⅞ G.
Paris Frs. 100 k. S.	93¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in cpt. W. 8 S.	97½—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	
„ fl. 250 v.1854 mit 4pCt.	73¼ P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75¼ P.	
„ fl. 100 Elisab.-L. v.1858.	122⅝—¾ G.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	123 P.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 50	101½ P.	
Badische fl. 35	85⅜ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ G.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	13⅜ P.	
„ fl. 25 do.	38½ P.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.	
Sardinien Frs. 36 b. R.	52¾ P.	
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.	
Vereins-Loose fl. 10.	18¼—⅛ G.	
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.	

Frankfurt, 10. Juni. Für ößterr. Fonds, Kreditaktien und Anlehensloose zeigte sich schon bei Eröffnung der Börse viele Kauflust zu höheren Kursen, und die günstige Stimmung erhielt sich bis zum Schlusse. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. In den übrigen Fonds bei stillem Geschäft wenig Veränderung. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung werden zu 94⅞, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 92 umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97¼ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 161. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | Donnerstag, 12. Juni 1862.

England und Kanada.

Das Parlament von Kanada hat die ihm vorgelegte Bill zur Einführung eines tüchtigen Milizwesens bei der zweiten Lesung verworfen. Die „Times“ bemerkt über diese Neuigkeit: „Es ist schwer, ohne Bedauern, Erstaunen oder Entrüstung diese Kunde zu vernehmen. Der verworfene Gesetzentwurf bezweckte, eine Streitmacht von 50,000 Mann und eine Reserve von ebensoviel 50,000 Mann auszuheben. Eine solche Maßregel war allerdings nicht ohne schwere Kosten und Ungelegenheiten ausführbar. Dennoch ist uns unbegreiflich, wie 3 Millionen civilisirte Menschen die Ausbrüche des großen amerikanischen Vulkans betrachten können, ohne sich die Thatsache zu vergegenwärtigen, daß der Lavastrom, der einen so großen und schönen Theil des Erdodems verwüstet, zuletzt auch bis über die Schwelle ihres Landes vordringen kann. Die einzige Lösung dieses Räthsels liegt für uns darin, daß Kanada sich gewöhnt hat, jene Aufgaben, die manches schwächere und ärmere Volk ganz aus eigener Kraft erfüllen muß, Anderen zu überlassen. Wie haben Kanada mit Kanälen durchschnitten, die zu seiner militärischen Vertheidigung dienen und aus der Reichskasse bezahlt werden. Wir haben seine Festungen ausgebessert, in Stand gehalten und mit Besatzungen gefüllt, so, als ob diese Festungen den größten Werth für uns und gar keinen für die Kanadier hätten. Unsre solchen Einkünften aufgewachsen, scheinen die Kanadier geneigt, die Frage, ob die Kolonie sich zu ihrer Selbstvertheidigung waffnen soll oder nicht, als eine sie für selbst sehr untergeordnete und nur indirekt wichtige Frage zu behandeln. Den Loyalitätspunkt wollen wir hier ganz aus dem Spiele lassen, denn der Verband mit Großbritannien hat mit der Sache wenig zu schaffen. Wenn Kanada sich von dem britischen Reich vollständig losgelöst hätte, so wäre es dadurch der gebieterischen Pflicht der Selbstvertheidigung keineswegs enthoben. Und wenn Kanada dem Mutterlande noch so fest anhängt, so wird es doch sich für der Pflicht der Selbstvertheidung nicht freimachen können. Viele Leute wähnen, daß Kanada nur durch seinen Verband mit Großbritannien der Gefahr ausgesetzt sei, in Feindschaft verwickelt zu werden. Wie dagegen möchten das gerade Gegentheil behaupten und glauben, daß Großbritannien weit eher um Kanada's willen, als Kanada um Großbritanniens willen in einen Krieg hineingerissen werden kann. Möge die Kolonie sorgfältig ihre Lage prüfen und mögen ihre Staatsmänner den Ton der amerikanischen Presse beachten. Wie lange wird der gegenwärtige Bürgerkrieg die Armee von 700,000 Bewaffneten genügende Beschäftigung geben? Mögen die Kanadier sich nicht durch die Annahme täuschen, daß diese Gefahr nur deshalb über ihnen schwebe, weil ihr Land Eigenthum der britischen Krone ist, und daß im Augenblick, wo diese Verbindung gebrochen ist, auch die Invasionsgefahr vorüber sein wird. Im Gegentheil, als unabhängige Provinz würde sie die Angriffe um so wahrscheinlicher auf sich ziehen, als sie leichter zu erobern wäre. Andererseits sollen die Kanadier sich nicht dem Glauben hingeben, als ob der jetzige Verband mit Großbritannien ein genügend großer Schutz wäre, um die Mühe der Selbstvertheidigung abzunehmen. Es steht nicht in unserer Macht, von diesem kleinen Eiland aus eine Streitkraft abzusenden, welche die Grenze Kanada's gegen die jahrelangen, in der Schule des Bürgerkriegs ausgebildeten Heere vertheidigen könnte. Unsere Hilfsmittel sind eine so großen Truppen-Concentration auf einen einzigen Punkt nicht gewachsen; unser Reich ist zu weit, unsere Bevölkerung zu klein, unsre Gegner zu stark. Aber fehlte uns die Macht nicht, so würde es uns gewiß an Willen fehlen. Denn die Meinung steht in England fest, daß bei der Verbindung zwischen dem Mutterlande und der Kolonie der Vortheil unendlich größer auf Seiten des Kindes sei. Wie besitzen nicht länger das Monopol des Handels in den Kolonieen, wir haben von ihnen keine Hilfe bei der Vertheidigung unserer Küsten zu hoffen, sind aber gezwungen, zu ihrem Schutz das Schwert zu ziehen. Nicht einmal eine billige Behandlung unserer Fabrikate können wir von Kanada erlangen. Solch ein Verhältniß hat wenig Gegenseitigkeit. Sollte die Kolonie dem Verhältniß ein Ende zu machen wünschen, so werden wir deshalb keinen Schutz ableugnen, und will Kanada sich nicht selbst gegen fremde Invasion schützen, so wird's auch England nicht thun.“

Montenegro.

Da sich in und um Montenegro jetzt eine ganze Reihe verschiedener Kriegsschauplätze entwickelt, wird eine kurze Beschreibung derselben — nach dem bekannten Werkchen von Leskat — nicht ohne Nutzen für die Orientirung sein. Was zunächst die Kämpfe um Riksich betrifft, so liegt das Südviereck in der Herzegowina eine Meile nördlich von der montenegrinischen Grenze, inmitten eines Bergsessels, zu dem von Biler aus ein Saumweg durch den Dugapaß hinaufführt. Der Ort besteht aus einem offenen Flecken, der mit einer blossen Ringmauer umgeben ist, und dem als Citadelle dienenden Schlosse Onogost, das auf einem Bergvorsprung liegt und ein unmauertes, von Echdastionen besticheres Viereck bildet. Der Dugapaß liegt wenige Stunden nordwestlich von Onogost ab. Bereits Mitte April machte Derwisch Pascha den Versuch, diesen von den Insurgenten belagerten Stützpunkt der türkischen Stellung in der Herzegowina zu verproviantiren, wobei er am 16. April die den herzegowinischen Rebellen zu Hilfe eilenden Montenegriner bei Krstac und Rosdra schlug. Anfangs Mai machten die Gegnergroßen einen direkten Angriff auf Riksich, wurden aber am 23. von der Besatzung und der Bevölkerung aus der Stadt hinausgeschlagen, wobei sie 400 Todte zurücklichen und ein Theil der Vorstädte in Flammen aufging. Mitterweile rückte Derwisch Pascha zum zweiten Male mit Proviant und Entsatztruppen vor. Vierthalb Stunden von Riksich schlug er sich im Dugapasse bei dem Dorfe Tschesme am 17. und 18. Mai mit den Montenegrinern; erlitt dabei jedoch offenbar, obwohl die Telegramme Omer Pascha's das Gegentheil behaupten, eine Schlappe; denn, statt von Riksich weiter zu marschiren, ging er auf Biliec zurück und von da am 24. noch weiter auf Trebinje zu bis Banjani, wo er die unter Ferik Sali Pascha frisch angelangenden 2000 Mann an sich zog, um jetzt von Südwesten aus den Versuch zu machen, das arg bedrängte Riksich mit Umgehung der Duga zu erreichen. Nicht weit südwestlich von Riksich tritt der Setasfluß aus der Herzegowina in Montenegro ein; wenn man aber durch das Setathal gegen Riksich anrücken will, muß man zugleich die rechts abbiegende, ungemein feste Position bei dem montenegrinischen Kloster Ostrog — ungefähr zwei Meilen östlich von dem Flusse im Auge behalten. Dies Felsennest, von dem wir neulich eine Schilderung entwarfen, ist in so fern der stärkste und wichtigste Punkt des ganzen Gebietes, als es den Paß von Slivje, der aus dem oberen Setathale in den Riksicher Bergkessel führt; ebenso die aus dem Setathale über Crasnibo und Riksche nach Cetinje laufende Straße; und endlich auch die Verbindungen zwischen dem eigentlichen Montenegro und den, nicht mehr zu dem Alpenlande gehörigen westlichen Berlas beherrscht — denn es befindet sich gerade in jener schmalen Einfaltung des montenegrinischen Gebietes, die in dessen Mitte dadurch entsteht, daß südwärts Albanien bis zur Festung Spuz und nördlich die Herzegowina bis zum Berge Lisivaz tief in die Cyrnagora einschneiden. Türkische Depeschen wollen daher auch schon einen Kampfe wissen, der am 1. Juni bei Ostrog stattgefunden habe. Das dritte Operationsfeld ist das Land der Bassojewici, die östlichste der montenegrinischen Berlas, welche durch den Fluß Moratscha von den übrigen getrennt wird. Dies Gebiet hat Hussein

Digitized by Google

Pascha von Bosnien aus angegriffen, indem er am 19. Mai mit 7 Bataillonen Nizam und 4000 Baschi-Bozuks auf das linke Ufer der Lim, eines Nebenflusses der Drina, übersetzte und die, hier von den Herzegowinern unterstützten Montenegriner bei dem, durch Natur- und Kunst fast befestigten Klotze Bovane so auf's Haupt schlug, daß sowohl der Distrikt der Wasserspeier als auch, nach Eroberung der kleinen Festung Metun, der südwärts angränzende der Kutschi sich unterwarf. Im Süden endlich rüstet sich Omer Pascha selber zum entscheidenden Schlage von Albanien aus, wobei ihm östlich vom Skutarisee Podgoritza z Spuz und Zabljak, westlich davon Skutari und Antivari als Stützpunkte und Operationsbasis dienen.

Deutscher Bund.

Die dänische Note an die fremden Mächte beschwert sich bekanntlich darüber, daß der deutsche Bund sich überhaupt Schleswigs annehme, und daß er die schleswig'sche und holsteinische Frage in ganz gleicher Weise behandle. Was das Letztere betrifft, so weiß man, daß das Recht des Bundes auf den Rechten, die Holstein auf eine Verbindung mit Schleswig hat, und aus den Versprechungen Dänemarks von 1852 sich herleitet. Seitens des Bundestags ist indessen stets der Unterschied festgehalten worden, daß die holsteinische Frage eine innere Bundes-Angelegenheit, die schleswig'sche dagegen eine internationale ist. Daß man in der formellen Behandlung beiner Letzteren Unterschied eintreten lassen kann, liegt in der Natur der Verhältnisse. Der deutsche Bund accreditirt keine Gesandten bei auswärtigen Mächten; er kann daher auch die schleswig'sche Frage nur in und durch seine Ausschüsse behandeln und mit dem Vertreter Dänemarks in Frankfurt darüber kommunizieren. Dies weiß man in Kopenhagen so gut wie alle Orten, die dänische Beschwerde ist daher eitel Wind.

In Eisenach fand eine Konferenz von höheren Polizeibeamten der größeren deutschen Staaten, mit Ausnahme Preußens, statt, als deren Gegenstand die Abschaffung der Reisepäße im Verkehr der deutschen Staaten unter sich bezeichnet wird.

Für die eben in Gera tagende dreizehnte allgemeine deutsche Lehrerversammlung, die von mehr als dreihundert Lehrern aus allen Theilen Deutschlands besucht ist, wurde Oberlehrer Th. Hoffmann aus Hamburg zum ersten, Seminardirektor Lüben aus Bremen zum zweiten und Direktor Scholz aus Breslau zum dritten Vorsitzenden gewählt.

Bei dem Gothaer Frauenkomite zur Beschaffung eines Banners für den deutschen Schützenbund sind bis jetzt aus 50 deutschen Orten etwas über 500 Thaler eingegangen. Den höchsten Betrag mit 110 Thaler haben die patriotischen Frauen und Jungfrauen Hanau's eingeschickt. Dem Schützenbunde gehören, so viel bekannt, Mitglieder der Schützenvereine von nahezu 300 Orten an.

Bayern. Der bisherige geheime Sekretär im Kultusministerium J. Giehrl wurde zum Regierungsrath in demselben Ministerium befördert

Oesterreich. Die offiziösen „Ungar. Nachr." erinnern neuerdings in einem verspöhnlich gehaltenen Artikel an das Wort Szechenyi's: „Als vor 300 Jahren Ungarn den Bund mit dem Hause Habsburg schloß, war das vielleicht kein Glück, doch kann auch eine unglückliche Ehe gesunde Kinder geben — wenn aber die Eheleute sich trennen, ist es für Beide um Nachkommenschaft und Zukunft geschehen. Ungarn kann ohne Oesterreich nicht existiren — möglich, daß es sich in deutschen Armen gedrückt fühlt; gewiß aber ist, daß es in einer slavischen Umarmung vollständig werden würde."

Den Sümegre Komitatsspanduren ist es am 4. gelungen, drei Räuber gefangen zu nehmen, die nach ihrer standrechtlichen Verurtheilung bereits zu Kapospar hingerichtet wurden. Einer der Verurtheilten ging dem Tode gefaßt entgegen und richtete unter dem Galgen eine Anrede an das zahlreich versammelte Volk; die beiden andern Delinquenten kamen betrunken und dem Nichtklag an. Sie gröhlten alle Zeit nicht zu der Bande des berüchtigten Patko, obschon sie öfter dessen Namen ausgeplat haben sollen. — In Szegedin wurde ein Individuum, das sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen wollte, erschossen. Dasselbe hatte aus der Dampfmühle eine bedeutende Quantität Mehl gestohlen. — In Ada wollte sich früh Morgens am 1. ein gewisser Pinter von dem alten Pfarrer, mit der Drohung ihn zu erschießen, Geld erpressen. Da aber die Köchin Lärm schlug und die Kapläne herbeieilten, ergriff der Bandit die Flucht, fiel aber auf der Straße in die Hände der ersten Kirchgänger, die ihn zurichteten, daß er den Urtheilsspruch schwerlich mehr erleben wird.

In seiner Behausung fand man Gold- und Silbergeld sowie viele andere Kostbarkeiten. — Die Schemnitzer Bergakademie drabsichtigte im Laufe dieses Sommers die hundertjährige Feier ihrer Gründung abzuhalten und hatte dazu bereits Vorbereitungen getroffen; jetzt soll ihr die Celebrität zur Begehung des Festes höheren Orts verweigert worden sein. — Trotz des Provisoriums wird Pesth im künftigen Monat um ein ungarisches Wiedblatt reicher, das den Titel „Diogenes" führen soll.

Preußen. Der „Elberfelder Zeitung" wird über den erwähnten Korps-Befehl des Prinzen August von Württemberg geschrieben: „Unsere Erkundigung hat nicht feststellen können, ob dieser Befehl lediglich eine Emanation der jüngsten preßfeindlichen allgemeinen Verfügung des Kriegs-Ministers ist oder eine mißverständliche verschärfte Auflage derselben. Hoffentlich werden die Abgeordneten Veranlassung nehmen, wenigstens den Thatbestand durch eine Interpellation festzustellen und gegen die Beschränkung der geistigen Freiheit unserer Waffen tragenden Mitbürger zu protestiren. — Die Regierung hat dem Präsidium des Hauses der Abgeordneten die Erwägung anheim gestellt, ob es nicht angemessener wäre, den Kommissions-Sitzungen den Charakter der Vertraulichkeit zu wahren, welche die Regierung in den Stand setze, sich über ihre Ansichten und Bestrebungen viel rückhaltloser auszusprechen, als das bei der jungerissenen Sitte der sofortigen Veröffentlichung jedes gesprochenen Wortes möglich wäre. Sollte man in dieser Hinsicht anderer Meinung sein, so würde die Regierung ihre Erklärungen entweder stenographiren lassen oder sie nur in schriftlicher Form abgeben, um wenigstens den bisherigen falschen Darstellungen derselben einen Riegel vorzuschieben.

Hannover. Die Verhandlungen der hannoverschen Regierung mit Hamburg wegen der Ueberbrückung der Elb-Arme zwischen Harburg und Hamburg, welche bereits zur Entwerfung eines umfassenden Vertrages geführt hatten, scheinen im letzten Stadium, wenigstens für jetzt, gescheitert zu sein, und zwar aus finanziellen Gründen. Von den hamburgischen Unterhändlern soll nämlich darauf fest bestanden sein, daß, wenn die großen Kosten der fraglichen Ueberbrückung und der dazu gehörigen Anlagen gemeinschaftlich übernommen würden, bei der Theilung der Erträge von den auf den hannoverschen Bahnen weiter transportirten Gütern pro Rata der Brücke an Hamburg ein gewisses Präzipuum bewilligt werde, weil keinenfalls zu erwarten stehe, auch wenn diese letzte Strecke für das Doppelte oder Dreifache der wirklichen Länge gerechnet werden sollte, daß diese Anlage rentiren werde, die hannoversche Eisenbahn-Verwaltung aber jedenfalls durch den vermehrten Verkehr auf ihren Bahnen überhaupt einen sehr bedeutenden indirekten Vortheil erhalte, wegegen sich für Hamburg kein Aequivalent darbiete. Eine Bewilligung eines Präzipuums hat aber die hirsige Regierung bisher entschieden abgelehnt und sind deshalb die Verhandlungen einstweilen ins Stocken gerathen.

Kurhessen. Regierungsrath Wiegand, das geistige Haupt des in der Einsetzung begriffenen neuen kurhessischen Ministeriums, ist am Sonntag oder Montag nach Weimar abgereist, um mit dem dortigen Präsidenten von Wintzingerode wegen Uebernahme der auswärtigen Angelegenheiten zu verhandeln. General v. Loßberg wird sich also noch wohl des Krieges annehmen, wenn er überhaupt ins Kabinet eintritt. Herr v. Wintzingerode war schon im Jahre 1848 auswärtiger Minister. Ueber Wiegand schreibt die „Nat.-Ztg.": Er war erster vortragender Rath im Ministerium des Innern in den Jahren 1848 bis 1850, wo er von Hassenpflug, mit dessen Grundsätzen er sich nicht bestrunden konnte, mit drei Vierteln seines Gehalts zur Disposition gestellt wurde. Fast acht Jahre lang blieb er dem aktiven Staatsdienst entzogen; erst seit einigen Jahren hat er eine seiner Befähigung wenig entsprechende Verwendung bei der Landeskreditkasse gefunden. Wiegand ist vielleicht die beste Arbeitskraft des Landes, sowohl im Gebiete der eigentlichen Verwaltung, als der Finanzpraxis; in fast allen Branchen des staatlichen Lebens bewandert, im Besitze eines reichen Schatzes von Wissen, weiß er den Ihren mit Leichtigkeit Gestalt und Leben zu geben; ausgestattet mit einer anspruchslosen liebenswürdigen Persönlichkeit und einer übergrungenen Beredtsamkeit auf der einen, mit Festigkeit, Energie und strenger Rechtlichkeit auf der andern Seite, verwöchtigt er in seiner Person das fortiter in re, suaviter in modo. (Entschieten im Prinzip, gemäßigt in der Form.)

Digitized by Google

Belgien.

Die früher erwähnte Angelegenheit des Oberstlieutenants Hayez hat weitere Folgen gehabt. Durch die zu seinen Gunsten gefällten Urtheile des Militärgerichts und des Kassationshofs wegen des ihm vom Kriegsministerium angethanen Unrechts nicht zufrieden gestellt, hat er die Kammer, in Ermangelung eines bestimmten Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, eine spezielle Verfügung zu treffen, die ihm die Möglichkeit eröffne, gegen den Minister Chazal den Rechtweg zu verfolgen. Der Petitionsausschuß trug auf Niederlegung der Bittschrift auf das bureau des renseignements an, was so viel heißt als Vertagung der Sache bis zur Erledigung der noch stets schwebenden Angelegenheit einer genauen Begrenzung der Ministerverantwortlichkeit. Dies veranlaßte die Abgeordnete Gottal und Goblet, zwei Gegner des Ministers Chazal, von ihrem Rechte der Initiative Gebrauch zu machen und einen Gesetzesentwurf einzureichen, wornach die Verfolgung eines Ministers wegen der in der Ausübung seines Amtes zugefügten Schäden vor die gewöhnlichen Civilgerichte gebracht werden soll, aber nur nach vorgängiger Ermächtigung von Seiten der Kammer der Abgeordneten. Die Regierung erklärte sich bereit, der Berathung des eingereichten Entwurfs sich nicht zu widersetzen, legte jedoch Verwahrung ein gegen die von den beiden Urhebern desselben auf der Affaire Hayez gefolgerten Motive. Es könne im fraglichen Falle von materieller Schadloshaltung keine Rede sein, indem jeder Minister in den Fall kommen könne, einen Irrthum zu begehen.

Großbritannien.

Am Donnerstag und Freitag hat Lord Russell die japanesischen Gesandten empfangen. Am Samstag machten sie Abschiedsvisiten und am Sonntag verließen sie in einem ihnen zur Verfügung gestellten holländischen Regierungsschiff England, um sich nach dem Haag zu begeben. Sir Brabschitzen in Holland soll führt in Preußen mehrere Wochen zuzubringen, wollen noch eine Reise nach Portugal machen, und von dort nach Paris zurückkehren, um sich schließlich über Marseille und Aegypten wieder auf die Rückreise nach ihrem Vaterlande zu begeben. Zu diesem Zwecke hatte ihnen bekanntlich die französische Regierung ein Fahrzeug zur Verfügung, da es längst beschlossen war, daß ein englisches Schiff sie nach Europa, und ein französisches nach Japan zurückführen solle.

Die englischen Blätter melden das Ableben des Vice-Admirals Sir George Tyler, der seit 1806 auf der britischen Flotte diente und sich im Jahre 1811 in der Quiberon-Bay, wo er den rechten Arm verlor, besonders hervorthat. Er war 1792 geboren. Sein Vater, Admiral Sir C. Tyler, kommandirte den „Tennant", in der Schlacht bei Trafalgar.

Frankreich.

Der „Constitutionnel" bringt einen Leitartikel, worin er eine europäische Vermittlung in den amerikanischen Bürgerkriege befürwortet und „auf die vielen Leiden hinweist, die auch in Europa vermieden worden wären, wenn vor Jahr und Tag Frankreichs Stimme durchgedrungen wäre." Das „Journal des Debats" würde von Herzen Amen dazu sagen, wenn die streitenden Theile um Frankreichs Vermittlung gebeten hätten; vorläufig sei dazu jedoch noch keine Aussicht.

Rußland und Polen.

Authentischen Nachrichten zufolge wird die Consistenz des Generalstabes nach französischem Muster verändert. Rußland wird in 15 Distrikte eingetheilt, für Polen in Warschau ein besonderer eingerichtet werden.

Amerika.

In Arkansas befand sich das Curtische Armeekorps, den letzten Meldungen zufolge, nur noch 8 bis 10 deutsche Meilen von Little Rock, der Staatshauptstadt. Der Gouverneur des Staates hat eine lange, bombastische, man könnte sagen, halb wahnsinnige Proklamation erlassen, worin er die Bewohner von Arkansas auffordert, zu den Waffen zu greifen und mit rigorer Kraft die „feigen (!) Sklaveknechte des Tyrannen" zu vertreiben, da sie ja von der Sonderbundsregierung völlig in Stich gelassen seien. Nicht zufrieden damit, erklärt er auch noch, daß unter den Umständen eine Lossagung der westlich vom Mississippi gelegenen Staaten vom Sonderbunde und die Bildung einer eigenen Föderatiy-Republik, bestehend aus Arkansas, Süd-Missouri, dem Indianergebiet, Louissana, Texas und New-Mexiko zu einem Gebote der Selbsterhaltung wäre. Mit einer unionistischen Reaktion hat dieser Vorschlag nichts zu thun, doch immerhin wird Alles, was den Zusammenhalt des Sonderbundes schwächt, dem Bunde zum Nutzen gereichen. Eine ähnliche Art von Sezession in der Sezession scheint sich im Osten, in Nord-Carolina herauszubilden, wo der Gouverneur und der Staatskonvent sich auf die Hinterstüge gegen die Jefferson Davis'sche Regierung stellen und nicht die mindeste Lust zeigen, Nord-Carolina zum Kriegsschauplatze machen zu lassen.

Volkswirthschaftliches.

In Pfälzer Tabak ist seit Luzem wieder lebhaftere Nachfrage eingetreten, da das ärztliche öffentliche Ausschreiben der italienischen Regierung auf Tabakslieferungen nach Turin, Mailand, Genua und Florenz ein bedeutendes Quantum erfordert. Die Lieferung soll durch ein Consortium Pfälzer Häuser übernommen werden. Da die amerikanischen Tabake täglich höher gehen und gute Waare, namentlich Cigarrengut, selbst zu außerordentlichen Preisen kaum zu haben ist, so hat dieser Umstand sehr günstig auf den auswärtigen Absatz der Pfälzer oder vielmehr deutschen Tabake gewirkt. Umsichtige Landwirthe haben sich diese Lage der Dinge zu Nutzen gemacht und haben noch zur rechten Zeit in größerer Ausdehnung Tabak angepflanzt. Die neuen Pflanzen stehen vortrefflich und versprechen, wie alle übrigen Cerealien in diesem seltenen Jahre, eine ausgezeichnete Ernte.

Nichtpolitische Zeitung.

In Triest verschwand der Rechnungsführer der ersterzoglichen Nacht „Phantasie" mit Zurücklassung eines Defizits von 8000 fl. und eines Briefes, der an seinen Kommandanten gerichtet war, worin er demselben anzeigt, er gehe, um seinem Leben in einem entfernten Winkel des Erdballs ein Ende zu machen; jede Nachforschung, seinen Leichnam zu haben, würde eine fruchtlose sein. Letztere Behauptung dürfte sich wohl als richtig erweisen, da er als flüchtige Verbrecher, der durch sein ausschweifendes Leben eine sehr bekannte Persönlichkeit in der ganzen Stadt geworden war, sich erst am Tage vor der Flucht einen neuen Reisekoffer und ein Reisepferd gekauft habe.

Eine Schrift: „Von deutscher Baukunst, von D. M. Cevini aus Steinbach", welche Göthe 1773 deuten ließ und in hundert Exemplaren an einen Buchhändler in Leipzig sandte, der sie zu den billigen Ladenpreisen von 1 Groschen binnen Jahresfrist keinen absetzte, ist jetzt so selten geworden, daß — wie die Leipziger „Illustr. Zeitung" mittheilt — ein Exemplar der kleinen Schrift am 7. Mai in der Büchersuktion bei Lisch und Franke zu Leipzig zu dem enormen Preis von 115 Thlr. wegging.

In Haag ist den „Signalen" zufolge ein Apparat erfunden worden, vermöge dessen die Klangstärke des Violinen wesentlich gewinnen soll. Es handelt sich um eine Art Etrader mit Tonlonkuissen versehen, auf welche der Flügel ꝛc. gesetzt wird. Den Apparat nennt der Erfinder „Acoustica".

Merkwürdig groß ist bei der Londoner Ausstellung das Lager verlorener Gegenstände. Es ist ein eigener Saal für diese Artikel eingerichtet, wird aber bald nicht mehr geräumig genug sein. Zahllos sind die Regenschirme aller Arten, die von Besuchern stehen gelassen wurden. Die verlornen Taschentücher würden einen kleinen Kramladen füllen. Das weibliche Geschlecht liefert zu diesem Museum bei Weitem die meisten Beiträge; denn außer den Regenschirmen und Taschentüchern steht man fast nur Armbänder, Brochen, Fächer, Medaillons, Spitzentragen, Riechfläschchen, Shawls und kleine Ueberschuhe auf ihre Eigenthümer warten. Jeder Artikel, heißt der schädliche Handschuh, trägt ein niedliches Zettelchen mit Angabe des Ortes und Augenblicks, wo er gefunden wurde.

Neueres.

Preußen. Die „Sternzeitung" sucht in einem dreispaltigen Artikel das Herbe des Adreß-Empfangs durch eine gemüthliche Erläuterung des mehrfach angerufenen königlichen Programms zu versüßen. Das Steckenpferd einer ungemeinerten Armee festhaltend, sagt sie in Bezug auf Preußens äußere Politik: „Es will das November-Programm, daß Preußen mit allen Mächten in freundlichem Vernehmen stehe, ohne sich fremdem Einflusse hingugeben; es will, daß Preußen durch eine weise Gesetzgebung bei sich durch Hebung aller sittlichen Kräfte und durch Gegenstrung von Einigungselementen sein Gewicht erhöhe, und daß dasselbe seine Bereitwilligkeit, überall das Recht zu schützen, zweifellos bethätige. Wie in der allgemeinen, so ist besonders in der deutschen Politik nach den hier vorgezeichneten Grundsätzen gehandelt worden. Daß Preußen seiner Aufgaben für Deutschland eingedenk ist, davon

Digitized by Google

geben zunächst seine Bemühungen auf allen Gebieten, wo positive Einigungs-Elemente vorhanden sind, unzweideutiges Zeugniß, die Bestrebungen für die Erneuerung und Kräftigung der Bundeskriegsverfassung, der militärische Anschluß anderer deutscher Staaten an Preußen, die Förderung der nationalen Küstenvertheidigung und mannigfache andere gemeinsame Bemühungen in Bezug auf materielle und geistige Interessen. Die jüngsten Wochen aber haben von Neuem gezeigt, daß Preußen auch zur Erfüllung seines Berufs das Recht in Deutschland zu schützen entschlossen ist. Die Bestrebungen der Staatsregierung für Deutschlands einheitliche Entwickelung waren von Anfang an mit der strengsten Achtung der Rechte Anderer vereinigt: dem wurde nach der Krise des Jahres 1859 in Folge der Tage von Baden und Teplitz auf allen Seiten vertrauende Anerkennung zu Theil. Wenn später ein Mißtrauen wach gerufen worden, zu welchem die Staatsregierung gar keinen Anlaß gegeben hat, so ist die Ursache hiervon wohl vornehmlich in der nicht maßhaltenden Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse in der Presse, in Vereinen und auf Landtagen zu suchen. Die Staatsregierung hält ihrerseits die Grundsätze fest, welche sie in Uebereinstimmung mit obigem Programm in der Note vom 20. Dez. v. J. klar ausgesprochen hat, und wonach sie einerseits eine Vereinfachung der Grundlagen des deutschen Bundes in seiner Gesammtheit, besonders die Zurückführung desselben auf die zur Erhaltung seiner Integrität und Sicherheit nothwendigen Vertragsbestimmungen, andererseits die engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Gebiete des innern Staatsrechts durch freie Vereinbarung erstrebt, bei jedoch beiderseitigen Reform des Bundes aber die realen Machtverhältnisse zu Grunde gelegt wissen will. Die Hoffnung auf Erreichung dieses Zieles ist bei vorhandenen Gegensätzen ungerechtfertigt nicht aufzugeben."

England. Im Unterhause kam es zu einer Diskussion über die agrarischen Verbrechen in Irland, an deren Schluß Sir G. Grey, der Minister des Innern, sagte, die Regierung habe die zum Schutz von Leben und Eigenthum erforderlichen Maßregeln ergriffen, indem sie die Polizeimannschaft in den unsicheren Gegenden vermehrt und ein Spezialgericht für Aburtheilung der Angeklagten eingesetzt habe. Man werde hoffentlich sich nicht dem Wahn hingeben, daß die Forderung agrarischer Verbrechen zu irgend einer exzentrischen Gesetzgebung über das Verhältniß zwischen Grundbesitzern und Pächtern führen könne.

Spanien. Die „Epoca" erklärt sich bezüglich der mexikanischen Angelegenheit ausdrücklich zu der Mittheilung ermächtigt, „daß Hr. Mon niemals Napoleon III. die geringste Eröffnung zu Gunsten der Kandidatur des Infanten Don Sebastian Gabriel gemacht hat und daß niemals zwischen Madrid und dem Tuilerienkabinet die Rede von einer Kandidatur des Herzogs v. Montpensier gewesen ist, weil gar keine Wahrscheinlichkeit vorhanden war, daß diese Kandidatur eine Unterstützung bei dem Kaiser der Franzosen finden würde."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Unser großes Lager in **deutschen** und **französischen**

Gebetbüchern

in den elegantesten Einbänden und des gediegendsten Inhalts

bringen wir hiemit ergebenst in Erinnerung.

Stahel'sche Buch- & Kunsthandlung.

Ein Landgerichts-Registrator, 15 Jahre ununterbrochen an einem Amte, und in allen Geschäftszweigen des landgerichtlichen Dienstes erfahren, wünscht bei einem k. Bezirksamte als 1r Gehilfe placirt zu werden.

Gefällige Offerte beliebe man sub. Ziffer S. M. an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	78½ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	81½—¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	55 G.
„	4½ pCt.	48⅞ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	103¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¾ G.
„	4 pCt. Obl. ljähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99¼ P.
„	3 pCt. Obl.	93⅛ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49½ P.
„	2 pCt.	23¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500	1245 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	782 P.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	204½ G.
	Bayerische Bank à fl. 500	—
	Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	220 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100	81 P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien	89¼ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250	340 P.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	128¾ P.
	Oest. Nat. Eisb. 5pCt. 500 Frs. à 28 kr.	225 G.
„	Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122⅜—¼ G.
„	Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. à 6/7	80½ P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	132 G.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	103¼ G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
	Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.
	Span. Handels- und Industrie	225 G.
„	Credit-Akt. d. Ges. Pereire	525 P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106⅜ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 G.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

o.D.	Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
	Ausgb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
	Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
o.D.	Brem. 50 Th. Ld. à S.	96⅛ G.
	Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
	Hamb. MB. 100 L. S.	88⅝ B.
	Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
	London Lst. 10 k. S.	118½ G.
	Lyon Frs. 200 k. S	—
	Mail. Frs. 200 . .	93⅞ G.
	Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.
	Triest fl. 100 k. S.	—
o.D.	Wien fl. 100 k. S.	—
	do. 2 à 8 W.	—
	do. in fst. W. 1 S.	93⅞—⅝ G.
	Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

	Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73½ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	76 P.
„	fl. 100 Kisb. fl. v. 1858.	122¾ G.
	3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	123 P.
	Mailand-Como fl. 14	—
	Badische fl. 50	101½ P.
	Badische fl. 35	55⅜ P.
	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57½ G.
	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	134¼ P.
„	fl. 25 do.	38 P.
	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37½ P.
	Sardinien Fr. 36 b. R.	52⅝ P.
	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¾ P.
	Verein-Loose fl. 10	20—⅛ P.
	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	12½ G.

Frankfurt, 11. Juni. Für öffrer. Fonds, Anlehenslose, Bank- und Kreditaktien dauert bei beträchtlichen Umsätzen die steigende Bewegung fort. Die übrigen Fonds und Aktien fest und preishaltend. 5pSt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pSt. Einzahlung wurden zu 94⅞, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91⅞, 92 umgesetzt. 3pSt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97¼ umgesetzt. (Sdnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek in

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 24 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **29. Jahrgang.** | Freitag, 13. Juni 1862.

Die Siebenbürger Sachsen.

Es ist sehr natürlich, daß jeder seinem Volk treu ergebene Deutsche die Geschicke der östlichsten Vorposten unserer Nationalität und Kultur, nördlich in den russischen Ostseeprovinzen, südlich in Ungarn und Siebenbürgen mit besonderer Theilnahme verfolgt, und Nachrichten aus jenen fernen stammverwandten Gegenden, von Leid oder Freude gefärbt, denen er in Tagesblättern oder Schriften begegnet, mit erhöhtem Interesse vernimmt. So wurde vor einiger Zeit ein Reisewerk über Ungarn in diesen Blättern mit Vergnügen benützt, um unter seiner Anleitung bei unseren dortigen Volksgenossen eine kurze Einkehr zu halten; und in gleichem Sinn wünschen wir jetzt eine literarische Gabe, die aus Siebenbürgen stammt, zu einiger Umschau über die dort lebenden Deutschen zu verwerthen. Im verletzten Jahre mußten Mittheilungen über die in politischer, kommerzieller und kirchlicher Hinsicht unbefriedigenden Zustände dieses Landes jenen wohlmeinenden Freund Oesterreichs und Deutschlands mit gerechter Sorge und Betrübniß erfüllen; um so wohlthuender ist dafür der Eindruck, welchen ein Bericht über die diesjährige Verlassungsfeier in der Hauptstadt Siebenbürgens im Leser zurücklassen wird. Denn er darf daraus die Ueberzeugung schöpfen, daß trotz der etwa noch vorhandenen Uebelstände dennoch unsere deutschen Brüder daselbst dem in Oesterreich neu errichteten konstitutionellen Throne und dessen Rathgeber, dem trefflichen Staatsminister v. Schmerling mit der herzlichsten Dankbarkeit ergeben seien. Um so erwünschter ist es uns deßhalb, die oben angedeutete Schrift „Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk" betitelt, welche einen Mitbürger derselben, den Direktor des evangelischen Gymnasiums in Schäßburg, Teutsch, zum Verfasser hat, hier zur Kenntniß unserer Leser bringen zu dürfen. Die Geschichte Siebenbürgens und der daselbst eingewanderten Deutschen einmal nach den verschiedenen politischen Beziehungen zur Türkei, zu Polen, Ungarn, Oesterreich, sodann im Verhältniß zur katholischen Kirche und zur Reformation, endlich zu Verfassung, Sitte, Kunst und Wissenschaft bis zu Ende des 17. Jahrhunderts werden hier in sehr eingehender und warm patriotischer Weise besprochen. Wir natürlich müssen uns an dieser Stelle mit unseren Erörterungen daraus auf einige Punkte von allgemeinerem Interesse beschränken. Beginnen wir mit dem zweiten Abschnitt, der uns die erste Einwanderung der Deutschen nach Siebenbürgen erzählt, wodurch dieses Land erst ein sicheres Besitzthum für die ungarische Krone werden sollte. Diese erfolgte unter König Geisa II. (Jahr 1141 bis 1161) zu einer Zeit, wo Land und Krone durch innere Fehden, eine schwere Hungersnoth und den Durchzug der Kreuzfahrer unter dem Hohenstaufen Konrad III. in große Noth versetzt waren. Da ließ jener König in die deutschen Lande den einladenden Ruf ergehen, welcher seinem Reiche gebildete Bewohner, der Grenze tapfere Vertheidiger, dem Königthum treue Anhänger zuführen sollte. Und sein Ruf wurde nicht überhört. Hatten ja schon seit Menschengedenken in Ungarn selbst deutsche Einwanderer willige Aufnahme gefunden. Und so bildeten sich jetzt allmälig auch deutsche Ansiedlungen „im Lande jenseits des Waldes" (Transsilvania-Siebenbürgen*). Die ersten wurden in jenem weiten Landstriche gegründet, welcher nördlich vom Maros, unter den einheimischen Flüssen dem ersten und allein beschiffbaren, und südlich vom Alt (oder Aluta) begränzt wird. In ihm, der jetzt wie ein Garten prangt, damals aber eine Wüste hirz uns war, wurden nach und nach u. A. die Ortschaften Hermannstadt, Leschkirch, Schenk errichtet, deren Gebiet noch heutzutag im Munde des Volks das alte Land heißt. Auch der im Norden des Landes gelegene Bistritzer Kreis erhielt seine deutsche Bevölkerung wahrscheinlich noch unter Geisa, während dagegen andere Ansiedlungen im Süden, wie wir unten hören werden, erst ins folgende Jahrhundert fallen. Ein Theil der Kolonisten kam aus Flandern, von dessen fleißigen Bewohnern damals auch norddeutsche Fürsten zum Wiederaufbau und zugleich zur Germanisirung ihrer durch Kriege verödeten Lande Ansiedler beriefen unter Ertheilung von Privilegien namentlich in Recht und Gericht. Desgleichen gewann man vom Mittel- und Niederrhein wie für's nördliche, so nun auch für's östliche Deutschland, oder Siebenbürgen, zumal in den von Alt bewässerten Landstrichen zahlreiche Pflanzer*), wofür Ortsnamen, Rechtsgewohnheiten, vor Allem aber die Sprache Zeugniß geben, wogegen die Bistritzer Ansiedler laut einer alten Volkssage auch den deutschen Kolonieen in Nordungarn, namentlich der Zips herstammen sollen. Endlich fügen wir bei, sollen auch Bergbaukundige vom Harz und aus Thüringen herbeigezogen worden sein zur Ausbeutung der Silber- und Golderze, worin es Siebenbürgen allen anderen öftern. Kronländern zuvor thut. Diese Flamänder und Deutschen verließen aber ihre alte Heimath gerne, theils um den Betrückungen durch Fürsten und Adel, die aus Flandern insbesondere noch um den ihr Land und Volk verwüstenden Meeresüberschwemmungen zu entgehen, theils um in ihrem neuen Vaterlande unter dem Schirm vertragsmäßiger Freiheiten wieder jene leiblichen Kräfte geschirrt leben zu dürfen. Zwar sollten sich Ansangs nicht alle Einwanderer gleicher Rechte erfreuen, wie denn die Hermannstädter viel größere hatten, als die Bistritzer, auch sind die Freibriefe Geisa's selbst im Sturm der Zeiten verloren gegangen. Dasür begünstigte sein Enkel, der vom ungarischen Adel sehr bedrängte König Andreas, der Kreuzfahrer und Vater der heiligen Elisabeth, Landgrafin von Thüringen, die Deutschen in Ungarn und so auch in Siebenbürgen, als die natürlichen Verbündeten seiner Krone bedeutend, und ertheilte den Letzteren im Jahr 1229 den Freibrief, vom dankbaren Volke der goldene genannt, weil er noch heutzutage die Grundlage aller seiner Rechte und seines ganzen Bestandes ausmacht. Zunächst nur für den Hermannstädter Gau bestimmt, wurde er später im Norden auf das Bistritzer und im Süden auf das Burzenland mit Kronstadt ausgedehnt. Nach ihm soll das gesammte Volk „der Gäste**) ein Volk sein, mit königlichem Gutheißen berechtigt, unter einander Bündnisse zu schließen, und es soll vollkommene Rechtsgleichheit genießen, und mithin, obgleich von lauter Bürtern umgeben, die nur Herren und Knechte kannten, weder Adel noch Leibeigenschaft unter sich haben. Den obersten Richter setzt der König im Gnaden von Hermannstadt ein; die übrigen Richter wählte das Volk sich selber, um ihm nach altdeutschem Brauche mündlich und

*) So gehissen von den sieben ersten, durch die deutschen Einwanderer errichteten Burgen, welche die hiesigen „Sachsen" auch in ihrem Wappen führen, vielleicht zugleich ihren ursprünglichen Stiftsien oder Gerichtsstätten.

*) Daß ihre Zahl anfänglich gerefen sei, leidet der Erfolg. Denn aus ihnen ist das dritte sämtliche Volk Siebenbürgens erwachsen, das jetzt 192,000 u. A. über 200,000 Seelen beträgt. Die zwei anderen Hauptbestandtheile bilden Magyaren oder Ungarn und Szekler, über eine halbe Million zählend. Letztere stammen nach einer Ansicht von den wilden zum Christenthume gebrachten Petschenegen ab, nach Teutsch dagegen sind sie ungarischen Geblüts. Als nämlich der größte Theil der Ungarn gegen Ende des 9. Jahrhunderts dem deutschen König Arnulf wider das großmährische Slavenreich zu Hülfe zogen war, so überfielen die Petschenegen den zurückgebliebenen Rest und tödteten viele davon. Die sich retten konnten, flüchteten in die benachbarten Gebirge und wurden die Stammväter der Szekler. Den Namen erhielten sie von ihrer Verrichtung, die Gränze zu bewachen; dem Szekely bedeutet ursprünglich einen Grenzwächter, ist also ein Amts-, nicht ein Volksname. Außer den drei genannten Volksstämmen bewohnen Siebenbürgen (nach Reuschel's Hdb. der Geogr.) gegen 1½ Mill. Nachkömmlinge der walachischen oder rumänischen Grundbevölkerung, 78,000 Zigeuner, 15,000 Juden u. A.

**) Dieser Ehrentitel wurde seit der Mitte des 13. Jahrhunderts in der Königs Briefen und Handvesten durch den Namen „Sachsen" ersetzt. Sie hießen so, nicht als ob sie aus Sachsen gekommen wären, sondern der Ungar nannte sie vielleicht so, seitdem er das Schwert der glorreichen deutschen Könige aus dem sächsischen Hause, Heinrich I. bei Merseburg 933, und Otto's des Großen 955 auf dem Lechfelde bei Augsburg geführt hatte.

Digitized by Google

öffentlich Recht zu sprechen. So steht dem Volke auch die freie Wahl seiner Pfarrer zu; diesen und nicht dem Bischof entrichtet dasselbe den Zehnten und die übrigen kirchlichen Abgaben. Dieser Zehnten, im Besitz der Geistlichen, hat dem Volk solche Früchte getragen. Denn durch ihn wurden ein gebildeter Predigers- und Lehrerstand geschaffen und erhalten, der stets auf der Höhe der Zeit stehend, im Stande war, dem Volke die Bildung namentlich des deutschen Mutterlandes mitzutheilen.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Die Opposition deutscher katholischer Gelehrten gegen die Gefahren der Ultracongregation in Rom verstärkt sich immer mehr. Dr. Dischinger hat neuerdings eine Schrift zur Trinitätslehre der öffentlichkeit, in deren kuminanter Vorrede er die Ultracongregation mit ihrer Parteinahme für die Lehre der Scholastik geradezu der Härsse in den wichtigsten Punkten der Dogmatik beschuldigt. Mit dem Todtschweigen solcher Stimmen wird es um so weniger gethan sein, als der Druck, mit dem die Ultracongregation auf jeder Bewegung der deutschen Wissenschaft lastet, immer lästiger empfunden, ja die Zahl ihrer Gegner täglich größer, die Unverenbarkeit des Institutes mit dem Geiste der Gegenwart immer evidenter wird. Nach den strengen Grundsätzen dieses Instituts wäre kaum mehr ein katholischer Buchhändler oder Bibliothekar möglich. Mögr die gegenwärtige Versammlung des Episkopats in Rom in dieser Hinsicht auf eine zeitgemäße Reform dringen, damit nicht gerade die besten Söhne der Kirche aus ihr hinaus gedrängt werden.

(Allg. Ztg.)

Bayern. S. M. der König wird sich alsbald nach dem Frohnleichnamsfest zum Sommeraufenthalt nach Berchtesgaden begeben. J. M. die Königin beabsichtigt einen Besuch bei ihren Verwandten in Berlin und wird sich nach der Rückkehr von dort ebenfalls nach Berchtesgaden begeben.

München. Ein sehr geachtetes früheres Mitglied der Kammer der Abgeordneten, Frhr. v. Harold, Landrichter zu Trostberg, ist daselbst im 63. Lebensjahre gestorben. — Unsrer Gemeinderolligien werden ein besonderes Komite ernennen, das nähere Vorschläge bezüglich der Festlichkeiten zu machen hat, welche bei der feierlichen Enthüllung des König Ludwig-Monuments am 25. August stattfinden sollen. — Das Schillermonument, welches König Ludwig hier — auf dem Platze zwischen der Brienneestraße und dem Dultplatz — errichten läßt, wird demnächst in der k. Erzgießerei gegossen werden, da die festliche Enthüllung desselben am diesjährigen Geburtstag des Dichters, am 11. Novembre, stattzufinden hat. — Unter den seit zahlreichen in den jüngsten Tagen hier eingetroffenen Fremdrn befindet sich auch Dr. Gutzkow aus Weimar. (S. Z)

Nach einem Beschlusse des Magistrats von München wird die Abhaltung von Wollmärkten bis auf Weiteres unterbleiben. — In Nürnberg fand die Grundsteinlegung der Turnerhalle statt, welche der dasige Turnverein in einem Garten in der Nähe des Praters erbaut. Die Kosten des Baues, zu welchem ein Platz von 1 Morgen um 10,000 fl. erkauft wurde, werden sich auf etwa 20,000 fl. belaufen und die Mittel zu deren Bestreitung durch Aktien innerhalb des Vereins, der 700 Mitglieder und 108 Zöglinge zählt, aufgebracht werden.

Oesterreich. „Bange machen gilt nicht" sagt die „Const. Oesterr. Z.", indem sie darauf hinweist, wie sowohl die rothe Aktion, als die rothweiße Reaktion sich Mühe geben, eine Konsolidirung unserer Verhältnisse zu verhindern. Soll Oesterreich nicht für den Paß kämpfen, so braucht auch kein Oesterreich zu bestehen, meint sie eine, so wie die andere, die rothe Aktion überdauert kein Oesterreich weiß und wäre es noch so liberal, weil es nicht revolutionär ist. Wir aber haben keine Koalitionen zu fürchten, und die „Const. Oesterr. Z." räth unseren Adgeordneten, entschieden in ihrem Sinne vorwärts zu gehen. Die Staatrn, welche uns umgeben, sind freilich nicht unsere besten Freunde, allein sie haben so viel mit sich selbst zu thun, daß sie nicht daran denken können, dem Nachbar zu schaden. Der äußere Horizont ist nicht hell, aber rs steht keine Wetterwolke am Himmel; wenn entschieden im Innrren fortgeschritten auf der Bahn der Freiheit, so kann Oesterreich sicher sein, sein Ziel zu erreichen, ein ruhig starkes Reich zu werdrn von Brudervölkern.

Das Komité zur Berathung eines neurn Landesverfhribungsgesetzentwurfes hat zur Grundlage seiner Berathungen einen Entwurf der k. k. Hauptleute v. Prevot und Murmann genommrn. Dieser Entwurf spricht sich für den bisherigen Modus der Landesvertheidigung aus, wonach Tirol nur die Hälfte des Militärs zu stellen hat, dagegen aber die Vertheidigung des Landes selbst auf sich nimmt. In letzterer Beziehung beantragt der Entwurf die Errichtung von 6 Bataillons Landesschützen mit drm Gesammtstande von 6115 Mann, sowie die Organisirung eines Landsturmes. — Graf Egid v. Taxis, k. k. Generalmajor, ist gestorben.

Preußen. Die „Volks-Ztg." sagt: „Die Hoffnung, daß die Adresse, welche die Stimmung des Landrs wiederspiegelt, hinreichen würde, das Ministerium „des Mißverständnisses" zu befreitigen, ist für jetzt unerfüllt geblieben, und der Landtag ist auf die einzige Zuflucht verwiesrn, die in solchen Lagen übrig bleibt, auf die Zuflucht, das Ziel auf oppositionellem Wege zu erreichrn, das er auf drm loyalstrn Wege nicht erreichen konnte."

Ueber die vollendete Marschbereitschaft der Truppen ist keine Veränderung zu berichten; dagegen ist die Kabinets-Ordre für dieses Jahr bereits zur Ausführung gelangt, daß die jährlichen und kostspieligen Inspektionen der einzelnrn Truppenkörper durch die Brigadegenerale in Wegfall kommen. Fortan sollen sich nur die Regimentskommandrure, auch drrrn Selbstständigkeit gerechnet werde, mit den Besichtigungen der Truppen befassen, höhere Inspektionen aber nur einmal im Jahre stattfinden.

Nach der „Weserzeitung" wäre die Reise des Königs Wilhelm nach Baden-Baden dadurch einigermaßen hinausgeschoben worden, daß noch immer mit Herrn von Bismark-Schönhausrn über den Eintritt ins Ministerium verhandelt werde. Was Herr von Bismark übrigens verlangt, ist nach der Bank- und Handrlsleitung nicht sowohl die Entlassung des Herrn v. d. Heydt, als vielmrhr die gleichzeitige Uebertragung des Vorsitzes und der auswärtigen Angelegenheiten an ihn stthst. Das sirht ihm offenbar ganz ähnlich. Auf der andern Seite scheint es nicht allzu wahrscheinlich, daß Graf Bernstorff wiedrr gehrn werde, ohne wedrr in Kurhessen noch in Bezug auf den deutsch-französischen Handelsvertrag die Frucht seiner Mühen gerernkt zu haben. Sollte wirklich seine angegriffene Gesundheit ihn nöthigen die Geschäfte einem Andern zu überlassen, so würde zeitweilig vielleicht sein Vorgänger Herr v. Schleinitz sich dieser Mühe unterziehrn.

Sachsen. Die so eben rrschienrnen Berichte der Finanzdeputation der zweiten Kammer über die Verträge mit Frankreich lauten für sämmtliche Vorträge der Regierungsvorlage in der Hauptsache zustimmend. (Dr. Z.)

Kurhessen. Das Programm, über das sich die mit der Bildung eines neurn Ministerium betrauten Herren v. Lotzberg und Regierungsrath Wiegand geeinigt haben, soll darin bestehen, zur Ausführung des Bundesbeschlusses vom 24. Mai, nach welchem die Verfassung von 1831 hergestellt werden soll, durch das Wahlgesetz von 1849 auf das Wahlgesetz von 1831 zurückzugehen, die geeignetrn Schritte zur Hebung der gänzlich darniederliegenden Gewerbe zu vetanlassrn, die Ereignisse der Jahre 1849/50 durch Ertheilung einer vollständigen Amnestie zu sühnen und dadurch mit der Vergangenheit der Art zu brechen, daß der Status quo ante zu erreichen stehe u. s. w. Dies Programm ist drm Kurfürsten übergeben worden.

Es geht das Gerücht, das Ministerium sri endlich gebildet. Dies Gerücht ist nicht ganz ohne. Herr v. Lotzberg hat sich allerdings beim Kurfürsten in Wilhelmshöhe melden lassen mit dem Bemerken, daß er komme, um sich drs ihm gewordenen Auftrags wegen Bildung des Ministeriums zu entledigen. Hierauf hat ihm der Kurfürst sagen lassen, er könne ihn nicht empfangen, denn er sei krank. Wirklich hat sich auch der hohe Herr eine Stunde lang zu Bette gelegt, dann ist er jedoch wieder aufgestanden und nach Kassel ins Theater gefahren. Wie mir die Krankheit auf sich hatte, ergibt sich daraus, daß der Kurfürst heute Mittag noch hier war, mit den alten Ministern eine Sitzung gehalten hat und in höchst ungnädiger Laune wieder zurückgekehrn ist. Die Personen, welche mir als die von Herrn v. Lotzberg vorgeschlagenen Minister bezeichnet werden, sind: v. Lotzberg für Krieg und Aeußeres, Wiegand für Innerrs, Zuschlag, der dermalige Präsident der zweiten Kammer und unter Wippermann vortragender Rath im Finanzministerium, für Finanzen, und Wiegner, Obrrappellationsrath und als gemäßigt-liberal bekannt, für Justiz. Herr v. Lotzberg, der noch immer von Wilhelmshöhe nach Kassel verbannt ist, wird nun Muße haben, über die wirklichen Absichten seines hohen Wollmachtgrbers nachzudenken. Wir sind darüber schon lange im Klaren; man wird es nun auch bald in Berlin und Wien sein.

(Zeit.)

Digitized by Google

Baden. Gestern begannen die Sitzungen der zweiten Kammer wieder. Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß der Handelsvertrag schon binnen weniger Tage vorgelegt werde. Auch erwartet man noch die Vorlage des Polizeistrafgesetzbuches; der Entwurf einer Verwaltungsorganisation scheint weiter in die Ferne gerückt.

Die Besetzung der Seminar-Direktorstelle in Meersburg hat einen bedeutenden Kampf in der Presse hervorgerufen, dessen Chancen nicht zum Vortheile der Regierung liegen. Es handelt sich ganz einfach um die Frage, ob trotz der Prinzipien der April-Proklamation von 1850 die Schule unter kirchlicher Botmäßigkeit im einseitigsten Sinne bleiben, oder ob sie von dieser Fessel befreit werden soll. Der Muth der Theorie war da, jetzt bedarf es des Muthes zur Praxis und der Zeitpunkt ist entscheidend. Die Seminarien sind die Pflanzstätten der Lehrerbildung und damit des künftigen Unterrichtsprinzips; daß dieses in der Volksschule gerade ein anderes sein muß, als das bisherige, ist unbestritten allseitig anerkannt. Die Wahl der Seminarvorstände ist darum ein Schritt von entscheidender Tragweite; widerspricht er den Grundprinzipien der Organisationsgesetze, so wird der Staat seiner von ihm selbst sanktionirten Anschauung untreu und streut statt Charaktersammlung in das Schulwesen nur Schwanken und Halbheitsfeld.

Thüringen. Der gemeinschaftliche Landtag ist auf den 10. d. Mts. nach Koburg einberufen worden, um die auf die Militärkonvention noch bezüglichen Gesetze, unter Anderm ein Konskriptionsgesetz, zu erledigen. Der Sondertandtag in Gotha ist am 7. vertagt worden, nachdem das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch und ein Gesetzentwurf über Errichtung von Handelsgerichten angenommen worden war.

Schleswig-Holstein. Der dänische General v. Gerlach ist in Begleitung mehrerer anderer höherer Offiziere in Friedrichsstadt eingetroffen, um die dortigen Befestigungen zu inspiziren. Was der Winter an den Erdwerken zerstört hat, soll wieder ausgebessert werden, dagegen scheint eine Erweiterung der vorhandenen Befestigungen nicht in der Absicht zu liegen. Gleichzeitig langten die ersten Geschütze nebst Kugeln zur Armirung der Schanzen an, einige 20 Kanonen von schwerem Kaliber. Schon im Januar wurden 25,000 Pfund Pulver in der sogenannten Sternschanze, welche an der Straße von Friedrichsstadt nach Rendsburg erbaut ist, untergebracht.

Dänemark.

Das Grundgesetzfest lief in Kopenhagen befriedigend ab. Obgleich die Menschenmenge im Frederiksberger Park, wo die Vergnügungen auf Kosten der Kommune waren, alles bisher Dagewesene übertroffen haben soll, kamen doch keinerlei Unordnungen vor. Nun bereitet sich Alles auf das Stiftungsfest vor, welches ebenfalls großartig zu werden verspricht. Es heißt, daß die Stadt dazu festlich geschmückt werden soll. Auch von der Potentatenzusammenkunft im Lager bei Stockholm hört man sprechen, und ist begierig, ob wirklich König Frederik VII. dort nebst dem Prinzen Christian mit Kaiser Napoleon, dem Kronprinzen von Preußen und dem König von Holland ꝛc. zusammentreffen wird. — Der dänische Gesandte in Hannover, bei den Hansestädten u. s. w., Generalmajor v. Bülow ist an Stelle des Grafen v. Bille-Brahe zum Gesandten in Wien ernannt worden.

Schweiz.

Der Streit über die comaskischen Tafelgüter im Kanton Tessin zwischen der Schweiz und Italien ist durch die Unterhandlungen zwischen dem Turiner Kabinet und dem Bundesrath gütlich beigelegt. Es bleibt nur noch die Spezialtheilung nach den festgestellten Grundsätzen durch beiderseitige Kommissäre zu regeln.

Frankreich.

Aus dem jüngst gemeldeten unbedeutenden Sieg der Südstaaten von Nordamerika über die Unionisten nimmt das „Journal de l'Empire“ Veranlassung, auf seine alte Behauptung zurückzukommen, daß die Lostrennung der vormals Vereinigten Staaten eine vollendete Thatsache sei, und daran, im Namen der Menschlichkeit, im Namen der Interessen der Civilisation und des menschlichen Fortschritts“ den Vorschlag zu knüpfen, daß eine von Europa angetragene friedliche Vermittlung von den kriegführenden Theilen nicht länger zurückgewiesen werden dürfe. „Mediation“ scheint eben die aufgegebene Losung des Bonapartismus zu sein, denn der „Constitutionnel“ braucht nicht weniger als drei lange Spalten, um für dieselbe zu plaidiren. Frankreich, die große liberale Nation“ soll die Vermittlung im Namen Europa's anbieten. „Wieviel Blut, welche Katastrophen, welches Verderben jenseits und und wie viele Leiden diesseits des atlantischen Meeres wären erspart worden, hätte man die Vermittlungsstimme Frankreichs etwa vor Jahresfrist gehört!“ (Und die Franzosen in Mexiko?)

Spanien.

In der Abgeordnetenkammer hat die Diskussion in Betreff der mexikanischen Angelegenheiten begonnen. Hr. Olozaga ging auf eine Prüfung der bisherigen Ereignisse ein. Hr. Collantes widerlegte die Kritiken, zu welchen diese Ereignisse Anlaß gegeben; er erklärte, daß die spanische Regierung ihrem politischen Plane treu bleiben, demzufolge die Unabhängigkeit Mexiko's achten, einen brudermörderischen Kampf verhindern und eine Genugthuung in Form einer Entschädigung erlangen will.

Italien.

Man schreibt der „Luzerner Ztg.“ aus Rom: Msgr. Dupanloup hat in St. Andrea della Valle gepredigt. Beinahe der ganze Klerus war anwesend; die Kirche war von Gendarmen und Polizei bewacht. Der größere Theil des Klerus, und namentlich die Franzosen, unterbrachen den Redner mit dem Rufe: „Es lebe der Bischof von Orleans“ und klatschten zu drei verschiedenen Malen Beifall. Der Lärm wurde so arg, daß der Redner an die dem Hause Gottes gebührende Ehrfurcht erinnern mußte.

Rußland und Polen.

Ein kaiserlicher Ukas bezüglich der Ernennung des Großfürsten Konstantin zum Statthalter von Polen sagt: In Anbetracht, daß die von 1818 übertragenen Vollmachten mit den gegenwärtigen Verhältnissen unvereinbar sind, bestimmt die neue Vollmacht des Statthalters: der Statthalter übt die Autorität der Administrative und Exekutive durch die Vermittelung des Chefs des Civildienstes und des Truppenkommandeurs aus, welche ihm untergeordnet sind; auch steht demselben das Begnadigungsrecht zu.

In Warschau begaben sich an 40 Beamte aus der Abtheilung für Domänen und Forste in pleno zu ihrem Chef, dem wirklichen Staatsrathe Guminski, von dem sie sich bei jedem Beförderungsanlasse zurückgesetzt glaubten, und erklärten ihm, daß sie eine so willkürliche Bevorzugung seiner Günstlinge nicht weiter dulden würden, und daß ein solches Gebahren im Ministerium nicht nur ihrer persönlichen Ehre, sondern auch dem Staatswohle Eintrag thue. Nur zwei Wege zur Abstellung dieser Uebelstände seien offen: entweder der Chef trete vom Amt zurück, oder sie würden en masse ihre Entlassung fordern. Der Staatsrath, Anfangs etwas betreten, faßte sich bald und drohte den Herren, dieses Auftreten seiner Untergebenen zu Protokoll nehmen lassen zu wollen; die Beamten luden ihn ein, sich in dieser Hinsicht keinen Zwang anthun zu wollen, sie seien darauf gefaßt. Hr. Guminski begnügte sich damit, einige Beamten, die sich namentlich als Redner bemerkbar gemacht hatten, bei dem Geheimerath Niepolomycki, Präses der Bank, der jetzt den zum Gebrauche der Badekur abgereisten Finanzminister Lenski vertritt, zu verklagen, bald darauf aber mehreren sich die übrigen Beamten mit der Bitte, auch sie als Theilnehmer an diesem Vorgange zur Untersuchung zu ziehen. Man ist auf den Ausgang gespannt; doch scheint es, daß die Sache mit der Abdankung des Staatsraths Guminski enden werde.

Amerika.

General M'Clellan meldet offiziell die Wegnahme von Hanover Court House, auf der Bahn zwischen Fredericksburg und Richmond. Die Secessionisten wurden geworfen und sollen 500 Gefangene eingebüßt haben. General M'Dowell ist, wie verlautet, mit großer Truppenmacht nach Manassas vorgerückt.

In Washington aus Orizaba eingetroffene halbamtliche Depeschen vom 9. Mai stellen in Abrede, daß Juarez die Hauptstadt Mexiko verlassen habe. Alle zwischen England und Mexiko schwebenden Differenzen aber seien durch einen Vertrag ausgeglichen worden.

Nach den neuesten Berichten aus Mexiko vom 8. Mai haben die Franzosen begonnen, von Puebla nach Amisa sich zurückzuziehen. Die Bundestruppen belegten Vicksburg, Mississippi, Littbrock und Arkansas. General Banks hat Front-Royal wiedergenommen und machte 150 Gefangene.

Nichtpolitische Zeitung.

Die „L. Z.“ theilt mit, daß vor einigen Tagen der Schlußstein in das feste westliche Kreuzgewölbe des Langschiffes des Kölner Doms versetzt worden ist, und daß, wenn die erforderlichen Geldmittel verfügbar sind, der Dom im Laufe des nächsten Jahres bis auf die beiden Hauptthürme fertig gestellt werden kann.

In Jena feierte der Geh. Hof- und Medizinalrath Kieser, Professor an der Hochschule zu Jena, das 50jährige Jubiläum sei-

Digitized by Google

nes Wirkens im Lehramte. Bei dieser Gelegenheit erhielt dieser verdienstvolle Gelehrte, welcher seit 1838 als Präsident an der Spitze der Leopoldinisch-Carolinischen Akademie der Naturforscher steht, nicht nur von den in Wien wohnenden Mitgliedern dieses Instituts eine Begrüßungsadresse, sondern zugleich ein Schreiben des Staatsministeriums v. Schmerling, in dem ihn dieser benachrichtigt, daß ihm der Kaiser, „des feierlichen Tages huldvoll gedenkend", das Ritterkreuz des Leopoldsordens verliehen habe.

Neueres.

Oesterreich. Einem in Wien zirkulirenden Gerüchte zufolge sind Unterhandlungen eröffnet wegen der Vermählung des Königs von Portugal mit der siebzehnjährigen Erzherzogin Maria Theresia, ältesten Tochter des Erherzogs Albrecht.

Hannovre. Zu der am 21. d. M. stattfindenden Einlassung des Wasserß in den neuen Hafen von Geestemünde sind nicht blos die Stände, sondern auch Honoratioren aus Beemen und Oldenburg ic. geladen. Dieser Hafen ist wohl das großartigste derartige Etablissement in Deutschland.

Kurhessen. Ueber den neuen Premierminister bemerkt die „Ztg. f. Norddeutschland": Generalmajor und Generaladjutant Karl v. Loßberg ist ungefähr ein mittlerer Fünfziger und stammt aus einer dem Bernehmen nach aus dem Lippeschen in Hessen eingewanderten Adelsfamilie, welche nicht zur hessischen Ritterschaft gehört. Schon sein Großvater war General in hessischen Diensten und Gouverneur der damaligen Festung Rinteln, sein Vater Major in hessischen Diensten. Da dieser zeitig starb, so wurde Herr K. v. Loßberg, der jüngste von 4 Geschwistern, bei seiner als Wittwe in Rinteln lebenden Großmutter erzogen, absolvirte das dortige Gymnasium und widmete sich dann dem Militärstande, in welchem er bald die besondere Anerkennsamkeit des Kurfürsten auf sich zog. Als Offizier hochgeachtet von allen Kameraden, ergänzte er die ihm nur spärlich zufließenden äußeren Mittel durch Ertheilung von Unterricht, wozu er bei seinem glänzenden Verstand und seinem reichen Fond von Kenntnissen, die er sich meistentheils als Autodidakt erworben, in vorzüglichem Grade geeignet war. Die nähere Berührung mit dem Kurfürsten wurde wohl zunächst durch den verstorbenen allgemein geachteten Oberlandforstmeister von Münchhausen vermittelt, an welchen Loßberg's weit ältere Schwester verheirathet war. Durch die Vermählung einer Tochter derselben mit Hassenpflug und einer andern mit einem Stiefsohn des Kurfürsten, Hrn. v. Scholley, ist Hr. v. Loßberg sowohl mit dem Kurfürsten als mit Hassenpflug verschwägert. Aber obwohl sich zu ersterem ein enges Vertrauensverhältniß bildete, blieb er sowohl wegen ein Antipode des letzteren und seines politisch-kirchlichen Systems; doch mischte er sich, seine Stellung beachtend, nicht in die Politik. Hassenpflug aber kannte die Antipathie dieses seines Hrn. Oncels und fürchtete zugleich dessen Einfluß auf den Kurfürsten so sehr, daß er in der verhängnißvollen Zeit des Jahres 1850 bei der zeitweiligen Verlegung des Hoflagers nach Wilhelmsbad den Flügeladjutanten v. L. aus der Nähe des Fürsten verbannte.

Italien. Der „Ind. Belge" schreibt man: „Viktor Emanuel hat bei seiner Abreise von Neapel dem Prinzen Napoleon ein eigenhändiges Schreiben für den Kaiser übermacht, worin der König von Italien dafür dankt, daß der Kaiser ihm seinen Vetter und die französische Flotte nach Neapel gesandt habe. Er bittet zugleich Napoleon III., er möge die Entfernung von Franz II. aus Rom zu bewirken suchen; Italien, das sich so fest gezeigt, um jeden Versuch gegen benachbarte Nationen zu vereiteln, sei doch den Intriguen und Machinationen Franz II. und seiner Anhänger ausgesetzt. Dieser unterhalte das Räuberwesen und bethöre die armen Leute durch lächerliche Hoffnungen. Außerdem ist aber auf anderem Wege ein zweites Schreiben des Königs an den Kaiser eingetroffen, worin derselbe Gegenstand behandelt wird. — Wie Louis mit dem Wiedersande Franz II. und des Papstes fertig werden wolle, ohne seine halbe Politik zu verlassen, sei allerdings schwer zu begreifen.

Griechenland. Der König hat das Ministerium Miaulis durch ein von Kolokotronis gebildetes ersetzt. In demselben befinden sich mehrere Männer der bisherigen Opposition.

Rußland. Die revolutionären Flugschriften und Plakate, welche in neuerer Zeit in Petersburg und in anderen größeren Städten Rußlands verbreitet worden sind, haben zu einer Kaiserl. Verfügung Anlaß gegeben, durch welche die Aufsicht über die Buchdruckereien, Lithographien ic. wesentlich verschärft wird.

Die Gerüchte, daß Rußland das Königreich Italien demnächst anerkennen werde, gewinnen an Bestand, und von mehreren Seiten wird aus „guten Quellen" versichert, das Petersburger Kabinet soll sich im Prinzip bereits für die Anerkennung entschlossen haben und nur durch äußere Rücksichten von der Ausführung abgehalten sein, die aber nichtsdestoweniger bald erfolgen werde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	84¼—⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	85⅜ P.
„	4½ pCt. dto.	69½ P.
„	4 pCt. dto.	—
„	3 pCt. dto.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. L. (Co. L. R.)	99 G.
„	4½ pCt. Obl. 1Jähr. dto.	103½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	100⅜ G.
„	4 pCt. Obl. 1Jähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	94 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. Ult. 2. 30	46⅜ G.
„	2 pCt. „ „ „	43⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à 5. 500	122⅜ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	775—72 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à 5. 200	205—4 G. o.D.	
Bayerische Bank à 5. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à 5. 250	220½—21 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	89¼ G.	o.D.
Taunus-Eisenbahn à 5. 250	337 G.	o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	79⅜ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	235 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122⅜—23 G.	
„ Kais.-Eisenbahn Prior. 4 pCt. 6/7	86½ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	135½P. 135 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.	
Oest. Nat.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	58⅞ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	248 G.	o.D.
Span. Handels- und Industrie	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzinsbar.	106½ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½P. 106 G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅞—½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 50 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ G.
Lyon Frs. 200 k.	—
Mail. Frs. 200 .	93⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 G. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1 S.	93—92⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	100 P.	
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73¼ P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75⅛ P.	
„ fl. 100 Sieb. L. v. 1858.	122 P.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	123 P.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 50	101½ P.	
Badische fl. 35	55⅜ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅛ G.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139¼ P.	
„ fl. 25 do.	38 P.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ P.	
Sardinien Fr. 36 b. R.	52⅜ P.	
St. Lötticli mit 2½ pCt. Z.	27½ P.	
Vereins-Loose fl. 10.	98¼—½ P.	
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.	

Frankfurt, 12. Juni. Mit Ausnahme von 5pCt. engl. Metalliques v. J. 1859 und Kreditaktien, in denen erheblicher Umsatz ungeschäft zu den gestrigen Kursen flattfand, erfuhren 5pCt. National, Bankaktien und 500-fl.-Loose v. J. 1860 einen Rückgang, der durch starke Verkäufe herbeigeführt wurde. Dagegen wurden Wechsel auf Wien in allen Sichten höher bezahlt, verstauten im Verlaufe der Börse, blieben jedoch immerhin dem Schlusse noch etwas besser als gestern. Im Uebrigen zeigte sich keine besondere Veränderung. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94⅞, bergleichen in vollbezahlten Interimscheinen zu 91¾ umgesetzt. 5pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97⅛, ⅜ umgesetzt. (Synd.)

Digitized by Google

Staatsbibliothek
München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Samstag, 14. Juni 1862.

Die Siebenbürger Sachsen.

(Schluß.)

Auch für die äußere Wohlfahrt der Ansiedler sorgte der Freibrief dadurch, daß er sie gegen die damals so häufige Plage des Münzwechsels sicherstellte, ihnen gänzliche Zollfreiheit im ungarischen Reiche und freie Märkte auf dem eigenen Gebiete, so wie das Recht ertheilte, jährlich dreimal aus den 1. Gruben unentgeltlich Kleinsalz zu holen. — Wer Rechte hat, muß natürlich auch Leistungen übernehmen. Und so verpflichtet denn der Freibrief die Ansiedler 1) zur Entrichtung einer jährlichen Reichssteuer von 500 Mark Silbers, die freilich in Zeiten der Noth sehr oft erhöht wurde; 2) zur Heeresfolge; demnach mußten die Sachsen, wenn der König innerhalb des Reiches in Person zu Felde zog, 500, außerhalb desselben blos 100, und behufolge der König nicht selbst das Heer, blos 50 Mann stellen. Allerdings, wenn der Feind die Gränzen beträngte, wurden sie öfters Mann für Mann zu den Waffen gerufen. 3) Bewilligung des Königs und in gewissen Fällen des Stuhlrichters, gemäß einer Sitte jener Zeiten, die bei einem großen Gefolge und unbescheidenen Forderungen seiner Diener für dieselben leicht zur Plage werden konnte, welche der König mit seiner Einkehr drohte. Dieselbe Andreas sollte endlich noch zu mehreren neuen Ansiedlungen von Deutschen im südöstlichen Theile Siebenbürgens Anlaß geben. Er verlieh nämlich dem berühmten Hochmeister des deutschen Ordens, Hermann von Salza, und seinen Rittern im J. 1211 das von Gewässern dieses Namens sogenannte Burzenland, wo jetzt Kronstadt, der größte Fabrik- und Handelsplatz des ganzen Landes, gelegen ist, auf daß durch ihr Gebet des Königs Seelenheil vor Gott komme und das Reich durch ihre Tapferkeit gegen die — zum Luxthum gehörigen — Kumanen geschützt werde. Sie erhielten die Erlaubniß, hölzerne Burgen und Städte zu erbauen und von Gold- und Silbermünzen die Hälfte für sich zu behalten. Obgleichen abgeschreckt durften sie zollfreie Märkte einrichten und standen blos unter des Königs Gerichtsbarkeit. In das wilde und schöne, aber damals noch wüste und öde Ländchen riefen nun die Ritter Deutsche aus der gemeinsamen Heimath, aber, wie wir die Mundart ihrer Nachkömmlinge bewist, von anderen Gegenden her, als die Hermannstädter und Bistritzer. Bald erhoben sich schützende Burgen an der Gränze der Ansiedlung, so gegen Mitternacht die Marienburg, vielleicht, wie später die gleichnamige in Ostpreußen, der Hauptsitz der Ritter, jetzt zu einer Ortschaft von ein paar tausend Einwohnern ausgedehnt; sodann die stolze Warte auf der hohen Felsenzinne des Martinsberges bei Kronstadt und noch mehrere andere. Allein vertragswidrige Uebergriffe der Ritter und ihr Versuch, durch Anerkennung der päpstlichen Oberherrschaft sich von der königlichen los zu machen, führten im J. 1225 ihre Vertreibung und sofort ihre Uebersiedlung in ihre bleibenden ostpreußischen Wohnsitze herbei. Die von ihnen ins Burzenland gerufenen Ansiedler aber erstarkten zu einem glücklichen und freien Völkchen, das Jahrhunderte hindurch eine feste Wehr der Gränze und eine Zierde des ungarischen Reiches geblieben ist. Unter den Rittern wäre vielleicht Knechtschaft ihr Loos geworden.

Treue Bewahrung deutschen Wesens, namentlich in Sprache und Sitte, ging bei den Siebenbürgern Hand in Hand mit der raschen und ausgedehnten Aufnahme, deren sich Luthers Reformation bei ihnen erfreute. Schon im Jahr 1519 brachten nämlich Hermannstädter Kaufleute einige Schriften Luthers von der Leipziger Messe mit nach Hause. Als bald darauf im Jahr 1521 Markus Pemfflinger Graf der Sachsen wurde, fand die neue Lehre durch seine Gunst noch raschere Verbreitung. Vergebens sperrte die Hermannstädter Geistlichkeit dagegen. In Hermannstadt selbst erhoben sich als Lehrer derselben die Prediger Ambrosius der Schlesier und Konrad Weich; in heimlichen Zusammenkünften der Kaufleute lasen und erklärten sie die lutherischen Schriften. Geistliche und weltliche Waffen aller Art, Bann und Feuer wurden gegen Luthers Anhänger und Schriften aufgeboten; unter dem Einfluß der übermächtigen Geistlichkeit beschloß der Ofener Reichstag vom Jahr 1523, daß alle Anhänger der neuen Lehre als öffentliche Ketzer und Feinde der heiligsten Jungfrau Maria mit Tod und Güterverlust bestraft werden sollten. Die Antwort darauf war bald nachher der offene Austritt einiger Hermannstädter Geistlichen aus der alten Kirche; eine große Zahl von Laien in und außerhalb der Stadt folgten ihrer Lehre und ihrem Beispiele. Die in diesem Jahrzehent gemachten Anfälle des gewaltigsten aller Türkensultane, Solymans II. auf Ungarn und der Streit über die Krone dieses Landes zwischen Johann von Zapolya und Ferdinand I. von Habsburg mußten nach dem Willen der Vorsehung der Sache der Reformation in Deutschland und Siebenbürgen gleichfalls förderlich sein. Für diese Sache wirkten auch nach dem Vorgang der Hermannstädter die besten Männer des Burzenlandes, deren unser Verfasser mehrere namhaft macht; ich will hier zum Schluß nur den bedeutendsten nennen, dem Hr. Teutsch im 25. Abschnitt ein schönes Denkmal gesetzt hat. Es ist dies der Sohn eines Kronstädter Bürgers Johann Honterus. Durch eine treffliche Mutter mit Gottesfurcht und Sinn für alles Edle erfüllt, zog er, kaum 20 Jahre alt, aus den Schulen seiner Vaterstadt auf die Hochschule nach Krakau und bald darauf nach Wittenberg, wo er Luthers und Melanchthons Schüler und Freund wurde. Im Jahr 1533 kehrte dieser Mann voll tiefer Gelehrsamkeit und heiligen Eifers in seine Vaterstadt zurück, und wurde „der Grund- und Eckstein des neuen Bundes, auf den der Herr seine Kirche gründete, und der Quell, von dem neues, sittliches und religiöses Leben für viele Geschlechter ausströmen sollte." Also, schließen wir mit den Worten unseres Verfassers, wurde die evangelische Kirche in allen Gemeinden des Sachsenlandes gegründet; überall gingen Obrigkeit und Gemeinde Hand in Hand; nirgends in dem freien Bürgerrepublikanischen

hoffen wir mit Zuversicht, daß Ihre Bedenken vollständig beseitigt sind, versichern wiederholt, daß Sie und Alle, Alle herzlich willkommen sein werden, auch wenn Ihre Anmeldung erst nach dem 15. Juni erfolgen kann, und schließen hochachtungsvoll mit Gruß und Handschlag." Wie wir bereits gestern kurz meldeten, theilt der Vorstand der Mailänder Schützen mit, daß in Folge der von dem deutschen Bundesschützenverein in Frankfurt gemachten Erklärungen die italienischen Schützen nicht nach Frankfurt gehen werden.

Die deutsche Lehrerversammlung in Gera hat ihren ersten Sitzungstag mit der Berathung zweier hochwichtiger schulischen Fragen ausgefüllt, nämlich: 1) Ueber die Grundsätze, von denen man bei Entwerfung eines Planes auszugehen muß und 2) über Charakterbildung. Seminardirektor Lüben aus Bremen beleuchtete in längerem Vortrage das erste Thema nach seiner ganzen Bedeutung und resumirte sich dahin: 1) Der Lehrplan muß einen Stoff enthalten, der im Stande ist, das Kind allseitig zu bilden; 2) der Lehrstoff muß tauglich sein, das materielle Wohlbefinden des Volkes zu fördern, ohne jedoch über dieses den humanen Nutzen zu vergessen; 3) der Unterrichtsstoff muß ein zeitgemäßer sein; 4) der Lehrplan muß Maß und Zahl des Stoffes genau zu bestimmen; 5) der Memorirstoff muß ganz genau bezeichnet sepn; 6) der Bildungsstoff muß der Entwicklungsstufe des Kindes entsprechen. In der sehr belebten Debatte sprach sich allgemein die Zustimmung zu diesen Thesen aus. Ueber das zweite Thema referirte Dr. Schmidt aus Köthen. Referent sowohl, wie die Hauptredner in der Diskussion anerkannten, daß zur Charakterbildung der Lehrer selbst ein Charakter sein müsse, daß die Schule als des Kindes kleine Welt zu betrachten sei, daß darum die Schulordnung für den Schüler eine sittliche Weltordnung werde, in der er Selbstbeherrschung, durchdrungen von christlicher Liebe, lernen müsse. Im Schlußwort erinnert Referent an einen großen deutschen Charakter, an Fichte. Die Versammlung drückt ihre Verehrung für diesen durch Erheben von den Sitzen aus. In der auch von Damen zahlreich besuchten Abendversammlung wurde über die Kinderbewahranstalten und Kindergärten debattirt.

** **Bayern.** München, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Der k. Staatsminister der Justiz, Frhr. v. Mulzer, hatte in jüngster Zeit zweimal die Ehre, an der k. Tafel zu speisen, bei welcher Gelegenheit Se. Maj. der König dem Hrn. Staatsminister seine besondere Zufriedenheit und Anerkennung in Beleff der zahlreichen Vorlagen zur Durchführung der neuen Gerichtsorganisation zu erkennen gab und hiebei namentlich hervorhob, daß alle diese Vorlagen mit besonderer Klarheit abgefaßt waren. — Der neue Justiz-Ministerialrath Hr. Dr. Weiß ist hier eingetroffen und hat derselbe nach seiner gestern Vormittags vollzogenen Beeidigung sofort sein Amt angetreten. — Der Handelsvertrag mit Frankreich ist auch den sämmtlichen Zollbehörden des Landes zur Begutachtung vorgelegt worden.

§ **Oesterreich.** Wien, 11. Juni. (Presb.-Kor.) Wir stehen in der Mitte des Jahres 1862, und nach der Art, wie es bis jetzt verlaufen, nach den Verhältnissen, die sich in demselben herausgebildet, nach der Stimmung, die jetzt in Europa herrscht, wie nach den Thatsachen, die sich geltend machen, glauben wir, daß es ein glückliches Jahr der Uebergangsperiode für Oesterreich sein werde. Zahlreiche kleine und mehrere bedeutende Umstände scheinen geeignet diesen Glauben zu verstärken. Es erwächst uns aller Voraussicht nach ein reicher Ernteſegen, Getreide und Rüben, Oelfrüchte und Wein gedeihen in trefflicher Weise und werden dazu beitragen, Kapitalisten zu schaffen, an denen Oesterreich noch immer Noth hat. Bei der Industrieausstellung in London zeigt sich Oesterreich als ein ganz respektabler Großstaat. Seine Beamten und Jurors erregen durch ihr thätiges liberales und intelligentes Verfahren den Neid manches älteren und weiter vorgeschrittenen konstitutionellen Staates. Ueber die Vertheilung der Medaillen ist bereits in den Kommissionen entschieden worden, und es fällt auf Oesterreich eine bedeutende Zahl von Ehrenzeichen. Weniger glänzend ist Oesterreich in der Kunst vertreten. Dem früheren Regime fehlte das großartige Mäcenatenthum und das jetzige ist noch zu jung, um z. B. den Malern jenes glühende Freiheitsgefühl, jenen durchdringenden Blick fürs Leben und für die Geschichte, und jenes rücksichtslose Aufschleuderungsstellen zu gewähren, ohne das kein Künstler ein bedeutendes und originelles Gemälde schaffen kann. Die Kurse werden besser, die industrielle Thätigkeit umfassender, die Konsumtion verspricht in diesem Jahre zu steigen. Trotz manches einstußreichen, trockenen, in der früheren Periode genährten antikonstitutionellen Geistes, der nur widerwillig der freieren Regung folgt, ist die Regierung wirklich eine konstitutionelle. Die Bildung der Parteien, so viel sie auch noch zu wünschen übrig läßt, ist in einem bedeutenden Fortschritte begriffen, und wir halten das für ein großes Glück für Oesterreich, denn es wird dadurch die Gerechtigkeit, das konstitutionelle Bewußtsein, die Bildung überhaupt gefördert, das Halbbare vom Unhaltbaren, das Berechtigte vom Unberechtigten geschieden, und eine konstitutionelle Regierung wesentlich erleichtert. Die Februarpartei hat Dank der Regierung, dem Parlamente, wie dem Volke, an jedem Tag an Umfang wie an Selbstbewußtsein gewonnen. Die öſterr. Vertheidigungsanstalten zum Schutze der venetianischen Gränze sind nahezu vollendet. Die in der Po-Ebene aufgeführten Fronwerke, welche den Abschluß der Fortifikationen an der Po- und Mincio-Linie bilden, sollen noch im Laufe des Juli armirt werden. Auch wurde seit dem verunglückten Tyroler (?) Putsch die Flotille auf dem Po- und Gardasee in etwas verstärkt. Was die vielbesprochene neue Anfustirung der Armee betrifft, so scheint es wirklich im Werke zu sein, den Schritt der Waffenröcke zu verändern und von den umgeschlagenen zu stehenden Kragen zurückzukehren. Wenigstens haben bei der zweiten Armee mehrere Korpskommandanten die Offiziere aufgefordert, sich keine neuartigen Waffenröcke mehr anzuschaffen, da Aenderungen bevorstünden; und ebenso sind die Montur-Oekonomie-Kommissionen angewiesen worden, mit der Verfertigung der neuen Röcke innezuhalten, auch die bereits gemachten nicht an die Truppenabtheilungen auszugeben. Der Lemberger „D. P." ist von den aus Wien zurückgekehrten Abgeordneten zu seiner Erfreuen ermächtigt, daß der polnische Klub nicht den Beschluß gefaßt hat, in Angelegenheit des Konkordats Hand in Hand mit der Geistlichkeit zu gehen; daß also die Abgeordneten Heicel und Rucka, welche das Konkordat vertheidigten, nur in ihrem eigenen Namen handelten.

Preußen. Die „Sternzeitung" schreibt: Durch mehrere der hiesigen Blätter ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, der kommandirende General des Gardekorps habe den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten seines Befehlsbereichs das Lesen von Zeitungen, mit Ausnahme der „Sternzeitung", der „Kreuzzeitung" und des „Preußischen Volksblattes", untersagt. Wenn gleich für jeden Einsichtigen es von vornherein keinem Zweifel unterliegen kann, daß diese Mittheilung lediglich auf einer tendenziösen Erfindung beruht, so sind wir doch von kompetenter Seite noch besonders ermächtigt, zu erklären, daß dieselbe aller und jeder thatsächlichen Begründung entbehrt.

Kurhessen. Die gestrige Annahme, daß das neue kurhessische Ministerium fertig sei, beruhte auf einer zu geringen Meinung von der Standhaftigkeit des Kurfürsten. Gleichviel ob vom Grafen Ingelheim aufgeschachelt oder nicht, will der hohe Herr jetzt seine eigenen Aufträge an den General v. Loßberg nicht anerkennen. Das Land soll, scheint es, noch lange nicht zur Ruhe kommen. Die kurhessische Frage ist noch nicht erledigt. Sie beginnt nur ein neues Gesicht anzunehmen.

Schweiz.

Bei Ueberreichung des Stutzens durch die Locarner Sektion der Gesellschaft „Helvetia" sprach Garibaldi: „Mit Dankbarkeit nehme ich diesen Stutzen an und schwöre vor diesem republikanischen Volke, daß er zu keinem anderen Dienst verwendet werden soll, als Sklaven frei zu machen. Von den hier gehörten Reden bin ich tief ergriffen und mag mich keines Anlasses erinnern, bei welchem ich eine größere Rührung gefühlt hätte. Ich habe das Glück, mehreren Republiken gedient zu haben, aber ich fand den republikanischen Geist nirgends so kräftig entwickelt, wie im Schweizervolk. Ich nehme die Waffe an und auch den Glückwunsch der Wackern, nicht für mich, sondern im Namen der Sklaven Europa's. Hier stehen die republikanischen Grundsätze in gutem Gedeihen, hier kann man sich frei aussprechen über das, was Noth thut; ich wiederhole, was ich vorhin vom Balkon herab gesagt: die Tyrannen verstehen sich; die Völker müssen sich auch verständigen. Keines verdient mehr an der Spitze der Völker-Emanzipation zu stehen, als das Schweizervolk; daßselbe vereint sich in drei großen Racen, welche in Europa vorherrschen. Die Schweiz ist stärker, als man glaubt; sie trägt den Gedanken der ganzen Welt in sich (ha l'animo del mondo intiero); ihr steht es zu, die Grenzen der Republik auszudehnen und die Sklaverei auszumerzen. Sind wir etwa nicht Alle Brüder? Ich nehme das Geschenk an, und wenn ihr eure Regierenden von euren Ideen überzeugen könntet, so versichere ich euch, in 3 Monaten würde Europa frei sein." (!) Am Schlusse des Bankets sah man, wie Garibaldi hie und da einen kleinen Kadetten emporhob und küßte, indem er in diesem Knabenkorps die künftigen Regeneratoren, Lehrer und Befreier der

Digitized by Google

Völker erblicke. Viele ehrenwerthe Frauen und Jungfrauen verlangten, auch ihrerseits den General auf die Stirne zu küssen, und dieser gab ihnen den Kuß zurück mit dem frommen Wunsche, daß ihre Söhne tapfere Vertheidiger der Freiheit werden mögen.

Großbritannien.

Der sozialwissenschaftliche Kongreß in London hat sich, wie im vorigen Jahre, in 6 Abtheilungen getheilt: 1) Jurisprudenz oder Gesetzesreform; 2) Erziehungsangelegenheiten; 3) Vermeidung und Bestrafung von Verbrechen, nebst der Besserung von Verbrechern; 4) Gesundheitsabtheilung; 5) Volkswirthschaft; 6) Handel und Völkerrecht. In der Abtheilung für Volkserziehung hielt deren Vorsitzender, der Dechant von St. Pauls, die Einleitungsrede, in welcher er sich entschieden dagegen aussprach, daß Kinder gezwungen würden, mehrstündigem Gottesdienst beizuwohnen und die Bibel als Lehrbuch zu benützen, denn es sei der Geist und nicht der Text der hl. Schrift, mit dem die Jugend vertraut gemacht werden sollte. Garnier Pagès hielt eine sehr warme Rede zu Gunsten eines internationalen Schiedsgerichts, wobuch seiner Meinung nach blutigen Kriegen am Besten vorgebaut werden könnte.

Frankreich.

Durch Dekret vom 9. Juni wird Herr Roulaud, Unterrichts- und Kultusminister, während der Abwesenheit des Grafen v. Persigny interimistisch mit dem Ministerium des Innern betraut. — In der Nationalgarde herrscht einiger Mißmuth über die auf Befehl eingetriebenen Beiträge zur „Stiftung des kaiserl. Prinzen.“ — Im Faubourg St. Germain organisiren sich Karavanen nach Luzern, um „Heinrich V.“ und die Herzogin v. Parma dort zu begrüßen; besonders groß ist die Schaar kleiner Landjunker, welche ihre heimathliche Scholle in der Bretagne, in Limousin und Poiton verlassen, um ihren König zu sehen.

Italien.

Die Diskussion der Adresse, welche dem Papst überreicht werden soll, hat zu endlosen Verhandlungen geführt. Viele Bischöfe wollten sie beim Kardinal Wiseman berathen, aber die französischen Prälaten widersetzten sich dem und die Versammlung fand im Vatikan statt. Kardinal Wiseman deantragte eine sehr detaillirte Adresse, worin von Frankreich keine Rede war; da ergriff Msg. Dupanloup mit einer gewissen Aufregung das Wort und erklärte, daß die Ehre der Wiederherstellung des Papstthums Frankreich zukomme, das eine so eklatante Manifestation gemacht habe, und an ihm sei es, zunächst die Hand an's Werk zu legen. Der Bischof von Orleans sprach mit Beredtsamkeit. Die spanischen Kardinäle waren äußerst aufgebracht und wollten eine auf die französische Regierung bezügliche Phrase einschalten; dieselbe wurde jedoch nicht angenommen. Der Erbischof von Siebenbürgen nahm Oesterreich in Schutz und erklärte, daß diese Macht allein das Papstthum wirksam unterstütze. Von da an war keine Verständigung mehr möglich und die Diskussion mußte ausgesetzt werden. Mit Ausnahme des Erzbischofs von Chambery, der wegen seines hohen Alters zurückgehalten wurde, befinden sich alle französischen Kardinäle in Rom. Von Oesterreich sind deren nur zwei gekommen. Bischöfe sind 60 französische, 22 österreichische und 28 spanische in Rom anwesend. Von Portugal hat kein Prälat eingefunden. Der päpstliche Hof ist mit der portugiesischen Regierung sehr unzufrieden.

Türkei.

Der „Donau-Ztg.“ schreibt man: „Ein türkischer Lieutenant saß Abends mit dem österreichischen Internuntiatur-Posttataren Ibrahim vor dem Kaffeehause beim Stambuler Stadthore und soll sich gegen diesen über einen vorbeigehenden persischen Pannuren in türkischer Sprache beleidigend geäußert haben. Der Perde, welcher türkisch verstand, zog seine Pistolen, feuerte die eine auf den Lieutenant, ohne ihn aber zu treffen, und die andere auf den Tataren ab, welchem er einen lebensgefährlichen Schuß im Unterleibe beibrachte. Der Stambuler Wachposten schloß sofort die Thore und setzte sich in Vertheidigungsstand. Die türkische Bevölkerung griff auch zu den Waffen; doch hielt sich Alles ruhig, so daß um 9 Uhr Abends das Stambuler Thor wieder geöffnet wurde und die Ordnung wieder zurückgekehrt war. Der verwundete Posttatar ist verschieden.

Rußland und Polen.

In Warschau fanden acht Verhaftungen von Personen statt, welche Plakate zu verbreiten suchten, durch welche Polen gewarnt wird, nicht auf die in Aussicht gestellten Veränderungen zu banen und sich nicht Hoffnungen hinzugeben, welche von russischer Seite niemals in Erfüllung gehen würden. Vor einigen Tagen sind mehrere Frauen, welche sich politisch stark kompromittirt hatten, mit der St. Petersburger Eisenbahn auf einige Zeit in russische Klöster verschickt worden. Diese sich immer noch hin und wieder erneuernden Symptome von Unruhen sollen den Kaiser bestimmt haben, den Kriegszustand in Polen auch nach dem Eintreffen des Großfürsten Konstantin, als Statthalter, noch bis auf Weiteres fortbestehen zu lassen. General-Adjutant Lüders ist in den Grafenstand erhoben worden, auch bezeichnet man ihn als Statthalter der kaukasischen Provinzen.

Volkswirthschaftliches.

Augsburg, 12. Juni. Am gestrigen Hauptage unseres Wollmarktes war reger Verkehr, so daß von den großen zugeführten Quantitäten, welche an 4000 Ztrn. betragen dürften, bedeutend verkauft wurde. Die Geschäftslust unserer bedeutenden Schäfereien, z. B. von Schleißheim, Weihenstephan, Graf Sandizell u. s. w. wurde vollständig abgesetzt. Die Preise stellten sich um ein Bedeutendes niedriger als im Vorjahre. Für hochfeine Wolle wurden 140—150 fl. — für für fein Bastard 120—125 fl. — für gut und mittel Bastard 110—118 fl. — für Rauh-Bastard 90—100 fl. — für deutsche Wolle 75—90 fl. bezahlt.

Ein Korrespondent der „B. Ztg.“ berichtet, daß man in einer Pfälzer Fabrik gegenwärtig mit Arbeiten beschäftigt ist, welche das Brauwesen durch Herstellung neuer Gefäße zur Gährung und Lagerung des Sommerbieres noch weiter vereinfachen sollen. Diese neue Einrichtung ist für eine Münchener Großbräuerei bestimmt, welche im kommenden Herbst mit den Versuchen beginnen wird.

W Frankfurt, 12. Juni. (Tr.-Korr.) Für die Arbeiter-Expedition, die unter M. Wirth's Leitung nach London geht, sind bereits Wohn- und Kostbäuser gemiethet. George Wilkie, 4 Upper Queens Buildings (Brompton) heißt der Gastwirth, in dessen Haus und den Nachbarhäusern die Reisenden wohnen werden. Es sind geräumige Zimmer, gute breite englische zweischläfrige Betten; mehr als 4 werden indeß nicht in einem Zimmer wohnen. Das Frühstück besteht in Kaffee oder Thee, nach Wahl, Brod, Butter, 2 Eiern; das Abendessen in kaltem Fleisch und Salat oder Kartoffeln nach Belieben, 1 Pint (Seidel) Bier oder Thee nach Wahl. Für Wohnung und Kost werden täglich 4½ Schilling (2 fl. 42 kr. = 1½ Thlr.) bezahlt. Das Mittagessen bekommt man billig im Ausstellungsgebäude. Die Wohnungen sind in der Nähe der Ausstellung. Bei der Ankunft werden die Reisenden von Willie durch Omnibus abgeholt. Willie ist ein Hamburger. — Es haben sich bis heute 602 angemeldet; außerdem haben mehrere die Absicht ihrer Theilnahme, aber Verhinderung durch Geschäfte, kund gegeben. Es soll dehhalb eine zweite Expedition die Nachzügler vereinen. Diese wird am 8. Juli unter Leitung von H. Nippert, Maschinen-Konstrukteur in Breslau (Ohlauerstraße 43) abgehen. — Heute Mittag wurde die Handelsschule eröffnet. Eine freie Rede mit Gesang eingeleitet. Dr. Passavant, Vorsteher der polytechnischen Gesellschaft, sprach über den Einfluß der Volkswirthschaft, als der Wissenschaft, die des Volkes Leben verstehen lerne; Direktor Röhrich über deren Einführung in der Schule.

Nichtpolitische Zeitung.

An der Universität in Erlangen sind in diesem Semester 472 Studirende immatrikulirt, um 24 mehr als im verflossenen Wintersemester. Von den 158 Ausländern studiren 143 Theologie (darunter allein sieben Engländer); die Gesammtzahl der Theologen beträgt 281.

In Der in Frankfurt wegen Bankrotenfälschung in Wien in Untersuchungshaft gesessene Georg Forkas aus Ungarn, welcher sich auch Nagy aus Komorn nennt, ist kürzlich aus seinem Arrestlokale entwichen. Derselbe lebte, wie es sich nun herausgestellt hat, einige Zeit ganz ungestört hier und in den nahen Bädern und verübte sogar in Wiesbaden eine Wechselfälschung, worauf er jedoch verschwand. Für die große Thätigkeit der Wiener Polizei dürfte jedoch die Thatsache maßgebend sein, daß erst vor einigen Tagen die steckbriefliche Verfolgung des Forkas nebst dessen Photographie hier eintraf, und jetzt, nachdem der Vogel ausgeflogen ist, auf dessen Habhaftwerdung von der öffentl. Regierung eine Belohnung von 4000 fl. ausgesetzt wurde.

Das rheinische Musikfest in Köln ist am 8. Juni, als dem ersten Festtage, in glänzendster Weise eröffnet worden, nachdem am 6. Juni die erste Hauptprobe stattgefunden hatte, zu der sich 750 im Chor und Orchester Mitwirkende eingefunden hatten. Der erste Tag wurde dann mit Händel's Oratorium „Salomo“ eröffnet. Der Festdirigent Ferdinand Hiller wurde bei seinem Auftreten mit Jubel begrüßt. Die Orgel spielte Franz Weber in meisterhafter Weise; die Solovorträge wurden von Frau Duftmann, Fräulein

Digitized by Google

Franzista Schreck und Herrn Schneider, unterstützt von Fräulein v. Comthe und Herrn Hill, aufgeführt. Unter dem Publikum waren zahlreiche musikalische Notabilitäten vertreten: Mosheles und Reinecke aus Leipzig, Blumner aus Berlin, Pasdeloup und Gouvy aus Paris, Verhulst aus Rotterdam, Kufferath aus Utrecht, Kufferath aus Brüssel, Richard Hol aus Amsterdam, Dietrich aus Oldenburg, Scholz aus Hannover, Jahn aus Bonn, v. Perfall aus München, Boch aus Heidelberg, Brahms aus Hamburg, Müllner aus Aachen, Schindelmeisser aus Darmstadt, Unger aus Lüneburg, Wolf aus Crefeld ꝛc.

In Neapel beschränkt man einen neuen Ausbruch des Vesuvs. Der Berg wirft in kurzen Zwischenräumen Lava nach der Gegend von Pompeji und Asche in der Richtung von Portici aus. Die Atmosphäre der Stadt ist mit Electricität angefüllt, das gewöhnliche und fast sichere Zeichen eines baldigen Ausbruchs.

Der in Damask erfolgte unerwartete Tod Buckles, des Verfassers der „History of Civilisation", erregt hier allgemeine Theilnahme auch unter denen, die ihn bei seinen Lebzeiten entschieden angegriffen hatten. Er war erst 40 Jahre alt und hatte auf den Rath seiner Aerzte eine Reise nach dem Oriente unternommen, um sich von seinen anstrengenden schriftstellerischen Arbeiten zu erholen. Buckle war am 24. Nov. 1822 in Lee (wenige Meilen von London) geboren. Sein Vater, ein vermöglicher Kaufmann, ließ ihn sorgfältig unterrichten und nahm ihn später in sein Geschäft. Doch am Kaufmannsstande hat Buckle nie Geschmack gefunden, er warf sich mit Leidenschaft aufs Schachspiel und galt eine Zeit lang als einer der besten Spieler Englands. Erst als sein Vater starb (1840) und ihn im Besitz eines großen Vermögens ließ, wandte er diesem Zeitvertreib den Rücken, um sich ganz literarischen Arbeiten zu widmen. (Von seiner weit angelegten „Geschichte der Civilisation", die eine materialistische Richtung verfolgt, sind die zwei ersten Bände erschienen.)

Neueres.

Die „Volks- und Schützenzeitung" mahnt die Tyroler in deutschen, kräftigen Worten, sich am Frankfurter Schießen recht zahlreich zu betheiligen. Der Artikel sagt am Schluß: „Es ist selbstverständlich, daß, wenn von den Tyroler Schützen das Frankfurter Schießen überhaupt besucht wird, nicht einer oder zwei Schützen dahin ziehen, sondern so viele, daß sie vermöge der Zahl, wie der Tüchtigkeit geeignet sind, ein Land zu repräsentiren, welches mit Recht als das eigentliche Schützenland betrachtet wird. Um aber eine solche imposante Zahl guter Schützen zusammenzubringen, ist eine weite Betheiligung nothwendig, es ist nothwendig, daß jeder namhafte Schießstand seine Vertreter schicke. Es ist nothwendig, daß auch andere Gesellschaften und reiche Private hier mitbestellen und ihren Mann stellen, was mit einem nicht so bedeutenden Kostenaufwande geschehen kann. Der Landeshauptschießstand wird mit gutem Beispiele vorangehen, und wir sind bereits heute schon in der Lage, berichten zu können, daß 16 Schützen des Landeshauptschießstandes allsogleich zum Zuge nach Frankfurt sich bereit erklärt haben. Einer von denselben nimmt drei Gewehre und 1000 Kugeln für sich allein mit."

** Bayern. München, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Da in Folge des neuen Polizeistrafgesetzbuches wesentliche Aenderungen der Dienstes-Instruktionen der k. Gendarmerie nothwendig wurden, so sind zur Berathung des vielfach bearbeiteten Entwurfs aus jedem Regierungsbezirke je 2 Gendarmerie-Offiziere einberufen worden. Die Berathungen haben unter dem Vorsitze des Gendarmerie-Korps-Kommandanten, Herrn Generalmajor Merkel, heute begonnen und werden dieselben bei dem Umfange des Entwurfs einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Entscheidung über die Frage der Zinsreduktion der 5prozentigen Ludwigsbahn-Prioritätsobligationen soll, wie man vernimmt, einer allbald einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre zur Entscheidung vorgelegt werden.

Spanien. Die spanischen Cortes haben die Debatte über die mexikanische Angelegenheit fortgesetzt. Der Minister Calderon Collantes gestand zu, daß er erklärt habe, die monarchische Regierungsform würde am besten in diesem Lande einzuführen sein, wenn die Mexikaner ihr günstig wären; aber die spanische Regierung sei keineswegs geneigt, irgend eine Form durch Gewalt zu unterstützen, höchst ungern würde sie den mexikanischen Thron von einem andern als einem spanischen Prinzen eingenommen sehen.

In einem Schreiben, welches Hr. del Mazo in der „Epoca" veröffentlicht, erklärt er auf das bestimmteste, er habe nie die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian für den mexikanischen Thron unterstützt und habe nie gesagt, daß die Einführung einer Monarchie in Mexiko, welcher Prinz auch auf den Thron berufen werde, von Nutzen sei, wofern dieselbe nicht von dem mexikanischen Volk offen und frei proklamirt werde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87⅛ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76¾–⅞ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	81¼–¾ G.
„	5 pCt. Metall.-Obligation.	84¼ G.
„	4½ pCt.	69¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	80 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101¾ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅛ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P. ¼ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	98¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99½ P.
„	3 pCt. Obl.	94 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à ß. 2. 30	49¾ P.
„	2 pCt. „ „ „	33½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	122½ P. 122½	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	770—65 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	205¼–4½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	o.D.	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	221 P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	89¼ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	330 G.	o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	72 P.	
Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 400 Fr. à 28 kr.	235 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	121½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. à 6pCt. 6/7	79¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34⅝ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	135¼ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	102⅜ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ P.	
Südd. Bank-Akt. 80 pCt. Einz.	248 G.	o.D
Span. Handels- und Industrie	5 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	106¾–¾ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	103⅜ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	98¾ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.	
Brem. 40 Th. Lud. k. S.	96⅞ B.	
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118⅞ B.	
Lyon Frs. 200 k. S	—	
Mail. Frs. 200 „	93⅞ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
Wien fl. 100 S. W.	—	
do. 2 à 5 W.	—	
do. in öst. W. l. S.	92¾–⅝ G.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅞ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	75½ P.	„ fl. 35 do.	38 P.
„ fl. 100 Einl. v. 1858.	123 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	129 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	53 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lättich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	102½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	20¼ P. ⅛ G.
Badische fl. 35	85¾ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅛ G.

Frankfurt, 13. Juni. Günstige Berichte und höhere Notirungen aus Wien riefen für ästern. Fonds heute vielfache Kauflust hervor. Insbesondere Kreditaktien nahmen einen Aufschwung. Doch konnten die hohen Eröffnungskurse sich nicht bis zum Schlusse erhalten. In den übrigen Fonds seine bemerkenswerthe Veränderung. Nur Taunusbahnaktien wurden billiger abgegeben. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94¾, ⅝; bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91¾ umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97½ umgesetzt. (Spnb.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 164-65. Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. **59. Jahrgang.** Montag, 16. Juni 1862.

Die Bayern und das deutsche Schützenfest.

Unter diesem Titel bringt die in Hannover erscheinende „Ztg. für Norddeutschland" folgenden Leitartikel:

Bei dem Zwist, den die „Bayern" in das deutsche Schützenfest hineinwerfen, muß man sich unwillkürlich der Rolle erinnern, welche sie in der deutschen Geschichte stets spielten, wenn es sich um gemeinsame Angelegenheiten des Vaterlandes handelte. Sonderhändel heißt die Geschichte Bayerns vom ersten Tage des deutschen Namens bis zum letzten. Die römische Politik in Deutschland hat die bayerische Dynastie stets am Gängelbande gehalten, und die Dynastie hat im Interesse Roms wieder das Volk stets der Unwissenheit und Kulturlosigkeit geweiht. Ein wenig Kunstsinn, wie ihn auch Rom zu allen Zeiten als Anhängselblüh zu benutzen gewußt, ist dafür kein Ersatz, sondern war nur ein purpurner Mantel, um die Scham des geistigen Elends zu decken. So oft das deutsche Volk, die deutsche Geschichte in weite Bahnen einzulenken suchte, hat die römische Geistlichkeit das arme Bayernvolk in den Weg zu schieben und den Lauf der Dinge zu hemmen gewußt. Den Talisman jedem bayerischen Kaiser, und der Pfälzer Sonderbündler vor der Reformationszeit soll hier nicht die Rede sein. Während der Reformationszeit war es pfäffischer List, die das arme Bayern zwang, die Bayern im Bauernkriege zu verleiten und zugleich zu vernichten; im dreißigjährigen Kriege war es Bayern, das den Jesuiten vor Allem die Mittel bot, das deutsche Volk zu zerreißen, seine Kultur zu vernichten, es auf hundert Jahre matt zu legen. In der Zeit des Wiedererwachens deutschen Geistesliebens unterwühlten Bigotterie und Schwelgerei vom Hofe aus das ganze Volk, hemmten Jesuiten und jorgten dafür, daß kein Strahl des neuen Lichtes, wie Lessing, Göthe, Schiller es anfachten, ins Volk drang. Als Napoleon Deutschlands Knechtschaft befestigen wollte, schuf er mit Hülfe Bayerns den Rheinbund; und als Napoleon besiegt war, war es abermalig Bayern von Allen, das auf dem Wiener Kongreß eine feste Gestaltung Deutschlands, eine Gesammtverfassung und eine Gesammtkraft Deutschlands — wie damals Stein von den Besten, Besonnen verlangte, zu verhindern wußte, während es heute wieder die Seele ist, die es zum Unheile Deutschlands lenkten und noch lenken. Und wenn es gelingen sollte, diese Lenker bei der Frage des Schützenfestes zum Fehle zu treiben und die bayerischen Schützen, trotz der geheimen und offenen Hüttereien, trotz Reichsthaler, Sakristei und Winkelhälchen aller Art, nach Frankfurt zu bringen: so würden wir darin den Anfang des Endes der Benutzung des bayerischen Volkes gegen die heiligsten Interessen der deutschen Nation erblicken. Das Volk in Bayern ist zu dem Feste geladen: wir hoffen, das Volk wird endlich begreifen, daß es Jahrhunderte zu seinem Schaden und zu Deutschlands Unheil gebraucht worden ist, um Zustände zu fördern, die nur der Eigensucht Roms und seiner Diener nützen, dem bayerischen wie deutschen Volke aber nur Schaden bringen. Es darf nicht geschadet haben. Die bayerischen Schützen in Frankfurt sind für Bayern und Deutschland der Beginn einer neuen Zeit deutschen Volksfedens.

Als eine von der bayerischen Staatsregierung unabhängige Redaktion wollen wir der offiziösen Presse Bayerns in einer umfassenden Widerlegung und Zurechtweisung obiger Ausfälle und Angriffe nicht vorgreifen; können jedoch einstweilen nicht umhin, eine entweder gefliessentlich Entstellung oder arge Unkenntniß der Geschichte von unserm Standpunkte aus zu beleuchten. Auch wir gehen bei einer Kritik der bayerischen Dynastie nicht bis zu Thassilo zurück, sondern halten uns an den ersten reichsgeschichtlichen Repräsentanten derselben, an den Grafen Otto von Wittelsbach, welcher nach Aechtung Heinrichs des Löwen vom deutschen König und römischen Kaiser Friedrich I. mit dem erledigten Herzogthum Bayern belehnt wurde. Was berichtet nun die Geschichte von diesem eigentlichen Dynastiebegründer, mithin dem ersten Sonderbündler und Römling in den Augen der „Z. f. N." Antwort: Daß er auf dem Reichstag zu Besançon (1157) den römischen Kardinal-Legaten, welcher die Kaiserkrone ein „päpstliches Benefizium" nannte, mit blankem Schwert bedrohe erschlagen haben, hätte nicht der Kaiser den Hieb parirt; daß er (derselbe Wittelsbacher) sofort im kaiserlichen Rath darauf drang, die Italiäne schon am nächsten Morgen auf geradestem Weg, ohne Abweichung links oder rechts und ohne Einkehr bei Hoher oder niederer Geistlichkeit heimzuschicken, was denn auch geschah; daß er endlich treu widerholtem Bannfluch mit ungetrübter Treue an Kaiser und Reich hing, und diese Treue in mehr als einem blutigem Gefecht innerhalb und jenseits der Alpen gegen Rom und dessen Anhänger bethätigte, Schon dieser alleinige Wittelsbacher hätte daher die norddeutsche Zeitung, wenn sie eben die deutsche Geschichte kennen würde, abhalten müssen, in ihrem obigen Artikel die Worte „Reis" und „vom ersten Tage" zu gebrauchen; ja ein bischen Geschichtskenntniß würde sie belehrt haben, daß die „Gegen- und Pfaffenkönige" des Mittelalters (so nannte sie nemlich das damalige deutsche Volk), daß gerade diese Vasallen der römischen Curie und Erniedriger Deutschlands keineswegs auf Seite der Hohenstaufen und der Waiblinger Partei zu suchen sind, sondern umgekehrt bei dem Welfenthum, auf dessen Ableger die norddeutsche Zeitung in der gleichen Nummer, in welcher sie die Wittelsbacher heruntersetzt, eine so gerührte oder rührende gereimte „Welfen-Hymne" bringt.

Was nun den „bayerischen Kaiser" anbelangt — es gab bekanntlich deren drei, und wir nehmen an, daß das hannoversche Blatt den berühmten und nicht einen der beiden unberühmten meint — so scheint die „Z. f. N." ebenfalls nicht zu wissen, daß jener Wittelsbacher der letzte gebannte deutsche Kaiser war, im Bann starb und sogar im Grabe keine Ruhe fand, eben weil seine Politik national oder unitarisch-deutsch, mithin antirömisch und sonst freisinnig und bürgerthümlich, folglich das Gegentheil von allen Demjenigen war, was die „Z. f. N." für ein erblichen Charaktermerkmal des Wittelsbacher Gesammthauses ausgeben möchte; und noch weniger als diese weltgeschichtlichen Begebenheiten sind wohl dem norddeutschen Blatt die unsichtbaren Fäden bekannt, die vom letzten Kaiserbann bis auf unsere Tage laufen, und an der unaufhaltsamen Neugestaltung der Zeit und Befreiung Deutschlands von Rom wenigstens einem Wittelsbacher einen zwar entfernten, aber sehr nachhaltigen Antheil einräumen, der ihn würdig neben die Salier und Stauffen stellt, und der das summarische oder ausnahmslose Verdammungsurtheil der „Z. f. N." als eine, gelindestens gesagt, leichtsinnige Durchschlüpfigkeit erscheinen läßt. Daß es in diesem Hause innerhalb 6 Jahrhunderten noch mehr als einen aufgeklärten, wohlwollenden und deutschgesinnten Regenten gegeben habe, ist gleichfalls leicht zu begreifen; und indem wir diese Gewissensführung, wie oben bemerkt, unsern HH. Kollegen überlassen, wofern sie es, dem plumpen Ausfall gegenüber, der Mühe werth halten sollten, schließen wir mit der Bemerkung, daß die vorwürfige Nummer der „Z. f. N." vom 13. Juni dafürl, während schon so manchen Tag vorher ein offizielles Telegramm das massenhafte Kommen der Bayern nach Frankfurt aller Welt verkündete. Hat das die „Z. f. N." übersehen oder nicht sehen wollen?? Zu ihrer Ehre hoffen wir das Erstere; denn andern Falls würde gerade sie den Partikularismus und die Sonderbündelei üben, die sie an Andern tadelt, und welche zu bekämpfen wir uns schon deßhalb für berechtigt haltrn, weil wir vom Anfang an, unbeirrt sowohl von dem Formfehler des Frankfurter Komite's als auch von den Bedenklichkeiten in München, das Erscheinen aller deutschen Volksstämme beim deutschen Schützenfest aus tiefer Ueberzeugung befürwortet haben.

Deutscher Bund.

Bayern. Die ultramontanen Blätter bricksichtigen sich in allerlei Schmähartikeln mit der Münchner „historischen Kommission", und noch neulich ließen sich die „Klinischen Blätter" von München aus in einem solchen Artikel schreiben, daß diese Kommission, weil bis jetzt von ihren Unternehmungen und archivalischen Forschungen noch kein Band dem Publikum übergeben worden sei, das Vertrauen seitens des Königs eingebüßt habe. Aber die ultramontanen Schreier können sich beruhigen, da noch im Laufe des Jahres außer andern Arbeiten auch ein Band der Reichstagsakten erscheinen wird. Die großartigen archivalischen Studien,

Digitized by Google

die von den Mitgliedern der Kommission in allen Theilen Deutschlands und auch in Dänemark angestellt worden sind, brachten es natürlicherweise mit sich, daß sie nicht gleich in den ersten Jahren Publikationen machen konnten; jetzt aber stehen uns jene diese Publikationen, wie gesagt ist, nächste Zeit bevor, und die Männer, denen die Redaktion derselben übergeben worden ist, bürgen für die Solidität der Arbeiten. Unser König ist nicht engherzig und hat darum bewährte Männer von Draußen mit der Ausführung wissenschaftlicher Zwecke betraut, deren Förderung er sich in seiner Hochherzigkeit vorgesetzt hatte, und die Namen Sybel, Häusser und Droysen wiegen so schwer, daß alle sogenannten ultramontanen Geisterseher zusammengenommen ihnen gegenüber in der Waage der Wissenschaften emporschnellen. (F) Ueberhaupt sollte der Ultramontanismus nicht von Wissenschaft sprechen, da er selbst keine solche besitzen kann, weil ihm die Grundlage derselben, die freie Forschung, fehlt. Die Wissenschaft selbst wird es dem König von Bayern zum bleibenden Danke anrechnen, daß er für die Durchführung seiner hochherzigen Entschlüsse Männer, wie die genannten, auserwählt hat, die nicht blos trockene Studien treiben, sondern zugleich auch in unsere freiheitliche Entwickelung des politischen Lebens einzugreifen verstehen, und durch ihre Werke zeigen, daß ihnen die Geschichte zugleich auch Politik ist. (E. Z.)

** München, 13. Juni. (Privat-Korresp.) Von den Staatsministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen sind zum Vollzuge der Art. 66—78 des Einführungsgesetzes zu den neuen Strafgesetzbüchern nunmehr auch die Vorschriften über das Geschäftsbehandlung und der Strafverfahren in Uebertretungssachen bei den k. Stadt- und Landgerichten erlassen worden. Diese Vorschriften —, welche, wie sich aus ihrem Inhalt ergiebt, eine möglichst rasche und entsprechende Sacherledigung bezwecken — werden alsbald auch im Regierungsblatt publizirt werden; sie handeln im I. Abschnitte, §§. 1—11, von der Erstattung und Behandlung der Anzeigen; Absch. II., §§. 12—22, vom Mandatsverfahren; Absch. III., §§ 23—43, vom orientlichen Verfahren; Absch. IV., §§. 44—49, vom Verfahren bei Anmeldung der Berufung und des Einspruchs; Absch. V., §§. 50—59, vom Vollzuge der Urtheile; Absch. VI. §§. 60—65, von der Führung der Strafakten und Mittheilung der Strafurtheile an andere Behörden; Absch. VII., §§. 66—68, von der Aufbewahrung der Akten und Absch. VIII. enthält in den §§. 69—79 Schlußbestimmungen. Beigegeben sind 36 verschiedene Formularien. — Die staatsanwaltlichen Funktionen am Stadtgerichte München, Abtheilung für Strafsachen, sind, wie man vernimmt, den k. Polizeikommissären Regier, Schuster und Burgmeier dahier übertragen worden. — Die Mittheilung der „Allg. Z." von dem Ableben des Generalmajors v. Eichenauer ist völlig unbegründet.

Dienstesnachrichten. Dem 2. rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Augsburg, K. Heinrich, wurde die nach zurückgelegtem 70. Lebensjahre nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand gewährt; der Advokat C. Fries in Weissenhorn auf die erledigte Advokatenstelle am Bezirksgerichte Memmingen auf Ansuchen versetzt; die Berichtsheftung des Advokaten C. Wagner in Zwiesel auf seine Stelle genehmigt; der Landgerichtsassessor und -commis Natzg in Erlangen, F. Eulenstein, zum Syndikus und Sekretär der k. Universität Erlangen ernannt; der zum Assessor des Landgerichts Traunstein ernannte Landgerichtsassessor C. Cramer zum Assessor des Landgerichts Wolfratshausen und der zum Assessor des Landgerichts Wolfratshausen beförderte Sekretär des Bezirksgerichts Traunstein, F. Graf v. Zech zum Assessor des Landgerichts Traunstein ernannt.

Kurbessen. Daß es nicht an Leuten fehlt, die mit dem System auch ihre politische Gesinnung gewechselt, ist klar. Männer, die sich unbedingt allem gefügt, in den Kammern hartnäckig den Mund gehalten, und als es sich um die Aufrechterhaltung des alten Wahlgesetzes gehandelt, einigst von den Wahlen zurückgezogen haben, diese Männer schwärmen jetzt für die Verfassung von 1831. Aber sie täuschen nur sich, nicht das Volk. Dieses wird bei den Wahlen zu unterscheiden wissen.

Baden. Der Adel, welcher der Großherzog bei dem Festmahle zur Feier der Eröffnung der Wissenschaftshalle gehalten, entnehmen wir folgende Stellen: „M. H.! Die theuersten und werthesten Beziehungen meines Lebens und meines Berufes haben Sie in einer Weise berührt, welche mir eben so tief ergreifend, als erhebend war. Ich bin jedoch zu sehr von der Mangelhaftigkeit meines Wirkens überzeugt, als daß ich die schmeichelhaften Aeußerungen über dasselbe anders auffassen könnte, wie ein Anerkennung treuer Pflichterfüllung. Das Land, dem ich angehöre, betrachte ich wie eine große Familie, der ich alle meine Kräfte widmen will, und das ist eine werthe Pflicht. Daß mir das Land bei diesem Streben entgegenkommt und daß die Männer, welche ich zur Leitung des Staats berufen habe, ihre ganze Thätigkeit widmen, dem allem ist es zu danken, wenn wir schon so Großes haben thun können. Von Herzen freut es mich über den Eintritt in das leitigen Feld stehen, und ich danke den Herren der Deputation für alle Aufmerksamkeiten, welche Sie mir dabei erwiesen. Ich habe Ihnen aber noch einen besonderen Dank auszusprechen dafür, daß Sie mir Gelegenheit gaben, einer Feier anwohnen zu können, welche für die beiden Länder, deren Vertreter hier versammelt sind, von so großer Bedeutung ist. Jede erneute Verbindung der Schweiz mit Baden begrüße ich als ein freudiges Ereignis. Gegenseitiges Lernen müssen daraus entspringen, wenn zwei stammverwandte Völker, deren Interessen nach Außen sich vielfach berühren und deren innere Bestrebungen gleich hohen Aufgaben des staatlichen Lebens zugewandt sind, immer mehr darnach trachten, das Band inniger Beziehungen fester zu schlingen. In solcher Gesinnung begrüße ich die heutige freundnachbarliche Begegnung mit den Vertretern der Schweiz und danke dem Herrn Bundespräsidenten für das ehrende Entgegenkommen, womit ich auf schweizerischem Territorium empfangen ward. Ich zweifle nicht, daß alle deutschen Theilnehmer dieses Festes sich gern mit mir vereinigen werden, wenn ich sie einlade, der schweizerischen Eidgenossenschaft ein dreifaches kräftiges Hoch zu bringen."

Thüringen. In Gotha wird in dieser Woche nicht nur das Konzil der Abgeordneten der freireligiösen Gemeinden Deutschlands tagen, sondern außerdem noch die Abgeordneten der preußischen freien Gemeinden zu einer Konferenz zusammentreten, um über einen vom Gesammtvorstande verfaßten Gesetzentwurf, über die rechtliche Stellung der freien Gemeinden, zu berathen resp. zu entscheiden, ob derselbe dem preußischen Abgeordnetenhause zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Der Gesammtvorstand war nämlich selbst genöthigt, einen solchen Entwurf zu fertigen, da sein vorjähriges Gesuch an das Kultusministerium, um Erlaß des bezüglichen Gesetzes unberücksichtigt geblieben, da bis heute demselben gar keine Antwort auf sein Gesuch ertheilt worden ist.

Schweiz.

Einen weiteren Beitrag zu dem Rücktritt des Generals Klapka von dem politischen Schauplatz liefert die in Genf erscheinende Nation Suisse, nach welcher Stadt derselbe, wie bereits gemeldet, so eben zurückgekehrt ist. Das genannte Blatt erzählt: „Anfangs vergangenen Monats Mai faßte eine Anzahl ungarischer Emigrirter, unter denen sich auch Fürst August v. Croy-Chanel befand, den Beschluß, „General Klapka als Generalissimus sämmtlicher nationalen Streitkräfte Ungarns anzuerkennen, bekleidet mit der diktatorischen Gewalt, Dekrete und Ordonnanzen zu erlassen, Verträge im Namen der Nation abzuschließen, Komitées zu bilden und aufzulösen, kurz Alles zu thun, was patriotischer Geist einem großen Mitbürger einflößen kann, um den Despoten zu verjagen und den Triumph der nationalen Souveränetät für immer zu sichern." Dieser Beschluß ward dem General Klapka durch den Fürsten v. Croup-Chanel mitgetheilt; General Klapka gab aber folgende Antwort: „Prinz! Ich habe Ihren Brief vom 12. Mai, sowie die Erklärung mehrerer meiner exilirten Landsleute erhalten, welche mir die ausschließliche Leitung der Angelegenheiten der ungarischen Emigration antragen. Erlauben Sie mir, Ihnen eine Abschrift des Briefes zu übermachen, welchen ich so eben an Kossuth gerichtet habe. Sie werden aus demselben ersehen, daß ich, weit entfernt, diesen Antrag anzunehmen, nicht einmal einwilligen kann, denselben zu diskutiren. Ich bin von diesem neuen Beweis des Vertrauens, welchen mir meine Genossen des Exils gaben, tief gerührt; andererseits schmerzt es mich aber sehr, wenn ich inmitten unseres Unglücks und unserer Drangsale Patrioten sehen muß, welche, unsere wahren Interessen verkennend, dieselben kompromittiren, indem sie Zwietracht und Trennung unter uns hervorrufen. Ich benutze diese Gelegenheit, Ihnen, Prinz, die Worte in das Gedächtniß zurückzurufen, welche ich am 20. März an Sie gerichtet habe, und die Antwort, welche Ihnen folgte: „Wir erkennen nur den Willen der Nation an. Alle unsere Gedanken, alle unsere Bemühungen haben nur ein Ziel: das Ziel, die Nation sich selbst zurückzugeben, sowie in den Zustand zu versetzen, frei über ihr Schicksal verfügen zu können. Möge der Fürst v. Croup seine Freunde in Frankreich sammeln, um Ungarn neue Sympathien zu gewinnen; möge er sich im entscheidenden Momente unserer Fahne anreihen, wir werden seine edlen Gefühle zu würdigen verstehen. Im Fall aber, daß seine Gegenwart der Erfüllung unserer Mission Verlegenheit bereiten könnte, werden wir an seine Loyalität appel-

Digitized by Google

liren und wir sind überzeugt, daß er diesem Appell Folge leisten wird." Am Tag darauf antworteten Sie: „Sie haben den Bewegrund meiner Hanselungsweise, den Gedanken, von dem ich beseelt bin, zu gut verstanden ꝛc." Prinz! Der Augenblick scheint mir gekommen, Ihnen jenen Appell zu erneuern und Sie an Ihr damaliges Versprechen zu erinnern: denn trotz Ihrer fortwährenden Protestationen schreibt man Ihnen Anstrebte zu, welche in unserem Programm keine Stelle finden können. Genehmigen Sie ꝛc. Georg Klapka.

Belgien.

Man versichert, die Regierung werde demnächst einen Gesetzentwurf einbringen, welcher den Beschwerden Anwerpens theilweise gerecht wird. Es handelt sich um eine Beschränkung des Seevitualienbereichs, Gewährung einer Entschädigungssumme und eine absehwächende Aenderung der nach der Stadt zugekehrten Fronte der Nord-Citadelle. — Die Kammer beschäftigt sich seit mehreren Tagen mit Berathung des Gesetzentwurfs über eine unter Garantie des Staates zu errichtende Sparkasse. Der Plan des Hrn. Frère lehnt sich in den Hauptpunkten an das in Preußen befolgte System.

Großbritannien.

Aus Korfu ist die Nachricht eingegangen, daß das jonische Parlament in der vorigen Woche, zwei Tage vor dem Abschlusse seiner Berhandlungen, den Beschluß gefaßt hat, eine Petition an die Großmächte Europa's zu richten, des Inhalts, daß sie den jonischen Staat mit dem Königreich Griechenland vereinigen mögen. Die Königin Viktoria wird im August zu Strainburg bei Linz erwartet; Wien wird die britische Majestät nicht berühren.

Frankreich.

XX (Privat-Correspondenz.) Die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung sind nun definitiv auf den Oktober bestimmt; es wird aber aus diesem wichtigen Ereignis nichts als eine Parodie auf die Volksvertretung gemacht. Während sonst die Presse wenigstens einigermaßen frei war, daß diejenigen Redakteure der Oppositionsblätter im Ministerium geladen worden, um Verhaltungsbefehle zu erhalten. Die Freimüthigkeit, womit dies geschah, läßt keinen Zweifel übrig, daß die Wahlen eine reine Komödie sein werden. Leider hat sich die Mehrzahl der Zeitungen gefügt; nur das „Journal des Debats", sagt man, hat eine stolze Ausnahme gemacht. Die Regierung wird keine einzige Niederlage dulden, hieß es. Die Opposition, welche etwa noch möglich ist, wird durch Herrn Darimon verstärkt werden, der in die Fußstapfen von Thiers tritt und viele Worte macht ohne irgend einen Erfolg. Favre wird vergeblich seinen alten Parteigenossen suchen, der jetzt ein Gebetbuch unter dem Arm jeden Sonntag die Amsterdamer Straße hinabgeht. Herr Dufaure und er wohnen in derselben Pfarrei; die beiden Convertiten, der frühere Voltairianer und der Freigeist werden wohl ihre politischen Ideen gegenseitig austauschen. Die Zeit verändert Menschen und Dinge. Ebenso ist es mit Hen. Ollivier, der sich darauf berufen kann, daß er 1848 die Patrioten in Marseille niederschießen ließ. Die Parteien sondern sich schärfer, ungewiß ist darüber, daß die Entscheidung sich hinausgieht. Wenn man heller in die Zukunft sehen will, so muß man unter das Volk selbst gehen, seine jetzigen Führer sind nicht maßgebend: wie in jeder Revolution werfen auch sie; mancher verläßt die alte Fahne, seine Stelle aber wird rasch wieder ausgefüllt, denn der Fortschritt ist ewig jung, er schafft sich ewig neue Kräfte. — Die Berathung des Budgets wird zu Interpellationen wegen Mexiko benützt werden. Fould's Sparsystem ist so glänzend durchgeführt worden, daß für 1862 bereits ein Defizit von 200 Millionen vorhanden ist. Aber was liegt daran! Es wird doch gehen. — Wenn der Teufel alt wird, wird er fromm. Die Regierung fängt an, sich um die öffentliche Moral zu bekümmern: Die fahrenden Damen in Paris sollen einer strengern Aufsicht unterworfen werden; man hat sie dazu in 3 Klassen geschieden: Pariserinnen, Provinziale und Ausländerinnen, wovon die letzteren ausgewiesen wurden. — Das neue Blatt: „L'Echo de la Presse", bildet an einem eigenthümlichen Hinderniß, das sich bei seinem Erscheinen entgegengestellt hat. Während Blätter seines Schlages zwar an Abonnentenmangel sehr leiden, aber doch Verkäufer wenigstens haben, hat dieses nicht einmal Letztere gefunden. Wie es mit der französischen Verwaltung aussieht, zeigt folgender Vorfall: Auf der Insel Jersey ist ein Beamter aufgestellt, um die Interessen der franz. Handelsleute wahrzunehmen; sein Gehalt beträgt wegen der Geringfügigkeit des Platzes nur 1200 fr. Ein armer Teufel, für den man nichts Anderes hatte, übernahm den Posten und befand sich wohl dabei. Nach einiger Zeit fand sich ein besserer mit 1000 Thlr., allein siehe da, der Mann schlug ihn aus und später sogar einen noch besseren. Die Regierung forschte nach und erfuhr, daß die Stelle 60,000 Fr. eintrage an lauter Nebeneinnahmen. Sie glauben vielleicht der Beamte sei nun gebliehen? Nein, man wird sofort nun Vettern des Ministers hinsichten. Das Quartier latin wird jetzt besonders nachsam beaufsichtigt; bis in die späte Nacht wandeln die Studenten auf den Straßen, politische Fragen besprechend, lautlose Stille entsteht aber, sowie ein Polizeimann sich naht. Vergebens forschen diese nach dem Entstehungsgrunde der jetzigen Stimmung. Die Geschäfte gehen noch immer flau und die Straßenecken sind bedeckt mit Anzeigen von Waarenverkäufen.

Italien.

Der Vorstand der Nassauer Schützengesellschaft theilt in Folge der Erklärungen des Frankfurter Komites in der „Reserve-ranza" mit, daß keine Deputationen von auswärtigen Schützenvereinen in Frankfurt angenommen werden, daß demgemäß die Beiträge für ein deabsichtigtes Geschenk wieder zurückgezogen werden, und daß beim deutschen Bundesschießen die italienischen Schützen einzeln und als Gäste empfangen werden. (Hiernach ist die gestrige Nachricht, welche über Wien kam und wie es scheint absichtlich vollständig entstellt war, wesentlich zu berichtigen. Die Bad. L. vernimmt von Frankfurt aus guter Quelle, daß die Betheiligung der italienischen Schützen eine sehr zahlreiche sein werde.)

Amerika.

Der Kommandant von Neworleans, General Butler, fährt fort in seiner militärischen Strenge. In seiner neuesten Proklamation sagt er: alle reichen Rebellen der Stadt hätten die Armen im Stich gelassen, und bemerkt dann: „Die Vereinigten Staaten haben Streitkräfte zu Wasser und zu Land nach Neworleans gesandt, um rebellische Heere zu besiegen und zu besiegen. Sie fanden fast nur flüchtige Massen, entlassene Grundbesitzer, einen schaarfsauenden Pöbel und verhungernde Bürger mit ihren Weibern und Kindern. Es ist unsere Pflicht, die ersten zurückzurufen, die zweiten zu bestrafen, die dritten aufzurufen und die letzten zu ernähren und zu beschützen." Mehrere Blätter hat er unterdrücken, die Feier des von dem Sonderbundspräsidenten angeordneten Buß- und Bettages in den Kirchen von Neworleans verbieten lassen. Ein Erlaß von ihm verfügt auch, daß diejenigen Damen in Neworleans, welche Unionssoldaten beleidigen, wie Dirnen behandelt werden sollen. (Ist auf Reklamation der fremden Diplomatie vom Präsidenten Lincoln aufgehoben worden.)

Der „Constitutionnel" enthält eine Note, welche fast dazu bestimmt scheint, das französische Publikum auf ungünstige Nachrichten aus Mexiko vorzubereiten. Falls ein ungünstiges Treffen vor Mexiko oder Puebla stattfände, so wäre dies eben ein Zufall, der wohl zu beklagen wäre, aber am schließlichen Ergebnis der Expedition nichts ändere. Die Ehre der französischen Flagge stehe auf dem Spiel; seien Verstärkungen nöthig, so werden diese abgesandt werden, kurz der endliche Sieg sei nicht zweifelhaft u. s. w. — Die erwähnte Nachricht, daß die Franzosen begonnen haben, sich von Puebla nach Ameka zurückzuziehen, ist in einer amtlichen Depesche des Ignacio Megia an Präsident Juarez aus Puebla den 8. Mai enthalten.

Asien.

Der „Moniteur de l'Armee" hat folgende Privatnachrichten aus Peking empfangen: „Der junge Kaiser Schoung-Tsi hat am 5. April seinen 8. Geburtstag gefeiert. Dem Landesgebrauch zufolge wird er nun den höheren Unterricht empfangen, damit er, nach den Bestimmungen seines Vorfahren, Kaiser Khang-Hi, bei seiner Volljährigkeit in Besitz des Diploms eines Vorstehers der Gelehrten ist. Prinz regent Kung hat einen von den beiden Kaiserinnen und dem Regierungs-Rath gebilligten Studienplan für den jungen Kaiser festgesetzt. Dieser Plan besteht aus zwei verschiedenen Theilen, wovon der erste und umfassendste die Geschichte China's und das Studium des Landessprache und ihrer mannigfaltigen Dialekte in sich begreift. Der zweite Theil, der gleichzeitig den Beweis eines Fortschritts für China liefert, umfaßt die Anfangsgründe der fremden Sprachen, namentlich der französischen, sowie die Anfangsgründe der Geschichte, Geographie, Uranographie, Physik und Naturwissenschaft. Prinz Kung hat für diesen Theil des Unterrichts einen gelehrten französ. Missionär, die fertig Chinesisch spricht und schreibt, gewählt. Derselbe hat sich bereits ans Werk gemacht und ist mit der Anfertigung einer Weltkarte von 10 Meter Durchmesser sowie mit der Herstellung eines physikalischen Kabinets beschäftigt." Der Prinz hat ihm drei berühmte chinesische Gelehrte untergeordnet, die

Digitized by Google

ihm in seinen Arbeiten behülflich sind. Die Kaiserin-Mutter will, daß ihr Sohn einstmals nach Art der europäischen Souveraine regiere; er soll die Minister, Beamten des Reiches und Gesandten der fremden Mächte empfangen und im Stande sein, sich mit ihnen zu unterhalten."

Nichtpolitische Zeitung.

Die eben erschienene Broschüre: „Die Fortschrittspartei und die Volksbildung" von C. A. Roßmäßler (Berlin, O. Janke) erörtert in kurzer Weise die Frage, ob nicht vielleicht die Führer des Volkes selbst die Schuld tragen, daß das Volk noch nicht reifer sei, und beantwortet sie dahin, daß allerdings die meisten Volksführer den Fehler begehen, sich nur an die gute Seite des deutschen Volks, an sein opfermuthiges Freiheitsgefühl zu wenden, dabei aber unberücksichtigt lassen des Volkes religiöses Bewußtsein und seinen unbegrenzten Wissensdrang, während doch gerade das Volk der Deutschen, wie kein zweites, ein Volk aus Einem Gusse sei, das im Ganzen eben nicht einseitig genommen werden wolle. Der Verfasser legt es der deutschen Fortschrittspartei ans Herz, künftig mehr als bisher auch für das Vorwärts in Wissen und Bildung und in religiöser Aufklärung bedacht zu sein; er fordert von Jedem, der da ein Führer sein wolle, daß er auch selbst in den bezeichneten drei Hinsichten Vorbild und Beispiel sei. Nebenbei widmet das Schriftchen auch einige herbliche Worte der ehrenhaften Anerkennung dem treuesten aller Mitarbeiter der Fortschrittspartei, nämlich — der Realtion, dieser widerwilligen Lehrerin des Volkes.

In Karlsruhe ist am 10. d. Mts. General v. Göler, Mitglied der ersten Kammer, und in Wiesbaden am 12. der herzogl. nassauische Regierungsdirektor a. D. Frhr. Adolph v. Malapert-Neufville gestorben.

Die „Neue Sundine" schreibt; „Bei den aus der Schill-Sammlung noch vorhandenen disponiblen Summen wird es möglich sein, in angemessenerer Weise, als bisher geschehen konnte, auch die Stelle zu bezeichnen, an welcher Schill in der Fährstraße in Stralsund fiel. In die Mauer des daneben gelegenen Hauses wird sein Brustbild, in gebranntem Thon, en face und in militärischem Schmucke dargestellt, eingefügt werden. Die Ueberheit, die in nicht zu langer Frist vollendet sein soll, ist wiederum dem Bildhauer Holbein in Berlin anvertraut."

Am zweiten Feiertage war bei einem Besitzer in Czernowo eine kleine Gesellschaft, die sich durch Tanz belustigte; plötzlich schlug der Blitz ein und tödtete drei der anwesenden Personen. Ein Vierter wurde lebensgefährlich beschädigt.

Neueres.

Großbritannien. In der Unterhaussitzung erwiderte Palmerston auf eine Interpellation, daß die Regierung keine Nachricht habe, ob Frankreich Amerika seine Vermittelung anzubieten, beabsichtige: England habe noch nicht die Absicht der Vermittelung.

□ **Frankreich.** (Korr.) Bei Eröffnung des Mauerkongresses in Paris erklärte Marschall Magnan, daß er von Revision der Statuten und von Unterwerfung des schottischen Ritus — abstrahire; ferner daß er Rechnung stellen wolle von seiner Amtsführung; er habe aber nur 63 Frs. in der Kasse vorgefunden. Beschloß hierauf die Gesellschaft, die Gebrüder Reges, die Handlanger des Tzgroßmeisters Murat vorzuladen. Magnan wird seine Stelle niederlegen, und derselbe vom früher gewählten Prinzen Napoleon ersetzt werden. Murats Kassengriffe waren schon längst bekannt.

Italien. Es bestätigt sich, daß dem Papste drei Adreß-Entwürfe vorgelegt wurden. Der erste Entwurf, der von Mgr. Gerbet, Bischof von Perpignan, unter Mitwirkung von Herrn Louis Veuillot, herrühren, wurd etwas matt in den Ausdrücken befunden. Der zweite, der aus der beredten Feder des Mgr. Dupanloup geflossen, enthielt in einer zarten Anspielung eine Danksagung für Frankreich, dessen Militär-Occupation das Papstthum vor den gröbsten Gefahren beschützt habe. Die österreichischen und siebenbürgischen Prälaten verfaßten dieser Redaktion ihre Zustimmung, indem sie bemerkten, sie könnten Frankreich nicht für einen Schutz danken, den auch Oesterreich dem heiligen Stuhle zu gewähren bereit gewesen sei. Die Adresse, welche angenommen wurde, ist von dem Kardinal Wiseman entworfen. Die Bischöfe, welche die Adresse an das Kirchenoberhaupt unterzeichneten, um zu erklären, daß die weltliche Gewalt nothwendig zur Unabhängigkeit des Papstes sei, um Alles, was Pius IX. zu dem Zwecke, die Rechte des heiligen Stuhles zu vertheidigen, gethan hat, gut zu heißen und zum Widerstande zu ermuthigen, sind allem Anscheine nach entschlossen, hierbei stehen zu bleiben, weil diese Kundgebung ihren Zweck verfehlte, wenn sie in Frankreich keinen Nachhall hervorriefe. Daher ist dem Vernehmen nach die Mehrzahl der französischen Prälaten, welche die Hauptursheber der Adresse an Pius IX. sind, entschlossen, sofort nach ihrer Heimkehr ihren Sprengeln in Hirtenbriefen mitzutheilen, was sie in Rom zur Vertheidigung der weltlichen Gewalt des Papstes gethan haben, und auch in ihren Mandements auf den Inhalt der Adresse zurückkommen. Der „Ind. b." wird berichtet, „daß die französischen Kardinäle in Rom die Verpflichtung eingegangen sind, daß sie in dem Falle, wo der Papst sich von Rom entfernen zu müssen glaubte, ihre Hofchargen aufgeben und ihren Sitz im Senate, dessen Mitglieder sie von Rechts wegen kraft der Bestimmungen der Verfassung sind, verlassen."

Der Wortlaut der Ansprache des Papstes an die Bischöfe am Schlusse des Konsistoriums vom 22. vor. M. ist folgender: „Ihr seid hier um mich versammelt, um die höchsten Ehren der Kirche den japanesischen Märtyrern zu ertheilen." Wie könnten wir diejenigen unserer Brüder vergessen, die in den diesem Augenblicke ganz in unserer Nähe, auf italienischem Boden, um der Gerechtigkeit willen Verfolgung erdulden. Bitten wir, daß der Herr sie stärke in diesem Kampfe, sie und alle Geistlichen, die ihnen mit so viel Muth und Ergebung nachfolgen. Bitten wir auch für die kleine Zahl der entarteten Priester, die sich von ihnen trennen und auf die Seite der Verfolger stellen. Bitten wir besonders für den Unglücklichen, der allein in dem ganzen Kreise der Bischöfe die heilige Sache verrathen hat. Flehen wir zu Gott, ihnen die Augen zu öffnen, ihr Herz zu rühren, sie auf die Wege der Gerechtigkeit und Wahrheit zurückzuführen. Die Umstände sind schwer; es können Zeiten kommen, wo ich nicht mehr wie heute Euch werde um mich versammeln können, meine Worte zu vernehmen, ja, wo es mir selbst nicht mehr möglich sein wird, Euch Allen meine Weisungen und Mittheilungen zukommen zu lassen. Bitten wir daher auch für die heilige Kirche, daß Gott die Uebel abwende, von denen sie bedroht ist."

Garibaldi hielt auf der Durchreise zu Gallarate in der Lombardei eine Ansprache an das Volk, in welcher es u. A. heißt: „Es haben bedauerliche Diskussionen stattgehabt, dies sein aber nur individuelle Meinungsverschiedenheiten, an denen die Brodkörungen, welche in Eintracht den Zweck der Einigung verfolgen, durchaus nicht Theil nehmen. Ein Jeder habe seine Fehler, es gebe keine vollkommenen Menschen; man müsse gegenseitig Nachsicht haben. Die Hauptsache sei, daß Alle, welche die Unabhängigkeit und die Größe des Vaterlandes wollen, einig bleiben.

Rußland. Das Bankkomite in St. Petersburg hat die unbeschränkte Verlängerung des bisherigen Kredits an abgebrannte größere Handelshäuser, sowie die Errichtung eines Syndikats behufs Kreditertheilung für kleinere Kaufleute beschlossen.

Die „Petersburger (Deutsche) Ztg." schreibt über die Feuersbrünste: „Von Mund zu Mund geht ein dumpfes grausiges Gerücht, und einer flüstert's dem Andern zu, und es wälzt sich Entsetzen verbreitend von Haus zu Haus — es sei nicht ein unglücklicher Zufall, der dies Elend hervorgerufen, es sei nicht ein unbewachter Augenblick, nicht das menschliche Vergehen kindischer Sorglosigkeit, das diesen furchtbaren Schlag auf unser Haupt herabgezogen — im Dunkeln schleichende Missethäter, Nichtswürdige, die aller Menschlichkeit baar den Krieg führen gegen die gesammte Menschheit — sie sollen den Funken gezündet, die Brandfackel geschwungen haben, die Tausende und aber Tausende arm und elend gemacht hat."

Amerika. Die Interventionen und Gewaltschritte Englands, Frankreichs und Spaniens in St. Domingo, Mexiko und Montevideo haben in Chile nicht geringe Aufregung verursacht. In Folge derselben hat sich am 22. v. M. hier in Valparaiso eine Gesellschaft unter der Bezeichnung „die amerikanischer Union" gebildet, und in allen andern Städten des Landes werden ähnliche Gesellschaften zusammentreten, um nach Kräften dem Bestreben der europäischen Mächte nach Beseitigung der republikanischen Regierungsform in den amerikanischen Staaten und der Einmischung in deren innere Angelegenheiten entgegenzuwirken.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 166. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 5 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Dinstag, 17. Juni 1862.

M* Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

Die technischen Schulen sind ein Produkt der Neuzeit, hervorgerufen durch die Fortschritte auf dem Gebiete des materiellen Erwerbslebens und durch das Bedürfniß des Staates nach technisch gebildeten Beamten. Es sind allerdings schon an 100 Jahre, seit die erste Realschule (in Berlin) gegründet wurde; allein wenn auch nach diesem Vorangange hier und dort ähnliche Anstalten auftauchten, so blieben sie immerhin nur vereinzelte Erscheinungen. Erst nachdem eine lange Friedensperiode die umfassendste Anwendung der außerordentlichen Fortschritte in Naturwissenschaften und Mechanik auf Industrie und Verkehr begünstigt hatte und in Folge dessen neue Verkehrsmittel und Verkehrswege geschaffen, der Weltmarkt umgestaltet und die Industrie zu einer kaum geahnten Höhe empor gehoben worden, machte sich ein allgemeines Bedürfniß nach zweckmäßig eingerichteten technischen Schulen geltend. Die eigentliche Organisation derselben in Deutschland datirt sich vom Beginn der 30iger Jahre. In Preußen erschien i. J. 1831 das erste Statut zur Regelung der Realschulen, und in wenigen Jahren darauf erhielten die Gewerbsschulen in Bayern ihre im Allgemeinen noch bestehende Einrichtung durch die allerhöchste Verordnung vom 16. Februar 1831 und die Vollzugs-Instruktion vom 4. April 1836.

Nur langsam und unter Kampf gegen mancherlei Hemmnisse konnten sich die realistischen Bildungsanstalten gegenüber den humanistischen zu einer als berechtigt zugestandenen Existenz empor arbeiten; und ob man auch von mancher Seite immer noch mit scheelen Augen auf sie blicken mag: der alte Streit zwischen Humanismus und Realismus erscheint heutigen Tages jedenfalls als ein müßiger. Die technischen Schulen haben einen realen Boden ihres Bestandes errungen, sie sind schon für die Gegenwart ein unabweisbares Bedürfniß geworden und werden es ohne Zweifel für die Zukunft in noch viel höherem Maße sein. Wenn diese Schulen bisher keine feste Form gewinnen und nicht nach allen Seiten hin vollständig befriedigen konnten; so liegt der Grund dessen wohl theilweise in der kurzen Zeit ihres Bestandes, in den ihnen im Wege stehenden Hemmnissen und auch, wie nicht abgesprochen werden soll, in der Unklarheit, in der man sich besonders Anfangs in Bezug auf Ziel und Gang des technischen Unterrichts befand; aber zum andern, und wie mir glauben, zum großen Theil, ist er in den nach Ort und Zeit vielfach wechselnden Ansprüchen an diese Schulen zu suchen, und man ist daher nicht berechtigt, das in ihrer Organisation zu Tage getretene Schwanken ihnen selbst oder ihren Leitern zur Last zu legen. Haben selbst die humanistischen Schulen in ihrer aus Jahrhundereten übernommenen festgeschlossenen Form nicht beharren können, sondern sich zu namhaften Konzessionen an das Zeitbedürfniß genöthigt gesehen, um wie viel mehr wird daher Ziel und Unterrichtsplan der realistischen Schulen, die eben ihre Wurzeln im unmittelbaren Leben selbst haben können, von der mächtigen Strömung der sozialen Leitbewegung mitbestimmt und umgestaltet werden müssen! Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, ob diese Art Schulen jemals eine Organisation gewinnen werden, welche man als feste und dauernde betrachten kann.

Es wäre dieses jedenfalls erst möglich, wenn auch die sozialen Zustände wieder in ein Stadium dauernder Ruhe treten würden, was für die nächste Zukunft wenigstens undenkbar ist. Aus dem eben Gesagten folgt, daß Staatsregierungen oder was sonst die Leitung solcher Schulen in der Hand hat, ihr Auge fortwährend auf das Bedürfniß des wirklichen Lebens gerichtet halten müssen, um den Anforderungen desselben an die technischen Schulen auch gerecht zu werden, weil letztere, sobald sie hinter dem Fortschritt der Zeit zurückbleiben, nothwendige Weise ihre Bedeutung verlieren müssen.*)

Die den technischen Schulen vor 3 Dezennien gegebene Organisation mußte gegen die theils gesteigerten, theils sonst veränderten Anforderungen des Lebens sich allmälig als ungenügend erweisen, und die Nothwendigkeit einer Reform wurde um so dringender, je länger man sie hinausschob. In der That hat auch in den jüngsten Jahren das technische Schulwesen fast der meisten deutschen Staaten eine durchgreifende Reorganisation erfahren, und zwar in einer Weise, die uns volle Anerkennung abnöthigt; — so, um von den gut eingerichteten Realschulen in Baden, Württemberg, Nassau und Sachsen zu schweigen und nur der beiden größten Staaten zu erwähnen, in Oesterreich durch das Statut des Ministers Grafen Leo Thun, sanktionirt vom Kaiser Franz Joseph am 2. März 1851 und in Preußen durch die Unterrichts- und Prüfungsordnung der Realschulen und höheren Bürgerschulen vom 6. Okt. 1859. Ein Vergleich dieser neueren Normative mit der obengenannten Vollzugsinstruktion vom 4. April 1836, zumal ein Gegenüberstellen der beiderseitigen Lehrpläne, zeigt augenscheinlich die erheblichen Fortschritte des technischen Schulwesens und bekundet schlagend die oben ausgesprochene Ansicht, wie der Wechsel des sozialen Lebens auch eine Umgestaltung der technischen Schulen zur Folge hat.

(Fortsetzung folgt.)

*) Unter Fortschritt der Zeit verstehen wir nicht die wechselnde Meinung und Mode des Tages, sondern die berechtigten auf solider Basis ruhenden Errungenschaften des Kulturlebens, namentlich im Bezug auf Landwirthschaft, Gewerbe, Industrie und Verkehr.

Deutscher Bund.

Bayern. Das am 14. Juni erschienene Regierungsblatt Nr. 26 enthält Allerhöchste Verordnungen, die Behandlung der Gerichtsverfolgten in den Kreisen diesseits des Rheines betreffend, dann die Behandlung des Tax- und Stempelwesens bei den Gerichten, Bezirksämtern, Rentämtern und Notaren betreffend, ferner eine Bekanntmachung, die Bildung der Landgerichtssprengel betreffend. — Wie man in militärischen Kreisen vernimmt, werden in nächster Zeit wesentliche Reduktionen des zur Zeit noch erhöhten Armeestandes eintreten; insbesondere verspricht man, daß die Wiederaufhebung des vor mehreren Jahren errichteten vierten Artillerie-Regiments baldthunlichst sei. — Die Redaktion des durch Kauf an Hrn. J. Knorr übergegangenen „Neuesten Nachrichten" ist Hrn. Albrecht, bisher bei der Redaktion der Süddeutschen Zeitung beschäftigt, übertragen worden, und derselbe wird von morgen an als verantwortlicher Redakteur unterzeichnen. Vom 1. Juli an soll hier ein neues Blatt kleinen Formats mit nationalvereinlicher Tendenz erscheinen.

§ **Oesterreich.** Wien, 14. Juni. (Privat-Korr.) In Bezug auf die neueste Finanzoperation, den Verkauf der 1860 Loose betreffend, ist zunächst zu bemerken, daß der Zudrang zur Concurrenz geradezu ein immenser sein muß. Neben Rothschild und der Creditanstalt, welche die Loose übernehmen werden, hat sich ein anderes Konsortium präsentirt, das aus den ersten Bankhäusern Deutschlands besteht. Hieher rangiren vorzüglich die Darmstädter Bank, die Frankfurter Häuser Erlanger und Bethmann, und endlich das Hamburger Haus Merk und Gompag. Die Dimensionen genommen sind ganz außer Betracht gelassen, obwohl sie in starker Anzahl anwesend sind. Der Wettstreit zwischen den Parteien ist gestern zu Gunsten Rothschilds und der Creditanstalt entschieden worden. Der Finanzminister hat sich die Gelegenheit zu Nutzen gemacht und den Preis seiner Waare gesteigert. Während die „Presse" noch vor einigen Tagen den Curs von 88 in schaden-

Digitized by Google

froher Weise als den Emissions-Cours der neuen 1860 Loose bezeichnete, wurde vorgestern dem Ministerium vergeblich 91 dafür geboten, und doch derselbe mindestens 92½ verlangen. Materialien ist aber das Silber-Agio noch um 4 pCt. gefallen und repräsentirt demnach die Steigerung nicht weniger als einen Gewinn von 8 pCt. gegen die Annahme der „Presse.“ So viel bis jetzt verlautet, bürften 70—73 Millionen von den Loosen auf den Markt kommen und 50 Millionen noch im Depot der Bank bleiben. Der Minister wird demnach in der Lage sein, nicht nur das Defizit zu decken, sondern auch der Bank sofort 10—12 Millionen zu zahlen. Dem letzteren Umstande allein ist das rasche Fallen der Devisen und Valuten zuzuschreiben. — Für die zu emittirenden Loose haben sich schon die vorgestern Abend Mehrer in so starker Zahl gefunden, daß bereits über 150 Millionen gezeichnet sind, so daß eine Reduzirung auf mindestens die Hälfte stattfinden muß, was bei öfterr. Staatsanlehen noch niemals der Fall war und von einer sehr erfreulichen Kräftigung unseres Staatskredits zeugt.

— Wir verlautet, stehen in dem Personalstande des siebenbürgischen Guberniums bedeutende Veränderungen bevor. Mehrere der ältern Räthe sollen pensionirt und durch jüngere, den Ansichten der Gesammtregierung ergebene Persönlichkeiten ersetzt werden, um in diesen Regierungskörper eine durchdringende Majorität zu schaffen und das unerquickliche Verhältniß zwischen dem Hofkanzler und dem Gubernium zu beseitigen.

Sachsen. Dem sächsischen Gerichtsdirektor und Notar Richard Ludwig aus Pegau, in Betreff dessen die wegen seiner Betheiligung an den Maireignissen von 1849 gegen ihn eingeleitete Untersuchung durch k. Verordnung niedergeschlagen worden, ist das Recht zurückgegeben worden, die Notariatspraxis auszuüben.

Die Zweite Kammer begann am 14. die Berathung des Handelsvertrags zwischen Frankreich und dem Zollverein. Von den 13 Rednern, welche sich, außer dem Referenten und dem Staatsminister v. Friesen, an der allgemeinen Diskussion betheiligten, erklärte sich keiner principiell gegen den Vertrag, welchem die Einen mit Freuden, die Andern mit Ueberwinden von Bedenken, Einige unter noch vorbehaltenen Bedingungen zustimmen zu wollen erklärten. Die Spezialberathung der Vorlage wurde auf den 16. angesetzt.

Hannover. Der ständische Verfassungsausschuß hat seine Anträge zu dem Gesetzentwurf über die Abänderung der Verfassung und des Wahlgesetzes überreicht. Der § 1, dem Könige das Recht zu gewähren, statt eins der Mitglieder in die erste Kammer zu senden, ist abgelehnt, ein Antrag auf Ernennung von drei Mitgliedern, von denen zwei Minister sein müssen, ist im Ausschuß mit Stimmengleichheit gefallen. Der Wunsch nach zeitgemäßer Reform der Ritterschaft wird wiederholt. Zu den Wahlen für die wie in zweiter Kammer stimmberechtigten Deputirten der evangelischen Geistlichkeit soll nach den Ausschußanträgen das Land in vier Hauptwahlbezirke getheilt werden, deren jeder in mehrere Urwahlbezirke zerfällt. Wähler sollen nicht allein, wie die Regierung vorgeschlagen, die Generalsuperintendenten und Superintendenten sein, sondern alle im Urwahlbezirke im geistlichen Amte stehenden ordinirten evangelischen Geistlichen.

Kurhessen. Aus Kassel noch immer keine Entscheidung, obgleich der Uebergangszustand, wie aus unseren heutigen Korrespondenz hervorgeht, bereits anfängt, die ernstesten Schwierigkeiten zu entwickeln. Charakteristisch genug erwartet man jetzt vor allem von der Abreise der Fürstin von Hanau die Lösung, da der Kurfürst ohne sie es nicht lange in Kassel aushalten und folglich bald ein Ende machen werde. Inzwischen beginnt sich das preußisch-österreichische Einverständniß hinsichtlich Kurhessens anzudeuten zu trüben. Graf Rechberg ist der Briefstägerrolle überdrüssig, und will auf diesen Fall, wie begreiflich, dazu helfen, daß das neue Ministerium mit einem preußisch gefärbten Programm ins Amt komme.

Mecklenburg. Durch ein Gesetz vom 30. Mai c. ist für beide Mecklenburg die wichtige Bestimmung getroffen worden: daß ein gesetzlich erlangtes Heimatsrecht nur dann verloren wird, wenn der Ortsangehörige eine andere Heimat erlangt hat.

Thüringen. In der letzten Sitzung des Meininger Landtags vor Pfingsten kam die Gewerbe-Ordnung zur Berathung. Ohne jede Opposition wurde die Gewerbefreiheit adoptirt, der ganze Gesetzentwurf angenommen. Da aber nach den gefaßten Beschlüssen die Konzessionsertheilung für Preßgewerbe nur von der Justiz, nicht aber von der Verwaltung abhängen soll, so wird das ganze Gesetz vielleicht die Zustimmung der Regierung nicht erlangen.

Dänemark.

Ueberall, wo wo die nach Kopenhagen sich begebenden Studenten abgingen oder wo sie durchkamen, äußerte sich unverkennbare Sympathie und Begeisterung für dieselben. So in Christiania, von wo 250 Studenten auf dem Dampfschiffe „Eindenaes“ am 9. nach Malmö abfuhren, um sich daselbst mit 300 Upsalensern zu vereinigen, die, durch Stockholm kommend, auf dem Dampfschiffe „af Chapman“ die Reise machten; so in Stockholm; so in Malmö, so in Wisby auf der Insel Gotland; endlich in Lund, wo wiederum 200 Studenten der dortigen Universität zu ihnen stießen. Es sind 750 Studenten in Kopenhagen eingetroffen.

„Afton-bladet“ spricht sich in einem längeren Artikel über die Studentenversammlung aus. Er erinnert zuerst daran, daß vor beinahe 20 Jahren zuerst Kopenhagener Studenten nach Upsala sich begeben haben, und daß vor 17 Jahren die erste große allgemeine Studentenversammlung in Kopenhagen stattgefunden habe, die von Studenten sämmtlicher nordischen Universitäten besucht worden sei. Seit dieser Zeit hätten die gegenseitigen Besuche sich öfter wiederholt und was früher verboten gewesen oder doch mit Mißtrauen beobachtet worden, der wechselseitige Ideenaustausch sei nunmehr erlaubt und frei. Die „skandinavischen Ideen“ hätten sich immer weiter verbreitet und immer tiefere Wurzeln in den Gemüthern gefaßt; die praktische Bethätigung und Realisirung derselben aber sei nicht Sache der Jugend, sondern müsse den Staatsmännern und den Repräsentanten der nordischen Volksstämme überlassen bleiben. Es sei daher zu hoffen und zu wünschen, daß die schwedischen und norwegischen Studenten während des Ausenthalts in Kopenhagen sich nicht in die Detail- und Parteifragen des dänischen Volkes mischen werden. Trotzdessen wird es, wie aus dem Programm der Versammlung hervorgeht, nicht ganz an politischen Diskussionen von Seiten der akademischen Jugend fehlen; doch werden diese keinen öffentlichen, sondern nur einen privaten Charakter an sich tragen. Auch werden nichtpolitische Berathungen, z. B. unter den Philologie-Studirenden der 3 nordischen Universitäten stattfinden, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach unter Andern auf den Unterricht in den nordischen und in den fremden Sprachen auf denselben beziehen werden.

Schweiz.

Die vom Bundesrath mit dem Studium der Pulvermühlen in Deutschland beauftragte Offizierskommission hat ihren Bericht erstattet. Auf den Antrag des Departements hat der Bundesrath beschlossen, den Kriegsministern von Preußen und Bayern für den seinen Delegirten gewordenen ausgezeichneten Empfang zu danken. — Die bayerische Regierung stellt das Ansuchen für Gegenrecht bei politischen Bestrafungen. Der Bundesrath lehnt dies ab und verweist dabei auf die in den schweizerischen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen.

Niederlande.

Wie sich die „Köln. Ztg.“ aus dem Haag schreiben läßt, hat sich die holländische Regierung kürzlich an den Kaiser Napoleon gewandt, um wegen eines Handelsvertrags mit Frankreich Unterhandlungen anzuknüpfen. Man habe das französische Kabinet bereit dazu gefunden, so bald schon die Bevollmächtigten, welche die Verhandlungen leiten sollen, bezeichnet würden.

Großbritannien.

Persigny ist mit seiner politischen Mission vollständig geschieden. Nach den Aeußerungen einer ihm ziemlich nahestehenden Persönlichkeit, hätte bei dem ersten Wort, welches er mit Lord Palmerston in Bezug auf eine Mediation gewechselt, dieser sofort die Ihee als unausführbar bezeichnet. — Im Unterhaus beantragte Baring, das für die Besatzung von Lagos vorgeschlagene Botum von 4000 Pfd. St. zu verwerfen, weil die Regierung den Häuptling von Lagos ungerechter Weise abgesetzt und prostituirt habe. Lapard erklärte darauf, es habe kein anderes Mittel zur wirksamern Bekämpfung des Sklavenhandels an der afrikanischen Küste gegeben. Der ehemalige Häuptling, der eine Creatur des abgesetzten Königs von Dahomey gewesen sei, besitze sich jetzt bei seinem Ruhegehalte von 1000 Pfd. St. in einer viel glücklicheren Lage als da er auf seinem schmutzigen und sehr gebrechlichen Throne saß. Die Motion ward abgelehnt und das Votum genehmigt.

Italien.

Nach der in römischen Angelegenheiten seit gut unterrichteten „Armonia“ ist man in Rom darauf gefaßt, daß die Franzosen unter dem Vorwande der Schwäche der Garnison die Garnisonen im Gebiete des Patrimoniums räumen und sich blos auf die

Digitized by Google

ewige Stadt beschränken werden; von da ab bis zur völligen Räumung werde noch eine ziemlich geraume Zeit verfließen, doch sei auch diese im Prinzip beschlossen. „Aber," setzt das klerikale Blatt hinzu, „während dieser Zwischenzeit werde sich die katholische Christenheit ermannen und die Pläne der Usurpatoren zu nichte machen." Der Papst hat, dem Finanzministter bereits eine halbe Million Scudi einhändigen lassen, die, vom Peterspfennige herrühren, welchen die Bischöfe nach Rom mitgebracht haben.

Amerika.

Mr. Clellan berichtet amtlich vom Schlachtfelde vor Richmond am 1. Juni: „Der Feind benutzte gestern Abend ein schreckliches Unwetter, um unsere rechte Flanke anzugreifen. General Carey's Division, die in erster Linie stand, wich unerklärlicher Weise, eine zeitweilige Verwirrung verursachend, während deren die Kanonen, das Gepäck und die Wagen verloren gingen. Aber die Generale Heintzelmann und Kearnly führten wacker ihre Truppen vor und hielten den Feind auf, und gleichzeitig brachten wir mit großer Anstrengung noch 20stück Geschütze herüber, die den Feind mit dem Bayonnet zurückdrängten. Heute Morgen suchte der Feind den Kampf zu erneuern, wurde aber auf allen Punkten zurückgeschlagen. Wir haben schwere Verluste erlitten, aber die des Feindes müssen ungeheurer sein." General Fremont hat durch forcirte Märsche, von Frankland aus, Strasburg erreicht und besetzt. General Jackson zieht sich vor ihm zurück. — Laut neuesten Depeschen waren die Sonderbündler außer Stande, ihre Truppen wieder zu sammeln und hatten sich in der Richtung nach Richmond zurückgezogen. Die Föderalisten waren bis Fair Oak, 5 Meilen von Richmond, vorgerückt.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 2. bis 3. Juni).

Samstag. Abwechselnder Regen und Sonnenschein ist der Natur und an der Börse charakteristische abgekämmte Pfingstwoche. Im Ganzen war der Sonnenschein vorherrschend; bei alle dem kann aber die Hausse nicht recht in dauerndes Fahrwasser gelangen und man laviirt hin und her. In der Politik nichts Neues von Bedeutung. Auf unsere Börse ist Besonders empfindlich den Wiener Bericht, der sich bis jetzt in ablehnenden Schritt verwahrt gethan, da die neue Emission der 1860er Loose grosse Summen aus dem Auslande nach Wien bringen wird.

Oesterr. Fonds stiegen und wichen mit den telegraphischen Valutenkursen aus Wien. Am meisten gewannen an Valuta-Metalliques, von denen bpCt. vorgestern bis 55½, um 1⅜ pCt. höher bezahlt wurden. National, nur ⅛ pCt. gestiegen, schliessen heute zum vorabendlichen Kurse. Von Loosen namentlich die 1860er um über 1 pCt. gestiegen.

In süddeutschen Staatspapieren ist Geschäft, doch kurzen bei Beginn für einzelne Kategorien höhere Kurse verlangt und bewilligt. Von fremden Staatspapieren haben Russen bei uns bereits volles Bürgerrecht verlangt und wurden für Geldanlagen ansehnliche Posten zu 92 resp. 94% vom Markt genommen.

Von Kreditaktien war in österreichischen die Spekulation sehr belebt, der Kurs hob sich am Mittwoch bis 205, konnte sich aber nicht ganz behaupten und schliesst 203½. Die Aspekten sind unlängbar günstig, die Anstalt operirt seit einiger Zeit wieder mit Glück und Geschick.

Auf dem E.-B.-Aktienmarkt wenig Veränderung. Rhein-Nahe fest und scheinen ihre Hausseetendenz fortsetzen zu wollen. Taunus wurden durch eine starke Verkaufsordre gedrückt, fanden aber heute zu dem ermässigten Kurs Käufer. Hanauer Bahn.

Von industriellen Gesellschaften, deren Aktien bei uns kursiren, vertheilt die Ettlinger Spinnerei nach beträchtlichen Abschreibungen und Abzahlungen 6 pCt. Dividende. — Von den Zuckerfabriken gehen gute Nachrichten ein, man erwartet eine sehr reichliche Rübenernte. Die Karlsruher Maschinenfabrik hat in voller Arbeit und zu Besserung der Lohnmotiven anzurühmen, so dass man das Defizit des Vorjahrs zu decken, vielleicht noch eine kleine Dividende herauszuschlagen hofft. Die badische Tabaksgesellschaft hat die beschlossene Reduktion ihrer Aktien verlässig noch vertagt, bis sich die Resultate des Geschäftes bestimmter gestalten werden.

Diskonto fehlt, doch ist an der Börse Geld gerade nicht abundant und sind ganz leidliche Zinsen zu bedingen. Wechsel unverändert hoch, doch langen Paris aber angeboten, dagegen London in Erwartung einer Diskontoerhöhung sehr fest. Napoleonsd'or für Wien und Italien in grossen Posten zu steigenden Kursen gekauft, b Fr. Stücke für Hamburg resp. London. (Akl.)

W Umschau in der Volkswirthschaft. W

Die großartigsten Werke der Industrie und die mächtigsten Werkzeuge zur Schöpfung neuen Gebens sind die Eisenbahnen. Niemand bezweifelt diesen Satz; aber trotzdem wird er falsch verstanden; man schätzt jenes für größer als dieses. Die Anlage der Werke, der Aufwand des Kapitals sind meist so imposant, daß man davor zurückschrickt, daß der Erfolg, die Siegerung des Verkehrs, den man nur in kleinen Einzeltheilen erkennt, dagegen verschwindet. Vergleicht man nur die Anlage einer Landstraße mit der einer Eisenbahn, so wird Niemand an der Ertragsfähigkeit jener zweifeln, weil er Aufwand und Erfolg besser übersehen kann; während bei dieser Aufwand und Erfolg so weit auseinander liegen, daß man keine Ertragsfähigkeit erkennt. Man lese nur die Berichte über die Anlage von Eisenbahnen, besonders von kleineren Orten; man denkt nicht, daß ein so ungeheures Werk, wie eine Eisenbahn, durch kleine Orte führen, ertragfähig werde, daß diese Bäche einen Strom bilden. Man kommt deßhalb zu den ungeheuerlichsten Begründungen; der Weltverkehr soll durch Gebirg und Wald über unbefannte Orte geführt werden, damit die an sich nothwendige Eisenbahn ertragfähig werde. In Nassau wird z. B. schon seit 12 Jahren für eine Bahn mitten durchs Land gewirkt. Die Seitenthäler des Main, der Lahn und Sieg, durch welche sie geführt werden soll, sind so reich, daß eine Bahn sehr gut rentirt; man glaubte aber erst auf die Verkehrslinie von Frankfurt nach Köln hinweisen zu müssen, damit die Bahn ertragfähig scheine. Man bedenkt nicht, daß, abgesehen von den Schönheiten des Rheines, für die jeder Geschäftsreisende selbst mehr Zeit und Fahrgeld verwendet, eine Menge von Städten zwischen jenen Orten liegt, die der Geschäftsreisende besuchen muß. — In Hessen wird für eine Bahn durch den Vogelsberg gewirkt. Anstatt nun der natürlichen Verkehrsströmung, die mit den Hauptthälern von Norden nach Süden zieht, nachzugehen, will man quer über die Thäler hinaus von Gießen nach Fulda und Schweinfurt bauen. Weil nun jeder Mensch einsieht, daß eine solche verkehrte (?) Anlage durch den inneren Verkehr nicht ertragfähig würde, will man den Weltverkehr über die Gipfel des Vogelsberges ziehen. Der gerade Weg, behauptete neulich eine Broschüre, von Ostende über Köln nach Wien und Dessa führe über Siegen, Gießen, Schweinfurt. Wenn Verschlechterungen bloß in Büchern ausgesprochen würden, hätten sie keine Gebeulung, sie werden aber zum Schaden der gesammten Volkswirthschaft aufgeführt. Die Richtung des Weltverkehrs war Schuld, daß die ganze obere Donau brach gelegt wurde. Man schritt quer über die Seitenthäler der Donau auf München los, damit man auf dem kürzesten Weg Wien erreiche. Jetzt, wo die Noth der Donauländer an den Tag tritt, sucht man die Straße wieder auf, die durch Jahrhunderte ein bedeutender Verkehrsweg gewesen. Am Main halte man den Zug der Wasserstraße als den natürlichsten und bedeutendsten Verkehrsweg erkannt; man glaubte aber als Weltstraße auf dem kürzesten Weg von Aschaffenburg nach Würzburg eilen zu müssen und zube mitten durch den Spessart und legte die allen Städte Klingenberg, Miltenberg, Wertheim brach. Trotzdem der Verfall dieser Orte um Hülfe ruft, verstand man den Nothruf doch nicht. Anstatt die untere Neckarbahn von Heidelberg nach Mosbach durch das Mudauthal nach dem Main zu führen, die brachgelegten Orte, bes Main in den Verkehr zu ziehen, schritt man quer hinüber nach Würzburg.*) Am schlimmsten hat man aber der Mosel mitgespielt. Um Deutschland auf dem kürzesten Weg zu durchjagen, zog man eine Bahn von Beusset über Lugemburg nach Trier, von da durch das Saarthal und quer über's Gebirg nach Mainz und Mannheim. Die obere Mosel beherrscht zwar ihren Verkehrsstrom, weil hier, zu glücklicher Weise ein anderes Land, Frankreich, interessirt war, dem unteren aber wurde die Lebensader mitten durchgeschnitten. Die Noth der Schiffer ist so groß, daß die Trierer Regierung sie selbst erkannte. Worms aber die Quelle des Uebels will man jetzt noch nicht erkennen; die preuß. Regierung will eine Bahn quer durch die Eifel von Köln nach Trier legen und so der Schifffahrt auf der unteren Mosel völlig den Garaus machen. — Zu der Verkennung wirthschaftlicher Grundsätze kommen dann häufig noch politische Rivalitationen. An der oberen Donau steht das badische Gebiet bis hart an die Donau. Die badische Regierung will eine Bahn von Möhringen nach Donaueschingen bauen; weil sie sich mit der Württemberger nicht einigen kann, wird die Stadt Tuttlingen und das ganze Donauthal brach gelegt und die Eisenbahn quer übers Gebirg geführt. Die Opposition der öftern. Regierung gegen eine ungarische Bahn bis zur Meeresküste ist ja bekannt, als daß man darauf besonders zu verweisen brauchte. Die politischen Gründe, welche auch Kurhessen und Mecklenburg wirthschaftlich ruinirten, lassen so brennend vor uns, daß wir sie nicht der Eisenbahnen wegen zu berufen brauchen.

(Der Erdölhandel in Amerika. Es ist merkwürdig, daß während der Baumwollhandel mit den südlichen Staaten Nordamerika's beinahe sein Ende erreicht hat, ein anderer Handelszweig, der von gleicher Wichtigkeit zu werden verspricht, in den nördlichen Staaten und in Kanada einen raschen Aufschwung nimmt. Alle Berichte stimmen in der Angabe überein, daß die Oelquellen in Pennsylvanien und Kanada in immer ergiebigerem

*) Woran leinenwegs die bayer. Regierung schuld, sondern die sonstige also ganz non der badischen. Wir nahmen überhaupt diesen Artikel nur auf, um unsern Lesern auch eine Gegenmeinung vorzuführen.

Maße Erdöl liefern. Montreal ist jetzt mit einem aus diesem Mineralöl destillirten Gas beleuchtet, und es nimmt so rasch die Stelle von Steinkohlengas ein, daß wir, statt Steinkohlen aus England nach Amerika auszuführen, um Gas zu erzeugen, aller Wahrscheinlichkeit nach große Quantitäten Erdöl zur Gasgewinnung einführen werden. Bereits sind 20,000 Fässer Erdöl auf dem Wege nach England, und obgleich ein Krieg mit Amerika den Lieferungen einigermaßen Einhalt thun wird, so dürften doch die Ausfuhren aus Kanada über St. Johns in New-Braunschweig fortdauern. Man wird den hohen Werth des Erdöls erkennen, wenn wir anführen, daß man außer der Erzeugung eines schönen Gases, daraus auch noch Wachs für die Bereitung der Paraffinkerzen, Benzolin und ein vortreffliches Maschinenöl gewinnen kann.

Neueres.

Bayern. Se. Maj. der König hat aus dem Gewinnantheil der München-Aachener Mobiliar-Feuerversicherungsanstalt einer Anzahl Gemeinden von Oberbayern zur Anschaffung von Feuerlöschgeräthschaften u. dgl. Unterstützungen im Gesammtbetrage von 3700 fl. zugewendet. — Der k. Regierungsrath bei der Finanzkammer von Mittelfranken, Hermann Grießhammer, wurde zum Rathe beim obersten Rechnungshofe in München befördert.

Sachsen. Großes Bedenken hat die Kammer-Deputation an der Bestimmung des Artikel 31 des Handelsvertrages genommen, wonach keine Ausfuhrverbote gegen Frankreich anders als auch gleichzeitig gegen andere Nationen erlassen werden sollen, insofern unter diesen andern Nationen auch deutsche Bundesstaaten verstanden werden könnten. Sie empfiehlt daher den Vertrag nur mit der auch von der Regierung gemachten Voraussetzung zu genehmigen, daß jene Bestimmung nicht auf die nicht zum Zollverein gehörigen deutschen Bundesstaaten Anwendung erlebe.

Frankreich. Die „Presse" nimmt sich heutigen Tages französischen Intervention in Amerika den Mund, zu fragen, was denn Frankreich dazu sagen würde, wenn bei einer Rebellion des Elsasses Deutschland seine Vermittlung in Paris anbieten würde? Die Sklavenstaaten seien eben so gut Rebellen gegen die Union als ehmor die Vendee gegen den Konvent. Alle französischen Blätter, in denen noch ein Funken Rechtssinn ist, erklären sich gegen die Mediation und gegen die Expedition als unmoralische, gegen das Völkerrecht laufende Unternehmungen.

Rußland. Ueber die großen Feuersbrünste in Petersburg liegen jetzt ausführliche Berichte vor, denen wir Folgendes entnehmen. Die Feuersbrünste vom 2., 3. und 4. d. M. haben einen so gefährlichen Charakter gehabt, daß die abscheuliche Brandstiftung nicht zu bezweifeln ist. Das erste Feuer, am 2. d. M. entstand früh 5 Uhr in der großen Ochta, in einem Hause gerade über von einer Polizeistation, verbreitete sich vermöge eines starken Windes über drei Straßen und legte sämmtliche Gebäude derselben in Asche. Mittags um 1½ Uhr brannten 25 Häuser mit Hintergebäuden u. s. w. in der großen Georgievskajastraße, darunter die von Peter dem Großen 1703 erbaute Kapelle der h. Jungfrau von Smolensk. Tags darauf gegen Mittagszeit wurde Feuer gemeldet im Quartier von der Chamskaja; dasselbe verbreitete sich nach dem anderen Ufer der Ligowka, wo die Häuser, meist Holzgebäude, den Flammen Nahrung gaben; alle Gebäude an der linken Seite der Ligowka brannten nieder. Am 4. Juni, früh 2 Uhr, entstand wiederum ein Brand in der kleinen Ochta in einem Militärhause, wobei gegen 40 Häuser in Asche gelegt wurden. Die Feuerwehr hatte kaum die Brandstelle verlassen, als Nachmittags gegen 3 Uhr ein großes Feuer am Erbjenmarkt aufging. Fast gleichzeitig wurde ein neues Feuer signalisirt, in der Kobilioffstraße. Um dieselbe Zeit wurde ein Kaufmannshaus in dem Bechtukoff ein Raub der Flammen; Abends 11 Uhr ging nochmals ein Gebäude gegenüber der Nabschinskaja in Feuer auf. Am 9. entstand wieder ein gräßliches Feuer in der Nähe der Bank, die stark in Gefahr war, da in einem Nebau an dieselbe bereits zwei Zimmer ein Raub der Flammen wurden. Jedoch ist dies Stadttheil man sonst unbeschädigt geblieben, aber der kommerzielle Stadttheil um dasselbe herum hat stark gelitten. Der Brand begann auf zwei Seiten gegen 4 Uhr Abends und dauerte fort bis zum anderen Morgen. Ein Theil des Ministeriums des Innern und des Unterrichtsministeriums sind dabei in Flammen aufgegangen. Nur der Umsicht ist die Verhütung noch größeren Unglücks zu verdanken. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Am 10. durchzogen beobende Gerüchte die Stadt, wonach für die nächsten Tage neue Brände beschrieben wurden.

Amerika. Nach dem amtlichen Berichte des Generals Zaragoza an den mexikanischen Kriegsminister über die Vertheidigung Puebla's griffen die französischen Truppen ein Fort dreimal an, wurden aber jedesmal zurückgeschlagen. Auch auf anderen Punkten geworfen, mußten sich die Franzosen endlich zurückziehen und ihre Todten und Verwundeten auf dem Schlachtfeld zurücklassen, welche die Mexikaner bebanbeten. Der Verlust der Franzosen an Todten und Verwundeten wird vom General Zaragoza auf etwa 1000 Mann angegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Course der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. 3. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. dito.	88 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53¼ G.
„	4½ pCt.	49½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅞ G.
„	4½ pCt. Obl. 15hlr. dito.	103¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½hlr. dto.	103¾ G.
„	4 pCt. Obl. 15hlr. dto.	101⅛ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅛ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾—⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	109 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	103¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99¼ P.
„	3 pCt. Obl.	94 P.
Spanien	3 pCt. ind. Sch. P. A 18 R. 80	49 P.
„	3 pCt.	43¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1222½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	759—60 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	202½—3½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	— o.D.
Darmst. Bank k. u. 2. Serie à fl. 250	2181½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	81 P.
Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	89½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334P.333G. o.D.
Frankfurter Hanbelsbank	71½ P.
Oest. F.-M.-Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 28 kr.	241 P.
„ Eliash.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
„ Eliash.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34½ P.
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt. .	1345¼ P.
Pfälz. Maxb. b. Bothschild à 4½ pCt.	1094 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 5 pCt.	537⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P.248G. o.D
Span. Handels- und Industrie . .	525 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	595 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	1061⅛ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	1061¼ P.
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	99⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98⅝ B.
Cöln Th. 60 k. S.	99⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . . .	93⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sst. W. l. S.	93½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99⅛ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	85⅛ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit pCt.	78½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 B.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74⅛ P.	„ „ 20 do.	37½ P. ⅛ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	123¼ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	125¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	25⅝ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lloyds mit 9½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	101⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	20⅛ P.
Badische fl. 35	55¼ G.	Anah.-Gunsenh. fl. 7-L.	12⅜ G.

Frankfurt, 16. Juni. Oesterr. Kreditaktien zu niedrigeren Kursen eröffnet; schlossen zur vorgestrigen Notiz. Die übrigen öffent. Fonds, sowie Bankaktien und Anlehensloose waren etwas matter. Süddeutsche Fonds preishaltend. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½ ⅝, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ ⅝, ½ umgesetzt. (Sbnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 167. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Mittwoch, 18. Juni 1862.

M* Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

(Fortsetzung.)

Wir werden nicht nöthig haben, im Einzelnen nachzuweisen, daß auch das eben erwähnte bayerische Normativ v. J. 1836, ob es gleich mit der Prätension in die Welt trat, daß durch dasselbe der bayerische Staat seinem Mittelstande die höheren Bildungsquellen mit unübertroffener, vielleicht unerreichbarer Großartigkeit" darbiete,*) gegenüber dem heutigen Stande der technischen Bildung als größtentheils veraltet und unhaltbar bezeichnet werden muß. In Wirklichkeit ist auch die Organisation unserer Gewerbsschulen jenem Statut in mehrfacher Beziehung nicht mehr conform; es haben diese sich allmälig mehr oder weniger dem Zeitbedürfniß accommodirt und so wenigstens das geleistet, was bei einer theilweise nicht mehr passenden Grundverfassung immer möglich war. Für die Dauer aber läßt sich der gegenwärtige Zustand unmöglich halten. Diese Ueberzeugung theilen gleichermeise mit dem einsichtsvollen Theil des Gewerbs- und Handelsstandes unbefangene Fachmänner und Staatsregierung. Man kann der Letzteren nicht den Vorwurf machen, daß sie sich bei den ringsum regen Reformbestrebungen passiv verhalten hätte. Seit nahezu 10 Jahren beschäftigt man sich auch bei uns mit der Reorganisationsfrage; Kommissionen auf Kommissionen wurden einberufen, aber während diese Frage in einem Nachbarstaate um den andern ihren Abschluß erhielt, ließ bei uns das Resultat von Jahr zu Jahr auf sich warten. Wir wollen hier den Gründen nachgehen, aus welchen sich diese lange Zögerung aufhellen ließe, aber bedauern mußte diese Erfolglosigkeit so vielfacher Berathungen jedenfalls, indem ein, wie man sagt, von offizieller Seite ausgegangener Bescheid unter der Ueberschrift: „Ueber eine Revision der technischen Schulen in Bayern" mit klarer Einsicht in die Sache die Mängel unserer technischen Schulen darlegte und sehr zweckmäßige Grundzüge zur Reform derselben bot, so daß ein erfreuliches Resultat um so mehr zu erwarten war, als die inzwischen veröffentlichten Statuten der technischen Schulen unserer Nachbarstaaten viel brauchbares Material entgegenbrachten.

Im vorigen Jahre endlich wurden vom Landtag die Mittel zur Errichtung von „Realgymnasien" verlangt und von denselben auch gewährt, und so weit war doch wenigstens ein Schritt aus dem Dunkel der Kommissionsberathungen auf das Gebiet der praktischen „Organisation" geschehen.

Sofort erhoben sich aber auch in verschiedenen öffentlichen Blättern Stimmen mit ernsten Bedenken gegen diese neue Art von Schulen und zwar nicht von einer der technischen Bildung feindseligen Seite, sondern offenbar von Fachmännern selbst, und der Handels- und Gewerbsrath von Oberfranken sprach in Uebereinstimmung mit diesen Bedenken den Wunsch aus, es möge von Errichtung der Realgymnasien abgestanden und dort, wo es Bedürfniß sei, den Gewerbsschulen ein 4. Kursus angefügt werden. Es liegt nicht in unserer Absicht, die gegen die Realgymnasien vorgebrachten Einwendungen einer Kritik zu unterziehen, schon deßhalb nicht, weil zu einem gründlichen Urtheil der spezielle Plan über Einrichtung dieser Schulen zu Gebote stehen müßte, was z. B. noch nicht der Fall ist. — Die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit dieses Instituts wird eben von der Organisation abhängen, welche ihm gegeben wird; a priori läßt sich also weder pro noch contra sprechen. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, daß, sofern sie überhaupt Bedürfniß sind, selbst eine anfänglich unvollkommene Einrichtung noch nicht berechtigt, den Stab über sie zu brechen, weil sich doch voraussetzen läßt, daß sie mit der Zeit schon in die rechte Bahn gelangen werde. Nach diesen Anschauungen vermögen wir in keinem Falle die Befürchtung zu theilen, daß durch die Realgymnasien der Ruin der Gewerbsschulen herbeigeführt werde; im Gegentheil glauben wir und der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß gerade durch deren Errichtung die Gewerbsschulen ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgegeben werden, die doch wohl darin besteht, die Vorbildung für den praktischen Gewerbsbetrieb zu gewähren. Dabei gehen wir aber von der Annahme aus, daß auch die Gewerbsschulen eine durchgreifende Reform erfahren und gegenüber den Realgymnasien nicht stiefmütterlich behandelt werden.

Das Hauptbedürfniß, mit welchem unsere Gewerbsschule zu kämpfen hatte und welches ihren Aufschwung am meisten lähmte, war die Doppelaufgabe, deren Lösung ihr zugemuthet wurde: sie sollte einerseits für die polytechnische Schule, also für den technischen Staatsdienst und die höhere Technik die Vorbildung geben, und andererseits eine abgeschlossene Bildung für den niederen gewerblichen und landwirthschaftlichen Betrieb gewähren. Diese beiden Aufgaben laufen dann doch zu weit auseinander, als daß sie sich so leicht vereinigen ließen, und die Gewerbsschulen mußten sich von beiden Seiten den Vorwurf ungenügender Leistung machen lassen. Es ist Thatsache, daß, abgerechnet die Zöglinge der Handels- und landwirthschaftlichen Abtheilungen, nur sehr wenige dem Gewerbsbetrieb sich widmende Zöglinge die Gewerbsschule frequentiren — und ebenso bekannt ist, daß die Lehrer und Vorstände der polytechnischen Schulen über ungenügende Vorbildung der Gewerbsschulen Klage führen. Auch die Verbindung der merkantilen und noch mehr des landwirthschaftlichen Unterrichts mit dem gewerblichen erwies sich nicht von Vortheil, zudem dieser Fachunterricht zu früh begonnen wurde, und in der nur einjährigen allgemeinen Vorbildung des 1. Kursus eine unzureichende Basis vorfand.

Dies wird nun für die Folge hoffentlich anders werden. Während den Realgymnasien die Vorbereitung für die höheren technischen Studien zufällt, werden die Gewerbsschulen dem bürgerlichen Mittelstande die in unserer Zeit erforderliche Ausbildung gewähren. Bei der Bedeutung, die der Gewerbsstand schon jetzt erlangt hat, und die sich schon in der nächsten Zukunft durch die größere Freiheit des Gewerbsbetriebs noch bedeutend steigern wird, erscheint es nöthig, daß sich ihm Bildungsanstalten eröffnen, welche mit Entschiedenheit die gewerbliche Bildung verfolgen und in diesem Streben nicht durch andere Rücksichten beeinträchtigt werde. Ob dieses Ziel für die Folge besser erreicht werde, als es bisher der Fall gewesen, das wird eben auch durch die künftige Organisation der für die gewerbliche Vorbildung bestimmten Schulen bedingt sein. Da hierüber noch nichts Bestimmtes in die Oeffentlichkeit gelangt und also auszunehmen ist, daß auch diese Frage an entscheidender Stelle noch nicht zum Abschluß gebracht ist, so dürfte es wohl noch an der Zeit sein, praktische Vorschläge nach dieser Richtung vorzulegen. Schon hatten wir die Materialien zu einer Schrift zurecht gelegt, in welcher wir unsere Ansichten über zeit- und zweckgemäße Einrichtung der Gewerbsschulen in die Oeffentlichkeit zu bringen gedachten, als uns der so eben bei Leop. Voß in Leipzig erschienene „Entwurf einer zeitgemäßen Organisation des technischen Unterrichts zunächst im Hinblicke auf die bevorstehende Reorganisation des technischen Unterrichtswesens im Königreiche Bayern, bearbeitet von einem Fachmanne" zukam. Diese umfassende Brochure enthebt uns der weiteren Arbeit, weil die in derselben ausgesprochenen Prinzipien und die Vorschläge zur Verwirklichung derselben mit der unsrigen sowohl im Allgemeinen als auch fast durchweg im Einzelnen übereinstimmen. Hat uns diese Schrift einerseits aufs Neue in unseren Ansichten bestärkt, so freuen wir uns andererseits, dieselben von so gewandter Feder und in so entschiedener Weise vor der Oeffentlichkeit vertreten zu sehen. Der Verfasser ist mit sich über Bedeutung, Ziel

*) III. Cap. § 37.

Digitized by Google

und Umfang des technischen Unterrichts nach dessen verschiedenen Beziehungen und Abstufungen vollkommen im Klaren, verbindet umfassende Fachkenntnis mit gesunden pädagogischen Grundsätzen, bietet einen wohldurchdachten, organisch gegliederten, in allen einzelnen Teilen in einandergreifenden, harmonisch abgerundeten Plan, und schwerlich ein unbefangener Beurteiler seine Zustimmung wird versagen können.

Fachmänner werden mit Freuden diese gediegene Arbeit begrüßen und die eben mit der Reorganisation des technischen Schulwesens in Bayern beschäftigten Stellen werden, wie man hoffen darf, in dort gegebenen Vorschlägen sich wohl auch nicht zu täuschen brauchen.

Da der technische Unterricht heutzutage ebensowenig wie der Volksschulunterricht nur eine ausschließliche Angelegenheit der Regierungen oder Fachleute sein darf, sondern das allgemeine Interesse aller Gebietern, besonders der Stadtverwaltungen, Industriellen, Landwirthschaften, Gewerbe- und Handeltreibenden in Anspruch nehmen muß, so wird es gerechtfertigt erscheinen, wenn wir den Inhalt jener Brochure durch Darlegung und Beurtheilung der Grundzüge derselben auch dem nicht fachkundigen Publikum zugänglich machen.

„Die Staatsregierung hat die Pflicht durch Errichtung zweckmäßiger Unterrichtsanstalten der heranwachsenden Jugend zu jeder Art von Ausbildung, wie sie sowohl das öffentliche Leben als insbesondere der technische Staatsdienst fordert, Gelegenheit zu geben, sie darf aber die Benützung dieser Gelegenheit nicht mehr einschreiben, als es für den Zweck unumgänglich nothwendig ist; sie darf nicht fordern, daß die Ausbildung für einen bestimmten Beruf durchaus in einem von ihr bestimmten Gange erlangt werden muß." — Auf diese Forderungen stützen sich die Motive für Errichtung technischer Unterrichtsanstalten, nach deren Erörterung folgende allgemeine Prinzipien aufgestellt werden:

1) möglichst vielfältige den verschiedenen Richtungen der Technik entsprechende Einrichtung;

2) möglichst freie, nur durch die unumgänglich nothwendigen Vorkommnisse bedingte Benützung derselben;

3) Aufhebung aller Absolutorialprüfungen und durchgängige Einführung von Aufnahmsprüfungen nach genau formulirten Prüfungsprogrammen.

Nach den zwei Hauptrichtungen der Technik: „der praktischen oder arbeitenden" und „der wissenschaftlichen, anordnenden oder leitenden" müssen auch zwei Arten von technischen Schulen organisirt werden und zwar von der ersten Stufe des technischen Unterrichts an.

„Für die praktische Richtung der Technik muß der vorbereitende Schulunterricht nicht nur eine allgemeine Schulbildung geben, wie man sie heutzutage von einem Jeden fordert, der einmal mit dem gebildeten Theile der Gesellschaft in geschäftlichen Verkehr treten will, sondern auch auf die Mittheilung solcher Kenntnisse gerichtet und zugleich beschränkt sein, welche geeignet sind, dem Arbeiter die Anwendung seiner Handfertigkeit zu erleichtern, welche ihm die nothwendige Einsicht in das Wesen seines Geschäftes verschaffen und ihn in den Stand setzen, die von Andern überkommenen praktischen Vorschriften ihrem Werthe nach zu prüfen, zu verbessern und den Umständen gemäß abzuändern."

Der Unterricht für diese Richtung bietet zwei Stufen, für welche je eigene Schulen zu errichten wären:

a) Gewerbsschulen mit 3-Jahresklassen für den allgemeinen Vorbereitungsunterricht zum Eintritt in die gewöhnlichen Gewerbe, und zugleich zur Vorbildung für die nächste Stufe.

b) Schulen für spezielleren Fachunterricht nach 3 Richtungen: Mechanikschulen, Handelsschulen, Landwirthschaftsschulen von je 2 Jahresklassen. Diese letzteren Schulen würden mit den Gewerbsschulen in Verbindung stehen, und es können je nach lokalem Bedürfniß sämmtliche oder nur einzelne der andere Abtheilung errichtet werden, von welchen jedoch jede selbständig neben der andern besteht. Für die Schulen der untern Stufen möchten wir den Namen „Realschule" statt „Gewerbschule" in Vorschlag bringen, nicht sowohl, weil derselbe in sonst allgemein angenommener ist, sondern mehr, weil er uns bezeichnender erscheint; dagegen dürfte der Name „Gewerbeschule" mehr auf die „Mechanikschule" passen.

Hier finden diese Gliederung ebenso natürlich, als für Erlangung einer gründlichen Bildung nothwendig, und ihrem Zwecke bestimmten Berufes Aufgabe, daß der Fachunterricht nie zu früh, nicht vor vollendetem 14. Lebensjahre beginnen soll, daß derselbe erst ein allgemeiner Unterricht zur Gewinnung einer allgemeinen technischen Vorbildung vorausgehen habe, daß er aber, ein mal begonnen, auch mit allem Ernste und mit Verwendung der ganzen Unterrichtszeit auf denselben betrieben werden müsse.

(Forsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Die bis jetzt eingelaufenen Anmeldungen von Schützen (die offizielle Angabe der Schweizer, Tyroler und Münchener fehlt noch aus) lassen den Schluß zu, daß das Fest von über 5000 Gästen besucht werden wird. Das Budget der Ausgaben entspricht sich in runder Summe auf 100,000 fl. Neuerdings wurden 75 Secretäre, welche die Schießprotokolle führen, und fast ebenso viele Wagner gewählt, aufgeboten wird das Linienmilitär zu verschiedenen Dienstleistungen (als Zeiger rc.) verwandt. Das freiwillige Artilleriekorps wird die Salut- und Signalschüsse abfeuern, zu welchem Zweck das Zeugamt 4 Kanonen zur Verfügung stellte. Die Zahl der Droschken in der Stadt wird während des Festes um 50 vermehrt. Die größte Schwierigkeit bietet das Unterbringen der Schützengäste, da die jetzt nur etwa 4000 Offerte bei dem Wohnungskomite eingelaufen sind. Die Gebäudezeichnungen solcher, die keinen Raum für Gäste haben, beträgt etwa 3000 fl. Die Hoffnung, die Schullokalitäten (da gerade Ferien während des Festes sind) zu Schlafstätten zu verrichten zu können, ist insofern vereitelt worden, als das Konsistorium die Hergabe verweigerte; doch können noch die Lokale der Musterschule und der Philanthropie benützt werden, über welche das Konsistorium keine Verfügung hat. Außerdem sind die Turnhalle und die bekannte Reitschule zu dem angegebenen Zweck in Aussicht genommen. Einige hundert Betten sind von den Frankfurter Militärbehörden zugesagt; die noch fehlenden hofft man von den gleichen Behörden in Mainz rc. zu erhalten. Ueberhaupt legen die Militärbehörden eine nicht genug zu rühmende Gefälligkeit und Bereitwilligkeit an den Tag, so daß in den Komite's bereits die Frage berathen wurde, auf welche Weise man sich dankbar beweisen könne.

Alle Meldungen über den derzeitigen Stand der Frage des französisch-preußischen Handelsvertrags stimmen darin überein, daß die Art ihrer Lösung ganz wesentlich von den Entschließungen Bayerns abhänge. Darauf rechnet man wohl nicht, daß eine unbedingte Weigerung von einem Zollvereinsstaat ausgehen werde. Aber auf die zu stellenden Gegenbedingungen kommt es natürlich am meisten an, um beurtheilen zu können, ob dieselben von den beiden Paciscenten als annehmbar, oder nicht, werden befunden werden; der zweite Fall käme einer Verwerfung des Vertrags gleich.

** **Bayern.** München, 16. Juni. (Bf.-K.) Nach vollständiger Wiedergenesung von seiner schweren Krankheit hat der k. Kriegsminister, Generalmajor v. Spies, heute sein Portefeuille wieder übernommen. Dasselbe war bei der Erkrankung des K. Ministers zuerst dem Generallieutenant v. Bosch, seit 20. Januar d. Js. aber dem Generallieutenant v. Hohenthal übertragen, dem für seine Mühewaltung die allerh. Anerkennung zu Theil wurde. Dem Universitätsprofessor in Erlangen, Dr. F. v. Schindlein wurde das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen.

Preußen. Die „Stern.Z." erklärt in einem etwas höhnischen Artikel, die Illusionen, das Abgeordnetenhaus werde durch die Adreßdebatte in ihrem Beschluß eine Aenderung der Ministerium herbeiführen, werden nun wohl geschwunden sein. Gerüchte über „prinzipielle" Ministerveränderungen können keinen Glauben mehr finden. Der politische Kampf gegen das Ministerium in der Budgetlage „namentlich bei den Militärvorlagen werde, hoffentlich nicht fortgesetzt werden, da die Regierung allen billigen Wünschen in umfassender Weise entgegen gekommen sei. Die Wahrung des Ansehens und Interesses werde den Landtag zu einer möglichst einträchtigen gesetzgeberischen Thätigkeit bestimmen."

Der in Berlin gehaltene Anwaltstag hat einige Beschlüsse gefaßt, welche den allgemeinen Interessen und Bedürfnissen gewiß sein können. Dahin gehört die Aussprechung der Ueberzeugung, daß die Staatsdiener-Eigenschaft der Rechtsanwälte und die Disziplinargewalt der Richter über dieselben, sowie solche zur Zeit noch gesetzlich bestehen, im Wege der Gesetzgebung aufzuheben seien; ferner die Forderung der freien Advokatur, sowie der Geschäftsvereinigungen, namentlich der deutschen Anwaltsvereine, welche eine Verbindung mit dem preußischen für wünschenswerth erachtet, und weiter Beschlußfassung über gegenseitige kollegiale Mittheilung zu zwischen den deutschen Anwälten außerhalb Preußens, welche dem hiesigen beitreten und die Anwaltszeitung zu Mittheilungen benützen wollen, die in gestal-

Digitized by Google

ten, wobei vorzugsweise an Kurhessen, Waldeck u. s. w. gedacht war, wo die Unzucht der politischen Verhältnisse derartige Vereine nicht hat aufkommen lassen. Um so mehr ist auf der andern Seite das Sonderinteresse zu bedauern, aus welchem neben der Forderung der freien Advokatur die des Anwaltzwanges hervorgegangen ist, und in noch höherem Maße das beschlußmäßige Vorhaben, mit dem nächsten deutschen Juristentage in Wien eine Separatbesprechung der Interessen der Rechtsanwälte zu verbinden. Nicht dringend genug kann von diesem Vorhaben abgemahnt werden, da es, ausgeführt, in den Juristentag einen unheilvollen Riß bringen könnte, der um so mehr zu vermeiden ist, als letzterer bisher den sonstanten Beweis geliefert hat, daß er, von seinem Sonderinteresse fern, seine Kraft und Liebe nur allgemeinen deutschen Rechtsangelegenheiten zu widmen bestissen ist.

Baden. Vor 10 Jahren versammelten sich die aktiven Mitglieder der Freiburger Burschenschaft auf den Trümmern des Zähringer Schlosses und gelobten sich, wenn nach 10 Jahren noch eine Burschenschaft bestehen sollte", wieder an demselben Orte sich zu vereinigen. Ihre Hoffnungen sind in Erfüllung gegangen, die deutsche Burschenschaft blüht wieder auf, und lustig flattern ihr schwarz-roth-goldenes Panier auf den Zinnen des Schlosses. Zahlreiche ehemalige „Burschen" hatten sich eingefunden und mit der in Blüthe stehenden gegenwärtigen Burschenschaft „Teutonia" vereinigt; von 11 deutschen Universitäten waren Vertreter der betreffenden Burschenschaften gekommen, so daß das Fest einen allgemeindeutschen Charakter annahm. Am zweiten Festtage wurde ein großartiger Kommers im altertümlichen Saale des „Kaufhauses" gehalten, bei welchem sowohl von „Jungen" wie von „Alten" kräftige Worte gesprochen und jubelnd aufgenommen wurden. Ein ehemaliger Parlamentsabgeordneter bezeichnete bei dieser Gelegenheit das Streben der deutschen Burschenschaft mit den Worten: „Glaubt nicht, daß Ihr Euer Pflicht genügt, wenn Ihr die zu Euerm Berufe nöthigen Wissenschaften studirt; studirt auch Politik, treibt sie aber jetzt noch nicht, studirt sie, damit Ihr seiner Zeit sie zu treiben versteht." Die Betheiligung der Bürgerschaft war nahezu eine allgemeine. (N. K.)

Dänemark.

In dänischen Blättern zirkulirt jetzt eine politische Konfektur, deren Bewährheitung ausbrechen würde. Der Prinz Friedrich von Hessen will sein Palais in Kopenhagen verkaufen, weil er Kopenhagen für immer verlassen will. Die dänische, selbst die Regierungspresse bringt das mit Abdikationsabsichten des gegenwärtigen Kurfürsten von Hessen in ganz bestimmte Verbindung. (!)

Schweiz.

Von den japanesischen Gesandten in London ist eine, derselbst sich japanesische, Anwort, jetzt mit holländischer Uebersetzung, auf die Einladung des Bundesraths eingegangen, sie möchten die Schweiz besuchen. Die guten Leute bedauern, nicht am „Hofe Seiner Majestät" des Bundespräsidenten und des Bundesraths erscheinen zu können, da ihnen Zeit mangle (wörtlich). — Von den schweizerischen Kommissären bei der Londoner Ausstellung sind zum Bedauern des Bundesraths weder Bericht noch Katalog eingegangen. (Der dritte Alpenstelzhahn ist noch nicht recht ausgestellt; Kommissär Bogt von Bern hat sich durch Verhaftung des Solothurner Ingenieurs F., der das Alibi bewies, eine starke Blöße gegeben.)

Großbritannien.

Ein ehemaliger Freund und Kollege Kossuths, Bartholomäus Szemere, Minister des Innern unter Kossuth, nach dem 14. April 1849, warnt von London aus im „Dirndl" weitläufig und eindringlich seine Landsleute vor dem Kossuth'schen Projekt eines Donaureichs. „So viel und noch mehr Blut und Ungarn Oesterreich auch und zwar ohne den theuren Preis des Blutes, als Kossuths Ungarn-, Rumänen-, Serben-, Kroaten-Föderation. Meiner Ueberzeugung nach ist für uns vom Standpunkte sowohl der geistigen, als der materiellen Kultur das Bündniß mit dem deutschen Elemente, hundert- und tausendmal vortheilhafter." Auch sonst spricht sich Szemere nicht eben sehr günstig über Kossuth aus. „Ich sagte immer, daß er zuletzt noch irgend ein Monstrum zur Welt bringen werde", ohne Zweifel ist er ein ausgezeichneter Redner, ein seltenes Talent, aber noch mit weitem größer ist sein Ehrgeiz und seine Leidenschaftlichkeit und diese beiden Schwächen paralysiren nothwendig die Gediegenheit zu einem wahren Staatsmann." Er verlangt Unterwerfung, „wo gar nicht, da, wo nicht zu treten" ist sein Grundsatz. ... Und so ist er immer fort und fort richtungslos umhergeirrt. Bald schrieb er mit Lehru-Rollin und Mazzini republikanische Proklamationen, bald verband er sich mit dem Oligarchen Cavour und dem Autokraten Napoleon — wenn es noththat, auch gegen Garibaldi. Er gleicht dem umwindenden Schiffer, der es nicht versteht, das Schiff zu leiten, und nicht dahin gelangt, wohin er gelangen will, sondern wohin ihn Wind und Wetter führen. ... Was Kossuth vollkommen zu fehlen scheint, das ist das moralische Gefühl der Verantwortlichkeit. Wenn der jetzige belagenswerthe Zustand unseres Vaterlandes ihm auch nicht allein zuzuschreiben ist, so kann er doch wahrhaftig sagen: ich trage eine große Schuld daran."

Frankreich.

Wie aus London gemeldet wird, hat das Ausstellungspersonal im Industrie-Ausstellungspalaste schon mehrere für den (erwarteten) Prinzen Napoleon nicht sonderlich schmeichelhafte Anschläge in der französischen Abtheilung entfernen müssen. Prinz Napoleon, welcher seine Reise nach London bis zum Ende der nächsten Woche (?) verschoben hat, wird während seines kurzen Aufenthalts in der englischen Hauptstadt zwei große Diners geben, welche Tuiel und Chabot aus Paris liefern werden! Alle kulinarischen Künste sollen aufgeboten werden, um die Herzen und Mägen der französischen Aussteller den Prinzen Orleans freitig zu machen. Die Orleans stehen übrigens mehr als je auf dem Index. Den Pariser Blättern ist ausdrücklich verboten worden, ihrer zu erwähnen, und die „Independance belge" versäßt jetzt sogar mit dem Papierkorbe der Censur, wenn sich irgend ein Orleans in ihren Spalten blicken läßt. Auch mehrere deutsche Blätter hatten in letzter Zeit ein gleiches Schicksal aus gleicher Ursache. — Im Monat August wird der erste Band der Geschichte der Consis vom Herzog v. Aumale erscheinen. Begreiflich, daß dieses Werk in Frankreich nicht zirkuliren darf.

Spanien.

Als charakteristisch für den in der spanischen Presse zinslich Frankreichs herrschenden Geist erscheint die Behauptung der „Iberia", General Lorenzez führe vier Guillotinen mit sich, um dem „Suffrage universel" wegen Herstellung einer Monarchie mehr Nachdruck zu geben.

Italien.

Die „Monarchia nazionale" konstatirt das Ziel der Politik der zu Rom versammelten Bischöfe, kritisirt die Ansprache des Papstes und sagt schließlich, daß man eine ausgedehnte Reaktion gegen Italien zu schaffen versucht habe. Es sei bewiesen, daß der Kampf den höchsten Grad erreicht habe. Gegen große Uebel seien große Heilmittel nothwendig. „Das Gouvernement möge aufmerksam wachen und schnell losschlagen, weil man den Thatsachen nach zu dem letzten Alte gekommen sei. Wenn der neue Bau gelingt und Gerechtigkeit geübt werden wird, die nationale Uebereinstimmung von selbst kommen.

In der „Italia del Popolo" ist ein neues Manifest Mazzini's erschienen. Der republikanische Agitator erinnert zunächst daran, es sei mit dem Hause Savoyen gegangen, so lang es das große Werk der Einheit vorzubereiten zu wollen schien; heute aber sehe er, daß die Politik der Unthätigkeit vollständig triumphirt habe, und gegen seinen Versprechen erklärt er der Regierung, daß es seine volle Freiheit der Aktion wieder an sich nehme. Er will Rom und Venedig, er will sie ohne Verzug und kündigt der Regierung kommenden an, er werde nunmehr seine Rolle als Verschwörer und Leiter geheimer Komplotte wieder aufnehmen.

Rußland und Polen.

In Petersburg sind die meisten Thore gesperrt und die Hausmeister sitzen den ganzen Tag an der Pforte, und die Aus- und Eingehenden zu überwachen. Selbst die Kaleschenthore sind geschlossen, und wie wenig diese Vorsicht überflüssig, beweist der Umstand, daß man an der Kaserne der Gardekavallerie, ganz in der Nähe der Post, einen jungen gutgekleideten Mann verhaftete, der eine mit zündbaren Stoff gefüllte Flasche bei sich führte. Er soll die Stelle gesucht haben, wo dem Pulvervorrath (etwa 15 Pud) welcher in der Kaserne vorhanden, beizukommen wäre, und dabei verhaftet worden sein. Ganz sonderbar erscheint, was ich aber nicht verbürge, daß der Brandstifter verlangt haben soll, man möge ihn nicht vor den Polizeimeister des betreffenden Stadtviertels, sondern zu einem andern, den er nannte, führen. Brände sind nicht der Ruin der Assekuranz-Gesellschaften, sondern der unreichen Klassen, die in den seltensten Fällen ihr dürftiges Dach in den höheren Gebäuden assekurirt haben, und wenn z. B. in voriger Woche Hunderte von den kleinen Strafen-Kutschen (swostchiks) verbrannten, so gehörten diese nicht, wie in andern Städten, irgend einer großen Kompagnie, sondern jenen 10 bis 20 armen Teufeln, die dem Eigenthümer ihres Rosses und ihres kleinen Wagengestells eine

Digitized by Google

Familie erhalten. Dieß macht es um so mehr wünschenswerth, daß die Verbrecher bald entdeckt und schnell bestraft werden, weil sonst die Volkswuth — die schon jetzt die „Herren" bezichtigt — leicht auf falsche Fährte gerathen könnte.

Amerika.

Welche Widerstandskräfte Präsident Juarez den 5000 Franzosen entgegenzusetzen vermag, geht daraus hervor, daß Mexiko von 50—60,000 Soldaten unter General Ortega vertheidigt wird. Zugleich muß es die Erbitterung der Mexikaner aufs Aeußerste steigern, daß die Franzosen Almonte, das Haupt der reaktionären, ultramontanen Partei, mit sich führen. Hiedurch ist alle Möglichkeit von Unterhandlungen abgeschnitten. Endlich leiden die Franzosen unter dem Einfluß der klimatischen Verhältnisse und der Theurung aller Lebensmittel. Im Inneren des Landes sollen zwar die Gesundheitsverhältnisse günstiger sein. In Veracruz selbst aber kommen zahlreiche Fälle von gelbem Fieber oder Vomito vor. Die Stadt besitzt Lebensvorräthe aller Art, die man zu verhältnißm Preisen haben könnte, wenn nicht erdrückende Zölle auf ihnen lasteten. Die Franzosen leiden am meisten darunter, wenn der Wein ist augenblicklich zu theuer, daß die Soldaten mmäßlich davon trinken können; sie sehen sich deßhalb genöthigt, zu den Limonaden des Landes ihre Zuflucht zu nehmen, die schwächend und ungesund sind und an den meisten Fieberfällen Schuld tragen.

Asien.

Die Verbündeten setzen ihre Operationen gegen die Chinesischen Insurgenten in der Umgebung von Shanghai fort. Sie unternahmen eine zweite in größerem Maßstabe angelegte Expedition gegen die Stadt Chaopoo (18 Meilen von Shanghai, am östlichen Ufer des Whongpoo). Doch wurden vortrefflich angelegte Befestigungen gefunden, doch schlug die bessere europäische Artillerie sie bald mit namhaften Verlusten hinaus. Offenbar haben auch die Rebellen Europäer als Rathgeber in ihrer Mitte, und im offenen Felde sind sie den kaiserlichen Truppen vollkommen gewachsen. Diese konzentriren sich gegenwärtig in der Nähe von Nanking, wo die Rebellen überseits bis auf 300,000 Mann angeschwollen sein sollen.

Nichtpolitische Zeitung.

So weit jetzt bestimmt ist, wird der Prinz von Wales die auf Ende dieses Monats anberaumte Preisvertheilung der London er Ausstellung persönlich vornehmen. Bayern wird hiebei mit beiläufig 30 Medaillen und einer Anzahl von „lobenden Erwähnungen" genannt werden; letztere Auszeichnungen werden diesmal nicht in Diplomen, sondern in kleineren Denkmünzen bestehen. Das Verhältniß der Zahl der Aussteller aus Bayern zu den eigentlichsten Preisemedaillen stellt sich demnach so, daß schon auf den dritten oder vierten Aussteller eine solche trifft. Es ist beabsichtigt, ein Versammlungslokal der bayerischen Kunstleute in London zu gründen, was zu hören den noch zur Ausstellung reisenden Bayern gewiß nicht unangenehm sein wird.

Aus Paris wird berichtet: In der Sitzung der Akademie der Wissenschaften am 2. Juni legte Hr. Dumas in einer Denkschrift das Resultat seiner Versuche dar, das Chloroform bei chirurgischen Operationen durch Kohlensäure zu ersetzen. Den bisherigen Erfahrungen zufolge scheinen die Versuche vollkommen gelungen zu sein. Die Unempfindlichkeit des Patienten trat rascher ein, war eine vollkommene, und es zeigte sich nicht der mindeste nachtheilige Einfluß auf die Gesundheit.

Neueres.

Wie wir hören, sollen zwischen England und Preußen Verhandlungen wegen der Theilung Schleswigs schweben. Hoffentlich wird Nichts daraus auf eine schleunige Abfindung niemals eingehen; am wenigsten aber in einem Augenblick, wo das ganze Ergebniß des Handels ein nichtsbedeutendes Hinausrücken der Bundesgrenzen wäre. Wir müssen in Schleswig-Holstein den Rechtsstandpunkt so gut wahren, wie in Kurhessen, und wenn jetzt freilich die Zeit nicht ist, ihn den Dänen mit der Gewalt der Waffen aufzudrängen, so ist es doch noch viel weniger an der Zeit, ihn gegen ein elendes Linsengericht fahren zu lassen.

Oesterreich. Es wird versichert, daß demnächst eine wichtige Erörterung von Seite Oesterreichs in Sachen seiner kommerziellen Beziehungen zu dem übrigen Deutschland erwartet werden dürfe: Oesterreich sei zu weitgehenden Zugeständnissen entschlossen, um diese Beziehungen alsbald in innigster Weise zu knüpfen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	87½ G.	
„	6 pCt. Venet. Coupon b. R.	78¾ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	83⅞—82⅝ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅞ P.	
„	4½ pCt. „ „ „	48¼ P.	
„	4 pCt. „ „ „	—	
„	3 pCt. „ „ „	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	101⅞ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅞ P. 102⅝ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104 P.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.	
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	101 F.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ F.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ F.	
„	3 pCt. Obl. dto.	94 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 8. 2. 20	49 P.	
„	2 pCt. „ „ „	29½ G.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	123½ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	780 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201—98½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	s.D.
Darmst. Bank l., u. 2. Serie à fl. 250	219 P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditbank	89½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	s.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	89¼—88½ G.	
Oest. F. St. Eisb. à pCt. von Pr. à 36 kr.	225. G.	
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	190½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	80 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	33⅜ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	104¼ P. 1/4 G.	
Pfälz. Mald. b. Rothschild à 4½ pCt.	102¾ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅝ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P. 248G.	o.D.
Spau. Handels- und Industrie	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	325 F.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	104½ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106½ P.	
Providentia (Feuerver.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.	
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.	
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.	
Brem. 50 Th. Lad. k. S.	96⅜ B.	
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.	
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.	
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.	
London Lst. 10 k. S.	118½ G.	
Lyon Frs. 200 k. S	—	
Mail. Frs. 200	93⅜ G.	
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.	
Triest fl. 100 k. S.	—	
Wien fl. 100 k. W.	—	
do. 2 M.	—	
do. in fest. W. 1. S.	91⅞ B.	
Disconto	3 pCt. G.	

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99⅞ P.	
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73¼ P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73⅞ P.	
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	122½ P.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	125½ P.	
Mailand-Como fl. 14	—	
Badische fl. 50	104½ P.	
Badische fl. 35	24½ P.	

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅞ G.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133½ P.	
„ fl. 25 do.	37⅝ P. 1/4 G.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.	
Sardinien Fr. 36 b. B.	52⅜ P.	
St. Lotticb mit 2½ pCt. Z.	27¼ P.	
Vereins-Loose fl. 16.	23⅝ P.	
Anah.-Gunzenh. fl. 7-L.	13½ G.	

Frankfurt, 17. Juni. Die Börse war für öfter. Fonds im Allgemeinen in matter Stimmung. Besonders öfterr. Rational und Kreditaktien wurden zu weichenden Kursen verhandelt. Auch 4½pCt. Belgische Obligationen und Frankfurt-Hanauer-Eisenbahnaktien wurden williger abgegeben. Dagegen waren Franks. Bankaktien zu höheren Kursen begehrt. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½ bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½, ⅝ umgesetzt. (Schl.)

Morgen, als am h. Fronleichnamsfeste, erscheint keine Zeitung.

Digitized by Google

K. Hof- & Staats-
in
München.

Neue würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 168. | Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Insecaten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Freitag, 20. Juni 1862.

Aus den unterfränkischen Landraths-Verhandlungen.

Unklugsend an den im „Anzeiger“ gebrachten Auszug geben wir schließlich noch die Ansprache, womit der Präsident des unterfränkischen Landrathes, Univ.-Professor Dr. Debes die diesjährigen Verhandlungen beschlossen hat:

Meine Herren! Nach Erledigung sämmtlicher Berathungsgegenstände, welche uns vorlagen, sind wir nunmehr am Ziele unserer diesjährigen Wirksamkeit angelangt. Das Ergebniß unserer Berathungen ist in den der k. Kreisregierung übergebenen Protokollen, welche in wenigen Tagen auch durch den Druck in die Oeffentlichkeit gelangen werden, niedergelegt. Wir sind wohl zu der Annahme berechtigt, daß unsere mit bestem Wissen und Gewissen gefaßten Beschlüsse den wohlverstandenen Interessen der Kreisgemeinde entsprechen, und wir allen zu uns gerichteten billigen Anforderungen nach Thunlichkeit gerecht geworden sind. Von dem pflichtgetreuen und ersprießlichen Wirken unserer obersten Kreisverwaltungsstelle haben wir neuerdings erfreuliche Ueberzeugung gewonnen, und hiefür derselben gegenüber den Ausdruck unserer wohlverdienten Anerkennung im Protokolle der letzten Sitzung niedergelegt.

Erheben wir von den so befriedigenden Zuständen unseres Kreises den Blick zu jenen unseres gesammten engeren bayer. Vaterlandes, so begegnet derselbe allenthalben nur erfreulichen Erscheinungen.

Unter dem mildern Scepter unseres gerechten, weisen Monarchen, der sein eigenes Glück nur in der Beglückung und dem Wohlergehen seines Volkes findet, und in seinen darauf gerichteten Bestrebungen von ebenso einsichtsvollen als pflichtgetreuen Räthen kräftigst unterstützt wird, sehen wir das bayerische Volk fortwandeln auf der Bahn des ruhigen, gemäßigten Fortschrittes, sehen wir es allmählig auf gesetzlichem Wege gelangen zum Besitz aller Reformen im Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und organischen Einrichtungen, welche durch die fortgeschrittene Kultur, durch die sozialen Verhältnisse unserer Zeit sich als nöthig und ersprießlich erwiesen.

Der Förderung der materiellen wie der geistigen Wohlfahrt seines Volkes ist die landesväterliche Fürsorge des Monarchen gleichmäßig zugewendet, und wahrlich nicht ohne sichtbar hervortretende, reichlich lohnende Erfolge. Deßhalb umschlingt auch das Band des wechselseitigen Vertrauens Regierung und Volk bei uns fester als in irgend einem andern Staate. Darum ist auch das bayer. Volk seinem angestammten Regentenhause mit einer Innigkeit in Liebe und Treue zugethan, wie kaum ein Anderes. Möchte es uns nur auch vergönnt sein, einen gleichberuhigten, einen gleich erfreulichen Blick wie auf die Zustände unseres engeren bayerischen so auch auf jene unseres großen deutschen Gesammtvaterlandes werfen zu können.

Doch auch hier wollen wir nicht muthlos verzagen. Wir wollen unsere Zuversicht auch in dieser Beziehung auf unseren erhabenen Landesherrn richten, der durch sein ebenso entschiedenes als maßvolles und zugleich versöhnliches Auftreten neuerlich schon nicht ohne günstigen Erfolg an der Ausgleichung der inneren feindlichen Gegensätze gearbeitet hat, und zuversichtlich auch den Gefahren gegenüber, womit die deutsche Eintracht in diesem Augenblicke wieder, namentlich durch den projektirten Handelsvertrag mit Frankreich schwer bedroht ist, in seinen deßfallsigen Bemühungen nicht nachlassen wird.

Wir wollen und dem festen Vertrauen hingeben, daß es seiner Weisheit gelingen werde, die Verwirklichung von Bestrebungen abzuwenden, welche, mögen sie auch in Bezug auf Förderung des Nationalwohlstandes durch Herstellung einer größeren internationalen Verkehrsfreiheit zwischen Deutschlands zollvereinbündeten Staaten einer-, dann Frankreich und folgeweise andern westeuropäischen Kulturstaaten andererseits in ihrer Tendenz noch so gut gemeint sein, doch, abgesehen von der äußersten Zweifelhaftigkeit der Erreichung dieser Absicht für Deutschland ohne durchgreifende Abänderung vieler der verabredeten Vertragsstipulationen, des Tarifsatzes, in der Consequenz des eingeschlagenen Weges und gewählten Verfahrens dahin führen dürften, das so wünschenswerthe, ja für Deutschlands künftige Sicherheit und Wohlfahrt so nöthige allmählige Zusammenwachsen von Gesammtdeutschland zu einer ökonomischen Einheit durch Oesterreichs Ausschließung von derselben hintanzuhalten, und hiedurch auch den Keim zu einem unseligen und unheilbaren politischen Zwiespalte zu legen, der zollvereinbündeten Deutschlands Selbstbestimmungsrecht in den wichtigsten Fragen der finanziellen, handelspolitischen und sonstigen verwandten Gesetzgebung einem mächtigen fremden Nachbarstaate gegenüber zu opfern, und selbigem eine für Deutschlands Unabhängigkeit und Würde nicht unbedenkliche Handhabe zu Einmischungen in dessen innere Angelegenheiten zu verschaffen, überdies aber auch der nordischen deutschen Großmacht mit Ueberlassung der handelspolitischen Hegemonie den Weg zu einer politischen Präponderanz zu bahnen, neben welcher die Selbstständigkeit der übrigen zollvereinbündeten Staaten zu einem leeren Schattenbilde herabsinkt.

Schließlich wollen wir auch in unserer Zuversicht nicht wanken werden, daß in der so bedeutungsvollen, ihre befriedigende Lösung dringend erheischenden Frage der Reform des deutschen Bundes unsere Staatsregierung im engen Anschlusse an ihre gesinnungsverwandten Verbündeten, ihre gewissenhaften redlichen Absichten, die nöthigen Verbesserungen in den Grundgesetzen des Bundes herbeiführen und mit dem vom deutschen Volke als lebhaftest Bedürfniß empfundenen und sofort gewünschten neuen organischen Einrichtungen, allgemeinen gleichförmigen Gesetze und gemeinnützigen Anstalten, so weit solche noch abgehen, ins Leben zu rufen, bald von dem wünschenswerthen Erfolge begleitet sehen werde, und zwar unbeschadet des Fortbestandes der einzelnen Gliederstaaten in der ihnen rechtlich gebührenden Selbstständigkeit jedoch so, daß das gesammte Deutschland als eine zu Schutz und Trutz festgeschlossene politische Gesammtmacht dem Auslande achtunggebietend gegenüber stehe. Das walte Gott!

Getragen und gehoben von diesen Hoffnungen u. Erwartungen, lassen Sie uns vor unserm Scheiden als legalen Organ der unterfränkischen Kreisgemeinde den dieselbe durchdringenden Gesinnungen und Gefühlen der Liebe, Treue und Anhänglichkeit gegenüber dem huldvollen Landesvater dadurch den entsprechenden Ausdruck geben, daß wir insgesammt in den erhebenden Ausruf einstimmen:

Hoch lebe Seine Majestät unser allergnädigster König Maximilian II.

Mit der lebhaftesten Begeisterung stimmte die ganze Versammlung unter Erhebung von ihren Sitzen in diesen dreimal wiederholten Ausruf ein.

M. Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

(Fortsetzung.)

Den Eintritt in die „Gewerb-“ oder nach unserm Vorschlage in die „Realschule“ setzt der Verfasser ins vollendete 11. Lebensjahr und er stellt an die Eintretenden auch nur jene Forderungen, welcher etwa gute Schüler der 2. Klasse einer Elementarschule genügen können. Wir wünschten freilich, daß der Unterricht dieser Stufe den vollendeten Unterricht der Volksschule voraussetzte, demnach erst mit dem 12. Lebensjahre beginne und sich so auf zwei Kurse reduzirte, da auch wir mit Dr. Gg. Weber*), Direktor der höheren Bürgerschule in Heidelberg, der Ueberzeugung sind, daß „die höhere Bürgerschule und was sich Aehnliches an sie anschließt, mit der Volksschule zusammenhängte und nur mit dieser ver-

*) Schulrede, gehalten am Schluß des Jahres 1859.

Digitized by Google

bunten Gebrüchliches wissen könne" — und vollkommen das Urtheil Dr. Schanehergs theilen, daß die Realschulen, indem sie mit der Volksschule zu konkurriren gesucht und ihren Normallosen Vortrage zugethan, nur sich selbst geschadet, ihren Aufschwung gehemmt und ihren Standpunkt verrückt hätten*); allein da unsere Volksschulen leider noch nicht jene Sorgfalt zugewendet wurde, durch welche sie in den Stand gesetzt waren, gesteigerten Anforderungen zu genügen, und da tüchtig geschulten Knaben der Uebertritt aus der Volksschule in den 2. Kurs offenstieht, so wollen wir hierüber mit dem Verfasser nicht rechten. Der Lehrplan für die Gewerbeschule S. 72 behandelt das praktische Gebiet des Rechnens, und man mag demselben, wenn man ihn mit den Lehrplänen höherer Unterrichtsschulen und mit unteren Klassen der preuß. Realschulen vergleicht, den Vorzug vor letzteren einräumen. Von richtigem pädagogischem Takte zeigt das Streben, einer Klasse nicht viele Unterrichtsgegenstände aufzubürden, Unwesentliches lerne, und das dem speziellen Fachstudium Angehörige den späteren Stufen vorzubehalten. Wenn der Verfasser der franz. Sprache keinen Platz auf dem Unterrichtsplan dieser Stufe eingeräumt hat, so mag das beim ersten Anblick befremden, allein wenn man die S. 16 vorgebrachten Gründe erwägt, so muß man auch hier Beifall zollen. Für jene Zöglinge des 3. Kurses der Gewerbschule, welche zur Handelsschule übertreten, ist ohnehin Vorsorge getroffen, daß sie der §. 31 aufgestellten Forderung, schon einige Kenntnisse der franz. Sprache mitzubringen, genügen können, indem sie vom Lineargezeichnen dispensirt und dagegen im Französischen vorbereitet werden. Auf solchem Gewerbschulen müßten sie freilich sich durch Privatunterricht zu helfen suchen, oder im 3. Kurs an eine mit einer Handelsschule verbundene Gewerbschule übergehen.

In völliger Uebereinstimmung befinden wir uns mit dem Verfasser, wenn er (S. 26) die dürftige Einrichtung mehrerer Gewerbschulen, neben den eigentlichen tech. Kursen „Praktische Kurse für Landwirthschafts- und Handelsschüler herlaufen zu lassen, als eine „verfehlte" erklärt, weil dadurch die Schüler zu früh in eine bestimmte Richtung gedrängt würden und eine einseitige Bildung erhielten, weil trotzdem nicht die nothwendige Zeit zu einer tüchtigen Ausbildung in dem Berufsfache gewonnen werden könne und weil bei der geringen Theilnahme, welche die Schüler den andern Gegenständen widmeten, auch diese zerstreuend und hindernd auf den Fleiß und die Aufmerksamkeit in den Berufsfächern wirkten, — wesshalb denn auch diese Schulen bei weitem nicht das leisteten, was sie nach ihrem Namen bezwecken sollten. Darum werden auch für diese Zwelge selbstständige Schulen verlangt und für dieselben (S. 88, 95 und 101) Lehrpläne aufgestellt, deren Zweckmäßigkeit im Allgemeinen — Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen mögen immerhin geltend gemacht werden — nicht zu bestreiten ist.

Es ist schon mehrfach und besonders nachdrücklich von Prof. F. W. Klumpp**) die Ansicht ausgesprochen worden, der spezielle Fachunterricht werde erst dann von rechtem Erfolg sein, wenn er in unmittelbare innige Verbindung mit der praktischen Arbeit gesetzt werde, so etwa, daß der Gewerbs- und Handelslehrling die Hälfte der Zeit — den Vormittag — dem theoretischen Unterrichte, die andere Hälfte — den Nachmittag — der praktischen Thätigkeit zuwende. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung läßt sich nicht ableugnen, und es sind auch schon Versuche gemacht worden, derselben in der Praxis Geltung zu verschaffen, so unseres Wissens in den Privathandelsschulen zu Gera und Offenbach; auch die in neuerer Zeit gegründeten Ackerbauschulen verfolgen ein solches Ziel, — und die zu Würzburg in den letzten 2 Jahren errichtete Wiesen- und Weinbauschule fußt ebenfalls auf diesem Grundsatz, indem sie im Winter auf theoretische, im Sommer auf praktische Bildung ihrer Zöglinge hinarbeitet. Im Großen und Ganzen aber und bei den vom Staate gegründeten und geleiteten Schulen wird sich eine solche Organisation noch nicht wohl geben lassen, und zur Zeit dürften einer solchen auch die Vorurtheile der Lehrherrn entgegenstehen. — Indessen sucht der vorliegende Schulplan dieser Forderung wenigstens nach Thunlichkeit gerecht zu werden: für die Landwirthschaftsschulen, bei denen die Verbindung der Theorie und Praxis unerläßlich, wird eine entschieden praktische Richtung des Unterrichts (S. 36) und als unentbehrliches Attribut eine nicht zu kleine Oekonomie verlangt, mit den erforderlichen Gebäulichkeiten und möglichst annobirten Grundstücken, ausgerüstet mit den zu einem rationellen Betrieb nothwendigen Gerathschaften und Maschinen, und groß genug, um sich durch sich selbst zu erhalten, so daß sie nicht nur einen nicht zu kleinlichen Anbau verschiedenartiger landwirthschaftlicher Produkte gestatten, sondern die Produktion auch hinreicht, um den Unterhalt der in der Anstalt wohnenden Lehrer und Schüler und des erforderlichen Gesindes zu gewähren und eine dem Zweck der Anstalt entsprechende Viehzucht zu ermöglichen." — Auch für die Zöglinge der Mechanikerschule wird gefordert, daß sie, um beim Austritt aus der Anstalt sofort als praktische Arbeiter in eine mechanische Werkstätte übergehen zu können, diese und zusammenhängende Zeit auf das Arbeiten in der mit der Schule zu verbindenden mechanischen Werkstätte zu verwenden; deßhalb sollen die Vormittage dem wissenschaftlichen und zeichnerischen Unterricht, die Nachmittage der praktischen Thätigkeit gewidmet werden.

(Fortsetzung folgt.)

*) Zeitschrift „Raumann," 1864.

**) Deutsche Vierteljahrsschrift, Jahrgang 1864, Heft II.

Deutscher Bund.

Bayern. Das Löhnungsreglativ enthält eine Bestimmung, wonach die Unteroffiziere und die diesen gleichgeachteten Chargen ohne Unterschied der Waffengattung nach zurückgelegten 6, 12 oder 18 Dienstjahren zu einer Dienstzulage gelangen können, wenn dieselben in ein und demselben Grade verblieben sind. Dieser Bestimmung zufolge wurde in der Armee Hornisten, Trompetern und Hautboisten die Kapitulationszulage vielfach nicht mehr ausbezahlt, wenn solche inzwischen von der zweiten in die erste Klasse vorrückten. Durch ein Kriegsministerialrescript wird nun erläutert, daß diese Auslegung eine irrige sei und genannten Chargen die betreffende Dienstzulage auch dann ausbezahlt werden müsse, wenn eine Vorrückung in eine höhere Löhnungsklasse stattgefunden hat. Die Nachzahlung des irrthümlich Vorenthaltenen hat sofort vom 1. Okt. 1861 an stattzufinden.

Oesterreich. Das Programm Kossuth's hat der „Presse" zufolge in Ungarn ein totales Fiasco gemacht. Der stolze Magyar könne sich nun und nimmer an ein Reich anschließen, in dem er abwechselt auch von Bukarest, Belgrad oder Agram aus regiert werden soll. Das Urtheil, welches im Lande sich über das Kossuth'sche Donaureich-Projekt gebildet, lautet denn auch eben so einstimmig als einfach: „Kossuth ist wahnsinnig geworden."

Preußen. Der Kampf der beiden preußischen Kammern wird nächster Tage in hellen Flammen ausbrechen. Sobald nämlich das Herrenhaus — was man morgen gewärtigen darf — die Berathung des Ministerveramwortlichkeitsgesetzes zu Ende geführt hat und dasselbe dem Abgeordnetenhause zuschickt, muß dieses der Frage der Kontinuität der Herrenhausübungen über eine Auflösung des Unterhauses hinweg ins Gesicht blicken. Die Beenetnung der Frage ist nicht zweifelhaft.

Kurhessen. Seitdem Herr von Sydow in Kassel das preußische Ultimatum überreicht, ist ein voller Monat verflossen, und noch ist die verlangte Genugthuung nicht gegeben, die rechtmäßige Verfassung nicht hergestellt, das Regierungssystem nicht gewechselt worden. Preußen, halbgeklimpt, wie es durch den inneren Zwist jetzt ist, muß zum zweiten Male an den Degen schlagen, um den Kurfürsten zur Erlebigung unverzeihlicher Anstände zu stimmen. Dies geschieht denn in einem schon telegraphisch angemeldeten kurzen und drohenden Artikel der „Sternzeitung".

Frankreich.

Der Gesetzgebende Körper hat, wie voraussusehen, das Gesetz, nach welchem die Regierung 15 Millionen Franken für den Krieg in Mexiko verlangt, einstimmig angenommen. Der zur Zeit der Studentenunruhen verhaftete Greppo und noch 54 Andere sind wegen Geheimbundes vor die Gerichte verwiesen worden.

Italien.

In der Turiner Kammer wurde die Regierung interpellirt, ob es Grund habe, daß die französische Regierung gegen Abtretung der Insel Sardinien die Lösung der römischen Frage angeboten habe. Rattazzi erwiderte, dieses Gerücht sei vollständig aus der Luft gegriffen.

Türkei.

Die neueste Nachricht vom Kriegsschauplatz ist aus Mostar vom 14. Juni datirt und lautet: Dervisch Pascha ist wegen Mangels an Wasser und Proviant am 9. unbehelligt nach Bilek

Digitized by Google

zurückgekehrt, wo die Truppen sich sammeln und ausruhen. Die Montenegriner haben das für drei Monate reichlich verproviantirte Ritsch mit vereinter Kraft nochmals angegriffen und sind, mit geringen Verlusten auf beiden Seiten, zurückgeschlagen worden.

Rußland und Polen.

Neue Brandungsfäche werden aus mehreren größeren Städten Rußlands gemeldet. In Odessa haben in allen drei Nächten vom 5. bis zum 8. Juni große Feuersbrünste stattgehabt und erheblichen Schaden angerichtet. In der Gouvernementsstadt Tschernigow sind am 8. Juni die Kirche, 27 Häuser und sämmtliche 133 Kaufmannsläden abgebrannt. Im demselben Tage wurde die Stadt Sobrowsky vom Feuer zur Hälfte zerstört.

Amerika.

Die wesentlichsten Bestimmungen der am 26. Mai im Repräsentantenhause mit stärker Majorität angenommenen Konfiskationsbill sind folgendes: §. 1. Das Grundeigenthum, Eigenthum, Geld, die Schuldverschreibungen, Guthaben und Hafseligkeiten aller nachgenannten Personen sind der Regierung der Vereinigten Staaten verfallen, wo immer sie gefunden werden, zur Entschädigung der Vereinigten Staaten für die Kosten der Unterdrückung der gegenwärtigen Rebellion: a. Alle, welche in Zukunft als Offiziere der Land- oder Seemacht der Rebellion die Waffen gegen die Regierung der Vereinigten Staaten führen. b. Alle, welche in Zukunft als Präsident, Vizepräsident, Kongreßmitglied, Richter, Kabinetsbeamter, Gesandter im Ausbande, Kommissär oder Konsul der sogenannten konföderirten Staaten oder den eins derselben bekleidet. c. Jeder, der Grundeigenthum in einem loyalen Staat oder Territorium oder im Distrikt Kolumbia besitzt und die Rebellen unterstützt. §. 2. Ganz dasselbe gilt für alle übrigen Personen, welche nicht innerhalb 60 Tagen nach Erlassung eines bezüglichen Proklamation des Präsidenten zur Treue zurückkehren. Die übrigen Paragraphen enthalten Einzelheiten über das Verfahren bei der Konfiskation.

Volkswirthschaftliches.

(Rhein-Elbe-Kanal.) In Essen war am 14. d. M. das jüngst in Dortmund gewählte Comite für die Erbauung des Nordeutschen Kanals zur Verbindung des Rheins mit der Elbe, versammelt. Als die nächsten Aufgaben des Ausschusses wurden bezeichnet: 1) die definitive Feststellung der Kanallinie vom Rhein aus in der Nähe von Ruhrort durch das Emscherthal auf Dortmund und von da entweder über Bielefeld oder den Teutoburger Wald nach Porta oder über Minden und Bevergern nach Minden, alles unter Zugrundelegung der durch den Wasserbauinspektor Michaelis im Auftrage der Staatsregierung gemachten Vorlagen; 2) die näheren Verhandlungen mit der königlichen Staatsregierung über die Modalitäten, unter welchen das auf circa 13 Millionen veranschlagte Capital für die Rhein-Weserstrecke zu beschaffen sein dürfte, und 3) die Einleitung der Verhandlungen mit der königl. Hannoverschen und herzogl. Braunschweigischen Regierung über die Trassirung der Weser-Elbstrecke. Aus dem Verlaufe der Discussion war es ganz besonders ersichtlich zu entnehmen, daß die bis jetzt nur confidentiell geführten Unterhandlungen mit den einzelnen Staatsregierungen das beste Resultat versprachen und eben so constatirt werden konnte, daß das große Projekt selbst rücksichtlich seiner volkswirthschaftlichen Richtigkeit und Ertragsfähigkeit keinen Gegner mehr hat.

Nichtpolitische Zeitung.

In dem Dorfe H..... in der Pfalz rankt an der gegen Winde geschützten Südseite eines Stallgebäudes ein kräftiger Rebstock (ein schwarzer Frühburgunder) empor, der bereits mehrere vollkommen reife Trauben trägt. Es scheint, daß die an dem Stalle ausströmende thierische Wärme zu dieser fast wunderbar frühen Entwicklung das ihrige beigetragen hat. Im Jahre 1811, dem gesegnetsten dieses Jahrhunderts, fand man erst um Mitte Juli reife Trauben im Freien. Im ganzen Haardt-Gebirge hängen noch Winzerzuruf bereits die Trauben, d. i. die Beeren sind bis zur Hälfte ihrer Entwicklung fortgeschritten.

Die österreichische Staatseisenbahngesellschaft verwendet auf ihren Linien von nun an auch Frauen zum Bahnwärterdienst.

In Bezug auf den Düsseldorfer Bankier Reichenow, dessen Verurtheilung wie vor einigen Tagen gemeldet haben, dürften der Handelswelt folgende Einzelheiten von Interesse sein. Reichenow ist 41 Jahre alt, in Berlin geboren und war früher Wachtmeister im 2. Gardedragonerregiment; Sander, 34 Jahre Jahre alt, früher Soldat bei der Fremdenlegion in Algier, später preußischer Unteroffizier, zuletzt Cigarren- und Weißwaarenhändler. Reichenow war am 3. Juli v. J. 10 Uhr früh von der Bank ausgeschickt, um Geld und Papiere theils von hiesigen Bankiers, theils von der Post zu holen. Er hatte im Ganzen 102,449 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf. erhoben und sich damit sofort zu Sander begeben. Dieser verdarg ihn erst in einem Städchen hinter seinem Laden und später im zweiten Stock. Als durch das Königsmanöver die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Bankdiebstahl abgelenkt war, reisten Reichenow und Sander über Köln nach Paris; letzterer kehrte nach 3 Tagen zurück. Reichenow bediente sich zur Umwechslung der 50 Thlr. Noten (von denen er 100,000 Thlr. hatte), wiederholt eines Kommissionärs, der die Aufmerksamkeit des Bankiers Allard erregte, dem die Einlieferung der preuß. 50 Thlr. Banknoten bekannt geworden war. Es erfolgte in Paris die Verhaftung des Reichenow und in Folge der Geständnisse desselben die des Sander, und Reichenow wurde nach Düsseldorf ausgeliefert. Sander ist, während Reichenow in Paris war, nach Berlin gereist und hat dorthin der Frau Reichenow (nachdem sie von Düsseldorf weggezogen) 1500 Thlr. gebracht.

Ein neues warnendes Beispiel, um wie viel pflichtiger auf Aufbewahrung von Schießgewehren, besonders geladenen, gehalten werden sollte, wurde jüngst in Ebelfingen (bei Wergentheim) in traurigster Art geliefert. Ein 10jähriger Knabe nahm eine in der Stube befindliche geladene Flinte zur Hand, sei's, um damit zu spielen, sei's, um sie seinem 8jährigen Kameraden zu zeigen; indem er damit auf den Boden stieß, ging das Gewehr los und zerschmetterte dem jüngeren Knaben das Gehirn, daß er sogleich todt war.

Nach den offiziellen statistischen Angaben ist die Zahl der ausgesetzten oder verlassenen Kinder in Frankreich jährlich immer noch 25,000, von denen etwa 3000 durch die betreffenden Familien später zurückgenommen werden. Von den 22,000 übrigen erreichen nur 6000 das 12. Lebensjahr, und von diesen bleiben wiederum 3000 in der Familie ihrer Pflege-Eltern oder widmen sich dem Ackerbau, 1000 werden durch Krankheiten in den Spitälern zurückgehalten und die letzten 2000 verlieren sich in den Fabriken, ohne daß man ihrer Spur weiterhin verfolgen kann. Zehn Prozent der Findelkinder machen das Kontingent des Bagno durch und bilden so das Hauptkontingent des Verbrecherthums. Die Zahl der Dreher wurde zum ersten Male 1811 vermindert, ohne daß jedoch die Zahl der ausgesetzten Kinder sich verminderte. Im Gegentheil wucht sie in schreckenerregender Weise von 55,000 im Jahr 1811 auf 132,000 im Jahr 1833. Damals ging in Folge einer umfassenden Aufhebung von Drehern und anderer administrativen Maßregeln die Zahl wieder auf 97,000 herunter, blieb auch seitdem, trotz der Zunahme und stellenweisen Verdichtung der Bevölkerung, unter 100,000. Gleichzeitig mit dieser Verminderung nahmen aber die Kindsmorde zu. 1833 vor dem Schließen der Dreher wurden deren 104 konstatirt, 1853 193, und seitdem haben sich dieselben durchschnittlich verdoppelt, ohne daß letztere Zunahme in den einzelnen Departements gerade der Verminderung oder Aufhebung der Dreher entspricht. Es ist bemerkenswerth, daß die wenigsten Kindsmorde seitdem in den Departements vorkommen, in denen die meisten Dreher, sich aufgehoben wurden.

Neueres.

Bayern. Die Münchner Schützen waren versammelt, um bezüglich der gemeinschaftlichen Reise nach Frankfurt zu berathen und einen Ehrendirektor zu wählen. Ersteres wurde während des deutschen Schützenfestes stattfindenden Schützenrates zu wählen. Die Wahl traf mit Einstimmigkeit den Schützenmeister Waltmann, k. Forstmeister bei der Kreisregierung von Oberbayern. Die Zahl der bayerischen Schützen, welche an dem deutschen Schützenfeste Theil nehmen wollen, wird, wie man bis jetzt hier vernimmt, mindestens 700 betragen.

Digitized by Google

Preußen. In einer Konferenz von evangelischen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, folgenden Antrag einzubringen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die k. Staatsregierung aufzufordern, endlich diejenigen Anordnungen zu treffen, welche erforderlich sind, um die evangelische Landeskirche ohne Verzug in den vollen Besitz der ihr in der Verfassung verbürgten Selbständigkeit zu setzen."

Baden. Der Kommissionsbericht der ersten Kammer spricht sich unter vortrefflicher Motivirung und übereinstimmend mit dem Beschluß der zweiten Kammer für Aufhebung der Spielbanken aus.

Thüringen. In Gotha sind von den 110 freireligiösen Gemeinden Deutschlands 63 vertreten. Unter den Abgeordneten bemerkt man die Namen Baltzer, Rupp, Ronge, Uhlich u. a. m.

Schweiz. Der Muthwille, womit Fazy und seine Partei die Verfassungsrevision betrieben, trägt für die Urheber die bittersten Früchte. Fazy glaubte durch das alle wahre Demokratie vernichtende Wahlsystem von drei großen Kreisen mit der Landgemeinde seine Macht auf immer gesichert zu haben, nun fällt zuerst er selbst durch die Landsgemeinde und ebenso sein ganzes System durch die gemeinderten Wahlen in den Verfassungsrath. Fazy ahnte nicht, daß man seiner gründlich satt sei. In der Stadt siegte die Liste der Unabhängigen mit 700 gegen 800 Stimmen, auf dem rechten Ufer mit 300 St. Auf dem linken Ufer (meistens ehemals savoyisch und katholisch) kam es zu leichten Handeln, so daß die Polizei einschreiten mußte. Auch hier setzten die Unabhängigen 16 Kandidaten auf 41 durch. Demnach wird die Opposition im Verfassungsrath über 79, die Regierung aber Fazy nur über 25 Stimmen zu verfügen haben. Die Behörde zählt 104 Mitglieder. — Eine ebenso gründliche Umwälzung bereitet sich im Kanton Baselandschaft vor: alle Bezirke, mit Ausnahme von Liestal, sprachen sich für die Revision aus, und der Hauptagitator für dieselbe, ein Herr Rolli, wurde breifach gewählt. —

In Basel wurde das Standbild Oekolampads von Prof Kaiser in Zürich enthüllt. — Am 16. fand ein Einfall von Schweizertruppen nach Deutschland statt, d. h. zwei Kompagnien aargauische Pontonniers schlugen bei Waldshut eine Schiffbrücke über den Rhein; die badische Regierung hatte als gute Nachbarin bereitwillig die Erlaubniß gegeben.

Frankreich. Im Arsenale von Toulon herrscht große Thätigkeit; sechs Dampfschiffe und vier große Transportschiffe werden ausgerüstet, um Verstärkungen an Mannschaften und Material nach Mexiko zu bringen.

Italien. Der Papst wollte den hergekommenen kirchlichen Würdenträgern das Andenken an ihren Besuch der limina Apostolorum an so viele angenehme Erinnerungen als nur möglich knüpfen. Jeder einzelne ward deßhalb in eigener Weise mit Geschenken bedacht, außerdem erhielten die Kardinäle, heimliche wie fremde, eine große goldene Denkmünze mit dem Portrait St. Heiligkeit, auf der Kehrseite mit der Basilica St. Paul, den Bischöfen ward dieselbe Medaille aus Silber, den Priestern in Bronze eingehändigt. Die Prälaten erhielten das silberne Besteck, womit sie in der vatikanischen Bibliothek speisten, vom Senat das Diplom des römischen Patriciats. Die neue Ueberraschung aber ward den Prälaten heute durch die Uebersendung des gedruckten Breve's bereitet, welches einen jeden zum „assistirenden Bischof des päpstlichen Throns" promovirt.

Zu den Kanonisationsunkosten in Rom haben laut der „Patrie" die Franziskaner 70,000 römische Thaler, die Jesuiten und Karmeliter 30,000 beigesteuert; der Boranschlag war auf 600,000 Franken berechnet. Die 35,000 Kerzen, die nach strengem Ritus bei dieser Feier von einem Wachs sein mußten, kosteten allein 70,000 Franken. Um 5½ Uhr Morgens wurden die Thüren in St. Peter geöffnet, und das Volk strömte hinein. Um 6 Uhr begann die Prozession, die bis 9 Uhr dauerte; mindestens 10,000 reguläre und Weltgeistliche schritten über den Peterplatz vor dem Papste her, jeder eine Kerze in der Hand. Die Fahne der Franciscaner mit den Leiden und der Apotheose der Martyrer bestand aus einem bemalten Stück Leinwand von 30 Fuß Länge und 25 Fuß Breite; sie wurde von vier Trägern getragen und an sechs langen Schnüren im Gleichgewichte erhalten. Als der Papst die Kirche erreicht, erscholl das Tu es Petrus! und begann die eigentliche Ceremonie. Die Ceremonie endete um 2 Uhr. Abends verhinderte ein Platzregen die Beleuchtung der Kuppel von St. Peter. Bei dem Bankett in der Bibliothek des Vatikans, wozu 320 Sitzsche erschienen, saß der Papst an einem besonderen Tische und es wurde nur ein Toast ausgebracht, der auf den Statthalter Jesu Christi.

Türkei. England und Oesterreich haben förmlich erklärt, daß sie nicht diplomatisch bezüglich Montenegro's intervenieren wollen. Man versichert, Baron Hübner sei eingetroffen, um eine militärische Intervention in der Herzegowina zu vereinbaren, falls der Aufstand sich über diese Provinz ausdehnen würde. Der Sultan ist benachrichtigt worden, daß gleiche Gesinnen sich in Thessalien vorbereiten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	88 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62¾—63 G.
„	5 pCt. Metall Obligation.	53⅜ P.
„	4½ pCt.	48½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¼ G.
„	4½ pCt. Obl. 1½hr. dto.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 4½hr. dto.	104 P. 103⅝ G.
„	4 pCt. Obl. 1½hr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R.dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	89⅝ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ G.
Gr. Hess.	4 pCt.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	87½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	84 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 50	49 P.
„	3 pCt.	43¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	1233/P. 1227/G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	761 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198—99½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	— o.D.
Darmst. Bank l. v. 2. Serie à fl. 250	219 P. 218 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	81 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	88½ P. ¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	237 P. o.D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	70 P. 69¾ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 320 Thlr.	225 G.
Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 pCt. Z.	84½ P. ½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	135 P. 134½/G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
Südd. Bank-Akt. à 80 pCt. Einz.	249P.248G. o.D.
Span. Handels- und Industrie	920 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	595 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbet.	106¼—¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅛ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Berlin Th. 50 Lzd. k. S.	99⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 d. W.	—
do. 2 M. W.	—
do. in Sot. W. l. S.	91⅝—¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99⅞ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¾ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	73¾ P.	Gr. Hessen fl. 40 b. R.	133½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73½ P.	„ fl. 50 b. do.	37⅞ P.
„ fl. 100 Einl. L. v. 1858.	122¾ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	124½ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	52½ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Genois mit 2½ pCt. Z.	27¼ P.
Badische fl. 50	103½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	20⅛ P.
Badische fl. 35	55½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-I.	12 P.

Frankfurt, 18. Juni. Oesterr. Fonds und Kreditaktien eröffneten in flauer Stimmung, befestigten sich jedoch im Laufe des Geschäfts und schlossen höher. Für Frankfurter Bankaktien dauert die Kauflust fort. Auch Frankfurt-Hanauer-Eisenbahnaktien fanden Käufer zu höheren Kursen. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94½ bezahlt, dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 91½ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Voranszahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **39. Jahrgang.** | Samstag, 21. Juni 1862.

Deutscher Bund.

Die offiziöse „Karlsruhe Zeitung" befürwortet für den franz. Handelsvertrag ein deutsches Zoll-Parlament. (Wir haben dieses Thema vor 4 Wochen in einer Reihe von Leitartikeln nach Frauer behandelt, auf die wir hier verweisen.)

Die „N. Frankf. Z.", bekanntlich ein demokratisches Blatt, schreibt: „Wir erhalten von der westlichen Gränze Deutschlands nachfolgende Mittheilung, welche wir trotz der Unwahrscheinlichkeit eines Theils ihres Inhalts unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen, weil sie aus höchst achtbarer Quelle kommt: „Es liegt Etwas in der Luft, was für Deutschland nicht taugt. Es ist Pflicht, offen davon zu sprechen. Der König von Belgien ist alt und krank. Seit einiger Zeit war der König von Holland zweimal in Paris; von einer Familienverbindung zwischen der holländischen und napoleonischen Dynastie wird gesprochen. In Brüssel ist das zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Könige von Holland verabredete Projekt einer Theilung Belgiens ein öffentliches Geheimniß: die wallonischen Provinzen soll Frankreich, die flämischen soll Holland erhalten. Am nächsten interessirt bei dieser Theilung ist Preußen. Preußen soll einwilligen, gegen eine Entschädigung. Als preußischer Gesandter ist seit einigen Wochen der Herr v. Bismark-Schönhausen in Paris. Wer den Herrn v. Bismark kennt, weiß, daß er zu seiner politischen Lebensaufgabe sich die Demüthigung und Vernichtung Oesterreichs gemacht hat. Darum ist er ein Anhänger Napoleons, sucht er eine Verbindung Preußens mit dem napoleonischen Frankreich. Der Preis, die Entschädigung Preußens für die Zustimmung zu jener Theilung Belgiens, ist die Unterstützung Napoleons zur Erwerbung der deutschen Kaiserkrone. (?) Das deutsche Volk müßte freilich ebenfalls dafür gewonnen werden. Man rechnet dabei auf Leute, die sich noch immer täuschen. Sie sind noch immer beschoben worden, wo sie meinten zu schieben. Wenn der Herr v. Bismark in Paris fertig ist, soll er als Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach Berlin zurückkehren. Der Graf Bernstorff ist schon vorläufig krank gewesen. — Hieß es nicht vor einigen Monaten: Der Herr von Bismark habe sich auch für eine Abtretung der Stadt Luxemburg an Frankreich ausgesprochen? Caveant Consules, kann man hier nicht sagen. Aber möge das deutsche Volk selbst sich hüten!" So die „N. Fr. Ztg." Uns (der „N. W. Ztg.") wird aus Coburg mitgetheilt, das starke Burgel eines gewissen Vereins, dessen Beiträge zu einer deutschen Flotte, Reisediäten für seine Vorsteher, Beiträge zu gemeinnützigen Unternehmungen u. s. w. stunden in keinem Verhältniß zu den von den Mitgliedern erhobenen, öfters nur spärlich eingehenden Jahresbeiträgen; es müsse da eine andere Quelle fließen u. s. w. Wir glauben vor der Hand nicht an diese Verdächtigung, möchten aber ebenfalls darauf aufmerksam machen, daß, wenn schon unter Zwölfen sich ein Judas befand, unter vielen Tausenden leicht Einige sein können, welche die Silberlinge des neuen Rattenfängers von Hameln oder Paris nicht verschmähen. Ob die Luft allenthalben rein: um so besser. Etwas Vor- und Umsicht kann aber bei der täglich größeren Verwirrung und Verworrenheit der europäischen Politik gewiß nicht schaden.

Bayern. Das Reg.-Blatt Nr. 27. vom 16. Juni enthält außer der bereits mitgetheilten Verordnung über den Verkauf geschwefelten Hopfens zwei weitere Verordnungen: über die Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Ländern (nebst einer darauf bezüglichen Bekanntmachung des Ministeriums des Innern über die Geschäftsführung der Auswanderungsagenten) und über die Anzeige von Entbindungen, sämmtlich gültig vom 1. Juli an; ferner Bekanntmachungen über die Umbildung des Rentamts Ratelsdorf, über die Verlegung des Rentamtssitzes von Roggenburg nach Weißenhorn und über die Errichtung eines Rentamts in Geld.

Pfalz. Ludwigshafen. Auf 16. kommenden Monats sind die Aktionäre der pfälzischen Ludwigsbahn zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, um über die Konversion der sprozp. Prioritäts-Obligationen in 4prozentige Beschluß zu fassen.

§ Oesterreich. Wien, 17. Juni. Der Erfolg, welchen die neueste Finanzoperation der österr. Regierung hat, übertrifft alle Erwartungen. Gegen einen zur Subskription aufgelegten Betrag von höchstens 83 Millionen betausen sich die Zeichnungen auf etwa 240 Millionen, so daß eine sehr bedeutende Reduktion erforderlich werden wird. Das Vorgehen der Finanzverwaltung so wesentlich verschieden von dem bis jetzt beliebten findet allgemeine Anerkennung und mit Recht, denn es ist dadurch die Rückkehr zu richtigen und bewährten finanziellen Grundsätzen konstatirt. Der Kredit eines Staates läßt sich nun einmal nicht durch Dekrete regulisen, jeder Zwang, sei es auch blos ein moralischer, muß demselben nachtheilig sein, wie wir das bei den letzten großen österreichischen Anlehen hinreichende Gelegenheit hatten zu beobachten. Der von der früheren Finanzverwaltung ausgeübte Zwang mußte naturgemäß einen großen Theil der mehr oder weniger freiwilligen patriotischen Zeichner zum Loskichagen ihrer Obligationen veranlassen, was größtentheils mit empfindlichen Verlusten geschehen mußte, und den Kurs der Effekten auf einen unverhältnißmäßig tiefen Stand herabdrückte. Jetzt hat man trotz der von einflußreicher Seite gemachten Vorschläge, eine Zwangsanleihe aufzulegen, endlich diesen verwerflichen Weg verlassen. Die Emission erfolgte ohne jeden Zwang, und unter Bedingungen, welche den Subskribenten auch einen mäßigen Gewinn für das übernommene Risiko in Aussicht stellen, — der Erfolg rechtfertiget vollkommen die gehegten Erwartungen. Die Zeichnungen bei der Kreditanstalt allein sollen sich auf 156 Millionen belaufen, 84 Millionen kommen auf das Haus Rothschild und einiger Frankfurter und Hamburger Häuser.

= Einem Privatbriefe des „Wr." aus Rom zufolge hatte der heil. Vater eine Unterredung mit den österr. Bischöfen, worin er sie aufforderte, ihm Mittheilungen über die Stimmung betreffs des Konkordats zu machen. Die Antwort der Bischöfe lautete: Es sei die Haltung des niederen Klerus gegenüber dem Konkordate eine so vorteilhafte, daß er jede Revision abhorreszirt. Nicht minder sei das Volk dem Konkordate zugethan. Beweis dessen seien die zahlreichen Protestschriften aus allen Ständen gegen das vom konfessionellen Ausschusse im Reichsrathe beantragte Unikonkordat, das allenthalben die größte Besturzung im Lande hervorgerufen habe. Oesterreichs 28 Millionen Katholiken wollen den vollen und ungeschmälerten Inhalt des Konkordates gewahrt wissen. Was die Presse betreffe, so mache diese zwar allerdings großen Lärm, allein das sei nur die jüdische und freimaurerische Presse, und einer Handvoll Juden und Freimaurer wegen werde man doch wohl den durch kaiserliches Wort besiegelten Staatsvertrag nicht verletzen wollen. Die gutgesinnte Presse hingegen kämpfe muthig für das Konkordat. Ein Bedürfniß nach einer Revision bestehen sei daher nirgends vorhanden; die bürgerliche und ehtigste Freiheit der anderen Konfessionen könne daneben recht gut bestehen und werde durch die ehtigste Freiheit der katholischen Kirche nicht im mindesten beirrt. (Bekanntlich hat das österr. Ministerium eine von den HH. Bischöfen sehr verschiedene Meinung.)

= Der Grundsteinlegung zum evangelischen Kirchenbau in Neunkirchen (Niederösterreich) hat auch die katholische Bevölkerung, ja selbst der Guardian und der Männergesangverein unter Führung des katholischen Schullehrers beigewohnt. Die Begeisterung war so allgemein, daß die protestantischen Gäste eine Kollekte für die Ortsarmen ohne Unterschied des Bekenntnisses veranstalteten, welche sehr ergiebig ausfiel.

Digitized by Google

In dem gegen die „Narodni Listy“ erhobenen Hochverrathsprozeß ist Dr. Gregr des Verbrechens der Ruhestörung und des Vergehens der Aufwiegelung schuldig gesprochen und zu viermonatlichem einfachen Kerker und 1300 fl. Kautionsverfall verurtheilt worden.

Preußen. Aus Görlitz schreibt man der „Voss. Ztg.“: „Der Ruhm der westfälischen Colonen hat die oberlausitzer Junker nicht schlafen lassen. Nachdem sie bei den letzten Wahlen trotz aller Agitation eine so jämmerliche Niederlage erlitten hatten, daß sie sogar den Gegnern leid thaten, wagen sie es jetzt in einer Adresse an den König, die mit Anwendung aller Mittel angeblich einige Tausend Unterschriften erhalten hat, dem Könige vorzuklagen, daß der Ausfall der letzten Wahlen der Gesinnung des Landes nicht entspreche. Das saubere Opus enthält die bekannten Phrasen, daß die Mehrheit „nicht der bewußte Ausdruck der Gesinnung des Landes sei“ u. s. w.

Die Mitglieder der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses sind einig geworden, auf Vorlegung eines Unterrichtsgesetzes Seitens der Staatsregierung nicht zu warten, sondern nach Vorgang der freien volkswirthschaftlichen Kommission die Materialien, welche die berliner, die westphälischen und schlesischen Lehrer vorbereitet haben, zur schleunigen Ausarbeitung eines selbständigen Gesetzentwurfs zu benutzen, um wo möglich noch vor Schluß dieses Monats den Entwurf dem Hause vorzulegen. — Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Rekruten nicht im Oktober, sondern Mitte Februar künftigen Jahres eingezogen werden sollen. Da die Reservem im August entlassen werden, so ist von der dreijährigen Dienstzeit faktisch ein halbes Jahr erlassen. Die Einziehung der Rekruten im Frühjahr wird für sehr zweckmäßig anerkannt werden, da die bisherige Ausbildung der Leute während des Winters schwierig und von geringem Erfolge war.

Kurhessen. Die Kasseler Zeitung druckt den Drohartikel der Sternzeitung ruhig ab, und um auch nicht den mindesten Zweifel darüber zu lassen, wie sie denselben verstanden, sagt sie unmittelbar darnach: „Nachdem seitens der kurfürstlichen Regierung erklärt worden, daß sie dem Bundesbeschlusse nachkommen werde und zu dem Behufe das bisherige Ministerium seine Entlassung erhalten hat, existirte die eigentliche kurhessische Frage formell nicht mehr. Wenn Preußen demungeachtet weiter agitiren und drängen wollte und gar von gewaltsamer Pression spräche, so würde es das Grundprincip des Bundes verletzen und denselben auf diese Art sprengen. Im Uebrigen ist man in Wien der Ueberzeugung, daß die festgesetzten militärischen Anordnungen in Preußen weniger Kurhessen als der Aufregung im eigenen Lande gelten.“ Die „Zeit“ fügt hinzu: „Mit anderen Worten also: Ruhig Blut, bange machen gilt nicht!“

Schweiz.

Zu dem Bericht über die jüngste Anwesenheit Garibaldi's in Locarno trägt die „Demokrazia“ nach: daß Battaglini, auf die Aeußerung Garibaldi's Bezug nehmend: „er sei ein Geächteter in seiner Heimath,“ auch auf Mazzini anspielte. „Noch,“ sagte Battaglini, „deßhalb General Garibaldi ein Vaterland, an dessen Geschicken er einen großen Antheil hat. Noch hat General Garibaldi die Liebe und den Beifall seiner Mitbürger. Dagegen besitzt ein anderer Geächteter im Exil den kühnen und standhaften Gedanken, der von ihm ausgegangen und der sich in die Formel fassen läßt: Italiens Einheit in der Republik. Diesem Verbannten wollen wir einen Gruß senden von dem republikanischen Boden der Schweiz.“ „Battaglini,“ erzählt die „Demokrazia“ dann weiter, „konnte nicht aussprechen. Der hundertstimmige Ruf: „Viva Mazzini!“ unterbrach seine Rede.“

Belgien.

Einer Brüsseler Korrespondenz zufolge soll Antwerpen und zwar der gesammte, durch die Festungsbauten eingeschlossene erweiterte Theil der Stadt zur Entschädigung für die Kriegslasten für einen Freihafen erklärt werden.

Großbritannien.

Der frühere General-Gouverneur von Indien, Lord Canning, ist gestorben. Gleich seinem Vorgänger, Lord Dalhousie, war er mit gebrochener Gesundheit aus seinem fernen Wirkungskreise, wo nicht lange vor seiner Abreise seine liebenswürdige Gemahlin ebenfalls dem asiatischen Klima erlegen war, nach der Heimath zurückgekehrt. Die paar Monate, welche er in England zubrachte, waren ein fortwährendes Siechthum. — „Gesucht wird ein Führer für die Konservativen.“ Unter dieser Aufschrift bringt der „Advertiser“ die Nachricht, daß eine große Anzahl einflußreicher Konservativen am Freitag im Carlton Club ein Meeting hielt, um über die Zukunft ihrer Partei in details schlagen. Alle Anwesenden seien einstimmig für die Absetzung Disraeli's, aber eben so uneinig über die Wahl eines Nachfolgers gewesen. Mehrere Namen wurden in Vorschlag gebracht, aber keiner hatte eine genügende Anzahl Stimmen für sich; die misten hatte General Peel, aber auch sein Anhang war nicht groß genug, um die Versammlung zu einem Entschluß zu ermuthigen. So bleibt denn Alles beim Alten. — Der Gemeinderath der City von London geht damit um, der Ausstellung zu Ehren ein ganz ungewöhnlich glänzendes Bankett zu geben.

Frankreich.

XX Paris, 18. Juni. (Corr.) Das Brod ist vorgestern auf 36 Cts. per Kilo (5 fr. Pfund) herabgesetzt worden, eine Finanzmaßregel, welche die Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse treffen zu müssen glaubt, ein Verfahren, das sie in schwierigen Zeiten immer einschlägt. Sie will damit die Stimme Derjenigen ersticken, welche auf Noth den Ruf anderer Gegner verstärken würden, die aus weniger materiellen Beweggründen auftreten, aber mit um so stehr Gewicht. Dieses Beginnen wird erleichtert durch die Bäckereitaxe, welche seit 8 Jahren in Thätigkeit ist und eigentlich den Zweck hat, in Zeiten der Theuerung den Bäckern Vorschüsse zu machen, damit sie das Brod billiger verkaufen können. Diese Vorschüsse sollten dann in guten Jahren zurückbezahlt werden. Ich brauche kaum zu erwähnen, daß es in der Praxis ganz anders geht. Von freiem Willen der Bäcker ist nicht viel die Rede; sie müssen den Preis acceptiren, der ihnen diktirt wird und die Rückzahlung wird nicht weniger willkürlich festgesetzt, so daß viele Bäcker zu Grund gehen. Um bestehen zu können werden sich die meisten auf die Spekulation, die im Getreidehandel meist sehr gewagt ist und selten hilft. Die Bäckereikasse fing mit einem Kapital von circa 50 Millionen an; wie viel davon noch vorhanden, weiß man nicht; denn die Rechenschaftsberichte, welche zeitweise veröffentlicht werden, sind rein imaginär. — Das Budget, Mexiko und die Wahlen bilden immer noch die drei Hauptgegenstände der Unterhaltung, welche um diese Zeit gewöhnlich um Stoff verlegen, da Alles Paris verläßt und ins Bad eilt. Es hat selbst gemäßigte Leute empört, auf solche Weise in Mexiko Menschen und Geld geopfert zu sehen, nachdem kurz zuvor eine neue Aera der Sparsamkeit uns Zurückhaltung des nationalen Ehrgeizes verkündet worden war. Bezüglich des Budgets und der Zuckersteuer werden die Abgeordneten von Briefen aus der Provinz überhäuft, die keineswegs schmeichelhaft für Hrn. Fould lauten. — Die Nachrichten aus Mexiko sind nicht sehr günstig. Einem Privatbriefe von dort entnehme ich, daß Bevölkerung und Regierung entschlossen sind, einen Guerillakrieg wie 1810 die Spanier zu führen. Und ist erst der amerikanische Krieg beendigt, wie zu erwarten steht, so werden sie Hilfe genug erhalten. Wir werden hören, was die 6000 Mütter dazu sagen, deren Söhne dorthin geschickt worden sind, um wahrscheinlich nicht wiederzukehren, denn wenn diese unruhig werden, so können sie die revolutionäre Partei sehr verstärken. — Man hat es der Regierung übel ausgelegt, daß sie sich der Bitte Englands an den König von Belgien der Krone zu Gunsten seines Sohnes zu entsagen, nicht anschloß, weil man glaubte, sie hoffe auf Unruhen nach dem Tode des Königs, der im Juli erwartet wird. Allein sie wird sich täuschen; der Sohn wird den Thron ohne alle Schwierigkeit besteigen. Von Thiers und Parabol ging das Gerücht, daß Ersterer ein doppeltes Spiel treibe und um bei Napoleon wieder in Gnaden aufgenommen zu werden, um eine Audienz nachgesucht habe, worin er die nächsten Pläne der orleanistischen Partei entdecken wolle. Der Scherz schien vollständig gelungen, als man Thiers Wagen in die Tuilerien fahren sah; die Erklärung folgte aber bald, indem er nicht bei den kaiserlichen Gemächern, sondern am Pavillon Marsan anhielt, wo Said Pascha wohnte. Herrn Parabol erging es noch schlimmer. Auf einem Pferde reitend, das wahrscheinlich früher unterm Militär war, begegnete er dem kaiserlichen Prinzen, unter dessen Eskorte das Roß Bekannte merkte und sporenstreichs umdrehte, um sich denselben anzuschließen. So war der Redakteur der „Debats“ eine Zeit lang unfreiwilliger Anhänger der Kaiserl. Familie. — Von unserer Post hört man, daß sie sich seit einiger Zeit nicht mehr die Mühe gibt, die Briefe zu entsiegeln, sondern sie mit einem dünnen Messer an der Seite aufschneidet und wieder zuklebt.

Portugal.

In den Cortes ist eine Bill durchgegangen, welche ein Leibgeding für die zukünftige Königin aussetzt. Es ward kein Name genannt; doch glaubt man, es werde eine sardinische Prinzessin

Digitized by Google

sein. Die Aufzeichnungen in den Provinzen sind unterdrückt worden.

Italien.

Die Römer sagen: Wenn die Kreuzen im St. Peter ausgelöscht, und die patres conscripti abgetreten sein werden, so wird der Marquis Lavalette als Mephisto aus den Weihrauchwolken hervortreten und dem h. Vater anzeigen, daß in Anbetracht der Reduktion der franz. Truppen die Italiener die große Liebenswürdigkeit haben würden, alle Provinzen St. Peters bis 5 Meilen von Rom zu räumen. — Die Blätter bringen eine Ansprache des Bischofs Ulmbreiss an den Papst, datirt vom 24. Mai; sie beklagen darin ihre Gefangenschaft oder ihre Behinderung durch den Staat, welcher ihnen verbietet, zur Kanonisation zu kommen; sie sprechen mit großer Entschiedenheit sich über die Tyrannei der italienischen Regierung aus, welche sie heuchlerisch nennen. Dies Aktenstück ist mit hinlänglicher Klarheit und einiger Würze geschrieben, was man anerkennen muß, und es verspricht, wenn auch nicht neue Heilige, so doch neue Opfer des Staatsanwalts.

Die Adresse, welche auf Veranlassung der von den Bischöfen in Rom an den Papst gerichteten Adresse die Deputirtenkammer in Turin dem König Viktor Emanuel votirt hat, wurde in der Kammer verlesen. Sie spricht den Entschluß aus, das Recht der Nation auf ihre Hauptstadt, welche gegenwärtig einer Herrschaft noch unterworfen sei, die sie zurückweise, aufrecht zu erhalten. Angesichts der im Vatikan widerhallenden Worte, wird jeder Vergleich für unmöglich erklärt. Diese Sprache habe den Bedenken jeden Grund genommen, welche die Mäßigung der Italiener (?) lange auf die Probe gestellt hätten. Wenn die Prälaten in Rom Wünsche nach politischer Reaktion kundgäben, wenn aus dem päpstlichen Gebiete Verbrecher Elend über die südlichen Provinzen bringen, dann müsse Europa sich überzeugen, daß nur die Autorität des Königs von Italien die Angelegenheiten in Rom ordnen könne. Die Adresse wurde einstimmig angenommen. In derselben Sitzung wurde vorgeschlagen, einen Tag für Interpellationen in der römischen Frage festzusetzen. Sirtori unterstützte den Vorschlag und griff das Ministerium an, daß er in Abhängigkeit von einer ausländischen Macht zu stehen beschuldigt. Rattazzi wies diese Anschuldigung zurück und sagte, die verschiedenen Phasen diplomatischer Fragen könnten nicht der Beurtheilung preisgegeben werden. Die Kammer ging hierauf zur Tagesordnung über.

Die Anerkennung Italiens von Seiten Rußlands wird in Turin als etwas Geschehenes betrachtet. Am 13. Abends sollen die letzten Entscheidungen darüber beim Ministerium eingetroffen sein. Der französische Gesandte, Hr. Benedetti, hätte es in einer Konferenz mit dem Minister Rattazzi von Seiten Frankreichs bestätigt. Die Art der Anerkennung käme der Frankreichs gleich. Dagegen scheint Italien die Verpflichtung übernommen zu haben, in der orientalischen Frage die Bestrebungen Rußlands auf's Nachdrücklichste zu unterstützen, sich aber jeder revolutionären Bewegung und jeder Betheiligung an irgend einer solchen zu enthalten, und Frankreich gegenüber, welches diese Anerkennung vermittelt hat, die Verpflichtung eingegangen zu sein, dem Drängen der Parteien nach Rom und Venedig keinen Vorschub vorerst zu leisten.

Da in Venetien Verdachtgründe vorliegen, daß sowohl Deserteure der piemontesischen Armee, als auch besonders ehemalige Freischärler, welche unter dem Vorwande der Neue zum bürtrichen Herd zurückkehren, die Nachricht und Agitationsschaft Oesterreichs so weit mißbrauchen, daß sie sich zu Agenten der Revolutionskomite's verwenden lassen und namentlich ehemalige Emigranten, besonders junge Leute, zur Emigration verleiten, so wurde eine strenge Ueberwachung solche Leute angeordnet. Auch unter den wegen der letzten Demonstrationen Verhafteten befinden sich mehrere ehemalige Emigranten und Deserteure der piemontesischen Armee, und es besteht der Verdacht, daß bei dem Attentate auf den Bischof von Treviso ebenfalls solche Leute die Hand im Spiele gehabt haben.

Türkei.

In Bosnien sind dem „Botsch." zufolge die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Christenerhebung so weit gediehen, daß dieselbe auf das erste von Serbien gegebene Signal wird erfolgen können. Eingeborne Christen, welche in dem Aufstande von 1858 eine hervorragende Rolle spielten, dann nach Serbien ausgewanderten, treiben sich in ihrer Heimath im Geheimen wieder herum. Waffen und Munition sollen in sichern Verstecken vorhanden sein. In Türkisch-Kroatien sind sehr beunruhigende Gerüchte in Umlauf über die Verkäufe der großherrlichen Truppen bei Risch. Diese Nachrichten werden von den zahlreich desertirten Baschi-Bozuks überbracht, und erregen solche Besorgnisse, daß die eingeborenen Moslims einer weiteren Absonderung der Baschi-Bozuks zur türkischen Armee, die bereits angeordnet ist, ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen beabsichtigen.

Rußland und Polen.

Aus Petersburg schreibt man dem „Botsch.": Wir leben unter unbeschreiblich entsetzlichen Zuständen! Seit mehr denn zwei Wochen vergeht kein Tag ohne Feuersbrunst. Man will das Volk durch Verzweiflung, denn man vernichtet systematisch sein Eigenthum, in die Arme der Revolution treiben. Daß dieß die Absicht ist, geht aus den an öffentlichen Orten ausgestreuten Hetzschriften hervor. Als Theilnehmer an dieser Propaganda ward der Adjutant des Kaisers, Rostoffzow, Sohn des Generals und Vorsitzenden des Haupt-Emanzipations-Komite's verhaftet. Noch Tags zuvor that er seinem Dienst bei der Person des Kaisers und erschien im Gefolge desselben bei dem jüngsten furchtbaren Feuer. Der Kaiser war sichtlich, sichtlich aufs Tiefste erschüttert; das sammernde Volk umdrängte ihn, umflammerte seine Knie, beschwor ihn um Rettung vor seinen grausamen Verfolgern. Rostoffzow's Mitschuld ist bereits erwiesen."

Auf kaiserlichen Befehl ist ein Komite zur Ermittelung der Schäden der jüngsten großen Brände und Annahme von freiwilligen Beiträgen gegründet, das aus sämmtlichen Ministern und hohen Chargen in der Hauptstadt bis zur vierten Klasse incl. besteht. St. Petersburg ist zum Zweck der genauen Ausführung aller vom Komite ausgehenden Maßnahmen in drei Kriegs-Gouvernements-Bezirke eingetheilt. Alle mit Brandlegungsstoffen Betroffenen oder der Brandlegung Verdächtigen, wie auch Aufwiegler sollen innerhalb 24 Stunden kriegsrechtlich abgeurtheilt werden. Der Kaiser hat den obdachlosen Abgebrannten die Gebäude des ersten Hospitals, die Moskauer Kaserne und das alte Arsenal zur Benützung übergeben lassen, desgleichen Zelte, welche auf dem Semenowskii-Platz aufgeschlagen sind. Der Generalgouverneur fordert die Einwohner zum Abgeben aller Indicien auf, welche zur Entdeckung von Brandstiftern geeignet wären. Wie bei all dergleichen Ereignissen hat auch hier die Fama über bereits eingebrachte, mit Pechkränzen u. dgl. umherschleichende Brandleger sich verbreitet. Die Einen schieben den Demagogen, die Andern den Heulern und Reaktionären die Schuld an den Feuersbrünsten in die Schuhe. So lange indeß keine Thatsache bestimmt ermittelt ist, die einen solchen Verdacht rechtfertigt, wollen wir die Erfindungen müßiger oder erhitzter Phantasien nicht aufzählen. Die Stadt steht etwa wie Sebastopol nach dem Bombardement aus. Ueberall Schutthaufen, Bivouacs, Armuth und Elend. Ein trostloser Blick in die Zukunft verdüstert diesen traurigen Anblick.

Volkswirthschaftliches.

(Corr.) Aus Süddeutschland. In Bayern ist die vorbeiden Kammern beantragte Ermäßigung der Eisenbahn-Fracht für Steinkohlen und andere wichtige Roh-Materialien nunmehr in Einleitung genommen. Namentlich wird die Kohlenfracht pro Ztr. und Meile auf $1^1/_2$ bayer. Pfennige, somit, bis um $^1/_{10}$ Pf., auf den einen Pfennig ($^1/_{10}$ Gr.), vom 1. Juli d. J. ab ermindert. Die Hoffnung, daß gleichzeitig der fize Zuschlag zu $1^1/_2$ kr. pro Ztr. u. Tour wegfallen werde, scheint indeß nicht in Erfüllung zu gehen. — Bei den guten Absichten aber, welche die Regierung für die Industrie kund gibt, wird sie gewiß für die Dauer seinen Anstand nehmen, auch diesen Zuschlag, zur Erleichterung der Industrie, wesentlich zu ermäßigen, wenn nicht ganz wegfallen zu lassen. Denn es beweist die Regierung immer mehr, daß sie die Industrie in nicht minderem Maße, als die Landwirthschaft, für die sie so Viel schon gethan, gesichert wissen will. Die Wahrheiten, welche kürzlich in einer interessanten Schrift in Bayern ausgesprochen wurden, werden offenbar von der Regierung anerkannt. Wenigstens enthalten folgende Stellen dieser Schrift eine laut sprechende Bestätigung.: „So gewiß es die erste volkswirthschaftliche Aufgabe Bayerns ist, seinen Ackerbau zu kultiviren, so gewiß ist es auch seine Aufgabe, der allzugroßen Parzellirung der Güter rechtzeitig entgegen zu treten und dies kann bei zunehmender Bevölkerung nur dadurch geschehen, daß ein immer größerer Theil derselben der Industrie zugeführt wird. Ein zur harmonischen Ausbildung von Ackerbau und Gewerbe so sehr geeignetes Land, wie Bayern, das für seinen Ackerbau noch so viele sicher zu kultivirende Flächen, für seine Industrie noch so reiche Naturschätze in Reserve hat, darf deßhalb auch die Zunahme der Bevölkerung nicht scheuen; es muß im Gegentheil seine ganze Zukunft in derselben suchen, besonders gegen-

Digitized by Google

über einem jetzt schon stärkeren Rivalen, dessen Bevölkerung in so raschem Wachsthum ist und zwar bei wachsender Prosperität. Durch rasche Entwickelung seiner von Natur gebotenen Hilfsmittel und weise Kombination derselben zu einem zusammenhängenden Ganzen wird es sich, im Herzen Deutschlands gelegen, eine Macht schaffen, die ihm auf Jahrhunderte hinaus die glückliche Existenz sichert."

In London hat sich, nach eingeholter Zustimmung der französischen Regierung, eine Gesellschaft zum Anbau von Baumwolle in Algier gebildet. Das Kapital soll 1 Million Pf. St. in Aktien à 5 L. betragen, von denen zunächst 60,000 Stück ausgegeben werden sollen. Die erste Einzahlung beträgt 10 sh. und die zweite 1 L. 10 sh. Die Haftbarkeit der Aktionäre ist auf den gezeichneten Betrag beschränkt. Die Gesellschaft erhält von der französischen Regierung 25,000 Hektaren in den Provinzen Hadra und Sig für den Preis von 40,000 L., von denen 16,000 L. baar, der Rest in Aktien der Gesellschaft entrichtet wird. Durch den südlichen Theil des in Angriff zu nehmenden Landes geht die Eisenbahn zwischen Oran und Algier, und der nördliche Theil liegt in der Nähe der Häfen Oran, Arzeu und Mostaganem. Der Gesellschaft ist bis zum Jahre 1871 die Ausfuhr-Prämie für die Ausfuhr von Baumwolle aus Algier zugesichert worden.

Die turiner offizielle Zeitung enthält die Nachricht, daß Baron Baratelli von Ferrara, einer der thätigsten Unternehmer und in ausgedehnten Handelsbeziehungen stehend, mit der enormen Summe von 8 Millionen Lire Passiven seine Zahlungen einstelle. In Bologna nicht nur, wo derselbe seit einiger Zeit domicilirte, sondern auch hier und in andern Städten des Reichs herrscht wegen der etwaigen Folgen große Bestürzung. Die ersten hiesigen Bankhäuser, wie das Haus Renoli, Prosperini, Ballerini, Sanguinetti und andere, besonders aber der reiche Banker Laurent in Parma, sind mit beträchtlichen Summen compromittirt.

Nach eingegangenen Handelsnachrichten finden sich in New-Orleans große Vorräthe von Tabak, insbesondere Virginie und Kentucky, aufgehäuft, welche die Einfuhrsteuern bei ihrem Rückzug unversehrt ließen, während sie bekanntlich die Baumwollevorräthe zum größeren Theil zerstörten. Die Spekulation hat sich der Sache sofort bemächtigt, und es sind bereits starke Ladungen für London, Hamburg und Bremen unter Wegs. Ungeachtet dieser in Aussicht stehenden vermehrten Zufuhren amerikanischer Tabake sind die besseren Sorten unserer Pfälzer Tabake in jüngsten Tagen wieder höher gegangen, und 1860-Gewächs wird mit 20—21 fl. per Zentner bezahlt. Ueberhaupt ist das Tabakgeschäft wieder recht animirt, um ein Rückgang der Preise wird in nächster Zeit trotz der günstigen Ernteaussichten kaum zu erwarten sein.

Neueres.

Hannover. Hannover soll seinen Widerstand gegen die mit China und Japan abgeschlossenen Handelsverträge aufgegeben und dieselben jetzt für sich und im Namen von Schaumburg-Lippe ratifizirt haben. — General Hugh Gallett ist vom Könige am Jahrestage der Schlacht von Waterloo für sich und seine eheliche Nachkommenschaft in den Freiherrenstand erhoben worden.

Kurhessen. Am 18. Juni wurde dem Dr. Friedrich Oetker die Urkunde eines Ehrenbürgers der Stadt Kassel durch eine Abordnung des Stadtraths, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Hartwig, Vicebürgermeister Rebeithau und Stadtrathsmitglied Pfarrer Sallmann, überreicht. Herr Hartwig hielt eine längere Anrede, worin er den Urkunden die Bedeutung und den Verlauf des Verfassungskampfes schilderte und die rege und aufdauernde Theilnahme Oetker's daran hervorhob. Auch die Herren Rebeithau und Sallmann nahmen in ähnlichem Sinne das Wort. Dr. Oetker sprach seinen freudigen Dank aus für die große Auszeichnung, welche ihm zu Theil werde, und bat, dieß auch dem gesammten Stadtrathe und dem Bürgerausschusse mittheilen zu wollen. Wer, wie er, den Kern und die Kraft eines gesunden Staatslebens in einem freien, einsichtsvollen, selbstbewußten Bürgerstande erblicke, der müsse sich zum Höchsten geehrt fühlen, wenn ihm das Bürgerrecht der ersten Stadt des Landes unter so wichtigen Verhältnissen und in so schmeichelhafter Weise ertheilt werde. Die Anerkennung übertreffe weit das Verdienst; denn, wo das ganze Volk streite, wo so viele aufgezeichnete Männer, wo die gegenwärtigen Herren selbst in hervorragender Weise am Kampfe Theil genommen hätten, da könne die Thätigkeit eines Einzelnen, und sei sie auch die lebendigste, doch nur geringfügig erscheinen. In unserer heftigen Angelegenheit sei der Sieg fast errungen; möge bald auch in der deutschen Sache dasselbe gelagt werden können!

Großherzogthum Hessen. Infolge höchster Entschließung ist die Landestrauer abgelürzt worden, und hört dieselbe am nächsten Samstag auf. Dagegen findet am Sonntag darauf in allen protestantischen Kirchen des Großherzogthums ein Trauergottesdienst statt.

Italien. Bei Ariano tödtete eine Abtheilung Reiter von Tristany's Korps elf Nationalgardisten und machte 17 Gefangene.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	88 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76 ⅛.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	63⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63⅜ G.
„	4½ pCt. „ „ „	48⅝ B.
„	4 pCt. „ „ „	—
„	3 pCt. „ „ „	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.	102¼ G.
„	4½ pCt. Obl. Ijähr. dto.	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅞ G.
„	4 pCt. Obl. Ijähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅝ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1852	95½ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	94 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
„	2 pCt. „ „ „	43⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	1235/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	758 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	159½ G.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	219 P. 218 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88¾ à P. ¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	76⅜ P.
Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 28 kr.	236 G.
„ Eilsab.-Eisenbahn 5 pCt. .	119 P.
„ Eilisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅞ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	64 P.
Spän. Handels- und Industrie- . .	525 G.
„ Credit-Akt. d. Geo. Pereire .	525 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet.	106⅜—¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106⅛ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	116⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 300 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 B. 93⅝ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	91⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	124¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	124¼ P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	101⅞ G.
Badische fl. 35	55¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ P.
„ fl. 25 do.	37⅛ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¼ P.
Sardinien Fr. 36 b. B.	52 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Vereins-Loose fl. 10.	9⅝ P.
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅞ P.

Frankfurt, 20. Juni. Bei nicht bedeutendem Umsatz waren österr. Fonds und Kreditaktien fest, zum Theil etwas höher, die übrigen Fonds unverändert. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 94⅜, bezüglich im vollbezahlten Interimscheinen zu 91¼ umgesetzt. (Dynd.)

Digitized by Google

K. Hof- u

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 170-71. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 39. Jahrgang. | Montag, 23. Juni 1862.

M° Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

(Fortsetzung.)

Durch eine derartige Einrichtung der Schulen für die praktische Technik wird sicher ein zufriedenstellendes Resultat errungen werden, ein ganz anderes, als bei dem Bildungsgang durch unsere bisherigen Gewerbschulen zu erzielen war. Das einzige Bedenken könnte geltend gemacht werden: die der Lehre vorausgehende Bildungszeit von 5 Jahren sei bedenklich für die dem Handelsstande sich widmenden Jünglinge zu lange. Aber bei genauer Prüfung muß auch dieses Bedenken schwinden. Einmal darf nicht vergessen werden, daß die Aufnahme in die „Gewerb"- besser „Realschule" für's 11. Jahr festgesetzt ist, Schüler, welche einen guten Volksschulunterricht genossen haben, in die 2., ja. sofern sie den Anforderungen genügen, in die 3. Klasse einteten dürfen, sich also die Bildungszeit dadurch mindert und die Schüler bis zum Eintritt in die Lehre wenigstens kein höheres Alter erreichen, als bei dem bisherigen Lehrgang unserer Gewerbsschulen. Zum andern ist nicht außer Acht zu lassen, daß unsere Zeit eine gründliche technische Bildung fordert, und Zöglinge mit oberflächlicher mangelhafter Vorbildung nie tüchtige Geschäftstente geben werden. Wer den Zweck will, muß aber auch die Mittel wollen; und ein 3ahr Bildungszeit für die Jugend lohnt sich mit reichen Zinsen, während im Gegentheil eine Vernachlässigung in den Grundlagen sich bitter rächt und in der Regel nie mehr nachholen läßt. Endlich ist der längere Bildungsgang von 5 Jahren auch nur für jene Jünglinge, welche sich einem höheren Gewerbe widmen oder im kaufmännischen und landwirthschaftlichen Fach sich eine umfassende Bildung aneignen wollen. Für die übrigen genügt der 3jährige Kursus der Gewerbe- (Real-) Schule.

Damit aber auch den Gewerbslehrlingen, welche nach vollständig frequentirter Realschule schon in die Lehre eintreten, eine fortgesetzte den Erfordernissen ihres Berufes entsprechende theoretische Bildung nicht vorenthalten bleibe, werden § 16 „Lehrlingsschulen" in Vorschlag gebracht, welche außer dem Zeichnungsunterricht am Sonntag Vormittag auch an zwei Abenden in der Woche in wissenschaftlichen Fächern, nämlich in Geometrie und Arithmetik, in der Naturlehre (Physik und hauptsächlich Chemie) und in der deutschen Sprache in Verbindung mit der gewerblichen Buchführung, Anfertigung von Geschäftsaufsätzen u. s. f. Unterricht zu gewähren haben.

Ueber die Nothwendigkeit solcher Lehrlingsfortbildungsschulen gegenüber unsern gänzlich zwecklosen Sonntagsschulen braucht man kein Wort zu verlieren; ihre Zweckmäßigkeit hat sich dort, wo sie, wie z. B. in Württemberg, seit Jahren eingeführt sind, aufs Beste erprobt.

Neben diesen, der Bildung für den bürgerlichen Gewerbebetrieb gewidmeten Schulen, will der Vers. gesonderte Schulen für die höhere Technik und den höheren technischen Staatsdienst gegründet wissen: als Vorbereitungsschule die technische Lateinschule, als Mittelschule das technische Gymnasium und als Schlußstein einer wissenschaftlich technischen Bildung die technische Hochschule. Nach dem schon Eingangs Gesagten halten auch wir eine solche Trennung für nothwendig, nicht etwa blos in Rücksicht auf die Bildung zum technischen Staatsdienst u. s. w., sondern vorzugsweise im Hinblicke auf die bürgerlich-technische Bildung, weil, wie auch Hr. Prof. Klumpp a. a. O. behauptet, für diese Richtung des Unterrichts bisher lange nicht ausreichend genug gesorgt war, und daher auf eine mögliche Erweiterung der Realschulbildung für die bürgerlichen Erwerbskreise Bedacht genommen werden müsse. Da wir nach dem Zwecke dieses Artikels vorzugsweise diese Seite des technischen Unterrichts im Auge haben, so können wir unser Referat über die Schulen für wissenschaftliche Technik schon kürzer fassen, dürfen aber doch nicht mit Schweigen über dieselben hinweg gehen, weil sie doch in Wechselbeziehung zu den Schulen der ersten Kategorie stehen, und weil gerade die für die wissenschaftlich-technische Bildung in der vorliegenden Schrift niedergelegten Vorschläge die meiste Beanstandung finden werden, zumal wenn man sie nur flüchtig und ohne tiefergehende Kritik auffaßt.

„In der wissenschaftlichen Richtung strebt der junge Techniker dahin, nicht selbst Arbeiter zu werden, aber die dem Standpunkt der technischen Wissenschaften entsprechenden Einsichte in das Wesen der Arbeit zu erlangen, um für einen gegebenen Zweck die nöthigen theoretischen Vorarbeiten zu der eigentlich produktiven Arbeit liefern und deren Ausführung leiten und überwachen zu können. In dieser Richtung müssen die Unterrichtsanstalten auf eine gediegene, wissenschaftlich technische Ausbildung ihrer Zöglinge hinarbeiten, und daher ein Hauptgewicht auf sprachliche Bildung legen, da diese die unentbehrliche Grundlage jeder wissenschaftlichen Fachbildung ist."

Der Vers. weiß nun noch, warum diese grammatische Grundlage der technisch-wissenschaftlichen Bildung nicht an den humanistischen Schulen gewonnen werden könne, begründet die Nothwendigkeit einer gesonderten technischen Lateinschule und eines technischen Gymnasiums und stellt leitende Prinzipien und Lehrpläne für diese Schulen auf. Die technische Lateinschule soll aus 4 Klassen bestehen, die Zöglinge mit dem vollendeten 10. Jahre aufnehmen und mit dem 14. entlassen; neben der Lateinsprache, welche sie nahezu in demselben Umfange zu lehren hat, wie die humanistische Lateinschule, sowie auch Geschichte und Geographie, betreibt sie dieselben Realfächer, wie die Gewerbschule und zwar in derselben Ausdehnung. Da mithin die Aufgabe der technischen Lateinschule, mit Ausnahme der Latein, dieselbe ist, wie die der Gewerbschule, und da überdies die Aufnahme ins technische Gymnasium eben sowohl den bräfähigen Schülern der Gewerbschule wie den Abiturienten der humanistischen Lateinschule zugestanden wird, so möchte man versucht sein, die Vorbereitung für das technische Gymnasium entweder der Gewerbschule unter Zuweisung des Latein als fakultativen Unterrichtsgegenstandes, oder der Lateinschule mit der Verpflichtung einer entsprechenden Berücksichtigung der Realfächer anheim zu geben, demgemäß die technische Lateinschule als überflüssig zu erklären und in diesen Propositionen nur eine Konsequenzmacherei zu erblicken, nach welcher für den technisch-wissenschaftlichen Bildungszweig dem humanistisch-wissenschaftlichen parallel laufende Schulen verlangt würden. Bei genauerer Prüfung jedoch muß sich die Forderung einer gesonderten technischen Lateinschule aus inneren Gründen als Nothwendigkeit ergeben, womit jene Gegenvorschläge von selbst zerfallen. Daß die Gewerbschule mit ihrem dreijährigen Kursus unmöglich noch im Stande ist, auch Latein in ihren Lehrplan aufzunehmen, liegt auf der Hand, eine Ausdehnung derselben auf 4 Kurse erweist sich aber in Rücksicht auf die nachfolgenden Fachschulen als durchaus unstatthaft. Noch eher hat es den Anschein, als ob die humanistische Lateinschule die Grundlage für die technisch-wissenschaftliche Bildung gewähren könnte. Allein da sich dieselbe von ihrer humanistischen Richtung durch zu große Rücksicht auf die Realien nicht ablenken lassen darf, so liegt die Gefahr nahe, daß sie in letzteren nur Dürftiges leisten und also ungenügend präparirte Schüler zum technischen Gymnasium abgeben wird. Dabei würden eben so die technische Lateinschule wie die Gewerbschule im Verfolgen ihres Zieles beeinträchtigt, wollte man ihnen auch noch die Vorbereitung fürs technische Gymnasium als wesentliche Aufgabe zuweisen.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Deutscher Bund.

Bayern. München, 21. Juni. (Pr.-C.) Mit dem Nachmittagszuge der Eisenbahn ist heute die Mehrzahl der Theilnehmer an dem ersten Feste des bayerischen Turnerbundes hier eingetroffen. Nach herzlichem Empfang im Bahnhofe erfolgte unter Vorteilt eines Musikkorps der Einzug in die Stadt — leider unter so ungünstiger Witterung, daß die verschiedenen Vereine — deren 63 aus allen Theilen des Landes am Feste Theil nehmen werden — ihre Fahnen nicht entfalten konnten. Der Zug begab sich nach dem Pavillon der Schwannenhalle, wo die Fahnen aufgestellt wurden und die Ankommenden, schöne kräftige Jugendgestalten, die Quartier-Billets empfingen. Sämmtliche 7—800 auswärtige Turner erhalten gastfreundlich freies Quartier bei den hiesigen Einwohnern. Heute Abend ist gesellige Unterhaltung in der Westendhalle, woselbst morgen Vormittags die Vorturner eine Versammlung halten. Nachmittags findet der Festzug durch die Stadt nach dem k. Turnplatze statt, woselbst Massenübungen ꝛc. stattfinden. Morgen Abends ist Festversammlung im Saale des k. Odeons. Am Montag wird Vormittags der Turntag abgehalten. Nachmittags abermals Festzug und dann Riegenturnen und Wettturnen der Vereine und Abends Gastenfest im Prater. Am Dinstag wird ein Ausflug nach Starnberg und den schönen Rottmannshöhen, Gastmahl im Freien und Abends die Rückkehr nach München stattfinden. Außer den 63 Vereinen werden bei dem Feste durch besondere Abordnungen auch die Turnvereine in Salzburg, Innsbruck, Wien, Schenting, Leipzig, Gotha, Amsterdam, Schwäbischgmünd, Stuttgart und Reutlingen vertreten.

§ **Oesterreich.** Wien, 20. Juni. (Privat-Korrespond.) Vorgestern fand hier unter dem Vorsitze des Kaisers ein Ministerrath statt, wobei man sich vornämlich mit den Ereignissen in Serbien beschäftigte und über die Haltung berieth, welche Oesterreich in dieser Krisis zu beobachten hat. Bestem Vernehmen nach hat man sich dahin entschieden, vollkommen neutral zu bleiben, da man der Ansicht ist, daß auf diese Weise am Besten die Rücksichten beobachtet werden können, welche man gegen sich selbst, gegen die slavische Bevölkerung und die Unterzeichner des Pacifer Friedenstraktates zu erfüllen hat. Einstimmig hat man sich dafür ausgesprochen, Alles zu vermeiden, wodurch Oesterreich gegen die Ansicht Europas in die Händel der Türkei hineingezogen werden könnte, und nur dann zu intervenieren, wenn die Großmächte, welche in dem Pariser Friedensvertrage bekanntlich das Verhältniß Serbiens zur suzeränen Macht geregelt haben, an Oesterreich das Ansuchen stellen, eine derartige Mission zu übernehmen. — Die Nachricht einer hiesigen lithographirten Korrespondenz, daß der Pascha in Belgrad an den österr. Kommandirenden in Semlin, General Philippovich, das Ansuchen gestellt hat, ihm einige Bataillone zur Verstärkung der Garnison in Belgrad zu überlassen, wird als unrichtig bezeichnet und hatte der österr. General ein solches Ansuchen daher auch gar nicht abzuschlagen. Die Garnison in Belgrad ist übrigens stark genug, um jeden gegen die Festung versuchten Ueberfall zu vereiteln. In den letzten Jahren hat die Pforte für diesen Platz sehr viel gethan, um seine Befestigungen zu verstärken und die Armirung zu vervollständigen. In Provisent soll sie jedoch Mangel leiden, weßhalb vertragsmäßig sind die Serben zur Lieferung desselben verpflichtet und wird dem Pascha wohl nichts übrig bleiben, als sie durch Androhung des Bombardements zur Einhaltung dieser Stipulation zu zwingen.

Preußen. Vor dem Schwurgericht in Berlin wird gegenwärtig ein umfangreicher Meineid-Prozeß gegen 7 Personen verhandelt. Haupt-Angeklagter ist der Rentier Liesefeld, frühere Wirth im Hotel de Pologne in der Dessauerstraße; derselbe hat der Anklage zufolge seit einer Reihe von Jahren ein förmliches Geschäft mit dem Schwören falscher Eide, Verleitung anderer Personen zu diesem Verbrechen und mit Urkunden-Fälschungen getrieben. Dieser selbe Liesefeld war einst einer der wichtigsten Zeugen in der unter Hinckeldey in Scene gesetzten sogenannten Büchsen-Verschwörung. Liesefeld galt als ein sehr feiner Mann, er renommirte mit seiner Frömmigkeit und hat, wie festgestellt ist, anderen Personen gegenüber einen Trumpf darauf gesetzt: „daß er in der Matthäikirche einen bestimmten Platz vor dem Altar habe."

Das deutsche Turnen, das vorzugsweise die Ausbildung zur persönlichen Selbstständigkeit ins Auge faßt, scheint in Preußen von dem sogenannten schwedischen Turnen, das auf die Entwicklung des Körpers für gleichmäßige Bewegungen und Kraftäußerungen in den Massen hinauszulaufen — ganz verdrängt werden zu sollen. Der Cultusminister hat angeordnet, daß ein Leitfaden für den Turnunterricht an den preußischen Volksschulen", welchem das letztere System zu Grunde liegt, für den gymnastischen Unterricht an sämmtlichen Schullehrer-Seminarien vom nächsten Cursus ab eingeführt wird. Der Abg. Wachsow hat nun an das Cultusministerium, bezw. an das Staatsministerium die Interpellation gestellt, ob auf dem amtlich proclamirten Wege, welcher offenbar gegen das deutsche Turnen gerichtet sei, behörd und insbesondere die Gemeinden gezwungen werden sollen, sich dem in dem Leitfaden niedergelegten System zu fügen; und ob das Staatsministerium die Central-Turnanstalt, die unter dem Kriegsminister steht, als Mittelpunkt auch des bürgerlichen Turnunterrichts aufrecht erhalten und entwickeln will? —

In Trier wurde in öffentlicher Sitzung des k. Landgerichts das Urtheil gegen den „thatsächlichen Redakteur" Dr. Linz und den verantwortlichen Herausgeber der „Trierschen Zeitung", Fr. Linz, aufgerufen, angeklagt, durch Veröffentlichung einzelner Stellen aus Bernhagen's Tagebuch die Achtung gegen den König verletzt zu haben, nachdem die Anklage in der Sitzung vom 12. d. M. in der Zuchtpolizei-Appellkammer verhandelt worden war. Das Urtheil erkennt das Strafbare der abgerückten Stellen an, spricht aber den Redakteur Dr. Linz frei, weil nicht feststehe, daß er den Inhalt derselben vor der Veröffentlichung gekannt habe, verurtheilt dagegen den Herausgeber Friedrich Linz auf Grund des § 37 des Preßgesetzes zu 50 Thlrn. Geldstrafe, und erkennt auf Grund des § 50 auf Vernichtung die noch vorfindlichen Exemplare der betreffenden Zeitungsblätter und der dazu bestimmten Platten und Formen.

Als in Breslau am 15. d. M. Schiller's „Jungfrau von Orleans" gegeben wurde, erhob sich bei den Worten Dunois's: „Richtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre" ein donnernder Applaus. Bei den Worten König Karls aber: „denn nur von Gott erhalten Frankreichs Könige ihre Krone" folgte, von 50—60 Studenten angeregt, ein sich allgemein verbreitendes anhaltendes Geklatsch.

Hannover. Eine heitere Episode bei dem norddeutschen Liederfeste in Hannover bietet folgender Vorfall. Der König hatte die 800 Liederbrüder zu einem Frühstück in Herrenhausen auf Samstag eingeladen und die Liedertafeln zogen, die Fahnen voran, durch die prächtige Allee nach dem Weifenschloß. Die Vieselefder Liedertafel „Arion" führt eine schwarz-roth-goldene Fahne. Der Festordner, königlicher Schatzrath R., sonst als Liberaler bekannt, wandte sich an den „Arion", seine Fahne, die Anstoß erregen möchte, zurückzulassen, indeß die übrigen Vereine ihre resp. Fahne behielten. „Wo unsere Fahne bleibt, bleiben wir auch!" war die Antwort, und der „Arion" hatte das Nachsehen beim Frühstück und Steinberger Kabinetsweine, der bei der höchst gastfreien Aufnahme in Strömen floß. Im Zuge erschien die Fahne wieder und lockte nach und nach gegen 30 aus den Fenstern der Weifenhauptstadt hervor. Die 800 haben übrigens mit großer Präzision die „Weifenhymne" aufgeführt. Der „Arion" erhielt viele Beweise der Anerkennung und Theilnahme.

Der König von Hannover hat an die Ständeversammlung auf seinen Geburtstags-Gratulationsadresse eine verbindliche Antwort gerichtet. „Unser landesväterliches Herz hat es wahrhaft beglückt, daß die Stände Unseres Königreichs bei dieser Veranlassung, in einer Zeit, wo leider die alten theiligsten Bande, welche die Fürsten mit ihren Völkern verknüpfen, so vielfach sich lockern, die Versicherung der unwandelbaren Treue und Hingebung an Uns und Unser königliches Haus erneuert, und laut vor Unserem Throne die Betheuerung wiederholt haben, daß sie, wie ihre Väter gethan, in guten und bösen Tagen stehen wollen zu ihrem alten Welfischen Herrscherg'schlechte." Hiernach und nach „der so innigen Theilnahme des ganzen Landes" an der vorjährigen Eeeettung des Erbprinzen aus Lebensgefahr und an seiner diesjährigen Konfirmation vertraut er, daß „die Söhne Unseres Landes in muthiger Treue alle Zeit der von den Vätern ererbten Pflicht eingedenk sein werden, einzusetzen für das Recht und die Macht Unserer Krone."

Kurhessen. Wie haben Grund zu der Annahme, daß der Plan des Kurfürsten seit den Beschlüssen des Bundestags dahin gefaßt ist, nur Schritt vor Schritt zurückzuweichen, jede neue Position durch Zaudern und Ausflüchte so lange als möglich zu halten und dadurch die definitive Gelegenheit der Verfassungswirren so lange hinzuziehen, bis ein unvorhergesehenes Ereigniß die Sachlage günstiger gestaltet. Dieser Plan scheint nicht ungeschickt. Er entspricht vollständig der aus vielfachen Vorgängen bekannten Zögerungstaktik des Kurfürsten. Er zeigt, als wenn nichts vorgefallen wäre, mit seinen alten Ministern fort und hält einen um den andern Tag mit denselben Staatsministerial-Sitzungen, in welchen die Anhänger des Verfassungsumsturzes mit Gunstbezeugungen bedacht werden. Selbst wenn das neue Ministerium eingesetzt werden sollte, werden so viele Hemmnisse geschaffen werden,

Digitized by Google

daß an denselben eine feste Begründung des Rechtszustandes scheitern muß.

Mecklenburg. Der Candidat Schulenberg in Rostock ist wegen der Broschüre: „Panier der Rettung“ — welche er mit dem Professor Dr. Baumgarten und dem Candidaten Sellin herausgegeben, von der Justizkanzlei zu 14 Tagen Gefängniß und 20 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Die Wahrheiten, welche in der Broschüre ausgesprochen wurden, sollen zum Theil die Form von Beleidigungen gegen den Oberkirchenrath, das Consistorium, die Rostocker Geistlichkeit und die Pastoren des Landes haben. Die ganze Gesellschaft der Beleidigten ist auch wie ein Rattenkönig so mit einander verwachsen, daß wer Einen schlägt, Alle trifft.

Thüringen. Die Berathungsgegenstände der gestern erwähnten freigemeindlichen Versammlung in Gotha sind laut der dortigen Zeitung: 1. Es möge erörtert werden: „Welche Stellung haben die freien Gemeinden im Interesse des nationalen Fortschritts zu der römisch-katholischen und evangelischen Kirche einzunehmen, und ob und wie haben sie sich zu diesem Zweck bei Reformvereinen für Gewissensfreiheit und ähnlichen und Bekennern verschiedener Confessionen gebildeten religiösen Vereinen zu betheiligen?“ 2. „Die Versammlung beschließt eine Erklärung, resp. Protest, wegen der Unterdrückung der deutsch-katholischen und freichristlichen Gemeinden in Kurhessen, Bayern und Oesterreich, und fordert das Recht ihrer Wiederherstellung auf Grund des sittlichen Gesetzes der religiösen Entwickelung der Nation und mit Berufung auf die Konstitution der betreffenden Staaten.“ 3. „Die Versammlung beschließt eine gleiche Erklärung gegen die Verbote des sächsischen Kultusministeri, in Folge welcher die deutsch-katholischen Gemeinden des Königreiches Sachsen sich an den Bundesversammlungen der freireligiösen Gemeinden nicht betheiligen dürfen.“ 4. „Die Versammlung beschließt, daß die freireligiösen Gemeinden Englands und die Unitarier in Kenntniß gesetzt werden von den Beschlüssen dieser Berathungen, und daß der Vorstand sie einladet zur nächsten Versammlung.“

Belgien.

Die Universität Loewen hat in ihrem Streit mit dem Bischof von Brügge gesiegt. Der Erzbischof von Mecheln, Msgr. Sterckx, hat ein Schreiben von dem Papst erwirkt, um das Verhalten des Bischofs von Brügge in dieser Angelegenheit zu mißbilligen. Dadurch wird auch Kardinal Andrea gerechtfertigt, dessen Demission als Vorsitzender der Kongregation des Index gerade deshalb eingereicht und angenommen wurde, weil er für die Loeweuer Professoren Partei genommen hatte.

Großbritannien.

Russels Erklärung im Parlament lautet wörtlich: Die englische Regierung ist beschuldigt worden, Frankreich verlassen zu haben, als es nothwendig geworden war, die Convention in Betreff Mexiko's auszuführen. Man hat gesagt, daß die englischen und spanischen Truppen zurückgezogen worden seien, und daß man es den Franzosen überlassen habe, die Schwierigkeiten zu bekämpfen. Dies ist ein Mißverständniß. Frankreich hat sich entschlossen, Verstärkungen nach Mexiko zu senden; dieser Entschluß hat aber keinen Grund durchaus nicht in der von England angenommenen Haltung. In der ursprünglichen Convention ist bezüglich der Zahl der durch die Verbündeten nach Mexiko zu sendenden Truppen festgestellt worden, daß Spanien 3000, Frankreich 2500 Mann und England Seekräfte hinschicken sollten. Außer den letzteren sollte England 700 Seeleute hinsenden, welche seitdem zurückgezogen worden seien, weil keine unmittelbare Gefahr eines Konflikts mit den Mexikanern vorgelegen hatte. Nie hat England die Absicht gehabt, Truppen nach Mexiko zu senden, und eben deshalb hat es auch seine Verbindlichkeit nicht gebrochen. Malmesbury erklärt sich durch diese Erläuterungen befriedigt, weil diese Frage in England Bekommenheit und in Frankreich eine unangenehme Stimmung gegen England veranlaßt habe. Russel konstatirt, daß der englische Gesandte in Mexiko, Wyke, nicht nach New-York gegangen sei.

Der Vicekönig von Aegypten fühlt sich in London unbehaglich. Seine Gesundheit ist angegriffen, was bei dem schnüffelichen Wetter der letzten Tage sehr begreiflich ist, und er ist verstimmt, daß ihn die Königin nicht empfangen will, was allerdings fatal ist, sich aber nicht ändern läßt, da in dieser Beziehung die prinzenlosen Vorstellungen nichts nützen und die Königin sich um keinen Preis herbeilassen will, während des Trauerjahres Fremde zu sehen oder sich irgendwo öffentlich zu zeigen. Alle sonstigen Höflichkeiten, mit denen man dem Vicekönige von Seiten der Regierung und der Aristokratie hier entgegenkommt, vermögen nicht seine Verstimmung zu heben. Er besteht darauf, am 25. abreisen zu wollen. Nun kümmert sich das große Publikum allerdings sehr wenig um Said Pascha und seine Launen; der Regierung ist es aber doch unangenehm, daß sie ihm den Aufenthalt in England nicht angenehmer machen konnte, und hie und da zeigt sich Mißstimmung darüber, daß die Königin ihrem Schmerze nicht mehr Zwang anthut oder darein willigt, daß der Prinz von Wales an ihrer Statt glänzenden Hof halte, um die Pflicht der Gastfreundschaft zu üben. Letzteres ist der allgemeine Wunsch — die „Times“ hat wiederholt darauf angespielt, — doch ist es bis jetzt nicht gelungen, die Königin anders zu stimmen, ja, sie hat sich ausdrücklich verbeten, mit ihr darüber zu sprechen. Seit dem Tode Lord Herbert's ist Niemand unter den Männern der Regierung, welcher das unbedingte Vertrauen der Monarchin in Privat- und Familien-Angelegenheiten besitzt. König Leopold liegt daheim krank darnieder; vielleicht gelingt es dem Herzog von Coburg, ihrem Schwager, sie anders zu stimmen. Die Abgeschlossenheit des Hofes bringt in der That nach manchen Seiten hin das Unangenehmen viel mit sich.

Frankreich.

Aus einer Note der „Patrie“ will man schließen, daß General Montauban, Graf von Palikao, zum Kommandanten des neuformirten Armeekorps ausersehen ist. (!) Die „Patrie“, die gestern davon gesprochen hatte, daß 5000 Mann nach Mexiko gesandt würden, sagt heute, daß 12,000 Mann dorthin geschickt werden sollen. Die Linienschiffe St. Louis und der Imperial und der Transportdampfer Aridge nehmen im Ganzen 2000 Mann und 480 Pferde an Bord, um sie nach Vera-Cruz zu bringen. In Cherbourg werden sofort 2500 Mann eingeschifft. Die betreffenden Schiffe sollen bereits am 23. Juni in See stechen.

Die wegen der Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft angeklagten Greppo und Miot werden durch Jules Favre vertheidigt werden. Dem berühmten Anwalt zufolge liegt weder gegen diese noch gegen die übrigen Mitangeklagten, etwa 40 an der Zahl, irgend ein haltbarer Grund zur Verurtheilung vor. Die Haussuchung führte zu nichts als zur Wegnahme einiger Zeitungsnummern aus dem Jahre 1848. Die Waffenverein sollen aus einigen verrotteten Gewehren der republikanischen Nationalgarde bestanden haben. Demnach könnte Jules Favre die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben.

Italien.

An Garibaldi haben die Bewohner eine Adresse gerichtet, in der es heißt: „Noch drei Jahren des Leidens, des Elends gesäugt durch Erpressungen, Gewaltthaten und Steuerdruck aller Art, wiederholen wir noch immer den Schrei der Angst, der Nothgenation: Möge man Italien vollenden, ja möge man Italien vollenden und wir werden leiden, bis das starke, einige und mächtige Italien uns aus unserer langen Agonie erretlet, die wir nicht verdient haben und endlich aufhören muß. ... Wir haben alles Vertrauen auf unsern König, auf Victor Emanuel und auf Ihren tapfern Degen. Seien Sie immer mit ihm, wir bitten Sie, schlagen Sie zu, wenn er Sie loschlagen heißt. Dann werden wir aus unsern Ketten Waffen schmieden, um zu siegen oder zu sterben, und wir werden uns seiner und Ihrer würdig zeigen.“ — Das Brigantenthum im Süden ist vernichtet, wenn man den Turiner Blättern Glauben schenken darf. Die „Monarchia nazionale“ bethauert alles Ernstes, in dem neapolitanischen Lande herrsche Ordnung und Sicherheit, von Angriffen auf Personen und Eigenthum hört man nichts mehr, und außer den Banden Chiavonne's, Tristany's, Nino Nanco's, Coppa's, Cavalcante's, Corleto's und Pepullo's sei auch von Räubern keine Spur mehr vorhanden.

Die neue Kaserne, welche Hr. v. Mérode auf dem Boden des alten Prätorianerlagers errichten läßt, soll 6000 Mann fassen und etwa 300,000 Scudi kosten. Sie befindet sich auf einem sehr abgelegenen und ungesunden Platze. Sämmtliche päpstliche Truppen defilirten bei der Grundsteinlegung vor dem h. Vater. In der Mitte des Prätorianerlagers hatte man eine kolossale Statue des h. Petrus aufgerichtet. Msgr. Cullen, Erzbischof von Dublin, hielt den Gottesdienst. Kardinal Antonelli war nicht anwesend.

Nichtpolitische Zeitung.

Vor etlichen Tagen erhielt das tyrolische Provinzial-Museum durch Baron Pralo in Mantua den Denkstein zum Geschenke,

Digitized by Google

welcher die Stelle bezeichnete, wo Andreas Hofer, von französischen Kugeln durchbohrt, seine Seele aushauchte. Dieser Stein wurde 1860 vom vierten Bataillon der Tyroler Jäger durch ein Monument ersetzt; er trägt die Inschrift: „A. H. XXI. Februar". Hofer's Todestag ist zwar der 20. Februar; da aber der Denkstein einige Jahre später gesetzt wurde, war ein derartiger Irrthum bezüglich des Datums wohl möglich.

Auf dem Pesther Bahnhofe ist am 16. d. eine eigenthümliche Fracht angelangt. Zwei Soldaten fanden in einem Waggon dritter Klasse ein etwa vier Monate altes Kind weiblichen Geschlechts in einem Korbe verpackt, das sich durch Schreien bemerkbar machte. Die eingeleiteten Nachforschungen haben ergeben, daß der Korb mit dem Kinde von einer Frauensperson in Großkikinda in den Waggon gelegt wurde. Neben dem Kinde lag im Korbe ein in hebräischer Schrift geschriebener Fetzel, welcher wohl nähere Aufklärte über die Eltern des Findlings enthalten dürfte. Die Stadthauptmannschaft hat das Kind dem Rochusspital in Pest zur Versorgung übergeben.

Die sogenannte „Ungarische Tracht" — Schnürrock, enge Hosen, hohe Stiefeln, faltiger Umwurf — ist nicht, als eine Uebertieferung gutdeutscher mittelalterlicher Reichsbürgertracht. Die Ungarn haben ihren „Ehren-Komment" und ihren Kleiderschnitt von unsern Vorvätern angenommen, aber viel treuer bewahrt, denn wir.

Der „Siecle"-Korrespondent in Rom hat eine lange Unterredung mit dem kleinen Mortara und dem Geistlichen gehabt, welchen speziellen Obhut der Knabe in dem Kloster „bei heilgen Petrus in Banden" anvertraut ist. Zuerst sah ihn der Berichterstatter in der Kirche Messdienste am Altare verrichten, wobei er sich sehr anstellig bewies. Später kam er mit dem zu einer europäischen Berühmtheit gewordenen Jungen während der Spielstunden im Klosterhofe zusammen. Derselbe trug eine schwarze Soutane, während seine Gefährten weiß gekleidet waren. Er ist jetzt 10 Jahre 4 Monate alt, mittlerer Größe, mager, ohne jedoch leidend oder schwächlich zu scheinen. Er hat schwarzes, kurz gekräuseltes Haar, schöne, runde Augen mit langen, schwarzen Lidern und einen unverkennbaren jüdischen Typus. Im Kloster heißt er Edgardo, was schon früher sein Name war. Nach der Auslage seines Lehrers ist er sehr intelligent und lernt mit besonderem Eifer Lateinisch. Der Korrespondent fragte den Kleinen, ob es ihm gefalle, ob er gerne da verweile, worauf er ein Si (Ja) zur Antwort erhielt. Weiter war nichts aus ihm heraus zu bringen. Mit 17 Jahren darf er, wie der Geistliche erklärte, das Kloster verlassen; er könnte es übrigens heute schon verlassen, er habe einen ausgeprägten Beruf zum geistlichen Stande. Seine Eltern sieht er nicht mehr, doch schreibt er ihnen das Jahr zweimal, um sie zu bitten, sich zu bekehren; die Eltern beantworten jedoch die Briefe nicht. Nächste Woche soll er seine erste Kommunion feiern; ein französischer Bischof wird ihm nach der Auflage des erwähnten Geistlichen das hochwürdige Sakrament spenden. Niemals, sagt der Korrespondent, werde er den Ausdruck vergessen, mit dem der Geistliche im Laufe der Unterredung folgende Worte gesprochen: „Man hat viel bei Gelegenheit der Wegführung dieses Kindes von väterlichen und natürlichen Rechten gesprochen. Aber das göttliche übernatürliche Recht ist stärker als das Recht des Vaters und der Familie; ein getauftes Kind ist unsre Sache (è roba nostra)." Die Mutter des Kleinen, meinte er endlich, sei eine gute Frau, die sich vielleicht noch bekehren würde; der Vater aber sei ein verstockter Kopf, er sei nach Turin zu Hrn. v. Cavour gegangen und sei überhaupt an all dem Lärm Schuld, der seines Sohnes willen entstanden sei.

Barnum's amerikanisches Museum in New-York hat in der Woche vom 2. bis 7. Juni wieder eine „große nationale Kinder-Ausstellung" gehalten, worin sich „hundert schöne Kinder" um Prämien von 500—5 Dollars bewerben sollten. Nach Barnum's Anzeige war ein Kind aus Cincinnati eingeliefert, welches drei Monate alt ist und nur ein Pfund und 7 Unzen wiegt. Dies kleinste Menschenkind, das „in Wahrheit das größte Wunder der Welt ist", dieses "winzige Atom des Menschengeschlechtes" ist so klein, daß ihm „ein gewöhnlicher Fingerring über Hand und Arm bis zum Ellbogen hinaufgezogen werden kann". Ausstellungsberechtigt waren namentlich „fette" Kinder, sowie Zwillinge, Drillinge und Vierlinge.

Neueres.

Bayern. Nach der „Pf. Z." soll der Landtag erst gegen Ende dieses Jahres, und zwar hauptsächlich zum Zwecke der Ergänzung der Gesetzgebungsausschüsse einberufen werden. (Vergleiche Württemberg.)

Pfalz. Dem „Frankf. Journal" nach soll Pfarrer Schmitt wieder reaktivirt werden, und zwar soll er auf die erledigte Pfarrei zu Rheingandheim von der obersten Kirchenbehörde bereits vorgeschlagen sein.

Württemberg. Es scheint festzustehen, daß die Kammern vor kommenden Oktober oder November nicht wieder einberufen werden, und es gewinnt daher die mehrfach gehörte Behauptung an Wahrscheinlichkeit, daß der preußisch-französische Handelsvertrag von Bayern, Württemberg, Großh. Hessen und Nassau (die im Augenblick Kommissäre zu diesem Behuf in München versammelt haben), nur bedingungsweise unter noch vorzunehmenden Modifikationen werde angenommen werden.

Holland. Die japanesische Gesandtschaft, welche am vorigen Sonnabend hier mit großem Pomp empfangen worden, beschäftigt sich bis jetzt ausschließlich mit der Besichtigung der Fabriken und anderer bemerkenswerther Institute der Stadt. Gift gefiera hatte sie eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen. Wann sie vom König empfangen wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Begeichnend für den Charakter der Japanesen ist folgender Vorfall. Beim Besuch einer Fabrik geschah es, daß einer der Gesandtschaftsbeamten sein Gesicht mit dem Taschentuch abtrocknete. Sofort erhielt derselbe auch einen strengen Verweis von Seiten des Aufsehers (dwarskijker) der Gesandtschaft, der ihm das Gebot ins Gedächtniß rief, in fremden Ländern niemals über etwas Verwunderung oder Erstaunen zu äußern. Obwohl nun ihr Nationalstolz ihnen verbietet, die Ueberlegenheit der europäischen Civilisation direkt anzuerkennen, so verfäumen sie doch keine Gelegenheit, aus derselben jeden nur möglichen Vortheil zu ziehen. Sie erkundigen sich über Alles, sie untersuchen jeden ihnen neuen Gegenstand, sie kaufen eine Masse von Sachen aller Art. So z. B. haben sie einem Leidener Buchhändler den Auftrag ertheilt, ihnen alle irgend bemerkenswerthen Bücher einzusenden, die in Holland seit 1833 erschienen sind. Die früher erschienenen Werke fänden sich bereits sämmtlich in der Bibliothek von Jedo vertreten.

Großbritannien. Am 20. Juni war der 25. Jahrestag der Thronbesteigung der Königin Victoria. Auf den Wunsch der Königin sind die üblichen Kunstgebungen der Freude, wie Glockengeläut, Kanonensalven u. s. w. in London sowie in Chalam und Westwich unterblieben. Der Lord Bischof von London gibt heute den Jahrestag zu Ehren in üblicher Weise den Erzbischöfen und Bischöfen ein Bankett im Palaste von Fulham. Der 83jährige Primas oder Erzbischof von Canterbury, der sich von seinem neulichen Unwohlsein gänzlich erholt hat, wird zugegen sein.

Italien. Während ein ministerieller Erlaß die provisorischen Maßregeln gegen die Errichtung von National-Schießständen in der Lombardei aufhebt, haben die Minister Ratazzi, Petitti und Matteucci an die Direktion des National-Schützenvereins ein Schreiben gerichtet, worin sie ihren Beitritt als permanente Mitglieder erklären.

Türkei. Sobald die Ereignisse in Belgrad in Konstantinopel bekannt wurden, hat die Regierung dem Kommandanten der Citadelle die Ordre zugehen lassen, die Feindseligkeiten einzustellen. Ahmed Effendi ist hingesandt worden, um eine ernstliche Untersuchung vorzunehmen. Der bisherige Gouverneur der Citadelle ist durch Raschid Pascha ersetzt worden.

Rußland. Ein Befehl des Kaisers verordnet die Schließung sämmtlicher Militärsonntagsschulen wegen Verbreitung falscher Lehren und Versuche der Verleitung zum Treubruch und verbietet fremden Individuen die Zulassung in die Kasernen. — Das Bureau des Warschauer Kriegsgouverneurs ist aufgehoben worden. Päße in das Ausland ertheilt die Regierungskommission des Innern und sollen statt der russischen Paßformulare polnische verwendet werden. Die Civiltracht der Israeliten sind publizirt.

Auch in Odessa haben während der Zeit vom 5. bis 8. d. nächtliche Feuersbrünste stattgefunden und sind mehrere Getreidemagazine von den Flammen zerstört worden.

Amerika. Nach einer Nachricht der „Times" sollen die Franzosen mit beträchtlichem Verluste bis nach Veracruz zurückgeschlagen worden sein. Uebereinstimmend hiemit meldet die „Independance belge", daß die französischen Truppen bei Guadalupe neue Verluste erlitten, und der „Nord" sagt, der General Lorencez sei gestorben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

K. Hof- & Staats[illegible]
in
Nr.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 172. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **59. Jahrgang.** | Dinstag, 24. Juni 1862.

Deutscher Bund.

In der 24. Bundestags-Sitzung gab Hannover die Erklärung ab, daß es bereit sei, die Kommission für die Umwandlung des Gothaer Heimathsvertrages in einen Bundesbeschluß zu beschicken; ebenso, die Kommissions-Vorschläge für einheitliches Maß und Gewicht anzunehmen, falls die Nachbarstaaten ein Gleiches thun. Dasselbe that Hamburg in Bezug auf Maß und Gewicht anzeigen. Frankfurt zeigt die Annahme der Zulätze zur deutschen Wechselordnung an. Auf einen Vortrag des Militär-Ausschusses wird Truppenstheilen verschiedener Bundes-Garnisonen (in Ulm, Luxemburg und Frankfurt) die Genehmigung zur Theilnahme an den Feldübungen bei Gemünd in Württemberg. Trier und auf der Wahner-Haide ertheilt. Beschlossen wurde die außerordentliche Matrikular-Umlage von 36.000 Gulden für die Beschädigungen durch das Hochwasser in den Festungen Mainz, Ulm und Rastatt. Einer in Cassel bei Mainz zu erbauenden Kaserne wurde auf Vorschlag des Militär-Ausschusses nach dem gegenwärtigen Gouverneur, Erzherzog Wilhelm, der Name Wilhelms-Kaserne beigelegt. Der noch abwesende Gesandte für Braunschweig-Nassau war durch den mecklenburgischen vertreten.

Bayern. In die gemäß des Gesetzes vom 28. Mai 1850 zur Entscheidung entstehender Kompetenzkonflikte alle drei Jahre zu bildenden Senate wurden in der Plenarsitzung des obersten Gerichtshofes am 12. Juni für die Landestheile diesseits des Rheins 4 ständige Mitglieder die Oberappellationsgerichtsräthe Gresbeck, Weickard und von Schmid, als Stellvertreter die Räthe Kammerknecht, Freiherr v. Tucher und Braun; für die Pfalz die Räthe Hilgard, Lang und Hörmann, als Ersatzräthe die Räthe Kalb, Damm und Wolf gewählt.

Der seitherige neapolitanische Geschäftsträger, Graf Cito de Torrecuso, welcher vom König Franz II. zum Gesandten am k. Hofe ernannt worden ist, hatte die Ehre, am Mittwoch Nachmittag sein Beglaubigungsschreiben Sr. Maj. dem König in feierlicher Audienz zu überreichen.

** München, 22. Juni. (Privat-Korresp.) Während es heute Vormittag wieder unaufhörlich regnete, schlugen sich die Regenschleusen des Himmels doch für einige Nachmittagsstunden, so daß der Festzug der Turner und das Festturnen in der Hauptsache dennoch stattfinden konnte. Der Zug, an welchem die 7—800 Turner einiger 60 Vereine mit ihren Fahnen und mehreren Musikkorps Theil nahmen, bot einen imposanten Anblick und erregte allgemeines Interesse. Die Turnerschaar wurde denn auch von der Bevölkerung vielfach herzlich begrüßt. Ihre Majestät die Königin mit den k. Prinzen sah den Zug von den Fenstern der k. Residenz aus, und wurde unter Schwanken der Fahnen von allen Turnern mit den herzlichsten Zurufen begrüßt. Auf dem k. Turnplatze angekommen, wurde das Fest mit einer kurzen Anrede des Hrn. Weber, Vorstand des hiesigen Männerturnvereins, eröffnet und fanden dann, von allen Vereinen ausgeführt, Massenübungen statt. Obwohl die zahlreichen Tuerner niemals vereint turnen, wurden diese Uebungen dennoch sehr gelungen ausgeführt, ebenso das hierauf gefolgte Riegenturnen der hiesigen Vereine. Kaum war dies beendet, so trat wieder Regen ein und veranlaßte die Rückkehr zur Stadt, wo dieselben Abend die Turnerschaar sich zum fröhlichen Feste im k. Odeon versammelt.

= **Oesterreich.** Ueber die deutsche Bundesreform sollen in Wien zwischen den Unterzeichnern der identischen Noten diplomatische Konferenzen beginnen, sobald die gegenwärtig in München tagenden Delegirten der süddeutschen Regierungen ihre Berathungen in Betreff des preußisch-französischen Handelsvertrages beendet haben werden.

= Aus Rom wird dem „Botsch." geschrieben: Antonelli habe sich gegen mehrere österreichische Bischöfe in Bezug auf das Konkordat dahin ausgesprochen: daß der Papst, die schwierige Lage der österreichischen Regierung vollkommen würdigend, seine volle Geneigtheit zu erkennen gegeben habe, zur Lösung dieser Schwierigkeiten, so weit dies die der Kirche obliegende Pflicht gestatte, die Hand zu bieten. Deßhalb habe der Kardinal-Staatssekretär den ihm vorgelegten Entwurf zu Verhandlungen über das Konkordat durch einen Gegenentwurf beantwortet, der aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in Wien sein werde.

Die Verhandlungen mit Rom wegen des Konkordates haben begonnen, und zwar ist der römische Stuhl, die durch die Konvention, wie sie vorliegt, der kaiserlichen Regierung erwachsenen Schwierigkeiten wohl würdigend, mit Bereitwilligkeit auf diese Verhandlungen eingegangen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Freiherr v. Hübner den Herrn v. Bach in Rom ersetzen wird.

Sachsen. Von den 150,000 Wenden, welche in der Ober- und der Niederlausitz leben, gehören etwa 50,000 zum Königreich Sachsen, und die Metropole ihrer Nationalität ist die alte Residenz Budissin (Bautzen), in deren Mauern nicht weniger als vier Zeitschriften in wendischer Sprache erscheinen. Seit 15 Jahren besteht daselbst auch ein wendischer Bildungsverein, der für möglichste Verbreitung von Kalendern und anderen Volksschriften in wendischer Sprache thätig ist und die Abfassung von dergleichen mit Preisen belohnt. Ein wendisches Lexikon ist im Erscheinen begriffen. Trotz alledem ist das allmählige Verschwinden des Wendenthums oder wenigstens ein Stärkeres Aufgeben desselben in das Deutschthum in neuester Zeit in noch höherem Grade als früher bemerkbar.

Die erste Kammer hat in ihrer Sitzung vom 20. d. die Anwendung des Expropriationsgesetzes für eine von Greiz zum Anschluß an die sächsisch-bayerische Staatsbahn zu bauende Eisenbahn genehmigt und ist bezüglich der Voigtland-Egerbahn den Beschlüssen der zweiten Kammer (Zustimmung zu der von der Staatsregierung gewählten Linie Herlasgrün-Oelsnitz) mit allen gegen 5 Stimmen beigetreten.

Kurhessen. „Erklärt mir, lieber Dorindur, diesen Zwiespalt der Natur!" Der Kurfürst überstürzt sich in liberaler Concession und die Preußen marschiren. Hier die Altenstücke, aus denen der Leser selber klug werden mag.

1) Das Gesetzblatt von Kassel bringt eine landesherrliche Verkündigung vom 22. Juni, wonach auf Grund des Bundesbeschlusses vom 24. Mai die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 nebst den Gesetzen vom 25. November 1831, Legitimation der Landstände betreffend, vom 26. Oktober 1848, Wahl der Staatsdiener zu Abgeordneten betreffend, vom 5. April 1849, Zusammensetzung und Wahl der Ständeversammlung betreffend und endlich die Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 29. Juni 1848 wieder in Wirksamkeit gesetzt ist. Die §§ 60 der Verfassungsurkunde, Verfassungseid der Offiziere betreffend, 61 Verantwortlichkeit der Staatsdiener bei Verfassungsverletzungen betreffend, ferner das Gesetz vom 26. Oktober 1848, den militärischen Oberbefehl betreffend, bleiben bis zur verfassungsmäßigen Wiederkehr aufgehoben. Die provisorischen Gesetze vom 4. September 1850 bis 13. April 1852, desgleichen die gesetzlichen Erlasse vom Jahre 1852 bis 1860 bleiben bis zur verfassungsmäßigen Abänderung in Kraft. Wegen Einberufung der Stände sind die Anordnungen vorbehalten. Gegengezeichnet haben: Dehn-Rotfelser, Pfeiffer, Osterhausen, Stiernberg.

2) Nach Mittheilung der westfälischen Bahndirektion ist der Güterentransport von heute bis 26. Juni wegen Beförderung preußischer Truppen eingestellt. Das gleiche verlautet von der Thüringer Bahn. Hier trägt man sich mit Gerüchten, daß die Preu-

Digitized by Google

ßen die hessische Grenze bereits überschritten. (Näheres im Anzeiger.)

Freie Städte. Der Senat von Frankfurt hat sich, kaum eben an den gesetzgebenden Körper gelangten Eröffnung, für die Gewerbefreiheit entschieden. Gesetzentwürfe sind ausgearbeitet worden, welche die Aufhebung der Zünfte und Konzessionen (letztere noch nicht ohne Ausnahme) und die Ablösung der Realrechte bezielen. Indessen macht der Senat sein fernetes Vorgehen abhängig von der Ergänzung seiner Mitgliederzahl, zu der die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers bisher die Hand nicht hat bieten wollen.

Dänemark.

Von Kopenhagen ging das Kriegsdampfschiff „Hekla" mit den (200) Handwerkern und Industriellen ab, welche zur Londoner Industrie-Ausstellung auf Kosten der Regierung befördert werden.

Schweden und Norwegen.

Am 16. Juni wurde die 9 Meilen lange Eisenbahn zwischen Stockholm und Sparreholm zum ersten Male befahren.

Der „Göteborgs-Post" ist von Stockholm die Nachricht zugegangen, daß der Justizminister gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs beschäftigt ist, nach welchem das unselige Vierkammersystem endlich einem Zweikammersystem Platz machen würde. Der Entwurf soll noch im Herbst dieses Jahres „im Namen des Königs" dem Reichstag vorgelegt werden.

Großbritannien.

Die Morning Post polemisirt seit langer Zeit wieder einmal gegen die unchristliche Art und Weise, in der Rußland gegen die Ruhe, den Frieden und den Fortschritt der Türkei arbeite. Wie vor Kurzem in Syrien, so habe es jetzt in Montenegro gewühlt. Einen sichtbaren Zweck erreichte Rußland nicht damit, außer, daß es die nationalen Antipathieen zwischen den Türken und den halbslavischen Raçen nährte und die Entwicklung des ottomanischen Reiches auf einige Zeit aufhalte. Auf die Länge werde und müsse die gute Sache des Sultans siegen, und die Türkei gehe gewiß einer glänzenden und blühenden Zukunft entgegen. (?)

Frankreich.

General Forey wird sich noch in dieser Woche nach Mexiko einschiffen. Folgende sind die Schiffe, welche die französischen Verstärkungen nach Mexiko bringen werden: die Linienschiffe Saint Louis, Imperial, Eylau, Fleurus, Prince Jerome; die Transportschiffe Arriège, Finisterre und Mayenne, und die Fregatte Labrador. Sie können im Ganzen 6000 Mann und 900 Pferde an Bord nehmen.

In dem Hafen von Toulon herrscht fortwährend eine ungewöhnliche Thätigkeit, um Dampfboote und Transportschiffe zur Beförderung der Verstärkungen für das Expeditionskorps in Mexiko bereit zu stellen. Diese Verstärkungen werden theilweise aus Oran, Algier und Rom abgeholt. Der „Temps" meldet, daß General Forey sehr ausgedehnte Vollmachten mitnimmt. Der französische Gesandte in Mexiko, Hr. v. Saligny, wird ihm untergeordnet.

Italien.

Von den 264 Prälaten, welche die Adresse an Pius IX. unterzeichneten, gehören 56 Frankreich, 34 Amerika, 33 Italien, 32 Spanien, 21 Oesterreich und den übrigen katholischen Staaten Deutschlands, 17 den britischen Inseln und Kanada, 10 dem Orient, 4 Belgien und Holland, 2 Polen und 2 Rußland an; 50 Bischöfe in partibus infidelium komplettiren die Zahl.

Dem „Esprit Public", dem häufig inspirirten französischen Wochenblatt, geht aus Rom die Mittheilung zu, daß die französischen Ultramontanen und Gallikaner sich bei der Adreß-Berathung nicht bloß bekämpften, sondern die ersteren sich unter Louis Veuillot's Leitung den letzteren, die Bischof Dupanloup und der Erzbischof von Bourges, Mgr. de la Tour d'Auvergne führte, so unangenehm machten, daß sie sich eine Weile Fränkten, Wiseman's Adreßentwurf zu unterzeichnen. Die Gallikaner halten bekanntlich eine kleine Anerkennung für den Schutz, den Frankreich dem Papste geleistet, in die Adresse bringen wollen und haben nun, nachdem Veuillot und Wiseman dieses hintertrieben, bei Lavalette ihre Wünschen-Karten abgegeben, um zu zeigen, daß sie, obwohl eifrige Katholiken, doch gute Franzosen seien. Mgr. Dupanloup wurde hierauf vom französischen Gesandten zum Diner eingeladen.

Wie der Allgemeinen Zeitung aus Turin geschrieben wird, wäre einem daselbst aus Brescia eingelaufenen Telegramm zufolge am 16. Juni der Platzkommandant von Verona plötzlich seiner Stelle entsetzt worden und Graf Stadion habe das Commando der Festung übernommen.— Garibaldi's Anwesenheit in Turin hat zu Unterhandlungen Anlaß gegeben. Die Aktionspartei, heißt es, habe ihn aufgefordert, sich darüber zu erklären, ob er mit ihr oder mit der Regierung gehen wolle. In Folge dessen habe Garibaldi die Häupter der Emanzipirungsgenossenschaft zu einer Privatversammlung um sich vereinigt und dort das von ihm bisher geführte Präsidium niedergelegt. Am Freitag Abend ist er dann nach Genua abgereist und heute meldet der Telegraph seine Rückkehr nach Caprera.

Garibaldi's Rückkehr nach Caprera wird bestätigt. Der König hat beim Empfang der Deputation, welche die Adresse überreichte, die darin ausgesprochenen Gesinnungen gebilligt und zur Versöhnung der Parteien aufgefordert.

Türkei.

In Belgrad dauerte der provisorische Zustand unter Vermittlung der Consuln noch fort. Die Scenen der letzten Tage bezeichnet ein Telegramm der Wiener Blätter als schrecklich. Die Landbevölkerung, die herbeigerufen wurde, ergab sich der Plünderung, selbst ausländischer Kaufläden. Das Standrecht wurde publicirt und zwei Plünderer wurden erschossen.

— In Serbien sind zwei Parteien im Kampfe: die gemäßigte, an deren Spitze Fürst Michael steht, und die radikalnationale mit Stefelicza, Michailowics, Wujowics, Ranko, Ampiesh ꝛc.; letzterer hat sich die Partei der Jung-Serben, die sog. „Banslier" angeschlossen, deren Streben auf die Wiederherstellung des alten serbischen Cyaarenreiches gerichtet ist. Die erste Partei will auf friedlichem Wege möglichst umfassende Zugeständnisse erzielen. Die zweite will die Vertreibung der Türken aus Europa auf gewaltsamem Wege; sie hat die Sympathien aller Rajah's, sowie Griechenlands und der jonischen Inseln für sich. Das Wenigste, was die Serben fordern werden, ist: Entfernung aller Türken mit Ausnahme der Garnisonen, aus dem Lande; Beschränkung der Zahl der Garnisontruppen; Aufgeben des türkischen Jurisdiktionsrechtes auch über nur zeitweilig sich in Serbien aufhaltende Türken; Aufhebung der türkischen Polizeipräfektur; Herstellung auf die militärische Besetzung der Stadtthore; volle Anerkennung des Rechtes, das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1838 (Ustav) nach den Bedürfnissen umzuändern; Anerkennung des Erbfolgegesetzes für die Familie Obrenowitsch. Vielleicht auch wird man unter Anerkennung der Suzeränetät des Sultans, die Herstellung eines Zustandes verlangen, wie er in der Moldau und Wallachei längst besteht, wo kein Türke sich auch nur zeitweilig aufhalten darf. Damit wäre dann die Schleifung der Festung Belgrad und der andern sechs festen Plätze verbunden, welche die Mächte vielleicht nicht in den Händen der Serben lassen würden. Gelingt aber die Beschwichtigung des Volkes nicht, so wird der Fürst entweder abdanken, oder sich an die Spitze der Bewegung stellen müssen. Dann hätte man im ersten Falle die Anarchie, im zweiten eine Erhebung aller Subslaven, der die Pforte kaum gewachsen sein wird.

Rußland und Polen.

Die neuesten Nachrichten sind Besorgniß erregend, und fürchtet die Regierung, das Land befinde sich am Vorabend des Ausbruches einer allgemeinen Revolution. Die Agitation ist eine sehr complicirte und erstreckt sich auf beinahe sämmtliche Klassen der Gesellschaft, da so ziemlich Alles mit dem vorhandenen Zustande unzufrieden ist. Die Einen aus Unzeduld, die Anderen aus Aerger über die bereits gemachten Zugeständnisse. Die auswärtigen Beziehungen Rußlands sind erfreulich, und namentlich mit Frankreich und Preußen steht der Petersburger Hof gut; die Beziehungen zu England haben sich gleichfalls gebessert und an einer Versöhnung mit Oesterreich wird entschieden gearbeitet.

Nach der großen Feuersbrunst vom 9. Juni hat es in Petersburg wieder zweimal gebrannt, nämlich am 12. Morgens im Roschdestwo-Stadtheil, wo ein steinernes und sieben hölzerne Häuser nebst Nebengebäuden in Asche gelegt wurden, und am Abend desselben Tages; das letztere Feuer wurde jedoch schnell gelöscht. — Auch in Kronstadt hat es in der Nacht vom 13. zum 14. gebrannt, zwar ohne großen Schaden anzurichten; aber der Umstand, daß man an einigen Orten mit Terpentin präparirte Lunten in den Fugen hölzerner Gebäude gefunden, läßt auch für diese Stadt größeres Unglück besorgen. Dergleichen werden auch in Petersburg neue Brände befürchtet.

In Petersburg affichirten die Brandstifter Zettel, an den General-Gouverneur adressirt, in denen sie versicherten, daß er sich,

Digitized by Google

sobald nur der Regen aufgehört, überzeugen werde, wie fruchtlos seine Vorsichtsmaßregeln seien. Und wahrlich, man wird versucht, zu denken, es sei das mehr als Fanfaronade. So wurde ein junger Mann von 17 Jahren verhaftet, der auf dem Boden der ehemaligen Commerzbank, wo jetzt die Amortisirungs-Commission ihren Sitz hat, Feuer legen wollte. Und wer war der Brandstifter? Der Sohn eines pensionirten Beamten, der in demselben Gebäude wohnt. Wenn Söhne den eigenen Aeltern das Dach über dem Haupte anzünden wollen, dann ist das nicht mehr politischer Fanatismus, das ist Verrücktheit. Die Menschen, die Alles stets im Voraus gewußt haben, versichern jetzt, die Regierung sei schon vor zwei Monaten benachrichtigt worden, daß Agenten von London mit Instruktionen zur Brandstiftung nach Rußland abgegangen; man habe der Regierung auch die Drohung zukommen lassen, daß, wenn Brandstiftungen nicht den gewünschten Erfolg haben, man zu Vergiftungen greifen werde. Solche Dinge scheinen so ungeheuerlich, so verbrecherisch, daß man glauben muß, es sei daran so wenig Wahres, als an dem Gerüchte von dem jüngsten Attentat auf dem Kaiser in der Vladimirkirche, versucht durch Adjutanten des Kaisers. Ob zwar das Gerücht mit so viel Bestimmtheit auftritt, daß man sogar Namen nennt (Fürst S. und Graf L.), so wird mir doch versichert, daß Nichts an der Sache sei.

Zu den Brandanschlägen ist noch erwähnt, daß dieser Tage ein Mann, der über die Polizeibrücke ging, plötzlich seinen Rock, der zu brennen anfing, von sich schleuderte und davon lief. Er hatte nämlich in der Tasche eine mit Zündstoff gefüllte Flasche, die, nicht gut verstopft, Feuer gefangen hatte. Der Mann wurde verhaftet. Unter den jüngst erwähnten 472 Arretirungen befinden sich auch zwei Weiber aus den unteren Klassen. Es soll bis jetzt auch nicht ein einziger Ausländer verhaftet worden sein.

Volkswirthschaftliches.

Frankfurter Börse (vom 16. bis 21. Juni).

Samstag. Auch in der verflossenen Woche wechselten Regenwolken mit Sonnenblicken, doch hatten erstere merklich die Ueberhand. Der Boden bleibt allenthalben unterwühlt und muß darein ergeben, auf demselben von Tag zu Tag fortzutanzen und jeden Abend seine Kühe mit der Hoffnung zu suchen, dass die Lunte, welche eine allgemeine Explosion verursachen kann, noch nicht sobald angezündet werde. Wenn man auch gerade nicht lebensmüde und verzagt in die Welt blicken und sie anchgrau finden soll, so ist es doch sicherlich geratheu, vorsichtig umherzuspähen und sich keinen Illusionen zu überlassen.

Von österr Fonds unterlagen National bei verhältnissmässig geringeren Umsätzen mannigfachen Kursveränkerungen. Am Montag auf's einsetzend, verloren sie am Dinstag auf die Belgrader Nachrichten hin 1 pCt. erholten sich dann auf 63, um heute matter zu 62⅞ zu schliessen. 41pCt. Metalliques zu Anfang der Woche in guter Nachfrage, ebenso neue englische Metalliques. Das Hauptgeschäft bewegte sich in 1860er Loosen.

In süddeutschen Fonds war das Geschäft diese Woche unbelebt und Kurse hatten Mühe, sich zu behaupten. Die Umwandlung des bayerischen 5pCt. Anlehens in 4pCt. ist in der günendsten Weise gelungen, indem auf je eine Million Gulden Umtauschbetrag nur eine kürzlig geringeren Zinses nur 15 bis 20,000 fl. Kapital-Heimzahlungen kamen, der sprechende Beweis von dem allgemeinen Vertrauen in die bayerischen Finanzzustände und Verwaltung. — Auch fremde Fonds matt und wnichend.

Von Kreditaktien haben österreichische jeden Tag Terrain verloren und schliessen 5 fl. schlechter als vor acht Tagen. Der Verkauf der Theiss-bahn-Aktien, seinem Abschluss bereits nahe, scheint auf neue Hindernisse gestossen zu sein. Von den kleindeutschen Kredit-Mobiliers ist nichts zu sagen. — Von Zettelbanken bleiben österreichische noch immer zurück und die Erwartungen, welche man an die Vereinbarung mit dem Staate knüpfte, haben im Kurs noch keinen entsprechenden Ausdruck gefunden. Die halbjährige Dividends ist 27 fl., 1 fl. weniger als im Vorjahr. Frankfurter haben sich wieder erholt und fanden zu 125 Nehmer.

Von E.-B.-Aktien haben sich österr. Westbahn um 2 fl gedrückt, auch Staatsbahn fielen mit Paris. Dagegen sind bayer. Ostbahnen fest.

Der Geldstand ist, wenn auch nicht reichlich, doch auch nicht knapp zu nennen und Prime-Diskonto immer noch etwas unter Bankzatz; an der Börse dagegen sind ganz gute Zinsen zu erzielen und die Medio-Liquidation ging nicht allzu leicht vor sich. Wechsel im Ganzen unverändert, die Tendenz aber weniger straff und nur Hamburg höher gefragt. (Akt.)

Die Projektirungsarbeiten der neuen Eisenbahn von Starnberg über Possenhofen, Feldafing, Tutzing, Diemendorf, Wildenhofen, Unterpeißenberg und Bad Sulz nach dem dortigen l. Kohlenbergwerk scheinen unter der Oberleitung des Bauraths Thenn, trotz der vielen Terrainschwierigkeiten rüstig fort; es wird noch im Herbste mit den Kunstbauten zur Herstellung der vielen Durchtäße und im nächsten Frühjahr mit den Erdarbeiten begonnen werden.

Nichtpolitische Zeitung.

(Ein Fliegenfänger aus dem Pflanzenreich). Wer sich der Zimmerfliegen, dieser unverschämtesten aller ungebetenen Gäste, mit Nutzen und Vergnügen entledigen will, der ziehe die sehr hübsche Pflanze Apocynum androsaemifolium (Hundsbohl) aus Saamen und Stecklingen oder durch Wurzeltheilung. Es ist ein hübscher, immergrüner Strauch, der sehr gut im Topfe wächst, sehr buschig und sehr zweigig, und mit hübschem, länglichem oder oblongem, bräunlichgrünem Blattwerk bedeckt, sowie mit Tausenden lieblicher, kleiner, rosiger und weißer Blumen, von der Gestalt der Maiglöckchen, übersäet ist, denen während des ganzen Sommers ein köstlicher Orangenduft entströmt. Diese hübsche Pflanze ist ein Fliegenfänger, welcher gewiß Jedermann mehr zusagt, als die vielen zum Theil ekelhaften, sogar gefährlichen Mittel, welche man gegen jenes kleine Schmarotzervolk anwendet. Eine jede Blume dieser Pflanze zieht an, ergreift und tödet mindestens fünf Fliegen, und da eine einzige Pflanze gewöhnlich 10,000 bis 20,000 Blüthen bringt, vertilgt sie mithin 50,000 bis 100,000 Stück Fliegen, einen ganz artigen Schwarm. Dieser merkwürdige Fliegenfänger erfüllt seine Aufgabe in der Weise, daß die fünf Staubfäden der Blümchen, welche einen von den Fliegen besonders geschätzten Honig aussenden, jene beim Naschen des letzteren festhalten und durch Erdrücken tödten. Fünf Fliegen nach- oder nebeneinander können sich in dieser Falle fangen. Dann erst wellt die Blume und läßt ihre Opfer los.

An einem der letzten Morgen hat man in Lyon den weiblichen Steauf des Parks der Fête-d'Or in der Nähe des Gitters seines Behälters todt ausgestreckt gefunden. Rings herum lagen Federn zerstreut und die Wunden, die der Wüstenbewohner an seinem Halse trug, bewiesen klar, daß rohe Menschen ihn während der Nacht an das Gitter gelockt und ihn hier seiner Federn theilweise beraubt hatten. Nachdem die Todesart konstatirt war, schritt man zur Zerlegung und der Oeffnung des Magens, worin sich Folgendes vorfand: ein großes Quantum Gerstenkörner, das mit Gras und einem erklecklichen Haufen Kieselsteinen (ein Gewicht von ungefähr 2 Kilogr.) vermischt war. Diese Kieselsteine sind zur Verdauung nöthig und finden sich immer in den Verdauungsorganen dieser Thiere. Außerdem fanden sich vor drei vollkommen erhaltene Thonpfeifen, die eine grünliche Farbe angenommen hatten; ein Messer mit kupfernem Heft, 20 Centimeter lang; 25 Uniformknöpfe, die nach ihrem mehr oder weniger abgenutzten Aussehen die Aufenthaltszeit des beleefernden Regiments in Lyon erkennen ließen; die am meisten abgenutzten trugen die Zahl 42, die am besten erhaltenen die Zahl 100. Sodann fand man noch ein 50 Centimesstück, 22 Sous- und Centimesstück, eine Anzahl Kupfermünzen, deren Gepräge sich nicht mehr erkennen ließ; Stücke von Uhrketten, 6 große Nüsse, ein Stück Weißbornecyr und einen Draht von zehn Centimeter Länge, der die Kropf- und Magenwand durchbohrt hatte, ohne einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit des Thieres auszuüben.

Am 2. Ostertage wurde zur Feier des Festes ein Stiergefecht in Madrid abgehalten und damit die diesjährige Saison eröffnet. Jose Rodriguez, einer der Lieblinge des Volks und bewährter Stierfechter, wurde aber von seinem vierbeinigen Gegner auf die Hörner genommen, einen Augenblick in der Luft balancirt, dann niedergeworfen und mit dem einen Horn durch Lunge und Herz gestoßen. Freilich erhob er sich mühsam, stürzte aber nach 10 Schritten nieder und ward als Leiche weggetragen. Die Blutlache wurde mit Sand bedeckt und — das Schauspiel fortgesetzt! Auf diese Veranlassung ist jedoch von einer Vereinigung die Rede, die durch Namensunterschrift sich verpflichte, an jenem Schauspiele nicht ferner Theil zu nehmen und es dadurch nach und nach in Wegfall zu bringen. (Der Erfolg ist vor der Hand zu bezweifeln, weil das blutige Spiel eine besondere Liebhaberei der Königin ist.)

Neueres.

Bayern. Das Regierungsblatt Nr. 29 vom 18. Juni enthält eine königl. Verordnung über die Hausordnung für die Gefangenenanstalten.

Oesterreich. Wenn sich die Nachricht von dem serbischen Attentate auf die österr. Tartaren-Post bestätigen sollte, so würde dadurch die serbische Angelegenheit in ein neues Stadium treten. Es wäre dies eine Verletzung des Völkerrechts und Oesterreich müßte hiefür strenge Genugthuung fordern. Dazu gehört noch eine abschtliche Beleidigung, welche dem österr. Generalkonsulatsverweser, als er sich in seiner amtlichen Eigenschaft mit den übrigen Konsuln bei dem Fürsten einfand, zugefügt worden ist und wofür Satisfaktion verlangt werden muß.

Digitized by Google

Preußen. In Posen hat eine polnische Demonstration stattgefunden, nämlich der Erzbischof, von Rom heimkehrend, seinen festlichen Einzug gehalten. Die Polen benutzten diesen Anlaß. Eine Deputation und ein großer Theil des Kreis der Provinz empfing den Prälaten auf dem Bahnhofe, wo eine Begrüßungsrede gehalten wurde, und geleitete ihn in 70 Kautspagen durch die Stadt nach dem Dome. Voran zog eine Schaar berittener Bauern. Die Straßen nach dem Dome waren mit unzähligen Menschen dicht und sämmtliche Häuser mit Laubgewinden, Blumenkränzen, Teppichen ꝛc. geschmückt; jahllose quer über die Straßen gezogene Festons bildeten einen förmlichen Laubhimmel. Der Erzbischof fuhr, vom Jubel der Menge begrüßt, in einer prächtig geschmückten, mit sechs Pferden bespannten Karosse, vor dem Dome war eine Ehrenpforte erbaut, und hier hatte sich die gesammte Geistlichkeit, einige Hundert an der Zahl, in Prachtgewändern aufgestellt. Die Gewerbe mit ihren Fahnen bildeten ein äußeres und weißgekleidete Jungfrauen ein inneres Spalier. Hier verließ der Erzbischof den Wagen, wurde vom Weihbischof in einer Rede begrüßt und begab sich dann in den festlich geschmückten Dom, wo das Te Deum laudamus angestimmt wurde, dem noch andere Festgesänge folgten.

Kurhessen. Die „N. F. Z." schreibt: Nach uns eben zugekommenen neuen Nachrichten unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ordre zum Einmarsch in Kurhessen den preußischen Truppen wirklich gestern ertheilt wurde. Auch bestätigt dies das neueste Kasseler Telegramm. Es sagt sich nunmehr blos noch, ob dieser Marschbefehl nicht wieder zurückgenommen wurde. Wir unserestheils erwarten gar nichts anderes als solche Zurücknahme.

Belgien. Der „Moniteur belge" publizirt die vom Minister des Innern genehmigten Instruktionen und Bestimmungen über das im September bei Gelegenheit der 32ten Jahresfeier der Unabhängigkeitserklärung stattfindende Nationalschießen. Zu dem unter dem Schutze des Königs und der Prinzen stehenden Schießen werden alle Gesellschaften und Private des In- und Auslandes zugelassen; dasselbe wird vom 21. bis 28. September inklusive dauern.

Großbritannien. Die Ausstellungskommission hat beschlossen, die von den Preisrichtern den Ausstellern zuerkannten Preise erst am 11. Juli den Vertretern eines jeden Landes zu übergeben. Die Ceremonie der Preisvertheilung wird in sehr feierlicher Weise im Ausstellungsgebäude und den daran stoßenden Gärten des landwirthschaftlichen Vereins stattfinden. Nach der Preisvertheilung wird der Lord-Mayor ein großes Fest geben, zu welchem die Munizipalbehörden ihm einen unbeschränkten Kredit bewilligt haben.

Die „Birmingham Daily Gazette" veröffentlicht folgende Mittheilung eines englischen Kaufmanns in St. Petersburg an seinen Geschäftsfreund in Birmingham: „12. Juni. Ich habe Ihren Verschiffungsagenten in Hull angewiesen, die ihm übergebenen Güter zurückzuhalten, da ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen es nicht für gerathen erachte, hieher zu expediren. Sie wissen ohne Zweifel, daß unsere Stadt an verschiedenen Stellen in Brand gesteckt wurde und eines der größten Kaufhäuser vollständig niedergebrannt ist. Alle Geschäfte stocken, und es sind viele Waaren zu Grunde gegangen. Es ist deßhalb nicht rathsam, Sendungen hieher zu machen."

Portugal. Man glaubt, der König werde sich mit einer hannoverschen Prinzessin vermählen; er hat hannoversche Bevollmächtigte empfangen.

Griechenland. Die Entfernung verdächtiger Elemente aus der aktiven Armee gab der Regierung Gelegenheit, manchen Hoffnungen auf Belohnung für geleistete treue Dienste gerecht zu werden; und die hiebei bewiesene Festigkeit im Bestrafen und Belohnen hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Daß die Bestraften unter allerlei Vorwänden vorherhand durch Herausforderungen zum Zweikampf ihren Galle gegen die Tereuebleibenden Luft zu machen suchen, liegt zu natürlich in der durch die erlittene Strafe gesteigerten Begriffsverwirrung, als daß man sich darüber wundern sollte, aber wenn ja das Duell einen vernünftigen Grund hätte, so wäre es doch unter diesen Verhältnissen der ärgste Mißbrauch, wenn auch nur Eine Klinge mit einer zweiten sich kreuzen sollte. Der Zweikampf hat sogar das weibliche Geschlecht ergriffen, indem eine tapfere Suliotin ihren Landsmann D. Bojaris, den vormaligen Kriegsminister, gefordert hat. Die photographischen Bilder der flüchtigen Aufständischen finden sich in allen möglichen heidenmäßigen Stellungen in den Schauläden Athens ausgestellt, selbst die im Kampfe Gebliebenen scheinen für diesen Fall Vorsorge getroffen zu haben. Unter den gegenwärtigen Umständen konnten die seit 14 Tagen versammelten Kammern noch nichts thun, und wenn sie, wie man früher aussprach, nur das Nationalgardengesetz genehmigen sollen, so wäre es besser, sie wieder unverrichteter Sache nach Hause zu schicken; denn man wird aus der Nationalgarde, wie bisher aus der Verfassung, nur das Gift und persönliche Vortheile herauszuziehen wissen, ohne weiteren Nutzen für das gemeine Wohl.

(N. Korr.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	88¾ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76⅛ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	80½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅜ P.
„	4½ pCt.	47¼ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P. u. G.
„	4½ pCt. Obl. 1859er ditto.	103 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1858r dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-Br. dto.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¾ G.
Württemb.	3½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	101 P.
„	3½ pCt. v. 1842	96¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	94 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 5. 2. 80	43⅞ P.
„	2 pCt. „	28⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

	Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	1234/4 P.
	K. K. Oesterr. National-Bankaktien	757—54 G.
	Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186 G.
	Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
	Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	218¼ P. 217 G.
	Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.
	Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89¼ G.
	Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
	Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	70¾ P.
	Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 2/8 kr.	235 G.
„	Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119¼ P.
„	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	80 P.
	Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34¼ P. 33⅞ G.
	Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 P.
	Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	108 G.
	Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ P.
	Nördd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249 P. 248 G. o.D.
	Span. Handels- und Industrie . .	525 G.
„	Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	59⅝ P.
	Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollendet.	106¼—⅜ G.
	Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.
	Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 50 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in St. W. l. S.	92—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	99¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57⅛ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. K.	1331/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	78½ P.	„ fl. 25 do.	37¾ P.
„ fl. 100 Einl. L. v. 1858.	129½ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36¾ G.
3½ pCt. Prussn. Pr.-Anl. bei R.	124¼ P.—.	Sardinien Fr. 36 b. R.	22 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50 . . .	100¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	18⅜ P.
Badische fl. 35 . . .	86 P.	Amst.-Gunzenle. fl. 7 L.	119¼ G.

Frankfurt, 23. Juni. Oesterr. Fonds und Kreditaktien wurden zwar etwas billiger als vorgestern abgegeben. Doch war die Haltung für dieselben fest und der Umsatz darin von ziemlicher Bedeutung. Die übrigen Fonds und Aktien unverändert. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 75 pCt. Einzahlung wurden zu 94, 93⅞, bezgleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 94 umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97 umgesetzt.

(Spnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliot
in
Münc

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Mittwoch, 25. Juni 1862.

M* Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

(Fortsetzung.)

Es bleibt also, wenn man die Gewerbschulen aus ihrer bisherigen Zwitterstellung herausreißen und weder sie, noch die humanistischen Schulen zu einer neue Einrichtungen will, nichts anderes übrig, als sie jede Richtung der Bildung: für die praktisch-technische, die wissenschaftlich-technische und die wissenschaftlich-humanistische je eigene Schulen und zwar von der Grundlage an zu errichten. Im höchsten Falle könnte man sich im Urbergangsstadium und aus Rücksicht auf den Kostenpunkt vielleicht (!) statt der technischen Lateinschule technische Parallelkurse an humanistischen Lateinschulen gestatten lassen, wie man eine derartige Einrichtung — freilich nicht mit sonderlichem Erfolg — schon hie und da auch in Bayern versucht hat.

Aber auch dieses Auskunftsmittel müssten wir für bedenklich halten, und wer eine wirklich gründliche, durchgreifende Reorganisation des technischen Unterrichtswesens erstrebt, wie unzweifelhaft der Verf. unserer Broschüre, der wird sich auch aus Rücksichten auf Kostenersparung und auf leichtere Durchführung nicht zu einer solchen Konzession verstehen. Am allerwenigsten wird man jenen Vorschlägen beizustimmen geneigt sein, welche das Latein auch für die wissenschaftlich-technische Bildung streichen wollen, wie das die bayerischen Kammern für den Lehrplan der Realgymnasien gethan. Die lateinische Sprache ist auch für diese Richtung der Bildung von zu großer Wichtigkeit, als daß man auf dieselbe verzichten dürfte. Sehr treffend hat dieses Dr. Rudolf Rauchenstein, Direktor der Aargauer Kantonsschule im Programm für das Schuljahr 1858/59 nachgewiesen, und die „erläuternden Bemerkungen zur Unterrichts- und Prüfungsordnung für die Realschulen zc. in Preußen" sprechen sich, S. 44, entschieden in demselben Sinne aus. „Einen wesentlichen und integrirenden Theil der Realschule bildet das Lateinische als allgemein verbindliches Lehrobjekt." Diese Stellung gebührt der lateinischen Sprache sowohl wegen der Wichtigkeit, welche sie für die Kenntniß des Zusammenhanges der neuern europäischen Kultur mit dem Alterthum hat, wie als grundlegende Vorbereitung des grammatischen Sprachstudiums überhaupt und insbesondere des der neueren Sprachen, welches ohne Kenntniß des Lateinischen immer oberflächlich bleibt. In dieser Beziehung ist die lateinische Sprache vorzüglich geeignet, zur Bildung des Sinnes für scharfe Unterscheidung der Formen beizutragen. Wie wichtig dies für Realanstalten ist, bedarf keiner Auseinandersetzung. Es ist nicht zweckmäßig, ein Lehrbuch von solcher Bedeutung fakultativ zu lassen, sowohl aus allgemein pädagogischen Gründen, sowie auch deßhalb, weil dadurch die Gemeinsamkeit des Lehrplans aufgehoben würde u. s. w."

Dem technischen Gymnasium fällt die Aufgabe zu, „seine Schüler mit einer gründlichen sprachlichen Bildung auszustatten und das wissenschaftliche Fundament zum Aufbau der mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen zu legen, so daß die Schüler diejenige Reife des Geistes und diejenigen Vorkenntnisse erlangen, welche nothwendig sind, um an der technischen Hochschule den in streng wissenschaftlicher Form gehaltenen Vorträgen über höhere, reine und angewandte Mathematik, Mechanik, Physik und Chemie und über die daraus sich stützenden Brunchfächer folgen und deren Inhalt durch Selbststudium sich leicht anzueignen zu können." Dasselbe umfaßt 4 Jahreskurse und betreibt in angemessener Vertheilung auf diese neben Religionslehre: deutsche, französische und englische Sprache; Geographie und Geschichte, Algebra, Geometrie, Trigonometrie und Anwendung der Algebra auf Geometrie, descriptive Geometrie, Analysis, Analytische Geometrie; Naturgeschichte, Physik, Chemie; Freihand-, Linear- und Situationszeichnen.

Näher auf den Lehrplan einzugehen, gestattet der Raum dieser Blätter nicht; und wir müssen Jeden, welcher die Einrichtung jener Schulen, wie sie nach den Vorschlägen dieser Schrift sich gestalten würde, genauer kennen lernen will, auf die Broschüre selbst verweisen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Die vierzig bis 50 Herren, die in Frankfurt zusammen waren, mögen sich bewußter Weise gerade nichts Schlimmes gedacht haben; aber wenn als ihr allgemeiner Wunsch bezeichnet wird, daß eine von Zeit zu Zeit wiederkehrende Vereinigung „einflußreicher politischer Persönlichkeiten" aus den verschiedenen Landschaften Deutschlands zu erstreben sei, so liegt es auf der Hand, daß der Leiter eines großen Blattes eine weit einflußreichere politische Persönlichkeit ist, als ein Dutzend Herren, die vor ganzig, dreißig Jahren einmal in Lippe-Schaumburg oder Schwarzburg-Rudolstadt Volksvertreter gespielt haben. Es liegt auf der Hand, daß als einflußreiche politische Persönlichkeiten besonders diejenigen Personen ins Auge zu fassen waren, die aus der Politik ihren Lebensberuf gemacht haben, also Staatsmänner selbst und Publizisten, die man in England freiwillige Staatsmänner nennt, während jene Abgeordneten oft nur zufällig und auf kurze Zeit sich mit Staatsangelegenheiten abzugehen versucht haben. Es liegt etwas Komisches in jener beliebten Kategorisation, die z. B. jeden mecklenburgischen Rittergutsbesitzer als gedornen Landtags-Abgeordneten einschlißt, und sämmtliche Vertreter der Presse, die man zuweilen die sechste Großmacht nennt, ausschließt, auch die Leiter und Leiter großer Organe, die oft in den Fall gekommen sind, Mandate als Abgeordnete abzulehnen, weil sie dem Vaterlande auf einem wichtigeren oder mindestens eben so wichtigen Posten zu dienen sich verpflichtet erachteten.

** **Bayern.** München, 23. Juni. (Pr.-K.) Zu der Festversammlung, welche zur Feier des ersten Festes des bayer. Turnerbundes gestern Abends im k. Odeon stattfand, hatten sich die Turner, wie die ringsherum Gäste überaus zahlreich eingefunden, so daß der große, der Feier entsprechend dekorirte Saal, wie alle Nebensäle überfüllt waren. Es herrschte alsbald ein frohes, heiteres Treiben in der fröhlich gestimmten Versammlung. Der Vorstand des Münchener Männer-Turnvereins, des Vorortes des Turner-Bundes, Hr. Weber, hielt die Eröffnungsrede, in der er sich in Kürze über die vor Jahresfrist zu Nürnberg erfolgte Gründung des bayer. Turnerbundes, über die zahlreich in Bayern entstandenen Turnvereine und über deren musterhafte Haltung verbreitete. Die Turnerei werde überall nur da gedeihen, wo die Länder mit liberalen Regierungen gesegnet sind; das herrliche Gedeihen des Turnens in Bayern sei daher auch ein Verdienst seiner liberalen Regierung und insbesondere unseres erhabenen Monarchen, der den Aufschwung gethan, daß das Turnen zum Gemeingute des ganzen Landes werden soll. Seinem Schutze verdanken wir das Gedeihen der Turnerei in Bayern. Ihm sei auch der erste Ausdruck des Dankes gebracht. Se. Maj. der König lebe hoch! Mit jubelnder Begeisterung stimmte die zahlreiche Versammlung in diesem Rufe ein. Im gehobener Stimmung sang man hierauf ein von M. Oechsner gedichtetes von Kurz komponirtes Lied „Für Bayern." Hr. Lieber theilte der Versammlung mit, daß nach eben eingelaufenen Schreiben Se. kgl. Hoheit Prinz Luitpold der Einladung zum Feste herzlich danke, und sehr bedaure, wegen der Familientrauer nicht bei demselben

Digitized by Google

erschienen könne. Im Laufe des Abends gelangten von den Turnern aus sehr vielen bayerischen und nicht-bayerischen Städten telegraphische Begrüßungsdepeschen an, die sofort unter freudigem Beifall verlesen wurden. Musik, Gesänge und Reden wechselten den ganzen Abend unter fortwährendem Jubel der sehr zahlreich und heiter gestimmten Turnerschaar und ihrer Freunde. Von den Gesängen seien erwähnt: „Siegesfeier des 18. Juni", Gedicht von Mendosa, „Turnerjagd", Gedicht von Sartorius; dann Abends Vaterlandslied, „der Gott, der Eisen wachsen ließ", Hofmann von Fallersleben „das Lied des Deutschen, gesungen nach der Melodie „Gott erhalte Franz den Kaiser", sowie ein von Stunz komponiertes Festgesang, „Turner, auf zum Streite". Alle diese Gesänge wurden mit großer Begeisterung vorgetragen. Der Vorstand des Bayerischen Turnvereins, Hr. Prof. Hofmann, sprach über die Nothwendigkeit des Turnens, damit die menschliche Bildung nicht einseitig sei, Geist und Körper gleichmäßig gebildet werden. Nur in einem gesunden Körper könne sich ein gesunder Geist entwickeln. Diese Ansicht habe sich in den letzten Jahren wieder Bahn gebrochen. Der Redner hob dann die hohe Bedeutung des Turnens für die nationelle Kraft des deutschen Volkes hervor, und bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben der Turnvereine, dafür zu sorgen, daß die junge Saat vor Gefahren bewahrt bleibe. Die Hauptsache der Turnvereine müsse das Turnen sein, zu geselligen Vergnügungen gehe es viele andere Vereine. Die Turnerei müsse von einem sittlichen Geiste getragen sein, der Geist der Zwietracht müsse beseitigt bleiben, Einigkeit, Einigkeit, Einigkeit und Bruderinn unter den Türnern herrschen. Sie müssen festhalten an dem Gesetz und an der bürgerlichen Ordnung; wenn das Vaterland Männer brauche, so müßte jeder Turner sich als ganzen Mann stellen können. Hr. Hofmann, dessen ausgezeichnete Rede fast bei jedem Satze mit Jubel begleitet wurde, schloß mit einem „Gut Heil" den deutschen Turnern und dem deutschen Vaterlande! Der Sprechwart des Turnvereins in Dinkelsbühl bezeichnete in seinem Vortrage die Turnfeste als die wahren Volksfeste, weil sie einen geistigen Hintergrund haben, und auf sittlichen Grundlagen beruhten. Hr. Weber verlas hierauf ein Schreiben des Hrn. Prof. Dr. Edel in Würzburg, in welchem derselbe für die erhaltene Einladung freundlichst dankt und sehr bedauert, daß unaufschiebbare Berufsgeschäfte ihn zahhalten, der Einladung Folge zu geben. Im Geist aber sei er bei dem Feste und grüße alle Theilnehmer bestellen. Die ganze Versammlung erhob sich und brachte Hrn. Dr. Edel ein begeistertes Hoch aus. In mehr oder minder ausführlicher Weise sprachen hieraus noch der 2. Vorstand des hiesigen Vereins, Hr. Lautenhammer, dann Hr. Hiel aus Gotha, der hervorhob, daß es ihm hier sehr gut gefalle, und er nur wünsche, daß wenn unsere südteutschen Turner nach Norddeutschland kämen, es ihnen eben so gut gefallen möge. Das ganze Deutschland soll es sein: Gut Heil dem deutschen Süden und dem deutschen Norden, dem ganzen deutschen Vaterland! Der 2. Sprechwart des Nürnberger Vereins Hr. Leiß hob die Theilnahme aller Stände, und besonders der deutschen Frauen und Jungfrauen an der Turnerei und deren Aufblühen hervor; er brachte dem deutschen Bürgerthume, seinen Söhnen, Frauen und Jungfrauen ein Gut Heil! — Mit unendlichem Jubel begrüßt, trat hierauf einer der ältesten deutschen Turner, Hr. Buhl von Schwäbisch-Gmünd vor die Versammlung. Vor 40 Jahren schon habe er zum ersten Male den Turnplatz betreten. Von Allen, die es damals mit ihm gethan, seien viele gestorben, andere der Sache ungetreu geworden, er aber sei treu geblieben und werde treu bleiben, so lange er lebe. Er bedaure schon all geworden zu sein, denn das Wort sei nur bei der Jugend, nicht beim Alter, und man möge ihn deßhalb entschuldigen, sich so kurz gefaßt zu haben. (Allgemeiner Jubel.) Der nächste Redner war Hr. Göltchenberger aus Würzburg, der hervorhob, daß auch Franken die innigsten Sympathien für das deutsche Vaterland habe, daß es eben so begeistert sei für die deutsche Sache, wie dies der Redner aus Gotha seinerseits versichert habe. Der Redner verlas dann ein sehr launiges Gedicht und bat hierbei um Entschuldigung, wenn die Verse schlecht gerathen seien: die Schuld trage hiervon das schlechte Wetter; es habe ja heute mehr Wasser gegeben, als ganz München in einem Jahre reinke (Allgem. Heiterkeit). Von einem Redner aus Salzburg wurde das Emporblühen des Turnens in Oesterreich hervorgehoben, und den deutschen Turnern ein Gut Heil von den Turnern Oesterreichs überbracht. Der erste Vorstand des Münchener Männer-Turn-Vereins, Hr. Lieber, sprach für die gute Unterstützung, welche das Fest von Seite des hiesigen Magistrates, des Bürgerschaft und der Militär-Kommandos gefunden hat, sowie für die liebevolle Aufnahme der Turner in unserer Stadt, seinen herzlichsten Dank aus, in den die ganze Versammlung einstimmte. Ein Redner aus Leipzig, der zur Einigkeit mahnt, hofft, daß denn auch der hiesige Magistrat für die Erhaltung einer Turnhalle so freigebig sein werde, wie es Seitens des Stadtrathes in Leipzig geschehen sei. Von einem Redner aus Gotha wurde mitgetheilt, daß sich der Abgesandte der schwedischen Regierung, welcher heimkragt sei, von dem Turnerfesten in Deutschland genaue Einsicht zu nehmen, in der Mitte der Versammlung befinde, welche, als hieraus der Hr. Abgesandte ihr vorgestellt wurde, diesen mit den herzlichsten Zurufen begrüßte. Ein Münchner Turner erinnerte unter begeisterten Zurufe von den Männern der That von 1813 „an Jahn, Arndt, Schill, Körner u. A." Im weiteren Verlaufe des Abends hob Hr. Kaufmann-Billing von hier hervor, daß alle unabhängigen, selbstständigen Münchener das Fest freudigst begrüßt, und bereitwilligst unterstützt hätten. Wenn das leider nicht allgemein der Fall und die Turner nicht Alles so gefunden hätten, wie sie vielleicht erwartet, so müßte das entschuldigt werden, aber eben weil dem hier so sei, hätte das Fest gerade hier stattfinden müssen: denn wie die Apostel auszogen, um die Heiden zu bekehren, so hätten auch die Turner die Pflicht, ihre Lehre unter allen Völkern zu verbreiten, und auch wo der Unverstand noch heerliche, ihre Fahnen zu entfalten. Ein Turner aus Wien brachte den Beudergruß der dortigen Turnerschaft; Hr. Wagenseil aus Kempten ein „Gut Heil" dem deutschen Eichenstamm, und von Hrn. Eckert, Vorstand des Fürther Turn-Vereins, wurde das Gedicht „Bahn frei" von Aug. Dorn in Nürnberg vorgetragen. Von den noch weiteren Rednern reihen wir auch den Vorschlag des Hrn. Vogel aus Augsburg an, von welchem als das zweckmäßigste Mittel gegen die Berücksichtigungen der Turnerei der sittliche Ernst bezeichnet wurde, der in allen Turnvereinen Bayerns zum Durchbruche gelangt sei. Der Redner schloß mit einem „Gut Heil" auf die Bürgerschaft aller Städte, welche die Turner unterstützten, sowie mit dem Wunsche, daß der Sinn der Verbrüderlichkeit und Einigkeit, von der die Versammlung beseelt, auch bei den morgen stattfindenden Berathungen des Turntages vorherrschen möge. Alle Gesänge und Vorträge des Abends wurden mit wahrer Begeisterung begleitet, die heiterste Stimmung herrschte in der ganzen Versammlung, deren Reihen sich erst lange nach Mitternacht zu lichten begannen. Das schöne, von der edelsten Begeisterung gehobene Fest wird sicher allen Theilnehmern lange Jahre in freudiger Erinnerung bleiben.

Die strafgerichtliche Untersuchung über den im März 1861 durch Zusammenstoß mit einem schweizerischen Dampfer erfolgten Untergang des bayerischen Dampfboots „Ludwig" ist, nachdem es St. Gallischer Seits längst geschehen, nun auch bayerischer Seits beendigt und das Strafverfahren eingestellt worden, will sich nach seiner Richtung hin eine strafbare Handlung ergeben hat. Mittlerweile haben die verschiedenen Gesellschaften der Bodenseedampfer eine Vereinbarung getroffen, um durch geeignete Signale ꝛc. ähnlichen Unglücksfällen vorzubeugen.

Oesterreich. Im Abgeordnetenhause wurde das Budget des Marineministeriums nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. Einen peinlichen Eindruck machte es, daß der Marineminister, Graf Wickenburg auf Anbringen des Abgeordneten Sterner einräumen mußte, bereits um $2^1/_2$ Million das eben in Berathung begriffene Budget überschritten zu haben. Die Verschiedung, daß er am Schlusse der Debatte dem Hause die Mittheilung der unangenehmen Thatsache habe machen wollen, konnte den Eindruck der Hintethaltigkeit nicht mindern. In Venetien überwimmt während Benedek's Urlaub der Erzherzog Heinrich den Oberbefehl. Die ungarischen Regimenter wurden von den Gränzpunkten entfernt; böhmische Regimenter und Kroaten treten an deren Stelle. Die Eisenbahnen sind, nach Depeschen vom 21., von Kriegsl. Truppentransporten in Beschlag genommen. Auch von Paris aus wird der „Indépendance Belge" berichtet, daß Oesterreich bedeutende Truppenmassen nach Venetien wirft.

Preußen. Der Preußenverein hat bei Gelegenheit des Wollmarkts eine Generalversammlung gehalten. Hr. v. Blankenburg führte den Vorsitz, den Graf Eberhard v. Stolberg niedergelegt hat, nachdem er zum Vorsitz im Herrenhause berufen worden. Hr. v. Blankenburg theilte mit, daß der Verein bereits 16,755 Mitglieder in 70 Kreis-Kommissariaten und 462 Lokal-Abtheilungen zähle; daß die lithographirte konservative Korrespondenz 50 Abonnenten habe; daß auf 4985 Exemplare des herauszugebenden konservativen Volkskalendes bereits unterzeichnet worden; daß sich 790 Abonnenten auf das satyrische Blatt gemeldet hätten, dessen Herausgabe beabsichtigt werde, und daß mehrere neue konservative Zeitschriften ins Leben getreten seien. Genug, nach dem Berichte des Hrn. v. Blankenburg ist die Kreuzzeitungs-

Digitized by Google

partei so stark, daß es Verwunderung erregen muß, wie sie bei den Wahlen so vollständig hat unterliegen können. Hr. Wagener gab eine eben so hoffnungsreiche Darstellung von der gegenwärtigen Lage des Staats. Er eröffnete dabei die bestimmte Aussicht, daß es zu einem Konflikt zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhause kommen müsse, bei welchem die Krone an die Provinzial- und Kreisstände appellieren und das Land von einer Versammlung befragen werde, von der man nicht wisse, was sie vertrete und was sie nicht vertrete. Also auf eine Revolution von Oben setzen diese Leute ihre Hoffnung, welche die Revolutionen von Unten nicht stark genug verdammen können, während doch die eine um nichts berechtigter ist, als die andere.

Baden. Die Wiederbesetzung der seit Jahren erledigten kathol. Pfarreien und Pfründen (gegen 100 an der Zahl) geht nun rasch voran, und in kurzer Zeit werden die letzten und traurigsten Folgen unseres leidigen Kirchenstreites entfernt sein. Hiebei giebt sich eine brachtenswerthe Erscheinung kund, deren Bedeutung nicht zu verkennen ist. Wenn früher die Gemeinden ziemlich passiv oder gleichgültig bei Besetzungen ihrer Pfarreien sich verhielten, zeigt sich jetzt vielfach das löbliche Bestreben, den rechten Mann ihres Vertrauens zum Seelsorger zu erhalten. Durch Adressungen und Bittschriften suchen die Gemeinden, namentlich in Städten, Wünsche an maßgebendem Orte geltend zu machen. Hierbei ist es für die weit überwiegende Stimmung unseres Volkes bezeichnend, daß sich eine entschiedene Abneigung gegen Geistliche von bekannter extremer Richtung ausspricht, und man Männer zu erhalten wünscht, die im Geiste der Weltbegreifenden Schule wirken, und die Liebe und Verständnißz für die Volksschule bethätigen. Ebenso bezeichnend ist das erwachte Interesse der Gemeinden für eine zweckmäßige Verwaltung ihres Kirchengemeindevermögens, indem man verlangt, daß die Stiftungsräthe nicht wie meist bisher sich selbst ergänzen, sondern aus einer Vertrauenswahl der Gemeindeglieder hervorgehen. (Schw. Merkur.)

In der Organisation der Heidelberger Hochschule ist eine längst gewünschte theilweise Umgestaltung eingetreten, die früher vergebens angestrebt wurde. Nach den veränderten höchsten Orts nun genehmigten Statuten der Universität wird in Zukunft ihr zeitiger Prorektor frei durch Stimmenmehrheit von sämmtlichen ordentlichen Professoren, ohne Rücksicht auf den bisher geltenden Turnus nach Fakultäten, gewählt. Die Wahl des ersten Beamten der Universität wird darum künftig in Wahrheit eine Vertrauenswahl der Mehrheit der Lehrer sein. Denselben Charakter wird nach dem neuen Statut künftig auch der diesjährige oder engere Senat der Hochschule haben. Denn er wird nun außer dem Prorektor, seinem jeweiligen Amtsvorgänger, als seinem Stellvertreter, von den wie bisher nach dem Turnus eintretenden Dekanen der vier Fakultäten und zwei weiteren, frei von der Gesammtheit der Lehrer gewählten Mitgliedern gebildet. Diese Veränderung im Statut der Universität ist besonders auch darum von Bedeutung, weil die Ansicht des Senats bei Berufungen von entscheidendem Einfluß ist.

Schweiz.

In Aarau kündigte sich vor einigen Tagen eine aus drei Katholiken und drei Protestanten bestehende Deputation bei der Regierung an, um derselben die mit 10,069 Unterschriften bedeckte Bittschrift, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über Emanzipation der Juden, zu überreichen und die Entscheidung durch das Volk zu verlangen. Morgen tritt dort der große Rath zusammen, um die Arbeiten über die Verfassungs-Revision zu beginnen. Seit den Klosterwirren war das aargauische Volk nicht mehr in solcher Aufregung, wie jetzt.

Frankreich.

XX (Corr.) Napoleon III. hat im Anfang seiner Regierung alle Welt glauben machen, daß er in beständiger direkter Verbindung mit dem ganzen Volke bleiben und jeden Bürger anhören werde, der sich bei ihm über ein erlittenes Unrecht oder Unglück beschweren werde. Naive Seelen, welche nach Fenelon's Fabeln glauben, daß ein guter Fürst weiter nichts zu thun habe, um seine Völker glücklich zu machen, als sie selbst anzuhören und nicht durch den Mund seiner Minister, halten ganz fest an dieser Art des Verkehres und man hört darüber die abgeschmacktesten Geschichten. Die Einen erzählen, daß Napoleon täglich 700 Briefe selbst öffne, Andere, daß er 5 Stunden mit Beantworten solcher Briefe zubringe. Dieser gute Glauben hat denn auch einen förmlichen Regen von Briefen veranlaßt, eine unglaubliche Menge von Dokumenten aller Art strömt in das Kabinet des Kaisers, und man braucht wohl kaum hinzuzufügen, daß sie dort auch begraben bleiben; außer den Absendern werden sie von Niemand mehr gelesen. — General Favier hat kürzlich dem Staatsoberhaupt eine Denkschrift über die Organisation der Marine vorgelegt, welche höchst wichtige Thatsachen enthalten soll. Nach dem, was mir mitgetheilt wird, sind wir auf dem Wege, einen großen Theil unserer Seemannschaft zu verlieren. Die letzte Ausbehnung in den südlichen Häfen hat nur mit Mühe die allernöthigste Zahl von Matrosen geliefert, und kompetente Sachverständige versichern, daß die nächste Ersatzmannschaft, welche irgend ein Ereignis nothwendig macht, nicht zusammenzubringen sei. Die Ursachen des erschreckenden Verfalles eines so wichtigen Theiles unserer Streitkräfte sind folgende: Die kaiserl. Regierung hat sich aus Trägheit oder veranlaßt durch einige gewichtige Persönlichkeiten, deren Vortheil ins Spiel kam, verleiten lassen, die Anwerbung fremder Matrosen auf unseren Handelsschiffen in beinahe unbeschränktem Maße zu gestatten. Da diese zu geringerem Lohne dienen als die französischen, so sind letztere in großer Anzahl auf fremde Schiffe übergegangen und als haben weniger Leute den Seeleben sich gewidmet. Man rechnet, daß allein im stillen Ozean 50,000 die Flagge gewechselt und wir im Ganzen über 100,000 verloren haben, also fast die Hälfte unserer Seemannschaft. Den Kapitänen geht es aber nicht besser, da der Handel darniederliegt. Nun nennt deren, welche gegen einen Gehalt von 150 Fr. monatl. nach Chili segelten. 4800 Kapitäne, die schon Schiffe befehligt und mit den besten Zeugnissen versehen sind, suchen jetzt Stellen.

Das Enfant terrible des Senats, Marquis de Boissy, hat in der letzten Sitzung wieder einen Donnerschlag gegen England losgelassen. Auf der Tagesordnung stand die Petition einer Dorfgemeinde wegen einer Wasserleitung. Der edle Marquis verlangte das Wort und sprach dann von — brüsischer Tücke, welche in London große Plakate an die Straßenecken schlage und mit teuflischem Hohn die Niederlage des Franzosen in Mexiko ausposaune. Mit der Wasserleitung habe das zwar nichts zu schaffen, aber gesagt müsse es doch werden, damit es wenigstens in den „Moniteur" komme. — In Rimes, Toulouse und Rennes sind die von Rom zurückgekehrten Bischöfe mit großen Demonstrationen empfangen worden, doch ist namentlich in Rennes daraus ein förmlicher Skandal entstanden. Den Lobeserhebungen auf den weltlich-souverainen Papst und auf Franz II. wurden Lobeshochs auf den Kaiser und auf Garibaldi entgegengesetzt.

Italien.

V.R. (Corr.) General Sirtori sagte als Sprecher der Linken oder der Opposition dem Premierminister Ratazzi insgeheime Folgendes: „Der Hintergedanke aller Oppositionstreuer, welchen jedoch die sehr feiner derselben auszusprechen wagte, ist die Ueberzeugung, daß man mit einem solchen Ministerium niemals nach Rom kömmt. Es hat an den Thüren aller Mächte angeklopft, und ist allenthalben abgewiesen worden. Das ist ein Vasallen-Ministerium!" (Donnernder Beifall der Tribünen, tobender Widerspruch der Rechten.) „Ja, ich behaupte abermals, daß dieses Ministerium von einer fremden Macht abhängt, mit welcher es schon gleich bei seiner Geburt gewisse Verbindlichkeiten eingegangen hat. Noch einmal! Dieses Ministerium ist ein Unglück für Italien, nur dazu da, die römische Frage zu ersticken und den unseligen Statusquo zu erhalten. (Furchtbarer Lärm pro und contra.) Es hat ohne Erfolg die römische Expedition zu einer unentionischen zu stempeln gesucht; alle Welt weiß jetzt, wer und was dahinter steckt. Es ist Unsinn, gleichzeitig in Rom und in Caprera die Hand zu drücken. Zum letzten Mal: dieses Ministerium ist ein Nationalunglück und verdient alles Mißtrauen." (Lange tumultuarische Unterbrechung.) Die Antwort Ratazzi's war nicht minder leidenschaftlich. Unter fortwährenden Seitenhieben auf seinen Gegner vertheidigte er die französische Allianz, läugnete jedoch seine Abhängigkeit von Paris und noch mehr begreiflich die vorwürfigen Gebietsabtretungen. Die ministerielle Mehrheit erkannte einfache Tagesordnung. Der Antrag, am Fronleichnamstag eine Kammersitzung zu halten, wurde mit geringem Mehr abgelehnt; es war übrigens den Antragstellern selber nicht recht Ernst damit, sondern nur ein Mittelchen, dem Ministerium, welches es mit dem Klerus nicht ganz verderben will, Verlegenheit zu bereiten. Garibaldi wird dieser Tage dem innerlichen Parteienkampf so lange aus dem Weg gehen, bis sich die Lage besser abgeklärt hat. Es muß sich binnen Kurzem zeigen, ob die dem Minister Ratazzi gemachten Vorwürfe begründet sind; für diesen Fall wird der ehrlichere Ricasoli aus Staatsruder zurückkehren.

Digitized by Google

Nichtpolitische Zeitung.

Der Oberarzt Dr. Leopold Kohn vom 61. Inf.-Reg. hat sich vor einigen Tagen, wie wir bereits meldeten, in Temesvar erschossen; Veranlassung hiezu bot eine Beschimpfung von Seiten eines Offiziers, der auf eine erfolgte Herausforderung erklärte: mit einem Juden, wenn er auch den Offiziersrang besitze, sich nicht schlagen zu wollen; die ursprüngliche Veranlassung zur Beschimpfung des Dr. Kohn soll darin bestanden haben, daß Letzterer sein Gepäck in den Eisenbahnwaggon selbst getragen hatte, was in den Augen der mitreisenden Offiziere als ein entehrender Akt erschien. Dr. Kohn hatte nach seiner Ankunft in Temesvar, seinem Vorgesetzten die Sachlage erzählt und eine Klage gegen seine Beleidiger gerichtet, wurde aber von hier aus abgewiesen mit dem Vorwurfe, sich „kaltlos" benommen zu haben; hierauf verließ Dr. Kohn die Stadt, und machte außerhalb der Festung seinem Leben ein Ende.

Es hat vielleicht Nichts so sehr die rohes Schweinefleisch essende Menschheit in Aufregung gebracht, als die merkwürdige Erscheinung, daß ein im Schweine hausender Eingeweidewurm, die Trichine, beim Menschen nach Genuß solch kranken Fleisches eine bisher für absolut tödtlich gehaltene Krankheit erzeuge. Kürzlich kam im Heidelberger Hospital ein exquisitter Fall von Trichinenkrankheit bei einem kräftigen Meggerburschen zur Behandlung, und ward dies nach scharfsinniger Erwägung aller gegebenen Momente zum exkemmal erkannt, zugleich aber auch der Erkrankte nach energischer und sorgfältigster Kur zur vollkommenen Genesung gebracht, so daß nun auch gegen diese so gefährliche, heimtückische Krankheit das rechte Heilmittel gefunden zu seyn scheint.

Neueres.

Außer dem Herzog von Koburg wird auch der Großherzog von Baden dem deutschen Schützenfest beiwohnen. Am gestrigen Johannestag, dem jährlichen Hauptfestag des Freimaurerordens, wurden zugleich in mehreren Städten Deutschlands neue Logen eingeweiht.

Schweiz. Am 20. Juni ist der Herzog von Bordeaux, nachdem er den 18. und 19. in Einsiedeln zur Feier des Fronleichnamsfestes zugebracht hatte, mit großem Gefolge in Luzern eingetroffen, wo er in dem Hotel „Zum Schweizerhof" sein Absteigequartier genommen. Wie man uns berichtet, sind seine Anhänger diesmal viel zahlreicher um ihn versammelt, als dies vor zwei Jahren der Fall war, so daß alle Gasthöfe von denselben überfüllt sind. Unter ihnen trifft man namentlich viele alte Herren. Daß diese Legitimistenzusammenkunft einen politischen Zweck hat, darf außer allem Zweifel. Nicht nur in einzelnen Gruppen wird viel politisirt, sondern es werden zu diesem Zweck auch zu bestimmten Stunden gemeinsame Versammlungen abgehalten, für welche, da in keinem der Gasthöfe ein Saal zu bekommen war, die erste Kajüte eines der im Hafen vor Anker liegenden Dampfschiffe gemiethet wurde. Daß es unter solchen Umständen auch nicht an bonapartistischen Agenten fehlt, läßt sich denken. Bekanntlich wird sich der Herzog von Bordeaux zehn Tage zu Luzern aufhalten. Gottesdienst wird lediglich in einer der Dependance des „Schweizerhofs" hergerichteten Kapelle abgehalten.

Belgien. Die Kammer discutirt noch immer das Sparsamkeitsgesetz. Dumortier wurde zur Ordnung gerufen, weil er die Kammer-Majorität angeklagt, daß sie mit geschlossenen Augen Alles annehme, was ihr von der Regierung geboten würde, und daß dieselbe auf jedes Wort der verschiedenen Minister nur die stereotype Antwort hätte: „Brigadier, vous avez raison!" Als der Präsident den Ordnungsruf ertheilen, setzte sich der sterilisirte Redner mit den Worten nieder: „Monsieur le président, vous avez raison, et moi aussi," worauf ein schallendes Gelächter die empörten Gemüther versöhnte.

Frankreich. Wegen der Niederlage in Mexiko wurden die kaiserlichen Feste in Fontainebleau abbestellt. In diesen Land wird die aus Rom kommende Brigade geschickt, auch verlangt General Forey noch Garde-Truppen, sowie die Absendung des verunfonen Industrie-Rittes vulgo Gesandten Dubois aus Salzigny.

Amerika. Der mexikanische Verräther Maequez wurde vom General Carbajal geschlagen. Mehrere Cabecillas der Verräther von Flores sind in die Gewalt der Regierungstruppen gefallen und füsilirt worden. Dasselbe Journal theilt in seiner Nummer vom 11. mit, daß die gefangenen Franzosen, welche nach Puebla gebracht wurden, daselbst gut behandelt werden, und daß man ihren Verwundeten alle Sorgfalt widmet. General Gonzales Ortega hat alle unter seinem Befehl stehenden Staatskontingente nach Mexiko geführt und sein patriotisches Beispiel wird ohne Zweifel von sämmtlichen Gouverneuren der übrigen Staaten befolgt werden.

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr,	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	88¼ P.
„	5 pCt. Verst. Coupon b. R	78⅞ P.
„	5 pCt. Nationalank. v. 1854	93⅝—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	83⅛ P.
„	4½ pCt.	47⅛—¼ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P. ⅛ G.
„	4½ pCt. Obl. Ijähr. dto.	102⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1½jähr. dto.	104 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto. dto.	98⅜ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	100½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	84 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 36	48½ P.
„	2 pCt. „ „ „	43¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 100 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	123 P.	
N. K. Oesterr. National-Bankaktien	700 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	159½—99 G.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank f. u. 2. Serie à fl. 250	218 P.	
Württemberische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditbanken . . .	89½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	105⅜ P.	
Oest. F.N.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	237 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	110½ P.	
„ Klisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80½ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	35⅞ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 P.	
Pfälz. Mazb. b. Rothschild à 4½ pCt.	110 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249 P. 248 G. o.D.	
Span. Handels- und Industrie . . .	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ger. Pereire . .	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollenbez.	106½ G.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	100½ B.
Brem. 60 Th. Lsd. k. S.	99⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	100⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	92½—92 G.
do. in öst. W. I. S.	92⅛—92 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	71¼ P.	Gr. Hessen P. 50 b. R.	13⅜ P.
„ fl. 100 v. 1860 6/7	73—72⅜ G.	„ fl. 25 do.	37½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	12½ P.	Nassau fl. 25 b. d. Rothsch.	30½ G.
3½ pCt. Preuss Pr.-Anl. bei R.	124¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	52 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. 1.Oct'lich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	100¾ P.	Venetia-Loose fl. 10.	18⅛ P.
Badische fl. 35	84¼ P.	Anah.-Gunnesch. fl. 7-L.	11⅝ G.

Frankfurt, 24. Juni. Die Börse eröffnete in günstiger Stimmung für österr. Kreditaktien und National. Gegen den Schluß war die Tendenz etwas matter. In den übrigen Fonds und Aktien blieb es stille. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 93⅞—¾ begeben in vollbezahlten Interimsscheinen zu 90⅞—¾ umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97 in Posten verhandelt. (Sdnd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staatsbibliothek
zu
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 174.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	59. Jahrgang.	Donnerstag, 26. Juni 1862.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter, für hier die unterzeichnete Expedition an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich **2** fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Die „Neue Würzb. Ztg." bringt wie bisher Leitartikel über jene bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen aus den größeren Städten Deutschlands, aus Belgien, Frankreich, Italien und andern Ländern Europa's, endlich bei wichtigen Ereignissen **Telegramme.** Durch eine sorgfältige, fortwährend anknüpfende Darstellung der Tagsbegebenheiten auf religiösem, politischem und sozialem Gebiet, aus Gewerb, Industrie, Handel, Kunst und öffentlichem Leben überhaupt, gestaltet sie sich in Verbindung mit dem täglich erscheinenden Beiblatte „**Würzburger Anzeiger**" zu einer Geschichtsquelle für künftige Geschichtschreibung, wogegen das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" das Neueste und Interessanteste aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre, aufgewählte Erzählungen, Gedichte, Miscellen, Aphorismen, Nekrologe u. s. w. enthält, um die Leser auch in dieser Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."
(**Stahel**'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Deutscher Bund.

Die amtliche „Koburger Zeitung" bestätigt, daß der Herzog sich zu dem bevorstehenden deutschen Schützenfeste nach Frankfurt begeben, und daselbst als Ehrenvorsitzender des Ausschusses für den deutschen Schützenbund dem Feste beiwohnen wird. — Das Centralkomité hat beschlossen, während der Dauer des Festes auf dem Festplatz ein Lesekabinet einzurichten, in welchem, außer allen Frankfurter Blättern, Organe aus sämmtlichen Theilen Deutschlands und aus der Schweiz aufgelegt werden sollen.

Bayern. München, 24. Juni. (Privat-Korresp.) Da heute die Witterung sich wieder etwas günstiger gestaltete, so haben die Turner diesen Vormittag den projektirten Ausflug an den Starnberger See und nach der Stettmannshöhe unternommen, und wird die Rückkehr von dort erst am späten Abend erfolgen. Das für gestern Abend projektirt gewesene Gartenfest ist zu Wasser geworden, man versammelte sich in den dortigen Lokalitäten, die aber für ein so zahlreiches, aus Herren und Damen bestehendes Publikum, bei weitem nicht ausreichten. Die Bürgersänger-Zunft und der Münchener Liederkranz hatten sich eingefunden und erhöhten durch die gelungenen Vorträge patriotischer Gesänge die festliche Stimmung der Versammlung. Während des Abends erfolgte auch die Vertheilung der Ehrengaben für die ausgezeichneten Leistungen bei dem, trotz unaufhörlichen Regens in den Nachmittagsstunden stattgehabten Wettturnen. Die 8 Ehrengaben erhielten die Turner von Leipzig, Wien, Augsburg, Landshut, Münchener Männer-Turnverein, Linz, Oberammergau und Salzburg und zwar für gleich treffliche Leistungen, so daß die hier aufgeführte Reihenfolge nur eine zufällige ist. Die Turner von Oberammergau überbrachten dem hiesigen Verein einen überaus prachtvollen Pokal, ein wahres Meisterstück der Ammergauer Holzschnitzkunst, und die Turner von Reutlingen ein sehr gelungenes Panorama der schwäbischen Alp. Mit den Musik- und Gesangsvorträgen wechselten mehrfache Toaste und das deutschermig „Gut Heil", welches die verschiedenen Vereine sich gegenseitig zurufen. Der Sprechwart des Nürnberger Vereins, Hr. Reuß (nicht Leiß, wie gestern irrthümlich erwähnt) sprach im Namen der Gesammtturnerschaft den Dank für die freundliche Aufnahme aus, den die Turner hier gefunden hätten. Mit dem morgigen Frühzügen der Eisenbahn werden alle Turner die Rückreise in ihre Heimath antreten. Sehr unangenehm berührt hat das polizeiliche Verbot, daß die nicht-bayerischen Turnvereine ihre Fahnen hier nicht entfalten durften. Man will dieses Verbot damit rechtfertigen, daß hier lediglich ein bayerisches Turnfest gefeiert wurde. Daß übrigens die schwarz-roth-goldene Fahne sich an der Spitze des Festzugs befand, habe ich Ihnen bereits mitgetheilt, auf diese hat sich sonach das Verbot nicht erstreckt.

** München, 24. Juni. (Priv.-Korresp.) Se. Maj. haben dem I. Bürgermeister unserer Stadt zur Feier seines heutigen 25jährigen Dienstjubiläums das Comthurkreuz des St. Michaels-Ordens verliehen, und im Namen der Stadt wurde demselben bei dem heute Nachmittags stattgehabten großen Festdiner ein prachtvoller silberner Tafelaufsatz, den restaurirten Rathhausthurm darstellend, überreicht. Durch k. Verordnung wird auf Grund des Art. 62 des Polizeistrafgesetzbuches die Polizeistunde für die Städte auf 12 und für die Märkte und Landgemeinden auf 11 Uhr Nachts festgesetzt.

Preußen. In der öffentlichen Sitzung des Kreisgerichts zu Wetzlar kam der Preßprozeß gegen die beiden Redakteure der „Frankfurter Latern", Stoltze und Schalk, zur Verhandlung. Das Gericht verurtheilte jeden der nicht erschienenen Angeklagten, deren Aufschubsgesuch verworfen wurde, wegen der in den Nummern 10, 11 und 12 des genannten Blattes enthaltenen Beleidigungen gegen den König in contumaciam zu sechs Monaten Gefängniß.

Kurhessen. Stadtrath und Bürgerausschuß von Wilhemshausen sind dem Beispiele der Stadt Kassel gefolgt und haben dem Dr. Friedrich Oetker in Anerkennung der Verdienste, welche sich derselbe im ganzen Lande wie in jeder einzelnen Gemeinde durch seine unermüdlichen Bestrebungen für Wiedererlangung des alten Verfassungsrechts erworben, das Ehrenbürgerrecht der genannten Stadt ertheilt.

Zwei Dinge werfen auf den Ministerwechsel ein eigenthümliches Licht: ein Mal der Umstand, daß die jetzt ernannten Minister das Programm der zunächst in Aussicht genommenen, dann aber plötzlich verworfenen Männer, fast ganz adoptirt haben sollen; und sodann die kurfürstliche Tafel auf Wilhelmshöhe. Zu derselben waren nämlich nicht blos die neuen, sondern auch die alten Minister befohlen, und außerdem hatten auch die Generale von Haynau und von Schenck Einladungen erhalten; der erstere ist Divisionär der Armee, der letztere Kommandant von Kassel, beide sind bekannte Mucker und Anhänger des Bilmar'schen Hessenvereins und der Hessen-Zeitung. Herr von Haynau erhielt in derselben Stunde, als die Ministerernennung bekannt wurde, vom Kurfürsten einen Besuch, worauf mehrere militärische Maßnahmen Statt gefunden haben sollen. — Die Aufregung ist eine allgemeine, namentlich wird sie auch von der gesammten Staatsdienerschaft getheilt; das Gefühl, daß wir an einem verhängnißvollen Momente angekommen sind, ist auf jedem Gesicht deutlich zu lesen,

Digitized by Google

und die als nothwendig betrachtete Folge des dem Volkt und Preußen ins Gesicht geschleuderten Hohns wird rückhaltlos besprochen. Dagegen, daß die Ernennung des Ministeriums v. Dehn-Rotfelser eine mit stärker Mahregel ist, als der Erlaß der berüchtigten Wahlverordnung vom 26. April v. J., ist nur eine Stimme; weit entfernt, in der zu erwartenden Verkündigung der alten Verfassung eine Anerkennung seines Rechts zu finden, wird das Volk in derselben aus dem Munde des Ministeriums v. Dehn-Rotfelser nur eine Verhöhnung seines Heiligsten erblicken, es weiß, daß es von diesem nur Worte, nur Schein, zu erwarten hat, während in der Sache Alles beim Alten bleibt. Die Ruhe ist bis jetzt in keiner Weise gestört und wird auch nicht gestört werden. — Von den abgetretenen Ministern haben Abel und Volmar das Großkreuz, v. Unde das Kommandeurkreuz 1. Klasse, v. Gödbaus das Kommandeurkreuz 2. Klasse erhalten, Abel ist außerdem zum Wirklichen Geheimen Rath ernannt, Volmar auf sein Nachsuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Alle Berichte, welche die deutsche Presse bringt, bestätigen, daß der Ausgang der kurhessischen Verfassungskrise allgemein als ein Sieg des hessischen Volks und als eine Niederlage Preußens betrachtet wird. Sollen die Kurhessen ihres Siegs auch noch nicht froh werden, so haben sie doch unter so ungünstigen Umständen gesiegt, daß ihnen der Muth zu neuen Kämpfen nicht fehlen kann. Für Preußen aber ist die Niederlage eine abermalige bittere Lehre, daß es mit all seiner Waffenmacht selbst in den günstigsten Positionen nichts ausrichtet, so lange es seinen Feindern den Vortheil läßt, im Innern gespalten und geschwächt zu sein. (Zrit.)

Baden. Wie der Wiener „Presse" aus Berlin geschrieben wird, hätte der badische Minister Frhr. v. Roggenbach in Berlin eine Denkschrift überreichen lassen, welche das fernere Zusammengehen mit der preußischen Politik von gewissen bestimmtern Zusicherungen nicht bloß über die Ziele, sondern auch über die Mittel dieser Politik abhängig machen und unter Anderem ziemlich unverhohlen erklären soll, daß, falls Preußen seinem Freunden in Deutschland nicht eine Bürgschaft zu bieten im Stande sei, daß ihre Hingebung nicht etwa für spezifisch preußische Zwecke ausgebeutet werde, wenigstens die badische Regierung, die ihr Ziel, die Einigung und Kräftigung des zu freiheitlicher Entwicklung emporzuhebenden Deutschlands, unverrückt im Auge behalte, es für ihre Pflicht erachten müßte, den Weg zu diesem Ziele auch ohne Preußen, ja nöthigenfalls selbst gegen Preußen zu suchen. — Diese Nachricht ist dermerknwerth genug, um nicht mit Stillschweigen übergangen zu werden, aber einstweilen auch noch unwahrscheinlich genug, um nicht einer anderweiten Bestätigung zu bedürfen. In der obigen Fassung ist sie ganz gewiß ungenau.

Schleswig-Holstein. Die dänischen Blätter enthalten seit einigen Tagen fast nur Jubeltöne über den skandinavischen Geist der auf Besuch in Kopenhagen anwesenden Studentrn aus Nowegrn und Schweden und über die brüderliche Liebe, die sie im Verein mit den Dänen für das ihnen über Alles theure Herzogthum Schleswig zeigen. Sie wollen auch den Glauben verbreitrn, als ob die Bevölkerung Kopenhagens in diesem Studentenbesuch ein wichtiges Ereignis sehe, und in den Jubel der Tagesliteratur überschwänglicher Gefühle voll mit einstimme; in privatesten Privatnachrichten sagen aber grnadezu: es ist nicht wahr! Bei der neuiichen Anwsahrt von Kopenhagen nach Rothschilde und dem Besuch der dortigen Königsgräber soll, wie ein offizielles Blatt sich auf Kopenhagen berichten läßt, der Anblick der Särge der Königin Margaretha, der nordischen Semiramis, wie sie so oft genannt worden ist, und des Königs Christian II. auf die norwegischen und schwedischen Studenten einen ganz besondern Eindruck gemacht haben. Letzteres steht sehr zu glauben, denn die Rückerinnerung an das von Christian II. im Jahre 1523 in Scene gesetzte Stockholmer Blutbad ist wohl geeignet, besondere Gefühle wach zu rufen. Sehr schrell wird die soeben bekannt gewordene Freisprechung des Advokatrn Lehmann in Kiel von der Anklage des Hochverraths einen vernehmbaren Mißton in den dänischen Jubel bringen.

Freie Städte. Hamburg. Die Sammlung, welche Dr. Wrz für die durch den Rostocker Hochverraths-Prozeß Betroffenen unter den Mitgliedern des Nationalvereins veranstaltetr, hat 150 Thlr. ergeben, soll aber durch ein hier zusammentretendes Komite fortgesetzt werden. Denn der Zwrck dieser Sammlung ist, die Kosten des Prozesses, welche den Betheiligten solidarisch aufgebürdet worden, zu bestreiten. Dieselben sind auf 3992 Thaler festgesetzt, von denen auf Professor Julius Wiggers 200 Thlr., Advokat Moritz Wiggers 500 Thlr., Advokat Hane 1000 Thlr., Dr. Dornbüth 450 Thlr., Senator Uterhart 270 Thlr., Prof. Türk 260 Thlr., Advokat Ehlers 300 Thlr., Advokat Müller 63 Thlr. rc. kommen. — So „von Rechtswegen"; die Gerechtigkeit würde die Kosten von ganz andern Personen beizutreiben haben.

Schweiz.

Berichte aus Luzern bestätigen, daß die Legitimistenversammlung daselbst viel zahlreicher ist als vor zwei Jahren. Am Sonntag hat der Herzog v. Chambord mit 800 seiner Anhänger der Messe brigewohnt.

Frankreich.

Der Hof amüsirt sich und seine Gäste in Fontainebleau so gut es angeht. Namentlich sind die Lustfahrten auf dem See des englischen Gartens eine der Lieblings-Unterhaltungen der Hohen Herrschaften. — Die Kaiserin ließ sich hierzu eigens kleine vergoldete Gondeln, „Nußschalen" genannt, bauen, in welchen sie mit den Hofdamen an Geschicklichkeit und Schnelligkeit wetteifert. Für den kaiserlichen Prinzen wurde eine 15 Fuß lange Panzerfregatte, mit Maschine, Masten, Segeln und Geschützen gebaut, und zur großen Belustigung der berühmten Karpfen von Fontainebleau kreuzen alle Augenblick die Batterien des lilliputanischen Merrimac's. Der Kaiser seinerseits hat den Sport auf das Wasser übertragen und vertreibt sich die Zeit mit Wasserschlittschuhlaufen. Se. Maj. steht mit jedem ihrer Beine in einem eigens hierzu konstruirten Boote, eine Balancierstange in den kaiserlichen Händen. „Die Zeitung" bemalten Boot — sagte das „Journal du Loiret" — gleichen auf ein Haar jenen Doppelschiffchen aus Kartenblättern, welche wir in unserer Kindheit alle zum großen Aergernis unserer Lehrer angefertigt haben.„

Prinz Napoleon ist wirklich nach London abgereist, wie man sagt auf ausdrückliches Geheiß des Kaisers. Nicht ohne Einfluß auf den Befehl des Kaisers mag gewesen sein, daß, wie der „Progrès de Lyon" (undefümmert um die wohlwollenden Winke des Prrthurreaux) meldet, die französischen Aussteller in London, welche sich bisher ohne eine Persönlichkeit zu ihrer Vertretung in England befanden, die Absicht kund gaben, hiermit den Herzog von Aumale zu beauftragen.

Der gesetzgebende Körper hat die vorgeschlagene Steuer auf Luxus-Pferde und -Wagen nicht angenommen, sondern an die Kommission zurückverwiesen.

Der in neurer Zeit aufgetauchte Prätendent, Hr. v. Crouy Chanel, Prinz August von Ungarn genannt, der sich um die Krone des h. Stephan so sehr bemüht, hat dieser Tage einen die Majestät seiner Dynastie und die Heiligkeit seiner unveräußerlichen legitimen Rechte unangenehm berührenden Prozeß zu bestehen gehabt. Ein Papierhändler hat ihm nämlich auf Kredit das Papier geliefert, auf welchem er, mit Beihilfe eines ehemaligen Volksrepräsentanten, Germain Sarrut, in einer Broschüre: Les fils d'Arpad, seine unverfälschte Abstammung von Attila, dem großen Hunnenkönig, und die unbestreitbare Zweckmäßigkeit seiner Thronbestrigung darlegte. Das Papier wurde aber nicht bezahlt, und der Papierhändler, der auf seinem eigenen Papiere später gedruckt hat, daß der Prinz August von Ungarn der Abstammung von 23 Königen, seit zehn Jahren auf den Genuß einer Pension von 3000 Fr. angewiesen sei, wurde mit seiner Forderung klagbar. Der Gerichtshof verurtheilte den berühmten ungarischen Kron- und Thronprätendenten Crouy Chanel zur Zahlung von 2817 Fr. 40 C. für das ihm gelieferte Papier.

Die mexikanische Königskrone, welche Louis Napoleon jetzt dem ssterr. Erzherzoge anbot, wurde vor 32 Jahren schon einmal seinem Oheim Joseph Bonaparte angetragen, von diesem aber ausgeschlagen. Der ehrmalige Herrscher von Neapel und Spanien philosophirte damals (im Jahre 1830) an den Ufern des Delaware, als ihn die mexikanische Deputation überraschte. Seine Antwort steht verzeichnet in der Ampol'schen Ausgabe (1856) der Werke Napoleon's III., Bd. II. S. 438—439; sie lautete: „Ich habe zwei Kronen getragen; ich würde keinen Schritt dazu thun, eine dritte zu tragen; nichts ist mir schmeichelhafter, als Leute, die mein königliches Ansehen damals in Madrid nicht anerkennen wollten, jetzt in die Verbannung zu mir kommen zu sehen, um mich an ihre Spitze zu stellen; aber ich glaube nicht, daß der Thron, den Sie von Neuem errichten wollen, Ihnen zum Glücke gereichen kann; jeder Tag, den ich auf dem gastfreien Boden der Vereinigten Staaten verlebe, zeigt mir immer klarer, wie vortrefflich die republikanischen Staatseinrichtungen für Amerika sind. Wahren Sie hierfrhen also als ein kostbares Geschenk der Vorsehung! Stiften Sie Ihre inneren Wirren, folgen Sie dem Beispiel der Vereinigten Staaten und suchen Sie unter Ihrem

Digitized by Google

Mitbürgern sich einen Mann, der fähiger ist, als ich, die große Rolle Washington's zu übernehmen."

Der Artillerie-Kapitän Tardif ist mit Bewilligung der Regierung in chinesische Dienste getreten. Er wird an die Spitze der Artillerie des himmlischen Reichtes gestellt werden, um diese nach französischem System zu organisiren.

Italien.

Aus Rom wird gemeldet, der Marquis von Lavalette habe eine lange Unterredung mit dem Papste gehabt und es gehe das Gerücht, die französische Besatzung solle auf die Provinz Rom beschränkt werden. Die Mitglieder und Anhänger der Einheitspartei haben neuerdings Versammlungen gehalten und über Manifestationen Berathung gepflogen, die sie zu Gunsten ihrer Prinzips veranstalten wollen.

Die Italie meldet: „Nach Mittheilungen, denen wir Glauben zu schenken berechtigt sind, können wir ankündigen, daß die römische Frage alsbald in eine für die Zukunft der italienischen Nationalität sehr bedeutsame Phase treten wird." Es scheint die Konzentrirung der französischen Besatzung auf die Stadt Rom gemeint zu sein. Es bleibt den Franzosen keine andere Wahl, als entweder den italienischen Truppen den ganzen ehemaligen Kirchenstaat zu überlassen, damit sie die Stadt umschließen, um das Ausrücken neuer Banden zu verhindern, oder aber selber die Polizei streng zu handhaben; denn die Reaktion hat einen neuen Feldzug eröffnet, und die Banden greifen die Franzosen so ungescheut an, wie die Italiener. So griff der Spanier Tristany, der jetzt Oberhauptmann der bourbonistischen Banden ist, in der Nacht vom 10. auf den 11. den französischen Posten in Fontanafusa an. Seit Pfingsten sind die neapolitanischen Blätter wieder von Banditen-Angriffen angefüllt.

Es sinkt wieder gewaltig von Gebietsabtretungen an Frankreich. „Diritto" will neuerdings von Derartigem gehört haben; er erklärt, daß die Aktionspartei beschlossen habe, da sie weiß, daß das Ministerium derartige Zumuthungen mit Entrüstung zurückweise, die Regierung als Belohnung für ihr Verhalten zu unterstützen. Augenscheinlich ist dies ein Fühler, ein Kunststück, um mehr zu erfahren, als man bereits weiß, oder eine Gelegenheit, um über das Ministerium herzufallen, da das Gerücht von neuerlichen Verhandlungen allerdings einige Begründung hat. Die ungarische Legion hat ein Gelecht gegen 120 Briganti bestanden, 11 derselben getödtet und einen verwundet. Trotzdem steht es mit den Angelegenheiten dieser Legion sehr schlecht. General Türr hat eine Proklamation an dieselbe erlassen, worin er sie zur Einigkeit auffordert und sie warnt, unehrlichen Elementen Gehör zu geben. Dies ist auf Putsch gemünzt, der in großer Feindschaft mit Türr lebt, weil er denselben beschuldigt, durch sein arrogantes und anmaßendes Wesen Klapka aus der Emigration hinausgetrieben und die Demission von 52 der besten Offiziere veranlaßt zu haben. Es scheint, daß die ungarische Emigration vom politischen Schauplatz abtritt und daß die Legion, müde, in Neapel gegen die Briganti Polizeidienste zu versehen, nach und nach auseinander gehen wird. Die mit Garibaldi zusammen waren, sind in die reguläre Armee übergegangen, wie Türr, dessen Adjutant Ghika, Eberhardt, Kiß und Andere. Viele gehen müßig und rathlos herum, wie Eberhardt, Teleki ꝛc. Nichtsdestoweniger muß anerkannt werden, daß die Legion der Regierung im Neapolitanischen große Dienste geleistet hat, und der König hat sich am 7. Mai in Salerno dem Obersten Ihász gegenüber geäußert, daß er der Legion für ihre vielen Verdienste zu großem Danke verpflichtet sei, und hat ihr noch sonstige Hoffnungen gemacht.

Michael Corinaldi, früher in Venedig und gegenwärtig in Florenz, ein talentvoller jüdischer Dichter, wurde wegen ausgezeichneter Leistungen zu Gunsten einiger wohlthätigen öffentlichen Stiftungen in Turin und Florenz vom Könige Viktor Emanuel in den Grafenstand erhoben.

Türkei.

In Belgrad ist der Waffenstillstand bis zur Ankunft eines türkischen Kommissärs verlängert worden, und daß letzterer erfolgt ist, meldet heute der Telegraph. Man erwarte eine gütliche Ausgleichung. (F)

Rußland und Polen.

Il n'y a pas de fumée sans feu und das jüngst erwähnte Gerücht von der Verschwörung einiger Adjutanten des Kaisers war auch kein ganz grundloses. Die Blätter nämlich melden, freilich im trockenen Amtsstyl, die Inruhestandversetzung der beiden Adjutanten des Kaisers, Graf Rostowzoff I. u. II., von denen der Aeltere mit Urlaub im Ausland weilt. Aber hinter diesem Amtsstyl steckt ein Stück politisches Drama. Im Jahre 1825 war sich bekanntlich der Lieutenant Rostowzoff dem Kaiser Nikolaus zu Füßen und gestand ihm reumüthig, Theilnehmer an der berühmten Verschwörung zu sein, welche Nikolaus stürzen sollte. Er wurde mit Gnaden überhäuft, Adjutant des Kaisers, später Direktor der Artillerieschule und auch Kaiser Alexander schenkte ihm sein vollstes Zutrauen, indem er ihn u. A. zum Präsidenten der Emanzipationskommission ernannte, in welcher Eigenschaft General Rostowzoff Ende 1859 starb und durch Graf Panin ersetzt wurde. Nach seinem Tode wurde die Familie in den Grafenstand erhoben und die beiden Söhne zu Adjutanten des Kaisers ernannt. Dies Zutrauen sollen sie dadurch gelohnt haben, daß der Jüngere den Monarchen auspionirte und der Aeltere, der in London lebt und sich vort verheirathet hat, die ihm zugeschickten Dokumente und Mittheilungen an Herzen ausliefere. Der Jüngere war hier auch Direktor einer Sonntagsschule und in dieser sollen die schönen Brand-Theorien gepredigt worden sein. Man fügt hinzu, daß bereits Befehl gegeben worden war, Rostowzoff nach dem Kaukasus abzuführen, daß aber dann dieser Befehl zurückgenommen wurde. Wenn Mißtrauen in allen und jeden Kreisen herrscht, so wäre nach solchen Vorgängen dasselbe nur zu begründet. Man hat jetzt auch den Brandstifter, der am Pfingstmontag die großen Bazars anzündete. Es ist ein zehnjähriger sehr intelligenter Knabe, der in seinem Verhöre auslagte, ein anderer Knabe habe ihn zu einem Stuventen auf der Straße gerufen, der ihm zwanzig Rubel zu verdienen geben werde. Der Student habe ihm Instruktionen gegeben, wie und bei welchem hölzernen Gebäude er die Zündstoffe anlegen und anbrennen solle; er habe dies beiolgt und so sei der Brand entstanden. Befragt, ob er den Studenten erkennen werde, bejahte er dies und beschrieb die Uniform deutlich genug, um einen Mediziner erkennen zu lassen. Man ließ nun, während der Knabe unsichtbar blieb, eine größere Zahl von verhafteten Studenten an ihm vorbeidefiliren und der Knabe bezeichnete positiv Einen derselben, bei dem man auch Brandmaterialien gefunden hatte. Das Verhör dieses Studenten soll nun heute stattfinden und mir ist daher Weiteres unbekannt. — In den Papieren der Verhafteten war wiederholt auch von einem Lehrer in Luga die Rede, der mitbetheiligt zu sein schien. Die dortige Gendarmerie erhielt Befehl ihn zu verhaften und soll gerade dazu gekommen sein, als der Mann damit beschäftigt war, Brandlegungs-Materialien vorzubereiten. (N.-Z.)

Amerika.

Am 10. Juni hatte man noch keine Nachrichten von General M'Clellan. Der Chickahominy ist über seine Ufer getreten und die Ueberschwemmung hält die Bewegungen der Armee auf. Charleston wird angegriffen; die Unionisten haben im Angesicht der Stadt eine Landung auf der Jamesinsel bewerkstelligt.

General Sigel hat am 2. das Kommando über die zwei in Harpersferry liegenden Brigaden übernommen und wurde von den Soldaten mit der größten Begeisterung empfangen. Am 4. Abends traf er schon in Winchester ein und wird sogleich sein Armeekorps zum Vorrücken organisiren. Man glaubt, daß ihm das ganze Banks'sche Armeekorps übertragen wird. Leider ist dieses Armeekorps durch seine schlechten Befehlshaber demoralisirt, und die Freunde Sigels sind deßwegen mit dieser Anordnung des Kriegsministers nicht sehr zufrieden.

Nichtpolitische Zeitung.

Die „Deutsche Tonhalle" in Mannheim macht bekannt, daß über die auf Preisausschreiben vom Januar 1861 i. J. eingekommenen 142 Compositionen des Gedichtes: Deutscher Männer-Festgesang für vierstimmigen Männer-Chor, das Preisrichteramt geurtheilt, jedoch keine zureichende Stimmenmehrheit sich ergeben; aber das Werk des Herrn Eduard Berg in Rixdenburg bei Bregenz eine Stimme für den Preis und eine besondere Belobung, und das Werk des Herrn F. B. Hamma in Ettlingen eine Stimme für den Preis erhalten habe. Belobt wurden von je einer Stimme die Werke der Herren Friedr. Baumann in München, J. F. Diefenbacher in Ulm, Jos. Hanisch in Regensburg, C. W. Lehmann in Oranienburg, Ernst Methfessel in Winterthur, Ferd. Möhring in Neu-Ruppin, Adolph Reichel in Dresden, Franz Sal. Reiser in Braunau und Heinr. Szczadowsky in St. Gallen. Diejenigen der übrigen Bewerber, welche ihre Werke zurück begehren, wollen dieses Verlangen unmittelbar an den Vorstand der Tonhalle ergehen lassen, und zwar in den nächsten 6 Monaten.

Digitized by Google

Neueres.

Ô Frankfurt, 25. Juni. (Priv.-Korr.) Es freut uns berichten zu können, daß auch aus transatlantischen Ländern Ehrengaben für das Bundesschießen einlaufen. Die Deutschen in New-York z. B. werden einen eigenen Deputirten zur Ueberreichung eines Ehrenpreises senden. Auch hat bereits der hiesige amerikanische Generalkonsul, Hr. W. Murphy, dem Centralkomité angezeigt, daß er von dem deutschen Schützenklub in Philadelphia schriftlich benachrichtigt sei, daß derselbe ihm eine amerikanische Fahne zur Ueberreichung an den Schützenbund und außerdem — als Ehrenpreis — ein Etui übersenden werde, welches eine Sammlung aller neuen amerikanischen Goldsorten, von einem 20 Dollar-Goldstücke an bis herab zu einem Kupfercent enthalten wird. Der Preis der Fahne nebst Zubehör beläuft sich auf 75 Dollard. Hoffentlich werden auch noch aus anderen Theilen Amerika's von den Deutschen ähnliche Preise gestiftet werden. — Der deutsche Schützenklub in Philadelphia wird ebenfalls zur Zeit der hiesigen Festtage ein kleines Fest zu Ehren der deutschen Schützen veranstalten, bei welchem es an amerikanisch-deutsch patriotischen Toasten und Reden gewiß nicht fehlen wird.

Aus dem Begleitungsschreiben der Deutsch-Amerikaner zu den Festgaben entnehmen wir den Wunsch, einer so großen Versammlung intelligenter teutscher Männer aus allen Gauen des Vaterlandes die irrthümlichen Ansichten über die Lage der Union zu benehmen. „Sagen Sie ihnen, daß das Banner, welches wir ihnen senden (heilig und hoch gehalten von bewaffneten Streitern, von Hunderttausend ihrer eigenen Landsleute, von denen die meisten noch Verwandte und Freunde in der Heimath haben und in guter Erinnerung drüben leben), sich wieder mit neuem Glanze, unbefleckt von leichtsinniger Tyrannei, über einem Bürgerstreite erheben wird, welcher durch die Existenz einer Institution über uns gebracht worden ist, die, nicht aus unserem republikanischen Wesen hervorgegangen, vor dem unaufhaltsamen Fortschrittsgeiste der Zeit zusammenbrechen muß! Sagen Sie ihnen, daß dies Banner hinnen Kurzem wieder über dem freiesten und herzlichst verbündeten Volke wallen wird; denn — der heilige Geist der Freiheit, welcher jeden Winkel dieses Landes durchdringt, ist unverlöschbar und unüberwindlich und wird alle zeitweiligen Mißverständnisse und den häuslichen Hader rasch bewältigen."

Oesterreich. Wie die offiziöse „Donauzeitung" bestätigend mittheilt, wird dem Reichsrathe noch in dieser Sitzung das Budget für 1863 zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt, damit er nicht mehr in die Lage geraube, Bewilligung gt kann auszusprechen, wenn das Finanzjahr schon über die Hälfte abgelaufen ist; das Budget soll vielmehr für jedes künftige Jahr zum Voraus festgestellt sein.

Preußen. Der „Publizist" schreibt: Stolz und Hochmuth sind niemals unsere Fehler gewesen; aber wenn einer Zeitung so handgreiflich und augenscheinlich ihre Wichtigkeit demonstrirt wird, wie jetzt der unsern dadurch, daß man ihr seit dem Beginne der neueren Preßverfolgungen bis jetzt nicht weniger als neun Anklagen gewinnet hat, und daß — wie wir vernehmen — ein besonderer Beamter mit der speziellen Mission betraut ist, den „Publizist" von Monaten her Wort für Wort durchzustudiren, um alles irgendwie anstößig Scheinende anzurötheln und dem eingehenderen Studium der Staatsanwaltschaftsbeamten zu unterbreiten: dann dürfen wir wohl mit Stolz glauben, daß wir zur Zeit das wichtigste und einflußreichste Organ der Berliner, vielleicht sogar der preußischen Presse sind. Sollte sich übrigens ein anderes finden, welches sich einer noch größeren Anzahl zu gleicher Zeit instruirter Preßprozesse rühmen kann, so stelle es sich uns vor, und wir werden gern auf dem Throne der Wichtigkeit eine Stufe hinabsteigen.

Frankreich. Die Sitzung des gesetzgebenden Körpers war beinahe ausschließlich der Steuer auf Pferde und Wagen gewidmet. Dieser neue Budgetposten, der nach den Ausstellungen des Hrn. Fould etwa 4,500,000 Frcs. einbringen würde, wurde mit einer Ausführlichkeit, einer Gründlichkeit und Lebendigkeit behandelt, wie kaum je die wichtigste der vielen Materien, welche dis jetzt der Kammer zur Genehmigung vorgelegt worden sind. Sie füllen im „Moniteur" 17½ Spalten aus. Der betreffende Artikel wurde bei namentlicher Abstimmung, von 246 Anwesenden mit 173 gegen 73 Stimmen verworfen. Es ist dieß seit Bestehen des Kaiserreichs der erste Fall, daß der gesetzgebende Körper durch Abstimmung einen Gesetzvorschlag zurückgewiesen hat. In den seltnen zweifelhaften Fällen vorher hatte die Regierung stets das beanstandete Projekt vor der Abstimmung zurückgezogen.

Spanien. Die Königin ist mit einer Prinzessin niedergekommen. Sie und ihr Kind sind im befriedigendsten Zustande. — Der Herzog und die Herzogin von Montpensier sind nach London gereist. — Die Kammern werden noch diese Woche geschlossen werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto.	88¼ P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	75¾ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62⅜—63 G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53½ G.	
„	4½ pCt.	47¼ G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P. ¼ G.	
„	4½ pCt. Obl. ljähr. dto.	102½ G.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¾ P.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	99½ P.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ P.	
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ G.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99½ P.	
„	3 pCt. Obl.	94 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¼ P.	
„	2 pCt. „ „ „	43¼ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	122 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	750 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200½—202 G.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	218½ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	70⅝ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Frc. à 2⅜ kr.	286 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119¾ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅜ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	39⅞ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135¾ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅞ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	240F.248G. o.D.	
Span. Handels- und Industrie . .	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	525 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlen.	106¾ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	106 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 80 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsl. k. S.	98⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅞ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 k. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	92 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73⅝ P.	„ fl. 25 do.	37¾ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	123½ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36¼ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei H.	124¾ P.	Sardinien Frs. 36 b. B.	52 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Ilittich mit 2½ pCt. Z.	27½ P.
Badische fl. 50	100¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	9½ P.
Badische fl. 35	55 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ G.

Frankfurt, 25. Juni. Das Augenmerk der Börse war hauptsächlich auf österreichische Kreditaktien gerichtet, welche in starken Posten zu steigenden Kursen vom Markte genommen wurden. Die übrigen öffert. Fonds waren zwar ebenfalls fest, jedoch ohne wesentliche Veränderung der Kurse. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 93½, bergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen zu 90¹/₄, ⅛, 90 umgesetzt. 3pCt. Brüsseler 100-Frs.-Loose wurden zu 97 verhandelt. (Synd.)

Digitized by Google

K. Hof- & Staats-
Bibliothek

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. | 59. Jahrgang. | Briefe und Gelder franco. | Freitag, 27. Juni 1862.

M* Die Reorganisation des technischen Unterrichts in Bayern.

(Schluß.)

Die technische Bildung erreicht ihren wissenschaftlichen Abschluß in der „technischen Hochschule," welche an die Stelle der seitherigen polytechnischen Schulen zu treten hat. Dieselbe soll (§ 58) alle Lehrfächer in sich vereinigen und mit allen Mitteln ausgestattet sein, welche zu einer, dem Standpunkt der eigenen und der Erfahrungswissenschaften entsprechenden Ausbildung in irgend einem Zweige der Technik nothwendig sind, wobei der Begriff Technik im ausgedehntesten Sinne zu nehmen ist, nämlich Alles in sich begreifend, was außerhalb des Gebietes der Kunst, der eigentlichen Philosophie und Philologie und der drei übrigen Fakultäten: Theologie, Jurisprudenz und Medizin liegt, so daß diese Anstalt zugleich die Mittel zur Ausbildung für das technische Lehrfach im engeren Sinne selbst bietet und in ihrer Gesammtheit bei gehöriger Pflege und Unterstützung eine Macht darstellt, welche sich den Universitäten kühn an die Seite stellen kann, und diese in ihrer kulturhistorischen Bedeutung in nicht langer Zeit überflügeln muß.

Die verschiedenen Zweige der Technik können in folgende neun Hauptzweige zusammengefaßt werden: 1) technisches Lehrfach, 2) Bau- und Ingenieur-Fach, 3) mechanische Technik, 4) chemische Technik, 5) Berg-, Salinen- u. Hüttenwesen, 6) Forstwirthschaft, 7) Landwirthschaft, 8) Nationalökonomie, Verkehr u. Handel u. 9) Kriegswissenschaft; die technische Hochschule wird demnach hinsichtlich ihrer organischen Verfassung aus neun entsprechenden Fachschulen bestehen müssen, von denen jede ihren besonderen Vorstand und Lehrerrath hat, die aber thatsächlich und in Bezug auf ihre wissenschaftliche Organisation in inniger Verbindung stehen, so daß an demselben Vortrage alle Fachzweige Antheil nehmen, welche desselben bedürfen.

Die ins Einzelne gehenden Vorschläge über Einrichtung dieser technischen Hochschule (S. 56—68), sowie den Lehrplan (S. 129—146) wollen wir einer Beurtheilung nicht unterstellen, weil die Organisation des technischen Unterrichts auf dieser Stufe weniger geeignet ist, das allgemeine Interesse in Anspruch zu nehmen. Dagegen lehren wir, dem Zwecke dieses Artikels gemäß, nochmal zu den bisher erörterten Vorschlägen über die Reform der technischen Mittelschulen zurück, um dieselben noch von einem andern Gesichtspunkte zu betrachten.

Im Falle diese Vorschläge in Ausführung kämen, würde, wie schon oben nachgewiesen, nicht blos die seitherige Mangelhaftigkeit des technischen Unterrichts, sondern auch die beklagenswerthe Beschränkung desselben beseitigt: es würde für die Folge ebenso wohl ein gediegenerer, gründlicherer, als ein mehr umfassender, ein den gewerblichen Kreisen mehr zugänglicher werden. Und das thut vor Allem Noth, wenn dem Gewerbstand im Großen und Ganzen aufgeholfen, wenn er zur genügenden Lösung seiner Aufgabe befähigt werden soll. Schon Herder sagt: „Die Welt braucht hundert tüchtige Männer und einen Philosophen; sie hat hundert Stellen, wo Realwissenschaften unentbehrlich sind, — eine, wo eine gelehrte grammatische Bildung des alten Rom erfordert wird." Und eist unsere Zeit mit ihrer täglich sich steigernden Thätigkeit! In der That fordert das Leben auf einen Mann mit humanistischer Bildung mindestens ein Dutzend mit technischer. Zu diesem Bedürfniß steht aber die Zahl der beiderseitigen Schulen in einem grellen Mißverhältniß; während Bayern 28 Gymnasien, 33 vollständige und 39 unvollständige isolirte-Lateinschulen besitzt, beträgt die Zahl der Gewerbschulen nur 28. Auch im Verhältniß zu ähnlichen Schulen unserer Nachbarstaaten ist diese Zahl eine äußerst niedrige. Hannover zählte vor circa 5 Jahren schon 30 Gewerbschulen, das kleine Nassau fast eben so viele; in Preußen finden wir an 100 Gewerb-, Real- und höhere Bürgerschulen, meist von 6 Klassen, in Oesterreich sind seit Erlaß des Statuts des Ministers Leo Thun sehr zahlreiche Realschulen neu begründet worden, so daß die deutschen Provinzen des Kaiserstaates und schon jetzt größtentheils voraus sind; in Sachsen und der Schweiz ist die realistische Bildung ohnehin eine sehr verbreitete, in Baden und Württemberg besitzt in der Regel jede Amtsstadt eine Realschule; in letzterm Staate ergab sich schon 1845, daß ein Fünftel aller Handwerkslehrlinge des Landes Realschulbildung genossen hatte. Daß schon für den gewöhnlichen Gewerbebetrieb eine, wenn auch gute, Volksschulbildung nicht mehr ausreicht, sieht man allenthalben ein, und man hat daher vielfach an die Volksschule in gänzlicher Verkennung ihrer Aufgabe und Leistungsfähigkeit die Anforderung gestellt, daß schon sie gewerbliche und landwirthschaftliche Fachbildung in den Kreis ihrer Thätigkeit ziehen soll. Diese Forderung ist als eine zu weit gehende, man darf sagen, als eine überspannte zurück zu weisen. In früheren Zeiten mochte es allenfalls gerathen erscheinen, einige Klassen der Lateinschulen durchzulaufen, um sich eine über das Niveau der Volksschulbildung in Etwas erhebende Vorbildung für das bürgerliche Leben anzueignen. Heutigen Tages muß ein solcher Bildungsgang als ein ganz verfehlter bezeichnet werden. Sehr richtig sagt die Instruktion zur Unterrichtsordnung für die preußischen Realschulen: „Bruchstücke eines höheren Unterrichts sich anzueignen, ist der Ausbildung des Geistes nicht förderlich und hindert die Sicherheit des Wissens und Könnens in demjenigen, was in Pällen der bezeichneten Art das eigentliche Bildungsbedürfniß ausmacht." Für den künftigen Gewerbsmann ist es besser, eine tüchtige Volksschule vollständig absolviren, als einige Jahre auf der Lateinschule den Anlauf zu einer Bildung nehmen, die bald nachher in den Anfängen stecken bleibt. Wo die Volksschule nicht mehr genügt, muß die Realschule den Faden übernehmen. Bei der geringen Zahl unserer Gewerbschulen ward aber die Wohlthat einer tüchtigen realistischen Vorbildung nur wenigen Gewerbtreibenden zu Theil. Meerkwürdig, aber leicht erklärlich, ist die Thatsache, daß sich die Gewerbschulen in Bayern seit 1856 nicht vermehrt haben, sind hie und da neue einzelne Schulen entstanden, so gingen an andern Orten die aus frühern „höhern Bürgerschulen" in Gewerbschulen umgewandelten Anstalten wieder ein.*) Die bisherigen Gewerbschulen waren zu kostspielig, als daß ähnliche so leicht hätten aus städtischen Mitteln errichtet werden können: aus Kreisfonds aber war schon der ausreichende Bedarf für die bestehenden schwer zu erlangen. Unvollständige Gewerbschulen (mit nur 2 Kursen) waren bei der bisherigen Organisation ohnehin fast zwecklos. Dem würde nun durch die Propositionen unserer Broschüre abgeholfen. Die zur Vorbildung für den gewöhnlichen und zur Vorbereitung auf den höheren Gewerbebetrieb bestimmten Gewerb- (Real-) Schulen erfordern nicht mehr als 4 tüchtige Lehrer und höchstens einen Assistenten und in gleicher Weise minderst sich auch die Realzeigerz, wonach denn auch mittleren und kleineren Städten die Möglichkeit gegeben wird, derartige Schulen aus Gemeindemitteln zu errichten. Städte, denen am Aufschwung ihrer Gewerbe gelegen ist, werden ein Opfer nicht scheuen, welches im Verhältniß zu dem Gewinn als ein sehr geringes erscheint, denn das auf tüchtige Bildung verwendete Kapital trägt die reichsten Zinsen. Städte z. B. von der Einwohnerzahl und — was hier besonders in die Wagschale fällt — von der merkantilen und gewerblichen Bedeutung wie Kitzingen, Lohr, Miltenberg, — wohl auch Neustadt, Hafturt, Marktbreit u. a. m. sollten auf Errichtung zeit- und zweckgemäßer Realschulen bedacht sein. Der Kreis Unterfranken ist meist von Staaten um-

*) Verl. 9 zum mehrgenannten Normativ vom 4. April 1836 zählt 30 Gewerbschulen auf.

Digitized by Google

gränzt, in welchen die Gewerbefreiheit entweder schon eingeführt ist, wie in Württemberg, oder in naher Aussicht steht, so daß der Gewerbstand dieses Kreises vorzugsweise alle Kräfte aufbieten und eine tüchtige Bildung erstreben muß, um die Konkurrenz bestehen zu können. Die Juden, in welchen der Gewerbsmann auf Gängelband und Zunftwanges gemüthlich daher schlendern durfte, werden auch bei uns bald abgelaufen sein. Dann fallen die Privilegien, auf welche sich Ignoranz und Gemächlichkeit betten konnten; dann herrscht die Tüchtigkeit und klare Einsicht; dann heißt es seine Kräfte anspannen, sich rühren und regen, um nicht überflügelt zu werden.

Wer noch nicht von der Nothwendigkeit einer gründlichen Realbildung für den Gewerbstand überzeugt sein sollte, den verweisen wir auf einen höchst lesenswerthen Artikel des „Arbeitgeber" Nr. 275 vom 3. April 1862, in welchem in anschaulichen, aus dem täglichen Leben gegriffenen Beispielen der Unterschied zwischen einem Handwerker alten Styles und einem gebildeten Gewerbsmann gezeichnet und der Gewinn tüchtiger gewerblicher Bildung recht greiflar dargelegt ist.

Wir wollen hoffen, daß unsere Staatsregierung durch zweckmäßige Reorganisation der technischen Schulen diesen Gewinn unserm nachwachsenden Gewerbsstande, dem Träger der Volkswohlfahrt, in ausgiebigstem Maße zugänglich machen werde, was zunächstig geschähe, wenn die Grundsätze und Vorschläge der obengenannten Brochure als Richtschnur der nothwendigen und nicht länger mehr verschiebbaren Reform dienten. In diesem Falle erhielte das technische Schulwesen unseres Vaterlandes eine Einrichtung, welche als die vortrefflichste in Deutschland dastünde, und allen andern Staaten zum Muster dienen könnte. Wir müßten bedauern, wenn man sich mit halben Maßregeln begnügen wollte, denn nachdem Bayern so hoch erst an die faktische Reorganisation seines technischen Schulen geht, darf man mit vollstem Rechte etwas, wir wollen nicht sagen Vollkommenes, wohl aber Befriedigendes erwarten, damit auch hier das alte Sprüchwort sich bewahrheite: „Was lange währet, wird endlich gut."

Deutscher Bund.

Neben der 13. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Gera fand gleichzeitig auch die zweite Versammlung der deutschen Turnlehrer daselbst statt. Auf den Verhandlungen ergaben sich folgende Anträge und Beschlüsse: Die zweite deutsche Turnlehrerversammlung erklärt: 1) Es sei zur Bedeutung des Turnwesens höchst wünschenswerth und nothwendig, daß Turnvereinsvorstände und Schulturnlehrer aller Orten in freundschaftlichem Einvernehmen stehen. 2) Die versammelten deutschen Turnlehrer erklären sich mit der vom Ausschuß der deutschen Turnvereine unternommenen Statistik des deutschen Turnwesens einverstanden. Die Turnlehrerversammlung erklärt sich a) gegen die neuerdings noch vorgekommene unpassende Ueberantragung der männlichen Turnübungen auf das weibliche Turnen und ist vielmehr der Meinung, daß das Turnen des weiblichen Geschlechts nur nach allgemeinen, aus seinem Naturell und seiner körperlichen Organisation geschöpften Grundsätzen, namentlich in Beziehung auf Geräthe, besonders zu ordnen und zu gestalten ist; b) die Turnlehrerversammlung warnt vor Errichtung von solchen Männerturnvereinen, die in Einrichtung und Betrieb den Männerturnvereinen nachgebildet sind. Als Ort der dritten deutschen Turnlehrerversammlung wurde Dresden bestimmt. Die Zeit soll 2 Tage vor dem in Leipzig 1863 bevorstehenden dritten allgemeinen deutschen Turnfeste sein.

Nachdem vor einigen Tagen die konservative „Schweizer Ztg." mit Unwillen die Ausfälle gewisser Blätter gegen die in der Schweiz seßhaften Deutschen gerügt hat, widmet die liberale „Glarner Z." „den deutsch-schweizerischen Beziehungen" ebenfalls einen längeren Artikel. Den Grund, daß die Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Volk vielgestaltiger und inniger geworden sind, faßt in dem nämlichen Grad, wie sich die Spuren derselben zwischen Frankreich und der Schweiz vermindert haben, findet dieses Blatt namentlich in der seit Jahren bestehenden schönen Sitte, daß deutsche Vereine an den großen eidgenössischen Festen als freundlich willkommene Gäste erschienen, wie hinwieder auch das Banner mit dem weißen Kreuz im rothen Felde die Fahnenburg deutscher Sängerlage schmückt. „Zwischen einzelnen schweizerischen und deutschen Sängervereinen," fährt die „Glarner Ztg." dann fort, „hat sich sogar ein näheres Freundschaftsbündniß gestaltet, wie sich dies z. B. an den schönen Tagen der gegenseitigen Besuche der „Züricher Haemonie" und des „Konstanzer Bodan" großenbart hat. Ferner sah die Schweiz vor Kurzem ein schweizerisch-deutsches Bundesfest in Reuchach zwischen den deutschen und schweizerischen Turner- und Feuerwehren, und aus den schönen Tagen inniger Freundschaft und Verbrüderung ist die Rede hervorgegangen, übers Jahr das Fest jenseits der blauen Fluthen des Bodan zu feiern. Die Schützenvereine und Schützenfeste sind zwar in Deutschland noch junge zarte Sprossen, aber schon haben sie sich verschwistert mit dem schweizerischen Schützenleben, und der liebende Schützengruß und Handschlag wird über die Grünzpfähle des Vaters Rhein geboten. Die Besuche der Schweizer in der freien Reichsart Bremen und das Wiedererscheinen der schweizerischen und Bremer Schützen an den eidgenössischen Festen waren schöne Lichtpunkte in dem Volksleben hüben und drüben, und haben das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen und Schweizer mächtig gefördert und entwickelt. Eben jetzt geht die schöne Aussaat blühend und früchtetragend auf in der Theilnahme der Schweizer an dem großen Bundesfest in Frankfurt. Wenn wir in der zweiten Woche des Juli etliche Hundert Schweizer Schützen mit dem eidgenössischen Schützenbanner hinabziehen sehen nach Frankfurt, das für den Augenblick nicht nur der officielle, sondern auch der nationale Mittelpunkt Deutschlands sein wird, so ist es nicht das festgewordene, sinn- es nicht die Rede des Gastenermeyers, welche diesen großartigen Besuch des deutschen Festes erklären, sondern die Mutter daselben ist die Freundschaft, die in der letzten Zeit zwischen dem deutschen und dem schweizerischen Volk inniger geschlossen und fester geknüpft worden ist." Vor zwei Jahren würde weder die Glarner noch die Schweizer Zeitung eine solche Sprache geführt haben. Freuen wir uns, daß jetzt dem so ist, und möge Deutschland die in der Schweiz noch gewordene Erkenntniß der Zusammengehörigkeit beider Völker stets in dieser Klarheit und Reinheit zu erhalten wissen. A. Z.

Bayern. Nur 7 Städte im Ganzen, nämlich Ansbach, Fürth, Nürnberg, Bamberg, Würzburg, Regensburg und Passau haben sich unbedingt bereit erklärt, die Funktionen der Staatsanwälte bei den betreffenden Stadtgerichten durch Gemeindebeamte oder Bedienstete der Gemeinde versehen zu lassen.

= **Oesterreich.** Am 18. versammelte sich unter dem Vorsitze des Staatsministers das Komité, welches derselbe zur Förderung der Savignystiftung gebildet. Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften hat sich bereit erklärt, jene Funktionen dauernd zu übernehmen, welche ihr abwechselnd mit der Akademie in Berlin und München zugedacht erschienen.

Von Seite des „Frankfurter Vorparlaments" ist am 22. Juni die von Hofrath Blumschein unterzeichnete Einladung zum Eintritt in den von der Pfingstversammlung niedergesetzten Ausschuß an die Reichstagsabgeordneten Reichbauer und Brinz eingetroffen. Da die genannten nun im Einverständniß mit dem Minister Schmerling handeln, so ist man um so bigierige auf deren Entschließung.

= In Triest kam es während der Anwesenheit der tausend Gäste aus Ungarn, welche mit dem Pester Begrüßungszuge angekommen waren, zu kleinen Demonstrationen. Man begrüßte am Molo und im Mauroneitheater die Ungarn mit „Evviva Ungheria, evviva Kossuth!" wofür mit Eljens auf Italien und Garibaldi geantwortet wurde.

= Aus Kaschau wird geschrieben: Am Fronleichnamstage wurden in Jasso während des Gottesdienstes bei dem Propste der Prämonstratenser durch Einbruch gegen 30,000 fl. in Geld und Werthsachen entwendet: aber schon Tags darauf wurden die Räuber in dem benachbarten Csany verhaftet, ehe sie ihren Raub noch in Sicherheit gebracht. Man hofft, daß dieser Fall zur Entdeckung der Theilnehmer an den beiden, bei dem Primas in Gran und dem Erzbischof von Erlau unter ganz ähnlichen Umständen begangenen Diebstählen führen wird. — Ein Pole, der sich in Kaschau für einen politischen Flüchtling ausgab, wußte ein vermögendes junges Mädchen zu bewegen, ihm ihre Hand zu reichen. Am Tage vor der Hochzeit zahlte die Braut für ihn eine „Ehrenschuld" von 160 fl., und in der Hochzeitsnacht zwang der Schändliche die junge Frau, ihm ihr sämmtliches Baargeld, welches sie kurz zuvor erhoben, und einen Schuldbrief von 2000 fl. zu übergeben, und — empfahl sich. In Eperies eingelangen, erschoß sich derselbe mit Hinterlassung des schriftlichen Bekenntnisses, daß er verheirathet, und Vater von vier Kindern sei.

Freie Städte. In Lübeck's Bürgerschaftssitzung stand ein Antrag des Senats zur Berhandlung, nach welchem alle bisherigen Einschränkungen aufgehoben und nur die gesetzliche Höhe der Bezugszinsen, für den Fall, daß nichts darüber

Digitized by Google

verabredet ist, bei Kaufmännischen Geschäften auf 6 Procent, bei allen übrigen Geschäften auf 5 Procent festgestellt werden. Die Bürgerschaft trat diesem Antrage ohne Diskussion bei.

Schweiz.

Die Regierung von St. Gallen hat beschlossen, den Kürschnergesellen Schilltknecht, der ihr, nachdem sein Attentat auf den König von Preußen als eine Folge seines Irsinns erkannt worden, von der Berliner Polizeibehörde zugewiesen worden war, in der Irrenanstalt zu St. Pirminsberg zu verpflegen.

Italien.

Nach dem Militär-Almanach besitzt die italienische Armee gegenwärtig 11,909 Offiziere, darunter 6 Marschälle, 49 Divisionsgenerale, 89 Brigadegenerale, 127 Obersten, 234 Oberstlieutenants, 550 Majore, 2765 Kapitäns, 3361 Lieutenants und 4708 Unterlieutenants.

— Die gestern gemeldeten Studentenunruhen in Pavia hatten einen sonderbaren Grund. Die Spesen fürs Examen sind dort sehr hoch, deßhalb studiren die jungen Leute in Pavia und machen ihr Examen in Parma, wohlfeil es weit billiger ist. Darüber beschwerte sich die Universität, die ihre Einnahmen abnehmen sah, und der Minister verbot die Promotion in Parma für alle, die nicht dort studirten. Darauf entstand Tumult in Pavia, die Professoren wurden ausgepfiffen, ein Ultimatum ward dem Rektor überreicht und von ihm gutgeheißen. Turin gibt nach, aber nur für dieses Jahr. Pavia leistet Widerstand. Deßhalb die Schließung. Die Folge wird sein, daß man den Kammern ein Gesetz vorlegt, wonach auch in dieser Beziehung für alle Universitäten Gleichheit eingeführt wird.

Rußland und Polen.

Zufolge der erwähnten kais. Verordnung sind alle seit 1841 für die Juden existirenden Beschränkungen aufgehoben. Es ist von nun an den Juden erlaubt, Landbesitz aller Art, Rittergüter u. s. w. eigenthümlich zu erwerben, eben so Grundstücke in allen Städten und Marktflecken ohne Ausnahme. Alle sogenannten Judenreviere in den Städten (Ghettos) sind aufgehoben und steht den Juden frei, in allen Städten des Königreichs und in allen Straßen ohne Unterschied zu wohnen, selbst die Städte nicht ausgenommen, welche südliche Privilegien besitzen. Ferner ist den Juden erlaubt, auf Dörfern zu wohnen, eben so ist ihnen erlaubt, in den in der Zoll- oder Binnenlinie liegenden Städten und Dörfern (drei Meilen von der Grenze) ihren Wohnsitz zu nehmen, was bis jetzt verboten gewesen. Von jetzt an können Israeliten als Zeugen bei Notariatshandlungen dienen (bisher verboten), eben so werden die Vorschriften der Kriminal-Ordnung, daß kein Jude als Zeuge in Kriminal-Prozessen gelten kann, aufgehoben, und hat ein jüdischer Zeuge vollen Glauben. Die bisherige Form der jüdischen Eidesleistung, nämlich Anziehen des Sterbekittels und des Talet, und Vorlagen der Formel in hebräischer Sprache, ist fortan aufgehoben. Der Gerichtseide nimmt von den Schwörenden in Gegenwart einer jüdischen Geistlichen den Eid in der Landessprache ab. Dagegen sind die Juden von nun an verpflichtet, sich in ihren Verhandlungen, sie mögen Namen haben, welche sie wollen, der polnischen oder sonst gewöhnlichen Schriftzeichen zu bedienen. Alle mit jüdischen Schriftzeichen geschriebenen Dokumente sind in den Augen des Gesetzes null und nichtig. Der kaiserliche Ukas schließt damit, daß der Administrationsrath des Königreichs stufenweise die auf den Juden ausnahmsweise haftenden Abgaben und Lasten und alle Beschränkungen in Bezug auf Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerk aufheben werde. Dieser kaiserliche Gnadenakt bricht die Schranken zwischen Juden und Christen in Polen bis auf den Grund nieder.

Volkswirthschaftliches.

W London, 24. Juni. (Privat-Corr.) Die Arbeiterexpedition ist munter und frisch hier angekommen, wo sie von einem der Frankfurter Ausstellungscommissäre und Mag Wirth, welcher von Rotterdam ab vorausgeeilt war, empfangen wurde. Seit einigen Tagen ist sie nun mit der Industrieausstellung und an den 5 Sh Tagen mit Besichtigung der Stadt beschäftigt. Der Empfang, welcher den Leuten überall zu Theil wird, ist ein sehr freundlicher, sogar herzlicher. Nirgends eine Abgeschiedenheit und jenes zurückstoßende Wesen, welches man den Engländern nachsagt. Es scheint in der That, als wenn wir Deutsche nicht minder voll von Vorurtheilen über England und seine Bewohner sind, als sie über uns; denn hier ist von All' dem, was man den Engländern zur Last legt, nichts zu sehen. Die Leute sind (soweit ich sie bis jetzt kennen gelernt) freundlich und ebenso zuvorkommend oder nicht, wie wir auch. Ich wüßte in der Beziehung keinen Unterschied zwischen London und Berlin oder Frankfurt zu machen. Namentlich ist im Letzteren auch nicht Zudermann leicht zugänglich. — Die Lebensweise scheint nicht so gut zu sein, als am Rhein, das Essen läßt zu wünschen übrig und selbst das Bier ist nicht besonders. —. Was zunächst am meisten auffällt und uns ungewohnt ist, das sind die enormen Entfernungen: 4—5 englische Meilen, um zur Ausstellung zu kommen oder einen Besuch zu machen, sind nichts seltenes. Sonst findet man sich in das englische Leben und in das Treiben der Weltstadt leichter, als man anfangs glaubt.

Die erste Ausfahrt der Expedition galt den Tower Docks mit ihren unzähligen Schiffen und Waarenlagern und dem Tunnel, in welch' letzterem die erste Freundschaft mit Altengland geschlossen wurde. Am einen Ende des Tunnels stand nämlich ein Mann, der, um den Schall im Gewölbe zu wecken, auf einem Horn blies. Das animirte die Arbeiter im Thor, einen Gesang anzustimmen und sofort erscholl: „Was ist des deutschen Vaterland"; dann „Wet hat dich, du schöner Wald" und noch zwei andere Lieder. Die vorübergehenden Engländer blieben stehen, lauschten mit Entzücken den fremden Tönen, drückten den Leuten die Hand, baten um Wiederholung der Lieder und sprachen ihre Freude in der lebhaftesten Weise aus. Ein hübsches Mädchen, das zuhörte, war so ergriffen, daß es auf den nächsten Sänger zueilte und ihm unter Danksagungen die Hand schüttelte. Die Wirkung dieses Männergesanges war allerdings im Tunnel eine ungewöhnliche und kräftige Stimmen waren es, ächte deutsche Kehlen. Als die Schaar dann wieder hinaufging, brachte sie Altengland ein donnerndes Hoch, das vom Publikum freundlich aufgenommen wurde. Am Strande hinunterend, eilte sie sich in einer der dortigen originellen Matrosenkneipen, wo abermals ein Liedchen angestimmt wurde, welches die dicke Wirthin fast bis zu Thränen rührte: so schön könnten die Engländer nicht singen, meinte sie. Kurz, wenn die Leute noch einige Wochen hier bleiben, so werden sie sich die Herzen der Engländer vollständig erobern; denn durch ihr rastloses und anstrengendes, ameisenartiges Geschäftstreiben werden diese so abgestumpft, daß sie für jede Erheiterung dankbar sind.

— Am 23. war die Expedition von den deutschen Landsleuten zu einer Versammlung der Mitglieder des Nationalvereines eingeladen, wo die Vorbereitungen zur großen Versammlung am 28. berathen wurden. Der Präsident begrüßte dieselbe und wünschte ihr Glück in so guter Organisation und Leitung gekommen zu sein. Mag Wirth antwortete im Namen der Arbeiter und wies in lebendiger Rede darauf hin, wie seit 1848, wo eine so unselige Spaltung zwischen den Arbeitern und dem Mittelstand bestand, auch hierin es sich zum Bessern gewendet und ein solcher Unterschied nicht mehr gemacht werde, wie überhaupt Deutschland in materieller und politischer Beziehung seitdem außerordentliche Fortschritte gemacht habe. Ein herrliches südslidisches Beisammensein schloß den Abend.

Nichtpolitische Zeitung.

Die aus Tyrol nach Frankfurt ziehende Schützenschaar wird eine kleine Liebertafel in ihrer Mitte haben; die Theilnahme wächst noch immer, und man beginnt in den einzelnen Bezirken erkleckliche Summen zu subskribiren, um erprobten Schützen die Reise zu ermöglichen. Moosmair aus Passeyr, der Heimath Hofers, der beste Schütze des Landes, wird mit der Schaar vom Burggrafenamte ziehen.

Bei dem großen Musikfeste, welches vom 8. bis 10. d. Mts. in Köln unter Ferdinand Hiller's Leitung aufgeführt wurde, zählte das mitwirkende Personal 715 Personen, am Orchester spielten 53 Violinen und 14 Kontrabäße.

Neueres.

Ö Frankfurt, 26. Juni. (Priv.-Korr.) In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung machte Kurhessen die Anzeige, daß es in Folge des Bundesbeschlusses vom 24. Mai die Verfassung und das Wahlgesetz von 1860 aufgehoben habe und die landesherrlichen Verfügungen zur Wiederherstellung der Verfassung

Digitized by Google

von 1831 publizirt worden seien. Weiter wurde der Antrag des Militärausschusses, die Kosten der Unterkunft und Verpflegung der Frankfurter Bundesgarnison betreffend, zum Beschluß erhoben. Derselbe lautet: 1) Die Bundesversammlung spricht in Berücksichtigung, daß die Kontdauer der Bundesgarnison durch die Verhältnisse geboten erscheint, die Erwartung aus, daß der hohe Senat der freien Stadt Frankfurt für die Herbeischaffung der Gelder mittel, welche zur Deckung der von der Stadt Frankfurt, nach Maßgabe des thatsächlich seither bestehen Abkommens, für die hiesige Bundesgarnison zu gewährenden Leistungen etwa fernerhin erfordert werden sollten, die geeignete Fürsorge treffen werde; 2) den Herrn Gesandten der freien Stadt Frankfurt, mit Bezug auf seine in der Sitzung vom 21. November v. J. erstattete Anzige, zu ersuchen, dem hohen Senate hiervon Mittheilung zu machen. — Unsere gestrgebende Versammlung hat bekanntlich die weiteren Geldmittel für die Verpflegung der Bundesgarnison einstimmig verweigert und wiederholt beim Senat auf gänzliche Entfernung der Truppen angetragen. — Bei der Hierauf vorgenommenen Erneuerungswahl der Exekutionskommission wurden die Gesandten von Oesterreich, Preußen, Bayern, Königrich Sachsen und Großherzogthum Hessen erwählt. — Schließlich bewilligte die Versammlung noch einigen Bundesbeamten eine Gehaltserhöhung.

Preußen. Der König hat den kurhessischen General von Bardeleben empfangen und das Handschreiben des Kurfürsten entgegengenommen, welches den König von der Wiederherstellung der 1831er Verfassung, gemäß den von Allerhöchstdemselben in wohlwollendster (welche Ironie!) Absicht ertheilten Rathschlägen, unterunterrichtet. Dem fügt die Sternzeitung bei: Die Marschbereitschaft sei in der bestimmten Voraussetzung aufgehoben, daß die kurfürstliche Regierung die bei Wiederherstellung der 1831er Verfassung übernommenen Verpflichtungen jetzt vollständig und rückhaltlos erfüllen werde. Grh. Rath v. Winter wird der commissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums entbunden; wie es heißt, hat ihn der König zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen bestimmt.

In Berlin wurde der Redakteur des „Fortschritts", L. Walesrode, angeklagt, in einem Leitartikel das Ministerium angegriffen zu haben, vom Gerichtshof zu 100 Thl. Geldstrafe, für die im Unvermögensfalle zwei Monate Gefängnißstrafe eintreten, verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte auf sechs Monate Gefängniß angetragen. Walsrode wird gegen das Urtheil Berufung einlegen.

Baden. Der Abgeordnetenkammer wurde der Handelsvertrag mit Frankreich vorgelegt, mit der Aufforderung, dem von der Regierung beschlossenen Beitritte die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Prüfen stellt die Alternative: Beitritt oder Verwerfung.

Frankreich. Die Expedition nach Madagaskar, welche zur Unterstützung des französischen Protektorats schon fest beschlossen gewesen sein soll, wurde in Folge der Schwierigkeiten der mexikanischen Expedition aufgegeben.

Italien. Hr. v. Lavalette ist dem Kardinal gegenüber nicht unthätig geblieben. Er hat dem Papste eine von Piemont zu leistende und von Frankreich garantirte jährliche Entschädigung von drei Millionen Franken als Bedingung einer Verständigung angeboten. Cardinal Antonelli ließ sich auf gar keine Verhandlung hierüber ein. Er wies das Anerbieten sofort zurück, indem er erklärte, die römische Frage sei keine Geldfrage; es handle sich um ein Recht, eine Pflicht und ein Princip. Außerdem zieht die päpstliche Regierung das Scherflein der Armen dem Gelde der Könige vor. Hr. v. Lavalette machte dem Cardinal einen zweiten Besuch, um sehr lebhafte Beschwerden gegen die Adresse der Bischöfe vorzubringen. Kardinal Antonelli hat verschiedenen französischen Bischöfen seine dem Gesandten gegebene Antwort mitgetheilt. „Worüber wundern Sie sich, Hr. Gesandter?" hätte er gesagt. „Mußten Sie nicht von vornherein dieser Sprache der Bischöfe entgegensehen? Es ist dieselbe Sprache, die sie schon in so vielen öffentlichen Schriften geführt und die Ihnen ebenso bekannt ist, als mir." — Hr. v. Lavalette hatte eine halbstündige Privataudienz bei dem Papst, der überhaupt gelegentlich des Jahrestags seiner Wahl, alle Gesandten und Minister empfing. Die Audienz des österreichischen Gesandten dauerte drei Viertelstunden. (War ein Herr von Kalb dabei, der die Minuten zählte?)

„Pays und Temps" wollen wissen, die Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten Rußlands werde innerhalb der nächsten acht Tage durch einen feierlichen Akt erfolgen. Die Anerkennung solle durch einen besonderen Abgesandtrn in Turin notifizirt werden, und man höre dort schon die Namen von Persönlichkeiten, welche zu dieser Mission ausersehen seien.

Türkei. Telegraphischer Nachricht aus Semlin vom 24. Juni zufolge ist der freie Verkehr zwischen Belgrad und Semlin wiederhergestellt. — Gegen Montenegro haben nach den neuesten Nachrichten die Türken wiederum die Offensive ergriffen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—	
„	5 pCt. Lomb. ditto	88 P.	
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76⅞ P.	
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	62¼–⅜ G.	
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53 G.	
„	4½ pCt.	47¼ G.	
„	4 pCt.	—	
„	3 pCt.	—	
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90 P.	
Bayern	5 pCt. Obl. 4. Ex. (C. b. R.)	103½ P. ¼ G.	
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅓ G.	
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P.	
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.	
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101⅜ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅜ P.	
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106⅝ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ G.	
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	100¼ G.	
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96¾ P.	
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl	—	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.	
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101¾ P.	
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P.	
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.	
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93½ P.	
„	3 pCt. Obl. dto.	84 P.	
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 36	48¼ P.	
„	2 pCt. „ „ „	43¼ P.	
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	1233/8 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	758 P. 755 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200½–200 G.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	217 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	105⅝ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 2/8 kr.	236 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119⅛ P.	
„ Kinsk.-Bahn Lit. B. 5 pCt. 6/7	73⅛ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	38⅞ G.	
Ludwigshafen-Berbacher à 4 pCt. .	135¼ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109⅛ G.	
Oest. St.-Eisenb. Präst.-Oblig. à 3 pCt.	83⅞ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	249P.248G. o.D.	
Span. Handels- und Industrie . .	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	520 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollzahlen.	104¾ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅛ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 50 k. S.	105⅛ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	105⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅞ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Sst. W. 1. 8.	91⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¼ P.	
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72⅝ P.	
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73—72⅞ G.	
„ fl. 100 Elisab. L. v. 1858.	123½ P.	
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	124½ P.	
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	
Badische fl. 50	100⅜ P.	
„ fl. 35	55¼ P.	
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57 P.	
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132⅜ P.	
„ fl. 25 do.	37⅜ P.	
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36¼ G.	
Sardinien Frs. 36 b. B.	61 P. 50½ G.	
St. Lättich mit 2½ pCt. Z.	87½ P.	
Vereins-Loose fl. 10.	18⅜ P.	
Ausb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ G.	

Frankfurt, 26. Juni. Die gestrigen höheren Kurse der österr. Fonds und Kreditaktien konnten sich nicht behaupten. Es herrschte für dieselben im Allgemeinen eine flauere Stimmung. Zu den gewichnen Kursen jedoch war der Umsatz ziemlich bedeutend. Die übrigen Fonds blieben von dem Rückgang der österreichischen unberührt. 5pCt. russische Obligationen in Interimsscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 93⅞, ¾, ⅝, ¾ dergleichen in vollbezahlten Interimsscheinen 90½, ⅝ umgesetzt. (Spnd.)

Digitized by Google

Hof- & Staatsbibliothek in München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 176. | Voraus-Bezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleinschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Samstag, 28. Juni 1862.

Preußische Eigenthümlichkeiten.

Bei der Verhandlung über das Turnwesen kam wieder die Wunderlichkeit zum Vorschein, daß Preußen ein ganz absonderliches Staatsgebilde sei und auch alle wesentlichen Institutionen in absonderlicher Weise entwickeln müsse.

So ist Preußen ein constitutioneller Staat, dessen Verfassung aus denselben Elementen und nach denselben Principien erbaut ist, wie die andern constitutionellen Staaten auch. Aber trotzdem soll es eine „preußische Eigenthümlichkeit" sein, daß der Absolutismus in der neben der constitutionellen Verfassung durchaus ungeschmälert fortwalte: das ist ein unveräußerliches Attribut der preußischen Krone von Gottes Gnaden.

Die Kirche soll in Preußen frei, unabhängig vom Staate werden; und eine Synodal-Verfassung soll ihr dazu die Befähigung geben. Aber die protestantische Gleichberechtigung der Laien soll in dieser Verfassung keine Stelle finden, und das bischöfliche Recht des Königs soll unangetastet bleiben. Es ist „preußische Eigenthümlichkeit", in seiner unabhängigen protestantischen Kirche eine durch „das Amt" gebietende und vom König abhängige Geistlichkeit zu haben.

Preußen hat eine Volksschule; aber das Volk soll in derselben nicht für seine Zwecke und für seine geistigen Bedürfnisse gebildet sondern so dressirt werden, wie Adel und Geistlichkeit es am besten auszunutzen können. Es ist wiederum „preußische Eigenthümlichkeit", daß das preußische Volk durch seine Schule nicht klüger, einsichtiger und befähigter für seine Berufsthätigkeiten gemacht werden darf. Sonst würde es, wie seine Geistlichen sagen, an seiner Seele Schaden nehmen und, wie die Kreuzzeitungsritter behaupten, der Revolution verfallen.

Preußen hat ein Volksheer; aber wem in einem solchen die Vaterlandsliebe als stärkste Triebfeder seiner Kraftäußerungen walten muß: so soll in dem preußischen Volksheere dieselbe durch Dressur und Disciplin ersetzt werden. Und wenn es als wesentlicher Zweck des Volksheeres gilt, dem Volke außer den Waffen die Militärlasten möglichst zu erleichtern: so ist es eine Eigenthümlichkeit des preußischen Volksheeres, diese Lasten aufs Drückendste zu steigern.

Dieselben „Eigenthümlichkeiten", welche auf den großen Gebieten des preußischen Staats- und Volkslebens mit so vielem Behagen und so starkem Selbstbewußtsein geltend gemacht werden, lassen sich bis in die kleinsten Verhältnisse hinein verfolgen. Natürlich gibt es Menschen, die an solchen Blödsinn eines Berufes Preußens zu absonderlichen Entwicklungs-Phasen glauben und meinen, daß sie Wunder welchen Ruhm ihres Landes mit den sogenannten „Eigenthümlichkeiten" desselben verkünden. Die Meisten indessen, welche einen solchen Vorzug für Preußen in Anspruch nehmen, wissen sehr wohl, daß es sich dabei um weiter nichts als um eine Täuschung im Dienste persönlicher oder Staats-Interessen handelt.

Genau besehen, sind diese „Eigenthümlichkeiten" weiter nichts, als ein Product der Unklarheit der Vorstellungen und der innern und äußern Unfertigkeit des Staats. Unfertig ist dies Staatsgebild, das die Ansprüche einer europäischen Großmacht stützen soll, in seiner ganzen äußeren Erscheinung und muß es, als preußische Monarchie, auch bleiben. Unfertig auch ist diese Monarchie in ihrer ganzen innern, mit dem übrigen Deutschland unvermittelten Entwickelung. Darin haben die „preußischen Eigenthümlichkeiten" allerdings einen Grund. Ob Preußen aber Ursache hat, auf dieselben stolz zu sein und sie als Elemente seiner Macht zu wahren — Preußische Patrioten haben diese Frage längst verneint; und die Geschichte Preußens hat mit den stärksten Zügen die Wahrheit verzeichnet, daß dasselbe immer nur mächtig gewesen, wenn es durch Männer — die meistens freilich keine eingebornen Preußen waren — über seine „Eigenthümlichkeiten" hinaus geführt wurde und einem allgemeinen deutschen Zuge folgte. (Z.-f. N.)

Deutscher Bund.

Bayern. Am k. Appellationsgericht für Oberbayern war Termin für die zahlreichen Gläubiger des Hrn. Reichsrathe Grafen v. Waldbott-Bassenheim, um ein gütliches Arrangement zu erzielen. Zu diesem Behufe wurde ein Arrangementsplan vorgelegt, der den Gläubigern zwar nicht viel, aber doch immerhin einiges (ungefähr 20 Prozent) für ihr Guthaben bietet. Man einigte sich dahin, diesen Plan einem Ausschuß zu überreichen, dessen Wahl sofort auch vollzogen wurde, nachdem die Einleitung des Konkursverfahrens einstimmig abgelehnt worden war. — Am 1. k. Mts. werden folgende neue Postexpeditionen in Wirksamkeit treten: A) im Regierungsbezirke Oberdayern: zu Fridorfing, Lbg. Tittmoning, zu Gmund, Lbg. Tegernsee, zu Obelzhausen, Lbg. Dachau, zu Seeon, Lbg. Trostberg. B) im Regierungsbezirke Oberfranken: zu Pretzfeld, Lbg. Ebermannstadt, zu Teuschnitz, Lbg. Ludwigsstadt, zu Zapfendorf, Lbg. Staffelstein. C) im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg: zu Amerdingen, Lbg. Nördlingen, zu Lindenberg, Lbg. Weiler, zu Scheidegg, Lbg. Weiler. D) im Regierungsbezirke Oberpfalz: zu Schwarzhofen, Lbg. Neunburg a/W., zu Waldershof, Lbg. Waldsassen.

— **Oesterreich.** Kürzlich fand eine von den Abgeordneten Dr. Brinz und Dr. Rechbauer auf die ihnen gewordene Einladung zur Theilnahme an den Berathungen über die deutsche Reformfrage — einberufene Konferenz statt, an der etwa 50 deutsch-österreichische Mitglieder des Abgeordnetenhauses Theil nahmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt; doch kam es zu einer recht lebhaften Debatte, an welcher sich namentlich Brinz, Hasner, Demel, Giskra, Herbst, Skene, Haan, Rechbauer, Groß, Graf Khuenburg und Stamm betheiligten. Die Versammelten kamen überein, nach Einholung weiterer Informationen die Konferenzen fortzusetzen. Die meisten Anwesenden befürworteten die Beschickung der Versammlung in Frankfurt aufs lebhafteste; einige aber bekämpften diesen Schritt als nicht opportun.

= Die gegen den evangelischen Garnisonsprediger Szeberenyi wegen einer auf dem Slockerauer Friedhofe abgehaltenen Leichenrede vom bischöflichen Konsistorium erhobene Klage ist im liberalen Sinn erledigt und zur Befriedigung der Betheiligten beigelegt worden.

In Agram haben die letzten Nachrichten aus Belgrad eine bedeutende Sensation verursacht und der kroatischen Jugend die Köpfe wieder so erhitzt, daß es eine Demonstration in die Scene setzte. Zwischen 9 und 10 Uhr Abends kam ein Schwarm von Studenten, dem sich immer mehr junge Leute anschlossen, unter Absingung von Nationalliedern die Ilica gegen den Jellachichplatz herab, wo vor dem Nationalkaffeehaus Halt gemacht wurde. Man brachte Zivioruse dem Fürsten Michael, dem Fürsten Mikita, Luka Vukalovich, den Serben, den Montenegrinern als „Brüdern der Kroaten" aus und sang ferner ein Lied, worin ein Passus in Bezug auf den Staatsminister vorkam. Auch vor dem Magistratsgebäude und auf der Südpromenade hielten diese jungen Männer ihren Umzug, die bekannten kriegerischen Nationalweisen singend.

Preußen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für Handel und Gewerbe berieth am 23. d. die bei Gelegenheit des Handelsvertrags mit Siam zur Sprache gebrachte deutsche Flaggenfrage. Der Kommissarius des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten sprach Anfangs den Wunsch aus, diese Frage nicht so gelegentlich zur Sprache zu bringen, da sie einen politischen Hintergrund habe. Als aber dennoch die Kommission in Berathung trat, weil gerade der Vertrag mit Siam die praktische Nothwendig-

Digitized by Google

keit einer gemeinsamen Handelsflagge beweise, gab er eine Erklärung dahin ab, daß eine Handelsflagge eine einheitliche hinter derselben stehende Macht voraussetze, die Frage wegen einer gemeinsamen deutschen Handelsflagge also mit der Bundesreformfrage zusammenfalle. Da zur Anregung dieser die genügende Zeit nicht sei, so müsse die Regierung sich gegen die beabsichtigte Resolution erklären. Die Kommission glaube indeß, daß eine Eröffnung von Unterhandlungen mit den Staaten des Zollvereins und der nördlichen Küste wohl von Erfolg sein würde und beantragte einstimmig eine Resolution: die Regierung aufzufordern, mit den deutschen Staaten über die Bildung einer Handelsflaggen-Convention in Unterhandlung zu treten. Eine Anlehnung an das Reichsgesetz über eine gemeinsame deutsche Kriegsflagge wurde abgelehnt.

Die „Frankf. Postz." bringt folgende Ansprache des Posener Erzbischofs v. Przyluski an die Polen, welche sie selber als mahlos in Inhalt und Form bezeichnet: „Ich danke aus tiefster Seele Allen für den mir zu Theil gewordenen glänzenden Empfang, wofür den Dank in angemessener Weise abzutragen ich wohl bis zu meinem Grabe kaum im Stande sein werde. Ich gebe aber meinem Dankgefühl gewiß den besten und willkommensten Ausdruck, wenn ich Euch mittheile, was zwischen mir und dem heil. Vater verhandelt worden ist. Am 3. Juni um 11 Uhr Vormittags erhielt ich eine Audienz, und als ich an den Thron des h. Vaters getreten war, sprach ich ungefähr folgende Worte: „Heiliger Vater, trotz meines hohen Alters und meiner schwachen Kräfte bin ich hieher gekommen, theils um Dir einen Beweis meiner Kindesliebe zu geben, und theils um von meiner tiefen Demuth gegen das Haupt der Kirche Zeugniß abzulegen. Ich bin ferner gekommen, um gegen Dich, wie es die Pflicht mit gebietet, laut auszusprechen, daß zwanzig Millionen Polen, welche denselben Glauben bekennen, und bereit sind, in Deiner bedrängten Lage den letzten Groschen mit Dir zu theilen, sich in einer eben so beklagenswerthen Lage befinden, weil man die, ihnen durch Verträge und fürstliche Verheißungen garantirten Rechte auf das schamloseste verletzt hat. Ich bin endlich auch gekommen, um Deine Gnade anzuflehen und um Deinen apostolischen Segen zu bitten für mich, für meine beiden Diözesen, für jene zwanzig Millionen Polen und für unsere Emigeation." Ich benauere irdhalt, aus Gründen der, Diskretion nicht wörtlich wiederholen zu dürfen, was der heilige Vater mir erwidert hat; doch so viel kann ich sagen, daß er mir und Allen, die ich vertreten habe, in seiner Gnade den ausgedehntesten Segen ertheilt hat. Ich grüße Euch auch die Versicherung, daß es keinen heil. Vater gegeben hat und geben wird, der sich der Sache unserer Nation mit größerer Wärme annimmt, als Pius IX.; denn so oft er von den Polen spricht, ruft er mit inniger Rührung aus: Poveri Polacchi! — Das, was ich andererseits im Vatikan vernommen, berechtigt mich jedoch auch zu der Erklärung, daß wir in Rom erbitterte Feinde haben, die unsere besten Absichten und unsere edelsten nationalen Bestrebungen als demagogische, verwerfliche Umtriebe darstellen, welche keinen andern Zweck haben, als die Ordnung im Lande, ja in der ganzen Welt, zu stören. Schließlich ertheile ich Euch den apostolischen Segen."

Kurhessen. Durch Ausschreiben des Ministeriums des Innern sind die Landtagswahlen nach dem Gesetze von 1849 angeordnet worden und sollen so beschleunigt werden, daß die Zusammenberufung der Stände bald erfolgen kann. Die Behörden zur Leitung der Wahlen sind durch Verordnung bestimmt worden.

Die Hessen haben ihren anerkannten Rechtsboden wieder gewonnen; es wird nun ihre Aufgabe sein, denselben gegen die Chikanen ihres jetzigen Ministeriums zu vertheidigen. Der Kurfürst aber wird vorläufig fortfahren, sich des Schicksals des Herzogs Karl von Braunschweig immer würdiger zu machen. Er denkt gewiß nicht daran, abzudanken. In verschiedenen Blättern ist davon die Rede, daß nach dänischen Zeitungen der Prinz Friedrich von Hessen sein Schloß in Kopenhagen verkaufen wolle, weil der Kurfürst abdanken werde und der Prinz also als Thronfolger in Kurhessen nach Kassel übersiedeln gedenke. Dem gegenüber kann ich versichern, daß wenigstens in keiner der größeren dänischen Zeitungen eine solche Nachricht in letzter Zeit gestanden hat. Vielmehr muß daran erinnert werden, daß der nächste Thronfolger in Kurhessen gar nicht der Prinz Friedrich ist, sondern dessen Vater, der Landgraf Wilhelm, an den man gewöhnlich nicht denkt, weil er viel älter ist als der Kurfürst, aber der doch nie verzichtet hat. Ob aber mit diesem nächsten Thronfolger den Hessen bisser gedient wäre, als mit dem Kurfürsten, müssen wir sehr bezweifeln. Nach dem Ruf, in welchem Landgraf Wilhelm und sein Sohn sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein stehen, haben die Kurhessen auch in Zukunft von ihren Landesherrn wenig zu hoffen.

Schaumburg-Lippe. Diests Ländchen bietet, als letzte Oase des Absolutismus in Deutschland, manche Erscheinungen, welche zur Charakteristik einer verrotteten und äußerbenden Regierungsform sehr beachtenswerth wären. Die Kleinheit des Landes und Staatswesens aber läßt über dieselben hinwegblicken und sie der Vergessenheit verfallen, wenn nicht ein besonderer Umstand eintritt, um Spezialitäten und Verhältnisse in das Licht einer weiteren Oeffentlichkeit zu ziehen. Ein solcher Umstand ist jetzt in einem gegen den Fürsten Adolph Georg bei der Justizkanzlei in Bückeburg anhängig gemachten Prozesse gegeben. Es handelt sich um die Concession zur Errichtung und Ausführung einer fürstlich Schaumburg-Lippe'schen Landeslotterie, resp. Entschädigung für die Rücknahme dieser Concession bis zur Höhe von mehreren Millionen Thalern. Ein Rechtsgutachten Zacharias's führt aus, daß der Kläger zu Entschädigungsansprüchen befugt, ein anderes von demselben Staatsrechtslehrer, daß der Fürst das Subjekt der Klage sei. Damit stimmen die Gutachten anderer bekannter Rechts-Autoritäten, die der Kläger beschafft, überein. Inzwischen sind 6 Monate seit Einreichung der Klage vergangen, ohne daß der Kläger von dem Fortgange des Prozesses etwas Anderes erfahren hätte, als daß sein Anwalt, der einzige, den er hier bestellen konnte, zum Assessor ernannt, der sernere Wahrnehmung des Prozesses also entrückt ist. Die Klage, welche gedruckt vorliegt, wirft schon höchst eigenthümliche Schlaglichter auf das Verfahren der Regierung und deren maßgebende Persönlichkeiten. Im Verlaufe des Prozesses, der in entscheidender Instanz an das Ober-Appellationsgericht in Wolfenbüttel geht, dürften Details zur Sprache kommen, die freilich hier den Kundigen nicht überraschen, auswärts aber gerechte Verwunderung erregen werden.

Schweiz.

Der Bundesrath hat die Traktanden für die am 7. Juli zusammentretende Bundesversammlung veröffentlicht; es befinden sich wenige von allgemeinem Interesse darunter. — Die französischen Legitimisten strömen ihrem in Luzern weilenden Gesinn v. Chambord in ungeheurer Menge zu. Man zählt gegen 1000 dieser politischen Wallfahrer. Zum Vormittagsgottesdienste in der Hofkirche zog „Heinrich V." mit einem Gefolge von 800 Personen. Die gegenwärtige Krisis im Canton Aargau hält die öffentliche Meinung in großer Spannung. Man hofft aber doch, den Sturm der Ultramontanen abzuschlagen. Unter den 10,000 Unterschriften, welche die Abberufung des großen Rathes verlangen, sind nur 500 Reformirte.

Frankreich.

XX (Corr.) Der Admiral Jurien de la Gravière, ein mittelmäßiger Soldat, aber braver Mann, hat in Fontvinebleau Rache an Dubois de Saligny genommen, dem er in der demüthigendsten Defavouirung zu verdanken hatte, die ihm vor einigen Monaten zu Theil wurde. Es ist nicht wahrscheinlich, daß unser diplomatischer Agent in Mexiko sich gegen die Anklagen halten kann, welche gegen ihn vorgebracht werden, daß er aus persönlichem Interesse in zu nahe Verbindung mit der klerikalen Partei in Mexiko getreten sei, mit Carrera, mit dem Erzbischof von St. Thomas, von dem man erzählt, daß er die Leiche eines seiner Feinde auf dem Kirchhofe habe ausgraben, durch die Straßen schleifen und endlich auf den Schindanger werfen lassen. In der ganzen unglücklichen mexikanischen Angelegenheit ist die Ernennung des General Forey das Einzige, was vom Volke gut aufgenommen worden ist. Der General ist ein Mann voll Kraft und Energie, offen und gerecht, der Gründer der berühmten Chasseurs d'Afrique. In Italien gewann er die Schlacht bei Montebello. — Am 7. Juli beginnen die Verhandlungen über die 52 bekannten Angeklagten, worunter Greppo, Miot, Menon, ein Verwandter des Abgeordneten gleichen Namens, der Journalist Carré ꝛc. Diese muthigen Männer, welche seit dem 24. Februar verhaftet, sind im Gefängniß nicht gebeugt worden und die Gefunkheit von Mehreren hat in den dumpfen Zellen von Mazas gelitten; ihre moralische Kraft haben sie aber bewahrt. Uebrigens ist ihre Verurtheilung so gut wie sicher, das Gesetz über die geheimen Gesellschaften ist elastisch genug, um Alles verurtheilen zu können, was anderer Meinung als die Regierung ist. Gerny sagte neulich vor Gericht, daß unter der Rechtsprechung eines solchen Gesetzes es kaum einen Franzosen gäbe, der nicht angeklagt und verurtheilt werden könnte.

Digitized by Google

Aus Mexiko ist man ohne neuere Nachrichten. Man wird aus Gesundheitsrücksichten die Abhendung beträchtlicher Truppenkorps nach Mexiko verzögern; dagegen wird ein Korps algierischer Truppen unverweilt nach La Martinique abgehen; dort wird dasselbe ein Lager auf einem höher gelegenen Punkte der Insel zwischen Fort Royal und St. Pierre beziehen, um sich, sobald es nothwendig ist, nach Veracruz einzuschiffen. Trotzdem, daß man Alles sorglich verhehlt, was auf den Gesundheitszustand des Expeditionskorps Bezug hat, so erfährt man dennoch Einzelheiten, welche betrübende Folgerungen auf das Ganze gestatten. So wurden von dem Pariser Militärspital zu Val de Grace fünf Verwaltungsoffiziere und auch Aerzte nach Mexiko beordert — alle 13 sind todt!

Italien.

In der Abgeordnetenkammer interpellirte Borghi den Minister des öffentlichen Unterrichts über die in Betreff der Universität Pavia getroffenen Maßnahmen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts erwiderte, er habe mit einiger Steenge verfahren müssen, da die Studenten sich ungeziemliche Dinge erlaubt hätten, er werde aber stets wohlwollens für dieselben sein.

Das Gerücht einer Sendition italienischer Truppen nach Mexiko im Einverständniß mit Napoleon wird höchst ungünstig aufgenommen. Wenn Frankreich Soldaten bedarf, so lauten die Stimmen aller Parteien, so suche es sie im eigenen Hause oder verwende die in Rom stationirten. Es verlautete, Napoleon werde, falls seinen Forderungen entsprochen würde, seine Truppen von Rom abmarschiren lassen und Italien seine Hauptstadt gönnen. — In den südlichen Provinzen befinden sich dermalen drei Brigantenbanden, die sich auf ungefähr 500 Mann belaufen. Die eine, unter dem Befehl des Chiavone, befindet sich meistens auf päpstlichem Gebiete, macht auf kleine Distanzen Einfälle ins Neapolitanische und zieht sich wieder auf sichern Boden zurück. Die zweite Bande ist von Pilone befehligt und haust zwischen den Bergen von Castellamare, Sorrento und Amalfi; die dritte befindet sich gleichfalls in der Capitanata und wird von Coppa und Caruso geleitet. Der Zweck dieser auf kleinere Zahlen heruntergeschmolzenen Banden ist mehr denn je ausschließlich das Stehlen und Morden; sie führen ein ausgeprägtes Räuberleben, überfallen unvertheidigte Dörfer und führen weg, was ihnen zusagt. Beim Annähern von Truppen eilen sie auf die Berge in ihre Schlupfwinkel. Vor einigen Wochen waren die Banden beinahe ganz verstoben; in der jüngsten Zeit sind sie wieder im Zunehmen. — Aus Rom gelangen die traurigsten Berichte über die Behandlung der dortigen politischen Gefangenen an. Haufenweise werden diese Armen in kleine Kammern geworfen, wo nur spärlich Licht und Luft eindringen kann. Ihr Leiden wird noch dadurch erhöht, daß die kleinen Fenster nur eine bis zwei Stunden täglich geöffnet werden, so daß die Gefangenen beinahe verschmachten. Des Tages sind ihnen die Beine mit einem doppelten schweren Eisen zusammengehalten, und des Nachts werden sie dermaßen in einer Reihe an eine lange Kette gefesselt, daß ihnen jede Bewegung unmöglich gemacht ist. (?) Auf die Klagen der Verwandten und Freunde erwidert der Direktor Orfeii seit langer Zeit immer dasselbe Wort: „Wir wollen sehen."

Griechenland.

Das neue Ministerium stellt in seinem Antrittsmanifeste die Freiheit des Votums innerhalb der durch das Gesetz vorgeschriebenen Gränzen als Prinzip auf, die Rechte der freien Presse sollen unangetastet bleiben, die Repression ihrer Ausschweifungen soll nach der genauesten Auslegung der Gesetze stattfinden. Die Achtung der individuellen Freiheit und des Eigenthums, die volle Unabhängigkeit des gesetzgebenden Körpers und der gerichtlichen Gewalt sollen aufrecht erhalten; die Eintracht soll hergestellt, die Aufregung beschwichtigt werden. Mit dem Kabinetswechsel hat das halboffizielle Organ, die „Allg. griechische Ztg." aufgehört. Ferner ist der „Corriere italiano", ein kleines Wochenblatt, welches im Jahre 1848 entstanden war, um das Einverständniß mit der italienischen Bewegung zu versechten, erloschen. Der Redakteur dieses Blattes, Loviselli aus Ancona, war vor 25 Jahren nach Griechenland gekommen, um die Seidenraupenzucht zu verbreiten und die erste Seidenspinnerei zu gründen; er ward später zum päpstlichen Konsul in Nauplia ernannt, bis er die Spindel mit der Feder vertauschte. Er kehrt nach Ancona zurück.

Türkei.

= Ueber die Lage der Dinge in Belgrad sind folgende Nachrichten, die bis zum 22. reichen, eingelaufen. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ist gering, da die Serben die Ernennung Ahmet Vefik Effendi's zum Pforten-kommissär als eine Herausforderung ansehen. Auch wollte man in Pesth wissen, Fürst Michael habe die gesammte waffenfähige Mannschaft Serbiens auf Anfangs Juli nach den vorher bestimmten Sammelplätzen einberufen. Die Festung ist im Belagerungszustande, die Türken beziehen ihren Proviant aus Semlin zu Wasser. In der Nähe der Festung werden Schanzen und Barrikaden errichtet. Sachkundige behaupten, daß die Festung mit 10,000 Mann in 8 Tagen genommen werden könnte, weil sie an zwei Seiten sehr schwach ist, und die serbischen Schanzen diesen so nahe gerückt sind, daß die Kanoniere auf den Wällen mit Kleingewehren erschossen werden können. Es stehen nun ungefähr 10,000 Mann unter Waffen in der Stadt. Der französische Konsul und der englische Kanzler haben ihre Lagerzelte in der Festung, die andern am Kalimegdan; die Konsulatsfahnen wehen von den betreffenden Gebäuden. Die Serben befestigen die Schanzen, der Fürst Michael mit dem Kriegsminister und dessen Generalstab besichtigt täglich die eingenommenen Positionen. Uebrigens dauert der Waffenstillstand fort und die Regierung handhabt strengen Regiment. Es war aber auch hohe Zeit, daß den Schreckensexcessen Einhalt gethan wurde, die der Kannibalen würdig gewesen wären. Weibern wurden die Brüste ausgeschnitten, mit Türkenköpfen gewürfelt, Türkenköpfe im Triumph auf Spießen umhergetragen, Türken- und Judenhäuser geplündert und auch die österreichischen Unterthanen haben mehrfach an ihrer Habe Schaden genommen. Semlin wimmelt von Flüchtigen aus Belgrad. General Philippovich ist Tag und Nacht bemüht, jede Ruhestörung hintanzuhalten und die Obdachlosen unterzubringen. Für sein brüskes Benehmen gegen den Kanzler des österreichischen Konsulates, der unter Gefahr seines Lebens in die Festung eilte und die Einstellung des Bombardements erwirkte, dann aber von dem Fürsten des Einverständnisses mit den Türken geziehen wurde, hat Knäs Michael bereits für gut befunden, Entschuldigungen anzubieten.

Rußland und Polen.

Man gibt als eine der Ursachen der verhängnißvollen Feuersbrünste in Rußland und insbesondere in St. Petersburg u. A. Folgendes an. Die große altrussische Partei in Moskau ist neidisch und eifersüchtig darüber, daß, während die im Zentrum des Reiches liegende Stadt Moskau über 700 Jahre Residenz der russischen Zaaren gewesen, dieses Vorrecht seit 1735 auf die erst seit 1703 bestehende jüngere Stadt Petersburg übergegangen ist. Seit lange den Untergang Petersburgs durch Feuer oder Wasser prophezeiend, dürften wohl die Reformen der Neuzeit und das in diesem Jahre gefeierte 1000jährige Bestehen des russischen Reiches mit Veranlassung zu einer Verschwörung gegeben haben, deren eine Frucht die barbarischen Feuersbrünste sind. Haben die Russen einen Kaiser, den Kaiser von Frankreich (Napoleon I.) durch Feuer aus Moskau hinausgeräuchert, so scheinen sie jetzt den Kaiser von Rußland (Alexander II.) aus St. Petersburg durch Feuer auch vertreiben zu wollen.

Volkswirthschaftliches.

Da man mehrfach der Meinung ist, daß mit der am 14. ds. geschlossenen Annahme von Darlehen auf das 4pCt. Eisenbahnlehen auch die Rückzahlung des gekündeten 5pCt. Eisenbahnlehens, beziehungsweise die Umwandlung desselben in ein 4pCt. Anlehen, beendet sei, so glauben wir bemerken zu sollen, daß dies keineswegs der Fall ist. Der Termin für die Rückzahlung und Umwandlung endet erst mit dem 30. Sept. ds. Js., jedoch wird die für die Umwandlung gewährte Prämie von 1/2 pCt. nur bis zum 1. August bezahlt. Die 5pCt. Verzinsung hat jedenfalls mit dem 1. Oktober anzudauern.

Nichtpolitische Zeitung.

Wiederholt wurden in der österreichischen Abtheilung der Londoner Ausstellung Gegenstände entwendet, ohne daß es gelingen konnte, des Thäters habhaft zu werden. Da gerieth ein Detektiv, d. h. ein nicht uniformirter Polizeibeamte, auf den Einfall, als Dekorationsfigur, in allerlei bunte Stoffe gehüllt, ruhig der Dinge zu harren, die da kommen. Der Beamte hat nicht lange gewartet, als sich ein Mensch nähert, ein Paar Stiefel wegnimmt, sie einsteckt und sich unbemerkt aus dem Staube machen will, aber des Todes erschrickt und zu Boden sinkt, als er sich plötzlich von der Statue umarmt fühlt. Jetzt wurde dem Detektiv bange, er möchte dem Diebe durch den Schreck geschadet haben; doch dieser

Digitized by Google

erholte sich nach einigem Zureden, wurde beim Kragen genommen und wird nun seine Manieren mit Zuchthaus zu büßen haben.

Neueres.

München, 27. Juni. Der Feier des gestrigen 39ßten Stiftungstages der k. Ludwigs-Maximilians-Universität wohnten die k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk, v. Zwehl und v. Pfeufer, die Professoren, sowie das übrige Lehrpersonal und viele Studierende bei. Nach vorausgegangenem solennen Gottesdienste in der St. Ludwigskirche, hielt der Rektor magnificus, Dr. Beckers, einen dem Festtage entsprechenden Vortrag, worauf die Personalveränderungen u. s. w. bekannt gegeben wurden. Wir vernahmen, daß die Frequenz unserer Universität nach Berlin in erster Reihe steht. Zum Schlusse sprach Hr. Dr. Beckers für die ihm stets zu Theil gewordene freundliche Unterstützung von Seite seiner Herren Kollegen, diesen den herzlichsten Dank aus, erwähnte dann der erfreulichen Eintracht und Gesittung unserer Studentenschaft, welche nicht Ein Mal Anlaß zur ernstlichen Einschreitung gegeben und sprach die sichere Erwartung aus, daß es durch Einsetzung von wohlorganisirten Ehren- und Schiedsgerichten noch möglich werden wird, die mittelalterliche Sitte des Zweikampfes zu beseitigen und die Studentenschaft gewiß dieses anstreben werde. (B. Z.)

Oesterreich. Im Abgeordnetenhause wurde beschlossen, die die Hoffanzleien betreffenden Positionen ohne Debatte ins Budget aufzunehmen. Bei diesem Anlasse erklärte der Staatsminister v. Schmerling in einer beifällig aufgenommenen Rede, die Regierung werde Alles ins Werk setzen, um eine Verständigung anzubahnen, und werde der Ton der Versöhnung alle ihre Akte begleiten; er müsse aber unumwunden aussprechen, nur auf der Grundlage der vom Kaiser gegebenen verfassungsmäßigen Einrichtungen, an welchen die Regierung unter allen Bedingungen festhalten will, solle das Werk der Verständigung und Vereinigung zu Stande kommen. Das Abendblatt der Wiener Zeitung widerspricht den von anderen Zeitungen gebrachten braunrubigenden Notizen über das Befinden der Kaiserin zu Kissingen und sagt, das Befinden derselben sei von Seiten der Aerzte in jeder Hinsicht für gebessert erkannt.

Italien. In der Deputirtenkammer interpellirte Deboni die Regierung über die Werbungen, welche in einigen Städten Italiens bewerkstelligt würden. Man höre von geheimen Expeditionen, von welchen die Kammer nichts wisse; von anderer Seite werde behauptet, die Anwerbungen geschähen im Namen der Regierung und hätten die Entfernung der Angeworbenen zum Zweck; man wolle sie nach Amerika oder Mexico schicken. Nach seiner Ansicht sei es Pflicht, sich zu bemühen, daß die Jugend Italiens der Falle fern gehalten werde, welche man ihr stelle. Der Conseilspräsident Ratazzi antwortete auf diese Interpellation, die Regierung werde mit Unrecht angeklagt. Weit entfernt, die geheimen Anwerbungen zu begünstigen, mache sie alle Anstrengungen, sie zu verhindern und eifrig ebenso denjenigen, welche sie anstellen, wie den Orten, wo sie vollzogen werden, nachzuforschen. Die Regierung könne aber nur schwer Hand an die Schuldigen legen, denn die Anwerber schließen mit den Angeworbenen ab, ohne ihnen einen schriftlichen Nachweis ihres Engagements in Händen zu lassen, und beschränken sich darauf, ihre Namen einzuschreiben und ihnen einzuschärfen, sich bereit zu halten, um dem ersten Aufruf sofort entsprechen zu können. Was übrigens auch Zweck und Ziel der Förderer dieser Werbungen sein mögen, sie würden nicht erreichen, und sollte irgend eine Expedition projektirt sein, so sei die Regierung in der Lage, deren Ausführung zu verhindern. Crispi bemerkte, als man in einem der Behörde bezeichneten Hause Nachsuchungen angestellt, habe man allerdings etwa dreißig junge Leute gefunden, welche zu warten schienen; aber nicht eines einzigen Werbers Anwesenheit sei konstatirt worden. Derselbe Deputirte tadelt sodann die Wahl der Insel Sardinien zur Internirung der Emigirten aus Venetien. Bezüglich dieses letzteren Punktes antwortet Ratazzi: die Regierung habe das Recht, nach ihrer freien Wahl den Wohnort der Emigrirten zu bestimmen, welche vom Staat Unterstützung erhielten. Damit wurde dieser Gegenstand verlassen. Laut eines Cirkulars des Ministers des Innern sind zwischen Italien und England alle Paßformalitäten abgeschafft.

Rußland. „Dziennik polski" wirft einen Blick auf die Schreckenszustände Rußlands. Abgesehen von den systematischen Feuerbränden, wimmelt das Land von einer zahllosen Menge von Aufrufen. Sie enthalten die kategorischesten Aufforderungen zu Mord und Brand; sie stammen nicht aus einer Quelle, denn während der eine Aufruf Beraubung der Bojaren verlangt, ruft der andere nach dem Blute der Reichen, der dritte kündigt eine Gemeinschaft der Weiber an, der vierte wieder versucht die Disziplin unter der Geistlichkeit zu erschüttern. „Dziennik polski" findet in diesem Sumpfe der neurussischen Ideen überall einen religiösen Boden, überall könne man auf das russische Schisma in seinen tausendfachen Abschattungen, als auf den letzten Grund kommen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fr. Sauter.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. dtto.	88 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	76½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	82⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	53⅜ G.
„	4½ pCt.	47¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	100⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98⅝ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	99¼ Fr.
Baden	4½ pCt. Obl. dto.	100⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P. 94½ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl. dto.	99⅝ P.
„	3 pCt. Obl. dto.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¼ P.
„	2 pCt. „ „ „	33¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	100 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	760 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200½—1 G.	
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—	
Darmst. Bank l. u. 2. Serie à fl. 250	217 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	81 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	88¼ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	70⅝ P.	
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 288 kr.	236 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅝ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	34½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	135 P. 134⅞ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	109¼ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅝ G.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	249 P. 248 G. o. D.	
Span. Handels- und Industrie . .	525 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	520 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollein.	106⅞ P.	
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	105⅝ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 40 k. S.	100¼ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ G.
Cöln Thlr. 40 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 40 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 5. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in Öst. W. 1. S.	91⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	98¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	57¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	72⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	132¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73½ P.	„ fl. 25 do.	37¾ P.
„ fl. 100 Einb. v. 1858.	12½ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36¼ G.
Pr.-Anl. bei R.	124⅞ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	91 P. 90½ G.
Mailand-Come fl. 14	—	St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	100 P.	Vereins-Loose fl. 10.	20¼ G.
Badische fl. 35	55¼ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	12¼ P.

Frankfurt, 27. Juni. Oesterr. Fonds und Industrieapapiere waren etwas höher als gestern, die übrigen Fonds unverändert. 5pCt. russische Obligationen in Interimscheinen mit 15 pCt. Einzahlung wurden zu 93⅜, ½, vergleichen in vollbezahlten Interimscheinen zu 90½, ⅜, ¼, ⅛ umgesetzt. (Dpnb.)

Digitized by Google

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177-78. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 59. Jahrgang. | Montag, 30. Juni 1862.

General Sigel über den amerikanischen Krieg und die Sklavenfrage.

Nach Briefen und Blättern von Chicago kam Sigel am 24. Mai von St. Louis (Missouri) in der Hauptstadt des Westens an, ohne daß seine Freunde davon benachrichtigt worden wären. Er hatte von St. Louis aus dem Kriegsminister in Washington gemeldet, daß er von seinem schweren Unwohlsein sich so weit erholt habe, um wieder aktiv im Felde dienen zu können. Von Washington war der Befehl gekommen, dort in Person weitere Ordres entgegenzunehmen. Trotzdem Sigel im strengsten Incognito reiste, war doch seine Ankunft in Chicago bekannt geworden, und Nachts 10 Uhr, eine Stunde nach seiner Ankunft, war seine Wohnung von Amerikanern und Deutschen umwogt, und nach einer ihm gebrachten Serenade sprach Sigel gegen 11 Uhr Nachts vom Balkon des Hauses, wo ihn der Major von Chicago dem Volke vorgestellt hatte, mit fester, klarer Stimme und im reinsten Englisch im Wesentlichen Folgendes:

„Er sei Soldat, und als Soldat kämpfe er für die Union und die Freiheit; seine Sache sei es nicht, politische Reden zu halten, seine Pflicht bestehe darin, die Regierung der Republik zu vertheidigen und ihren Befehlen Gehorsam zu leisten. Sein sehnlichster Wunsch bestehe darin, in diesem Augenblicke vor den Verschanzungen Beauregards bei Korinth zu stehen; aber der Kriegsminister habe ihn nach Washington beschieden, und freudig folge er den Befehlen seiner Obern — um so freudiger, da er wisse, daß unsere Armee bei Korinth, die sich schon am 6. April, wo sie keinen Feldherrn hatte, aufs Heldenmüthigste schlug, jetzt, wo sie einen Feldherrn habe, siegen werde und siegen müsse . . . Nur durch ein neues System, durch das System der Freiheit und Befreiung könne der Süden in der Union erhalten werden. Die Union müsse auf der Basis der Freiheit rekonstruirt werden, um ferner bestehen zu können. Ein frischer und freier Strom der Einwanderung müsse dem Süden werden und so die alten faulen Elemente des Südens paralisiren und regeneriren. In diesem Sinne zu wirken, sei heilige Pflicht aller bei ihren friedlichen Beschäftigungen zurückbleibender Bürger, während der Soldat im Felde die Schlachten des Landes schlage. Wie dürfe es der Bürger des Landes vergessen, daß dieser furchtbare Bürgerkrieg nur dann glücklich und auf Nimmerwiederkehr beendigt werden könne, wenn im wiedereroberten Süden das System der Freiheit und Emancipation ein- und durchgeführt werde. Geschehe dies nicht, so werde die amerikanische Republik in immer sich wiederkehrenden Bürgerkriegen zu Grunde gehen, wie einst die römische Republik. — Doch Alles deute darauf hin, daß die ganze Nation, ohne Unterschied der bisherigen Nationalität — der Deutsche und Irländer so gut, wie der Amerikaner — im Großen und Ganzen die Situation begreife, mit derselben Einmüthigkeit, mit der sie das Sternenbanner auf dem Schlachtfelde vertheidige. — Selbst wenn unverhoffte Niederlagen die amerikanischen Waffen treffen sollten, sei der endliche Sieg nicht zweifelhaft, sobald die Nation den Krieg im Namen des großen Prinzips der Freiheit führe . . .“

Unter einem Sturm von Beifall zog sich Sigel zurück. Am 25. Mai, einem Sonntag, fuhr General Sigel Nachmittags in Gesellschaft einiger Freunde nach Wright's Grove, wo ein Volksfest zum Besten der Familie des bei Pittsburg Landing gefallenen Lieutenant Pfeiff stattfand.

Allen Ovationen entschieden abhold, ließ sich doch Sigel sogleich zur Theilnahme an dem Feste bestimmen, als ihm der schöne Zweck desselben mitgetheilt war. Mit unermeßlichem Jubel wurde dort „der Held von Wagshäusel, von Carthage und Pea Ridge“ empfangen, der im bürgerlichen Kleide anspruchslos, wie immer, dahinfuhr. Im Wagen stehend, hielt er hier eine kurze deutsche Ansprache, worin er alle Anerkennung, allen Ruhm von sich ablehnte, und das Volk bat, alle seine Theilnahme den tapfern Männern in Reih und Glied und den tapfern Subalternoffizieren und den Angehörigen derselben zuzuwenden. Mit schlichten, herzlichen Worten dankte er seinen deutschen Landsleuten für den Patriotismus und Heroismus, womit sie dem bedrängten Adoptiv-Vaterland zu Hülfe geeilt und ermahnte sie zu bleibender, aufopfernder Treue gegen diese große, sich selbst wiedergebärende Republik, unsere edle, freie, mit dem Blute von Tausenden tapferer deutscher Männer erkaufte und neu erworbene Heimath.“

An das englisch-amerikanische Publikum wandte er sich mit folgenden Worten: „Er sei ein Deutscher, aber auch ein Amerikaner, und sein größter Stolz sei es, daß bei Pea Ridge Deutsche und Amerikaner in gleicher Tapferkeit und in brüderlicher Eintracht unter seinem Kommando gefochten. Er wünsche nur, daß diese Brüderliebe auch nach dem Kriege fortdauere, gegründet auf gegenseitige Achtung und vor Allem auf die Behauptung und Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung der Adoptivbürger.“

Unter donnerndem, nicht enden wollenden Hurrah fuhr der General vom Festplatz, nachdem er die schmerzgebeugte deutsche Mutter mit so ergreifenden Worten getröstet und erhoben hatte, daß die Begleiter Sigel's selbst zu Thränen hingerissen wurden — „Freudenthränen, wie die „Illinois Staatszig.“ sagt — über das große Herz unseres großen Freundes, der mitten in den Schrecken eines furchtbaren Bürgerkrieges, selbst gefürchtetster und furchtbarster Feldherr er ist, ein sanftes, echt kindliches Gemüth sich bewahrt hat.“

Am Abend eilte Sigel der Bundeshauptstadt zu, wo dem deutschen Feldherrn ein großer Wirkungskreis im Osten zugewiesen werden sollte.

Schon lange vor der Abfahrtszeit hatte sich eine große, immer mehr anschwellende Volksmenge beim Depot der Fort-Pittsburg-Bahn versammelt. Sigel mußte wieder und wieder auf die Plattform des Waggons treten, redete die Menge bald englisch, bald deutsch an, und ermahnte sie zu treuem Ausharren im großen Freiheitskampfe. Als schon der Zug sich in Bewegung setzte, rief Sigel der begeisterten Volksmenge flammenden Auges noch die deutschen Worte zu: „Nicht nur hier in den Vereinigten Staaten wollen wir die Republik und die Volksfreiheit retten, sondern, wenn es sein muß, auch in der Schwesterrepublik Mexiko — dem Despoten Louis Napoleon und seinen Rothhosen zum Trotz!“

Deutscher Bund.

Dem Vernehmen nach wird auch der Bundestag die nationale Bedeutung des Schützenfestes nicht unbeachtet lassen und während desselben von den Zinnen des Bundespalastes die deutsche Fahne wehen lassen. (Zeit.)

Bayern. Heute hört die Thätigkeit der Generalvolksbewaffnungs-Administration auf. Die unnöthig gewordenen Mobilien, darunter das bei Einführung des Lotto in Bayern schon vor 100 Jahren angeschaffte Glücksrad, wurden im Versteigerungswege an die Meistbietenden verlaust. In das Gebäude, worin sich die genannte Stelle befand, soll, da es Staatseigenthum ist, das Sekretariat des Staatsrathes verlegt werden.

Oesterreich. Der Generaladjutant des Königs von Preußen General Hiller v. Gärtringen ist in Wien angekommen; manche Blätter wollen wissen in besonderer Mission. — Der Gesandte am preußischen Hof, Graf Karolyi, ist dagegen nach Berlin abgereist.

Preußen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wenn der Kriegsminister mit vier Millionen weniger fertig werden könnte, so wäre

Digitized by Google

es doch wirklich unverantwortlich, daß er diese vier Millionen überhaupt verlangt hat; wenn er aber auch eine solche Summe nach reiflicher Ueberlegung fordert, so ist auch klar, daß er sie eben nicht entbehren kann. Das muß den Herren Abgeordneten in der Budget-Commission immer wieder gesagt werden." Also wenn ein Minister etwas fordert, so ist das ein Beweis, daß es nöthig ist, und folglich muß die Volksvertretung es bewilligen. So die Theorie der Kreuzzeitung, für welche der Ausdruck Naivität noch nicht naiv genug ist.

Die Reaktion in Preußen steht im Begriff, einen verhängnißvollen Schritt zu thun. Seit Herr v. Winter der Berliner Polizei vorsteht, herrscht allgemeine Zufriedenheit des Publikums mit derselben. Aber eben dies ist der jetzt regierenden Kreuzzeitungspartei ein Dorn im Auge, und sie hat es daher durchgesetzt, daß Herr v. Winter als Regierungspräsident nach Sigmaringen entfernt werde. Die Wahl seines Nachfolgers kann ein mehr oder weniger entscheidendes Ereigniß werden. — Nach der „Kreuzzeitung" sind die Verhandlungen zwischen Preußen und Weimar wegen einer Militärkonvention nicht abgebrochen, sondern dem Abschluß nahe.

Der Nachfolger des Polizeipräsidenten v. Winter, die bisherige Landrath des Bieganer Kreises Herr v. Bernuth gehört nach der „Köln. Zeitung" der gemäßigt-feudalen Partei an und ist mit dem Minister des Innern persönlich befreundet. Er war in den Jahren 1849 bis 51 Mitglied der zweiten Kammer und gehörte der damaligen ministeriellen Mehrheit an, welche nicht nur alle Ottroyirungen, sondern auch Olmütz sanktionirte.

Die nunmehr zurückgenommene Maschencircularfrage war in großem Maßstabe angelegt. Inzwischen waren außerhalb Berlins die Uebungen der Truppen für Angriff und Vertheidigung von Eisenbahnen, abgesehen von den Aus- und Einlade-Operationen, thätig fortgesetzt worden. Diese Uebungen erstreckten sich gleichfalls auf das Zerstören und die schleunigste Wiederherstellung des Bahnkörpers, welche letztere eben so schnell als gut gelang. Dieß wurde mittels des von den Truppen mitgeführten Handwerkszeuges, wie der Schienen u. s. w. bewirkt. Dabei kamen auch die Knallsignale zur Anwendung, die im Kriege bei der Zerstörung der Telegraphen den Lokomotiv-Führern zu augenblicklichem Anhalten das Zeichen geben. Kleine, ganz unscheinbare Blechbüchsen mit Knallsätzen werden unbemerkt auf die etwa noch vorhandenen Schienen gelegt und durch die geringste Berührung der Lokomotive entzündet.

Das Urtheil wider den Hauptmann von Schickfuß und Lieutenant Hundt von Hasslen, den in der letzten Zeit genannten Verfasser des so viel besprochenen Buches: „Der Standpunkt unserer Armee, der Verfassung und sich selbst gegenüber", wegen ihrer jüngsten Pistolenduells, welches unlängst adlieh, ist gesprochen. Ersterer hat drei, letzterer aber sechs Monate Festungshaft abzubüßen. Die Strafe des Herrn Hundt v. Hasslen ist deßhalb verschärft, weil er die Veranlassung dazu in seiner erwähnten Schrift gab, indem er es nicht läugnete, daß er bei einer in derselben gemachten Bemerkung den Hauptmann v. Schickfuß hauptsächlich im Sinne hatte, wodurch sich derselbe verletzt fühlen mußte.

Am niederrheinischen Turntag betheiligten sich einige 40 Vereine mit 78 Stimmen. Es wurde hier u. A. eine Unterstützung des Bundes-Organs: „Die rheinisch-westfälische Turn-Zeitung", auf Kosten der Vereine beschlossen und endlich dem Abgeordneten Prof. Virchow einstimmig der Dank der Vereine für seine die Frage des deutschen Turnens aufklärende Interpellation besonders mit Rücksicht darauf, daß er diese Angelegenheit zuerst auf die preußische Tribüne gebracht, votirt, so wie eine betreffende Adresse verlesen und beglaubigt. Nach einem dreifachen „Gut Heil!" auf den festgebenden Ausschuß und nachdem noch vorher Dortmund, weil es schon zweimal zurückgesetzt wurde, zum Vor- und Festorte für das nächste Jahr mit 45 Stimmen gegen Bielefeld mit 26 Stimmen erwählt worden war, trennte sich die Versammlung mit dem Wunsche, daß die guten Beziehungen der beiden westlichen preußischen Provinzen dazu mitwirken möchten, dem Turnwesen immer neue Kreise zu erschließen.

Mecklenburg-Schwerin. Das schon immer am Hofe bestandene Mißtrauen gegen die Regungen eines freieren Geistes im Volke ist durch die jüngsten Ereignisse in Preußen nur vermehrt worden, und die entschiedene, abwehrende Haltung, welche Preußens König dem Streben der Fortschrittspartei entgegenzusetzen für gut befunden hat, ermuthigte den Großherzog, seinem Mißtrauen einen thatsächlichen Ausdruck zu geben. Auf seinen Domänen sind alle Arbeiter resp. Beamte, die irgendwie persönliche Selbstständigkeit und die Fähigkeit, den Impulsen einer freieren politischen Bewegung zu folgen, verriethen, entlassen und statt deßen Leute von möglichster geistigen Beschränktheit in den Dienst genommen worden. Es hat in Folge dessen ein Abzug von ungefähr 500 tüchtigen landwirthschaftlichen Arbeitskräften aus Mecklenburg stattgefunden, und ein Mangel von Arbeitern, sowie eine große Steigerung des Lohnes ist die Folge gewesen.

Schweiz.

Im Aargau scheint es mit der Abberufung des großen Raths nicht so gefährlos zu sein, wie man Anfangs glaubte. Man schreibt dies der entschiedenen Haltung der Regierung und der Führer des großen Rathes zu, welche sich vor den jüngeren Liberalen ebenso sehr zu fürchten scheinen, als vor den Ultramontanen. Es bereitet sich nämlich eine ziemlich starke liberale Opposition im Kanton vor, welche mit der Unthätigkeit und Schwäche der Regierung sehr unzufrieden ist. Der große Rath vermehrt die trübe Stimmung durch die unbedeutenden Abänderungsvorschläge zur Verfassung. Die Abberufung ist daher nicht so unpopulär; wird sie abgelehnt, so geschieht es nur den Ultramontanen zu leid.

Großbritannien.

Die „Times," wunderlich wie immer, lenkt die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf einen merkwürdigen Plan, der seit Kurzem in den Vereinigten Staaten im Werke ist, nämlich auf den Plan, die Seen im Norden für Kanonenboote zugänglich zu machen und sowohl den Mississippi wie den Hudson durch Kanäle mit diesen Seen zu verbinden. Man scheine dabei vornehmlich an die Eventualität eines Krieges mit England, einen Angriff auf Canada zu denken. (!)

Bekanntlich grassiren seit einiger Zeit wieder die agrarischen Verbrechen in einigen Gegenden Irlands. Es sind im Laufe der letzten Monate über zwei fünf Mordthaten begangen; mehrere andere versucht und außerdem ein Dutzend Personen, meist Verwalter oder Gutsbesitzer, die neu im Lande sind, mit Drohbriefen belästigt worden. Die Regierung hat in Folge davon eine sogenannte Special-Kommission oder ein Specialgericht zur schnelleren Aburtheilung der verhafteten Mörder, Attentäter und Drohbriefschreiber eingesetzt. Das Gericht hat seine Arbeit begonnen und schon ein Todesurtheil gefällt, während der Urheber eines Mordversuches, an dessen Schuld die Richter und amtlichen Besitzer keinen Augenblick gezweifelt haben, von den Geschwornen nicht schuldig gesprochen wurde.

Spanien.

Hr. Collantes erklärte in der Senatssitzung, daß, da England die Ratifizirung des mit Mexiko abgeschlossenen Vertrages suspendire, auch er deshalbstätige, die Zurückhaltung der englischen Regierung nachzuahmen und die Verhandlungen in der Schwebe zu lassen. — Der Kongreß ist endlich mit dem Preßgesetze, mit dem das Haus seit nunmehr fast vierteljahr Jahr im Kreißen lag, zu Stande gekommen. Mehrere von der Fortschrittspartei gestellte Amendements im liberalen Sinne wurden angenommen und der Minister des Innern, Posada Herrera, zeigte bei dieser Gelegenheit den dringenden Vorstellungen der Liberalen Entgegenkommen. Da die ministerielle Partei der Knebel für die Presse immer noch nicht genug bekommen konnte, so gehob sich der Minister des Innern mehrere Male, um diesen Herren dennünftige Vorstellungen zu machen, daß es nicht immer weise sei, wenn die Presse gar zu scharf beschränkt werde.

Italien.

Viktor Emanuel erwiderte auf die Adresse der Kammer gegen das römische Konzil: „Italien muß fortan wissen, wozu es berufen wurde. Er hoffe, daß die Erfüllung nahe bevorstehe; um aber das Ziel zu erreichen, hatte er Ruhe und Stille für nöthig; er glaube, daß die extremen Parteien Italien nicht nur nicht nützlich seien, sondern die Vollführung des so lange vorbereiteten Werkes leicht unmöglich machen könnten, eines Werkes, für das sie ja doch so viele Gefahren bestanden und Mühsale erlitten hätten. Er baue auf die Weisheit der Nation, die ihm stets, wenn es nöthig, glänzende Beweise ertheilt habe. Er und sein Ministerium seien bereit, kühn voran zu gehen auf dem Wege, der zur Erfüllung dieser Ziele, die Aller Wunsch sind, führen werde, und er zweifle keinen Augenblick daran, daß er sich auf die ganze Nation verlaßen könne."

Rußland und Polen.

Durch ein Dekret des Kaisers wird das Salzmonopol aufgehoben. Die Staats-Salzwerke werden verkauft oder verpachtet. Vorläufig ist die Salzsteuer von 30 Kopeken per Pud festgesetzt. Zugleich ist befohlen worden, die Gesetze über die Salzeinfuhr abzuändern.

Die Sendung des Großfürsten Konstantin nach Polen soll ihren Grund in einer Petersbueger Hof-Intrigue haben. Der Groß-

Digitized by Google

fürst, welcher früher die politischen Grundsätze des Altrussenthums in so entschiedener Weise vertrat, daß er von dessen Anhängern noch jetzt für den geeignetsten Nachfolger des Autokraten Nikolaus gehalten wird, hat sich ebenso den Freunden des aufgeklärten Absolutismus in der Bureaukratie, wie der liberalen Partei Rußlands als Vorkämpfer zu empfehlen gewußt. So ist Großfürst Konstantin der einflußreiche Politiker Rußlands geworden; und nichts ist erklärlicher, als daß er sich dem Gedanken aufsetzte, eine politische Rolle von noch unberechendarer Tragweite spielen zu wollen. Seine Gegner sollen deshalb die Intrigue eingeleitet haben, ihn nicht nur von seinem bisherigen Schauplatze zu entfernen, sondern ihm auch einen Wirkungskreis anzuweisen, auf dem er voraussichtlich einen politischen Schiffbruch erleiden müßte. Dann ist er für lange Zeit, vielleicht für immer einer entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Rußlands beraubt. — Die Polen verlangen eine konstitutionelle Verfassung, polnische Beamte, ein polnisches Heer und die Wiedervereinigung Lithauens und Wolhyniens mit ihrem Reiche. Wenn die Erfüllung der drei ersten Forderungen Alexander selbst wahrscheinlich für eine nähere oder fernere Zukunft in Aussicht genommen hat; den Polen wird diese Zukunft zu fern liegen, als daß sie dieselbe gewaltig erharren sollten; und zu der Zurückgabe Lithauens und Wolhyniens wird kein russischer Herrscher je ohne Zwang der Waffengewalt sich verstehen.

Nach dem „Czas“ sind die fünf russischen Offiziere, welche in Warschau in Folge der Anklage, daß sie den Soldaten verbotene Schriften vorgelesen hätten, in der Nacht vom 13. zum 14. Juni verhaftet worden, von dem Kriegsgericht zum Tode verurtheilt worden, General Lüders hat das Urtheil dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt, dasselbe jedoch mit dem Vermerk zurück erhalten, daß ihm selbst das Recht der Bestätigung zustehe. Vermuthlich, sagt das Blatt, hat man das Urtheil bis jetzt noch nicht vollzogen, aber selbst soll man früher ein paar andere Offiziere in der Citadelle erschossen haben.

Die Posener Zeitungen bringen jetzt das Programm der polnischen Aktionspartei, welches allerdings merkwürdig genug lautet. Es heißt darin: „Seit dem Augenblicke, wo wir den ersten Tropfen polnischen Blutes auf dem Warschauer Straßenpflaster für unsere Freiheit fließen sahen, sind wir bereit zum Kampfe und erwarten nur das Signal. . . . Es gibt zwei Parteien in Polen: die polnische und unpolnische, oder wenn man will, die kosmopolitische. Zur polnischen Partei rechnen wir alle diejenigen, welche das ganze, unabhängige und freie Polen wollen (u. h. ohne Unterschied der Stände und ohne herrschendes Glaubensbekenntniß) und welche glauben, daß die Thore zu solchem Polen nur mit bewaffneter Hand geöffnet werden können. Darüber herrscht kein Zweifel mehr, daß das so ersehnte Polen weder losgekauft, noch fortgebeten, sondern nur erkämpft und mit Blut rein gewaschen werden kann. Zur kosmopolitischen Partei zählen wir alle diejenigen sogenannten Polen, die entweder gar kein Polen oder nur ein Stück davon wollen, oder es auch wohl ganz haben möchten, denen es aber gleichgiltig ist, ob es vom Könige, oder vom Senate, oder vom russischen Czaren regiert wird, wenn sie nur dabei gewinnen oder zu den Aemtern zugelassen werden. Zu dieser Partei gehören: Graf Wielopolski, die alte Aristokratie in der Emigeration wie im Lande, die liberale russische Partei in Petersburg, Fürst Dolgorukoff in Paris, die Jesuiten in der ganzen Welt, die polnisch-deutschen Diplomaten ꝛc. Der reinen polnischen Sache gegenüber ist es ganz gleich, ob Jesuit oder Aristokrat, ob Banquier oder Wielopolski, denn sie alle wollen nicht das ganze, freie und unabhängige Polen oder wollen es nur erbitten vom Himmel oder auf Erden. Die Stunde des Ausstandes wissen wir nicht, es weiß sie noch Niemand; aber wir sehen, wie die Geduld des Landes von dem Gebeimde immer mehr auf die Probe gestellt und bald erschöpft sein wird.“

Amerika.

In dem Schreiben, in welchem der Marinesekretär der Vereinigten Staaten dem Kongreß die Anregung von Schiffswerften zum Bau von Panzerschiffen im Mississippithale vorschlägt, heißt es: „Es ist eben sowohl Pflicht, wie Nothwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten eine große Seemacht werden. Die Erfahrung gibt Amerika die Lehre, daß es nicht ungerüstet sein darf, wenn es in einen Krieg hineingerath, und doch ist vielleicht jetzt ein Krieg in der Schwebe. Das Unheil, welches die Folge von Saumseligkeit sein könnte, muß für Amerika eine Mahnung sein, daß es gerüstet ist. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß die zukünftige Sicherheit Amerika's von der Stärke und Tüchtigkeit seiner Flotte abhängt. Amerika kann jetzt mit dem Bau einer den Anforderungen der Gegenwart entsprechenden Flotte unter so günstigen Umständen beginnen, wie nur irgend eine andere Nation. Keine Nation kann Amerika den Rang ablaufen, wenn es die ihm jetzt darbietenden Mittel und Gelegenheiten benützt.“

Volkswirthschaftliches.

W London, 26. Juni. Die deutschen Arbeiter haben vorigen Sonntag, wo die Ausstellung geschlossen war, Greenwich mit seinen Werften ꝛc. besucht, von wo aus man das Schiffsgewühl recht übersehen kann und den großartigen Massenverkehr, den London hat. Am 23. wurde das Studium der Ausstellung fortgesetzt. Einzelne besuchten die Brauerei von Barclay und Perkins, deren Fässer das Heidelberger an Größe übertragen, aber nicht übertrieben sind, wie vielfach berichtet wird, sondern auch rund und aufrecht stehen. Da jeder Keller zu klein wäre für diese Riesen, so stehen sie nur in einem Schuppen und werden künstlich gekühlt. Die Kühlvorrichtungen sind wundervoll; eine Pumpe holt für diese Wasser aus einer Tiefe von 400 Fuß und in Röhren fließt das Bier durch jenes. Allein gute Keller werden dadurch nicht ersetzt, und darum ist das englische Bier nicht so gut als das bayerische; auch der Hopfen ist schlechter. Sonst haben wir an trefflichen Einrichtungen in England viel zu lernen, und es ist deshalb gut, daß unsere Leute in Deutschland viel reisen. Wir werden dadurch ergänzen, was uns noch fehlt und den Engländern dann als mindestens gleichkommen, in vielen Dingen sie übertreffen. Was die Anschmiegsamkeit des Lebens betrifft, so sind wir ihnen weit voraus, denn in London wenigstens sind die Menschen wie gehetzte Thiere, diesen Jagen und Treiben durch die Straßen ist unbeschreiblich. In der österreichischen Ausstellung ist jetzt auch ein Leiekabinet errichtet, welches deutsche Zeitungen enthält und viel benutzt wird. Heute Abend ist das Gesangfest des deutschen Sängerbundes für Großbritannien, wozu eine Deputation von sechs der deutschen Arbeiter eingeladen ist. Eine gleiche Zahl ist zu dem Bankett der am 28. stattfindenden Versammlung des Nationalvereins als Ehrengäste eingeladen.

— Die Arbeiten der Ausstellungs-Preisrichter sind fast in sämmtlichen Abtheilungen beendigt und der 11. des kommenden Monats ist definitiv für die Preisvertheilung anberaumt. Diese hätte dem ursprünglichen Plane zufolge unter der westlichen Domkuppel stattfinden sollen, wo am 1. Mai die Eröffnungsfeier stattgefunden hatte. Da seitdem jedoch dieser Raum von Ausstellern des Zollvereins und Oesterreichs zu gleichen Theilen besetzt worden ist, und es mit großen Ungelegenheiten verknüpft wäre, die Plattform zeitweilig zu räumen, so wird die Ceremonie der Preisvertheilung gar nicht im Ausstellungsgebäude, sondern in dem daranstoßenden Garten der Horticultural Society vorgenommen werden. Und zwar auf dessen oberster Terrasse, wenn Wind und Wetter es gestatten, wo nicht, in dem großen Glashause, das bisher als Wintergarten diente. Das Ganze soll, wenn das Wetter günstig ist, eine Art Gartenfest werden, zu dem die Besitzer von Saisonkarten und alle Aussteller freien Eintritt haben werden, während sonstige Besucher diesen mit 7½ Schilling bezahlen müssen. Das Programm der Preisvertheilung besteht in Kürze aus Folgendem: Sie geschieht am 11. Juli um 1 Uhr Mittags durch die von englischer und anderer Seite hierzu besonders ernannten Personen. Für Frankreich dürfte Prinz Napoleon (!) dieses Ehrenamt übernehmen, für Preußen der Kronprinz, der bis dorthin hier erwartet wird, und für England ist bereits der Herzog v. Cambridge von der Königin ernannt. Diese besonderen Vertreter der verschiedenen Nationen werden von den königlichen Ausstellungskommissären feierlich empfangen werden und die Preismedaillen den Präsidenten der verschiedenen Klassen-Ausschüsse überreichen. Es folgt ein Umzug mit Musikbegleitung und unter Kanonensalven, doch wird den preisgekrönten Ausstellern nicht zugemuthet werden, sich diesem Zuge anzuschließen. So viel bekannt, dürfte auf je 5 Aussteller eine Medaille kommen; die Abtheilung der schönen Künste ist bekanntlich der kritischen Analyse der Geschworenen gar nicht unterworfen worden. Noch ist zu melden, daß vom 8. Juli an neue Saisonkarten ausgegeben werden sollen, die einen zu 30 Sh., welche für alle Tage bis zur Schließung der Ausstellung gelten, die anderen zu 10 Sh., welche ebenfalls bis zum 1. Oktober in Kraft bleiben, den Besitzern jedoch nur an Schillingstagen den Eintritt gestatten.

Nichtpolitische Zeitung.

Zu Bonn, der „Prinzen-Universität,“ studirten im Ganzen 886 Studirende; im vorigen Semester betrug die Gesammtzahl

Digitized by Google

822. An der Spitze des Vorschusses stehen als Residenzjuria der Herzog Elimar von Oldenburg, der Prinz Philipp von Sachsen-Coburg-Gotha und der Prinz Karl zu Hohenzollern-Sigmaringen; außerdem sind immatrikulirt: der Marquis von Douglas, Prinz Albert von Hohenlohe und Prinz Wilhelm zu Sayn-Wittgenstein.

Das reiche Geschenk des Hrn. Peter Brackmann in Heilbronn zum deutschen Schützenfeste, ein großer, kunstvoll gearbeiteter Pokal aus Silber, in der Höhe von 91/2", hervorgegangen aus der Fabrik gleichen Namens, erregt die allgemeine Bewunderung. Die Grundfläche des Theiles des Pokales, der zur Aufnahme des Getränkes bestimmt ist, des Bechers, ist glatt, der andere Theil, der Fuß, kannelirt, hält den Becher in einem Kranze von Eichenlaub, in welchem mit erhabener gothischer Schrift die Worte stehen: Deutsches Schützenfest. Frankfurt a/M. 1862. Die Form ist die des Römers, gewählt mit Rücksicht auf die bedeutendste nationale Stätte im Frankfurt, den Römer. Die Mitte des Bechers zieren die nachher näher zu bezeichnenden vier größeren Medaillons, die mit einander durch dazwischen liegende Renaissance-Arabesken verbunden sind. Oberhalb am Rande ist mit römischer Inschrift eingravirt: Ehrengabe der . . . . . Der Fuß ist mit einem Eichengewinde gegliedert, zwischen welchem vier kleinere Medaillons, entsprechend den oberen größeren, liegen. Beim Anblicke der Vorderseite des Pokales erblicken wir in dem größeren Medaillon den Reichsadler mit schwarzem Leib, rother Zunge und rothen Klauen und goldenen Flügeln, darunter die Worte: Deutsches Schützenfest; und auf dem Medaillon des Fußes den Spruch: Seid einig, einig! Schiller. Auf der Rückseite steht man innerhalb des großen Medaillons das Bild des Kaiser Barbarossa, schlafend auf einem Stuhle sitzend, das Schwert in der Hand, und unten auf dem Fuße die Worte: Deutsches Herz verzage nicht! Arndt. Von den Seitenmedaillon zeigt das eine zwei Schützen, einen Norddeutschen und einen Süddeutschen, jener mit einem lebhaften Temperamente und in einem eleganten Anzuge dargestellt, dieser ein Tyroler von ernstem Aussehen, hinter jenem die Ebene und das Meer mit einem Schiffe der deutschen Flotte, hinter diesem seine Berge, beide sich über die Scheide Eintracht die Hand reichend und unten entsprechend der Spruch: Frisch auf mein Volk! Körner. Das vierte Medaillon gibt die bekannte Ansicht der Weibertreue und Weinsberg mit Justinus Kerners Haus, darunter die Worte: Weib, Wein, Gesang! Luther.

Der Dr. F. W. Morrit in Halifax richtet an die Amerikan. „Medical Times" ein Schreiben, worin er die in Neu-Schottland häufig vorkommende Sarracenia purpurea (Indian cup) als ein spezifisches Mittel gegen die Blattern aller Grade empfiehlt und behauptet, zwölf Stunden nach eingenommenem Mittel seien alle Symptome dieser Krankheit verschwunden; wenn man Impfstoff in einen Aufguß der Sarracenia thue, so verliere derselbe die Impfkraft. Der „Moniteur Universel" macht auf dieses Mittel aufmerksam und fügt hinzu, daß in Neu-Schottland eifrige Versuche mit diesem Mittel gemacht wurden, und zwar mit Erfolg.

Das Memorial de Bauclufe erzählt folgenden beachtenswerthen Fall: Vergangenen Sonnabend ist ein 16jähriges Mädchen gestorben, dem wenige Tage vor seinem Tode eine ungewöhnlich große Raupe aus der Nase froch. Man vermuthet, daß das Mädchen an einer Blume gerochen hat, auf der sich Schmetterlingseier befanden, die sie mit dem Dufte einfog. Die Aerzte, die sie während ihres langen und äußerst schmerzlichen Todeskampfes behandelten, sind der Ansicht, daß sich noch mehr Raupen in dem Kopf des Mädchens befinden. Sollte die Fakultät von Montpellier, der die herausgekrochene Raupe zugesandt wurde, die Ansicht der Aerzte theilen, so dürfte dies ein warnendes Beispiel vor der Gefahr sein, die tas Einathmen des Blumenduftes nach sich ziehen kann. Das Memorial de Bauclufe sagt nicht, ob die Aerzte die Sektion vorgenommen haben, was zur Konstatirung des Falles für die Wissenschaft das Wünschenswertheste gewesen wäre.

Neueres.

W Frankfurt, 29. Juni. (Pr.-Corr.) Das Schützenfest ist so nahe vor der Thür, daß es gerathen sein dürfte, die Vorbereitungen dazu abzukürzen. Es sind nun in der letzten Zeit einige Abänderungen gemacht worden, welche nochmals in Erinnerung bringen. Der Festzug findet nicht am Nachmittag, sondern schon Vormittag 11 Uhr am 13. Juli statt. Ferner ist häufig überschen worden, daß nur Mitglieder des deutschen Schützenbundes, die zugleich Mitglieder eines Schützenvereines sind, nach den Satzungen des Bundes mitschießen dürfen. Ausnahmsweise werden diesmal noch in Frankfurt selbst Beitrittserklärungen angenommen. Diejenigen Vereine, welche noch keine Abgeordnete zum Schützentag, der während des Festes abgehalten wird, gewählt haben, mögen sich beeilen und die Namen dem Vorstand in Gotha mittheilen oder ihren Abgeordneten Legitimationen mitgeben. Die 100 Mitglieder eines Vereines wählen 1 Abgeordneten. Für Wohnungen ist jetzt reichlich gesorgt und nicht weniger für des Leibes Pflege. Auf dem Festplatz ist es jetzt schon rege, und in wenig Tagen wird schon Gläserklang sich da vernehmen lassen.

Bayern. Das Bezirksgericht Frankenthal hat durch Rathskammerbeschluß vom 26. die Zurückgabe der von dem Landkommissariat polizeilich mit Beschlag belegten Nummer des „Pfälz. Kuriers" verfügt und das Verfahren gegen die Redaktion des Blattes eingestellt.

Kurhessen. Die „B. Z." sagt, es sei unrichtig, daß der Landtagsabschied Dirks die Minister zur Ausstellung des Verfassungsreverses aufgefordert habe; diese hätten ihm ohne äußere Anregung auf Grund der Verfassung von 1831 den Revers zugestellt.

Großbritannien. Die Nachricht, daß in Homburg in den letzten Wochen eine Anzahl Selbstmorde vorkam, veranlaßt den „Herald" zur Bemerkung, daß die deutschen Spielhöllen nicht blos Deutschland, sondern auch das Ausland angehen. Wie viele reisende Engländer gingen in Baden-Baden, Wiesbaden und Homburg in die Falle! Originell ist der Gedanke des konservativen Blattes, daß England, wie es den Sund- und Sklavezoll abgelöst, wie es den Spanier mit Geld zur Aufgebung des Sklavenhandels zu bewegen gesucht hat, so auch den deutschen Fürsten die grünen Tische abkaufen und dieselben vernichten solle.

Frankreich. Die Session der Legislatur hat geendet, und die drei Hauptfragen: Rom, Mexiko und die Konversion der Rente bleiben ungelöst und ungeregelt. Wird der gesetzgebende Körper aufgelöst werden oder nicht? In den Korridors des Palais Bourbon gilt erstere Ansicht, und die Abgeordneten sagen sich Lebewohl, ja mehrere glaubten zu wissen, daß Hr. Baroche das Auflösungsdekret in der Tasche habe. Die Session des Senats wird heute geschlossen werden.

Rußland. Der Großfürst Konstantin reist nächsten Dienstag nach Warschau ab. General Lüders kehrt in Folge seiner Schußwunde nach St. Petersburg zurück.

Daß auch die Kasernenschulen geschlossen, schreibt man der „Kreuzztg.", und der Zutritt in die Kasernen überhaupt allen Civilisten streng untersagt worden ist, hat zunächst seinen Grund in einem Vorfalle beim Jämailoff'schen Leibgarde-Infanterieregiment, wo ein gewisser Grigoriess sich als Lehrer eingedrängt gewußt und die Unteroffiziere und Soldaten nach und nach über Dinge zu belehren gesucht, die man sonst in Kasernen nicht zu lehren pflegt. Seltsam genug scheint keiner der höheren Vorgesetzten etwas von diesem Treiben gewußt zu haben, bis ein Feldwebel seinem eben von Urlaub zurückgekommenen Kapitän meldete, welcher Art die Vorträge dieses Grigoriess wären. Beim Chevalier-Garderegiment mißglückten Versuche eines offenbar bestellenden Kolporteurs von revolutionären Flugschriften, und die Soldaten selbst verhafteten ihn. Anders war der Verlauf eines ähnlichen Versuches beim Garde-Sappeurbataillon. Dort wollte ein Student, Namens Jakowleff, den Mannschaften dergleichen Flugblätter zustecken, wurde aber von dem Feldwebel Münnich verhaftet und zu den Dujouroffizieren Kapitän Poßniess und Leutenant Illinski geführt, welche sehr erschrocken waren, daß so etwas in ihrem Bataillon vorgehen könne, aber französisch unter sich sagten: Man muß die Blätter vernichten! Feldwebel Münnich, ein gebildeter Mann, verstand französisch, sah also, daß seiner Anzeige weiter keine Folge gegeben werden würde. Als nun auch Jakowleff ohne weitere Bestrafung aus der Haft entlassen wurde, zeigte Münnich den Vorfall bei höheren Vorgesetzten an und nun begann eine Untersuchung der Motive, welche den Kapitän Poßniess, den Lieutenant Illinski und auch noch einen Fähnrich Engel zu diesem Verschweigen der Sache verantwortet haben konnten. Als die genannten Offiziere in Arrest saßen, gab sich ein Lieutenant Weiß vom Pawlosk'schen Gardeinfanterieregiment zum Zwischenträger zwischen denselben und einer Dame her und der bei dieser Gelegenheit mit Beschlag belegte Brief der Dame schreibt die Offiziere schwerer beschuldigt zu haben, als man erwartet. Auch die Dame wurde verhaftet und soll im ersten Schreck gravirende Entdeckungen gemacht haben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: Dr. F. Sauter.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google